

DEUTSCHLAND UND DIE SOWJETUNION
Bd. 2: Januar 1935–April 1937

Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941

Dokumente aus russischen und
deutschen Archiven

Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941

Dokumente aus russischen und deutschen Archiven

Bd. 2: Januar 1935–April 1937

Im Auftrag der Gemeinsamen Kommission
für die Erforschung der jüngeren Geschichte der
deutsch-russischen Beziehungen

Hrsg. von Sergej Slutsch und Carola Tischler
unter Mitarbeit von Lothar Kölm

Projektbetreuung:
Andreas Wirsching, Jürgen Zarusky,
Bianka Pietrow-Ennker

Teilband 1
Januar 1935–Dezember 1935

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Das Projekt wurde unterstützt durch die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen und gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

ISBN 978-3-11-054547-0

e-ISBN [PDF] 978-3-11-054872-3

e-ISBN [EPUB] 978-3-11-054657-6

Library of Congress Control Number: 2015457118

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Satz: jürgen ullrich typesatz, Nördlingen

Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort	VII
I. Einleitung	1
II. Dokumentenverzeichnis	49
III. Dokumente	153
IV. Abkürzungsverzeichnis	1687
V. Archive	1697
VI. Veröffentlichte Dokumente und Nachschlagewerke	1699
VII. Personenregister	1703
VIII. Sachregister	1773

Vorwort

Die Geschichte des europäischen Kontinents in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde entscheidend von den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion geprägt. Deren Entwicklung stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und seinen Folgen. Dieser Krieg bereitete dem jahrhundertealten Staatensystem des alten Europa, das nun einen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruch erlitten hatte, ein Ende. Die auf den Trümmern dieses Systems durch die Siegermächte errichtete neue Friedensordnung erwies sich allerdings als brüchig und kurzlebig und legte die Basis für künftige Konflikte. Die Härte des Versailler Vertrags begünstigte die Verwandlung Deutschlands in den Herd eines neuen internationalen Konflikts, indem sie völlig unterschiedliche Kräfte zu einem Zusammenschluss unter nationalistischen Parolen bewog. Eine weitere Ursache der Instabilität der Nachkriegsordnung war die Errichtung des bolschewistischen Systems in Russland. Die beiden Staaten, die sich als Parias der Weltgemeinschaft betrachteten, wurden durch diese Entwicklungen zur Herstellung besonderer Beziehungen veranlasst, die sich nach dem Abschluss des Rapallo-Vertrags von 1922 praktisch auf allen nur denkbaren Gebieten entwickelten.

Die Machtübernahme durch Hitler markiert einen Wendepunkt in diesem Prozess. Den Kern seines außenpolitischen Programms, das in erster Linie auf die Errichtung einer Vormachtstellung in Europa zielte und zur entscheidenden Triebkraft der Außenpolitik des Dritten Reiches wurde, bildete die Eroberung von neuem „Lebensraum“ im Osten auf Kosten der Sowjetunion. Der Weg zur Umsetzung dieses Vorhabens war lang und widersprüchlich, obwohl die antisowjetische Ausrichtung der Außenpolitik des neuen Reichskanzlers stets offen zu erkennen war. Sehr bald lief Hitlers Interesse an der UdSSR nur noch auf die Aufrechterhaltung der Beziehungen auf einem in der diplomatischen Praxis gerade noch zulässigen Mindestniveau hinaus. Dieser Kurs gegenüber der Sowjetunion wurde bis Mitte des Sommers 1939 verfolgt, begleitet von einer nur leicht verschleierten oder auch – wie in der Zeit des Bürgerkrieges in Spanien – völlig offenen politischen und ideologischen Konfrontation.

Die Außenpolitik des Deutschen Reiches zwang die Sowjetunion zu unterschiedlichen Reaktionen auf dem internationalen Schauplatz. Dabei blieb die außenpolitische Strategie der UdSSR auch nach 1933 im Grundsatz unverändert und zielte darauf ab, die anderen Staaten gegeneinander auszuspielen und aufkommende Widersprüche und Konflikte zu vertiefen, um die eigene Position in der Staatenwelt abzusichern bzw. zu festigen. Trotz aller äußeren Konfrontation blieben bei dieser Taktik jedoch stets Möglichkeiten zu einer eventuellen Einigung, selbst zur Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland offen. Und eben hierzu gingen von Stalin persönlich von Zeit zu Zeit wichtige Initiativen aus.

Die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach Hitlers Machtantritt stellte einen Prozess mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Ausrichtungen dar, die entscheidend von beiden Diktatoren bestimmt wurden. Von 1933 bis 1941 war es vor allem Stalin, der Interesse an einer Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten bekundete, sah er darin doch nicht nur er-

forderliche Sicherheitsgarantien für die UdSSR, so wie er sie verstand, sondern auch die Möglichkeit, die militärische Stärke und den internationalen politischen Einfluss seines Landes auszubauen. Jedoch stießen seine Anstrengungen bestenfalls auf eine völlig gleichgültige Haltung der obersten Führung des Dritten Reiches. Lediglich ein einziges Mal, im Jahr 1939, als es Hitler darauf ankam, potentielle Verbündete – die Westmächte und die UdSSR – voneinander zu trennen und damit im Vorfeld eines sich immer deutlicher abzeichnenden Krieges gegen England und Frankreich die Gefahr eines Zweifrontenkrieges zu bannen, reagierte er positiv auf erneute Versuche Moskaus, die Beziehungen zu Berlin zu verbessern. Dabei verzichtete Hitler keineswegs auf sein Hauptziel: die Zerschlagung der Sowjetunion als wichtigste Voraussetzung für die Errichtung seiner Herrschaft auf dem europäischen Kontinent. Er schob dieses Ziel lediglich auf.

So stellt sich für die Herausgeber dieser Edition die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen dar. Zugleich müssen wir feststellen, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1933–1941 trotz ihrer Relevanz für die Bewertung der Außenpolitik beider Staaten und für die Entwicklung der weltpolitischen Lage insgesamt bis heute nur unzureichend erforscht sind. Denn ungeachtet der Überzeugung, dass Hitler und Stalin die Außenpolitik letztendlich prägten, reicht es nicht, die beiderseitigen Beziehungen nur unter dem Blickwinkel der Großen Politik und Diplomatie zu untersuchen. Das Neuartige an der vorliegenden Edition ist daher die Betrachtung der Beziehungen in ihrer Gesamtheit, d.h. die Berücksichtigung auch der wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Ebene. Innovativ ist auch der Aufbau der Edition, bei dem sowjetische und deutsche Dokumente einander ergänzen. Gerade die sehr dichte Verschränkung von Quellen unterschiedlicher Provenienz eröffnet schrittweise den Nachvollzug der Politik in einem Maße, wie es bisher in der Beziehungsgeschichte so nicht geleistet werden konnte. Das lag zum einen daran, dass die sowjetische Seite in einem viel stärkeren Ausmaß als die deutsche Quellenlücken aufweist. Zum anderen ermöglicht aber auch die Zusammenführung von Quellen aus unterschiedlichen Bereichen der gemeinsamen Geschichte einen neuen Blick auf die Interdependenz der Beziehungen. Und schließlich werden solche Quellen wie Briefe, Entwürfe von Dokumenten oder vertrauliche Notizen stärker als bisher berücksichtigt. Auf diese Weise können Historiker nicht nur nachvollziehen, wie sich die tatsächlichen Vorgänge auf der politischen Ebene entwickelten, sondern auch, wie die gegenseitige Wahrnehmung und die politischen Mentalitäten sich auswirkten, wie die Art der Kommunikation und die institutionelle Einbindung in die unterschiedlichen Apparate funktionierten und nicht zuletzt, welche Personen wie stark auf den Gang des Geschehens Einfluss nahmen. Die Auswahl der Dokumente erfolgte unter dem Gesichtspunkt, dass sie in ihrer Gesamtheit sowohl den Fortgang der Ereignisse und die Hintergründe beleuchten als auch in der erreichbaren Vollständigkeit und Dichte die Spannbreite der Beziehungen darlegen. Deshalb hielten es die Herausgeber für unerlässlich, bereits veröffentlichte Quellen in die Edition einzubeziehen, die für das Gesamtbild konstitutiv sind. Auch die Art der Präsentation der Quellen – die Wiedergabe erfolgt so originalgetreu wie möglich – ist der Überzeugung geschuldet, den Blick des Wissenschaftlers nicht nur auf die Inhalte, sondern auch auf

Perzeption, nichtoffizielle Gedankengänge und Einbindung oder Ausschluss der unterschiedlichen Beteiligten zu lenken.

Die Ausgestaltung der Politik in beiden Diktaturen erwuchs aus einem Geflecht unterschiedlicher Interessen und Ziele. Während der nationalsozialistischen und der stalinistischen Diktatur wurden die Beziehungen vor allem über die Außenministerien geregelt. Alle anderen Beziehungen waren mit der Entwicklung der politisch-diplomatischen sehr eng verbunden und von diesen in zunehmendem Maße abhängig. Deshalb bilden Dokumente aus den beiden außenpolitischen Archiven den Hauptteil der edierten Quellen. Sie eröffnen einen Blick in die Gedankenwelt der Diplomaten, die in dieser Form bisher der Forschung verschlossen blieb. Darüber hinaus enthält die Edition Dokumente zu den Militär-, Wirtschafts- sowie Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen aus einer Reihe weiterer Archive, die die Perspektive beträchtlich über die reine Diplomatiegeschichte hinaus erweitern.

Die Eckdaten dieser auf vier Bände angelegten Edition liegen auf der Hand: Sie setzt ein mit dem 30. Januar 1933 und endet mit dem 22. Juni 1941. Die Gliederung der Einzelbände wird von den Zäsuren in der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen bestimmt, die in den Einleitungen zu jedem Band erläutert und begründet werden. Die Einleitung des 1. Bandes führte ein in die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1933 und 1934, die durch den Machtantritt Hitlers auf eine neue Grundlage gestellt wurden. Dieser 2. Band behandelt die folgenden knapp zweieinhalb Jahre von Januar 1935 bis Mitte April 1937. Diese Zeit war noch stärker als in den ersten beiden Jahren von einer Doppelnatur der Beziehungen, und zwar in vielerlei Hinsicht, gekennzeichnet. Die Periodisierung dieses Bandes ist von den Bemühungen Stalins bestimmt, nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland zu erweitern, sondern auch die politischen Beziehungen zu verbessern bzw. sie auf ein qualitativ anderes Niveau zu bringen. Als wichtiges Werkzeug dieser Stalinschen Politik wurde David Kandelaki bestimmt, der im Januar 1935 die Leitung der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland übernahm und dessen Zurückberufung nach Moskau im April 1937 erfolgte. Die Handelsbeziehungen waren für die beiden Staaten in diesem Zeitraum dominant: von sowjetischer Seite hervorgerufen durch das Interesse an militärischer und industrietechnischer Produktion aus Deutschland, von deutscher Seite an Rohstoffen und Devisen für den „Neuen Plan“ und den schließlich 1936 verabschiedeten Vierjahresplan. Die politischen Beziehungen beider Länder verschärfen sich dagegen in diesen Jahren, in denen Deutschland eine Reihe von außenpolitischen Aktivitäten entwickelte – genannt seien nur die Rheinlandbesetzung, die Einmischung in den Bürgerkrieg in Spanien und der Antikomintern-Pakt –, erheblich. Die sowjetische Seite reagierte, nachdem das Projekt eines Ostlocarnos im Jahre 1935 ganz offensichtlich gescheitert war, mit Beistandsverträgen mit Frankreich und der Tschechoslowakei, verfolgte aber gleichzeitig auch weiterhin ihre Bemühungen, mit dem Deutschen Reich eine verbindliche politische Vereinbarung abzuschließen. Jedes der beiden Regimes benutzte auch das innenpolitische Instrumentarium der Propaganda als wichtiges Mittel zur Beeinflussung der bilateralen Beziehungen: Antibolschewismus und Antisemitismus auf der einen und Antifaschismus und Heraufbeschwören der Kriegsgefahr auf der anderen Seite. Die Zunahme der innenpolitischen Repressionen in der UdSSR und die Atmosphäre eines verbreiteten

Misstrauens in der Gesellschaft gegenüber Ausländern und dem Ausland insgesamt bewirkten zudem eine starke Belastung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, da sowohl eine Reihe deutscher Reichsangehöriger als auch eine Vielzahl sowjetischer Staatsangehöriger deutscher Nationalität von den Verhaftungen betroffen waren.

* * *

Die Dokumentenedition ist ein russisch-deutsches Gemeinschaftsprojekt, das dank der finanziellen Unterstützung der „Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“ weitergeführt werden kann. Durch die organisatorische Übernahme der Kommission durch die Beauftragte für Kultur und Medien und die Neubesetzung des deutschen Sekretariats haben sich einige Umstrukturierungen ergeben. Mit Band 2 hat das Institut für Zeitgeschichte die Koordinierung des Projektes übernommen. Der Leiter des IfZ, Prof. Dr. Andreas Wirsching, übernahm auch dankenswerterweise zusammen mit Dr. Jürgen Zarusky und Frau Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker die Betreuung des Projektes. Es wird in Kooperation mit der Archivabteilung des Auswärtigen Amtes (Leitung: Prof. Dr. Elke Freifrau von Boeselager) und dem Deutschen Historischen Institut (Leitung: Prof. Dr. Nikolaus Katzer) durchgeführt. Allen Genannten gilt unser herzlichster Dank dafür, dass sie für eine kontinuierliche Weiterarbeit gesorgt haben.

Für die Bereitstellung der Dokumente ist insbesondere den Verwaltungen der beiden Außenministerien zu danken: der Leiterin des Historisch-Diplomatischen Departements des Außenministeriums der Russischen Föderation, Nadežda Barinova, der Leiterin des Archivs für Außenpolitik Anna Zaleeva und ihren Mitarbeitern Sergej Pavlov und Natalija Sergeeva in Moskau sowie dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, insbesondere Dr. Gerhard Keiper und Dr. Martin Kröger sowie den stets freundlichen und hilfsbereiten Mitarbeitern des Lesesaals in Berlin. Des Weiteren geht der Dank in Moskau an Ljudmila Košeleva und Svetlana Rozental' (Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte), Ljubov' Kudrjavceva (Russisches Staatliches Militärarchiv) und Alexej Vasil'ev (Zentralarchiv des Föderativen Sicherheitsdienstes). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesarchivs und des Archivs der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Berlin, des Bundesarchivs-Militärarchivs in Freiburg, des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs in Köln und des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte in München haben mit ihrer Erfahrung das Ihrige zum Gelingen der Materialrecherche beigetragen.

Auf die eine oder andere Weise waren an dem Gelingen der Arbeit beteiligt oder haben dank ihrer Fachkompetenz wertvolle Ratschläge und Hinweise gegeben: Dr. Günter Agde, Ol'ga Aleksandri, Verena Brunel, Leonid Gibianskij, Anja Großmann, Saskia Günther, Dr. Viktor Knoll, Svetlana Kuzjaeva, Maria Medvedeva, Dr. Susanne Olbertz, Dr. Nikita Petrov, Dr. Yuliya von Saal, Dr. Ulrich Soénius, Dr. Thomas Wagner, Larissa Zueva. Dr. Mechthild Lindemann hat dank ihrer langjährigen Editionserfahrung besondere Verdienste bei der Lösung vieler schwieriger Fragen erworben. Nachdem Florian Hoppe vom Verlag DeGruyter Oldenbourg für den 1. Band als geduldiger Redakteur an unserer Seite gestanden hatte, hat diese Funktion für den 2. Band nun Frau Gabriele Jaroschka mit viel Verständnis für die

Umsetzung übernommen. Auf dem Übersetzer Dr. Lothar Kölm lag eine große Last, die er mit Bravour gemeistert hat. Die Herausgeber fühlen sich den Genannten verpflichtet und wissen um ihre eigene Verantwortung bei allen getroffenen Entscheidungen.

Sergej Slutsch und Carola Tischler

I. Einleitung

1. Deutschland und die Sowjetunion seit Januar 1933

Anders als in anderen Außenministerien oder Botschaften der europäischen Hauptstädte haben Diplomaten des sowjetischen Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten (abgekürzt NKID oder auch Narkomindel) in Moskau schnell und treffend erkannt, dass die Machtübernahme Hitlers nicht eine Fortsetzung der Weimarschen Präsidialkabinette bedeutete. „Hitlers Machtantritt, wenn auch in einer gemischten Regierung, ist für Deutschland ein historisches Datum“, schrieb schon am 1. Februar 1933 der Leiter der 2. Westabteilung David Grigor’evič Štern an den sowjetischen Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Lev Michajlovič Chinčuk. „Da Hitler nun einmal an die Macht gelangt ist, wird er sie nicht so leicht wieder hergeben.“¹ Beteuerungen deutscher Diplomaten, die Einbindung Hitlers in das Kabinett, in dem nicht nur Nationalsozialisten in Regierungsverantwortung standen – allen voran der parteilose Reichsaußenminister Konstantin von Neurath –, bedeute eine Kontinuität zu der Politik der Weimarer Republik, überzeugten die sowjetische Seite nicht. Auch die Versicherungen, Hitlers Anschauungen aus seiner Schrift „Mein Kampf“ seien als extreme Hypothesen in einem Prozess des politischen Kampfes zu betrachten und würden für den Staatsmann an der Macht nicht gelten, fruchteten in Moskau nicht. Denn überaus genau war die sowjetische Führung darüber informiert, wie stark Hitler seine in der Schrift dargelegten Überzeugungen als Richtschnur für sein Regierungshandeln betrachtete. Seine vertrauliche Rede vor der Reichswehrführung, die er vier Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler in der Dienstwohnung des Chefs der Heeresleitung General Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord hielt, legte davon Zeugnis ab. Darin betonte er nicht nur die – in seiner Sicht – rassische Minderwertigkeit der Bolschewisten, sondern legte auch das Ziel seiner Politik offen. Sobald er eine aktive Außenpolitik führen könne, so Hitler, werde „das Ziel der Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes [...] auch mit bewaffneter Hand erreicht werden – Das Ziel würde wahrscheinlich der Osten sein.“² Diese Niederschrift von Hitlers Rede lag dem sowjetischen Volkskommissar für Verteidigung Kliment Efremovič Vorošilov und mithin der sowjetischen Führung schon Anfang März 1933 vor. Wenn sie sich auch in den Folgejahren zum Schutz ihrer Nachrichtenquelle immer wieder auf die Schrift Hitlers aus den zwanziger Jahren berief, so konnte dieses Dokument doch keinen Zweifel an der Ausrichtung Hitlers lassen.

Anders aber als es zeitgenössische Beobachter, insbesondere die Mitglieder kommunistischer Parteien in den verschiedenen Staaten, erwarteten, kam es zunächst nicht zu einer Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung zwischen

¹ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 4, S. 140–141, hier S. 141. Die folgende Einleitung knüpft an die Dokumente des 1. Bandes der Edition an und an die Einleitung von Sergej Slutsch. Dort befindet sich auch ein umfassender Forschungsüberblick zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen der Jahre 1933–1941. In dieser Einleitung soll vor allem auf die neuere Forschungsliteratur zu den behandelten Themen eingegangen werden.

² Vgl. ebd., Dok. 8, S. 145–148, hier S. 147. Die Rede ist in der von Andreas Wirsching herausgegebenen Version auch online verfügbar unter: www.1000dokumente.de.

dem nationalsozialistischen und dem kommunistischen Staat. Das politische Tagesgeschäft verlief in seinem vorgegebenen Rahmen weiter. Der Grundsatz beider außenpolitischer Apparate war dabei nach wie vor, dass eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des anderen Staates unterbleiben sollte. Sowohl die Kommunistische Partei Deutschlands als auch die Kommunistische Internationale insgesamt kamen damit zwar in eine widersinnige Lage, aber beide waren schon spätestens seit Ende der 20er Jahre darauf ausgerichtet, sich den politischen Erfordernissen der sowjetischen Außenpolitik anzupassen. Zudem waren beide – KPD und Komintern – so stark in ihre jahrelangen Flügelkämpfe involviert und so sehr von dem Revolutionsgedanken infiziert, dass sie die reale Entwicklung der Sowjetunion zu einem Staat, der sich in der internationalen Staatenwelt als Partner konsolidieren wollte und musste, kaum wahrgenommen hatten oder nicht wahrnehmen wollten.³ Zur Befriedung der linksrevolutionären Erwartungen wurde ein Teil der offiziellen Rhetorik in der sowjetischen Presse beibehalten. Aber weniger aus Gründen eines dem Kommunismus inhärenten Antifaschismus als vielmehr aus nationalstaatlicher Selbstachtung verschärfte sich zwischen der UdSSR und dem nationalsozialistischen Deutschland der Ton in der publizistischen Auseinandersetzung erheblich.

Die sowjetische Seite strebte in dieser Situation der außenpolitischen Unwägbarkeiten vor allem nach vertraglichen Abmachungen mit Deutschland. Dies war am wenigstens problematisch auf wirtschaftlichem Gebiet, da diese Geschäfte zunächst ohne besondere politische Einflussnahme weiterliefen. So bestand die erste Abmachung nach dem Machtantritt Hitlers zwischen Deutschland und der UdSSR in dem Abschluss eines Kreditabkommens zwischen Vertretern deutscher Banken einerseits und der Staatsbank der UdSSR und der sowjetischen Handelsvertretung andererseits. Es wurde Ende Februar 1933 geschlossen. Nach außen sichtbarer und ausschlaggebender für das beiderseitige Verhältnis war die Verlängerung des Berliner Vertrages im Mai 1933. Der im April 1926 auf fünf Jahre geschlossene Neutralitätsvertrag – eine Art Freundschaftsvertrag, der den Geist von Rapallo in rechtliche Vereinbarungen fixiert hatte – war schon seit April 1931 ausgelaufen. Aufgrund der parlamentarischen Wirren der Präsidialkabinette war es bis dato zu keiner Ratifizierung des Protokolls, das im Juni 1931 in Moskau zur Verlängerung des Vertrages vereinbart wurde, durch das deutsche Parlament gekommen. Dies geschah nun im Mai 1933, nicht mehr durch ein demokratisch funktionierendes Reichsparlament, sondern mittels Kabinettsbeschluss. Aber der sowjetischen Seite schien diese vertragliche Grundlage nicht zu genügen. Mehrmals setzte sie dazu an, in den Gesprächen mit den deutschen Botschaftern weitergehende schriftliche Vereinbarungen oder die Abgabe einer offiziellen, beschwichtigenden Verlautbarung zu erhalten. In den beiden deutschen Botschaftern dieser Jahre in Moskau fand sie auch Fürsprecher dieses Ansinnens, nicht aber im Auswärtigen Amt. „Wie oft noch!“ schrieb der deutsche Außenminister an einen entsprechenden Bericht des Botschafters

³ Die aus der marxistischen Begründung der Revolution resultierende und bis in die Zeit des Nationalsozialismus (und des Kalten Krieges) aufrechterhaltene Sichtweise, dass die Sowjetunion auf eine Revolutionierungspolitik mittels der Komintern setzte, findet sich in der Forschungsliteratur zur Außenpolitik der UdSSR (immer) seltener. Für die zwanziger Jahre war diese Frage auch noch eher unentschieden; vgl. Gabriel Gorodetsky: *The Formulation of Soviet Foreign Policy: Ideology and Realpolitik*; in: Ders. (Hrsg.): *Soviet Foreign Policy 1917–1991. A Retrospective*, London 1994, S. 30–44.

Herbert von Dirksen vom August 1933.⁴ Und Rudolf Nadolny musste demissionieren, als er erkannte, dass Hitler keineswegs gewillt war, das Verhältnis zur Sowjetunion etwa durch vertragliche Bindungen verlässlich zu gestalten. Nur auf einem Gebiet schien der Sowjetunion nicht mehr an einer vertraglichen Vereinbarung gelegen zu sein, den Militärbeziehungen. Offenbar ohne Abstimmung mit dem Politbüro oder mit der Führung der Roten Armee entschied Stalin im Mai 1933, die gemeinsame Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee, die seit den frühen 20er Jahren bestanden hatte, aufzugeben. Offiziell wurden fehlende Mittel für die weitere Finanzierung der drei auf dem Gebiet der UdSSR bestehenden Versuchsstationen, die die Reichswehr genutzt hatte, als Begründung angegeben; es liegt die Vermutung nahe, dass man den ehemaligen Partnern keinen Einblick mehr in die militärischen Kompetenzen der Roten Armee gewähren wollte.

Zeitgleich zu den Versuchen, mit Deutschland zu einem *modus vivendi* zu gelangen, war die sowjetische Regierung bestrebt, multilaterale Abmachungen zu treffen. Ein nur wenig erfolgversprechendes Projekt war der sogenannte „Baltenpakt“. Diese zwischen Deutschland und der UdSSR angedachte Vereinbarung zur Garantie der politischen und wirtschaftlichen Unantastbarkeit der baltischen Staaten sollte auch für andere Staaten offen sein. Wegen der aus deutscher Sicht ungelösten Memelfrage lehnte Deutschland den sowjetischen Vorschlag kurzerhand ab. Mehr Chancen versprach die Initiative, die ursprünglich von französischer Seite angestoßen worden war und eine dem Locarno-Vertrag entsprechende multilaterale Vereinbarung zur Festlegung der deutschen Ostgrenze beinhaltete. Dieser „Ostpakt“, auch „Ost-Locarno“ genannt, kollidierte jedoch mit der Neigung in Deutschland, nicht auf multilaterale, sondern nur noch auf bilaterale Verträge zu setzen. Hier trafen sich Hitlers Vorstellungen mit denen des Auswärtigen Amtes, das mehrheitlich die Ostgrenze, so wie sie durch die Entstehung des Staates Polen im Versailler Vertrag festgelegt worden war, nicht als endgültig betrachtete. Das hinderte Hitler jedoch nicht daran, im Januar 1934 mit Polen einen Nichtangriffs-Pakt zu schließen. Dies wiederum sah die sowjetische Seite als eine der schwerwiegendsten Weichenstellungen für das sowjetisch-deutsche Verhältnis in den Anfangsjahren der deutschen Außenpolitik an. Nicht zuletzt deshalb ging die UdSSR dazu über, alle möglichen Varianten außenpolitischer Bündnisse zu ventilieren. Der Vorbehalt gegenüber dem Völkerbund, aus dem Deutschland im Oktober 1933 ausgetreten war und dessen Beitritt für die Sowjetunion wegen der prinzipiellen Ablehnung des Versailler Systems zunächst keine Option gewesen war, schwand zusehends. Mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika (November 1933) und vor allem mit dem Eintritt in den Völkerbund (September 1934) entwickelte sich für die Sowjetunion eine Perspektive der Zusammenarbeit mit dem Westen, die die sowjetischen Handlungsmöglichkeiten erweitern sollte. Dem sowjetischen Außenkommissar Maxim Maksimovič Litvinov fiel dabei die Rolle zu, die Tribüne der Völkerbundsitzungen in Genf für das sowjetische Konzept einer kollektiven Sicherheit in Europa zu nutzen.

Nichtsdestotrotz bestand sowjetischerseits weiterhin der Wunsch, in Deutschland einen verlässlichen außenpolitischen Partner zu finden. Alle Schmähun-

⁴ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 179, S. 592–596, hier S. 594.

gen, die die UdSSR in den ersten Monaten nach Hitlers Machtantritt hinnehmen musste – das betrifft vor allem die Schikanen gegenüber in Deutschland lebenden sowjetischen Staatsbürgern und die Behinderungen sowjetischer oder deutsch-sowjetischer Einrichtungen –, konnte und wollte sie dem unkontrolliertem Gebaren nationalsozialistischer Parteifunktionäre zuschreiben. Das Auswärtige Amt versuchte anfangs in der Tat aus Gründen der Staatsräson die Rechtsgrundsätze zwischenstaatlicher Abmachungen aufrechtzuerhalten. In vielen Fällen konnte es jedoch nur im Nachhinein aktiv werden. Auf Anwürfe der deutschen Presse antwortete die sowjetische Presse ihrerseits, hatte dabei aber immer die Möglichkeit, zwischen einer Parteipresse („Pravda“) und einer Regierungspresse („Izvestija“) zu lavieren. Nur einmal war die sowjetische Geduld überstrapaziert: bei der Aussperrung sowjetischer Journalisten aus dem Reichstagsbrandprozess in Leipzig. Das mit Überzeugung angedrohte Druckmittel, deutsche Journalisten aus Moskau auszuweisen, bewirkte ein Einlenken der deutschen Seite. Nadolny schließlich trat ein gutes halbes Jahr später zurück, als er sah, dass er – trotz der vom Reichskanzler abgerungenen Grundsätze zu Beginn seiner Amtszeit – in Hitler keine Rückendeckung besaß für ein konstruktives deutsch-sowjetisches Verhältnis. An seiner Statt wurde ein Diplomat berufen, dem man keine eigenständige oder ambitionierte Politik zutraute. Friedrich Werner Graf von der Schulenburg galt eher als blasse Gestalt. Er schien am besten eine Politik gegenüber der UdSSR repräsentieren zu können, die aus deutscher Sicht nach den ersten beiden Jahren so gestaltet sein sollte, wie es Staatssekretär Bernhard Wilhelm von Bülow im Februar 1934 Nadolny in Moskau angeraten hatte: „Vom Standpunkte unserer Gesamtpolitik ist der Zeitpunkt für eine aktive Politik gegenüber Russland jedenfalls noch nicht gekommen, weder innenpolitisch noch außenpolitisch. Daher empfiehlt sich die ‚kühle Reserve‘ [...]“. ⁵

Hitler hatte in seiner Rede vom 3. Februar 1933 dargelegt, dass Deutschland erst innenpolitisch konsolidiert sein müsse, bevor er zu einer aktiven Außenpolitik übergehen könne. Gegenüber der Wehrmachtführung hielt er dafür noch sechs bis acht Jahre für erforderlich. Aber bereits nach zwei Jahren, mit dem Beginn des Jahres 1935, war die bisherige außenpolitische Zurückhaltung der nationalsozialistischen Regierung beendet. An diesem Punkt setzt der 2. Band der Edition ein. Im Folgenden sollen zunächst die wichtigsten Akteure beider Seiten vorgestellt werden, bevor die Themen, die das deutsch-sowjetische Verhältnis ab Januar 1935 bestimmten, dargelegt werden.

2. Die Beteiligten

Obwohl die außenpolitischen Richtlinien beider Staaten von den an der Spitze stehenden Staatsmännern vorgegeben wurden, spielen diese in den vorliegenden Dokumenten eine untergeordnete Rolle. Stalin äußerte sich insgesamt selten zu außenpolitischen Fragen und beanspruchte zumeist nur durch kurze Anweisungen oder durch redaktionelle Eingriffe das letzte Wort in den Entscheidungsprozessen. ⁶

⁵ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Dok. 364, S. 1007–1010, hier S. 1009.

⁶ In den Worten Molotovs rund ein halbes Jahrhundert später: „Our diplomacy was not bad. But it was Stalin, not some diplomat, who played the decisive role in it.“ (S. 70) Die Gespräche Molotovs mit Čuev waren zu Beginn der 90er Jahre eine Sensation, allerdings sind sie

Hitler ließ sich in stundenlangen Reden zur Außenpolitik aus, von den entsprechenden Zusammenkünften, in denen Entscheidungen getroffen wurden, sind indes nur wenige Dokumente überliefert. Die vorliegenden Quellen zeigen, wie das Personal der außenpolitischen Apparate, aber auch dasjenige anderer Ministerien oder Kommissariate diese Politik umzusetzen halfen.

Die Akteure der sowjetischen Seite

In den Jahren 1935 bis Anfang 1937 blieb die Struktur des Narkomindel weitgehend stabil. Die Abschaffung des Kollegiumprinzips und die Einführung der Einzelleitung im Mai 1934 hatten dazu geführt, dass Maksim Maksimovič Litvinov als Volkskommissar und seine beiden Stellvertreter Nikolaj Nikolaevič Krestinskij und Boris Spiridonovič Stomonjakov persönlich Verantwortung für die Tätigkeit des Volkskommissariats trugen. Sie bildeten die Leitung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten.⁷ Im Narkomindel existierten drei Hauptabteilungen: die Länderabteilung, die nach Regionen in fünf Unterabteilungen aufgeteilt war⁸, die Sachabteilung (Presse, Recht, Konsulatsfragen, Protokoll und Wirtschaftsbeziehungen) sowie die Organisations- und Haushaltsabteilung (Personal, Finanzen, Wirtschaftsabteilung, Gebäude, Ausbildung).⁹ Auch in der 2. Westabteilung, die für die Staaten Zentraleuropas – somit auch für Deutschland – und den Balkan zuständig war, blieb der Leiter David Grigor'evič Štern in diesem Zeitraum im Amt. Seine gesundheitlichen Probleme führten allerdings zu längeren Zeiten der Abwesenheit. Der Gehilfe (in der deutschen Terminologie der Stellvertreter) Šterns, Fridrich Vil'gel'movič Linde, wurde im Januar 1936 Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Dänemark, an seine Stelle rückte der bisherige Referent für Deutschland, Vladimir L'vovič Levin, nach. Als seine Nachfolgerin wurde Sof'ja Pavlovna Kanter auf die Referentenstelle für Deutschland berufen, die schon seit Juni 1934 in untergeordneter Position Referentin für Deutschland gewesen war.

Auf der Ebene der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin blieben die Verhältnisse ebenfalls relativ konstant. Sergej Alekseevič Bessonov war schon seit Mitte

für unsere Thematik insgesamt wenig aussagekräftig und aufgrund ihres eklektischen Charakters auch nicht ganz unproblematisch. Vgl. Sto sorok besed s Molotovym: Iz dnevnika F. Čueva, Moskva 1991; Molotov remembers. Inside Kremlin Politics. Conversations with Felix Chuev, Chicago 1993.

⁷ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd.1, S. 19. Das Kollegium, dem nicht mehr als zehn Personen angehören sollten, wurde erst im Jahre 1938 wieder eingeführt.

⁸ Diese Gliederung war folgende: 1. Westabteilung (Baltikum, Skandinavien, Polen), 2. Westabteilung (Deutschland, Österreich, Tschechoslowakai, Ungarn, Balkanstaaten), 3. Westabteilung (USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Spanien und alle spanischsprechenden Staaten Südamerikas), 1. Ostabteilung (Nahe und Mittlerer Osten – Türkei, Iran, Afghanistan, Jemen, die Arabische Halbinsel und andere) sowie die 2. Ostabteilung (Ferner Osten – China, Japan und andere).

⁹ Vgl. V. V. Pochlebkina: Vnešnjaja politika Rusi, Rossii i SSSR za 1000 let v imenach, datach i faktach, Bd. 1, Moskva 1995, S. 267. Zu der personellen Besetzung der Abteilungen gibt auch das jährlich erschienene Jahrbuch des Narkomindel Auskunft, dessen letzte Ausgabe aus dem Jahr 1936 stammt: Annuaire Diplomatique du Commissariat du Peuple pour les Affaires Étrangères pour l'année 1935, Moscou 1935 (und für das Jahr 1936, Moscou 1936). Eine grobe Übersicht mit hilfreichen Literaturangaben bei Teddy J. Uldricks: Union of the Soviet Socialist Republics; in: Zara Steiner (Hrsg.): Survey of Foreign Ministries of the World, London 1982, S. 513–539.

1933 Rat der Bevollmächtigten Vertretung, der Bevollmächtigte Vertreter selbst, Jakob Zacharovič Suric, hatte seine Arbeit im Oktober 1934 in Berlin aufgenommen. Er wurde im April 1937 abberufen. Eines der letzten Dokumente dieses Bandes handelt von dem Abschiedsbesuch von Suric bei von Neurath (Dok. 688). Neu an die Vertretung kam als 1. Sekretär im Februar 1935 Evgenij Aleksandrovič Gnedin, der in Dresden geborene Sohn des 1924 in Berlin verstorbenen Alexander Parvus-Helphand¹⁰. Gnedin hatte schon in den 20er Jahren Erfahrungen im diplomatischen Dienst gesammelt. Zwischenzeitlich war er journalistisch tätig gewesen, sodass ihm in Berlin die Arbeit der Presseabteilung anvertraut wurde. Die zahlreichen Dokumente in diesem Band, in denen Gnedin vorkommt, zeigen ihn als umtriebigen und ehrgeizigen Mitarbeiter der Vertretung, der bestens mit den deutschen Verhältnissen vertraut war. Seine verwandtschaftlichen Bindungen blieben offensichtlich allen Deutschen, mit denen er in Kontakt trat, verborgen; zumindest gibt es dazu keinerlei Hinweise in den Dokumenten. Gnedin war auch der einzige der hier Beteiligten, der Erinnerungen verfasst hat.¹¹ Die Aktivität des zweiten 1. Sekretärs, Aleksandr Vladimirovič Giršfel'd, tritt in der dokumentarischen Überlieferung demgegenüber deutlich zurück; im September 1935 wurde er als Generalkonsul nach Königsberg¹² versetzt. Ihm folgte für knapp ein Jahr Nikolaj Georgievič Pozdnjakov als zweiter 1. Sekretär nach. Auch er trat in diesem Zeitraum nicht auffallend in Erscheinung.

Eine entscheidende Veränderung bei dem Personal der sowjetischen Seite war die Ersetzung des bisherigen Handelsvertreters Israil' Jakovlevič Vejcer durch David Vladimirovič Kandelaki. Dieser traf am 12. Januar 1935 in Berlin ein (Dok. 5) und verließ zeitgleich mit Suric Mitte April 1937 seinen Posten (Dok. 688). Insofern ist der gesamte Band von der sogenannten „Mission Kandelaki“¹³ bestimmt, die darin bestand, die wirtschaftlichen Beziehungen als Hebel für eine Verbesserung der politischen Beziehungen zu nutzen. Schon die Zeitgenossen maßten der Person Kandelakis eine herausgehobene Position zu, indem sie ihn als besonderen Vertrauten Stalins bezeichneten. Jedoch musste der Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg das in Deutschland umlaufende Gerücht richtigstellen, demzufol-

¹⁰ Alexander Parvus-Helphand (1867–1924) ist in der Geschichtsschreibung vor allem durch seine Rolle bekannt als derjenige, der 1917 gemeinsam mit deutschen Regierungsstellen die Reise Lenins aus der Schweiz nach Russland organisierte.

¹¹ Die 1954 publizierten Memoiren von Litvinov sind dagegen schon lange als Fälschung entlarvt. Gnedins auch auf Deutsch erschienenen Erinnerungen haben zu seiner Arbeit im Narkomindel jedoch nur wenig zu bieten: Jewgenij Gnedin: *Das Labyrinth. Hafterinnerungen eines führenden Sowjetdiplomaten*, Freiburg 1987. Zuerst 1977 in Amsterdam erschienen unter dem Titel: „Katastrofa i vtoroe roždenie – Memuarnye zapiski“. Informationen zu seiner Tätigkeit in Deutschland auch in: Ders.: *Iz istorii otnošenij meždu SSSR i fašistskoj Germaniej* (Zur Geschichte der Beziehungen zwischen der UdSSR und dem faschistischen Deutschland), N'ju Jork 1977 sowie vor allem E. A. Gnedin: *V Narkomindele 1922–1939. Zapis' A. Meeroviča* (Im Narkomindel. Aufzeichnungen von A. Meerovič), in: *Pamjat'. Istoričeskij sbornik*, Nr. 5, Moskva 1981/Paríž 1982.

¹² Außer in Königsberg unterhielt die UdSSR noch Generalkonsulate in Hamburg und Stettin.

¹³ Vgl. N. A. Abramov/L. A. Bezymenskij: *Osobaja missija Davida Kandelaki*; in: *Voprosy istorii*, 1991, H. 4–5, S. 144–156; Lew Besymenski: *Geheimmission in Stalins Auftrag? David Kandelaki und die sowjetisch-deutschen Beziehungen Mitte der dreißiger Jahre*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1992, Heft 3, S. 339–357; Geoffrey Roberts: *A Soviet Bid for Co-existence with Nazi Germany, 1935–1937. The Kandelaki Affair*. In: *International History Review* 16 (1994), S. 466–490; M. M. Narinskij: *Missija D. Kandelaki v Berline i sovetsko-germanskije otnošenija (1935–1937 gg.)*, in: *200 let MID Rossii*, Moskva 2003, S. 173–183.

ge Kandelaki ein Schulfreund Stalins sei. Schon der große Altersunterschied sprach entschieden dagegen (Dok. 656). Ende Dezember 1934 hatte der neue Leiter der Handelsvertretung seine Instruktionen für Deutschland von Stalin erhalten; danach war er in den Jahren 1935 bis zu seiner Rückberufung nach Moskau im April 1937 immerhin zwanzigmal im Besucherbuch Stalins registriert.¹⁴ Im Kreml trat Kandelaki allerdings in den allermeisten Fällen im Gefolge seines unmittelbar Vorgesetzten, dem Volkskommissar für Außenhandel (NKVT oder Narkomvneštorg) Arkadij Pavlovič Rozengol'c an, oft auch in Anwesenheit von Litvinov, zweimal auch von Suric, der sich zu den betreffenden Zeiten in Moskau aufhielt. Mitglieder der ‚Mannschaft‘ Stalins¹⁵ waren sowieso meist zugegen. Nur zweimal kam es tatsächlich zu einem Vieraugen-Gespräch mit Stalin, einmal am 5. Mai 1935, dem Tag, als die Weisungen Litvinovs an Kandelaki von Stalin redigiert wurden (Dok. 142), sowie am 3. April 1937, einen Tag, nachdem Litvinov gegenüber von der Schulenburg von einer möglichen Abberufung Kandelakis gesprochen hatte (Dok. 680). Die Dokumente zeigen aber auch, dass die Sonderrolle Kandelakis zu Konflikten mit dem Narkomindel führte, da Litvinov nicht zulassen konnte, dass der Leiter der sowjetischen Handelsvertretung über den Bevollmächtigten Vertreter gestellt wurde (vgl. Dok. 620, 622).

Neben diesen Apparaten des Volkskommissariat für Äußere Angelegenheiten und des Volkskommissariats für Außenhandel gab es in der UdSSR wenig weitere Strukturen, die zu außenpolitischen Fragen herangezogen wurden. Im Mai 1934, als das Kollegium im Narkomindel aufgelöst worden war, war auch das Büro für internationale Information (BMI) in seinen Kompetenzen beschnitten worden. Es existierte aber formal noch bis Herbst 1936 weiter. Der Deutschlandexperte und Leiter des Büros Karl Radek, der 1933/34 im Rahmen dieser Organisationsstruktur wichtige Analysen verfasst hatte, wechselte wieder hauptamtlich in die Publizistik.¹⁶ Seine in der Zeitung „Izvestija“ veröffentlichten Artikel zu Deutschland wurden in der Deutschen Botschaft und in der Zentrale in Berlin weiterhin genauestens verfolgt und ausgewertet. Radek selbst merkte aber, dass er als Experte für außenpolitische Fragen kaum noch über Einfluss verfügte. Nur zweimal war er im Jahre 1935 bei Zusammenkünften im Kreml zugegen, und das auch nur sehr kurz. Seine Bitte, von Stalin empfangen zu werden und ihm seine Vorstellungen von ei-

¹⁴ Na prieme u Stalina. Tetradi (žurnaly) zapisej lic, prinjatych I. V. Stalinym (1924–1953). Spravočnik, Moskva 2008, S. 627 (Namensregister; siehe die entsprechenden Einträge).

¹⁵ Die Forschungen zu Stalin und der engeren Führungsschicht haben in den letzten Jahren ein besonderes Interesse gefunden, um die Machtstrukturen während des Stalinismus präziser als in den zahlreichen älteren Stalin-Biographien darstellen zu können. Vgl. dazu: Oleg Chlevnjuk: Chozjain. Stalin i utverždenie stalinskoj diktatury (Stalin und die Festigung der Stalinschen Diktatur), Moskva 2010. Niederschlag fanden seine gewonnenen Erkenntnisse auch in dem für ein breites Publikum geschriebenen Werk: Oleg Chlevnjuk: Stalin. Eine Biographie, München 2015. Ebenso: Sheila Fitzpatrick: Stalins Mannschaft. Teamarbeit und Tyrannei im Kreml, Paderborn 2017 (Originalausgabe: On Stalin's team: the years of living dangerously in Soviet politics, 2015). In den vorliegenden Quellen erscheint mehrmals der Ausdruck Instanz, was ein anderer Ausdruck für das Politbüro war, sich aber immer häufiger auf Stalin allein bezog.

¹⁶ Oleg Ken: Karl Radek i bjuro meždunarodnoj informacii CK VKP (B) (Karl Radek und das Büro für Internationale Information des ZK der VKP (B)), 1932–1934 gg., in: Cahiers du Monde Russe, 2003, H. 1, S. 135–178. Zuletzt über Radek: Jean-Francois Fayet: Karl Radek (1885–1939), Bern u. a. 2004.

ner Reorganisation des BMI darzulegen, blieb offensichtlich erfolglos (Dok. 280). Dass er sich auch als Kommentator in seinen Wertungen tunlichst an die Meinung Stalins zu halten hatte, zeigt sein Schreiben vom März 1936, in dem er Stalin seine Auffassung bezüglich des deutschen Einmarsches im Rheinland darlegte, um sich ihm gegenüber abzusichern (Dok. 413). Oberflächlich gesehen könnte man die Lahmlegung des BMI als Aufwertung des Narkomindel betrachten, war doch eine wenn auch sehr kleine, so doch parallele, dem Politbüro unterstehende Institution zur außenpolitischen Analyse nach wenigen Jahren wieder abgeschafft worden. Es ist aber eher als Zeichen dafür zu werten, dass der Bedeutungsverlust des Politbüros vorangeschritten war und die Macht sich immer mehr auf die unmittelbare Mannschaft um Stalin konzentrierte, zu der Litvinov nicht zählte.¹⁷

Über das militärische Personal der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin ist weiterhin nur wenig bekannt. Mit der Ernennung von Aleksandr Grigor'evič Orlov, der vorher Gehilfe des Militärattachés in Paris gewesen war, gab es seit Januar 1935 wieder einen Militärattaché in Berlin. Sein Vorgänger, Vasilij Nikolaevič Levičev, war schon im Mai 1934 abberufen worden.

In dem engeren Führungszirkel um Stalin beschäftigte sich nur noch Vjačeslav Michajlovič Molotov mit außenpolitischen Fragen. Telegramme allgemeinen außenpolitischen Inhalts gingen meist an die gesamte ‚Mannschaft‘, zu der noch als erster Lazar' Moiseevič Kaganovič, dann Kliment Efremovič Vorošilov und Grigorij Konstantinovič Ordžonikidze gehörten; der Briefwechsel bezüglich der Kandelaki-Mission blieb fast immer auf Stalin, Molotov, den Außenhandelskommissar Rozengol'c und gegebenenfalls Kandelaki beschränkt. Die herausgehobene Rolle Molotovs war auch den Deutschen bewusst, deshalb wurden seine Reden vom 28. Januar 1935 auf dem Sowjetkongress (Dok. 19) und vom 10. Januar 1936 auf der Tagung des Zentralexekutivkomitees (Dok. 346) in Deutschland genau registriert und ausgewertet (z. B. Dok. 24, 25, 348, 355, 367). Und aus diesem Grund war von Beginn seiner Tätigkeit in Moskau von der Schulenburg bestrebt, auch mit Molotov ins Gespräch zu kommen. Dies forcierte er, nachdem er bemerkt hatte, dass sich das Narkomindel in der Frage der verhafteten Reichsdeutschen immer häufiger als handlungsunfähig gegenüber dem Innenkommissariat herausstellte. Als Vorsitzendem des Rates der Volkskommissare und „zweitem Mann“ hinter Stalin traute Schulenburg ihm mehr Einfluss als Litvinov zu. Im dokumentierten Zeitraum kam es zwischen ihm und Molotov nur zu einem Treffen, nämlich am 23. Dezember 1936 (Dok. 614).¹⁸

Die Vorboten des Terrors waren, was das Personal der sowjetischen Seite betrifft, lediglich am Ende der hier behandelten Zeitperiode zu erkennen. Es begann mit der Verhaftung Radeks am 16. September 1936. Er fand sich im zweiten Schauprozess, der am 23. Januar 1937 begann, auf der Anklagebank wieder. Im Laufe dieses Prozesses fiel auch der Name Bessonovs; diesen verhaftete das NKVD am 23. Februar 1937. Als Schulenburg am 27. März 1937 Litvinov auf die inhaftierten

¹⁷ Nicht einmal in dem weiteren Kreis anlässlich des Geburtstags von Stalin im Dezember 1936 waren Angehörige des Außenkommissariats zugegen. Diese Tatsache war selbst für Dimitrov so auffällig, dass er sie notieren musste, vgl. Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933–1943, hrsg. von Bernhard H. Bayerlein, Berlin 2000, S. 142.

¹⁸ Über diese Begegnung konnte im Archiv des Außenministeriums in Moskau trotz vielfältiger Nachfragen keine Gesprächsaufzeichnung Molotovs ausfindig gemacht werden.

Reichsdeutschen ansprach, verwies der Volkskommissar ihn an seinen Stellvertreter Krestinskij, der darüber besser Bescheid wisse. Es ist durchaus möglich, dass selbst Litvinov an diesem Tag noch nicht darüber informiert war, dass Krestinskij zwei Tage später schon nicht mehr sein Stellvertreter sein sollte, sondern ins Volkskommissariat für Justiz versetzt worden war (Dok. 677). So stand auch in dieser Zeit, in der der sowjetische Terror gegenüber Reichsdeutschen in der UdSSR oder sowjetischen Staatsbürgern deutscher Nationalität die deutsch-sowjetischen Beziehungen immer stärker belastete, das Narkomindel – wie andere staatliche Einrichtungen auch – selbst im Visier des NKVD. Zwei Übersichtslisten zum Narkomindel mit personalpolitischen Auffälligkeiten – ehemalige Zugehörigkeit zu Strömungen der KP, die als Abweichung abgestempelt waren, frühere Mitgliedschaft in einer nichtbolschewistischen Partei, aktenkundige Parteistrafen oder gar Dienst in einer der „weißen“ Armeen – entstanden schon Ende 1936/Anfang 1937.¹⁹ Der Terror der Jahre 1937 im Narkomindel hatte indes, darüber besteht in der aktuellen Forschung Konsens, nicht in außenpolitischen Richtungskämpfen oder Weichenstellungen seine Ursache, sondern war Teil der Repressionspolitik gegenüber den sowjetischen Funktionsebenen insgesamt.²⁰

Die Akteure der deutschen Seite

Auf der Seite der deutschen Akteure, auf der in den ersten beiden Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft eine relativ hohe Kontinuität geherrscht hatte, trat ab 1935 eine ganze Reihe von Veränderungen ein. Konstant blieben nur die Leitungsfunktionen der Deutschen Botschaft in Gestalt des Botschafters Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, der im November 1934 seinen Dienst in Moskau angetreten hatte, und die des Auswärtigen Amtes, wobei Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath²¹ immer weniger in Erscheinung trat. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bernhard Wilhelm von Bülow²², verstarb im Juni 1936. Die Position wurde im August 1936 kommissarisch Hans Heinrich Dieckhoff übertragen, der bis Mai 1936 die Leitung der Politischen Abteilung innegehabt hatte. Für ihn rückte Ernst Freiherr von Weizsäcker als Leiter der Politischen Abteilung nach, bis März 1937 in kommissarischer Verantwortung. Bereits im Jahr davor war der Leiter der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien und Ostasien), Richard Meyer, abgesetzt worden. Nach der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze war er aufgrund seiner „nichtarischen Abstammung“ für das Amt nicht mehr tragbar ge-

¹⁹ Vgl. Viktor Knoll: Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten im Prozeß außenpolitischer Entscheidungsfindung in den zwanziger und dreißiger Jahren; in: Ludmila Thomas/Viktor Knoll (Hrsg.): Zwischen Tradition und Revolution. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik. Stuttgart 2000, S. 148–49.

²⁰ Ebd.; vgl. auch Teddy J. Uldricks: Diplomacy and Ideology. The Origins of Soviet Foreign Relations 1917–1930, London 1979, S. 169–188; Ders.: Soviet Security Policy in the 1930s; in: Gabriel Gorodetsky: Soviet Foreign Policy 1917–1991. A Retrospective, London 1994, S. 65–74, hier S. 69. Sabine Dullin: Des Hommes d’Influences. Les ambassadeurs de Staline en Europe, 1930–1939, Paris 2001, S. 239–264.

²¹ Vgl. zuletzt: Lars Lüdiche: Constantin von Neurath. Eine politische Biographie, Paderborn 2014. Der Autor entschied sich für die laut Familientradition und Geburtsurkunde verbürgte Schreibweise des Vornamens mit „C“, während hier wie in den meisten Publikationen die später von Neurath selbst benutzte Schreibweise mit „K“ erfolgt.

²² Vgl. zuletzt Hermann Graml: Bernhard von Bülow und die deutsche Außenpolitik: Hybris und Augenmaß, München 2012. Annette Schmidt-Klügmann arbeitet an der Universität Marburg an einer Biographie über von Bülow.

wesen. Er verabschiedete sich von seiner Arbeit mit einer großen, hier erstmals veröffentlichten Denkschrift²³ (vgl. Dok. 261). Sein Stellvertreter Siegfried Hey war aus dem gleichen Grund schon etwas früher beurlaubt worden. Die Abteilung wurde im Hinblick auf die geplante Reorganisation des Auswärtigen Amtes insgesamt schon am 23. September 1935 aufgelöst. Das zugehörige Arbeitsgebiet Osteuropa und Skandinavien wechselte an die Abteilung II, die dem Vortragenden Legationsrat Conrad Roediger, der im März 1936 aber schon wieder beurlaubt wurde, unterstellt war. Trotzdem blieb die alte Referatsbezeichnung IV Po bzw. IV Ru zunächst erhalten. Die Referatsleitung übernahm ab Ende September 1935 zunächst kommissarisch der bisherige Konsul in Kiev Andor Hencke, der sich Hoffnungen auf einen längeren Verbleib auf diesem Posten machte (Dok. 453). Es war aber offensichtlich, dass dies ein Provisorium bleiben sollte. Bei der Umstrukturierung des Auswärtigen Amtes, die im Mai 1936 schließlich abgeschlossen war, wurden die Staaten neu in eine Europäische und eine Außereuropäische Gruppe eingeteilt. Osteuropa firmierte in der Europäischen Gruppe nun unter der Nummer Pol. V und war aufgeteilt in die Referate a) Polen und Danzig und b) Sowjetunion. Letzteres leitete nun – durchgängig bis zum Jahr 1941 – Martin Schliep. Die Wirtschaftsfragen wurden wieder – so wie in der Zeit vor den Schülerschen Reformen, die die Trennung von diplomatischer und konsularischer Laufbahn aufgehoben hatten – ausgegliedert und in eine Handelspolitische Abteilung überführt, als deren Leiter Ministerialdirektor Karl Ritter und Vortragender Legationsrat Felix Benzler als sein Vertreter bestimmt wurden. Für die Wirtschaftsfragen Russlands zuständig war schon in den Jahren 1933/1934 Otto Bräutigam. Nach seiner Versetzung zum Leiter der Konsularabteilung an die Botschaft in Paris im Dezember 1935 übernahm Karl Schnurre²⁴ die Unterabteilung IV W. Ru (Wirtschaftsfragen), die seit Mai 1936 Abteilung W IV Osteuropa hieß und der die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen und Russland sowie das Memelgebiet und Danzig zugerechnet wurden. Die Presseabteilung (P) wurde weiterhin von Gottfried Aschmann geführt und auch Fritz Schönberg war nach wie vor zuständig für den Osten und den Nahen Orient.²⁵

²³ Die bislang nirgends veröffentlichte Denkschrift ist wahrscheinlich aufgrund ihres Umfangs nicht in die ADAP aufgenommen worden. Sie spielt aber für die Einschätzung der ostpolitischen Vorstellungen des AA eine herausgehobene Rolle. In den Worten Bräutigams war es Meyers „politisches Testament“ (Otto Bräutigam: So hat es sich zugetragen...Ein Leben als Soldat und Diplomat, Würzburg 1968, S. 238.) Auch in einem ganz anderen historischen Kontext sind Meyers Reflexionen zu einer deutschen Ostpolitik nicht beachtet worden. Vgl. Richard Meyer von Achenbach: Gedanken über eine konstruktive deutsche Ostpolitik. Eine unterdrückte Denkschrift aus dem Jahr 1953, hrsg. von Julius H. Schoeps, Frankfurt 1986. Die genannte Publikation enthält neben der zweiten Denkschrift Meyers aus dem Jahr 1953 und kurzen biografischen Hinweisen noch das Vortragsmanuskript „Die Ostpolitik des Dritten Reiches und das alte Auswärtige Amt“ (1954), das einen Vergleich mit seinen Ausführungen von 1935 lohnend macht.

²⁴ Vgl. Edward E. Ericson: Karl Schnurre and the Evolution of Nazi-Soviet Relations 1936–1941; in: German Studies Review 1998, XXI, Nr. 2, S. 263–283.

²⁵ Die Personalfragen konnten vor allem anhand der Geschäftsverteilungspläne, die den verschiedenen Bänden der ADAP am Ende beigegeben wurden, geklärt werden. Zum organisatorischen Aufbau des AA siehe auch Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes, Bd. 1, S. XXI–XXXIX sowie dort die einschlägigen biographischen Einträge. Die Literatur zum Auswärtigen Amt allgemein soll an dieser Stelle nicht referiert werden, sie lässt sich leicht durch die Veröffentlichung Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, hrsg. von Eckart Conze u. a., München 2010, er-

Auch an der Botschaft Moskau und in den Konsulaten gab es in diesen Jahren eine Reihe von Veränderungen. Neben Graf von der Schulenburg verblieb auf der höheren Ebene nur der Wirtschaftsfachmann Gustav Hilger²⁶ weiterhin in Moskau. Dieser hatte einen Sonderstatus inne, da er aufgrund seiner Unentbehrlichkeit für die Arbeit in Moskau 1923 einen Dienstvertrag mit der Amtsbezeichnung Legationsrat vom AA erhalten hatte, ohne die Attachéausbildung durchlaufen zu haben.²⁷ Der langjährige Botschaftsrat Fritz von Twardowski war schon seit geraumer Zeit bestrebt, einen anderen Posten zu erhalten; 1935 gelang ihm der Absprung. Zuvor war es zu einem Vorfall gekommen, in deren Mittelpunkt von Twardowski stand. Während des VII. Sowjetkongresses blieb er mit einigen anderen diplomatischen Vertretern demonstrativ sitzen, als alle anderen stehend Stalin Ovationen spendeten und dabei die Internationale – damals die sowjetische Nationalhymne – intonierten (vgl. Dok. 26). Die sowjetische Seite interpretierte dies als Anbiederung an die Nationalsozialisten (Dok. 27). Statt eines erhofften Auslandspostens erhielt er ab November 1935 in Berlin die Stelle des stellvertretenden Abteilungsleiters der Kulturpolitischen Abteilung, die sowohl vor als auch nach der Umstrukturierung 1936 von Friedrich Stieve geleitet wurde. An Stelle von Twardowskis als Botschaftsrat trat der langjährige Unterabteilungsleiter Werner von Tippelskirch, der bis dato in der Abteilung IV für Russland zuständig gewesen war. Er begann seinen Dienst in Moskau im November 1935 und blieb dort bis zum Kriegsausbruch als Botschaftsrat. Der „Vertreter der Nationalsozialistischen Partei in der Botschaft“ (Dok. 182), Herbert Hensel, war seit August 1934 als Leiter der Konsularabteilung in Moskau tätig und blieb in dieser Funktion bis Ende 1937.

Auch der Militärattaché Otto Hartmann hatte seinen Posten in Moskau im Jahr 1935 geräumt. Erst im Jahr 1932 hatte Deutschland überhaupt wieder die Möglichkeit erhalten, Militärattachés an den auswärtigen Botschaften akkreditieren können, und Hartmann hatte diese Funktion am 1. April 1933 in Moskau übernommen. Vorher galt General Ernst Köstring als „verkappter Militärattaché“²⁸. Der General war seit Januar 1931 die Ansprechperson für militärische Fragen gewesen, die durch die geheimen Militärkontakte seit Beginn der zwanziger Jahre zwischen den beiden Staaten existierten. Nun kam er nach dem Fortgang Hartmanns wieder offiziell als Militärattaché nach Moskau zurück und übernahm im Oktober 1935 von seinem Vorgänger auch gleichzeitig den Posten als Luftattaché. Seit Ende 1933 war bereits Norbert von Baumbach als Gehilfe des Militärattachés für Marineangelegenheiten zuständig. Seit Januar 1937 fungierte er als eigener Marineattaché. Beide, Köstring und von Baumbach, blieben bis 1941 in ihren Funktionen.

schließen. Zusätzlich: Johannes Hürter/Michael Mayer (Hrsg.): Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur, Berlin u. a. 2014.

²⁶ Vgl. Jörn Happel: Der Ost-Experte. Gustav Hilger – Diplomat im Zeitalter der Extreme, Paderborn 2018.

²⁷ Er verblieb aus diesem Grunde auf dieser Stufenleiter und konnte erst auf Druck des Botschafters und in Anerkennung seiner Mithilfe bei Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes in die Position eines Botschaftsrates aufsteigen.

²⁸ Diese Bezeichnung wurde übernommen von Manfred Kehr: Die Wiedereinrichtung des deutschen militärischen Attachédienstes nach dem Ersten Weltkrieg (1919–1933), Boppard am Rhein 1966, S. V, da Köstring in der Literatur häufig schon 1931 als Militärattaché bezeichnet wird, nicht zuletzt in: General Ernst Köstring. Der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1921–1941, bearbeitet von Hermann Teske, Frankfurt am Main 1965.

In Bezug auf die Konsulate ergaben sich Umstrukturierungen vor allem durch die Abberufung Henckes aus Kiev in die Zentrale. Wilhelm Großkopf, der bisherige Konsul in Novosibirsk, nahm dessen Posten ein. Seit August 1936 konnte er sich Generalkonsul nennen, da das Konsulat Kiev zum Generalkonsulat hochgestuft wurde. Diese Funktion hatte vordem das Generalkonsulat in Char'kov innegehabt, der dortige Generalkonsul Karl Heinrich Walther wurde nach diesem Wechsel in den einstweiligen Ruhestand versetzt und es verblieb Oscar Ehrh als Konsul in Char'kov. An Stelle von Großkopf kam Maximilian Meyer-Heydenhagen nach Novosibirsk. Carl Dienstmann leitete das Generalkonsulat in Tiflis bis Sommer 1936, sein Nachfolger wurde Rolf Jaeger. Rudolf Sommer war und blieb Generalkonsul in Leningrad. Bis Frühjahr 1937 blieb dann diese Konstellation konstant. Bei diesem ganzen Revirement machte sich ein Personalmangel bemerkbar. Twardowski hatte sich schon in einem Brief an Dirksen im Herbst 1935 darüber beschwert, dass „alle Konsulate [...] durch mittlere Beamte geführt [werden] – an Vizekonsuln ist überhaupt nicht mehr zu denken. Sie sehen also, dass die Frage der Ausbildung unseres Russlandnachwuchses außerordentlich prekär liegt“ (Dok. 250). Das Problem sollte sich für das Auswärtige Amt bald erübrigen, da ab 1937 die meisten Konsulate in der UdSSR ganz aufgelöst werden mussten.²⁹

Stärker als in den beiden Jahren zuvor mischten sich auch Parteistellen in die Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion ein. Das Außenpolitische Amt der NSDAP (APA) mit Alfred Rosenberg an der Spitze versuchte seit der Gründung 1933 – zunächst mit geringem Erfolg – Einfluss auf die Außenpolitik zu nehmen. Die von Georg Leibbrandt³⁰ geleitete Abteilung Osten des Außenpolitischen Amtes der NSDAP unterminierte dabei über innenpolitische Bereiche – Befragung der Russlandrückkehrer, Einflussnahme auf die Ost(europa)forschung in Deutschland, Kontakte mit russischen Emigranten – die Wahrnehmung und die Reaktionen in Deutschland bezüglich der Sowjetunion. Das Außenpolitische Amt versuchte auch immer stärker, auf die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen Einfluss zu nehmen³¹. Wie ein großer Teil der Osteuropa-Experten in den dreißiger Jahren waren auch Leibbrandt und Rosenberg im russischen Zarenreich geboren. Das APA stand in Konkurrenz (vgl. Dok. 533) zu der Arbeitsstelle Antikomintern im Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung (unter der Leitung von Eberhard

²⁹ Im Gegensatz zum Narkomindel haben Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes Gelegenheit gehabt, ihre Erinnerungen zu verfassen. Die beiden Bücher von Gustav Hilger (Wir und der Kreml, Frankfurt am Main u. a. 1955) und Hans von Herwarth (Zwischen Hitler und Stalin, Frankfurt am Main u. a. 1982) spielten bisher in der Historiographie auch eine bedeutsame Rolle bei der Darstellung dieses Zeitraumes. Eine Reihe weiterer veröffentlichter oder unveröffentlichter Schriften außer den bereits Genannten von Köstring und Bräutigam kommt hinzu: Hans Ulrich Dienstmann: Diplomatenkind: eine Jugend zwischen Sowjetstern und Hakenkreuz, Berlin 1998; Andor Hencke: Erinnerungen als Deutscher Konsul in Kiev in den Jahren 1933–1936, München 1979; Herbert Hensel: Rückblick, Rechenschaft und Ausblick (1963/64, PA AA, NL Herbert Hensel); Karl Schnurre: Aus einem bewegten Leben. Heiteres und Ernstes, (1986, PA AA, NL Karl Schnurre). Nützlich an dieser Stelle auch: Larisa Belkovec u. a. (Hrsg.): Gescheiterte Hoffnungen: das deutsche Generalkonsulat in Sibirien 1923–1938, Essen 2004.

³⁰ Vgl. Martin Munke: Vom Scheitern eines Experten. Georg Leibbrandt im Nationalsozialismus; in: Osteuropa, 2017, H. 1/2, S. 107–119. Munke bereitet eine selbständige Biographie über Leibbrandt vor.

³¹ Dazu korrespondierend: Seppo Kuusisto: Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933–1939, Helsinki 1984 (darin das Kapitel: Die Rolle des APA bei der antisowjetischen Kampagne 1935–37).

Taubert³² und seinem in Saratov geborenen Mitarbeiter Adolf Ehrh, dem Sohn des Konsuls in Char'kov). Auch Joseph Goebbels versuchte, vor allem über die genannte Arbeitsstelle, die Politik gegenüber der Sowjetunion zu lenken. Die vom Ministerium Ende März 1937 herausgegebenen Propagandarichtlinien (vgl. Dok. 679) sind hierfür ein beredtes Beispiel.

Schon 1933, als Hermann Göring in seiner Eigenschaft als Preußischer Innenminister und damit Chef der preußischen Polizei am Auswärtigen Amt vorbei in den Konflikt über die Zulassung sowjetischer Journalisten zum Reichstagsbrandprozess eingriff³³, zeigte sich sein Ehrgeiz, auch auf dem Feld der Außenpolitik mitzubestimmen. In diesen Jahren löste er Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht nach und nach in Wirtschaftsfragen ab und wurde die entscheidende Ansprechperson für den sowjetischen Handelsvertreter Kandelaki. Mit Hilfe seines Vetters Herbert Göring, der Referent im Reichswirtschaftsministerium war (und der nach dem Krieg Ende der 40er Jahre in der Sowjetunion unter ungeklärten Umständen verschollen ist), führte Göring alle wichtigen Gespräche auch schon, bevor er Beauftragter für den Vierjahresplan wurde. Dass die Wirtschaftsgespräche eine außerordentliche Rolle spielten, verdeutlicht die Vielzahl der Dokumente. Das Thema steht bei der Darlegung der Schlüsselfragen auch deshalb an erster Stelle.

3. Die Schlüsselfragen der Jahre 1935 bis Anfang 1937

Als Ausdruck von Litvinovs wenn auch nicht selbstständiger, so doch selbstbewusster Stellung bei der Ausformulierung sowjetischer Außenpolitik gilt seine Rede am 17. Januar 1935 vor der Versammlung des Völkerbundes. Die dort geprägte Wendung von der Unteilbarkeit des Friedens steht für die Politik der kollektiven Sicherheit und damit für die Werbung Litvinovs um Vereinbarungen mit den Westmächten, gegebenenfalls – wie es beim Ostpakt-Projekt der Fall war – auch unter Einbeziehung Deutschlands.³⁴ Für die deutsch-sowjetischen Beziehungen ist die Frage von Bedeutung, ob Litvinov derjenige war, der die kollektive Sicherheit vor allem mittels einer Verständigung mit Frankreich suchte, während Molotov und Stalin das Bündnis mit Deutschland favorisierten. Dies war die vorherrschende Überzeugung damaliger deutscher Diplomaten, die sich in zahlreichen Dokumenten widerspiegelt, und diese Auffassung dominiert auch in der Forschungsliteratur.³⁵ Die hier veröffentlichten Dokumente stützen die Version, dass Litvinov an

³² In einer Schrift, die der „Tatzeuge“ (S. 420) Taubert kurz vor seinem Tod verfasst haben soll, erklärte sich Taubert selbst als Urheber der „berühmten antibolschewistischen Parteitage 1935/36–37“, da Hitler, nachdem er Tauberts „Aufruf der Antikomintern zum VI. [sic] Weltkongreß der Komintern“ gelesen habe, „sich entschlossen habe, die antibolschewistische Konzeption zur Grundlage der deutschen Politik und insbesondere der deutschen Außenpolitik zu machen“. Dr. Taubert: Der antisowjetische Apparat des deutschen Propagandaministeriums, in: Willi Krämer: Vom Stab Heß zu Dr. Goebbels, Vlotho 1979, S. 401–420, hier S. 406.

³³ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 240, S. 718–719.

³⁴ Vgl. das Kapitel „Das Wachsen der Kriegsgefahr in Europa 1935–1937, die Politik der Friedenssicherung“ in: Istorija meždunarodnych otnošenij (Geschichte der internationalen Beziehungen), Bd. 2, hrsg. von A. Ju. Sidorov, Moskva 2015, S. 142–172.

³⁵ Vgl. z. B. Bianka Pietrow: Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das „Dritte Reich“ in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933 bis 1941, Melsungen 1984, S. 39–56; Derek Watson: Molotov: a biography, Basingstoke 2005, S. 148–153; ders.: The Politburo and Foreign Policy in the 1930s, in: Rees: The Nature of Stalin's Dictatorship, 2004, S. 134–167; Ivan Pfaff:

einer möglichen Verständigung mit Deutschland zweifelte (vgl. z.B. Dok. 304). Vertreten wird aber auch die These, dass es keinen fundamentalen Richtungsstreit unter führenden Staats- und Parteirepräsentanten über die Ausgestaltung der Außenpolitik gab, sondern dass das Lavieren eine gemeinsam verfochtene, doppelte Strategie war, die durch unterschiedliche Personen nach außen vertreten wurde. Hier spricht man von einer „einheitlichen außenpolitischen Linie der Stalinschen Führung“³⁶.

Auch die Frage, ob die Außenpolitik einem vorgefassten Plan Stalins folgte oder ob sie prinzipiell als offen und reaktiv zu verstehen ist, wird kontrovers diskutiert. Der erste Standpunkt geht davon aus, dass sich die Außenpolitik unter dem Eindruck der ideologischen Prämissen der Oktoberrevolution entwickelte, sich aber in den zwanziger Jahren durch das Ausbleiben von Revolutionen in anderen Staaten wandelte. Danach sei Stalins Politik – kurz gefasst – eine gezielte Strategie gewesen, die Widersprüche in den kapitalistischen Staaten wachzuhalten, um machtpolitisch von den Zerwürfnissen zu profitieren.³⁷ Besonders eindrücklich findet sich diese Sichtweise in einem Telegramm Stalins an Molotov und Kaganovič bestätigt, in dem es um den Abessinien-Konflikt ging (Dok. 223). Eine andere Sichtweise stellt demgegenüber die situativen Entscheidungen Stalins, vor allem in den dreißiger Jahren, in den Vordergrund.³⁸ Beide Kontroversen – unterschiedliche Vorstellungen versus einheitliche Linie in der Außenpolitik und vorgefasster Plan versus ad-hoc-Entscheidungen – können allerdings nicht trennscharf voneinander geschieden werden, und vor allem sind sie nicht ausschließlich anhand der Betrachtung der bilateralen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu beurteilen. Dennoch bietet die Edition eine Reihe von Quellen, die die unterschiedlichen Akzentuierungen innerhalb der sowjetischen Führung einerseits und die Pläne Stalins Deutschland gegenüber andererseits viel deutlicher als bislang erfassen.

Für die Erforschung der deutschen Außenpolitik des Dritten Reiches stand im Gegensatz zu den Forschungen zur sowjetischen Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein großer Quellenkorpus zur Verfügung. Die deutsche Außenpolitik nahm wegen der Folgen, die der Krieg für die europäische Nachkriegsgeschichte hatte, auch einen zentralen Platz in der Geschichtswissenschaft ein. Die Kontroversen und unterschiedlichen Sichtweisen, die dabei zutage traten, sind gut

Die deutsche Karte Moskaus (1934–1938); in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 2006, H. 2, S. 9–36.

³⁶ Vgl. Knoll, Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, S. 147–149, hier S. 149.

³⁷ Vgl. Dietrich Geyer: Voraussetzungen sowjetischer Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit, in: Osteuropa-Handbuch Sowjetunion. Außenpolitik 1917–1955, hrsg. von Dietrich Geyer, Köln u. a. 1972, S. 1–85, hier z. B. S. 75. Komprimiert und anhand der danach erschienenen Forschung in einer ähnlichen Akzentuierung vgl. Gottfried Schramm: Die Sowjetunion in der internationalen Krise, in: Handbuch zur Geschichte Russlands, Bd. 3/2, hrsg. von G. Schramm, Stuttgart 1992, S. 875–891. Siehe auch Stefan Creuzberger: Stalin. Machtpolitiker und Ideologe, Stuttgart 2009, hier bes. S. 214–215. Stephen Kotkin: Stalin. Waiting for Hitler 1928–1941, London 2017, hier bes. S. 274–275. Beide Stalin-Biografien seien hier wegen der Einbeziehung der Außenpolitik gesondert genannt.

³⁸ Beispielsweise bei Geoffrey Roberts: The Soviet Union and the Origins of the Second World War. Russo-German Relations and the Road to War 1933–1941, Houndmills 1995. In Bezug auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen spricht er von „day-to-day specifics of diplomatic relations between the USSR and Germany during this period“. Siehe ebd., S. 23.

dokumentiert.³⁹ Auf den hier behandelten Zeitraum und auf die Beziehungen zur Sowjetunion fokussiert sind zwei Entwicklungen der deutschen Außenpolitik, zu denen sich die Sowjetunion positionieren musste, besonders markant: einerseits die Maßnahmen Deutschlands zum Ausbau ihrer militärischen Schlagkraft und andererseits die starke Zunahme der verbalen Angriffe auf den Bolschewismus.

Dem Programm zufolge, das Hitler im Februar 1933 vor der Reichswehrführung entwickelt hatte, sollte zunächst innenpolitisch die Ausrichtung der Gesellschaft auf den Nationalsozialismus – also die Gleichschaltung – erfolgt sein, bevor er eine neue Armee aufbauen wollte. Hitler umschrieb dies mit „Ausrottung des Marxismus“ und meinte damit oppositionelle Strömungen aller Art.⁴⁰ Die Abstimmung im Saarland im Januar 1935 signalisierte ihm eine enorme Zustimmung für die Nationalsozialisten. Knapp 91% der Stimmberechtigten im Saarland, das seit der Regelung im Versailler Vertrag unter dem Mandat des Völkerbundes stand, stimmten für einen Anschluss an das Deutsche Reich. Die Anbindung an Frankreich befürworteten weniger als 0,5%. Am 1. März 1935 wurde der Anschluss an das Deutsche Reich rechtsgültig. Noch im gleichen Monat, am 16. März, erfolgte mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht der erste Rechtsbruch der Versailler Bestimmungen. War dies noch durch einseitiges Handeln Deutschlands bestimmt, so zeigte das im Juni 1935 mit Großbritannien abgeschlossene deutsch-britische Flottenabkommen schon, dass es keine gemeinsame europäische Eindämmungspolitik gegenüber dem Deutschen Reich gab. Als im März 1936 die neuen Truppen der Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland einmarschierten, wurden nicht nur die Bestimmungen des Versailler, sondern auch des Locarno-Vertrages verletzt.

Im Verbund mit der Erhöhung der militärischen Schlagkraft erfolgten verbale Attacken gegenüber der Sowjetunion, die die Wortwahl der vorangegangenen beiden Jahre in den Schatten stellten. „Die Begleitmusik zu der fortschreitenden Verschlechterung der außenpolitischen Beziehungen“, so formulierte es Hencke treffend, „lieferte eine sich ständig verstärkende Hetzkampagne. Etwa von der Mitte des Jahres 1934 an ließ man in beiden Ländern auch den letzten Rest einer diplomatischen Rücksichtnahme zu Gunsten einer hemmungslosen Propaganda fallen, die auch vor den Staatsoberhäuptern nicht Halt machte. Die Schwere und das Ausmaß der Beleidigungen, mit denen sich die Regierungen in Berlin und Moskau unausgesetzt bedachten, ohne dass deswegen die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden, war bis dahin in der Geschichte der modernen Politik wohl ohne Beispiel.“⁴¹ Insbesondere nutzte Hitler die Tribüne des Nürnberger Parteita-

³⁹ Vgl. stellvertretend Ian Kershaw: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1999 (Neuausgabe), S. 207–245; Marie-Luise Recker: Die Außenpolitik des Dritten Reiches, München 2010 (2. Aufl.).

⁴⁰ „Was nützt die allgemeine Wehrpflicht, wenn vor und nach der Dienstzeit die Soldaten jeder Propaganda zugänglich sind. Erst muss der Marxismus ausgerottet werden. Dann wird das Heer durch die Erziehungsarbeit meiner Bewegung erstklassiges Rekrutenmaterial haben, und es wird die Garantie bestehen, dass der Geist der Moral und des Nationalsozialismus auch nach der Dienstzeit in den Rekruten erhalten bleibt.“ In: Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 8, S. 145–148, hier S. 147.

⁴¹ Andor Hencke, Darstellung der deutsch-sowjetischen Beziehungen von der Oktoberrevolution bis zum Ausbruch des Krieges im Juni 1941 (1948, Manuskript in der Bibliothek des AA) S. 37. Ablesbar ist dies an der stark gestiegenen Anzahl der Presseanweisungen mit Bezug zur UdSSR, was sich auch in diesem Dokumentenband widerspiegelt. Die Forschungen

ges dafür. Seiner Rhetorik glichen sich die anderen Parteifunktionäre, allen voran der dafür zuständige Reichsminister Goebbels, an. Die Dokumente zeigen, wie sorgfältig die sowjetische Presse dazu⁴² in der deutschen Botschaft ausgewertet wurde (Dok. 232, 530), und sie belegen auch ein besonderes Eingehen auf dieses symbolträchtige Ereignis. Aufschlussreich sind die hier veröffentlichten Dokumente, die Stalins Anweisungen wiedergeben, nämlich „keinen hysterischen Lärm zu schlagen und sich überhaupt nicht von der Hysterie unserer Zeitungsleute anstecken zu lassen“ (zum Parteitag 1935: Dok. 230) und weder mit Protestnoten noch mit dem Einstellen der Rohstofflieferungen (zum Parteitag 1936: Dok. 521) zu reagieren. Weitere Dokumente zur Pressepolitik, die weit über das bisherige Herausarbeiten der gegenseitigen Feindbilder gehen, beleuchten die Arbeitsweise der Journalisten bzw. der Pressebeauftragten der diplomatischen Vertretungen und das Agieren der Apparate (für die UdSSR z.B. Dok. 449, für Deutschland z.B. Dok. 71) und wie die Journalisten im gegenseitigen Informationskrieg involviert waren und instrumentalisiert wurden (z.B. Dok. 255, 370, 374, 421, 545, 546, 591, 600, 683).

Die Eigenmächtigkeit der ohne Absprache mit dem Auswärtigen Amt getroffenen außenpolitischen Entscheidungen Hitlers und die Ängstlichkeit von Neuraths, eine wie auch immer ausgestaltete eigenständige Meinung zu vertreten, kommen in diesen Jahren der deutsch-sowjetischen Beziehungen viel stärker als 1933/1934 zum Vorschein. Gespräche zwischen dem Außenminister und dem sowjetischen Botschafter fanden kaum noch statt⁴³, und selten wurde dabei überhaupt substantiell über politische Themen gesprochen (Dok. 95). Suric scheint dabei den Machtverlust von Neuraths zunächst nicht erkannt zu haben, was sich in der deutlich unterschiedlichen Auslegung eines Treffens vom Mai 1935 zeigt. Während der Bevollmächtigte Vertreter ausführlich seine Eindrücke und Einschätzungen nach Moskau meldete (Dok. 158), sieht die Aufzeichnung von Neuraths wie eine lästige Pflichtübung aus (Dok. 156). Später scheint es der Außenminister gar nicht mehr für notwendig erachtet zu haben, Treffen zu dokumentieren (vgl. den Hinweis von Suric auf eine Aussprache in Dok. 298 sowie den Hinweis auf ein Gespräch von Neuraths mit Litvinov in Dok. 303), und wenn, dann nur um dem Protokoll zu genügen (Dok. 461, 688). Nur einmal, als es um die verhafteten Reichsdeutschen ging, kam

zu den gegenseitigen Wahrnehmungen in Presse, Literatur und Kunst sind, da sie auf den am leichtesten zugänglichen Quellengattungen beruhten, vielfältig und umfangreich. Einen zusammenfassenden Überblick bietet: Katarina Clark/Karl Schlögel: *Mutual Perceptions and Projections: Stalin's Russia in Nazi Germany – Nazi Germany in the Soviet Union*; in: Michael Geyer/Sheila Fitzpatrick (Hrsg.): *Beyond Totalitarianism: Stalinism and Nazism compared*, Cambridge u. a. 2009, S. 396–441. Sich vor allem auf die Berichterstattung der Deutschen Botschaft stützend zuletzt: Nikola Kaul: *Die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Spiegel der Deutschen Botschaft Moskau 1934 bis 1939*, o. O. 2016.

⁴² Ausführlich dazu auch: Matthias Stadelmann: *Geprobte Mobilmachung. Possenreißerei und Rattengekreisch: Der sowjetische Blick auf die Nürnberger Parteitage*; in: Friedrich Kießling/Gregor Schöllgen (Hrsg.): *Bilder für die Welt. Die Reichsparteitage der NSDAP im Spiegel der ausländischen Presse*, Köln 2006, S. 181–211.

⁴³ Kennzeichnend für die Zeit von Suric in Berlin ist ein Bonmot, das Hencke in Erinnerung hatte. Trotz der Unbelegbarkeit soll es hier wiedergegeben werden, spiegelt es doch unsere durch Quellenarbeit erworbene Überzeugung wieder: „Wie [Suric] deutschen Bekannten im vertraulichen Gespräch erzählt hat, habe der Diktator [Stalin] auf seine Klage über die politische Sinnlosigkeit seiner Tätigkeit in Berlin tröstend erwidert: ‚Trink ruhig Deinen Tee und warte Deine Zeit ab.‘“ Hencke, *Darstellung*, S. 34.

ein Treffen des Reichsaußenministers mit Suric doch noch zustande (Dok. 626), aber nur auf Drängen der Deutschen Botschaft in Moskau. Dagegen hatte der Leiter der Westabteilung im Narkomindel Štern aus der Distanz den Abstieg von Neuraths in die Bedeutungslosigkeit sehr gut verstanden (deutlich in Dok. 182, in dem es darum ging, dass sich Hitler nicht an vermeintliche Abmachungen mit von Neurath gehalten habe). Auch die Bewertung der innenpolitischen Entwicklung in Deutschland durch Suric scheint mehr von dem beeinflusst worden zu sein, was er glaubte, nach Moskau berichten zu müssen (z. B. Dok. 215).

Auf deutscher Seite ist das genaue Gegenteil zu beobachten. Die Einschätzung der sowjetischen Innenpolitik durch die deutschen Diplomaten vor Ort war deutlich realistischer und treffender als die Beurteilungen, die in Deutschland getroffen wurden. Mehrere Male intervenierte der Botschafter, um deutsche Zeitungsberichte zu korrigieren, damit durch Falschaussagen die Glaubwürdigkeit der Presse nicht insgesamt in Frage gestellt würde (Dok. 71). Nicht nur die Presse, deren gelenkte Meinungsbildung anhand einer Reihe von Pressemeldungen deutlich wird, sondern auch die internen Aufzeichnungen der Partei waren teilweise von groben Fehleinschätzungen gekennzeichnet (Dok. 245). Die Zahl der Treffen mit sowjetischen Vertretern nahm nicht nur auf diplomatischer Ebene mehr und mehr ab. Die Diplomatische Vertretung der UdSSR stellte sich auch darauf ein, dass der Druck auf die Kreise der Gesellschaft, die den Kontakt auch mit den sowjetischen Repräsentanten gepflegt hatten, immer größer wurde. Die Veranstaltungen in dem Gebäude Unter den Linden hatten demzufolge immer weniger Gäste zu verzeichnen.

Die deutschen Diplomaten in Moskau dagegen litten zu Beginn dieser Jahre weniger unter einer Kontaktscheu, zumindest nicht auf der Ebene des Narkomindel. Wenn Gespräche mit dem Volkskommissar nicht möglich waren, dann zumeist aus dem Grund, weil Litvinov nicht in Moskau anwesend war. Sein Stellvertreter Krestinskij sprang dafür häufig ein. Auch Štern empfing sehr oft die Botschaftsmitarbeiter. Der sowjetische Terror jedoch bewirkte, dass der Kontakt mit Personen außerhalb des dienstlichen Verkehrs immer seltener wurde. Dies wurde häufig ein Anlass zur Klage seitens der Diplomaten, befürchteten sie doch, keine zuverlässigen Informationen mehr über die Entwicklungen zu erhalten. Was die Diplomaten betrifft, so war ein Grund für die seltener werdenden Begegnungen auch ein Mangel an Gesprächsthemen. Fast scheint es so, als ob die Beschwerden über Presseveröffentlichungen als willkommener Anlass genommen wurden, den Kontakt überhaupt beibehalten zu können. Über den Ostpakt wollte die deutsche Seite nicht reden, über die verhafteten Deutschen konnte das Narkomindel nicht viel aussagen. Die Details der Wirtschaftsverhandlungen wurden von den Fachleuten besprochen und Kulturbeziehungen waren praktisch nicht existent. So blieb als Hoffnung, was bei einem der wenigen Treffen mit dem sowjetischen Bevollmächtigten Vertreter der deutsche Reichsaußenminister von Neurath in lakonischer Kürze notierte: „Schließlich frug der Botschafter, nachdem er sich über den Abschluss der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen befriedigt ausgesprochen hatte, ob eine Änderung in den politischen Beziehungen in absehbarer Zeit zu erwarten sei. Ich erklärte ihm, dass ich hierfür die Voraussetzungen zur Zeit nicht für gegeben erachte, wohl aber hoffte, dass auch die deutsch-russischen politischen Beziehungen sich wieder einmal befriedigend gestalten werden.“ (Dok. 461) Die meisten Gespräche mit Substanz wurden, wie schon gesagt, auf der Ebene der Wirtschaft geführt.

Die Wirtschaftsbeziehungen

Die goldene Zeit der ‚Russengeschäfte‘ während der Weltwirtschaftskrise, als die UdSSR als bedeutender Absatzmarkt für die deutsche Industrie fungierte, war 1935 schon länger vorbei. Die sowjetische Handelspolitik in der Zeit nach 1933 war davon bestimmt gewesen, die vor allem in jener Zeit entstandenen Schulden an Deutschland abzubauen und die Handelsbeziehungen zu verschiedenen anderen Staaten zu intensivieren, um insgesamt wirtschaftliche Manövrierfähigkeit zu erreichen. Der Aufbau der eigenen Industrie ermöglichte es, die Einfuhr von Maschinen aus Deutschland, die während des 1. Fünfjahrplans (1928–1932) noch dringend benötigt worden waren, zu reduzieren. Parallel dazu hatte in Deutschland der ‚Neue Plan‘, die im September 1934 beschlossene kontrollierte Devisenbewirtschaftung unter Reichswirtschaftsminister Schacht, das Ziel, den deutschen Import zu minimieren und ihn vorrangig über Warenlieferungen zu bezahlen, was für die Sowjetunion immer unattraktiver wurde. So zeigte sich mehr und mehr, dass das deutsche Interesse an Gold und Rohstoffen für die Aufrüstung größer war als das sowjetische Interesse an Techniktransfer. Dieses letztere bezog sich stärker noch als in den Jahren des industriellen Aufbaus auf Militärtechnik, was in Deutschland in einigen beteiligten Ressorts, vor allem bei Hitler selbst, auf Widerstand stieß. Aber insgesamt hatten beide Staaten das gleiche Bestreben, nämlich das Bemühen um Autarkie, was bewirkte, dass der Handel zwischen ihnen stetig zurückging. Dennoch bedeutete das oben angesprochene spezifische Interesse (Rohstoffe versus Militärtechnik), dass die Wirtschaft das in den Jahren 1935 bis 1937 wichtigste Thema in den bilateralen Gesprächen überhaupt war.⁴⁴ Die Sowjetunion wollte sie als Hebel für eine politische Entspannung nutzen, aber nicht um jeden Preis. Die Absprachen des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki mit dem Volkskommissar für Außenhandel und mit dem inneren Machtzirkel um Stalin bzw. Stalin selbst, die in dieser Edition erstmals so dicht beschrieben werden, zeugen davon.

Am 12. Januar 1935 traf der neue Handelsvertreter Kandelaki in Berlin ein, am 15. Januar wurden die Verhandlungen über die Wirtschaftsbeziehungen, die an einen „toten Punkt“ (Dok. 5) gelangt waren, wieder aufgenommen. Es ging dabei um die Lauflänge eines Kredits und vor allem um die sowjetischen Warenwünsche. Um einzelne Posten wurde bis zu der Abberufung Kandelakis im April 1937 gerungen, da, wie es der Rat der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov in einem Brief an den Leiter der Wirtschaftsabteilung des Narkomindel Rozenbljum formulierte, die Deutschen „ernsthafte Zweifel [haben], ob es für Deutschland zulässig sei, derart

⁴⁴ Die Literatur zu den Wirtschaftsbeziehungen in diesen Jahren ist meist einseitig aus den deutschen Akten erschlossen und recht allgemein. Das zeigt sich auch an unserem Personenregister, da viele Beteiligte nicht umfassend zu recherchieren waren. Am ausführlichsten noch: Dean Scott McMurtry: Deutschland und die Sowjetunion 1933–1936, Köln/Wien 1979, S. 421–456. Sonst dient dieser Zeitraum meist als Überblick in einer Gesamtdarstellung oder als Vorgeschichte zu den Jahren 1939–1941, so bei: Hans-Jürgen Perrey: Der Rußlandausschuß der Deutschen Wirtschaft: die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Ost-West-Handels, München 1985, S. 250–288. Heinrich Schwendemann: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941, Berlin 1993, S. 23–31. Robert Mark Spaulding: Osthandel und Ostpolitik. German Foreign Trade Policies in Eastern Europe from Bismarck to Adenauer, Oxford 1997, S. 265–295. Edward E. Ericson: Feeding the German Eagle. Soviet Economic Aid to Nazi Germany 1933–1941, Westport/CT 1999, S. 15–26.

eng und derart innig am Aufbau der Rüstungsindustrie in der Sowjetunion mitzuwirken“ (Dok. 18). Da Deutschland an Devisenknappheit litt und Kandelaki im Februar 1935 die Moskauer Zusage erhielt, sowjetische Schulden in Höhe von 100 Millionen RM in Gold und Devisen zurückzahlen zu können, wurde relativ schnell ein Konsens erreicht. Die im April 1935 geschlossene Vereinbarung sah zum einen vor, dass die bestehenden Zahlungsverpflichtungen der Sowjetunion in Höhe von 200 Millionen RM in Form von 100 Millionen in Gold und Devisen und 100 Millionen als Warenlieferungen zu leisten seien, und zum anderen die Gewährung eines neuen Kredits in Höhe von 200 Millionen RM mit einer Laufzeit von 5 Jahren an die Sowjetunion, der innerhalb eines Jahres für Warenbestellungen bei deutschen Industriefirmen verwendet werden sollte. Darüber hinaus erklärte sich die sowjetische Seite bereit, Ausgleichszahlungen wegen der Dollarentwertung und aus den Vermögen von abgewanderten Reichsdeutschen zu leisten (Dok. 115, 116). Damit war der Dollar-Konflikt beigelegt⁴⁵; konsequenterweise wurde die „Vereinigung der Russland-Gläubiger“ aufgelöst (Dok. 247).

„Die UdSSR“, so hatte es Kandelaki noch bei Abschluss des Vertrages vom 9. April gesagt, wird „nicht das importieren, was ihr andere Länder anbieten, sondern nur das, was sie für sich als notwendig erachtet. Darin eingeschlossen sind die für die UdSSR wichtigen Verträge über technische Hilfeleistung und die Inbetriebnahme von neuen, besonders komplizierten Werken“ (Dok. 117). Dies kann schon als Hinweis auf die kommenden Schwierigkeiten gewertet werden. Tatsächlich konnten die neuen Bestellungen, die der Kredit nach sich ziehen sollte, nicht innerhalb des Jahres 1935 getätigt werden. Mehrmals musste die Frist verlängert werden. Grund dafür waren einerseits Beschränkungen von deutscher Seite bezüglich der Ausfuhr von militärischen Gütern und andererseits das abnehmende Interesse der deutschen Industrie an einem Export in die UdSSR, da sie – gut ausgelastet durch die Aufrüstungspolitik – weder bei den Preisen noch bei den Lieferfristen den Wünschen der sowjetischen Seite entgegenkommen musste. Mehrmals beschwerte sich die sowjetische Seite über die neuen Bedingungen. Aber auch im Auswärtigen Amt wurde der Rückgang des wirtschaftlichen Austausches mit Sorge betrachtet. Deutschland benötige sehr viel stärker die Rohstofflieferungen aus der UdSSR als die sowjetischen Bestellungen, schrieb Ministerialdirektor Meyer in seiner ‚Abschieds-Denkschrift‘ (Dok. 261). Da der 200-Millionen-Kredit vom April 1935 diesen Rohstoffbedarf allein offensichtlich nicht befriedigen konnte, bot Schacht noch zusätzliche längerfristige und weit höhere Kredite an. Kandelaki lehnte nach Rücksprache mit Moskau dieses Angebot nicht prinzipiell ab, legte dafür aber eine umfangreiche Liste von sowjetischen Warenwünschen vor (vgl. Dok. 341). Das jedoch verbot Hitler (Dok. 364); hinzu kam die Indiskretion Molotows über das Angebot Schachts, was alle Gespräche über wirtschaftliche Beziehungen eine Weile lahmlegte (Dok. 358). Schacht verleugnete sein Kredit-Angebot (Dok. 358, Anm. 3).

In den ersten Wochen des Jahres 1936 schien es deshalb zunächst keine Perspektive für eine weitere fruchtbare Entwicklung der Wirtschaftsgespräche zu geben. Das am 29. April 1936 abgeschlossene Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr regelte lediglich technische Fragen, zeigte aber, dass keine der beiden

⁴⁵ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Band 1, S. 33–36.

Seiten einen Stillstand riskieren wollte. Es ist auch ein Beleg für die gestiegene Stärke der UdSSR in den Wirtschaftsbeziehungen, denn Deutschland musste entgegen seinen Bestrebungen, Devisen zu sparen, akzeptieren, dass im normalen Handelsgeschäft Waren gegen Geld bezahlt wurden. Zum selben Zeitpunkt gingen in Berlin Gerüchte um, dass alle Rohstoff- und Devisenfragen unter der Ägide von Göring zusammengefasst werden sollten, um Schacht eine „starke inner- und militärpolitische Rückendeckung“⁴⁶ zu geben. In dieser Situation ergriff – ähnlich wie bei der Lösung des Journalistenkonfliktes 1933 – Göring die Initiative, um an allen Ressorts vorbei die Gespräche mit der sowjetischen Handelsvertretung wieder aufzunehmen.⁴⁷ Mittelsmann war dabei der Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium und Vetter Hermann Görings, Herbert Göring. Hermann Göring, so der Vetter, „sei bereit, seinen ganzen Einfluss in die Waagschale zu werfen, damit die Russen künftighin alles das erhielten, was sie von Deutschland benötigten, natürlich mit der Einschränkung, dass wir erstens das nicht abgeben könnten, was wir streng geheim für uns selbst und für unseren eigenen Gebrauch fabrizierten und auch sonst nicht exportieren, und zweitens, dass wir das nicht abgeben könnten, was wir zum eigenen Bedarf im Augenblick während der Periode der großen Umstellung noch notwendig hätten“. Und er fügte hinzu, dass Göring davon überzeugt sei, „dass die Zeit dafür reif sei, freundschaftlichere Beziehungen zwischen Russland und Deutschland auf der ganzen Linie, wirtschaftlich und politisch, in die Wege zu leiten“ (Dok. 458). Er rannte damit bei Kandelaki offene Türen ein, denn gerade diese Verknüpfung hatte die sowjetische Seite von Anbeginn ihrer Gespräche gewünscht. Und offensichtlich gab es auch deutsche Kreise, die dieses Ziel im Auge hatten, wie ein vertraulicher Brief von Suric an Krestinskij aus der Kur zeigt (Dok. 462). Die Position Görings schien nochmals gestärkt, nachdem auf dem Parteitag im September 1936 verkündet wurde, dass er der Beauftragte des im Oktober startenden Vierjahresplanes sei. So schien es im Oktober, als ob die Frage der Lieferung von Panzerplatten, Flugzeugkatapulten und Unterwasserabhörgeräten, die schon lange auf der Wunschliste der Sowjets standen, bereits positiv entschieden sei – de facto wurde indes noch im März 1937 darüber verhandelt (Dok. 670). Zweifel bestanden noch bei der Lieferung von Kriegsschiffen. „Generaloberst Göring“, so ließ der Vetter Herbert Göring gegenüber dem Wirtschaftsfachmann im AA Schnurre verlauten, „stehe der Frage positiv gegenüber, es sei aber zweifelhaft, ob er mit seiner Ansicht durchdringe. Von den Gegenlieferungen, die er, Herbert Göring, von den Russen verlangt habe, seien die wichtigsten Manganerze, die wir am dringendsten brauchen.“ (Dok. 556) Und Göring konnte im November 1936, als aufgrund der November-Verhaftungen in der UdSSR und einer starken Kontrolle der Botschaft durch das NKVD auch die sowjetischen diplomatischen Vertreter auf Bitten des Auswärtigen Amtes durch die Gestapo kontrolliert wurden, kraft seiner Autorität dieses Vorgehen der Gestapo schnell wieder stoppen. (Dok. 566, Anm. 4) Am 16. Dezember 1936 traf er sich zu Gesprächen mit Suric über die von Kandela-

⁴⁶ Schreiben Henckes an von Tippelskirch vom 28.4.1936. In: PA AA, R 27448, Bl. 451048–451049.

⁴⁷ Schon Ende 1935 hatte auch der Russland-Ausschuss versucht, für eine politische Entspannung zu werben, um die wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu gefährden. Hier konnte das AA relativ schnell intervenieren. (Vgl. Dok. 328)

ki überreichte Liste (Dok. 607) und am 24. Dezember 1936 konnte die Verlängerung des Verrechnungsabkommens unterzeichnet werden.

Görings im Zusammenspiel mit Schacht abgestimmte Taktik, von der sowjetischen Seite die für die deutsche Wirtschaft erforderlichen Rohstoffe zu erhalten und sie gleichzeitig mit dem Versprechen einer politischen Bereinigung des Verhältnisses bei guter Laune zu halten, konnten beide nicht verwirklichen. Noch im Januar 1937 telegrafierte Kandelaki an Stalin, dass Schacht zufrieden mit seiner, Kandelakis, Mitteilung gewesen sei, auch die sowjetische Seite wünsche politische Verhandlungen zu führen. Man warte jetzt auf eine Reaktion der deutschen Regierung. Aber die blieb aus. Zwar schien es so, als ob die Deutschen den lang ersehnten sowjetischen Warenwünschen zumindest teilweise entgegenkamen (Dok. 670). Aber anderthalb Monate nach Kandelakis Telegramm an Stalin empfing Herbert Göring Kandelaki und teilte ihm folgendes mit: „Nach einer langen Erörterung und Prüfung Ihrer Antwort, die Sie am 29. Januar d. J. Schacht übergeben hatten, ist die deutsche Seite zu folgendem Ergebnis gelangt: Ihr Vorschlag enthält keine konkreten Vorschläge für eine Erörterung [politischer Beziehungen]. Aber das Wichtigste besteht darin, dass die deutsche Seite gegenwärtig keinen Unterschied zwischen der sowjetischen Regierung und der Komintern sieht. Infolgedessen hält die deutsche Seite es für nicht zweckdienlich, die Verhandlungen fortzuführen, da sie dafür keine Grundlage sieht.“ (Dok. 671) Kandelaki wurde zwar kurzfristig von Stalin als Nachfolger von Suric als Bevollmächtigter Vertreter in Deutschland in Aussicht genommen (Dok. 673), dann aber doch nach Moskau zurückberufen.

Bezeichnend für die Lähmung in den Handelsbeziehungen, die sich in den ersten Monaten 1937 ausbreitete, sind auch die Nichtverlängerung des Deruluft-Vertrages und damit die vorläufige Einstellung einer direkten Flugverbindung zwischen Berlin und Moskau. Der Vertrag der gemischten Deutsch-Russischen Luftverkehrsgesellschaft, die schon 1921 ins Leben gerufen worden war und seit Mai 1922 den Flugverkehr zwischen den beiden Staaten eingerichtet hatte, lief zum Dezember 1936 aus. Er wurde von sowjetischer Seite gekündigt und die Gesellschaft liquidiert (Dok. 467, 547), obwohl sich Krestinskij gegenüber Molotov noch im März mit vielen Argumenten für den Erhalt der Deruluft eingesetzt hatte (Dok. 429). Hauptkritikpunkte von sowjetischer Seite an dem bestehenden Vertrag waren geringe Einflussmöglichkeiten auf die in Deutschland sitzende Gesellschaft und Probleme mit Polen bei der Gewährung von Überflugrechten. Eine neue Konstruktion einer direkten Vereinbarung zwischen Aeroflot und Lufthansa mit dem dazugehörigen Vertragsentwurf wurde von deutscher Seite im Dezember 1936 der sowjetischen Seite übergeben. Mangels einer Einigung darüber wurde die alte Abmachung mit Deruluft zweimal bis Ende Februar 1937 verlängert (Dok. 627) und am 31. März 1937 schließlich ganz aufgegeben. Eine direkte Luftverbindung zwischen Berlin und Moskau war damit für die nächste Zeit unterbrochen.

Die Militärbeziehungen

Im Juni 1933 waren die militärischen Sonderbeziehungen zu Deutschland von sowjetischer Seite aufgekündigt worden.⁴⁸ In Erinnerung an die seit Anfang der zwan-

⁴⁸ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, S. 26–28.

ziger Jahre bestehende Zusammenarbeit gab es aber auch in der nachfolgenden Zeit Tendenzen auf beiden Seiten – Roter Armee und Wehrmacht –, die damals guten militärischen Beziehungen als Hebel für die politischen Beziehungen zu nutzen. Darauf ging die deutsche Regierung nicht ein. So blieben die militärischen Beziehungen im Rahmen der üblichen Tätigkeiten von Militärattachés. Darüber hinaus beeinträchtigten die Berichte über die beidseitige Aufrüstung die politischen Beziehungen.⁴⁹

Die Bekundungen gegenseitiger Sympathie wurden von beiden Seiten ausgesprochen und fanden Eingang in die beiderseitige Berichterstattung, was ihre Signifikanz ausmacht. Auf dem Empfang Litvinovs zu den Revolutionsfeierlichkeiten im November 1935 soll Köstring mit Nachdruck dem Chef der Aufklärung Urickij gesagt haben: „Sie sollten niemals vergessen, dass Sie in der Reichswehr noch viele Freunde haben.“ Und wahrscheinlich war es der Adressat, der Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov, der es für wert befand, diesen Satz zu unterstreichen (Dok. 284). Kurz vorher, bei dem Abschiedsempfang zu Ehren von Botschaftsrat von Twardowski, der von Moskau nach Berlin versetzt wurde, hatte der Stellvertretende Volkskommissar für Verteidigung Tuchačevskij ähnliche Worte an Köstring gerichtet. Tuchačevskij, der seit Januar 1933 zum ersten Mal wieder „ein deutsches Haus betrat [...], unterstrich, dass General Köstring der Roten Armee herzlich willkommen sei, und bemerkte, dass in der Roten Armee auch heute noch große Sympathien für die Reichswehr vorhanden seien. Aus seinen Ausführungen klang die große Hochachtung vor der deutschen Armee, ihrem Offizierskorps und ihrer Organisationsfähigkeit“ heraus (Dok. 265). Dennoch zeitigten die gegenseitigen Bekundungen wenig Folgen. Und schon wenige Monate später konstatierte Suric: „Selbst wenn man annimmt, dass die militärischen Kreise [in Deutschland] tatsächlich an einer wohlwollenden Linie gegenüber der UdSSR festhalten, muss dennoch gesagt werden, dass sie es zurzeit als unzumutbar oder unnötig erachten, dies zu zeigen.“ (Dok. 397)

Wir sind nur unzureichend darüber informiert, wie genau die Berichterstattung des neuen sowjetischen Militärattachés in Deutschland, Orlov, war. Dokumente dazu fehlen in der Edition, weil ihre Existenz vom Archiv des russischen Verteidigungsministeriums geleugnet wird. Auch sonst sind die Informationen über die Arbeit Orlovs äußerst sparsam. Wir wissen im Wesentlichen nur das über ihn, was in deutschen Dokumenten über ihn berichtet wird. Außerdem können wir aus den Aufzeichnungen der Aufklärungsverwaltung der Roten Armee Rückschlüsse auf seine Berichterstattung ziehen (vgl. z. B. Dok. 68, 290, 456). Demgegenüber sind die Berichte über das Militär der UdSSR trotz deutscher Archivverluste und Brand-

⁴⁹ Zum Zusammenhang von Wirtschaftsbeziehungen und militärischer Strategie aus deutscher Sicht: Rolf-Dieter Müller: *Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen*, Boppard am Rhein 1984, S. 275–304. Vgl. auch ders.: *Der Feind steht im Osten. Hitlers geheime Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion im Jahr 1939*, Berlin 2011. Zu den beiderseitigen Militärbeziehungen vgl. Olaf Groehler: *Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941*, Berlin 1992; Neuere russische Literatur zu Struktur und Strategie der Roten Armee in den 30er Jahren: T. S. Bušueva: *Krasnaja armija est' nečto besprimernoe v mirovoj istorii. Očerki istorii sovetskoj voennoj politiki (1924–22 ijunja 1941 g.)* (Die Rote Armee ist etwas Einmaliges in der Weltgeschichte. Zur Geschichte der sowjetischen Militärpolitik), Moskva 2011.

schäden an einzelnen Akten recht informativ. Zwar hatte Hartmann im Sommer 1935 behauptet, dass die Sowjets wichtige und interessante Dinge – hier bezogen auf Einrichtungen der Roten Luftflotte – sowieso nicht zeigen würden (vgl. Dok. 200), und auch Köstring beschwerte sich über die schwierige Informationsbeschaffung (vgl. Dok. 395), dennoch konnten die Militärberichterstatter in ihren Berichten recht selbstbewusst und informiert auftreten. Das hatte mehrere Ursachen. Zum einen war die Zusammenarbeit der westlichen Militärattachés aufgrund der schwierigen Arbeitsbedingungen in Moskau intensiver als in anderen Hauptstädten. Man half sich aus mit Beobachtungsaufträgen bei den großen Militärparaden und man tauschte Informationen untereinander aus. Auch die eigenen diplomatischen Vertreter in den Konsulaten wurden mit dieser Aufgabe betraut (Dok. 434). Außerdem war der Stab der Deutschen für diese Arbeit optimal besetzt. Köstring war durch seine langjährige Erfahrung gut vernetzt und von Baumbach als Beauftragter für Marineangelegenheiten bzw. seit Januar 1937 als selbstständiger Marineattaché war emsig und ehrgeizig. Die Berichte der Deutschen waren vor allem auf die Entwicklung der Waffentechnik gerichtet, so wie sie sie anhand der Paraden oder bei Manöverbesuchen beurteilen konnten (vgl. z.B. Dok. 240, 342, 563). Wenige Nachweise haben wir über die von den Deutschen betriebene Militärspionage; Aufklärungsarbeit über die Infrastruktur gehörte dazu (vgl. Dok. 569). In wenigen Fällen wurden die Militärfachleute vor Ort auch als Berater herangezogen, so im Zusammenhang mit der im Herbst 1936 im Reichskriegsministerium entstandenen Wehrmachtsstudie, bei der in einem Planspiel die prognostizierten Gegner Sowjetunion, Litauen und die Tschechoslowakei auf die Verbündeten Deutschland, Italien, Österreich, Ungarn und Spanien trafen.⁵⁰ Im Zentrum stand dabei ein Angriff auf die Tschechoslowakei. Im Juli 1936 hatte Köstring auf Bitten von Botschaftsrat von Toppelskirch eine Stellungnahme zur Luftrüstung in der Tschechoslowakei verfasst (Dok. 474), da Gerüchte gestreut wurden, die sowjetische Luftwaffe nutze im großen Ausmaße Flugplätze in der Tschechoslowakei als Angriffsbasis.

Wie wichtig die Arbeit einer genauen Berichterstattung durch die Militärattachés war, lässt sich daran ermessen, dass gerade in diesen Jahren der Aufrüstung die militärische Einsatzbereitschaft und -fähigkeit in der gegenseitigen Propaganda eine wichtige Rolle spielte. Als der stellvertretende Volkskommissar für Verteidigung Tuchačevskij als Reaktion auf die Einführung der Wehrpflicht in Deutschland seinen von Stalin redigierten Artikel „Die Kriegspläne des heutigen Deutschland“ (Dok. 100) veröffentlichte, brach auf deutscher Seite ein Sturm der Entrüstung los (vgl. Dok. 105, 107–109). Auch deshalb wurden die oben zitierten Bemerkungen Tuchačevskijs vom November 1935 besonders aufmerksam registriert. Wir verfügen im Übrigen nicht über Dokumente zu möglichen Treffen zwischen Tuchačevskij und Blomberg im Februar 1936 oder zu Kontaktbemühungen zwischen dem Reichskriegsminister und Uborevič im Herbst 1936. Beides wird in der Literatur zuweilen angeführt, um die „Säuberungen“ in der Roten Armee mit diesen Kontakten in Verbindung zu bringen.⁵¹

⁵⁰ Groehler spricht auch von „dem Großen Kriegsspiel von 1936/37“, *Selbstmörderische Allianz*, S. 83; Rolf-Dieter Müller, *Der Feind*, S. 84–90.

⁵¹ Vgl. z. B. Olaf Groehler: *Selbstmörderische Allianz*, S. 79–80. Eine solche geheime Zusammenarbeit zum Sturze Stalins erscheint uns – auch wenn wir keinen vollständigen Zugang zu den sowjetischen Militärakten haben – eher fraglich. Sie hätte auch in deutschen Do-

Die Vorboten des Terrors gegen die militärische Elite der Roten Armee nahmen zu Beginn des Jahres 1937 auch die deutschen Beobachter wahr. So schrieb Köstring Ende März 1937 an den Russland-Referenten in der Abteilung T 3 des Generalstabes des Heeres Spalcke: „In den Versammlungen der Parteiorganisationen in der Armee wird ein außerordentlich scharfer Ton gegen führende Kommandeure angeschlagen: gegen Kork, Chef der Militärakademie, gegen Ippo, Chef der Politischen-Tolmačev-Akademie in Leningrad und andere, was bis jetzt kaum üblich war. Noch ist unklar, welche Ziele damit verfolgt werden [...]“ (Dok. 678). Im Sommer 1937 dann wurde der Prozess gegen das Militär geführt, für den Trockij die Bezeichnung „Enthauptung der Roten Armee“⁵² geprägt hatte.

Das Projekt des Ostpaktes

Die Pläne eines Ostpaktes bzw. eines Ost-Locarno, die Garantie der in Versailles festgelegten Grenzen im Osten Europas mithilfe einer multilateralen Vereinbarung, waren 1934 spätestens mit der ablehnenden Haltung Deutschlands durch das Memorandum der deutschen Regierung vom 8. September 1934⁵³ gescheitert. Es ist bezweifelt worden, ob eine Realisierung dieses von französischer und sowjetischer Seite ausgehenden Vorschlages überhaupt möglich gewesen wäre.⁵⁴ Aus Furcht vor einseitigen Abmachungen hatten sich Litvinov und der nach dem Tod Barthous zum französischen Außenminister ernannte Pierre Laval aber Anfang Dezember 1934 darüber verständigt, die Bemühungen um den Ostpakt fortzusetzen. Deshalb spielte die Diskussion darüber bis Mitte des Jahres 1935 trotz der Unwahrscheinlichkeit einer Realisierung noch eine beträchtliche Rolle. Hintergrund war bei allen Beteiligten, sich verschiedene Optionen offenzuhalten. Die Sowjetunion war am 18. September 1934 dem Völkerbund, der Organisation, die auf der Idee der kollektiven Sicherheit basierte, beigetreten. Am 17. Januar 1935 sprach Litvinov in Genf vom Frieden, der unteilbar sei, und goss damit die Idee der kollektiven Sicherheit, die auch hinter dem Ostpakt-Gedanken stand, in eine Formel. Die UdSSR musste daher weiter auch mit Deutschland das Gespräch darüber suchen, wollte sie nicht unglaublich wirken. Erst der Abschluss des französisch-sowjetischen Beistandspaktes am 2. Mai 1935, der Minimalvariante der Bemühungen sowohl Frankreichs als auch der UdSSR, einer Bedrohung durch das Deutsche Reich vertraglich Einhalt zu gebieten, entzog letztendlich jeglichen weiteren Bemühungen um den Ostpakt ihren Sinn, obwohl die sowjetische Seite dies noch nicht so beurteilte (vgl. Dok. 138). Hitlers Rede vor dem Reichstag am 21. Mai 1935 (Dok. 159) fasste die deutsche ablehnende Position nochmals zusammen.

kumenten Spuren hinterlassen. Dagegen hielt sich Spalcke nachweislich zu Gesprächen mit Vertretern der Roten Armee im Sommer einige Wochen in Moskau auf. Vgl. Schreiben von Tippielskirch an Hencke, 22.6.1936; in: PA AA, R 27448, Bl. 451080–451082; Karl Spalcke: Gespräche in Moskau. Die Reichswehr und die Rote Armee 1936; in: Die Gegenwart, Jg. XIII/1958, Nr. 13, S. 398.

⁵² L. Trotzki: Die Enthauptung der Roten Armee; in: Unser Wort, 5.1937, H. 3, S. 1–2.

⁵³ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 508.

⁵⁴ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Einleitung, S. 37–41. Eine Analyse, die die Pläne des Ostpaktes aus britischer, französischer und deutscher Perspektive beleuchtet, lieferte zuletzt: Alexander Wolz: Die Rheinlandkrise 1936. Das Auswärtige Amt und der Locarnopakt 1933–1936, München 2014, S. 249–275 (Ostlocarno und französisch-sowjetischer Beistandspakt 1934/35).

Verknüpft war die Diskussion um den Ostpakt vor allem mit der Frage der Rüstungen, wobei die deutsche Seite ihr Recht auf (Auf)Rüstung gar nicht mehr zur Disposition stellen wollte. Denn die Befürchtung bestand darin, durch eine solche Abmachung Deutschland „wieder in den internationalen Konzern hineinzuziehen“ und „zu einer unsere Rüstungsmöglichkeiten einschränkenden Konvention und dann natürlich in den Völkerbund [zu] führen“ (Dok. 14). Auf den Hinweis Šterns, der Ostpakt biete Deutschland eine Garantie der territorialen Sicherheit und es brauche sich dann nicht so intensiv mit der Rüstungsfrage zu beschäftigen, antwortete Botschaftsrat von Twardowski am 11. Januar 1935, dass die Deutschen „nicht die Absicht hätten, unsere Sicherheit von der freundlichen Hilfe unserer Nachbarn abhängig zu machen, dass wir vielmehr, ebenso wie unsere lieben Nachbarn, vorzögen, uns selbst zu schützen“ (Dok. 4). Und Graf von der Schulenburg beschwor Bessonov, der ihn nach einem Aufenthalt in Berlin im Februar 1935 zum Bahnhof begleitete: „Glauben Sie doch endlich, dass wir ihn nicht annehmen können. Lassen Sie uns über alles sprechen, nur nicht über den Ostpakt.“ (Dok. 27) In einem weiteren Gespräch mit Štern führte von Twardowski das Argument an, Deutschland wolle nicht „Manövergelände für ausländische Truppen“ sein (Dok. 13). Und von Bülow zog in seiner Stellungnahme Ende Januar 1935 den Schluss: „Ich glaube, der entscheidende Gesichtspunkt für unsere Politik in all diesen Fragen muss der sein, die Rüstungsfrage in den Mittelpunkt unserer Überlegungen zu stellen. Es kommt für uns vor allem darauf an, dass wir uns für die Vollendung unserer Rüstungen Spielraum verschaffen und dass wir alle anderen außenpolitischen Probleme diesen Zwecken unterordnen.“ Der Staatssekretär vermutete richtig, dass bei einer eindeutigen Ablehnung des Gedankens der kollektiven Sicherheit durch Deutschland die anderen Staaten in ihrem Druck auf Deutschland vereint würden und mahnte deshalb an, „die Diskussion über die Paktfragen möglichst lang hinauszuspinnen“ (Dok. 14). Knapp zwei Monate später – noch mitten in der Diskussion um den Ostpakt – trat ein, was die Vereinbarung hätte aufhalten sollen: der Bruch des Versailler Vertrages seitens Deutschlands durch die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht Mitte März.

Aber auch danach war die deutsche Regierung noch bestrebt, diese Frage dilatorisch zu behandeln. Sie tat es mit einer Verlautbarung zum Ostpakt vom 13. April 1935, in der sie die Bedingungen skizzierte, die für Deutschland – vermeintlich – akzeptabel seien: keine konkreten Abmachungen, sondern gegenseitige und allgemeine Nichtangriffsverpflichtungen mit Schiedsgerichts- und konsultativen Verfahren sowie allgemeine Maßnahmen der Nichtunterstützung eines Angreifers (Dok. 122). Litvinov hatte diese Position bereits in seinem Bericht an Stalin am 10. Februar vorausgesehen (vgl. Dok. 34), hielt aber noch eine Weile – und wie es scheint ernsthaft – an einer Maximalposition fest (vgl. Dok. 63). Deutschland war durch eine Anfrage während des Besuchs des britischen Außenministers Simon und des Lordsiegelbewahrers Eden in Berlin Ende März 1935 zu der oben genannten Verlautbarung herausgefordert worden. Als jedoch die sowjetische Seite – nach längerem offiziellem Widerstreben – diese Bedingungen akzeptieren wollte, zögerte der Reichsaußenminister wiederum, dem sowjetischen Bevollmächtigten Vertreter eine konkrete Antwort zu geben (Dok. 156) und überließ es Hitler, in seiner Reichstagsrede vier Tage später die Position Deutschlands darzulegen (Dok. 159).

Die abgespeckte Variante eines Ostpaktes – Konsultationen statt Beistand – blieb noch eine Weile besonders von sowjetischer Seite als Verhandlungsmasse für mögliche andere Zugeständnisse im Gespräch. Als sich Richard Meyer mit seiner Denkschrift zur Ostpolitik vom Auswärtigen Amt verabschiedete, schrieb er aber: „Das deutsche Interesse steht Bindungen kollektiver Art im Osten entgegen. Niemand kann vorhersagen, wie sich die Verhältnisse im Osten entwickeln werden, aber sie werden bestimmt nicht bleiben, wie sie augenblicklich sind; die Veränderungen werden nicht nur durch die notwendige Lösung der speziell deutsch-polnischen Probleme: Danzig, Korridor und Oberschlesien sowie des deutsch-litauischen Memelproblems bedingt sein, sondern vor allem durch die außenpolitische Entwicklung der Sowjetunion und ihre Auswirkung auf die Baltischen Staaten, Polen und Rumänien. Für diese Entwicklung im Osten muss sich die deutsche Politik möglichst freie Hand wahren; die Beziehungen zu den einzelnen Ost-Staaten werden deshalb zweckmäßig im Wege bilateraler Vereinbarungen geregelt und ausgebaut, kollektive Pakte aber, vor allem solche, die der Ingerenz der Westmächte unterliegen, abgelehnt. Diese Politik wird für Deutschland in der Behandlung jedes politischen Geschehens im Osten richtungsgebend sein müssen.“ (Dok. 261) Der neue Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch urteilte Ende November 1935 in einem Schreiben an Hencke im AA über den Ostpakt kürzer – „der ist ja tot“ (Dok. 301).

Offensichtlich hat man dies auch aus sowjetischer Sicht seit Sommer 1935 so beurteilt. Der militärische Einmarsch ins Rheinland im März 1936 reaktivierte den Ostpaktgedanken jedoch nochmals. Krestinskij wies Litvinov im Auftrag der ‚Instanz‘ an, die Diskussion um den Ostpakt als Mittel einzusetzen, um wenigstens zu einem Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR zu gelangen (Dok. 425) – ein Versuch der sowjetischen Außenpolitik, das Ausgreifen des Deutschen Reiches nach Osten in vertragliche Schranken zu pressen. Die Furcht vor dessen Politik war auch deswegen stetig gewachsen, weil die UdSSR nicht erkennen konnte, dass Großbritannien oder Frankreich willens und in der Lage waren, den völkerrechtswidrigen Maßnahmen des Deutschen Reiches etwas entgegenzusetzen.⁵⁵

Antisemitismus

Spielten der Antisemitismus und die Judenverfolgung in Deutschland in den deutsch-sowjetischen Beziehungen der Jahre 1933 und 1934 so gut wie keine Rolle, so änderte sich dies nun erstens infolge der Nürnberger Gesetzgebung von 1935 und zweitens durch eine stärkere Einflussnahme des Außenpolitischen Amtes der NSDAP und des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. Im April 1936 erging die Presseanweisung des Ministeriums, dass führende sowjetische Politiker jüdischer Nationalität nur mit dem Zusatz „Jude“ und den auf die jüdischen Wurzeln hinweisenden, oft abgelegten Geburtsnamen in den Zeitungen genannt werden durften (Dok. 447). Die Verbindung von Judentum und Bolschewismus, so wie es für die nationalsozialistische Propaganda in diesen Jahren konstitutiv wurde, kam insbesondere in den Propagandarichtlinien vom März 1937

⁵⁵ Roberts, *The Soviet Union and the Origins*, S. 47, betont dies noch stärker: „In no other country was the leadership as firmly convinced of the threat of Hitler as that in Moscow.“

deutlich heraus (Dok. 679). Eine in der deutschen Presse gezogene Verbindung von Bolschewismus und Judentum wurde von sowjetischer Seite bereits seit Sommer 1935, schon vor dem Nürnberger Parteitag, beobachtet (Dok. 215). Dieses Weltbild war insbesondere bei den in der Propaganda tätigen Personen, die sich mit der Sowjetunion befassten, fest verankert. So charakterisierte im September 1935 der Mitarbeiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Dürksen den Izvestija-Korrespondenten Bucharcev als „jüdisch frech“ und seine Art des Gesprächs als „typisch bolschewistisch-jüdische Diskussionsart“ (Dok. 234). Auch in Teilen der Wehrmacht operierte man in den Gedankenspielen einer möglichen Besatzungspolitik mit der Verknüpfung von Judentum und Bolschewismus und sah dies als Ansatzpunkt, die Völker auf dem Gebiet der UdSSR mit der antisemitischen Politik des Deutschen Reiches gewinnen zu können (Dok. 275).

Eine andere Herangehensweise ist bei den Vertretern der diplomatischen Dienste zu beobachten. Hier standen rechtliche Fragen im Vordergrund: Dürfen Juden an der Weihnachtsfeier des Generalkonsulats teilnehmen? (Dok. 317) Dürfen sowjetische Staatsbürger jüdischer Nationalität arische Hausangestellte beschäftigen? Dürfen Deutsche und jüdische Sowjetbürger heiraten? (Dok. 241) Eine Ausnahme von diesen rein juristisch dominierten Fragen bildete die Charakterisierung Litvinovs. Hier zeigte sich, wie der öffentliche Diskurs über Juden auch in die private Kommunikation eindrang. Litvinovs vermeintlich antideutsche Politik brachte von Twardowski in einem Privatbrief in Verbindung mit seiner jüdischen Herkunft (Dok. 211), so wie es die offizielle Presse an diesem prominenten Vertreter des politischen Lebens vorexerziert hatte. Auch bei anderen Vertretern des Auswärtigen Amtes ist dies zu beobachten; was davon eine Anpassung an den herrschenden Geist war oder schon in den Köpfen kursiert hatte, kann aber aufgrund dieser Dokumente nicht entschieden werden.

Neben dieser propagandistischen Verwendung des Begriffes Jude bzw. Judentum spielten die Frage der Judenverfolgung und die Nürnberger Gesetzgebung, da sie nicht die unmittelbaren bilateralen Beziehungen betrafen, in den Dokumenten des Zeitraumes bis Frühjahr 1937 eine untergeordnete Rolle. Bessonov analysierte den deutschen Antisemitismus nicht nur als antisowjetischen Hebel, sondern vor allem als Mittel des Nationalsozialismus, das Kleinbürgertum (Kleinbourgeoisie) an sich zu binden (Dok. 215). In die gleiche Richtung argumentierte Stalin, der die Aussagen des Nürnberger Parteitages 1935 – zu Unrecht – allein als Reaktion auf den Komintern-Kongress in Moskau bewertete. Er empfahl der „Pravda“ zu argumentieren, dass die Komintern mit ihrer Einschätzung des Nationalsozialismus Recht gehabt habe, nämlich „dass der Antisemitismus die bestialische Form des Chauvinismus und der Menschenverachtung ist, dass der Antisemitismus unter dem Gesichtspunkt der Kulturgeschichte die Rückkehr zum Kannibalismus ist“ (Dok. 230). Dies sollte die allgemein gültige Sprachregelung der UdSSR in den dreißiger Jahren bezüglich der Judenverfolgung in Deutschland bleiben.⁵⁶

⁵⁶ Eine Auswertung der sowjetischen Presse-Berichterstattung über die Judenverfolgung in Deutschland zeigte, dass es in dem Zeitraum Oktober 1935 bis Ende 1937 „frequent reports of persecution of Jews“ gab. In: Yosef Govrin: *The Jewish Factor in the Relations between Nazi Germany and the Soviet Union 1933–1941*, London/Portland 2009, S. 76. Dies ist unseres Wissens die einzige Untersuchung, die sich – außerhalb der Forschungen über Feindbilder – dieser speziellen Thematik widmet. Angesichts der Bedeutung, die der Verbindung von

Die Wissenschafts- und Kulturbeziehungen

Parallel zu der politischen Verschärfung, die die Beziehungen bestimmte, entwickelten sich die kulturellen und insbesondere die wissenschaftlichen Kontakte. Die Wissenschaft stand nun unter dem Leitsatz, so wenig Austausch wie möglich zuzulassen. Dies ging in dieser Radikalität zunächst in erster Linie von der deutschen Seite aus, die bewusst und mit zunehmender Vehemenz darauf drang, alle Kontakte zu unterbinden. Diese Bestrebungen trafen auf ähnliche Tendenzen auf sowjetischer Seite, wenn sie dort auch andere Ursachen hatten. Hier gab es eine sich schon seit Ende der zwanziger Jahre abzeichnende, allerdings in sich widersprüchliche Umorientierung: einerseits ein gesteigertes Interesse an der aufstrebenden Macht USA (insbesondere auch nach der diplomatischen Anerkennung der UdSSR durch die USA im November 1933), andererseits eine Neigung, sich auf sich selbst zu berufen und die eigene Größe der Wissenschaft nicht durch den Blick auf die Anderen schmälern zu wollen. Letzteres traf zusammen mit der Entwicklung, dass bei Nachwuchswissenschaftlern mehr und mehr die Fremdsprachenkompetenz nachließ. Diese Tendenzen waren in den dreißiger Jahren unabhängig von den Ereignissen in Deutschland angelegt. Aber auf die gegenseitigen Beziehungen wirkte sich noch stärker ein dritter Faktor aus: die mit dem zunehmenden Terror wachsenden Probleme mit Auslandskontakten. Die sowjetische Abschottung im Stalinismus traf also auf ein Bestreben des Nationalsozialismus, durch Kappung aller Kontakte ein ideologisch gelenktes Bild des Bolschewismus nach Belieben entwickeln zu können.⁵⁷

Erste Anzeichen dieser Entwicklung waren, dass es auf die Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung „einen merkwürdigen Eindruck“ machte, dass man die sowjetischen Zeitschriften in der Staatsbibliothek nicht mehr offen bestellen, sondern nur noch mit Genehmigung des Bibliotheksleiters einsehen konnte (Dok. 160). Da die Reisen von deutschen Wissenschaftlern in die UdSSR immer seltener wurden, versuchte die sowjetische Seite, den wissenschaftlichen Austausch über Fachaufsätze am Leben zu erhalten. Ende 1935 verlangte das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung noch, über derartige Ansinnen informiert zu werden (Dok. 273). Da dies offensichtlich die entsprechenden Kapazitäten des Ministeriums überlastete, wurde im Sommer 1936 in der Staatsbibliothek eine Reichstauschstelle geschaffen, die diese Beziehungen überwachen und regeln soll-

Judentum und Bolschewismus in der nationalsozialistischen Ideologie zukam, ist das erstaunlich. Eine hilfreiche Arbeit, in der auch die Positionen der UdSSR zum nationalsozialistischen Antisemitismus behandelt wird, ist: Matthias Vetter: Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939, Berlin 1995.

⁵⁷ Die Überblicksliteratur zu den Wissenschafts- und Kulturbeziehungen dieser Jahre ist überschaubar. Zu den Ausführungen zur sowjetischen Seite vgl. D. A. Aleksandrov: Rasklad sovetsko-nemeckich naučnych svjazej v 1930-e gg. (Der Zerfall der sowjetisch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen in den 30er Jahren), in: Sovetsko-germanskie naučnye svjazi vremeni Vejmarskoj respubliki, Sankt Peterburg 2001, S. 324–336. Von deutscher Seite: Die Wissenschaft in den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917–1941, darin: Epilog: Niedergang und Verfall (1933–1941), S. 319–358 [unveröffentlichtes Manuskript/Nachlass Günter Rosenfeld]; Günter Rosenfeld: Kultur und Wissenschaft in den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion von 1933 bis Juni 1941, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1995/1, S. 99–129; vor allem: Johannes Dafinger: Wissenschaft im außenpolitischen Kalkül des „Dritten Reiches“. Deutsch-sowjetische Wissenschaftsbeziehungen vor und nach Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes, Berlin 2014.

te. Aber schon im Februar 1937 sollte „jeder wissenschaftliche Schriftverkehr deutscher Gelehrter mit wissenschaftlichen Stellen oder Gelehrten in der Sowjetunion grundsätzlich [...] unterbleiben“ (Dok. 653). Jedoch hielt sich auch dieser Erlass noch die Hintertür offen, im Falle des staatlichen Interesses Ausnahmen zuzulassen, was in der Folgezeit bei ideologisch unbedenklichen Themen durchaus der Fall war.

Ähnlich widersprüchlich verhielt sich die deutsche Seite gegenüber der Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen. Einerseits wollte sie angesichts der politischen Großwetterlage den Austausch unterbinden. Zudem scheinen auch Devisenschwierigkeiten Grund für Einschränkungen gewesen zu sein. Andererseits hielt die Furcht, durch die Einschränkung eines Austausches wissenschaftlich ins Hintertreffen zu geraten, das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung davon zurück, solche Kontakte ganz zu untersagen. So reisten im August 1935 elf Wissenschaftler zu dem Physiologen-Kongress nach Leningrad (Dok. 211, Anm. 11). Auch zu dem 1937 geplanten Geologen-Kongress sollte nach Auffassung des Reichsministeriums eine „kleine zuverlässige Delegation“ reisen, damit Deutschland nicht in eine „unnötige Selbstisolierung“ gerate und „durch die Exkursionen in einem sonst schwer erreichbaren Maße Einblick in die geologischen Verhältnisse“ der UdSSR erhalte (Dok. 652). Dies sollte auch geschehen, obwohl schon 1935 sich abzeichnete, dass auf den Kongressen in der UdSSR die Konferenzsprache Deutsch peu à peu von Englisch und Französisch verdrängt wurde, wogegen die deutsche Seite protestierte (Dok. 178). Schwieriger gestaltete sich die Frage bei der Reise zu dem im Jahr 1936 vorgesehenen Genetiker-Kongress, da die Gestapo befürchtete, dass emigrierte deutsche Wissenschaftler den Ort als Forum „zu einer Demonstration gegen die nationalsozialistische Weltanschauung“ nutzen würden, auch wenn „angeblich kein Referat über akute Rassen- und Vererbungsfragen mit politischer Tendenz zugelassen“ sei (Dok. 464). Bei einer Erörterung über die Teilnahme wurden die unterschiedlichen Interessen der beteiligten Ressorts sichtbar (Dok. 498). Letztendlich wurden die Deutschen einer Entscheidung entzogen, da der zunächst bereits auf das Jahr 1937 verschobene Kongress schließlich ganz abgesagt wurde.

Von sowjetischer Seite hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon die Abstinenz sowjetischer Wissenschaftler an Veranstaltungen in Deutschland bemerkbar gemacht. Die Teilnahme an einem Kongress zu Bevölkerungsproblemen, der in Berlin abgehalten wurde, lehnte Štern deshalb ab, da das Programm „im Wesentlichen der Rassentheorie“ folge (Dok. 150). So konstatierte Twardowski schon im August 1935: „Einladungen zu Kongressen nehmen die Russen grundsätzlich nicht an, es sei denn, dass es sich um Fragen wie Straßenreinigung handelt“ (Dok. 211). Und zu der Tagung der Sportärzte, die parallel zu den Olympischen Spielen abgehalten wurde, lud man sowjetische Delegierte gar nicht erst ein⁵⁸, da das Land, das nicht Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees war, „aus prinzipiellen Erwägungen“ (Dok. 483) auch an der Olympiade 1936 in Deutschland nicht teilnahm.

Auf einem Gebiet der wissenschaftlichen Kooperation schritt die Arbeit jedoch unbeirrbar fort, sogar über das Jahr 1937 hinaus. Zunächst hatten sowohl die Bevollmächtigte Vertretung als auch das Auswärtige Amt befürchtet, dass durch die

⁵⁸ Vgl. PA AA, Moskau II, 431, Bl. 44.

Verdrängung von Prof. Hoetzsch von seinem Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Friedrich-Wilhelms-Universität im Mai 1935 die von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas und namentlich von Hoetzsch herausgegebene und vom Amt finanzierte Dokumentenedition zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges auch bedroht sei. Dies war nicht der Fall; sie wurde unter den gleichen Bedingungen weitergeführt. Auch die Gesellschaft konnte ihre Tätigkeit, allerdings unter einem neuen Vorsitz, weiterführen. Die von ihr herausgegebene Zeitschrift „Osteuropa“ erhielt zugleich ein neues Herausgebergremium und eine neue Veröffentlichungsstrategie. Das „reine Tatsachenmaterial“ über die Sowjetunion sollte nur noch den im Beirat vertretenen Behörden – Auswärtigem Amt, Reichswirtschaftsministerium, Reichskriegsministerium – zugänglich gemacht werden (vgl. Dok. 181, Anm. 3). Damit hatte das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda eine wichtige Informationsquelle über die Verhältnisse in der Sowjetunion gleichgeschaltet.

Auch auf dem Gebiet der Kultur wurden die Beziehungen problematischer. Im Gefolge der öffentlichen Äußerungen Hitlers über den Bolschewismus schlich sich auf diesem Gebiet ein regelrechter „Kampf um die Kultur“ auch in die außenpolitische Berichterstattung ein. Ein Zitat Graf von der Schulenburgs soll als Beispiel dafür angeführt werden. Als Auswertung der Rede Litwinovs, die dieser im September 1936 im Völkerbund gehalten hatte, schrieb der Botschafter in einem Bericht an das Auswärtige Amt: „Nicht genug damit, dass Litwinow politisch gegen Deutschland hetzte, er erhob auch, um auf Nürnberg zu ‚antworten‘, allgemeinere Vorwürfe gegen den Nationalsozialismus. Dabei scheut dieser Vertreter einer bolschewistischen Regierung, die gerade auf dem Gebiete der Kultur ein beispielloses Vernichtungswerk vollführt hat und die in ihren politischen Prozessen die Inquisition wieder aufleben lässt, nicht davor zurück, von ‚gewaltsamer Verdrängung aller geistigen und kulturellen Werte‘ und von der ‚künstlichen Wiedergeburt der Ideen der schlechtesten Zeiten des Mittelalter‘ zu sprechen.“ (Dok. 541) Wenig verwunderlich, dass auch Rosenberg – der Berichterstattung Gnedins zufolge – vor dem versammelten diplomatischen Corps in dieser Tonart sprach, von der Zerstörungswut des Bolschewismus gegen das kultivierte Europa: „[...] wir sehen die Flugzeuge, die Russland immer wieder in großer Zahl baut. Aber dann stehen vor unseren Augen auch die Städte, Burgen und Kirchen des alt-ehrwürdigen Europas. Wir sehen Windsor und Westminster; wir sehen die Sainte Chapelle, wir sehen die Palazzis von Florenz, wir sehen die Königsgräber in Schweden, die Schlösser von Krakau. Und wir wissen, das alles sind Werte von uns allen. [...] Wir wollen“, so in der fragmentarischen Darlegung der Rede, „die Leute in Moskau sich einrichten lassen wie sie wollen, aber wir wollen ihre antieuropäische Lehre nicht, wir wollen Schutz der Heiligtümer Europas.“ (Dok. 554.) Ein ähnliches Vokabular benutzte Ribbentrop anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-japanischen Antikomintern-Abkommens (vgl. Dok. 588) und Goebbels bei der Formulierung der Richtlinien für die antibolschewistische Propaganda (vgl. Dok. 679).

In Anbetracht dieses Klimas ist es nachvollziehbar, dass sowjetische Künstler in Deutschland kaum noch auftreten konnten; wenn, dann vor allem in geschlossenen Veranstaltungen der diplomatischen Vertretung. Auch deutsche Künstler machten sich auf sowjetischen Bühnen rar. So zerschlug sich eine beabsichtigte

Einladung von Wilhelm Furtwängler schon in der Projektphase (Dok. 150). Zu dem ersten Internationalen Filmfestival, das Sojuzkino Ende Februar 1935 in Moskau ausrichtete, hatten die Veranstalter aus politischen Erwägungen zuerst niemanden aus Deutschland dabei haben wollen. Eine auf Drängen des Narkomindel doch noch nachgeschobene Einladung wurde von deutscher Seite wegen des oben beschriebenen Klimas oder tatsächlich auch wegen der Kurzfristigkeit boykottiert (vgl. Dok. 43, 55). Das Medium Film spielte eine besondere Rolle in der propagandistischen Auseinandersetzung. Neben den sowjetischen Beanstandungen an den Filmen „Flüchtlinge“, „Friesennot“ und „Staatsfeind Nr. 1“ und der deutschen Missbilligung des Filmes „Tscheljuskin“, der sogar konfisziert wurde, gab es allerdings auch positive Wechselwirkungen. Die Wehrmacht war so fasziniert von dem Militärfilm „Bor’ba za Kiev“, dass sie versuchte, es der sowjetischen Kinematographie gleichzutun (Dok. 481). Und auf ausdrücklichen Wunsch „einiger Deutscher“ organisierte die Bevollmächtigte Vertretung im März 1936 die Vorführung mehrerer sowjetischer Filme in ihren Räumen. Immerhin folgten von knapp 200 Angesprochenen 78 Personen⁵⁹ dieser Einladung. Die kurze Auswertung dieser Veranstaltung durch Gnedin ist eines der raren Dokumente zu den Kulturbeziehungen dieser Jahre (Dok. 409).

Gegenstand der Erörterungen, die unter dem Begriff der Kulturbeziehungen gefasst werden können, wurde auch die seit Beginn der zwanziger Jahre in Berlin existierende private Deutsch-Russische Höhere Schule. Um ihre Weiterexistenz zu ermöglichen, beantragte das Reichskultusministerium Mittel für die Umwandlung in eine öffentliche Schule, da sowohl dieses Ministerium als auch Auswärtiges Amt und Reichswehrministerium ein Interesse daran zeigten, „Nachwuchs heranzubilden, der in den verschiedensten Berufen in wirtschaftlicher, militärischer, kultureller und politischer Hinsicht als Träger und Mittler der deutschen Interessen in Russland dienen soll“ (Dok. 103). Dass insbesondere das Reichswehrministerium hinter dem Anliegen stand, zeigt der Entwurf des Schreibens von Reichenaus⁶⁰.

Auch eine weitere Voraussetzung des Kulturaustausches, das Reisen, litt unter den neuen Bedingungen. Reisen aus der UdSSR nach Deutschland beschränkten im Wesentlichen sich auf Geschäftsreisen. Eine touristische Tradition von Auslandsreisen hatte sich noch nicht entwickelt und die vor 1933 von einigen Parteifunktionären häufig in Deutschland durchgeführten Kuren wurden anderswohin verlegt. Dagegen war die Zahl der deutschen Reisenden in die Sowjetunion nicht ganz so gering. Der Höhepunkt von etwa 20.000 Buchungen aus dem Ausland insgesamt wurde tatsächlich im Jahr 1936 erreicht.⁶¹ Wie viele Reisende darunter aus Deutsch-

⁵⁹ An anderer Stelle wurden andere Zahlen genannt: 400 Eingeladene, 120 Besucher; vgl. Dok. 419. Dort auch eine Aufzählung der gezeigten Filme.

⁶⁰ Vom 11.2.1935, in: BA-MA, RW 5/462, o.P., 2 Bl.

⁶¹ Vgl. Matthias Heeke: Reisen zu den Sowjets. Der ausländische Tourismus in Russland 1921–1941, Münster u.a. 2003, S. 21. Heeke bietet einen umfassenden Überblick über das Thema mit einem unschätzbaren bio-bibliografischen Anhang zu 96 deutschen Reiseautoren. Danach erschienene Literatur der meist als Fellow Travellers bezeichneten politisch motivierten Besuche in der UdSSR bei Eva Overloskamp: Fremde neue Welten. Reisen deutscher und französischer Linksintellektueller in die Sowjetunion 1917–1939, München 2011. Auf die gleiche Personengruppe stützt sich in seiner Untersuchung: Michael David-Fox: Showcasing the great experiment: cultural diplomacy and western visitors to the Soviet Union 1921–1941, Oxford 2012. Aus russischer Sicht zum Tourismus: V. E. Bagdasarjan, Sovetskoe zazerkal’e. Inostrannyj turizm v SSSR v 1930–1980e gody (Im sowjetischen Spiegelland. Auslandstouris-

land stammten, ist noch nicht untersucht. Es wird keine ganz geringe Zahl gewesen sein, allein schon wegen der räumlichen Nähe und wegen der familiären Bindungen zu Facharbeitern und Emigranten. Diese Reisen sollten nun vor allem nach dem Willen der Gestapo erschwert werden. Dabei ist nicht ganz auseinanderzuhalten, welche Ursachen bei den Maßnahmen gegen das sowjetische Reisebüro Intourist im Vordergrund standen: die Einschränkung des Reiseverkehrs in den oder die Vermeidung von Reklame für den sozialistischen Staat. Offiziell war letzteres die Begründung für das Verbot von Reisewerbung auf Poststempeln, Plakaten oder in Prospekten (vgl. Dok. 245, 418). Auffällig ist, dass 1935 und 1936 jeweils zum Sommeranfang, also kurz vor der Reisesaison, Prospekte beschlagnahmt wurden. Das AA warnte vor einer gänzlichen Auflösung des Reisebüros, war es doch als Anlaufstelle für Geschäftsreisen unentbehrlich (vgl. Dok. 432). Dass verschiedene Ressorts in diese Problematik involviert waren, zeigt die Besprechung vom 23. Juni 1936. Dort wurde einhellig beschlossen: „Die Verkehrswerbung müsse sich auf Schilderung der Reisewege, landschaftlicher Schönheiten, Sehenswürdigkeiten, Preis- und Unterbringungsmöglichkeiten beschränken. Vergleichende Ausführungen zwischen einst und jetzt, Schilderungen angeblicher sozialer und kultureller Errungenschaften des bolschewistischen Systems und dergl. gehörten nicht in einen Reiseprospekt.“ (Dok. 468) Tatsächlich nahmen die Reisen von Deutschland in die UdSSR in den Jahren 1937 bis 1939 rapide ab – teils wegen der Maßnahmen in Deutschland, teils wegen des Terrors in der UdSSR.

Komintern und Antikomintern

Die Komintern hatte in den dreißiger Jahren auf Arbeitsweise und Ausformulierung außenpolitischer Richtlinien der Sowjetunion keinen Einfluss. In den unmittelbaren Jahren nach der Revolution mag dies anders gewesen sein. Mit dem Stalinischen Diktum vom Aufbau des Sozialismus in einem Land und der Verfolgung von Trockij und seinen Anhängern änderte sich diese bei den meisten Regierungen weiterhin als Doppelstrategie wahrgenommene Linie der sowjetischen Außenpolitik. Die Bemerkung Stalins vom April 1932, dass er sich „mit Kominternfragen momentan nicht beschäftigen, da ihm die Kriegsfrage keine Zeit dazu lasse“⁶², ist ein beredter Ausdruck dafür, dass er der Komintern andere Aufgaben als außenpolitische zugedacht hatte.⁶³ Auch Gnedin antwortete in der Retrospektive auf eine entsprechende Frage in diesem Sinne und räumte lediglich ein, dass einige Komintern-

mus in der UdSSR in den 30er–80er Jahren), Moskva 2007; I. B. Orlov, E. V. Jurčikova: *Masovyj turizm v stalinskoj povsednevnosti* (Massentourismus im Stalinschen Alltag), Moskva 2010.

⁶² Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007, S. 311. In Bezug auf die Politik gegenüber der KPD und gegenüber Deutschland hat Hoppe diese Transformation der Komintern in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre anhand neuer Quellen überzeugend herausgearbeitet.

⁶³ Auch die umfangreiche Dokumentation zur Komintern (Deutschland, Russland, Komintern – Dokumente (1918–1943), hrsg. von Hermann Weber u. a., Berlin 2014) zeigt in ihrer Quellenauswahl, dass außenpolitische Fragen vom Politbüro entschieden wurden und die Vorstellungen und die Ausarbeitungen der Komintern dazu so gut wie gar nicht berücksichtigt wurden. In der gegenwärtigen russischen Hochschullehre wird die Politik der Komintern, insbesondere die Wendung auf dem VII. Weltkongress zur Volksfrontpolitik bezeichnet als „ergänzende Bekräftigung der ernsthaften Bestrebungen der UdSSR, mit den westlichen Staaten auf antifaschistischer Grundlage zusammenzuarbeiten“; *Istorija mezhdunarodnych otnosjenij*, Bd. 2, S. 141.

Funktionäre in der Presse die Möglichkeit gehabt hätten, zu außenpolitischen Fragen Stellung zu beziehen.⁶⁴ Auf eine entsprechende Vorhaltung über die enge Verknüpfung von Komintern und sowjetischer Politik entgegnete Gnedin 1935, „dass zwar die Ideologien der Komintern und der UdSSR die gleichen seien, dass aber die Realpolitik der UdSSR nichts zu tun habe mit der Komintern“ (Dok. 322). Auch in den Gesprächen Čuevs mit Molotov kommt die Komintern nicht vor. In der Tat lassen die bisher bekannten Dokumente keinerlei Rückschlüsse auf institutionelle oder personelle Verflechtungen außenpolitischer Entscheidungsprozesse mit der Komintern zu. Wir müssen daher davon ausgehen, dass Stalin, der zwar nominell Mitglied des EKKI und auch des Präsidiums der KI war⁶⁵, die Komintern nicht als Nebenorganisation für die Durchsetzung seiner außenpolitischer Ziele nutzte, sondern im Gegenteil häufiger mit den Nachteilen ihrer Existenz konfrontiert war.

Bei dem Namen Komintern-Sender für die Rundfunkstation des Staatlichen Rundfunksenders, der das Programm in den Fremdsprachen sendete, mögen sich Vor- und Nachteile die Waage gehalten haben. Immerhin ermöglichte die Namensgebung im Jahre 1922 bei Protesten gegen bestimmte Inhalte der Sendungen, auf die Komintern als nicht-staatliche Organisation zu verweisen. Aber gerade auf diesem eher nebensächlichen Schauplatz ‚Rundfunk‘ ist die ganze Problematik der Unterordnung der Komintern unter die Politik des Narkomindel exemplarisch nachzuweisen.⁶⁶ Für das Deutsche Reich war dieser Sender jedoch Teil einer Strategie der Revolutionierung durch die Komintern, weswegen man einigen Aufwand betrieb, um die Sender zu stören (Dok. 216) und eine für die Innenpolitik relevante Gegenpropaganda ebenfalls über den Rundfunk zu betreiben (Dok. 679).

Dennoch spielte die Komintern in den bilateralen Beziehungen in diesen Jahren eine Rolle. Sie übernahm für Deutschland – und wie es selbst in diesen Dokumenten anklingt für andere westliche Staaten auch – die Funktion des Schreckgespenstes⁶⁷. Insbesondere der VII. Weltkongress der Komintern im Sommer 1935, der immerhin nach einer Pause von sieben Jahren erstmals wieder einberufen worden war und daher publizistisch einige Aufmerksamkeit erregte, eignete sich dafür, die deutsche Propaganda auf eine antibolschewistische Linie auszurichten (Dok. 204, 215). Im Frühjahr 1936 war diese Instrumentalisierung schon wieder etwas abgeebbt (Dok. 397, 402), wurde aber mit dem Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges wieder stärker (Dok. 588). Und schließlich eignete sich der Verweis auf die Komintern auch in den wirtschaftlichen Besprechungen als Argument, die Verhandlungen Anfang 1937 abzublocken (Dok. 640, 671).

⁶⁴ Gnedin, V Narkomindele, S. 366. Gnedin mag hier vor allem Radek im Auge gehabt haben, dessen 1932 neu geschaffenes BMI ja gerade die Ausschaltung der KI in den 30er Jahren unterstreicht.

⁶⁵ Die sowjetische Regierung sei, so gab Suric in einem Schreiben an Krestinskij in Auswertung deutscher Zeitungsangriffe die deutsche Sichtweise wieder, durch Personalunion eng mit der Komintern verbunden. Vgl. Dok. 506.

⁶⁶ Vgl. Carola Tischler: Funk in Fesseln. Der deutschsprachige Rundfunk aus Moskau zwischen revolutionärem Anspruch und staatlicher Reglementierung (1929–1941); in: Stürmische Aufbrüche und enttäuschte Hoffnungen. Russen und Deutsche in der Zwischenkriegszeit, hrsg. von Karl Eimermacher/Astrid Volpert, München 2006, S. 1021–1067, hier S. 1038.

⁶⁷ So von Twardowski in seinem Bericht bezüglich der Sowjetpresse über den Nürnberger Parteitag, Dok. 232.

Dass die Komintern für die deutsche Propaganda der Hebel war, die Gefahr eines Europa zerstörenden jüdischen Weltbolschewismus zu beschwören, zeigen insbesondere die zwei Ämter, die dem Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda unterstellte Antikomintern unter der Leitung von Eberhard Taubert⁶⁸ und die von Georg Leibbrandt geleitete Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP. Trotz gegenseitiger Konkurrenz (Dok. 533), die bis zu persönlichen Auseinandersetzungen reichten⁶⁹, waren sie einig in ihrer Opposition zur Politik des Auswärtigen Amtes. Die Instrumentalisierung der Komintern für die eigene Machtentfaltung lässt sich für das Außenpolitische Amt an dem Grundsatzpapier „Dringende Aufgaben betreffend Osteuropa“ (Dok. 243) und für die Antikomintern anhand der Propagandarichtlinien vom März 1937 (Dok. 679) nachvollziehen. Und die Reichsregierung nutzte in starkem Maße gegenüber der eigenen Bevölkerung und gegenüber den Westmächten das Feindbild des jüdischen Weltbolschewismus für ihre Aufrüstungspolitik.

Konkreter noch als bei der propagandistischen Nutzung als Bedrohungskulisse verwendeten die Deutschen die Komintern, um mit den Japanern ein gemeinsames Bündnis gegen die UdSSR zu schließen, das sie Antikomintern-Pakt nannten. Die Idee dazu kam, glaubt man den Haft-Aufzeichnungen von Ribbentrops aus dem Jahr 1946, von dem Mitarbeiter im Büro Ribbentrop von Raumer. „Der Führer“, so Ribbentrop weiter, „wünschte die Vorbereitungen nicht auf dem Wege der deutschen offiziellen Politik zu treffen, weil es sich um eine mehr weltanschauliche Frage handelte. Er beauftragte mich daher, den Pakt vorzubereiten, der im Jahre 1936 durch die Dienststelle Ribbentrop abgeschlossen wurde.“⁷⁰ Die Verhandlungen dazu führte Ribbentrop am Auswärtigen Amt vorbei im August 1936 (Dok. 494), der Abschluss erfolgte am 25. November 1936. Die Erklärung, die Ribbentrop anlässlich des Pakt-Abschlusses dem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros gegenüber abgab, verdeutlicht die mit Propagandaministerium und Außenpolitischem Amt konform gehende Linie: „Japan wird die Ausbreitung des Bolschewismus in Ostasien niemals zulassen. Deutschland bildet das Bollwerk gegen diese Pest im Herzen Europas.“ (Dok. 588) Das Auswärtige Amt versuchte dagegen, mit Hilfe einer Sprachregelung ihre Auslandsvertretungen auf eine andere Richtung festzulegen und den Antikomintern-Pakt lediglich als „Abwehrmaßnahme mit innerpolizeilichem Schutzcharakter“ darzustellen. Es sei „vor allem hervorzuheben, dass das Abkommen keine bündnismäßige Spitze gegen dritte Mächte hat“ (Dok. 589). In diesem Sinne instruierte von der Schulenburg im April 1937 seine Mitarbeiter (Dok. 685), nicht ohne darauf hinzuweisen, dass der Kritikpunkt für die sowjetische Regierung nicht der offizielle Text der Vereinbarung sei, da sie selbst die dort vorgenommene Trennung von Komintern und sowjetischem Staat vertrete, sondern die mit dem Antikomintern-Pakt verbundene geheime Abmachung. Und dort war sehr wohl von der Sowjetunion die Rede. Beide vertragschließenden Seiten verpflichteten sich darin, bei einem Konflikt mit

⁶⁸ Von Koenen wurde die Antikomintern treffend als „subalterne Unterabteilung des Goebbelschen Propagandaministeriums“ bezeichnet; Gerd Koenen: *Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945*, München 2005, S. 416/417. Der im Titel angegebene Zeitraum dieser Monografie ist ein wenig irreführend, werden die Jahre 1933 bis 1945 in dieser mehr 500 Seiten umfassenden Monographie lediglich auf 25 Seiten behandelt.

⁶⁹ Vgl. Munk, Vom Scheitern, S. 113.

⁷⁰ Joachim von Ribbentrop: *Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen*, Leoni am Starnberger See 1953, S. 110.

der UdSSR „keinerlei Maßnahmen zu treffen, die in ihrer Wirkung die Lage der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken zu entlasten geeignet“ seien, sowie während der Dauer des Abkommens „ohne gegenseitige Zustimmung mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken keinerlei politische Verträge zu schließen“⁷¹. Der in der Anlage an das Zusatzabkommen beigefügte Briefwechsel zwischen Ribbentrop und Mushakōji benannte jedoch eine Reihe von Ausnahmen und nahm dem Abkommen seine Wirksamkeit. Demgemäß reagierte die Sowjetunion ganz gelassen.

Die Bedeutungslosigkeit der Komintern bei der Ausgestaltung der sowjetischen Politik in Bezug auf Deutschland muss in zwei Zusammenhängen relativiert werden, erstens in Bezug auf ihre Rolle im Spanischen Bürgerkrieg⁷² und zweitens bei der Formulierung von Begründungen für Terror-Maßnahmen des NKVD, konkret bei dem sogenannten 1. Direktivbrief (Dok. 645).

Der Spanische Bürgerkrieg

Der Spanische Bürgerkrieg war nicht nur ein Bürgerkrieg, in ihm kristallisierten sich auch die europäischen ideologischen Frontstellungen der Vorkriegszeit heraus. Durch die Haltung der europäischen Mächte sowie die Involvierung sowohl des deutschen als auch des sowjetischen Militärs beeinflusste der Krieg auch die deutsch-sowjetischen Beziehungen. „Es versteht sich von selbst“, schrieb Suric am 12. Oktober 1936 Krestinskij, „dass angesichts der deutschen Kriegsgefahr der weitere Kampf rund um Spanien und unser Auftreten in London [d.h. im Nichteinmischungskomitee] mit dem allgemeinen Problem der kollektiven Sicherheit und der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern eng verbunden sind“ (Dok. 548). Damit befand er sich ganz auf der Linie Litvinovs. Dieser hatte in seiner Rede im Völkerbund zur sowjetischen Position verlauten lassen: „Die sowjetische Regierung schloss sich der Deklaration über Nichteinmischung in die spanischen Angelegenheit nur deshalb an, weil ein befreundetes Land [gemeint ist Frankreich] anderenfalls einen internationalen Konflikt befürchtete. Sie handelte so, obgleich sie der Auffassung ist, dass das Prinzip der Neutralität nicht auf den Kampf von Meutern gegen eine legitime Regierung anwendbar ist und den Normen des Völkerrechts widerspricht.“ (Dok. 537)

Die sowjetische Seite kam durch das Engagement der Komintern in große Konflikte.⁷³ Das Politbüro hatte nicht nur beschlossen, dem Nichteinmischungskomitee beizutreten, sondern wies Ende August 1936 auch das Außenhandelskommissariat an, keine Waffen nach Spanien zu exportieren.⁷⁴ Aber bei der großen Solidaritäts-

⁷¹ „Geheimes Zusatzabkommen zum Abkommen gegen die Kommunistische Internationale“. In: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 58, S. 116–120.

⁷² Das Tagebuch Dimitrovs kann aufgrund seiner fragmentarischen und stichwortartigen Gestalt nur bedingt als Beleg der These von der Bedeutungslosigkeit der Komintern herangezogen werden. Dennoch ist die Leerstelle bezüglich außenpolitischer Themen auffallend. In unserem Zeitraum wird die Politik gegenüber Spanien jedoch dreimal angesprochen. Die Textstellen lassen eher den Schluss zu, dass Dimitrov dabei eher als Ausführender denn als Gestalter fungierte; vgl. Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933–1943, hrsg. von Bernhard Bayerlein, Berlin 2000, S. 127, 130, 155.

⁷³ Vgl. auch Frank Schauff: Der verspielte Sieg: Sowjetunion, Kommunistische Internationale und Spanischer Bürgerkrieg 1936–1939, Frankfurt a. M./New York 2004.

⁷⁴ Politbjuro CK RKP (b) – VKP (b) i Evropa. Rešenija „osoboj papki“. 1923–1939 (Politbüro und Europa. Die Entscheidungen der „Sondermappen“), hrsg. von G. M. Adibekov u. a., Moskva 2001, S. 340–341.

bewegung der europäischen linken Bewegung abseits zu stehen – zumal nach der auf dem Komintern-Kongress proklamierten Volksfrontbewegung – war auch nicht möglich. So half man sich zunächst mit Sammelaktionen für spanische Kinder (11.9.1936), und dann doch mit der Bereitstellung von Personal und Waffen, dies aber im Geheimen (29.9.1936).⁷⁵ Schulenburg bewertete auf der Konsulnbesprechung im Frühjahr 1937 im Nachhinein dieses sowjetische Dilemma völlig zutreffend: „Einwandfrei hat bei der Entscheidung der im Laufe des spanischen Konfliktes auftretenden Fragen die Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion zu Ungunsten der Ziele der Komintern die Oberhand behalten. Hieraus sind der Wille der Sowjetregierung, den spanischen Konflikt zu liquidieren, und der sicherlich nicht leichte Entschluss, die Nichteinmischungsabkommen zu unterschreiben, entstanden. Inwieweit hier die Erwägung ausschlaggebend gewesen ist, dass eine Fortführung der Interventionspolitik zu einem europäischen Brande geführt hätte, oder ob die Erkenntnis der technischen Schwierigkeiten einer wirksamen Intervention den Entschluss herbeigeführt hat, ist schwer zu entscheiden.“ (Dok. 685)

Die Skrupel, mit denen sich die sowjetische Politik bei der Unterstützung der spanischen Volksfrontregierung herumplagte, hatte die deutsche Seite in Bezug auf die Unterstützung der Aufständischen nicht. Die gegen die spanische Volksfront-Regierung putschenden Militärs unter Führung von Francisco Franco wurden bereits fünf Tage nach dem Beginn des Aufstandes am 17. Juli 1936 mit deutschen Waffen versorgt. Der weitere fünf Tage später gebildete Sonderstab W sollte die verschiedenen Waffenlieferungen koordinieren. Suric bewertete dieses Engagement in seinem Schreiben nach Moskau treffend: „Falls in Spanien eine derartige Situation entsteht, wonach der Ausgang des Kampfes zugunsten der Aufständischen ausschließlich von einer verstärkten materiellen Hilfe von außen abhängen sollte, so gibt es keine Zweifel, dass das faschistische Deutschland diese Hilfe leisten wird.“ (Dok. 491) Dieses militärische Engagement musste im Auswärtigen Amt aufgrund der damit verbundenen internationalen Verwicklungen als problematisch angesehen werden, zumindest bis zum 18. November 1936, als die deutsche Regierung zeitgleich mit Italien Franco als rechtmäßige Regierung Spaniens anerkannte. „Unsere Linie“, so informierte Schulenburg seine Mitarbeiter im April 1937, „ist vom Führer eindeutig festgelegt. Unsere Sympathien sind vollständig auf Seiten Francos, den wir auch im Rahmen des Möglichen unterstützen, wobei ausdrücklich festgelegt ist, dass eine Entsendung deutscher Truppen nach Spanien keinesfalls in Frage kommt. Alle Nachrichten der ausländischen Presse über Anwesenheit geschlossener deutscher Truppenverbände in Spanien sind frei erfunden. In Wirklichkeit befinden sich in Spanien lediglich eine beschränkte Anzahl von Technikern und Spezialisten für komplizierte technische Waffen.“ (Dok. 685)

Für Deutschland bot der Ausbruch und Fortgang des Spanischen Bürgerkrieges jedoch eine exzellente Möglichkeit, ihn für ihre antibolschewistische Propaganda zu nutzen (Dok. 679). Dies traf außer auf Hitler auch auf Goebbels, Rosenberg und Ribbentrop zu (Dok. 592). Letzter instrumentalisierte das spanische Argument besonders beim Abschluss des Antikomintern-Paktes. Die deutsche Seite verwahrte

⁷⁵ Jurij Rybalkin: *Operacija X: Sovetskaja voennaja pomošč' respublikanskoj Ispanii* (Operation X. Die sowjetische Militärhilfe an das Republikanische Spanien), Moskva 2000.

sich sogar gegen Propaganda, die von den spanischsprachigen Rundfunksendungen des Moskauer Senders ausgingen (Dok. 507). Und es war offensichtlich, dass sich damit nicht nur der Ton in den gegenseitigen publizistischen Angriffen verschärfte, sondern die Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Gespräche nicht ausblieben (Dok. 504). Im gegenseitigen Umgang der Diplomaten nahm der Spanische Bürgerkrieg damit die Rolle eines erheblichen Störfaktors ein. „Herr Litwinow meinte [...], je früher man diese unangenehme spanische Sache liquidieren könne, umso besser würde es sein“, berichtete Schulenburg an Weizsäcker (Dok. 597) und Weizsäcker schrieb ihm Ende Januar 1937 zurück: „In der spanischen Sache hoffen wir über das Größte hinweg zu sein.“ (Dok. 629) Der Krieg dauerte aber noch bis 1939 an, und dass er seine Schärfe für die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu Beginn des Jahres 1937 ein wenig verlor, hatte damit zu tun, dass zu dieser Zeit die Gewalt in der UdSSR selbst im Vordergrund stand. Die deutsche Propaganda bekam für ihre antibolschewistischen Kampagnen eine noch viel stärkere Waffe in die Hand mit den Verhaftungen und Prozessen in der Sowjetunion, von denen auch Deutsche betroffen waren.

Der Stalinsche Terror und die nachrichtendienstliche Tätigkeit

In welchem Maße die Machtübernahme Hitlers und die mit dem Wort Faschismus verbundenen Verknüpfungen Anlass für eine Agentenphobie gaben, zeigt der zusammenfassende Bericht des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Jagoda an Stalin vom Januar 1935 (Dok. 12), in dem er die „erfolgreiche Arbeit“ der sowjetischen Innenbehörden der Jahre 1933 und 1934 dokumentiert.⁷⁶ Nur ein Teil dieser Maßnahmen sind den deutschen Vertretungen in der UdSSR bekannt geworden, im Grunde nur dann, wenn Reichsangehörige darin involviert waren. Eine allgemeine repressive Politik insbesondere gegenüber Sowjetdeutschen wurde beobachtet, wenn es um finanzielle Unterstützung aus Deutschland ging. Hier waren häufig die Kirchen Vermittlungsstellen, weshalb Repressionen gegen evangelische und katholische Geistliche Gegenstand von Berichten und Beschwerden wurden (Dok. 76, 343). Für die deutsche Seite schien es, dass der Empfang von Waren oder Geldsendungen über die sowjetische Handelsorganisation Torgsin Anlass für Verhaftungen oder andere Strafaktionen seien (Dok. 8, 27, 30, 80, 157, 182), während von der sowjetischen Seite diese Sendungen nur als vermeintliches Mittel angesehen wurden, nationalsozialistische Zellen auf dem Gebiet der UdSSR zu errichten. Das Narkomindel übernahm dabei die Sichtweise des NKVD, und mithilfe dieser Edition können erstmals die Absprachen der beiden Kommissariate verfolgt werden (vgl. z.B. Dok. 266, 403). Problematisch wurde der Druck des NKVD für die bilateralen Beziehungen insbesondere dadurch, dass der Vorwurf im Raum stand, Konsultsmitarbeiter – in den meisten Fällen wurden Ortskräfte beschuldigt – seien an dieser Zellenbildung beteiligt (Dok. 157). Es ist dabei nicht immer möglich zu beur-

⁷⁶ Zu den verschiedenen Operationen des NKVD besonders in den frühen Jahren 1934 bis 1936 vgl. auch Vladimir Chaustov/Lennart Samuel'son: Stalin, NKVD i repressii 1936–1938 gg., Moskva 2010 [darin v.a.: Inostrancy i sovetskie graždane inostrannogo proischoždenija – potencial'nye „agenty buržuaznych razvedok“ (Ausländer und sowjetische Staatsbürger ausländischer Herkunft – potentielle „Agenten bürgerlicher Geheimdienste“), S. 38–49]. Die allgemeine russisch-, englisch- und deutschsprachige Literatur zum Terror in der Sowjetunion ist mittlerweile unüberschaubar. Nur ein kleiner Teil der für den Kontext der deutsch-sowjetischen Beziehungen relevanten sowjetischen Quellen ist aber ins Deutsche übersetzt.

teilen, inwieweit die Beschuldigungen völlig aus der Luft gegriffen waren oder inwieweit einzelne Verstöße von Diplomaten vorlagen, die Anlass für Repressionen bilden konnten. Die Reaktion auf den Fall Erdtmann – der Sachbearbeiter in Moskau war bei Devisenvergehen auf frischer Tat ertappt worden – zeigt, dass die vom Auswärtigen Amt angelernte Übervorsicht, keinerlei Angriffsfläche für das Eingreifen der sowjetischen Innenbehörden zu bieten, in dem Klima der dreißiger Jahre ihre volle Berechtigung besaß. Es bleiben Zweifelsfälle bestehen, wie beispielsweise die Beschuldigung der Spionage gegen den Mitarbeiter des Konsulats Kiev Hermann Baun, insbesondere dann, wenn seine späteren Jahre mit in den Blick genommen werden⁷⁷, oder auch die gegen Kurt Fuchs.

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Deutschen Botschaft war die Fürsorge für die verhafteten Reichsdeutschen. Immer häufiger musste dabei die Botschaft zur Kenntnis nehmen, dass die rechtlichen Vereinbarungen des Vertrages zwischen Deutschland und der UdSSR von 1925 nicht eingehalten wurden, vor allem blieben Benachrichtigungen über Verhaftungen aus. Dabei war das Narkomindel auf die Kooperation mit dem NKVD angewiesen und konnte Versäumnisse zu Recht auf das Innenkommissariat abwälzen (vgl. Dok. 21). Es bemühte sich nach Möglichkeit, den Anliegen der Botschaft bzw. des Auswärtigen Amtes entgegenzukommen. Dies traf insbesondere auf den Fall Fuchs zu, der im AA eine besondere Behandlung genoss.⁷⁸ Möglicherweise beruhte das „energische Interesse“ (Dok. 313) von deutscher Seite mit auf dem Umstand, dass das AA auch von Verwandten mit Bitten um Auskünfte bedrängt wurde. Nach vielen Monaten der Unklarheit erreichten die deutschen Behörden immerhin, dass Fuchs aus einem unwirtlichen Lager in der Republik Komi nach Jaroslavl’ verlegt wurde. Im Januar 1936 besuchten ihn dort zwei diplomatische Mitarbeiter, Hensel und Levin. Die beiderseitigen Aufzeichnungen dieses Besuches (Dok. 362, 378) sind allein schon aus dem Grund einzigartige Quellen, weil der Vorgang an sich sicher auch exzeptionell war. Sie beleuchten eine Facette der gegenseitigen Beziehungen, über die wir bisher wenig wussten. Zudem zeigt der Fall Fuchs in detaillierter Weise, wie die inhaftierten Staatsbürger als Austauschobjekte in den diplomatischen Beziehungen gehandelt wurden (vgl. z. B. Dok. 226, 558).

Den ersten der drei großen Schauprozesse, der im August 1936 gegen das sogenannte trotzkistisch-sinowjewistische Zentrum im Moskauer Gewerkschaftshaus abgehalten wurde, verfolgte die Deutsche Botschaft nur aus Interesse an den innenpolitischen Verhältnissen in der UdSSR, obwohl fünf der Angeklagten sogar Mitglieder der KPD gewesen waren. Aber sie waren keine Reichsangehörigen, sondern stammten vorwiegend aus ostmitteleuropäischen Staaten. In der KPD waren sie

⁷⁷ Vgl. Magnus Pahl: Hermann Baun. Der gescheiterte Spionagechef. In: Spione und Nachrichtenhändler. Geheimdienst-Karrieren in Deutschland 1939–1989, hrsg. von Helmut Müller-Enbergs und Armin Wagner, Berlin 2016, S. 38–77.

⁷⁸ Fuchs war im August 1934 unter der Beschuldigung, auf einem Dampfer nach Leningrad eingeschleust worden zu sein und Spionage über den Zustand der Küstenverteidigung, über die Rüstungsindustrie sowie über das Flugwesen betrieben zu haben, verhaftet worden. (Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 509, S. 1339) Tatsächlich war er kurz nach einem Gespräch mit Generalkonsul Sommer in Leningrad, dem er von seinen Aufträgen durch die Auslandsorganisation der NSDAP berichtet hatte und der ihn von seinem Vorhaben abbringen wollte, auf der Straße festgenommen worden. Vgl. Bericht Sommers an das AA vom 12.8.1934. In: PA AA, R 83892, o.P., 3 Bl.

deshalb, weil es die Praxis vorsah, in die KP der Staaten überführt zu werden, in denen sie politisch aktiv waren. Schulenburg bemerkte in seinem Bericht lediglich am Rande, dass versucht wurde, in einigen Anklagepunkten eine Verbindung zur Gestapo zu konstruieren. Aber diese Formulierungen waren so unscharf, dass die Beschuldigungen zu keiner Demarche der Botschaft Anlass geben mussten. Als Ursache für den Prozess nannte der Botschafter „zweifelloso die vielen Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb der kommunistischen Partei der Sowjetunion bestehen“, und die im Keim erstickt werden sollten. Außerdem solle die Schaffung von Sündenböcken das sowjetische Volk von den „eigentlichen Nöten und Sorgen ablenken“⁷⁹. Auch Köstring verfolgte den Prozess als Beobachter und machte sich Notizen für einen Vortrag bei Reichskriegsminister Werner von Blomberg. Die Schlussfolgerungen des Militärattachés, dass ein zweiter Prozess, auf den der Staatsanwalt hingewiesen hatte, „öffentlich nie stattfinden“ werde, und dass die Integrität der Roten Armee nicht angetastet werde, sollten sich schon einige Monate später als überholt erweisen.⁸⁰

Während der erste Schauprozess die Botschaft also nur im Hinblick auf die Berichterstattung interessiert hatte, trat im November 1936 ein Ereignis ein, dass in den Folgemonaten den Briefverkehr zwischen Botschaft und Zentrale und die Gespräche mit dem Narkomindel häufig in Anspruch nahm. Es ging dabei um die sogenannten Novemberverhaftungen, am Ende insgesamt 37 Personen mit reichsdeutschem Pass, die vor allem in Moskau und Leningrad, in Einzelfällen auch in Sibirien verhaftet worden waren. Diese massive Häufung setzte die Botschaft so sehr unter Druck, dass der Botschafter seinerseits Litvinov dringend um eine Unterredung mit Molotov bat. Dieses Gespräch fand am 23. Dezember 1936 statt. Molotov versicherte bei dieser Gelegenheit dem Botschafter, „dass [die] Angelegenheit nicht unnötig aufgebauscht und in ‚Minimalumfang‘ durchgeführt werden solle“ (Dok. 614). Im Februar 1937 wurden tatsächlich zehn Personen, die zu der Gruppe der Novemberverhaftungen gerechnet wurden, nach Deutschland ausgewiesen. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Große Terror der Jahre 1936 bis 1938 in der UdSSR für die Botschaft aber schon ein weiteres größeres Problem geschaffen.

Im zweiten Schauprozess gegen das sogenannte sowjetfeindliche trotzkistische Parallelzentrum wurde eine Verbindung von Trotzkismus und Faschismus gezogen und in der Anklage figurierte demgemäß eine Vielzahl von deutschen Firmen, Institutionen und Einzelpersonen als Tatbeteiligte. Damit nicht genug wurde auch noch drei der Botschaft verbundenen Personen – Ernst Köstring, Wilhelm Baum und Wilhelm Großkopf – eine Rolle in dem Verschwörungsszenarium zugeschrieben. Köstring und Baum wurden von dem Angeklagten Karl Radek erwähnt, Groß-

⁷⁹ Bericht Schulenburgs an das AA vom 24.8.1936 „Prozess gegen das terroristische Trotski-Sinowjew-Zentrum“. In: PA AA, Moskau 72, o.P., 6 Bl. Siehe auch Otto Wenzel: Diplomatische Fehlwahrnehmung. Stalins Schauprozesse in Berichten der deutschen und amerikanischen Botschaft, in: ZdF 23/2008, S. 72–94. A.Ju.Vatlin: Graf Fridrich Verner von der Schulenburg i época massovyh repressij v SSSR (Graf Friedrich Werner von der Schulenburg und die Epoche der Massenrepressionen in der UdSSR), in: Voprosy istorii 2012, H. 2, S. 32–54. Ders.: Germanskaja diplomatija i „nemeckaja operacija“ NKVD 1936–1938 godov (Die deutsche Diplomatie und die „Deutsche Operation“ des NKVD 1936–1938), in: Rossijskaja istorija 2013, H. 1, S. 180–204.

⁸⁰ Bericht von Köstring vom 9.9.1936 „Vorgänge in der Sowjetunion während der letzten Wochen (Trotzkistenprozess)“. In: PA AA, Moskau 72, o. P.

kopf wurde mit der sogenannten sibirischen Gruppe des Zentrums in Zusammenhang gebracht, die im Kohlenrevier des Kusbass tätig gewesen sein sollte. Auch wenn der Leiter der Presseabteilung im Narkomindel Astachov gegenüber dem Vertreter des DNB in Moskau, Schüle, versicherte, der Prozess richte sich nicht gegen Deutschland (Dok. 632), so war doch die unmittelbare Betroffenheit der Botschaft Anlass für einen regen Schriftverkehr mit dem Auswärtigen Amt und für heftige Proteste beim Narkomindel. Immerhin erreichten die Interventionen, dass in der Urteilsverkündung die offizielle deutsche Person, mit der Großkopf gemeint war, nicht namentlich genannt wurde und dass die Hinweise auf Köstring und Baum im Urteil nur ganz vage angedeutet wurden. Auch die Beschuldigung, dass die deutschen Firmen Demag und Borsig trotzkistische Organisationen finanziert hätten, wurde fallengelassen (Dok. 637). Nichtsdestoweniger blieben die Beziehungen äußerst angespannt, da die sowjetische Seite im Nachgang des Prozesses auf der Abberufung von Köstring und Baum beharrten. Die Dokumente dieses Bandes geben einen außergewöhnlichen Einblick in das Procedere dieses Vorgangs (Dok. 650, 651, 654, 664, 667, 676). Köstring konnte schließlich bleiben. Als absehbar wurde, dass Baum nicht gehalten werden konnte, stimmte man seiner Abberufung zu mit dem Ziel, dafür eine möglichst hohe Zahl an verhafteten Deutschen freizubekommen (Dok. 683). Das Ende des zweiten Schauprozesses rückte die noch ungelöste Frage der Novemberverhaftungen wieder in das Blickfeld des Auswärtigen Amtes. Weizsäcker drängte bei Schulenburg auf Ergebnisse. In seiner Antwort, die leider nur in Auszügen überliefert ist, schrieb Schulenburg Anfang Februar 1937: „Ganz neuerdings scheint es, dass selbst der allerhöchste Herr ein Haar in diesen Prozessen und in ihren inner- und außenpolitischen Folgen gefunden hat. Den schauderhaften Eindruck, den die Prozesse im Auslande selbst bei den stets sowjetfreundlichen Zeitungen wie ‚Manchester Guardian‘ hervorgerufen haben, kennen Sie. Die Panik unter den höheren Sowjetbeamten ist so groß, dass sie sich zu einer Gefahr für die Staatsverwaltung auszuwachsen scheint.“ (Dok. 641)

Der Terror gegenüber Deutschen in der Sowjetunion hatte spätestens seit dem Jahre 1936 in gewissem Umfang auch die KPD-Emigrantenkolonie betroffen, zunächst ohne Kenntnis oder auch ohne Interesse der Deutschen Botschaft daran. Mit den Novemberverhaftungen erfasste er in einem größeren Maßstab deutsche Reichsangehörige und erreichte Mitte 1937 einen Höhepunkt durch die Inkraftsetzung des Befehls Nr. 00439 vom 25. Juli 1937, der unter der Bezeichnung „Deutsche Operation“ firmiert. Dieser wurde durch zwei Direktivbriefe vom 14. Februar (Dok. 645) und vom 2. April 1937 vorbereitet⁸¹. Obwohl die Verfolgungen in der UdSSR sich auf viele verschiedene Gruppen und Nationalitäten erstreckten, schien es für die Deutsche Botschaft so, als ob das Merkmal der deutschen Nationalität im Vorder-

⁸¹ Da beide Direktivbriefe für die Arbeit an diesem Band in Moskau nicht deklassifiziert wurden, griffen wir auf das Archiv in Kiev zurück, wo sich eine Abschrift des 1., nicht jedoch des 2. Direktivbriefes (Nr. 26 „O vozrastajuščej aktivnosti germanskich razvedyvatel'nych organov i special'nych učreždenij fašistskoj partii (inostrannyj i vnešnepoličeskij otdely ‚Antikomintern‘, razvedyvatel'naja služba ochrannych otrjadov i tak dalee) na territorii Sojuza SSR“ / Über die wachsende Aktivität der deutschen Aufklärungsorgane und der Spezialabteilungen der faschistischen Partei (ausländische und außenpolitische Abteilungen der ‚Antikomintern‘, Aufklärungsdienst der Sicherheitsabteilungen usw.) auf dem Territorium der UdSSR) finden ließ. Der Befehl selbst und seine Kontextualisierung wird im 3. Band thematisiert werden.

grund stand. Schulenburg drückte dies am 30. März 1937 gegenüber Litvinov so aus, dass es „wirklich den Eindruck [mache], als ob die Verhaftung von Deutschen ein Sport der niederen Polizeibeamten geworden sei“ (Dok. 677). Es spielte keine Rolle mehr, ob die deutsche Nationalität sich auf einen Sowjetstaatsangehörigen, einen politischen Gegner des nationalsozialistischen Regimes oder einen deutschen Spezialisten oder Firmenvertreter oder gar einen Angehörigen des Diplomatischen Corps erstreckte. Diese Ausweitung des Personenkreises ist dem 1. Direktivbrief zu entnehmen: „Bei der Ermittlung von Trotzlisten gelang es nicht, dem Eindringen von trotzlistischen Agenten in unser Territorium über die Kanäle als Touristen, ausländische Schiffsbesatzungen, ausländische Spezialisten, Techniker und Arbeiter, verschiedene ausländische Delegationen, in die UdSSR einreisende Schriftsteller, Wissenschaftler, Schauspieler usw. die nötige ernste Beachtung zu schenken.“ (Dok. 645).

Anders verhielt es sich mit der Gewaltpolitik des Deutschen Reiches. Der Terror gegen sowjetische Staatsangehörige, für den in den ersten Monaten der Machtübernahme der Nationalsozialisten häufige und rechtswidrige Übergriffe charakteristisch waren, ebte in der Zeit, die in diesem Band behandelt wird, ab. Vergleichsweise gab es wenige Fälle, auf die die Bevollmächtigte Vertretung in ihren Protestnoten hinweisen musste. Als im November 1936 aufgrund der Häufung von Verhaftungen in der UdSSR das Auswärtige Amt ventilierte, ob man mit Gegenmaßnahmen gegen Sowjetbürger in Deutschland antworten sollte, musste die Gestapo einräumen, dass es keine Personen gebe, die strafrechtlich erfolgreich verurteilt werden könnten (Dok. 633). In Deutschland inhaftierte sowjetische Staatsbürger benutzte man vor allem als Druckmittel für einen gegenseitigen Austausch oder sonstige Gefälligkeiten im diplomatischen Verkehr, und die Fälle waren im Wesentlichen auf das Jahr 1935 beschränkt (vgl. z. B. Dok. 28, 73, 140, 164, 182).

In beiden Staaten waren die Geheimdienste besonders daran interessiert, in die Räume der Diplomatie einzudringen. Das scheint den sowjetischen Stellen besser gelungen zu sein, wie die schnelle Übermittlung eines Gespräches, das in der Moskauer Botschaft mit einem Mitarbeiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP oder der Auslandsorganisation der NSDAP geführt worden war, belegt (Dok. 149). Für die Sonderabteilung der Hauptverwaltung des Staatssicherheitsdienstes, die für die Spionageabwehr zuständig war, muss die Auskunft von Sonderagent Nr. 387 über die der Deutschen Botschaft zugeschriebenen Funkpeilgeräte besonders wichtig gewesen sein. Beruhigend konnte jedoch festgestellt werden, dass eine „konkrete Überprüfung gezeigt hat, dass die technischen Spezialmaßnahmen der Deutschen unsere Spezialoperationen nicht tangieren“ (Dok. 149). Des Weiteren zeigt das Dokument, dass die Arbeit der Spionageabwehr insbesondere darin bestand, Dossiers über die einzelnen Mitglieder der Botschaft anzulegen. Aber auch an den allgemeinen Einschätzungen der Außenpolitik durch die Deutschen zeigte sich die Abteilung interessiert. Deshalb kam es dem Nachrichtendienst zupass, dass der Botschafter jährlich seine diplomatischen Mitarbeiter aus allen Konsulaten der Sowjetunion in Moskau zusammenrief, um ihnen einen politischen Überblick über die deutsche Außenpolitik zu verschaffen. Diese Treffen erfüllten gleichzeitig noch weitere Funktionen: den Austausch über die unterschiedlichen Probleme vor Ort, die Gelegenheit

von Mitarbeitergesprächen, die Gewährung der Annehmlichkeiten der Hauptstadt – kurz: die Stärkung des Zusammenhaltes des Diplomatischen Corps insgesamt. Für die sowjetische Sonderabteilung – seit 1937 war hierfür die 3. Abteilung der Hauptverwaltung der Staatssicherheit im Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten zuständig – waren diese Treffen besonders informativ, und beide Zusammenkünfte 1936 und 1937 wurden auch dort dokumentiert (Dok. 388 und 686). Über den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten wurden die Informationen, wie das zweite Dokument beweist, auch Stalin und Molotov zugeleitet.

Auch wenn sich das NKVD über viele Bitten des Narkomindel hinwegsetzte, wie der Abschnitt über die Verhaftungen zeigte, so stieß es doch bei der Exterritorialität der Botschaftsräume an seine Grenzen. Einer Durchsuchung der Räume nach einer ominösen Funkstation konnte das Narkomindel nicht zustimmen. Litvinov schlug Stalin stattdessen vor, die Berichte der Funkstation abzufangen, um die Existenz der Anlage beweisen zu können. Es ist naheliegend, aus diesem Vorschlag die Zweifel des Volkskommissars an den erpressten Geständnissen des verhafteten Groepler herauszulesen (Dok. 179). Auch in Deutschland konnte das Auswärtige Amt gegenüber dem Geheimen Staatspolizeiamt immer noch durchsetzen, die vertragsrechtlichen Bestimmungen mit der UdSSR bezüglich der Exterritorialität ihrer Vertretungen zu wahren. So blieb es bei dem Wunsch der Gestapo, anlässlich einer Inspektion der Allgemeinen Ortskrankenkasse in die Bevollmächtigte Vertretung verdeckte Beamte einzuschleusen (Dok. 672). Das allgemeine Wissen, das die Gestapo über die Bevollmächtigte Vertretung erlangt hatte, war voller – wissentlicher oder unwissentlicher – Fehler (Dok. 245), trotz der offensichtlichen Versuche, über die deutschen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung an Informationen über ihr Innenleben zu gelangen (Dok. 390). Letzteres war Grund für das Bestreben von Suric, alle deutschen Angestellten durch sowjetische Mitarbeiter zu ersetzen (Dok. 411). Insofern glichen sich die Lebenswelten der diplomatischen Vertretungen beider Staaten an: die Diplomaten unterhielten allerlei Kontakte, am wenigsten aber mit der Bevölkerung des Gastlandes.

Diese Gliederung der Schlüsselthemen richtete sich einerseits nach den in den Dokumenten im Wesentlichen vorkommenden Sujets, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen beherrschten, aber andererseits auch nach Fragen, die die Wissenschaft im Nachhinein an die deutsch-sowjetischen Beziehungen stellte und stellt. Darüber hinaus sind in den Quellen aber auch eine Unmenge an Informationen enthalten, die für andere Schwerpunkte in der Forschung von Relevanz sind, da sehr viele Gesprächsaufzeichnungen über mannigfache Themen dokumentiert sind. Die Quellen geben manchmal nur recht dürre, manchmal ausführliche Informationen zu Personen aus ganz verschiedenen Zusammenhängen, die in dieser Beziehungsgeschichte eine Rolle spielten. Für biographische Arbeiten können es zuweilen wichtige Puzzleteile sein, die bislang in einem abgerundeten Bild fehlten. Dies gilt sowohl für rein sachliche Informationen als auch für die Art der Texte, die in ihren Formulierungen, Themensetzungen und Charakterisierungen auch Rückschlüsse auf den Schreiber zulassen. Ebenso ist der Umgang der Diplomaten zwischen den Staaten, aber auch untereinander von einer nicht zu unterschätzenden Aussagekraft, selbst wenn man konzidiert, dass sie sich meist „diplomatisch“ geäußert haben. Im Gefolge der politischen Themen werden eine ganze Reihe von organisatorischen

Fragen angesprochen: Visaregelungen, Registrierungen der Firmenvertreter und Behandlung von Delegationen, die Räumlichkeiten und die Veranstaltungen der diplomatischen Vertretungen. Auch über das innerbehördliche Leben erhalten wir viele einzelne Aufschlüsse. Besonders über die Arbeit im Narkomindel sind wir bislang kaum informiert. Die Dokumente dazu über die Entlohnung der Mitarbeiter oder das Verhältnis der Abteilungen zueinander (z.B. Dok. 267), die Arbeit der diplomatischen Beauftragten des Narkomindel an den Orten in der UdSSR, wo sich ausländische Vertretungen befanden (z.B. Dok. 101, 605), oder über den Papiermangel in der Bevollmächtigten Vertretung (Dok. 85) verdeutlichen die ganz unterschiedlichen Probleme des Narkomindel in jenen Jahren. Die Briefe, die zwischen Moskau und Berlin, aber auch beispielsweise zwischen Moskau und Tokio gewechselt werden, erhellen die verschiedenen Bindungen, Animositäten, Einschätzungen und Wertungen der Angehörigen des Auswärtigen Amtes, wie die große Anhänglichkeit der Botschaftsmitarbeiter an den früheren Missionschef Herbert von Dirksen, um nur ein Beispiel herauszugreifen. Und schließlich zeigt uns die Fortführung der Aktenpublikation „Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“, dass Historiker auch in Zeiten schwieriger deutsch-sowjetischer Beziehungen weiter ihrer Arbeit nachgingen.

4. Zur Edierung der Dokumente

In den zweiten Band wurden 691 sowjetische und deutsche Dokumente aufgenommen, die den Beständen folgender zwölf Archive in Russland und in Deutschland sowie zusätzlich aus einem in der Ukraine entstammen: Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF), Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (RGASPI), Russisches Staatliches Militärarchiv (RGVA), Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), Russisches Staatsarchiv für Wirtschaft (RGAE), Archiv des Föderalen Sicherheitsdienstes (CA FSB) – alle Moskau; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Bundesarchiv (BArch), Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW) – alle Berlin, Bundesarchiv/Militärarchiv (BA-MA), Freiburg i. Br., Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv (RWWA), Köln, Institut für Zeitgeschichte (IfZ), München und Archiv des Ukrainischen Sicherheitsdienstes (OGA SBU), Kiev.

Der Grad der Repräsentativität der im zweiten Band aufgenommenen Dokumente hängt in erster Linie von den Arbeitsbedingungen (Zugänglichkeit zu Archiven, Freigabe der Dokumente, Zugang und Vollständigkeit von Findbüchern) in den Moskauer Archiven ab. Was die deutschen Archive betrifft, so unterlagen die Herausgeber keinen Einschränkungen beim Zugang und bei der Benutzung, es standen auch immer Hilfsmittel für die Suche und Erschließung von Dokumenten zur Verfügung. Hingegen bestand das größte Problem hier darin, bestimmte Dokumente zu ermitteln, da sie aller Wahrscheinlichkeit nach entweder noch während des Krieges vernichtet wurden oder durch Kriegseinwirkungen verloren gegangen sind. All diese Umstände haben die Herausgeber dazu veranlasst, bei den Dokumenten nicht nach der Originalfassung letzter Hand zu suchen, sondern jeweils das aufgefundene Dokument – auch wenn als Kopie oder als Durchschlag für die Ablage vorliegend – zu edieren. Sie waren dabei bestrebt, all das wiederzugeben, was sich auf die endgültige Redaktion des Dokumententextes bezieht und was an Informationen auf dem

Dokument zu finden war: äußere Gestaltung (Nummer des veröffentlichten Exemplars, Kopfbogen, Geheimhaltungsvermerk, Ausgangsnummer, Registrierstempel, Angaben über die Anzahl der Exemplare und zum Verteiler), hand- und maschinenschriftliche Korrekturen und Ergänzungen sowie Bemerkungen des Empfängers des Dokuments (Vermerke, Kommentare, Unterstreichungen im Text, Anstreichungen am Seitenrand). Die handschriftlichen Ergänzungen auf den sowjetischen Dokumenten wurden in diesem Band nach Schreibstift (Tintenfüller, Bleistift, Farbstift) bzw. nach Farben unterschieden. Lediglich die Anordnung all dieser Angaben wurde behutsam vereinheitlicht. Nicht alles konnte dabei entziffert werden. Bereits veröffentlichte Dokumente wurden – soweit es möglich war – nach dem Archivdokument ediert. Bei diesen Dokumenten wird dann nur die Erstveröffentlichung erwähnt, es sei denn, es gibt unterschiedliche Textvarianten oder zusätzliche technische Informationen auf dem Exemplar, was vor allem auf Quellen aus dem Moskauer Präsidentenarchiv zutrifft. Ziel dieser mitunter nicht immer leserfreundlichen, da formal nicht vereinheitlichten Edierung war es, nicht nur den Inhalt eines Dokumentes wiederzugeben, sondern auch die Genese eines Textes sowie die Rezeption widerzuspiegeln. In Bezug auf die russischen Akten folgt die Edition den in Russland gültigen Regeln für die Herausgabe von Dokumentenpublikationen.

Die Dokumente wurden chronologisch geordnet. Gerade durch das dichte Nebeneinander der sowjetischen und deutschen Vorgänge unterschiedlichen Inhalts und verschiedener Institutionen lässt sich die Komplexität der Beziehungen erschließen. Dokumente gleichen Datums wurden von den Herausgebern nach Einzelprüfung des Inhalts platziert, denn mit Ausnahme der chiffrierten Telegramme war eine genaue Tageszeitangabe weder in der UdSSR noch in Deutschland gebräuchlich.

Die Texte der Dokumente sind den derzeit gültigen Rechtschreibregeln angepasst, um eine Einheitlichkeit der deutschen und der übersetzten Dokumente zu erreichen. Offensichtliche Fehler in Orthografie und Interpunktion oder Druckfehler, die keine inhaltliche Veränderung nach sich ziehen, sind stillschweigend korrigiert worden. Bei allen anderen Fehlern und Ungenauigkeiten (gedanklichen Fehlern, deutlich veränderter Schreibweise von Namen bzw. Eigennamen, nicht exakten Datenangaben usw.) erfolgt die jeweilige Korrektur als Anmerkung in der Fußnote. Für die übersetzten Namen und Bezeichnungen wurde die wissenschaftliche Transliteration gewählt. Ausnahmen wurden nur dort gemacht, wo die Transliteration der geläufigen Lesart völlig widerstrebte, wie beispielsweise ZK für CK (aber nicht bei CIK oder CKK) oder Sotschi für Soçi. Die Schreibweise von russischen Eigennamen und geografischen Bezeichnungen in den deutschen Dokumenten wurde so beibehalten, wie es bei der Abfassung des Dokumentes gehandhabt worden war, eine entsprechende Erläuterung erfolgt in den Fußnoten nur bei missverständlichen Formen. Dadurch existieren für die russischen Namen zum Teil mehrere Varianten, die jedoch alle im Personenregister mit Verweis auf die korrekte Bezeichnung aufgeführt sind. Namen von Personen (die in der Regel die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen) aus den sowjetischen Quellen, bei denen wir über eine gesicherte deutsche Schreibweise verfügen, werden in dieser wiedergegeben, nicht gesicherte Schreibweisen werden in der Transliteration belassen, um keine möglicherweise falsche Festlegung zu treffen.

Die stilistischen Eigenarten der Texte wurden bei der Übersetzung soweit wie möglich beibehalten. Diese Eigenheiten der russischen Dokumente ergeben sich

zum Teil daraus, dass einige Texte offensichtlich unter einem großen Zeitdruck verfasst worden sind, um sie noch mit der laufenden Post oder mit dem Kurierdienst abschicken zu können. Bei einigen dieser Dokumente ist auch deutlich zu erkennen, dass ihre Verfasser vor 1917 lange Zeit in der Emigration gelebt hatten, was sie als Kenner der inneren Verhältnisse des Gastlandes und seiner Geschichte auswies. Sie vermochten es aber nicht immer, einen Sachverhalt oder eine Überlegung in ihrer Muttersprache präzise zu formulieren, was zu Problemen der Übersetzung führte. Auch bezüglich der Terminologie entstanden bei der Übersetzung mitunter Schwierigkeiten, die damit verbunden waren, dass die Konnotation von Begriffen sich änderte oder nicht exakt wiederzugeben war. Beispielsweise wurde die Amtsbezeichnung der deutschen Beamten in den sowjetischen Dokumenten nicht immer korrekt benutzt (z. B. Direktor statt Ministerialdirektor, Botschaftsrat statt Gesandtschaftsrat). Bei der Übersetzung wurde die russische Wortwahl belassen; die korrekte Bezeichnung ist durch das Namensverzeichnis zu erschließen. In anderen Fällen ist mit dem gleichen Ausdruck etwas Unterschiedliches gemeint. So ist der Terminus ‚Tagebuch‘ sowohl in den deutschen als auch in den russischen Dokumenten beibehalten worden. Während es sich bei den deutschen Dokumenten lediglich um eine Form der Registratur handelt, ist mit dem russischen Begriff die Aufzeichnung der Diplomaten über ihre Treffen mit ausländischen Gesprächspartnern gemeint. Alle Bearbeitungen an den russischen Dokumenten wurden auch in der Übersetzung wiedergegeben. Für einige dieser stilistischen oder grammatikalischen Überarbeitungen ließ sich jedoch keine adäquate deutsche Entsprechung finden; in diesen Fällen wurden sie stillschweigend ignoriert.

Ausgelassene Wörter bzw. Textstellen werden in eckigen Klammern ergänzt. In den Fällen, in denen es nicht möglich war, die Auslassungen im Text zu rekonstruieren, sind diese Stellen durch Auslassungspunkte in eckigen Klammern gekennzeichnet und dies in den Fußnoten vermerkt. In eckige Klammern sind weiterhin Aufschlüsselungen von Abkürzungen gestellt, davon ausgenommen sind die im Abkürzungsverzeichnis aufgeführten Abkürzungen. Abgekürzte Namen wurden pro Dokument nur einmal aufgeschlüsselt. Fehlende oder unvollständige Daten im Kopf des Dokumentes sowie Wörter (oder Teile davon) und Unterschriften, deren Lesbarkeit Schwierigkeiten bereiten, sind gleichfalls in eckige Klammern gesetzt. Auslassungen innerhalb von in Dokumenten vorkommenden Zitaten sind durch drei Punkte in eckigen Klammern gekennzeichnet. Die überwiegende Mehrheit der Dokumente kommt ungekürzt zum Abdruck. Kürzungen erfolgen nur dann, wenn der Inhalt keinen Bezug zum thematischen Rahmen des Bandes hat (etwa Aufzeichnungen über Gespräche protokollarischen Charakters oder Gespräche mit Diplomaten dritter Staaten sowie zu speziellen Fragen bzw. Teile von Reden, die sich nicht auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen bezogen). Die ausgelassenen Dokumententeile sind mit in eckigen Klammern gesetzten drei Punkten gekennzeichnet, die Erläuterung zum Inhalt der Auslassung erfolgt in den Fußnoten. Keine Erläuterung des Inhalts erfolgt bei veröffentlichten Dokumenten, da dies den thematischen Rahmen der Edition überschreitet. Die Dokumente sind in der Regel maschinenschriftlich geschrieben worden; handschriftliche Dokumente bzw. Textpassagen sind in den Fußnoten ausgewiesen.

Maschinenschriftliche Unterstreichungen wurden im Text belassen, bei in den ADAP veröffentlichten Dokumenten gegebenenfalls nach den Originalen hinzuge-

fügt. Bei Telegrammen wurde die Punktlinie (unsichere Entzifferung) beibehalten. Handschriftliche Unterstreichungen im Text und Anstreichungen am Seitenrand, die vom Empfänger oder von der Person stammen, der das Dokument zur Kenntnisnahme zugeleitet wurde, sind mit dem Zeichen *...* gekennzeichnet. Ein maschinen- oder handschriftlich hinzugefügter bzw. veränderter Text ist mit dem Zeichen **...** ausgewiesen, auf dieselbe Weise sind durchgestrichene Textteile gekennzeichnet, der ursprüngliche oder weggelassene Text wird in den Fußnoten vermerkt. Auch die Schreibung in Großbuchstaben wurde wie im Originaltext belassen, nicht jedoch die Sperrung von Wörtern, da sie keiner Systematik folgte. Fett- und Kursivsetzungen wurden so wie im Archivdokument bzw. wie in der Veröffentlichung vorgefunden übernommen. In den Dokumenten (nicht in den Fußnoten) genannte Zeitungen oder Zeitschriften wurden einheitlich in Anführungszeichen gesetzt.

Jedes Dokument ist mit einer laufenden Nummer und mit einem von den Herausgebern formulierten Titel versehen, wobei der ursprüngliche Titel des Dokumentes davon unberührt bleibt. Diese Titel der Herausgeber enthalten Angaben zur Art des Dokuments (Schreiben, Note, Bericht, Aufzeichnung einer Unterredung, Protokollauszug, Beschlussvorlage usw.) und zur Dienststellung der Personen, die die Verfasser und die Empfänger des Dokumentes sind. Die Bezeichnungen der Dokumentenart sind von den Herausgebern nach dem Inhalt der Dokumente und dem Bestreben nach einer gewissen Vergleichbarkeit deutscher und russischer Aktenvorgänge vergeben worden. Hinweise auf den Inhalt erfolgen nur in den Regesten. Bei fehlendem Datum wurde angestrebt, eine Datierung anhand des Inhalts, des Datums eines Begleitschreibens oder von Geschäftsvermerken zu ermitteln. In solchen Fällen ist das Datum rechts oben in eckigen Klammern gesetzt. Wenn die Datierung aufgrund des Inhalts erfolgte, wird außerdem in einer Fußnote erläutert, auf welcher Grundlage die diesbezügliche Ermittlung vorgenommen wurde. War es nicht möglich, ein exaktes Datum zu ermitteln, so ist das mit dem Vermerk „nicht früher als“ oder „nicht später als“ gekennzeichnet. Am Ende des Wortlautes des Dokumentes und vor der Legende befinden sich Angaben über Unterschrift, Vermerke, Registrierstempel, Anzahl der Exemplare und zum Verteiler an die Empfänger. Dies erfolgt unabhängig davon, an welcher Stelle im Dokument sich diese Angaben befinden. Auf russischen Dokumenten befindet sich der Stempel jedoch immer, soweit nicht anders vermerkt, auf dem ersten Blatt des Dokumentes. Der von den Herausgebern formulierte Kommentar ist in kursiver, wörtliche Übernahmen aus dem Dokument sind in normaler Schrift gehalten.

Am Ende eines jeden Archivdokumentes folgt die Legende, die die Abkürzung des Archivs, den Bestand, das Verzeichnis, die Mappe (nur bei AVP RF), die Akte und das Blatt enthält. Daran schließt sich bei den russischen Dokumenten an, worum es sich bei dem veröffentlichten Exemplar handelt (Original, beglaubigte Kopie, Kopie). Als Original gilt ein Dokument nur dann, wenn es vom Verfasser eigenhändig unterschrieben ist. Wenn Dokumente aus russischen Archiven in deutscher Sprache vorlagen, ist das an dieser Stelle vermerkt. Es folgt der Nachweis der Erstveröffentlichung, falls das Dokument bereits publiziert wurde. Wenn es nicht möglich war, früher unvollständig veröffentlichte Dokumente anhand des Originaltextes zu überprüfen und zu vervollständigen, so erfolgt deren Abdruck unverändert in der Form der Erstveröffentlichung.

Die Fußnotenzählung erfolgt in arabischen Ziffern für jedes Dokument separat und ist nicht getrennt nach inhaltlichen und textkritischen Anmerkungen. Die inhaltliche Kommentierung ist rein sachlich-informativer Art und beinhaltet keinerlei Wertungen. Kommentare in den Fußnoten, die über ein allgemeines Nachschlagewissen hinausgehen, werden belegt (veröffentlichte und unveröffentlichte Dokumente, statistische Nachschlagewerke, Periodika; in Ausnahmefällen auch Memoiren).

Die Dokumente werden durch Regesten erschlossen und die Edition durch ein annotiertes Personenregister, ein Sachregister, ein Abkürzungs- sowie ein Archiv- und Literaturverzeichnis ergänzt.

Berlin, April 2018

Carola Tischler

II. Dokumentenverzeichnis

1. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. Januar 1935 Information über die Weisungen für den neuen Handelsvertreter in Deutschland Kandelaki zur Verhandlungsführung mit den Deutschen über den 200-Millionenkredit für die UdSSR.	155
2. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 7. Januar 1935 Über die zahlenmäßige Stärke und die Kampfbereitschaft der sowjetischen Bodentruppen im Fernen Osten sowie die Ernennung des neuen sowjetischen Militärattachés in Deutschland und seines Gehilfen.	156
3. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 9. Januar 1935 Schulenburg spricht unter anderem über das Bestreben seiner Regierung, zur UdSSR „normale und freundschaftliche Beziehungen“ herzustellen, lehnt jedoch die Möglichkeit eines Beitritts Deutschlands zum Ostpakt als unannehmbar ab. Es wird die beiderseitige Unzufriedenheit mit der Haltung der jeweiligen Presse festgestellt, insbesondere hinsichtlich der Berichterstattung über die Ermordung von Kirov.	158
4. Aufzeichnung der Unterredung des Botschaftsrats von Twardowski mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 11. Januar 1935 Die deutsch-sowjetischen Beziehungen und die Haltung der Presse beider Länder; das Bestreben der Gesprächspartner, die Verantwortung für die scharfen Äußerungen in der Presse der anderen Seite aufzuerlegen. Nach Ansicht von Štern würde ein Beitritt Deutschlands zum Ostpakt dessen Sicherheit festigen und erlauben, dem Problem der Aufrüstung keine allzu große Bedeutung beizumessen. Twardowski vertritt den Standpunkt, dass nur die UdSSR den Abschluss eines Ostpaktes anstrebt, in der jetzigen Form entspricht er jedoch nicht den Interessen Deutschlands.	162
5. Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 11. Januar 1935 In der Mitteilung einer gut unterrichteten Quelle geht es um optimistische Stimmungen der sowjetischen Seite bezüglich der Entwicklung der zweiseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Die Quelle meldet, dass der Handelsvertreter Kandelaki den „festen Auftrag“ habe, die Verhandlungen über das sowjetische Auftragsprogramm vom „toten Punkt“ wegzubewegen sowie eine Kompromisslösung bezüglich der Fristen für einen langfristigen Kredit zu finden. Neben den positiven Prognosen lenkt die Quelle die Aufmerksamkeit auf die Unzufriedenheit in sowjetischen Kreisen hinsichtlich der passiven Handelsbilanz, die sich in dem sowjetischen Exportrückstand nach Deutschland äußert.	164
6. Arbeitsplan der II. Westabteilung der VOKS, 13. Januar 1935 Der Plan für Deutschland für das Jahr 1935 umfasst vorrangig folgende Gebiete: Bücheraustausch, Austausch von wissenschaftlichen Periodika, Veröffentlichung von wissenschaftlichen Aufsätzen in deutschen Periodika.	166

7. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 14. Januar 1935

Einschätzung der militärpolitischen Lage der UdSSR zum Jahreswechsel 1934–1935, ihre im Aufschwung befindliche tatsächliche und potenzielle militärische Stärke. Obgleich die UdSSR durch nichts unmittelbar bedroht werde, existieren im Fernen Osten Spannungen. Bei einer Verwicklung Deutschlands in einen Krieg kommt nach Auffassung von Hartmann das sowjetische Heer in der ersten Zeit weder als Feind noch als Bundesgenosse ernsthaft in Frage, anders als Marine und Luftflotte, die beide relativ schnell einsatzbereit seien.

167

8. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Stern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, [15. Januar 1935]

Erörterung laufender Angelegenheiten, darunter: Verfolgung von Deutschen im Gebiet Odessa wegen des Empfangs von Geldüberweisungen aus Deutschland; das unhöfliche Verhalten des NKID gegenüber Botschafter Schulenburg; die unfreundliche Haltung der sowjetischen Presse gegenüber Deutschland; die Erklärung von Volkskommissar Litvinov gegenüber tschechoslowakischen Journalisten; kein Bedarf Deutschlands, sich an einen Ostpakt zu binden; die von der Botschaft dem NKID zugestellte Klageschrift und Vorladung Litvinovs vor ein deutsches Gericht.

177

9. Schreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft an den Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Mossdorf, 17. Januar 1935

Stellungnahme des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zu der von der sowjetischen Seite überreichten Auftragsliste. Diese Aufträge würden im Rahmen des 200-Millionenkredites der deutschen Wirtschaft mehr Schaden als Nutzen bringen. Deshalb sind der UdSSR nur jene Waren zu liefern, deren Export keine negativen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft hat, und deshalb solle dies nicht im Rahmen des 200-Millionenkredites verlaufen.

181

10. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an das Chefbüro der Firma Otto Wolff, 18. Januar 1935

Nach Informationen aus dem AA ruft die sowjetische Auftragsliste bei dem Teil Bedenken hervor, der sich mit der Schaffung einer eigenen Chemieindustrie mit deutscher Hilfe befasst. Die sowjetischen Vorschläge werden Gegenstand einer Beratung der entsprechenden Ressorts sein; im AA hält man eine Vereinbarung mit der sowjetischen Seite bis Ende Januar für möglich.

182

11. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 19. Januar 1935

Schreiben der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft an die Botschaft der UdSSR mit der Bitte, der Baugesellschaft für die Nord-Süd-S-Bahn eine technische Besichtigung aller Räume der Botschaft zu gestatten. Vermerkt wird die negative Reaktion der sowjetischen Diplomaten, die es nicht wünschen, fremden Leuten den Zutritt zum Gebäude der Botschaft zu gewähren.

183

12. Bericht des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Jagoda an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 20. Januar 1935

Zusammenfassender Bericht Jagodas über die Tätigkeit der Organe der Staatssicherheit für die Jahre 1933–1934 zur Unterbindung der Tätigkeit deutscher Faschisten auf dem Gebiet der UdSSR. Im Zuge der Ermittlungsmaßnahmen

wurde eine enge Verbindung der evangelischen und katholischen Geistlichkeit mit deutschen diplomatischen Einrichtungen festgestellt, die von diesen Gelder für konterrevolutionäre, antisowjetische Tätigkeit unter dem Deckmantel der „Hungerhilfe“ bekommen habe. 184

13. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 23. Januar 1935

Meinungsaustausch zur Frage des Ostpaktes, der nach Auffassung Twardowskis für Deutschland unvorteilhaft sei und dem sich Deutschland deshalb nicht anschließen werde. Abzulehnen seien ein gegenseitiger Beistand und eine Bestimmung für den Begriff „Aggressor“. 195

14. Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow, 23. Januar 1935

Exposé für Neurath zur Haltung zum Donaupakt und zum Ostpakt. Nach Auffassung Bülows sind beide Abkommen faktisch gegen Deutschland gerichtet und deshalb ist eine Aufnahme von Verhandlungen hinauszuschieben. Dabei ist vor allem von dem Erfordernis auszugehen, die Handlungsfreiheit zu garantieren, um die Aufrüstung Deutschlands zum Abschluss zu bringen. 197

15. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 23. Januar 1935

Vertreter verschiedener Ressorts erörtern die sowjetische Auftragsliste, deren Umsetzung im Rahmen des von Deutschland gewährten 200-Millionenkredit beabsichtigt ist. 202

16. Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung des AA von Tippelskirch, 25. Januar 1935

Zur negativen Reaktion des AA auf die Anfrage des Reichsministeriums für Propaganda hinsichtlich einer beabsichtigten polizeilichen Haussuchung in der Buchhandelsfirma „Kniga“ und im Zeitschriftenkiosk bei der sowjetischen Handelsvertretung. 203

17. Aufzeichnung des Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ in Moskau Just, 26. Januar 1935

Gespräch mit dem Leiter der Presseabteilung des NKID Umanskij bezüglich des angeblich unkorrekten Verhaltens von Just im Zusammenhang mit der Verzögerung der offiziellen Mitteilung über den Tod des Mitglieds des Politbüros des ZK der VKP (B) Kujbyšev. 204

18. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum, 27. Januar 1935

Zum Stand der Umsetzung des 200-Millionenkredites. Nach Auffassung Bessonovs sind die Schwierigkeiten mit der Bestellliste auf die Zweifel zurückzuführen, ob Deutschland auf diese Weise am Aufbau der Rüstungsindustrie der UdSSR mitwirken sollte. 206

19. Auszug aus dem Vortrag des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov auf dem VII. Sowjetkongress der UdSSR, 28. Januar 1935

Zu Veränderungen in den sowjetisch-deutschen Beziehungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und zur programmatischen Erklärung Hit-

lers in „Mein Kampf“ bezüglich der künftigen Eroberungspolitik gegenüber der UdSSR.	207
20. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Stern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, 31. Januar 1935	
Erörterung laufender Angelegenheiten, insbesondere Konfliktfälle und Haft- sachen von in Deutschland befindlichen sowjetischen Staatsbürgern und von deutschen Staatsbürgern in der UdSSR sowie Diskriminierungen von Sowjet- deutschen, die aus Deutschland Geldüberweisungen erhalten.	209
21. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Jagoda, 1. Februar 1935	
Zu den Verstößen von Organen des NKVD gegen das Abkommen über Nieder- lassung, das die Rechte der in der UdSSR lebenden deutschen Staatsangehöri- gen regelt. Bitte, sämtliche Abteilungen des NKVD anzuweisen, das Abkommen unbedingt zu befolgen.	212
22. Telegramm der Botschaft Moskau an die deutschen Konsulate in der UdSSR, 1. Februar 1935	
Vertrauliche Information über nicht zu erwartende wesentliche Veränderungen in der Haltung Deutschlands gegenüber der UdSSR sowie zu anderen Fragen der Außenpolitik.	215
23. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an das Chefbüro der Firma Otto Wolff, 2. Februar 1935	
Zum Stand der zweiseitigen Wirtschaftsverhandlungen bezüglich der Liste der sowjetischen Aufträge im Rahmen des 200-Millionenkredites.	216
24. Notiz der Abteilung Ausland im Wehrmachtsamt des Reichswehrministe- riums für Reichswehrminister von Blomberg, 2. Februar 1935	
Analyse des außenpolitischen Teils der Rede Molotovs auf dem VII. Sowjetkon- gress der UdSSR unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen der UdSSR zu Deutschland (vgl. Dok. 19).	217
25. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 4. Februar 1935	
Analyse des außenpolitischen Teils der Reden Molotovs, Tuchačevskijs und Ordžonikidzes auf dem VII. Sowjetkongress der UdSSR unter militärpolitischen und kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Eindrücke von dem Treffen mit dem neuen Militärattaché in Deutschland Orlov.	219
26. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 4. Februar 1935	
Zum Verhalten des Botschaftsrats Twardowski während der Eröffnung des VII. Sowjetkongresses der UdSSR, das Krestinskij als feindselige Demonstration wertet.	223
27. Aufzeichnung von Unterredungen des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov, 6. Februar 1935	
Unterredung mit Schulenburg (28.1.) über die sowjetische Auftragsliste im Rah- men des deutschen Kredits und über einige internationale Fragen (Donau- und	

Ostpakt); mit Ministerialdirektor Meyer (30.1.) über die Haltung Deutschlands zum Donau- und zum Ostpakt; mit Tippelskirch (31.1.) über dessen bevorstehende Versetzung nach Moskau, über Repressalien gegenüber Deutschen in der UdSSR und über sowjetische Aufträge sowie einige andere Unterredungen. . . . 225

28. Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd, 6. Februar 1935

Unterredung mit Tippelskirch (2.2.) über laufende Angelegenheiten, unter anderem über in Deutschland verhaftete sowjetische Staatsbürger (Grossman, Pal'čik) und über den in der UdSSR inhaftierten deutschen Staatsangehörigen Fuchs. Über das Gespräch mit dem inhaftierten Grossman (31.1.) im Gefängnis Brandenburg-Görden im Beisein des Gefängnisdirektors und des Staatsanwaltes. 231

29. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 6. Februar 1935

Information über den Stand der Verhandlungen bezüglich des deutschen Kredites und über die Unterredung Kandelakis mit Schacht am 6.2. zur sowjetischen Auftragsliste. Nach Auffassung von Bessonov und Kandelaki sind die Deutschen bestrebt, eine Übereinkunft so lange hinauszuschieben, bis die Möglichkeiten für weitere politische Verhandlungen mit England und Frankreich ausgeschöpft sind. 235

30. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 6. Februar 1935

Neue Etappe in der Propagandakampagne in Deutschland zur Organisation der Hilfeleistung für die Hunger leidenden Deutschen in der UdSSR. Bessonov meint, dass die außenpolitischen Ziele der Organisatoren der Kampagne dazu dienen, den antisowjetischen Kurs Englands und Frankreichs zu verstärken. . . 238

31. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Staatsanwalt der UdSSR Akulov, 8. Februar 1935

Bitte des NKID um Aussetzung der Vollstreckung des gegen den sowjetischen Staatsbürger Rerich verhängten Todesurteils und um nochmalige Prüfung seines Falls „unter dem Gesichtspunkt des außenpolitischen Interesses“. 241

32. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an das Chefbüro der Firma Otto Wolff, 9. Februar 1935

Zum aktuellen Rückschlag in den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen, der auf Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AA und dem Reichswirtschaftsministerium hinsichtlich des Umfangs der Zugeständnisse an die sowjetische Seite sowie auf die verschlechterte außenpolitische Atmosphäre durch die auf dem VII. Sowjetkongress gehaltenen Reden zurückzuführen sei. . . 242

33. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 10. Februar 1935

Zur Notwendigkeit, gegen die in Deutschland entfachte Propagandakampagne zur Hilfeleistung für die Hunger leidenden Deutschen in der UdSSR auf dem bevorstehenden Kongress der Kolchos-Bestarbeiter eine Gegenkampagne zu entwickeln. 243

34. Bericht des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 10. Februar 1935

Analyse der Information über die britisch-französischen Verhandlungen in London und das Kommuniqué vom 3.2. sowie der taktischen Aufgaben, die vor der sowjetischen Frankreichpolitik stehen.

244

35. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 12. Februar 1935

Besprechung mit Vertretern der sowjetischen Handelsvertretung im Reichswirtschaftsministerium über das deutsch-sowjetische Kreditabkommen. Die deutsche Seite erklärt, dass die Ende 1934 übergebene sowjetische Auftragsliste kein Gegenstand eines zweiseitigen Vertrages sein kann. Die deutsche Regierung hat keine Einwände gegen Verhandlungen der Handelsvertretung mit einzelnen Firmen auf der Grundlage dieser Auftragsliste, behält sich jedoch das Recht auf die Erteilung der Genehmigung bei der Lieferung von Ausrüstungen vor.

247

36. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 12. Februar 1935

Der herzliche Empfang Blombergs und Reichenaus für den Gehilfen des Militärattachés Šnitman steht nach Auffassung Bessonovs in Zusammenhang mit der sowjetischen Auftragsliste im Rahmen des 200-Millionenkredits, in der die Reichswehrführung das Bestreben sehe, zu den früheren Formen der Zusammenarbeit zurückzukehren. Bessonov erläutert die neuen von den Deutschen in den Kreditverhandlungen unterbreiteten Vorschläge.

248

37. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 15. Februar 1935

Gespräch Schachts mit dem stellvertretenden Handelsvertreter Fridrichson (14.2.). Laut Erklärung des Reichsministers sei die Sonderstellung, die der sowjetische Export in Deutschland einnehme, nicht länger tragbar. Die Einfuhr sowjetischer Waren müsse der Kontrolle von Überwachungsstellen unterstellt werden. Es sei unzulässig, den Erlös aus dem Verkauf der Waren zur Tilgung der alten sowjetischen Verbindlichkeiten zu verwenden. Im Bedarfsfall müssten die Goldreserven in Anspruch genommen werden.

251

38. Telegramm des Stellv. Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Fridrichson an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c und den Leiter der Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 15. Februar 1935

Gestützt auf das Gespräch mit Schacht (vgl. Dok. 37) teilt Fridrichson mit, dass am 16.2.1935 die Gültigkeit des Markabkommens mit der UdSSR ende und der sowjetische Export nach Deutschland durch die Ausgabe von Devisengenehmigungen für jeden Geschäftsabschluss reguliert werde. Da sein Versuch, auf eine Prolongierung des Markabkommens zu beharren, erfolglos gewesen sei, bittet Fridrichson um neue Weisungen.

252

39. Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch, 15. Februar 1935

Beschwerde Bessonovs im Zusammenhang mit der von der Gestapo durchgeführten Haussuchung in der Buchhandelsfirma „Kniga“ in Berlin, der Überprüfung der Personaldokumente von Mitarbeitern, der Beschlagnahme einer Reihe

von Materialien und Dokumenten in deutscher Sprache. Laut Mitteilung der Gestapo an das AA sind im Zuge der Haussuchung keinerlei illegale Materialien zutage gefördert worden; im Übrigen sei auch nicht damit gerechnet worden, Belastungsmaterial sicherzustellen. 253

40. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 16. Februar 1935

Erörterung laufender Angelegenheiten. Der Botschafter hebt insbesondere die Frage bezüglich der Repressalien gegen Deutsche in der UdSSR hervor, die über Torgsin, dessen Tätigkeit in Deutschland zugelassen sei, Geldüberweisungen erhalten. Krestinskij bestreitet, dass Bürger der UdSSR für den Empfang von Überweisungen von Angehörigen und Bekannten aus Deutschland über Torgsin zur Verantwortung gezogen werden. 255

41. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 16. Februar 1935

Unterredungen Bessonovs und Fridrichsons (14.2. und 15.2.) mit Vertretern deutscher Ressorts über das Kredit- und Markabkommen. Nach Auffassung Bessonovs sind die Deutschen der Meinung, dass die UdSSR jetzt stärker an dem 200-Millionenkredit interessiert sei. Außerdem wollten sie 1935 eine gewisse Menge an Gold und Devisen zwecks Tilgung der früheren Verbindlichkeiten sowie eine Aufstockung der sowjetischen Aufträge in Deutschland zu verbesserten Konditionen erhalten. 257

42. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 16. Februar 1935

Über ein Gespräch mit Kandelaki, in dem die neuen Vorschläge Schachts und die Haltung des NKID und des Politbüros bezüglich der weiteren Verhandlungen mit den Deutschen zum Kreditabkommen behandelt wurden. 260

43. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 16. Februar 1935

Zur Entscheidung der Organisatoren des bevorstehenden Internationalen Filmfestivals in Moskau, aus politischen Erwägungen keine Vertreter deutscher Filmstudios einzuladen; diese Entscheidung soll nach Auffassung des NKID revidiert werden. 262

44. Schreiben des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 17. Februar 1935

Note der Deutschen Botschaft zur Lage der Bauern deutscher Staatsbürgerschaft in der UdSSR, die mit maßlosen Steuern belegt würden. Besuch Giršfel'ds bei dem in Deutschland inhaftierten Grossman und die Notwendigkeit für die Bevollmächtigte Vertretung, Material über die Haftbedingungen in deutschen Gefängnissen für sowjetische Staatsbürger zu sammeln, um dem NKID ein umfangreiches Gegenmaterial an die Hand zu geben, welches den deutschen Forderungen entgegengesetzt werden kann. 263

45. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 18. Februar 1935

Unterredung mit Toppelskirch bezüglich des vom AA vorgeschlagenen Austauschs des in Deutschland inhaftierten Reichsdeutschen Neitzke gegen die in der UdSSR inhaftierte sowjetische Staatsbürgerin Volkova. Information über Gespräche Kandelakis mit den Deutschen bezüglich des 200-Millionenkredites.

265

46. Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd, 18. Februar 1935

Unterredung mit Toppelskirch (13.2.): zu Problemen des Kulturaustausches und der Wirtschaftsverhandlungen, die mit den Forderungen Moskaus nach Aufträgen militärischer Art entstanden sind. Unterredung mit Stechow (14.2.): die im Frühjahr 1933 in Leipzig beschlagnahmten Bücher des Marx-Engels-Lenin-Instituts seien von der Polizei noch vor dem Eingreifen des AA verbrannt worden.

267

47. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den Konsul in Odessa Roth, 19. Februar 1935

Über Umgangsformen sowjetischer Beamter vor Ort und in der Hauptstadt, die die von den diplomatischen Vertretungen ausgesprochenen Einladungen zu Empfängen ignorieren. Der Botschafter gibt Empfehlungen, wie auf Einladungen von sowjetischer Seite zu reagieren sei.

269

48. Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Reichsinnenminister Frick und an das AA, 20. Februar 1935

Laut Mitteilung der Staatspolizeistelle Stettin hält sich im Kreis Lebus immer noch eine große Anzahl ehemaliger russischer Kriegsgefangener auf. Zwecks Schaffung neuer Arbeitsplätze für Deutsche sei deren Abschiebung in die UdSSR erforderlich, obwohl es sich nach Auffassung der Bevollmächtigten Vertretung um staatenlose Personen handele.

270

49. Chiffretelegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 21. Februar 1935

Neue Vorschläge der deutschen Seite als Grundlage für Verhandlungen zur Regelung der gegenseitigen Handelsbeziehungen für das Jahr 1935.

271

50. Chiffretelegramm des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, [nicht später als 22. Februar 1935]

Weisungen für die weitere Verhandlungsführung mit den auf deutscher Seite Verantwortlichen.

272

51. Aufzeichnung des Ministerialrats im Reichswirtschaftsministerium Mossdorf, 22. Februar 1935

Erörterung der derzeitigen Lage auf der Grundlage der neuen Vorschläge beider Seiten; Erklärung Kandelakis, dass die von Schacht vorgeschlagene Regelung der Handelsbeziehungen im Jahr 1935 für die UdSSR unannehmbar sei.

273

52. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an das Chefbüro der Firma Otto Wolff, 22. Februar 1935

Information zum Stand der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen. Deutelmoser vertritt die Auffassung, dass eine starke Belebung des Handels erwartet werden könne, falls die sowjetische Seite dem deutschen Druck nachgebe und Zugeständnisse mache. 275

53. Protokoll einer Sitzung bei dem Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 23. Februar 1935

Zur Tätigkeit der Rechtsabteilung der Handelsvertretung, deren Tätigkeit als unbefriedigend erklärt wird, da sie den Gerichtsweg bei offensichtlich nicht zu gewinnenden Fällen zuließe und vorteilhafte Schlichtungsvorschläge der Firmen und der Gerichte im Vorfeld ablehne. 276

54. Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Mitarbeiter des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch, [nicht später als 25. Februar 1935]

Vorschlag für ein Vertriebsverbot für sämtliche sowjetische Zeitungen in Deutschland, insbesondere wegen der sich verschärfenden Ausfälle gegen seine Staatsform sowie wegen böswilliger Karikaturen auf Hitler. 277

55. Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd, 25. Februar 1935

Unterredung unter anderem mit Stieve (18.2.): Übermittlung der offiziellen Einladung an deutsche Filmstudios und Filmschaffende zur Teilnahme am Filmfestival in Moskau. Unterredung mit von Tippelskirch (19.2.): Ablehnung der deutschen Seite, am Moskauer Filmfestival teilzunehmen. Gespräch mit dem politischen Redakteur des „Stahlhelm“ Heinz (20.2.), der annimmt, dass die UdSSR mit einem monarchistischen Deutschland völlig andere Beziehungen herstellen könne; vieles, was Rapallo gebracht habe und mit dem Machtantritt Hitlers zerstört worden sei, könne wiederhergestellt werden. 278

56. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 25. Februar 1935

Unterredung im AA (am 19.2.) mit Meyer, der erklärt, dass Deutschland den Ostpakt unter keinen Umständen unterzeichnen werde, aber bereit sei, sich mit dem französisch-sowjetischen Militärbündnis abzufinden. Diskussion mit Aschmann zur Haltung der deutschen Presse, die erneut Themen wie beispielsweise die Gefahr des „roten Imperialismus“ behandle. 281

57. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov und des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 25. Februar 1935

Unterredungen Kandelakis mit Schacht (18.2.), Bessonovs mit Bräutigam (19.2.) und mit Mossdorf (22.2.), Kandelakis mit Schacht (22.2.), in deren Verlauf die Haltung beider Seiten im Zusammenhang mit den neuen Vorschlägen Schachts vom 14.2.1935 erörtert wurden. Bessonov meint, dass die in Kandelakis Erklärung enthaltene Androhung eines Handelskrieges Schacht beeindruckte, aber nichts an seiner Haltung zu dem Handelsabkommen geändert habe. 284

58. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 26. Februar 1935

Analyse der Situation bei den Wirtschaftsverhandlungen mit den Deutschen, deren veränderte Position nach Auffassung von Suric auf politische, wirtschaftliche und konjunkturelle Motive zurückzuführen ist. Der Bevollmächtigte Vertreter untersucht zwei mögliche Vorgehensvarianten: eine harte Handels- und Wirtschaftspolitik, um die deutsche Seite zum Nachgeben zu zwingen, oder ein politisch bedingter Kompromiss.

286

59. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 26. Februar 1935

Krestinskij stellt eine Reihe von Fragen zur neuen deutschen Politik bei den Wirtschaftsverhandlungen, insbesondere die Frage, auf welcher Grundlage ein Abkommen erzielt werden kann. In dem Schreiben werden außerdem einige Aspekte der internationalen Politik angesprochen.

290

60. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 26. Februar 1935

Analyse der Veränderungen in der Politik Deutschlands gegenüber der UdSSR vor dem Hintergrund seiner Beziehungen zu den Westmächten. Die Taktik, dem Westen mit der Perspektive einer möglichen Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen von Zeit zu Zeit zu drohen, wird nach Auffassung von Suric in Deutschland offenbar nun als unrichtig angesehen. Ribbentrop und Rosenberg, die Gegner dieser Taktik, meinen, dass „eine Isolierung Sowjetrusslands bedeutend leichter zu erreichen wäre, wenn nach außen hin ein Eindruck von der Unversöhnlichkeit des gegenwärtigen Deutschlands mit der UdSSR“ vermittelt werden könnte. Der Übergang zu einer Taktik der Isolierung der UdSSR sei vom Anschluss der Saar ausgelöst worden, der die Perspektive einer Einigung Deutschlands mit dem Westen zum Preis der Aufrechterhaltung der Handlungsfreiheit im Osten eröffne.

291

61. Entwurf eines Schreibens des Volkskommissars für Außenhandel Rozen-gol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 28. Februar 1935

Zur Situation bei den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen nach den neuen Vorschlägen der deutschen Seite und der sowjetischen Antwort. Vor einem Abbruch der Verhandlungen plädiert Rozen-gol'c dafür, durch einige Zugeständnisse noch einmal den Versuch zu machen, zu einer Verständigung zu gelangen. Für den Fall einer Ablehnung der Kompromissvorschläge durch die deutsche Seite unterbreitet der Volkskommissar neue Weisungen für Kandelaki.

294

62. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 2. März 1935

Besprechung der Situation (am 26.2.), die bei den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen aufgrund der von Schacht unterbreiteten Bedingungen für eine Regelung des Handels im Jahr 1935 entstanden ist. Bräutigam trägt einen Kompromissvorschlag vor, der einerseits Schacht zufriedenstellt und andererseits einen Zusammenhang zwischen Schuldentilgung und neuen sowjetischen Aufträgen vermeidet.

296

63. Bericht des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 3. März 1935 Zum Ostpakt und den Meinungsverschiedenheiten mit Großbritannien und Frankreich.	298
64. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), 3. März 1935 Neue Weisungen an Kandelaki für die Verhandlungsführung mit den Deutschen über den Handelsumsatz im Jahr 1935 und für den Abschluss eines Abkommens auf der Grundlage einer der drei für die UdSSR annehmbaren Varianten. .	299
65. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. März 1935 Der vom Bevollmächtigten Vertreter unterbreitete Kompromiss bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland (vgl. Dok. 58) ist unannehmbar.	301
66. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Vertreter des Reichswehrministeriums von Esebeck, 4. März 1935 Anfrage des Reichswirtschaftsministeriums, ob es zweckmäßig sei, dem britischen Außenminister Simon bei seinem Besuch in Berlin Informationen zur Liste der sowjetischen Aufträge an Deutschland mitzuteilen. Negative Haltung des AA, wonach eine Weitergabe dieser Informationen nicht in Frage komme.. .	302
67. Bericht über einen Vortrag von Oberst von Niedermayer an der Berliner Universität, 5. März 1935 Die Kernthesen des Vortrags „Armee und Militärpolitik der UdSSR“ vom 15.2.1935 lauten: die Außenpolitik der UdSSR ist auf die Vermeidung eines Krieges ausgerichtet; die Rote Armee befindet sich in einem ausgezeichneten politischen und moralischen Zustand; sie ist in der Lage, die Grenzen der UdSSR zu verteidigen, wenn die benötigte Versorgung gewährleistet ist; gegenwärtig ist die Rote Armee keine Angriffsarmee, doch früher oder später wird der Westen mit ihr zusammenstoßen.	303
68. Aus einem Bericht der 1. Abteilung der Aufklärungsverwaltung der RKKa an den Stellv. Volkskommissar für Verteidigung Tuchačevskij, 5. März 1935 Der analytische Bericht „Zur Vorbereitung des faschistischen Deutschlands auf den Krieg“ enthält folgende Hauptkapitel: 1. Die Armee in Friedenszeit. 2. Bewaffnung. 3. Die kriegswirtschaftliche Vorbereitung. 4. Die Luftflotte. Nach Auffassung der Autoren sind gegenwärtig sämtliche militärischen Vorbereitungen Deutschlands gegen die UdSSR gerichtet. Allgemeine Schlussfolgerung: Um einen Krieg führen zu können, benötige Deutschland unter den Bedingungen einer legalen Aufrüstung mindestens noch 1 Jahr intensiver materieller und organisatorischer Vorbereitung.	305
69. Bericht eines Vertrauensmannes an die Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 6. März 1935 Zu den wirtschaftspolitischen Beziehungen der UdSSR mit Deutschland sowie mit deren Konkurrenten England und den USA. Gegenwärtig sei die sowjetische Seite dazu übergegangen, eine Reihe von Gegenmaßnahmen in der Handelspolitik gegenüber Deutschland umzusetzen, die sich negativ auswirken könnten. Unter diesen Bedingungen müsse die deutsche Seite einen Ausweg aus der verfahrenen Situation finden.	321

70. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 7. März 1935

Weisung an Suric, die Absichten der deutschen Seite bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Simon in Erfahrung zu bringen. Zur Bereitschaft Englands und Frankreichs, mit den Deutschen eine Ersetzung des Ostpaktes durch andere Abkommen zu erörtern, auf deren Grundlage bilaterale Nichtangriffsverträge abgeschlossen werden sollen.

323

71. Schreiben des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 8. März 1935

Entwurf eines Briefes des AA an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda mit der Bitte um Stellungnahme, in dem auf Unzulänglichkeiten der antisowjetischen Propaganda in der deutschen Presse – beispielsweise über regelmäßig wiederkehrende Behauptungen einer in der UdSSR herrschenden allgemeinen Hungersnot – hingewiesen wird. Das AA empfiehlt, sich bei der Kritik der Zustände in der UdSSR auf Tatsachen zu stützen, die in der sowjetischen Presse angeführt werden.

325

72. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 9. März 1935

Über das ungünstige Klima in den sowjetisch-deutschen Beziehungen und die Versuche deutscher Diplomaten, im Rahmen der Diskussion zum Ostpakt der sowjetischen Seite alternative Garantievarianten anzubieten, wenn die UdSSR im Gegenzug auf das für Deutschland unannehmbare Prinzip des gegenseitigen Beistands im Ostpakt verzichtet.

326

73. Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem Mitarbeiter des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch, 9. März 1935

Zum Umgang mit sowjetischen Staatsbürgern in Deutschland angesichts zunehmender antisowjetischer Stimmungen; zur Klage Tippelskirchs bezüglich der in der sowjetischen Presse und im Rundfunk verbreiteten feindlichen Haltung gegenüber Deutschland und weitere Angelegenheiten.

328

74. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 9. März 1935

Suric nimmt an, dass sein Vorschlag bezüglich möglicher Varianten der Verhandlungsführung mit den Deutschen von Krestinskij nicht ganz richtig interpretiert worden sei (vgl. Dok. 65).

331

75. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 9. März 1935

Die sowjetische Regierung erklärt das Einverständnis, die weiteren Verhandlungen auf der Grundlage der deutschen Vorschläge vom 26.2. (vgl. Dok. 62) zu führen. Sie hält es jedoch für erforderlich, bei den Zahlungsmodalitäten noch zu Kompromissen zu kommen. Bessonov bittet, die Durchführbarkeit dieser Vorschläge im Reichswirtschaftsministerium zu klären.

332

76. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 9. März 1935

Wegen der abrupten Verschlechterung ihrer Lage in der UdSSR sollten den evangelischen und katholischen Kirchengemeinden für 1935/36 Finanzmittel zur

Verfügung gestellt werden; die neue Situation sei vor allem als Folge der innenpolitischen Spannung und nur mittelbar der Verschärfung der deutsch-sowjetischen politischen Beziehungen anzusehen.	334
77. Innerbehördliches Zirkular des Leiters der Rechtsabteilung im NKID Sabanin, 10. März 1935	
Übereinkunft Litvinovs mit der Leitung des NKVD, wonach alle Fälle beabsichtigter Repressalien durch Organe des NKVD gegenüber ausländischen Staatsbürgern vorab mit dem NKID oder seinen Strukturen vor Ort abgestimmt werden müssen.	336
78. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 12. März 1935	
Auflösung des Arbeitsausschusses der deutschen Kolonie in Moskau wegen der sich verstärkenden Observierung durch das NKVD.	338
79. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. März 1935	
Information zum Stand der Wirtschaftsverhandlungen: der vom Vertreter des AA unterbreitete Vorschlag (vgl. Dok. 75) stößt nicht auf Zustimmung im Reichswirtschaftsministerium. Das AA ist bereit, neue Möglichkeiten für einen Kompromiss zu erkunden.	339
80. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, 13. März 1935	
Twardowskis Eindrücke von seiner Reise nach Deutschland, insbesondere die Atmosphäre der Feindseligkeit gegenüber der UdSSR. Erörterung laufender Angelegenheiten in den bilateralen Beziehungen, darunter die vorläufige Festnahme des Mitarbeiters der Botschaft Erdtmann, fehlende Informationen zu einer Reihe von Haftsachen Reichsdeutscher, Repressivmaßnahmen von örtlichen Organen des Inneren gegenüber Sowjetdeutschen, die über Torgsin Überweisungen aus Deutschland erhalten.	342
81. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 15. März 1935	
Sachstand der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen zum 200-Millionenkredit. Die Unterzeichnung des Abkommens hänge allerdings vor allem von der Regelung der für die UdSSR fälligen Zahlungen für 1935 ab. Nach Auffassung Bräutigams setzt die unnachgiebige Haltung Schachts, von der sowjetischen Seite die Tilgung der Verbindlichkeiten in Gold oder Devisen zu erzwingen, die Wirtschaftsinteressen Deutschlands aufs Spiel.	347
82. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Jahncke, 16. März 1935	
Nach Auffassung von Jahncke sei die jetzige Verschärfung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht unausweichlich gewesen, bei einer gegenseitigen Respektierung der inneren Systeme beider Staaten könnten diese Beziehungen freundschaftlich sein. Die politische Rolle Rosenbergs werde allgemein überschätzt.	349

83. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 17. März 1935	
Die von Bräutigam unterbreiteten Kompromissvorschläge könnten Sondierungen sein, um den Grad der Festigkeit der sowjetischen Haltung zu prüfen. Deshalb sei in Gesprächen mit ihm Vorsicht geboten und keine Bereitschaft zu Kompromissen und Zugeständnissen zu zeigen. Krestinskij ist der Auffassung: „Je fester unsere Haltung ist, desto eher werden die Deutschen uns entgegenkommen.“	351
84. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. März 1935	
Einschätzung der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland im Kontext der Beziehungen zu den Westmächten. Information über den Zwischenfall mit dem Mitarbeiter der Deutschen Botschaft Erdtmann.	352
85. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 17. März 1935	
Überlegungen zur jetzigen und zukünftigen Außenpolitik Deutschlands, das in keiner Weise geneigt sei, die Beziehungen mit der UdSSR zu verbessern. Nach Šterns Meinung muss die Einschätzung Deutschlands als Faktor einer Kriegsgefahr revidiert werden; in Berlin könnte man nicht auf den Ausbruch eines militärischen Konfliktes im Fernen Osten warten, sondern will die Initiative ergreifen, um auf militärischem Wege die Karte Europas umzugestalten.	354
86. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. März 1935	
Über laufende Angelegenheiten in den Beziehungen mit der Deutschen Botschaft und über die weitreichenden Pläne der deutschen Außenpolitik.	356
87. Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 18. März 1935	
Information über Stimmungen bei Mitarbeitern der Handelsvertretung der UdSSR angesichts des Ausgangs der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen. Ein Zustandekommen des Abkommens, das auch vielversprechende Aufträge für die deutsche Industrie biete, sei nur möglich, wenn die russische Seite die Möglichkeit erhalte, über die aus ihrem Export erzielten Marktbeträge frei verfügen zu können.	357
88. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 20. März 1935	
Zusammenfassung der Vereinbarungen, die zum Abschluss der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen geführt haben.	359
89. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 22. März 1935	
Über die fortgesetzte Hetzkampagne in der sowjetischen Presse im Zusammenhang mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und ihre Auswirkungen auf die Stimmung in der Gesellschaft. Vertreter des Narkomindel und andere amtliche Personen gingen jeglichen Gesprächen mit Mitarbeitern der Deutschen Botschaft zu politischen Themen aus dem Wege.	360

90. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 26. März 1935 Neue Schwierigkeiten im Endstadium der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen. Die Handelsvertretung lehnt es ab, alle bis zum 15.2.1935 mit den deutschen Firmen abgeschlossenen Verträge im Reichswirtschaftsministerium zur Überprüfung vorzulegen, weil dies Änderungen bei den vereinbarten Preisen nach sich ziehen könnte.	361
91. Brief des Konsuls in Kiev Hencke an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 26. März 1935 Eindrücke Henckes zum Zustand der deutsch-sowjetischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie zur innenpolitischen Situation in der Ukraine, die die Arbeit des Konsulats beeinflusst.	362
92. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 27. März 1935 Weisung an Suric, in den Verhandlungen mit den Deutschen ist die Frage der laufenden Aufträge aus dem Kreditabkommen herauszunehmen und in das Abkommen über die Zahlungsbilanz aufzunehmen.	365
93. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, 27. März 1935 Zu laufenden Fragen: die Ausweisung Erdtmanns, Haftsachen und Austauschvarianten für in beiden Ländern Inhaftierten sowie zu politischen Problemen der bilateralen Beziehungen.	366
94. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem kommissarischen Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung Vogt, 27. März 1935 Zur Ungewissheit der Situation von Prof. Vogt, der seines Amtes als Direktor des Instituts für Hirnforschung enthoben worden ist, und zu dem Vorschlag, seine Sammlung von Präparaten und Tabellen der sowjetischen Regierung zu schenken.	370
95. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 28. März 1935 Enthält Informationen über die britisch-deutschen Verhandlungen in Berlin vom 25. bis 26.3.1935, die Neurath „mit Wissen von Hitler“ Suric mitteilt. . . .	372
96. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 28. März 1935 Zu den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen und den noch nicht abschließend abgestimmten Fragen.	375
97. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 28. März 1935 Die neuen Schwierigkeiten, die bei den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen entstanden sind, könnten das Abkommen scheitern lassen und zu einem völligen Abbruch der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen führen. Die Absicht, die bis zum 15.2.1935 abgeschlossenen Verträge der UdSSR mit deutschen Firmen von deutscher Seite einer Kontrolle zu unterwerfen, würde eine „direkte Einmischung“ in das staatliche Handelssystem bedeuten, was zu Gegenmaßnahmen gegen den deutschen Export führen würde.	381

98. Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 29. März 1935 Bitte um Weisungen zu den Fragen, bei denen die Unstimmigkeiten im Zuge der Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen mit Deutschland nicht zu überwinden waren.	383
99. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Geschäftsführer des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, 29. März 1935 Information Tschunkes zur Weisung Schachts an den Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, den deutschen Importfirmen nahezu legen, unverzüglich das Drängen auf Freigabe des Imports aus der UdSSR einzustellen, da sich dies störend auf die Wirtschaftsverhandlungen mit den Russen auswirke.	384
100. Artikel des Stellv. Volkskommissars für Verteidigung Tuchačevskij, 29. März 1935 Enthält eine Einschätzung von Ansichten deutscher Militärs über die Kriegführung und Informationen über den Umfang der Rüstungen Deutschlands bei den einzelnen Teilstreitkräften und Waffenarten sowie eine Wertung der antisowjetischen Pläne Hitlers.	385
101. Schreiben des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin an den diplomatischen Agenten des NKID in Char'kov Michajlov, 31. März 1935 Zur Verfahrensweise bei Ausweisungen von Reichsangehörigen mit ständigem Wohnsitz in der UdSSR; das NKID sei über jegliche Fälle derartiger Ausweisungen unbedingt in Kenntnis zu setzen.	394
102. Brief des Legationsrats in Moskau Hilger an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 31. März 1935 Hilger zeichnet das Bild der innenpolitischen Situation in der UdSSR, des Zustands der deutsch-sowjetischen Beziehungen und der Atmosphäre wachsenden Misstrauens, auf das die Mitarbeiter der Botschaft stoßen.	396
103. Aufzeichnung des AA, [Ende März 1935] Die Aufgabe der deutsch-russischen Schule in Berlin besteht in der Ausbildung von jungen Nachwuchskräften, die in verschiedenen Sphären der wirtschaftlichen, militärischen, kulturellen und politischen Tätigkeit als Träger und Vermittler deutscher Interessen in Russland dienen sollen. Unterstützt vom Reichswehrministerium erachtet das Amt es als erforderlich, der Schule die benötigte finanzielle Unterstützung zu gewähren.	399
104. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 1. April 1935 Über ein Gespräch des Vorstandsvorsitzenden des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Reyß mit Schacht, der sich der eventuellen Folgen eines Misserfolges der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen bewusst sei; Schacht fordere die Vorlage der von den Russen mit deutschen Firmen abgeschlossenen Verträge, um diejenigen Firmen zu ermitteln, die der sowjetischen Seite der deutschen Wirtschaft abträgliche Zugeständnisse machten.	400

105. Telegramm des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 2. April 1935	
Weisung an Schulenburg, bei Litvinov gegen die Veröffentlichung des Artikels von Tuchačevskij Protest zu erheben.	401
106. Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 3. April 1935	
Zur Ungewissheit der Situation von Prof. Vogt und der großen wissenschaftlichen und politischen Bedeutung seiner möglichen Übersiedlung nach Moskau.	402
107. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 4. April 1935	
Schulenburgs negative Wertung des in der Pravda veröffentlichten Artikels von Tuchačevskij über die Rüstungen Deutschlands, der den tatsächlichen Stand der Dinge verfälsche.	404
108. Meldung des Chefs der Abteilung für internationale Verbindungen des Volkskommissariats für Verteidigung Gekker an den Chef der Aufklärungsverwaltung der RKKA Berzin, 4. April 1935	
Zur Erklärung des Militärattachés Hartmann bezüglich des negativen Eindrucks, den der Artikel Tuchačevskijs über die angeblichen militärischen Pläne Deutschlands auf die Reichswehrführung gemacht habe.	405
109. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 5. April 1935	
Ausführliche Wiedergabe des Besuchs bei Gekker (vgl. Dok. 108) wegen des Artikels von Tuchačevskij. Schlussfolgerung Hartmanns: Im Bewusstsein der sowjetischen Militärs habe sich die Vorstellung fest verankert, dass die deutschen Rüstungen für eine Aggression gerade gegen die UdSSR bestimmt seien.	407
110. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 5. April 1935	
Reaktionen deutscher amtlicher und diplomatischer Kreise in Berlin auf den Besuch Edens in Moskau. Überlegungen von Suric zu den neuen Vorschlägen Lavals im Zusammenhang mit den Verhandlungen zu einem sowjetisch-französischen Abkommen und seine Beurteilung der negativen wie positiven Seiten dieses Vertrages.	410
111. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 5. April 1935	
Bessonov teilt seine allgemeinen Eindrücke über die vor dem Abschluss stehenden Wirtschaftsverhandlungen mit. Er meint, dass die Meinungsverschiedenheiten von deutscher Seite pragmatische Gründe und nicht unbedingt politische Ursachen gehabt hätten. Er macht auf die Veränderung in der Haltung der Deutschen nach dem Eden-Besuch in Moskau aufmerksam und stellt Überlegungen darüber an, wie sich das in Berlin verkündete Rüstungsprogramm auf die Finanzlage des Landes auswirken wird.	414
112. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 6. April 1935	
Bitte Schulenburgs, vorerst die Tätigkeit des sowjetischen Klubs „Roter Stern“ in Berlin nicht zu verbieten und Maßnahmen gegen den Klub als geeignetes	

Druckmittel gegenüber sowjetischen Behörden im Interesse der deutschen Kolonie in Moskau zu betrachten.	417
113. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 7. April 1935	
Vorschlag Litvinovs, Suric solle Protest gegen die antisowjetischen Äußerungen in der Rede von Heß in Danzig erheben und deren Widerruf fordern.	419
114. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium, 7. April 1935	
Auffassung in sowjetischen Kreisen zu der im Ergebnis der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland entstandenen Lage, die im Artikel Tuchačevskijs (vgl. Dok. 100) die umfassendste Widerspiegelung gefunden habe. .	420
115. Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer, 9. April 1935	
Die wesentlichen Punkte des unterzeichneten deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens.	421
116. Deutsch-sowjetische Wirtschaftsvereinbarungen, 9. April 1935	
Schlussprotokoll über die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen mit zwei Anlagen: 1. Vertrag über die Abwicklung der sowjetischen Zahlungsverpflichtungen, den sowjetischen Export nach Deutschland und die laufenden Bestellungen der UdSSR in Deutschland; 2. Vertrag über laufende Bestellungen der UdSSR in Deutschland im Rahmen des fünfjährigen 200-Millionenkredits.	422
117. Entwurf einer Rede des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, [nicht später als 9. April 1935]	
Einschätzung des am 9.4.1935 unterzeichneten sowjetisch-deutschen Abkommens über den 200-Millionenkredit mit Blick auf neue Aufgaben und Möglichkeiten der Wirtschaft der UdSSR.	429
118. Aufzeichnung der Unterredung des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 9.4.1935	
Šterns Einschätzung der sich verschlechternden Entwicklungsperspektiven der bilateralen Beziehungen und der wachsenden Kriegsgefahr. Nach Auffassung Twardowskis vermitteln die pessimistische Stimmung von Štern und die Schärfe seiner Äußerungen eine Vorstellung davon, in welcher Art das Außenkommissariat gegenwärtig mit den hiesigen diplomatischen Vertretungen spreche. .	430
119. Aufzeichnung des Chefs der Abteilung „Fremde Heere“ im Reichswehrministerium von Stülpnagel, 11. April 1935	
Notizen zur gegenwärtigen militärpolitischen Lage Deutschlands, die Stülpnagel als „äußerst ungünstig“ einschätzt. Seiner Meinung nach ist es erforderlich, jegliche Konflikte zu vermeiden und keinerlei Provokationen – vor allem nicht in Österreich und in der entmilitarisierten Zone – zuzulassen.	431
120. Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 11. April 1935	
Information über das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen vom 9.4.1935. . .	433
121. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 12. April 1935	
Unterredung mit Schacht (am 9.4.) im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens. Meinungsaustausch mit deut-	

schen Diplomaten während des Frühstücks bei Meyer (am 11.4.) zu ungelösten bilateralen (Haftsachen) und zu internationalen Problemen.	434
122. Stellungnahme der Reichsregierung zum Ostpakt-Projekt, 13. April 1935 Die Reichsregierung könne sich dem Ostpakt nicht anschließen, da in ihm die Verpflichtung zum militärischen Beistand seiner Teilnehmer enthalten sei, was keine Gewähr für eine Friedenserhaltung biete, sondern vielmehr eine Friedensbedrohung erzeuge.	437
123. Telegramm des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov [z. Zt. in Genf], 14. April 1935 Weisung für die sowjetische Delegation auf der Sitzung des Völkerbundesrates: bei der Abstimmung zur Frage der Verletzung des Versailler Vertrages durch Deutschland soll sie sich der Stimme enthalten und erklären, dass die UdSSR keine Möglichkeit sehe, für diesen Vertrag – darunter den Punkt über das Verbot der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland – einzutreten.	438
124. Schreiben des Chefs der Hauptverwaltung für die Zivile Luftfahrt Tkačev an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 14. April 1935 Negative Stellungnahme zum Vorschlag der Lufthansa, die von der Deruluft betriebene Luftlinie von Königsberg nach Tilsit zu verlängern.	439
125. Aufzeichnung der Unterredung des Staatssekretärs im AA von Bülow mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 15. April 1935 Es wurden die Suric besonders interessierenden Fragen im Zusammenhang mit dem Ostpakt-Projekt behandelt.	440
126. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 16. April 1935 Zur Reaktion der sowjetischen Presse auf den Abschluss des Wirtschaftsabkommens vom 9.4.1935.	441
127. Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 16. April 1935 Twardowski berichtet über die negativen Veränderungen in den bilateralen Beziehungen, zu deren Verbesserung die Gewährung des 200-Millionenkredites keinen Beitrag leiste, da Moskau den Weg der politischen Orientierung auf den Westen eingeschlagen habe. Auf die innenpolitische Situation eingehend vermerkt er wachsenden Terror sowohl gegenüber „sozial unerwünschten Elementen“ als auch gegenüber politisch unzuverlässigen Bürgern sowie die Beschränkungen in der täglichen Arbeit der Botschaft.	443
128. Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov auf der Sondertagung des Völkerbundesrates, 17. April 1935 Auf die unverändert negative Haltung der UdSSR zum Versailler Vertrag im Allgemeinen und auf die Entwaffnung Deutschlands im Besonderen eingehend lenkt Litvinov die Aufmerksamkeit auf den Tatbestand der Verletzung des internationalen Abkommens durch das Dritte Reich (Einführung der Wehrpflicht), was unter Berücksichtigung des expansionistischen Programms der Führung Deutschlands eine Bedrohung für den Frieden darstelle.	446

129. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann, 18. April 1935

In der Unterredung (am 15.4.) ging es im Wesentlichen um die Erörterung der von Gnedin bemängelten Berichterstattung der deutschen Presse sowie um einige internationale Probleme (Ostpakt, die bevorstehenden Beschlüsse der Sitzung des Völkerbundsrates).

449

130. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 18. April 1935

Überlegungen zu den Zahlen des unveröffentlichten Militärbudgets Deutschlands im Finanzjahr 1935/36 sowie zur internationalen Lage: unter anderem zur Reaktion der Westmächte auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, zur Wirkung der bevorstehenden Unterzeichnung des sowjetisch-französischen Abkommens auf die Situation in Europa und zu dem am 9.4.1935 abgeschlossenen Wirtschaftsabkommens und den Perspektiven seiner Umsetzung.

451

131. Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern und des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung Levin an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 21. April 1935

Über die antisowjetische Arbeit der deutschen Konsulate unter den Sowjetdeutschen und Vorschlag über konkrete Maßnahmen, die im Zusammenhang damit gegenüber der Deutschen Botschaft zu ergreifen seien.

454

132. Vorlage des Volkskommissars für Schwerindustrie Ordžonikidze für den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 23. April 1935

Entwurf des von der Kommission des Politbüros des ZK der VKP (B) ausgearbeiteten Programms für Bestellungen auf der Grundlage des deutschen Kredits in Höhe von 200 Mio. Mark (Bereitstellung von Finanzmitteln aus dem Kreditabkommen vom 9.4.1935, aufgeschlüsselt nach den Volkskommissariaten). . . .

457

133. Informationsschreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 27. April 1935

Knappe Inhaltsangabe des am 9.4.1935 unterzeichneten sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens mit Schwerpunkt auf den finanziellen Verpflichtungen der UdSSR.

458

134. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 27. April 1935

Analyse der Faktoren, die die außenpolitische Lage Deutschlands bestimmen. Überlegungen zu einem möglichen Richtungsstreit in Regierungskreisen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Außenpolitik. Über Handlungsmöglichkeiten der UdSSR gegenüber Deutschland unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Situation.

462

135. Bericht des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 28. April 1935

Information über die wichtigsten Bestimmungen des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens vom 9.4.1935.

469

- 136. Aufzeichnung des Legationsrats in Moskau Hilger, 30. April 1935**
 Bericht über den Empfang des Konsuls in Kiev Hencke für einige sowjetische Persönlichkeiten; Hilger ist überrascht über die Zwanglosigkeit und Offenheit in deren Äußerungen zur Außenpolitik, u.a. über die herrschende Stimmung bei Teilen der Bevölkerung, die den antideutschen Kurs Litvinovs nicht billigen würden. 471
- 137. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. Mai 1935**
 Zum französisch-sowjetischen Vertrag und dessen Auswirkungen auf die Politik Deutschlands. Litvinov vertritt die Auffassung, dass Deutschland höchstwahrscheinlich mehr als früher das Locarno-Abkommen schätzen werde, da es die Wirkungsmöglichkeit des sowjetisch-französischen Paktes einenge. 474
- 138. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. Mai 1935**
 Zu den Motiven, weder in Berlin noch in Moskau die deutschen Diplomaten über die bevorstehende Unterzeichnung des sowjetisch-französischen Abkommens zu informieren und zum Vorschlag von Suric (vgl. Dok. 134), die Initiative für den Abschluss eines Ostpaktes in einer neuen Fassung zu ergreifen. 477
- 139. Aufzeichnung des Chefs der Ausbildungs-Abteilung im Reichswehrministerium von Böckmann, 4. Mai 1935**
 Zusammenfassende Mitteilung von Ministerialdirektor Gaus auf der Sitzung im AA über das am 2.5.1935 abgeschlossene französisch-sowjetische Abkommen, welches seiner Meinung nach ein gegen Deutschland gerichteter aggressiver Bündnisvertrag sei und das Ende des Locarno-Abkommens bedeute. 479
- 140. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, 4. Mai 1935**
 Trotz des gegen Deutschland gerichteten französisch-sowjetischen Abkommens bestehe nach Auffassung Twardowskis nach wie vor die Möglichkeit einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Erörterung laufender Angelegenheiten, u.a.: Rechtmäßigkeit der Forderung nach einer Abberufung von Haage; Absage, Frauen den Austritt aus der sowjetischen Staatsangehörigkeit zu gewähren; Misshandlungen sowjetischer Staatsangehöriger durch die deutsche Polizei. 480
- 141. Bericht des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung beim Volkskommissariat für Außenhandel Gittis, 4. Mai 1935**
 Zur Tätigkeit der Ingenieurabteilungen zur Ermittlung und Beschreibung neuester Errungenschaften der Militärtechnik, für die von den betreffenden Firmen keine Reklame gemacht werde. 485
- 142. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 5. Mai 1935**
 Entwurf einer in zwei Varianten ausgearbeiteten Erklärung für Kandelaki gegenüber Reichswirtschaftsminister Schacht mit Weisungen an den Handelsvertreter. Es wird die Bereitschaft der sowjetischen Regierung unterstrichen, beste Beziehungen mit Deutschland zu unterhalten, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. 487

143. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 6. Mai 1935	
Erwägungen hinsichtlich der Aufnahme des französisch-sowjetischen Beistandspaktes. Schulenburg vertritt die Auffassung, dass dieser Vertrag als Druckmittel auf Deutschland gedacht sei, um es zur Teilnahme am Ostpakt zu zwingen, und dies der erste Schritt zur Festigung des Status quo in Europa durch ein System von Regionalpakten sei.	491
144. Sitzungsprotokoll des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 7. Mai 1935	
Erörterung des deutsch-russischen Wirtschaftsvertrages vom 9.4.1935 und seiner einzelnen Punkte unter dem Gesichtspunkt der Interessen einzelner Firmen und der deutschen Industrie insgesamt.	493
145. Außenpolitische Mitteilungen des Wehrmachtsamtes im Reichswehrministerium, 8. Mai 1935	
Wertung des französisch-sowjetischen Bündnisvertrages, vor allem unter militärischem Gesichtspunkt, als ausschließlich gegen Deutschland gerichtet. Dabei wird festgestellt, dass der Abschluss dieses Vertrages zu keiner Verschärfung der internationalen Lage geführt habe und die Möglichkeit bestehe, dem Pakt den bedrohlichen Charakter zu nehmen.	495
146. Übersicht der Presseabteilung der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin, 9. Mai 1935	
Analyse der kritischen Reaktionen der deutschen Presse auf das französisch-sowjetische Abkommen, wonach seine völkerrechtliche Übereinstimmung mit früher abgeschlossenen Verträgen, insbesondere mit dem Locarno-Abkommen, in Frage gestellt wird.	497
147. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann, 9. Mai 1935	
Über den französisch-sowjetischen Pakt, der sich aufgrund seiner möglichen Konsequenzen laut Aschmann als ein weitaus wichtigeres Dokument erweise, als dies in Berlin angenommen worden ist. Gnedin stellt fest, dass sich Aschmann von diesem Abkommen sichtlich beunruhigt zeige.	501
148. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 9. Mai 1935	
Einschätzung der deutschen Außenpolitik. Bessonov nimmt an, dass die Deutschen darauf hofften, zu einer Übereinkunft mit England zu kommen. Gegenüber der UdSSR sei dagegen ein Stillstand zu beobachten. Die Deutschen gingen Begegnungen und Gesprächen mit sowjetischen Diplomaten aus dem Wege; sie erwarteten, dass die sowjetische Seite die Initiative für den Abschluss eines regionalen Ostpaktes auf Grundlage der von den Deutschen auf der Konferenz in Stresa unterbreiteten Vorschläge ergreifen werde.	503
149. Operative Information der 5. Unterabteilung der Sonderabteilung der GUGB des NKVD, [11. Mai 1935]	
Information über Gespräche in der Deutschen Botschaft mit einem Mitarbeiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, in denen unter anderem folgende Fragen erörtert wurden: die Arbeit mit den Sowjetdeutschen, die Ausstattung der	

Botschaft mit technischen Geräten zur Funkaufklärung sowie die Zuverlässigkeit der Botschaftsmitarbeiter.	508
150. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationsrat in Moskau Hilger, 13. Mai 1935	
Erörterung laufender Angelegenheiten: Ausweisung von deutschen Firmenvertretern aus der UdSSR, das undiplomatische Verhalten Kandelakis gegenüber Schulenburg, Einladung an sowjetische Wissenschaftler zur Teilnahme am Internationalen Kongress zu Bevölkerungsproblemen in Berlin.	512
151. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, 13. Mai 1935	
Zu laufenden Angelegenheiten: überaus kurze Ausweisungsfristen für einen deutschen Firmenvertreter aus der UdSSR, Verweigerung der Einreise für den Major der Reichswehr Spalcke in die UdSSR.	514
152. Schreiben des Vertreters von Gosbank in Deutschland Majofis an den Vorstandsvorsitzenden der Gosbank der UdSSR Mar'jasin, 15. Mai 1935	
Zu den angespannten Beziehungen zwischen der Handelsvertretung und der Vertretung der Gosbank in Deutschland: dass die Vertretung der Gosbank nicht zu den Verhandlungen über den 200-Millionenkredit und beim Verkauf der Derop einbezogen worden sei, habe den Interessen der UdSSR geschadet.	515
153. Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an den Unternehmer Wolff, 15. Mai 1935	
Zu den Schwierigkeiten bei Kontakten mit sowjetischen Partnern; dabei geht es um die Gewährung technischer Hilfe für die UdSSR durch deutsche Firmen bei der Umsetzung der geplanten Aufträge.	519
154. Bericht des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung beim Volkskommissariat für Außenhandel Gittis an den Stellv. Volkskommissar für Verteidigung Tuchačevskij, 15./16. Mai 1935	
Importplan der Bestellungen des Volkskommissariats für Verteidigung im Rahmen des dem NKO gewährten Limits aus dem deutschen Kredit in Höhe von 10 Mio. Reichsmark.	520
155. Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 16. Mai 1935	
Twardowski teilt seine Eindrücke über das französisch-sowjetische Abkommen mit. Allein die starre Haltung Deutschlands habe zum Abschluss des Abkommens in seiner jetzigen Form geführt. Auf die innenpolitische Situation eingehend erklärt er u.a. die zunehmenden Repressionen mit der Furcht vor einem Krieg, den die UdSSR in den nächsten Jahren unter allen Umständen vermeiden muss.	527
156. Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. Mai 1935	
Mitteilung von Suric über die Bereitschaft der Regierung der UdSSR, mit der Erörterung zum Abschluss eines Ostpaktes auf Grundlage der von Neurath auf der Konferenz von Stresa unterbreiteten Vorschläge an die britische Delegation zu beginnen. Der Reichsminister bestätigt im Prinzip die in ihnen enthaltenen Grundsätze, weicht jedoch einer Stellungnahme aus.	530

157. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. Mai 1935

Vertrauliche Information über die agitatorische Tätigkeit, mit der sich Mitarbeiter deutscher Konsulate auf dem Gebiet der UdSSR befassen; besonders aktiv seien die Konsulate in Kiev, Novosibirsk und Tiflis.

531

158. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 18. Mai 1935

Zum Gespräch mit Neurath am 17.5.1935 (vgl. Dok. 156), aus dem Suric im Großen und Ganzen den Eindruck gewonnen hat, dass sich der Reichsminister positiv zu einem neuen Plan eines Ostpaktes verhalte.

532

159. Auszug aus der Rede des Reichskanzlers Hitler vor dem Reichstag, 21. Mai 1935

Hitler legt den Schwerpunkt auf die ideologische Unvereinbarkeit von Nationalsozialismus und Bolschewismus und führt aus, Aufstände und Revolutionen in Deutschland hätten ohne die geistige und materielle Vorbereitung durch den Weltbolschewismus nicht stattfinden können. Solange der Bolschewismus danach strebe, sich Deutschland unterzuordnen, „sind wir seine ingrimmigsten und seine fanatischsten Feinde“.

534

160. Aufzeichnung der Unterredung des Mitarbeiters des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch mit dem 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 21. Mai 1935

Gnedin macht darauf aufmerksam, dass in der Preußischen Staatsbibliothek eine Reihe sowjetischer Veröffentlichungen für die freie Benutzung gesperrt worden seien; darunter befinden sich wissenschaftliche Zeitschriften, für deren Benutzung nun eine Sondergenehmigung erforderlich sei.

538

161. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 23. Mai 1935

Wegen eines vom sowjetischen Konsul in Hamburg im „Hamburger Tageblatt“ veröffentlichten Interviews, das nach Auffassung von Rozengol'c „viele fehlerhafte und schädliche Erklärungen“ enthalte, seien unbedingt Maßnahmen zu ergreifen.

539

162. Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Konsul in Kiev Hencke, 24. Mai 1935

Zur Rede Hitlers am 21.5.1935 (vgl. Dok. 159), deren Schärfe gegenüber der UdSSR sowohl deutsche als auch sowjetische Diplomaten überrascht habe. Jedenfalls sei nunmehr eine klare Haltung gegenüber der UdSSR, nämlich keine guten Beziehungen zu pflegen, festgelegt.

540

163. Memorandum der deutschen Regierung, 25. Mai 1935

In dem an die Regierungen Großbritanniens, Belgiens, Italiens und Frankreichs gerichteten Memorandum ist die Haltung Berlins zum französisch-sowjetischen Beistandsabkommen unter dem Gesichtspunkt der Unvereinbarkeit mit dem Locarno-Abkommen, das von keiner Signatarmacht geändert oder willkürlich interpretiert werden dürfe, dargelegt.

542

164. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 25. Mai 1935

Von Twardowski spricht unter anderem die Verleihung einer Wanderfahne des deutschen Komsomol an ein Regiment des Leningrader Militärbezirkes an; außerdem geht es um die Regelung der im Zusammenhang mit den Verhaftungen von sowjetischen Staatsbürgern in Deutschland stehenden Angelegenheiten, die dort entfachte Propagandakampagne bezüglich der Verhängung von Todesurteilen gegen Sowjetdeutsche und die Rede Hitlers vor dem Reichstag. 544

165. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Mitarbeiter des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch, 27. Mai 1935

Von Gnedin aufgeworfene laufende Angelegenheiten, die vorrangig Haftfälle von sowjetischen Staatsbürgern in Deutschland sowie den Amtsmissbrauch deutscher Beamter betreffen. 549

166. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 27. Mai 1935

Bessonov teilt seine Eindrücke über die Rede Hitlers vom 21.5. mit, deren anti-sowjetische Tonlage völlig unerwartet gekommen sei und viele Fragen bezüglich der künftigen Politik Deutschlands gegenüber der UdSSR aufwerfe. 551

167. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 27. Mai 1935

Analyse der Reaktionen der sowjetischen Presse auf die Rede Hitlers vom 21.5.1935, deren Inhalt mit einer Vielzahl von wichtigen Kürzungen wiedergegeben worden sei, was die Praktiken der tendenziösen Vermittlung von internationalen Informationen widerspiegele. Es verwundere nicht, dass auch in den Gesprächen mit deutschen Diplomaten im Narkomindel die Rede nur unter dem Gesichtspunkt der „Ausfälle gegen die Sowjetunion“ und des „schweren Schlages gegen die deutsch-sowjetischen Beziehungen“ gewertet werde. 553

168. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 27. Mai 1935

Zum Charakter und zu den Perspektiven der sowjetisch-deutschen Beziehungen und zu den Interessen Berlins in Mitteleuropa und auf dem Balkan. Štern ist der Auffassung, dass die antisowjetischen Motive den Haupthebel der deutschen Außenpolitik darstellten und positive Veränderungen nicht zu erwarten seien; positive Tendenzen wären nur auf wirtschaftlichem Gebiet möglich. . . . 557

169. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 27. Mai 1935

Bewertung des Kreditabkommens vom 9.4.1935 und Kritik an dem Vorschlag der Leitung der Gosbank der UdSSR, die Finanzseite der Außenhandelsoperationen in ihre Kompetenz zu überführen (vgl. Dok. 152). 560

170. Schreiben des Stellv. Leiters der Industrieabteilung des ZK der VKP (B) Sorokin an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 27. Mai 1935

Zur Situation in der Handelsvertretung in Berlin und den Perspektiven der Arbeit mit den Deutschen. Sorokin stellt fest, dass trotz der Äußerungen Hitlers

der Abschluss von großen Geschäften mit Deutschland real und mehr als wünschenswert sei.	564
171. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 3. Juni 1935	
Zu dem auf Vorschlag von Litvinov gefassten Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), sich mit der Teilnahme an Verhandlungen zu einem Ostpakt vorerst zurückzuhalten und Frankreich die Initiative dazu zu überlassen.	566
172. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Verteidigung Vorosilov, 5. Juni 1935	
Die Auszeichnung eines Regiments des Leningrader Militärbezirkes mit der Wanderfahne des deutschen Komsomol habe den Unmut der Deutschen Botschaft hervorgerufen.	568
173. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 7. Juni 1935	
Stillstand in den sowjetisch-deutschen Beziehungen, bedingt durch das Abwarten auf die Reaktion Berlins auf den französischen Vorschlag, mit den Verhandlungen zu einem regionalen Nichtangriffs-Ostpakt auf der Grundlage der von den Deutschen in Stresa unterbreiteten Vorschläge zu beginnen.	569
174. Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin an das AA, 7. Juni 1935	
Zum Überfall von unbekannten Personen auf die Sekretärin der Handelsvertretung in Berlin Čelnokova und den Versuch, ihr ein Dienstpaket zu entreißen. . .	570
175. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Mitarbeiter des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch, 11. Juni 1935	
Laufende Angelegenheiten: unter anderem Aushändigung einer Verbalnote wegen des Überfalls auf die Sekretärin der Handelsvertretung, Behinderung der Reklametätigkeit von Intourist durch die Gestapo, neue Verhaftungen von Deutschen in der UdSSR.	571
176. Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch, 11. Juni 1935	
Telefongespräch mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung Bessonov bezüglich des Interesses Moskaus an einer Fortführung der Arbeiten an der gemeinsamen Herausgabe der Aktenpublikation „Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“.	574
177. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 16. Juni 1935	
Hitlers Haltung zum Ostpakt und die nach der Rede des Reichskanzlers vom 21.5.1935 erfolgte Aktivität der deutschen Diplomatie, die nach Auffassung Litvinovs „nicht ganz und gar erfolglos“ gewesen sei.	575
178. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationsrat in Moskau Hilger, 17. Juni 1935	
Erörterung der von Hilger aufgeworfenen Fragen: unter anderem zur Diskriminierung der deutschen Sprache bei bevorstehenden internationalen wissen-	

schaftlichen Kongressen in der UdSSR, zur Teilnahme sowjetischer Wissenschaftler an internationalen Veranstaltungen in Berlin in den Jahren 1935 und 1936, zur Ausreisemöglichkeit des evangelischen Pastors Malmgren nach Deutschland.	577
179. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 19. Juni 1935 Stellungnahme zu dem Bericht des Volkskommissars des NKVD Jagoda über einen in der Deutschen Botschaft befindlichen Funkapparat und Vorschläge für eine Reaktion der sowjetischen Organe auf diesen Tatbestand.	580
180. Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 20. Juni 1935 Zum Vorschlag Schachts hinsichtlich der Konditionen für einen langfristigen Bankkredit an die UdSSR in einem Volumen von 800 Mio. bis zu 1 Mrd. Reichsmark.	581
181. Aufzeichnung einer Besprechung im AA, 21. Juni 1935 Ressortbesprechung im AA über den Fortbestand der „Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ und der Zeitschrift „Osteuropa“ nach der Entlassung von Professor Hoetzsch.	582
182. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 22. Juni 1935 Meinungsaustausch zu den Verhaftungen von Deutschen sowjetischer und deutscher Staatsangehörigkeit in der UdSSR und deren Austausch-Möglichkeiten, zu Äußerungen führender deutscher Politiker zur UdSSR, zum sowjetisch-französischen Vertrag und zum Ostpakt-Projekt, zur jüngsten Weisung an Schulenburg, vorerst „nichts zu unternehmen und abzuwarten“.	584
183. Chiffretelegramm des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 25. Juni 1935 Weisung an Kandelaki: Gespräche mit den Deutschen über einen von Schacht in Aussicht gestellten Kredit von 1 Mrd. Reichsmark sind zu vermeiden.	589
184. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Stomonjakov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 26. Juni 1935 Mitteilung Schulenburgs über die Abberufung des Militärattachés Oberst Hartmann und dessen Ersetzung durch Generalmajor Köstring, Demarche des AA im Zusammenhang mit der Verleihung einer Wanderfahne einer in Deutschland verbotenen Organisation an ein sowjetisches Regiment, Vorschlag betreffend der Immobilien der deutschen Vertretungen in Leningrad und Moskau.	590
185. Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow, 28. Juni 1935 Auflistung von Fragen, die für eventuelle Verhandlungen über den Ostpakt noch auszuarbeiten seien; Bülow macht insbesondere darauf aufmerksam, was der Abschluss eines Ostpaktes an Neuem im Vergleich zu den bereits existierenden Abkommen bringe.	591

186. Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 28. Juni 1935	
Erörterung laufender Angelegenheiten: zur Exterritorialität des neuen Gebäudes der Handelsvertretung in Berlin, zur Behandlung des Eigentums der Derunapht nach deren Liquidierung, zur Verweigerung der Exportprämie für Geschäfte mit der UdSSR, Information Bräutigams über eventuelle personelle Veränderung im Auswärtigen Amt.	592
187. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern und den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum, 28. Juni 1935	
Information zum Stand der Umsetzung des 200-Millionenkredites sowie über das Gespräch mit dem Industriellen Wolff.	596
188. Aufzeichnung des Legationsrats in Moskau Hilger, 28. Juni 1935	
Telefonische Unterredung mit dem stellvertretenden Direktor der Abteilung für Handelsvertretungen im Narkomvneštorg Kaminskij bezüglich der Einrichtung von ständigen Vertretern deutscher Firmen und deren Registrierung in der UdSSR.	598
189. Schreiben des Reichsinnenministers Frick an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin Levetzow, 29. Juni 1935	
Durchführungsbestimmung und Verfahrensregelung bei Ausweisungen von sowjetischen Staatsbürgern aus Deutschland.	601
190. Protokoll einer Sitzung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 3. Juli 1935	
Besprechung der mit dem deutschen Import aus der UdSSR verbundenen Fragen. Es sei erforderlich, den Import mit dem deutschen Export, der sich in letzter Zeit stark zugunsten Russlands gestalte, abzugleichen. Auf der Besprechung werden Vorschläge bezüglich der Lieferbedingungen, Preise, Zahlungen und deren rechtlicher Regelung sowie der Benutzung der deutschen Tonnage für Handelsoperationen erörtert.	602
191. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 4. Juli 1935	
Ausnutzung von Kontakten zu ausländischen Korrespondenten in Berlin; Auflistung von Fragen, an denen das NKID besonders interessiert ist.	612
192. Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 5. Juli 1935	
Reaktion der Deutschen Botschaft auf die Meldung der „Komsomol'skaja Pravda“ über die Überreichung einer Wanderfahne des deutschen Komsomol an ein sowjetisches Regiment und diesbezügliche Stellungnahme seitens der Führung der RKKa.	613
193. Schreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft an das AA, 6. Juli 1935	
Empfehlungen des Russland-Ausschusses für die bevorstehenden Verhandlungen mit sowjetischen Behörden; es geht vor allem um Ergänzungen und Veränderungen der Zulassungsbestimmungen für ausländische Firmen in der UdSSR, einer Handelstätigkeit nachzugehen.	614

194. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 7. Juli 1935

Von Schulenburg zur Sprache gebrachte laufende Angelegenheiten, darunter: der Bau eines Gebäudes für die Botschaft in Moskau und die Überreichung einer Wanderfahne des deutschen Komsomol an ein Schützenregiment.

616

195. Anordnung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 10. Juli 1935

Zur Regelung der Tätigkeit von leitenden Mitarbeitern des NKID: Wertungen der internationalen Lage und der Politik einzelner Staaten im dienstlichen Schriftverkehr mit den Bevollmächtigten Vertretungen sollen nicht ohne Wissen des Volkskommissars oder eine vorherige Abstimmung mit ihm vorgenommen werden; Verzögerungen bei der termingerechten Zustellung der Beantwortung von Anfragen der Bevollmächtigten Vertretungen sind dadurch zu beseitigen, dass die Verantwortung von den zuständigen politischen Abteilungen übernommen wird.

617

196. Informationsbericht des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKa Urickij für den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov, 10. Juli 1935

Zu den Gesprächen des Pravda-Korrespondenten Gofman mit Vertretern des Kriegsministeriums während des vom Verein der ausländischen Presse in Berlin am 27. Juni gegebenen Empfangs.

619

197. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. Juli 1935

Zu den Klagen seitens der Parteiorganisation und anderer gesellschaftlicher Organisationen der sowjetischen Kolonie in Berlin an den Arbeitsmethoden des Pravda-Korrespondenten. Suric hält es für zweckmäßig, Gofman durch einen anderen Korrespondenten zu ersetzen.

622

198. Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 15. Juli 1935

Gespräch mit Schacht, der bekräftigt, dass das Angebot eines Kredits in Höhe von 1 Mrd. RM in Kraft bleibe, die diesbezüglichen Verhandlungen jedoch bis zum Eingang der ersten Ergebnisse bei der Umsetzung des 200-Millionenkredits an die UdSSR verlagert würden.

625

199. Aufzeichnung der Unterredung des Reichswirtschaftsministers Schacht mit dem Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 15. Juli 1935

Kandelaki unterrichtet Schacht über die positive Reaktion der sowjetischen Führung auf das Angebot eines neuen deutschen Großkredits; zugleich spricht er den Wunsch nach einer Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten aus. Darauf entgegnet Schacht, dass dies in die Kompetenz des AA und des Bevollmächtigten Vertreters falle.

626

200. Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichskriegsministerium, 15. Juli 1935

Hartmann fragt im Zusammenhang mit der Akkreditierung als Militärattaché und auch als Luftattaché in der UdSSR beim AA an, ob er die Bitte vortragen

soll, ihm den Besuch von Einheiten der sowjetischen Luftflotte zu ermöglichen, da dies unweigerlich die Bitte nach sich ziehen würde, dem sowjetischen Militärattaché Orlov gleiche Möglichkeiten in Deutschland zu gewähren. 627

201. Aufzeichnung von Unterredungen und Telefongesprächen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd, 17. Juli 1935

Über laufende Angelegenheiten: unter anderem über die Ausweisung des Leiters der Derunapht und des Buchhalters der Derop, die Tippelskirch zufolge eine Antwort auf die Ausweisung von deutschen Firmenvertretern aus der UdSSR darstelle; über den Zwischenfall im Generalkonsulat in Königsberg; über die Nichtbelieferung der Handelsvertretung mit Zeitungen aus der UdSSR. 628

202. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 20. Juli 1935

Zur Legalisierung der Tätigkeit ausländischer Firmenvertreter in der UdSSR mittels eines neuen Gesetzgebungsaktes, den das Volkskommissariat für Außenhandel initiiert habe; das Vorhaben stoße auf Widerstand sowohl seitens der Handelsvertretung, die wegen einer Beschränkung ihrer Vollmachten besorgt sei, als auch seitens des GUGB NKVD, das „aus Gründen der staatlichen Sicherheit“ generell geneigt sei, überhaupt keine Ausländer in die UdSSR hereinlassen. 631

203. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum, 25. Juli 1935

Information über die Vergabe von Aufträgen im Rahmen des 200-Millionenkredites und über den Stand der Dinge bei den nach deutschem Recht gegründeten sowjetischen Gesellschaften in Deutschland. 633

204. Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 26. Juli 1935

Anweisung, wie die Information über den in Moskau eröffneten VII. Kongress der Komintern zu erfolgen habe; das Doppelspiel der sowjetischen Außenpolitik stehe im Mittelpunkt und sei groß aufzumachen. 635

205. Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd, 27. Juli 1935

Unterredungen mit Tippelskirch im AA am 23., 24. und 26.7.1935 u.a. zu Ausweisungen sowjetischer Mitarbeiter von Gemeinschaftsunternehmen aus Deutschland und zu Problemen, die die Behörden den Handelsorganisationen mit sowjetischem Kapital bereiten. Giršfel'd geht in der Aufzeichnung auch auf Probleme der innenpolitischen Entwicklung Deutschlands ein. 636

206. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 1. August 1935

Erörtert werden die Abberufung Twardowskis; die Verhaftungen in der UdSSR und in Deutschland und Varianten für einen Austausch von Inhaftierten beider Länder; die Teilnahme sowjetischer Wissenschaftler am Internationalen Kriminologenkongress in Berlin; der Bau eines Botschaftsgebäudes in Moskau; der Verstoß einer Mitarbeiterin des Generalkonsulats in Leningrad. 641

207. Aide-Mémoire der Botschaft Moskau, 1. August 1935

Hinweis auf das Aide-Mémoire der Botschaft vom 3.12.1934; dabei ging es um das Vorgehen sowjetischer Behörden bei der Verhaftung deutscher Staatsangehöriger und der Verletzung bestehender Abkommen wie z.B. der Informationspflicht. 646

208. Rundschreiben der Hauptverwaltung des Staatssicherheitsdienstes des NKVD, 3. August 1935

Informationsmaterial „Über die Arbeit der deutschen Geheimpolizei (Gestapo) in der UdSSR“, das im GUGB NKVD ausgearbeitet und den Leitern sämtlicher Verwaltungen des NKVD zugestellt worden ist. Zur Unterbindung der Tätigkeit der Gestapo auf dem Gebiet der UdSSR sollen alle Personen, die aus Deutschland einreisen (Politemigranten) oder zurückkehren (sowjetische Staatsbürger) beobachtet werden. 650

209. Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 4. August 1935

Zur Liquidierung der nach deutschem Recht in Deutschland gegründeten gemischten Gesellschaften (vgl. Dok. 203), die sorgfältig geprüft werden müsse. . . 656

210. Schreiben des kommissarischen Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. August 1935

Negative Reaktion auf die an die UdSSR gerichtete Einladung zur Teilnahme an der Königsberger Ostmesse, da weder ein politisches noch ein wirtschaftliches Interesse vorliege. 657

211. Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 7. August 1935

Der Brief enthält Informationen sowohl persönlichen Charakters als auch eine Einschätzung der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf verschiedenen Gebieten. Nach Ansicht Twardowskis können politische Probleme wegen des zunehmenden gegenseitigen Unverständnisses und fortschreitender Verslossenheit der sowjetischen Diplomaten im NKID kaum mehr erörtert werden. 658

212. Bericht des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, [10. August 1935]

Zum Stand der Erfüllung des Abkommens mit Deutschland vom 9.4.1935 (beim Export, den Zahlungen in Valuta und beim Import). 662

213. Schreiben des Geschäftsführers der Unionsvereinigung für Feinmechanik und Gerätebau Nemov an den Stellv. Volkskommissar für Schwerindustrie Pjatakov, 16. August 1935

Zur ungünstigen Situation in der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland hinsichtlich der Vergabe von Aufträgen im Rahmen des 200-Millionenkredites.. 664

214. Schreiben des Mitarbeiters der Firma Otto Wolff Volck an die Firma Otto Wolff, 17. August 1935

Mit dem Vorsitzenden der Unionsvereinigung „Sojuzmetimport“ Rabinkov werden Perspektiven für Großaufträge von Röhren unter der Voraussetzung, dass die deutsche Seite Rabatte gewährt, erörtert. 666

215. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an das NKID, 18. August 1935

Analyse der inneren Lage Deutschlands und der zunehmenden antisowjetischen Kampagne in der Presse. Bessonov ist der Meinung, dass die Zuspitzung der inneren Widersprüche des Regimes zu einer Verstärkung der propagandistischen Bearbeitung der Bevölkerung führe, die auf Antisemitismus ausgerichtet und mit starken antisowjetischen Stimmungen durchdrungen sei.

668

216. Schreiben des Reichspostministers Freiherr Eltz von Rübenach an den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Goebbels, [20. August 1935]

Über technische und organisatorische Fragen bezüglich der Störung von Übertragungen des Moskauer Rundfunksenders Komintern.

672

217. Schreiben des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 23. August 1935

Bedenken, dass Hitler in seiner Rede auf dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg die in den Geheimberichten aus Wien enthaltenen ungesicherten Informationen über Sitzungen und Beschlüsse des Politbüros des ZK der VKP (B) verwenden könnte.

673

218. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, [26. August 1935]

Aufzählung von antisowjetischen Aktionen unterschiedlichster Art in Deutschland als Reaktion auf den Kongress der Komintern in Moskau: Kampagne in der Presse, Ausweisung von in Deutschland dienstlich tätigen sowjetischen Bürgern, ungerechtfertigte Forderungen gegenüber Journalisten, finanzielle und juristische Druckausübung auf Handelsorganisationen, Errichtung von Hindernissen bei der Realisierung des 200-Millionenkredites, Diskussion in der Führungsspitze zur Möglichkeit eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR.

675

219. Schreiben des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 26. August 1935

Bitte, Material über die Tätigkeit der Nationalsozialisten außerhalb Deutschlands zur Errichtung eines Agentennetzes in anderen Ländern zu sammeln und auf dieser Grundlage einen Artikel zu schreiben.

679

220. Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Vorsitzenden der IFAGO Kraemer, 27. August 1935

Bessonov informiert über die Auffassungen Kraemers hinsichtlich der innenpolitischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland, u.a. darüber, dass in Kreisen der deutschen Industrie der Eindruck vorherrsche, die UdSSR bemühe sich nicht um die Realisierung des 200-Millionenkredits und sabotiere bewusst die Vergabe von Aufträgen.

680

221. Aufzeichnung der Unterredung des Legationsrats in Moskau Hilger mit dem Leiter der Unterabteilung für die Handelsvertretungen im Volkskommissariat für Außenhandel Levin, 27. August 1935

Erörterung von rechtlichen Fragen zur Tätigkeit deutscher Firmen in der UdSSR; Erweiterung der Befugnisse der sowjetischen Importvereinigungen; Hindernisse

bei der Platzierung sowjetischer Aufträge im Rahmen des 200-Millionenkredites und weitere Fragen.	686
222. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Vorsitzenden des Mossovet Bulganin, 28. August 1935	
Über die Bereitstellung eines Grundstücks in Moskau für den Bau eines neuen Gebäudes für die Botschaft Deutschlands im Umkreis der Sperlingsberge.	689
223. Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 2. September 1935	
Allgemeine Einschätzung der internationalen Lage und der Politik der UdSSR; nach Ansicht Stalins besteht die frühere Entente nicht mehr, an ihre Stelle treten zwei Blöcke: Italien und Frankreich einerseits und England und Deutschland andererseits. Die UdSSR sei daran interessiert, dass sich beide Blöcke erbittert bekämpfen und gegenseitig aufrieben.	690
224. Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 3. September 1935	
Schwierigkeiten beider Seiten bei der Umsetzung des Abkommens vom 9.4.1935. Aufgrund der Weisungen Stalins werden keinerlei Verhandlungen für neue Wirtschaftsabkommen geführt.	691
225. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 7. September 1935	
Über die veränderten Pläne für die nächsten Wochen aufgrund der Einladung an Schulenburg zur Teilnahme am Parteitag der NSDAP in Nürnberg. Bitte Schulenburgs, die Haftbedingungen für den verurteilten Fuchs zu erleichtern oder ihn gegen „irgendeine in Deutschland verhaftete Person, die für die sowjetische Regierung von Interesse ist, auszutauschen“. Vorschläge Frankreichs und Englands bezüglich der Verhandlungen zum Abschluss des Ostpaktes.	694
226. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Stellv. Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Agranov, 8. September 1935	
Information über den offiziellen Vorschlags Schulenburgs im Fall Fuchs. Bitte, die Zweckmäßigkeit seines Austauschs zu prüfen und im Falle einer negativen Entscheidung die Bedingungen an seinem Haftort zu lindern.	696
227. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter des Referats für den Osten und den Nahen Osten in der Presseabteilung im AA Schönberg, 13. September 1935	
Gegenseitige Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Verhalten der Presse beider Länder; in der Unterredung wird ferner die Frage des weiteren Aufenthaltes des Pravda-Korrespondenten Gofman in Deutschland angesprochen, deren Erörterung Gnedin ablehnt.	697
228. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, [13. September 1935]	
Über die auf dem Parteitag der NSDAP und in der Presse entfachte antisowjetische Kampagne und über Gegenmaßnahmen der sowjetischen Seite. Laufende	

Angelegenheiten, die mit der Tätigkeit einzelner sowjetischer Journalisten sowie mit dem Aufenthalt von Dienstreisenden in Deutschland verknüpft sind. . .	700
229. Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 15. September 1935	
Information Bessonovs über Gerüchte in Berliner Journalistenkreisen, dass auf der bevorstehenden Sondersitzung des Reichstages eine Erklärung über den Abbruch der Beziehungen zur UdSSR erfolgen werde.	702
230. Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 15. September 1935	
Weisung Stalins, den Nürnberger Parteitag in der „Pravda“ prinzipiell und politisch zu kritisieren, „jedoch ohne unflätige Beschimpfungen“.	703
231. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 16. September 1935	
Krestinskij erbittet Weisungen, wie auf die antisowjetischen Reden auf dem Parteitag der NSDAP und in den Sitzungen des Reichstages zu reagieren sei; da diese kaum persönliche Beleidigungen gegenüber sowjetischen Regierungsmitgliedern enthielten, ist Krestinskij der Auffassung, dass es nicht zwingend notwendig sei, bei der deutschen Regierung zu protestieren.	704
232. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA, 16. September 1935	
Über die zunehmende Feindseligkeit in der Berichterstattung der sowjetischen Presse über den Parteitag der NSDAP in Nürnberg.	705
233. Aufzeichnung des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, [16. September 1935]	
Besorgnis hinsichtlich der Situation beim deutschen Import aus der UdSSR, vor allem bei strategisch wichtigen Rohstoffen, wodurch eine zunehmende Verschlechterung der Handelsbilanz zwischen beiden Ländern bedingt sei. Tschunke schlägt verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung vor, die sowohl eine Veränderung der Kreditpolitik bei künftigen Verträgen mit der UdSSR als auch die Schaffung von Anreizen für eine Billigung dieser Kreditpolitik durch Moskau einschließen.	709
234. Aufzeichnung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen, 18. September 1935	
Aufgrund einer gemeinsamen Fahrt nach Frankfurt/Oder gibt Dürksen eine Einschätzung des Verhaltens und der Ansichten des Korrespondenten der „Izvestija“ Bucharcev und des Leiters der TASS-Vertretung Sitkovskij.	711
235. Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, [nicht später als 19. September 1935]	
Bessonov sieht die sowjetisch-deutschen Beziehungen nach dem Nürnberger Parteitag am Rande des Abbruchs; durch persönliche Kontakte, die Presse und	

wirtschaftliche Verbindungen soll das Heranreifen eines offenen Konflikts gebremst werden.	712
236. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 19. September 1935	
Beschluss der Instanz, wegen der antisowjetischen Reden auf dem Parteitag der NSDAP keinen Protest zu erheben, sondern in der sowjetischen Presse mit einer besonnenen und kritischen Analyse zu reagieren.	715
237. Schreiben des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke an den Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 20. September 1935	
Aus Kreisen der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin erhaltene Information zu den Aussichten der deutsch-sowjetischen Geschäftsbeziehungen im Jahr 1936.	716
238. Schreiben des kommissarischen Vorsitzenden von VOKS Kuljabko an den kommissarischen Leiter der 2. Westabteilung im NKID Linde, 21. September 1935	
Klärung der Möglichkeit, den deutschen Dirigenten Furtwängler als Gastdirigenten nach Moskau einzuladen.	718
239. Aktennotiz des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin, [22. September 1935]	
Über das in der UdSSR bestehende Informationssystem bei Verhaftungen von deutschen Staatsangehörigen und Vorschläge zu dessen Verbesserung durch die Untersuchungsorgane aller Ebenen.	719
240. Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA und das Reichskriegsministerium, 23. September 1935	
Presseberichte über im September 1935 im Kiever Militärbezirk abgehaltene große Manöver, zu denen Militärdelegationen aus Frankreich, der Tschechoslowakei und Italien eingeladen worden waren.	721
241. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 24. September 1935	
Fragen Bessonovs, inwiefern die in Nürnberg erlassenen Rassegesetze das Alltagsleben sowjetischer Staatsbürger jüdischer Nationalität in Deutschland betreffe.	722
242. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Pressebeirat der Botschaft in Moskau Baum, 27. September 1935	
Informationen Baums über die bevorstehende Strukturreform im AA, nach der die Beziehungen zur UdSSR nicht mehr von einer selbständigen Abteilung bearbeitet werden würden; die jetzigen Leiter der IV. Abteilung (Meyer und Hey) verließen das Amt. Baum meint, dass sich gegenwärtig keine guten Aussichten in den deutsch-sowjetischen Beziehungen abzeichneten. Erörtert werden auch einige Veröffentlichungen in der deutschen Presse.	723

243. Aufzeichnung der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP für den Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Rosenberg, 28. September 1935

Über Aufgaben des Außenpolitischen Amtes der NSDAP bezüglich der Bekämpfung des Bolschewismus und der Komintern auf der Grundlage der auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP festgelegten Linie.

725

244. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den kommissarischen Vorsitzenden des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR Nikitčenko, 1. Oktober 1935

Erläuterung Krestinskij's bezüglich der Unrechtmäßigkeit, den deutschen Staatsbürger Pancer der Zugehörigkeit zum Bund der Auslandsdeutschen, der in Deutschland eine legale Organisation sei, zu beschuldigen, zumal andere Haftgründe vorlägen.

727

245. Auszug aus dem Bericht des Geheimen Staatspolizeiamtes, [3. Oktober 1935]

Informationsmaterial zur Tätigkeit und zur Leitung sowjetischer Institutionen in Deutschland (Bevollmächtigte Vertretung, Handelsvertretung, TASS, Intourist und andere). Besondere Aufmerksamkeit erfährt der sowjetische Geheimdienst (OGPU), unter dessen Beobachtung sämtliche sowjetische Institutionen im Ausland stünden.

728

246. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. Oktober 1935

Zum Empfang der Bevollmächtigten Vertretung aus Anlass des Jahrestages der bolschewistischen Revolution in Russland.

734

247. Schreiben des Ministerialdirektors im Reichswirtschaftsministerium Schniewind an den Reichsinnenminister Frick, 4. Oktober 1935

Vorgeschichte der Einrichtung und Begründung für die Auflösung der „Vereinigung Deutscher Russlandgläubiger“, die die Ansprüche aus dem Dollar-Konflikt erneut durchzusetzen versuche; dies könne den bevorstehenden Verhandlungen mit der UdSSR und der Belegung der sowjetischen Auftragserteilung in Deutschland schaden.

735

248. Aufzeichnung der Unterredung des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski, 5. Oktober 1935

Meinungsaustausch über den Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen und ihre möglichen Entwicklungsperspektiven.

738

249. Bericht des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung beim Volkskommissariat für Außenhandel Gittis an den Stellv. Volkskommissar für Außenhandel Loganovskij, 5. Oktober 1935

Liste der wichtigsten Aufträge für militärische Objekte innerhalb des deutschen 200-Millionenkredites, deren Realisierung auf Schwierigkeiten stieß.

740

250. Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 8. Oktober 1935

Enttäuschung Twardowskis bezüglich der Veränderungen im AA und der Ungewissheit über seine zukünftige Tätigkeit; Einschätzung der Außenpolitik der UdSSR und der Beziehungen zu einzelnen europäischen Ländern; zum Zu-

stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen und zur Haltung der Leitung des Narkomindel; neue Mitarbeiter der Botschaft und der deutschen Konsulate. . . . 741

251. Brief des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschaftsrat in Moskau von Twardowski, 8. Oktober 1935

Botschafts- und Konsulararbeit in der UdSSR: die Konsulate sollen den Erlass, dass die Mitnahme deutscher Zeitungen und Zeitschriften aus den Warteräumen für Besucher verboten ist, stärker befolgen, da dies schon zur Verhaftung und Verurteilung von deutschen Staatsbürgern geführt habe. 745

252. Aufzeichnung der Unterredung des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov mit dem Gesandtschaftsrat II. Kl. in Moskau Hensel, 9. Oktober 1935

Haftsachen und Angelegenheiten, die den Austritt von Frauen aus der sowjetischen Staatsangehörigkeit betreffen. Hensel äußert sich missbilligend über Mischehen; nach deutschem Recht erlange eine sowjetische Staatsangehörige, die eine Ehe mit einem Deutschen eingeht, automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. 748

253. Aufzeichnung der Unterredung des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski und dem Legationssekretär Dittmann, 10. Oktober 1935

Zur Rechtsstellung deutscher Firmen in der UdSSR nach dem Erscheinen des Artikels des Juristen Členov in der Zeitschrift „Außenhandel“; nach Auffassung deutscher Diplomaten schaffe die im Artikel und in Gesprächen mit Mitarbeitern von Narkomvneštorg dargestellte Absicht, ausländische Firmen der sowjetischen Gerichtsbarkeit und der sowjetischen Steuerveranlagung zu unterstellen, eine Reihe neuer und ungeklärter Probleme. 750

254. Notiz des AA für eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium, [nicht später als 11. Oktober 1935]

Stand der Umsetzung des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens vom 9.4.1935. Voraussichtlich werde die sowjetische Seite bis zum Ende des Jahres im Wesentlichen an dem Abkommen festhalten und ihre Zahlungsverpflichtungen und Lieferungen erfüllen. Zugleich werde der Umfang der in Deutschland vergebenen Aufträge bedeutend geringer ausfallen als geplant. Einschätzung der Aussichten für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR im Jahr 1936. 753

255. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann, 11. Oktober 1935

Gegenseitige Beanstandungen von Veröffentlichungen in der Presse; zur Rechtmäßigkeit der Ladung des TASS-Vertreter und eines Mitarbeiters der Presseabteilung der Bevollmächtigten Vertretung in das Propagandaministerium, die über Polizeistellen erfolgte. 756

256. Brief des Botschafters in Tokio von Dirksen an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 14. Oktober 1935

Dirksen meint, dass die Gegensätze zwischen der UdSSR und Deutschland auf lange Sicht bestehen blieben und aus diesem Grund für Deutschland gute Beziehungen mit Polen wichtiger seien als mit der Sowjetunion. Die Spannungen in

den sowjetisch-japanischen Beziehungen würden bestehen bleiben, ein militärischer Konflikt sei in überschaubarer Zeit wenig wahrscheinlich, da die Japaner in der Mandschurei und in Nordchina gebunden seien. 758

257. Aufzeichnung der Unterredung des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov mit dem Legationsrat in Moskau Hilger, 16. Oktober 1935

Beschwerde der Botschaft darüber, dass auf dem Moskauer Flughafen die technischen Aufzeichnungen eines deutschen Firmenvertreters durch die Zollbehörden einbehalten wurden. 760

258. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, [17. Oktober 1935]

Die Außenpolitik Deutschlands im Hinblick auf den italienisch-abessinischen Krieg und den britisch-italienischen Konflikt: Suric meint, dass Deutschland das Kriegsgeschehen in Afrika und den britisch-italienischen Konflikt nicht zu Vorstößen gegen Memel oder in Südosteuropa nutzen werde. Deutschland werde mittels diplomatischer Tricks bemüht sein, den Boden für ein umfangreiches Übereinkommen vorzubereiten, in erster Linie mit England. 762

259. Schreiben des Leiters der Handelspolitischen Abteilung der Handelsvertretung in Berlin Gasjuk an den Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 19. Oktober 1935

Benennung der Schwierigkeiten, mit denen die Handelsvertretung bei der Realisierung des 200-Millionenkredites zu tun hatte: unannehmbare Fristen bei der Auftragsausführung durch deutsche Firmen, überhöhte Preise für die zu liefernden Produkte, Verweigerung der Möglichkeit, sich mit einzelnen technologischen Prozessen vertraut zu machen, Annullierung früher abgesprochener Liefervereinbarungen. 768

260. Aufzeichnung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen, 24. Oktober 1935

Besprechung in der Abteilung Osten: Der Nationalitätenfrage in der UdSSR soll in der Propaganda im Außenpolitischen Amt der NSDAP größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. 770

261. Denkschrift des beurlaubten Ministerialdirektors im AA Meyer, 25. Oktober 1935

Der beurlaubte Leiter der IV. Abteilung im AA Meyer zu den Aufgaben der deutschen Ostpolitik: Er richtet seinen Blick vor allem auf die UdSSR und beurteilt deren Außenpolitik sowohl in einer kurz- als auch langfristigen Perspektive sowie deren wirtschaftliche und militärische Lage. Meyer geht von der Notwendigkeit eines Kampfes gegen den Bolschewismus in allen seinen Formen aus und meint, dass die Politik gegenüber der UdSSR ausgewogen bleiben müsse. Jedoch gebe es keine Möglichkeit, das Erstarken der UdSSR zu verhindern, und deshalb sollte angestrebt werden, antideutsche Tendenzen in der sowjetischen Politik zu neutralisieren. 771

262. Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke [z. Zt. in Kiev], 25. Oktober 1935

Über Ausführungen des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov auf die Frage, ob deutsche Diplomaten in der UdSSR den Feierlich-

keiten zum Jahrestag der bolschewistischen Revolution am 6. und 7.11.1935 mit Blick auf mögliche antideutsche Ausfälle besser fernbleiben sollten. 780

263. Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 26. Oktober 1935

Zur Gründung einer Moskauer Vertretung der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin sowie deren Befugnisse bei der Vergabe von Aufträgen an deutsche Firmen; Schwierigkeiten bei den Verhandlungen, die sowjetische Aufträge an deutsche Firmen betreffen, vor allem hinsichtlich der Preise und der Lieferung bestimmter Erzeugnisse. 782

264. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 28. Oktober 1935

Schulenburg übermittelt eine Aufzeichnung Twardowskis zur Außenpolitik der UdSSR auf der Grundlage von Gesprächen mit Botschaftern und Gesandten verschiedener Staaten in Moskau. Die Aufzeichnung enthält eine Einschätzung der außenpolitischen Ansichten und Richtlinien der sowjetischen Führung zu folgenden Fragen: 1. Die internationale Lage insgesamt. 2. Die Beziehungen zu Japan. 3. Der Nationalsozialismus als der gefährlichste Feind. 4. Die französisch-deutschen Beziehungen. 5. Der italienisch-abessinische Konflikt. 6. Die Beziehungen mit England. 7. Die innenpolitische Situation in Frankreich. 8. Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Beziehungen mit Deutschland. 784

265. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den Staatssekretär im AA von Bülow, 28. Oktober 1935

Schulenburg gibt eine Aufzeichnung Twardowskis über ein Gespräch mit Tuchačevskij anlässlich eines Empfangs in der Deutschen Botschaft am 26.10. weiter. Tuchačevskij äußerte die Ansicht, dass die neue Armee des Reiches bereits in nächster Zeit „kriegsfertig“ sein werde, ein Krieg zwischen Deutschland und der UdSSR jedoch ein Unglück für beide Völker wäre. 787

266. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 29. Oktober 1935

Zur Absicht des NKVD, eine Reihe von Sowjetdeutschen zu verhaften. Das Narkomindel erhebt keine Einwände, jedoch sollte vorher die sowjetische und ausländische Öffentlichkeit über die konterrevolutionäre Tätigkeit der Beschuldigten informiert werden. 788

267. Bericht des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 29. Oktober 1935

Zur Verbesserung der organisatorischen Tätigkeit im NKID (Führung des geheimen Schriftverkehrs, Abgrenzung von Pflichten und Befugnissen zwischen den politischen und den allgemeinen Abteilungen des Volkskommissariats). . . 791

268. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 31. Oktober 1935

Litvinov schlägt eine Pressemeldung vor, um japanisch-deutsche Geheimverhandlungen zum Abschluss einer Militärkonvention zu stören. 793

269. Sondermeldung des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Jagoda an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 1. November 1935

Zur Absicht, den Pförtner der Deutschen Botschaft Šul'c, der ein Resident des Bundes der Auslandsdeutschen sei, und den Pastor der Peter und Paul-Kirche in Moskau Štek zu verhaften, da beide eine konterrevolutionäre und Spionagetätigkeit betreiben würden.

794

270. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 1. November 1935

Zu den Äußerungen Tuchačevskijs gegenüber Twardowski (vgl. Dok. 265); nach Bräutigams Auffassung besteht ein Grund für Tuchačevskijs betont freundschaftliche Haltung gegenüber Deutschland in dem Bestreben, vom AA oder vom Reichswirtschaftsministerium Unterstützung für die Zustimmung des Reichskriegsministeriums zu erhalten, bestimmte Bestellungen militärischer Art durchzusetzen.

796

271. Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 1. November 1935

Gespräch Schachts mit Kandelaki (am 30.10.1935) hinsichtlich der Umsetzung des Abkommens vom 9.4.1935 und des weiteren Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen.

797

272. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum, 1. November 1935

Zum Interesse von Kreisen der Industrie an neuen Verhandlungen mit der UdSSR über Wirtschaftsfragen.

798

273. Rundschreiben des kommissarischen Staatssekretärs im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Kunisch, 1. November 1935

Zur Zweckmäßigkeit der von der Gesellschaft „Kultur und Technik“ organisierten Reisen deutscher Fachleute in die UdSSR. Die Übermittlung wissenschaftlich-technischer Informationen in Form von Fachaufsätzen sei unter Berücksichtigung der deutschen Interessen auf paritätischer Grundlage zu entscheiden. Der Reichsminister behält sich die Entscheidung zu jedem einzelnen von den Universitäten oder Hochschullehrern unterbreiteten Vorschlag zum Austausch vor.

799

274. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an die Presseabteilung und an die 2. Westabteilung im NKID, 1. November 1935

Bitte der Bevollmächtigten Vertretung, ihr Texte von sowjetischen Theaterstücken, Partituren sowjetischer Komponisten, in deutscher Übersetzung erschienene Werke sowjetischer Schriftsteller zu übersenden, die zumindest einem begrenzten Kreis von Wissenschaftlern und Kunstschaffenden in Deutschland einen Einblick in das kulturelle Leben in der Sowjetunion vermitteln könnten ..

801

275. Ausarbeitung des Psychologischen Laboratoriums im Reichskriegsministerium, 2. November 1935

Anleitung zur psychologischen Kriegführung gegen die UdSSR in der Kriegszeit, vorrangig zur Zersetzung der Roten Armee. Dabei wird in erster Linie

empfohlen, die nationale Vielfalt ihrer Verbände auszunutzen. Auch die Propaganda unter der Zivilbevölkerung sowohl großer als auch kleinerer Städte (Argumentation, technische Verfahren und Mittel) wird behandelt.	802
276. Protokoll der Sitzung der Kommission des Politbüros des ZK der VKP (B), 5. November 1935	
Anweisung zur Vorbereitung der Unterlagen zur Vergabe von Aufträgen in Deutschland in einem Volumen von 800 Mio. Reichsmark; dabei soll ein Großteil der Aufträge entfallen auf: Erzeugnisse der chemischen und Rüstungsindustrie, Optik, Maschinenausrüstungen, Elektroindustrie und Transportausrüstungen.	807
277. Auszug aus dem Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 7. November 1935	
Information über die Vorstellungen der sowjetischen Seite bezüglich der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen im Jahr 1936.	808
278. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 8. November 1935	
Artikel von Rozengol'c über die Errungenschaften der UdSSR auf dem Gebiet des Außenhandels und der Industrialisierung des Landes. In dem Artikel werden insbesondere die Veränderungen auf dem Gebiet der Kreditpolitik in den Beziehungen mit Deutschland behandelt.	810
279. Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA und das Reichskriegsministerium, 11. November 1935	
Vorläufiger Bericht über die Militärparade und die Demonstration am 7.11.1935. Über das sich abzeichnende Verhältnis des diplomatischen Corps und der höchsten sowjetischen Militärführung gegenüber Köstring. Letztere unterstrichen in Gesprächen mit dem Militärattaché ihre hohe Wertschätzung gegenüber der deutschen Armee und zugleich das Bedauern über die veränderten Beziehungen zwischen den beiden Armeen.	812
280. Schreiben des Leiters des Büros für Internationale Information des ZK der VKP (B) Radek an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 11. November 1935	
Bitte Radeks, ihn zu empfangen und ihm Hinweise zu geben, was zu aktuellen Problemen der internationale Lage „zu schreiben ist und was nicht“. Dem Schreiben ist die Ausarbeitung Radeks „Einige Bemerkungen zu den nächsten Perspektiven der internationalen Entwicklung und zur Stellung der UdSSR“ beigelegt.	815
281. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 11. November 1935	
Über den neuen Botschaftsrat Tippelskirch; dessen Vorgänger Twardowski sei zu Empfängen der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin einzuladen.	822
282. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit Graf zu Reventlow, 12. November 1935	
Gespräch mit Reventlow, der die Auffassung vertritt, dass sich der antisowjetische Kurs der Außenpolitik Hitlers und der Reden auf dem Nürnberger Partei-	

tag der NSDAP vor allem mit der zunehmenden kommunistischen Gefahr in anderen Ländern „durch den Generalangriff der Komintern in Europa“ erklären lasse. Innenpolitische Überlegungen spielten bei der Kursbestimmung gegenüber der UdSSR keine ernsthafte Rolle. Berlin müsse sich bald um eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen bemühen. 823

283. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. November 1935

Zu den Oktober-Feierlichkeiten in der Bevollmächtigten Vertretung und der Handelsvertretung in Berlin; zur Vertretung des Narkomzdrav und des Roten Kreuzes in Deutschland; zur Ankunft einer Gruppe von sowjetischen Eisenbahnern zum Studium des deutschen Transportwesens. 825

284. Meldung des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Worosilov, 12. November 1935

Zum Gespräch während eines Empfangs von Litvinov mit dem deutschen Militärrattaché Köstring, der über seine Reise nach China, Japan, der Mandschurei, nach Indien und Singapur berichtete. Köstring macht den Vorschlag, vor einer Gruppe von sowjetischen Kommandeuren über die Reise zu berichten und die dabei gemachten Filmaufnahmen vorzuführen. 827

285. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin, 13. November 1935

Information zur Frage der Teilnahme der UdSSR an den Olympischen Spielen 1936; zur Notwendigkeit, die unterschiedlichen Formen der Kulturbeziehungen mit Deutschland auszubauen. 828

286. Brief des Legationsrats in Moskau Hilger an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 13. November 1935

Zum instabilen Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die in letzter Zeit einen gewissen positiven Schub bekommen hätten. Hilger führt dies vor allem auf die Worte Hitlers gegenüber General Köstring zurück, dass er den Beziehungen zwischen der Wehrmacht und der Roten Armee eine große Bedeutung beimesse. Auch die sowjetische Seite unterstreiche beständig, dass sie zur Wiederherstellung von guten Beziehungen mit Deutschland bereit sei, die Schuld für deren Verschlechterung jedoch nicht bei der UdSSR liege. Dieser Widerspruch zwischen dem wirklichen Stand der Dinge und den verbalen Erklärungen in Moskau erklärt Hilger mit der zunehmenden Angst vor der Aufrüstung Deutschlands. 829

287. Schreiben des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke an den Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam, 14. November 1935

Mitteilung „einer gut unterrichteten Quelle“ bezüglich möglicher Vorschläge der sowjetischen Seite bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Handelsvertreter Kandelaki, die nach Auffassung des Verfassers keine „neue Grundlage“ in den Wirtschaftsbeziehungen bildeten, sondern eine Rückkehr zum alten Zustand bedeuteten. 832

- 288. Aktenvermerk des Generalbevollmächtigten der Firma Otto Wolff Siedersleben, 14. November 1935**
Mitteilung des Generalreferenten des Reichswirtschaftsministeriums Herbert Göring zu den Motiven Schachts, die von sowjetischer Seite geforderte Erklärung zum Röhrenabkommen vom 7.11.1935 mit der Firma Otto Wolff abzulehnen. . . . 834
- 289. Beschlussentwurf für das Politbüro des ZK der VKP (B), 17. November 1935**
Entwurf von Weisungen an Kandelaki für die Verhandlungsführung mit den Deutschen zu den Finanzkonditionen des 800-Millionenkredites an die UdSSR und zu den Bedingungen für das Wirtschaftsabkommen für das Jahr 1936. . . . 836
- 290. Bericht des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKa Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Worosilov, 17. November 1935**
Auf nachrichtendienstlichem Wege eingegangenes dokumentarisches Material über die Organisationsstruktur und die Dislozierung des deutschen Heeres für die Jahre 1935/36. 838
- 291. Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an den Leiter der Gruppe Osteuropa und Skandinavien in der II. Abteilung im AA Roediger, 18. November 1935**
Enthält den Telegrammtext des Konsuls in Tiflis Dienstmann über sein Gespräch mit Astachov, in dem der Beauftragte des NKID seine Sorge wegen der Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen zum Ausdruck brachte. Astachov bemerkte insbesondere, dass man in Moskau davon überzeugt sei, dass „Mein Kampf“ für die beiderseitigen Beziehungen von keinerlei realer Bedeutung sei. Tippelskirch nimmt an, dass durch Bekanntwerden solcher Äußerungen Druck auf Frankreich ausgeübt werden soll, um die Ratifizierung des sowjetisch-französischen Beistandspaktes zu beschleunigen. 840
- 292. Schreiben des Reichswirtschaftsministers Schacht an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 19. November 1935**
Ergebnisse der von Schacht unternommenen Bemühungen um Vermittlung von Aufträgen bei einigen deutschen Firmen, bei denen die Handelsvertretung auf Schwierigkeiten gestoßen war. 841
- 293. Meldung des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKa Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Worosilov, 22./23. November 1935**
Zu den deutsch-japanischen Verhandlungen zum Abschluss eines Garantievertrages, der vor allem gegen die UdSSR gerichtet sei. 844
- 294. Schreiben des Leiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Leibbrandt an den Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Rosenberg, 25. November 1935**
Aus Informationen in jüngster Zeit zieht Leibbrandt die Schlussfolgerung, dass Veränderungen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen bevorstehen. Er hält es für dringend nötig, bei Hitler in Erfahrung zu bringen, inwieweit diese Nachrichten der Wirklichkeit entsprechen. 845
- 295. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Jagoda, 25. November 1935**
Das Narkomindel weist darauf hin, dass die fehlende Unterrichtung über Ausweisungen deutscher Staatsangehöriger durch das NKVD es ihm unmöglich

mache, die laut sowjetisch-deutschem Rechtsschutzabkommen rechtzeitige Benachrichtigung der Deutschen Botschaft vorzunehmen.	847
296. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch, 27. November 1935 Zur Ausweisung des Vertreters der Firma Siemens Bergmann aus der UdSSR aufgrund von Informationen über dessen Beteiligung an der Vorbereitung von Terrorakten.	848
297. Beschlussentwurf für das Politbüro des ZK der VKP (B), [27. November 1935] Weisungen an das NKVT der UdSSR und an den Handelsvertreter in Deutschland Kandelaki für die Verhandlungsführung mit der deutschen Regierung zur Gewährung eines 800-Millionenkredites. Dabei sei davon auszugehen, dass der UdSSR Anlagen und technische Hilfe (darunter solcher Firmen wie die IG-Farbenindustrie und Zeiss) zur Verfügung gestellt würden.	850
298. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [28. November 1935] Suric kommt bei der Analyse von Gesprächen mit Vertretern verschiedener deutscher Ämter und mit inoffiziellen Personen zu dem Schluss, dass der außenpolitische Kurs Hitlers gegenüber der UdSSR unverändert geblieben sei. Seiner Auffassung nach bleibt nichts anderes übrig, als geduldig abzuwarten und die wirtschaftlichen Kontakte weiterhin auf der Grundlage der jüngsten Vorschläge Schachts, die für beide Seiten von Nutzen seien, zu entwickeln. . . .	851
299. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 28. November 1935 Zu den Schwierigkeiten, auf die die sowjetische Eisenbahnkommission gestoßen ist; zur Einrichtung einer ständigen Vertretung des Volkskommissariats für Verkehrswesen in Berlin; zum großen Interesse in Kreisen der Industrie an einer Erweiterung der wirtschaftlichen Kontakte mit der UdSSR und zum stillschweigenden Einverständnis der unterschiedlichsten Kreise mit dem antisowjetischen Kurs Hitlers.	854
300. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 28. November 1935 Schritte der Bevollmächtigten Vertretung im Zusammenhang mit der Vorführung des antisowjetischen Films „Friesennot“ in deutschen Kinos, der das Ansehen der RKKA beleidige.	857
301. Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 29. November 1935 Auffassung von Tippelskirch zu möglichen Veränderungen in der Außenpolitik der UdSSR gegenüber Deutschland. Hinter den Erklärungen führender sowjetischer Vertreter gegenüber deutschen Diplomaten während des letzten Monats müsse mehr stecken als ein auf Frankreich abzielendes taktisches Manöver. . . .	858
302. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 2. Dezember 1935 Gespräch mit Bessonov, der der Meinung sei, dass zurzeit alle Voraussetzungen für eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen vorlägen, ange-	

fangen bei den Wirtschaftsverhandlungen. Bessonov nehme weiterhin an, dass ein Grund für die Spannungen in den zahlreichen Haftfällen bestehe, die in Zusammenarbeit mit dem AA so schnell wie möglich zu regeln seien. 861

303. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 3. Dezember 1935

Litvinov solidarisiert sich mit der von Suric vorgenommenen Einschätzung der Entwicklungsperspektiven der sowjetisch-deutschen Beziehungen (vgl. Dok. 298). Dabei hält er es jedoch für erforderlich, den Umfang der Aufträge in Deutschland für die nächsten Jahre zu begrenzen, um nicht den deutschen Faschismus zu unterstützen. Litvinov meint weiterhin, dass es angebracht sei, die sowjetische Presse anzuweisen, eine „Gegenkampagne gegen den deutschen Faschismus“ zu führen. 863

304. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. Dezember 1935

Litvinov legt Suric knapp die in seinem Schreiben an Stalin dargelegten Grundthesen dar. Er unterrichtet ihn außerdem über Details der Gespräche Hitlers mit dem französischen Botschafter François-Poncet und mit dem britischen Zeitungsmagnaten Baron Beaverbrook. 865

305. Schreiben des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 4. Dezember 1935

Zu den von Gnedin aufgeworfenen Fragen bezüglich der Einrichtung einer Vertretung des Volkskommissariats für Gesundheitswesen in Berlin und zur Erweiterung der Kulturbeziehungen mit Deutschland; zu den Problemen, die mit dem Aufenthalt von Vertretern deutscher Handelsfirmen in Moskau verbunden sind; zur Lage der in Hamburger Gefängnissen in Haft befindlichen sowjetischen Staatsbürger. 867

306. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch, 4. Dezember 1935

Nach Auffassung Henckes ist es von Deutschland aus nicht möglich, die Annäherungsversuche der UdSSR an Deutschland abzuschätzen. Die Regelung der Haftfälle wie auch das beiderseitige Interesse an der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen würden dazu beitragen, die Spannungen abzubauen; zugleich seien die Möglichkeiten für eine beiderseitige Verständigung äußerst begrenzt. 870

307. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), 5. Dezember 1935

Weisung zur Verhandlungsführung zum sowjetischen Exportvolumen nach Deutschland im Jahr 1936. Positionsbestimmung der UdSSR hinsichtlich der aus früheren Abkommen resultierenden Verpflichtungen für den Fall, dass ein Abkommen mit Deutschland für 1936 nicht zustande kommen sollte. 872

308. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 5. Dezember 1935

Tippelskirch erhebt Protest gegen die Beleidigungen des Reichskanzlers durch die sowjetische Presse und fordert die Zusicherung, Derartiges zu unterlassen.

Ablehnung Šterns, den Protest entgegenzunehmen, weil das NKID angesichts der Ausfälle in der deutschen Presse gegen die UdSSR derzeit keine Möglichkeit habe, in irgendeiner Weise auf die sowjetische Presse Einfluss zu nehmen. . 874

309. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 5. Dezember 1935

Protest durch Tippelskirch wegen der Beleidigungen des Reichskanzlers in der sowjetischen Presse; auf Anordnung Litvinovs bringt die sowjetische Seite in mündlicher und schriftlicher Form ihr Bedauern zum Ausdruck. 876

310. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 7. Dezember 1935

Zum Beschluss des ZK zur Festlegung der Auftragssumme an Deutschland für die Jahre 1936 bis 1937, die auf Drängen von Kandelaki auf 500 Mio. Reichsmark erhöht worden sei. Zur Verhandlungsführung mit Schacht wird Kandelaki gemeinsam mit Pjatakow beauftragt. 878

311. Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA und das Reichskriegsministerium, 7. Dezember 1935

Veränderung der Rangordnung der in der UdSSR akkreditierten Militärattachés, die angesichts der früheren Tätigkeit des deutschen Militärattachés in der UdSSR vom Generalstab der RKKA vorgenommen worden ist. 879

312. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 9. Dezember 1935

Laufende Angelegenheiten, von denen Tippelskirch die Ausweisung des Vertreters der Firma Siemens Bergmann aus der UdSSR besonders hervorhebt. Er bewertet dies als Reaktion auf die Ausweisung des Leiters der Hamburger Filiale der Derunapht Fomin aus Deutschland und erachtet es als sinnlos, in Moskau den tatsächlichen Hintergrund für die gegen Bergmann erhobenen Beschuldigungen zu ergründen. 880

313. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 10. Dezember 1935

Zum Schicksal des in der UdSSR verurteilten Fuchs; Genugtuung hinsichtlich des erfolgreichen Protests im NKID wegen der Beleidigung Hitlers in der sowjetischen Presse; Ermittlung der Gründe für die Ausweisung Bergmanns, die nach Ansicht des AA in keinem direkten Bezug zur Ausweisung Fomins stehen. Hencke konstatiert das Interesse Deutschlands an der Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR, schließt dabei jedoch jede Aktivität seitens Berlins aus. . . . 882

314. Aufzeichnung von Unterredungen des Stellv. Leiters der VI. Abteilung im AA von Twardowski mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov und dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, [10. Dezember 1935]

Twardowski äußert die Ansicht, dass die UdSSR die Initiative ergreifen müsse, um die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern; konkret: die Ausfälle gegen die Politik Deutschlands und Verunglimpfungen seiner führenden Persönlichkeiten in der Presse einstellen, ein Verständnis für die außenpolitischen

Bedürfnisse des Reiches an den Tag legen sowie den Bedürfnissen der deutschen Konsulate bei der Lösung aktueller Probleme vor Ort entgegenkommen. . 885

315. Aufzeichnung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen, 11. Dezember 1935

Besprechung im Außenpolitischen Amt der NSDAP am 6.12.1935 zu Fragen der Finanzierung und der Aufgaben des „Verbandes der Deutschen aus Russland“. Leibbrandt bemerkt, dass es um die Sammlung der Russlanddeutschen in der ganzen Welt gehe, um sie auf einen späteren Einsatz für politische Ziele vorzubereiten. 887

316. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern und des verantwortlichen Referenten Levin an den Stellv. Vorsitzenden des Obersten Gerichts der UdSSR Ul'rich, 11. Dezember 1935

Fragen im Zusammenhang mit Fällen verhafteter Reichsdeutscher, die jetzt häufiger zur Prüfung an Militärtribunale und Sonderkollegien der Obersten Gerichte überstellt werden; eine Regelung sei notwendig, um Vorwürfe hinsichtlich einer Einschränkung des Rechtsschutzes für deutsche Staatsangehörige zu vermeiden. 889

317. Telegramm des Generalkonsuls in Leningrad Sommer an die Botschaft in Moskau, 11. Dezember 1935

Anfrage, ob deutsche Staatsangehörige jüdischer Nationalität, die mit deutschen Frauen verheiratet und politisch loyal seien, an der im Generalkonsulat organisierten Weihnachtsfeier teilnehmen dürfen. 891

318. Auszug aus dem Rechenschaftsbericht der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin „Zwischenbilanz der Erfüllung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens vom 9. April 1935 (April–September 1935)“, [11. Dezember 1935]

1. Das sowjetisch-deutsche Abkommen und die Voraussetzungen für seinen Abschluss.
2. Zu den Bedingungen, unter denen die Umsetzung des Abkommens von April bis September 1935 verlief (die innere wirtschaftliche Situation Deutschlands, die Auswirkung der sowjetisch-deutschen politischen Beziehungen, Strukturveränderung bei den sowjetischen Aufträgen an deutsche Firmen). 892

319. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [12. Dezember 1935]

Zum neuen Verfahren zur Visaerteilung für deutsche Wirtschaftsvertreter, gegen das in der Praxis beständig verstoßen werde; Suric fordert, zur früheren Prozedur ohne Anfrage in Moskau zurückzukehren. 902

320. Informationsbericht des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, [12. Dezember 1935]

Zusammenfassende Information über die wirtschaftliche und innenpolitische Lage Deutschlands. Nach Auffassung Bessonovs sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands eine Folge der Schrumpfung der eigenen Ressourcen; diese Probleme könnten vorübergehend gemindert, aber nicht beseitigt werden. 903

321. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, [12. Dezember 1935]

Zusammenfassung der Gespräche mit Vertretern deutscher Behörden vom 1. bis 12.12.1935 zu den Perspektiven der sowjetisch-deutschen Beziehungen. Bessonov sieht vor diesem Hintergrund in Deutschland Schichten und Gruppen, die aus unterschiedlichen Gründen an einer „Normalisierung“ der Beziehungen zur UdSSR interessiert seien. Zu diesen Schichten gehörten Industrielle, eine bedeutende Anzahl von Militärs und ein Teil des diplomatischen Apparates. . .

906

322. Aufzeichnung der Unterredung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen mit dem 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 13. Dezember 1935

Gnedin vertritt die Auffassung, dass Deutschland keine Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen anstrebe, sondern alles unternehme, um sie zu verschlechtern. Dürksen verweist auf den Eindruck, den die Aufrufe des VII. Komintern-Kongresses hinterlassen hätten; angesichts der engen Verknüpfung der Komintern mit der UdSSR könne man von einer Politik der systematischen Einkreisung Deutschlands sprechen. Gnedin entgegnet darauf, dass trotz gleicher Ideologie die Politik der UdSSR nichts Gemeinsames mit der Komintern habe. . . .

910

323. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 13. Dezember 1935

Gespräche mit Major Spalcke (am 10.12.) zu Stimmungen in der Reichswehr in Bezug auf die RKKA; mit Twardowski (am 7.12.) zur sowjetischen Außenpolitik; mit dem Referenten im Reichswirtschaftsministerium Göring (am 12.12.) zur Vereinbarung zwischen Blomberg und Schacht bezüglich der Erfüllung sowjetischer Aufträge militärischer Art.

912

324. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [13. Dezember 1935]

Haltung verschiedener Kreise Deutschlands zu den Beziehungen mit der UdSSR, die, wie Suric meint, Gegenstand der Diskussion auch in den der Führungsspitze nahestehenden Kreisen würden. Dabei merkt er an, dass die Bevollmächtigte Vertretung Kenntnis in der Regel von Personen erhalte, die aus unterschiedlichen Gründen an einer Verbesserung der Beziehungen mit der UdSSR interessiert seien.

914

325. Aufzeichnung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen, 16. Dezember 1935

Über ein ungeplantes Treffen Dürkens mit Bessonov und dem Leiter der TASS-Vertretung in Berlin Sitkovskij; Dürksen ist der Meinung, dass die Fragen, die ihm im Verlauf des Gesprächs gestellt wurden, von dem Bemühen der sowjetischen Vertreter zeugten, die Kontakte zu verschiedenen Behörden zum Zwecke der Sondierung der herrschenden Auffassungen, insbesondere hinsichtlich der Perspektiven der wirtschaftlichen Kontakte, zu erweitern.

915

326. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern und des verantwortlichen Referenten Levin an den Beauftragten des NKID bei der Regierung der ZSFSR Astachov, 16. Dezember 1935

Zur Haltung des NKID in einer Reihe von Verfahrensfragen bei Strafsachen gegen deutsche Staatsangehörige, die in geschlossenen Prozessen verhandelt werden. Ermahnung Astachovs: die Aufgabe des Beauftragten des NKID bestehe in

der Beurteilung des Vorgehens der Untersuchungsorgane unter dem Gesichtspunkt des Völkerrechts und der vertraglichen Verpflichtungen des sowjetischen Staates. 917

327. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 16. Dezember 1935

Gespräch mit Bessonov wegen der zahlreichen Verhaftungen von deutschen Staatsangehörigen in der UdSSR. Die von den sowjetischen Behörden gegen sie ergriffenen Maßnahmen verstießen de facto gegen sämtliche vertragliche Vereinbarungen zwischen beiden Staaten, die den Rechtsschutz ihrer Staatsbürger betreffen. Hencke vertritt die Auffassung, dass die sowjetische Regierung im Interesse einer Entspannung unbedingt unverzüglich Maßnahmen zu einer Nachprüfung aller Haftfälle von Staatsbürgern Deutschlands ergreifen muss. . . 919

328. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Geschäftsführer des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, 16. Dezember 1935

Bräutigam macht Tschunke darauf aufmerksam, dass vom Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ausgehende Informationen über politische Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR nicht in dessen Kompetenz fielen und auch die Vertreter deutscher Firmen nicht befugt seien, mit Angehörigen der sowjetischen Handelsvertretung politische Gespräche zu führen. 922

329. Bericht des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 18. Dezember 1935

Zum Gespräch mit Schacht am 16.12. und den dabei vereinbarten Grundsätzen zum Kreditabkommen in Höhe von 500 Mio. Reichsmark mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Offene Fragen bezüglich der Regelung des Handels und der Zahlungen der UdSSR im Jahr 1936. 923

330. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 18. Dezember 1935

Gespräche mit Vertretern verschiedener Ressorts zu den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen. Bessonov meint, dass sie sich nicht so sehr für die Höhe des in Verhandlung befindlichen deutschen Kredites interessierten, als vielmehr für die Liste der sowjetischen Aufträge, insbesondere die militärischer Art. Die Deutschen zeigten ein großes Interesse hinsichtlich der Konditionen für den zweiseitigen Handel und für die Tilgung der sowjetischen Verbindlichkeiten im Jahr 1936. 926

331. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [18. Dezember 1935]

Zu den Besuchen des französischen und des britischen Botschafters bei Hitler, was als ein Abrücken beider Seiten vom Londoner Kommuniqué und vom Prinzip der Unteilbarkeit des Londoner Programms interpretiert wird; Deutschlands Argumente gegen den französisch-sowjetischen Vertrag. 928

332. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. Dezember 1935

Skeptische Haltung des Volkskommissars zu den Mitteilungen der Bevollmächtigten Vertretung, wonach wahrnehmbare Fortschritte im Verhalten Hitlers ge-

- gegenüber der UdSSR aufgrund seines Gesprächs mit Schulenburg zu verzeichnen seien. Aus Hitlers Schweigen zu einer Entspannung der Beziehungen zur UdSSR schließt Litvinov, dass der frühere Kurs in Kraft bleibe. 932
- 333. Aufzeichnung der Unterredung des Gruppenleiters der Referate Wirtschaft im AA Ritter mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 19. Dezember 1935**
 Bessonov bringt inoffiziell Ansprüche bezüglich der Verhandlungen mit deutschen Firmen vor, die unannehmbare Lieferfristen für fertige Erzeugnisse vorschlägen und sich bisweilen weigerten, die von der UdSSR benötigten Erzeugnisse zu liefern oder eine technologische Information zur Verfügung zu stellen. Ritter sieht in der Argumentation Bessonovs das Bestreben, sich ein Alibi zu verschaffen für den Fall, dass die vereinbarten Kreditverträge bis zum Schluss der Wirtschaftsverhandlung nicht ausgefüllt werden. 934
- 334. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der Gruppe Osteuropa und Skandinavien in der II. Abteilung im AA Roediger mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 21. Dezember 1935**
 Bessonov informiert über den Stand der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen und über noch nicht abgestimmte Fragen bezüglich der Tilgungsform der sowjetischen Verbindlichkeiten. Bei der Erörterung politischer Fragen bestätigt Roediger, dass Hitler im Gespräch mit dem britischen Botschafter Phipps erklärt habe, dass er gegenüber der UdSSR keine aggressiven Absichten hege. Auf die Frage nach einer Ergänzung des Berliner Vertrages durch einen Nichtangriffspakt antwortet Roediger ausweichend und beruft sich auf die Notwendigkeit, zunächst die aktuellen wirtschaftlichen Probleme zu regeln. 936
- 335. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 23. Dezember 1935**
 Unannehmbare Haltung Schachts in den Verhandlungen zum Wirtschaftsabkommen für das Jahr 1936 bezüglich der Tilgungsform der sowjetischen Verbindlichkeiten; Gegenvorschläge von Rozengol'c im Interesse einer Übereinkunft mit Schacht. Anlage: Übersicht über die Grundlagen der Wirtschaftsabkommen mit Deutschland für 1935 und für 1936. 938
- 336. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 26. Dezember 1935**
 Zum Zwischenfall mit dem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) Schüle, der sich genötigt sah, den Forderungen der Zensur nachzugeben, um die Freigabe eines Telegrammes aus Moskau zu erhalten. 940
- 337. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Jagoda, 27. Dezember 1935**
 Stellungnahme zu den vom NKVD vorgeschlagenen Änderungen einer Verordnung, die die Ausweisung von Ausländern aus der UdSSR regelt. 941
- 338. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 31. Dezember 1935**
 Gespräche Bessonovs mit Ritter, Roediger und Major Spalcke zu den Meinungsverschiedenheiten in den Wirtschaftsverhandlungen (Tilgungsformen der

sowjetischen Verbindlichkeiten im Jahr 1936, Nomenklatur der sowjetischen Aufträge für Objekte militärischer Art, Fristen für die Ausführung der Aufträge durch deutsche Firmen).	942
339. Aufzeichnung der Unterredung des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin mit dem Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch, 3. Januar 1936	
Besorgnis der Botschaft und des AA wegen der großen Anzahl von Verhaftungen deutscher Staatsbürger in der UdSSR im Jahr 1935. Levin erklärt, dass die Verantwortung für die Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen allein die deutsche Seite trage und es an ihr liege, Schritte zur Verbesserung zu unternehmen.	947
340. Aufzeichnung der Unterredung des Gehilfen des Leiters der Presseabteilung im NKID Mironov mit dem Pressebeirat der Botschaft in Moskau Baum, 5. Januar 1936	
Zur Problematik der Tätigkeit der Korrespondenten beider Länder.	949
341. Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Dittmann, 6. Januar 1936	
Beratung verschiedener Ressorts am 4.1. im Reichswirtschaftsministerium bezüglich der künftigen Gestaltung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. Erörterung des Verlaufs der zweiseitigen Kreditverhandlungen zum 500-Millionenkredit für die UdSSR, dessen wichtigste Aufgabe darin bestehe, die russischen Rohstofflieferungen sicherzustellen. Bei einem Ausbleiben der Lieferungen würde der Wirtschaft in Deutschland eine katastrophale Entwicklung drohen.	950
342. Bericht des Marinegehilfen des Militärattachés in Moskau von Baumbach an das AA und das Reichskriegsministerium, 8. Januar 1936	
Bewertung der Seekriegsflotte der UdSSR zum Jahreswechsel 1935/1936. Das rasche Anwachsen der U-Bootflotte erlaubt nach Auffassung Baumbachs die Annahme, dass die Ostseeflotte in Zukunft nicht nur defensive, sondern auch offensive Aufgaben bewältigen könne, und dass die sowjetischen Streitkräfte auf dem Wege sind, ein gefährlicherer Gegner zu werden.	955
343. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 9. Januar 1936	
Zur Verfolgung der Kirche und zur antireligiösen Propaganda der sowjetischen Behörden; Schulenburg erörtert den Beweggrund für die „Rückkehr“ der Neujahrstanne in die sowjetischen Häuser Ende 1935.	957
344. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 9. Januar 1936	
Erörterung einer Reihe von Fragen, darunter: über die Eindrücke Schulenburgs von dem Treffen mit Hitler, der „sehr vernünftig“ gewesen sei und nichts gegen Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR einzuwenden hatte; Klagen des Botschafters wegen der sich häufenden Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern und der Ausweisungen aus der UdSSR; zu einigen internationalen Problemen, die in Beziehung zu dem italienisch-abessinischen Krieg stehen.	959
	99

- 345. Aktenvermerk des Generalbevollmächtigten der Firma Otto Wolff Siedersleben, 10. Januar 1936**
 Zum Gespräch des Chefs der Firma Otto Wolff und ihren Aktionären mit dem Leiter der Handelsvertretung Kandelaki und seinem Stellvertreter Fridrichson über die im Rahmen der Kreditverhandlungen in Aussicht gestellten sowjetischen Aufträge an große Firmen. 962
- 346. Auszug aus dem Vortrag des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov auf der II. Tagung des CIK der UdSSR, 10. Januar 1936**
 Zur Außenpolitik der UdSSR gegenüber Deutschland und zum Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen. 963
- 347. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. Januar 1936**
 Zur Rede Molotovs auf der Tagung des CIK, die gegenüber Deutschland in einem etwas milderen Ton als die vom Januar 1935 ausgefallen sei (vgl. Dok. 19) und in deutschen Regierungskreisen nicht als besonders feindlich aufgenommen werde.. . . . 965
- 348. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 11. Januar 1936**
 Einschätzung des außenpolitischen Teils der Rede Molotovs, die nach Auffassung Schulenburgs schärfere – sowohl direkte als auch indirekte – Angriffe gegen Deutschland als im Jahr zuvor enthalte (vgl. Dok. 19). Zugleich erkläre Molotov die Bereitschaft der UdSSR zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Berlin, obgleich, wie der Botschafter bemerkt, die Frage offen bleibe, inwiefern es sich dabei um einen taktischen Schritt handele, um auf dritte Staaten einzuwirken. 966
- 349. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 11. Januar 1936**
 Information über die Besprechung im Reichswirtschaftsministerium am 4.1.1936 (vgl. Dok. 341) sowie über Unterredungen mit Mitarbeitern dieses Ministeriums und des AA bezüglich ungeklärter Fragen bei den Kreditverhandlungen. 968
- 350. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 11. Januar 1936**
 Zur eventuellen Reaktion der deutschen Behörden wegen der bedrohlichen Zunahme von Verhaftungen deutscher Staatsbürger in der UdSSR. Suric unterbreitet konkrete Vorschläge, um die Anlässe für Repressalien gegen sowjetische Staatsbürger in Deutschland in nächster Zeit zu beseitigen oder zumindest zu verringern. 970
- 351. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 13. Januar 1936**
 Schulenburg erhebt gegenüber Litvinov Protest wegen beleidigender Ausfälle gegen Staatsmänner Deutschlands in Veröffentlichungen der sowjetischen Presse und in Sendungen des Rundfunks. 972
- 352. Aufzeichnung der Unterredung des Gehilfen des Leiters der Presseabteilung im NKID Mironov mit dem Korrespondenten der „Münchener Neuesten Nachrichten“ in Moskau Mehnert, 13. Januar 1936**
 Schriftliche Mitteilung Mehnerts über die zeitweilige Einstellung seiner Korrespondententätigkeit in Moskau, die er mündlich damit begründet, dass es nicht

- möglich sei, in der deutschen Presse irgendetwas Positives über die Sowjetunion zu schreiben. 973
- 353. Brief des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschafter in Tokio von Dirksen, 14. Januar 1936**
Hencke legt seine Ansicht dar, worauf das Bestreben der UdSSR zu einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zurückzuführen sei. Der Grund dafür sei neben der militärischen Erstarkung Deutschlands in einer gewissen Enttäuschung bezüglich Frankreichs und in dem Wunsch einer Annäherung an England zu sehen, da offenbar ein gemeinsames Interesse an einer politischen Abwehr der japanischen Expansion vorliege. In dem Brief werden auch bevorstehende Umstrukturierungen im AA behandelt. 974
- 354. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 16. Januar 1936**
Reaktionen des Direktors der Reichsbank Dreyse und Roedigers (AA) in der Unterredung mit Bessonov und Kandelaki auf die Ausführungen Molotovs (vgl. Dok. 346) zu einem neuen Kredit für die UdSSR. Die verfrühte Information könne nicht ohne Konsequenzen für den weiteren Verlauf der Verhandlungen bleiben. 977
- 355. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Leiter der Gruppe Osteuropa und Skandinavien in der II. Abteilung im AA Roediger und dem Direktor der Reichsbank Dreyse, 16. Januar 1936**
Polemik rund um die Thesen von „Mein Kampf“: ob diese in der Außenpolitik Deutschlands weiterhin von Bestand seien. 980
- 356. Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium Milch, 16. Januar 1936**
Zu den sowjetischen Aufträgen militärischer Art; dazu meint Milch, wenn Schacht und Neurath es aus wirtschaftlichen oder politischen Erwägungen für erforderlich erachten würden, bestimmte Ausrüstungen für die Luftfahrt an die UdSSR zu liefern, so werde es seitens des Reichsluftfahrtministeriums dazu keine Einwände geben. 982
- 357. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. Januar 1936**
Zu den Beweggründen des in den zentralen Zeitungen veröffentlichten Dekrets des Rates der Volkskommissare der UdSSR bezüglich der Beschränkung des sowjetischen Exports nach einigen Ländern: es ziele in erster Linie auf Deutschland ab, um Druck auf Schacht auszuüben, der in den Verhandlungen fordere, die Verbindlichkeiten der UdSSR mit Gold oder Devisen zu bezahlen. 984
- 358. Telegramm des Leiters der Gruppe Osteuropa und Skandinavien in der II. Abteilung im AA Roediger an die Botschaft in Moskau, 18. Januar 1936**
Information über die Reaktion Schachts auf die Rede Molotovs auf der Tagung des CIK (Dok. 346). Schacht sehe keine Möglichkeit, die Verhandlungen mit Kandelaki bezüglich eines neuen deutschen Kredites fortzusetzen. An die Bot-

schaft ergeht die Empfehlung, nach Möglichkeit jeglichen Kommentaren zur Verordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR über die Beschränkung des Exports nach einigen Länder auszuweichen. 985

359. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. Januar 1936

Zu den Haftfällen von deutschen Staatsbürgern in der UdSSR bemerkt Štern, dass deren positive Entscheidung nicht vom guten Willen des NKID abhängen und es erforderlich sei, sämtliche diesbezüglichen Verhandlungen in Moskau zu führen. 986

360. Bericht des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 20. Januar 1936

Zur negativen Reaktion in deutschen Kreisen auf den Teil der Rede Molotovs auf der Tagung des CIK (Dok. 346), in dem es um einen neuen deutschen Kredit geht, und ihre Argumente dazu. 989

361. Aktennotiz des Gruppenleiters der Referate Wirtschaft im AA Ritter, 20. Januar 1936

Ablehnende Wertung eines 10-jährigen deutschen Finanzkredites, den Schacht dem Leiter der Handelsvertretung Kandelaki in Aussicht gestellt hat. Nach Auffassung Ritters sei es erforderlich, die Situation nicht zuzuspitzen und eine Möglichkeit zu finden, von der Umsetzung dieses Vorhabens Abstand zu nehmen. 992

362. Bericht des Gesandtschaftsrats II. Kl. in Moskau Hensel an das AA, 20. Januar 1936

Bericht über den Besuch bei dem verurteilten Ingenieur Fuchs, der seine Haftstrafe in Jaroslawl' verbüßt. 993

363. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationsrat in Moskau Hilger, 21. Januar 1936

Zur Situation von Bischof Malmgren in der UdSSR und zur eindringlichen Bitte der Botschaft, seine Ausreise nach Deutschland zu genehmigen. Zu den Schwierigkeiten bezüglich der Registrierung von deutschen Firmen in der UdSSR. 997

364. Aufzeichnung der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, 24. Januar 1936

Information über das Verbot Hitlers, an die UdSSR Kriegsgerät zu liefern. Nach Auffassung des Reichskriegsministeriums seien unter Kriegsgerät nur die Erzeugnisse militärischer Art zu verstehen, wie dies im Gesetz vom 6.11.1935 festgelegt worden ist. Die derzeit bestehenden Verhandlungen über Rüstungsmaschinen sollen deshalb nicht unterbrochen werden. 998

365. Aufzeichnung des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, 27. Januar 1936

Protokoll der am 24.1. stattgefundenen Unterredung mit Vertretern der Handelsvertretung zu offenen Fragen des Wirtschaftsabkommens für 1936. Laut Tschunke bestehe das Haupthindernis für das Abkommen hinsichtlich des 500-

Millionenkredites in den Bestellwünschen der Sowjets, da sie hauptsächlich aus militärischer Ausrüstung bestünden.	999
366. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Mossdorf, 27. Januar 1936	
Zu dem Angebot Kandelakis an Schacht, eine teilweise Tilgung der sowjetischen Verbindlichkeiten in Gold vorzunehmen. Zu den verbleibenden Meinungsverschiedenheiten gehören: die gesamten Verbindlichkeiten in Gold zu bezahlen; der Umfang und die Nomenklatur des Exports der UdSSR nach Deutschland; die sowjetische Bestellliste, von deren Erfüllung das Schicksal des gesamten Abkommens abhängt.	1001
367. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 27. Januar 1936	
Reaktionen in deutschen Kreisen auf die Reden Molotovs und Tuchačevskijs auf der Tagung des CIK. Nach Auffassung von Suric hat Molotov den doppelzüngigen Charakter der Politik Deutschlands aufgedeckt (einerseits eine starre Haltung und die Verweigerung eines jeglichen Kompromisses, andererseits der Vorschlag, einen großen Kredit zu gewähren). Damit sei Berlin in eine schwierige Lage versetzt worden.	1004
368. Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 27. Januar 1936	
Bessonov informiert Hencke darüber, dass künftig sämtliche Haftsachen deutscher Staatsbürger in Moskau zwischen der Botschaft und dem NKID behandelt werden müssen.	1010
369. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 27. Januar 1936	
Die Wirtschaftsverhandlungen sollten ungeachtet der Reaktionen in deutschen Kreisen auf die Rede Molotovs wieder aufgenommen werden. Zugleich wachse in einigen Kreisen merklich das Interesse an den Haftsachen von deutschen Staatsbürgern in der UdSSR. Wegen möglicher deutscher Gegenaktionen empfiehlt Suric, eine Reihe von Haftfällen zwecks Verbesserung der Atmosphäre in den bilateralen Beziehungen zu überprüfen.	1011
370. Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov anlässlich des Frühstücks bei dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann, 27. Januar 1936	
Zum Fall des Journalisten Görbing, dessen Visum für die UdSSR nicht verlängert werden soll. Die Gegenreaktion der deutschen Seite: die Verlängerung des Visums für den Korrespondenten der „Pravda“ Gofman abzulehnen.	1014
371. Brief des Gesandtschaftsrats II. Kl. in Moskau Hensel an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 27. Januar 1936	
Die Haltung der Botschaft im Zusammenhang mit dem Verstoß gegen das Niederlassungsabkommen durch sowjetische Behörden bei der Information über einen Wechsel des Aufenthaltsortes des verurteilten deutschen Staatsbürgers Fuchs. Das NKID bittet nachdrücklich darum, eine Abschwächung der in die-	

sem Zusammenhang gebrauchten Formulierungen in der Verbalnote der Botschaft zu erwirken.	1015
 372. Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Dittmann, 28. Januar 1936	
Über das Frühstück, das der Leiter der Handelsvertretung Kandelaki am 24.1. 1936 für die Leitung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft gegeben hat. Laut Information von Tschunke sei beabsichtigt gewesen, die ins Stocken geratenen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen zu beleben. Jedoch sei es, wie Dittmann bemerkt, bis jetzt nicht gelungen, Schacht umzustimmen und Kandelaki zu empfangen, der nun bereit sei, der Forderung des Reichsministers bezüglich des Modus zur Tilgung der sowjetischen Verbindlichkeiten entgegenzukommen.	1018
 373. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 29. Januar 1936	
Laufende Angelegenheiten, darunter: der Fall Görbing, dessen Lösung vor allem dadurch erschwert werde, dass die Gestapo belastendes Material gegen den Korrespondenten der „Pravda“ Gofman verfüge und daran interessiert sei, dass er Deutschland verlasse; außerdem innere Angelegenheiten des AA.	1019
 374. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 29. Januar 1936	
Zur Vorgeschichte bezüglich der Verweigerung des Einreisevisums für den deutschen Journalisten Görbing und dessen Ehefrau in die UdSSR, aus der ein neuer, allerdings begrenzter Journalistenkonflikt entstehen könnte. Krestinskij nennt Varianten zur Problemlösung und bittet um Weisungen.	1021
 375. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 31. Januar 1936	
Mitteilung Mossdorfs über das Treffen Schachts mit Kandelaki und Fridrichson am 30.1.1936, in dessen Verlauf dem Reichsminister ein neuer Entwurf eines Abkommens zur Regelung des Warenverkehrs im Jahr 1936 übergeben wurde. Schacht bezeichnet den Entwurf als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen. Hingegen lehnt er die Erörterung eines Finanzkredites ab.	1023
 376. Bericht der Botschaft Moskau an das AA, 3. Februar 1936	
Ausarbeitung der Botschaft zum Fragebogen des Reichsministeriums für Propaganda „Die Sowjetpropaganda und die antideutsche These, dass Deutschland angeblich zum Kriege treibe“. Darin werden Motive, Formen und Methoden der Propagierung dieser These und deren Wirkung auf die sowjetische Bevölkerung untersucht. Nach Auffassung der Verfasser dieser Ausarbeitung stellt die UdSSR einen der Hauptherde dieser Art von Propaganda auch bei deren internationaler Verbreitung dar.	1024
 377. Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA, 3. Februar 1936	
Zum Besuch einer Gruppe sowjetischer Korps-, Divisions- und Brigadekommandeure bei Köstring am 2.2.1936 zwecks Vorführung des Films, den er während seiner Reise durch einige Länder des Ostens gedreht hatte.	1029

- 378. Bericht des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin, 3. Februar 1936**
Zum Besuch von Hensel bei dem verurteilten Fuchs in Jaroslavl' am 16.1.1936 (vgl. auch Dok. 362). 1030
- 379. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. Februar 1936**
Krestinskij antwortet auf das Schreiben von Suric vom 27.1.1936 (vgl. Dok. 370). Darin geht er auf von der Leitung des NKID getroffene Maßnahmen ein, um eine Reihe von Konfliktfällen zu lösen. Dies betrifft vor allem Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern sowie das Einreiseverbot im Fall Görbing und die Verweigerung der Ausreise von Pastor Malmgren aus der UdSSR. 1032
- 380. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 5. Februar 1936**
Zur Wiederaufnahme der Verhandlungen Schachts mit Kandelaki, bei denen Fragen des Warenverkehrs für 1936 erörtert wurden. Eine Verständigung erscheine noch möglich. Die Frage bezüglich einer deutschen Anleihe stellt sich für Hencke als bedeutend komplizierter dar, weil einige Lieferwünsche militärischer Art der sowjetischen Seite nicht erfüllt werden könnten. 1035
- 381. Bericht des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung beim Volkskommissariat für Außenhandel Gittis an den Stellv. Volkskommissar für Verteidigung Tuchačevskij, 11. Februar 1936**
Zur Weigerung einiger deutscher Firmen, der UdSSR Objekte militärischer Art zu verkaufen. Gittis vertritt die Auffassung, dass dies auf Weisung des Reichsluftfahrtministeriums erfolge. 1037
- 382. Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 13. Februar 1936**
Erörterung der Wirtschaftsbeziehungen mit Vertretern des AA und der Industrie, darunter: Verhandlungen zum Warenverkehr für das Jahr 1936; zu einem neuen deutschen Kredit, der gewährt werden könne, wenn die sowjetische Seite auf einige militärische Aufträge verzichte; zum gesteigerten Interesse der britischen Botschaft in Berlin an den sowjetisch-deutschen Verhandlungen; zur Möglichkeit, die UdSSR als Reaktion auf das Dekret des Rates der Volkskommissare vom 16.1.1936 aus der Liste der Länder auszuschließen, die die Meistbegünstigung genießen. 1038
- 383. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [13. Februar 1936]**
Umschau der internationalen Situation in Europa. Suric meint, dass die deutsche Diplomatie in letzter Zeit vorrangig gegen den sowjetisch-französischen Vertrag vorgehe. Hinsichtlich einer möglichen Reaktion Deutschlands auf die bevorstehende Ratifizierung dieses Vertrages kommt er zu der Schlussfolgerung, dass Hitler eine baldige Remilitarisierung des Rheinlandes nicht in Betracht ziehe, da dies „die deutsche Aggressionswelle nach Westen“ umlenken würde. 1041
- 384. Bericht des Chefs der Luftstreitkräfte der RKKA Alksnis an den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov, 13. Februar 1936**
Zur Möglichkeit, vier Militärpiloten nach Deutschland abzukommandieren, um Lehrgänge für die Blindflugnavigation zu absolvieren. 1047

385. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Generalsekretär des NKID Geršel'man, 13. Februar 1936

Zu dem von der nationalsozialistischen Organisation „Kraft durch Freude“ nach Hamburg einberufenen Internationalen Kongress zum Thema „Die Organisation der Arbeitererholung“ und zur Initiative Gnedins, die Einberufung des Kongresses zu behindern.

1048

386. Aufzeichnung des Gesprächs des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung Vogt, 16. Februar 1936

Die Stellung Vogts im Institut ist mit dem Misstrauen seitens der Behörden ihm gegenüber verbunden, was die Thematik seiner Auftritte vor einem wissenschaftlichen Auditorium einschränke. Er könne nicht damit rechnen, einen Auslandspass zu erhalten, was bedeute, dass er nicht aus Deutschland ausreisen und seine äußerst umfangreichen Sammlungen mitnehmen könne.

1050

387. Bericht des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKa Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov, 17. Februar 1936

Funktelegramm des Residenten der sowjetischen militärischen Aufklärung in Japan Sorge zum Verlauf der japanisch-deutschen Verhandlungen über ein gegen die UdSSR gerichtetes Militärabkommen.

1052

388. Sondermeldung des Gehilfen des Chefs der Sonderabteilung der GUGB des NKVD Volynskij, [nicht früher als 18. Februar 1936]

Information über eine Beratung aller Konsuln mit leitenden Mitarbeitern in der Deutschen Botschaft am 18.2.1936. Zur Einführung einer neuen Regelung für den Eingang und die Bearbeitung der absolut geheimen Post in der Botschaft. Allen Mitarbeitern deutscher Staatsangehörigkeit sei der Treueeid auf Hitler abgenommen worden.

1054

389. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. Februar 1936

Zur Wirkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf den allgemeinen Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen und zum Interesse an den Verhandlungen zum 500-Millionenkredit, über die, wie Krestinskij meint, das Volkskommissariat für Außenhandel des NKID nur spärlich informiere.

1055

390. Schreiben des Geschäftsführers der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Magalif an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 19. Februar 1936

Magalif berichtet über das Verhalten des in der hauswirtschaftlichen Abteilung der Bevollmächtigten Vertretung beschäftigten deutschen Mitarbeiters Schmidt, dessen Verhalten den Verdacht erhärte, dass sämtliche deutsche Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung mit der Polizei in Verbindung stünden.

1056

391. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 20. Februar 1936

Erörterung laufender Angelegenheiten, darunter: zum Schicksal des in Char'kov zum Tode verurteilten deutschen Staatsbürgers Runge; zu Reaktionen der sowjetischen Presse auf das aktuelle Interview Hitlers; über Schwierigkeiten, Einreisevisa für die UdSSR zu erhalten.

1058

392. Aufzeichnung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 22. Februar 1936

Ansichten französischer, deutscher und britischer Gesprächspartner zur Ratifizierung des französisch-sowjetischen Paktes. Die Spitze der deutschen Propaganda würde sich gegenwärtig gegen Frankreich richten, welches die Verantwortung für die Folgen dieses Vertrages trage (Aschmann). Gnedins westliche Gesprächspartner meinen, dass sich Deutschland zurzeit nicht dazu entschließen werde, auf die Ratifizierung mit einer Militarisierung des Rheinlandes oder der Abkehr von Locarno zu antworten. 1059

393. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Gehilfen des Leiters der Presseabteilung im NKID Mironov, 22. Februar 1936

Den Teilnehmern der Winterolympiade ist der antisowjetische Film „Friesennot“ vorgeführt worden; Stellungnahme von offizieller Seite zu dem von Militärattaché Orlov im Herbst 1935 erhobenen Protest. Außerdem Äußerung Gnedins zu den Moskauer Radiosendungen. 1063

394. Stichpunkte des Vortrages des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg für die Konsul-Besprechung, [24. Februar 1936]

Auswirkung des italienisch-abessinischen Krieges auf die internationale Lage in Europa und zur Politik einzelner Staaten. Besondere Beachtung erfahren die Beziehungen zwischen der UdSSR und England, welches bestrebt sei, diese als Druckmittel gegen Deutschland einzusetzen. 1064

395. Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA, 24. Februar 1936

Zu den begrenzten Möglichkeiten für den Militärattaché und seinen Apparat, Informationen über die Rote Armee und die Rüstungsindustrie der UdSSR zu beschaffen. Die Lage werde nicht nur durch eine strenge Reglementierung der auf militärischem Gebiet bestehenden Kontakte verschärft, sondern auch durch die über offizielle Kanäle verbreiteten Desinformationen über das kriegswirtschaftliche Potenzial der UdSSR und über den Zustand der RKKA. 1066

396. Schreiben des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 26. Februar 1936

In der Handelsvertretung der UdSSR herrsche ein vorsichtiger Optimismus, wonach das Abkommen mit den Deutschen in den nächsten Tagen zustande kommen könnte, obgleich viele Formulierungen hinsichtlich verschiedener Bestimmungen noch nicht abgestimmt seien. Die sowjetischen Vertreter meinen, dass es ein Fehler gewesen sei, getrennte Verhandlungen über den Waren- und Zahlungsverkehr im Jahr 1936 und über die Konditionen des neuen Kreditabkommens zu führen. 1068

397. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 28. Februar 1936

Bei der Zustandsanalyse der sowjetisch-deutschen Beziehungen, für die eine gewisse Zurückhaltung der deutschen Seite kennzeichnend sei, gelangt Suric zu der Schlussfolgerung, dass Berlin die sowjetische Karte offenbar nicht aus der Hand geben, sondern sie in Reserve halten wolle. 1070

398. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 28. Februar 1936

Suric behandelt aktuelle internationale Probleme: den französisch-sowjetischen Pakt; die Donau-Probleme; die italienisch-deutschen Beziehungen; die polnisch-deutschen Beziehungen, die deutsch-litauischen Beziehungen; die Kolonialfrage; die Vorgänge in Japan. Er vertritt die Auffassung, dass die deutsche Regierung insgesamt eine abwartende Haltung einnehme und nicht den Gedanken aufgegeben habe, als Antwort auf die Inkraftsetzung des französisch-sowjetischen Paktes die Remilitarisierung des Rheinlandes durchzuführen und das Locarno-Abkommen aufzukündigen.

1072

399. Schreiben des Beauftragten des NKID beim Rat der Volkskommissare der Ukrainischen SSR Petrovskij an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 29. Februar 1936

Bericht über den Aufenthalt von Botschafter Schulenburg in Kiev und die Gespräche mit ihm. Schulenburg habe Deutschland die alleinige Schuld für die Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zugewiesen und die verderbliche Rolle von Goebbels und seinem Ministerium betont. Dennoch sehe Schulenburg im offiziellen Berlin Anzeichen für einen Stimmungsumschwung gegenüber der UdSSR.

1076

400. Bericht des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Jagoda an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 2. März 1936

Zur Verhaftung von Teilnehmern einer von einem Agenten des deutschen Nachrichtendienstes und Vertreter von deutschen Maschinenbauunternehmen in der UdSSR gegründeten terroristischen Gruppe. Der Volkskommissar unterbreitet Vorschläge zur Höhe des Strafmaßes für die Teilnehmer der Gruppe.

1079

401. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 3. März 1936

Zum Beschluss des ZK vom 28.2.1936 „Über Maßnahmen zum Schutz der UdSSR vor dem Eindringen von Spionen, Terroristen und Diversanten“, demzufolge es den Bevollmächtigten Vertretungen untersagt ist, Visa ohne Genehmigung Moskaus zu erteilen. Litvinov schlägt vor, eine Erklärung zum Beschluss des ZK vom 28.2. dahingehend abzugeben, dass die mit Beschluss von SNK und ZK vom 15.9.1935 zugelassenen Ausnahmen bei der Visaerteilung durch die Bevollmächtigten Vertretungen nicht außer Kraft gesetzt werden.

1082

402. Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit Graf zu Reventlow, 3. März 1936

Meinungsaustausch zum Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen und zu den Perspektiven ihrer Verbesserung, die Reventlow pessimistisch einschätzt. . .

1084

403. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. März 1936

Zum Problem der Ausreise für Bischof Malmgren und den Lösungsvarianten, einschließlich einer eventuellen „Austauschoperation“ mit den deutschen Behörden.

1086

404. Chiffretelegramm des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 5. März 1936

Weisung des Volkskommissars bezüglich der Abstimmung der verbliebenen Streitpunkte für das Abkommen mit Deutschland über den Warenverkehr und den Zahlungsverkehr für das Jahr 1936.

1087

- 405. Auszug aus der Rede des Reichskanzlers Hitler vor dem Reichstag, 7. März 1936**
Hitler begründet die Abkehr Deutschlands vom Locarno-Vertrag mit dessen Verletzung durch Frankreich, da es das Militärabkommen mit der UdSSR abgeschlossen habe. Er verkündet die Errichtung der vollen Souveränität über das entmilitarisierte Rheinland. 1088
- 406. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, [9. März 1936]**
Rozengol'c kann angesichts der gegebenen internationalen Situation die Entscheidung nicht selbständig treffen, eine Reise Kandelakis nach Moskau, um die er bat, zu genehmigen. 1095
- 407. Rundschreiben des Referatsleiters im Geheimen Staatspolizeiamt Müller, 11. März 1936**
Anweisung zur Handhabung der Gesetzesbestimmung vom 22.7.1913 über den Status von deutschen Reichsangehörigen, die eine ausländische Staatsangehörigkeit erworben haben, insbesondere in Bezug auf deutsche Kommunisten, die die Staatsangehörigkeit der UdSSR angenommen haben. Dabei unterliegen diejenigen Kommunisten einer besonderen Beobachtung, die ihren Wohnsitz in Deutschland beibehalten und damit zugleich die deutsche Staatsangehörigkeit bewahren, um diese als Deckmantel für eine feindliche Tätigkeit zu nutzen. . . . 1096
- 408. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 11. März 1936**
Laufende Angelegenheiten, darunter: zur Situation bei den Wirtschaftsverhandlungen, in denen Schacht in der Frage der Bezahlung der Ausgaben für die sowjetische Handelsvertretung und der Steuern aus den Exporterlösen eine entschieden ablehnende Position beziehe; zur Reaktion in der sowjetischen Presse auf die Erklärung Hitlers vor dem Reichstag (vgl. Dok. 405) und zur möglichen Haltung Litvinovs in Genf. 1098
- 409. Bericht des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 13. März 1936**
Zur Vorführung von neuen sowjetischen Filmen am 5.3.1936 in der Bevollmächtigten Vertretung, die für Vertreter der Presse und der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz organisiert worden ist. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda habe den Eingeladenen den Besuch dieser Filmvorführung untersagt. 1100
- 410. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 13. März 1936**
Überlegungen zu innen- und außenpolitischen Motiven Hitlers, die ihn zur Remilitarisierung des Rheinlandes bewogen haben, und den möglichen Auswirkungen dieses Schrittes auf die sowjetisch-deutschen Beziehungen. Suric meint, dass Deutschland trotz aller antisowjetischen Erklärungen wegen des Interesses am sowjetischen Markt genötigt sein werde, bis zu einem Kriegsbeginn mit der UdSSR Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten. 1102

- 411. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 13. März 1936**
 Angesichts der gespannten sowjetisch-deutschen Beziehungen sowie des Verdachts, dass einige Deutsche in Verbindung mit der Polizei stehen, sei es dringend erforderlich, das in der Bevollmächtigten Vertretung angestellte deutsche Personal durch aus der UdSSR entsandte Angestellte auszutauschen. 1106
- 412. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit den Redakteuren der Zeitschrift „Der Deutsche Volkswirt“ Baumgarten und Reuter, 13. März 1936**
 In „deutschen Kreisen“ gebe es Bestrebungen, die Beziehungen mit der UdSSR zu regeln. Da diese Kreise den sowjetischen Markt nicht verlieren wollen, würden sie versuchen, Anreize für ein umfangreiches Kreditgeschäft zu schaffen, was offenkundig nicht mit dem in der Rede Hitlers vor dem Reichstag deklarierten Kurs konform gehe. 1107
- 413. Schreiben des Mitgliedes des Redaktionskollegiums der Zeitung „Izvestija“ Radek an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 14. März 1936**
 Radek bittet um Mitteilung, ob seine in den „Izvestija“ vorgenommene Wertung des Einmarsches deutscher Truppen in das entmilitarisierte Rheinland und der Reaktion Frankreichs darauf auf Zustimmung stoße, da die Haltung der Zeitung und die Tonlage der Artikel nicht mit der offiziellen sowjetischen diplomatischen Reaktion identisch sein müssten. 1109
- 414. Schreiben des Mitgliedes des Redaktionskollegiums der Zeitung „Izvestija“ Radek an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 15. März 1936**
 Pieck habe sich an Radek mit der Bitte gewandt, für die „Pravda“ anlässlich der bevorstehenden Wahlen in Deutschland am 29.3.1936 eine Reihe von Artikeln zu schreiben. 1112
- 415. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 16. März 1936**
 Tippelskirch führt aus, dass es im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 7.3.1936 offensichtlich wäre, dass die Aktivitäten der Sowjets in Paris und London darauf gerichtet seien, die Gegensätze zwischen den Westmächten und Deutschland zu verschärfen und es international zu isolieren. Nach Auffassung amerikanischer Diplomaten in Moskau sei eine Beteiligung der UdSSR an Sanktionen gegen Deutschland eingedenk des Artikels 3 des Berliner Vertrages von 1926 kaum möglich. 1113
- 416. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Chefredakteur der Zeitung „Le Temps“ Chastenet, 16. März 1936**
 Zur Außenpolitik der UdSSR vor dem Hintergrund der neuen internationalen Situation infolge der Remilitarisierung des Rheinlandes durch Deutschland. Die UdSSR ergreife, wie Krestinskij erklärt, keinerlei Initiative, sei jedoch bereit, Forderungen Frankreichs zu unterstützen. Erörtert werden auch die Außenpolitik Polens sowie die sowjetisch-polnischen Beziehungen. 1115

- 417. Auszug aus der Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov auf der Tagung des Völkerbundsrates in London, 17. März 1936**
Zur Außenpolitik Deutschlands im Kontext der Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes. Litvinov bezeichnet dies als grobe Verletzung des Locarno-Abkommens, welches, wie die deutsche Seite meint, von den anderen Signatarmächten nicht richtig interpretiert werde. 1118
- 418. Schreiben des Referatsleiters im Geheimen Staatspolizeiamt Müller an den Reichsinnenminister Frick, 17. März 1936**
Über die aufgrund des Polizeiverwaltungsgesetzes ergriffenen Maßnahmen gegen eine von „Intourist“ in Deutschland organisierte Kampagne, die in Parteikreisen und in der Gesellschaft Empörung hervorruft. 1125
- 419. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern, 17. März 1936**
Ausführliche Schilderung der „Tage der Kultur“ in der Bevollmächtigten Vertretung und der Reaktion der Anwesenden und der offiziellen Kreise darauf. . . 1126
- 420. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 18. März 1936**
Zum Versuch Bessonovs und Gnedins, auf dem Empfang in der Bevollmächtigten Vertretung politische Gespräche zu führen und Hencke davon zu überzeugen, dass sich die UdSSR nicht an der antideutschen Propaganda in anderen Ländern beteilige und die sowjetische Führung den Wunsch habe, Deutschland erneut unter den Mitgliedern des Völkerbundes zu sehen. 1130
- 421. Schreiben des Leiters der Pressabteilung im AA Aschmann an die Botschaft in Moskau, 18. März 1936**
Die Meldung des Moskauer Korrespondenten des DNB über einen Artikel in den „Izvestija“ habe den Sinn einer der Aussagen bezüglich einer möglichen Reaktion anderer Staaten auf die jüngsten außenpolitischen Aktionen Deutschlands erheblich entstellt. Aschmann mahnt an, in den Meldungen des DNB bei der Wiedergabe des Inhalts von Artikeln der sowjetischen Presse künftig Sinnentstellungen dieser Art zu vermeiden. 1132
- 422. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 19. März 1936**
Zur Weisung deutscher Behörden an die Garkrebo, der Staatsbank der UdSSR keine Kredite zu gewähren, was zur Folge hat, dass bis zur Unterzeichnung des Abkommens über den Warenumlauf im Jahr 1936 die Wechsel in Valuta zu bezahlen sind. 1133
- 423. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), 20. März 1936**
Die Verhandlungen zum Handelsabkommen mit Deutschland sind einzufrieren, die Vergabe von Aufträgen im Rahmen des 200-Millionenkredites und die Verhandlungen zum 500-Millionenkredit sind einzustellen. 1134
- 424. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 22. März 1936**
Litvinov erbittet (aus London) Weisungen bezüglich der Idee, einen sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt abzuschließen, den er durch die Vermittlung der

Franzosen und Engländer Berlin zur Kenntnis zu bringen gedenkt. Krestinskij schlägt vor, Litvinov zum Abschluss eines solchen Nichtangriffspaktes zu ermächtigen. 1135

425. Telegramm des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 22. März 1936

Weisung an Litvinov, Konsultationen in London zu führen, in deren Verlauf der Kampf um die Wiederherstellung des Ostpaktes zu verstärken ist, d.h. um den Beitritt Deutschlands zum sowjetisch-französischen Beistandspakt. Eine Kompromissvariante könnte in einem Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland bestehen, allerdings müsse der Vorschlag dazu von London, Paris oder Berlin ausgehen. 1136

426. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 23. März 1936

Die Haltung der sowjetischen Presse und des Volkskommissars Litvinovs zur Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes durch die Wehrmacht und zur Reaktion der Signatarmächte des Locarnoabkommens auf dieses Ereignis. 1137

427. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 23. März 1936

Zu den beleidigenden Auslassungen der zentralen Sowjetpresse gegen Hitler, insbesondere in dem Leitartikel im „Journal de Moscou“ vom 10.3.1936, und zu dem in diesem Zusammenhang im NKID vorgetragenen Protest. 1140

428. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 25. März 1936

Zur Wahrnehmung der Hitler-Rede vom 7.3.1936 im AA hinsichtlich des Grades der Beziehungen mit der UdSSR; Information über die Einstellung der Verhandlungen zu einem deutschen Großkredit als Folgereaktion auf die außenpolitischen Schritte Deutschlands; zur Weisung von Goebbels, in der Wahlkampagne aus taktischen Gründen die antibolschewistische Thematik zurückdrängen. 1141

429. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 25. März 1936

Zum Gutachten des NKID bezüglich des Abkommens mit der deutsch-sowjetischen Gesellschaft Derulof, wonach eine Verlängerung auf das Jahr 1937 zweckmäßig wäre. 1143

430. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 26. März 1936

Überlegungen zur weiteren Entwicklung der Außenpolitik Deutschlands, die sich auf eine Expansion in südöstlicher Richtung orientieren werde, in erster Linie gegen Österreich. Falls die Deutschen den Anschluss vollziehen sollten, so sei nicht ausgeschlossen, dass dies für sie ohne Konsequenzen ausgehen könnte. In diesem Fall würde sich die Tschechoslowakei in einer völligen Isolation befinden. Wenn Deutschland seine Einflussphäre auf Mitteleuropa und den Balkan ausweite, würde es einen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Brückenkopf erhalten. 1145

- 431. Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 26. März 1936**
 Zum zwiespältigen Eindruck, den die „Kulturaktion“ in der Bevollmächtigten Vertretung (vgl. Dok. 419) hinterlassen hat; sie zeuge von dem Unwillen Deutschlands, auf keine wie auch immer geartete Wiederaufnahme der Kulturbeziehungen mit der UdSSR einzugehen. 1148
- 432. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an das Reichswirtschaftsministerium, 26. März 1936**
 Zum Telefonat Henckes mit Hauptsturmführer Müller (Gestapo) über „Intourist“, an dessen Tätigkeit in Deutschland nach Auffassung des AA ein konkretes Interesse bestehe. Dies stelle keinen Hinderungsgrund dar, eine von „Intourist“ betriebene unerwünschte Propaganda zu unterbinden. 1149
- 433. Bericht des Mitarbeiters der Kommission für Parteikontrolle beim ZK der VKP (B) Kotljarenko an den Stellvertretenden Vorsitzenden der KPK beim ZK der VKP (B) Škirjatov und den Stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Sowjetkontrolle beim Rat der Volkskommissare Belen'kij, 27. März 1936**
 Zu dem gestiegenen Interesse der deutschen Polizei an sowjetischen Staatsbürgern, die sich in Deutschland auf Dienstreise oder auf der Durchreise befinden. 1150
- 434. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 27. März 1936**
 Information Henckes über die in Moskau vom 18. bis 21.2.1936 stattgefundene Besprechung von Botschafter Schulenburg mit den deutschen Konsuln in der UdSSR, an der auch die Mitarbeiter der Botschaft und Referenten des AA teilgenommen haben. 1152
- 435. Bericht des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, [30. März 1936]**
 Krestinskij unterbreitet den Vorschlag, aus Rücksicht auf eventuelle Gegenreaktionen in Deutschland die Todesstrafe für den in Char'kov verurteilten Runge wegen Diversion durch einen Freiheitsentzug von zehn Jahren zu ersetzen. . . . 1153
- 436. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 30. März 1936**
 Weisung Goebbels zur Wahlpropaganda; fehlende Klarheit bezüglich der Meldung der Nachrichtenagentur Havas, wonach die deutsch-sowjetischen Verhandlungen eingestellt worden seien (vgl. Dok. 428); zu den Aktivitäten des sowjetischen Bevollmächtigten Vertreters in Italien Štejn; Lamlas Reise nach Vladivostok und dessen erste Eindrücke. 1154
- 437. Auszug aus der Ausarbeitung der 3. Abteilung des Generalstabes des Heeres, [1. April 1936]**
 Im Zentrum der Ausarbeitung „Die kriegswirtschaftlichen Grundlagen der Sowjetunion“ steht die Beschreibung der Lebensmittel- und Rohstoffbasis sowie die Verkehrssituation, vornehmlich beim Eisenbahntransport. 1157

438. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Gehilfen des Leiters der Presseabteilung im NKID Mironov, 1. April 1936

Zur Warnung der Presseabteilung des AA an den TASS-Korrespondenten Sitkovskij wegen der von TASS gemeldeten Information über die Wahlen zum Reichstag am 29.3.1936. Es sei erforderlich, auf diese Vorgehensweise des AA zu reagieren.

1160

439. Telegramm des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an das NKID, 5. April 1936

Schulenburgs Eindrücke von den Treffen mit Neurath, Schacht und Blomberg, deren Haltung gegenüber der UdSSR nach Meinung des Botschafters unverändert geblieben sei. Alle Gesprächspartner Schulenburgs in Deutschland hätten ihm angesichts der Euphorie wegen des Wahlerfolges davon abgeraten, irgendwelche Schritte zur Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen zu unternehmen. . . .

1162

440. Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch, 8. April 1936

Hencke antwortet auf die von Tippelskirch in seinem Schreiben vom 6.4.1936 angesprochenen Fragen zu den bilateralen Beziehungen (die sowjetische Rundfunkpropaganda gegen Deutschland) und zu internationalen Problemen (die Aktivierung der Politik der UdSSR und Frankreichs gegenüber Polen, der sowjetisch-mongolische Beistandsvertrag); außerdem ressortinterne Angelegenheiten. .

1162

441. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 8. April 1936

Zusätzliche Weisungen für die Abstimmung einer Reihe von anstehenden Finanz- und Wirtschaftsfragen mit den Deutschen, die vor dem Abschluss des Handelsvertrages für 1936 erfolgen muss.

1164

442. Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [9. April 1936]

Analyse der im Gefolge einer einseitigen Annullierung des Locarno-Abkommens durch Deutschland entstandenen Frage, gegen Deutschland Wirtschaftsanktionen zu verhängen. Rozenbljum meint, dass weder Finanzanktionen noch ein Lieferembargo für Rohstoffe eine spürbare Wirkung erzielen könnten. Hingegen würde ein Import-Verbot für Waren aus Deutschland zu einer abrupten Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen, was einschneidende Konsequenzen für das nationalsozialistische Regime zur Folge hätte.

1166

443. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. April 1936

Schulenburg räumte in der Unterredung am 10.4.1936 ein, dass es vor zwei Jahren keine Gründe gegeben hätte, den sowjetischen Garantievorschlag für die Baltischen Staaten abzulehnen. Litvinov teilt außerdem seine Eindrücke von dem in der Instanz stattgefundenen Meinungsaustausch zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland mit.

1168

444. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, [12. April 1936]

Zu den in der Bevollmächtigten Vertretung ausgearbeiteten Thesen zur internationalen Lage, wie sie sich im Zusammenhang mit der Remilitarisierung des

- Rheinlandes herausgebildet hat, und zur Politik der UdSSR gegenüber Deutschland. Suric vertritt den Standpunkt, dass es keine Veranlassung gebe, mit Deutschland wirtschaftlich zu brechen, selbst „in dem Fall, wenn uns vorher bekannt sein würde, dass uns das Schicksal erwartet, Opfer eines deutschen Angriffs zu werden“. 1169
- 445. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. April 1936**
Zur Reaktion in Moskau auf die Vorschläge von Suric bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland. 1179
- 446. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. April 1936**
Litvinov geht ausführlich auf das Schreiben von Suric vom 12.4.1936 ein (vgl. Dok. 444) und stimmt dessen Einschätzung der internationalen Lage in Europa zu. Hingegen lehnt er den Vorschlag ab, die Wirtschaftsverhandlungen schnellstmöglich wieder aufzunehmen. 1180
- 447. Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 24. April 1936**
Anordnung für die deutschen Zeitungen: bei der Erwähnung von Namen hochgestellter sowjetischer Beamter und Politiker jüdischer Herkunft ist künftig dem jeweiligen jüdischen Familiennamen und Beinamen das Wort „Jude“ hinzuzufügen. 1182
- 448. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an die Presseabteilung im NKID, 24. April 1936**
Zur gesteigerten Aktivität der „Antikomintern“; über Personalveränderungen im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda; zur fehlerhaften Berichterstattung des Korrespondenten der „Pravda“ Gofman über die Parade in Berlin vom 20.4.1936. 1183
- 449. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 26. April 1936**
Der Volkskommissar schlägt vor, die Methoden der Verbreitung von außenpolitischen Informationen in der UdSSR allgemein und insbesondere die diesbezügliche Unterrichtung des NKID zu verbessern. 1184
- 450. Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 27. April 1936**
Laufende Angelegenheiten, u.a. zu den Intrigen der sowjetischen Diplomatie, um die Gegensätze zwischen den europäischen Staaten, insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland, zu vertiefen. Nach Auffassung von Tippelskirch bestehe die dringende Aufgabe der deutschen Propaganda darin, die Gefahr dieses Ränkespiels für Europa zu veranschaulichen. 1187
- 451. Aufzeichnungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 30. April 1936**
Zur Unterzeichnung des Handelsabkommens mit Deutschland für 1936 am 29.4. und zu den eingefügten Ergänzungen, die das erweiterte Recht betreffen, den Exporterlös für die sowjetischen Zahlungen in Deutschland zu verwenden;

- zum Fortschritt hinsichtlich des Verkaufs der Derunapht an die Deutschen; zu Schachts Vorschlag, die Verhandlungen für einen neuen deutschen Kredit wieder aufzunehmen. 1190
- 452. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 4. Mai 1936**
 Vorschlag Henckes hinsichtlich einer mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda abgestimmten Erklärung des AA im Hinblick auf eine mögliche Reaktion der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin auf einen Artikel in der Zeitschrift „Das Volk“, der ungewöhnlich scharfe Angriffe gegen Volkskommissar Litvinov enthalte. 1193
- 453. Brief des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch, 6. Mai 1936**
 Laufende Angelegenheiten, darunter: Klage Henckes, dass die von der UdSSR ausgehende Gefahr in anderen Ländern unterschätzt werde; in der Haftsache der sowjetischen Staatsbürgerin Kalenskaja sollte das Interesse der sowjetischen Seite ausgenutzt werden; zur Reorganisation im Auswärtigen Amt, wovon die Referate Polen und Sowjetunion noch unberührt bleiben sollen; zu einer möglichen Berufung Henckes an eine Auslandsvertretung. 1194
- 454. Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke, 6. Mai 1936**
 Gespräch Henckes mit Bessonov und Gnedin anlässlich eines Frühstücks in der Handelsvertretung. Beide seien der Auffassung, dass der Zustand der bilateralen politischen Beziehungen ein Hindernis bei der Wiederaufnahme der Kreditverhandlungen bilden könnte (vgl. Dok. 451). Trotz einer zunehmenden Skepsis in Moskau sehe die sowjetische Regierung nach wie vor die Möglichkeit für eine Verbesserung der Beziehungen. Hencke macht seinerseits auf die feindselige Haltung der UdSSR gegenüber Deutschland aufmerksam, die im gesamten Spektrum der internationalen Politik zutage trete. 1196
- 455. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 9. Mai 1936**
 Zur Feier des 1. Mai in der Botschaft, an der ca. 130 Personen teilnahmen; davon waren ungefähr die Hälfte Reichsdeutsche, die in Moskau leben. 1198
- 456. Nachrichtendienstliche Information der Aufklärungsverwaltung der RKKA, [9. Mai 1936]**
 Laut Meldung einer Quelle bestehe das deutsche Offizierskorps aus zwei Kategorien: die einen seien Karrieristen, die sich bei jedem Vertreter der NSDAP anbieten würden, die anderen würden Trinkgelage veranstalten. Das Offizierskorps könnte gegenwärtig weder in professioneller noch in moralischer Hinsicht auf eine Stufe mit der kaiserlichen Armee während des Weltkrieges gestellt werden. 1199
- 457. Bericht des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 12. Mai 1936**
 Auf der Grundlage von Gesprächen mit Mitarbeitern des Reichswirtschaftsministeriums und des AA äußert sich Bessonov: zum Schicksal Schachts, dessen Stellung nach der Ausstattung Görings mit neuen Vollmachten auf wirtschaftli-

chem Gebiet angeschlagen sei; dem Wirtschaftskurs Görings zu Fragen wie der Abwertung der Mark, der Beibehaltung der Exportprämie und der landwirtschaftlichen Produktion; zur Haltung Görings bezüglich der Handelsbeziehungen mit der UdSSR, die im Wesentlichen mit der Schachts übereinstimme; zu den sowjetisch-japanischen Beziehungen; zur Reorganisation im Auswärtigen Amt. 1200

458. Aufzeichnung des Generalreferenten im Reichswirtschaftsministerium Göring, 13. Mai 1936

Gespräch Hermann Görings mit Kandelaki und Fridrichson über die deutsch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Göring betrachte das Abkommen als einen Schrittmacher zum gegenseitigen politischen Verständnis; Erläuterung Görings zu der Lieferbeschränkung eines bestimmten Kriegsgerätesortiments. 1204

459. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Stomonjakov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Bessonov, 19. Mai 1936

Zur weiteren Tätigkeit der Vertretung der Gesellschaft „Kultur und Technik“ und seines Leiters in Deutschland; Stomonjakov widerspricht der von Bessonov vorgenommenen Einschätzung Tretlers, den Bessonov und Suric wegen Unzuverlässigkeit auszutauschen vorgeschlagen hatten. 1206

460. Schreiben des Volkskommissars für Verteidigung Vorošilov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 20. Mai 1936

Vorošilov bittet um die Genehmigung, den Gehilfen des Chefs der Akademie der Luftstreitkräfte Glaz als Abnahmebeauftragten für die bestellten Geräte zur Mechanisierung der Flughafenanlagen nach Deutschland zu entsenden. 1209

461. Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 22. Mai 1936

Erörterung einiger internationaler Probleme, darunter: die Reform des Völkerbundes; die Haltung der UdSSR zur Dardanellenfrage; der italienisch-britische Konflikt im Zusammenhang mit Abessinien. Auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen angesprochen, erklärt Neurath, dass zurzeit die Voraussetzungen fehlen würden, die politischen Beziehungen zu verändern. 1210

462. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 29. Mai 1936

Vertrauliche Empfehlung einer ungenannten, Krestinskij jedoch bekannten Person, die ein Befürworter einer Annäherung an die UdSSR sei und davon abrate, gegenwärtig ein Wirtschaftsabkommen mit Deutschland abzuschließen. Dieses könne man später nicht nur zu besseren wirtschaftlichen, sondern auch zu besseren politischen Konditionen erhalten. 1211

463. Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke, 2. Juni 1936

Zum Gespräch mit Štern über die in Deutschland inhaftierte sowjetische Staatsbürgerin Kalenskaja und zum Versuch Tippelskirchs, diesen Fall auf „Kompensationsgrundlage“ beizulegen; zum Einspruch gegen die Vorführung des sowjetischen Films „Die Heimat ruft“, der dazu angetan sei, die Kriegsspychose anzuheizen. 1212

464. Schreiben des Referatsleiters im Geheimen Staatspolizeiamt Müller an das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 5. Juni 1936

Müller erbittet eine Stellungnahme bezüglich der Teilnahme einer deutschen Wissenschaftlerdelegation am VII. Internationalen Genetikerkongress in Moskau im August 1936. Er hält eine Teilnahme für nicht angebracht.

1214

465. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Pozdnjakov mit dem Leiter des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke, 11. Juni 1936

Über diskriminierende Maßnahmen gegen in Deutschland tätige sowjetische Angestellte; zu den Behinderungen der Tätigkeit von „Intourist“ durch deutsche Behörden, was zur Betriebseinstellung des Reisebüros führen könnte. . . .

1215

466. Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg mit dem Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Stomonjakov, 20. Juni 1936

Schulenburg erhebt Protest gegen die Verunglimpfungen von Hitler und einigen seiner Minister am 1. Mai in Char'kov und in der „Leningradschaja Pravda“

1218

467. Bericht des Chefs der Hauptverwaltung für die Zivile Luftfahrt Tkačev an den Rat der Volkskommissare, 23. Juni 1936

Zum Auslaufen des Konzessionsvertrages mit der Fluggesellschaft Deruluft. Tkačev weist darauf hin, dass sich daraus die Möglichkeit ergebe, Verhandlungen mit den Deutschen für einen neuen, für die UdSSR vorteilhafteren Vertrag aufzunehmen.

1219

468. Aufzeichnung einer interministeriellen Referentenbesprechung im AA, 23. Juni 1936

Erörterung der Situation rund um das sowjetische Reisebüro „Intourist“, an dessen Tätigkeit Deutschland wirtschaftlich interessiert ist. Nach übereinstimmender Feststellung dürfe die Reklamekampagne nicht gegen die gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland verstoßen und nicht die Vorzüge des bolschewistischen Systems propagieren.

1222

469. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Volkskommissar für Landwirtschaft Černov, 28. Juni 1936

Aufforderung, einen Mitarbeiter des Volkskommissariats für Landwirtschaft zu benennen, der ständig den Kontakt zu dem Landwirtschafts-Attaché der Deutschen Botschaft Schiller unterhält.

1225

470. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 29. Juni 1936

Zur Absage der UdSSR, an der jährlichen Handels- und Industriemesse in Königsberg 1936 teilzunehmen.

1226

471. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 29. Juni 1936

Übersicht über die Artikel der zentralen sowjetischen Presse anlässlich eines Interviews Rosenbergs, der Artikelserie im „Völkischen Beobachter“ von Prof. Sandler und eines Vortrages von Ribbentrop, die, wie von Tippelskirch meint,

- von der Wiederaufnahme der „vorübergehend abgeflauten deutschfeindlichen“ Propaganda zeugen würden. 1227
- 472. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 1. Juli 1936**
 Zum Ableben des Staatssekretärs im AA von Bülow; zur Haftentlassung der sowjetischen Staatsbürgerin Kalenskaja; zur beschleunigten Visaerteilung für Firmenvertreter; zum Austritt aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft; zur Stagnation der Wirtschaftsverhandlungen. 1229
- 473. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Pozdnjakov mit dem Leiter des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke, 1. Juli 1936**
 Zur Regelung der Visapraxis; zur Reklametätigkeit von „Intourist“ in Deutschland, die, wie Hencke meint, nicht über den Rahmen hinausgehen dürfe, der für Reisebüros aller Länder bindend sei. 1231
- 474. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke, 3. Juli 1936**
 Tippelskirch übermittelt die Stellungnahme General Köstrings über die militärpolitischen Auswirkungen der Verträge der UdSSR mit Frankreich und der Tschechoslowakei auf die Lage in Südosteuropa. Der Militärattaché legt seine Zweifel hinsichtlich einer tatsächlichen umfassenden militärtechnischen Zusammenarbeit zwischen Moskau und Prag dar. 1232
- 475. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke mit dem sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov, 3. Juli 1936**
 Erörterung der Außenpolitik Deutschlands unter den veränderten Bedingungen der internationalen Situation. Hencke meint, es bestünde für Deutschland keine Notwendigkeit, mit der UdSSR einen Nichtangriffspakt abzuschließen, was auch angesichts der „russischen Pakte“ in Bezug auf die osteuropäischen Nachbarn nicht in Frage komme. 1235
- 476. Rundschreiben des Stellv. Chefs des Amtes Politische Polizei im Hauptamt Sicherheitspolizei Müller, 7. Juli 1936**
 Zur Bildung der Russischen Vertrauensstelle in Deutschland unter der Leitung des früheren Generals der russischen Armee Biskupskij. 1237
- 477. Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin an das AA, 11. Juli 1936**
 Zur Diskriminierung der Reklametätigkeit von „Intourist“ seitens deutscher Behörden und zur Nötigung gegenüber Firmen, ihre Verträge mit „Intourist“ aufzuheben. 1239
- 478. Rede des Leiters der Abteilung für Handelspolitik in der Handelsvertretung in Berlin Gasjuk auf der Sitzung des Rates beim Volkskommissar für Außenhandel, 11. Juli 1936**
 Zu den spezifischen Bedingungen, unter denen die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland tätig ist, insbesondere bei der Umsetzung des Beschlusses des

Rates der Volkskommissare, die Exportgeschäfte in der UdSSR selbst abzuschließen.	1240
479. Aufzeichnung des Leiters des Referats IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA Schnurre, 20. Juli 1936	
Ressortbesprechung zur Frage einer möglichen Verlängerung des Wirtschaftsabkommens mit der UdSSR vom 29.4.1936. Während das Reichswirtschaftsministerium für eine Verlängerung des Abkommens in der jetzigen Form eintrat, sprachen sich das Auswärtige Amt und der Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sich für die Aufnahme von neuen Verhandlungen aus, um Veränderungen in den Vertrag einzufügen und ihn mit der Ausarbeitung eines Kreditabkommen zu verbinden.	1246
480. Auszug aus dem Gutachten des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, [21. Juli 1936]	
Fachgutachten über die wissenschaftlichen Ansichten von Oberstleutnant von Niedermayer. Er habe seine freundschaftliche Haltung gegenüber der UdSSR nicht verändert. In seinen Arbeiten und Vorträgen vermittele er ein der Realität widersprechendes Bild von der Politik der Sowjetunion und ihrer Streitkräfte. .	1248
481. Notiz des Wehrmachtsamtes im Reichskriegsministerium, 23. Juli 1936	
In einer Stellungnahme des AA wird festgestellt, dass der während des letzten Parteitages in Nürnberg gedrehte Dokumentarfilm über die Wehrmacht nicht geeignet sei, bei Aufführungen im Ausland dem Vergleich mit dem sowjetischen Film „Kampf um Kiev“ standzuhalten. Zugleich gebe es in Deutschland alle Voraussetzungen, unter Beteiligung aller Waffengattungen einen Film zu drehen, der den von den Sowjets gedrehten Film übertreffen würde.	1256
482. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 26. Juli 1936	
Zur antisowjetischen Kampagne der deutschen Presse und der diesbezüglichen Reaktion der sowjetischen Presse. Krestinskij meint, dass es weder in Berlin noch in Moskau nötig sei, gegen diese Kampagne Protest zu erheben.	1257
483. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 26. Juli 1936	
Zur Anfrage des Vorsitzenden des Unionskomitees für Körperkultur und Sport Charčenko, einen inoffiziellen Beobachter nach Deutschland zu entsenden, um Informationen zur technischen Durchführung der Sommerolympiade in Berlin im August 1936 zu erhalten.	1258
484. Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 26. Juli 1936	
Zu den Gründen, eine Visaerteilung für deutsche Firmenvertreter zu verweigern, und zur Notwendigkeit, die bisherige Praxis, wonach eine Visaverweigerung nur aus Gründen der Staatssicherheit erfolgen sollte, zu verändern.	1259
485. Beschlussvorlage des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij für den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 31. Juli 1936	
Zur Veränderung der Verfahrensregelung bei der Erteilung von Einreise- und Transitvisa für Vertreter von Industrie- und Handelsfirmen Deutschlands. Dies	

bezieht sich vor allem auf die Vereinfachung des Bearbeitungsprozesses und die Fristen für die Abstimmung zwischen den zuständigen Organen. 1261

486. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. August 1936

Die Einschätzung der Perspektiven der sowjetisch-deutschen Beziehungen bleibe unverändert. In Deutschland werde ein Bruch mit Moskau immer öfter als Voraussetzung für eine Annäherung an andere Staaten genannt. Der von den Deutschen vorgeschlagene Großkredit ändere nichts an den politischen Beziehungen, worüber deutsche Amtspersonen offen sprechen würden. Angesichts dieser Bedingungen sollte die sowjetische Seite nicht auf eine Wiederaufnahme der Kreditverhandlungen eingehen, obgleich dazu noch kein Beschluss gefasst worden sei. . . 1264

487. Beschlussentwurf des Volkskommissariats für Außenhandel für das Politbüro des ZK der VKP (B), 4. August 1936

Weisungen an Kandelaki für dessen Verhandlungsführung mit den Deutschen zum 500-Millionenkredit. 1266

488. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B), 7. August 1936

Weisungen an Kadelaki und das NKVT zur Lösung einer Reihe von Handels- und Finanzfragen bei der Bedienung des deutschen 200-Millionenkredites. Zur Order von zusätzlichen Aufträgen gegen Zahlung in Valuta. 1268

489. Weisung des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, [7. August 1936]

Der deutschen Seite ist mitzuteilen, dass die Zeit für die Unterzeichnung des Abkommens über den 500-Millionenkredit noch nicht herangereift sei. Außerdem sei die Möglichkeit zu sondieren, Aufträge für acht militärische Objekte der Nomenklaturliste zu tätigen und in Abhängigkeit von den diesbezüglichen Ergebnissen die Frage des 500-Millionenkredites zu entscheiden. 1269

490. Schreiben der Vorsitzenden des ZK der MOPR Stasova an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 9. August 1936

Die Rechtsanwälte des zum Tode verurteilten deutschen Kommunisten Edgar André wenden sich an die Auslandsvertretung des Exekutivkomitees der MOPR mit der Bitte, der sowjetischen Führung vorzuschlagen, André gegen in der UdSSR inhaftierte Deutsche auszutauschen. 1270

491. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 13. August 1936

Zu innen- und außenpolitischen Aspekten der zu Ende gehenden Olympischen Spiele. Suric vertritt die Auffassung, dass die innenpolitische Wirkung bedeutend sei, jedoch die außenpolitischen Ergebnisse allem Anschein nach von den Deutschen zunehmend als enttäuschend betrachtet würden. Information über Auseinandersetzungen in Regierungskreisen Deutschlands, wie auf den Vorschlag Frankreichs zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens zu reagieren sei. 1271

492. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Außenhandel Loganovskij an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 15. August 1936

Ergänzungen zur Sonderliste (Objekte militärischer Art), deren Bestellung besonders erwünscht sei. 1276

493. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 16. August 1936

Schulenburg äußert sich zur Haltung der sowjetischen Presse, die eine Verbindung zwischen offiziellen deutschen Behörden und der Tätigkeit der Angeklagten des ersten Schauprozesses herstelle; außerdem kritisiert er die antideutsche Presse-Kampagne im Zusammenhang mit den spanischen Ereignissen.

1277

494. Aufzeichnung des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters von Ribbentrop, 16. August 1936

Verhandlungen mit dem Botschafter und dem Militärattaché Japans in Berlin zum Abschluss des Antikomintern-Paktes, insbesondere zur Veröffentlichung und dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Paktes sowie zu einigen Formulierungen in der Präambel.

1278

495. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. August 1936

Zu den vergeblichen Bemühungen Kandelakis, eine Revision der negativen Entscheidung der Instanz zu den Verhandlungen über einen deutschen Kredit herbeizuführen. Er erhielt neue Weisungen, die Wiederaufnahme der Kreditverhandlungen von dem Einverständnis der Deutschen abhängig zu machen, bestimmte Objekte militärischer Art laut Nomenklaturliste zu liefern.

1279

496. Bericht des Generalstaatsanwaltes der UdSSR Vyšinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Čubar', 19. August 1936

Zum Abschluss des Ermittlungsverfahrens gegen die „konterrevolutionäre, faschistische Spionage- und Diversionsorganisation“ im Gebiet Dnepropetrovsk. Vyšinskij unterbreitet Vorschläge zur Höhe der Strafmaße.

1280

497. Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 20. August 1936

Die Anweisung, über die Rüstung in der UdSSR und die militärische Einmischung in Spanien ausführlich zu berichten, werde noch nicht ausreichend befolgt.

1282

498. Aufzeichnung einer Ressortbesprechung im AA, 22. August 1936

Ressortbesprechung über eine Teilnahme deutscher Wissenschaftler an der Tagung des Internationalen Genetikkongresses in Moskau. Das AA tritt gegen eine Teilnahme deutscher Genetiker ein, da wissenschaftliche Kongresse in der UdSSR stets in eine politische Propagandaaktion verwandelt würden. Die Vertreter der anderen Ressorts (außer der Gestapo) sprechen sich mehrheitlich für eine Teilnahme aus, um die Errungenschaften der deutschen Wissenschaft der Weltöffentlichkeit vorzustellen. Es herrscht darüber Einigkeit, dass es am besten sei, durch eine Reihe von Maßnahmen den Kongress der Genetiker in Moskau zu verhindern.

1283

499. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 24. August 1936

In der sowjetischen Presse seien nur wenige Meldungen über die Sommerolympiade in Deutschland erschienen, die in der Regel knapp und ausschließlich ne-

gativ gehalten waren. Schulenburg konstatiert, dass der großartige Verlauf und die überragenden Ergebnisse der Olympischen Spiele dem sowjetischen Leser bewusst vorenthalten worden seien. 1284

500. Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 24. August 1936

Es sei notwendig, den Lesern zusätzliche Erläuterungen darüber zu geben, wie die Meldungen der deutschen Presse über die Aufrüstung der Roten Armee und über den Hunger in Russland zusammenpassten: das sowjetische Regime sei immer bereit, die Lösung wirtschaftlicher Probleme zugunsten der Schaffung modernster Waffen zurückzustellen. 1286

501. Rundtelegramm des kommissarischen Staatssekretärs im AA Dieckhoff, 25. August 1936

Rundschreiben an sämtliche diplomatischen Missionen Deutschlands zur Einführung der zweijährigen Wehrpflicht in Deutschland ab dem 24.8.1936, die hauptsächlich durch die Herabsetzung des Einberufungsalters in der UdSSR auf 19 Jahre ausgelöst worden sei. Jegliche konkreten Zahlenangaben über die zahlenmäßige Stärke der Wehrmacht seien zu vermeiden. 1287

502. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau Hensel, 25. August 1936

Die sowjetische Seite bietet an, den in der UdSSR verurteilten deutschen Staatsbürger Fuchs gegen den zum Tode verurteilten deutschen Kommunisten André auszutauschen. 1289

503. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Mitarbeiter der Politischen Abteilung im AA Jungheim, 27. August 1936

Beschwerde der deutschen Seite über lauten Gesang im Gebäude des sowjetischen Klubs; zu den Schwierigkeiten bei der Visaerteilung für Deutsche; zum Treffen mit der verhafteten sowjetischen Staatsbürgerin Giddin; zur Haftentlassung Kalenskajas. 1291

504. Bericht des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 28. August 1936

Zum Gespräch mit Schacht am 24.8.1936 und zu dessen Einschätzung der internationalen Lage, deren Verschlechterung Schacht dem Einfluss der UdSSR zuschreibt. Kandelaki und Fridrichson erklären, dass ein Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen nicht möglich sei, solange die UdSSR nicht die sie interessierenden militärischen Objekte erhält. 1293

505. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 28. August 1936

Bei der Analyse der deutschen Außenpolitik gelangt Suric zu der Schlussfolgerung, dass Berlin seine – in erster Linie gegen die UdSSR gerichtete – Aggressivität zu einem Zeitpunkt verschärfte, zu dem die Sicherheit des Reiches nicht gewährleistet sei. Unter diesem Gesichtspunkt sei das Gesetz über die Einführung der zweijährigen Wehrpflicht ambivalent: es zeuge von der intensiven deutschen Kriegsvorbereitung, die jedoch nicht schnell umgesetzt werden könne. 1295

- 506. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 28. August 1936**
Zur antisowjetischen Kampagne der deutschen Presse, die nach Beendigung der Olympischen Spiele eingesetzt habe und folgende Themen hervorhebe: die Aufrüstung der UdSSR und die Vergrößerung des Personalbestandes der Roten Armee als Zeichen des sowjetischen Imperialismus; die Einmischung der UdSSR in die spanischen Vorgänge; der Hunger in der Ukraine und der Prozess gegen das terroristische Zentrum in Moskau. 1299
- 507. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 29. August 1936**
Vorstellung Schulenburgs bei Litvinov wegen des Artikels in den „Izvestija“ vom 26.8.1936, in dem es um die Unterstützung der spanischen Putschisten durch offizielle Vertreter Deutschlands gehe. In seiner Entgegnung erklärte der Volkskommissar, dass die antideutsche Propaganda wegen Spanien die Antwort auf den Versuch der deutschen Propaganda darstelle, die UdSSR für die Vorgänge in diesem Land verantwortlich zu machen. 1303
- 508. Telegramm des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 31. August 1936**
Gespräch mit Schulenburg am 29.8.1936 (vgl. Dok. 507), der wegen der Sendungen des sowjetischen Rundfunks über die Ereignisse in Spanien sowie wegen der Angriffe in der Presse gegen Goebbels und Hitler erneut Klage führte. Dazu erklärte Litvinov, die sowjetische Presse sei angewiesen, persönliche Angriffe zu vermeiden, die Journalisten könnten „sich aber unter dem Eindruck der antisowjetischen Kampagne in der deutschen Presse offenbar nicht zurückhalten“. 1304
- 509. Schreiben des Leiters der Agentur TASS Doleckij an den Direktor des DNB in Berlin Mejer, 31. August 1936**
Beschwerde im Zusammenhang mit den von dem Deutschen Nachrichtenbüro verbreiteten Meldungen über das Leben in der UdSSR, die sich nicht auf Tatsachen stützen und nicht der Wirklichkeit entsprechen würden. Eine derartige Praxis des DNB widerspreche völlig dem Vertragsverhältnis zwischen beiden Nachrichtenagenturen. 1304
- 510. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 2. September 1936**
Vorschläge, die antisowjetische Kampagne der deutschen Presse entweder durch Noten an die Regierungen einiger europäischer Länder, in denen die Meldungen der deutschen Propaganda enthalten sind, zurückzuweisen oder eine Protestnote an die Regierung Deutschlands zu richten. 1306
- 511. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. September 1936**
Über den bevorstehenden Parteitag in Nürnberg und die Reaktion der deutschen Presse sowie der sowjetischen Seite auf ihn. Litvinov spricht sich kategorisch gegen jegliches Gedankenspiel von Suric, als Gast zum Parteitag der NSDAP zu fahren, aus. Litvinov behält sich zu diesem Punkt jedoch vor, die endgültige Entscheidung nach Konsultation im Kreml zu treffen. 1308

512. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 7. September 1936

Vorschläge Litvinovs, den defätistischen Stimmungen in Frankreich und in der Tschechoslowakei zu begegnen, die durch das militärisch erstarkte Deutschland aufgekommen seien. Nach seiner Auffassung sei es erforderlich, die Bereitschaft zu zeigen, Gespräche zur militärischen Umsetzung der Abkommen mit diesen Ländern zu führen sowie die bereits in Europa gegen Deutschland und andere Staaten, die eine Neuordnung der Grenzen in Europa anstreben, gerichteten Pakte und Bündnisse zu festigen. 1309

513. Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 7. September 1936

Stellungnahme zu den von der Redaktion der „Geschichte des Bürgerkriegs“ zum Druck vorbereiteten Dokumenten aus dem Archiv des Botschafters in Kiev Mumm von Schwarzenstein; vom Standpunkt des NKID gebe es in den Dokumenten nichts, was einer Veröffentlichung entgegenstehe. 1312

514. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin, 11. September 1936

Zum Gespräch am 8.9.1936 mit dem Referenten der Wirtschaftsabteilung im AA Schnurre, die Visaangelegenheiten auf der Grundlage gegenseitig akzeptabler Bedingungen zu regeln. 1314

515. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an die Presseabteilung im NKID, 11. September 1936

Zu dem von der Presseabteilung in der Bevollmächtigten Vertretung erarbeiteten und weit verbreiteten schriftlichen Dementi zu einer großen Anzahl an Falschmeldungen, die in der deutschen Presse in der zweiten Augushälfte und Anfang September 1936 zur Lage in der UdSSR und zur Politik der Regierung erschienen sind. Gnedin meint, die Reaktion der deutschen Zeitungen auf das Dementi könne, insbesondere im Vorfeld des Parteitages der NSDAP, als eine positive Tatsache angesehen werden. 1315

516. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. September 1936

Es gebe derzeit im AA keine Mitarbeiter, die sich mit den Beziehungen zur UdSSR befassen; Weisung an Suric, von der Leitung des AA zu fordern, eine derart unhaltbare Situation abzustellen. 1319

517. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. September 1936

Information über die Direktiven der Instanz für die Verhandlungen mit den Deutschen über den Betrieb der Luftverbindung Moskau-Berlin. Diese seien mit dem Ziel zu führen, die gleichberechtigte Stellung der Aeroflot gegenüber der Deruluft sowohl in rechtlicher als auch in kaufmännischer Hinsicht herbeizuführen. 1320

- 518. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Geschäftsführer des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, 12. September 1936**
Tschunke äußerte sich zum krisenhaften Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen und zu einigen Möglichkeiten, diese zu verbessern. 1322
- 519. Aufzeichnung des Leiters des Referats IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA Schnurre, 12. September 1936**
Analyse der handelspolitischen Beziehungen mit der UdSSR im Vorfeld der Verhandlungen über die Verlängerung des Wirtschaftsabkommens vom 29.4. 1936 auf das Jahr 1937. Schnurre vertritt die Auffassung, dass trotz aller Unzulänglichkeiten die Verlängerung des Abkommens einem vertragslosen Zustand mit der UdSSR vorzuziehen sei. 1323
- 520. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 13. September 1936**
Über den Parteitag der NSDAP in Nürnberg und seine innen- und außenpolitischen Hintergründe; erste Analyse der Motive, die Hitler und andere Nationalsozialisten zu den offen antisowjetischen Äußerungen bewogen haben. 1324
- 521. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 14. September 1936**
Unterstützung des Vorschlages von Suric, auf die beleidigenden Ausfälle in den Reden der faschistischen Führer auf dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg scharf zu reagieren. Litvinov meint, dass die passive und geduldige Haltung der UdSSR zu derartigen Reden in der Vergangenheit die jetzigen Reden angespornt hätte und in Zukunft noch zu schärferen Reden führen werde. 1330
- 522. Bericht des Gesandtschaftsrates II. Kl. in Moskau Hensel an das AA, 14. September 1936**
Zu Gerüchten im diplomatischen Corps bezüglich der Absichten der sowjetischen Regierung, aufgrund der auf dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg gehaltenen Reden die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abbrechen und zu den in diesem Zusammenhang von einigen Diplomaten mit der Deutschen Botschaft geführten Sondierungen. 1331
- 523. Schreiben des Chefs der Spezialabteilung der GUGB des NKVD Bokij und des Gehilfen des Chefs der Spezialabteilung Cibizov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, [16. September 1936]**
Die Konsularabteilung ist schnellstmöglich von dem Gebäude der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin zu separieren und in einem nahegelegenen Gebäude unterzubringen, um Kontrolle über die Besucher zu gewährleisten; diese können sich bislang unter dem Vorwand, die Konsulatsabteilung aufsuchen zu wollen, unbegrenzte Zeit im Gebäude der Bevollmächtigten Vertretung aufhalten. 1333
- 524. Aufzeichnung des Leiters des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke, 16. September 1936**
Initiative Henckes, eine Übereinkunft mit den sowjetischen Behörden auf der Grundlage der Gegenseitigkeit herbeizuführen, die den Haftort für in der UdSSR verurteilte Reichsdeutsche und für in Deutschland verurteilte Staatsbürger der UdSSR betrifft. 1334

- 525. Schreiben des Unternehmers Wolff an den Reichswirtschaftsminister Schacht, 17. September 1936**
Wolff meint, dass der Vorschlag der sowjetischen Handelsvertretung positiv beantwortet werden könne, nach Moskau einen Firmenvertreter zu entsenden, um Verhandlungen für einen Geschäftsabschluss zur Lieferung von Röhren im Wert von mehreren Millionen zu führen. Dazu erbittet er die Meinung Schachts. . . . 1336
- 526. Schreiben des Leiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Leibbrandt an den Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Rosenberg, 18. September 1936**
Leibbrandt unterbreitet den Vorschlag, im Rahmen des Außenpolitischen Amtes der NSDAP eine „Zentralstelle zum Studium von Theorie und Praxis des Bolschewismus in der UdSSR und in der übrigen Welt“ einzurichten, was nach den von Hitler auf dem Parteitag gestellten Aufgaben besonders aktuell sei. . . . 1337
- 527. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 19. September 1936**
Überlegungen zu den Hintergründen der massiven antisowjetischen Ausfälle auf dem Parteitag in Nürnberg, die sowohl auf innen- als auch auf außenpolitische Ursachen zurückzuführen seien. Suric meint, dass eine offizielle Reaktion erforderlich sei. . . . 1338
- 528. Bericht des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 19. September 1936**
Gnedin analysiert die seiner Meinung nach gewachsenen innenpolitischen Schwierigkeiten Deutschlands. Er deutet die auf dem Nürnberger Parteitag zutage getretene Tendenz, den Einfluss der NSDAP zu verstärken, als Vorboten eines verschärften innen- und außenpolitischen Kurses. . . . 1341
- 529. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. September 1936**
Zur Reise einer Gruppe von Mitarbeitern des Moskauer und des Leningrader Stadtsowjets nach Berlin, um sich mit deutschen Kommunalbetrieben und baulichen Anlagen vertraut zu machen. . . . 1349
- 530. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 21. September 1936**
Die scharfen Gegenangriffe der sowjetischen Presse anlässlich des Nürnberger Parteitages seien inhaltlich nicht überzeugend ausgefallen, da Radek und andere bekannte Journalisten sich nicht an dieser Kampagne beteiligt hätten. Zugleich können, wie Tippelskirch meint, der aggressive Ton und die Feindschaft der Presse, die den Parteitag ins Lächerliche zu ziehen und damit seine Bedeutung zu schmälern trachteten, nicht als „übermäßig“ angesehen werden. . . . 1350
- 531. Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, [21. September 1936]**
Der Presse werde empfohlen, sich vorerst nicht mit dem Gesundheitszustand Stalins zu befassen und dafür die Aufmerksamkeit auf die Spannungen zwischen dem Offizierskorps der RKKA und der sowjetischen Regierung zu richten. . . . 1353

532. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Außenhandel Sud'in an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, [22. September 1936]

Aufgrund der Direktive des Politbüros des ZK der VKP (B) wurde Kandelaki angewiesen, sich mit Göring nicht zu treffen.

1354

533. Schreiben des Leiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Leibbrandt an den Stabsleiter im Außenpolitischen Amt der NSDAP Urban, 24. September 1936

Information über das Gespräch mit dem Leiter des Rassenpolitischen Amtes Groß, in dessen Verlauf dieser seine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der „Antikomintern“ zum Ausdruck brachte. Deren antisowjetische Propaganda sei eher schädlich als nützlich, da sie widersprechende Informationen über die Situation in der UdSSR beinhalte.

1355

534. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 25. September 1936

In Parteiorganen bestünden Zweifel an der Zuverlässigkeit Bessonovs, die sich auf seine Mitgliedschaft in der Partei der Sozialrevolutionäre bis 1918 beziehen. Krestinskij schätzt ihn als einen der besten Auslandsmitarbeiter des NKID und bittet darum, Bessonov weiterhin in Berlin arbeiten zu lassen.

1356

535. Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 26. September 1936

Laufende Angelegenheiten, u.a.: zur veränderten Praxis bei der Visaerteilung für Deutsche, die zu verkürzten Bearbeitungsfristen der Anträge geführt hat; Beschwerden des Volkskommissariats für Nachrichtenwesen bezüglich des Inhalts von Stempelaufdrucken bei aus Deutschland in die UdSSR entsandten Postsachen; zur Weigerung der Deutschen, Informationen von TASS per Funk unter Verwendung verschiedener technischer Geräte entgegenzunehmen.

1358

536. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 28. September 1936

Gespräch mit Levin bezüglich der Ablehnung sowjetischer Organe, dem Arzt der Deutschen Botschaft Dr. Ling als ehemaligen Staatsbürger der UdSSR die Wiedereinreise zu gestatten.

1361

537. Auszug aus der Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov vor der Vollversammlung des Völkerbundes, 28. September 1936

Litvinov ruft die friedliebenden Länder dazu auf, die Anstrengungen zur Verhütung eines Krieges zu vereinen, und betont, dass gegenüber aggressiven Staaten gutes Zureden und wirtschaftliches Umwerben unangebracht seien. Ein Zurückweichen vor deren Forderungen würde sie nur zu weiteren rechtswidrigen Handlungen ermutigen.

1362

538. Aufzeichnung des Teilhabers der Firma Otto Wolff Siedersleben, 29. September 1936

Während einer Besprechung im Röhrenverband in Düsseldorf ist das Interesse sowohl der UdSSR als auch amtlicher deutscher Behörden (des Reichswirtschaftsministeriums und der Gestapo) an sowjetischen Aufträgen festgestellt

worden. Zugleich wurde darauf hingewiesen, dass Kandelaki nicht zu dem vereinbarten geschäftlichen Treffen mit Krupp und Vögler am 17.9.1936 erschienen sei. 1365

539. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 1. Oktober 1936
Der Vorsitzende des Reichsfremdenverkehrsamtes Esser rief in einem Vortrag zum Boykott von „Intourist“ auf und bezeichnete Reisen von deutschen Touristen in die UdSSR als unzulässig. Suric bewertet dies als offiziellen, vom Parteitag der NSDAP festgelegten politischen Kurs gegenüber der UdSSR. 1366

540. Aufzeichnung des Generalreferenten im Reichswirtschaftsministerium Göring, 3. Oktober 1936
Zur positiven Haltung Hermann Görings zu Verhandlungen mit den Sowjets über Aufträge zur Lieferung von Röhren sowie zu seiner Absicht, sobald wie möglich die Leiter der sowjetischen Handelsvertretung zu empfangen und nach Möglichkeit ihren Wünschen auch hinsichtlich von Lieferungen militärischer Art entgegenzukommen. 1368

541. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 5. Oktober 1936
Kritische Analyse der Rede Litvinovs vor der Vollversammlung des Völkerbundes am 28.9.1936 (vgl. Dok. 537), die gegenüber Deutschland feindselig sei. . . . 1368

542. Schreiben des Direktors des DNB in Berlin Mejer an den Leiter der Agentur TASS Doleckij, 7. Oktober 1936
Mejer antwortet auf das Schreiben Doleckijs vom 31.8.1936 (vgl. Dok. 509) und bringt seinerseits Beschwerden bezüglich der sowjetischen Presse und der Rundfunksendungen vor, die nicht der Wirklichkeit entsprechende Informationen und beständige Verunglimpfungen Hitlers verbreiten würden. 1372

543. Schreiben des Präsidenten der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ Curtius an den kommissarischen Staatssekretär im AA Dieckhoff, 8. Oktober 1936
Unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Kurses der Außenpolitik Deutschlands gegenüber der UdSSR ergeht die Anfrage, ob weiterhin die Möglichkeit besteht, die Arbeiten zur deutschen Ausgabe der russischen Aktenpublikation „Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“ fortzuführen. 1373

544. Rundschreiben des Leiters des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Rosenberg, 8. Oktober 1936
Zur Gründung des „Referats zur Bekämpfung des Bolschewismus“ im Außenpolitischen Amt der NSDAP. Dieses Referat werde Lehrprogramme für die Schulungstätigkeit hinsichtlich der Beurteilung der Politik und Taktik der UdSSR und der III. Internationale erarbeiten. 1374

545. Schreiben des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an die Botschaft in Moskau, 9. Oktober 1936
Anweisung bezüglich der systematischen Erfassung von Meldungen in der sowjetischen Presse und im Rundfunk über Deutschland, die Verunglimpfungen des Führers und anderer führender Politiker des Reiches sowie verleumderi-

- sche Berichte über Vorgänge im Lande enthalten. Bei der sowjetischen Regierung seien keine Vorstellungen mehr zu einzelnen Fällen vorzunehmen, sondern solche Materialien seien zu sammeln und dann sei ernste Beschwerde zu erheben. 1375
- 546. Schreiben des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 9. Oktober 1936**
Aschmann bittet darum, einen geeigneten Mitarbeiter der Botschaft zu entsenden, um vor Mitarbeitern des AA, des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und einem ausgesuchten Kreis von Vertretern der Presse einen Vortrag über die UdSSR zu halten. 1376
- 547. Aufzeichnung des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch, 10. Oktober 1936**
Zu den Verhandlungen der Direktoren der Lufthansa und der Deruluft in Moskau zur Vorbereitung eines neuen Luftverkehrsabkommens zwischen Deutschland und der UdSSR. 1377
- 548. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. Oktober 1936**
Suric analysiert die internationale Stellung Deutschlands nach dem Parteitag in Nürnberg. In fast allen Ländern sei die Reaktion negativ ausgefallen. Dennoch hätten die Deutschen offenbar entschieden, dass die internationale Reaktion auf Nürnberg ihrer Politik sowohl im Hinblick auf einen neuen Locarno-Vertrag als auch im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Spanien keinen ernsthaften Schaden zugefügt habe. 1379
- 549. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den kommissarischen Staatssekretär im AA Dieckhoff, 12. Oktober 1936**
Schulenburg teilt seine Eindrücke über den Empfang bei seiner Rückkehr aus Deutschland sowie über die günstige Entwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskontakte mit. Auf das Verhältnis der UdSSR zu Spanien eingehend gelangt der Botschafter zu der Schlussfolgerung, dass Moskau demonstrativ die „Roten“ unterstütze, um einerseits die Westmächte zu ärgern und andererseits das Ansehen der kommunistischen Parteien im Ausland zu unterstützen. 1382
- 550. Aufzeichnung der Unterredung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen mit dem 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 12. Oktober 1936**
Über den Empfang am 15.10.1936 für das diplomatische Corps, zu dem Gnedin eingeladen ist; Gnedin habe angekündigt, dass er – falls die Rede Rosenbergs in dem gleichen Geiste wie seine Rede in Nürnberg ausfallen sollte – demonstrativ den Saal verlassen werde. 1384
- 551. Schreiben des Chefs der Hauptverwaltung für die Zivile Luftfahrt Tkačev an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 13. Oktober 1936**
Bericht über die vom 7.10.–10.10.1936 in Moskau geführten Verhandlungen über die Luftverkehrsverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland. Tkačev stellt zusammenfassend fest, dass es mit den Verhandlungen gelungen sei, die Vorbereitung eines neuen Abkommens über die Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland in die Wege zu leiten. 1386

552. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov, [13. Oktober 1936]

Zur Bereitstellung von Mitteln des deutschen 200-Millionenkredites zum Kauf von zwei Schiffskatapulten der Firma Heinkel, deren Lieferung an die UdSSR bislang vom Reichskriegsministerium verboten war. 1390

553. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, [14. Oktober 1936]

Mit den Deutschen sei eine Vereinbarung herbeizuführen, die für 1937 fälligen Wechsel nicht in Gold oder in Valuta zu bezahlen, sondern in Mark auf der Grundlage des weiteren Verkaufs von sowjetischen Waren in Deutschland. . . . 1391

554. Fragmentarische Darlegung der Rede des Reichsleiters Rosenberg auf einem Empfang des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, 15. Oktober 1936

Rosenberg geht auf den Bolschewismus in der ganzen Welt ein, für den die „Weltrevolution“ nach wie vor das Hauptziel sei; als Köder diene die Idee eines „unteilbaren kollektiven Friedens“, zu der sich einige europäische Politiker hingezogen fühlen würden. Die kürzliche Rede Litvinov in Genf zeige jedoch, was sich dahinter verberge: die Vereinigung aller Mächte gegen Deutschland. . . 1392

555. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Mitarbeiter der Abteilung Osten des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Dürksen, 16. Oktober 1936

Da Dürksen bei dem Treffen am 12.10.1936 (vgl. Dok. 550) auf die Frage nach dem Charakter des Vortrages, den Rosenberg auf den bevorstehenden Empfang für das diplomatische Corps zu halten gedenke, nebulös geantwortet hatte, habe er, Gnedin, darauf verzichtet, zu dem Empfang zu gehen. Der Vortrag Rosenbergs sei insgesamt der Bekämpfung des Bolschewismus gewidmet gewesen, hätte jedoch keine Verunglimpfungen gegenüber der sowjetischen Regierung enthalten. 1395

556. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA Schnurre mit dem Generalreferenten im Reichswirtschaftsministerium Göring, 19. Oktober 1936

Zu den Vollmachten Herbert Görings als Koordinator der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen, die gänzlich entpolitisiert werden müssten. Es sei momentan offensichtlich, dass Lieferungen an die UdSSR im deutschen Interesse seien, um auf Kompensationsgrundlage die erforderlichen Rohstoffe zu erhalten. Eben deshalb könne auch nicht die Rede davon sein, der UdSSR einen neuen Kredit zu gewähren. Während des Gesprächs wurden auch einige konkrete Aspekte der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR erörtert. 1397

557. Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 20. Oktober 1936

Görings Haltung zu den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen; personelle Veränderungen in der Leitung der zuständigen Ressorts; über positive Schritte hinsichtlich der sowjetischen militärischen Aufträge; zu den Zahlungsbedingungen für die 1937 fälligen sowjetischen Wechsel; über einige Neuheiten der deutschen Militärtechnik. 1400

- 558. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, 22. Oktober 1936**
 Zu den Gesprächen im NKID mit Mitarbeitern der Deutschen Botschaft über einen Austausch des zum Tode verurteilten deutschen Kommunisten André gegen den in der UdSSR wegen Spionage verurteilten deutschen Staatsbürger Fuchs. Bitte um Weisungen zur weiteren Gesprächsführung mit den Deutschen. 1402
- 559. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, [27. Oktober 1936]**
 Zum Kauf eines Gerätes für die Blindlandung von Flugzeugen bei der Firma Lorenz. Dadurch gelange man an die gesamte technische Information, damit die sowjetische Industrie ein ähnliches Gerät herstellen kann. 1404
- 560. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 27. Oktober 1936**
 Suric vertritt die Auffassung, dass die Ernennung Görings zum obersten Kommissar für die Realisierung des „Rohstoffplans“, demzufolge die Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffimporten verringert werden soll, nichts „an der völligen Inhaltslosigkeit des Plans“ ändere. In den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen könnten die jüngsten Initiativen Görings und seiner nächsten Umgebung dazu beitragen, eine Reihe von Problemen zu lösen. 1405
- 561. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 29. Oktober 1936**
 Analyse der Rede Görings vom 29.10.1936, die durch eine antibritische Haltung und den Verzicht auf antisowjetische Ausfälle gekennzeichnet sei, was nach Auffassung von Suric von dessen außenpolitischer Sonderstellung zeuge. 1409
- 562. Bericht eines Mitarbeiters des Geheimen Staatspolizeiamtes, 31. Oktober 1936**
 Besprechung über die Frage der Rückwanderer aus Russland, die von der Auslandsorganisation der NSDAP betreut werden, und Bericht über die Rückwanderungsbewegungen seit Ende des Ersten Weltkriegs. 1411
- 563. Bericht des Marinegehilfen des Militärattachés in Moskau von Baumbach an das Oberkommando der Kriegsmarine und das AA, 8. November 1936**
 Anlässlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Revolution seien in der sowjetischen Propaganda die internationalen Probleme in den Hintergrund gedrängt worden, was auf die außenpolitischen Misserfolge der UdSSR im letzten Halbjahr, vor allem in Spanien, zurückzuführen sei. Der Gesundheitszustand Stalins habe im Zentrum der Aufmerksamkeit des diplomatischen Corps in Moskau gestanden. Baumbach geht ausführlich auch auf die Militärparade unter militärtechnischem Aspekt ein. 1414
- 564. Entwurf eines Schreibens des Volkskommissars für Verteidigung Vorošilov und des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, 9. November 1936**
 Zur Passivität des NKID, gegen Deutschland Anklagepunkte im Zusammenhang mit dessen Einmischung in den Bürgerkrieg in Spanien vorzubringen. Litvinov ist anzuweisen, diese Situation zu bereinigen. 1417

565. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 9. November 1936

Zu Repressalien gegenüber Deutschen in Moskau, insbesondere gegen diejenigen, die die Botschaft aufsuchen; zu den Verhaftungen von deutschen Reichsangehörigen Anfang November sowie des Rechtsberaters der Botschaft; Forderung der Botschaft im NKID, die normale Tätigkeit wiederherzustellen und Mitarbeitern der Botschaft den Besuch der Verhafteten zu gewährleisten. 1418

566. Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Referenten im Preußischen Staatsministerium Marotzke, 9. November 1936

Information über die auf Bitte des AA gegenüber der Bevollmächtigten Vertretung und der Handelsvertretung der UdSSR ergriffenen Maßnahmen, die als Reaktion auf die Verhaftungen und auf die scharfe Kontrolle sämtlicher deutscher diplomatischer Einrichtungen in der UdSSR erfolgten. 1420

567. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 11. November 1936

Die Deutsche Botschaft bringt im Zusammenhang mit den in der Nacht vom 4. zum 5.11.1936 erfolgten Verhaftungen von fünf deutschen Reichsangehörigen in Moskau und des Rechtsberaters der Botschaft sowie wegen der Beobachtung aller Besucher der Botschaft durch Mitarbeiter des NKVD ihre Besorgnis zum Ausdruck. 1422

568. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. November 1936

Über die Verhaftung von deutschen Staatsangehörigen in Moskau und über die Beobachtung und Kontrolle der Besucher der Deutschen Botschaft, die im Zuge der Aufdeckung einer faschistischen Organisation erfolgt seien. Krestinskij ermahnt den Bevollmächtigten Vertreter – eingedenk möglicher Gegenmaßnahmen seitens der deutschen Behörden – besonders vorsichtig zu agieren. 1424

569. Bericht des Marinegehilfen des Militärattachés in Moskau von Baumbach an das Oberkommando der Kriegsmarine, 12. November 1936

Zusendung von Fotografien von Luftzielen für Bombardierungen von Objekten strategischer Bedeutung auf dem Territorium der UdSSR und deren ausführliche Beschreibung. 1425

570. Bericht des Generalkonsuls in Leningrad Sommer an das AA, 12. November 1936

Zu den zahlreichen Verhaftungen von Sowjetdeutschen und deutschen Reichsangehörigen in den letzten zwei Wochen. Laut Mitteilung des diplomatischen Agenten des NKID in Leningrad würden allen verhafteten deutschen Reichsangehörigen Spionage und organisierte antisowjetische Handlungen zur Last gelegt. 1427

571. Schreiben des Leiters der Presseabteilung im NKID Astachov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, [13. November 1936]

Zur Anfrage von Auslandskorrespondenten bei der Presseabteilung bezüglich der Zuverlässigkeit von Meldungen, die die zahlreichen Verhaftungen von Ausländern in der UdSSR betreffen. Astachov meint, dass der Verzicht auf ein offi-

- zielles Dementi von den Korrespondenten als eine indirekte Bestätigung interpretiert und die Weiterleitung der Meldungen, die sie von der Deutschen Botschaft unter Umgehung der Zensur erhalten, verstärken werde. 1428
- 572. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 13. November 1936**
 Details zum Flug zweier sowjetischer Flugzeuge zur Teilnahme an der Pariser Luftfahrtausstellung im November 1936 mit Zwischenlandungen in Königsberg, Berlin und Köln. Zur Kontrolle der Personaldokumente von Besuchern sowjetischer Einrichtungen in Berlin am 9. und 10.11.1936 als Gegenreaktion auf die Verhaftungen von deutschen Staatsangehörigen in der UdSSR und auf die Kontrolle der Deutschen Botschaft in Moskau. 1430
- 573. Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 14. November 1936**
 Zur Fortführung der Polizeiaktion vom 9. bis 10.11.1936, die die Überprüfung der Personaldokumente von einigen sowjetischen Staatsbürgern umfasste, die dienstlich in Deutschland tätig sind. Aktivierung der Tätigkeit der „Antikomintern“, die in Berlin eine Ausstellung unter dem Titel „Weltfeind Nr. 1“ eröffnete, die zuvor während des Parteitages der NSDAP in Nürnberg gezeigt worden war. 1436
- 574. Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 14. November 1936**
 Bitte, die Leitung der Handelsvertretung über die Ansicht Litvinovs in Kenntnis zu setzen, dass eine Einstellung der Lizenzvergabe für die Einfuhr von Postpaketen mit Lebensmitteln aus Deutschland in die UdSSR nicht zweckmäßig sei. 1438
- 575. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch, 15. November 1936**
 Zu den Verhaftungen von deutschen Reichsangehörigen in Moskau und in Leningrad sowie in einigen anderen Städten. Auf die Weigerung Krestinskis hin, den Protest wegen des Fehlens von Informationen über die jedem Verhafteten zur Last gelegten Beschuldigungen entgegenzunehmen, macht Tippelskirch auf den politischen Aspekt der Verhaftungen aufmerksam, die ein Schlag gegen die bilateralen Beziehungen seien. 1439
- 576. Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA, 15. November 1936**
 Zu den Verhaftungen deutscher Reichsangehöriger und sowjetischer Staatsbürger deutscher Herkunft im November 1936 und den von der Botschaft unternommenen Schritten. 1442
- 577. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 17. November 1936**
 Zur Presse-Mitteilung des NKVD über die Inhaftierung von deutschen Reichsangehörigen und zum Vorschlag Litvinovs, in Ergänzung dazu sein Gespräch

mit Schulenburg, in dem er die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der sowjetischen Organe begründet habe, als TASS-Meldung zu bringen.	1447
578. Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov, den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič, den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov und den Volkskommissar für Schwerindustrie Ordžonikidze, 19. November 1936	
Übersendung der Auftragsliste für militärische Objekte, die im Rahmen des deutschen Kredits in Höhe von 50 Mio. Mark vergeben wurden.	1449
579. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. November 1936	
Zum Gespräch mit Schulenburg über die in der UdSSR erfolgten Verhaftungen von deutschen Reichsangehörigen; Überlegungen Litvinovs bezüglich möglicher Konsequenzen, darunter willkürliche Verhaftungen sowjetischer Staatsbürger in Deutschland, selbst von Mitarbeitern der Handelsvertretung.	1453
580. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. November 1936	
Zu den Verhaftungen von Deutschen in Moskau und Leningrad; zur Prozesseröffnung in Novosibirsk gegen den deutschen Ingenieur Stickling u. a.; zur Veröffentlichung von Prozessmaterialien in der sowjetischen Presse und möglichen Komplikationen in den bilateralen Beziehungen.	1454
581. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bežanov mit dem Gesandtschaftsrat II. Kl. in Moskau Hensel, 20. November 1936	
Proteste Hensels wegen unzureichender Informationen bezüglich der Vergehen der verhafteten deutschen Reichsangehörigen; wegen der nicht genehmigten Beobachtung des Prozesses in Novosibirsk; wegen der TASS-Mitteilung vom 20.11.1936, in der von Kontakten der im Prozess Angeklagten mit dem deutschen Konsulat in Novosibirsk die Rede ist; weitere Fragen im Zusammenhang mit den Verhaftungen.	1456
582. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 22. November 1936	
Empörung Schulenburgs wegen des im Prozess in Novosibirsk gegen den deutschen Ingenieur Stickling verhängten Todesurteils und seine Besorgnis bezüglich der gegen den deutschen Konsul vorgebrachten Beschuldigungen; Krestinskij lehnt es ab, die Stickling betreffende Frage zu erläutern; Bitte des Botschafters, die Vollstreckung des Urteils bis zur Prüfung des von Stickling eingereichten Gnadengesuches aufzuschieben.	1458
583. Pressanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 22. November 1936	
Die Meldung über das Urteil im Prozess in Novosibirsk, demzufolge alle Angeklagten, darunter auch ein Deutscher, zum Tode verurteilt wurden, ist auf den ersten Seiten der Zeitungen in großer Aufmachung zu bringen; auch scharfe Kommentare seien angebracht.	1459

584. Aufzeichnung des Attachés in der Handelspolitischen Abteilung im AA Weisse, 23. November 1936

Der Verband deutscher Reeder in Hamburg fragt im AA an, ob es angesichts der deutsch-sowjetischen Beziehungen und insbesondere des Urteils im Prozess in Novosibirsk angemessen sei, deutsche Schiffe aus Hamburg weiterhin nach Leningrad auslaufen zu lassen. Das AA erhebt keinen Bedenken.

1460

585. Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Ref. V/Osteuropa in der Politischen Abteilung im AA Schliep, 23. November 1936

Tippelskirch meint, dass es notwendig sei, die Pressekampagne im Zusammenhang mit den im Prozess in Novosibirsk verhängten Urteilen fortzuführen; er nimmt an, dass die Staatsmacht in erster Linie bestrebt sei, die Bevölkerung von den inneren Schwierigkeiten abzulenken und auf die inneren und äußeren Feinde, die „trotzkistischen Verbrecher“ und „faschistischen Interventionen“ einzustimmen.

1461

586. Aufzeichnung des Leiters des Referats IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA Schnurre, 24. November 1936

Absage der turnusgemäßen Sitzung zur Verlängerung des Wirtschaftsabkommens für 1937 durch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums als Reaktion auf die Verhaftungen von deutschen Reichsangehörigen in der UdSSR; Schnurres Verstimmung über die fehlende Konsultation mit dem AA.

1462

587. Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Leiter des Ref. V/Osteuropa in der Politischen Abteilung im AA Schliep, 25. November 1936

Aufstellung von Listen, in denen Staatsbürger der UdSSR in Deutschland in bestimmten Kategorien geführt werden; diese wurden auf Bitte des AA von der Gestapo angefertigt, um bei Bedarf auf Maßnahmen der sowjetischen Regierung gegen deutsche Staatsangehörige mit entsprechenden Gegenmaßnahmen antworten zu können.

1463

588. Erklärung des Botschafters in London von Ribbentrop gegenüber einem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros, 25. November 1936

Erklärung Ribbentrops zu den Zielen und konkreten Aufgaben des in Berlin unterzeichneten deutsch-japanischen Abkommens (Antikomintern-Pakt).

1464

589. Telegramm des kommissarischen Staatssekretärs im AA Dieckhoff, 25. November 1936

Sprachregelung zum Antikomintern-Pakt, der ausschließlich ein Abkommen mit innerpolizeilichen Funktionen sei; er sei nicht gegen dritte Mächte gerichtet und beinhalte keine Verpflichtungen zur Lieferung von Kriegsmaterialien. . .

1466

590. Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki und des Leiters der Abteilung Handelspolitik in der Handelsvertretung Gasjuk an den Leiter des Sektors für Handelsvertretungen im NKVT Levin, 27. November 1936

Zur Propagandakampagne in Deutschland, die von der Antikomintern gegen die Zeitschrift der Handelsvertretung „Sowjetwirtschaft und Außenhandel“ entfacht worden sei. In der vom AA an die Handelsvertretung gerichteten Note wurde darauf hingewiesen, dass sich die Zeitschrift entgegen ihrer Thematik mit Kultur- und Politikpropaganda befasse.

1467

591. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann, 28. November 1936

Beschwerde Gnedins, dass sowjetische Journalisten nicht zur Pressekonferenz anlässlich der Unterzeichnung des Antikomintern-Paktes in das Reichsministerium für Aufklärung und Propaganda eingeladen worden seien. Dazu erklärte Aschmann, dass das AA nichts mit dem Abschluss dieses Abkommens zu tun hatte.

1469

592. Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an die Presseabteilung im NKID, 28. November 1936

Zum Echo in Deutschland auf die Unterzeichnung des japanisch-deutschen Vertrages vom 25.11.1936: Erklärungen von Goebbels, Ribbentrop, Rosenberg sowie zahlreiche Zeitungskommentare, die in der Regel nicht auf eine Abschwächung des aggressiven Charakters des Abkommens hinauslaufen, sondern auf dessen Verstärkung.

1470

593. Auszug aus der Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov auf dem VIII. Außerordentlichen Sowjetkongress, 28. November 1936

Zur außenpolitischen Tätigkeit des faschistischen Regimes in ihren verschiedenen Erscheinungsformen, insbesondere zur Schaffung eines weitverzweigten Agentennetzes in einer Reihe von Ländern, darunter in der UdSSR. Litvinov vertritt die Auffassung, dass der veröffentlichte Antikomintern-Pakt „keinen Sinn habe, da er lediglich den Deckmantel für ein anderes Geheimabkommen bilde“, welches zur gleichen Zeit erörtert, paraphiert und wahrscheinlich unterzeichnet worden sei.

1475

594. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 28. November 1936

Charakteristik der Außenpolitik Deutschlands, die sich im letzten Monat durch eine erhöhte Aktivität auszeichne. Bei der ausführlichen Analyse des japanisch-deutschen Abkommens und des Echos darauf sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern schätzt Suric das Abkommen als einen neuen Versuch ein, eine völkerrechtliche Grundlage für eine antisowjetische Politik und letztlich für einen Krieg gegen die UdSSR zu schaffen.

1480

595. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 28. November 1936

Schulenburgs ablehnende Reaktion auf das Vorhaben des AA, gegenüber in Deutschland lebenden Staatsbürgern der UdSSR Repressalien anzuwenden (vgl. Dok. 587); dieses würde nur die schwierige Stellung der sowjetischen Regierung im Ausland, in die sie im Gefolge der Repressionen geraten sei, erleichtern.

1488

596. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 5. Dezember 1936

Über die Beschwerde Schulenburgs wegen Veröffentlichungen der sowjetischen Presse, die Verunglimpfungen von offiziellen Persönlichkeiten Deutschlands enthalten; zum Schicksal der verhafteten deutschen Staatsbürger; Versicherung des

- Botschafters, dass es in der UdSSR keine nationalsozialistische Organisation gebe, deren Gründung in Berlin zwar erörtert, aber negativ entschieden worden sei. 1489
- 597. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den kommissarischen Leiter der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker, 5. Dezember 1936**
 Drei wesentliche Probleme, die Schulenburg mit Litvinov erörterte (vgl. auch Dok. 596): persönliche Verunglimpfungen Hitlers und anderer Staatsmänner Deutschlands in der Presse, im Rundfunk sowie in öffentlichen Reden sowjetischer Funktionäre; Stand der Dinge hinsichtlich der verhafteten deutschen Staatsbürger und zu den im Prozess in Novosibirsk gegen Generalkonsul Großkopf vorgebrachten Beschuldigungen; zur unglaublichen Information bezüglich der zahlenmäßigen Stärke der sowohl von Deutschland als auch der UdSSR nach Spanien entsandten Truppen. 1491
- 598. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 9. Dezember 1936**
 Zur Einladung Görings an Suric zu einem Meinungsaustausch über die sowjetisch-deutschen Beziehungen. Litvinov spricht sich dafür aus, die Einladung anzunehmen. 1494
- 599. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 9. Dezember 1936**
 Mitteilung Schulenburgs über die Provokationen von Mitarbeitern des NKVD, die die Ehefrau des deutschen Journalisten Görbing, die ehemals sowjetische Staatsbürgerin gewesen war, zu einer Zusammenarbeit mit dem NKVD zu erpressen versucht hätten; außerdem Bitte Schulenburgs, Klarheit in die Beschuldigungen gegen den in Char'kov verhafteten Deutschen Wicklein zu bringen. 1495
- 600. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 9. Dezember 1936**
 Ausführliche Darlegung der Unternehmungen des NKVD, Frau Görbing für das NKVD anzuwerben, und der von Schulenburg ergriffenen Maßnahmen, um eine schnellstmögliche und sichere Ausreise des Journalisten Görbing und seiner Ehefrau aus der UdSSR zu gewährleisten. 1498
- 601. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. Dezember 1936**
 Information über die zum Abschluss gebrachte Angelegenheit des im Prozess in Novosibirsk verurteilten Stickling, dessen Höchststrafe in eine Haftstrafe von zehn Jahren umgewandelt wurde. Über die zur Entscheidung anstehende Frage, die Ausweisung des ehemaligen deutschen Generalkonsuls in Novosibirsk Großkopf, nunmehr in Kiev tätig, aus der UdSSR zu fordern. Nach Auffassung Krestinskis würden die Deutschen aufgrund der zu ihnen vorgedrunenen Gerüchte über erneute Verhaftungen in Moskau und Leningrad und über einen unmittelbar bevorstehenden Gerichtsprozess die Nerven verlieren. 1500

- 602. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. Dezember 1936**
Empfehlung Krestinskis, wegen der Beschwerde des AA hinsichtlich des Inhalts der Zeitschrift „Sowjetwirtschaft und Außenhandel“ das Profil der Zeitschrift zu verändern. 1501
- 603. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 12. Dezember 1936**
Zur Verschlechterung der außenpolitischen Situation Deutschlands. Suric vertritt die Auffassung, dass die Annäherung Deutschlands an Italien und Japan zu seiner Isolierung in der Welt geführt und damit den mehrjährigen Bemühungen Berlins, Großbritannien auf seine Seite zu ziehen, einen schweren Schlag versetzt habe. Suric glaubt, in Westeuropa einen Wandel in der Haltung gegenüber Deutschland zu bemerken, der eine konsequentere Reaktion auf die deutschen Aggressionspläne zur Folge haben könnte. 1502
- 604. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 14. Dezember 1936**
Zur Äußerung Hitlers im Gespräch mit dem japanischen Botschafter in Deutschland Mushanokōji nach der Unterzeichnung des Antikomintern-Paktes, dass er seit dem russisch-japanischen Krieg von einem deutsch-japanischen Bündnis geträumt habe, das nun Wirklichkeit geworden sei. 1506
- 605. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den diplomatischen Agenten des NKID in Novosibirsk Terent'ev, 14. Dezember 1936**
Kritische Einschätzung der Handlungsweise Terent'evs während und nach dem Gerichtsprozess gegen Stickling in Novosibirsk. 1507
- 606. Auszug aus dem Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an das AA, 14. Dezember 1936**
Zur angespannten Atmosphäre in der Botschaft im Zusammenhang mit der Provokation gegenüber Frau Görbing; zu den in Umlauf befindlichen Gerüchten über einen bevorstehenden Prozess gegen die verhafteten Deutschen; zur Haltung der sowjetischen Regierung in der spanischen Frage; zur Linie des neuen Chefs des NKVD Ežov, die im alltäglichen Umgang mit Ausländern in Moskau Erleichterung gebracht habe. 1510
- 607. Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric mit Reichsminister Göring, 16. Dezember 1936**
Göring erklärte die Absicht, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern ohne Rücksicht auf den Zustand der politischen Beziehungen zu gestalten. Der Reichsminister äußerte sich skeptisch zu den militärischen Aufträgen, zur „Kandelaki-Liste“, signalisierte zugleich aber Bereitschaft, gemeinsam mit Kandelaki die gesamte Liste aufmerksam durchzugehen. Er unterstrich dabei, dass eine Ablehnung einzelner in ihr enthaltener Positionen keinen politischen Hintergrund haben werde. 1512
- 608. Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter des Ref. V/Osteuropa in der Politischen Abteilung im AA Schliep, 16. Dezember 1936**
Laufende Angelegenheiten, darunter: Probleme, mit denen die Bevollmächtigte Vertretung, ihr Mitarbeiter (Gordon) und sowjetische Vertreter in Deutschland

(Tretler) zu tun haben; gegenseitige Beschwerden bezüglich der Haftfälle in beiden Ländern sowie zur Versendung von Propagandaelemente enthaltende Materialien durch die Handelsvertretung an einige Zeitungsredaktionen. 1515

609. Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov, 19. Dezember 1936

Information des NKVT über die Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland im Jahr 1937. Für die Bezahlung der verbleibenden Verbindlichkeiten sei es erforderlich, sich mit der deutschen Regierung über den Abschluss eines neuen Abkommens nach dem Muster des Abkommens für 1936 zu verständigen. Dabei sei es laut Empfehlung von Litvinov erforderlich, die neuen Aufträge an Deutschland ganz zu beschränken. 1518

610. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 21. Dezember 1936

Die in deutschen Zeitungen verbreitete Meldung über ein feindseliges Verhalten gegenüber Juden in der UdSSR treffe nicht zu. Schulenburg meint, dass das sowjetische Volk möglicherweise die Herrschaft der Juden in der UdSSR als eine schwere Last empfinde, die herrschenden Kreise hätten jedoch die freundschaftliche Haltung gegenüber Juden erneut öffentlich bekundet. 1520

611. Rundschreiben des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, 22. Dezember 1936

Information über die Verhandlungen bezüglich der Verlängerung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens vom 29.4.1936. Es sei beabsichtigt, dieses Abkommen bis Ende 1937 zu verlängern. Tschunke weist die Meldungen sowohl hinsichtlich eines Aussetzens der Verhandlungen auf unbestimmte Zeit und der Unterbindung von Kontakten deutscher Firmen mit der Handelsvertretung als auch über neue Kreditverhandlungen und damit im Zusammenhang stehende zusätzliche sowjetische Aufträge als nicht zutreffend zurück. 1521

612. Schreiben des Leiters der Abteilung II im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Haegert an den Leiter des Ref. V/Osteuropa in der Politischen Abteilung im AA Schliep, 22. Dezember 1936

Gegen die Weiterführung der von der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ herausgegebenen deutschen Aktenpublikation von russischen Dokumenten liegen bei Beachtung einiger Bedingungen keine Bedenken vor. Zu den Auflagen gehören: die Ausgabe ist nur in Fachzeitschriften zu besprechen; falls vorgesehen ist, die einzelnen Dokumentenbände mit Vorworten zu versehen, so sind diese vorab dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda einzureichen. 1523

613. Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Politischen Westabteilung im NKID Levin an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 23. Dezember 1936

Zu dem Bestreben Schulenburgs, eine Audienz bei Molotov zu erhalten, und den Aktivitäten von Mitarbeitern der Botschaft in diese Richtung. Levin meint, dass das Verhalten der deutschen Diplomaten auf folgende Umstände zurückzuführen sei: erstens die Angst vor den bevorstehenden Prozessen gegen die verhafteten Deutschen, in dessen Verlauf ungelegene Informationen ans Tageslicht kommen könnten; zweites das Bestreben Berlins, angesichts der Verschlech-

terung der internationalen Situation Deutschlands eine weitere Verschärfung der Beziehungen mit der UdSSR zu vermeiden. 1524

614. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 23. Dezember 1936

Unterredung mit Molotov am 23.12.1936 über die verhafteten Reichsdeutschen. Schulenburg habe die Zusicherung erhalten, dass die sowjetische Regierung nicht an einem Aufbauschen dieser Angelegenheit interessiert sei. Die Personen, gegen die keine schwerwiegenden Beschuldigungen vorlägen, würden aus der Haft entlassen oder aus der UdSSR ausgewiesen. Schulenburg bittet das AA, dieses Problem im Interesse der 30 Verhafteten in der Presse nicht zu thematisieren. 1526

615. Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 24. Dezember 1936

Unterzeichnung des Abkommens mit Schacht über den Handelsumsatz und den Zahlungsverkehr für 1937, das die Bezahlung der Verbindlichkeiten der UdSSR mit Warenlieferungen und bei einer Reihe von Dingen verbesserte Abkommensbedingungen im Vergleich zu 1936 vorsieht. 1527

616. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 26. Dezember 1936

Litvinov informiert über den Besuch Schulenburgs bei Molotov. Der Botschafter sprach über massenhafte Verhaftungen von Deutschen in der UdSSR, die in einigen Fällen auf Provokationen zurückgehen würden. Zugleich erklärte er, dass es keine nationalsozialistischen Organisationen in der UdSSR gebe. Molotov und Litvinov, der an der Unterredung teilnahm, versicherten dem Botschafter, dass bei den Verhaftungen jegliche politische Motive fehlten, sondern diese ausschließlich aus Erwägungen der staatlichen Sicherheit erfolgt seien. 1528

617. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Ežov, 27. Dezember 1936

Zum Vorschlag des Völkerbundes, der internationalen Konvention über die rechtliche Stellung von Flüchtlingen aus Deutschland beizutreten, und zu den Vorbehalten Litvinovs, falls auf diesen Vorschlag positiv reagiert werden sollte. 1529

618. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 31. Dezember 1936

Zur Zurückweisung des abermaligen Protestes der Deutschen Botschaft wegen in sowjetischen Zeitungen veröffentlichten Karikaturen. Die Deutsche Botschaft werde keine Veranlassung mehr haben, sich über die sowjetische Presse zu beschweren, wenn die deutsche Presse selbst zu den allgemeingültigen Anstandsregeln zurückkehre. 1531

619. Schreiben des Gruppenleiters der Referate Wirtschaft im AA Ritter an die Deutsche Botschaft und die konsularischen Vertretungen in der UdSSR, 6. Januar 1937

Informationsschreiben zu der am 24.12.1936 von Reichsminister Schacht und dem Leiter der Handelsvertretung Kandelaki unterzeichneten Vereinbarung, das deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommens vom 29.4.1936 bis zum Ende des Jahres 1937 zu verlängern. 1532

620. Entwurf Litvinovs einer Mitteilung für den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an Reichswirtschaftsminister Schacht, 8. Januar 1937

Die sowjetische Regierung erklärt ihre Bereitschaft, auf offiziellem diplomatischen Wege mit der deutschen Regierung in Verhandlungen zur Verbesserung der politischen Beziehungen zu treten.

1534

621. Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den kommissarischen Leiter der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker, 9. Januar 1937

Schulenburg informiert über die Unterredung mit Molotov am 23.12.1936 im Kreml über die zahlreichen Verhaftungen von deutschen Staatsangehörigen in der UdSSR und die von Mitarbeitern des NKVD angezettelten Provokationen. Der Botschafter empfiehlt eindringlich, von einer Veröffentlichung dieser Materialien so lange abzusehen, bis die wahren Absichten der sowjetischen Behörden bezüglich der verhafteten Deutschen festgestellt worden seien.

1535

622. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 14. Januar 1937

Begleitschreiben Litvinovs zu dem von Stalin bestätigten Entwurf einer Erklärung Kandelakis gegenüber Schacht (vgl. Dok. 620). Darin wird insbesondere auf die von Stalin vorgenommene Einschätzung des Leiters der Handelsvertretung verwiesen.

1538

623. Auszug aus dem Tätigkeitsbericht der Allunionsvereinigung „Meždunarodnaja kniga – Antikvariat“ und von Torgprom, 14. Januar 1937

Zu den Vertriebsbedingungen von sowjetischen Büchern, von kunsthandwerklichen und antiquarischen Erzeugnissen in Deutschland im Jahr 1936 und zum Import deutscher Bücher in die UdSSR.

1539

624. Aufzeichnung des Leiters des Referats V/Nordeuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA von Scherpenberg, 14. Januar 1937

Zur Einführung des neuen Meldeverfahrens, das vor einem Besuch von Unternehmen in Deutschland durch sowjetische Fachleute zu erfolgen hat und das ein achtungsvolles Auftreten der örtlichen Behörden gegenüber den sowjetischen Fachleuten gewährleisten könnte.

1543

625. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 15. Januar 1937

Bemerkungen und Vorschläge Litvinovs zum Entwurf der Anklageschrift gegen die verhafteten deutschen Reichsangehörigen.

1544

626. Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 16. Januar 1937

Neurath warnt Suric vor einer weiteren Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen, falls die verhafteten deutschen Reichsangehörigen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer in der UdSSR nicht existenten nationalsozialistischen Organisation verurteilt werden sollten.

1546

627. Aufzeichnung des Legationsrats in Moskau Hilger, 19. Januar 1937

Information des Direktors der Deruluft Issel über den Stand der Verhandlungen zu einem neuen Luftverkehrsabkommen zwischen Deutschland und der UdSSR. .

1546

628. Schreiben des Generalsekretärs der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ Markert an den Legationsrat in Moskau Hilger, 19. Januar 1937

Zum Stand der Arbeiten bei der Herausgabe der Dokumentenedition „Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“ und dem wohlwollenden Verhalten von offizieller Seite dazu, darunter auch des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. 1548

629. Schreiben des kommissarischen Leiters der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 20. Januar 1937

Weizsäcker antwortet auf das Schreiben Schulenburgs vom 9.1.1937 (vgl. Dok. 621). Er stimmt der Haltung des Botschafters in Bezug auf die in der UdSSR verhafteten Deutschen und den von ihm in diesem Zusammenhang vorgeschlagenen Maßnahmen zu. 1549

630. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 27. Januar 1937

Zur internationalen Aktivität der deutschen Diplomatie zu Beginn des Jahres 1937, die kaum auf eine Entspannung in den Beziehungen zu anderen Ländern gerichtet sei. Suric vertritt bei der Analyse der Gespräche mit Neurath in der zweiten Januarhälfte die Auffassung, dass dessen Zurückhaltung hinsichtlich einer Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen damit erklärt werden könne, dass die Aufnahme von Gesprächen zu diesem Thema von Schacht initiiert worden sei und das Auswärtige Amt sich nicht in das jetzige Gesprächsstadium einschalten wolle. 1550

631. Telegramm des kommissarischen Leiters der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker an die Botschaft in Moskau, 28. Januar 1937

Weisung, bei der sowjetischen Regierung Protest dagegen einzulegen, dass während des Moskauer Prozesses amtliche deutsche Vertreter in der UdSSR (Großkopf), hochgestellte Persönlichkeiten (Heß) sowie die Gestapo, deutsche Firmen und Fachleute ungerechtfertigt beschuldigt und in den Fall verwickelt werden. 1559

632. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 29. Januar 1937

Angesichts der korrekten und freundlichen Haltung gegenüber deutschen Vertretern, die dem Moskauer Prozess beiwohnen, sowie gegenüber General Köstling, der soeben aus Deutschland nach Moskau zurückgekehrt ist, erachtet es Schulenburg als nicht angebracht, die vorgesehene Demarche (vgl. Dok. 631) bei der sowjetischen Regierung auszuführen. 1560

633. Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats V/Osteuropa im AA Freiherr von Welck, 29. Januar 1937

Negative Antwort auf die nochmalige Anfrage des AA bei der Gestapo, ob sie über belastendes Material verfüge, auf das in einem Gerichtsverfahren gegen sowjetische Staatsbürger in Deutschland zurückgegriffen und das im Zuge von Gegenrepressalien verwendet werden könnte. 1561

634. Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 29. Januar 1937

Zum Gespräch mit Schacht im Zusammenhang mit der Absicht der sowjetischen Seite, politische Verhandlungen zu führen; laut Schacht seien diese der einzig richtige Ausweg aus der momentanen Lage; die Gespräche sollten jedoch auf diplomatischem Wege geführt werden.

1562

635. Meldung des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Worosilov, 31. Januar 1937

Nachrichtendienstliche Meldung über die Einschätzung des Militärattachés Deutschlands in Japan Oberst Ott, die die deutsch-japanischen Beziehungen auf militärischem Gebiet sowie die Umrüstung und den Umbau der Wehrmacht, die in einem bedeutend langsameren Tempo als dem vom Generalstab veranschlagten vollzogen werden, zum Gegenstand hat. Das wird von der Aufklärungsverwaltung kommentiert.

1563

636. Auszug aus dem Tätigkeitsbericht der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin für 1936, [Januar 1937]

Zu den Vorteilen, die die Verlängerung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsvertrages vom 29.4.1936 auf das Jahr 1937 mit den eingefügten Veränderungen bringen werden. Die Handelsvertretung gelangt zu der Schlussfolgerung, dass ein sehr großes Interesse von Kreisen der Industrie und einer Reihe von Behörden an sowjetischen Rohstoffen und Aufträgen zu verzeichnen sei, was jedoch auf den Widerstand politischer Kreise stoße. Einen breiten Platz in dem Bericht nehmen auch die Ex- und Importtätigkeit der Handelsvertretung und die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Vergabe von Aufträgen ein, letzteres treffe insbesondere auf die Ingenieurabteilung zu.

1565

637. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 1. Februar 1937

Detaillierte Analyse des zu Ende gegangenen 2. Moskauer Schauprozesses (Verfahrensfragen, Verlauf, Hintergründe und Ziel des Prozesses, das Verhalten der Beteiligten, die Beweislage, Anschuldigungen gegen Deutschland und seiner offiziellen Vertreter wegen strafbarer Handlungen). Schulenburg meint, dass die völlige Haltlosigkeit sämtlicher gegen Deutschland gerichteter Verleumdungen den Maßstab für die Beurteilung der Glaubwürdigkeit des gesamten Verfahrens bilde.

1570

638. Schreiben des kommissarischen Leiters der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 3. Februar 1937

Zur Beunruhigung in Berlin, dass es in der Angelegenheit der verhafteten deutschen Reichsangehörigen in der UdSSR keine Bewegung gebe. Es ergeht die Weisung, im Narkomindel erneut vorstellig zu werden und dabei insbesondere die Verhaftung des Ingenieurs Wicklein, die unter offensichtlich provokativen Umständen erfolgt sei, zur Sprache zu bringen.

1576

639. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 4. Februar 1937

Vermutungen Litvinovs hinsichtlich der Motive, die Schacht dazu bewogen haben könnten, negativ auf Kandelakis Erwägung nach Vertraulichkeit der politi-

schen Verhandlungen zu reagieren; Vorschlag des Volkskommissars: keinerlei Initiativen zu ergreifen und Suric und Kandelaki keine neuen Weisungen für Verhandlungen mit den Deutschen zu erteilen. 1577

640. Schreiben des Reichswirtschaftsministers Schacht an den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, 6. Februar 1937

Schacht setzt Neurath über den Inhalt von zwei Gesprächen mit Kandelaki (Ende Dezember 1936 und am 29.1.1937) und über die dabei von dem Leiter der Handelsvertretung unterbreiteten Vorschläge in Kenntnis und schlägt eine Variante für eine eventuelle Antwort an Kandelaki vor. 1579

641. Auszug aus dem Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 8. Februar 1937

Schulenburg geht auf den psychologischen Zustand der sowjetischen Bürokratie unter dem Eindruck des zu Ende gegangenen Moskauer Prozesses und auf die Machtlosigkeit des NKID ein, Einfluss auf Stalin zu nehmen, der allein über die Frage entscheide, gegen die verhafteten Deutschen einen Prozess zu führen oder diese aus der UdSSR auszuweisen. 1580

642. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 8. Februar 1937

Eine Version der Ausgabe der Zeitung „Angriff“ enthalte grobe Ausfälle gegen Litvinov, die andere Version gleichen Datums enthalte diese auf spezielle Weisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda nicht. 1582

643. Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den Reichswirtschaftsminister Schacht, 11. Februar 1937

Über die Ergebnisse der Unterredung mit Hitler bezüglich der von dem Leiter der Handelsvertretung Kandelaki unterbreiteten Vorschläge zu den politischen Verhandlungen mit Deutschland (vgl. Dok. 640): Neurath schreibt, dass diese Vorschläge gegenwärtig zu keinerlei Ergebnissen führen und von Moskau dazu verwendet werden würden, ein Militärbündnis mit Frankreich und eine Annäherung an Großbritannien zu erzielen. Schacht möge auf die Vorschläge Kandelakis negativ antworten, da angesichts der andauernden engen Verbindung der sowjetischen Regierung mit der Komintern von politischen Verhandlungen keine positiven Ergebnisse zu erwarten seien. 1584

644. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 12. Februar 1937

Allgemeine Einschätzung der unterschiedlichen diplomatischen Aktivitäten Deutschlands zu Beginn des Jahres 1937. In den Beziehungen zur UdSSR sei eine noch größere Reserviertheit als früher bemerkbar, die an Boykott grenze. Suric gelangt zu der Schlussfolgerung, die Deutschen hätten entschieden, abzuwarten und keine Verhandlungen zu den in den Gesprächen Kandelakis mit Schacht behandelten Themen aufzunehmen. 1585

645. Direktivbrief des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Ežov, 14. Februar 1937

Orientierungsmaterial „Über die Terror-, Diversions- und Spionagetätigkeit von deutschen Trotzlisten im Auftrag der Gestapo in der Sowjetunion“, das allen

- Chefs der Verwaltung für Innere Angelegenheiten der Regionen und Gebiete der RSFSR und den Volkskommissaren für Innere Angelegenheiten der Unionsrepubliken zugestellt wurde. Es enthält zugleich konkrete Anweisungen, um dieser antisowjetischen Tätigkeit sowohl auf dem Territorium der UdSSR als auch im Ausland entgegenzuwirken. 1592
- 646. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, 15. Februar 1937**
Vorschläge und Bitte um Weisungen wegen eines möglichen Vorgehens des Narkomindel bezüglich der deutschen und japanischen Diplomaten, die in den Materialien der geschlossenen Sitzung des Obersten Gerichts im Prozess gegen das antisowjetische trotzkistische Zentrum und in dem Urteil genannt worden sind. 1596
- 647. Nachrichtendienstliche Meldung an die GUGB des NKVD, [16. Februar 1937]**
Zum Inhalt des an Hitler übergebenen politischen und militärischen Testaments von General Hans von Seeckt. 1598
- 648. Schreiben eines Mitarbeiters der Firma Otto Wolff an die Abteilung Ausland der Firma Otto Wolff, 17. Februar 1937**
Information über die turnusmäßige ordentliche Versammlung der IFAGO und über den Vortrag des Vorsitzenden der Gesellschaft Reyß, der sich mit den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen im Jahr 1936 und deren Entwicklungsperspektiven für 1937 befasste. 1599
- 649. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 17. Februar 1937**
Schulenburg bringt seine Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass auf die im Zusammenhang mit den Verhaftungen der deutschen Staatsangehörigen an das NKID gerichteten Noten bislang keine Antworten eingegangen seien. Zugleich bemängelt er, keine Benachrichtigungen über die neuen Verhaftungen erhalten zu haben. Der Botschafter schlägt einen Maßnahmenkatalog vor. 1601
- 650. Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch, 17. Februar 1937**
Über die vertrauliche Empfehlung Šterns an Tippelskirch, wonach der Militärattaché General Köstring und der Presseattaché Baum von sich aus aus Moskau abreisen sollten, ohne eine offizielle Aufforderung zu ihrer Abberufung abzuwarten. Tippelskirch bat, Litvinov zu übermitteln, dass eine offizielle Aufforderung zur Abberufung von Köstring und Baum „katastrophale Folgen“ für die deutsch-sowjetischen Beziehungen haben werde. 1603
- 651. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 18. Februar 1937**
Zur Erklärung Šterns gegenüber von Tippelskirch (vgl. Dok. 650). Zu den Schritten, die der Botschafter zu unternehmen gedenkt, falls die sowjetische Regierung offiziell die Abberufung von Köstring und Baum fordern sollte. 1604
- 652. Vermerk des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Rust, 18. Februar 1937**
Stellungnahme des Reichsministers Rust bezüglich der Teilnahme einer deutschen Delegation am Internationalen Geologenkongress in Moskau. 1605

653. Runderlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Rust, 19. Februar 1937

Runderlass Rusts an sämtliche Universitäten und wissenschaftliche Organisationen Deutschlands, den wissenschaftlichen Informationsaustausch mit Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Organisationen in der UdSSR auf institutionellem und individuellem Wege zu verbieten. Der Reichsminister behalte sich das Recht vor, im Einzelfall Ausnahmeregelungen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt eines „staatlichen Interesses“ zu treffen. 1606

654. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 19. Februar 1937

Zum Beschluss der Instanz, den Militärattaché Köstring und den Presseattaché Baum auszuweisen, da ihre Namen in der geschlossenen Verhandlung der Moskauer Prozesses genannt worden sind. Zum erfolglosen Versuch des NKID, diese Angelegenheit auf inoffiziellm Wege beizulegen. 1608

655. Schreiben des Mitarbeiters des Referats V/Osteuropa im AA Freiherr von Welck an den Leiter des Referats Anti-Komintern im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Taubert, 19. Februar 1937

Welck bringt seine Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass in dem vom Deutschen Nachrichtenbüro veröffentlichten Artikel „Das jüdische Gesicht des Bolschewismus“ das Annuaire Diplomatique 1936 des NKID genannt worden ist, da er das Jahrbuch an Taubert mit der Bitte übergeben habe, dieses bei einer Veröffentlichung nicht zu nennen. 1609

656. Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 20. Februar 1937

Ergänzende Information zu dem Verhältnis des Leiters der Handelsvertretung Kandelaki zu Stalin. 1610

657. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 22. Februar 1937

Schulenburg versuchte Klarheit darüber zu bekommen, ob das Gespräch Šterns mit Tippelskirch am 17.2.1937 (vgl. Dok. 650) eine offizielle Demarche der sowjetischen Seite oder ein persönliches Gespräch gewesen sei. Er erklärte, dass seine Regierung nicht auf eine Abberufung von General Köstring eingehen werde. Im weiteren Verlauf der Unterredung wurde auch die Frage des bevorstehenden Prozesses gegen die verhafteten deutschen Staatsangehörigen und die Freilassung einer bestimmten Anzahl der Angeklagten mit anschließender Ausweisung aus der UdSSR berührt. 1611

658. Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA, 22. Februar 1937

Schulenburg gibt den Inhalt des Gesprächs mit Krestinskij am 22.2.1937 wieder, der sich dafür interessiert habe, wie die Botschaft auf Šterns inoffizielle Empfehlung einer freiwilligen Abreise von Köstring und Baum reagiere. 1614

659. Aufzeichnung des Chefs des Protokolls im AA von Bülow-Schwante, 26. Februar 1937

Der Leiter der Protokollabteilung im Auswärtigen Amt erklärt gegenüber Suric, dass Neurath seine frühere Zusage zu einem Mittagessen in der Bevollmächtigten Vertretung am 10.3.1937 zurückziehe. 1615

- 660. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 27. Februar 1937**
 Zum Gespräch mit Schulenburg am 22.2.1937; zur Reaktion in Moskau auf die Absage Neuraths, die Bevollmächtigte Vertretung zu besuchen; zum Beschluss, aus der UdSSR zehn der im November 1936 verhafteten Deutschen auszuweisen. 1616
- 661. Bericht des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin, [27. Februar 1937]**
 Besuch von einem Vertreter der Deutschen Botschaft, von Mitarbeitern des NKID und des NKVD bei einigen Deutschen, die von der Sonderberatung beim Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR zur Ausweisung verurteilt worden sind. Der Besuch fand in den Räumen der Sonderinspektion des NKVD statt, Levin berichtet über die dabei geführten individuellen Gespräche. 1618
- 662. Berichte des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg und des Gesandtschaftsrats II. Kl. in Moskau Hensel an das AA, 1. März 1937**
 Ergänzende Information Schulenburgs zu den im November 1936 verhafteten Deutschen, die Gründe für deren Verhaftung müsse man von den Gründen der Verhaftungen in den nachfolgenden Monaten unterscheiden. Es sei erforderlich, von den sowjetischen Behörden eine Genehmigung für Mitarbeiter der Botschafter zu erwirken, sämtliche verhafteten Deutschen besuchen zu dürfen. Ausführlicher Bericht von Hensel über den Besuch bei den zur Ausreise aus der UdSSR verurteilten deutschen Staatsangehörigen am 27.2.1937 und über die Gespräche mit ihnen. 1620
- 663. Meldung des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Worosilov, 3. März 1937**
 Über die Instrumentalisierung von Kräften der weißgardistischen Emigration im Kampf gegen die UdSSR durch die Deutsche Regierung. 1624
- 664. Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 3. März 1937**
 Offizielle Erklärung des NKID bezüglich der Abberufung des Presseattachés der Deutschen Botschaft Baum, dessen weiterer Aufenthalt in der UdSSR unmöglich sei, nachdem im Gerichtsverfahren festgestellt worden sei, dass er mit dem verurteilten Radek „völlig unzulässige“ Gespräche geführt hätte. 1626
- 665. Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 4. März 1937**
 Zu den Einzelheiten der Unterredung mit Schulenburg am 3.3.1937 und den Beweggründen, die Abberufung des Militärattachés General Köstring aus der UdSSR nicht zu fordern. 1628
- 666. Schreiben des Mitarbeiters des Referats V/Osteuropa im AA Freiherr von Welck an das Geheime Staatspolizeiamt, 4. März 1937**
 Es ergeht vom AA die Bitte, bei den Befragungen der Personen, die nach Deutschland zurückkehren, die Aufmerksamkeit der Botschaft auf die in einer Liste aufgeführten Fragen zu lenken. 1630

667. Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg mit dem Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij, 6. März 1939

Zum Gespräch mit Krestinskij am 3.3.1937 (vgl. Dok. 664), in dem Schulenburg darauf bestand, die Forderung der sowjetischen Regierung nach Abberufung des Presseattachés Baum zu überdenken, da sich die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen durch nichts von den Beschuldigungen gegen General Köstring unterscheiden würden. 1632

668. Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 11. März 1937

Einschätzung der europäischen Beziehungen, darunter der inoffiziellen tschechisch-deutschen Verhandlungen zum Abschluss eines Nichtangriffsvertrages und des Besuchs Görings in Warschau und seiner Verhandlungen mit Rydz-Śmigły. Zu den neuen Vollmachten des Reichsinnenministeriums in Bezug auf Ausländer, die, wie Litvinov vermutet, vor allem gegen sowjetische Staatsbürger, d.h. gegen Mitarbeiter der Handelsvertretung und gegen Mitglieder von Abnahmekommissionen, gerichtet sind. 1633

669. Bericht des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke, 16. März 1937

Über die Bedeutung des Imports der für die deutsche Wirtschaft lebenswichtigen Rohstoffe aus der Sowjetunion unter dem Gesichtspunkt einer veränderten Situation, da die UdSSR aufgehört habe, Schuldner Deutschlands zu sein und nunmehr nicht an Rohstofflieferungen zwecks Bezahlung ihrer Verbindlichkeiten interessiert sei, sondern ausschließlich an einen Austausch der von ihr gelieferten Produkte gegen eine moderne Industrieproduktion, vorrangig gegen Rüstungsgüter. 1636

670. Aufzeichnung des AA, 17. März 1937

Zur Mitteilung Schulenburgs über die laut Information von Herbert Göring am 16.3.1937 stattgefundene Besprechung bei Hermann Göring, auf der nochmals die Nomenklatur der sowjetischen militärischen Bestellungen erörtert wurde. 1640

671. Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c, 17. März 1937

Zur offiziellen Reaktion Schachts auf die Erklärung der sowjetischen Seite vom 29.1.1937, politische Verhandlungen mit Deutschland auf diplomatischem Wege führen zu wollen (vgl. Dok. 620). Schacht zufolge halte es die deutsche Seite nicht für zweckdienlich, solche Verhandlungen zu führen, da sie gegenwärtig keinen Unterschied zwischen der sowjetischen Regierung und der Komintern sehe. 1640

672. Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Mitarbeiter des Referats V/Osteuropa im AA Freiherrn von Welck, 18. März 1937

Die bevorstehende Betriebsprüfung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin in der sowjetischen Handelsvertretung ermögliche es der Gestapo, einen ihrer Beamten an der Betriebsprüfung zu beteiligen. Die Allgemeine Ortskrankenkasse erbitte jedoch eine Erklärung des Auswärtigen Amtes, wonach gegen die Hinzuziehung eines Beamten keine Bedenken bestünden. 1642

- 673. Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki, 19. März 1937**
Das nicht abgeschickte Telegramm beinhaltet die Benachrichtigung Kandelakis über den Beschluss, ihn zum Bevollmächtigten Vertreter in Berlin zu ernennen. 1643
- 674. Nachrichtendienstlicher Bericht an die Aufklärungsverwaltung der RKKA, 19. März 1937**
Über den neuen Kurs der antisowjetischen Propaganda, der laut Information der Quelle insbesondere unter Berücksichtigung unter anderem folgender Weisungen des Ministeriums für Aufklärung und Propaganda umzusetzen ist: die Informationen, die von dem Deutschen Nachrichtenbüro stammen, müssen wahrheitsgemäß sein und sich hauptsächlich auf die sowjetische Presse stützen. 1644
- 675. Aufzeichnung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an das NKID, 25. März 1937**
Zur polizeilichen Vorladung des Korrespondenten der „Pravda“ Klimov in das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und über die Gespräche Gnedins zu diesem Vorgang in der Presseabteilung des AA. 1645
- 676. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 27. März 1937**
Klage Schulenburgs wegen der Verschleppung des Ermittlungsverfahrens gegen die verhafteten Deutschen und wegen neuer Verhaftungen, die auf Provokationen von NKVD-Agenten zurückgehen würden. Zur Abberufung des Presseattachés der Deutschen Botschaft Baum. Zum Wunsch Schulenburgs, diese und andere mit den verhafteten Deutschen im Zusammenhang stehenden Fragen mit Ežov und Molotov zu erörtern. 1647
- 677. Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 30. März 1937**
Zur Unterredung mit Litvinov am 27.3.1937 (vgl. Dok. 676). 1649
- 678. Brief des Militärattachés in Moskau Köstring an den Chef der 5. Unterabteilung der Abteilung T3 im Generalstab des Heeres Spalcke, 30. März 1937**
Einschätzung der Lage in der UdSSR unter dem Eindruck der nach dem Februar/März-Plenum des ZK der VKP (B) entfachten Kampagne und des dort von Stalin gehaltenen Vortrags. 1651
- 679. Richtlinien des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda Goebbels, 31. März 1937**
Der Kampf gegen den Weltbolschewismus ist die Generallinie der deutschen Politik und die Hauptaufgabe der nationalsozialistischen Propaganda bestehe darin, über dessen Bedeutung aufzuklären. Das Dritte Reich stehe in seinem Kampf gegen den Weltfeind nicht mehr allein da: im Gefolge des deutsch-japanischen Abkommens und im Zuge der Zusammenarbeit mit Italien, Österreich und Ungarn sei eine Einheitsfront der antibolschewistischen Staaten geschaffen worden. 1653

680. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 2. April 1937

Litvinov setzt Schulenburg über die unveränderte Haltung der sowjetischen Regierung zur Abberufung Baums in Kenntnis. Er informiert den Botschafter über die Versetzung von Suric, bittet um das Agrément für Aleksandrovskij und teilt zugleich die mögliche Abberufung Kandelakis mit. Schulenburg berichtet Litvinov über sein Gespräch mit Hitler. 1658

681. Aufzeichnung der Unterredung des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin mit dem Gesandtschaftsrat II. Kl. in Moskau Hensel, 9. April 1937

Hensel bittet u. a. um Informationen in der Angelegenheit der verhafteten deutschen Staatsangehörigen und um die Möglichkeit, ihnen Geld zu übermitteln. Zugleich bittet er um eine beschleunigte Bearbeitung einiger Gesuche zum Austritt aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft. 1659

682. Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin, 11. April 1937

Zu den Gründen, die es nicht erlauben, Theaterschaffende Deutschlands auf offiziellem Wege zu dem bevorstehenden V. Sowjetischen Theaterfestival im September 1937 einzuladen; zur Verhaftung des sowjetischen Staatsbürgers Lur'e in Deutschland; zu den Kontakten der Bevollmächtigten Vertretung zu deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften. 1661

683. Telegramm des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an die Botschaft in Moskau, 12. April 1937

Das AA erklärt sein Einverständnis, Presseattaché Baum zurückzurufen, falls dies als freiwilliger Akt und nach einer gewissen Zeit erfolgen sollte. Voraussetzung dafür wären Fortschritte im Umgang mit den verhafteten Deutschen, darunter die Erhöhung der Anzahl der aus der UdSSR auszuweisenden Deutschen. 1664

684. Schreiben des Vorsitzenden von Sojuzproméksport Kolmanovskij an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Antipov, [nicht später als 13. April 1937]

Über einige Maßnahmen zur Unterminierung der deutschen Wirtschaft: Der Import von defizitären Rohstoffen ist einer der wichtigsten Bausteine für die Wehrfähigkeit Deutschlands, dessen Wirtschaft auf diesem Gebiet sehr anfällig sei, insbesondere bei Eisen- und Manganerzen und Phosphaten. In diesem Zusammenhang sei es erforderlich, ununterbrochen den Markt für defizitäre Rohstoffe und die Aktivitäten Deutschlands zur Verringerung seines Rohstoffdefizits zu beobachten und zugleich Maßnahmen zu ergreifen, um die Bemühungen Deutschlands auf diesem Gebiet zu erschweren und zu paralysieren. 1665

685. Auszug aus dem Vortrag des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg in der Konsul-Besprechung, [13. April 1937]

Überblick über die internationale Lage mit Blick auf die Außenpolitik der UdSSR und ihrer Beziehungen zu anderen Ländern. Die deutsche Regierung habe keine

Veranlassung, die derzeitigen Beziehungen zur UdSSR zu verändern. Die Bekämpfung von oppositionellen Tendenzen durch Stalin, die politischen Prozessen erzeugten im Lande eine Atmosphäre allgemeiner Unsicherheit und Misstrauens, letzteres richte sich vor allem gegen deutsche Staatsangehörige. 1670

686. Sondermeldung der 3. Abteilung der GUGB des NKVD, 14. April 1937
Nachrichtendienstliche Information über die Beratung der deutschen Konsuln in der UdSSR vom 13. bis 14.4.1937 in der Residenz Schulenburgs in Moskau (Liste der erörterten Fragen und einige sie betreffende Details). 1679

687. Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov, 16. April 1937
In Berliner diplomatischen Kreisen kursieren Gerüchte über eine mögliche Annäherung zwischen der UdSSR und Deutschland. Als Erklärungen für einen derartigen Kurswechsel der deutschen Außenpolitik werden genannt: die Schwierigkeiten des Regimes im Innern (die Vergrößerung der Binnenverschuldung, die Verschärfung des Rohstoffproblems, eine zunehmende Unzufriedenheit in verschiedenen Bevölkerungsschichten), eine wachsende Unzufriedenheit in Führungskreisen der Armee sowohl mit der Innen- als auch mit der Außenpolitik der Regierung. 1680

688. Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric, 17. April 1937
Abschiedsbesuch von Suric, der dabei mitteilt, dass er laut seiner Weisung noch ungefähr 1½ Monate bis zum Eintreffen seines Nachfolgers Jurenev aus Japan auf seinem Posten verbleiben werde. Er spricht den Wunsch aus, die Wirtschaftsverhandlungen wieder aufzunehmen, wozu die sowjetische Seite bereit sei. 1683

689. Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg, 17. April 1937
Schulenburg teilt mit, dass für Jurenev das Agrément erteilt wird. Auf die Frage des Botschafters bezüglich der verhafteten Deutschen antwortet Litvinov, er rechne damit, die Haftentlassung einer erheblichen Anzahl der Verhafteten zu erwirken. 1684

690. Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, 17. April 1937
Zu den Meldungen aus der UdSSR oder ihr nahestehenden Staaten, wonach angeblich deutsch-sowjetische Verhandlungen stattfinden würden. Gegen diese Meldungen sei in aller Schärfe vorzugehen. Im Zusammenhang damit sind die Reden auf den Parteitag von 1935 und 1936 heranzuziehen. 1685

691. Telegramm des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den sowjetischen Geschäftsträger in Paris Giršfel'd und den Bevollmächtigten Vertreter in Prag Aleksandrovskij, 17. April 1937
Weisung zur Information der Außenministerien, dass die Gerüchte über eine Annäherung der UdSSR an Deutschland jeglicher Grundlage entbehren und von den Deutschen oder von den Polen lanciert werden. Die UdSSR führte und führt keine Verhandlungen darüber mit Berlin. 1686

III. Dokumente

Nr. 1

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Geheim

4. Januar 1935

UdSSR NKID

Nr. 20010¹

AN DEN

BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER

DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. SURIC

Gen. Kandelaki hat Sie sicherlich mit der Weisung zu den Kreditverhandlungen mit Deutschland² vertraut gemacht. Ordnungshalber teile ich Ihnen die letzten³ Entscheidungen zu dieser Frage mit. Im Falle, dass es uns gelingt, uns über die Verlängerung des Markabkommens⁴ für 1935 zu verständigen, ist beabsichtigt, mit den Deutschen die Frage bezüglich des Tilgungsverfahrens für den vorherigen Finanzkredit von 85 Millionen des Finanzkredites im Jahr 1935 zu erörtern. Es ist beabsichtigt, den Deutschen vorzuschlagen, im ersten Quartal vorfristig den Teil der Zahlungen zu leisten, die in das dritte Quartal von 1935 fallen. Dagegen ist beabsichtigt, den anderen Teil der Zahlungen dieses Quartals in das vierte Quartal zu verlegen. Diese Entscheidung ist damit verbunden, dass wir aufgrund unserer Exportbedingungen im 1. und im 4. Quartal Mark anhäufen, so dass wir diese im 3. Quartal nicht in ausreichender Menge besitzen werden. Um den Kredit aus unserem Exporterlös in Deutschland ohne einen zusätzlichen Zufluss von Valuta bedienen zu können, ist die in der Weisung vorgenommene Aufteilung der Zahlungen erforderlich.

Es versteht sich von selbst, dass all diese Verhandlungen nur dann geführt werden, wenn eine Vereinbarung zum 200-Millionenkredit⁵ zustande kommt. Die in der Weisung vorgesehene Verknüpfung mit dem Markabkommen bedeutet im Prinzip eine Verknüpfung mit dem 200-Millionenkredit, weil die Deutschen, wie Sie wissen, ihrerseits die Verlängerung des Markabkommens von dem positiven **Ausgang**⁶ der Verhandlungen für einen neuen Kredit abhängig machen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 28.12.1934. In: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 54, S. 99.

³ Das nachfolgende Wort „richtungsweisenden“ ist gestrichen..

⁴ Jährliches Abkommen zur Festlegung der Sperrmarkquote, einer vereinbarten Zahlungseinheit mit eingeschränktem Verwendungszweck, z. B. für die Bezahlung der Importe aus Deutschland, aufgrund dessen es möglich war, den Preis zu senken. Vgl. Vereinbarung zwischen der Reichsbank und der Handelsvertretung der UdSSR, 3.5.1932. In: ADAP, Ser. B., Bd. XX, Dok. 72, Anlage 3, S. 157–158; DVP, Bd. XV, Dok. 200, S. 294–296.

⁵ Es geht um den Finanzkredit, zu dessen Abschluss die Verhandlungen über einen langen Zeitraum des Jahres 1934 geführt wurden. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

⁶ Das Wort ist mit Tinte korrigiert und über die Zeile geschrieben; ursprünglich: Entscheidung.

Wenn die neuen Kreditverhandlungen von Erfolg gekrönt sein werden, kann man eine gewisse Veränderung in unseren Beziehungen mit Deutschland erwarten, eine Veränderung, die es erlaubt, die Umverteilung bei den Zahlungen bezüglich des 85-Millionenkredites zur Sprache zu bringen.

STELLVERTRETER DES VOLKSKOMMISSARS

Krestinskij

Stimmt mit dem Original überein:⁷

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: An Gen. Linde, Gen. Lev[in] 7.1.35 Š[tern].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 14 vom 7.1.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Nr. 1 an den Adressaten, Nr. 2 an Gen. Litvinov, Nr. 3 an Gen. Štern, Nr. 4 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 16, l. 1–1R. Beglaubigte Kopie.

Nr. 2

Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium

Moskau, den 7. Januar 1935

Deutsche Botschaft

Der Militärattaché

An das

Reichswehrministerium, T 3/ Att.Gr.

Auswärtige Amt

Bericht Nr. 1/35

1.) Das Schreiben T A Nr. 3/35 geh. T 3/Att.Gr. Ia vom 2.1.35 ist mit allen Anlagen richtig eingegangen.

2.) Stärke der fernöstlichen Armee

Eine neuerliche Überprüfung unserer Unterlagen über die Stärke und Gruppierung der *sowjetrussischen fernöstlichen Armee*¹ ergab im Wesentlichen keine Veränderungen hinsichtlich des Einsatzes der Truppenverbände. Es sind nach wie vor *11. Inf. Divisionen und 1½–2 Kav. Divisionen*², ferner – unverändert – 350 Flugzeuge anzunehmen. Die bisher auf 300 angenommene Zahl von *Kampfwagen*³ ist möglicherweise um ein weiteres Bataillon auf etwa 350 angestiegen. Einzelheiten über die Dislokation sowie sonstige ergänzende Angaben enthalten die Beilage I und der gleichzeitige Luftbericht Nr. 1/35.

⁷ Die Unterschrift des Sekretärs ist nicht zu entziffern.

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Das Wort ist unterstrichen.

3.) Neuer sowjetruss. Militärattaché für Berlin

Am 2.1.35 eröffnete der Leiter der II. Westabteilung des Außenkommissariats⁴ dem Herrn Botschaftsrat⁵ die Absicht der Sowjetregierung, einen *neuen Militärattaché*⁶ nebst Gehilfen *nach Berlin*⁷ zu entsenden und Schnittmann abzubefordern. Der Leiter der Abteilung Ausländische Verbindungen im Stabe der Roten Armee, Gekker, und sogar der Chef des Hauptstabes der Roten Armee, Jegoroff, wollten auf mein Befragen „von einer solchen Maßnahme nichts Bestimmtes wissen, sondern nur ganz allgemein davon gehört haben“, angeblich weil die sowjetrussischen Militärattachés im Auslande dem Volksverteidigungskommissar unmittelbar unterstehen. Aber auch der daraufhin von mir befragte stellvertretende Volkskommissar Tuchatschewskij gab nur die bestehende allgemeine Absicht zu, schränkte sie aber dahin ein, dass *alles noch in Vorbereitung*⁸ sei.

Für den Berliner Posten ist der bisherige *Gehilfe*⁹ des sowjetrussischen Militärattachés in *Paris, Orlow, in Aussicht genommen*¹⁰. Über Orlows militärische Vergangenheit liegen hier keine Aufzeichnungen vor; zweifellos kann er aber von Paris aus beurteilt werden. Er soll gute militärische Kenntnisse haben und sehr umgänglich sein. Durch Kriegsverwundung hat er ein Bein verloren, was ihn jedoch in der Beweglichkeit nicht behindert. Der Name des in Aussicht genommenen Gehilfen ist nicht bekannt geworden.

*Tiefere Bedeutung scheint dem Wechsel nicht zuzukommen*¹¹. Schnittmann ist so lange in Berlin tätig gewesen, dass seine Rückbeordnung bei dem üblichen schnellen russischen Turnus an der Zeit ist. Vielleicht besteht aber auf russischer Seite der Wunsch, durch bessere und stärkere Besetzung des Berliner Postens ihre militärischen Interessen in Deutschland etwas zu aktivieren. Möglicherweise stecken hinter der Maßnahme auch französische Einflüsse.

Jegoroff und Tuchatschewskij drückten die Hoffnung aus, dass ein etwa neu ernannter Attaché freundschaftlich aufgenommen würde. Schnittmann sei im Übrigen mit allen militärischen deutschen Angelegenheiten so eingehend vertraut, dass er weitere Wünsche – nach seinen eigenen Worten – seit längerer Zeit nicht mehr habe, was sich wiederum für mich hinsichtlich der Vorbringung von Wünschen auf Gegenseitigkeit einschränkend auswirke.

4.) Bezug: T A Nr. 3/35 geh. T 3/Att. Gr. Ia vom 2.1.35, Ziff.2.

Bei der Botschaft in Moskau ist ein beamteter Botschaftsarzt¹² vorhanden, der in der Lage ist, eine ärztliche Untersuchung gemäß H.Dv. 477 durchzuführen. Bei der Gesandtschaft in Kaunas ist ein entsprechender Arzt nicht verpflichtet. Bei der Nähe Ostpreußens kann die Untersuchung vielleicht in Ostpreußen durchgeführt werden.

⁴ David Grigor'evič Štern.

⁵ Fritz von Twardowski.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Das Wort ist unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

¹² Ling.

5.) Anlagen:¹³

Beilage I: Militärische Nachrichten

„ II: Luftbericht Nr. 1/35

„ III: Verwaltungsangelegenheiten (nur für RWM).

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt zwei Eingangsstempel des AA mit Datum vom 9.1.1935. Stempel: Geheim. Außerdem: Gelesen: gez. Schulenburg. Nicht entzifferte Paraphen. Auf Vorlage Brandschäden.

PA AA, R 30100a, Bl. 10–13.

Nr. 3

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg**

Geheim

Expl. Nr. 3

[9.1.1935]

TAGEBUCH

N. N. KRESTINSKIJS

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS GRAF SCHULENBURG,
9. JANUAR 1935

1. Am 7. des Monats, am Tag der Abreise des Gen. Litvinov, rief man im Namen Schulenburgs im Sekretariat des Gen. Litvinov an und bat, dass Gen. Litvinov am 8. oder 9. Schulenburg empfangen möge. Am 8., bereits nach der Abreise von M. M., wurde Schulenburg geantwortet, dass Litvinov am Vortag abgereist sei und ich ihn empfangen könne. Wir vereinbarten, dass er am 9. um 12.30 Uhr erscheinen werde.

Schulenburg begann damit, dass er am 16. Januar nach Berlin reisen und zum 30. zurückkehren werde. Ihm wäre es aus rein persönlichen Erwägungen wichtig gewesen, wenn er die Möglichkeit gehabt hätte, dass er vor der Abreise Litvinov ^{**gesehen**}¹ [und] mit ihm ein Gespräch zu politischen Themen geführt hätte. Als er darum bat, am 8. oder 9. empfangen zu werden, habe er gedacht, dass Litvinov nicht am gleichen Tag abreise. Wenn man ihm am 7. jedoch geantwortet hätte, dass Litvinov am gleichen Tag abreise², hätte er Litvinov selbstverständlich gebeten, ihn wenigstens für einige Minuten zu empfangen.

¹³ Die Beilagen I und II sind in: PA AA, R 30100a, Bl. 14–24.

¹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

² Litvinov reiste am 7.1. nach Genf ab. Er beabsichtigte, am Morgen des 9.1. in Berlin Station zu machen, bat jedoch Suric, den Deutschen darüber nichts vor dem 8.1. mitzuteilen, da er sich noch nicht entschieden habe, ob er sich in Berlin bis zum Ende des Tages aufhalten oder ohne Unterbrechung weiter fahren werde. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 15, p. 104, d. 3, l. 38–39.

Ich antwortete, dass er, als er um ein Treffen mit Litvinov anfragte, nicht gesagt hätte, in welcher Angelegenheit er ihn sprechen wolle und nicht die Dringlichkeit dieses Gesprächs unterstrichen habe. Es sei ganz natürlich, dass Litvinov, der am Tag seiner Abreise einige früher angesetzte Sitzungen und Treffen hatte, nicht von sich aus die Initiative ergriffen habe, das Gespräch zu einem unbekannten und dabei allem Anschein nach nicht dringlichen Thema zu beschleunigen.

2. Danach kam Schulenburg auf den Grund seines Besuches zu sprechen. Vor allem habe er den Auftrag des AA, uns folgende Erklärung abzugeben. In den ****römischen****³ Verhandlungen über das Saargebiet⁴ und den nachfolgenden Beschlüssen sei vorgesehen, dass die Übergabe des Saargebietes an Deutschland bei einem entsprechenden Ergebnis des Plebiszits innerhalb von vier Wochen durchgeführt werden müsse. Die deutsche Regierung betrachte diese Vier-Wochenfrist als eine maximale und werde in entschiedenster Weise gegen Versuche, diese Frist zu verlängern, Einspruch erheben. Ihm sei aufgetragen, diese Mitteilung zum Zwecke der Information vorzutragen, nicht aber als Bitte um Unterstützung für die deutsche Haltung.

3. Sch[ulenburg] ging sodann zu den sowjetisch-deutschen Beziehungen über. Er sprach über die Friedensliebe Deutschlands und über den Wunsch, mit uns normale ****und freundschaftliche****⁵ Beziehungen herzustellen.

Ich antwortete Sch., dass ihm unser Friedensstreben und unser Wunsch, mit allen Staaten normale freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, sehr gut bekannt sei. Da wir Deutschland davon nicht ausschließen, hätten wir [Deutschland] vorgeschlagen, dass es sich dem osteuropäischen Beistandspakt anschließe. Doch seitens Deutschlands sei ****bis jetzt****⁶ keine Bereitschaft zu vernehmen, unseren Vorschlag anzunehmen.

Sch. antwortete: Aber Sie verstehen doch ganz genau, dass wir den Ostpakt in der Form, wie er uns vorgeschlagen worden ist, nicht annehmen können.⁷ Ich denke, dass es keinen einzigen Menschen in der Welt gibt, der meinen würde, dass wir ihn annehmen werden.

Ich antwortete, dass wir bei unserem Ostpaktvorschlag aufrichtig von dem Wunsch ausgegangen seien, dass sich Deutschland ihm anschließe, und bis jetzt die Hoffnung noch nicht endgültig verloren hätten.

Sch. antwortete, im Paktentwurf gäbe es einen Artikel, dass seine Unterzeichner dem Teilnehmer, der Opfer eines Überfalls geworden sei, automatisch zur Hilfe

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Gemeint sind die Verhandlungen des vom Völkerbundsrat eingerichteten trilateralen Komitees mit den interessierten Seiten, um die ungelösten juristischen und wirtschaftlichen Fragen abzustimmen, die sich aus der voraussichtlichen Überführung des Saargebietes in die Verwaltung Deutschlands nach dem für das am 13.1.1935 anberaumte Plebiszit ergeben würden.

⁵ Die Textstelle ist über die Zeile geschrieben.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Der von Frankreich initiierte und von der UdSSR unterstützte Ostpaktentwurf sah ein Abkommen der Baltischen Staaten, Deutschlands, Polens, der UdSSR und der Tschechoslowakei über gegenseitigen Beistand im Falle eines Angriffs einer der vertragschließenden Seite auf eine andere sowie die Nichtunterstützung eines Aggressorstaates vor, der nicht Teilnehmer des Abkommens ist. Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 254, Anlage, S. 480–481. Zur offiziellen Haltung der deutschen Regierung zum Ostpaktprojekt vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 508, S. 1333–1338.

eilen würden. Dies bedeute, dass französische Truppen zu einem beliebigen Zeitpunkt das Territorium Deutschlands betreten und sagen könnten, dass sie sich über Deutschland nach Finnland begeben, das Opfer eines Angriffs seitens Estlands geworden sei, oder irgendetwas anderes in dieser Art.

Ich antwortete, dass der von ihm angeführte Fall unrealistisch sei. Denn die Paktteilnehmer würden erst dann dem Angriffsoffer zur Hilfe kommen, wenn das Angriffsoffer darum nachsuche. Wenn solch ein Vorbehalt nicht in dem ursprünglichen Paktentwurf enthalten sei, so hätte die deutsche Regierung auf dem Verhandlungswege eine erforderliche Präzisierung einbringen können. Stattdessen habe es die deutsche Regierung vorgezogen, eine jegliche Grundlage für den Pakt einfach abzulehnen.

Danach sprach Sch. darüber, dass die deutsche Regierung, die sich ablehnend zum Pakt verhalte und ihn für unannehmbar erachte, dennoch ihre Überlegungen in dem Memorandum vom 10. September⁸ dargelegt habe. Leider sei auf dieses Memorandum bislang von keiner einzigen Seite eine Antwort erfolgt.

Sch. fügte hier sogleich hinzu, dass er nicht bevollmächtigt sei, Verhandlungen zu führen, sondern lediglich ein Bild von der Stimmung der deutschen Regierung zeichne.⁹

4. Darauf ging Sch. zu unserer Presse über. Sie bringe sehr viele scharfe und ungerechte Ausfälle gegen Deutschland. Dies sei ihm umso unangenehmer, als er selbst alles unternehme, um die antisowjetischen Töne in der deutschen Presse abzuschwächen. Am meisten betrübten ihn die Artikel der „Pravda“ und der „Izvestija“ vom 5. Januar¹⁰ und die Karikatur in der „Pravda“, die auf eine Beteiligung deutscher Kreise an der Ermordung Kirovs anspiele¹¹. In der „Pravda“ bemerke er eine besondere Voreingenommenheit. So sei in einer Belgrader Zeitung der Aufruf zur Ermordung Kirovs veröffentlicht worden. Dieser Aufruf sei dann von einer in Deutschland erscheinenden Emigrantengazette nachgedruckt worden. Die „Pravda“ stelle die Angelegenheit aber so dar, als sei der Primär-Aufruf von Deutschland ausgegangen.¹²

Ich antwortete Sch., dass es gerade im Zusammenhang mit der Ermordung des Gen. Kirov¹³ in der deutschen Presse eine Vielzahl von scharfen antisowjetischen

⁸ So im Dokument; richtig: 8.9.1934. Vgl. Anm. 7.

⁹ Eine Aufzeichnung von der Schulenburgs vom 9.1.1935 über das Gespräch beschränkte sich auf die Ostpakt-Frage. Vgl. PA AA, Moskau 212, Bl. 429003. Am 17.1.1935 verschickte von Neurath u.a. an die Botschaft Moskau ein persönliches und streng vertrauliches Schreiben, in dem er „in kurzen Zügen einiges über die amtliche Einstellung zu den akuten politischen Fragen“, auch zu der Ostpakt-Frage, mitteilte. In: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 446, S. 819–821, hier S. 819.

¹⁰ Vgl. „Malen'kij konsul i ego bol'shie chozjaeva“ (Der kleine Konsul und seine großen Herren). In: Pravda vom 5. Januar 1935, S. 1. I.M.: „Posobniki i pokroviteli“ (Handlanger und Gönner). In: Izvestija vom 5. Januar 1935, S. 1.

¹¹ Vgl. „Smotri v koren'! Malen'kij konsul i ego bol'shoj pokrovitel'“ (Schau zum Kern der Sache! Der kleine Konsul und sein großer Gönner). In: Pravda vom 6. Januar 1935, S. 5.

¹² Vgl. „Berlin inspiriroval Belgrad, osvedomljaja čitatelej „Novogo slova“, perepečatkoj“ terrorističeskich prizyvov“ (Berlin inspirierte Belgrad, indem es die Leser des „Novoe slovo“ mit dem „Nachdruck“ von terroristischen Aufrufen informierte). In: Pravda vom 5. Januar 1935, S. 1.

¹³ Sergej Mironovič Kirov war am 1.12.1934 einem Attentat zum Opfer gefallen, dessen Hintergründe bis heute nicht endgültig geklärt sind. Vgl. Echo vystrela v Smol'nom. Istorija rassledovanija ubijstva S. M. Kirova po dokumentam CK KPSS (Der Nachhall des Schusses im

Verlautbarungen gegeben habe. Zum Beispiel habe die deutsche Presse den von unserer Presse nicht genannten ausländischen Konsul¹⁴ in Schutz genommen und erklärt, dass das reinste Erfindungen und Kombinationen wären.¹⁵ Es sei völlig natürlich, dass unsere Presse derartige verleumderische Veröffentlichungen der deutschen Presse scharf zurückgewiesen habe.¹⁶

Mir sei die Zurückhaltung unserer Presse und der gesamten Öffentlichkeit in Bezug auf Deutschland völlig verständlich. Denn Deutschland rüste offen auf. Dazu heiße es in den Programmklärungen der Führer der in Deutschland herrschenden Partei, dass diese Aufrüstung gegen uns gerichtet wäre und ihr Ziel darin bestünde, das deutsche Territorium in Europa nach Osteuropa zu erweitern. Es sei völlig natürlich, dass sich unsere Öffentlichkeit nicht mit einigen inoffiziellen friedliebenden Erklärungen, die wir von deutscher Seite zu hören bekämen, zufriedengeben könne, die aber zum großen Teil sowohl unserer als auch der ausländischen Öffentlichkeit unbekannt blieben, und sie trage der Tatsache Rechnung, dass man gegen uns aufrüste und den Krieg vorbereite.

Die deutsche Seite könne nur mit Taten, zum Beispiel durch den Beitritt zum Beistandspakt, nicht aber mit Worten, das natürliche Misstrauen unserer Öffentlichkeit überwinden.

Sch. fuhr fort, seine friedliebenden Beteuerungen zu wiederholen.^{x)}

5. Danach ging er zu einigen kleinen Angelegenheiten über. Er erinnerte an den in **¹⁷ Xinjiang verhafteten Vasel.

Ich antwortete, dass wir, wie ich ihm bereits mitgeteilt habe, über unsere Konsuln alle Maßnahmen ergreifen, um Vasels Situation zu ermitteln und seine Befreiung zu betreiben, falls er verhaftet ist.¹⁸

6. Darauf ging er zum Fall des evangelischen Bischofs in Leningrad, Malmgren, über. Er sei sowjetischer Staatsbürger und bemühe sich um die Ausreise für Heilbehandlung im Ausland. Chinčuk unterstütze seine Bitte. Schulenburg sei bekannt, dass die zuständigen Behörden die Ausreise entweder genehmigt oder eine solche in Aussicht gestellt hätten. In Leningrad liege aber bis jetzt keine Anordnung vor.

Smolny. Die Geschichte der Untersuchung des Kirov-Mordes anhand von Dokumenten des ZK der KPdSU), hrsg. von N.G. Tomilina und M.Ju. Prozumenščikov, Moskva 2017.

¹⁴ Gemeint ist der Konsul Lettlands in Leningrad Georgs Bisenieks, dessen Name nicht in der veröffentlichten Anklageschrift des Staatsanwaltes der UdSSR in der Strafsache Nikolaev und andere erwähnt worden war. Vgl. Pravda vom 27. Dezember 1934. Auf Forderung der sowjetischen Regierung wurde Bisenieks aus der UdSSR abberufen. Vgl. Izvestija vom 4. Januar 1935, S. 4.

¹⁵ In dem Resümee des vom Komitee für Parteikontrolle beim ZK der VKP (B) im Januar 1961 erstellten Berichts über die Kontakte Nikolaevs zu Konsul Bisenieks heißt es u. a.: „Es kann als gesichert angesehen werden, dass die Anklage gegen L.V. Nikolaev und andere, die zusammen mit ihm verurteilt wurden, hinsichtlich der Kontakte zum lettischen Konsul in Leningrad Bisenieks [so im Dokument – die Hrsg.] und der finanziellen Unterstützung für terroristische Zwecke völlig aus der Luft gegriffen war. Dieser Teil der Anklage wurde erstellt, nachdem die Regierungskommission unter der Leitung von Stalin die Untersuchung des gesamten Falls der Ermordung Kirovs übernommen hatte.“ In: *Écho vystrela v Smol'nom*, Dok. 1.7.31, S. 429–436, hier S. 436.

¹⁶ Vgl. „Oslinye uši inspiratorov. Germanskaja fašistskaja pečat' vybaltyvaet svoi plany“ (Die Eselsohren der Anstifter. Die deutsche faschistische Presse plaudert ihre Pläne aus). In: Pravda vom 5. Januar 1935, S. 1.

¹⁷ Das an dieser Stelle stehende Wort „Deutschland“ ist durchgestrichen.

¹⁸ Vgl. auch Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 478, 557, 558. Dort noch irrtümlich Fasel.

Ich antwortete, dass mir überhaupt nichts von einer Genehmigung für M[almgren] bekannt sei und ich Auskünfte einholen würde.

7. Die letzte Frage, die Sch. aufwarf, betraf den Mitarbeiter des deutschen Konsulats in Tiflis, Nymann. Dieser Nymann sei sowjetischer Staatsbürger. Er habe viele Jahre im Konsulat gearbeitet und möchte jetzt aus der UdSSR nach Deutschland ausreisen, um dort den ständigen Wohnsitz zu nehmen. Er habe einen Antrag über den Austritt aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft eingereicht, dieser sei aber abgelehnt worden. Darauf habe er sich an Intourist gewandt, aber ihm sei ungeachtet dessen, dass er die erforderliche Summe in Devisen bezahlt habe, ebenfalls eine Ablehnung erteilt worden. Sch. ersuche das NKID, der Deutschen Botschaft einen persönlichen Dienst zu erweisen und das Gesuch Nymanns zu unterstützen. Dafür handigte er mir ein kleines Memorandum aus.

Ich versprach, mich für diese Angelegenheit¹⁹ zu interessieren, ohne jedwede Versprechungen zu machen.

N. Krestinskij

^{x)} Als Sch. über die Presse sprach, äußerte er seine Betrübnis wegen der Erklärung Litvinovs gegenüber tschechischen Journalisten.²⁰ Ich solidarisierte mich mit den Erklärungen L[itvinovs], indem ich mich noch einmal auf die Haltung Deutschlands in der Paktfrage berief.

Vermerke mit Bleistift: M.M. und mit blauem Farbstift: zu den Akten.

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 82 vom 14.1.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. Das 1. [Exemplar] ins Archiv, das 2. an Gen. Litv[inov], das 3. an Gen.

Stom[onjakov], das 4. an Gen. Štern, das 5. nach Berlin, das 6. an –

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 32, l. 1–4. Kopie.

Nr. 4

Aufzeichnung der Unterredung des Botschaftsrats von Twardowski mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern

****11.I.1935**1**

Notiz

Ich hatte heute eine sehr ausführliche Unterhaltung mit Herrn *Štern*² über das deutsch-sowjetische Verhältnis. Im Verlauf der Unterhaltung kam ich auf die unge-

¹⁹ Vgl. Dok. 93, 182. Vgl. auch Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 459, 558. Dort irrtümlich Nieman.

²⁰ Vgl. die Rede Litvinovs auf dem Empfang für Vertreter der tschechoslowakischen Presse am 3.1.1935. In: Vnešnja politika SSSR. Sbornik dokumentov (Die Außenpolitik der UdSSR. Dokumentenband), Bd. IV (1935–ijun' 1941), hrsg. von B. E. Štejn, Moskva 1946, Dok. 1, S. 3–5. Graf von der Schulenburg schickte am 12.1.1935 einen Bericht an das AA, in dem er seinen Protest wegen der Äußerung Litvinovs gegenüber den tschechoslowakischen Journalisten und gegen die Pravda-Artikel darlegte. In: PA AA, Moskau 212, Bl. 429007.

¹ Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

² Der Name ist unterstrichen.

heuerliche Behauptung zu sprechen, dass Deutschland hinter dem Kirow-Mord³ stehe, sowie auf die Ausfälle des Herrn Litwinow gegen Deutschland in seiner Rede vor den tschechischen Journalisten⁴. In längeren Ausführungen habe ich darauf hingewiesen, dass mir die sowjetische Außenpolitik gegenüber Deutschland unverständlich sei. Sowjetrussland wünsche von uns den Beitritt zum Ostpakt, d. h. zu einem Pakt, der mit der *assistance mutuelle*⁵ wohl größeres gegenseitiges Vertrauen voraussetze. Andererseits aber tue die Sowjet-Politik und die Sowjetpresse alles, um Deutschland aufs äußerste zu reizen. Warum nehme z. B. Sowjetrussland in der Saarfrage einen viel deutschfeindlicheren Standpunkt ein als Frankreich? Das Resultat dieser Haltung der Sowjetpresse und der Sowjet-Außenpolitik sei, dass in Berlin auch alle diejenigen schwer verstimmt seien, die unter anderen Umständen für gute deutsch-sowjetische Beziehungen einzutreten bereit wären, und dass die Sowjetregierung sich nicht wundern dürfe, wenn es aus dem Walde so herausschalle, wie man hineinrufe, d. h. wenn auch die deutsche Öffentlichkeit einmal beginne, sich mit der Sowjetunion, der III. Internationale und ihren Zielen sowie mit den Zuständen hier in der Sowjetunion eingehender zu beschäftigen. Ich müsse diese Entwicklung aufs äußerste bedauern, andererseits dächten wir gar nicht daran, uns eine derartige Behandlung auf die Dauer gefallen zu lassen.

Herr Stern ließ natürlich die alte Walze abrollen, dass Deutschland an allem schuld sei, dass die deutsche Presse gehässig über die Sowjetunion schreibe, dass die Haltung der deutschen Presse in der Kirow-Affaire unglaublich sei und dass alles gut werden würde, wenn wir dem Ostpakt beitreten würden. Wir stellten immer die Behauptung auf, dass wir rüsten müssten, weil wir von allen Seiten bedroht seien; **nun,*⁶ der Ostpakt biete uns die Garantie unserer territorialen Sicherheit. Wir brauchten uns dann nicht so intensiv mit unserer Rüstungsfrage zu beschäftigen. Ich habe darauf erwidert, dass wir nicht die Absicht hätten, unsere Sicherheit von der freundlichen Hilfe unserer Nachbarn abhängig zu machen, dass wir vielmehr, ebenso wie unsere lieben Nachbarn, vorzögen, uns selbst zu schützen. Die Entscheidung darüber, ob der Ostpakt für uns günstig oder ungünstig sei, müsse doch wohl uns überlassen bleiben, und wir ständen auf dem Standpunkt, dass der Ostpakt in seiner jetzigen Form unseren Interessen absolut nicht entspreche. Das einzige Land im Osten, das den Ostpakt wolle, sei die Sowjetunion, und Herr Litwinow werde sich allmählich damit abfinden müssen, besonders nach den jetzigen römischen Verhandlungen⁷, dass der Ostpakt in der Form, wie ihn die Sowjetunion und Frankreich wollten, wohl schwerlich zustande kommen werde. Ich habe dann noch ausführlich darauf hingewiesen, dass wir der einzige Staat seien, der ausführlich grundsätzlich und schriftlich zu dem ganzen Problem des Ostpaktes Stellung genommen hätte, dass wir deutlich gesagt hätten, was für uns annehmbar und was nicht annehmbar wäre und dass es nun Sache der Initiatoren des Paktes sei, daraus

³ Vgl. Dok. 3, Anm. 13.

⁴ Vgl. Dok. 3, Anm. 20.

⁵ Der Begriff ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: und nur.

⁷ Am 7.1.1935 unterzeichneten in Rom der französische Außenminister Laval und der italienische Regierungschef Mussolini ein Abkommen, das mehrere Bereiche der gegenseitigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen betraf. In: Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 1. Serie, Bd. VIII, Paris 1979, Dok. 420, S. 603–610. Vgl. auch ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 405, Anm. 1, S. 745 sowie Dok. 417, S. 771–772.

die Konsequenzen zu ziehen und eventuell mit uns auf der Basis zu verhandeln, die sich aus unserem Memorandum ergäbe. Von uns eine ^{**8} Initiative zu erwarten, sei absurd.

Herr Stern wusste auf alle diese Ausführungen nichts Neues zu erwidern, er betonte nur immer wieder, dass es ganz falsch sei, wenn man deutscherseits annehme, dass die Sowjetunion kein Interesse an guten Beziehungen mit Deutschland habe. Es handele sich nur darum, das vorhandene Misstrauen auszuräumen. Grundsätzlich habe die Sowjetunion ein großes Interesse an möglichst guten und herzlichen Beziehungen zu Deutschland.

Moskau, den 11. Januar 1935

[von Twardowski]

Ohne Unterschrift. Auf erstem Blatt Paraphe von Sch[ulenburg] 14/1, unten: A 9 generalia, oben A/99. Am Ende maschinenschriftlich: Hiermit Herrn Botschafter vorgelegt. Kleiner Umlauf. Zu den Akten. Paraphen von H[ensel] 15/1, Hi[lger] 15/1, v[on] T[wardowski] 11[1.] sowie eine weitere, nicht entzifferte Kenntnisnahme.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429004–429006.

Nr. 5

Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Berlin, den 11. Januar 1935

Vertraulich!

Tgb.Nr. 91/R.

An die

1. Mitglieder des Vorstandes des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft
2. Geschäftsführung der Spitzenorganisationen

Betrifft: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen

Wir erhalten soeben von gutunterrichteter Seite nachstehenden interessanten Bericht:

„In Berliner russischen Kreisen herrscht in Bezug auf die Aussichten eines deutsch-sowjetischen Bestellabkommens bemerkenswerter Optimismus. Es wird erklärt, in wirtschaftlicher Beziehung sei die Atmosphäre zwischen Deutschland und Russland „viel reiner“ geworden und habe die vielfachen Spannungen überwunden, die zu Beginn des Jahres 1934 auftraten. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass der letzte Leitartikel der „Ostwirtschaft“¹ bei den Russen sensationell gewirkt und einen ausgezeichneten Eindruck gemacht hat. Er wird offen als „der

⁸ Das an dieser Stelle stehende Wort „weitere“ ist durchgestrichen.

¹ Vgl. F.: „Das Russlandgeschäft im Rahmen unserer Wirtschaftspolitik“. In: Ostwirtschaft, 1934, Nr. 12, S. 177–178.

Beginn einer neuen Ära in den Wirtschaftsbeziehungen“ bezeichnet. Vor allem scheint die Feststellung des Artikels Anklang gefunden zu haben, dass man die alten Streitpunkte möglichst ausschalten sollte, um sich der neuen Situation zu widmen.

Herr Kandelaki, der neue Handelsvertreter, trifft am Sonnabend, den 12. Januar ds. Js., abends in Berlin ein. Er hat, wie mir offen angedeutet wurde, den festen Auftrag, die deutsch-russischen Bestellverhandlungen vom „toten Punkt“ zu bringen, an den sie gelangt waren. Es wird erklärt, Kandelaki, als völlig neuer Mann, der durch die Stimmungen und Verstrickungen der bisherigen Verhandlungsetappen nicht belastet ist, werde es leichter haben, diesen „toten Punkt“ zu überwinden.

In Bezug auf die Kreditfrage, genauer die Frage der Kreditfristen, will man offenbar Entgegenkommen zeigen. Allerdings wird gerade in diesem Zusammenhang betont, dass bei den Verhandlungen mit Frankreich die Franzosen bereits Kreditfristen bis zu 5 Jahren zugestanden hätten. Auch die Schweden, so wird erklärt, hätten wieder langfristige Kreditangebote gemacht. Die Stimmung ist aber dahingehend, dass an der Kreditfrage die deutsch-russischen Bestellverhandlungen nicht scheitern werden. Gesprächsweise wurde eine Kreditfrist von 4½–5 Jahren als „angemessene Durchschnittsfrist“ erwähnt.

Was nun die Frage anbetrifft, was die Russen bestellen wollen bzw. bestellen werden, so ergibt sich nach meinen Informationen folgendes Bild:

Nach wie vor werden Ausrüstungen und Maschinen für die Schwerindustrie eine große Rolle bei den Sowjetbestellungen in Deutschland spielen. Der Bezug von schwarzen Metallen und von Buntmetallen dürfte dagegen im Zusammenhang mit der günstigeren Gestaltung der Eigenerzeugung im Jahre 1934 stark eingeschränkt werden. Vorherrschend wird, wie auch bisher, die Tendenz sein, vor allem komplizierte und Spezialanlagen zu beziehen. Sollten Kredit- und Bestellabkommen zustande kommen, so dürfte das russische Eisenbahnwesen beim Import weitaus stärker als bisher berücksichtigt werden. Dabei wird es sich allerdings weniger um Bestellungen auf Lokomotiven und rollendes Material handeln als um Oberbaumaterial, Spezialwaggons, Industrielokomotiven und dergleichen. Alte Bestände wird man indessen nicht erwerben, sondern gegebenenfalls Bestellungen vergeben.

Bestellungen für die russische elektrotechnische Industrie und Kraftwerke sind ebenfalls vorgesehen. Als erste Aufträge dürften Bestellungen auf Akkumulatoren zur Vergebung gelangen.

Interessant ist, dass bei den kommenden Bestellungen Ausrüstungen und Maschinen für die russische verarbeitende Industrie („leichte Industrie“) eine größere Rolle spielen werden. Allerdings sind auf diesem Gebiet Serienbestellungen nicht zu erwarten, da man in Moskau auf dem Standpunkt steht, dass die neuen russischen Fabriken den Maschinenbedarf der verarbeitenden Industrie weitaus stärker als früher decken können, allerdings mit gewissen und dabei gerade wichtigen Ausnahmen, vor allem auf dem Gebiet der Textilmaschinen. So werden zweifellos auch solche Anlagen bestellt werden, vielleicht sogar in größerem Umfange, um den Ausbau der verarbeitenden Industrie zu beschleunigen.

Gewisse Missstimmung scheint in russischen Kreisen hinsichtlich der Entwicklung der Sowjetausfuhr nach Deutschland zu herrschen. Man befürchtet nach den bisherigen Angaben über die Gestaltung des deutsch-russischen Handels im

Jahre 1934, dass die Summe von RM 20 Millionen, die für den Sowjetexport nach Deutschland 1934 deutscherseits „angestrebt werden sollte“, nicht erreicht worden sei. Sehr empfindlich zeigt man sich gegenüber der Feststellung, dass auf die Dauer eine so stark passive Handelsbilanz mit Russland für Deutschland nicht tragbar sei. Man weist dabei darauf hin, dass Russland 1934 für 200 Millionen RM Gold nach Deutschland zur Versendung gebracht hat.“

Heil Hitler!
RUSSLAND-AUSSSCHUSS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
Die Geschäftsführung:
Schauke Tschunke

Eigenhändige Unterschriften. Auf Kopfbogen des Russland-Ausschusses geschrieben.

BArch, NS 43/38, Bl. 22–24.

Nr. 6
Arbeitsplan der II. Westabteilung der VOKS

[13.1.1935]

ARBEITSPLAN FÜR DEUTSCHLAND FÜR DAS JAHR 1935¹

1. Es ist die systematische Verbindung zur „Osteuropa“-Gesellschaft hauptsächlich durch den Austausch von Periodika zu unterstützen.
2. Es ist unter Ausnutzung der Beziehungen beim Bücheraustausch anzustreben, den Austausch mit Fach-, Wissenschafts- und anderen Verlagen aufzunehmen.
3. Es sind alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Anzahl unserer wissenschaftlichen Artikel in den deutschen Periodika zu erhöhen.
4. Es sind systematische Übersichten zu Themen zu erarbeiten, die mit den prinzipiellen Leitsätzen und mit Maßnahmen der Nationalsozialisten zu Fragen der Kultur (der Wissenschaft, Literatur, Kunst, Presse, Bildung, der Rassentheorie usw.) verbunden sind, sowie zu einzelnen Reden der Führer der Nationalsozialistischen Partei zu Problemen der Kultur.
5. Zwecks einer umfassenderen Bearbeitung der Materialien sind die Kom[munistische]-Akademie und andere Organisationen, die zu diesen Problemen arbeiten, heranzuziehen.
6. Es ist zu jedem Kulturschaffenden eine Informationskartothek zu erstellen und systematisch zu komplettieren.
7. Es ist systematisch die Bibliographie der in Deutschland erschienenen Bücher zu ergänzen, insbesondere von Büchern und Artikeln über die UdSSR.
8. Es sind Maßnahmen zum Erwerb der von den Nationalsozialisten herausgegebenen wichtigsten Bücher zur Theorie zu ergreifen.

¹ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 521, S. 1373.

8. Es sind die Kontakte zu führenden deutschen Emigranten, zu Vertretern von Wissenschaft und Kunst herzustellen und dafür die Kontakte von MORP und MORT sowie die unserer Beauftragten in Paris und Prag zu nutzen.

9. Es sind Maßnahmen zum Erwerb der wichtigsten periodischen Veröffentlichungen der deutschen Emigranten zu ergreifen.

10. Es sind Vorbereitungsarbeiten zum Jubiläum Einsteins (März 1935)² durchzuführen.

11. Die Verbreitung von sowjetischen Büchern in Deutschland ist über den Bücheraustausch zu verstärken.

Leiter der II. Westabteilung der VOKS

FROJND

13.1.35

GARF, f. R-5283, op. 6, d. 496, l. 4. Kopie.

Nr. 7

Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium

Moskau, den 14. Januar 1935

Deutsche Botschaft
Der Militärattaché

Beilage I zum Bericht Nr. 3/35¹

2. Ausfertigung

Die militärpolitische Lage der Sowjetunion an der Jahreswende 1934/35
(Rückblick auf ihre Entwicklung im 2. Halbjahr 1934)

Bezug: T A Nr. 550/34 geh. T 3/Att.Gr. vom 19.9.34.

Ungeachtet der Kürze des Berichtszeitraums muss man allen Einzelbetrachtungen die Tatsache voranstellen, dass die Festigung der militärpolitischen Lage der Sowjetunion unverkennbare Fortschritte gemacht und dass diese neben anderen Faktoren dazu beigetragen hat, die außenpolitische Aktivität der Sowjetunion zu beleben.

² Aller Wahrscheinlichkeit ist nicht ein runder Geburtstag Einsteins (geboren 1879) gemeint, sondern der 30. Jahrestag der von ihm entwickelten Relativitätstheorie (1905).

¹ Der Bericht Nr. 3/35 enthält die Beilagen: I. Die militärpolitische Lage der Sowjetunion an der Jahreswende 1934/35. (Rückblick auf ihre Entwicklung im 2. Halbjahr 1934). II. Kommandierung französischer Offiziere in die Rote Armee. III. Militärische Nachrichten. IV. Luftbericht Nr. 2/35. V. Verzeichnis aus der Sowjetunion ausgeschiedener deutscher Industriefachleute. VI. Vorschlag für die büromäßige weitere Verteilung der Attachéberichte in Berlin und für ihre Ausstattung mit Anlagen bei der absendenden Stelle. In: PA AA, R 30100a, Bl. 32. In der Akte sind die Beilagen I–VI (Bl. 33–70) vorhanden.

Die Wehrmacht ist in planmäßig fortschreitender Vermehrung begriffen. Die Sowjetunion schöpfte bisher ihre Wehrkraft bezüglich der Bevölkerungsziffer nur etwa halb so stark wie die europäischen Länder mit entsprechender Wehrverfassung aus. Je mehr es der Sowjetunion gelingt, die materielle Rüstungsbasis zu verbreitern und die Ausbildungskadres heranzubilden, desto mehr kann auch der organisatorische Bestand des Heeres, der Flotte und der Luftflotte vermehrt werden.

Bei der Armee kann man gegenwärtig mit einem durch Nachweis belegten Mindeststand von 90 bis 93 Schützen-Divisionen, 15 Kavallerie-Divisionen und 6 selbständigen Kavallerie-Brigaden, ferner schätzungsweise mit bis zu 5000 Flugzeugen und 3500–4000 Kampfwagen rechnen, was gegenüber dem Stand des Heeres vor 1 bis 1½ Jahren eine Vermehrung von etwa 17 bis 21 Schützen-Divisionen, von einer Kavallerie-Division (durch Ausgestaltung einer selbständigen Kavallerie-Brigade zur Kavallerie-Division) und von etwa 1000 Flugzeugen und mindestens 500 Kampfwagen bedeutet. Dislokationsmäßig verteilen sich die neuen Heeresverbände vorwiegend auf die zentral gelegenen Militärbezirke. Die bei der anfänglichen Aufstellung der Wehrmacht und infolge der damaligen Rückständigkeit der Rüstungsindustrie zunächst notwendigerweise vernachlässigte Ausstattung des Heeres mit schwerer Artillerie, mit Hilfswaffen, insbesondere Nachrichtentruppen und mit kompliziertem Heeresgerät wird in zunehmendem Maße nachgeholt.

Bei der Luftflotte kann die angenommene Vermehrung nur geschätzt werden, denn diese ist infolge der noch geringeren Durchsichtigkeit der Organisation der Luftflotte im Einzelnen nur zufällig nachzuweisen. Neben der Vermehrung des Flugzeugbestandes ist im abgelaufenen Halbjahr auch die Indienstellung mindestens eines halbstarren Luftschiffes – für Verkehrszwecke – (W 6) zu 18.000 cbm festzustellen.

Auch der Bestand der Flotte hat eine beträchtliche Vermehrung, hauptsächlich bei den U-Booten und Schnellbooten sowie in letzter Zeit auch bei leichten Zerstörern und U-Bootjägern erfahren. Die neuen Schiffe sind in der Hauptsache als Vermehrung der fernöstlichen und baltischen Flotte sowie als Ausstattung des Flottenstützpunktes Murmansk festgestellt worden. Die baltische Flotte ist außerdem durch die unlängst festgestellte Formierung von Torpedoflugzeuggeschwadern bei Leningrad gestärkt worden. Während die Entwicklung der materiellen Rüstung des Heeres und der Luftflotte, wenn auch unter geistiger Anleihe bei fremden Mächten, so doch ausschließlich in eigener Erzeugung vor sich geht, sind bei der Flotte verschiedentlich unmittelbare Hilfeleistungen von italienischer Seite im Kriegsschiffbau und in der Lieferung fertiger unarmierter Schiffe für Wladiwostok festgestellt worden. *Beachtlich ist die im Sommer des Jahres erstmals festgestellte Stationierung von leichten Seestreitkräften in dem Flottenstützpunkt Murmansk. Murmansk hat günstige Eisverhältnisse^{*2} und liegt am Ende des Schienenstranges nach der Halbinsel Kola; es ist daher für die Handelsschiffahrt während der Vereisung des Leningrader Hafens der gegebene Ausweichhafen. Darüber hinaus wird die unmittelbare militärische Bedeutung dieses Flottenstützpunktes in Verbindung mit der Fertigstellung des Weißmeerkanals offenkundig, der es gestattet, vor der Vereisung des Kanals und des Hafens von Leningrad leichte Streitkräfte in die offene Barents-See zu verlegen und damit überhaupt aus der geschlossenen Ostsee in das freie

² Der Text ist unterstrichen und am rechten Seitenrand angestrichen.

Meer zu gelangen. Vor Murmansk kann ein Festsetzen fremder Mächte am Endpunkt der Murman-Bahn erschwert werden, was in der Zeit der Interventionskämpfe zum Nachteil der Sowjetunion nicht möglich war. *Endlich kann von einem Stützpunkt Murmansk aus die Flanke des „nördlichen Seewegs“ geschützt werden, der für die Sowjetunion eine zunehmende handelspolitische und militärische Bedeutung gewinnt*³.

Der militärische Wert der Roten Wehrmacht mag sich in intensiver Ausbildungsarbeit weiterhin gefestigt haben; um wesentliche Veränderungen hierin festzustellen, ist der Berichtszeitraum zu kurz und fehlte es an Beobachtungsgelegenheiten. Dagegen verdient ein internes Symptom Beachtung. Mehr noch als innerhalb der zivilen Bürokratie ist in der militärischen Hierarchie die Schichtung und Differenzierung vorgeschritten. Der Aufbau in erheblich unterschiedlichen Rang- und Gehaltsstufen, verbunden mit der militärisch bedingten strengen Über- und Unterordnung bedingt und fördert wesentliche Unterschiede im Lebensstil. Die der Revolution unweigerlich folgende Hinüberleitung ins „Bürgerliche“ schreitet fort. Während die zahlenmäßig sehr geringe oberste Schicht bei reichlichem Einkommen ein durchaus saturiertes herausgehobenes Leben führen kann, unter dem Gesichtspunkt der Revolutionsversprechungen der „allgemeinen Wohlhabenheit usw.“ gewissermaßen bereits am Ziel ist, sind die übrigen Schichten aus der darbenenden Allgemeinheit materiell noch tatsächlich wenig herausgehoben und befinden sich nach wie vor im Stadium vager Zukunftshoffnungen. Man kann die Gefahren einer so starken und im Grundsatz dem kommunistischen Weltbild widersprechenden Differenzierung zweifellos im militärischen Bereich leichter beherrschen als in der labileren Masse des Volkes. Dennoch bleibt ein gewisser psychologischer Missstand bestehen. An die parteimäßige, politische Durchschulung der Wehrmacht und ihre unzweifelhafte Verbundenheit mit Volk und Regierung rühren diese Dinge infolge der stark bevorzugten Sonderstellung der Wehrmacht im Staate nicht heran. Diese ist nach wie vor unbestritten die stärkste Stütze des Rätebundes und seiner inneren staatlichen Struktur. Anhaltspunkte dafür, dass etwa oppositionelle Strömungen – die z.B. in der Kirow-Affäre plötzlich ans Licht kamen – Eingang gefunden hätten, fehlen völlig.

Die Rüstungsindustrie geht gleichfalls, früher und schneller als die übrige Industrie, den Weg ihres – absolut gesehen noch langsamen – aber unbestreitbaren Aufstieges weiter. Der Sinn des mit dem Jahre 1933 abgeschlossenen ersten industriellen Jahrfünfts, die Sowjetunion verteidigungsfähig zu machen, ist heute Gestalt geworden. Die Rüstungsindustrie der Sowjetunion vermag heute, im Ganzen gesehen, auf eigenen Füßen zu stehen, weil sie in den vorausgegangenen Jahren ohne Zögern und ohne wirtschaftliche Rücksichten die nötigen Investitionen geschaffen, einen gewissen Stamm eigener technischer Intelligenz und Handfertigkeit herangebildet und die Erforschung sowie Erschließung der eigenen Bodenschätze hinreichend gefördert hat. Gerade auf dem Rüstungsgebiet will die Sowjetunion autark sein; und sie kann es auch, dank ihrer geographischen Weiträumigkeit und ihres glücklichen Rohstoffreichtums. Vom Stadium der Extensivierung im ersten Jahrfünft ist die Rüstungsindustrie im 2. Jahrfünft zur Intensivierung übergegangen, um auf der einmal geschaffenen Basis die Erzeugung mengen- und wertmäßig zu he-

³ Der Text ist unterstrichen.

ben. Es ist insbesondere der Schwerindustrie gelungen, die ungekürzten Planzahlen des abgelaufenen Jahres – wenn auch mit manchen Symptomen der Überhasung – zu erfüllen. Demgegenüber spielt es keine entscheidende Rolle, wenn auch nach wie vor Erzeugung und Verteilung, Bewirtschaftung und vor allem pflegliche Erhaltung mit allerhand, zum Teil grotesken, Mängeln behaftet sind. Während sich die Rüstungsindustrie der Sowjetunion geistig, finanziell und bezüglich der Rohstoffe und Halbfabrikate mehr und mehr von fremder Hilfe befreit, ohne allerdings schon völlig auf sie verzichten zu können, ist sie doch hier und da bereits dazu übergegangen, als Rüstungslieferant anderer Länder aufzutreten und sich damit in die Weltkonkurrenz einzuschalten (z. B. Kampfwagen, Lastkraftwagen usw. für die Türkei), wobei für die Sowjetunion die politischen Gesichtspunkte den rein wirtschaftlichen Überlegungen vorangestellt werden. – Die von beiden Partnern verheißungsvoll umworbene rüstungstechnische Zusammenarbeit mit Frankreich wird man sich nicht in der Form großer Serienbestellungen von Fertigfabrikaten vorstellen dürfen, sondern nur in der sehr bedingten Form einer mit allen hinterhältigen Winkelzügen asiatischer Geschäftspraktiken belasteten Ausspionierung der französischen Rüstungsindustrie, vornehmlich auf dem Gebiet der Luftfahrt, ferner in der Form vorteilhafter Kreditgewinnung, in der Form der Aushandlung günstiger Absatzbedingungen für sowjetrussische Produkte in Frankreich, aber nur zum geringsten Teil in der Form des Kaufes kleinerer Musterserien für den Nachbau im eigenen Land.

Auch als Rohstoffland gewinnt die Sowjetunion mit zunehmender Ausbeutung ihrer Bodenschätze immer stärkere Bedeutung gerade für diejenigen Staaten, die nach ihrer geographischen Lage und nach der politischen Konstellation unmittelbare Abnehmer der Sowjetunion sein können. Beachtlich ist die 1934 erstmals – und zwar zum Teil vorzeitig – erzielte Erfüllung der ungekürzten Planziffern, namentlich für Kohle, Roheisen, verschiedene Erze und Gold. Merkwürdigerweise ist dagegen die Produktion von Naphta und seiner Derivate infolge ernster Mängel in der Produktion auch gegenüber den stark gekürzten Planzahlen erheblich im Rückstand geblieben. Auch die Manganförderung blieb rückständig.

Die Ernährungslage der Sowjetunion ist nach einer im Allgemeinen auskömmlichen Ernte und nach einer staatlicherseits vorgenommenen ausreichenden Magazinierung vom Standpunkt der Landesverteidigung aus als gesichert anzusprechen. Wie im Vorjahr musste und konnte auch diesmal der Staat mit Abgaben aus Regierungsvorräten in die Brotversorgung und Saatgutbereitstellung regulierend eingreifen.

Auf dem Gebiet der Verbesserung des Verkehrswesens sind im Straßenbau im Laufe des Sommers und Herbstes große Anstrengungen gemacht worden, um den wachsenden Bedürfnissen des Überlandverkehrs schnelligkeitsmäßig und gewichtsmäßig besser gerecht zu werden; allerdings beschränken sich die Verbesserungen und Neuanlagen auf die westlichen Grenzgebiete und die weitere Umgebung der Großstädte. Sie berücksichtigen vorerst vorwiegend lokale Interessen. Auch im Eisenbahnwesen und auf dem Gebiet der Fluss- und Seeschifffahrt sowie des zivilen Luftverkehrs sind Anstrengungen gemacht worden. Da aber schon die friedensmäßige Beanspruchung des Verkehrs schneller anwächst als die Instandhaltung und Neuschöpfung Schritt halten kann, bleibt hier fast noch alles zu tun übrig.

Im Zusammenhang mit der Ernährungs- und Verkehrslage hat auch die Entwicklung des Viehbestandes militärische Bedeutung. Während in allen Teilen der Sowjetunion das abgelaufene Jahr im Bestand der Schlachttiere erstmals eine Zunahme und eine steigende Entwicklungstendenz aufweist, der Tiefpunkt also überwunden ist, ist bei den Pferden noch ein weiteres Absinken festzustellen und eine aufsteigende Entwicklung auch 1935 nicht zu erwarten. Der Mangel an Zugtieren findet in der Motorisierung keinen genügenden Ausgleich, teils durch Mangel an Fahrzeugen, Werkstätten und Betriebsstoff, teils infolge der völligen Unzulänglichkeit des Straßennetzes.

Der allgemeine Gesundheitszustand im Volk mag sich etwas gebessert haben. Vorbeugende Hygiene und Stand der Krankenversorgung ist – an westeuropäischen Verhältnissen gemessen – nach wie vor auf trostlos niedriger Stufe.

Mit der lebhaft betriebenen und planmäßig fortschreitenden geologischen Erforschung der Sowjetunion (die vor dem Kriege praktisch fast überhaupt noch nicht bestand und innerhalb des Jahres 1933 immerhin bereits ein Drittel des Landes erfasst hatte) gehen umfangreiche Landesvermessungsarbeiten Hand in Hand. Abgesehen von der Neuausgabe von Kartenblättern kleineren Maßstabes für einzelne Gebiete sind neu aufgenommene oder neu gedruckte Kartenblätter größeren Maßstabes, die Rückschlüsse auf den militärischen Wert des Kartenmaterials zulassen, im offenen Handel aber nicht erhältlich und werden auch von der Roten Armee geheim gehalten.

Bei der Betrachtung der militärpolitischen Beziehungen der Sowjetunion zu anderen Ländern nimmt der Ferne Osten eine besondere Stellung ein. Die militärische Lage im Fernen Osten kann als gesichert gelten. Eine wesentliche Vermehrung der sowjetrussischen militärischen Kräfte zu Land und in der Luft oder wichtige Veränderungen in der Gruppierung dieser Streitkräfte ist nicht festgestellt worden. Dagegen ist eine wesentliche Vermehrung und Verbesserung der Truppenausrüstung und eine erheblich erweiterte Bevorratung an Munition (3–6 Monate) sowie Verpflegung und Nachschubbedarf (bis 12 Monate) anzunehmen. – Die Bedeutung Wladiwostoks als Flottenstützpunkt hat mit der Vermehrung und Verstärkung der permanenten ^{**}Befestigungen Wladiwostoks, noch mehr aber mit der vermehrten ^{**4} Ausstattung Wladiwostoks mit U-Booten, Schnellbooten und U-Bootsjägern weiterhin gewonnen. Man kann die Zahl der U-Boote zum Jahresende, wie von der Roten Flotte geplant, etwa mit 22 bis 25 annehmen. Einen bedeutungsvollen Zuwachs stellen die beiden unlängst von Italien gelieferten „Zerstörer“ dar, denen noch weitere 6 Boote gleicher Art und Herkunft folgen sollen. – An der rein defensiven Einstellung der sowjetrussischen Landesverteidigung im Fernen Osten hat sich nichts geändert. In den Unterredungen der letzten Tage haben erst wieder die höchsten Persönlichkeiten die russische These unterstrichen, dass die Sowjetunion den Frieden aufrecht zu erhalten wünsche, aber (im Fernen Osten) einen feindlichen Angriff auch nicht zu scheuen brauche und zur Abwehr bereit sei. Es bleibt der Sowjetunion aber auch keine andere Wahl, als selbstgenügsam sich auf die Erhaltung ihres gegenwärtigen Besitzstandes zu beschränken. Außerdem ist es – politisch gesehen – nach wie vor als Ausdruck des Schwächegefühls zu werten, dass die Sowjetunion ständig so viel von ihrer Verteidigungsbereitschaft spricht und

⁴ Der Text ist maschinschriftlich eingefügt.

dass sie dennoch aus Besorgnis vor kriegesischen Verwicklungen im Fernen Osten sich gezwungen sieht, ihre gesamte Außenpolitik wesentlich von der möglichen Entwicklung der Dinge im Fernen Osten abhängig zu machen. Dabei ist nicht so sehr die Angst vor lokalen japanischen Angriffen bestimmend. Selbst den Verlust der Küstenprovinz mit Wladiwostok würde man schließlich hinnehmen können. Die weitaus tiefere Sorge macht der Sowjetunion das Vordringen und Festsetzen der Japaner in der inneren Mongolei, dem eine Durchdringung der äußeren Mongolei mit dem fernerer Ziel einer Losreißung des ostsibirischen Gebiets von der Sowjetunion folgen könnte. Alle Vorgänge, insbesondere in der inneren Mongolei, werden ständig mit Nervosität verfolgt und entsprechend kommentiert. Die Sowjetunion, die unter diesen Gesichtspunkten die äußere Mongolei als ihr Glacis betrachtet, nimmt ihrerseits dauernd eine starke militärpolitisch-propagandistische und unmittelbar militärische Beeinflussung der „selbständigen“ mongolischen Volksrepublik vor, organisiert ihre Wehrmachung, militärische Ausbildung und Landesverteidigung und spart nicht mit zweckdienlichen Geschenken an die mongolische Regierung in Form von militärischen Flugzeugen, Kampfwagen und sonstigem Heeresgerät. – In dem Gebiet von Xinjiang⁵ herrscht zurzeit der sowjetrussische Einfluss durchaus vor. Die mohammedanischen Aufstände des abgelaufenen Jahres wurden mit sowjetrussischer Waffenhilfe niedergeschlagen; durch die geographische Lage und leichtere Zugänglichkeit von der Sowjetunion aus wird die sowjetrussische wirtschaftliche Durchdringung begünstigt. Jedoch ist damit der Kampf zwischen Sowjetunion, China und England um die Vorherrschaft im Gebiet von Xinjiang mit den Mitteln der gegenseitigen machtpolitischen, kultur- und verkehrspolitischen Verdrängung nicht abgeschlossen.

In dem militärpolitischen Verhältnis der Sowjetunion zu den europäischen Ländern ist in dem abgelaufenen Halbjahr die Sowjetunion erneut und verstärkt initiativ gewesen, um die durch bilaterale Nichtangriffsverträge mit einzelnen Nachbarländern geschaffenen und unmittelbaren Sicherungen durch einen Kollektivpakt möglichst vieler europäischer Staaten einschließlich der Verpflichtung militärischer Hilfeleistung korporativ zu ersetzen. Als Grund dafür waren der Sowjetunion zwei Gesichtspunkte maßgebend: Einmal die Besorgnis, dass kriegesischen Verwicklungen im Fernen Osten begehrlische europäische Nachbarn veranlassen könnten, ihre territorialen Wünsche mit militärischer Hand zu verwirklichen, z. B. Polen in der Ukraine; zum zweiten die vermehrte Angst vor Deutschland, dessen Erwachen zur Wehrhaftigkeit und dessen Selbsthilfe in der Aufrüstung mit der Zerstümmerung des europäischen kommunistischen Eckpfeilers in Deutschland und mit dem Kampf gegen die jüdische Vorherrschaft auf allen Gebieten des staatlichen Lebens gepaart war. Alle diese Symptome des nationalsozialistischen Deutschlands konnten sich irgendwie gegen den territorialen Bestand der Sowjetunion und ihr Staatsregime auswirken. Hatte man – gerade in der Sowjetunion – der Leistungsfähigkeit Deutschlands schon in der Zeit seiner Schwäche – übrigens in einer während der Freundschaftsperiode für uns politisch oft vorteilhaften Weise – schlechthin alles zugetraut, so konnte es jetzt erst recht für Deutschland nichts Unmögliches mehr geben. Wie eine Pflanze durch Versetzen zu neuem Wachstum

⁵ Die damals in den deutschen Dokumenten übliche Schreibweise Sinkiang wurde vereinheitlicht.

angeregt wird, so, fürchtete man, könnte das im abgelegenen italienischen Gärtchen gezüchtete Pflänzchen des Faschismus im deutschen Erdreich der Universalität und Gründlichkeit und im Herzen Europas zu einer geistigen und weltanschaulichen Macht anwachsen, die sich ganz Europa und mehr erobern könnte, wie es 100 Jahre vorher das Ideengut der französischen Revolution vermochte. Deutschland wurde damit, zunächst ideologisch, in der weiteren Entwicklung möglicherweise aber auch machtpolitisch zu einer Gefahr für die Sowjetunion, besonders wenn es außer der antikommunistischen auch die antisowjetische Führerrolle übernehmen würde und wenn es sein Bedürfnis nach erweitertem Lebens- und Wirtschaftsraum durch die befürchtete territoriale Expansion in Osteuropa befriedigen würde.

Das Misstrauen gegen Deutschland ist seit seinem politischen „Stillhalte“-Abkommen mit Polen⁶ trotz dessen Befristung noch lebhafter geworden und ist stärker als das Vertrauen in die viel älteren, unmittelbar kriegseinschränkenden Bindungen der Sowjetunion mit Polen. Die im europäischen Gerüst der sowjetrussischen Friedenssicherungen wertlos gewordene Rapallo-Klammer sollte im Zusammengehen mit Frankreich durch eine neue, im Rücken Deutschlands gelegene, denkbar zugfesteste Verankerung wie schon einmal vor 40 Jahren ersetzt werden. Ein solches Zusammengehen konnte für die Sowjetunion unter offensiven und defensiven Gesichtspunkten politisch und militärisch alles bedeuten. Der Ostpakt, bei dessen Verwirklichung sich französische und sowjetrussische antideutschen Tendenzen zum beiderseitigen Vorteil und in der bestehenden Form eines Friedensdokuments hätten vereinigen lassen, hatte in der bisher vorgesehenen Form für die Sowjetunion auch den äußerst wichtigen Vorzug, dass er ihr an den europäischen Grenzen volle Garantien geben sollte, ohne Russland im Konfliktfall mit Japan zu behindern oder Japan zu unterstützen. Er kam jedoch, wie schon nicht im ersten Anlauf, so auch bei den erneuten vorbereitenden Bemühungen im Laufe des Herbstes noch nicht zustande.⁷ Da andererseits – namentlich seit Laval die Führung der französischen Außenpolitik übernommen hatte – die Sowjetunion ein Abspringen Frankreichs durch unmittelbare Verständigung mit Deutschland mit der Folge befürchtete, dass Deutschland dann im Osten freie Hand bekäme, wurde gegen Jahresende auf hartnäckiges sowjetrussisches Betreiben in dem Abkommen zwischen Litwinow und Laval vom 5.12.34⁸ eine interimistische Sicherung des Erstrebten wenigstens insoweit erreicht, als man sich zur Fortsetzung der gemeinsamen Bemühungen um den Ostpakt verpflichtete und jede einseitige Initiative ausschloss, soweit sie diesen Bemühungen abträglich sein konnte. Ein Militärbündnis in ausdrücklicher Form scheint noch nicht vorzuliegen. Immerhin ist aber das Angebot sowjetrussischer Waffenhilfe für Frankreich unwidersprochen geblieben und die Möglichkeit einer Erweiterung zum Militärvertrag (wohl als Druckmittel für Deutschland und Polen gedacht) zugegeben worden. Ob ein solcher kommen wird, mag im Augenblick dahingestellt bleiben. Wesentlich ist, welche tatsächlichen mi-

⁶ Gemeint ist der deutsch-polnische Nichtangriffsvertrag, der am 26.1.1934 auf zehn Jahre geschlossen wurde. In: ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 219, S. 411–412.

⁷ Vgl. Dok. 3, Anm. 7, 8.

⁸ Gemeint ist das von Litwinow und Laval am 5.12.1934 in Genf unterzeichnete Protokoll, das die Verpflichtungen beider Staaten bei den Verhandlungen zum Abschluss eines Ostpaktes festschrieb. Vgl. Osteuropa 10 (1934/35), H. 4, S. 248; DVP, Bd. XVII, Dok. 417, S. 725–726.

litärischen Hilfeleistungen Frankreich von der Sowjetunion im Falle eines Krieges mit Deutschland erwarten kann. Der umgekehrte Fall bedarf keiner Erläuterung. Die französische Einschätzung der Roten Armee kann ebenfalls dahingestellt bleiben. Sie kann in französischen Plänen keine Rolle spielen, solange sie zu einem Angriffskrieg außer Landes nicht fähig und von Deutschland durch ein Polen getrennt ist, das sich einem sowjetrussischen Durchmarsch unbedingt widersetzen würde. Die kürzlich gemeldete Anwesenheit vereinzelter französischer Offiziere in der Armee dient **zutreffendenfalls**⁹ wohl vorwiegend der Interessierung und Orientierung Frankreichs, während die Tätigkeit einzelner Offiziere und Ingenieure der Marine und der Luftwaffe eher ein Zugeständnis an französische Beeinflussung darstellen könnte. Die Rote Flotte muss mit weiterem Wachstum eine immer stärkere Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Ostsee zum Nachteil Deutschlands bewirken und kann zukünftig mehr und mehr Aufgaben übernehmen, die französische Seestreitkräfte erst nach Erzwingung der Sunddurchfahrt durchführen könnten. Über Aktionsfähigkeit und Gefechtswert der Roten Flotte liegen noch keine konkreten Urteile vor; mengenmäßig zeigt sie rasches Wachstum an leichten Kräften. Die Rote Luftflotte ist aber schon heute für den französisch-russischen Bündnisfall gegen Deutschland ein recht beachtlicher Faktor. An sich der Zahl nach annähernd ebenso stark wie die französische kann sie in kurzer Zeit wesentliche Teile innerhalb ihrer Reichweite nach Westen werfen. Auch Deutschland kann unmittelbar wirksam bedroht werden, sobald es gelingt, den Aktionsradius der sowjetischen Kampfflugzeuge zu erweitern oder die Luftbasis in verbündete Länder näher heranzuschieben. Für letzteres könnte die Tschechoslowakei in Frage kommen. Die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen¹⁰ nach dem bisherigen Provisorium, die bemerkenswerte Schnelligkeit, mit der die Tschechoslowakei der sowjetrussischen Vereinbarung mit Frankreich vom 5.12.34 beiträt¹¹, das Wiedererwachen panslawistischer Gedankengänge in Räterussland, die Bereitwilligkeit, mit der die tschechische Presseabordnung um die Jahreswende in der Sowjetunion aufgenommen und unter hochpolitischer Inspiration behandelt wurde, die oft bewährte unbedingte politische Gefolgschaftstreue der Tschechoslowakei gegenüber Frankreich, nicht zuletzt der praktische Versuch eines sowjetrussischen Geschwaderflugs nach Paris mit der Zwischenlandung in Prag als Erwiderung auf einen früheren gleichartigen französischen Flugzeuggeschwaderbesuch in der Sowjetunion sprechen in dieser Hinsicht eine beachtliche Sprache.

Wenn sich auch die deutsch-russische Atmosphäre mit immer neuen Spannungen lädt, so sind zweifellos in der Sowjetunion – namentlich in der Roten Armee – noch Kräfte vorhanden, die einer militärischen Auslieferung an Frankreich abgeneigt sind. Man wird diese Kräfte aber nicht mehr überschätzen dürfen; sie sind im Schwinden. Außerdem wird die Politik der Sowjetunion von einem kleinen Parteigremium beschlossen, vom Außenkommissar lediglich vollzogen, von Presse und Propaganda einheitlich vorbereitet und sekundiert; für oppositionelle Einflüsse bleibt kein Raum.

⁹ Das Wort ist maschinenschriftlich hinzugefügt.

¹⁰ Am 9.6.1934.

¹¹ Der Notenwechsel zum Beitritt der Tschechoslowakei wurde am 7.12.1934 in Genf von Litvinov und Beneš unterzeichnet.

Die deutschen Aufrüstungsbestrebungen finden in der Sowjetunion überraschend scharfe Ablehnung. Diese tritt zumeist in der politisch und rechtlich wenig angreifbaren Form der Zitierpropaganda aus ausländischen Pressestimmen auf. Die früher häufig gehörte autokratische Parole, dass Deutschland die Fesseln des Versailler Vertrages nur abzustreifen brauche, um selbst stark zu werden, ist völlig der französischen These gewichen, dass Revision Krieg bedeute. Aus dem leidenschaftlichen Vorkämpfer der Niedergehaltenen ist die Sowjetunion ein höriges Mitglied des Völkerbunds geworden.

Während das Desinteressement der sowjetrussischen Wehrmacht an der deutschen Reichswehr in der zweiten Hälfte des Jahres stärker hervortrat, insbesondere seitdem man den sowjetrussischen Militärattaché in Berlin ohne Ersatz abrief¹² und bei der deutschen Heeresleitung keine Wünsche mehr vorbrachte, womit man gleichzeitig der Notwendigkeit von Gegenleistungen in der Sowjetunion enthoben war, scheint man möglicherweise im kommenden Jahre diesen Zustand mit der Ernennung zweier neuer Vertreter der Roten Wehrmacht revidieren zu wollen. Es ist auch denkbar, dass man in der Abberufung des deutschen Gehilfen in Moskau¹³ eine unerwartete Antwort auf die Einschränkung des sowjetrussischen Postens in Berlin sah. Am wahrscheinlichsten ist jedoch die Annahme, dass man gerade in der gegenwärtigen Entwicklungsperiode der deutschen Wehrmacht neue Beobachter nach Berlin zu entsenden beabsichtigt, die allerhand Neues werden zu sehen wünschen und denen höhere militärische Qualitäten eigen sind als dem gegenwärtigen sowjetrussischen Vertreter¹⁴ in Berlin. Auch hier ist auf Grund der bisherigen Verwendung des neuen Attachés Orlow in Paris der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, dass der Wunsch und die Initiative Frankreichs hinter diesen Personalveränderungen stehen.

Alles in allem besteht sowjetrussischerseits gegenüber Deutschland die absinkende, gegenüber Frankreich die aufsteigende Tendenz weiter. Ein endgültig abgeschlossener neuer Zustand liegt noch nicht vor. Sowjetunion und Frankreich mussten sich bisher damit begnügen, sich gegenseitig festzuhalten. Deutschland ist ihr Objekt.

Im militärpolitischen Verhältnis zu Polen hat sich, soweit nicht schon im Vorausgehenden berührt, trotz der vollzogenen Anerkennung Polens als Großmacht im zweiten Halbjahr 1934 wenig geändert. Man empfindet in der Sowjetunion den Trennungsstrich, den Polen als europäische und kulturelle Großmacht mit seiner Hinneigung zu Deutschland und den Westmächten zwischen sich und der asiatischen Volks- und Ländermasse der Sowjetunion ziehen will. Die Lockerung der politischen Beziehungen Polens zu Frankreich hatte aber andererseits auch eine Lockerung seiner Bindungen mit Rumänien zur Folge, die sich für die Sowjetunion günstig auswirkt. Die bessarabische Frage ruht. Weder hat die Sowjetunion bei der inzwischen erfolgten Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien¹⁵ diese Frage in den Vordergrund gestellt, noch hat sich Rumänien trotz wie-

¹² Der Militärattaché Vasilij Nikolaevič Levičev war seit Mai 1934 zur Disposition der Verwaltung für Führungskader der RKKA gestellt worden.

¹³ Hans Krebs war bis September 1934 Gehilfe des deutschen Militärattachés Otto Hartmann.

¹⁴ Lev Aleksandrovič Šnitman.

¹⁵ Am 9.6.1934.

derholter polnischer Vorstellungen bereit gefunden, Bessarabien stärker als bisher in seine Landesverteidigung einzubeziehen, und bleibt bei seinem Aufmarsch hinter dem Pruth. Die Abschwächung des polnisch-rumänischen Bündnisses ist für die Sowjetunion an ihrer gesamten Westgrenze eine fühlbare Entlastung, zumal sie das militärische Zusammenwirken beider Mächte gegenüber der Sowjetunion in Frage stellt.

Die baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) haben im Herbst 1934 im Baltenpakt¹⁶ einen gewissen Zusammenschluss vollzogen. Der außenpolitischen Zusammenarbeit folgt gegenwärtig auch eine engere Fühlungnahme von Wehrmacht zu Wehrmacht. Gleichwohl besteht keine Einmütigkeit. Während Estland und Lettland sich in ihrer Abwehr gegen die Sowjetunion und in ihrem Anlehnungsbedürfnis an Polen begegnen, bleibt Litauen in unerbittlicher Feindschaft gegen den polnischen Usurpator des Wilna-Gebiets an die Sowjetunion gebunden. Neuerdings wird diese Freundschaft zur Sowjetunion durch die gemeinsame Ablehnung gegenüber Deutschland gestützt.

Die militärpolitischen Beziehungen zu Finnland und den übrigen skandinavischen Staaten sind unverändert geblieben. Man muss jedoch im Auge behalten, dass sich im Anwachsen der Roten Luftflotte an Zahl und Leistungsfähigkeit sowie mit der Vermehrung der sowjetrussischen Seestreitkräfte in der Ostsee allmählich eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Ostsee zugunsten der Sowjetunion vollzieht, und dass sich diese durch den Weißmeer-Kanal und die Schaffung eines Flottenstützpunktes in Murmansk in begrenztem Maße Zugang zum offenen Weltmeer geschaffen hat. Finnland empfindet den stärkeren russischen Druck und sucht sich Rückhalt in Schweden und den kleinen Baltenstaaten. Auch Schweden erkennt, dass es sich gegenüber der Sowjetunion – vornehmlich aus luftstrategischen Gründen – an der finnisch-sowjetrussischen Grenze verteidigen muss, und ist im Begriff, die Struktur seiner Wehrverfassung diesen Gedankengängen anzupassen.

Mit der Türkei unterhält die Sowjetunion militärpolitisch unverändert betont herzliche Beziehungen, was nicht ausschließt, dass man sich verwaltungsseitig in den Grenzgebieten wie je in den Haaren liegt.

Mit Persien und Afghanistan bestehen zurzeit keine militärpolitischen Reibungsflächen.

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Amerika haben den von der Sowjetunion erhofften Aufschwung nicht genommen. Auch die sowjetrussische Rüstungsindustrie hat aus der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Amerika¹⁷ nicht den erhofften Nutzen gezogen. Die ungeheure wirtschaftliche Depression Amerikas auf der einen Seite, eine gewisse Überschätzung der amerikanischen Bereitwilligkeit zum Russland-Geschäft auf der anderen Seite trägt hieran Schuld. Die Gemeinsamkeit der antijapanischen Ziele am pazifischen Ozean und in Ostasien tritt nach außen noch wenig in Erscheinung.

Der militärische Einfluss der Sowjetunion in China auf dem Wege über die roten südchinesischen Truppen muss in dem Maß an Bedeutung verlieren, als die

¹⁶ Die Außenminister von Estland, Lettland und Litauen hatten am 12.9.1934 in Genf eine Vereinbarung unterzeichnet, derzufolge sie sich in außenpolitischen Fragen gegenseitig verständigen und unterstützen wollten. Vgl. Osteuropa 10 (1934/35), H. 2, S. 115–116.

¹⁷ Die USA und die UdSSR nahmen am 17.11.1933 diplomatische Beziehungen auf.

Festigung der nordchinesischen Wehrmacht fortschreitet und sie ihre Einflussphäre auch tatsächlich nach Süden erweitern kann. Wiewohl dies letzten Endes das Werk des Marshalls Chiang Kai-shek und der Nanking-Regierung ist, erkennt man in der Sowjetunion darin doch die Auswirkungen der beratenden und materiellen militärischen Hilfeleistung „imperialistischer“ Mächte, in erster Linie Amerika, Deutschland (Militärmission), Italien.

Abschließend ist an der Wende der Jahre 1934/35 zu sagen:

a) Die unmittelbare und potentielle militärische Kraft der Sowjetunion ist weiterhin beachtlich im Wachsen.

b) Eine unmittelbare kriegerische Bedrohung besteht für die Sowjetunion nicht, wiewohl im Fernen Osten starke und unberechenbare Spannungen vorhanden sind und Japan seine militärische und wirtschaftliche Rüstung zum Kriege mit größtem Nachdruck betreibt.

c) Falls Deutschland in einen Krieg verwickelt würde, so käme die Rote Armee (Landheer) vorerst weder als Feind noch als Bundesgenosse ernsthaft in Frage. – Die Rote Flotte wird unter diesen Gesichtspunkten früher als das Landheer eine tatsächliche Bedeutung im gewissen Umfange erlangen können. – Die Rote Luftflotte ist in eine solche doppelte Bedeutsamkeit bereits hineingewachsen. Frankreich hat versucht, sich diese Tatsache politisch und militärisch nutzbar zu machen. Der Erfolg ist problematisch, teils weil die sowjetrussische Politik überhaupt unzuverlässig ist, teils weil es nicht in ihrem Interesse liegen kann, sich in westeuropäische Händel hineinziehen zu lassen.

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel: Geheim. Handschriftlich: Anlage I zum Bericht Nr. 1/35. Nicht entzifferte Paraphen.

BA-MA, RM 12 II/152, o. P., 23 Bl.

Nr. 8

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski

Geheim
[15.1.1935]¹

Nr. 14058
17.1.-35²

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES Gen. ŠTERN MIT TWARDOWSKI

Twardowski teilte mir mit, dass er keine besonders dringenden Angelegenheiten hätte, er wolle lediglich seine früheren Beziehungen zu mir nicht erkalten lassen. Im Weiteren drehte sich das Gespräch um folgende Probleme:

¹ Die Datierung richtet sich nach dem Inhalt des Dokuments.

² Das Ausgangsdatum und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

1. T[wardowski] bat mich inoffiziell, dass ich mich für die folgende Angelegenheit interessieren möge. Im Gebiet Odessa, insbesondere in den Kreisen Spartak, K. Liebknecht, in Cebrikov und in Berezovka, würden Deutsche, die über Gosbank oder Torgsin³ aus Deutschland Überweisungen erhielten, systematisch verhaftet und aus den Kolchosen ausgeschlossen. Diese Überweisungen würden nicht von irgendwelchen Organisationen getätigt, sondern von ihren in Deutschland lebenden Verwandten. Es sei bezeichnend, unterstreicht T., dass die Personen, die aus anderen Ländern Überweisungen erhielten, keinerlei Repressalien unterzogen würden. T. bitte mich deshalb, irgendetwas zu unternehmen, um diese Repressalien einzustellen.

2. An T. habe sich wiederholt der in Deutschland bekannte Wegerer gewandt, der darum bitte, ihm mitzuteilen, ob General Sergej **Dobrorol'skij**⁴ noch am Leben sei. T. verstehe, dass es bei derartigen Dingen schwierig sei, offiziell anzufragen, deshalb erbitte er meine Antwort als eine persönliche Gefälligkeit.

3. T. erachte es als seine Pflicht, mit mir über eine delikate Angelegenheit zu sprechen. Schulenburg sei in letzter Zeit wegen unseres Verhaltens ihm gegenüber sehr betrübt, und leider habe er dafür Veranlassung. Es gehe darum, dass Schulenburg Ende November während eines Treffens bei Gen. Stomonjakov gesagt habe, dass er den Genossen Vorošilov, Enukidze und Vejcer gern einen Besuch abstatten würde, die er auf dem Empfang am 7. November kennengelernt habe. Schulenburg habe Gen. Stomonjakov dahingehend verstanden, dass er die Möglichkeit für einen Besuch Schulenburgs der genannten Genossen klären werde, jedoch habe Schulenburg bislang noch keine Mitteilung erhalten. Er reise am 16. Januar nach Berlin ab, und dort werde man ihn fragen, welche unserer führenden Persönlichkeiten er kennengelernt habe, und er würde in eine unangenehme Lage geraten. Schulenburg habe in dem gleichen Gespräch mit Gen. Stomonjakov ferner bemerkt, dass er gern Metrostroj besichtigen wolle. Stomonjakov habe ihm vorgeschlagen, statt Metrostroj irgendeines unserer Werke zu besichtigen. Auch in dieser Angelegenheit habe Schulenburg keine Mitteilung erhalten. Ich lenkte die Aufmerksamkeit von T. darauf, dass Gen. Stomonjakov Schulenburg sicherlich nur einen Rat gegeben habe und durchaus nicht meinte, dass er sich unmittelbar mit dieser Sache befassen müsse. Was die Besuche Schulenburgs betreffe, so habe man sich früher in solchen Angelegenheiten, wie Tw[ardowski] wisse, nicht an den Stellvertretenden Volkskommissar gewandt. T. pflichtete mir bei, bat mich aber, falls möglich, in dieser Richtung irgendetwas zu unternehmen. Schulenburg sei ferner wegen der Haltung des Sekretariats des Volkskommissars ihm gegenüber sehr gekränkt. Es gehe darum, dass er vom Auswärtigen Amt den Auftrag erhalten habe, vor seiner Abreise mit Maksim Maksimovič die Saar-Frage zu besprechen. Als er sich an das Sekretariat des Gen. Litvinov wandte, habe man ihm geantwortet, dass mit Maksim Maksimovič die Möglichkeit eines Treffens geklärt werde. Schulenburg habe den ganzen Tag über keine Antwort erhalten. Als er dann am Morgen des nächsten Tages im Sekretariat angerufen habe, sei ihm mitgeteilt worden, dass von Gen. Litvinov eine Ant-

³ Vsesojuznoe ob-edinenie po trgovle s inostrancami=Allunionsvereinigung für den Handel mit Ausländern (1930–1936), bot auf der Grundlage von Valuta über ein Netz von Spezialgeschäften Edelmetalle, Schmuck, Nahrungs- und defizitäre Konsumgüter an. Torgsin befand sich unter der Kontrolle von OGPU/NKVD.

⁴ Der Name ist über die Zeile korrigiert; ursprünglich: Dobrovol'skij.

wort gegen 14.00 Uhr erwartet werde, indes stellte sich heraus, dass der Volkskommissar bereits am Vorabend aus Moskau abgereist war. Schulenburg sei Gen. Krestinskij, der ihn empfangen habe⁵, sehr dankbar, jedoch sei bei ihm ein sehr unangenehmer Nachgeschmack geblieben, und er meine, dass eine derartige Situation gegenüber einem Botschafter eines anderen Landes undenkbar wäre. Das alles teile mir T. streng vertraulich mit. Ich machte T. darauf aufmerksam, dass Schulenburg nicht den Wunsch ausgesprochen habe, von dem Volkskommissar dringend empfangen zu werden. Was die Antwort betrifft, die ihm man nächsten Tag nach der Abreise von M.M.⁶ gegeben wurde, so hat Herwarth offensichtlich nicht mit dem Sekretär des Volkskommissars gesprochen, sondern mit einem technischen Mitarbeiter, der nicht Bescheid wusste.

4. Danach wandte sich das Gespräch allgemeinpolitischen Themen zu. T. teilte mir mit, dass Schulenburg bei Gen. Krestinskij gewesen sei, doch sei er leider sehr enttäuscht zurückgekommen. T. meint, wenn wir tatsächlich gute Beziehungen mit Deutschland und normale Verhandlungen zum Ostpakt⁷ haben wollten, so würden die Ausfälle unserer Presse gegenüber Deutschland nur die Lage verschlechtern. Er könne mir vertraulich sagen, dass in Berlin eine äußerste Gereiztheit herrsche, die die höchst unfreundliche Haltung gegenüber der UdSSR bestimme. Ich wies T. auf die Veröffentlichungen in der deutschen Presse hin. T. gestand ein, dass sich ständig ein und dieselbe Geschichte wiederhole, mal vergifte die deutsche, mal die sowjetische Presse den Brunnen. In Berlin habe insbesondere die Erklärung des Gen. Litvinov, die er gegenüber tschechoslowakischen Journalisten abgegeben habe und die einige völlig unverhüllte Hiebe in Richtung Deutschland enthalten habe, einen negativen Eindruck hinterlassen.⁸ All das zusammen genommen führe nach Auffassung von T. lediglich zu einer Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen und entspreche offenbar unseren politischen Aufgaben. Er persönlich gewinne den Eindruck, als ob wir bewusst die antideutschen Stimmungen Frankreichs bedienen wollten, obgleich er, T., nicht meine, dass das richtig wäre, selbst nicht unter dem Aspekt unserer Interessen. Darauf kehrte T. erneut zur Problematik des Ostpaktes zurück und erklärte Folgendes: Ich meine, dass das Rom-Abkommen⁹ den sowjetischen Positionen in der Frage des Ostpaktes einen ernsten Schlag versetzt hat. In Berlin nimmt man an, dass es, da es in Rom gelang, einen Modus für eine solch brisante Frage wie die österreichische zu finden, ohne dabei vom gegenseitigen Beistand und Sanktionen Gebrauch zu machen, keine Veranlassung gibt, derartiges hinsichtlich eines bedeutend weniger gefährdeten Abschnitts der europäischen Politik, wie es der östliche ist, zu fordern. T. bemerkte ziemlich hämisch, dass unsere französischen Freunde Berlin jetzt höchst gewichtige Argumente geliefert hätten. Danach ging T. zu einer allgemeinen Kritik des Ostpaktes über. Er bemerkte, dass seinerzeit Gen. Litvinov in einem Gespräch mit ihm die Argumente für den sowjetisch-polnischen Nichtangriffspakt¹⁰ angeführt und erklärt habe, dass die

⁵ Am 9.1. Vgl. Dok. 3.

⁶ Litvinov.

⁷ Zu den Verhandlungen zum Ostpakt vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

⁸ Vgl. Dok. 3, Anm. 20.

⁹ Vgl. Dok. 4, Anm. 7.

¹⁰ Vgl. Dok. 7, Anm. 6.

multilateralen Pakte (der Kellogg-Pakt¹¹) ihre reale Bedeutung eingebüßt hätten und nur die bilateralen Abkommen die einzig effektiven wären. Ich machte T. darauf aufmerksam, dass im Falle des Kellogg-Paktes die Rede von einem universellen Pakt war, was nicht mit dem Begriff der multilateralen Pakte identisch wäre. Zum Ende des Gesprächs erklärte T. Folgendes. Bis noch vor Kurzem habe er die sowjetischen Politiker für die besten Realpolitiker in der Welt gehalten, nun aber hege er in dieser Hinsicht gewisse Zweifel. Es gehe darum, dass unsere Presse systematisch über die Erweiterung des Einflusses der Reichswehr schreibe. Man sollte doch annehmen, dass dies auch seinen Niederschlag in der Außenpolitik der UdSSR gegenüber Deutschland finden müsste. Ihm schiene, dass man in Moskau bis jetzt eine hohe Meinung von der Reichswehr auch in Bezug auf die außenpolitischen Tendenzen gehabt hätte, jetzt würden wir aber den wachsenden Einfluss der Reichswehr ignorieren. Alles das entwaffe in Berlin die Befürworter von guten Beziehungen zwischen uns und erzeuge in der Reichswehr ganz bestimmte Stimmungen. Dort könne man nicht verstehen, wozu wir den Ostpakt benötigten, aber selbst wenn wir ihn bräuchten, so bräuchte Deutschland ihn jedenfalls absolut nicht; weshalb sollte Deutschland dann entgegenkommen. Ich machte T. auf die krassen Widersprüche in der deutschen Haltung aufmerksam. Einerseits erklärten die Deutschen beständig, dass Deutschland Gefahr drohe, es schutzlos sei usw., andererseits sage T., dass Deutschland keine Pakte brauche, da es absolut keinen Grund zur Sorge gebe. T. zeigte sich verlegen, erklärte aber, dass es überhaupt keine Widersprüche gäbe und Deutschland seine Sicherheit mit eigenen Kräften verteidigen wolle.

5. Bevor T. ging, machte ich ihn vertraulich und vorab darauf aufmerksam, dass wir von der Botschaft eine Klageschrift erhalten haben, in der der Volkskommissar als Beklagter vor ein deutsches Gericht vorgeladen wird. T. war äußerst verwundert und bemerkte, dass er dieses Dokument nicht gelesen habe. Ich wies dann T. auf die ganze Anrühigkeit dieses Ansinnens uns gegenüber hin und erklärte ihm, dass in einem analogen Fall unsere Bevollmächtigte Vertretung in Berlin niemals ein derartiges Dokument mit einer beigefügten Verbalnote an das Auswärtige Amt schicken würde, ohne vorher versucht zu haben, in vertraulicher Form im Auswärtigen Amt zu klären, worum es sich denn handele. T. war sehr verlegen und erklärte, dass die Botschaft offenbar gar nicht das aus Berlin zugestellte Dokument gelesen, sondern es uns einfach nur zugestellt habe. Er werde klären, worum es ginge und nehme die Note und das Dokument wieder mit.

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 6–4. Original.

¹¹ Auf Initiative der USA und Frankreichs am 27.8.1928 in Paris unterzeichnete Verpflichtung, Krieg als Werkzeug nationaler Politik zu ächten. Der Vertrag („Briand-Kellogg-Pakt“) trat im Juli 1929 in Kraft und wurde von insgesamt 62 Nationen unterzeichnet. Vgl. Handbuch der Verträge 1871–1964, S. 253–254.

Nr. 9

**Schreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen
Wirtschaft an den Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Mosssdorf**

17. Januar 1935

Anlage 2

Abschrift!

19 RG

An das
Reichswirtschaftsministerium
z. Hd. d. Herrn Ministerialrat
Mosssdorf
Berlin W 8
Behrenstr. 43

Stellungnahme des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zu der von den Russen überreichten Bestellliste.

Die vorliegende Zusammenstellung¹ lässt mit voller Klarheit erkennen, dass es den Russen in erster Linie darauf ankommt, unser geistiges Eigentum, ja zum Teil unsere letzten Monopole, zu kaufen und hierzu noch weitgehendste technische Hilfsleistung zu fordern. Wir haben daher die ernste Verpflichtung, die Reichsregierung auf die handelspolitischen Folgen, in Sonderheit auf die volkswirtschaftlichen Nachteile, aufmerksam zu machen, welche mit Sicherheit eintreten werden, wenn den Wünschen der Russen hinsichtlich der Liste vorbehaltlos nachgekommen würde. Der Schaden für die deutsche Volkswirtschaft wird größer sein als der Nutzen, den das 200 Millionen Abkommen bringen würde. Wir erinnern hierbei an den in letzter Zeit häufig gefallen russischen Ausspruch, dass man in Zukunft in Deutschland nur das bestellen würde, was in anderen Ländern nicht zu erhalten ist, und dass man alles Übrige in unseren Konkurrenzländern, und zwar wesentlich billiger kaufen könne.

Die deutsche Industrie hat kein Interesse daran, den Russen diejenigen Erzeugnisse, Anlagen oder gar Verfahren zu liefern, welche die UdSSR auf den Weg zur völligen industriellen Selbständigkeit führen, eine spätere Lahmlegung von wesentlichen Teilen unserer Industrie und damit eine Steigerung unserer Arbeitslosigkeit heraufbeschwören. Grundsätzlich also sollte von den Teilen des Bestellprogramms, auf welche die obigen Ausführungen zutreffen, nur geliefert werden, was die UdSSR auch vom Auslande beziehen kann und wozu sich die Firmen bereit erklären. Sollte man davon abweichen, so müssen die Russen verpflichtet werden, dass sie die Waren, die mit Hilfe deutscher Ausrüstungen hergestellt sind, lediglich für den eigenen Gebrauch verwerten.

Die Liste der Russen darf unter gar keinen Umständen ein Bestandteil des 200 Millionen Abkommens sein. Die deutschen Firmen müssen freie Hand haben

¹ Liegt in Abschrift als Anlage 3 „Zusammenstellung“ der Akte bei; BArch, NS 43/38, Bl. 58–66.

bei ihren Abschlüssen, und es darf nicht als Vertragsbruch angesehen werden, wenn Firmen Abschlüsse ablehnen.

Die Liste enthält viele Positionen, welche die Frage der Landesverteidigung berühren, ferner auch Konsumartikel und andere Gegenstände, die nicht gegen eine Kreditfrist von 5 Jahren geliefert werden können. Z.B. werden die meisten optischen Fabrikate heute schon mit 12 Monaten Ziel verkauft.

Was die Frage der von den Russen bei sehr vielen Positionen geforderten Übermittlung von Betriebs“methoden“ anbetrifft, so sind auch hiermit die größten Gefahren verbunden. Es wird ratsam sein, hierfür Betriebs“vorschriften“ zu setzen und im Übrigen den Firmen, die ihrerseits ja wissen, wie weit sie zu gehen haben, die Einzelheiten von Fall zu Fall zu überlassen, in der Annahme, dass den Firmen die hier zu beachtenden und vorgeschriebenen Gesichtspunkte der Landesverteidigung und der Geheimhaltung von Fabrikationsmethoden geläufig sind.

Zu den Positionen im einzelnen können wir erst morgen Stellung nehmen, da bei den einzelnen Fachzweigen wichtige Feststellungen gemacht werden müssen auf Grund des heute Vormittag erfolgten Sitzungsergebnisses².

Diese Ausführungen haben die ausdrückliche Billigung unseres Vorsitzenden³ gefunden.

RUSSLAND-AUSSCHUSS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Die Geschäftsführung:
gez. Schauke gez. Tschunke

BArch, NS 43/38, Bl. 51–53.

Nr. 10

Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an das Chefbüro der Firma Otto Wolff

Berlin, 18. Januar 1935

O. Rl. d. V.¹
B-Nr. 8396 A
Firma
Otto Wolff
Chefbüro
Köln a/Rhein
Zeughausstraße 2

Betr.: Deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen

Der neue russische Handelsvertreter² hat gestern im Auswärtigen Amt den Herren Staatssekretär v. Bülow, Ministerialdirektor Meyer und Gesandtschaftsrat

² Vgl. „Bemerkungen zu der russischen Bestellliste“ [ebenfalls Anlage 3]. In: ebd., Bl. 54–57.

³ Hermann Reyß.

¹ Die Abkürzung konnte nicht entschlüsselt werden.

² David Vladimirovič Kandelaki.

Dr. Bräutigam seinen Besuch gemacht. Er hat sich bei dieser Gelegenheit dahin ausgesprochen, dass er die Wiederherstellung engerer Handelsbeziehungen zwischen der Sowjet-Regierung und Deutschland nachdrücklich fördern werde und auf den baldigen erfolgreichen Abschluss der schwebenden Wirtschaftsverhandlungen hoffe.

Die in meinem Bericht vom 16. d.M. erwähnte neue Bestellliste³ ist zur Prüfung und Begutachtung an den Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft weitergeleitet worden. Die von deutscher Seite bisher gegen sie vorgebrachten Bedenken betreffen, wie ich höre, hauptsächlich den Wunsch der Sowjet-Union, mit deutscher Hilfe eigene chemische Fabriken, besonders zur Anilin-Herstellung, zu errichten. Sonstige Einzelheiten waren im Auswärtigen Amt noch nicht bekannt. Es wird zweckmäßig sein, sich ihretwegen mit Herrn Schauke vom Russland-Ausschuss ins Benehmen zu setzen.

Zwischen den beteiligten Reichsressorts sollte ursprünglich noch in dieser Woche eine Besprechung über die russischen Vorschläge stattfinden. Diese Beratung ist aber auf Montag, den 21. ds. Mts., verschoben worden. Sie wird wahrscheinlich von Herrn Ministerialdirektor Heintze geleitet werden.

Im Auswärtigen Amt nimmt man an, dass etwa bis zum Ende dieses Monats eine Vereinbarung mit den Russen zustande kommen wird.

Mit deutschem Gruß

Deutelmoser

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen von Deutelmoser geschrieben. Nicht entzifferte Kenntnismnahmen am Rand. Unten maschinenschriftlich: Durchschlag an Herrn Rudolph, Abteilung Ausland Köln, Abteilung Ausland Berlin.

RWWA, 72-48-3, o. P., 1 Bl.

Nr. 11

Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam

Berlin, den 19. Januar 1935

Abschrift

Aufzeichnung

Botschaftsrat Bessonow teilte mir telefonisch mit, dass die Botschaft ein Schreiben der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit der Bitte erhalten habe, der Baugesellschaft für die Nord-Süd-S-Bahn eine Besichtigung der Räume der Botschaft zu gestatten. Der Botschaft wäre es natürlich nicht angenehm, fremde Leute in ihren Räumen herumlaufen zu sehen. Herr Bessonow bat festzustellen, ob sich die Besichtigung nicht vermeiden lasse. Vielleicht bestände ein Ausweg darin, dass die Botschaft selbst ein Gutachten über den Zustand des Gebäudes anfertigen ließe. Falls

³ Vgl. SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 51, S. 101–107; RGASPI, f. 17, op. 166, d. 538, l. 8–17; PA AA, R 94734, Bl. E 664093-664101.

dies nicht anginge, ließe sich vielleicht die Besichtigung auf einige wenige, nach der Vorderfront zu gelegene Räume beschränken. Herr Bessonow bezweifelte allerdings selbst letztere Möglichkeit, da in dem Schreiben der Reichsbahn gesagt sei, dass alle Räume besichtigt werden müssten, die in einem Abstand von 50–70 m von der Baustelle entfernt seien. Es interessiere die Sowjet-Botschaft auch, wie sich z.B. die Französische und die Amerikanische Botschaft, die doch in der gleichen Lage seien, verhielten.

Zum Schluss teilte Herr Bessonow noch mit, dass sich für Montagvormittag ein Baurat bei ihm angesagt habe, den er natürlich empfangen werde.

Hiermit bei Abteilung Protokoll mit der Bitte um weitere Veranlassung ergebenst vorgelegt. Das Schreiben der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft sei vom 17. d. M. und trage die J. Nr. XV H. Lg. 38/Lesab. Stadtbahn 290.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift. Oben handschriftlich: Sofort und zu e.o. IV Ru 218 pr. 20/1, unten Po 9 Ru. Am Seitenrand unten: H[ern] G[ra]f Bassewitz, H[ern] v[on] Reichert.

PA AA, R 83621, o. P., 1 Bl.

Nr. 12

Bericht des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Jagoda an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Ganz geheim

[20.1.1935]

Nr. 55376

20/1.35¹

AN DEN
GENERALSEKRETÄR
DES ZK DER VKP (B)
Gen. STALIN

Im Juni 1933 haben wir unter der Nr. 292584 das ZK der VKP (B) darüber informiert, dass im Zusammenhang mit der Entfaltung der Tätigkeit deutscher Faschisten auf unserem Territorium die Liquidierung von 7 Diversionsezellen vorgenommen wurde. Deren Tätigkeit erstreckte sich auf das Kaširsker Elektrokraftwerk, auf Bobrika, das Werk „Dynamo“, das Šterovsker Elektrokraftwerk, das Doromiler Chemiewerk, das Werk Nr. 8 (Moskau), das Werk „Barrikada“ (Stalingrad), auf die Werke in Kuvšinsk, Verchneturinsk und in Tagil (Ural). Außerdem wurden 3 große Diversions- und Spionageresidenturen aufgedeckt, deren Tätigkeit sich auf eine Reihe von Werken der Luftfahrtindustrie und auf Einrichtungen der RKKA erstreckte. Im Ergebnis der nachfolgenden Auswertung der sichergestellten nachrichten-

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

dienstlichen Materialien sind 7 Organisationen und Residenturen der deutschen Spionage liquidiert worden.

Gegen Ende 1933 wurde in Moskau, in der Ukraine, im Kaukasus, in Leningrad und in Archangelsk eine große Spionageorganisation des Stabes der deutschen Reichswehr liquidiert. Sie war unter dem Deckmantel der Firma „Controll-Co.“ tätig und unterhielt nicht nur ein Diversions- und Spionagenetz, sondern rekrutierte im großen Umfang auch faschistische Kader in den Bezirken Odessa und Doneck der UdSSR.

(Dem ZK der VKP (B) wurde dies unter der Nr. 50798 vom 17. November und unter der Nr. 50898 vom 10. Dezember 1935 berichtet).

Am 28. Oktober 1933 wurde unter der Nr. 50650 dem ZK der VKP (B) die Aufdeckung der Diversionsresidentur der deutschen Spionage in Moskau gemeldet, die unter der Leitung des Mitarbeiters der österreichischen Mission, dem Bürger der UdSSR Traugott MEYER (verurteilt zur Höchststrafe) stand.

Mit der Anwerbung von Divisionskadern ging diese Organisation unter anderem zur Bildung von Zellen zum Zwecke der Durchführung von Divisionsakten in Metrostroj über.

Im Januar 1934 ist die Residentur der deutschen Spionage in Leningrad unter der Führung des deutschen Staatsangehörigen ASCHE (wurde aus der UdSSR ausgewiesen)² liquidiert worden, der sich nicht nur mit der Beschaffung von Militärspionageinformationen befasste, sondern auch faschistische Zellen organisierte und weißgardistische Literatur verbreitete (dem ZK der VKP (B) wurde das unter Nr. 50044 vom 7. Januar 1934 gemeldet).

Im Frühjahr 1934 wurde eine faschistische Organisation liquidiert, die unter dem Deckmantel von deutschen Zeitungen agierte und deren Tätigkeit sich auf Moskau, die Ukraine, die Azov-Schwarzmeer-Region, die Nordwolga-Region, das Gebiet Ivanovo und die Republik der Wolga-Deutschen erstreckte.

Zugleich haben wir in Stalingrad und in Leningrad illegale Zellen des „Bundes der Befreiung“ (eine weißgardistische Organisation in Berlin, vormals ROND) liquidiert, die von den Emissären des Berliner Zentrums dieser Organisation, den deutschen Staatsangehörigen Harry PAPPE und E. JANSEN (beide wurden aus der UdSSR ausgewiesen) geschaffen worden waren.

Die Tätigkeit dieser Organisation ist in unseren Meldungen an das ZK der VKP (B) vom 2. April und vom 5. Juni 1934 unter den Nummern 50385 und 50823 beleuchtet worden.

Am 17. August und 10. September 1934 sind unter den Nummern 30294 und 30484 dem ZK der VKP (B) ausführliche Angaben über die Tätigkeit der von uns liquidierten Residentur der deutschen Kriegsmarinespionage und der deutschen Geheimpolizei in Leningrad und Murmansk gemeldet worden, die von dem deutschen Staatsangehörigen Kurt FUCHS und dem österreichischen Staatsangehörigen KOTHGASSER geleitet wurde (beide wurden vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zu 8 bzw. 6 Jahren Besserungs- bzw. Arbeitslager verurteilt).³

² Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 558, S. 1466.

³ Vgl. ebd., Dok. 509, S. 1339–1341.

Im Mai 1934 wurde in Moskau die Residentur der deutschen Militärsplionage liquidiert, die von dem Mitarbeiter der Hauptverwaltung der Zivilen Luftflotte, dem Bürger der UdSSR LUKENBERG geleitet wurde. Ihre Tätigkeit richtete sich auf die Hauptverwaltung für die Luftfahrtindustrie und auf die Hauptverwaltung für die Zivile Luftflotte. (Dem ZK der VKP (B) ist das am 22. Mai 1934 unter der Nr. 50720 gemeldet worden).

Bei der Liquidierung dieser Residentur wurden nicht nur die Spionageagenturen der Deutschen in Moskau, Leningrad, Char'kov, Odessa, Nikolaev, Mariupol', Batum, Stalingrad, Saratov usw. repressiert, sondern zugleich die faschistischen Zellen in allen deutschen Gebieten der Ukraine, der Republik der Wolga-Deutschen, im Ivanovo-Industrierevier und in der Nordwolga-Region liquidiert.

Die überwiegende Mehrzahl der faschistischen Zellen in diesen Gebieten ist von der Diversions- und Spionageorganisation gegründet worden, die unter dem Deckmantel der „Controll-Co.“ tätig war, und von der Organisation, die unter dem Deckmantel deutscher Zeitungen agierte.

Im Ergebnis der Liquidierung der aktiven faschistischen Tätigkeit in der Ukraine wurden im Frühjahr 1934 in den Gebieten von Dnepropetrovsk, Odessa, Doneck und Kiev 81 faschistische Zellen liquidiert.

Im Zusammenhang mit allen diesen Fällen wurden 465 Personen verhaftet, zur Höchststrafe und zu unterschiedlichen Haftstrafen verurteilt.

Zugleich wurde einer bedeutenden Anzahl deutscher Staatsangehöriger, die auf unserem Territorium eine staatsfeindliche Tätigkeit ausübten, die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis in der UdSSR abgelehnt.

Mitte 1933 erfuhr die von den faschistischen Auslandszentren organisierte Kampagne „Hungerhilfe“ eine breite Entfaltung, die im 1. Halbjahr weiter an Stärke gewann.

Im Zeitraum von Januar bis Juni 1934 trafen aus Deutschland für die „Hungerhilfe“ fast genauso viel Geldmittel wie für 1933 insgesamt ein: 600.949 Mark und 14.458 Dollar. Ein besonders intensiver Strom an Geldmitteln ging in die Ukraine (von April 1933 bis April 1934 trafen hier für die „Hilfe“ Geldüberweisungen in Höhe von 487.821 Goldrubel ein).

Im Zusammenhang damit ist seit Mitte 1934 nicht nur ein sprunghafter Anstieg von faschistischen Stimmungen in den deutschen Gebieten der UdSSR, die sich auch auf die ortsansässige russische, ukrainische, polnische und weißrussische Bevölkerung ausdehnten, sondern auch die Bildung von organisierten faschistischen Gruppen festzustellen, die nicht nur konterrevolutionäre, sondern auch Diversionsziele verfolgten (siehe Bericht an das ZK der VKP (B) unter der Nr. 50898 vom 11. Juni 1934).

Im Zuge der Liquidierung der auf der Grundlage der „Hungerkampagne“ entfalteten faschistischen konterrevolutionären Tätigkeit und der Repressierung der faschistischen konterrevolutionären Kader generell wurde von uns eine Reihe von operativen Maßnahmen durchgeführt, in deren Ergebnis die nachfolgende Anzahl von faschistischen Diversionsorganisationen und Gruppierungen liquidiert wurde (zusätzlich zu den früher an das ZK der VKP (B) gemeldeten und im Text angeführten):

	Anzahl der Organisationen	Anzahl der Gruppierungen
Ukraine	8	127
Region Saratov	1	32
Azov-Schwarzmeer-Region	5	12
Weißrussland	1	17
Region Nordkaukasus	1	5
Region Mittelwolga	–	2
Krim	1	13
Westgebiet	–	1
Baschkirien	–	4
Region Westsibirien	–	38
Region Stalingrad	–	3
Gebiet Leningrad	–	2
Fernöstliche Region	–	3
Gebiet Voronež	–	2
Gebiet Moskau	1	2
Kasachstan	1	–
Tatarien	–	1
Kaukasus	1	3
INSGESAMT	19 ⁴	257 ⁵

Im Rahmen der gegen diese Organisationen und Gruppierungen eröffneten Strafsachen wurden 2563 Personen verhaftet und zu unterschiedlichen Freiheitsstrafen und zur Höchststrafe verurteilt.

In dieser Zeitspanne haben wir eine Reihe bedeutender – gemessen am Umfang ihrer Tätigkeit und zahlenmäßigen Zusammensetzung – faschistischer Diversionsgruppierungen, die eine besonders aktive Arbeit in der Ukraine betrieben, liquidiert.

In dieser Zeitspanne wurden in der Ukraine Divisionskader zerschlagen, die von den Agenten der faschistischen Spionage im Krammaštroj, dem Kramatorsker Elektrokraftwerk, dem Werk Donsoda, im Dneprokombinat, dem Rubežansker Chemiekombinat und einer Reihe anderer Werke (wegen dieser Fälle wurden 345 Personen verhaftet und verurteilt) angeworben worden waren, und 69 faschistische Zellen liquidiert, die eine umfangreiche Tätigkeit in den deutschen Regionen von Dnepropetrovsk, Kiev und des Donbass entfaltet haben.

In Moskau wurde die umfangreiche faschistische Tätigkeit des Gegners durch die Liquidierung des Aktivs der deutschen Kolonie unterbunden, das sich in der illegalen Organisation „Bund der Auslandsdeutschen“⁶ gebildet hatte und unmit-

⁴ So im Dokument.

⁵ So im Dokument.

⁶ Der Verein für das Deutschtum im Ausland wurde Ende April 1933 in Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) umbenannt. Er unterstützte die deutsche Minderheit in verschiedenen Ländern auf dem Gebiet von Erziehung und Bildung (Einrichtung von Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Bibliotheken, wissenschaftlichen Instituten usw.). Nach

telbar von dem aktiven nationalistischen und faschistischen Akteur, dem Bürger der UdSSR GEL'MS angeführt und von dem illegalen Emissär des „Bundes der Auslandsdeutschen“, dem Mitarbeiter der Deutschen Botschaft und Mitglied der faschistischen Partei ANGERSBACH⁷ geleitet wurde.

Bei der Liquidierung der illegalen Verbindungen des „Bundes der Auslandsdeutschen“ ist von uns die Diversionsgruppe deutscher Kulaken im militärischen Werk Nr. 8, die unter der Leitung des Sohnes des Mitarbeiters der Deutschen Botschaft⁸ A. A. Šul'c⁹ stand, repressiert worden. Zugleich haben wir die ernste faschistische Wühl­tätigkeit unter den Politemigranten in Moskau und Stalingrad unterbunden, die in die Schaffung einer illegalen Organisation aus dem Kreis der deutschen Politemigranten unter der Leitung des Emissärs der Außenpolitischen Abteilung der deutschen faschistischen Partei SCHOTTER mündete.

In Leningrad wurde 1934 der Versuch vereitelt, eine massenhafte faschistische Tätigkeit in Betrieben der Leningrader Industrie durchzuführen, den der deutsche Politemigrant und ehemalige Trotz­kist SEHREN-ZÖLLNER unternommen hatte. Dieser hatte zu diesem Zweck in Leningrad eine faschistische Organisation mit der Bezeichnung „Deutsche sozialistische Arbeiter- und Bauernpartei“ gebildet, der bis zu 50 deutsche Staatsbürger angehörten, die in Leningrader Betrieben arbeiteten. Die Organisation stand in Kontakt mit der Auslandsabteilung der deutschen faschistischen Partei in Hamburg. (SEHREN-ZÖLLNER wurde zu 10 Jahren Konzentrationslager verurteilt. Die übrigen Beteiligten wurden aus der UdSSR ausgewiesen.)

In der Azov-Schwarzmeer-Region wurde eine von dem lutherischen Pastor ZEISLER geschaffene faschistische Organisation beseitigt, die eine aktive Tätigkeit in Truppenteilen der Roten Armee in Gang zu bringen und faschistische Gruppen in den Einheiten der 13. Schütz­endivision, im 18. Eisenbahnregiment und beim Wechselkontingent des 38. Regiments der 13. Schütz­endivision zu schaffen versuchte.

II

Im Verlaufe der letzten Dekade des November und im Dezember 34 sind gemäß der Direktive des ZK der VKP (B) auf der Grundlage der erteilten Weisungen über die Liquidierung aller Erscheinungen der faschistischen Konterrevolution 1319 Personen, die als Teilnehmer von Organisationen, Gruppierungen oder als Einzeltäter handelten, liquidiert worden:

dem Machtantritt Hitlers und der Gleichschaltung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland geriet der VDA nach und nach unter den Einfluss der NSDAP.

⁷ Laut Personalbestand der Deutschen Botschaft in Moskau gab es Ende Juni 1933 und Mitte Juni 1934 keinen Mitarbeiter und Angestellten diesen Namens. Vgl. PA AA, Moskau II, 20, Bl. 339–343; ebd., 34, Bl. 450–451.

⁸ Die Rede ist von dem Pförtner der Botschaft in Moskau Aleksandr Ivanovič Šul'c. Vgl. Dok. 269.

⁹ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 298, S. 845.

Bezeichnung der Gebiete	Zahl der Organisationen	Zahl der Verhaftungen nach Organisationen	Zahl der Gruppierungen	Zahl der Verhaftungen nach Gruppierungen	Zahl der Verhaftungen von Einzeltätern	Insgesamt
Ukraine	—	—	50	208	67	275 ¹⁰
Westsibirien	2	58	38	257	1	316
Republik der Wolgadeutschen	1	36	12	94	21	151
Krim	—	—	21	124	9	133
Region Nord-Kaukasus	—	—	18	101	12	113
Azov-Schwarz-Region	—	—	13	55	17	72
Region Mittel-Wolga	—	—	10	64	8	72
Region Stalingrad	—	—	6	51	1	52
Andere Gebiete	—	—	10	63	72	135
INSGESAMT	3	94	178	1017	208	1319

Im Zuge der Liquidierung einer Reihe von Fällen haben sich unsere Materialien über die Durchsetzung einzelner Gliederungen des Sowjet- und Parteiapparates mit faschistischen Elementen und über die aktive Rolle der lutherischen und katholischen Geistlichkeit und der deutschen nationalistischen Lehrerschaft aus sozial fremden Verhältnissen bestätigt. Allerorts ist im Prozess der Agenturarbeit und der Ermittlungen zu den liquidierten Fällen der enge Kontakt der Geistlichkeit zu deutschen dipl[omatischen] Einrichtungen und der Empfang von Geldmitteln von diesen Einrichtungen zur Führung der faschistischen Arbeit unter dem Deckmantel der „Hungerhilfe“ festgestellt worden.

Eine besonders aktive Tätigkeit entfaltet in dieser Hinsicht das Deutsche Konsulat in Kiev, das von dem Mitglied der faschistischen Partei und Agenten der Außenpolitischen Abteilung HENCKE¹¹ zusammen mit dem Sekretär des Konsulats, dem Mitglied der faschistischen Partei und Agenten der Auslandsabteilung der faschistischen Partei BAUN geleitet wird.

Der in der Ukraine verhaftete Pastor KLÜNT¹² sagte bei der Vernehmung aus, dass er für die Führung der faschistischen Arbeit unter dem Deckmantel der „Hungerhilfe“ 1500 Goldrubel über das genannte Konsulat erhalten hat.

Höchste Aufmerksamkeit verdient die Zunahme von faschistischen Tendenzen in den deutschen Dörfern der Ukraine, der Republik der Wolga-Deutschen und auf der Krim.

¹⁰ Die Gesamtzahlen beziehen sich auf die Anzahl der Verhafteten.

¹¹ Andor Hencke war seit 1.11.1935 Mitglied der NSDAP.

¹² So im Dokument; richtig: Kludt.

In Odessa wurde eine deutsche Kulakengruppe liquidiert, die die Ermordung des Vorsitzenden des Dorfsowjets vorbereitete und einen Brand in der MTF¹³ legte.

In der Moldauischen ASSR wurde eine deutsche terroristische Kulakengruppe liquidiert, die die Ermordung des Kolchosvorsitzenden vorbereitete, der die Schädlingstätigkeit der in den Kolchos eingedrungenen Kulaken bekämpfte.

Im Donbass wurde eine deutsche terroristische faschistische Gruppe unter der Führung des Deutschen GAMM liquidiert, der einen spiritistischen Zirkel schuf, der sich auf einen zentralen Terroranschlag vorbereitete (alle in diesem Fall Verhafteten sind geständig), das Ermittlungsverfahren ist abgeschlossen, der Fall dem Gericht übergeben worden.

Im Kanton Marienthal der Republik der Wolga-Deutschen ist von den ehemaligen Kulaken KOBEL' und RUPEL' die Ermordung des Kolchosvorsitzenden MERC und des Parteigruppenorganisators des Kolchos GARTMAN vorbereitet worden.

In Marxstadt (Republik der Wolga-Deutschen) ist der Sekretär des Stadtkomitees des VLKSM SITČENKO von dem Sohn des ehemaligen Bäckereibesitzers, dem Deutschen KRAUS, zusammengeschlagen worden. Ebendort hat der Deutsche ŠMIDT (dessen Bruder war 1934 wegen Beteiligung an einer faschistischen Organisation verhafteten) während des Rechenschaftsberichtes zu den Wahlen zu den Sowjets den Redner und den Versammlungsleiter verprügelt.

Im Kreis Freidorf auf der Krim wurde im Dorf Tagajlyk eine Kulakengruppe liquidiert, die einen terroristischen Anschlag auf den Leiter der Politabteilung der MTS KONYŠEV vorbereitete. Mit der Ausführung dieses terroristischen Anschlages wurde der Sohn des Kulaken FRIDRICHSON beauftragt, bei dem bei der Verhaftung ein Revolver sichergestellt wurde.

III

Von den in den einzelnen Gebieten liquidierten Fällen und den aufgedeckten Formen der aktiven faschistischen Tätigkeit verdienen folgende die höchste Aufmerksamkeit:

In der Republik der Wolga-Deutschen:

1) Zum Kern der faschistischen Organisation, die unter dem Deckmantel der religiösen Sekte der Betbrüder¹⁴ agierte, gehörten die deutsche nationalistische Intelligenz und Kulakenkader.

Auf der Grundlage von Agenturmaterialien und der Aussagen des Leiters der Organisation **der religiösen Sekte**¹⁵ der Betbrüder F.F. GAAS sind 15 faschistische Zellen der Organisation in der Peripherie aufgedeckt worden, die unter der Leitung des Saratover Zentrums tätig waren. Der Leiter der Organisation GAAS stand mit dem deutschen Agenten Otto GIBŠLE – gegenwärtig außerhalb der Sowjetunion befindlich (er arbeitete als Spezialist in einer Schweinezuchtsovchose) – in Verbindung und stellte über ihn den Kontakt zu dem Landwirtschaftsattaché der Deutschen Botschaft SCHILLER her, dem er ausführliche Informationen über die Lage in der Republik der Wolga-Deutschen lieferte.

¹³ Moločno-tovarnaja ferma (Milchfarm mit Marktproduktion).

¹⁴ Die Sekte war gegen Ende der 20er Jahre in der ASSR der Wolgadeutschen weit verbreitet.

¹⁵ Der Text ist anstelle des durchgestrichenen Wortes „Sektoren“ eingefügt.

Die Hauptaufgaben der Organisation bestanden im Folgenden:

a) Kampf gegen die Kolchosen; b) Propagierung der Ideen des Faschismus unter breiten Schichten der deutschen Bevölkerung, insbesondere über die „Hungerhilfe“, und c) in der Vorbereitung von faschistischen Kadern.

Zugleich betrieben einige konterrevolutionäre Gruppen, die sich der Organisation angeschlossen hatten, im großen Maßstab Diebstahl sozialistischen Eigentums aus Mühlen, in Getreidespeichern, Holzlagern und Betrieben.

Das aus 38 Personen bestehende Aktiv der Organisation wurde verhaftet, weitere Verhaftungen werden vorgenommen werden.

2) Die Gruppe der Emissäre des „Bundes der Auslandsdeutschen“, die eine aktive pangermanische und faschistische Propaganda betrieb, unterwanderte die Leitung des Sowjetapparates des Kantons Zel'man und betrieb in den Kolchosen eine Zersetzungsarbeit.

Im Zuge der Ermittlungen wurde festgestellt, dass die verhafteten Teilnehmer der Gruppe 1921 nach dem Misserfolg des Aufstandes in der Republik der Wolga-Deutschen illegal nach Deutschland geflüchtet waren, dort dem „Bund der Auslandsdeutschen“ beitraten und in der Zeit von 1923–26 mit konterrevolutionären Aufträgen des „Bundes der Auslandsdeutschen“ in die UdSSR zurückkehrten.

Die Gruppe wurde von dem ehemaligen Stellvertreter des Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Kantons Zel'man K.J.A. LANG geleitet.

Die in dieser Strafsache verhafteten drei Teilnehmer der Gruppe sind vom Sonderkollegium des Hauptgerichtes der Republik der Wolga-Deutschen zu 10 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden.

Die Agentur- und Untersuchungsmaterialien zu den anderen Fällen zeigen, dass in der Republik der Wolga-Deutschen die nationalistischen und in der Folge faschistischen Elemente seit den ersten Jahren der Revolution trotz schärfster Repressionen eine Reihe von Positionen behaupteten, indem sie sich einen Rückhalt in den wichtigsten Gliederungen des Partei- und Sowjetapparates verschafften und ihre Agenten in die Reihen der VKP (B) einschleusten. Nach der Niederlage der konterrevolutionären Aufstandsbewegung im Jahr 1918, in der der deutsche Lehrer ŠVAB eine überaus aktive Rolle spielte (wurde nicht verhaftet, gehört momentan der Reserve des Regions-Komitees der VKP (B) an) und in der Folgezeit eine Zeitlang die Funktion des Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees bekleidete. Er gab im engen Kreis der mit ihm verbundenen Leute die Losung aus: „Es ist die Zeit gekommen, in die Kommunistische Partei einzutreten, um die eigenen Reihen zu erhalten und die Deutschen vor dem Bolschewismus zu schützen.“ Diese Losung ist von ŠVAB unmittelbar nach dem Scheitern des Versuchs ausgegeben worden, um zusammen mit dem von uns verhafteten, nunmehr ehemaligen Vertreter der Republik der Wolga-Deutschen in Moskau A.P. ŠNEJDER eine deutsche nationale Partei zu organisieren.

Von 1921 bis 1931 deckten ŠNEJDER, ŠVAB und der ehemalige Volkskommissar für Volksbildung der Republik der Wolga-Deutschen ŠEJNFEL'D¹⁶ (inzwischen verstorben) die Tätigkeit der illegalen Organisationen und Zellen des „Bundes der Auslandsdeutschen“, in denen die von uns 1931 verhafteten angesehenen deutschen nationalistischen Autoritäten Prof. DINGES, der Lehrer ZINNER und andere eine führende Rolle spielten. Im Ergebnis der nationalistischen Tätigkeit dieser

¹⁶ So im Dokument; richtig: Šenfel'd (Schönfeld).

Zellen und Organisationen erfuhr der pangermanische, im Prinzip faschistische Gedanke unter der deutschen Jugend eine bedeutende Verbreitung. Deren faschistische Führungskader wurden von uns in den Jahren 1933 bis 34 zerschlagen.

Eine besonders aktive Rolle in der faschistischen Arbeit spielte der von uns verhaftete A.P. ŠNEJDER, der unter anderem die illegale Arbeit des „Bundes der Auslandsdeutschen“ begünstigte, der mit dessen Hilfe die Rückkehr einer Reihe von Weißgardisten und aktiven Akteuren des „Bundes der Auslandsdeutschen“ (die von uns verhafteten KLEIN, KLANG, ROTTERMEL' und eine Reihe anderer) in die UdSSR organisierte.

Während seiner gesamten Tätigkeit war ŠNEJDER sehr eng mit dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Republik der Wolga-Deutschen FUKS verbunden, dessen Schwester ist deutsche Staatsangehörige und Mitglied der VKP (B) und die Ehefrau des deutschen Staatsangehörigen und ehemaligen Offiziers des deutschen Generalstabes und des Ingenieurs KECHLING (nicht verhaftet), der der Initiator und Organisator der deutschen konterrevolutionären Aufstandsbewegung war, die wir in der Stadt Bal'cer liquidiert haben (in dieser Strafsache wurden 155 Personen repressiert und verurteilt).

Bezeichnend ist, dass FUKS bei der Erörterung des ZK-Telegramms zur Frage einer Verstärkung der Repressionen gegen die faschistischen Elemente auf dem Büro des deutschen Gebietskomitees in seinem Beitrag eingestand, dass er „sich nicht mit den Kadern und der internationalen Arbeit beschäftigt“ habe und zugleich bei dem Meinungsaustausch über die Ausweisung von deutschen Staatsangehörigen aus der Republik der Wolga-Deutschen erklärte: „Lohnt es sich für uns, diese Maßnahme durchzuführen, wir haben ohnehin nur wenige von ihnen“ (die Zahl der deutschen und österreichischen Staatsangehörigen in der Republik der Wolga-Deutschen beträgt 85).

In Westsibirien:

1) Die faschistische Organisation im Kreis Issil'kul' in der Region Westsibirien vermochte ihren Einfluss auf eine Reihe von Siedlungen auszudehnen. Die Organisation war von dem Bürger der UdSSR, dem Deutschen Rejngol'd ŠMIDT geschaffen worden, der 1933 aus der Ukraine in den Kreis Issil'kul' gekommen war und die Arbeit für die „Hungerhilfe“ organisierte. Auf der Grundlage dieser Tätigkeit wurde eine konterrevolutionäre Organisation geschaffen, zu deren Aktiv sechs Kulan gehörten, die 1933 aus der Ukraine nach Westsibirien gekommen waren.

In dieser Strafsache wurden neun Zellen der konterrevolutionären faschistischen Organisation in allen deutschen Ortschaften des Kreises Issil'kul' ermittelt.¹⁷

Die Hauptaufgabe der Organisation bestand laut Aussagen aller Angeklagten darin, faschistische Kader heranzubilden und die Bevölkerung mittels der „Hungerhilfe“-Kampagne gegen die Sowjetmacht aufzuhetzen.

In dieser Strafsache wurden 21 Personen verhaftet. Zurzeit läuft die Verhaftung der übrigen Organisationsteilnehmer.

¹⁷ Der nachfolgende Absatz ist mit Tinte durchgestrichen: „Durch die Ermittlungen ist festgestellt worden, dass die Organisation mit dem Deutschen Konsulat in Novosibirsk in Verbindung stand und letzterem ausführliche Informationen über die Lage in den deutschen Kolonien gegeben hat.“

2) Die konterrevolutionäre faschistische Organisation in den deutschen Kolonien des Kreises Rodinsk in der Region Westsibirien wurde von dem ehemaligen Direktor der MTS in Gal'bstadt und ehemaligen Mitglied der VKP (B) DIK geleitet. Die Organisation bestand aus 17 Personen und wurde von DIK 1933 geschaffen, nachdem er von dem früher in Moskau lebenden, ehemaligen Mitglied der VKP (B) GARDER, der zugleich als Mitglied des Führungszentrums der von uns aufgedeckten faschistischen Organisation, die unter dem Deckmantel der deutschen Zeitungen tätig war, bei einem Besuch in Westsibirien angeworben worden war (GARDER ist verurteilt worden).

Die Organisation stellte sich die Aufgabe, die Parteiführung zu diskreditieren, die Kolchosen zu desorganisieren, dem Parteieinfluss in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken, faschistische Propaganda zu betreiben und die deutsche Jugend im faschistischen Sinne zu erziehen.

In der Region Nordkaukasus:

1) Die aus Kulaken bestehende faschistische Gruppe in der Kolonie Leninfeld, Kreis Nevinomysskij hatte die Leitung der deutschen Kolchosen an sich gerissen. Der Gruppe gelang es, alle ortsansässigen Kulaken und Großgrundbesitzer, insgesamt 37 Wirtschaften, in die Kolchosen einzuschleusen und sie vor der Entkulakisierung und der Aussiedlung zu bewahren. Die Gruppe betrieb in der Bevölkerung eine umfangreiche faschistische Propaganda und organisierte einen Briefstrom an ausländische faschistische Organisationen mit ausgeprägt verleumderischen Informationen über die Lage in der Sowjetunion und mit der Bitte um Hilfe.

Es ist dokumentarisch festgestellt worden, dass 80% der Bevölkerung in den deutschen Kolonien von der Tätigkeit der „Hungerhilfe“ erfasst worden sind.

In dieser Strafsache sind 15 Personen verhaftet worden.

Zugleich ist in den deutschen Kolonien der Region Nordkaukasus eine bedeutende Durchsetzung des Sowjetapparates und der Leitungskader der Kolchosen mit faschistischen Elementen ermittelt worden. In den deutschen Kolonien der Kreise Novo-Aleksandrovsk, Petrovsk und Nevinomyssk sind von uns drei aktive faschistische Gruppierungen, deren Leitung vollständig aus Mitgliedern der Kolchosverwaltungen bestand, liquidiert worden. In den deutschen Kolonien des Minvodsker Kreises sind unter den Leitern und Mitgliedern der Kolchosverwaltungen 26 ehemalige Weiße und Kulaken ermittelt worden. Der Einfluss dieser faschistischen Elemente auf die Bevölkerung ist im Gefolge der außerordentlichen Schwäche der örtlichen Partei- und Komsomolorganisationen außerordentlich hoch. Die Partei- und Komsomolorganisationen in den Kolonien der Region des Nordkaukasus vereinen, selbst in den etwas besser gestellten Kolonien, knapp 1,4 Prozent der Bevölkerung auf sich. In den deutschen Kolonien der Kreise Aleksandrovsk und Petrovsk gibt es nicht ein einziges Parteimitglied und auch keinen Komsomolzen. In den sieben deutschen Kolonien des Autonomen Gebietes der Kabardiner-Balkaren gehören bei 6312 Einwohnern nur 28 Personen der Partei an.

Im Gebiet Čeljabinsk:

1) Die faschistische Gruppe, die in den deutschen Ortschaften des Čeljabinsker Gebietes und im Werk für Eisenlegierungen in der Stadt Čeljabinsk tätig war, ist von dem inzwischen nach Deutschland ausgereisten deutschen Staatsangehörigen,

Spezialisten und ehemaligen Offizier der deutschen Armee WALTER geschaffen worden.

Die Gruppe betrieb in der Bevölkerung faschistische Propaganda, darunter auch durch die Verbreitung von Literatur, und entfaltete auf der Grundlage der „Hungerhilfe“ eine bedeutende faschistische Tätigkeit. Zugleich wurden Versuche unternommen, eine Diversionsgruppe zu schaffen und Sabotageakte im Werk für Eisenlegierungen zu organisieren. Bei der Verhaftung der sieben Aktivisten der faschistischen Gruppierung wurden faschistische Zeitungen mit Veröffentlichungen der Reden HITLERS und anderer faschistischer Führer sichergestellt.

Die Liquidierung der faschistischen Gruppen in den deutschen Kolonien wird fortgeführt.

IV

Laut den der GUGB des NKVD vorliegenden Informationen sind die faschistischen Kreise gegenwärtig im Begriff, die „Hungerhilfe“ und die damit verbundene konterrevolutionäre Tätigkeit auf die katholischen Auslandszentren umzustellen. Der Grund dafür besteht in den beträchtlichen Repressionen unsererseits gegen die Organisatoren und Anstifter der „Hungerhilfe“, die auf der Linie des Auslandskomitees der „Brüder in Not“ arbeitet, sowie in der formalen Auflösung der „Brüder in Not“¹⁸ in Deutschland.

Nach den vorliegenden Informationen ist beabsichtigt, über die in Deutschland bestehenden und unmittelbar mit Rom verknüpften katholischen Organisationen „Fürsorge“¹⁹ und „Caritas“²⁰, die auf unserem Territorium in den Jahren 1930–31 einer aktiven konterrevolutionären Tätigkeit nachgingen, auf unterschiedlichen Wegen eine bedeutende Summe an Geldmitteln in die UdSSR zu schicken. Zugleich wurde in Berlin unter der Leitung des aktiven Mitglieds des „Bundes der Auslandsdeutschen“ Pastor SCHRÖDER ein spezielles „Evangelisches Wohltätigkeitskomitee“ gegründet, dem die von der lutherischen Kirche für die Organisation der „Hungerhilfe“-Kampagne eingehenden Geldmittel übergeben werden.

Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR

JAGODA

CA FSB RF, f. 3, op. 2, d. 809, l. 51–66. Kopie.

¹⁸ Das in Deutschland Ende der 20er Jahre von aus Russland emigrierten Deutschen gegründete Komitee „Brüder in Not“ befasste sich damit, die deutsche Öffentlichkeit auf die Probleme der Hunger leidenden Deutschen in der UdSSR aufmerksam zu machen, verschiedene Agitationskampagnen zu organisieren sowie Geldsammlungen durchzuführen und Lebensmittelpäckchen in die UdSSR zu schicken. Zur Haltung des NKID und anderer amtlicher Instanzen in der UdSSR gegenüber „Brüder in Not“ vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

¹⁹ Die vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland gegründete katholische Organisation erfuhr in der Weimarer Republik eine weite Verbreitung; um 1933 verfügte sie über mehr als 200 Zweigstellen.

²⁰ 1897 in Deutschland gegründeter katholischer Wohlfahrtsverband, der in vielen Ländern der Welt Verbreitung fand.

Nr. 13

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID
Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von TwardowskiGEHEIM

[23.1.1935]

Nr. 14096

26.I.35¹AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS DES GEN. ŠTERN MIT TWARDOWSKI,
23. JANUAR 1935

Nach dem **Empfang**², den Twardowski für Gen. Gnedin gab und an dem außer den Botschaftsangehörigen auch der deutsche Gesandte in Finnland Büsing teilnahmen, schlug T[wardowski] vor, über allgemeinpolitische Themen zu sprechen. Er kam von sich aus sofort auf den Ostpakt³ zu sprechen. Er sehe in ihm nicht nur einen Faktor, der den deutsch-sowjetischen Beziehungen entgegenstehe, sondern diese sogar erschwere. T. unterstrich vor allem, dass niemand von Deutschland erwarten könne, ernste Verpflichtungen einzugehen, ohne irgendeinen Nutzen für sich daraus zu ziehen. Von unserer Seite würden ständig Andeutungen gemacht, dass Deutschland im Falle einer **Nichtannahme**⁴ des Ostpaktes isoliert sein werde. Dies wäre bei weitem nicht so, da sich im Prinzip eine ganze Reihe von Staaten in unterschiedlichen Formen gegen den Ostpakt aussprechen würde. Die einzigen, die diese Idee tatsächlich unterstützen würden, seien die Länder der Kleinen Entente. T. meint nach wie vor, dass der Ostpakt nicht nötig wäre. Er könnte Deutschland außerdem in sehr ernste Komplikationen verwickeln. Ich machte T. auf den **anhaltenden Widerspruch in seiner Argumentation**⁵ aufmerksam. Einerseits weise er darauf hin, dass der Ostpakt gegenstandslos sei, andererseits spreche er davon, dass er für Deutschland ernste Komplikationen heraufbeschwöre. Darauf erklärte T. folgendes: Man könne nicht vorhersehen, welche Ereignisse in diesem oder jenem Teil Europas eintreten. Ein Beispiel dafür sei die österreichische Frage, die unlängst fast zu einem ernststen Konflikt geführt habe⁶. Ich machte T. auf die Gefährlichkeit seiner Argumentation aufmerksam. Der ganzen Welt sei bekannt, dass Deutschland in Bezug auf Österreich bestimmte Pläne hege. Deshalb sei offen zu sagen, dass Deutschland, wenn **das österreichische Beispiel**⁷ als Argument gegen den Ostpakt angeführt werde, auch den österreichischen ähnliche Pläne im Osten Europas habe. Darauf sagte T. folgendes, ohne auf meine Bemerkung einzugehen: Alles verändert sich; vielleicht verändert sich auch die Politik der Sowjetunion radikal. In was für einer Lage wird sich Deutschland zum Beispiel befinden, falls in 2 bis 3 Jahren die UdSSR den Weg

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Das Wort ist mit Tinte über die Zeile anstelle eines durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes geschrieben.

³ Vgl. Dok. 3, Anm. 7.

⁴ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: Nichtanerkennung.

⁵ Der Text ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: die unveränderlichen Widersprüche seiner Argumentation.

⁶ Gemeint ist der nationalsozialistische Putsch in Österreich am 25.7.1934 und die Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß.

⁷ Der Text ist über die Zeile mit Tinte korrigiert; ursprünglich: Österreich.

einer aktiven Revolutionspolitik einschlägt und der innere Aufbau der UdSSR zugunsten anderer Aufgaben in den Hintergrund rückt. Ich wies T. in entschiedener Form darauf hin, dass er mit absolut haltlosen und unrealistischen ****Annahmen****⁸ operiere. Er kenne die UdSSR ausgezeichnet und wisse um die vor ihr stehenden Aufgaben. Wenn T. außerdem meine, er spreche ****über****⁹ irgendetwas Reales, so müsste er die Schlussfolgerung ziehen, dass unter solchen Bedingungen der Ostpakt für Deutschland vorteilhaft wäre und nur die Sowjetunion binden würde. Somit spreche die Argumentation T.s ****auch****¹⁰ in diesem Fall gegen ihn. Darauf entgegnete T., dass es nicht um die Argumentation ginge, sondern darum, dass Deutschland unter keinen Umständen einem Ostpakt zustimme, der den gegenseitigen Beistand und eine Definition des Aggressorbegriffs beinhalte, dies umso mehr, als er im Grunde genommen nicht sehe, was dies Deutschland geben könne. Er wisse nicht, auf welcher Ebene eine Wiederherstellung der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit erfolgen könnte. Unsere Wege, sagte T., sind derart auseinander gegangen, dass kein Ostpakt sie erneut zusammenführen könnte, nicht einmal auf einem Teilabschnitt. Danach deutete T. vorsichtig an, dass sich die Lage vielleicht ****in Vielem****¹¹ verändern könnte, wenn die UdSSR die Initiative auf dem Gebiet der Legalisierung der deutschen Rüstungen ergreifen würde. Ich machte meinerseits T. darauf aufmerksam, dass sich der Ostpakt meiner Ansicht nach auch für Deutschland als recht nützlich erweisen könnte. Womit zum Beispiel erkläre T., dass Deutschland derartig die Legalisierung seiner Rüstungen betreibe und diese zur gleichen Zeit eigenmächtig verwirkliche. Dies könnte nur damit erklärt werden, dass die herrschenden Kreise sehr wohl verstünden, dass sich die internationale Lage verändern könnte und deshalb bestrebt seien, bereits jetzt ihre Rüstungen zu legalisieren. Es wäre angebracht, solch eine Politik auch hinsichtlich des Ostpaktes zu befolgen. Nach einem Moment des Nachdenkens bemerkte T., dass die Grundhaltung Deutschlands in dem Wunsch bestehe, nicht in ein Manövergelände für ausländische Truppen verwandelt zu werden.

Zum Ende des Gesprächs teilte T. mit, dass er am 1. Februar in Urlaub gehe und bis zu seiner Abfahrt noch einmal gern mit mir sprechen wolle.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. An Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 15–13. Original.

⁸ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile anstelle des durchgestrichenen Wortes „Möglichkeiten“ geschrieben.

⁹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹¹ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben; ursprünglich: etwas.

Nr. 14
Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow

Berlin, den 23. Januar 1935¹

zu e.o. IV Ru. 279 pr 23/1 1 Anl.²

In dem anliegenden Entwurf für das Kabinett ist absichtlich der Gedanke nicht betont worden, dass wir uns auf internationale Verhandlungen irgendwelcher Art vor endgültiger internationaler Klärung der Gleichberechtigungsfrage überhaupt nicht einlassen. Wir müssen in dieser Hinsicht bedenken, dass die Situation sich seit vorigem Herbst wesentlich zu unseren Gunsten geändert hat und dass wir unsere Diktion nach außen hin in diesem Punkte etwas anders regeln müssen als früher. Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, dass unsere Gleichberechtigung eine endgültig erworbene Position ist, an die wir nicht mehr rühren lassen. Wir brauchen und dürfen deshalb nicht mehr an die Gegner das Petikum richten, dass sie unsere Gleichberechtigung anerkennen möchten. Wenn wir das täten, würden wir damit zugeben, dass wir einer solchen ausdrücklichen Anerkennung noch bedürfen und uns ohne sie nicht im Rechte fühlen. Es ist deshalb richtiger, bei der diplomatischen Behandlung des Donau- und Ostpaktes unsererseits nach außen hin die Gleichberechtigungsfrage überhaupt nicht mehr zu erwähnen. Die anderen Mächte werden in der Rüstungsfrage schon von selbst mit ihren Forderungen an uns herantreten; wir haben keinen Anlass, das zu beschleunigen und die Rollen dadurch zu vertauschen, dass wir als Petenten auftreten.

Entwurf über ein Exposé des Herrn Reichsministers über die Römischen
 Abmachungen³ und den Stand der Ostpaktfrage

Nachdem die Saarfrage geregelt ist, liegt es auf der Hand, dass die anderen Mächte die übrigen großen außenpolitischen Fragen zur Entscheidung stellen werden. Die drei für uns wichtigsten Fragen sind der von Laval und Mussolini in Rom in Aussicht genommene Donaupakt⁴, der Ostpakt und das Rüstungsproblem. Mir liegt daran, heute einen Überblick über den Sachstand in puncto Donaupakt und Ostpakt zu geben und daran anschließend einige Ausführungen über unsere Haltung in diesen beiden Fragen und ihren Zusammenhang mit der Rüstungsfrage zu machen.

I. Donaupakt

Die Französische und Italienische Regierung hatten uns kurz vor der Zusammenkunft Mussolini-Laval über die Vereinbarungen informiert, die hinsichtlich des Donauraums getroffen werden sollten. Erst vor einigen Tagen haben uns dann der

¹ Das Datum ist handschriftlich unter den einleitenden Absatz gesetzt, allerdings mit dem falschen Jahr 1934.

² Der Text ist handschriftlich eingefügt.

³ Am 7.1. Vgl. Dok. 4, Anm. 7.

⁴ Der Entwurf des Donau-Paktes basierte auf der Konvention über gegenseitige Respektierung der Staaten Mitteleuropas, die Mussolini und Laval im Rahmen der Römischen Vereinbarungen am 7.1.1935 unterzeichneten und die die Garantie ihrer territorialen Integrität vorsah.

Französische und Italienische Botschafter den Wortlaut der Vereinbarungen amtlich mitgeteilt und um unsere Stellungnahme dazu gebeten.⁵ Von einer sachlichen Beteiligung Deutschlands an den römischen Besprechungen kann hiernach keine Rede sein. Wenn die Französische und Italienische Regierung die Absicht bekundet haben, uns nicht vor ein *fait accompli* zu stellen, so ist es bei dieser bloßen Absicht geblieben.

Die Vereinbarungen sehen vor, dass Österreich und seine Nachbarn – ohne die Schweiz – zum Abschluss eines gegenseitigen Nichteinmischungspaktes eingeladen werden. In diesem Pakt, dem später auch Frankreich, Rumänien und Polen beitreten sollen, sollen folgende Grundsätze verankert werden: Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Vertragsstaates und keine Begünstigung von gewaltsamen Umstürzbewegungen in einem anderen Vertragsstaat. Sehr wichtig ist ein zweiter, bereits abgeschlossener, besonderer Pakt, den die römischen Abmachungen enthalten. In diesem verpflichten sich Frankreich und Italien, sich bei Bedrohung der Integrität oder Unabhängigkeit Österreichs über die zu ergreifenden Maßnahmen gegenseitig zu konsultieren. Zu dieser Beratung sollen, außer Österreich selbst, diejenigen Staaten hinzugezogen werden, die sich an dem geplanten Nichteinmischungspakt beteiligen wollen. Dieser österreichische Konsultationspakt ist insofern bedeutsam, als er bereits in Kraft ist.⁶ Damit haben Italien und Frankreich in gewissem Sinne die Führung im Donaauraum in Anspruch genommen.

In den beiden Pakten sind viele Punkte unklar und bedürfen noch der Aufklärung. Die Tendenz der beiden Pakte ist aber, soweit das österreichische Problem in Frage kommt, ohne Zweifel gegen Deutschland gerichtet, wobei allerdings nicht aus den Augen gelassen werden darf, dass sie auch auf die terroristischen Umtriebe gegen Jugoslawien abgestellt sind. Den ursprünglich von Frankreich und der Kleinen Entente verfolgten Gedanken einer positiven territorialen Garantie hat man fallen gelassen und sich auf die negative Verpflichtung der Nichteinmischung beschränkt. Es ist in die Augen fallend, dass der Konsultativpakt ausdrücklich und ausschließlich auf Österreich gemünzt ist, während der Nichteinmischungspakt sowohl das Verhältnis der einzelnen Staaten zu Österreich als auch das Verhältnis Italiens zu Jugoslawien und das Verhältnis Ungarns zur Kleinen Entente umfasst.

Durch die römischen Abmachungen ist es Frankreich und Italien gelungen, ihre Interessengegensätze im Donaauraum, vor allem hinsichtlich Ungarns und Jugoslawiens zu überbrücken. Sie haben sich außerdem, wie mit ziemlicher Bestimmtheit angenommen werden kann, auch über die Donauprobleme hinaus für die bevorstehenden Auseinandersetzungen über die großen Fragen der internationalen Politik zu einer gemeinsamen Linie zusammengefunden. Es ist sicher, dass England das italienisch-französische Vorgehen unterstützt, ohne sich selbst formell an den Abmachungen beteiligen zu wollen, und die anderen die Kastanien aus dem Feuer herausholen lässt.

Angenommen Deutschland beteiligte sich an dem geplanten Nichteinmischungspakt, so würden wir uns, z.B. Österreich gegenüber, rein formal gesehen,

⁵ André François-Poncet und Vittorio Cerutti; die entsprechenden Dokumente dazu in: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 408 und 409, S. 750–754.

⁶ Die Garantieerklärung über die Integrität Österreich wurde am 17.2.1934 durch Italien, Frankreich und Großbritannien abgegeben.

nur zu etwas verpflichten, was nach allgemein völkerrechtlichen Begriffen selbstverständlich ist. Die praktische Folge wäre jedoch, dass jede Aktion Deutschlands, die von dritter Seite als Einmischung in Österreich ausgelegt werden könnte, nicht mehr ausschließlich Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Österreich bilden würde, sondern zum Gegenstand gemeinsamer diplomatischer Demarchen aller Vertragsstaaten gemacht werden könnte.

II. Ostpakt

Das zweite große internationale Problem betrifft den Ostpakt. Der Plan eines Ostpaktes ist an uns in der Form herangebracht worden, dass zunächst im Sommer vorigen Jahres der französische Botschafter und kurz darauf Litwinow mündlich Mitteilung von dem Pakt gemacht haben, den Litwinow Herrn Barthou vorgeschlagen hatte. Kurz darauf hat uns der englische Botschafter ein Vertragsschema⁷ übergeben. Der Plan sieht einen Vertrag zwischen Deutschland, Russland, Polen, Tschechoslowakei, den Randstaaten und Finnland mit der Verpflichtung zur Konsultation und zur gegenseitigen Hilfeleistung, d. h. zum sofortigen militärischen Beistand bei kriegerischen Verwicklungen, vor; ferner ein Abkommen zwischen Frankreich und Russland, in dem Frankreich den Ostpakt und Russland den Locarno-Vertrag garantieren sollen. Wir haben Anfang September in einem Memorandum zu dem Ostpakt eingehend Stellung genommen.⁸ Wir haben grundsätzlich dazu erklärt, dass wir keine Möglichkeit sehen, einem derartigen internationalen Vertragssystem beizutreten, solange die Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Rüstungen noch von gewissen Mächten in Zweifel gezogen wird; der gleiche Gesichtspunkt sei auch für die Frage des zukünftigen Verhältnisses Deutschlands zum Völkerbund maßgebend. Im Übrigen aber scheine uns die Konstruktion des Ostpaktes verfehlt und bringe die bedenklichsten Komplikationen mit sich. Deutschland, dessen zentrale Lage inmitten hochgerüsteter Staaten zu besonderer Vorsicht zwingt, könne keine Verpflichtung auf sich nehmen, die es in alle möglichen Konfliktsfälle, mit denen Deutschland nicht das geringste zu tun habe, hineinziehen und zum wahrscheinlichen Kriegsschauplatz machen würde. Die Verpflichtung, fremden Truppen beliebiger Vertragspartner den Durchmarsch zu gestatten, sei untragbar. Für die in dem Paktsystem vorgesehenen Sondergarantien Frankreichs und der Sowjetunion liege kein reales Bedürfnis vor. Wir müssten jedenfalls die Vorstellung ablehnen, als ob russische Truppen am Rhein oder französische Truppen an der Weichsel uns verteidigen würden. Wir haben uns aber aus praktischen Gründen nicht auf diese rein negative Kritik beschränkt und haben in Anlehnung an die von dem Führer oft proklamierten Gedankenansätze auch gewisse positive Anregungen gegeben. Wir haben dabei betont, dass wir im allgemeinen zweiseitigen Verträgen den Vorzug geben, aber auch mehrseitige Verträge nicht ablehnen; nur müsste dabei der Schwerpunkt nicht auf die automatische militärische Unterstützungsverpflichtung im Kriegsfall, sondern auf die Nichtangriffsverpflichtung und auf die Verpflichtung der an einem Konflikt interessierten Mächte zur Konsultation gelegt werden.

Wir sind in der Frage des Ostpaktes von Anfang an in Fühlung mit der Polnischen Regierung gewesen, da diese, ähnlich wie wir, dem Pakt ablehnend gegen-

⁷ Eric Phipps; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 85, S. 159–162.

⁸ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 508, S. 1333–1338.

übersteht. Die Polnische Regierung hat ihren Standpunkt in einem Memorandum vom September v. J. niedergelegt⁹, in dem sie die Bedenken gegen den Pakt von ihrem Standpunkt aus beleuchtet. Wir haben den Eindruck, dass es den Polen vornehmlich darauf ankommt, das grundlegende deutsch-polnische Abkommen vom Januar v. J.¹⁰ nicht zu verwässern und in seiner Wirkungsmöglichkeit zu beschränken, dass Polen ernste Bedenken dagegen hat, in Konflikte dritter Staaten hineingezogen zu werden, und es ebenfalls ablehnt, sein Gebiet dem Durchzug fremder Truppen zu öffnen. *Von den übrigen Regierungen hat die Tschechoslowakische Regierung, die ja bekanntlich in allen Fragen den französischen Initiativen gehorsam folgt, dem Ostpakt bedingungslos zugestimmt.¹¹ Die litauische Regierung hat das gleiche getan, allerdings mit einem Vorbehalt bezüglich Wilnas.¹² Die finnische Regierung hat zu erkennen gegeben¹³, dass ihre Teilnahme nicht in Frage komme*¹⁴, während die lettische¹⁵ und die estnische Regierung¹⁶ erklärt haben, sie stünden dem Gedanken des Ostpaktes im Prinzip freundlich gegenüber, müssten sich aber im Übrigen völlig freie Hand vorbehalten. Die englische Regierung lehnt zwar für sich selbst jegliche Beteiligung an dem französisch-russischen Paktprojekt ab, begünstigt aber trotzdem diese Pläne und hat in dieser Beziehung verschiedentlich in den Hauptstädten im Interesse des Zustandekommens des Paktes zu wirken gesucht.

Die Franzosen standen somit vor einem ablehnenden Deutschland und einem ebenfalls ablehnenden Polen. Es ist natürlich, dass die Französische Regierung zunächst versucht hat, die Polen von ihrem ablehnenden Standpunkt abzubringen, um Deutschland in seiner ablehnenden Haltung zu isolieren; in ihrer Antwort auf das polnische Exposé¹⁷ ist die französische Regierung darum den polnischen Argumenten ziemlich weitgehend entgegengekommen, ohne indes den Grundcharakter ihres Planes irgendwie zu verändern. Nach den uns vorliegenden Nachrichten verharret jedoch Polen auf seiner ablehnenden Linie, wenn natürlich auch eine absolute Sicherheit hierfür nicht gegeben ist. Obwohl der Versuch, Polen dem Ostpakt geneigt zu machen, misslungen ist, haben die Franzosen in letzter Zeit eine erneute Aktivität entfaltet, und zwar vornehmlich auf starkes Drängen der Russen. Die Französische Regierung hat am 15. Januar zu dem deutschen Memorandum Stellung genommen.¹⁸ Sie versucht in polemisch weitschweifigen Ausführungen die deutschen Argumente zu widerlegen, geht aber in allen Punkten an dem Gehalt unserer Argumente vollkommen vorbei und beseitigt keine einzige der Schwierigkeiten, die sich für uns aus dem Paktentwurf ergeben.

⁹ Nichtunterzeichneter Vermerk: Bemerkungen zum deutschen Memorandum zum Ostpakt, vor 13.9.1934. In: *Polskie Dokumenty Dyplomatyczne 1934*, Warszawa 2014, Dok. 246, S. 565–567.

¹⁰ Vgl. Dok. 7, Anm. 6.

¹¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 33, S. 79–80.

¹² Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 131, S. 259–260.

¹³ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. II/2, Dok. 496, S. 873–874.

¹⁴ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

¹⁵ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 133, S. 262–263.

¹⁶ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 140, S. 271–272.

¹⁷ Note de la Direction politique. Pacte de l'Est, 30.10.1934. In: *Documents Diplomatiques Français 1932–1939*, 1. Serie, Bd. VII, Paris 1979, Dok. 554, S. 900–902.

¹⁸ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 440, Anlage, S. 806–811.

III. Unsere Haltung

So ist der Tatbestand. Wir können nicht verkennen, dass die beiden Projekte (Donau- und Ostpakt-Projekt) uns vor ernste Entschliefungen stellen. Es kommt bei den beiden Pakten weniger auf den technischen Inhalt an, als auf die politischen Tendenzen, die sich dahinter verbergen. Wir haben insofern eine geschlossene Front vor uns, als die anderen Mächte übereinstimmend darauf ausgehen, uns, bevor wir unsere Rüstungen weit genug entwickelt haben, in unserer Bewegungsfreiheit zu binden und wieder in den internationalen Konzern hineinzuziehen. Der Weg soll offenbar über den Nichteinmischungspakt und den Ostpakt zu einer unsere Rüstungsmöglichkeiten einschränkenden Konvention und dann natürlich in den Völkerbund führen. Ich glaube, der entscheidende Gesichtspunkt für unsere Politik in all diesen Fragen muss der sein, die Rüstungsfrage in den Mittelpunkt unserer Überlegungen zu stellen. Es kommt für uns vor allem darauf an, dass wir uns für die Vollendung unserer Rüstungen Spielraum verschaffen und dass wir alle anderen außenpolitischen Probleme diesen Zwecken unterordnen.

Wir müssen also in den beiden Paktfragen sehr vorsichtig operieren. Wenn wir uns rein negativ verhalten, so müssen wir damit rechnen, dass sich der ohnedies zu erwartende Druck in der Rüstungsfrage noch verstärken und beschleunigen wird. Dies ist deshalb nicht ratsam. Ich würde es aber für richtig halten, die Diskussion über die Paktfragen möglichst lang hinauszuspinnen.

In der Frage des Nichteinmischungspaktes können wir zunächst in ganz allgemeiner Form unsere prinzipielle Bereitschaft zu einem Gedankenaustausch erklären, würden aber dabei zugleich eine Anzahl von Rückfragen an Frankreich und Italien stellen. Die Beantwortung würde voraussichtlich erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, da sich Frankreich und Italien erst untereinander verständigen müssten. Dann werden wir weiter sehen. Dabei werden wir darauf achten müssen, dass der Pakt nicht in der Diskussion allzu sehr vertieft wird und dadurch in unerwünschter Weise an Gestalt und Bedeutung gewinnt.

Nicht ganz so einfach liegen die Dinge beim Ostpakt. Dass wir uns auf den Ostpakt in der von Frankreich und Russland seinerzeit vorgeschlagenen und von England befürworteten Form, wie sie auch jetzt noch aufrechterhalten wird, einlassen, ist völlig ausgeschlossen. M.E. kann sich daran auch nichts ändern, wenn wir, wie sich jetzt ziemlich deutlich zeigt, vor die Alternative gestellt werden sollen, dass entweder der Ostpakt mit Beteiligung Deutschlands oder aber ein direktes russisch-französisches Bündnis abgeschlossen wird. Wir müssen im weiteren Verlauf der Entwicklung sehen, welcher Weg sich finden lässt, durch unsere ablehnende Haltung die Gesamtlage so wenig wie möglich zu belasten. Dabei dürfen wir uns natürlich nicht der Hoffnung hingeben, dass wir durch ein Eingehen auf den Nichteinmischungspakt um die Diskussion des Ostpaktes herumkommen. Dafür haben die Russen und die Franzosen ein viel zu großes Interesse, uns die Fesseln des Ostpaktes anzulegen und sich selbst die darin gebotenen Möglichkeiten gegen uns zu sichern.

Wenn der Führer einverstanden ist, so möchte ich deshalb in der oben skizzierten Weise vorgehen.¹⁹

¹⁹ In einem Aktenvermerk notierte von Neurath am 24.1.1935: „Bezüglich der Behandlung des römischen Paktes erklärte sich heute Morgen der Reichskanzler damit einverstanden, dass

Auf dem ersten Blatt am Seitenrand: Herrn St. S. S. (mit Abzeichnung von Bülows) M[eyer] 23/1. und zdA Ostpakt mit Paraphen von M[eyer] 31/1 und von T[ippelskirch] 4/2. Unten: Po 3 Frkr/Ru – Ostpakt.

PA AA, R 31617, Bl. H 102057–102066.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 454, S. 832–837.

Nr. 15

Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam

Berlin, den 23. Januar 1935

Aufzeichnung

Der russische Handelsvertreter Kandelaki hat dem Reichswirtschaftsministerium die abschriftlich anliegende Liste¹ übergeben, die die russischen Bestellwünsche im Rahmen des 200-Millionen-Geschäfts enthält. In der Liste ist eine große Anzahl von Waren und Anlagen aufgeführt, deren Lieferung sich aus verschiedenen Gründen verbietet. Hierüber wird noch eingehend mit den Russen zu verhandeln sein. Inzwischen ist der Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft mit der Prüfung der Liste beauftragt worden. Am heutigen Mittwoch findet im RWM eine Ressortbesprechung über den gesamten Fragenkomplex statt. Am letzten Montag (21.1.) hat im RWM eine Sitzung mit den Banken, der IFAGO² und der Revisions- und Treuhandgesellschaft über die technische Durchführung des 200-Millionen-Kredits, die Verteilung des Risikos auf Reich, Banken und Firmen, sowie die Aufteilung der Zinsen auf die am Risiko beteiligten Stellen stattgefunden. In dieser Sitzung, an der ich teilgenommen habe, konnte nach Überwindung anfänglicher Schwierigkeiten eine Einigung erzielt werden.

Hiermit über Herrn Gesandten Hey Herrn Ministerialdirektor Meyer ergebenst vorgelegt.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift. Abzeichnungen von Hey und Meyer. Auf erstem Blatt: e.o. W IV Ru 252; pr. 23.1.35. An der Seite: Mit W IV Ru 306 bei Abt. W erg. vorgelegt (Die rot angezeichneten Posten haben unmittelbare militärische Bedeutung.) B[räutigam] 1/II. Außerdem: Liste entheftet für H[errn] Dr. Bräutigam 15/10–35 und Liste wieder eingegangen 17/X-35.

PA AA, R 94734, Bl. E 664091–664092.

wir das Prinzip der Nichteinmischung anerkennen und uns zu einer Diskussion bereit erklären, dabei aber gleichzeitig Fragen zur Aufklärung stellen.“ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 455, S. 837.

¹ Vgl. PA AA, R 94734, Bl. E 664093–664101.

² Die am 16.7.1926 in Berlin gegründete Industriefinanzierungs-Aktiengesellschaft Ost (Ifago) war eine Gesellschaft zur Förderung der Handelsbeziehungen zwischen der deutschen Industrie und den Ländern des Ostens, vor allem der Sowjetunion, insbesondere zur Konsultation und zur Finanzierung von Liefergeschäften nach diesen Ländern.

Nr. 16
Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung
im AA von Tippelskirch

Berlin, den 25. Januar 1935

Aufzeichnung

Das Propagandaministerium teilt telefonisch mit, es sei beabsichtigt, die *Buchhandlungsfirma „Kniga“ in der Kurfürstenstraße einer polizeilichen Durchsicht*¹ zu unterziehen. In gleicher Weise interessiere man sich für den *Zeitschriften-Kiosk im Treppenhaus der Sowjethandelsvertretung*². Das Propagandaministerium habe sich in der Angelegenheit zwecks weiterer Veranlassung an das Geheime Staatspolizeiamt – Kriminalrat Heller – gewandt. Dieser habe empfohlen, sich in der Angelegenheit zunächst mit dem AA in Verbindung zu setzen. Es würde hiermit um Stellungnahme gebeten.

Ich habe erwidert – in Anwesenheit und im Benehmen mit Herrn Bräutigam –, dass der gegenwärtige Zeitpunkt für derartige Unternehmungen aus außenpolitischen Gründen nicht günstig erscheine. Ich habe dabei auf die in der Schwebe befindlichen Wirtschaftsbesprechungen hingewiesen sowie auf die Notwendigkeit, angesichts der Ostpaktfrage unnötige Belastungen in unserem Verhältnis zur Sowjetunion zu vermeiden. Ich habe auch angedeutet, dass bei solchen polizeilichen Aktionen bisher wenig herausgekommen sei. Ich würde daher bitten, die Angelegenheit nochmals Herrn Ministerialrat Haegert vorzutragen und dabei festzustellen, ob tatsächlich schwerwiegende Gründe für die beabsichtigte Aktion vorlägen. Dies wurde zugesagt.

Hiermit Herrn Ministerialdirektor Meyer, Herrn Gesandten Hey, Herrn Gesandtschaftsrat Dr. Bräutigam zur gefl. Kenntnisnahme, sodann z.d.A.

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt oben: IV Ru 310; pr. 28.1.35. Paraphen von B[ülow] 29/1 und M[eyer] Stempel v. ST.S. 29. Jan. 1935. Unten: Po 2 Ru. Von Meyer, Hey und Bräutigam abgezeichnet.

PA AA, R 83398, Bl. H 047200–047201.

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Der Text ist unterstrichen.

Nr. 17

Aufzeichnung des Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ in Moskau Just

Moskau, den 26.1.35

Artur W. Just

Aufzeichnung

Heute um zwei wurde ich vom NKID Presseabt[ei][un]g, Sekretärin, angerufen und gebeten, um 3 Uhr zu H[errn] Umanski zu kommen. Auf meine Frage, ob es wichtig wäre – ich hätte keinen Wagen und müsste zu Fuß laufen –, wurde mir gesagt, dass Herr U[manski] mich dennoch bitten ließe. –

Ich erschien pünktlich. Herr U. begrüßte mich mit den Worten: Es tut mir leid, dass ich Sie zu einer unangenehmen Unterredung bitten musste. Ich wollte Ihnen nicht offiziell, sondern persönlich gleich sagen, was ich über einige Bemerkungen denke, die Sie gestern bei Bekanntwerden der Todesnachricht von Kuibyschew geäußert haben. Sie verabschiedeten sich bei mir mit den Worten, dass Sie länger als drei Stunden nicht Zeit übrig hätten, um auf die amtliche Nachricht zu warten. Mehr wäre Ihnen diese Sache nicht wert. – Ich muss das als Beleidigung des Andenkens von K[uibyschew] empfinden. –

Ich: Wenn jemand das Andenken beleidigt hat, so sind es diejenigen, die von drei bis um 11 kein Communiqué von zwei Zeilen über seinen Tod haben fertig bekommen können. – Hier handelt es sich um zwei Dinge: meine Stellungnahme zum Tode Kuibyschews ist im Wortlaut meiner Depeschen festgelegt, die gestern um **7**¹ schon geschrieben waren. Länger als bis 11 abends auf die Freigabe der Nachricht zu warten, hat für mich keinen Sinn, weil ich später erfahrungsgemäß meine Redaktionen für das Morgenblatt nicht mehr erreiche. Heute Morgen um 10 hatte ich den Wagen bestellt. Er kam mit etwas Verspätung und gegen halb elf früh war mein Bote zur Einholung der Zensurunterschrift hier. Ich habe also die Abendblätter noch bequem erreicht. Anders aber liegt die Frage, ob es nötig war, die Presseleute hier so lange warten zu lassen. Ich empfinde das als ausgesprochen schlechte Behandlung. Es gibt keinen Grund hierfür. Wir haben hier nicht zu Ehren von Kuibyschew gewartet, sondern zu Ehren eines sturen Bürokratismus, gegen den ich immer wieder protestieren werde. Ich kenne das Ausland und die Bedürfnisse der ausländ. Presse. Jeder von uns möchte doch mit seinem Telegramm möglichst früh ankommen und es in einer persönlichen Fassung geben. Aber hier kommt man diesem Bedürfnis nicht im Geringsten entgegen. Es ist für mich kränkend, **ohne besonderen Grund warten zu müssen**².

U.: Ich muss zugeben, dass es gestern etwas lange gedauert hat. Ich war ja selbst der Leidtragende mit. Aber Sie haben auch, als ich die Journalisten gestern zum ersten Mal sprach, gefragt, weshalb denn der Kongress der Räte verschoben sei. Ich muss mich sehr wundern, dass Sie das nicht verstehen konnten. Einige Ihrer Kollegen haben mir sogar kondoliert, aber das hängt schon von den persönlichen Verhältnissen ab.

¹ Die Zahl ist korrigiert; ursprünglich: 8.

² Der Text ist korrigiert; ursprünglich: mich ohne besonderen Grund warten zu lassen.

Ich: Sie haben mir ja auch nicht zur Rückkehr der Saar gratuliert. – Aber über die Frage, ob es notwendig erscheint, den Rätekongress wegen dieses Todesfalls zu vertagen, lässt sich doch immerhin streiten. – Es handelt sich nicht um eine gewöhnliche Parlamentstagung, sondern um einen Kongress, auf dessen Zusammentritt man vier Jahre gewartet hat. Aus allen Enden sind die Delegierten zusammengeströmt und kommen zum Kreml. Dort aber erfährt die Vertretung des souveränen Volkes von den absperrenden Militärposten, dass keine Sitzung stattfindet. Alle könnten nach Hause gehen. Kuibyschew sei gestorben. – Finden Sie diese Art der Bekanntgabe sehr würdig? – Wenn man eine Sitzung von 2 Minuten gemacht hätte und dann alles Weitere wegen Trauer vertagt hätte – so wäre das eine eindrucksvolle Kundgebung gewesen. Ich wiederhole, dass ich den Toten in meinen Depeschen voll gewürdigt habe. Ich habe auch erwähnt, dass er in Deutschland bekannt sei, weil er seinerzeit bei Fragen [der] Finanzierung [der] Russengeschäfte eingegriffen habe. Ich bin weit davon entfernt, etwa dem Toten kein gutes Andenken zu wahren. –

U.: Alle Ihre Kollegen haben gewartet, ich habe 30 Telegramme um 11 Uhr 15 unterschrieben. Nur die Meldungen von Herrn Just waren nicht da. Ich wollte Ihnen nur ausdrücken, was ich empfunden habe und halte das für besser, als so etwas bei sich zu vergraben. Ich kann Ihnen nur raten, in Zukunft anders zu verfahren.

Ich: Gegen Bürokratismus werde ich immer protestieren. Und wenn noch mal so was passiert, werde ich wieder unter Protest das Lokal verlassen und die Türe hinter mir zuknallen. Es gibt nämlich Grenzen, bis wohin man sich schlecht behandeln lassen kann. Man kann sich an Zensur und an Verschiedenes gewöhnen, nicht aber an einen verständnislosen Bürokratismus.

U.: Jawohl es gibt Grenzen, über die man nicht gehen kann.

Wir verabschiedeten uns sehr kühl.

Hierzu ist zu sagen: Ich empfinde es als starke Zumutung, wegen einer solchen Bagatelle zu einem dringenden Besuch aufgefordert zu werden, obwohl ich darauf hinwies, dass mir kein Wagen zur Verfügung stünde. – Es scheint, dass mein kurzer Abschied von den wartenden Journalisten gestern Abend noch hinter meinem Rücken besprochen wurde. Ich ging, nachdem ich von 6 bis 9 in der Presseabteilung herumgestanden hatte. Meinen Chauffeur sandte ich später wieder hin mit der Weisung, um 11 Uhr nach Hause zu gehen. Gegen 11 rief er mich an und ich wiederholte die Weisung. – Die Presseabtlg. ist von den unter dem Druck der zeitlichen Konkurrenz arbeitenden amerik. Reporter sehr verwöhnt und glaubt immer, die Journalisten wären für die Zensur da und nicht umgekehrt. Offenbar fürchtet man, dass meine Dreistigkeit die braven Lämmer verdirbt. Es gibt verschiedene Fälle gleichgültiger oder herabsetzender Behandlung der Journalisten in letzter Zeit. (Bei Theatereinladungen haben die Herrn und selbst die Sekretärinnen der Presseabtlg. immer bessere Plätze als die Journalisten. Den Journalistenautos wurde verboten, in den Kreml zu fahren, während das früher ohne weiteres möglich war usw.) Da jeder Zusammenhalt unter den Journalisten fehlt, bleibt nur dem einzelnen übrig, sich gegen solche Dinge zu verteidigen.

Just

Eigenhändige Unterschrift. Auf ersten Blatt: zdA und Mappe Stern mit Paraphen von Twardowskis.

PA AA, Moskau 270, o. P., 2 Bl.

Nr. 18
Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an
den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum

GEHEIM
Expl. Nr. 2
27. Januar 34¹

Nr. 35/s²

AN DAS
NKID
B.D. ROZENBLJUM

*Kopie an: Gen. ŠTERN*³

Lieber Boris!

Ich informiere Dich knapp über den Stand der Dinge hinsichtlich des 200-Millionenkredites⁴. Seitdem den Deutschen die Liste der Ausrüstungen, die der Bestellung im Rahmen des 200-Millionenkredites unterliegen⁵, übergeben worden ist, haben sie bereits das dritte Mal ihre Antwort an uns verschoben. Sie bildeten unseren Informationen zufolge einige spezielle Kommissionen unter Hinzuziehung von Sachverständigen der Reichswehr, um unsere Liste zu analysieren.⁶ Allem Anschein nach haben sie ernsthafte Zweifel, ob es für Deutschland zulässig sei, derart eng und derart innig am Aufbau der Rüstungsindustrie in der Sowjetunion mitzuwirken. Die Diskussion erfolgt offensichtlich in sehr strenger Geheimhaltung, weil sich zum Beispiel Vertreter der Banken bei uns darüber beklagen, dass sie dazu überhaupt nicht zugelassen würden. Um bei uns nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als ob die Liste ein Fehlschlag wäre, stellten die Deutschen einige führende Bankiers für die Verhandlungen mit uns ab, um die technischen Kreditbedingungen zu klären. Wir betrachten dies als eine Pille, um die Verschleppung der Verhandlungen bezüglich der Hauptfrage zu versüßen.

Im Zusammenhang mit der Aufnahme konkreter Verhandlungen über den 200-Millionenkredit belebte sich auch die Aktivität derjenigen, die im Dollar-Konflikt Ansprüche erheben.⁷ Sie bildeten ein Sonderkomitee und sind voller Hoffnung, dass es ihnen gelingen werde, uns an die Wand zu drücken, um alle ihre Ansprüche zu 100% durchzusetzen.

Symptomatisch sind die Andeutungen, die die Deutschen im Zusammenhang mit den Verhandlungen und auch sonst uns gegenüber mehrfach machten, dass sie bei den bevorstehenden Verhandlungen die Frage der Preise für unsere Exportgüter zur Sprache bringen werden, die ihnen als überteuert erscheinen. Bereits jetzt haben sie einige Maßnahmen ergriffen, um unseren Export zu beschränken, wobei sie ver-

¹ So im Dokument, richtig: [19]35.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

⁴ Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

⁵ Vgl. Dok. 10, Anm. 3.

⁶ Vgl. Dok. 15.

⁷ Ausführlich zum Dollarkonflikt vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

suchten, bei den Preisen ein Druckmittel gegen uns zu schaffen. In interessierten Kreisen zirkulieren bereits jetzt spezielle Preislisten, in denen unsere Preise in Deutschland mit den Weltmarktpreisen verglichen werden. Bereits im ersten Gespräch mit Kandelaki erklärten die Deutschen, dass die Gewährung des 200-Millionenkredites an die Bedingung geknüpft sei, die Preise für unsere Exportgüter bis zum Konkurrenzniveau zu senken. Kandelaki antwortete, dass er nichts gegen eine solche Bedingung einzuwenden hätte, wenn die Deutschen sich ihrerseits verpflichteten, uns die Waren im Rahmen des 200-Millionenkredites ebenfalls zu Konkurrenzpreisen zu liefern. Danach haben die Deutschen dieses Thema bislang nicht wieder aufgegriffen.

Unsere Preise in Deutschland sind natürlich höher als die Weltmarktpreise, weil die deutschen Kaufleute diese Waren bei niemandem kaufen können, außer bei uns. Folglich liegt die Höhe der Preise in der Konkurrenz der deutschen Käufer untereinander begründet, um in den Besitz unserer Waren zu kommen. Angesichts solcher Bedingungen von uns zu fordern, die Preise zu senken, ist naiv und unseriös, weil die Ursache nicht bei uns, sondern bei der deutschen Seite liegt. Aber die Konkurrenz der Geschäftsleute beseitigen und ein staatliches Syndikat zum Aufkauf unserer Waren schaffen können sie allem Anschein nach vorerst nicht.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Bessonov

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: An Gen. Linde, Gen. Lev[in], Gen. Kanter. 29.I.35. Š[tern].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 89 vom 31.1.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 3 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Rozenbljum, das 2. an Gen. Štern, das 3. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 25–25R. Kopie.

Nr. 19

Auszug aus dem Vortrag des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov auf dem VII. Sowjetkongress der UdSSR

28.1.1935

[...]

Man darf nicht die Augen vor den Veränderungen verschließen, die in den sowjetisch-deutschen Beziehungen mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten eingetreten sind. Für uns können wir sagen, dass wir keinen anderen Wunsch hatten und haben, als auch mit Deutschland weiterhin gute Beziehungen zu unterhalten. Es ist allen bekannt, dass die Sowjetunion von dem tiefen Bestreben durchdrungen ist, mit allen Staaten die Beziehungen zu entwickeln, und dabei auch Staaten mit faschistischem Regime nicht auszuschließen.¹ Jedoch sind in der letzten Zeit in den sowjetisch-deutschen Beziehungen ernste Schwierigkeiten aufgetreten.

¹ Vgl. den Rechenschaftsbericht Stalins auf dem XVII. Parteitag der VKP (B). In: XVII s-ezd Vsesojuznoj kommunističeskoj partii (b). 26 janvarja–10 fevralja 1934 g. Stenografičeskij otčet

Natürlich bilden nicht die extremen nationalistischen Rassentheorien vom deutschen Volk als „Herrscher“ über die ganze Welt ein Hindernis, die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu entwickeln. Auch wenn wir keine besonders hohe Meinung von diesen „Theorien“ haben, verschweigen wir nicht unsere hohe Wertschätzung gegenüber dem deutschen Volk als einem der großen Völker der modernen Epoche. Wir sind Internationalisten und haben in der Praxis die hohe Achtung der Sowjetmacht sowohl gegenüber den großen als auch gegenüber den kleinen Völkern, sowohl gegenüber den Völkern der Sowjetunion als auch gegenüber den Völkern anderer Staaten bewiesen. Darin besteht ein Merkmal für die große Kraft der Prinzipien der Sowjetmacht. In den reaktionären Rassentheorien sehen wir dagegen ein Zeichen des Verfalls...

Folglich geht es nicht um diese „Theorien“, sondern darum, was genau der Außenpolitik des heutigen Deutschland zu Grunde liegt. Wir sind genötigt, diese Frage direkt zu stellen, weil ja Klarheit in unseren gegenseitigen Beziehungen nur Nutzen bringen kann. Ein Umstand erregt unsere besondere Aufmerksamkeit. Ich meine die auf Russland bezogenen Ausführungen von Herrn Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“, das jetzt in Deutschland besonders stark verbreitet wird. In diesem Buch lesen wir folgendes:

„Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewusst einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.

Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.

Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen.“²

Sollten wir denn die Erklärungen des Chefs der jetzigen deutschen Regierung ignorieren? Natürlich nicht.

Sollten die Bürger der Sowjetunion diese Erklärungen gegenüber der UdSSR kennen? Wir meinen, ja.

Und wir fragen nach dieser zitierten Erklärung Hitlers zu Russland, die jetzt in allen Ausgaben dieses Buches wiederholt wird, ob sie in Kraft bleibt? Ob die Erklärungen von Herrn Hitler hinsichtlich der Notwendigkeit, zur „Bodenpolitik“ im Osten Europas überzugehen, und: „wenn wir (die Nationalsozialisten) aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken“, weiter in Kraft bleiben? Diese Erklärungen bleiben augenscheinlich in Kraft, weil allein mit dieser Annahme vieles in dem heutigen Verhalten der deutschen Regierung gegenüber der Sowjetunion wie auch zum Vorschlag eines Ostpaktes verständlich wird.

Gerade deshalb halten wir es nicht für möglich, diese Erklärungen des Herrn Hitler zu ignorieren. Mögen die Werktätigen der Sowjetunion wissen, wie es um diese Sache bestellt ist. Wir streben nichts an, außer Klarheit in diese Frage zu

(XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei (B). 26. Januar–10. Februar 1934. Stenografischer Bericht), Moskva 1934, S. 13–14.

² Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band, München 1934, S. 742.

bringen. Und da die zitierten Erklärungen des Herrn Hitler offenbar in Kraft bleiben, werden wir diese Tatsache berücksichtigen und daraus die Schlussfolgerungen ziehen.

[...]

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 27, S. 47–48.

Nr. 20

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski

GEHEIM

[31.1.1935]

Nr. 14109

1.II.35¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES GEN. ŠTERN MIT TWARDOWSKI, 31. JANUAR 1935

Twardowski kam zu mir, um sich im Zusammenhang mit seiner Abreise in den Urlaub zu verabschieden. Ungeachtet dessen, dass ****ich****² mich wegen des Verhaltens T[wardowskis] bei der Eröffnung des Kongresses³ ****sehr****⁴ reserviert verhielt, war T. betont lebenswürdig. Die Unterredung betraf folgende Fragen:

*1. Schulenburg ist aus Berlin zurückgekehrt, wo es ihm nicht gelungen ist, mit Hitler oder Göring zu sprechen, weil der erste sehr beschäftigt und der zweite bereits nach Warschau abgereist war. Schulenburg führte politische Gespräche ausschließlich mit Leuten von der Reichswehr, die mit der Ernennung Orlovs⁵ sehr zufrieden sind und von Orlov viel erwarten.*⁶

2. T. teilte mir mit, dass sich sein Eingreifen bei einigen unserer Angelegenheiten als effektiv erwiesen habe. So sei zum Beispiel Kogan⁷ der Aufenthalt in Deutschland bis November 1935 gestattet worden. Ferner sei der Fall Pal'čik⁸ fast endgültig geregelt; in einigen Tagen werde Pal'čik ausgewiesen. Diese Frage bedürfe noch einer abschließenden Abstimmung mit anderen Organen, T. rechne aber damit, dass in maximal zwei Wochen alles beendet sein werde. T. meint, dass die Botschaft uns damit, wenn auch zumindest teilweise, für das entgegenkommende Verhalten gegenüber ihren Bitten kompensiert habe. Was Neitzke⁹ betreffe, so stehe es um seinen Fall schlechter, weil er, obgleich freigesprochen, dennoch in ein Kon-

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

³ Vgl. Dok. 26.

⁴ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁵ Orlov war seit Januar 1935 Militärattaché der UdSSR in Deutschland.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁷ Zum Fall Kogan vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 413, 459, 463, 469, 489.

⁸ Vgl. ebd., Dok. 489, S. 1299.

⁹ Vgl. ebd., Dok. 530, S. 1396–1399.

zentrationenlager¹⁰ eingewiesen worden sei. T. versprach, sich in Berlin persönlich mit dem Schicksal Neitzkes zu befassen.

Darauf ging T. zum Zustand von Fuchs¹¹ über; T. teilte mit, dass Fuchs an einer Nierenentzündung erkrankt sei und man ihn in ein gutes Krankenhaus eingewiesen habe, wofür die Botschaft sehr dankbar sei. Gegenwärtig sei entschieden worden, ihn in die Verbannung¹² zu schicken, und deshalb bitte T. lediglich darum, dass sich der Verbannungsort möglichst nahe einer Stadt befände, in der es ein deutsches Konsulat gibt.

*3. T. wolle mit mir über eine delikate Angelegenheit sprechen: in der UdSSR gebe es einige Hundert sowjetischer Bürger, die seinerzeit die deutsche Kriegsanleihe gezeichnet hätten. Diesen Leuten würden jetzt auf der Grundlage des Gesetzes über die Umvalutierung der Anleihe geringfügige Summen überwiesen. Gegenwärtig werde jeder, der solche Überweisungen bekomme, Repressionen, darunter auch Verhaftungen, unterzogen. T. bezweifelt, dass wir diese Frage irgendwann generell regeln könnten und fragt, ob es nicht günstiger wäre, diese Überweisungen überhaupt einzustellen. Ich antwortete, dass ich persönlich meine, dass solch eine Lösung tatsächlich am annehmbarsten wäre, doch eine endgültige Antwort werde dann während meiner Abwesenheit Gen. Levin geben.

4. T. hatte mir seinerzeit mitgeteilt, dass sowjetische Bürger, die im Gebiet Odessa leben, für den Empfang von Überweisungen aus Deutschland über Torgsin Repressionen unterzogen würden. Jetzt werde diese administrative Praxis auch in anderen Gebieten der UdSSR breit angewandt. T. wisse selbst nicht, was man in dieser Richtung tun könne, bitte aber zu berücksichtigen, dass es in Deutschland einen sehr schlechten Eindruck hinterlasse, die Überweisungen aus Deutschland zu diskriminieren, da Überweisungen aus anderen Ländern keine Repressionen nach sich zögen.*¹³

5. T. bittet um Unterstützung, um Malmgren nach Deutschland in den Urlaub fahren zu lassen. Ich sagte T. streng privat, mich daran erinnern zu können, dass Malmgren vor 1½ Jahren aus Deutschland zurückgekehrt sei. Damals habe es Versuche gegeben, Malmgren in Deutschland zu belassen, **von Twardowski**¹⁴ seien jedoch Maßnahmen ergriffen worden, damit Malmgren unverzüglich nach der UdSSR abreise. Im Zusammenhang damit wolle ich gern, ich wiederhole es, rein privat wissen, was T. antworten würde, wenn ich ihn eventuell fragen würde, ob er sicher sei, dass Malmgren zurückkomme und in Deutschland keine öffentliche Aktivität an den Tag lege. T. antwortete, dass er sich für den zweiten Teil der Frage verbürge; zum ersten Teil könne er **auch**¹⁵ eine positive Antwort geben, weil diese Frage sowohl in der Botschaft als auch im Auswärtigen Amt sowie in der Kirchengemeinde Gustaf Adolf¹⁶, der Malmgren angehört, erörtert worden sei und er deshalb selbst

¹⁰ Neitzke befand sich im Konzentrationslager Esterwegen. Vgl. das Schreiben Bessonovs an Krestinskij vom 17.1.1935. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 57, l. 20–20R.

¹¹ Vgl. Dok. 12, Anm. 3.

¹² So im Dokument. Fuchs befand sich im Uchtinsker Besserungs- und Arbeitslager in der ASSR der Komi. Vgl. Dok. 378.

¹³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁴ Der Name ist mit Tinte über die Zeile anstelle von „dann“ geschrieben.

¹⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile anstelle von „nicht“ geschrieben.

¹⁶ Die Gustaf-Adolf-Stiftung ist eine Vereinigung von Angehörigen der evangelisch-lutherischen Kirche zur Unterstützung ihrer Glaubensbrüder in Deutschland und anderen Ländern.

daran interessiert wäre, dass Malmgren unter allen Umständen in die UdSSR zurückkehre. Deshalb könne er, ****Twardowski****¹⁷, nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub eine konkrete Antwort geben, falls ich ihm eine solche Frage stelle sollte.

6. T. bat mich, meine Meinung zu einer recht delikaten Frage zu äußern. Es gehe darum, dass die Botschaft seinerzeit die Frage aufgeworfen hatte, ob es möglich wäre, in Berlin für leitende Nationalsozialisten eine Serie von ****geschlossenen****¹⁸ Vorträgen über die UdSSR zu organisieren. Mit diesen Vorträgen sollten die entsprechenden Leute mit unserer Situation vertraut gemacht werden. Dieser Vorschlag wurde jedoch abgeändert, und anstelle von geschlossenen Vorträgen ging man in Berlin daran, an der Universität Vorträge mit freiem Zugang zu halten. Den ersten Vortrag hielt der uns bekannte Oberländer. Gen. Bessonov berichtet, dass er mit diesem Vortrag vollauf zufrieden sei. Gegenwärtig ist ein Vortrag von Schiller über die sowjetische Landwirtschaft geplant ****19**. Er, T., sei nach wie vor kategorisch dagegen, da, obwohl der Vortrag Schillers durchaus wohlwollend abgefasst ist, nicht ausgeschlossen werden könne, dass irgendeine Zeitung aus dem Vortrag von Schiller ein bis zwei Formulierung [aus dem Zusammenhang] herausnehme und sich danach die gleiche Geschichte wiederholen könnte, wie man sie im vergangenen Jahr gehabt habe.²⁰ T. bat mich [ihm] zu sagen, ob er recht habe. Ich antwortete, dass gegen den Vortrag Schillers nur in einem einzigen Fall nichts einzuwenden wäre, und zwar, wenn der Vortrag keine einzige Formulierung enthielte, die von uns feindlich gesonnenen Zeitungen verwendet werden könnte. Anderenfalls könnte der Vortrag von Schiller zweifellos keinen positiven, sondern lediglich einen negativen Effekt bewirken. Aus diesem Grund hielte ich die Meinung von T. für richtig.

*7. T. bat mich sehr, Maßnahmen zu ergreifen, um während meiner²¹ Abwesenheit Schulenburg die Möglichkeit zu geben, einigen unserer führenden Persönlichkeiten, darunter die Genossen Vorošilov und Enukidze, Besuche abzustatten. T. bat mich sehr, ihm in dieser Angelegenheit behilflich zu sein, weil das für das Prestige Schulenburgs in Deutschland sehr wichtig wäre.*²²

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR, der mit Tinte durchgestrichen ist.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 262 vom 1.2.1935.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. *Litvinov*²³, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. zu den Akten.*

AVP RF, f, 05, op. 15, p. 107, d. 32, l. 7–10. Kopie.

Sie wurde 1832 in Leipzig gegründet und benannt nach König Gustaf II. Adolf von Schweden, der im Dreißigjährigen Krieg die protestantischen Staaten unterstützte.

¹⁷ Der Name ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁸ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁹ Das an dieser Stelle stehende Wort „obwohl“ ist gestrichen.

²⁰ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 237, Anm. 19, S. 714.

²¹ So im Dokument; richtig: seiner.

²² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²³ Der Name ist mit Tinte unterstrichen.

Nr. 21

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Jagoda

Ganz geheim

Kopie

1. Februar^{*1} 1935

14110²

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR FÜR INNERE
ANGELEGENHEITEN DER UdSSR
Gen. G. G. JAGODA

Sehr geehrter Genrich Grigor'evič,

*in meinem Schreiben vom 23. Mai 1934 habe ich auf einige Missverständnisse zwischen uns und der Deutschen Botschaft aufmerksam gemacht, die dadurch entstanden sind, dass von den Organen der ehemaligen OGPU Verstöße unserer Vertragsverpflichtungen gegenüber Deutschland zugelassen worden sind.³ Angesichts dessen hatte ich Sie gebeten, allen Abteilungen der ehemaligen OGPU die Weisung zu erteilen, dass das NKID rechtzeitig über die Verhaftung von deutschen Staatsbürgern informiert werden muss. Ich bat weiter darum, die Weisung über die Nichtanwendung von administrativen Rechtsmitteln gegenüber deutschen Staatsbürgern zu bekräftigen.*⁴

Die von Ihnen ergriffenen Maßnahmen zeigten ihre Wirkung, und eine Zeit lang sind fast keine neuen Missverständnisse aufgetreten.

Nunmehr sehe ich mich aber erneut veranlasst, mich an Sie zu wenden, weil sich die Fälle von Verstößen gegen die Vertragsverpflichtungen wieder zu häufen beginnen. Konkret handelt es sich um Nachstehendes.

1. Das NKID wird wieder nicht über die Verhaftung von deutschen Staatsbürgern in Kenntnis gesetzt. So ist am 29. Juni 1934 die deutsche Staatsbürgerin Anna Blunck, die eine vom deutschen Generalkonsul⁵ in Vladivostok ausgestellte Matrikelbescheinigung⁶ besaß, von den Organen des NKVD der Turkmenischen SSR verhaftet worden. Die Mitteilung über die Verhaftung der Bürgerin Blunck ist auf den 25. September 34 datiert. Somit ist die Information über die Verhaftung der deutschen Staatsbürgerin mit einer Verspätung von fast drei Monaten erfolgt.⁷

¹ Das Datum ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Krestinskij hatte alle diese Fragen bereits in einem Schreiben vom 14.5.1933 an Jagoda angesprochen. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 91, S. 377–380.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁵ Hans Kastner.

⁶ Gemeint ist ein Auszug aus den Matrikeln (Stammrollen) der Botschaft, die die deutsche Staatsbürgerschaft bestätigte.

⁷ In Artikel 11 des Abkommens über Niederlassung und allgemeinen Rechtsschutz des Vertrages zwischen Deutschland und der UdSSR vom 12.10.1925 heißt es: „Jeder der vertragsschließenden Teile verpflichtet sich, Maßnahmen dahin zu treffen, dass der Konsul des anderen Teils in kürzester Frist von allen Fällen der Festnahme eines Staatsangehörigen des von ihm vertretenen Teils in seinem Amtsbezirk in Kenntnis gesetzt wird. Entsprechend soll bei

Wenn es um Verhaftungen geht, die in weit entfernten Gegenden der Sowjetunion vorgenommen werden, hat das NKID die Möglichkeit, sich auf die große Entfernung zu berufen. Dieses Argument rechtfertigt zwar nicht die Verletzung des Vertrages, erklärt aber andeutungsweise die verspätete Information. Viel schlimmer verhält es sich mit den Verhaftungen, die es im Zentrum gegeben hat. Ich führe folgendes Beispiel an. Am 1. Januar 1935 wurde in Moskau der deutsche Staatsbürger Erich Redetzki verhaftet, gegen den Anklage nach Artikel 58/6 des Strafgesetzbuches⁸ erhoben worden ist. Die Mitteilung über die Inhaftierung Redetzkis ist auf den 25. Januar 1935 datiert. Es bestand kein Zweifel darüber, dass Redetzki ein deutscher Staatsbürger ist, weil der Verhaftete laut Mitteilung des NKVD im Besitz eines deutschen Passes ist. Am gleichen Tag ist in Moskau die deutsche Staatsbürgerin Elena Lange verhaftet worden. Zweifel hinsichtlich ihrer Staatsbürgerschaft konnten gleichfalls nicht auftreten, weil die Verhaftete laut Mitteilung des NKVD im Besitz eines deutschen Passes und einer Aufenthaltsgenehmigung ist. Aber auch in diesem Fall ist die Mitteilung über die Verhaftung erst am 25. Januar 1935 erfolgt. Derartige Fälle bringen das NKID in eine höchst unangenehme Lage, weil dem NKID damit ganz und gar die Möglichkeit genommen wird, auf irgendwelche Umstände zu verweisen, die die verspätete Weiterleitung der Information rechtfertigen könnten. Infolgedessen sind wir recht häufig gezwungen, unser Bedauern wegen der aufgetretenen Verletzungen der Vertragsbedingungen zu äußern.

2. Wie auch schon früher treten die größten Schwierigkeiten im Zusammenhang damit auf, dass deutsche Staatsbürger durch administrative Verurteilung in Arbeitslager eingewiesen werden. In letzter Zeit sind einige deutsche Staatsbürger, die die Grenze illegal überschritten hatten, in Lager eingewiesen worden. Das NKID ist über die Inhaftierung dieser Bürger nicht informiert worden. Die Deutsche Botschaft erfuhr rein zufällig, dass sich der betreffende [Staats]bürger in diesem oder einem anderen Lager befindet.

So hat die Deutsche Botschaft im Oktober 1934 das NKID darüber informiert, dass am 10. Oktober 1932 die [Staats]bürger Saunus, Soult und Bunk beim Versuch, die lettisch-sowjetische Grenze zu überschreiten, verhaftet worden sind. Nach einem kurzen Aufenthalt im Gefängnis von Minsk sind die Verhafteten in das Lager von Sarowo verlegt worden, von wo sie im Mai 1933 zuerst nach Chrompik, Kreis Sverdlovsk, danach nach Sibirien verbracht und in Tobolsk in Haft gehalten wurden. Die Deutsche Botschaft erfuhr erst dann von dem Schicksal der drei deutschen Staatsbürger, als es einem der Inhaftierten, Saunus, gelungen war, sich aus dem Lager nach Novosibirsk durchzuschlagen und dem Konsulat von seinem Schicksal und dem Schicksal der zwei anderen deutschen Staatsbürger zu berichten.

einem Wechsel der Gewahrsamsbehörde verfahren werden.“ In Ergänzung zu Artikel 11 des Schlussprotokolls wurde bestimmt, dass dem Konsul „binnen höchstens sieben mal vierundzwanzig Stunden, in größeren Städten einschließlich der Kreisstädte binnen höchstens drei mal vierundzwanzig Stunden“ Mitteilung über eine Festnahme zu machen ist. In: Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 6–13, 49–52, hier S. 10, 52; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 584–589, 612–613, hier S. 587, 612.

⁸ Der Artikel 58 des Strafgesetzbuches der RSFSR definierte die staatsfeindlichen und konterrevolutionären Straftatbestände. Die Beschuldigung nach Artikel 58, Absatz 6 (Spionage) konnte je nach Beschuldigung ein Strafmaß von 3 Jahren bis zur Todesstrafe nach sich ziehen oder den Verlust der Staatsangehörigkeit und Ausweisung bedeuten. Vgl. Ugolovnyj kodeks RSFSR (Strafgesetzbuch der RSFSR), Moskva 1935, S. 24–25.

Die erste Mitteilung des NKVD in dieser Angelegenheit ist vom 10. November 1934 datiert. Diese Mitteilung ist die Antwort auf die Anfragen des NKID. Somit ist die Information über die Inhaftierung der deutschen Staatsbürger in dieser Frage mit einer Verspätung von zwei Jahren erfolgt. Die größte Schwierigkeit in dieser Angelegenheit besteht jedoch darin, dass sich die drei deutschen Staatsbürger entgegen den vertraglichen Verpflichtungen zwei Jahre lang in der inneren Verbannung befanden.

Die Fälle Saunus, Soult und Bunk sind nicht die einzigen. Am 13. Dezember 1934 unterrichtete das NKVD das NKID, dass auf Beschluss der Sonderberatung des NKVD der deutsche Staatsbürger Paul Gatzke aus der UdSSR auszuweisen ist. Als das NKID damit begann, die Einzelheiten dieses Falls zu klären, stellte sich heraus, dass Gatzke am 26. Januar 1934 verhaftet worden war und bis zuletzt in der Sarovsker Abteilung des Tendlagers⁹ festgehalten wurde. Die Mitteilung über die Inhaftierung Gatzkes ist vom 9. Januar 1935 datiert.

*Ich bitte Sie, allen Abteilungen des NKVD folgende Weisung zu erteilen:

a) Das NKID muss rechtzeitig die Information über die Verhaftung von deutschen Staatsbürgern erhalten. Die dafür im sowjetisch-deutschen Vertrag vom 12. Oktober 1925 vorgesehenen Fristen sind streng einzuhalten.

b) Administrative Rechtsmittel dürfen nicht auf deutsche Staatsbürger angewandt werden, unabhängig davon, ob es sich um eine Verbannung oder um die Verbüßung einer Gefängnisstrafe auf der Grundlage eines administrativen Urteils handelt.

c) Die deutschen Staatsbürger, die die Grenze illegal überschritten haben, dürfen keiner langen Filtration in den Lagern unterzogen werden. Ihre Fälle müssen dem Gericht übergeben werden, oder die Bürger müssen in dem Fall, wenn eine Übergabe an ein Gericht nicht möglich ist, über die Grenze abgeschoben werden. Über alle Fälle von Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern, die die Grenze illegal überschritten haben, muss dem NKID rechtzeitig Kenntnis gegeben werden.¹⁰

⁹ Das Temikover Besserungs- und Arbeitslager wurde im Juni 1931 in der Mordwinischen ASSR gegründet und ab 1935 dem GULAG des NKVD der UdSSR operativ unterstellt. Die Sarovsker Lagerabteilung des Tendlagers wurde am 22.8.1934 in das selbständige Sarovsker Besserungs- und Arbeitslager (Sarovlag) umgewandelt.

¹⁰ Dass für das AA der illegale Grenzübertritt in die UdSSR auch zu einem Problem wurde, davon zeugt die Anweisung, die Roediger am 31.10.1935 an die Deutsche Botschaft und alle Konsulate in der Sowjetunion übermittelte. Darin heißt es u. a.: „Wie aus der dortigen Berichterstattung hervorgeht, haben sich in letzter Zeit die Fälle gemehrt, in denen Reichsdeutsche, die als sogenannte Überläufer auf ungesetzlichem Wege in die Sowjetunion eingereist sind, später mit den Sowjetbehörden Schwierigkeiten bekommen haben, die meistens bis zu Verhaftungen führten. Diese Reichsdeutschen haben sich dann an unsere Vertretungen in der Sowjetunion mit der Bitte um Schutz und Beistand gewandt, der bisher im Rahmen des Möglichen auch gewährt wurde. Das Auswärtige Amt steht indessen auf dem Standpunkt, dass diese Haltung in Zukunft nicht mehr verantwortet werden kann. Wenn jetzt noch ein Deutscher versucht, illegal und ohne Wissen der zuständigen deutschen Behörden in die Sowjetunion einzureisen – sei es über die grüne Grenze ohne Ausweispapiere oder gar mit gefälschten Papieren einer kommunistischen Organisation –, so beweist er damit seine staatsfeindliche Gesinnung. Jeder Deutsche muss sich heute über die unüberbrückbare Kluft zwischen dem das Deutsche Reich tragenden Nationalsozialismus und der in der Sowjetunion herrschenden kommunistischen Weltanschauung klar sein. [...] Es ist nicht länger zu vertreten, dass die deutschen Behörden in der Sowjetunion solchen Leuten den gleichen rechtlichen und moralischen Schutz angedeihen lassen wie loyalen deutschen Reichsangehörigen. Dabei fällt noch ins Gewicht, dass die Fürsorge für die sogenannten Überläufer die wirksame Vertretung wichtigerer Reichsinteressen bisweilen erschwert, weil die Sowjetbehörden, wenn

Wenn in einzelnen Ausnahmefällen die Benachrichtigung der Botschaft über die Verhaftung dieses oder jenes Grenzverletzers zeitweilig zurückgehalten werden muss, so darf solch eine Verzögerung nicht ohne Kenntnis des NKID vorgenommen werden.*¹¹

Mit kameradschaftlichem Gruß

Krestinskij

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 280 vom 2.2.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an INO GUGB des NKVD, das 3. an Gen.

*Litvinov*¹², das 4. an Gen. Stomonjakov, das 5. zu den Akten.

AVP RE, f. 05, op. 15, p. 107, d. 33, l. 1–2. Kopie.

Nr. 22

Telegramm der Botschaft Moskau an die deutschen Konsulate in der UdSSR

1. Februar 1935¹

- 1) Tiflis
- 2) Nowosibirsk
- 3) Leningrad
- 4) Charkow
- 5) Odessa

*Postchiffre*²

Eine wesentliche Änderung unserer politischen Einstellung gegenüber der Sowjetunion ist zunächst nicht zu erwarten. Wir legen nach wie vor Wert auf möglichst korrekte und gute Beziehungen, haben aber nicht die Absicht, für diese Beziehungen einen Extrapreis wie etwa Eintritt in den geplanten Ostpakt zu bezahlen.

Unsere Bedenken gegen den Ostpakt sind durch die französische Antwort³ keineswegs behoben worden. Daher bleibt unsere Einstellung zu ihm die bisherige.

sie die Betreffenden schließlich als lästige Ausländer ausweisen, diese Handlung als ein Entgegenkommen hinzustellen und daraus Gegenforderungen abzuleiten pflegen. Die Deutsche Botschaft in Moskau und die deutschen Konsularbehörden in der Sowjetunion werden deshalb angewiesen, zukünftig in allen Fällen von Verhaftungen von Reichsdeutschen in der Sowjetunion in erster Linie festzustellen, unter welchen Umständen die Betreffenden in die Sowjetunion gelangt sind und in welcher Weise sie sich dort betätigt haben. Sollte es sich dann nach einer vorherigen restlosen Aufklärung des Tatbestandes herausstellen, dass die Betreffenden des Beistandes der amtlichen deutschen Vertretungen im Sinne der vorausgehenden Ausführungen unwürdig sind, so ist zukünftig von allen weiteren Schritten zu ihren Gunsten bei den Sowjetbehörden Abstand zu nehmen.“ In: PA AA, R 83631, o. P.

¹¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹² Der Name ist mit Tinte unterstrichen.

¹ Das Datum ist handschriftlich eingefügt.

² Das Wort ist unterstrichen.

³ Vgl. Dok. 14, Anm. 18.

In der Frage der Gleichberechtigung stehen wir auf dem Standpunkt, dass diese Frage für uns nicht mehr diskutabel ist, sondern eine res judicata. Wir sind also auch nicht mehr bereit, hierfür einen Preis zu bezahlen.

In der Frage der Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung sind wir nach wie vor bereit, auf jede Konvention auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung einzugehen.

Zur Frage der Donaupakte⁴ nehmen wir keine rein negative Haltung ein.

Dieses alles zu Ihrer streng vertraulichen und persönlichen Information.

Am Seitenrand: Verziffert: Windhausen 1/2–3–5 und ab 1/II.35. *Oben:* A/292 35, *unten:* A 11.

PA AA, Moskau 248, o. P., 1. Bl.

Nr. 23

Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an das Chefbüro der Firma Otto Wolff

2. Februar 1935

O. Rd. (V)

B.-Nr. 8455 A.

Firma

Otto Wolff, Chefbüro

Köln a/Rhein

Zeughausstrasse 2

Betr.: Deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen sind jetzt soweit gediehen, dass sie wahrscheinlich im Laufe der nächsten Woche zum Abschluss kommen werden.

Von den 109 Positionen der Warenliste¹ sind 72 von deutscher Seite als unbedenklich bezeichnet worden. Bei den übrigen ist die Frage noch strittig, wie weit die deutschen Firmen sich bereit erklären werden, den Russen Verfahrens-Vorschriften und Betriebsgeheimnisse anzuvertrauen. Die Entscheidung darüber soll, wie mir im Auswärtigen Amt gesagt wurde, den beteiligten Firmen und dem Russland-Ausschuss überlassen werden. Man rechnet mit der Möglichkeit, die Warenlisten ganz aus dem amtlichen Vertragswerk herauszulösen. Den Wunsch der Russen, dass die deutsche Regierung sich für die Lieferbereitschaft der Firmen verbürgen sollte, hat der Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister² abgelehnt.

Von Seiten des Auswärtigen Amts ist versucht worden, die Russen unter Berufung auf den ungünstigen Stand ihrer Naphta-Produktion zu größeren Bohrgeräte-Bestellungen in Deutschland zu veranlassen. Die Russen haben darauf jedoch er-

⁴ Vgl. Dok. 14, Anm. 4.

¹ Vgl. Dok. 10, Anm. 3.

² Hjalmar Schacht.

widert, dass sie sich dazu nicht entschließen könnten, weil es ihnen darauf ankäme, ihre eigene Bohrgeräte-Industrie zu größerer Leistungsfähigkeit zu erziehen. Gegenüber diesem Ziele müssten sie die Steigerung und Verbesserung ihrer eigenen Naphta-Produktion vorerst zurückstellen.

Die russisch-amerikanischen Verhandlungen sind bekanntlich gescheitert.³

Mit deutschem Gruß

Deutelmoser

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen von Deutelmoser geschrieben. Unten handschriftlich: Herrn [Warth]. Darunter maschinenschriftlich: Durchschlag an Herrn Rudolph, Abt[eilung] Ausland Köln, Abteilung Ausland Berlin.

RWWA, 72-48-3, o. P., 1 Bl.

Nr. 24

Notiz der Abteilung Ausland im Wehrmachtsamt des Reichswehrministeriums für Reichswehrminister von Blomberg

Berlin, d. 2.2.35

T 3 V

Vortragsnotiz

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare (Ministerpräsident) der Sowjet-Union, Molotow, hat am 28.1.35 vor dem VII. Räte-Kongress einen ausführlichen Rechenschaftsbericht über die Außenpolitik Russlands gegeben.¹ Der Räte-Kongress ist nach der Sowjetverfassung die höchste staatliche Instanz. Die dort gehaltenen Reden sind von großer Bedeutung, da sie die Richtung der Sowjetpolitik für die nächsten beiden Jahre bestimmen sollen.

Aus der Rede Molotows ist besonders zu bemerken:

1) Obgleich sämtliche unter Führung Litwinows errungenen außenpolitischen Erfolge (Nichtangriffspakte, Anerkennung der Union durch Amerika, Eintritt in den Völkerbund) aufgeführt werden, wird sein Name nicht ein einziges Mal erwähnt, was bei der sonst üblichen Verherrlichung der Sowjetführer auffällt. Auch in der Zeitungsberichterstattung fehlt sein Name und Bild, während sonst alle maßgebenden Männer in Wort und Bild gefeiert werden. Auch die Tatsache, dass Litwinow selbst in der anschließenden Diskussion überhaupt nicht zu Wort kam, ist eigenartig.

2) Die Verhandlungen über den Ostpakt werden ausführlich als Beweis der russischen Friedenspolitik behandelt.

3) Den Beziehungen zu Frankreich werden nur 13 Zeilen gewidmet.

4) Dagegen werden auffallend ausführlich – über 100 Zeilen – die Beziehungen zu Deutschland behandelt.

³ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 35, S. 61; Sovetsko-amerikanskije otnošenija 1934–1939 (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1934–1939), hrsg. von G. N. Sevost'janov, Moskva 2003, Dok. 165, Anlagen 1, 2, S. 294–296.

¹ Vgl. Dok. 19.

Die wichtigsten Punkte dieses Teils der Rede sind gleich zu Beginn: „dass von Seiten der Union kein anderer Wunsch besteht, als auch weiterhin gute Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten“;

*die Sowjet-Union ist ernstlich bemüht, mit allen – auch mit den faschistischen Staaten, gute Beziehungen zu unterhalten;

die „über“-nationalsozialistischen Rassentheorien bildeten kein Hindernis für die deutsch-russischen Beziehungen;

obgleich man diese Theorien nicht besonders hoch einschätzt, verberge man doch nicht die große Hochachtung vor dem deutschen Volk als einem der großen Völker der gegenwärtigen Epoche*²;

(der *Beifall* nach diesen Worten Molotows soll nach den Meldungen ausländischer Berichterstatte *besonders lebhaft*³ gewesen sein)

um aber Klarheit in die russisch-deutschen Beziehungen zu bringen, sei man gezwungen, die Frage zu stellen, ob die in dem Buch des Führers „Mein Kampf“ enthaltenen Ausführungen über territoriale Eroberungen im Osten, d. h. *in Russland*⁴, auch noch jetzt die Grundlage der Politik des Reiches bilden. Die entsprechenden Stellen werden in der Rede wörtlich zitiert. Solange diese Grundsätze noch in Kraft seien, müsste die SU mit ihnen rechnen und ihre Folgerungen daraus ziehen.

Aus der Berichterstattung über diese Rede in der folgenden Nummer der „Iswestija“⁵ ist bemerkenswert, dass die französische Presse nur kurz, die „Börsenzeitung“, die in ihrer Stellungnahme auf die Friedensbekundungen des Führers hinweist, ausführlich zitiert wird.

Beurteilung:

Der an Deutschland gerichtete Teil der Rede steht in schroffem *Gegensatz* zu den *bisherigen* deutsch*feindlichen*⁶ Erklärungen Litwinows.

Während in den Presseerklärungen Litwinows stets gehässige Ausfälle gegen das nationalsozialistische Deutschland zu finden waren, vermeidet Molotow jede Polemik und betont die Hochachtung vor dem deutschen Volk.

Ob diese Ausführungen nur den Zweck verfolgen, Frankreich vor der Londoner Verhandlung mit der Möglichkeit einer erneuerten deutsch-russ. Verständigung zu drohen, oder ob eine völlige Abkehr von der deutschfeindlichen Politik Litwinows geplant wird, ist noch nicht zu übersehen.

Das Aufgeben der bisherigen deutschfeindlichen Politik der SU wird zudem wesentlich von dem Echo, das die Rede Molotows in Deutschland findet, abhängig sein.⁷

BA-MA, RW 5/v 461, o. P., 3 Bl.

² Die drei Absätze sind am linken Seitenrand angestrichen.

³ Die Textstellen sind unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ „Otčetnyj doklad t. V. M. Molotova o rabote pravitelstva VII s-ezdu sovetov SSSR“ (Rechenschaftsbericht des Gen. V.M. Molotov über die Regierungsarbeit auf dem VII. Sowjetkongress der UdSSR). In: Izvestija vom 29. Januar 1935, S. 1–4.

⁶ Die markierten Textstellen sind unterstrichen.

⁷ Die Notiz wurde am 7.2.1935 über den Chef des Wehrmachtsamtes von Reichenau Reichsminister von Blomberg vorgelegt mit der Bemerkung von Reichenau: „Interessant wegen der deutschfreundlichen Haltung Molotows“. Vgl. BA-MA, RW 5/v. 461, o. P.

Nr. 25
Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und
das Reichswehrministerium

Moskau, den 4. Februar 1935

Deutsche Botschaft
 Der Militärattaché
Beilage I zum Bericht Nr. 5/35.¹

In der Anlage werden überreicht:

1.) die vom Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Molotow am 29.1. vor dem Rätekongress gehaltene Rede.²

Der Schwerpunkt der Rede liegt auf den außenpolitischen Ausführungen. Vom militärischen Standpunkt sind 3 Punkte beachtlich:

a) die Kürze und Reserviertheit, mit der Frankreich mit dem Hinweis behandelt wird, dass nur das konsequente Festhalten und Fortführen der gemeinsam mit der Sowjetunion begonnenen Bemühungen um die Friedenssicherungen zum Erfolg führen könne. Dies sieht – ebenso wie seinerzeit das Abkommen Litwinow-Laval vom 5.12.34³ – stark danach aus, dass man sich des Erfolges dieser Bemühungen, nämlich eine verschleierte, aber doch tragfähige unmittelbare oder mittelbare gegenseitige militärische Hilfeleistung zustande zu bringen, noch keineswegs sicher fühlt, sondern sich russischerseits bemüht, den umworbenen französischen Vertragspartner festzuhalten, um ihn zu hindern, ohne die Sowjetunion anderen politischen Lösungsversuchen nachzugehen. Das zeitlich nach dem Abkommen vom 5.12. liegende französisch-italienische Abkommen vom 7. Januar in Rom⁴ hat diese Besorgnis auf der russischen Seite verstärkt und es sprechen manche Anzeichen dafür, dass man sich auch russischerseits die Freiheit wahren will, den eigenen Interessen auch auf anderen Wegen als über Paris zuzustreben.

b) Der zweite Punkt ist die Art, wie Molotow sich Deutschland gegenüber aussprach, wobei er auf einer im Allgemeinen freundlich gehaltenen und beifällig aufgenommenen Grundlage dem deutschen Volke gegenüber seine scharfe politische Polemik stark konkretisierte.

c) Der dritte und wesentlichste Punkt ist die auffällige Selbstsicherheit, mit der Molotow die Notwendigkeit und den Erfolg der Stärkung der militärischen Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion unterstreicht. Man mag auch von dem vorgetragenen Überschwang manches als auf innenpolitische Wirkung oder außenpolitischen Bluff berechnet in Abzug bringen, so ist doch unbestreitbar, dass die personelle und materielle Verteidigungskraft der Sowjetunion in den letzten 4 Jah-

¹ Der Bericht Nr. 5/35 enthält folgende Beilagen: I. Ausführungen zu den vom militärpolitischen Gesichtspunkt aus wichtigsten Reden vor dem VII. Unionskongress der Sowjets in Moskau. II. Aufzeichnung über den neuen sowjetrussischen Militärattaché in Berlin Orlow. III. Übersetzung eines streng vertraulichen militärischen Berichtes (nur an das RWM, Ausf. 4, 3 mal). (Folgt noch). IV. Militärische Nachrichten. V. Luftbericht Nr. 4/35. VI. Kriegswirtschaftliche Nachrichten. VII. Beschaffung von Literatur über die ausländische Waffentechnik. VIII. Dienstreiseantrag (nur für RWM, Ausf. 1 und 4). In: PA AA, R 30100a, Bl. 99.

² So im Dokument; richtig: 28.1. Vgl. Dok. 19.

³ Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

⁴ Vgl. Dok. 4, Anm. 7.

ren sehr erhebliche Fortschritte gemacht hat, die tatsächlich ernste Beachtung verdienen.

2.) *Die Rede des stellvertretenden Verteidigungskommissars Tuchatschewskij vor dem Rätekongress am 30.1.*⁵

Tuchatschewskij, der offenbar deshalb als Redner bestimmt wurde, um durch seine Hinweise auf die Verdienste Woroschilows und Stalins seinen Ausführungen eine ganz besondere außen- und innenpolitische Resonanzwirkung zu verleihen, brachte in Anknüpfung an die Ausführungen Molotows nähere Angaben über die Art und den Umfang des Wachstums der Roten Armee, Flotte und Luftflotte und der materiellen Kriegsbereitschaft des Landes. Der wesentlichste konkrete Inhalt wurde in einem gemeinsam mit der Botschaft abgefassten Telegramm vom 31.1.⁶ in seinen charakteristischen und zum Teil frappanten Zahlen bereits vorgemeldet. Da die zahlenmäßigen Angaben für Ende 1934 den Angaben vor dem Rätekongress von 1931 gegenübergestellt werden, über die bei den hiesigen Akten sichere aktenmäßige Zahlenangaben naturgemäß nicht vorhanden sein können, lassen sich Tuchatschewskijs Angaben zunächst weder in absolute Zahlen für den augenblicklichen Stand umrechnen noch kritisch beleuchten. Soviel aber steht fest, dass die abgelaufene 4-jährige Periode das bisher von uns angenommene Wachstum und die bedeutende Verbesserung der Bewaffnung und Ausrüstung der Armee, die Vermehrung und Verbesserung der Flotte und Luftflotte und den Fortgang der Landesbefestigungsarbeiten vollauf bestätigen. Sind die Zahlen – auf den gegenwärtigen tatsächlichen Stand umgewertet – auch keine sensationelle Überraschung, so sind sie doch politisch außerordentlich eindrucksvoll vorgebracht und können als *scharfe Beleuchtung der rasch und gefährlich anwachsenden Rüstung der Sowjetunion auch in unserem politischen Kampf um Rüstungs- und Paktfragen vorteilhaft Verwendung finden. Die Ausführungen Tuchatschewskijs sind ein neuer Beweis dafür, dass man – falls man die politische Abkehr von der Sowjetunion endgültig vollziehen wollte – den Kampf besser nicht auf dem Gebiet weltanschaulicher Meinungsgegensätze führt, sondern dass man dann die Sowjetunion in ihrer unlösbaren Zwitterstellung als angeblicher Hort des Weltfriedens und als tatsächliche übermilitaristische und überkapitalistische Weltmacht mit weltrevolutionären Eroberungstendenzen*⁷ an den Pranger stellen muss. *Die Zahlen Tuchatschewskijs für Ende 1934 kennzeichnen im Übrigen nicht etwa den Abschluss, sondern nur den augenblicklichen Zustand einer Entwicklung, und auch das natürlich unter Verschweigung dessen, was man lieber für sich selbst behält.

Aufschlussreich sind ferner auch die Angaben hinsichtlich des Etatvoranschlags für 1934 mit 1,66 Milliarden, denen zugegebene tatsächliche Ausgaben von 5 Milliarden gegenüberstehen, die übrigens für 1936 bereits im Voranschlag auf 6,5 Milliarden weiter anwachsen. Auch diese Angaben sind jedoch nicht so zu nehmen, wie sie sich lesen. Die auf andere Haushalte abgewälzten Zahlen, soweit sie tatsächlich der Landesverteidigung unmittelbar zugute kommen (Innenkommissariat für „Truppen der inneren Verwaltung“, Zivilluftfahrt, Ossoaviachim, zum Teil

⁵ Am Seitenrand ist maschinenschriftlich angegeben: [...] DZZ 1.2.35. Die Rede ist abgedruckt in: Osteuropa 10 (1934/35), H. 6, S. 379–384.

⁶ Das Telegramm wurde am 2.2.1935 vom AA an das Reichswehrministerium weitergeleitet. In: BA-MA, RW 5/v. 461, o.P.

⁷ Der Absatz ist am linken Seitenrand angestrichen.

Transportwesen usw.) erscheinen im Wehrhaushalt überhaupt nicht; Investitionen und Valutaankäufe für die Rüstungsindustrie werden mit einem den tatsächlichen Wertverhältnissen nicht entsprechenden Umrechnungsschlüssel eingesetzt (z.B. Goldruble = Papierruble); Arbeitslöhne erscheinen meist viel zu niedrig, abgesehen von der Verwendung von Strafgefangenen, die bei großen Wege- und Kanalbauten in die Hunderttausende geht. Endlich gehen die Verhältniszahlen zwischen Wehrhaushalt und allgemeinem Haushalt in den Vergleichen zu anderen Ländern völlig fehl, da die in anderen Ländern der Privatindustrie zufallenden Ausgaben in der Sowjetunion entsprechend ihrer Wirtschaftsverfassung in dem Staatshaushalt erscheinen und diesen ungeheuer aufblähen, wodurch die enormen tatsächlichen Wehrausgaben auf einen scheinbar außerordentlich geringen Verhältnisanteil herabgedrückt werden.*⁸

3.) Die vom Volkskommissar für die Schwerindustrie Ordshonikidse am 2.2. vor dem Rätekongress gehaltene Rede.⁹

Die Rede ist von unmittelbarem und mittelbarem militärpolitischen Interesse.

Sie weist mit Stolz auf die starke Entwicklung der verschiedenen Zweige der Schwerindustrie einschließlich der Energieerzeugung im Verlauf der vergangenen 4 Jahre hin. Die Zahlen geben indirekt auch bedeutungsvolle Unterlagen für die Beurteilung des Leistungspotentials der Rüstungsindustrie im gegenwärtigen Zeitpunkt und für die nächste Zukunft. Für die weitere Entwicklung und die Aufgaben für 1935 sind die Ausführungen am Schluss der Rede beachtlich, wo eine Steigerung der Produktion um rund 20% und der Arbeitsproduktivität von 14% verlangt wird. Hinsichtlich der Arbeitsmethodik werden ferner die Forderungen aufgestellt: Hebung der Qualität, Senkung der Gestehungskosten, Beseitigung der Entpersönlichung und der Bürokratisierung der Arbeit, Beseitigung der Gleichmacherei im Lohnsystem und Einbürgerung des Rentabilitätsprinzips. Eine weitergehende Abkehr von kommunistischen Arbeits- und Wirtschaftsmethoden ist kaum denkbar.

In dem Abschnitt „Einholen und Überholen“ setzt sich Ordshonikidse auch direkt militärpolitisch mit Deutschland auseinander. In einer völlig anachronistischen Parallele zwischen der gegenwärtigen technischen Leistungsfähigkeit der Sowjetunion und früheren Veröffentlichungen („Mein Kampf“) sagt der Redner: „Was die Frage des Militärbündnisses mit Deutschland betrifft, so haben wir niemals daran gedacht und auch nicht erwogen, ein solches Bündnis einzugehen...“

Hartmann

[...]¹⁰

⁸ Der Absatz ist in spitze Klammern gesetzt.

⁹ Auch hier befinden sich am Seitenrand Vermerke, die aufgrund der Schädigung der Akte durch Brand nicht zu entziffern sind. Zu der Rede vgl. S. Ordshonikidse: Bericht des Volkskommissars für Schwerindustrie. VII. Sowjetkongress der UdSSR, Moskau 1935.

¹⁰ Es folgen die Beilagen IV und V. In der Akte vorhanden ist außerdem nur noch Beilage VII. (R 30100a, Bl. 117–118).

Moskau, den 4. Februar 1935

Deutsche Botschaft

Der Militärattaché

Beilage *II*¹¹

Bericht Nr. 5/35.

Betr.: Militärattaché Orlow

Der für Berlin neu ernannte sowjetrussische Militärattaché Orlow weilte in den letzten Tagen in Moskau. Er sagte seine Aufwartung bei mir an und gab mir dadurch Gelegenheit, ihn am 29.1. anlässlich eines Frühstücks bei mir im Kreise der übrigen hiesigen Attachés in einer Ansprache als Vertreter der deutschen Wehrmacht zu begrüßen. Orlow dankte kurz und sprach seine Hoffnung auf freundschaftlichen Empfang in Berlin aus. Im anschließenden privaten Gespräch drückte ich Orlow gegenüber die Erwartung aus, dass, da Orlow doch sicherlich an Stelle des saturierten Schnittmann mit allerhand militärischen Wünschen hervortreten werde, sich auch hier auf der Grundlage der Gegenseitigkeit für mich Gelegenheit ergeben würde, mehr zu sehen; der gegenwärtige Zustand sei für mich in sachlicher Hinsicht wenig befriedigend.

Am 30. machte Orlow dem Herrn Geschäftsträger seine Aufwartung. Herr von Twardowski sprach sich dabei Orlow gegenüber im gleichen Sinne aus.

Orlow reist Anfang Februar nach Paris zurück, wo seine Familie noch weilt, um seinen Haushalt nach Berlin zu überführen und wird am 10.2. dort eintreffen.

Der Gehilfe Orlows, Gerassimow, ist zurzeit Chef des Stabes eines Artillerieregiments im Leningrader Wehrkreis. Eine Gelegenheit, ihn kennenzulernen, hat sich bisher noch nicht geboten.

Orlow machte einen im Ganzen sympathischen Eindruck. Er ist übrigens in Deutschland bereits bekannt, da er, was ich bisher nicht wusste, 1931 beim Artillerieregiment 4, der Artillerie-Inspektion usw. an verschiedenen Kommandierungen in Berlin, Dresden, Königsberg, Jüterbog, Grafenwöhr, Hameln usw. teilgenommen hat.

Im Ganzen möchte ich annehmen, dass die Abberufung des militärisch völlig unbedeutenden und persönlich unerfreulichen Schnittmann und die volle Wiederbesetzung des Berliner Postens durch 2 anerkannt tüchtige militärische Persönlichkeiten auch dazu führen könnte, falls es politisch erwünscht ist, den Kontakt von Armee zu Armee wieder etwas zu beleben. Russischerseits scheint mir der Wunsch dazu vorhanden zu sein, wenn er sich auch bei der gegenwärtigen politischen Lage bisher nur schüchtern äußert.

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift unter beiden Beilagen. Dies ist die zweite Ausfertigung.

PA AA, R 30100a, Bl. 100–106, 115–116.

¹¹ Die Zahl ist handschriftlich eingefügt.

Nr. 26

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov**

Geheim

Expl. Nr. 2

Moskau, 4. Februar 1935

Nr. 1059

An den
Geschäftsträger der UdSSR in Deutschland
Gen. BESSONOV

Sehr geehrter Sergej Alekseevič,

*ich weiß nicht, ob Ihnen Jakov Zacharovič¹ bereits über die von Twardowski am Eröffnungstag des Sowjetkongresses² veranstaltete Demonstration geschrieben hat. Ja.Z. ist zurzeit bei Schulenburg zum Frühstück, ich kann ihn nicht danach fragen, und deshalb schreibe ich für alle Fälle.*³

Nach der Rede des Gen. Kalinin, der den Kongress eröffnete, begann man mit der Wahl für das Präsidium. Als der Name des Gen. Stalin genannt wurde, setzte eine grandiose Ovation ein, die in den Gesang des ganzen Saales der Internationale mündete. Als die Diplomaten, die in ihren Logen saßen, mitbekamen, dass unsere Nationalhymne gesungen wird, erhoben sie sich. Es erhoben sich alle ausl[ändi-
schen] Korr[espondenten]. Es blieben nur zwei Deutsche (Twardowski und Hilger), zwei Polen (der Geschäftsträger Sokolnicki und der erste Sekretär⁴) und eine [Per-
son] aus dem japanischen Sekretariat sitzen. Der demonstrative Akt eines Teils der Diplomaten wurde von allen im Saal bemerkt, er rief große Empörung hervor, die sich allerdings in keine Ausrufe oder Gesten gegenüber den Sitzenden entlud.

Wegen des Nichtaufstehens der Deutschen, Polen und des Japaners wurden keine offiziellen Demarchen unternommen, allerdings brachte die „Večernjaja Moskva“ am 31. Januar auf der ersten Seite einen kleinen, aber recht scharfen und zugleich sehr gelungen geschriebenen Artikel unter der Überschrift „Nravy nekotorych diplomatov“⁵ (den Ausschnitt füge ich bei)⁶.

Die ausländischen Korrespondenten übermittelten den Inhalt dieses Artikels ins Ausland und fügten von sich aus hinzu, dass es sich dabei um Deutsche und Polen handele. Am nächsten Tag gab ein ausländischer Korrespondent unter Berufung auf Twardowski die folgende Erklärung Twardowskis für sein Verhalten wieder. Er [Twardowski] sei zur Sitzung des Kongresses eingeladen worden, nicht zur Teilnahme an der Ovation, die dem Führer der Kommunistischen Partei bereitet wurde. Er habe sich nicht verpflichtet gefühlt, während dieser Beifallsbekundung

¹ Suric.

² Der VII. Sowjetkongress fand vom 28.1. bis zum 6.2.1935 in Moskau statt.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁴ Zdzisław Szczepiński.

⁵ „O nravach nekotorych diplomatov“ (Über die Sitten einiger Diplomaten). In: Večernjaja Moskva vom 31. Januar 1935, S. 1.

⁶ Der Ausschnitt ist in der Akte nicht vorhanden.

aufzustehen. Was das Absingen der Internationale betreffe, so sei das keine offizielle Intonierung unserer Nationalhymne durch ein Musikorchester gewesen, sondern ein Chorgesang dieser Hymne. Diesen Gesang habe er als eine Manifestation der Kommunistischen Partei betrachtet. Er habe sich weder berechtigt noch verpflichtet gefühlt, an dieser Demonstration teilzunehmen.

Da Twardowski an dem Abend, als in der „Večernjaja Moskva“ der Artikel erschien, abreiste, können wir nicht darüber urteilen, ob er gegenüber einem der Korrespondenten tatsächlich solch eine Erklärung abgegeben hat. Aber wir wissen, dass Sokolnicki, der Gefährte Twardowskis bei der gemeinsamen Aktion, bei Gen. Stomonjakov zur Unterredung speziell in dieser Angelegenheit war und er Boris Spiridonovič ungefähr die gleichen Erklärungen gegeben hat, die der Journalist Twardowski in den Mund gelegt hatte. Gen. Stomonjakov erklärte Sokolnicki, dass dieser, ungeachtet seiner Einstellung zum Inhalt der Internationale, dem Umstand Rechnung tragen müsse, dass es sich hierbei um unsere Nationalhymne handelt. Die Internationale hört auch dann nicht auf, die Nationalhymne zu sein, wenn sie nicht von einem Orchester gespielt, sondern von einem Chor aus 3000 Delegierten und den Gästen des Kongresses gesungen wird. Die elementare Höflichkeit hätte es geboten, dass sich die Diplomaten von den Plätzen erheben. Die überwiegende Mehrheit habe das auch getan. Gen. Stomonjakov erläuterte weiter, dass unsere Diplomaten auch oft nicht mit dem Inhalt von Nationalhymnen jener Staaten solidarisch seien, bei denen sie akkreditiert sind, insbesondere nicht mit den Hymnen monarchistischer Länder. Gleichwohl erheben sie sich immer bei der Intonierung dieser Hymnen von den Plätzen. Sokolnicki fühlte sich während des Gesprächs sehr unwohl.

Was Twardowski betrifft, so ist er am Tag seiner Abreise am Morgen (einige Stunden vor dem Erscheinen der „Večernjaja Moskva“) von Gen. Štern zu einem Abschiedsbesuch empfangen worden.⁷ Twardowski war liebenswürdiger und freundlicher als sonst. Gen. Štern verhielt sich förmlich. Weder der eine noch der andere kam auf den Zwischenfall zu sprechen.

Twardowski wird, seiner Gewohnheit folgend, bei seiner Durchreise durch Berlin bei Ihnen vorbei schauen. Er macht das gewöhnlich auf der Rückreise. Es ist möglich, dass er auch jetzt das ***so machen wird***⁸. Kommen Sie nicht auf Ihre Initiative auf sein Verhalten bei der Eröffnung des Kongresses zu sprechen. Wenn wir beschlossen hätten, die Initiative zu einem Gespräch zu ergreifen, dann hätten wir es hier getan.

Falls er aber von sich aus das *anspricht***⁹ (und im Zusammenhang mit der Notiz in der „Večernjaja Moskva“ wird er das sicherlich machen), sprechen Sie mit ihm in dem gleichen Sinne, wie Gen. Stomonjakov gesprochen hat, und zwar, dass man keine Trennlinie zwischen der offiziellen Intonierung der Hymne und ihrem Absingen durch die Delegierten des Kongresses ziehen darf, was bei der Begrüßung des Führers der Partei vom Beifallklatschen in einer spontanen Aufwallung in das Absingen unserer Hymne überging. Er, Twardowski, musste als alteingessener Moskauer, der viele Male auf Kongressen, Tagungen und Versamm-*

⁷ Vgl. Dok. 20.

⁸ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁹ Das Wort ist über das durchgestrichene Wort „Gespräch“ geschrieben.

lungen weilte, wissen, als er zur Eröffnung des Kongresses ging, dass es bei der Eröffnung des Kongresses eine Begrüßungsmanifestation für die Führung geben wird, insbesondere für den Gen. Stalin, und die Ovationen mit dem Gesang der Hymne begleitet werden. Falls es ihm unangenehm wäre, sich beim Gesang der Hymne zu erheben, so hätte er zu Hause bleiben sollen. Sein Verhalten hatte den Charakter einer feindlichen Demonstration und hinterließ bei dem ganzen Kongress einen unangenehmen Eindruck.*¹⁰

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk mit Bleistift: MM.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 325 vom 5.2.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 E[xemplare]. Kopien an: die Genossen Litvinov, Stomonjakov, an die 2. West[abteilung].

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 33, l. 4–6. Kopie.

Nr. 27

Aufzeichnung von Unterredungen des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 6. Februar 1935

TAGEBUCH

des Gen. BESSONOV

Berlin

Nr. 41/s¹

28.1. Gespräch mit Schulenburg

Als ich Sch[ulenburg] zum Bahnhof begleitete, fragte ich ihn, womit sich die Zögerlichkeit der deutschen Seite erklären lasse, ihre Haltung zu der von uns unterbreiteten Auftragsliste festzulegen.² Schulenburg antwortete ausweichend und sagte, dass die von uns eingereichte Liste sehr problematisch, in einigen Teilen schlicht „unmöglich“ sei. Er denke jedoch, dass es uns keine Mühe bereiten werde, die eine Position durch eine andere zu ersetzen. Ich konnte mich selbstverständlich nicht mit ihm einverstanden erklären und sagte, dass wir selbstverständlich auf die von uns unterbreitete Liste nachdrücklich beharren werden.

¹⁰ Der Absatz ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 562, S. 1472–1474.

Sch. erklärte, dass die deutsche Regierung die Entscheidung getroffen habe, in Paris und in Rom eine Demarche zum Donaupakt³ zu machen. Das Wesen der Demarche besteht in folgendem: die deutsche Regierung verneine nicht prinzipiell die Paktidee, jedoch habe sie hinsichtlich des Wesens der veröffentlichten Dokumente eine Reihe von Zweifeln.

*Als im Gespräch die Rede auf den Ostpakt kam, erklärte Sch.: „Glauben Sie doch endlich, dass wir ihn nicht annehmen können. Lassen Sie uns über alles sprechen, nur nicht über den Ostpakt.“^{*4}

[...]⁵

30.I. Gespräch mit dem Direktor des Ausamtes⁶ Meyer

*M[eyer] legte mir mit seinen Worten den Text der Demarche zum Donaupakt dar, die gestern der deutsche Botschafter in Paris⁷ und heute in Rom⁸ vortrug. Die Demarche beginne mit der Feststellung, dass Deutschland nicht Gegner der Idee der Nichteinmischung und der gegenseitigen Konsultation sein könne, weil diese Ideen sozusagen Normen der internationalen Praxis und des Rechts seien. Deutschland wolle aber, bevor es seine endgültige Haltung zum Donaupakt offenlegt, folgende Fragen beantwortet haben: 1) ob die Nichteinmischung für alle Paktteilnehmer gleichermaßen verpflichtend sei; 2) ob die Sonderabkommen zwischen den Paktteilnehmern mit Kenntnis und Zustimmung aller übrigen abgeschlossen würden; 3) wie erklärt sich die Einbeziehung Frankreichs und Rumäniens in den Kreis der Paktteilnehmer, und warum bleiben die Schweiz und England ausgeschlossen; 4) ob das italienisch-französische Abkommen hinsichtlich Österreichs seine Gültigkeit nach dem Abschluss des allgemeinen Paktes beibehalte und 5) Deutschland bringe die Bereitschaft zum Ausdruck, in direkte Verhandlungen über seinen Beitritt zum Pakt einzutreten.

Danach ging M. zur Kritik des französischen Memorandums⁹ zum Ostpakt über. Seiner Meinung nach enthalte es kein einziges neues Argument, obgleich es sehr lang sei. Die Hauptfrage, warum Frankreich eine Garantiemacht des Ostpaktes werden möchte, beantworte das französische Memorandum nicht, und die Antwort, die es dort gebe, könne mit der gleichen Begründung auf England bezogen werden, das jedoch dem Ostpakt auf jede Art und Weise aus dem Wege gehe. Auf eine andere wichtige Frage, die Frage des *Durchmarsches von Truppen^{*10} gebe es ebenfalls keine Antwort. Indessen sollte diese Frage beleuchtet werden, bevor die *prinzipielle Haltung^{*11} Deutschlands zum Pakt geklärt sein wird. Das französische Memorandum begehe noch einmal den Fehler, den die Deutschen in ihrem Memorandum

³ Vgl. Dok. 14, Anm. 4.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

⁵ Ausgelassen sind die Aufzeichnungen der Unterredungen mit dem Botschaftsrat Frankreichs in Deutschland Arnal am 29.1. (l. 16–16R) und mit dem Gesandten Litauens in Deutschlands Šaulys am 29.1. (l. 16R–17).

⁶ So im Dokument; richtig: Ministerialdirektor. Das Wort Ausamt ist mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁷ Roland Köster. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 461, S. 847–849.

⁸ Ulrich von Hassell. Vgl. ebenda, Dok. 473, S. 874–877.

⁹ Vgl. ebenda, Dok. 440, S. 805–811.

¹⁰ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

als *Petitio principii*¹² qualifiziert haben. Sie wollen den Krieg verhüten, indem sie seine Voraussetzungen schaffen. Nach M.s Auffassung wünschten nicht nur die Engländer keinen Ostpakt, sondern auch das gesamte Baltikum nicht, mit Ausnahme von Litauen; die Tschechoslowakei und generell die Kleine Entente zählten hier nicht, weil sie das täten, was ihnen Laval befehle. Deshalb sei der Ostpakt in Wirklichkeit nichts anderes als die verschleierte Form eines französisch-sowjetischen Militärbündnisses. Die Deutschen hätten schließlich nichts gegen den Abschluss eines solchen Bündnisses, weil dies eine Klärung der Situation herbeiführen würde, aber warum müsse man Deutschland in diese Sache hineinziehen.*¹³

Ich sah mich veranlasst, M. noch einmal darauf hinzuweisen, dass sich England dem Pakt gegenüber keineswegs gleichgültig verhalte, sondern im Gegenteil ihn den Deutschen selbst vorgeschlagen habe¹⁴, und dass die englische Haltung zum Pakt nicht identisch mit der französischen sein könne, weil die englischen Interessen im Gegensatz zu den französischen in der Hauptsache auf dem Meer, nicht aber auf dem Kontinent lägen. Die von den Deutschen vorgebrachten technischen Einwände hielten keiner Kritik stand, denn bei gutem Willen könne man sie leicht beilegen. Es sei absurd, das Prinzip des gegenseitigen Beistandes als eine Vorbereitung auf einen Krieg zu betrachten, weil dieses Prinzip die ernsteste Warnung an den Angreifer sei. Ebenso absurd sei die Annahme, die europäischen Konflikte, in die sich Deutschland angeblich nicht einzumischen wünsche, lokalisieren zu können. Alle Länder seien gleichermaßen daran interessiert, einem beliebigen Konflikt vorzubeugen, weil selbst der kleinste europäische Konflikt zu einem allgemeinen zu werden drohe. Was den Vorschlag betreffe, ein französisch-sowjetisches Militärbündnis abzuschließen, so klinge er aus dem Munde eines Vertreters des Landes äußerst merkwürdig, welches die ganze Zeit darüber klage, dass man es einkreise. Wenn man diesem vorschlage, von sich aus dem allgemeinen Abkommen beizutreten, so antworte es darauf: bitte, es ist **doch**¹⁵ besser, ihr kreist mich ein.

Meyer beeilte sich mir zu versichern, dass ihre *abschließende Haltung zum Ostpakt noch nicht festgelegt worden sei*¹⁶ und sie das französische Memorandum selbstverständlich einer eingehenden Analyse unterziehen würden.

[...]¹⁷

31.1. Gespräch mit dem Referenten des Ausamtes Tippelskirch

*T[ippelskirch] gab mir ziemlich deutlich zu verstehen, dass er in nächster Zeit Twardowski auf dem Posten des Rates der Berliner Botschaft in Moskau ersetzen werde.¹⁸ Zu den Gründen für den Weggang Twardowskis sagte er konkret nur das, dass letzterer recht lange in Moskau gewelt habe, und danach bemerkte er allgemein, dass die Diplomaten des heutigen Deutschlands ihre Posten hauptsächlich

¹² *Petitio principii* (lat.) – Verwendung einer unbewiesenen, erst noch zu beweisenden Behauptung als Beweis für die Richtigkeit einer anderen Behauptung.

¹³ Die beiden gekennzeichneten Absätze sind am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁴ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 85, Anlage 2, S. 162.

¹⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁶ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹⁷ Ausgelassen ist die Aufzeichnung der Unterredung mit dem Botschaftssekretär Frankreichs in Deutschland Gauquié am 30.1. (I. 18–18R).

¹⁸ Von Tippelskirch wurde am 17.9.1935 zum Botschaftsrat in der UdSSR ernannt.

aus zwei Gründen aufgaben: entweder seien ihre Kräfte bereits erschöpft, oder sie seien nicht in der Lage, ein richtiges Verhältnis zur NSDAP herzustellen. Nach den begeisterten Äußerungen T.s über Schulenburg zu urteilen, muss man annehmen, dass T. über seine Ernennung bereits mit Schulenburg während dessen letztem Aufenthalt in Berlin gesprochen hat.

Postskriptum: Das Verhalten Twardowskis bei der Eröffnung des Sowjetkongresses¹⁹ erfährt im Lichte dieser Information folgende Erhellung: Twardowski wusste, dass man ihn in der nächsten Zeit abberufen wird, und versuchte mit seinem antisowjetischen Ausfall für sich Kapital für die Zeit seiner Rückkehr in das faschistische Deutschland herauszuschlagen.*²⁰

Tippelskirch machte mir im Namen des Ausamtes offiziell den Vorschlag, Neitzke gegen die Volkova auszutauschen (siehe das spezielle Schreiben an N.N. Krestinskij)²¹.

T. informierte mich, dass das Ausamt eine Demarche für Moskau ausarbeite, die die Verfolgungen betrifft, die die Empfänger von Torgsin-Überweisungen in die UdSSR ausgesetzt seien²². Ich sagte, dass mir von solchen Verfolgungen absolut nichts bekannt sei und ich selbst Überweisungen über Torgsin an meine Verwandten schicke und letztere dadurch niemals Unannehmlichkeiten erfahren hätten. T. versicherte, dass sie eine Reihe von Fakten hätten, die sie umso unangenehmer berührten, weil Torgsin in Deutschland im großen Maßstab mit der Vorteilhaftigkeit und Zweckmäßigkeit seiner Operationen werbe.

Zu den Kreditverhandlungen fragte mich T., ob die von uns eingereichte Liste als *conditio sine qua non*²³ gelte. Ich sagte, einige Details könnten sich im Verlaufe der Verhandlungen selbstverständlich verändern, aber die Liste insgesamt könnte wohl kaum verändert werden.

T. charakterisierte die heutige Politik Deutschlands in folgender Weise: Deutschland befinde sich gegenwärtig in genau der gleichen Lage, in der sich damals die Sowjetunion befunden hätte, als sie als scharfer Gegner von multilateralen Abkommen auftrat und bilaterale Abkommen zu erreichen suchte. Sobald Deutschland ebenso stark wie die UdSSR sein werde, so könnte es sich, wie jetzt die UdSSR, den Luxus von multilateralen Abkommen leisten.

Auf meine Frage zu den Widersprüchen zwischen den Auslassungen Hitlers gegenüber der UdSSR in seinem Buch und den „friedliebenden“ Erklärungen der deutschen Regierung, antwortete T. verlegen, dass er selbst nicht in der Lage wäre, sich in diesen Widersprüchen zurechtzufinden, „Hitler kontra Hitler“²⁴. Ich antwortete ihm trocken, dass, während die „friedliebenden“ Erklärungen der deutschen Regierung tot seien, die von Hitler in seinem Buch entwickelten Ideen, die in unzähligen Artikeln, Vorträgen und Vorlesungen in ganz Deutschland verbreitet würden, weiterlebten.

¹⁹ Vgl. Dok. 26.

²⁰ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²¹ Vgl. das Schreiben Bessonovs an Krestinskij vom 27.1.1935. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 57, l. 20–20R.

²² Vgl. die Aufzeichnung der Unterredung Krestinskis mit von der Schulenburg vom 16.2.1935. In: AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 43, l. 11–12.

²³ Unerlässliche Voraussetzung.

²⁴ Die An- und Ausführungszeichen sind mit Tinte gesetzt.

31.I. Gespräch mit Staatssekretär Milch

M[milch] teilte mir vertraulich sein völliges Unverständnis zu der Meldung in der sowjetischen Presse mit, wonach er sich an der Spitze einer ganzen Gruppe von Piloten angeblich nach Japan begeben hätte, um die japanische Armee zu instruieren. Zuerst wollte er das ^{**25} dementieren, aber dann hätte er entschieden, überhaupt nichts zu unternehmen, da er damit rechnete, dass auf diese Weise schneller und klarer ans Tageslicht kommen würde, dass die Moskauer Zeitungen nicht informiert wären. In Wirklichkeit habe er die ganze Zeit über in Berlin gesessen und sei absolut nirgendwohin gefahren.

*Zu den am 19.III. bevorstehenden Luftschutzübungen führte M. aus, dass am 19.III. lediglich Versuche mit der Verdunkelung Berlins stattfänden. Auf meine Frage, ob die Luftfahrtsache in Deutschland seit unserer Begegnung Fortschritte gemacht habe, sagte Milch, dass ein Vergleich nicht möglich sei und sie sich jetzt auf einer erheblich höheren Stufe befinde.

Anmerkung:

Milch hatte mir während des letzten Gesprächs mit ihm im Frühjahr 1934 gesagt, dass sie bereits jetzt in der Lage wären, auf die Bombardierung Berlins mit der vernichtenden Bombardierung von Paris zu antworten.*²⁶

[...] ²⁷

1.II. Gespräche zum Kreditabkommen und zur Derop

Beim Abendessen in der Bevollmächtigten Vertretung aus Anlass des Verkaufs der Derop²⁸ stellte sich unerwartet heraus, dass der Benzolverband den Kauf nicht tätigen kann, solange die Derop nicht von den ihr auferlegten Verpflichtungen zur Garantierung des 140-Millionen-Kredits entlastet ist. Nach dem Gespräch mit dem Direktor des Ministeriums Heintze an diesem Abend und am nächsten Morgen gelang es, die Derop von diesen Verpflichtungen zu entlasten. Offen blieb die Frage, womit diese Verpflichtungen ersetzt werden.

Zum Kreditabkommen erklärte Heintze, dass die von uns eingereichte Liste von den Deutschen ausschließlich zu dem Zweck angefordert sei, zu prüfen, ob in ihr nicht absatzfähige Handels Güter aufgenommen sind, auf die der 5-Jahreskredit nicht angewandt werden darf. Bei der Prüfung der Liste sei jedoch festgestellt worden, dass sie Aufträge enthalte, mit denen sich die deutsche Industrie wohl kaum einverstanden erklären werde. Heintze nannte konkret die Optik (Zeiss) und die I.G. Farbenindustrie. Die deutsche Regierung verfüge über keine Mittel, um auf die Firmen einzuwirken, wenn letztere nicht wünschten, ihre Produktionsgeheimnisse ins Ausland zu verkaufen. Jedoch werde die Liste in ihrer endgültigen Fassung so aussehen, versicherte mir Heintze, dass beide Seiten zufriedengestellt sein werden.

[...] ²⁹

²⁵ Das an dieser Stelle stehende Wort „nicht“ ist durchgestrichen.

²⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²⁷ Ausgelassen ist die Aufzeichnung der Unterredung mit dem Direktor der Gesellschaft „Deruluft“ Fette am 1.2. (I. 19R).

²⁸ Zu den Verhandlungen zum Verkauf der Derop vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

²⁹ Ausgelassen ist die Aufzeichnung der Unterredung mit dem Botschaftssekretär Frankreichs in Deutschland Gauquié (I. 20).

6.II. Zum Gespräch des Gen. Kandelaki mit Schacht

Ich gebe unter Bezug auf Gen. Kandelaki knapp sein Gespräch mit Schacht wieder. Schacht³⁰ empfing K[andelaki] mit einer spöttischen Bemerkung hinsichtlich des Scheiterns der Kreditverhandlungen der UdSSR mit den Ver[einigten] Staaten³¹ und mit Frankreich³², indem er zu verstehen gab, dass wir jetzt umso höher das deutsche Entgegenkommen³³ würdigen sollten. Zur Liste sagte Schacht, dass sie nicht ihre Erfüllung garantieren könnten, weil die deutsche Wirtschaft im Unterschied zur sowjetischen über keine Mittel verfüge, um auf die Firmen Einfluss zu nehmen. Außerdem käme man nicht umhin, auf vieles in der Liste zu verzichten, weil die Deutschen laut Versailler Vertrag nicht das Recht besäßen, diese Güter herzustellen, und außerdem würde die ganze Welt unverzüglich davon erfahren.

K. antwortete Schacht, dass, falls ein bedeutender Teil der Liste einem Scherbengericht unterzogen werde, die ganze Operation für die UdSSR zu einem erheblichen Teil ihren Sinn verliere. *Eine Veröffentlichung der Liste sei nicht zwingend nötig.*³⁴ Wir beabsichtigen nicht, sie zu veröffentlichen. Wenn die Deutschen auch dieser Absicht seien, so sei es unverständlich, warum die Liste breit bekannt werden sollte. K. stellte Schacht direkt die Frage: Gibt es seitens der deutschen Regierung irgendwelche Einwände, dass wir die Aufträge laut dieser Liste in Deutschland tätigen oder gibt es sie nicht? Schacht überlegte und sagte, dass die deutsche Regierung keine Einwände habe, die Aufträge laut dieser Liste zu tätigen. K. schlug vor, diese Sachlage schriftlich festzuhalten, um unter Berufung auf die gegebene Erklärung der deutschen Regierung unverzüglich mit den Firmen in konkrete Verhandlungen zu treten. Schacht entgegnete, dass er sich noch nicht umfassend mit der Angelegenheit vertraut gemacht habe, und bat K., morgen mit den Beamten des Ministeriums noch einmal die Liste durchzugehen, um sich die Einsprüche der deutschen Seite zu einzelnen Objekten anzuhören und dann ihn noch einmal zum Zwecke der endgültigen Formulierungen aufzusuchen. Er sagte, dass er selbst die Verhandlungen mit K. führen werde. Er erwähnte, dass man beim Dollarkonflikt ein etwas größeres Entgegenkommen zeigen müsse, worauf K. bemerkte, dass davon keine Rede sein könne, weil es eine Vereinbarung bereits gebe. Während des Gesprächs bemerkte Schacht übrigens zu K., dass die Deutschen überhaupt nichts dagegen hätten, wenn wir diese Aufträge in anderen Ländern unterbringen würden.

Anmerkung: Gen. Kandelaki hat zu dieser Frage noch nicht nach Moskau geschrieben. Ich bitte, dies bei der Verwendung des vorliegenden Tagebuches zu berücksichtigen.

[...] ³⁵

³⁰ Vgl. dazu auch Dok. 29.

³¹ Vgl. Dok. 23, Anm. 3.

³² Seit dem 11.1.1934 wurden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich durch ein jährlich befristetes Handelsabkommen geregelt, das die Platzierung von sowjetischen Aufträgen in Frankreich zu Bedingungen der Barzahlung vorsah. Vgl. Vnešnjaja politika SSSR. Sbornik dokumentov, Bd. IV (1935–ijun' 1941) (Außenpolitik der UdSSR. Dokumentenband), hrsg. von B. E. Štejn, Moskva 1946, Dok. 167, S. 231.

³³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

³⁴ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

³⁵ Ausgelassen sind die Aufzeichnungen der Unterredungen mit Arnal am 6.2. (l. 21–22), mit dem Gesandten Rumäniens in Deutschland Petrescu-Comnen am 6.2. (l. 22) und mit dem Gesandten Jugoslawiens in Deutschland Balugđić am 6.2. (l. 22).

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 384 vom 10.2.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, [die Exemplare] 2–5 an Gen. Krestinskij, das 6. [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15. p. 107, d. 31, l. 16–22. Original.

Nr. 28

Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Giršfel'd

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Berlin, den 6. Februar 1935

Tagebuch
Giršfel'ds

45/s¹

[...]²

2. Februar. War bei von Tippelskirch im Ausamt. Wies auf die Hindernisse hin, auf die unsere diplomatischen Kuriere beim Überschreiten der deutschen Grenze stoßen; wies auf die Schwierigkeiten hinsichtlich der Versiegelung der Kurierpost bei der Durchreise aus Amerika über Bremen und der Valuta-Bescheinigungen hin; hob das wiederholt grobe Verhalten deutscher Zollämter in einigen Fällen hervor, erbat, Maßnahmen zu ergreifen. Tippelskirch versprach, dies zu klären und alles Erdenkliche zu unternehmen.

In dem Gespräch informierte ich ihn über die Abberufung Krumins, der auf einen anderen Posten versetzt wird³, und über die Ernennung von Terleckij zum Generalkonsul in Hamburg.

Tippelskirch brachte nun das Gespräch auf den Fall Fuchs⁴, er bat um Unterstützung, im Fall Fuchs einen Gerichtsbeschluss herbeizuführen, er wies weiter darauf hin, dass sich die deutsche Seite nach wie vor für die Ausreise von Fuchs aus der Sowjetunion einsetze.

Ich antwortete T., dass sich die Deutsche Botschaft in Moskau in dieser Sache offenbar an das NKID gewandt habe, um im Fall Fuchs einen Gerichtsbeschluss zu erwirken, und ich es nicht für zweckmäßig hielte, in dieser Frage erneut beim NKID vorstellig zu werden, da sich die entsprechende deutsche Instanz in Moskau mit dieser Angelegenheit beschäftige. Was aber die Ausweisung von Fuchs insgesamt betreffe, so stehe die Sowjetische Botschaft in Berlin, worauf ich Herrn Tippelskirch bereits hingewiesen hätte, auf dem Standpunkt, dass ihr die Möglichkeit

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Ausgelassen ist die Unterredung mit dem Militärattaché Litauens Škirpa am 31.1. (l. 15).

³ Krumin wurde im Januar 1935 zum Mitglied des Obersten Gerichts der UdSSR ernannt.

⁴ Vgl. Dok. 12, Anm. 3.

genommen sei, irgendwelche Schritte in dieser Hinsicht zu unternehmen. Mit der Vorlage der Liste von Namen, die ihm nicht schlechter als mir bekannt seien, sei von sowjetischer Seite Entgegenkommen⁵ gezeigt worden, worüber ich wiederholt die Ehre gehabt hätte, Herrn T. ausführlich zu unterrichten. Wir erwarteten unsererseits ein ähnliches Entgegenkommen der deutschen Seite (die Fälle Pal'čik, Grossman).

T. fragte mich: „Und was würden Sie dazu sagen, wenn wir Pal'čik aus Deutschland ausweisen würden?“

Ich antwortete, dass mich seine Frage einigermaßen verwundere, weil wir wiederholt über dieses Thema gesprochen hätten. Ich könne nur sagen, dass eine Ausweisung Pal'čiks⁶ auf uns einen günstigen Eindruck machen würde. Die deutsche Seite würde damit zeigen, dass sie dem Entgegenkommen der sowjetischen Seite Rechnung trage und auf diese Angelegenheit entsprechend reagiere.

31. Januar. Besuchte Oskar Grossman im Gefängnis Brandenburg-Görden (Havel). Das Zuchthaus liegt ungefähr acht Kilometer nordwestlich von Brandenburg entfernt. Im Gefängnis befinden sich ungefähr 2000 Häftlinge, wobei es sowohl politische als auch kriminelle Häftlinge gibt. Die Häftlinge sind in zwei Kategorien aufgeteilt: zu Zwangsarbeit und zu Gefängnishaft Verurteilte. Den zu Zwangsarbeit Verurteilten sind erschwerte Bedingungen auferlegt, sie müssen körperlich schwere Arbeiten verrichten, ihnen wird alle drei Monate nur ein Besuch gewährt, sie dürfen alle zwei Monate einen Brief schreiben usw. Wie mir der Gefängnisdirektor im Gespräch erklärte, besteht die Aufgabe des nationalsozialistischen Gefängnis- und Zwangsarbeitsregimes kurz gesagt darin, den Häftlingen die Lust zu nehmen, erneut ins Gefängnis zu kommen. Beim Gefängnisdirektor erwartete mich der Staatsanwalt. Der Gefängnisdirektor erbat die Zustimmung, meinem Gespräch mit Grossman beizuwohnen, worauf ich antwortete, dass ich nichts dagegen einzuwenden hätte.

Grossman war sehr blass, beklagte sich aber nicht über seinen physischen Zustand und bemerkte, dass die medizinische Versorgung im Gefängnis zufriedenstellend sei. Das Gefängnis gebe ihm insgesamt, gemessen an seinem Aufenthalt bei der Geheimpolizei, überhaupt keinen Anlass für grundsätzliche Klagen.

Ich bestand darauf, dass er mir erkläre, worüber er sich im Gefängnis beschwere. Grossman sagte, dass einer der Aufseher ihm wie aus heiterem Himmel Faustschläge angedroht habe. Ich machte den Staatsanwalt sofort auf diesen Umstand aufmerksam und forderte eine Untersuchung. Danach erklärte Grossman, dass die Verpflegung ihn nicht ganz befriedige, weil es zu wenig Fette gebe. Auch auf diesen Umstand machte ich den Staatsanwalt und den Gefängnisdirektor aufmerksam. Danach bat Grossman ihn in seinen Bemühungen zu unterstützen, sein Lehrbuch für Elektrotechnik zurückzubekommen. In dem nachfolgenden Gespräch ließ der Gefängnisleiter den Oberaufseher rufen, beriet sich mit ihm und sagte in meiner Anwesenheit zu, G[rossman] das Lehrbuch für Elektrotechnik zu geben.

Danach bat ich Grossman, ausführlicher auf die Bedingungen seiner Untersuchungshaft einzugehen. Anfangs wollte G. nicht darüber sprechen, indem er darauf verwies, dass dies doch nicht von Bedeutung wäre, weil dies bereits der Vergangen-

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁶ Am 26.2.1935 informierte das AA die Bevollmächtigte Vertretung in Berlin über die Entscheidung, Pal'čik in die UdSSR auszuweisen.

heit angehöre. Als ich ihm vorschlug, dies dennoch zu tun, begann G. zu erzählen. Nach seiner Verhaftung am 17. Januar des vergangenen Jahres wurde er sofort von Agenten der Geheimpolizei verprügelt. Bei den Verhören in der Geheimpolizei, bei denen man von ihm forderte, dass er irgendwelche Namen nenne, wurde G. gezwungen, den Kopf unter den Tisch zu stecken, und er wurde mit Gummiknüppeln geschlagen. Bei seiner Überführung ins Columbia-Haus⁷ schlug man ihn ins Gesicht und zwang ihn, das Horst-Wessel-Lied⁸ zu singen. Im Columbia-Haus wurde er systematisch verprügelt, sowohl in der Zelle als auch während des Hofgangs usw. Einmal kam ein Mann in SS-Uniform zu ihm und verprügelte ihn mit Boxerhandschuhen. Als G. schrie, dass [er] ein Ausländer, ein sowjetischer Bürger sei, sagte der SS-Mann⁹, dass er in der Kanzlei die Richtigkeit der Behauptung Grossmans überprüfen werde. Als der gleiche SS-Mann nach einer gewissen Zeit zurückkehrte, zog er aus der Matratze, auf der Grossman schlief, verfaultes Stroh und zwang G. unter Androhung von Prügel, dieses Stroh zu essen. Während des Berichts Grossmans fühlte sich der Staatsanwalt sichtlich peinlich berührt, und obgleich er sich bemühte, Gleichmut zu zeigen, rutschte er wie auf Nadeln hin und her. Als Grossman in seinem Bericht die Prügel und die Misshandlungen beschrieb, denen er ausgesetzt war, wandte ich mich einige Male an den Staatsanwalt: „Hören Sie das, Herr Staatsanwalt?“ Der Staatsanwalt antwortete: „Ja, ich höre es.“

Danach erhob ich gegenüber dem Staatsanwalt sofort scharfen Protest gegen die unerhörten Misshandlungen und Erniedrigungen eines sowjetischen Bürgers, die einen offen verbrecherischen und kriminellen Charakter trügen, und forderte eine unverzügliche Untersuchung und eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen.

Der Staatsanwalt antwortete, dass er alles das, was G. gesagt habe, zur Kenntnis nehme und sich unverzüglich mit dem Zuständigen in Verbindung setzen werde. Danach sagte der Staatsanwalt, er könne keine Erklärungen abgeben, da er dazu nicht bevollmächtigt sei.

Ich antwortete dem Staatsanwalt, dass ich von ihm keine Erklärungen, sondern von der Generalstaatsanwaltschaft Taten erwarte, die zur einer Bestrafung der Schuldigen durch das Gericht führen, damit die Sowjetische Botschaft in dieser Sache über ordnungsgemäßes amtliches Material verfüge. Danach setzte Grossman seinen Bericht fort. Im Gefolge der Verprügelungen machte Grossman die von der Geheimpolizei benötigten Aussagen und es erfolgte die Gerichtsverhandlung. Grossman führte aus, dass der Untersuchungsrichter nicht ein einziges Mal mit ihm gesprochen habe. Während der Gerichtsverhandlung wurde G. erklärt, dass ihm die Untersuchungshaft nicht angerechnet werde, falls er auf seine Erklärung beharre, dass die Aussagen, die er gemacht habe, erzwungen (erpresst¹⁰) worden seien. Als er während der Gerichtsverhandlung sah, so setzte Grossman seinen Bericht fort, dass einigen seiner Genossen, die ebenfalls darauf beharrten, dass ihre Aussagen erzwungen waren, die Untersuchungshaft nicht angerechnet wurde... An dieser Stelle un-

⁷ Ein Konzentrationslager in Berlin.

⁸ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Der Marsch mit dem Text von Horst Wessel war seit 1930 die Parteihymne der NSDAP und seit Juli 1933 faktisch die zweite Nationalhymne Deutschlands.

⁹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁰ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

terbrach ich Grossman und sagte, dass mich alles das, was die anderen Verurteilten anbelange, nicht interessiere, und ich ihn bitte, nur darüber zu sprechen, was den sowjetischen Staatsbürger Grossman betreffe. Somit, fuhr Grossman fort, sei er auch in der Gerichtsverhandlung gezwungen gewesen, auf die Erklärung zu verzichten, dass die Aussagen erpresst worden seien.

Ich sagte dem Staatsanwalt sogleich, dass ich in Ergänzung zu meinem vorangegangenen Protest auf die Methoden aufmerksam mache, mit deren Hilfe das Gerichtsmaterial fabriziert worden sei, und unterstrich, dass dem Bericht Grossmans zufolge der Untersuchungsrichter im Gespräch mit dem Angeklagten in keiner Weise versucht habe, die Aussagen auf ihre Richtigkeit zu überprüfen, die von letzterem der Geheimpolizei gemacht worden seien und die offensichtlich das Hauptmaterial für die Gerichtsverhandlung bildeten; dass auch in der Gerichtsverhandlung diese Methoden in Form der Drohung angewandt worden seien, die Untersuchungshaft nicht anzurechnen, falls G. darauf bestehen sollte, dass die von ihm gemachten Aussagen erpresst worden wären. Unter solchen Umständen, fuhr ich fort, könne man das Gerichtsurteil wohl kaum als besonders fundiert bezeichnen.

Gegen Ende des Gesprächs bat G., seinem Vater Grüße zu übermitteln. Als G. und der Staatsanwalt gegangen waren, sprach ich mit dem Gefängnisdirektor über eine Verbesserung der Haftbedingungen für G. Der Direktor ließ den Oberaufseher kommen und dieser nahm ebenfalls an der Erörterung dieser Frage teil. Der Gefängnisleiter versprach, alles zu tun, was im Rahmen der strengen Vorschriften des Justizministeriums möglich sei.

[...] ¹¹

Giršfel'd

Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 596 vom 9.2.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 49, l. 15–22. Kopie.

¹¹ Ausgelassen sind folgende Aufzeichnungen: das Gespräch mit Ėmme am 2.2. (l. 20); das Telefongespräch mit von Tippelskirch am 5.2. (l. 20); über den Tee-Empfang Giršfel'ds zu Ehren für Capablanca am 4.2. (l. 20–21); das Gespräch mit dem Presseattaché der Botschaft Rumäniens in Deutschland Ilcus am 6.2. (l. 21–22); Information über die turnusmäßige Rundschau von Schmidts-Korrespondenz am 6.2. (l. 22).

Nr. 29

Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an
den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten LitvinovGEHEIM

Expl. Nr. 1

6. Februar 1935

Nr. 42/s¹ANGen. M. M. LITVINOV

Kopie an: Gen. JA. Z. SURIC

Werter Maksim Maksimovič!

*Ich möchte Sie in erster Linie über den Stand der Kreditverhandlungen informieren. Nachdem die Deutschen mehrfach ihre Stellungnahme zu der von uns unterbreiteten Liste der beabsichtigten Aufträge hinausgezögert hatten, hatte Gen. Kandelaki heute die Möglichkeit, über dieses Thema mit Schacht zu sprechen, der ihn zu diesem Zwecke eingeladen hatte. Schacht gab zu verstehen, dass sich der Misserfolg unserer Kreditverhandlungen in den Vereinigten Staaten² und *in Frankreich^{3*4} zwangsläufig auf unsere Stellung in den Kreditverhandlungen mit Deutschland auswirken müsse.

Zur Frage der Liste⁵ übergehend erklärte Schacht eingangs, dass die deutsche Regierung deutsche Privatfirmen nicht zwingen könne, der UdSSR solche Ausrüstungen zu liefern, die sie aus den einen oder anderen Gründen nicht auszuführen wünschten.⁶ Als Kandelaki Schacht darauf hinwies, dass die von uns eingereichte Liste für uns einen Wert hat und dass, wenn ein bedeutender Teil dieser Liste aus diesen oder jenen Gründen nicht in Deutschland untergebracht werden kann, das Kreditabkommen für die UdSSR zu einem erheblichen Teil seinen Sinn einbüßt, rückte Schacht scheinbar von seiner These ab und erklärte Kandelaki nach einigem Nachdenken, dass die deutsche Regierung an sich nichts dagegen habe, wenn die in der Liste genannte Ausrüstung von deutschen Firmen an die UdSSR geliefert werde. Er versprach, heute noch einmal alle Dokumente zu dieser Frage persönlich durchzusehen und morgen der gemischten deutsch-sowjetischen Kommission noch einmal die Möglichkeit zu geben, die Liste durchzugehen. Danach werde er, Schacht, **⁷ persönlich mit Kandelaki über die endgültigen Formulierungen des Abkommens sprechen. Nach Auffassung des Gen. Kandelaki werden die Deutschen wohl kaum eine Formulierung akzeptieren, die die Bereitschaft der deutschen Re-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 23, Anm. 3.

³ Vgl. Dok. 27, Anm. 32.

⁴ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁵ Gemeint ist die vom Politbüro des ZK der VKP (B) bestätigte Bestellliste von überwiegend militärischem Gerät im Rahmen des 200-Millionenkredites (vgl. Dok. 10, Anm. 3), die Kandelaki dem Reichswirtschaftsministerium übergeben hatte. Vgl. Dok. 15.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁷ Die an dieser Stelle stehenden Wörter „noch einmal“ sind mit Tinte durchgestrichen.

gierung erklärt, die Vergabe der Aufträge zu unterstützen. Es ist am ehesten wahrscheinlich, dass sie den Vorschlag machen, auf eine jegliche Formulierung in Bezug auf die vorgelegte Liste generell zu verzichten, was uns natürlich in keinem Fall recht sein kann, zumal die Liste in deutschen Kreisen gut bekannt geworden ist. Kandelaki meint, dass *sich die Deutschen mit einer Formulierung einverstanden erklären könnten, wonach die deutsche Regierung *keine Einwände habe*⁸, die Aufträge gemäß *der mit ihm abgestimmten Liste*⁹ unterzubringen, sofern die Firmen natürlich selbst einverstanden wären, diese Ausrüstungen an die UdSSR zu liefern.

Sowohl Gen. Kandelaki als auch ich haben jedoch große Zweifel, ob die deutschen Firmen damit einverstanden sein werden, die entsprechenden Verträge mit uns abzuschließen. Man gab uns zu verstehen, dass die Optik (Zeiss) und ein Teil der Chemie (I. G. Farbenindustrie) unter allen Umständen aus der Liste herausgenommen werden müssen.

Unserer Auffassung nach besteht die ganze Taktik der Deutschen in dieser Frage darin, eine Entscheidung so lange hinauszuschieben, bis sich die Perspektiven der Verhandlungen mit England und Frankreich auf der Grundlage des Londoner Abkommens¹⁰ mehr oder weniger klar abzeichnen. Wenn die deutschen Regierungsbehörden, die bisher eine **Entscheidung**¹¹ hinausgeschoben haben, ihre Hinhaltetaktik nicht weiter beibehalten können und gezwungen sind, uns die eine oder andere Antwort zu geben, bedeutet dies jedoch überhaupt nicht, dass die deutschen Firmen, nachdem sie die positive Antwort der deutschen Regierung bekommen haben, nicht *ihrerseits*¹² die Offenlegung ihres Standpunkts zum Abschluss von Verträgen mit uns über die uns am meisten interessierende Objekte hinauszügeln.¹³

*Die Annahme, dass die Firmen, der Regierung folgend und wahrscheinlich nicht ohne deren Weisung, die Verhandlungen mit uns verzögern werden, findet eine gewisse Rechtfertigung in dem Optimismus, von dem jetzt die gesamte deutsche Presse und der größte Teil der Regierungskreise hinsichtlich der Möglichkeit eines direkten Abkommens mit England und Frankreich unter Ablehnung des Ostpaktes erfasst sind. Die deutsche Presse registriert jeden Unterton in der englischen Presse, der auch nur entfernt Grund zur Annahme gibt, dass das von den Engländern vorgeschlagene Luftabkommen¹⁴ das englische Interesse am Ostpakt in den Hintergrund drängt oder gänzlich aufhebt. Solange bei den Deutschen solch eine Hoffnung besteht, ist schwerlich damit zu rechnen, dass sie tatsächlich auf Lieferungen von Ausrüstungen an die UdSSR gemäß der von uns vorgeschlagenen Liste

⁸ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

⁹ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

¹⁰ Gemeint ist das englisch-französische Abkommen, das in den Verhandlungen zwischen Frankreich und England in London vom 1. bis 3.2.1935 erzielt wurde. Vgl. Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 2. Ser., Bd. XII, London 1972, Dok. 400, Anhang, S. 482–484.

¹¹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile anstelle des durchgestrichenen Wortes „Antwort“ geschrieben.

¹² Das Wort ist mit Tinte unterstrichen.

¹³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁴ Vgl. Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 2. Ser., Bd. XII, London 1972, Dok. 399, Anm. 8, S. 477.

eingehen werden, selbst dann, wenn sie notgedrungenen Maßen so tun, als wären sie bereit, uns entgegenzukommen.

Hinsichtlich der englischen Abkommen herrscht in den hiesigen Kreisen ein solcher Wirrwarr der Meinungen, wie es ihn noch nie zuvor gegeben hat. Ich kann Ihnen jedoch nicht verschweigen, dass die hiesigen Franzosen (Arnal, Gauquié, mit Poncet habe ich noch nicht sprechen können) jetzt in einem etwas anderen Ton als früher über den Ostpakt sprechen. Der Ostpakt taucht schon als „Detail“ in einer Reihe von anderen Abkommen auf, die in London vorgesehen sind. Arnal erklärte mir sogar, dass die Franzosen aus taktischen Erwägungen den Ostpakt nicht öffentlich ansprechen oder ihn gar in den Vordergrund rücken können, weil sie dem französischen Volk nicht erklären können, dass die Grenze Frankreichs nicht am Rhein, sondern z. B. am Dnepr liege. Das französische Volk, das aus Erfahrung der 15-jährigen Zusammenarbeit mit Polen klug geworden sei, als man immer wieder betont habe, dass die französische Grenze an der Weichsel verlaufe, sich aber letztlich herausgestellt habe, dass Polen Verrat beging und unter deutschen Einfluss geriet: das französische Volk würde dem auch dieses Mal keinen Glauben schenken und sagen: die Streitigkeiten in Osteuropa interessieren uns überhaupt nicht, uns interessiert nur die Grenze am Rhein. Die vorausschauende französische Regierung, fügte Arnal eilig hinzu, teile solch eine kurzsichtige Meinung nicht. Jedoch müsse sie sie berücksichtigen und werde deshalb die Politik betreiben, den Ostpakt als Bestandteil ****in die bevorstehenden Abkommen****¹⁵ aufzunehmen, ohne darüber großes Aufheben zu machen.*¹⁶

Der rumänische Gesandte Comnen, mit dem ich heute sprach, ist über das Londoner Abkommen höchst erschrocken und erwartet von ihm allerlei Unheil. Seine einzige Hoffnung ist die, dass die Franzosen ihre Verbündeten bis jetzt noch „kein einzige Mal hintergangen haben“¹⁷. Sowohl er als auch insbesondere der jugoslawische Gesandte Balugdžić befürchten sehr eine Wiederbelebung des Vierer-Paktes auf neuer Grundlage. Balugdžić ist außerdem über die Römischen Abkommen¹⁸ erschrocken und schließt die Möglichkeit nicht aus, dass Frankreich, wenn es zusätzliche Garantien von England erhalten hat, seine Kleine-Entente-Freunde ihrem Schicksal überlässt.

*Wenn man die Stimmung der hiesigen Vertreter der Kleinen Entente zusammenfasst, so kann gesagt werden, dass bei ihnen jetzt die Vorahnung von irgendeinem Verrat seitens Frankreichs überwiegt, obgleich alle sehr guten Mutes sind und sagen, man müsse abwarten und schauen, wie es weitergeht.

Selbstverständlich begreifen die Deutschen diesen komplizierten Eindruck, den die Londoner Abkommen bei den verschiedenen Ländern Europas hinterlassen, sehr gut und bemühen sich, ihn allseitig zu verstärken. Die zügellose Kampagne, die plötzlich ****sofort****¹⁹ nach den Londoner Verhandlungen in der deutschen Presse zum „Hunger“ in der UdSSR und gegen die UdSSR entfacht wurde, ist nach unserer Ansicht ****hier****²⁰ generell eine der Maßnahmen, die in diese Richtung

¹⁵ Der Text ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: der bevorstehenden Abkommen.

¹⁶ Der mit Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁷ Die An- und Ausführungszeichen sind mit Tinte gesetzt.

¹⁸ Vgl. Dok. 4, Anm. 7.

¹⁹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

²⁰ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

zielen. Die Verzögerung und das Hinausschieben der Antwort an uns zum Kreditabkommen ist vielleicht ebenso ein Glied in der Kette dieser Maßnahmen.*²¹

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Bessonov

Maksim Maksimovič, ich bitte Sie zu berücksichtigen, dass Gen. Kandelaki noch nichts über sein Gespräch mit Schacht nach Moskau berichtet hat. Er wartet die Ergebnisse der morgigen Sitzung zur Liste ab, um erste Informationen über den Verlauf der Verhandlungen nach Moskau zu geben.

Vermerk M.M. Litvinovs mit rotem Farbstift: N.N.²² und zurück. M.L.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 383 vom 10.2.1935.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 643 vom 13.2.1935.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 3 Ex[emplare].

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 35, l. 1–3. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 38, S. 63–66²³.

Nr. 30

**Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 3

6. Februar 1935

Nr. 50/s¹

AN

Gen. N.N. Krestinskij

Kopien an: Gen. Ja. Z. SURIC

*2. WESTABTEILUNG DES NKID,

Gen. Štern*²

Werter Nikolaj Nikolaevič!

Bezüglich der neuen „Hunger“-Kampagne, die plötzlich in Deutschland entfacht worden ist, habe ich bereits an das NKID telegraphiert. Nach der Veröffentlichung der Appelle des Wiener und des Genfer Internationalen Kirchenkomitees

²¹ Der Text ist mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

²² N.N. ist mit rotem Farbstift durchgestrichen, offenbar nach Kenntnisnahme.

²³ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Der Text ist Tinte unterstrichen, außerdem wurden die Wörter „Gen. Štern“ mit Tinte eingefügt.

über die – angeblich – neue Hungerwelle in der UdSSR, in deren Gefolge sich das Kirchenkomitee an die „Christenheit aller Länder“ **mit der „Bitte“***³ wandte, eine Untersuchung der inneren Lage in der UdSSR zu erreichen und Hilfe für die „Hungernden“ zu organisieren, begann nun in der deutschen Presse eine Kampagne, die im Überfluss Ausfälle gegen die UdSSR und gegen die sowjetische Regierung enthält. Gestern, am 5.II., hat der Nibelungen-Verlag ein umfangreiches anti-sowjetisches Buch mit dem Titel „Und du siehst die Sowjets richtig“⁴ herausgebracht, das die zügellosesten antisowjetischen Artikel zusammenfasst, die in den letzten Jahren in deutschen und englischen Zeitungen erschienen sind. Es enthält eine Vielzahl von niederträchtigen Fotografien, in der Hauptsache aus der Hungerperiode im Wolgagebiet ([19]21–22), die für Fotografien aus den Jahren 1933–34 ausgegeben werden. Diesem Schreiben lege ich das Buch bei, so dass Sie sich leicht eine Vorstellung von dessen Charakter machen können. Meiner Meinung nach übertrifft es alle bisherigen Beispiele antisowjetischer Literatur im faschistischen Deutschland.

Wie ich bereits nach Moskau telegraphiert habe, wandte sich einige Tage vor Beginn der Kampagne François-Poncet über Gauquié in einer Angelegenheit an mich, in der der Berliner katholische Bischof⁵ bei ihm vorgesprochen hatte. Dabei ging es, wie Sie sich erinnern, um einen gewissen Michail Rerich, der angeblich deswegen zum Tod durch Erschießen verurteilt wurde⁶, weil er über Torgsin von den „Brüdern in Not“ Päckchen erhalten habe. Der Bischof hätte François-Poncet versichert, dass die Päckchen überhaupt nicht von „Brüder in Not“ verschickt worden wären, sondern von katholischen Kirchenorganisationen. Ich erklärte Gauquié, wenn Rerich tatsächlich zum Tod durch Erschießen verurteilt worden sei, so hätte es dafür sicherlich andere Gründe als nur den Erhalt von Geld von diversen deutschen Organisationen gegeben. Am 5.II. schickte der Münchener Kardinal *Faulberg⁷ an die Botschaft ein Telegramm mit der Bitte, das Urteil gegen Rerich zu mildern. In diesem Telegramm wurde ebenfalls ausgeführt, dass Rerich angeblich auch deshalb verurteilt worden sei, weil er eine „wohltätige Unterstützung aus München“ erhalten habe.

Tippelskirch vom Auswärtigen Amt hatte mir einige Tage zuvor mitgeteilt, dass sie eine Demarche in Moskau anlässlich der Verfolgungen, denen die Empfänger von Torgsin-Überweisungen aus dem Ausland ausgesetzt seien, vorbereiten.

Das alles zeigt, dass wir es mit einer breit angelegten neuen Kampagne zu tun haben, **in**⁸ die dieses Mal nicht nur die Presse, sondern auch internationale faschistische Kirchenorganisationen sowie Regierungsorgane einbezogen sind. Deshalb ist damit zu rechnen, dass sich die Kampagne nicht auf die vorhandenen Formen beschränkt und ausgeweitet wird.

Die Sinnlosigkeit der „Hunger“-Kampagne wird, da sich die Lebensmittelsituation in der UdSSR mit jedem Tag verbessert und unvergleichlich günstiger als in

³ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁴ Und du siehst die Sowjets richtig. Berichte von deutschen und ausländischen „Spezialisten“ aus der Sowjet-Union, hrsg. von A. Laubenheimer, Berlin/Leipzig 1935.

⁵ Nikolaus Bares.

⁶ Vgl. Dok. 31.

⁷ Der Name ist mit Bleistift unterstrichen und am linken Seitenrand mit einem Fragezeichen versehen; richtig: von Faulhaber.

⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

den Jahren der Existenz des Lebensmittelkartensystems ist, selbst für die Organisatoren der Kampagne immer offensichtlicher, weil in dem besagten Appell der internationalen Kirchenorganisationen davon die Rede ist, dass die letzten Meldungen aus der UdSSR sämtlich von einer bedeutenden Verbesserung der Situation zeugen. Folglich ist die Kampagne rein politischen Charakters und hat die Aufgabe, auf der Grundlage von Informationen, die sich nicht auf die Gegenwart, sondern auf die Vergangenheit beziehen, die UdSSR zu diskreditieren, ganz abgesehen davon, dass sogar die die Vergangenheit betreffende Information unzutreffend ist.

Wofür wird diese Kampagne benötigt? Ich habe den Eindruck, dass die Organisatoren der Kampagne dieses Mal außenpolitische Ziele verfolgen. Mit dieser Kampagne wird an die antisowjetischen Kreise Frankreichs und Englands appelliert und ihnen ein Argument geliefert, Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit sie in ihrer Außenpolitik einen antisowjetischen Kurs einschlagen und ihn verstärken. Der zeitliche Zusammenfall des Beginns der Kampagne mit der Veröffentlichung des Kommuniqués über die Londoner Verhandlungen⁹ und die Mitteilung über die Pause in den Kreditverhandlungen mit den Vereinigten Staaten¹⁰ ließen im faschistischen Deutschland neue Hoffnungen aufkommen und erhärten die Annahme, dass die deutschen Faschisten die Situation auszunutzen versuchen, eine neue antisowjetische Welle nicht nur in England und in Frankreich, sondern auch in den USA zu initiieren.

In diesem Zusammenhang meine ich, dass es in diesem Fall unzureichend wäre, sich mit einem Protest zu begnügen, wie ihn im vergangenen Jahr Gen. Giršfel'd aus gleichem Anlass vorgetragen hat. Parallel zu unserem Protest hier, zu dessen Charakter ich von Ihnen Weisungen erwarte, wäre es meiner Meinung nach sinnvoll, auch Schulenburg in Moskau eine ernste Vorstellung zu machen.¹¹

Außerdem ist es unbedingt erforderlich, dass unsere Presse mit der Herausgabe eines speziellen Buches in einigen Sprachen auf den neuerlichen Ausfall in Deutschland über die Lage in Deutschland antwortet. Material für solch ein Buch liefert die deutsche Presse im Überfluss.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

BESSONOV

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: An die Gen. Levin und Rozovskij. 10/II. Š[tern]. Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 314 vom 10.2.1935.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 4 Expl.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 67–66. Kopie.

⁹ Vgl. Dok. 29, Anm. 10.

¹⁰ Vgl. Dok. 23, Anm. 3.

¹¹ Die Leitung des NKID unterstützte diesen Vorschlag nicht. Vgl. Dok. 33.

Nr. 31
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Staatsanwalt der UdSSR Akulov

Ganz geheim
Persönlich
8. Februar [1935]

1069

AN DEN
STAATSANWALT DER UdSSR
Gen. AKULOV

Sehr geehrter Ivan Alekseevič,

ich übersende Ihnen die Kopie des Berichts des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung Gen. Linde,¹ aus dem Sie ersehen, dass im Ausland im Zusammenhang mit dem in der UdSSR gegen den sowjetischen Staatsbürger Michail Rerich verhängten Todesurteils² eine Kampagne einsetzt.

Ohne in eine Erörterung der Tatumstände einzutreten, für die Rerich zur Höchststrafe verurteilt worden ist, erachtet das NKID es als zweckmäßig, Sie zu bitten, die Urteilsvollstreckung an Rerich auszusetzen und die Fallakte an uns zu übersenden, um hier gemeinsam unter dem Gesichtspunkt des außenpolitischen Interesses zu entscheiden, ob es sinnvoll ist, das Urteil zu vollstrecken oder ob es besser ist, das Urteil durch ein anderes Strafmaß zu ersetzen.

Gesondert schicke ich Ihnen die Kopie des heute Nacht aus Odessa eingetroffenen Chiffre-Telegramms.³

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk mit Bleistift: 2. Westabteilung.

Vermerk F.V. Lindes mit Tinte: An Gen. Levin 9/II. L[inde].

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 383 vom 9.2.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 E[xemplare]. Kopien an Gen. Litvinov, die 2. Westab[teilung].

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 1, l. 11. Kopie.

¹ In der Akte nicht vorhanden.

² Vgl. Dok. 30.

³ In der Akte nicht vorhanden.

Nr. 32
Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser an das
Chefbüro der Firma Otto Wolff

9. Februar 1935

Vertraulich!

O. Rld. (V.)

B.-Nr. 8464 A.

Firma

Otto Wolff, Chefbüro

Köln a/Rhein

Zeughausstrasse 2

Betr.: Deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen

In den deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, die bisher hauptsächlich vom Reichswirtschaftsministerium geführt worden sind, ist ein neuer Rückschlag eingetreten. Er beruht zunächst auf gewissen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen Ressorts. Das Auswärtige Amt möchte mit den Zugeständnissen an die Russen weniger weit gehen als das Reichswirtschaftsministerium, das sich bereit erklärt hatte, der Sowjetunion sowohl in der Frachtraum-Frage wie mit Bezug auf die Verteilung der russischen Rohstoffausfuhren nach Deutschland über 3 Jahre ziemlich weit entgegenzukommen (es handelt sich hier besonders um russisches Holz, Mangan und Naphta-Erzeugnisse, für die man in dem geplanten neuen Wirtschaftsabkommen eine zusätzliche Einfuhrmenge im Wert von 50 Millionen RM. vorgesehen hatte). Weitere Schwierigkeiten macht der Umstand, dass die deutsche Regierung nicht geneigt ist, es bei der bisherigen Handhabung des vorerst bis zum 15. Februar verlängerten Reichsmarkabkommens¹ zu lassen, sondern dass sie die Reichsmarkgeschäfte mit Russland künftig durch die zuständigen Überwachungsstellen kontrollieren lassen will. Endlich haben die sehr gehässigen und anmaßenden Reden von Ordshonikidse² und Molotow³ im Rätekongress hier berechtigte Empörung verursacht und an den entscheidenden Stellen vorübergehend sogar zu der Erwägung geführt, die schwebenden Verhandlungen sofort abubrechen. Wenn das auch nicht geschehen ist, so hat sich doch die allgemeine Stimmung gegenüber der Sowjetunion derart verschlechtert, dass vor dem Ablauf mehrerer Wochen nicht mit dem Zustandekommen einer deutsch-russischen Wirtschaftsvereinbarung gerechnet werden kann.

Mit deutschem Gruß

Deutelmoser

Eigenhändige Unterschrift. Unten maschinenschriftlich: Durchschlag an Abteilung Ausland Köln, Abteilung Ausland Berlin, Herrn Rudolph.

RWWA, 72-48-3, o. P., 1 Bl.

¹ Vgl. Dok. 1, Anm 4.

² Am 2.2. Vgl. Dok. 25, Anm. 9.

³ Am 28.1. Vgl. Dok. 19.

Nr. 33

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim

Expl. Nr. 10

10. Februar 1935

Nr. 33/1¹AN DEN GENERALSEKRETÄR
DES ZK DER VKP (B) GEN. STALINKOPIEN AN: die Gen. MOLOTOV, VOROŠILOV,
KAGANOVIČ, ORDŽONIKIDZE

Nach der Veröffentlichung der Aufrufe des Wiener und Schweizer Internationalen Kirchenkomitees, die Hilfeleistung für die Hungernden in der UdSSR zu organisieren, wurde in Deutschland die „Hunger“-kampagne in noch schärferen Formen und mit noch heftigeren Ausfällen, als dies bei den früheren Kampagnen der Fall war, gegen uns wieder aufgenommen.

Es hat wohl keinen Sinn, in dieser Angelegenheit mit diplomatischen Demarchen zu reagieren.

Mir erscheint es zweckmäßiger zu sein, den Initiatoren der Kampagne auf dem bevorstehenden Kongress der Kolchos-Bestarbeiter eine politische Abfuhr zu erteilen.² Auf diesem Kongress werden voraussichtlich nicht wenige Vertreter aus der Republik der Wolgadeutschen und aus anderen Gegenden vertreten sein, wo früher die **deutschen**³ Kolonien konzentriert waren (Ukraine, Nordkaukasus). Sie könnten in ihren Reden, ohne sich auf die Aufzählung der Errungenschaften der Kolchoswirtschaften in ihren Gebieten zu beschränken, den in Deutschland geführten Kampagnen eine politische Wertung geben und ihre Initiatoren und Gönner scharf anprangern.

Falls Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind⁴, könnte die Landwirtschaftsabteilung des ZK zusammen mit der 2. Westabteilung des NKID beauftragt werden, die Reden auszuarbeiten.

LITVINOV

Vermerk mit rotem Farbstift: A[rchiv].

Vermerk N.N. Krestinskij mit blauem Farbstift: NK.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

10 E[xemplare], [die Exemplare] 1–6 an die Adress[aten], das 7. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 8. an Gen. Stomonjakov, das 9. an M.M.⁵, das 9. ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 113, d. 122, l. 42. Kopie.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit rotem Farbstift geschrieben.

² Der Kongress fand vom 11.2. bis 17.2.1935 statt. Vgl. Vtoroj vsesojuznyj s-ezd kolchoz-nikov-udarnikov. Stenografičeskij otčet (Zweiter Allunions-Kongress der Kolchos-Bestarbeiter. Stenografischer Bericht), Moskva 1935.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben

⁴ Am 11.2.1935 billigte das Politbüro des ZK der VKP (B) den Vorschlag Litvinovs „Über den Auftritt der deutschen Kolchosarbeiter auf dem Kongress“. Vgl. Beschluss des Politbüros (Protokoll Nr. 21, Pkt. 46). In: RGASPI, f. 17, op. 66, d. 540, l. 21.

⁵ Litvinov.

Nr. 34
Bericht des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim
Expl. Nr. 9
10. Februar 1935

Nr. 32/1

AN DEN GENERALSEKRETÄR
DES ZK DER VKP (B) Gen. STALIN

KOPIEN AN: Gen. MOLOTOV
Gen. VOROŠILOV
Gen. ORDŽONIKIDZE

ZUM LONDONER ABKOMMEN

Über die Ergebnisse der Londoner Verhandlungen¹ wissen wir nur das, was in dem offiziellen Kommuniqué steht². Das Kommuniqué enthält, wie bei solchen Fällen üblich, viele Unklarheiten und Unschärfen. Ich stellte Laval einige Fragen³, auf die Gen. Potemkin wegen der Erkrankung Lavals noch keine Antwort erhalten hat. Alphand gab mir offiziell einige Erklärungen. Prinzipiell: 1.) Die wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Legalisierung der deutschen Rüstungen und dem Ostpakt bleibt bestehen. 2.) In London sind keine Beschlüsse zur weiteren Verhandlungsprozedur gefasst worden. Laut der französischen wie auch der englischen Presse hat sich Laval in den Verhandlungen zum Ostpakt recht un-nachgiebig verhalten, indem er sich auf seine Verpflichtungen berief, die er in Genf uns⁴ und der Kleinen Entente gegenüber eingegangen sei. Allem Anschein nach hat es seitens der Engländer nicht an Versuchen gemangelt, ihn von diesem Weg abzubringen.

Wenn man bedenkt, dass das Kommuniqué vollständig das Ergebnis der Verhandlungen wiedergibt und es keine Geheimabkommen gibt, die die Franzosen uns verschweigen, so ist zu sagen, dass das einzige ****ernstzunehmende****⁵ Ergebnis des Londoner Treffens in einem Vorabkommen zum Abschluss einer französisch-englischen Luftkonvention⁶ besteht, der sich Deutschland, Belgien und Italien anschließen können. Dieses Abkommen ist ****7** streckenweise eine Bestätigung des Locarno-Abkommens mit ****dem Unterschied****⁸ zu letzterem, dass nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern auch die anderen Teilnehmer des Luftabkommens Garantien bekommen. Offenbar ist noch nicht entschieden, ob ein einheitlicher Pakt über Luftbeistand mit dem Vorbehalt abgeschlossen wird, dass sich

¹ Vgl. Dok. 29, Anm. 10.

² Vgl. The Times vom 4. Februar 1935, S. 12.

³ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 36, 37.

⁴ Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁶ Vgl. Dok. 29, Anm. 14.

⁷ Der an dieser Stelle stehende Text „zum Teil“ ist gestrichen.

⁸ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: mit jenen Unterschieden.

die englische Hilfe nicht auf Italien erstreckt, oder ob England, Frankreich, Belgien und Deutschland einen Pakt abschließen und Frankreich, Deutschland und Italien einen anderen.

Als positive Momente des Londoner Abkommens muss man ansehen: 1.) Mit dem Vorhaben einer Luftkonvention erfuhr die Idee regionaler Beistandspakte eine neue Bestätigung. 2.) England räumt die Möglichkeit ein, besagte Konvention sogar ohne Deutschland, und folglich gegen Deutschland, abzuschließen. Damit macht es sich England, indem es darauf verweist, dass ein Ostpakt ohne die Teilnahme Deutschlands unzulässig ist, selbst schwer, Druck auf Frankreich auszuüben. 3.) Sollte sich Deutschland der Luftkonvention anschließen, entwertet es völlig die gesamte Argumentation, die es gegen den Ostpakt vorgetragen hat. 4.) Der Ostpakt wurde im Kommuniqué als gegenseitiger Beistand charakterisiert, was eine Reduzierung des Paktes auf Nichtangriff und Konsultation erschwerte. 5.) Zum ersten Mal nach dem Krieg wird offen in einem Dokument die unverzügliche Hilfeleistung gegen einen Aggressor ohne die Entscheidung des Völkerbundesrates eingeräumt. Dieser Präzedenzfall könnte auch für den Ostpakt in Anwendung kommen. 6.) Da England mit der Luftkonvention eine gewisse Garantie gegen das Anwachsen der deutschen Luftwaffe bekommt, wird es weniger an einer Legalisierung der Rüstungen Deutschlands, um diese zu beschränken, und an einem französisch-deutschen Abkommen, das diesen Vorgang beschleunigt, interessiert sein.

Zu den negativen Momenten zähle ich folgende: 1.) Eine Verstärkung der französisch-englischen Zusammenarbeit und die Vermittlung des (völlig falschen) Eindrucks in der öffentlichen Meinung, dass durch die zusätzlichen Sicherheitsgarantien, die Frankreich durch die Luftkonvention bekommt, das Interesse Frankreichs am Ostpakt verringert wird. Jedenfalls bekommen die Gegner des Ostpaktes, und vielleicht auch Laval, eine große Manövriermöglichkeit. 2.) Deutschland kann mit Unterstützung Englands in seiner Antwort manövrieren, um eine Konferenz für die in Aussicht genommenen Teilnehmer einer Luftkonvention zu erzwingen, wobei auf einer solchen Konferenz Deutschland und England versuchen werden, ein Abkommen zu allen übrigen im Kommuniqué angesprochenen Fragen durchzusetzen, ohne unsere Teilnahme und die der Kleinen Entente. 3.) Sollte Deutschland (was übrigens kaum wahrscheinlich ist) die Vorschläge für eine Luftkonvention, für ein Österreich-Abkommen, für die Legalisierung der Rüstungen Deutschlands zwecks deren Beschränkung und für die Rückkehr in den Völkerbund unter der Bedingung, den gegenseitigen Beistand aus dem Ostpakt auszuschließen, annehmen, so wird es Laval schwerfallen, sich für diesen gegenseitigen Beistand einzusetzen, selbst wenn er dies wollte. 4.) Das Kommuniqué macht auf den ersten Blick den Eindruck, als ob die Probleme des Ostpaktes, des Österreich-Abkommens, der Legalisierung der Rüstungen Deutschlands und der Abrüstungskonvention ein einheitliches, in sich geschlossenes Abkommen ausmachen und folglich die Verhandlungen zu allen diesen Fragen gleichzeitig geführt werden sollten. Wenn dieser Eindruck richtig ist, dann scheint es, dass die weitere Aktion für den Ostpakt vorerst eingestellt wird. Dieser Punkt erfordert jedoch noch eine Klärung, er wird wahrscheinlich *⁹ bei dem nächsten Treffen Potemkins mit Laval geklärt werden.¹⁰

⁹ Das an dieser Stelle stehende Wort ist durchgestrichen.

¹⁰ Am 13.2.1935. Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 54, S. 103–104.

Aufgrund der oben vorgenommenen Analyse komme ich zu folgenden Schlussfolgerungen. Die Idee des Ostpaktes völlig auszulöschen, ist wohl kaum möglich. Die Auseinandersetzung wird rund um die Frage geführt werden, aus ihm den gegenseitigen Beistand auszuschließen und ihn als Nichtangriffs- und Konsultationspakt zu firmieren. Laval und Flandin spüren nach wie vor unseren Druck und insbesondere den der Kleinen Entente, und sie werden deshalb die Position nicht kampflos aufgeben. Der auf dem Parteitag¹¹ gefasste Beschluss, die Stärke der Roten Armee auszubauen, zeigt bei ihnen Wirkung und sollte ihr Interesse **an einem Abkommen**¹² mit uns erhöhen. Aber wenn man selbst die schlechteste Variante annimmt: Frankreich würde **¹³ auf Konferenzen oder bei diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland bei allen Fragen und bezüglich seines Zugeständnisses für einen gegenseitigen Beistand laut Ostpakt unter dem Druck Englands aufeinanderprallen. Notwendige Bedingung für solch ein Abkommen bleibt dennoch die Anerkennung der Rüstungen Deutschlands, was jedoch ohne deren Begrenzung auf einem bestimmten Niveau unmöglich ist. Dieses Niveau hängt jedoch von dem Abschluss einer allgemeinen Abrüstungskonvention ab, die ohne unsere Teilnahme unmöglich ist. Wir können im äußersten Fall entschieden erklären, dass wir ohne Garantie gegen eine offene Bedrohung durch Hitler-Deutschland einer Beschränkung unserer Rüstungen nicht zustimmen werden. Wir haben somit einen recht starken Trumpf in unseren Händen, der alle Berechnungen Englands über den Haufen werfen kann. Ich spreche schon gar nicht davon, dass die Konvention auch durch Japan vereitelt werden könnte. Es ist kaum anzunehmen, dass sich Deutschland damit einverstanden erklärt, einen Proporz zwischen den Rüstungen Frankreichs und seinen eigenen zu vereinbaren und uns, und folglich Polen und der Kleinen Entente, die völlige Freiheit bei den Rüstungen zu belassen. Und wenn dem so ist, wird der Abbruch der Rüstungsverhandlungen bedeuten, dass Frankreich seine Haltung zur Legalisierung der deutschen Rüstungen aufgibt und sich erneut veranlasst sieht, Garantien in einem Abkommen mit uns zu suchen.

Uns stehen vorerst nur taktische Aufgaben bevor: 1.) Es sind ohne unsere Teilnahme und die der Kleinen Entente zu keiner einzigen der im Kommuniqué angeführten Fragen Konferenzen zuzulassen. 2.) Auf Frankreich ist Druck auszuüben, damit es die Verhandlungen mit Deutschland in die eigenen Hände nimmt, ohne dabei auf die Vermittlung durch England zu bauen. 3.) Es ist durchzusetzen, die Verhandlungen zum Ostpakt unverzüglich fortzusetzen, und zwar außerhalb des im Kommuniqué gegebenen Schemas. Wir können dies erreichen, indem wir uns auf das Genfer Protokoll berufen.¹⁴ 4.) Von Deutschland ist schnellstmöglich die endgültige Antwort einzuholen und, falls sie negativ ausfallen sollte, Frankreich mit der Frage zu konfrontieren, den Ostpakt ohne Deutschland und Polen¹⁵ abzuschließen. In diesem Sinne sollten auch die Weisungen für Gen. Potemkin erteilt werden.

LITVINOV

¹¹ Vgl. Dok. 26, Anm.1.

¹² Der Text ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: zu einem Abkommen.

¹³ Der an dieser Stelle stehende Text „die Verhandlungen“ ist gestrichen.

¹⁴ Vgl. Anm. 4.

¹⁵ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 516, S. 1358–1359.

Vermerk mit blauem Farbstift: A[rchiv]

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

9 Expl. [Die Exemplare] 1–5 an die Adresse, das 6. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 7. an Gen. Stomonjakov, das 8. an M.M., das 9. ins Archiv.

AVP RE, f. 05, op. 15, p. 113, d. 122, l. 43–47. Kopie.

Nr. 35

Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam

Berlin, den 12. Februar 1935

Aufzeichnung

über die Besprechung im Reichswirtschaftsministerium betr. deutsch-sowjetisches
Kreditabkommen

Teilnehmer:

a) von deutscher Seite:

Min. Dir. Heintze

Min. Rat. Mossdorf

Assesor vom Hofe R. Wi. Min.

Ges. Rat. Bräutigam Ausw. Amt.

b) von russischer Seite:

Handelsvertreter Kandelaki

stellv. Handelsvertreter Friedrichson.

1) Von deutscher Seite wurde erklärt, dass die von der Sowjetseite übergebene Bestellliste¹ nicht zum Gegenstand eines zwischenstaatlichen Vertrages gemacht werden könne. Von Sowjetseite wurde dem energisch entgegengetreten mit der Anspielung, dass die Deutsche Regierung die Lieferung solcher Anlagen an die Sowjetunion verhindern wolle, die an dritte Staaten bereits geliefert seien. Die von Sowjetseite gestellte Frage, ob die Reichsregierung keine Einwendungen erheben würde, falls die Sowjethandelsvertretung mit einer deutschen Firma über die Lieferung einer Industrieeinrichtung handelseinig würde, wurde deutscherseits in dieser generellen Form abgelehnt. Der deutsche Standpunkt wurde dahin präzisiert, dass die Deutsche Regierung keine Einwendungen erheben würde, wenn die Sowjethandelsvertretung auf Grund der Bestellliste mit den deutschen Firmen verhandle, dass die Deutsche Regierung sich aber in jedem Falle das Recht vorbehalten müsse, der deutschen Firma zu erklären, dass die Lieferung dieser oder jener Anlage aus irgendwelchen Gründen nicht tunlich sei. Indessen sei man deutscherseits der Ansicht, dass die erforderlichen Abstriche wertmäßig nicht mehr als 10–20% der vorgelegten Bestellliste ausmachen würden, sodass die Sowjethandelsvertretung durchaus in der Lage sei, für 200 Millionen Reichsmark Bestellungen unter-

¹ Vgl. Dok. 10, Anm. 3.

zubringen. Von deutscher Seite wurde eine neue Fassung des Punktes I des Vertragsentwurfes vorgelegt. Die Sowjetseite erklärte, hierfür erst neue Instruktionen aus Moskau einholen zu müssen.

2) Der Sowjetseite wurde mitgeteilt, dass es unumgänglich notwendig sei, den sowjetischen Import auch dem deutschen Einfuhrüberwachungssystem einzuordnen. Die Deutsche Regierung sei indes bereit, dafür zu sorgen, dass auf sämtliche Waren, die die Sowjetunion 1934 nach Deutschland importiert habe, Einfuhrbewilligungen in der Höhe des vorjährigen Imports erteilt würden.

Die Sowjetseite zeigte sich über diese Eröffnung im höchsten Grade empört. Herr Kandelaki erklärte, dass er strikte Weisung aus Moskau habe, die Verhandlung nur auf der Basis einer unveränderten Verlängerung des Reichsmarkabkommens² zu führen. Herr Friedrichson erklärte als seine persönliche Ansicht, dass die Sowjetregierung diese deutsche Maßnahme mit der Einstellung der Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen beantworten müsse. Von deutscher Seite wurde diese Äußerung, die nicht ganz ernst genommen wurde, gebührend zurückgewiesen und die Bereitwilligkeit betont, ebenso wie bisher Maßnahmen zur Förderung des sowjetischen Exports nach Deutschland zu treffen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte.

Nach der Sitzung reiste Herr Kandelaki nach Moskau ab. Er wird am Sonntag zurück sein und die Verhandlungen am Montag, den 18. Februar, wieder aufnehmen.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt oben: Zu W IV Ru 567. Per 13/2 1 D[urch]schl[ag]. Unten: H 13 Ru A.

PA AA, R 94737, Bl. E 664126–664128.

Nr. 36

Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

12. Februar 1935

Nr. 56/s¹

AN

Gen. M.M. LITVINOV

Werter Maksim Maksimovič!

*Wahrscheinlich haben Sie bereits aus dem Telegramm des Gen. Šnitman Kenntnis von dem betont warmherzigen Empfang, den ihm Blomberg und Reichenau am 8.II. bereitet haben. Blomberg hielt ihn am Eingang zum Saal eine verhält-

² Vgl. Dok. 1, Anm. 4.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

nismäßig lange Zeit zurück, was bei einem Tee-Empfang ungewöhnlich ist, und bat ihn demonstrativ laut², Vorošilov die allerherzlichsten Grüße mit Respekt zu übermitteln.

Danach wurde Šnitman ebenso demonstrativ von Reichenau in Beschlag genommen, der in einem langen Gespräch wiederholt betonte, dass er nicht an ^{**}der Möglichkeit^{**3} ^{**}der Wiederherstellung^{**4} der einstigen Beziehungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee zweifele. Dabei bemerkte er, dass sich diese Verbindung im jetzigen Entwicklungsstadium der deutschen Rüstung für die Rote Armee interessanter als früher erweisen könnte. Er teilte ihm gleichfalls mit, dass in Deutschland alle Vorbereitungen für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zügig abgeschlossen worden seien.

*Diese Demonstration Reichenaus ist in den Berliner Kreisen natürlich umgehend registriert worden. Drei Tage später fragte mich zum Beispiel Poncet eingehend aus, wie der Empfang des Gen. Šnitman durch Blomberg verlaufen sei.

Mir scheint, dass man diese kleine Demonstration in den Kontext mit unserer Auftragsliste⁵ im Rahmen des 200-Millionenkredites stellen muss. Die Reichswehr vermutet, dass wir, da wir solch eine Auftragsliste vorlegen, doch noch zum einstigen Typ der Zusammenarbeit mit Deutschland zurückkehren wollen, und versucht nun vorzufühlen, in welchem Maße dies zutrifft. Ein vertrauliches Gespräch, das Blomberg in der nächsten Zeit für Šnitman angesetzt hat, wird voraussichtlich dies zum Ziel haben.^{*6}

Sie wissen von dem nach Moskau gereisten Gen. Kandelaki wahrscheinlich auch, wie sich die Angelegenheit mit dem 200-Millionenkredit gestaltet.

*Nach einigen Verzögerungen schlugen die Deutschen vor, die von uns vorgelegte Liste zu beerdigen und sie durch eine allgemeine Charakteristik jener Ausrüstungsgruppen zu ersetzen, die wir auf Konto des 200-Millionenkredits in Deutschland bestellen wollen. Die Formulierung der Deutschen lautet, dass der 200-Millionenkredit „ausschließlich solche Lieferungen umfasst, die Investitionszwecken dienen, als da sind: Ausrüstungen für Fabriken, komplette Werke, Ausrüstungen für Werke, Maschinen aller Art, Gerätebau, Ausrüstungen für die Erdöl- und Chemieindustrie, Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie, Schiffe, Transportmittel, Kommunikationsmittel, Messgeräte, Laborausrüstungen [“].

Nach langen Diskussionen erklärten sich die Deutschen einverstanden, einen Zusatz folgenden Inhalts aufzunehmen: „Dazu gehören auch die Verträge über technische Hilfe und über den Bau von Betrieben, falls letztere im Zusammenhang mit irgendwelchen Aufträgen auf der Grundlage des jetzigen Kreditabkommens abgeschlossen werden.“

Die Deutschen beteuern, dass die von ihnen vorgeschlagene Nomenklatur kein einziges Objekt unserer Liste infrage stelle. Die Auswahl sei ausschließlich darauf zurückzuführen, dass laut Bedingung des Vorabkommens über den 200-Millionenkredit die Liste der von uns bestellten Ausrüstungen dem Vertrag als Anhang beigelegt werden müsse. Indes sei es aber unmöglich, unsere Liste als Anhang beizufügen.

² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁴ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: den Wiederherstellungen.

⁵ Vgl. Dok. 10, Anm. 3.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

gen, weil laut Versailler Frieden Deutschland die Herstellung dieser Objekte verboten sei. In Wirklichkeit werde laut den Beteuerungen der Deutschen kein Objekt unserer Liste durch die von ihnen vorgeschlagene Nomenklatur infrage gestellt, sondern schließe diese im Gegenteil [in die Nomenklatur] als Detail ein.

Auf die direkte Frage des Gen. Kandelaki, ob unsere Liste de facto erhalten bleibe, antworteten die Deutschen bejahend, lehnten aber eine schriftliche Erklärung zu dieser Frage ab.

Diese neue Wendung, die die Deutschen der Angelegenheit um den 200-Millionenkredit verliehen, könnte in zweifacher Weise interpretiert werden. Die Deutschen können tatsächlich recht in dem Sinne haben, dass wir problemlos unsere gesamte Liste unterbringen können, da sie von beiden Seiten lediglich als eine Präzisierung des allgemeinen Schlüssels betrachtet werden kann. Aber auch das Gegenteil wäre möglich, und zwar: nachdem wir das Abkommen unterschrieben haben und daran gehen, mit den Firmen zu verhandeln, stellt sich heraus, dass wir den überwiegenden Teil der Objekte unserer Liste nicht in Deutschland unterbringen können, da wir laut unterzeichnetem Abkommen verpflichtet sind, bis zum 1.VI. d. J. in Deutschland Aufträge von nicht weniger als 150 Millionen Mark zu vergeben. Um nicht das Abkommen zu sprengen, werden wir folglich genötigt sein, in Deutschland Aufträge zu vergeben, die nicht in der Liste enthalten sind und deren Vergabe in Deutschland keinen anderen Sinn als den haben wird, den gewährten Kredit auszufüllen.

Angeichts der jetzigen internationalen Lage, und insbesondere angesichts der Pause in den **Kredit**⁷-Verhandlungen mit den Ver[einigten] Staaten⁸ und mit Frankreich⁹, hat die Unterzeichnung des Kreditabkommens mit Deutschland zweifellos einen bestimmten Sinn, andererseits ist es nicht ausgeschlossen, dass die Deutschen die Situation ausnutzen und uns zwingen, generell nicht die Aufträge zu vergeben, für die wir uns besonders interessieren. Denkbar wäre auch, dass sie unsere Liste komplett akzeptieren, jedoch von uns im Zuge einer Kompensation die Wiederherstellung der früheren Beziehungen zur Reichswehr fordern, was Reichenan, wie oben ausgeführt wurde, in seinem Gespräch mit Gen. Šnitman dreimal angedeutet hat.¹⁰

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

BESSONOV

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: In die Post¹¹. NK[restinskij].

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 418 vom 14.2.1935.

Links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 700 vom 15.2.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, l. 24–25. Original.

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Vgl. Dok. 23, Anm. 3.

⁹ Vgl. Dok. 27, Anm. 32.

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹¹ Der Vermerk ist mit Bleistift durchgestrichen.

Nr. 37
Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands
im AA Bräutigam

15. Februar 35

e.o. W IV Ru 628 pr.

Aufzeichnung

Präsident Schacht hat am 14. d. M. den stellvertretenden Leiter der hiesigen Sowjet Handelsvertretung, Herrn Friedrichson, zu sich gebeten und ihm Folgendes eröffnet:

Es sei nicht länger tragbar, dass die Sowjetunion eine Ausnahmestellung in Bezug auf die Einfuhr ihrer Waren *nach Deutschland*¹ einnehme. *Auch die Einfuhr aus der Sowjetunion müsse im Rahmen des „Neuen Planes“² durch die Überwachungsstellen kontrolliert werden. Hiermit sei aber eine Erschwerung nicht verbunden und er sei durchaus bereit, die Einfuhr aus der Sowjetunion nach Kräften zu fördern.*³ Voraussetzung hierfür sei allerdings, dass die Sowjetunion in demselben Umfange bestelle und **⁴ den Erlös ihres Absatzes in Deutschland zur Finanzierung dieser Bestellungen verwende. Das 200 Millionengeschäft⁵, für das er bereit sei, einen Kredit von 5 Jahren einzuräumen, müsse hierbei außer Ansatz bleiben. Auch könne er nicht anerkennen, dass der Erlös aus der Einfuhr russischer Waren zur Abdeckung der alten Schulden verwandt werde. Nötigenfalls müsse die Sowjetunion ihre Goldbestände hierfür verwenden.

Herr Friedrichson erwiderte, dass die Ausführungen des Präsidenten einen schweren Schlag für die Sowjetunion bedeuteten. Er könne sich nicht denken, dass unter dem Überwachungssystem die Einfuhr nach Deutschland auf derselben Höhe gehalten werden könne. Eine Antwort könne er nicht erteilen, werde sich aber unverzüglich mit Moskau in Verbindung setzen. Die Sowjetunion habe 1935 300 Millionen RM an Deutschland zu bezahlen. Diese Schuld könne nicht ausschließlich durch Gold abgedeckt werden.

Präsident Schacht erwiderte, dass er volles Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit und den Zahlungswillen der Sowjetunion habe. Falls sich Schwierigkeiten bei der Einfuhr ergeben sollten, so stelle er der Sowjetunion anheim, die Aufnahme von Verhandlungen zu beantragen. Er sei nötigenfalls auch bereit, mit der Sowjetseite über einen Zahlungsaufschub von beispielsweise 50 Millionen Reichsmark zu verhandeln, wenn die Sowjetseite bei der Abdeckung ihrer Verpflichtungen unüberwindliche Schwierigkeiten habe.

¹ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

² Mit einer Verordnung vom 4.9.1934 vereinte Schacht unter der Bezeichnung „Neuer Plan“ mehrere Gesetze, die die Wirtschaft lenkten. Die neu eingerichteten Überwachungsstellen beaufsichtigten Rohstoff- und Wareneinfuhr und regulierten in Zusammenarbeit mit der Reichsgruppe Industrie Preise, um Deutschland aus der heiklen Devisenlage herauszuführen.

³ Die beiden Sätze sind am linken Seitenrand angestrichen.

⁴ An dieser Stelle Randbemerkung: p[ro] n[ototia]. Moskau ist anhand eines Vermerks des MR Mossdorf informiert worden. Eilt B[räutigam] 20/2.

⁵ Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

Diese Ausführungen des Präsidenten Schacht stehen im Widerspruch zu den Verhandlungen, die Min.Dir. Heintze vom Reichswirtschaftsministerium seit $\frac{3}{4}$ Jahren mit der Sowjethandelsvertretung führt.⁶ In diesen Verhandlungen war von den Russen ein laufendes Geschäft lediglich in Höhe von 50 Millionen Reichsmark verlangt worden. Somit ergibt sich eine völlig neue Verhandlungsbasis.

Min.Rat. Mossdorf (Reichswirtschaftsmin.) hat die Übersendung eines Vermerks über die Unterredung zwischen Herrn Präsidenten Schacht und Herrn Friedrichson in Aussicht gestellt.⁷

Hiermit Herrn Ministerialdirektor Meyer ergebenst vorgelegt.

Bräutigam

*Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt unten: H 13 Ru A (H 11 Ru).
Paraphe von M[eyer].*

PA AA, R 94737, Bl. E 664137–664139.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 494, S. 914–915.

Nr. 38

**Telegramm des Stellv. Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin
Fridrichson an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c und den
Leiter der Handelsvertretung in Berlin Kandelaki**

Ganz geheim
15. Februar 1935

Berlin
Nr. 1499

An
Rozengol'c, Kandelaki

Schacht bat mich heute zu sich¹ und teilte Folgendes mit: 1. Das Markabkommen, das am 15. Februar ausläuft, wird nicht weiter verlängert, weil die Deutschen unsere Sonderstellung im Vergleich zu anderen Ländern nicht mehr dulden wollen, da sie ihnen die Möglichkeit nimmt, eine einheitliche Handelspolitik und die vollständige Kontrolle über ihren Import zu verwirklichen. 2. Laut Schacht wird am 16. Februar das Auslaufen des Markabkommens und die Umstellung unseres Exports auf die Ausgabe von Devisengenehmigungen für jeden einzelnen Geschäftsabschluss veröffentlicht werden. 3. Schacht versicherte, er beabsichtige nicht, unserem Export Hindernisse in den Weg zu legen, die deutsche Seite könne sich jedoch nicht weiter mit dem bestehenden Bilanzverhältnis abfinden, und zwar von 210 Mio. Mark unse-

⁶ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 449, S. 1203–1205.

⁷ „Vermerk über die Besprechung zwischen Herrn Reichsbankpräsident Dr. Schacht und dem stellvertretenden Handelsvertreter der UdSSR Herrn Friedrichson“, o.D. In: PA AA, R 94734, Bl. E 664141–664142.

¹ Am 14.2.1935. Vgl. Dok. 37.

res Exports im Jahr 1934 bei 30 Mio. Mark an Aufträgen. Er fordert deshalb, den Exporterlös des Jahres 1935 für eine Erhöhung unserer Einkäufe zu verwenden. Dabei räumt Schacht unter Berücksichtigung unserer erheblichen Zahlungen für 1935 die Möglichkeit ein, einen Teil dieser Zahlungen ins Jahr 1936 zu übertragen. 4. Die Verhandlungen über den 195-Millionenkredit² werden laut den Schacht vorliegenden Informationen von den oben genannten Forderungen nicht berührt, so dass sie ungehindert abgeschlossen werden könnten. 5. Um keine Störungen in unserem Export zu verursachen, schlägt Schacht vor, unverzüglich Verhandlungen auf der Grundlage der von ihm unterbreiteten Vorschläge aufzunehmen. Geleitet von Ihren früher erteilten Weisungen habe ich es entschieden abgelehnt, die von Schacht vorgebrachten Forderungen zu erörtern, und beharrte weiterhin auf eine Verlängerung des Markabkommens, allerdings vergebens. Bei der Entscheidung der Frage bitte ich folgendes zu beachten: 1. Die Außerkraftsetzung des Markabkommens und die Überführung unseres Exports auf Devisengenehmigung bei Fehlen eines Spezialabkommens mit den Deutschen verschafft Schacht die Möglichkeit, unseren Export auf einem beliebigen Niveau zu halten und ihn je nach Belieben sogar völlig einzustellen. 2. Die neue Handelsordnung wird dazu eingesetzt werden, um die Preise für unsere Exportwaren zu senken. 3. Aus den Gesprächen mit Schacht habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Deutschen angesichts der Veränderung der politischen Lage nachdrücklich bestrebt sein werden, die für Deutschland ungünstige Handelsbilanz mit uns zu verändern und auf der Grundlage unserer Garantieverpflichtungen einen Teil in Devisen oder Gold zu bekommen. Telegrafieren Sie Weisungen.³

Fridrichson

Vermerk: an Gen. Stalin.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 56, S. 102–103.

Nr. 39

Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch

Berlin, den 15. Februar 1935

e.o. IV Ru 636 pr. 15. Februar 1935

Aufzeichnung

Botschaftsrat Bessonoff beklagte sich bei dem heutigen Tee-Empfang auf der Sowjetbotschaft bei mir wegen der Haussuchung bei der *Kniga*¹, über deren Verlauf er Folgendes mitteilte:

² So in der Publikation.

³ Vgl. dazu das Telegramm von Rozengol'c an Fridrichson vom 15.2.1935. In: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 57, S. 103.

¹ Das Wort ist unterstrichen. Vgl. dazu auch den Brief von Suric und den Bericht des Vize-Konsuls Kaplan an das NKID vom 16.2.1935. In: AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 6, l. 97–99.

7 Beamte der Gestapo seien heute Vormittag in den Geschäftsräumen der Kniga erschienen und hätten eine Durchsuchung vorgenommen, die etwa 4 Stunden gedauert habe. Die Beamten hätten sogleich nach dem Tscheljuskin-Film² gefragt. Man habe ihnen erwidert, der Film sei nicht bei der Kniga, sondern befinde sich bei der Filmprüfstelle des Reichspropagandaministeriums. Im Verlauf der Durchsuchung seien sichergestellt worden:

- 1) 2 Schallplatten mit der Internationale
(Bessonoff bemerkte, es handele sich um die Nationalhymne der Sowjetunion)
- 2) eine Nummer der „Weltbühne“ (Bessonoff bemerkte, es handele sich um eine alte Nummer aus der Zeit, da die „Weltbühne“ hier erschienen sei),
- 3) ein Buch in deutscher Sprache betr. die Tscheljuskin-Expedition, (Bessonoff bemerkte, das Buch sei in Deutschland von der Zensur geprüft und zugelassen)
- 4) 17 Stück Akten betr. den Schriftwechsel der Kniga mit einer deutschen Firma über Verkauf bzw. Verleih des Tscheljuskin-Films (den Namen der Firma kannte Bessonoff angeblich nicht. Er fügte hinzu, er habe den Eindruck, dass die Durchsuchung vielleicht von einer Konkurrenzfirma veranlasst worden sein.)

Bessonoff berichtete weiter, dass bei der Durchsuchung alle anwesenden Angestellten der Kniga bis auf einen sich hätten ausweisen können. Einer namens Tregubenkow, Sowjetstaatsangehöriger und Vertreter des abwesenden Direktors der Kniga³, habe keine Ausweispapiere bei sich gehabt. Er sei infolgedessen von den Beamten zur Geheimen Staatspolizei mitgenommen worden zwecks Identifizierung seiner Person. Er sei etwa eine Stunde auf dem Geheimen Staatspolizeiamt festgehalten worden; sodann sei ein Beamter in Begleitung von Tregubenkow in dessen Wohnung gefahren, wo T[regubenkow] an Hand des dort befindlichen Sowjetpasses identifiziert werden konnte. T. sei alsdann entlassen worden. *Bessonoff behauptete, T. habe sich nicht mit der Sowjetbotschaft in Verbindung setzen dürfen. Es wäre sonst ein Leichtes gewesen, seine Person zu identifizieren.*⁴

Bessonoff stellte eine Verbalnote der Sowjetbotschaft über den Vorfall in Aussicht.⁵ Er gab seiner Verwunderung über die Haussuchung Ausdruck, die die erste seit einem Jahr sei, und äußerte zugleich die Befürchtung, dass etwa weitere derartige Aktionen folgen könnten.

Ich habe zu diesen Mitteilungen keine weitere Stellung genommen.

Die Gestapo (zuständiger Sachbearbeiter Kriminalkommissar Martin) teilte auf Befragen mit, die Durchsuchung bei der Kniga habe illegales Material nicht zutage gefördert.⁶ Bezüglich der Beschlagnahme der beiden Schallplatten mit der Internationale bemerkte er, dass es sich nicht um die sowjetische Nationalhymne handeln könne, da auf den Schallplatten die Internationale mit deutschem Text gesungen

² Geroi Arktiki-Tscheljuskin (Helden der Arktis-Tscheljuskin, Sojuzkino, 1934), Regie: Jakov M. Posel'skij; Uraufführung: 16.7.1934. Dies war der erste sowjetische Film, der nach dem Januar 1933, und zwar im November 1934, aus der UdSSR von Deutschland neu erworben wurde.

³ N. K. Potockij.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen und mit einem Fragezeichen versehen.

⁵ Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung vom 19.2.1935. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 62, l. 149 (deutsch); f. 82, op. 19, p. 65, d. 10, l. 148 (russisch). Eine Antwort auf diese Verbalnote erstattete das AA am 29.3.1935. In: PA AA, R 83398, Bl. H 047254-047256.

⁶ Martin übersandte dem AA am 1.3.1935 eine Aufzeichnung der Gestapo vom 15.2.1935 über die Durchsuchung. Vgl. PA AA, R 83398, Bl. H 47238-047244.

würde. Herr Martin deutet im Übrigen an, dass er nicht damit gerechnet habe, wesentliches Belastungsmaterial bei der Kuga vorzufinden. Ich habe Herrn Martin davon in Kenntnis gesetzt, dass die Sowjetbotschaft eine Verbalnote angekündigt habe. Er sagte dazu, dies geschehe vermutlich deswegen, weil die Sowjetbotschaft einen schärferen Kurs und weitere derartige Aktionen befürchte.

Hiermit Herrn Ministerialdirektor Meyer ergebenst vorgelegt.

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt unten: Po 2 Ru. Am Seitenrand Paraphen von N[eurath] 20/II, M[eyer] 19/2, z.d.A. T[ippelskirch] 21/2. Am Ende Paraphe von M[eyer].

PA AA, R 83398, Bl. H 047218–047220.

Nr. 40

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

GEHEIM

Expl. Nr. 6

[16.2.1935]

TAGEBUCH

N. N. KRESTINSKIJS

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS GRAF SCHULENBURG,

16. FEBRUAR 1935

1. Sch[ulenburg] war nach seiner Rückkehr aus Deutschland zum ersten Mal bei mir. Er begann das Gespräch jedoch nicht zu allgemeinen Themen, er sagte lediglich, dass die Stimmung hinsichtlich des Ostpaktes unverändert geblieben sei, und zwar, dass die deutschen politischen Kreise es nicht für möglich erachten würden, einen Beistandpakt abzuschließen.¹ Ihrer Meinung nach wäre es angebracht, den beabsichtigten Charakter des Ostpaktes durch den Verzicht auf gegenseitigen Beistand zu verändern.

Ich antwortete, dass das bedeuten würde, den Ostpakt zu entwerten, ihn seines Hauptinhalts zu berauben, und wir darauf selbstverständlich auf keinen Fall eingehen würden.

2. Danach ging Sch. zu dem Hauptanliegen seines Besuches über. Er sagte, dass nach den Informationen, die den Deutschen zugehen, Personen, die aus Deutschland über Torgsin Valuta-Überweisungen erhielten, inhaftiert und anderen Repressalien unterzogen würden. Dies stünde im Widerspruch zu der Tatsache, dass Torgsin für die Tätigkeit in Deutschland zugelassen sei und dort eine große Reklame

¹ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 508, S. 1333–1338.

betreibe, in der dazu eingeladen werde, über Torgsin Päckchen und Geld zu verschicken. In diese Angelegenheit müsse Klarheit gebracht werden. Eins von beiden – entweder Torgsin muss seine Tätigkeit in Deutschland einstellen oder die Personen, die von ihren Verwandten und Freunden in Deutschland Überweisungen erhalten, dürfen keinen Repressalien unterzogen werden. Berlin habe ihm den Auftrag erteilt, in dieser Frage bei uns vorstellig zu werden, und er händigte mir ein Papier aus, in dem das dargelegt sei, was er mir mündlich vorgetragen habe.²

Ich antwortete Sch., dass bei uns niemand zur Verantwortung gezogen werde, wenn er von Angehörigen oder Bekannten Überweisungen über Torgsin bekomme. Wenn es also die Fälle von Verhaftungen, von denen er spreche, gegeben habe, so wären die Verhafteten, unabhängig von dem Erhalt von Torgsin-Päckchen, offenbar in irgendeine ungesetzliche kriminelle Tätigkeit verwickelt gewesen. Das wäre meine vorläufige Antwort. Die endgültige offizielle Stellungnahme werde er erhalten, nachdem ich mich mit Torgsin in Verbindung gesetzt und geklärt hätte, ob es irgendeine faktische Begründung für seine Erklärung gäbe.

3. Danach übermittelte er uns im Auftrag der Regierung die Dankbarkeit für die Unterstützung, die von unseren Konsuln hinsichtlich der Befreiung des in Xinjiang inhaftierten deutschen Piloten Vasel³ erwiesen worden ist. Nach den Berlin vorliegenden Informationen ist Vasel aus Xinjiang über China nach Deutschland gereist.

4. Danach sagte er unter dem Vorbehalt, dass er sich inoffiziell an mich wende, er habe vom Konsul in Novosibirsk, Großkopf, die Mitteilung erhalten, dass der evangelische Pastor Lorer⁴ und noch drei sowjetische Staatsbürger deutscher Abstammung zur Höchststrafe verurteilt worden seien, wobei der Konsul nicht wisse, weswegen sie verurteilt worden seien. Er wisse jedoch, dass das Oberste Gericht ihre Beschwerde abgewiesen habe und sich zurzeit im Präsidium des VCIK ein Gnadengesuch zur Prüfung befinde. Schulenburg habe diese Information nach Berlin geschickt und dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, dass er es nicht für möglich und zweckmäßig erachte, dieses Thema mit dem NKID zu besprechen, da es sich um verurteilte sowjetische Staatsbürger handele. Das Auswärtige Amt habe ihm aber geantwortet, dass er in inoffizieller Form unsere Aufmerksamkeit auf den ungünstigen Eindruck lenken möge, den die Vollstreckung des Urteils an einem evangelischen Würdenträger in Deutschland sowie generell im Ausland hinterlassen würde.

Ich antwortete Sch., dass er absolut richtig gehandelt habe, als er sich dazu entschloss, sich nicht direkt an uns in dieser Frage zu wenden, und ich sein Ersuchen nicht als eine offizielle Demarche annehmen könne. Ausnahmsweise würde ich mich dieses Mal in inoffizieller Form für diese Angelegenheit interessieren.

N.⁵ wiederholte nochmals, dass er sich nicht berechtigt fühle, in dieser Sache offiziell vorzusprechen, und er mache mich lediglich im Auftrag Berlins in inoffizieller Form auf den ungünstigen Eindruck aufmerksam, den der Vollzug des Urteils bewirken könnte.

N. Krestinskij

² Wird hier nicht abgedruckt. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 1, l. 16.

³ Vgl. Dok. 3, Anm. 18.

⁴ So im Dokument; vermutlich: Loran.

⁵ Im Dokument N[adolny]; richtig: Sch[ulenburg].

Vermerk F.V. Lindes mit Bleistift: Gen. Levin 19/II L[inde].

Vermerk mit blauem Farbstift: 2. Westabt[eilung].

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 356 vom 19.2.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 E[xemplare]. 1 [Exemplar] zu den Akten, 1 an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 an Gen. Linde, 1 nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 1, l. 18–17. Kopie.

Nr. 41

Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

16. Februar 1935

TAGEBUCH

des Gen. BESSONOV

Berlin

Nr. 65/s¹

Aufzeichnung der Gespräche zum Kredit- und Markabkommen.

14. und 15. Februar

14.II. Schacht rief Gen. Fridrichson zu sich², wie bereits nach Moskau berichtet, und sagte ihm, dass das Markabkommen, das die Deutschen auf unsere Bitte bis zum 15.II. verlängert hätten, nicht weiter verlängert werde, wenn es zu keinem Abkommen auf folgender Grundlage mit uns kommen sollte: die UdSSR begleicht ihre Verbindlichkeiten für das Jahr 1935, die Schacht mit ungefähr 250–280 Mio. Mark beziffert, ausschließlich in Gold und in Valuta. Wenn der sowjetische Staat nicht imstande sei, die gesamte Summe in Gold oder in Valuta zu zahlen, so wäre Schacht bereit, einen Teil dieser Schulden in Höhe von 50 Mio. Mark auf das nächste Jahr zu prolongieren. Der gesamte Erlös aus dem Export der UdSSR nach Deutschland im Jahr 1935 müsse für den Kauf von Waren in Deutschland in bar oder zu den Konditionen eines kurzfristigen Kredits verwendet werden.

Als Gen. Fridrichson Schacht sagte, dass solch ein Vorschlag absolut indiskutabel sei, geriet Schacht ins Wanken und sagte, dass vielleicht nicht der ganze Erlös, sondern nur ein Teil dieses Erlöses, wenn auch ein recht bedeutender, unter allen Umständen für den Kauf von Waren in Deutschland verwendet werden müsse.

Am 15. sprach ich auf dem Empfang der Bevollmächtigten Vertretung mit Heintze und Mossdorf über diese Frage. Aus ihren Erklärungen wird zweifelsfrei deutlich, dass die Deutschen seit Langem wegen der unvermeidlichen Pause in unseren Zahlungen an Deutschland, die im Gefolge des Zahlungsabschlusses der al-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 37, 38.

ten Schulden entstanden ist, und wegen des Nichteingangs von neuen Zahlungen im Rahmen des 200-Millionenkredits besorgt sind. Die Deutschen, die offenbar mit einer Verschlechterung unserer Lage infolge der Unterbrechung der amerikanischen Verhandlungen³ rechnen, haben sich dafür entschieden, auf uns Druck auszuüben, um von uns möglichst ein Mehr für 1935 und für 1936 herauszupressen. Die Idee Heintzes besteht darin, dass wir den Rest unserer früheren Verbindlichkeiten gänzlich in Gold begleichen. Was den Erlös aus unserem laufenden Export betrifft, so soll er in Deutschland verbleiben und für den Aufkauf von deutschen Waren eingesetzt werden, und zwar so, dass die Summen von Export und Import jährlich ausgeglichen sind, ohne jegliches Saldo für irgendeine Seite. Um uns zugleich zu zeigen, dass sie die Kreditbeziehungen mit uns nicht unterbrechen wollen, gewähren sie uns den 200-Millionenkredit mit einer Laufzeit von 5 Jahren.

Die Abweichungen von diesem Schema, die die Deutschen im Gesprächsverlauf machten, laufen auf Folgendes hinaus: 1) ein Teil des Rests unserer Verbindlichkeiten, den wir unbedingt in Gold und in Devisen zahlen müssen, könnte vielleicht auf das kommende Jahr prolongiert werden; 2) der Erlös aus unserem Export soll für den Kauf von Waren in Deutschland verwendet werden, wenn nicht gänzlich, so doch zu einem größeren Teil; 3) der Kauf muss nicht unbedingt in bar getätigt werden, sondern wenigstens zu den alten Kreditbedingungen, d.h. auf der Grundlage eines kurzfristigen Kredits.

Es ist leicht zu sehen, dass die Haltung der Deutschen im höchsten Grade widersprüchlich ist. Die Forderungen zum Beispiel, in bar oder per Kredit zu den alten Konditionen zu kaufen, sind bei weitem nicht identisch und widersprechen sich sogar, weil wir, wenn wir auf Kredit zu den alten Konditionen von einem Teil unseres Exporterlöses kaufen werden, den Teil des Erlöses, den wir in bar bekommen, dafür verwenden. Heintze löst den Widerspruch dadurch auf, dass er uns vorschlägt, unsere Warenverkäufe in Deutschland auf Kredit zu tätigen, ungefähr zu den gleichen Kreditkonditionen, zu denen wir in Deutschland Waren kaufen.

Die Entscheidung der Deutschen, auf uns Druck auszuüben, scheint außerdem allem Anschein nach noch nicht völlig durchdacht zu sein. Die Deutschen lassen völlig die Folgen außer Betracht, zu den dieser Vorschlag führen kann, und es ist nicht ausgeschlossen, dass sie ihn lediglich als Versuchsballon starten, um uns zu irgendwelchen Zugeständnissen in Richtung auf einen Goldexport nach Deutschland zu nötigen.

Auf jeden Fall zeigten sich sowohl Heintze als auch Mossdorf außerordentlich beunruhigt, als ich ihnen sagte, dass ich persönlich ihren Vorschlag für absolut unannehmbar und undurchführbar hielte. Diese Frage könne meiner Meinung nach erst dann ****aufkommen****⁴, wenn wir unter Beibehaltung der alten ****5** Konditionen alle unsere früheren Verpflichtungen tilgen.

Die Erklärung des Gen. Fridrichson über die Notwendigkeit, im Sonderauftrag Moskaus unverzüglich mit Schacht sprechen zu müssen, beunruhigte sie noch mehr.

³ Vgl. Dok. 23, Anm. 3.

⁴ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: gestellt werden.

⁵ Das an dieser Stelle stehende Wort „Kredit“ ist mit Tinte durchgestrichen.

Heintze, Mossdorf und Reyß ließen sich sehr breit über den 200-Millionenkredit aus. Ihrer Meinung nach sei die von uns übergebene Liste ein äußerst missglückter Schritt gewesen, man habe von uns nicht gefordert, unsere Bestellungen aufzuschlüsseln, von uns wollte man lediglich erfahren, dass wir keine Aufträge für Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigwaren à Konto des 200-Millionenkredits unterbringen. Mit der Übergabe der Liste⁶ hätten wir die Deutschen angeblich in eine sehr schwierige Lage gebracht. Die Liste könnten sie weder ablehnen noch annehmen, denn dies liefe praktisch auf eine Verpflichtung der deutschen Regierung hinaus, ihre Umsetzung zu fördern, wozu die Regierung angesichts der Unabhängigkeit der Firmen nicht in der Lage sei. Hintze erklärte, dass die Liste unter der falschen Prämisse aufgestellt worden sei, dass das Wirtschaftssystem Deutschlands dem der Sowjetunion ähnele, wo die Regierung einzelnen Unternehmen einfach alles befehlen könne.

Nach Auffassung von Reyß (Vorsitzender des Russland-Ausschusses) ist die Liste auch in dem Sinne unbefriedigend, dass sie keine Vorgaben für konkrete Aufträge enthält, die wir in dieser Liste hätten unterbringen können. Wenn man die Liste aufschlüssele, so müsse man sie, wie Reyß meint, nicht mit 200 Mio., sondern mit einigen Milliarden beziffern. Allein ein Werk zur Hydrierung von Kohle koste seiner Meinung nach nicht weniger als 100 Mio. Mark. Das bestätigte auch Heintze, der uns in dieser Hinsicht beruhigte, indem er erklärte, dass wir aus unserer Liste, die insgesamt einen bei weitem höheren Wert beinhaltet, unter allen Umständen für 200 Mio. Aufträge unterbringen könnten.

*Am Vormittag des 16.II. war Gen. Fridrichson bei Schacht und übermittelte ihm die Meinung Moskaus⁷ in Bezug auf die beabsichtigte Außerkraftsetzung des Markabkommens. Schacht sagte, dass er die Außerkraftsetzung des Markabkommens schon allein deshalb nicht aufhalten könne, weil alle dazu erforderlichen Anweisungen bereits getroffen worden seien. Selbst wenn er die Außerkraftsetzung aufhalten könnte, täte er es dennoch nicht, weil er sich von den Interessen seines Landes leiten lasse, das das gewaltige Aktivsaldo unserer Handelsbilanz mit Deutschland nicht einfach als Tatsache hinnehmen könne.*⁸ „Hätte die sowjetische Regierung“, fügte Schacht hinzu, „in einem analogen Fall beliebige Maßnahmen gegen den deutschen Export unternommen“, so würde er, Schacht, „dies niemals als einen unfreundlichen Akt qualifizieren, weil wir uns in diesem Fall von den Interessen unseres Landes leiten ließen.“

*Aus all den oben angeführten Darlegungen ist ersichtlich, dass sich die Haltung der Deutschen zu dem 200-Millionenkredit jetzt etwas verändert hat. Allem Anschein nach glauben sie, dass wir jetzt etwas mehr als früher an diesem Abkommen interessiert sind, und sogar noch mehr als die Deutschen daran interessiert sind.*⁹

Obgleich dies nicht der Wirklichkeit entspricht, könnte dies wenigstens teilweise die deutsche Haltung als eine Erpressungspolitik definieren, die sie jetzt beginnen.

⁶ Vgl. Dok. 18.

⁷ Vgl. Dok. 38, Anm. 3.

⁸ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

*Außerdem wünschen sie, und das steht außer Zweifel, unter allen Umständen von uns für das Jahr 1935 eine gewisse Menge an Gold und Devisen zu bekommen sowie unsere Aufträge in Deutschland zu erhöhen, und zwar zu den Konditionen einer kurzfristigen Kreditierung oder in bar.*¹⁰

Gen. Suric wird in seinem Schreiben vermutlich ausführlich auf die eventuellen politischen Hintergründe der deutschen Politik generell, auf den 200-Millionenkredit und auf die Wirtschaftsbeziehungen mit uns eingehen.¹¹

BESSONOV

Das Tagebuch wurde nach dem von Gen. Bessonov diktierten Stenogramm abgeschrieben, doch wegen seiner Abreise hat er es nicht vollendet und es wird auf seine Weisung ohne Unterschrift abgeschickt.¹²

Oben links in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 535 vom 19.2.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, [die Exemplare] 2–5 an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RE, f. 05, op. 15, p. 107, d. 35, l. 6–8. Original.

Nr. 42

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Geheim

Expl. Nr. 2

16. Februar 1935

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
GEN. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

am Tag nach Ihrer Abreise war Gen. Kandelaki bei mir. Danach begaben wir uns gemeinsam nach oben zu Maksim Maksimovič¹. Als er uns den neuen Vorschlag Schachts darlegte², machten wir ihn darauf aufmerksam, dass wir im Falle einer Annahme dieses Vorschlages bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung unserer Verpflichtung, den uns gewährten Kredit in Anspruch zu nehmen und bis zum 1. Juni Aufträge zu vergeben, gezwungen sind, in Deutschland solche Ausrüstungen oder

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹¹ Vgl. Dok. 58.

¹² Ein nicht abgezeichneter Zusatz eines Mitarbeiters der Bevollmächtigten Vertretung.

¹ Litvinov.

² Vgl. Dok. 37, 38.

Halbfabrikate zu bestellen, bei denen es aus politischen Gründen von Nutzen wäre, sie in anderen Länder zu bestellen.

Die von Schacht anstelle der von uns unterbreiteten Nomenklatur angebotene Formulierung ist unserer Meinung nach nur dann annehmbar, wenn im Vertrag ein Zusatzartikel eingefügt wird, der uns von der Verpflichtung befreit, den Kredit in dem Fall in Anspruch zu nehmen, wenn es uns nicht gelingt, die benötigten Ausrüstungen zu annehmbaren Bedingungen zu bekommen.

Wir haben Kandelaki absolut klar zu verstehen gegeben, dass das NKID politisch nicht nur desinteressiert ist, sondern es für unerwünscht hält, in Deutschland Aufträge zu vergeben, die man zu vergleichbaren Bedingungen in der Tschechoslowakei, Frankreich und England unterbringen könnte.

Kandelaki erklärte sich mit unserem Standpunkt einverstanden und sagte, dass er bei der Erörterung der Frage in der Instanz³ im Falle unserer Abwesenheit die Notwendigkeit vortragen werde, eine solche Korrektur vorzunehmen.

Wie aus dem Volkskommissariat für Außenhandel mitgeteilt wurde, erteilte die Instanz Gen. Kandelaki die Weisung, auf die Nomenklatur zu verzichten, jedoch auf die Aufnahme eines Artikels zu beharren, der uns von der Verpflichtung befreit, den Kredit für den Fall in Anspruch zu nehmen, dass die Deutschen es ablehnen, Aufträge für die von uns benötigten Ausrüstungen anzunehmen.

Gen. Kandelaki reist heute nach Berlin ab und wird Ihnen ausführlicher über die ihm erteilten Weisungen Mitteilung machen. Es ist sogar möglich, dass er vor dem Eintreffen dieses Schreibens bei Ihnen sein wird, weil die heutige Post einen Umweg über Riga nimmt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk N.N. Krestinskijs mit grünem Farbstift: MM.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 473 vom 17.2.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 E[xemplare], Kopien an: die Genossen Litvinov, Stomonjakov.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 35, l. 4–5. Kopie.

³ Eine insbesondere im Schriftverkehr des NKID gebräuchliche Benennung für das Politbüro der VKP (B), aber oft auch für Stalin allein.

Nr. 43
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Geheim

Expl. Nr. 6
16. Februar 35

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
GEN. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

der Vertreter von Sojuzkino¹ hielt gestern Maksim Maksimovič² Vortrag über das bevorstehende Filmfestival³. Bei dem Vortrag stellte sich heraus, dass Sojuzkino aus politischen Erwägungen keine Vertreter der deutschen Filmindustrie eingeladen hat.

Da diese Frage nicht mit dem NKID abgestimmt worden ist, wir aber meinen, dass es nicht möglich ist, die Deutschen demonstrativ zu übergehen, wird Šumjackij heute eine dringliche telegrafische Einladung an die UFA⁴ und an einige andere bedeutende deutsche Filmstudios schicken.

Uns aber wird er gedrucktes Informationsmaterial schicken, um es dann Ihnen zu übersenden.⁵

Falls dieses Material zu spät für die heutige Post eintreffen sollte, werden wir es mit den morgigen Kurieren über Warschau schicken. Außerdem werde ich Ihnen, sobald Šumjackij uns die genaue Liste der Firmen übermittelt, denen er eine Einladung schickt, per Telegraf diese Liste übermitteln, damit Sie für den Fall, dass sich Firmen an Sie wenden, Visa vor Ort ausstellen können.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
6 E[xemplare], Kopien an: die Genossen Litvinov, Stomonjakov, Linde, Umanskij.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 60, l. 1. Kopie.

¹ Im Februar 1933 hatte der Rat der Volkskommissare der UdSSR den Beschluss gefasst, die Vereinigung „Sojuzkinofotoob-edinenie“ („Sojuzkino“) in „Hauptverwaltung für Kinofilm- und Foto-Industrie“ (GUKF), die dem Rat der Volkskommissare direkt unterstellt wurde, umzuwandeln. Der Begriff „Sojuzkino“ wurde teilweise auch weiterhin benutzt.

² Litvinov.

³ Vom 21.2. bis zum 1.3.1935 fand in Moskau das Internationale Filmfestival statt, an dem neun Länder teilnahmen.

⁴ Universum Film AG, gegründet im Dezember 1917.

⁵ Am nächsten Tag unterrichtete Krestinskij Suric über die mit Šumjackij getroffene Übereinkunft, dass „in allen weiteren Veröffentlichungen über das Filmfestival unter den eingeladenen Ländern auch Deutschland genannt werden wird“. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 60, l. 2.

Nr. 44

**Schreiben des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID
Levin an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov**

GEHEIM

17. Februar 1935

UdSSR–NKID

2. Westabteilung

Nr. 14174¹

AN DIE
BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. BESSONOV

Lieber Sergej Alekseevič,

I. Die gegenwärtig in Deutschland geführte antisowjetische Kampagne löste eine entsprechende Reaktion in unserer Öffentlichkeit aus, was Sie zum Beispiel aus den Reden auf dem 2. Kongress der Kolchosbauern ersehen können.²

*Das deutsche Auswärtige Amt hat sich von dieser Kampagne nicht ausgenommen, wie aus dem Nachfolgenden ersichtlich ist. Die Deutsche Botschaft stellte uns eine umfangreiche Verbalnote (von 15 Seiten) zur Lage der Bauern *deutscher Staatsbürgerschaft*³ in der UdSSR zu. Die Botschaft führt in dieser Note aus, dass sie bereits seit langer Zeit mit wachsender Sorge die Lage der Bauern *deutscher Staatsbürgerschaft in der UdSSR*⁴ verfolge. Sie würden laut Botschaft mit maßlosen Steuern belegt. Die Steuern würden schematisch ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit des Steuerpflichtigen berechnet. Die Botschaft behauptet, dass im Ergebnis aller dieser Maßnahmen die Bauern deutscher Staatsbürgerschaft in vielen Fällen ihres gesamten Besitzes verlustig gehen würden. Die Note enthält unverschämte Behauptungen. So schreibt die Botschaft, dass sie „die Frage darüber beiseite lässt, ob in der UdSSR tatsächlich Gesetze erlassen worden sind, die zur wirtschaftlichen Vernichtung der Einzelbauern führen sollen“. Es ist auch eine andere Stelle der Note zu erwähnen. Die Botschaft schreibt, dass sie den Bauern deutscher Staatsbürgerschaft vorgeschlagen habe, der Deutschen Botschaft und den Konsulaten alle Antworten der sowjetischen Behörden auf die Beschwerden der Bauern deutscher Staatsbürgerschaft zuzuschicken. Diese Erklärung könnte als Beweis für die Versuche der deutschen Konsulate gewertet werden, tendenziöse Informationen zur Lage der Bauern deutscher Staatsbürgerschaft in der UdSSR zu sammeln. Was die politische Einschätzung der Note insgesamt betrifft, so müsste sie meiner Meinung nach als Versuch des Außenministeriums gewertet werden, sich der antisowjetischen Kampagne anzuschließen.*⁵ Es kann bei uns selbstver-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 33, Anm. 2.

³ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen und mit einem Fragezeichen versehen.

⁴ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁵ Der Text ist seit Beginn des Absatzes mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

ständig örtlich zu gewissen Überspitzungen kommen, und wir haben es niemals abgelehnt, auf Vorstellung der Botschaft diese oder jene Angelegenheit zu untersuchen. Wenn aber die Botschaft, anstatt in sachlicher Weise mit uns die einzelnen Fälle zu erörtern, zu Verallgemeinerungen greift, die sich an den Aufgaben der antisowjetischen Kampagne orientieren, so kann dies nicht anders als ein Versuch gewertet werden, sich in diese Kampagne einzubringen.

Ich kann Ihnen noch nicht sagen, was für eine Antwort wir der Deutschen Botschaft auf diese Note geben werden. Mir persönlich scheint, dass man mit einer knappen und energischen Note antworten muss, in der auf die Unzulässigkeit der von der Deutschen Botschaft vorgenommenen tendenziösen Verallgemeinerungen hingewiesen wird. Sobald wir Weisungen zum Inhalt der Antwort erhalten, werde ich Sie ergänzend informieren.

II. Wie aus dem Tagebuch des Gen. Giršfel'd vom 6.2.⁶ ersichtlich ist, stellte sich heraus, dass unser Vorschlag, dass ein Vertreter der Bevollmächtigten Vertretung den sowjetischen Staatsbürger Oskar Grossman im Gefängnis besucht, aktuell ist. Gen. Giršfel'd konnte Grossman dazu bewegen, sich offen auszusprechen, wobei zutage kam, dass Grossman verprügelt und auf verschiedene Weise gefoltert worden ist. Gen. Giršfel'd handelte völlig richtig, als er in scharfer Form die Notwendigkeit einer Untersuchung des vorliegenden Falles hervorhob. Das Außenministerium ist in sachlicher Form darauf aufmerksam zu machen, dass solche Fälle unzulässig sind. Da es möglich ist, dass die Gefängnisverwaltung die Offenheit Grossmans zum Anlass nimmt, ihn Repressalien zu unterziehen, ist nach einer gewissen Zeit erneut um einen Besuch bei Grossman zu bitten, damit die Gefängnisverwaltung weiß, dass wir diese Angelegenheit nicht aus den Augen verlieren und ihre Handlungen nicht ungestraft bleiben. Außerdem muss in den Gesprächen mit den Beamten des Außenministeriums angedeutet werden, dass, falls gegen Grossman irgendwelche Repressionen angewandt werden, dies die vorliegende Angelegenheit noch komplizierter macht und weiter verschärft. Der Fall Grossman zeigt, dass wir uns ernsthaft mit den Haftbedingungen von anderen sowjetischen Staatsbürgern in den Gefängnissen beschäftigen müssen. Es ist zweckdienlich, dass sich die Bevollmächtigte Vertretung durch Besuche bei Inhaftierten allmählich mit deren Haftbedingungen vertraut macht. Damit können wir, erstens, auf die Haftbedingungen unserer Staatsbürger in den Gefängnissen Einfluss nehmen und, zweitens, bekommen wir sicherlich ein umfangreiches Gegenmaterial in die Hand, welches vielleicht den deutschen Forderungen entgegengestellt werden könnte. Mir scheint, dass die große Arbeit, die die Bevollmächtigte Vertretung 1933–34 geleistet hat, in dieser Richtung fortgesetzt werden sollte. Das, worüber sich hier die deutsche Seite beschwert (Unterbringung in Einzelhaft, mitunter unzureichende Verpflegung usw.) sind im Vergleich zu dem, was Grossman berichtet hat, Bagatellen. Selbstverständlich ist es nicht nötig, eine zusätzliche Verschärfung zu schaffen; unsere Maßnahmen sollten in einer ruhigen Form durchgeführt werden. Jedoch sollten sämtliche Willkürakte gegenüber unseren Staatsbürgern festgehalten werden. Dies umso mehr, als im Zusammenhang mit dem Tod von zwei inhaftierten deutschen Staatsbürgern in unseren Haftenrichtungen (die Einzelheiten kennen Sie aus meinen Tagebüchern) die deutsche Seite nach dem Muster der Note über die Bauern deut-

⁶ Vgl. Dok. 28.

scher Staatsbürgerschaft in Zukunft versuchen könnte, zu irgendwelchen tendenziösen Verallgemeinerungen zu greifen.

III. Ich stellte der Deutschen Botschaft die Frage bezüglich der Ausweisung des in Deutschland in Haft befindlichen Angestellten der Bevollmächtigten Vertretung Neitzke. Bei uns gehen zurzeit die Ermittlungen gegen einige verhaftete deutsche Staatsbürger dem Ende entgegen. Ich machte die Botschaft darauf aufmerksam, dass wir uns stets an die Innenbehörden mit der Bitte wenden, die Fälle der deutschen Staatsbürger nicht den Gerichten zu übergeben, sondern [diese Personen] ins Ausland auszuweisen. Die Innenbehörden kommen uns entgegen. Jedoch wird das jetzt immer schwieriger, weil die deutsche Seite uns bei unseren Wünschen absolut nicht entgegenkommt. Es ist völlig selbstverständlich, dass wir etwas für unseren langjährigen Angestellten Neitzke tun wollen, zumal er vom Gericht freigesprochen wurde, aber dessen ungeachtet in einem Konzentrationslager inhaftiert ist.⁷ Die Deutsche Botschaft fragte sofort bei Tippelskirch an.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Levin

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 490 vom 17.2.1935.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 5 Expl.; Expl. Nr. 1 an den Adressaten, Expl. Nr. 2 an Gen. *Litvinov*⁸, Expl. Nr. 3 an Gen. Krestinskij, Expl. Nr. 4 an Gen. Stomonjakov, Expl. Nr. 5 zu den Akten.*

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 33, l. 8–11. Kopie.

Nr. 45

Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 1

18. Februar 1935

Nr. 69/s¹

Werter Nikolaj Nikolaevič!

Gestatten Sie mir, Sie zu folgenden Punkten zu informieren:

1) Zu Neitzke. Jakov Zacharovič² teilte mir nach seiner Ankunft aus Moskau mit, dass man in Moskau nicht mit einem Austausch der Volkova gegen Neitzke einverstanden ist. Ich habe bereits früher Tippelskirch gewarnt, dass der Austausch der

⁷ Vgl. Dok. 20, Anm. 10. Zu den im Narkomindel geprüften Austauschvarianten für Neitzke vgl. das Schreiben Krestinskij an Bessonov vom 16.2.1935. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 57, l. 23–24.

⁸ Der Name ist mit Tinte unterstrichen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Suric.

Volkova schwierig, wenn nicht gar unmöglich, sein wird. Heute habe ich Tippelskirch beim Treffen zu verstehen gegeben, dass sich mein Zweifel noch verstärkt hat. Ich wollte nicht konkreter werden, weil wir von Ihnen ^{**3} bislang keine Antwort erhalten haben.⁴ Tippelskirch sagte mir, dass für sie keine andere Kandidatur aus dem Kreis der Deutschen, die in der UdSSR verhaftet oder inhaftiert worden sind, in Frage komme, da es sich um den Austausch des deutschen Staatsbürgers Neitzke gegen die sowjetische Staatsbürgerin Volkova handelt. Jede andere Kombination verletzte das Prinzip der Gegenseitigkeit, außerdem sage sie den Deutschen prinzipiell nicht zu. *Die Deutschen wollen die Volkova bekommen, und nur die Volkova im Austausch gegen Neitzke.*⁵

2) Zum 200-Millionenkredit und zum Markabkommen. Gen. Kandelaki hatte nach seiner Rückkehr aus Moskau bereits einige Gespräche mit den Deutschen während des Frühstücks, das der Russland-Ausschuss [der Deutschen Wirtschaft] ihm zu Ehren gegeben hat. Aus diesen Vorgesprächen, an denen übrigens auch ich teilnahm, beginnt sich langsam abzuzeichnen, dass die Deutschen allem Anschein nach die Minimalforderung stellen werden, unsere laufenden Aufträge in Deutschland bis auf 100 Mio. Mark aufzustocken. Darin eingeschlossen sind die 30 Mio. Mark, die in dem Abkommen über den 200-Millionenkredit vorgesehen sind. Heute Abend soll das erste offizielle Treffen des Gen. Kandelaki mit den Deutschen stattfinden, und morgen wird er voraussichtlich zu Schacht gehen.

Über die weiteren Neuigkeiten in dieser Frage werde ich in der Post vom 25.II. berichten.⁶

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

S. Bessonov

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 818 vom 22.2.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

2 Expl. Das 1. [Expl.] an den Adressaten, das 2. zu den Akten

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 57, l. 25–25R. Original.

³ Das an dieser Stelle stehende Wort ist durchgestrichen.

⁴ Die Antwort Krestinskijs auf das Schreiben Bessonovs vom 6.2.1935 (AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 57, l. 22) lag zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor. Am 16.2. schrieb Krestinskij an Bessonov: „Ich antworte auf Ihr Schreiben bezüglich des Vorschlags von Tippelskirch, Neitzke gegen die Volkova auszutauschen. Diesen Vorschlag können wir nicht annehmen. Unsere Organe betrachten die Volkova als eine überzeugte und aktive Konterrevolutionärin und werden selbstverständlich auf keinen Fall darauf eingehen, sie gegen kleine Fische, solche wie Neitzke, auszutauschen.“ (ebd., l. 23)

⁵ Der Text ist mit grünem Farbstift unterstrichen.

⁶ Vgl. Dok. 57.

Nr. 46
Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung in Berlin Giršfel'd

GEHEIM
 Expl. Nr. 2
 Berlin, den 18.II.1935

TAGEBUCH
des Gen. GIRŠFEL'D

Nr. 66/s¹

13. Februar. Ich habe mit von Tippelskirch gefrühstückt. T[ippelskirch] teilte mit, dass sich einige deutsche Wissenschaftseinrichtungen an das Auswärtige Amt mit der Klage darüber gewandt hätten, dass sich sowjetische Organisationen mit der Bitte um *Literaturaustausch usw.*² an entsprechende deutsche Einrichtungen wenden. Während die sowjetischen Einrichtungen die von ihnen erbetenen Informationen und Materialien erhielten, vermieden sie es, Gegenleistungen zu erbringen und ignorierten häufig mitunter buchstäblich jahrelang entsprechende deutsche Anfragen. Ich bat Tippelskirch, mir konkrete Beispiele zu nennen. Er antwortete, dass sich das zum Beispiel auf die Lenin-Bibliothek bezöge, die generell auf keine Anfrage antworte. Wenn das weiter so gehandhabt wird, sagte Tippelskirch, entstehen für den Kulturaustausch große Schwierigkeiten. Ich sagte T., dass die sowjetischen Einrichtungen, zum Beispiel die Bücherkammer³, soviel ich wisse, einen regulären Austausch mit deutschen Einrichtungen unterhalte und es von deren Seite keine Beschwerden gebe. Ich bitte Tippelskirch, mich auch künftig über im Auswärtigen Amt eingehende Beschwerden zu informieren.

Auf die *sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen*⁴ eingehend hob Tippelskirch die Schwierigkeit hervor, die Wünsche der sowjetischen Seite zu erfüllen. Wir werden genötigt sein, sagte Tippelskirch, uns mit jeder interessierten Firma einzeln zu befassen, so wie es zum Beispiel beim Dollar-Konflikt⁵ der Fall ist, der für uns ein sehr ernstes Problem darstellte. Was die Forderung der sowjetischen Seite betreffe, die Realisierung des Kredites durch Rüstungsgüter⁶ vorzunehmen, so könne die deutsche Seite natürlich nicht darauf eingehen. In den Verhandlungen sage man niemals nein, aber hier wäre das Problem absolut klar. Auf verschiedene Fragen der internationalen Politik eingehend erklärte T. unter anderem, dass auf die UdSSR zweifellos neue Komplikationen mit Japan zukommen würden, vielleicht schon in allernächster Zeit.

Danach ging Tippelskirch dazu über, sich über allerlei innere Schwierigkeiten zu beklagen, die er in seiner Arbeit habe. Ein gewisser Schmidts sei Konsulatsvertreter in Poti⁷ gewesen. 1925 sei er verhaftet und zum Tode durch Erschießen ver-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Der Text ist mit grünem Farbstift unterstrichen.

³ Das Zentrum für staatliche Bibliographie und Statistik des Buchdrucks in der UdSSR wurde im April 1917 gegründet.

⁴ Der Text ist mit grünem Farbstift unterstrichen.

⁵ Ausführlicher zum Dollar-Konflikt vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

⁶ Vgl. Dok. 29, Anm. 5.

⁷ Stadt und Seehafen im Westen Georgiens.

urteilt, dann aber nach Deutschland ausgewiesen worden. T. habe ihn im Gefängnis in Moskau aufgesucht. Nunmehr attackiere diese Person, die sich überhaupt nicht an die deutschen Gegebenheiten und Lebensumstände anpassen könne, das Ministerium sehr hartnäckig und fordere eine Entschädigung für ihre erlittenen Verluste. Ich weiß mir keinen Rat, was ich mit ihm tun soll, sagte Tippelskirch. Generell muss ich aufgrund der großen Erfahrungen, die ich mir durch die Beobachtung von deutschen Staatsbürgern angeeignet habe, die über einen längeren oder kürzeren Zeitraum in der UdSSR leben, [sagen], dass sie [damit] für das Leben unter deutschen Bedingungen absolut ungeeignet werden und sie sich eine Lebensweise in der Tiefe und Breite zulegen, die außerhalb der sowjetischen Verhältnisse nicht anwendbar ist. Ich sagte Tippelskirch, dass dieser Schmidts, dessen Fall ich überhaupt nicht kenne, allem Anschein nach besondere Bedingungen gehabt hätte, damit er ein Leben auf großem Fuß führen konnte.

Tippelskirch informierte mich, dass bereits jetzt endgültig entschieden sei, Stelzer nach Berlin in die Kulturabteilung des Außenministeriums zu versetzen.

14. Februar. Von Stechow rief an und bat kommen zu dürfen. Ich hatte mich seinerzeit an das Auswärtige Amt bezüglich der *Kunstdruckabzüge⁸ für die Gesammelten Werke von Marx*⁹ gewandt, die von der Polizei im Frühjahr 1933 in der Druckerei Hirschfeld in Leipzig beschlagnahmt worden waren. Stechow kam eigens, um mitzuteilen, dass diese Bücher laut Ermittlungen des Auswärtigen Amtes von der Polizei verbrannt worden seien. Es sei anzumerken, sagte Stechow, dass sich das Ministerium sofort nach dem Eingang unserer Anfrage dieser Sache angenommen habe, es habe sich jedoch herausgestellt, dass die Bücher bereits verbrannt worden seien, bevor sich das Ministerium an die Innenbehörden mit der diesbezüglichen Anfrage gewandt habe. Wir bedauern das sehr, sagte Stechow, dass das so geschehen ist usw. Ich sagte Stechow, dass diese Materialien, die Eigentum des Marx-Engels-Lenin-Instituts¹⁰ gewesen seien, von besonders großem kulturellem und folglich auch materiellem Wert gewesen seien. Ich machte das Ausamt auf das gesetzwidrige Vorgehen der Polizei aufmerksam, die das volle Recht habe, alles das zu verbrennen, was sie wolle, jedoch nicht das Eigentum sowjetischer Einrichtungen. Das Problem sei nicht mit der Information des Ausamtes über das Verbrennen der Materialien des Marx-Engels-Lenin-Instituts erledigt.

[...]¹¹

GIRŠFEL'D

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 817 vom 22.2.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 6 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 49, l. 44–46. Kopie.

⁸ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁹ Der Text ist mit grünem Farbstift unterstrichen.

¹⁰ Das Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der VKP (B) wurde im November 1931 in Moskau durch die Zusammenlegung des Lenin-Instituts mit dem Marx-Engels-Institut gegründet.

¹¹ Ausgelassen sind die Ausführungen über die Teilnahme an dem Tee-Empfang bei dem Handelsattaché Frankreichs Wilhelm (l. 46).

Nr. 47
Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an den Konsul in Odessa Roth

Moskau, den 19. Februar 1935

A/ 418

Vertraulich!

Herrn
 Konsul Roth
Odessa

Lieber Herr Roth!

Ihren Bericht vom 13. d.M. (Aktz. Gg 6)¹ betr. Erziehungsmängel der dortigen Behörden habe ich erhalten und möchte Ihnen darauf Nachstehendes erwidern.

Infolge meiner langjährigen Erfahrungen im Verkehr mit asiatischen und halb-asiatischen Völkern habe ich es mir längst abgewöhnt, an deren Umgangsformen Anforderungen zu stellen, die in zivilisierten Ländern üblich sind. Bei Sowjetfunktionären liegt hierzu umso weniger Anlass vor, als sie bei Einladungen vonseiten ausländischer Vertreter gezwungen sind, vor Annahme einer Einladung vorher die Zustimmung bzw. Stellungnahme einer übergeordneten Behörde einzuholen. **Solche Funktionäre**² werden aber in den meisten Fällen vergeblich auf eine klare Stellungnahme warten, was **zur Folge hat, dass sie im entscheidenden Augenblick es vorziehen, einer Einladung aus dem Wege zu gehen statt**³ sich später irgendwelchen Ungelegenheiten auszusetzen.

Ich kann Sie versichern, dass es in dieser Beziehung auch in Moskau nicht besser **ist**⁴ und sich vorderhand vermutlich auch nicht ändern wird, uns gegenüber jedenfalls nicht eher, als bis die Beziehungen sich grundlegend geändert haben. Ich würde daher an Ihrer Stelle im nächsten Winter, falls keine **⁵ Besserung der Beziehungen eintritt, von der Einladung eines größeren Personenkreises absehen und nur diejenigen Personen auffordern, mit denen das Konsulat in einem mehr oder weniger engen dienstlichen Verkehr steht und die Ihrer Einladung Folge geleistet haben.

Was Ihre Frage wegen der Annahme sowjetischer Einladungen betrifft, so wäre ich Ihnen für eine Mitteilung dankbar, wie oft und bei welchen Gelegenheiten im letzten Jahre von Sowjetseite Einladungen an Sie ergangen sind. Dabei glaube ich **⁶, dass Sie auch künftighin Einladungen zu offiziellen Festlichkeiten nicht ablehnen werden können. Auch bin ich der Ansicht, dass die völlige Vermeidung eines persönlichen direkten Verkehrs mit dem provisorischen Leiter **der dortigen Agen-

¹ Roth berichtete in dem Schreiben vom 13.2.1935 an die Deutsche Botschaft Moskau von einer Einladung zu einem Diner im Konsulat am 12.2.1935, zu dem von den eingeladenen 20 sowjetischen Vertretern nur vier erschienen waren. In: PA AA, Moskau 248, o.P.

² Der Text ist handschriftlich korrigiert; ursprünglich: Sie.

³ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: im entscheidenden Augenblick zur Folge hat, dass sie einer Einladung lieber aus dem Wege gehen als.

⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: steht.

⁵ Das an dieser Stelle stehende Wort „entscheidende“ ist gestrichen.

⁶ Das an dieser Stelle stehende Wort „aber“ ist gestrichen.

tur des Außenkommissariats mit den dienstlichen Interessen des Konsulats kaum zu vereinbaren ist**7.

Nichtsdestoweniger werde ich8 bei passender Gelegenheit das Außenkommissariat auf Ihre Mitteilungen bezüglich des eigenartigen Verhaltens der dortigen Behördenvertreter **9 aufmerksam machen und **der**10 Erwartung Ausdruck geben, dass in Zukunft Unkorrektheiten gegenüber dem Deutschen Konsulat auch auf gesellschaftlichem Gebiet unterbleiben.

Mit den besten Grüßen und Heil Hitler¹¹
Ihr sehr ergebener

Sch[ulenburg] 21/2

Unterschrift als Paraphe. Am Ende Paraphe von Hi[lger] 19/2.

PA AA, Moskau 248, o. P., 2. Bl.

Nr. 48

Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Reichsinnenminister Frick und an das AA

20. Februar 1935

A 8687 II 3 A 2/245/35

Nach Mitteilung der Staatspolizeistelle Stettin halten sich im Kreis Lebus noch zahlreiche ehemalige russische Kriegsgefangene auf. Im Interesse der Schaffung neuer Arbeitsplätze für Reichsdeutsche bittet die Staatspolizeistelle zu erwägen, ob nicht eine Möglichkeit besteht, diese Russen, die heute staatenlos sind, aus dem Reichsgebiet abzuschieben. Die Russische Botschaft, die mit dieser Angelegenheit befasst worden ist, hat es abgelehnt, Pässe für die früheren russischen Kriegsgefangenen auszustellen mit der Begründung, es handele sich um staatenlose Personen.

Der Landrat des Kreises Lebus¹ hat sich bereits mit dem Gedanken getragen, die Betroffenen auf einen deutschen Dampfer *illegal*² nach Russland, vielleicht

⁷ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: des dortigen Agenten des Außenkommissariats mit den dienstlichen Interessen kaum zu vereinbaren wäre.

⁸ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Abgesehen hiervon werde ich jedoch.

⁹ Der an dieser Stelle stehende Text „gegenüber dem Konsulat“ ist gestrichen.

¹⁰ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: meiner.

¹¹ Vom 13.8.1935 ist das Hauszirkular von Bülow datiert, das in Abschrift auch sämtlichen Missionen, Berufskonsulaten und Passstellen zur Kenntnis übersandt werden sollte. Der vollständige Text lautet: „Die im Hauszirkular vom 31. Januar 1934 – 120-11 15/1 – getroffene Regelung, den Gruß „Heil Hitler“ im innerdeutschen Schriftverkehr der Behörden in den Fällen anzuwenden, in denen bisher am Schluss besondere Höflichkeitsformeln üblich waren, wird dahin erweitert, dass der Gruß „Heil Hitler“ auch an den Schluss von Schreiben aus besonderen feierlichen Anlässen, z.B. Glückwunsch- und Anerkennungsschreiben zu setzen ist. Im rein dienstlichen Schriftverkehr zwischen Behörden, sei es der eigenen oder einer außenstehenden Verwaltung, soll der Gruß unterbleiben, desgleichen auch sonstigen Empfängern dienstlicher Schreiben gegenüber, selbst wenn diese ihrerseits oder herkömmlicherweise oder im Einzelfall den Gruß im Schriftverkehr anwenden. Ich bitte, diese Verfügung sämtlichen Beamten bekanntzugeben.“ In: PA AA, Moskau II, 71, Bl. 32.

¹ Adolf von Nassau.

² Das Wort ist unterstrichen und am Seitenrand mit einem Ausrufungszeichen versehen.

über Finnland abzuschieben. Von der Durchführung dieser Maßnahme ist jedoch Abstand genommen worden, da außenpolitische Weiterungen zu befürchten sind.

Ich bitte um Mitteilung³, ob eine andere Möglichkeit besteht, sich der zum Teil schwer vorbestraften früheren Russen zu entledigen.

Im Auftrag (und I.V.)

gez. Damzog
Beglaubigt:
Tillack
Polizeibüroassistent

Eigenhändige Unterschrift des Polizeibüroassistenten. Auf erstem Blatt Stempel des AA: IV Ru 736, Eing. 23. Feb. 1935. Am Seitenrand handschriftlich: [Herrn] Ramm. Bitte zunächst mit Herrn Rödiger – V – zu besprechen. M. E. gibt es keine Möglichkeit. T[ippelskirch] 25/2. Unten: Herrn L[egations]R[at] Rödiger Abt. V gemäß [2 Wörter nicht entziffert] R[amm] 26 II.

Auf Kopfbogen des Geheimen Staatspolizeiamtes geschrieben. Am Ende handschriftlich: Eine Abschiebung der Leute nach der Sowjetunion kommt nicht in Frage. Ob sie anderweitig aus dem Reichsgebiet entfernt werden können, kann nur von den inneren Stellen beurteilt werden. Auf legalem Wege wird auch das kaum möglich sein. Ich schlage vor, d[as] R[eichs]Inn[en]Min[isterium] zu bitten, von seiner Antwort dem AA Kenntnis zu geben. Eine unmittelbare Antwort des AA dürfte nicht nötig sein. Hiermit H.L[egations]r[at] Ramm (Abt. IV) erg[ebenst] wiedervorzulegen. R[ödiger] 27/2.

PA AA, R 83821, o. P., 2 Bl.

Nr. 49

Chiffretelegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c

Ganz geheim
Außer der Reihe
Expl. Nr. 4
21. Februar 1935

Berlin
Nr. 1725

AN
ROZENGOŁ'C

Erhielt heute neuen Entwurf einer Verhandlungsgrundlage für die Regelung der gegenseitigen Handelsbeziehungen im Jahr 1935, der von Schacht bestätigt ist¹ und der sich, wie zu erwarten, in einigem von dem Ihnen gestern übermittelten unter-

³ Das AA schrieb am 5.3.1935 an das Geheime Staatspolizeiamt: „Eine Möglichkeit, die Leute aus dem Reichsgebiet zu entfernen, wird hier nicht gesehen.“ Das Schreiben wurde dem Reichsinnenministerium zur Kenntnis gegeben, das am 25.5.1935 antwortete und sich der Auffassung anschloss. Gleichzeitig kündigte es an, zu prüfen, welche Ausländer wegen staatsfeindlicher Betätigung ausgewiesen werden könnten. Eine Abschrift dieses Schreibens wurde dem Geheimen Staatspolizeiamt übermittelt. Vgl. PA AA, R 83821, o.P.

¹ Vgl. RGAÉ, f. 413, op. 12, d. 1853, l. 68.

scheidet. Den gestrigen Entwurf im Prinzip als Grundlage beibehaltend enthält der neue Entwurf: 1) den Passus, dass der gegenwärtige Zustand Deutschland zwingt, Handel zu den Bedingungen der Netto-Bilanz zu treiben, 2) dass die Frage des 5-Jahreskredites in Höhe von 200 Millionen nicht mit der Regelung des Handels für 1935 verknüpft werden kann und diskutabel bleibt, 3) die Schuldsomme, die auf das Jahr 1936 übertragbar ist, wird auf ungefähr 50 Millionen Mark festgelegt und die Restsumme nicht mit einer festen Deckung vereinbart, so dass die Deckung der verbleibenden 200 Millionen unserer Schuldsomme vollständig aus dem Exporterlös im Jahr 1935 unter der Bedingung möglich, dass Aufträge in Höhe dieser Summe zu den Bedingungen des Pjatakow-Abkommens² vergeben werden, und unter der Voraussetzung, dass sie später in Gold oder Devisen bezahlt werden. Die Vergabe von Aufträgen zu einer geringeren Summe setzt damit eine entsprechende Verringerung des Exporterlöses und die Deckung der fehlenden Summe durch Gold oder Devisen voraus. Morgen, um 4 Uhr Berliner Zeit, findet das Treffen mit Schacht³ statt, bis dahin benötige ich Ihre Direktiven⁴.

Wie bereits mit unserer Eingangs-Nr. 1692⁵ mitgeteilt wurde, haben wir den Verkauf von Waren an Deutschland eingestellt, erbitten Bestätigung.

21.II.

Handelsvertreter

Veröffentlicht in: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 54, S. 109.

Nr. 50

**Chiffretelegramm des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an
den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki**

Ganz geheim

[nicht später als 22. Februar 1935]

AN

KANDELAKI, BERLIN

Erstens: Uns erschrecken die letzte Anordnung der Deutschen¹ und ihre offensive Politik überhaupt nicht, weil sie uns mehr brauchen, als wir sie. Falls die Deutschen daran denken, gegen uns einen Handelskrieg zu führen, so werden sie sich schnell davon überzeugen, dass sie die Verlierer sind, aber nicht wir.

² Hier ist das 2. Pjatakow-Abkommen über Kredit, Aufträge und Zahlungen gemeint, das am 15.6.1932 zwischen der sowjetischen Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland, dem Volkskommissariat für Schwerindustrie der UdSSR und Vertretern der deutschen Industrie abgeschlossen wurde. Vgl. Die Ostwirtschaft, 1932, S. 95–97; DVP, Bd. XV, Dok. 250, S. 362–364. Vom 14.4.1931 ist das 1. Pjatakow-Abkommen datiert; vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XVII, Dok. 75, S. 201–204; DVP, Bd. XIV, Dok. 114, S. 246–248.

³ Vgl. Dok. 51.

⁴ Vgl. Dok. 50.

⁵ Vgl. das Chiffretelegramm Kandelakis an Rozengol'c vom 21.2.1935. In: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 53, S. 108–109.

¹ Gemeint ist die Verfügung Schachts, das am 15.2.1935 ausgelaufene Markabkommen mit der UdSSR nicht zu verlängern. Vgl. Dok. 38.

Zweitens: Wir halten alle drei Varianten der Deutschen für unannehmbar.² Wir können auf Folgendes eingehen: auf die Zahlung der Verbindlichkeiten im Jahr 1935 in Höhe von 110 Millionen Mark in Devisen und auf 140 Millionen Mark zur Absicherung unseres Exports. Unter diesen Bedingungen sind wir bereit, das Abkommen über Kredite in Höhe von 200 Millionen Mark mit einer Laufzeit von 5 Jahren und über laufende Aufträge in Höhe von 30 Millionen Mark aufrechtzuerhalten, damit die Warenliste die Unsrige ist entsprechend den Ihnen in Moskau erteilten Weisungen. Es versteht sich, dass wir unter diesen Bedingungen den Vorschlag der Deutschen hinsichtlich des Übertrags eines Teils der Zahlungen ins Jahr 1936 als überflüssig betrachten.

Viertens:³ Falls die Deutschen diese Bedingungen nicht annehmen, erklären Sie, dass wir auf den uns vorgeschlagenen 5-Jahreskredit in Höhe von 200 Millionen Mark verzichten, keine Verpflichtungen bezüglich der Vergabe jedweder laufender Aufträge übernehmen, die Bezahlung für unseren Export in Devisen fordern werden, während die Bezahlung der Schulden an Deutschland nur in dem Rahmen erfolgen wird, wie dies die Konjunkturlage erlaubt.

Rozengol'c

Veröffentlicht in: SSSR–Germanija: 1933–1941, Dok. 55, S. 109–110.

Nr. 51

Aufzeichnung des Ministerialrats im Reichswirtschaftsministerium Mosssdorf

[22.2.1935]

Vermerk über eine Besprechung zwischen Reichsbankpräsident Dr. Schacht und den Herren Kandelaki und Friedrichson von der Handelsvertretung der UdSSR in Berlin am 22. Februar 1935

An der Besprechung nahmen ferner teil:
Ministerialdirektor Dr. Heintze und
Ministerialrat Mosssdorf¹

Herr Kandelaki erklärte, dass er sich mit seiner Regierung in Moskau in Verbindung gesetzt habe. Eine Reise nach Moskau sei nicht nötig. Die Stellungnahme seiner Regierung sei die, dass eine Trennung der Bezahlung der im Jahre 1935 fälligen Schulden von dem sowjetischen Warenexport nach Deutschland nicht erfolgen dürfe. Die UdSSR sei aber bereit, von den 250 Millionen im Jahre 1935 fälligen Schulden 150 Millionen durch Warenimport abzudecken und 100 Millionen in Gold und Devisen zu zahlen.

² Vgl. das Telegramm Kandelakis an Rozengol'c vom 21.2.1935. In: SSSR–Germanija 1933–1941, Dok. 53, S. 108–109.

³ So in der Publikation.

¹ Mosssdorf schickte die Aufzeichnung am 25.2.1935 an Bräutigam; vgl. PA AA, R 94734, Bl. E 664143.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht erwiderte, er freue sich, dass die Sowjetseite eine Goldzahlung von 100 Millionen anbiete. Er könne jedoch einen Warenimport von 150 Millionen nicht zusagen. Er verweise darauf, was er zu wiederholten Malen erklärt habe, dass nämlich Deutschlands Devisenlage ernst sei und er nicht in der Lage sei, auf eingehende Devisen zu verzichten. Er sei nach wie vor bereit, 50 Millionen zu stunden; *wenn die Sowjetseite 100 Millionen in Gold bezahle, so blieben noch 100 Millionen, die er in Waren entgegennehmen würde, wenn in entsprechender Höhe in Deutschland Käufe getätigt würden*². Er befinde sich in Schwierigkeiten, da Deutschland Gold brauche. Wenn die Sowjetunion sich in Schwierigkeiten befände, so sei er zu einer Stundung bereit.

Herr Kandelaki erwiderte, dass eine *Verbindung des Exportes von Sowjetwaren nach Deutschland mit Bestellungen unmöglich sei*³. Deutschland erhielte durch die mit 5-jähriger Frist vergebenen Bestellungen zunächst Aufträge. An diese Aufträge würden sich weitere Aufträge anschließen, wahrscheinlich schon im Jahre 1935 und sicher im Jahre 1936, so dass sich also die Bestellungen in Deutschland mit großer Wahrscheinlichkeit erhöhen würden.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht erwiderte, dass ihm mit Zukunftsaussichten in der vorliegenden Frage nicht gedient sei und dass es ihm darauf ankomme, *positive Zahlen zu sehen über die Schuldenzahlung und über die Käufe*⁴. Deutschland hätte der Sowjet-Union stets Bedingungen gewährt, wie sie sonst in der Welt der UdSSR von keinem Lande eingeräumt worden seien. Es wolle auch jetzt nach wie vor mit Russland Geschäfte machen. Der Vorschlag des Herrn Kandelaki jedoch sei völlig undiskutabel.

Herr Kandelaki wies darauf hin, dass ein anderer Weg nicht gegeben sei. Die Folge würde nunmehr sein, dass die UdSSR die Waren in Deutschland gegen Devisen verkaufen würde. *Die Zahlung der Wechsel würde dann abhängig sein von der Marktlage in Deutschland.*⁵

Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärte, dass er völliges Zutrauen dahin habe, dass die Sowjet-Union ihre Schulden bezahlen würde. Er glaube auch, dass die Regierung in Moskau Verständnis habe für die deutsche Devisenlage. Er wiederhole, dass er bei Abdeckung der Schulden der UdSSR zu weitgehendstem Entgegenkommen bereit sei, indem er 50 Millionen stunden würde, weitere 100 Millionen ebenfalls auf rund 18 Monate stunden würde bei entsprechendem Warenaustausch und lediglich 100 Millionen in Devisen und Gold erhalten würde. In entsprechender Weise könne man auch im nächsten Jahre verfahren, wodurch die UdSSR eine allmähliche Abtragung der Schulden erreiche.

Die Besprechung endete mit der *Erklärung des Herrn Kandelaki, dass die von der deutschen Seite vorgeschlagene Regelung für die UdSSR nicht in Betracht käme*⁶, worauf Reichsbankpräsident Dr. Schacht Herrn Kandelaki empfahl, mit seiner Regierung in Moskau sich nochmals in Verbindung zu setzen.

M[ossdorf] 23[.2.]

² Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

Am Ende Paraphe.

PA AA, R 94734, Bl. E 664144–664145.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, S. 939–940.

Nr. 52

**Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser
an das Chefbüro der Firma Otto Wolff**

Berlin-Wilmersdorf, den 22. Februar 1935

Vertraulich

O. Rd. (V)

B.-Nr.: 8522A

Firma Otto Wolf, Chefbüro,

Köln a.Rh.

Zeughausstr.2

Betr.: Deutsch-russische Handelsbeziehungen.

Der Sowjet-Handelsvertreter Kandelaki war dieser Tage mit Herrn Friedrichsohn nochmals bei dem Herrn Reichs-Wirtschaftsminister.¹ Er wollte dort eine Verlängerung des Reichsmark-Abkommens bis zum 1. Oktober erreichen, hat aber damit keinen Erfolg gehabt. Von Seiten der Sowjet-Botschaft hat inzwischen Herr Bessonoff auch beim Auswärtigen Amt noch Schritte in der gleichen Richtung getan, aber gleichfalls vergebens.² Heute hat sich Herr Kandelaki wiederum bei Herrn Dr. Schacht angemeldet.³ Morgen will er nach Moskau fahren, um sich neue Instruktionen zu holen.

Im Auswärtigen Amt wurde mir gesagt, dass die Sowjetunion jetzt mit ihren Wirtschaftsplänen fertig sei und wieder größere Bestellungen vergeben könne. Wenn die Russen dem deutschen Druck nachgeben sollten, was nicht ausgeschlossen scheine, sei daher mit einer starken Belebung des Geschäfts zu rechnen. Aber irgendwelche Prophezeiungen seien im Augenblick gegenstandslos.

Gegenwärtig ist die Lage so, dass den Russen der Gegenwert ihrer Lieferungen nach Deutschland auf ein Reichsmark-Sperrkonto gutgeschrieben wird, über das sie zwar für neue Bestellungen, aber nicht zur Einlösung ihrer Schulden-Wechsel verfügen können. Zum Abschluss des 200-Millionen-Kreditabkommens auf 5 Jahre ist die deutsche Regierung nach wie vor bereit. Ebenso zu einer Verlängerung des alten Überbrückungskredits.

Bisher ist den Russen allerdings diese Verlängerung nur bis zum Betrage von 50 Millionen RM in Aussicht gestellt worden. Mein Gewährsmann sagte mir aber heute, dass man wohl schließlich auch bis zu dem Gesamtbetrage von 85 Millionen gehen würde.

Mit deutschem Gruß

Deutelmoser

¹ Am 18.2.1935. Vgl. Dok. 57.

² Vgl. Dok. 41.

³ Vgl. Dok. 51.

Eigenhändige Unterschrift. Auf privatem Kopfbogen geschrieben. Auf erstem Blatt zwei nicht entzifferte Kenntnisnahmen.

RWWA, 72-48-3, o. P., 2 Bl.

Nr. 53
Protokoll einer Sitzung bei dem Leiter der sowjetischen Handelsvertretung
in Berlin Kandelaki

GANZ GEHEIM

[23.2.1935]

PROTOKOLL Nr. ¹

DER SITZUNG BEIM HANDELSVERTRETER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. KANDELAKI

vom 23/II 1935

ANWESEND WAREN: die Genossen Kandelaki, Fridrichson,
Petruničev, Otsečkin, Gojzman

Nach der Anhörung des Berichtes der Auslandsinspektion über die Überprüfung der Rechtsabteilung der Handelsvertretung und der schriftlichen Stellungnahme des Leiters der Rechtsabteilung Vol'fon wurde beschlossen:

1. Die Tätigkeit der Rechtsabteilung der Handelsvertretung in den Jahren 1933 und 1934 ist als unbefriedigend² zu erklären.

2. Es ist festzustellen, dass die Rechtsabteilung in ihrer Arbeit einen faulen Liberalismus an den Tag legte und eine gerichtliche Klärung offenbar nicht zu gewinnen der Fälle selbst dann zuließ, wenn sie selbst von einer sicheren Niederlage ausging.

Dies geschah zum Teil in der Absicht, sich durch ein Gerichtsurteil abzusiichern und der Verantwortung für ein Scheitern von Schlichtungsverhandlungen zu entgehen, zum Teil aber auch aufgrund der Einflussnahme durch deutsche Rechtsanwälte, die an der Eröffnung von Gerichtsprozessen interessiert waren.

Die Zulassung von Gerichtsverfahren in offenkundig aussichtslosen Fällen und die Ablehnung vorteilhafter Schlichtungsvorschläge der Firmen und der Gerichte führten zu unnötigen Gerichtskosten in Höhe von mehreren 10.000 Mark **³.

3. Es ist als grober politischer Fehler einzuschätzen, dass der Leiter der Rechtsabteilung Gen. Vol'fon dem Handelsvertreter⁴ die Kandidatur des erklärten Faschisten Dafis als Obmann der Handelsvertretung empfohlen hat, obwohl dieser ein offenkundig ungesetzliches Gerichtsurteil in der Sache der Handelsvertretung gegen

¹ Das Protokoll wurde von Kandelaki mit einem Begleitschreiben an den Leiter des Sektors für Handelsvertretungen des NKVT M. I. Levin geschickt. Vgl. RGAÉ, f. 413, op. 12, d. 1815, l. 71.

² Tätigkeitsbericht der Rechtsabteilung der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland für das Jahr 1934, vgl. RGAÉ, f. 413, op. 12, d. 1853, l. 82–101.

³ Der an dieser Stelle stehende Text „und zur Diskreditierung der Handelsvertretung, die beinahe zu 100% die Fälle verloren hat“ ist durchgestrichen.

⁴ Izrail' Jakovlevič Vejcer.

die Firma Werner zuließ, welches eine faschistische politische Begründung enthielt.⁵

Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland

Kandelaki

Stimmt mit dem Original überein:

Gojzman

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sektors für die Handelsvertretungen des NKVT der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 00515 vom 25.2.1935. Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: Geschr. 1 Expl. für Gen. Kamermacher. RGAÉ, f. 413, op. 12, d. 1815, l. 72–73. Original.

Nr. 54

Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Mitarbeiter des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch

Berlin SW. 11, den [nicht später als 25.] Februar 1935¹

Abschrift P. 1206

Geheimes Staatspolizeiamt

B.Nr. 51233/35 – II 1 A 4 –

An das Auswärtige Amt, z. Hd. Herrn Legationsrat von Tippelskirch, Berlin

Der Ton der russischen Zeitungen gegen Deutschland und die nationalsozialistische Staatsform ist in der letzten Zeit außerordentlich scharf und ausfallend geworden. Der Führer ist immer wieder Gegenstand besonders gehässiger Karikaturen. Es erscheint daher dringend notwendig, die hier zugelassenen russischen Zeitungen

⁵ Am 9.4.1935 fasste das Büro der Kommission für Sowjetkontrolle (KSK) beim Rat der Volkskommissare der UdSSR den Beschluss „Über die Überprüfung der Tätigkeit der Rechtsabteilung der Berliner Handelsvertretung bei der Führung von Gerichtsprozessen in Deutschland“. Darin wurde festgestellt, dass „wegen der äußerst mangelhaften Tätigkeit der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland und der Vereinigungen des NKVT bei der Führung von Gerichtsverfahren fast 100% der Fälle zu Importfragen, die in den Jahren 1933 und 1934 deutschen Gerichtsinstanzen zur Entscheidung vorgetragen wurden, zugunsten ausländischer Firmen entschieden wurden“. Das Büro des KSK beschloss unter anderem: „1. Dem Leiter der Rechtsabteilung der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland Gen. F.I. VOL'FSON, Mitglied der VKP (B), ist wegen der äußerst mangelhaften Tätigkeit bei der Führung von Gerichtsprozessen (in Streitfällen ausländischer Firmen gegen sowjetische Organisationen) vor deutschen Gerichtsinstanzen, die zu beträchtlichen Valutaverlusten führten, sowie wegen des Verlustes der klassenmäßigen Wachsamkeit, die sich darin äußerte, dass die Liste der Kandidaten für die Rolle als Obmann, die dem Handelsvertreter zur Bestätigung vorgelegt wurde, den Namen des uns offen feindlich gesonnenen Richters Dafis enthielt, ein strenger Verweis mit Verwarnung auszusprechen und die Arbeit im System des Außenhandels zu verbieten.“ In: RGAÉ, f. 413, op. 12, d. 2116, l. 61.

¹ Aschmann antwortete auf dieses Schreiben am 25.2.1935 mit dem schon am 8.2.1935 an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda verschickten Hinweis, dass ein allgemeines Verbot sowjetischer Zeitungen nicht zweckmäßig sei, gegen die Beschlagnahme von Einzelnummern aber keine Bedenken bestünden. Vgl. PA AA, Moskau 231, o. P.

*generell zu verbieten*², wobei selbstverständlich die Versorgung der sowjet-russischen Botschaft mit ihren Zeitungen gewährleistet werden soll. Für den Erlass eines solchen Verbotes muss auch weiterhin die Tatsache beachtenswert sein, dass das offizielle Organ des nationalsozialistischen Staates, der „Völkische Beobachter“, in Russland nicht verkauft werden darf.

Der Zeitpunkt für den Erlass eines solchen Verbotes wäre vielleicht nach den ausfallenden Reden Molotows und Ordshonikidses³ sowie nach der Schlappe von Washington⁴ günstig.

Ich beehre mich, dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, dass hier die Absicht besteht, ein nochmaliges generelles Zeitungsverbot für alle russischen Zeitungen beim Reichsministerium des Innern zu beantragen, und bitte um vorherige Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu diesem Antrag und um Mitteilung, ob taktische Gründe gegen den Erlass eines solchen Verbots sprechen.

gez. Unterschrift

PA AA, Moskau 231, o. P., 2 Bl.

Nr. 55

**Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung in Berlin GİRŞFEL'D**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 25.II.35.

Berlin

Nr. 84/s¹

TAGEBUCH

des Gen. GİRŞFEL'D

18.II. Ich sprach mit dem Pressechef der UFA Opitz über die Entsendung eines Vertreters der UFA nach Moskau. Der Vertreter reist wahrscheinlich heute Abend ab.

18.II. War im Ausamt bei Stieve. Ich überreichte ihm die offizielle Einladung des Leiters der Filmverwaltung Gen. Šumjackij für die Leiter des größten deutschen Filmunternehmens und für bekannte Schauspieler und Regisseure zum Filmfestival². Ich teilte ihm mit, dass Vertreter einer Reihe von Ländern an dem Festival teilnehmen werden. Auf dem Festival werden sowohl sowjetische Filme als auch Filme ausländischer Produktion gezeigt, die die entsprechenden Delegationen mitbringen und die in Venedig nicht aufgeführt worden sind. Ich unterstrich unseren

² Der Text ist unterstrichen; der Satz außerdem am Seitenrand angestrichen.

³ Vgl. Dok. 19 und Dok. 25, Anm. 9.

⁴ Vgl. Dok. 23, Anm. 3.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 43, Anm. 3.

Wunsch, dass auch deutsche Filmeinrichtungen an dem Festival teilnehmen mögen. Stieve reagierte sehr lebhaft auf unsere Einladung und sagte, dass er sich zu Angelegenheiten solcher Art wohlwollend verhalte und sich sogleich mit dem Propagandaministerium in Verbindung setzen werde. Er versprach, noch heute oder morgen früh anzurufen.

*19.II. Stieve rief mich an und teilte mit, dass das Propagandaministerium, da das Festival bereits morgen beginne, die Einladung nicht annehmen könne, weil zu wenig Zeit für die Realisierung dieser Einladung bleibe*³.

19.II. Ich war im AA bei von Tippelskirch und sprach mit ihm über die Schwierigkeiten, die eine normale Arbeit von Intourist behindern. Die Polizei bereitet den Touristen, die aus der Sowjetunion zurückkommen Schwierigkeiten. An Intourist wenden sich Leute mit der Bitte, ihnen eine die Polizei zufriedenstellende Bescheinigung über den Zweck ihrer Reise in die Sowjetunion auszustellen. In einigen Städten Deutschlands ist es verboten, in den Kinos Diapositive mit Reklame für Intourist zu zeigen. Viele Personen, die eine Reise durch die Sowjetunion anzutreten beabsichtigen, bekommen in ihren Pässen den Vermerk: „Gültig für Deutschland und das Ausland, mit Ausnahme Russlands“, usw.

Tippelskirch versprach, sich dieser Fragen anzunehmen.

*Im Gespräch verwies ich auf die Antwort, die ich von Stieve bezüglich unserer Einladung von Filmschaffenden zum Festival nach Moskau erhalten habe. Tippelskirch antwortete, dass das Ausamt die Existenz von einflussreichen Strömungen in der Gesellschaft, die gegenüber der Sowjetunion recht feindselig gestimmt seien, berücksichtigen müsse. Das seien Verwandte und Bekannte von in der Sowjetunion Inhaftierten. Diese Leute seien an dem Schicksal der deutschen Bauern in Russland interessiert usw. Wenn er, Tippelskirch, versuche, etwas zu unternehmen, was in die Richtung ginge, unsere Forderungen zu erfüllen, so wäre er dem Druck durch Vertreter der genannten Strömung ausgesetzt. Es gäbe keine einzige Versammlung in der Sowjetunion, auf der man nicht Thälmann in das Präsidium wähle. Die UdSSR bemühe sich überall darum, Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten, und betreibe in dieser Richtung eine unmögliche Politik. Hier unterbrach ich ihn und bat, er möge sich in seinen Formulierungen mäßigen und nicht aufgebracht sein, anderenfalls werde mir die Möglichkeit genommen, das Gespräch fortzusetzen. Tippelskirch entschuldigte sich und beklagte sich weiter: die sowjetische Presse schreibe in einem sehr scharfen Ton über Deutschland. Von allen Seiten werde ihm gesagt, dass es absolut unzulässig sei, in Deutschland die „Izvestija“ und die „Pravda“ frei zu verkaufen.⁴ Deutsche Wissenschaftler reisten in die Sowjetunion und nähmen an wissenschaftlichen Kongressen (z.B. am Mendeleev-Kongress⁵) teil, während sowjetische Wissenschaftler Deutschland mit ihren Besuchen nicht verwöhnten. Deshalb sei er, Tippelskirch, völlig mit der Meinung einverstanden, dass man Einladungen für das Filmfestival nicht annehmen dürfe, zumal für die Vorbereitung überhaupt keine Zeit zur Verfügung

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁴ Zu einem Verbot sowjetischer Zeitungen in Deutschland vgl. Dok. 54.

⁵ Internationale Foren zu Problemen der allgemeinen und angewandten Chemie, die seit 1907 in Russland und in der Sowjetunion zu Ehren Mendeleevs durchgeführt wurden. Auf dem VII. Mendeleev-Kongress, der vom 10.9. bis 13.9.1934 in Moskau und Leningrad stattfand, hielten drei deutsche Wissenschaftler Vorträge: W. Biltz (Hannover), P. Walden (Rostock), L. Meitner (Berlin).

stünde. Er, Tippelskirch, wisse überhaupt nicht, was zu tun sei. Ich antwortete Tippelskirch, dass uns die missgünstigen Strömungen gegenüber der UdSSR selbstverständlich bekannt seien. Jedoch zeige der Ton der Erklärung des Herrn Tippelskirch zu solch einem Anlass wie der Einladung zum Festival, dass diese feindseligen Tendenzen gegenüber der UdSSR recht weit verbreitet seien. Ich wolle nicht mit ihm in eine Diskussion zu einzelnen Momenten seiner Behauptungen eintreten, ich sei jetzt lediglich genötigt festzuhalten, dass die Ablehnung der Teilnahme am Festival durch den Vertreter des Ausamtes politisch motiviert sei und darauf beruhe, dass es in Deutschland feindliche Strömungen gegenüber der UdSSR gebe.⁶ Deshalb bleibe der deutschen Seite nur übrig, sich selbst die Schuld dafür zuzuschreiben, wenn zum Festival die Vertreter einer Vielzahl von Ländern erschienen, Deutschland aber nicht vertreten sei. Jetzt, nach der Begründung für die Ablehnung am Festival, die Tippelskirch gegeben habe, sei den deutschen Einrichtungen nicht einmal der Hauch einer Möglichkeiten verblieben, sich darüber zu beschweren, dass wir angeblich den deutschen Einrichtungen nicht in ihrem Wunsch entgegenkommen würden, unsere Kulturbeziehungen zu entwickeln. Es tue mir sehr leid, dass Herr von Tippelskirch nicht wisse, was er tun solle. Ich könne meinerseits antworten, dass ich sehr gut wisse, was ich machen müsse. Wir verabschiedeten uns sehr förmlich.

20.II. Ich war in der UFA, sprach erneut mit Opitz und mit Krone (der Leiter der Auslandsabteilung). Zu Krone sagte ich, dass sie sehr an dem Festival interessiert seien und ihr Vertreter sicherlich bereits in Moskau sei (er ist heute angekommen). Krone begann anhand der Liste der von der UFA produzierten Kinofilme solche auszuwählen, die für das Festival geeignet wären, und sagte, heute Abend werde die Frage entschieden, Filme nach Moskau zu schicken, um sie auf dem Festival aufzuführen. Am nächsten Tag erhielt ich eine schriftliche Antwort auf meine Briefe an die UFA und an das Lichtspielbild-Syndikat⁷, in der es unter Bezugnahme auf die arbeitsmäßige Belastung des Leitungspersonals, auf den Zeitmangel für die Vorbereitung usw. [heißt, dass] die Verantwortlichen der genannten Organisationen nicht am Festival in Moskau teilnehmen und auch nicht ihre Filme schicken können.

20. II. Frühstückte mit dem deutschen Schriftsteller und politischen Redakteur des „Stahlhelm“, Heinz. Die monarchistische Bewegung, erklärte Heinz, bewege sich langsam, aber sicher auf ihr Ziel zu. In dem Gespräch des Kronprinzen⁸ mit Hitler seien unterschiedliche politische Probleme erörtert worden. Die Hohenzollern hätten tatsächlich entschieden, sich dem Staatsapparat des gegenwärtigen Deutschlands zu nähern, und Hitler habe beschlossen, sich nicht mit den Hohenzollern zu streiten und die Sympathien für sie in Deutschland zu berücksichtigen. Von außenpolitischen und auch innenpolitischen Erwägungen ausgehend habe Hitler beschlossen, gegenüber der UdSSR eine feindselige Haltung zu demonstrieren. Heinz widerspricht, wie auch in früheren Gesprächen, dass Hitler tatsächlich aggressive Absichten hege, er meint jedoch, dass dieses Säbelrasseln für Deutschland unangenehme Folgen haben könne. Falls es ****dennoch****⁹ aggressive Absichten gäbe, so richteten sie sich jedenfalls auf den Osten Europas, aber keinesfalls gegen Frankreich, da

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁷ Das Wort ist in kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁸ Kronprinz Wilhelm von Preußen.

⁹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Deutschland überhaupt keine Gründe habe, sich mit ihm anzulegen. Mit einem monarchistischen Deutschland könnte die UdSSR völlig andere Beziehungen herstellen. Man könnte in einem bedeutenden Maße das wiederherstellen, was Rapallo gegeben habe und mit dem Machtantritt Hitlers zerstört worden sei.

21.II. Markert (Generalsekretär der Gesellschaft zum Studium Osteuropas) und Kleist (Vertreter des Königsberger Instituts zum Studium Osteuropas) luden mich zum Frühstück ein. Kleist erklärte, dass er in letzter Zeit seine Ansichten über die UdSSR stark revidiert hätte und anerkennen müsse, dass unsere Kritik an seinem Buch¹⁰ völlig gerechtfertigt sei. Ich antwortete, dass wir diese seine Bemerkung bei der Lektüre der zweiten Auflage seiner Arbeit berücksichtigen würden.

[...] ¹¹

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 701 vom 27.2.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr[ieben] 6 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, das 5. [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 28–31. Original.

Nr. 56

Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 25. Februar 1935

TAGEBUCH

des Gen. BESSONOV

Nr. 90/s¹

Aufzeichnung des Gesprächs mit Meyer. 19.II-35

Ich stellte Meyer Gen. Gnedin² vor. Meyer erging sich fünf Minuten lang über das unwürdige Verhalten unserer Presse, die nicht nur die deutschen Verhältnisse, sondern auch die deutschen Staatsmänner kritisiere. Ich antwortete darauf mit dem Hinweis auf das Verhalten der deutschen Presse, die in letzter Zeit eine zügellose Kampagne gegen die UdSSR führe.

¹⁰ P. Kleist: Die völkerrechtliche Anerkennung Sowjetrusslands, Königsberg/Berlin 1934. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion, Bd. 1, Dok. 489, S. 1302.

¹¹ Ausgelassen sind die Aufzeichnungen der Unterredungen mit dem Präsidenten der Gesellschaft der ausländischen Presse in Berlin Lochner am 21.2. (l. 30), mit dem Korrespondenten des „Daily Herald“ King am 23.2. (l. 30), mit dem Presseattaché der Botschaft Rumäniens in Deutschland Ilcus (l. 30R) und mit dem Vortragenden Legationsrat im AA Hey am 25.2. (l. 30R–31).

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Gnedin wurde im Januar 1935 zum 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung und zum Leiter der Presseabteilung ernannt.

*Als Meyer auf die Frage unserer politischen Beziehungen einging, erklärte er nochmals und in kategorischer Form, dass Deutschland unter keinen Umständen darauf eingehen werde, den Ostpakt zu unterzeichnen und bereit sei, sich mit dem Gedanken eines französisch-sowjetischen Militärbündnisses abzufinden.*³

Aufzeichnung des Gesprächs mit Aschmann (Direktor der Presseabteilung im
Auswärtigen Amt), 19. II.

Als ich Aschmann Gen. Gnedin vorstellte, entspann sich eine recht interessante Diskussion über unsere Pressebeziehungen. Wir machten Aschmann auf die völlige Haltlosigkeit der Kampagne aufmerksam, die gegenwärtig in der deutschen Presse gegen die Sowjetunion geführt wird. Diese Kampagne verfolge das Ziel, den ausländischen Lesern mit dem Geschrei über die Gefahr des roten Imperialismus zu erschrecken, wobei behauptet werde, dass die Rote Armee angeblich keine andere Aufgabe hätte, als die Weltrevolution voranzutreiben. Die Haltlosigkeit der Kampagne bestehe darin, dass die deutsche Presse erneut Fragen aufwerfe, die in den sowjetisch-deutschen Beziehungen bereits längst gelöst seien. In der Geschichte der sowjetisch-deutschen Beziehungen sei wiederholt die Frage bezüglich der Systemunterschiede zwischen der kapitalistischen Welt und der UdSSR zur Sprache gekommen, und jedes Mal sei diese Frage auf die Weise entschieden worden, dass beide Seiten⁴ die Möglichkeit erklärten, trotz der unterschiedlichen Systeme normale wirtschaftliche und politische Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu unterhalten. **Bereits**⁵ 1933 hätten beide Seiten im Zusammenhang mit dem sogenannten Journalistenkonflikt ein gemeinsames Kommuniqué⁶ herausgegeben, das dieses Prinzip noch einmal bestätigte. Dessen ungeachtet kehre die deutsche Presse gegenwärtig immer wieder zu diesem Thema zurück und werfe erneut Fragen auf, die in den Beziehungen zwischen unseren Ländern seit Langem von der Tagesordnung verschwunden seien.

Aschmann sah sich genötigt, sich mit unseren Argumenten völlig einverstanden zu erklären, und sagte, dass man nicht nur von Fall zu Fall die Beziehungen zwischen der Presse der beiden Länder regeln müsse, sondern es nicht schade, auch allgemein jene Themen festzuhalten, die bei der gegenseitigen Kritik vermieden werden sollten. Solche Themen wären seiner Meinung nach Fragen der Innenpolitik der beiden Länder.

Danach sagte Aschmann, dass Gen. Gofman⁷ den Deutschen eine gewisse Zeitlang ernsthafte Schwierigkeiten bereitet habe, in letzter Zeit könnten sie sich jedoch nicht über seine Korrespondenzen beklagen. Was Bucharcev betreffe, so meint Aschmann, dass er, obgleich man ihm einige Sünden anlasten könne (die Beisetzung Hindenburgs)⁸, ein völlig akzeptabler Journalist sei, dem man wegen seiner Scharfsinnigkeit vieles nachsehen könne.⁹

³ Der gekennzeichnete Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁴ Das nachfolgende Wort ist gestrichen.

⁵ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: Und bereits.

⁶ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 270, Anm. 2, S. 776–777.

⁷ Vgl. ebd., Dok. 391, 557.

⁸ Vgl. Dm. Bucharcev: „Pochorony v Tannenberge“ (Beisetzung in Tannenberg). In: Izvestija vom 9. August 1934, S. 2.

⁹ Die Aufzeichnung der Unterredung mit Aschmann ist in DVP, Bd. XVIII, Dok. 67, S. 116–117 veröffentlicht.

Aufzeichnung des Gesprächs mit Fischer, 22.II.

Ich sprach am 22.II. mit Fischer, der mich aufsuchte, um über Pieper zu sprechen. Pieper, den Nikolaj Nikolaevič¹⁰ gut kennen sollte, arbeitete eine recht lange Zeit in der Derop, nachdem man ihn des Postens als Sekretär der Handelsvertretung enthoben hatte. Nunmehr ist Pieper im Zusammenhang mit dem Verkauf der Derop arbeitslos geworden: die Deutschen nahmen ihn nicht in die Derop, und die Russen nahmen ihn nicht in die Derunapht. Indes, sagte Fischer, hat Pieper bei Ihnen über 15 Jahre lang gearbeitet und es wäre ärgerlich, wenn er jetzt bei Ihnen keine Arbeit finden würde. Die Zeiten ändern sich, fügte Fischer vieldeutig hinzu, und Pieper kann Ihnen noch sehr, sehr von Nutzen sein.

Danach erzählte Fischer von sich selbst, dass er jetzt bei Heß arbeite und die Abteilung für Partei- und Berufsmoral in der Nationalsozialistischen Partei leite. Auf meine erstaunte Frage hin erläuterte Fischer, dass die Funktion dieser Abteilung ungefähr die gleiche sei wie die Funktion der ZKK in der Kommunistischen Partei. Er befasse sich weiterhin mit den französischen Kombattanten und den polnischen Nationalsozialisten. Zur Lage in Polen sagte er, dass er in nächster Zeit *den Sturz von Beck*¹¹ erwarte, weil die deutsche NSDAP Piłsudski umfangreiches Material gegen Beck gegeben habe, das Letzteren des Intrigenspiels für und gegen Piłsudski bezichtige.

Zur Außenpolitik Deutschlands führte Fischer aus, dass Deutschland entschlossen von der Politik der Feindschaft gegenüber angrenzenden Völkern *zu einer Politik der Freundschaft mit ihnen übergegangen sei, während es dies früher umgekehrt gehandhabt hätte, und zwar: es hatte **Freunde**¹² in der Ferne und Feinde an der Grenze. Infolgedessen sei es, wie Fischer meint, unmöglich, mit der Wiederherstellung der früheren Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR zu rechnen, vielleicht mit Ausnahme des wirtschaftlichen Gebietes*¹³.

Bessonov

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommisars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 756 vom 2.3.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, [die Exemplare] 2–5 an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 32–33. Original.

¹⁰ Krestinskij.

¹¹ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

¹² Das Wort ist über die Zeile anstelle des durchgestrichen Wortes „Freundschaft“ geschrieben.

¹³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

Nr. 57
**Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
Bessonov und des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung
in Berlin Kandelaki**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Berlin, den 25. Februar 1935

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV
Nr. 91/s¹

Gespräche mit den Deutschen zu Wirtschaftsfragen.

Am 18.II. sprach Gen. Kandelaki mit Schacht über unsere Wirtschaftsbeziehungen. Es ist völlig natürlich, dass in diesem Gespräch der 200-Millionenkredit durch das Schicksal des Markabkommens, das Schacht mit seiner einseitigen Erklärung gegenüber Fridrichson am 14.II.² aussetzte, etwas in den Hintergrund geriet. Schacht erklärte, dass die Frage bezüglich unserer Altschulden im Jahr 1935 in folgender Weise entschieden werden könnte. Von den 250 Mio. Mark, die wir 1935 an Deutschland zahlen müssen, sind 50 Mio. Mark auf 1936 zu übertragen. Die verbleibenden 200 Mio. Mark sollten in Gold und Devisen gezahlt werden. Notfalls könne man sie teilweise mit dem Export bezahlen, jedoch mit der Maßgabe, dass wir für die Summe unserer nach Deutschland eingeführten Exportgüter Aufträge zu den Konditionen eines kurzfristigen Kredites vergeben.

Am 19.II. stellte ich im Gespräch mit Bräutigam fest, dass die Devisen- oder Goldfrage für Schacht eine relativ zweitrangige Rolle spielt. Für ihn, wie auch für alle deutschen Wirtschaftler, besteht die Hauptfrage darin, zu klären, womit die Lücke zu schließen ist, die sich 1936 im Gefolge der Einstellung unserer Zahlungen für die alten Aufträge und der Frist, in der die Zahlungen aufgrund des 200-Millionenkredites erfolgen werden, unweigerlich auftun wird. Im Zusammenhang damit meint Bräutigam, dass der Akzent nicht auf unsere Devisen- und Goldausfuhr nach Deutschland gelegt werden müsse, sondern auf unsere Aufträge in Deutschland. Je mehr wir in Deutschland zu den Konditionen eines kurzfristigen Kredites bestellen, desto größer werde die Möglichkeit für unseren Export nach Deutschland, folglich vergrößere sich die Möglichkeit, unsere Schuldenlast in Mark zu bezahlen und desto weniger müssten Gold und Devisen zu diesem Zweck eingesetzt werden.

In exakter Übereinstimmung mit der Information Bräutigams hat Mossdorf am 20.II. Gen. Kandelaki einen schriftlichen Vorschlag der Deutschen bezüglich des Modus für unsere Zahlungen im Jahr 1935 übergeben. Dieser Vorschlag enthält drei Varianten³, die sich voneinander lediglich in dem Volumen an Gold und Devisen unterscheiden, das wir an Deutschland zur Bezahlung unserer alten Verbindlichkeiten aufzubringen hätten. Alle drei Varianten gehen davon aus, dass wir 1935 an Deutschland 250 Mio. Mark zahlen müssen. In allen drei Varianten ist die Stun-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 37, 38.

³ Vgl. Dok. 50, Anm. 2.

dung von 50 Mio. Mark auf das Jahr 1936 vorgesehen. Folglich bleiben 200 Mio. Mark für die Zahlung im Jahr 1935 übrig. Der ersten Variante zufolge müssen wir an Deutschland 50 Mio. Mark in Gold und Devisen zahlen, der zweiten Variante zufolge sind das 100 Mio. Mark, der dritten Variante zufolge 150 Mio. Mark in Devisen und Gold. Der nach der Einfuhr der Devisen oder des Goldes verbleibende Teil unserer Schuldenlast wäre in allen Varianten durch die Lieferung unserer Waren abzudecken, jedoch mit der Maßgabe, dass wir für eine entsprechende Summe in Deutschland Waren zu den Konditionen des sogenannten Pjatakow-Abkommens⁴ bestellen, d.h. gemäß erster Variante für 150 Mio. Mark, gemäß der zweiten Variante für 100 Mio. Mark und gemäß der dritten Variante für 50 Mio. Mark. Jede der drei Varianten sieht vor, dass die Nomenklatur unserer Exportwaren ungefähr derjenigen von 1934 entspricht. Außerdem sehen die Varianten vor, dass die Verpflichtung zur gleichzeitigen Vergabe von Aufträgen in Höhe von 30 Mio. zu den Konditionen des Pjatakow-Abkommens im Abkommen über den 200-Millionenkredit in Kraft bleibt.

Bevor Mossdorf diesen schriftlichen Vorschlag Gen. Kandelaki aushändigte, hatte er sich zu Schacht begeben, um diese Frage abzustimmen, wobei dieser seine Genehmigung auf den nächsten Tag verschob. Am 21.II. überreichte das Wirtschaftsministerium Gen. Kandelaki den endgültigen Text des deutschen Vorschlags.⁵ Dieser Text beginnt mit der Feststellung des Umstandes, dass Deutschland Devisen benötige. Aufgrund dessen schlagen uns die Deutschen für 1935 folgenden Zahlungsmodus vor: 50 Mio. von unserer Schuldenlast für 1935 werden auf 1936 übertragen. Die Restsumme könnte durch die Lieferung unserer Waren nach Deutschland abgedeckt werden, jedoch unter der unveränderlichen Bedingung, dass für die Gesamtsumme unserer Exportlieferung an Deutschland Aufträge zu den Konditionen eines kurzfristigen Kredites, d.h. zu den Konditionen des sogenannten Pjatakow-Abkommens, getätigt werden. Es war weiter vorgesehen, dass die Summen, die wir aus dem Erlös des Exports unserer Waren erzielen, in Deutschland auf ein Sperrkonto eingezahlt und für die Bezahlung unserer Bestellungen in Deutschland erst dann und nur in dem Volumen freigegeben werden, zu dem wir unsere Bestellungen tätigen.

Am Morgen des 22.II. traf in Berlin die bekannte Direktive des Gen. Rozen-gol'c⁶ ein, mit der Gen. Kandelaki vorgeschlagen wurde, Schacht mitzuteilen, dass wir einverstanden sind, den Deutschen 100 Mio. Mark in Gold und Devisen unter der Voraussetzung zu zahlen, dass 150 Mio. Mark durch unseren Export nach Deutschland ohne jegliche Kopplung an die Vergabe unserer Aufträge abzudecken sind. Falls die Deutschen mit diesem Vorschlag einverstanden sind, sind wir bereit, die Verhandlungen zum 200-Millionenkredit und über die gleichzeitige Vergabe von kurzfristigen Aufträgen in Höhe von 30 Mio. Mark abzuschließen. Anderenfalls werden wir bei einer Weigerung der Deutschen in einen Handelskrieg mit allen sich daraus ergebenden Folgen eintreten.

Am 22.II. führte ich mit Mossdorf ein Gespräch, um ihn auf den Moskauer Beschluss einzustimmen. Mit aller gebotenen Vorsicht legte ich Mossdorf den Kern

⁴ Vgl. Dok. 49, Anm. 2.

⁵ Vgl. Dok. 49.

⁶ Vgl. Dok. 50.

unserer Haltung dar, ohne jedoch Zahlen zu nennen. Mossdorf war sehr erregt und erklärte, falls wir zustimmen würden, die Summe unserer Bestellungen von 30 Mio. auf 50 oder auf 70 Mio. zu erhöhen, könnte sich der von uns unterbreitete Zahlungsmodus für 1935 als gangbar erweisen.

Am Abend des gleichen Tages sprach Gen. Kandelaki mit Schacht und legte ihm die Details des Moskauer Vorschlages dar.⁷ Schacht erklärte, er begrüße unsere Entscheidung, einen Teil unserer Verbindlichkeiten Deutschland in Gold und Devisen zu bezahlen, weil die Lage Deutschlands derzeit so sei, dass jede 50 Pfennige an Devisen bereits eine große Wohltat wären. Er könne jedoch von dem von ihm unterbreiteten Vorschlag nicht zurücktreten, weil der von ihm ausgearbeitete Plan der Wirtschaftsbeziehungen mit der übrigen Welt die Herbeiführung einer Netto-Bilanz mit allen Ländern vorsehe. Obgleich die Androhung eines Handelskrieges, die in der Erklärung des Gen. Kandelaki enthalten war, Schacht zweifellos beeindruckte, blieb er trotzdem bei seiner Meinung, die in dem oben erwähnten schriftlichen Dokument dargelegt ist. Damit sind die Verhandlungen abgebrochen worden.

BESSONOV

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1041 vom 28.2.1935. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, die [Exemplare] 2–5 an Gen. Krestinskij, das 6. [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 47, l. 37–40. Kopie.

Nr. 58

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. ...

26. Februar 1935

AN

Gen. M.M. LITVINOV

Lieber Maksim Maksimovič!

Die Verhandlungen mit den Deutschen in den letzten Wochen brachten folgende Momente zutage:

1) Die Deutschen wünschen unter allen Umständen ****uns zu zwingen****¹, das Prinzip einer Art Netto-Bilanz anzunehmen, indem sie von uns fordern, unbedingt Aufträge zu Bedingungen des zweiten Pjatakow-Abkommens² in genau dem gleichen Umfang zu vergeben, in dem wir nach Deutschland Waren exportieren.

⁷ Vgl. Dok. 51.

¹ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

² Vgl. Dok. 49, Anm. 2.

2) Zugleich berücksichtigen die Deutschen, dass wir nicht in der Lage sein werden, unsere Verbindlichkeiten für 1935 auf die oben erwähnte Weise (d.h. durch den Export bei gleichzeitiger Vergabe von kurzfristigen Aufträgen in exakt gleichem Umfang) vollständig zu decken, und wir folglich gezwungen sein werden, teilweise Gold nach Deutschland zu exportieren.

3) Die Deutschen haben keinen Zweifel daran, dass wir unter keinen Umständen das Renommee unserer Zahlungsfähigkeit beschädigen wollen und unsere Schulden gegenüber Deutschland für das Jahr 1935 begleichen werden, koste es, was es wolle.

4) Im Zusammenhang mit der sich verstärkenden Hoffnung, von uns für eine aufgestockte Summe Aufträge zu kurzfristigen Kreditbedingungen zu erhalten, ist das deutsche Interesse am 200-Millionenkredit mit einer Laufzeit von 5 Jahren spürbar gesunken.

Die Gründe, die die Deutschen zu einer derartigen Veränderung ihrer Position in den Wirtschaftsverhandlungen bewogen haben, sind unterschiedlicher Natur. Hier spielen sowohl politische Motive (der Wunsch, die Herstellung langfristiger Wirtschaftsbeziehungen mit uns bis zur endgültigen Klärung der Verhandlungen mit England und Frankreich hinauszuzögern) als auch wirtschaftliche Motive (der Wunsch, uns zu den für die Deutschen vorteilhafteren kurzfristigen Aufträgen zu zwingen sowie auch der Wunsch, von uns Gold zu bekommen) sowie schließlich auch Motive konjunktureller Art (Unterbrechung unserer amerikanischen und tschechoslowakischen Verhandlungen)³ eine Rolle.

Wenn Schacht auch seine Forderungen ultimativ gestellt hat, konnte ihm gleichwohl nicht entgangen sein, dass der von uns gemachte Vorschlag (100 Mio. Mark in Gold zu zahlen, 150 Mio. Mark in Waren, Aufträge in Höhe von 200 Mio. Mark über 5 Jahre und für 30 Mio. Mark zu kürzeren Fristen) ein gewaltiger Schritt vorwärts ist und ihn in vieler Hinsicht zufriedenstellt.⁵ Man darf nicht vergessen, dass die Haltung Schachts äußerst unausgewogen ist und er z.B. in einer Woche dreimal den Charakter seiner Vorschläge geändert hat, aber der Grundidee von der Netto-Bilanz dennoch treu geblieben ist. Der letzte Vorschlag Schachts, 50 Mio. unserer Zahlungen auf das Jahr 1937 zu verlegen, ist der erste ernsthafte Schritt seinerseits zu einem Kompromiss.

Wir können unter keinen Umständen auf den Vorschlag Schachts eingehen, eine Verknüpfung zwischen unseren Zahlungen in Waren und unserer Vergabe von kurzfristigen Aufträgen herzustellen. Schacht schlägt bekanntlich vor, den Erlös aus unserem Export von dem Sperrkonto, auf das er eingezahlt wird, nur in dem Maße und nur in dem Umfang frei zu geben, wie wir Aufträge vergeben. Praktisch bedeutet das, dass wir bei der Vergabe der Aufträge in eine äußerst unvorteilhafte Lage geraten, die Aufträge unter einem enormen Druck vergeben, unseren Erlös vom Sperrkonto zwecks Bedienung der Wechsel abheben und folglich die Aufträge zu doppelt ungünstigen Konditionen vergeben müssen.

³ Die hier und im Folgenden vorkommenden Unterstreichungen im Text hat Suric mit Tinte vorgenommen.

⁴ Gemeint sind die Kreditverhandlungen der UdSSR mit den USA bzw. mit der Tschechoslowakei. Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 92, Anm. 5.

⁵ Vgl. Dok. 50.

*Wenn Schacht auf diesem Punkt beharrt, und im Grunde genommen hat er bereits erklärt, dass er weiterhin darauf besteht, so ist ein Abbruch der Verhandlungen unausweichlich. In diesem Fall wird es für uns günstiger sein, unsere gesamte Schuld gegenüber Deutschland für das Jahr 1935 in Gold zu begleichen, als sich angesichts des jetzt in Deutschland bestehenden Systems der kleinlichen, fast polizeilichen Kontrolle über den Kompensationsumsatz auf die Netto-Bilanz einzulassen. Da von den 250 Mio., die wir 1935 an Deutschland zahlen müssen, bereits 40 Mio. gezahlt worden sind und ungefähr 20 Mio. aus den zur Verfügung stehenden und aufgelaufenen Mark-Fonds bezahlt werden, bleiben für die Zahlung bis zum Ende des Jahres ungefähr 190 Mio. übrig, von denen 110 Mio. bereits von der Instanz in Gold und Devisen bewilligt worden sind. Es bleiben somit 80 Mio. Mark übrig, von denen wiederum ein gewisser Teil durch den Verkauf unserer Waren an Deutschland gegen Gold und Devisen gedeckt werden könnte. Folglich müssen 60–70 Mio. Mark durch Gold zusätzlich bewilligt werden, um im Jahr 1935 absolut freie Hand gegenüber Deutschland zu haben. Dies könnte uns derart große Vorteile in den weiteren Gesprächen mit den Deutschen verschaffen, dass es sich lohnte, diese Lösungsmethode der Frage anzuwenden.*⁶

Dabei darf man aber nicht außer Acht lassen, dass die Deutschen in diesem Fall auch Waffen gegen uns hätten:

1) Aus dem vergangenen Jahr haben wir noch Verpflichtungen bei der Lieferung von Waren auf Markbasis nach Deutschland in Höhe von ungefähr 70 Mio. Mark. Diese Verpflichtungen zu annullieren, wird uns erhebliche Anstrengungen abverlangen und vielleicht sogar finanzielle Opfer kosten.

2) Die Deutschen werden angesichts solcher Bedingungen natürlich versuchen, die Konditionen des kürzlich getätigten Verkaufs der Derop zu annullieren, was ebenfalls gewisse Verluste nach sich ziehen wird.

3) Die Deutschen werden den sogenannten Dollarkonflikt zweifellos erneut entfachen und auf vollen Touren laufen lassen.⁷

*Dessen ungeachtet ist die Devisen- und Wirtschaftslage Deutschlands so, dass wir zweifellos in einer unvergleichlich stärkeren Position als die Deutschen sein werden, insbesondere dann, wenn wir die Zahlung unserer Schuld an die Deutschen als Hinterlegung unserer Zahlungen auf ein Sperrkonto bei irgendeiner ausländischen Bank vornehmen. Da wir dank der ergriffenen Maßnahmen bis ungefähr ****Mitte****⁸ März mit ausreichenden Markbeträgen für die Zahlungen an Deutschland versorgt sein werden, werden wir uns in der vorteilhaften Lage befinden, einige Zeit sogar ohne den Export von Gold auskommen zu können.

Wenn wir uns jedoch dazu entschließen, diesen Weg zu gehen, um die Deutschen zu zwingen, uns auf allen Linien nachzugeben, muss selbstverständlich ohne zu schwanken gehandelt werden: der Verkauf von Waren an Deutschland anders

⁶ Der gesamte Absatz ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁷ Ausführlich zum Dollarkonflikt vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

⁸ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile anstelle des durchgestrichen Datums „2.“ geschrieben.

als gegen Devisen und Gold ist unverzüglich einzustellen, wir müssen umgehend von den Lieferungen auf der Grundlage des bereits abgeschlossenen Markabkommens zurücktreten, indem wir uns auf höhere Gewalt berufen, jegliche Lieferungen an Deutschland sind einzustellen und es ist daran zu gehen, das Handelspersonal in Deutschland abzubauen. Mit anderen Worten, es muss umgehend konsequent zum Angriff übergegangen werden, davon ausgehend, dass die Deutschen, nachdem sie eine gewisse Zeit durchgehalten haben, unbedingt nachgeben und ganz und gar auf unsere Vorschläge eingehen werden. Solch eine Politik ergibt sich aus der letzten Moskauer Direktive⁹ und wird von uns allen hier voll und ganz unterstützt.^{*10}

Wenn wir jedoch aus Erwägungen der großen Politik gezwungen sein sollten, einen Kompromiss mit den Deutschen einzugehen, so muss man ihn selbstverständlich in der Richtung suchen, eine wie auch immer geartete Verknüpfung unseres Exports nach Deutschland mit unseren Aufträgen hier kategorisch abzulehnen.

Solch ein Kompromiss zeichnet sich offenbar in folgender Richtung ab: von den verbleibenden 200 Mio. unserer Schuld für 1935 gegenüber Deutschland werden wir 100 Mio. in Gold begleichen, 50 Mio. übertragen wir auf 1937 und für 50 Mio. Mark kaufen die Deutschen bei uns Waren im freien Gewinnumlauf zur Deckung unserer Wechsel. Im Gegenzug dazu werden wir in Deutschland für 200 Mio. Aufträge über 5 Jahre unter dem Vorbehalt vergeben, die Summe in dem Fall zu verringern, wenn es unmöglich ist, die Aufträge unterzubringen. Für 50 Mio. würden wir dann kurzfristige Aufträge anstelle von den ursprünglich vorgesehenen 30 Mio. Mark vergeben.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

SURIC

*Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 740 vom 28.2.1935.
Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.*

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 35, l. 9–11. Original.

⁹ Vgl. Anm. 5.

¹⁰ Die beiden Absätze sind am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

Nr. 59

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Geheim

26. Februar [1935]

1123

An den
Bevollmächtigten Vertreter
der UdSSR in Deutschland
Gen. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

1. Bis zur Klärung der Ergebnisse der bevorstehenden Gespräche Simons mit Laval und Flandin am 28. in Paris¹ und der Frage der Reise Simons nach Berlin² und eventuell nach Moskau³ werden wir unser Schreiben an Laval selbstverständlich zurückhalten, über das M. M.⁴ am 17. Februar an Potemkin geschrieben hat (die Kopie wurde Ihnen zugeschickt).

Bei den Gesprächen in Paris muss geklärt werden, wie unsere Note vom 20. Februar⁵ auf die Franzosen und auf die Engländer gewirkt hat. Sie müssen sich in dieser Zeit mit einer passiven, abwartenden Haltung begnügen und nur durch Gespräche mit Poncet, Phipps und mit anderen Vertretern der befreundeten Staaten die Absichten und Schritte sowohl der deutschen Regierung als auch, was für uns noch wichtiger ist, der Engländer und Franzosen ergründen.

2. Mich verwundert sehr, dass Sie uns überhaupt nichts über die Wirtschaftsverhandlungen Kandelakis mit Schacht schreiben.⁶ Um hier aber einen Beschluss zu fassen, ist es für uns wichtig, nicht nur Kandelakis Einschätzung der Lage zu kennen, sondern auch Ihre, weil Sie als Außenstehender gelassener und objektiver die Vorgänge einschätzen können.

Greift Schacht deshalb zu einer groben Politik der Ultimaten, um von uns leichter und schneller materielle Zugeständnisse zu erwirken, oder ist diese Art der Verhandlungsführung nicht auf materiellen Erfolg gerichtet, sondern dem allgemeinen politischen Kurs geschuldet und verfolgt das Ziel, nach außen und insbesonde-

¹ Zu den Verhandlungen des britischen Außenministers Simon mit dem französischen Außenminister Laval und dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums Léger am 28.2. vgl. Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 2. Ser., Bd. XII, London 1972, Dok. 517, S. 590–596 sowie DVP, Bd. XVIII, Dok. 91, S. 154.

² Die offiziellen Gespräche Simons und Edens in Deutschland fanden am 25. und 26.3.1935 statt. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 555, S. 1022–1057; Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 2. Ser., Bd. XII, London 1972, Dok. 561, S. 703–746.

³ Am 7.3.1935 fasste die britische Regierung den Beschluss bezüglich der Reise Edens nach Moskau. Vgl. I. M. Majskij: Dnevnik diplomata. London 1934–1943 v 2 kn. (Tagebuch eines Diplomaten. London 1934–1943 in 2 Bd.), hrsg. von A.O. Čubarjan, Bd. 1, Moskva 2006, S. 85. Die Maiski-Tagebücher. Ein Diplomat im Kampf gegen Hitler 1932–1943, hrsg. von Gabriel Gorodetsky, München 2016, S. 108.

⁴ Litvinov.

⁵ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 68, S. 117–119.

⁶ Vgl. Dok. 58.

re im Innern Deutschlands die Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu demonstrieren? Will die deutsche Regierung durchsetzen, von uns ein Maximum an Valuta und eine Aufstockung der laufenden Aufträge über den Umfang der Aufträge gemäß Kreditabkommen hinaus zu bekommen, oder will die deutsche Regierung, da sie sich auf einen nahen Krieg gegen uns vorbereitet, uns jetzt zu einem Rücktritt vom Kreditabkommen provozieren, um uns vor dem Waffengang keinerlei neue Warenwerte zu liefern? Oder wünscht die deutsche Regierung nach dem Abbruch unserer Verhandlungen mit Amerika⁷ zu vermeiden, dass sich unsere Finanzreputation im Ausland durch den Abschluss eines Kreditabkommens festigt, welches uns einen beträchtlichen und langfristigen Finanzkredit gewährt?

Falls sich die Schacht'sche Art der Verhandlungsführung mit dem Wunsch erklärt, von uns Zugeständnisse zu erwirken, worüber kann man sich dann Ihrer Meinung nach verständigen?

Mit der nächsten Post erwarte ich von Ihnen Ihre Überlegungen zu dieser Frage.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

*Vermerk von F.V. Linde mit Tinte: an die Gen. Levin und Kanter 27/II L[inde].
Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 466 vom 27.2.1935.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
5 E[xemplare]. Kopien an: die Genossen Litvinov, Stomonjakov, Štern.*

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 1, l. 22-21. Kopie.

Nr. 60

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

26. Februar 1935

Nr. 93/s¹

AN

Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Bei meiner Ankunft in Berlin fand ich hier eine ungewöhnlich nervöse Stimmung vor. In der Presse lief die Kampagne gegen uns auf vollen Touren und nahm klare Formen an, die öffentliche Meinung in der Welt gegen uns einzustimmen. Sie konzentrierte sich auf den „roten Imperialismus“ und auf die sowjetische Politik,

⁷ Vgl. Dok. 23, Anm. 3.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

die zielstrebig die Entfaltung der Weltrevolution betreibe. Diese Kampagne gegen uns wurde durch Angriffe in alle Richtungen flankiert: durch eine Kriegserklärung an uns auf dem Gebiet der Wirtschaft (die plötzliche Außerkraftsetzung des Markabkommens), durch Übergriffe gegen unsere Bürger und Einrichtungen. Die Nachdrücklichkeit dieser Anfeindungen und deren offensichtliche Effekthascherei lassen keine Zweifel zu, dass sie wohlüberlegt sind und einen Umschwung in der Taktik der deutschen Regierung uns gegenüber kennzeichnen.

Die deutsche Regierung betrachtete es bis zuletzt als nützlich, von Zeit zu Zeit zu der Taktik Zuflucht zu nehmen, den Westen, und insbesondere Frankreich, mit der Perspektive einer möglichen Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu schrecken. Zu diesem Zweck wurden Gerüchte über politische Verhandlungen auf der Basis einer Kehrtwende in Richtung Rapallo in die Welt gesetzt, das Kreditabkommen wurde ins Feld geführt und aufgebauscht. Eine solche Taktik wird heute offenbar als nicht zielführend und als unrichtig anerkannt, da sie in Frankreich eher das Interesse an einer sowjetischen Freundschaft stärkt. Nach Informationen, die ich **von dem Ihnen bekannten Freund**² erhielt, sind Ribbentrop und Rosenberg besonders scharf dagegen aufgetreten und stellten ihr einen völlig anderen taktischen Plan entgegen. Nach Auffassung dieser zwei Politiker, die in den nationalsozialistischen Kreisen am schärfsten den aggressiven „Ost“-Kurs vertreten, könnte die Isolierung von Sowjetrußland bedeutend leichter erreicht werden, wenn nach außen hin der Eindruck von der Unversöhnlichkeit des jetzigen Deutschland gegenüber der UdSSR und von der nahezu Unausweichlichkeit eines militärischen Konfliktes zwischen ihnen vermittelt werden könnte. Hier wird damit gerechnet, dass solch ein gegen die UdSSR zugespitzter Kurs die Anhänger einer Annäherung und Zusammenarbeit mit der UdSSR abschrecken kann, die Herauskristallisierung einer anti-sowjetischen Front erleichtert und den Preis Deutschlands in den Ländern erhöht, die bestrebt sind, unter allen Umständen einen Krieg zu verhindern.

Diese Taktik ist durch den Saar-Sieg ausgelöst worden³, der die Perspektiven für eine Einigung mit dem Westen zu dem Preis eröffnete, die Handlungsfreiheit im Osten beizubehalten. Eine derartige Ausrichtung der deutschen Außenpolitik ist in der letzten Zeit bei allen Aktivitäten der deutschen Diplomatie zu erkennen. Die erste Reaktion der deutschen Regierung auf die Londoner Beschlüsse spiegelte ihre Hoffnungen wider, Abkommen für die Legalisierung der deutschen Aufrüstung ohne jegliche Verpflichtungen im Osten zu erreichen und die Sowjetunion zu isolieren. Die Hoffnungen verknüpften sich hier mit der besonderen Haltung Englands, das in einem sehr schwachen Maße an einer Organisation der Sicherheit in Osteuropa und insbesondere am Ostpakt interessiert ist. Die deutsche Regierung, die auf die Unterschiedlichkeit der Interessen Englands und Frankreichs spekuliert, hat dementsprechend auch ihre Antwort⁴ auf das Londoner Kommuniqué⁵ formuliert. Indem sie sich mit dem Luft-Locarno⁶ einverstanden erklärte und Eng-

² Der Text ist bei der Veröffentlichung des Dokuments in DVP ausgelassen worden.

³ Gemeint ist das am 13.1.1935 durchgeführte Saar-Referendum, bei dem sich 90,73% der Stimmberechtigten für eine Vereinigung mit Deutschland aussprachen.

⁴ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 490, S. 906–908.

⁵ Vgl. Dok. 34, Anm. 2.

⁶ Gemeint ist der während der englisch-französischen Verhandlungen vom 1.2. bis 3.2. 1935 vorgetragene Vorschlag, zwischen den Unterzeichner-Staaten des Locarno-Abkommens einen westlichen Luftpakt abzuschließen. Der Vorschlag sah vor, im Falle eines unprovokier-

land direkte Verhandlungen vorschlug, brachte die deutsche Regierung ihre Bereitschaft zum Entgegenkommen in den Fragen zum Ausdruck, die England in erster Linie interessieren, und dadurch dessen Interesse an den übrigen Punkten des Londoner Kommuniqués zu schwächen. Diese Rechnung ist bekanntlich nicht aufgegangen. Unter dem Druck Frankreichs antwortete die englische Regierung mit der Ablehnung, das Londoner Projekt aufzuteilen und zu zerstückeln und die deutsche Regierung musste sich der Forderung beugen, das Londoner Programm als ein unteilbares Ganzes zu betrachten und neben der Luftkonvention auch die übrigen Punkte dieses Programms⁷ zu erörtern. Eine solche taktische Niederlage und der darauf folgende Rückzug bedeuten jedoch bei weitem nicht, dass sich die deutsche Regierung mit der Annahme des Londoner Programms abgefunden und von dem Gedanken Abstand genommen hätte, die Gegensätzlichkeit der Interessen Englands und Frankreichs auszuspielen.

Nach einmütiger Auffassung aller meiner Kollegen wird die deutsche Regierung die Reise Simons hierher⁸ dazu benutzen, die Engländer vollständig „zu beruhigen“ (zu diesem Zweck wird sie auf beliebige Zugeständnisse und Garantien eingehen) und die Umsetzung des Ostpaktes zu erschweren. Als ein Manöver in dieser Hinsicht kann die Festlegung der Reihenfolge der Diskussion der Punkte des Londoner Programms dienen, bei der dessen gesamtes Schicksal an den Ostpakt gebunden sein wird. Die Deutschen rechnen nicht ohne Grund damit, dass, wenn eine Situation eintritt, dass der Ausgang der Londoner Abkommen einzig und allein vom Ostpakt abhängt, die Engländer Frankreich zu Zugeständnissen in die Richtung drängen werden, die Beistandspflicht im Ostpakt durch weniger effektive Verpflichtungen, wie etwa Nichtangriff und Konsultation, zu ersetzen. Daran, dass sich die Deutschen unter keinen Umständen auf mehr einlassen werden, zweifelt hier jedenfalls niemand. Eine solche Überzeugung teilt, wie Ihnen bekannt ist, auch Poncet, der mit der Idee umhergeht, sich mit dieser eingeschränkten Teilnahme Deutschlands am Ostpakt (ohne die Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand) notgedrungen unter der Bedingung zufriedenzugeben, dass *es*⁹ die übrigen *Punkte*¹⁰ des Londoner Programms annimmt und das Prinzip des gegenseitigen Beistands zwischen den anderen Teilnehmern des Ostpaktes erhalten bleibt. Solch eine Haltung des Vertreters Frankreichs stellt natürlich keine geringe Gefahr dar, insbesondere dann, wenn er sich entgegen seiner Beteuerung bereits den Deutschen gegenüber in diese Richtung engagiert hat. Jedenfalls ist nicht damit zu rechnen, dass wir bei den bevorstehenden Berliner Verhandlungen in seiner Person einen entschlossenen und überzeugten Verteidiger unseres gemeinsamen Kurses mit Frankreich finden werden. Es könnte der Fall eintreten, dass aus unserem gesamten „Lager“ zu den Verhandlungen hier nur ein Franzose herangezogen werden wird (zumindest wird er über sie unterrichtet sein). Soweit mir bekannt ist, haben die Deutschen nicht vor, Empfänge unter Teilnahme des diplomatischen Corps zu geben, und wir alle, wahrscheinlich mit Ausnahme des Franzosen, werden in die Lage versetzt,

ten, plötzlichen Luftangriffs auf eine der vertragschließenden Seite dieser unverzüglich Beistand mit Luftstreitkräften zu leisten.

⁷ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 503, S. 937.

⁸ Vgl. Dok. 59, Anm. 2.

⁹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Das an dieser Stelle stehende Wort ist durchgestrichen.

dass es sogar unmöglich wird, sich mit Simon zu treffen. Deshalb dürfen keine Hoffnungen darüber gehegt werden, dass sich die hiesige französische Diplomatie dafür einsetzen wird, die Dinge in einer für uns gewünschten Richtung zu beeinflussen; der Druck muss weiterhin über Paris ausgeübt werden, ohne unser Misstrauen gegenüber Poncet allzu offen an den Tag zu legen. Die hiesigen Vertreter der Kleinen Entente setzen alle Hoffnungen auf uns und sind überzeugt, dass man die deutsche Starrköpfigkeit nur überwinden kann, wenn ihr eine geschlossene Front mit dem Programm entgegengestellt wird, kein Jota von unserer letzten Note abzuweichen.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

SURIC

Vermerk N. N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1034 vom 28.2.1935.

Auf dem ersten Blatt befindet sich der Vermerk des Sekretärs vom 2.3.1935, dass auf Anordnung N.N. [Krestinskijs] ein Exemplar an Gen. Molotov geschickt wurde.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an die 2. Westabt[eilung], das 4. zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 28–29. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 83, S. 140–142¹¹.

Nr. 61

Entwurf eines Schreibens des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. ...

[28.2.1935]

AN DAS

POLITBÜRO DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

KOPIE AN: Gen. MOLOTOV

Betrifft die Verhandlungen mit den Deutschen¹

Im Verlaufe der letzten Jahre fiel die Handelsbilanz der Deutschen mit uns stark aktiv zugunsten Deutschlands aus. 1934 ist in dieser Hinsicht erstmals eine Wende erreicht worden. Für das Jahr 1935 vereinbarten wir in den Verhandlungen

¹¹ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende, nach eigenen Redaktionsrichtlinien und mit Kürzungen, die von den Herausgebern nicht gekennzeichnet wurden.

¹ Das Dokument ist in der Akte vorhanden, die das vorbereitete, aber nicht abgeschickte Material an das Politbüro des ZK der VKP (B) enthält.

mit den Deutschen folgendes Verhältnis: Export für 200 Mio. Mark, Import für 30 Mio. Mark, d. h. ein Verhältnis von ungefähr 7:1.

Somit schlugen wir den Deutschen vor, sich damit einverstanden zu erklären, fast unseren gesamten Exporterlös 1935 für die Tilgung der alten Schulden zu verwenden.

Kandelaki schlug den Deutschen auf der Grundlage des letzten Beschlusses vor, das Volumen unseres Exports auf 150 Mio. Mark² und das Volumen für die laufenden Aufträge auf 30 Mio. Mark festzusetzen, d. h. ein Verhältnis von ungefähr 5:1.

Dieses Verhältnis setzt ebenfalls eine stark aktive Handelsbilanz unsererseits mit Deutschland voraus, bei dem Verhältnis zwischen Export und Import ist es für uns bei weitem günstiger als jenes, das wir in der Handelsbilanz mit anderen Ländern haben (mit Frankreich, wo wir im Unterschied zu Deutschland immer eine aktive Handelsbilanz hatten, zeichnet sich ein Verhältnis von 2:1 ab). Rechnet man zu den 30 Mio. Mark an laufenden Aufträgen die Aufträge im Rahmen des fünfjährigen 200-Millionenkredites hinzu, so wird die Bilanz selbstverständlich anders aussehen.

Es ist jedoch möglich, dass unsere Verhandlungen zum Kreditabkommen in Höhe von 200 Mio. Mark nicht von Erfolg gekrönt sein werden – wegen der Differenzen hinsichtlich der Nomenklatur der von uns beabsichtigten Auftragsvergaben.³ Im Zusammenhang damit gehen die Deutschen allem Anschein nach davon aus, dass Zweifel an einem günstigen Abschluss der Verhandlungen bestehen und diese Frage nicht mit der Frage bezüglich des Verhältnisses zwischen unserem Export im Jahr 1935 und dem Volumen unserer laufenden Aufträge verknüpft wird. Davon unabhängig wollen die Deutschen keine Unterbrechungen bei unseren Zahlungen im Jahr 1936 und in den darauf folgenden Jahren zulassen.

Es ist ferner zu berücksichtigen, dass von den 200 Mio. Mark des von uns nach Deutschland vorgesehenen Exports ungefähr 100 Mio. Mark auf Waren entfallen, an denen die Deutschen nicht interessiert sind (gegerbte Rauchwaren, Mineralöle, Chemikalien, Teppiche, Fischwaren, technische Pharmazierohstoffe usw.), wobei wir einen bedeutenden Teil dieser Waren nicht auf andere Länder übertragen können, falls der deutsche Markt wegbricht. Bevor wir die Verhandlungen mit den Deutschen abbrechen, meine ich deshalb, dass es zweckmäßig wäre, noch einen Versuch zu machen und folgendes vorzuschlagen:

1. Das Volumen der laufenden Aufträge in Deutschland auf 60 Mio. Mark aufzustocken, im äußersten Fall auf 80 Mio. Mark.

2. Das Volumen unseres Exports nach Deutschland mit 170 Mio. Mark festzusetzen (wobei Gen. Kandelaki gestattet werden sollte, als zweite Position diese Summe auf 140 Mio. Mark abzusenken), jedoch in dem Sinne, dass:

a) die Warenliste, die die Deutschen für die Einfuhr nach Deutschland genehmigen werden, mit uns abgestimmt ist;

b) in diese Liste unbedingt die Waren aufgenommen werden, die bis zum 15. Februar an Deutschland verkauft wurden.

3. Wir lehnen den uns von den Deutschen unterbreiteten Vorschlag ab, unsere Zahlungen in Höhe von 50 Mio. Mark von 1935 auf das Jahr 1937 zu verlegen, in-

² Vgl. Dok. 51.

³ Vgl. Dok. 9, 15.

dem wir uns einverstanden erklären, jenen Teil unserer Zahlungen für 1935 an Deutschland (250 Mio. Mark) mit ausländischen Devisen zu tätigen, der nicht mit dem uns von den Deutschen gewährten Exportkontingent abgedeckt ist, d.h. in einem Volumen von 80 bis 110 Mio. Mark.

4. Für den Fall, dass die Deutschen diesen unseren Vorschlag ablehnen, ist Gen. Kandelaki vorzuschlagen, ihnen zu erklären, dass

a) wir an Deutschland Waren ausschließlich gegen Devisen oder gegen Mark, die für unsere Zahlungen an Deutschland freigegeben sind, verkaufen werden;

b) wir hinsichtlich der Vergabe laufender Aufträge keine Verpflichtungen übernehmen werden;

c) wir die Zahlungen gemäß unseren Verpflichtungen in Abhängigkeit von der Konjunktur vornehmen werden.

5. Gen. Kandelaki ist zu gestatten, zwecks Druckausübung auf die Deutschen unverzüglich

a) den deutschen Firmen zu erklären, dass wir bis zum Abschluss des Abkommens mit der deutschen Regierung unsere Waren sowohl auf der Grundlage neuer Geschäftsabschlüsse als auch der gültigen Verträge ausschließlich gegen Zahlungen in Devisen oder gegen freie Mark in Deutschland verkaufen und abgeben werden;

b) den deutschen Firmen die Einstellung der Auftragserteilung an Deutschland sowie der Charterung deutscher Schiffe bis zum Abschluss des Abkommens mit der deutschen Regierung⁴ mitzuteilen.

A. ROZENGOL'C

Das erste Blatt des Dokuments ist mit Bleistift durchgestrichen.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 4 Expl. 28.II.35

Vermerk von M.Ju. Tajc mit Tinte: drei Expl. vernichtet. 3/III. 35. Tajc.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 1778, l. 83–85. Kopie.

Nr. 62

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

Berlin, den 2. März 1935

e.o. W IV Ru 841 pr. 4. März 1935

Aufzeichnung

Botschaftsrat Bessonoff suchte mich am 26. v.M. auf, um den Stand der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zu besprechen. Er ging davon aus, dass eine äußerst ernste Situation dadurch entstanden sei, dass Präsident Schacht der Sowjetregierung nur dann die Möglichkeit geben wolle, ihre Wechselverpflich-

⁴ Vgl. Dok. 64.

tungen an Deutschland mit Hilfe des Erlöses ihrer Waren abzudecken, wenn gleichzeitig neue Bestellungen an deutsche Firmen vergeben würden. Diese Verbindung sei für die Sowjetregierung unannehmbar. Herr Kandelaki fahre heute Abend nach Moskau. Er fürchte aber, dass die Geduld der Moskauer Stellen erschöpft sei, nachdem bereits zweimal Herr Kandelaki mit Vorschlägen vor dort zurückgekommen sei, die dann von deutscher Seite abgelehnt wurden.

Auf meine Frage, wie sich die Sowjetregierung die Abwicklung der finanziellen Verpflichtungen an Deutschland denke, gab Herr Bessonoff folgende Antwort: In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres sei es der Sowjetunion möglich gewesen, aus ihrem Export nach Deutschland bereits einen beträchtlichen Teil ihrer Schulden abzudecken, sodass die Sowjetunion ab 1. März noch 206 Millionen RM an Deutschland zu zahlen habe. Diese Zahlungen wolle die Sowjetunion in der Weise bewerkstelligen, dass 100 Millionen Reichsmark in Gold und Devisen und 100 Millionen RM durch den Erlös aus dem Warenabsatz bezahlt würden.

Ich wies Herrn B[essonoff] darauf hin, dass Herr Prä[sident] Schacht sich bereit erklärt habe, den Überbrückungskredit in Höhe von 50 Millionen RM zu verlängern, sodass nur noch ca. 50 Millionen aus dem Importerlös zu decken seien. Die Sowjetunion müsse es doch möglich machen, für 50 Millionen RM laufende Bestellungen an Deutschland zu vergeben. Es sei vielleicht möglich, einen Ausweg aus der Lage dadurch zu finden, dass deutscherseits die Verpflichtung zur Freigabe von 50 Millionen RM aus dem Importerlös und sowjetischerseits in dem Abkommen über den 200 Millionenkredit die Verpflichtung zu laufenden Bestellungen in Höhe von 50 Millionen RM übernommen würde. Damit sei das erreicht, was Präsident Schacht wünsche, ohne dass der von der Sowjetregierung als unannehmbar bezeichnete Zusammenhang zwischen Schuldentilgung durch Importerlös und neuen Bestellungen vorliege.

Herr Bessonoff meinte, dass dieser Weg für die Sowjetregierung gangbar sei, und bat mich zu erklären, wie Präsident Schacht zu diesem Vorschlag stehe.

Ich habe daraufhin den anliegenden „Zahlungsplan“¹ ausgearbeitet und Herrn Min.Rat Mossdorf übersandt, der mir am 2. d.M. mitteilte, dass Präsident Schacht den Plan als eine brauchbare Verhandlungsgrundlage mit den Russen ansehe. Botschaftsrat Bessonoff habe ich hiervon verständigt.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift.

PA AA, R 94734, Bl. E 664152-664154.

¹ Der Zahlungsplan befindet sich in der Akte unter Bl. E 664155-664157.

Nr. 63

**Bericht des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an
den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

Geheim

Expl. Nr. 9

3. März 1935

Nr. 69/1

AN DEN GENERALSEKRETÄR
DES ZK DER VKP (B) Gen. STALIN

Kopien an: Gen. Molotov
Gen. Vorošilov
Gen. Ordžonikidze

ZUM OSTPAKT

In den Verhandlungen mit Barthou haben wir den Abschluss von zwei Pakten vereinbart: 1) einen Pakt über Nichtangriff und Konsultation und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR, Polen, Deutschland, der Tschechoslowakei und den baltischen Ländern, 2) einen Garantiepakt zwischen der UdSSR, Frankreich und Deutschland.¹ Wir setzten uns für die Erweiterung des Garantiepaktes auch auf die baltischen Länder ein, indem wir darauf verwiesen, dass eine Besetzung dieser Länder durch Deutschland der Beginn für einen Angriff auf die UdSSR wäre und wir nicht darauf warten könnten, bis die deutsche Armee unsere Grenze überschreite, und deshalb Frankreich uns unverzüglich Hilfe leisten müsse, sobald deutsche Streitkräfte ihre Ostgrenze überschritten. Frankreich erklärte sich damit nicht einverstanden, und auf mein nachdrückliches Beharren brachte Barthou diese Frage zweimal im Ministerrat zur Sprache – beide Male mit negativem Ergebnis. Ich sagte Barthou, dass mich diese Entscheidung nicht zufriedenstelle und ich von der Forderung bezüglich der baltischen Länder nicht abrücke. Barthou erklärte sich einverstanden, diese Frage zum geeigneten Zeitpunkt noch einmal zu erörtern.

Der Kompromiss, den England durchsetzen will und den die Franzosen als völlig akzeptabel erachten, läuft darauf hinaus, dass zwischen der UdSSR, Polen, Deutschland, der Tschechoslowakei und den baltischen Ländern lediglich ein Nichtangriffs- und Konsultationspakt abgeschlossen wird. Außerdem können wir mit den übrigen Paktteilnehmern, zum Beispiel mit der Tschechoslowakei und den baltischen Ländern, gesondert Beistandspakte abschließen, so sie es wünschen. Darüber hinaus schließen wir mit Frankreich einen Garantiepakt ab. Worin besteht der Unterschied zwischen der Kombination, über die früher gesprochen wurde, und dem sich abzeichnenden Kompromiss? Im letzteren Fall büßen wir

¹ Litvinov informierte im Schreiben vom 17.7.1934 die Bevollmächtigten Vertreter in einer Reihe von europäischen Staaten über die Grundzüge eines Paktentwurfes, der ihm von den Franzosen in Genf übergeben worden war und zu dem mit der französischen Regierung Verhandlungen geführt wurden. Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 254, S. 480–482 sowie Dok. 339, S. 608.

bei einem Angriff Deutschlands gegen uns den Beistand Polens ein. Bei einem Angriff Polens auf uns gingen wir wieder der Hilfeleistung durch Deutschland verlustig. Den gleichen Beistand durch Polen büßen auch die baltischen Staaten bei einem Angriff Deutschlands gegen sie ein und den Beistand Deutschlands bei einem Angriff Polens gegen sie, vielleicht auch [den Beistand] durch die Tschechoslowakei, falls die baltischen Länder es ablehnen, sich dem Beistandspakt anzuschließen.

Ich muss jedoch den Vorbehalt machen, dass ich keineswegs davon überzeugt bin, dass der Kompromissvorschlag für Deutschland annehmbar ist. Sowohl bei dem Kompromiss als auch bei der Ursprungsform der Pakte, die mit Barthou vereinbart wurde, bleiben die baltischen Staaten jedoch schutzlos. Selbst dann, wenn wir diesen Staaten zu Hilfe eilen wollten, ^{**würden**} wir bei einer Ausweitung der militärischen Operationen und bei einem Angriff Deutschlands auf unsere Grenzen auch die französische Hilfe einbüßen, wenn wir selbst als erste den Krieg gegen Deutschland ^{**zum Schutz des Baltikums**} beginnen sollten. Auf diesem Gebiet steht uns mit Frankreich und England offenbar ein großer Streit bevor.

Ich lege diese Übersicht oder Analyse allein zu dem Zweck vor, um ein klares Bild für die weitere Erörterung des Ostpaktes zu zeichnen.

LITVINOV

Vermerk mit blauem Farbstift: A[rchiv].

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 9 Expl. [Die Exemplare] 1–5 an den Adressaten, das 6. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 7. an Gen. Stomonjakov, das 8. an Gen. Litvinov, das 9. ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 113, d. 122, l. 92–93. Kopie.

Nr. 64

Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B)

[3.3.1935]

8. Zu den Handelsverhandlungen mit Deutschland.¹

1. Im Zusammenhang damit, dass die Deutschen unseren Vorschlag zum Handelsumsatz im Jahr 1935 abgelehnt haben², ist Gen. Kandelaki vorzuschlagen, zum Zwecke der Druckausübung auf die Deutschen unverzüglich:

a) der deutschen Regierung und den Firmen zu erklären, dass wir bis zum Abschluss des Abkommens mit der deutschen Regierung über den Warenumsatz für das Jahr 1935 unsere Waren sowohl bei neuen Geschäftsabschlüssen als auch bei

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

³ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

¹ Der Beschluss wurde durch Befragung angenommen.

² Vgl. Dok. 51, 57.

den bestehenden Verträgen ausschließlich gegen Devisen oder gegen – für unsere Zahlungen in Deutschland – freie Mark verkaufen und absetzen werden. Dies bezieht sich insbesondere auf den an deutsche Regierungsorgane bereits verkauften Ölkuchen;

b) in den Fällen, bei denen wir im Zusammenhang mit den neuen deutschen Valutabestimmungen gezwungen sind, die Auslieferung der an Deutschland verkauften Waren zurückzuhalten oder diese Waren an andere Länder weiterzuverkaufen, ist es in jedem einzelnen Fall erforderlich, gegenüber der deutschen Regierung Forderungen wegen der im Zusammenhang damit entstehenden Verluste geltend zu machen.³

*2. Im Zusammenhang mit dem Auslieferungsstopp nach Deutschland ist dem NKVT anzutragen, in den Fällen, in denen Waren, die sich an Bord eines Schiffes befinden, nicht in andere Länder umgeleitet werden können, die Waren notfalls auszuladen und die Schiffe für Transporte in andere Richtungen einzusetzen.

Bei einer Kommission in der Zusammensetzung der Genossen Rudzutak, Grin'ko, Rozengol'c und Pachomov⁴ ist zu beantragen, im Zusammenhang mit dem Auslieferungsstopp nach Deutschland und dem Güterstau in den Häfen dem NKVT*⁵ die zeitweilig benötigten zusätzlichen Lagerflächen und Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen und zu unterhalten.

3. Bei den Verhandlungen mit den Deutschen zum Abkommen über den Warenumsatz für das Jahr 1935 ist Gen. Kandelaki zu gestatten, ein Abkommen auf folgender Grundlage abzuschließen:

Erste Position: das Verhältnis zwischen unserem Export und den Aufträgen, die möglichen Aufträge auf der Grundlage des 200-Millionenkredites nicht eingerechnet, beträgt 3:1 (Export für 180 Millionen Mark, Aufträge für 60 Millionen Mark). Dabei ist der Bezahlung in ausländischen Devisen jenes Teils unserer Zahlungen im Jahr 1935 in Deutschland (250 Mio. Mark) zuzustimmen, der nicht durch das von den Deutschen gewährte Exportkontingent gedeckt wird, d.h. einer Summe von 70 Mio. Mark.

Zweite Position: das Verhältnis zwischen unserem Export und den Aufträgen: Export für 150 Mio. Mark, Aufträge für 80 Mio. Mark. In diesem Fall ist der Bezahlung einer Summe von 100 Mio. Mark in Devisen zuzustimmen.

Dritte Position: das Verhältnis zwischen unserem Export und den Aufträgen: Export für 140 Mio. Mark, Aufträge für 80 Mio. Mark. In diesem Fall ist der Bezahlung einer Summe von 110 Mio. Mark in Devisen zuzustimmen.

4. Der deutsche Vorschlag, die Zahlungen in einer Höhe von 50 Mio. Mark von 1935 auf das Jahr 1937 zu übertragen, ist abzulehnen.

³ Der von dem NKVT der UdSSR vorbereitete Beschlussentwurf für das Politbüro des ZK der VKP (B) enthielt noch folgende Maßnahmen: „c) es ist eine jegliche Auftragserteilung in Deutschland einzustellen, mit Ausnahme einiger Sonderaufträge und eines Bandagenwalzwerkes, falls es nicht in England zu bestellen ist, wobei zu jedem einzelnen Auftrag die Genehmigung des PB einzuholen ist. d) Die Charterung von deutschen Schiffen ist einzustellen.“ In: RGAE, f. 413, op. 12, d. 1753, l. 71.

⁴ Danach ist mit rotem Bleistift über die Zeile geschrieben: (NKVod).

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen, gegenüber den Familiennamen ist mit rotem Farbstift vermerkt: Mitglieder der Kommission.

Vermerk des Sekretärs mit Tinte: P[rotokoll] 22/ [Punkt] 63 vom 3/III. 35.

Vermerk des Sekretärs mit Tinte über die Zustellung von Auszügen: an Rozenol'c – alles, an Rudzutak, Grin'ko, Pachomov, NKVod der Punkt 2, an Gen. Litvinov⁶.

Vermerke zum Geschäftsgang mit rotem Farbstift: Akte (OP); mit Bleistift: Akte: Deutschland + Export.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 541, l. 16–17. Original.

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 57, S. 111–112⁷.

Nr. 65

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Ganz geheim

Nur persönlich

4. März [19]35

1138

An den
Bevollmächtigten Vertreter
der UdSSR in Deutschland
Gen. Suric

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

der von Ihnen in Ihrem Schreiben vom 26. Februar vorgeschlagene Kompromiss in den Verhandlungen mit Deutschland¹ ist für uns unannehmbar.² Allem Anschein nach werden die Deutschen vor allem vorschlagen, das Vertragsjahr nicht ab dem 1. Januar, sondern mit dem 15. Februar anzusetzen, d. h. ab dem Moment, da das Markabkommen seine Gültigkeit verliert.³ Im Ergebnis dessen wird die Summe der Schulden, die Sie mit 190–200 Mio. Mark beziffern, laut Mitteilung des NKVT noch höher ausfallen. Zweitens, der Kompromiss, nach dem wir für 50 Mio. Mark einführen und für 50 Mio. Mark einkaufen, entspricht dem deutschen Standpunkt von einer Art Netto-Bilanz, was für uns ebenfalls unannehmbar ist. Drittens, auf die Stundung eines Teils der Schulden im nächsten Jahr werden wir nicht eingehen. Viertens, Ihrem Kompromiss zufolge wird die Exportsumme mit lediglich 50 Mio. Mark festgesetzt, während unser Export nach Deutschland, der ursprünglich in Höhe von 200 Mio. Mark geplant war, jetzt mit 150 Mio. Mark veranschlagt wird.

Natürlich lehnte gestern das Direktivorgan diesen „Kompromiss“-Vorschlag ab und verblieb im Wesentlichen bei der früheren Position⁴, wobei lediglich eine ge-

⁶ Der Name Litvinovs ist mit Bleistift geschrieben.

⁷ Vgl. den Beschlussentwurf mit den Korrekturen Stalins. In: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 56, S. 110–111.

¹ Vgl. Dok. 58.

² Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

³ Vgl. Dok. 37, 38.

⁴ Vgl. Dok. 64.

ringfügige Veränderung vorgenommen wurde, über die Sie Gen. Kandelaki informieren wird, der morgen abreist.

Wir bitten, uns regelmäßig über den weiteren Verhandlungsverlauf mit den Deutschen zu informieren.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk mit Bleistift: MM.⁵

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 792 vom 5.3.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 E[xemplare]. Kopien an: die Genossen Litvinov, Stomonjakov.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 35, l. 12. Kopie.

Nr. 66

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Vertreter des Reichswehrministeriums von Esebeck

[4.3.1935]

e.o. W IV Ru 839 pr. 4. März 1935

*Major von Eisebeck*¹ (Reichswehrministerium) suchte mich auf und fragte, ob Bedenken dagegen bestünden, dass die von dem Sowjethandelsvertreter² im Januar d. J. übergebene große Bestellliste³ bei den kommenden Besprechungen mit dem britischen Außenminister Simon zum Beweise für die russischen Aufrüstungspläne verwandt würde.

Ich erwiderte, dass Folgendes zu berücksichtigen sei:

1) Nach den auf dem VII. Rätekongress gehaltenen Reden könne m.E. an dem hohen Stande der russischen Rüstungen und den weiteren Bemühungen, diese noch weiter zu verstärken, kein Zweifel mehr bestehen.

2) Die Bekanntgabe der Liste an die Engländer würde ohne Zweifel geeignet sein, das beabsichtigte 200 Millionen-Geschäft mit Russland zu zerschlagen, da diese Maßnahme den Russen nicht verborgen bleiben könnte und sie nach diesem Vertrauensbruch kaum noch gewillt sein dürften, die beabsichtigten Bestellungen in Deutschland zu vergeben. Andererseits würde die englische Industrie erfreut sein, in Erfahrung zu bringen, welche Bestellungen die Russen zu vergeben haben, und sich ohne Zweifel in das Geschäft drängen.

3) Die Liste sei von deutscher Seite abgelehnt worden und bilde nicht mehr den Gegenstand von Verhandlungen.

⁵ Litvinov.

¹ Der Text ist unterstrichen. So im Dokument; richtig: von Eisebeck.

² David Vladimirovič Kandelaki.

³ Vgl. Dok. 10, Anm. 3.

Major von Ehsebeck erklärte, dass dieser letztere Umstand ihm nicht bekannt gewesen sei und er die Situation wesentlich ändere. Im Übrigen beständen auch im Reichswehrministerium starke Zweifel daran, ob die Bekanntgabe der Bestellliste an die Engländer zweckmäßig sei. Er habe aber für alle Fälle die Ansicht des AA einholen wollen.

Ich versprach, die Angelegenheit zu klären und ihm Montag⁴ oder Dienstag Bescheid zu geben.

Berlin, den 2. März 1935

Nach Rücksprache mit Herrn L.R. von Tippelskirch habe ich Herrn Major von Ehsebeck, der soeben anrief, mitgeteilt, dass eine vollständige oder teilweise Bekanntgabe der Liste an die Engländer aus den ihm mündlich mitgeteilten Gründen nicht in Frage komme.

Berlin, den 4. März 1935

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt am Seitenrand: 1) H. LR von Tippelskirch, S.S. von Bülow zu gfl. Ktn mit deren Abzeichnungen vom 4.3. 2) zdA B[räutigam] 4/III. Unten: H 11 Ru. Beim letzten Satz befindet sich am Seitenrand die handschriftliche Bemerkung: Einverstanden H[ey] 4/3.

PA AA, R 94658, Bl. E 664878-664879.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 514, S. 953–954.

Nr. 67

Bericht über einen Vortrag von Oberst von Niedermayer an der Berliner Universität

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Berlin, den 5/III-35

****Zum Eing. 515ss-35**¹**

THESEN DES VORTRAGES VON OBERST NIEDERMAYER

„ARMEE UND MILITÄRPOLITK DER UdSSR“

AM 15/II -35 AN DER BERLINER UNIVERSITÄT

1. Niedermayer beginnt seinen Vortrag mit einem knappen Überblick zur Wirtschaft der UdSSR mit Nennung und Beschreibung der Rohstoffquellen. Danach spricht er über die Rückständigkeit des Eisenbahntransportwesens und über die Geringfügigkeit des Hauptstraßennetzes. Er verweist darauf, dass sich diese Mängel auch im Weltkrieg bemerkbar gemacht haben. Sodann stellt N[iedermayer] das prozentuale Verhältnis der verschiedenen Nationalitäten in der UdSSR dar. Er sagt, dass eine positive Seite der Roten Armee darin besteht, dass es in ihr im

⁴ 4.3.1935.

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

Vergleich zu anderen staatlichen Einrichtungen den geringsten Prozentsatz von Juden gibt. Der prozentuale Anteil der Ukrainer an der Gesamtbevölkerung der UdSSR ist zurzeit nicht bekannt, da keine Zahlenangaben über die Hungertoten vorliegen.

2. Der erste Fünfjahrplan hat die Grundlage für eine leistungsstarke Rüstungsindustrie geschaffen, und sowohl der 1. als auch der 2. Fünfjahrplan tragen einen rein militärischen Charakter. Die Qualität der Produktion und deren Quantität sind unzureichend. Die Kollektivierung der Landwirtschaft hat, wie er sagt, zum Hunger geführt. Das erklärt sich durch die Unfähigkeit des russischen Charakters, komplizierte Maschinenteknik [zu verwenden].

3. Als Folge all dessen ist die gesamte Außenpolitik der UdSSR darauf ausgerichtet, zu jedem Preis einen Krieg zu vermeiden. Der Ostpakt, zahlreiche Nichtangriffsabkommen und die Zugeständnisse im Fernen Osten zeugen davon. Der Rapallo-Vertrag gibt heute Deutschland nicht nur gar nichts, vielmehr gibt es Anlass für die Behauptung, dass Rapallo auch in der Vergangenheit Deutschlands nichts gegeben hat (Beifall). Die Gefahr eines Krieges im Fernen Osten führte zur Bildung der OKDVA mit einer eigenständigen Versorgungsbasis.

4. Das Volk der UdSSR wird im Geiste des Kommunismus erzogen. Das unverhohlene Ziel der Sowjetmacht besteht in der Errichtung des Kommunismus in der ganzen Welt.

5. Diese Erziehung wird verstärkt in der Roten Armee betrieben (er liest den Eid vor). Das ist für die Erziehung des ganzen Volkes von großer Bedeutung, weil demobilisierte Rotarmisten immer in leitenden Staatsämtern in der Provinz eingesetzt werden. Die in der Presse auftauchenden Gerüchte über Aufstände in der Roten Armee sind völlig ausgedacht (frei erfunden)². Der politisch-moralische Zustand der RKKa ist ausgezeichnet. N. geht nicht auf Details der Organisation und des Dienstes der RKKa ein. Er hebt lediglich das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht hervor und verweist darauf, dass nur Werktätige das Recht haben, in den Einheiten der RKKa zu dienen. N. hebt weiterhin den hohen prozentualen Anteil von Parteimitgliedern in der Armee hervor. Die RKKa verfügt über 1,2–1,5 Mio. Mann, 90 Schützendivisionen, von denen 70 territoriale Divisionen sind. Die Luftstreitkräfte besitzen 5.000 Flugzeuge, die Rote Armee hat 5.000 Panzer.

6. Die RKKa ist in dem Fall in der Lage, die Grenzen der UdSSR zu verteidigen, wenn das Transportwesen und die Landwirtschaft eine ununterbrochene Lieferung der erforderlichen Versorgungsgüter gewährleisten können. Gegenwärtig, selbst in Friedenszeiten, wird diese Aufgabe nicht erfüllt. Der Beweis dafür ist der Hunger in einer Reihe von Regionen der UdSSR. Heute kann von auswärtigen Aktionen der Roten Armee nicht die Rede sein. Die UdSSR hat gegenüber anderen europäischen Ländern einen großen Vorteil in dem Sinne, dass sich ihre strategischen Rohstoffquellen und die Rüstungsindustrie zu einem großen Teil im Innern des Landes befinden.

7. Heute kann man über die Rote Armee als eine Verteidigungswaffe der UdSSR sprechen, aber wir müssen wissen, dass der Westen irgendwann, sei es un-

² Diese beiden Wörter sind in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

ter diesem Zeichen, unter dieser Macht, sei es unter einer anderen Macht, genötigt sein wird, mit der Roten Armee frontal zusammenzustößen.³

ANWESEND WAR UND AUFGEZEICHNET HAT: BORISOV

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: Geschr. 9 Expl.

RGVA, f. 33989, op. 2, d. 234, l. 19–21. Original.

Nr. 68

Aus einem Bericht der 1. Abteilung der Aufklärungsverwaltung der RKKA an den Stellv. Volkskommissar für Verteidigung Tuchačevskij

[5.3.1935]¹

BERICHT ÜBER DIE VORBEREITUNG DES FASCHISTISCHEN DEUTSCHLANDS AUF DEN KRIEG

1. Die Armee in Friedenszeit

Die faschistische Regierung Hitler nahm nach der Machtergreifung unverzüglich den fieberhaften Aufbau der Streitkräfte und die Vorbereitung des Landes auf einen Krieg in Angriff. Mit der Erhöhung der Personalstärke der Reichswehr setzte zugleich ein stürmisches Wachstum der verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen ein. Der Chef der Sturmabteilungen Röhm erhöhte innerhalb eines einzigen Jahres die Personalstärke der SA von 800.000 auf 3.500.000 Mann. Zu seinen Plänen gehörte es, eine mehrere Millionen umfassende „faschistische Miliz“ aufzustellen, in die die Reichswehr als „Schule“ für das Führungspersonal dieser Miliz einfließen sollte.

Die Unruhe in den Reihen der SA-Leute, die sich als Folge des offenen Betrugs der Faschisten an den breiten werktätigen Massen und des Kleinbürgertums breitmachte, sowie Röhm's Vorstoß, ihm die Reichswehr zu unterstellen, führten im Juni 1934 zu dem scharfen Konflikt zwischen der Führung der Nationalsozialistischen Partei und dem Kommando der Reichswehr (letzttere unterstützten führende kapitalistische Kreise und die Junker) einerseits und zwischen der Führung der NSDAP und dem Hauptstab der SA andererseits.

³ Zur wissenschaftlichen und pädagogischen Tätigkeit Niedermayers im Urteil des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vgl. Dok. 480.

¹ Die Datierung erfolgt nach dem Begleitschreiben des Stellvertretenden Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA, Artuzov, und des Chefs der 1. Abteilung der RU der RKKA, Štejnbrjuk, an Tuchačevskij vom 5.3.1935 mit dem Geheimhaltungsvermerk „Ganz geheim“; geschrieben auf Kopfbogen der Aufklärungsverwaltung der RKKA mit der Ausgangsnummer 244359ss. In: RGVA, f. 33989, op. 2, d. 242, l. 180. Am 15.3.1935 legte Artuzov Vorošilov knapp den Inhalt einer Vorlage über die Vorbereitung des faschistischen Deutschland auf einen Krieg vor. Vgl. 1941 god: V 2-ch. kn (Das Jahr 1941: In 2 Büchern), kn. 2, Moskva 1998, Anlage Nr. P 6, S. 517–519.

Nach der Juni-Krise (der Erschießung Röhm und seiner Gleichgesinnten und der radikalen Säuberung der SA-Abteilungen) erschwerte sich für das faschistische Deutschland die Aufgabe, eine millionenstarke Armee aufzustellen. Die Kriegsvorbereitung und der organisatorische Aufbau der Streitkräfte wurden der Reichswehrführung übertragen, was u. a. in der Unterstellung des Luftfahrtministers Göring unter den „Verteidigungsminister“ Blomberg zum Ausdruck kam.

Laut Plan, den die Reichswehrführung Anfang 1933 Hitler unterbreitet hatte, war vorgesehen, die Aufstellung der Streitkräfte Deutschlands bis zu dem für einen Kriegsbeginn erforderlichen Stand in 48 Monaten, d. h. zum Januar 1937, abzuschließen.²

Jedoch zeigt das Tempo, wie sich die deutsche Rüstung 1933–1934, besonders ab Oktober 1934, entwickelte, dass der Aufbau der Reichswehr bedeutend schneller voranschritt; es ist beabsichtigt, Ende 1935 die Aufstellung aller geplanten Truppenverbände abzuschließen, die in der Folgezeit durch moderne technische Kampfmittel verstärkt werden sollen.

Das deutsche Kommando ist der Auffassung, dass für einen gleichzeitigen Kampf an zwei Fronten – gegen Frankreich und die UdSSR – und selbst für einen Krieg nur gegen die UdSSR die deutsche Armee 1935 noch nicht bereit ist.

Nach den uns vorliegenden, glaubhaften nachrichtendienstlichen Informationen räumen Blomberg, Fritsche³, Reichenau und Göring jedoch die Möglichkeit einer Beteiligung Deutschlands an einem Krieg bereits für 1935 ein, allerdings unter der Voraussetzung eines gleichzeitigen Überfalls Japans auf die UdSSR und des Eingreifens Polens und Finnlands auf der Seite Deutschlands.

Somit gibt es zwischen der Führung der Nationalsozialistischen Partei und der Reichswehrführung bezüglich der Frage eines Krieges gegen die UdSSR allem Anschein nach keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten. Die von Hitler geführte Nationalsozialistische Partei drängt zum Krieg. Die Reichswehrführung, die die Rote Armee als einen ernsthaften Gegner betrachtet, fordert aber eine außenpolitische, materielle und moralische Absicherung der deutschen Armee, die letzterer ein Maximum an Erfolgchancen garantiert.

Die Organisationsstruktur der Obersten Heeresverwaltung ist entsprechend den Erfordernissen der Vorbereitung Deutschland auf den Krieg umgestellt worden – siehe dazu Schema Nr. 1.⁴

Das Tempo für die Aufstellung der Streitkräfte Deutschlands ist den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen.

² Denkschrift des Truppenamtes der Heeresleitung des Reichswehrministeriums vom 14.12.1933 über den beschleunigten Aufbau des 300000-Mann-Heeres (21 Divisionen) im Zeitraum von 4 Jahren an den Chef des Truppenamtes der Reichswehr. Sie bildete die Grundlage für die Weisung von General Hammerstein-Equord vom 18.12.1933 über den beschleunigten Umbau des Heeres, die von Hitler gebilligt wurde. Vgl. H.-J. Rautenberg: Drei Dokumente zur Planung eines 300000-Mann-Friedensheeres aus dem Dezember 1933. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1977, Bd. 22, H. 2, Dok. 1 und 2, S. 115–119.

³ So im Dokument; richtig: Fritsch.

⁴ Das Schema wird nicht veröffentlicht. Vgl. Anm. 13.

a) Infanterie

1913					Laut Versailler Vertrag			Zum 1. April 1935			
Ar- meen	Korps	Infan- terie- divi- sio- nen	Infan- terie- briga- den	Regi- men- ter	Korps	Infan- terie- divi- sio- nen	In- fan- terie Regi- men- ter	Ar- meen	Korps	Infan- terie- divi- sio- nen	Infan- terie- regi- men- ter
8	25	50	106	217	2	7	21	3	9 ^{x)}	42 ^{xx)}	138 ^{xxx)}

ANMERKUNG:

^{x)} Nach vorliegenden Erkenntnissen ist in nächster Zeit beabsichtigt, die Anzahl der Korpsstäbe auf 20 zu erhöhen.

^{xx)} Davon 21 „Milizdivisionen“ (Divisionen der zweiten Welle). Die aufzustellenden „Milizdivisionen“ werden hinsichtlich Bewaffnung und Kampfausbildung auf einem niedrigeren Niveau als die Divisionen der Reichswehr stehen.

^{xxx)} Einigen Informationen zufolge sind 4 Lehrbataillone der Infanterieregimenter der Reichswehr in den westlichen Wehrbezirken zu Regimentern umgewandelt worden, insgesamt 12 Regimenter.

b) Kavallerie

1913			Laut Versailler Vertrag			Zum 1. April 1935		
Divi- sionen	Briga- den	Regi- menter	Divi- sionen	Briga- den	Regi- menter	Divi- sionen	Briga- den	Regi- menter
1	35	110	3	—	18	5 ^{x)}	14 ^{x)}	42 ^{xx)}

ANMERKUNG:

^{x)} Im Stadium der Aufstellung. Eine Frist für den Abschluss der Aufstellung ist nicht genau bekannt; voraussichtlich Mitte Sommer 1935.

^{xx)} Die Lehrbataillone der Infanterieregimenter der Reichswehr für die östlichen Wehrbezirke sind laut Informationen in Kavallerieregimenter umgewandelt worden.

c) Artillerie

1913			Laut Versailler Vertrag			Zum 1. April 1935	
Feldregi- menter	Schwere Regimen- ter	Batterien	Regi- menter	Batterien	Feld- und Flakregi- menter	Schwere Divisionen, Küstendivi- sionen und Festungs- artillerie	Batterien
100 ^{x)}	26	840	7	84	50 ^{xx)}	20 ^{xx)}	560

ANMERKUNG:

^{x)} 2 Divisionsartillerie.

^{xx)} Davon sollen 21 Artillerieregimenter der Reichswehr zu je 4 Artillerieabteilungen zum 1.4.1935 aufgestellt werden. Die Frist für den Abschluss der Aufstellung der übrigen Artillerieregimenter zu je 2–3 Artillerieabteilungen ist noch nicht genau bekannt, frühestens Mitte oder Ende Sommer 1935.

d) Motormechanisierte Truppen

1913	Laut Versailler Vertrag			Zum 1. März 1935			
	unbewaff- nete Panzer- wagen	Panzer- batail- lone	Mechani- sierte Brigaden	Panzer- abwehr- brigaden	Motori- sierte Brigaden	Motori- sierte Divisi- onen	Motori- sierte Korps
–	105	7–9 ¹⁾	1 ²⁾	2 ³⁾	1 ⁴⁾	1 ⁵⁾	1 ⁶⁾

ANMERKUNG:

¹⁾ 7–9 Panzerbataillone zu je 3 Kompanien.

²⁾ Mit 2 Panzerregimentern zu je 2 Panzerbataillonen pro Regiment.

³⁾ Einigen Informationen zufolge verbergen sich hinter „Panzerabwehrbrigaden“ verdeckte Brigaden schneller Panzer; in zwei Brigaden und einem selbständigen Regiment bestehen 14 Abteilungen und 8 Aufklärungseinheiten.

⁴⁾ Wird in Döberitz (bei Berlin) aufgestellt.

⁵⁾ Wird in Erfurt aufgestellt.

⁶⁾ Das motorisierte Korps besteht aus allen motorisierten und Panzereinheiten der Reichswehr. Der Stab des motorisierten Korps befindet sich in Berlin.

Laut Informationen einer gut unterrichteten Quelle, die dem nationalsozialistischen Führungskreis nahesteht, richten sich gegenwärtig alle militärischen Vorbereitungen Deutschlands gegen die UdSSR. Davon zeugen u. a. die Aufstellung einer zahlenmäßig starken Kavallerie und ihre Dislozierung ausschließlich an der Ostgrenze. Verstärkt werden die Panzertruppen aufgebaut, darunter 14 Abteilungen schneller Panzerjäger.

Die Hauptmasse aller neu aufgestellten Einheiten der Reichswehr befindet sich in den Ostgebieten Deutschlands.

Laut den von seriösen Quellen eingehenden Informationen werden die Befestigungsarbeiten an den Ostgrenzen Deutschlands beschleunigt ausgeführt; zugleich werden die Ostfestungen (Königsberg, Küstrin, Breslau u. a.) modernisiert und in wichtigsten Punkten der Ostseeküste, insbesondere in ihrem östlichen Teil, Batterien der Fern- und Flakartillerie in Stellung gebracht.

Fieberhaft wird das strategische Straßennetz (Autobahnen) bis direkt an die Grenzen Deutschlands ausgebaut; dieses Netz wird die Verlegung von Truppen mithilfe des Kfz-Transport aus dem Norden, Süden und Westen Deutschlands nach Osten und zurück erleichtern, es ergänzt die Eisenbahnlinien, die nach Auffassung des deutschen Oberkommandos häufiger Zerstörung durch Luftangriffe ausgesetzt sein könnten.

Die Aufstellung der Massenarmee

Der Schwachpunkt der deutschen Aufrüstung in der gegenwärtigen Etappe ist die geringe Anzahl der militärisch ausgebildeten Reserven. Die Regierung Hitler setzt alles daran, um diesen Mangel abzustellen.

Die Ausbildung der Mannschaften wird in den Organisationen der vormilitärischen Ausbildung der Jugend (bis zum Alter von 18 Jahren), in den faschistischen Jugendorganisationen, in staatlichen Sport- und Schützenvereinen, des Militärsports, in den Lagern des Arbeitsdienstes, in den SA- und SS-Abteilungen sowie in Kampfverbänden und in der Reichswehr (für Freiwillige mit einer dreimonatigen Dienstzeit) durchgeführt.

Für die Ausbildung der Offiziere sind die Ausbildungszeiten in den bestehenden Offiziersschulen von 2 auf 1½ Jahren verkürzt und die Rekrutierung von Kandidaten für diese Schulen verstärkt worden. Die Mehrheit der Schulen für die Ausbildung von Führungskadern ist geheim, ihre Anzahl ist aber außerordentlich hoch; so bestehen für die Ausbildung des niederen Führungspersonals 110 Schulen, für Kompaniechefs 21 Schulen, für die Ausbildung des mittleren und höheren Führungspersonals 1 Schule. Für die Kraftfahr- und Panzertruppen bestehen 22 Schulen für die Ausbildung des niederen Führungspersonals und von Spezialisten. Aus der Reserve sind über 8.000 Reserveoffiziere für die Armee aktiviert worden. Für die Umschulung der Reserveoffiziere der alten Armee sind zahlreiche Lehrgänge bei fast allen Einheiten der Reichswehr eingerichtet worden, darüber hinaus wird deren Umschulung regelmäßig auch in allen Frontkämpfervereinen und im deutschen Offiziersbund durchgeführt. Im Mai 1934 sind erstmals 36.000 Studenten zu einem sechsmonatigen Sommerlehrgang zur Ausbildung als Reserveoffiziere einberufen worden. An allen Hochschulen wird die Ausbildung von Reserveoffizieren eingeführt.

Die Aus- und Fortbildung der Unteroffiziere erfolgt in den Einheiten der Reichswehr, der Polizei, in den Sturmabteilungen, beim „Stahlhelm“ und im Bund ehemaliger Soldaten der Reichswehr.

Der Bestand und die zahlenmäßige Stärke der faschistischen paramilitärischen Organisationen ist in Tabelle Nr. 1 aufgeführt (im Anhang)⁵.

Es ist schwierig, eine Gesamtsumme der Anzahl der faschistischen paramilitärischen Organisationen zu nennen, weil die Mehrheit der Faschisten zugleich mehreren Organisationen angehört. Aus den in der Tabelle angeführten Daten kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass es in Deutschland bis zu 6.000.000 Personen im Alter von 18 bis 60 Jahren gibt, die in militär-faschistischen Verbänden organisiert sind und eine militärische Ausbildung durchlaufen.

Der Bestand an Menschenressourcen ist aus der Tabelle Nr. 2 (Anhang)⁶ zu sehen.

Die Berechnungen zeigen, dass der Bestand an ausgebildeten Kadern es dem deutschen Kommando ermöglicht, 1935 im Mobilisierungsfall bis zu 40 Infanteriedivisionen in einer 1. Welle der Armee aufzustellen, danach aber 2–3 Monate benötigt werden, um die Anzahl der Infanteriedivisionen bis auf 60 aufzustocken.

⁵ Die Tabelle wird nicht veröffentlicht.

⁶ Die Tabelle wird nicht veröffentlicht.

Die Aufstellung von Truppenteilen für die zweite und dritte Welle wird durch die zahlreichen faschistischen militärischen Organisationen im Lande erleichtert, die nach einer ein- bis viermonatigen Ausbildung (jüngeren Alters, von 18 bis 35 Jahre) durchaus für die Auffüllung der neuen Formationen der Reichswehr geeignet sind.

Maßnahmen zur Ausbildung der Reserven im Jahr 1935

Die Reichswehrführung hat mit der energischen Ausbildung von Reserven für die Aufstellung einer großen Kriigsarmee begonnen. Von den laufenden Maßnahmen sind folgende hervorzuheben:

1) Die Kampfausbildung der Sturmabteilungen (SA) und der Schutzstaffeln (SS) ist vollständig in die Hände der Reichswehr übergegangen und wird beschleunigt durchgeführt. So erfolgt die militärische Ausbildung für Unterführer der SA in der Zeit von 5 Uhr 45 Min. morgens bis 10 Uhr 30 Min. abends.

Etwa 75.000 ausgewählte SA-Leute sollen 1935 eine zweimonatige Ausbildung in der Reichswehr durchlaufen. Die SA-Leute, die diese Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben und als geeignet erachtet werden, können Zeitverträge zum 1–2jährigen Dienst mit der Reichswehr abschließen. Die übrigen werden nach ihrer Rückkehr in die SA als Unterführer in ihren Abteilungen eingesetzt.

Es gibt den Plan, der sich im Stadium der Verwirklichung befindet, in den nächsten 2 Jahren 50% der regulären SA-Leute (ca. 400.000 Mann) eine kurzzeitige Dienstzeit in der Reichswehr durchlaufen zu lassen.

In erster Linie sollen die SA-Leute im Alter von 18 bis 25 Jahren eine kurzzeitige Ausbildung in der Reichswehr durchlaufen. Gegen Ende 1935 soll diese Kategorie vollständig ausgebildet sein und der Reserve der Reichswehr zugerechnet werden.

Des Weiteren durchlaufen SA-Leute im Alter von 25 bis 30 Jahren eine zweimonatige Ausbildung, und danach auch die im Alter von 30 bis 35 Jahren, worauf dann auch diese der Reserve der Reichswehr zugeführt werden.

2) Zur Arbeitsdienstpflicht – dem AD⁷ (er ist eine verschleierte Form der allgemeinen Wehrpflicht) – werden alle Personen herangezogen, die zum 1. Januar 1935 ein Alter von mindestens 20 Jahren erreicht und noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben. Der Dienstantritt im AD ist auf den 1.4.1935 festgelegt. Die Dienstzeit beträgt 6 Monate.

Zugleich werden alle Studenten der ersten 7 Universitätssemester und des 5. Semesters von technischen Hochschulen obligatorisch zum Arbeitsdienst (für die Dauer von 6 Monaten) eingezogen.

1935 werden zum Arbeitsdienst alle Söhne von Bauern und Landarbeitern im Alter von 21 bis 24 Jahren (die Jahrgänge 1911, 1912, 1913, 1914 und 1915) einberufen.

3) Die gesamte übrige männliche Bevölkerung im Alter von 18 bis 35 Jahren soll eine militärische Kurzausbildung (4 Wochen) in der Reichswehr oder beim Arbeitsdienst durchlaufen. Alle deutschen Staatsangestellten der Jahrgänge 1900 bis 1915 sind angeblich bereits darüber benachrichtigt worden, dass sie eine zweimonatige Ausbildung in der Reichswehr zu absolvieren haben.

⁷ So im Dokument; richtig: RAD, Reichsarbeitsdienst.

4) Bis März 1935 soll sich der gesamte Personalbestand des NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps) und der Motor-SA (motorisierte Einheiten der Sturmabteilungen) in einer Gesamtstärke von ungefähr 150.000 Mann einer medizinischen Musterung unterziehen. Die aus gesundheitlichen Gründen für dienstuntauglich erklärten Personen werden aus dem Kraftfahrkorps entlassen.

5) In Deutschland sind in letzter Zeit zahlreiche Werbebüros der Reichswehr eingerichtet worden. Das Werbebüro Nr. 9 in Berlin fragte bei vielen ehemaligen Offizieren des Generalstabes im Alter unter 55 Jahren, die jetzt in zivilen Einrichtungen arbeiten, an, ob sie bereit wären, wieder den aktiven Dienst in der Reichswehr aufzunehmen.

6) Alle Offiziere der ****Reserve****⁸ sämtlicher Waffengattungen werden ohne Ausnahme zu achtwöchigen Fortbildungslehrgängen für Offiziere einberufen. Nach Beendigung dieser Lehrgänge wird ein Teil im aktuellen Dienstgrad zum Truppendienst in der Reichswehr übernommen. Vorrangig geschieht dies für adelige Offiziere oder für Angehörige alter Militärfamilien.

7) Sämtliche ehemalige Piloten der deutschen Armee der Kriegszeit sind zur Umschulung einberufen worden.

Das Militärsystem Deutschlands befindet sich gegenwärtig im Übergang von der Berufsarmee der Reichswehr zu einer Armee der allgemeinen Wehrpflicht mit einem hohen Anteil von Längerdienenden. Dennoch ist in nächster Zeit ein Übergang Deutschlands zur allgemeinen Wehrpflicht in ihrer reinen Form nicht zu erwarten.

Das Rückgrat der Streitkräfte bleibt vorerst die Reichswehr, die durch angeworbene Elitesoldaten für eine Dauer von 3 bis 6 Jahren komplettiert wird.

Zugleich werden (in den nächsten zwei bis drei Jahren) die jungen Wehrpflichtigen in einer Dienstzeit von 3-6-12 Monaten die Ausbildungszentren und die Truppenteile der Reichswehr durchlaufen.

Somit wird die Reichswehr 1935 bestehen aus:

- a) mindestens 350.000 Soldaten und Unteroffizieren an Längerdienenden und
- b) ca. 200.000 Mann mit kürzerer Dienstzeit im Rotationsmodus. Das Reichswehr-Kommando hofft, 1935 mindestens 600.000 Mann in einer verkürzten Dienstzeit auszubilden. Fügt man die kasernierten Einheiten der SA und SS, den Arbeitsdienst, die Polizeitruppen und den Grenzschutz dazu, so übersteigt die Zahl der Personen, die in Deutschland eine militärische Ausbildung durchlaufen und kaserniert sind, 1 Million Mann.

Wenn der Ausbildungsplan 1935 für die Reserven realisiert wird, dann ist zu erwarten, dass die Reichswehrführung zum Frühjahr 1936 in der Lage sein wird, in der ersten Welle der zu mobilisierenden Armee mindestens 60 nicht schlecht ausgerüstete Divisionen aufzustellen, und im ersten Kriegsjahr mindestens 100 Divisionen. x⁹

⁸ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁹ An dieser Stelle wurde vom Verfasser unten im Text hinzugefügt: Deutschland stellte 1914 (in Friedenszeiten 50 Infanteriedivisionen und 55 Kavalleriebrigaden) in den ersten drei Kriegsmontaten 97 Infanteriedivisionen und 11 Kavalleriedivisionen, im Verlaufe des 1. Kriegsjahres aber 156 Infanteriedivisionen auf.

2. Bewaffnung

In der Reichswehr wird gegenwärtig sowohl auf dem Gebiet der Umrüstung auf neue Waffentypen als auch insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklung und Konstruktion von neuen Waffentypen und modernen technischen Kampfmitteln fieberhaft gearbeitet.

Schützenwaffen. 1933 ist das neue, leichte Maschinengewehr „Stange S.2–106“, das aufgrund seiner Parameter zu den besten Typen der modernen leichten Maschinengewehre gehört, in die Bewaffnung übernommen worden. Sein Gewicht beträgt 8,5 kg, die Feuergeschwindigkeit 600 Schuss pro Minute. 1934 wurden ein automatischer Karabiner und eine Maschinenpistole entwickelt und erprobt. Angaben darüber, ob diese Waffentypen von der Reichswehr übernommen worden sind, liegen nicht vor, jedoch ist bekannt, dass bei der Polizei diese Maschinenpistole verwendet wird. Die Erprobung des automatischen Karabiners brachte folgende Ergebnisse: Feuergeschwindigkeit – 80 Schuss pro Minute, Gewicht – 4,5 kg. Die Trefferdichte und die Treffgenauigkeit unterscheiden sich wenig von denen des herkömmlichen Karabiners. 1933/34 wurde eine spezielle Panzerbüchse mit einem Gewicht von 33 kg und einem Kaliber von 2 cm erprobt, es ist daran gedacht, einzelne Infanteristen damit für die Panzerbekämpfung an der Kampflinie auszurüsten; die Testergebnisse sind folgende: Durchschlagskraft aus 1000 m Entfernung – 11 mm, aus 500 m – 15 mm, aus 130 m – 20 mm.

Gegenwärtig wird verstärkt an der Entwicklung von Modellen sogenannter „universeller“ und „überschneller“ Maschinengewehre gearbeitet. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sind uns nicht bekannt, mit der Ausnahme, dass eins der „universellen“ Maschinengewehrmodelle bei der Erprobung nicht die gestellten Anforderungen erfüllte.

Granatwerfer. Den Minen- und Granatwerfern wird in der Reichswehr als einem starken Nahkampfmittel eine große Bedeutung beigemessen. 1934 erfolgte die Erprobung eines Miniaturgranatwerfers, dessen Gewicht unter 5 kg liegt und der eine Reichweite von bis zu 2 km besitzt. Im gleichen Jahr ist der leichte Granatwerfer M.W. 18T in die Bewaffnung aufgenommen worden, der folgende Parameter hat: Gewicht – 375 kg, Gewicht der Granate – 6 kg, Reichweite – 3500 m.

Artillerie. Hinsichtlich der Konstruktion und der Vervollkommnung von neuen Artilleriegeschützmodellen werden große Anstrengungen unternommen. Gegenwärtig befinden sich folgende Geschützmodelle in der Erprobung:

Geschütztyp	Kaliber in mm	Gewicht des Systems in kg	Gewicht des Geschosses in kg	Feuerge- schwindig- keit	Reichweite in km
1) Kanone Infanterie- geschütz	75	1690	6,5	—	9
2) Infanterie- geschütz „Rhein- metall“	37/75	54,7	0,6/48	—	3,5
3) 75 mm Divisions- geschütz „Rhein- metall“	75	—	6,6	—	14
4) 105 mm Haubitze	105	2900	15,6	—	11,5
5) 105 mm Geschütz	105	5200	18	—	ca. 20
6) 105 mm Geschütz von „Rhein- metall“	150	—	—	—	—
7) 160 ¹⁰ mm Haubitze	150	5100	42	—	13
8) 150 mm Geschütz	150	—	—	—	36 (Mine- werfer)
9) 20 mm automatische Flakkanone	20	600	0,14	200–500	4 (vertikal)
10) 37 mm automatische Flakkanone	37	—	0,65	160	5 (vertikal)

¹⁰ So im Dokument; richtig: 150.

In kurzer Zeit sind für die Reichswehr verschiedene Panzerkampfwagen – leichte, mittlere und schnelle Panzer – entwickelt und in die Bewaffnung übernommen worden; es gibt einzelne Versuchsmodelle von schweren Panzern. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt besitzt die Reichswehr über mindestens 1000 Panzer unterschiedlicher Typen.

Panzerspähwagen. In der Reichswehr gibt es sehr viele Typen von gepanzerten Fahrzeugen. Die neueste Maschine ist der 6rädrige Panzerspähwagen, bewaffnet mit einer Kanone und 4 Maschinengewehren, der auf der Straße eine Geschwindigkeit von ca. 75 km entwickelt.

Chemische Angriffs- und Schutzmittel. Auf dem Gebiet der Erprobung von neuen chemischen Angriffs- und Schutzmitteln wird besonders angestrengt gearbeitet. Unlängst ist die Erprobung einer neuen Schutzmaske abgeschlossen worden, sie wurde angenommen und wird in die Ausrüstung der Armee überführt werden. Die neue Schutzmaske wiegt etwa 1000 Gramm, besitzt einen geringen Atmungs-widerstand (ungefähr 18 mm Wassersäule) und bietet Schutz vor allen bekannten chemischen Kampfstoffen.

Nach den vorliegenden Informationen wird die Hauptmasse der technischen Kampfmittel 1935 in die Ausrüstung der Reichswehr überführt werden, jedoch erfolgt die Ausbildung des Personals zur Bedienung der neuen Technik bereits seit einigen Jahren.

3. Die kriegswirtschaftliche Vorbereitung

Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen Deutschlands konzentrieren sich in der Hauptsache auf drei Ebenen:

1) auf der Ebene der Erweiterung und des Ausbaus der Rohstoffbasis für die Rüstungsproduktion;

2) auf der Ebene des Ausbaus eines regulären Netzes der Rüstungsindustrie und der Vorbereitung für die Mobilmachung der Industrie für den Krieg;

3) auf der Ebene des Aufbaus eines Organisationsapparates für die Mobilmachung der Volkswirtschaft und der Industrie.

Die Erweiterung der rüstungswirtschaftlichen Rohstoffbasis

Besondere Aufmerksamkeit und viele Mittel sind darauf gerichtet, die rüstungswirtschaftliche Rohstoffbasis sicherzustellen und auszubauen.

Die Bevorratung von defizitären Rohstoffarten erfolgt durch den verstärkten Import von Rohstoffen, durch die Festlegung von bestimmten Normen an Rohstoffreserven in der Industrie und im Handelsnetz, durch die Verbrauchsbeschränkung defizitärer Rohstoffarten in der Produktion einiger Erzeugnisse. Im Verlauf der Jahre 1932–34 überstieg der Import von Rohstoffen den normalen Bedarf (in 1000 Tonnen): bei Kupfer um 130, bei Nickel um 10, bei Zink um 54, bei Zinn um 3,1, bei Wolframerz um 2,0, bei Chromerz um 65, bei Kautschuk um 60, bei Quecksilber um 0,5. Der Rohstoffvorrat in den Industriebetrieben und im Handelsnetz ist im Umfang eines dreimonatigen Bedarfs festgelegt worden. Die Verbrauchsbeschränkung von defizitären Rohstoffarten betrifft viele Erzeugnisse. Zum Beispiel ist es bei der Produktion von Elektroleitungen verboten, Kupfer einzusetzen, es wird durch Aluminium ersetzt; verboten ist die Produktion von Haushaltsgegenständen,

Spielzeug usw. aus Kupfer und einigen anderen Buntmetallen. Wollstoffe dürfen maximal 70% Wolle enthalten, der restliche Anteil ist durch Surrogate zu ersetzen. Durch diese Maßnahmen verfügt Deutschland gegenwärtig über einen Vorrat der wichtigsten Rohstoffarten im Umfang eines 6–8monatigen Bedarfs für das erste Kriegsjahr.

Bedeutend verstärkt worden ist die Förderung und Produktion der wichtigsten Rohstoffarten. In Angriff genommen wurden geologische Erkundungsarbeiten zur Erschließung neuer Eisen- und Kupfererzvorkommen, von Erdöl u. a. Für diese Arbeiten sind Dutzende von Millionen Mark bereitgestellt worden. Gebaut worden ist ein Zinkwerk mit einer Jahreskapazität von 60.000 Tonnen Zink. Es werden Versuche (zum Beispiel bei Krupp) für eine neue Produktionsmethode zur Herstellung von Eisen aus geringhaltigem Eisenerz, von dem Deutschland über eine recht bedeutende Menge verfügt, durchgeführt. Es wird eine verstärkte Konstruktionsarbeit geleistet, um Stahl und Kupfer durch Legierungen aus Aluminium und Magnesium, mit denen Deutschland besser ausgestattet ist, zu ersetzen.

Im Zusammenhang mit der Motorisierung des Heeres und der Schaffung einer starken Luftwaffe wird dem Problem der Versorgung mit Flüssigtreibstoff besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Auf jede erdenkliche Weise wird die Produktionserhöhung von Flüssigbrennstoff stimuliert, es wurde eine Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 100 Mio. Mark für den Bau von Betrieben zur Verarbeitung von Braunkohle in Flüssigbrennstoff gebildet; es ist Treibstoff in einer Menge von ca. 1 Mio. Tonnen bevorratet worden.

1933 betrug die Produktion von Flüssigtreibstoffen aller Art und von Schmiermitteln 0,85 Mio. Tonnen, 1934 ungefähr 1 Mio. Tonnen. Dank der ergriffenen Maßnahmen wird erwartet, dass 1935 die Produktion von Treibstoffen 1,3–1,4 Mio. Tonnen und 1936 2 Mio. Tonnen erreichen wird. Der Jahresbedarf in Friedenszeiten (1934) beträgt 3,5 Mio. Tonnen Treibstoff (davon 1,4 Mio. Tonnen Benzin und Benzol), in Kriegszeiten jedoch steigt der Bedarf an Treib- und Schmierstoffen auf 4,5–5 Mio. Tonnen.

Trotz der Intensität der Maßnahmen zur Versorgung des Landes mit defizitären Rohstoffen und einiger Erfolge in dieser Richtung ist Deutschland gegenwärtig noch überaus weit davon entfernt, von den wichtigsten strategischen Rohstoffarten unabhängig zu sein. Wenn die Vorräte im Krieg (im Verlaufe der ersten 6–9 Monate) aufgebraucht sind, so wird die innere Rohstoffproduktion im Durchschnitt nur 40–60% des Bedarfs abdecken. Es ist jedoch anzumerken, dass Deutschland darauf hofft, im Kriegsfall die Beziehungen mit einigen Ländern aufrecht zu erhalten und den Rohstoffbedarf über den Import aus diesen Ländern zu decken.

Die Entfaltung der Rüstungsindustrie

Der Aufbau der regulären Rüstungsindustrie erfolgt sowohl durch eine Erweiterung der Anzahl der Industriebetriebe, die systematisch Rüstungsaufträge ausführen, als auch durch einen Anstieg der Zahl der Arbeiter, die in der Rüstungsproduktion beschäftigt sind. Anfang 1933 existierten ca. 50 Industrieunternehmen, die der Kategorie der Rüstungsbetriebe zugerechnet werden könnten; gegenwärtig bestehen ungefähr 180 solcher Betriebe. Die Zahl der in der Rüstungsproduktion beschäftigten Arbeiter vergrößerte sich in dieser Periode um mehr als das 2,5fache

und beläuft sich auf ungefähr 220.000 Personen. Das größte Entwicklungstempo weist die Flugzeugindustrie auf. Anfang 1935 gab es in Deutschland 20 Flugzeugwerke. Die Produktionskapazität dieser Betriebe beträgt bei einer starken Massenproduktion ca. 500 Flugzeuge im Monat (einschließlich der Ausbildungsflugzeuge und der Verbindungsflugzeuge). Deutschland verfügt über 9 Flugzeugmotorenwerke mit einer Produktionskapazität von 450, maximal 500 Flugzeugmotoren im Monat. Es lässt sich ein gewisses Zurückbleiben des Motorenbaus gegenüber dem Flugzeugbau feststellen (in qualitativer und in quantitativer Hinsicht). 1934 betrug die durchschnittliche Monatsproduktion ca. 150 Flugzeuge. Es ist zu erwarten, dass 1935 die monatliche Flugzeugproduktion auf mindestens 200 Flugzeuge ansteigen wird. Die Gesamtzahl der Arbeiter in der Flugzeugproduktion beläuft sich auf mindestens 30.000.

Als Grundlage für die Produktion von gepanzerten Fahrzeugen dienen eine Reihe von Rüstungsgrößbetrieben (Krupp, Borsig, Rheinmetall) sowie von Auto- und Traktorenwerken. Über 15 Industriebetriebe sind in diesem oder jenem Maße in die Produktion von Panzern, Panzerwagen und geländegängigen Kraftwagen einbezogen. Bis 1933 beschränkte sich die Panzerproduktion vorwiegend auf die Herstellung von vereinzelter Versuchsmoellen. Die Serienproduktion setzte erst 1933 ein. Aus Gründen der gebotenen sorgfältigen Tarnung betrug 1934 die Panzerproduktion nicht mehr als 100–120 Stück im Monat. Wenn Deutschland erlaubt wird, Panzer legal zu bauen, so wird deren Produktion bedeutend ansteigen, weil die Produktionskapazitäten für Panzer bei weitem nicht ausgeschöpft sind. Unter den Großaufträgen des Wehramtes für die Automobilindustrie ist 1934 auf den Auftrag für 1500 dreiachsige Lastkraftwagen und für etwa 1000 Lastkraftwagen mit leichtem Kastenaufbau (für die motorisierten Einheiten) zu verweisen.

Für die Artillerieproduktion wurden zu den Werken von Krupp, Rheinmetall und Borsig 1934 noch weitere 3–4 Betriebe herangezogen. Die Gesamtzahl der Arbeiter, die in der Geschützproduktion beschäftigt ist, stieg in den letzten beiden Jahren um das 3fache und beläuft sich gegenwärtig auf ca. 15.000 Personen. 1934 wurden die Artilleriesysteme im Kaliber von 37 mm bis 220 mm hergestellt. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei den 75 und 88 mm Kanonen, den 105 mm Haubitzen und den großkalibrigen 155 und 220 mm Geschützen. 1934 betrug die durchschnittliche Monatsproduktion 100–120 Artilleriesysteme. Alle Kennziffern sprechen dafür, dass das Jahr 1935 eine weitere Produktionssteigerung bei Geschützen bringen wird.

Die übrigen Zweige der Rüstungsproduktion (Schützenwaffen, Munition usw.) erfuhren noch vor dem Machtantritt Hitlers eine erhebliche Entwicklung, trotzdem ist im Verlaufe von 1933 und 1934 sowohl die Inbetriebnahme von neuen Werken für die Produktion von Schützenwaffen als auch eine bedeutende Steigerung der Munitionsproduktion zu verzeichnen. Die militär-chemische Produktion unterliegt einer besonders sorgfältigen Geheimhaltung. Doch aus den wenigen zur Verfügung stehenden Informationen kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass Deutschland auf diesem Gebiet außerordentlich intensiv arbeitet.

Dank der intensiven Arbeit der Rüstungsindustrie ist von 1933 bis 1934 der verfügbare Vorrat an Waffen bedeutend angewachsen und beträgt annähernd folgenden Umfang:

Gewehre und Karabiner	ca. 1 Mio. Stück
Leichte Maschinengewehre	30–35.000 Stück
Schwere Maschinengewehre, Fliegerabwehr- und Flugzeugmaschinengewehre	15–17.000 Stück
Kleinkalibrige Geschütze	3.000 Stück
Leichte Feldgeschütze	ca. 4–4500 Stück
Schwere Feldgeschütze	700–800 Stück
Panzer	2000–2300 Stück
Gepanzerte Fahrzeuge	ca. 1000 Stück
Flugzeuge	2700–2800 Stück
Patronen	1 Mrd. Stück
Leichte Granaten	10 Mio. Stück
Schwere Granaten	2 Mio. Stück.

Diese Ausrüstung reicht aus, um 40 Divisionen aufzustellen, jedoch bleibt fast keine Reserve für weitere Aufstellungen übrig. Vor diesem Hintergrund ist im Falle eines Krieges im Jahr 1935 zu erwarten, dass Deutschland zu einer verdeckten, frühzeitigen Mobilmachung der Industrie greifen wird.

Organisatorische Maßnahmen

Von allen organisatorischen Maßnahmen für die rüstungswirtschaftliche Vorbereitung und Mobilmachung der Industrie verdienen eine besondere Aufmerksamkeit: erstens, die Reorganisation des zentralen Organs für die wirtschaftliche Mobilmachung im Bereich des Wehramtes zwecks Stärkung und Erweiterung seiner Funktionen und zweitens, der im November 1934 ergangene Beschluss der deutschen Regierung über den neuen organisatorischen Aufbau der deutschen Wirtschaft¹¹. Auf der Grundlage dieses Beschlusses wird im Rahmen dieses Organs, das alle Unternehmer und Wirtschaftsexperten erfasst, ein außerordentlich umfangreicher, flexibler und verzweigter Apparat für die Mobilmachung aller Zweige der Volkswirtschaft im Kriegsfall geschaffen.

Allgemeine Schlussfolgerung zur Kriegsbereitschaft Deutschlands hinsichtlich der materiellen Absicherung

Deutschland hat trotz der fieberhaften und allseitigen Vorbereitung der materiellen Ressourcen auf einen Krieg wegen der schweren wirtschaftlichen Lage und der verhältnismäßigen Kürze der Vorbereitungszeit (2 Jahre) seine materielle Bereitschaft noch nicht auf ein Niveau gebracht, um seine potenziellen Möglichkeiten völlig ausschöpfen zu können. Damit Deutschland in einen Krieg mit einem Grad der Bereitschaft eintreten könnte, der ungefähr der Bereitschaft der anderen Länder (Frankreich, England, Polen) entsprechen würde, benötigt es unter den Bedingungen einer legalen Aufrüstung mindestens noch 1 Jahr einer überaus intensiven materiellen und organisatorischen Vorbereitung.

¹¹ Vgl. „Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft“, 27.11.1934. In: Reichsgesetzblatt 1934, Teil I, S. 1194-1199.

4. Luftflotte

Laut Versailler Vertrag hatte Deutschland nicht das Recht, Luftstreitkräfte zu besitzen.

Der verstärkte Aufbau der Luftwaffe setzte 1933 mit der Machtergreifung der Faschisten ein. Die Faschisten schufen in 1,5 Jahren faktisch eine Luftflotte mit 600 Kampfflugzeugen.

Die Industrie erhielt 1933–34 Großaufträge. Allein vom Bomber „Junkers-52“ sind 600–750 Flugzeuge bestellt worden.

Von der Gesamtzahl der Kampfflugzeuge besteht die deutsche Luftwaffe heute und in Zukunft bis zu 60% aus Bombern.

Es sind Maßnahmen ergriffen worden, um über die zahlreichen Militärschulen und über die Sportfliegerei schnell eine bedeutende Anzahl von Personal auszubilden. Zurzeit werden ungefähr 2000 Mann des fliegenden Personals ausgebildet.

1933 ist das Luftfahrtministerium mit einem Stellenplan von 500–600 Mitarbeitern gegründet worden.

Ab 1934 ist eine „Luftdivision“ geschaffen worden, die in sich alle Bomber des Heeres und die Jagdflugzeuge vereinigt.

Geschaffen wurden die Dienststellungen eines „Chefs der Heeresluftwaffe“ und eines „Chefs der Marineflieger“. Dem ersten sind die gesamten Aufklärungsflieger des Heeres unterstellt, dem zweiten die gesamte Marineluftwaffe.

Es wurden 6 Luftbezirke geschaffen. Die Chefs der Luftbezirke stellen die Versorgung, die Reparatur und die Ausbildung der niederen Fachkräfte in ihrem Bezirk sicher. Insbesondere sind sie für die Anlage eines Flugplatznetzes verantwortlich.

Die Ausbildung des Personals

1934 haben ungefähr 2000 Mann des fliegenden Personals Militärschulen absolviert.

Die Technikerschule der Luftwaffe hat 1934 ungefähr 2500 Mann des technischen Personals ausgebildet.

Zu verschiedenen Weiterbildungslehrgängen sind im Winter 1934–35 ungefähr 1200 Mann aus dem Personalbestand der Luftwaffe abkommandiert worden.

Geschaffen worden ist die Inspektion der Reserven der Luftwaffe, die die Umschulung von ungefähr 20.000 Reservisten der Luftwaffe, davon ungefähr 2000 Piloten der Reserve, gewährleisten soll.

Flugplatzbau

Im Jahr 1934 sind 35 Fliegerhorstkommandanturen für erstklassige Militärflugplätze gebildet worden. Östlich der Linie von Berlin gibt es 13 Fliegerhorstkommandanturen der Bodentruppen; westlich von Berlin 12 Kommandanturen. An der Ostseeküste sind 7 Küstenkommandanturen und an der Nordsee lediglich 2 Küstenkommandanturen gebildet worden.

Zwecks einer besseren Tarnung begann Deutschland mit dem umfangreichen Bau von unterirdischen Hangars. Gegenwärtig gibt es 10 Flugplätze mit unterirdischen Hangars.

Industrie

Die Produktionskapazität der Flugzeugindustrie ist bis auf 450–500 Flugzeugen pro Monat ausgebaut worden. Im Sommer 1934 ist probeweise eine Teilmobilmachung der Flugzeugindustrie durchgeführt worden. Der faktische Produktionsausstoß erreichte 1934 mindestens 150 Flugzeuge im Monat.

Die Luftwaffe erhielt von der Industrie ungefähr 750 schwere Bomber vom Typ „Junkers-52“ mit jeweils 3 „Hornet“-Motoren zu je 520 PS.

Die größten Flugzeugwerke arbeiteten 1934 in zwei bis drei Schichten.

Der Flugzeugbestand im Land

Im Dienst und in Militärschulen	ca. 820 Flugzeuge
In Reserve (in Hallen und Werken)	ca. 1200 Flugzeuge
Im Linienflug und bei der Luftpolizei	ca. 340 Flugzeuge
In zivilen Schulen und Klubs	ca. 440 Flugzeuge
Insgesamt im Land	ca. 2800 Flugzeuge

Aufstellung für die Kriegszeit

Für die Kriegszeit kann Deutschland eine Luftwaffe in einer Stärke aufstellen von:

720 Bombern
 240 Jagdflugzeugen
 400 Aufklärungsflugzeugen
 120 Luftlandetransporter
 Insgesamt: 1480 Kampfflugzeugen.¹²

Personalbestand

Piloten in der Luftwaffe	1200
Piloten im Linienverkehr	800
Sportflieger	600
Piloten der Reserve nach Umschulung	1000
Ausgebildete Navigationsoffiziere	100
Beobachtungsflieger im Dienst	600
Beobachtungsflieger in Reserve	2000
Führungspersonal insgesamt	6300 Personen

Schlussfolgerungen. Die im Aufbau befindliche Luftflotte ist für die ersten Einsatzmonate ausreichend mit Piloten versorgt.

Ein großer Mangel herrscht an Fachkräften für die Spezialdienste (Navigationsoffiziere, Offiziere für Bewaffnung, Funker, Bordschützen).

Die Verstärkung aus den Reihen der Sportfliegerei wird als unbefriedigend erachtet.

¹² Vgl. auch den an Tuchačevskij gerichteten Bericht Berzins vom 8.2.1935 über den Aufbau der deutschen Luftflotte. In: RGVA, f. 33989, op. 2, d. 241, l. 157–155.

Bewertung der deutschen Luftflotte

Die deutsche Luftwaffe besteht hauptsächlich aus der Bomberflotte. Die deutsche Luftwaffe ist qualitativ und quantitativ am besten mit Bombenflugzeugen ausgerüstet, obgleich die vorhandenen 700 Flugzeuge vom Typ „Junkers-52“ bei weitem nicht den militärischen Anforderungen entsprechen (schlechtes Schussfeld).

Die Jagdflugzeuge sind sowohl qualitativ als auch quantitativ schwach.

Die deutsche Luftwaffe besitzt noch keine größeren Verbände, die geschlossen handeln könnten. Die Bomberflotte stellte im Winter nur Ketten zusammen, und die Jagdfliegerflotte nur Schwärme.

Die Luftwaffe verspürt noch zahlreiche Mängel infolge des Defizits an Fachkräften für die Spezialdienste. Unzulänglichkeiten bei dem Einbau und der Nutzung der Bewaffnung (der Maschinengewehre, der Bombenabwurfgeräte) gehören immer noch zum Alltag.

Das Fehlen moderner Motoren schlägt sich in der Qualität der Kampfflugzeuge nieder. Der Motorenbau ist die Schwachstelle der deutschen Luftwaffe.

Das Personal ist in der Masse infolge der großen Eile bei der Ausbildung unzureichend geschult. Schlechter als die anderen Spezialisten sind die Navigationsoffiziere ausgebildet.

Die bestehende Luftdivision, die in sich die gesamte Bomber- und Jagdfliegerflotte vereinigt, ist, wie es ein Vertreter der Luftwaffe bildlich formulierte, bis jetzt nur ein „Modell“.

STELLV[ERTRETER] DES CHEFS DER 1. ABTEILUNG DER AUFKLÄRUNGS-
VERWALTUNG DER RKKA

Rjabinin

KOMMISSARISCHER CHEF DER UNTERABTEILUNG DER 1. ABTEILUNG
DER RU DER RKKA

Uzdanskij

*RGVA, f. 33989, op. 2, d. 242, l. 179–156. Original.*¹³

¹³ Ausgelassen sind die dem Bericht beigelegten Anhänge (Tabellen und Schemata): der Flugzeugbestand der Luftflotte (l. 155–154), der Bestand an Menschenressourcen Anfang 1935 (l. 153–152), der Bestand und die zahlenmäßige Stärke der faschistischen und paramilitärischen Organisationen zum 1.1.1935 (l. 151), Organisationsschema der Reichswehrführung (l. 150), Dislozierung der Stäbe der allgemeinen Heeresverbände der Reichswehr zum 10.2.1935 (l. 149), Dislozierung der deutschen Luftwaffe zum 1.2.1935 (l. 148), Organisation des Grenzschutzes (l. 147–146), Standorte der Rüstungsindustrie (l. 145).

Nr. 69

**Bericht eines Vertrauensmannes an die Geschäftsführung des
Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft**6.3.1935¹

Vertraulich!

1) Der Leiter der Berliner Sowjethandelsvertretung Kandelaki befindet sich noch in Moskau. Der Zeitpunkt seiner Rückkehr nach Berlin ist unbestimmt. Es ist möglich, dass Kandelaki in einigen Tagen nach Berlin zurückkehrt, um nach kurzer Zeit wieder nach der Sowjethauptstadt zu gehen. In diesem Falle würde sein kurzer Berliner Aufenthalt mit der Notwendigkeit begründet werden, laufende Geschäfte zu erledigen. Jedenfalls wird in russischen Kreisen in Berlin bestritten, dass Kandelaki eine „fertige Entscheidung“ aus Moskau mitbringen wird. Das Wort habe vielmehr die deutsche Seite, die durch einen Abbau der „in letzter Zeit deutscherseits angehäuften Schwierigkeiten“ allein die verfahrenere Situation retten könnte.

Die Stimmung in russischen Kreisen ist nach wie vor stark gereizt. Man weist darauf hin, dass die jetzt deutscherseits zur Begründung der neuen Markregelungen angezogene Entwicklung des deutsch-russischen Warenaustausches im Jahre 1934 in ihren Hauptlinien bereits im ersten Halbjahr 1934 deutlich festzustellen gewesen sei. Infolgedessen wirke die „einseitige“ Einführung der neuen Markregelung „wenige Tage vor den geplanten Zustandekommen des Lieferabkommens“ als eine bewusste und beabsichtigte Unfreundlichkeit der deutschen Regierung gegenüber der Sowjet-Union. Diese „Unfreundlichkeit“ bringt man russischerseits wieder in Verbindung mit der angeblichen Verschärfung des sowjetfeindlichen Kurses der deutschen Außenpolitik, die in letzter Zeit angeblich zu verzeichnen sei.

Als wichtigste Gegenmaßnahme russischerseits gegen die neue deutsche Markregelung beginnt sich folgendes abzuzeichnen: die Berliner Sowjethandelsvertretung und die anderen russischen Verkaufsorganisationen leiten einen regelrechten „Verkaufsstreik“ ein. Die Russen wollen von jetzt ab ihre Waren nach Deutschland nur noch dann liefern, wenn der deutsche Abnehmer „freie Mark“ als Kaufpreis bezahlen kann. An einer Lieferung im Rahmen der neuen Markregelung, d. h. gegen Reichsmark, die durch Einzahlung auf ein Banksonderkonto zu Sperrmark werden, habe die Sowjetregierung kein Interesse. Dieser „Verkaufsstreik“ dürfte zunächst vor allem bei russischen Rauchwaren einsetzen, da auf diesem Warengbiet durch die bekannten russischen Minderzufuhren der ganzen letzten Zeit die deutschen Abnehmerkreise den Russen als besonders „störungsempfindlich“ erscheinen. Zweifelsohne wird indessen der „Verkaufsstreik“ auch bei allen anderen wichtigen russischen Exportwaren im Handel mit Deutschland zur Anwendung gelangen. In denjenigen Fällen, wo die Russen bei ihren Lieferungen nach Deutschland an feste Lieferverträge gebunden sind, werden sie wohl als Gegenmaßnahme Bezahlung in Devisen statt in Reichsmark verlangen.

Was die Russen erstreben, ist ganz offenbar eine Deroutierung des deutschen Marktes auf denjenigen Warengieten, auf denen der Bezug bisher vornehmlich

¹ Die Geschäftsführung des Russland-Ausschusses sandte das Dokument am gleichen Tage an Bräutigam. Vgl. PA AA, R 94658, o. P.

aus russischer Quelle erfolgte. Die ungünstige Gestaltung der deutschen Handelsbilanz und die daraus sich ergebenden deutschen Devisenschwierigkeiten werden nach russischer Berechnung Deutschland über kurz oder lang dazu zwingen, seine Maßnahmen auf dem Gebiete der Sowjetausfuhr nach Deutschland wesentlich abzubauen. Man gewinnt durchaus den Eindruck, dass die Russen es bei diesem Konflikt hart auf hart ankommen lassen wollen.

2) Die Russen glauben ihre Situation bei diesen Auseinandersetzungen mit Deutschland als besonders günstig hinstellen zu können, und zwar im Hinblick auf die erfolgreiche Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und England. Das Verkehrsamt der Stadt Glasgow (Schottland) hat mit der russischen Handelsvertriebsgesellschaft in England Russian Oil Products Ltd. einen Liefervertrag abgeschlossen. Die Gesellschaft liefert dem Verkehrsamt (Glasgow Corporation Transport Departement) 3 Mill. Gallonen Petroleum und einige andere Erdölprodukte. Um diesen Liefervertrag ist scharf gekämpft worden. Die britischen Erdölfirmer bemühten sich um das Geschäft, mussten aber den Russen weichen, weil die Russen ihre Lieferpreise unterboten. Der russische Preis stellt sich auf 11 Pfund 7 sh² 6 Pence pro Gallone, während die englischen Erdölfirmer 11 Pf. 10 sh verlangten. Dieser Abschluss soll überdies den Übergang der russischen Erdölvertriebsgesellschaft in England ausschließlich zum Großhandelsgeschäft nach dem Muster der Regelung in Deutschland einleiten.

Auch das englisch-russische Holzgeschäft soll sehr bald endgültig, trotz des kanadischen Einspruchs, unter Dach gebracht werden. Die Gesamthöhe des Abschlusses – 400.000 Standards – soll jetzt unbestritten sein.

Über die englisch-russischen Kreditverhandlungen verlautet nicht Positives. Man will offenbar das Ergebnis der Reise Sir John Simons nach Berlin, Warschau und Moskau abwarten. Von dieser Reise erwartet man, wie bereits berichtet, auch in wirtschaftlicher Beziehung günstige Ergebnisse für das englisch-russische Verhältnis.

3) Trotz der gespannten Lage haben die Russen ihre Sondierungen bei deutschen Firmen für den Fall des Abschlusses des deutsch-russischen Lieferabkommens auch in letzter Zeit fortgesetzt. Bei diesen Sondierungen und Vorverhandlungen versuchen die Russen bereits jetzt, einen starken Preisdruck auf die deutschen Firmen auszuüben. Es wird den Firmen russischerseits dabei sogar in Aussicht gestellt, dass bei Preisreduktionen das russische Bestellorgan Barzahlungen bis zu 20% des Lieferpreises leisten werde. Allerdings müssten die Preisreduktionen mindestens 15–25% betragen. Es wird russischerseits dabei immer wieder auf die „erheblich niedrigeren“ Preise in den deutschen Konkurrenzländern hingewiesen.

4) Der Amerikanische Botschafter in Moskau Bullitt wird in nächster Zeit nach der Sowjethauptstadt zurückkehren. Wie verlautet soll Bullitt amtsmüde sein. Sein Rücktritt soll die Frage von einigen Monaten sein. Wenn er nicht jetzt erfolgt, so ist

² Ein Pfund Sterling war in 20 Shilling (sh oder s) und jeder Shilling in 12 Pence (d) unterteilt.

dies auf eine direkte Intervention des Präsidenten Roosevelt zurückzuführen, der seine Schlappe in der Russlandpolitik durch einen demonstrativen Rücktritt des USA-Botschafters in Moskau nicht noch deutlicher machen möchte. Bullitt selbst soll, nach den Worten einer ihm sehr nahestehenden amerikanischen Persönlichkeit, „die Nase voll“ von Russland haben und von seinem früheren Optimismus nichts übrig behalten haben.

PA AA, R 94658, o. P., 3 Bl.

Nr. 70

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Geheim
Expl. Nr. 2
7. März 1935

Nr. 80/1

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER DER UdSSR
IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

Ihre Mitteilung vom 7. über die Versuche Meyers, unmittelbar mit Ihnen eine neue Grundlage für ein Abkommen zu erörtern, hat mich sehr interessiert. Ich meine, dass Sie den Gesprächen zu diesem Thema nicht ausweichen, sondern eher im Gegenteil sich darum bemühen sollten, direkt von den Deutschen ihre Absichten hinsichtlich der bevorstehenden Gespräche mit Simon¹ in Erfahrung zu bringen. Sie wissen bereits, dass sowohl die Engländer als auch die Franzosen bereit sind, mit Deutschland die Ersetzung des Ostpaktes durch andere Abkommen zu erörtern. Wir wissen zuverlässig, dass die Engländer vor der Reise Simons nach Paris² folgendes Abkommensschema ausgearbeitet haben. Als Grundlage für das Abkommen sollen bilaterale Nichtangriffsverträge geschlossen werden, wobei **zu**³ den bereits bestehenden ein deutsch-litauischer hinzugefügt wird (im Ausland existiert eine fehlerhafte Vorstellung dahingehend, dass es angeblich einen Nichtangriffsvertrag zwischen der UdSSR und Deutschland gibt). Frankreich garantiert den sowjetisch-deutschen, den sowjetisch-litauischen und den deutsch-litauischen Pakt; die UdSSR garantiert den deutsch-litauischen Pakt, West-Locarno und den deutsch-polnischen Pakt (unter der Voraussetzung, dass Deutschland und Polen damit einverstanden sind), während Deutschland einen sowjetisch-polnischen und einen

¹ Vgl. Dok. 59, Anm. 2.

² Vgl. Dok. 59, Anm. 1.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

sowjetisch-litauischen Pakt garantiert. Falls Frankreich darauf bestehen sollte, in dieses Schema auch die Tschechoslowakei aufzunehmen, was Simon als problematisch betrachtet, so würde man in Berlin dennoch solch einen Versuch unternehmen. Er hält den Abschluss eines Paktes zwischen Deutschland, Lettland und Estland bei Garantie durch Frankreich und die Sowjetunion für noch schwieriger, doch wäre Simon bereit, auch diesen Versuch zu machen. Er ist jedoch entschieden dagegen, Deutschland die sowjetische Aggressions-Definition zu empfehlen. Dieses Schema ist dem Quai d'Orsay⁴ übermittelt worden, das jedoch sein eigenes Schema eines multilateralen Paktes über Nichtangriff und Konsultation ausgearbeitet hat, wobei den einzelnen Teilnehmern die Möglichkeit freigestellt wird, zusätzliche Beistandsabkommen abzuschließen.⁵ Uns ist unklar und unbekannt, in welchem Maße ähnliche Projekte die Unterstützung oder Befürwortung Deutschlands finden, und ich möchte Sie sehr bitten, dies wenigstens in den Gesprächen mit François-Poncet und Phipps vorsichtig in Erfahrung zu bringen, ohne jedoch den Eindruck zu erwecken, dass wir zur Erörterung dieser Entwürfe bereit sind.

Man teilt uns ebenfalls mit, dass sich François-Poncet gegenüber Hitler verpflichtet hätte, auf den Quai d'Orsay in dem Sinne einzuwirken, den Ostpakt in einige bilaterale Nichtangriffs- und Konsultationspakete umzuwandeln.

Mir scheint, dass Sie den Aufenthalt Twardowskis in Berlin dazu nutzen könnten, um die Haltung Hitlers, soweit sie ihm bekannt ist, in Erfahrung zu bringen. Ich wiederhole, man sollte den Gesprächen mit den Deutschen nicht aus dem Wege gehen. Insbesondere wäre es nützlich, die Gespräche mit der Reichswehr sogar etwas demonstrativ zu führen. Hitler will Simon den Eindruck seiner absoluten Unversöhnlichkeit gegenüber der UdSSR vermitteln. Für uns ist es von Vorteil, diesem Manöver entgegenzuwirken. Dies ist für uns auch nötig, um auf Laval einzuwirken.

Aus Kowno wird uns mitgeteilt, dass Neurath unlängst mit dem litauischen Gesandten⁶ in einem sehr versöhnlichen Geiste gesprochen und den Wunsch zum Ausdruck gebracht habe, Lozoraitis möge bei seiner Rückkehr aus dem Urlaub in Berlin Station machen. Damit wird offenbar das Ziel verfolgt, Simon überdies zu zeigen, dass auch Litauen keine Gefahr durch Deutschland drohe.

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit rotem Farbstift: NN.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1123 vom 7.3.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 35–36. Kopie.

⁴ Gemeint ist das Außenministerium Frankreichs, das sich in dieser Straße befindet.

⁵ Vgl. das Telegramm Potemkins an das NKID vom 28.2.1935. In: DVP, Bd. XVIII, Anm. 53, S. 622.

⁶ Jurgis Šaulys.

Nr. 71
Schreiben des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an
den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

Berlin, den 8. März 1935

P 1701¹

Lieber Graf Schulenburg,

Herr von Twardowski hat hier auf gewisse Unzulänglichkeiten der von der deutschen Presse geführten Antisowjet-Kampagne hingewiesen und Anregungen zu deren wirksamerer Gestaltung gegeben. Ich beabsichtige, in Übereinstimmung mit Abteilung IV an Staatssekretär Funk (Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda) das im Entwurf anliegende Schreiben zu richten, lege aber Wert darauf, mich vorher Ihrer Zustimmung zu versichern. Sollten Sie mit dem Inhalt des Schreibens einverstanden sein, so bitte ich, mich durch ein *kurzes Telegramm zu verständigen*². Andernfalls wäre ich für möglichst umgehende Abänderungsvorschläge dankbar.

Mit besten Grüßen und
Heil Hitler!

Stets Ihr Aschmann

Anlage zu 1701³

Entwurf

An Herrn Staatssekretär Funk, Promi⁴.

Von der Deutschen Botschaft in Moskau ist darauf hingewiesen worden, dass die deutsche Presse ihrer Antisowjet-Kampagne oft Nachrichten zugrunde legt, deren Unrichtigkeit leicht nachzuweisen sei. Als Beispiel wird die in der deutschen Presse regelmäßig wiederkehrende Behauptung einer in Sowjetrußland herrschenden allgemeinen Hungersnot angeführt. Diese bestehe zurzeit nicht und sei in der deutschen Presse mit Bildern belegt worden, die im Jahre 1921 hergestellt seien.⁵ Durch derartige Veröffentlichungen werde zunächst der bisherige Ruf der deutschen Presse, über Sowjetrußland besser unterrichtet zu sein als die Zeitungen anderer Länder, ernstlich gefährdet. Sodann werde es dadurch aber der sowjetrussischen Presse allzu leicht gemacht, die Angriffe der deutschen Presse zu widerlegen und als tendenziös in Verruf zu bringen.

¹ Der Buchstabe und die Zahl sind handschriftlich eingefügt.

² Der Text ist unterstrichen und daneben am Rand vermerkt: Eilt!

³ Die Zahl ist handschriftlich eingefügt.

⁴ Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda.

⁵ Schulenburg telegraphierte am 11.3.1935, dass er mit dem Brief einverstanden sei, schlug aber für dieses Satzende folgende Verbesserung vor: „mit Bildern belegt worden, die im Jahre 1933, in Einzelfällen sogar schon 1921, hergestellt worden seien.“ Vgl. PA AA, Moskau 212, Bl. 429048.

Die oft an der Oberfläche bleibende Art der Behandlung russischer Dinge kann nur abträgliche Auswirkungen auf das deutsch-russische Verhältnis haben, ohne andererseits den entsprechenden und beabsichtigten Nutzen zu bringen.

Es würde sich nach Ansicht der Deutschen Botschaft empfehlen, dass die deutsche Presse, falls sie die Zustände in Sowjetrußland zu kritisieren wünscht, sich auf Tatsachen stützt, die von der sowjetrussischen Presse selbst zugegeben werden, wie Missstände der industriellen Organisation, Fehlinvestitionen, Aufrüstung, Mängel des Verkehrswesens, Missverhältnis zwischen industrieller Produktion und Bedarf (jeder Sowjetbürger kann sich nur alle zwei Jahre ein Paar Schuhe, alle drei Jahre ein Paar Strümpfe kaufen), Steigerung der Lebensmittelpreise (Brot zwanzig mal so teuer als vor dem Kriege), niedrige Löhne (obgleich Besserstellung des Arbeit[er]s als Programm verkündet wird), Missstimmung der bäuerlichen Bevölkerung über die Kollektivierung, Missstände auf sozialem Gebiet usw.

Das Material für derartige Themen kann jederzeit durch sorgsames Lesen der sowjetrussischen Presse gewonnen werden.

Der Auffassung der Deutschen Botschaft in Moskau wird diesseits beigetreten und gebeten, die nachgeordneten Pressestellen und propagandistischen Instanzen mit entsprechender Weisung zu versehen.

Im Auftrag
gez. Aschmann

Eigenhändige Unterschrift. Oben handschriftlich: A 574, auf Entwurf: zu A. 574. Auf erstem Blatt oben Stempel: Eingegangen Moskau 10.3.1935, 1 Anl[age]. Unten: 1. AA B[er]l[i]n 11.3.35 Telegr[amm] P.K. [?] für Aschmann [...] Brief vom 8.3. P 1707 Einverstanden (durchgestrichen und Cessat), 2. H. v. Tw[ardowski] mit dessen Paraphe, 3. zdA und Paraphe Sch[ulenburg] 11/3.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429045-429047.

Nr. 72

Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 9. März 1935

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV

Nr. 96/s¹

Gespräche zur außenpolitischen Lage Deutschlands

1.III. Twardowski stattete mir einen Besuch ab. Er wies darauf hin, dass es noch niemals zuvor in deutschen Kreisen solch ein unversöhnliches Verhalten gegenüber

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

der UdSSR wie jetzt gegeben habe. In solch einer Situation bleibe den Freunden einer sowjetisch-deutschen Annäherung nichts anderes übrig, als abzuwarten und keinerlei Aktivität zu zeigen. Das einzige Gebiet, auf dem es jetzt vielleicht eine gewisse Bewegung nach vorn gebe, sei das Gebiet der Wirtschaft, leider sei es aber auch hier um die Sache nicht besonders gut bestellt, wie der Verhandlungsverlauf zeige.

4.III. Während des Frühstücks bei Gen. Suric kam Twardowski *sowohl für mich als auch für Gen. Suric unerwartet auf das Thema des *Ostpaktes*² zu sprechen. Er erklärte, dass sowohl er selbst als auch viele andere im Ausamt die Sache stets dahingehend interpretiert hätten, dass die Sowjetunion mit ihrer Forderung nach gegenseitigem Beistand im Ostpakt lediglich reale Garantien zu erhalten wünsche. Im Zusammenhang damit möchte er gern uns folgende Frage stellen. Falls Deutschland der UdSSR irgendeine andere, durchaus reale Garantie vorschlagen würde, ihm falle es gegenwärtig schwer zu sagen, welche das genau sein könnte, wäre dann die Sowjetunion dazu bereit, auf das Prinzip des gegenseitigen Beistands im Ostpakt zu verzichten, der aufgrund seiner Kompliziertheit und Verworrenheit und der Vielzahl der Teilnehmer für Deutschland unannehmbar sei? Gen. Suric und ich wiesen Twardowski darauf hin, dass sich noch niemand in der Welt eine andere Garantieförm ausgesdacht habe, die wirksamer als der gegenseitige Beistand wäre. Es genüge darauf zu verweisen, dass selbst Deutschland im Prinzip diese Garantieförm in Bezug auf die Luftkonvention akzeptiert habe.³ Nach unseren Bemerkungen kam Twardowski auf dieses Thema nicht mehr zurück.

Der Umstand verdient jedoch erwähnt zu werden, dass am nächsten Tag Meyer gegenüber Suric exakt die Frage Twardowskis wiederholte und bat, ihn in den nächsten Tagen zu empfangen, um dieses Gespräch fortzusetzen*⁴.

[...] ⁵

S. Bessonov

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 863 vom 13.3.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, die 2. bis 5. [Exemplare] an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 104, d. 3, l. 227–228. Original.

² Das Wort ist mit Bleistift unterstrichen.

³ Vgl. Dok. 60, Anm. 4.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁵ Ausgelassen sind die Unterredung mit dem Botschaftsrat Frankreichs Arnal am 5.3. (l. 227R–228) und das Gespräch mit Aschmann am 6.3. (l. 228).

Nr. 73

**Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem Mitarbeiter des Referats Osteuropa
in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Berlin, den 9. März 1935

TAGEBUCH
des Gen. GIRŠFEL'D

Nr. 110/s¹

[...]²

6. März. Tippelskirch bat mich ins Ministerium zu kommen, um mit ihm zu sprechen. Tippelskirch sagte, dass er keine besonderen Angelegenheiten hätte, er wolle einfach sprechen. Zum Fall Pal'čik sagte mir T[ippelskirch], dass dessen Mutter ihn [bei der Ausreise]³ begleiten werde. Im Fall Orlovskij habe er gar keine Informationen und frage mich, ob ich irgendeine Denunziation oder etwas in der Art vermute. Ich antwortete, dass ich alles, was ich über diesen Fall weiß, Hey bereits bei meinem ersten Besuch mitgeteilt habe und dem nichts weiter hinzufügen könne.⁴ Ich drücke nur meine Verwunderung darüber aus, dass nach unserer Demarche beim Ministerium⁵ die Frau Orlovskijs einer Befragung, zumal einer absolut unsinnigen, unterzogen worden sei. Die Orlovskaja habe mit mir per Telefon über diese Befragung gesprochen. Man habe sie gefragt, weshalb sie nach Deutschland gekommen seien, woher sie das Geld für die Heilbehandlung nähmen, woher sie sowjetische Zeitungen und Zeitschriften bezögen, ob sie Šnitman kenne und ob sie Bekannte oder Verwandte in Deutschland hätten usw. Ihre lange Abwesenheit aus dem Zimmer des Mannes (die Befragung dauerte ungefähr 1 Stunde) hätte den Kranken sehr erregt. Die Orlovskaja habe gebeten, es so einzurichten, dass ihr Mann in Ruhe sterben könne. Wenn man sich früher habe darauf berufen können, dass die örtlichen Behörden nicht informiert gewesen wären, so entfalle nach unserer Demarche jetzt dieses Argument und wir forderten, dass man Orlovskij und seine Frau nicht mehr belästige.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Ausgelassen sind folgende Aufzeichnungen: über das Telefongespräch mit von Tappelskirch am 26.2. (l. 47); über das Gespräch mit dem Pressechef der Botschaft der Tschechoslowakei Hofmann (l. 47); über das Telefongespräch mit von Tappelskirch am 27.2. (l. 47–48); über den Besuch beim sowjetischen Staatsbürger Grossman im Gefängnis am 1.3. (l. 48–50); über die Gespräche auf dem Tee-Empfang in der Botschaft Japans am 4.3. (l. 50); über das Telefongespräch mit dem Generalkonsul der UdSSR in Hamburg Krumin am 4.3. (l. 50); über das Gespräch mit Emme am 5.3. (l. 50).

³ Vgl. Dok. 28.

⁴ Giršfel'd sprach am 25.2.1935 mit Hey über den Zwischenfall mit Orlovskij. Am 24.2.1935 hatte die Gestapo das Zimmer des Sanatoriums in St. Blasien durchsucht, das der schwerkranke Generalstaatsanwalt der RKKA Orlovskij und seine Ehefrau bereits seit längerer Zeit bezogen hatten. Dabei wurde die Ehefrau einer Leibesvisitation unterzogen. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 30R–31.

⁵ Am 28.2.1935 richtete die Bevollmächtigte Vertretung der UdSSR in Deutschland eine Protestnote an das AA. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 62, l. 93–94.

Sodann beklagte sich Tippelskirch darüber, dass wir in unserer Presse verschiedene Zwischenfälle mit sowjetischen Staatsbürgern und sowjetischen Einrichtungen beleuchten, obwohl die Deutschen über [genügend] Material für eine Veröffentlichung ähnlicher Dinge in ihrer Presse verfügten, dieses aber nicht verwenden würden. Im Zuge der Veröffentlichung derartiger Informationen gelange die sowjetische Presse zu der Schlussfolgerung, dass Deutschland bemüht sei, vor der Weltöffentlichkeit seine feindliche Haltung gegenüber der UdSSR zu demonstrieren. Ich antwortete ihm, dass das Schicksal von sowjetischen Staatsbürgern und sowjetischen Einrichtungen selbstverständlich auf das Interesse unserer öffentlichen Meinung, die die Presse in unserem Land widerspiegelt, stoße. Was die Schlussfolgerungen betreffe, die die sowjetischen Presseorgane bezüglich der Demonstration der feindlichen Haltung der deutschen Seite gegenüber der Sowjetunion zögen, so würden diese Schlussfolgerungen offenbar nicht nur und nicht so sehr anhand der in Deutschland vorgekommenen schweren Vorfälle gegen sowjetische Bürger oder der Schikanen⁶ gegenüber sowjetischen Einrichtungen gezogen, als vielmehr auf der Grundlage der breit entfalteten antisowjetischen hartnäckigen und beharrlichen Kampagne der deutsche Presse, der Herausgabe von antisowjetischen Büchern, von Sendungen im Rundfunk usw. vorgenommen. Die zentrale und Provinzpresse sei in ihrer Berichterstattung zu allen Gebieten des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der UdSSR voll von antisowjetischen Ausfällen. Könne sich denn Tippelskirch nach allen diesen Dingen darüber wundern, dass die sowjetischen Presseorgane diese Schlussfolgerung zögen? Tippelskirch sagte, dass auch die sowjetische Presse die deutschen Ereignisse nicht sonderlich positiv einschätze und allerlei Ausfälle usw. enthalte. Ich antwortete ihm, dass die sowjetische Presse das Faktenmaterial verwende, das die deutsche Presse sowie die Welpresse lieferten. T. sagte schließlich, dass er nicht in Abrede stellen wolle, dass es in Deutschland starke antisowjetisch gesinnte Strömungen gebe (als Antwort auf die von mir angeführten Beispiele der Überprüfung der Dokumente von Bessonov, Bucharcev, von Borisov und Sitkovskij allein deswegen, weil erstere russisch sprachen und die zweiten die Vorlesung von Niedermayer über die Sowjetunion⁷ besuchten, dazu gehöre auch die Beschlagnahme des Buches „Čeljuskin“⁸, das Verhalten der Behörden gegenüber Orlovskij, die Verhaftung von Švecov in Hamburg usw. usf.), und sich die Sache nicht darauf beschränke. Auf meine Frage, was er damit meine, sagte T., dass sich diese Stimmungen verstärkten, die Gereiztheit wegen der Ausfälle der Moskauer Presse und des Rundfunks zunähme, und deshalb habe er auch gesagt, dass sich die Sache nicht darauf beschränke, wobei er die stetige Zunahme der Grobheit **und der Aktivität**⁹ der inneren Behörden meine. Darauf antwortete ich ihm, dass ich während meines dreijährigen Aufenthaltes in Deutschland wiederholt mit deutschen Behörden wegen der verschiedensten Vorfälle der sogenannten Aktivität von deutschen Behörden zu tun gehabt hätte. Ich erinnerte mich an keinen einzigen Fall, wo diese sogenannte Aktivität begründet gewesen wäre und wenn man jetzt, folge man den Worten von Tippelskirch, die Schlussfolgerung

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁷ Vgl. Dok. 67.

⁸ Gemeint ist die von der Gestapo am 15.2.1935 in Berlin durchgeführte Haussuchung in den Räumen der Gesellschaft „Kniga“. Vgl. Dok. 39.

⁹ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

ziehen könne, dass die Handlungen der Innenbehörden von irgendwelchen allgemeinpolitischen Tendenzen gegenüber der Sowjetunion ausgingen, die man als antisowjetisch ***in***¹⁰ absolut reinsten Form bezeichnen könne, so trage die ganze Verantwortung für die Ergebnisse dieser Art von Handlungen, die man als verantwortungslos bezeichnen könne, ganz und gar die deutsche Seite.

Sodann zog Tippelskirch einen Zettel hervor und sagte, dass er nunmehr gegen mich persönlich eine Beschwerde habe. Ich hätte das Auswärtige Amt verständigt, dass eine Vorführung des Films „Junost' Maksima“¹¹ für sowjetische Bürger stattfinde, indes habe die Polizei bei der Kontrolle der Dokumente am Ausgang 15 deutsche Bürger festgestellt, die der Vorführung beigewohnt hätten. Ich antwortete Tippelskirch, dass ich diese Beanstandung zurückweise, da nicht die Rede von irgendwelchen 15 deutschen Bürgern sein könne, die an der Vorführung teilgenommen hätten, es könne sich nur um das Klubpersonal und um einen Konsulatsmitarbeiter handeln, die für die Kontrolle der Dokumente eingesetzt worden seien. Die Kontrolle sei sehr streng durchgeführt worden. Möglicherweise wolle die Polizei ihre durch nichts begründete Kontrolle der Dokumente rechtfertigen und habe deshalb das Auswärtige Amt nicht ganz exakt informiert. Im Übrigen gehe mich dieser Umstand nichts an und ich bestätige lediglich, dass bei der Vorführung zwei bis drei deutsche Bürger gewesen seien, die Kraft ihrer dienstlichen Obliegenheiten die technische Bedienung und Kontrolle ausführten. Dann kam T. auf den Fall Fuchs¹² zu sprechen. „Ich habe mit Ihnen“, sagte Tippelskirch, „in dieser Angelegenheit wiederholt gesprochen. Ebenso hat auch die Deutsche Botschaft in Moskau in der Fuchs-Sache mit dem Narkomindel gesprochen. Damit werden die Aufmerksamkeit und das Interesse der deutschen Organe an dem Schicksal von Fuchs unterstrichen. Er ist in letzter Zeit krank, man hat ihn ins Gefängnis Krankenhaus gebracht und alles war im Großen und Ganzen ***in***“¹³ Ordnung. Die Deutsche Botschaft bat, Fuchs künftig an einem Ort in Haft zu halten, wo es ein Deutsches Konsulat gibt oder wenigstens eins in der Nähe ist. Indessen ist Fuchs vor einiger Zeit aus Leningrad verlegt worden. Wohin, ist unbekannt.“ Als T. mir das erzählte, bemerkte er, dass er sehr wohl wisse, dass ich mit diesem Fall nichts zu tun habe, er mir es jedoch deshalb erzähle, um sich das Herz auszuschnitten. Ich habe auf diesen Gefühlsausbruch überhaupt nicht reagiert.

[...] ¹⁴

Giršfel'd

Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1199 vom 13.3.1935.

¹⁰ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹¹ Junost' Maksima (Maxims Jugend, Lenfil'm, 1934), Regie: Grigorij M. Kozincev und Leonid Z. Trauberg; Uraufführung: 27.1.1935.

¹² Vgl. Dok. 12, Anm. 3.

¹³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁴ Ausgelassen sind folgende Aufzeichnungen: das Gespräch mit der französischen Journalistin Tabouis am 8. 3. (l. 54); das Gespräch mit dem Korrespondenten des „Daily Herold“ King am 8. 3. (l. 50); das Telefongespräch mit dem Sekretär des Generalkonsulats der UdSSR in Königsberg Zalman am 9. 3. (l. 55).

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
 Geschr. 6 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 an Gen. Krestinskij, 1 zu den Akten.
 9.III.34¹⁵.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 49, l. 47–55. Kopie.

Nr. 74

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 1

9. März 1935

Nr. 98s¹

An

Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Auf Ihre Nr. 1138 vom 4. III.

Beim Lesen Ihres Schreibens² gewann ich den Eindruck, dass Sie mein *Schreiben über die Wirtschaftsverhandlungen mit den Deutschen*³, welches ich über Gen. Kandelaki an Sie geschickt habe⁴, nicht ganz richtig **interpretieren**⁵. Wenn Sie mein Schreiben noch einmal lesen, so werden Sie feststellen, dass ich ganz und gar nicht vorgeschlagen habe, die Kompromissformel von Bräutigam-Schacht anzunehmen. Ich meinte im Gegenteil, dass wir auf jenen Positionen beharren müssten, die Gen. Kandelaki auf der Grundlage der bekannten Moskauer Direktive Schacht dargelegt habe.⁶ Nur in dem Fall, ergänzte ich zum Ende des Schreibens, wenn es aus Erwägungen der großen Politik als erforderlich angesehen werde, irgendeinen Kompromiss mit den Deutschen einzugehen, könne und müsse man den Vorschlag von Bräutigam-Schacht als Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen nehmen. Dieser Vorschlag ist, wie Sie völlig richtig feststellen, in seinen konkreten Zahlen (50 Mio. des Exports bis zum Ende des Jahres gegenüber 50 Millionen an laufenden Aufträgen) unannehmbar, er stellt dennoch einen bedeutenden Schritt vorwärts in dem Sinne dar, dass die Deutschen damit zum ersten Mal auf jene direkte Verknüpfung zwischen unserem Export und unseren Aufträgen verzichten, die, wie ich in meinem Schreiben zu beweisen versuchte, für uns

¹⁵ So im Dokument; richtig: 9.III.35.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 65.

³ Der Text ist mit grünem Farbstift unterstrichen.

⁴ Vgl. Dok. 58.

⁵ Das Wort ist mit Tinte über der Zeile anstelle eines durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes eingefügt.

⁶ Vgl. Dok. 50.

völlig unannehmbar ist. Soweit ich aus den Informationen des Gen. Kandelaki entnehmen konnte, weist ihn die Moskauer Direktive genau in diese Richtung; die Moskauer Direktive, die eine wie auch immer geartete Verknüpfung zwischen unserem Export und unseren Aufträgen ablehnt, gewährt Gen. Kandelaki jedoch das Recht, im Verlauf der Verhandlungen in Moskau anzufragen, um die Summe der laufenden Aufträge etwas zu erhöhen, vergleichbar mit jenen 30 Millionen, die im Verhandlungsverlauf zum 200-Millionenkredit⁷ vereinbart worden sind.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

SURIC

Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: NK.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1193 vom 13.3.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

2 Expl. Das 1. [Expl.] an den Adressaten, das 2. zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 55, l. 20–20R. Original.

Nr. 75

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

Berlin, den 9. März 1935

e.o. W IV Ru 917 pr. 9. März 1935

Aufzeichnung

Bei der gestrigen Unterredung mit Herrn Botschaftsrat Bessonoff über die deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen¹ erklärte dieser, dass die Sowjetregierung den ihr unterbreiteten Vermittlungsvorschlag (vergl. W IV Rus 841²) als Grundlage annehme. Es seien jedoch Änderungen in Bezug auf die in dem Vorschlag genannten Ziffern erforderlich. Die Sowjetregierung sei nach wie vor bereit, für 100 Millionen RM Gold nach Deutschland zu liefern, unabhängig von der Höhe der ihr zur Verfügung stehenden Reichsmarkbeträge. Die Sowjetregierung wünsche jedoch nicht eine Verlängerung des Überbrückungskredits, sodass eine größere Freigabe von Reichsmarkbeträgen, als bisher vorgesehen (50 Millionen RM), erforderlich sei. Die Sowjetregierung müsse es weiterhin ablehnen, dass monatliche Kontingente für die freizugebenden Reichsmarkbeträge festgesetzt würden. Sie bestehe auf

⁷ Hier ist die neue Direktive gemeint, die auf der Grundlage des Beschlusses des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 3.3.1935 an Kandelaki erging. Vgl. Dok. 64.

¹ Vgl. auch den Brief Bessonovs an Krestinskij, 9.3.1935. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 55, l. 18–19.

² Vgl. Dok. 62.

der Festsetzung eines Gesamtkontingents, schon aus Rücksicht darauf, dass die von der Sowjetseite zu bewirkenden Zahlungen in den einzelnen Monaten sehr bedeutende Unterschiede aufwiesen. Dafür sei die Sowjetseite bereit, sich bei den Goldverkäufen nach Deutschland nach den deutschen Wünschen zu richten. Als Gegenleistung für die vermehrte Freigabe von Reichsmarkbeträgen sei die Sowjetregierung bereit, die laufenden Bestellungen im Jahre 1935 auf 60 Millionen RM zu erhöhen.

Im Laufe der Unterredung gelangte man zu folgendem Zahlungsplan, der von Herrn Bessonoff als annehmbar bezeichnet wurde:

Stand der russischen Zahlungsverpflichtungen an Deutschland für den Rest des Jahres 1935 am 1. März 1935:	Abdeckung der Zahlungsverpflichtungen:
206 Millionen RM.	a) 100 Mill. RM in Gold
	b) 70 " " durch Freigabe gesperrter Reichsmarkbeträge
	c) 8 " " aus den Geschäften der Reichsgetreidestelle
	d) 15 " " aus dem Erlös der bereits unterwegs befindlichen Waren (Art. 14 des deutsch-russ. Wirtschaftsabkommen vom 12. Oktober 1925 ³)
	193 Millionen RM

Somit verbleibt ein Rest von 13 Millionen RM, dessen Abdeckung den Russen keine großen Schwierigkeiten machen dürfte. Sie können den Betrag aus ihren sonstigen Reichsmarkguthaben, durch eine weitere Vermehrung der laufenden Bestellungen, die eine entsprechende Freigabe von Reichsmarkbeträgen nach sich ziehen würde, durch eine vermehrte Einfuhr von Gold oder Devisen oder letzten Endes durch eine teilweise Verlängerung des Überbrückungskredits abdecken. Bedenklich erscheint das Verhältnis von 70 Millionen RM Freigabekontingent zu 60 Millionen RM laufenden Bestellungen. Es ist anzunehmen, dass sich hier ein Ausgleich finden lassen wird. Die Freigabe von 8 Millionen RM aus den Getreidegeschäften ist der Sowjetseite vom Reichswirtschaftsministerium bereits zugesagt worden. Ebenso verhandelt das Reichswirtschaftsministerium über die Freigabe der Käuferlöse aus den unterwegs befindlichen Waren und hat bereits die Freigabe der oben genannten Summe von 15 Millionen RM in Aussicht genommen.

Herr Bessonoff bat, die Durchführbarkeit des vorliegenden Vorschlages im Reichswirtschaftsministerium zu klären. Herr Kandelaki, der aus Moskau zurück

³ Für Artikel 14 des Wirtschaftsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12.10.1925 vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 17; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 591.

sei, aber an einer Erkältung krank darnieder liege, werde sich nicht eher wieder in das Reichswirtschaftsministerium begeben, als bis eine Einigung über die Grundlage der weiteren Verhandlungen geschaffen sei.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift.

PA AA, R 94734, Bl. E 664160-664162.

Nr. 76

Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

Moskau, den 9. März 1935

E/113

Auf den Erlass VI H 35 vom 18. Januar 1935¹

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Inhalt: Anforderungen von Mitteln für kirchliche Zwecke

Die erneute außerordentliche Verschlechterung der Lage der deutsch-evangelischen Kirche in der Sowjetunion muss als vordringlicher Gesichtspunkt zur Begründung der materiellen Anforderungen für die Unterstützung der Diener der Kirche angesehen werden. Es genügt, aus der umfangreichen Berichterstattung der Botschaft und der Konsulate in den letzten Monaten zu erwähnen, dass in der Zeit vom Dezember 1934 bis heute mehr als fünfzehn deutschstämmige evangelische Geistliche verhaftet worden sind, so dass die Gesamtzahl der noch im Amt befindlichen evangelischen Pastoren augenblicklich nur noch etwas 20 beträgt, davon 14 deutschstämmige.² Die scharfen Maßnahmen gegen die Diener der deutsch-evangelischen Kirche müssen in erster Linie als Folge der innerpolitischen Spannung angesehen werden und dürften nur mittelbar mit der Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetunion zusammenhängen. Tatsache ist jedoch, dass die deutsch-evangelische Kirche sich gegenwärtig in einer Lage befindet, die den Zeitpunkt absehen lässt, wo das kirchliche Leben der deutschstämmigen evangelischen Bevölkerung in der Union bestenfalls nur noch in einigen wenigen großen Gemeinden bestehen wird.

Umso mehr muss darauf Bedacht genommen werden, die noch vorhandenen Stützpunkte der Kirche in der durch die Verhältnisse gebotenen vorsichtigen Form so lange zu erhalten, wie es noch eben möglich erscheint. Die finanziellen Unter-

¹ Der Erlass konnte nicht ermittelt werden.

² Von Twardowski hatte bereits am 26.1.1935 einen Bericht über die „Verhaftungen evangelischer Pastoren in der UdSSR“ an das AA geschickt, in dem er auf diese Umstände aufmerksam gemacht hatte. In: PA AA, Moskau 373, o. P.

stützungen sind vielfach das einzige Existenzmittel nicht nur der verhafteten und verschickten, sondern auch der amtierenden Pastoren, nachdem die Gemeinden soweit verarmt sind, dass sie die Mittel zur Beitreibung der unverhältnismäßigen hohen Steuern für Kirchengebäude und Geistliche sowie für deren Lebensunterhalt nicht mehr aufbringen können.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Verteilung der vom Auslande her-einkommenden Mittel für die evangelisch-lutherische Kirche heute nur noch unter den größten Vorsichtsmaßregeln, d.h. auf dem offiziellen Wege über die Staatsbank der UdSSR oder durch die Vermittlung durch das Internationale Rote Kreuz in Genf stattfinden darf. Eine unmittelbare Subvention eines Pfarrers aus dem Ausland kann, wenn sie bekannt wird, zu dessen sofortiger Verhaftung führen.

Die Botschaft hat im Vorjahre auf ihre entsprechenden Anträge (vgl. Bericht E 169 vom 4. April 1934³) keine Mittel für die Unterstützung der evangelisch-lutherischen Kirche erhalten. Es sind lediglich die zur Unterstützung des katholischen Deutschtums angeforderten Beträge überwiesen worden. Es ist jedoch der Opferwilligkeit des Dänischen Hilfskomitees zu danken, dass die regelmäßige finanzielle Unterstützung der evangelischen Pastoren, insbesondere der verhafteten und verschickten, in dem bisherigen Umfange hat aufrechterhalten werden können. Die beiden anderen skandinavischen Missionen haben in der letzten Zeit an dem Schicksal der evangelisch-lutherischen Kirche in der Sowjetunion ebenfalls ein verstärktes Interesse genommen

Unter Berücksichtigung der konsularischen Anforderungen würde sich der für *die Pflege des evangelischen Deutschtums im Jahre 1935/36 erforderliche Betrag*⁴ auf

RM 12500,—

errechnen. Die Verteilung ergibt sich wie folgt:

Moskau	RM	*5000,—*
Leningrad	"	*3500,—* (für die Brennstoffversorgung für Kirchen und Seminar, sofern Bereitstellung des Betrages nicht durch kirchliche Organe erfolgt):
Charkow	—	
Tiflis	"	*1500,—*
Odessa	"	*1500,—*
Kiew	"	*1000.—* ⁵

Wladiwostok erhält unmittelbar Unterstützungen.

Hierbei möchte ich bemerken, dass im Vorjahr auch die vom Generalkonsulat Tiflis sowie vom Konsulat Kiew für die Unterstützung der dortigen evangelischen Kirchen angeforderten Beträge nicht zur Verfügung gestellt worden sind. Das Konsulat Kiew hat vom evangelischen Verein der Gustav-Adolf Stiftung in Leipzig lediglich auf die unmittelbaren Bemühungen des Konsuls⁶ hin einen gewissen Betrag erhalten.

³ „Anforderung von Mitteln für kirchliche Zwecke“, 4.4.1934. In: PA AA, Moskau 373, o. P.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Alle Beträge sind unterstrichen.

⁶ Andor Hencke.

Für die *deutsch-katholische Kirche*⁷ in der Sowjetunion möchte ich unter Berücksichtigung der überaus bedrängten und gänzlich isolierten Lage auch der amtierenden Geistlichen einen Betrag von

RM 6000,—

zur Verfügung der Botschaft und

*RM 1500,—*⁸

zur Verfügung des Konsulats Odessa, wie im Vorjahr, erbitten.

Ich gebe mich der bestimmten Hoffnung hin, dass den vorstehenden Anforderungen entsprochen werden kann, da eine Bewilligung der angeforderten Gelder wenigstens gewisse Aussichten dafür eröffnet, die letzten Reste der den Ansturm der kirchenfeindlichen Politik der Sowjetregierung noch trotzens kirchlichen Elemente stützen und erhalten zu können.

gez. Schulenburg.

Reinkonzept. Auf erstem Blatt: H[errn] D. Dittmann, H[errn] v. Welck mit deren Paraphen, z dA Hi[lger]. Am Ende Paraphe von Hi[lger] 14/3. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, Moskau 373, o. P., 4 Bl.

Nr. 77

Innerbehördliches Zirkular des Leiters der Rechtsabteilung im NKID Sabanin

GANZ GEHEIM

10. März 1935

Nr. 18212¹

AN DIE
LEITER DER POLITISCHEN ABTEILUNGEN
AN DEN
LEITER DER KONSULARABTEILUNG

Wie Ihnen bekannt ist, enthält der Beschluss des CIK anlässlich der Bildung des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten im Juli des vergangenen Jahres den Artikel 8; er lautet: „Beim Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR ist die Sonderberatung zu organisieren, die gemäß Statut das Recht hat, auf dem Verwaltungsweg die Ausweisung, die Verbannung und die Inhaftierung in ein Besserungs- und Arbeitslager für die Dauer von bis zu 5 Jahren und die Ausweisung aus der Sowjetunion anzuwenden.“²

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Die Beträge sind unterstrichen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Der Wortlaut von Artikel 8 des Beschlusses des CIK der UdSSR vom 10.7.1934 ist abgedruckt in: Lubjanka. Organy VČK-OGPU-NKVD-NKGB-MGB-MVD KGB 1917–1991. Spravočnik, hrsg. von A. N. Jakovlev, Moskva 2003, Dok. 123, S. 546.

Bei einem der letzten Vorträge beim Volkskommissar³ habe ich entsprechend einer Anfrage einer der Politischen Abteilungen die Frage gestellt, wie die Rahmenbedingungen für die Anwendung der in diesem Artikel aufgeführten Sanktionen gegenüber ausländischen Staatsbürgern definiert sein werden.

Der Volkskommissar erläuterte mir, dass auf der Grundlage seiner Übereinkunft mit der Leitung des NKVD *alle Fälle einer beabsichtigten Inhaftierung von ausländischen Staatsbürgern oder der Anwendung des oben angeführten Artikels gegen sie mit dem NKID oder mit seinen örtlichen Organen abgestimmt werden müssen*⁴. Wenn in den Politischen Abteilungen auf Umweg Informationen (z.B. durch Mitteilungen ausländischer Missionen, **aus denen man Schlussfolgerungen ziehen kann**⁵) darüber eintreffen, dass solch eine Abstimmung in einzelnen Fällen nicht vorliegt, so ist der Leitung des Volkskommissariats über diese Fakten Mitteilung zu machen.

Zugleich teile ich mit, dass sich der Volkskommissar mit Gen. Jagoda in dem Sinne verständigt hat, dass mit dem NKID oder mit seinen Organen vor Ort auch die Fragen einer beabsichtigten Verhaftung von Ausländern, die nicht im Besitz von sowjetischen Aufenthaltsgenehmigungen sind, oder die Anwendung der anderen oben angeführten administrativen Repressionen gegenüber diesen Personen abgestimmt werden.

Über Vorstehendes setze ich Sie in Kenntnis.

LEITER DER RECHTSABTEILUNG
REFERENT

Sabanin
Rafalovskaja

Vermerk N.N. Krestinskij mit rotem Farbstift: Rundschreiben NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1147 vom 10.3.1935.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 9 Expl. *1 [Expl.] an Gen. Krestinskij*⁶, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 an die 1. W[est]abt[eilung], 1 an die 2. W[est]abt[eilung], 1 an die 3. W[est]abt[eilung], 1 [Expl.] an die 1. O[st]abt[eilung], 1 an die 2. O[st]abt[eilung], 1 an die Kons[ular]abt[eilung], 1 zu den Akten.*

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 63, d. 186, l. 1–2. Original.

³ Maksim Maksimovič Litvinov.

⁴ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

⁵ Der Text ist mit rotem Farbstift über die Zeile geschrieben.

⁶ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

Nr. 78

Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

Moskau, 12. März 1935

Vertraulich

Deutsche Botschaft

E/118

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Reinkonzept

Inhalt: Auflösung des Arbeitsausschusses der reichsdeutschen Kolonie in Moskau

Nachdem die jahrelangen Bemühungen sowohl der Botschaft als auch einzelner Mitglieder der reichsdeutschen Kolonie Moskaus, von den Sowjetbehörden die Genehmigung für den Zusammenschluss der Kolonie in Form eines Vereins oder eines Klubs zu erhalten, gescheitert waren, wurden im Herbst 1933 zehn Angehörige der hiesigen reichsdeutschen Kolonie dazu bestimmt, einen sogenannten „Arbeitsausschuss“ zu bilden, dessen Aufgabe darin bestehen sollte, als Verbindungsglied zwischen Botschaft und Kolonie zu fungieren und der Botschaft bei der Durchführung der geselligen Veranstaltungen der Kolonie helfend zur Seite zu stehen. Bei der Besonderheit der hiesigen Verhältnisse und bei dem gespannten Misstrauen, mit dem die inneren Organe der UdSSR jeden Schritt der hier lebenden Ausländer, insbesondere der Reichsdeutschen, verfolgen, verbot sich ein Hinausgehen über diesen Aufgabenkreis für die Mitglieder des Arbeitsausschusses von selbst. Obgleich somit die Tätigkeit des Arbeitsausschusses nach außen in keiner Weise in Erscheinung trat und alle seine Mitglieder sich einer weitgehenden Beschränkung befleißigten, traten vor einiger Zeit Anzeichen dafür zutage, dass die inneren Organe der UdSSR über das Bestehen des Arbeitsausschusses informiert sind und ihm darüber hinaus ein wenig wohlwollendes Interesse entgegenbringen. So wurde vor einigen Wochen die Sistierung eines Mitgliedes des Arbeitsausschusses wegen Fotografierens eines einfachen Bahnwärterhäuschens in der näheren Umgebung Moskaus als Vorwand dazu benutzt, um ihn einem stundenlangen Verhör durch Agenten des Innenkommissariats (vorm. OGPU) zu unterwerfen. Dabei zeigten sich die Agenten darüber unterrichtet, dass der betreffende Reichsdeutsche dem Arbeitsausschuss der Kolonie angehörte, und sie versuchten von ihm die Namen der übrigen Mitglieder sowie Näheres über die Tätigkeit des Arbeitsausschusses in Erfahrung zu bringen.

Als dieser Vorfall bekannt wurde, bemächtigte sich der Mitglieder des Arbeitsausschusses eine begreifliche Unruhe. Die Kenntnis des Vorgehens der hiesigen inneren Organe ließ es ihnen als möglich erscheinen, dass sie eines Tages verhaftet und wegen „Zugehörigkeit zu einer unerlaubten Organisation“ zur Rechenschaft gezogen werden würden. Diese Befürchtung wurde am 9. d. M. in einer Zusammenkunft erörtert, zu der der Arbeitsausschuss seine Mitglieder sowie einige Angehörige der Kolonie einberufen hatte. Hierbei wurde der Beschluss gefasst, den Arbeitsausschuss als aufgelöst zu betrachten und den durch die Abreise des bisherigen Vorsitzenden des Arbeitsausschusses vor einiger Zeit frei geworde-

nen Posten nicht neu zu besetzen. Gleichzeitig erklärten jedoch alle Beteiligten dem anwesenden Vertreter der Botschaft, dass sie auch in Zukunft bereit sein würden, der Botschaft als Vertrauenspersonen zur Seite zu stehen und bei geselligen Veranstaltungen der Kolonie helfend mitzuwirken.

Der Vertreter der Botschaft erklärte darauf, dass die Botschaft von dem Beschluss der Auflösung des Arbeitsausschusses mit Bedauern Kenntnis nehme, sich jedoch gegen die Berechtigung der gegen sein Weiterbestehen vorgebrachten Bedenken angesichts der gegenwärtigen Lage nicht verschließen könne.

gez. Schulenburg

Auf erstem Blatt: mit sicherer Gelegenheit. Kleiner Umlauf mit Paraphen. Die Unterschrift ist mit Paraphe von Hi[lger] 18/3 abgezeichnet. Der Bericht ging am 20.3 ab. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, Moskau II, 381, Bl. 26-28.

Nr. 79

Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 1

12. März 1935

120/s¹

AN

Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Kopie an: 2. WEST[ABTEILUNG] DES NKID
WIRTSCHAFTSABTEILUNG DES NKID

Information zum Stand der Wirtschaftsverhandlungen

Werter Nikolaj Nikolaevič!

Der Besuch Bräutigams am 8.III.², über den ich Ihnen das letzte Mal geschrieben habe³, und die von Bräutigam während dieses Besuches unterbreiteten Vorschläge ließen bei uns eine gewisse Hoffnung aufkommen, dass das Abkommen bereits in den nächsten Tagen möglich wäre. Leider zeigten jedoch die folgenden Tage, dass der Standpunkt Bräutigams nicht vom Wirtschaftsministerium geteilt wird. Am 11.III. war Gen. Fridrichson bei Mossdorf wegen der Freigabe gemäß Artikel 14⁴ der Güter, die sich auf dem Transport oder zum Zeitpunkt des Ablaufens

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 75.

³ Vgl. das Schreiben Bessonovs an Krestinskij vom 9.3.1935. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 55, l. 18–19R.

⁴ Vgl. Dok. 75, Anm. 3.

der Gültigkeit des Markabkommens in den Lagerhallen befanden. Wir hatten gefordert, auf der Grundlage dieses Artikels verschiedene Waren im Wert von 18 Mio. Mark nach Deutschland herein zu lassen. Am 11.III. erhielt Fridrichson von Mossdorf zwei Vorschläge: 1. Uns wird gestattet, aufgrund des Artikels 14 Waren für 14.700 Tsd. Mark zu verkaufen, allerdings unter dem Vorbehalt, dass wir die Hälfte dieses Geldes sofort ausgezahlt bekommen, die andere Hälfte jedoch auf ein Sperrkonto eingezahlt wird. Diese Aufteilungsprozedur soll bei jedem einzelnen Verkauf angewandt werden. Fridrichson lehnte diesen Vorschlag kategorisch ab.

2. Daraufhin schlug Mossdorf eine andere Liste vor, die Waren im Umfang von 6 Mio. Mark enthält; die Verwendung des Erlöses werde uns völlig freigestellt. Diese Frage blieb an diesem Tag ungelöst, und heute, am 12.III., soll Gen. Fridrichson von Mossdorf eine endgültige Antwort bekommen.

Heute, am 12.III., kam am Vormittag auf meine Bitte Bräutigam zu mir. Ich sagte ihm, dass ich seinen Vorschlag Gen. Kandelaki vorgetragen hätte. Gen. Kandelaki habe dazu bemerkt, dass, allgemein gesprochen, die von ihm beim letzten Mal entwickelten Gedanken eine Grundlage für Verhandlungen bieten könnten, er es aber für angebracht hielte, zunächst noch abzuwarten, wie sich die deutsche Seite bei der Erörterung der Frage hinsichtlich der Freigabe von Waren gemäß Artikel 14 praktisch verhalten werde.

Bei der Erörterung dieser Frage im Wirtschaftsministerium stellte sich jedoch heraus, dass der von Bräutigam unterbreitete Vorschlag offenbar nicht vom Wirtschaftsministerium geteilt wird, weil das Ministerium statt der von Bräutigam genannten 15 Mio. nur 6 Mio. vorgeschlagen hat, was letztlich die Proportionen, über die Bräutigam gesprochen hatte, verletzt. Bräutigam sagte, es sei ihm sehr unangenehm, doch müsse er eingestehen, dass das Wirtschaftsministerium ihn tatsächlich im Stich gelassen und seinem Vorschlag nicht zugestimmt habe, weil Schacht noch vor seiner Abreise nach Basel die klare Weisung erteilt hätte, die Verhandlungen nur auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen unserem Export und unseren laufenden Aufträgen im Verhältnis von 1:1 fortzuführen. Allerdings ist das Wirtschaftsministerium bereits seit langem praktisch von diesem Prinzip abgerückt, weil wir in den ersten zwei Monaten für ungefähr 40 Mio. Mark importierten, ohne etwas zu bestellen. Außerdem machte es einen Rückzieher, indem es Lieferungen für Regierungsorgane in Höhe von 8 Mio. Mark bewilligte. Was Artikel 14 betrifft, so meinen die Deutschen generell, dass er in diesem Fall nicht anwendbar sei. Dessen ungeachtet kamen sie uns entgegen und erklärten sich damit einverstanden, ungefähr die Hälfte der ihnen vorgeschlagenen 15 Mio. freizugeben.

Was den von ihnen entwickelten Plan insgesamt betrifft, so stellte sich heraus, dass sich das Wirtschaftsministerium ohne zusätzliche Weisungen Schachts nicht dazu entschließen kann, bis zum Ende des Jahres auf ein anderes Verhältnis als das von 1:1 einzugehen.

Im Zusammenhang damit kehrte Bräutigam noch einmal zu der Frage zurück, ob wir nicht das Volumen unserer laufenden Aufträge vergrößern könnten, indem ein Teil der Aufträge aus dem 200-Millionenkredit in einen kurzfristigen Kredit umgewandelt oder ein Teil unserer Verbindlichkeiten ins nächste Jahr übertragen wird. Ich sagte, dass für uns eine wie auch immer geartete Kombination zwischen unserem Export nach Deutschland und unseren Aufträgen hier unannehmbar sei. Wir hätten es mit zwei absolut unterschiedlichen Fragen zu tun: 1) Die Frage be-

züglich unserer Altschulden. Wir wollten vor allem diese Frage regeln. Kandelaki habe den absolut klaren Vorschlag unterbreitet, von dieser alten Schuldenlast 100 Mio. Mark in Gold und in Devisen sowie 150 Mio. Mark mit Waren zu bezahlen. Von diesen 150 Mio. Mark seien bereits in den ersten 2 Monaten für ungefähr 40 Mio. Mark Waren an Deutschland geliefert worden. 8 Mio. Mark hätten uns die Deutschen nach dem 1.III. für Regierungsaufträge freigegeben. Sie hätten versprochen, 15 Mio. Mark gemäß Artikel 14 freizustellen. Nunmehr stelle sich heraus, dass sich die Deutschen bereit erklärt hätten, nicht 15 Mio. Mark, sondern weniger freizugeben. Wir vermuteten, dass die Deutschen nur 7 Mio. Mark gemäß Artikel 14 freistellen würden. In solch einem Fall ergebe sich, dass wir bis zum jetzigen Zeitpunkt den Erlös aus dem Export nach Deutschland zur Tilgung der alten Schuldenlast im Umfang von $40+8+7=55$ Mio. verwenden könnten. Somit blieben von dem Warenteil zur Tilgung unserer Schulden gegenüber Deutschland noch 95 Mio. Mark übrig, die die Deutschen durch den Einkauf unserer Waren gewährleisten müssten. So stelle sich die Regelung der ersten Frage dar, d.h. die Frage der Schuldenlast der UdSSR gegenüber Deutschland im Jahr 1935. Wenn diese Frage geregelt sei, bleibe die andere Frage – [2]) die Frage bezüglich unserer zukünftigen Beziehungen. Auch in dieser Hinsicht habe die UdSSR einen überaus positiven Vorschlag zu unterbreiten. Unter der Voraussetzung, dass die Frage der alten Schuldenlast geregelt sei, wäre die UdSSR bereit, das Abkommen über den 200-Millionenkredit zu unterzeichnen und eine gewisse Vergrößerung des Volumens der laufenden Aufträge vorzunehmen, vergleichbar mit jenen 30 Mio. Mark, die früher vereinbart worden seien. Es könne keine andere Lösungsmethode für unsere Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland für das Jahr 1935 geben. Ein jeglicher Versuch der Deutschen, eine Koppelung zwischen diesen zwei unterschiedlichen Fragen herzustellen, werde unsererseits eine entschiedene Zurückweisung erfahren.

Ich fragte Bräutigam direkt, was Schacht denn wolle. Ob er reale Handelsgeschäfte mit der UdSSR wolle, oder ob es ihm wichtiger sei, an seinem sogenannten Prinzip festzuhalten. Darauf meinte Bräutigam, er befürchte, dass für Schacht das Prinzip die entscheidende Rolle spiele.

Bevor sich Bräutigam verabschiedete, versuchte er noch einmal, einen Kompromiss aufzuzeigen. Er erklärte, dass man der UdSSR Waren für weitere 10 Mio. Mark freigeben könnte, eingedenk dessen, dass der Erlös von diesen 10 Mio. Mark für die Bezahlung diverser Ausgaben der Handelsvertretung und der Bevollmächtigten Vertretung in Deutschland verwendet werden könnten. Ich nahm seinen Vorschlag zur Kenntnis, der immerhin einen weiteren Schritt vorwärts bedeuten würde. Damit verabschiedeten wir uns, wobei Bräutigam sagte, dass er bis zur Rückkehr Schachts am 14.III. versuchen werde, die Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums von der Notwendigkeit einer flexibleren Taktik in den Verhandlungen mit uns zu überzeugen, und er mich unverzüglich wissen lasse, wenn es bei ihm etwas Neues gebe.

Soeben erfuhr ich von Gen. Kandelaki, dass Gen. Fridrichson bei Mossdorf war und von ihm die Freigabe von 7 Mio. Mark gemäß Artikel 14 erhalten hat.

Zum Abschluss möchte ich Sie auf die Tatsache aufmerksam machen, dass außer den oben erwähnten 15 Mio. Mark (8 Mio. aus Regierungslieferungen und 7 Mio. gemäß Artikel 14) die Handelsvertretung noch über einige freie Markreserven aus den Februarverkäufen sowie über den gesamten Erlös aus dem Erdöl- und Manganerzgeschäft verfügt.

Die Lage der Exportabteilungen der Handelsvertretung ist zurzeit außerordentlich schwer. Sie tun überhaupt nichts, weil sie nicht für freie Mark kaufen können, für Sperrmark jedoch nicht verkaufen wollen. Damit im Zusammenhang ergibt sich bei einigen Abteilungen, zum Beispiel bei der Forstabteilung, eine Situation, bei der eine Auflösung der Verträge auf Initiative der Deutschen möglich ist, die die Lieferung gemäß der Verträge fordern und nicht bereit sind, unserer Forderung nach freier Mark Rechnung zu tragen, da sie die Frage nach der Verwendung dieser Markbeträge durch uns nichts angehe.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Bessonov

****P.S.** Die Deutschen schlugen Gen. Kandalaki⁵ ein Treffen in den nächsten Tagen vor und versprochen, bis dahin neue Weisungen von Schacht einzuholen. ****6**

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenen Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1305 vom 14.3.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 2. an die 2. Westab[teilung], das 3. an die Wirt[schafts]abteilung, das 4. zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 55, l. 21–23. Original.

Nr. 80

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski

GEHEIM

[13.3.1935]

Nr. 14246

14/III-35¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES Gen. ŠTERN mit DEM BOTSCHAFTSRAT TWARDOWSKI, 13. MÄRZ 1935

T[wardowski] bat, ihn in einer dringenden Angelegenheit zu empfangen. Ich nahm an, er beabsichtige mit mir über die gestern erfolgte Verhaftung des Mitarbeiters der Mission Vladimir Erdtmann zu sprechen, der ein Treffen mit dem sowjetischen Bürger Balmezjan hatte. *Als sich letzterer auf der Straße mit Erdtmann traf, übergab er ihm grußlos ein Paket*². Balmezjan ist verhaftet worden, Erdtmann aber ist vorläufig festgenommen und auf dem Kreisrevier der Miliz verhört worden. Das

⁵ So im Dokument.

⁶ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte unterstrichen.

² Am linken Seitenrand befindet sich der Vermerk Šterns mit rotem Farbstift: 024/I.

Paket, das Erdtmann von Balmezjan bekommen hat, ist einbehalten worden. Es enthielt ein goldenes Zigarettenetui mit einem Saphir und einen Umschlag mit 3224 Rubel. Erdtmann sagte beim Verhör, dass er zwar mit der Person, die ihm das Paket übergeben habe, bereits seit 20 Jahren zu tun habe, jedoch den Namen nicht kenne, da er immer nur die Anrede mit Vor- und Vatersnamen, Sergej Sergeevič, gebraucht hätte. Was die Herkunft des Geldes und des Zigarettenetuis betreffe, so erklärte Erdtmann, hätte ihm sein Bekannter dieses zur Aufbewahrung übergeben, das Geld aber sei die Rückzahlung einer Schuld. Nach dem Verhör und der *Protokollaufnahme ist Erdtmann freigelassen worden*³.

T. begann das Gespräch mit allgemeinen Fragen. Er bemerkte, er hätte bei seinem Aufenthalt in Deutschland einen durchaus positiven Eindruck von der innenpolitischen Situation im Land gewonnen. Seiner Meinung nach habe sich das Regime in einem bedeutenden Maße konsolidiert. Alle demagogischen und zufälligen Erscheinungen seien rasch überwunden worden. Insbesondere freue ihn, Twardowski, die außergewöhnliche Festigung der Position von Schacht. Die Industriellen seien sehr optimistisch gestimmt, ihre Auftragsbücher wären recht prall gefüllt. Was die Finanzierung aller staatlichen Maßnahmen betreffe, so habe sich T. ursprünglich höchst skeptisch zu solchen Möglichkeiten verhalten, jetzt aber seine Meinung geändert. Dabei sei er von den Erfahrungen der Sowjetunion ausgegangen, die gezeigt hätten, wie unter bestimmten Bedingungen große Wirtschaftsmaßnahmen unter Ausnutzung der inneren Ressourcen finanziert werden können.

Als T. danach zu seinen weiteren Berliner Eindrücken übergang, stellte er fest, dass er über die dort herrschende feindselige Atmosphäre gegenüber der Sowjetunion verwundert gewesen sei. Alle seine Gesprächspartner hätten ihm erklärt, dass sich die Sowjetunion entschieden in das Fahrwasser einer antideutschen Politik begeben hätte, was insbesondere in der Rüstungsfrage zutreffe, wobei er keine Gegenargumente für eine Diskussion mit ihnen gefunden habe. Ich entgegnete T., er hätte seine Gesprächspartner auf die antisowjetischen Äußerungen, die immer offener nicht nur in den deutschen Zeitungen, sondern auch von Politikern vorgetragen werden, verweisen können. Zur Illustrierung dessen zeigte ich T. zwei antisowjetische Publikationen. Die eine ist das umfangreiche Buch „Und du siehst die Sowjets richtig“⁴. Das Buch ist im Verlag „Nibelungen“ erschienen. Dabei machte ich T. darauf aufmerksam, dass einer der Autoren dieses niederträchtigen Buches der sattsam bekannte Dittloff ist. T. zeigte sich sehr betroffen und erklärte mir, dass er mir vertraulich Folgendes mitteilen könne. Er habe während des Aufenthaltes in Deutschland nichts von diesem Artikel Dittloffs gewusst; er habe mit ihm gesprochen und ihm gegenüber seine feste Überzeugung zum Ausdruck gebracht, Dittloff solle sich jeglicher Äußerungen in der Presse enthalten, weil sich die sowjetische Regierung ihm persönlich und der Konzession **Drusag**⁵ gegenüber mehr als loyal verhalten habe. Jetzt könne er nicht anders, als Dittloff als ein Schwein zu bezeichnen (das sage er mir nur rein privat). T. verstehe, dass von deutscher Seite vieles getan werde, was man nicht tun sollte. Ihm scheine jedoch, dass wir die Rolle

³ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

⁴ Vgl. Dok. 30, Anm. 4.

⁵ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: Drusak. Die Deutsch-russische Saatbau-Aktiengesellschaft wurde 1922 eingerichtet und 1933 liquidiert. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 32, Anm. 12, S. 210; Dok. 289.

Rosenbergs überschätzen würden. Richtiger wäre es, nicht mit Rosenberg zu rechnen, sondern mit einer anderen Person, die einen immer größeren Einfluss auf Hitler gewinne. Diese Person sei Ribbentrop. Heute sollte die Frage entschieden werden, Ribbentrop zum 2. Staatssekretär im Auswärtigen Amt zu ernennen. Deshalb empfehle T. uns sehr, die Rolle und das Potenzial Ribbentrops in Betracht zu ziehen.

Danach kam das Gespräch auf die Abreise Stelzers⁶. Ich fragte T., welche Pläne er persönlich für die Zukunft habe. T. sagte, er beabsichtige, hier noch einige Zeit zu verbleiben, mindestens ein halbes Jahr. Da ich überhaupt nicht auf seine Mitteilung reagierte, fragte mich T., der offenbar ahnte, worum es ging, ob sich nicht meine Haltung ihm gegenüber im Zusammenhang mit dem vorgefallenen Missverständnis auf dem Sowjetkongress⁷ verändert hätte. Ich bemerkte darauf, dass auf mich persönlich das, was T. als „Missverständnis“ bezeichne, einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht hätte. T. wurde nervös und sagte, er sei völlig davon überzeugt gewesen, nicht dazu verpflichtet zu sein, sich bei der Beifallsbekundung vom Platz zu erheben, weil selbige nicht offizieller Natur gewesen sei. Er wäre so oft beim Absingen der „Internationale“⁸ aufgestanden, dass es ihm absolut keine Schwierigkeit bereitet hätte, sich ein weiteres Mal vom Platz zu erheben. Er unterstreiche jedoch, dass von den Diplomaten fast niemand aufgestanden sei; diejenigen, die **wir**⁹ denen zurechnen, die aufgestanden seien, hätten auch vor den Ovationen gestanden. Wenn er gewusst hätte, dass die Mehrheit der Diplomaten aufstehen würde, hätte er sich ihnen angeschlossen. T. bitte mich, sein Verhalten, das zu dem geführt habe, was er als „Missverständnis“ bezeichne, genau so zu verstehen, und bitte darum, versichert zu sein, dass er weder persönlich die Tendenz¹⁰ gehabt hätte, eine Demonstration vorzunehmen, noch habe ihm irgendjemand in Deutschland einen solchen Auftrag erteilt. Ihm, T., werde es im höchsten Maße unangenehm sein, wenn sich herausstellen sollte, dass er, der in Deutschland die Reputation eines Sowjetophilen genieße, in Moskau in die Lage eines Menschen geriete, der der Sowjetunion feindlich gesonnen sei.

Nach Beendigung des allgemeinen Teils des Gesprächs ging T. zu den laufenden Angelegenheiten über:

1. In erster Linie wandte er sich mit folgender Bitte an mich. Wie T. mitteilte, sei gestern der Botschaftsmitarbeiter Erdtmann verhaftet worden. Über diese Angelegenheit könne er jedoch nicht mit mir sprechen, weil entschieden worden sei, dass sich Schulenburg in dieser Sache direkt an Gen. Krestinskij wenden werde.¹¹ T. bitte mich lediglich darum, in dieser Sache bis zur Unterredung Schulenburgs mit Gen. Krestinskij keine offizielle Note an die Botschaft zu richten. Die Botschaft wolle nicht, dass wegen irgendeines Zigarettenetuis ein schwerer Konfliktfall entstünde, den niemand bräuchte. Ich sagte T., dass ich bezüglich seiner Bitte unsere Schritte zu diesen Fall bis zu der Unterredung des Botschafters mit Gen. Krestinskij

⁶ Stelzer wurde von der Botschaft in Moskau in die Zentrale nach Berlin versetzt.

⁷ Vgl. Dok. 26.

⁸ Bis 1944 die Staatshymne der UdSSR.

⁹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁰ So im Dokument.

¹¹ Schulenburg hatte in dieser Sache am 14.3. mit Štern ein Gespräch. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 31–28.

aufschieben könne, jedoch müsse ich T. darauf aufmerksam machen, dass es hier nicht nur um ein Zigarettenetui ginge.

2. T. erachtet es als nötig, mich darauf aufmerksam zu machen, dass eine ganze Reihe von Noten und Schreiben der Deutschen Botschaft über einen unendlich langen Zeitraum unbeantwortet geblieben seien. Zum Beispiel finde bereits seit Ende 1933 zwischen der Botschaft und dem NKID ein Schriftwechsel im Fall des Dr. Gal'fel'd statt, der 1933 als Berater bei Sojuzgeorazvedka¹² tätig war. Er habe von dieser Organisation eine Prämie in Form einer Mineraliensammlung überreicht bekommen und von der Zollverwaltung die Genehmigung zur Ausfuhr dieser Sammlung erhalten. Dennoch hätten die Zollorgane in Bigosovo¹³ sie eingezogen. Ich verwies T. darauf, dass es in der Zuständigkeit der Zollbehörden liege, über die Ausfuhrgenehmigung von Mineraliensammlungen zu entscheiden und in gewissen Fällen könnte eine positive Entscheidung erzielt werden, so dass ich keinen Grund sehe, dieser Angelegenheit jenen ernsten Charakter zu verleihen, wie T. es tue. Dessen ungeachtet würde ich diese Angelegenheit noch zusätzlich klären.

3. T. machte mich darauf aufmerksam, dass Schulenburg Mitte Dezember Gen. Krestinskij ein Memorandum zu einigen Haftangelegenheiten ausgehändigt habe¹⁴, dennoch sei es in allen den von ihm genannten Fällen zu keinerlei Bewegung gekommen. Insbesondere ginge es um Folgendes. Ungeachtet der Vielzahl von Schreiben, die die Botschaft im Fall des Paul Kirchhöfer an uns gerichtet habe, hätte das NKID keine einigermaßen zufriedenstellende Antwort gegeben. Nunmehr besitze die Botschaft exakte Informationen darüber, dass Kirchhöfer im September 1934 erkrankt, in ein Lazarett eingewiesen worden und dort verstorben sei. T. verstünde absolut nicht, warum das NKID der Botschaft nicht rechtzeitig über den Vorgang informieren konnte.

4. Ähnlich gelagert sei der Fall Gladycz. Über diesen Fall habe Schulenburg auch mit Gen. Krestinskij gesprochen; das Konsulat in Novosibirsk habe an die örtlichen Behörden Dutzende von Briefen geschickt, ohne jedoch auch nur eine einzige Antwort zu erhalten.

5. Der deutsche Staatsbürger **Klassen**¹⁵ sei bereits 1929 wegen Diebstahls zu 7 Jahren Haft verurteilt worden. Bis jetzt seien von sowjetischer Seite zu diesem Fall keinerlei offizielle Mitteilungen gemacht worden. Seit November 1933 gebe es zu Klassen überhaupt keine Informationen mehr. Es entstehe der Eindruck, als ob dieser deutsche Staatsbürger mit unbekanntem Ziel verschwunden wäre.

6. Völlig unverständlich sei der Fall Leitz, zu dem sich Schulenburg ebenfalls an das NKID gewandt hatte. Bis jetzt habe man keinerlei Antwort erhalten. Die Botschaft bestehe darauf, dass ein Vertreter des Konsulats die Genehmigung erhalte, Leitz zu besuchen.

7. Eine Sonderstellung nimmt der Fall Piegholdt ein. Mit sehr langer Verzögerung habe das NKID am 5. Januar d. J. mitgeteilt, dass Piegholdt ausgewiesen werde; am 15. Januar d. J. habe das NKID **jedoch**¹⁶ den Tod von Piegholdt mitge-

¹² Vsesojuznoe geologo-razvedočnoe ob-edinenie (1931–1933) = Allunionsvereinigung für geologische Erkundungen.

¹³ Eisenbahngrenzkontrollpunkt.

¹⁴ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 549, S. 1452.

¹⁵ Der Name ist mit Tinte korrigiert worden, ursprünglich: Klasson.

¹⁶ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

teilt. Der Generalkonsul in Novosibirsk¹⁷ habe sich mit Dutzenden von Briefen an unseren [dortigen] diplomatischen Agenten gewandt. Das Konsulat habe im Dezember nach Semipalatinsk geschrieben; seinem Mitarbeiter sei mitgeteilt worden, dass Piegholdt nach Alma-Ata verlegt worden sei. Somit ergebe sich im Fall Piegholdt folgendes Bild: Der deutsche Staatsbürger verschwindet spurlos, über seine Verlegung an einen anderen Haftort wird überhaupt nichts mitgeteilt und als Krönung des Ganzen wird sein Tod bekannt, während die Botschaft bereits Berlin über die bevorstehende Ausweisung informiert hatte. T. verstehe sehr gut, dass die enormen Entfernungen und die Inkompetenz örtlicher Mitarbeiter eine große Rolle spielen würden, er mache mich jedoch darauf aufmerksam, dass aus Berlin **gegen die Botschaft**¹⁸ gearbeitet werde, endlose Anfragen auch zu solchen Fällen erfolgen würden, die gegen den Willen der Botschaft eine breite Öffentlichkeit erführen und eine politische Bedeutung erlangen könnten. In Berlin meine man, dass das NKID die Anfragen der Botschaft sabotiere und keinerlei Interesse für die legitimen Forderungen aufbringe. Ich antwortete T., dass die Ursachen für diese im Fall von Piegholdt aufgetretenen Ungereimtheiten von uns schnellstens aufgeklärt würden und ich ihm in nächster Zeit die Ergebnisse dieser Untersuchung mitteilen würde. T. sagte, dass ihn diese Mitteilung zufriedenstelle, er bitte mich aber zu berücksichtigen, dass **in**¹⁹ letzter Zeit die Todesfälle von deutschen Staatsbürgern in den Gefängnissen, und obendrein unter absolut verwirrenden und unverständlichen Umständen, einen Epidemiecharakter annähmen. Er befürchte, dass wegen all dieser Fälle große Unannehmlichkeiten entstehen könnten, weil sich nicht nur das Auswärtige Amt mit diesen Fällen befasse, sondern auch einige andere deutsche Instanzen.

8. Schulenburg hätte sich seinerzeit an das NKID mit der Bitte gewandt, in die Repressionspolitik unserer örtlichen Organe gegenüber sowjetischen Staatsbürgern deutscher Abstammung einzugreifen, die über Torgsin Überweisungen erhalten. Seither sei die Situation noch angespannter geworden, weil es nicht nur um Inhaftierungen, sondern auch um Erschießungen ginge. Ich machte T. darauf aufmerksam, dass wir alle Gespräche zu dieser Frage inoffiziell führen, weil es um unsere Staatsbürger ginge, es folglich keine Grundlage für eine formale Demarche gäbe. Streng vertraulich könne ich T. sagen, dass die Repressionen, die gegenüber diesem oder jenem Bürger, der über Torgsin Überweisungen erhalte, angewandt würden, **durchaus**²⁰ nicht allein auf diese Tatsache zurückzuführen seien. Es handele sich um staatsfeindliche Handlungen, die mit solchen Überweisungen verknüpft seien. T. wollte offenbar von mir solch eine Antwort bekommen, weil er sie aufgriff und sagte: Ich verstehe sehr gut, dass es überall Dummköpfe gibt, die den harmlosesten Fall in politischen Unfug verwandeln. Jedoch werde zugleich eine derartige Situation „à la longue“ unhaltbar. In Berlin seien Abteilungen von Torgsin tätig, deren Angestellte als eine Art Lockvögel für **Personen**²¹ auftreten, die Geld in die UdSSR überweisen wollen. Im Zusammenhang mit den bekannt gewordenen Repressalien habe die deutsche Regierung die Entscheidung getroffen, Torgsin die

¹⁷ Wilhelm Großkopf.

¹⁸ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

²⁰ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

²¹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

Privilegien **hinsichtlich**²² der Höhe der Überweisungssumme zu entziehen und auf Torgsin nunmehr die allgemeinen Devisenbestimmungen anzuwenden. Damit werde jedoch die Frage nicht gelöst, T. bitte mich zu sagen, was für uns annehmbarer wäre: eine stetige Zunahme der antisowjetischen Stimmungen in Deutschland im Ergebnis der Verhaftungen wegen der Torgsinsache oder ein Schreiben, sagen wir des Propagandaministeriums, an die Personen, die die Kanäle von Torgsin nutzen, mit der Warnung vor den Gefahren, die den Adressaten durch den Empfang der Überweisungen drohen. T. fragte mich dies streng vertraulich und privat. Ich antwortete T., dass ich die Frage nicht ganz so verstünde, wie er sie aufwerfe. Ich müsse fragen, wie er wohl auf eine ähnliche Frage antworten würde, wenn irgendeine Organisation auf dem Territorium der UdSSR an deutsche Bürger in Deutschland Geldüberweisungen tätigen würde und dabei unter diesen eine staatsfeindliche Agitation betreiben würde. T. sagte verlegen, er wisse in diesem Fall nicht, wie zu antworten wäre. Ich stellte daraufhin lediglich fest, dass ich es in jedem Fall für unzulässig erachte, dass aufgrund eines spezifischen Verhaltens dieser oder anderer Personen, die über Torgsin Überweisungen erhielten, in Deutschland eine neue antisowjetische Kampagne entfacht worden sei. Deshalb meinte ich, dass seine Variante einer Warnung durch das Propagandaministeriums keiner Kritik standhalte und selbst vom Standpunkt T.s aus wohl kaum annehmbar sei. Darauf sagte T., er selbst wisse keinen Ausweg aus dieser Situation.

Bevor T. ging, erinnerte er mich nochmals daran, unsere Absprache nicht zu vergessen, der Botschaft im Fall von Erdtmann keine Note zu schicken.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
6 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. und 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 27–21. Original.

Nr. 81

Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam

Berlin, den 15. März 1935

e.o. W IV Ru 1010 pr. 15. März 1935

Aufzeichnung

Stand der deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen

1) Das Abkommen über das 200-Millionengeschäft ist so gut wie unterschriftsreif. Die Unterzeichnung hängt indessen noch von der Gesamtregelung der Wirt-

²² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

schaftsbeziehungen, besonders von einer Regelung der 1935 fälligen russischen Zahlungen ab.

2) Präsident Schacht hat die russische Einfuhr der Kontrolle der Überwachungsstelle unterstellt. Die Russen sind mit dieser Kontrolle einverstanden. Präsident Schacht hat verfügt, dass die deutschen Importeure russischer Waren ihre Zahlungen nur auf bestimmte deutsche Bankkonten zugunsten der russischen Handelsvertretung leisten dürfen. Diese Beträge werden gesperrt und sollen nur nach Maßgabe *neuer russischer*¹ Bestellungen zu normalen Fristen freigegeben werden.

3) Die Russen haben vom 1. März – 31. Dezember 1935 in Deutschland Zahlungen in Höhe von 210 Millionen RM zu leisten. Sie bieten zur Bezahlung an: 100 Millionen RM in Gold², verlangen aber eine Freigabe ihrer Importerlöse in Höhe von 70 Millionen RM, während sie laufende Bestellungen nur in Höhe von 50 Millionen RM neben den 200 Millionen RM-Bestellungen des Kreditabkommens vergeben können.

Die Russen lehnen eine unmittelbare Beziehung zwischen der Vergabe neuer Bestellungen und der Freigabe ihrer Importerlöse ab. Sie verlangen eine deutsche Verpflichtung, ihnen 70 Millionen RM bis Ende 1935 freizugeben, während sie selbst sich verpflichten wollen, für 50 Millionen RM laufende Bestellungen zu vergeben.³ Sie bezeichnen es aber als untragbar, dass eine Freigabe ihrer Importerlöse nur nach Maßgabe der Vergabe neuer Bestellungen erfolgt. Sie verlangen, dass die oben angegebenen Summen als Globalbeträge festgesetzt werden, wobei sie freie Hand behalten wollen, wann sie die Importerlöse abrufen und wann sie die Bestellungen vergeben. Das Reichswirtschaftsministerium lehnt dies ab.⁴

Selbst wenn die Russen die vom Präsidenten Schacht getroffene Regelung annehmen, werden sich künftig große Schwierigkeiten hinsichtlich des Bezuges russischer Waren ergeben. Die Russen haben erklärt, Sie würden daher nur soviel Waren nach Deutschland exportieren, als sie Importerlöse frei bekommen können, d. h. in Höhe von 50 Millionen RM. Im Vorjahre betrug der Import aus Russland 210 Millionen RM. Es ist selbstverständlich, dass uns die Russen unter dem „Neuen Plan“ diejenigen Waren vorenthalten werden, an deren Einfuhr Deutschland ein dringendes wirtschaftliches Interesse hat, in der Annahme, dass sie für diese Waren die Bezahlung in freier Reichsmark erhalten. Es sind demnach große Schäden für die deutsche Importindustrie zu erwarten. Bei der kürzlich in Leningrad abgehaltenen Rauchwarenversteigerung hat Deutschland nichts kaufen können, da die Russen gegen gesperrte Mark nichts abgaben.

Weitere Schwierigkeiten werden hinsichtlich des Bezugs russischer Naphthaprodukte, Manganerze, Borsten und Getreide zu erwarten sein.

Präsident Schacht ist der Auffassung, dass die Vorenthaltung der russischen Exportprodukte Deutschland nicht schädigen würde, da die Russen gezwungen

¹ Der Text ist unterstrichen. Außerdem am Seitenrand Bemerkung von Meyer: „a) Laufende Bestellungen oder b) zusätzliche Bestellung zu 200 M[illionen RM]“.

² Zu diesem Wort fügte Meyer am oberen Rand ein: „Der Rest 110? Oder 110–70=40“.

³ Am Seitenrand Bemerkung von Meyer: „Die laufenden Bestellungen sollen doch nebenher gehen!“

⁴ Am Seitenrand Bemerkung von Meyer: „210 = 100 Gold, 70 Importe, 40 ? 50 I[aufende] Best[ellungen] gegen Importe. Richtig?“

wären, ihre alten Schulden in Gold und Devisen abzudecken, wenn sie die Importerlöse nicht frei bekommen. Die Russen haben hierzu erklärt, dass sie, falls es nicht zu einer Einigung kommt, keinerlei Gold nach Deutschland senden würden, sondern freie Reichsmarkbeträge im Ausland aufkaufen und ihre hiesigen Vermögenswerte und Vorräte realisieren würden. Wenn auch die im Ausland befindlichen freien Reichsmarkbeträge von der Reichsbank als Devisen angesehen werden, so können doch mit diesen Reichsmark keine Auslandskäufe getätigt werden.

Das rigorose Vorgehen des Präsidenten Schacht gegenüber den Russen ist diesen nicht verständlich. Sie haben mir gegenüber wiederholt betont, dass sie durchaus verstehen, wenn Präsident Schacht Gold und Devisen und andererseits Aufträge für die deutsche Industrie benötigt. Sie kämen diesem Wunsch dadurch nach, indem sie für 250 Millionen RM Bestellungen gegen 35 Millionen RM im Vorjahr und 100 Millionen RM in Gold der deutschen Regierung anböten, und zwar würden sie das Gold unabhängig davon liefern, ob ihnen weitere Reichsmarkbeträge für die Abdeckung der alten Schulden zur Verfügung gestellt würden.

Meines Erachtens stehen zu wichtige deutsche wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel, als dass man die ganzen deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen lediglich wegen der Verfechtung eines Prinzips zum Erliegen bringen kann.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift.

PA AA, R 94734, Bl. E 664167-664170.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 529, S. 979–981.

Nr. 82

Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Jahncke

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Berlin, den 16. 3. 35

TAGEBUCH

E. GNEDINS

Nr. 125/s¹

Gespräch mit Jahncke (Propagandaministerium), 11. März

*Jahncke*² ist im Propagandaministerium die Person, die wöchentlich *die Redakteure von Zeitungen und Zeitschriften inspiriert und instruiert*³. Bei ihm

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Der Name ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

³ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

werden sowohl kleine als auch große Pressekonferenzen⁴ abgehalten, eine begann gerade in dem Moment im Nachbarsaal, als ich bei Jahncke saß.

Jahncke empfing mich freundlich. Er war die erste deutsche Amtsperson, die die offizielle Version von der Unausweichlichkeit der jetzigen Verschärfung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht unterstützte. Jahncke erklärte, dass seiner Meinung nach die jetzige Spannung der sowjetisch-deutschen Beziehungen nicht ****obligatorisch****⁵ und unausweichlich sei. Er persönlich meine, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR völlig andere als die gegenwärtigen sein könnten. Bei gegenseitiger Respektierung der inneren Systeme könnten zwischen unseren Ländern freundschaftliche Beziehungen bestehen. Als Jahncke dies sagte, vermied er es nicht, der sowjetischen Seite eine gewisse Schuld an der Verschärfung unserer Beziehungen zuzuweisen. Jahncke bat mich, das Nachfolgende „nicht in den Bericht aufzunehmen“, und erklärte, er sehe weit und breit keine Kraft, die imstande wäre, einen konterrevolutionären Umsturz in der UdSSR vorzunehmen. Angeblich ist er von der absoluten Unerschütterlichkeit der Sowjetmacht überzeugt.

Die Rolle Rosenbergs werde nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland überschätzt. Er, Jahncke, habe sich davon wiederholt überzeugen können. Meine Bemerkung, dass Rosenberg der Chefredakteur des Regierungs- und Parteiorgans⁶ sei, ließ Jahncke unbeantwortet.

Als Beispiel dafür, dass Gefühle in der Politik und folglich in den Beziehungen zwischen unseren Ländern keine Rolle spielen sollten, wies er in recht ungeschickter Weise auf die Tatsache hin, dass er Polen hasse, aber dennoch an den Arbeiten zur Ausarbeitung der deutsch-polnischen Aussöhnung⁷ teilgenommen habe und sogar nach Warschau gereist sei.

Jahncke zeigte eine große Neigung, allgemeine „prinzipielle und theoretische“ Gespräche zu führen. Er schwatzte viel darüber, dass er in Russland ein Bolschewik wäre, in Deutschland aber müsse er Nationalsozialist sein. Wenn es nicht die spezifische geografische Lage Deutschlands gäbe, dann wäre die Politik völlig anders: „dann hätte es auch keinen Bedarf am 30. Juni gegeben“.⁸ Jahncke ging so weit zu erklären, dass die einzigen Nationalsozialisten in Deutschland Hitler und Heß seien, und zum Teil auch noch Goebbels.

Jahncke ist der ehemalige Syndikus des Unternehmerverbandes; er ist mit der Tochter des Besitzers eines großen Verlages⁹ verheiratet. Jetzt hätten er und ****seine Frau****¹⁰ angeblich auf jeglichen materiellen Wohlstand verzichtet. Das Schicksal seiner Schwiegereltern interessiere ihn nicht. Bei seiner großen Neigung zur revolutionären Phrase liebt es Jahncke zu demonstrieren, dass er auch ein Haudegen ist: „Wenn es sein muss, kann ich auch erschießen.“ Alle seine Auslassungen zur In-

⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: nichtobligatorisch.

⁶ Völkischer Beobachter.

⁷ Gemeint ist die deutsch-polnische Erklärung vom 26.1.1934. Vgl. Dok. 7, Anm. 6.

⁸ Gemeint sind die Ereignisse vom 30.6.1934, in deren Verlauf Röhm und die Führung der SA sowie einige führende Politiker der Weimarer Republik, darunter General von Schleicher, umgebracht wurden.

⁹ Irmgard Jahncke. Ihr Vater Oskar Scharf war Verleger der Zeitung „Nachrichten für Stadt und Land“ (Oldenburg).

¹⁰ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

nenpolitik zeugten von der gewaltigen Angst vor jeglichen Aktionen der Massen:
„Wenn unsere Massen handeln, können sie alles zerstören.“

Gnedin

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1406 vom 20.3.1935.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
6 Expl. 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 1 zu den Akten.*

AVP RE, f. 010, op, 10, p. 51, d. 48, l. 20–21. Kopie.

Nr. 83

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

GEHEIM

17. März 1935

UdSSR-NKID

Nr. 20292

AN DEN

RAT DER BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETUNG

DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. BESSONOV

Als ich Ihre letzten zwei Informationsschreiben über den Verlauf der Kreditverhandlungen mit Deutschland¹ las, befürchtete ich, dass Bräutigam, der zu Ihnen mit verschiedenen, auf den ersten Blick recht günstigen Kompromiss-Projekten kam, den Auftrag hatte, den Grad der Festigkeit unserer Haltung zu sondieren und vorzufühlen, wie weit wir zu Zugeständnissen bereit sind. Unter den Bedingungen des „neuen Deutschland“ ist es schwer vorstellbar, dass Bräutigam völlig auf eigenes Risiko und auf eigene Gefahr und ohne jegliche Abstimmung, mit wem auch immer, handelt. Deshalb meine ich, dass in den Gesprächen mit ihm *Vorsicht geboten ist. Wir dürfen nicht zeigen, dass wir zu Zugeständnissen bereit sind. Je fester unsere Haltung ist, desto eher werden die Deutschen uns entgegenkommen. Falls sich Bräutigam erneut an Sie wenden sollte, müssen Sie entschieden unterstreichen, dass wir auf keine Zugeständnisse und Kompromisse eingehen werden und das, was Kandelaki im Gespräch mit Schacht² gesagt hat, das Äußerste an Zugeständnissen der sowjetischen Seite ist. Ein weiteres Festhalten der Deutschen an ihrer unnachgiebigen Haltung wird in den Handelsbeziehungen zwischen der

¹ Gemeint sind die Schreiben Bessonovs an Krestinskij vom 9.3. sowie vom 12.3.1935. Vgl. Dok. 79.

² Vgl. Dok. 51.

UdSSR und Deutschland zu den Folgen führen, über die Gen. Kandelaki mit Schacht gesprochen hatte.*³

STELLVERTRETENDER VOLKSKOMMISSAR

Krestinskij

Vermerk mit Tinte: Gen. Litv[inov].

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1021 vom 19.3.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. 1 [Exemplar] an die Adresse, 1 an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Krestinskij, 1 an Gen. Štern, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 35, l. 13. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 120, S. 186⁴.

Nr. 84

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GANZ GEHEIM

17. März [193]5

1159

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

1. Die gestrige Bombe Hitlers – die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht¹ – ist angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage in Europa ein außerordentlich wichtiger neuer Fakt.

*Obwohl ich nicht denke, dass die Engländer die bereits festgesetzte Reise von Simon und Eden nach Berlin² absagen werden, aber der Fehdehandschuh, den ihnen die Deutschen hingeworfen haben, wird sie zweifelsohne dazu veranlassen, sich unerschütterlich zu zeigen. Sie werden nicht so leicht auf Zugeständnisse hinsichtlich des Ostpaktes über gegenseitigen Beistand eingehen.

Auch Laval und Flandin wird das zu denken geben. Die offene Weigerung der Deutschen, die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages einzuhalten,

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁴ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ In einer Erklärung, die über den Rundfunk ausgestrahlt wurde, gab Hitler am 16.3. die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bekannt. Vgl. „Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht“, 16.3.1935. In: Reichsgesetzblatt 1935, Teil I, S. 375.

² Vgl. Dok. 59, Anm. 2.

ist eine ernste Warnung, die breiten Kreisen der französischen öffentlichen Meinung das Erfordernis aufzeigt, sich der UdSSR in der Absicht zu nähern, militärische Hilfe durch die Rote Armee zu erhalten.

Der Schritt der deutschen Regierung kann natürlich ****auch****³ unter einem anderen Gesichtspunkt gewertet werden, und zwar, dass die Deutschen vor den Berliner Verhandlungen Ausgangspositionen beziehen, von denen sie sich nicht mehr zurückziehen und die ihnen als Grundlage für einen weiteren Handel mit Frankreich und England dienen werden.

Ich denke jedoch, dass sich die Deutschen eher verrechnet haben und ihre gestrige Entscheidung ihnen in der nächsten Zeit mehr Schaden als Nutzen bringen wird⁴.

Teilen Sie uns mit, wie die Berliner Botschafter Englands⁵ und Frankreichs⁶ auf die Wiederherstellung des früheren Militärsystems reagiert haben und wie sich die Ereignisse weiter entwickeln.⁷

2. Wir warten auf Ihre Informationen zu den Kreditverhandlungen.

Ich denke, dass die Deutschen ihre jetzige unversöhnliche Haltung nicht lange beibehalten werden und man sich dennoch mit ihnen wird verständigen können.

3. Wir haben jetzt einen unerfreulichen Zwischenfall mit den Deutschen, über den Ihnen Gen. Štern ausführlich schreiben wird⁸. Ein Mitarbeiter der Deutschen Botschaft, Erdtmann; (er ist kein ****diplomatischer****⁹ Mitarbeiter), der 1929 schon einmal wegen Valutaspekulation erwischt worden war, ist dieser Tage erneut auf frischer Tat ertappt worden: Er wurde in dem Moment verhaftet, als ihm ein von der Miliz verfolgter Spekulant einen Umschlag mit Geld und Wertsachen übergab. Wir haben überhaupt keine Zweifel, dass dieser Erdtmann gegen Mark zu Schleuderpreisen systematisch sowjetische Rubel und verschiedene Wertsachen auf dem schwarzen Markt aufgekauft hat. Wir wollen die Angelegenheit nicht aufbauschen und fordern von den Deutschen ****nur****¹⁰, Erdtmann aus der UdSSR abzubrufen. Bislang sträuben sie sich noch. Inoffiziell haben sie ihre Bereitschaft dazu bekundet, Erdtmann aus Moskau nach Deutschland abzubrufen, aber nicht sofort, sondern erst in einigen Monaten.

Bisher haben die Deutschen, Schulenburg und Twardowski, über dieses Thema mit Gen. Štern gesprochen¹¹, aber allem Anschein nach wird sich Schulenburg nach dem Wochenende nunmehr bei mir melden.¹²

Mit der Post von übermorgen informiere ich Sie über die weitere Entwicklung in diesem Fall.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁵ Eric Phipps.

⁶ André François-Poncet.

⁷ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Anm. 78, S. 626–627.

⁸ Vgl. Dok. 86.

⁹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: politischer.

¹⁰ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹¹ Am 13.3.; vgl. Dok. 80. Weitere Gespräche fanden am 14.3. und 17.3. statt. In: AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 31–28 und ebd., f. 05, p. 107, d. 32, l. 14–16.

¹² Am 20.3.; vgl. AVP RF, f. 082, p. 80, d. 1, l. 38–36.

Vermerk mit Tinte: MM.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1011 vom 19.3.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Lit[vinov], das 3. an Gen.

Št[ern], das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 106, d. 30, l. 6–7. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 119, S. 185–186¹³.

Nr. 85

Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

GEHEIM

Persönlich¹

17. März 1935

UdSSR NKID

2. Westabteilung

Nr. 14269²

AN DEN

RAT DER BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETUNG

DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. BESSONOV

Lieber Sergej Sergeevič³,

ich bin aus dem Urlaub zurück und versinke sofort in der Arbeit, die unter sehr ungünstigen Bedingungen geleistet werden muss. Die Sache ist die, dass die Gen. Levin und Kanter bereits über eine Woche krank sind, so dass für Deutschland niemand mehr übrig geblieben ist. Gleichzeitig sind bei mir das bulgarische, rumänische und griechische Referat nicht besetzt, die eine immense Arbeit abverlangen, so dass ich, offen gesagt, stark eingespannt bin, um es gelinde zu formulieren.

Ich bin Dir für die Übersendung der Materialien, insbesondere für das „Archiv der Gegenwart“⁴ sehr dankbar. Dieses Archiv ist für uns im höchsten Grade von Nutzen und von fundamentalem Wert. Jetzt möchte ich auf einige Fragen eingehen:

1. Insgesamt stimme ich mit Dir überein, dass unsere Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland völlig von der deutschen außenpolitischen Situation bestimmt werden. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass Deutschland gegenwärtig an keiner wie auch immer gearteten – und sei es auch nur an einer äußerlich gezeigten – Verbesserung unserer Beziehungen interessiert ist. Im Gegenteil, und das ist allseits

¹³ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende, nach eigenen Redaktionsrichtlinien und mit Kürzungen.

¹ Das Wort ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ So im Dokument; richtig: Sergej Alekseevič.

⁴ Archiv der Gegenwart: die weltweite Dokumentation für Politik und Wirtschaft. Die Zeitschrift erschien seit 1931/32.

zu unterstreichen, es [demonstriert] eine echte Feindschaft. Solch eine Taktik soll einerseits London erschrecken und damit die Positionen jener englischen Kreise bestärken, die behaupten, dass der Ostpakt die Manövrierfähigkeit Englands einschränkt und England die Hände bindet, weil die Lage in Osteuropa immer bedrohlicher werde. Andererseits schafft Deutschland damit ein neues Kompensationsobjekt für zukünftige Verhandlungen. Die Tendenz Deutschlands, die „sowjetischen Rüstungen“ als Trumpfkarte auszuspielen, springt klar ins Auge. Mir scheint, dass die Deutschen bei den Verhandlungen zum Ostpakt eine neue Forderung stellen werden, um irgendeinen Proporz zwischen unseren und ihren Rüstungen herzustellen.

2. Was die allgemeinen Tendenzen Deutschlands auf der Ebene der internationalen Beziehungen betrifft, so bin ich nach wie vor davon überzeugt, dass sich Deutschland auf ernste Aktionen in einer recht überschaubaren Zukunft vorbereitet. Sobald Deutschland eine starke Luftwaffe besitzt, halte ich die abwegigsten Abenteuer für absolut nicht ausgeschlossen. Ich denke nicht, dass die Version, wonach die Isolation für Deutschland von Vorteil sei, nur für den äußeren Gebrauch bestimmt war. Es ist nicht ausgeschlossen, dass deutsche Führungskreise tatsächlich nicht wünschen, sich durch irgendwelche Abkommen zu binden, und bemüht sind, ihre Handlungsfreiheit angesichts einer fortschreitenden Verfestigung der europäischen Widersprüche zu bewahren. Des Weiteren scheint mir, dass man unsere Auffassung bezüglich Deutschlands als Faktor einer Kriegsgefahr überprüfen muss. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass Deutschland eine militärische Explosion im Fernen Osten abwartet und erst danach bestrebt sein wird, sie auszunutzen. Mir scheint, dass bald eine Situation eintreten wird, in der Deutschland, ohne die Vorgänge im östlichen Sektor des Erdballs abzuwarten, versuchen wird, selbst die Initiative zu ergreifen, um auf militärischem Wege eine Neuordnung der Karte Europas vorzunehmen.

Zurzeit interessieren mich einige Fragen außerordentlich, die mit der deutschen Wirklichkeit zu tun haben, vor allem die Frage nach den Methoden der Binnenfinanzierung. Ich habe natürlich eine allgemeine Vorstellung, aber es wäre hilfreich, etwas konkretere Angaben zu bekommen. Es wäre weiter interessant zu wissen, mit welchen Ressourcen Deutschland das Passivsaldo seiner Handelsbilanz abbaut und welche Vorstellungen es für das weitere Vorgehen gibt.

Momentan interessiert mich noch eine Frage, die keinen unmittelbaren Bezug zur Politik hat. Ich hätte gern Literatur, die sich mit der Situation ^{**in**}⁵ der deutschen Schule befasst (die politische Beeinflussung der Kinder, Erziehungsmethoden usw.). Ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du mir in dieser Sache helfen könntest.

Ich wäre Dir weiterhin dankbar, wenn Du unserer Abteilung durch die Übersendung von Schreibmaschinenpapier, wie Du es schon einmal geschickt hast, behilflich sein könntest. Wir haben in dieser Hinsicht eine große Krise.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 35–34. Kopie.

⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

Nr. 86
Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den
Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GEHEIM
Persönlich¹
17. März 1935

UdSSR NKID
2. Westabteilung

Nr. 14266²

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
GEN. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

aus dem Urlaub zurückgekehrt, habe ich mit großem Interesse die gesamte von der Bevollmächtigten Vertretung eingegangene Post, und insbesondere die von Ihnen, gelesen. Ich bedaure es sehr, dass es mir nicht gelungen ist, mich mit Ihnen während Ihres letzten Aufenthaltes in Moskau zu unterhalten. Wir haben mit Deutschland gegenwärtig einige sehr heftige Angelegenheiten zu klären, die sich hauptsächlich wegen der Verhaftungen usw. ergeben. Darüber können Sie sich anhand meiner Aufzeichnung der Unterredung mit Twardowski³ vertraut machen. In letzter Zeit ist noch der Fall Erdtmann hinzugekommen, auf den ich in meiner Aufzeichnung hinlänglich eingegangen bin. Es unterliegt keinem Zweifel, dass sich Erdtmann in unseren Augen stark kompromittiert hat. Ich werde heute mit Twardowski darüber sprechen⁴ und versuchen, diese Frage in einem von uns gewünschten Sinne zu regeln. Mir scheint, dass unsere Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung aus mehreren Gründen über diesen Fall informiert sein müssen.

Was die allgemeinpolitischen Fragen betrifft, so bin ich in zunehmendem Maße wegen einiger Veränderungen in der deutschen Außenpolitik beunruhigt. Es gibt keinen Zweifel, dass Deutschland bereits keine Überraschungen mehr im Sinne eines Präventivkrieges usw. befürchtet und meint, dass es über eine recht große Bewegungsfreiheit verfügt. Die entscheidende Rolle in dieser Frage muss Englands Haltung spielen, die mir reichlich unklar erscheint. Ich habe keine Zweifel, dass das Hauptanliegen Deutschlands aus seiner Sicht auf Folgendes hinausläuft: Deutschland verwandelt sich in einem schnellen Tempo in eine starke Militärmacht, die weitestgehende Absichten hat. Angesichts dessen, dass es keine Mittel gibt, um die deutschen Rüstungen aufzuhalten, erscheint es als unumgänglich, ihm [Deutschland] diesen oder einen anderen Ausweg aus dem brodelnden deutschen Kessel zu öffnen. Daraus ziehen die Deutschen meiner Meinung nach die Schluss-

¹ Das Wort ist mit Tinte geschrieben und unterstrichen.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Vgl. Dok. 80.

⁴ Zu dem Gespräch vgl. AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 41–36.

folgerung, dass England gezwungen sein werde, den Widerstand gegen eine deutsche aggressive Orientierung in Richtung Osten aufzugeben. Die nahe Zukunft wird zeigen, inwieweit das deutsche Kalkül berechtigt ist. Jedoch ist die Lage meiner Meinung nach schon lange nicht mehr so angespannt gewesen wie im Augenblick.

Damit ende ich vorerst. Ich hoffe, mit der nächsten Post ein paar Zeilen von Ihnen zu bekommen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Štern

*Am Endes des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten.*

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 32–32R. Kopie.

Nr. 87

Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Berlin, 18. März 1935

Vertraulich!

Nr. 786/R

An die
Mitglieder des Vorstandes des R.-A.
Geschäftsführungen der Spitzenorganisationen

Betrifft: Zur Lage im Russlandgeschäft

1. Auffallenderweise herrscht in russischen Kreisen seit einigen Tagen wieder größerer Optimismus hinsichtlich des Ausganges der deutsch-russischen Verhandlungen. Es wird erklärt, Situationen ohne Ausweg gäbe es nicht, und daher werde auch aus der gegenwärtigen Situation ein Ausweg gefunden werden müssen. Dies umso mehr, als ein positiver Ausweg im Interesse beider Länder sein würde.

Der Hauptangriff der Russen richtet sich immer mehr nicht gegen die Einschaltung des Kontrollsystems der Überwachungsstellen. Gegen eine solche Kontrolle, solange sie nicht die Form einer „kleinen Vormundschaft“ annehme, habe man an sich auf russischer Seite nichts einzuwenden. Allerdings müsste der Sowjetexport nach Deutschland durch die Festsetzung einer Jahresglobalsumme für die Sowjetseite einigermaßen gesichert werden. Wogegen sich die Russen aber schärfstens wenden, das ist die Tatsache, dass die von ihnen für ihre nach Deutschland zum Export gelangten Waren erlösten Marktbeträge auf ein Sperrkonto gesetzt werden. Infolgedessen ist von Moskau aus die Anordnung ergangen, von jetzt ab nur gegen freie Reichsmark oder für Devisen nach Deutschland zu verkaufen. Die Aufhebung dieser Sperrklausel sei die Vorbedingung für eine Verständigung mit Deutschland.

Auf russischer Seite wird darauf hingewiesen, dass bei einem Zustandekommen des 200-Mill.-Vertrages die kommenden russischen Bestellungen zahlreiche deutsche Industriekreise erfassen würden. Dabei sei mit Sicherheit anzunehmen, dass, entsprechend der Errichtung neuer Produktionszweige in Russland und der Erweiterung mehrerer bisheriger Industrien, der von den Bestellungen gezogene Rahmen weiter sein wird als bei früheren großen Bestellaktionen, wie beispielsweise den Pjatakoff-Abkommen¹. Geplant sind u. a. große Aufträge auf Eisenbahnausrüstungen und Eisenbahnmaterial. Der neue Verkehrskommissar der Sowjetunion Kaganowitsch hat besondere Vollmachten zum großzügigen Wiederaufbau der Sowjetbahnen in möglichst kurzer Zeit erhalten. Die Russen betonen, es sei in Moskau bekannt, dass Kaganowitsch zur Durchführung dieser Aufbaupläne größere Bestellungen im Ausland zu vergeben beabsichtige. Die Aufträge auf Radsätze, Achsen und dergleichen, die vor kurzem in England (Sheffield) vergeben wurden, seien die „erste Schwalbe“ auf diesem Gebiet. Es sei anzunehmen, dass bei einem Zustandekommen einer Einigung mit Deutschland ein großer Teil der russischen Eisenbahnbestellungen an deutsche Firmen erteilt werden wird.

Daneben sollen die Russen zum ersten Mal große Aufträge auf optische Geräte in Deutschland vergeben. Offenbar handelt es sich dabei zum Teil um Ausrüstungen für Rüstungszwecke (Artillerie, Kriegsflugzeuge usw.). Der Charakter der kommenden russischen Aufträge in Deutschland wird, so wird in Sowjetkreisen betont, die „industrielle Tendenz“ nach wie vor zum Ausdruck bringen.

Es ist interessant, dass auf russischer Seite das Bestreben bemerkbar ist, etwaige deutsche Befürchtungen, dass beim Zustandekommen des großen Liefervertrages, wie schon so oft, das sogenannte „laufende Geschäft“ von den russischen Bestellorganen vernachlässigt werden könnte, wodurch die Bestellungen im Rahmen des großen Vertrages ihren „zusätzlichen Charakter“ verlieren würden, zu zerstreuen. Es wird erklärt, man sei bereit, in „irgendeiner Form“ die Fortsetzung des laufenden Geschäfts zu sichern. Allerdings sei die Voraussetzung dafür, dass der Sowjetexport nach Deutschland nicht unter das Niveau des Vorjahres sinke.

Allgemein wird angenommen, dass die kommende Woche wichtige Entscheidungen, vielleicht sogar die Endlösung bringen wird.

2. In Amerika finden in letzter Zeit dauernd Wiederbelebungsversuche statt, um die amerikanisch-russischen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Es muss indessen betont werden, dass diese Versuche keineswegs von berufener Seite, sondern, wie in unterrichteten amerikanischen Kreisen erklärt wird, von „politischen und wirtschaftlichen Kurpfuschern“ unternommen werden, dabei mit sowohl politisch als auch wirtschaftlich völlig unzulänglichen Mitteln. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, dass, wenn überhaupt, neue amerikanisch-russische Wirtschaftsverhandlungen nicht vor dem Herbst stattfinden werden. Dabei wird erklärt, dass man diesmal ganz anders vorgehen wolle als bisher: Verhandlungen mit Moskau sollen erst dann aufgenommen werden, wenn im Ergebnis diplomatischer Fühlungnahme deren Erfolg gesichert ist, um der Welt nicht wieder das wenig erhebende Schauspiel völlig unvorbereiteter Verhandlungen zwischen Moskau und Washington zu bieten. Diese Aufgabe, etwaige neue Verhandlungen mit der Sowjet-Union vorzubereiten, ist dem Botschafter in Moskau Bullitt übertragen worden, der somit einen letzten Ver-

¹ Vgl. Dok. 49, Anm. 2.

such unternehmen soll, das Verhältnis zwischen den beiden Ländern zu bereinigen und gleichzeitig seine stark lädierte Laufbahn zu retten.

Heil Hitler!
Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Die Geschäftsführung

Tschunke Haubrich

Eigenhändige Unterschriften. Auf erstem Blatt Paraphe von B[räutigam] 23/3. Auf Kopfbogen des Russland-Ausschusses geschrieben.

RWWA, 72-48-3, o. P., 3 Bl.

Nr. 88

Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer

Berlin, den 20. März 1935

Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen sind abgeschlossen.

1) Die Bezahlung der 1935 fälligen Schulden der Sowjetunion ist geregelt; Bezahlung in Gold in Höhe von 100 Millionen RM und in Lieferung der dringend benötigten Rohstoffe.

2) Deutschland erhält bis Ende 1935 laufende Aufträge in Höhe von 60 Millionen RM.

3) Deutschland erhält bis zum 31. März 1936 zusätzlich Aufträge in Höhe von 200 Millionen RM.

4) Die durch die Dollarabwertung geschädigten Firmen erhalten eine Entschädigung von 7,5 Millionen RM.

Im Einzelnen:

I. Die bis zum Ende des Jahres 1935 fälligen Schulden der Sowjetunion für gelieferte Industrieprodukte betragen 200 Mill. RM. Diese werden bis Ende 1935 abgedeckt:

a) durch Bezahlung in Gold	20 Mill RM
b) durch Lieferung von deutscher Seite gewünschter Waren	
Naphtaprodukte	20 Mill RM
Rauchwaren (davon 45% Rohwaren)	7,5 Mill RM
Manganerze	4,3 Mill RM
Silber und edelmetallhaltige Schlemme	1,7 Mill RM
Flachs	3 Mill RM
Borsten	1 Mill RM
Asbest	1,5 Mill RM
Apatite	1 Mill RM
c) durch Lieferung weiterer Waren nach Wahl der Sowjetunion	60 Mill RM

Sa. 200 Mill RM

Die deutschen Überwachungsstellen sind in der Lage, Waren, an deren Einfuhr Deutschland nicht interessiert ist, zurückzuweisen. Ferner wird die Einfuhr russischer Waren nur zugelassen, wenn die Preise nicht über Weltmarktpreisen liegen.

II. Neue Bestellungen

1) Die Sowjetunion wird bis 1935 laufende Bestellungen in Höhe von 60 Millionen RM zu den normalen Kreditfristen von durchschnittlich ca. 19 Monaten vergeben.

2) Die Sowjetunion wird bis zum 31. März 1936 für 200 Millionen RM zusätzliche Bestellungen vergeben (mit einer Kreditfrist von 5 Jahren).

III. Ersatz der Währungsverluste.

Die Sowjetunion zahlt 7½ Millionen RM für diejenigen deutschen Firmen, die im Russlandgeschäft durch die Dollar- oder Pfundabwertung Verluste erlitten haben.

Meyer

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt: IV Ru 1097. Stempel: Hat dem R[eichs]M[inister] vorgelegen mit Paraphen von N[eurath], Ko[tze] 22, B[ülow] 21/3 und M[eyer] 21/3.

PA AA, R 94734, Bl. E 664176-6641777.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 546, S. 1007–1008.

Nr. 89

Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

Moskau, den 22. März 1935

Nr. 49 v. 22.3.35

Telegramm

Sowjetpresse setzt Kampf gegen deutsche Erklärung vom 16. März¹ fort. Pressetexte fängt an, eine tatsächliche Beunruhigung in die Bevölkerung hineinzuragen. Deutschland wird gegenwärtig als der einzige Feind und Bedroher des Friedens hingestellt, während selbst in Bezug auf Japan Möglichkeit zur Verständigung betont wird. Man hört jetzt im Publikum öfter Fragen wie: „Kommt es wirklich zum Krieg mit Deutschland?“

Gegen alles Deutsche oder Deutschstämmige, soweit nicht durch kommunistischen Stempel geschützt, zeigt sich krankhafte Verfolgungssucht, die offenbar auf Angstpsychose zurückgeht.

Ob diese Stimmung von außenpolitisch leitenden Sowjetstellen geteilt wird, möge dahingestellt bleiben. Jedenfalls entspricht sie der auch sonst hervortreten-

¹ Vgl. Dok. 84, Anm. 1.

den Absicht, den Eindruck zu verstärken, dass für Sowjetunion reale Garantien notwendiger seien denn je.

Uns gegenüber wird von Vertretern Außenkommissariats und anderen amtlichen Sowjetpersonen jedes politische Gespräch vermieden. Selbst Einführung Wehrpflicht hat weder Litwinow noch Krestinski noch irgendein anderes Mitglied Außenkommissariats, mit denen ich und Mitglieder Botschaft öfter in Berührung kamen, zu irgendeiner Äußerung uns gegenüber veranlasst.

Schulenburg

Die maschinenschriftliche Unterschrift ist mit Paraphe von Sch[ulenburg] 22/3 sowie v[on]T[wardowski] 22[3] abgezeichnet. Am Ende Text: Gefertigt in 2 Exemplaren 1 für Sachakte A, 1 für chronolog[ische] Sammlung. Dies ist Exemplar Nr. 1. Auferstem Blatt oben: A/670, unten: A 9 generalia, am Seitenrand: Verziffert: W[i]n[dhausen] Abgesandt 22/3 20 Uhr.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429057-429058.

Nr. 90

Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer

Berlin, den 26. März 1935

e.o. W IV Ru 1187 pr 28.3.35

Aufzeichnung

Herr Präsident Schacht hat mir mitgeteilt, dass im letzten Augenblick erneut Schwierigkeiten mit den Russen dadurch entstanden sind, dass die Russen sich weigern, den Import der Waren, soweit er auf Verträgen vor dem 15. Februar beruht, den Prüfungen der Überwachungsstelle zu unterziehen. Er sei bereit, im Einzelfall Entgegenkommen zu zeigen, könne aber nicht darauf verzichten, dass alle Verträge dem Reichswirtschaftsministerium bzw. der Überwachungsstelle vorgelegt würden. Herr Schacht bat, seinen Standpunkt auch von hier aus zu unterstützen. Ich habe ihm gesagt, ich würde den Leiter der Handelsvertretung zu mir bitten, um entsprechend auf ihn einzuwirken.

Ich habe darauf heute den Leiter der russischen Handelsvertretung, Herrn Kandelaki, zu mir gebeten, der sich von dem russischen Botschaftsrat¹ begleiten ließ. Ich habe ausgeführt, dass nach dem neuen Plan, der für die Russen ab 15. Februar d. Js. verbindlich sei, sämtliche Verträge zunächst dem Reichswirtschaftsministerium vorgelegt werden müssten. Die Russen lehnten diese Aufforderung ab und führten aus, es sei eine Liste über die einzuführenden Waren und über die Mengen mit dem Reichswirtschaftsministerium vereinbart worden. Die Vorlage der Verträge könne doch nur eine Revision der abgemachten Preise bezwecken; über Preise sei aber niemals gesprochen worden. Die vor dem 15. Februar abge-

¹ Sergej Alekseevič Bessonov. Vgl. auch die Tagebuchaufzeichnungen Bessonovs vom 28.3.1935 über die Wirtschaftsgespräche vom 17. bis 28. März. In: AVP RF, f. 05, op.15, p.107, d. 31, l. 52.

schlossen Verträge betrügen ca. 80% der 100 Millionen Warenbestellungen. Gegen eine Vorlage der Verträge hätten sie an sich keine Bedenken, sofern ihnen bindend erklärt werden könnte, dass keinerlei Revision der Preise beabsichtigt sei. Auf eine Revision der Preise würden sie sich unter keinen Umständen einlassen; eine derartige Maßnahme von deutscher Seite würde sie zwingen, die Preise der deutschen Lieferungen ebenfalls nachzuprüfen. Sie betrachteten die Forderung im Übrigen als ein Manöver, um die Verhandlungen nicht zum Abschluss kommen zu lassen und langfristig zu vertagen.

Ich habe dies nachdrücklichst bestritten und betont, dass irgendeine allgemeine vorherige Erklärung über Revision oder Nichtrevision von Preisen nicht abgegeben werden könnte; Herr Präsident Schacht habe mir aber mitgeteilt, er würde in Einzelfällen nach Möglichkeit Entgegenkommen beweisen. Auf die Vorlage der Verträge und Prüfung durch das Reichswirtschaftsministerium könne Herr Schacht aber nicht verzichten. Die Russen verblieben bei ihrem ablehnenden Standpunkt. Ich habe Herrn Präsidenten Schacht und das Reichswirtschaftsministerium entsprechend verständigt. Das Reichswirtschaftsministerium wird heute mit Herrn Präsidenten Schacht verhandeln und versuchen, einen Ausweg zu finden; die Russen sind auf heute Nachmittag nochmals ins Reichswirtschaftsministerium gebeten worden.

Meyer

Eigenhändige Unterschrift. Am Seitenrand Paraphen von B[ülowl] 27/3, M[eyer] 26/3 und T[ippelskirch] 29/3. Auf erster Seite unten: H 13 Ru A.

PA AA, R 94734, Bl. E 664186-664187.

Nr. 91

Brief des Konsuls in Kiev Hencke an den Botschafter in Tokio von Dirksen

Kiew, 26. März 1935

Hochzuverehrender Herr Botschafter!

Seit Monaten will ich Eurer Hochwohlgeboren schreiben, insbesondere um meinen aufrichtigen Dank für das so gütige und interessante Schreiben¹ abzustatten, das mir – wie stets – eine große Freude und Ehre war. Wenn sich die Ausführung dieser Absicht so lange verzögerte, so liegt das an Urlaubs- und Dienstreisen und nicht zuletzt an einer unangenehmen und daher *lähmenden Ungewissheit über meine persönliche Zukunft*².

Nach der Erhebung Kiews zur Hauptstadt der Ukraine³ soll auch das *Generalkonsulat hierher verlegt werden*. Das scheitert einstweilen an Unterbrin-

¹ Die Antwort bezieht sich vermutlich auf den Brief von Dirksen an Hencke vom 11.9.1934; in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, S. 180–181.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Bis Juni 1934 war Char'kov die Hauptstadt der Ukrainischen Sowjetrepublik, danach wurde es Kiev.

gungsschwierigkeiten. Jetzt ist geplant, auf dem Konsulatsgrundstück einen *Neu- bzw. Erweiterungsbau zu errichten*⁴. Einstweilen besteht aber noch keine Einigung über den Bauvertrag. Nach dem Programm der Abt. I soll ich das Konsulat in Charkow nicht übernehmen, sondern *einen westlichen Posten erhalten*, um dann bald Russlandreferent zu werden. Es war von Rom und Brüssel die Rede. Beide Projekte zerschlugen sich aber, *weil Abt. I z.Zt. in ihrer Dispositionsfreiheit beschränkt ist*. Vorerst werde ich daher wohl noch einige Monate in Kiew bleiben. Vielleicht kommt dann eine Verwendung im Westen oder gleich das Russlandreferat. Letzteres hängt wieder davon ab, ob *für Twardowski ein Posten gefunden*⁵ wird. Jede Woche ändert sich die Situation, was keine rechte Ruhe aufkommen lässt.

Auch politisch ist sie nicht vorhanden: Die von *Eurer Hochwohlgeboren vorausgesagte russisch-japanische Entspannung ist eingetreten*; sie hat die politische Aktivität der Sowjetregierung im Westen noch verstärkt. Die deutsch-russischen Beziehungen haben *sich zugespitzt*⁶ wie bisher wohl noch nie. Anzeichen für eine Verbesserung unseres Verhältnisses zu Russland, die theoretisch eintreten könnte, wenn das bestehende Sicherheitsbedürfnis der Russen mit oder ohne uns befriedet wird, sind vorläufig nicht zu sehen. Soweit die Pressestimmen über die Berliner und Moskauer Besprechungen mit England⁷ ein Urteil zulassen, erscheint eine Verständigung mit Moskau über den *Ostpakt, der für Litwinow eine Prestigefrage erster Ordnung geworden ist*, kaum noch möglich. Offenbar zeigen jetzt auch die Engländer für den russischen Standpunkt größeres Verständnis als für den unsrigen. Zweifellos ist die gegenwärtige außenpolitische Stellung der *Sowjetunion recht günstig; auch innenpolitisch*⁸ sind zur Zeit ernste Gefahrenmomente nicht vorhanden.

Mit erschütternder Hartnäckigkeit wird in der Sowjetpresse Deutschland als der Feind hingestellt; – auch die deutschen Zeitungen erklären nach langer Zurückhaltung jetzt Russland als unseren ernsthaften Gegner. *Das neue Wehrgesetz⁹ hat hier stärksten Eindruck gemacht.* Im Grunde genommen hat unsere nicht erwartete Haltung den Russen sehr *imponiert*¹⁰. Man hört bisweilen ernste Sowjetstimmen, die Zweifel darüber erkennen lassen, ob es richtig war, die russische Politik so scharf gegen ein starkes Deutschland einzustellen. In der Bevölkerung wird viel von einem bald bevorstehenden deutsch-russischen Krieg gesprochen, den weite Kreise wünschen. Gottlob ist er recht unwahrscheinlich.

Im Gegensatz zu der politischen Lage lassen die deutsch-russischen *Wirtschaftsbeziehungen* einige *Hoffnungsmöglichkeiten*¹¹. Ein 200-Millionen-Kredit soll unmittelbar vor dem Abschluss stehen. Auch die langjährigen Verhandlungen über die deutsch-russischen Lieferungsbedingungen sind zu einem befriedigenden Ende geführt worden.

⁴ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

⁵ Die drei Textstellen sind unterstrichen.

⁶ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

⁷ Der britische Außenminister Simon führte zusammen mit dem Lordsiegelbewahrer Eden am 25. und 26.3. politische Gespräche in Berlin (vgl. Dok. 59, Anm. 2), anschließend reiste Eden nach Moskau weiter (vgl. Dok. 93, Anm. 11).

⁸ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

⁹ Vgl. Dok. 89, Anm. 1.

¹⁰ Die drei Textstellen sind unterstrichen.

¹¹ Die beiden Wörter sind unterstrichen.

Unsere Arbeit wird täglich schwieriger. *Die Deutschstämmigen werden brutal verfolgt*, die Reichsdeutschen durch immer zunehmendere Bedrückungen zur Abwanderung gezwungen. In *unserem Grenzbezirk* haben diese Maßnahmen zweifellos militärpolitischen Charakter, wie überhaupt das staatliche und wirtschaftliche Leben dieses Landes in immer stärkere Abhängigkeit von *seinen Rüstungsinteressen gebracht* wird. Diesem Ziel nützt auch die nun fast ganz abgeschlossene Kollektivierung, durch die die Erfassung der Vorräte durch den Staat erleichtert wird. Im Ganzen ist das kühne Experiment trotz aller Opfer, die es erforderte und noch erfordern wird, – *zumindest theoretisch – gelungen*. An und für sich sieht es auf dem *Land immer noch sehr böse aus. Brot ist Luxusartikel.*¹²

Persönlich komme ich mit den Sowjetpartnern immer noch recht gut aus. Auf sentimentaler Grundlage genießt man noch immer einen gewissen Personalcredit.

Von ganzem Herzen hoffe ich, dass es der hochverehrten Frau Botschafterin und Eurer Hochwohlgeboren in jeder Hinsicht gut geht. Ich empfinde es mit einer ganz besonderen Freude, dass gerade Sie, hochverehrter Botschafter, *einen der wenigen wichtigen politischen Außenposten leiten, wo heute positive Arbeit*¹³ geleistet werden kann. Dass die umfangreichen gesellschaftlichen Verpflichtungen neben der dienstlichen Tätigkeit eine starke, nicht immer angenehme Belastung bedeuten, kann ich mir lebhaft vorstellen.

Bei uns ist alles in Ordnung. Meine Familie ist z. Zt. in Deutschland, soll aber in den nächsten Tagen zurückkehren. Wann werden Sie, hochverehrter Herr Botschafter, in *Urlaub fahren*¹⁴? Wenn die Reise über Moskau geht, und ich noch hier bin, würde ich Sie gerne dort begrüßen.

Darf ich für heute mit der Versicherung aufrichtigster
Verehrung und Dankbarkeit verbleiben
Eurer Hochwohlgeboren
stets gehorsamster

Hencke

Das Dokument ist handschriftlich geschrieben.

PA AA, NL Dirksen, Bd. 2, Bl. M 014698-014703.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 22, S. 182–183.

¹² Die markierten Textstellen dieses Abschnitts sind unterstrichen.

¹³ Die Textstelle ist unterstrichen.

¹⁴ Die Textstelle ist unterstrichen.

Nr. 92

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Geheim

27. März 1935

UdSSR-NKID

Nr. 20334

AN DEN

BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER

DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. SURIC

Berlin

*Bei der Lektüre der Information des Gen. Kandelaki bezüglich des von Deutschland vorgeschlagenen Abkommens zu Kreditfragen und zu Fragen der Zahlungsbilanz 1935¹ fiel uns auf, dass Gen. Kandelaki besonderen Wert darauf legt, die Aufnahme **von**² Verpflichtungen bezüglich der laufenden Aufträge nicht in das Abkommen über die Zahlungsbilanz, sondern in das Kreditabkommen aufzunehmen. Wir vertreten den genau entgegengesetzten Standpunkt. Wir meinen, dass es für uns äußerst ungünstig ist, die laufenden Aufträge mit dem Kreditabkommen zu koppeln. Wenn wir das nur ein einziges Mal machen, schaffen wir einen Präzedenzfall, nach dem kein einziges Land dazu bereit sein wird, uns Finanzkredite zu gewähren, ohne sich zugleich laufende Aufträge zu bedeutenden Summen auszubedingen. Es ist klar, dass dies für uns absolut unannehmbar ist.*³ Die Verhandlungen zum Beispiel mit der Tschechoslowakei sind fast daran gescheitert, weil die Tschechen laufende Aufträge forderten.⁴ Wir lehnten diese Forderung ab. Wir sagten, dass das Kreditabkommen in keinerlei Beziehung zu den laufenden Aufträgen stünde und wir in dieser Frage keine Verpflichtungen eingehen könnten.⁵ Wenn in dem Abkommen mit Deutschland laufende Aufträge festgeschrieben werden, so wird die Tschechoslowakei uns ähnliche Forderungen stellen, und nach ihr auch andere Länder.

Wenn dagegen die laufenden Aufträge in dem Abkommen über die Zahlungsbilanz ihren Niederschlag finden, so wird damit kein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. In allen Ländern lassen wir auch heute eine gewisse Verknüpfung zwi-

¹ Vgl. Chiffretelegramm Kandelakis vom 21.3.1935. In: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 59, S. 114–115.

² Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁴ Vgl. Dokumenty i materialy po istorii sovetsko-čechoslovackich otnošenij. T. 3, ijun' 1934–mart 1939 (Dokumente und Materialien zur Geschichte der sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen, Bd. 3, Juni 1934–März 1939), Moskva 1978, Dok. 33, S. 62–63.

⁵ Das Kreditabkommen mit der Tschechoslowakei wurde am 3.6.1935 abgeschlossen. Vgl. Sbornik dejstvjuščich torgovych dogovorov i inych chozjajstvennych soglašenij SSSR, zaključennych s inostrannymi gosudarstvami. Vyp. 1. Moskva 1935, Anlage 4, S. 289–295; Soviet Treaty Series. A Collection of Bilateral Treaties, Agreements and Conventions etc., concluded between the Soviet Union and Foreign Powers, hrsg. von Leonard Shapiro, Bd. II (1929–1939), Washington 1955, S. 132–133.

schen unserem Export und Import zu. Es wird auch keine Mühe bereiten, dritten Ländern zu zeigen, dass wir der Verpflichtung zu laufenden Aufträgen zugestimmt haben, weil die Konditionen zur Deckung der alten Zahlungsleistungen für uns recht günstig waren.

*Wir haben das NKVT auf diesen Umstand aufmerksam gemacht, das uns zustimmte. Von diesen Erwägungen ausgehend haben wir und das NKVT Berlin zugleich empfohlen, die Fragen bezüglich der laufenden Aufträge aus dem Kreditabkommen herauszunehmen und in das Abkommen über die Zahlungsbilanz aufzunehmen. Wir denken nicht, dass die Deutschen dagegen etwas einzuwenden haben werden. Es versteht sich jedoch von selbst, dass diese unsere Forderung keinen ultimativen Charakter tragen **⁶ darf, um nicht einen Abbruch der Verhandlungen auszulösen.^{*7}

Stellvertretender Volkskommissar

Krestinskij

Vermerk mit Tinte: an Gen. Lit[vinov].

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1127 vom 28.3.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 E[xemplare]. Das 1. [Exemplar] an die Adr[esse], das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Krestinskij, das 4. an die 2. Westabt[eilung], das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 35, l. 14–15. Kopie.

Nr. 93

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski

GEHEIM

[27.3.1935]

Nr. **14312**¹

27.III.35²

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES GEN. ŠTERN MIT DEM BOTSCHAFTSRAT TWARDOWSKI, 27. MÄRZ 1935

Angesichts dessen, dass Hensel Gen. Levin vorab darüber informiert hatte, dass T[wardowski] mich im Auftrag des Auswärtigen Amtes mit einem Protest bezüglich des Standes in den Haftsachen aufsuchen werde, erwartete ich, dass der Besuch T.s gerade diese Fragen zum Gegenstand haben würde. T. trug jedoch keinen Protest vor und streifte nicht einmal dieses Thema. Er bemerkte lediglich, er

⁶ Das an dieser Stelle stehende Wort ist durchgestrichen.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹ Die Zahlen sind mit Tinte über die durchgestrichenen Zahlen 142312 geschrieben.

² Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

hätte beschlossen, mich mit einem Gespräch über eine für uns beide unangenehme Angelegenheit zu verschonen. Dann kam T. auf folgende Momente zu sprechen.

1. T. teilte mit, dass das Auswärtige Amt beschlossen habe, Erdtmann³ abzu-berufen, er reise am 1. April aus Moskau ab. T. habe das Ministerium auf die Unzweckmäßigkeit hingewiesen, Erdtmann in ein beliebiges, an die UdSSR angrenzendes Land zu versetzen. Deshalb sei Erdtmann nach Innsbruck versetzt worden. T. richtete jedoch folgende Bitte an mich. Um diesen Fall als beigelegt und als nicht existent zu betrachten, wolle die Botschaft von uns die bei seiner Verhaftung beschlagnahmten Briefe Erdtmanns sowie die 3224 Rubel, die laut Erklärung Erdtmanns sein Eigentum seien und die er Danmazjan⁴ lediglich geliehen habe, ausgehändigt bekommen. Ich antwortete T., dass ich Zweifel hätte, ob ich seiner Bitte nachkommen könne, jedoch versuchen würde, die Angelegenheit zu klären.

2. T. informierte mich darüber, dass in der Zeit, als er und ich im Urlaub waren, ein Gespräch Hensels mit Gen. Levin stattgefunden habe, in dem die beide Seiten gleichermaßen interessierenden Haftangelegenheiten zur Sprache gebracht worden seien. Damals sei die Frage angesprochen worden, das Entgegenkommen der einen Seite durch ein entsprechendes Entgegenkommen der anderen Seite zu kompensieren. T. halte es nun für erforderlich, mir vertraulich **folgende Variante**⁵ vorzuschlagen. In dem Fall, dass wir uns nach wie vor für Neitzke⁶ interessieren und seine Ausweisung in die UdSSR wollen, könnte die Botschaft dies durch einen Austausch gegen die Volkova⁷ erreichen; für Grossman⁸ könnte Fuchs⁹ ein entsprechendes Pendant sein. Ich antwortete T., die von ihm vorgeschlagenen Varianten seien absolut unannehmbar, weil es in dem einen Fall um Grossman gehe, gegen den keine ernsthaften Beschuldigungen vorlägen, und um Fuchs, der wegen schwerer Straftaten verurteilt worden sei. Bei dem anderen Fall gehe es um Neitzke, der vom deutschen Gericht freigesprochen worden sei, und um die Volkova, die ein schweres Staatsverbrechen begangen habe. T. verstehe selbst, dass die von ihm vorgeschlagenen Objekte absolut nicht adäquat seien. Ich könne deshalb bezüglich der Volkova noch nicht einmal Sondierungen anstellen, weil eine derartige Sondierung zu keinerlei Ergebnissen führen würde, wie ich ihm das bereits seinerzeit gesagt hätte. Darauf bemerkte T., er hätte nicht angenommen, dass es gegen die Volkova eine besonders schwere Anklage gegeben hätte. Er wisse lediglich, dass einer der deutschen diplomatischen Kuriere, Lierau, oft Dr. **Linge**¹⁰ aufgesucht habe, der gute Beziehungen zur Volkova unterhielt, und dass sie von ihm ein nationalsozialistisches Abzeichen überreicht bekommen habe, das bei der Haussuchung bei ihr gefunden worden sei. T. verstehe, dass dies die Volkova schwer belaste, weil man, wenn man in Deutschland bei einem deutschen Staats-

³ Vgl. Dok. 80.

⁴ So im Dokument. Die Schreibweise des Namens variiert in den Dokumenten; vgl. Dok. 80.

⁵ Der Text ist mit Tinte über die Zeile korrigiert, ursprünglich: folgende Varianten.

⁶ Vgl. Dok. 44.

⁷ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 177, 189.

⁸ Vgl. Dok. 44.

⁹ Vgl. Dok. 28.

¹⁰ Der Name ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: Link, richtig: Ling.

bürger ein kommunistisches Abzeichen finden würde, welches er von einem diplomatischen Kurier erhalten hätte, dies als einen ernsten Verstoß gegen deutsche Gesetze betrachten würde. Aus meinen Worten ziehe er die Schlussfolgerung, dass man der Volkova noch schwerere Vergehen zur Last lege. Danach fragte mich T. vorsichtig, was wir davon hielten, anstelle der Volkova eine etwas bedeutsamere Person vorzuschlagen. Ich antwortete, dass ich unter gewissen Umständen den Boden zu sondieren versuchen würde, das sage ich ihm jedoch nur streng privat. Was Fuchs betreffe, fuhr T. fort, verstünde er nicht, warum wir darauf bestünden, dass er unbedingt die festgesetzte Frist vollständig absitze. Auf die Frage von T., was ich anstelle der dargelegten Variante vorschlagen könnte, antwortete ich Folgendes. Wenn Grossman entlassen und ausgewiesen werden würde, könnten wir der Botschaft in dem gleichen Sinne im Fall von Kal'kovskij entgegenkommen. Falls Neitzke ausgewiesen werden würde, könnten wir eventuell eine Genehmigung für die Ausreise des sowjetischen Staatsbürgers und Mitarbeiters des Generalkonsulats in Tiflis, Nymann, erwirken. T. sagte, er werde diese Variante überdenken.

3. Als T. die laufenden Angelegenheiten abgearbeitet hatte, ging er zu allgemeinspolitischen Fragen über. T. äußerte die Vermutung, dass es Eden gelingen werde, das zwischen uns und Deutschland bestehende beiderseitige Misstrauen zu zerstreuen.¹¹ Ich entgegnete T., dass ich aus dem, was ich in der Presse über die Äußerungen der deutschen Seite in Berlin ***gelesen***¹² hätte, den Eindruck gewonnen hätte, dass die deutsche Seite bei den in Berlin geführten Verhandlungen¹³ eine Schwerpunktverlagerung auf eine antisowjetische Ebene vorgenommen habe. T. äußerte die Vermutung, dass die Mitteilungen der Presse stark übertrieben seien. Gleichwohl könne natürlich nicht daran gezweifelt werden, dass die UdSSR aus Sicht Deutschlands momentan der gefährlichste und wichtigste Feind sei, zumindest in der diplomatischen Arena. Er meine, dass wir mit den ständigen Verdächtigungen Deutschlands nur die Lage unsererseits verschlechtern würden. Ich entgegnete T., dass die offen zutage tretenden antisowjetischen Tendenzen der deutschen Regierung lediglich die Verdächtigungen erhärten würden. Darauf wandte T. ein, dass die dem Ende entgegengehenden Verhandlungen zum 200-Millionenkredit diese Verdächtigungen zerstreuen sollten. Ich entgegnete T., dass er eventuell recht hätte, wenn die Kreditverhandlungen mit entsprechenden Tendenzen auf dem Gebiet der Politik einhergehen würden, jedoch zeuge die Wirklichkeit absolut vom Gegenteil. Danach erging sich T. lange zu dem Thema, dass die deutsche Reichswehr 2–3 Jahre für die Nachrüstung und für die Ausbildung der Armee benötige und deshalb unsere Verdächtigungen durch nichts begründet wären. Er verstünde nicht, weshalb wir die Lage durch die Forderung nach gegenseitigem Beistand, der für Deutschland aus prinzipiellen Gründen völlig unannehmbar sei, verschärften. Wenn wir auf diese Methode verzichteten und den Weg zu einer etappenweisen Verbesserung der Beziehungen einschlugen und anfangs mit Konsultationen oder einem Nichtangriffspakt ***einverstanden***¹⁴ wären, so könnte man im weiteren

¹¹ Eden führte am 28. und 29.3.1935 offizielle Gespräche in der UdSSR. Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 145–148.

¹² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹³ Gemeint sind die Verhandlungen Simons und Edens mit Hitler und von Neurath. Vgl. Dok. 59, Anm. 2.

¹⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Verlauf ein Abkommen über gegenseitigen Beistand organisieren, wir aber wollten alles gleich erreichen. Ich machte T. darauf aufmerksam, dass das Prinzip des gegenseitigen Beistandes nur beim Ostpakt verworfen worden sei, während beim Luftpakt¹⁵ die Bereitschaft zum gegenseitigen Beistand vorgelegen habe. T. wusste zunächst nichts zu entgegnen, sagte dann jedoch, falls die Dinge so stünden, dann müssten nicht wir uns Sorgen machen, sondern die Polen. Die deutsche Regierung habe niemals gesagt, dass sie auf jegliche Ansprüche, welcher Art sie auch sein mögen, gegenüber Polen verzichte, es gäbe lediglich ein auf 10 Jahre befristetes Abkommen¹⁶. T. meint, dass die Lage um einiges entspannter wäre, wenn hinsichtlich des gegenseitigen Beistandes in das Abkommen eine Fristsetzung, sagen wir von 5 Jahren, aufgenommen worden ***wäre***¹⁷. Danach referierte T. lange zu dem Thema, dass die Reichswehr sehr gut die Stärken und Schwächen der Roten Armee kenne und deshalb keinen Illusionen anhänge. Sie, die Reichswehr, lasse keine Aktionen zu, die alle errungenen Erfolge zunichte machen könnten. T. sei davon überzeugt, dass es in den deutschen Führungskreisen keine aggressiven Pläne gegenüber der UdSSR gäbe. Er habe zu diesem Thema mit Vielen gesprochen und sei davon fest überzeugt. Ich wies T. darauf hin, dass, seinen eigenen Worten zufolge, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März für ihn eine absolute Überraschung gewesen sei. Es wäre seltsam, wenn er davon nichts gewusst hätte, da er doch hinsichtlich der aktuellen Tendenzen Deutschlands so gut informiert sei. T. fand nichts zur Entgegnung und bemerkte lediglich, dass man in der jetzigen Situation hoffen und abwarten müsse, weil nichts anderes übrig bliebe.

4. Zum Ende der Unterredung teilte mir T. mit, dass er dienstlich nach Char'kov fahre, hauptsächlich wegen der im Zusammenhang mit dem Umzug des Generalkonsulats nach Kiev stehenden Fragen, zudem wolle er in Char'kov 2–3 Werke besichtigen und dann weiter zum Dneproges fahren. Er bat mich, ihn über unsere diplomatische Agentur in Char'kov zu unterstützen.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

*Vermerk mit Tinte: **An Gen. Litvinov***¹⁸.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. nach Berlin, das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 52–48. Original.

¹⁵ Vgl. Dok. 60, Anm. 6.

¹⁶ Gemeint ist die deutsch-polnische Erklärung über Nichtangriff vom 26.1.1934. Vgl. Dok. 7, Anm. 6.

¹⁷ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁸ Der Text ist mit Bleistift durchgestrichen.

Nr. 94
Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung in Berlin Giršfel'd mit dem kommissarischen Leiter des
Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung Vogt

GEHEIM

Expl. Nr. 5

Berlin, den 27.3.35

TAGEBUCH
des Gen. GIRŠFEL'D
Nr. 148¹

Am 21. März war ich bei Professor Vogt in Buch. Vogt ist seines Amtes als Direktor des Instituts für Hirnforschung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft² enthoben. Die Leitung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ernannte ihn befristet zum kommissarischen Leiter des Instituts. Vogt sagte, dass er jetzt die Frage kategorisch stelle: Entweder werde er zum 1. April erneut zum Direktor des Instituts berufen oder er verlasse das Institut zum 1. Juli gänzlich. Ich erkundigte mich vorsichtig nach seinen Plänen und fragte, ob er sich an meinen Vorschlag bezüglich der Sammlung erinnere. Er antwortete, dass er sich sehr wohl daran erinnere. Was eine Übersiedlung in die UdSSR betreffe, so beherrsche er doch die russische Sprache nicht; eine Überführung der Sammlung in die UdSSR, falls er sie denn der sowjetischen Regierung schenke, erfordere große Mittel (für die Verpackung und den Transport). Ich äußerte dazu meine persönliche Meinung, indem ich sagte, es ließe sich einrichten, dafür Mittel zu finden. Zurzeit läuft gegen Vogt erneut eine Klage wegen Beleidigung des Führers. Vogt hatte seinerzeit auf einer Mitarbeiterversammlung gesagt, dass das Prinzip des „Führertums“³ seit langem in der Tierwelt bekannt sei und die Leittiere von Affenhorden sich die ganze Herde unterwerfen würden. Als Reventlow, sein Freund aus der Schulzeit, davon erfuhr, kam er äußerst erregt zu ihm und meinte, dies wäre eine sehr ernste Angelegenheit und man müsse irgendeinen Weg zur Rehabilitierung finden. Er schlug ihm vor, einen Artikel für den „Reichswart“⁴ zu schreiben. Wie Vogt sagte, sei er schweren Herzens auf diesen Kompromiss eingegangen. Reventlow habe seinen Artikel redigiert, und überall dort, wo „Gesellschaft“ stand, habe er eine Umänderung in „Volksgemeinschaft“⁵ vorgenommen. Dieser Versuch einer „Rehabilitierung“ sei jedoch fehlgeschlagen, ausgerechnet diese Nummer des „Reichswart“ sei verboten und konfisziert worden. Die Zeitschrift erscheint wieder und Vogt⁶ erklärte, er lasse als deren Eigentümer keinerlei

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² In Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde 1911 mit dem Ziel gegründet, vorrangig die außeruniversitären Forschungsinstitute naturwissenschaftlichen Profils auszubauen und zu fördern.

³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Die Zeitschrift „Reichswart. Wochenschrift für nationale Unabhängigkeit und deutschen Sozialismus. Organ der Deutschen Glaubensbewegung“ erschien in Berlin von 1920 bis 1943.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁶ So im Dokument; richtig: Reventlow.

nationalsozialistische Einflussnahme zu. Vogt interessierte sich sehr für den Physiologie-Kongress⁷ und sagte, dass seine Tochter Marthe, die Dr. der Medizin und der Philosophie sei, die chemisch-pharmazeutische Abteilung des Instituts für Hirnforschung leite und sehr gern am Kongress teilnehmen und einen Vortrag zum Thema „Über die grobe Verteilung der Pharmaka im Gehirn“⁸ halten würde. Vogt sagte, dass er mich nach dem 1. April anrufen werde, um ein Treffen zu vereinbaren.

Vogt begleitete mich demonstrativ zum Auto auf dem Hof. Das Tor für die Ausfahrt war geschlossen. Plötzlich winkelte Vogt die Ellenbogen an, trabte los und öffnete vor den Blicken der verwunderten Angestellten des Instituts das Tor.

Nunmehr ist der Zeitpunkt gekommen, um in Abhängigkeit von unseren Absichten in Bezug auf Vogt und seine Sammlung⁹ Druck auf den Alten auszuüben. Allem Anschein nach üben seine Töchter auf ihn einen starken Einfluss aus, sie sind sehr radikal gesonnen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass die Tochter umgehend eine Einladung zum Physiologie-Kongress bekommt.¹⁰

GIRŠFEL'D

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: An mich am 31.III.35 Š[tern].

Vermerk D.G. Šterns mit blauem Farbstift: Zu den Akten Š[tern] 8.IV.35.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1550 vom 31.3.1935.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 690 vom 31.3.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Gesch[rieben] 6 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 an Gen. Krestinskij, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 166–165. Kopie.

⁷ Der XV. Internationale Physiologenkongress fand vom 9.8. bis 17.8.1935 in Leningrad und Moskau statt.

⁸ Der Titel ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁹ Vgl. auch das Schreiben Giršfel'ds an Štern vom 27.3.1935. In: AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 160–160R.

¹⁰ Vgl. Dok. 106.

Nr. 95
Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin
Suric mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath

GEHEIM

Expl. Nr.1

28. März 1935

TAGEBUCH
des Gen. SURIC
Berlin
Nr. 149¹

27.III. GESPRÄCH MIT NEURATH

Am 27.III., um 6 Uhr abends, lud Neurath mich zu sich, um mir, wie er sich ausdrückte, „eine authentische“ Information über den *Gang der Berliner Verhandlungen zu geben². Er machte mich vorab darauf aufmerksam, dass er selbstverständlich nicht alle Details der Verhandlungen, die sich über zwei Tage erstreckten, in der knapp bemessenen Zeit darlegen könne. Er werde sich aber bemühen, das Wesentliche von dem, was verhandelt wurde, mitzuteilen. Neurath fügte hinzu, dass er mir diese Information mit Wissen Hitlers gäbe.

In knappen Zügen läuft das, was Neurath mir sagte, auf Folgendes hinaus:

1) Die Verhandlungen begannen mit der Frage der Engländer, ob die Deutschen einverstanden wären, an der kollektiven Zusammenarbeit der europäischen Völker teilzunehmen. Die Deutschen beantworteten diese Frage positiv.

2) In der Frage des Ostpaktes sind laut Information Neuraths bilaterale Verträge überhaupt nicht zur Sprache gekommen. Es sei lediglich um die kollektive Methode zur Lösung der Frage gegangen. Die Deutschen erklärten den Engländern, sie wären bereit, unter der Voraussetzung an einem regionalen Ostpakt teilzunehmen, dass dieser Pakt nicht auf dem Prinzip des gegenseitigen Beistands basiert. Dies sollte ein Pakt für Nichtangriff, Konsultation und „Nichtunterstützung des Angreifers“ sein, d.h., wie Neurath weiter erläuterte, für Neutralität. Dabei hätten die Deutschen jedoch erklärt, dass sie Litauens Teilnahme an einem derartigen Pakt nicht für möglich erachten, solange es das Memel-Statut nicht einhalte³.

3) Hinsichtlich des Donau-Paktes⁴ bekundeten die Deutschen die Bereitschaft, sich ihm anzuschließen, allerdings erst dann, wenn der Begriff der Nichteinmischung exakt definiert werde⁵. Neurath misst dem große Bedeutung bei. Er führte mir zwei Beispiele von mehr oder weniger ähnlichen Reden von Hitler und von Schuschnigg an. Die Weltpresse habe die Rede **Hitlers**⁶ wegen seiner Einmi-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Zu den deutsch-britischen Verhandlungen mit Simon und Eden vgl. Dok. 59, Anm. 2. Eine Aufzeichnung von Neuraths zu dem Informationsgespräch mit Suric und weiteren Botschaftern vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 565, S. 1080–1081.

³ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/1, Dok. 67, S. 132–133 und die Anmerkung der Herausgeber vor Dok. 67.

⁴ Vgl. Dok. 14, Anm. 4.

⁵ Der Text ist vom ersten Satz an am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁶ Der Name ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

schung in die österreichischen Angelegenheiten gerügt⁷, dagegen die Rede Schuschniggs⁸ völlig verschwiegen. *Neurath zufolge hat er persönlich Simon als hervorragenden Juristen gebeten, sich mit der Definition des Begriffs Nichteinmischung zu befassen. Außerdem hätten die Deutschen betont, dass sie die Unabhängigkeit Österreichs weder direkt noch indirekt zu verletzen beabsichtigen.*⁹

4) Zum Völkerbund bekundeten die Deutschen die Bereitschaft, unter der Bedingung der völligen Gleichberechtigung in den Völkerbund zurückzukehren.¹⁰ Auf die Frage der Engländer, was sie unter Gleichberechtigung verstünden, *hätten die Deutschen geantwortet, dass sie unter Gleichberechtigung unter anderem das Recht Deutschlands auf Kolonien verstünden. Den nicht ganz klaren Ausführungen Neuraths zu dieser Frage habe ich entnommen, dass die Deutschen in den weiteren Verhandlungen zu erklären genötigt gewesen wären, dass sie mit der Forderung nach Kolonien nicht die Rückgabe der ihnen durch den Versailler Vertrag entzogenen Kolonien¹¹ meinen*¹².

5) Hinsichtlich der deutschen Rüstungen eröffneten die Deutschen das Gespräch mit der Begründung ihres Gesetzes vom 16.III., worauf die Engländer unverzüglich geantwortet hätten, dass sie dieses Gesetz als eine einseitige Verletzung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Londoner Communiqué¹³, betrachten. Darauf antworteten die Deutschen mit der Berufung auf die Verletzung des Versailler Vertrages durch andere Länder, die nicht nur nicht abrüsten, sondern ihre Aufrüstungen fortwährend verstärken.

Die Engländer verwiesen darauf, dass die von den Deutschen genannte Anzahl der Divisionen (36 Divisionen) die Anzahl von 24 Divisionen¹⁴, die Frankreich besitzt, deutlich übersteige. Darauf antworteten die Deutschen mit dem Hinweis, dass Frankreich außer den Divisionen, die sich in der Metropole befinden, auch noch ungefähr über 10 Divisionen verfügt, die in den Kolonien stationiert sind. Somit könnten die Deutschen den Engländern dokumentarisch beweisen, dass die Franzosen insgesamt über 44 Divisionen verfügen.

Bei dem Meinungsaustausch zu dieser Frage stellten sich **Unterschiede**¹⁵ im Verständnis von „Division“ heraus, weshalb man dazu überging, den tatsächlichen Stand zu erfassen. Die Deutschen erklärten, sie bräuchten eine Armee in einer Stärke von 550.000 Mann, wobei sie sich dabei auf die Rüstungen anderer Länder, unter anderem der UdSSR, beriefen.

Bei der Seerüstung forderten die Deutschen für sich 35% der Tonnage der englischen Flotte, wobei sie darauf verwiesen, dass dies die Grenze sei, diese zu erreichen jedoch eine gewisse Zeit erfordere, da eine Kriegsmarine bekanntlich nicht in einer kurzen Frist geschaffen werden könne.

⁷ Zur Reaktion auf Hitlers Interview in Österreich und in Deutschland vgl. „Ein Reichskanzlerinterview, das der Korrektur bedarf“. In: Reichspost vom 6. März 1935, S. 2; ferner ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 524, S. 971–973.

⁸ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 555, S. 1035.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁰ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 555, S. 1025, 1057.

¹¹ Zu Äußerungen Hitlers zur kolonialen Frage vgl. ebd., S. 1040–1041.

¹² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹³ Vgl. Dok. 29, Anm. 10.

¹⁴ So im Dokument; richtig: 34 Divisionen. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 555, S. 1046.

¹⁵ Das Wort ist über die Zeile mit Tinte korrigiert; ursprünglich: unterschiedliche.

Hinsichtlich der schweren Artillerie, der Panzer und anderer Arten von Offensivwaffen¹⁶ forderten die Deutschen die völlige Gleichberechtigung und erklärten, dass sie sich nicht mit dem System der schrittweisen Abrüstung einverstanden erklären können.

*Auf dem Gebiet der Luftrüstung forderten die Deutschen schließlich die Parität mit der französischen Luftwaffe.¹⁷ Auf die Frage der Engländer nach der gegenwärtigen zahlenmäßigen Stärke der deutschen Luftflotte antworteten die Deutschen, dass, wenn man von den offiziellen Zahlen der englischen Luftflotte ausginge¹⁸, die deutsche Luftflotte zurzeit ungefähr die gleiche Stärke wie die englische habe.*¹⁹

Die Deutschen verknüpften all ihre Forderungen mit dem allgemeinen Vorbehalt, dass sie bereit wären, ihre Rüstungen zu reduzieren, und zwar in einem beliebigen Ausmaß, allerdings unter der Voraussetzung der völligen Gleichberechtigung mit den anderen Ländern, d.h. unter der Bedingung einer entsprechenden Abrüstung der anderen Länder.

Damit war im Wesentlichen die Information Neuraths über den Verlauf der Berliner Verhandlungen erschöpft.

Unter Berufung auf das Gespräch mit François-Poncet, der Neurath über die in der Stadt und in der Presse kursierenden Gerüchte informierte, wonach es während der Verhandlungen zu antisowjetischen Äußerungen Hitlers gekommen sei, **erachtete**²⁰ Neurath es als erforderlich, auch auf diese Frage einzugehen.²¹ Er versicherte mir, dass diese Gerüchte in keiner Weise der Wirklichkeit entsprächen. Es hätte selbstverständlich ein Gespräch über die UdSSR gegeben, jedoch nur im Zusammenhang mit der Frage der zahlenmäßigen Stärke der deutschen Armee.²² *Ich fragte Neurath, mit welchem Eindruck seiner Meinung nach die Engländer aus Berlin abgereist seien. Neurath sagte, dass die Engländer natürlich nicht besonders zufrieden sein könnten. Simon hätte ihm jedoch bei der Verabschiedung angeblich Folgendes gesagt: „In England gab es um meine Reise einen heftigen Kampf. Viele hielten diese Reise für unnötig. Ich selbst schwankte in dieser Frage. Jetzt sehe ich, dass diese Reise nötig war, weil sie die Position der beiden Seiten offenlegte und zur Klärung der früher unklaren Fragen geführt hat.“*²³

Danach ging ich kurz auf die Schwierigkeiten ein, die in unseren Wirtschaftsverhandlungen aufgetreten sind. Ich machte Neurath insbesondere auf die Unzulässigkeit der deutschen Forderung nach Revision der bereits zwischen uns abgeschlossenen **Export**²⁴-Verträge²⁵ aufmerksam. Ich verwies darauf, dass auf der Grundlage dieser Verträge in der UdSSR die Arbeit unserer sämtlichen Exportorganisationen bereits im vollen Gange wäre und ein umfassendes System der Finanzbeziehungen zwischen den Exportorganisationen und den Banken darauf aufgebaut

¹⁶ Offensiv ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁷ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 555, S. 1049, 1053.

¹⁸ Ebd., S. 1050.

¹⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²⁰ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

²¹ Text so im Dokument.

²² Zu den die UdSSR betreffenden Äußerungen Hitlers während der englisch-deutschen Verhandlungen vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 555, S. 1028, 1029–1032, 1049.

²³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²⁴ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

²⁵ Vgl. das Chiffretelegramm Kandelakis vom 29.3.1935. In: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 62, S. 106–107.

sei, so dass eine Veränderung der Preise für die Waren, die die Deutschen allem Anschein nach mit ihrer Forderung nach Revision beabsichtigen, mit äußerst schweren Folgen für das gesamte Exportsystem der Sowjetunion verbunden wären.

Neurath sagte, dass ihn meine Mitteilung sehr verwundere, weil er auf der Grundlage der Information von Schacht den Eindruck gewonnen hätte, dass die Verhandlungen bereits beendet seien und in allen Fragen Einvernehmen erzielt worden sei. Er sei über die Angelegenheit natürlich nicht im Bilde und könne jetzt nicht seine Meinung zu der von mir aufgeworfenen Frage äußern, jedoch verspreche er mir, unverzüglich mit Schacht zu sprechen, um die aufgetretenen Schwierigkeiten auszuräumen und diese Angelegenheit zum Abschluss zu bringen.

SURIC²⁶

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1169 vom 31.3.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, [die Exemplare] 2–5 an Gen. Krestinskij, das 6. [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 55–57. Original.
Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 143, S. 222–225²⁷.

Nr. 96

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 1

28. März 1935

Nr. 138¹

AN

Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Kopie an: 2. WESTABTEILUNG DES NKID
 WIRTSCHAFTSABTEILUNG DES NKID

Zum Stand der Wirtschaftsverhandlungen

Die wichtigsten Fragen, die in den letzten zwei Wochen diskutiert wurden, sind folgende:

1. Zur Kontrolle über unseren Export.

Wie Sie bereits wissen, haben sich die Deutschen im Großen und Ganzen damit einverstanden erklärt, uns im laufenden Jahr den Export für die Bezahlung un-

²⁶ Die eigenhändige Unterschrift fehlt.

²⁷ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

serer Verbindlichkeiten in einem Volumen von 155 Mio. Mark zu bewilligen. Diese Summe gliedert sich in einige Gruppen, wobei jede Gruppe ihre Besonderheit hat. 40 Mio. Mark entfallen auf Waren, die wir im Januar und Februar auf der Grundlage des noch gültigen Markabkommens bereits an Deutschland geliefert haben; 15 Mio. Mark sind im Verlaufe der Verhandlungen nach dem 1.III. gemäß Artikel 14 des Handelsabkommens freigegeben worden: Hierin sind alle unsere Warenlieferungsverträge mit Regierungsinstitutionen in einem Volumen von ca. 8 Mio. Mark eingeschlossen, außerdem sind 7 Mio. Mark der von uns angekündigten, sich auf dem Transportweg befindlichen Warenkontingente im Volumen von 15 Mio. Mark freigegeben worden. Somit beträgt der Export, der noch auf der Basis des Markabkommens freigegeben worden ist, 55 Mio. Mark. Darüber hinaus erklärten sich die Deutschen einverstanden, bis zum Jahresende für 100 Mio. Mark Waren in Deutschland aufzunehmen. Diese 100 Mio. Mark teilen sich ihrerseits, wie Sie bereits wissen, in zwei Hauptgruppen auf: 40 Mio. Mark in Waren nach Wahl der Deutschen und 60 Mio. Mark in Waren nach unserer Wahl. Die Deutschen präsentierten uns jedoch die Forderung, diese Waren wie gewöhnlich durch die in Deutschland geschaffenen speziellen Kontrollorgane (Überwachungsstellen²) durchlaufen zu lassen, deren Aufgabe bekanntlich darin besteht, die Warennomenklatur, die Warenmenge und, was das wichtigste ist, die Preise zu kontrollieren.

Wir hatten nichts dagegen einzuwenden, uns der allgemeinen Kontrolle zu unterziehen, erklärten aber, dass alle unsere Lieferverträge von Waren nach Deutschland, die bis zum 15.II. abgeschlossen wurden, d. h. bis zum Zeitpunkt des Auslaufens des Markabkommens, die Kontrollorgane automatisch durchlaufen müssen. Es ist hervorzuheben, dass aus der allgemeinen Summe von 100 Mio. Mark die Waren, die wir auf der Grundlage der bis zum 15.II. abgeschlossenen Verträge geliefert haben, ungefähr 85 Mio. Mark ausmachen werden. Diese Forderung war für uns deshalb wichtig, weil diese Verträge, die wir im Gültigkeitszeitraum des Markabkommens abgeschlossen hatten, uns etwas höhere Preise als diejenigen einbrachten, die die Kontrollorgane üblicherweise genehmigen.

Die Deutschen forderten kategorisch, unsere Waren der allgemeinen Kontrolle zu unterwerfen, wobei sie keinen Hehl daraus machten, dass sie dabei eine Revision einiger unserer Verträge anstreben, um eine Preissenkung zu erreichen. Wir sind den Deutschen dahingehend entgegengekommen, dass wir im Verhandlungsverlauf eine exakte Liste von Waren mit Nennung ihrer Quantitäten übergeben haben, die wir beabsichtigen, nach Deutschland im Rahmen der erwähnten 60 Mio. Mark auszuführen (die Liste der Waren für 40 Mio., die die Deutschen selbst ausgesucht haben, ist von ihnen früher überreicht worden). Wir gingen schließlich sogar so weit, den Deutschen zu erklären, das 80% dieser Waren im Rahmen der früher abgeschlossenen Verträge gehen. Die Deutschen rückten etwas von ihrer unnachgiebigen Haltung ab und ersetzten ihre frühere Forderung, unsere Verträge durch die Kontrollorgane zu überprüfen, durch die etwas moderatere Forderung, unsere Verträge in einem beschleunigten Verfahren durch das Wirtschaftsministerium selbst zu überprüfen.³ Wir wiesen die Deutschen nicht ohne Grund darauf hin, dass sich

² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

³ Die Änderung der deutschen Haltung erfolgte im Zuge der Beratung Schachts am 26.3.1935 mit Mitarbeitern des Reichswirtschaftsministeriums. Vgl. Dok. 90.

solch eine Forderung wenig von der früheren unterscheide. Zunächst, falls die Überprüfung⁴ unserer Verträge im Wirtschaftsministerium eine Revision dieser Verträge nach sich ziehe, um die Preise zu senken, so könnten wir aus prinzipiellen Überlegungen nicht darauf eingehen. Falls es aber keine Revision der Preise gebe, so verstünden wir nicht, weshalb das Wirtschaftsministerium diese Überprüfung fordere, zumal der Umfang dieser Verträge die Zahl von 1000 übersteige und deren Überprüfung im Wirtschaftsministerium zweifellos⁵ dazu führen werde, die Unterzeichnung des Abkommens auf unbestimmte Zeit zu verzögern.

Nach zahlreichen Treffen und Verhandlungen der Mitarbeiter der Handelsvertretung und der Bevollmächtigten Vertretung mit den Deutschen ist die Frage bislang noch immer ungelöst geblieben. Die Deutschen deuteten folgende Kompromisse an: 1) Wir sollen erklären, dass die Preise der bis zum 15.II.35 abgeschlossenen Verträge die Weltmarktpreise nicht um mehr als 20 bis 30% übersteigen.

Obgleich dieser Kompromiss für uns praktisch akzeptabel ist, weil sich bei der Überprüfung der Verträge herausstellte, dass eine durchschnittliche Erhöhung im Vergleich zu den Weltmarktpreisen noch nicht einmal 25% ausmacht, können wir uns dennoch nicht dazu entschließen, diesem Kompromiss zuzustimmen, da wir Komplikationen befürchten, die wegen der Schwierigkeit und der Aussichtslosigkeit entstehen können, den Begriff Weltmarktpreis zu definieren.

2) Die Deutschen nehmen unsere Verträge in Höhe einer globalen Summe (30–50 Mio. Mark) aus der Überprüfung durch die Kontrollorgane heraus. Dieser Kompromiss könnte uns praktisch zusagen, wenn wir dabei unsere Freiheit behielten, nach eigenem Wunsch die Verträge zu benennen, die Eingang in diese globale Summe finden sollen. Leider haben wir keine Gewissheit, dass uns das gelingen wird.

Somit bleibt bis jetzt diese Frage ungelöst und verzögert damit die Unterzeichnung des gesamten Abkommens. Die Hartnäckigkeit der Deutschen in diesem Punkt kann eventuell damit erklärt werden, dass eine Reihe deutscher Firmen, die mit uns Verträge auf der Grundlage des Markabkommens abgeschlossen hatten und uns deshalb verhältnismäßig hohe Preise zugestanden, jetzt das Wirtschaftsministerium mit der Bitte attackieren, die Verhandlungen dafür zu nutzen, diese Verträge zu annullieren und die von ihnen für unsere Waren zu zahlenden Preise zu senken.

2. Hinsichtlich unserer laufenden Aufträge, die für das Jahr 1935 auf ein Volumen von 60 Mio. Mark festgesetzt sind, ist zu allen Fragen völliges Einvernehmen erzielt worden. Es gelang zum Beispiel, auch jenen Wunsch zu verwirklichen, den Sie in Ihrem letzten Telegramm ausgesprochen haben, und zwar, die Frage der laufenden Verträge aus dem Abkommen über den 200-Millionenkredit in das Abkommen über unsere Zahlungsbilanz zu verschieben⁶. Das Abkommen räumt uns das Recht ein, Waren im Rahmen dieser 60 Mio. Mark entweder gegen bar oder zu Konditionen des sogenannten 2. Pjatakow-Abkommens⁷ nach unserer Wahl zu kaufen. Die Konditionen des Pjatakow-Abkommens blieben unverändert, mit Ausnah-

⁴ Das nachfolgende Wort „dieser“ ist maschinenschriftlich durchgestrichen.

⁵ Das nachfolgende Wort „nicht“ ist maschinenschriftlich durchgestrichen.

⁶ Vgl. auch Dok. 92.

⁷ Vgl. Dok. 49, Anm. 2.

me des Punktes über die Zinsen, wo genau die gleiche Formulierung wie auch bei dem 200-Millionenkredit verwendet wurde, und zwar 2% über den Zinssatz der Reichsbank, was im Vergleich zum Pjatakow-Abkommen eine gewisse Verbesserung bedeutet.

Das Abkommen über die Zahlungsbilanz sieht unter anderem die Einberufung einer gemischten Kommission für den 1.X.35 vor, die den Stand der Erfüllung dieses Abkommens durch beide Seiten ermittelt und im Bedarfsfall erforderliche Maßnahmen ergreift.

3. Das Abkommen über den 200-Millionenkredit ist im Wesentlichen durchgesehen und in allen seinen Teilen abgestimmt worden. Es sieht die Vergabe von Aufträgen in Höhe dieser Summe im Verlaufe des Jahres vom 1.IV.35 bis zum 1.IV.36 vor, wobei jedoch die sowjetische Seite die Bereitschaft erklärt, 75% von dieser Summe bis zum 1.I.36 zu vergeben. Die Formulierungen des sehr wichtigen ersten Paragraphen dieses Abkommens liegen dem NKVT vor, ich möchte hier nicht auf sie eingehen.

Von den strittigen Fragen des Kreditabkommens verdienen folgende hervorgehoben zu werden: a) der Dollar-Streit⁸. Die Handelsvertretung erhielt aus Moskau die Weisung, diese Frage nicht aus dem Abkommen über den 200-Millionenkredit auszuschließen, somit ist sie als Punkt 5 in das allgemeine Abkommen aufgenommen worden. Die **früher abgestimmte**⁹ Summe (7½ Mio. Mark) hat Gen. Kandelaki auf 8½ Mio. Mark erhöht, was allem Anschein nach die Deutschen im Großen und Ganzen zufriedenstellt. Sie fordern nur, und das ist der letzte kleine Punkt der Unstimmigkeiten, dass wir in dieser oder jener Form unseren Streit mit der Firma Mansfeld beilegen, die uns beschuldigt, dass wir die Herausgabe der Pfundwechsel an sie bis zu einer Zeit verzögert haben, in der der Kurs des Pfunds gefallen ist. Dieser Sonderfall wird uns, wenn Gen. Kandelaki hier Zugeständnisse macht, zusätzlich noch 140.000 bis 200.000 Mark kosten.

b) Zu den noch nicht abschließend abgestimmten Fragen gehört die der Mitwirkung des [Wirtschafts]Ministeriums bei der Vergabe unserer Aufträge à Konto des 200-Millionenkredits. Die Formulierung des letzten Absatzes des Punktes 1 des Abkommens lautet: „Die deutsche Regierung ist wie auch früher bereit, ** in einzelnen Fällen**¹⁰ der Handelsvertretung bei der Vergabe von Aufträgen jegliche Unterstützung zu gewähren.“ Außer dieser etwas unbestimmten Formulierung forderten wir vom [Wirtschafts]Ministerium einen gesonderten Brief über Beistand und über den Zutritt unserer Vertreter zu den Werken, bei denen beabsichtigt ist, die Ausrüstungen zu bestellen oder wo sie bereits hergestellt werden. Es stellte sich jedoch heraus, dass diese Frage bei den bisherigen Verhandlungen nicht endgültig abgestimmt worden ist, so dass die Deutschen für sich eine gewisse Zeit forderten, auch diesen Punkt zu überdenken.

c) In der alten Fassung des Abkommens sollten wir die Zahlung der Zinsen postnumerando¹¹ leisten. Im Verlaufe der Verhandlungen forderten die Deutschen

⁸ Zur Genesis des Dollarkonfliktes vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

⁹ Der Text ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich [mit anderem Satzbau]: des Abkommens.

¹⁰ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

¹¹ Postnumerando (lat.) in diesem Kontext: am Ende der Abrechnungszeitraums.

die Zinszahlung prenumerando¹². Die Handelsvertretung wird voraussichtlich schließlich auf den von den Deutschen vorgeschlagenen Kompromiss eingehen, die eine Hälfte der Zahlung post- und die andere Hälfte prenumerando vorsieht.¹³

d) Von großer praktischer Bedeutung ist die Auseinandersetzung um die Regierungsgarantien. Die Sache ist die, dass das Bankenkonsortium auf der Grundlage unserer Wechsel an die Firmen Bargeld nur in dem Fall auszahlen wird, wenn ihm eine Regierungsgarantie zu den jeweiligen Aufträgen vorgelegt wird. Folglich ist die Ausgabefrist der Regierungsgarantie von großer praktischer Bedeutung, eine Verzögerung bei der Vergabe der Garantie kann die ganze Vergabeprozedur der Aufträge aufhalten. Wir fordern deshalb von den Deutschen, uns ein Schreiben darüber zu geben, dass sie die Garantie nicht später als eine Woche nach Vorlage des Antrags durch die Firma ausgibt. Wir setzten unsererseits das [Wirtschafts]Ministerium davon in Kenntnis, dass wir die Aufträge nicht bestätigen werden, bevor wir nicht die Gewissheit haben, dass der Auftrag durch Garantien abgesichert ist. Die Deutschen versuchten und versuchen, sich vor dieser Frage zu drücken, aber sie werden allem Anschein nach gezwungen sein, auf diese Verpflichtung einzugehen, weil wir ihnen erklärt haben, dass wir anderenfalls keine Verpflichtungen für die Vergabe von Aufträgen im Rahmen einer festgesetzten Frist übernehmen können.

e) Sie wissen sicherlich bereits, dass am 20.III. die langjährigen Verhandlungen über die allgemeinen Lieferbedingungen und zum Schlichtungsverfahren abgeschlossen worden sind. In dem Punkt zum Schlichtungsverfahren ist es uns übrigens zum ersten Mal gelungen, die Parität von deutschen und sowjetischen **„Obmännern“ (Vorsitzenden) bei den Schiedsgerichten**¹⁴ durchzusetzen. Die neuen Lieferbedingungen werden sowohl für die Vergaben im Rahmen des 200-Millionenkredits als auch für die laufenden Aufträge angewandt werden. In der Handelsvertretung existieren jedoch dahingehend Befürchtungen, dass die Deutschen auf die peinlich genaue Einhaltung der neuen Lieferbedingungen beharren und den Firmen, die auf einige Veränderungen in diesen Bedingungen eingehen, die Garantie entziehen werden. Der 200-Millionenkredit enthält indes Objekte, die eine gewisse Abweichung von den allgemeinen Lieferbedingungen erfordern können.

Damit erschöpft sich im Prinzip alles das, was zum Stand der Wirtschaftsverhandlungen zu sagen ist. Es bleibt zum Schluss zu ergänzen, dass wir mit den Deutschen vereinbart hatten, in der Presse keinerlei Mitteilung über diese Verhandlungen bis zu dem Moment zu machen, zu dem ein gemeinsames Kommuniqué ausgearbeitet ist. Die Deutschen verstießen jedoch zweimal gegen diese Vorabsprache. Sie veröffentlichten erstens die einseitig von ihnen abgefasste Mitteilung über die Unterzeichnung von neuen Lieferbedingungen, die von vielen ausländischen Journalisten aus Unwissenheit als ein Wirtschaftsabkommen zwischen der UdSSR und Deutschland aufgefasst wurde. Die Deutschen haben, zweitens, nicht nur mündlich überall richtige und falsche Informationen über die bevorstehende Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens verbreitet, sondern veröffentlichten am

¹² Prenumerando (lat.) in diesem Kontext: zu Beginn des Abrechnungszeitraums.

¹³ Vgl. Dok. 116.

¹⁴ Der Text ist korrigiert und mit Tinte über die Zeile geschrieben, um eine Verwechslung mit dem russischen Wort obman (Betrug) zu vermeiden; ursprünglich: Obmännern bei den Schiedsgerichten.

27.III. über DNB eine kleine Notiz über die in diesen Tagen bevorstehende Unterzeichnung des Abkommens, die allerdings nicht alle Zeitungen nachdruckten.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Verhandlungen unstrittig das praktische Interesse der Deutschen an der Unterzeichnung des Abkommens mit uns gezeigt haben. Zugleich haben die Deutschen offenbar eine gewisse Veränderung der Rollen berücksichtigt, sie haben unser gestiegenes Interesse an dem Abkommen verstanden und bemühen sich deshalb, uns ein Maximum an Zugeständnissen abzurufen, obgleich sie uns in einigen Fragen ihrerseits entgegenkommen. Eine Zeitlang schien es uns, als ob die Deutschen ein praktisches Interesse an einem schnellstmöglichen Abschluss des Abkommens hätten, insbesondere noch vor der Ankunft Simons in Berlin.¹⁵ Die Fakten haben diese Annahme widerlegt, da die Deutschen genau vor der Ankunft Simons neue Forderungen erhoben und damit den Abschluss des Abkommens zumindest um eine weitere Woche verzögerten. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dass die Deutschen absichtlich die Verhandlungen hinauszögern, solange nicht die allgemeine politische Lage in Europa endgültig geklärt ist, so muss damit gerechnet werden, dass auch in dieser Woche das Abkommen nicht unterzeichnet werden wird. Ich persönlich meine, und diesen Standpunkt teilen auch meine Mitarbeiter, dass die Deutschen ein eigenständiges großes wirtschaftliches Interesse an dem Abkommen haben, weil ihnen das Abkommen die Möglichkeit verschafft, das erreichte Niveau der industriellen Auslastung der Betriebe aufrechtzuerhalten, was für sie von großer innenpolitischer Bedeutung ist. Politische Erwägungen spielten und spielen bei der Festlegung des Zeitpunktes für die Unterzeichnung des Abkommens zweifellos eine gewisse Rolle, aber sie können wohl kaum auf das Abkommen als solches Einfluss nehmen, es wird selbstverständlich unterzeichnet werden.

Für unsere Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland interessieren sich die Franzosen und Amerikaner sehr. Wir hatten früher keine Gründe, und meiner Meinung nach haben wir sie auch jetzt nicht, die Verhandlungen als Faktum und die Grundzüge des Abkommen zu verschweigen. Die Information, die wir während der Wintermonate von Zeit zu Zeit den Franzosen zukommen ließen, trug jedes Mal dazu bei, dass sich die Franzosen über einen relativ langen Zeitraum hinweg an dieses Abkommen gewöhnen konnten.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

SURIC

Vermerk N.N. Krestinskijs mit violetter Farbstift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1545 vom 31.3.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 2. an die 2. Westabteilung, das 3. an die Wirtschaft[s]abteilung, das 4. zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 55, l. 27–30. Original.

¹⁵ Vgl. Dok. 59, Anm. 2.

Nr. 97
Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands
im AA Bräutigam

Berlin, den 28. März 1935

e.o. W. IV Ru. 1186 pr. 28. März 1935

Aufzeichnung

Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen haben grundsätzlich zu einer Einigung geführt. Bei der Formulierung, die im Reichswirtschaftsministerium vorgenommen wurde, entstanden jedoch neue Schwierigkeiten, die die gesamten Abmachungen zu gefährden drohen und zu einem völligen Abbruch der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen führen können.

Die deutsche Seite hat der Sowjetseite eine Einfuhr nach Deutschland von 100 Millionen RM zugestanden. Dieser Betrag umfasste für 40 Mill. RM Waren nach deutscher Wahl und für 60 Mill. RM Waren auf Grund eines sowjetischen Vorschlages, der von deutscher Seite angenommen wurde. Deutscherseits wird verlangt, dass die Zahlungen für die bewilligten Einfuhrwaren dem Mechanismus der Überwachungsstelle unterliegen, in erster Linie, damit nötigenfalls Preisreduktionen gefordert werden können.

Die Sowjetseite hat erklärt, dass sie eine Revision der vor dem 15. Februar, dem Datum der Einbeziehung der Sowjetunion in den Neuen Plan¹, abgeschlossenen Verträge unter keinen Umständen zulassen könne. Der Außenhandel bilde in der Sowjetunion eine staatliche Funktion. Die Sowjetregierung fühle sich verpflichtet, ihre mit ausländischen Privatfirmen geschlossenen Verträge einzuhalten, und könne sich nicht gefallen lassen, dass einseitig von einer fremden Regierung diese Verträge willkürlich abgeändert würden. Die Sowjetregierung sei auch vertragstreu bei solchen Verträgen, die sich im Laufe der Zeit zu ihren Ungunsten ausgewirkt haben. So habe die Sowjetunion im Herbst v. J. Verträge über Lieferungen von Flachs nach Deutschland abgeschlossen. Inzwischen seien die Flachspreise um 20% gestiegen. Die Sowjetunion liefere jedoch nach wie vor zu dem geringeren Preise. Es sei selbstverständlich, dass das deutsche Verlangen nach einer Revision der abgeschlossenen Lieferverträge sowjetischerseits mit einer Revision sämtlicher noch nicht abgewickelter, in Deutschland vorgenommener Bestellungen beantwortet werden würde. Die Sowjetregierung werde hierbei vor einer Nichteinlösung ihrer Wechselverpflichtungen nicht zurückscheuen und diese Maßnahmen nötigenfalls durch ein besonderes Gesetz sanktionieren. Die Preisreduktionen seien auch deswegen unannehmbar, weil die abgeschlossenen Verträge die Grundlage für die Kreditierung der Trusts durch die Staatsbank bildeten. Die Handelsvertretung würde von diesen Trusts schadensersatzpflichtig gemacht werden. Die staatliche sowjetische Planwirtschaft könne derartige Eingriffe fremder Regierungen nicht vertragen.

Es muss zugegeben werden, dass die im Neuen Plan vorgesehenen Einfuhrregelungen die Verhältnisse in der Sowjetunion, die sich von denen aller ande-

¹ Vgl. Dok. 37, Anm. 2.

ren Länder unterscheiden, nicht genügend in Rechnung stellt. Der Sowjetstaat als Großkäufer und -verkäufer ist in der Lage, die gegen ihn auf dem Exportgebiet ergriffenen Maßnahmen mit den gleichen Maßnahmen bei seinen Importoperationen zu vergelten. Die Unterwerfung der bereits abgeschlossenen Verträge unter das System der Überwachungsstellen bedeutet gegenüber der Sowjetunion nicht ein staatliches Eingreifen in privatwirtschaftliche Beziehungen zwischen deutschen und ausländischen Handelsfirmen, sondern eine direkte Einmischung in ein staatliches Handelssystem. Die Sowjetunion wendet ferner ein, dass die deutsche Regierung zur Vermeidung überhöhter Preise ihre Firmen mit entsprechenden Anweisungen hätte versehen können, dass es aber nicht möglich sei, diese Unterlassung nun nachträglich durch Maßnahmen gegenüber der Sowjetregierung wiedergutzumachen. Dieser Einwand dürfte nicht ganz unberechtigt sein.

Die aus der Sowjetunion einzuführenden Waren sind fast durchweg Rohstoffe, an deren Einfuhr das größte Interesse besteht. Soweit hier bekannt, sind in den großen Verträgen über Naphta-, Holz- und Rauchwarenlieferungen keine überhöhten Preise vereinbart worden. Werden aber diese großen Verträge deutscherseits nicht beanstandet, so machen die eventuellen Einsparungen bei einer Preisrevisi-on der übrigen Importwaren kaum noch einige Millionen aus. Überhöhte Preise sollen in erster Linie bei der Manganerz- und Borsten-Einfuhr vereinbart worden sein. Die Einfuhrmengen dieser Waren stellen sich auf ungefähr je 3 Mill. RM. Bei dieser Größenordnung steht die beabsichtigte Preisreduktion in keinem Verhältnis mehr zu dem Schaden, den das Scheitern der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbesprechungen im Gefolge haben muss. Nicht nur werden die Bestellungen, wie dies infolge der Verzögerungen bereits der Fall ist, in anderen Ländern untergebracht, sondern auch der Ausfall der Rohstoffeinfuhr aus der Sowjetunion wird bereits in allernächster Zeit zu außerordentlich schwerwiegenden Konsequenzen für Deutschland führen. Ferner gehen Deutschland 100 Millionen RM Gold verloren, da die Sowjetunion, wenn sie überhaupt ihre Wechsel einlöst, sich die erforderlichen Zahlungsmittel durch Reichsmarkaufkäufe im Ausland beschaffen wird.

Die Ausschaltung Deutschlands aus dem Geschäft mit der Sowjetunion würde in einem Zeitpunkt erfolgen, in dem Frankreich mit Russland über einen Handelsvertrag verhandelt, England sich große Mühe gibt, seine Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjetrußland zu erweitern, und die Tschechoslowakei² und Griechenland³ einen Handelsvertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen haben. Nach dem Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen würde die Wiedererlangung

² „Torgovyj dogovor meždu SSSR i Čechoslovakiej ot 25.3.1935“ (Handelsvertrag zwischen der UdSSR und der Tschechoslowakei vom 25.3.1935). In: Sbornik dejstvujuščich torgovyjch dogovorov i inych chozjajstvennych soglašenij SSSR, zaključennych s inostrannymi gosudarstvami (Sammelband der in Kraft befindlichen Handelsverträge und anderer Wirtschaftsverträge, die die UdSSR mit ausländischen Staaten abgeschlossen hat), Bd. I, Moskva 1935, S. 254–268.

³ Trade and Clearing Agreement, 5.3.1935. In: Soviet Treaty Series. A Collection of Bilateral Treaties, Agreements and Conventions etc., concluded between the Soviet Union and Foreign Powers, hrsg. von Leonard Shapiro, Bd. II (1929–1939), Washington 1955, S. 114–115.

der deutschen Geltung auf dem russischen Markt eine Arbeit von vielen Jahren sein.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift.

PA AA, R 94734, Bl. E 664181-664184.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 562, S. 1065–1067.

Nr. 98

**Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin
Kandelaki an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c**

Ganz geheim
29. März 1935

Nr. 2938
Berlin
Telefonisch

An
Rozengol'c

Nachdem die endgültig abgestimmten Texte sowohl des zweiseitigen Kreditabkommens als auch des Abkommens über die Tilgung unserer Schulden und über unseren Export vorliegen, verbleiben zu folgenden Punkten Unstimmigkeiten: 1. Die Deutschen bestehen kategorisch darauf, einen Extrapunkt in das Abkommen aufzunehmen, wonach sie nach der Unterzeichnung des Abkommens in einer Frist von 6 Tagen alle von uns bis zum 15. Februar abgeschlossenen Exportverträge überprüfen und uns anschließend mitteilen, welche der Verträge sie annehmen und welche sie ablehnen. Die Gesamtsumme unseres Exports in Höhe von 100 Mio. Mark bleibt dabei unverändert, wie auch das Recht zur freien Verfügung über die Summen in Mark, wie das bei dem Markabkommen der Fall war. 2. Die Deutschen, die sich hinsichtlich der Valorisierungsforderung in Höhe von 8,5 Mio. Mark¹, davon 1 Mio. Mark Ende 1935 in bar zahlbar, einverstanden erklärten, versuchen jedoch energisch, die in ihrem an uns gerichteten Schreiben verwendete Formulierung in dieser Frage wie folgt zu verändern: a) sie schließen bei jeder Kommissionsnummer den Vorbehalt² aus und bestehen auf einem allgemeinen Vorbehalt³ (der Ausschluss dieses Vorbehaltes kann zu Ansprüchen der Firmen führen, die von uns mit einem Volumen von bis zu 8 Mio. Mark beziffert werden); b) im Zusammenhang mit der verspäteten Ausgabe der Pfundwechsel vom Herbst 1931, An-

¹ Ausführlich zum Dollarkonflikt vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

³ Beide Wörter sind in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

fang 1932 soll ein Punkt darüber aufgenommen werden, der uns dazu verpflichtet, in einem schiedsgerichtlichen Verfahren die Pfundansprüche zu klären (solch ein Punkt kann für uns zu Verlusten von ungefähr 600.000 Mark und zu Unannehmlichkeiten mit den Firmen führen, mit denen bereits Verträge zu ähnlichen Geschäften abgeschlossen sind). Es liegt ein Schreiben der Deutschen vor, dass die im Kreditabkommen vorgesehenen 2% über dem Diskontsatz der Reichsbank durch die Aufwendungen des Staates für Garantieleistungen, für Bankdienste und Zinszahlungen abgedeckt werden. Wir besitzen jedoch zuverlässige Informationen, dass sie darüber hinaus von den Firmen noch ½ Prozent nehmen werden, um einen Fonds zur Befriedigung von Valorisierungsansprüchen der Firmen einzurichten. Telegrafieren Sie umgehend Weisungen.⁴

Kandelaki

Vermerk: an Gen. Stalin.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 62, S. 106–107.

Nr. 99

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam mit dem Geschäftsführer des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke

Berlin, den 29. März 1935

e.o. W IV Ru **1219**¹ pr. 29. März 1935

Aufzeichnung

Major Tschunke vom Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft teilte mir heute Folgendes mit:

Präsident Schacht habe den Russland-Ausschuss angewiesen, die deutschen Importfirmen zu ersuchen, jegliches Drängen auf Freigabe des Imports aus der Sowjetunion unverzüglich einzustellen. Andernfalls werde Präsident Schacht die Firmen auf die Schwarze Liste setzen und sie vom Bezug sowjetischer Waren ausschließen, da ihn dieses Drängen bei den Wirtschaftsverhandlungen mit den Russen in hohem Maße störe. Der Russland-Ausschuss sei dieser Anordnung nachgekommen.

Herr Tschunke teilte mir noch mit, dass sich in den letzten Tagen eine größere Anzahl von deutschen Importfirmen mit der Bitte um Hilfe auch an den Russland-Ausschuss gewandt hätten. Die Firmen seien infolge der Einstellung des Imports aus der Sowjetunion in eine schwierige Lage geraten. Sie könnten ihren Liefe-

⁴ Am 30.3.1935 telegraphierte Rozengol'c an Kandelaki über die Ablehnung der Vorschläge der deutschen Seite und über die Beibehaltung der früher abgestimmten Haltung. In: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 63, S. 108.

¹ Die Nummer ist korrigiert; ursprünglich: 2019.

rungsverpflichtungen gegenüber den deutschen Beziehern nicht nachkommen und hätten hohe Schadensersatzforderungen zu gewärtigen.

Hiermit Herrn Ministerialdirektor Meyer ergebenst vorgelegt.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift. Paraphe von M[eyer]. Am Seitenrand nicht entzifferte Weiterleitung von Meyer und ZdA Br[äutigam] 2/4.

PA AA, R 94734, Bl. E 664189.

Nr. 100

Artikel des Stellv. Volkskommissars für Verteidigung Tuchačevskij

[29.3.1935]

Die Kriegspläne **Hitlers**¹

Als Hitler im Januar 1933 an die Macht gelangte, erklärte er, dass er vier Jahre benötigen werde, um die Krise und die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu beseitigen. Diese nationalsozialistische Demagogie ist dann auch eine leere Demagogie geblieben. Dafür hat sich, wie es sich jetzt zeigt, hinter diesem demagogischen Plan ein anderer, bedeutend realistischerer Plan verschantzt, der Vierjahresplan zur Schaffung einer gigantischen Streitmacht.

Tatsächlich ist bereits im zweiten Jahr der Herrschaft der Nationalsozialisten die Zahl der Deutschland laut Versailler Vertrag erlaubten Divisionen um das 3fache gestiegen und erreicht den Stand von 21 Divisionen.

Es ist eine ebenfalls mit gleichem Vertrag verbotene Luftwaffe geschaffen worden.

Die deutsche Rüstungsindustrie hat praktisch den Weg einer fortschreitenden Mobilmachung eingeschlagen. Die Produktionskapazitäten der mobilisierten deutschen Industrie sind allgemein bekannt. In ein bis zwei Jahren kann sie die Armee auf einen Ausrüstungsstand bringen, wie er beim Kaiser gegen Ende des imperialistischen Krieges gewesen war.

Das von der nationalsozialistischen Regierung verabschiedete Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht² und die Aufstellung von 36 Divisionen in Friedenszeiten bilden den praktischen Abschluss dieses Programms.

Somit haben die Streitkräfte Deutschlands, und hier allein das Heer, bereits im dritten Jahr der Herrschaft Hitlers den Stand des Vorkriegsdeutschlands erreicht³, wenn man berücksichtigt, dass die Mobilisierungsstärke heute in Deutschland durch eine Verdreifachung, und nicht durch eine Verdopplung, erreicht wird (aus 7 Divisionen wurden 21 Divisionen). Die Existenz einer starken Luftwaffe macht diese Armee noch schlagkräftiger. Auf diese Frage werden wir später zurückkommen.

¹ Stalin hat den Namen durchgestrichen und stattdessen mit blauem Farbstift geschrieben: des heutigen Deutschland.

² Vgl. Dok. 84, Anm. 1.

³ Das Heer des kaiserlichen Deutschland umfasste am Vorabend des Ersten Weltkrieges (vor der Mobilmachung) 800.000 Mann.

Deutsche Auffassungen über die moderne Kriegführung

In der deutschen Kriegsliteratur beschäftigte sich von Seeckt als erster mit dem Problem, dass es „das Ziel einer modernen Strategie sein [wird], mit den beweglichen, hochwertigen operationsfähigen Kräften eine Entscheidung herbeizuführen, ohne dass oder bevor Massen in Bewegung gesetzt werden“⁴. Im Zusammenhang damit fordert Seeckt, in Friedenszeiten völlig kampfbereite Divisionen zu haben, um sie im Falle der Mobilmachung nicht durch Ergänzungen aufzufüllen, d.h. damit sie in Friedenszeiten die Sollstärke der Kriegszeit haben. Daneben erachtet es Seeckt als erforderlich, in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, um eine leistungsstarke Verteidigungsfähigkeit des Landes zu entfalten.

Ludendorff, der bekanntlich heute zur Arbeit im deutschen Generalstab herangezogen wird, hält die allgemeine Wehrpflicht und die maximale Verwendung der Menschenressourcen Deutschlands für den Krieg für erforderlich, wie er es genauso für erforderlich erachtet, eine Invasionsarmee für die Desorganisation der Verteidigung des Gegners auf seinem Territorium zu haben und ihm überraschende, blitzartige Schläge zuzufügen.

Ludendorff ist mit den Tempi der ersten Periode des Krieges von 1914 unzufrieden: „Die Mobilmachung und der Aufmarsch des Heeres war derart beendet, dass sein Vormarsch am 16. und 17. Mobilmachungs-Tage beginnen konnte...Vier Wochen nach Ausspruch der Mobilmachung war die Schlacht von Tannenberg geschlagen“⁵.

Deshalb sagt Ludendorff:

„In der Kriegführung der großen Militärmächte, den entwaffneten Staaten gegenüber, werden schnelle Kriegsbereitschaft sowie Schnelligkeit der Truppenbewegungen eine ausgewählte Rolle spielen. Die großen Militärmächte werden hier außer Fliegerverbänden zu wohldurchdachten Zerstörungen beschleunigt mobilgemacht, bewegliche Truppeneinheiten, bestehend aus Infanterie- und Kavalleriedivisionen mit schnellfahrenden Panzerlastkraftwagen, und Truppen auf Kraftwagen aller Art einsetzen und dem Deutschen Volke zeigen, dass es bei seinen militärischen Maßnahmen einen anderen Maßstab von Zeit und Raum anzunehmen habe, als dies die Kriegsgeschichte es im allgemeinen bisher lehrte“⁶.

Oberstleutnant Nehring schreibt in seinem soeben erschienenen Buch: „Während der Mobilmachung haben die schnellen und beweglichen Verbände zusammen mit den Luftstreitkräften die Deckung der eigenen Grenzen und des eigenen Aufmarsches zu übernehmen und die feindliche Mobilmachung und Versammlung durch begrenzte Vorstöße zu stören und zu erschweren“⁷.

Genau den gleichen Gedanken spricht auch General Metzsch in dem 1934 von dem bekannten deutschen Militärschriftsteller Cochenhausen herausgegebenen

⁴ Ch. Sekt: *Oborona strany*, Moskva 1931, S. 43 (Hans von Seeckt: *Landesverteidigung*, Berlin 1930, S. 68 f.). Anm. von Tuchačevskij.

⁵ Ludendorff: *Weltkrieg droht auf deutschem Boden*, München 1930, S. 37. Anm. von Tuchačevskij.

⁶ Ebenda, S. 38. Anm. von Tuchačevskij.

⁷ Walther Nehring: *Heere von morgen*. Ein Beitrag zur Frage der Heeresmotorisierung des Auslandes, Potsdam 1935, S. 39. Anm. von Tuchačevskij.

Buch „Die Wehrwissenschaft der Gegenwart“⁸ aus. General Metzsch behauptet, dass das strategische Ziel eines stark gerüsteten Staates darin bestünde, die Kriegshandlungen auf das Territorium des Gegners zu verlagern, um seine militärische Organisation bereits zu Beginn des Krieges zu zerrütten. Zu diesem Zwecke sollten vor allem Flieger- und danach schnell bewegliche Kräfte, d.h. in erster Linie motorisierte, eingesetzt werden. Auf diesen schnellen Kräften sollten starke Truppenverbände folgen, um eine sichere Operationsgrundlage zu schaffen.

Äußerungen in diesem Sinne finden wir in der deutschen Kriegsliteratur zur Genüge. Die neue deutsche Militärdoktrin nimmt Gestalt an, sie wird jetzt auch materiell abgesichert.

Marschall Pétain schätzte in einem in der Zeitschrift „Revue des Deux Mondes“ vom 1. März d. J. erschienenen Artikel⁹ die deutsche Militärdoktrin genau so ein. Er schreibt, dass „die Einführung einer neuen Waffe dem Kampf einen gänzlich anderen Verlauf verleihen kann.“

Gegenwärtig stellt sich der Krieg so dar, dass er mit Überraschungsangriffen auf die erste Verteidigungslinie der militärischen Kräfte des Gegners beginnt, seine Mobilmachungsanstrengungen untergräbt und auf die Zerstörung der lebenswichtigen Zentren seiner Kraft gerichtet ist.“

„Die Mittel für solch einen Krieg gibt es bereits“, fügt Marschall Pétain hinzu und verweist darauf, dass diese Methode in Deutschland besondere Popularität genieße.

Deutschland stellt somit gewaltige Streitkräfte auf, und das Hauptaugenmerk gilt dabei jenen Verbänden, die eine schlagkräftige Invasionsarmee bilden können.

Versuchen wir, diese Entwicklung in der Weise zu charakterisieren, wie sie sich auf der Grundlage der von der Presse und von der deutschen Regierung veröffentlichten Angaben darstellt.

Allgemeiner Umfang der deutschen Rüstungen

LUFTWAFFE

Die deutsche Regierung unternimmt besondere Anstrengungen, die Luftwaffe zu entwickeln.

Die Luftfahrtindustrie läuft auf vollen Touren. Nach Aussage des französischen Kriegsministers Maurin stellen die deutschen Flugzeugwerke pro Tag 15 Flugzeuge her. Folglich werden 1935 über 4,5 Tsd. Flugzeuge hergestellt sein.

Die Organisation und der Personalbestand der bis auf den heutigen Tag im Heer und in der Marine bestehenden Luftstreitkräfte stellen sich folgendermaßen dar:

12 Fliegerverbände bei den größten Flugplätzen, wo es bis in die heutige Zeit örtliche Fliegergruppen gegeben hat. Zu deren Ausrüstung gehören bis zu 2100 Bomber und Aufklärungsflugzeuge.

⁸ Friedrich von Cochenhausen (Hrsg.): Die Wehrwirtschaft der Gegenwart. Wissenschaftliche Forschungsberichte zum Aufbau des neuen Reiches, Heft 3, Berlin 1934. Darin: H. Metz: Wehrpolitik und Wehrverfassung, S. 26–41.

⁹ Maréchal Pétain: La Sécurité de la France au Cours des Années Creuses. In: Revue des Deux Mondes vom 1. März 1935, S. I-XX.

16 von Göring organisierte Fliegerverbände bei den Luftabteilungen in den größten strategischen Punkten. Die Ausrüstung dieser Einheiten besteht aus Jagd- und Hilfsfliegern, insgesamt 1600 Flugzeuge.

Wie man den veröffentlichten Daten entnehmen kann, dürfte die Ausrüstung der Heeres- und der Marineflieger aus bis zu 3700 einsatzbereiten Flugzeugen bestehen.

Zum Personalbestand dieser Luftstreitkräfte gehören 8000 Offiziere und 52.000 Unteroffiziere und Soldaten. Zusätzlich dazu bildet das deutsche Oberkommando in 16 Sportfliegergruppen und in Lehrgängen der zivilen Luftflotte bis zu 60.000 Mann des fliegenden Personals aus, womit sich die Gesamtzahl auf 120.000 Mann in der Luftwaffe erhöht.

In Deutschland spricht man viel über die Pläne Görings, die Luftwaffe auf 16.000 Flugzeuge aufzustocken.

INFANTERIE

Deutschland verkündete die Aufstellung von 12 Korps und 36 Infanteriedivisionen. Die Sollstärke dieser Verbände sollte sehr hoch sein, weil erstens aus diesen Einheiten allem Anschein nach die Invasionsarmee gebildet werden wird, und zweites ihnen die Kader für eine dreifache Entfaltung zugeführt werden sollen. Diese Sollstärke wird offenbar 15.000 Mann erreichen, worauf es auch in der Presse Hinweise gibt. Der große Personalbestand einer Division in Friedenszeiten ist auch deshalb erforderlich, um das, was in den vergangenen 15 Jahren verloren gegangen ist, auszugleichen, d.h. rasch eine ausgebildete Reserve anzulegen.

Zu einer Division gehören neben den Infanterieregimentern offenbar: zwei Artillerieregimenter (ein leichtes und ein schweres Regiment), ein Panzerbataillon, ein Nachrichtenbataillon, ein Pionierbataillon und eine Chemie-Kompanie.

Insgesamt werden die Armeekorps und die Infanteriedivisionen aus ca. 546.000 Mann bestehen.

Im Kriegsfall kann Deutschland bis zu 108 Infanteriedivisionen sofort aufstellen. Marschall Pétain nennt die Zahl von 100 Divisionen.

KAVALLERIE

Bestand: 5 Kavalleriedivisionen und 10 motorisierte Regimenter, insgesamt 51.000 Mann.

Die Kavallerie der Sturm- und Schutzeinheiten gestattet eine weitere Aufstellung von Kavalleriedivisionen.

ARTILLERIE

Neben der zum Bestand der Infanterie- und Kavalleriedivisionen gehörenden Artillerie stellt die Deutsche Reichswehr aller Voraussicht nach nicht weniger als 12 Regimenter der Reserve des Oberkommandos, 12 Regimenter der Flakartillerie und 12 Divisionen der schweren Artillerie für den Küstenschutz in einem Umfang von bis zu 54.000 Mann auf.

GEPANZERTE UND MOTORMECHANISIERTE EINHEITEN

1 motorisierte Division	15.000 Mann
4 mechanisierte Brigaden	12.000 Mann
12 Bataillone der Panzerreserve des Oberkommandos	6.000 Mann
Insgesamt	33.000 Mann

die Panzereinheiten in der Infanterie und in der Kavallerie nicht eingerechnet.

Die Panzereinheiten befinden sich in einem stetigen Umrüstungsprozess auf Panzer der neuesten Typen.

DIE NACHRICHTEN-, PIONIER- UND CHEMISCHEN TRUPPEN, die nicht zum Bestand der Heeresverbände gehören, sollen aus bis zu 22.000 Mann bestehen.

Die militärischen Lehreinrichtungen und die verschiedenen Einrichtungen des Verteidigungsministeriums umfassen bis zu 60.000 Mann.

DIE KRIEGSMARINE

(unter Berücksichtigung der Reserven und der im Bau befindlichen [Schiffe])

	Anzahl der Schiffe	Besatzung
Schlachtschiffe	9	9000 Mann
Kreuzer	8	4000 Mann
Zerstörer	12	2000 Mann
Torpedoboote	20	2000 Mann
U-Boote	26	2600 Mann
Stützpunkte und Führung	26	3000 Mann
Insgesamt	–	23.000 Mann ¹⁰

Die Gesamtstärke der deutschen Streitkräfte zum Sommer des laufenden Jahres wird somit 909.000 Mann erreichen, abzüglich der 60.000 Anwärter in den zivilen Luftfahrteinrichtungen sind es 849.000 Mann.

Der Abschluss des organisatorischen Militärprogramms Deutschlands ist 1936 zu erwarten.

Deutschland verfügt neben diesen regulären Streitkräften in einem bedeutenden Umfang über paramilitärische Einheiten, die zur Mobilmachung und Bildung neuer Verbände herangezogen werden können, und zwar:

	Anzahl der Einheiten	Personalstärke
Sturmabteilungen	21	400.000 Mann
Schutzabteilungen	7	40.000 Mann
Arbeitsdienst	30	300.000 Mann
Grenzschutz	21	50.000
Polizei	–	110.000
Insgesamt	–	900.000 Mann

¹⁰ So im Dokument. Vermerk Stalins mit blauem Farbstift: Die Summe der angeführten Zahlen beträgt 22.600.

DIE INVASIONSARMEE

Zur Invasionsarmee können aus der Gesamtzahl der Streitkräfte die Verbände herangezogen werden, die zu selbständigen Operationshandlungen fähig sind und einen etatmäßigen Personalbestand haben, der der Sollstärke für die Kriegszeit nahe kommt.

LUFTWAFFE

Die Heeresluftwaffe nicht eingerechnet, können auf den heutigen Tag mindestens 1500 Flugzeuge an selbstständigen Handlungen teilnehmen.

MOTORMECHANISIERTE EINHEITEN

Eine motorisierte Division und vier mechanisierte Brigaden.

KAVALLERIE

Fünf Kavalleriedivisionen.

INFANTERIE

Die erste Staffel besteht aus mindestens 15 motorisierten Infanteriedivisionen.

Deutschland verfügt über 661.000 PKW, 12.500 Autobusse, 191.000 LKW und 983.000 Motorräder. Davon gehören ca. 150.000 Kraftwagen dem „Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK)“ an.

Im laufenden Jahr wurde der Personalbestand dieses Korps einer medizinischen Untersuchung zur Feststellung der Wehrdiensttauglichkeit unterzogen.

Das Korps ist dem Verteidigungsministerium unterstellt.

Für die Verlegung einer deutschen Infanteriedivision wird eine Transportgruppe von ca. 650 PKW, 6700 LKW und 1200 Motorrädern benötigt.

Ganz offensichtlich wird das deutsche Oberkommando selbst unter Berücksichtigung des erforderlichen Autotransports für die Organisation der rückwärtigen Dienste in der Lage sein, ca. 15 Divisionen für operative Zwecke über beachtliche Entfernungen zu verlegen. In dieser Richtung werden große Anstrengungen unternommen. 1932 wurden in 17 Stunden mit den Mitteln des Kraftfahrkorps 200.000 Mann aus allen Gegenden Deutschlands in den Raum von Tempelhof befördert, wofür ungefähr 20.000 PKW und LKW erforderlich waren.

Die übrigen Divisionen der Friedenszeit bilden die zweite Staffel der Invasionsarmee.

DIE KRIEGSMARINE UND DIE MARINEFLIEGER

Sie werden Angriffe auf die Verbindungs- und die Handelswege des Gegners fliegen.

Diese Invasionsarmee, insbesondere die Luftwaffe, die motormechanisierten Einheiten, die Kavallerie und die U-Boote, werden von den Nationalsozialisten in den nächsten Jahren verstärkt ausgebaut werden. Auch in diesem Zustand ist diese Invasionsarmee bereits stärker als die gesamte französische Armee in der Friedenszeit.

Die antisowjetischen und revanchistischen Pläne Hitlers

In seinem Referat auf dem VII. Sowjetkongress führte Gen. Molotov folgende Stelle aus dem Buch Hitlers „Mein Kampf“ an:

*„Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewusst einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.“*¹¹

Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.

Das Schicksal selbst zeigt diesen Weg auf.“¹²

Gen. Molotov stellte die Frage, ob diese Bestrebung Hitlers in Kraft bleibe?

Die Antwort darauf finden wir in jenen Informationen, die aus den Gesprächen Hitlers mit Simon in die Presse sickerten.¹³ Laut Mitteilung der Agentur „Radio“ habe Hitler erklärt, dass hinsichtlich des Verhältnisses zur UdSSR die Situation Deutschland zwingt, „für sich in Zukunft die Handlungsfreiheit zu sichern“. Dabei habe Hitler, der Presse zufolge, eine Schwächung der Westgrenzen der UdSSR gefordert. Hitler fordere gleichfalls, dass Frankreich die Zusammenarbeit mit der UdSSR einstelle.¹⁴

Diese klar zum Ausdruck gebrachte antisowjetische Einstellung Hitlers gesteht sogar die gesamte bürgerliche Presse ein.

Marschall Pétain schreibt in dem oben zitierten Artikel, dass das französische Militärsystem, das „1927–1928 verabschiedet worden ist, vollständig auf der Hypothese beruht, dass unser möglicher Gegner nicht in der Lage ein wird, in kurzer Frist eine starke Armee aufzustellen, und es baut darauf, dass wir bei seiner Annäherung genügend Zeit für die Vorbereitung finden werden. Diese Hypothese entspricht nicht den heutigen Gegebenheiten“. Tatsächlich kann die französische Armee mit ihren 20 Divisionen und mit den großen Zeiträumen für die Mobilmachung und für die Zusammenziehung der Verbände schon nicht mehr aktiv gegen Deutschland agieren. Bevor sie eingreifen kann, wird sie viel Zeit für die Entfaltung ihrer Kräfte aufbringen müssen.

Diese veränderte Situation im Westen beflügelt Hitlers antisowjetische Politik. **Hitler ist bemüht, Frankreich zu beruhigen und erklärt, wie die Presse vom 25. März aus Berlin berichtete, dass „Deutschland das Versprechen zu geben bereit ist, dass es keinerlei Ansprüche gegenüber Frankreich stellt und keine aggressiven Absichten gegenüber seinen westlichen Nachbarn hegt“. Hitler wünsche kein weiteres Anwachsen der französischen Rüstungen**¹⁵.

[Auf den ersten Blick mag dies seltsam erscheinen, aber die durch den Gang der Ereignisse entstandene Situation erinnert etwas an diejenige, in der sich

¹¹ Stalin vermerkte mit blauem Farbstift, dass sämtliche Absätze des Zitats zusammenzuführen sind, an den Seitenrand schrieb er: Das ganze Zitat kursiv setzen.

¹² Vgl. Dok. 19, Anm. 2.

¹³ Vgl. Dok. 59, Anm. 2.

¹⁴ Vgl. Dok. 95, Anm. 22.

¹⁵ Der Text wurde von Stalin mit blauem Farbstift verändert und folgendermaßen redigiert: „Hitler schläfert Frankreich ein, weil er keinen Anlass für ein Anwachsen der französischen Rüstungen liefern will.“ Den nachfolgenden Text in eckiger Klammer hat Stalin mit blauem Farbstift durchgestrichen.

Deutschland in den Jahren nach dem französisch-preußischen Krieg befunden hatte. Ich möchte diesen Gedanken mit den Worten des bekannten deutschen Generals Hans¹⁶ Kuhl erläutern.

„Nach dem Feldzuge 1870/71 war in den nächsten Jahren mit Sicherheit im Kriegsfall mit der französischen Defensive zu rechnen. Alle Maßnahmen der Franzosen waren darauf berechnet“¹⁷.

Kuhl weist auch darauf hin, dass Moltke andererseits immer in Betracht gezogen habe, wie schwer es den Deutschen gefallen sei, Frankreich 1870/71 endgültig zu besiegen. Nach Anführung einiger Überlegungen Moltkes bezüglich der Auswahl des ersten und entscheidenden Schlages schreibt Kuhl:

„Schon aus diesen geographischen und Transportverhältnissen ging nach Moltkes Ansicht unwiderlegbar hervor, dass wir gegen Westen eine starke Defensive führen, unsere Ostgrenze aber nur durch die Offensive schützen konnten, und dass der Versammlungspunkt für die in dieser Richtung verwendeten Streitkräfte vorwärts auf feindlichem Gebiete gesucht werden musste“¹⁸.

„Da aber dessen [Russlands] Stärke von Woche zu Woche sehr erheblich wachsen mußte, so konnten wir nur wünschen, eine Entscheidung sobald als möglich herbeizuführen“¹⁹.

Die herrschenden Kreise Deutschlands, die sich 1914 beim Angriff gegen Frankreich die Finger verbrannt hatten und nun meinen, dass Frankreich gegenwärtig praktisch nicht in der Lage wäre, schnell aktive Handlungen durchzuführen, richten das Schwergewicht ihrer Operationen gegen die UdSSR. Dabei setzt Hitler Hoffnungen auf seine Diplomatie und darauf, dass Frankreich neutral bleiben wird.

Der große Freund des faschistischen Deutschland, Skrawtator, schreibt in der „Sunday Times“ unumwunden:

„Deutschland hat entschieden, dass zur Erreichung seiner Ziele kein anderer Ausweg als der Krieg bleibt und es, wenn sich ein günstiger Moment zeigt, diesen im Osten Europas führen muss, wobei Großbritannien, und nach Möglichkeit auch Frankreich, eine neutrale Position einnehmen sollte. Deutschland hofft zu siegen, wenn wir neutral bleiben und Frankreich keinem Überfall ausgesetzt wird.“

Die Ähnlichkeit mit der Situation nach dem französisch-preußischen Krieg besteht darüber hinaus auch hinsichtlich des Bündnisses Deutschlands mit Polen. Kuhl weist darauf hin, dass Moltkes Entscheidung, den ersten Schlag gegen Russland zu führen, in einem hohen Maße durch den „Abschluß des Bündnisses mit Österreich im Jahre 1879“²⁰ beeinflusst worden war. „Das Eingreifen Österreichs kam nur im Osten in Frage.“²¹

¹⁶ So im Dokument; richtig: Hermann von. Tuchačevskij benutzte die russische Ausgabe, in der der Verfasser mit dem Vornamen Hans bezeichnet wurde.

¹⁷ G. Kul': Germanskij General'nyj Štab, Moskva 1922, S. 156. (H. von Kuhl: Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges, Berlin 1920, S. 161). Anm. von Tuchačevskij.

¹⁸ Ebenda, S. 151. Anm. von Tuchačevskij.

¹⁹ Ebenda. Anm. von Tuchačevskij.

²⁰ Unterzeichnet am 7.10.1879 in Wien. Vgl. Die Große Politik der Europäischen Kabinete 1871–1914. Sammlung der diplomatischen Akten des auswärtigen Amtes Deutschlands. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. von J. Lepsius, A. Mendelssohn Bartholdy, F. Thimme, Bd. 3: Das Bismarcksche Bündnissystem, Berlin 1922, Dok. 485, S. 102–104.

²¹ Kul', Germanskij General'nyj Štab, S. 150. Anm. von Tuchačevskij.

Diese Tatsache ist für Hitlers antisowjetische Politik von allergrößter Bedeutung, ganz abgesehen davon, dass die direkten Wege zur UdSSR durch Polen führen, dessen Armee in Friedenszeiten aus 30 Divisionen besteht und diese Zahl durch die Mobilmachung natürlich sehr schnell verdoppelt werden kann.

Somit wächst die antisowjetische Front und festigt sich materiell. Die Streitkräfte des nationalsozialistischen Deutschland wachsen stürmisch. Zu dem, was oben ausgeführt worden ist, kann noch hinzugefügt werden, dass Österreich Vorkehrungen trifft, seine sechs Brigaden in sechs Divisionen umzuwandeln. Bei einem Anschluss erhält Deutschland durch die Mobilmachung zusätzlich bis zu 18 Infanteriedivisionen]²².

Es versteht sich von selbst, dass die imperialistischen Pläne Hitlers nicht nur **eine antisowjetische Ausrichtung haben. Im Falle der Umsetzung der hoffnungslosen Träume hinsichtlich der Vernichtung der UdSSR würde sich der deutsche Imperialismus zweifellos mit allen Kräften auf Frankreich stürzen: er braucht das französische Eisenerz. Er braucht auch den Ausbau seiner Kriegsmarinestützpunkte.

Die Erfahrungen des Krieges von 1914–1918 zeigen in aller Deutlichkeit, dass Deutschland ohne den sicheren Besitz der Häfen Belgiens und der Nordhäfen Frankreichs dem maritimen Wettbewerb mit dem Imperialismus Großbritanniens nicht gewachsen ist.

Die zügellose Politik des deutschen Nationalsozialismus treibt die Welt in einen neuen Krieg. Mit seiner zügellosen militaristischen Politik stößt der Nationalsozialismus jedoch auf die entschlossene Friedenspolitik der Sowjetunion. Diese Politik des Friedens unterstützen Millionen und Abermillionen Proletarier und Werktätige aller Länder. Falls aber dennoch die Kapitalisten und ihre Lakaien die Flamme des Krieges entfachen und eine antisowjetische Intervention riskieren, so wird unsere Rote Armee und unser ganzes sozialistisches industrielles Land mit eisernen Schlägen eine jegliche Invasionsarmee in eine Armee des Untergangs verwandeln, und Wehe dem, der seine Grenzen überschreitet. Es gibt keine Kraft, die in der Lage wäre, unser sozialistisches Land der Kolchosbauern, das Land mit seinen gigantischen Menschen- und Industrieressourcen, mit seiner großen Kommunistischen Partei und mit dem großen Führer Gen. STALIN zu besiegen**²³.

M. TUČAČEVSKIJ

29. März 1935²⁴

Veröffentlicht in: *Izvestija CK KPSS, 1990, Nr. 1, S. 161–169.*

²² Den Text in der eckigen Klammer (12 Absätze) hat Stalin mit blauem Farbstift durchgestrichen.

²³ Den Text hat Stalin durch folgende Redaktion ersetzt: ...antisowjetische Ausrichtung haben. Diese Ausrichtung ist ein geeigneter Deckmantel, um die revanchistischen Pläne im Westen (Belgien, Frankreich) und im Süden (Poznań, Tschechoslowakei, Anschluss) zu maskieren. Neben all dem darf nicht verneint werden, dass Deutschland das französische Eisenerz braucht. Es braucht auch die Ausweitung seiner Kriegsmarinestützpunkte. Die Erfahrungen des Krieges 1914–1918 zeigten in aller Deutlichkeit, dass es ohne den sicheren Besitz der Häfen Belgiens und der Nordhäfen Frankreichs nicht möglich ist, die maritime Stärke

Nr. 101

Schreiben des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID
Levin an den diplomatischen Agenten des NKID in Char'kov Michajlov

GEHEIM

31. März 1935

2. Westabteilung

AN DEN
DIPLOMATISCHEN AGENTEN
DES NKID DER UdSSR IN CHAR'KOV
Gen. MICHAJLOV

Werter Genosse,

ich war lange an Grippe krankt und antworte Ihnen deshalb erst jetzt auf Ihre Schreiben vom 25. Februar d. J. Nr. 26/s und vom 2. März d. J. Nr. 31/s. Zu der Sie interessierenden Frage hinsichtlich der Verfahrensweise bei Ausweisungen von deutschen Staatsbürgern kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

1. Das NKID steht auf dem Standpunkt, dass die Ausweisungen von deutschen Bürgern mit **ständigen Wohnsitz in der UdSSR**¹ nicht anders als auf Beschluss der Sonderberatung beim Volkskommissar für Innere Angelegenheiten durchgeführt werden müssen. Laut Punkt 8 des Beschlusses des CIK der UdSSR über die Bildung des NKVD auf Unionsebene hat die Sonderberatung beim Volkskommissar für Innere Angelegenheiten das Recht, Ausweisungen aus der UdSSR vorzunehmen². Das NKID hat sich ferner mit der Leitung des NKVD darüber verständigt, dass das NKID über die auszuweisenden deutschen Bürger in Kenntnis gesetzt wird. Deshalb müssen Sie, wenn Sie eine Mitteilung über die Ausweisung eines deutschen Staatsbürgers von den Organen des NKVD in Char'kov erhalten, klären, ob ein Beschluss der Sonderberatung zur Ausweisung des betreffenden Bürgers vorliegt. Wenn kein Beschluss der Sonderberatung vorliegt, legen Sie gegen die Ausweisung Berufung ein und informieren uns unverzüglich.

2. In einzelnen Fällen ist den Auszuweisenden ein Aufschub von einigen Tagen für die Erledigung der persönlichen Angelegenheiten zu gewähren. Zwecks Gewährung von solchen Aufschüben verständigen Sie sich mit den örtlichen Orga-

Deutschlands aufzubauen. Zum Sommer diesen Jahres wird Deutschland somit für die Verwirklichung seiner revanchistischen Eroberungspläne über eine Armee von Minimum 849.000 Mann verfügen, d. h. über eine Armee, die jener Frankreichs zu 40% übertrifft, und hinsichtlich der zahlenmäßigen Stärke in etwa die gleiche Stärke wie die UdSSR besitzt (die UdSSR verfügt über 940 Tsd. Mann, alle Waffengattungen eingerechnet). Und dies ungeachtet dessen, dass die UdSSR eine 2,5mal größere Bevölkerung und um ein Vielfaches größeres Territorium als Deutschland hat. So sieht in Wirklichkeit die sogenannte Gleichberechtigung bei den Rüstungen aus.

²⁴ Der Artikel wurde mit den Korrekturen Stalins veröffentlicht. Vgl. Pravda vom 31. März 1935, S. 2.

¹ Der Text ist maschinenschriftlich am linken Seitenrand geschrieben.

² Vgl. Dok. 77, Anm. 2.

nen des NKVD. Falls es Ihnen nicht gelingt, sich vor Ort zu verständigen, setzen Sie uns darüber unverzüglich in Kenntnis. Wir setzen uns dann mit dem NKVD in Verbindung und bitten es, aus Moskau eine entsprechende Weisung zu erteilen. Die Aufschubfrist hängt selbstverständlich von den Umständen des jeweiligen Falls ab.

3. Die Deutsche Botschaft und das Konsulat haben das Recht zu fordern, den Auszuweisenden eine Bescheinigung über die Ausweisung auszuhändigen. Artikel 6 des sowjetisch-deutschen Niederlassungsabkommens vom 19. Oktober 1925³ legt fest: „Dem Ausgewiesenen ist bei der Ausweisung eine Bescheinigung darüber auszuhändigen.“⁴ Wir stellen gewöhnlich keine solchen Bescheinigungen aus, weil sich die Deutsche Botschaft in der Regel damit zufriedengibt, von uns Verbalnoten zu bekommen, die die Mitteilung über die Ausweisung dieses oder jenes deutschen Staatsbürgers beinhalten. Wenn jedoch das Deutsche Generalkonsulat in Char'kov auf der Ausgabe von Bescheinigungen besteht, so können diese erteilt werden. Diese Bescheinigungen können vom NKVD oder, wenn letzteres Einwände erhebt, von der Auslandsabteilung des entsprechenden Sowjets oder des Ispolkom ausgegeben werden. In der Bescheinigung muss knapp vermerkt sein, dass die betreffende Person aufgrund des Beschlusses mit entsprechendem Datum der Sonderberatung beim Volkskommissar für Innere Angelegenheiten aus der UdSSR ausgewiesen wird.

4. Was die Gründe für eine Ausweisung betrifft, so sieht das Abkommen die Möglichkeit einer Ausweisung, „sei es infolge eines strafgerichtlichen Urteils, sei es aus Gründen der inneren oder äußeren Sicherheit des Staates“⁵, vor. Wenn die Ausweisung infolge eines Strafgerichtsurteils erfolgt, so können Sie dem Deutschen Generalkonsulat eine Kopie des Urteils zusenden, in dem natürlich die Gründe für den Gerichtsbeschluss ausgeführt sind. Wenn jedoch eine Ausweisung im Rahmen eines Beschlusses der Sonderberatung beim Volkskommissar für Innere Angelegenheiten ausgesprochen wird, d. h. auf administrativem Wege, so ist dem Generalkonsulat mitzuteilen, dass in Abhängigkeit von den Umständen des Falls die Ausweisung aus Gründen der inneren oder äußeren Sicherheit des Staates erfolgt. Wenn die Organe des NKVD ihre Zustimmung dazu geben, dem Generalkonsulat Informationen über die Umstände des Falls zukommen zu lassen, so können Sie nach vorheriger Abstimmung der betreffenden Frage mit uns eine entsprechende Mitteilung an das Generalkonsulat geben. Wenn jedoch die Organe des NKVD Einwände erheben, beschränken Sie sich mit der Berufung auf Artikel 6; im Falle besonderer Hartnäckigkeit des Generalkonsulats verweisen Sie auf Verhandlungen mit dem NKID.

5. Teilen Sie uns unverzüglich alle Ausweisungsfälle von deutschen Staatsbürgern mit.

6. Zurzeit stimmen wir mit dem NKVD die schriftlichen Regeln bezüglich der Ausweisung von deutschen Staatsbürgern ab. Sobald wir diese Regeln endgültig ausgearbeitet haben, werden wir entsprechende Rundschreiben an die Bevollmäch-

³ So im Dokument; richtig: 12. Oktober 1925.

⁴ Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 8; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 585.

⁵ Ebenda.

tigten und die diplomatischen Agenten [des NKID] versenden. Bis dahin lassen Sie sich von dem oben Dargelegten leiten.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Levin

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Sabanin, das 4. an Gen. Petrovskij, Kiev, das 5. *zu den Akten.*⁶*

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 84, d. 18, l. 49–49R. Kopie.

Nr. 102
**Brief des Legationsrats in Moskau Hilger an den Botschafter
in Tokio von Dirksen**

Moskau 31.3.35

Hochzuverehrender Herr Botschafter!
Lieber Herr von Dirksen!

Seitdem ich im Besitze Ihres gütigen Schreibens vom 5. Oktober¹ bin, für das ich Ihnen aufrichtig danke, ist wohl kein Tag vergangen, an dem ich nicht den lebhaften Wunsch gehabt hätte, Ihnen zu schreiben, um mich mit Ihnen auszusprechen und Ihnen mein Herz auszuschütten. Verschiedentlich hatte ich auch schon den Anlauf dazu genommen, so dass zwei Briefe zwar geschrieben wurden, jedoch ihr Ziel nicht erreichten, da ich sie vorher vernichtete. Denn je mehr Zeit vergeht, seitdem Sie Moskau verlassen haben, um so schwerer fällt es mir, Ihnen unsere hiesigen Sorgen und Nöte darzulegen, ohne Gefahr zu laufen, irgendwie missverstanden zu werden. Jedenfalls freue ich mich aber immer von neuem für Sie, dass *ein günstiges Schicksal Sie rechtzeitig von einem Posten erlöst hat*², auf dem auch Ihnen schwere Enttäuschungen nicht erspart geblieben wären.

Ich möchte bewusst von dem Versuch absehen, Ihnen eine Schilderung unseres gegenwärtigen Verhältnisses zur Sowjetunion im Rahmen unserer Gesamtpolitik zu geben und auch keine Betrachtungen darüber anstellen, ob und welche Positionen im Interesse dieser Gesamtpolitik **vielleicht**³ hätten gehalten werden können und müssen. Dazu ist die *Entwicklung zu sehr im Fluss* und manches würde sicher schon längst überholt sein, wenn dieser Brief Sie erreicht. Dagegen ist leider nicht damit zu rechnen, dass die *Atmosphäre des unüberwindlichen Misstrauens*, das uns hier umgibt, in absehbarer Zeit einer freundlicheren Stimmung weichen wird. Es scheint vielmehr, *dass Litwinow auch die Ereignisse der letzten Tage sowie den Besuch Edens* in Moskau als einen Erfolg für sich und als

⁶ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

¹ Vgl. Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, S. 212–214.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Das Wort ist handschriftlich hinzugefügt.

eine Stärkung der gegen Deutschland *gerichteten politischen Kräfte buchen könnten*⁴.

In den Zeitungen werden Sie gelesen haben, dass Eden vorgestern von Molotow und Stalin empfangen worden ist. Ob die Behauptung zutrifft, dass *Stalin auf Eden einen guten und vertrauenswürdigen Eindruck gemacht hat*⁵, ist schwer nachzuprüfen, zumal Eden erst heute Abend abreist. Es scheint mir aber doch, dass die geschickte Regie der Sowjetregierung es wieder verstanden hat, auch bei diesem Besucher trotz der „Aufklärung“ seitens der hiesigen Britischen Botschaft eine Reihe der gewünschten Reaktionen hervorzurufen.

Von der Sowjetpresse wird Deutschland täglich als der Feind hingestellt, der nur auf den Augenblick lauert, um über die „friedliebende“ Sowjetunion herzufallen. Das Gift, das auf diese Weise verspritzt wird, bleibt natürlich nicht ohne Wirkung und *wir werden infolgedessen mehr gemieden als je*. Ein kennzeichnendes Beispiel hierfür ist die Tatsache, *dass Stelzer den beigefügten Brief Ihrer Frau Gemahlin wochenlang mit sich herumgetragen hat, ohne in der Lage zu sein*⁶, ihn der Adressatin auszuhändigen, da diese sich davor scheute, ihn im Empfang zu nehmen. Da auch meine Frau keine Möglichkeit sieht, den Brief seiner Bestimmung zuzuführen, erlaube ich mir, ihn zurückzusenden.

Die unmittelbar Leidtragenden des sowjetischen Misstrauens gegen uns sind neben den reichsdeutschen Spezialisten, die ihre Posten verlieren, vor *allem die unglücklichen Deutschstämmigen*, die dem Zugriff der Sowjetorgane schutzlos preisgegeben sind. Diese nutzen die Gelegenheit auch dazu aus, *um einen furchtbaren Schlag gegen die evangelische Kirche⁷ zu führen*⁸. Von etwa 60 Pastoren, die noch im Jahre 1933 ihren seelsorgerischen Funktionen nachgehen konnten, sind es heute nur noch 18, davon 12 deutschstämmige; alle übrigen sind entweder verhaftet oder verschickt.

*In Leningrad wütet seit einigen Wochen ein beispielloser Terror*⁹, dem vornehmlich die Reste der ehemaligen Bourgeoisie, Staatsbeamten usw. zum Opfer gefallen sind.¹⁰ Zehntausende wurden verhaftet und verschickt, darunter viele völlig hilflose, alte und kranke Leute. Die Resonanz, die diese Gräueltaten in der Welt gefunden haben, ist erschreckend gering, denn die Welt hat gegenwärtig mit ihren eigenen Sorgen genug zu tun, und die meisten Staaten sind im Augenblick nicht daran interessiert, die Wahrheit über Russland zu hören.

Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion halten den politischen die Waage. Wir hatten im *Jahre 1934 für 28 Mill.* Reichsmark Bestellungen aus der Sowjetunion *gegen 919 Mill. Reichsmark im Jahre 1931*¹¹. Die Handelsbilanz für 1934 im Verkehr mit der Sowjetunion war mit 146 Mill. RM passiv für Deutschland. Die Berliner Verhandlungen über das 200 Mill. Kreditabkommen, die vor 10 Tagen unmittelbar vor dem Abschluss zu stehen schienen, sind im Au-

⁴ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Die beiden markierten Textstellen sind unterstrichen.

⁷ Vgl. auch Dok. 76.

⁸ Die beiden markierten Textstellen sind unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Die Verhaftungen in Leningrad setzten als Folge des Attentats auf Kirov am 1.12.1934 ein.

¹¹ Die drei markierten Textstellen sind unterstrichen.

genblick wieder festgefahren, da von der Sowjetseite auch nicht die geringste Neigung bekundet wird, auf unsere berechtigten Wünsche Rücksicht zu nehmen. Dies hängt teilweise damit zusammen, dass die innere wirtschaftliche Position der Sowjetunion sich im Verlauf des letzten Jahres merklich gefestigt hat. *Die Kapitalinvestitionen des ersten Fünfjahresplanes kommen jetzt auf verschiedenen Gebieten sichtbar zur Auswirkung. Nur das Eisenbahnwesen bleibt nach wie vor der „Engpass“^{*12}, aus dem es auch ein Kaganowitsch nicht so schnell wird herausbringen können.

Mit diesen Sachen darf ich Sie aber nicht länger aufhalten. Ich möchte jedoch nicht schließen, ohne Ihnen noch schnell über uns berichtet zu haben.

Meine Frau ist mit Isika seit 14 Tagen wieder in Moskau, nachdem *letztere ihr Abiturientenexamen mit Auszeichnung und goldener Medaille bestanden hat*. Andreas bereitet sich in Bonn auf den Referendar vor. Ich bleibe mit Frau und Tochter im Sommer hier und habe mir *daher eine andere Datsche gemietet*^{*13}, nachdem die Engländer die ihrige selbst brauchen. Die neue Datsche liegt 35 km von Moskau entfernt und gehört „Bürobin“, dem ich dafür leider recht viel Geld zahlen muss.

Twardowski ist wieder in Moskau. Es hat sich immer noch nichts Passendes für ihn gefunden. Stelzer ist seit dem 15. März in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes beschäftigt. Hensel leitet die Konsulatsabteilung der Botschaft unter Assistenz von Welck, der aus Leningrad hierher versetzt worden ist. *Dittmann, der demnächst heiraten will, vertritt zurzeit Herwarth*, da letzterer eine längere militärische Übung in Deutschland absolviert. *Erdtmann ist einer Provokation zum Opfer gefallen*, worauf das Außenkommissariat seine Abberufung verlangte. Das AA hat ihn nach Innsbruck versetzt. *Lamla trägt sich auch mit Abschiedsgedanken*^{*14}, wobei wir uns darüber klar sind, dass er der Botschaft sehr fehlen wird.

Mit den angelegentlichsten Empfehlungen an Sie und Ihre hochverehrte Frau Gemahlin von mir und vielen herzlichen Grüßen von den Meinigen bin ich **in alter Treue

Ihr aufrichtig ergebener**^{*15}

Hilger

Eigenhändige Unterschrift. Auf privatem Kopfbogen geschrieben.

PA AA, NL Dirksen, Bd. 2, Bl. M 014736-014739.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 38, S. 214–216.

¹² Die Textstelle ist unterstrichen.

¹³ Die beiden markierten Textstellen sind unterstrichen.

¹⁴ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹⁵ Schlussformel handschriftlich hinzugefügt.

Nr. 103
Aufzeichnung des AA

[Ende März 1935]

zu IV Ru 985
 Ang. III

Aufzeichnung, betr. die Deutsch-russische Höhere Schule

Die Deutsch-russische Höhere Schule in Berlin, die unter den schwierigsten materiellen Verhältnissen bereits seit rund 15 Jahren besteht, lehrt die russische Sprache, Literatur, Geschichte, Landes-, Wirtschafts- und Volkskunde, wobei die russische Sprache *Unterrichtssprache*¹ ist. Das Ziel der Schule besteht darin, einen Nachwuchs heranzubilden, der in den verschiedensten Berufen in wirtschaftlicher, militärischer, kultureller und politischer Hinsicht als Träger und Mittler der deutschen Interessen in Russland dienen soll. Durch die Bolschewisierung Russlands sind die Quellen verschüttet, aus denen früher die personellen Kräfte gewonnen wurden, die die deutsche Arbeit in Russland auf den genannten Gebieten trugen. Der Gedanke der Errichtung der Schule ergab sich aus dem Zustrom der Emigration aus Russland. Das AA misst dem Fortbestehen der Schule aus den oben dargelegten Gründen große Bedeutung bei. Das Reichswehrministerium hat dahin Stellung genommen, dass es einen hohen militärischen Nutzen verspricht, wenn der Wehrmacht dauernd reichsdeutsche Staatsangehörige zur Verfügung stehen, die die russische Sprache vollendet beherrschen und eine möglichst umfassende Kenntnis Russlands besitzen.² Auch das Reichs- u. Preuss. Ministerium f. Wissenschaft pp. bringt der Schule volles Interesse entgegen.

Trotz der tatkräftigen Förderung, die der Schule von Seiten der amtlichen Stellen und der Wirtschaft bisher zu teil geworden ist, hat es sich für ihre Weiterentwicklung als Hemmnis erwiesen, dass sie nicht die volle Berechtigung einer öffentlich-rechtlichen Schule besitzt.³ Das AA hat daher bei dem Reichskultusministerium einen Antrag auf finanzielle Sicherstellung der Deutsch-russischen Höheren Schule durch Anerkennung derselben als staatliche Schule oder durch Übernahme derselben in die Verwaltung der Stadt Berlin gestellt. Diesem Antrag hat sich das Reichswehrministerium angeschlossen. Das Reichskultusministerium hält unter

¹ Das Wort ist unterstrichen.

² Dies hatte der Chef der Ausbildungs-Abteilung im Reichswehrministerium von Böckmann in einem Schreiben vom 6.2.1935 an das AA mitgeteilt. Vgl. PA AA, R 83842, o. P. Auf einer Besprechung zwischen von Böckmann und Hey am 7.2.1935 wurde das gemeinsame Vorgehen gegenüber dem Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung abgestimmt und von Reichenau entwarf am 11.2.1935 ein Schreiben an das genannte Ministerium, in dem der Chef des Wehrmachtamtes dieses Interesse für das Reichswehrministerium bekundete. Vgl. BA-MA, RW 5/462, o. P.

³ Auch in den folgenden Monaten wurden Versuche unternommen, die Weiterarbeit der Schule infrage zu stellen. Im Dezember 1935 durchsuchte die Gestapo die Schule, da eine Lehrerin Prospekte von Intourist im Unterricht verwendet hatte und sich in den Kellerräumen angeblich eine Bibliothek mit jüdischen Büchern befinden sollte. Die Angelegenheit wurde ohne belastende Ergebnisse niedergeschlagen; vgl. Schreiben des Direktors an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Abt. für höheres Schulwesen, 27.12.1935. In: PA AA, R 83842, o.P.

Würdigung der Sachlage die Umwandlung der Schule in eine öffentliche Schule für unbedingt erforderlich, wenn die Schule ihren Zweck erfüllen und für die Zukunft lebensfähig sein soll. Nach dem von dem genannten Reichsministerium für die Schule aufgestellten Voranschlag würde ein jährlicher Zuschuss von rd. 75.000 RM erforderlich sein. Das Reichskultusministerium hat daher bei dem Pr. Finanzministerium beantragt, den Betrag von 75.000 RM für das Rechnungsjahr 1935 außerplanmäßig für den genannten Zweck zur Verfügung zu stellen und falls erforderlich, die Angelegenheit zum Gegenstand einer Chefbesprechung zu machen.

Berlin, den [...] März 1935

Auf zweitem Blatt unten Paraphe von M[eyer] 26/3.

PA AA, R 83842, o. P., 2 Bl.

Nr. 104
Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands
im AA Bräutigam

Berlin, den 1. April 1935

e.o. W IV Ru 1246 pr. 1. April 1935

Aufzeichnung

Direktor Dr. Reyß, der Vorsitzende des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, hatte sich heute beim Präsidenten Schacht angemeldet, um ihm die Besorgnisse der deutschen Wirtschaft (Industrie, Handel, Schifffahrt) im Falle eines Scheiterns der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbesprechungen vorzutragen. Vorher informierte sich Dr. Reyß bei Herrn Ministerialrat Mossdorf über den Stand der Besprechungen. An dieser Unterredung habe ich teilgenommen. Herr Mossdorf setzte auseinander, dass Herr Präsident Schacht eher das ganze Abkommen scheitern lassen würde, als auf die Vorlage der bereits abgeschlossenen Lieferverträge zu verzichten. Herr Mossdorf erklärte, aus seiner letzten Besprechung beim Präsidenten den Eindruck zu haben, dass diesem an dem Abschluss des Vertrages kaum noch etwas gelegen sei.

Demgegenüber äußerte Herr Präsident Schacht in der Unterredung mit Herrn Reyß, dass er großen Wert auf den Abschluss des Vertrages mit der Sowjetunion lege und er sich der Konsequenzen im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen durchaus bewusst sei. Auf der Vorlage der Verträge müsse er allerdings bestehen. Dies sei jedoch mehr eine Formalität und er habe keineswegs die Absicht, wesentliche Änderungen an den Verträgen vorzunehmen. Ihm komme es bei diesem Verlangen hauptsächlich darauf an, die deutschen Firmen zu ermitteln, die den Russen in der Preisfrage oder auf anderen Gebieten Zugeständnisse machten, die der deutschen Wirtschaft abträglich seien. Er sei von den „Bürokraten seines Hauses“ offenbar wieder einmal missverstanden worden. Er ermächtige Herrn Reyß, seinen Standpunkt den Russen mitzuteilen.

Herr Reyß, der die Absicht hatte, sich unverzüglich mit Herrn Kandelaki in Verbindung zu setzen, sah hiervon auf Wunsch von Herrn Ministerialrat Mossdorf ab, da der stellvertretende Leiter der Handelsvertretung, Herr Friedrichson, sich heute Abend bei Herrn Mossdorf angesagt hat. Falls die Unterredung mit Herrn Friedrichson indessen keine Fortschritte bringen sollte, beabsichtigt Herr Reyß, den Besuch bei Herrn Kandelaki morgen vorzunehmen.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift.

PA AA, R 94734, Bl. E 664190-664191.

Nr. 105

Telegramm des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

Tel. i. Ziff.
(Geh.Ch.Verf.)

Diplogerma Moskau Nr. 42

Berlin, den 2. April 1935

Auf Telegramm[e] Nr. 57/58.¹

Bitte bei Litwinow gegen den Hetzartikel des Stellvertretenden Kriegskommissars Tuchatschewski² Einspruch zu erheben **und hierbei auszuführen, dass dieser Artikel eine Brunnenvergiftung übelster Art darstellt, indem er übertreibende und tendenziös entstellte Mitteilungen über angebliche deutsche Rüstungen zu Insinuationen über deutsche Angriffspläne benutzt**³. Auf irgendeine Diskussion über die effektive Stärke der deutschen Rüstungen bitte ich sich nicht einzulassen.

Reichswehrministerium ist damit einverstanden⁴, dass Militärattaché⁵ bei zuständiger Stelle der Roten Armee identischen Schritt unternimmt.

Bülow

¹ Schulenburg hatte am 1.4.1935 zwei Telegramme an das AA mit Informationen aus dem Artikel Tuchačevskijs geschickt und um Einverständnis nachgesucht, Beschwerde dagegen einzulegen; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 2 und 3, S. 1–3.

² Vgl. Dok. 100.

³ Der Text ist von Bülow korrigiert; ursprünglich: Hierbei bitte ich auszuführen, dass dieser Artikel eine Brunnenvergiftung übelster Art darstellt, indem er teilweise übertriebene und teilweise tendenziös entstellte Mitteilungen über angebliche deutsche Rüstungen wiedergibt und sie zu Insinuationen über deutsche Angriffspläne zu benutzen versucht.

⁴ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Es bestehen auch keine Bedenken.

Von Böckmann informierte am 2.4.1935 den Chef der Heeresleitung, dass „Botschafter und Militärattaché Weisung [...] erhalten [haben], bei zuständigen Stellen gegen russische Unverschämtheit Einspruch zu erheben“. In: BA-MA, RW 5/461, o. P.

⁵ Otto Hartmann hatte schon in seinem Bericht Nr. 11/35 vom 1.4.1935 angekündigt, dass er am 2.4.1935 gegen den Artikel Einspruch erheben werde. Vgl. PA AA, R 30100a, Bl. E 433017–43019.

Oben: II Abr. 716, 717 II. Stempel des Reichwehrministeriums Ausland: Eing. 2. Apr 1935, 1005/35 geh[eim], Paraphen von M[eyer] 2/4, B[ülow] 2/4 und anderen sowie weitere handschriftliche, nicht entzifferte Bemerkungen am Rand. Unten Stempel: Abgesandt 2/4 20 [Uhr].

PA AA, R 32244, Bl. H 182254.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 7, S. 7.

Nr. 106

**Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Stellv.
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

3. April 1935

UdSSR NKID

2. Westabteilung

Nr. 14333¹

AN DEN

STELLV. VOLKSKOMMISSAR

N. N. KRESTINSKIJ

BERICHT

1932 ist von der Kommission des Gen. Molotov² die Grundsatzentscheidung getroffen worden, dem Institut für Hirnforschung den Status der Selbständigkeit zu verleihen und es in die Zuständigkeit des Komitees für Wissenschaft beim CIK der UdSSR zu überführen. Zugleich wurde der Beschluss gefasst, Prof. VOGT zum Direktor des Instituts zu berufen. Diesem Beschluss entsprechend ist der stellvertretende Direktor des Instituts für Hirnforschung, Gen. Sarkisov, nach Berlin entsandt worden, um die Kontakte zu Prof. VOGT wieder herzustellen. Prof. Vogt nahm diesen Vorschlag an. Zum jetzigen Zeitpunkt ist Prof. Vogt, laut Mitteilung des Gen. Giršfel'd, als Direktor des Instituts für Hirnforschung der Kaiserwilhelmgesellschaft³ in Berlin entbunden und zugleich zum kommissarischen Leiter dieses Instituts⁴ ernannt worden. Im Zusammenhang damit ergeben sich zurzeit einige Fragen:

1. In erster Linie geht es darum, Prof. Vogt nach Moskau zum Zwecke der ständigen Arbeit als Direktor des Instituts für Hirnforschung einzuladen. Gen. Giršfel'd ist sich nicht sicher, ob Prof. Vogt diesen Vorschlag (Übersiedlung nach Moskau) annehmen wird, jedoch ist es nötig, Berlin konkrete Anweisungen zugeben, ob mit Vogt über dieses Thema zu sprechen ist. Die Abteilung meint, dass eine Übersiedlung Vogts nach Moskau von überaus großer wissenschaftlicher und politischer Bedeutung wäre.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben

² Kommission des ZK der VKP(B), die die wissenschaftlichen Einrichtungen überwachte.

³ So im Dokument in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁴ Vgl. Dok. 94.

2. Vogt besitzt eine wertvolle Sammlung von Präparaten und Tabellen, die er, laut Gen. Giršfel'd, bereit wäre, der sowjetischen Regierung zu schenken. Gen. Giršfel'd muss wissen, ob wir die recht hohen Ausgaben für die Verpackung und für den Transport dieser Sammlung übernehmen.

Zu beiden Fragen sollte umgehend ein Beschluss gefasst werden, weil andernfalls Vogt der Berufung auf einen Lehrstuhl einer beliebigen ausländischen Universität folgen könnte, konkret hat er das Berufsangebot der Stockholmer Universität. Das Institut für Hirnforschung hat keine Möglichkeit, zum jetzigen Zeitpunkt im Eilverfahren eine verbindliche Direktive zu diesen Fragen zu bekommen und erbittet unsere Unterstützung dahingehend, diese Frage mit Gen. Molotov abzustimmen.

3. Im Zusammenhang mit den Kontakten, die wir zu Vogt haben, wirft letzterer die Frage auf, seine Tochter, Doktor der Medizin und Physiologie Marthe Vogt, zum Weltkongress für Physiologie nach Moskau, der im August 1935 stattfinden soll⁵, einzuladen. Gen. Giršfel'd misst dieser Einladung eine sehr große Bedeutung bei und besteht auf einer schnellen Beschlussfassung. Nach Mitteilung des Instituts für Hirnforschung stößt die Einladung für Marthe Vogt auf Schwierigkeiten, da die Deutsche Physiologische Gesellschaft dem Organisationssekretariat des Kongresses mitgeteilt hat, dass sie darauf bestehe, dass die deutschen Kongressteilnehmer nur im Rahmen der Mitgliederliste der Gesellschaft, in der Marthe Vogt nicht aufgeführt ist, eingeladen werden. Dem Organisationssekretariat des Kongresses müssen wir die Weisung erteilen, Marthe Vogt einzuladen, trotz der Erklärung der Deutschen Physiologischen Gesellschaft. Marthe Vogt befindet sich zurzeit in London. Die 2. Westabteilung erachtet es als zweckmäßig, M. Vogt den Vorschlag zu unterbreiten, am Kongress als Gast teilzunehmen und ihr die Möglichkeit einzuräumen, einen Vortrag zu halten, wenn sie dazu den Wunsch hat. Die 2. Westabteilung erbitet Ihre Weisungen zu den oben aufgeworfenen Fragen, da morgen die Post nach Berlin abgeht.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 62–62R. Kopie.

⁵ Vgl. Dok. 94, Anm. 7.

Nr. 107
Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg

Geheim
Expl. Nr. 5
[4.4.35]

TAGEBUCH
M.M. LITVINOVS

EMPFANG SCHULENBURGS, 4. APRIL 1935

Schulenburg kam einzig zu dem Zweck, um die Unzufriedenheit über den Artikel Tuchačevskijs über die deutschen Rüstungen zum Ausdruck zu bringen.¹ Er verwendete nicht das Wort „Protest“, aber es war klar, dass Berlin ihn beauftragt hatte, Protest zu erheben. Es sei unzulässig, dass eine offizielle, so hochrangige Persönlichkeit wie Tuchačevskij den Umfang der Rüstungen einer anderen Regierung berechne, wobei er zudem absolut ungesicherte Zahlen verwendet habe. Es springe ins Auge, dass Tuchačevskij dreimal ein und dasselbe anrechne. Darauf antwortete ich ihm Nachstehendes:

Es fällt Staatsmännern sehr oft zu, öffentlich auf den Umfang der Rüstungen anderer Staaten aufmerksam zu machen. Unlängst fand solch eine Diskussion im englischen Parlament statt; darüber hinaus ist in England ein „Weißbuch“² herausgegeben worden. Da sich Tuchačevskij öffentlich in der Presse geäußert hat, besitzt die deutsche Regierung zumindest die Möglichkeit, in der Presse die Zahlen zurückzuweisen, wenn sie meint, dass sie falsch wären. Wir ziehen es vor, uns offen zu äußern, statt in Gesprächen unter vier Augen zum Beispiel Eden zu sagen, dass Deutschland seine Streitkräfte nicht richtig zähle.³ Wir wissen, dass Hitler eine andere Methode befolgt und es vorzieht, hinter unserem Rücken mit den Engländern über die Gefahr, die unsere Rote Armee für Deutschland und für ganz Europa darstellt, über unsere aggressiven Absichten usw. spricht.⁴ Das ist eine Sache des Geschmacks. Wir ziehen es vor, nicht das zu verschweigen, was wir über die Politik Deutschlands denken.⁵

Sch[ulenburg] bemühte sich zunächst, jedwede Gespräche Hitlers mit den Engländern über die UdSSR zu leugnen, jedoch erklärte ich ihm, dass ich mich

¹ Vgl. Dok. 100.

² Vgl. Statement Relating to Defence Issued in Connection with the House of Commons Debate on March 11, 1935, London 1935.

³ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 146, S. 228–239.

⁴ Vgl. Dok. 95, Anm. 22.

⁵ Graf von der Schulenburg schickte am 4.4.1935 folgendes Telegramm an das AA: „Auftrag heute bei Litwinow ausgeführt. Außenkommissar erklärte, Artikel Tuchatschewskis sei nur ‚zur Aufklärung‘ sowjetischer Öffentlichkeit, nicht zur Beeinflussung Auslands bestimmt gewesen. L. könne sich nicht denken, dass T. bewusst falsch gerechnet habe. Übrigens würden auch deutscherseits der Sowjetunion allerlei kriegerische Absichten fälschlich unterstellt. Ich habe energisch Einspruch erhoben und unterstrichen, dass Behauptungen eines so hohen Militärs unter allen Umständen auch im Auslande vergiftend wirken müssten.“ In: PA AA, Moskau 212, Bl. 429074.

nicht nur auf die Pressemeldungen stütze, sondern auch auf das Eingeständnis von Eden, wonach Hitler stundenlang über die UdSSR gesprochen habe, obgleich mir Eden keine Details der Gespräche mitgeteilt habe.

Sch. kam auf das Thema des Ostpaktes und auf die Gründe zu sprechen, weshalb sich Deutschland ihm nicht anschließt. Es entspann sich eine Diskussion mit den gewohnten Argumenten und Gegenargumenten.

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit blauem Farbstift: N.N.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1680 vom 5.4.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. Das 1. [Exemplar] ins Archiv, das 2. an Gen. Stalin, das 3. an Gen. Molotov, das 4. an Gen. Vorošilov, das 5. an Gen. Krestinskij, das 6. an Gen. Štern, das 7. nach Berlin.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 46, l. 1–2. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 161, S. 262⁶.

Nr. 108

Meldung des Chefs der Abteilung für internationale Verbindungen des Volkskommissariats für Verteidigung Gekker an den Chef der Aufklärungsverwaltung der RKKA Berzin

GANZ GEHEIM

Kopie

[4. April 1935]

AN DEN

CHEF DER AUFKLÄRUNGSVERWALTUNG

DER RKKA Gen. BERZIN¹

Ich melde:

Am 4. April d. J. bat mich der deutsche Militärattaché, Oberst HARTMANN, ihn zu empfangen. In der Abteilung für internationale Beziehungen angekommen, erklärte mir HARTMANN, dass der deutsche Botschafter heute bei Gen. LITVINOV² wegen des Artikels von Gen. TUCHAČEVSKIJ³ sein werde, in der gleichen Angelegenheit wolle er mir eine Mitteilung machen.⁴

⁶ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Am 4.4. legte Berzin den Rapport Gekkers Vorošilov vor, auf dessen Weisung er am nächsten Tag mit dem Vermerk „eilt“ an Stalin und Molotov weitergeleitet wurde. Vgl. RGVA, f. 33987, op. 3, d. 750, l. 149, 148. Auf dem Begleitschreiben befindet sich der Vermerk Stalins: „Das bedeutet, die Deutschen wollen mit uns Verhandlungen aufnehmen.“ In: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 64, Anm. 2, S. 110.

² Vgl. Dok. 107

³ Vgl. Dok. 100.

⁴ Für den Bericht von Hartmann über das Gespräch vgl. Dok. 109.

HARTMANN erklärte, dass er den offiziellen Auftrag der Reichswehr habe, im Namen der Reichswehr die Verwunderung auszudrücken, die der Artikel des Stellvertretenden Volkskommissars für Verteidigung Gen. TUCHAČEVSKIJ über die angeblichen militärischen Pläne des jetzigen Deutschland hervorgerufen habe. Dieser Artikel, der in den letzten Tagen in der führenden Sowjetpresse veröffentlicht worden sei, stelle die Ziele der Aufrüstung der deutschen Armee nicht richtig dar und spreche über den Angriffscharakter der deutschen militärischen Maßnahmen. Dies treffe weder auf die politische Führung noch auf das militärische Kommando Deutschlands zu.

Der oben erwähnte Artikel habe in der deutschen Reichswehr eine umso unangenehmere Wirkung hervorgerufen, da er von Gen. TUCHAČEVSKIJ verfasst worden sei, von einer Person, die sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht von Bedeutung sei und in Deutschland eine besondere Wertschätzung genieße.

HARTMANN endete mit dem Hinweis, dass der Artikel auf inoffiziellen deutschen Veröffentlichungen fuße.

Ich machte HARTMANN darauf aufmerksam, dass mir der Charakter seiner Erklärung nicht ganz verständlich sei, weil ich den Eindruck hätte, dass er mir den offiziellen Protest der Reichswehr zum veröffentlichten Artikel erklären möchte. Falls seine Erklärung dieser Art sei, so müsse ich ihn darauf hinweisen, dass ich den Protest nicht annehmen könne, weil er den normalen Weg gehen müsse, d.h. auf diplomatischer Ebene ins Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, nicht aber über mich. Falls er aber beabsichtige, über mich den Volkskommissar für Verteidigung, Gen. VOROŠILOV, über die Eindrücke zu informieren, die der Artikel des Gen. TUCHAČEVSKIJ auf die Reichswehr hinterlassen habe, so müsse er verstehen, dass es unangebracht sei, über mich eine Erklärung solchen Charakters zu übergeben, da er mir seine Erklärung vom Blatt vorgelesen habe, in welcher Gen. TUCHAČEVSKIJ direkt beschuldigt werde, wissentlich unkorrekte Angaben verwendet zu haben, und dies umso mehr, da er es zugleich unterlassen habe, über mich Belege für die Fehlerhaftigkeit der von Gen. TUCHAČEVSKIJ veröffentlichten Angaben vorzulegen.

HARTMANN sagte, dass seine Erklärung nicht den Charakter eines Protestes trage, er sei angewiesen worden, über die negative Wirkung zu informieren, den der Artikel des Gen. TUCHAČEVSKIJ auf die Führung der Reichswehr gemacht habe; er sagte, seine Erklärung sei nicht als Versuch zu verstehen, Gen. TUCHAČEVSKIJ der wissentlichen Verwendung von unrichtigen Angaben zu bezichtigen.

Daraufhin machte ich HARTMANN darauf aufmerksam, es stünde für mich außer Frage, dass die veröffentlichten Daten völlig den Tatsachen entsprächen und er mir keine Beweise für das Gegenteil vorlege.

Hartmann erklärte, er sei bereit, sich den Kopf abhacken zu lassen, wenn Deutschland irgendwen bedrohe. Ich sagte ihm, dass niemand von ihm einen solchen Beweis gefordert hätte. Er selbst hätte doch den Artikel des Gen. TUCHAČEVSKIJ angesprochen, so dass es meiner Meinung nach an ihm sei, Belege dafür zu erbringen, dass die in dem Artikel des Gen. TUCHAČEVSKIJ veröffentlichten Angaben nicht der Realität entsprächen.

HARTMANN versicherte nun, dass Deutschland lediglich am Leben bleiben wolle und keineswegs an eine solche Schweinerei denke, irgendjemandem mit Krieg zu drohen.

Zum Abschluss bat er mich mitzuteilen, welche Beweise uns denn überzeugen würden, dass die im Artikel des Gen. TUČAČEVSKIJ veröffentlichten Angaben bezüglich der zahlenmäßigen Stärke und der Absichten der deutschen Streitkräfte nicht den Tatsachen entsprächen.

Chef der Abteilung für internationale Beziehungen

Gekker

4. April 1935

STIMMT MIT DEM ORIGINAL ÜBEREIN:⁵

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 750, l. 150–152. Beglaubigte Kopie.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 64, S. 108–110.

Nr. 109

Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichswehrministerium

Moskau, den 5. April 1935

Deutsche Botschaft

Der Militärattaché

Beilage I zum Bericht Nr. 12/35¹

Der im Bericht Nr. 11/35, Beilage VI, vom 1.4.35² angekündigte und mit Telegramm des Auswärtigen Amts Nr. 42 vom 2. 4. 35³ angeordnete *Einspruch bei der Roten Armee*⁴ wegen des Artikels des Stellvertreters des Verteidigungskommissars, Tuchatschewskij⁵, über Kriegspläne des heutigen Deutschlands ist, gleichzeitig mit dem diplomatischen Schritt des Herrn Botschafters beim Außenkommissar Litwinow⁶, am 4. 4. durch mich beim Chef der Abteilung Ausländische Verbindungen beim Stabe der Roten Armee, *Gekker*⁷, erfolgt.⁸ Dem Einspruch war folgender Text zugrunde gelegt:

„Ich habe den Auftrag, das Erstaunen der deutschen Wehrmacht auszusprechen über die Ausführungen, die die große russische Presse in den letzten Tagen aus der

⁵ Die Unterschrift ist nicht entzifferbar.

¹ Der Bericht enthält die Beilagen: I. Einspruch bei der Roten Armee wegen des Artikels Tuchatschewskijs. II. Militärische Nachrichten. III. Spionageangelegenheit Sosnowski (nur für RWM, Ausf. 1 und 4). IV. Denkschrift T 3 V (nur für RWM, 1., 4. U. 5. Ausf.). V. Kündigung Stämmler (nur Ausf. 4.). In: PA AA, R 30100a, Bl. 265. Vorhanden in der Akte ist nur noch Beilage II (Bl. 271–275).

² Vgl. PA AA, R 30100a, Bl. 231–233.

³ Vgl. Dok. 105.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Vgl. Dok. 100.

⁶ Vgl. Dok. 107.

⁷ Der Name ist unterstrichen.

⁸ Vgl. Dok. 108.

Feder des Stellvertreters des Volksverteidigungskommissars, Tuchatschewskij, über die angeblichen militärischen Pläne des heutigen Deutschland gebracht hat.

Diese Ausführungen geben eine unzutreffende Darstellung des Rüstungsstandes der künftigen deutschen Wehrmacht. Sie unterlegen den deutschen militärischen Maßnahmen Angriffsabsichten, die weder der politischen noch militärischen Führung in Deutschland irgendwie zu eigen sind.

Diese Ausführungen hatten eine umso unangenehmere Wirkung in der deutschen Wehrmacht, als sie von einer politisch und militärisch so bedeutenden und gerade in Deutschland so angesehenen Persönlichkeit stammen, wie sie Herr Tuchatschewskij ist. Sie können unmöglich, wie es den Anschein erweckt, auf ausschließlich amtlichen Quellenmaterial beruhen.“

Gekker stellte nach Anhören des Einspruchs zuerst die Gegenfrage, ob es sich um einen offiziellen diplomatischen Protest oder um die Darstellung meiner persönlichen Ansicht handele. Ersterer komme nach aller bisherigen Regel nur dem Herrn Botschafter zu und er, Gekker, wäre auch gar nicht ermächtigt, einen solchen Protest anzunehmen; das könne nur der Verteidigungskommissar⁹ in eigener Person. Ich verwies Gekker darauf, dass ich das Wort „Protest“ mit Absicht nicht gewählt hätte, weil eine diplomatische Aktion in dieser Form nicht meine Aufgabe sei und übrigens, wie ich eingangs erwähnt hätte, der Herr Botschafter in der gleichen Stunde in aller Form die Angelegenheit mit dem Außenkommissar bespreche. Jedoch handele es sich keineswegs um eine persönliche Stellungnahme zu dem Artikel von Tuchatschewskij. Ich wiederholte Gekker, dass ich *im ausdrücklichen Auftrag der deutschen Wehrmacht*¹⁰ spreche und dass ich mich übrigens andererseits darauf beschränkt habe, die Auffassung der deutschen Wehrmacht zu dem Artikel zum Ausdruck zu bringen.

*Gekker bemerkte, es handle sich bei der Stellung Tuchatschewskijs um eine „sehr ernste und ungewöhnliche Angelegenheit“. ¹¹ Er bat mich, „um Missverständnisse auszuschließen“, um eine Wiederholung des Einspruchs, wobei er stenographische Notizen machte. Gekker stellte sodann die Frage, ob der Einspruch die Feststellung bezwecke, dass Tuchatschewskij wider besseres Wissen eine unwahre Darstellung der militärischen Lage und Absichten gegeben habe. Ich sagte ihm darauf, dass die Quellen Tuchatschewskijs nur zum geringsten Teil angegeben und insofern nicht amtlicher Natur seien, und dass ich die subjektive Meinung Tuchatschewskijs nicht wissen könne. Aber die objektive Darstellung sei tatsächlich völlig unrichtig und die deutsche Wehrmacht habe wohl annehmen können, dass die Leitung der Roten Armee ein zutreffenderes Bild von den früheren Grundlagen der Reichswehr und ihrem gegenwärtigen Ausbau habe gewinnen können, nicht nur durch den offenen Einblick, den man bisher den sowjetrussischen offiziellen militärischen Vertretern in Berlin und einer großen Anzahl der höchsten und wichtigsten Führer der Roten Armee bei ihren früheren offiziellen Besuchen in Deutschland gewährt habe, sondern in allerletzter Zeit gewiss noch durch die Aufschlüsse des Führers gegenüber den Vertretern der englischen Regierung¹². Gekker meinte,

⁹ Kliment Efremovič Vorošilov.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen.

¹¹ Der Satz ist unterstrichen.

¹² Zum Besuch Simons und Edens in Berlin vom 24. bis 27.3.1935 vgl. auch Dok. 95.

das von Tuchatschewskij gezeichnete Bild ließe sich am besten dadurch korrigieren, dass ihm von amtlicher deutscher Seite entsprechende Unterlagen gegeben würden. Auf diese Anspielung bin ich natürlich nicht eingegangen.

Im anschließenden Gespräch wies ich Gekker auch darauf hin, dass gerade die Kommandeure der Roten Armee im kameradschaftlichen Gespräch mit deutschen Offizieren früher unter Verkennung unserer damaligen Lage stets die Auffassung vertreten hätten, Deutschland brauche nur ignorierend über die militärischen Bindungen des Versailler Vertrags hinwegzugehen, um wieder emporzukommen. Diese Haltung habe sich aber bereits früher ins Gegenteil verwandelt, als irgendwelche Vermehrung der deutschen Wehrmacht vorgenommen wurde. Gekker seinerseits betonte, dass der *Artikel Tuchatschewskijs in Kreisen der Roten Armee keineswegs überrascht habe, dass er vielmehr durchaus die bestehende allgemeine Auffassung vertrete, die sich auf Kundgebungen und Urteile der fremdländischen und deutschen Presse, Literatur und Öffentlichkeit gründe*¹³.

Zusammenfassend lässt sich über den Inhalt der mehr als zweistündigen Unterredung sagen:

a) Die *Auffassung, dass die deutsche Aufrüstung nur zum unmittelbaren kriegesischen Zweck, und zwar gerade gegen die Sowjetunion erfolgt, sitzt in allen militärischen Köpfen ungeheuer*¹⁴ fest. Es kann dabei dahingestellt bleiben, wieviel davon auf eigener Ansicht oder fremder Einflüsterung beruht. Die Auffassung wird täglich aufs neue von der politischen Führung und der Parteipresse befestigt und ist mit keinerlei dialektischen Mitteln zu zerstreuen.

b) Die – wie bisher auf französischer Seite, so nunmehr auch auf sowjetrussischer Seite – hysterische Angst vor einem unmittelbar drohenden deutschen Angriff, die alle deutschen Möglichkeiten verzerrt und übertreibt, ist *Ausdruck eines Schwächegefühls*¹⁵.

c) Die Friedens- und Sicherungspolitik fußt auf der Erkenntnis, dass sie – ausgenommen die militärische Luftmacht – vorerst noch nicht angriffsfähig ist. Die Sowjetunion will aber auch ihre militärisch wohl vorhandene Verteidigungsfähigkeit nicht auf die Probe gestellt sehen. Sie wünscht den Frieden, weil sie seiner aus Gründen der weiteren Festigung des Regimes, des inneren Ausbaus (wo so ziemlich noch alles nachzuholen ist) sowie der noch besseren Ausgestaltung der Landesverteidigung, namentlich auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie und des Transportwesens bedarf.

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel: Geheim. Dies ist die zweite Ausfertigung.

PA AA, R 30100a, Bl. 266- 270.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 15, S. 18–20.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

Nr. 110
Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskom-
missar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM
PERSÖNLICH
Expl. Nr. 1
5. April 1935

AN
Gen. M.M. LITVINOV

Lieber Maksim Maksimovič!

Zum Zeitpunkt der Abreise Eden nach Moskau¹ gab es in Berlin kaum jeman-
den, der damit rechnete, dass der Besuch in solch einer freundschaftlichen Atmo-
sphäre verlaufen und solch ein großes Ergebnis zeitigen würde. Es verwundert
deshalb nicht, dass bereits die ersten aus Moskau eintreffende Informationen über
Ihre Gespräche mit Eden² und den Charakter der ausgetauschten Reden³ hier einen
großen Eindruck hinterlassen haben, der sich mit dem Eintreffen weiterer Meldun-
gen über den Verlauf des Besuchs verstärkte. Am meisten hat natürlich das Ge-
spräch Edens mit Stalin⁴ und die letzterem zugeschriebene Erklärung die Vorstel-
lungen der Deutschen und der Kollegen erschüttert. Es ist zu bemerken, dass
entgegen meinen Erwartungen die Deutschen in einem weit geringeren Maße auf
die Aussage reagierten, dass die deutsche Expansion die Ursache für den Krieg von
1914 war (die Abwälzung der Verantwortung für den Krieg auf die Deutschen), als
auf die Erklärung des Gen. Stalin über den Unwillen, Deutschland zu isolieren.
Diese Erklärung, die auch in dem Abschlusskommuniqué⁵ ihren Niederschlag ge-
funden hat, wurde mit großer Genugtuung aufgenommen und keiner offenen Kritik
oder einem Zweifel unterzogen, selbst nicht von solchen Zeitungen wie dem „Völ-
kischen Beobachter“ und dem „Angriff“.

Was jedoch die Ergebnisse des Besuches betrifft, so konnte bei **deren**⁶
Einschätzung lediglich in einer Frage Einmütigkeit beobachtet werden, und zwar
hinsichtlich der Bedeutung des Besuchs unter dem Aspekt einer Verbesserung der
englisch-sowjetischen Beziehungen. Absolut alle waren sich darin einig, dass der
Besuch die englisch-sowjetischen Beziehungen bedeutend gefestigt hat. In dieser
Hinsicht gab es keinerlei Abweichung.

Anders verhielt es sich bei der Bewertung des Besuchs unter dem Aspekt,
welche Folgen er für das weitere Schicksal des Ostpaktes haben wird. In diesem
Punkt herrschte ein völliges Durcheinander, eine unterschiedliche Interpretation
des veröffentlichten Kommuniqués. Die einen sahen in ihm die Bestätigung der Ge-
rüchte, dass England sich (zumindest Eden) durch die Zusicherung gebunden habe,
den Abschluss des Ostpaktes auch ohne Deutschland zu unterstützen. Andere

¹ Vgl. Dok. 93, Anm. 11.

² Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 146, 147.

³ Vgl. ebd., Dok. 145, S. 226–228.

⁴ Vgl. ebd., Dok. 148, S. 246–251.

⁵ Vgl. ebd., Dok. 155, S. 256–257.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben; ursprünglich: seiner.

meinten, dass im Kommuniqué die Haltung zum Ostpakt von Eden umgangen worden sei und sich allein die sowjetische Seite kategorisch dazu bekannt habe. Die Kollegen, besonders die aus dem uns befreundeten Lager und in erster Linie aus der Kleinen Entente, die genauer über den Verlauf der Verhandlungen informiert sind, schöpften wieder etwas Mut. Zweifel kamen bei ihnen lediglich in der Hinsicht auf, ob Eden von der Mehrheit des englischen Kabinetts unterstützt wird. Laut den bei uns eintreffenden Informationen rechneten auch die Deutschen in den ersten Tagen nach dem Moskauer Besuch mit der Möglichkeit einer englischen Unterstützung für den Ostpakt und waren darüber recht beunruhigt. Es wurde berichtet, dass selbst in den Hitler nahestehenden Kreisen Zweifel aufkamen, ob ihr Führer in seinen Verhandlungen mit den Engländern nicht zu stark übertrieben habe. Über die Stimmungen, die bei etwas oppositionelleren Elementen herrschen, kann ich persönlich aufgrund der Gespräche urteilen, die ich bei einem vom Führer des Stahlhelms, Seldte, gegebenen Abendempfang mit zwei Stahlhelm-Leuten hatte (einer von ihnen war ein ehemaliger General und der andere ein sehr enger Mitarbeiter Seldtes im Arbeitsministerium⁷). Der eine sagte mir unumwunden, dass „wir keine deutsche, sondern eine österreichische Politik betreiben“, der andere erging sich die ganze Zeit über die in Vergessenheit geratenen Traditionen Bismarcks. Ähnliche Eindrücke bezüglich der in diesen Tagen in den deutschen Kreisen zunehmenden Besorgnis und Unruhe hatten auch andere meiner Kollegen gewonnen. Diese Stimmungen hielten bis zur Ankunft Edens in Warschau an.⁸ In diesen Besuch wurden natürlich die größten Hoffnungen gesetzt, **aber sie waren dennoch mit der Sorge vermischt**⁹, dass die Polen nicht dem gemeinsamen französisch-sowjetischen Druck standhalten würden, falls dieser auch von England unterstützt werde. Unter diesem Gesichtspunkt sorgten die sich in diesen Tagen verstärkenden Gesten Polens in Richtung Frankreich für nicht wenig Aufregung. Allem Anschein nach war man am meisten darüber beunruhigt, ob nicht ein Kompromiss vorgeschlagen wird, der für Polen annehmbar und für Deutschland inakzeptabel ist. Die Gerüchte über solch einen Kompromiss eilten der Ankunft Edens in Warschau voraus und stellten ihn [den Kompromiss] mal in Gestalt eines mit Moskau abgestimmten Vorschlages über den Abschluss eines Ostluft-Paktes über gegenseitigen Beistand¹⁰ dar, mal in Form eines Generalpaktes im Rahmen des Völkerbundes, der Sanktionen usw. vorsieht.

Diese Unruhe trat am deutlichsten am zweiten Besuchstag zutage, als das „Berliner Tageblatt“ Eden den Vorwurf machte, dass dieser seine Rolle als Berichterstatter nicht gut wahrnehme und irgendwelche neuen Vorschläge durchzubringen versuche.¹¹ Die Ungewissheit hinsichtlich der Ergebnisse des Warschau-Besuchs, die in dem veröffentlichten Kommuniqué nur eine sehr schwache Beleuchtung fanden, hielt bis in die jüngsten Tage an. Bei den Deutschen entstand, trotz des für sie insgesamt zufriedenstellenden Ausgangs des Warschauer Besuches, der Ein-

⁷ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁸ Eden hielt sich vom 1.4. bis 3.4.1935 zu einem offiziellen Besuch in Warschau auf. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 8, 11; DVP, Bd. XVIII, Dok. 160, 170.

⁹ Der Text ist mit Tinte und über die Zeile geschrieben; ursprünglich: denen die Besorgnis nicht fremd ist.

¹⁰ Vgl. Dok. 60, Anm. 6.

¹¹ Vgl. Ein kaltes Communiqué. Wenig aufschlussreiche amtliche Mitteilung über Edens Gespräche in Warschau. In: Berliner Tageblatt vom 4. April 1935, Abendausgabe, S. 2.

druck, dass Polen, das an der polnisch-deutschen Freundschaft festhalte, dennoch noch nicht sein letztes Wort gesprochen, Polen sich der Idee zur Schaffung der kollektiven Sicherheit bedeutend angenähert habe und sehr großen Wert auf seine Verbindungen mit Frankreich lege.

Die aus England eintreffenden Meldungen machten den Deutschen in einem viel stärkeren Maße Mut. Ein Teil der von der „Times“ angeführten englischen Presse änderte abrupt den Ton und rief dazu auf, sich nicht von den ersten negativen Eindrücken des Berlin-Besuchs Simons¹² beeindrucken zu lassen, und empfahl, sich eingehender mit dem positiven Teil der Vorschläge Hitlers zu befassen und auf deren Grundlage einen Weg für ein Abkommen mit Deutschland zu finden. Dies ist hier zu Recht als Widerspiegelung der Stimmungen auch in Regierungskreisen, insbesondere in den Kreisen, die hinter Simon und MacDonald stehen, aufgefasst worden. Sie bestärkten die Hoffnungen, dass nach dem Besuch Polens und nachdem auch die polnischen Einwände bezüglich der im Ostpakt vorgesehenen Formen der Zusammenarbeit mit der UdSSR Gehör gefunden haben, in England erneut die Gegner einer Politik der aktiven Einmischung in die Angelegenheiten Osteuropas und die Anhänger der Politik der „Isolation“ und der Nachgiebigkeit in Bezug auf Deutschland die Oberhand gewinnen werden. Diese Befürchtungen werden auch von unseren Freunden aus dem Lager der Kleinen Entente völlig geteilt. Sie befürchten, dass in Stresa¹³ England einen entsprechenden Druck auf Frankreich ausüben werde. Aus diesem Lager kommt der Ratschlag, das Eisen zu schmieden, solange es heiß ist, und die momentane Stimmung in Frankreich zu nutzen, um möglichst schnell den Pakt ohne Deutschland zu unterzeichnen. Sie signalisieren dabei auch bei den Deutschen (auf Ratschlag aus Polen und England) ein Anwachsen der Stimmungen für eine Erneuerung einer „freundschaftlichen Offensive“¹⁴ gegenüber Frankreich, einer neuen Kampagne für eine Annäherung an Frankreich.

Der letzte Vorschlag Laval¹⁵, über den Sie berichten, führt die Sache anscheinend einer Entscheidung entgegen. Laval ist offenbar durch die Ereignisse aus dem Zustand der Schwankungen herausgerissen worden (oder er wurde vielmehr gezwungen, diesen Zustand aufzugeben). In der Forderung, dass der Pakt im Rahmen des Völkerbundes abgeschlossen werden müsse, gibt es anscheinend prinzipiell nichts Neues. Denn auch der ursprüngliche Entwurf war eng an den Völkerbund gebunden und im Zusammenhang mit ihm haben die Franzosen nicht von ungefähr unseren Beitritt zum [Völker]bund gefordert. Der Rahmen des Artikels 16¹⁶ und die mit ihm vorgesehene Prozedur engen natürlich das Prinzip der automatischen Anwendung des gegenseitigen Beistands stark ein. Es könnten natürlich Befürchtungen aufkommen, dass der [Völker]bund als Richter im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und Frankreich nicht stets auf unserer Seite sein wird. Doch mit all dem mussten wir, meiner Meinung nach, bereits seit Langem rechnen, und wahr-

¹² Vgl. Dok. 59, Anm. 2.

¹³ In Stresa (Norditalien) fand vom 11.4. bis 14.4.1935 eine Konferenz der Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Italiens statt. Sie erörterten die Situation, die durch die Verletzung des Versailler Vertrages, der Einführung der Wehrpflicht durch Deutschland, entstanden war.

¹⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben

¹⁵ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 152, 154.

¹⁶ Vgl. Artikel 16 der Völkerbundssatzung. In: Reichsgesetzblatt 1919, Friedensvertrag, S. 733, 735.

scheinlich ist es von uns berücksichtigt worden. Viel bedeutungsvoller ist, **ob man voraussetzt (was mir nicht klar ist)**¹⁷, mit dem Abschluss des sowjetisch-französischen bilateralen Paktes zugleich auch einen Regionalpakt mit allen, die dies wünschen, zu unterzeichnen, und ob Frankreich beabsichtigt, seine Garantieverpflichtung auf jeden von ihnen auszudehnen. Anderenfalls ähnelt die ganze Angelegenheit eher einem Bündnisvertrag zwischen uns (in unverhüllter Form).

Nach außen hin haben sich die Deutschen angeblich auch mit solch einem Ausgang abgefunden. Zumindest haben sie wiederholt über Meyer, Köpke und andere erklärt¹⁸: „Schließen Sie mit Frankreich je nach Belieben ein Bündnis ab, aber nötigen Sie uns nicht, unter den Ostpakt unser Siegel zu setzen.“¹⁹ Aber das alles ist natürlich pure Prahlerei. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass hier solch ein Pakt einen überwältigenden Eindruck hinterlassen wird und selbst von vielen außerhalb Deutschlands als ein Akt bewertet werden wird, der seine Aufgabe (im Gegensatz zum Moskauer Kommuniqué²⁰) in der Isolierung Deutschlands, als einen Akt zu seiner Einkreisung, sieht.

Bei der Analyse der Vor- und Nachteile des französischen Vorschlags komme ich persönlich zu folgender Schlussfolgerung. Seine Nachteile bestehen darin: 1) Er raubt uns zumindest für die nächste Zeit die Freiheit, mit der deutschen Karte zu manövrieren (unter Hitler sind unsere Manövierrmöglichkeiten allerdings begrenzt, aber es gibt sie dennoch). 2) Solch ein Pakt treibt die Konsolidierung der polnisch-deutschen Front voran und wird die Herausbildung einer in Gänze von Deutschland angeführten antisowjetischen Front fördern, (wenngleich auch das Gegenteil nicht ausgeschlossen ist, dass Polen angesichts eines solchen Paktes auf unsere Seite wechselt), und schließlich birgt 3) dieser Pakt in sich das Risiko, dass wir dem Pakt zufolge als erste dafür zahlen müssen, wenn die deutsche Aggression in die französische Richtung gehen sollte.

Die Vorteile des Paktes: 1) Er wird zweifellos ernüchternd auf die Anhänger eines Krieges gegen uns wirken und die Umsetzung der aggressiven Pläne der Anhänger der „Ostrichtung“ verzögern und bremsen; 2) er wird den für die aktuelle Außenpolitik Deutschlands Verantwortlichen, so auch Hitler persönlich, einen schweren Schlag versetzen, da er die erste effektive Antwort auf seine Politik des „auf den Tischschlagens“ sein würde; 3) er wird unser internationales Ansehen in einigen Ländern erhöhen, insbesondere in Japan.

Ich nehme es nicht auf mich, zu urteilen, was in dieser **Auflistung**²¹ an Vor- und Nachteilen überwiegt, wie ich natürlich nicht den Anspruch habe **zu glauben**²², dass ich eine **erschöpfende und**²³ umfassende Analyse gegeben und alle Seiten des Paktes bedacht habe. Ich bin mir zugleich bewusst, dass unsere Ablehnung des französischen Vorschlags nicht schmerzlos für unsere jetzigen Beziehungen zu Frankreich bleiben kann. Solch eine Ablehnung vor dem Hinter-

¹⁷ Die Wortfolge des gekennzeichneten Textes ist vertauscht worden; ursprünglich: (was mir nicht klar ist) ob man voraussetzt.

¹⁸ Das nachfolgende Wort „dass“ ist durchgestrichen.

¹⁹ Die Anführungszeichen sind mit Tinte gesetzt worden.

²⁰ Vgl. Anm. 5.

²¹ Das Wort ist mit Tinte korrigiert und über die Zeile geschrieben; ursprünglich: Aufzählung.

²² Das Wort ist korrigiert und über die Zeile geschrieben; ursprünglich: anzunehmen.

²³ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

grund der Unterzeichnung unseres Wirtschaftsabkommens mit Deutschland (das übrigens bereits vollkommen abgestimmt ist und voraussichtlich in ein paar Tagen unterzeichnet werden wird)²⁴, wird unsere Anhänger in Frankreich sehr stark treffen und von allen unseren Gegnern und den Schwankenden (darunter auch den französischen Germanophilen) ausgenutzt werden. Ich verstehe natürlich, dass dies auch zu einer Lockerung unserer Verbindungen (wenn nicht gar zur völligen Abkehr von uns) seitens der Kleinen Entente führen kann.

Ich schicke dieses Schreiben nur an Ihre Adresse und überlasse Ihnen die Entscheidung, ob es überhaupt eine Aufmerksamkeit verdient und ob es Verwendung finden kann.²⁵

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Suric

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Tinte: zu den Akten, war bei MM²⁶, NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1397 vom 10.4.1935.

Links, unterhalb der Mitte, ist der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR durchgestrichen.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

3 Expl. [Die Exemplare] 1 und 2 an Gen. Litvinov, das 3. [Exemplar] zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 64–67. Original.

Nr. 111

Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern

GEHEIM

PERSÖNLICH

Expl. Nr. 1¹

Berlin, den 5. April 1935

Nr. 169/s²

An

Gen. D.G. ŠTERN

Werter David Grigor'evič!

Mit dieser Post schicke ich nur wenig nach Moskau, weil ich an Grippe erkrankt war und ich mich mit niemandem treffen konnte. Der größte Teil der Tref-

²⁴ Das sowjetisch-deutsche Wirtschaftsabkommen wurde am 9.4.1935 unterzeichnet. Vgl. Dok. 116.

²⁵ Im Dokument fehlen Vermerke über einen zusätzlichen Verteiler.

²⁶ Litvinov.

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

fen, die ich in der letzten Zeit hatte, betraf Fragen der Wirtschaftsverhandlungen, allerdings hatte ich ausgerechnet auf diesem Gebiet wenig Glück.

Mir fiel es wie immer zu, einen Ausweg aus der Sackgasse zu erkunden, in die die Verhandlungen geraten waren.

Du ****verstehst****³ natürlich, dass man sich bei der Sondierung von neuen Fragen niemals sicher sein kann, dass die Meinung des Gesprächspartners den endgültigen Stand der deutschen Seite widerspiegelt. In dem mit dieser Post an Nikolaj Nikolaevič⁴ gerichteten gesonderten Privatschreiben erkläre ich, wieso dieser Umstand schließlich dazu führte, dass ich gezwungen war, auf die Übermittlung der Aufzeichnungen dieser Gespräche nach Moskau zu verzichten.

Ich möchte Dir hier nur den allgemeinen Eindruck von diesen Gesprächen mitteilen. Ich vertrat immer und vertrete auch jetzt den Standpunkt, dass die Deutschen ein eigenständiges, praktisches Interesse an einem Wirtschaftsabkommen mit uns haben. Die Situation bei der Auslastung ihrer Industriebetriebe spornt sie nachdrücklich dazu an, die wirtschaftlichen Beziehungen zum sowjetischen Markt wiederherzustellen. Die politischen Motive spielten, wenn überhaupt, lediglich die Rolle eines Faktors, der die Unterzeichnung eines Abkommens verzögert. Jedoch zeigt das Verhalten der Deutschen hinsichtlich der letzten noch offenen Verhandlungspunkte (die Frage der bis zum 15.II.35 abgeschlossenen Verträge)⁵, dass auch die Meinungsverschiedenheiten in diesen Punkten einen absolut praktischen und sachlichen Charakter tragen und keineswegs zwingend politisch begründet sein müssen.

Es liegt zweifellos im politischen Interesse der Deutschen, mit uns das Abkommen zu unterzeichnen, da die Deutschen damit jedenfalls die von ihnen verbreitete Version ihrer Friedensliebe für den nächsten Zeitabschnitt bekräftigen können. Deshalb bin ich nach wie vor der Auffassung, dass das Abkommen nicht in weiter Ferne liegt und vielleicht in allernächster Zeit unterzeichnet werden könnte. ******(Heute wurde bekannt, dass die Unterzeichnung wahrscheinlich am 8.4.35 stattfinden wird). ******⁶

Man muss sagen, dass sich die Taktik der Deutschen uns gegenüber nach dem englischen Besuch in Moskau⁷ etwas geändert hat. Die antisowjetische Welle in der Presse hat spürbar nachgelassen. Auf die Deutschen hat unser im Kommuniké⁸ hervorgehobener Wille, uns nicht an einer Einkreisung Deutschlands zu beteiligen, einen starken Eindruck gemacht. Das gleiche trifft auch auf die von Gen. Stalin angeblich im Gespräch mit Eden abgegebene Erklärung hinsichtlich des deutschen Volkes zu.⁹ In der deutschen Presse ist in letzter Zeit vor allem Frankreich zum Hauptfeind Deutschland avanciert, nicht aber die UdSSR, wie das noch unlängst der Fall gewesen war.

Was die allgemeine Lageeinschätzung betrifft, so habe ich persönlich den Eindruck, dass sich die Engländer, bei aller positiven Einschätzung des Besuchs von

³ Das Wort ist über die Zeile anstelle eines gestrichenen Wortes geschrieben.

⁴ Krestinskij.

⁵ Vgl. Dok. 98.

⁶ Der Text ist mit Tinte zwischen die Zeilen geschrieben. Zu dem Abkommen vgl. Dok. 116.

⁷ Vgl. Dok. 110.

⁸ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 155, S. 256–257.

⁹ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 148, S. 249.

Eden in Moskau, letzten Endes doch zugunsten des deutschen Vorschlags eines Ostpaktes über Nichtangriff, Konsultation und Neutralität und ohne das Prinzip des gegenseitigen Beistandes¹⁰ entscheiden und diesen Standpunkt in Stresa vertreten werden¹¹. In der Zeit, in der man auf eine Klärung der englischen Position wartet, bauen die Deutschen fieberhaft ihre Stellung auf dem Gebiet der Rüstungen aus. Allem Anschein nach sind die Zahlen, die sie den Engländern genannt haben, etwas ****höher****¹² als die tatsächlichen, so dass sie jetzt gezwungen sind, verstärkt Maßnahmen zu ergreifen, um sie auch zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist die Veröffentlichung des Haushaltsplans für 1935/36 verzögert worden. Außerdem gibt es offensichtlich starke Auseinandersetzungen um die Organisationsstruktur der deutschen Streitkräfte sowie um den Charakter der allgemeinen Wehrpflicht und um die konkreten Schritte zu ihrer Umsetzung.

Es darf nicht vergessen werden, dass der Zeitpunkt der größten Anstrengungen zur militärischen Vorbereitung mit dem Zeitpunkt der höchsten Anspannung auf dem Finanzgebiet zusammenfällt. Mir ist es nicht ganz klar, welchen Ausweg sie wählen werden, um die Finanzschwierigkeiten für dieses Jahr zu überwinden. Obgleich der Hauptanteil der kostenintensivsten Arbeiten zur Vorbereitung auf den Luftkrieg bereits abgeschlossen ist, verbleiben nichtsdestotrotz noch gewaltige Ausgaben für die Bewaffnung der schnell wachsenden Reichswehr. Konnte ein Teil der bisherigen militärischen Vorbereitung zu einem bedeutenden Maße im Rahmen des sogenannten öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms bewältigt werden, so gehen die im Jahr 1935 anstehenden Aufgaben in der Hauptsache zu Lasten des Haushaltes, was selbstverständlich eine etwas schwierigere Aufgabe als die ist, öffentliche Arbeiten zu finanzieren. Die nächsten Wochen werden zeigen, für welchen Weg sich die Deutschen in dieser für sie überaus schwierigen Frage entscheiden haben.

Es sind Gerüchte im Umlauf, dass sich die Deutschen anschicken, die Polizei in der entmilitarisierten Zone durch die Reichswehr zu ersetzen. Da ich weiß, dass Du Gerüchten keinen besonderen Glauben schenkst, teile ich Dir dies nur als Erleichterung des Gewissens mit.

Mit einer früheren Post erhielt ich von Dir einen Brief bezüglich des ****Vortrages****¹³ von Kandelaki¹⁴. Ich denke Du verstehst, dass ich diese Formulierung nur im Tagebuch verwendet habe, nicht aber im Gespräch.

Mit dieser Post bemühe ich mich, Dir das Papier zu schicken, um welches Du gebeten hattest.¹⁵

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Ser[gej] Bessonov

¹⁰ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 508, S. 1333–1338.

¹¹ Vgl. Dok. 110, Anm. 13.

¹² Das Wort ist über die Zeile geschrieben; ursprünglich: niedriger.

¹³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Vertrag.

¹⁴ In dem Brief vom 17.3. hatte Štern Bessonov auf Formulierungen aufmerksam gemacht, die er in Gesprächen mit Deutschen bezüglich Kandelakis gebraucht habe und die seinem Rang als Rat der Bevollmächtigten Vertretung unangemessen gewesen wären.

¹⁵ Es ging dabei um Schreibmaschinenpapier. Vgl. Dok. 85.

**** (siehe Rückseite) ****¹⁶

******Lieber David! Den Brief an N.N. habe ich nicht geschrieben, d.h. ich habe ihn geschrieben, aber im letzten Moment ist Tinte auf ihm vergossen worden, und ich musste ihn verwerfen. Die Deutschen stimmten heute ohne Einwände unseren Verträgen über 50 Mio. Mark zu. Morgen werden sie den Rest von 30 Mio. Mark an Waren durchgehen lassen, bei denen nicht zu befürchten ist, dass sie von den Deutschen blockiert werden. Deshalb schlugen sie vor, morgen die Endredaktion des Abkommens vorzunehmen und es am Montag, dem 8.4.35, zu unterzeichnen.

Es scheint, als ob sie dieses Mal nicht die Absicht haben, uns zu betrügen.

Ich drücke Dir die Hand. Dein

S. Bessonov

P.S.: Das Papier und sonstiges schicke ich mit der Post am 8.4.35. ******¹⁷

Vermerk D.G. Šterns mit Bleistift: An Gen. L[evin] und K[anter]. Š[tern].

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 823 vom 14.4.1935.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 178–177. Original.

Nr. 112

Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

Moskau, 6. April 1935

Geheim

E/162

Auf den Erlass IV Ru 1058 vom 31. März 1935¹

Inhalt: Aufhebung des sowjetischen Vereins „Roter Stern“

Es trifft zu, dass die Sowjetbehörden sich bisher allen Bemühungen der Botschaft und einzelner Mitglieder der deutschen Kolonie gegenüber, einen deutschen Verein bzw. Klub in Moskau ins Leben zu rufen, ablehnend verhalten haben, und dass gegenwärtig auch keine Aussicht besteht, eine solche Genehmigung zu erhalten. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine gegen das reichsdeutsche Element in der UdSSR gerichtete Maßnahme, vielmehr besteht in der UdSSR ein allgemeines Verbot für die Bildung von Zusammenschlüssen von Ausländern, das

¹⁶ Der Text ist mit Tinte am Ende des Blattes geschrieben.

¹⁷ Der Text ist mit Tinte auf der Rückseite des Blattes geschrieben.

¹ Nach dem Bericht Schulenburgs vom 12.3.1935 (vgl. Dok. 78) hatte Meyer am 31.3.1935 die Deutsche Botschaft um einen baldigen Bericht gebeten, ob Bedenken dagegen bestünden, die Registereintragung des sowjetrussischen Vereins „Roter Stern“ rückgängig zu machen. Vgl. PA AA, Moskau 373, o. P.

auch auf alle anderen fremden Staatsangehörigen angewandt wird. So ist es bisher den in Moskau tätigen ausländischen Journalisten nicht möglich gewesen, irgendeine Art von Verein oder Klub zu gründen, und auch entsprechende Versuche von Amerikanern, die seinerzeit in Magnitogorsk tätig waren, hatten keinen Erfolg.

Demgegenüber möchte ich aber die Tatsache unterstreichen, dass einer zwischen der Botschaft und dem Außenkommissariat seinerzeit getroffenen Vereinbarung gemäß von Seiten der Sowjetbehörden den Veranstaltungen der deutschen Kolonie keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden und dass in[folge] dessen, auch ohne dass ein deutscher Verein oder Klub be[steht,] die hier lebenden Reichsdeutschen die Möglichkeit haben, an den allmonatlichen Versammlungen der deutschen Kolonie im hiesigen Grand-Hotel teilzunehmen, wobei seitens der Sowjetbehörden auch hinsichtlich der unentgeltlichen Zurverfügungstellung der Räume bisher keinerlei Schwierigkeiten bereitet wurden. Was das Interesse der inneren Organe für die Zusammensetzung des Arbeitsausschusses der deutschen Kolonie betrifft, so ist ein solches zwar durch Befragung eines ehemaligen Mitgliedes des Arbeitsausschusses zum Ausdruck gekommen, jedoch sind bislang für keines der Mitglieder des Arbeitsausschusses irgendwelche Nachteile hieraus entstanden.²

Sollte dagegen die dortige Absicht, die zuständigen deutschen Behörden zu veranlassen, die Registereintragung des sowjetischen Vereins „Roter Stern“³ rückgängig zu machen, verwirklicht werden, so steht mit Bestimmtheit zu erwarten, dass die hiesigen Behörden den Mitgliedern der deutschen Kolonie bei der Pflege ihres geselligen Verkehrs und insbesondere bei der Veranstaltung der üblichen monatlichen Zusammenkünfte Schwierigkeiten in den Weg legen werden. Dadurch würde den hier lebenden Reichsdeutschen die letzte Möglichkeit genommen werden, sich außerhalb der Räume der Botschaft zu treffen.

Ich darf daher das Auswärtige Amt bitten, vorderhand hinsichtlich des sowjetischen Klubs „Roter Stern“ keine Schritte zu unternehmen, da ich im Interesse der deutschen Kolonie Moskau großen Wert darauf legen muss, in Gestalt des Klubs „Roter Stern“ eine sowjetische Organisation in Berlin zu wissen, deren Bestehen von uns gegebenenfalls als ein geeignetes Druckmittel genutzt werden kann.

gez. Schulenburg

*Reinkonzept. Gefertigt in [nicht entziffert] Durchschlägen. Auf erstem Blatt:
H[errn]B[otschafts]Rat [Twardowski], H[errn]G[esandtschafts]R[at] Hensel n.R.
mit Abzeichnugen; zdA Hi[lger].*

PA AA, Moskau 373, o. P., 2 Bl.

² Vgl. Dok. 78.

³ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 298, S. 842–846, hier S. 844–845.

Nr. 113

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim
Expl. Nr. 9
7. April 1935

Nr. 130/1

AN DEN
GENERALSEKRETÄR
DES ZK DER VKP (B)
GEN. STALIN

Kopien an: Gen. Molotov
Gen. Vorošilov
Gen. Kaganovič
Gen. Ordžonikidze

Der Stellvertreter Hitlers, Heß, hat in Danzig eine antisowjetische Rede¹ gehalten, in der er u. a. sagte, sowjetische Politiker hätten selbst erklärt, dass die UdSSR mit den kapitalistischen Staaten nur zu dem Zwecke Verträge abschließen würde, um auf diesem Wege diesen Staaten und ihrer Wirtschaft Schaden zuzufügen und die Weltrevolution voranzutreiben. Gen. Suric fragt an, ob es nicht angebracht wäre, Protest zu erheben. Ich schlage vor, Suric zu beauftragen, den Protest zu erklären und zu fordern, dass Heß entweder öffentlich erklären möge, wo und wann sowjetische Politiker derartige Erklärungen abgegeben haben, oder unverzüglich amtlich und öffentlich diese Worte zu widerrufen und zu unserer Forderung unverzüglich eine Erklärung in der Presse abzugeben.²

LITVINOV

Vermerk mit Bleistift: A[rchiv].

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 9 E[xemplare]. [Die Exemplare] 1–6 an die Adr[essaten], das 7. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 8. an M.M.³, das 9. ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 113, d. 122, l. 157. Kopie.

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 62, S. 116.

¹ Am 5.4.1935. Vgl. „Vom Wert und Unwert zwischenstaatlicher Verträge. Der Stellvertreter des Führers im Danziger Wahlkampf“. In: Völkischer Beobachter vom 7. April 1935, S. 2. Der Wortlaut der Rede in: BArch, NS 11/26, o. P.

² Am 7.4.1935 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) den Beschluss (durch Befragung), den Vorschlag des NKID abzulehnen, Protest einzulegen. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 162, d. 18, l. 1 (Protokoll Nr. 24, Pkt. 9).

³ Litvinov.

Nr. 114
Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA
und das Reichswehrministerium

Deutsche Botschaft
Der Militärattaché

Moskau, den 8. April 1935

Beilage II zum Bericht Nr. 13/35¹

Betr.: Auffassung der sowjetrussischen Kreise zu der durch die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland geschaffenen Lage.

Die allgemeine Auffassung ist durch den Artikel des stellvertretenden Verteidigungskommissars Tuchatschewskij (vergl. Bericht Nr. 11/35 vom 1.4.35, Beilage IV, und Bericht Nr. 12/35 vom 5.4.35, Beilage I)² erschöpfend gekennzeichnet. Man steht dieser Auffassung wie einer Wand gegenüber. Ein eigenes Urteil kann sich höchstens in den engsten Kreisen der obersten Führer bilden, denen ein gewisser Einblick in die fremdländische Presse und Funkaufklärung gestattet ist. Jedoch gilt auch hier nur die einheitlich vorgeschriebene Linie; und selbst wenn ein Einzelner eine abweichende Auffassung tatsächlich hätte, würde er sie überhaupt nicht, und am allerwenigsten einem Deutschen gegenüber, zu äußern wagen. Alle Korrigierungsversuche in Gesprächen sind daher, mindestens im äußeren Effekt, nutzlos. Selbst eine amtliche Angabe, wie sie den verantwortlichen Persönlichkeiten aus den durch Eden übermittelten Auslassungen des Führers bei dem englischen Besuch in Berlin tatsächlich bereits bekannt sein muss, wäre zwecklos und würde sie mit noch so vielen Einzelangaben und Versicherungen ausgestattet. Im Gegenteil ist die herrschende Auffassung aus der bekannten Tendenz heraus, dass Deutschland alles und jedes leisten könne, die, dass wenn Deutschland zugibt, eine Wehrmacht von 36 Divisionen zu schaffen, es tatsächlich bereits über eine sehr viel stärkere Wehrmacht verfügt. Der Schlussrefrain ist allemal, Deutschland rüstet zum baldigen Krieg, und zwar zum Angriffskrieg gegen die Sowjetunion.

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel: Geheim. Dies ist die zweite Ausfertigung.

PA AA, R 30100b, Bl. 281-282.

¹ Der Bericht enthält außerdem folgende Beilagen: I. Wehrpsychologie, Frage der Gegenseitigkeit, III. Personalangabe (nur für RWM 1. und 4. Ausfertigung), IV. Luftbericht Nr. 9/35; Auf dem ersten Blatt des Berichts befindet sich der Stempel des AA mit der Nummer IIa 907, dem Datum vom 11.4.1935 und dem Hinweis auf drei Anlagen sowie dem Stempel „Geheim“. In: PA AA, R 30100b, Bl. 278.

² Vgl. Dok. 109 und Dok. 109, Anm. 1.

Nr. 115

Aufzeichnung des Leiters der IV. Abteilung im AA Meyer

Berlin, den 9. April 1935

e.o. W IV Ru 1359 pr. 9. April 1935Aufzeichnung

Heute ist nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem Reichswirtschaftsminister, Herrn Dr. Schacht, und dem Handelsvertreter der Sowjetunion, Herrn Kandelaki, eine Vereinbarung unterzeichnet worden, welche die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen auf eine neue Basis stellt. Der wesentliche Inhalt der Vereinbarung betrifft folgende Punkte.

1) Die nach dem 1. April 1935 noch fälligen russischen Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 200 Millionen RM werden abgedeckt

a) durch Gold und Devisen in Höhe von 100 Mill. RM,

b) durch Waren im Werte von 100 Mill. RM.

Über die Waren ist nach Art und Menge mit der Sowjetregierung eine Einigung erzielt worden; insbesondere ist die Lieferung der für Deutschland wichtigen Rohstoffe (Naphta, Holz, Manganerze, Rauchwaren etc.) in ausreichendem Maße sichergestellt worden.

2) Die Sowjetregierung hat sich verpflichtet, laufende Bestellungen an deutsche Firmen in Höhe von 60 Millionen RM zu den normalen Kreditfristen (18 Monate) bis Ende 1935 zu vergeben. Die laufenden Bestellungen umfassen auch die Charterung deutschen Schiffsraums und die Zahlung von Frachten.

3) Die Sowjetregierung hat sich verpflichtet, zusätzliche Bestellungen in Höhe von 200 Millionen RM innerhalb eines Jahres an deutsche Industriefirmen zu vergeben. Für diese Bestellungen wird der Handelsvertretung der UdSSR von einem deutschen Bankenkonsortium ein Kredit mit einer Dauer von 5 Jahren eingeräumt. Der Kredit ist durch Wechsel gesichert und wird von der Handelsvertretung mit 2% über Reichsbankdiskont verzinst. Dieser Kredit gibt der Handelsvertretung die Möglichkeit, die deutschen Firmen sogleich bar zu bezahlen.

4) Die Sowjetregierung hat sich verpflichtet, die Verluste, die deutsche Firmen infolge der Abwertung des englischen Pfundes und des amerikanischen Dollars im Russlandgeschäft erlitten haben, durch die Zahlung einer Pauschalsumme von 8½ Millionen RM auszugleichen.

5) Die Sowjetregierung hat sich verpflichtet, aus dem Vermögenserlös der bis zum Tage des Vertragsschlusses (9. April) aus der Sowjetunion abgewanderten Reichsdeutschen den Betrag von 100.000 Goldrubeln = 216.000 Reichsmark sogleich nach Deutschland zu transferieren.

Meyer

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt oben handschriftlich: Konzept, unten: H 13 Ru A. Am Seitenrand: Sofort RM [eyer] 9/4 und ZdA B[räutigam] 12/4.

PA AA, R 94734, o. P., 2 Bl.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 20, S. 29–30.

Nr. 116
Deutsch-sowjetische Wirtschaftsvereinbarungen

Abschrift

Schlussprotokoll
über die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbesprechungen vom 9. April 1935

I. Die nachstehenden Verträge wurden unterschrieben und ausgetauscht:

1) Vertrag über die Abwicklung der sowjetischen Zahlungsverpflichtungen, die sowjetische Einfuhr nach Deutschland und die laufenden Bestellungen der UdSSR in Deutschland.

2) Vertrag über zusätzliche Bestellungen der UdSSR in Deutschland.

II. Die in den Anlagen abschriftlich beigelegten, nachstehend aufgeführten Schreiben wurden unterzeichnet und ausgehändigt:

1) Schreiben des Reichswirtschaftsministers an die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland über die Regelung von Ansprüchen, die infolge der Entwertung des englischen Pfundes und des amerikanischen Dollars entstanden sind.¹

2) Antwortschreiben der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland an den Reichswirtschaftsminister.²

3) Schreiben des Reichswirtschaftsministers an die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland über Unterstützung bei der Vergebung der Aufträge.³

4) Schreiben des Reichswirtschaftsministers an die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland betreffend die Reichsgarantie.⁴

Berlin, den 9. April 1935

gez. Dr. Hjalmar Schacht
gez. D. Kandelaki

[Anhang I]

Zwischen der Reichsregierung, vertreten durch den Reichswirtschaftsminister, und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, vertreten durch den Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland, haben Verhandlungen über die Regelung des Zahlungsverkehrs und der Ausfuhr von Waren aus der UdSSR nach Deutschland stattgefunden, die zu folgender Vereinbarung geführt haben:

I

Die im laufenden Jahre 1935 fälligen Zahlungsverpflichtungen der UdSSR in Deutschland werden in folgender Weise getilgt:

1) Die UdSSR wird im laufenden Jahre 100 Millionen RM in Gold oder Devisen zahlen.

¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 21, Anhang III, S. 37–38.

² Schreiben vom 9.4.1935. In: PA AA, R 105998, Bl. H 001149-001150.

³ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 21, Anhang IV, S. 38.

⁴ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 21, Anhang V, S. 38–39.

2) Der Rest der Zahlungsverpflichtungen, der weitere rund 100 Millionen RM beträgt, wird durch Warenlieferungen abgedeckt. Hierbei wird folgendermaßen verfahren:

a) Bis zur Höhe von 40 Millionen RM wird die UdSSR bestimmt Waren nach Deutschland einführen. Eine entsprechende Warenliste ist in Anlage 1) beigefügt.

b) Die restlichen 60 Millionen RM werden ebenfalls durch Lieferung sowjetischer Waren abgedeckt im Hinblick auf Ziffer IV dieses Abkommens. Die Waren, welche die UdSSR auf Grund dieser Bestimmung einführen wird, sind aus der als Anlage 2) beigefügten Liste ersichtlich.

Die Handelsvertretung behält sich vor, innerhalb der in den Listen Anlage 1) und 2) genannten Gesamtwerte die für die einzelnen Warengattungen angegebenen Wertkontingente bis zu 10% zu erhöhen oder zu ermäßigen.

II

Bei der Erteilung der Devisenbescheinigungen für die unter Ziffer I genannten Einfuhren soll folgendermaßen verfahren werden:

1) Für Einfuhrgeschäfte, welche von der Handelsvertretung oder den sowjetischen Exportorganisationen mit deutschen Einführern vor dem 15. Februar 1935 abgeschlossen worden sind, verpflichtet sich die Reichsregierung, unverzüglich und bedingungslos Devisenbescheinigungen zu erteilen. Der Umfang dieser Einfuhrgeschäfte nach Waren und Wertmengen geht aus der beigefügten Liste (Anlage 3)⁵ hervor.

2) Im Übrigen werden die zuständigen Devisenstellen die erforderlichen Devisenbescheinigungen nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen zur Verfügung stellen.

III

Der gesamte Erlös aus den in diesem Abkommen geregelten Einfuhrgeschäften wird der Handelsvertretung zur Verwendung innerhalb Deutschlands zur freien Verfügung gestellt in demselben Umfang und in derselben Weise, wie dies auf Grund des am 15. Februar 1935 abgelaufenen Reichsmark-Abkommens der Fall gewesen ist.

Diesem Verfügungsrecht der Handelsvertretung unterliegen auch Beträge, die von deutschen Firmen oder Behörden auf Grund der Vereinbarungen in Bezug auf getätigte Geschäfte an die Handelsvertretung gezahlt werden bis zur Höhe von 6 Millionen RM. Sollten diese 6 Millionen RM von der Handelsvertretung vor Ablauf des Jahres 1935 ausgenutzt worden sein, so ist die deutsche Seite bereit, mit der Handelsvertretung in neue Verhandlungen zwecks Erhöhung dieser Summe einzutreten.

Es besteht Einigkeit, dass unter die zu Ziffer I, 2a) und b) genannten Kontingente nur solche Waren fallen, welche unmittelbar von der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland oder den sonstigen Exportorganisationen der UdSSR nach

⁵ Vgl. „Liste der bis zum 15. Februar 1935 abgeschlossenen und noch nicht abgewickelten Verträge über Lieferung sowjetischer Waren an deutsche Einführer“. In: PA AA, R 105998, Bl. H 00128-00141.

Deutschland eingeführt werden und für welche eine besondere Bescheinigung der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland vorliegt.

Die von den Sowjet-Handelsorganisationen nach Deutschland reexportierten Waren aus den Ursprungsländern Afghanistan, Iran, Mongolei, Nord- und Westchina sind in dieser Beziehung den Sowjetwaren gleichzustellen.

Die Reichsregierung erklärt, dass die bis zum 25. Februar 1935 in Deutschland abgewickelten Verkaufsgeschäfte der UdSSR wie auch die auf Grund besonderer Abmachungen bereits freigegebenen 15 Millionen RM (Erlasse der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung vom 11. und 21. März 1935 – Dev. B 10156/35 und 11187/35) in die vorstehend aufgeführten Kontingente nicht mit eingerechnet werden.

IV

Die Sowjetseite erklärt ausdrücklich ihre Bereitschaft, laufende Bestellungen an deutsche Lieferfirmen zu vergeben. Diese laufenden Bestellungen umfassen auch Charterung von deutschem Schiffsraum, Verträge über Frachten und Dienstleistungen, insbesondere über technische Hilfe. Die UdSSR und ihre Wirtschaftsorganisationen werden diese laufenden Bestellungen in dem Zeitabschnitt vom 1. April bis 31. Dezember 1935 nach Wahl der Handelsvertretung gegen Barzahlung oder zu den in dem Abkommen vom 15. Juni 1932 vorgesehenen Kreditfristen vergeben, wobei Einigkeit darüber besteht, dass diese Bestellungen einen Gesamtwert von 60 Millionen RM haben werden. Diese laufenden Bestellungen sind die Voraussetzung zu der unter Ziffer I 2 b) dieses Abkommen getroffenen Regelung.

Die Preise für die auf Grund dieser Vereinbarung zu vergebenden laufenden Bestellungen sollen angemessen sein.

Mit der Verlängerung des Abkommens vom 15. Juni 1932 auf ein weiteres Jahr für die laufenden Bestellungen ist die Sowjetseite grundsätzlich einverstanden. Dabei besteht Einigkeit darüber, dass in Abweichung von den Bestimmungen des Abkommens vom 15. Juni 1932 der Zinssatz für die in diesem Jahre zu vergebenden 60 Millionen RM laufende Bestellungen 2% über Reichsbankdiskont betragen soll. Die Bestellungen werden auf Grund der neuen Bestimmungen erteilt, die in den von der Handelsvertretung einerseits und von dem Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft andererseits am 20. März 1935 unterzeichneten allgemeinen Lieferbedingungen, Schiedsgerichtsvereinbarung und Schlussprotokoll⁶ niedergelegt sind.

V

Am 1. Oktober 1935 wird eine besondere Kommission beider vertragsschließender Teile zusammentreten, um festzustellen, inwieweit die Ausfuhr sowjetischer Waren nach Deutschland und die Bestellungen der Handelsvertretung in Deutschland im Rahmen dieses Abkommens dem vereinbarten Umfang entsprechen, und um nötigenfalls die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

⁶ „Allgemeine Lieferbedingungen für Lieferungen aus Deutschland nach der UdSSR“, 20.3.1935. In: PA AA, R 94734, Bl. E 664199-664209; „Schiedsgerichtsvereinbarung“. In: Ebd., Bl. E 664210-664211; „Schlussprotokoll“. In: Ebd., Bl. 664212-664213.

VI

Es besteht Einigkeit darüber, dass das in den deutsch-sowjetischen Verträgen gegenseitig eingeräumte Meistbegünstigungsrecht von der vorliegenden Vereinbarung nicht berührt wird.

Berlin, den 9. April 1935

gez. Dr. Hjalmar Schacht
gez. D. Kandelaki

Anlage 1

Naphta-Erzeugnisse	20 Millionen RM
Holz	8 Millionen RM
Manganerze	4,3 Millionen RM
Edelmetallhaltige Rückstände und Platin	1,7 Millionen RM
Apatite	1 Millionen RM
Flachs und Hanf	3 Millionen RM
Borsten	0,5 Millionen RM
Asbest	1,5 Millionen RM
	<u>40 Millionen RM</u>

Anlage 2

	<u>In Mill. RM</u>
Getreideabteilung:	
Futterlinsen, Wicken, Gerste etc.	1,025
Prodoexport:	
Butter, Hühner, Gefriereier etc.	1,000
Holzabteilung:	
Schnittholz, Papierholz, Langholz, Grubenholz etc	36,800
Promexport:	
Chemikalien, Harzprodukte, Textilien etc.	1,500
Manganexport:	
Peroxyd, Magnesit, Chromerze etc.	1,100
Rasnoexport :	
Borsten, Federn, Rosshaare, Lumpen, Därme, Wolle etc.	8,450
Kustexport:	
Teppiche, Textilien etc.	0,350
Ryboexport:	
Kaviar, Konserven, Tomatenpaste etc.	0,450
Plodoexport:	
Aprikosen etc.	0,100
Lektechsyrio:	
(Arzneirohstoffe)	0,100
Tabakexport:	0,425
Rauchwaren:	8,700
Insgesamt:	<u>60.000</u>

[Anhang II]

Zwischen der Reichsregierung, vertreten durch den Reichswirtschaftsminister, und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, vertreten durch den Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland, haben Verhandlungen über die Vergebung zusätzlicher Bestellungen der Handelsvertretung in Deutschland stattgefunden, die zu folgender Vereinbarung geführt haben:

I.

Die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland ist bereit, zusätzliche Bestellungen im Werte von 200 Millionen RM an deutsche Lieferfirmen zu erteilen, wobei sie davon ausgeht, dass die von ihr gewünschten Waren zu angemessenen Preisen und Lieferbedingungen geliefert werden.

Die zusätzlichen Bestellungen umfassen ausschließlich Lieferungen zu Investitionszwecken, also insbesondere

- Einrichtungen von Fabriken,
- Anlagen,
- Ausrüstungen,
- Maschinen aller Art,
- Apparatebau,
- Einrichtungen für die Naphta-Industrie,
- Einrichtungen für die chemische Industrie,
- Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie,
- Schiffe, Fahrzeuge, Verkehrsmittel,
- Messinstrumente,
- Laboratoriumseinrichtungen.

Hierzu gehören auch die üblichen Ersatzteile. Es fallen ferner hierunter Verträge über technische Hilfeleistungen und Inbetriebsetzung von Anlagen, die gegebenenfalls in Verbindung mit einer Bestellung auf Grund dieses Kreditabkommens vereinbart werden.

Nicht zu den zusätzlichen Bestellungen gehören die Bestellungen des sogenannten laufenden Geschäfts. Als solche kommen in Betracht:

- Rohstoffe,
- Halbfabrikate,
- Ersatzlieferungen,
- chemische Erzeugnisse,
- Konsumgüter,
- Gegenstände des täglichen Bedarfs.

Die Handelsvertretung ist in der Auswahl der Firmen bei der Erteilung der Bestellungen frei. Ebenso steht es den deutschen Lieferfirmen frei, ob und in welchem Umfang sie Aufträge auf Grund dieser Vereinbarung übernehmen wollen.

Die Bestellungen werden in der Zeit vom 1. April 1935 bis zum 31. März 1936 vergeben, wobei die Sowjetseite bereit ist, 75% der Bestellungen bis zum 31. Dezember 1935 zu vergeben.

Die Bestellungen erfolgen durch die Handelsvertretung oder durch die zuständige Einkaufsorganisation der UdSSR unter Mithaftung der Handelsvertretung.

Die Reichsregierung ist bereit, der Handelsvertretung bei der Vergebung der Bestellungen wie bisher in Einzelfällen nach Möglichkeit ihre Unterstützung zu gewähren.

II.

Die Reichsregierung teilt mit, dass sich ein deutsches Bankenconsortium ihr gegenüber verpflichtet hat, die Finanzierung der zusätzlichen Bestellungen unter folgenden Bedingungen zu übernehmen:

1) Die Handelsvertretung hinterlegt bei dem Bankenconsortium Wechsel. Die Wechsel haben eine durchschnittliche Laufzeit von 5 Jahren und werden für jedes einzelne Geschäft gesondert in der Art ausgestellt, dass

30% 4½ Jahre,

40% 5 Jahre

30% 5½ Jahre

laufen sollen. Die Wechsel werden von einer Importvereinigung der UdSSR ausgestellt, von der Handelsvertretung akzeptiert und von der Staatsbank der UdSSR giriert. Die Wechsel lauten auf Reichsmark und sind in Berlin zahlbar. Sämtliche Wechsel werden auf Endfristen ausgestellt. Die mit der Ausstellung der Wechsel verbundenen Kosten trägt die Handelsvertretung.

2) Die Zinsen der Wechsel betragen 2% über Reichsbankdiskont. Sie werden von der Handelsvertretung dem Bankenconsortium vierteljährlich postnumerando in bar vergütet und sind mit Sicherheitsakzepten zu belegen.

3) Auf Grund der von der Handelsvertretung ausgegeben Wechsel stellt das Bankenconsortium dieser einen Kredit zur Verfügung, welcher dazu dienen soll, die deutschen Lieferfirmen in Reichsmark in bar zu bezahlen.

4) Die der Handelsvertretung zur Verfügung gestellten Kreditbeträge werden auf eines der beiden Konten überwiesen, welches für die Handelsvertretung bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft und der Dresdner Bank errichtet wird, und auf Anweisung der Handelsvertretung, die Datum und Nummer der einzelnen Bestellungen zu enthalten hat, zu Zahlungen an deutsche Firmen für Bestellungen auf Grund dieses Abkommens verwandt.

III.

Die Verträge zwischen dem Bankenconsortium und der Handelsvertretung der UdSSR, in denen die entsprechenden Vereinbarungen niedergelegt werden, sollen unverzüglich abgeschlossen werden.

IV.

Die Preise für die auf Grund dieses Abkommens zu vergebenden Bestellungen sollen angemessen sein.

V.

Die Bestellungen werden auf Grund der neuen Bestimmungen erteilt, die in den von der Handelsvertretung einerseits und von dem Russlandausschuss der deutschen Wirtschaft andererseits am 20. März 1935 unterzeichneten allgemeinen

Lieferbedingungen, Schiedsgerichtsvereinbarung und Schlussprotokoll niedergelegt sind.

VI.

Auf Grund einer besonderen Vereinbarung stellt die Sowjetseite einen Betrag von 7,5 Millionen RM zur Verfügung. Zur Begleichung dieses Betrages zahlt die Handelsvertretung, ebenfalls in Wechselform, den Banken eine Provision in Höhe von $\frac{3}{4}\%$ zu jedem Zinswechsel, der auf Grund dieser Vereinbarung über zusätzliche Bestellungen ausgestellt wird. Sollte der Kredit von 200 Millionen RM am 31. März 1936 nicht in voller Höhe ausgenutzt sein, so stellt die Handelsvertretung am 31. März 1936 einen Wechsel, fällig am 30. September 1938, über die noch nicht erfolgten Provisionszahlungen aus.

Die Handelsvertretung stellt außerdem einen weiteren Betrag von 1 Million RM der Reichsregierung am 31. Dezember 1935 zur Verfügung.

VII.

Der durch das vorstehende Abkommen der UdSSR eingeräumte Kredit wird auf Reichsmarkbasis ohne Wertsicherung gegeben. Die Sowjetseite erklärt sich demgegenüber ihrerseits bereit, sämtliche im Laufe des Jahres 1935 erfolgenden Verkäufe nach Deutschland auf Reichsmarkbasis vorzunehmen und hierbei auf eine Wertsicherung zu verzichten. Für diejenigen Waren, die nach den bestehenden Handelsusancen in englischem Pfund, Dollar bzw. anderen ausländischen Währungen fakturiert werden, wird die Handelsvertretung Reichsmark in Zahlung nehmen, unabhängig von der Fakturierungswährung. Als solche Waren gelten Rauchwaren, Getreide, Erze, Flachs. Die deutschen Firmen sind berechtigt, die ausländischen Währungen bei Fälligkeit nach dem Berliner Mittelkurs umzurechnen.

Berlin, den 9. April 1935

gez. Dr. H. Schacht
gez. D. Kandelaki

Auf erstem Blatt oben: für Herrn V.L.R. Ulrich.

PA AA, R 105998, Bl. H 001120-001127, 001142-001148.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 21, S. 30–37⁷.

⁷ Zum Wortlaut des Schlussprotokolls über die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen und zur Anlage 2 des Protokolls vgl. auch DVP, Bd. XVIII, Dok. 171, 172.

Nr. 117
**Entwurf einer Rede des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung
in Berlin Kandelaki**

Entwurf
[nicht später als 9.4.1935]

ERKLÄRUNG KANDELAKIS ANLÄSSLICH DER UNTERZEICHNUNG
DES ABKOMMENS

Das heute unterzeichnete Abkommen¹ ist ein großer Schritt vorwärts in der Entwicklung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen. Die deutschen Wirtschaftskreise haben sich immer, wie das bereits der Volkskommissar für den Außenhandel der UdSSR Herr Rozengol'c in seiner Rede auf dem 7. Sowjetkongress im Januar 1935² festgestellt hat, durch eine bedeutende Flexibilität bei dem Aufspüren von neuen Formen der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR ausgezeichnet.

Warum suchen gegenwärtig viele Länder nach neuen Formen von Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR?

Nach der erfolgreichen Erfüllung des Fünfjahrplanes hat sich einerseits der Bedarf der sowjetischen Wirtschaft am Import bedeutend verringert. Andererseits ist es nicht schwer zu verstehen, dass die UdSSR, die hauptsächlich Maschinen und Anlagen für ihre zahlreichen im Bau befindlichen Fabriken und Werke importiert, von der Natur der Sache her für diesen Import langfristige Kredite benötigt. Im Zusammenhang damit hat die UdSSR in letzter Zeit in allen Ländern die Vergabe von Aufträgen auf der Grundlage der früheren kurzfristigen Kredite bedeutend reduziert und ist dazu übergegangen, den Einkauf von Waren entweder gegen Barzahlung oder zu langfristigen Kreditbedingungen zu tätigen.

Diese Veränderung in der Importpolitik der UdSSR wurde dadurch erleichtert, dass die UdSSR in den letzten zwei Jahren ihre bedeutende Schuldenlast gegenüber den kapitalistischen Ländern, die durch die kurzfristigen Kredite der früheren Jahre aufgelaufen war, fast vollständig beglichen hat.

Die Geschäftspartner der UdSSR standen somit vor der Alternative, entweder ihren Warenumsatz mit der UdSSR mit jedem Jahr zu verringern und die Praxis der früheren kurzfristigen Kredite und des Verkaufs gegen Barzahlung beizubehalten, oder, wenn sie eine Erweiterung des Warenumsatzes mit der UdSSR wollten, zu langfristigen Krediten überzugehen.

Ogleich das heute unterzeichnete Abkommen über den fünfjährigen 200-Millionenkredit auch nicht im vollen Ausmaß die Bedürfnisse der sowjetischen Importpolitik befriedigt, was sowohl die Laufzeit als auch die Finanzierungsmodalitäten betrifft, so stellt es zweifellos einen gewichtigen Schritt dar, diesen Bedürfnissen entgegenzukommen. Dabei ist neben der Laufzeit des Kredites der Umstand wichtig, dass der Kredit diesmal nicht durch einzelne Firmen, sondern durch ein Bankenconsortium gewährt wird, so dass die sowjetischen Handelsorganisationen

¹ Vgl. Dok. 116.

² Vgl. Izvestija vom 31. Januar 1935, S. 4.

mit den Firmen für die gelieferten Anlagen gegen Bargeld verrechnen werden, was selbstverständlich eine erhebliche Erleichterung bedeutet, sowohl für die Handelsorganisationen der UdSSR als auch für die deutschen Firmen.

Ich zweifle nicht daran, dass beide Seiten mit dem Ergebnis dieses Abkommens zufrieden sein werden. Die deutschen Wirtschaftskreise, die über bedeutende Erfahrungen in der Arbeit mit der UdSSR verfügen, werden auf der Grundlage des neuen Abkommens ihre einstigen Verbindungen zu sowjetischen Fabriken und Werken zweifellos festigen und ausbauen.

Zugleich ist mit den Abkommen über den 200-Millionenkredit auch die Frage des sowjetischen Exports nach Deutschland für 1935 geregelt worden. Der sowjetische Export war und bleibt die Hauptquelle, um die sich aus den ^{**3} Aufträgen ergebenden Verbindlichkeiten der UdSSR zu decken. Das heute unterzeichnete Abkommen sieht die Tilgung der für 1935 verbliebenen Verbindlichkeiten der UdSSR in Höhe von 250 Mio. Mark größtenteils durch Warenlieferungen aus der UdSSR vor. Dabei ist vorgesehen, die entsprechenden Warenlieferungen ungehindert zur Einfuhr nach Deutschland zuzulassen.

Zum Abschluss möchte ich Folgendes bemerken: Die UdSSR ist bereits seit geraumer Zeit nicht mehr auf die Lieferung vieler Waren angewiesen, die sie früher aus dem Ausland bezogen hat. Die leistungsfähige Metallurgie und der leistungsfähige Maschinenbau, die in den vergangenen sechs Jahren geschaffen worden sind, decken im Wesentlichen alle Bedürfnisse unseres gewaltigen Landes ab. Die UdSSR wird deshalb nicht das importieren, was ihr andere Länder anbieten, sondern nur das, was sie für sich als notwendig erachtet. Darin eingeschlossen sind die für die UdSSR wichtigen Verträge über technische Hilfeleistung und die Inbetriebnahme von neuen, besonders komplizierten Werken. Diesem Erfordernis entspricht im Übrigen auch das jetzige Abkommen.

Wenn bei der Verwirklichung dieses Abkommens beide Seiten den erforderlichen guten Willen und gegenseitiges Verständnis an den Tag legen, wird es, wovon ich überzeugt bin, einen wohlthuenden Einfluss auf die Entwicklung und Belebung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen ausüben.

RGAE, f. 413, op. 13, d. 1007, l. 29–30. Kopie.

Nr. 118

Aufzeichnung der Unterredung des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski mit dem Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern

Moskau, den 9. April 1935

Notiz

Bei meinem heutigen Besuch brachte Herr Stern das Gespräch auf die politische Lage und drückte, allerdings in unverbindlicher Form, seine Meinung aus, dass die Beziehungen *zwischen Deutschland und der Sowjetunion von Tag zu Tag

³ Das an dieser Stelle stehende Wort „früheren“ ist mit Tinte durchgestrichen.

schlechter würden und unfehlbar zum Kriege treiben würden*¹. Ich lachte ihn aus und sagte, Deutschland würde die Sowjetunion bestimmt nicht angreifen, und ich hätte auch nicht den Eindruck, dass die Sowjetunion in der Lage sei, Deutschland anzugreifen, also wüsste ich nicht, wie es zu einem Kriege kommen sollte. Herr Stern sprach dann lange über die deutsche Aufrüstung und äußerte dabei phantastische Ansichten über die Stärke der deutschen Wehrmacht. Ich habe darauf nochmals den Artikel des Herrn Tuchaschewsky zur Sprache gebracht² und meiner Meinung Ausdruck gegeben, dass Herr Tuchaschewsky als alter Soldat wohl selbst kaum an das glauben könne, was er in seinem Artikel geschrieben habe, denn als militärischer Fachmann müsse er ja wohl wissen, dass man Armeen nicht aus dem Boden stampfen kann, sondern dass es einer langen und sorgfältigen Arbeit bedürfe, um eine große Armee zu schaffen, was die Sowjetunion wohl aus eigener Erfahrung zur Genüge wisse. Herr Stern wollte sich aber nicht überzeugen lassen und gab wiederholt seinem Pessimismus über die weitere Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen Ausdruck.

Wenn ich dieser Unterhaltung auch weiter keinen großen Wert beimesse, so ist der Pessimismus und die Art der Gesprächsführung des Herrn Stern mir in dieser Schärfe bisher noch nicht begegnet; sie gibt aber einen ungefähren Begriff davon, in welcher Art das Außenkommissariat gegenwärtig mit den hiesigen diplomatischen Vertretungen spricht, und wie das Gespenst der deutschen Gefahr an die Wand gemalt wird.

v[on] Twardowski

Hiermit Herrn Botschafter vorgelegt.

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt oben: A 831 und unten A 9 gen[eralia]; am Seitenrand handschriftlich: H[err] v[on] Tw[ardowski]. Sie geben wohl einen Abdruck von dieser und der anderen Aufzeichnung (laissez-passer) an H[errn] v. Tippelskirch? Sch[ulenburg] 10/2. Darunter z.d.A. erledigt v.T[wardowski] 11[3] und auf beiden Blättern Abzeichnung Sch[ulenburg] 10/4. Am Ende maschinenschriftlich: Kleiner Umlauf z.d.A. der Abt. A mit Paraphen von Hi[lger] 12/4, We[lck] 13/4 und Di[ittmann] 15/4.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429076-429077.

Nr. 119

Aufzeichnung des Chefs der Abteilung „Fremde Heere“ im Reichswehrministerium von Stülpnagel

Chef T 3

11.4.1935

Notizen zur augenblicklichen militärpolitischen Lage

Ein bewaffneter Konflikt in absehbarer Zeit findet Deutschland in einer Lage, die um vieles günstiger ist als 1914.

¹ Der Text ist am Seitenrand von Schulenburg angestrichen.

² Vgl. Dok. 100.

1. Auf die finanzielle und allgemein auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands soll nicht näher eingegangen werden, sie ähnelt der gegen Ende des Weltkrieges.

2. In einem künftigen Kriege wird das Moment der überraschenden Kriegseröffnung eine besondere Rolle spielen. Frankreich stellt sich bewusst darauf ein; für die nächsten Monate sind rd. 13 Divisionen an der deutschen Grenze zu sofortigem Einmarsch binnen weniger Stunden bereit. Die künftige französische Heeresorganisation (Vermehrung der Grenzgarnisonen, Motorisierung von etwa 10 französischen Divisionen usw.) wird diesem Gesichtspunkt noch weiter Rechnung tragen.

Angesichts der Entmilitarisierung des Rheinlandes und der 50 km Zone wird es für uns unmöglich werden, diesen Einmarsch wirksam aufzuhalten. Das erste große Kriegsziel Frankreichs wird erreicht werden: Die Besitznahme des linken Rheinuferes.

3. Durch die Entwicklung der Technik ist Deutschland noch auf lange Zeit ins Hintertreffen geraten. Selbst bei einem zahlenmäßig starken Heer können wir die materielle Rückständigkeit erst in Jahren ausgleichen.

Diese Tatsache ist umso schwerwiegender, als im Zukunftskrieg unbestritten Fragen des Materials – Munitionierung, Kampfwagen, Motorisierung und vor allem eine starke Luftwaffe – eine ungeahnte Rolle spielen.

Diesen Vorsprung vor Deutschland auszunutzen sind die meisten Nachbarstaaten eifrig bemüht. In erster Linie Frankreich, wo mit gewaltigen Anstrengungen und weitgehender Umorganisation in den nächsten Jahren zu rechnen ist; in zweiter Linie Tschechei; dann Italien und England, wo ähnliche Bestrebungen erkennbar sind.

4. Die militärpolitische Lage Deutschlands ist in absehbarer Zeit äußerst ungünstig. Zwar kann zu Beginn eines Konfliktes vielleicht mit der Neutralität Polens gerechnet werden, Russland wird nur mit der Luftflotte, mit der Marine und mit materiellen Hilfeleistungen auftreten können; aber als voraussichtliche Gegner stehen uns gegenüber: Frankreich und die Tschechei, im Augenblick auch Italien, vielleicht Belgien und der Rest der Kleinen Entente. England wird bestenfalls neutral bleiben. Schon rein zahlenmäßig bedeutet das, dass einige 30 deutsche Divisionen rd. 100 französischen, rd. 30 tschechischen, rd. 70 italienischen Divisionen (einschl. Reservedivisionen) gegenüberstehen.

Auf bewaffnete Hilfe können wir nirgends zählen.

5. Die militärischen Folgerungen ergeben sich von selbst:

a) wenn irgend möglich jeden Konflikt vermeiden, keine Provokationen, vor allem nicht in Österreich und in der entmilitarisierten Zone,

b) das Verhältnis zu Italien zu bessern suchen, überhaupt einer Einkreisung vorbeugen selbst unter Opfern.¹

(gez.) v. Stülpnagel

Veröffentlicht in: Klaus-Jürgen Müller: General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933-1938, Boppard am Rhein 1980, S. 434-437.

¹ Schon einen Monat früher entstand im Reichswehrministerium eine Ausarbeitung über „[d]ie wehrwirtschaftliche Lage von Deutschland, Frankreich, Belgien, Russland, Tschechoslowakei, Polen, Italien“. Eine Zusammenfassung des AA datiert vom 11.3.1935. Darin wird Russland als „in den wichtigsten [Roh]Stoffen ein in sich autarkes Land“ bezeichnet. Die Versorgung mit ihnen bleibe „eine Frage der weiteren Industrialisierung und der Transportlage“. In: Akten der Reichskanzlei, Die Regierung Hitler, Bd. II/1, Dok. 112, S. 416–419, hier S. 418.

Nr. 120
Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses
der Deutschen Wirtschaft

Nr. 1182/R

Berlin, den 11. April 1935

Vertraulich!

An die

1. Mitglieder des R.-A.,
2. Geschäftsführungen der Spitzenorganisationen,
3. Wirtschaftsgruppen und Bezirksgruppen,
4. an sämtliche Industrie- und Handelskammern.

Betrifft. Deutsch-russische Wirtschaftsvereinbarung vom 9.4.1935¹

Die deutsch-russische Wirtschaftsvereinbarung vom 9.4.1935 wird im Wortlaut nicht veröffentlicht. Wir werden aber in den allernächsten Tagen mit vertraulichem Rundschreiben das bekanntgeben, was die am Russlandgeschäft beteiligten Firmen unbedingt wissen müssen.

In Beantwortung wiederholt an uns gerichteter Fragen bringen wir schon heute Nachstehendes zur Kenntnis:

1. Der seitens des deutschen Bankenkonsortiums der Handelsvertretung der UdSSR zur Verfügung gestellte Kredit von 200 Millionen Reichsmark ist ein Warenkredit, also kein Finanzkredit.

2. Die zusätzlich zum laufenden Geschäft in Aussicht genommenen Bestellungen im Gesamtbetrage von 200 Millionen Reichsmark mit einer durchschnittlichen Kreditfrist von 5 Jahren und einer Verzinsung von 2% über Reichsbankdiskont umfassen ausschließlich Objekte für Investitionen, und zwar in erster Linie Großmaschinen, Anlagen, Gesamteinrichtungen und die dazugehörigen Maschinen, also Objekte, für die auch schon das Rahmen-Lieferabkommen vom 15.6.1932² (Ziff. 3, A, Anm.2) längere Kreditfristen vorgesehen hat. Es ist beabsichtigt, solche Aufträge bis zum 31.3.1936 zu placieren, davon 75% möglichst bis Ende des Jahres. In den Rahmen dieser Bestellungen gehören nicht:

Rohstoffe,
Halbfabrikate,
Ersatzteile,
einfache Maschinen normaler Art,
chemische Erzeugnisse,
Konsumgüter,
Gegenstände des täglichen Gebrauchs.

Für diese Erzeugnisse bleiben maßgebend die Kreditfristen und Zahlungsbedingungen des Rahmen-Lieferabkommens vom 15.6.1932 bzw. die bestehenden Sonderabmachungen. Derartige Bestellungen sollen noch im Jahre 1935 in Höhe von ca. 60 Millionen Reichsmark erteilt werden.

¹ Vgl. Dok. 116.

² Vgl. Dok. 49, Anm. 2.

3. Was die im Schlusssatz des am 10.4.1935 herausgegebenen Pressecommuniqués³ über die deutsch-russische Wirtschaftsvereinbarung genannten 150 Millionen Reichsmark Einfuhr russischer Erzeugnisse anbetrifft, so sind Geschäfte für ca. 50 Millionen Reichsmark bereits getätigt worden. Im Einzelnen festgesetzte Erzeugnisse im Werte von 40 Millionen Reichsmark plus 60 Millionen Reichsmark (letztere entsprechend der oben erwähnten 60 Millionen Reichsmark Bestellungen im laufenden Geschäft) werden bis zum Jahresende hereingenommen. Der Erlös aus dieser Einfuhr wird der Handelsvertretung der UdSSR in dem bisherigen Umfange frei zur Verfügung gestellt und soll zur Schuldenabdeckung verwandt werden.

4. Die Bereinigung der Pfund- und Dollarabwertungsfrage wird in der in unserem Rundschreiben vom 16.1. ds. Js. Tgb.Nr. 128/R angedeuteten Weise erfolgen. Alles Nähere, auch die Einsetzung der Treuhänderkommission, wird noch bekanntgegeben.

Heil Hitler! Russland-Ausschuss der deutschen Wirtschaft
Die Geschäftsführung
Tschunke Haubrich

Tsch./Chr.

RWWA, 72-47-6, o. P., 2 Bl.

Nr. 121

**Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, 12. April 1935

TAGEBUCH

des Gen. BESSONOV

Nr. 173/s¹

Aufzeichnung des Gesprächs mit Schacht, 9.IV.

Anlässlich der Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens² gab Schacht für die Verhandlungsteilnehmer ein Frühstück, zu dem auch ich geladen war. Schacht, ich saß neben ihm, sprach während des Frühstücks viel über die Notwendigkeit einer weiteren wirtschaftlichen Annäherung zwischen der UdSSR und Deutschland. Er sagte, er werde an dem Kurs festhalten, die Wirt-

³ Vgl. „Deutsch-russische Wirtschaftsvereinbarungen. Kredit soll Bestellungen für 200 Mill. ermöglichen“. In: Frankfurter Zeitung vom 10. April 1935, S. 1.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 116.

schaftsbeziehungen mit der Sowjetunion zu vertiefen und zu festigen, in einer solchen Annäherung sehe er die Gewähr für ein Aufblühen beider Länder. Schacht äußerte sich in höchsten Tönen über das Wirtschaftssystem der UdSSR, insbesondere äußerte er sich sehr anerkennend über die Finanzpolitik der Sowjetunion, die den Červonec³ stabil halte und langsam, aber sicher jetzt seine Kaufkraft erhöhe. Mit großem Interesse befragte mich Schacht über Gen. Stalin und sagte, seiner Meinung nach sei er einer der größten Staatsmänner der Gegenwart, und er hätte niemals den im Ausland verbreiteten Gerüchten geglaubt, wonach sich Stalin angeblich ungenügend in den europäischen Problemen auskenne. Der Besuch Edens⁴ bewiese seiner Meinung nach das glatte Gegenteil.

Zu den Problemen der Wirtschaftsbeziehungen zurückkehrend sprach Schacht die Hoffnung aus, dass wir in allernächster Zeit dank der Erweiterung unserer Rohstoffbasis in der Lage sein werden, einen Teil der uns zur Verfügung stehenden Rohstoffe an Deutschland abzugeben. Er zeigte eine recht gute Kenntnis über den Zustand unserer Erdölwirtschaft.

Auf die Perspektiven unserer Aufträge in Deutschland eingehend sagte mir Schacht, dass er, falls wir die Hydrierung von Braunkohle aufnehmen wollten, persönlich geneigt sei, uns den Rat zu geben, nicht mit der Hydrierung von Braunkohle, sondern mit der Hydrierung von Hüttenkohle, die besser für diesen Zweck geeignet sei, zu beginnen. Sehr abschätzig äußerte er sich zur Idee von Gasgenerator-Motoren auf der Grundlage von Holz als Brennstoff. Viel größere Hoffnungen setze er auf die jetzt in der Entwicklung befindlichen Motoren, die mit Steinkohlenteer arbeiten.

Auf die Annäherung zur UdSSR zurückkommend bestätigte Schacht mir und Gen. Kandelaki, dass er seinen Kurs auf Annäherung an die UdSSR mit Wissen und Billigung Hitlers durchführe.

Nach Beendigung des Frühstücks übernahm Schacht selbst die Redaktion des Kommuniqués für die Presse und diktierte es unter schwachen Widerstandsversuchen seitens der dabei anwesenden Meyer, Mossdorf und Bräutigam. Es ist aufschlussreich, dass während der Redaktion des Kommuniqués die Mitteilung über jene Vorschläge eintraf, die Gen. Rozengol'c zum Kommuniqué hatte. Schacht erklärte unverzüglich, dass er bereit sei, in das Kommuniqué all das aufzunehmen, was die Russen in ihm einzufügen wünschten. Deshalb übernahm er den Punkt über den 200-Millionenkredit vollständig in unserer Redaktion. Er übernahm ebenso ohne jegliche Einwände die Vorschläge, die uns Gen. Rozengol'c telegrafisch übermittelt hatte. Er erklärte weiterhin, dass er bereit sei, bis 7 Uhr abends jeglichen Vorschlag zur Veränderung des Kommuniqués anzuhören und anzunehmen, falls er von unserer Seite erfolgen sollte. Er sagte dazu, er sei sich sehr wohl der Bedeutung bewusst, die die eine oder andere Formulierung für uns habe. „Sie wollen“, sagte er, „solch ein Kommuniqué haben, welches Ihnen die Gespräche in anderen Ländern erleichtert. Bitte, ich habe nichts dagegen.“ Und als er sich darauf an Meyer, Mossdorf und Bräutigam wandte, die versucht hatten, durch die Redak-

³ Eine Goldmünze, die in Russland zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts in Umlauf gebracht wurde. Mit der Währungsreform in der ersten Hälfte der 1920er Jahre wurde als Červonec die Währungseinheit bezeichnet, die 10 sowjetischen Rubeln entsprach. Dieser Červonec hatte den gleichen Goldgehalt wie der vor der Revolution. Zwecks Vereinheitlichung des Finanzsystems wurde 1925 für ebenfalls 10 Rubel ein Papier-Červonec ausgegeben.

⁴ Vgl. Dok. 93, Anm. 11.

tion den Wortlaut des Communiqués zu verschlechtern, sagte er, er betrachte diese Versuche als Haarspalterei, er führe uns gegenüber eine ehrliche Politik und rechne von unserer Seite ebenso auf ein direktes und ehrliches Verhalten ihm gegenüber.

Zum Abschluss bat er uns, dass wir uns bei den geringsten Schwierigkeiten bei der weiteren Verwirklichung des Abkommens unbedingt an ihn wenden.

[...]⁵

Aufzeichnung des Gesprächs mit Meyer, Tippelskirch und dem 3. Sekretär der Deutschen Bot[schaft] in Moskau, Hensel

Am 11.IV. sprach ich während des Frühstücks bei Meyer mit Meyer, Hensel und Tippelskirch. Alle halten den Abschluss des Wirtschaftsabkommens für einen großen Schritt vorwärts, dem einige andere Schritte zuerst auf dem Gebiet der Beilegung von Konfliktfragen und danach auf dem Gebiet der kulturellen Annäherung folgen müssten. Insbesondere Hensel beharrte auf eine Beilegung von Konfliktfragen, wobei er die Hauptschwierigkeit darin sieht, dass die Deutschen uns gegenüber bedeutend mehr Ansprüche haben, als es umgekehrt der Fall ist. Mit Nachdruck äußerte sich Hensel zu den Fällen Fuchs⁶ und Volkova⁷. Danach nahm mich Hensel beiseite und erklärte mir, wie er sich ausdrückte, im Auftrage von Meyer, dass die Deutschen wegen der Rede des Gen. Litvinov in Genf zum Abschnitt 5 des Versailler Vertrages⁸ sehr besorgt wären. Sie könne in Deutschland doch den gleichen Eindruck hinterlassen wie seinerzeit die Rede Litvinovs zur Saarfrage.⁹

Ich antwortete darauf, es sei nicht Sache der Deutschen und nicht einmal der Berliner Bevollmächtigten Vertretung, den Inhalt der Reden des sowjetischen Kommissars für Auswärtige Angelegenheiten in Genf zu bestimmen. Es wäre bei weitem zweckdienlicher, wenn die deutsche Seite ihre Aufmerksamkeit auf einige Reden von deutschen Ministern, von der Art der von Heß kürzlich gehaltenen empörenden Rede in Danzig¹⁰, richten würde.

Damit endete das Gespräch.

Bessonov

[...]¹¹

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1424 vom 21.4.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, [die Exemplare] 2–5 an Gen. Krestinskij, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 69–71. Original.

⁵ Ausgelassen ist die Aufzeichnung der Unterredung mit Gauquié am 9.4. (l. 70–70R).

⁶ Vgl. Dok. 28.

⁷ Vgl. Dok. 93.

⁸ Vgl. Dok. 128.

⁹ Vgl. DVP, Bd. XVII, Dok. 423, S. 736–738.

¹⁰ Vgl. Dok. 113, Anm. 1.

¹¹ Ausgelassen sind die Aufzeichnung des Gesprächs mit der türkischen Handelsdelegation am 5.4. und das Postskriptum dazu vom 12.4. (l. 71–71R).

Nr. 122

Stellungnahme der Reichsregierung zum Ostpakt-Projekt

Berlin, den 13. April 1935

Der Standpunkt der Reichsregierung zum Ostpaktplan¹

Irreführende Auslegungen in verschiedenen Pressekommentaren haben die Reichsregierung veranlasst, ihren Standpunkt in der Frage des Ostpaktes wie folgt zu präzisieren:

I. In den Berliner Besprechungen hat der Führer und Reichskanzler der britischen Delegation mitgeteilt², dass die deutsche Regierung zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sei, zum Ostpakt in der vorgeschlagenen Form ihren Beitritt zu erklären. Die deutsche Reichsregierung sei demgegenüber aber bereit, einem solchen kollektiven Sicherheitspakt ihre Zustimmung zu geben dann, wenn er

erstens sich aufbaue auf gegenseitigen und allgemeinen Nichtangriffsverpflichtungen und Schiedsgerichtsverfahren,

zweitens im Falle einer Friedensstörung ein konsultatives Verfahren vorsehe.

Drittens sei die deutsche Reichsregierung bereit – unter Betonung der Schwierigkeiten der einwandfreien Feststellung eines Angreifers –, sich allgemeinen Maßnahmen der Nichtunterstützung eines solchen anzuschließen. Zu diesem Angebot steht die deutsche Reichsregierung auch heute.

II. Der Führer und Reichskanzler hat in dieser Besprechung weiter mitgeteilt, dass die deutsche Regierung nicht in der Lage sei, einem Paktvorschlag zuzustimmen, der, sei es für alle oder für einzelne, mehr oder weniger automatische militärische Beistandsverpflichtungen enthalte. Diese sähe darin nicht ein Element der Friedenserhaltung, sondern eher noch ein Element der Friedensbedrohung. Die deutsche Regierung bekennt sich auch heute zu dieser Auffassung und zu der sich daraus ergebenden Haltung.

Die Reichsregierung hat sofort nach Übernahme der Macht ihren Wunsch ausgedrückt, mit den umliegenden Staaten Nichtangriffspakte abzuschließen. Sie machte diesen Vorschlag, ohne eine eingehende Kenntnis bestehender zwei- oder mehrseitiger militärischer Abmachungen einzelner Staaten zu besitzen und ohne jede Bezugnahme auf sie. Da sie selbst keine aggressiven Absichten hegt, fühlt sie sich von wirklichen Defensivabkommen auch nicht betroffen. Zu dieser Auffassung bekennt sich die deutsche Regierung heute noch. So wenig sie daher in der Lage ist, einem Pakt beizutreten, der solche militärischen Verpflichtungen als ein wesentliches Element seines Inhaltes und damit seiner Existenz enthält, so wenig können solche außerhalb dieses Paktes liegenden Vereinbarungen die deutsche Reichsregierung behindern, ihrerseits Nichtangriffspakte auf der oben fixierten Basis abzuschließen.

Dies ist der Sinn der Antwort der deutschen Reichsregierung auf die Frage des kgl. britischen Botschafters³, ob Deutschland bereit sei, einen Ostpakt auf der von

¹ Dieser Text wurde am 13.4.1935 durch Meyer mit Begleittelegramm u.a. an die Botschaft Moskau weitergeleitet (vgl. PA AA, R 31619, Bl. H 102659) und als DNB-Kommunique Nr. 582 am 14.4.1935 vormittags verbreitet.

² Vgl. Dok. 59, Anm. 2.

³ Eric Phipps.

ihm selbst angedeuteten Grundlage abzuschließen, auch für den Fall, dass andere Staaten unter sich noch besondere Abmachungen getroffenen hätten oder treffen würden.

Die deutsche Reichsregierung will aber an dieser Stelle die folgenden Bemerkungen nicht unterdrücken:

Die von verschiedenen Regierungen als nötig erachtete Ergänzung von Nichtangriffs- und Gewaltausschließungspakten durch militärische Beistandsverpflichtungen beruht auf einem Widerspruch in sich. Entweder man glaubt an freiwillig übernommene Verpflichtungen oder man glaubt an sie nicht. Glaubt man an sie, dann ist die Notwendigkeit solcher militärischen Abmachungen nicht einzusehen. Zweifelt man aber an der aufrichtigen Einhaltung einer übernommenen Nichtangriffsverpflichtung, dann ist dieser Zweifel genau so berechtigt gegenüber der sinn gemäßen Einhaltung der ergänzenden militärischen Verpflichtungen solcher Friedenspakte. Wenn es möglich ist, dass aus Nichtangriffspakten Kriege entstehen, ist es ebenso möglich, dass aus defensiven Beistandspakten offensive Angriffshandlungen kommen. Nur scheint der deutschen Reichsregierung der Weg vom Gewalt-Ablehnungs- und Ausscheidungspakt zum gewalttätigen Friedensbruch ein weiterer zu sein als der Weg von militärischen Verpflichtungen defensiver Natur zu einer militärischen Haltung offensiver Art. Die deutsche Reichsregierung sieht aber nach wie vor in dieser Entwicklung militärischer Bündnisse in Europa kein Element einer kollektiven friedlichen Entwicklung oder gar eine Garantie des Friedens. Sie ist daher auch nicht in der Lage, Pakte zu unterzeichnen, in denen solche Verpflichtungen ein integrierter Bestandteil sind, gleichgültig ob für alle oder für einzelne Teilnehmer.

Der vorliegende Standpunkt ist dem britischen Staatssekretär des Äußeren⁴ durch Vermittlung der hiesigen Botschaft amtlich mitgeteilt worden.

PAAA, R 31619, Bl. M 006122.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 29, S. 51–53.

Nr. 123

**Telegramm des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
[z. Zt. in Genf]**

*14. April 1935
Vorrangig*

Vor Ihrer Abreise hatten wir noch nicht die Entscheidung über unsere Haltung in Bezug auf die Verletzung des Versailler Vertrages durch Deutschland¹ und über unsere Haltung bei der Erörterung dieser Frage im Völkerbund getroffen.

⁴ John Simon.

¹ Gemeint ist die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland und die Verlautbarung, die Luftwaffe aufzubauen. Vgl. Dok. 84, Anm. 1.

Wir teilen den heute gefassten Beschluss der Instanz mit:

1. Wir können uns nicht mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages solidarisieren und dürfen keine Punkte dieses Vertrages verteidigen, auch nicht den Punkt über das Verbot der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland.

2. Die sowjetischen Delegierten müssen in ihren Reden in der Sitzung des Völkerbundes zur Frage des Protestes Frankreichs im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen in Deutschland unsere negative Haltung zum Versailler Vertrag erklären und zugleich unterstreichen, dass die UdSSR die einseitige Außerkraftsetzung dieses Vertrages oder einzelner seiner Teile als eine verfehlte und gefährliche Methode betrachtet, die für die Sache des Friedens eine Bedrohung schafft.

3. Unsere Delegierten haben dem Bericht wie auch der Resolution zur bezeichneten Frage nicht, ich wiederhole, nicht zuzustimmen, sondern sich zu enthalten und ausführlich die Motive für unsere Enthaltung im Sinne der beiden vorhergehenden Punkte darzulegen und zugleich darauf zu verweisen, dass wir nicht Teilnehmer des Versailler Vertrages sind und für ihn keine Verantwortung tragen können.²

Im Auftrag der Instanz.

Krestinskij

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 180, S. 284–285.

Nr. 124

Schreiben des Chefs der Hauptverwaltung für die Zivile Luftfahrt Tkačev an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

Geheim

Expl. Nr. 1
14.IV.1935

Nr. 0141-s¹

AN DEN
STELLV[ERTRETENDEN] VOLKSKOMMISSAR
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Betrifft: Vorschlag der Lufthansa über den Anschluss
von Tilsit an das Liniennetz der Deruluft

Die Lufthansa unterbreitete uns den Vorschlag, einen zusätzlichen Streckenabschnitt Königsberg – Tilsit einzurichten.

Die Umsetzung dieser Maßnahme erfordert eine Erhöhung der Subventionen, wobei die deutsche Seite eine Inlandslinie bekommt, deren Gewinn vollständig an

² Vgl. Dok. 128.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

die Deutschen geht, während die Subventionierung aber zu gleichen Teilen auf beide Seiten verteilt wird.

Zur Aufgabe der Russisch-Deutschen Gemischten Gesellschaft Deruluft gehört es, die Luftverbindung auf der Linie Moskau – Berlin allseitig zu entwickeln; die Einrichtung von Inlandsfluglinien im nationalen Rahmen hat jedoch überhaupt nichts mit der Deruluft zu tun.

Der Vorschlag der Lufthansa ist ein verschleierte Versuch, in Tilsit auf Kosten der sowjetischen Seite einen Stützpunkt für die Deruluft zu schaffen.

Angesichts des Dargelegten halte ich den Vorschlag der Lufthansa für ****unzweckmäßig****².

Ich erbitte umgehend Ihre Stellungnahme.

LEITER DER AEROFLOT

TKAČEV

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: an Gen. Štern, mir scheint, dass Tkačev recht hat. Ihre Meinung? N. Kr.³

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: Gen. Krestinskij zusammen mit meiner Stellungnahme zu übergeben. Š[tern]. 16.IV.35.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1925 vom 14.4.1935.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 849 vom 16.4.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 2 Expl. 1 [Exemplar] an den Adressaten, 1 zu den Akten. 14.IV.35. Nr. 999.

Auf Kopfbogen der Hauptverwaltung für die Zivile Luftflotte „AEROFLOT“ geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 56, l. 1. Original.

Nr. 125

Aufzeichnung der Unterredung des Staatssekretärs im AA von Bülow mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Berlin, den 15. April 1935

Der Russische Botschafter¹ besuchte mich heute Nachmittag, um Näheres über unsere Stellung zum Ostpakt zu erfahren, ehe er über die verschiedenen amtlichen Veröffentlichungen hierzu an seine Regierung berichte. Ich schilderte ihm in großen Zügen den Gang der Erörterung während des Besuchs von Simon und Eden², den Be-

² Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: indiskutabel.

³ Am 16.4. übersandte Štern Krestinskij eine Stellungnahme, in der er Tkačev zustimmte, den Vorschlag der Lufthansa abzulehnen, der „ausschließlich von politischen Erwägungen ausgeht und zum Ziel hat, Ostpreußen als Brückenkopf für gewisse deutsche Bestrebungen auszubauen“. In: Vgl. AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 56, l. 2. Am 22.4. informierte Krestinskij Tkačev darüber, dass das NKID seine negative Haltung zum Vorschlag der Lufthansa hinsichtlich einer Erweiterung der Deruluft-Linie von Königsberg nach Tilsit teilte. Vgl. ebenda, l. 3.

¹ Jakov Zacharovič Suric.

² Vgl. Dok. 59, Anm. 2.

such des englischen Geschäftsträgers³ beim Reichsminister am 12. April, die falsche Auslegung, die die Presse von unserer Antwort auf die englische Anfrage gegeben habe und den Sinn und Tragweite der Veröffentlichung über den Standpunkt der Reichsregierung vom 13. April⁴. Den Botschafter *interessierte besonders die Frage, ob ein eventueller Vertrag zur gegenseitigen militärischen Unterstützung völlig losgelöst vom eventuellen Ostpakt sein müsse, ob wir beliebig viel derartige Sonderverträge zulassen wollten, ferner wie der Teilnehmerkreis gedacht sei, insbesondere ob der Pakt Russland und auch Frankreich umschließen solle und schließlich, wie wir uns die Feststellung des Angreifers bei der Verpflichtung zur Nichtunterstützung dächten.

Ich sagte ihm zu den letzten Punkten, die Frage des Teilnehmerkreises sei, von dem vorübergehenden Ausschluss Litauens abgesehen, bisher nicht erörtert worden und wir hätten uns auch keine Formel für die Bestimmung des Angreifers überlegt und auch nicht die bestehenden Abmachungen hierüber auf ihre Brauchbarkeit geprüft, da bisher noch niemand unseren Vorschlag der Nichtunterstützung^{*5} des Angreifers angenommen habe. Über die Schwierigkeiten der Angreiferbestimmung seien wir uns aber im Klaren und der Führer und Reichskanzler habe Sir John Simon hierauf ausdrücklich hingewiesen.

gez. Bülow

Auferstem Blatt am Seitenrand maschinenschriftlich: Herrn Reichsminister, Abteilung IV, V, II. und handschriftlich: ab 16/4.

PA AA, R 29457, Bl. E 190192-190193.

Nr. 126

Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

Moskau, den 16. April 1935

Vertraulich

D/495

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Im Anschluss an anderweitige Meldung vom 10.¹ und 11. d. M.

Inhalt: Aufnahme des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens vom 9. April 1935² in der Sowjetunion.

Der Widerhall, den das deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommen vom 9. April 1935 in der Sowjetpresse gefunden hatte, war verhältnismäßig gering. Zwar

³ Basil Cochrane Newton. Die Aufzeichnung des Gesprächs mit von Neurath in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 24, S. 44–45.

⁴ Vgl. Dok. 122.

⁵ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

¹ Vgl. Telegramm Schulenburgs vom 10.4.1935 an AA über die Aufnahme des Wirtschaftsabkommens in sowjetischen Zeitungen. In: PA AA, R 105998, Bl. H 001119.

² Vgl. Dok. 116.

brachten sämtliche Zeitungen am 10. April das durch die Agentur TASS verbreitete gemeinsame Communiqué³, jedoch darüber hinaus blieben die Presseverlautbarungen auf eine Stellungnahme der „Prawda“ vom 10. April beschränkt⁴, über deren Inhalt seinerzeit telegrafisch berichtet worden ist. Dabei fiel auf, dass der Artikel in der „Prawda“ im Gegensatz zu den sonstigen Gepflogenheiten dieses Blattes in einem sachlicheren und – ich möchte sagen – freundlicheren Ton gehalten war, als der Artikel Radeks in den „Iswestija“⁵, der sich nicht nehmen lassen konnte, bei der Erwähnung des Rückganges der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen von den „Übergriffen der faschistischen Behörden“ und der „feindseligen Atmosphäre“ zu sprechen, die „von der faschistischen Politik erzeugt“ würde.

Wider Erwarten haben die hiesigen führenden Wirtschaftszeitungen zu dem Abkommen redaktionell überhaupt nicht Stellung genommen, was insbesondere bei der „Sa Industrialisaziju“, dem Organ des Volkskommissars für die Schwerindustrie, wundernehmen muss, da dieses Blatt sich sonst stets mit solchen Fragen befasst.⁶ Es scheint, dass von oben Parole ausgegeben war, Unfreundlichkeiten zu unterlassen, und die „Sa Industrialisaziju“ es daher vorzog, überhaupt nichts zu sagen.

Während somit weder im Ton der Presse noch in den politischen Beziehungen unter dem Eindruck der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens eine Entspannung festzustellen ist, wird der Botschaft von Seiten der hier tätigen deutschen Firmenvertreter berichtet, dass bei den einschlägigen sowjetischen Wirtschaftsorganen der Abschluss des Kreditabkommens eine sichtbare Befriedigung ausgelöst hat und dass sie den Firmenvertretern gegenüber sich neuerdings entgegenkommender verhalten als bisher. Aus diesen Kreisen wird ferner gemeldet, dass in den entsprechenden Importorganisationen eine intensive Tätigkeit eingesetzt hat mit dem Ziele, die Bestellprogramme den veränderten Verhältnissen anzupassen und auf die in Frage kommenden deutschen Lieferfirmen umzustellen.⁷

Auch auf die Haltung des Außenhandelskommissariats ist der Abschluss des Abkommens nicht ohne Einfluss geblieben: es hat der Botschaft gegenüber seine Absicht zum Ausdruck gebracht, die bislang in der Schwebe gehaltene Frage wegen der Legalisierung der Tätigkeit der hiesigen deutschen Firmenvertreter einer Klä-

³ Vgl. „Sovetsko-germanskoe chozajstvennoe soglašenje“ (Das sowjetisch-deutsche Wirtschaftsabkommen). In: Prawda vom 10. April 1935, S. 1.

⁴ Vgl. „Germanskij financovyj kredit SSSR“ (Der deutsche Finanzkredit an die UdSSR). In: Prawda vom 10. April 1935, S. 1.

⁵ K. R[adek]: „Chozajstvennye otnošenija Germanii i SSSR“ (Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR). In: Izvestija vom 11. April 1935, S. 1.

⁶ In der Ausgabe vom 20.4.1935 erschien ein Bericht in „Za industrializaciju“, in dem laut Hilger „in sachlicher Form Stellung genommen“ wurde und der von ihm übersetzt am 26.4.1935 an das AA geschickt wurde. In: PA AA, R 94734, o. P.

⁷ In einem vertraulichen Schreiben des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft vom 17.4.1935 an die Vorstandsmitglieder des Russland-Ausschusses und an die Geschäftsführungen der Spitzenorganisationen hieß es, dass demnächst Beratungen über die Entsendung sowjetischer Bestellkommissionen stattfinden würden. Die ersten beiden Kommissionen würden eine Kommission der Automobilindustrie und eine Kommission des Verkehrskommissariats sein. In: PA AA, R 264226, Bl. 298–299. Knapp zwei Monate später schätzte der Russland-Ausschuss die Zahl der Ingenieure, die „nach Deutschland kommen werden bzw. hier bereits eingetroffen sind“, auf insgesamt etwa 100 Personen. In: BArch, NS 43/38, Bl. 273.

rung entgegenzuführen und hat den Leiter der Wirtschaftsabteilung der Botschaft⁸ um eine entsprechende Unterredung gebeten, über deren Verlauf heute ebenfalls ein Bericht erfolgt.

Schulenburg

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel des AA: IV Ru 1572 Eing. 24. Apr. 1935 und W. Am Seitenrand nicht entzifferte Paraphen und Stempel: Durchschlag an W gegeben. Unten: H. v. [nicht entziffert] (R.Wirt.Min.) v[on]T[ippelskirch] 30/4 und H 13 Ru A. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, R 94734, Bl. E 664251-664253.

Nr. 127

Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen

Moskau, den 16. April 1935

Lieber Herr von Dirksen!

Ich habe seit einer Ewigkeit nichts mehr von mir hören lassen. Dies lag zunächst daran, dass ich am *1. Februar* meinen diesjährigen *Urlaub* genommen habe, den ich in Lenzerheide *ski*¹laufenderweise verbrachte. Nach meiner Rückkehr nach Moskau hat mich dann die politische Lage naturgemäß sehr beansprucht. Wir hatten resp. haben eine Hochsaison, die zwar sehr abwechslungsreich, aber wenig erfreulich und noch weniger durchsichtig ist.

Wenn ich heute mich nun doch aufraffe, Ihnen zu schreiben, so liegt der unmittelbare Anlass dazu darin, *dass heute vor 13 Jahren der Rapallo-Vertrag geschlossen wurde*. Den *zehn*jährigen Rapallotag feierte ich bei *Krestinski*, den linken Arm noch in der Binde² und mit dem *schönen Auftrag des Auswärtigen Amtes, bei einer eventuellen Tischrede unter keinen Umständen etwas Politisches zu sagen*. Unterdessen ist die Entwicklung in einer Art und Weise verlaufen, die sich wohl damals kein Mensch träumen ließ. Heute sind wir der böse Feind der Sowjetunion und in wenigen Tagen *wird wohl das französisch-sowjetische Bündnis³ abgeschlossen* werden, das trotz aller gegenseitigen Erklärungen klar die Spitze gegen uns trägt, und das meiner Ansicht nach vor allem bedeutet, dass die Sowjetunion nunmehr endgültig einen Weg eingeschlagen hat, *der sie von uns mindestens politisch wegführt*. Dass die sowjetisch-französische Vereinbarung zeitlich zusammenläuft mit der Unterschrift des *200 Millionen* Kredits, an dem wir seit langen, langen Jahren arbeiten, ist eine Ironie des Schicksals. *Eine politi-

⁸ Gustav Hilger.

¹ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

² Am 5.3.1932 war auf das Auto des Botschaftsrats geschossen und von Twardowski dabei verletzt worden. Wahrscheinlich hatte das Attentat dem damaligen Botschafter von Dirksen gegolten.

³ Der sowjetisch-französische Vertrag wurde am 2.5.1935 in Paris unterzeichnet. Vgl. Osteuropa 10 (1934/35), H. 9, S. 568–571; DVP, Bd. XVIII, Dok. 205, S. 309–312.

sche Wirkung hat der Kredit nicht gehabt⁴, und die Hoffnungen, die man in der Beziehung in Berlin vielleicht hegte, haben sich nicht erfüllt. Diese ganzen Wirtschaftsbesprechungen sind ausschließlich in Berlin geführt worden, wir sind nur sehr lückenhaft nachträglich informiert worden und waren daher auch nicht in der Lage, unsere Ansichten zur Geltung zu bringen. So ist der 200 Millionen Kredit ein reines Handelsgeschäft, das uns den Bezug gewisser Rohstoffe, auf die wir Wert legen, auf Markbasis ermöglicht und sicherstellt.

Über *die wachsende Bedeutung der Sowjetunion im europäischen Spiel, über die kaltblütige und skrupellose Ausnutzung* der deutschen Unbeliebtheit in der Welt durch Litwinow, seine feindselige Einstellung uns gegenüber, ohne auch nur den geringsten Versuch, ein gewisses Verständnis für die deutsche Politik aufzubringen, die *Ablehnung jeden politischen Gesprächs* mit uns, brauche ich Ihnen wohl nicht mehr zu schreiben. Die Tendenzen, die ich Ihnen in meinem letzten Briefe andeutete⁵, haben sich immer mehr verstärkt, und jetzt sind wir so weit, *dass die Russen selbst in Privatgesprächen anfangen, von der Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit uns zu sprechen*, da „Deutschland in seinem beschränkten Wirtschaftsraum ja gar nicht anders kann, als gewaltsam sich neue Wirtschaftsgebiete zu erobern“. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hat das französisch-russische Bündnis schnell reifen lassen, und *jetzt geht der Kampf um Polen und die Baltischen Staaten*. In den Baltischen Staaten, Finnland und wohl auch in Schweden wächst die Angst vor der Sowjetunion. *Die Baltischen Staaten möchten sich nicht in das Spiel der Großmächte einmischen, möchten aber auch nach Möglichkeit eine Garantie ihres Territoriums durch die Sowjetunion vermeiden*, weil dies unabsehbare Gefahr für sie heraufbeschwört. Andererseits ist dort eine riesige Propaganda, wahrscheinlich mit russischem Gelde, tätig, die die deutsche Gefahr an die Wand malt. *Bieten wir den Baltischen Staaten jetzt Nichtangriffspakte an*, so könnte meiner Ansicht nach die Beschränkung des Ostpakts auf Frankreich, Tschechoslowakei und die Sowjetunion gelingen. *Bleiben wir weiter passiv, so ist die Gefahr*, dass die Regierungen der Baltischen Staaten sich doch noch dem französisch-russischen Bündnis anschließen, noch sehr groß. Allerdings glaube ich, dass außer dem Nichtangriffspakt mit den Baltischen Staaten *unsere Rückkehr in den Völkerbund notwendig wäre*⁶. Hierüber sind die Ansichten in Berlin aber noch sehr geteilt.

Die Japaner sind hier zu uns von einer auffallenden Freundlichkeit. Ob dies irgendetwas zu bedeuten hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Überhaupt habe ich mich noch selten in meiner bisherigen politischen Laufbahn politisch *so hilflos* gefunden und *so wenig die Situation übersehen können*⁷ wie zur Zeit. Die verschiedensten Strömungen und Interessen laufen überall durcheinander, und was nun eigentlich kommen wird, weiß kein Mensch. Baldwin hat die Situation meiner Ansicht nach am treffendsten gezeichnet mit den Worten, Europa gleiche einem Tollhaus.

⁴ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

⁵ Vgl. Brief von Twardowski an von Dirksen vom 6.12.1934 in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 82, S. 295–298.

⁶ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

⁷ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

Innenpolitisch wütet hier der Terror unvermindert fort. In den Großstädten ist anscheinend eine große Umsiedlungsaktion im Gange, die alle großen Zentren von sozial unerwünschten Elementen befreien soll. *Welche Stimmung dies hervorruft*, da es sich nicht nur um die „Früheren“ handelt, sondern auch *um ehemalige Trotzisten, Sinowjisten etc. können Sie sich vorstellen*. Ein *großes Kesseltreiben geht zur Zeit auch gegen das Volkskommissariat für Bildung* vor sich, und es hat den Anschein, *als ob Bubnow demnächst seinen Posten wird verlassen müssen*⁸. Seine Frau, die wir neulich bei dem Empfang für Eden trafen, ist von einer Nervosität, die kaum zu überbieten ist.

Andererseits hat eine kleine Reise, die ich kürzlich *mit Hilger nach Charkow und Dneproges⁹ machte*, mir einige sehr lebendige Vorstellungen von dem *Positiven, auf industriellem* Gebiet Erreichten gegeben. Besonders das Traktoren*werk in Charkow*¹⁰ ist eine Fabrik, die sich auch in Amerika sehen lassen könnte.

Unser Leben spielt sich *immer enger ausschließlich im Rahmen des Diplomatischen Corps ab. Alle Verbindungen zur russischen Welt sind jetzt abgeschlossen*. Was tatsächlich im Lande vorgeht, weiß kein Mensch mehr. Wie weit insbesondere die feindselige Einstellung gegenüber uns Deutsche geht, mag daraus erhellen, dass dem guten *Professor Lührs*, der auf einen Monat hierher kommen wollte, um sich über veterinäre Fragen zu unterrichten, *von den Russen glatt* erklärt wurde, dass sie ihm *irgendwelche Informationen nicht geben*¹¹ würden. So reiste er nach drei Tagen wieder ab.

Erdtmann ist einer Provokation zum Opfer gefallen und wurde Hals über Kopf nach *Innsbruck versetzt. Dittmann und Lamla werden jetzt auch von der GPU dauernd überwacht und haben ihr Gefolge wie sonst nur der Botschafter*¹². So ist es alles in allem hier immer unerfreulicher geworden und ich sehne aufrichtig den Augenblick herbei, wo ich in einem anderen Lande arbeiten kann. Leider sind die Aussichten hierfür trotz aller freundlicher Worte seitens der leitenden Herren des Amtes nicht gerade rosig, und Tippelskirch wird wohl noch eine Weile warten müssen, ehe er meinen Posten bekommt.

Meine Frau brauchte jetzt eine kleine Kur, da sie eine *Herzattacke* hatte; es geht ihr aber schon viel besser. *Meine Söhne sind Oberprimaner* geworden, der Älteste hat sich schon bei der Reichswehr vorgestellt und wird am 1. April 1936 beim Potsdamer Reiterregiment eintreten. *Klaus will Jura studieren*¹³. Gerd ist zur Zeit in Paris, um Französisch zu lernen. Sie schreibt sehr glücklich, da sie in einer sehr netten Familie wohnt und Paris ihr außerordentlich gefällt.

Graf Schulenburg wird Anfang Mai auf Urlaub gehen und wohl erst Ende Juni wiederkommen. So werde ich das Vergnügen haben, *Herrn Beneš¹⁴ und Titulescu¹⁵ hier*¹⁶ in Moskau zu begrüßen.

⁸ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

⁹ Gemeint ist das große Wasserkraftwerk am Fluss Dnepr bei Zaporoz'e.

¹⁰ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹¹ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹² Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹³ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹⁴ Beneš hielt sich vom 8.6. bis 20.6.1935 in der UdSSR auf.

¹⁵ Der Besuch von Titulescu in Moskau wurde auf den November 1935 verschoben, fand aber letztendlich gar nicht statt.

¹⁶ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

Bitte entschuldigen Sie, dass mein Brief etwas kunterbunt durcheinander geworden ist, aber ich schreibe mal wieder in der gewöhnlichen Moskauer Hetze und wollte nicht meine Antwort auf Ihren gütigen Brief vom 7. Februar¹⁷, den Herr Katzenberger mitbrachte, noch länger aufschieben.

Ich hoffe, Ihnen, Ihrer verehrten Gattin und der Gräfin Wedel geht es gesundheitlich und in jeder anderen Beziehung recht gut. Mit der Bitte, mich Ihren Damen bestens zu empfehlen, bin ich mit herzlichen Grüßen wie stets

Ihr sehr gehorsamer

Fritz von Twardowski

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Einige nicht entzifferte handschriftliche Randbemerkungen von Dirksens.

PA AA, NL Dirksen, Bd. 2, Bl. M 014934-014938.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 85, S. 304–306.

Nr. 128

Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov auf der Sondertagung des Völkerbundsrates

Genf, 17. April 1935

Die Frage, die sich für uns im Anschluss an den Appell der französischen Regierung an den Völkerbundsrat stellt, ist nicht für alle Mitglieder des Völkerbundes von gleichem formalen Interesse, doch verdient sie ihrem Wesen nach die Aufmerksamkeit sowohl des Völkerbundsrates als auch des Völkerbundes insgesamt.

Gestern haben wir die Vertreter der Unterzeichnerstaaten des Versailler Vertrages gehört, die jetzt unmittelbar von den Verletzungen der ihnen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen betroffen sind. Ich spreche jedoch im Namen des Landes, das für den Versailler Vertrag keinerlei Verantwortung trägt, aber auch niemals seine negative Haltung zu diesem Vertrag im Allgemeinen und zur Entwaffnung Deutschlands im Besonderen verschwiegen hat.

Unsere formale Haltung in dieser Frage besteht darin, dass wir es als Mitglied des Völkerbundes und des Völkerbundsrates mit dem Tatbestand der Verletzung eines internationalen Vertrages durch einen Staat zu tun haben, der formal noch Mitglied des Völkerbundes ist.¹ Das ist laut § 2, Artikel 1 der Satzung des Völker-

¹⁷ Vgl. Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 84, S. 302–304.

¹ Artikel 1 § 3 der Satzung des Völkerbundes lautet: „Jedes Bundesmitglied kann nach zweijähriger Kündigung aus dem Bunde austreten, vorausgesetzt, dass es zu dieser Zeit alle seine internationalen Verpflichtungen einschließlich derjenigen aus der gegenwärtigen Satzung erfüllt hat.“ In: Reichsgesetzblatt 1919, Friedensvertrag, S. 719.

bundes² eine Verletzung dieser Satzung und folglich eine Verletzung der Verpflichtungen gegenüber allen übrigen Mitgliedern des Völkerbundes, die eine Bedrohung des Friedens schafft. Die Notwendigkeit, dass alle Staaten ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen, steht an erster Stelle in der Satzung des Völkerbundes, und dies weist auf die große Bedeutung hin, die diesem Prinzip beigemessen wird. Anders kann es auch nicht sein, weil eine der Grundlagen des Friedens in der Einhaltung der internationalen Verpflichtungen besteht, die einen unmittelbaren Bezug zur Sicherheit der Völker haben.

Mehr als die formale Seite, auf die mit hinlänglicher Ausführlichkeit die anderen Ratsmitglieder eingegangen sind, interessiert mich das Wesen dieser Frage. Wir stehen auf dem Standpunkt der Gleichberechtigung der Völker und ihres unbestreitbaren Rechts auf Sicherheit und auf Mittel zur Gewährleistung der Sicherheit. Alle friedliebenden Staaten haben das Recht auf Rüstung, um ihre Sicherheit zu schützen.

Wenn wir jedoch die Gleichberechtigung bei den Rüstungen anerkennen, müssen wir von der Annahme ausgehen, dass diese Rüstungen ausschließlich für Verteidigungszwecke, für den Schutz der bestehenden Grenzen und der eigenen Sicherheit genutzt werden.

Wie ist jedoch zu verfahren, wenn sich die Annahme im einen oder anderen Fall als fragwürdig erweist, wenn gar im Gegenteil zu befürchten ist, dass die Rüstung nicht die Verteidigung, sondern die Verletzung der Grenzen zum Ziel hat, die Verwirklichung der Idee der Revanche durch Gewaltmethoden, die Verletzung der Sicherheit der benachbarten oder entfernten Staaten, die Störung des allgemeinen Friedens mit all ihren tragischen Folgen?

Was geschieht, wenn ein Staat, der für sich das Recht auf Rüstung fordert, oder es sich selbst herausnimmt, unter der ausschließlichen Führung von Leuten steht, die für alle hörbar das Programm ihrer Außenpolitik verkündet haben, das nicht nur in der Politik der Revanche, sondern auch der unbegrenzten Eroberung fremden Territoriums und der Vernichtung der Unabhängigkeit ganzer Staaten besteht, also unter der Führung von Leuten, die dieses Programm offen verkündet haben und keineswegs bereit sind, von ihm abzurücken, sondern vielmehr dieses Programm unaufhörlich propagieren und ihr Volk auf dieser Grundlage erziehen? Was geschieht in den Fällen, wenn ein Staat, dessen Führung solch ein Programm vertritt, es ablehnt, wie auch immer geartete Garantien dafür zu geben, dieses Programm nicht durchzuführen, Garantien für die Sicherheit seiner fernen oder nahen Nachbarn, Garantien also, die andere Staaten zu geben bereit sind, die selbst frei von jeglichen Aggressionsverdächtigungen sind? Kann man etwa vor solchen Fakten die Augen verschließen? Es versteht sich, dass solche Fälle besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Ich erlaube mir, zur Erläuterung meiner Gedanken zu folgendem Bild zu greifen. Wenn es in einer Stadt einzelnen Bürgern gestattet ist, Waffen zu tragen, so müsste dieses Recht, abstrakt gesprochen, allen Bewohnern dieser Stadt zugestan-

² Im Artikel 1 § 2 der Satzung heißt es u.a.: „Alle Staaten [...] können Bundesmitglieder werden [...] vorausgesetzt, dass sie für ihre aufrichtige Absicht, ihre internationalen Verpflichtungen zu beobachten, wirksame Gewähr leisten und die hinsichtlich ihrer Streitkräfte und Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft von dem Bunde selbstgesetzte Ordnung annehmen.“ In: ebd., S. 718–719.

den werden. Nehmen wir an, irgendein Bürger droht offen damit, die Bewohner benachbarter oder entfernterer Straßen zu überfallen und ihre Häuser zu zerstören. Die Stadtverwaltung würde sich wohl kaum damit beeilen, diesem Bürger eine Genehmigung zu erteilen, eine Waffe zu tragen, oder es ruhig hinnehmen, dass er sich auf ungesetzliche Weise diese Waffe beschafft. Man könnte sich wohl kaum auf irgendwelche Versprechen des militanten Bürgers verlassen, einige Wohngebiete der Stadt zu verschonen, und sich und seiner Waffe nur in den übrigen Wohngebieten Handlungsfreiheit vorzubehalten. Die Stadtverwaltung ist verpflichtet, die Ruhe aller Wohngebiete zu schützen. Außerdem kann der Bürger, der dazu fähig ist, unter Verletzung der Gesetze seine Mitbürger zu überfallen, sich erlauben, seine Versprechen hinsichtlich des Anwendungsbereichs seiner Drohungen nicht einzuhalten. Deshalb würde die Stadt von ihm in erster Linie zumindest wirksame Garantien für ein gutes Verhalten fordern, insbesondere könnten darauf die Bewohner jener Wohngebiete bestehen, denen gegenüber der militante Bürger für sich Handlungsfreiheit fordert, und von ihnen könnte man am wenigsten erwarten, dass sie sich für seinen ungesetzlichen Waffenerwerb im Namen eines abstrakten Prinzips der Gleichberechtigung einsetzen.

Natürlich ist das, was ich auf eine Stadt bezogen gesagt habe, auch auf das internationale Leben anwendbar. Der Völkerbund, der berufen ist, den Frieden des internationalen Lebens in allen Teilen der Welt zu schützen, kann diese den Frieden bedrohenden Erscheinungen nicht ignorieren.

Wir wären froh, wenn wir die vor uns stehende Frage in Gegenwart und unter Mitwirkung eines Vertreters des interessierten Staates³ erörtern könnten. Wir wären froh, von ihm eine offizielle Erklärung über den Verzicht auf das Programm gewaltvoller Revanche und Eroberungen zu hören und von seiner Bereitschaft, sich gemeinsam mit uns an der kollektiven Gewährleistung der Sicherheit für alle Staaten, ihn selbst eingeschlossen, und an gemeinsamen wirklichen Garantien für die Nichtverletzung des allgemeinen Friedens zu beteiligen. Leider bleibt dies bislang nur ein unerfüllbarer Wunsch, und wir müssen daraus unsere eigenen Schlussfolgerungen ziehen. Diese Schlussfolgerungen, und nicht allein formale Motive, bestimmen meine Haltung zu der eingebrachten Resolution. Diese Haltung bedeutet keineswegs eine Rechtfertigung für die Verletzung des Versailler Vertrages und einzelner seiner Bestimmungen. Nein! Sie ist der Ausdruck für das Bestreben meiner Regierung, die Schaffung einer solchen internationalen Ordnung zu fördern, die eine Verletzung des Friedens maximal erschweren und zum Abschluss entsprechender Verträge führen würde.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 186, S. 289–291.

³ Gemeint ist Deutschland.

Nr. 129
**Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
 Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung
 im AA Aschmann**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, 18. April 1935

TAGEBUCH

des Gen. GNEDIN

Nr. 193/s¹

Gespräch mit Aschmann (AA), 15. April

Noch am Sonnabend, den 13. April, rief ich nach der Veröffentlichung der Meldung über die deutsche Haltung zum Ostpakt² Aschmann an und bat ihn, mich für ein allgemeines Gespräch zu aktuellen Tagesfragen zu empfangen. Aschmann empfing mich am Montag, den 15. [April].

Anscheinend hatte er ursprünglich vorgehabt, sich kurz zu fassen, dann aber beauftragte er einen der Referenten, den nächsten Besucher zu empfangen, „damit wir ausführlich sprechen könnten“.

Ich sagte Aschmann, dass ich bereits seit Langem vorgehabt hätte, ihn um Erläuterungen hinsichtlich verschiedener Widersprüche in der deutschen Politik und in Veröffentlichungen der deutschen Presse zu bitten. Ich käme nicht mit Beschwerden oder mit Demarchen wegen einiger, wenn auch recht empörender anti-sowjetischer Veröffentlichungen, und wenn ich mich auf sie beziehe, so in diesem Fall allein deshalb, um meine Gedanken zu illustrieren. Nachdem ich auf die Rede von Heß am Tag vor der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens³ und auf den niederträchtigen Artikel im „Völkischen Beobachter“ gegen den Ostpakt und die UdSSR⁴ hingewiesen hatte, der am Tag vor der Erklärung Neuraths gegenüber den Engländern⁵ erschienen war, und ich noch einige Beispiele für die „Widersprüchlichkeit und Ungereimtheiten“ von Veröffentlichungen in der deutschen Presse anführte, endete ich mit dem Hinweis auf den unseriösen Eindruck, der sich nicht nur bei mir angesichts der Taktik der deutschen Presse eingestellt habe. Aschmann wies meine Bemerkungen nicht zurück, im Gegenteil, er interessierte sich für die Einzelheiten bei der Wiedergabe des Inhalts einzelner Zeitungen. Somit hatte das Gespräch den Charakter einer gemeinsamen Erörterung der „Mängel“ der deutschen Presse. Allem Anschein nach wollte Aschmann Material für eines seiner Gespräche mit dem Propagandaministerium sammeln. Er fragte mich, ob ich nach den wohlwollenden Kommentaren der deutschen Presse zum Wirtschaftsabkommen⁶

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 122.

³ Vgl. Dok. 113, Anm. 1.

⁴ Vermutlich ist gemeint: „Das französisch-sowjetrussische Abkommen“. In: Völkischer Beobachter vom 12. April 1935, S. 3.

⁵ Vgl. Anm. 2.

⁶ Vgl. Dok. 116.

irgendeinen Fortschritt in der Haltung der deutsche Presse erkenne. Er zeigte sich keineswegs verwundert, als ich verneinend antwortete. Im Übrigen unterstrich Aschmann recht deutlich, dass nicht er die Presse in der sowjetischen Frage inspiere.

Da Gen. Suric zufälligerweise zur gleichen Stunde bei Bülow⁷ war, habe ich jene Frage kaum berührt (die Erklärung zum Ostpakt), die der Anlass für meinen Besuch war. Aschmann kam von sich aus auf dieses Thema zu sprechen und teilte mir mit, dass er mich am Sonnabend nicht empfangen konnte, unter anderem deshalb nicht, weil für ihn die Meldung über die Erklärung Neuraths gegenüber den Engländern eine völlige Überraschung gewesen sei. Als Aschmann über die große DNB-Meldung vom 14.IV. sprach, war aus seinen Worten herauszuhören, dass Aschmann nur einen mittelbaren Bezug zu dieser Meldung hat (wie mir das am gleichen Tag der Tscheche mitteilte). Die deutsche Haltung erläuterte Aschmann in folgender Weise: bei den Verhandlungen mit Simon habe Hitler das deutsche Einverständnis erklärt, einen kollektiven Pakt über Nichtangriff zu unterzeichnen, und die deutsche Ablehnung, dem Prinzip des gegenseitigen Beistands zuzustimmen⁸, selbst dann, wenn nur einige Teilnehmer eines einheitlichen Ostpaktes diese Verpflichtung auf sich nehmen würden. Nun hätten die Engländer gefragt, ob das Einverständnis Deutschlands in Kraft bleibe, einen kollektiven Nichtangriffspakt abzuschließen, wenn die Beistandsabkommen außerhalb jeglichen Bezugs zu einem Nichtangriffspakt abgeschlossen würden. Die Deutschen hätten ihr Einverständnis bekräftigt. Aschmann fügte hinzu, Deutschland werde sich bis zur Regelung der Memel-Frage⁹ nicht bereit erklären, sich mit Litauen an einen Tisch zu setzen.

Aschmann kam auf die bevorstehenden Genfer Beschlüsse zu sprechen¹⁰, und in Entgegnung auf meine Annahme, dass ein Sanktionsausschuss gebildet werde, fragte er mich, wie Staaten, die nicht den Versailler Verträge unterschrieben hätten, die „Gerichtsvollzieher“ für dessen Erfüllung sein könnten. Ich begnügte mich mit der Bemerkung, dass wir unsere prinzipiell negative Haltung zum Versailler Vertrag als solchem nicht verschwiegen hätten und sie auch jetzt nicht verschwiegen.

Aschmann sagte zum Ende des Gesprächs, er werde sich bemühen, sich erneut nach Ostern mit mir zu treffen. Ich erbat sein Einverständnis, nach den Osterfeiertagen mit mir zu frühstücken.

GNEDIN

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1512 vom 23.4.1935.

⁷ Vgl. Dok. 125.

⁸ Vgl. Dok. 59, Anm. 2.

⁹ Vgl. Dok. 95, Anm. 3.

¹⁰ Am 17.4. nahm die Sondersitzung des Völkerbundsrates eine Resolution an, in der festgestellt wurde, dass die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland eine „Bedrohung für die europäische Sicherheit“ darstelle. Ein Sonderausschuss wurde beauftragt, Vorschläge auszuarbeiten, um Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen zu ergreifen, „die für den Fall in Anwendung kommen könnten, wenn in Zukunft ein jeglicher Staat, der Mitglied oder kein Mitglied des Völkerbundes ist, die Welt durch eine einseitige Aufkündigung von internationalen Verpflichtungen einer Gefahr aussetzt“. In: Sistemnaja istorija meždunarodnych otnošenij v četyrech tomach. 1918–2000. (Geschichte des Systems der internationalen Beziehungen in vier Bänden), hrsg. von A.D. Bogaturov, Bd. 2: Dokumenty 1910–1940-ch godov. Zusgest. von A.V. Mal'gin, Moskva 2000, Dok. 77, S. 125–126.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
6 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Litvinov, [die Expl.] 2–5 an Gen. Krestinskij, das 6. [Expl.]
zu den Akten.*

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 78–79. Original.

Nr. 130

Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern

Geheim.

Persönlich.

Expl. Nr. 1¹

Berlin, den 18.4.35

Nr. 194/s²

An

Gen. Štern

Moskau, NKID

2. Westabteilung

Lieber David!

Angesichts des Mangels an Sekretärinnen schreibe ich Dir auf meiner eigenen Schreibmaschine. Natürlich fällt es mir am schwersten, auf Deine Frage nach den finanziellen Vorbereitungen Deutschlands auf den Krieg zu antworten.³ Mir scheinen die Überlegungen, die von einem gewissen Genrich Šul'c in der „Pravda“ vom 1. April 1935⁴ entwickelt wurden, sehr zutreffend zu sein. In Ergänzung dieser Überlegungen ist die äußerst bedeutsame Tatsache hervorzuheben, wie ich Dir das bereits mit der letzten Post geschrieben habe, dass die Deutschen nach wie vor die Veröffentlichung des Haushaltes für das Finanzjahr 35–36 zurückhalten. Ich habe Dir bereits geschrieben, dass sich das meiner Ansicht nach hauptsächlich damit erklären lässt, dass im Unterschied zu den zwei Jahren zuvor, als die Finanzierung der Kriegsvorbereitung in einem bedeutenden Maße zu Lasten des sogenannten Arbeitsbeschaffungsprogramms⁵ durchgeführt werden konnte, die reinen Ausgabenposten im Haushaltsplan unmittelbar für die Reichswehr in diesem Jahr erheblich erhöht werden müssen. Und dieses Problem erweist sich sowohl politisch als auch wirtschaftlich als außerordentlich schwierig, wovon auch die Zaghaftheit beim Haushaltsplan zeugt. Mir scheint, dass, wenn im vergangenen Jahr im Haushaltsplan offiziell 1½ Mrd. Mark für militärische Zwecke vorgesehen waren, die tatsächlichen Ausgaben jedoch wahrscheinlich ungefähr 2½ Milliarden betrug, in die-

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Vgl. das Schreiben Šterns an Bessonov vom 15.4.1935. In: AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 59.

⁴ G. Šul'c: „Za čej sčët vooružaetsja sovremennaja Germanija“ (Auf wessen Kosten rüstet das gegenwärtige Deutschland auf). In: Pravda vom 1. April 1935, S. 2–3.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

sem Jahr im Haushaltsplan voraussichtlich ungefähr 3 Milliarden veranschlagt, tatsächlich jedoch eher 4 Mrd. ausgegeben werden.

Im Augenblick, da ich diesen Brief schreibe, ist es noch nicht klar, wie die Deutschen auf Genf⁶ reagieren werden. Man erwartet, dass am Sonnabend, den 20., am Geburtstag Hitlers, letzterer mit irgendeinem neuen sensationellen Schritt aufwartet, um damit etwas den Eindruck von Genf zu glätten. Am meisten interessiert mich natürlich die Haltung Englands, das zweifelsfrei der Schlüssel in dieser Situation ist. Ich habe heute auf der Beratung bei Ja.Z.⁷ folgenden Gedanken dargelegt: Es steht außer Frage, dass die Engländer einige Schritte rein moralischer Art in antideutscher Richtung unternommen haben, sowohl in Stresa⁸ als auch in Genf sowie auch in England selbst (die Rede MacDonalds⁹). Dies ist offenbar sowohl auf französisch-italienischen Druck als auch auf Druck der Gruppe englischer Konservativer geschehen, die in Opposition zu Simon-MacDonald steht. Die Wegstrecke von diesen moralischen Schritten bis hin zu praktischen Handlungen ist sehr groß. Der einzige Schritt, den England getan hat, besteht darin, das Einverständnis zum französisch-sowjetischen Beistandspakt gegeben zu haben. Der Preis für dieses Einverständnis ist jedoch minimal, da die Deutschen keinen Einspruch erhoben. Es liegt weiterhin ein vages Einverständnis vor, Verhandlungen mit Frankreich und Italien über bilaterale Luftabkommen und über gegenseitigen Beistand zu führen; und es liegt ebenso ein vages Einverständnis zu zweiseitigen Beistandsabkommen im Rahmen eines Donaupaktes¹⁰ vor. Bis zur praktischen Umsetzung dieser Tendenzen ist es noch ein sehr langer Weg. Ebenso ist auch das Einverständnis, Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen eventuelle weitere Verletzungen von Verträgen anzuwenden, nichts anderes als eine einfache Zeitschinderei, weil alle Erfahrungen des Völkerbundes zeigen, dass es nicht möglich ist, sich auf solche Sanktionen zu verständigen und es noch schwieriger ist, sie durchzuführen. Insgesamt zeigt sich, dass die Engländer nichts unternommen haben, außer der moralischen Verurteilung Deutschlands, was natürlich auch etwas bedeutet. Die weitere Entwicklung der englischen Position vorauszu sehen, scheint nach wie vor unmöglich zu sein. Ich bin jedoch völlig mit Ja.Z. dahingehend einig, dass die Unterzeichnung des sowjetisch-französischen Paktes, die offenbar nicht in weiter Ferne liegt¹¹, in Europa vieles verändern und zweifellos Einfluss auf die Wankelmütigen nehmen wird, damit sie ihr Schwanken aufgeben. Das trifft nicht nur auf das Baltikum und Polen zu, sondern wird wahrscheinlich auch für England von Bedeutung sein.

Jetzt möchte ich auf Deine Frage zum Wirtschaftsabkommen mit Deutschland¹² und zur Haltung Schachts¹³ zurückkommen. Im Unterschied zu Dir messe ich dem politischen Moment des Abkommens eine zweitrangige Rolle bei: Ich versuche, meinen Gedankengang noch einmal darzulegen. Für Deutschland wäre es politisch von Vorteil gewesen, das Abkommen mit der UdSSR noch vor der An-

⁶ Vgl. Dok. 129, Anm. 10.

⁷ Suric.

⁸ Vgl. Dok. 110, Anm. 13.

⁹ Am 17.4.1935. Vgl. Parliamentary Debates. Official report. Ser. 5, London 1935, Vol. 300, S. 1851–1854.

¹⁰ Vgl. Dok. 14, Anm. 4.

¹¹ Vgl. Dok. 127, Anm. 3.

¹² Vgl. Dok. 116.

¹³ Vgl. Anm. 3, l. 60R–59.

kunft Simons¹⁴ zu unterzeichnen. Sie hätten damit England zeigen können, dass sie für die nächste Zeit keine Aggressionsabsicht in Richtung Osten hegen, und damit Simon ein Mittel in die Hand geben können, um im Kabinett die deutschen Positionen zu verteidigen. Die Deutschen handelten aber genau umgekehrt und verdarben sich selbst zweifellos das englische Spiel. Die Deutschen hätten weiter ferner folgendes Ziel verfolgen können: die Entwicklung der sowjetisch-französischen Annäherung durch die Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens mit uns zu verzögern. Stattdessen schoben sie die Unterzeichnung dieses Abkommens bis zu dem Moment hinaus, als sich die UdSSR und Frankreich über diesen Pakt bereits prinzipiell verständigt hatten. Schließlich hätten die Deutschen mit diesem Abkommen in Stresa einige Ziele verfolgen können. Aber erstens ist unbekannt, welche das sind, und zweitens sind sie hier hoffnungslos zu spät gekommen, wie die Ereignisse zeigten. Das Wirtschaftsabkommen ist insgesamt in der Weltpresse völlig unbemerkt geblieben und hat keinerlei politische Reaktionen ausgelöst. Somit ergibt sich, dass alle Ziele, die die Deutschen mit diesem Abkommen hätten verfolgen können, ganz und gar durch ihre Handlungen zunichte gemacht wurden. Wenn wir nicht annehmen wollen, und wir können dies wohl kaum tun, dass unsere deutschen Vertragspartner komplette Dummköpfe sind, die nicht fähig sind, die für sie günstigen Momente politisch zu nutzen, so verbleibt nur eins, und zwar das, was ich gesagt habe: die Taktik der Deutschen in den Verhandlungen ist hauptsächlich von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt gewesen und die politischen Erwägungen haben eine zweitrangige Rolle gespielt. Was die Äußerungen Schachts betrifft, so neige ich zu der Auffassung, dass sie aufrichtig sind. Da sich die Kriegsaussicht gegen uns verzögert und dies zudem auf eine unbestimmte Zeit (die Fünfjahreskredite sprechen in dieser Hinsicht für sich), hätten die Deutschen vielleicht alle Veranlassung, nach einer Wiederherstellung des sowjetischen Marktes zu suchen, zumal es um die Situation des deutschen Exports, insbesondere beim Maschinenexport, auf anderen Märkten absolut katastrophal bestellt ist. Soweit ich erkennen kann, beschäftigt sich auch Schacht mit dem Gedanken, im Rohstoffbereich Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit uns zu finden. Genau den gleichen Gedanken trägt mir auch Ritter ständig vor, den man beileibe keiner Leichtfertigkeit verdächtigen kann. Ich schließe nicht aus, dass uns die Deutschen auf dieser Linie praktische Vorschläge unterbreiten können, und zwar in allernächster Zeit. Eine andere Frage ist es, was dabei herauskommt. Vorerst verhalten sich die Deutschen durchaus korrekt. Sie haben zum Beispiel allen ihren Organen bereits die praktischen Weisungen hinsichtlich der Zulassung unseres Export auf der Grundlage des Abkommens erteilt. Unklar ist jedoch, wie sie sich zu den Lieferungen der von uns gewünschten Ausrüstungen verhalten werden. Bereits während der Verhandlungen haben sie uns durch Andeutungen vorgewarnt, dass bei den Lieferfristen Schwierigkeiten nicht zu vermeiden wären, weil die deutschen Unternehmen in diesem Bereich durch Inlandsaufträge bei genau den gleichen Segmenten völlig ausgelastet seien. Auf ähnliche Weise haben sie sich im Januar der Verantwortung für unsere Liste¹⁵ entledigt und erklärten, dass die Frage hinsichtlich strittiger Objekte von Fall zu Fall entschieden werde. Die Zukunft wird zeigen, wie sich die Sache entwickeln wird. Ich denke, dass wir ungefähr bis Juni be-

¹⁴ Vgl. Dok. 59, Anm. 2.

¹⁵ Vgl. Dok. 9, 10, 15, 23.

reits mehr über solide Fakten verfügen werden, um ein endgültiges Urteil über das Abkommen und seine Ergebnisse abgeben zu können.

Wie aus der Rede von M.M. in Genf¹⁶ ersichtlich ist, hat er sowohl von Deinem als auch von unserem Material über die deutsche Aggression wenig Gebrauch gemacht. Dessen ungeachtet stimme ich Deinem Vorschlag völlig zu, Materialien dieser Art systematisch zusammenzutragen und nach M[oskau] zu schicken; dazu habe ich bereits einige Anweisungen erteilt.

Ich übersende Dir die recht interessante Aufzeichnung des Gesprächs des Gen. Tretler mit Wilke.¹⁷ Sei so gut und übermittele sie an die Luftfahrtkreise.

Deine Notiz über die für die Abteilung wünschenswerten „Objekte“ habe ich erhalten. Wir werden alles, was wir können, unverzüglich schicken. Das Restliche je nach Eingang.

Gruß an N.N.¹⁸ und alle Genossen.

Ich drücke Dir die Hand. Dein S. Bessonov

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 948 vom 27.4.1935.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 340–340R. Original.

Nr. 131

Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern und des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung Levin an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

****GANZ**¹ GEHEIM**

21. April 1935

UdSSR NKID
2. Westabteilung

Nr. 14417²

BERICHT

AN DEN STELLV[ERTRETENDEN] VOLKSKOMMISSAR

Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Über die organisierte antisowjetische Arbeit der deutschen Konsulate unter den sowjetischen Staatsbürgern deutscher Herkunft auf dem Territorium der UdSSR

Die Abteilung verfügt zurzeit über einige Materialien, die belegen, dass die deutschen Konsulate auf dem Territorium der UdSSR nicht nur einer Spionagetä-

¹⁶ Litvinov, vgl. Dok. 128.

¹⁷ Wird nicht veröffentlicht. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 339.

¹⁸ Krestinskij.

¹ Das Wort ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

tigkeit nachgehen, wie das in der zurückliegenden Periode der Fall gewesen war, sondern zugleich eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen durchführen, um in den von Deutschen sowjetischer Staatsbürgerschaft besiedelten Orten Stützpunkte für eine nationalsozialistische antisowjetische Tätigkeit zu schaffen. Dabei sind die Konsulate in Westsibirien und in der USSR besonders aktiv. Aufgrund der Materialien, die wir von der Staatsanwaltschaft der RSFSR und vom NKVD erhielten, äußert sich die erwähnte Aktivität der deutschen Konsulate wie folgt:

1. Unter den sowjetischen Bürger deutscher Herkunft werben die Mitarbeiter der Konsulate zuverlässige Leute mit dem Auftrag an, auf die deutsche Bevölkerung einzuwirken, damit sie sich massenhaft mit Bittbriefen um Hilfe an die deutschen Konsulate, an die Organisation „Brüder in Not“³ und an entsprechende kirchliche Organisationen wenden.

2. Das Agentennetz der deutschen Konsulate verbreitet in den von Deutschen bewohnten Orten verstärkt Gerüchte über einen in nächster Zeit bevorstehenden Krieg, über die Liquidierung der Sowjetmacht und über die Lostrennung der Ukraine. Den Deutschen sowjetischer Staatsbürgerschaft wird empfohlen, um Hilfeleistung zu bitten, weil solch ein Ersuchen sie dann in den Augen der Macht, die die Sowjetmacht ablöst, rehabilitieren wird.

3. In einigen Ortschaften wurden illegale Versammlungen für sowjetische Bürger deutscher Herkunft durchgeführt, auf denen die Agenten der Konsulate Listen von Personen aufstellten, die Hilfe von deutschen Organisationen in Anspruch zu nehmen wünschen.

4. In Westsibirien hat das Konsulat in Novosibirsk über seine Agenten konterrevolutionäre Literatur über die Lage der Bauern in der UdSSR verbreitet.

5. Eine Reihe von Agenten erhielt direkt im Konsulat die Instruktionen, in der Mehrheit der Fälle erfolgten die Treffen jedoch konspirativ über Vermittler.

Alle oben genannten Fakten sind in den Aussagen enthalten, die verhaftete sowjetische Staatsbürger deutscher Herkunft sowohl beim Verhör als auch bei Gerichtsverhandlungen zu dieser Art Strafsachen gemacht haben.

In letzter Zeit ist die Tätigkeit der deutschen Konsulate außerordentlich aktiv und unverschämt, sie nimmt immer größere Ausmaße an.

Besonders anrühend ist die Tätigkeit des deutschen Konsulats in Kiev, die gesamte antisowjetische Arbeit ist im Wesentlichen in den Händen des Konsulatsmitarbeiters Baun konzentriert. In Westsibirien hingegen entwickelt Konsul Großkopf die allergrößte Aktivität.

Die 2. Westabteilung erachtet es als notwendig, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um der angeführten antisowjetischen Tätigkeit, die eine direkte Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten darstellt und höchste politische Bedeutung ^{**besitzt**}, entgegenzuwirken.

Die 2. Westabteilung meint, dass wir ^{*allen Grund*}⁵ dafür haben, vor allem die Abberufung von Baun zu fordern. Gegen ihn wird uns das NKVD ^{**entsprechendes Material**}⁶ vorlegen, ^{*das wir bereits einsehen konnten*}⁷. [Diese Materia-

³ Vgl. Dok. 12, Anm. 18.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁵ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

⁶ So im Dokument. Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁷ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

lien] stützen sich auf Aussagen von verhafteten und abgeurteilten sowjetischen Staatsbürgern deutscher Herkunft, darunter auch von seinen [Bauns] unmittelbaren Agenten. Die 2. Westabteilung meint jedoch, dass die Abberufung von Baun für sich genommen wenig ändern wird, weil der Mitarbeiter der Konsulats, der Baun ersetzt, die gleiche Tätigkeit fortführt, zumal eine derartige Tätigkeit von dem gesamten Konsulatsnetz geleistet wird, das zweifelsfrei seine Direktiven aus dem Zentrum erhält. Das wird dadurch bestätigt, dass die ****Weisungen****⁸, die die Konsulate in den verschiedenen Gebieten der Sowjetunion ****ihren Agenten****⁹ erteilen, genau den gleichen Tendenzen folgen.

Die 2. Westabteilung schlägt deshalb Nachfolgendes vor.

Es ist erforderlich, Twardowski in die Abteilung einzubestellen und ihm zu erklären, dass in letzter Zeit die antisowjetische Tätigkeit von Mitarbeitern der deutschen Konsulate einen völlig unzulässigen Charakter angenommen habe und nicht mehr weiter geduldet werden könne. Das NKID bestehe vor allem auf der unverzüglichen Abberufung von Baun, gegen den ***ihn belastendes Material***¹⁰ vorliege. Zugleich bestehe das NKID darauf, dass die deutschen Konsulate in der UdSSR angewiesen werden, jegliche Tätigkeit unter den sowjetischen Staatsbürgern deutscher Herkunft einzustellen, weil diese Tätigkeit einen empörenden Akt der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion darstelle. Damit sollte man sich aber nicht begnügen, sondern es wäre wünschenswert, dass nach dem ernstesten Gespräch mit Twardowski in der Abteilung die Leitung des NKID Schulenburg einbestellt und ihm ein entsprechendes Memorandum aushändigt oder zumindest vorliest, das eine ***Aufzählung der krassesten*** Fälle von ***Einmischung der deutschen Konsulate in die inneren Angelegenheiten der UdSSR beinhaltet***¹¹. ***Falls die oben vorgeschlagene Variante als zweckmäßig erachtet wird, meint die 2. Westabteilung, dass es auf alle Fälle erforderlich wäre, der Deutschen Botschaft in unterschiedener Form die unverzügliche Abberufung von Baun nahezulegen.**

Gleichzeitig wird die bevorstehende Verhaftung von zwei Mitarbeitern des Deutschen Konsulats in Kiev mitgeteilt, die unmittelbar Agenten Bauns sind, es sind dies die sowjetischen Staatsbürger Voskobochnikov (Kraftfahrer) und Strez (Pfortner).¹²

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG
VERANTWORTLICHER REFERENT FÜR DEUTSCHLAND

ŠTERN
LEVIN

Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: Archiv.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2049 vom 21. 4. 1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. 1 [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 57, l. 52–55. Original.

⁸ Das Wort ist mit Tinte korrigiert und über die Zeile geschrieben; ursprünglich: Direktiven.

⁹ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

¹¹ Die beiden Textstellen sind mit blauem Farbstift unterstrichen.

¹² Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

Nr. 132

Vorlage des Volkskommissars für Schwerindustrie Ordžonikidze
für den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

[23.4.1935]

An das
ZK der VKP (B)
Gen. STALIN

*Hiermit übersende ich den von der Kommission des **PB**¹ ausgearbeiteten Programmwurf für die Bestellungen auf der Grundlage des deutschen Kredits **²(siehe Anlage²)**³ in Höhe von voraussichtlich⁴ *138.726 Tsd. Mark*⁵ *(zu den meisten Objekten kennen wir die Preise überhaupt nicht oder wir kennen sie nur ungefähr)*⁶.

*Davon entfallen auf das	NKTP	100 Mio. Mark
	NKPS	10640 Tsd. Mark
	NKLes	10640 Tsd. Mark
	NKO	10 Mio. Mark
	NKLP	4254 Tsd. Mark
	NKVod	2127 Tsd. Mark
	NKSvjaz'	1 Mio. Mark* ⁷

Hinzu kommen 8,5 Mio. Mark laut Beschluss der Transportkommission für den Ankauf von Radreifen und anderen Halbfabrikaten für das NKPS. Gen. Kandelaki *bezweifelt stark, dass man das im Rahmen dieses Kredites kaufen kann*⁸.

*Summe insgesamt	147.237 Tsd. Mark
Reserve	52.763 Tsd. Mark* ⁹
Insgesamt	*200 Mio. Mark* ¹⁰

S. Ordžonikidze¹¹

23. April 1935

Vermerk I.V. Stalins mit Bleistift: „Dafür.“ I. Stalin

Vermerk V. M. Molotovs mit blauem Farbstift: „Dafür.“ Molotov.

Eigenhändige Unterschriften mit Bleistift von L. M. Kaganovič, K. E. Vorošilov.

¹ Die Abkürzung ist mit Bleistift geschrieben.

² Die Anlage wird nicht veröffentlicht. Vgl. RGAÉ, f. 7297, op. 38, d. 205, l. 18–20.

³ Die Textstelle ist mit Bleistift geschrieben.

⁴ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

⁵ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁶ Der Text ist mit Bleistift durchgestrichen.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

⁸ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen; außerdem ist der gesamte Absatz am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

⁹ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹⁰ Die Zahl ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹¹ Das Schreiben Ordžonikidzes bildete die Grundlage für den Beschluss des Politbüros des ZK der VKB (B) „Zu den Aufträgen in Deutschland“ vom 27.4.1935. (Angenommen durch Befragung. Protokoll Nr. 25, Pkt. 4, Sondermappe). Vgl. SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 65, S. 117–124.

Vermerk des Sekretärs mit Tinte über das Abstimmungsergebnis der Mitglieder des Politbüros des ZK der VKP (B): Gen. Kalinin – dafür; Gen. Čubar' – dafür.

Vermerk von A. N. Poskrebyšev mit rotem Farbstift: Von Gen. Ordžonikidze. Über Aufträge in Deutschland. (PB vom 17.IV.-35, pr. Nr. 24, p. 107). Zu bestätigen.

Vermerk des Sekretärs mit Tinte für die Registrierung des Dokuments: O.P. Nr. P 25/4 vom 27.IV.35.

Vermerk mit Bleistift zum Verteiler von Auszügen: für Vorosilov + entsprechende Anlage, für Bazilevič, Ordžonikidze, Rozengol'c (allen die Auszüge), Kaganovič [+] entsprechende Anlage, für Lobov, Ljubimov, Pachomov, Rykov (den zutreffenden Punkt)

Geschäftsvermerk mit Bleistift: Akte: Deutschland.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 544, l. 1. Original.

Nr. 133

**Informationsschreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

27. April 1935

UdSSR-NKID

Nr. 20414¹

AN DIE

BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER

DER UdSSR IN PARIS, LONDON, ROM,

PRAG, WARSCHAU, TOKIO, IN DEN USA

Ich teile Ihnen zu Ihrer persönlichen Information knapp den Inhalt der am 9. April in Berlin unterzeichneten sowjetisch-****deutschen****² Wirtschaftsabkommen mit.³

Das Abkommen über sowjetische Zahlungen, über die sowjetische Ausfuhr nach Deutschland und die laufenden Aufträge der UdSSR.

I. Das angeführte Abkommen sieht vor:

1) Die sowjetischen Zahlungen an Deutschland im Jahre 1935 in Höhe von ungefähr 200 Mio. Mark werden zu 100 Mio. durch Gold oder Devisen und zu 100 Mio. durch den sowjetischen Export geleistet (in dieser Summe sind nicht die bereits zu Beginn des Jahres 1935 verkauften Waren in einer Höhe von ungefähr 40 Mio. Mark enthalten). Von diesen 100 Mio. werden für 40 Mio. Rohstoffe zu den für die einzelnen Nomenklaturen abgestimmten ****Summen****⁴ geliefert. Für 60 Mio. werden verschiedene Waren geliefert, wobei vorab die Summen abgestimmt werden, die auf den Export für unsere jeweiligen Vereinigungen entfallen.

2) Bezüglich der Waren, zu denen bereits vor der Unterzeichnung des Abkommens Verträge abgeschlossen wurden (diese Verträge sind geprüft worden und

¹ Die Ausgangsnummer ist über die Zeile geschrieben.

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

³ Vgl. Dok. 116.

⁴ Das Wort ist über die Zeile anstelle eines durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes geschrieben.

deren Liste ist dem Abkommen beigelegt; die Summe der laut diesen Verträgen verkauften Waren beträgt ungefähr 4/5 des gesamten für 1935 vorgesehenen Exports). Die Devisengenehmigungen werden unverzüglich und ohne jegliche Bedingungen erteilt. Für die übrigen Waren werden die Devisengenehmigungen auf üblichem Wege erteilt.

3) Die Handelsvertretung hat das Recht, über den Erlös aus dem oben angeführten Export nach Deutschland frei zu verfügen.

4) Vom 1. April bis zum 31. Dezember 1935 werden die sowjetischen Wirtschaftsorganisationen laufende Aufträge in Höhe von 60 Mio. Mark vergeben, in dieser Ziffer sind die Fracht und andere ****Dienste****⁵, einschließlich der technischen Hilfe, enthalten. Eine Auftragserteilung ist die Voraussetzung für eine Zulassung unserer Waren, die in die Gruppe der 60 Millionen fallen. Die Aufträge werden erteilt entweder auf Barrechnung oder zu den Bedingungen des Kreditabkommens von 1932⁶. Die Preise für die vergebenen Aufträge müssen normal sein.

Am 1. Oktober 1935 tritt eine Kommission zusammen, die prüfen muss, ob der Export der UdSSR nach Deutschland und die Aufträge der UdSSR in Deutschland dem im Abkommen vorgesehenen Rahmen entsprechen.

II. Das Abkommen über zusätzliche Aufträge der UdSSR in Deutschland.

1) Es ist vorgesehen, zusätzliche Aufträge in Höhe von 200 Mio. Mark zu normalen Preisen und normalen Lieferbedingungen zu vergeben. Diese Aufträge betreffen Lieferungen für Investitionszwecke. Es wird eine ungefähre Liste für die zu bestellenden Waren vorgelegt, wie: Anlagen für Fabriken, Maschinen, Apparate, Erzeugnisse der Elektroindustrie, Anlagen für die Erdölindustrie, für die chemische Industrie, Schiffe, Transportmittel, Laborausrüstungen usw. In dieser Summe ist auch die technische Hilfe enthalten.

2) Es ist extra vorgesehen, dass dieser Summe nicht die sogenannten laufenden Aufträge zugerechnet werden können, die Rohstoffe, Halbfabrikate, chemische Erzeugnisse, Konsumgüter und Gebrauchsgegenstände betreffen.

3) Die Handelsvertretung hat bei der Auswahl der Firmen freie Hand. Andererseits steht es den Firmen frei, die Aufträge anzunehmen oder auch nicht.

4) Die Aufträge werden im Verlaufe eines ****Jahres****⁷ vom 1. April 1935 bis zum 31. März 1936 vergeben.

5) Für die Auftragssumme gewährt ein Bankenconsortium der Handelsvertretung einen Wechselkredit mit einer Laufzeit von 5 Jahren, wobei für jeden einzelnen Auftrag Wechsel ausgestellt werden: 30% des Auftrages für 4½ Jahre, 40% für 5 Jahre, 30% für 5½ Jahre. Die Wechsel werden den Importvereinigungen der UdSSR ausgestellt, von der Handelsvertretung mit Akzepten versehen und von der Gosbank indossiert⁸.

6) Der Zinssatz für die Wechsel liegt bei 2% über dem des Diskontsatzes der Reichsbank (d. h. zurzeit 4+2). Die von den deutschen Banken bereitgestellten Summen sind für Barzahlungen an die deutschen Firmen bestimmt, wobei diese auf der Grundlage der Meldung der Handelsvertretung angefordert werden, welche das Datum und die Nummer des jeweiligen Auftrages enthält.

⁵ Das Wort ist über ein durchgestrichenes Wort geschrieben.

⁶ Vgl. Dok. 49, Anm. 2.

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Übertragung eines Wechsels auf eine andere Person.

7) Die sowjetische Seite gewährt Deutschland 7½ Mio. Mark, die für die endgültige Löschung der Revalorisierungsforderungen⁹ (darüber ist im Abkommen nichts direkt gesagt) vorgesehen sind. Diese Summe wird von der Handelsvertretung in Form von Wechseln zu ¾ Prozent Zinsen zu jedem Wechsel, der auf die Zinsen zu den zusätzlichen Aufträgen aufgeschlagen wird, zur Verfügung gestellt. Außerdem werden für den gleichen Zweck am 31. Dezember 1935 1 Mio. Mark zur Verfügung gestellt.

8) Im Abkommen ist speziell vermerkt, dass der Kredit auf Markbasis ohne Goldklausel¹⁰ gewährt wird. Die UdSSR verpflichtet sich ihrerseits, ihre Waren 1935 gleichfalls in Mark ohne Goldabsicherung zu verkaufen.

III. Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Abkommens teilte das deutsche Wirtschaftsministerium der Handelsvertretung mit, dass die Revalorisierungsforderungen der deutschen Firmen als erledigt betrachtet werden. Falls eine Firma gegen die Handelsvertretung der UdSSR ein derartiges Verfahren einleitet, so befreit die Regierung die Handelsvertretung von solcherart Forderung. Ein schiedsgerichtliches Verfahren dieser Art wird nur in zwei Fällen zugelassen: a) wenn die Gesamtsumme des Auftrages in dem Auftrag selbst und die Preise bei ihrer Spezifizierung in verschiedenen Valuta ausgewiesen sind und **dabei entweder**¹¹ der Wechsel nicht der Firma übergeben worden ist oder falls diese Firma bei der Aushängung des Wechsels den direkten Vorbehalt hinsichtlich der Valutafrage vorgebracht hat (ein Verweis auf Rubel wird in den Aufträgen nicht berücksichtigt); b) wenn ein Wechsel in Mark¹² ausgegeben wurde und im Vertrag oder in der nachfolgenden Vereinbarung direkt eine Absicherung der Mark in Dollar ausgewiesen ist.

Die Handelsvertretung teilte ihrerseits mit, dass sie keine Revalorisierungsforderungen stellen und solche nur in Form von Gegenforderungen geltend machen werde, wenn gegen sie im Einzelfall aufgrund der Punkte „a“ und „b“ Klage erhoben werden sollte.

IV. Das deutsche Wirtschaftsministerium teilte bei der Unterzeichnung des Abkommens mit, dass es die Handelsvertretung bei der Vergabe der Aufträge und deren Umsetzung unterstützen werde. Insbesondere wird eine Unterstützung dahingehend gewährt, dass die Mitarbeiter der Handelsvertretung die Unternehmen besuchen dürfen, an die Aufträge vergeben werden.

Dieser Punkt ist für uns aufgrund der Spezifik der vorgesehenen Aufträge, die zu einem gewissen Teil speziellen Charakters¹³ sein werden, von Bedeutung, weil allerlei Einwände seitens der Deutschen zu befürchten gewesen wären, unseren Ingenieuren den Zutritt zu den Unternehmen zu gewähren.

⁹ Gemeint sind die Forderungen deutscher Firmen, die wegen des Kurssturzes des Dollars Verluste erlitten hatten. Vgl. ausführlicher in: Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

¹⁰ Die Goldklausel ist eine Variante von Schutzklauseln, die bei internationalen Kredit-, Zahlungs- und Handelsabkommen oder Verträgen getroffen werden, bei der gewöhnlich der Goldgehalt des Zahlungsmittels zu dem Zweck festgelegt wird, um Verluste bei einer eventuellen Abwertung der Zahlungswährung zu vermeiden.

¹¹ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

¹² Zwei nachfolgende Wörter sind gestrichen.

¹³ Gemeint sind die Aufträge für Erzeugnisse militärischer Zweckbestimmung. Vgl. auch Dok. 10, Anm. 3.

V. Bei der Unterzeichnung des Abkommens ist extra festgestellt worden, dass die Handelsvertretung den Erlös aus dem Verkauf der Derop in Höhe von 12½ Mio. Mark für Zahlungen in Deutschland frei verwenden kann.

Bei der Einschätzung der oben analysierten Abkommen lenken wir Ihre Aufmerksamkeit auf Nachfolgendes:

1) Das erste Abkommen über unsere Zahlungen an Deutschland im Jahr 1935 ist ein Abkommen besonderer Art, bedingt durch unsere verhältnismäßig bedeutende Schuldenlast in diesem Land. Angesichts der in Deutschland bestehenden restriktiven Devisengesetzgebung war es notwendig, sich speziell über die Bedingungen zur Tilgung dieser Schuldenlast zu verständigen. Der Umstand, dass es uns gelungen ist, von der Gesamtsumme von 240 Mio. Mark an Zahlungen 140 Mio. durch den Export abzudecken, ist zweifellos ein bedeutender Erfolg. Das erwähnte Abkommen ist angesichts der spezifischen Bedingungen insgesamt kein Präzedenzfall für ein anderes Land.

2) Was das Kreditabkommen betrifft, so sind seine Bestimmungen für uns höchst günstig. Die Kredite werden uns mit einer Laufzeit von 5 Jahren gewährt. Der Zinssatz ist gering. Zu den Nomenklaturen sind wir keine verbindlichen Zusagen eingegangen. Die Aufträge müssen zu normalen Preisen und Bedingungen vergeben werden. Sollten solche Preise und Bedingungen nicht vorliegen, werden wir die Aufträge nicht vergeben, wobei das Abkommen keine anderen Sanktionen für diesen Fall vorsieht als die Nichtinanspruchnahme eines Teils des Kreditabkommens. Im Zusammenhang mit dem Abkommen ist eine Vergabe von laufenden Aufträgen nicht vorgesehen, von denen im Abkommen ***überhaupt***¹⁴ nicht die Rede ist.

3) Der Briefaustausch zu den Revalorisierungsfragen ist absolut geheimen Charakters. In keinem veröffentlichten Dokument wird auf die Beilegung des Revalorisierungskonfliktes eingegangen werden. Unsere Zahlung der entsprechenden Summen (die im Übrigen 1/10 der deutschen Ansprüche ausmachen) erfolgt in Form eines zusätzlichen Zinssatzes pro Kredit. Somit wird für die Öffentlichkeit der Zinssatz 6 ¾ Prozent betragen, ohne den Verwendungszweck der zusätzlichen ¾ Prozent Zinsen auszuweisen. Das Abkommen kann kraft seiner Form ebenfalls nicht als ein Präzedenzfall für ein anderes Land dienen. Sollten Sie zu diesem Teil des Abkommens angesprochen werden, so müssen Sie direkt antworten, dass Ihnen nichts über eine Vereinbarung zum Revalorisierungskonflikt in Deutschland bekannt ist und unsere prinzipiell negative Haltung zu den Revalorisierungsansprüchen keinerlei Veränderung erfahren hat.

STELLV. VOLKSKOMMISSAR

Krestinskij

Vermerk mit Tinte: 2. W[est]ab[teilung].

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: an Gen. Lit[vinov], Gen. Lev[in], Gen. Mich[el's], Gen. Vlas[ov]; an mich zurück Š[tern]. 4.V.35.

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 983 vom 4.5.1935.

¹⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
9 Expl. **7 [Exemplare] an die Adres[saten], das 8. [Exemplar] an die
2. W[est]ab[t[eilung], das 9. zu den Akten.**15*

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 1, l. 59–55. Kopie.

Nr. 134

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov**

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 27. April 1935

BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG

DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Nr. 204/s¹

Lieber Maksim Maksimovič!

Deutschlands außenpolitische Lage wird zurzeit hauptsächlich dadurch bestimmt, dass sich Schwierigkeiten ergeben haben, zu einer Abmachung mit den westeuropäischen Mächten zu kommen, um freie Hand für eine Aggression im Osten zu erhalten.

1. Nach dem deutschen Gesetz vom 16.III.², nach Stresa³ und insbesondere nach der Genfer Resolution⁴ ist die Möglichkeit eines direkten Abkommens mit Frankreich auf eine unbestimmte Zeit verschoben. Die Unterzeichnung des sowjetisch-französischen Beistandspaktes⁵ wird diese Möglichkeit in eine noch größere Ferne rücken, wenn sie sie nicht ganz und gar hoffnungslos macht.

2. Die Hoffnungen, die Deutschland auf England setzte, haben sich ebenfalls bei weitem nicht erfüllt. Die englische Note von Ende Februar über die Unteilbarkeit der Fragen des Londoner Kommuniqués vom 3.II.⁶, das englische „Weißbuch“ von Anfang März⁷, die englische Haltung zum deutschen Gesetz vom 16.III.⁸, das Moskauer Kommuniqué über das Treffen Edens mit Gen. Stalin⁹, das Verhalten der Engländer in Stresa und schließlich in Genf – all das sind Etappen einer gewissen englisch-deutschen Entfremdung, die zwar die englische Haltung gegenüber Deutschland noch nicht endgültig bestimmt, aber dennoch eine gewisse Zurückhal-

¹⁵ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht, vgl. Dok. 84, Anm. 1.

³ Vgl. Dok. 110, Anm. 13.

⁴ Vgl. Dok. 129, Anm. 10.

⁵ Vgl. Dok. 127, Anm. 3.

⁶ Vgl. Dok. 29, Anm. 10.

⁷ Vgl. Dok. 107, Anm. 2.

⁸ Vgl. Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 2. Ser., Bd. XII, London 1972, Dok. 591, Anm. 1, S. 659.

⁹ Vgl. Dok. 110, Anm. 4.

tung der Regierungskreise Englands bezüglich deutscher Aggressionspläne demonstriert.

3. Wenn die deutschen Hoffnungen auf eine direkte Einigung mit Italien auf der Grundlage gemeinsamer revisionistischer Stimmungen noch Ende 1934 nach den Ereignissen in Österreich¹⁰ einen herben Schlag versetzt bekamen, so ist die Haltung, die Italien gegenüber Deutschland Anfang 1935 einnimmt (das Rom-Abkommen¹¹, das italienische Säbelrasseln im Zusammenhang mit den deutschen Rüstungen, das Verhalten der Italiener in Stresa und in Genf), ganz und gar nicht dazu geeignet, eine direkte Abmachung Deutschlands mit Italien in allernächster Zeit zu erleichtern.

4. Der Versuch, die Kleine Entente zu spalten und die Mitgliedsländer, die am unzufriedensten sind, von Frankreich loszureißen, ist ebenfalls nicht gelungen. Das deutsche Gesetz vom 16.III., das die Aufrüstung Österreichs, Ungarns usw. auf den Plan rief, zwang die Kleine Entente, noch enger zusammenzurücken und ihre anti-deutsche Haltungen zu verstärken. Die Kleine Entente ließ an ihrer positiven Haltung gegenüber dem sowjetisch-französischen Beistandspakt keine Zweifel aufkommen. Sie erklärte, dass sie diesen Pakt als Voraussetzung und Bedingung für ihre Beteiligung am Donau-Pakt betrachte¹².

5. Selbst Polen hat die deutschen Hoffnungen nicht vollauf erfüllen können. Die antideutschen Ausschreitungen Polens in den Grenzregionen¹³ und die Auffrischung des französischen Flirts mit Polen¹⁴ müssen die Deutschen in eine gewisse Unruhe versetzen. Zugleich hat das Verhalten Becks in Genf gezeigt, dass der deutsch-polnischen Zusammenarbeit durch das französisch-polnische Bündnis Grenzen gesetzt sind, welches die Polen noch nicht bereit sind, wegen Deutschland aufs Spiel zu setzen.

6. Schließlich schlugen die deutschen Versuche fehl, die UdSSR zu isolieren. Der Beitritt der UdSSR zum Völkerbund und die Stellung, die die UdSSR dort einnimmt¹⁵, der bevorstehende Abschluss des französisch-sowjetischen Beistandpaktes, die radikale Veränderung des Verhältnisses zwischen den Ländern der Kleinen Entente und der UdSSR, die Misserfolge der deutschen Bemühungen, die baltischen Länder mit der UdSSR zu entzweien, das englisch-sowjetische Kommuniqué von Moskau über das Interesse Englands an der Integrität¹⁶ und am Gedeihen der UdSSR – das sind in dieser Hinsicht die wichtigsten Etappen der deutschen Niederlage.

Alle oben dargelegten Überlegungen bedeuten natürlich nicht, dass Deutschland völlig die Möglichkeit genommen ist, zukünftig in dieser Richtung zu manövrieren. Es ist jedoch unstrittig, dass der deutsche Faschismus in der jetzigen Etappe bei seinem Versuch, sich mit dem Westen zu verständigen, um im Osten freie Hand zu bekommen, eine empfindliche Niederlage erlitten hat. Die außenpolitischen

¹⁰ Vgl. Dok. 13, Anm. 6.

¹¹ Vgl. Dok. 4, Anm. 7.

¹² Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 178, S. 283.

¹³ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 496, S. 918–920.

¹⁴ Gemeint ist der im Mai 1935 bevorstehende Besuch Laval's in Polen.

¹⁵ Die UdSSR war neben England, Frankreich und Italien ständiges Mitglied des Völkerbunds und der sowjetische Vertreter wurde einer der Stellvertreter des Generalsekretärs des Völkerbundes.

¹⁶ Das Wort ist in Deutsch mit lateinischen Buchstaben geschrieben.

Misserfolge der letzten Zeit stellen jedoch keinen Hinderungsgrund für das Gesetz vom 16.III. zur Wiederherstellung der deutschen Militärmacht dar. Die Umsetzung dieses Gesetzes zwingt dazu, auch die außenpolitischen Methoden zu verändern, um die Freiheit für die deutsche Aufrüstung abzusichern. Somit müssen sowohl der Erfolg bei der einseitigen Aufrüstung als auch der Misserfolg der außenpolitischen Manöver die deutschen Regierungskreise veranlassen, gerade jetzt die Frage nach den weiteren Wegen der deutschen Außenpolitik aufzuwerfen.

Die Träger einer östlichen Ausrichtung einer deutschen Aggression sind bekanntlich in erster Linie die von Hitler angeführten nationalsozialistischen Kreise. Es erübrigt sich hier, noch einmal diese Konzeption wiederzugeben. Es ist jedoch zu bemerken, weil dies jetzt eine gewisse Bedeutung erlangt, dass Hitler die Expansion nach Osten nur als eine Etappe auf dem Wege zur ausschließlichen Weltherrschaft Deutschlands betrachtet. Die im Osten eroberten Territorien sollen nach Auffassung Hitlers das Aufmarschgebiet unter dem Aspekt der Strategie, Rohstoffe und Lebensmittel bilden, von dem aus Deutschland dann den Westmächten den vernichtenden Schlag versetzt und damit das Problem der Weltherrschaft löst.

Praktisch bedeutet dies, dass sowohl Hitler als auch seine engsten Anhänger nicht im Entferntesten die östliche Richtung einer deutschen Aggression der westlichen gegenüberstellen. Im Gegenteil, sie betrachten die Expansion in Richtung Osten als Voraussetzung und Bedingung für eine nachfolgende Aggression gegen den Westen, die unter dem Gesichtspunkt des großen Plans des deutschen Imperialismus das Wichtigste und Grundsätzliche ist.

All dies sollte in Erinnerung gerufen werden, um zu unterstreichen, dass die Unvermeidbarkeit einer Konfrontation mit dem Westen, wenn auch erst nach Abschluss der Ostexpansion, auch im Kreis der deutschen Nationalsozialisten niemals in Abrede gestellt wurde. In Militärkreisen Deutschlands ist die Tendenz zugunsten der Westrichtung der deutschen Aggression im Prinzip niemals aufgegeben worden, und sie fand immer ihre Anhänger. Aus rein militärischen Überlegungen neigten bekannte Kreise der deutschen Militärclique dazu, der Westrichtung den Vorzug zu geben. Für sie sprach nicht nur die gesamte frühere deutsche Militärclique, die jahrzehntelang im Geiste der Pläne erzogen wurde, den Entscheidungsschlag gerade im Westen zu führen. Dafür sprach auch die Entwicklung neuester Kriegsmittel, die die Hoffnungen auf eine rasche Entscheidung der Fragen unter den Bedingungen einer kompakten und nahen Westfront, im Unterschied zu den Bedingungen einer weit entfernten und ausgedehnten Ostfront, verstärken. Die deutschen Militärs können nicht übersehen, dass die Entwicklung moderner Kriegsmittel (Luftwaffe, Panzer) den Radius ihres effektiven Einsatzes bedeutend erweitern, die relative Bedeutung von Raum und Entfernung jedoch in keiner Weise verringern.

Die sich gegenwärtig abzeichnende Niederlage Deutschlands in der ersten Runde seiner Versuche, die Umsetzung der Ostkonzeption der deutschen Aggression in Angriff zu nehmen, muss in den deutschen Regierungskreisen einen Kampf der Meinungen hinsichtlich der zukünftigen Hauptrichtungen der deutschen Außenpolitik auslösen. Dabei sind folgende Fragestellungen möglich:

1) Die Beibehaltung der Ostrichtung als die naheliegendste Richtung für eine deutsche Aggression. Zugunsten dieser Entscheidung spricht der Umstand, dass diese Richtung bereits „ideologisch“ ausgearbeitet und in dem Bewusstsein breiter

Schichten der Kleinbürger verankert worden ist. Gegen sie spricht jedoch nachdrücklich das Scheitern der Versuche, Verbündete für eine Ostaggression zu finden. Es ist schwerlich anzunehmen, dass sich der deutsche Faschismus auf ein Abenteuer im Osten ohne Verbündete und ohne Absicherung des Hinterlandes im Westen einlässt. Die Zunahme der wirtschaftlichen und militärischen Stärke der UdSSR lässt mit jedem Monat eine Verstrickung in ein Ostabenteuer immer riskanter werden, insbesondere dann, wenn es keine Garantien bezüglich der Neutralität und zudem keine Hilfe durch die westeuropäischen Länder bei diesem Abenteuer gibt. Es gibt im Gegenteil die Gewissheit, dass einige dieser Länder (Frankreich) dagegen auftreten können. Zu diesen außenpolitischen Faktoren, die gegen eine Beibehaltung der Ostrichtung sprechen, kommen einige innere Faktoren hinzu, insbesondere der sich immer deutlicher abzeichnende Rückgang der Rolle und Bedeutung¹⁷ der nationalsoz[ialistischen] Ideologie im Dritten Reich, was zwangsläufig auch eine gewisse Schwächung der außenpolitischen Konzeption des deutschen Nationalsozialismus nach sich ziehen muss.

2) Die Umorientierung der deutschen Aggression auf eine westliche Richtung.

Es steht außer Zweifel, dass es in deutschen Militärkreisen, wie oben ausgeführt, Anhänger der Westrichtung gibt, die meinen, dass eine Verstrickung in ein gefährliches, unvorbereitetes und lang andauerndes Abenteuer im Osten ein Fehler ist, weil Deutschland die Entscheidungskämpfe ohnehin nicht im Osten, sondern im Westen austragen wird. Aus der Sicht dieser Konzeption ist die Konzentration aller zur Verfügung stehenden Ressourcen auf einen schnellen Sieg im Westen zugleich der Schlüssel auch für die Lösung aller nachfolgenden Probleme im Osten. Die rasche Zunahme der militärischen Stärke Deutschlands in Verbindung mit den großen Chancen, die sich in der hoch entwickelten Industrie und insbesondere in ihrem Chemiezwweig auftun, beflügelt die Befürworter der Westrichtung und verleiht ihnen ein gewisses Gewicht. Gegen sie spricht jedoch, dass die Westrichtung einer deutschen Aggression diplomatisch und ideologisch völlig unvorbereitet ist. Vor allem aber ist bis jetzt die militärische Vorbereitung Deutschlands für einen Sieg in dieser Richtung unzureichend.

3. Die weitere Vorbereitung der deutschen Streitkräfte, ohne Festlegung einer Aggressionsrichtung. Diese Variante bedeutet praktisch, den Krieg in beiden Richtungen vorzubereiten. Bekanntlich schloss Hitler in seinem Buch¹⁸ auch solch eine Möglichkeit nicht aus. Erste Ansätze für diese Richtung sind in der sogenannten isolationistischen Strömung erkennbar, als deren Träger hier Bülow gilt, der sich angeblich auf bedeutende Reichswehrkreise stützt. Diese Strömung geht von der Überzeugung aus, dass unter den heutigen Bedingungen eine aktive und reale anti-deutsche Koalition überhaupt nicht realisierbar ist. Keine Koalition wird sich dazu entschließen, einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu beginnen. Überdies wird eine jegliche Koalition durch die inneren Gegensätze unweigerlich zerrissen und schließlich auseinanderfallen. Andererseits wird die stetig zunehmende militärische Stärke Deutschlands wie ein Magnet die Wankelmütigen zu sich heranziehen. Somit werden die Zeit und die Rüstungen zugunsten Deutschlands arbeiten, dem

¹⁷ Der nachfolgende Text „der Nationalsozialistischen Partei und“ ist mit Tinte durchgestrichen.

¹⁸ Gemeint ist „Mein Kampf“.

nur übrig bleibt, eine günstige Gelegenheit und die Richtung für die Inangriffnahme der Lösung seiner historischen Aufgaben geduldig abzuwarten.

Bei aller äußerer Harmonie und Logik hat diese Konstruktion einen wesentlichen Mangel: sie berücksichtigt nicht den entscheidenden Faktor: die Zeit. Hitler selbst setzte den Zeitraum, der für die Vorbereitung Deutschlands zum Kampf in beliebiger Richtung und ohne jegliche Unterstützung von außen erforderlich ist, mit *40 bis 50 Jahren*¹⁹ an. Selbst wenn diese Frist als überzogen anzusehen ist, so kann jedenfalls nur die Rede von einer langen Periode sein. Der deutsche Faschismus kann indes nicht lange warten. Seine verfügbaren Manövrierrreserven im Innern des Landes sind wie auch die Finanzreserven für die Kriegsvorbereitung fast ausgeschöpft: im Prinzip bleibt nur noch der Weg der Inflation übrig, die unausweichlich mit einem für das Regime folgenschweren Schwanken des Kleinbürgertums verbunden ist. Das Hitlerregime ist nicht in der Lage, eine kostspielige militärische Vorbereitung ohne eine feste Zielrichtung durchzuführen. Es muss sich mit dem Krieg beeilen.

4) Verzicht auf Aggressionspläne, Rüstungsbegrenzung und die Normalisierung der Beziehungen mit dem Westen und mit dem Osten. Es steht außer Zweifel, dass gewisse Kreise der deutschen Bourgeoisie die Aggressionspläne Hitlers nicht teilen und nicht teilen. Am einflussreichsten ist hier der Personenkreis, der in der Vergangenheit mit der Zentrums-Partei verbunden war. Dieser Teil der Bourgeoisie, der die ungewissen militärischen und insbesondere die politischen Folgen einer deutschen Aggression fürchtet, wäre geneigt, sich mit dem bereits Erreichten zufriedenzugeben, und zwar mit der Wiederherstellung der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Wege des Übergangs zu einer schrittweisen friedlichen Revision von Versailles auf der Grundlage von Verträgen mit den westlichen und östlichen Ländern. Diese Strömung des deutschen außenpolitischen Denkens kollidiert mit Hitler und seiner Umgebung, die das Haupthindernis für deren Realisierung darstellen. Der deutsche Faschismus kann nicht anders als die gewaltsame Neuaufteilung der Welt zu versuchen, weil ihm sonst, wenn er das unterlässt, nur der Weg bleibt, den bereits vor ihm Ebert, Müller und Brüning gegangen sind.

Aus all dem Gesagten folgt, dass die deutsche Außenpolitik in eine Zeit großer Schwankungen eintritt, die sich mit dem Misserfolg aus der ersten Runde der Ostexpansion des deutschen Faschismus und mit der damit verbundenen Belebung aller anderen Strömungen in der Außenpolitik Deutschlands erklären lassen. Es ist nicht mit Gewissheit zu sagen, welche der oben beschriebenen Strömungen in der nächsten Zeit schließlich die Oberhand gewinnen wird. Jede hat ihre einflussreichen Befürworter und Gegner. Am wahrscheinlichsten ist, dass die nächste Periode in der deutschen Außenpolitik durch Schwankungen und Ungewissheit gekennzeichnet sein wird, die bei der jetzigen Situation unvermeidbar sind, da jede der oben beschriebenen Tendenzen versuchen wird, Einfluss auf die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik zu nehmen.

Diese Schwankungen haben im Prinzip bereits eingesetzt. Mitte Februar z. B. haben die Deutschen den Engländern hochmütig geantwortet, dass sie einverstanden wären, mit ihnen nur über einen westlichen Luftpakt zu sprechen.²⁰ Ende Feb-

¹⁹ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen und am linken Seitenrand mit einem Fragezeichen versehen.

²⁰ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 490, S. 907.

ruar erklärten sie widerstrebend, dass sie bereit sind, über alle Punkte des Londoner Communiqués zu sprechen.²¹ Anfang März eröffneten die Deutschen eine wüste Kampagne gegen die Ausführungen im englischen „Weißbuch“ über die deutschen Rüstungen. Mitte März setzten sie mit einem einseitigen Akt den Artikel V des Versailler Vertrages außer Kraft und führten die allgemeine Wehrpflicht ein. Ende März erklärten die Deutschen Simon ihre kategorische Absage, an einem wie auch immer gearteten Ostpakt teilzunehmen²², wenn es dort Anzeichen für einen Beistand geben sollte. Anfang April setzten sie die Engländer davon in Kenntnis, dass sie keine Einwände hätten, wenn einzelne Teilnehmer des Ostpaktes untereinander eine Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand eingehen würden.²³ Anfang April ließen die Deutschen durch Heß erklären, dass sie keinen Vertrag unterschreiben werden, unter dem die Unterschrift der UdSSR steht.²⁴ Am 9. April unterzeichneten sie das Kreditabkommen mit der UdSSR mit einer Laufzeit von fünf Jahren²⁵, und am 10. April gaben sie ihr Einverständnis, gemeinsam mit der UdSSR am Ostpakt teilzunehmen²⁶. Am Vorabend von Genf ergingen sich alle deutschen Zeitungen lauthals darüber, dass Deutschland auf einen jeglichen Genfer Beschluss pfeift.²⁷ Nach Genf beschränkten sie sich auf eine zahnlose Protestnote²⁸ usw. usf.

Einst erklärten die Deutschen, dass es ihnen gleichgültig wäre, ob es ein Bündnis der UdSSR mit Frankreich geben werde oder nicht. Offenbar schien es ihnen, dass ein Paktabschluss zwischen der UdSSR und Frankreich die Chancen für eine deutsch-englische Annäherung erhöhen würde. Als aber der sowjetisch-französische Beistandspakt tatsächlich näher rückte, eröffneten die Deutschen gegen ihn eine wüste Kampagne.

Es erhebt sich natürlich die Frage, wie sich die Deutschen verhalten werden, wenn der sowjetisch-französische Beistandspakt unterzeichnet ist. Nachdem sich die Deutschen nicht in der Lage gezeigt haben, die Unterzeichnung dieses Paktes zu verhindern, werden sie ganz offensichtlich gezwungen sein, einerseits diesem etwas entgegenzusetzen und andererseits Kurs auf seine Aushöhlung einzuschlagen, um zu verhindern, dass sich dieser Pakt zu einem Kristallisationszentrum einer starken, aktiven und realen antideutschen Koalition verwandelt.

Lassen wir zunächst die Frage beiseite, was die Deutschen dem französisch-sowjetischen Beistandspakt entgegensetzen können (es bestehen natürlich keine Zweifel, dass sich die Deutschen in ihrem Versuch, ihm eine Front der Unzufriedenen entgegenzustellen, hauptsächlich auf Polen stützen werden. Sie werden auch die in den letzten Tagen erkennbare Tendenz seitens Italiens nutzen, dem sowjetisch-französischen Beistandspakt durch eine Verstärkung der eigenen Aktivität in Polen und im Baltikum entgegenzuwirken). Bleiben wir bei der Frage, in welchen Formen sich die deutschen Versuche zur Aushöhlung des sowjetisch-

²¹ Vgl. Ebd., Dok. 503, S. 937.

²² Vgl. Ebd., Dok. 555, S. 1030, 1031.

²³ In den veröffentlichten deutschen diplomatischen Dokumenten konnte keine Bestätigung dieser Information ermittelt werden.

²⁴ Vgl. Dok. 113.

²⁵ Vgl. Dok. 116.

²⁶ In den veröffentlichten sowjetischen und deutschen diplomatischen Dokumenten konnte keine Bestätigung dieser Information ermittelt werden.

²⁷ Vgl. Dok. 129, Anm. 10.

²⁸ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 36, Anm. 2, S. 66.

französischen Beistandspaktes äußern können. Alle diese Versuche müssen darauf ausgerichtet sein, 1) den sowjetisch-französischen Pakt als einen isolierten Akt darzustellen und zu verhindern, ihn durch weitere, ähnliche Pakte zu stärken; 2) seinen kämpferischen und wirksamen Charakter und sein Anwendungsfeld maximal einzuengen, wobei Deutschland völlig zu Recht auch auf die anderen Mitglieder der Locarno-Vereinigung²⁹ rechnen kann; 3) mit allen erdenklichen Mitteln jegliche Erscheinung von Misstrauen und Missverständnis, das zwischen der UdSSR und Frankreich entsteht, auszunutzen und zu vertiefen.

Zugleich darf nicht absolut ausgeschlossen werden, dass die Deutschen im Interesse der Schwächung des Paktes und der Vermeidung, ihn anzuwenden, nicht auch einen etwas moderateren Kurs gegenüber den Paktteilnehmern einschlagen, u. a. einen Kurs auf eine Vertiefung und Erweiterung der wirtschaftlichen Verbindungen mit der UdSSR. In diese Richtung bewegt sich offenbar das Denken Schachts und der mit ihm verbundenen Kreise. Aus allen Äußerungen Schachts in Bezug auf das Kreditabkommen mit uns ist ersichtlich, dass sich Schacht und seine Kreise das Kreditabkommen mit der UdSSR als einen ersten Schritt auf dem Weg zur Herstellung nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Beziehungen mit der UdSSR vorstellen. Kennzeichnend ist, dass nach den vorliegenden Informationen außer Schacht auch deutsche Militärkreise auf die Unterzeichnung des Kreditabkommens mit der UdSSR bestanden haben.

Diese eigentümliche Situation kann der UdSSR neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen, sowohl gegenüber Deutschland als auch gegenüber Frankreich. Die gegenwärtige Situation erhöht zweifellos die Chancen, den Frieden in Osteuropa noch über eine bestimmte Zeitspanne hinweg bewahren zu können und gibt uns gegenüber Deutschland die Möglichkeit, folgende Schritte zu unternehmen:

1) Unmittelbar nach der Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Beistandspaktes müssen wir die Initiative zum Abschluss eines regionalen Ostpaktes unter Beteiligung Deutschlands ergreifen, und zwar zu den von den Deutschen selbst aufgestellten Bedingungen.³⁰ Mit dem Beistandspakt mit Frankreich entfallen die Erwägungen gegen die Unterzeichnung eines Regionalpaktes mit Deutschland und Polen auf einer weniger verbindlichen Grundlage. Wenn Deutschland und Polen die Verpflichtungen zum Nichtangriff und insbesondere darüber eingehen, dem Angreifer keine Hilfe zu erweisen, so erschwert dies einen gemeinsamen Angriff diese Länder gegen uns bedeutend. Unter Berücksichtigung der sich abzeichnenden Tendenz Italiens, Polen und über Polen auch die baltischen Staaten in seine Einflussphäre zu ziehen, ist in dieser Angelegenheit Eile geboten, um andere daran zu hindern, diese Initiative an sich zu reißen.

2) Angesichts der Erklärung Bülows, dass der *Haupthinderungsgrund für eine Realisierung des Ostpaktes die Frage der Teilnahme Litauens ist³¹, muss auf Litauen Einfluss genommen werden, damit es ein größeres *Entgegenkommen in der Memel-Frage³² zeigt. Aus allen meinen letzten Gesprächen mit dem litauischen Gesandten³³ habe ich den bestimmten Eindruck gewonnen, dass zumindest er persönlich

²⁹ Belgien, Großbritannien, Italien und Frankreich.

³⁰ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 29, S. 51–53.

³¹ Vgl. Dok. 125.

³² Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

³³ Jurgis Šaulys.

sich darüber im Klaren ist, dass sich die litauische Regierung vergaloppiert hat und ein Entgegenkommen von litauischer Seite unumgänglich ist. Ich schicke mich natürlich nicht an, Ihnen zu empfehlen, die Initiative für eine Vermittlung in dieser heiklen Frage zu ergreifen, zumal für solch eine Vermittlung auch keine formalen Grundlagen vorliegen. Dennoch meine ich, dass wir in den Gesprächen mit den Litauern zu verstehen geben müssen, dass sie nicht mit unserer Unterstützung für ihre Politik der Herausforderungen und der Vertragsverletzungen rechnen sollen und können^{*34}.

3) Die eventuellen praktischen Vorschläge der Deutschen zu einem weiteren Ausbau und einer Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR sind sorgfältig abzuwägen und zu erörtern.

*4) Auf dem Gebiet des Pressewesens ist der Boden für einen Waffenstillstand vorzubereiten.^{*35}

5) Es ist ein Plan zur Erneuerung der kulturellen und insbesondere der wissenschaftlichen Verbindungen, wenn auch in einem begrenzten Rahmen, auszuarbeiten.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

SURIC

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1575 vom 29.4.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, [die Exemplare] 2–5 an Gen. Krestinskij, das 6. [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 82–87. Original.

Nr. 135

Bericht des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

GEHEIM

[28.4.1935]

AN DAS

POLITBÜRO DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

KOPIE AN: Gen. MOLOTOV

Zum sowjetisch-deutschen Kreditabkommen.

Ich erachte es als erforderlich, Sie über die wichtigsten Bestimmungen des von Gen. Kandelaki und von Schacht am 9. April unterzeichneten Wirtschaftsabkommens¹ zu informieren.

³⁴ Der Text [ab Haupthinderungspunkt] ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

³⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

¹ Vgl. Dok. 116.

I. Das Abkommen, das uns einen 200-Millionenkredit-Finanzkredit gewährt, um zusätzliche Aufträge in Deutschland zu vergeben, sieht in Übereinstimmung mit den Direktiven des ZK² vor: a) eine fünfjährige Laufzeit des Kredits; b) die Gewährung des Kredits wird an die Handelsvertretung durch ein Bankenkonsortium zur Verfügung gestellt, um zu 100% die Bezahlung der Warenlieferungen durch deutsche Firmen in bar zu tätigen; c) die Ausgabe von Wechseln an das Bankenkonsortium erfolgt durch Endtermin; d) die Klausel hinsichtlich unserer Verpflichtung, die Aufträge nur unter der Bedingung zu vergeben, dass uns die von uns benötigten Waren zu annehmbaren Preisen geliefert werden. Außerdem gab uns Schacht die mündliche Zusicherung dahingehend, dass er uns bei der Vergabe unserer Aufträge zu der von uns geforderten Nomenklatur unterstützen wird.

II. Der Zinssatz des Kredits ist in Übereinstimmung mit der Direktive des ZK mit 2% über den Diskontsatz der Reichsbank festgesetzt worden, was gegenwärtig 6% Zinsen per annum ausmacht. Dazu ist vom deutschen Wirtschaftsministerium ein spezielles Schreiben mit der Bestätigung dessen eingegangen, dass in diesen 6% Zinsen per annum die Zinsen enthalten sind: für den Kredit, für den Wert der Staatsgarantie und die Provisionsgebühr für das Bankenkonsortium.

III. Der Kredit wird uns in Übereinstimmung mit der Direktive des ZK in Deutscher Mark ohne Kursgarantie gewährt. Wir verpflichteten uns unsererseits, unsere Waren in Deutschland in Mark ohne Kursgarantie lediglich im Verlaufe des Jahres 1935 zu verkaufen (die Direktive des ZK sah die Möglichkeit einer solchen Verpflichtung unsererseits für die Gesamtlaufzeit des Kredites von fünf Jahren für die Kredittilgung vor).

IV. Wir verpflichteten uns, neben den Aufträgen à Konto des 200-Millionenkredites in Deutschland laufende Aufträge in einem Volumen von 60 Millionen Mark unterzubringen (entgegen den durch die Direktive des ZK gebilligten 80 Mio. Mark). Dabei wird die Charterung für deutsche Schiffe und die Bezahlung für die technische Hilfe von deutschen Firmen auf der Grundlage des Abkommens in der Höhe der von uns erteilten laufenden Aufträge verrechnet.

V. Die Aufträge à Konto des 200-Millionenkredites müssen wir im Verlaufe von 12 Monaten vergeben (gegenüber den in der Direktive des ZK vorgesehenen 9–10 Monaten).

VI. Zur Abgeltung der Valorisierungsansprüche von deutschen Firmen, die mit der Abwertung des amerikanischen Dollars und des englischen Pfunds entstanden sind, verpflichteten wir uns, im Verlaufe von fünf Jahren, für die uns der 200-Millionenkredit gewährt wurde, eine Summe von 8,5 Mio. Mark auszuzahlen (gegenüber der mit Direktive des ZK bewilligten Summe von 10,5 Mio. Mark).

VII. Das Abkommen garantiert uns für das Jahr 1935 einen Export in einem Volumen von 150 Mio. Mark (gegenüber den mit Direktive des ZK bewilligten 140 Mio. Mark). Demgemäß verringerte sich die Summe an ausländischen Devisen und Gold, die wir uns für das Jahr 1935 den Deutschen zu zahlen verpflichteten, von 110 auf 100 Mio. Mark.

VIII. Es gelang, aus dem Abkommen den Punkt auszuschließen, der vorsah, der deutschen Regierung das einseitige Recht einzuräumen, unsere Exportgüter, an

² Vgl. Dok. 64.

denen die Deutschen interessiert sind (Rohstoffe), in einem Volumen von 50 Mio. Mark zu kaufen. Wir wären verpflichtet gewesen, von diesem Volumen 15 Mio. Mark für laufende Aufträge in Deutschland auszugeben. Der Ausschluss dieses (seinerzeit mit Direktive des ZK genehmigten) Punktes ist für uns außerordentlich vorteilhaft, insbesondere deshalb, weil wir zu diesen 50 Mio. Mark der deutschen Regierung Preise abringen könnten, die jedenfalls nicht höher als die Weltmarktpreise sind.

IX. In das Abkommen ist die Verpflichtung der Deutschen aufgenommen worden, ungehindert Bewilligungen für die Ausfuhr unserer Waren nach Deutschland und die Bezahlung in einer Summe von 85 Mio. Mark für die bis zum 15. Februar 1935 abgeschlossenen Verträge zu erteilen (von der Gesamtsumme des Exports entfallen 1935 auf den verbleibenden Teil 100 Mio. Mark). Diese Vertragsbedingung ist für uns äußerst wichtig, weil die Deutschen beharrlich darum kämpften, die Erteilung der Bewilligungen für unsere Exportwaren zu den bereits abgeschlossenen Verträgen den Bestimmungen der allgemeinen deutschen Devisengesetzgebung zu unterwerfen, um damit die in unseren Verträgen festgelegten Preise zu senken. Wir meinen, dass diese Vertragsbedingung uns ungefähr 20–25 Mio. Mark an Ersparnis einbringen wird.

X. Außer den Summen, die für unseren Export für das Jahr 1935 veranschlagt sind, verschafft uns das Abkommen die Möglichkeit, aus verschiedenen Vertragsarten 6 Mio. Mark einzunehmen (gemeint sind das Kali-Abkommen und andere Einkünfte).

A. ROZENGOL'C

*Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 3 Expl. 28.IV.35
Vermerk des Sekretärs mit Tinte: 2 Expl. sind vernichtet worden. 17/X.35. Bogdanovič.*

RGAE, f. 413, op. 12, d. 1753, l. 32–34. Kopie.

Nr. 136

Aufzeichnung des Legationsrats in Moskau Hilger

Moskau, 30. April 1935

Gelegentlich meiner Anwesenheit in Kiew veranstaltete Konsul Hencke am 23. April abends einen kleinen Empfang, zu dem nachstehende Vertreter der örtlichen Sowjetbehörden erschienen waren:

1) der Gehilfe des Bevollmächtigten des Volkskommissariats für ausw. Ang.	<u>Bredenko</u>
2) der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Kiewer Gebietes	<u>Wassilenko</u>
3) der Volkskommissar für den Außenhandel der Ukraine	<u>Kattel</u>
4) der stellvertretende Landwirtschaftskommissar der Ukraine	<u>Gruschewsky</u>
5) der Präsident der ukrainischen Staatsbank	<u>Pewsnier</u>
6) der ständige Sekretär der Ukr. Akademie der Wissenschaften	<u>Palladin</u>

Die Tatsache, dass trotz der gegenwärtigen politischen Beziehungen eine solche Anzahl von offiziellen Persönlichkeiten der Einladung gefolgt war, ist ein Beweis für das Ansehen, das das Deutsche Konsulat und ihr gegenwärtiger Leiter in Kiew genießen. Die Veranstaltung nahm einen recht angenehmen Verlauf. Gleich zu Anfang erteilte der stellv. Landwirtschaftskommissar, Gruschewsky, bereitwillig Auskünfte über den Stand der Wintersaaten und den Verlauf der diesjährigen Saatkampagne in der Ukraine. Im weiteren Verlauf des Abends wurde ich vom Vorsitzenden des Kiewer Gebietsexekutivkomitees, Wassilenko, und dem Präsidenten der Staatsbank, Pewsner, gebeten, an deren Tisch Platz zu nehmen. Auf diese Weise bot sich Gelegenheit, die Ansichten dieser beiden Herren kennenzulernen. Hierbei überraschten mich die Zwanglosigkeit und Offenheit, mit der sie sich in Gegenwart eines Ausländers über außenpolitische Fragen aussprachen.

Wassilenko ist ein Ukrainer von großer persönlicher Umgänglichkeit, der die vom Gastgeber gebotenen materiellen Genüsse zu würdigen wusste.

Pewsner ist zwar Jude, bekundete aber trotzdem warme Sympathien für Deutschland, wo er in früheren Jahren aus dienstlichen Gründen öfters gewesen ist. Außerdem entpuppte sich P[ewsner] als ein guter Freund des Deutschen Konsuls Großkopf in Nowosibirsk, wo [er] früher gearbeitet hat. Er kam mehrfach auf die hervorragenden persönlichen und sachlichen Eigenschaften Großkopfs zu sprechen und ließ in vorgerückter Stunde folgende Bemerkung fallen: „Ich bin von der Korrektheit Großkopfs nach wie vor überzeugt, auch wenn andere behaupten, dass er nationalsozialistische Flugblätter vertreibt.“ Im Verlauf des Abends sagte P. wiederholt und in einer sehr prononcierten Form, dass der gegenwärtige Zustand der Beziehungen zwischen der SU und Deutschland völlig widernatürlich sei und einer baldigen und entschiedenen Besserung weichen müsse. Als P. erklärte, dass er und seine Freunde in dieser Beziehung entschiedene Optimisten seien, und mich aufforderte, auf den „Optimismus“ mein Glas zu leeren, schloss sich Wassilenko seinen Ausführungen an und sagte, es sei sehr bedauerlich, dass im deutschen Volke Hass und Misstrauen gegen die Sowjetunion gesät würden; die Sowjetunion führe nichts Böses gegen Deutschland im Schilde, würde sich aber wehren, wenn sie angegriffen würde. Beide Herren betonten dabei immer wieder, dass Deutschland in der Sowjetunion eine große Achtung genieße, denn kein Volk habe solche Beweise von Tüchtigkeit geliefert. Man brauche nur an den letzten Vorfall mit dem „Zeppelin“ in Pernambuco zu denken¹, der in 4 Tagen behoben worden sei, um zu erkennen, wozu Deutsche im Stande seien! Auch für die Reichswehr fand Pewsner begeisterte Worte der Anerkennung: der Schneid eines deutschen Tambourmajors, den er bei einer Parade beobachtet hätte, sei ihm unvergesslich geblieben!

Herr Wassilenko führte sodann aus, dass sich die ukrainischen Arbeiter und Bauern lebhaft für die Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland interessierten. Als Beweis dafür erzählte er, dass kürzlich einige Arbeiter bei ihm gewesen seien, die ihm folgendes gesagt hätten: die gegenwärtige Linie der sowjetischen Außenpolitik gegenüber Deutschland sei ihnen nicht verständlich; die SU habe sich von ih-

¹ Bei der Landung am 25.4.1935 auf der Landestation im Bundesstaat Pernambuco im Nordosten Brasiliens geriet die „Graf Zeppelin“ in ein heftiges Unwetter und wurde dabei beschädigt.

ren äußeren Bedrückern frei gemacht und sei stolz darauf; Deutschland arbeite jetzt auf das gleiche Ziel hin, indem es sich bemühe, die Fesseln des Versailler Diktats abzuschütteln; ein solches Vorgehen Deutschlands verdiene Sympathien und Anerkennung, statt dessen aber paktiere die Sowjetunion mit Staaten, die Deutschland bedrückten; dies stehe im Widerspruch zu der Einstellung, die die Sowjetregierung früher in diesen Fragen eingenommen hätte.

Herr Wassilenko fügte hinzu, dass diese an ihn gerichtete Frage eines Arbeiters sehr kennzeichnend sei. Sie zeige, wie die wahre Stimmung des Volkes hier gegenüber Deutschland sei und dass die gegenwärtige Politik Litwinows bei den Massen kein rechtes Verständnis finde. Die weitere Entwicklung würde aber unter Umständen über Litwinow hinweggehen, wenn Deutschland Beweise dafür liefern würde, dass die hiesigen Befürchtungen unbegründet seien.

Herr P. griff diesen Gedanken auf, und erklärte, dass Deutschland und die SU sich auf ihre alte Schicksalsgemeinschaft besinnen müssten. Vom geschichtlichen Standpunkt sei es völlig „absurd“, dass die SU sich mit einem „degenerierten Lande“, wie Frankreich, verbinden wolle. Nur in Gemeinschaft mit Deutschland könne die SU eine wirkliche Sicherung des Friedens erreichen. Rassengegensätze spielten dabei keine Rolle. Frankreich habe Furcht vor Deutschland und verfolge seine kleinen egoistischen Ziele. Auch auf England sei kein Verlass. Es habe in der Person Edens einen „grünen Jungen“ nach Moskau geschickt, der auch prompt danach „krank“ geworden sei. Hier imponierten Leute wie Schacht. Dieser hätte begriffen, worauf es ankomme, und ein Kreditabkommen mit der Sowjetunion abgeschlossen², das für beide Teile von Nutzen sein würde.

Ich verhielt mich während dieser Ausführungen rezeptiv und beschränkte mich auf einige Zwischenbemerkungen, die die Unterhaltung im Fluss halten sollten.³

Hilger

Das Dokument ist handschriftlich geschrieben.

PA AA, Moskau 215, Bl. 429954-429958.

² Vgl. Dok. 116.

³ Dieses Treffen schilderte Hilger auch in seinen Erinnerungen; vgl. Gustav Hilger: *Wir und der Kreml*, Frankfurt am Main 1955, S. 257–258.

Nr. 137
Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Geheim
Expl. Nr. 2
4. Mai 1935

14/l

An den
Bevollmächtigten Vertreter
der UdSSR in Deutschland
Gen. JA. Z. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

mit großem Interesse habe ich Ihre Aufzeichnung vom 27.IV. mit der Analyse der heutigen außenpolitischen Situation Deutschlands gelesen¹. Ich stimme dieser Analyse vollkommen zu. Was Ihre Schlussfolgerungen betrifft, so stimmen sie vollkommen mit dem überein, was ich Ihnen in Berlin gesagt habe. Die Unterzeichnung des Paktes mit Frankreich macht, insofern dies uns betrifft, ein weiteres feindseliges Gezänk mit Deutschland überflüssig. Wir würden einen ruhigeren und korrekteren Ton der deutschen Presse und vor allem der offiziellen Verlautbarungen begrüßen. Wenn es Deutschland jedoch vorzieht, weiterhin eine Politik boshafter Sticheleien zu betreiben, so werden wir selbstverständlich nichts schuldig bleiben.

Ich glaube nicht, dass Deutschland tatsächlich versucht hat, das Locarno-Abkommen zu kündigen². Der unterzeichnete Pakt gibt ihm dafür keinerlei legitime Handhabe, selbst dann nicht, wenn man eine ausgesprochen kritische Haltung gegenüber dem Pakt einnimmt. Eine Aufkündigung ist nur mit der Zustimmung von 2/3 der Mitglieder des Völkerbundes möglich, womit Deutschland nicht rechnen kann, und es wird sich wohl kaum an den Völkerbund wenden. Natürlich könnte es das Locarno-Abkommen in einer offen illegitimen Weise **einseitig**³ aufkündigen, aber solch ein Fehltritt ist selbst von Hitler nicht zu erwarten. Das einzige, was Deutschland zum Vorwand nehmen könnte, ist die gestrige Erklärung Simons, wonach Locarno zufolge ein Eingreifen Frankreichs zugunsten der UdSSR im Falle eines Angriffs auf sie zulässig ist.⁴ Solch eine Auslegung von Locarno ist unter rein juristischem Standpunkt überspitzt. Aber gerade diese Erklärung Simons zeugt davon, dass England durchaus nicht beabsichtigt, sich von seinen Locarno-Verpflichtungen loszusagen, und dies selbst bei einer einseitigen Kündigung durch Deutschland nicht machen wird. So gesehen bräute eine Aufkündigung des Abkommens Deutschland nichts im Sinne der Aufhebung der englischen Garantien zugunsten Deutschlands, sondern beraubte Deutschland lediglich der eigenen Vor-

¹ Vgl. Dok. 134.

² Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 508, S. 1333–1338.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Am 2.5.1935. Vgl. Parliamentary Debates of House of Commons, Bd. 301, Nr. 84, London 1935, Sp. 681–682.

teile aus Locarno. Ich bin deshalb geneigt zu glauben, dass Deutschland jetzt eher noch mehr als früher das Locarno-Abkommen schätzt, welches in einem bedeutenden Maße das Anwendungsgebiet des sowjetisch-französischen Paktes einengt. Deutschland kann sogar zu der Schlussfolgerung gelangen, dass die engen Rahmen und die Unbestimmtheit der französischen Paktverpflichtungen ihm die Möglichkeit verschaffen könnten, erneut ein Abkommen mit Frankreich anzustreben und die entsprechenden Intrigen fortzusetzen.

Da Sie sich in Berlin, wie es scheint, mit dem Genfer Text des Paktes⁵ vertraut gemacht haben, wird es Ihnen nicht schwerfallen, sich davon zu überzeugen, dass die zweiwöchigen Verhandlungen keine wesentlichen Veränderungen gebracht haben. Ich brachte lediglich eine Präzisierung im ersten Punkt des Protokolls hinsichtlich des Objekts des Überfalls ein. Da Laval eine Ausdehnung der Hilfeleistung für den Fall eines Angriffs auf das Baltikum kategorisch ablehnte, hielt ich es für angezeigt, von jeglichen Verpflichtungen Abstand zu nehmen, falls Deutschland in Vorbereitung eines Angriffs auf Frankreich oder eines Verstoßes gegen die Entmilitarisierung des Rheingebietes Belgien und die Schweiz überfallen würde. Auf diese Präzisierung sind die Franzosen übrigens unverzüglich eingegangen. Die Verhandlungen verzögerten sich lediglich deshalb, weil wir erneut auf meine Vorschläge eingegangen sind, die Laval bereits in Genf zurückgewiesen hatte. Allerdings konnten wir nichts erreichen.

Am Tag der Unterzeichnung des Paktes wollten wir Schulenburg hier informieren und über Sie das Auswärtige Amt. Es war sogar eine Telefonleitung für die Verbindung mit Ihnen bestellt worden, aber ich erinnerte mich an Ihr letztes Gespräch mit Bülow⁶, als er erklärte, dass Deutschland nichts über zweiseitige Beistandspakte zwischen den Teilnehmer des beabsichtigten Regionalpaktes über Konsultationen zu wissen wünsche und nicht einmal wünsche, offiziell darüber unterrichtet zu werden. Deshalb habe ich die Telefonbestellung storniert. Gestern habe ich auf dem Empfang in der polnischen Botschaft Schulenburg von dem Dilemma, in dem ich mich befand, erzählt: einerseits dem Wunsch, loyal über die Unterzeichnung des Paktes zu informieren, und andererseits dem Wunsch Bülows. Ich denke, dass Sie ebenfalls bei Gelegenheit an verantwortlicher Stelle erklären können, weshalb wir nicht informiert haben.

Während der Verhandlungen mit Paris habe ich Kandelaki auf dessen Anregung hin vorgeschlagen, gegenüber Schacht eine Erklärung abzugeben, die darauf hinausliefe, Deutschland in den Regionalpakt über gegenseitigen Beistand zurückzuholen. Daraus ist jedoch nichts geworden.

Auf der nächsten Tagung der Völkerbundrates⁷ werde ich hinsichtlich unserer Initiative in der Angelegenheit die Frage aufwerfen, einen Regionalpakt über Nichtangriff und Konsultation zu realisieren, vielleicht wird es notwendig sein, die Beschlüsse der Baltischen Konferenz⁸ und die bevorstehende Rede Hitlers zur Au-

⁵ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 187, S. 292–293.

⁶ Vgl. Dok. 125.

⁷ Die nächste Ratstagung fand unter dem Vorsitz von Litvinov vom 20. bis 25.5.1935 in Genf statt.

⁸ Gemeint ist die für den 6. bis 8.5.1935 in Kaunas anberaumte II. Konferenz der Außenminister der Baltischen Entente im Rahmen des von Lettland, Litauen und Estland am 12.9.1934 abgeschlossenen Vertrags über Zusammenarbeit und Beistand.

Benpolitik abzuwarten.⁹ Jetzt hängt natürlich alles von Litauen ab. Für Litauen bedeutet ein Zurückweichen in der Memel-Frage eine formale und auch faktische Übergabe der Macht in die Hände des nationalsozialistischen Direktoriums.¹⁰ Solche Ratschläge können wir Litauen nicht geben.¹¹ In diesen Tagen hatte Litauen den Deutschen drei von den fünf Sitzen im Direktorium angeboten, diese lehnten jedoch jegliche Verhandlungen mit dem jetzigen Präsidenten des Direktoriums ab. Die Litauer wären auch zu weiteren Zugeständnissen bereit, wenn die Signatäre¹² ihnen die gleiche Unabhängigkeit und Unantastbarkeit des Memelgebietes garantieren würden, die sie bereit sind Österreich zu garantieren.¹³

Über dieses Thema könnten wir ausführlicher bei meiner Durchreise über Berlin sprechen, wo ich voraussichtlich am 18. sein werde.¹⁴

LITVINOV

P.S.: Die Reise der türkischen Journalisten ist wahrscheinlich auf Initiative von Aras unternommen worden, um seine Einschüchterungspolitik gegenüber Frankreich und uns umzusetzen.¹⁵

Litvinov

Vermerk M.M. Litvinovs mit rotem Farbstift: N.N.

Vermerk N.N. Krestinskis mit Bleistift: NK.

Oben rechts in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellv. Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2268 vom 4.5.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 9 Expl. 1 [Expl.] an den Adressaten, 1 an Gen. Krestinskij, 1 an Gen. Štern, 1 nach Paris, 1 nach London, 1 nach Rom, 1 nach Prag, 1 nach Warschau, 1 [Expl.] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 66–69. Kopie.

⁹ Am 21.5.1935. Vgl. Dok. 159.

¹⁰ Im September 1930 fasste der Völkerbundsrat den Beschluss, ein Direktorium für die Verwaltung Memels unter Beteiligung von Vertretern der Memeler Deutschen einzurichten.

¹¹ Litvinov führte in einem Schreiben an Stalin und einige Mitglieder des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 7.1.1935 u.a. aus: „Litauen ist zum jetzigen Zeitpunkt für uns von besonders großer politischer Bedeutung, erstens, weil Litauen angesichts der schwankenden und für uns ungünstigen Haltung Lettlands und Estlands in der Baltischen Entente auf diese einen für uns günstigen Einfluss zugunsten des Ostpaktes ausübt, und zweitens wegen der besonderen Wichtigkeit der Teilnahme Litauens am Ostpakt, da es eine gemeinsame Grenze mit Deutschland hat.“ In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 714, l. 22–23.

¹² Gemeint sind die Hauptmächte der Entente (England und Frankreich) und die sich ihr angeschlossenen Länder (Italien und Japan), die mit dem Vertrag mit Litauen vom 8.5.1924 die Autonomie des Memellandes unter die Souveränität Litauens verankerten.

¹³ Vgl. die gemeinsame Erklärung der Regierungen Englands, Italiens und Frankreichs vom 7.2.1934. In: Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 1. Serie, Bd. V, Paris 1970, Dok. 399, S. 734.

¹⁴ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 225, S. 338.

¹⁵ Vgl. Dok. 147.

Nr. 138

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

4. Mai [1935]

1274

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

1. *Ich halte es für nicht ausgeschlossen, dass irgendjemand aus dem Außenministerium* im Gespräch mit Ihnen oder mit Gen. Bessonov *seine Unzufriedenheit darüber äußern wird, dass wir* bei dem Abschluss des Abkommens mit Frankreich nicht den Berliner Vertrag¹ eingehalten und *die deutsche Regierung nicht von der bevorstehenden Unterzeichnung unseres Abkommens mit Frankreich informiert haben.*²

Als wir uns mit den Franzosen am 2. Mai im Verlaufe des Tages endgültig über den Wortlaut des Abkommens einigten, hatten wir daran gedacht, uns mit Ihnen telefonisch in Verbindung zu setzen, um die zwei bis drei Stunden später bevorstehende Unterzeichnung mitzuteilen und Sie zu bitten, Neurath oder Bülow darüber zu informieren.

Dann erinnerten wir uns jedoch daran, dass Neurath im Gespräch mit dem englischen Botschafter, das während der Konferenz in Stresa stattfand, mit absoluter Bestimmtheit erklärt hatte, dass die deutsche Regierung nicht einmal etwas über jene bi- oder multilaterale Beistandspakte zu wissen wünsche, die von einigen Teilnehmern eines zukünftigen regionalen osteuropäischen Pakt über Nichtangriff und Konsultation abgeschlossen würden, und sie darum bitte, ihr über diese Beistandspakte nichts mitzuteilen³.

Daraufhin haben wir entschieden, den Deutschen weder in Berlin noch in Moskau Mitteilung über die bevorstehende Unterzeichnung zu machen.

2. *Wir haben die in Ihrem letzten Schreiben aufgeworfenen Fragen noch nicht eingehend erörtert⁴. Es werden wohl keine Meinungsverschiedenheiten darüber aufkommen, dass wir selbst die Initiative für den Abschluss eines Ostpaktes über Nichtangriff, Konsultation und Nichtunterstützung eines Angreifers ergreifen

¹ Gemeint ist der Neutralitätsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR vom 24.4.1926. Vgl. DVP, Bd. IX, Dok. 141, S. 250–252; ADAP, Ser. B, Bd. II/1, Dok. 168, S. 402–403.

² Die drei Textstellen sind mit Bleistift unterstrichen, der gesamte Absatz ist am linken Seitenrand angestrichen.

³ Zum Gespräch von Neuraths mit Phipps am 12.4.1935 in Berlin vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 24, S. 44–45.

⁴ Vgl. Dok. 134.

müssen.^{*5} Da sowohl Deutschland als auch Polen bereits ihr prinzipielles Einverständnis zu einer Teilnahme an solch einem Pakt gegeben haben⁶, wird der Pakt vielleicht realisiert. Es besteht jedoch keine Notwendigkeit, die Aufnahme von Verhandlungen zu forcieren.

Erstens, es ist eine Lösung des Memel-Konflikts⁷ abzuwarten, weil sonst Deutschland einer Teilnahme Litauens am Pakt nicht zustimmen wird, wir aber werden einem Ausschluss Litauens aus dem Pakt natürlich nicht zustimmen.

Zweitens, es erscheint als unzweckmäßig, irgendwelche Gespräche mit den Deutschen aufzunehmen, solange sich Laval bei uns befindet und der Pakt mit der Tschechoslowakei mit uns nicht abgeschlossen ist⁸.

Da sich Maksim Maksimovič am Tag nach der Abreise Lavals⁹ nach Genf begibt, denke ich, dass Sie gezwungen sein werden, die Verhandlungen mit den Deutschen entweder nach oder während seines Genfaufenthaltes zu beginnen. Denkbar wäre auch, dass Maksim Maksimovič seine Reise über Berlin vielleicht dazu nutzt, um diese Frage nochmals direkt mit Neurath zu besprechen.¹⁰

*Ich wiederhole jedoch, dass dies meine persönlichen Überlegungen sind, die Frage noch nicht in der Instanz erörtert worden ist und ich mit Maksim Maksimovič nur kurz darüber sprechen konnte. Insbesondere habe ich ihm noch nicht vorgeschlagen, in Berlin Station zu machen und sich mit Neurath zu treffen.^{*11}

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

*Vermerk N.N. Krestinskij mit Bleistift: MM.*¹²

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1628 vom 5.5.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Štern, das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 106, d. 30, l. 9–10. Kopie.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

⁶ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 24, S. 51–53; DVP, Bd. XVIII, Dok. 184, S. 288.

⁷ Vgl. Dok. 95, Anm. 3.

⁸ Am 16.5.1935 wurde der Vertrag zwischen der UdSSR und der Tschechoslowakei unterzeichnet. Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 223, S. 333–335.

⁹ Laval hielt sich vom 13.5. bis 15.5.1935 zu einem offiziellen Besuch in Moskau auf. Vgl. ebd., Dok. 224, S. 336–338. Die Aufzeichnungen seiner Verhandlungen mit Litvinov, Molotov und Stalin sind bis jetzt nicht in russischer Sprache veröffentlicht worden. Das AVP RF kann deren Existenz nicht bestätigen. Vgl. dazu auch Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 1. Serie, Bd. X, Paris 1981, Dok. 388, S. 575–577.

¹⁰ Litvinov traf sich nicht mit von Neurath in Berlin.

¹¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

¹² Litvinov.

Nr. 139
**Aufzeichnung des Chefs der Ausbildungs-Abteilung im
 Reichswehrministerium von Böckmann**

4.5.35

Ausl.

Nr. 1441/35 geh. Ausl. I.AbschriftAufzeichnung

über eine Besprechung im AA am 4.5.35, die der Orientierung über den
 französisch-russischen Pakt diente.

Geh. Rat Gaus (Justitiar) legte in längeren, teilweise ins Einzelne gehenden Ausführungen seine Auffassung über den am 2.5. in Paris unterzeichneten Vertrag¹ dar und schilderte hierbei die dadurch entstandene Lage als recht ernst.

Aus seinen Darlegungen lässt sich folgendes herauschälen:

1.) Es ist ein reiner, einseitig gegen Deutschland gerichteter Bündnisvertrag mit offensivem Charakter, obwohl ihm rein äußerlich das Gesicht eines generellen Sicherheitspaktes gegeben worden ist.

2.) Der Genfer Völkerbund, in dessen Rahmen dieser Vertrag vorgeblich abgefasst ist, dient nur als reine Kulisse. Tatsächlich haben Frankreich und Russland volle Handlungsfreiheit im Falle einer Angriffsgefahr oder einer Drohung von Seiten eines europäischen Staates.

3.) Der englische Außenminister Simon hat im Unterhaus erklärt, dass im Falle eines Konfliktes Deutschland – Frankreich – Russland der Locarno-Vertrag England keine Verpflichtungen auferlege, Deutschland Hilfe zu leisten.

Das muss als eine Irreführung der englischen Öffentlichkeit angesehen werden, denn England müsste nach dem Locarno-Vertrage in jedem Falle Stellung nehmen.

4.) Der Vertrag bedeutet einen Todesstoß für das Kollektivsystem und das Ende des Locarno-Vertrages.

5.) Der Ring um Deutschland ist damit enger geworden, wenn er auch noch nicht ganz geschlossen ist.

6.) Im Wesentlichen hat Russlands Auffassung gesiegt. Die Tatsache, dass der Vertrag nur auf 5 Jahre befristet ist, bedeutet eher eine Verschärfung.

7.) Im Falle eines Konfliktes, der diese Vertragsverpflichtungen auslösen würde, wird Polens Haltung in jedem Falle von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Geh. Rat Gaus fügte hinzu, dass Staatssekretär v. Bülow heute erklärt habe, dass dieser Vertrag an sich zwar keine Verschärfung der Lage ergäbe, da die französisch-russischen Abreden schon seit längerer Zeit im Gange und bekannt gewesen seien, dass er aber in seiner einseitigen Spitze gegen Deutschland eine Ungeheuerlichkeit sei. Die deutsche Presse sei angewiesen, scharf gegen den Vertrag vorzugehen.

Als einzigen erleichternden Umstand bezeichnete G. R. Gaus die Tatsache, dass sich in der jetzigen Zeit die politische Konstellation erfahrungsgemäß sehr

¹ Vgl. Dok. 127, Anm. 3.

rasch ändern und damit dem Vertrag unter Umständen seine Bedrohlichkeit nehmen könne.

gez. v. Böckmann

Am Ende Hinweise, wem diese Abschrift am 7.5.1935 zur Kenntnis gegeben wurde: Chef H.L., Chef T.A., T 1, T3 II, T3 V mit nicht entzifferten Kenntnisnahmen. Auf beiden Blättern Stempel: Geheim.

IfZ, MA-273, Bl. 75-74.

Nr. 140

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski

GEHEIM

4. Mai 35

Nr. 14462

**AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES GEN. ŠTERN MIT
TWARDOWSKI, 4. MAI 1935**

Twardowski kam mit einer Reihe von Angelegenheiten zu mir:

1. Twardowski bemerkte vor allem, dass es ihm natürlich sehr schwerfalle, mich zum Abschluss des *Paktes mit Frankreich¹ zu beglückwünschen. Er sei jedoch geneigt, darin auch eine positive Seite zu sehen, auf die er später eingehen werde. Der Text des Beistandpaktes und das Unterzeichnungsprotokoll seien im höchsten Maße kompliziert abgefasst und stießen deshalb an einigen Stellen bei ihm und beim Botschafter auf Unverständnis. Vor allem im Abschnitt 4 des Unterzeichnungsprotokolls werde davon gesprochen, dass die Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages geführt haben, aufgenommen wurden, um ein zusätzliches Sicherheitsabkommen zu bekommen, das folgende Staaten umfasst: die UdSSR, die Tschechoslowakei, Deutschland und Polen sowie die mit der UdSSR benachbarten Baltischen Staaten². Angesichts dessen, dass Litauen kein an die UdSSR angrenzender Nachbarstaat sei, ergebe sich aus diesem Protokoll, *dass es nicht in den Ostpakt aufgenommen werden solle. Er, T., meine persönlich, dass dies einfach ein Missverständnis und eine unscharfe Formulierung sei³. Ferner werde in dem gleichen Artikel gesagt, dass die im französisch-sowjetischen Beistandsvertrag festgelegten Verpflichtungen nur in den Grenzen des anfänglich geplanten Dreierabkommens zu verstehen seien. Somit sehe der französisch-sowjetische Pakt offensichtlich einen Beistand lediglich im Falle eines Angriffs auf einen der Teilnehmer nur durch Deutschland, nicht aber, sagen wir, durch Polen oder einen Angriff auf Polen vor.

¹ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

² Vgl. Osteuropa 10 (1934/35), H. 9, S. 570; DVP, Bd. XVIII, Dok. 205, S. 312.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

T. bat mich, ihm zu erläutern, wie das Unterzeichnungsprotokoll zu verstehen sei. Ich sagte T., ich könne die unterzeichneten Dokumente leider nicht kommentieren, weil ich noch nicht die Möglichkeit hatte, sie detailliert zu studieren. T. bestand nicht darauf und ging zum nächsten Gedanken über. Er bemerkte, dass seiner Meinung nach der Beistandspakt auch unter dem Gesichtspunkt der sowjetisch-deutschen Beziehungen eine positive Seite haben könne. Theoretisch wäre denkbar, wenn wir momentan feststellen würden, dass sich im Ergebnis des Paktes die Sicherheit derart gefestigt und unsere Befürchtungen in Bezug auf Deutschland um einige Stufen verringert hätten und wir deshalb auf das Prinzip der unbedingten Teilnahme Deutschlands am Beistandspakt als Voraussetzung für eine Entschärfung der jetzigen Atmosphäre verzichten könnten. T. teilte privat mit, dass Schulenburg in den nächsten Tagen Gen. Litvinov aufsuchen werde⁴. Da er beabsichtige, am 15. in Urlaub zu gehen, wolle er nach seiner Ankunft in Berlin nach Möglichkeit dort erkunden, ob es denn Grundlagen für irgendwelche Gespräche zwischen uns und Deutschland gäbe. T. meint, gegenwärtig bestünde zwischen uns und Deutschland ein Zustand des Krieges, natürlich keines bewaffneten, wohl aber eines diplomatischen. Es stehe außer Zweifel, dass die UdSSR und Deutschland alles Erdenkliche unternähmen, um sich gegenseitig soviel wie möglich in die Suppe zu spucken⁵. T. meint, solch eine Situation könne nicht endlos hingezogen werden und deshalb könnten neue Gespräche zu diesem Thema nützlich sein. Ich fragte T., welche Gespräche er konkret meine. T. antwortete, ich müsse seine Situation verstehen, da er selbst die Haltung Berlins zu all den Vorgängen nicht kenne, so dass es ihm schwerfalle, konkret zu werden. Er meine jedoch, dass die Diplomaten einen Ausweg aus der Situation finden müssten. Damit Schulenburg in Berlin diese oder jene Vorschläge unterbreiten könnte, wäre es nützlich, unsere Haltung zu einer möglichen Verbesserung der Beziehungen zu kennen. Als ich sagte, dass es in Berlin viele gebe, die auf ein Scheitern der Paktverhandlungen hofften, antwortete T., dass es Ende 1933 und 1934 tatsächlich so gewesen sei, als er, T., mit seiner Auffassung absolut allein dastand, wonach sich die UdSSR und Frankreich verständigen könnten, falls Deutschland es ablehne, einem Abkommen mit der UdSSR beizutreten. In letzter Zeit halte man in Berlin, zumindest im Auswärtigen Amt, den französisch-sowjetischen Pakt für etwas Unausweichliches, man halte ihn jedoch für das kleinere Übel. Nach Auffassung führender deutscher Politiker sei es bei weitem besser, es mit einem offenen französisch-sowjetischen Pakt zu tun zu haben, als mit einem verschleierten, zumal mit einem von Deutschland abgesegneten. In Berlin meine man jetzt, dass sich Deutschland zwar keine Isolierung, oder zumindest etwas in dieser Art, leisten könne, weil Deutschland nunmehr die Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage durchgesetzt und sich in eine starke Militärmacht verwandelt habe. Das gefalle sehr vielen nicht. Nach 1 oder 1½ Jahren werde man sich damit abfinden und beginnen, mit Deutschland als mit einem gleichberechtigten Mitglied des europäischen Konzerts zu sprechen. All dies sollte jedoch kein Hinderungsgrund sein, die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu verbessern. Die gegenseitigen Verdächtigungen seien natürlich schwer aus der Welt zu schaffen, dies sollte aber kein Hinderungsgrund sein, die jetzige angespannte Situation zu beseitigen.

⁴ Am 8.5. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 78, S. 138.

⁵ In kyrillischen Buchstaben geschrieben: in die Suppe spucken.

2. T. sagte mir, dass Schulenburg mit Gen. Krestinskij *über den Fall Haage*⁶ gesprochen habe, wobei Gen. Krestinskij Schulenburg zugesichert hätte, in den nächsten Tagen eine Antwort zu geben.⁷ T. hoffe jetzt, sie von mir zu bekommen. Ich sagte T., dass aufgrund der Informationen, die wir vom NKVTorg erhielten, letzteres Haage nicht als einen echten Firmenvertreter betrachte, sondern lediglich als einen Vermittler, einen Kommissionär. Haage sei der Vertreter einer Danziger Firma, danach Vertreter von deutschen Firmen gewesen. Alles das beweise, dass er kein wirklicher Firmenvertreter sei. T. erklärte darauf mit unverhüllter Erregung, ihm sei eine derartige Argumentation völlig unverständlich. Haage sei zwei Jahre lang Vertreter einer großen deutschen Firma gewesen, er sei von dieser Firma mit allen Vollmachten ausgestattet worden, Verträge abzuschließen. Eine Person, die über solche Vollmachten verfüge, sei keineswegs ein Vermittler, sondern ein richtiger Vertreter. Ich erklärte T., dass Haage niemals in einer entsprechenden Firma gearbeitet habe, sondern im Prinzip ein Außenseiter sei, der außerdem, wie ich betonte, dem Wesen nach ein Vermittler sei. Darauf erklärte T. mit zunehmender Erregung, wir hätten kein Recht, einer Firma das Ernennungsverfahren für seine Vertreter vorzuschreiben. Ich müsse wissen, dass sich ein Direktor einer Firma nicht ständig im Ausland aufhalten könne, er könne zwar für zwei bis drei Wochen verreisen, sei jedoch nicht in der Lage, ernsthafte Verhandlungen zu führen. Er reise an, mache sich mit der Situation vertraut und reise wieder ab, ohne unmittelbar an einem Geschäftsabschluss interessiert zu sein, während ein Vertreter der Firma unmittelbar an der Handelstätigkeit interessiert sei und die dazu erforderliche Aktivität an den Tag lege. Das NKVTorg habe nicht das Recht zu fordern, dass die Firma unbedingt einen Vertreter entsende, der eine bestimmte Zeit lang in ihrem Apparat gearbeitet habe. Würde man sich auf diesen Weg begeben, so könnten wir dazu kommen, ein gewisses Maß an Produktionserfahrung zu fordern. Die Firmen hätten das Recht, Leute zu ernennen, obgleich sie nicht im Firmenapparat gearbeitet hätten, dies sei das Recht der Firmen, das ihnen niemand streitig machen könne. Eine andere Sache wäre es, wenn wir sagten, dass dieser oder jener Firmenvertreter aus Überlegungen politischen Charakters für uns unannehmbar sei. In dem Fall, dass wir privat und vertraulich der Botschaft die Gründe mitteilten, die uns dazu veranlassten, die Abberufung einer Person zu fordern, könnte die Botschaft die Firma beschwichtigen, indem man ihr zu verstehen gäbe, dass es um Dinge ginge, die nicht sie beträfen. Die Sichtweise des NKVTorg halte keinerlei Kritik stand. T. machte mich darauf aufmerksam, dass das NKVTorg vor 8 Tagen ein Telegramm der Firma erhalten habe, in dem bestätigt werde, dass Haage ihr mit allen Vollmachten ausgestatteter Vertreter sei. T. verstehe nicht, warum wir es zum jetzigen Zeitpunkt nötig hätten, einen völlig **unverständlichen Konflikt**⁸ zu schaffen und die deutschen Firmen zu verärgern, die das Vorgefallene absolut nicht verstünden und **dies**⁹ als einen gegen sie gerichteten Akt auffassten. T. bat mich eindringlich, sich um eine Revision der Entscheidung zu kümmern, da er ab-

⁶ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

⁷ Die Unterredung von der Schulenburgs mit Krestinskij fand am 29.4.1935 statt. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 32, l. 21–22.

⁸ Der Text ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: unverständliche Konflikte.

⁹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

solot nicht verstünde, welchen Sinn eine solche Politik haben könnte und meinte, dass die Argumentation des NKVTorg keiner Kritik standhalte. T. bitte mich, auf alle Fälle alles zu unternehmen, damit man Haage wenigstens für eine gewisse Frist den Aufenthalt in der UdSSR¹⁰ verlängere und zumindest seiner Frau und Tochter erlaube, in Moskau zu bleiben, um die Angelegenheiten zu regeln.

3. T. machte mich darauf aufmerksam, dass wir sowohl der Botschaft als auch den deutschen Konsulaten gegenüber bisher Entgegenkommen gezeigt hätten, wenn sie sich in inoffizieller Weise an uns mit der Bitte gewandt hätten, *den Frauen, die von Deutschland als deutsche Staatsbürgerinnen betrachtet würden, bei dem Austritt aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft*¹¹ behilflich zu sein. Jetzt aber habe Gen. Vajnštejn in Leningrad kategorisch ein Gespräch in der Angelegenheit der Bürgerin Merc abgelehnt. Sei dies die persönliche Ansicht des Gen. Vajnštejn oder entspreche das unserer Richtlinie? Ich antwortete T., dass wir in der Vergangenheit den Wünschen der Deutschen Botschaft in zahllosen Fällen entgegengekommen seien. Das habe sowohl deutsche Staatsbürger, um deren Ausweisung die Botschaft gebeten hatte, als auch insbesondere sowjetische Staatsbürger betroffen, die dank unserer Unterstützung die Genehmigung zur Ausreise nach Deutschland erhielten. Zur gleichen Zeit hätten wir fast keine einzige unserer Bitten in Deutschland erfüllt bekommen. T. versuchte mich zu unterbrechen, doch ich gab ihm dazu keine Gelegenheit und sagte, dass er natürlich die Fälle von Kogan¹² und Pal'čik¹³ anführen werde, in denen sie uns entgegengekommen seien, doch damit erschöpfe sich die Liste der deutschen Wohltaten. Von unserer Seite gebe es eine große Anzahl von Beweisen eines wohlwollenden Verhaltens gegenüber den deutschen Bitten. Ich erachte es als erforderlich, T. darauf aufmerksam zu machen, dass in der Zeit, da sich die Deutsche Botschaft wegen Bagatellen mit Protesten und Forderungen an uns wende, es in Deutschland in dem Verhalten gegenüber unseren Staatsbürgern absolut unzulässige Erscheinungen gebe. So sei zum Beispiel in Hamburg unser Bürger Tensov, ein kranker und älterer Mann, bei der Verhaftung geschlagen und misshandelt worden. Der einzige „Beweis“, der gegen Tensov vorgebracht worden sei, bestehe in den Aussagen einer unbekannten Person, die erst zu einem Zeitpunkt gemacht wurden, als Tensov bereits verprügelt worden war.¹⁴ Ähnlich sei es auch dem Mädchen Knapp ergangen, das durch Schläge dazu gebracht werden sollte, gegen die eigene Mutter auszusagen.¹⁵ Über diese empörenden Tatsachen müsse T. informiert sein. T. erklärte, dass er darüber absolut nichts gehört hätte und bat, ihm privat eine Liste der Fälle zu geben, zu denen wir diese oder andere Forderungen hätten, und mitzuteilen, für welche von den in Deutschland Verhafteten wir die Ausweisung wünschten. Im Moment wolle er in Berlin die Frage nicht im Sinne von Kompensationsobjekten aufwerfen, sondern

¹⁰ Haage wurde am 10.5.1935 aus der UdSSR ausgewiesen. Zur offiziellen Interpretation der Ausweisungsgründe vgl. Dok. 400.

¹¹ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

¹² Vgl. Dok. 20.

¹³ Vgl. ebenda.

¹⁴ Vgl. die Aufzeichnung des Gesprächs Giršfel'ds mit Tensov (im Gefängnis in der Nähe Hamburgs) am 23.4.1935. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 49, l. 72–75.

¹⁵ Vgl. die Aufzeichnung des Gesprächs Giršfel'ds mit Knapp (im Gefängnis in der Nähe Hamburgs) am 23.4.1935. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 49, l. 75–76.

hinsichtlich der Befriedigung unserer Wünsche, um uns damit die Möglichkeit zu geben, den deutschen Wünschen ohne jegliche Junktims entgegenzukommen. Ich versprach T., die angeführte Liste vertraulich auszuhändigen. Danach bat mich T., dabei behilflich zu sein, Fuchs¹⁶ in einen Haftort in Nähe eines deutschen Konsulats zu verlegen.

*4. T. fragte mich, ob die Mitteilung von deutschen Konsuln zutreffend sei, dass wir es wünschten, Streitfragen, die aus Verlautbarungen in der Provinzpresse entstünden, auf diplomatischer Ebene zu verhandeln;*¹⁷ dies hätte jedenfalls unser Beauftragter in Tiflis¹⁸ dem deutschen Konsul¹⁹ gegenüber erklärt. T. meine, dass es bei weitem sinnvoller wäre, derartige Angelegenheiten auf inoffiziell, anstatt auf diplomatischem Wege zu regeln. Ich sagte T., wir glaubten, dass es zweckmäßiger wäre, gerade weil die Verhandlungen zwischen den Konsuln und unseren Bevollmächtigten und Dipagenten²⁰ offiziellen Charakter erlangt hätten, über diese Fragen in Moskau zu sprechen. Damit gab sich T. zufrieden.

5. Gegen Ende der Unterredung wandte sich T. mit einer persönlichen Bitte an mich. Es geht darum, dass wir seinerzeit T. versprochen hatten, *der inhaftierten ehemaligen Hausangestellten von T., der Bürgerin Anna Schönknecht²¹, künftig behilflich zu sein*²². Die Ehefrau von T. möchte ihr nun ein Päckchen mit Lebensmitteln schicken, sie befürchtet jedoch, damit die Lage der Schönknecht zu verschlimmern. T. bat mich, ihm privat den Rat zu geben, ob sie dieses Päckchen schicken solle oder lieber nicht. Ich versprach T., ihm in den nächsten Tagen eine Antwort zu geben.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1635 vom 5.5.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. nach Berlin, das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 32, l. 23–29. Kopie.

¹⁶ Vgl. Dok. 12, Anm. 3.

¹⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

¹⁸ Matvej Ivanovič Skobelev.

¹⁹ Karl Dienstmann.

²⁰ Dipagent – Vertreter des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR für den Verkehr mit Mitarbeitern ausländischer diplomatischer, konsularischer und Handelseinrichtungen auf dem Gebiet der UdSSR.

²¹ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 459, S. 1224.

²² Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

Nr. 141
Bericht des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung beim
Volkskommissariat für Außenhandel Gittis

Ganz geheim¹

Expl. Nr. 1

4. Mai 1935

Nr. 385026ss²

AN DEN

STELLV[ERTRETENDEN] VOLKSKOMMISSAR

FÜR VERTEIDIGUNG DER UdSSR

Gen. TUCHAČEVSKIJ

In Ergänzung meiner Meldung vom 22. April d. J. Nr. 385310s mit der Vorlage des Berichts über die operative und kommerzielle Tätigkeit der Abteilung für Außenaufträge für das Jahr 1934 lege ich hiermit in der Anlage einen Kurzbericht über die Arbeit bezüglich der legalen Erkundung von Militärtechnik vor.

Der Bericht betrifft hauptsächlich die Ermittlung und Beschreibung neuester Errungenschaften der Militärtechnik, für die keine Werbung gemacht wird. Er berührt jedoch nicht die übrige breite Informationsarbeit der Abteilung für Außenaufträge und der Ingenieurabteilungen zur Erschließung neuer Märkte, zur Erfüllung von Aufträgen und Anfragen der Zentralverwaltung des NKO und der Industrie, zur Ermittlung und Versorgung mit Informationsmaterial zu einzelnen technischen Fragen und mit Kennziffern, Katalogen usw.

ANLAGE: Bericht in Blatt.

BEAUFTRAGTER DES NKO BEIM NARKOMVNEŠTORG DER UdSSR

Gittis

Ganz geheim³

Expl. Nr. 1

25.IV. 35

KURZBERICHT
ÜBER DIE ARBEIT ZUR INFORMATION UND ERKUNDUNG VON NEUESTEN
ERRUNGENSCHAFTEN DER MILITÄRTECHNIK, FÜR DIE KEINE WERBUNG
GEMACHT WIRD.

I. Die Vergabe von Aufträgen an Firmen, die militärische oder mit ihr verwandte Produkte herstellen, verschafft unseren Vertretern die einzige legale Möglichkeit, Zugang zu Rüstungsbetrieben zu bekommen, um deren Arbeit und Produkte in Erfahrung zu bringen (in einem mehr oder weniger [hohen] Grade, in Abhängigkeit von den Beziehungen zu der Firma und von dem Geschick unserer Mitarbeiter).

Die auf der Grundlage des erteilten Auftrages geknüpften Geschäftsbeziehungen bieten bei entsprechendem Takt und Geschick unsererseits oft die Gelegenheit,

¹ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

auch nach der Auslieferung des jeweiligen Auftrages und ohne eine neue Auftragserteilung diese Beziehungen zu den Firmen über einen langen Zeitraum hinaus zu nutzen, wobei es dabei immer eine gewisse Zeitgrenze gibt. Wenn eine Firma keinen neuen Auftrag von uns erhält, berauben wir uns dieser Möglichkeiten und versperren uns den Zugang zur Produktion.

Im Ergebnis solcher Besuche gelingt es nicht selten, nicht nur das Produktionsspektrum, Forschungsexperimente und die Ausrichtung des Konstruktionsgedankens zu erkunden, sondern auch den Kreis der anderen Käufer festzustellen, d. h. womit sich die anderen Länder bewaffnen.

Auf diese Weise besitzen wir für das Jahr 1934 konkrete Auftragsangaben für Japan, Polen, Rumänien, Italien, die Türkei, Litauen u. a.

Es gelang, den Besuch von solchen Werken wie ŠKODA⁴, HOTCHKISS⁵, BRANDT⁶ und einigen Geheimwerken in den USA, in Italien und England durch unsere Spezialisten zu ermöglichen.

II. Durch die Werksbesuche im Jahr 1934 wurden diverse Objekte ermittelt, für die keine Werbung betrieben wird und die von den Firmen auch nicht, wie sonst üblich, regulär ausgestellt werden, so u. a.:

HOLLAND. Bei der Firma NEDINOKO (eine holländische Filiale der Firma Zeiss in Deutschland) wurden modernisierte Weitenmesser festgestellt.

DEUTSCHLAND. Die Ingenieurabteilung stellte den Kontakt zu Prof. KORN her, von dem es nach langen Verhandlungen gelang, sowohl Vorschläge als auch einige Daten zu den Besonderheiten der Konstruktion seines Apparates zur Übertragung von Aufnahmen aus dem Flugzeug zum Boden und zu den Telechiffrier-Apparaten zu erhalten.

Sowohl das erste als auch das zweite Objekt sind für uns von großem Interesse und unterliegen der Geheimhaltung, sie sind nicht käuflich zu erwerben.

Die Firma PINTSCH⁷ stellt nach uns vorliegenden Informationen Kurzwellensender her, die Produktion wird jedoch geheim gehalten. Bis 1934 hat sich die Firma nicht mit der Produktion dieses Artikels befasst.

Die Firma LORENZ⁸. Es wurde ermittelt, dass die Firma neue Typen von UKW-Funkstationen entwickelt hat, aber das wird geheim gehalten. Bis 1935 konnte die Firma Lorenz ihre Produkte nicht an uns verkaufen, weil laut Vertrag mit der Firma Telefunken über die Aufteilung der Märkte die UdSSR zur Sphäre der Firma Telefunken gehörte.

Die Firma ATLAS-WERKE⁹. Nach den vorliegenden Informationen wird ein neues Echolot eines Magnetostriktionstyps gebaut, das nach einem neuen Prinzip

⁴ Maschinenbaubetrieb in der Tschechoslowakei (Mladá Boleslav), spezialisiert auf den Bau von Kraftfahrzeugen, Panzern und sonstiger Militärtechnik.

⁵ Französische Industriegesellschaft (Saint-Denis), produziert Militärtechnik (Artillerie- und Schützenwaffen, Panzer, Schützenpanzerwagen) und Kraftfahrzeuge.

⁶ Französische Firma (Paris, Vernon), spezialisiert auf Waffenproduktion (Granatwerfer, Munition).

⁷ Deutsche Firma (Berlin, Frankfurt), auf Gerätebau spezialisiert.

⁸ Deutsche Firma (Berlin), Hersteller von Funksteuerungsgeräten für die Blindlandung von Flugzeugen.

⁹ Deutsche Firma (Bremen), spezialisiert auf den Bau verschiedener Schiffstypen sowie auf hydroakustische Geräte für U-Boote.

von Lamellenschwingungen funktioniert und die Geheimhaltung seines Einsatzes gewährleistet. Dieses Gerät ist für das NKO von Interesse und laut Plan 1935 für den Ankauf vorgesehen.

Das Begleitschreiben enthält den maschinenschriftlichen Vermerk: Mit Vorlage des Rechenschaftsberichtes über die Informationstätigkeit im Jahr 1934.

Am linken Seitenrand befindet sich der Stempel des Sekretariats des 2. Stellvertreters des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 972 vom 5.5.1935.

Am Ende des Begleitschreibens sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. in 2 Expl. Expl. Nr. 1 an die Adresse, Nr. 2 zu den Akten.

Auf Kopfbogen des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR beim Narkomvneštorg der UdSSR geschrieben.

RGVA, f. 33989, op. 2, d. 225, l. 7–6. Original.

Nr. 142

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim

Expl. Nr. 4

5. Mai 1935

150/l.

An

Gen. STALIN

Ich bin etwas in Sorge, dass Gen. Kandelaki, der in politischen Fragen nicht bewandert ist, in seinem Eifer, uns mit Deutschland zu versöhnen, Überflüssiges daherreden könnte. Und deshalb hielte ich es für wünschenswert, ihm einen „Spickzettel“ zu geben, dessen Entwurf ich in zwei Exemplaren¹ beifüge. Wenn Sie ihn billigen, so bitte ich anzuweisen, dass Gen. Poskrebyšev noch heute Gen. Kandelaki ein Exemplar übergibt.²

LITVINOV

Vermerk mit blauem Farbstift: A[rchiv], Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 4 Expl. [Die Exemplare] 1 und 2 an Gen. Stalin, das 3. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 4. ins Archiv.

¹ So im Dokument. Allem Anschein nach handelt es sich um diese zwei Varianten.

² Am 5.5. wurde Kandelaki zu Stalin bestellt. Vgl. Na prieme u Stalina, S. 162.

****Entwurf einer Erklärung für K[andelaki] gegenüber Sch[acht]**³**

Ich habe den Inhalt des Gesprächs mit Ihnen den Genossen übermittelt, die unsere Außenpolitik leiten, und halte es für notwendig, Ihnen deren Bemerkungen zur Kenntnis zu bringen. Die sowjetische Regierung hat niemals ihre Haltung gegenüber Deutschland auf eigene Initiative verändert, mit dem sie schon immer und auch jetzt die besten wirtschaftlichen und anderen Beziehungen zu unterhalten wünschte. Sie mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, und deshalb bestimmt das innere Regime eines beliebigen Staates nicht die Haltung der sowjetischen Regierung zu ****ihnen****⁴. Wenn jedoch die Machtergreifung Hitlers sie beunruhigte, dann deshalb, weil letzterer vorab sein außenpolitisches Programm verkündete, welches den Kampf gegen die UdSSR und den Überfall auf sie mit dem Ziel einschloss, sowohl sowjetisches als auch nahe der UdSSR gelegenes Territorium zu okkupieren. Wir verstehen, dass die Personen, wenn sie an die Macht gelangen, nicht immer die Programme und die Losungen verwirklichen, die sie zum Zwecke der Machteroberung propagiert haben. Leider hat Hitler, nachdem er an die Macht gelangte, weder eine einzige Geste unternommen, noch ein einziges Wort gesagt, die auf eine Abkehr der von ihm in Bezug auf den Osten und insbesondere in Bezug auf die UdSSR verkündeten Absichten hinweisen würden. Es gab im Gegenteil einige Fakten, die befürchten ließen, dass das einstige Programm Hitlers jetzt zum Programm der heutigen deutschen Regierung, oder zumindest ihres uneingeschränkten Chefs, werden würde. Als es Hitler für nötig erachtete, auf feindselige Absichten gegenüber dem Westen und insbesondere gegenüber Frankreich zu verzichten, wenn auch nur verbal, rührte er jedoch das Programm seiner Ostpolitik nicht an. Er hörte und hört nicht auf, von der Handlungsfreiheit im Osten zu sprechen. Unsere Bemühungen, von der deutschen Regierung Garantien für die Unverletzbarkeit des Friedens im Osten zu bekommen, zum Beispiel der Vorschlag eines Baltischen Protokolls, waren nicht von Erfolg gekrönt.⁵ Hitler unterbreitete erst unlängst im Gespräch mit englischen Ministern den Plan eines Westblocks gegen die UdSSR.⁶ Hitler suchte Verbündete gegen die UdSSR, und wenn ihm dies nicht gelang, so war es nicht seine Schuld. Er schätzte die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern nicht richtig ein, insbesondere nicht die zwischen Frankreich und Deutschland. Wir konnten jedoch diese Fakten nicht ignorieren und untätig bleiben. Wir waren gezwungen, über Garantien gegen einen möglichen Angriff durch Deutschland, ****allein****⁷ oder in einer Gemeinschaft mit anderen Staaten, nachzudenken. Wir schlugen einen regionalen Ostpakt

³ Der Text ist mit rotem Farbstift geschrieben.

⁴ Das Wort ist mit Bleistift über die Zeile anstelle des durchgestrichenen „ihm“ gestrichen.

⁵ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 415, 420.

⁶ Als Eden in der Unterredung mit Litvinov am 28.3.1935 über die Verhandlungen mit Hitler sprach, führte er laut der sowjetischen Aufzeichnung aus, dass der Reichskanzler wiederholt auf die Frage der „sowjetischen Gefahr zu sprechen kam“, Deutschland hingegen sei „wichtigster Beschützer und Bollwerk der ‚europäischen Zivilisation‘...“. In: DVP, Bd. XVIII, Dok. 146, S. 232. Vgl. ebenso ADAP, Ser. C, Bd. III/2, Dok. 555, S. 1029.

⁷ Das Wort ist am linken Seitenrand mit Bleistift geschrieben.

vor, an dem Deutschland gleichberechtigt mit anderen Staaten hätte teilnehmen können und für sich eine Sicherheitsgarantie für eine bestimmte Zeit von Jahren erhalten. Dieser Pakt wäre formell nicht gegen Deutschland gerichtet gewesen und ****wir****⁸ hätten keinerlei Veranlassung gehabt, ihn unter Friedensbedingungen gegen Deutschland einzusetzen. Nach dem Erhalt der erforderlichen Garantien beabsichtigten wir im Gegenteil, maximale Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland herzustellen und zu entfalten. Der Regionalpakt wäre dafür kein Hindernis gewesen. Deutschland hat, trotz all unserer Bemühungen, diesen Pakt abgelehnt und uns dadurch auf den Weg bilateraler Pakte oder Bündnisse gedrängt. Wir selbst wollten diesen Weg nicht beschreiten und betreten ihn ungern. Die Verantwortung dafür trägt jedoch Deutschland. Wir hätten schon längst einen mit Frankreich abgeschlossenen Pakt haben können, doch beeilen wir uns nicht und überlegen uns diesen ersten Schritt. Der Pakt wird wahrscheinlich in den nächsten Wochen unterzeichnet werden, aber solange er noch nicht unterzeichnet ist, ist es noch nicht zu spät, zum Projekt eines Regionalpaktes zurückzukehren. Falls Deutschland fest und zweifelsfrei bekundet, dass es bereit ist, sich kurzfristig an einem Regionalpakt mit den früher genannten Teilnehmern und an einem Garantiepakt zwischen der UdSSR, Frankreich und Deutschland zu beteiligen, sind wir bereit, dies zu erörtern. Im Gefolge solch eines Regionalpaktes wird zweifellos eine Verbesserung der Beziehungen zwischen uns und Deutschland eintreten und der Boden für die Erörterung und Verwirklichung jener Abkommen bereitet, über die Sie, Herr Schacht, mit mir gesprochen haben.⁹ Ich muss jedoch unterstreichen, dass die sowjetische Regierung die Unterzeichnung eines Paktes mit Frankreich nicht auf die lange Bank schieben wird, es sei denn, sie erhält eine absolut sichere, bestimmte und keine Verzögerung einräumende und anders auslegbare offizielle Erklärung der deutschen Regierung über ihre Bereitschaft, an dem regionalen Ostpakt teilzunehmen ****10**, und sie an dem Regionalpakt teilnehmen wird¹¹. Bis zum Eingang einer offiziellen Erklärung der deutschen Regierung werden die Verhandlungen mit Frankreich über den Abschluss eines bilateralen Paktes fortgeführt, so, als ob nichts geschehen wäre.

Am Endes des Dokumentes ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 113, d. 122, l. 196–199. Kopie.

[2. Variante]
Geheim
5. Mai 1935
ANLAGE

Ich übermittelte den Inhalt des Gesprächs mit Ihnen den Genossen, die unsere Außenpolitik leiten, und ich möchte Ihnen die Eindrücke mitteilen, die ich aus den Gesprächen mit ihnen gewonnen habe.

⁸ Das Wort ist mit Bleistift über die Zeile geschrieben.

⁹ Vgl. Dok. 121.

¹⁰ Der an dieser Stelle stehende Text ist mit Bleistift durchgestrichen: unabhängig von der Entscheidung Polens. Polen jedoch erklärte, dass, im Falle des Einverständnisses Deutschlands.

¹¹ So im Dokument.

Bei absolut keinem von ihnen habe ich Feindseligkeit gegenüber Deutschland und gegenüber seinen Interessen bemerkt. Sie alle versichern, dass die Veränderung der Beziehungen mit Deutschland während der letzten zwei Jahre keineswegs auf Initiative der UdSSR erfolgte. Die sowjetische Regierung mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, und nicht das innere Regime dieser Staaten bestimmt die Haltung der sowjetischen Regierung zu ihnen. Sie wäre deshalb nach wie vor bereit, mit Deutschland die besten Beziehungen zu unterhalten, insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen, die sie sehr zu schätzen weiß.

Leider kann die sowjetische Regierung angesichts bestimmter Drohungen an die Adresse der UdSSR, die von höchst maßgeblicher Seite ausgehen, und *des Bestrebens der deutschen Regierung, eine Front gegen die UdSSR (Gespräche mit Simon und Eden) zu errichten*¹², nicht umhin kommen, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Wir haben uns bemüht, von der deutschen Regierung Garantien *auf der Grundlage der Gegenseitigkeit* zu erhalten, doch ist dies nicht gelungen. Daher auch der Abschluss des sowjetisch-französischen Beistandspaktes, wenn sich einer dieser Staaten im Zustand der Selbstverteidigung befindet. Wir beschränkten uns bei unserem Beistand ausschließlich auf französisches Territorium. Da Deutschland nicht die Absicht hegt, *wie beteuert wird*, Frankreich zu überfallen, so kann der Pakt¹³ Deutschland keinen Schaden zufügen. Das mitteleuropäische Problem und andere Fragen, die ohne *direkten* Nachteil für die UdSSR Deutschland interessieren können, werden vom Pakt, *wie bekannt ist*, nicht berührt.

Meine Genossen sind der Meinung, dass ein abgeschlossener Pakt nicht stören muss, sondern im Gegenteil dabei behilflich sein kann, ruhigere und höchst korrekte Beziehungen zu Deutschland sowie eine weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen. Meine Regierung wird immer bereit sein, Vorschläge zu einer Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen aufmerksam zu prüfen und zu erörtern.

Auf der Tagesordnung steht heute der Abschluss eines regionalen Ostpaktes über Konsultation, Nichtangriff und Nichtunterstützung eines Aggressors. Die deutsche Regierung hat den Engländern angeblich offiziell ihr Einverständnis erklärt, an diesem Pakt teilzunehmen, und falls dieser Pakt tatsächlich umgesetzt werden sollte, so würden zweifellos Bedingungen für eine erhebliche Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen auf allen Gebieten geschaffen werden.

ANMERKUNG.

1. Es darf auf keinen Fall ein Treffen mit Hitler forciert werden. Falls der Vorschlag für solch ein Treffen auf Initiative von Schacht erfolgt, so muss Gen. Kandelaki dazu in Moskau anfragen.

2. Gen. Kandelaki darf gleichfalls nicht auf eigene Initiative Schacht zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach Moskau einladen oder ihm eine Selbsteinladung nahelegen.

¹² Die hier und im Folgenden kursiv gehaltenen Einschübe und Streichungen wurden von Stalin auf dem Exemplar vorgenommen, das im AP RF vorliegt.

¹³ Der nachfolgende Text „in keinem Maße“ ist gestrichen.

3. Über Gespräche mit Schacht zu allgemeinen Themen wirtschaftlicher und politischer Art ist *das ZK*¹⁴ rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

*Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 67, S. 125–126*¹⁵.

Nr. 143

Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

Moskau, den 6. Mai 1935

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Tgb.Nr. A/ 1044

1 Anlage

Inhalt: Räterussisch-französischer Pakt über gegenseitige Hilfe vom 2. Mai 1935

Die Unterzeichnung des sowjetisch-französischen Vertrages über gegenseitige Hilfe hat in Moskau keine Sensation hervorgerufen. Die politische Entwicklung der letzten Wochen hatte klar erwiesen, dass die beiden Vertragspartner trotz aller bestehenden Schwierigkeiten entschlossen waren, den ins Auge gefassten Pakt zustande zu bringen, nachdem sich herausgestellt hatte, dass zur Zeit der ins Auge gefassten nord-ost-europäische Regionalpakt¹ keinerlei Aussicht auf Verwirklichung hat. Es ist außerordentlich schwierig, sich bereits heute ein Bild davon zu machen, wie die tatsächliche Beurteilung des Vertrages auf russischer Seite ist. Die strenge Abgeschlossenheit, in der das diplomatische Corps seit einiger Zeit gehalten wird, der Terror, der zur Zeit in der Sowjetunion herrscht, und wohl auch die nicht ganz einheitliche Auffassung in maßgeblichen Kreisen über die Zweckmäßigkeit der Litwinowschen Außenpolitik legen allen Russen, mit denen man gelegentlich bei gesellschaftlichen Veranstaltungen zusammenkommt, eine derartige Zurückhaltung in politischen Gesprächen auf, dass außerhalb der offiziellen, in der Presse vertretenen Darstellung eine Meinungsäußerung von russischer Seite nicht zu extrahieren ist. Charakteristisch in dieser Hinsicht ist es, dass der Direktor der II. Westabteilung² Botschaftsrat von Twardowski auf eine Frage über den Vertrag antwortete, wenn die deutsche Botschaft eine authentische Äußerung über die Auslegung des Vertrages wünsche, so möchte man mit Herrn Krestinski oder Herrn Litwinow sprechen³. Die einzige Gelegenheit, die sich bisher auf gesellschaftlicher Basis ergab, Litwinow oder Krestinski zu sprechen, war auf einem Empfang bei der polnischen Botschaft am 3. Mai, wo in drangvoll fürchterlicher Enge Litwinow von

¹⁴ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: der Bevollmächtigte Vertreter Suric.

¹⁵ Das veröffentlichte Exemplar, das an Stalin geschickt wurde (es ist ein Dokument aus dem AP RF), enthält den Bericht Litwinovs und die 2. Entwurfsvariante für die Erklärung Kandelakis gegenüber Schacht. Es enthält den Vermerk Stalins: „Arch[iv]. Besonders geh[eim] aufzubewahren“.

¹ Gemeint sind die Verhandlungen über den Ostpakt.

² David Grigor'evič Štern.

³ Vgl. Dok. 140.

allen Botschaftern und Gesandten derart umlagert war, dass sich zu einem auch nur etwas tiefer schürfenden Gespräch keine Möglichkeit ergab.⁴

Ganz allgemein glaube ich aus gelegentlichen Äußerungen von russischen Persönlichkeiten und aus den Kommentaren der Sowjetpresse den Eindruck gewinnen zu sollen, dass dieser Bündnisvertrag, der nach russischer Auffassung von Paul Boncourt⁵ im Herbst 1933 angeregt wurde, eigentlich als Druckmittel gedacht war, um Deutschland zum Abschluss des Nordost-Regionalpaktes zu zwingen. So haben nach allem, was ich habe in Erfahrung bringen können, konkrete Verhandlungen wegen des Vertrages auch erst eingesetzt, nachdem es klar wurde, dass Deutschland sich unter keinen Umständen bei der gegenwärtigen Konstellation zum Abschluss eines Regionalpaktes in der vorgesehenen Form würde bewegen lassen. Dann allerdings konnte man eine Entente nicht mehr vermeiden und ist nolens volens an die Formulierung des Paktes herangegangen, die in ihrer überaus vorsichtigen und verklausulierten Diktion nicht den Eindruck macht, als ob die Partner sich coûte que coûte aneinander binden wollten. Im Gegenteil könnte man, wenn man wollte, gerade aus dem Vertragstext und dem angehängten Protokoll herauslesen, dass sich zum mindesten Frankreich noch manche Hintertür offen gelassen hat. Es ist auch nicht zu verkennen, dass Litwinow durchaus nicht das erreichte, was ihm vorgeschwebt hat: Weder ist der Begriff des Angreifers oder der Charakter der zu leistenden Hilfe irgendwie definiert noch ist eine automatische Hilfsaktion sichergestellt noch deckt der Vertrag Angriffsfälle der eigentlichen Nachbarn der Sowjetunion. Ehe die Hilfe praktisch wird, muss der Völkerbundsrat sprechen, wodurch nach russischer Anschauung viel kostbare Zeit verloren geht, und nur wenn Deutschland, das territorial nicht an die Sowjetunion angrenzt, der Angreifer ist oder als solcher festgestellt wird, ist Frankreich zur Hilfe verpflichtet.

Nichtsdestoweniger ist die Tatsache, dass trotz aller Schwierigkeiten die französisch-russische Entente vertragsmäßig nunmehr untermauert ist, ein politisches Faktum, das für unsere Ostpolitik von weittragender Bedeutung sein wird, da auf absehbare Zeit hin die Sowjetunion und Frankreich in Europa gemeinsam politische Wege gehen werden.

Das Ziel der Litwinowschen Außenpolitik geht dahin, an allen denkbaren Konfliktherden in Europa regionale Pakte mit gegenseitiger Beistands-Verpflichtung zu errichten, diese Pakte untereinander zu verbinden und somit den territorialen status quo durch dieses Paktsystem zu zementieren. Auf diesem Weg ist der französisch-sowjetische Vertrag vom 2. Mai 1935 die erste Etappe. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich Litwinow von seinen Bemühungen, sein Ziel zu erreichen, wird abbringen lassen. Pressemeldungen wollen davon wissen, dass beim Besuch Lavals am 13. – 15. Mai in Moskau die Frage des Anschlusses der balti-

⁴ In einem Telegramm informierte von der Schulenburg das AA über ein Gespräch mit Litvinov am 8.5.1935, in dem dieser gesagt habe, dass „er hoffe, dass dem französisch-sowjetischen Vertrag ein allgemeiner Pakt gemäß den deutschen Vorschlägen (Nichtangriff, Konsultation, Nichtunterstützung des Angreifers) folgen werde“. Ein solcher Ostpakt sei „geeignet, die Bedeutung des französisch-sowjetischen Pakts abzuschwächen“, dann werde er zu einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen beitragen, die der Sowjetregierung unter allen Umständen erwünscht sei und jetzt möglich erscheine“. In: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 78, S. 138. In diesem Sinne instruierte der Volkskommissar auch den Bevollmächtigten Vertreter Suric in Berlin. Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 215, S. 323.

⁵ So im Dokument; richtig: Paul-Boncour.

schen Staaten an einen Regionalpakt besprochen werden soll. Auch die Besuche Beneš⁶ und Titulescus in Moskau⁷ werden dem Ziel dienen.

Gegenüber Deutschland wird die sowjetische Diplomatie trotz aller friedlicher Versicherungen aggressiv bleiben, bis entweder Deutschland sich die Grundgedanken der Litwinowschen Paktpolitik zu eigen macht oder bis Litwinow aus der Haltung der anderen Mächte die Erkenntnis schöpft, dass er auf diesem Weg nicht mehr weiterkommt. Die Politik der freien Hand, des Sichnichtbindens, die bisher der Sowjetaußenpolitik als erstrebenswertes Ziel vorgeschwebt hatte, dürfte durch den Abschluss des Paktes vom 2. Mai 1935 vorläufig ihr Ende gefunden haben.

Eine Darstellung der Haltung der sowjetischen Presse zum Vertrag vom 2. Mai ist in der Anlage⁸ beigefügt.

Schulenburg

Eigenhändige Unterschrift. Oben Stempel: IV Ru 1794, Eing. 8. Mai 1935. Am Seitenrand Stempel v. R.M. und St.S. mit Abzeichnungen von Neuraths (9.5) und von Bülow's (8.5.). Gefertigt in vier Durchschlägen. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 31620, Bl. H 102866-102869.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 70, S. 127–129.

Nr. 144

Sitzungsprotokoll des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

[7.5.1935]

Protokoll

der Sitzung des Vorstandes des Russland-Ausschusses der Deutschen
Wirtschaft am 7. Mai 1935, 5.30 Uhr, im Hotel „Kaiserhof“, Berlin

Vorsitzender: Direktor Dr.-Ing. E.h. Reyß

Anwesende: s. Teilnehmerliste¹

Tagesordnung:

1. Eröffnung des Vorsitzenden Direktor Dr.-Ing. E.h. Reyß;
2. Die geschäftlichen Beziehungen zu der UdSSR und die deutsch-russische Wirtschaftsvereinbarung vom 9.4.1935; Berichterstatter: Direktor Dr.-Ing. E.h. Reyß;
3. Aussprache.

Reyß eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache und erstattet anschließend einen ausführlichen Bericht lt. Punkt 2 der Tagesordnung. Daraufhin wird die Aussprache eröffnet.

⁶ Vgl. Dok. 127, Anm. 14.

⁷ Vgl. Dok. 127, Anm. 15.

⁸ „Die Sowjetpresse über den französisch-sowjetischen Vertrag vom 2. Mai 1935“, o. D. In: PA AA, R 31620, Bl. H 102872–102874.

¹ Eine Teilnehmerliste ist in der Akte nicht vorhanden.

Reuter dankt Dr. Reyß für seinen Bericht und spricht im Namen aller Mitgliedsfirmen dem Russland-Ausschuss, und insbesondere Dr. Reyß, den Dank für die Zähigkeit und die große Arbeit bei der Vorbereitung des Abkommens mit den Russen aus. Trotz der im Bericht von Dr. Reyß zutreffend gekennzeichneten Schwierigkeiten betrachtet er die Lage zuversichtlich und hofft, dass auch in der schwierigen Preisfrage der Russland-Ausschuss helfen wird.

Hollender: Der Abschluss des Abkommens ist angesichts der zurzeit zwischen Deutschland und der UdSSR herrschenden ungünstigen Atmosphäre besonders begrüßenswert. Es ist noch die Frage des 10-Millionen-Rauchwaren-Abkommens zu lösen. Herr Friedrichson von der Handelsvertretung hat erklärt, dass die Russen kein Interesse hätten, Rauchwaren über die bisher getätigten Abschlüsse hinaus gegen Sperrmark zu liefern. Das Zustandekommen des Rauchwarenabkommens muss im Interesse Leipzigs und der dortigen kleineren Firmen unbedingt ermöglicht werden, zumal da der Leiter der „Sojuspuschnina“ Staschewski für ein diesjähriges Abkommen einen Anteil der Rohware von 60 evtl. 66%, statt 45% wie im Vorjahre, zugesagt hat. Hollender stellt die Frage, ob nicht eine Bezahlung der Rauchwaren mit Devisen genehmigt werden könnte, die bei der Wiederausfuhr der Ware nach ihrer Veredelung eingehen würden.

Reyß erklärt, der Russland-Ausschuss wird in dieser Angelegenheit die zuständigen Regierungsstellen angehen.

Lange äußert seine Befriedigung über das Zustandekommen der Vereinbarung mit den Russen und über die feste Haltung der deutschen Partei, die die Russen schließlich zum Nachgeben veranlasst hat. In dem bevorstehenden Kampf mit den Russen in der Preisfrage muss die Position der deutschen Firmen durch wirksamere Mittel als bisher gestärkt werden. Es ist an der Zeit, eine offene Preiskontrolle einzuführen und die Wirtschaftsorganisationen mit der Vorprüfung zu beauftragen. Hinsichtlich der Unterscheidung zwischen laufendem und zusätzlichem Geschäft ist das Abkommen sehr unglücklich abgefasst. Gestützt auf seinen Wortlaut werden die Russen 5-Jahreskredite bei beliebigen Maschinenlieferungen beanspruchen, was eine dauerhafte Schädigung der deutschen Industrie bedeuten würde. Am besten dürfte durch ein neues Abkommen mit den Russen Abhilfe geschaffen werden. Ungeklärt ist auch die Frage der Anzahlungen bei den zusätzlichen Bestellungen, ohne die viele Firmen nicht auskommen können. Was die im Abkommen erwähnten Verträge über technische Hilfeleistung anbetrifft, so stehe er auf dem Standpunkt, dass sie eigentlich im Interesse der deutschen Industrie verboten werden müssten. Nachdem sie im Abkommen erwähnt worden sind, muss wenigstens in der Praxis erreicht werden, dass keinerlei Verträge über technische Hilfe zustande kommen.

Reyß erklärt sich mit den Ausführungen von Lange zu den zwei Fragen einverstanden. Es ist im Übrigen beabsichtigt, mit den Russen genaue Fristen für die Abwicklung der Abrechnungen im zusätzlichen Geschäft zu vereinbaren.

Bräutigam macht darauf aufmerksam, dass die Unterscheidung von laufenden und zusätzlichen Bestellungen auch im ersten Pjatakoff-Abkommen² gemacht worden ist. Die Trennung hat sich aber als sehr schwierig erwiesen. Deswegen dürfte man in dem neuen Abkommen von präzisen Bestimmungen abgesehen haben. Man soll die Trennung mehr der Praxis des Interministeriellen Ausschusses überlassen, der es

² Vgl. Dok. 49, Anm. 2.

nicht zulassen wird, dass kleine Lieferungen unter das zusätzliche Geschäft fallen, und andererseits einigen besonderen Wünschen der Firmen Rechnung tragen kann. Man darf nicht außer Acht lassen, dass die Russen verpflichtet sind, für 60 Mill. RM im laufenden Geschäft zu bestellen, und dass ein großer Teil dieses Betrages auf Maschinenbestellungen entfallen wird, die in das zusätzliche Geschäft nicht gehören.

Gasper äußert Bedenken, dass auf diese Weise bei dem Geschäft Debatten entstehen würden. Es muss erreicht werden, dass einzelne Maschinen nicht in das zusätzliche Geschäft fallen.

Reyß: Es soll versucht werden, sich mit den Russen in dieser Frage zu verständigen. Sollte das nicht gelingen, so wird die Trennung der zusätzlichen Bestellungen von den laufenden im Wege der Praxis erreicht werden müssen.

Lange äußert die Befürchtung, dass jede Unklarheit, und insbesondere die Berücksichtigung von Sonderwünschen der Firmen, ein Ausspielen der Firmen gegeneinander durch die Russen erleichtern würde. Es muss eine Festlegung erreicht werden evtl. durch die Modifikation des Abkommens, damit vor Beginn der Auftragsverhandlungen in jedem Einzelfall Klarheit besteht. Die nachträgliche Änderung von Verträgen infolge des Einspruchs des Interministeriellen Ausschusses ist mit Schwierigkeiten verbunden und wird von den Russen meistens zu einem weiteren Preisdruck benutzt.

Reyß schließt sich diesen Ausführungen an. Der Russland-Ausschuss werde die Reichsregierung auf diese Frage mit besonderem Nachdruck aufmerksam machen.

Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die Sitzung um 7.30 geschlossen.

8.5.1935

Pe/Sa/Chr.

Auf erstem Blatt unten handschriftlich: IV Ru 1837/35.

PA AA, R 94734, Bl. E 664257- 664260.

Nr. 145

Außenpolitische Mitteilungen des Wehrmachtsamtes im Reichswehrministerium

Berlin, den 8. Mai 1935

Wehrmachtsamt

Nr. 1463/35 geh. Ausl.

Geheim!

Außenpolitische Mitteilungen Der französisch-russische Pakt

Zu dem am 2.5.35 in Paris unterzeichneten französisch-russischen Vertrage, dessen Wortlaut verklausuliert und unklar abgefasst ist, lässt sich nach den bisher vorliegenden Nachrichten¹ folgendes sagen:

¹ Dazu die Unterrichtung Böckmanns auf die Besprechung im AA am 4.5.1935; vgl. Dok. 139.

I. Politisch und juristisch gesehen:

1. Obwohl dem Vertrag äußerlich das Gesicht eines allgemeinen Sicherheitspaktes gegeben worden ist, handelt es sich doch um einen reinen zweiseitigen Bündnisvertrag.

2. Der Vertrag ist ausschließlich gegen Deutschland gerichtet.

3. Die Genfer Völkerbundssatzung, in deren Rahmen dieser Vertrag äußerlich eingepasst ist, dient nur als Kulisse. Tatsächlich haben Frankreich und Russland Handlungsfreiheit im Falle einer Angriffsgefahr oder Drohung von Seiten Deutschlands. Dabei ist zu beachten, dass der Begriff Angriffsgefahr oder Drohung nach Belieben ausgelegt werden kann.

4. Der Vertrag steht demnach nicht im Einklang mit der Völkerbundskonvention, dem Gedanken kollektiver Sicherheit und dem Locarnosystem.

II. Bei Beurteilung des Vertrages ist der militärische Standpunkt von besonderer Bedeutung, da es sich bei ihm um eine Beistandspflicht der beiden Staaten gegenüber einer deutschen Angriffsgefahr oder Bedrohung, die nur militärischer Art sein kann, handelt.

Militärisch ist zu ihm folgendes zu sagen:

1. Die gegenseitige Beistandsverpflichtung Frankreichs und Russlands wird ausgelöst, wenn Deutschland mit einem Angriff droht oder die Gefahr eines deutschen Angriffs gegen Russland oder Frankreich vorliegt. Dies würde bei einem Überschreiten der deutschen Ostgrenzen (Litauen, Memelgebiet) bzw. der westlichen Wehrgrenzen (Ostgrenzen der entmilitarisierten Zone) angenommen werden können.

2. Wenn Frankreich dem russischen Verbündeten zu Lande Hilfe leisten will, muss es in die entmilitarisierte Zone einrücken. Das würde nach dem Locarnovertrage ein Eingreifen Englands und Italiens gegen Frankreich zur Folge haben müssen. Zwar hat der englische Außenminister Simon am 2.5. im Unterhaus erklärt, dass im Falle eines Konflikts Deutschland-Frankreich-Russland der Locarnovertrag England keine Verpflichtungen auferlegt, Deutschland Hilfe zu leisten. Dies muss jedoch als eine Irreführung der englischen Öffentlichkeit angesehen werden, denn nach dem Locarnovertrage hätte England in jedem Falle mindestens zu prüfen, ob es nicht zur Hilfeleistung für Frankreich oder Deutschland verpflichtet ist.

3. Wenn Russland seinem französischen Verbündeten zu Lande Hilfe leisten will, spielt die Haltung Polens eine entscheidende Rolle. Russland müsste bei Achtung polnischer Neutralität entweder durch Lettland oder Litauen oder über Rumänien durch die Slowakei marschieren, um Deutschland zu Lande angreifen zu können. In beiden Fällen hat es schwieriges, verkehrsarmes, engpassartiges Gebiet zu durchschreiten, das im Süden durch Polen flankiert wird.

4. Es ist als sicher anzunehmen, dass dieser politische Vertrag durch geheime militärische Ausführungsbestimmungen ergänzt ist.

III. Zusammenfassung:

1. Der Abschluss des französisch-russischen Bündnisvertrages bedeutet an sich zwar keine Verschärfung der augenblicklichen politischen Lage, da die französisch-russischen Abreden schon seit längerer Zeit im Gange und bekannt gewesen sind. Er richtet sich aber einseitig gegen Deutschland.

2. Der Ring um Deutschland ist damit enger geworden, wenn er auch noch nicht ganz geschlossen ist.

3. Berücksichtigung verdient der Umstand, dass die politischen Konstellationen in Fluss sind und sich rasch ändern. Die Möglichkeit, dass auch diesem Vertrag seine Bedrohlichkeit genommen werden kann, ist gegeben.

Im Auftrag
v[on] Böckmann

Verteiler:

(wie Außenpolitische Übersicht Nr. 22)

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt oben nicht entzifferte Kenntnisaufnahmen und die Nummer 1294/35.

BA-MA, RH 2/981, Bl. 8-9.

Nr. 146

Übersicht der Presseabteilung der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 9. Mai 35

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR in Deutschland
Presseabteilung

Nr. 229/s¹

An

Gen. KRESTINSKIJ

DIE DEUTSCHE KRITIK AM FRANZÖSISCH-SOWJETISCHEN PAKT

Die mit der heutigen Post abgeschickte Umschau der deutschen Presse vermittelt einen allgemeinen Überblick über die Reaktionen auf den französisch-sowjetischen Beistandsvertrag. Aus der Umschau ist zu ersehen, dass die Deutschen ihre Kampagne gegen den Pakt Schritt für Schritt verstärken, indem sie immer neue Argumente anführen. In Ergänzung der Presseschau ist zu vermerken, dass die Deutschen in privaten Gesprächen erwartungsgemäß breit auf den Widerspruch zwischen dem französisch-sowjetischen Pakt und der Satzung des Völkerbundes einerseits und mit dem Locarno-Abkommen, ja sogar mit dem Kellogg-Pakt andererseits verweisen. Der sowohl in der Presseschau erwähnte und von TASS übermittelte Artikel der „Deutschen diplomatisch-politischen Korrespondenz“ als auch der Artikel von Freytag-Loringhoven in der „Börsen-Zeitung“ vom

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

9. Mai² vermitteln eine recht umfassende und authentische Wiedergabe der deutschen Argumentation.

Wenn die Deutschen auf die Satzung des Völkerbundes eingehen, sind sie sich natürlich darüber im Klaren, dass es ihnen keineswegs zukommt, in die Rolle von Verteidigern der Reinheit der Genfer Prinzipien zu schlüpfen. Dieser Umstand zeigt sich darin, dass die Deutschen die Frage hinsichtlich der Definition des Aggressors an die erste Stelle rücken. Wenn die Deutschen über den Widerspruch zwischen dem französisch-sowjetischen Pakt und der Satzung des Völkerbundes sprechen, kehren sie zwei Argumente hervor, jedoch mit ungleicher Gewichtung. Das erste Argument besteht darin, dass Frankreich und die UdSSR durch den Pariser Vertrag die Möglichkeit erhalten, zu umfangreicheren Sanktionen gegen einen Aggressor zu greifen, als dies die Sanktionsbeschlüsse vorsehen, zu deren Gunsten sich die meisten anderen Mitglieder des Völkerbundsrates und sogar die Mehrheit der Ratsmitglieder aussprechen. Dieser Fall würde voraussetzen, dass sich der Völkerbund völlig darin einig ist, wer genau als Aggressor anzusehen ist, jedoch keine Einigkeit darüber besteht, welche Sanktionen zur Anwendung kommen müssen. Die Deutschen verlagern den Schwerpunkt auf ein anderes Problem: Was geschieht, wenn keine Einmütigkeit bei der Bestimmung des Aggressors vorliegt? Die deutsche Argumentation läuft auf die Beweisführung hinaus, dass Frankreich und die UdSSR selbst dann in einen Krieg gegen Deutschland eintreten, wenn es im Völkerbundsrat keine Einmütigkeit in der Frage gibt, ob Deutschland überhaupt der Aggressor ist. Dieses Argument konkretisierend kann man sagen, dass die Deutschen einen Fall konstruieren, wonach Frankreich und die UdSSR gegen Deutschland militärische Sanktionen nicht nur ohne Beteiligung Englands, sondern auch unter der Bedingung anwenden würden, dass England generell es nicht für erforderlich erachten würde, Sanktionen gegen Deutschland zu verhängen. Man kann eine Weiterentwicklung gerade dieser Argumentationslinie erwarten, die direkt auf die englische Reaktion baut.

Sowohl in diesem Zusammenhang als auch im Hinblick auf die deutschen Überlegungen zum Locarno-Abkommen scheint es nicht uninteressant zu sein, daran zu erinnern, dass das in Locarno unterzeichnete Abkommen zwischen Frankreich und Polen wie auch der französisch-sowjetische Pakt ein gemeinsames Eingreifen der beiden Mächte in dem Falle zulässt, wenn im Völkerbundsrat keine Einmütigkeit vorliegt, wobei dieses Recht auf ein gemeinsames Vorgehen gegen einen Aggressor mit Artikel 15, Absatz 7 der Satzung des Völkerbundes³ in Verbindung gebracht wird. In diesem Fall geht es im Prinzip automatisch um eine „unverzügliche Hilfe und Unterstützung“.

² Vgl. „Rechtswidrig! Der Pakt Paris-Moskau im Urteil der Juristen.“ Von Staatsrat Prof. Dr. Freiherrn v. Freytagh-Loringhoven. In: Berliner Börsen-Zeitung vom 9. Mai 1935, Morgenausgabe, S. 1–2.

³ In Absatz 7 heißt es: „Findet der Bericht des Rates nicht einstimmige Annahme bei denjenigen seiner Mitglieder, die nicht Vertreter der Parteien sind, so behalten sich die Bundesmitglieder das Recht vor, die Schritte zu tun, die sie zur Wahrung von Recht und Gerechtigkeit für nötig erachten.“ In: Reichsgesetzblatt 1919, Friedensvertrag, S. 731–733, hier S. 731.

Die Argumentation der Deutschen bezüglich des Widerspruchs zwischen dem französisch-sowjetischen Pakt und dem Locarno-Abkommen wird, wie sie selbst eingestehen, durch die Erklärung Simons im Unterhaus⁴ bedeutend abgeschwächt, zumal die englische Presse am 9. Mai als Antwort auf die deutschen Vorwürfe die Interpretation Simons als richtig bestätigte. Eine besondere Schärfe erlangt jedoch in der deutschen Argumentation, die in der Presse freilich weniger klar formuliert ist, die Frage bezüglich der entmilitarisierten Zone. Das „Berliner Tageblatt“ dementierte in seiner Abendausgabe vom 9. Mai in der Korrespondenz aus London indirekt die Mitteilung über eine deutsche Demarche in dieser Frage⁵. Das diesbezügliche Dementi⁶ kam dann aus dem Auswärtigen Amt. Die Deutschen messen diesem Problem jedoch zweifellos eine große Bedeutung bei. Da das Locarno-Abkommen in einigen Punkten die Verletzung des Regimes der entmilitarisierten Zone mit einem Überfall und einer Invasion gleichsetzt, d.h. mit der Verletzung der Untastbarkeit der Grenzen, behaupten die Deutschen, dass die UdSSR damit die Verpflichtung eines Garanten gemäß Locarno-Abkommen übernommen hätte. Auf diese Weise wollen die Deutschen beweisen, dass, obgleich der französisch-sowjetische Pakt insgesamt nicht mit Locarno verknüpft ist, diese Verbindung dennoch über das Problem bezüglich des Regimes in der entmilitarisierten Zone gegeben ist. Man kann offenbar eine weitere Entwicklung auch in dieser deutschen Argumentation erwarten. Dazu ist zu bemerken, dass dieser Fall nicht das Problem der Rechtmäßigkeit von französischen oder sowjetischen Sanktionen hinsichtlich eines aggressiven Deutschland betrifft, da eine Verletzung des Locarno-Vertrages unabhängig von dem französisch-sowjetischen Pakt gemeinsame englisch-französische Sanktionen auslösen muss.

Was den Kellogg-Pakt betrifft, so basieren die deutschen Argumente in diesem Fall auf der allgemein bekannten Divergenz zwischen der Satzung des Völkerbundes und dem Kellogg-Pakt, da letzterer im Unterschied zu ersterem zwar keine Sanktionen vorsieht, dafür jedoch kategorisch verbietet, Krieg zu führen. Daraus wird die Schlussfolgerung gezogen, dass der französisch-sowjetische Pakt, der die Wirkungsweise des Sanktionssystems verstärkt, wenn auch in Übereinstimmung mit der Satzung des Völkerbundes, damit in einen Gegensatz zum Kellogg-Pakt gerät. Im Zusammenhang damit ist es nicht uninteressant darauf hinzuweisen, dass selbst deutsche Völkerrechtler und Juristen den bekannten begleitenden Notenaustausch zum Abschluss des Kellogg-Pakt stets wie folgt interpretieren: erstens als Vorbehalt, einen Krieg zuzulassen, was sich aus den Beschlüssen des Völkerbundes und aus den Locarno-Verpflichtungen ergibt, zweitens als Anerkennung, dass ein Staat, der zum Krieg schreitet, nicht so sehr ein Delikt⁷ begeht, als vielmehr die anderen Staaten von den Verpflichtungen gemäß Kellogg-Paktes entbindet. Es kann bezweifelt werden, dass sich die deutsche Seite besonders intensiv mit dem Widerspruch zwischen dem französisch-sowjetischen Vertrag und dem Kellogg-Pakt befasst hat.

⁴ Vgl. Dok. 137, Anm. 4.

⁵ Vgl. „Englands Verpflichtungen. Diskussion über die Rückwirkungen des Paktes Paris-Moskau auf Locarno“. In: Berliner Tageblatt vom 9. Mai 1935, Abendausgabe, S. 1.

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁷ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Zu den oben gemachten Ausführungen ist hinzufügen, dass die deutschen Kreise bei aller Gereiztheit einer offenen Konfrontation mit der englischen Haltung zum französisch-sowjetischen Pakt eindeutig aus dem Wege gehen. In dem Brief vom 27. April sah ich mich in Ergänzung zur Umschau auf die Reaktionen auf den Artikel von MacDonald⁸ veranlasst, darauf hinzuweisen, dass die Kritik des Artikels von MacDonald lediglich ein Anlass war, um die deutsche Haltung darzulegen, wonach die Deutschen bereit wären, die Verhandlungen auf der Grundlage des Londoner Kommuniqués vom 3. April⁹ fortzuführen. Diese Annahme hat sich bestätigt. MacDonald hat in seiner Rede vor dem Unterhaus¹⁰ den Faden aufgenommen, der von Berlin ausgelegt worden ist, und die deutsche Presse reagierte mit Befriedigung auf diesen Fakt. Heute, nunmehr bereits nach der Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Paktes, gibt es zwischen Berlin und London Gespräche, bei denen es allem Anschein nach hauptsächlich darum geht, wem die Initiative zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bezüglich der Luftkonvention, der Rüstungsbegrenzung und des beabsichtigten Konsultativ-Ostpaktes zustehen soll.

Zum Abschluss ist zu bemerken, dass die Deutschen fest auf dem Standpunkt stehen, der in Paris unterzeichnete Pakt schließe Litauen aus dem Kreis der möglichen Teilnehmer eines kollektiven Ostpaktes aus, da Litauen keine gemeinsame Grenze mit der UdSSR habe.

Wenn keine ernsthaften Einwände vorliegen, so wäre es angebracht, in unserer Presse, und vielleicht auch auf anderen Wegen, eine unseren Interessen entsprechende völkerrechtliche Interpretation der Probleme zu geben, die mit dem französisch-sowjetischen Pakt verknüpft sind.

E. Gnedin

Vermerk N.N. Krestinskijs mit grünem Farbstift: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2409 vom 13.5.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 5 [Exemplare] an Krestinskij, das 6. [Exemplar] an Litvinov, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 54, l. 7–9. Original.

⁸ Vgl. „Mr. Mac Donald on German Aims. The Road to Peace“. In: The Times vom 26. April 1935, S. 16.

⁹ So im Dokument; richtig: 3. Februar. Vgl. Dok. 29, Anm. 10.

¹⁰ Am 2.5.1935. Vgl. Parliamentary Debates of House of Commons, Bd. 301, Nr. 84, London 1935, Sp. 570–571.

Nr. 147
Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung
im AA Aschmann

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 9.5.35

TAGEBUCH

E. GNEDINSNr. 230/s¹

Gespräch mit Aschmann, 8. Mai

Ich lud Aschmann zum Frühstück ein, um damit auf das Frühstück zu antworten, das mir nach meiner Ankunft² gegeben worden war. Das Gespräch widmete sich fast ausschließlich der eingehenden Analyse des französisch-sowjetischen Paktes³.

Aschmann misst dem Pakt eine herausragende Bedeutung bei. Er erweise sich als ein sehr viel wichtigeres Dokument, als man hätte erwarten können. *Das sei ein Generalpakt über gegenseitigen Beistand. Die UdSSR und Frankreich könnten bei jeglichen Anlässen die Einmütigkeit im Völkerbundrat sprengen und gemeinsam gegen Deutschland vorgehen, wenn sie dies wollten. Im Zusammenhang damit, dass die Verletzung der Ordnung in der entmilitarisierten Zone im Locarno-Vertrag mit einer Grenzverletzung gleichgestellt werde, zeige sich, dass der französisch-sowjetische Pakt mit dem Locarno-Abkommen verknüpft sei. Zugleich könnte ein beliebiger deutsch-sowjetischer Zwischenfall (zum Beispiel ein Zusammenstoß von U-Booten in der Ostsee) dazu genutzt werden, um Deutschland laut Absprache zwischen Paris und Moskau zum Aggressor zu erklären und gegen Deutschland Krieg zu führen. Wenn zum Beispiel in Frankreich ein reines Kriegskabinett gebildet werden würde, das einen Präventivkrieg anstrebe, so würde der französisch-sowjetische Pakt dafür die Möglichkeit eröffnen. Ferner befinde sich der französisch-sowjetische Pakt im offenen Widerspruch zum Kellogg-Pakt⁴. Es stelle sich die Frage, wie die angreifende Seite zu definieren wäre, da die sowjetische Begriffsdefinition nicht von allen Mächten angenommen worden sei⁵.

Dies sind in gedrängter und etwas zugespitzter Form die Argumente Aschmanns gegen den französisch-sowjetischen Pakt. Aschmann, der die Ansichten der Leiter des Auswärtigen Amtes wiedergab, war über den französisch-sowjetischen Pakt offensichtlich beunruhigt. Als ich im Gesprächsverlauf auf verschiedene Argumente Aschmanns antwortete, wies ich u. a. auf den Umstand hin, dass der fran-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Am 6.3.1935. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 48, l. 10.

³ Vgl. Dok. 127, Anm. 3.

⁴ Vgl. Dok. 8, Anm. 11.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit grünem Farbstift angestrichen.

zösisch-sowjetische Pakt den Überfall eines Aggressors auf das Territorium eines der Pakteilnehmer meine; ich unterstrich ferner, dass wir uns niemals an einem Präventivkrieg beteiligen würden und wir überhaupt nicht an der Verteidigung des Versailler Vertrages interessiert seien, aber wir jeglichen Versuchen entgegenwirken würden, einen Kriegsbrand durch eine gewaltsame Veränderung des Versailler Vertrages zu entfachen. Zugleich wies ich darauf hin, dass es die gesamte Verhandlungsgeschichte nicht erlaube, den französisch-sowjetischen Pakt in einem derartig weiten Sinne **zu interpretieren**⁶, wie Aschmann dies tue. In meiner Antwort auf Aschmanns Hinweis, dass die Ursache und die Grundlage für die französische Taktik in der Furcht vor der deutschen Wehrpflicht bestehe, bemerkte ich, dass Frankreich, wie auch andere Länder, nicht so sehr durch die Tatsache der deutschen Aufrüstung an sich beunruhigt sei, als vielmehr durch den Umstand, dass zur Grundlage dieser Rüstungspolitik das allgemein bekannte Expansionsprogramm nach Westen und nach Osten genommen worden sei, das seinen Ausdruck in Hitlers Buch⁷ gefunden hat.⁸

Aschmann fragte mich, ob die Engländer den Inhalt des französisch-sowjetischen Paktes gekannt hätten, als sie aus Stresa⁹ um die Meinung der deutschen Regierung bezüglich des Ostpaktes angefragt hätten. Ich sagte, dass die Engländer wahrscheinlich über den Gang der Verhandlungen unterrichtet worden seien, sie hätten jedoch nicht den Inhalt des Paktes kennen können, da er zu diesem Zeitpunkt noch nicht endgültig ausformuliert gewesen sei. Auf meine *Bemerkung, dass die Deutschen keine Veranlassung hätten zu behaupten, dass der unterzeichnete französisch-sowjetische Pakt ein viel anrühigeres Dokument sei, als sie erwartet hätten, während sie erklärten, dass es ihnen gleichgültig wäre, wenn über den kollektiven Ostpakt hinaus ein bilateraler Beistandspakt abgeschlossen werden würde, sagte Aschmann in großer Verlegenheit¹⁰: „Wir haben angenommen, dass unser Einverständnis, einen Ostpakt als Konsultativ- und Kollektivpakt abzuschließen, auf eine größere energische Zustimmung stoßen und die Unterzeichnung eines solchen Vertrages den Abschluss von bilateralen Pakten erübrigen würde.“ Ich sagte, dass Deutschland mit solch einer Argumentation natürlich nicht an die Öffentlichkeit gehen könne.

Aschmanns Worten war zu entnehmen, dass England nach Auffassung der Deutschen Deutschland hintergangen habe, da es das Einverständnis für einen regionalen Ostpakt erhalten und zugleich den Abschluss des französisch-sowjetischen Beistandsvertrages nicht verhindert habe¹¹.

Zu den anderen Themen des Gesprächs ist zu bemerken, dass die Deutschen, laut Aschmanns Beteuerung, noch keine Einladung für die Teilnahme an der Römi-

⁶ Die Stelle ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Gemeint ist „Mein Kampf“.

⁸ In der Aufzeichnung Aschmanns über dieses Gesprächs heißt es u.a.: Gnedin führte aus, „dass es nur an Deutschland läge, ob der französisch-russische Pakt sozusagen immer lebhaftere Farben bekommt, d. h. in seiner ganzen Tragweite Auswirkungen auf die europäische Konstellation zeitigt, oder ob er infolge deutscher Beweise, dass jene russische Furcht unberechtigt ist, immer mehr verblasst, d. h. niemals Bedeutung erhält.“ In: PA AA, Moskau 175, o. D., o. P.

⁹ Vgl. Dok. 110, Anm. 13.

¹⁰ Das nachfolgende Wort ist durchgestrichen.

¹¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit grünem Farbstift angestrichen.

schen Konferenz erhalten hätten und generell bezweifeln würden, ob die Konferenz stattfinden werde.¹²

Aschmann teilte mit, dass er kurz vor dem Gespräch mit mir ein Dementi zu der englischen Meldung herausgegeben habe, wonach die deutsche Regierung angeblich eine Demarche in London zur Frage der entmilitarisierten Zone unternommen hätte. Zugleich bestätigte Aschmann meine Annahme, dass zwischen London und Berlin Verhandlungen darüber geführt werden, wer die Initiative für weitere Gespräche zum Londoner Kommuniqué vom 3. Februar¹³ übernehmen soll.

Aschmann sagte, der Besuch der türkischen Journalisten besitze keine politische Bedeutung, und fügte hinzu, der Besuchstermin sei vor langer Zeit festgelegt worden.

Gnedin

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1696 vom 13.5.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 6 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 an Gen. Krestinskij, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 88–89. Original.

Nr. 148

Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern

Geheim

Persönlich

Expl. Nr. 1¹

Berlin, den 9.5.35

Nr. 226/s²

NKID, 2. Westabteilung

Gen. Štern

Lieber David!

In unseren Beziehungen mit den Deutschen herrscht eine richtige Windstille. Die Deutschen geben uns auf alle mögliche Weise indirekt zu verstehen, dass sie es wünschen würden, wenn unsere Seite die Initiative ergreift, um auf der Grundlage der Vorschläge, die sie Simon in Stresa³ gemacht haben, einen regionalen Ostpakt abzuschließen. Darüber sprachen sie recht offen mit den Rumänen und den Türken. Wie auch früher vermeiden sie es, sich mit uns direkt zu treffen, und noch

¹² Gemeint ist die für den Sommer vorgesehene Konferenz in Rom, um den Abschluss eines Donau-Paktes zu erörtern.

¹³ Vgl. Dok. 29, Anm. 10.

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Anm. 104, S. 635 sowie ebd., Dok. 183, S. 286.

mehr gehen sie Gesprächen mit uns aus dem Weg. Mit dem französisch-sowjetischen Pakt sind sie unzufrieden, in der Presse und in Gesprächen mit anderen ziehen sie über ihn her, wobei sie ⁴zum großen Teil auf ihre alte Argumentation zurückgreifen. Das ⁵Neueste und ⁶Späbigste in dieser Argumentation ist, dass sie diesen Pakt als im Widerspruch zur Völkerbundssatzung hinstellen. Wenn dies keine Äußerung des für die Deutschen typischen Mangels an Humor ist, so könnte man eine derartige Wende in der deutschen Argumentation als Zeichen für eine baldige Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund auffassen. Was für einen Grund sollte denn anderenfalls die deutsche Presse haben, sich die Interessen des Völkerbundes so zu Herzen zu nehmen, dem ⁷die Deutschen formal noch einige Monate angehören.⁷

Warum wollen die Deutschen, dass unsere (oder die englische) Seite die Initiative in der Frage des ⁸Ost-Paktes ergreift, und zwar so schnell wie möglich? Darauf kann es nur eine einzige Antwort geben: die Deutschen müssen, koste es was es wolle, positives Material für die bevorstehende Rede Hitlers⁹ beschaffen. Nach einer Reihe ununterbrochener diplomatischer Niederlagen wäre die Hitler-Regierung froh, wenn sie wenigstens einen außenpolitischen Erfolg, selbst auch nur einen scheinbaren, vermelden könnte. Ich persönlich glaube nicht, dass die Deutschen ihre jüngste Position zu einem Ostpakt, die sie in Stresa bezogen haben, aufgeben werden. Sie haben sich in dieser Frage bereits hinlänglich blamiert¹⁰, um nicht noch einmal auf¹¹ einen Frontwechsel zu riskieren. Es sind uns allerdings Gerüchte zu Ohren gekommen, dass es im Auswärtigen Amt eine Gruppe gibt, der unter anderem Köpke angehört, die nicht nur eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund, sondern auch die Übernahme von gegenseitigen Beistandsverpflichtungen im Rahmen eines Ostpaktes für unerlässlich hält. Jedoch würde solch eine Veränderung der deutschen Haltung gegenüber einem Ostpakt einer neuen und sehr ersten diplomatischen Niederlage Deutschlands gleichkommen.

Am interessantesten ist natürlich die englische Deutschlandpolitik. Die Deutschen hoffen nach wie vor darauf, und wahrscheinlich nicht ohne Grund, dass es gelingen wird, mit den Engländern zu einer Absprache zu kommen. Aber jetzt stellt sich die Frage: auf welcher Grundlage? Es ist jetzt völlig klar, dass wohl kaum die Rede davon sein kann, Deutschland im Rahmen dieser Abmachung freie Hand im Osten zu gewähren. Meiner Meinung nach ist das bereits im gegenwärtigen Stadium eine gestochene Karte. Es bleibt eine Absprache übrig, die weiteren Beziehungen zu England auf der Grundlage der bekannten Luft- und Marinerüstungsbegrenzungen Deutschlands zu normalisieren. Die Deutschen treiben ihren Preis eifrig in die Höhe, indem sie immer wieder eine neue Etappe bei ihren Rüstungen verkünden und damit versuchen, die Engländer zu erschrecken. Dieses Spiel ist ziemlich riskant, weil es sowohl die prodeutsche als auch die antideutsche Strömung in der englischen Bourgeoisie bestärkt, wobei zurzeit niemand zu sagen wagt, welche der

⁴ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁵ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben; ursprünglich: von ihnen.

⁷ Vgl. Dok. 128, Anm. 1.

⁸ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁹ Am 21.5.1935 im Reichstag. Vgl. Dok. 159.

¹⁰ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹¹ So im Dokument.

Strömungen den größten Einfluss auf die englische Politik ausübt. Mir persönlich stellt sich diese unter diesem Gesichtspunkt als ein Lavieren zwischen den Extremen beider Strömungen dar. Außerdem ist die Tatsache ausschlaggebend, dass eine Begrenzung der deutschen Rüstungen ohne die deutsche Forderung nach Begrenzung der französischen Rüstungen unvorstellbar ist. Frankreich hingegen betrachtet, wie bekannt ist, die Schaffung eines Sicherheitssystems als Voraussetzung für diese Fragestellung. Und so beginnt das Märchen vom weißen Stierlein, das bereits seit langem die Möglichkeit der Abrüstung in einen Mythos verwandelt hat. Wenn Frankreich nicht abrüstet oder, genauer gesagt, sich nicht mit einer Rüstungsbegrenzung einverstanden erklärt, was für einen Sinn kann dann ein separates englisch-deutsches Abkommen haben? Es wird einfach unmöglich. Dabei geht es nicht in erster Linie um die deutschen Rüstungen bei den Bodentruppen, auf die die Engländer weniger nervös reagieren, sondern hauptsächlich um die Luftrüstungen, für die sich die Engländer interessieren. Ich räume die Möglichkeit eines separaten englisch-deutschen Abkommens bei den Marinerüstungen¹² ein, obgleich es auch hier gewaltige Schwierigkeiten gibt. Ich sehe jedoch keine Möglichkeit, die deutschen Luft- und gleichermaßen die Bodenrüstungen zu begrenzen. Es sei denn, Deutschland kehrt in den Völkerbund zurück und wird in das System der europäischen Sicherheitsgarantien vollständig eingebunden. Letzteres ist jedoch gleichbedeutend mit einem grandiosen Scheitern der gesamten Außenpolitik des Hitler-Regimes mit allen sich daraus ergebenden Folgen sowohl für Deutschland als auch für sein jetziges Regime. Wenn Deutschland die Lage nüchtern betrachtet, muss es sich eingestehen, dass es sich mit England nur dann verständigen kann, wenn es nach Genf zurückkehrt. Es wäre überaus riskant, ohne eine Verständigung mit England zu bleiben. Man darf aber nicht annehmen, dass es den Deutschen gelingen wird, sich mit den Engländern gegen Frankreich zu verständigen.

Außerdem haben die Deutschen wenig Zeit. Die Völkerbundsfrage muss in allernächster Zeit entschieden werden. In dieser Situation ist eine extreme Gegensätzlichkeit der Meinungen natürlich, was zu einer Belebung der verschiedenen außenpolitischen Konzeptionen führt, über die Ja.Z.¹³ in seinem Bericht an M.M.¹⁴ geschrieben hat. Die bevorstehende Rede Hitlers am 17. Mai¹⁵ muss alles das widerspiegeln, was die Gemüter erregt, eine Bilanz aller deutschen außenpolitischen Niederlagen ziehen und einen Abriss für den Ausweg aus der Situation skizzieren. Allem Anschein nach wird Hitler diesen Aufgaben nicht gerecht werden. Man sagt, er beabsichtige, einen großen Teil seiner Rede der Polemik gegen die Genfer Resolution¹⁶ zu widmen. Das wird unklug sein, insbesondere dann, wenn es gilt nach Genf zurückzukehren, und zwecklos sein, da die gesamte deutsche Argumentation schon längst ausgeschöpft ist. Man sagt, er werde über die Friedensabsichten Deutschlands sprechen. Wenn das wie in der bisherigen deklarativen Form erfolgt, verärgert das nach all den praktischen Schritten zur Verstärkung der deutschen

¹² Am 18.6.1935 wurde das englisch-deutsche Flottenabkommen unterzeichnet, das das Stärkeverhältnis bei Kriegsschiffen beider Staaten bei Überwasserschiffen (100:35) und bei U-Booten (100:45) festlegte. Vgl. Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 2. Ser., Bd. XIII, London 1973, Dok. 348, Anhang, S. 430–432.

¹³ Suric.

¹⁴ Litvinov. Vgl. Dok. 134.

¹⁵ So im Dokument; vgl. Anm. 9.

¹⁶ Vgl. Dok. 129, Anm. 10.

Rüstungen nur die Engländer. Extrem misslungen und naiv ist das kürzliche deutsche Manöver, zur Grundlage des Londoner Kommuniqués vom 3. Februar¹⁷ zurückzukehren. Nicht nur für uns und die Franzosen, sondern auch für die Engländer ist das bereits keine Grundlage mehr. Dies noch einmal in der Rede am 17. Mai zu wiederholen, bedeutet, die Situation nicht zu begreifen. Folglich wird Hitler gezwungen sein, *weiter*¹⁸ als das Londoner Kommuniqué vom 3. Februar zu gehen. Psychologisch wird das für ihn außerordentlich schwierig werden. Am wahrscheinlichsten ist, dass er sich mit einer allgemeinen wortreichen Deklaration begnügt, die er in dieser Situation als das kleinere Übel erachtet. Schließlich wird gesagt, dass er den Engländern positive Vorschläge unterbreiten werde. Welche? Ich kann sie mir beim besten Willen nicht vorstellen. Eins von beidem: entweder muss Hitler seine früheren Positionen jäh aufgeben oder **seine**¹⁹ Rede bleibt ein weiteres leeres Gerede, das in keiner Weise eine Lösung der Fragen voranbringt. Und unterdessen vergeht die Zeit. Die Entscheidungen müssen getroffen werden. Der Rückzug wird erfolgen, aber allmählich, ohne Lärm, auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen.

Neben England sind die Deutschen auf dem Balkan aktiv. Die Türkei, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien werden der Reihe nach einer deutschen Bearbeitung unterzogen, mal auf wirtschaftlichem (und vor allem auf wirtschaftlichem), mal auf politischem und mal auf kulturellem Gebiet. In allen diesen Ländern gibt es starke und einflussreiche germanophile Kreise, und in allen diesen Ländern kann Deutschland, eine wenn auch nicht große, so doch Hoffnung erweckende Entwicklung auf Erfolg konstatieren. Jedoch ist der Zeitpunkt, da diese Erfolge in außenpolitische Aktionen umschlagen, noch mehr als weit entfernt. Hinzu kommt, dass selbst ein außenpolitischer Erfolg in dieser Richtung nicht die deutschen Probleme löst. Unter Berücksichtigung aller Umstände bleibt die Balkanrichtung der deutschen Außenpolitik ein zweitrangiger Schauplatz, dem in der deutschen Politik nur eine Nebenrolle zukommt. Es wäre **eigenartig**²⁰ annehmen zu wollen, dass Deutschland seine Misserfolge in der West- oder Ostpolitik durch vermeintliche Erfolge in der Balkanpolitik ausgleichen könne. Wie wichtig es für uns auch sein mag, die deutschen Aktivitäten auf dem Balkan zu verfolgen, so ist es deshalb dennoch nicht nötig, dieser Richtung eine übermäßige Bedeutung beizumessen. Dies umso mehr, als der deutsche Gegenspieler²¹ hier Italien ist, das bereits im vergangenen Jahr seine Haltung zur Expansion des deutschen Einflusses in dieser Richtung demonstriert hat.

Über die polnischen Schwankungen schrieb Ja.Z. in seinem Bericht. Sie sind ebenfalls nicht dazu geeignet, den deutschen Optimismus zu stärken.

Wenn man logisch urteilt, so sollten in Deutschland in dieser Situation lediglich zwei Konzeptionen miteinander ringen: die Konzeption der Isolationisten, über die wir wiederholt nach Moskau berichteten, und die Konzeption der Kreise, die der außenpolitischen Experimente Hitlers und der ununterbrochenen Niederlagen überdrüssig sind und die Rückkehr nach Genf fordern sowie dazu aufrufen, für

¹⁷ Vgl. Dok. 29, Anm. 10.

¹⁸ Das Wort ist von Bessonov mit Tinte unterstrichen.

¹⁹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

²⁰ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben, ursprünglich: absurd.

²¹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

eine unbestimmte Zeit auf eine gewaltsame Lösung dieser Frage mittels Krieg zu verzichten. Ein Sieg der ersten Konzeption birgt die Gefahr höchst unabsehbarer außenpolitischer Folgen in sich, wie der Bildung einer realen und aktiven anti-deutschen Front sowohl im Osten als auch im Westen sowie im Süden. Die Hoffnungen, dass sich diese Fronten als nicht gefestigt erweisen werden, können für das Hitler-Regime keine Basis einer realistischen Politik sein, das bei weitem keine Einmütigkeit zu diesen Fragen zeigt und überdies stark durch innere Widersprüche zerrissen ist. Ein Sieg der zweiten Konzeption käme einem ersten Schlag gegen Hitler und seiner Gruppe gleich und ist für sie nicht annehmbar. ****Nicht von ungefähr****²² beginnen die Anhänger dieser Konzeption bereits von einem unausweichlich nahen Sturz Hitlers zu sprechen.

All dies sind jedoch rein logische Überlegungen. Am wahrscheinlichsten ist wohl jedoch, dass sich ****Deutschland****²³ in einer Zone von mehr oder weniger erzwungenen Kompromissen, von Schwankungen und einer Politik nach dem Motto, zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück, bewegen wird. Weder die Befürworter eines baldigen Krieges geben ihre Positionen völlig auf, noch können diejenigen, die einen Krieg etwas hinauszögern wollen, einen vollständigen Sieg verbuchen.

Auch die innenpolitischen Schwierigkeiten drängen Deutschland zu einer Politik der Kompromisse. Es steht fest, dass sich bei bedeutenden Schichten der Bourgeoisie die Unzufriedenheit mit dem Regime verstärkt, und dies nicht nur wegen der außenpolitischen Misserfolge, sondern vor allem wegen der Außenhandelspolitik, die zu einem fast völligen Verlust der früheren Märkte ****führte****²⁴. Zugeständnisse gegenüber dieser Gruppe der Bourgeoisie sind der Abschluss des Kreditabkommens mit uns²⁵ sowie die Ausarbeitung von Maßnahmen zur Förderung des deutschen Exports, die bereits die ersten bescheidenen Ergebnisse zeitigen. Diese Gruppe der Bourgeoisie drängt die Regierung unablässig zu Kompromissen und zu friedlichen Abkommen mit anderen Ländern.

Die inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten verstärken sich. Laut Eingeständnis der Regierung sind die früheren Methoden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgeschöpft. In Reserve bleiben bislang höchst bescheidene Maßnahmen zur Umverteilung der Altersgruppen im Zusammenhang mit der Wehrpflicht, zur Umverteilung der Arbeitslosen aus der Stadt aufs Land, zur weiteren Verdrängung von Frauen aus der Produktion usw. Unterdessen geht nicht nur eine Rückwärtsbewegung auf diesem Gebiet vor sich, sondern sogar eine gewisse Verlangsamung beim Abbau der Arbeitslosen mit ernststen Konsequenzen für das Regime. Das tiefe Misstrauen der Arbeiterklasse gegenüber dem Regime kann leicht eine aktive Form annehmen, wofür es bereits nicht wenige Beispiele gibt. Das Ansehen des Regimes ist bei kleinbürgerlichen Zwischenschichten relativ hoch, doch können gerade hier die außenpolitischen Misserfolge des Regimes zu einem Stimmungsabfall führen, insbesondere dann, wenn man gezwungen ist, wegen des Gesetzes vom 16. März²⁶, das die Kleinbourgeoisie stark erregt, in dieser oder jener Form zurückzurudern.

²² Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

²³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

²⁴ Das Wort ist mit Tinte an den linken Seitenrand geschrieben.

²⁵ Am 9.4.1935, vgl. Dok. 116.

²⁶ Zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vgl. Dok. 84, Anm. 1.

Das Hitler-Regime ist gezwungen, auf all diese Dinge immer wieder Rücksicht zu nehmen. In den Augen der Kleinbourgeoisie verliert diese Politik natürlich jenen Heiligenschein, mit dem das Regime zu Beginn umgeben war, als es noch nicht den anfänglichen Enthusiasmus eingebüßt hatte. Alles fließt jetzt irgendwie unaussprechlich langweilig in Deutschland dahin. Es scheint, als ob das Land buchstäblich von den Experimenten müde wäre und den Wunsch hege, etwas normal zu leben. Das Regime verfügt aber über keine Ressourcen, um die Experimente weiter zu betreiben. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht war seine letzte große Ressource. Es bleibt nur noch der Krieg übrig. Aber auch er erweist sich als eine schwierige Angelegenheit, zum Teil im Gefolge der Dummheiten des Regimes selbst, die wiederum nicht zufällig ist.

Wenn ich die Bilanz dieser konfusen Darlegung meiner „lauten Gedanken“ ziehe, die selbstverständlich nur für Dich bestimmt ist, bin ich geneigt zu glauben, dass sich das Hitler-Regime auf dem außenpolitischen Gebiet zurzeit ungefähr in der gleichen Lage befindet, in der es sich innenpolitisch am Vorabend des 30. Juni des vorigen Jahres befand²⁷. Was meinst Du dazu?

Ich drücke Dir kräftig die Hand. Dein S. Bessonov²⁸

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: Für mich Š[tern].

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1061 vom 13.5.1935.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 342–341. Original.

Nr. 149

Operative Information der 5. Unterabteilung der Sonderabteilung der GUGB des NKVD

Ganz geheim

[11.5.1935]

GESPRÄCH MIT DEM SONDERAGENTEN „387“ vom 11/V.35

Am 11. Mai d. J. gab um 14 Uhr der deutsche Botschafter SCHULENBURG zu Ehren für den mit einem Sonderauftrag aus Deutschland angereisten Vertreter der Auslandsabteilung der Deutschen Nationalsozialistischen Partei¹, HERZBERG, ein Frühstück. Beim Frühstück waren anwesend: der deutsche Botschafter SCHULENBURG, HERZBERG, der Botschaftsrat *TWARDOWSKI*², der 1. Sekretär der Botschaft HENSEL, der Deutsche Botschaftsrat³ HILGER, der 2. Sekretär der Botschaft von WELCK, der Leiter der Presseabteilung der Botschaft BAUM, der Korrespon-

²⁷ Vgl. Dok. 82, Anm. 8.

²⁸ Der Text ist mit Tinte geschrieben. Der untere Teil des Blattes ist abgerissen.

¹ So im Dokument; vermutlich handelt es sich um das Außenpolitische Amt der NSDAP.

² Der Name ist mit Tinte unterstrichen.

³ Hilger hatte den Rang eines Legationsrates.

dent der Münchner Presse Klaus MEHNERT⁴, der Korrespondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, der Korrespondent von Berliner Zeitungen GÖRBING, ein nach Moskau gekommener Ingenieur und Spezialist für das Funkwesen, der ein spezielles Funkgerät in der Deutschen Botschaft installiert, und zwei der Quelle unbekannte Personen. Im Verlaufe der Gespräche nach dem Frühstück und den Gesprächen zwischen einzelnen Personen hörte die Quelle folgendes:

1. HERZBERG erklärte gegenüber allen Anwesenden, dass der 1. Sekretär der Deutschen Botschaft HENSEL zum obersten Repräsentanten der Nationalsozialistischen Partei in Moskau und in der UdSSR ernannt worden sei. Danach ging er insbesondere auf folgende Frage ein: nach den der Auslandsabteilung der Deutschen Nationalsozialistischen Partei vorliegenden Informationen gebe es in der UdSSR viele heimisch gewordene Deutsche, die in die Nationalsozialistische Partei einzutreten wünschen. Die Aufgabe bestehe darin, sich mit diesen Personen in Verbindung zu setzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf diejenigen zu richten, die *erwachsene Söhne und generell Verbindungen zur den Jugendlichen haben*⁵. HERZBERG betonte, dass man sich um diese Jugend besonders aufmerksam kümmern und unter *besagter Jugend eine organisatorische Arbeit führen*⁶ müsse*⁷. HERZBERG wies darauf hin, dass alle diese Personen betreffenden Materialien direkt bei HENSEL deponiert werden müssten und sämtliche mit diesen Personen verknüpften Fragen, die man in Berlin lösen müsse, allein von HENSEL zu entscheiden seien, der allein in dieser Angelegenheit mit Berlin in Verbindung stehen werde. Außerdem gab HERZBERG die direkte Weisung, dass die Karteikarten über die Parteimitgliedschaft dieser Personen als Materialien absoluter Geheimhaltung ebenfalls unmittelbar bei HENSEL aufbewahrt werden müssten, auf die niemand Zugriff haben dürfe.

2. In einem gesonderten Gespräch mit SCHULENBURG, TWARDOWSKI und HENSEL erklärte HERZBERG, *dass in allernächster Zeit aus Deutschland völlig neue Funkgeräte spezieller Konstruktion für die Anpeilung von geheimen*⁸ sowjetischen Funkstationen eintreffen werden. Laut HERZBERG wird es mit Hilfe dieser Geräte nicht nur möglich sein, die Bandbreite von Kurz- und Langwellenfunkstellen, sondern auch deren Standorte exakt zu lokalisieren. TWARDOWSKI, der offenbar bereits über diese Funkgeräte neuer Konstruktion Bescheid weiß, äußerte sich begeistert über sie und nannte sie großartige Geräte, mit deren Hilfe es in Deutschland *bereits gelungen sei, viele Geheimnisse zu lüften*⁹. TWARDOWSKI wies weiter darauf hin, dass es mit den bereits jetzt in der Deutschen Botschaft in Moskau vorhandenen Geräten gelungen sei, angeblich *eine Reihe von geheimen Funkstationen in Moskau, in der Ukraine und in Weißrussland zu ermitteln. Danach gingen die genannten Personen auf die neuen Verhaftungen in Moskau und in der Provinz ein. Im Zusammenhang damit*¹⁰ wurde BAUM zu diesen Gesprächen hinzugebeten.

⁴ Mehnert vertrat in Moskau die Zeitungen „Münchner Neueste Nachrichten“, „Leipziger Neueste Nachrichten“ und „Hamburger Fremdenblatt“.

⁵ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

⁶ Das nachfolgende Wort ist durchgestrichen.

⁷ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

⁸ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

⁹ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

3. In dem Gespräch, an dem außer TWARDOWSKI und SCHULENBURG auch HENSEL sowie BAUM teilnahmen, interessierte sich HERZBERG insbesondere für die Verhaftung des Bruders der in der Botschaft beschäftigten *Sekretärin GROEPLER*¹¹. Im Zusammenhang damit stellte HERZBERG BAUM die Frage, ob der Bruder der GROEPLER ein verlässlich standhafter Mensch sei und es eine Garantie gäbe, dass er in den Vernehmungen bei der GPU schweigen werde. BAUM antwortete, obgleich GROEPLER ein Mensch mit einem recht starken Charakter sei, so gäbe es dennoch keine Garantie, dass er bis zuletzt schweigen werde. Vor diesem Hintergrund wies BAUM darauf hin, dass GROEPLER, falls er in der GPU zu sprechen beginne, der Sache unglaublich stark schaden könne, vor allem deshalb, weil er ein Funkspezialist sei und sehr viel über die neuen Funkgeräte in der Deutschen Botschaft wisse.¹² Außerdem sei er noch in eine Reihe von anderen streng geheimen Angelegenheiten eingeweiht. Wie die Quelle berichtet, nahmen alle Gesprächspartner diese Information BAUMS äußerst niedergeschlagen auf.

4. Ein gesondertes Gespräch fand zwischen HERZBERG, HENSEL und TWARDOWSKI bezüglich des beim Frühstück anwesenden Korrespondenten der Münchener faschistischen Presse Klaus Mehnert statt. Auf die Frage TWARDOWSKIS, die die Quelle akustisch nicht hörte, antwortete HERZBERG wörtlich folgendes: „Mehnert ist extra in die Sowjetunion*¹³ abkommandiert worden, um militärisches Aufklärungsmaterial zu sammeln, insbesondere hinsichtlich der Luftflotte, und es ist ihm bereits gelungen, eine Reihe von Fragen zu klären.“

5. HERZBERG führte ein gesondertes Gespräch mit HENSEL, bei dem niemand von den am Frühstück Beteiligten zugegen war. HERZBERG interessierte sich speziell für folgende Fragen:

a) für die Zuverlässigkeit des Personals der Botschaft, insbesondere für die Hausbediensteten des Botschafters. HENSEL antwortete, dass in dieser Hinsicht alles in Ordnung sei, wobei HERZBERG darauf verwies, dass das alles sehr gut sei, dennoch müsse eine besondere Wachsamkeit und Vorsichtigkeit an den Tag gelegt werden.

b) Da HERZBERG im Hotel wohnt, interessiere er sich besonders dafür, ob es in den Moskauer Hotels Mikrofone gäbe, worauf HENSEL antwortete, dass es bereits Präzedenzfälle von Abhöraktionen gegeben habe. HERZBERG dankte für diese Antwort und sagte, dass solch eine Warnung für ihn äußerst wichtig sei.

6. In einem Einzelgespräch mit HERZBERG wies TWARDOWSKI darauf hin, dass LAMLA nicht mehr für die Kuriers, die Kanzlei und das Wachpersonal zuständig sein werde und dies alles in die Zuständigkeit des Parteimitglieds *KIRSTEIN*¹⁴ übergehe.

ANMERKUNG:

1) Aus dem INO GUGB des NKVD ist keine Mitteilung über die Ankunft des Vertreters der Deutschen Nationalsozialistischen Partei HERZBERG eingegangen.

2) HENSEL ist uns als aktives Mitglied der faschistischen Partei bekannt, der eine führende Rolle unter den Parteimitgliedern in der Botschaft spielt. Wie „117“

¹¹ Die Textstelle ist mit Tinte unterstrichen.

¹² Vgl. Dok. 179.

¹³ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

¹⁴ Der Name ist mit Tinte unterstrichen.

berichtete, ist HENSEL der Bevollmächtigte der Nationalsozialistischen Partei in der UdSSR.

3) Bei einer den Botschaftsrat HILGER betreffenden Sonderaktion wurden Dokumente entdeckt, die darauf hinweisen, dass er Anfang 1934 Mitglied der faschistischen Partei geworden ist¹⁵, was uns früher nicht genau bekannt war. Aus der nachrichtendienstlich entnommenen Beurteilung des Kriegsministeriums über HILGER ist ersichtlich, dass er bereits während seiner Tätigkeit im schwedischen Roten Kreuz Militärsplionage betrieben hat.

4) Der Leiter der Presseabteilung der Deutschen Botschaft, BAUM, ist uns als aktiver Spion bekannt, der zweimal hintereinander Versuche unternommen hat, unsere Agenten abzuwerben, darunter einen Agenten, der in der Funkzentrale tätig ist. Sowohl den Angaben von „117“ als auch den Angaben von INO GUGB zufolge geht BAUM einer aktiven Spionagetätigkeit nach.

5) Der Korrespondent der Münchner faschistischen Zeitungen Klaus MEHNERT ist sowohl den Erkenntnissen unserer Agenten als auch den Erkenntnissen von *INO GUGB zufolge ein großer Agent der Spionageabwehrabteilung*¹⁶ des Stabes der Reichswehr. Als MEHNERT in der UdSSR ankam, wurde gleichzeitig sowohl über die Agenten des INO GUGB als auch über unsere Agenten (Agent „250“ unter Berufung auf MEHNERT) verstärkt die Version verbreitet, dass Klaus MEHNERT der Gruppe um Otto STRASSER angehört habe und deshalb gezwungen gewesen sei, Deutschland zu verlassen, da er eine Verhaftung durch die Deutsche Geheimpolizei befürchtete. Zur „Bestätigung“ dieser Version trafen aus London an die Adresse von Klaus MEHNERT zweimal per Luftpost anonyme Mitteilungen darüber ein, dass die Deutsche Geheimpolizei alle MEHNERT belastenden Dokumente gefunden habe und er auf keinen Fall nach Deutschland zurückkehren dürfe. Wie jetzt völlig klar ist, wurden diese Briefe von dem entsprechenden deutschen Agentennetz mit dem Kalkül abgeschickt, dass sie perlustriert werden und wir daraufhin versuchen würden, mit MEHNERT Kontakt aufzunehmen, so dass er in der UdSSR in völliger Sicherheit als unser Agent verbleiben könnte. Unter diesem Gesichtspunkt verdient der Umstand besondere Beachtung, dass MEHNERT zugleich mit dem Erhalt dieser Briefe über unseren Agenten „250“, der in deutschen Kreisen, wie uns genau bekannt war, bereits als enttarnt galt, an uns mit der Frage herangetreten ist, dass er gern den Kontakt mit den Organen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten aufnehmen wolle. Um den Charakter der Versuche MEHNERTS zu überprüfen, fand mit ihm ein Sondierungsgespräch statt, bei dem MEHNERT als Vertreter der Gruppe um Otto STRASSER, die der heutigen faschistischen Führung feindlich gegenüber steht, vorschlug, uns nach Möglichkeit die Lage in der faschistischen Partei zu beleuchten und uns besonders wertvolle Dienste zu leisten, wenn sich die Lage in Deutschland verschärfe. Obwohl über das Agentennetz des INO GUGB und in Moskau durch MEHNERT selbst verstärkt die Version verbreitet wurde, die MEHNERT in den Gesprächen mit uns bekräftigte, ist ihm in aller Schärfe bedeutet worden, dass er uns als Vertreter einer bestimmten politischen Gruppe in keiner Weise interessiere. Falls er aus den oben genannten Überlegungen den Wunsch hege, uns seinen eigenen Bekundungen zufolge diese

¹⁵ Hilger war nicht Mitglied der NSDAP.

¹⁶ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

Dienste anzubieten, so müsse er vor allem die Namen der ihm bereits bekannten Personen preisgeben, die eine faschistische und Spionagetätigkeit betreiben. MEHNERT lehnte solch eine Aufgabe natürlich ab und erklärte, dass er in diesem Fall zu viel riskiere und dabei überhaupt nichts gewinne.

6) Das Gespräch über spezielle Funkpeilgeräte deckt völlig das Wesen jener Spezialtätigkeit hinsichtlich der Funkausrüstung auf, die bei dem deutschen Botschafter SCHULENBURG und bei dem deutschen Militärattaché Oberst HARTMANN geführt wird. Dies umso mehr, als die von uns bei SCHULENBURG und HARTMANN vorgenommene konkrete Überprüfung gezeigt hat, dass die technischen Spezialmaßnahmen der Deutschen unsere Spezialoperationen nicht tangieren.

7) GROEPLER ist von der ÉKO GUGB ohne Absprache mit uns verhaftet worden, ungeachtet der gegen ihn vorliegenden Erkenntnisse und ungeachtet dessen, dass er mit der Botschaft in einem unmittelbaren Kontakt und insbesondere mit dem von uns speziell observierten BAUM stand. Die Meldung von „387“ verdeutlicht, dass die Ermittlungen im Fall GROEPLER besonders sorgfältig und umfassend zu führen sind.

CHEF DER 5. UNTERABTEILUNG DER GUGB DES NKVD

VOLYNSKIJ

FÜR SONDERAUFTRÄGE DER SONDERABTEILUNG

BIRO

Vermerk: Gen. Golubev. Zur Akte Hensel. 23.X. [1938] Šapiro¹⁶.

BArch, N 2273/29, Bl. 64-69.

Nr. 150

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationsrat in Moskau Hilger

GEHEIM

[13.5.1935]

Nr. 14494

14.V.53¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES GEN. ŠTERN MIT HILGER AUF DEM EMPFANG ZU EHREN LAVALS, 13. MAI 1935

Als Hilger auf mich zukam, eröffnete er erneut das Gespräch mit der Ausweisung Haages.² Seinen Worten zufolge sei diese Geschichte rätselhaft. Wenn Haage

¹⁶ Zu diesem Zeitpunkt Chef der 1. Sonderabteilung (Erfassung und Registrierung) des NKVD.

¹ So im Dokument; richtig: 14.V.35. Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 140.

nicht als vollwertiger Vertreter für das Narkomvneštorg akzeptabel sei, warum sei es dann nötig gewesen, ihn im Eilverfahren auszuweisen? Wäre es nicht möglich gewesen, seiner Frau und seiner Tochter zu gestatten, weitere 2–3 Wochen in der UdSSR zu verbleiben? Die deutschen Firmen verstünden überhaupt nicht, was mit ihren Vertretern geschehe, und die Botschaft könne keine Erklärungen geben.

Zugleich bemerkte H[ilger], dass Schulenburg durch das Verhalten von Gen. Kandeljaki³ sehr gekränkt worden sei. Letzterer habe sich über 3 Wochen in Moskau aufgehalten. Im Auftrag von Schulenburg habe er [Hilger] wiederholt im Narkomvneštorg und bei Kandeljaki zu Hause angerufen und mitgeteilt, dass Schulenburg zu Ehren Kandeljakis ein Frühstück oder ein Mittagessen geben wolle. Nichtsdestotrotz sei Kandeljaki abgereist, ohne auf Schulenburgs Einladung geantwortet zu haben. Schulenburg werde genötigt sein, darüber nach Berlin dahingehend zu berichten, dass man dort Kandeljaki keine unnötige Liebenswürdigkeit erweisen möge.

Zum Ende des Gesprächs bat mich H., mich aufrichtig in folgender Frage zu äußern. Die Botschaft habe aus Berlin den Auftrag bekommen, uns zum Internationalen Kongress, der in Berlin zu Bevölkerungsproblemen veranstaltet wird, einzuladen⁴. H. wolle gern wissen, ob wir an diesem Kongress teilnehmen würden. Ich antwortete H., dass ich mich bereits mit dem Programm dieses Kongresses, das im Wesentlichen der Rassentheorie folgt, befasst habe. Ich meine, H. werde es verstehen, dass es für uns unmöglich sei, an solch einem Kongress teilzunehmen. Darauf teilte H. streng vertraulich mit, er habe auf eigene Initiative hin nach Berlin berichtet, dass es besser wäre, uns nicht zu diesem Kongress einzuladen, weil wir sowieso absagen würden. Daraufhin habe er aus Berlin den Auftrag erhalten, uns die Teilnahme am Kongress vorzuschlagen, da er, obgleich auf rassischer Grundlage konzipiert, dennoch einen rein wissenschaftlichen Charakter trage. Zugleich teilte mir H. mit, dass an unserem Physiologenkongress⁵ neben den deutschen Professoren auch ein, wie er es formulierte, Vertreter der deutschen Regierung teilnehmen werde.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. nach Berlin, das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 109–109R. Original.

³ So im Dokument; richtig: Kandelaki.

⁴ Der III. Internationale Kongress zur Bevölkerungsforschung, an dem Vertreter aus 40 Ländern teilnahmen, fand vom 28.8. bis 2.9.1935 in Berlin statt.

⁵ Vgl. Dok. 94, Anm. 7.

Nr. 151

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern
mit dem Botschaftsrat in Moskau von Twardowski**

GEHEIM

[13.5.1935]

Nr. 14495

14.V-35¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES GEN. ŠTERN mit TWARDOWSKI
AUF DEM EMPFANG ZU EHREN LAVALS, 13. MAI 1935

Twardowski trat auf mich zu und bemerkte, dass er sich in letzter Zeit permanent in einer verbitterten Stimmung befinde, und dies sei unsere Schuld. Er meine, dass wir im Fall Haage² eine ihm, T[wardowski], völlig unverständliche Grausamkeit an den Tag gelegt hätten. Schulenburg hätte mit Gen. Krestinskij gesprochen³, T. hätte mich wiederholt gebeten, die Ausweisung Haages hinauszuschieben. Als Gefälligkeit sei T. mitgeteilt worden, dass der Ehefrau und der Tochter Haages der Aufenthalt bis zum 17. Mai genehmigt werde, unterdessen sei die Mutter Haages, eine Greisin, hier an Lungenentzündung verstorben. Ferner teilte T. mit, er habe vor drei Tagen eine „sehr erfreuliche“ Mitteilung aus Berlin dahingehend erhalten, dass Major Spalcke, der noch bis vor kurzem engen Kontakt zu Kommandeuren der Roten Armee unterhalten und den sowjetischen hochrangigen Kommandeuren während ihres Aufenthaltes in Berlin große Dienste⁴ erwiesen hätte, die Einreise in die UdSSR verweigert worden sei⁵, obwohl **Hartmann**⁶ über die Reise Spalckes **mit**⁷ unseren Militärs und **der Vertreter**⁸ der Reichswehr **mit unserem**⁹ Militär-Attaché¹⁰ in Berlin gesprochen habe. Es sei mit einem Wort klar, sagte T., dass die sowjetische Seite bestrebt sei, das deutsche Selbstwertgefühl nach Möglichkeit selbst bei Kleinigkeiten zu verletzen. Ich erläuterte T., die Ablehnung für Spalcke sei offenbar mit dem Umstand zu erklären, dass er im Fragebogen den Zweck seiner Reise sehr merkwürdig angegeben habe, und zwar, dass er für 10 Tage in die UdSSR zum Studium der Sprache reise. T. entgegnete, man könne immer etwas finden, wenn man es denn wolle. Ich versprach T., diese Angelegenheit im Sinne einer Revision der Entscheidung hinsichtlich der Einreise Spalckes zu klären.¹¹ Gegen Ende des

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 140.

³ Vgl. ebd., Anm. 7.

⁴ Spalcke war von Januar 1931 bis April 1933 für die Betreuung der Kommandeure der Roten Armee, die in Deutschland ein Praktikum absolvierten, abkommandiert worden.

⁵ Vgl. Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung an das AA vom 4.5.1935. In: AVP RF, f. 82, op. 19, p. 64, d. 2, l. 275. Vgl. auch Anlage IV zu dem Bericht Hartmanns Nr. 16/35 vom 13.5.1935. In: PA AA, R 30100b, Bl. 421–422.

⁶ Der Text ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: man mit Hartmann gesprochen hat.

⁷ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁸ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: mit dem Vertreter.

⁹ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Aleksandr Grigor'evič Orlov.

¹¹ Am 16.5.1935 informierte die Bevollmächtigte Vertretung in einer Verbalnote das AA, dass die Angelegenheit, Major Spalcke ein Visum zu geben, positiv entschieden worden sei. Vgl. AVP RF, f. 82, op. 19, p. 64, d. 2, l. 254.

Gesprächs trat Hartmann zu uns hinzu, um an dem Gespräch teilzunehmen, wobei er erklärte, dass ihm augenblicklich am meisten ein Problem beschäftige: warum er, Hartmann, überhaupt hier sitze?

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
4 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. nach Berlin, das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 68–68R. Original.

Nr. 152

Schreiben des Vertreters von Gosbank in Deutschland Majofis an den Vorstandsvorsitzenden der Gosbank der UdSSR Mar'jasin

Geheim

15. Mai 1935

Nr. V/96

An den
Vorstandsvorsitzenden der
Gosbank der UdSSR
Gen. L.E. Mar'jasin

Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen darüber Mitteilung zu machen, dass die zwischen der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland und dem Vertreter der Gosbank derzeit bestehenden Beziehungen grundsätzlich anormal sind. Die Handelsvertretung ignoriert die Bank bei den Verhandlungen mit den deutschen Einrichtungen zu Finanz-, Valuta- und Kreditfragen systematisch, und diese Ignoranz und das Bestreben der Mitarbeiter der Handelsvertretung, die komplizierten Finanzkreditfragen ohne die Bank zu entscheiden, fügt uns definitiv Schaden zu.

Ich führe folgende Fakten an.

In den Verhandlungen mit den Deutschen, die sich fast ein Jahr lang hinzogen und mit dem 200-Millionenkredit endeten¹, ist die Gosbank von der Handelsvertretung weder zu Beginn der Verhandlungen, als das Grundmuster dieses Kredites festgelegt wurde, noch in der Endphase der Verhandlungen, als die technische und die finanzielle Seite dieses Vertrages ausgehandelt wurde, hinzugezogen worden.

Ungeachtet dessen, dass die deutsche Regierung in Person des Präsidenten der Reichsbank, Schacht, während der Verhandlungen mit mir noch im Jahr 1934 das Einverständnis erklärte, der Sowjetunion einen echten Finanzkredit zu gewähren,

¹ Vgl. Dok. 116.

sind von der Handelsvertretung die Verhandlungen in der Weise geführt worden, dass wir anstelle eines Finanzkredites einen Wechselkredit erhalten haben, der sich im Prinzip nicht von den früheren Warenkrediten der Firmen unterscheidet.

Die deutschen Firmen werden dem unterzeichneten Vertrag entsprechend von der Diskontierung unserer Wechsel zu diesem Kredit befreit, weil dieser Kredit ein von der deutschen Regierung garantiertes Darlehen sein sollte und die Firmen von der Handelsvertretung die Bezahlung für die gelieferten Aufträge in bar bekommen sollten. Wegen der ausschließlich unfähigen und fehlerhaften banktechnischen Festlegungen dieses Vertrages ist der Fall eingetreten, dass wir in Wahrheit anstatt eines Finanzkredites einen Warenkredit mit der Bürgschaft der deutschen Regierung im Umfang von lediglich 70% der Liefersumme erhalten haben; für die restlichen 30% tragen die Firmen das volle Risiko, und sie werden es sich nicht nehmen lassen, dieses Risiko durch entsprechende Preisaufschläge zu kompensieren.

Die Handelsvertretung hat wegen der Unkenntnis der Materie und wegen der Inkompetenz ihrer Mitarbeiter in Finanz- und Bankangelegenheiten den folgenden Modalitäten der [Bank]operationen zugestimmt: wir stellen der Reichsbank einen Wechsel mit einer Laufzeit von fünf Jahren aus. Da aber die Reichsbank eine Bank mit kurzen Fristen ist, erhält sie für die Diskontierung die zweiten Tratten in Form von kurzfristigen, dreimonatigen Wechseln der jeweiligen deutschen Lieferfirmen. Diese dreimonatigen Tratten² werden durch ein Bankenkonsortium mit Giro versehen und alle drei Monate bis zum Ende des sowjetischen fünfjährigen Wechsels erneuert.

Dieser Technik folgend haben die Deutschen durch das Bankenkonsortium ein Rundschreiben herausgegeben, demzufolge die Firmen das Risiko in einem Umfang von 30% in Valuta der von ihnen ausgestellten Wechsel tragen. Somit hat sich der Finanzkredit mit allen Vorzügen einer Bargeldverrechnung mit den Firmen in einen gewöhnlichen Warenkredit der Firmen verwandelt, wo die Firmen das sogenannte Obligo³ tragen und sich zwangsläufig absichern werden. Ich muss Ihnen wohl kaum beweisen, dass die zweiten Tratten für die deutschen Firmen absolut unnötig sind, da wir sie selbst anstelle der fünfjährigen Wechsel, die alle drei Monate durch Akzepte⁴ erneuert werden, geben könnten, was die deutschen Firmen von der Ausgabe von Tratten, welcher Art sie auch sein mögen, zu diesem Kredit befreien würde.

Ich erachte es ebenfalls als erforderlich, auf ein weiteres Moment dieser Verhandlungen hinzuweisen, welches mich persönlich völlig befremdet. Mir ist nicht klar, warum die Handelsvertretung nicht rechtzeitig die Verlängerung des Markabkommens sicherstellte, das wir bis zum 15. d. J. hatten.⁵ Denn die Verhandlungen über den 200-Millionenkredit wurden die ganze Zeit über auf der Grundlage und zu den Konditionen dieses Markabkommens geführt.

² Die Tratte (lat.), auch als gezogener Wechsel bezeichnet, ist eine Finanzurkunde. In ihr ergeht an den Bezogenen (Trassat) die Weisung, dem Wechselnehmer (Remittenten) in einer vereinbarten Frist eine bestimmte, im Wechsel genannte Geldsumme zu zahlen.

³ Obligo (ital.) ist die Summe der gesamten Verbindlichkeiten im Wechselverkehr.

⁴ Akzept (lat.) ist die urkundliche Verpflichtung des Wechselschuldners, die Wechselsumme in einer vereinbarten Frist zu zahlen.

⁵ Vgl. Dok. 38.

Als äußerst fragwürdig erscheint mir auch die Höhe des Zinssatzes von 2% per anno zu sein, den das Bankenkonsortium für die Diskontierung unserer Wechsel erhält, was bei der Summe von 200 Mio. Rubel 20 Mio. Mark in fünf Jahren ausmacht. Unsere Verhandlungsführer hätten, wenn sie kompetenter und entschlossener gewesen wären, ohne große Anstrengung, wie ich meine, diesen Zinssatz für das Bankenkonsortium auf ein Maximum von 1% drücken können. Somit würde unser Kredit uns nicht 6% per anno (4% an die Reichsbank plus 2% an das Bankenkonsortium) kosten, sondern 5 Prozent, was uns eine Ersparnis von 10 Mio. Mark eingebracht hätte.

Bei meinen Verhandlungen mit Vertretern der Handelsvertretung im Vorfeld der Unterzeichnung dieses Vertrages wurde mir auf meinen Hinweis bezüglich der Notwendigkeit, einen billigeren Kredit durchzusetzen, geantwortet, dass wir bei dem letzten Kredit 6,5% gezahlt hätten, bei diesem Kredit 6% zahlen würden, und die Senkung um ½ Prozent betrachteten die Mitarbeiter der Handelsvertretung als ein großes und völlig zufriedenstellendes Ergebnis. Ich hatte leider keine Möglichkeit, auf die finanzielle Seite der Verhandlungen Einfluss zu nehmen, weil ich von dieser Angelegenheit ferngehalten wurde und oftmals von den Konditionen dieses Vertrages nicht so sehr von den Mitarbeitern der Handelsvertretung, als vielmehr von deutschen Bankiers bei geschäftlichen Begegnungen erfuhr.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf noch eine empörende Tatsache lenken. Fast ein Jahr lang wurden die Verhandlungen zum Verkauf der Derop, unserer Erdölgesellschaft in Deutschland, geführt. Trotz meiner kategorischen Forderung ist die Gosbank nicht in diese Verhandlungen einbezogen worden. Deshalb schrieb ich an den Stellvertreter des Handelsvertreters, Gen. Fajnszejn, einen Brief, in dem ich auf die Notwendigkeit hinwies, eine Beratung einzuberufen, da die Gosbank unmittelbar an dieser Sache interessiert sei, weil die Gosbank und die Garkrebo⁶ für die Derop eine Reihe von Bürgschaften übernommen haben. Gen. Fajnszejn hielt es nicht für nötig, mich zu dieser Beratung einzuladen, und im Ergebnis dessen trat eine ernste Komplikation ein. Gen. Fajnszejn hatte nämlich bei den Verhandlungen vergessen, dass die Aktien der Derop durch andere sowjetische Kredite garantiert waren, und in den Verhandlungen hatte er nicht rechtzeitig dafür gesorgt, diese Aktien von dieser Bürgschaft zu entlasten. Nach Aussagen von Mitarbeitern der Handelsvertretung und des Vertreters der Derop, Gen. Enko, hätte es bei den Verhandlungen absolut keine Mühe bereitet, die Derop von diesen Verpflichtungen zu entlasten. Erst nach der Unterzeichnung des Verkaufsvertrages stellte sich heraus, dass die Aktien nicht frei verfügbar sind. Die Deutschen, die die Derop erhielten, hinterlegten die für die Derop getätigten Zahlungen in Höhe von sechs Mio. Mark bis zur Löschung der Bürgschaft bei einer deutschen Bank. Diese Gelder blieben auf Eis gelegt, ohne die Möglichkeit zu haben, sie während der Hinterlegung einzusetzen. Erst in diesen Tagen sind diese Gelder freigegeben worden.

Weiter. Da die Handelsvertretung wusste, dass unsere Zahlungen in Mark um ein Vielfaches unseren Exporterlös übersteigen, hätten, da unsere Zahlungsbilanz

⁶ Garantie und Kreditbank (Garkrebo) für den Osten AG in Berlin. Die 1923 gegründete sowjetische Geschäftsbank betrieb Börsen- und Bankgeschäfte aller Art.

mit Deutschland für uns defizitär ausfällt, jegliche Verkäufe gegen fremde Währung mit Gosbank abgestimmt werden müssen. Überlegungen zu einem möglichen Kursverlust der Mark können nicht von entscheidender Bedeutung sein, weil wir, da unsere Zahlungsbilanz in Mark defizitär ist, bei einem Kursverlust der Mark in der Lage sind, mit eben dieser Mark unsere Verpflichtungen zu bezahlen. Dessen ungeachtet verkaufte die Handelsvertretung 1935 einen Teil des Holzes in Höhe von 10 Mio. £ in Umrechnung in Mark zu dem Kurs, der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages bestand. Da zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung das Pfund Sterling stark im Kurs nachgab, erlitt die Handelsvertretung große Verluste.

Anfang 1935 verkaufte die Handelsvertretung in Deutschland Getreide zu genau den gleichen Konditionen wie bei dem Holzverkauf, sie verlor durch den Kursunterschied allein bei einem einzigen Geschäftsabschluss 150.000 Mark.

Die oben dargelegten Fakten zeugen davon, dass die unkontrollierte Tätigkeit des Außenhandels bei den Verhandlungen mit den Banken unseren Interessen großen Schaden zufügt. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Verhandlungen über Finanzkredite oder über Verkäufe in anderen Währungen ohne die Beteiligung der Gosbank geführt werden. Es ist umso notwendiger, Gosbank bei unseren Finanzkrediten einzubeziehen, weil Gosbank ein hohes Ansehen genießt, insbesondere in Deutschland.

Indem ich Sie darüber informiere, bitte ich Sie, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um diesen anormalen Erscheinungen ein Ende zu bereiten. Insbesondere erachte ich es als nötig, Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, dass es in dem Vertrag über den 200-Millionenkredit einen Punkt gibt, der der Handelsvertretung das Recht einräumt, bei Bedarf die Ausfertigungsmodalitäten des Kredites zu überprüfen. Mir scheint, dass es angebracht wäre, diesen Punkt in Anspruch zu nehmen und zu versuchen, die fehlerhafte Technik der Inanspruchnahme des abgeschlossenen Kreditabkommens zu korrigieren.⁷

Vertreter der Gosbank in Deutschland

A. Majofis

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 70, S. 115–118.

⁷ Zur Reaktion der Leitung des NKVT der UdSSR auf den Vorschlag der Gosbank der UdSSR (der diesbezügliche Bericht Mar'jasins wurde am 21.3.1935 Stalin und Molotov übergeben) vgl. Dok. 169.

Nr. 153
 Schreiben des Beauftragten des Otto-Wolff-Konzerns Deutelmoser
 an den Unternehmer Wolff

15. Mai 35

O. Rd (V)
 8855 A.

Herrn Otto Wolff
Berlin W 62
 Lützowufer 33

Betr. Geschäfte mit Russland.

Sehr geehrter Herr Wolff!

Im Auswärtigen Amt erfuhr ich heute, dass der Sowjet-Handelsvertreter Kandelaki, dessen Aufenthalt in Moskau sich durch Krankheit verlängert hat, in diesen Tagen hier zurückerwartet wird. Voraussichtlich wird Herr Kandelaki eine größere Zahl von Ingenieuren und Technikern mitbringen, die sich neben der Bearbeitung der geplanten Aufträge für Deutschland besonders auch mit der Frage der technischen Hilfeleistungen beschäftigen sollen. Man sieht in dieser Frage hier große Schwierigkeiten voraus, da die Russen Ansprüche stellen werden, die für die deutschen Firmen im Interesse der Geheimhaltung ihrer Verfahrensvorschriften untragbar sind. Herr Direktor Lange vom VDMA hat sich, wie ich höre, dahin ausgesprochen, dass technische Hilfeleistungen der von Russland gewünschten Art überhaupt verboten werden sollten.¹

Wie weit in Zukunft die russische Auftragserteilung etwa von Berlin nach Moskau verlegt werden oder bei der hiesigen Handelsvertretung bleiben wird, steht noch dahin, weil die Russen in dieser Angelegenheit untereinander noch nicht einig geworden sind.

In Moskau wird der Kampf gegen die Vertreter von ausländischen Firmen mit großer Rücksichtslosigkeit weitergeführt. Er beschränkt sich, wie ich höre, keineswegs nur auf deutsche Vertreter, sondern richtet sich auch gegen die Vertreter aus anderen Ländern und ist also grundsätzlicher Natur. Die Trusts bemühen sich, die Regelung ihrer Aufträge möglichst in die eigene Hand zu bekommen, während die hiesige Handelsvertretung mit den deutschen Wirtschaftsverhältnissen und Lieferfirmen auch fernerhin das Vergebungswesen einheitlich von hier aus betreiben müsse.

Genaueres über die Art der geplanten russischen Aufträge ist im Auswärtigen Amt bisher noch nicht bekannt.

Mit freundlichen Grüßen
 gez. Deutelmoser

Durchschlag an
Herrn Siedersleben
 Abt. Ausland, Köln
 Abt. Ausland, Berlin

RWWA, 72-48-6, o. P., 2 Bl.

¹ Vgl. Dok. 144.

Nr. 154

**Bericht des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung beim
Volkskommissariat für Außenhandel Gittis an den Stellv. Volkskommissar
für Verteidigung der UdSSR Tuchačevskij**

Ganz geheim¹

Expl. Nr. 1

15./16. Mai 1935

Nr. 385030 ss²

AN DEN
STELLV. VOLKSKOMMISSAR
FÜR VERTEIDIGUNG DER UdSSR
Gen. TUCHAČEVSKIJ

Hiermit lege ich vor: Importplan der Bestellungen des NKO im Rahmen des deutschen Kredites des von der Regierungskommission geprüften und der von der Regierung bestätigten Auflistung der Objekte in den dem NKO laut Information des NKVT gewährten Limits aus dem deutschen Kredit in Höhe von 10 Mio. deutscher Mark.

ANHANG: 6 Blatt.

BEAUFTRAGTER DES NKO BEIM NARKOMVNEŠTORG DER UdSSR

GITTIS

Ganz geheim³

Expl. Nr. 2

IMPORTPLAN

(des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR für das Jahr 1935
im Rahmen des dem NKO bewilligten Limits aus dem deutschen Abkommen⁴)

Lfd.	BEZEICHNUNG	Für Summe in Rubel ⁵ BEMERKUNG	Knappe Zweck- bestimmung
<u>Realisierungsplan:</u>			
1.	Massenbestellungen für die laufende und die Mobilisierungs- versorgung der RKKA	3.759.200	

¹ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

⁴ Vgl. Dok. 116.

⁵ Hier und im Folgenden sind Gold-Rubel gemeint.

Lfd.	BEZEICHNUNG	Für Summe in Rubel ⁶ BEMERKUNG	Knappe Zweck- bestimmung
2.	Versuchsmodelle für die Er- probung, Überprüfung und die Übernahme in die Bewaffnung	740.800	
	GESAMT	4.500.000 ⁷	

ANLAGE: 1. Auflistung der zu bestellenden Importgüter in 4 Blatt.
2. Aufteilung der bewilligten Mittel zwischen den Zentralverwaltungen
des NKO

BEAUFTRAGTER DES NKO BEIM NARKOMVNEŠTORG DER UdSSR

GITTIS

15. Mai 1935

Ganz geheim⁸
Expl. Nr. 2

IMPORTPLAN
DES VOLKSKOMMISSARIATS FÜR VERTEIDIGUNG DER UdSSR für 1935

(auf Rechnung des dem NKO im Rahmen des deutschen Abkommens
gewährten Limits)

Lfd.	BEZEICHNUNG	SUMME	Knappe Zweckbestimmung
I.	<u>MASSENBESTELLUNGEN FÜR DIE LAUFENDE UND DIE MOBILISIE- RUNGSVERSORGUNG DER RKKA</u>		
1.	60 Raumbildhöhenmesser auf 4-Meterbasis	1.200.000	Für die Ausrüstung der Flak
2.	30 Raumbildhöhenmesser auf 4-Meterbasis	360.000	Für die 120–152 mm Küstenbatterien und für die Befehlsstellen von Entfernungsmessständen für Schlachtschiffe
3.	12 UKW-Funkpeiler im Band- bereich 120 m	360.000	Für die Ausrüstung von U-Booten und Über- wasserschiffen

⁶ Hier und im Folgenden sind Gold-Rubel gemeint.

⁷ So im Dokument.

⁸ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

Lfd.	BEZEICHNUNG	SUMME	Knappe Zweckbestimmung
4.	4 9-Meter-Periskope mit stationärem Akkumulator	300.000	Für die Ausrüstung der U-Boote der Klasse „Pravda“
5.	16 Kopplungsgeräte mit Bord- vibratoren	255.00	Für die Ausrüstung der U-Boote der Klasse „M“
6.	12 Geräuschpeiler mit Elektro- station	250.000	Für U-Boote der Klasse „ŠČ“
7.	12 Kopplungsgeräte mit 2 Schwertern	238.000	Für U-Boote der Klasse „ŠČ“
8.	3 Rundum-Küstengeräuschpeiler	183.000	2 für die Pazifikflotte und 1 für die Nordflotte
9.	16 Geräuschpeiler mit 2 Linear- basen	176.000	Für U-Boote der Klasse „M“
10.	25 Raumbildentfernungsmesser im 3-Meter-Bereich	176.000	Für Fregatten, Zerstörer und schnelle Minen- räumer
11.	Luftfilmmaterial hoher Empfindlichkeit	125.000	Für die Mobilisierungsre- serve der RKKA
12.	1 Marinekatapult	100.000	Zum Katapultieren von Flugzeugen von Bord von Kreuzern
13.	4 Antivibrationsvorrichtungen für 6-Meter-Entfernungsmesser	24.000	Für den Einbau von Entfernungsmessern in Kreuzertürmen
14.	10 Geräte für die Justierung von Wendezeigern	12.500	Für die Justierung von reparierten Anzeigern
15.	10 Geräte für die Justierung von Kompassen	8.500	Für die Justierung von reparierten Kompassen
16.	1 AMSLER-Maschine	5.000	Für Arbeiten zur Unter- suchung von Materialien auf Zerreißfestigkeit

Lfd.	BEZEICHNUNG	SUMME	Knappe Zweckbestimmung
17.	4 Dioptrienröhrengeräte	3.100	Für die Justierung von reparierten Motoren
18.	2 Universalmessmikroskope	2.600	Ebenso
19.	Dynamometer und Düsen für die Kolinator-Justierung	2.500	Ebenso
20.	250 Geräte „RAMANENSK“	2.000	Für die Spannungs- messung des Magnet- feldes im Zündmagneten
21.	1 optischer Verteilerkopf	2.000	Für die Justierung von reparierten Motoren
	INSGESAMT	3.759.200	
II.	<u>VERSUCHSMODELLE</u>		
1.	10 Autopiloten	200.000	Für die Erprobung von Fernwirkflugzeugen zwecks Entwicklung von neuen Bewaffnungs- mustern
2.	1 komplettes Fernwirksystem für Schnellboote	100.000	Für die Schnellboot- Führung vom Flugzeug aus
3.	Eine auf einem Kfz. montierte Fern- seheinrichtung	50.000	Für die Übertragung von Bildern bei Tageslicht, könnte für die Aufklä- rung verwendet werden
4.	1 Kreiselhorizontkompass	38.000	Für die Erprobung, Über- prüfung und Überführung in die Bewaffnung der RKKA
5.	2 Nachtentfernungsmesser im 3- Meterbereich	36.000	Für die Erprobung, Über- prüfung und Überführung in die Bewaffnung der RKKA

Lfd.	BEZEICHNUNG	SUMME	Knappe Zweckbestimmung
6.	1 komplettes Blindlandesystem für Flugzeuge	35.000	Für die Blindlandung von Flugzeugen per Funk
7.	2 UKW-Küstenfunkpeilanlagen	32.000	Für die Peilung bei Nacht
8.	2 Kongruenzentfernungsmesser mit einer Abweichung von 2-3 m	30.000	Für die Erprobung, Überprüfung und Überführung in die Bewaffnung der RKKA
9.	15 leistungsstarke UKW-Röhren	25.000	Für die Erarbeitung von neuesten Fernwirkmodellen
10.	1 Schallmessstation	25.000	Für Studienzwecke
11.	1 Kreiselkompass ANSCHÜTZ	20.000	Für die Erprobung, Überprüfung und Überführung in die Bewaffnung der RKKA
12.	2 Echolote für die Messung der Entfernung eines Flugzeuges zum Boden	20.000	Ebenso
13.	2 stationäre Vertikal-Entfernungsmesser	20.000	Ebenso
14.	4 Luftbildkameras	16.000	Ebenso
15.	Verschiedene Ausrüstungen für experimentelle Arbeiten	13.900	Für Forschungen zu Fernwirkssystemen am neu eingerichteten Forschungsinstitut
16.	1 Dynamometer-Buchse	13.700	Für die Erprobung, Überprüfung und Überführung in die Bewaffnung der RKKA
17.	Messinstrumente	13.600	Ebenso
18.	1 komplette Funknavigationsanlage für ein Flugzeug	11.500	Ebenso

Lfd.	BEZEICHNUNG	SUMME	Knappe Zweckbestimmung
19.	20 Höhenbarographen	10.000	Ebenso
20.	1 Apparat zur Artilleriefeuer- lenkung vom Flugzeug aus	10.000	Ebenso
21.	24 verschiedene Schreiber	7000	Ebenso
22.	1 Grundausstattung für die Frequenz von 1 bis 15.000 Kilo- zyklen	5000	Für Forschungen zu Fern- wirksystemen am neu eingerichteten Forschungsinstitut
23.	2 Duplex-Funkstationen	4000	Für die Erprobung, Über- prüfung und Überführung in die Bewaffnung der RKKA
24.	1 Funkstation im Dezimeterbereich	2000	Ebenso
25.	13 Stück Standard-Selbstinduktion	1100	Für Forschungen zu Fern- wirksystemen am neu eingerichteten Forschungsinstitut
26.	1 Messkamera für die Ausmessung der Startbahnlänge für ein Flugzeug	1000	Für die Erprobung, Über- prüfung und Überführung in die Bewaffnung der RKKA
27.	2 Flugzeug-Sextanten	1000	Ebenda
INSGESAMT		740.800	

INSGESAMT LAUT PLAN 4.500.000 R[ubel]

BEAUFTRAGTER DES NKO BEIM NARKOMVNEŠTORG DER UdSSR

GITTIS

15. Mai 1935

Ganz geheim⁹

Expl. Nr. 2

LISTE

der Aufteilung der Importkontingente zwischen den Zentralverwaltungen
des NKO der UdSSR

(dem NKO im Rahmen des deutschen Abkommens zur Verfügung gestellt)

Lfd.	BEZEICHNUNG DER VERWALTUNG	Summe in Rubel	BEMERKUNG
1.	UMS ¹⁰ RKKA	2.588.000	
2.	AU ¹¹ RKKA	1.241.000	
3.	Technische Verwaltung der RKKA	430.000	
4.	UVS ¹² RKKA	241.000	
INSGESAMT		4.500.000	

BEAUFTRAGTER DES NKO BEIM NARKOMVNEŠTORG DER UdSSR

GITTIS

15. Mai 1935

Auf dem Begleitschreiben befindet sich der Vermerk: zu den Ak[ten].

*Auf dem Begleitschreiben befindet sich unten der Stempel des Sekretariats des
2. Stellvertreters des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der
Eingangs-Nr. 4082/ss vom 16.5.1935.*

*Am Ende des Begleitschreibens sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler
vermerkt: Geschr. in 2 Expl. Expl. Nr. 1 an die Adresse, Expl. Nr. 2 zu den Akten.*

*Am Ende einer jeden Anlage sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
Geschr. in 3 Expl. Expl. Nr.1–2 an die Adresse [des Stellv. Volkskommissars Gen.
Gamarnik, des Stellv. Volkskommissars Tuchačevskij], Expl. Nr. 3 zu den Akten.*

*Auf Kopfbogen des Beauftragten des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR
beim Volkskommissariat für Außenhandel der UdSSR geschrieben.*

RGVA, f. 33989, op. 2, d. 235, l. 14–8. Original.

⁹ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

¹⁰ Upravlenie voenno-morskich sil RKKA = Verwaltung der Kriegsmarine der RKKA.

¹¹ Artillerijskoe upravlenie RKKA = Artillerieverwaltung RKKA.

¹² Upravlenie vozdušnych sil RKKA = Verwaltung der Luftstreitkräfte der RKKA.

Nr. 155

Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Botschafter
in Tokio von Dirksen

Moskau, den 16. Mai 1935

Hochverehrter, lieber Herr von Dirksen!

Die Gelegenheit der Reise eines alten *Marinekameraden, Herrn Rüder, nach Tokio, möchte¹ ich nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen und den verehrten Ihren herzlichste Grüße zu senden.

Wie meine *Stimmung in diesen Tagen des Laval-Besuchs*, der öffentlichen Proklamierung des französisch-russischen Bündnisses² ist, werden Sie sich vorstellen können. Wie weit die Freundschaft geht, zeigt das heute veröffentlichte Communiqué³, in dem *Stalin öffentlich*, wenn auch in verschleiierter Form, *sich mit den Maßnahmen einverstanden erklärt, die die französische Regierung gegen die kommunistische Propaganda und Zersetzung im französischen Heere ergreift*. Dass nicht die Sowjetregierung, sondern Stalin zitiert wird, ist ein Novum, das zeigt, wie weit die Beziehungen gediehen sind und wie groß die Furcht vor Deutschland ist. Nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund ist dieses Communiqué meines Erachtens das *größte ideologische Opfer, das der kommunistische Staat gebracht hat*⁴. Wieweit allerdings die „Billigung“ des Herrn Stalin praktische Konsequenzen hat, ist meines Erachtens nicht zu übersehen, und man sollte in Frankreich in der Beziehung sich keinen zu großen Hoffnungen hingeben, denn auch Litwinow hat gesagt: Was mit den Kommunisten in anderen Ländern geschieht, ist uns völlig gleichgültig. – Das entscheidende Neue ist eben, dass Stalin zitiert wird.

Alle Diplomaten hier sind sich darüber einig, *dass bei einer weniger starren Haltung, bei ein wenig mehr Nachgiebigkeit von unserer Seite die französisch-russische Allianz in dieser Form nicht gekommen wäre*⁵. Im Gegensatz zur Berliner Auffassung ist das diplomatische Corps mit seltener Einmütigkeit der Ansicht, dass *den Russen die feste Bindung an Frankreich durchaus nicht erwünscht war, dass sie freie Hand behalten wollten, und dass die Drohung*⁶ mit der französischen Allianz von russischer Seite mehr als Druck gegen Deutschland ursprünglich gedacht war, seine Antisowjetpolitik aufzugeben. Erst als keine Möglichkeit mehr zu sehen war, Deutschland in eine regionale Abmachung hinein zu bekommen, hat man diesen letzten Schritt getan. Dass man von russischer Seite resp. von *Seiten des Herrn Litwinow alles getan hat, um uns ein Nachgeben zu erschweren*, muss man der Gerechtigkeit halber feststellen. Meiner Ansicht nach hat es sich die ganze

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Vgl. Dok. 127, Anm. 3.

³ Vgl. „Soobščenie o besedach t.t. Stalina, Molotova i Litvinova s ministrom inostrannykh del Francii g-nom P'erom Laval'em“ (Mitteilung über die Gespräche der Genossen Stalin, Molotov und Litvinov mit dem Außenminister Frankreichs Pierre Laval). In: Izvestija vom 16. Mai 1935, S. 1.

⁴ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

⁵ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen. Am Rand mit Bleistift: fraglich [Sie] drängt doch auf Mil.Allianz.

Zeit *darum gehandelt, Litwinow, der persönlich wohl den Anschluss an den französischen Konzern suchte, die Argumente aus der Hand zu schlagen, mit denen er die hiesigen politischen*⁷ Kreise zu der jetzt erfolgreich durchgeführten Politik zu bewegen suchte. Leider haben wir ihm diese Politik nicht erschwert, sondern erleichtert. Was also uns jetzt zu tun übrig bleibt, ist zu versuchen, wenigstens zu einer *gewissen Normalisierung der Beziehungen* zu kommen, denn *zur Zeit herrscht*, jedenfalls diplomatisch, fast ein *Zustand offener Feindseligkeit*⁸.

So ist unser Leben immer schwerer geworden; auch persönlich, mit Ausnahme der deutschen Abteilung⁹, ist man aufs *äußerste zurückhaltend, fast unfreundlich*, und wir sind von jedem russischen Verkehr vollständig abgesperrt. Alle die kleinen Schikanen, an denen die russische Politik und die russische Verwaltung immer groß waren, ergießen sich über uns, so dass man aus dem Ärger überhaupt nicht mehr herauskommt. Aus allen Gesprächen, die man gelegentlich noch mit Russen führen kann, geht hervor, dass im Augenblick jedenfalls die Hauptaufmerksamkeit der russischen Politik auf Europa gerichtet ist, dass die *japanische Gefahr zur Zeit als gering erachtet wird*, und dass man der Hoffnung ist, *dass jedenfalls für einige Jahre man zu einem modus vivendi mit Japan kommen wird. So habe ich gehört, dass die Materialtransporte für die fernöstliche Armee seit einigen Wochen fast aufgehört* haben, man spricht sogar davon, dass die *Luftstreitkräfte* im Fernen Osten *verringert* werden sollen, und dass die Idee Hirotas der Schaffung einer *neutralen Zone* an der mandschurischen Grenze¹⁰ nicht *mehr unbedingt abgelehnt*¹¹ wird.

Soweit wir es beobachten können, *geht die industrielle Entwicklung im Lande stetig* vorwärts. Auch der Lebensstandard in den großen Städten hebt sich entschieden und nähert sich in Moskau bereits einem gewissen Normalzustande. Andererseits geben das wirklich erstaunliche Misstrauen und die Angst vor Deutschland, die zweifellos vorhandene Tendenz der russischen Politik der Verhinderung eines Krieges à tout prix zu denken. *Ich finde jedenfalls keine andere Erklärung für diese Nervosität*, als dass die leitenden Leute hier auf Grund ihrer Kenntnis des Landes und der Stimmung der Bevölkerung doch einen *erheblich höheren Grad von Schwäche in Rechnung stellen, als der Beobachter es annimmt*¹². Für die nächsten Jahre muss also die Sowjetunion jede kriegerrische Verwicklung unter allen Umständen vermeiden.

Die *Terrorwelle*, die zur Zeit über das Land geht, führen wir hier *einmal auf die Furcht vor kriegerrischen Verwicklungen zurück*, die es der Sowjetregierung geboten erscheinen lässt, alle irgendwie nicht ganz zuverlässigen Elemente, die im Falle eines Krieges als Kristallisationspunkt für innere Unruhen dienen könnten, aus den großen Städten und aus den Grenzgebieten zu entfernen. *Das

⁷ Die beiden Textstellen sind unterstrichen. Am Rand mit Bleistift: War das möglich?

⁸ Die Textstellen sind unterstrichen.

⁹ Gemeint ist die 2. Westabteilung im Narkomindel.

¹⁰ Japan besetzte 1933, entgegen des im Mai 1932 vereinbarten Waffenstillstands zwischen China und Japan, die chinesischen Provinzen Rehe und Chahar. Im Jahre 1935 musste China einer Pufferzone zwischen Mandschukuo und Peking zustimmen, in der die Japaner den Autonomen Militärrat von Ost-Hopei (Hebei) einsetzten.

¹¹ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹² Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen: Am Rand mit Bleistift: sehr richtig.

sind alle „früheren Leute“, * alle Menschen deutscher und polnischer Abstammung, Menschen, die mit dem Auslande irgendwie in Verbindung stehen und endlich oppositionelle Kreise. Alles in allem sind in den letzten Monaten *wohl weit über 100.000 Menschen aus den verschiedenen Zentren der Sowjetunion* entfernt worden, teilweise *verschickt*¹³, teilweise gezwungen, ihren Wohnsitz zu verlegen. Dass diese Maßnahmen dazu geführt haben, dass alle Russen von einer panischen Furcht ergriffen sind, besonders mit Deutschen oder Polen in Berührung zu kommen, ist nur zu verständlich.

In den nächsten Tagen wird Graf Schulenburg *nach Berlin* fahren, um dort die Frage zu klären, wie wir uns weiter *zur Sowjetunion einstellen* wollen. Dass eine Besserung der Beziehungen, selbst wenn wir sie wollen, was ich noch nicht ohne weiteres bejahen möchte, nur sehr langsam und allmählich vor sich gehen kann, scheint mir sicher zu sein. Andererseits scheint mir ebenso sicher zu sein, dass *sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete Russland für uns in Gegenwart und Zukunft ein ausschlaggebender Faktor sein wird*¹⁴. Bei diesen Notwendigkeiten muss meines Erachtens die Frage der Verschiedenheit der Weltanschauungen in die zweite Linie rücken. Aber es wird lange dauern, ehe man für diese Auffassung bei uns Verständnis finden wird.

Über mein *weiteres Schicksal* ist vorläufig noch *nichts bekannt*. So warte ich geduldig ab, ob sich nicht einmal ein anderes Plätzchen für mich finden wird, wo ich meine gequälten Nerven mal wieder etwas ausruhen kann. Inzwischen mache ich den Versuch, *möglichst viel von der Sowjetunion zu sehen*. Ich war im April sowohl in *Charkow, Dnjeproges, wie in Kiew*. Anfang Juni, nach Rückkehr des Grafen Schulenburg, will ich endlich die seit langem geplante Reise nach dem *Kaukasus* unternehmen. Hoffentlich kommt nicht wieder etwas dazwischen. Meine Frau leistet mir in Moskau Gesellschaft, die Kinder sind in Deutschland bzw. in Paris. Der älteste *Sohn Heinz* hat seine Aufnahmeprüfung bei der *Reichswehr* (Reiterregiment Potsdam) *bestanden* und arbeitet nun mit Hochdruck, um sein Abitur Anfang 1936 zu machen und endlich den ersehnten Offiziersberuf zu ergreifen. *Klaus hat sich entschlossen, den Beruf seines Vaters* zu ergreifen und wird infolgedessen zunächst studieren. *Gerda wird wohl in absehbarer Zeit heiraten.*¹⁵

Ihre alten *Freunde im diplomatischen Corps sprechen noch häufig* von Ihnen und Ihrer verehrten Gattin und tragen mir jedesmal herzliche Grüße auf, insbesondere *Attolico, Engells und Pachters*¹⁶.

Für die gütige Übersendung Ihrer hoch interessanten *Rundbriefe*¹⁷ sage ich auch meinen aufrichtigen Dank. Sie geben wirklich ein sehr lebendiges Bild von Ihrem interessanten, aber sicher auch unglaublich anstrengenden Leben in Japan.

Mit aufrichtigsten und herzlichsten Grüßen bin ich wie stets Ihr sehr gehorsamer

Fritz v. Twardowski

¹³ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹⁴ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen. An der letzten Markierung an der Seite ein Fragezeichen.

¹⁵ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹⁶ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

¹⁷ Das Wort ist unterstrichen.

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Auf erstem Blatt oben mit Bleistift: Jenukidse.

PA AA, NL Dirksen, Bd. 2, Bl. M 014939-014944.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 86, S. 306–308.

Nr. 156

**Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr
von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Berlin, den 17. Mai 1935

Der Russische Botschafter hat mich heute aufgesucht und im Namen seiner Regierung mitgeteilt, dass diese auf Grund der Besprechungen mit Herrn Laval demnächst die Initiative zum Abschluss eines Ostpakts auf der Grundlage der von uns den englischen Ministern übergebenen Notiz ergreifen werde.¹ Herr Suritz nannte als Grundlagen für diesen Regional-Pakt die Vereinbarung des Nichtangriffs, der Konsultation und der Nichtunterstützung des Angreifers, erklärte aber auf meine Frage, dass er keine genaue Kenntnis über den bisherigen Vorschlag habe.

Auf eine diesbezügliche Frage erwiderte ich Herrn Suritz, dass wir zwar im Prinzip zu unseren den Engländern mitgeteilten Grundsätzen stehen, dass ich mir aber eine Stellungnahme zu dem angekündigten Vorschlag und ebenso zu der Frage der Teilnehmer an diesem Ostpakt vorbehalten müsse. Ich wies insbesondere darauf hin, dass der Abschluss irgendeines Paktes mit Litauen zur Zeit für uns nicht in Frage komme.

[Freiherr von Neurath]

Mit Paraphe von Neurath abgezeichnet. Stempel des AA: RM 416, eing. 17. Mai 1935. Handschriftlich: StS, Dir. IV, vert[eilt] 17/5.

PA AA, R 28308, Bl. D 562697.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 95, S. 168.

¹ Vgl. dazu auch Dok. 59, Anm. 2.

Nr. 157

**Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an
den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

GEHEIM

17. Mai 1935

UdSSR NKID
2. Westabteilung

Nr. 14510¹

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. JA. Z. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

in Beantwortung Ihrer Mitteilung über die Kampagne, bei der es sich um die angeblich im Zusammenhang mit den Torgsin-Überweisungen stehenden Verurteilungen von Deutschen sowjetischer Staatsbürgerschaft handelt, erachte ich es als notwendig, Sie vertraulich über das Wesentliche der Angelegenheit zu informieren. In einigen Gebieten der UdSSR sind tatsächlich einige Deutsche sowjetischer Staatsbürgerschaft zur Höchststrafe verurteilt worden, ich denke jedoch nicht, dass sie [die Urteile] vollstreckt worden sind. Was Derksen betrifft, so haben wir einen Vollzug des Urteils verzögern können.² Das bezieht sich auch auf die in Westsibirien verhängten Urteile. Im Augenblick überprüfe ich, wie es sich bei den anderen verhält. Es geht im Prinzip natürlich nicht um Repressalien im Zusammenhang mit den über Torgsin getätigten Überweisungen. Wir besitzen aus verschiedenen Quellen Material, das völlig eindeutig die außerordentlich breite Tätigkeit der Deutschen auf unserem Territorium belegt. Mit dieser Tätigkeit beschäftigen sich Mitarbeiter der deutschen Konsulate, wobei besonders aktiv die in Kiev, Novosibirsk und Tiflis sind. Die Überweisungen aus Deutschland über Torgsin werden für eine breite antisowjetische Agitation sowie für den organisatorischen Aufbau von nationalsozialistischen Zellen genutzt. Das Agentennetz der deutschen Konsulate betreibt in den von Deutschen sowjetischer Staatsbürgerschaft bewohnten Dörfern eine Agitation, die in Folgendem besteht: Ihnen [den Sowjetdeutschen] wird vorgeschlagen, Briefe mit Klagen über die Hungersnot nach Deutschland und an das Konsulat zu schreiben und um Hilfe zu bitten. Dabei wird gesagt, dass solch ein Brief als Legitimation nach dem Sturz der Sowjetmacht dienen wird. In einigen Gebieten erklärten nationalsozialistische Agenten den Deutschen, es werde bald Krieg geben, der mit dem Sturz der Sowjetmacht endet. Damit erschöpft sich nicht die spezifische Tätigkeit der deutschen Konsulate. Zur Illustration kann ich ein anderes Beispiel dieser Aktivität anführen: In Tiflis wurden unsere Staatsbürger verhaftet, weil sie nationalsozialistische Literatur verbreitet haben. Wie sich her-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Am 5.1.1935 wurde die Todesstrafe für Derksen vom Präsidium des VCIK in eine 10jährige Haftstrafe in einem Zwangsarbeitslager umgewandelt.

ausstellte, „kauften“ sie sie im deutschen Konsulat in Tiflis als Altpapier. Als das Konsulat von den Verhaftungen erfuhr, wandte es sich auf eigene Initiative an unseren Beauftragten³ mit einer Note, in der es heißt, dass das Konsulat nicht gewusst habe, dass der Verkauf von Altpapier den sowjetischen Gesetzen widerspreche, und darum bitte, ihm mitzuteilen, wohin solcherart von gedrucktem Material zum Zwecke der Vernichtung geschickt werden müsse.

All dies veranlasst unsere Organe, die Frage bezüglich der Tätigkeit einiger Mitarbeiter der deutschen Konsulate aufzuwerfen. Zurzeit sammeln wir Material, und es ist nicht ausgeschlossen, dass wir unter gewissen Umständen ein ernstes Gespräch mit der Botschaft zu diesem Thema haben werden.⁴ Davon ausgehend erscheint es uns als nicht zweckmäßig, in unserer Presse irgendwelche Meldungen im Zusammenhang mit der in Deutschland entfachten Kampagne zu bringen, weil dies mit der Notwendigkeit verbunden wäre, die Gründe für die Repressalien zu erklären.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Štern

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten.*

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 106–106R. Kopie.

Nr. 158

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 1

18. Mai 1935

Nr. 232/s¹

An den

Stellv[ertretenden] Volkskommissar

N.N. Krestinskij

Kopie an: 2. Westabteilung des NKID

Werter Nikolaj Nikolaevič!

Am 17. Mai habe ich in Ausführung des Telegramms von Maksim Maksimovič² Neurath aufgesucht und ihm mitgeteilt, dass im Ergebnis der Reise Laval nach

³ Matvej Ivanovič Skobelev.

⁴ Vgl. Dok. 164.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Litvinov. Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 225, S. 338.

Moskau³ keine zusätzlichen Beschlüsse gefasst worden seien, abgesehen von dem gemeinsamen Beschluss, bei der Vollendung eines Sicherheitssystems im Osten Europas durch die Unterzeichnung des Ostpaktes über Nichtangriff, Konsultation und Nichtunterstützung des Angreifers mitzuwirken.⁴ Ich hoffe, ihm in Kürze den Entwurf eines solchen Paktes vorzulegen.

Neurath hörte meiner knappen Mitteilung mit höchster Aufmerksamkeit zu und fragte nach, ob es sich tatsächlich um einen Pakt handele, der nicht das Prinzip des gegenseitigen Beistandes enthalte. Auf meine bejahende Antwort sagte Neurath, dass ihre Haltung in dieser Frage bereits als positiv bekannt sei. Er unterstrich jedoch, wie dies ebenso seinerzeit Bülow getan hatte, dass die Frage Litauens sie stark in Verlegenheit bringe⁵, dessen Teilnahme am Pakt Neurath bis zur Regelung der Memelfrage⁶ für unmöglich erachte. Auf meine Entgegnung, dass die Memelfrage kein zwischenstaatliches Problem sei und daher kein Hindernis auf dem Wege zum Abschluss eines Paktes sein dürfte, antwortete Neurath, dass ich formal recht hätte, aber die praktische Bedeutung Memels und der Memelfrage für Deutschland und für die öffentliche Meinung Deutschland dazu zwingt, eine vorherige Regelung dieser Frage zu erreichen. Er fragte mich, ob mir etwas von der Antwort Litauens auf die Intervention der Signatäre bekannt wäre.⁷ Ich sagte, dass ich lediglich die Zeitungsmeldungen zu dieser Frage kenne.

Zum Donau-Pakt übergehend sagte Neurath, dass sie nach wie vor außerordentliche Schwierigkeit hätten, den Begriff der Nichteinmischung zu definieren. Zur Illustration wies er darauf hin, dass es in Deutschland beispielsweise ungefähr 40.000 Österreicher gäbe, die mit ihren Bekannten und Verwandten in Österreich im Briefwechsel stünden. Es wäre lächerlich, ihre Briefe, die natürlich im nationalsozialistischen Geiste geschrieben seien, als eine deutsche Einmischung in die innerösterreichischen Angelegenheiten zu betrachten. Ebenso könne auch nicht die Tatsache als eine Einmischung Deutschlands in die innerösterreichischen Angelegenheiten angesehen werden, dass in Österreich eine starke nationalsozialistische Bewegung existiere. Zum Abschluss teilte mir Neurath mit, er verfüge Informationen darüber, dass Jevtić nicht nach Rom fahren werde. Außerdem riete er, Neurath, als ein Mensch, der Rom gut kenne, überhaupt nicht dazu, im Sommer in Rom eine Konferenz einzuberufen⁸, weil dort alles an Hitze sterben werde.

Als mich Neurath [hinaus] geleitete, unterstrich er noch einmal, er hoffe, mich bald mit einem Paktentwurf zu sehen.

Im Großen und Ganzen habe ich von dem Treffen mit Neurath den Eindruck gewonnen, dass er sich ausgesprochen positiv zum Pakt verhält.⁹ Es ist möglich, dass mein Besuch ihm zusätzliche Argumente an die Hand gibt, seine Haltung zu verteidigen und zu erhärten. Die positive Haltung Deutschlands zum Pakt ist zugleich ein Symptom dafür, dass die Rede Hitlers¹⁰ von relativ versöhnlichen Tönen bestimmt sein wird. Das wird auch durch das Verhalten der Presse erhärtet, die

³ Vgl. Dok. 138, Anm. 9.

⁴ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 224, S. 337.

⁵ Vgl. Dok. 125.

⁶ Vgl. Dok. 95, Anm. 3.

⁷ Vgl. Dok. 137, Anm. 12.

⁸ Vgl. Dok. 147, Anm. 12.

⁹ Vgl. Dok. 156.

¹⁰ Vgl. Dok. 159.

sich in den letzten zwei Tagen uns gegenüber absolut anständig verhält, und am überraschendsten ist, dass der Abschluss des sowjetisch-tschechoslowakischen Paktes¹¹ fast mit einem vollständigen Schweigen bedacht wird, vor dem sich Deutschland nach Eingeständnis der Presse und einiger deutscher Politiker am meisten gefürchtet hat.¹²

Selbstverständlich kann man aber nicht absolut sicher sein, dass Hitler uns am 21. nicht eine weitere neue Überraschung bereitet.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Suric

Vermerk von N.N. Krestinskij mit Bleistift: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2542 vom 21.5.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 3 Expl. Das 1. [Exemplar] an Krestinskij, das 2. an die 2. Westabteilung, das 3. zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 70–71. Original.

Nr. 159

Auszug aus der Rede des Reichskanzlers Hitler vor dem Reichstag

[21. Mai 1935]

[...]

Der deutsche Soldat ist zu gut, und wir haben unser Volk zu lieb, als dass wir es mit unserem Gefühl von Verantwortung vereinbaren könnten, uns in nicht absehbare Beistandsverpflichtungen festzulegen.

Wir glauben damit auch der Sache des Friedens besser zu dienen. Denn es kann das nötige Gefühl der Verantwortung jedes einzelnen Staates nur erhöhen, wenn er nicht von vornherein weiß, in seinem Konflikt große und mächtige militärische Verbündete zu besitzen. Endlich gibt es auch hier Dinge, die möglich sind, und Dinge, die unmöglich sind.

Ich möchte als Beispiel in aller Kürze auf den uns vorgeschlagenen Ostpakt eingehen.

Wir haben in ihm eine Beistandsverpflichtung vorgefunden, die nach unserer Überzeugung zu überhaupt nicht absehbaren Konsequenzen führen kann. Das Deutsche Reich und insbesondere die heutige deutsche Regierung haben keinen anderen Wunsch, als mit allen Nachbarstaaten friedlich und freundschaftlich zu verkehren. Wir haben diese Gefühle nicht nur gegenüber den uns umgebenden großen, sondern auch gegenüber den uns umgebenden kleinen Staaten. Ja, wir sehen

¹¹ Vgl. Dok. 138, Anm. 8.

¹² Eine Woche später, am 25.5.1935, erließ das AA einen Runderlass, in dem die Einschätzung des sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandvertrages und die Sprachregelung des AA dazu festgelegt wurde; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 105, S. 194–195.

gerade in deren Existenz, sofern sie eine wirklich unabhängige ist, einen wünschenswerten friedlichen neutralen Faktor an unseren im Übrigen militärisch so offenen und ungeschützten Grenzen. So sehr wir selbst den Frieden lieben, so wenig liegt es aber in unserer Hand, dass nicht, und gerade im Osten, zwischen irgendwelchen Staaten Konflikte auszubrechen vermögen. An sich ist die Feststellung des Schuldigen in einem solchen Falle unendlich schwer. Jene von göttlicher Einsicht begnadete Stelle, die hier die ewige Wahrheit zu finden und auszusprechen vermöchte, gibt es auf dieser Welt nicht.

Sowie erst einmal die Kriegsfurie über die Völker rast, beginnt der Zweck alle Mittel zu heiligen.

Und bei den Menschen pflegt sich die Erkenntnis über das Recht und die Schuld dann schnell zu verdüstern. Mehr als 20 Jahre sind seit Beginn des Weltkrieges vergangen, und jede Nation lebt in der heiligen Überzeugung, dass das Recht auf ihrer Seite und die Schuld bei den Gegnern lag. Ich fürchte, dass bei Beginn eines solchen Konfliktes durch die Weltanschauungsverpflichtungen weniger der Weg zur Erkenntnis des Angreifers, als vielmehr zur Unterstützung des den eigenen Interessen nützlichen Staates führen wird. Es würde vielleicht der Sache des Friedens dienlicher sein, wenn im Falle des Ausbruchs des Konflikts sich sofort die Welt von beiden Teilen zurückzöge, als ihre Waffen schon von vornherein vertraglich in den Streit hineintragen zu lassen. Allein von diesen grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, liegt hier noch ein besonderer Fall vor. Das heutige Deutschland ist ein nationalsozialistischer Staat.

Die Ideenwelt, die uns beherrscht, steht im diametralen Gegensatz zu der Sowjetrusslands.

Der Nationalsozialismus ist eine Lehre, die sich ausschließlich auf das deutsche Volk bezieht. Der Bolschewismus betont seine internationale Mission.

Wir Nationalsozialisten glauben, dass der Mensch auf die Dauer nur glücklich werden kann in seinem Volk. Wir leben in der Überzeugung, dass das Glück und die Leistungen Europas unzertrennlich verbunden sind mit dem Bestand eines Systems unabhängiger freier nationaler Staaten. Der Bolschewismus predigt die Aufrichtung eines Weltreiches und kennt nur Sektionen einer zentralen Internationale.

Wir Nationalsozialisten erkennen jedem Volk die Berechtigung seines eigenen Innenlebens nach seinen eigenen Erfordernissen und seiner eigenen Wesensart zu.

Der Bolschewismus stellt dagegen doktrinäre Theorien auf, die von allen Völkern, ohne Rücksicht auf ihr besonderes Wesen, ihre besondere Veranlagung, ihre Traditionen usw. akzeptiert werden sollen.

Der Nationalsozialismus tritt für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme, Fragen und Spannungen in der eigenen Nation mit Methoden ein, die mit unseren allgemein menschlichen, geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Auffassungen, Traditionen und Bedingungen vereinbar sind.

Der Bolschewismus predigt den internationalen Klassenkampf, die internationale Weltrevolution mit den Waffen des Terrors und der Gewalt.

Der Nationalsozialismus kämpft für die Überbrückung und konsequente Ausgleichung der Lebensgegensätze und für die Zusammenfassung aller zu gemeinsamen Leistungen.

Der Bolschewismus lehrt die Überwindung einer behaupteten Klassenherrschaft durch die Diktatur der Gewalt einer anderen Klasse.

Der Nationalsozialismus legt keinen Wert auf eine nur theoretische Herrschaft der Arbeiterklasse, dafür aber umso mehr auf die praktische Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und Lebenshaltung.

Der Bolschewismus kämpft für eine Theorie und opfert dafür Millionen an Menschen, unermessliche Werte traditioneller Kultur und Überlieferungen und erreicht, mit uns verglichen, einen nur sehr niederen Standard der Lebenshaltung aller.

Als Nationalsozialisten erfüllt uns die Bewunderung und Achtung vor den großen Leistungen der Vergangenheit nicht nur in unserem eigenen Volk, sondern auch noch weit darüber hinaus. Wir sind glücklich, einer europäischen Kulturgemeinschaft anzugehören, die der heutigen Welt in so großem Ausmaße den Stempel ihres Geistes aufgeprägt hat.

Der Bolschewismus lehnt diese Kulturleistung der Menschheit ab und behauptet, den Beginn der wirklichen Kultur- und Menschheitsgeschichte im Geburtsjahr des Marxismus gefunden zu haben.

Wir Nationalsozialisten mögen vielleicht in dieser oder jener organisatorischen Frage mit unseren kirchlichen Organisationen nicht der gleichen Ansicht sein. Allein wir wollen niemals Religions- und Glaubenslosigkeit und wünschen nicht, dass aus unseren Kirchen Klubhäuser und Kintopps werden.

Der Bolschewismus lehrt die Gottlosigkeit und handelt dementsprechend.

Wir Nationalsozialisten sehen im privaten Eigentum eine höhere Stufe der menschlichen Wirtschaftsentwicklung, die entsprechend den Unterschieden der Leistung die Verwaltung des Geleisteten regelt, die insgesamt aber für alle den Vorteil eines höheren Lebensstandards ermöglicht und garantiert.

Der Bolschewismus vernichtet nicht nur das Privateigentum, sondern auch die private Initiative und die Verantwortungsfreudigkeit. Er hat dadurch in Russland, dem größten Agrarstaat der Welt, Millionen Menschen nicht vor dem Verhungern retten können.

Eine solche Katastrophe auf Deutschland übertragen wäre unausdenkbar, denn endlich kommen in Russland auf 90 Landbewohner nur zehn Städter, in Deutschland aber auf nur 25 Bauern 75 Stadtbewohner.

Man könnte dies alles bis ins Endlose fortsetzen.

Sowohl wir Nationalsozialisten als auch die Bolschewisten sind überzeugt, dass zwischen uns eine niemals zu überbrückende Weltentfernung liegt. Aber darüber hinaus stehen zwischen uns mehr als 400 ermordete nationalsozialistische Parteigenossen, tausende weitere Nationalsozialisten, die in anderen Verbänden in Abwehr bolschewistischer Revolte gefallen sind, tausende an Soldaten und Polizeimannschaften, die im Kampfe zum Schutze des Reiches und der Länder gegen die ewigen kommunistischen Aufstände erschossen und massakriert worden sind und dann allein über 43.000 Verletzte der NSDAP. Tausende von ihnen sind teils erblindet, teils Krüppel für die ganze Zeit ihres Lebens.

Soweit es sich beim Bolschewismus um eine russische Angelegenheit handelt, sind wir an ihm gänzlich uninteressiert. Jedes Volk soll nach seiner Fassung selig werden. Soweit dieser Bolschewismus aber auch Deutschland in seinen Bann zieht, sind wir seine ingrimmigsten und seine fanatischsten Feinde.

Tatsache ist, dass der Bolschewismus sich selbst als weltrevolutionäre Idee und Bewegung fühlt und auch ausgibt. Ich habe hier nur eine Auslese der revolu-

tionären Vorgänge der letzten 15 Jahre, mit denen die bolschewistische Presse, die bolschewistische Literatur und prominente bolschewistische Staatsmänner und Redner ihre Verbundenheit ganz offen zugaben, ja sich ihrer rühmten.

[...]

Ich habe aus der letzten Rede des englischen Lordsiegelbewahrers¹, wenn ich nicht irre, die Auffassung herausgelesen, dass solche und insbesondere aggressive militaristische Tendenzen der Sowjetunion gänzlich fern liegen. Niemand würde glücklicher sein als wir, wenn sich diese Auffassung in der Zukunft bewahrheiten sollte. Die Vergangenheit spricht jedenfalls dagegen. Wenn ich mir anmaße, meine Auffassung diesem Urteil entgegenzuhalten, dann kann ich immerhin darauf hinweisen, dass der Erfolg meines eigenen Lebenskampfes nicht gerade ausschließlich einer bei mir zufällig ganz besonders stark angehäuften Unfähigkeit zu verdanken ist. Ich glaube, ich verstehe hier immerhin einiges. Ich habe in Deutschland meine Tätigkeit etwa in derselben Zeit begonnen, in der der Bolschewismus seine ersten Erfolge, d.h. den ersten Bürgerkrieg in Deutschland feierte. Als nach 15 Jahren der Bolschewismus in unserem Lande 6 Millionen Anhänger zählte, war ich auf 13 Millionen gestiegen.

Im Entscheidungskampf ist er unterlegen.

Der Nationalsozialismus hat Deutschland und damit vielleicht ganz Europa vor der schrecklichsten Katastrophe aller Zeiten zurückgerissen. Würden die westeuropäischen Beurteiler dieser Idee über dieselben praktischen Erfahrungen verfügen, wie ich sie habe, dann glaube ich, würde man vielleicht auch dort zu wesentlich anderen Auffassungen gelangen. Würde aber mein Kampf in Deutschland misslungen sein, und der bolschewistische Aufruhr das Reich zunächst überwältigt haben, dann weiß ich, würde das Verständnis für die Größe unserer geschichtlichen Leistung sicher nicht bestritten werden. So kann ich nur als vielleicht von der übrigen Welt verlachter Warner auftreten. Soweit es sich jedenfalls aber um Deutschland handelt, muss ich meinem Gewissen und meiner Verantwortung gemäß folgendes feststellen:

Die deutschen kommunistischen Aufstände und Revolutionen hätten ohne die geistige und materielle Vorbereitung durch den Weltbolschewismus gar nicht stattfinden können. Ihre hervorragendsten Führer wurden für ihre revolutionären Handlungen in Deutschland nicht nur in Russland geschult und finanziert, sondern auch gefeiert und mit Orden ausgezeichnet, ja sogar zu Inhabern russischer Truppenteile ernannt. Dies sind Tatsachen.

[...]

Veröffentlicht in: *Völkischer Beobachter* vom 22. Mai 1935, S. 3-4.

¹ Anthony Eden.

Nr. 160
Aufzeichnung der Unterredung des Mitarbeiters des Referats Osteuropa
in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch mit dem 1. Sekretär der
Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin

Berlin, den 21. Mai 1935

e.o. W IV Ru 1981 pr. 21. Mai 1935

Aufzeichnung

Der russische Botschaftssekretär Gnedin brachte heute bei mir u. a. Folgendes zur Sprache:

Die Sowjetbotschaft habe erfahren, dass die sowjetrussische Enzyklopädie und die sonst aufliegenden sowjetrussischen Zeitschriften in der Preußischen Staatsbibliothek entfernt worden seien. Der Leiter des Büros „Kultur und Technik“ Trettler habe regelmäßig der Preußischen Staatsbibliothek russische wissenschaftliche Zeitschriften geschenkweise übersandt. Er habe kürzlich in eine der von ihm geschenkten Zeitschriften Einblick nehmen wollen. Dies sei ihm verwehrt worden mit dem Hinzufügen, er möge einen Antrag beim Direktor der Preußischen Staatsbibliothek¹ stellen. Herr Gnedin bemerkte, diese Angelegenheit habe in der Sowjetbotschaft einen merkwürdigen Eindruck hinterlassen.²

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Unten Kw 1 Ru und darüber maschinenschriftlich: Herrn Direktor Meyer, Herrn Gesandten Hey, Herrn Gesandtschaftsrat Bräutigam, Abt. VI zur gefälligen Kenntnisnahme mit deren Paraphen 2) z.d.A. Darunter handschriftlich Tippelskirch: (es ist nichts zu veranlassen).

PA AA, R 83870, o. P., 1 Bl.

¹ Hugo Andres Krüß.

² Vgl. Dok. 165.

Nr. 161

**Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Stellv.
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

23. Mai 1935

1028/716¹

AN DAS
VOLKSKOMMISSARIAT FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
Gen. KRESTINSKIJ

Kopie an: den Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland
Gen. KANDELAKI

Betr. die Erklärung des Konsul Gen. Terleckij

Ich übersende Ihnen Auszüge aus dem Gespräch² unseres neu ernannten Konsuls in Hamburg, Gen. Terleckij, das im „Hamburger Tageblatt“ vom 26. April d. J.³ veröffentlicht ist.

Die unterstrichenen Stellen zeigen, dass Gen. Terleckij viel Überflüssiges gesagt hat; sein Gespräch enthält viele fehlerhafte und schädliche Erklärungen. Dies bezieht sich vor allem auf folgende zwei Momente:

1. Auf die Erklärung, dass die Auflösung einiger Außenhandelseinrichtungen im Ausland mit der Verringerung des Warenumsatzes verknüpft sei: „Der gegenwärtige Umfang des russischen Handelsumsatzes in Deutschland macht diese Einrichtungen hier für die nächste Zeit überflüssig“ (Terleckij).

Wie Sie wissen, haben wir betont, dass die durchgeführte Verringerung des ****Apparates im Ausland****⁴ nicht mit einer Verringerung der Handelstätigkeit verknüpft ist, sondern lediglich Ausdruck der Veränderung der Arbeitsmethoden ist, die nicht den Interessen der mit uns Handel treibenden Firmen und Länder zuwiderläuft.

2. Auf die Gleichsetzung unserer politischen Beziehungen mit den wirtschaftlichen: „Wenn in diesem Fall keine positiven Vermutungen angestellt werden können, so ist dies letzten Endes u.a. dem Unterschied der politischen Struktur dieser beiden Länder geschuldet, was selbstverständlich nicht ohne Folgen für die wirtschaftlichen Interessen in ihren unterschiedlichen Erscheinungen bleiben kann“ (Terleckij).

Wie Sie wissen, sind wir insbesondere ****gegenüber****⁵ Deutschland bestrebt, die bestehende Trennung zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Beziehungen hervorzuheben.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 53, l. 6–6R.

³ Vgl. „Russlands neuer Generalkonsul. Ein Gespräch mit unserem dkm-Mitarbeiter“. In: Hamburger Tageblatt vom 26. April 1935, S. 15.

⁴ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

Ich bitte Sie, den Konsuln künftig zu untersagen, Erklärungen zu handelspolitischen Themen ohne vorherige Abstimmung mit den jeweiligen Handelsvertretern abzugeben **und Terleckij einen Verweis auszusprechen⁶.**⁷

Volkskommissar für Außenhandel

A. Rozengol'c

Vermerk von N.N. Krestinskij mit Bleistift: In die Post N. Kr.

Vermerk mit rotem Farbstift: Hamburg.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2583 vom 23.5.1935.

Auf dem ersten Blatt befindet sich der Vermerk des Sekretärs vom 3.6.1935 über die Zusendung der Kopie an Gen. Suric auf Weisung von N. N. [Krestinskij].

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 3 E[xemplare], 22.V.35.

Auf Kopfbogen des Volkskommissariats für Außenhandel der UdSSR geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 53, l. 5–5R. Original.

Nr. 162

Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Konsul in Kiev Hencke

Moskau, den 24. Mai 1935

Lieber Andor!

Ich hätte Dir gern Deinem Wunsch entsprechend irgendeine politische Information über die gegenwärtige Situation gegeben. Leider habe ich aber außer der Führerrede von Berlin¹ kein Sterbenswörtchen gehört und kann Dir absolut nichts sagen.

Die Schärfe, mit der der Führer gegen die Sowjetunion gesprochen hat, ist uns allen sehr überraschend gekommen, auch den Russen. Du weißt, dass der Botschafter² gerade in diesem Zeitpunkt nach Deutschland fuhr, um zu versuchen, ob er nicht für eine etwas freundlichere Politik werben könnte. (Vor einem Jahr gerade ist auch ein deutscher Botschafter nach Berlin zu demselben Zweck gefahren und

⁶ Am 3.6. wandte sich Krestinskij in einem Schreiben an Suric mit der Bitte zu klären, ob es das Gespräch Terleckijs mit dem Korrespondenten des Hamburger Tageblatt gegeben habe, dessen Text dem Schreiben von Rozengol'c beigelegt war. Krestinskij erkundigte sich zugleich, ob, falls solch ein Gespräch nicht stattgefunden habe oder dessen Inhalt verfälscht worden sei, Schritte zur Zurückweisung der Veröffentlichung unternommen worden seien. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 53, l. 4. Wie aus der Stellungnahme Terleckijs hervorging, hat er weder bei der Ankunft an dem neuen Tätigkeitsort ein Interview gegeben noch von der Veröffentlichung im Hamburger Tageblatt gewusst, womit sich erklärt, dass von ihm auch keinerlei Dementi erfolgt ist (ebenda, l. 8).

⁷ Der Text ist mit Tinte zu Ende geschrieben.

¹ Vgl. Dok. 159.

² Friedrich Werner Graf von der Schulenburg.

nicht wiedergekehrt.³⁾ Jedenfalls hat die Rede des Führers das Gute an sich, dass unsere Position gegenüber der Sowjetunion nunmehr klargelegt ist, dass der bisher in Gesprächen immer noch vertretene Wunsch, von unserer Seite gute, ja freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, nicht mehr besteht. Auch solche Klarheit hat ihr Gutes, und von einer klaren Basis aus kann man auch wieder einen *modus vivendi* finden.

Das Echo der Rede ist in England unerwartet günstig, Frankreichs Presse äußert sich zurückhaltend, aber nicht direkt unfreundlich, aus Italien und Amerika liegen noch keine Kommentare vor. Dass die Russen schimpfen, ist nicht weiter zu verwundern, sie schimpfen aber so schlecht, dass man deutlich merkt, sie wissen nicht recht, was sie sagen sollen. Eins scheint mir sicher zu sein, die Rede hat die außerordentlich stark geladene politische Atmosphäre in Europa merklich entspannt. Ob sie darüber hinaus zu für uns praktischen Resultaten führt, insbesondere zu einer Annäherung an Frankreich, muss man abwarten. Ich halte es durchaus nicht für ausgeschlossen, dass Laval, nachdem er durch das Bündnis mit Russland⁴⁾ das französische Sicherheitsbedürfnis einigermaßen gestillt hat, nunmehr auf seine alte Politik der Annäherung an Deutschland, zu mindesten einer gewissen Arrangierung, zurückkommen wird.

In der Sowjetunion wird, selbst wenn es zu einem *modus vivendi* kommen sollte, eine lange Periode misstrauischen Übelwollens zunächst folgen, was sich auf unsere tägliche Kleinarbeit höchst unangenehm auswirken wird. Was auch immer kommen mag, wir werden uns in der nächsten Zeit sicher häufiger zu ärgern haben. So will ich hoffen, dass für uns beide diese Periode des Ärgerns wenigstens nicht mehr allzu lange dauert.

Am 3. Juni werde ich voraussichtlich nach dem Kaukasus abbrausen. Ich habe die Absicht, zunächst nach Tiflis zu fahren und dann Deine Reise ungefähr umgekehrt durchzuführen. Hoffentlich wird es nicht zu heiß sein. Etwa am 24. oder 25. Juni denke ich wieder in Moskau zu sein. Bis dahin wird sich wohl nichts geändert haben.

Mit vielen herzlichen Grüßen von Haus zu Haus bin ich stets Dein getreuer

Fritz Twardowski

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 27438, o. P., 2 Bl.

³⁾ Twardowski spielt auf den Konflikt Nadolnys mit Hitler und seinen anschließenden Rücktritt im Mai 1934 an. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 445, 451.

⁴⁾ Vgl. Dok. 127, Anm. 3.

Nr. 163
Memorandum der deutschen Regierung

Berlin, den 25. Mai 1935

Memorandum¹

Die deutsche Regierung hat von dem am 2. Mai d. J. unterzeichneten Vertrag zwischen Frankreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken² Kenntnis erhalten. Wie sich aus Ziffer 4 des Zeichnungsprotokolls zu diesem Verträge ergibt, sollten sich die in ihm vereinbarten Verpflichtungen der beiden Vertragspartner, insbesondere die Verpflichtung zur gegenseitigen Beistandsleistung, ausschließlich auf den Fall beziehen, dass einer von ihnen in einen kriegesischen Konflikt mit Deutschland gerät. Dadurch wird die deutsche Regierung gezwungen, sich mit der Frage zu befassen, ob der neue Vertrag mit den Verpflichtungen im Einklang steht, die der eine oder andere der beiden Vertragspartner in früheren Verträgen gegenüber Deutschland übernommen hat. In erster Linie kommt hierbei der in Locarno am 16. Oktober 1925 vereinbarte Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, der sogenannte Rheinpakt von Locarno, in Betracht.

Der Rheinpakt von Locarno verpflichtet Deutschland und Frankreich, in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten. Die Ausnahmen von dieser Verpflichtung sind in Artikel 2 Abs. 2 des Paktes erschöpfend aufgeführt. Abgesehen von dem Fall der Selbstverteidigung, der hier außer Betracht bleiben kann, gehen diese Ausnahmen dahin, dass der von Deutschland und Frankreich vereinbarte Verzicht auf Angriff, Einfall und Krieg keine Anwendung finden soll, wenn es sich handelt

- a) um eine Aktion auf Grund des Artikel 16 der Völkerbundssatzung³;
- b) um eine Aktion, die auf Grund einer Entscheidung der Versammlung oder des Rates des Völkerbundes oder auf Grund des Artikel 15 Abs. 7 der Völkerbundssatzung⁴ erfolgt, vorausgesetzt, dass sich die Aktion in diesem letzten Falle gegen einen Staat richtet, der zuerst zum Angriff geschritten ist.

Auf den ersten Blick scheint sich der neue französisch-sowjetische Vertrag in den Bestimmungen, die die gegenseitige Verpflichtung der beiden Partner zum Beistand gegen Deutschland betreffen, den vorstehend unter a) und b) aufgeführten Ausnahmen anzupassen. Er sieht die Beistandspflicht in seinem Artikel 2 für den Fall des Artikel 15 Abs. 7 der Völkerbundssatzung und in seinem Artikel 3 für den Fall des Artikel 16 der Völkerbundssatzung vor. Diesen beiden Fällen werden noch die im Rheinpakt von Locarno nicht erwähnten Fälle des Artikel 17 Abs. 1 und 3

¹ Das Memorandum wurde am 25.5.1935 mit einem Erläuterungsschreiben an die Botschaft London adressiert sowie gleichzeitig an die Botschaften Paris und Rom sowie die Gesandtschaft Brüssel übermittelt und am 27.5.1935 nach telegrafischer Anweisung zur Weitergabe freigegeben. An diesem Tag übermittelte von Bülow auch der Botschaft Warschau das Memorandum zur vertraulichen Weitergabe an die polnische Regierung. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 107, Anm. 1, 2 und 5. Eine Ausarbeitung dazu lag schon Anfang Mai vor, wurde jedoch noch zurückgehalten. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 72, S. 130.

² Vgl. Dok. 127, Anm. 3.

³ Vgl. Reichsgesetzblatt 1919, Friedensvertrag, S. 733–735.

⁴ Vgl. Reichsgesetzblatt 1919, Friedensvertrag, S. 731.

der Völkerbundssatzung⁵ hinzugefügt, der seinerseits unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung des Artikel 16 gegen einen nicht dem Völkerbund angehörenden Staat vorschreibt.

Diese auf die Artikel 16 und 17 der Völkerbundssatzung bezugnehmenden Bestimmungen des neuen Vertrages sind es, die jetzt die besondere Aufmerksamkeit der am Rheinpakt von Locarno beteiligten Mächte erfordern. Es stellt sich für alle diese Mächte die ernste Frage, ob die vertraglichen Verpflichtungen, die Frankreich jetzt der UdSSR gegenüber eingegangen sind, die durch den Rheinpakt von Locarno festgelegten Grenzen innehalten. Von entscheidender Bedeutung für die Beantwortung dieser Frage sind nach Ansicht der deutschen Regierung die ergänzenden Abmachungen, die die beiden Vertragspartner in Ziffer 1 des Zeichnungsprotokolls getroffen haben. In dieser Ziffer 1 heißt es:

Il est entendu que l'effet de l'article 3 est d'obliger chaque Partie Contractante à prêter immédiatement assistance à l'autre en se conformant immédiatement aux recommandations du Conseil de la Société des Nations, aussitôt qu'elles auront été énoncées en vertu de l'article 16 du Pacte. Il est également entendu que les deux Parties Contractantes agiront de concert pour obtenir que le Conseil énonce ses recommandations avec toute la rapidité qu'exigeront les circonstances et que, si néanmoins le Conseil, pour une raison quelconque, n'énonce aucune recommandation ou s'il n'arrive pas à un vote unanime, l'obligation d'assistance n'en recevra pas moins application.

Die Fassung dieser Bestimmung zeigt, dass sich die beiden Vertragspartner zwar vor einer Aktion, die sie auf den Artikel 16 der Völkerbundssatzung stützen wollen, zunächst an den Völkerbundsrat wenden werden, dass sie aber entschlossen sind, die vereinbarte Beistandspflicht auch dann zu erfüllen, wenn es aus irgendeinem Grunde nicht zu einer Empfehlung des Rates in diesem Sinne oder überhaupt zu keinem einstimmigen Ratsbeschluss kommt. Das kann nicht anders verstanden werden, als dass Frankreich die Freiheit für sich in Anspruch nimmt, im Falle eines Konflikts zwischen Deutschland und der UdSSR auch dann auf Grund des Artikels 16 der Völkerbundssatzung militärisch gegen Deutschland vorzugehen, wenn es sich dabei weder auf eine Empfehlung noch auf eine anderweitige Entscheidung des Völkerbundsrates berufen kann. Offenbar soll dies nach dem Ausscheiden Deutschlands aus dem Völkerbund⁶ sogar für den Fall gelten, dass es nicht einmal zu der nach Artikel 17 Abs. 1 der Satzung vom Völkerbundsrat zu beschließenden Einladung an Deutschland gekommen ist. Nach Ansicht der deutschen Regierung würde eine unter solchen Umständen eingeleitete militärische Aktion außerhalb des Artikels 16 der Völkerbundssatzung stehen und infolgedessen eine flagrante Verletzung des Rheinpaktes von Locarno darstellen.

Die große Tragweite dieses Punktes der französisch-sowjetischen Vereinbarungen liegt auf der Hand. Der Vertrag bestimmt allerdings, dass die Verpflichtung zum Beistand nur im Falle eines nicht provozierten Angriffs Deutschlands gelten soll. Dieser Fall wird niemals eintreten, da Deutschland nicht daran denkt, aggressiv gegen die UdSSR vorzugehen. Damit ist die Frage aber nicht erledigt. Denn ausschlaggebend ist die Tatsache, dass Frankreich nach der in Rede stehenden Be-

⁵ Vgl. Reichsgesetzblatt 1919, Friedensvertrag, S. 735–737.

⁶ Am 14.11.1933.

stimmung des Zeichnungsprotokolls die Befugnis für sich beansprucht, im Fall eines deutsch-sowjetischen Konflikts einseitig nach freiem Ermessen zu entscheiden, wer Angreifer ist, und auf Grund dieser Entscheidung militärisch gegen Deutschland vorzugehen.

Die vorstehend dargelegten Bedenken werden auch nicht durch die allgemeine Klausel der Ziffer 2 des französisch-sowjetischen Zeichnungsprotokolls behoben, die feststellt, dass der Vertrag keinem der früher von Frankreich oder der UdSSR mit dritten Staaten abgeschlossenen Verträgen widerspreche und dass er nicht zur Anwendung gelangen solle, wenn sich einer der beiden Partner dadurch auf Grund der von ihm früher übernommenen Vertragspflichten internationalen Sanktionen aussetzen würde. Diese allgemeine Klausel ändert nichts daran, dass ihr die Bestimmung der Ziffer 1 des Protokolls gegenübersteht, die, wie vorstehend dargelegt, für einen konkreten Fall, nämlich für die Anwendung des Rheinpaktes von Locarno, das Gegenteil besagt.

Der Rheinpakt von Locarno ist für die Beziehungen zwischen den westeuropäischen Mächten von so fundamentaler Bedeutung, dass es vermieden werden muss, über die Auslegung seiner Bestimmungen auch nur den geringsten Zweifel oder die mindeste Unsicherheit aufkommen zu lassen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung es für unerlässlich gehalten, die vorstehenden Erwägungen den übrigen Signatarmächten mitzuteilen. Sie hofft mit allen Signatarmächten darüber einig zu sein, dass die Bestimmungen des Rheinpakts von Locarno von keinem seiner Partner durch einen Vertrag mit einem dritten Staate rechtswirksam geändert oder interpretiert werden können.

PA AA, R 53010, o.P., 5 Bl.

Veröffentlicht in: ADAP, Bd. IV/1, Dok. 107, Anlage, S. 202–204.

Nr. 164

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

GEHEIM

[25.5.1935]

Nr. 14535

26.V.35¹

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS DES GEN. ŠTERN MIT TWARDOWSKI, 25. Mai 1935

Twardowski kam mit einigen Fragen zu mir, die im Wesentlichen im Folgenden bestanden:

1. *T[wardowski] zeigte mir die Ausgabe der „Komsomol'skaja Pravda“ vom 18. Mai, die einen Bericht aus Leningrad enthielt, wonach der Befehlshaber des Leningrader Militärbezirkes Gen. Belov den Truppen des Militärbezirkes den Be-

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

fehl erteilte, dem 12. Schützenregiment das Wanderbanner des deutschen Komsomol zu überreichen.² Diese Meldung erstaunte T. sehr, weil die Überreichung des Banners nicht intern erfolgt sei, sondern auf Befehl des Befehlshabers des Militärbezirkes. T. bat mich, dass ich mich dazu äußere, weil er der Ansicht sei, ein derartiger Akt sei ein Beweis für offizielle Kontakte der Roten Armee zu in Deutschland verbotenen Organisationen. Ich antwortete T., dass ich diese Meldung nicht gesehen hätte, mich aber für sie interessieren würde.*³

2. T. habe in der „Večernjaja Moskva“ gelesen, dass momentan ein Film über den Leipziger Prozess in Vorbereitung sei.⁴ Er wolle mich vertraulich darauf aufmerksam machen. Ich antwortete T., dass wir wie auch früher derartige Hinweise von T. zur Kenntnis genommen hätten, zurzeit könne ich jedoch nichts unternehmen, da in Deutschland in letzter Zeit eine ganze Serie von antisowjetischen Filmen produziert und gezeigt werde, dazu gehöre zum Beispiel der absolut empörende Film „Die Flüchtlinge“, der mit dem Staatspreis ausgezeichnet worden sei.⁵ T. versuchte zu beweisen, dass wir als erste damit angefangen hätten, antideutsche Filme zu produzieren, ich wies dieses Ansinnen jedoch zurück.

3. T. bat mich ihm mitzuteilen, wann *die Frage bezüglich der Überweisung der 100.000 Rubel der sogenannten „Kulakengelder“⁶ geregelt sein werde (T. stützte sich dabei auf die Terminologie des Gen. Vejcer). Ich versprach, ihm demnächst eine Antwort zu geben.*⁷

4. T. teilte mir mit, in Deutschland wäre man darüber sehr beunruhigt, bis jetzt nicht die Überreste des bei Witebsk verunglückten Ballons erhalten zu haben.⁸ Die Botschaft habe zwar die Rechnung für die von den sowjetischen Organen aufgewendeten Ausgaben erhalten, nicht aber den Ballon. Ich versprach, diese Frage zu klären.

5. T. hätte gehört, dass demnächst in Moskau ein Konsulat von Mandschukuo eröffnet werde. Entspreche diese Information den Tatsachen? Ich versprach, diese Frage zu klären.

6. T. erinnerte daran, dass er gebeten habe, ihm eine Antwort zu geben, ob seine Frau ihrer ehemaligen Hausangestellten Schönknecht, die sich in einem Besserungs- und Arbeitslager befinde, ein Päckchen schicken könne.⁹

² „Znamja germanskogo komsomola – komsomol'skoj organizacii 12-go strelkovogo polka“ (Das Banner des deutschen Komsomol an die Komsomolorganisation des 12. Schützenregiments). In: Komsomol'skaja pravda vom 18. Mai 1935, S. 4.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit Tinte angestrichen. Dabei steht der Vermerk von Štern: ich muss mit Gen. Tuchačev[schij] sprechen.

⁴ Vgl. „Borcy“ (Kämpfer). In: Večernjaja Moskva vom 20. Mai 1935, S. 3. Es geht um den Prozess 1933 gegen Dimitrov und andere vor dem Leipziger Reichsgericht wegen des Reichstagsbrandes.

⁵ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 438, Anm. 3, S. 1177.

⁶ Gemeint ist die Verpflichtung der sowjetischen Seite, nach Deutschland 100.000 Rubel in deutscher Mark aus dem Erlös des Vermögens der Deutschen, die aus der UdSSR ausgewei- zerten, zu überweisen. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 459, 478.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit Tinte angestrichen. Dabei steht der Vermerk von Štern: ich habe mit Gen. Plotkin gesprochen.

⁸ Am 26.3.1935 vollzog der deutsche Fesselballon „Leipziger Messe“ im Raum Vitebsk eine Notlandung. Über dessen Flug waren die sowjetischen Behörden vorab nicht informiert worden, die Besatzung des Fesselballons nahm keinen Schaden und wurde auf Bitte der Deutschen Botschaft nach Moskau überstellt. Vgl. Izvestija vom 29. März 1935, S. 2; Krasnaja zvezda vom 29. März 1935, S. 4.

⁹ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 459, S. 1224.

7. T. erinnerte daran, wir beide hätten darüber gesprochen, *dass er versuchen werde, eine Regelung unserer Wünsche bezüglich der Haftfälle in Berlin in einem positiven Sinne herbeizuführen. Gen. Gnedin hätte Tippelskirch mitgeteilt, dass die Bevollmächtigte Vertretung zurzeit an der Regelung folgender Fälle interessiert sei: a) Knapp, b) Tensov, c) Chaim Švarc, d) Meter **Kotbus**¹⁰, e) Našatyr' und f) Regina Vitkovskaja (letztere wird den Worten von T. zufolge von den deutschen Behörden als deutsche Staatsbürgerin angesehen). T. bat darum, ihm zu bestätigen, dass uns gerade diese Fälle interessieren. Ich versprach T., dies in den nächsten Tagen zu tun, weil man jeden einzelnen Fall prüfen müsse, ob nicht ein Name übersehen wurde. Ich könne mich jedenfalls daran erinnern, dass in dieser Liste Grossman nicht aufgeführt ist¹¹; T. fügte von sich aus Neitzke hinzu¹².¹³

8. T. teilte mir mit, dass Graf Medem, der in Deutschland über großen Einfluss verfüge, die Ausreise seiner Schwestern, die sowjetische Staatsbürger sind¹⁴, erreichen wolle. Beide hätten bereits jetzt die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen bekommen, deshalb könnten sie ihren Austritt aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft einleiten. Er, T., meine, dass gegenwärtig die Situation dafür wenig günstig wäre, und er befürchte, dass ein Gesuch der genannten Bürgerinnen auf Austritt aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft ergebnislos sein werde. Ich gab T. zu verstehen, dass es **absolut**¹⁵ keine Veranlassung gebe, damit zu rechnen, dass den Schwestern Medem der Austritt aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft genehmigt werde. Darauf bemerkte T., dass er einen ähnlichen Fall habe, der die **Mitarbeiterin**¹⁶ des Deutschen Konsulats in Char'kov, Minut, betreffe, sie sei sowjetische Staatsbürgerin und wünsche die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, damit sie auch weiterhin in Char'kov arbeiten könne. Ich antwortete, dass davon nicht die Rede sein könne. T. stellte fest, dass man **auch**¹⁷ diesen Fall aufgeben müsse.

9. T. fragte mich, ob ein Mitarbeiter eines deutschen Konsulats deutsche Zeitungen an andere deutsche Staatsbürger *zum Lesen weitergeben könne oder ob dies durch sowjetische Gesetze verboten sei. Ich fragte T., worum es sich konkret handele. Er antwortete mir, dass der Mitarbeiter eines deutschen Konsulats, Gil'bert, seinem Vater, der auch deutscher Staatsbürger ist, einige deutsche Zeitungen gegeben habe. Der Vater sei verhaftet worden, wobei bei der Haussuchung diese Zeitungsnummern beschlagnahmt worden seien. Ich antwortete T., dass es sich bei dem vorliegenden Fall zweifellos **nicht**¹⁸ um eine Haftaufgrund der Beschlagnahme dieser oder anderer Zeitungen handele, sondern dafür vermutlich andere Gründe vorlägen. T. bat mich dennoch, ihm darüber eine Aufklärung zu geben, unter welchen Umständen Mitarbeiter der Botschaft oder der Konsulate

¹⁰ Der Name der Stadt ist mit Tinte über die Zeile korrigiert, ursprünglich: Kodvuz.

¹¹ Vgl. Dok. 44, 93.

¹² Vgl. Ebenda.

¹³ Der Text ist am linken Seitenrand mit Tinte angestrichen. Dabei steht der Vermerk von Stern: ich muss nach Berlin schreiben.

¹⁴ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 558, S. 1466.

¹⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁶ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁷ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁸ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

deutsche Zeitungen weitergeben dürften. Ich nutzte sodann die Gelegenheit, um T. Folgendes zu erklären. Ich teilte ihm mit, dass in Tiflis ein sowjetischer Staatsbürger verhaftet worden sei, bei dem in Deutschland herausgegebene antisowjetische Materialien gefunden wurden, wobei dieser angegeben habe, dass er diese Materialien vom deutschen Konsul¹⁹ erhalten hätte. Unmittelbar darauf habe sich der Generalkonsul an unseren Beauftragten²⁰ gewandt mit einem Schreiben, das auf mich einen äußerst befremdlichen Eindruck gemacht habe. In diesem Schreiben teile der Generalkonsul mit, dass ihm die Verhaftung eines sowjetischen Staatsbürgers zu Ohren gekommen sei, der vom Konsulat alte Literatur als Altpapier gekauft habe. Das Konsulat habe nicht gewusst, dass ein solcher Verkauf den sowjetischen Gesetzen ****widerspreche****²¹ und frage, an welche Institution man sich wende müsse, um das im Konsulat befindliche Altpapier zu entsorgen. T. war äußerst verlegen und erklärte mir, dass ein solches Schreiben „Idiotie“ wäre, er werde sich bald in Tiflis aufhalten und Dienstmann gehörig den Kopf waschen.²² Darauf antwortete ich, dass im Zusammenhang mit dieser Altpapier-„Handelsoption“ des Generalkonsulats in Tiflis der Umstand einen gewissen anrühigen Charakter erlange, dass das Deutsche Konsulat in Odessa eine große Menge an deutschen Zeitungen eines einzigen Titels abonniere. Unter anderen Umständen würde ich darüber nicht sprechen, der Tifliser Zwischenfall erwecke jedoch auf diesem Gebiet bei unseren Behörden einen recht bestimmten Eindruck. Danach bemerkte T., in Deutschland beobachte man eine große Beunruhigung wegen der in der UdSSR massenhaft verhängten Todesurteile. Ich antwortete darauf, dass ich mit ihm in dieser von ihm angesprochenen Frage nur in einer ****höchst****²³ privaten und vertraulichen Weise sprechen und dazu Folgendes sagen könne. Die deutsche Presse entfaltete im Zusammenhang mit den von ihm genannten Angelegenheiten eine zügellose Kampagne gegen uns. Die Personen, die in all diesen Materialien vorkommen, seien nicht erschossen worden, jedoch habe die begonnene Kampagne die Situation äußerst verschärft und gerade deswegen könnten diese Urteile zum Vollzug kommen. Die Leute, die diese ganze Angelegenheit inspiriert hätten, nähmen eine sehr große Verantwortung auf sich, weil sie alles Erdenkliche getan hätten, um das Los der Verurteilten zu verschlimmern. Ich wisse nicht, ob es jetzt gelingen werde, in dieser Richtung etwas zu tun, wobei nicht auszuschließen sei, dass die Urteile ****bereits zum Teil****²⁴ vollstreckt worden seien. T. erklärte mir, dass er mir völlig zustimme und meinte, dass ein derartiges Auftreten im höchsten Grade unzulässig sei. Er bitte ihm zu sagen, ob er vertraulich Schulenburg darüber schreiben könne, ohne sich dabei auf das NKID zu berufen, dass die von der deutschen Presse entfachte Kampagne die schlimmsten Folgen für die Verurteilten nach sich ziehen könne. Er wolle, dass Schulenburg noch während seines Aufenthaltes in Berlin alles Erdenkliche unternehme, um auf jede Weise auf die Organisatoren Druck auszuüben, die diese Kampagne inspirieren. Ich antwortete T., dass er seine diesbezüg-

¹⁹ Karl Dienstmann.

²⁰ Matvej Ivanovič Skobelev.

²¹ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: ein Widerspruch.

²² Der Text ist am linken Seitenrand mit Tinte angestrichen. Dabei steht der Vermerk von Štern: Auszug an Gen. Skobelev. Dazu der Vermerk des Sekretärs: abgeschickt am 26.V.35.

²³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

²⁴ Der Text ist über die Zeile mit Tinte korrigiert; ursprünglich: in einem Fall.

lichen Erwägungen Schulenburg darlegen könne, dies umso mehr, da er die entstandene Situation offenbar vollkommen verstehe. Danach sprach T. darüber, dass verantwortungslose Organisationen und Leute alles unternehmen würden, um die Arbeit der Botschaft hier zu stören.

10. Danach kam das Gespräch auf die Torgsin-Überweisungen. Ich erklärte in kategorischer Form, dass die Repressionen nicht gegen Personen angewandt würden, die Überweisungen erhielten, sondern gegen diejenigen, die eine äußerst umfangreiche antisowjetische Agitationstätigkeit betrieben. T. widersprach nicht.

11. T. bemerkte, dass unser letztes Gespräch, bei dem es um Möglichkeiten für eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen ging, vor der Rede Hitlers²⁵ stattgefunden habe. Er hätte die Rede Hitlers im Radio gehört und sei unangenehm berührt gewesen, weil er etwas anderes erwartet hatte. Gleichwohl meine er dennoch, dass die Rede Hitlers nicht nur einen negativen Charakter trage, sondern dazu beitragen könne, einen „modus vivendi“²⁶ herbeizuführen. Ich entgegnete T., dass eine solche Methode bei mir die ernstesten Zweifel auslösen würde. Darauf sagte T. genervt, dass die Rede Hitlers die Antwort auf Reden unserer führenden Politiker wäre. Wir würden Deutschland inkriminieren, einen Weltkrieg zu entfachen, Hitler inkriminiere uns, die Weltrevolution zu verbreiten. Da nun in dieser Frage Klarheit geschaffen worden sei, glaube er nicht, dass die Rede Hitlers irgendeinen politischen Schaden anrichten könne. Ich sagte darauf, dass alles davon abhinge, wie jeder die Begriffe „politischer Schaden“ und „politischer Nutzen“ verstünde.

12. Zum Ende des Gesprächs teilte T. mit, dass er nach der Rückkehr Schulenburgs um den 3. Juni beabsichtige, mit seiner Frau auf die Krim und in den Kaukasus zu reisen, wo er noch niemals gewesen sei. Diese Reise werde ungefähr 3 Wochen dauern.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: Š[tern] 5.VI.35.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 2. an Gen. Stomonjakov, das 3. nach Berlin, das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 77–72. Original.

²⁵ Vgl. Dok. 159.

²⁶ Vgl. Dok. 162.

Nr. 165

**Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Mitarbeiter des Referats Osteuropa
in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Berlin, den 27. Mai 35

TAGEBUCH

E. GNEDINSNr. 247/s¹Gespräch mit von Tippelskirch, 21. Mai.

Ich suchte von Tippelskirch auf, um ihn auf eine Reihe laufender Fälle aufmerksam zu machen, zu denen das Auswärtige Amt uns keine zufriedenstellende Antwort zukommen ließ. Nach Abstimmung mit Gen. Bessonov legte ich von Tappelskirch unsere Forderungen zu den Haftfällen, zu den Fragen der Besteuerung der Handelsvertretung usw. dar. Da ich wegen der Abwesenheit des Gen. Giršfel'd zum ersten Mal mit Tappelskirch über laufende Angelegenheiten sprach, unterstrich ich einige Male, dass der Zweck meines Besuches darin bestehe, an die Verzögerung der Antwort bei einigen laufenden Fällen zu erinnern, und dass das Aufwerfen von einigen Fragen durch mich nicht als eine spezielle „Demarche“ betrachtet werden solle. Die letzte Bemerkung machte ich deshalb, um den Deutschen keinen Vorwand zu liefern, in Moskau eine Gegenliste von unerledigten Fällen zu präsentieren.

Ich begann mit der Darlegung der Fälle Tencev² und Knapp in Hamburg. Ich wies Tappelskirch darauf hin, dass wir keine Antwort auf unsere letzte Note bekommen hätten, in der die Fakten dargelegt seien, die Gen. Giršfel'd bei seinem Besuch in Hamburg erhalten habe, die völlig unsere früheren Hinweise bestätigen, wonach Tencev und Knapp während der Untersuchung Repressalien unterzogen und durch Gewalt zu den von der Polizei gewünschten Aussagen gezwungen worden seien. T. sprach eingangs darüber, dass aufgrund der großen Personalveränderungen in den örtlichen Dienststellen nicht mehr die Möglichkeit gegeben sei, die Schuldigen festzustellen, selbst wenn es Vergehen seitens der Behörden gegeben habe, und bat mich [zu sagen], was wir eigentlich erreichen wollen. Darauf antwortete ich, dass wir bereits in der Note vom 18. Januar die Entlassung von Tencev und Knapp und die Bestrafung der Schuldigen gefordert hätten; mir scheine, dass wir keine Veranlassung hätten, unsere Forderungen zurückzunehmen oder den von uns erhobenen Protest zu entschärfen. Darauf entgegnete Tappelskirch, dass Tencev durch ein Gericht verurteilt worden sei, die Beschwerden Tencevs überhaupt „subjektiven Charakter“ trügen und die Behörden deren Richtigkeit durchaus anzweifeln würden. Was Knapp betreffe, so befinde sich der Fall im Ermittlungsstadium, es werde bald zu einer Gerichtsverhandlung kommen, in der Sache seien bisher angeblich 600 Zeugen vernommen worden. (Darauf berichtigte sich Tappelskirch

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² So im Dokument; vgl. Dok. 140.

und sagte 300). Nachdem ich nochmals unterstrich, dass die Verprügelung unserer Bürger eine für uns unstrittige Tatsache sei, ging ich zum nächsten Fall über.

(Es ist festzuhalten, dass sich Tippelskirch erneut über Krumin beschwerte, der vor Gericht angeblich seine Sympathie gegenüber Tencev bekundet und sich überhaupt ungehörig benommen hätte; außerdem zeigte sich Tippelskirch, allerdings etwas zurückhaltender, darüber befremdet, dass Gen. Giršfel'd mit den Hamburger Behörden zu den Fällen Tencev und Knapp Verhandlungen geführt hat; nachdem ich Tippelskirchs Einwürfe zurückgewiesen hatte, vertiefte er dieses Thema nicht).

Ich lenkte Tippelskirchs Aufmerksamkeit auf das Verfahren gegen Chaim Švarc, das im Februar eröffnet worden sei und zu dem wir vom Auswärtigen Amt keinerlei Antwort bekommen hätten, außer knappen formalen Noten darüber, dass bei den zuständigen Behörden ordnungsgemäß angefragt worden sei. Laut Mitteilung der örtlichen Behörden sei Švarc am 22. Dezember deswegen verhaftet worden, weil er nicht der Anordnung zur Ausweisung nachgekommen und am 15. Januar laut Mitteilung der örtlichen Behörden wegen Steuerschulden verurteilt worden sei. Wir fragten, warum die Behörden Švarc ausweisen wollten und warum wir davon keine Kenntnis hätten, warum Švarc wegen einer Sache verhaftet und wegen einer anderen Sache verurteilt worden sei. Tippelskirch zeigte sich ob der Widersprüchlichkeit der Informationen der örtlichen Behörden sichtlich verlegen und versprach, Erkundigungen einzuziehen.

Nachdem ich noch einige Fälle angeführt hatte, zu denen uns keine Antworten vorliegen, erwähnte ich den Fall Meter, der seinerzeit in Handschellen durch die Straßen von Cottbus geführt worden war (er ist bereits aus der Haft entlassen). Als ich an den Fall Vitkovskaja erinnerte, die offenbar verhaftet wurde, nachdem ihrem Gesuch auf Rückkehr in die sowjetische Staatsbürgerschaft stattgegeben worden war, erklärte Tippelskirch, sie würden die Vitkovskaja als deutsche Staatsbürgerin betrachten.

Zu den Fällen, zu denen das Auswärtige Amt noch keine Antwort auf unsere Noten gegeben hat, gehört auch der Fall Orlovskij, den ich bei der Aufzählung erwähnte. Tippelskirch sagte, dass er eine ausführliche Antwort zum Fall Orlovskij wegen dessen Ablebens zurückgehalten habe.³ Er könne mir mündlich sagen, dass die Polizeibeamten deshalb derartig gründlich vorgegangen seien, weil die Frau Orlovskijs wegen ihrer Nervosität und Furcht den Verdacht der Polizei auslöste. Er verstünde ihren Zustand, doch hätte sie ein größeres Verständnis für die Situation der Beamten aufbringen müssen, die einen konkreten Auftrag auszuführen hatten. Außerdem bitte er darum, das Auswärtige Amt in Zukunft über den Aufenthalt unserer verantwortlichen Personen in Kenntnis zu setzen, damit künftig keine Missverständnisse auftreten. Ohne das Thema zu vertiefen, bemerkte ich, nicht von der Orlovskaja hätte man ein größeres Verständnis für die Situation der Polizeibeamten fordern müssen, sondern die Polizeibeamten hätten umgekehrt ein größeres Verständnis dafür aufbringen müssen, wohin und zu wem sie gekommen seien. Ich dankte Tippelskirch für die Bereitschaft, verantwortlichen Personen aus der UdSSR während ihres Aufenthaltes in Deutschland Unterstützung zu gewähren, doch wies ich darauf hin, dass wir über den Aufenthalt Orlovskijs im Sanatorium nichts hät-

³ Orlovskij verstarb am 31.3.1935 im Sanatorium in St. Blasien (Südschwarzwald).

ten verlaublichen lassen, weil wir nicht wussten, dass der Aufenthalt in einem deutschen Sanatorium mit solchen Gefahren verbunden sein könnte.⁴

*Als ich Tippelskirch an unsere Noten bezüglich der Besteuerung der Handelsvertretung erinnerte, verwies ich vor allem darauf, dass die Richter nicht berechtigt seien, die Frage der Steuerzahlung der Handelsvertretung zu entscheiden. T[ippelskirch] versprach, die Antwort zu beschleunigen.*⁵

Zum Abschluss erzählte ich T., dass man in der Preußischen Staatsbibliothek ohne Sondergenehmigung des Direktors nicht eine einzige in der Sowjetunion herausgegebene wissenschaftliche Zeitschrift zum Lesen vorgelegt bekomme. Ich bemerkte, dass eine derartige Furcht vor sowjetischen Publikationen nicht dem Ansehen der deutschen Wissenschaft entspreche.⁶

Damit endete das Gespräch. Ich unterstreiche erneut, dass alle Fragen in Form einer Erinnerung an einzelne Fälle aufgeworfen worden sind, nicht aber in Form einer zusammenfassenden Forderung.

Gnedin

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2661 vom 29.5.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 27.5.35

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 48. l. 86–89. Kopie.

Nr. 166

Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern

Geheim

Persönlich

Expl. Nr. 1¹

27.5.35

Nr. 258/s²

NKID. 2. Westabteilung

Gen. Štern

Lieber David!

Dir wird es sicherlich nicht schwerfallen, Dir unsere Stimmung nach der Rede Hitlers³ vorzustellen. Wir hatten alle erwartet, wie Du Dich erinnerst, dass sich Hit-

⁴ Vgl. Dok. 73, Anm. 4.

⁵ Der Text trägt am linken Seitenrad den mit rotem Bleistift geschriebenen Vermerk: an Rozenbljum.

⁶ Vgl. auch Dok. 160.

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Am 21.5.1935. Vgl. Dok. 159.

ler im Wesentlichen vor einer Beantwortung jener Fragen drücken würde, die die internationale Lage an ihn stellt. Die Rede Hitlers hat diese Erwartungen völlig bestätigt. Jedoch hatten weder ich noch Ja. Z.⁴, ja nicht einmal der nach Genf gereiste M. M.⁵, solch eine antisowjetische Eruption erwartet, deren Zeuge wir am 21. Mai wurden. Noch zwei Stunden vor der Rede teilten uns Journalisten wie Lochner und Ravoux mit, dass Hitler beabsichtige, „der UdSSR einen positiven Vorschlag zu unterbreiten“.

Und nun ist die Rede gehalten⁶, kommentiert und gehört, wie man so sagt, der Vergangenheit an, und nun treten die durch sie ausgelösten neuen Probleme auf die Tagesordnung. Und wir? Wir wissen bis heute nicht, ob wir die Hitler-Rede so verstehen müssen, dass Hitler mit der UdSSR überhaupt keine Verträge will, darunter auch keine Nichtangriffsverträge. Und wir können uns nicht entschließen nachzufragen, weil niemand eine bejahende Antwort bekommen möchte und es besser ist, dies über andere zu erfahren.

Allerdings brachte Schulenburg auf die irritierte private Anfrage von Ja. Z. von Neurath die Antwort mit, dass Hitler im Gespräch mit ihm, d.h. mit Neurath, niemals erwähnt hätte, dass er keine Teilnahme der UdSSR am Ostpakt wünsche, doch er, Neurath, habe den Führer nach der Rede noch nicht gesehen, da letzterer krank sei. Da soll sich einer nach alledem in der deutschen Haltung zurechtfinden!

Neben dieser Rede ist auch so eine nicht unbedeutende Tatsache wie die am nächsten Tag stattgefundene Unterredung Schachts mit Kandelaki zu berücksichtigen, in der Schacht mitteilte, dass er dem Kabinett den Vorschlag unterbreiten werde, der UdSSR ein langfristiges Darlehen auf Obligationsbasis von 1 Milliarde Mark mit einer Laufzeit von 10 Jahren zu gewähren. Dieses Darlehen könnte schrittweise mit den Rohstoffen bezahlt werden, an denen Deutschland interessiert ist. Was ist das? Eine Falle? Eine ernste Absicht? Eine Provokation?

Da es vorerst unmöglich ist, diese Fragen zu beantworten, ist bei einigen Fragen eine abwartende Taktik geboten, wovon Du natürlich schon Kenntnis hast.

Bezüglich der Rede hauen die Deutschen immer noch auf die Pauke. Die Rede hat die prodeutsche Agitation in Frankreich und insbesondere in England tatsächlich verstärkt. Eine andere Frage ist es, ob es den Deutschen gelingen wird, diesen agitatorischen Erfolg durch Verträge zu untermauern. Hier treten genau die gleichen Hindernisse auf, über die wir wiederholt unsere Meinungen ausgetauscht haben. Die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, beansprucht eine bedeutende Zeit, über die die Deutschen eben nicht verfügen.

Schacht sprach nicht von ungefähr auf der „Scharnhorst“ davon, dass es Deutschland schwerfallen werde, die gewaltigen Rüstaufwendungen über einen unbestimmten Zeitraum zu verkraften.⁷ In Deutschland ist eine spürbare Preisteigerung zu beobachten. Neben dem Problem des Imports stellt sich der Export als Ventil für jene Zweige der Industrie, denen anderenfalls eine Schrumpfung

⁴ Suric.

⁵ Litvinov.

⁶ Das nachfolgende Wort ist gestrichen.

⁷ Am 3.5.1935 überreichte Schacht auf der Probefahrt der „Scharnhorst“ Hitler ein Memorandum über die Finanzierung der Rüstung. Das Memorandum ist abgedruckt in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 67, S. 120–123.

droht, nicht minder problematisch dar. Die harten Fakten der wirtschaftlichen Realität können nicht ohne Wirkung auf das Regime und seine Politik bleiben.

Zurzeit triumphieren die sogenannten Linken, in erster Linie Rosenberg und Ribbentrop. Wer aber morgen triumphieren wird, lässt sich unmöglich vorhersagen. Wie oft haben wir uns in unseren Erwartungen getäuscht, so dass ich es erst gar nicht riskiere, meine Meinung zu dieser Frage zu äußern.

Warum schreibst Du uns so wenig? Vergiss nicht, dass wir es momentan hier äußerst schwer haben.

Dein S. Bessonov

*Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: zu den Akten. 2.VI.35 Š[tern].
Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1178 vom 31.V.1935.*

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 344. Original.

Nr. 167

Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA

Moskau, den 27. Mai 1935

Tgb. A / 1243

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Politischer Bericht

Inhalt: Die Sowjetpresse zur Reichskanzlerrede vom 21. Mai.

1. Angriffe vor der Rede. – 2. Hörbarkeit der Radioübertragung. – 3. Tendenziöse Auslassungen in der Textwiedergabe durch TASS. – 4. Radeks Kommentar. – 5. Sonstige Stimmen

Die Rede des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai wurde in der Sowjetpresse angegriffen, noch ehe sie gehalten worden war. Bereits am 18.5. veröffentlichte Radek in der „Iswestija“ einen Artikel „Vorbereitung eines deutschen Ablenkungsmanövers“¹, der im Sinne dieser Überschrift gegen die bevorstehende Kanzlerrede Stellung nahm. Verriet sich darin die tatsächlich vorherrschende gespannte Erwartung, so sollte der geringschätzige, überhebliche witzelnde Ton, den Radek sowohl in der vorweg genommenen Kritik vom 18.5. wie hernach in der nachträglichen vom 23.5.² anspricht, offenbar den Eindruck der Überlegenheit und Sicherheit hervorrufen, was jedoch gekünstelt wirkte.

In welchem Umfange die Kanzlerrede sogleich am 21., während der Reichstagsitzung, oder am 22., als der deutsche Rundfunk sie auf Platten wiederholte, in

¹ Karl Radek: „Podgotovka germanskoj diversii“. In: Izvestija vom 18. Mai 1935, S. 3.

² Karl Radek: „Šarmanka“ (Der Leierkasten). In: Izvestija vom 23. Mai 1935, S. 1.

der Sowjetunion von Radiohörern gehört worden ist, lässt sich schwer schätzen. Die Hörbarkeit ließ in Moskau am Abend des 21. auch für gute Empfangsgeräte zu wünschen übrig; die am 22.5. mit Richtstrahler vorgenommene Sendung war dagegen gut zu verstehen. Abgesehen von ausländischen Kreisen hat freilich nur eine eng begrenzte Zahl von Personen in der UdSSR es überhaupt wagen können, die Rede des Führers im Radio abzuhören.

Die Moskauer Blätter brachten am 22. 5. zunächst nur eine kurze Vormeldung der TASS. Ein längerer Auszug in Form einer zweiten Berliner TASS-Meldung erschien erst in den Blättern vom 23.5. Er nahm in den „Iswestija“ etwa 350 Druckzeilen in Anspruch³, was ungefähr 1/8 des Umfangs des Originals entspricht, und vermittelte somit immerhin einen Eindruck; im Besonderen waren die 13 Schlusspunkte der Kanzlerrede⁴ verhältnismäßig eingehend wiedergegeben. Dennoch war die Rede durch die vorgenommenen Kürzungen vieler wichtiger und vieler der wirksamsten Momente entkleidet, wobei keineswegs nur der Raumzwang maßgeblich war. Auch einige der 13 Punkte waren davon betroffen, so z.B. Punkt 9, aus dem die Forderung, die Zivilbevölkerung zu schonen und den Bombenabwurf als solchen zu ächten, verschwunden war. Andere Teile der Rede hatten noch weit mehr unter tendenziösen Kürzungen zu leiden gehabt. Vollständig fehlten z.B. die – gerade nach den Ostpaktdiskussionen interessierenden – anerkennenden Worte für die wirklich selbständigen grenznachbarlichen Kleinstaaten; es fehlte jede Andeutung des Nachdrucks, mit welchem der Reichskanzler den status quo im Westen anerkennt und Frankreich eine endgültige Verständigung nahegelegt hatte; es fehlte die Forderung des Selbstbestimmungsrechts für deutsches Land und die Anerkennung für die Schweiz. Was die Abrüstungsvorleistung Deutschlands und den Nachweis der Vertragstreue der Gegenseite, was die entsprechenden Zeugnisse der ausländischen Staatsmänner und die Aufrüstung der Gegnerstaaten anlangt, so erwähnte die TASS-Meldung diese Darlegungen, die 1/6 der Kanzlerrede ausmachen, überhaupt mit keinem Wort, sondern begnügte sich nur mit der verkürzten Wiedergabe der die deutschen Abrüstungsvorschläge betreffenden Schlusspunkte der Rede Nr. 8–11. Ferner erfuhr man nichts über die Art der Argumentation des Reichskanzlers gegen die bisherigen Formen der „kollektiven Zusammenarbeit“ und gegen die Beistandspakte. Der Gegenüberstellung des Nationalsozialismus und Bolschewismus wurde immerhin ein Absatz gewidmet (50 Druckzeilen; im Original ca. 300); was der Führer im Einzelnen konkret zur Charakterisierung der beiden entgegengesetzten Richtungen angeführt hatte, fiel jedoch gänzlich fort. Völlig vorenthalten wurde dem Sowjetleser auch jegliche Vermittlung der durch eindringliche Wiederholung, durch Wärme und Ausdruckskraft wirkenden Friedensappelle des Führers.

Wie bei der Wiedergabe der Führerrede zu Werke gegangen wurde, gibt einen guten Einblick in die außenpolitische Informationstechnik der Sowjetpresse. Ein gewisses Dekor wird gewahrt; man widmet der Kanzlerrede 350 Zeilen. Alles, was der Sprecher Deutschlands zur Entkräftung der gerade auch von der Sowjetpropaganda erhobenen Vorwürfe in wirksamer Argumentation geltend macht und was auf weiteren 150–200 Zeilen leicht hätte registriert werden können, wird jedoch teilweise unterdrückt, teils „abgeblendet“.

³ „Deklaracija Gitlera“ (Deklaration Hitlers). In: Izvestija vom 23. Mai 1935, S. 1.

⁴ Vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. I/2, S. 511–514.

Damit war zugleich den kommentierenden Zeitungsartikeln vorgearbeitet, die die gleiche Tendenz fortführen und ergänzen. Radek äußerte sich nunmehr am 23.5. nur noch aggressiver in der Form und kaum weniger oberflächlich dem Inhalte nach als ante factum am 18.5. Sein Artikel, überschrieben „Der Leierkasten“, sollte dem Leser glaubhaft machen, dass die Kanzlerrede, die Radek dadurch eine ironische Behandlungsart als politisches Ereignis zu bagatellisieren suchte, der Sache nach nur Altbekanntes wiederholt und nichts zur Entspannung der Lage in Europa beigetragen hätte. Jene Punkte der Rede, die die TASS-Meldung ausgelassen hatte, übergang übrigens auch Radek, obwohl verschiedene seiner Andeutungen genauere Kenntnis verrieten. Die vergleichsweise sachlicheren Bemerkungen des Artikels bezogen sich auf Folgendes:

Deutschland mache, so meinte Radek, seine Rückkehr in den Völkerbund von einer Gleichberechtigung abhängig, die es auch jetzt nicht näher bestimmt hätte; das sei geschehen, um künftig neue Bedingungen stellen zu können. Den Vertrag von Locarno wolle Deutschland aufrechterhalten und dadurch einen Westluftpakt sogar noch festigen; dabei verfolge es den Zweck, sich eine westliche Rückenbedeckung für den Fall einer deutschen Aggression im Osten zu sichern. Seine Stellungnahme zur geplanten römischen Donaukonferenz zu präzisieren, habe Deutschland auch jetzt vermieden. Anschließend kam Radek auf die deutschen Abrüstungsvorschläge zu sprechen, wobei seine witzig sein wollende Kritik auf ein besonders dürrtiges Niveau sank. (Aus kleinen Kanonen getötet zu werden, sei nicht angenehmer als aus großen; der Gaskrieg wäre ja ohnehin bereits verboten worden⁵, aber Deutschland hätte dennoch eine große Gaskriegsindustrie geschaffen; Deutschlands Vorschläge, die U-Boote anzuschaffen, seien auf die sichere Ablehnung durch Frankreich, Japan, Italien berechnet u.s.w.) Weiter hieß es dann, Deutschlands Flottenwünsche zielten auf Parität mit der homefleet Englands, das außerdem durch den Luftstützpunkt auf Sylt bedroht werde. Was ferner die antibolschewistischen Ausführungen der Kanzlerrede anlangte, so wich Radek jeder ernsten Erörterung aus, indem er sich den Anschein gab, sie lächerlich machen zu können; sie erinnerten, erklärte er, an Münchner Bierstuben; mit der nationalsozialistischen „Weltanschauung“ zu streiten komme dem biologischen Disput mit einem afrikanischen Geisterbeschwörer gleich u.s.w. Zugleich freilich stellten, fügte er im Warnertone hinzu, jene Ausführungen das beste Mittel dar, um die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu verschlechtern. In dieser Hinsicht sei Hitler schon früher erfolgreich gewesen, aber ohne den Effekt zu erzielen, den er anderwärts erwartet hatte. Denn die Beschuldigung, die UdSSR bedrohe den Frieden, fände in der Welt keinen Glauben, wie die Eden-Rede in Fulham zeige; dagegen glaube man, dass Deutschland die UdSSR bedrohe (Times v. 18.5.). Hitlers Politik sei die Hauptursache der europäischen Kriegsrüstungen, deren Last das deutsche Volk weniger als andere werde ertragen können. Im Kriege aber werde es vollends die Zeche bezahlen müssen, obgleich ihm ein besseres Los zu wünschen wäre als jenes, das ihm der „deutsche Faschismus“ bereite.

⁵ Das „Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege“ (auch Genfer Protokoll) wurde am 17.6.1925 in Genf unterzeichnet.

Dass Radeks Artikel sehr schwach ausgefallen war, wurde auch in Sowjetkreisen vermerkt, wobei die Tatsache einer solchen sowjetseitigen Beurteilung sich auch unter ausländischen Diplomaten und Journalisten herumsprach.

Die übrigen Kommentare der Presse wirkten freilich noch blasser als Radeks „Leierkasten“, weil sie vollends schablonenhaft abgefasst waren. Das traf auch auf die „Prawda“ zu, die am 23.5. gegen die „Feinde des Friedens und der Sicherheit“ zu Felde zog.⁶ Hier tauchten sogar die bekannten deutschen „Ränke der Revanche und der Kriegsvorbereitung“ wieder auf, in die man deutscherseits gewisse Kreise Englands und Japans hineinzuziehen suchte und für die man auf polnische, ungarische, finnische Hilfe rechne u.s.w., – älteste Ladenhüter der antideutschen Sowjetpropaganda von 1933/34. Im Widerspruch zu Radek behauptete übrigens die „Prawda“, dass die Hitlerrede den Locarnovertrag nicht aufrechterhalten, geschweige denn festigen wolle, sondern ihn sogar in Frage stelle. Etwas ernsthafter gefasst war die Argumentation der „Prawda“ gegen den Vorschlag, Kriegskonflikte zu isolieren; dieser Gedanke erinnere, äußerte das Blatt, an das seinerzeitige Streben der kaiserlichen Diplomaten nach Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konflikts, – was als Verurteilung gemeint war. Über die 13 Punkte bemerkte die „Prawda“, sie enthielten nur zweideutige und unbestimmte Versprechungen. Hitlers Propaganda ziele auf Krieg im Westen und Osten.

Das Militärblatt „Krasnaja Swesda“ v. 24.5.⁷ polemisierte gleichfalls gegen die Ablehnung der „Unteilbarkeit des Frieden“ und gegen ein Programm der Lokalisierung der Kriegsherde, mit dem „Krasnaja Swesda“ besonders die Stelle der Kanzlerrede über mögliche Konflikte im Osten in Verbindung zu bringen suchte.

Ein Artikel in der „Deutschen Zentral-Zeitung“ vom 24.5.⁸ meinte u.a., der Hinweis auf mögliche Konflikte im Osten werde durch entsprechende Ausführungen in „Mein Kampf“ und durch Artikel des „Völkischen Beobachters“ verdeutlicht.

Ein Artikel M. Tanins im Organ des Volkskommissariats für Schwerindustrie „Sa Industrialisaziju“ v. 24.5.⁹ ließ erkennen, dass der Autor die Kanzlerrede nicht nur aus der TASS-Wiedergabe kannte. Tanin suchte im besondern Zitate aus „Mein Kampf“ gegen die Friedenserklärungen der Kanzlerrede auszuspielen.

Die „Leningradskaja Prawda“ zeigte u.a., übrigens in Übereinstimmung mit einigen Moskauer Blättern, dass ihr der Schlusspunkt in der Kanzlerrede, der sich gegen internationale Verhetzung richtet, deswegen nicht genehm war, weil er der internationalen antifaschistischen Propaganda „einen Maulkorb aufsetzen“ wolle.

Die zahlreichen sonstigen Äußerungen in der Sowjetpresse fügten zu den angeführten Momenten keine neuen hinzu.

Über die Aufnahme der Kanzlerrede in der Auslandspresse berichtete die Sowjetpresse durch ausführliche Wiedergabe vor allem der ungünstigen Stimmen. Die überwiegend freundliche Haltung der englischen Zeitungen wurde zwar später,

⁶ „Vragi mira i bezopasnosti“. In: Pravda vom 23. Mai 1935, S. 1.

⁷ „Samorazoblačenje podžigatelj vojny“ (Selbstentlarvung der Kriegstreiber). In: Krasnaja zvezda vom 24. Mai 1935, S. 1.

⁸ „Die alte Platte“. In: Deutsche Zentral-Zeitung vom 24. Mai 1935, S. 1.

⁹ „Neuključajaja diversija“ (Ein plumpes Ablenkungsmanöver). In: Za industrializaciju vom 24. Mai 1935, S. 3.

nach der Baldwin-Rede, zugegeben, aber mit kritischen Bemerkungen und Überschriften versehen.

Charakteristisch für die tendenziöse Beeinflussung der hiesigen öffentlichen Meinung war eine längere TASS-Meldung über die schlechte Aufnahme der Rede in Genf, die offenbar im Stabe von Litwinow fabriziert war und alle ungünstigen Momente zusammenfasste.

Dass in Gesprächen die Mitglieder des Außenkommissariats und der Presseabteilung die Rede nur unter dem Gesichtspunkt der „Ausfälle gegen die Sowjetunion“ und des „schweren Schlages gegen die deutsch-sowjetischen Beziehungen“ werteten, kann bei der hiesigen egozentrischen Einstellung nicht Wunder nehmen. Ob diese Auffassung des Außenkommissariats allgemein geteilt wird, oder ob nicht vielmehr die kräftige Sprache des Führers manche Kreise hier zum Nachdenken über die Zweckmäßigkeit des jetzigen außenpolitischen Kurses veranlasst, mag dahingestellt bleiben.

gez. von Twardowski

Auf dem ersten Blatt unten: A 9 gen[eralia] (Doppel A 15 h); am Seitenrand: ab 27/5 35 m[it] K[urier], Kleiner Umlauf und zdA mit Abzeichnungen von v[on] T[wardowski] 28, Hi[lger] 28 und H[ensel] 31/5.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429087-429095.

Nr. 168

Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

Geheim
PERSÖNLICH
27. Mai 1935

UdSSR NKID
2. Westabteilung
Nr. 14544¹

AN DIE
BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. S.A. BESSONOV

Lieber Sergej Alekseevič,

in letzter Zeit habe ich Dir wenig geschrieben, teils, weil ich mich zum Zeitpunkt des Postabgangs nicht wohl gefühlt habe, teils aber auch, weil ich absolut keine freie Zeit fand, um Dir einen ernsten Brief zu schreiben. Auch jetzt habe ich im Zusammenhang mit der in den nächsten Tagen bevorstehenden Ankunft von

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

Beneš (am 8. Juni)² sehr viel Arbeit. Aus diesem Grund muss ich mich auf einige Momente beschränken, die den Charakter und die Perspektiven unserer Beziehungen mit Deutschland betreffen. Für mich steht außer Zweifel, dass alle Gespräche, die mit ihnen in Berlin und in Moskau mit uns bezüglich einer Verbesserung der Beziehungen geführt wurden, ohne Genehmigung der Führungskreise der Nationalsozialistischen Partei stattfanden. Ich habe mich die ganze Zeit über hinsichtlich möglicher Fortschritte in unseren Beziehungen mit Deutschland skeptisch verhalten. Die Rede Hitlers³ bestätigte meine Skepsis. Diese Rede sei, wie mir Twardowski zu erklären versuchte, die Antwort auf die gegen Deutschland gerichteten Reden unserer führenden Politiker gewesen.⁴ Ich meine, dass sich die Sache so nicht verhält, die antisowjetischen Motive jedoch der Haupthebel der deutschen Außenpolitik sind und es fehl am Platze ist, Fortschritte in dieser Richtung zu erwarten. Für mich bleibt die Frage völlig ungeklärt, ob wir in der Konzeption Hitlers in ein Paktsystem über Nichtangriff, Konsultation und Hilfeverweigerung für einen Aggressor eingebunden werden. Hitler spricht recht eindeutig davon, dass es dabei um die an Deutschland „angrenzenden Staaten“⁵ gehe. Diese Formulierung sieht wohl kaum unsere Teilnahme vor. Wenn „Nachbarstaaten“⁶ gesagt worden wäre, dann gäbe es eine größere Veranlassung zu meinen, dass Hitler unsere Beteiligung vorsieht. Im Übrigen darf man sich angesichts der Unbeständigkeit und Doppeldeutigkeit aller deutschen Formulierungen auch hier nicht sicher sein. Die Frage, ob wir an unserer Initiative festhalten, ist noch nicht entschieden, die Entscheidung wird erst nach der Rückkehr von M.M.⁷ nach Moskau getroffen werden. Was die weiteren Möglichkeiten betrifft, unsere Beziehungen mit Deutschland zu verbessern, so denke ich, offen gesagt, dass nur wirtschaftliche Perspektiven real sind. Mir scheint, dass von einem Waffenstillstand auf dem Gebiet der Presse gegenwärtig **schwerlich zu sprechen**⁸ ist; meiner Meinung nach kann auch nicht die Rede von einer Anbahnung von Kulturbeziehungen sein.

Was die Wirtschaftsbeziehungen betrifft, so sind hier allem Anschein nach einige positive Erscheinungen möglich. Ihr Hintergrund ist mir jedoch völlig unverständlich. Wenn man versucht, die Bereitschaft der Deutschen, mit uns neue Geschäfte abzuschließen, auf rein wirtschaftliche Überlegungen zurückführt, dann bleibt es unverständlich, was dies den Deutschen konkret bringt, da langfristige Kredite auf dem Gebiet der Devisen kaum etwas einbringen. Die großen Summen, die die Deutschen für Lieferungen an uns investieren müssten, könnten sie für andere Ziele verwenden. Andererseits ist es unverständlich, welche politischen Motive Deutschland zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit uns veranlassen könnten. In Deinem letzten Brief⁹ zeigtest Du die Neigung, die Bedeu-

² Der Außenminister der Tschechoslowakei Beneš hielt sich vom 7.6. bis 16.6.1935 zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR auf. Die in russischen Archiven befindlichen Dokumente über seine Verhandlungen mit Litvinov, Molotov und Stalin sind bis jetzt nicht für die Forschung zugänglich.

³ Vgl. Dok. 159.

⁴ Vgl. Dok. 164.

⁵ Der Begriff ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁷ Litvinov.

⁸ Der Text ist über ein durchgestrichenes Wort geschrieben.

⁹ Vgl. Dok. 148.

tung der deutschen Aktivität auf dem Balkan zu unterschätzen, ich aber messe ^{**10} ihr eine erstrangige Bedeutung zu. Deutschland unternimmt gegenwärtig alles nur Erdenkliche, um seine Ausgangsbedingungen auf dem Balkan zu festigen und unsere Positionen dort zu schwächen. Das wichtigste Instrument für diese Politik ist die Wirtschaft, welches die Deutschen hervorragend einsetzen. In Rumänien hält sich zurzeit eine deutsche Wirtschaftsdelegation auf¹¹, die bereits Vereinbarungen mit der rumänischen Regierung über Investitionen im Umfang von 2 Mrd. Lei in Rumänien getroffen hat, die zum Teil durch die Freigabe von eingefrorenen Lei, zum Teil mittels Kompensationsgeschäften abgesichert werden. Zugleich herrscht in Bukarest größte Unzufriedenheit gegenüber Frankreich, weil Finanzminister Antonescu mit leeren Händen aus Paris zurückgekehrt ist und bei der Lieferung von Militärausrüstungen nichts erreicht hat. Ich bin überzeugt, dass sich die prodeutsche Strömung demnächst in Rumänien verstärken wird, womit wir unbedingt rechnen müssen. Es ist zu berücksichtigen, dass Aras auf dem Balkan eine für uns unangenehme Aktivität entwickelt, die objektiv zur Festigung Deutschlands in diesem Teil Europas beiträgt. Auch die Reise Görings auf den Balkan sollte nicht unterschätzt werden¹².

Ich habe die Rede Hitlers aufmerksam studiert und muss feststellen, dass sie ein hervorragend konstruiertes Dokument darstellt, das vielleicht dazu verhelfen kann, Deutschland aus der Isolation herauszuführen.

In letzter Zeit beschäftigt mich der Gedanke, dass die Finanzsituation Deutschlands eine gewisse Veränderung erfahren kann. Ich halte es zum Beispiel nicht für ausgeschlossen, dass Deutschland irgendeine Anleihe oder einen Kredit in England, eventuell sogar in Amerika bekommt. Zugleich hätte ich gern Deine Meinung dazu gewusst, ob es in der nächsten Zeit zu einer offenen Abwertung der Mark kommen wird. Mir kam in den Sinn, dass die Abwertung des Danziger Gulden in irgendeinem Zusammenhang mit den deutschen Finanzmanövern steht. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Nationalsozialisten dazu entschieden haben, unter Laborbedingungen in Danzig Erfahrungen bei der Abwertung der Währung zu sammeln, um zu sehen, wie der politische Effekt dieser Maßnahme ausfallen wird (wie die Bevölkerung, die nationalsozialistischen Massen usw. reagieren werden).

Die Entwicklung der Dinge in der Tschechoslowakei missfällt mir sehr. Der Umstand, dass die nationalsozialistische „Heimatfront“¹³ zur stärksten Partei in der Tschechoslowakei geworden ist, sollte uns zu denken geben. Insbesondere scheint mir, dass der tschechoslowakische Parlamentarismus die deutsche Etappe der Wahlperiode von 1930 durchlebt hat. Wenn man dazu die völlige Senilität Masaryks und die Umwandlung des Präsidenten in eine Fiktion berücksichtigt, so wird die Situation noch bedrückender.

¹⁰ Das an dieser Stelle stehende Wort ist durchgestrichen.

¹¹ Zu den deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen im Mai 1935 vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 110, S. 207–210.

¹² Laut offizieller Information besuchte Göring mit seiner Frau während eines Urlaubs Ende Mai bis Anfang Juni 1935 einige Balkanländer, so Jugoslawien, Griechenland und Bulgarien. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 91, S. 162–164.

¹³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Gemeint ist die Sudetendeutsche Heimatfront, die sich am 19.4.1935 in Sudetendeutsche Partei umbenannte.

Das alles zeugt davon, dass Deutschland in allernächster Zeit in Mitteleuropa und auf dem Balkan einige ernsthafte Manöver durchführen wird, wobei nicht ausgeschlossen ist, dass es Deutschland gelingen wird, sich einen neuen Stützpunkt zu schaffen. Als einen solchen betrachte ich zum Beispiel Ungarn, wo der italienische Einfluss sehr schnell durch den deutschen ausgetauscht wird.

Das sind die Grundfragen, die mich bewegen. In diesem Brief habe ich Dir meine Überlegungen in äußerst gedrängter und konspektartiger Form dargelegt. Du hast natürlich recht, dass der Schlüssel für die weitere Entwicklung nicht auf dem Balkan liegt, der dennoch eine sehr große Rolle spielt, sondern in der Politik der Hauptmächte gegenüber Deutschland. Offenbar erfährt die Politik Großbritanniens ****erneut****¹⁴ eine prodeutsche Ausrichtung. Diese Etappe ist natürlich nicht als eine endgültige anzusehen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Štern

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten.*

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 71–69. Kopie.

Nr. 169
Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an
den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 4
27.V.35

NKVT Nr. 257

An das
POLITBÜRO des ZK der VKP (B)
Gen. STALIN
Kopie an: Gen. MOLOTOV

Zum Kreditabkommen mit Deutschland vom 9.IV. 1935.
Stellungnahme zum Schreiben der Genossen Mar'jasin und Majofis

Der Versuch der Gosbank (Gen. Mar'jasin), die Finanzseite der Außenhandelsoperation in die Kompetenz der Gosbank zu überführen (und darauf läuft der ganze Sinn und Zweck seines Schreibens¹ hinaus), ist weder durch die Sachkompetenz und die faktische Tätigkeit der Gosbank, noch durch den Charakter der Außenhandelsverhandlungen gerechtfertigt. Da das Schreiben des Gen. Mar'jasin nun einmal

¹⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹ Vgl. Dok. 152, Anm. 7.

vorliegt, sehe ich mich dennoch genötigt, die erforderlichen Auskünfte und Erläuterungen zu geben.

1. Da wir beim Import Firmenkredite ablehnen, so bedeutet der Vorschlag des Gen. Mar'jasin hinsichtlich der Modalitäten bei den Kreditverhandlungen im Prinzip, alle Grundfragen des Außenhandels und der Außenhandelspolitik Gosbank zu übertragen oder zumindest eine Zweiteilung bzw. einen Parallelismus auf diesem Gebiet zuzulassen.

Ich weiß nicht, wie zufriedenstellend die Gosbank ihre eigentlichen Aufgaben bewältigt, doch bin ich mir sicher, dass der Versuch der Gosbank, sich auch noch mit dem Außenhandel zu befassen (wozu die Gosbank absolut nicht kompetent ist), für die Sache nur von Schaden wäre.

Sämtliche Finanz- und Kreditverhandlungen mit ausländischen Vertretern und Banken sind nicht von den Verhandlungen über die Vergabe von Aufträgen, über die Handels- und Zahlungsbilanzen, über die Exportkontingente usw. zu trennen. Es ist verständlich, dass es in diesen Verhandlungen von unserer Seite auf eine strikte organisatorische Einheit bei der Umsetzung unserer Taktik ankommt. Im Übrigen gab es in den Verhandlungen mit Schweden und Deutschland seitens der kapitalistischen Regierungen ebenfalls eine strikte Einheit in der Verhandlungsführung. In Deutschland haben zum Beispiel die Banken überhaupt nicht an den Verhandlungen teilgenommen, sämtliche Verhandlungen wurden von Anfang bis Ende ausschließlich von Schacht persönlich geführt.

Wenn solch eine Einheit in den kapitalistischen Länder ungeachtet der internen Interessenkämpfe besteht, so sollte eine solche Einheit für uns umso zwingender sein.

2. Wir haben den Leiter des Valuta- und Finanzsektors des NKVT, Gen. Stefanov, der einer unser besten Fachleute auf dem Gebiet der Finanzierung des Außenhandels ist, abgestellt, um Gen. Kandelaki bei der Abfassung des Kreditabkommens mit den Deutschen zu unterstützen. Gen. Stefanov hat u.a. alle finanztechnischen Konditionen für den Entwurf des schwedischen Abkommens erarbeitet².

Am wenigsten kompetent auf dem Gebiet der Kreditverhandlungen zum Import sind die Mitarbeiter der Gosbank, die auf dem Gebiet des Außenhandels technische Zahlungsfunktionen ausfüllten und ausfüllen, jedoch niemals an ernststen Verhandlungen zu Kreditabkommen beteiligt waren. Es ist bekannt, dass die Gosbank selbst ihre eigenen kurzfristigen Kredite bei ausländischen Banken verlor, zumindest aber keine Verbesserung der Konditionen erreichen konnte, obgleich sich unsere Finanzsituation erheblich verbessert hat.

So wird wohl kaum einer der Genossen, die den Berliner Vertreter der Gosbank, Gen. Majofis, kennen, ernsthaft behaupten, dass dieser fähig wäre, an beliebigen ernsthaften Verhandlungen teilzunehmen, ohne dass die Sache Schaden nimmt. Das Schreiben des Gen. Majofis, das Gen. Mar'jasin seinem Schreiben³ beifügte, enthält solch einen Unsinn wie die Empfehlung, dass wir an die Deutschen

² Zum unterzeichneten, aber nicht ratifizierten Abkommen über einen schwedischen Staatskredit an die UdSSR vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 405, Anm. 4, S. 1104–1105.

³ Vgl. Dok. 152.

dreimonatige Wechsel anstelle von fünfjährigen Wechseln mit Endfristen ausgeben. So schreibt Gen. Majofis: „Die zweiten Tratten [sind] für die deutschen Firmen absolut unnötig, da wir sie selbst anstelle der fünfjährigen Wechsel, die alle drei Monate durch Akzpte erneuert werden, geben könnten, was die deutschen Firmen von der Ausgabe von Tratten, welcher Art sie auch sein mögen, zu diesem Kredit befreien würde.“

Indes liegt ein spezielles Verbot des ZK vor (in den Direktiven, die seinerzeit noch Vejcer erteilt worden sind), sich nicht mit der Bedingung einverstanden zu erklären, die im Zusammenhang mit der Verschlechterung unserer Beziehungen mit Deutschland besonders gefährlich ist: bei unseren dreimonatigen prolongierten Wechseln können die Deutschen deren Einlösung zu jeder Zeit vor Ablauf der Kreditfrist fordern. Dieser Vorschlag ist von den Deutschen bei den Verhandlungen nachdrücklich vertreten worden. Wir haben ihn abgelehnt. Im Nachhinein ist nunmehr Gen. Majofis der gleiche Vorschlag eingefallen.

Wie kann man auf solch knechtende Konditionen eingehen? Allein dieses Beispiel charakterisiert zur Genüge die „Sachkompetenz“ von Majofis.

3. Es ist unbestritten, dass das deutsche Kreditabkommen nicht alle unsere Maximalforderungen und Wünsche zufriedenstellt. Wir hätten auch gern erreicht, dass 1) der Kredit mit Obligationen, nicht aber mit Wechseln garantiert ist; dass 2) die deutsche Regierungsbürgschaft nicht für jeden Einzelauftrag erteilt wird, sondern für den Kredit insgesamt; 3) dass unsere Obligationen unmittelbar als Pfand bei der Reichsbank hinterlegt werden; 4) dass die deutsche Regierung unsere Aufträge nicht nur zu 100% finanzieren, sondern auch ihre volle Bürgschaft für den Kredit geben würde; 5) dass die Verzinsung des Kredits nicht 6, sondern 5½ Prozent beträgt; dass die Laufzeit des Kredits nicht fünf Jahre, sondern ein längeren Zeitabschnitt umfasst usw.

Doch das Kreditabkommen, das wir mit den Deutschen erzielten, ist der erste Bankkredit für Aufträge mit einer Laufzeit von fünf Jahren⁴ und ist wie jedes Abkommen das Ergebnis gegenseitiger Zugeständnisse. Diese Zugeständnisse sollte Gen. Vejcer ganz am Anfang der Verhandlungen machen. Gen. Kandelaki konnte sie unter schwieriger gewordenen Bedingungen, da die Deutschen unseren Export unter Druck setzten, selbstverständlich nicht zurücknehmen.

Das ist der Grund dafür, warum ich in meinem Artikel in der „Pravda“, den ich in Ihrem Auftrag geschrieben habe, folgende Einschätzung des Abkommens mit den Deutschen gegeben habe:

„Obwohl das am 9. April unterzeichnete Abkommen über den fünfjährigen 200-Millionenkredit nicht ganz in vollem Umfang die Erfordernisse der sowjetischen Importpolitik sowohl hinsichtlich der Laufzeit des Kredits als auch hinsichtlich der Finanzierungstechnik zufriedenstellt, ist es zweifellos ein ernsthafter Schritt, um diesen Forderungen entgegenzukommen.“⁵

4. Ich muss betonen, dass es Gen. Kandelaki in den Verhandlungen mit den Deutschen gelungen ist, in einer Reihe von höchst wichtigen und entscheidenden Punkten bessere Konditionen im Vergleich zu dem durchzusetzen, was ihm erlaubt

⁴ Vgl. Dok. 116.

⁵ „Germanskij finansovij kredit SSSR“ (Der deutsche Finanzkredit an die UdSSR). In: Pravda vom 10. April 1935, S. 1.

gewesen war. Ich erinnere daran, dass er hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Ex- und Import und den Devisenzahlungen unter Einbeziehungen der vom PB vorgegebenen dritten Position⁶ ein Abkommen zu den Konditionen zwischen der ersten und zweiten Position erreicht hat (unsere Verpflichtung, laufende Aufträge in einem Volumen von 60 Mio. Mark anstelle von 80 Mio. Mark zu vergeben; für 150 Mio. Mark anstelle von 140 [Mio. Mark] zu exportieren; die Verpflichtung, an Devisen 100 Mio. Mark anstelle von 110 zu zahlen).

5. Unsere fünfjährigen Wechsel werden zum Zwecke der Rediskontierung in der Reichsbank in dreimonatige Wechsel „eingetauscht“, die von den deutschen Firmen und Banken unterzeichnet sind, weil die Reichsbank laut Satzung nicht das Recht hat, Wechsel mit einer Frist von über drei Monaten zu diskontieren. Somit ist garantiert, dass wir den Kredit nicht früher als vor Ablauf seiner fünfjährigen Laufzeit tilgen werden.

6. Von einer Beteiligung der Firmen an unserer Kreditierung in einer Höhe von 30% des nicht von der Regierung garantierten Teils der Aufträge kann man nur in einem sehr bedingten Sinne sprechen. Die Firmen bekommen 100% des Wertes für den Auftrag von dem Bankenkonsortium in bar ausgezahlt, obgleich sie durch die Zeichnung der nicht garantierten Wechsel an dem Kreditrisiko zu 30% beteiligt sind.

Das ist der Grund dafür, warum ich Ihnen hinsichtlich des Vergleichs der Kreditkonditionen, über die wir zurzeit in Prag⁷ verhandeln, mit den Konditionen des deutschen Kreditabkommens u.a. geschrieben habe: „Der tschechische Kredit wird zu 2/3 von den Firmen gewährt, während der deutsche Kredit im günstigsten Fall lediglich zu 30% als ein Firmenkredit bezeichnet werden kann (wenn man berücksichtigt, dass die Firmen zu 30% an dem Kreditrisiko durch die Zeichnung nicht garantierter Wechsel beteiligt sind, obgleich die Banken das ganze Geld geben).“

Dem ist hinzuzufügen, dass laut Entwurf des Abkommens mit der Tschechoslowakei die tschechische Nationalbank nicht die Möglichkeit einer Rediskontierung oder der Verpfändung der von uns ausgegebenen fünfjährigen Obligationen einräumt, die deutsche Reichsbank hingegen im Prinzip die gesamte Finanzierung unserer Aufträge übernimmt.

A. Rozengol'c

27.V.35

RGAE, f. 413, op. 12, d. 1753, l. 48–52. Kopie.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 74, S. 120–123.

⁶ Vgl. Dok. 64.

⁷ Vgl. Dok. 92, Anm. 5.

Nr. 170
Schreiben des Stellv. Leiters der Industrieabteilung des ZK der VKP (B)
Sorokin an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c

Paris, den 27.V.1935

Lieber Arkadij Pavlovič,

einige Bemerkungen und Eindrücke zu Berlin.

1. Unter Mitarbeitern [der Abteilung] des Imports der Berliner Handelsvertretung herrscht die Meinung vor, dass die Deutschen mit Aufträgen überlastet seien und unsere Aufträge ungern entgegennehmen würden. Dies stimmt nicht. Einige der Firmen, die wir brauchen, haben tatsächlich viel zu tun. Es stimmt aber nicht, dass sie sich zu unseren Aufträgen gleichgültig verhalten würden. Dies ist ein kommerzieller und taktischer Schachzug von ihrer Seite, um sich beim Aushandeln der Preise uns gegenüber eine bessere Position zu verschaffen. Ich besuchte beispielsweise das Schütte-Werk¹. Der Betrieb arbeitet in 1½ Schichten, er ist bereit, Aufträge anzunehmen und bietet gute Lieferfristen an. Ich erinnere mich, dass wir vor 3 Jahren auf die gleiche nach außen hin gezeigte gleichgültige und abwartende Haltung der Deutschen gestoßen waren. Damals haben wir entschieden, falls Du Dich erinnerst, diese Abwartepolitik mit der Vergabe von Aufträgen zu kontern. Der Erfolg trat ein. Ich schlug Gen. Kandelaki vor, auch dieses Mal damit zu beginnen, Aufträge zu vergeben, nicht aber anzusammeln. Mit der Vergabe von Aufträgen wird den Konkurrenten das Wasser im Munde zusammenlaufen. Gen. Kandelaki nahm den Vorschlag an. Und genau das ist zu tun.

2. Die deutsche Industrie ist im Verlaufe einiger Jahre in technischer Hinsicht erheblich erstarkt. Ich meine damit die Chemie, Dieselmotore, Werkzeugmaschinen, den Präzisionsgerätebau usw. Für die Verhandlungen über den 200-Millionenkredit würde ich empfehlen, nicht sofort alle Kommissionen für alle Zweige zu entsenden. Ich würde empfehlen, 2–3 Kommissionen zu entsenden, darunter in erster Linie für die Chemie: Hydrierung, Stickstoff, ^{**Nitro**}2-Farben, Kunststoffe, kurz alles das, was die IG Farbenindustrie anbietet. Mit ihr muss ein Abkommen angestrebt werden. Dies würde uns auch den Zugang zu anderen Ländern und zu anderen Firmen eröffnen. Und die IG Farben hat viel Interessantes zu bieten. Es ist verständlich, dass die Deutschen uns Werkzeugmaschinen und ähnliches zu verkaufen wünschen, wir müssen jedoch mit dem wichtigen und technisch zurückgebliebenen Abschnitt, der Chemie, beginnen. Dazu mein Vorschlag: in der ersten Etappe ist die Anzahl der Kommissionen zu begrenzen, um die Anstrengungen zu konzentrieren und den Deutschen keine Wahl zu lassen. Im Übrigen liefert uns die Chemie säurefeste und hitzebeständige Qualitätsstähle, bei denen wir ebenfalls zurückgeblieben sind, Deutschland hat auf diesem Gebiet jedoch viel erreicht.

3. Der Apparat der Handelsvertretung (die Importseite) ist außerordentlich schwach. Die Mehrzahl der Abteilungen [befasst sich] (mit spezialisierten Gesellschaften), die Abteilungen sind jedoch nicht mit Personal ausgestattet. Die Abteilung für Werkzeugmaschinenimport verfügt über einen 1 Mitarbeiter (Ingenieur),

¹ Die Schütte-Werke waren auf den Werkzeugmaschinenbau spezialisiert.

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

beim Maschinenimport sind es 2 Mitarbeiter. Zugleich gibt es in der übergeordneten Struktur nicht wenige Mitarbeiter, so Černjak, Gendin, Gorskij u.a. Mir scheint, dass in der Handelsvertretung aus den voneinander getrennten „spezialisierten“ ****Import****³-Abteilungen zum Nutzen der Sache 1–2 Abteilungen geschaffen werden können ******(z. B. eine für Verifizierung⁴ und eine für Maschinen)******⁵, Černjak ist direkt für die operativen Angelegenheiten einzusetzen und Gendin zu seinem Stellvertreter zu ernennen. In diesem Fall werden die Ingenieure besser eingesetzt, die in den Kommissionen (sie sind unentbehrlich) über Erfahrungen in der Handelstätigkeit verfügen sollten. Von ihnen eine enge Spezialisierung zu fordern, ist nicht möglich. Es ist an der Zeit, auch die Importgesellschaften zu stärken, und noch besser wäre es, sie in den Apparat des Volkskommissariats einzugliedern und das Speditionskontor außerhalb des Volkskommissariats zu belassen. Dies senkt die Ausgaben und bringt die operativen Verhandlungen mit den Firmen näher an das Volkskommissariat heran. Es lohnt sich, darüber nachzudenken.

4. Bei den Einkäufen in Amerika müssen wir ein Hinterland haben, weil Eilaufträge an Autowerke für eine sehr große Summe selbst für solch ein Land wie die USA⁶. Deshalb habe ich meinen Aufenthalt in Deutschland dazu genutzt, um im Bedarfsfall auf die deutschen Maschinenbaubetriebe zurückgreifen zu können. Falls wir mit den Automaten „KON“ in Schwierigkeiten geraten sollten (hinsichtlich der Fristen oder der Preise), habe ich in dem Gespräch mit Schütte klären können, dass die Firma von uns Aufträge von bis zu 100 Werkzeugmaschinen mit einer *Lieferfrist von 4 Monaten und mehr entgegnenzunehmen bereit ist. Deshalb haben Kandelaki und ich vereinbart, dass wir in Kontakt bleiben und bei Bedarf eine Verlagerung der Aufträge nach Deutschland vornehmen werden.*⁷

5. Trotz der Äußerungen Hitlers habe ich während meines Aufenthaltes in Deutschland den nachhaltigen Eindruck gewonnen, dass wir mit den Deutschen große Geschäfte tätigen können. Hier erhalten wir eher als in den USA einen zehnjährigen Darlehenskredit. Dies gibt mir in Verbindung mit den großen technischen Erfolgen, die die Deutschen erzielt haben, Grund zur Annahme, dass eine Anbahnung großer Geschäfte mit Deutschland unter allen Gesichtspunkten mehr als wünschenswert ist.

Gruß

M. Sorokin

P.S. In Paris bleibe ich zwei Tage. Heute habe ich mich mit Gen. Dvolajckij getroffen. Am 29. gehe ich an Bord des Dampfers „Normandie“⁸.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 1797, l. 9–10R. Original. Handschriftlich.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ So im Dokument.

⁵ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁶ Der Satz ist im Dokument unvollständig.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit Tinte angestrichen.

⁸ Der transatlantische Post- und Passagierdampfer verkehrte auf der Linie Le Havre-Plymouth-New York. Sorokin hielt sich von Juni bis September 1935 dienstlich in den USA auf. Vgl. Moskva-Vašington: Politika i diplomatija Kremlja, 1912–1941 (Moskau-Washington: Politik und Diplomatie des Kreml, 1912–1941), in 3 Bdn., hrsg. von G. N. Sevost'janov, Moskva 2009, Bd. 3, Dok. 174, S. 248–274.

Nr. 171

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an
den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Geheim
Expl. Nr. 2
3. Juni 1935

Nr. 176/I

An den
Bevollmächtigten Vertreter
der UdSSR in Deutschland
Gen. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

nach meiner Rückkehr habe ich sofort einen Bericht geschrieben, in dem ich vorschlug, sich mit der Teilnahme an Verhandlungen zu einem Ostpakt vorerst zurückzuhalten und Frankreich die Initiative zu überlassen.¹ Dieser Beschluss ist verabschiedet worden.² Den Berichten des „Daily Telegraph“ und französischer Zeitungen nach zu urteilen, hätten die Deutschen angeblich bereits jetzt ihre Ablehnung eines Ostpakt auch ohne einen gegenseitigen Beistand erklärt. Beispielsweise sagte Köster gestern zu Potemkin in Paris, dass sich seine Regierung negativ zum französisch-sowjetischen Abkommen verhalte, weil die in ihm vorgesehene gegenseitige Beistandsverpflichtung angeblich gleichbedeutend mit einem Bündnis wäre und obendrein Unklarheit in die Beziehungen der Teilnehmerländer des Locarno-Paktes hineintrüge.³ Köster ergänzte, dass die letzte Rede Hitlers⁴ seiner Meinung nach die Erklärung Neuraths, die er den Engländern gegenüber in Stresa abgegeben hatte, „überdecke“.⁵ Somit kann man die Ostpakt-Frage gegenwärtig als erledigt erachten. Die Erklärung Neuraths gegenüber Berliner Diplomaten, wonach man von uns und Frankreich konkrete Vorschläge erwarte, kann man entweder als Heuchelei oder damit erklären, dass Neurath nicht über die Entscheidungen Hitlers informiert ist. Ich habe heute Majskij telegrafisch den Auftrag erteilt, dem Foreign Office unsere Einschätzung der Rede Hitlers zur Kenntnis zu bringen.⁶ Wir stellen fest, dass es in dieser Rede überhaupt keine positiven Veränderungen in der Haltung Deutschlands hinsichtlich des Londoner Abkommens vom 3. Februar⁷ gibt und die Haltung zu allen Punkten dieses Abkommens weiterhin eine negative bleibt. Wir stellen fest, dass Hitler das mit Blick auf Stresa abgegebene Einverständnis zum Ostpakt zurückgenommen hat, dass der Donau-Pakt ebenfalls abgelehnt wird und keine Neigung zu erkennen ist, dem Völkerbund beizutreten. Daher

¹ Vgl. das Schreiben Litvinovs an Stalin vom 31.5.1935. In: AVP RF, f. 05, op. 15, p. 104, d. 3, l. 358–364.

² Vgl. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 1.6.1935 (Protokoll Nr. 26, Pkt. 218, Sondermappe). In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 545, l. 127.

³ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 246, S. 366.

⁴ Vgl. Dok. 159.

⁵ Vgl. Dok. 148, Anm. 3.

⁶ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 250, S. 371–372.

⁷ Vgl. Dok. 29, Anm. 10.

nehmen wir an, dass Hitler weiterhin jegliche Bemühungen zur „Organisierung“⁸ der kollektiven Sicherheit bekämpfen wird, weil die Kräfteansammlung und die Vorbereitung auf eine Aggression, in erster Linie in südöstlicher und östlicher Richtung, entsprechend dem Buch „Mein Kampf“, die Grundlage seiner Politik bleibt. Bei dieser Lage der Dinge gibt es keine Veranlassung, den Abrüstungsversprechungen Hitlers Glauben zu schenken. Wir fragen ****deshalb****⁹ bei der britischen Regierung nach, ob sie weiterhin von einer untrennbaren Verknüpfung der Probleme ausgeht, die im Londoner Abkommen erwähnt werden, und bitten sie darum, in den Verhandlungen mit Deutschland alles zu vermeiden, was Hitler als Einverständnis zu seiner Konzeption einer Einteilung Europas in Gebiete, in welchen der Friede gewährleistet sein soll und in welchen nicht, auffassen könnte, was einer Ermunterung zur Aggression gegen diesen oder jenen Teil Europas gleichkäme. Ich erteile Potemkin den Auftrag, diese Erklärung auch Laval zur Kenntnis zu bringen. Zugleich versuchen wir, in Paris, London und Rom in Erfahrung zu bringen, welche Antwort Deutschland auf das Memorandum über die Unvereinbarkeit des französisch-sowjetischen Paktes mit den Locarno-Abkommen¹⁰ gegeben wird.

Mit Gruß

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit blauem Farbstift: N.N.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2772 vom 3.6.1935.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Warschau, das 5. nach Rom, das 6. ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 75–76. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 253, S. 373–374¹¹.

⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Vgl. Dok. 163.

¹¹ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 172

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov

Geheim
Persönlich.
5. Juni [1935]

1345

An den
Volkskommissar für Verteidigung
Gen. VOROŠILOV

Sehr geehrter Kliment Efremovič,

ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Tatsache lenken, die die *Deutsche Botschaft zum Anlass einer Demarche genommen hat.

Der Befehlshaber der Truppen des Leningrader Militärbezirkes, Gen. Belov, hat mit Befehl angeordnet, dem 12. Schützenregiment für vorbildliche Leistungen die Wanderfahne des deutschen Komsomol zu überreichen. Darüber gibt es in der „Komsomol'skaja Pravda“ vom 18. Mai einen Bericht.*¹

Ohne formal Protest zu erheben, machte Twardowski Gen. Štern darauf aufmerksam, dass Gen. Belov mit diesem Befehl der Tatsache einen offiziellen Stempel aufgedrückt hat, dass unser Truppenteil unter der Patenschaft des deutschen Komsomol, einer in Deutschland verbotenen illegalen Organisation stehe.² Twardowski verstehe, dass unsere Rotarmisten und unser Kommando gegenüber dem deutschen Komsomol Sympathien hege, diesem oder einem anderen Truppenteil jedoch offiziell den Beinamen Komsomol zu verleihen, liefe jedoch auf das Gleiche hinaus, wenn irgendeinem Regiment der deutschen Reichswehr in Ostpreußen der Name von Admiral Kolčak oder einem anderen weißgardistischen General verliehen worden wäre.

Das sei nach Auffassung Twardowskis eine Einmischung in die innerdeutschen Angelegenheiten, auf jeden Fall aber ein offizieller unfreundlicher Akt gegenüber Deutschland.

*Ich bin der Ansicht, dass wir keine Handlungen in der Art des Befehls des Gen. Belov unternehmen sollten, die den Deutschen die Möglichkeit verschaffen, ihre feindseligen Aktionen gegen uns zu rechtfertigen. Es wäre sehr gut, wenn Sie auf geheimem Wege den Truppenbefehlshabern die Weisung erteilen würden, sich Schritte dieser Art zu enthalten.*³

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk mit Bleistift: MM.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1925 vom 7.6.1935.

¹ Der Text ist mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

² Vgl. Dok. 164.

³ Der Text ist mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
3 E[xemplare]. Kopie an Gen. Litvinov.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 33, l. 15. Kopie

Nr. 173

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

GEHEIM
PERSÖNLICH
7. Juni [1935]

1348

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

1. Nunmehr ist in den sowjetisch-deutschen Beziehungen für uns die Zeit des Abwartens gekommen. Wir warten ab, was die deutsche Regierung auf den französischen Vorschlag antworten wird, Verhandlungen zum regionalen Ostpakt über Nichtangriff auf der Grundlage des Vorschlags der Deutschen aufzunehmen, den sie über die Engländer auf der Konferenz in Stresa¹ unterbreitet hatten.

Sollten die Deutschen eine positive Antwort geben, werden wir uns wahrscheinlich in die Verhandlungen einschalten und voraussichtlich einen eigenen Paktentwurf unterbreiten. Sollten die Deutschen eine Antwort im Sinne der Thesen der letzten Rede Hitlers² geben, d h. unsere Teilnahme ablehnen oder ausschließlich über bilaterale Pakete zu sprechen beabsichtigen, werden wir darüber nachdenken, wie der ganzen Welt noch anschaulicher der Unwille Deutschlands zu zeigen ist, selbst auf diese höchst reduzierte Organisationsform der kollektiven Sicherheit einzugehen.

Einstweilen warten wir ab.

2. Ich denke bereits über den Urlaub nach. Falls es keine unvorhersehbaren Hindernisse und Einwände geben sollte, beabsichtige ich den Urlaub sofort nach der Abreise von Beneš³ anzutreten, und zwar ab 15. Juni.

Ich gedenke den ersten Teil des Urlaubs (einen Monat) in einem Sanatorium bei Moskau zu verbringen. Nach der Rückkehr von M.M.⁴ aus Genf im Oktober träume ich aber davon, für einige Zeit auf die Krim zu entfliehen.

¹ Vgl. Dok. 148, Anm. 3.

² Vgl. Dok. 159.

³ Vgl. Dok. 168, Anm. 2.

⁴ Litvinov.

Wie steht es um Ihre Urlaubspläne? Potemkin sagte mir, dass er zusammen mit Ihnen nach Marienbad fahren werde. Wann gedenken Sie Urlaub zu nehmen?

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
3 E[xemplare]. Kopie an: Gen. Litvinov.*

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 78. Kopie.

Nr. 174

Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin an das AA

Berlin, den 7. Juni 1935

540

An das
Auswärtige Amt
Berlin W 8

Verbalnote

Die Botschaft der UdSSR beehrt sich, dem Auswärtigen Amt Folgendes mitzuteilen:

Am 5. Juni d. J. gegen 7 Uhr abends begab sich die Sekretärin des Handelsvertreters der UdSSR in Deutschland, Frau Tschelnokowa, mit einem Dienstpaket, adressiert an den Namen des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Herrn Molotow, aus dem Hause der Botschaft, Unter den Linden 7, in das Haus der Handelsvertretung, Lietzenburger Straße Nr. 11. Sie fuhr mit dem Auto des Handelsvertreters Nr. 122. Als sie vor dem Hause Lietzenburger Straße Nr. 11 das Auto verließ, wurde sie von zwei vor dem Haus schon seit 5 Uhr stehenden Personen tätlich angegriffen, wobei einer der Angreifenden sie von hinten packte, während der andere sich des oben erwähnten Dienstpaketes zu bemächtigen versuchte. Frau Tschelnokowa wehrte sich gegen die Angriffe wie sie nur konnte und fiel zu Boden, um auf diese Weise das Paket zu verdecken und vor den Angreifern zu bewahren. Auf die Hilferufe der Frau Tschelnokowa und des Chauffeurs des Wagens kamen der Portier des Hauses Lietzenburger Straße Nr. 11 und einer der Passanten zu Hilfe und hielten einen Angreifer fest, während der andere entfliehen konnte, wobei er seinen Hut auf der Stelle gelassen hat. Bei dem Verhör in dem nahe liegenden Polizeirevier, welches in Anwesenheit des inzwischen eingetroffenen Vizekonsuls, Herr Kaplan, stattfand, wurde der oben dargelegte Sachverhalt bestätigt. Der Festgehaltene hat sich auf Befragen des Polizeibeamten über seine Personalien als staatenlos, in Danzig geboren und der früheren Staatsangehörigkeit als Russe ausgegeben. Er nannte sich Bardanow. Bei dem Verhör wurde festgestellt, dass die Initialen des Hutes mit den von dem Täter angegebenen Namen und Vornamen nicht übereinstimmten. Auf die entsprechende Frage des Polizeikommissars

570

antwortete der Festgehaltene, dass er den Hut als Geschenk von seinem Freund bekommen habe. Auf die Frage, warum er die Frau Tschelnokowa angegriffen habe, antwortete er, dass er sie angeblich vor dem anderen Angreifer verteidigen wollte.

Indem die Botschaft der UdSSR den vorliegenden Fall dem Auswärtigen Amt zur Kenntnis bringt, bittet sie das Auswärtige Amt um dringendste Untersuchung der Angelegenheit und enthält sich vorläufig jeder Schlussfolgerung, bis die Ergebnisse der Untersuchung durch das Auswärtige Amt an die Botschaft der UdSSR mitgeteilt werden.

Für die Bemühungen und baldigste Erledigung spricht die Botschaft im Voraus ihren verbindlichsten Dank aus.

Auf Briefkopf der Bevollmächtigten Vertretung geschrieben. Eingangsstempel des AA: IV Ru 2232 Eing. 7 Juni 1935.

PA AA, R 94632, o. P., 2 Bl.

Nr. 175

Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Mitarbeiter des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von Tippelskirch

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Berlin, den 11.VI.35

TAGEBUCH

E. GNEDINS

Nr. 283/s¹

Unterredung mit von Tippelskirch, 7. Juni

Im Auftrag des Gen. Bessonov suchte ich Tippelskirch auf, um ihm persönlich die Note wegen des Überfalls von zwei Weißgardisten auf die Mitarbeiterin der Handelsvertretung Gen. Čelnokova² auszuhändigen. Nachdem Tippelskirch die Note gelesen hatte, sagte er, er werde zur Aufklärung des Vorfalles alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Ich sagte, ich wolle zwecks Erleichterung der Ermittlungen in Ergänzung der Note mitteilen, dass vor der Versendung des Pakets zwischen der Bevollmächtigten Vertretung und der Handelsvertretung diesbezügliche Telefonate geführt worden seien. Vielleicht könne dieser Hinweis für Tippelskirch bei der Ermittlung der Schuldigen von Nutzen sein. Tippelskirch fragte, wer das Telefongespräch geführt habe. Als ich antwortete, dass ich mich nicht daran erinnern, wer genau das war, in dem Telefonat jedoch auf die Wichtigkeit des Pakets hingewiesen worden sei, fragte Tippelskirch mit lebhaftem Interesse, ob es den Angreifern gelungen wäre, das Paket an sich zu reißen. Ich beruhigte ihn, dass es ih-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 174.

nen nicht gelungen sei, sich des Pakets zu bemächtigen. Tippleskirch wiederholte nochmals, er werde alle Maßnahmen für die Aufklärung der Angelegenheit ergreifen.

Danach sagte ich, dass ich ein paar Angelegenheiten ansprechen möchte, die bei uns einen sehr unangenehmen Eindruck hinterlassen hätten. Ich berichtete Tippleskirch von dem von der Gestapo verhängten Verbot, Plakate von Intourist zu kleben, sowie darüber, dass drei aus Moskau über Berlin nach Amerika reisende Ingenieure auf dem Bahnhof verhaftet und von der Polizei verhört worden seien. Ich fügte hinzu, dass mein Eindruck der sei, dass die Rede vom 21. Mai³ von den Ortsbehörden als Signal zum Angriff auf breiter Front gegen die sowjetisch-deutschen Beziehungen aufgefasst werde. Ich gehe davon aus, dass Tippleskirch diese Rede nicht in dem gleichen Sinne interpretiere. Tippleskirch, der recht lustlos auf meine Auslegung der Rede Hitlers reagierte, begann nun eindringlich zu beweisen, dass Intourist völlig den deutschen Gesetzen unterliege und deutsche Behörden das Recht hätten, auch einzelne Reklamearten zu verbieten. Als ich meine Verwunderung darüber äußerte, dass sich Tippleskirch so gut auf die juristische Analyse dieser Angelegenheit vorbereitet habe, bemerkte Tippleskirch, dass es nicht zum ersten Mal Zwischenfälle wegen Intourist gebe, die Deutschen nicht die Tätigkeit von Intourist behindern möchten, d.h. den Kauf und Verkauf von Fahrkarten, und sie alle Rechte hätten, die Tätigkeit von Intourist genauso wie die Tätigkeit anderer Reisebüros zu regeln. Meine Frage, in welchen Fällen die Behörden die Reklametätigkeit von deutschen Gesellschaften begrenzen könnten, konnte T. nicht beantworten. Ich beendete das Gespräch mit dem Hinweis, dass wir in der Intourist-Angelegenheit noch eine Note schicken würden.⁴

Ich machte Tippleskirch darauf aufmerksam, dass ich bereits am 21. Mai gebeten hätte, die Klärung der Fragen bezüglich der Besteuerung der Handelsvertretung zu beschleunigen, deutsche Gerichte würden dazu Urteile fällen, ohne dafür Gründe zu haben. Indessen forderten örtliche Finanzorgane auf der Grundlage eines Gerichtsurteils von der Handelsvertretung umgehend die Zahlung von verschiedenen Summen.⁵ Tippleskirch gestand ein, dass „die Angelegenheit Aufklärung erfordert“, und versprach, Maßnahmen zu ergreifen.

Zum Abschluss bat ich Tippleskirch, Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit Oskar Grossman eine zusätzliche Verpflegung erhält. Diese hätte er zwar zuvor erhalten, danach sei sie jedoch wieder abgesetzt worden.⁶ Grossman habe Tuberkulose. Tippleskirch sagte, er werde versuchen, unserer Bitte zu entsprechen. Als ich die Hoffnung aussprach, dass ihm das gelingen werde, brauste Tippleskirch plötzlich auf und beklagte sich darüber, dass den deutschen Bitten in Moskau nicht entsprochen werde, er sprach insbesondere lange **über**⁷ das Schicksal von Fuchs.⁸

³ Vgl. Dok. 159.

⁴ Vgl. Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland an das AA vom 7.6.1935. In: AVP RF, f. 82, op. 19, p. 65, d. 10, l. 150.

⁵ Vgl. Verbalnoten der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland an das AA vom 17.4. und 7.6.1935. In: AVP RF, f. 82, op. 19, p. 65, d. 10, l. 131–132.

⁶ Vgl. Dok. 28.

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Vgl. Dok. 140.

Ich wies kategorisch den Versuch zurück, mit mir über Moskauer Angelegenheiten zu sprechen und fügte hinzu, dass ich mich generell gegen Versuche ausspräche, eine Bilanz aller Fälle zu ziehen, sobald ich diese oder jene laufende Frage zur Sprache brächte. Unsere Pflicht bestünde darin, die Interessen der sowjetischen Bürger gegenüber dem Auswärtigen Amt zu verteidigen, und ich nähme an, Tippielskirch sehe seine Pflicht darin, uns bei der Erfüllung unserer Aufgaben zu unterstützen. Tippielskirch stimmte mir nachdrücklich zu, wonach die Methode einer Bilanzziehung nicht annehmbar sei. Währenddessen wurde Tippielskirch am Telefon verlangt. Aus seinen Antworten war zu entnehmen, dass sich irgendeine hochgestellte Person für das Schicksal der in der UdSSR inhaftierten Deutschen interessiere, wobei Tippielskirch ausführte, dass „es sehr viele solcher Fälle gibt“. Nachdem er den Telefonhörer aufgelegt hatte, erzählte er erregt, der Staatssekretär des Landwirtschaftsministeriums Backe habe erfahren, dass alle seine Freunde und Bekannten in Tiflis verhaftet worden seien (Backe ist, wie ich ermittelt habe, in Batum geboren und bis 1914 in Tiflis zur Schule gegangen). Tippielskirch wollte es mir nicht sagen, aber jetzt müsse er alles sagen: mit jeder Post träfen Nachrichten über zahllose Verhaftungen in der UdSSR ein, die letzte Post habe die Nachricht über die Verhaftung einer Reihe von Personen enthalten, die mit dem Konsulat Deutschlands in Verbindung stünden, zum Beispiel seien die betagten Fufaevs verhaftet worden; T. machte mich darauf aufmerksam, dass in allen Regierungsinstanzen in Berlin die Verhaftungen in der UdSSR Empörung und Beunruhigung auslösen und diese Nachrichten von einer breiten Öffentlichkeit aufgenommen würden usw. (Am Abend des gleichen Tages brachten die Zeitungen die Meldung über Rerich⁹). In Entgegnung auf die Ausführungen von Tippielskirch sagte ich, dass ich den sowjetischen Behörden völlig vertraue und die gewichtigen Gründe für ihr Vorgehen nicht infrage stelle. Ich könne nur erneut wiederholen, dass die in Deutschland gehaltenen Reden in der sowjetischen Öffentlichkeit eine recht starke Empörung bewirken.

Unmittelbar darauf verabschiedeten wir uns.

Gnedin

Vermerk N.N. Krestinskijs mit grünem Farbstift: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2937 vom 13.6.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 6 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 an Gen. Krestinskij, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 48, l. 95–97. Kopie.

⁹ Vgl. z.B. „Neue Bluturteile gegen Deutsche im Sowjetstaat. Asiatische Methoden im Kampf gegen Deutschland und Kreuz“. In: Berliner Börsen-Zeitung vom 7. Juni 1935, Abendausgabe, S. 1.

Nr. 176
Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Osteuropa in der IV. Abteilung im AA von
Tippelskirch

Berlin, den 11. Juni 1935

e.o. IV Ru 2262

Sofort!

Aufzeichnung

Der russische Botschaftsrat Bessonoff hat mich soeben angerufen und folgendes mitgeteilt:

Er habe gehört, dass in der Leitung der Gesellschaft zum Studium Osteuropas Änderungen eingetreten seien.¹ Dies interessiere ihn im Hinblick auf die Herausgabe der russischen Aktenpublikation.² Hierüber liege ein Vertrag vor und es müssten noch 4 Bände der Aktenpublikation erscheinen. Bessonoff richtete an mich die Frage, ob die deutsche Seite beabsichtige, den Vertrag auszuführen und die noch ausstehenden 4 Bände herausgegeben werden würden.

Ich habe geantwortet, dass der Vertrag ausgeführt werde und dass die 4 Bände herausgegeben würden. Ich habe dies so formuliert, dass das selbstverständlich wäre, dass gar kein Zweifel daran bestehe und dass die erwähnten Änderungen in der Leitung der Gesellschaft zum Studium Osteuropas mit der bestehenden Sachlage bezüglich der Aktenpublikation nicht das Mindeste zu tun hätten.

Bessonoff fragte dann noch, ob der nach Moskau abgereiste Dr. Schüle^{x)3} über die Herausgabe der Aktenpublikation verhandeln solle. Ich habe dies verneint und bemerkt, dass Herr Schüle unserem D.N.B.-Vertreter ****in Moskau****4 zugeteilt sei.

Bessonoff wollte dann noch wissen, ob es richtig sei, dass Professor Hoetzsch nicht mehr als deutscher Herausgeber der Aktenpublikation fungieren solle. Ich habe auch diese Frage verneint und hinzugefügt, dass Professor Hoetzsch diese Arbeit weiter ausführen würde.

Bessonoff wiederholte meine Mitteilung, dass der Vertrag ausgeführt werden sollte und dass die noch fehlenden 4 Bände erscheinen würden und fragte, ob er dies nach Moskau telegrafieren könne.⁵ Ich habe dies bestätigt.

Hiermit – über Herrn Ministerialdirektor Meyer [und] Herrn Gesandten Hey – dem Herrn Stellv. St.S.⁶ ergebenst vorgelegt

v. Tippelskirch

¹ Vgl. auch Dok. 181. Die Änderungen wurden vor allem durch die Zwangspensionierung von Prof. Hoetzsch im Mai 1935 veranlasst. Zur Gesellschaft vgl. auch den „Bericht über die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas“, 13.6.1935. In: PA AA, R 83862, o. P.

² „Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der Zarischen und der Provisorischen Regierung“. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 196, Anm. 2, S. 626.

³ Unten handschriftlich eingefügt: x) früherer Mitarbeiter von Prof. Hoetzsch.

⁴ Der Text ist eingefügt. DNB-Vertreter war Wilhelm Baum.

⁵ Vgl. Schreiben Bessonovs an Stern, 11.6.1935. In: AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 205–205/R.

⁶ Gerhard Köpke.

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt am Seitenrand: H. MD Köpke, H. Ges. Stieve, St.S. [Bülow] mit deren Abzeichnungen, außerdem von M[eyer] 11/6. Darunter: Durchschlag an VI W, Original zu IV Ru mit nicht entzifferten Abzeichnungen. Unten: Po 28 Ru Dtsch. Ges. z. Stud. Osteur.

PA AA, R 83862, o. P., 2 Bl.

Nr. 177

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Geheim
Expl. Nr. 2
16.VI.35

187/I

An den
Bevollmächtigten Vertreter
der UdSSR in Deutschland
Gen. JA. Z. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

ungeachtet der Verlautbarungen von Köster¹ und Hassell² wünscht die deutsche Regierung offensichtlich nicht, die Karten vorzeitig auf den Tisch zu legen und ihre tatsächliche Haltung zum Ostpakt in reduzierter Form zu zeigen. Sie hat sich offensichtlich davon überzeugt, dass sowohl in Paris als auch in London weiterhin Interesse am Pakt besteht, und befürchtet, eine negative Antwort könne ein Abkommen zu See- und Luftfragen mit England erschweren. Ich bin geneigt zu glauben, dass Hitler für sich entschieden hat, den Ostpakt nach Möglichkeit zu liquidieren, jedoch eine Antwort voraussichtlich hinauszögert. Bei einer gewissen Hartnäckigkeit Londons wird Hitler möglicherweise bereit sein, in dieser Angelegenheit nachzugeben. Ich schrieb Ihnen über die Erklärung, die ich Majskij beauftragt habe dem Foreign Office im Zusammenhang mit der Rede Hitlers abzugeben³. Da Paris diese Erklärung sehr wohlwollend aufnimmt, schließe ich daraus, dass es versuchen wird, das Seeabkommen mit Deutschland etwas zu sabotieren, indem es auf den unzertrennbaren Zusammenhalt der Probleme des Abkommens vom 3. Februar⁴ oder auf das Erfordernis verweist, von Deutschland eine Antwort zum Ostpakt zu bekommen. Das kann Deutschland veranlassen, in der nächsten Zeit diese oder jene Antwort auf das Memorandum zu geben. Somit halte ich es für durchaus möglich, dass wir uns veranlasst sehen, uns bereits in den kommenden Wochen in die Verhandlungen einzuschalten,

¹ Am 2.6. unterrichtete Köster Potemkin über die negative Haltung der Regierung Deutschlands zum französisch-sowjetischen Vertrag. Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 246, S. 366.

² Über die Aussagen von Hassell vgl. Dm. Bucharcev: „Trojanskij kon“ germanskoj diplomatii“ (Das „Trojanische Pferd“ der deutschen Diplomatie). In: Izvestija vom 2. Juni 1935, S. 2.

³ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 250, S. 371–372.

⁴ Vgl. Dok. 29, Anm. 10.

daraus folgt freilich keineswegs, dass Sie Ihren Urlaub verschieben müssen. Die Verhandlungen werden in diesem Falle von Gen. Bessonov geführt werden müssen.

Schulenburg ist, wie Sie wissen, nach Berlin gereist, um neue Instruktionen einzuholen, weil er sich, ähnlich wie Sie, wegen der erzwungenen Tatenlosigkeit beschwerte. Als er sich von mir verabschiedete, verheimlichte er nicht die Hoffnung, dass er mit den Aussichten auf eine Aktivierung der Beziehungen zum NKID zurückkommen werde. Als er nach Moskau zurückgekehrt war, hat er sich kein einziges Mal bei mir gemeldet, auch während der Empfänge aus Anlass des Besuchs von Beneš⁵ hat er nicht mit mir gesprochen, was darauf schließen lässt, dass ihm eine einzige klare Direktive gegeben worden ist: „Stillhalten und sich nicht rühren.“

Die Aktivität der deutschen Diplomatie seit der Rede Hitlers⁶ war anscheinend nicht völlig erfolglos. Man kann die Separatverhandlungen mit England über das Seeabkommen⁷ hervorheben, das die Perspektive eröffnet, auch ein Luftabkommen abzuschließen. Darüber hinaus sind in Rumänien dank des abgeschlossenen Wirtschaftsabkommens⁸ gewisse Erfolge zu verzeichnen. Andererseits ist Görings Versuch gescheitert, mit Rumänien politische Verhandlungen aufzunehmen. Das Wirtschaftsabkommen selbst löst in Rumänien wütende Reaktionen aus, so dass, soweit uns bekannt ist, der geheime Teil des Abkommens bereits annulliert worden ist. Das Handelsministerium, das für dieses Abkommen verantwortlich zeichnet, erlitt einen gewissen Schaden, weil ihm das Recht entzogen wurde, Lizenzen und andere Prärogativen zu erteilen. Bis jetzt hat sich das Wirtschaftsabkommen noch nicht auf die Außenpolitik Rumäniens ausgewirkt. In Belgrad wurden unseren Informationen zufolge überhaupt keine Verhandlungen mit Göring⁹ geführt, zumindest gibt es keinerlei Hinweise auf die Bereitschaft Jugoslawiens, seine außenpolitische Orientierung zu verändern. Selbst in Bulgarien, wo man Göring besonders prunkvoll aufnahm, kann Göring nicht mit konkreten Ergebnissen prahlen. Die Verhandlungen mit Italien¹⁰ werden überall als ein Flirt erpresserischen Charakters seitens Mussolinis eingeschätzt. Da sich eine Kompromisslösung für das Abessinienproblem unter Mitwirkung von England und Frankreich abzeichnet, wird auch dieser Flirt bald sein Ende finden. Allem Anschein nach strebt Deutschland gegenwärtig hauptsächlich an, zu einem beliebigen Abkommen mit England zu gelangen, das selbst Gefallen an einem Abkommen findet, wenn es daraus irgendeinen Nutzen ziehen kann. Den Informationen des Gen. Majskij zufolge war die Erklärung des Prince of Wales nicht nur nicht mit dem Foreign Office abgestimmt, sondern sogar postfactum von letzterem entschieden missbilligt worden. Höchst problematisch bleibt weiterhin die Haltung Frankreichs zu den Londoner Verhandlungen und ihren möglichen Folgen.

Mit Gruß

LITVINOV

⁵ Vgl. Dok. 168, Anm. 2.

⁶ Vgl. Dok. 159.

⁷ Vgl. Dok. 148, Anm. 12.

⁸ Für den „Niederlassungs-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien“ vom 23.3.1935 vgl. Reichsgesetzblatt 1935, Teil II, S. 311–337.

⁹ Vgl. Dok. 168, Anm. 12.

¹⁰ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 87, 121.

Vermerk M.M. Litvinovs mit rotem Farbstift: NN.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2987 vom 16.6.1935.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: Das 1. [Exemplar] an Gen. Suric, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 93–95. Kopie.

Nr. 178

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Legationsrat in Moskau Hilger

GEHEIM

[17.6.1935]

Nr. 14616

20.VI.35¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES GEN. ŠTERN MIT HILGER.

17. JUNI 1935

Hilger, der den in den Kaukasus abgereisten Twardowski vertritt, kam mit einer Reihe von laufenden Angelegenheiten zu mir.

1. Das Auswärtige Amt beauftragte die Botschaft, uns auf folgenden Umstand aufmerksam zu machen. *Unsere Bevollmächtigte Vertretung in Berlin habe in der Anlage zu einer Note an das Ministerium die Einladung zur Teilnahme an der 17. Tagung des Internationalen Geologiekongresses geschickt, der 1937 in Moskau stattfindet. Der Einladung war ein Rundschreiben des Organisationskomitees beigefügt, in dem ausgeführt ist, dass die offiziellen Sprachen Russisch, Französisch und Englisch sein werden.*² Damit ist die deutsche Sprache ausgeschlossen worden. Das Ministerium meint, dass ein derartiger Beschluss den vorausgegangenen Beschlüssen des Internationalen Geologiekongresses widerspreche. So sei noch auf dem 1. Kongress 1878 in Paris Französisch, Englisch und Deutsch als offizielle Sprachen festgelegt worden. Auf dem XIV. Kongress 1924³ seien die italienische und die spanische Sprache hinzugekommen. *Somit hatte das Organisationskomitee des XVII. Kongresses keine Veranlassung, die deutsche Sprache auszuschließen. Für den Fall, dass dieser Beschluss in Kraft bleiben sollte, könnten die deutschen Wissenschaftler nicht am Kongress teilnehmen und wären gezwungen, den legitimen und offiziellen Charakter dieses Kongresses⁴ anzufech-

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Der Text ist mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

³ So im Dokument. Der XIV. Internationale Geologiekongress fand 1926 in Madrid statt.

⁴ Am 4.7.1935 informierte Štern Bessonov darüber, dass es in der Frage, die deutsche Sprache bei den internationalen Geologie- und Physiologiekongressen in der UdSSR als Kongresssprache aufzunehmen, zu einem Missverständnis gekommen sei, das nunmehr ausgeräumt ist: „Es ging nicht darum, die deutsche Sprache auszuschließen, sondern darum, sie aufzunehmen, was wir von der deutschen Verpflichtung abhängig machten, darauf hinzuwir-

ten.^{*5} Das der Einladung beigelegte Rundschreiben trägt die Unterschriften des Vorsitzenden des Organisationskomitees Gubkin und des Generalsekretärs Fersman.

2. Ähnlich ist es um den Internationalen Physiologiekongress bestellt, der in Moskau und in Leningrad im August d. J. stattfindet. Laut den Erkenntnissen, die in Berlin vorliegen, ist auch auf diesem Kongress unter den offiziellen Sprachen *die deutsche Sprache nicht aufgeführt. Das Auswärtige Amt bittet diese Frage zu klären, weil davon die Teilnahme von deutschen Wissenschaftlern am Physiologiekongress abhängt^{*6,7}.

3. H[ilger] teile mir das alles offiziell mit. Privat aber wolle er mich auf folgenden kleinen, jedoch bezeichnenden Fakt aufmerksam machen. Die Lieferautos für Brot trügen bislang den Schriftzug „chleb“ in englischer, deutscher und russischer Sprache. Nunmehr sei jedoch das deutsche Wort „Brot“ durch das französische „pain“ ersetzt worden.

4. H. teilt mit, dass er das Auswärtige Amt darüber informiert habe, von mir inoffiziell die Antwort auf die Frage bezüglich der Teilnahme unserer Wissenschaftler am Internationalen Rassen-Kongress in Berlin⁸, der im Herbst d. J. stattfinden soll, erhalten habe.

5. H. teilt mir zunächst vorläufig mit, dass vom 17. bis 22. August 1936, nach der Olympiade, in Berlin der 3. Internationale Kongress über Hals-Nasen-Ohr-Erkrankungen stattfinden wird. Meine Frage, warum dieser Kongress mit der Olympiade in Verbindung gebracht werde, konnte H. nicht beantworten, er sprach die Vermutung aus, dass dies ein Zufall wäre. Zu meiner Kenntnis teilte er mit, dass der 1. Kongress 1928 in Kopenhagen und der zweite Kongress 1933 in Madrid stattgefunden hat.

6. H. machte mich darauf aufmerksam, dass die Firma Lurgi bis jetzt noch nicht die 5000 Rubel erhalten habe, die sich auf dem Konto des inhaftierten und verurteilten Vertreters der Firma (ein sowjetischer Staatsbürger) befinden.

7. Nachdem H. die oben aufgelisteten Fragen abgearbeitet hatte, *bat er mich, seine Bitte anzuhören, die inoffiziellen Charakters sei. Es ginge darum, dass Gen. Chinčuk einst Kriege und anderen deutschen Persönlichkeiten versprochen hatte, für Bischof Malmgren eine Reise nach Deutschland zu organisieren^{*9}. Danach habe Twardowski mit mir darüber gesprochen und ich hätte ihn privat gefragt, ob es eine gesicherte Garantie gebe, dass Malmgren zurückkehren und sich völlig loyal ver-

ken, die russische Sprache auf den internationalen Kongressen in Deutschland aufzunehmen“. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 101. Ebenso hatte es von der Schulenburg am 25.6.1935 an das AA gemeldet. Er schrieb u.a.: „Auf beiden obenerwähnten Kongressen würde die deutsche Sprache als offizielle Kongresssprache zugelassen werden, wenn die Deutsche Botschaft dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten die Erklärung abgeben könnte, dass die Deutsche Regierung bereit sei, die Zulassung der russischen Sprache auf künftigen internationalen Kongressen, die in Deutschland stattfinden würden, zu befürworten.“ In: BArch, R 4901/2949, Bl. 105.

⁵ Der Text ist mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

⁶ Der Text ist mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

⁷ Am 22.6.1935 erließ der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Rust die Verfügung, dass Wissenschaftler, die zu Vorträgen ins Ausland eingeladen würden oder an Kongressen teilnehmen wollten, dies nur mit Zustimmung des Ministers durchführen dürften. Vgl. BArch, R 4901/13127, o. P.

⁸ So im Dokument. Vgl. Dok. 150, Anm. 4.

⁹ Der Text ist mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

halten werde. Die Situation habe sich momentan verändert. Malmgren habe faktisch nichts zu tun, da von den einigen Dutzend Pastoren nur 13 in Freiheit geblieben seien, und Malmgren sich fürchte, selbst zu diesen irgendeinen Kontakt zu unterhalten. Malmgren habe ferner ein Seminar zur Ausbildung von Predigern geleitet, nun sei das Seminar jedoch faktisch aufgelöst, weil es keinen einzigen Seminaristen habe. *Im Zusammenhang damit sowie angesichts seines vorgerückten Alters (er ist 75 Jahre alt) möchte das Auswärtige Amt uns bitten, die Ausreise Malmgrens nach Deutschland zu gestatten. Die Botschaft hielte es für erforderlich, vom Auswärtigen Amt die Zusicherung zu erhalten, dass sich Malmgren in Deutschland jeglicher die Sowjetunion betreffenden Äußerungen enthalten werde. Schulenburg habe jedoch H. beauftragt, vorab bei mir zu sondieren, ob damit zu rechnen sei, dass die Bitte des Ministeriums hinsichtlich einer Übersiedlung von Malmgren eine Chance hätte, gewährt zu werden.*¹⁰ Ich machte H. darauf aufmerksam, dass die momentane Lage überhaupt nicht günstig wäre, derartige Bitten vorzubringen. Die Beschwerde von H. wegen der Verhaftungen von deutschen Pastoren fuße offenbar auf seiner ungenügenden Kenntnis der objektiven Lage der Dinge. Darauf unterbrach mich H. und bemerkte, dass sowjetische Behörden auch Leute verhaften und aburteilen würden, nur weil sie über Torgsin Überweisungen erhalten hätten. Ich sagte H., dass die Wirklichkeit ganz anders aussehe. Unter der Flagge der humanitären Hilfe würden sich einige deutsche Organisationen auf dem Gebiet der UdSSR mit konterrevolutionärer, antisowjetischer Arbeit befassen.¹¹ Mir stehe es voraussichtlich noch bevor, darüber mit der Botschaft zu sprechen, dann jedoch offiziell und konkret. Jetzt wolle ich H. lediglich darauf aufmerksam machen, dass die von der deutschen Presse rund um die von sowjetischen Gerichten verhängten Urteile gegen Personen, die an der organisierten Tätigkeit von „Brüder in Not“ beteiligt waren, entfachte Kampagne lediglich die Lage verschärfe und sehr ernste Folgen nach sich ziehen werde. H. versicherte mir, er persönlich habe mit diesen Dingen überhaupt nichts zu tun. Er selbst sei und bleibe uns gegenüber loyal. Ich versicherte ihm, dass ich persönlich ihm gegenüber keinerlei Zweifel hege.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2152 vom 20.6.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 Expl. Das 1. [Exemplar] an *Gen. Litvinov*¹², **¹³ das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 32, l. 32–35. Kopie.

¹⁰ Der Text ist mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

¹¹ Vgl. Dok. 131.

¹² Der Name ist mit Tinte unterstrichen.

¹³ An dieser Stelle wurde gestrichen: das 2. an Gen. Krestinskij.

Nr. 179

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an
den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim

Expl. Nr. 7

19. Juni 1935

197/1

AN DEN

GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Kopie an: Gen. MOLOTOV

Betrifft den Bericht des Gen. Jagoda
über den Funkapparat in der Deutschen Botschaft

Funkempfänger gibt es in fast allen Botschaften und Missionen in Moskau, so wie wir sie auch in unseren Vertretungen im Ausland haben. Wir fordern von den Botschaften und Missionen, die in ihrem Besitz befindlichen Geräte beim NKID zu registrieren, und dieser Forderung wird nachgekommen. Mit Schreiben vom 12. April d. J. hat uns die Deutsche Botschaft über die sowohl in der Botschaft selbst als auch über die bei einzelnen Mitarbeitern befindlichen Geräte und die Typen ^{**dieser**}¹ Apparate in Kenntnis gesetzt.

Es handelt sich dabei selbstverständlich um Funkempfänger, nicht aber um Funk-Sendeanlagen. Wir könnten natürlich dem deutschen Botschafter erklären, dass es nach den uns vorliegenden Kenntnissen in der Botschaft einen nicht beim NKID registrierten Funksender gibt. Wir müssten uns dabei auf die Aussage des inhaftierten Groepler stützen. Es unterliegt indes keinem Zweifel, dass der Botschafter die Existenz des Funksenders bestreiten wird. Wir können nicht fordern, dass unsere Vertreter zwecks Besichtigung der Räumlichkeiten der Botschaft oder einzelner Wohnungen von Mitarbeitern der Botschaft zugelassen werden.²

Unsere Position wäre indes gefestigter, wenn wir Kopien von abgefangenen Nachrichten hätten, deren Quelle ein Funkgerät in der Deutschen Botschaft ist. Ich bin kein Fachmann für Funkanlagen, doch ich bezweifle, dass unsere starken Funkstationen nicht in der Lage wären, die Sendungen von einer beliebigen Moskauer privaten Funkstation abzufangen. Deshalb erscheint es mir angebracht, unsere Funkstationen zu beauftragen, eine spezielle Beobachtung der deutschen Sendeanlage einzurichten und uns die abgefangenen Nachrichten vorzulegen, mit deren Hilfe wir die Botschaft überführen könnten. Ohne dies könnte unsere Erklärung eher dem Botschafter nutzen, da er dadurch Kenntnis darüber erhält, dass wir von

¹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

² Der Volkskommissar des NKVD Jagoda warf in einem Schreiben an Stalin die Frage auf, der deutschen Seite ein Ultimatum zu stellen, den Funksender zu entfernen, der „für die Übermittlung von Spionageinformationen verwendet wird“. In: Lubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD, Anm. 162, S. 821.

der Existenz des Apparates wissen, er aber die gewünschten Ergebnisse im Sinne einer Entfernung des Apparates selbst nicht liefert.

LITVINOV

Vermerk mit rotem Farbstift: A[rchiv].

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: [Die Exemplare] 1–2 an Gen. Stalin, das 3. [Exemplar] an Gen. Molotov, das 4. an Gen. Krestinskij, das 5. an Gen. Stomonjakov, das 6. an Gen. Litvinov, das 7. ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 113, d. 123, l. 16–17. Kopie.

Veröffentlicht in: Lubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD, Dok. 531, S. 677–678.

Nr. 180

Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c

Ganz geheim
20. Juni 1935

Berlin
Nr. 5561
Telefonisch

An
Stalin, Molotov, Rozengol'c

In Ergänzung zu meiner Eingangs[-nummer] 4627. Hatte heute ein langes Gespräch mit Schacht auf dessen Initiative. Schacht, der auf das Ihnen bekannte Gespräch¹ zu sprechen kam, erklärte: „Ungeachtet dessen, dass die politischen Beziehungen zwischen unseren Ländern noch nicht ganz freundschaftlich sind, habe ich jedoch, nachdem ich mich in den entsprechenden Kreisen kundig gemacht habe, die volle Handlungsfreiheit in dieser Frage erhalten. Und aus diesem Grund spreche ich dieses Mal mit dem entsprechenden Einverständnis.“ Im Gesprächsverlauf stellte sich heraus:

1) In Abänderung des ursprünglichen Plans wird der Kredit mit einem Volumen von 800 Mio. bis 1 Mrd. Mark nicht als eine Obligationsanleihe gewährt, sondern ausschließlich durch ein Konsortium als ein Bankkredit, jedoch mit der völligen Verbindlichkeit, weder in direkter noch in indirekter Form, und auch nicht teilweise, die Haftung für den gewährten Kredit auf die Firmen umzulegen. 2) Die Tilgung des Kredits durch unseren Export muss bereits im ersten Jahr nach Kreditabschluss einsetzen und sich über einen Zeitraum von 17 bis 18 Jah-

¹ Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um das Gespräch Schachts mit Kadelaki am 22.5.1935, in dem der Reichsminister mitgeteilt hatte, dass er der Regierung den Vorschlag unterbreitet habe, der UdSSR einen Kredit in einem Volumen von 1 Mrd. Mark mit einer Laufzeit von 10 Jahren zu gewähren. Vgl. Dok. 166.

ren mit der Maßgabe erstrecken, dass sich die durchschnittliche Laufzeit des Kredites in der uns gewährten Gesamtsumme auf 10 Jahre beläuft. 3) Bei Abschluss des Vertrages wird die Nomenklatur unserer Aufträge und unseres Exports festgelegt.

Angesichts des Ernstes der Angelegenheit bat ich Schacht, die Grundprinzipien des Vorschlages in schriftlicher Form darzulegen, was er in den nächsten Tagen zu tun versprach.²

Kandelaki

Vermerk: an Gen. Stalin

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 75, S. 124.

Nr. 181
Aufzeichnung einer Besprechung im AA

[21. Juni 1935]

VI W 6219 I

Niederschrift

über eine am 21. Juni 1935 im Auswärtigen Amt abgehaltene Ressortbesprechung über die Gesellschaft zum Studium Osteuropas, an der die in der anliegenden Anwesenheitsliste¹ genannten Herren teilgenommen haben.

Der Vorsitzende, Herr Gesandter Stieve, eröffnete die Sitzung um 11.05 Uhr, begrüßte die Erschienenen und gab Herrn V.L.R. Oster das Wort zur Tagesordnung.

Herr Oster schlug vor, die Besprechung auf folgende drei Punkte zu erstrecken:

1. Fortbestand der Gesellschaft zum Studium Osteuropas,
2. Fortführung der Zeitschrift „Osteuropa“,
3. Fortführung der russischen Aktenpublikation durch Herrn Professor Hoetzsch.

Zu Punkt 1) warf Herr Oster zunächst einen kurzen Rückblick auf Geschichte und Tätigkeit der Gesellschaft und legte die Gründe dar, weshalb das Auswärtige Amt an dem Fortbestand der von ihm finanziell stark unterstützten Gesellschaft ein

² Vgl. Dok. 183.

¹ Eine Anwesenheitsliste befindet sich nicht in der Akte. Auf einer Besprechung vom 1.7.1935, die den gleichen Gegenstand behandelte, nahmen außer den hier genannten Spalcke und Taubert noch teil: Major von Flotow (Reichsluftfahrtministerium), Leibbrandt (Außenpolitisches Amt der NSDAP), Hasenöhl (Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda) sowie Vahlen und von Kursell (beide Reichs- und Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung). Vgl. „Niederschrift über eine am 1. Juli 1935 im Auswärtigen Amt abgehaltene Besprechung über Einzelfragen, die die Deutsche Gesellschaft für das Studium Osteuropas zum Gegenstand hatten“. In: PA AA, R 83862, o. P.

lebhaftes politisches Interesse nehme.² Die überraschend erfolgte Entlassung von Professor Hoetzsch habe in den Reihen der Gesellschaft eine gewisse Unruhe und Nervosität hervorgerufen. Daher habe es das Amt für angezeigt gehalten, unter Beteiligung möglichst zahlreicher Ressort- und Parteivertreter festzustellen, ob irgendwelche begründete Bedenken gegen die weitere Tätigkeit der Gesellschaft beständen, um ihr auf diese Weise wieder einen festen Boden unter die Füße zu geben. Er erwähnte dabei, dass die Geheime Staatspolizei dem Auswärtigen Amt inzwischen schriftlich mitgeteilt habe, dass sie keinerlei Veranlassung zu einem Einschreiten gegen die Gesellschaft gefunden habe.

Namens des Reichskriegs- und Luftfahrtministeriums schloss sich Major Spalcke, der Vertreter des Kriegsministeriums, den Ausführungen des Auswärtigen Amtes an und drückte das große Interesse aus, das die von ihm vertretenen beiden Ministerien an dem Fortbestehen der Gesellschaft hätten.

Im gleichen Sinne äußerten sich die Vertreter des Reichsausschusses der Deutschen Industrie und des Werberates der Deutschen Wirtschaft.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums stimmte gleichfalls der Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu unter besonderer Betonung des wirtschaftlichen Interesses, das Deutschland an der von der Gesellschaft geleisteten Arbeit habe. Er streifte dabei die Bedeutung Sowjetrusslands als Absatzgebiet deutscher Waren und erwähnte insbesondere das kürzlich abgeschlossene Wirtschaftsabkommen mit Sowjetrussland.

Als Vertreter des Propagandaministeriums betonte Herr Dr. Taubert, dass bei seiner Behörde nicht so sehr die Aufgaben der Gesellschaft an sich in Frage stünden, sondern die Art, wie sie gelöst würden. Namentlich die Art der Berichterstattung habe Anlass zu Bedenken gegeben. Eine endgültige Stellungnahme des Propagandaministeriums zu der angeschnittenen Frage sei jedoch noch nicht erfolgt; er dürfe sich daher vorbehalten, diese dem Auswärtigen Amt und den interessierten Ressorts demnächst zur Kenntnis zu bringen.

Der Vertreter des Reichserziehungsministeriums erklärte, dass bei seinem Ressort nach dem Ausscheiden von Professor Hoetzsch gegen das Fortbestehen der Gesellschaft keine Bedenken mehr bestünden.

Zu Punkt 2) legte Herr Oster zunächst das Interesse des Auswärtigen Amtes an der Fortführung der Zeitschrift „Osteuropa“ dar und machte darauf von der Absicht des Vorstandes der Gesellschaft Mitteilung, anstelle des ausgeschiedenen Herausgebers Professor Hoetzsch einen mehrgliedrigen Schriftleitungsausschuss einzusetzen. Da die Vertreter des Reichspropagandaministeriums und des Reichserziehungsministeriums gegen einzelne der für den Ausschuss vorgeschlagenen Herren Bedenken äußerten, machte der Vorsitzende den allseitig angenommenen Vorschlag, die Ressorts möchten dem Auswärtigen Amt zu der Frage der Zusammensetzung des Schriftleitungsausschusses eine schriftliche Äußerung übermit-

² Von Bülow hatte in einem Schreiben an das Reichs- und Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bereits am 31.5.1935 geschrieben: „Ich darf zunächst feststellen, dass an der wissenschaftlichen Tätigkeit der genannten Gesellschaft aus außenpolitischen Gründen ein wesentliches Interesse besteht und dass daher diese Tätigkeit von Seiten des Auswärtigen Amtes regelmäßig finanziell unterstützt werde.“ RGVA, f. 500/k, op. 3, d. 252, l. 24–25, hier l. 24.

teln.³ Nachdem der Vertreter des Reichskriegsministeriums noch das besondere Interesse seines Ressorts an der Weiterführung der Zeitschrift hervorgehoben hatte, wurde ausdrücklich festgestellt, dass Bedenken gegen deren Fortführung nicht bestünden. Zu Punkt 3) schilderte Herr Oster die besonderen politischen Gründe, weshalb das Auswärtige Amt an der ungestörten Fortsetzung der Herausgabe der russischen Aktenpublikation durch Professor Hoetzsch aufs Lebhafteste interessiert sei.⁴ Der Vorsitzende konnte feststellen, dass sich keinerlei Widerspruch erhob, und schloss die Sitzung um 11.20 Uhr.

gez. Oster

RGVA, f. 500/k, op. 3, d. 252, l. 48-49.

Nr. 182

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

GEHEIM

[22.6.1935]

Nr. 14634

23.VI.35¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES GEN. ŠTERN MIT SCHULENBURG,
22. JUNI 1935

Am 21. Juni teilte mir Schulenburg mit, er wolle mit mir über einige Fragen sprechen, worauf er mich zum Abendessen zu sich einlud, an dem außer Sch[ulenburg] niemand zugegen war. *Nach dem Abendessen sagte Sch., er möchte auf eine ihn sehr bedrückende und bewegende Frage zu sprechen kommen, und zwar auf die sich häufenden Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern, wobei er geneigt sei, diese Problematik im Lichte unserer allgemeinen Beziehungen zu betrachten.*² In erster Linie meine er, dass die Repressalien gegen Deutsche sowjetischer Staats-

³ Auch auf der Besprechung am 1.7.1935 konnte keine Einigung über die Zusammensetzung des Schriftleitungsausschusses erzielt werden. Als Name wurde lediglich Hans Uebersberger genannt. Die Entscheidung darüber wurde bis September ausgesetzt. Abschließend wurde festgestellt, „dass die Gesellschaft bis zur Klärung der Nachfolge Professor Hoetzsch' wie bisher weiter arbeiten solle. Seitens des Vertreters des Reichspropagandaministeriums wurde jedoch die Einschränkung gemacht, dass in der Berichterstattung eine Trennung des Materials über Sowjetrussland erfolgen solle, wobei das reine Tatsachenmaterial für einen bestimmten Kreis von Sachkennern ausgewählt werden müsse. Dies sei notwendig, um Angriffe auf die Zeitschrift, die sonst von der innenpolitischen Abteilung des Propagandaministeriums erfolgen könnten, auszuschließen. Das nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Berichtsmaterial aus Sowjetrussland werde nur den im Beirat vertretenen Behörden zugeleitet werden.“ In: PA AA, R 83862, o. P.

⁴ Zur Fortführung der Aktenpublikation vgl. auch Dok. 543 und 612.

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Diese und die weiteren so gekennzeichneten Textstellen wurden von Litvinov mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

bürgerschaft, die allein deswegen verurteilt worden seien, weil sie vor 1–2 Jahren über Torgsin Überweisungen³ von Pfennigbeträgen erhalten hätten, einen großen politischen Schaden angerichtet hätten. Ich erläuterte Sch. zum wiederholten Male, dass es sich keineswegs um Repressalien wegen der erhaltenen Geldüberweisungen handle, sondern um die Beteiligung an einer breit angelegten organisierten und agitatorischen antisowjetischen Tätigkeit seitens jener Personen, über die Sch. spreche. Sch. versuchte zu erklären, dass das alles Erfindungen wären und es bei der Organisation „Brüder in Not“ keinen politischen Hintergrund gegeben habe. Ich entgegnete Sch., dass ich keine Veranlassung hätte, die Materialien, über die unsere Gerichtsorgane verfügen, in Zweifel zu ziehen und die in erschöpfender Klarheit davon zeugten, dass die verurteilten Bürger auf Weisungen aus bestimmten Zentren gehandelt hätten, wobei uns in einer Reihe von Fällen die Beteiligung von Mitarbeitern deutscher Konsulate an diesen Aktionen bekannt sei. Sch. bemerkte zunächst, dass sich die Inhaftierten das alles selbst einfach ausgedacht hätten, danach sagte er, er sehe darin nichts Schlimmes. Falls jemand im Konsulat den Rat erteilt habe, einen Brief mit einem Hilfesuch zu schreiben, so wäre das ausschließlich von humanitären Überlegungen getragen gewesen, dies umso mehr, als sich diese ganze Angelegenheit auf die Vergangenheit bezöge. Ich fragte Sch., wie wohl deutsche Behörden reagieren würden, wenn einer unserer Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung oder des Konsulats deutschen Staatsbürgern vorschlagen würde, unter Bezugnahme auf Hunger und Not in Deutschland an die MOPR zu schreiben? Sch. fand nichts anderes zu erwidern, als zu antworten, „dass Ihre Behörden klüger als unsere sein sollten“.

Danach ging Sch. zur Frage der Verhaftung von deutschen Staatsbürgern über und sagte, ihn versetze insbesondere die in Tiflis durchgeführte Verhaftungswelle in Erstaunen. Er kenne diese Personen nicht, mit Ausnahme von Lydia Kaiser, eine ältere Frau, 55 Jahre alt, die absolut harmlos sei und überhaupt nichts mit Politik im Sinne habe. Er kenne sie persönlich gut und ihre Verhaftung habe bei ihm einen deprimierenden Eindruck hinterlassen. Außerdem sei noch ein alter, zudem blinder Mann verhaftet worden. Überhaupt glaube er gar nicht daran, dass deutsche Staatsbürger irgendwelche Straftaten in der UdSSR begangen hätten. Ich erinnerte Sch. an den Fall Fuchs⁴. Sch. erklärte: „Sie haben recht, aber Fuchs ist ein junger Idiot, er besaß keinerlei Aufträge, sondern wollte auf eigene Faust Karriere machen, und zwar auf die widersinnigste Weise. Ich meine, dass der Vorschlag von Hensel, ihn in ein anderes Lager zu verlegen, nicht seriös ist. Soll er dort einsitzen, wo er sitzt, zumal ich meine, dass es für ihn im Sommer⁵ im Norden besser ist als irgendwo in einem Moskauer Vorort.“ Danach führte ich eine Reihe anderer Fälle an, die Straftaten von deutschen Staatsbürgern in der UdSSR betrafen, und verwies darauf, dass alle genannten Personen ausgewiesen worden seien, obgleich wir genügend Gründe für Aufsehen erregende Prozesse gehabt hätten. Ich wäre davon überzeugt, dass die gesamte deutsche Presse viele Wochen lang darüber schreiben würde, wenn deutsche Behörden auch nur in einem einzigen Fall im Besitz ähnlicher Materialien wären. Sch. sagte, dass dies alles *ohne irgendwelche Anweisun-

³ Vgl. auch Dok. 40, 80, 157.

⁴ Vgl. Dok. 12, Anm. 3.

⁵ Das nachfolgende Wort „dort“ ist durchgestrichen.

gen aus Deutschland geschehe, wobei er erklärte, dass die Führung der Nationalsozialistischen Partei verboten hätte, eine wie auch immer geartete Agitationstätigkeit in der UdSSR zu führen. Außerdem schlug Sch. mir vor, dazu bei Hensel nachzufragen, der der Vertreter der Nationalsozialistischen Partei in der Botschaft sei.* Ich antwortete, dass ich nicht derartig naiv sei, Hensel solche Fragen zu stellen. Danach brachte Sch. einen möglichen Austausch ins Spiel. Er könne von Hensel nicht das erreichen, was wir vorschlugen. Ich legte Sch. dar, dass wir generell Gegner eines Austauschs seien und seinerzeit dutzende inhaftierte deutsche Staatsbürger ausgewiesen hätten, und zwar ohne Kompensation. Deshalb hätten wir Veranlassung, auf die elementare Loyalität der deutschen Regierung gegenüber unseren Bitten zu hoffen, zumal unsere Bitten äußerst bescheiden wären. Sch. sagte darauf: „Ich weiß, dass Sie am meisten an Neitzke interessiert sind. Was könnten Sie uns für Neitzke geben?“ Ich antwortete, dass wir die Ausreise des sowjetischen Staatsbürgers Nymann, der Mitarbeiter des deutschen Generalkonsulats in Tiflis ist, nach Deutschland vorgeschlagen hätten. Sch. antwortete, dass dies nicht schlecht wäre. Hensel hätte ihm darüber nichts gesagt. Sch. meint zugleich, dass es sehr gut wäre, wenn wir für Neitzke nicht nur Nymann vorschlugen, sondern auch den in Novosibirsk inhaftierten sowjetischen Staatsbürger Furer⁶. Ich bemerkte dazu, dass die Botschaft uns zu keinem Zeitpunkt etwas über Furer gesagt habe. Darüber hinaus richtete Sch. an mich die persönliche Bitte, das Los der inhaftierten Bürgerin Lydia Kaiser zu erleichtern, oder, falls möglich, die Ausweisung nach Deutschland zu Wege zu bringen.

Sch., der erneut zu den in letzter Zeit vorgenommenen Verhaftungen zurückkehrte und erklärte, er führe diese ausschließlich auf den Umstand zurück, dass die sowjetischen Organe angesichts der jetzigen Beziehungen in jedem Deutschen einen Spion und Agitator sähen und bei jeder Frage aus „einer Mücke einen Elefanten“ machen würden. Ich sprach mich kategorisch gegen derartige Annahmen von Sch. aus, indem ich mich wiederum auf Fakten stützte. Dann ging Sch. zu unseren allgemeinen Beziehungen über und sagte, er meine, dass die *jetzigen Massenverhaftungen nicht geeignet wären, unsere Beziehungen zu verbessern. Zugleich sei Sch. im Hinblick auf die Möglichkeit einer gewissen Verbesserung unserer Beziehungen recht optimistisch gestimmt, er glaube zum Beispiel, dass der Ostpakt – ohne gegenseitigen Beistand – dennoch realisiert werde. Daher gehe er von Folgendem aus. Als er in Berlin war, hätte ihm Neurath gesagt, falls zum Ostpakt keine Verhandlungen geführt würden*, könne er im Juli in Urlaub gehen. Bis jetzt habe er jedoch noch keine Erlaubnis bekommen, den Urlaub anzutreten, woraus er die Schlussfolgerung ziehe, dass man beabsichtige, ihn mit den Verhandlungen zum Ostpakt zu beauftragen.

Sch. sagte ferner, dass Gen. Suric seinerzeit die Frage bewegt hätte, was Hitler in seiner Rede⁷ unter an Deutschland angrenzende Staaten gemeint habe. Damals hätte er, Sch. seine Überzeugung geäußert, es wäre so zu verstehen, dass auch die UdSSR zu diesen Staaten gehöre. Das gleiche könne er auch heute erklären. Auf meine Frage, ob dies **wiederum**⁸ die persönliche Auffassung von Sch. sei, ant-

⁶ So im Dokument; gemeint ist Vohrer. Vgl. Dok. 206.

⁷ Vgl. Dok. 159.

⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

wortete er verneinend und erklärte, Neurath hätte ihm vor seiner Abreise nach Moskau gesagt: „Sagen Sie Herrn Litvinov, dass man die Worte des Reichskanzlers großzügig deuten muss.“ **⁹

Schulenburg zeigte sich insgesamt von der Rede Hitlers enttäuscht. Die Sache sei die, dass Hitler wenige Stunden vor seiner Rede mit Neurath über das Thema der deutsch-sowjetischen Beziehungen gesprochen habe, und es sei vereinbart worden, dass Hitler eine klare Grenzlinie zwischen dem Kommunismus in Deutschland und dem in der Sowjetunion ziehen werde. Dabei habe Neurath zu Sch. gesagt, dass dies eine große positive Wirkung für die deutsch-sowjetischen Beziehungen haben werde. Hitler habe aber zum großen Erstaunen von Neurath und Schulenburg etwas völlig Entgegengesetztes gesagt und die ganze Zeit über die Sowjetmacht mit dem Kommunismus in Deutschland vermengt. Er, Sch., könne das nur damit erklären, dass Hitler die Rede schlecht konzipiert habe und etwas durcheinander geraten sei. Ich entgegnete, dass ich eine höhere Meinung vom Reichskanzler hätte und dazu neige, den Charakter seiner Rede nicht mit den von Sch. dargelegten Gründen zu erklären, sondern dies durchaus als eine ganz bewusste Tendenz ansähe. Daraufhin machte mich Sch. auf die Rede von Goebbels¹⁰ aufmerksam, die seiner Meinung nach eine positive Tatsache wäre. Ich erwiderte Sch., dass wir der Rede von Goebbels keinerlei ernsthafte Bedeutung beimessen könnten, weil sie nach der Rede Hitlers, die eindeutig antisowjetische Tendenzen offenbarte, gehalten worden sei. Angesichts der heutigen deutschen Verhältnisse wüssten wir nicht, inwiefern die Reden des einen oder anderen Politikers den tatsächlichen Intentionen der Regierung entsprächen. Göring sei ein nicht minder einflussreiches Regierungsmitglied und habe unlängst in der in Danzig gehaltenen Rede erklärt, Deutschland werde künftig keine wie auch immer gearteten Abkommen mit der UdSSR abschließen. Sch. unterbrach mich und sagte, dass Göring oft unseriöse Dinge sage. Ich bemerkte, dass dies meine Worte nur bestätige. Wir wüssten nicht, wann eine Rede dieses oder jenes Politikers als ernsthaft anzusehen sei und Aufmerksamkeit verdiene. Wenn das, was Goebbels gesagt hat, aus dem Munde des Reichskanzlers gekommen wäre, so wäre das natürlich, wenn auch nicht unbedingt maßgeblich, aber dennoch von uns als **¹¹ Wunsch betrachtet worden, eine Normalisierung der Beziehungen anzustreben. Um aber einen Umschwung in den Beziehungen herbeizuführen, wäre natürlich die Unterzeichnung des Ostpaktes über gegenseitigen Beistand erforderlich. Wenn außerdem die im Buch „Mein Kampf“ dargelegten Tendenzen nicht den wahren Bestrebungen der deutschen Regierung entsprächen, so wäre es völlig normal, wenn dies irgendwie festgehalten werden würde. Sch. sagte, dass er das bereits von Gen. Litvinov gehört hätte, er verstünde jedoch nicht, weshalb wir einem veralteten Buch, das viele ungenaue und fehlerhafte Daten enthalte, solch eine Bedeutung beimessen würden. So spreche Hitler in diesem Buch beispielsweise davon, dass der Westen damals wegen seiner Überbevölkerung nicht für eine deutsche Kolonisation geeignet wäre, die Ukraine aber, die ein dünn besiedeltes Land sei, gewaltige Möglichkeiten böte. Er,

⁹ Am linken Seitenrand befindet sich der Vermerk Litvinovs mit Tinte: Warum hat er mir das nicht gesagt?

¹⁰ Am 25.5. in Hamburg. Vgl. „Großkundgebung in der Hanseatenhalle. 30.000 Volksgenossen hören Dr. Goebbels“. In: Völkischer Beobachter vom 27. Mai 1935, S. 2.

¹¹ Das an dieser Stelle stehende Wort „gewisser“ ist durchgestrichen.

Sch., habe Schiller beauftragt, eine Tabelle von eliminierten¹² Städten zu erstellen, und es habe sich herausgestellt, dass in Frankreich auf einen km² 35 Einwohner kommen, in der Ukraine seien es aber 57 Einwohner. Dies beweise die Unhaltbarkeit der von Hitler 1923 vertretenen Auffassung.¹³ Ich bemerkte, dass dies umso mehr ein Grund wäre, die Herausgabe dieses Buches einzustellen oder die gegen uns gerichteten Kapitel zu tilgen. Dennoch müsse man feststellen, dass die gesamte Außenpolitik Deutschlands gegenwärtig vollkommen dem entspreche, was Hitler in seinem Buch geschrieben hat. Sch. sagte, dass sich Hitler niemals von seinem Buch lossagen werde; was aber die ähnliche, von Goebbels gemachte Erklärung betreffe, so sei es schwer, auf Hitler Einfluss zu nehmen, da er eine hochgestellte Person sei.

Danach wandte sich Sch. wieder dem Ostpakt zu. Er bemerkte, dass diese ganze Geschichte einen eigentümlichen Charakter besitze. Im Prinzip habe die Sowjetunion niemals Deutschland vorgeschlagen, einen Ostpakt abzuschließen. Die Franzosen hätten mit den Deutschen darüber gesprochen, die Engländer hätten irgendein Papier ausgehändigt. Im Übrigen sei, wie Sch. eingestand, der gegenseitige Beistand generell für Deutschland unannehmbar. Ich machte Sch. darauf aufmerksam, dass Deutschland nichtsdestoweniger ***in***¹⁴ Bezug auf den Luftpakt dem Prinzip des gegenseitigen Beistands zustimme. Sch. antwortete, dass es sich in diesem Fall um konkrete und klar umrissene Verpflichtungen handele, was beim Ostpakt nicht der Fall sei. Sch. fuhr fort: besonders schwierig sei es jetzt, nach dem Abschluss des sowjetisch-französischen Beistandspaktes, irgendetwas zu unternehmen. Ich machte Sch. darauf aufmerksam, dass die deutsche Regierung während der Konferenz in Stresa erklärt habe, sie hätte nichts gegen den zwischen der UdSSR und Frankreich abgeschlossenen Beistandspakt einzuwenden, weil sie nicht davon betroffen sei. Jetzt habe die deutsche Regierung diese Erklärung vergessen. Die deutsche Regierung habe ein Memorandum zu dem scheinbaren Widerspruch zwischen dem von der UdSSR mit Frankreich abgeschlossenen Beistandspakt und dem Vertrag von Locarno ausgehändigt.¹⁵ Darauf sagte mir Sch., Sie können sich nicht vorstellen, auf welche Weise dieses Memorandum entstanden ist. Die deutsche Regierung hatte niemals daran gedacht. Doch der vortreffliche Jurist Gaus hat im Verlaufe einiger Abende den Beistandspakt und den Locarnopakt analysiert¹⁶ und den Entwurf für das Memorandum verfasst. Dieser Entwurf beeindruckte die führenden deutschen Politiker dermaßen, dass sie entschieden, ihn auszuhändigen. Ich äußerte Zweifel, ob sich die Sache tatsächlich so zugetragen habe, und sprach die Vermutung aus, dass es in Wirklichkeit genau umgekehrt gewesen sei: Gaus wurde beauftragt, Argumente, wenn auch nur scheinbare, zu finden und ein Memorandum zu verfassen.

Nach Auffassung von Sch. müsse jetzt unser Misstrauen gegenüber Deutschland nachlassen, weil wir eine effektive Unterstützung seitens Frankreich hätten und absolut beruhigt sein könnten.

¹² So im Dokument.

¹³ Das 1. Buch von „Mein Kampf“ erschien erstmals im Juli 1925, das 2. im Dezember 1926.

¹⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁵ Vgl. Dok. 163.

¹⁶ Vgl. auch Dok. 139.

Zum Ende der Unterredung sagte Sch., man hätte ihm bei seiner Abreise aus Berlin angeraten, 1½ Monate lang überhaupt nichts zu unternehmen und abzuwarten. Er hoffe dennoch, dass er im Juli erneut für eine kurze Zeit nach Berlin fahren und dann etwas klarere Weisungen erhalten werde.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2218 vom 23.6.1935.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. *Litvinov*¹⁷, das 2. an Gen. Stomonjakov, das 3. nach Berlin, das 4. und 5. zu den Akten.*

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 32, l. 36–42. Kopie.

Nr. 183

Chiffretelegramm des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki

Ganz geheim

25. Juni 1935

Nr. 6840

BERLIN, KANDELAKI

Sie haben im Augenblick weiteren Gesprächen über einen Kredit von 1 Milliarde Mark¹ aus dem Weg zu gehen. Weitere Direktiven werden Ihnen erteilt, nachdem die ersten bedeutenden Ergebnisse der Auftragsvergabe im Rahmen des 200-Millionenkredits vorliegen. Ergreifen Sie keinerlei Initiative, die von Schacht versprochenen schriftlichen Vorschläge einzufordern. Wir trauen der Aufrichtigkeit der Absichten Schachts nicht, uns tatsächlich große Kredite zu gewähren. Für uns ist es wünschenswert zu vermeiden, von Schacht zurzeit schriftliche Vorschläge zu erhalten.²

Rozengol'c

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 69, S. 127.

¹⁷ Der Name ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹ Vgl. Dok. 180.

² Das Politbüro des ZK der VKP (B) fasste am gleichen Tag den Beschluss, die Regierung Frankreichs bezüglich des von Schacht unterbreiteten Vorschlags und dessen Ablehnung in Kenntnis zu setzen. Vgl. SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 70, S. 127.

Nr. 184
Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Stomonjakov mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg

GEHEIM

Expl. Nr. 2
[26.6.1935]

TAGEBUCH
B.S. STOMONJAKOV

Nr. 2255

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS, 26. Juni 1935

1. Graf von Schulenburg bat um einen Empfang. Als er erschien, sagte er, er hätte „ein paar unbedeutende Fragen“. Sodann teilte er mit, dass der Militärattaché Oberst Hartmann abberufen und an seiner Stelle *Generalmajor Köstring berufen werde, der bereits früher in Moskau tätig gewesen sei.¹ Meine Verwirrung klärte sich erst auf, als der Botschafter fragte, ob dafür eine mündliche Mitteilung genüge oder ob er sie noch schriftlich machen solle.

Ich sagte, dass allem Anschein nach hier ein Missverständnis vorliege, weil ich mich mit diesen Fragen nicht befasse.

Sch[ulenburg] sagte, er sei überzeugt gewesen, dass ich Gen. Krestinskij vertrete und bat, die Ungelegenheiten zu entschuldigen.

Ich sagte aus Höflichkeit, dass ich seine Mitteilung an Gen. Litvinov weitergeben werde.

2. Sch. bat, auch noch seine folgende Mitteilung Gen. Litvinov zu übermitteln. In dem am 18. Mai in der „Komsomol'skaja Pravda“ veröffentlichten Befehl für den Leningrader Militärbezirk vom 17. Mai heißt es, dass der deutsche Komsomol sein Banner zur Aufbewahrung in die UdSSR geschickt hätte und entsprechende Verbände dieses Banner aufbewahren würden.² Der Botschafter habe aus Berlin den Auftrag erhalten, uns hierzu eine Demarche mit dem Hinweis darauf zu machen, dass es sich hierbei um ein Banner einer in Deutschland verbotenen Organisation handle. Danach sagte Sch., ohne mein Schweigen zu beachten, mit einem entschuldigenden Gesichtsausdruck und mit entsprechenden Gesten, dass das natürlich eine Bagatelle sei und er selbst dieser Angelegenheit keinerlei Bedeutung beimesse, jedoch den ihm erteilten Auftrag ausführen müsse³.

3. Danach fragte mich Sch., ob ich mich mit der Bezahlung des von der Deutschen Botschaft genutzten Hauses in Moskau in Gold befasse, und ob ich ihm nicht in dieser Angelegenheit helfen könne, und zwar, indem die Weisung erteilt wird, dass man von der Deutschen Botschaft eine nicht allzu hohe Zahlung in Valuta abverlange. Der Botschafter fragte mich sogleich privat nach meiner Meinung, ob es für die Botschaft angesichts der bestehenden Situation nicht günstiger wäre, ein ei-

¹ Oberst Köstring war von Januar 1931 bis Januar 1933 der Vertreter der Reichswehr beim Stab der RKKa (als inoffizieller Militärattaché Deutschlands in der UdSSR).

² Vgl. Dok. 164, Anm. 2.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

genes Haus zu bauen. Er persönlich habe folgenden Vorschlag: sie übergeben uns das große Gebäude der Deutschen Botschaft *in Leningrad, und wir stellen im Gegenzug ebenfalls in Leningrad dem Deutschen Konsulat ein kleineres Haus im Tausch zur Verfügung. Der Botschafter betonte ergänzend, dass dieses Gebäude „bedeutend kleiner“ sein könne und sich nicht in einer solch repräsentativen Straße befinden müsse. Außer diesem Haus könnte man im Tausch für das Gebäude der Deutschen Botschaft in Leningrad ein geeignetes Grundstück in Moskau für den Bau eines neuen Hauses für die Deutsche Botschaft zur Verfügung stellen. Falls wir mit diesem Projekt einverstanden wären, so könnte daran gegangen werden, das Einverständnis Berlins und die Mittel für den Bau des Hauses einzuholen.

Ich bemerkte, dass ich auf die private Frage des Botschafters ebenso privat sagen könne, dass mir dieser Plan als sehr gut erscheine. Ich könne ihn jedoch Gen. Litvinov⁴ nur übermitteln, weil ich selbst keinerlei Bezug zu derartigen Angelegenheiten hätte*⁵.

B. Stomonjakov

Vermerk B.S. Stomonjakovs: MM.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2253 vom 28.6.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] zu den Akten, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Krestinskij, das 4. an die II. Westabteilung, das 5. nach Berlin.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 32, l. 43–44. Kopie.

Nr. 185

Aufzeichnung des Staatssekretärs im AA von Bülow

Berlin, den 28. Juni 1935

Zur Weiterbehandlung des Ostpakts wären wohl in erster Linie folgende 4 Fragen auszuarbeiten.

1) Verhältnis der französisch-russischen Allianz zu einem eventuellen Ostpakt (welcher Pakt geht vor?);

2) Teilnehmerkreis (insbesondere Frankreich und Litauen, die Tschechoslowakei zu erörtern wäre verfrüht vor einer Fühlungnahme mit Polen). Nach dem Barthou-Projekt¹ sollte Frankreich nicht Vertragspartei sein. Beansprucht Frankreich etwa noch immer, Garant des Ostpakts zu werden gegen eine russische Garantie für Locarno? Falls nicht, was geht dann Frankreich der Ostpakt an?

3) Was bringt der Ostpakt Neues?

4) Welche Vorteile kann der Ostpakt Deutschland bringen?

⁴ Vgl. Dok. 194.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹ Vgl. dazu die Gespräche Barthous mit Litvinov über den Abschluss eines Ostpaktes und seine Vorschläge in DVP, Bd. XVII, Dok. 168, 186, 189, 192.

Der Punkt 3) wäre besonders auszuarbeiten, damit die deutschen Teilnehmer an eventuellen Gesprächen über den Ostpakt genau orientiert sind:

Inwieweit geht die Nichtangriffsverpflichtung über den Kellogg-Pakt² und die anderen bestehenden Verträge (frühere Aufzeichnung von Gaus) hinaus?

Schiedsgerichts- und Vergleichsverträge bestehen, was Deutschland anlangt, mit allen Staaten außer Lettland (leicht nachzuholen) und Russland. Ist Russland zum Abschluss von Schieds- und Vergleichsverträgen bereit?

Konsultation: Wer soll daran teilnehmen? Etwa auch die kleinen baltischen Staaten? Mit Russland besteht bereits eine Konsultationsverpflichtung auf Grund des Berliner Vertrages³ (haben wir noch ähnliche Verpflichtungen im Osten, evtl. mit Polen?). Außerdem besteht der allgemeine europäische Konsultativpakt von Lausanne⁴.

Nichtunterstützung des Angreifers. Warum sollen dementsprechende Abmachungen auf den Osten beschränkt werden?

(gez.) von Bülow

*Unten maschinenschriftlich: Herrn VLR Barandon Abteilung IV, dahinter: ab 28.VI. B
PA AA, R 29462, Bl. 381395-381396.*

Nr. 186

Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 28.VI.35

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV
Ausg[angs]-Nr. 308/s¹
[...]²

Aufzeichnung des Gesprächs mit Bräutigam, 27. Juni

1. Zur Exterritorialität des neuen Gebäudes der Handelsvertretung

Im Zusammenhang mit dem für Mitte August vorgesehenen Umzug der Handelsvertretung in das Gebäude in der Lietzenburger Str. 11 warfen wir die Frage

² Vgl. Dok. 8, Anm. 11.

³ Vgl. Dok. 138, Anm. 1.

⁴ Auf der Abrüstungskonferenz in Lausanne (16.6. bis 9.7.1932) wurde als Gegenleistung für den Erlass weiterer Reparationszahlungen seitens Deutschlands ein Konsultativ-Pakt der Staaten Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland vereinbart, dem Deutschland nicht beiträt. Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. XX, Dok. 252, S. 537–539.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Ausgelassen ist die Aufzeichnung des Gesprächs mit dem Botschaftsrat Frankreichs Arnal am 26.6. (l. 133–133R).

auf, die Rechte der Handelsvertretung auf Exterritorialität auf dieses Gebäude zu übertragen. Das AA erklärte, dass es seinerseits im Prinzip keine Einwände gegen eine diesbezügliche Änderung des Vertrages von 1925 und gegen eine Übertragung auf das neue Gebäude aller jener Rechte auf Exterritorialität habe, die die Handelsvertretung im alten Gebäude genossen habe.³ Zugleich hatte das Auswärtige Amt nichts dagegen einzuwenden, diese ganze Angelegenheit in vereinfachter und beschleunigter Weise zu erledigen. Unter Bezugnahme auf diese Erklärung des Auswärtigen Amtes, die mir seinerzeit Bräutigam und von Stechow gegeben hatten, begann die Handelsvertretung damit, das Haus in der Lietzenburger Str. herzurichten, wobei das Auswärtige Amt der Baupolizei, die bis dahin die Bauarbeiten behinderte, entsprechende Weisungen erteilte. Schließlich stand nur noch aus, diese Angelegenheit mit einem Notenwechsel zu besiegeln, so wie es vereinbart war, wobei dieser Notenaustausch anschließend im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden sollte. Bräutigam teilte mir mit, dass sich der ganze Vorgang jetzt im Justizministerium zur Begutachtung befinde und danach zur analogen Begutachtung an das Preußische Innenministerium übergeben werde. Dessen ungeachtet zweifle er nicht daran, dass die Angelegenheit in allernächster Zeit endgültig abgestimmt sein werde und deshalb keine Gefahr bestünde, wenn wir bereits jetzt die Räumlichkeiten der „Victoria“ in der Lindenstraße⁴ kündigen⁵ (dies muss bis zum 30. Juni geschehen). Heute, am 28.VI., teilte mir von Stechow telefonisch mit, dass das Justizministerium schon sein Einverständnis gegeben habe und der Vorgang bereits ans Preußische Innenministerium übersandt worden sei, wobei Maßnahmen ergriffen worden wären, um die Bearbeitung dort zu beschleunigen.

2. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Liquidierung der Derunapht und deren Eingliederung in den Bestand der Handelsvertretung tauchte die Frage nach dem Schicksal der der Derunapht in Deutschland gehörenden Gebäude und Anlagen auf. Ich stellte Bräutigam abstrakt die Frage, ob die Handelsvertretung oder ein beliebiges anderes sowjetisches Organ das Recht habe, in Deutschland von Ausländern oder von Deutschen Immobilien zu kaufen. Bräutigam tat sich damit schwer, mir diese Frage zu beantworten; am nächsten Tag rief er mich an und sagte, dass nach den von ihm eingezogenen Erkundigungen der Erwerb von Immobilien im Einzelfall die Genehmigung des Preußischen Innenministeriums bedürfe. Falls diese Frage für uns in ein praktisches Stadium treten sollte, müssten wir uns mit einer Verbalnote an die Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes wenden, wobei er persönlich nicht daran zweifle, dass die Haltung der deutschen Behörden in dieser Angelegenheit eine positive sein werde.

3. Ich bat Bräutigam, auch die Bearbeitung unserer Steuerfragen zu beschleunigen: a) unseren Protest gegen die Schulsteuer; b) unser Protest gegen die Einkommenssteuer und c) unseren Protest, von der Derutra Vermögenssteuer zu erheben. Da alle diese Fragen nicht in seine Zuständigkeit fallen, sondern in die der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, äußerte sich Bräutigam im Gespräch dazu

³ Vgl. Artikel 5 des Wirtschaftsabkommen zwischen der UdSSR und Deutschland vom 12.10.1925. In: Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 14; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 589.

⁴ Die Handelsvertretung der UdSSR befand sich in dem vierstöckigen Gebäude der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ in der Lindenstr. 20–25.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

nicht. Am nächsten Tag rief mich **aber**⁶ von Stechow in seinem Auftrag an und teilte mir mit, dass wir in den nächsten Tagen zu allen drei Fragen Antworten bekommen würden.

Bräutigam bat mich seinerseits, die Benennung der Organisation zu beschleunigen, die den Platz von Sovkino in dem Schiedsgerichtsverfahren im Streifall Sovkino – Sklarz⁷ einnehmen soll. Bräutigam sagte mir, dieser Fall empöre ihn, weil Sklarz offensichtlich ein richtiger Betrüger wäre, dem es seinerzeit gelungen sei, von einigen deutschen Banken eine ansehnliche Geldsumme (über 4 Mio. Mark) zu erschleichen, so dass die tatsächlichen Kläger in diesem Fall von deutscher Seite überhaupt nicht die Brüder Sklarz wären, sondern deutsche Banken. Bräutigam sagte mir, er werde täglich von Bankenvertretern bestürmt, die eine Wiederaufnahme des Schiedsgerichtsverfahrens mit der Ernennung eines Vertreters der sowjetischen Seite fordern würden, wobei sie sich auf den Punkt der Anlage zum Vertrag von 1925 berufen, wonach die sowjetische Seite bei der Liquidierung einer ihrer Wirtschaftsorganisationen verpflichtet sei, eine andere Wirtschaftsorganisation zu benennen, die die Interessen, Rechte und Verpflichtungen der liquidierten Organisation wahrnimmt.⁸ Bräutigam gab mir zu verstehen, dass wir, ohne etwas befürchten zu müssen, der Fortsetzung des Schiedsgerichtsverfahrens in dieser Angelegenheit zustimmen könnten, weil er, wie auch immer das Schiedsgerichtsverfahren ausgehen möge, wiederholt den deutschen Interessenten zu verstehen gegeben hätte, dass es kaum möglich wäre, diese Gelder aus der Sowjetunion, ob von Sovkino oder einer anderen Organisation, zu erhalten. Ich habe Bräutigam sogleich darauf hingewiesen, dass dies nicht richtig sei, und versprach ihm, dieser Angelegenheit nachzugehen.

Bräutigam teilte mir einige Neuigkeiten aus dem Leben des Auswärtigen Amtes mit. Im August/September stehen im Auswärtigen Amt große Veränderungen bevor. Ribbentrop, der bereits seit drei Monaten ein eigenes Büro im Auswärtigen Amt besitzt und Neurath formell als seinen Chef betrachtet, wird voraussichtlich zum Staatssekretär mit der Perspektive ernannt, Minister zu werden. Bräutigam hält es für wenig wahrscheinlich, dass Ribbentrop zum zweiten Außenminister ernannt wird, vergleichbar mit Eden in England. Die Erfahrungen Papens, der die Rolle eines direkt dem Kanzler unterstehenden Botschafters zu spielen versuchte, haben gezeigt, dass dies unter deutschen Bedingungen unmöglich ist. Papen musste sich bald davon überzeugen, dass er sich nicht mit allen Fragen direkt mit dem Kanzler in Verbindung setzen kann, und verhält sich jetzt wie jeder andere Botschafter auch, indem er alle seine Telegramme, darunter auch die wichtigsten, di-

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Die Deutsch-Russische Film-Allianz AG, Derussa, wurde im Oktober 1927 in Berlin auf der Grundlage eines Abkommens zwischen dem Unternehmer G. Sklarz und Sovkino zu dem Zwecke gegründet, die sowjetische Filmproduktion auf dem deutschen Markt zu etablieren und eigene Filme zu produzieren. Wegen finanzieller Veruntreuung ging die Filmgesellschaft 1930 Bankrott, was seitens der Aktionäre Forderungen auf dem Gerichtsweg gegenüber den Gründern der Gesellschaft und deren Nachfolgern sowie Forderungen der Gründer gegeneinander zur Folge hatte. Die gerichtliche Untersuchung dieses Falls erstreckte sich über mehrere Jahre.

⁸ Vgl. Ergänzung zu Artikel 5 des Abkommens über Schiedsgerichte in Handelssachen und anderen bürgerlichen Angelegenheiten des Abschlussprotokolls zum Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12.10.1925. In: Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 59; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 617.

rekt an das Auswärtige Amt schickt, anstatt selbst die belanglosesten Telegramme, wie das früher der Fall war, direkt an den Kanzler zu richten. Bräutigam setzt überhaupt große Hoffnungen darauf, dass die bürokratische Maschine des Auswärtigen Amtes auch auf Ribbentrop Einfluss nehmen wird. Er sagte, Ribbentrop hätte zum Beispiel aus London versucht, sich direkt mit dem Kanzler in Verbindung zu setzen, weil er aber gezwungen war, die Chiffre des Auswärtigen Amtes zu benutzen, sei praktisch sein gesamter Schriftwechsel über Neurath gegangen, und das hätte natürlich nicht anders sein können.

Bräutigam meint weiterhin, dass im Herbst auch Meyer abgehen werde. Fest steht, dass von Tippelskirch weggeht, dessen Ernennung anstelle von Twardowski vorentschieden sei.⁹ Was ihn selbst betreffe, so wolle er sich, allgemein gesprochen, nicht von den russischen Problemen losreißen, aber er müsse mir aufrichtig sagen, dass er die kommenden 2 Jahre als absolut tote Jahre betrachte. In diesem Zusammenhang wolle er für diese 2 Jahre an einer kleinen Botschaft im Ausland arbeiten, wo die Möglichkeit zum Selbststudium gegeben wäre, um danach bei einer Belegung *der sowjetisch-deutschen Beziehungen erneut zu seinem Fachgebiet zurückzukehren. Dies würde übrigens seine Aufnahme in die Nationalsozialistische Partei erleichtern, weil allen Auslandsmitarbeitern gestattet ist, trotz der bestehenden Sperre¹⁰ Aufnahmeanträge zu stellen. In diesem Zusammenhang sagte mir Bräutigam, dass sie in letzter Zeit recht heftige Reibereien mit der Auslandsabteilung der NSDAP¹¹ hätten, die die Forderung erhebt, ihr alle Kandidaturen für die Auslandsarbeit zwecks Prüfung vorzulegen, worauf das Auswärtige Amt natürlich äußerst ungern eingeht.¹²

Bräutigam sprach viel über seine Eindrücke von der Sowjetunion, von wo er soeben erst zurückgekehrt ist. Der Wirtschaftsaufschwung der Sowjetunion habe ihn sehr stark beeindruckt. Er meint zum Beispiel, dass die Sowjetunion das erste Land sein werde, das sein **Währungs-***¹³System ordnen werde. Was die Perspektiven des deutschen Währungssystems anbelange, so hält er eine Abwertung der Mark für unausweichlich, jedoch nur im Zusammenhang und auf der Basis einer Stabilisierung der anderen Währungen.

Ich fragte Bräutigam, warum man nicht die Exportprämie auf Geschäfte mit uns erteile. Er antwortete mir mit dem Hinweis auf die lange Laufzeit des uns gewährten Kredites, was im Widerspruch zu dem eigentlichen Zweck der Exportprämie stünde, welche das Ziel verfolge, kurzfristig in einer überschaubaren Zeit die Devisenbestände der Reichsbank zu vergrößern. Jedoch verschwieg er mir nicht, dass diese Problematik wiederholt Schacht vorgelegt worden sei, wobei Schacht gegen die Anwendung der Exportprämie auf die sowjetischen Geschäfte lediglich den Einwand vorbrachte, dass die Exportprämie nicht generalisiert werden dürfe, indem man sie zum Beispiel auf den gesamten 200-Millionenkredit ohne jegliche Prüfung anwende. Weil in der UdSSR das Prinzip des Außenhandelsmonopols bestehe, würden wir andererseits nach Auffassung Schachts die Ausdehnung der Exportprämie auf alle unsere Geschäfte durchsetzen wollen, wenn es uns gelänge, sie

⁹ Vgl. Dok. 281, Anm. 3.

¹⁰ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹¹ Gemeint ist das Außenpolitische Amt der NSDAP.

¹² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹³ Das Wort ist über die Zeile anstelle eines durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes geschrieben.

nur in einem einzigen Fall zu erhalten. Aus diesem Grund sei beschlossen worden, die Exportprämie für kein einziges Geschäft mit uns zu vergeben. Ich gewann aus diesem Gespräch den Eindruck, dass es uns nicht schaden würde, wenn wir uns dieser Angelegenheit annehmen und versuchen würden, die Front wenigstens für ein einziges Geschäft zu durchbrechen und hierfür die Exportprämie zu erhalten. Mir scheint dies kein hoffnungsloser Fall zu sein.¹⁴

Bessonov

Vermerk mit Tinte: An Gen. Litvinov.

Vermerk M.M. Litvinovs mit rotem Farbstift: MM.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2286 vom 1.7.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 6 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 133–136. Original.

Nr. 187

**Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an
den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern und den Leiter der
Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

28. Juni 1935

Nr. 307/s¹

An die

2. Westabteilung des NKID

Gen. Štern

Wirtschaftsabteilung des NKID

Gen. ROZENBLJUM

Werter David Grigor'evič und werter Boris Danilovič!

Im Zusammenhang mit der Reise des Gen. Kandelaki nach Moskau, um die weiteren Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland zu besprechen, möchte ich Sie über den Stand der Umsetzung des Abkommens über den 200-Millionenkredit unterrichten. Unser Export nach Deutschland entwickelt sich auf der Grundlage dieses Abkommen dermaßen erfolgreich, dass die Hoffnung aufkommt, dass wir in der Lage sein werden, Gold nach Deutschland nicht für 100 Mio. Mark, wie es laut Abkommen vorgesehen ist², sondern für eine bedeutend geringere Summe, ungefähr für 75 Mio.

¹⁴ Rozengol'c erhielt das Dokument zur Kenntnisnahme. Vgl. RGAÉ, f. 413, op. 12, d. 1853, l. 18.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 116.

Mark, zu exportieren. Außerdem ist zum Zeitpunkt des Abschlusses des Abkommens der Umstand nicht berücksichtigt worden, dass ein Teil unserer Wechsel, der in diesem Jahr in Deutschland zur Auszahlung kommt, im Ausland dominiert³ worden ist und in Valuta ausgezahlt wird. Diese Wechsel in einer Summe von ungefähr 15 Mio. Mark sind zu einem großen Teil bereits in den ersten Monaten des laufenden Jahres bezahlt worden und müssten auch dem Goldanteil zugerechnet werden.

Was die Importseite des Abkommens anbelangt, so möchte ich vor einem übermäßigen Pessimismus warnen, vor einem Pessimismus, den die deutsche Seite verstärkt nährt und anheizt, insbesondere Kreise um Rosenberg, die in Deutschland Gerüchte verbreiten, wonach die UdSSR gar nicht an einem Import aus Deutschland interessiert sei und nicht beabsichtige, in dieser Richtung den 200-Millionenkredit zu realisieren. Unsere ersten Geschäfte im Rahmen des 200-Millionenkredites waren in der Tat misslungen und in Deutschland nicht von Erfolg gekrönt. Wenn man jedoch versucht, diesen Umstand zu ergründen, so sieht die Sache etwas anders aus. Wir erschienen auf dem deutschen Markt mit recht großen Aufträgen für Eisenbahnausrüstungen und für Rohre. Wenn man dem Sinn des 200-Millionenkredites exakt folgt, so hätten diese Aufträge hier nicht darunter fallen dürfen. Dessen ungeachtet sind die Deutschen auf unser spezielles Ersuchen eingegangen und haben, um ihre Loyalität zu demonstrieren, diese Aufträge in den 200-Millionenkredit aufgenommen. Wir haben uns jedoch mit den deutschen Industriellen nicht über die Preise einigen können, und so vergaben wir diese Aufträge an andere Länder, und zwar zu einem Preis, der 12–18 Prozent niedriger als der lag, den man uns in Deutschland angeboten hatte. Aufgrund dieser Erfahrungen kann der Eindruck entstehen, dass die Deutschen auch bei den anderen Objekten des 200-Millionenkredites nicht konkurrenzfähig wären, woraus ernste Befürchtungen für das gesamte Abkommen sowie Zweifel an der Zweckmäßigkeit weiterer Kreditabkommen mit den Deutschen, wenn auch auf einer vorteilhafteren Grundlage, aufkommen können. Mir scheint, dass eine solche Schlussfolgerung verfrüht ist. Jene kleineren Aufträge für Maschinen, die im Rahmen des 200-Millionenkredites bereits an Deutschland vergeben wurden, sind hier ohne sonderliche Schwierigkeiten untergebracht worden. Schacht hat die Zusicherung gegeben, dass er die Vergabe der Großaufträge an die Betriebe zur Verarbeitung von Kohle zu Benzin und zur Produktion von Ammoniak gewährleisten werde. Was die misslungenen Aufträge für Eisenbahngüter und für Rohre betrifft, so darf man nicht vergessen, dass die Deutschen gerade für den Export dieser Objekte in andere Länder eine Exportprämie bekommen, die sie bei dem Export im Rahmen des fünfjährigen Kreditabkommens an uns nicht erhalten, was sie auch praktisch nicht konkurrenzfähig macht. Es ist weiterhin nicht zu vergessen, dass wir im Prinzip noch nicht damit begonnen haben, die Objekte im Rahmen des 200-Millionenkredites zu platzieren, weil es weder eine Spezifizierung noch Kommissionen gegeben hat, die an Ort und Stelle diese Fragen hätten bearbeiten müssen. Unter Berücksichtigung all dessen, was gesagt wurde, müssen wir zu der Schlussfolgerung gelangen, dass man sich mit der Einschätzung der praktischen Resultate des 200-Millionenkredites noch gedulden muss.

³ Dominizieren ist ein Vorgang, bei dem der Kontoinhaber seiner Bank das Recht überträgt, seine Wechselzahlungen zu regeln.

Unlängst hatten wir hier ein Gespräch mit Wolff, wir frühstückten bei Gen. Suric, um seine beabsichtigte Reise in die UdSSR zu besprechen. Wolff war sehr zurückhaltend, aber nach zahlreichen Fragen gelang es, in groben Zügen folgendes Bild zu bekommen. Wolff möchte sich mit Ordžonikidze, Kaganovič, Pjatakov und Rozengol'c treffen und ihnen einen langfristigen Kredit in einem Volumen von ungefähr 300 Millionen Mark für die Lieferung von Eisenbahnausrüstungen, Erdölrohren und Schiffen zu der Bedingung vorschlagen, dass ein Teil dieses Kredites in Devisen oder Gold getilgt wird. Wir hatten den Eindruck, dass hinter diesem Vorschlag englische Banken stehen, mit denen Wolff fest verbunden ist. Wolff bedauerte sehr, dass das Röhrengeschäft nicht zustandegekommen ist, er war sichtlich von der Tatsache betroffen, dass wir unseren Auftrag zu günstigeren Preisen in andere Länder vergeben haben, und beteuerte, dass die einzige Grundlage für die weitere Entwicklung des Warenumsatzes mit der UdSSR darin bestünde, ihn auf Goldbasis umzustellen. Er wolle nicht mit einem festen Programm in die UdSSR reisen und hoffe, an Ort und Stelle das Programm auf der Grundlage jener Hinweise, Wünsche und Forderungen auszuarbeiten, die sich aus mündlichen Gesprächen mit den oben erwähnten Genossen ergeben werden. Seine Reise möchte er terminlich so abstimmen, dass diese Genossen in Moskau sein werden, er selbst wolle Mitte Juli fahren.

Wolff hat hervorragende Kontakte zum Apparat Schachts. In dieser Hinsicht versteht er es, sich bei allen Regimes einzurichten. Die Verbindungsglieder sind offenbar Brinkmann und Göring, mit denen Wolff über die Vermittlung des erneut an der Oberfläche aufgetauchten Swieykowski verkehrt.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

S. Bessonov

Vermerk D.G. Šterns mit Bleistift: An Gen. Linde, Gen. Lev[in]. 1.VII.35 Š[tern]. Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1436 vom 1.7.1935. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 3 Expl. Das 1. [Exemplar] an Štern, das 2. an Rozenbljum, das 3. zu den Akten. Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben. AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 209–208. Original.

Nr. 188
Aufzeichnung des Legationsrats in Moskau Hilger

Moskau, den 28. Juni 1935

Anlage zu D/797

Aktennotiz

betr. Legalisierung der Tätigkeit deutscher Firmenvertreter in der UdSSR

In Verbindung mit der Frage der Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung für den hiesigen Vertreter der Siemens-Schuckert Werke, Herrn von Landesén, hat-

te ich am 28. Juni d. J. eine telefonische Unterredung mit dem stellvertretenden Direktor der Abteilung für Handelsvertretungen im Außenhandelskommissariat, Herrn Kaminski. Ich nahm Bezug auf die Unterhaltung, die Herr Bräutigam und ich am 7. Juni d. J. mit Herrn Direktor Lewin im Außenhandelskommissariat gehabt hatten und in der von Seiten des Herrn Lewin angeregt worden war, dass deutsche Firmenvertreter, die in die UdSSR einreisen bzw. sich hier aufhalten wollen, entsprechende Eingaben an das Außenhandelskommissariat machen sollten. Herr Kaminski war über den Inhalt dieser Unterhaltung unterrichtet und bestätigte auch, dass der Antrag des Herrn v. Landesens sich in seinem Besitz befinde. Auf meine Frage jedoch, ob er das Erforderliche bereits veranlasst habe, gab Herr Kaminski eine ausweichende Antwort mit dem Hinzufügen, dass die Importorganisationen nicht recht wüssten, was sie in solchen Fällen zu tun hätten; *nach seiner Ansicht sollten diejenigen deutschen Firmen, die ständige Vertretungen in der UdSSR errichten wollten, sich auf Grund des Gesetzes vom 11.3.31¹ über die Registrierung ausländischer Firmen mit entsprechenden Gesuchen*² an das Volkskommissariat für den Außenhandel wenden.

Ich erwiderte, dass die interessierten deutschen Firmen Anträge auf Errichtung von ständigen Vertretungen bzw. Registrierung nicht eher stellen würden, als bis die schon seit geraumer Zeit in Aussicht gestellten neuen Bestimmungen erschienen wären. Dass das Dekret vom 11. März 1931 und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen nicht anwendbar seien, hätten wir dem Außenhandelskommissariat schon unzählige Male erklärt; ich wollte jetzt endlich wissen, wann mit der Herausgabe der neuen Bestimmungen gerechnet werden könne.

Herr Kaminski antwortete, dass diese Frage noch immer nicht entschieden sei. Er sehe aber den Grund nicht ein, warum deutsche Firmen sich nicht mit Gesuchen wegen Errichtung ständiger Vertretungen an das Außenhandelskommissariat wenden könnten. Man würde sich bei der Gelegenheit sicher über etwaige noch bestehende Unklarheiten einigen können.

Ich bezeichnete diese Äußerung Kaminskis als eine Änderung des bisher vom Außenhandelskommissariat vertretenen Standpunktes. Bisher habe uns das Außenhandelskommissariat immer wieder eine generelle Regelung der Vertreterfrage in Aussicht gestellt; seine heutige Bemerkung dagegen erwecke den Eindruck, als wenn die Zulassung einer Firmenvertretung dem Zufalle überlassen werden solle, ob sich die betreffende Firma mit dem Außenhandelskommissariat über die näheren Bedingungen ihrer Zulassung einige oder nicht. Ich bäte ihn, mir zu bestätigen, dass dies der amtliche Standpunkt sei, damit ich entsprechend nach Berlin berichten könne.

Herr Kaminski sagte, er könne sich nicht in dieser Weise festlegen. Er hielte es aber persönlich für zweckmäßig, wenn deutsche Firmen, die ständige Vertre-

¹ „O porjadke dopuščenija inostrannyh firm k proizvodstvu torgovych operacij na territorii Sojuza SSR“, 11.3.1931. In: *Sobranie zakonov i rasporjaženij Raboče-Krest'janskogo Pravitel'stva Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik* (Sammlung von Gesetzen und Verfügungen der Arbeiter- und Bauernregierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken), Moskva 1931, Nr. 24, 1. Abschnitt, S. 344–346.

² Der Text ist am Rand angestrichen.

tungen in der UdSSR errichten wollten, ohne weiteren Aufschub sich mit entsprechenden Gesuchen an das Außenhandelskommissariat wenden würden. An Hand praktischer Eingaben würde man wahrscheinlich schneller zum Ziele kommen.

Als ich hierauf Herrn Kaminski den Vorwurf machte, dass seine Stellungnahme dem widerspreche, was in den letzten Wochen vom Außenhandelskommissariat gesagt worden sei, stellte er sich auf den Standpunkt, dass es sich dabei um unverbindliche Besprechungen gehandelt habe. Ich wies diese Behauptung mit dem Bemerken zurück, dass wir die Mitteilungen seines Direktors an Herrn Gesandtschaftsrat Dr. Bräutigam und mich nicht als private Meinungsäußerungen betrachten könnten.

Als Herr Kaminski darauf erklärte, dass man in erneute Besprechungen eintreten könnte, erwiderte ich, dass mir der gegenwärtige Zeitpunkt hierfür nicht geeignet erscheine, da Direktor Lewin bis Mitte nächsten Monats beurlaubt sei und auch Herr Bräutigam am 29. Juni auf Urlaub ginge. Es schiene mir daher am zweckmäßigsten, etwaige weitere Besprechungen über die Regelung der Vertreterfrage bis zum Ende der Urlaubszeit aufzuschieben und erst im Herbst in erneute Verhandlungen einzutreten. Bis dahin müsse aber vom Außenhandelskommissariat dafür Sorge getragen werden, dass den zur Zeit hier anwesenden deutschen Firmenvertretern anstandslos nicht zu kurz befristete Aufenthaltsbewilligungen erteilt würden.

Herr Kaminski erwiderte, dass er die Frage von diesem Gesichtspunkt aus *prüfen*³ wolle; eine definitive Erklärung blieb er mir jedoch schuldig.⁴

gez. Hilger

Oben: zu W IV Ru 2646. *Handschriftlich von Bräutigam:* [Von] Herrn Hilger privatbrieflich erhalten Norderney 5 VII 35.

PA AA, R 94616, o. P., 4 Bl.

³ Das Wort ist unterstrichen.

⁴ Vgl. auch Dok. 202.

Nr. 189

Schreiben des Reichsinnenministers Frick an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin Levetzow

Berlin, den 29. Juni 1935

Vertraulich

Abschrift V 9828

Der Reichs- und Preußische Minister
des Innern
I E 2137/9209/Russl.

An die
Herren Regierungspräsidenten und den Herrn
Polizeipräsidenten in Berlin¹

Die Frage der Durchführung von Ausweisungen und Wegweisungen von Angehörigen der Sowjetunion ist in Ziff. 208 der Dienstanweisung zur Ausl. Pol. V. O. vom 27. April 1932² geregelt. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die sich bei der Abschiebung sowjetrussischer Staatsangehöriger nach der Sowjetunion auf dem Landwege ergeben haben, ersuche ich, für die Abschiebung den Wasserweg so lange wie möglich auszunutzen. Eine Auskunft über die bestehenden Schiffsverbindungen nach Leningrad ist im Zweifelsfalle durch eine Rückfrage bei dem Regierungspräsidenten in Stettin³ zu erhalten.

Wenn während der Wintermonate infolge der Vereisung der russischen Häfen der Dampferverkehr ruht, kann eine Abschiebung sowjetrussischer Staatsangehöriger nach der Sowjetunion auch ausnahmsweise auf dem Landwege über Beuthen erfolgen.

Auf jeden Fall sind jedoch nachfolgende Bestimmungen genau zu beachten:

1. Von beabsichtigten Ausweisungen sowjetrussischer Staatsangehöriger ist den zuständigen sowjetrussischen konsularischen Vertretungen unter Angabe der Grenzstelle, über welche die Ausweisung erfolgen soll, Mitteilung zu machen.
2. Der Pass des Auszuweisenden ist der zuständigen sowjetrussischen Vertretung zur Beschaffung etwa notwendiger Sichtvermerke zu übersenden.
3. Die zuständige sowjetrussische Vertretung erhält auf Antrag Besuchserlaubnis und die Möglichkeit, den Auszuweisenden mit Barmitteln in ausländischer Währung zur Bestreitung der Fahrkosten und Verpflegung von der Reichsgrenze bis zum Bestimmungsort in der Sowjetunion zu versehen.

[Frick]

PA AA, R 84046, o. P., 2 Bl.

¹ Abschriften dieses Schreibens wurden am gleichen Tag auch an die außerpreußischen Landesregierungen und an den Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes, an das Geheime Staatspolizeiamt und das Auswärtige Amt geschickt. Das AA informierte die Botschaft Moskau am 31.7.1935 über den Vorgang. Vgl. PA AA, R 84046, o. P.

² Polizeiverordnung über die Behandlung der Ausländer, 27.4.1932. In: Rechte und Pflichten der Ausländer, hrsg. von Louis Gutmann, Berlin 1932, S. 7–22.

³ Gottfried von Bismarck.

Nr. 190
Protokoll einer Sitzung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

[3. Juli 1935]

Vertraulich!

Protokoll
der Besprechung über Importfragen im Russlandgeschäft beim Russlandausschuss
der Deutschen Wirtschaft am 3. Juli 1935, 3 Uhr nachmittags¹

Vorsitzender: Major a. D. Tschunke.

Anwesende: 24 Herren lt. Anwesenheitsliste².

Tagesordnung:

1. Vorlage der durchgearbeiteten Liefer- und Schiedsgerichtsbedingungen;
2. Aussprache über die zukünftige Gestaltung der Importgeschäfte mit Russland;
3. Deutsche Tonnage im Russlandgeschäft.

Die Besprechung wird um 3.05 Uhr eröffnet.

Tschunke begrüßt die Anwesenden, dankt den Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums für ihr Erscheinen, teilt mit, dass Dr.-Ing. E.h. Reyß durch plötzliche dienstliche Inanspruchnahme verhindert worden ist, an der Sitzung teilzunehmen und leitet die Sitzung ein mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen über die Importfrage im Russlandgeschäft (s. Anlage I).

v. Dewitz erstattet Bericht über die allgemeine Lage des russischen Importgeschäfts und über die Arbeiten der Importkommission des Russlandausschusses an der Aufstellung eines zunächst als Verhandlungsbasis gedachten Entwurfs der Allgemeinen Liefer- und Schiedsgerichtsbedingungen für die Einfuhr russischer Waren an Deutschland (s. Anlage II).

Der Entwurf der Liefer- und Schiedsgerichtsbedingungen wird unter die Anwesenden verteilt.

v. Dewitz bittet, etwaige Änderungsvorschläge zum Entwurf dem Russlandausschuss bis spätestens den 15. Juli d. J. zugehen zu lassen.

Tschunke dankt v. Dewitz für seinen Bericht und für die von ihm und seinen Mitarbeitern geleistete Arbeit und eröffnet die Aussprache zu Punkt 1) und 2) der Tagesordnung.

Engelken: Die Probleme des Russlandgeschäfts hängen mit allgemeinen, zurzeit aktuellen Fragen zusammen. Die Entwicklung des deutschen Exports läuft nicht wunschgemäß. Eine Erweiterung des Außenhandels kann aber entgegen der vorherrschenden Ansicht nicht durch die Förderung der Ausfuhr, sondern nur durch die Verstärkung des Imports erreicht werden; dabei entstehen Schwierigkeiten u. a. infolge der Tatsache, dass die Verkaufswünsche der Exportländer und die Einkaufswünsche der Importländer nicht immer voll übereinstimmen, es lässt sich

¹ Das Protokoll wurde auf Anfrage des AA vom 13.7.1935 zwei Tage später an das AA zur Weiterleitung an die Botschaft Moskau geschickt. Vgl. Schreiben des Russland-Ausschusses vom 15.7.1935, in: PA AA, R 94658, o. P.

² Eine Liste war in der Akte nicht vorhanden.

aber hier ein Ausgleich der Interessen erreichen. Das Problem Russland ist ähnlich gelagert. Wie bei jedem Lande muss auch hier Import und Export verkoppelt werden. Überzahlungen für russische Waren sind nur zulässig bei Vorteilen für den deutschen Export nach Russland. Die Preissteigerungen für russische Waren, z. B. für getrocknete Früchte, sind z. T. ganz abnorm. Wenn aber der deutsche Importhandel russische Waren zu vernünftigen Preisen verkaufen könnte, so wäre eine Abgabe zur Förderung der Ausfuhr für ihn tragbar. Das heutige System der Einfuhrregelung führt unwillkürlich zu einer Qualitätsverschlechterung der eingeführten Waren, was im Endergebnis auch für den Export schädlich ist. Der deutsche Transithandel, der 1932 noch 4 Milliarden Reichsmark betragen hat, ist im Erliegen. Die Kenntnisse des Einfuhrhandels müssen ausgenutzt werden, um hierin Wandel zu schaffen. Er bittet, die Regierung möge mehr Vertrauen zu den Kenntnissen und Kräften des deutschen Handels haben und ihn mit Aufgaben betrauen, die er lösen würde.

Tschunke: Die im April festgesetzten Kontingente für die russische Wareneinfuhr scheinen erschöpft zu sein. Die Russen fordern Zahlung in Devisen oder in freien Reichsmark. Von einer Seite ist dem Russlandausschuss allerdings mitgeteilt worden, dass die Russen auch gegen Sperrmark verkaufen würden.

Schönwalder teilt hierzu mit, dass die Russen bei Verhandlungen mit seiner Firma sich bereit zeigten, bis zu 40% des Kaufpreises in Inlandsmark anzunehmen.

Reichert weist auf die Notwendigkeit hin, die Unterschiede in den einzelnen Wirtschaftszweigen zu berücksichtigen. Auf den Einfuhrgebieten, die die Eisen schaffende Industrie interessieren, liegt ein Zusammenschluss der Importeure bereits vor, und er sollte nicht ohne Notwendigkeit durch eine neue Organisation gestört werden. Hier ist auch eine Qualitätsverschlechterung nicht eingerissen. Die Belastung des Imports für Exportförderungszwecke ist nicht in allen Zweigen möglich. Wenn z. B. Rohstoffe für Exportindustrien eingeführt werden, so müssen die Preise auf das schärfste ausgehandelt werden.

Mossdorf: Zu den Ausführungen von Engelken, die über den Rahmen der heutigen Sitzung hinausgehen, kann hier nicht Stellung genommen werden. Die darin enthaltenen Anregungen werden trotz gewisser persönlicher Bedenken an die zuständigen Stellen des Reichswirtschaftsministeriums weitergeleitet werden. Es ist zu begrüßen, dass der Russlandausschuss so große Aufmerksamkeit dem Import widmet. Er entspricht damit den Wünschen von Dr. Schacht. Wenn die Russen über den Rahmen der Wirtschaftsvereinbarung vom April hinaus für weitere Einfuhr Devisen verlangen, so ist die Lage die gleiche wie gegenüber anderen Ländern. Die Regierung wird den starken Einfuhrbedürfnissen der Wirtschaft Rechnung tragen müssen. Eine geschlossene Front auf deutscher Seite ist daher besonders erwünscht, und bereits bestehende Organisationen ließen sich in die angestrebte umfassende Organisation einbauen. Die Organisationsbestrebungen des Importhandels müssten aber den Russen gegenüber nicht übermäßig betont werden.

Berndt äußert Bedenken über die Bestimmungen des Entwurfs der Schiedsgerichtsbedingungen bezüglich des Sitzes des Schiedsgerichts.

v. Dewitz erläutert den Sinn der betreffenden Bestimmungen und bittet, etwaige Abänderungsvorschläge bis zum 15. Juli schriftlich einzureichen.

Hecking: Bei Schiedsgerichtsverhandlungen in Russland über zwei Unfälle in russischen Gewässern erwies sich, dass die russischen Schiedsgerichtsbestimmun-

gen an sich normal sind, aber dass die russischen Schiedsrichter nicht fähig sind, ihr Amt unabhängig auszuüben. Da das Vertrauen zur Rechtsprechung der Russen fehlte, mussten in beiden Fällen unter großen Opfern Vergleiche abgeschlossen werden. Die Frage des Schiedsgerichtsorts ist daher von größter Bedeutung. Wenn man nicht Deutschland als Schiedsgerichtsort durchsetzen kann, dann ist es das Beste, man verlegt die Schiedsgerichte in ein neutrales Land.

Mossdorf empfiehlt, als Schiedsgerichtsort Deutschland zu vereinbaren, wobei man allerdings auf größte Schwierigkeiten russischerseits stoßen würde. Eine gewisse Handhabe im Kampf für Schiedsgerichte in Deutschland bietet die Tatsache, dass die Handelsvertretung auch jetzt noch den Exponenten der Sowjetwirtschaft in Deutschland darstellt.

v. Dewitz: Der Verlegung der Schiedsgerichte nach einem neutralen Land, wobei eines der nordischen Länder in Frage kommen würde, stehen auch gewisse Bedenken gegenüber. Es sei dies die Kostenfrage und Schwierigkeiten bei Qualitätsarbitrage. Herr v. Dewitz sagt aber zu, den Paragraphen über den Sitz des Gerichts präziser im Sinne der Anregung des Herrn Ministerialrat Mossdorf abzuändern.

Tschunke erstattet einen Bericht zu Punkt 3) der Tagesordnung (s. Anlage III).

Bock: Dem Russlandausschuss gebührt ganz besonderer Dank dafür, dass er sich der Interessen der deutschen Schifffahrt angenommen hat. Die Russen arbeiten planmäßig darauf hin, die deutsche Tonnage im Verkehr mit den russischen Südhäfen völlig auszuschalten. Ein Druck auf die Russen könnte nur von den deutschen Importeuren ausgeübt werden.

Krebs: Die Überwachungsstellen sind bereits angewiesen, soweit nur möglich, keine Devisen für Nebenkosten der Wareneinfuhr zu bewilligen. Dadurch wird indirekt ein wirksamer Zwang zur Benutzung deutscher Tonnage ausgeübt.

Mossdorf: Der Übergang der Russen von cif³- zu fob⁴-Verkäufen ist u. a. darauf zurückzuführen, dass sie durch Ausschaltung der Nebenkosten eine bessere Ausnutzung der ihnen zugestandenen wertmäßigen Kontingente anstreben.

Berndt: Die deutsche Schifffahrt würde an einem Gesetz oder einem Befehl über Benutzung deutscher Tonnage durch deutsche Importeure kein Interesse haben, sondern eine losere Form der Einwirkung vorziehen. Insbesondere müssten die Importeure, die eine Vorliebe für die cif-Konditionen haben, über die Möglichkeit, fob zu kaufen, belehrt werden. Die Russen sind trotz der großen Verluste, die sie dabei erlitten haben, bestrebt, die Tourenfahrt an sich zu reißen und die deutsche Tonnage aus dem Transitgeschäft von Persien zu verdrängen, u. a. durch Frachtmanipulation. Mit dem Erzgeschäft allein kann die deutsche Schifffahrt im Schwarzen Meer nicht aufrechterhalten werden. Die deutschen Schiffsagenten sind einer unglaublichen Behandlung ausgesetzt und die deutschen Reedereien erbitten in dieser Frage die Unterstützung der Regierung.

Hecking: Die Russen verdrängen jeden deutschen Schiffsagenten aus der UdSSR, sobald er Kenntnisse und Erfahrungen erworben hat. Die Hamburg-

³ cif = Abkürzung für cost, insurance, freight (Kosten, Versicherung, Fracht). Der Preis, der die Ausgaben des Exporteurs für die Anlieferung der Ware bis zum Verladeort (Hafen, Bahnhof) und ihre Versicherung einschließt.

⁴ fob = free on board; der in Fob abgerechnete Export beinhaltet den Preis der exportierten Waren abzüglich aller Kosten (Versicherung, Transport).

Amerika-Linie schickt in den nächsten Wochen ein großes Schiff mit amerikanischen Touristen nach Leningrad gewissermaßen „ins Blaue“, da sie in dem Hafen keinen Vertrauensmann hat. Durch das Unterhalten von eigenen Agenten berühren wir die Interessen der Russen in keiner Weise, da die Auslandsschiffe doch alle bei der „Sowtorgflot“ klarieren müssen.

Mossdorf: Das Auswärtige Amt, das für die Frage zuständig ist, hat sich ihrer bereits angenommen. Angesichts der Verdrängung deutscher Vertreter und Schiffsagenten aus der UdSSR sind gewisse Retorsionsmaßnahmen gegen Angestellte von Sowjetorganen in Deutschland ergriffen worden.

Bock berichtet über einige Fälle der Verdrängung deutscher Schiffsagenten.

Hecking: Es hat sich der unhaltbare Zustand entwickelt, dass wir unseren Vertreter in Moskau zur Berichterstattung oder auf Urlaub nicht nach Deutschland kommen lassen können, damit die Russen nicht die Möglichkeit erhalten, ihm das Rückreisevisum zu verweigern.

Timmermann: Wenn die deutsche Schifffahrt ein Frachtmonopol bei dem Import von russischen Waren nach Deutschland anstrebt, so entsteht die Frage der Frachtraten. Zu teure Frachtraten würden die Einfuhr verschiedener russischer Waren unmöglich machen.

Bock: So wie die Sachen liegen, hat die deutsche Schifffahrt bei weitem kein Monopol. Sie ist auch bereit, mit dem Importhandel bestimmte Frachtsätze für die einzelnen Warengruppen zu vereinbaren.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird die Besprechung mit dem Dank des Vorsitzenden an die Teilnehmer um 4.45 Uhr geschlossen

Anlage I

Eröffnungsansprache von Herrn Tschunke

Meine Herren,

der Mehrzahl von Ihnen dürfte bekannt sein, dass der Russlandausschuss der Deutschen Wirtschaft sich schon seit längerer Zeit der Importfrage im Russlandgeschäft angenommen hat, in den letzten Monaten auf ausdrücklichen Wunsch des Präsidenten Schacht. Wir sind auch dafür eingetreten, dass Industrie und Handel im deutsch-russischen Geschäft enger als bisher zusammenarbeiten sollen. Der Handel kann unseren Absatz nach Russland vergrößern, wenn er als Einkäufer Erzeugnisse verschiedener Art aus Russland bezieht, die er bisher traditionsgemäß in Ländern einkaufte, die nur wenig deutsche Produkte abnahmen. Im Jahre 1934 haben wir den Reichsstellen eine Denkschrift übermittelt, die eine Untersuchung über die entsprechenden Verlagerungsmöglichkeiten anstellte.

Dieses Eintreten für den Bezug russischer Erzeugnisse musste aber da eine Grenze finden, wo, wie es das Jahr 1934 gezeigt hat, eine unerträgliche Diskrepanz zwischen Ein- und Ausfuhr entstand (rd. 200 Millionen Einfuhr aus Russland gegenüber nur etwa 30–40 Millionen Bestellungen der Russen bei uns) und russischerseits eine Preispolitik zum Nachteil unserer Volkswirtschaft getrieben, die deutschen Importeure gegeneinander ausgespielt und unbillige Lieferbedingungen gestellt wurden. Im Leitartikel des Maiheftes 1934 unserer „Ostwirtschaft“ habe ich die verschiedenen Schwierigkeiten der Importeure und unsere Wünsche zusam-

mengestellt.⁵ Die Situation ist im Großen und Ganzen leider noch dieselbe geblieben. Nur ein erfreuliches Faktum ist zu verzeichnen, dass im deutsch-russischen Wirtschaftsabkommen vom 9.4.35 die Sowjetseite sich im Gegensatz zu ihrer früheren Forderung der Goldklausel bei Verkäufen nach Deutschland bereit erklärt hat, *sämtliche im Laufe des Jahres 1935 erfolgenden Verkäufe nach Deutschland auf Reichsmarkbasis vorzunehmen und hierbei auf eine Wertsicherung zu verzichten*⁶. Für diejenigen Waren, die nach bestehenden Handelsusancen in englischen Pfunden, Dollars bzw. anderen ausländischen Währungen fakturiert werden, wird die Handelsvertretung Reichsmark in Zahlung nehmen, unabhängig von der Fakturierungswährung. Als solche Waren gelten Rauchwaren, Getreide, Erze, Flachs. *Die deutschen Firmen sind berechtigt, die ausländischen Währungen bei Fälligkeit nach dem Berliner Mittelkurs umzurechnen.*⁷

Durch die Kündigung des Reichsmarkabkommens im Februar 1935 und die Forderung des Präsidenten Schacht, dass Ein- und Ausfuhr im Russlandgeschäft sich die Waage halten müssen und die Importerlöse grundsätzlich für Bestellungen in Deutschland und nicht zur Bezahlung von Schulden verwandt werden dürfen, wurden die Voraussetzungen für einen Ausgleich der Handelsbilanz geschaffen, während gleichzeitig durch die Einschaltung der Überwachungsstellen Mengen und Preise der russischen Importe einer Kontrolle unterworfen wurden.

Darüber hinaus ist es unser Bestreben, ähnlich wie im Liefergeschäft nach Russland engste Zusammenarbeit der Importeure herbeizuführen, um eine geschlossene Front den russischen Exportorganisationen gegenüberzustellen. Wir glauben, dass die Festsetzung möglichst einheitlicher Lieferbedingungen ein wichtiges Mittel ist, dieses Ziel zu erreichen. Die von uns eingesetzte Importkommission hat nach mehrfachen Beratungen einen Entwurf aufgestellt, über den ich nunmehr Herrn v. Dewitz zu berichten bitte.

Anlage II

Bericht von Herrn v. Dewitz zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung

Zunächst möchte ich dem Vorsitzenden des Russlandausschusses Herrn Direktor Dr. Reyß den Dank der Importkommission aussprechen, dass er durch verstärkte Heranziehung der am Russlandgeschäft interessierten Importeure die Grundlage zu der unumgänglich notwendigen Zusammenarbeit mit den Exporteuren geschaffen hat.

Neben den bekannten Grundgedanken über die Wichtigkeit des russischen Raumes für die deutsche Wirtschaft war es die für Deutschland höchst unerwünschte Entwicklung, die der Außenhandel mit Russland im vergangenen Jahre nahm, die mich veranlassten, im Januar d. J. zunächst in einer Eingabe, dann in einer persönlichen Unterredung mit Herrn Direktor Reyß zu bitten, die Importeure zusammenzufassen und sie gemeinsam mit dem Export als geschlossenen Verhandlungspartner den Russen gegenüberzustellen.

⁵ F.: „Zur Frage des Sowjetimports nach Deutschland“. In: Ostwirtschaft, 1934, Nr. 5, S. 61–62.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

⁷ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Die fehlende Geschlossenheit bei den Importeuren gestattete den Russen, die deutsche Notlage in einer Weise auszunutzen, Liefer- und Zahlungsbedingungen zu stellen, die nicht nur im Missverhältnis zu ihren eigenen Leistungen standen, sondern sie geradezu anreizte, Finanzgeschäfte auf dem Rücken der deutschen Wirtschaft zu machen. Es musste zwangsläufig nach einem Ausweg gesucht werden, um die sehr erheblichen Gewinne, die die Russen aus dem Verkauf ihrer Waren zogen, wenigstens zum Teil in Deutschland selbst zu behalten und, wenn möglich, volkswirtschaftlich zu Gunsten unserer Ausfuhr nutzbar zu machen.

Hinzu kommt, dass wir uns in Russland einem Ein- und Verkaufstrust gegenübersehen, der durch seine Machtfülle zu Gegenmaßnahmen in gleicher Richtung zwingt. Trustähnliche Gebilde sind zwar nicht nach unserem Geschmack, doch erscheint dies im Spezialfall Russland kaum anders möglich.

Es war weiter klar, dass der freie Import, der in der Handelsbilanz des Jahres 1934 einen Passivsaldo von fast 150 Millionen hervorbrachte, in dieser Art nicht mehr länger geduldet werden konnte.

Es ergab sich die Notwendigkeit, eine Zusammenarbeit zwischen den deutschen Exporteuren und Importeuren gerade für Russland zu erreichen. Die Plattform hierfür bot der Russlandausschuss. So ermächtigte mich Herr Direktor Dr. Reyß, zunächst einmal einige Importeure zusammenzurufen, um in Vorbesprechungen die russische Lage zu erörtern und den Zusammenschluss des Russlands-Imports zu besprechen.

Als wir uns vor etwa drei Monaten zu unserer ersten Aussprache trafen, war es außerordentlich interessant, die Berichte der einzelnen Herren aus den verschiedensten Zweigen des Imports zu hören. Es ergab sich, dass die Abwicklung der Geschäfte in einzelnen Branchen, wie Mineralöl, Holz, Getreide, einigermaßen normal verlief, jedoch trat bei anderen in erschreckender Weise zutage, wie rigoros der Russe in seinen Forderungen war. *Ich nenne nur Jute; hier bestanden die Russen auf Vorkasse und erhielten sie auch. *⁸ Rechte gab es für den deutschen Käufer in einer Reihe von Importzweigen nur selten.

Inzwischen ist nun im Russlandgeschäft eine Ruhepause eingetreten, die wir gut zu unseren Vorbereitungen ausnutzen konnten. Die Russen bauen ihre in Deutschland befindlichen Handelsorganisationen ab, kündigen Büroräume und Personal. Sie haben die Absicht, auch ihre Verkaufsabteilungen nach Russland zurückzuverlegen und bieten zurzeit, wie es aus Berichten hervorgeht, nur gegen Zahlung in Devisen oder freier Reichsmark an.

Dass dieser festgefahrene Zustand in einiger Zeit sich auflockern und der Wunsch nach neuen Austauschverhandlungen auftreten wird, dürfte zu erwarten sein. Um nun für alle Fälle gewappnet zu sein, haben wir einen kleinen Arbeitsausschuss gebildet, der neue allgemeine Lieferbedingungen und Schiedsgerichtsbedingungen für den Import aus Russland ausgearbeitet hat, die als Basis für spätere Verhandlungen mit den Russen gedacht sind. Ich möchte bei dieser Gelegenheit allen Herren meinen besonderen Dank für ihre wertvolle Mitarbeit aussprechen.

⁸ Der Satz ist unterstrichen.

Wir haben nun

- 1) Musterschlussschein für Makler
- 2) Allgemeine Lieferbedingungen
- 3) Schiedsgerichtsbedingungen

fertiggestellt und drucken lassen und sie den anwesenden Herren zur Durchsicht, aber mit der Bitte um strengste Geheimhaltung, überreicht. Es wäre natürlich höchst unerwünscht, wenn die Russen von unseren Überlegungen vorzeitig Kenntnis erhielten, zumal es sich auch zunächst nur um Entwürfe handelt, die mit dem Ministerium noch durchgearbeitet und genehmigt werden müssen, bevor in Verhandlungen mit den Russen eingetreten wird.

Ich möchte davon absehen, die Entwürfe in der heutigen Sitzung zu verlesen und die einzelnen Paragraphen zur Beratung zu stellen, vielmehr darum bitten, etwaige weitere Abänderungsvorschläge bis zum 25. Juli d. J. als Endtermin dem Russlandausschuss zuzuleiten. *Es sei erwähnt, dass diese Entwürfe bei Holz, Mineralöl und vielleicht Wolle, weil diese Geschäfte vernünftig laufen, sowie bei landwirtschaftlichen Produkten, da hier der Nährstand zuständig ist, vorerst nicht in Anwendung kommen sollen.*⁹ Es wäre immerhin wünschenswert, wenn sich der gesamte Russlandimport nach einheitlichen Lieferbedingungen etc. richten würde.

Zur Durchführung einer so einschneidenden Neuordnung gehört nicht nur die Willensbereitschaft der Firmen, sich an die Bestimmungen zu halten, sondern auch besonders die Mithilfe der Überwachungsstellen. Wir werden die Bitte auszusprechen haben, dass nur solche Abschlüsse mit Russland genehmigt werden, die auf Grund der neuen Bedingungen getätigt sind.

Wir haben versucht, Schlussschein, Liefer- und Schiedsgerichtsbedingungen so klar wie möglich zu fassen, um von vornherein Anlässe zu Streitfragen weitestgehend auszuschalten. Die Entwürfe bezwecken, Verkäufer und Käufer vor Unredlichkeiten oder gar Schikanen zu schützen und die Abwicklung der Geschäfte nach den Grundsätzen bester kaufmännischer Moral zu ermöglichen.

So verlangen wir von den Russen die Herausstellung eines haftbaren Vertragspartners, nämlich die Handelsvertretung in Berlin. Wir fordern eine Zahlungsweise, die den normalen Gepflogenheiten entspricht, und brechen mit der Unsitte, Vorauszahlungen zu verlangen. Wir wollen die vielfach aufgetretene Willkür und Unzuverlässigkeit bei der Innehaltung der Andienungs- und Lieferzeiten ausschalten und nehmen für unsere Käufer das Recht in Anspruch, bei Fob-Lieferungen deutsche Schiffe vorzuschreiben und die Risiken bei deutschen Versicherungsunternehmungen zu decken. Wir werden darauf bedacht sein, dass unsere Importeure in der Regel fob und nicht cif kaufen. Gerade über diese Frage, die uns sehr am Herzen liegt, wird Herr Tschunke und vielleicht auch Herr Gen.Dir. Bock bei Punkt 3 der Tagesordnung noch einige Aufklärungen geben. Wir sind der Ansicht, dass es für jeden deutschen Unternehmer eine nationale Pflicht ist, deutschen Unternehmungen den Vorzug zu geben, auch wenn verlockende Untergebote nichtdeutscher Konkurrenten eine etwas höhere Gewinnspanne ermöglichen würden. Ein sehr nachahmenswertes Beispiel zeigt die Zusammenarbeit zwischen Holzimporteuren und deutscher Reederei, wie uns Herr Krages berichtete. Durch ein kleines Opfer in

⁹ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

der Bewilligung einer etwas höheren Frachtrate gelang es, den Auftrag trotz erheblichen Untergebots der Russen einer deutschen Reederei zuzuführen. Wir haben weiter in den Bedingungen Wert darauf gelegt, dass die Makler möglichst vielseitig in die Geschäftsabschlüsse eingeschaltet werden.

Besonders eingehend ist in den Lieferbedingungen das Gebiet der Qualitätsprüfung, der Beanstandungen und die erforderlichen Fristen behandelt. Auch hier haben wir uns bemüht, in gerechter Weise die Interessen beider Vertragspartner zu wahren.

Alle sich aus den Verträgen ergebenden Streitfälle sollen durch ein Schiedsgericht endgültig entschieden werden.

Die Schiedsgerichtsbedingungen sehen als Sitz des Schiedsgerichts den Bestimmungsort der Ware oder deren Lagerplatz vor. Eine Einschaltung der Bezirkswirtschaftskammern hinsichtlich der Bestellung von Schiedsrichtern ist ebenfalls vorgesehen. Die Inanspruchnahme ordentlicher Gerichte als Berufungsinstanz haben wir nach reiflicher Überlegung für unerwünscht gehalten. Besonders erfreulich für die Russen dürfte der Passus sein, dass ein Schiedsrichter nicht abgelehnt werden kann, weil er „Nichtarier“ ist.

Nun lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte sagen, wie ich mir die zukünftige Gestaltung des Einfuhrhandels aus Russland vorstelle.

Wenn das Wirtschaftsministerium die Liefer- und Schiedsgerichtsbedingungen als Basis für Verhandlungen mit den Russen freigegeben hat, bedarf es einer starken Zurückhaltung der Importeure in der Nachfrage nach russischen Waren. Eine derartige Zusammenarbeit würde m. E. die Verhandlungsbereitschaft der Russen fördern. Es wäre durch private Mittelspersonen ab und zu festzustellen, ob die Russen für zusätzliche Austauschgeschäfte Meinung zeigen. Dass sie gar nicht so abgeneigt sind, zeigt ein mir bereits berichteter Fall. Sollte es dann durch Verhandlungen gelingen, sich über ein Gesamtein- und -ausfuhrkontingent in bestimmter Höhe mit den Russen zu einigen, müsste eine Unterteilung des Kontingents auf die verschiedenen Importbranchen vorgenommen werden. Da der Bedarf wohl in fast jeder Branche höher liegen dürfte wie das zugeteilte Kontingent und die erhöhte Nachfrage leicht zu Preistreibereien führen könnte, ist ein geschlossener Einkauf – vielleicht in Form einer Einkaufsvereinbarung der Firma einer Branche – durch Beauftragte wünschenswert. Die Provision von 1% ist zunächst durch den Verkäufer (also den Russen) an die Einkaufs-Vereinigung zu zahlen. Nun beginnt die Aufteilung des Kontingents über die Makler an die Firmen, so dass dann die Provisionen gezahlt werden. Ein solches System hat natürlich durch seine Schematisierung erhebliche Nachteile, könnte sogar zu Unzufriedenheiten Anlass geben. Ein freier Handel aber über Makler durch direkte Verkäufe von den Russen an die Einzelfirmen im Rahmen des Kontingents erscheint mir weniger zweckmäßig.

Wünschenswert wäre eine Zahlungsweise über ein Ausgleichskonto bei einer deutschen Bank. Es würden die Importeure beispielsweise gegen Dokumente an dieses Konto zahlen und die Exporteure aus diesem Konto in ähnlicher Weise und außerdem verhältnismäßig prompt befriedigt werden. Da Erträge aus Importen schneller einlaufen, dürfte diese Art der Finanzierung gangbar sein.

*Ferner wäre zu prüfen, ob bei gewissen Einfuhrartikeln sehr große Gewinne im deutschen Markt zu erzielen sind und ob ein Teil dieser Gewinne zu Gunsten

der Exportförderung abgezweigt und einem Ausgleichskonto zugeführt werden kann.*¹⁰

Ich könnte mir vorstellen, dass die bestehende Ifago in Zusammenarbeit mit dem Russlandausschuss mit der finanziellen Abwicklung der Austauschgeschäfte mit Russland betraut und eine sehr erhebliche Ausdehnung ihres Aufgabenkreises erhalten würde.

Damit habe ich Punkt 2 der Tagesordnung durch gewisse Anregungen berührt. Sie sehen, meine Herren, wie umfangreich die Aufgaben sind, die wir im Russlandausschuss zu bearbeiten haben, sie sind aber derartig interessant und lohnend, dass es Freude macht, sich mit voller Kraft einzusetzen. Ihrer Mitarbeit bin ich gewiss, die Unterstützung der Regierungsstellen darf ich erhoffen. Wenn alle Fäden ineinander greifen und wir die nötige Ruhe bewahren, so werden wir hoffentlich zu einem für Deutschland günstigen Ergebnis gelangen.

Die nun folgende Aussprache soll den Zweck haben, die Ansichten der Praktiker zu klären und als Vorschläge dem Ministerium zu unterbreiten, bei dem letzten Endes die Entscheidung liegt.

Anlage III

Bericht von Herrn Tschunke zu Pkt. 3 der Tagesordnung.

Der Russlandausschuss hat der Frage der Verwendung der deutschen Tonnage im Warenverkehr mit der UdSSR stets die größte Aufmerksamkeit geschenkt und die Wünsche der deutschen Schifffahrt vor den zuständigen Regierungsstellen mit Nachdruck vertreten. Das Bestreben der Russen, nicht nur alle in Deutschland gekauften, sondern auch die nach Deutschland verkauften Waren auf eigenen Schiffen zu transportieren, empfinden wir als unbillig. Die Russen gehen aber noch weiter, indem sie durch Maßnahmen administrativer Art zu erreichen suchen, dass auch die aus Persien im Transit über russisches Gebiet nach dem Auslande gehenden Waren von Batum aus auf russischen Schiffen weiterbefördert werden. So teilt uns die Deutsche Levante Linie mit, dass ihre Schiffe, die regelmäßig Batum anlaufen und im Jahre 1933 dort noch rund 12.000 t geladen haben, im Jahre 1934 kaum 2000 t Fracht erhielten und in der 1. Hälfte dieses Jahres keine einzige Tonne laden konnte.

In der Wirtschaftsvereinbarung vom 9. April ist den Interessen der deutschen Schifffahrt insofern Rechnung getragen worden, als den Russen die Möglichkeit gegeben wurde, die für deutsche Tonnage bezahlten Frachten auf die 60 Mill. laufender Bestellungen anzurechnen, zu denen sich die Russen verpflichtet haben. Das ist dieselbe Regelung wie in den Handelsverträgen der UdSSR mit England, mit Griechenland und neuerdings mit Italien. Eine weitere Chance scheint sich jetzt für die deutsche Schifffahrt daraus zu ergeben, dass die Russen zum Verkauf ihrer Waren mit Lieferung in den eigenen Häfen, also fob und nicht mehr cif, übergehen wollen. Über solche Absichten wurde uns zuerst aus den Kaukasischen Schwarzmeerhäfen berichtet. Vor einigen Tagen haben wir erfahren, dass in den Anfang Juni abgeschlossenen deutsch-russischen Holzlieferungsverträgen

¹⁰ Der Absatz ist am Rand angestrichen.

Sowjetrussland sich verpflichtet hat, die Charterung der Schiffe den deutschen Importeuren zu überlassen, so dass diese die gekauften Waren auf deutschen Schiffen befördern können. Gleichzeitig wird aber die Lage der ausländischen, darunter auch der deutschen Schifffahrt, dadurch erschwert, dass die Russen in den letzten Monaten eine große Anzahl aufgelegter Schiffe für billiges Geld in Deutschland, Holland, Norwegen und England gekauft haben. Bis Anfang Juni waren es nach russischen Angaben 70 Schiffe mit einer Tragfähigkeit von je 3500–5000 t. Es lässt sich denken, dass die Russen auf jeden Fall bei fob-Verkäufen durch starke Unterbietung versuchen werden, diese Schiffe voll auszunutzen. *In diesem Zusammenhange ist es bedauerlich, dass die Reedereien, ich meine natürlich nicht nur die deutschen Reedereien, diese Schiffsverkäufe an die Russen getätigt*¹¹ haben.

Nachdem erst vor kurzem ein umfassender Vertrag mit den Russen zustande gekommen ist, glauben wir, dass es der Reichsregierung zurzeit nicht möglich sein würde, Verhandlungen mit den Russen über die Tonnagefrage allein einzuleiten. *Es bleibt daher zunächst nur übrig, auf die deutschen Importeure dahin einzuwirken, dass sie für ihre Warentransporte aus der UdSSR deutsche Tonnage in Anspruch nehmen.*¹² Es wäre aber besonders zu begrüßen, wenn die Überwachungsstellen in der gleichen Richtung mitwirken würden, woraus auch den deutschen Importeuren in gewissen Fällen eine Rückerstattung gegenüber den Russen erwachsen würde.

Es würde mich interessieren, von den anwesenden Vertretern der Schifffahrt und des Importhandels weitere Mitteilungen zu dieser Frage und Anregungen zu hören, die wir der Reichsregierung übermitteln würden.

Auf erstem Blatt unten: W IV Ru 2743.

PA AA, R 94658, Bl. E 664885-664899.

¹¹ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

¹² Der Satz ist unterstrichen.

Nr. 191

Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den 1. Sekretär
der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin

GEHEIM

4. Juli 1935

NKID 2. Westabteilung

Nr. 14678¹

AN DIE
BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. E.A. GNEDIN

Sehr geehrter Evgenij Aleksandrovič,

mit großem Interesse lese ich Ihre Aufzeichnungen, wobei ich durchaus die objektive Begrenztheit Ihrer Möglichkeiten zur Herstellung von Kontakten berücksichtige. Es steht außer Frage, dass angesichts der heutigen deutschen Bedingungen schwerlich damit zu rechnen ist, mit deutschen Journalisten neue Bekanntschaften zu schließen. Als einzig noch offen ist das Gebiet verblieben, die Kontakte zu ausländischen Journalisten und zu den Pressechefs zu vertiefen, wobei ich feststellen muss, dass Sie diese Möglichkeit schrittweise, dafür aber systematisch nutzen. Im Zusammenhang mit Ihrer letzten Gesprächsaufzeichnung möchte ich Sie auf Gerschun aufmerksam machen, den ich von einer schlechten Seite als einen Menschen kenne, der zu jeder Gemeinheit fähig ist, wenn dies ihm dazu verhilft, sich bei den Chefs einzuschmeicheln. Die Bekanntschaft mit ihm abubrechen ist nicht nötig, jedoch ist ihm gegenüber höchste Vorsicht geboten.

Mit großem Interesse habe ich das Material „Die Lage und Perspektiven der Nationalsozialistischen Partei“ gelesen, das von der Bevollmächtigten Vertretung übersandt worden ist. Allem Anschein nach ist dieses Material von Ihnen erstellt worden, es ist für uns durchaus von konkretem Interesse. Nach meinem Dafürhalten wäre es nützlich, folgende Fragen zu vertiefen:

1. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik Deutschlands bleibt völlig unterbelichtet. Unverständlich ist, aus welchen Quellen der militärische Aufbau gespeist wird, auf welche Weise Deutschland bis in die jüngste Zeit einen Ausweg aus der Situation auf dem Valuta- und Devisengebiet findet. Ich habe stets angenommen, dass der Kursverfall des Guldens in Danzig² von den Nationalsozialisten als eine Art Laborexperiment betrachtet wurde. Man könnte meinen, dass das Experiment ein äußerst negatives Ergebnis gezeitigt hat und es wahrscheinlich, soweit möglich, von den Leitern der Finanzpolitik Deutschlands berücksichtigt werden wird.

2. Es wäre ferner für uns nützlich, von Ihnen Materialien zu erhalten, die die Kolonialpolitik Deutschlands betreffen, um welche Kolonien es in erster Linie geht,

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Die turnusmäßige Kursabwertung des Danziger Guldens war 1935 erfolgt.

ob die Lancierung der Forderung nach Rückgabe der Kolonien ein Manöver ist oder ob sie dem Wesen nach ein Element der deutschen Außenpolitik darstellt, das von eigenständigem Wert ist. Mir kam der Gedanke, dass es für die Engländer günstig wäre, Deutschland Kolonien zu dem Zweck zu geben, um die deutsche Flotte aufzusplitten.

Damit schließe ich vorerst.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Štern

Am Endes des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 100–100R. Kopie.

Nr. 192

Bericht des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

5. Juli 1935

NKID 2. Westabt[eilung]

Nr. 14683¹

BERICHT

AN DEN

VOLKSKOMMISSAR Gen. M. M. LITVINOV

Am 25. Mai d. J. machte mich Twardowski auf eine Meldung aus Leningrad in der „Komsomol'skaja Pravda“ vom 18. Mai aufmerksam, in der es heißt, dass der Befehlshaber des Leningrader Militärbezirkes Gen. Belov den Befehl gegeben habe, dem 12. Schützenregiment die Wanderfahne des heldenhaften deutschen Komsomol² zu überreichen. Twardowski unterstrich, dass diese Meldung die Botschaft in Erstaunen versetzt habe, weil die Übergabe der Fahne nicht in einer inoffiziellen Atmosphäre vollzogen worden sei, wogegen die Botschaft nichts einzuwenden gehabt hätte, sondern auf Befehl des Befehlshabers des Militärbezirkes erfolgte. Twardowski meint, solch ein Akt sei ein Beweis dafür, dass es zwischen der Roten Armee und einer in Deutschland verbotenen Organisation eine offizielle Verbindung gebe.

Im Auftrag des Gen. Krestinskij habe ich Gen. Tuchačevskij über das Gespräch mit Twardowski informiert, worauf mich Gen. Tuchačevskij zu Gen. Gamarnik schickte. Gen. Gamarnik antwortete, dass *es in der UdSSR Militäreinheiten gebe, die die Namen des italienischen, deutschen Proletariats **usw.**³ trügen. Deshalb sehe er keinen prinzipiellen Unterschied zwischen diesem Fakt und dem der Über-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 164, Anm. 2.

³ Die Abkürzung ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

reichung der Fahne. Falls wir eine Korrektur des Befehls des Gen. Belov in der einen oder anderen Form vornehmen wollen, schlägt Gen. Garmarnik vor, dies dem ZK zur Prüfung vorzulegen.

Da die Botschaft von mir keine Antwort auf ihre Demarche erhalten hat, griff Schulenburg im Gespräch mit Gen. Stomonjakov am 26. Juni d. J. erneut diese Frage auf.⁴ Er teilte dazu mit, er habe aus Berlin den Auftrag, uns in dieser Angelegenheit eine Demarche vorzutragen.*⁵

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2356 vom 5.7.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. 1 [Exemplar] an die Adresse, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 33, l. 18–19. Original.

Nr. 193

Schreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft an das AA

6. Juli 1935

An das
Auswärtige Amt
Berlin W 8
Wilhelmstr. 76

Zulassung ausländischer Firmen zur Handelstätigkeit in der UdSSR

Nach den bisher vorliegenden Erfahrungen über die praktische Auswirkung der Verordnung Nr. 206 des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 11. März 1931¹, Moskau, Kreml, über die Zulassung ausländischer Firmen zur Handelstätigkeit im Gebiete der UdSSR, gestatten wir uns, dem Auswärtigen Amt für die bevorstehenden Verhandlungen über eine Neufassung dieser Bestimmungen Folgendes zu unterbreiten:

Zu 1) Die Zulassung ausländischer Firmenvertreter ist wesentlich zu erleichtern und von umständlichen Formalitäten zu befreien. Anträge sind in einer bestimmten Frist zu erledigen und Absagen zu begründen. Die Vertreter müssen sich auf dem Gebiete der gesamten Sowjetunion frei bewegen dürfen, damit sie die für eine Absatzwerbung so wichtigen Verbraucherkreise bearbeiten können. Anträge auf Ein- und Ausreiseerlaubnis sind sofort zu erteilen und die Vertreter dürfen in der Mitnahme ihres Aktenmaterials nicht behindert werden. Entziehung der Aufenthaltserlaubnis

⁴ Vgl. Dok. 184.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹ Vgl. Dok. 188, Anm. 1.

ohne Begründung ist unzulässig. Wegen der hohen Kosten, die den Firmen durch Unterhaltung eines Vertreters entstehen, muss eine absolut sichere Rechtsgrundlage für deren Tätigkeit geschaffen werden, damit auf lange Sicht disponiert werden kann. Sammelvertretungen müssen gestattet sein. Den Vertretern ist sowohl der Erhalt von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs als auch die Beschaffung einer Wohnung zu den staatlich festgesetzten Preisen zu ermöglichen.

Zu 8) a) Die Bedingungen müssen einheitlich für alle deutschen Firmen sein. Ausnahmen werden von keiner Seite zugelassen.

b) Der Umfang der geschäftlichen Operationen wird im Einvernehmen mit der Firma bestimmt. Ablehnungen, die sich auf Teilgebiete des Fabrikationsprogramms erstrecken, sind von der Sowjetseite zu begründen.

c) Die Frist zur Ausübung der Tätigkeit muss für alle Firmen gleichbleibend sein. Bei begründeter Nichteinhaltung der Frist von 3 Monaten für die Aufnahme der geschäftlichen Tätigkeit bleibt die der Firma erteilte Genehmigung in Kraft.

Zu 10) Hier fehlt die Gegenseitigkeit insofern, als es den Russen darauf ankommt, bei vermeintlichen Verstößen der Firmen die Haftbarmachung durch Zurückhaltung von Zahlungen etc. in Kraft zu setzen, was durch rückhaltlose Anerkennung dieser Bedingungen den Russen eine gewisse Rechtmäßigkeit sichern würde, bevor eine Klärung der Sachlage herbeigeführt ist.

Zu 11 a) Falls die Sowjetseite eine Verlängerung der Frist nicht beabsichtigt, wäre die Firma eine bestimmte Zeit vorher zu benachrichtigen, damit sie in der Lage ist, ihren Apparat rechtzeitig zu liquidieren.

b) Bis zur Abwicklung aller schwebenden Angelegenheiten bleibt die Genehmigung in Kraft.

c) Falls der Vertreter einer Firma persönlich die Zulassungsbestimmungen verletzt, hat die Firma das Recht, einen Ersatzmann einzusetzen. Der Passus: „Falls ihre Tätigkeit nicht den Belangen der UdSSR entsprechend erscheint“ lässt die Gefahr eines willkürlichen Vorgehens der Sowjetseite zu, wodurch die Rechtsgrundlage vollkommen beseitigt würde.

Zu 13) Das für deutsche Industrieunternehmen und deren Vertreter Gesagte muss auch in gleicher Weise für die Vertreter anderer Unternehmen, insbesondere für Schifffahrtsgesellschaften, gelten.

Die Frage der Besteuerung ausländischer Firmen und deren Vertreter in der UdSSR ist überhaupt nicht erwähnt. Da aber deutsche Firmen auf Grund der zwischen Deutschland und der UdSSR bestehenden vertraglichen Vereinbarungen lediglich die Inländerbehandlung genießen, steht ihnen ein Anspruch auf Sonderbehandlung nicht zu, sodass sie gewärtig sein müssen, in steuerlicher Hinsicht den Bedrängungen ausgesetzt zu werden, denen Privatfirmen auf Grund der sowjetischen Gesetzgebung und Praxis allgemein unterworfen sind.

Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Die Geschäftsführung
Tschunke Haubrich

Eigenhändige Unterschriften. Stempel des AA: IV Ru 2646, Eing. 9 Juli 1935. Abzeichnung von Stechow. Unten: H 6 Ru. Auf Kopfbogen des Russland-Ausschusses geschrieben.

PA AA, R 94616, o. P., 3 Bl.

Nr. 194
Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg

Geheim
Expl. Nr. 2
[7.7.1935]

TAGEBUCH
M. M. LITVINOVS

EMPFANG VON SCHULENBURG, 7.VII.35

Schulenburg erklärte seinen Besuch damit, dass er mich vor seiner Abreise nach Berlin sehen wollte. Urlaub gewähre man ihm vorerst nicht, jedoch sei ihm erlaubt worden, für ein paar Wochen zwecks Regelung persönlicher Angelegenheiten nach Deutschland zu reisen.

Nachdem Sch[ulenburg] die bevorstehende Abreise des Militärattachés Hartmann, der durch General Köstring ersetzt wird¹ und der auch schon früher in der UdSSR tätig war, mitgeteilt hatte, fragte er, ob er darüber schriftlich informieren solle. Ich antwortete, dass ich die mündliche Mitteilung für ausreichend erachte.

Sch. kam erneut auf den Bau eines Gebäudes für die Botschaft in Moskau zu sprechen, falls wir einverstanden wären, ein Deutschland gehörendes Gebäude in Leningrad gegen ein kleineres Gebäude für das Konsulat und gegen ein Grundstück in Moskau einzutauschen. Ich sagte, die Schwierigkeit bestünde darin, der Lenin-grader Stadtverwaltung eine Kompensation für ein Grundstück anzubieten, welches die Moskauer Stadtverwaltung zur Verfügung stellen müsste. Eine andere Schwierigkeit sähe ich im Voraus darin, ein geeignetes ungenutztes Grundstück zu finden. Ich verwies auf unsere eigenen Schwierigkeiten auf diesem Gebiet. Sch. sagte, er wäre mit einem Grundstück auf den Leninbergen zufrieden.

Auf die Frage eingehend, die Sch. im Gespräch mit Gen. Stomonjakov bezüglich der Verleihung einer Fahne des deutschen Komsomol an eine Schützeneinheit angesprochen hatte, sagte ich Sch., es habe sich erwiesen, dass die Meldung der „Komsomol'skaja Pravda“ nicht den Tatsachen entspreche und unsere zentralen Behörden Manifestationen ähnlicher Art missbilligen würden.²

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit Bleistift: NN.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2996 vom 15.7.1935.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: Das 1. [Exemplar] ins Archiv, das 2. an Gen. Krestin[skij], das 3. an Gen. Stomon[jakov], das 4. an Gen. Štern, das 5. an Gen. Barkov, das 6. nach Berlin.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 46, l. 3. Kopie.

¹ Vgl. Dok. 184, Anm. 1.

² Vgl. Dok. 164, 172, 192.

Nr. 195

Anordnung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

Geheim

Expl. Nr. 1

10. [Juli] 1935

Nr. 252^b/I.**ANORDNUNG FÜR DAS VOLKSKOMMISSARIAT FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN****I.**

Im Schriftverkehr des Volkskommissariats mit den Bevollmächtigten Vertretungen finde ich oft Wertungen einzelner leitender Mitarbeiter des NKID zur allgemeinen internationalen Lage und noch öfter zur Politik des einen oder anderen Staates sowie Erläuterungen dieser Politik und Vermutungen zu ihren Zielen. Solch eine Wertung wird in der Mehrheit der Fälle ohne eine Abstimmung mit mir und sogar ohne mein Wissen vorgenommen, so dass ich mich manchmal gezwungen sehe festzustellen, dass diese Wertung nicht meine Zustimmung findet, dies umso mehr, als sie fast immer auf persönlichen Annahmen, Mutmaßungen oder nicht überprüften Dokumenten und Zeitungsartikeln beruht.

Ein dienstliches Erfordernis für solch einen Schriftverkehr besteht selten, weil sich aus ihm ****keine****¹ Veranlassung für irgendwelche Handlungen für die Bevollmächtigten Vertretungen ergibt. Ich räume jedoch ein, dass es in einigen Fällen nützlich ist, die Bevollmächtigten Vertretungen über die Haltung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten zur internationalen Lage und zu einzelnen Erscheinungen des internationalen Lebens zu orientieren. Eine solche Wertung darf jedoch nicht auf der Grundlage individueller Auffassungen einzelner Mitarbeiter des NKID, nicht einmal von Mitarbeitern der Leitungsebene, beruhen, sondern muss sich auf Beschlüsse der Regierung oder auf meine persönliche Weisung stützen, weil sie anderenfalls lediglich dazu geeignet ist, die Bevollmächtigten Vertretungen zu desorientieren und statt Nutzen Schaden bringt.

Ich schlage deshalb allen Mitarbeitern des NKID ohne Ausnahme vor, sich künftig solcher Wertungen ohne meine Weisungen oder ohne eine vorherige Abstimmung mit mir zu enthalten.

II.

Ich bin der Ansicht, dass sich Antworten auf schriftliche oder telegrafische Anfragen der Bevollmächtigten Vertretungen oftmals als Folge dessen verzögern, dass sich mehrere Abteilungen mit den in den Anfragen angesprochenen Angelegenheit befassen und jede von der anderen die Übermittlung einer Antwort erwartet. Um peinliche Unannehmlichkeiten zu vermeiden, die sich aus solchen

¹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Verzögerungen ergeben, schlage ich vor, es künftig so zu handhaben, dass der Verantwortliche für die termingerechte Zustellung der Beantwortung der Anfragen der Bevollmächtigten Vertretungen die zuständige Politische Abteilung ist, unabhängig davon, ob die Angelegenheit von der Politischen Abteilung selbst, der Konsularabteilung, der Vertrags- und Rechtsabteilung, der Protokollabteilung, der Presseabteilung oder von der Wirtschaftsabteilung erledigt wird. Nachdem sich der Leiter der Politischen Abteilung mit der eingegangenen Anfrage vertraut gemacht hat, ist er verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Angelegenheit je nach Bedarf von der eigenen oder von anderen Abteilungen bearbeitet wird, und er darf so lange keine Ruhe geben, bis nicht die Antwort von ihm selbst oder von einem Leiter der anderen Abteilungen erteilt worden ist. Wenn ein Visum für einen Ausländer benötigt wird, ist von der Politischen Abteilung bei der Konsularabteilung der Bearbeitungsstand der Angelegenheit zu erfragen, im Falle irregulärer Verzögerungen ist mir oder dem Stellvertretenden Volkskommissar darüber Bericht zu erstatten. Das Gleiche gilt, wenn es um Fragen der Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen usw. geht. Ausnahmen lasse ich nur bei Verwaltungs- und Finanzfragen zu, für deren Beantwortung ausschließlich der Geschäftsführer zuständig ist.

VOLKSKOMMISSAR

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit blauem Farbstift: N.N.

Vermerke N.N. Krestinskijs mit rotem und blauem Farbstift: Rundschreiben] Archiv NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3031 vom 15.7.1935.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: Das 1. [Exemplar] an Gen.

Krestinskij, das 2. an Gen. Stomonjakov, das 3. an Gen. Berezov, das 4. an Gen. Štern, das 5. an Gen. Rubinin, das 6. an Gen. Cukerman, das 7. an Gen. Kozlovskij, das 8. an Gen. Barkov, das 9. an Gen. Umanskij, das 10. an Gen. Sabanin, dass 11. an Gen. Rozenbljum, das 12. an Gen. Šachov, das 13. an Gen. Pastuchov, das 14. an Gen. Zaslavskij, das 15. an Gen. Krejnin, das 16. [Exemplar] ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 63, d. 186, l. 8–9. Kopie.

Nr. 196

**Informationsbericht des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA Urickij
für den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov**

Ganz geheim¹

Expl. Nr. 1

10. Juli 1935

Nr. 241892/ss²

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR FÜR VERTEIDIGUNG
DER UdSSR
Gen. VOROŠILOV

Hiermit lege ich vor: Eine knappe Information über den Inhalt der Gespräche des Gen. GOFMAN (Korrespondent der Zeitung „Pravda“) mit Gen[eral] BLOMBERG und anderen Vertretern des deutschen Kriegsministeriums, die am 27.6.35 in Berlin stattgefunden haben. Die Äußerungen von Oberst DECKEN, dem Adjutanten Blombergs, über die deutschen Ansprüche im Baltikum verdienen Beachtung.

CHEF DER AUFKLÄR[UNGS]VERWALTUNG DER RKKA

Urickij

Ganz geheim³

Expl. Nr. 1

GESPRÄCHE DES Gen. GOFMAN MIT VERTRETERN DES DEUTSCHEN
KRIEGSMINISTERIUMS

Der Verein der ausländischen Presse gab am 27.6.35 für die höchsten Dienstgrade des deutschen Kriegsministeriums einen Empfang. Der Korrespondent der Zeitung „PRAVDA“, Gen. GOFMAN, der an diesem Empfang teilnahm, führte mit einigen Personen Gespräche, wobei seine Gespräche mit Gen[eral] BLOMBERG und dessen Adjutanten Oberst DECKEN⁴ sowie mit den Offizieren des Kriegsministeriums Major FOERTSCH und Oberst WOLFF, der Adjutant von Gen[eral] REICHENAU, eine gewisse Beachtung verdienen.

Die Grundgedanken der Gesprächspartner des Gen. Gofman laufen auf Folgendes hinaus:

I. BLOMBERG

1) Beim Aufbau der neuen deutschen Armee werden in einem großen Maße die Erfahrungen der Roten Armee berücksichtigt, deren hohe Qualitäten dem deutschen Oberkommando bekannt sind und berücksichtigt werden. Von der Roten

¹ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

⁴ So im Dokument. Von der Decken war 1935 Hauptmann.

Armee wurde zum Beispiel das Territorialprinzip bei der Aufstellung der Armee entlehnt.

2) In einem künftigen Krieg werden die Operationen im Hinterland des Gegners von entscheidender Bedeutung sein. Deshalb sorgt sich das deutsche Oberkommando, wie auch die Führung der Roten Armee, unermüdlich um die Sicherung des Hinterlandes und um die Vorbereitung der Zivilbevölkerung auf einen Krieg. Davon ausgehend, dass sich ein künftiger Krieg auf das ganze Land auswirken wird, analysieren die deutschen Militärspezialisten sorgfältig die Erfahrungen des 30-jährigen Krieges, in dem das jeweilige Hinterland stärker als die Front gelitten hat.

3) Die Schaffung der neuen Armee in Deutschland ist lediglich eine Antwort auf die Erfordernisse der Gegenwart. Der Besitz von Waffen ist Ausdruck der Lebenskraft eines jeden Volkes. Das deutsche Volk braucht die Waffen genauso wie die anderen großen Völker sie brauchen.

II. FOERTSCH

Im Gespräch mit Foertsch wurden zwei Fragen berührt: 1) die Eingliederung von Polizeieinheiten in die deutsche Armee und 2) die politische Betreuung der Armee.

Zur ersten Frage wies Major Foertsch darauf hin, dass das Gesetz über die Eingliederung von Polizeieinheiten in die deutsche Armee nur die rechtliche Grundlage für die Situation geschaffen habe, die bereits zum jetzigen Zeitpunkt bestehe; faktisch befinde sich ein großer Teil der Polizeitruppen bereits in der Reichswehr. Was die entmilitarisierte Zone betrifft (in der Deutschland keine Truppen unterhalten darf), so sei die Überführung der dort befindlichen Polizeieinheiten in die Reichswehr vor allem eine politische Frage und falle, den Worten Foertschs zufolge, nicht in seine Kompetenz.

Hinsichtlich der politischen Betreuung der Armee wies Foertsch darauf hin, dass die nationalsozialistische Erziehung der Soldaten von den Kommandeuren geleistet werde, jedoch werde die Institution der Politikommissare nicht in die Armee eingeführt, um eine Doppelunterstellung zu vermeiden.

III. WOLFF

Im Gespräch mit ihm ging es ebenfalls um die politische Erziehung der Soldaten der deutschen Armee. Die Äußerungen Wolffs liefen auf Folgendes hinaus:

1) Das Gesetz über die neue Armee sehe vor, dass das Kommando, das die Soldaten ausbildet und erzieht, ein nationalsozialistisches ist, die nationalsozialistischen Ideen und die Ideen des deutschen Oberkommandos seien identisch, *obgleich die Offiziere der deutschen Armee formal nicht Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei sind*⁵.

2) In der Armee brauche man keine Strukturen der Nationalsozialistischen Partei, weil die Armee von sich aus gefestigt sei, dagegen würden im Staatsapparat immer Organisationen der Nationalsozialistischen Partei benötigt, um den Staatsapparat zu festigen und zu stärken.

⁵ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

3) Die Nationalsozialistische Partei müsse ihre Arbeit qualitativ verbessern, wofür es unbedingt erforderlich sei, in der Nationalsozialistischen Partei und in den Sturmabteilungen nur die im Kampf erprobtesten Elemente zu belassen.

IV. DECKEN

Das Gespräch mit ihm betraf die Einschätzung der Lage im Baltikum und verdient eine besondere Beachtung.

Oberst Decken äußerte folgende Ansichten:

1) Die baltischen Staaten – Lettland, Estland und Litauen – , die sich zwischen der UdSSR und Deutschland befinden, werden nicht lange ihre Selbständigkeit bewahren können. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Staaten den Wunsch äußern werden, falls die Umstände es erfordern, sich der UdSSR in dieser oder jener Form anzuschließen.

2) Deutschland verfolgt [die Vorgänge um] das Baltikum sehr aufmerksam. Besonders aktuell für Deutschland ist die Memel-Frage.⁶ Es können verschiedene Umstände eintreten, die ein Vorgehen Deutschlands gegen Litauen auslösen.

3) Das deutsche Oberkommando nimmt an, dass die UdSSR nicht zum Schutz Litauens eingreifen und ihre Armee nicht an ihre Grenze in Marsch setzen wird.

Stimmt mit dem Original überein:

CHEF DER I. ABTEILUNG DER RU DER RKKA

Štejnbrjuk

„...“ Juli 1935

Auf dem Begleitschreiben ist mit Bleistift vermerkt: 12.VII.35.

Unten in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2920 vom 10.7.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschrieben in 2 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Aufklärungsverwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee geschrieben.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 750, l. 1–4. Original, beglaubigte Kopie.

Veröffentlicht in: Glazami razvedki. SSSR i Evropa. 1919-1938 gody, Dok. 168, S. 429–430⁷.

⁶ Vgl. Dok. 95, Anm. 3.

⁷ Das Dokument wurde ohne das Begleitschreiben veröffentlicht.

Nr. 197
Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

Geheim
Expl. Nr. 1
Berlin, den 12.7.35

Moskau, NKID
Gen. N.N. Krestinskij

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Auf der Versammlung unserer Landsmannschaftsgruppe¹ am 2. Juli d. J. entwickelte sich im Zusammenhang mit dem Referat unserer Presseabteilung eine recht leidenschaftliche Diskussion *über die Arbeit des Korrespondenten der „Pravda“, Gen. Gofman*², bei der einige Missstände in diesem wichtigen Bereich unserer Tätigkeit aufgezeigt wurden. Die Genossen, die in der Diskussion das Wort ergriffen, wiesen hauptsächlich auf folgende Unzulänglichkeiten der Arbeit des Gen. Gofman hin.

1. Gen. Gofman gibt oft ungeprüfte Informationen weiter. So informierte er die „Pravda“, dass es am 1. Mai in Berlin viele kommunistische Demonstrationen gegeben habe.³ Indes hat es diese in Wirklichkeit nicht gegeben, da die direkte Weisung vorlag, sie nicht zu organisieren (Izakson). Gen. Gofman berichtete unlängst über den Rücktritt von Ley⁴, indes trat Ley nicht zurück, vielmehr wurde ihm eine neue Aufgabe übertragen. Kürzlich berichtete Gen. Gofman, dass in Deutschland in allen Pässen der Vermerk über das Verbot zur Einreise in die UdSSR gemacht werde.⁵ Diese Mitteilung ging als Sensation durch die gesamte Weltpresse, indes stellte sich bei der Überprüfung heraus, dass dies nicht der Wahrheit entspricht und es in der Praxis von Intourist, auf die sich Gen. Gofman berief, lediglich zwei Fälle dieser Art gegeben hat, wobei auch diese bereits Jahre zurückliegen. Gen. Gofman berichtete ferner in der „Pravda“ über einen grandiosen Streik in den Autowerken von Wanderer⁶, aber Gen. Černjak von der Handelsvertretung, der in jenen Tagen diese Werke aufsuchte, hat dort überhaupt keinen Streik bemerkt, sondern erklärte im Gegenteil, dass die Arbeit dort auf vollen Touren laufe. Gen. Gofman, der von der Bevollmächtigten Vertretung in dieser Angelegenheit befragt wurde, sah sich genötigt einzugestehen, dass er den Standort des Werkes verwechselt, in seiner Korrespondenz eine andere Stadt genannt, ungesicherte Zahlen über die Anzahl der Arbeiter mitgeteilt und die Informationen über den Streik nicht überprüft habe,

¹ Eine Bezeichnung, die im diplomatischen Schriftverkehr zur Tarnung für Parteitätigkeiten im Ausland verwendet wurde.

² Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

³ Vgl. Pravda vom 4. Mai 1935, S. 8.

⁴ In dem Bericht Gofmans hieß es u.a.: „Der Leiter der faschistischen ‚Arbeitsfront‘ wurde in einen langfristigen Urlaub geschickt, aus dem er, wie beteuert wird, nicht mehr an seine frühere Wirkungsstätte zurückkehren werde. [...] Da in der Regel personelle Veränderungen innerhalb eines Monats erledigt werden, ist der ‚langfristige Urlaub‘ Leys als eine Versetzung in den Ruhestand zu betrachten.“ Vgl. Pravda vom 31. Mai 1935, S. 5.

⁵ Vgl. Pravda vom 8. Juni 1935, S. 5.

⁶ Vgl. Pravda vom 25. Mai 1935, S. 1, sowie vom 6. Juni 1935, S. 5.

obgleich selbst bürgerliche Journalisten, mit denen er sich in dieser Frage austauschte, meinten, dass eine derartige Mitteilung von großer Bedeutung für die Beurteilung der inneren Lage Deutschlands sei und unbedingt überprüft werden müsse. Gen. Gofman erklärte ferner, in den Werken von Wanderer habe es eigentlich keinen Streik gegeben, sondern einen italienischen Bummelstreik.

2. Gen. Gofman hält ungenügenden Kontakt zur Bevollmächtigten Vertretung und zu den Journalisten. Gen. Gofman sucht seltener als andere die Bevollmächtigte Vertretung auf, und noch seltener informiert er uns über seine Arbeit und über seine Kontakte. Die Bevollmächtigte Vertretung weiß bis heute nicht, aus welchen Quellen Gen. Gofman seine Informationen schöpft. Damit nicht genug, es gab Fälle, in denen Gen. Gofman seine Information vor der Bevollmächtigten Vertretung verheimlichte. Zum Beispiel setzte er weder Gen. Gnedin noch den Militärattaché⁷ davon in Kenntnis, dass er eine Aufzeichnung des wichtigen Gesprächs mit Kriegsminister Blomberg und hochrangigen Offizieren der deutschen Armee besaß.⁸ Gen. Gnedin erfuhr von diesem Gespräch nur deshalb, weil Gen. **Gofman**⁹ in seiner Gegenwart dem bürgerlichen Journalisten Lochner von diesem Gespräch erzählte. Auf der Versammlung empörten sich die Genossen zu Recht darüber, dass Gen. Gofman es als möglich erachtet, einem bürgerlichen Journalisten Dinge mitzuteilen, die er Mitarbeitern der Bevollmächtigten Vertretung verschweigt. Einen ähnlichen Fall gab es hinsichtlich der Information über die Explosion in Rheinsdorf, die der Journalist der Havas, Ravoux, Gen. Gofman zum Zwecke der Weiterleitung an die Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung übergab. Gen. Gofman hielt sie jedoch zurück, wodurch er die Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung bei den folgenden Gesprächen mit Ravoux in eine peinliche Situation brachte.

Angesichts dieser kameradschaftlichen Kritik, die im Übrigen über den oben angeführten Rahmen weit hinausging, fand Gen. Gofman leider nicht den Mut, die angeführten Mängel in seiner Arbeit anzuerkennen, stattdessen bemühte er sich, seine Arbeitsmethode zu verteidigen. Dabei erlaubte er sich gegenüber den Mitarbeitern der Bevollmächtigten Vertretung die sehr schwerwiegende Anschuldigung, dass diese sich angeblich deshalb so kritisch gegenüber seiner Mitteilung über den Streik bei Wanderer verhielten, weil sie „allem Anschein nach wollen, dass es in Deutschland keine Streiks gibt“. Diese demagogische Anschuldigung ist übrigens von der Versammlung umgehend zurückgewiesen worden. Als Gen. Gofman dann auf die Methoden seiner Arbeit und insbesondere auf den ungenügenden Kontakt zu den Mitarbeitern der Bevollmächtigten Vertretung einging, **deutete er an**¹⁰, dass er von seiner Redaktion die Weisung habe, nicht **alle**¹¹ seine Informationen an die Bevollmächtigte Vertretung weiterzuleiten. Diese seine Feststellung wurde von dem Kollektiv unverzüglich angezweifelt, worauf Gen. Gofman sie zurücknahm und erklärte, dass er solche Weisungen nicht besitze.

Im Zusammenhang damit ist es nicht verfehlt daran zu erinnern, dass das Problem hinsichtlich der unbefriedigenden Arbeit des Gen. Gofman überhaupt

⁷ Aleksandr Grigor'evič Orlov.

⁸ Vgl. Dok. 196.

⁹ Der Name ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: Gnedin.

¹⁰ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben; ursprünglich: erklärte er.

¹¹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

nicht neu ist. Gen. Chinčuk hatte vor seiner Abreise aus Berlin¹² einen umfangreichen Bericht über die Arbeit des Gen. Gofman geschrieben, den er nach Moskau mitnahm, um ihn der zuständigen Stelle zu übergeben. Ich erinnere deshalb daran, um zu zeigen, dass dieses Problem bereits vor meiner Ankunft in Berlin im Raum stand. Während meiner Arbeit in Berlin hatte ich einige Male Anlass, mit Gen. Gofman ein ernstes Wort über seine Arbeit zu sprechen.

Im Herbst des vergangenen Jahres fuhr Gen. Gofman nach Hamburg. Durch Vermittlung des Gen. Arbatov von der Handelsvertretung traf er sich mit drei Hamburger Geschäftsleuten, die der Empfehlung des Gen. Arbatov folgten und Gen. Gofman offen über eine ganze Reihe von Hamburger Angelegenheiten erzählten, die der Geheimhaltung unterlagen. Nach seiner Rückkehr nach Berlin sandte Gen. Gofman einen umfangreichen Bericht über Hamburg, den er mit seinem Namen abzeichnete, an die „Pravda“, in dem er sein Gespräch mit den Kaufleuten vollständig wiedergab und die Anfangsbuchstaben ihrer Familiennamen anführte. Am Tag nach dem Erscheinen dieses Berichts in der „Pravda“¹³ erschien Gen. Arbatov aufs Äußerste erregt in der Bevollmächtigten Vertretung und erklärte, dass Gen. Gofman ihn in eine absolut unmögliche Lage gebracht hätte, nachdem einer der Kaufleute nach diesem Bericht spurlos verschwunden sei, alle anderen nicht mehr die Handelsvertretung aufsuchen würden.

Im gleichen Herbst teilte der Redakteur der oppositionellen Zeitschrift „Der Widerstand“, Niekisch, Gen. Gofman auf einem Empfang in der Bevollmächtigten Vertretung unter großer Verschwiegenheit mit, dass man ihn in die Geheimpolizei einbestellt und ihm gedroht habe, die Zeitschrift wegen des veröffentlichten Artikels über den zweiten Fünfjahrplan¹⁴ zu schließen. Am nächsten Tag übermittelte Gen. Gofman diese Mitteilung an die „Pravda“, wobei er zwar nicht den Namen Niekischs nannte, jedoch ausführte, dass eine Verwarnung wegen des Artikels über den zweiten Fünfjahrplan ausgesprochen worden sei. Die Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung kamen nicht umhin, Gen. Gofman noch einmal dahingehend zu ermahnen, dass, falls er seine Vorgehensweise beibehalte, bald sämtliche Kontakte der Bevollmächtigten Vertretung zum Erliegen kämen.

Die Gesamtheit der oben dargelegten Fakten zwingt mich wie auch alle gesellschaftlichen Organisationen der Berliner Kolonie dazu, Ihnen die Frage bezüglich der Zweckmäßigkeit und Dringlichkeit eines Austauschs des Gen. GOFMAN gegen einen anderen Korrespondenten der „PRAVDA“ vorzulegen, der einen engeren Kontakt zu uns allen pflegen und eine größere Sorgfalt im Umgang mit den von ihm nach Moskau übermittelten Informationen an den Tag legen würde.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Ja. Suric

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: 1) Es ist eine Kopie anzufertigen und mit Begleitschreiben von N.N. an Mechlis zu schicken. 2) Es ist das Schreiben von N.K. an Gen. Mechlis über die Geschichte mit Arbatov zu finden. NKr.

¹² Chinčuk verließ Berlin Ende Juli 1934.

¹³ K. Gofman: „Gamburg v trevoge“ (Hamburg in Sorge). In: Pravda vom 8. Oktober 1935, S. 5.

¹⁴ Vgl. E. Niekisch: Zum zweiten Fünfjahrplan. In: Der Widerstand, 1934, H. 3, S. 71–77.

Vermerk des Sekretärs vom 27.7.1935 über die von N.N. Krestinskij angewiesene Anfertigung 1 Kopie und deren Übermittlung an Gen. Mechlis. Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3154 vom 15.7.1935. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 2 Expl. Das 1. [Expl.] an Gen. Krestinskij, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 54, l. 19–22. Original.

Nr. 198

Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c

Ganz geheim
[15.7.1935]

AN
Gen. STALIN
Gen. MOLOTOV
Gen. ROZENGOL'C

Heute hatte ich ein ausführliches Gespräch mit Schacht¹.

Bezüglich des Ihnen bekannten deutschen Vorschlages für einen Kredit von bis zu 1 Milliarde Mark² ist festzuhalten:

Der deutsche Vorschlag bleibt in Kraft und die Verhandlungen zu dieser Frage werden wir so lange vertagen, bis die ersten Ergebnisse im Rahmen des 200-Millionenkredites vorliegen.³

Zugleich habe ich unterstrichen, dass die Entwicklung von vertieften Wirtschaftsbeziehungen zwangsläufig mit der Herstellung normaler politischer Beziehungen verbunden ist.

Schacht sagte, er halte dies für richtig und habe seinerseits stets unterstrichen, dass es keinerlei Momente gab und gibt, die in der Lage wären, die Herstellung normaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu behindern.

Auf meine Bemerkung, dass wir anhand der Tatsachen dies leider so nicht erkennen könnten, sagte Schacht: „Was soll ich denn unternehmen; was könnte die Herstellung solcher Beziehungen fördern?“

Ich wies Schacht darauf hin, dass er als Politiker sehr gut wisse, was dafür zu tun sei.

Ich betonte hier sogleich, dass bis jetzt die Deutschen die ganze Zeit über dem Abschluss eines Ostpaktes über Nichtangriff und Konsultation ausweichen und keine klare Antwort geben würden.

¹ Für die von Schacht angefertigte Gesprächsaufzeichnung vgl. Dok. 199.

² Vgl. Dok. 180.

³ Vgl. Dok. 183.

Darauf entgegnete Schacht: er werde sich gern der Klärung dieser Frage annehmen, weil er meine, seine Aufgabe bestünde darin, stabile Wirtschaftsverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland zu schaffen. Deshalb würde die Herstellung von „freundschaftlichen Beziehungen“ anstelle der gegenwärtig bestehenden „korrekten Beziehungen“ es ihm in Zukunft erleichtern, dies zu verwirklichen.

Auf die Frage nach dem Tempo bei der Vergabe des 200-Millionenkredits und meine Befürchtung eingehend, dass viele Objekte wegen der hohen Preise und wegen des Unwillens einiger Firmen, die von uns benötigten Objekte zu liefern, wegfallen würden, versprach Schacht außerdem seine persönliche Unterstützung und erteilte den verantwortlichen Beamten des Ministeriums sogleich die Weisung, ihm über alle Schwierigkeiten Bericht zu erstatten.

D.V. Kandelaki

Berlin, den 15. Juli 1935

Vermerk von A.P. Rozengol'c mit blauem Farbstift: Bogdanovič zur Akte AR[ozengol'c]. Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: Geschr. 4 Expl.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 1753, l. 39–40. Original.

Nr. 199

Aufzeichnung der Unterredung des Reichswirtschaftsministers Schacht mit dem Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki

Berlin, den 15. Juli 1935

Heute Mittag besuchte mich der Leiter der sowjetrussischen Handelsvertretung, Herr Kandelaki¹, in Begleitung seines Mitarbeiters, des Herrn Friedrichson. Ich hatte meinerseits zur Unterhaltung hinzugezogen Herrn Staatssekretär Posse und Herrn Min.Rat Mossdorf.

Herr Kandelaki begann damit, dass er in Moskau gewesen sei, mit Stalin², Molotoff und Rosengolz gesprochen habe, und dass diese Herren von dem Inhalt unserer früheren Besprechungen³ über *mögliche neue große Kredite und Warengeschäfte mit Russland zustimmend Kenntnis genommen hätten*⁴, dass aber die Verhandlungen hierüber so lange aufgeschoben werden möchten, bis das jetzige kleinere Programm von 200 Millionen Reichsmark bestellt sei. Ich bemerkte, dass Herr Kandelaki mir die gleiche Mitteilung schon vor einigen Wochen gemacht hätte, worauf nach einiger Verlegenheit der Wunsch von Herrn Kandelaki vorgebracht wurde, ob es nicht möglich sei, auch die *politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland*⁵ zu verbessern. Ich erwiderte, dass wir uns ja schon früher darüber einig gewesen wären, dass ein reger Warenaustausch ein guter Start für bessere allgemeine Beziehungen sei,

¹ Vgl. Dok. 198.

² Kandelaki war bei diesem Aufenthalt in Moskau zweimal bei Stalin (am 5.7. und 7.7.); vgl. Na prieme u Stalina, S. 169.

³ Vgl. Dok. 180, 183.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

dass ich aber mich in politische Verhandlungen nicht hineinbegeben könne. Wenn ein Wunsch hiernach bestände, so müsse das über den russischen Botschafter⁶ an das Auswärtige Amt gehen. Als Herr Kandelaki darauf wiederholt anregte, ich möge doch etwas mithelfen, fragte ich ihn, worin denn meine Hilfe bestehen solle. Herr Kandelaki stotterte dann etwas vom Ostpakt, worauf ich ihn fragte, was denn das sei. Nach mehrfachem verlegenen Geplänkel schloss ich schließlich diesen Teil der Unterhaltung mit der ernststen Bemerkung ab, dass die Sowjet-Regierung in solchen Dingen durch ihren Botschafter an das Auswärtige Amt herantreten müsse, und fügte hinzu, ich würde über die heutige Unterredung dem Auswärtigen Amt berichten.⁷

gez. Dr. Hjalmar Schacht

PA AA, R 94734, Bl. E 664275-664276.

Veröffentlicht in: ADAP, Serie C, Bd. IV/1, Dok. 211, S. 444–445.

Nr. 200

Bericht des Militärattachés in Moskau Hartmann an das AA und das Reichskriegsministerium

Deutsche Botschaft
Luftattaché

Moskau, den 15. Juli 1935

[Bei]lage I¹

[Luft]bericht Nr. 13/35

Anmeldung als Luftattaché bei der Sowjetunion

Meine Anmeldung als Luftattaché bei der Regierung der Sowjetunion ist erfolgt.

Ich werde aus diesem Anlass um eine dienstliche Meldung beim Chef der Roten Luftflotte² nachsuchen, bitte jedoch vorher um Klärung der Frage, ob ich den Wunsch vorbringen soll, dass mir von den Einrichtungen der Roten Luftflotte etwas gezeigt wird. Die Erfüllung einer solchen Bitte würde zur Folge haben, dass seitens des sowjetrussischen Militärattachés in Berlin, Orlow, gleichartige Bitten vorgebracht werden, wenn nicht schon [die] Genehmigung von Besuchen für mich von der vorherigen Genehmigung von Besuchen für Orlow abhängig gemacht wird.

⁶ Jakov Zacharovič Suric.

⁷ Schacht schickte die Aufzeichnung am gleichen Tag an das AA (vgl. PA AA, R 94734, Bl. E 664274), das eine Abschrift davon am 26.7.1935 an die Deutsche Botschaft in Moskau übersandte (vgl. PA AA, Moskau 212, Bl. 429108).

¹ Die Akte ist durch Brand beschädigt; die in eckigen Klammern eingefügten Textteile sind nicht gesichert. Der Luftbericht war als Anlage II zum Militärbericht Hartmanns Nr. 19/35 vom 15.7.1935 beigelegt und enthielt seinerseits noch außer der vorliegenden die Beilagen II. Auswertung von Zeitungen, III. Zeitschrift „Nachrichten für Luftfahrer“, IV. Neue politische Karte des europäischen Teils der Sowjetunion und V. Chef der Roten Luftflotte. In: PA AA, R 30100b, Bl. 521.

² Jakov Ivanovič Alksnis.

Ich darf ausdrücklich bitten, diese grundsätzliche Frage [im] Benehmen mit dem Reichskriegsministerium zu regeln, um die Einheitlichkeit in der Einstellung gegenüber Orlow bei den 3 deutschen Wehrmachtsteilen sicherzustellen. Ich muss allerdings hinzufügen, dass ich nicht in der Lage bin, die Genehmigung von [Besuchen] gegenüber Orlow und demgemäß auch nicht das Nachsuchen von [Gesuchen] für mich zu befürworten, da in der gegenwärtigen Lage die Entwicklung der deutschen Luftwaffe (ganz abgesehen von dem derzeitigen Stand der politischen Beziehungen beider Länder) zu [beachten] ist, dass die durch russische Besuche in Deutschland erwachsenden Nachteile unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Geheimhaltung auf deutscher Seite größer sind als die Vorteile des Besuchs einiger russischer Einrichtungen, zumal die Russen wichtige und interessante Dinge voraussichtlich ohnehin nicht zeigen würden.

Sollte die Frage der beiderseitigen Besuche dennoch grundsätzlich bejaht werden, so schlage ich vor, dass vorher unsere Angebote für Orlow und unsere Wünsche für Besichtigungen in Russland genau gegeneinander ausgehandelt und durch verbindliche Zusagen von der russischen Seite sichergestellt werden und dass nicht eine generelle Lösung auf einer allgemeinen Grundlage der „Gegenseitigkeit“ ins Auge gefasst wird. Die Gegenseitigkeit hat sich m. E. in früheren Jahren nicht bewährt, sondern [sich] in jedem Einzelfalle und demgemäß potenziert in der Gesamtsumme zu unserem Nachteil ausgewirkt.

Da die dienstliche Aufwartung nicht lange aufgeschoben werden kann, darf ich um beschleunigte, evtl. telegrafische Instruktion bitten.

Hartmann

Eigenhändige Unterschrift. Stempel: Geheim. Dies ist die zweite Ausfertigung.

PA AA, R 30100b, Bl. 522-523.

Nr. 201
Aufzeichnung von Unterredungen und Telefongesprächen
des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Giršfel'd

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 17. Juli 1935

Nr. 335/s¹

TAGEBUCH
des Gen. GIRŠFEL'D

13. Juli. Im Zusammenhang mit der telefonischen Anfrage des Gen. Sabanin, ob der Bevollmächtigte Vertreter für die Aushändigung der Ratifizierungsurkunde

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

des Abkommens über Postsendungen² Sondervollmachten vorlegen müsse, habe ich bei Barandon, dem Leiter³ der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, diesbezüglich nachgefragt. B[arandon] sagte, der Bevollmächtigte Vertreter benötige im vorliegenden Fall keine Sondervollmachten, da er im Rahmen der allgemeinen Rechte eines Botschafters handle.

War bei Tippelskirch im Auswärtigen Amt. Bezugnehmend auf den Erhalt einer Mitteilung des Polizeipräsidiums durch den Buchhalter der Derop, Kuzmičev, wonach sein Aufenthalt⁴ nicht verlängert wird und er binnen 8 Tagen Deutschland verlassen müsse, habe ich Tippelskirch Folgendes erklärt: Wenn die Auflage über die Ausweisung, die Enko, der Leiter der Derunapht und ehemalige Leiter der Derop, erhalten hat, noch in einem gewissen Grade als eine ungesetzliche Aktion der Innenbehörden betrachtet werden könnte (obgleich die Ausweisung einer in Deutschland so bekannten und geschätzten Person wie Enko wohl kaum ohne eine diesbezügliche Absprache vorgenommen werden konnte), so zeigt die unverzüglich auf Enko folgende Ausweisung von Kuzmičev, dass wir es hier mit einer Maßnahme zu tun haben, die den Eindruck eines Exempels hinterlässt. Wir protestieren gegen die Ausweisung der sowjetischen Mitarbeiter der Derunapht und bitten das Innenministerium, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, damit die Derunapht ihrer Tätigkeit ohne jegliche Beeinträchtigung nachgehen kann.

Tippelskirch antwortete, dass sich Enko anmaßend aufführe, die Handlungen der deutschen Behörden kritisiere und in einem Gespräch, als man sich auf eine Anordnung der deutschen Regierung berufen habe, erklärt habe, „das geht mich einen Dreck an“⁵. Ich sagte Tippelskirch, dass ich Herrn Enko persönlich als einen höchst korrekten Menschen kenne und stark bezweifle, dass sich Enko so geäußert habe, zumal er wohl kaum solch eine Redewendung kenne. Das sei offensichtlich eine Verleumdung. Ich erlaube mir, Herrn Tippelskirch zu fragen, was denn als Grund für die Ausweisung des Buchhalters Kuzmičev gedient habe. Ob dies nicht jemand anders, der ebenfalls den Ausdruck „das geht mich einen Dreck an“ gebrauchte, gesagt habe. Tippelskirch sagte, dies sei nicht der Fall und er wisse es nicht genau. Sodann leitete er dazu über, dass die Derunapht überhaupt eine deutsche Gesellschaft sei und es in der Geschäftstätigkeit der Derunapht viele Verstöße gegen deutsche Gesetze gäbe. Ich antwortete, es wüssten alle sehr gut, dass die Derunapht eine deutsche Gesellschaft sei und dies niemand in Abrede stelle, es handle sich jedoch um eine Gesellschaft mit sowjetischem Kapital und sowjetischen Mitarbeitern (neben deutschen Mitarbeitern). Wolle Tippelskirch mit dem oben Ausgeführten sagen, die deutsche Seite beabsichtige, die Derunapht zu liquidieren? Tippelskirch antwortete, dies hätte er nicht sagen wollen.

Schließlich sagte Tippelskirch, die Ausweisung von Enko und Kuzmičev stelle in einem gewissen Grade eine Antwort auf die Ausweisung von deutschen Firmenvertretern aus der Sowjetunion dar. Darauf antwortete ich, dass jede Ausweisung

² Vgl. Postpaketabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR, 7.3.1935. In: Reichsgesetzblatt 1935, Teil II, S. 508–517. Nicht abgedruckt im Reichsgesetzblatt wurde das vertrauliche Schlussprotokoll; vgl. BArch, R 43II/1488a, Bl. 153. Vgl. auch AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 62, l. 84–92.

³ So im Dokument; richtig: stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung im AA.

⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁵ Die Textstelle ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

aus der UdSSR wegen individueller Verstöße **seitens**⁶ dieses oder jenes deutschen Staatsbürgers gegen sowjetische Gesetzesbestimmungen erfolge. Dagegen trügen hier die Maßnahmen der deutschen Behörden einen eindeutig demonstrativen Charakter und seien gänzlich unbegründet. Das Vorgehen der deutschen Behörden ruiniere die Tätigkeit der Derunapht, die sich mit der Lieferung von Erdöl befasse. Eine solche Maßnahme entspreche wohl kaum den Interessen sowohl der sowjetischen als auch vor allem der deutschen Seite.

Tippelskirch antwortete, er verstünde alle diese Argumente, doch sei ein Eingreifen des Außenministeriums durch die Ausweisung von deutschen Vertretern aus der Sowjetunion erheblich erschwert worden. Auf meine nochmalige Frage, ob vom Auswärtigen Amt etwas unternommen werde, antwortete Tippelskirch verneinend.

Ich sagte Tippelskirch, dass solch eine vom Auswärtigen Amt gestützte Handlungsweise der deutschen Behörden wohl kaum zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen beitragen könne.

13. Juli. Tippelskirch rief mich telefonisch an und sagte, dass aufgrund unserer Erklärung bezüglich des Zwischenfalls in Königsberg im Generalkonsulat mit einem gewissen Svešnikov das besagte Subjekt unter Beobachtung gestellt und das Generalkonsulat bewacht werde.⁷ Ich erzählte ihm davon, dass unser Auto, mit dem die diplomatischen Kuriere vom Bahnhof abgeholt werden, die ganze Zeit über von einem Auto vom Typ „Adler“ verfolgt worden sei. Wenn die deutschen Behörden aus irgendwelchen Gründen es als erforderlich erachten, unsere diplomatischen Kuriere zu beschützen, so sei das ihre Angelegenheit. Wenn aber das Auto, das den diplomatischen Kurieren folgte, keinen derartigen Auftrag hatte und vielleicht Subjekten gehört, die vollkommen andere Ziele verfolgen, so teile ich ihm dies zu dem Zwecke mit, dass erforderliche Maßnahmen ergriffen würden. Tippelskirch sagte, dass es schwer sei, etwas zu unternehmen, ohne das Autokennzeichen zu kennen. Ich antwortete ihm, das Autokennzeichen sei nicht festgehalten worden. Ich teilte ihm dies mit, weil wir auf jeden Fall die deutschen Behörden dafür verantwortlich machen würden, falls es zu Komplikationen kommen sollte.

15. Juli. Rief Tippelskirch an, weil die Handelsvertretung seit einigen Tagen keine sowjetischen Zeitungen erhält. Tippelskirch sagte, er nehme unsere Erklärung zur Kenntnis, und bat, sich diesbezüglich mit der Presseabteilung in Verbindung zu setzen. Das wurde von Gen. Gnedin getan, der mit Schönberg sprach.

17. Juli. Schönberg (Presseabteilung des Auswärtigen Amtes) rief an und teilte mit, die Verzögerung sei deshalb eingetreten, weil bei der Bestellung der Zeitungen die Überweisung der Devisen ins Ausland vorgenommen wurde. Ich brachte meine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass den deutschen Behörden plötzlich diese Idee gekommen sei und dies bei der Zustellung der sowjetischen Zeitungen eine Verzögerung verursacht habe, während es doch für die deutsche Postbehörde

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Am 11.7.1935 kam es im Generalkonsulat in Königsberg zu einem Zwischenfall mit Svešnikov, der eine Bescheinigung darüber forderte, dass er im Besitz der sowjetischen Staatsbürgerschaft sei, und die sein Gesuch nach Einreise in die UdSSR bekräftigen sollte. Als er eine Ablehnung erhielt, führte sich Svešnikov so auf, dass die Polizei gerufen werden musste. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 49, l. 80R.

einfacher gewesen wäre, sich mit der Handelsvertretung zwecks Erledigung der Formalitäten in Verbindung zu setzen. Konsul Schönberg sagte, er habe diese Frage mit Mossdorf besprochen, nunmehr sei alles in Ordnung.

Frühstückte mit Tippelskirch. Tippelskirch beabsichtigt, im Herbst nach Moskau zu fahren, um, wie er erklärte, einige Angelegenheiten zu regeln. Was jedoch seine endgültige Versetzung nach Moskau betreffe, so sei diese Frage angeblich noch nicht entschieden. Jedenfalls hätte er persönlich überhaupt nichts gegen seine Versetzung einzuwenden, weil er mit dem Aufgabenkreis der Botschaft gut vertraut sei.

Tippelskirch fragte mich nach den sowjetisch-japanisch-mandschurischen Beziehungen. Ich erzählte ihm knapp, was ich aus den Zeitungen weiß.

Tippelskirch beklagte sich darüber, dass ihr Generalkonsulat in Kiev kein entsprechendes Gebäude habe und deshalb gezwungen sei, in Char'kov⁸ zu bleiben; er bat um Unterstützung.

Giršfel'd

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3364 vom 20.7.1935. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 6 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 49, l. 82–83. Original.

Nr. 202

Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA

D/898

Moskau, den 20. Juli 1935

Vertraulich

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Auf die Erlasse W IV Ru 2646 vom 10. Juli 1935 und W IV Ru 2797 vom 17. Juli 1935

Inhalt: Legalisierung der Tätigkeit ausländischer Firmenvertreter in der UdSSR

Nach der übereinstimmenden Ansicht der Botschaft und der hier tätigen deutschen Firmenvertreter liegt die Frage der Legalisierung der Tätigkeit ausländischer Firmenvertreter gegenwärtig wie folgt:

Das Volkskommissariat für den Außenhandel arbeitet seit Monaten auf das Ziel hin, den Schwerpunkt der Auftragserteilung nach Moskau zu verlegen. In Ver-

⁸ Vgl. Dok. 91, Anm. 3.

bindung damit sieht es die Notwendigkeit ein, die Zulassung von ausländischen Firmenvertretern zu erleichtern und neue Bestimmungen hierfür zu schaffen, da es sich überzeugt hat, dass das Dekret vom 11. März 1931¹ von den interessierten Firmen nicht als geeignete Basis für die Errichtung ständiger Vertretungen in der UdSSR betrachtet wird.

Das Bestreben des Außenhandelskommissariats, ein neues Gesetz ins Leben zu rufen, das die rechtliche Basis für eine generelle erleichterte Zulassung ausländischer Firmenvertreter schaffen soll, scheint jedoch sowohl bei den Handelsvertretungen im Auslande als auch bei der Hauptverwaltung für die staatliche Sicherheit (vormals OGPU) im Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten auf einen entschiedenen Widerstand gestoßen zu sein. Die Handelsvertretungen erblicken in der Verlegung des Schwerpunktes der Auftragserteilung nach Moskau und in der erleichterten Zulassung ausländischer Firmenvertreter mit Recht die Gefahr einer sehr weitgehenden Einschränkung ihrer Befugnisse und versuchen, sich dagegen zu wehren. Sie werden dabei vom Innenkommissariat unterstützt, das aus „Gründen der staatlichen Sicherheit“ am liebsten überhaupt keine Ausländer in die UdSSR hereinlassen würde.

Die Entwicklung der letzten Monate hat gezeigt, dass das Außenhandelskommissariat – bisher wenigstens – es nicht vermocht hat, sich dem Innenkommissariat gegenüber durchzusetzen. Während noch im Mai d. J. das Außenhandelskommissariat die Herausgabe der neuen Bestimmungen über die Zulassung ausländischer Firmenvertreter als unmittelbar bevorstehend bezeichnete, erscheint es im Augenblick fraglich, ob diese Bestimmungen überhaupt jemals erscheinen werden.

Inzwischen hat aber das Außenhandelskommissariat einigen großen Firmen, wie dem Siemens-Konzern, der englischen Metro-Vickers Electronical Company und den Skoda-Werken, zu erkennen gegeben, dass das weitere Bestehen ihrer hiesigen Vertretungen legalisiert werden müsse und dass zu diesem Zweck entsprechende Anträge seitens dieser Firmen gestellt werden müssten. Gleichzeitig gab das Außenhandelskommissariat der Botschaft zu verstehen, dass es bestimmt damit rechne, in unmittelbaren Besprechungen mit den interessierten deutschen Firmen eine befriedigende Regelung der Steuerfrage zu erreichen, wozu im Übrigen bemerkt werden darf, dass die Botschaft in der Steuerfrage dem Außenhandelskommissariat gegenüber von Anfang an den Standpunkt vertreten hat, dass eine Besteuerung der Firmen seitens der Sowjetorgane nicht in Frage käme, da solche deutsche Firmen, die entgegenkommenderweise ihre Vertreter nach Moskau entsenden, nicht ungünstiger gestellt werden dürften als solche, die in Deutschland verhandelten. Die Berechtigung dieses Standpunktes schien das Außenhandelskommissariat bisher auch durchaus anzuerkennen.

Die Sachlage läuft nun gegenwärtig auf die Absicht der beteiligten Sowjetstellen hinaus, ständige Vertretungen einer beschränkten Anzahl bedeutender Auslandsfirmen offiziell zuzulassen, allen anderen gegenüber jedoch freie Hand zu behalten. Offenbar zu diesem Zweck soll das Dekret vom 11. März 1931 in Kraft bleiben, das einen wirksamen Riegel für die generelle Zulassung ausländischer Firmenvertreter darstellt, gleichzeitig aber die Möglichkeit von Sonderverständigungen mit einzelnen Firmen nicht ausschließt.

¹ Vgl. Dok. 188, Anm. 1; Dok. 193.

Die Botschaft stimmt infolgedessen der Ansicht des Russlandausschusses zu, dass bei der gegenwärtigen Sachlage keine Bedenken dagegen bestehen, dass einzelne große deutsche Firmen sich mit entsprechenden Anträgen an das Volkskommissariat für den Außenhandel wenden, zumal letzteres neuerdings die Absicht zu haben scheint, hinsichtlich der Abfassung dieser Anträge das Verlangen nach überflüssigen Formalitäten fallenzulassen.

v[on] Twardowski

Eigenhändige Unterschrift. Stempel: W IV Ru 2892, Eing. 24. Juli 1935. Am Seitenrand Kenntnisnahmen von Ritter, von Tippelskirch, Bräutigam. Unten: H 6 Ru. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, R 94616, o. P., 3 Bl.

Nr. 203

Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum

GEHEIM

Expl. Nr. 2

25. Juli 1935

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR in Deutschland
Berlin
Nr. 346/s¹

NKID-WIRTSCHAFTSABTEILUNG

Kopie an: **2. Westabteilung**²

Lieber Boris Danilovič!

1. Ich informiere knapp über den Stand der Dinge bei der Vergabe von Aufträgen. Bis jetzt wurden Aufträge für insgesamt 5 Millionen Mark vergeben. Es besteht die völlige Gewissheit, dass es gelingen wird, den Auftrag für ein Werk zur Herstellung von Benzin aus Kohle unterzubringen, was laut Berechnungen der Genossen einen Auftrag in einer Summe von ungefähr 20 Mio. Mark ausmachen wird. Was die Chemie-Aufträge betrifft, so ist die Sache bis jetzt nicht über eine anfängliche Sondierung hinausgegangen. Bei dem ersten Treffen mit der IG Farben stellte sich heraus, dass die Deutschen wahrscheinlich Aufträgen für das Ammoniak-Werk zustimmen werden, sich jedoch kaum auf eine Auftragsannahme für Werke zur Herstellung von Farbstoffen einlassen werden, es sei denn, wir würden uns bereit erklären, dass wir längerfristig eine große Menge fertiger Farbstoffe bei ihnen kaufen würden. Gänzlich abgelehnt haben die Deutschen Aufträge für Ausrüstungen zum Schleifen von Scheinwerferglas. Die Chancen, Weitsichtgeräte zu bestellen, sind

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ziffer und das Wort sind jeweils mit Tinte unterstrichen.

ebenfalls nicht groß. Dagegen sind die Chancen günstig, Aufträge bei Werkzeugmaschinen unterzubringen. Laut Einschätzung der Genossen der Handelsvertretung können bei einer günstigen Entwicklung der Dinge zum Oktober, d.h. zum Zeitpunkt der ersten Überprüfung des April-Abkommens³, Aufträge in Höhe von bis 70 Millionen Mark à Konto des 200-Millionenkredites untergebracht werden, bei fast völligem Fehlen der sog. laufenden Aufträge. Auf meine Frage erklärten die Genossen der Handelsvertretung, dass es mit Ausnahme der Schleifmaschinen für Scheinwerferglas bislang keine Veranlassung gebe, davon zu sprechen, dass die Deutschen unsere Aufträge bewusst behindern würden.

2. Wir haben mit den Gesellschaften deutschen Rechts⁴ sehr große Probleme. Nach der Ausweisung Kuz'mičevs (der gestern bereits abgereist ist) ging bei der Derunapht die Mitteilung über die Ausweisung der Genossen Gurnyj und Soldatov ein, die wir zwischenzeitlich bereits als nebenbeschäftigte Mitarbeiter in der Handelsvertretung einzustellen vermochten und denen wir Dienstaussweise ausstellten, damit sie auf der Grundlage dieser Dienstaussweise für die Zeit ihrer Beschäftigung in der Handelsvertretung eine Aufenthaltserlaubnis für Deutschland erhalten. Als die Deutschen erfuhren, dass die Genossen Gurnyj und Soldatov zugleich auch Mitarbeiter der Handelsvertretung sind, waren sie etwas irritiert und angeblich geneigt, sie in Ruhe zu lassen. Die Lage bleibt jedoch weiterhin kritisch. Weitere Unannehmlichkeiten für die Derunapht sind nicht ausgeschlossen, weil die Deutschen überhaupt kein Geheimnis daraus machen, dass die Ausweisung der Derunapht-Mitarbeiter die direkte Antwort auf die Ausweisung von deutschen Firmenvertretern aus Moskau ist. Wie Sie aus dem Tagebuch des Gen. Giršfel'd⁵ ersehen werden, schlagen sie uns in dieser Hinsicht sogar eine Art Austausch vor, den Gen. Giršfel'd selbstverständlich ablehnte.

Die Sovag⁶ in Hamburg hat andere Schwierigkeiten. In letzter Zeit werden an sie folgende Forderungen gestellt:

1. Für die Export-Förderung 4500 Mark einzuzahlen;
2. Ungefähr 70.000 Mark für die neue Hitler-Anleihe zu zeichnen;
3. In den Hitler-Fonds ca. 3000 Mark einzuzahlen;
4. Unbedingt etwas für die Winterhilfe⁷ zu spenden.

Bei einer Nichterfüllung dieser Forderungen drohen Gen. Cukerman Repressalien, wobei die Lage dadurch erschwert wird, dass, sollten die angedrohten Repressionen gegen ihn zur Anwendung kommen, die Sovag ohne jegliche Führung bleibt, weil Gen. Cukerman der einzige sowjetische Mitarbeiter dort ist und ohne ihn kein einziges Schriftstück unterzeichnet werden kann.

All das zwingt uns dazu, die Frage erneut zur Diskussion zu stellen, ob es zweckmäßig ist, dass wir an den Gesellschaften deutschen Rechts in Deutschland weiterhin festhalten. Deren Lage wird angesichts des jetzigen Wirtschaftssystems in Deutschland von Tag zu Tag immer schlechter. Es ist völlig klar, dass zum Beispiel

³ Für das Wirtschaftsabkommen vom 9.4.1935 vgl. Dok. 116.

⁴ Nach deutschem Recht gegründete Gesellschaften, deren erwirtschafteter Gewinn der Besteuerung unterliegt (Körperschaftsteuer).

⁵ Vgl. Dok. 201 sowie Aufzeichnung der Unterredung Giršfel'ds mit von Tippielskirch vom 25.7.1935. In: AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 241–240.

⁶ SOVAG = Schwarzmeer und Ostsee Versicherungs-Aktiengesellschaft, 1927 in Hamburg gegründete sowjetische Versicherungsgesellschaft.

⁷ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

die Sovag die an sie gestellten Forderungen nicht erfüllen kann. Die Nichterfüllung wird aber unweigerlich zu Komplikationen führen, die die gesamte Tätigkeit der Sovag in Frage stellt. Gen. Fridrichson teilte mir zwar mit, dass es einen speziellen Grund gebe, die Derunapht vorerst bestehen zu lassen, zumindest bis zum nächsten Jahr. Ich befürchte jedoch, dass man sie zwischenzeitlich durch kleine Nadelstiche zur Aufgabe zwingen kann. Noch um einiges schwieriger steht es um die Sovag.

Gen. Fridrichson beabsichtigt im Wirtschaftsministerium zu erklären, dass unsere Gesellschaften deutschen Rechts alle von ihnen eingeforderten Summen bezahlen werden, wenn die Deutschen dem Export in die UdSSR alle jene Vergünstigungen gewähren, die sie dem Export in andere Länder angedeihen lassen. Ich denke, dass dabei selbstverständlich nichts herauskommen wird. Meiner Meinung nach führt ein weiterer Aufschub hinsichtlich der Liquidierung unserer heute in Deutschland bestehenden Gesellschaften deutschen Rechts nur zu Komplikationen und zu Schwierigkeiten bei der praktischen und schmerzhaften Durchführung dieser Liquidation, die meiner Ansicht nach sowieso unvermeidlich ist.

Ich möchte Dich, Boris Danilovič, sehr bitten, mir Deine Meinung zu dieser Frage mitzuteilen, ob es zweckmäßig wäre, diese Frage offiziell aufzuwerfen.⁸

Mit kameradschaftlichem Gruß

S. Bessonov

Vermerk D.G. Šterns mit blauem Farbstift: an Gen. Levin.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1647 vom 1.8.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 3 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Wirtschaftsabt[eilung], das 2. an die 2.

West[abteilung], das 3. zu den Akten. 5/VII-35.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 255–252. Original.

Nr. 204

Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

26. Juli 1935

ZSg. 102/1/88 (1)

In einer kleineren sozusagen zusätzlichen Pressekonferenz wurden die Zeitungen eben auf eine Anweisung hingewiesen, die durch die Landesstellen des Ministeriums Ihnen schon bekannt sein wird, nämlich darauf, dass die Berichte über den Komintern-Kongress in Moskau¹ groß aufzumachen sind. In Glossen oder

⁸ Vgl. Dok. 209.

¹ Der VII. Kongress der Komintern fand vom 25.7. bis 20.8.1935 in Moskau statt. Vgl. VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Resolutionen und Beschlüsse, Moskau/Leningrad 1935; Kongress Kommunističeskogo Internacionala i bor'ba protiv fašizma i vojny. Sbornik dokumentov, Moskva 1975.

Artikeln sei dazu die Doppelzüngigkeit der sowjetrussischen Politik ironisch festzunageln. Auf der einen Seite Weltrevolutionstendenzen, auf der anderen Seite durch Herrn Litwinow in Genf Völkerbunds-, d.h. Friedens- und Verständigungspolitik. Schlagartig müsse morgen früh in der ganzen Presse diese Beleuchtung des Kongresses zu lesen sein. Man möchte nicht morgen Mittag feststellen müssen, dass einige Zeitungen versagt hätten. Große Dinge werden Sie ja nun wohl nicht mehr schreiben können, aber vielleicht kann man in der Aufmachung, in der Überschrift und vielleicht in einer kurzen Vorbemerkung oder einem kurzen Nachwort der Anweisung doch noch schnell Rechnung tragen. In dem DNB-Bericht von heute morgen muss übrigens bei der Erwähnung von Thälmann hinzugefügt werden: Thälmann in Abwesenheit.

Veröffentlicht in: NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 3/I, S. 467.

Nr. 205
**Aufzeichnung von Unterredungen des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung in Berlin Giršfel'd**

GEHEIM
Expl. Nr. 1
Berlin, den 27.VII.35

TAGEBUCH
des Gen. GIRŠFEL'D

Nr. 347/s¹

[...]²

23.VII. War im Auswärtigen Amt bei Tippelskirch. Ich sprach mit ihm über folgende Fragen:

1) Bezüglich des Umzugs der Handelsvertretung. Wir verständigten uns hinsichtlich der Details des Notenaustauschs. Für die Zeit des Umzugs, wenn sich ein Teil des Vermögens der Handelsvertretung im alten und ein Teil im neuen Gebäude befinden wird, ergreift das Auswärtige Amt Maßnahmen zum Schutz beider Gebäude.

2) Ich legte Protest gegen die Absicht des Polizeipräsidiums ein, den Mitarbeiter der Derunapht und Gehilfen des Hauptbuchhalters, Gurnyj, aus Deutschland auszuweisen. Ich fragte Tippelskirch, ob die deutsche Seite mit dieser Aktion beabsichtige, die Tätigkeit der Derunapht, die eine so herausragende Rolle bei der Erfüllung des Lieferabkommens für Erdöl spiele, vollkommen unmöglich zu machen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Ausgelassen ist die Information über die Eindrücke einer englischen Delegation ehemaliger Frontsoldaten von einem Besuch Deutschlands (l. 84).

Tippelskirch antwortete, dies sei überhaupt nicht der Fall, da er annehme, dass die Derunapht nicht deshalb zu existieren aufhöre, weil einer ihrer Mitarbeiter ausgewiesen werde. Ich bat Tippelskirch sich zu erinnern, dass ich bereits in den letzten Tagen mit ihm wegen der Ausweisung des Vorsitzenden der Derunapht, Herrn Enko, und des Buchhalters Kuzmičev gesprochen hätte. Somit ginge es nicht um eine Person, sondern um die Leitung der Derunapht. Danach hob ich hervor, dass Gurnyj ein Mitarbeiter der Handelsvertretung sei, der seine Arbeit in der Handelsvertretung mit der Tätigkeit in der Derunapht vereint. Wir würden auf keinen Fall eine wie auch immer geartete Verletzung der Rechte eines Mitarbeiters unserer Handelsvertretung zulassen, zumal keine Beschuldigungen gegen Gurnyj persönlich vorliegen. (Tippelskirch konnte mir auf meine eingangs des Gesprächs gestellte Frage, was man Gurnyj zur Last lege, nicht antworten und sagte, dass er sich erkundigen werde).

3) Ich sagte Tippelskirch, deutsche Behörden würden mit verschiedenen Mitteln den Handelsorganisationen mit sowjetischem Kapital Hindernisse in den Weg legen. Über die Derunapht hätten wir bereits gesprochen. Personen, die für Reisen in die UdSSR die Hilfe und Mitwirkung von Intourist in Anspruch nehmen, würden als kriminelle Verbrecher angesehen. Sie würden verhaftet, allerlei Verfolgungen usw. unterzogen. Mir liege der Gedanke fern, mich für Personen einzusetzen oder zu interessieren, die keine Staatsbürger meines Landes seien. Ich wollte damit lediglich sagen, womit es begründet sei, der Tätigkeit von Intourist, dem Reisebüro der UdSSR, Sonderbedingungen aufzuerlegen, die im Gegensatz zu den Bedingungen für ein Reisebüro³ eines beliebigen Staates stünden. Es sei ferner verboten, Prospekte von Intourist in der Presse zu veröffentlichen. Die Presseorgane, die Reklame von Intourist brächten, seien Verfolgungen ausgesetzt. Wir wollten nur die Gleichstellung des Reisebüro der UdSSR mit den übrigen Reisebüros, und dafür hätten wir allen Grund. Tippelskirch sagte, er könne in dieser Hinsicht nichts machen, weil zurzeit die Stimmungen in Deutschland so seien. Ich antwortete Tippelskirch, dass es mich merkwürdig berühre, von einem Vertreter des Auswärtigen Amtes den Hinweis auf Stimmungen zu hören, während wir ihm eine durchaus klare und praktische Frage zur Diskriminierung des Handelsunternehmens stellten, das zwar deutschem Gesetz⁴ [unterliegt], jedoch mit sowjetischem Kapital [tätig ist]. Tippelskirch antwortete wiederholt, dass es ihm schwerfalle, irgendetwas zu unternehmen.

4) Die Gesellschaft nach deutschem Gesetz mit sowjetischem Kapital SOVAG (Schwarzmeer und Ostsee Transport Versicherung AG). In letzter Zeit würden von verschiedenen Seiten an sie Forderungen nach Spenden unterschiedlichster Art erhoben. So habe man am 12.VII. von ihr eine Summe von 4508 Mark für die Exportförderung⁵ gefordert. Am 22.V. sei von ihr eine Versicherungsanleihe⁶ in Höhe von 70.000 Mark gefordert worden. Am 13.III. sei die Gesellschaft zur Adolf Hitler-Spende⁷ der deutschen Wirtschaft in Höhe von 2962 Mark genötigt worden.

³ Das Wort ist hier und im Folgenden in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁴ So im Dokument. Gemeint ist ein nach deutschem Recht gegründetes Unternehmen.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁷ In Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Eine freiwillige Spende zugunsten der NSDAP, eingeführt ab dem 1.6.1933 als Körperschaft der deutschen Industrie.

Schließlich habe man am 18.X. von ihr die Winterhilfsspende⁸ gefordert. Mir liege der Gedanke fern, die Bedeutung dieser Maßnahmen für die deutsche Wirtschaft zu beurteilen; es sei völlig verständlich, dass mich diese Frage überhaupt nichts angehe. Ich wolle lediglich die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf den Umstand lenken, dass diese Maßnahmen wohl kaum in einem unmittelbaren Bezug zur Tätigkeit der Versicherungsgesellschaft mit sowjetischem Kapital stünden. Tippleskirch antwortete, dass diese Gesellschaft nach deutschem Recht gegründet worden sei, und falls wir wollten, dass solch eine Gesellschaft auf deutschem Territorium existiere, so müsse diese Gesellschaft doch den allgemeinen Anordnungen Folge leisten. Er verstehe überhaupt nicht, warum diese Funktionen nicht auf eine deutsche Gesellschaft übertragen werden könnten, die ebenso gewissenhaft die Interessen der sowjetischen Seite wahrnehmen könnte. Ich antwortete ihm, dass ich es für zweckmäßig hielte, die Frage beiseite zu lassen, wer die Interessen der sowjetischen Seite besser vertreten würde, ob es die so organisierte Gesellschaft oder eine deutsche Organisation sei, weil diese Frage von der sowjetischen Seite offenbar bereits in einem bestimmten Sinne entschieden worden sei. Ich würde von Tippleskirch lediglich gern wissen, ob das Auswärtige Amt irgendetwas unternehme, um die SOVAG vor allen möglichen Geldforderungen abzuschirmen, die nichts mit ihrer unmittelbaren Geschäftstätigkeit zu tun hätten. Tippleskirch antwortete darauf mit einer ganzen Tirade, dass wir es uns überhaupt bequem machen⁹. Wir hätten die Handelsvertretung und alle erdenklichen Organisationen, während die deutsche Seite keine Handelsvertretung habe, weil man dafür das Außenhandelsmonopol schaffen müsse. Ich sagte Tippleskirch, dass ich das tief bedaure, aber wir könnten wohl kaum für die Deutschen das Außenhandelsmonopol in Deutschland organisieren. Deshalb dünkte ich, dass es keinen Sinn habe, das Gespräch in dieser Richtung fortzusetzen, und bäte darum, eine Antwort auf die von mir gestellten Fragen zu geben. Tippleskirch antwortete, dass es zweckmäßiger wäre, wenn sich die Handelsvertretung in dieser Angelegenheit mit dem Wirtschaftsministerium in Verbindung setzen würde.

23.VII. Traf mich mit Harnack, einem Beamten des Wirtschaftsministeriums. Es kursieren Gerüchte über einen im Herbst bevorstehenden Kursverfall der Mark. Zu diesem Zweck wird das Angebot von Mark im Ausland bedeutend erhöht. Damit wird beabsichtigt, die Konkurrenzfähigkeit von deutschen Exportfirmen auf dem Außenmarkt zu stärken.

Ein bedeutender Teil der im Wirtschaftsministerium Beschäftigten verhält sich gegenüber der Belebung der antisemitischen Bewegung in Deutschland negativ, weil dies, wie man meint, zu Verlusten für die deutsche Wirtschaft sowohl auf dem Binnenmarkt als auch auf den Außenmärkten führen werde. Diese Auffassung vertritt auch Wirtschaftsminister Schacht, von ihm wird auf der bevorstehenden Sitzung des Ministerrates eine scharfe Stellungnahme gegen diese Maßnahmen erwartet.

24.VII. Der Gehilfe des Hauptbuchhalters Soldatov (Derunapht) erhielt vom Polizeipräsidium Berlin die Weisung, Deutschland zu verlassen. Für die Regelung

⁸ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁹ Im Dokument in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben: machen sich bequem.

seiner wirtschaftlichen Angelegenheiten wurden ihm acht Tage **eingeräumt**¹⁰. Damit im Zusammenhang erhob ich gegenüber Tippelskirch kategorisch Protest gegen die Absicht der deutschen Behörden, Soldatov auszuweisen. Abgesehen davon, dass die Ausweisung Soldatovs eine Entwicklung in den Aktionen gegen die Derunapht darstelle, mache ich Tippelskirch außerdem darauf aufmerksam, dass Soldatov ebenso wie Gurnyj, über den ich das letzte Mal mit ihm gesprochen hätte, ein Mitarbeiter der Handelsvertretung sei, der zugleich nebenberuflich in der Derunapht arbeite. Wir forderten eine Erklärung darüber, auf welcher Grundlage Personen, die in jeder Hinsicht absolut unverdächtig seien, völlig grundlos die Anordnung zur Ausweisung erhalten könnten, zumal erst vor Kurzem ihre Pässe noch im Berliner Polizeipräsidium registriert worden seien und ihnen eine Aufenthaltserlaubnis¹¹ erteilt worden sei, die sie als Mitarbeiter der Handelsvertretung ausweise. Wir ließen es nicht zu, dass die Rechte der Mitarbeiter der Handelsvertretung verletzt würden. Ich bestünde kategorisch darauf, umgehend Maßnahmen zur Aufhebung der Ausweisung von Gurnyj und Soldatov zu ergreifen. Als Tippelskirch erneut über die Ausweisung von Vertretern von Handelsfirmen aus der Sowjetunion zu sprechen kam, unterbrach ich ihn und sagte, dass ich die Frage hinsichtlich der Maßnahmen des Außenministeriums zur Aufhebung der Ausweisung von Mitarbeitern der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland grundsätzlich stelle. Tippelskirch versprach, dies zu klären. Nach einigen Stunden rief Tippelskirch an und sagte, sowohl im Ministerium als auch im Polizeipräsidium wäre nichts darüber bekannt, dass Gurnyj und Soldatov Mitarbeiter der Handelsvertretung seien. Er bat, ihre Pässe vorzulegen. Am Morgen des nächsten Tages wurden die Pässe Gurnyjs und Soldatovs vom Polizeipräsidium mit den entsprechenden Vermerken vom Polizeipräsidium an Tippelskirch geschickt, der sie mit der Note¹² „nach Einsichtnahme in die Pässe werden selbige zurückgegeben“ aushändigte.

26.VII. Tippelskirch rief mich an und bat mich zu einem Gespräch. Er erklärte, er habe einen Weg gefunden, unsere Forderungen im Zusammenhang mit dem Protest, den wir anlässlich der Ausweisung von Mitarbeitern der Derunapht erhoben hätten, zu erfüllen. Er schlage Folgendes vor: ein Vertreter einer deutschen Reederei¹³ habe von unserem Generalkonsulat in Hamburg für Leningrad keine Einreisegenehmigung erhalten. Wenn ich ihm sagen könnte, dass wir Maßnahmen ergreifen würden, damit dieser Person die Einreise in die Sowjetunion genehmigt werde, so könne er mir seinerseits die Versicherung darüber abgeben, dass er Maßnahmen ergreifen werde, um Kuzmiščev¹⁴ einen Verbleib zu ermöglichen. Nachdem er das gesagt hatte, übergab er mir ein Aide-Mémoire zum Fall der im Gespräch erwähnten Person. Ich nahm das Aide-Mémoire nicht an und antwortete ihm Folgendes: Es geht um die Ausweisung von sowjetischen Staatsbürgern, die Sie irgendwelcher Dinge beschuldigen, um sowjetische Bürger, die Führungsposten in einer Gesellschaft mit sowjetischem Kapital bekleiden. Diese Gesellschaft spielt eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung des Abkommens über Lieferungen für Erdöl und da-

¹⁰ Das Wort ist über die Zeile geschrieben

¹¹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁴ So im Dokument.

mit in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland. Was Sie mir anbieten, ist ein Kuhhandel¹⁵. Ich muss Ihren Vorschlag entschieden zurückweisen. Es kann kein Junktim zwischen dem Fall des Reedereivertreters und dem Fall des Mitarbeiters der Derop Kuzmičev geben. Tippelskirch versuchte mich umzustimmen, ich sagte ihm jedoch noch einmal entschieden, dass ich seinen Vorschlag kategorisch ablehne. Da ich jetzt im Ministerium sei, nutze ich die Gelegenheit, noch einmal zu bitten, im Eilverfahren die Anordnungen zur Ausweisung der Mitarbeiter der Handelsvertretung Gurnyj und Soldatov aufzuheben.¹⁶

Einige allgemeine Schlussfolgerungen bezüglich der innerdeutschen Lage.

1. Die Finanz- und Wirtschaftsschwierigkeiten haben zu einer Verschärfung der politischen Situation in Deutschland geführt. Gegenwärtig nimmt die revolutionäre Aktivität zu, die Unzufriedenheit der kleinbürgerlichen Massen wächst, der Kampf zwischen den verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie und folglich auch innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung verschärft sich.

2. Der Prozess, die nationalsozialistischen Anhängsel zu liquidieren, wird fortgesetzt; der 30. Juni des vergangenen Jahres wurde in ****dieser****¹⁷ Hinsicht zum Wendepunkt, als die sogenannten Garanten der nationalsozialistischen Ordnung (eine Formulierung Röhm's über die SA) liquidiert wurden.

3. Die schrittweise Beseitigung der Besonderheiten des nationalsozialistischen Faschismus (die SA, die Verdrängung der Parteien usw.) und das Ansteigen der revolutionären Aktivität des Proletariats zwingen die Bourgeoisie zu einer gewissen Entfesselung der Demagogie, wie das auch vor dem 30. Juni der Fall war. Hieraus erklären sich die zeitweilige Aktivierung der Gruppe Goebbels-Ley, das Ansteigen der antisemitischen Bewegung, die Ausnutzung der sogenannten „linksradikalen“ Gruppen der NSDAP zur Bekämpfung der alten bürgerlichen Parteien (Zentrum, Deutschnationale) und der Kirchenopposition, die dem Wesen nach eine Form der politischen Opposition der genannten alten bürgerlichen Parteien gegenüber dem Regime darstellt.

4. Jetzt kann man feststellen, dass die kleinbürgerlichen Elemente von der ****führenden****¹⁸ Beteiligung an der unmittelbaren staatlichen und wirtschaftlichen Tätigkeit endgültig völlig verdrängt worden sind. Die Kleinbourgeoisie kann ****nur****¹⁹ in den bürgerlich-demokratischen Ländern über einen längeren Zeitraum die Macht mit der Großbourgeoisie teilen und Exponent der Großbourgeoisie im Staatsapparat usw. sein.

5. Zurzeit erfolgt in Deutschland eine weitere Umgruppierung der Kräfte der herrschenden Klasse auf einer verringerten Grundlage (durch die Verdrängung der Kleinbourgeoisie). Als eine äußere Erscheinung solch einer Umgruppierung könnte sich die Errichtung der Monarchie erweisen, die unter der Beteiligung der nationalsozialistischen Führung sowohl aus innen- als auch aus außenpolitischen Erwägungen ins Leben gerufen wird.

¹⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁶ Ende Juli hob das Polizeipräsidium die Anordnung zur Ausweisung von Gurnyj und Soldatov auf. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 49, l. 114.

¹⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁹ Das Wort ist über die Zeile anstelle des durchgestrichenen Wortes „sein“ geschrieben.

6. Unter den Bedingungen der gegenwärtig höchst zugespitzten innenpolitischen Lage ist es nicht ausgeschlossen, dass gegen sowjetische Einrichtungen alle möglichen Handlungen unternommen werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Formulierung sehr interessant, die Goebbels im Kommuniqué aus Anlass des Rücktritts von Levetzow²⁰ gebraucht hat. Neben dem Kampf gegen die kommunistischen und reaktionären Elemente stellt sich die Aufgabe des Kampfes gegen die jüdisch-„bolschewistische“-Frechheit.

Giršfel'd

Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3499 vom 31.7.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. 1 [Exemplar] an Litv[inov], 4 [Exemplare] an Krest[inskij], das 5. [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 49, l. 84–87. Original.

Nr. 206

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Twardowski

Geheim

[1.8.1935]

TAGEBUCH

N. KRESTINKIJS

EMPFANG DES DEUTSCHEN GESCHÄFTSTRÄGERS TWARDOWSKI

AM 1. AUGUST 1935

1. T[wardowski] begann damit, dass er in seinem Namen und im Namen der Regierung seine Anteilnahme zum Untergang des U-Bootes und seiner Besatzung aussprach.¹

2. Danach erkundigte er sich nach dem Gesundheitszustand von Štern. Er, Twardowski, reise am 10. August für vier Wochen bis zum 7. September zum Urlaub nach Deutschland. Er befürchte, nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub werde Gen. Štern in Urlaub sein, und deshalb würde er ihn gern vor dem 10. August sehen. Wäre das möglich? Könne er Štern nicht im Krankenhaus oder auf der Datscha besuchen?

²⁰ Vgl. „Berlin wird gesäubert von Kommune, Reaktion und Juden. Dr. Goebbels räumt in seinem Gau auf“. In: Der Angriff vom 19. Juli 1935, S. 1. Im Zusammenhang mit einem Pogrom gegen Juden im Stadtzentrum, das internationales Aufsehen erregte, wurde von Levetzow im Juli 1935 seines Postens als Polizeipräsident von Berlin enthoben.

¹ Am 25.7.1935 havarierte das U-Boot „B-3“ der Baltischen Flotte bei einer Übung im Finnischen Meerbusen und ging unter. Vgl. Soobšćenie TASS (TASS-Meldung). In: Izvestija vom 1. August 1935, S. 1.

Ich antwortete, dass ich den Wunsch Twardowskis Gen. Štern zur Kenntnis bringen werde. Es wäre möglich, dass Gen. Štern auf der Fahrt von der Datscha zum Sanatorium den Weg durch die Stadt nehme und er sich mit Twardowski treffen könnte.

3. In diesem Kontext sagte mir Twardowski, dass ich noch nicht wisse, dass er ab dem 1. Oktober zu einer Tätigkeit in Berlin abberufen werde. Was er dort für eine Arbeit bekommen werde, ob er Meyer oder Hey ablöse, oder ob er überhaupt in einer anderen Abteilung arbeiten werde, wisse er noch nicht. Er werde hier bis zur Rückkehr Schulenburgs bleiben, d.h. bis zum 10. August, danach gehe er in Urlaub, aus dem er am 7. September zurückkehre, und werde bis zum 1. Oktober bleiben. In diesem Zeitabschnitt werde er voraussichtlich erneut die **Pflichten**² eines Geschäftsträgers³ (nun zum letzten Mal) wahrnehmen, weil Schulenburg beabsichtigt, eine Reise durch den Kaukasus und generell durch den Süden der UdSSR zu unternehmen.

4. Danach ging T. zum dienstlichen Teil seines Besuches über. Er sagte, dass es eine ganze Reihe von unerledigten Angelegenheiten, hauptsächlich Haftsachen gebe. Vor acht Monaten, im Dezember 1934, habe T. mir ein Memorandum übergeben, in dem von sieben alten Fällen die Rede gewesen sei. Es seien acht Monate vergangen. Zu drei von diesen sieben Fällen seien abschließende, wenn auch nicht erschöpfende, Antworten des NKID eingegangen. Zu einem Fall gäbe es eine unvollständige Antwort, zu drei Fällen liege nach wie vor keine Antwort vor.

Einige der im Memorandum Twardowskis genannten Personen seien bereits verstorben. In diesem Fall müsse die Deutsche Botschaft zumindest eine Sterbeurkunde erhalten. Denn angesichts der in Deutschland geltenden sozialpolitischen Regelungen benötigten die Verwandten eine Sterbeurkunde, um den Nachlass zu regeln; eine Witwe benötige die Sterbeurkunde, um ihr Recht zu dokumentieren, ein zweites Mal eine Ehe eingehen zu können usw. Das sei auch der Grund, weshalb die Deutsche Botschaft darum ersuche, die Entscheidung aller dieser Fälle zu beschleunigen. Er überreiche mir ein neues Memorandum (ich habe es an die 2. Westabteilung weitergeleitet), in dem die Sachlage der alten sieben Fälle dargelegt sei, zudem noch einige neue Fälle hinzugekommen seien.

Er hätte es gern gesehen, wenn diese Angelegenheiten bis zu seiner Abreise erledigt werden könnten.

5. Sodann mache er mich auf die Verzögerung einer Antwort auf die anderen von der Botschaft aufgeworfenen Fragen aufmerksam. So habe die Botschaft dem NKID den Wunsch der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht, Generalmajor Köstring zum neuen Militärattaché⁴ zu ernennen, doch eine Antwort gäbe es bis jetzt nicht.

Ich sagte T., die 2. Westabteilung habe mir gerade heute mitgeteilt, dass aus dem **Narkomat**⁵ für Verteidigung eine positive Antwort eingegangen sei. Somit könne Herr Twardowski nach Berlin berichten, dass wir mit der Ernennung Köstrings einverstanden sind.

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

³ Danach sind einige Wörter mit Tinte durchgestrichen.

⁴ Vgl. Dok. 184.

⁵ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Narkom.

6. Die Botschaft habe uns ferner davon in Kenntnis gesetzt, dass der jetzige Militärattaché, Oberst Hartmann, auch als Luftattaché ernannt werde. Dazu gäbe es keine Antwort.

Hartmann werde jetzt zwar abberufen, aber hier ginge es doch nicht um die Person Hartmanns, sondern darum, dem deutschen Militärattaché das Recht zuzubilligen, gleichzeitig Militär- und Luftattaché zu sein. Deshalb warte die Deutsche Botschaft auf eine Antwort auf diese Frage, unabhängig von der bevorstehenden Abreise Hartmanns.

7. Im Februar d. J. habe die Deutsche Botschaft das NKID ferner davon in Kenntnis gesetzt, dass im August in Berlin der Internationale Kriminologenkongress⁶ einberufen werde, und habe um Teilnahme von sowjetischen Wissenschaftlern an diesem Kongress gebeten. Trotz mehrfacher Erinnerung habe man keine Antwort erhalten. Heute sei der 1. August. Für Twardowski sei klar, dass dieser Kongress uns nicht interessiere und unsere Wissenschaftler nicht an ihm teilnehmen werden. Deshalb habe er nach Berlin geschrieben, er habe den Eindruck, dass die sowjetische Seite kein Interesse an dem Kongress zeige und Wissenschaftler der UdSSR nicht an ihm teilnehmen würden. Ihm schiene es richtiger zu sein, in den Fällen, wenn wir nicht daran interessiert seien, an diesen oder jenen von Deutschland einberufenen Tagungen oder Kongressen teilzunehmen, rechtzeitig mitteilen würden, wenn auch nur inoffiziell, dass wir nicht an dem entsprechenden Kongress interessiert seien. Dies wäre keine offizielle Absage, doch gäbe man damit den deutschen Ausrichtern des Kongresses frühzeitig zu verstehen, dass zu diesem Kongress keine sowjetischen Wissenschaftler und auch keine Vorträge zu erwarten seien.

Ich antwortete T., dass, wie ihm bekannt sei, die Entscheidung über eine Teilnahme oder Nichtteilnahme unserer Wissenschaftler oder Vertreter von Behörden an internationalen Kongressen oft zu spät getroffen werde und deshalb die Verzögerung der Antwort hinsichtlich des Kriminologenkongresses nicht unter dem speziellen Blickwinkel der sowjetisch-deutschen Beziehungen betrachtet werden sollte.

8. T. ging zu der Frage über, die mir, wie er glaube, wahrscheinlich noch nicht bekannt sei, und zwar handele es sich um den Wunsch der Deutschen Botschaft, in Moskau ein Botschaftsgebäude zu bauen. Darüber habe Graf Schulenburg während meines Urlaubes mit Gen. Litvinov gesprochen.⁷

Ich sagte, ich sei darüber etwas unterrichtet. Soweit ich mich erinnere, wollte die Deutsche Botschaft gern ihr großes Botschaftsgebäude in Leningrad gegen ein kleines Haus in Leningrad zur Unterbringung des deutschen Konsulats und gegen ein Baugrundstück in Moskau für den Bau eines neuen Gebäudes eintauschen. Twardowski sei bekannt, dass wir uns zu dem Tausch der Leningrader Gebäude gegen Moskauer Gebäude negativ verhielten, was mit der sehr angespannten Wohnraumsituation in Moskau zu erklären sei, jedoch erscheine mir das, was die Deutschen uns jetzt vorschlugen – den Tausch des großen Gebäudes in Leningrad gegen ein dortiges kleines Gebäude und ein Baugrundstück in Moskau –, diskutabel zu sein. Ich könne jetzt keine Antwort geben, weil man sich in dieser Angelegenheit mit den Stadtsovjets von Leningrad und Moskau in Verbindung setzen müsse, womit ich die Protokollabteilung beauftragt hätte.

⁶ Vgl. Dok. 218.

⁷ Vgl. Dok. 194.

T. sagte, dass er möglichst schnell eine Antwort aus zweierlei Gründen erhalten möchte. Erstens, es sei eine schwierige und langwierige Angelegenheit, in Deutschland einen Kredit für den Bau eines Gebäudes zu bekommen; zweitens, am 15. August komme zufälligerweise der Beamte des Ministeriums, dem die Botschaftsgebäude im Ausland unterstehen, zu einem Kurzaufenthalt hierher. Es wäre deshalb günstig, ihm einige Baugrundstücke zu zeigen, die wir der Deutschen Botschaft für den Bau anbieten könnten.

Ich versprach, dem Moskauer Stadtsowjet den Wunsch der Deutschen Botschaft vorzutragen.

9. Danach ging T. zu der Frage über, die offensichtlich der Hauptgrund für sein Kommen war, und zwar ginge es um die Mitarbeiterin des Generalkonsulats in Leningrad, Chezel'. Er sagte, dass diese Mitarbeiterin, die eine Beziehung mit einem in Leningrad wohnenden deutschen Staatsbürger habe, in einem Hotel in Peterhof mit ihm die Nacht verbracht habe. Als von ihnen die Pässe für die Registrierung verlangt worden seien, habe sie der Hotelrezeption nicht ihren Pass ausgehändigt, sondern den einer sowjetischen Bürgerin, der Ehefrau eines deutschen Staatsbürgers, der für die Bearbeitung von deren Aufnahme in die deutsche Staatsbürgerschaft im Generalkonsulat hinterlegt worden war.

Mit dieser Tat habe Chezel', die Leiterin der Passabteilung, eine schwere Dienstverfehlung begangen. Generalkonsul Sommer habe sie vom Dienst suspendiert, nach Ankunft in Deutschland werde sie eine Disziplinarstrafe erhalten. Die Deutsche Botschaft richte an uns die Bitte, gegen Chezel' kein gerichtliches Vorgehen einzuleiten und ihr die Ausreise nach Deutschland zu gestatten.

Ich antwortete Twardowski, dass ich bereits im Bilde sei. Unsere Innenorgane hätten mir mitgeteilt, dass sie bereit wären, der Deutschen Botschaft entgegenzukommen und gegen Chezel' trotz der Schwere der von ihr begangenen Tat unter der Bedingung kein gerichtliches Vorgehen einzuleiten, wenn sie unverzüglich aus der UdSSR abberufen werde.

T. sagte, dass diese Bedingung vollkommen dem Wunsch der Botschaft entspreche. Er danke uns sehr für solch eine Entscheidung der Angelegenheit und bitte, nach Leningrad die Weisung zu geben, Chezel' unverzüglich das Ausreisevisum zu erteilen.

10. Danach kam T. auf die letzte Frage zu sprechen, nun aber bereits privat. Es gehe um den 75-jährigen lutherischen Bischof Malmgren, der sowjetischer Staatsbürger sei. Besagter Malmgren habe auf Bitte von Kriege einst eine Genehmigung für einen Urlaub in Deutschland erhalten. Er habe sich während des Urlaubs völlig loyal verhalten und sei fristgemäß zurückgekehrt. Jetzt wolle er gern für immer nach Deutschland ausreisen. Er sei 75 Jahre alt und wolle sich zur Ruhe setzen. Für diesen Fall hätte sich Gen. Chinčuk interessiert. Er hätte Graf Schulenburg gesagt, dass es anscheinend keine Einwände gegen die Ausreise Malmgrens gäbe, aber Gen. Chinčuk halte sich zurzeit bedauerlicherweise in Karlsbad auf. Über diese Angelegenheit wisse, wie es scheint, auch Gen. Štern Bescheid, aber auch er sei nicht verfügbar. Er bitte mich sehr, mich dieser Sache anzunehmen. Dem füge er hinzu, dass die deutsche Regierung das mündliche Gentlemen's Agreement abgebe, Malmgren werde sich absolut loyal verhalten und keinerlei politischen Äußerungen abgeben.

Ich versprach, Nachforschungen über den Stand in dieser Angelegenheit anzustellen.

11. Danach stellte ich die Frage, wie es um die Genehmigung für die Ausreise des ehemaligen Hausverwalters der Berliner Bevollmächtigten Vertretung, des deutschen Staatsbürgers Neitzke, in die UdSSR bestellt sei.⁸

T. antwortete mir, dass die deutsche Regierung prinzipiell nichts gegen eine Ausreise Neitzkes in die UdSSR einzuwenden habe, doch wolle sie im Austausch gegen ihn irgendjemanden von den bei uns inhaftierten Deutschen sowjetischer Staatsbürgerschaft erhalten.

Ich antwortete T., dass die deutsche Regierung im Austausch gegen Neitzke die Volkova haben wollte, aber das sei absolut unmöglich. Die Volkova sei eine Schwerverbrecherin, für die sich die deutsche Regierung außerordentlich interessiere. Was hingegen Neitzke betreffe, so sei er, erstens, kein Verbrecher, weil er von einem deutschen Gericht freigesprochen worden sei. Außerdem zeigte unsere Regierung an ihm kein Interesse. An ihm seien das NKID als ihrem langjährigen Mitarbeiter und insbesondere ich persönlich interessiert, weil ich Neitzke durch die gemeinsame Arbeit in Berlin über ein Jahrzehnt lang kenne.

T. sagte, dass ich offenbar nicht über die letzten Gespräche bezüglich Neitzkes unterrichtet sei. Die deutsche Seite habe die Forderungen bezüglich der Volkova aufgegeben. Es ginge um den sowjetischen Staatsbürger Vohrer, der vor einem Jahr in Novosibirsk verhaftet worden sei.⁹ Mit besagtem Vohrer hätte Großkopf gute persönliche Kontakte unterhalten, und Großkopf meine sogar, dass die ***Inhaftierung***¹⁰ von Vohrer zum Teil etwas mit diesen engen Kontakten und mit den häufigen Treffen Vohrers ****¹¹ mit ihm zu tun habe.¹² Twardowski sagte, dass sich das NKID in dieser Sache bereits mit den Behörden in Verbindung gesetzt habe und die Akte Vohrers angeblich von Moskau angefordert worden sei. Twardowski würde uns sehr gern im Fall Neitzke entgegenkommen, sei aber an die Weisung Berlins gebunden, dass dies nur auf der Grundlage eines Austauschs erfolgen könne.

Ich sagte, dass ich mich der Vohrer-Sache annehmen werde.

N. Krestinskij

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: MM.

Oben rechts in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2552 vom 20.8.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 E[exemplare], 1 [Exemplar] zu den Akten, 1 an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 an Gen. Linde, 1 nach Berlin, 1 [Exemplar], Punkt 8, an Gen. Bulganin.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 32, l. 50–55. Kopie.

⁸ Vgl. Dok. 44, 93.

⁹ Vgl. Dok. 182.

¹⁰ Das Wort ist über die Zeile geschrieben

¹¹ Das an dieser Stelle stehende Wort ist gestrichen.

¹² In den Erinnerungen, die Vohrer Anfang der 50er Jahre verfasste, schrieb er aus seinem Gedächtnis auf, dass ein Untersuchungsrichter ihm während eines Verhörs Folgendes gesagt habe: „In Ihrer Sache ist alles nebensächlich mit Ausnahme des deutschen Konsuls selbst. Jetzt verlange ich von Ihnen, dass Sie Ihre Aussagen so machen, wie wir es wünschen, Sie müssen mich recht verstehen, Sie müssen uns den Konsul liefern; sagen Sie, dass er Ihnen Aufträge gab, die Sie ausführten.“ In: Deutsche Winzer im multikulturellen Umfeld Aserbaidschans. Erinnerungsbericht des Julius Vohrers (1887–1979), hrsg. von Eva-Maria Auch, Berlin 2011, S. 202.

Nr. 207
Aide-Mémoire der Botschaft Moskau

Moskau, 1. August 1935

Abschrift

Aide Mémoire¹

Herr Botschafter Graf von der Schulenburg hat dem Herrn Stellvertretenden Volkskommissar Krestinski im Verlauf einer Demarche gegen die vertragswidrige Behandlung deutscher Staatsangehöriger in der Sowjetunion und die übermäßige Verschleppung der Regelung konsularischer Angelegenheiten durch Sowjetbehörden am 3. Dezember 1934 ein Aide mémoire² übergeben.

Von den in diesem Aide mémoire erwähnten Fällen haben vier bis jetzt eine befriedigende Regelung noch nicht gefunden. In drei Fällen hat die Botschaft, obwohl inzwischen fast 8 Monate vergangen sind, überhaupt noch keine Äußerung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten erhalten.

Es sind dies folgende Fälle:

1) Fall Peter Klassen.

Von dem deutschen Reichsangehörigen Peter Klassen aus Berdjansk, der im Mai 1929 zu 7 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden ist, fehlt seit November 1930 jede Spur. Wie das Deutsche Generalkonsulat in Charkow erfahren hat, soll Klassen am 13. Januar 1931 der GPU des Nordgebietes zur Verfügung gestellt worden sein. Seit Januar 1931 sind das Generalkonsulat und die Botschaft vergeblich bemüht, von den Sowjetbehörden eine Mitteilung über den Aufenthaltsort und den Gesundheitszustand Klassens zu erhalten. Die fortgesetzten Anfragen nach dem Schicksal Klassens sind auch nach der Demarche des Herrn Grafen Schulenburg ebenso unbeantwortet geblieben wie alle früheren Anfragen seit Januar 1931.

2) Fall Gladycz.

Der deutsche Reichsangehörige Sigmund Gladycz befindet sich seit dem 16. Mai³ 1933 in Haft. Das Deutsche Konsulat in Nowosibirsk, das von der Verhaftung nicht durch die Sowjetbehörden, sondern auf privatem Wege Kenntnis erhalten hatte, hatte sich noch im März 1933 mit der Bitte um nähere Auskunft über den Haftfall an den Westsibirischen Vollzugsausschuss gewandt. Auf mehr als 10 Anfragen hat das Konsulat bisher weder eine Antwort noch eine Empfangsbestätigung erhalten. Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten hat der Botschaft auf deren Anfrage hin mit Noten vom 4. und 22. April 1934 lediglich mitgeteilt, dass Gladycz von den Sowjetbehörden als Sowjetstaatsangehöriger in Anspruch

¹ Twardowski schickte dieses Dokument am 3.8.1935 mit Begleitbrief an das AA. Darin heißt es u.a.: „Ich trug Herrn Krestinski unsere Beschwerden vor und überreichte ihm das in der Anlage beigelegte Memorandum. Herr Krestinski versuchte sich zunächst damit herauszureden, dass er auf die Ungeschultheit der Provinzialbehörden und die großen Entfernungen in der Sowjet-Union verwies. Als ich diese Argumente im Hinblick auf die lange Dauer verschiedener Fälle – bis zu drei Jahren – zurückwies, sagte er mit einer verblüffenden Offenheit, das Außenkommissariat gebe sich die größte Mühe, aber es erhalte von den inneren Behörden auch keine Auskünfte. Auf mein Drängen sagte er aber bereitwillig zu, sich persönlich für die Fragen zu interessieren und dafür Sorge zu tragen, dass wir baldigst zu einer Erledigung dieser Fälle kämen.“ Vgl. PA AA, R 83398, Bl. H 047302–047303.

² Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 549, Anm. 2, S. 1452.

³ So im Dokument; richtig: März.

genommen werde. Mit Verbalnote vom 26. Mai 1934 hat die Botschaft hierauf unter nachdrücklichem Protest gegen die bisherige Behandlung des Falles durch die zuständigen Behörden, insbesondere gegen die Nichtbeantwortung der Anfragen des Deutschen Konsulats in Nowosibirsk, dargelegt, aus welchen Gründen Gladycz als deutscher Reichsangehöriger anerkannt werden muss, und gleichzeitig um Mitteilung gebeten, unter welchen rechtlichen Gesichtspunkten er als Sowjetstaatsangehöriger betrachtet werde. Der Deutschen Botschaft ist auf diese Note auch jetzt noch keine Antwort zugegangen, trotzdem sie auch während des letzten halben Jahres wiederholt in Erinnerung gebracht wurde. Die Anfragen des Deutschen Konsulats in Nowosibirsk an den Westsibirischen Vollzugsausschuss bleiben nach wie vor unbeantwortet.

3) Fall Kark und Völsch.

Den beiden deutschen Reichsangehörigen Kark und Völsch ist im August 1932 bei ihrer Verhaftung ihr gesamtes Eigentum, nämlich ein Segelboot nebst Zubehör, ihre Ausrüstung und bares Geld abgenommen worden. Die beschlagnahmten Gegenstände sind ihnen bei der Ende Dezember 1932 erfolgten Freilassung aus der Untersuchungshaft nicht zurückgegeben worden. Das Boot ist inzwischen, wie der Botschaft durch den zuständigen Referenten im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt worden ist, von ihr nicht bekannten Personen benutzt worden und dabei untergegangen. Die Botschaft hat bereits mit Verbalnote vom 21. April 1933 Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände oder Schadensersatz für die beiden genannten Reichsdeutschen beantragt. Trotzdem das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten mit Note vom Juni 1933 eine baldige Stellungnahme zu der Frage des Schadensersatzes in Aussicht gestellt hatte und die Angelegenheit von Seiten der Botschaft wieder in Erinnerung gebracht worden ist, ist bis jetzt, d. h. nach Verlauf von über zwei Jahren, eine Antwort noch nicht erfolgt.

4) Fall Piegholdt.

Der Fall Piegholdt hat seit der Unterredung vom 3. Dezember 1934 eine tragische Wendung genommen. Am 5. Januar 1935 teilte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Botschaft mit, dass Piegholdt, der im Herbst 1932 wegen illegalen Grenzübertritts verhaftet und nach Sibirien verschickt worden, später anscheinend freigelassen und dann am 19. September 1933 erneut verhaftet worden war, aus der Union der SSR ausgewiesen werden sollte. Die Botschaft hat daraufhin mit Note vom 11. Januar dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten den mit dem polnischen Durchreisevermerk versehenen Reisepass Piegholdts übersandt. Am 14. Januar wurde die Botschaft vom Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten davon in Kenntnis gesetzt, dass Piegholdt schon vor dem Erlass der Ausweisungsverfügung des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten gestorben sei. Am 16. Januar brachte der Deutsche Botschafter Graf von der Schulenburg den Fall Piegholdt beim Stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Herrn Krestinski, erneut zur Sprache und ersuchte dringend um restlose Aufklärung über die Verhaftung, den Aufenthalt, die Gründe der Verfolgung und den Tod Piegholdts. Herr Krestinski sicherte ihm eine restlose Klärung des Falles zu. Am 5. April übersandte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der Botschaft die Krankengeschichte Piegholdts, aus der hervorgeht, dass er bereits am 12. Juni 1934 verstorben ist. Die

von der Botschaft erbetenen näheren Mitteilungen darüber, wann und durch welche Behörde Piegholdt verurteilt und in welchen Gefängnissen und Arbeitslagern er festgehalten worden war, sind nicht erfolgt. Ebenso wenig hat die Botschaft bisher eine Sterbeurkunde erhalten.

Fünf Schreiben des Deutschen Konsulats in Nowosibirsk an den Agenten des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten in Semipalatinsk⁴ sowie ein Telegramm und sechs Schreiben desselben Konsulats an den Agenten des Volkskommissariats in Alma-Ata⁵ betreffend den Fall Piegholdt sind unbeantwortet geblieben.

Die Deutsche Botschaft muss ferner der baldigen restlosen Klärung und Bereinigung folgender Fälle ernsthafte Bedeutung beimessen.

1) Fall Traugott Motz.

Wie die Botschaft dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten bereits mit Note vom 11. Juli d. J. – C VII a Motz – mitgeteilt hat, hat sie von dem deutschen Reichsangehörigen Motz aus Deutschland die Mitteilung erhalten, dass er am 11. Februar d. J. von Organen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten verhaftet und nach viermonatiger Haft am 11. Juni d. J. aus der Sowjetunion ausgewiesen worden sei. Herr Motz hat weiter mitgeteilt, dass er während und nach Beendigung der gegen ihn geführten Untersuchung wiederholt, aber vergeblich gebeten habe, die Deutsche Botschaft von seiner Verhaftung in Kenntnis zu setzen und ihm die Möglichkeit zu einer Rücksprache mit einem Vertreter der Botschaft zu geben. Diese Bitten habe er einmal schriftlich und im Übrigen mündlich vorgebracht, da ihm späterhin die Aushändigung von Schreibpapier verweigert worden sei. Auf diese Weise sei es ihm auch unmöglich gemacht worden, eine Eingabe an den Staatsanwalt der RSFSR zu richten.

Die Deutsche Botschaft hat von der Verhaftung des Herrn Motz weder durch Vermittlung der Sowjetbehörden noch auf anderem Wege Kenntnis erhalten. Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten hat ihr mit Verbalnote vom 15. Juni 1935 lediglich mitgeteilt, dass das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten seine Ausweisung beschlossen habe, und von seiner der Ausweisung vorausgehenden Verhaftung nichts erwähnt.

Die Deutsche Botschaft erblickt in dieser Nichtbenachrichtigung eine Verletzung des Art. 11 des deutsch-sowjetischen Niederlassungsabkommens⁶, die umso schwerer wiegt, als Herr Motz während seiner ganzen Haftzeit in Moskau in unmittelbarer Nähe der Zentralbehörden festgehalten wurde und er selbst wiederholt um Benachrichtigung der Botschaft gebeten hat. Sie erwartet deshalb, dass das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten nunmehr dafür Sorge tragen wird, dass die Bestimmungen des Niederlassungsabkommens von den Organen der Sowjetregierung genau beachtet werden und die den Deutschen Reichsangehörigen vertraglich zugesicherten Rechte nicht willkürlich geschmälert werden.

2). Fall Paul Kirchhöfer sen.

Der deutsche Reichsangehörige Paul Kirchhöfer wurde im August 1933 verhaftet und in das Konzentrationslager Dmitrowo bei Moskau verschickt. Die Mittei-

⁴ Der Name konnte nicht ermittelt werden.

⁵ Albert Andreewiĉ Roze.

⁶ Vgl. Dok. 21, Anm. 7.

lung über die Verhaftung erhielt die Deutsche Botschaft nicht durch die Sowjetbehörden, sondern von privater Seite. Mit Notiz vom 8. August 1934 teilte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Botschaft mit, dass Kirchhöfer, der früher von den örtlichen Sowjetbehörden als Sowjetstaatsangehöriger in Anspruch genommen worden war, nunmehr als deutscher Reichsangehöriger anerkannt werde. Daraufhin hat die Botschaft mit Verbalnote vom 11. November 1934 um die Möglichkeit gebeten, den Verhafteten durch ein Mitglied der Botschaft im Lager besuchen zu lassen. Die Botschaft hat diese Bitte wiederholt schriftlich und mündlich in Erinnerung gebracht, da ihr Nachrichten über eine schwere Erkrankung Kirchhöfers zugegangen waren. Sie hat jedoch auf ihre Bitten niemals eine Antwort erhalten.

Am 14. April 1935 teilte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der Botschaft mit, dass Kirchhöfer bereits am 30. Dezember 1934 verstorben sei. Die in der Verbalnote der Botschaft vom 25. April wiederholt erbetene Mitteilung des Grundes der Verhaftung und der Art der Verurteilung Kirchhöfers sowie das Ersuchen um Mitteilung der Todesursache und des Ortes der Beisetzung, endlich die Bitte um Übersendung einer Abschrift des Urteils und des Protokolls der Gerichtssitzung, einer Sterbeurkunde und eines eingehenden Krankenberichts sind bisher unberücksichtigt geblieben.

3) Fall Paul Kirchhöfer jun.

Der deutsche Reichsangehörige Paul Kirchhöfer jun., Sohn des unter 2) genannten Paul Kirchhöfer, wurde Ende September 1934 verhaftet und zu 1½ Jahren Arbeitszwang in einem Konzentrationslager verurteilt. Die Nachricht von der Verhaftung ging der Botschaft ebenfalls auf privatem Wege und nicht durch die Sowjetbehörde zu. Mit Verbalnote vom 8. Mai 1935 teilte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der Botschaft mit, dass Kirchhöfer seine Strafe in Stawropol verbüßt habe und dass dies durch Beschluss des Präsidiums des Nordkaukasischen Gebietsgerichts vom 22. Mai in Ausweisung aus dem Gebiet der Sowjetunion umgewandelt worden sei. Mit Verbalnote vom 20. Juni konnte die Botschaft dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten mitteilen, dass Kirchhöfer von Stawropol nach Naltschik und alsdann nach kurzer Zeit nochmals an einen anderen Ort verbracht worden sei. Dieser Ort ist, wie die Botschaft nunmehr erfahren hat, Mosdok, ein Ort, der nordöstlich von Naltschik liegt. Die Botschaft brachte dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten gleichzeitig ihre Besorgnis um das Schicksal Kirchhöfers zum Ausdruck und bat um baldige Mitteilung darüber, ob seine Ausweisung inzwischen erfolgt sei. Auf die Verbalnote hat die Deutsche Botschaft bisher nur eine Verbalnote des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten vom 22. Juli erhalten, in welcher die Überführung Kirchhöfers nach Naltschik bestätigt wurde. Seit dem Beschluss, die Strafe Kirchhöfers in Ausweisung umzuwandeln, sind nunmehr über drei Monate vergangen, und die Verwandten Kirchhöfers ebenso wie die Deutsche Botschaft erwarten dringend eine Mitteilung über den Zeitpunkt der Ausweisung.

4) Fall Anna Blunck.

Die deutsche Reichsangehörige Anna Blunck, geb. Rossle, wurde am 29. Juni 1934 wegen versuchten illegalen Grenzüberttritts verhaftet und es wurde ihre Ausweisung aus der Sowjetunion beschlossen. Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten machte der Botschaft hiervon mit Notiz vom 5. Mai 1935 Mittei-

lung, und die Botschaft übersandte dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten mit Note vom 9. Mai den mit einem polnischen Durchreisevisum versehenen Reisepass der Frau Blunck. Obgleich seit diesem Zeitpunkt über 2½ Monate vergangen sind, und die Botschaft sich wiederholt mündlich nach dem Schicksal der Frau Blunck erkundigt hat, ist bisher eine Mitteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten über den Zeitpunkt ihrer Ausweisung noch nicht erfolgt. Die Botschaft bringt auch in diesem Fall ihre Besorgnis um das Schicksal einer deutschen Reichsangehörigen zum Ausdruck und darf um eine baldige Mitteilung über den Zeitpunkt der beschlossenen Ausweisung bitten.

Auf erstem Blatt unten ist steht die Zahl 3126/35.

PAA AA, R 83398, Bl. H 047304–047311.

Nr. 208

Rundschreiben der Hauptverwaltung des Staatssicherheitsdienstes des NKVD

3.8.1935

Umschlag¹

S.S.S.R

Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten.

Sonderabt. GUGB (Glawnoe Uprawljenie Gossudarstwenoi Bjesopasnosti)

Hauptverwaltung der Staatssicherheit

Über die Arbeit der deutschen Geheimpolizei (Gestapo) in der UdSSR.

Moskau 1935

Exempl. 100

Bestätigt:

Vertreter für Innere Angelegenheiten der UdSSR

Streng geheim!

G. Prokofieff

An alle NKWD-Dienststellen, Leiter der Verwaltung des NKWD (UNKWD),
Sonderabteilungen der Kriegsbezirke, Leiter der Sonderabteilungen der UGB
(Verwaltung der Staatssicherheit) des NKWD und an die Verwaltung
des NKWD (UNKWD).

Über die Arbeit der deutschen Geheimpolizei (Gestapo) in der UdSSR.

Die Sonderabteilung des GUGB (Hauptverwaltung des Staatssicherheitsdienstes) des NKWD der UdSSR verfügt über ernstzunehmende Unterlagen, die von einer bedeutenden Verstärkung der Arbeit der „Gestapo“ auf unserem Territorium zeugen.

¹ Die Ausarbeitung wurde von einem Einsatzkommando der Wehrmacht in einem Gebäude des NKVD in Smolensk gefunden und am 11.10.1941 übersetzt von Amt IV an das Amt VI der Gestapo geschickt mit der Bitte, über die dort genannten Personen Mitteilung zu machen. Vgl. Bl. 196–196/R. Das Original befindet sich im Zentralarchiv des Föderativen Sicherheitsdienstes in Moskau und ist bislang nicht desekretiert.

Die erweiterte Tätigkeit der „Gestapo“ verdient besondere Beachtung, da die Tätigkeit dieser Organisation im Ausland sich, wie allgemein bekannte Tatsachen beweisen, durch eine besondere Aktivität auszeichnet. (Entführung antifaschistischer Aktivisten und Polit. Emigranten, sowie diversionistische und terroristische Arbeit in England, in der Tschechoslowakei, der Schweiz und anderen Ländern.)

Besondere Beachtung verdient die diversionistische, terroristische und Militärspionage-Arbeit der deutschen Geheimpolizei, die in Fühlungnahme mit den Spionageorganen des Stabes der Reichswehr erfolgt, ungeachtet aller Reibungen, die zwischen diesen Organisationen bestehen. (Bezeichnend ist, dass der frühere Leiter des Aufklärungsdienstes des deutschen Generalstabes Nicolai, der erneut zur Aufklärungsarbeit herangezogen worden war, gerade zur „Gestapo“ abbeordert wurde).

Die Arbeitsmöglichkeiten der „Gestapo“ auf unserem Gebiet verbreitern sich in bedeutendem Ausmaße, da sich alle Emigranten-Organisationen in Deutschland unter unmittelbarer Kontrolle der „Gestapo“ befinden, sowie dadurch, dass es der „Gestapo“ gelang, ein Netz ihrer Residenturen in den uns benachbarten Ländern (Rumänien, Polen, Lettland, Finnland u.a.) aufzuziehen.

In dieser Hinsicht verdienen folgende Tatsachen besondere Beachtung:

1) Im Jahre 1934 wurde in der Sache des vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR abgeurteilten deutschen Staatsangehörigen und Residenten der „Gestapo“ in Leningrad, Fuchs², festgestellt, dass Fuchs seine Arbeit auf dem Gebiet der Sowjetunion in unmittelbarer Fühlungnahme mit dem Agenten der „Gestapo“ in Helsingfors, Alfred Haaser, durchführte. Nunmehr wurde durch die geprüften Angaben der INO (Auslandsabteilung) der GUGB klargelegt, dass Alfred Haaser, als Sekretär der kürzlich in Finnland gegründeten deutschen faschistischen Organisation, gleichzeitig Resident der „Gestapo“ ist. Wie aus den Materialien der INO der GUGB hervorgeht, stellte sich die in Finnland gegründete deutsche faschistische Organisation und Residentur der „Gestapo“ als wichtigste Aufgabe, Arbeit auf unserem Territorium durchzuführen.

2) Die im Jahre 1934 offiziell aufgelöste ROND (Weißgardistische faschistische Organisation) ist in Deutschland wieder in die Legalität zurückgeführt worden.

Das ist, wie festgestellt wurde, das Ergebnis eines besonderen Übereinkommens zwischen dem Oberst Skalon, der den Führer der ROND, Bermond Awalow, abgelöst hat, und der außenpolitischen Abteilung der deutschen faschistischen Partei, Alfred Rosenberg, und der „Gestapo“. Nach diesem Übereinkommen darf die Arbeit der ROND nur unter der Bedingung fortgesetzt werden, dass die Mitglieder der ROND unter unmittelbarer Kontrolle der zweiten und dritten Abteilung der „Gestapo“ Arbeit im politischen Geheimdienst innerhalb Deutschlands sowie aktive Späharbeit im Ausland leisten.

3) Es wurde festgestellt, dass die Aktivisten der ROND in Berlin tatkräftig an der sogenannten „Gesellschaft russischer kulturpolitischer Forschungsarbeit“ teilnehmen, die nach uns bereits vorliegender Information der großdeutschen Vereinigung antikommunistischer Gesellschaften (Antikomintern) eingegliedert ist. Diese Organisation wird von dem bekannten faschistischen Aktivisten Erdt³ geführt, zu

² Vgl. Dok. 12, Anm. 3.

³ So im Dokument; gemeint ist: Adolf Ehrh.

dessen Aufgaben vor allem die Organisierung terroristischer Einheiten und der Einsatz dieser Terroristen auf unserem Gebiet gehört. (Erdt ist der Sohn des jetzigen deutschen Vizekonsuls in Charkow.)

Eine beträchtliche Steigerung der Arbeiten der „Gestapo“ auf unserem Gebiet wurde bereits in der Mitte des Jahres 1934 festgestellt:

1) Im Juli 1934 wurde in Leningrad eine Residentur der „Gestapo“ unter Führung des Gestapo-Agenten Fuchs ausgehoben. (Verhaftet und abgeurteilt durch das Militärkollegium des Obersten Gerichtes der UdSSR.) Fuchs und die von ihm geworbene Agentur führten aktive Militärsplionage und beschäftigen sich besonders mit dem Sammeln von Plänen und der Aufklärung des Lageortes militärischer Unternehmungen und wehrwichtiger Punkte sowie mit der Organisierung von Diversionsakten.

2) Im gleichen Jahr wurde in Moskau und Stalingrad die illegale Organisation ROND ausgehoben, an deren Spitze der Gestapo-Agent und deutsche Staatsangehörige Harry Pappe stand. Bereits damals gab der Führer der Organisation und Gestapo-Agent Pappe Aufschluss darüber, dass zwischen den Aktivisten der ROND und der „Gestapo“ engste Fühlungnahme in der gemeinschaftlichen Arbeit besteht und dass er bei seiner Abkommandierung in das Sowjetgebiet von dem Gestapo-Beamten Martin Instruktionen erhielt. Auf Anweisung der „Gestapo“ stellte Harry Pappe seiner Agentur die ausschließliche Aufgabe, Militärsplionage zu führen und Schädlings- und Diversionsarbeit zu organisieren.

3) Bei der im Jahre 1934 erfolgten Aushebung einer großen faschistischen Organisation, die unter dem Deckmantel deutscher Zeitungen arbeitete, wurde festgestellt, dass die Arbeiten zur Schaffung der Organisation, die Aktivisierung ihrer Arbeiten, die Zersetzungsarbeit unter den Polit-Emigranten und die Normierung faschistischer Einheiten von den auf unserem Gebiet angesetzten Agenten der „Gestapo“, den in die deutsche kommunistische Partei eingedrungenen deutschen Staatsangehörigen: Friedag, Radestock, Kamphausen und dem sowjetischen Staatsangehörigen Ersch durchgeführt wurde.

Im Laufe des Jahres 1935 ergab sich eine Reihe neuer Beweismaterialien für die beträchtlich verstärkte Arbeit der „Gestapo“ auf unserem Gebiet. Durch die Organe der Sonderabteilung (osobij otdjel) wurde in diesem Jahre eine Agentur der „Gestapo“ ausgehoben, die an verschiedenen Punkten der UdSSR tätig war.

1) Im Mai dieses Jahres wurde in Tiflis eine terroristische, faschistische Gruppe ausgehoben, die sich aus in den Jahren 1933–34 auf unser Gebiet gelangenden Studenten, die längere Zeit in Deutschland studiert hatten, zusammensetzte: Didebulidse (Sohn eines Professors der Tifliser Universität), Garri Gejn (Deutscher, sowjetischer Staatsangehörigkeit, Ingenieur eines Messingwalzwerkes in Tiflis), G. Kikodse (ohne bestimmte Beschäftigung) und L. Gegetschkori (ohne bestimmte Beschäftigung). Die Gruppe setzte sich zum Ziel, faschistische Propaganda zu führen, faschistische Einheiten zu sammeln und einen Terrorakt gegen den Sekretär des Bezirksausschusses der allrussischen kommunistischen Partei, Genossen Berija, zu organisieren. Im Verlauf der Untersuchung wurde festgestellt, dass der Organisator dieser Gruppe Didebulidse im Jahre 1933 unter dem Decknamen d'Atozi von der „Gestapo“ in Berlin angeworben wurde und mit besonderen Aufgaben in das Gebiet der UdSSR einreiste. Folgende durch die Untersuchung festgestellte Tatsachen verdienen in der Sache Didebulidse besondere Aufmerksamkeit:

a) Für die Arbeiten in der „Gestapo“ wurde Didebulidse von Alexei Schemtschuschnikow, dem jetzigen Adjutanten des Führers der ROND (Oberst Skalon) angeworben. Schemtschuschnikow ist einer der aktivsten Gestapo-Agenten in Berlin.

b) Schemtschuschnikow führt im Auftrage der „Gestapo“ unter den in Berlin befindlichen Sowjetbürgern und besonders unter den in Berlin studierenden sowjetischen Studenten eine aktive Werbearbeit.

c) In diese Werbearbeit unter den sowjetischen Studenten wurde Didebulidse selbst einbezogen, dem Schemtschuschnikow die Auslese und die Werbung von Agenturen für die „Gestapo“ anvertraute.

2) Im Jahre 1934 wurde beim illegalen Grenzübertritt von Polen nach Weißrussland der Flüchtling Bruno Ludwig Upchus durch die Grenzwatche angehalten, bei dem ein polnischer Pass vorgefunden wurde. (Upchus wurde vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.) Bei der ersten Vernehmung gab Upchus an, dass er Mitglied der deutschen Bruderpartei sei, der sich der Verfolgung durch die Faschisten entziehen wolle und eine Zuflucht auf dem Gebiete der Sowjetunion suche. Nachdem er in seinen Angaben der Lüge überführt worden war, gab Upchus zu, dass der bei ihm vorgefundene polnische Pass gefälscht und er selbst Mitarbeiter der „Gestapo“ ist, der mit besonderen Aufgaben als Polit-Emigrant auf dem Gebiet der UdSSR angesetzt werden sollte. Im Verlauf der weiteren Untersuchung wurde festgestellt, dass die deutsche Geheimpolizei den Upchus illegal auf dem Gebiet der UdSSR ansetzte, mit dem Auftrag in Kiew eine besondere Gestapo-Stelle zu organisieren, welche die Aufgabe hatte,

a) Spionage- und Diversionsbasen unter den deutschen Kolonisten zu schaffen,

b) faschistische Zellen unter der ukrainischen Bevölkerung zu gründen, und für die Abtrennung der Ukraine von der UdSSR zu agitieren,

c) hauptsächlich unter den Sowjetbürgern, in besonderem Maße aber unter der Jugend Agenturen zu werben.

Nach den Angaben Upchus vollzieht die „Gestapo“ zur Zeit in breitem Rahmen das Überwerfen ihrer Agenturen auf das Gebiet der UdSSR. Das geschieht unter der Tarnung von Polit-Emigranten und politische Zuflucht suchenden Mitgliedern der deutschen kommunistischen Partei. Vollständige Angaben hat Upchus in der Untersuchung nicht gemacht, war vielmehr bestrebt, uns in den Fragen über die Tätigkeit der „Gestapo“ im Ausland falsch zu unterrichten. Es verdient jedoch Beachtung, dass nach den Angaben Upchus in der Stadt Stanislawow eine Residenz der „Gestapo“ besteht, die von dem Ortspastor der lutherischen Pfarrei Lechler geführt wird.

Die dem Upchus von der „Gestapo“ gegebene Instruktion sah Folgendes vor:

Eintritt in die russische kommunistische Partei, sowie die Übernahme einer Arbeit, die mit der systematischen Späharbeit in Zusammenhang steht.

3) Im Juni dieses Jahres wurde in Leningrad ein im Dezember 1934 mit einem Nansenpass in die Sowjetunion gelangter Fritz Wilhelm Dernow aus der Stadt Altenburg in Deutschland verhaftet. Als formeller Vorwand für seine Einreise in die UdSSR ist die Arbeit seines Vaters anzusehen; eines Sowjetbürgers, der Betriebsleiter des Werkes „Krasnaja Sarja“ war.

Die Verhaftung Dernows erfolgte auf Grund geprüfter Agenturangaben, die erwiesen, dass Dernow die faschistische Arbeit in Leningrad leitete und bestrebt war, Gruppen der faschistischen Jugend zu organisieren. Im Verlauf der Untersuchung stellte sich heraus, dass Dernow sich in Altenburg in einer national-sozialistischen Betriebszelle (NSBO) befand, an der Arbeit der Hitlerjugend teilnahm und im Juni 1934 unter dem Decknamen Zauchtel von den Obersten Haer und Koch zum Mitarbeiter der „Gestapo“ geworben wurde. Bis zu seiner Abreise in die Sowjetunion war er in der Erkundungsarbeit über Mitglieder der Bruderpartei in Deutschland und revolutionär eingestellter Arbeiter tätig. Dernow wurde vom Obersten Haer zum Zwecke der Durchführung militärischer, wirtschaftlicher und politischer Spionage in die UdSSR entsandt. Dernow wurde damit beauftragt, deutsche Staatsangehörige auszukundschaften, die in Leningrad in kommunistischem und antifaschistischem Sinne tätig waren, tendenziöse Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion zu machen sowie Angaben über die Standorteinquartierung der Roten Armee und die Lage von Flugplätzen zu klären. Um die Nachrichten an eine vereinbarte Adresse der „Gestapo“ zu leiten, setzte sich Dernow auf Befehl des Obersten Haer mit dem deutschen Konsulat in Leningrad in Verbindung.

Es verdient ernsthafte Beachtung, dass Dernow aktive faschistische und zersetzende Arbeit unter den Schutzbündlern führte und sie zur Reise in das Ausland ermunterte.

4) Im April dieses Jahres wurden in Moskau die mit der deutschen Gesandtschaft in der UdSSR in Verbindung stehenden Sowjetbürger Smirnow und Krause verhaftet. Beide kamen im Jahre 1934 in die UdSSR, wobei sich Smirnow als Mitglied der deutschen kommunistischen Partei ausgab und bestrebt war, sich als Polit-Emigrant in die MOPR-Organisation (Rote Hilfe) eintragen zu lassen. Im Verlaufe der Untersuchung wurde festgestellt, dass Smirnow ein Agent der „Gestapo“ ist, der in der deutschen kommunistischen Partei Provokationsarbeit ausführte. Über den Charakter der ihm bei seiner Reise in die UdSSR aufgetragenen Aufgaben gab Smirnow keine Angaben ab.

Die Materialien der ausgehobenen Organisation (der liquidierten Sache) legen Zeugnis dafür ab, dass die „Gestapo“ sich auf dem Gebiete der UdSSR besonders breite und aktive Aufgaben stellt. Das gilt insbesondere für das Gebiet des Terrors, der Diversion und Militärspionage.

Wir bringen zum Vorschlag:

1) der intensiven Bearbeitung der Sowjetbürger, die im Jahre 1933 und 1934 aus Deutschland in das Gebiet der UdSSR zurückkehrten bzw. jetzt zurückkehren, besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Die in Deutschland studierenden Studenten und Personen, die sich in deutscher Gefangenschaft befanden, sowie jene, die in ihrer Jugend in Deutschland weilten, sind besonders sorgfältig zu bearbeiten.

2) Die Besonderen Abteilungen (OO LWO OOUWO und OO BWO) haben ihre besondere Aufmerksamkeit auf die verborgenen Residenturen der „Gestapo“ in den Nachbarländern zu richten und die konkreten Aufgaben desselben auf unserem Gebiet zu klären.

3) Überall ist die Arbeit der Agenturbeobachtung von deutschen und österreichischen Polit-Emigranten zu aktivisieren, eingedenk der Tatsache, dass die Polit-Emigration von der „Gestapo“ aktiv als Kanal für das Eindringen in unser Gebiet benutzt wird und eingedenk des Umstandes, dass im Zusammenhang mit der sich verringernden Zahl deutscher Spezialisten auf unserem Gebiet die Organe des deutschen Nachrichtendienstes der Werbung und Ausnutzung von Polit-Emigranten zum Zwecke der Späharbeit noch größere Aufmerksamkeit beimessen werden.

4) Die Aufklärungsarbeit, Beobachtung und Liquidierung der Spionage-Agenturen des Gegners, insbesondere der Agenturen der „Gestapo“, die als Schutzbündler oder unter denselben arbeiten, ist zu verstärken.

Der Leiter der Sonderabteilung der GUGB NKWD der UdSSR: Gaj
Der Leiter des 9. Sektors der Sonderabteilung der GUGB: Wolynski.

Umschlag:

Auf der Innenseite des Rückumschlages befand sich folgender, handschriftlich verfasster Text:

Genossen Krawuta⁴

1. Es ist sofort zur genaueren Erfassung jener Personengruppen zu schreiten, die von der Gestapo zu Spionagezwecken verwendet werden.

2. Die Arbeit der Agentur ist in der Sache der Organisation dieser Personengruppe zu verstärken.

3. In allen Agentur- und Formularsachen, in denen diese Personengruppen vorhanden sind, sind hinsichtlich ihrer Aktivisierung (Auswertung) besondere Maßnahmen zu treffen.

4. Über das Ergebnis der Informationsarbeit sind die Volkskommissariate, die Sonderabteilung, die Wirtschafts- und Transportabteilung zu unterrichten.

5. Die Aktivisierung der Arbeit hat ungefähr in Monatsfrist zu erfolgen. Über die beabsichtigten Maßnahmen ist hierher zu berichten.

Unterschrift: unleserlich.

RGVA, f. 500/k, op.1, d. 1050, l. 197–202. In deutscher Sprache.

⁴ So im Dokument; richtig Krivušā.

Nr. 209
Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum an
den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

GEHEIM
4. August 1935

UdSSR – NKID
Wirtschaftsabteilung
Nr. 20850¹

AN DEN
RAT DER BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETUNG
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. BESSONOV

Lieber Sergej Alekseevič,

prinzipiell teile ich die Fragestellung bezüglich der Zweckmäßigkeit, in Deutschland unsere gemischten Gesellschaften nach deutschem Recht aufzulösen.² Ich stimme völlig zu, dass es angesichts der bestehenden deutschen Verhältnisse unzweckmäßig ist, diese Gesellschaften beizubehalten, die der Einflussnahme durch alle möglichen Beschränkungen der deutschen und außenhandelspolitischen Gesetzgebung ausgesetzt sind und zusätzlich mit nationalsozialistischen Abgaben belegt werden. Man muss jedoch hinsichtlich dieser Gesellschaften für jede einzelne Gesellschaft eine Entscheidung treffen. Soviel ich weiß, gibt es zurzeit in Deutschland zwei solche Gesellschaften: die Derunapht und die Sovag. Das NKVT meint ebenfalls, dass es zweckmäßig wäre, die Derunapht aufzulösen. Jedoch ist dies nicht möglich, weil die Derunapht eine Tankerflotte und eine Reihe von Immobilien besitzt, deren Übergabe an die Handelsvertretung, soweit man das in Moskau einschätzen kann, ungünstig wäre. Hinzu kommt, dass die Derunapht einen langfristigen Vertrag mit dem Benzolverband hat, dessen Übertragung auf die Handelsvertretung, wie es scheint, auch nicht gerade günstig wäre. Es wäre interessant, Deine Überlegungen zu dieser Frage zu erfahren. Wenn die dargelegten Befürchtungen nicht so ernster Natur sind, so könnte man im Zentrum die Frage erörtern, die Derunapht aufzulösen.

Was die Sovag betrifft, so hat das NKVT kein spezielles Interesse an deren Weiterbestehen. Die Stellungnahme von Gosstrach habe ich noch nicht, in den nächsten Tagen werde ich sie erhalten und Dir mitteilen.³

Gibt es noch andere Gesellschaften dieser Art, von denen wir nichts wissen?

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Bleistift geschrieben.

² Vgl. Dok. 203.

³ Nach einer Beratung von verschiedenen Ressorts im NKVT unter Beteiligung des NKID und von Gosstrach wurde der Beschluss gefasst, dass eine Liquidierung der Sovag, deren Tätigkeit für die sowjetischen Exportorganisationen nützlich war, unzweckmäßig sei. Vgl. das Schreiben des kommissarischen Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID der UdSSR Grinev an Bessonov vom 4.9.1935. In: AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 14, l. 20

Falls es solche gibt, so meine ich, dass die Frage einer Auflösung der Gesellschaften nach deutschem Recht durchaus aktuell ist.

Mit kameradschaftlichem Gruß

[Rozenbljum]

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3599 vom 7.8.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. 1 [Exemplar] an die Adresse, 1 an die 2. Westabt[eilung], 1 an -, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 55, l. 59–60. Kopie.

Nr. 210

Schreiben des kommissarischen Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GEHEIM

4. August 1935

UdSSR NKID,
Wirtschaftsabteilung
Nr. 20853¹

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Von der deutschen Osteuropa-Messe in Königsberg ist ein an mich und an M.M. Litvinov adressiertes Schreiben eingetroffen, mit dem das Komitee bittet, für die Messe offizielle Vertreter zu entsenden. Unsere Haltung zu einer Teilnahme an der Königsberger Messe ist, wie wir Ihnen bereits mitgeteilt haben, negativ. Wie Ihnen bekannt ist, haben wir in diesem Jahr unsere Teilnahme an ausländischen Messen stark reduziert, und am allerwenigsten ist es möglich, die getroffene Weisung bezüglich der Teilnahme an der Königsberger Messe, an der wir weder ein politisches noch ein wirtschaftliches Interesse haben, zu revidieren.

Die Anfrage des Messekomitees werden wir nicht beantworten. Falls man sich in dieser Frage an Sie wenden sollte², begründen Sie unsere Absage, an der Messe teilzunehmen, mit dem allgemeinen Beschluss, die Teilnahme von sowjetischen Wirtschaftsorganisationen an Ausstellungen und Messen im Ausland zu reduzieren.

VOLKSKOMMISSAR ad interim

N. Krestinskij

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Bleistift geschrieben.

² An Suric war am 24.6.1935 eine Einladung des Messeamtes Königsberg ergangen; vgl. PA AA, R 94388, o. P.

P.S. Da das Schreiben auch eine persönliche Einladung an mich enthält, zur Messe zu kommen, werde ich wahrscheinlich mit dem Hinweis auf die starke Arbeitsbelastung mit einer Absage antworten.

Vermerk D.G. Šterns mit blauem Farbstift: An Gen. Levin und Kanter; zu den Akten. Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1679 vom 5.8.1935. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. 1 [Exemplar] an die Adresse, 1 an Gen. Krestinskij, 2 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 14, l. 17. Kopie.

Nr. 211

Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen

Moskau, den 7. August 1935

Hochverehrter, lieber Herr von Dirksen!

Nun ist es endlich soweit, dass meine Tage **in Moskau gezählt** sind. Vor einigen Tagen erhielt ich einen Erlass des Auswärtigen Amtes, der mich **nach Berlin** einberuft. Das war für mich, nachdem man immer von **Sofia** und **Athen** gemunkelt hatte, natürlich eine große Überraschung. Ich hatte mich der angenehmen Hoffnung hingegeben, dass man mir **nach 6½jähriger** Tätigkeit in Moskau und nachdem man mir die **Hand zerschossen** hatte¹ und ich trotzdem noch hier geblieben bin, einen **angenehmen, ruhigen Posten** geben würde, um mal etwas Atem zu schöpfen. Leider haben die Auguren es anders beschlossen, und auch die Bemühungen des Grafen Schulenburg, diesen Beschluss umzustößen, waren ergebnislos. Welche Tätigkeit mir im Amt blühen wird, weiß ich noch nicht. Ich hoffe sehr, dass es nicht im Rahmen der Abteilung IV sein wird, da ich wirklich einmal **etwas anderes als die ewigen Russengeschichten bearbeiten möchte**. Trotz meiner Hoffnung fürchte ich sehr, dass ich die **Nachfolge von Hey**² werde antreten müssen.

Uns ist es in der letzten Zeit, mit Ausnahme des **furchtbaren Wetters im Sommer, recht gut gegangen**, besonders da in der Familie ein erfreuliches Ereignis eintrat, dass **Gerda sich mit Herrn Grafstroem**, dem Sekretär der Schwedischen Gesandtschaft, den Sie wohl auch noch kennen, verlobt hat. Die kleine Braut ist **strahlend** und die Eltern natürlich auch. Die Liebe ist auf dem Tennisplatz, zum großen Teil in **Obuchow unter Ihrer freundlichen Ägide**³ entstanden und hat manches Jahr der Trennung überdauert.

Die **beiden Jungen büffeln** mit mehr oder weniger Erfolg auf das Abitur; Heinz hat seine **Eintrittsprüfungen für die Reichswehr bestanden**, Klaus will

¹ Vgl. Dok. 127, Anm. 2.

² Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

³ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

studieren. Die ganze Familie ist zur Zeit in *Binz auf Rügen*⁴, wo sie sehnsüchtig die Ankunft des Pater familias und den Bräutigam erwartet, die beide aus dienstlichen Gründen ihr Hinkommen immer wieder verschieben müssen.

Die *Situation in Moskau hat sich für uns immer unfreundlicher gestaltet*, zwar existiert noch eine Deutsche Botschaft hier, aber irgendwelchen *Kontakt mit den Russen* haben wir *praktisch nicht* mehr. Das mag zum Teil auch daran liegen, dass die *Stellung des Außenkommissariats zur Zeit einmal wieder wenig einflussreich* ist, dass Litwinow viel weg war und dass der *gute Krestinski so vorsichtig* ist, dass die Mehrzahl der Missionschefs erklärt, eine Unterhaltung mit ihm hätte eigentlich gar keinen Sinn. Unsere *Beziehungen zur Sowjetunion sind in jeder Hinsicht schlecht*. Politische Gespräche führen wir seit längerer Zeit überhaupt nicht mehr, da man einfach aneinander vorbeiredet und da die Russen uns über sonstige Fragen ihrer Politik nicht mehr unterrichten, indem sie hier im Narkomindel Unkenntnis vorschützen. Wirtschaftlich wird *der 200 Millionen Kredit bisher überhaupt nicht ausgenutzt*⁵, weil die Russen behaupten, unsere Preise wären zu hoch, während in Wirklichkeit sie alles das, was sie durch andere bekommen können, im übrigen Ausland bestellen und nur solche Dinge, in denen wir eine Art Monopol haben, bei uns beziehen. Dabei *wächst unsere Einfuhr aus Russland immer weiter*⁶, so dass die Passivität der Handelsbilanz doch recht **erheblich**⁷ ist. Die Russen deuten auch mitunter an, dass *sie die wirtschaftlichen Beziehungen nur dann wieder aufbauen wollen, wenn die politischen Beziehungen besser werden*. Wie das zu machen ist, weiß allerdings keiner, denn der Weltanschauungskampf steht so im Vordergrund, dass ich nicht recht weiß, wie man in der Beziehung die Pressepropaganda abstoppen soll. Dazu kommt, dass die *Russen resp. Litwinow in jeder denkbaren Weise uns auf der politischen Bühne entgegentreten*. Neuerdings interessieren sie sich *sogar für die Restauration der Habsburger*, da sie annehmen, dass es kein besseres Mittel gegen den Anschluss gäbe als die Wiedereinführung der Monarchie in Österreich. Dass sie in *Litauen* gegen uns hetzen, ist selbstverständlich. Das Übelste aber ist, wie man von allen Seiten hört, wie Litwinow *Deutschland in jedem Gespräch immer wieder kriegereischer Absicht bezichtigt* und so versucht, die Stimmung in der Welt gegen uns zu vergiften. *Litwinow* persönlich fühlt sich *sehr stark als Jude*, und der Antisemitismus in Deutschland hat ihn aus gekränkter Eigenliebe, wie mir hier alle diejenigen Missionschefs, die viel mit ihm zu tun haben, bestätigen, *zu einem wütenden Deutschenfresser gemacht*⁸.

Für das Geschäftliche sehr übel ist, dass *Stern*, der stets Ruhige, Freundliche und Hilfsbereite, wieder seit mehreren Monaten *ausgefallen* ist, weil er einen erneuten Rückfall seiner vorjährigen *Lungenentzündung*⁹ bekommen hat, und mit Herrn Linde ist ja nichts anzufangen.

*Die kulturellen Beziehungen haben völlig aufgehört.*¹⁰ Einladungen zu Kongressen nehmen die Russen grundsätzlich nicht an, es sei denn, dass es sich um

⁴ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

⁵ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

⁶ Der Text ist unterstrichen und am Seitenrand mit einem Ausrufezeichen versehen.

⁷ Das Wort wurde korrigiert; ursprünglich: kläglich.

⁸ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

⁹ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹⁰ Der Satz ist unterstrichen.

Fragen wie Straßenreinigung handelt, während von unserer Seite der große Physiologenkongress¹¹ beschickt wurde. Der Besuch von deutschen Bädern ist Sowjetstaatsangehörigen untersagt, die Großkopfeten kommen zwar gelegentlich nach Berlin, um sich ärztlich untersuchen zu lassen, gehen aber zur Kur nach Frankreich oder in die Tschechoslowakei.

Die evangelische Kirche ist beinahe zertrümmert. Neun Pfarrer walten in der ganzen Sowjetunion noch ihres Amtes; das *Predigerseminar* kann nicht aufrecht erhalten werden, weil sich kein Schüler mehr findet. Die *katholische Kirche* fristet in einigen großen Städten noch ein *kümmerliches* Dasein, da sie von den Franzosen jetzt sehr gestützt wird. Die fremdenfeindliche Bewegung resp. die Gefahr für jeden Russen, sich mit einem Ausländer, besonders mit einem Deutschen, in irgendwelchem Kontakt zu befinden oder befunden zu haben, hat bewirkt, dass der *goldene Käfig des diplomatischen Corps* völlig geschlossen ist. Auch Alphands und Attolicos* klagten bitter darüber, dass sie, außer bei ganz offiziellen Gelegenheiten, keine Russen zu Gesicht bekämen. *Die Reste der fremdstämmigen Bevölkerung besonders an den Grenzen wird umgesiedelt*, im Norden die Finnen und Esten, im Westen die Polen und Deutschen, im Süden die Deutschen. Sie werden mehr oder weniger gewaltsam nach Mittelasien oder weit in das Innere der Sowjetunion verbracht, so dass in absehbarer Zeit von irgendwelchen größeren geschlossenen Siedlungen Fremdstämmiger in der Sowjetunion kaum mehr die Rede sein wird. Auch in den *Wolga-Kolonien* sind die *Verschickungen* so umfangreich geworden und die Einsiedlung russischer und tatarischer Elemente so erheblich, dass die Autonome Republik der Deutschen eigentlich nur noch auf dem Papier existiert. *So ist alles das, was zu Ihrer Zeit hier eine Rolle spielte, verschoben oder in Trümmer gegangen*¹², und es ist gut, wenn neue Leute hierher kommen, die die alten Verhältnisse nicht mehr kannten.

Interessieren wird Sie, dass *Oberst Hartmann* jetzt ein Kommando in Deutschland bekommt, und dass an seiner Stelle unser alter Freund *Köstring* wieder ausgegraben ist, der am 1. Oktober sein Amt antreten wird. Bezeichnend für die Stimmung hier ist Folgendes: Ich sagte Krestinski gesprächsweise, die Russen müssten sich doch freuen, dass wir jetzt ihren *alten Freund K. wieder hierher schicken. Krestinski erwiderte: „Hartmann war Generalstabsoffizier, Köstring ist nur ein Troupier.“*¹³ Da bin ich ihm aber grob geworden.

Das politisch interessanteste Moment in der Sowjetunion ist zur Zeit der *Komintern-Kongress¹⁴*, der deutlich zeigt, wie der Kommunismus besonders durch den deutschen Nationalsozialismus in die Defensive gedrängt worden ist. Wenn man liest, dass die neue Tätigkeit der K.I. darin bestehen soll, linksbürgerliche Regierungen nicht nur zu unterstützen, sondern eventuell in sie einzutreten, um die Reste der bürgerlichen Freiheit zu retten (!), so zeigt das zur Genüge, wohin man hier gekommen ist. Es ist selbstverständlich, dass diese *neue Einstellung nur

¹¹ Die deutsche Beteiligung am XV. Internationalen Physiologenkongress, der im August 1935 in Leningrad und Moskau abgehalten wurde, war wegen Devisenschwierigkeiten auf eine Abordnung von elf Personen beschränkt worden; vgl. BArch, R 4901/ 2949, Bl. 70. Der Bericht eines Teilnehmers der deutschen Delegation in: BArch R 4901/2949, Bl. 205–206.

¹² Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹³ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹⁴ Vgl. Dok. 204, Anm. 1.

Taktik* ist, denn nur in einem liberalen Staate kann sich der Kommunismus bewegen und hoffen, Unruhe zu stiften. *Dass von dem Ziel nichts aufgegeben ist*, dass die Evolution, auf die die Franzosen so hoffen, nur Taktik ist, geht klar daraus hervor, dass den kommunistischen Jugendverbänden anempfohlen wird, in alle sozialdemokratischen und linksbürgerlichen Massenorganisationen einzutreten, um diese von innen auszuhöhlen, sogar in religiöse Vereinigungen sollen die Kommunisten eintreten! Entweder ist man dieser Leute sehr sicher oder aber man braucht eine Atempause. Dass diese Taktik sehr gefährlich ist und bei Andauern der Wirtschaftskrise in der Welt zu bösen Resultaten für die bürgerliche Welt führen kann, darüber sind sich leider Gottes die Wenigsten klar. *Sehr erstaunlich ist, dass die Amerikaner den Komintern-Kongress als Bruch der von Litwinow im November 1933 gegebenen Versprechungen ansehen*¹⁵. Das Auftreten amerikanischer Delegierter auf diesem Kongress, ihre Reden und vor allem ihre Behauptung, dass alle Streiks der letzten Zeit in Amerika von der Kommunistischen Partei organisiert seien, haben nach Mitteilung des hiesigen Amerikanischen Botschafters eine erhebliche Spannung zwischen beiden Ländern hervorgerufen, die so weit geht, dass Bullitt behauptet, wenn die Sowjetregierung nicht hinreichende Erklärungen abgeben könne, werde er abreisen und es sei zweifelhaft, ob ein anderer Botschafter dann kommen würde. Nun, so schlimm wird es wohl nicht kommen!¹⁶

Ich hoffe Sie und die Ihren wohl und gesund und bin mit den aufrichtigsten und herzlichsten Grüßen an Sie alle wie stets

Ihr sehr gehorsamer

Twadowski

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, NL Dirksen, Bd. 2, Bl. M 014951-014957.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 88, S. 311–313.

¹⁵ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹⁶ Ende des Monats konstatierte der Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft in einem vertraulichen Rundschreiben vom 28.8.1935 gar eine positive Auswirkung des Kominternkongresses auf die sowjetisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen: „In Kreisen des Staatsdepartements ist jetzt die Theorie Mode, dass die russisch-kommunistische Propaganda in den Vereinigten Staaten gerade am besten durch einen Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen Amerika und der Sowjetunion bekämpft und begegnet werden könnte. Man argumentiert, dass durch größere russische Aufträge die Arbeitslosigkeit in Amerika wirksam bekämpft werden könnte, wodurch Unruheherde verschwinden würden; andererseits glaubt man, dass Moskau bei einem stärkeren Ausbau seiner Handels- und Kreditbeziehungen zu Amerika von selbst die Propaganda abblasen würde, um diese nicht zu gefährden. Eine Übertragung der politischen Abwehr gegen die Komintern auf handelspolitisches Gebiet hält man in Washington für untauglich, da die Sowjetregierung dann ‚nichts zu verlieren‘ hätte und der Propaganda freien Lauf geben würde. Nach wie vor ist daher, wenn keine unvorhergesehenen Schwierigkeiten auftreten sollten, mit einer baldigen Initiative Roosevelts in der Frage von Russlandkrediten zu rechnen.“ Vgl. PA AA, R 94658, Bl. E 664945–664947, hier Bl. E 664947.

Nr. 212
Bericht des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an
den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim

Expl. Nr. ____
[10.8.1935]

AN DAS
POLITBÜRO DES ZK DER VKP (B)
Gen. STALIN

Kopie an: Gen. ČUBAR'

Zum Stand der Erfüllung des Abkommens mit Deutschland vom 9.IV.1935

Ich erachte es als erforderlich, Sie über den Stand der Erfüllung des Abkommens mit Deutschland vom 9. April 1935¹ zu unterrichten.

I. BEIM EXPORT.

Die Konditionen des Abkommens garantierten uns im Jahr 1935 den Export nach Deutschland in einem Volumen von 150 Mio. Mark. Zum 1. August beträgt das Volumen unseres Exports nach Deutschland etwa 97 Mio. Mark. Es ist damit zu rechnen, dass unser Export nach Deutschland bis zum Jahresende das Volumen von 150 Mio. Mark etwas übersteigen wird (um 6–7 Mio. Mark). Die Deutschen haben ihre Verpflichtung zur Vergabe von Kontingenten und zur Erteilung von Devisengenehmigungen für unsere nach Deutschland exportierten Waren bis jetzt ohne sonderliche Verzögerungen erfüllt.

II. ZAHLUNGEN IN AUSLÄNDISCHEN DEVISEN IN HÖHE VON 100 MIO. MARK AN DIE DEUTSCHEN.

Gemäß unserer Verpflichtung, den Deutschen im Jahr 1935 eine Summe in Höhe von 100 Mio. Mark in ausländischen Devisen zu zahlen, haben wir bis zum 1. August 27 Mio. Mark² gezahlt. Nach unseren Berechnungen werden wir den Deutschen bis zum Ende des Jahres noch maximal 53 Mio. Mark in ausländischen Devisen zahlen. Somit werden wir den Deutschen insgesamt ca. 80 Mio. Mark statt der im Abkommen vorgesehenen 100 Mio. Mark in ausländischen Devisen zahlen. Die nicht ganz vollständige Erfüllung unserer Zahlungsverpflichtung in ausländischen Devisen an die Deutschen im Jahr 1935 zeichnet sich im Zusammenhang damit ab, dass a) unser Export im Ergebnis dessen, dass wir mit den Deutschen vereinbarte zusätzliche Kontingente erhalten, das Volumen von 6–7 Mio. Mark übersteigen wird; b) wir den Verkauf der Derop getätigt haben, wodurch zusätzlich zu dem Exporterlös in Mark eine Summe von 13 Mio. Mark einging.

¹ Vgl. Dok. 116.

² Das nachfolgende Wort „insgesamt“ ist mit rotem Farbstift durchgestrichen.

III. BEIM IMPORT.

a) Der 200-Millionenkredit. *Per 10. August*³ sind an Deutschland à Konto des 200-Millionenkredites Aufträge in Höhe von **10,1**⁴ Mio. Mark vergeben worden. Der langsame Verlauf der Auftragsvergabe im Rahmen des 200-Millionenkredites erklärt sich damit, dass wir den Hauptanteil der Spezifizierungen (nicht weniger als 2/3) erst in der 1. Julihälfte von den Dienststellen bekommen haben, wobei diese Spezifizierungen auf Schritt und Tritt fehlerhaft und für eine [Auftrags]Erteilung nicht geeignet waren, sowie mit einer Reihe anderer Schwierigkeiten, mit denen wir bei der Realisierung der Aufträge zu tun hatten.

Zugleich halte ich fest, dass es im Sinne einer rechtzeitigen Vorbereitung für die Auftragserteilung im Rahmen des 200-Millionenkredites zweckmäßig wäre, die auf die Dienststellen nicht aufgeteilte Reserve von 50 Mio. Mark zu verringern. Darauf werde ich gesondert eingehen.

b) Laufende Aufträge. Per 1. August sind im Rahmen unserer Verpflichtungen, den Deutschen laufende Aufträge für 60 Mio. Mark zu erteilen, insgesamt Aufträge in Höhe von 10,3 Mio. Mark vergeben worden. Im Rahmen des Gesamtimportplanes können 1935 bis zum Jahresende noch für mindestens 6 Mio. Mark [Aufträge], somit insgesamt für 16 Mio. Mark vergeben werden. Um unsere Verpflichtung bei den laufenden Aufträgen zu erfüllen, fehlen Aufträge in Höhe von mindestens 40. Mio. Mark.⁵

Somit zeichnet sich bei der Analyse des Erfüllungsstandes des Abkommens mit Deutschland vom 9. April ab, dass wir neben der Übererfüllung der Abkommensbedingungen beim Export (bei dem wir wie auch im vergangenen Jahr Preise realisieren, die im Durchschnitt ca. 20% über den Weltmarktpreisen liegen) zum Jahresende eine erhebliche Nichterfüllung unserer Verpflichtungen bei der Auftragsvergabe in Deutschland und eine gewisse Nichterfüllung bei den Zahlungen in ausländischen Devisen aufweisen werden.

Wenn ich Ihnen diese vorläufigen Daten zum Stand der Erfüllung des Abkommens mit Deutschland vom 9. April *zwecks Information*⁶ mitteile, schlage ich nicht vor, jetzt Maßnahmen zu ergreifen, weil ich es für zweckmäßig erachten würde,

a) eine Verhandlungsaufnahme mit den Deutschen über eine bestimmte Fristverlängerung für unsere Verpflichtungen bei der Auftragsvergabe und bei den Zahlungen an die Deutschen in ausländischen Devisen sowie

b) die Vergabe von laufenden Aufträgen in Deutschland in einer bestimmten Summe als Vorschuss auf den Plan für 1936

im **Oktober**⁷ 1935 zu erörtern und zu entscheiden.

A. Rozengol'c

„ “ August 1935

³ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

⁴ Die Ziffer ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: 8,1.

⁵ Vgl. auch den Tätigkeitsbericht der Importverwaltung der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland für das 1. Halbjahr 1935. In: RGAÉ, f. 413, op. 12, d. 2109, l. 4–19

⁶ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

⁷ Das Wort ist mit rotem Farbstift korrigiert; ursprünglich: Oktober-November.

Vermerk von A.P. Rozengol'c mit rotem Farbstift: an Sud'in. Machen Sie sich damit vertraut und sprechen Sie mit mir. R[ozengol'c].
Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 5 Expl. 10/VIII-35.
Vermerk des Sekretärs mit Tinte: 4 Expl. wurden vernichtet, 4/IX-35, Bogdanovič.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 1753, l. 35–37. Kopie.

Nr. 213

**Schreiben des Geschäftsführers der Unionsvereinigung für Feinmechanik
und Gerätebau Nemov an den Stellv. Volkskommissar
für Schwerindustrie Pjatakow**

Ganz geheim¹
[16.8.1935]

Lieber Jurij Leonidovič.

Die Abreise des Gen. OTS möchte ich dazu nutzen, um Sie knapp darüber zu unterrichten, was bei uns geschieht:

1. Die Handelsvertretung² war überhaupt nicht auf die Vergabe *unserer Aufträge vorbereitet, zudem landeten alle Verhandlungen und Vorschläge, die verschiedene deutsche Firmen der Handelsvertretung in der Vergangenheit (1933–34) unterbreitet hatten, in den Archiven. Nunmehr wird bei den gleichen Firmen wegen der Preise nachgefragt. Die Firmen kennen zweifellos die Verhältnisse in der Handelsvertretung, deshalb setzen sie die Preise, ohne sich dabei zu genieren, um 40% und mehr über den früheren fest.*³

2. Jede Kommission⁴ schickt über die Handelsvertretung Anfragen an die Firmen, d.h. die Handelsvertretung stellt nicht den Gesamtbedarf der gesamten Kommission⁵ an dem gewünschten Gerät oder für die Anlage zusammen, sondern von jeder Kommission ergehen gesonderte Anfragen. Auf diese Weise erhält eine Firma viele isolierte Anfragen zu ein und derselben Anlage, deshalb erhebt sie auch hohe Preise, sie nutzt vielmehr unsere Unorganisiertheit in der Handelsvertretung aus und setzt die Preise nach Belieben fest.

3. In vielen Fällen sabotieren deutsche Firmen buchstäblich die Anfragen *der Handelsvertretung oder antworten überhaupt nicht oder zögern sehr lange eine Antwort hinaus. Eins von beidem: entweder wollen sie (die Firmen) die Verhandlungen hinausschieben*, um sich für das ganze Jahr 1936 eine ruhige Arbeit zu sichern, oder die Verzögerungen bei den Antworten und die Aufschübe erfolgen auf Weisung ihrer Regierung. Ich habe Informationen, dass sich auch die Haltung uns gegenüber bedeutend verschlechtert hat, insbesondere im Zusammenhang mit dem

¹ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

² Gemeint ist die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland.

³ Die hier und im Folgenden gekennzeichneten Textstellen sind am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

⁴ Gemeint sind die von den Volkskommissariaten entsandten Fachkommissionen, die mit deutschen Firmen Aufträge aushandeln sollten.

⁵ So im Dokument; richtig: aller Kommissionen.

in Moskau stattfindenden Kongress.⁶ Ihr Führer fuchtelte mit dem Stenogramm des Kongresses herum, und beabsichtigt in diesen Tagen oder demnächst, uns mit irgendetwas stark in Bedrängnis zu bringen. Es gibt Grund zur Annahme, dass die Sabotage der Firmen in vielen Fällen auf seine Weisung erfolgt. Hauptsächlich wollen sie wissen, was wir benötigen.

Angesichts solch einer Lage, bei der jeder Tag teuer ist und man etwas mehr von den Firmen herausschlagen muss, in der man sogar vieles von dem bekommen könnte, was vorhanden ist, und vieles in 2–3 Monaten usw., ist die Leitung der Handelsvertretung bereits *seit über 3 Wochen abwesend. Gen. FRIDRICHSON führt fast keine Gespräche mit den Firmen, er selbst besitzt wenig Erfahrung im Importgeschäft. Er befasste sich immer mit dem Export, aber nicht darum geht es, sondern darum, dass der Handelsvertreter⁷ selbst mit den einen oder anderen Fabrikanten sprechen muss, es wäre sogar nicht schlecht, einige bedeutende zusammenzurufen, um zu ihnen rechtzeitig einen engeren Kontakt herzustellen usw. Sie wissen doch, von welcher großen Bedeutung hier der persönliche Verkehr mit diesen Industriekapitänen ist*. Auf jeden Fall könnte man eine ganze Reihe von Fragen beschleunigen und präziser feststellen, woher diese Sabotage kommt, und weitere Maßnahmen ergreifen. Doch die Leitung ist nicht da, sie erfreuen sich zu sehr an den erhaltenen Auszeichnungen⁸, und dies in solch einem entscheidenden Moment.

Die Importgesellschaften in Moskau realisieren die Aufträge ebenfalls langsam. *Ich habe aufgrund einiger Umstände keine Möglichkeit, Ihnen ausführlicher zu schreiben, ich bin mir sicher, dass Gen. OTS „ohne sich zu genieren“ Ihnen ausführlicher berichten wird.* Denn er hat bis auf den heutigen Tag keinen Auftrag vergeben, wie auch alle anderen, alle warten immer noch auf eine Antwort der Firmen. Dies veranlasst mich dazu, Ihnen davon zu berichten. Es wäre gut, wenn ein richtiger Leiter hierher käme und die Arbeit der Handelsvertretung und ihres Apparates in die Hand nähme, dies würde die Umsetzung des Kredites bedeutend beschleunigen und man könnte bereits jetzt Vieles erreichen. Es wäre gut, wenn Gen. VLADIMIROV Ihnen über alles einen ausführlichen Bericht geben würde.

GRÜß

*A. NEMOV*⁹

16.VIII.35

Kopie: Stimmt mit dem Original überein.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2075, l. 86–87. Beglaubigte Kopie.

⁶ Zum Komintern-Kongress vgl. Dok. 204, Anm. 1.

⁷ David Vladimirovič Kandelaki.

⁸ Am 10.7.1935 fasste das CIK der UdSSR den Beschluss, eine Gruppe von Mitarbeitern des Außenhandels auszuzeichnen, darunter Kandelaki mit dem Leninorden, Fridrichson mit dem Rotbannerorden. Vgl. Izvestija vom 12. Juli 1935, S. 1.

⁹ Der Name ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

Nr. 214

Schreiben des Mitarbeiters der Firma Otto Wolff Volck an die Firma Otto Wolff

17. August 1935
Abschrift

Wilhelm Volck
Berlin NW 7
Dorotheenstr. 11
A 6 Merkur 0681
z.Zt Moskau, Hotel National
ul. Gorjkogo 11
Tel 1650, App. 205

Firma
Otto Wolff, Abt. Ausland
Köln
Durchschlag an Fa. Otto Wolff, Abt. Ausland, Berlin

Betr.: Geschäftsmöglichkeiten in Röhren für Russland

Heute hatte ich eine ausführliche Besprechung mit dem Leiter der Moskauer Zentralvereinigung Sojusmetimport¹, Herrn Rabinkoff, der auch Direktor Mandelstamm beiwohnte.

Herr Rabinkoff teilte mir mit, dass gegenwärtig die Einkaufspläne für das Jahr 1936 zusammengestellt würden und er daher wissen möchte, ob die Aussichten, Röhren in Deutschland zu kaufen, sich seit dem Scheitern der Verhandlungen im Juni d. J. über das Objekt 5600 To. Lokomotivrohre gebessert hätten. Er möchte, dass wir in diesem wiederholten Versuch, mit der deutschen Röhrenindustrie in Verbindung zu bleiben, den Beweis dafür sehen, dass die UdSSR tatsächlich in Deutschland einkaufen will. Jedoch könne es nur auf der Grundlage von Weltmarktpreisen zum Geschäft kommen.

Herr Rabinkoff erwähnte, dass er seit der vorgenannten Partie von 5000 To., die in der Tschechoslowakei placierte wurde, einen weiteren Posten zu noch weit günstigeren Preisen gekauft habe, und bemerkte zum Scherz, dass er uns eigentlich für unsere Standhaftigkeit Provision zahlen müsse, denn nur das lange Hinziehen der Verhandlungen durch uns habe ihm den Weg zu so vorteilhaften Einkäufen gewiesen.

Herr Rabinkoff machte darauf aufmerksam, dass in den neuen Einkaufsplänen Deutschland für Röhren nicht in Betracht gezogen sei. Der kürzlich von seiner Reise nach Berlin, Paris und London nach Moskau zurückgekehrte Stellvertretende Handelskommissar Loganowski habe sich davon überzeugt, dass ein Geschäft mit Deutschland aussichtslos sei, solange die deutsche Regierung für das Russlandgeschäft nicht die gleichen Erleichterungen gewähre wie für sonstige Exporte.

Es sei also jetzt der gegebene Augenblick für die deutsche Seite, die Initiative zu ergreifen, um Vorschläge zu machen, die die russische Seite überzeugen müssen.

¹ Vsesojuznoe ob-edinenie po importu metalla (Allunionsvereinigung für die Einfuhr von Eisenmetallen, Spezialstählen, Ferrolegierungen und Rohren).

ten, dass auch Deutschland bereit sei, nach Russland zu Weltmarktpreisen zu verkaufen. In diesem Fall sieht Herr Rabinkoff die Möglichkeit, Röhrenspezifikationen von insgesamt etwa 5–6000 To. zur Vergebung an die deutsche Industrie zusammenzustellen. Gegebenfalls könnte diese Menge auch noch erhöht werden, doch sei der Einfuhrbedarf Russlands an und für sich längst nicht so groß wie in früheren Jahren.

Was Herrn Rabinkoff nach all den negativ verlaufenen Bemühungen, nicht nur Röhren, sondern auch Automobilstähle, landwirtschaftliche Profile und Weißbleche – um nur die hauptsächlichsten in unser Arbeitsgebiet fallenden Materialien zu nennen – bei uns zu kaufen, zu einem neuen Versuch ermutigt, mit uns die künftigen Geschäftsaussichten in Röhren zu untersuchen, sei der Umstand, dass es ihm, nach anfänglich aussichtslos erscheinendem Auseinanderklaffen der Preisideen, schließlich doch gelungen sei, im Juli d. J. 10.000 To Radreifen in Deutschland unterzubringen, nachdem das Reichswirtschaftsministerium (Leg.-Rat Dr. Mossdorf) mit der Angelegenheit befasst worden sei.

Darum meinte Herr Rabinkoff, dass sich auch für ein größeres Röhrenobjekt Möglichkeiten über die deutschen amtlichen Stellen müssten schaffen lassen.

Wenn der deutschen Seite durch effektive Barzahlung russischerseits, allerdings in Reichsmark, oder durch Zugrundelegung der Pjatakov Bedingungen², gegenüber dem 5-Jahres-Kredit aus dem zusätzlichen 200-Mill.-Abkommen, eine Erleichterung entstehen würde, so könnte dies russischerseits in aussichtsreiche Erwägung gezogen werden. Die Russen hätten längst, besonders nach dem Zustandekommen des Tschechenkredits³, eingesehen, dass das 200-Mill.-Abkommen die erhoffte Geschäftsgrundlage nicht biete, weil die deutschen Firmen, besonders die großen, die Belastung mit dem 30%igen Eigenrisiko auf 5½ Jahre so hoch in ihre Kalkulation einsetzten, dass ihre Wettbewerbsfähigkeit dadurch völlig vernichtet werde. Je länger aber die deutsche Industrie sich durch ihre Freistellung von der russischen Einfuhr ausschließe, um so geringer würden ihre Aussichten, jemals wieder ihren Platz auf dem russischen Markt zurückzugewinnen.

Praktisch bittet Herr Rabinkoff, ihn recht bald wissen zu lassen, ob Sie nach Ausschöpfung aller Ihrer Möglichkeiten einen Rabattsatz (und welchen?) auf unsere letzten Röhrenabschlusspreise zu gewähren willens und in der Lage sind, der unsere Preise den Weltmarktpreisen angleicht. In diesem Fall würde Herr Rabinkoff es möglich machen, Spezifikationen über 5–6000 To. hauptsächlich Siede-, Kessel- und Lokomotivrohre in der uns bekannten Zusammenstellung zur Lieferung aus Deutschland ab Januar 1936, in die neuen Einkaufspläne aufnehmen zu lassen.

Ihrer freundlichen Stellungnahme sehe ich mit großem Interesse entgegen.

Mit besten Grüßen

gez. Wilhelm Volck

RWWA, 72-48-6, o. P., 3 Bl.

² Vgl. Dok. 49, Anm. 2.

³ Vgl. Dok. 92, Anm. 5.

Nr. 215
Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov
an das NKID

Geheim

Expl. Nr. 1

18. August 1935

Nr. 365¹

AN

Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Gen. JA.Z. SURIC

die 2. Westabteilung des NKID

Moskau

Zur inneren Lage Deutschlands

Angesichts dessen, dass in letzter Zeit in der sowjetischen Presse einige Artikel erschienen sind, die die Lage in Deutschland nicht ganz klar und zum Teil unrichtig darstellen, erachte ich es als erforderlich, knapp unser Verständnis der aktuellen Vorgänge in Deutschland darzulegen, die wir auf unserer inneren Versammlung am 16.8. erörterten.

Der Ausgangspunkt für die Unruhe, von der das faschistische Regime in letzter Zeit erfasst ist, besteht zweifellos in dem verstärkten Widerstand der Arbeiterklasse gegen das faschistische Regime und seine Wirtschaftspolitik, die die Arbeiterklasse in die Verelendung treibt. Im Zusammenhang mit der steigenden Teuerung sinkt von Woche zu Woche der reale Arbeitslohn. Bei den außerordentlich hohen Preisen für Nahrungsgüter in Deutschland ist in letzter Zeit ein physischer Mangel bei einigen der wichtigsten Lebensmittel (Fleisch, Eier) festzustellen.

Der Widerstand der Arbeiterklasse, der offen die Form von Streiks annimmt, konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Stimmungen der Kleinbourgeoisie bleiben. Der städtische Teil der Kleinbourgeoisie, der die Arbeiterklasse bedient (Kleinhändler, Lokalbesitzer²), verspürt die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse fast in der gleichen Stärke wie der Arbeiter. Durch die Agrarpolitik des Faschismus ist die Kleinbauernwirtschaft in eine außerordentlich schwere Situation geraten, die u.a. wegen der Verteuerung der Futtermittel gezwungen ist, verstärkt das Vieh zu schlachten, sie befindet sich gleichfalls im Konflikt zum Regime, was vor allem in einer Belebung des Religionskampfes in den Rheingebieten wie auch in den Gebieten mit einem starken Übergewicht von Kleinbauernwirtschaften zum Ausdruck kommt.

Die Unzufriedenheit der Kleinbourgeoisie tritt deshalb mehr an die Oberfläche, weil sich die Kleinbourgeoisie im Unterschied zur Arbeiterklasse noch einige legale Möglichkeiten bewahrt hat, ihre Stimmung zum Ausdruck zu bringen. Die Kleinbourgeoisie ist bis jetzt sowohl in der Nationalsozialistischen Partei als auch in kirchlichen Organisationen wie auch im konservativen Stahlhelm vertreten.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² „Lokal“ ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Die Nervosität der Hitler-Regierung erklärt sich deshalb hauptsächlich aus der Befürchtung, dass sich die Kleinbourgeoisie dieses Mal auf die Seite der Arbeiterklasse schlägt, was natürlich die gesamte politische Lage in Deutschland verändern und die bisherige Arbeit des Hitler-Regimes, die Kleinbourgeoisie auf seine Seite zu ziehen, schnell zunichte machen würde. Deshalb verfolgt die Hitler-Regierung zurzeit zwei Aufgaben: 1) einerseits zu versuchen, die Kleinbourgeoisie auf der Seite des Regimes zu halten; 2) andererseits die Fähigkeit der Arbeiterklasse zu paralisieren, die Kleinbourgeoisie für sich zu gewinnen.

Der deutsche Faschismus versucht, die erste Aufgabe mit den alten Waffen des Antisemitismus und Chauvinismus zu bewältigen. Die Verfolgung der Juden und das Geschrei um die Vorherbestimmung Deutschlands in der Weltgeschichte lenkt auch dieses Mal die Kleinbourgeoisie von den wahren Ursachen ihrer Notlage ab und schart sie erneut um das Regime. Es wird versucht, die deutsche Kleinbourgeoisie noch einmal mit Militärparaden und Antisemitismus zu betäuben.

Es geht darum, ob diese Mittel dieses Mal größere Ergebnisse zeitigen werden. Es ist nicht zu vergessen, dass der deutsche Faschismus bis zum Machtantritt und in den 1½ Jahren nach dem Machtantritt seine chauvinistische und antisemitische Propaganda mit realen Almosen an einige Schichten der Kleinbourgeoisie begleitet hat.

Jetzt hat sich die Lage radikal verändert, weil der deutsche Faschismus bereits über keine Ressourcen für Almosen mehr verfügt und die jetzige Kampagne zu Gewinnung der Kleinbourgeoisie notgedrungen einen rein „ideologischen Charakter“ trägt. Daher rührt seine geringe Effektivität.

Die zweite Aufgabe wird durch den verstärkten Terror gegen die Kommunistische Partei, gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen und gegen einzelne Arbeiter gelöst. Solch eine Entfesselung des Terrors wie jetzt hat Deutschland noch nicht erlebt. Angesichts dessen, dass das faschistische Regime nicht in der Lage ist, die wirtschaftliche Situation zu verbessern und genötigt ist, von Woche zu Woche die Lage der Arbeiterklasse zu verschlechtern, zeigen die Terrormaßnahmen keine Wirkung ^{**3} und die Aktivität der Arbeiterklasse nimmt trotz des Terrors zu.

In dieser Situation ist die Nervosität des Regimes verständlich, da das Regime die Erschütterung seiner sämtlichen Grundlagen deutlich spürt. Seine Nervosität wird noch verstärkt, da es sehr gut versteht, dass es in dem Moment, in dem seine Verbindung zur Kleinbourgeoisie und seine Fähigkeit, die Kleinbourgeoisie für sich zu gewinnen, in Zweifel gezogen wird, auch seinen Wert für die herrschenden Klassen verliert. Somit droht dem Regime von zwei Seiten Gefahr: von den mit dem Regime unzufriedenen Massen und auch von den Unternehmern, die mit ihm nicht sonderlich zufrieden sind. Die Unzufriedenheit der Massen ist dabei der Dreh- und Angelpunkt. Wenn der Faschismus nicht fähig ist, diese Lage zu meistern, so wird sein Wert in den Augen der herrschenden Klassen rasch fallen.

Völlig korrekt sind die Hinweise der sowjetischen Presse, dass solange es kein Misstrauen der herrschenden Klassen gegenüber dem Regime gebe, diesem keine

³ An dieser Stelle ist mit Tinte durchgestrichen: bis jetzt.

sonderlich ernste Gefahr drohe. Die Großbourgeoisie, die Großgrundbesitzer und die Kulaken können im Grunde genommen mit dem Regime zufrieden sein, das ihnen solche Privilegien und Profitmöglichkeiten bietet, wie sie früher undenkbar gewesen wären.

Damit erklärt sich, weshalb das Regime in der Armee bis jetzt Unterstützung findet, ungeachtet dessen, dass die Politik der Faschisten in letzter Zeit in Bezug auf den Antisemitismus, die Kirchenverfolgung und die Auflösung des Stahlhelms⁴ eine gewisse Missbilligung in bürgerlichen Kreisen erfährt.

All diese unangenehmen Seiten des Regimes werden von jenen Vorteilen überdeckt, die das Regime der Großbourgeoisie und dem Junkertum, deren Vertreter in der Armee sind, gebracht hat. Es ist jedoch nicht zu vergessen, dass es in der deutschen Bourgeoisie Schichten gab und gibt, die mit dem Regime unzufrieden sind. Dazu gehören insbesondere die deutsche Handelsbourgeoisie einerseits und monarchistische Kreise des Junkertums andererseits. Diese beiden Gruppen stellen jedoch an sich keine entscheidenden Kräfte dar.

Was die entscheidenden Kräfte betrifft, d.h. die Mehrheit der Industriebourgeoisie, des Junkertums und der Kulaken, so werden sie Hitler zweifellos so lange unterstützen, bis seine Unfähigkeit zutage tritt, die wachsende Unzufriedenheit der Massen in den Griff zu bekommen.

Auf die Frage zu antworten, wann das geschehen könnte, ist sehr schwer. Die deutsche Bourgeoisie verfügt im Prinzip noch über einige Reserven:

1. Deutschland hat noch nicht offen zum Mittel der Inflation gegriffen.
2. Die Mark kann eventuell noch abgewertet werden.
3. Bei einer Zuspitzung der inneren Lage kann man immer noch damit rechnen, im Ausland Kredite zu erhalten.
4. Es bleibt die Möglichkeit, mittels eines militärischen Abenteuers aus den inneren Schwierigkeiten herauszukommen.

Jedes dieser Mittel verschafft dem Regime eine gewisse Atempause. Jedoch vermehren und verschärfen sich die inneren Gegensätze, und letzten Endes wird dies zu den entgegengesetzten Ergebnissen führen, die das Regime zu erreichen bestrebt ist.

In dieser Situation ist insbesondere der außenpolitische Kurs der Faschisten Deutschlands aufmerksam zu verfolgen. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass der Herbst dieses Jahres auf außenpolitischem Gebiet besonders aktiv werden wird. Wenn jetzt die antisemitische Propaganda an erster Stelle steht, so wird im Herbst zweifelsfrei die chauvinistische Propaganda mit all ihren außenpolitischen Exzessen an die erste Stelle treten.

Es ist zu erwarten, und dies wird durch den Ton der deutschen Presse bestätigt, dass der Nürnberger Parteitag den zweiten Kulminationspunkt (nach der Rede Hitlers vor dem Reichswerk⁵ am 21.5.) in der antisowjetischen Kampagne in Deutschland bilden wird. Unseren Informationen zufolge verfolgt Hitler mit außerordentlicher Aufmerksamkeit den Kongress der Komintern und beabsichtigt, wie es scheint, auf dem Parteitag eine Rede zu halten, deren Kernpunkt antisowjetische

⁴ Der Gleichschaltungsprozess des Stahlhelms erfolgte durch die Unterordnung unter die SA in den Jahren 1933–1934.

⁵ So im Dokument; vgl. Dok. 159.

Ausfälle im Zusammenhang mit dem 7. Kongress der Komintern sein wird. Der Boden für diese Rede Hitlers wird bereits von der deutschen Presse vorbereitet, indem sie rund um den Kongress eine antisowjetische Kampagne führt, die in ihrem Ausmaß völlig außergewöhnlich ist. In der deutschen Presse haben die antisowjetischen Veröffentlichungen auch zu anderen Fragen außerordentlich zugenommen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht beispielsweise jetzt die Reise einer sowjetischen Militärdelegation in die Tschechoslowakei.⁶ Im Zusammenhang damit führt die gesamte deutsche Presse, darunter auch die offiziöse, eine wüste Kampagne gegen die UdSSR, die angeblich beabsichtigt, im Bündnis mit der Tschechoslowakei in allernächster Zeit Deutschland zu überfallen.

Auch die antisemitische Kampagne ist in höchstem Maße von antisowjetischen Stimmungen durchdrungen. In der deutschen Presse erscheint eine Unmenge gegen die Sowjetunion gerichteter Artikel, die als ein Land dargestellt wird, in dem die ganze Macht angeblich den Juden gehöre. Seit zwei Monaten nimmt die deutsche Presse eine Gleichsetzung von Bolschewiki und Juden vor. Es beginnen private Mitteilungen einzutreffen, wonach sich die Deutschen anschicken, einige neue Aktionen gegen die UdSSR zu unternehmen, „ohne sogar vor einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Halt zu machen“.

Gegenüber Informationen solcher Art ist natürlich größte Vorsicht geboten. Es gilt jedoch über die praktischen Ziele dieser wüsten antisowjetischen Kampagne nachzudenken, die jetzt in Deutschland in verschiedene Richtungen geführt wird. Sie zielt selbstverständlich darauf ab, die „öffentliche Meinung“ in Deutschland auf eine neue und abrupte Verschlechterung der Beziehungen zur UdSSR vorzubereiten.

Mit kameradschaftlichem Gruß

S. Bessonov

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3823 vom 21.8.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und die Verteiler vermerkt:

4 Expl. 3 [Exemplare] an den Adressaten, 1 [Exemplar] zu den Akten. 17.8.35.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 146–148. Original.

⁶ Die sowjetische Militärdelegation unter der Leitung des Chefs der Frunse-Militärakademie Šapošnikov hielt sich vom 12.8. bis 23.8.1935 in der Tschechoslowakei auf.

Nr. 216
**Schreiben des Reichspostministers Freiherr Eltz von Rübenach an den
Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Goebbels**

[20. August 1935]

Geheim!

A.V.¹

1) In der Besprechung vom 3. Juni 1935 (mit Ausw.Amt, PropMin, ReichskriegsMin, ReichsluftfahrtMin und Reichsbahn-Hauptverwaltung) war festgelegt worden, dass, um g.F.² unerwünschte Darbietungen des Moskauer Komin-tern-Senders (Welle 172 kHz, 1744 m) stören zu können, eine „Störbereitschaft auf Anfordern“ eingerichtet werden soll.

2) Als Störsender sollten bereitgestellt werden:

a) für Berlin ein DRP³-Sender der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen

b) für Bereiche außerhalb Berlins die festen Funkstellen der Deutschen Reichsbahn in Hamburg-Altona, Münster (Westf.), Essen, Wuppertal und Köln.

Bei Störversuchen, die bei den Reichsbahnsendern mit einem Heulton, bei dem Sender Königs Wusterhausen mit der Modulation des Deutschlandsenders durchgeführt worden sind, hat sich ergeben, dass eine wirksame Störung der Moskauer Rundfunkpropaganda in den vorgenannten Städten erreicht wird, ohne dass der Empfang vom Deutschlandsender bei der überwiegenden Mehrzahl der Rundfunkteilnehmer gestört wird. (Nur in Köln und Wuppertal trat bei Benutzung von Volksempfängern oder entsprechenden anderen Empfängern eine geringe Störung im Umkreis bis zu 2 km vom Störsender ein, die aber in Kauf genommen werden muss).

3) Ausw.Amt und PropMin sollten klären, welches der beiden Reichsministerien für den Aufruf der „Störbereitschaft“ und für den Einsatz eines Störsenders verantwortlich und entscheidend sein soll.

Nach dem Schreiben des Ausw.Amtes IV Ru 2407 vom 28. Juni ist dies das PropMin. (Die Anordnung wird aber im Benehmen mit dem Ausw.Amt getroffen, wobei das Ausw.Amt in Fällen außenpolitischen Charakters die letzte Entscheidung haben soll. Das Reichs- und Preuß. Ministerium des Innern hat auf eine Beteiligung an der Entscheidung verzichtet, jedoch gebeten, über etwaige Anordnung über das Stören unterrichtet zu werden (Aufgabe des PropMin), sowie sich vorbehalten, gegebenenfalls Anregungen zu geben.)

Nach den Vereinbarungen zwischen Ausw.Amt und PropMin soll jetzt von Fall zu Fall bei „konkreten im voraus bestimmten Anlässen“ gestört werden. Als solche sind die folgenden beiden Fälle bezeichnet worden:

a) wenn die Sendungen die meist vorher angekündigten Fragen-Beantwortungen, d. h. den sogenannten „Briefkasten“ enthalten;

¹ Der Aktenvermerk wurde mit Schreiben vom 20.8.1936 an den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda gesandt mit der Bitte, zu den Schlussausführungen Stellung zu nehmen. Das AA sowie alle an der Besprechung vom 3.6.1935 beteiligten Stellen erhielten eine Abschrift. Vgl. BA-MA, RW 6/174, Bl. 18.

² gegebenen Falles.

³ Deutsche Reichspost.

b) wenn Vorträge gesendet werden, die ganz oder teilweise für deutsche Hörer bestimmte Propaganda enthalten.

In seinem (vorgenannten) Schreiben hat das Ausw.Amt sodann die Störbereitschaft aufgerufen. Das PropMin teilt mit Schreiben III 3000/29.5.1935 vom 27. Juli dazu mit, dass die Anweisung zum Störeinsatz (d. h. also von Fall zu Fall) von ihm durch die Überwachungsstelle des drahtlosen Dienstes gegeben wird.

4) Danach gilt die Störbereitschaft als dauernd aufgerufen. Dies widerspricht aber den Vereinbarungen in der Besprechung vom 3. Juni, nach denen „Übereinstimmung bestand, dass eine Störbereitschaft wegen der nötigen Maßnahmen zum Einsatz von Personal und Sendern rechtzeitig (wenigstens 24 Stunden) vorher bekannt gegeben werden müsse“ (an einen dauernden Aufruf der Störbereitschaft war dabei nicht gedacht). Namentlich von der Deutschen Reichsbahn ist eine dauernde Störbereitschaft auch nicht durchzuführen, weil sie zur Ermöglichung eines jederzeitigen Störeinsatzes ihre Sender dauernd besetzt und auch im Betrieb halten müsste, wozu ihr das Personal fehlt. Der beabsichtigte Zweck, nämlich vorher bekannte Sendungen, die zu bestimmten Zeiten gegeben werden, zu stören, kann sicher auch erreicht werden, wenn die Störbereitschaft beschränkt wird. Das PropMin wird daher entsprechend der Programmgestaltung des Moskauer Komintern-Senders für die Störbereitschaft noch bezeichnen müssen:

entweder bestimmte Tage der Woche und an diesen bestimmte Stunden;

oder von Fall zu Fall wenigstens 24 Stunden zuvor eine bestimmte – nach Stunden begrenzte – Zeit.

Auf dieser an den Reichskriegsminister geschickten Abschrift befindet sich auf dem ersten Blatt oben die Nummer 1499/35 g J und das Datum 14/10.35.

BA-MA, RW 6/174, Bl. 17-18.

Nr. 217

Schreiben des Staatssekretärs im AA von Bülow an den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath

Berlin, den 23. August 1935

Lieber Herr von Neurath!

Herr von Papen sagte mir gestern, dass er dem Führer und Reichskanzler regelmäßig Berichte über die Sitzungen des Politbüros in Moskau, die ihm in Wien zugänglich sind und für die er eine gewisse Summe bezahlt, vorlegt. Hiergegen ist selbstverständlich nicht das Geringste einzuwenden; es besteht aber *die Möglichkeit, dass der Führer und Reichskanzler bei seiner großen Rede auf dem Parteitag in Nürnberg, in der er, wie wir hören, sich auch sehr kritisch mit Sowjetrußland beschäftigen*¹ wird, in der einen oder anderen Form die Wiener „Geheimberichte“ benutzen könnte. Hiergegen hätte ich Bedenken, und zwar aus folgenden Gründen:

¹ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Die Wiener Berichte sind in früherer Zeit auch dem Auswärtigen Amt zugegangen und laufend gelesen worden. Ein Exemplar vom 30. Mai 1933 darf ich als Probe beifügen.² Die Berichte werden von einem gewissen *Ruetz*³ ausgearbeitet, der früher Besitzer und Herausgeber der Rigaischen Rundschau in Riga war, mit einer Kaukasierin verheiratet ist und seit vielen Jahren in Wien lebt. Er hält die Autorschaft streng geheim, und es war seinerzeit nur soviel aus ihm herauszubekommen, dass er die Nachrichten über die Beschlüsse des Politbüros in Moskau versteckt in Zeitungssendungen aus Sowjetrußland erhalten will. Wir halten es demgegenüber für völlig unwahrscheinlich, dass eine Person im Ausland Jahre hindurch regelmäßig in den Besitz der geheimen Beschlüsse des Moskauer Politbüros gelangen kann! Die laufende Prüfung der Wiener Geheimberichte hat auch ergeben, dass ihnen ein besonderer Wert nicht beizumessen ist. Gelegentlich angestellte Nachprüfungen konkreter Angaben in den Geheimberichten sind ohne Ergebnis geblieben. Infolgedessen hat es die Abteilung IV auch abgelehnt, für diese Informationen etwas zu bezahlen. Die Berichte, die uns früher durch Vermittlung von Bürgermeister Winkler zugehen, sind daher seit längerer Zeit ausgeblieben.

Im Hinblick auf die ausführlichen und in ihrer aggressiven Tendenz völlig eindeutigen Berichte über die kürzliche Tagung des Kominternkongresses in Moskau⁴, die völlig authentisch sind und von den Russen gar nicht verleugnet werden können, würde ich es, wie gesagt, bedauern, wenn die Führerrede sich etwa auf Material stützen würde, das so wenig einwandfrei und in der Herkunft so dunkel ist, wie die Wiener Geheimberichte. Der „Völkische Beobachter“ hat, wie Sie sich erinnern werden, zweimal den Versuch gemacht, die Politbüro-Berichte pressemäßig auszuwerten, und wir haben gesehen, wie leicht es die Russen hatten, diese Veröffentlichungen als Fälschungen in der Art des Sinowjew-Briefes⁵ abzutun. Ich würde es daher für zweckmäßig halten, wenn Sie, falls sich bei den Vorbesprechungen über die Führerrede ergeben sollte, dass hierzu auch die Wiener Geheimberichte verwertet werden, dem unter Hinweis auf obige Bedenken widersprechen würden.⁶

Mit den besten Grüßen
Ihr sehr ergebener

Bülow

² Stoiko-Information Nr. 332: Zur Außenpolitik der Sowjet-Union. In: PA AA, R 28308, Bl. D 562701–562702.

³ Der Name ist unterstrichen.

⁴ Vgl. Dok. 204, Anm. 1.

⁵ Kurz vor Neuwahlen in Großbritannien 1924 erschien in der Tageszeitung „Daily Mail“ ein Brief des damaligen Vorsitzenden der Komintern Grigorij Zinow'ev, in dem die KP Großbritanniens zum Klassenkampf aufgerufen wurde. Der Brief stellte sich später als Fälschung heraus.

⁶ Neurath antwortete Bülow am nächsten Tag, dass er Hitler bei nächster Gelegenheit über den „zweifelhaften Wert dieser Berichte“ aufklären wolle. Es gebe, so Neurath weiter, „immer noch Leute, denen es gelingt, aus Papen Geld herauszulocken, insbesondere wenn sie sich den Anschein des ‚ganz Geheimen‘ geben.“ Vgl. Schreiben von Neuraths an von Bülow, 24.8.1935. In: PA AA, R 29510, Bl. E 198170. Zu den Fälschungen vgl. auch Michael Reimann/Ingmar Sütterlin: Sowjetische Politbüro-Beschlüsse“ der Jahre 1931–1937 in staatlichen deutschen Archiven. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 1989, H. 2, S. 196–216.

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Paraphe von Neuraths und für R[eichs]K[anzler/Kanzlei]. Auf Kopfbogen des Auswärtigen Amts geschrieben.

PA AA, R 28308, Bl. D 562698-562700.

Nr. 218

Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 1

[26.8.1935]¹

Ausg. Nr. 380/s²

AN

*N.N. KRESTINSKIJ*³

Kopie an: JA. Z. SURIC

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Die Situation in Deutschland, über die ich Ihnen beim letzten Mal⁴ geschrieben habe, lässt weitere Ausfälle der Deutschen an unsere Adresse befürchten. Die *zügellose*⁵ Kampagne gegen die UdSSR, die von der deutschen Presse im Zusammenhang mit dem Abschluss des Kongresses der Komintern⁶ entfesselt worden ist, ebbt nicht einen einzigen Tag ab. In letzter Zeit stellten wir folgende neue Momente dieser Kampagne fest.

1. Die Erklärung von Frank auf dem Kriminologenkongress⁷, wonach Deutschland nicht beabsichtige, solche Staaten anzuerkennen, auf deren Territorien derartige Dinge wie der Kongress der Komintern stattfinden könne. Obgleich Frank diese Nichtanerkennung auf das strafrechtliche Gebiet bezog, haben hier dennoch viele dies als einen Brückenschlag zur Rede Hitlers auf dem Parteitag⁸ aufgefasst.

2. Die schwedische „Ente“ über sowjetische Kriegsschiffe, die angeblich in schwedischen Hoheitsgewässern Manöver abhalten, wurde in der deutschen Presse mit dem hysterischen Aufschrei begleitet, dass es notwendig sei, umgehend eine militärische Einheitsfront gegen die Komintern zu organisieren, die uneingeschränkt über solch eine fürchterliche Waffe wie die Rote Armee und die Rote Flotte verfüge.

¹ Die Datierung erfolgt vorbehaltlich auf der Grundlage der Registrierungsvermerke auf dem Dokument.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Der Name ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁴ Vgl. Dok. 215.

⁵ Das Wort ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁶ Vgl. Dok. 204, Anm. 1.

⁷ Der XI. Internationale Kongress für Strafrecht und Pönalisierung fand vom 18.8. bis 24.8.1935 in Berlin statt.

⁸ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Der VII. Parteitag der NSDAP fand vom 10. bis 16.9.1935 in Nürnberg statt.

3. Auch der Aufenthalt und die Abreise der sowjetischen Militärdelegation aus der Tschechoslowakei⁹ ist in der deutschen Presse offen in dem Sinne kommentiert worden, dass für Deutschland eine über die Tschechoslowakei von der Komintern gesteuerte unmittelbare Kriegsgefahr heraufziehe.

4. Die amerikanische Protestnote im Zusammenhang mit dem Kominternkongress, die mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte¹⁰, ist in Deutschland mit wilder Begeisterung aufgenommen worden. In dieser Begeisterung gibt es jedoch eine Note des Bedauerns, dass die Amerikaner Deutschland die Initiative bei der Bekämpfung des Bolschewismus entreißen und in ihre Hände nehmen könnten. Im Zusammenhang damit geistern vage Andeutungen umher, dass Deutschland im Prinzip mit größerem Recht und bedeutend früher als die USA diesen Schritt gegenüber der UdSSR machen könnte, d. h. die diplomatischen Beziehungen abbrechen.

Im Prinzip werden auch schon jetzt die praktischen Schritte für eine weitere Verschärfung der Beziehungen mit uns vorgezeichnet. Diese Schritte bestehen im Folgenden:

1. Schikanen und Verfolgungen von dienstlich tätigen sowjetischen Bürgern. Außer den früher (zum Teil geglückten) Versuchen, einige Mitarbeiter der Derunapht aus Deutschland auszuweisen, habe ich dieser Tage für den Mitarbeiter der Derunapht Gen. Fomin, der die Hamburger Filiale der Derunapht leitet, die Ausweisungsanordnung zum 31. August 35 erhalten. Aus dem Tagebuch des Gen. Giršfel'd werden Sie ersehen, dass es schwieriger wird, Gen. Fomin zu verteidigen, als dies bei den Gen. Soldatov¹¹ und anderen, denen früher die Ausweisung drohte, der Fall war. Aus dem mit dieser Post abgehenden Schreiben ist ersichtlich, zu welch nichtigen Anlässen die deutsche Geheimpolizei greift, um unsere Genossen aus Deutschland auszuweisen (der Fall Barat¹²). Wir haben den Eindruck, dass die Fälle Fomin und Barat lediglich den Auftakt für neue Schikanen gegenüber sowjetischen Bürgern in Deutschland bilden. Im Unterschied zu 1933 betrifft es dieses Mal jedoch [Personen], die zur Arbeit in unseren Auslandsorganisationen entsandt worden sind. *Die Deutschen verschweigen nicht im Geringsten, dass sie diese Schikanen bewusst vornehmen*¹³ als Antwort auf die Ausweisung von deutschen Staatsbürgern aus der UdSSR. Zum Beispiel erklärte man Barat bei der Verhaftung: „Sie verhaften und weisen unsere Bürger aus der UdSSR wegen allerlei Lappalien

⁹ Vgl. Dok. 215, Anm. 6.

¹⁰ Am 25.8. überreichte der Botschafter der USA in der UdSSR, Bullitt, Krestinskij eine Protestnote wegen des VII. Kongresses der Komintern, der „auf dem Territorium der UdSSR stattgefunden hat“ und als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten“ qualifiziert wurde. Der Schlussteil der Note enthielt eine Warnung vor „ernstesten Folgen“, die eintreten könnten, falls die Regierung der UdSSR keine entsprechenden Maßnahmen ergreifen sollte, um künftig eine derartige Tätigkeit auszuschließen. Vgl. Sovetsko-amerikanskije otnošenija. 1934–1939, hrsg von G.N. Sevost'janov, Moskva 2003, Dok. 202, Anlage, S. 343, 345.

¹¹ Vgl. Dok. 203, 205.

¹² Barat wurde verhaftet und aufgrund eines an ihre Schwester in der UdSSR adressierten Briefes, der von der Polizei perlustriert worden war, aus Deutschland ausgewiesen. Vgl. Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland an das AA vom 29.8.1935. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 62, l. 102. Ausführlicher zu diesem Fall vgl. das Schreiben Bessonovs an Krestinskij vom 27.8.1935. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 57, l. 66–67.

¹³ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

aus, jetzt werden wir genau das gleiche mit Ihnen machen.“ Daraus ist ersichtlich, dass die erwähnten Fälle das Glied einer bestimmten Kette sind.

2. Schikane gegen sowjetische Journalisten. Ich hatte bereits Veranlassung, Ihnen zu schreiben, dass die Genossen Gofman und Bucharcev zu unterschiedlicher Zeit und aus unterschiedlichen Gründen unmissverständliche Verwarnungen erhalten haben, wobei Bucharcev im Ministerium¹⁴ direkt mit Ausweisung gedroht wurde. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ausweisung des polnischen Korrespondenten Otmar aus Moskau¹⁵, begrüßte die deutsche Presse die polnische Entscheidung überschwänglich, in Zukunft auf Beziehungen zwischen Polen und der UdSSR auf der Ebene von Korrespondenten zu verzichten. Die polnische Entscheidung wurde von der deutschen Presse als beispielhaft bezeichnet. Wir schließen nicht aus, dass die Deutschen ****auch****¹⁶ auf dieser Schiene Schläge austeilen können, wobei sich die Angelegenheit objektiv so darstellt, dass sie dieses Mal¹⁷ allem Anschein nach uns stärker als wir sie treffen können, da es ihnen gelungen ist, Baum in Moskau mit seiner Übernahme ins diplomatische Corps abzuschirmen¹⁸. ***Ich halte es vorsichtshalber für notwendig, Ihnen die Frage zur Prüfung vorzulegen, ob wir, um Informationen aus Deutschland zu bekommen, nicht vorbeugende Maßnahmen für den Fall treffen könnten, dass unsere Korrespondenten** ****von hier****¹⁹ ausgewiesen werden sollten.²⁰

3. Schikanen gegen unsere Handelsorganisationen. Mit jedem Tag wächst ***der Druck der Deutschen auf unsere Handelsorganisationen***²¹. Unser Protest gegen die maßlose Besteuerung der Derutra ist nicht nur ergebnislos geblieben, vielmehr haben die Deutschen unerwartet die Forderung erhoben, die gesamte ausstehende Steuersumme (über 40.000 Mark) umgehend zu entrichten. Ebenso ist gegen die Derutra, wie ich bereits an die Wirtschaftsabteilung geschrieben habe, von den Hamburger Behörden die absolut niederträchtige Anschuldigung erhoben worden, dass sich ihre Klage gegen die Genossenschaft der Transportarbeiter „Einheit“ durch ausschließlich politische Motive erklären lasse. Die Derutra habe angeblich nicht gegen die Genossenschaft geklagt, solange diese eine kommunistische Institution gewesen sei. Sie habe erst dann Klage erhoben, nachdem die Polizei das Eigentum der Genossenschaft konfisziert hatte.

Die Lage unserer anderen Wirtschaftsorganisation in Deutschland, der Derunapht, wird wegen der unablässigen Versuche, ihre Mitarbeiter aus Deutschland auszuweisen, von Tag zu Tag immer schwerer. Sovag und in letzter Zeit die

¹⁴ Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Bucharcevs mit dem Referenten des AA von Neuhaus am 12.8.1935. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 54, l. 24–25

¹⁵ Der Korrespondent der „Gazeta Polska“ Berson wurde nach der Veröffentlichung seines Artikels über den VII. Kongress der Komintern aus Moskau ausgewiesen. Vgl. Stalin i Kaganovič, Dok. 585, 586; vgl. auch: „Ne smet’ oskorbljat’ naš narod“ (Wagt es nicht, unser Volk zu beleidigen). In: Pravda vom 19. August 1935, S. 7.

¹⁶ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁷ Gemeint ist der Journalistenkonflikt vom Herbst 1933. Vgl. dazu Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

¹⁸ Im Zuge des Journalistenkonfliktes gestatteten die sowjetischen Behörden dem Korrespondenten Baum aufgrund der Anerkennung seines Status als Pressebeirat der Botschaft in Moskau zu verbleiben, aber ohne das Recht, Korrespondentenberichte abzuschicken. Vgl. ebd., Dok. 224, S. 691–692.

¹⁹ Der Text ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: nach Moskau.

²⁰ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

²¹ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

Garkrebo sind dem Druck verschiedener nationalsozialistischer Organisationen ausgesetzt, die von ihnen Zahlungen für unterschiedliche Belange des Dritten Reiches einfordern²².

Schließlich steht die Handelsvertretung selbst unter Beschuss. Unlängst sind zum ersten Mal in der ganzen Geschichte der sowjetisch-deutschen Beziehungen die Konten der Handelsvertretung in den Banken im Zusammenhang mit der gerichtlichen Klage der Firma Agrargesellschaft gesperrt worden, wobei die Banken erklärten, dass auch die Konten der Gosbank gleichermaßen gesperrt werden müssten.

Etwas im Widerspruch zu diesen Fakten steht der Umstand, dass die Deutschen dieser Tage endgültig entschieden haben, dem neuen Gebäude der Handelsvertretung in der Lietzenburgerstraße den exterritorialen Status zu gewähren.²³ Diese Entscheidung verringert jedoch in keiner Weise die Gefahren, die im Zusammenhang mit der Welle von Schikanen gegen unsere Wirtschaftsorganisationen entstehen.

4. Schikanen bei den Aufträgen. Aus meinen Schreiben über den Stand der Vergabe von Aufträgen im Rahmen des 200-Millionenkredites²⁴ ist ersichtlich, dass sich die Angelegenheit, obgleich sie allem Anschein nach bereits den toten Punkt überschritten hat, weiterhin äußerst schwierig entwickelt. Im Zusammenhang damit erachte ich es als erforderlich, Ihre Aufmerksamkeit auf die Stelle meines Gesprächs mit Kraemer vom 21. August²⁵ zu lenken, wo letzterer *von der zunehmenden Abkühlung der deutschen Industriellen gegenüber unseren Aufträgen und von der bei ihnen herrschenden Überzeugung sprach*²⁶, dass wir den 200-Millionenkredit bewusst sabotieren würden. Die Haltung der Deutschen in der Teilfrage hinsichtlich der Ausrüstungen für die Produktion von Farbstoffen zeigt, dass wir auch weiterhin auf Ablehnungen der Deutschen selbst bei den Fragen stoßen können, zu denen sie bereits vorab ihre Zustimmung gegeben haben. Ich zum Beispiel *meine, dass das Hinausschieben der endgültigen Antwort der Deutschen*²⁷ bezüglich des Hydrierwerkes für Kohle und Ammoniak *nicht nur technische, sondern auch politische Gründe hat. Die Firmen wollen die Klärung der politischen Lage abwarten*²⁸, bevor sie sich endgültig durch Verträge zur Lieferung dieser Ausrüstungen an uns binden. Mit anderen Worten, wir können auch in Zukunft auf große Überraschungen **auf diesem Gebiet**²⁹ stoßen.

5. Zur Möglichkeit eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen.

Ich habe mich dazu in meinem letzten Schreiben geäußert. Nunmehr *verfügen wir über zusätzliche Informationen, die bestätigen, dass diese Diskussion in der nationalsozialistischen Führungsspitze geführt wird*³⁰. Die amerikanische Drohung, die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR abzubrechen, könnte die Deutschen in dieser Hinsicht stark ermuntern und jene Gruppe beflügeln, die

²² Vgl. Dok. 203.

²³ Vgl. Dok. 186.

²⁴ Vgl. Dok. 187.

²⁵ Vgl. Dok. 220.

²⁶ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

²⁷ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

²⁸ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

²⁹ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

³⁰ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

für einen Abbruch eintritt. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass wir nach der Abreise des Gen. Margulis keinen Vertreter des Roten Kreuzes mehr in Deutschland haben. Würden Sie es für möglich erachten, diese Vertretung in Deutschland wieder herzustellen?

Mit kameradschaftlichem Gruß

S. Bessonov

Vermerke N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: NK, II. Westabteilung.

Vermerk D.G. Šterns: An Gen. Levin und Kanter. Es ist NN³¹ die Frage hinsichtlich einer dringenden Beilegung aller großen Konflikte mit den Deutschen (die Inhaftierungsfälle) vorzulegen. Š[tern].

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3961 vom 29.8.1935.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1827 vom 31.8.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 3 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Krestinskij, 1 an Gen. Suric, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 7, l. 300–298. Original.

Nr. 219

**Schreiben des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Linde
an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov**

GEHEIM

PERSÖNLICH

26. August 1935

UdSSR NKID

2. Westabteilung

Nr. 14843¹

AN DIE

BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. BESSONOV

Lieber Sergej Alekseevič,

deutschen Zeitungen nach zu urteilen, wollen die Deutschen allen Ernstes, eine neue Kampagne gegen die UdSSR eröffnen. Für diesen Fall wäre es gut, wenn Sie Material über die Auslandsarbeit der Deutschen zusammenstellen könnten. Die Tätigkeit des „Volksbundes der Auslandsdeutschen“² einerseits und die Tätigkeit

³¹ Krestinskij.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² So in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Gemeint ist der Volksbund für das Deutschtum im Ausland. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 134, Anm. 5, S. 490–491.

der Außenpolitischen Abteilung der faschistischen Partei³ andererseits würden reichhaltiges Material bieten. Sie könnten in Berlin solch ein Material zusammentragen und es gebührend analysieren. Es würde sich ein höchst interessantes Bild abzeichnen, das veranschaulicht, wie der deutsche Imperialismus die nationale Frage benutzt, um seine Agentennetze in allen Ländern zu organisieren. Als überaus nützlich erweist sich die These der Faschisten, dass die Interessen des Volkstums⁴ sogar über denen des Staates [stehen]. Denken Sie über diese Fragen nach und versuchen Sie, einen gut fundierten Artikel zu schreiben.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Linde

P.S. Mir gefällt es überhaupt nicht, dass sich die Kantine der Handelsvertretung in einem anderen Gebäude befinden wird. Der russische Mensch liebt es, sich beim Mittagessen zu unterhalten, und wer weiß, ob nicht die Errungenschaften der neuesten Technik dazu eingesetzt werden, um die „innigsten“ Gespräche der Mitarbeiter der Handelsvertretung zu belauschen.

Linde

Am Ende des Dokuments sind die Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 105. Kopie.

Nr. 220

Aufzeichnung der Unterredung des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov mit dem Vorsitzenden der IFAGO Kraemer

GEHEIM

**Expl. Nr. 1 **1

27. August 1935

Nr. 382/s²

AN

*N.N. KRESTINSKIJ*³

Kopie an: JA. Z. SURIC

2. Westabteilung des NKID

Die innere Lage Deutschlands auf der Grundlage der Informationen Kraemers

Am 21. August hatte ich ein ausführliches Gespräch mit Kraemer über die innere Lage Deutschlands. Kraemer, der ehemalige Vorsitzende des Russland-Aus-

³ Gemeint ist das Außenpolitische Amt der NSDAP.

⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Der Name ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

schusses der Deutschen Wirtschaft, ist Leiter der IFAGO und Direktor der Golddiskontbank. Seine Verbindungen zur führenden nationalsozialistischen Gruppe unterhält er in der Hauptsache über seine Frau, die sich oft mit Meissner und Brückner (der Adjutant Hitlers) trifft.

Den Informationen von Kraemer zufolge stellt sich die innere Lage Deutschlands in folgender Weise dar:

1. Die Führung und die Stimmung im Land

Hitler taumelt zwischen dem konservativen und dem „radikalen“ ****Flügel****⁴ seiner Partei hilflos hin und her. Seine Autorität ist wegen des Pendelns zwischen diesen Richtungen stark gesunken. Wenn er unter dem Einfluss des konservativen Flügels (Göring, Blomberg, Schacht) irgendeine Entscheidung trifft, so sabotiert der radikale Flügel diesen Entschluss. Wird umgekehrt eine Entscheidung unter dem Einfluss des radikalen Flügels (Heß, Goebbels, Ley, Rosenberg) getroffen, so wird sie von dem konservativen Flügel sabotiert. Das alles schmälert in den Augen der zwei sich bekämpfenden Cliquen das Ansehen Hitlers. Hitler hat in der Innenpolitik keine klare Linie. Zudem vermeidet es Hitler momentan, irgendwelche Entscheidungen zu treffen. Als sich Brückner einmal nach einigem Zögern dazu entschloss, ihn dennoch über einen empörenden Fall von Antisemitismus in einer deutschen Stadt zu berichten, stampfte Hitler mit den Füßen auf und schrie hysterisch, dass er nichts mehr über die Juden hören wolle. Zu guter Letzt habe sich bei Hitler, Kraemer zufolge, ein Verfolgungswahn eingestellt. Er ist schrecklich isoliert, weil er niemandem vertraut. Seinen Adjutanten Brückner hat er zum Kammerdiener gemacht, da er niemandem den Zutritt zu seinem Schlafzimmer gestattet. Die einzige Frage, für die sich Hitler richtig interessiert, ist die der Ausschmückung der Plätze in Nürnberg zum bevorstehenden Parteitag. Als ehemaliger Anstreicher interessiert ihn hier jede Kleinigkeit.

Zwischen Göring und Goebbels herrschen Feindschaft und Kampf, sozusagen auf Leben und Tod. Göring, der wie ein indischer Radscha lebt, liefert Goebbels ein umfangreiches Material für die ****Antigöring****⁵-Agitation in Parteikreisen. Im Zusammenhang mit der Weigerung Görings, zur Eröffnung der Königsberger Messe zu fahren, er ist der Schirmherr dieser Messe, brachte Goebbels in Parteikreisen die Gründe für die Motive dieser Absage in Umlauf, die darin bestanden, dass Göring an diesem Tag mit folgenden wichtigen Staatsangelegenheiten beschäftigt gewesen sei: mit der Entgegennahme von Porzellan⁶, das ihm die Staatliche Porzellanfabrik geschenkt hat, einer Lieferung aus der Türkei eingetroffener Teppiche und mit der Übernahme einer Jacht, die ihm Ruhr-Industrielle schenkten.

Göring verbreitet seinerseits über Goebbels allerlei Gerüchte, ohne dabei zu versäumen darauf hinzuweisen, dass sich Goebbels in Deutschland vier Villen und große Güter im Ausland zugelegt habe.

Der größte Hass in Parteikreisen richtet sich gegen Schacht. Man betrachtet Schacht als den unmittelbar Schuldigen für die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Landes. Alle Gerüchte darüber, dass Schacht ein Wirtschaftsdiktator

⁴ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: Kreisen.

⁵ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: antigöringsche.

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

sei, entbehren jeglicher Grundlage. Tatsächlich wird keine der Anordnungen Schachts zur Regelung der industriellen Wirtschaft vor Ort erfüllt, weil die lokalen Nationalsozialisten nicht glauben wollen, dass diese Anordnungen mit Hitler abgestimmt sind.

Nach Einschätzung von Kraemer wird Deutschland zurzeit überhaupt nicht von Hitler und auch nicht von dem Kabinett regiert, sondern von verantwortungslosen, in den deutschen Provinzen sitzenden Kleingeistern. Für sie spielen Gesetze der Zentralregierung überhaupt keine Rolle, weil sie jene Idee aus dem früheren Kampf der Nationalsozialisten fest verinnerlicht haben, die da lautet, dass sich die Nationalsozialisten überhaupt nicht von geschriebenen Gesetzen leiten müssen, sondern vom nationalsozialistischen Rechtsbewusstsein. Kraemer erzählte einige Fälle aus der Praxis seiner eigenen Druckerei. Ihm wurden als Kommissare zwei alte Nationalsozialisten zur Seite gestellt, die von Beruf Tischler waren und früher niemals in Industriebetrieben gearbeitet hatten. Zwischen den Arbeitern seines Unternehmens und diesen zwei Nationalsozialisten brach umgehend ein verdeckter Kampf aus, der unter der Losung verlief: „Was können Tischler schon von der Typographie verstehen.“ Vor Kurzem erblickte Kraemer bei einem turnusmäßigen Rundgang durch die Druckerei am Firmenbrett eine Bekanntmachung von einer Organisation der „Arbeitsfront“⁷, die ungefähr folgendermaßen lautete: „Wenn ein Unternehmen beabsichtigt, eine verkürzte Arbeitswoche einzuführen, so kann es das nach Abstimmung mit dem Bevollmächtigten für Arbeit tun. Vor einer Verkürzung der Arbeitswoche ist das Unternehmen jedoch verpflichtet, zuerst den Lohn für die Verwaltung und die Angestellten zu kürzen.“ Als Kraemer diese Bekanntmachung sah, rief er den Leiter der Druckerei zu sich, der aber nichts von dieser Bekanntmachung wusste. Darauf ließ er den Zellenobmann⁸, den erwähnten nationalsozialistischen Tischler, kommen. Dieser erschien, las die Bekanntmachung und erklärte entsetzt, dass diese Bekanntmachung absolut unzulässig sei, weil die Rede von der Kürzung des Lohnes für Angestellte war, zu denen er sich selbst auch zählte. Er riss die Bekanntmachung ab und zerriss sie in Kraemers Anwesenheit.

So sind die Sitten in deutschen Unternehmen, die von einem unglaublichen Wirrwar in den innerbetrieblichen Beziehungen der Unternehmen zeugen, die im Ergebnis des nationalsozialistischen Regimes entstanden sind.

Nach Einschätzung Kraemers hätten sich alle Großindustriellen, mit Ausnahme von Krupp von Bohlen, bereits seit Langem vom Nationalsozialismus abgewandt, obgleich sie nicht wüssten, wodurch er zu ersetzen wäre. Besonders feindlich gegenüber den Nationalsozialisten gestimmt seien Siemens, Thyssen, Vögler, von solchen Industriellen wie Klöckner ganz zu schweigen, der von Anfang an in politischer Opposition **zum Regime**⁹ gestanden habe. Alles im Dritten Reich rege die Industriellen auf: der Mangel an Bildung und die Unverschämtheit der jungen Emporkömmlinge aus dem Kleinbürgertum, die jetzt in der Provinz Führungsposten einnehmen. Keine Handlungsspielräume bei den Löhnen; die unablässige Einmischung in das innerbetriebliche Leben der Unternehmen durch nationalsozialistische Organisationen.

⁷ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁸ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁹ Die Textstelle ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: des Regimes.

Zur Stimmung der Agrarier übergehend versichert Kraemer, dass dort ebenfalls eine starke Unzufriedenheit mit der Politik der von Darré durchgeführten durchgängigen Regulierung herrsche. Diese Regulierung führe dazu, dass die Bauern aufhören, ihre Erzeugnisse an die staatlichen Erfassungsorgane abzuliefern, was in Verbindung mit der schlechten Ernte und insbesondere wegen des Mangels an Futtermitteln, der in Deutschland bereits über ein Jahre anhält, zu einem Mangel an landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf dem Markt geführt hat und weiterhin führen wird. Den Worten Kraemers zufolge ist die Lebensmittelversorgung in Berlin noch einigermaßen erträglich. In einigen Provinzstädten gebe es zum Beispiel überhaupt kein Fleisch, wie es auch keine Eier gebe. Im Zusammenhang mit dem Lebensmittelmangel und den Teuerungen habe sich bei den Hausfrauen die Stimmung rapide verschlechtert, auf einigen Märkten sei es zu offenen Demonstrationen von Hausfrauen gegen das Regime gekommen.

Was die Stimmung in der Reichswehr betrifft, so konnte Kraemer kein klares Bild vermitteln.

Nach seiner Einschätzung genießt Blomberg keine Popularität bei den Offizieren der Reichswehr, hauptsächlich deswegen, weil er sich durch seine Nähe zu Hitler völlig kompromittiert hat. Kraemer bestätigt den Weggang Reichenaus nach München¹⁰ und setzt, wie viele andere Deutsche, große Hoffnungen auf Fritsch. Kraemer sprach mit Bitterkeit über das Fehlen eines politischen Selbstbewusstseins in der Reichswehr und darüber, dass eine Militärdiktatur in Deutschland undenkbar sei und die Reichswehr immer als ein Transmissionsriemen „zum Volk“ gebraucht werde. Deshalb werde sie, nach Auffassung Kraemers, so lange wie möglich an Hitler festhalten.

Die jüdische Frage hält Kraemer für völlig nebensächlich. Er erzählte von vielen interessanten Fällen von einer in letzter Zeit betonten Aufmerksamkeit des deutschen Bürgertums und des deutschen Junkertums gegenüber den Juden. Mit dieser betonten Aufmerksamkeit bringen diese Kreise den Protest gegen die Politik der Regierung zum Ausdruck. Als viel besorgniserregender betrachte Kraemer die Kampagne gegen die Katholiken und den Stahlhelm, weil von dieser Kampagne bei weitem größere Schichten betroffen seien und die Unzufriedenheit praktisch in alle Klassen der Gesellschaft getragen werde.

Was den Antisemitismus betrifft, so interessiert Kraemer laut seiner zynischen Einschätzung überhaupt nicht, ob irgendwelche kleinen Juden darunter leiden könnten, er selbst leide nicht im Geringsten darunter.

2. Die wirtschaftliche Lage des Landes

Es erscheint als merkwürdig, dass Kraemer, der früher auf politischem Gebiet äußerst pessimistisch eingestellt war, nunmehr in Wirtschaftsfragen eine recht optimistische Haltung einnimmt. So meint er, dass Deutschland die Schwierigkeiten bei der Finanzierung der militärischen Vorbereitung bewältigen werde. Als ich ihm meine Einschätzung der deutschen Ausgaben für die militärische Vorbereitung (in zwei Jahren ungefähr 11 Mrd. Mark) nannte, sagte Kraemer, dass dies wohl der Wirklichkeit entspreche, es sei jedoch nicht zu vergessen, dass der überwiegende

¹⁰ So im Dokument. Am 1.7.1935 wurde Generalmajor von Reichenau zum Chef des Wehrmachtsamtes im Reichskriegsministerium ernannt.

Teil dieser Ausgaben einmaligen Charakters sei; Flugplätze, Kasernen, Festungsanlagen würden nur einmal gebaut. Nachdem sie gebaut worden seien, seien für ihre Unterhaltung nur relativ kleine Summen erforderlich. Deshalb wären die Finanzschwierigkeiten kurzzeitiger Natur, und angesichts der großen Menge an freiem Geld im Land zweifle er nicht daran, dass diese Schwierigkeiten überwunden würden. Kraemer **erzählte**¹¹ mir beiläufig die interessante Tatsache, dass kurzfristige Staatsanleihen in Deutschland mit einer Laufzeit von 18 bis 36 Monaten ausgegeben werden, d.h. sie können nur bedingt als kurzfristige bezeichnet werden. Außerdem äußerte sich Kraemer als Direktor der Golddiskontbank voller Lob über die Entscheidung, dieser Bank die Ausgabe der Sola-Wechsel¹² zu übertragen, von denen, wie er sagte, bereits über 600 Mio. Mark ausgegeben worden sind.

Als Kraemer über die Militärausgaben sprach, machte er übrigens eine sehr interessante Bemerkung, die Beachtung verdient. Er sagte, dass Deutschland, als es im Herbst 1934 beschloss, seine Aufrüstung zu beschleunigen, von der Annahme ausgegangen sei, dass die Inangriffnahme der beschleunigten Aufrüstung Frankreich und Polen zu einem Präventivkrieg veranlassen könnte. In diesem Zusammenhang sei ein enormer Umfang der Rüstung beschlossen worden, um bis zum Zeitpunkt eines angenommenen Krieges soviel an militärischen Vorräten wie möglich anzulegen. Als sich im März 1935 herausstellte, dass es zu keinem Präventivkrieg kommen werde, sei das Tempo der Aufrüstung bedeutend verlangsamt worden und die Anträge des Wehramtes auf Finanzmittel für das Rechnungsjahr 35/36 hätten einer bedeutenden Kürzung (bis zu 300 Mio. Mark bei einzelnen Positionen) unterlegen. Auch das Rohstoffproblem ruft bei Kraemer keine großen Befürchtungen hervor. Auf dem Kompensationsweg sei es Deutschland gelungen, sich mit allen erforderlichen Rohstoffen zu versorgen. Wenn man Baumwolle und Fette ausnehme, so leide Deutschland an allen anderen Dingen keinen Mangel.

Alle Ausführungen Kraemers zu Finanz- und Wirtschaftsfragen machten auf mich den Eindruck, als ob sie vorab zurechtgelegt worden wären. Selbstverständlich bemühte er sich, die Situation schönzufärben, er sagte wissentlich die Unwahrheit bezüglich des Gebietes, wo die Lage der faschistischen Regierung gerade am wenigsten stabil ist.

3. Die Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR

Kraemer teilte mir mit, in deutschen Wirtschaftskreisen herrsche die Vorstellung, dass wir die Realisierung des 200-Millionenkredits nicht wollen und die Vergabe von Aufträgen bewusst sabotieren. Bis zum jetzigen Zeitpunkt, sagte Kraemer, hätten die Russen insgesamt $7\frac{1}{4}$ Mio. Mark an Aufträgen auf Rechnung des 200-Millionenkredits vergeben. Ein gewaltigen Eindruck auf die Deutschen habe die von Loganovskij nach seiner Rückkehr nach Moskau angeblich abgegebene Erklärung hinterlassen, wonach er gesagt haben soll, dass die UdSSR keine Pläne und Absichten habe, im gegenwärtigen Deutschland Aufträge zu vergeben und die UdSSR das nicht machen werde.

¹¹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: sagte.

¹² Der Solawechsel ist ein Eigenwechsel. Der Wechselaussteller ist zugleich Hauptschuldner, der sich mit seiner Unterschrift zur Zahlung einer bestimmten Geldsumme verpflichtet.

Das Verhalten der in Berlin eingetroffenen Kommissionen bestätige, den Worten Kraemers zufolge, die Befürchtungen der deutschen Industriellen. Kraemer befürchtet, dass die letzten Vertreter der deutschen Industrie, die noch für die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsverbindungen mit der UdSSR eintreten, das Interesse an dieser Sache verlieren könnten, falls in allernächster Zeit nicht große Aufträge vergeben würden. Dann werde die antisowjetische Politik Hitlers und seiner Umgebung in Deutschland auf keinerlei Widerstand stoßen, dies umso mehr, als die deutsche Industrie eine recht große Zahl von ausländischen Aufträgen bekommen habe, insbesondere von England, Rumänien und der Türkei. Die deutschen Lieferungen in die Türkei in diesem Jahr bezifferte Kraemer mit 200 Mio. Mark. Was Rumänien anbelangt, so hätten die Vereinigten Stahlwerke¹³ die Umrüstung der rumänischen Eisenwalzwerke und der Eisenbahnreparaturwerkstätten für eine Summe von 100 Mio. Mark übernommen, die mit Rohstoffen über einen langen Zeitraum abbezahlt werde.

Ich sagte Kraemer, dass wir natürlich nach wie vor auf den Widerstand einiger deutscher Firmen gegen einige unserer Aufträge stoßen. Kraemer erklärte, dass ihm darüber nichts bekannt sei, und wir vereinbarten, dass ich ihn bei einem unserer nächsten Treffen über alle derartigen Fälle in Kenntnis setzen werde. Zum Abschluss unterzog Kraemer das Abkommen über den 200-Millionenkredit einer recht scharfen Kritik, indem er meinte, dass unser größter Fehler bei diesem Abkommen der gewesen sei, dass wir nicht darauf bestanden hätten, die Exportprämie für uns zu beanspruchen sowie die Sperrmark für die Verrechnung für diese Aufträge einzusetzen. Kraemer beklagte sich auch darüber, dass wir bei dem Export nach Deutschland momentan in vielen Fällen für unsere Waren Valuta fordern. Ich erklärte ihm sehr knapp die Situation hinsichtlich unserer Schulden in Deutschland und wies darauf hin, dass wir ab dem nächsten Jahr in der Tat von den Deutschen entweder Valuta für unseren Export fordern müssten, da wir Mark in großer Menge nicht bräuchten, oder einen anderen Modus des gegenseitigen Warenverkehrs finden müssten.

Mit kameradschaftlichem Gruß

S. Bessonov

Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3963 vom 29.8.1935.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 Expl. 3 an die Adresse, 1 [Exemplar] zu den Akten. 27.8.35.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 149–152. Original.

¹³ Die Vereinigten Stahlwerke gehörten zu den größten Stahlwerksvereinigungen in der Welt.

Nr. 221

**Aufzeichnung der Unterredung des Legationsrats in Moskau Hilger mit dem
Leiter der Unterabteilung für die Handelsvertretungen im Volkskommissariat
für Außenhandel Levin**

Moskau, den 27. August 1935

Anlage zu Tgb. D/1057¹

Aktennotiz

Inhalt: Unterredung mit Direktor M. Lewin vom Volkskommissariat für den Außenhandel der UdSSR

Am 26. August 1935 besuchte ich den Direktor im Volkskommissariat für den Außenhandel, Herrn M. Lewin, um ihm meinen Stellvertreter, Herrn Dr. Dittmann, vorzustellen und bei dieser Gelegenheit einige schwebende Dinge mit ihm zu besprechen. Dazu gehören gegenwärtig die Frage der Errichtung deutscher Firmenvertretungen in der UdSSR, die Stellung der Importvereinigungen in Verbindung mit den letzten hierüber erlassenen Bestimmungen u. a. m.

1) Firmen-Vertretungen.

Meine Feststellung, dass im Gegensatz zu den Mitteilungen, die mir im April und Mai vom Außenkommissariat gemacht worden seien, gegenwärtig mit dem Erscheinen neuer Bestimmungen über Errichtung von Vertretungen ausländischer Firmen offenbar nicht gerechnet werden könne, bezeichnete Herr Lewin als zutreffend. Er fügte hinzu, dass zurzeit nicht beabsichtigt ist, die bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen durch neue zu ersetzen. Insbesondere bleibe Art. 12 der Verordnung vom 11. März 1931² bestehen, wonach bei Verhandlungen über Einzelgeschäfte eine Registrierung nicht gefordert werden würde. Dabei sei die ursprüngliche Absicht, die Dauer des registrierungsfreien Aufenthaltes auf 30 Tage festzusetzen, fallengelassen worden. Diejenigen Firmenvertreter, die über Einzelgeschäfte verhandeln, würden von Fall zu Fall Genehmigungen erhalten, so lange in der UdSSR zu bleiben, wie es das Geschäft erfordert. Bei einem ständigen Aufenthalt würde dagegen grundsätzlich die Registrierung verlangt werden.

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung bestätigte mir Herr Lewin die Absicht des Außenhandelskommissariats, einige größere ausländische Firmen, die seit längerer Zeit ständige Vertretungen in Moskau unterhalten, zu einer Legalisierung ihrer Tätigkeit zu veranlassen. Dazu erklärte er, dass das Verfahren der Registrierung nach Möglichkeit vereinfacht werden würde. Was die von den Vertretern geforderten Vollmachten betreffe, so beabsichtige das Außenhandelskommissariat nicht, die Zulassung der Firmenvertreter von dem Besitz von Generalvollmachten zum selbständigen Abschluss von Geschäften abhängig zu machen. Aus der Vollmacht müsse lediglich hervorgehen, dass die Firma für diejenigen Geschäfte, zu deren Abschluss sie ihren Vertreter bevollmächtigt habe, die Haftung übernehme. Es sei

¹ Hilger schickte die Aufzeichnung unter dieser Tagebuch-Nummer am 27.8.1935 an das AA, wo sie am 30.8.1935 eintraf. Vgl. PA AA, R 94658, Bl. E 664937.

² Vgl. Dok. 188, Anm. 1.

infolgedessen nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Vertreter die Unterzeichnung eines Geschäftsabschlusses von der vorherigen Zustimmung seiner Firma abhängig mache; habe er aber auf Grund entsprechender Vollmachten unterschrieben, so hafte die Firma für die von ihm übernommenen Verpflichtungen. Bezüglich der Besteuerung erklärte Herr Lewin, dass auch die Regelung dieser Frage keinen Schwierigkeiten begegnen würde, zumal im Verlauf der weiteren Entwicklung sich wahrscheinlich die Möglichkeit ergeben würde, entsprechende Abkommen auf der Basis der Gegenseitigkeit zu schließen.

Ich erwiderte, dass nach deutscher Ansicht eine Besteuerung von Geschäftsabschlüssen bzw. Firmenvertretern in der UdSSR überhaupt nicht in Frage kommen könne, da die Entsendung von Firmenvertretern in die UdSSR ein deutsches Entgegenkommen gegenüber der Sowjetregierung bedeute, die dadurch Ausgaben in Valuta spare und diese den Firmen aufbürde. *Im Übrigen sei die Besteuerung der Handelsvertretung durch Pauschalierung auf Grund des Wirtschaftsabkommens vom 12. Oktober 1925 geregelt.*³ Herr Lewin meinte hierzu, dass vielleicht später einmal *selbständige sowjetische Wirtschaftsorgane, die nicht zur Handelsvertretung gehörten, in Deutschland erscheinen könnten*⁴, gab aber zu, dass die Frage vorläufig nicht akut sei.

Ich machte sodann Herr Lewin darauf aufmerksam, dass einzelne in Moskau anwesende deutsche Vertreter Schwierigkeiten bei der Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigungen hätten und verlangte, dass in dieser Hinsicht endlich Klarheit geschaffen werden müsse. Herr Lewin bat mich, ihm die in Frage kommenden Firmenvertreter zu benennen. Ich gab ihm einen Zettel mit den Namen der Herren *Hadamzik* von Henry Pels & Co.- Erfurt; *Fehmer* von Bosch – Stuttgart; *Meyrowitz* von Bamag und *Ludwig Loewe*⁵. Herr Lewin meinte, dass die Frage des Aufenthaltes dieser Herren sich vermutlich befriedigend regeln lassen würde.

Zum Schluss setzte ich Herrn Lewin auseinander, dass sehr viele deutsche Firmen mit Rücksicht auf die Kosten nicht in der Lage seien, einen Vertreter in die UdSSR zu entsenden; es müsse daher die Möglichkeit geschaffen werden, dass mehrere deutsche Firmen einen gemeinsamen Vertreter zur Wahrung ihrer Interessen bestellten. Herr Lewin erwiderte, dass das Außenhandelskommissariat eine solche Regelung nicht gern sehe. Trotzdem sei es nicht ausgeschlossen, dass in einzelnen Fällen die Genehmigung erteilt werden würde, dass eine Persönlichkeit 2, höchstens 3 Firmen vertrete, die natürlich keine Konkurrenzfirmen sein dürften.

2) Stellung der Importvereinigungen.

Herr Lewin erläuterte die Bedeutung der neuen Bestimmung über die Befugnisse der Importvereinigungen wie folgt. Er sagte, dass die Importvereinigungen auch bisher schon das Recht gehabt hätten, Außenhandelsgeschäfte zu tätigen, Wechsel auszustellen und solche in Zahlung zu nehmen. Während sie jedoch bisher in jedem einzelnen Falle einer entsprechenden Genehmigung des Außenhandelskommissariats bedurften, seien ihnen die oben erwähnten Rechte nunmehr generell eingeräumt worden.

³ Zu diesem Satz steht am Seitenrand ein Fragezeichen.

⁴ Am Seitenrand steht ein Ausrufungszeichen.

⁵ Die Namen sind unterstrichen.

Ich ließ Herrn Lewin nicht im Zweifel, dass man von deutscher Seite Wechsel der Importvereinigungen nicht als ausreichende Sicherheit betrachten und ihre Annahme infolgedessen ablehnen würde, zumal im deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen die Haftung der Sowjetregierung ausdrücklich auf Handlungen der Handelsvertretungen beschränkt sei.

Im Verlauf eines über diese Frage stattgefundenen Meinungsaustauschs einigten wir uns auf die Feststellung, dass diese Frage im deutsch-sowjetischen Handelsverkehr vorläufig nicht akut sei, da dieser gegenwärtig fast ausschließlich im Rahmen der Durchführung des Kreditabkommens vom 9. April 1935⁶ erfolge.

3) Kompensationsgeschäfte.

Ich erzählte Herrn Lewin, dass ich von deutschen Wirtschaftlern in letzter Zeit öfter gefragt worden sei, ob mit der UdSSR Kompensationsgeschäfte abgeschlossen werden könnten. Ich würde gern seine Meinung hierüber hören.

Herr Lewin erwiderte, dass vorderhand die Aufmerksamkeit beider Teile auf die Durchführung des 200 Millionen-Kreditabkommens gerichtet sein müsse. Die Unterbringung von Bestellungen in Deutschland begegne infolge der hohen deutschen Preise und der langen Lieferzeiten leider erheblichen Schwierigkeiten. So z.B. verlangten die deutschen Firmen für Werkzeugmaschinen Lieferzeiten bis zu 1 Jahr und noch länger. Ich erwiderte, dass die sowjetischen Wirtschaftsorgane hierüber gar nicht so traurig zu sein brauchten, da auf diese Weise eine größere Sicherheit bestehe, dass die gelieferten Maschinen auch tatsächlich in fertige Gebäude kommen und nicht wochen- und monatelang unter Schnee und Regen zu leiden haben würden. Herr Lewin ging über diese Bemerkung hinweg und beharrte auf dem Standpunkt, dass die langen Lieferzeiten das Geschäft gefährdeten. Nach seiner Ansicht seien bisher nicht mehr als 10%, d.h. 20 Mio. Reichsmark aus dem 200 Millionen-Kredit ausgenutzt. Er hoffe aber, dass sich in nächster Zeit die Auftragserteilung beleben würde.

4. Grundsätze „Sondergeschäft 1935“ und Lieferbedingungen.

Herr Lewin machte mich zum Schluss der Unterredung auf § 21 der in der Zeitschrift „Die Ostwirtschaft“ (Jahrgang 1935, Nr. 6/7) veröffentlichten Grundsätze „Sondergeschäft 1935“⁷ aufmerksam. Darin hieße es, dass für die Übernahme der Ausfallbürgschaft ein Entgelt von 1,35% verlangt würde. Dies stehe im Widerspruch zu dem Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums an die Handelsvertretung vom 9. April 1935⁸, wonach mit dem im Abkommen vorgesehenen Zinssatz (2% über Reichsbankdiskont) die Entschädigung des Reichs für die Garantie, die Bankunkosten und Zinsen gedeckt würde.

Außerdem bemängelte Herr Lewin den Punkt 4 in § 3 der erwähnten Grundsätze, indem er erklärte, dass Punkt 4 über den Punkt 3 hinausgehe und eine willkürliche Auslegung der Vereinbarung vom 20. März 1935⁹ darstelle.

⁶ Vgl. Dok. 116.

⁷ „Grundsätze „Sondergeschäft 1935““. In: Ostwirtschaft, 1935, Nr. 6/7, S. 90–92.

⁸ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 21, Anhang V, S. 38–39.

⁹ Vgl. Dok. 116, Anm. 6.

Ich erklärte Herrn Lewin, dass ich seine Auffassung nicht teile, verhielt mich aber im Übrigen rezeptiv.

Hilger

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt unten: IV Ru 3511/35.

PA AA, R 94658, Bl. E 664937-664943.

Nr. 222

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Vorsitzenden des Mossovet Bulganin

Vertraulich

Persönlich

28. August [1935]

931

AN DEN
VORSITZENDEN DES MOSSOVET
Gen. BULGANIN

Sehr geehrter Nikolaj Aleksandrovič,

vor ungefähr einem Monat hatte sich der deutsche Botschafter¹ an das NKID gewandt und mitgeteilt, dass die deutsche Regierung beschlossen habe, in Moskau ein neues Gebäude für die Unterbringung der Deutschen Botschaft zu bauen.²

Er bittet lediglich darum, zu diesem Zwecke ein geeignetes Grundstück zur Verfügung zu stellen, am besten in der Uferzone im Raum der Sperlingsberge oder an einem anderen Ort der neuen Uferanlage.

Dabei bittet er darum, dass das benötigte Grundstück nicht auf der Grundlage einer langjährigen Verpachtung zur Verfügung gestellt werden möge, sondern im Tausch gegen das deutsche Botschaftsgebäude in Leningrad. Das Leningrader Haus ist sehr groß, für die Unterbringung des Deutschen Generalkonsulats könnten die Deutschen auch mit einem weitaus kleineren Gebäude auskommen. Sie bitten uns gleichfalls darum, dass man ihnen im Tausch gegen ihr großes Botschaftsgebäude in Leningrad eine nicht allzu große Villa in Leningrad und ein Grundstück in Moskau gibt.

Die Deutsche Botschaft hat sich, wie auch die französische und italienische Botschaft, wiederholt an uns mit dem Vorschlag gewandt, ihr Leningrader Haus gegen ein Haus in Moskau einzutauschen. Wir haben diese Bitten immer abgewiesen, indem wir uns darauf beriefen, dass das Haus in Leningrad für uns nicht von solch einem Wert sei wie ein Haus im überfüllten Moskau. Mit dieser unserer abschlägigen Haltung haben sich bereits alle Botschaften abgefunden. Der neue Vorschlag der Deutschen unterscheidet sich wesentlich von dem früheren, weil hier nicht die Rede davon ist, das Leningrader Haus gegen ein Haus in Moskau einzutauschen,

¹ Friedrich Werner Graf von der Schulenburg.

² Vgl. Dok. 184, 194.

sondern von einem Tausch in Leningrad selbst. Ich bezweifle nicht, dass der Leningrader Sovet sehr gern das große und geräumige deutsche Botschaftsgebäude übernehmen wird und den Deutschen dafür im Tausch eine kleine, anschauliche Villa zur Verfügung stellt. Ich meine, dass es dem Moskauer Sovet zur gleichen Zeit nicht schwerfallen dürfte, den Deutschen ein geeignetes Grundstück für den Bau zuzuweisen. Sie werden zweifellos ein sehr schönes Gebäude bauen, und die neue Uferzone wird darunter nicht leiden, sondern profitieren. Die paar Hundert Rubel aber, die die Deutschen bei anderen Bedingungen als Pacht an den Moskauer Sovet zu zahlen hätten, können natürlich nicht von erheblicher Bedeutung sein.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, Ihre Zustimmung zu geben, den Deutschen unentgeltlich ein großes Grundstück in einer der neuen Uferanlagen der Moskva für die Bebauung auf eine üblich lange Frist zur Verfügung zu stellen.

Im Falle Ihres prinzipiellen Einverständnisses werde ich mich an die Planungsabteilung mit der Bitte wenden, der Deutschen Botschaft zwei bis drei Objekte anzubieten. Die Sache ist die, dass in diesen Tagen der Mitarbeiter des Außenministeriums aus Berlin nach Moskau kommt, dem die Gebäude der deutschen Botschaften und Auslandsmissionen unterstehen, und die hiesige Botschaft möchte die Möglichkeit haben, diesem Vertreter des Ministeriums die in Frage kommenden Objekte zu zeigen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk N.N. Krestinskijs: MM.³

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. vom 29.8.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 E[xemplare]. Kopien an: die Genossen Litvinov, Stern, Bekman.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 34, l. 1–2. Kopie.

Nr. 223

Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov

[2.9.1935]

Moskau. ZK der VKP (B)

An

Kaganovič, Molotov

Kalinin berichtete, dass das Narkomindel angesichts des Konfliktes in Abessinien¹ die Zulässigkeit bezweifelt, Getreide und andere Produkte aus der UdSSR

³ Litvinov.

¹ Die 1935 in den italienisch-abessinischen Beziehungen zunehmenden Spannungen führten am 3.10.1935 zur Invasion italienischer Truppen aus Eritrea und Italienisch-Somaliland in Abessinien.

nach Italien **zu exportieren**². Ich denke, dass die Zweifel des Narkomindel dem Unverständnis der internationalen Lage entspringen. Der Konflikt besteht **weniger**³ zwischen Italien und Abessinien, sondern vielmehr zwischen Italien und Frankreich einerseits und Englands andererseits. Die alte Entente⁴ existiert bereits nicht mehr. An ihre Stelle bilden sich zwei Ententen: die Entente Italien und Frankreich auf der einen Seite, und die Entente England und Deutschland auf der anderen Seite. Je stärker die Schlägerei zwischen ihnen sein wird, desto besser für die UdSSR. Wir können sowohl den einen als auch den anderen Getreide verkaufen, **damit sie sich schlagen können**⁵. Für uns ist es ganz und gar ungünstig, wenn bereits jetzt eine Seite die andere Seite besiegen würde. Für uns ist es von Vorteil, wenn deren Schlägerei so lange wie möglich andauern würde, nicht aber ein **schneller**⁶ Sieg der einen Seite über die andere. **NR 28.**⁷

Stalin⁸

** Nr. 2

13.05

2/IX.35**⁹

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 89, l. 2-2R. Original.

Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 620, S. 545.

Nr. 224

**Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

GANZ GEHEIM

[3.9.1935]

Lieber Iosif Vissarionovič,

zu unseren Angelegenheiten und über Neuigkeiten kann ich Folgendes mitteilen.

Das am 9. April mit den Deutschen abgeschlossene Abkommen¹ wird bis jetzt mehr oder weniger normal erfüllt. Hinsichtlich des Exports haben wir bereits Wa-

² Das Wort ist mit Bleistift anstelle eines durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Wortes geschrieben.

³ Das Wort ist mit Bleistift über die Zeile geschrieben.

⁴ Die Entente (Entente cordiale) war ein militärpolitischer Block, den Großbritannien, Russland und Frankreich 1907 gebildet hatten.

⁵ Der Text ist mit Bleistift über die Zeile geschrieben.

⁶ Das Wort ist mit Bleistift über die Zeile geschrieben.

⁷ Den Text hat ein Sekretär mit Bleistift geschrieben.

⁸ Der Text des Telegramms wurde von Stalin mit Bleistift geschrieben.

⁹ Der Text stammt von einem Sekretär. Das Telegramm wurde chiffriert um 15.30 Uhr aus Sotschi abgeschickt.

¹ Vgl. Dok. 116.

ren für 115 Mio. Mark von den für das Jahre 1935 vereinbarten 150 Mio. realisiert. Gravierende Verzögerungen bei der Ausgabe von Kontingenten an uns durch die Deutschen sind nicht zu beobachten. Zum Ende des Jahres werden wir voraussichtlich etwas mehr als 150 Millionen Mark machen.

Wir werden den Deutschen für das Jahr 1935 voraussichtlich nicht mehr als 80 Mio. Mark statt der versprochenen 100 [Mio. Mark] mit Devisen und Gold bezahlen. Bis jetzt wurden auch sehr wenige laufende Aufträge der uns von den Deutschen versprochenen 60 Millionen Mark (ungefähr 13 Mio. Mark) auf Rechnung vergeben. Wenn das NKVT nicht in der Lage ist, im Rahmen des Generalimportplans eine genügende Anzahl von Aufträgen bereitzustellen, um unsere diesbezügliche Verpflichtung zu erfüllen, so wird es vielleicht im Oktober-November nicht zu vermeiden sein, die Frage von Vorschusseinkäufen im Rahmen des Importplans für 1936 zu entscheiden; es ist unmöglich, weniger als 40–50 Mio. Mark für laufende Aufträge an die Deutschen zu vergeben.

Die Vergabe der Aufträge im Rahmen des 200-Millionenkredits ist ab August erst richtig in Gang gekommen, da die technischen Spezifizierungen aus den Ämtern verspätet eintrafen und die Industriekommissionen verspätet nach Berlin gereist sind. Bis jetzt sind Aufträge in Höhe von 24 Mio. Mark vergeben worden. Wir beabsichtigen, im September-Oktober noch weitere 60–70 Mio. Mark auszugeben und dieses Tempo künftig beizubehalten.

Die Hauptschwierigkeiten bei der Vergabe von Aufträgen im Rahmen des 200-Millionenkredits ergeben sich aus dem Umstand, dass fast jeder wichtige Auftrag nicht nur nach Verhandlungen mit den Firmen, sondern auch mit deutschen Regierungsorganen erteilt wird, da die Deutschen ihren Export, und insbesondere die uns interessierenden Objekte, einer strengen Kontrolle unter militärischem Gesichtspunkt unterziehen. Außerdem kommt es darauf an, einen besonders beharrlichen Kampf mit den Firmen hinsichtlich der Preise auszufechten, weil wir anstreben, die Aufträge zu den Konkurrenzpreisen anderer Länder zu vergeben, während die Deutsche Mark faktisch um 20–25% abgewertet worden ist.

Es gelingt uns trotz der Schwierigkeiten, viele der uns interessierenden wichtigen Objekte in Form von speziellen Aufträgen für die Chemie im Verteidigungssektor zu ordern. Wir werden voraussichtlich bereits im September-Oktober in der Lage sein, Aufträge für Anlagen zur Rektifizierung von Gasen, für die Produktion von Helium, für eine Anlage sowie für technische Hilfe für ein Ammoniakwerk zu vergeben. Hinsichtlich des Auftrages für eine Anlage und für technische Hilfe zur Verflüssigung von Kohle (die Gewinnung von Benzin aus Kohle) ist es uns gelungen, ein unverbindliches Angebot von der IG Farbenindustrie und von der mit ihr konkurrierenden Otto Wolff-Klöckner-Gruppe zu bekommen. Wir führen mit ihnen die Verhandlungen intensiv fort.

Für das Volkskommissariat für Verteidigung erhielten wir Angebote zu allen uns interessierenden Objekten auf dem Gebiet der Optik, der Funkanlagen und der Luftstreitkräfte, mit Ausnahme von zwei – drei Objekten. Autopiloten, Schnellboote, Anlagen für Feuerleitanlagen für Flugzeuge und eine Anlage für die Produktion von chemischen Farbstoffen hat man uns bis jetzt nicht bewilligt, ich führe mit Schacht jedoch in dieser Angelegenheit noch Verhandlungen, eine abschließende Antwort steht noch aus.

Entsprechend Ihrer Weisungen² führen wir mit den Deutschen bislang keine Verhandlungen über künftige Wirtschaftsabkommen. Nachdem wir mit Schacht vereinbart hatten, die Gespräche zum Milliardenkredit³ um eine gewisse Zeit zu vertagen, gehe ich bei Treffen mit ihm diesem Thema aus dem Wege. Ich meine, dass man in den nächsten drei bis vier Monaten zu dieser Frage zurückkehren könnte, obwohl sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands rasant zuspitzt und sich in letzter Zeit auch der Kampf des „radikalen“ Flügels der faschistischen Partei (Goebbels, Rosenberg und Gesinnungsgenossen) gegen Schacht und seine Kreise um einiges verschärft. Gewisse Leute aus dem Kreise der „Radikalen“ sprechen sogar von einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit uns. Die Frage einer wirtschaftlichen Einigung mit uns ist auch Gegenstand des Kampfes innerhalb des faschistischen Lagers, und falls ein Abkommen zustande kommen sollte, so würde dadurch die Stellung von Schacht und seiner Kreise verständlicherweise gestärkt werden. Hinsichtlich unserer Bevollmächtigten Vertretung sind wir leider sehr isoliert. Es werden keinerlei ernsthafte Schritte unternommen, um nützliche Kontakte anzubahnen und zu beleben. Ich meine, dass das ein Fehler ist.⁴

Ich drücke Ihnen kräftig die Hand.

D. Kandelaki⁵

Moskau, 3.IX.35

RGAE, f. 413, op. 12, d. 1753, l. 25–26. Kopie.

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 71, S. 127–128⁶.

² Vgl. Dok. 183.

³ Vgl. Dok. 198.

⁴ In dem an Stalin und einige Mitglieder des Politbüros des ZK der VKP (B) gerichteten Schreiben vom 15.2.1936 lenkte Litvinov die Aufmerksamkeit „auf das absolut unnormale Verhältnis zwischen den Leitern der Handelsvertretungen und der Bevollmächtigten Vertretungen“, das sich seiner Auffassung nach „nicht mit den individuellen Charaktereigenschaften der Handelsvertreter und der Bevollmächtigten Vertreter erklären lässt, sondern ausschließlich mit der Haltung des Gen. Rozengol'c im vergangenen Jahr, die Handelsvertretungen völlig selbstständig von den Bevollmächtigten Vertretungen zu machen“. In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 882, l. 19.

⁵ Kandelaki kam nach Moskau zur Berichterstattung bezüglich der Vergabe von Aufträgen im Rahmen des 200-Millionenkredites und schrieb auf Empfehlung von Kaganovič an Stalin den hier dokumentierten Brief, der am 5.9. nach Sotschi abging. Vgl. Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 636, S. 553–554. Am 8.9. teilte Stalin seine Reaktion darauf mit: „Den Brief Kandelakis habe ich gelesen. Wie es aussieht, steht es um unsere Angelegenheiten in Deutschland nicht schlecht... Übermitteln Sie Gen. Kandelaki meinen Gruß und sagen Sie ihm, dass er darauf bestehen muss, von den Deutschen alles das zu bekommen, was wir für das Militär und an Farbstoffen benötigen.“ Vgl. ebd., Dok. 642, S. 558.

⁶ Das veröffentlichte Exemplar enthält den Vermerk: An Gen. Dvinskij ins Archiv. L. Kaganovič. Vgl. SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 71, S. 127.

Nr. 225
**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg**

Geheim
Expl. 1
[7.9.1935]

TAGEBUCH
N.N. KRESTINSKIJS

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS SCHULENBURG, 7.IX.35

1. Sch[ulenburg] reist ^{**1} nach Deutschland. Ursprünglich hatte er beabsichtigt, bis Twardowskis Rückkehr aus dem Urlaub, d.h. ungefähr bis zum 12. September, in Moskau zu bleiben und danach nach Tiflis zu fahren, um im Kaukasus drei Wochen Urlaub zu machen.

Er erhielt jedoch aus Berlin die Einladung zur Teilnahme am Parteitag der Nationalsozialisten in Nürnberg, der am 10. September eröffnet wird. Deshalb reist er heute ab, am 9. wird er in Berlin und am 10. in Nürnberg sein. Dort wird er bis zum 16. bleiben und danach nimmt er den Dampfer von Stettin nach Helsingfors, und von Helsingfors kehrt er über Leningrad per Eisenbahn nach Moskau zurück. In Leningrad bleibt Sch. einen Tag, um die iranische Kunstaussstellung zu besuchen, aller Voraussicht nach wird er am 22. in Moskau eintreffen.

Da alle seine drei Räte – Twardowski, Hilger und Hensel – abwesend sind, die beiden ersten sind im Urlaub und der dritte befindet sich auf Dienstreise, ließ er aus Kiev Konsul Hencke für einige Tage kommen. Hencke wird für fünf bis sechs Tage bis zur Rückkehr Twardowskis der Geschäftsträger sein, danach übernimmt Twardowski die Geschäfte der Botschaft.

Sch. beabsichtigt, nach seiner Rückkehr nach Moskau sofort in den Kaukasus zu reisen. Falls jedoch in dieser Zeit politische Komplikationen eintreten sollten, zum Beispiel der italienisch-abessinische Krieg² ausbricht, so befürchtet er, dass die deutsche Regierung, obwohl dieser Krieg Deutschland nicht unmittelbar berührt, nichtsdestotrotz allen ihren Botschaftern und Gesandten die Weisung erteilen könnte, am Ort zu verbleiben. Wenn dies aber nicht eintreten sollte, so werde er sich von Ende September und die erste Hälfte des Oktobers im Süden der UdSSR aufhalten.

2. Er wandte sich vor der Abreise mit zwei Bitten an mich. Die erste Bitte betrifft den in Leningrad verurteilten deutschen Staatsbürger Ingenieur Fuchs³. Zum Fall Fuchs habe er drei Wünsche:

a) Das Leningrader Konsulat erhielt unlängst von Fuchs eine Postkarte. Mit dieser Postkarte teilte Fuchs mit, dass er von der Deutschen Botschaft weder Telegramme noch Geld noch Päckchen erhalten habe und man ihm auch nicht erlaube, Briefe und Telegramme zu verschicken. Sch. erachte solch eine Situation als un-

¹ Das an dieser Stelle stehende Wort „morgen“ ist mit Tinte durchgestrichen.

² Vgl. Dok. 223, Anm. 1.

³ Vgl. Dok. 12, Anm. 3.

normal und bittet darum, Maßnahmen zu ergreifen, um Fuchs die Möglichkeit zu geben, Kontakt zur Botschaft zu halten.

b) Mit der gleichen Postkarte teilte Fuchs mit, dass er sich physisch sehr schlecht fühle, er in ein Lager verlegt worden sei, das bedeutend nördlicher als das vorherige liegt und aus dem er vor einigen Monaten ein Telegramm geschickt hätte.

Dass Fuchs, der ein recht robuster Mensch sei, nun über seinen schlechten Gesundheitszustand schreibe, beunruhe die Deutsche Botschaft sehr. Der Botschafter hat Sorge, Fuchs könnte wegen des rauen Klimas und der schlechten Lebensbedingungen sterben, was in Deutschland einen sehr negativen Eindruck hinterlassen würde.

Deshalb bittet Sch. darum, Fuchs an einen Ort mit einem günstigeren Klima zu verlegen, nach Möglichkeit in die Nähe eines deutschen Konsulats.

c) Die deutsche Regierung wäre schließlich bereit, Fuchs gegen irgendeine in Deutschland verhaftete Person, die für die sowjetische Regierung von Interesse ist, auszutauschen.

Sch. habe den Eindruck, unsere Innenorgane seien nach wie vor prinzipiell gegen einen Austausch von Fuchs. Er möchte mich bitten, mich dieser Frage anzunehmen⁴; falls es keine prinzipiellen Einwände gäbe, könnten konkrete Gespräche aufgenommen werden.

3. Danach ging Sch. unerwartet zu Fragen des Ost- und Donaupaktes über und sagte mir etwas unverständlich, dass jetzt, wie wir wahrscheinlich von den Franzosen und Engländern wüssten, nicht die Zeit sei, darüber Gespräche zu führen.

Ich bat Sch., mir erstens zu sagen, ob diese seine Erklärung eine offizielle sei, und zweitens zu präzisieren, wie seine Mitteilung zu verstehen sei, ob dies eine generelle Ablehnung zum Abschluss eines Ostpakts und eines Donaupakts sei, oder ob es ein Vorschlag sei, die Verhandlungen zu vertagen.

Dazu führte Sch. ungefähr Folgendes aus. Die französische Regierung habe im Juni den Deutschen vorgeschlagen, Verhandlungen zum Ostpakt aufzunehmen.⁵ Später, im Juli oder vielleicht sogar Anfang August, sei von der englischen Regierung ein ähnlicher Vorschlag unterbreitet und den Deutschen vorgeschlagen worden, sich mit diesen Verhandlungen zu beeilen.⁶ Sowohl den Franzosen als auch den Engländern wurde geantwortet, dass, da sowohl Hitler, der sich jetzt nicht in Berlin aufhalte und völlig mit der Vorbereitung des Nürnberger Parteitages eingespannt sei, als auch Neurath, der sich in Urlaub befinde, die deutsche Seite Verhandlungen zum Abschluss eines Ostpaktes sowie zu einem Donaupakt frühestens Mitte Oktober aufnehmen könne. Angesichts unseres Interesses am Ostpakt sei Schulenburg mitgeteilt worden, dass er uns bei einem Treffen entsprechend informieren könne, was er hiermit auch mache.

N. Krestinskij

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2799 vom 8.9.1935.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 32, l. 56–58. Original.

⁴ Vgl. Dok. 226.

⁵ Am 3.6.1935. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 127, S. 238–239.

⁶ Am 5.8.1935. Vgl. ebd., Dok. 248, S. 527–528.

Nr. 226

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Stellv. Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Agranov

Geheim
PERSÖNLICH
8. September [193]5

1476

An den
Stellvertretenden Volkskommissar für
Innere Angelegenheiten der UdSSR
Gen. AGRANOV

Sehr geehrter Jakov Saulovič,

der deutsche Botschafter Schulenburg war gestern, vor seiner Abreise zum Nürnberger Parteitag, bei mir.¹

Neben anderen Fragen kam er auf den deutschen Staatsbürger Fuchs zu sprechen. Fuchs ist ein deutscher Ingenieur, der vor einigen Monaten in Leningrad wegen Spionage verurteilt worden ist, ich glaube zu 10 Jahren Freiheitsentzug². Die Deutschen sind an ihm sehr interessiert und stellten mehr oder weniger offiziell die Frage nach Möglichkeiten seines Austauschs.³ Gestern stellte Schulenburg diese Frage offiziell. Nach einer gewissen Zeit werde ich ihm eine Antwort darauf geben müssen, ob wir prinzipiell einem Austausch zustimmen oder nicht.

Ich möchte Sie deshalb bitten zu klären, ob es unter den in Deutschland Inhaftierten Genossen gibt, die uns in solch einem Maße interessieren, dass wir sie gegen Fuchs austauschen können. Dabei kann es natürlich nicht um Thälmann gehen, die Deutschen werden sich wohl kaum damit einverstanden erklären, ihn überhaupt auszutauschen.

Fall Sie zu dem Ergebnis gelangen, dass ein Austausch für uns wünschenswert ist, werden wir gemeinsam diese Frage vor das ZK bringen.

Falls Sie aber zu einer negativen Entscheidung gelangen, halte ich es für möglich, Schulenburg solch eine Antwort auch ohne Vorlage der Frage vor das ZK zu geben.

Unabhängig davon, welche Entscheidung Sie hinsichtlich des Austauschs treffen werden, sind Maßnahmen zu treffen, damit Fuchs nicht stirbt. In den letzten 1½ Jahren hatten wir in den Gefängnissen und Konzentrationslagern, in denen deutsche Staatsbürger inhaftiert sind, fünf bis sechs Todesfälle (die Zahl nenne ich aus dem Gedächtnis). Ein jeglicher derartiger Fall führt zu einem sehr unangenehmen Schriftverkehr und Gesprächen mit den Deutschen. Falls dies aber mit Fuchs geschehen sollte, für den sich deutsche Regierungskreise außerordentlich interessieren und dessen Schicksal die Deutsche Botschaft daher besonders aufmerksam verfolgt, so führt das zu einem noch schärferen und unangenehmeren Schriftverkehr, zumal die Deutsche Botschaft in den letzten Monaten uns bereits einige Male

¹ Vgl. Dok. 225.

² Fuchs war zu 8 Jahren Arbeitslager verurteilt worden. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 509, Anm. 14, S. 1341.

³ Vgl. auch Dok. 93.

über den schlechten Gesundheitszustand von Fuchs unterrichtet und den Wunsch ausgesprochen hat, ihn an einen Ort mit einem gemäßigteren Klima zu verlegen.

Mir scheint, dass diesem Teil der Bitte der Deutschen Botschaft entsprochen werden könnte.⁴

Ebenso ist es nicht richtig, dass Fuchs keine Möglichkeit bekommt, mit der Botschaft zu korrespondieren.

Es ist natürlich nicht notwendig, für ihn hinsichtlich des Schriftverkehrs irgendwelche privilegierte Bedingungen gegenüber den verurteilten sowjetischen Staatsbürgern zu schaffen, auch letztere haben jedoch das Recht, Briefe zu schreiben, die von der Gefängnis- und Lagerverwaltung durchgesehen werden. Vielleicht ist dieses Recht auf eine gewisse Norm beschränkt – zwei bis drei Mal im Monat oder etwas in dieser Art. In diesem Rahmen hat Fuchs das Recht, sowohl an seine Angehörigen als auch an die Deutsche Botschaft zu schreiben.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: MM.

Links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2802 vom 9.9.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

1 [Exemplar] an den Adressaten, 1 an Gen. Litvinov, 1 an die II. Westabteilung, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 106, d. 30, l. 29–30. Kopie.

Nr. 227

Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter des Referats für den Osten und den Nahen Osten in der Presseabteilung im AA Schönberg

GEHEIM

Expl. Nr. 2

Berlin, den 13. September 1935

Tagebuch

E. Gnedins

Nr. 400/s¹

Gespräch

mit Schönberg (Presseabteilung des Auswärtigen Amtes) am 12.IX.35

Wegen der Abwesenheit des nach Nürnberg abgereisten Aschmann suchte ich Konsul Schönberg in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes auf.

⁴ Fuchs wurde einige Monate später in ein Zwangsarbeitslager nach Jaroslavl' verlegt. Vgl. Dok. 372.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

Schönberg eröffnete das Gespräch über die in Moskau gewonnenen wunderbaren Eindrücke. Ich entgegnete darauf, dass meine ersten Eindrücke nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub in Berlin weniger erfreulich gewesen wären. In Absprache mit Gen. Bessonov kam ich auf die dem Nürnberger Parteitag gewidmete Ausgabe des „Stürmer“ zu sprechen. Indem ich den Vorbehalt machte, jetzt keinen offiziellen Auftrag im Zusammenhang mit den empörenden antisowjetischen Ausfällen in der Zeitschrift Streichers zu haben, wies ich darauf hin, dass ich es dennoch für nötig erachte, die Aufmerksamkeit Schönbergs auf die absolut unerhörten Ausfälle im „Stürmer“ gegen die UdSSR zu lenken. Ohne mir bei den Formulierungen Zwang aufzuerlegen, sagte ich Schönberg, dass derartige Dummheiten, Verleumdungen und Gemeinheiten nur in den miesesten weißgardistischen Veröffentlichungen während des Bürgerkrieges anzutreffen gewesen seien. Ich müsse ihm als meine persönliche Meinung sagen, dass der Inhalt der letzten Ausgabe des „Stürmer“ bei jedem einigermaßen anständigen Menschen Abscheu hervorrufen müsse. Schönberg bemerkte, der „Stürmer“ wäre eine eigenständige private Publikation, worauf ich entgegnete, dass Streicher der Hausherr (Gastgeber)² in Nürnberg sei.

Schönberg sagte einige Worte hinsichtlich antideutscher Veröffentlichungen in der ****sowjetischen****³ Provinzpresse und fügte danach mit der ihm eigenen Ungeschicklichkeit hinzu, dass der Nürnberger Parteitag in der UdSSR sicherlich Gegenartikel auslösen werde und es deshalb keine Notwendigkeit gäbe, auf einzelne gegenseitige Ausfälle einzugehen. Nach einem kurzen „Meinungsaustausch“ über die Proklamation Hitlers⁴ ging ich zu den Bedingungen für die ****Tätigkeit****⁵ der sowjetischen Korrespondenten in Berlin über.

Vor allem warf ich die Frage bezüglich der Verzögerung bei der Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung für Gen. Gofman („Pravda“) auf. Als ich am Vortag Schönberg darum gebeten hätte, mich zu empfangen, hätte Gofman noch keine Antwort auf seine turnusmäßige Bitte um Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis erhalten; heute sei sie ihm bis zum 3. November verlängert worden, d.h. faktisch um die Zeit seines bevorstehenden Urlaubs. Schönberg unterbrach mich und sagte, er wolle in allgemeiner Form die Gofman-Frage aufwerfen; dies wäre seine „Gegenrechnung“ zu meinen Ansprüchen. Ich protestierte kategorisch gegen die Versuche, die Berichte Gofmans und die von mir zu Beginn des Gesprächs charakterisierten Artikel im „Stürmer“ auf eine Stufe zu stellen. Schönberg sagte, dass er dies nicht beabsichtigt hätte. Dies umso weniger, als man Artikel, die in einer Zeitschrift in Deutschland erschienen, und die Berichte, die aus einem Land in ein anderes geschickt würden, nicht vergleichen könne. Er müsse jedoch sagen, dass Gofman zu lange „mit der Wahrheit spiele“; er müsse mir sagen, dass die Innenbehörden außerordentlich gegen Gofman eingenommen wären. Als ich darum bat, konkrete Beispiele anzuführen, sagte Schönberg, es ginge hierbei nicht um die letzten Wochen, sondern um die gesamte Tätigkeit Gofmans, er besäße eine ganze Mappe und

² Das Wort ist in Klammern und in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Vgl. Der Parteitag der Freiheit vom 10.–16. September 1935. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden, München 1935, S. 22–40.

⁵ Das Wort ist mit Bleistift über die Zeile geschrieben.

könnte sie nötigenfalls vorlegen. In diesem Gespräch wolle er jedoch nur meine Aufmerksamkeit auf die Stimmung der Innenbehörden lenken und den Gedanken aussprechen, dass es vielleicht besser wäre, wenn man Gofman in ein anderes Land versetzen würde. In meiner Entgegnung sagte ich, dass ich es generell ablehne, auf dieser Ebene über die Tätigkeit sowjetischer Korrespondenten zu sprechen: es könne auch nicht die Rede davon sein, dass man einen sowjetischen Korrespondenten aus einem Land abziehe und ihn in ein anderes nur deshalb versetze, weil er den deutschen Innenbehörden missfalle. Schönberg antwortete, er wolle mich lediglich vorab informieren, um weitere schärfere Zwischenfälle zu vermeiden. Ich wiederholte erneut, dass ich auf solch einer Ebene keine Gespräche zu führen wünsche; Gofman fahre in diesen Tagen in den Urlaub, und wenn er aus dem Urlaub zurückkehre und seine Arbeit wieder aufnehme, könnten wir darüber sprechen, was Schönberg nicht an Gofmans Korrespondenzen gefalle. Danach kam ich auf Bucharcev zu sprechen.

Es ist völlig offensichtlich, dass Schönberg, der noch keinen direkten Auftrag hatte, vorhandene Pläne zur Ausweisung des Gen. Gofman oder zur Verweigerung der Rückkehr ausplauderte.

Was Bucharcev anbelange, so habe Schönberg ihm nichts besonderes vorzuwerfen. Als ich an die Einbestellung Bucharcevs in das Auswärtige Amt erinnerte, sagte Schönberg, soviel er wisse, sei mit Bucharcev alles geregelt worden. Offenbar meinte er den Umstand, dass Bucharcev die Aufenthaltsgenehmigung für 1 Jahr erteilt worden ist.

Zum Ende des Gesprächs erwähnte Schönberg erneut beiläufig den Nürnberger Parteitag. Offenbar hatte er die ihm bereits bekannten Reden von Rosenberg und Goebbels im Auge.

Gnedin

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4175 vom 15.9.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 48, l. 116–118. Kopie.

Nr. 228

Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv.
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GANZ¹ GEHEIM

Expl. Nr. 1
[13.9.1935]²

Nr. 393/s³

An

Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Kopie an: JA. Z. SURIC

1. Zum Nürnberger Parteitag

Der Verlauf des Nürnberger Parteitages hat die schlimmsten Befürchtungen bestätigt, die bei uns hier bereits früher aufgrund vorheriger Informationen aufgekomen waren. Das Erscheinen der Sonderausgabe des „Stürmer“ am Tag der Eröffnung des Parteitages, die Proklamation Hitlers⁴, die Reden von Dietrich⁵, Heß⁶, Darré⁷ und insbesondere von Goebbels⁸ verliehen der antisowjetischen Hetze in Deutschland ein ^{**bisher**}⁹ beispielloses Ausmaß. Das unsäglich niedrige Niveau, auf dem diese neue antisowjetische Kampagne geführt wird (Juden, Asiaten, Mörder, Räuber usw.), ist klar darauf ausgerichtet, dass wir nicht standhalten und nachgeben werden. Die Sache stellt sich so dar, dass die Anhänger eines Abbruchs der Beziehungen mit der UdSSR gesiegt und einen Freibrief erhalten haben, die Sowjetunion in den Schmutz zu ziehen und darauf zu hoffen, dass die Sowjetunion von sich aus die Initiative für entsprechende Schritte ergreift.

Mir ist vollkommen klar, dass hier keinerlei Proteste auf diplomatischem Wege helfen, insbesondere nachdem wir seinerzeit nicht gegen die Rede Hitlers am 21. Mai¹⁰ protestiert haben. Auf jeden unserer Proteste verweisen die Deutschen auf den Kongress der Komintern¹¹, weil sie sehr gut verstehen, dass wir uns niemals auf einen Vergleich und auf eine Gleichstellung des Kongresses der Komintern mit dem Nürnberger Parteitag einlassen werden. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie an einen Fall vom Sommer dieses Jahres erinnern. Der „Simplicissimus“ brachte eine empörende Karikatur von ^{**Gen.**}¹² Stalin, wo ^{**Gen.**}¹³ Stalin auf einem Berg von Leichen dargestellt ist. Unter der Karikatur stand: „Die

¹ Das Wort ist mit Tinte über ein durchgestrichenes Wort geschrieben.

² Die Datierung des Dokumentes erfolgt anhand des Inhalts.

³ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

⁴ Vgl. Dok. 227, Anm. 4.

⁵ Vgl. Der Parteitag der Freiheit vom 10.–16. September 1935. Offizieller Bericht über den Verlauf des Parteitages mit sämtlichen Kongreßreden, München 1936, S. 235–241.

⁶ Ebenda, S. 18–21.

⁷ Ebenda, S. 105–118.

⁸ Ebenda, S. 123–140.

⁹ Das Wort ist mit Tinte über ein durchgestrichenes Wort geschrieben.

¹⁰ Vgl. Dok. 159.

¹¹ Vgl. Dok. 204, Anm. 1.

¹² Das Wort ist mit Tinte geschrieben.

¹³ Das Wort ist mit Tinte geschrieben.

Kader entscheiden alles“¹⁴. Ich reichte im Ministerium schriftlich Protest ein¹⁵, worauf das Ministerium mir ebenfalls schriftlich antwortete, dass es keine Möglichkeit habe, irgendetwas gegen den „Simplicissimus“ zu unternehmen, zumal die sowjetische Presse bei weitem öfter beleidigende Karikaturen von Hitler gebracht habe und bringe.¹⁶ Die Antwort war eindeutig darauf berechnet, dass wir nicht auf einen ausführlichen Vergleich und einer Gegenüberstellung unserer Karikaturen mit den deutschen eingehen würden, weil eine derartige Gleichstellung noch niemals und nirgends zu irgendwelchen Ergebnissen geführt hat. Jetzt wird diese Methode von den Faschisten auf dem Nürnberger Parteitag in einem noch größeren Ausmaß angewandt. Unter diesen Umständen führt ein diplomatischer Protest zu keinen Resultaten. Was aber bleibt in solch einem Fall zu tun? Als einziges Mittel, um auf den Nürnberger Parteitag zu reagieren, stellen wir uns Folgendes vor (Idee des Gen. Gordon): in den Großbetrieben der UdSSR öffentliche Protestmeetings gegen einige auf dem Nürnberger Parteitag gehaltene Reden abzuhalten und sie zu nutzen, um im Zusammenhang mit der antisowjetischen Hetze in Deutschland an die sowjetische Regierung Vorschläge und Forderungen unterschiedlichster Art zu richten. Diese Form würde für uns weniger verpflichtend sein, dafür aber zugleich eine für uns erwünschte Reaktion in der Welpresse erfahren.

Zum Abschluss möchte ich bemerken, dass die Kampagne mit den auf dem Parteitag gehaltenen Reden nicht als erschöpft angesehen werden kann. Es ist nicht auszuschließen, dass auf der Sondersitzung des Reichstages am 15. September noch schwerwiegendere antisowjetische Ausfälle gemacht werden könnten. Bei der in Deutschland herrschenden Atmosphäre ist mit allem zu rechnen.

2. Zu unseren Journalisten.

Gen. Bucharcev hat die Aufenthaltserlaubnis für Deutschland für ein ganzes Jahr erhalten. Dagegen ist die Aufenthaltserlaubnis für Gen. Gofman nur bis zum 3. November d. J. verlängert worden, d.h. praktisch bis zu seinem Urlaubsantritt. Aus der gleichzeitig übermittelten Aufzeichnung des Gesprächs des Gen. Gnedin im Ministerium¹⁷ ist ersichtlich, dass wir damit rechnen müssen, dass die Rückkehr des Gen. Gofman nach Deutschland nicht genehmigt wird, d.h. Anfang November der Ausbruch eines neuen Journalistenkonfliktes möglich ist. Ich möchte Ihnen diese Gefahr rechtzeitig signalisieren, damit wir uns auf sie vorbereiten könnten.

3. Zu den Arbeitsbedingungen für sowjetische Bürger in Deutschland.

Nach dem Barat-Fall haben wir einen zweiten Fall einer unverhohlenen **Perlustrierung**¹⁸ des Schriftverkehrs von sowjetischen Staatsbürgern vorliegen.

¹⁴ Vgl. Simplicissimus vom 26. Mai 1935 (Titelblatt). Der Titel der Karikatur lautet: „Stalin: Der Mensch ist das wertvollste Kapital“. Unter der Karikatur steht: „Und so hast Du mit diesem Kapital gehaust“.

¹⁵ Vgl. Verbalnote der Botschaft der UdSSR an das AA, 8.6.1935. In: AVP RF, f. 82, op. 19, p. 65, d. 10, l. 78.

¹⁶ Vgl. Verbalnote des AA an die Bevollmächtigte Vertretung in Berlin, 13.7.1935. In: AVP RF, f. 82, op. 19, p. 64, d. 2, l. 166.

¹⁷ Vgl. Dok. 227.

¹⁸ Das Wort ist mit Tinte korrigiert.

Es wurde zum Beispiel festgestellt, dass der gesamte Schriftverkehr der Abnahmebeauftragten in den deutschen Unternehmen vorab die Geheimpolizei durchläuft. Hotelbesitzer und Wohnungsinhaber liefern die ankommende und die abgehende Post zur Durchsicht an die Gestapo ab. In den letzten Tagen habe ich mit den neu eingetroffenen Kommissionsmitarbeitern ein Gespräch darüber geführt, wie sie sich jetzt in Deutschland zu verhalten haben. Diese Genossen machen jedoch trotz aller Warnungen sehr oft grobe Fehler, die höchst unangenehme Folgen nach sich ziehen. Beispielsweise wurden vorgestern zwei neu angekommene Genossen in Duisburg von Prostituierten angelockt, mit irgendeinem Giftstoff betäubt und ausgeraubt. Es ist möglich, dass diese Angelegenheit an die Öffentlichkeit gelangt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

S. Bessonov

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: Kopien an B.S.¹⁹, die II. West[abteilung], 2. ** Absatz**²⁰ [Kopien] an Umanskij. NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4170 vom 15.9.1935.

Geschäftsvermerk: Auf Weisung von Gen. N.N. 3 Kopien angefertigt. Versandt an: Stomonjakov, 2. Westab[teilung], Presseab[teilung]. 16.IX.1935. Sekretär des NKID (Unterschrift unleserlich).

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 3 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. [Exemplar] an Gen. Suric, das 3. zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 153–154. Original.

Nr. 229

Telegramm des Sekretärs des ZK der VKP (B) Kaganovič und des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

15.IX.35

Chiffretelegramm

Aus Moskau 15. IX. 35 um 1 Uhr 34 Min. Eingangs-Nr. 53.

Sotschi. An Gen. STALIN

Eingangs-Nr. 53

Wir übermitteln Ihnen telegrafisch die nicht für die Presse bestimmte Meldung des **TASS-Bulletins**^{*1} über den Verlauf des Parteitages der Nationalsozialisten². Heute erhielten wir von Bessonov folgendes Telegramm:

¹⁹ Stomonjakov.

²⁰ Das Wort ist durchgestrichen.

¹ Der Begriff ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

² Vgl. Dok. 218, Anm. 8.

„Aufgrund der aus London eintreffenden Informationen verbreiten sich heute in den Berliner Journalistenkreisen Gerüchte, dass die Deutschen vor einem Abbruch der Beziehungen mit uns stünden und dieser Abbruch vorentschieden sei. Im Zusammenhang mit den antisowjetischen Reden von Rosenberg und insbesondere von Goebbels³ fragen die Nachrichtenagenturen bei uns an, wie wir zu reagieren beabsichtigen. Bezüglich der Sondersitzung des Reichstages am 15. September⁴ gibt es eine Unmenge von Gerüchten, es wird erwartet:

1) Das nachdrückliche Aufwerfen der Memelfrage. 2) Antisemitische Gesetze. 3) Außenpolitische Erklärungen im Zusammenhang mit einer sich abzeichnenden englisch-französischen Annäherung. 4) Eine antisowjetische Erklärung bis hin zum Abbruch. Den Wahrheitsgehalt dieser Gerüchte in Berlin zu überprüfen ist angesichts der Tatsache, dass jetzt alles auf Nürnberg fixiert ist, äußerst schwierig. BESSONOV“.

Wir haben die Presse noch heute zusammengerufen und die Weisung erteilt, den faschistischen Parteitag kritisch zu beleuchten. Was die offizielle Reaktion betrifft, so muss man morgen/übermorgen nach der Sitzung des Reichstages⁵ reagieren, worüber wir Ihnen zusätzlich telegrafieren werden. NR 76.

KAGANOVIČ, MOLOTOV

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 89, l. 122. Original.

Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 656, S. 567.

Nr. 230

Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov

[15.9.1935]

An

Kaganovič, Molotov

Trojanovskijs Chiffretelegramm ist das Ergebnis von Panik.¹ Ihn erschrecken die Gauner aus Amerika, und er erschreckt uns. Er begreift nicht, dass wir keine Angst vor einem Abbruch mit Amerika haben. Es wäre gut, ihm die Gelegenheit zu geben, für einen Monatsurlaub nach Moskau zu kommen, um ihm Abwechslung zu verschaffen.

Hinsichtlich Deutschlands und des Nürnberger Parteitages der Nationalsozialisten ist mein Rat der, in unserer Presse keinen hysterischen Lärm zu schlagen und sich überhaupt nicht von der Hysterie unserer Zeitungsleute anstecken zu lassen. Nürnberg ist die Antwort auf den Kongress der KI². Die Hitlerleute müssen schimp-

³ Vgl. Dok. 228, Anm. 9.

⁴ Vgl. die Rede Hitlers vor dem Reichstag am 15.9.1935. In: Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. I/2, S. 535–537.

⁵ Vgl. Dok. 231.

¹ Vgl. das Telegramm von Kaganovič an Stalin vom 15.9.1935. In: Stalin i Kaganovič. Perepiska. Dok. 657, S. 568.

² Vgl. Dok. 204, Anm. 1.

fen, wenn man berücksichtigt, dass der Kongress der KI sie mit Dreck beworfen und in den Schmutz gezogen hat. Soll die „Pravda“ sie prinzipiell und politisch kritisieren, jedoch ohne unflätige Beschimpfungen. Die „Pravda“ könnte sagen, dass Nürnberg die vom Kongress der KI gegebene Einschätzung bestätigt, wonach der Nationalsozialismus die schlimmste Form des Chauvinismus ist, dass der Antisemitismus die bestialische Form des Chauvinismus und der Menschenverachtung ist, dass der Antisemitismus unter dem Gesichtspunkt der Kulturgeschichte die Rückkehr zum Kannibalismus darstellt, dass der Nationalsozialismus in dieser Hinsicht nicht einmal originär ist, weil er die russischen Pogromhelden aus der Zeit Nikolajs II. und Rasputins sklavisch kopiert. Was den Reichstag betrifft³, so werden wir sehen, wie er sich verhalten wird.

Stalin⁴

**Nr. 53, 54
15/IX.35
12–20**⁵

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 89, l. 114–117. Original.
Veröffentlicht in: Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 658, S. 569.

Nr. 231

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

Geheim
[Ex. Nr. 8]

16. September 1935

1491

An den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Gen. STALIN

Kopien an: die Genossen Molotov, Kaganovič, Vorošilov

Werter Genosse,

ich übersende Ihnen die in unserer Presseabteilung angefertigte Übersicht¹ über die antisowjetischen Reden Hitlers und anderer Regierungsmitglieder (Goebbels, Darré, Heß), die auf dem Nürnberger Parteitag und in der gestrigen Sondersitzung des Reichstages gehalten wurden.

Aus dieser Übersicht wird deutlich, dass alle Reden eine Vielzahl feindlicher Äußerungen gegenüber der Sowjetunion enthielten, die mit verlogenen und ver-

³ Vgl. Dok. 231.

⁴ Den Text hat Stalin mit Bleistift auf Notizzettel geschrieben.

⁵ Diese Passage hat ein Sekretär mit Tinte geschrieben.

¹ Wird nicht abgedruckt. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 158–59. Ferner: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 72, Anhang, S. 129–130.

leumderischen Auslassungen über die Lage in der UdSSR und mit böartigen und hasserfüllten Wertungen flankiert waren.

Persönlich beleidigende Auslassungen gegen einzelne Mitglieder der sowjetischen Regierung kamen jedoch kaum vor.

Was die deutsche Presse betrifft, so kamen persönliche Beleidigungen gegenüber den Leitern der Sowjetunion, die Gen. Litvinov zu dem Vorschlag veranlassen, den Deutschen einen scharfen Protest zu erklären, fast nur in der speziell zum Parteitag herausgegebenen antisemitischen Ausgabe der Wochenzeitung „Der Stürmer“ vor. Diese Zeitschrift stellt sich als ein reißerisches, halbpornografisches Boulevardblatt dar, gegen welches zu protestieren wohl kaum einen Sinn macht.

Angesichts dieser Lage ist es nicht zwingend notwendig, der deutschen Regierung im Zusammenhang mit dem Parteitag und der Sitzung des Reichstages in Nürnberg unseren Protest zu erklären. Zugleich ist es nicht auszuschließen, dass, falls wir Protest erheben, Hitler und seine Umgebung, die sich momentan in einem Zustand höchster Exaltation befinden, auf unseren Protest mit irgendeiner anstößigen und beleidigenden Note antworten könnten, wodurch wir in eine schwierige Lage geraten würden.

Deshalb neige ich persönlich dazu, keinen Protest zu erheben.

Erbitte Weisungen.²

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
9 E[xemplare]. [Die Exemplare] 1–5 an die Adresse, das 6. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 7. an Gen. Stomonjakov, das 8. an NN³, das 9. zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 156–157. Kopie.

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 72, S. 129.

Nr. 232

Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Twardowski an das AA

Moskau, den 16. Sept. 1935

Tgb. A/2017

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Inhalt: Die Sowjetpresse über den Nürnberger Parteitag.

Die Feindseligkeit der Haltung der Sowjetpresse zum Nürnberger Parteitag nahm im Verlauf der Tagung zu.

² Am 17.9. übersandten Kaganovič und Molotov an Stalin die Rede Hitlers im Reichstag. Vgl. Stalin i Kaganovič. Perepiska, Dok. 660, S. 570. Stalin stimmte ihnen darin zu, dass es keine Veranlassung für eine Protesterklärung gegenüber der Regierung Deutschlands gebe. Vgl. ebd., Dok. 661, S. 570.

³ Krestinskij.

In den ersten eigenen Berliner Meldungen der „Iswestija“¹ und „Prawda“² vom 12.9. über die Eröffnung des Parteitages sowie in der gleichzeitig von der Presse veröffentlichten Berliner TASS-Meldung³ über den Inhalt der Proklamation des Führers herrschte noch relative Zurückhaltung. Dasselbe ließ sich auch, wenn man von Sowjetnormen ausgeht, von den Berliner TASS-Meldungen über die der Kunst gewidmete Rede des Führers v. 11.9. sagen, die in der „Prawda“ vom 13.9.⁴ veröffentlicht wurden. Da es sich um den Tag nach dem Ausgangstag handelte, waren die anderen Blätter am 13.9. nicht erschienen.

In den Blättern vom 14.9. hatte sich der Ton der Berichterstattung außerordentlich verschärft. Sie befasste sich an diesem Tage fast ausschließlich mit denjenigen Reden und Äußerungen, die auf dem Parteitag dem Bolschewismus gegolten hatten. Der Berliner Berichterstatte der „Iswestija“⁵ meinte dazu, dass man es offenbar mit dem Versuch zu tun habe, einen „Antisowjetblock zu schmieden“, wobei die Komintern als Schreckgespenst dienen müsste. Insoweit die Reden von Nürnberg darin noch etwaige Zweifel ließen, würden sie von den Kommentaren der deutschen Presse, in erster Reihe des „Völkischen Beobachters“, beseitigt. Erregtere aggressive Töne schlug eine Berliner TASS-Meldung an, die in den Blättern vom gleichen Tage veröffentlicht wurde. Sie wandte sich besonders gegen die Rede Alfred Rosenbergs. Die ganze Rede Rosenbergs, so hieß es in der Meldung (vgl. Prad. v. 14.9.)⁶, sei „von antisowjetischen Angriffen, die ihrem verleumderischen Charakter nach unerhört wären, beherrscht“ gewesen. In einem „außerordentlich verleumderischen und böswillig-antisowjetischen Geiste“ hätte auch Goebbels auf dem Parteitag gesprochen.

Die eigene Berliner Meldung der „Iswestija“ vom 15.9.⁷ war im Ton um einige Grade ruhiger gehalten. Sie vertrat die These, dass auf dem gegenwärtigen Parteitag die Diskussion über den Kommunismus in ein neues Stadium getreten sei, da der Parteitag einen Sammelruf gegen den Bolschewismus „über die Grenzen des Landes“ richte. Die Prawda v. 15.9. beschränkte sich in ihren Nachrichten über den Parteitag auf TASS-Meldungen⁸. Auch diese waren etwas weniger aufgeregt als am Vortage, wenn auch, wie nicht anders zu erwarten, weiterhin nicht ohne Gereiztheit und Übelwollen. Der Eindruck auf den Leser wurde dadurch verschärft, dass die „Prawda“ die erwähnten Meldungen „Faschistische Schaubude in Nürnberg“ überschrieb.

¹ Dm. Bucharcev: „S-ezd germanskich fašistov“ (Parteitag der deutschen Faschisten). In: Izvestija vom 12. September 1935, S. 2.

² Gofman: „Fašistskij s-ezd v Njurenberge“ (Faschistischer Parteitag in Nürnberg). In: Pravda vom 12. September 1935, S. 5.

³ TASS-Meldung. In: Izvestija vom 12. September 1935, S. 2. „Deklaracija Gitlera“ (Deklaration Hitlers). In: Pravda vom 12. September 1935, S. 5.

⁴ „Fašistskie razglagol'stvovanija ob iskusstve“ (Faschistische Tiraden über Kunst). In: Pravda vom 13. September 1935, S. 5.

⁵ Dm. Bucharcev: „S-ezd nemeckich fašistov. Otkrytie rejštaga“ (Parteitag der deutschen Faschisten. Eröffnung des Reichstags). In: Izvestija vom 14. September 1935, S. 2.

⁶ „Fašistskij s-ezd v Njurenberge. Antisovetskie vypady Rozenberga i Gebbel'sa“ (Faschistischer Parteitag in Nürnberg. Die antisowjetischen Ausfälle von Rosenberg und Goebbels). In: Pravda vom 14. September 1935, S. 5.

⁷ Dm. Bucharcev: „S-ezd germanskich fašistov“ (Parteitag der deutschen Faschisten). In: Izvestija vom 15. September 1935, S. 2.

⁸ „Fašistskij balagan v Njurenberge“ (Faschistische Schaubude in Nürnberg). In: Pravda vom 15. September 1935, S. 5.

Alles bisher Erwähnte wurde jedoch in der Tonart durch die Artikel überboten, die am 15.9. in den Blättern veröffentlicht wurden.

In den „Iswestija“ v. 15.9. schrieb Jur (J. Rosenblatt)⁹ über den Parteitag und betitelte seine Ausfälle „Die Nürnberger Schaubude“. Er suchte sich über das äußere Bild des Parteitages lustig zu machen und wandte sich auch gegen die antibolschewistischen Kundgebungen von Nürnberg in witzelndem Tone. Im Weiteren meinte er, es handle sich nicht um einen Parteitag der Freiheit, sondern des Krieges; dabei seien die deutschen wirtschaftlichen Ressourcen der Erschöpfung nahe. Diese tendenziösen und gehässigen Ausführungen der „Iswestija“ wurden von der „Prawda“ noch in den Schatten gestellt, deren entsprechender Artikel D. Ossipows „Basar in Nürnberg“¹⁰ von Invektiven strotzte. „Hysterisches Antisowjet-Meeting“, „Vulgarität und Hysterie“, „man könnte glauben, irgendwelche phantastischen Riesenferkel würden geschlachtet“... in diesem Stil ging es weiter. Der sachliche Inhalt des Artikels war entsprechend dürftig. Er beschränkte sich auf folgende Behauptungen: Der Alarm gegen den Bolschewismus zeige, dass man ihn fürchte; Rosenberg und Goebbels böten dem internationalen Imperialismus ihre Dienste zur Vorbereitung des Antisowjetkrieges an; der Feldzug gegen den Bolschewismus hätte den Zweck, von der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter und Bauern abzulenken; die „militärische Demonstration in Nürnberg“ stelle eine Probemobilmachung der Eisenbahnen dar.

Ähnlich wie die Artikel der „Iswestija“ und „Prawda“ waren auch andere Veröffentlichungen gehalten. „Komsomolskaja Prawda“ v. 15.9.: Die Komödie in der Stadt Nürnberg¹¹; „Sa Industrialisaziju“ v. 15.9.: Das Narrentreffen von Nürnberg¹²; „Rabotschaja Moskwa“ vom gleichen Datum: „Nürnberger Fanfaren“¹³ usw. Auch sie zogen die bekannten Ladenhüter der gegen den „deutschen Faschismus“ gerichteten bolschewistischen Propaganda hervor. Nur die Tonart war diesmal, wie erwähnt, besonders roh. Ferner zeigte die Gleichzeitigkeit des Erscheinens der Artikel und die Gleichartigkeit der Themenbezeichnung, dass von der Pressezentrale der Kommunistischen Partei der Sowjetunion eine Anweisung ergangen war, und zwar in dem Sinne, man müsse den Gegner verhöhnen und versuchen, ihn lächerlich zu machen. Offenbar soll dadurch einer Unruhe und Furcht hervorrufenden Wirkung der antibolschewistischen Kundgebung in Nürnberg begegnet werden. Ob dieses Mittel tatsächlich verfängt, dürfte freilich angesichts der in Russland fest verwurzelten hohen Einschätzung des deutschen Könnens und der deutschen Macht eine offene Frage bleiben.

In den Blättern vom 16.9. folgten auf die Artikel wieder nur kurze Meldungen über den Nürnberger Parteitag. Eine eigene Berliner Meldung der „Iswestija“¹⁴ be-

⁹ Jur: „Njurenberskij balagan“ (Nürnberger Schaubude). In: Izvestija vom 15. September 1935, S. 2.

¹⁰ D. Osipov: „Bazar v Njurenberge“ (Basar in Nürnberg). In: Pravda vom 15. September 1935, S. 5.

¹¹ Dm. Lebedev: „Komediya v gorode Njurnberge“ (Komödie in der Stadt Nürnberg). In: Komsomol'skaja pravda vom 15. September 1935, S. 2.

¹² M.T.: „Sborišče šutov v Njurenberge“ (Ein Menschenauflauf von Narren in Nürnberg). In: Za industrializaciju vom 15. September 1935, S. 2.

¹³ F. Š.: „Njurenberskie fanfary“. In: Rabočaja Moskva vom 15. September 1935, S. 3.

¹⁴ Dm. Bucharcev: „Na s-ezde germanskich fašistov“ (Auf dem Parteitag der deutschen Faschisten). In: Izvestija vom 16. September 1935, S. 2.

tonte, dass die Truppenschau des 16.9. als Höhepunkt der Tagung betrachtet werde. Ferner meinte der Berliner Berichterstatter der „Iswestija“, den Auslandsnachrichten der deutschen Presse ließe sich entnehmen, dass der Parteitag jenseits der Grenze, im besonderen in London und Genf, einen wenig günstigen Eindruck hervorgerufen habe, und dass im besonderen „die antisowjetische Beredsamkeit“ Goebbels', Rosenbergs und anderer die „Stimme des Predigers in der Wüste“ geblieben sei. Die „antisowjetische Demonstration“ sei „glänzend durchgefallen“. Die „Prawda“ v. 16.9. veröffentlichte über den Parteitag nur eine kurze Berliner TASS-Meldung¹⁵, welche sich erneut über antisowjetische Reden beklagte; im besonderen hätte der Reichsjustizkommissar Dr. Franck¹⁶ „mehrere scharfe antisowjetische Ausfälle“ gemacht, und auch die Rede Dr. Leys enthalte „eine Reihe grober antisowjetischer Ausfälle“.

Die Meldung über die Reichstagssitzung vom 15.9. in Nürnberg war – wegen der abweichenden Uhrzeiten – für die Moskauer Blätter vom 16.9. zu spät eingegangen. Nur in der „Prawda“ vom 16.9. findet sich eine kurze TASS-Meldung von 20 Zeilen¹⁷, die den äußeren Verlauf der Reichstagssitzung und den Hauptinhalt der drei in Nürnberg beschlossenen Gesetze¹⁸, übrigens ungenau, berichtet. Eine Stellungnahme zur Reichstagssitzung und zur Erklärung der Reichsregierung fand sich auch in der „Prawda“ noch nicht.

gez. von Twardowski

Auferstem Blatt oben: Kl[einer] Umlauf mit Abzeichnungen; darunter zdA. Am Seitenrand: Ab 16.9.35. Unten: A 15 h. In vier Durchschlägen gefertigt.

PA AA, Moskau 285, o. P., 6 Bl.

¹⁵ „Antisowjetskie vypady v Njurenberge prodolžajutsja“ (Die antisowjetischen Ausfälle in Nürnberg werden fortgeführt). In: Pravda vom 16. September 1935, S. 5.

¹⁶ So im Dokument; richtig: Frank. Er war Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

¹⁷ „Zasedanie germanskogo Rejchstaga“ (Sitzung des Deutschen Reichstages). In: Pravda vom 16. September 1935, S. 5.

¹⁸ Auf dem Reichsparteitag am 15.9.1935 wurden verkündet: das „Reichsbürgergesetz“, das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ und das „Reichsflaggengesetz“; vgl. Reichsgesetzblatt 1935, Teil I, S. 1146–1147.

Nr. 233
**Aufzeichnung des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses
 der Deutschen Wirtschaft Tschunke**

[16.9.1935]¹

Zur Frage der Einfuhr lebenswichtiger Rohstoffe aus der UdSSR nach Deutschland

A.

1. Der Import aus Russland ist zurzeit vollkommen festgefahren. Das Einfuhrkontingent von ca. 100 plus 50 Millionen ist erschöpft. Die Russen wollen nur noch gegen freie Reichsmark oder gegen Devisen verkaufen. Tauschgeschäfte werden abgelehnt. Im Jahre 1936 haben die Russen nur noch ca. 60 Millionen Schulden an uns zu zahlen und daher voraussichtlich kein großes Exportbedürfnis mehr. Es ist zu erwarten, dass die Russen diese Lage zu ihrem Vorteil ausnutzen und ihre Einfuhr nur noch gegen Devisen bewerkstelligen werden, die wir nicht haben.

Man tappt zurzeit völlig im Dunkeln. Die Handelsbilanz verschlechtert sich immer mehr. Die Zahlungsbilanz wird bald ausgeglichen sein. Erst im Jahre 1941 ist mit den ersten Zahlungen der Russen aus dem zusätzlichen 200 Millionen Geschäft zu rechnen, frühestens ab 1938 mit geringen Zahlungen aus noch zu tätigen Abschlüssen im laufenden Geschäft (60 Millionen Reichsmark). Es handelt sich darum, das Vakuum bis zu diesen Jahren zu überbrücken, die Russen bald zu neuen Schulden an uns zu veranlassen, um wie bisher auf dem Verrechnungswege gegen Reichsmark Rohstoffe aus Russland zu beziehen.

2. Es bewegt uns daher die ernste Frage, was geschehen soll und muss, um den für uns lebenswichtigen Import aus der UdSSR

für den Rest 1935

für das Jahr 1936

zunächst sicherzustellen.

3. Wir glauben nicht, dass wir auf die Einfuhr russischer Rohstoffe, in Sonderheit der lebenswichtigen wie

Naphtha,

Eisenerze,

Holz,

Baumwolle,

Flachs,

Drogen, pharmazeutische Stoffe und Chemikalien und schließlich Lebensmittel (Getreide, Hülsenfrüchte, **Ölkuchen**², Butter, Pflanzenöle und Fette) verzichten können. Der jährliche Bedarf lebenswichtiger, aus Russland zu beziehender

¹ Das Dokument ist datiert nach einer Kurzfassung, des Textes, die als Vorlage zu einem Vortrag beim Reichswirtschaftsminister Schacht gedacht war. Dort befindet sich auch noch ein Punkt B: „Im Reichswirtschaftsministerium muss eine Stelle eingerichtet werden, die ausschließlich das Russlandgeschäft bearbeitet, und zwar schnell, nicht bürokratisch, sondern den kaufmännischen Erfordernissen angepasst ist und mit sachverständigen Bearbeitern der wichtigsten Branchen besetzt ist, die die Firmen fachmännisch unterstützt.“ Vgl. PA AA, R 94659, Bl. E 664955.

² Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

Rohstoffe dürfte mit Reichsmark 200 Millionen anzusetzen sein, einschließlich der oben genannten Lebensmittel, die im Jahre 1934 in Höhe von RM 40 Millionen eingeführt wurden.

4. Haben wir Mittel, auf die Russen einen Druck auszuüben, ihre Importerlöse, wie zurzeit gefordert, lediglich zu Bestellungen in Deutschland zu verwenden, also ihnen die freie Verfügung über die Reichsmarkbeträge nicht zu gestatten?

Sind die Russen bei gewissen Rohstoffen durchaus auf den Absatz bei uns angewiesen? Wir hören, dass das vielleicht bei der Holzausfuhr der Fall ist.

5. Welche Vorschläge bzw. Bedingungen **hinsichtlich des Imports**³ kommen im Oktober bei den bevorstehenden deutsch-russischen Besprechungen über die Auswirkung des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens vom 9.4.1935 in Frage?

Der Abschluss weiterer Russlandgeschäfte mit einem 5-Jahreskredit würde den deutschen Interessen nicht gerecht werden, als solches Abkommen in den nächsten wirtschaftlich schwierigen Jahren Deutschland keine Devisen zuführen und die Russen mangels Zahlungsverpflichtungen an Deutschland nicht veranlassen könne, ihren Rohstoffexport nach Deutschland in dem früheren Umfange aufrechtzuerhalten. Es muss daher unseres Erachtens angestrebt werden, die nächsten wirtschaftlichen Abkommen mit der Sowjetunion nur *gegen einen kurzfristigen Wechselkredit*⁴ abzuschließen, wozu die Sowjetunion nach Abdeckung ihrer großen Auslandsverpflichtungen finanziell durchaus in der Lage ist. Um die voraussichtlich grundsätzlichen Schwierigkeiten auf Sowjetseite, die sich wiederholt und ausdrücklich auf das System langfristiger Kreditgeschäfte festgelegt hat, zu überwinden, müssten besondere Anreize für die Russen geschaffen werden, und zwar

a) im Zusammenhang mit dem Bestreben der Sowjetunion, den Lebensstandard der breiten Massen zu erhöhen, ist es vielleicht durchführbar, den Russen einen kurzfristigen Wechselkredit anzubieten für ein Austauschgeschäft: Gegenstände des bürgerlichen Bedarfs (Geräte, Handwerkszeug usw.) und Präzisionsapparate, chirurgische Instrumente usw. gegen Rohstoffe;

b) Zubilligung des Zusatzausfuhrverfahrens. Es hat sich bis heute nichts an der von uns schon lange betonten Tatsache geändert, dass in Ermangelung des Zusatzausfuhrverfahrens wertvolle Aufträge der deutschen Industrie verloren gegangen sind und die heutige Bestelltätigkeit der Russen sich hauptsächlich auf Werkzeug- und Spezialmaschinen bezieht, die sie wegen ihrer überragenden Qualität in Deutschland kaufen müssen;

c) den Russen muss gestattet werden, über ihren Importerlös frei in Deutschland für Abzahlung der Schulden und zu neuen Käufen in Deutschland zu verfügen, wobei vertraglich festgelegt werden müsste, dass die Russen nicht nur etwa in Höhe von 60 Millionen, d. h. ihre Restschuld für 1936, sondern in voller Höhe des ihnen gewährten kurzfristigen Kredites verkaufen.

Wir können damit rechnen, dass wir bei unseren Vorstellungen im Reichswirtschaftsministerium, den Import lebenswichtiger Rohstoffe aus Russland für die Zukunft uns zu sichern, Unterstützung beim Auswärtigen Amt und beim Reichskriegsministerium finden werden.

³ Der Text ist eingefügt.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

Am Ende Paraphe von Tschunke und das Datum 18.9. Auf erstem Blatt oben: persönlich für Bräutigam (Original an Dr. Reyß) Tsch[unke] sowie die Nr. W IV Ru 3581.

PA AA, R 94659, Bl. E 664950-664955.

Nr. 234

Aufzeichnung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen

Berlin, den 18. September 1935

Abteilung Osten.
Dü./He.

Aktennotiz

Betrifft: Dmitrij Bucharzew, Berliner Korrespondent der „Iswestija“, und Sitkowski, Direktor der Berliner TASS-Agentur

Während der Arbeitsdienstbesichtigung am 29. August 1935 hatte ich programmgemäß die bolschewistischen Pressevertreter zu betreuen. Bucharzew vor allem zeigte während der ganzen Fahrt außerordentliche Redseligkeit und fragte jeden, der ihm über den Weg lief, systematisch aus; andererseits versuchte er die „Erfolge“ der bolschewistischen Politik anzupreisen.

Im Gespräch mit mir machte Bucharzew wieder, wie schon häufiger während der diplomatischen Empfänge, die größten Anstrengungen festzustellen, worin denn nun eigentlich die Arbeit unseres Amtes, und speziell meine Aufgabe, bestände. Nachdem er trotz dreimaligen Anlaufes offenbar keine zufriedenstellende Antwort bekommen hatte, sagte er schließlich: „Sie treiben keine praktische Politik, Sie schreiben keine Aufsätze, Sie halten weder Vorträge noch Reden, was machen Sie denn nun eigentlich?“ – Typisch für die bolschewistisch-jüdische Diskussionsart waren die Fragen Bucharzews in Bezug auf bestimmte innenpolitische Probleme Deutschlands, z.B. die Judenfrage. Wieso vertrage es sich, dass man auf der einen Seite diejenigen als Volksverräter bezeichne, die bei Juden kaufen, während man auf der anderen Seite Juden als Betriebsführer deutscher Gefolgschaften gewähren lasse. Wieso habe der Ministerpräsident Göring den ausländischen Pressevertretern erklären können, es sei ihm egal, ob Juden oder sonst jemand das Geld für den Aufbau der Luftmacht zur Verfügung stellen, da man ja nicht nach den arischen Großeltern der Flugzeuge zu fragen brauche. – Sehr beschäftigten sich die bolschewistischen Journalisten in ihrer Unterhaltung mit mir mit dem vor ihnen sitzenden Schriftleiter des „Novoje Slovo“, Despotuli. Sie bezeichneten ihn als einen aus der Gegend von Odessa entlaufenen griechischen Juden. Man solle sein Geld doch besser anlegen als in solch' einem Blatt, das wegen seines wenig seriösen Inhalts nur eine Empfehlung für die bolschewistische Presse bilden könne.

Während Bucharzew stets irgendwie jüdisch frech vorgeht, versucht der Direktor der Berliner TASS-Agentur, der Jude Sitkowski, den Anschein zu erwecken, als ob er sich ernst und objektiv für die Dinge im nationalsozialistischen Deutschland interessiere. Jedesmal wieder beginnt er mit der Zustimmung heischenden Behaup-

tung, dass wir uns über die Nachrichten der Berliner TASS-Agentur doch wirklich nicht beschweren könnten, da sie vollkommen objektiv gehalten seien. In den Gesprächen über die Verhältnisse in der Sowjetunion zeigte Sitkowski die übliche bolschewistische Taktik, die von uns als bolschewistisch angesehene Methoden der linken Opposition („lewj uklon“) zuzuschreiben. Die wirklich bolschewistische Politik habe in der Sowjetunion eine ganz andere Entwicklung genommen: die Familie sei von der Stalin'schen Richtung immer schon als wertvollstes Element anerkannt worden; ein gewisser privater Eigentumssektor sei immer schon als notwendig betrachtet worden und man habe auch das Bauerntum gar nicht proletarisieren wollen, sondern erkenne durchaus an, dass der Bauer eine innere Beziehung zum Boden habe müsse; daher auch werde jetzt das Land den Kollektivgütern in „ewiger Nutzung“ gegeben. – Die Widerlegung dieser Behauptung war nicht schwer, jedenfalls aber lenkten [sic] die Bolschewiken sofort ab, wenn sie merken, dass man um die Dinge in der Sowjetunion Bescheid weiß.

Über die Eindrücke der ganzen Fahrt haben sich die beiden genannten Journalisten mir gegenüber gar nicht ausgesprochen und hielten sich auf Anfrage sehr mit ihrem Urteil zurück.

In Frankfurt a/O. stellte mich Bucharzew dem sowjetischen Berliner Botschaftsrat Bessonow vor, mit dem ich einige Worte wechselte

[Dürksen]

Am Ende Paraphe von Leibbrandt.

BArch, NS 43/2, Bl. 18–19.

Nr. 235

**Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in Berlin Bessonov an den Stellv.
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinski**

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 1

[nicht später als 19.9.1935]

Nr. 405/s¹

AN

N.N. KRESTINSKI

Lieber Nikolaj Nikolaewi!

1. Zu Nürnberg

Gen. Gnedin hat in seinem Schreiben an die Presseabteilung² den Versuch unternommen, einige Ergebnisse von Nürnberg *zusammenzufassen*³. Ich bin mit

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Am 19.9.1935. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 33, l. 22–35.

³ Das Wort ist mit rotem Farbstift unterstrichen und am linken Seitenrand befindet sich der Vermerk Krestinskijs: 2 Kopien.

den von ihm entwickelten Thesen einverstanden und möchte lediglich Folgendes ergänzen. Die auffällige Diskrepanz zwischen den empörenden antisowjetischen Reden von Mitarbeitern Hitlers und den sehr vorsichtigen Äußerungen Hitlers in Nürnberg, vorsichtiger noch als sogar in seiner Rede vom 21. Mai⁴, zur Außenpolitik der UdSSR, bekräftigen einmal mehr, dass die Auseinandersetzungen im Vorfeld des Parteitages über die Frage eines Abbruchs der Beziehungen mit der UdSSR mit einem Kompromiss in der Weise beendet worden sind, dass die Initiative zum Abbruch allem Anschein nach als nicht aktuell angesehen worden ist, zugleich aber der Hitlerclique die Vollmacht erteilt worden ist, alles zu tun, um die UdSSR zu irgendeinem Schritt in Richtung Abbruch zu provozieren.

Man muss eingestehen, dass die Faschisten den Zeitpunkt nicht richtig eingeschätzt haben. Wenn in der Zeit zwischen dem 13. und 16. September ausländische Telegrafagenturen uns unablässig belagerten und sich für unsere Haltung zu Nürnberg interessierten, so hörten ab dem 17. September diese Anfragen völlig auf, weil die Kriegsvorbereitungen Englands im Mittelmeer alles überschatteten. Auf dem Bierabend⁵ in der Bevollmächtigten Vertretung, der für Gen. Giršfel'd⁶, der nach Königsberg abreist, am 18. September gegeben wurde, zeigte von den zahlreich anwesenden Auslandsjournalisten kein einziger Interesse an unserer Haltung zu Nürnberg. Das Gespräch kreiste ausschließlich um die abessinische oder genauer die italienisch-abessinische Frage. Der gleiche Eindruck stellte sich bei der Durchsicht englischer und französischer Zeitungen ein. Somit erwies sich die Aufgabe, international die bürgerliche Meinung gegen die rote Gefahr zu mobilisieren, die sich die Faschisten in Nürnberg stellten, als unerledigt. Ich will schon gar nicht davon reden, dass das Niveau, auf dem die antisowjetische Hetze in Nürnberg geführt wurde, von vornherein die Möglichkeit ausschloss, sie in anderen Ländern zu popularisieren.

Wenn die bürgerliche Welt Nürnberg sozusagen bereits „vergessen“ hat, so können wir es jedoch nicht tun, wie auch die Deutschen es wohl kaum vergessen werden. *Nürnberg vergiftete die sowjetisch-deutschen Beziehungen in solch einem Maße, wie es eigentlich weiter nicht geht. Wir befinden uns jetzt sozusagen auf dem Tiefpunkt der Verschlechterung der Beziehungen mit Deutschland*⁷. Lange darf man diese Lage natürlich nicht aufrechterhalten. Man muss irgendetwas tun. Wir meinen hier alle, dass man versuchen kann und muss, die Beziehungen irgendwie zu bereinigen. In Deutschland gibt es immer noch nicht wenige Kräfte, die gegen einen Abbruch mit uns und zum Teil sogar für eine Annäherung an uns sind. Diesen Kräften eine gewisse Unterstützung durch eine behutsame, aber konsequente Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen über persönliche Kontakte, die Presse, die Wirtschaft usw. zu geben, würde bedeuten, die Entstehung eines offenen Konflikt mit uns wenn nicht zu verhindern, so doch zumindest aufzuhalten und hinauszuschieben.

⁴ Vgl. Dok. 159.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁶ Giršfel'd wurde im Oktober 1935 Generalkonsul der UdSSR in Königsberg.

⁷ Der Text ist mit Bleistift am linken Seitenrand angestrichen.

2. Zu den Aufträgen

Die Deutschen, mit denen wir zurzeit zu tun haben, heben die augenscheinliche Belebung der Tätigkeit der **Handelsvertretung**⁸ auf dem Gebiet der Aufträge hervor. Zum ersten Mal zeigten die monatlichen Außenhandelsbilanzen Deutschlands im August eine Exportsteigerung in die UdSSR. Laut Information des Gen. Kandelaki sind per 17. September Aufträge in Höhe von 28 Mio. vergeben worden; bis zum 1. Oktober ist beabsichtigt, noch [Aufträge] für weitere 15 Millionen zu vergeben.

Gen. Kandelaki ist davon überzeugt, dass es ihm nicht nur gelingen wird, eine Anlage zur Produktion von Farbstoffen auf der Grundlage der in Moskau gefassten Bedingungen in Auftrag zu geben, vielmehr hofft er sogar darauf, eine Zusage für solche Dinge wie Autopiloten und andere Aufträge in dieser Richtung zu erhalten.

3. Zu Litauen

Obgleich Hitler in seiner letzten Rede vor dem Reichstag⁹ eine unverhohlene Drohung an die Adresse Litauens gerichtet hat, herrscht in Berliner Kreisen aus irgendeinem bestimmten Grund die Gewissheit, dass die Deutschen in nächster Zeit keine entschiedenen Schritte gegen Litauen unternehmen werden. Davon sind vor allem die Litauer überzeugt, mit denen ich noch einmal über diese Frage gesprochen habe. Das gleiche sagen auch die Franzosen (Arnal). Was die anderen Diplomaten betrifft, so meinen die Türken und die Amerikaner, mit denen ich auf unserem Empfang am 18. September sprach, dass sich die Deutschen, wenn sie denn in der Tat schwerwiegende Gründe hätten, Litauen der Verletzung des Klaipeda-Status¹⁰ zu bezichtigen, sowohl in der Presse als auch in den Reden natürlich ganz anders auftreten würden. Daraus ziehen sie die Schlussfolgerung, dass das Geschrei der deutschen Presse in der Klaipeda-Frage keine praktischen Folgen haben wird.

4. Zu den türkisch-deutschen Beziehungen

In Ergänzung zu meinem letzten Schreiben zu dieser Frage¹¹ teile ich mit, dass nach Einschätzung der Türken der deutsche Export in die Türkei in diesem Jahr ungefähr 120 Mio. Mark erreichen wird, d. h., er wird sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppeln. Die Türken verneinen nach wie vor den Ankauf von Schweinen in Deutschland, dafür bestätigen sie jedoch den Kauf einer großen Partie von Merinoschafen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

S. Bessonov

⁸ Das Wort ist mit rotem Farbstift korrigiert; ursprünglich: Bevollmächtigten Vertretung.

⁹ Am 15.9.1935. Zur der Litauen betreffenden Passage vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. I/2, S. 536.

¹⁰ Vgl. Dok. 95, Anm. 3.

¹¹ Vgl. das Schreiben Bessonovs an Krestinskij vom 13.(?) 9.1935. In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 155–155R.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: Kopien an – B.S.¹², die II. West[abteilung].

Vermerk mit blauem Farbstift: (Schreiben [nach Berlin] über die Zusendung von Kopien mit der Unterschrift von NN¹³).

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4283 vom 22.9.1935.

Geschäftsvermerk des Sekretärs vom 25.9.1935 über die von N.N. Krestinskij getroffene Anweisung, der 2. Westabteilung und B.S. Stomonjakov Kopien zuzustellen.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 2 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Krestinskij, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 160–161. Original.

Nr. 236

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov

GEHEIM

19. September 1935

1496

AN DEN

GESCHÄFTSTRÄGER DER UdSSR

IN DEUTSCHLAND

GEN. BESSONOV

Sehr geehrter Sergej Alekseevič,

wir haben hier beschlossen, auf den Nürnberger Parteitag mit Artikeln in unseren Zeitungen zu reagieren¹, die Frage jedoch, ob Protest zu erheben ist, soll in Abhängigkeit von der Rede Hitlers in der Sitzung des Reichstages entschieden werden.

Als wir den Text der Rede Hitlers erhielten², sahen wir, dass seine Rede keine persönlichen Beleidigungen gegenüber Regierungsmitgliedern enthielt. In den Reden einiger Minister, insbesondere in der Rede von Goebbels, kamen beleidigende Formulierungen an die Adresse der sowjetischen Regierung und gegen die sowjetische Ordnung allgemein vor, es gab jedoch keine derartigen Beleidigungen an die Adresse einzelner Regierungsmitglieder, wie sie in der Sonderausgabe des „Der Stürmer“ vorkamen.

Im Zusammenhang mit dem „Stürmer“ wollen wir angesichts des ausgeprägten Boulevardcharakters dieses Blattes nicht protestieren. Es wäre ebenfalls ungünstig, allein gegen die Rede von Goebbels Protest zu erheben, weil wir dann damit eingestehen würden, dass wir die Rede Hitlers als zulässig akzeptieren, die nicht unseren Protest herausfordere.

¹² Stomonjakov.

¹³ Krestinskij.

¹ Vgl. Dok. 230.

² Vgl. Dok. 231, Anm. 2.

Die Genossen haben aus diesem Grund beschlossen, keinen Protest zu erheben, sondern die Zeitungskampagne fortzusetzen, ihr jedoch im Unterschied zu den Nürnberger Reden und zu der Kampagne in der deutschen Presse keinen marktschreierischen, beleidigenden Charakter zu verleihen, sondern die nationalsozialistischen Reden besonnen zu analysieren, um unseren und den ausländischen Lesern die ganze politische und geistige Armut der faschistischen Ideologie vor Augen zu führen.

Dieser Direktive entsprechen die Kommentare von Radek³ und Zaslavskij⁴, der heutige Leitartikel der „Pravda“⁵ und der Artikel von Kornev in der morgen erscheinenden Nummer des „Journal de Moscou“⁶.

Der Verzicht auf einen Protest und der oben angeführte Charakter der Artikel in unserer Presse sollen zeigen, dass wir die niederträchtigen Nürnberger Inszenierungen mit Missachtung strafen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
5 E[xemplare]. Kopien an: die Genossen Stomonjakov, Linde, Umanskij.*

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 162–163. Kopie

Nr. 237

**Schreiben des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen
Wirtschaft Tschunke an den Leiter des Referats Wirtschaftsfragen
Russlands im AA Bräutigam**

20.9.1935

3514/R

Herrn
Gesandtschaftsrat Dr. Bräutigam
Auswärtiges Amt
Berlin
Wilhelmstr. 76

Betrifft: Aussichten des deutsch-russischen Geschäfts für das Jahr 1936

Sehr geehrter Herr Dr. Bräutigam!

Ich beehre mich, Ihnen in der Anlage einen aus russischen Kreisen mir zugekommenen Stimmungsbericht über die Aussichten des deutsch-russischen

³ K. Radek: „Njurenberg i Moskva“ (Nürnberg und Moskau). In: Izvestija vom 17. September 1935, S. 3.

⁴ D. Zaslavskij: „Očag mrakobesija, varvarstva i vojny“ (Der Herd des Obskurantismus, der Barbarei und des Krieges). In: Pravda vom 17. September 1935, S. 2.

⁵ „Fašism – mogil’ščik kul’tury“ (Der Faschismus, der Totengräber der Kultur). In: Pravda vom 19. September 1935, S. 1.

⁶ N. Kornev: „Le congrès des fascistes de Nuremberg“. In: Le Journal de Moscou vom 20. September 1935, S. 1–2.

Geschäfts für das Jahr 1936 zur persönlichen Kenntnisnahme zu überreichen.

Heil Hitler!
Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Der Geschäftsführer
Tschunke

Vertraulich!

Man befürchtet in russischen Kreisen, dass die Verschärfung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjet-Union infolge des Reichsparteitages auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern ungünstig beeinflussen könnte. In Kreisen der Berliner Sowjethandelsvertretung wird indessen hierzu erklärt, die Russen würden nach wie vor loyal bestrebt sein, trotz aller politischen Schwierigkeiten die Handelsbeziehungen zu Deutschland zu pflegen und zu fördern.

Was nun die Aussichten für das Jahr 1936 anbetrifft, so steht man auf russischer Seite auf dem Standpunkt, dass eine Verlängerung der Wirtschaftsvereinbarung vom 9. April auf ein weiteres Jahr bzw. der Abschluss eines ähnlichen neuen Abkommens mit Sicherheit zu erwarten sei. Im Jahre 1936 werde Deutschland an der Einfuhr russischer Waren weitaus mehr interessiert sein als Russland an der Ausfuhr dieser Erzeugnisse, und zwar wegen der sehr geringen Verschuldung der Russen an Deutschland im Jahre 1936 (50–60 Mill. RM). Die Russen würden im Jahre 1936 zur Deckung dieser Verschuldung entsprechende Warenmengen nach Deutschland zum Export bringen, ferner gewisse Warenmengen, deren Exporterlöse zum Barbezug deutscher Erzeugnisse verwendet werden würden, darüber hinaus aber nur dann, wenn irgend ein neuer Modus gefunden werden wird. An einer „Ansammlung eingefrorener Markbeträge“ sei die Sowjetregierung nicht interessiert. Auch für Bestellzwecke in Deutschland sei die russische Seite nicht an einer Ausfuhr nach Deutschland interessiert, da sie ja in Deutschland bei ihren Aufträgen langfristigen Kredit erhalte. Deutschland brauche aber gerade im Zusammenhang mit seinem Aufbau- und Wehrprogramm zahlreiche russische Rohstoffe dringend. Kompensationsgeschäfte brauche die Sowjet-Union nicht, u. a. weil Kompensationsverhandlungen mit deutschen Firmen zu einer unheilvollen Zersplitterung des russischen Exportgeschäfts führen müssten. Einzelne Kompensationsgeschäfte könnten indessen sehr wohl zustande kommen. Auch 60–80%ige Kompensationsgeschäfte seien keine Attraktion, denn Russland exportiere einmal zur Deckung seiner Verschuldung, sodann aber, um freie Devisen zu erzielen. Bei der Gestaltung des Sowjetexports nach Deutschland im Jahre 1936 hänge sehr viel von den Kreditfristen ab, die Russland von der deutschen Industrie erhalten werde. Offenbar will man die Belieferung Deutschlands mit wichtigen Rohstoffen als Druckmittel für die Erreichung noch längerer Kreditfristen verwenden.

Auf Anschreiben eigenhändige Unterschrift. Dieses auf Kopfbogen des Russland-Ausschusses geschrieben. Stempel des AA: W IV Ru 3813, Eing. 21. Sep. 1935. Am Seitenrand: 1.) Eintragen 2.) H. v. Tippelskirch (mit Paraphe von Hencke in Vertretung vom 23.9.) 3.) ZdA und Paraphe von Bl[äutigam] 21/9. Unten: H 11 Ru.

PA AA, R 94659, Bl. E 664974-664976.

Nr. 238

Schreiben des kommissarischen Vorsitzenden von VOKS Kuljabko an den
kommissarischen Leiter der 2. Westabteilung im NKID Linde

Moskau, **21/IX**¹ 1935

An das NKID

Gen. LINDE

Die Direktion des Staatlichen Akademischen Bol'soj Theaters der UdSSR wandte sich mit einem Schreiben an VOKS mit der Bitte, die Möglichkeit zu klären, den bekannten Dirigenten Wilhelm Furtwängler, dessen künstlerische Leistung für uns natürlich unbestritten ist, als Gastdirigent einzuladen.

Soweit bekannt ist, befindet sich Furtwängler mit den Hitlerleuten im Zerwürfnis und ist deswegen sogar in den Ruhestand versetzt worden. Unter Berücksichtigung all dessen kann man zudem davon ausgehen, dass diese Einladung auch in politischer Hinsicht von einem gewissen Wert wäre, selbst dann, wenn die Gastspielreise Furtwänglers in die UdSSR nicht zustande kommen sollte. Es ist jedoch möglich, dass sich diese Annahme auf eine offenkundig ungenügende Kenntnis unsererseits bezüglich der tatsächlichen Haltung Furtwänglers gegenüber den jetzigen Machthabern Deutschlands gründet.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns Ihre kompetente Meinung in dieser Angelegenheit mitteilen könnten.

KOMMISSARISCHER VORSITZENDER DER ALLUNIONSGESELLSCHAFT
FÜR KULTURELLE VERBINDUNGEN MIT DEM AUSLAND

N. Kuljabko

Vermerk F.V. Lindes mit Tinte: Gen. Datočnaja. Furtwängler hat sich bereits wieder mit dem Hitlerregime versöhnt und ist dessen Hofdirigent. Schreiben Sie für alle Fälle einen Brief nach Berlin. L[inde]².

Geschäftsvermerk mit Bleistift: Zur Akte 800/ge³.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1995 vom 22.9.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland geschrieben.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 82, d. 29, l. 6. Original.

¹ Das Tagesdatum ist mit Tinte geschrieben.

² Gnedin teilte am 3.10.1935 auf Anfrage des NKID mit: „Da W. Furtwängler der offizielle Chefdirigent der deutschen Regierung ist, kann von einer Einladung in die UdSSR nicht die Rede sein, zumindest nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt.“ In: AVP RF, f. 082, op. 18, p. 82, d. 29, l. 9. Diese Information wurde Kuljabko zur Kenntnisnahme übermittelt. Vgl. ebd., l. 8.

³ Gemeint ist die laufende Registratur; mit „ge“ ist vermutlich Deutschland gemeint.

Nr. 239
Aktennotiz des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung
im NKID Levin

Geheim
[22.9.1935]

Nr. 14931
22. IX-35¹

NOTIZ

Das Informationssystem hinsichtlich der Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern bedarf der Verbesserung. Zurzeit gibt es folgende Mängel.

1. In einer Reihe von Fällen erfährt das NKID von den Verhaftungen deutscher Staatsbürger nicht von den Untersuchungsorganen, sondern von der Deutschen Botschaft. So ist beispielsweise am 10. Oktober 1932 der deutsche Staatsbürger Bunk verhaftet worden; das NKID erfuhr von dieser Verhaftung am 19. Oktober 1934 von der Deutschen Botschaft. Am 10. Oktober 1932 ist der Bürger Soult verhaftet worden; das NKID erfuhr von dieser Verhaftung am 19. Oktober 1934 von der Deutschen Botschaft. Am 16. März 1933 ist der Bürger Gladycz verhaftet worden; das NKID erfuhr von dieser Verhaftung am [...] Januar 1934 von der Deutschen Botschaft. Am 24. Januar 1934 ist der Bürger Greiner verhaftet worden; das NKID erfuhr von dieser Verhaftung am 4. Mai 1935. Die Bürgerin Hochmeister ist 1931 verhaftet worden; das NKID erfuhr von dieser Verhaftung im Mai 1932 von der Deutschen Botschaft. Am 3. April ist der Bürger Jost verhaftet worden; das NKID erfuhr von dieser Verhaftung am 11. April 1934 von der Deutschen Botschaft. Am 1. Januar 1935 ist der Bürger Redetzki verhaftet worden; das NKID erfuhr von dieser Verhaftung am 14. Januar 1935 von der Deutschen Botschaft usw.

2. Wenn das NKID von der Verhaftung deutscher Staatsbürger von den Untersuchungsorganen erfährt, ist es auch nicht immer möglich, die Deutsche Botschaft von der Verhaftung rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, weil die Information der Untersuchungsbehörden oft mit Verspätung eintrifft. So sind beispielsweise am 14. August 1932 die Staatsbürger Kark und Völsch verhaftet worden; die Mitteilung über deren Verhaftung ist auf den 19. Dezember 1932 datiert. Am 26. Juni 1934 ist die Bürgerin Blunck verhaftet worden; die Mitteilung über ihre Verhaftung ist auf den 25. September 1934 datiert. Am 26. Januar 1934 ist der Bürger Gatzke verhaftet worden; die Mitteilung über seine Verhaftung datiert auf den 9. Januar 1935. Am 13. Juli 1934 ist Hess verhaftet worden; die Mitteilung über seine Verhaftung ist auf den 4. August 1934 datiert. Am 15. April 1935 ist der Bürger Löning verhaftet worden; die Mitteilung über seine Verhaftung ist auf den 14. Mai 1935 datiert. Am 17. Mai 1935 ist der Bürger Müller verhaftet worden; die Mitteilung über seine Verhaftung datiert vom 7. Juni 1935.

Neben der Verbesserung des Informationssystems ist es notwendig, die Aufmerksamkeit auf eine sorgfältigere Erfüllung der anderen Vertragsbestimmungen

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

(auf dem Gebiet der Inhaftierungen)² zu lenken, die von keiner geringeren, sondern bisweilen sogar von größerer Bedeutung sind. In Bezug auf diese Bestimmungen übt es gegenwärtig folgende Mängel:

1. Den inhaftierten deutschen Staatsbürgern, die zur Ausweisung verurteilt worden sind, werden entgegen den Vertragsbestimmungen keine Bescheinigungen über die Ausweisung ausgehändigt.

2. Es gibt vor Ort immer noch Schwierigkeiten, inhaftierten deutschen Staatsbürgern Besuche zu gewähren.

Für die Beseitigung der angeführten Mängel wäre es angebracht, dass das NKVD und die Unionsstaatsanwaltschaft den Orten³ vorschlägt, sich von den nachfolgenden Festlegungen leiten zu lassen:

a) die Person, die die Verhaftung von deutschen Staatsbürgern verfügt, muss das NKID darüber unverzüglich in Kenntnis setzen. Das Organ, das die Inhaftierung faktisch vollzieht, muss das NKID über die vorgenommene Inhaftierung unverzüglich telegrafisch informieren, wobei in dem Telegramm der Vor- und Nachname des Verhafteten sowie die Angaben zu den Dokumenten mitzuteilen sind, die die Staatsbürgerschaft, das Geburtsdatum und den Geburtsort und den letzten Wohnsitz in Deutschland bestätigen;

b) den inhaftierten deutschen Staatsbürgern müssen auf Antrag des NKID ungehindert Besuche gewährt werden. Ein Aufschub hinsichtlich der Besuchserlaubnis sollte unbedingt mit dem NKID abgestimmt werden;

c) den Ausgewiesenen ist eine Bescheinigung über die Ausweisung entweder auf Kopfbogen des NKVD oder auf Kopfbogen der Auslandsabteilungen der entsprechenden Sowjets auszustellen.

VERANTWORTLICHER REFERENT FÜR DEUTSCHLAND

Levin

Vermerk mit Tinte: zu den Akten.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

2 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Linde, 1 zur Akte Nr. 532.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 84, d. 18, l. 71–70. Kopie.

² Vgl. Dok. 21, Anm. 7.

³ So im Dokument.

Nr. 240
Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA und
das Reichskriegsministerium

Deutsche Botschaft
 Militär- und Luftattaché.

Moskau, den 23. Sept. 1935

Beilage I zum Bericht Nr. 27/35¹

Kiewer Manöver in Gegenwart der französischen, tschechischen und italienischen Militärdelegationen.

Die gesamte Presse der letzten Tage brachte Berichte über die Kiewer Manöver. Als roter Faden ging neben dem Stolz auf die Leistungen der „angestammten“ (nicht proletarischen, wie sonst) Armee und der reichlichen Ausstattung mit allen technischen Mitteln die Betonung ihrer Volkstümlichkeit. Die begeisterten Aufnahmen in den Kolchosen und Städten dieses „ukrainischen Vorpostens“ der Sowjetunion waren Volksfeiertage. Die Berichterstattung durch die Zeitungen hält sich so allgemein, dass über Anlage und Verlauf kaum etwas festzustellen ist. Namen von Ortschaften werden nirgends genannt. Nur durch die Nennung des Flusses Teterow und Erwähnung des Mitwirkens des Panzerzuges ist zu schließen, dass die Übungen in dem uns wohlbekannten Gelände des Manövers von 1929 stattfanden. Wie damals, Angriff auf einen sich verteidigenden Gegner, Brückenschlag für ein Armeekorps zum Übergang über den Dnjepr. Nach Aufzählung der an der Parade teilnehmenden Truppen scheinen 2–3 Infanterie-Divisionen, 3 Kavallerie-Divisionen, 300 Flugzeuge und über 1000 Panzer- und Lastkraftwagen beteiligt gewesen zu sein.

Verlauf:

12.9.: Aufklärung des blauen, vom Westen kommenden Kavallerie-Korps, verstärkt durch motomechanisierte Teile. Vormarsch der blauen Infanterie, Rot in Verteidigungsstellung.

13.9.: Artillerie-Vorbereitung, Einbruch der blauen Infanterie, Durchstoßen in die Einbruchsstelle des Kavallerie-Korps. Kavalleriekampf mit Unterstützung der Panzertruppen und Flieger. Kavallerie-Attacke im größten Maßstabe (war 1929 das gleiche).

14.9.: Keine Tätigkeit der Hauptkräfte. Der Tag war vorbehalten dem gleichzeitigen Absprung mit Fallschirm einer Abteilung von etwa 300 Mann, die sich schnellstens zu einer kampfkraftigen Truppe sammelten und zum Angriff im Rücken von Rot übergingen. Landung von schweren Waffen wird nicht erwähnt.

14./15.9.: Umgruppierung. Übergang über den Dnjepr bei Nacht. Die bei Nacht unter Schutz von Fliegern übergegangenen Panzertruppen mit motorisierter Infanterie stoßen weit ausholend in die Flanke von Blau (Verwendung der Panzertruppen als Schlachtenkavallerie). Dieser Umgehung wird das Kavalleriekorps,

¹ Der Bericht umfasst außerdem noch die Beilagen: II. Behandlung der Militärattachés, III. Verwaltungsangelegenheiten (nur für RKM, 4. Ausf[ührung]), IV. Luftbericht Nr. 19/35 (Nur bei 1. Ausf[ührung]), V. Einführung der Dienstbezeichnungen in der Roten Armee. In: PA AA, R 30101a, Bl. 81.

verstärkt durch Panzertruppen, entgegengeworfen. Es kommt zu der stets bei russischen Übungen gezeigten großen Kavallerie-Attacke.

Nach Abschluss der Übungen Festessen für die fremden Delegationen. Rede Jakirs, des Oberbefehlshabers des Kiewer Militär-Bezirks: Die Anwesenheit der fremden Delegationen beim Manöver festigt diese glücklich sich entwickelnden Beziehungen zwischen [den Ländern] und die schon bestehenden freundschaftlichen Bande zwischen den fremden Armeen und der Roten Armee, die nur zur Verteidigung da sei. In den Dankesreden und in den der Presse gegebenen Interviews der 3 Delegationschefs wurde dem Gesehenen, besonders der Leitung und Führung, höchstes Lob gesendet.

Wir können mit diesem Lob zufrieden sein. Es sind doch Leiter und Führer – Jakir, Dubowjy u. a. – unsere Schüler. Loizeau, Führer der französischen Delegation, hob die glückliche Lage hervor, in der sich die Sowjetunion befindet, die neueste technische Mittel aus eigenen Fabriken besäße, während die westeuropäischen Mächte gezwungen seien, ihre veralteten Bestände „aufzutragen“. – „Wir Franzosen würden gern einen solchen Panzer- und Kraftwagenpark besitzen.“ Ähnlich General Krejtschi, der Tscheche, der sich sogar zu dem Ausspruch verstieg, dass die Rote Armee als Wegweiser für die zukünftige taktische Verwendung von Truppen mit an der Spitze der Welt steht. Kürzer fasst sich der Chef der italienischen Delegation Monti, der, wie die anderen, von der Massenlandung der Fallschirmmannschaften stark beeindruckt war.

Vielleicht gelingt es, nähere Einzelheiten über die Übungen von den jetzt zurückkehrenden Attachés der 3 teilnehmenden Länder zu erfahren.

Köstring

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel: Geheim. Auf Vorlage Brand-schäden. Dies ist die zweite Ausfertigung.

PA AA, R 30101a, Bl. 82–84

Veröffentlicht in: General Ernst Köstring, S. 148–149.

Nr. 241

Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke

Berlin, den 24. September 1935

e. o. IV Ru 3834 pr. 24. September 1935.

Aufzeichnung

Der sowjetrussische Geschäftsträger, Herr Bessonoff, richtete heute gelegentlich einer mündlichen Unterhaltung unter Bezugnahme auf die jüngsten deutschen Rassegesetze¹ folgende Fragen an mich:

¹ Gemeint ist hier von den Nürnberger Gesetzen, die auf dem Reichsparteitag am 15.9.1935 verabschiedet wurden, das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“; vgl. Reichsgesetzblatt 1935, Teil I, S. 1146–1147.

1) Werden von dem Verbot der Beschäftigung deutscher weiblicher Hausangestellter bei Juden auch Ausländer, in diesem Falle Sowjetbürger jüdischer Rasse, betroffen?

2) Ein deutsches Mädchen steht seit vielen Jahren in intimen Beziehungen zu einem jüdischen Sowjetbürger. Dem Verhältnis sind mehrere Kinder entsprossen. Darf der Sowjetbürger dieses Mädchen jetzt heiraten?

Ich erklärte Herrn Bessonoff, dass ich das Referat erst heute übernommen hätte und daher persönlich noch nicht imstande wäre, ihm eine Auskunft zu erteilen. Ich würde mich aber erkundigen.

Hiermit

1) Herrn Votr.Leg.Rat von Erdmannsdorff ergebenst vorgelegt.

2) Abt. V mit der Bitte um Stellungnahme.

Hencke

Eigenhändige Unterschrift. Paraphe von Erdmannsdorff 24/9. Am Seitenrand : Habe f[ern]mündl[ich] Bessonow [nicht entziffert] unterrichtet zdA H[encke] 26.IX. Unten handschriftlich: Beide Fragen sind an sich grundsätzlich zu bejahen; jedoch bezüglich diplomatischer und konsularischer Vertreter zu 1) sind bezüglich aller Ausländer zu 2) Ausführungsbestimmungen, die noch erlassen werden, abwarten. Hiermit bei IV Ru erg[ebenst] w[ieder] vorgelegt. Albrecht 25/9. Unten: Jud 1 Allg.

PA AA, R 84333, Bl. L 364538.

Nr. 242

Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Pressebeirat der Botschaft in Moskau Baum

GEHEIM

Expl. Nr. 1

27. September 1935

Tagebuch

E. Gnedins

Nr. 425/s¹

Gespräch mit Baum

Baum ist für eine kurze Zeit nach Berlin gekommen, dank, wie er sagt, der Liebenswürdigkeit des scheidenden Twardowski. Von dem, was Baum erzählte, ist allem Anschein nach die recht genaue Information über die Auflösung der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes wohl am interessantesten, worüber mir bereits der Litauer Kau-pas erzählt hatte. In Zukunft werde für die sowjetischen Angelegenheiten nicht mehr eine selbständige Abteilung zuständig sein. Also bedeutet diese Reform politisch, dass die sichtbare Verringerung der Rolle der sowjetischen Politik für das gegenwärtige

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Bleistift geschrieben.

ge Deutschland betont wird. Die sogenannte IV. Ostabteilung werde in zwei Teile aufgegliedert, wobei jeder Teil von einem Ministerialdirigenten geleitet werden wird. Der eine Teil, in dessen Zuständigkeit die UdSSR, Polen und das Baltikum verbleiben, werde der von Köpke geleiteten Europaabteilung angeschlossen. Der andere Teil, der für die Länder des Fernen Ostens zuständig sein wird, werde Ministerialdirektor Dieckhoff und dem von ihm geleiteten Übersee-Departement unterstellt; somit werde das Auswärtige Amt eine Kontinental- und eine Überseeabteilung haben.

Baum verbürgte sich nicht für die absolute Zuverlässigkeit seiner Information und bemerkte, dass er mich privat informiere. Es verstehe sich von selbst, dass Meyer und Hey endgültig ausscheiden würden.²

Baum fragte mich nach den Perspektiven der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Ich zeigte keinen übermäßigen Pessimismus, als ich sagte, dass Nürnberg die deutsche Politik gegenüber der UdSSR in solch eine Sackgasse geführt habe, dass die Deutschen nicht umhin kommen würden, bereits jetzt einen Ausweg zu suchen. Auf meine Frage, was man ihm in Berlin als einem Mitarbeiter der Botschaft in Moskau gesagt habe, antwortete Baum, dass er vorerst keinen Lichtblick in den deutsch-sowjetischen Beziehungen sehe, obwohl er theoretisch auch meine, dass dieser letzten Endes doch gefunden werden würde.

Ich zeigte Baum die am Tag unseres Treffens in der DAZ veröffentlichte Korrespondenz von Just über die Methoden unseres Außenhandels³. Ich äußerte die Meinung, dass sich diese Korrespondenz, neben den unanständigen Ausfällen gegen den sowjetischen Staat und gegen die sowjetischen Gerichte, insbesondere dadurch auszeichnet, dass unumwunden versucht werde, den Abschluss von deutsch-sowjetischen Handelsgeschäften zu erschweren, wenn nicht gar zu verhindern. Wir hätten uns auf einen Modus festgelegt, demzufolge Außenhandelsgeschäfte zu den wichtigsten Gebieten nur in Moskau mit Erfolg abgeschlossen werden könnten. Just rufe indessen faktisch dazu auf, in Moskau keine kommerziellen Geschäfte zu tätigen. Indem Just einige Male zur Rückversicherung beteuere, dass wir nach den alten Wechseln zahlen würden, wolle er den Eindruck erwecken, als ob wir bis zu den neuen Wechseln überhaupt nicht zahlen wollten.

Ich erwähnte auch die geschmacklose Korrespondenz, die einige Tage zuvor im „Berliner Tageblatt“⁴ erschienen ist. Da ich vermute, dass an der Abfassung dieser Korrespondenz irgendjemand von der Botschaft mitgewirkt hat, und wohl am ehesten Baum selbst, beschimpfte ich den anonymen Autor der Korrespondenz ohne jegliche Zurückhaltung. Die betretenen Fragen Baums zeigten, dass er den Inhalt der Korrespondenz gut kannte.

Als wir uns verabschiedeten, vereinbarten wir, den zwischen uns hergestellten freundschaftlichen Kontakt fortzusetzen.

E. Gnedin

² Aufgrund der vom Reichstag am 15.9.1935 in Nürnberg verabschiedeten Gesetze unterlagen sämtliche Beamte sowie Teilnehmer des Ersten Weltkrieges jüdischer Herkunft bis Ende 1935 der zwangsweisen Verabschiedung in die Pension, was auf Meyer und Hey zutraf. Vgl. Reichsgesetzblatt 1935, Teil 1, S. 1333 (Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, § 4).

³ Vgl. Artur W. Just: „Geheimnisvolle Veränderungen in der Sowjet-Außenhandelsorganisation“. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 26. September 1936, S. 9.

⁴ „Auf Staatsvisite in UdSSR [sic]“. In: Berliner Tageblatt vom 24. September 1935, Morgenausgabe, Beiblatt, S. 1.

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommisars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2906 vom 28.9.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 157–157R. Original.

Nr. 243

Aufzeichnung der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP für den Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Rosenberg

28. September 1935

Abteilung Osten
Herrn Reichsleiter Rosenberg

Dringende Aufgaben betreffend Osteuropa

Nachdem auf dem Nürnberger Parteitag die Stellung des Nationalsozialismus gegenüber dem Bolschewismus und der Komintern mit aller Deutlichkeit aufgezeichnet wurde, ist es nunmehr erforderlich, auch die praktische Arbeit dementsprechend auf ein ihr gebührendes Niveau zu bringen. Ausgehend von der Grundkenntnis, dass der Bolschewismus mit ihm ebenbürtigen Mitteln bekämpft werden kann und muss, ist es erforderlich, seinen Methoden und Organisationen andere gegenüberzustellen. Von weiten Schichten der Völker Europas, besonders Osteuropas, wird der Name Hitler bereits als Fanal gegen den Bolschewismus und Marxismus allgemein betrachtet und dem nationalsozialistischen Deutschland demgemäß eine Weltmission zugeschrieben. Diese in der ganzen Welt vorhandenen latenten Kräfte brauchen nur mobilisiert zu werden. So wirkt sich jede antimarxistische und antibolschewistische Arbeit in letzter Konsequenz zu Gunsten Deutschlands aus und kann als aktiver Posten in die deutsche Außenpolitik eingesetzt werden. Eine Auswertung dieser Kräfte im Auslande ist dringend geboten.

Die Komintern hat eine Anzahl von Nebenorganisationen, wie die „Rote Gewerkschafts-Internationale“, „Int. Sport – Bauern – Frauen – Kinder – Lehrer – Rote Hilfe“, die „Int. Arbeiter-Hilfe“ usw. Wenn auch die Komintern nur einen offiziellen Etat von einigen Millionen Mark hat, so entfällt gerade die Hauptarbeit auf die genannten Nebenorganisationen, deren Bilanz außerordentlich beträchtlich ist (z. B. die „Int. Arbeiter-Hilfe“, 18 Mill. Mitglieder, hat 1921–1931 mindestens 120 Mill. [RM] allein an Mitgliedsbeiträgen gehabt). Die genauen Ziffern werden nie festgelegt werden können, jedoch muss aufgrund von Schätzungen von Fachleuten angenommen werden, dass die Ausgaben der Kominern und ihrer Nebenorganisationen und vor allem auch ihrer Sektionen in den einzelnen Ländern mehrere hundert Millionen Mark jährlich betragen.

Antikomintern

Seit zwei Jahren besteht in Berlin die Antikomintern (ressortiert beim Propaganda-Ministerium), die aber nur über geringe Mittel verfügt und darum auch kei-

neswegs die Arbeit zu leisten in der Lage ist, die sie als die gegen die Komintern ideenmäßig gerichtete Organisation leisten müsste. Die hier bereits geleistete wertvolle Arbeit muss ausgebaut und der Aufgabe entsprechend erweitert werden. Die Sicherheit für Zuverlässigkeit und Diskretion ist durch die an der Arbeit beteiligten Personen gegeben.

Die Antikomintern hat eine Reihe von Schriften im eigenen Verlag veröffentlicht und auf dem Gebiete der Presse ist sie rege tätig (Nachrichten, Zeitungen usw.), auch mit dem Auslande hat sie bereits gute Verbindungen aufgenommen. Grundsatz dabei ist nicht, die Arbeit selbst im Auslande zu tätigen, sondern den Stellen des Auslandes beratend zur Seite zu stehen, zu Material zu verhelfen, Erfahrungen mitzuteilen usw. Nicht also deutsche Agentenarbeit, sondern eigene Arbeit der betreffenden Länder, den Verhältnissen angepasst. Es bestehen in acht Ländern solche Büros. Auch bestehen bereits zwischen der Antikomintern und den fremden Regierungen und Militärbehörden (Generalstab) enge Verbindungen, wobei die Erfahrungen und das Material der Antikomintern von diesen Ländern ausgewertet werden (Schweden, Norwegen, Finnland, Polen, Holland, England, Schweiz, Portugal, Spanien, Jugoslawien, Bulgarien, Österreich, Griechenland, Japan, Brasilien, Kanada).

Antimarxistische, übergewaltige Verbände

In letzter Zeit wurde die Gründung antimarxistischer, übergewaltiger Verbände in Angriff genommen (Juristenbund-Frank, Bauernbund-Darré, Liga gegen Kolonialbolschewismus, Liga gegen Kulturbolschewismus).

Weltkongress

Ein Weltkongress gegen den Bolschewismus ist für Anfang kommenden Jahres in Aussicht genommen. Eine Schrift über den Weltbolschewismus erscheint demnächst.

Sender

Erforderlich ist ein Sender für die Antikomintern. Moskau baut einen neuen Sender mit 2500 kw, der jetzige Moskauer Sender hat 500 kw. Der Sender Heilsberg/Ostpreußen hat dagegen nur 100 kw.

Völkische Bewegungen

Parallel mit dieser Aufgabe müssen die völkischen Bewegungen in Osteuropa genau verfolgt werden und Mittel und Wege müssen geschaffen werden, um die wissenschaftliche und literarische Grundlage zu schaffen, sowie einen Personalbestand mit den nötigen Sachkenntnissen heranzubilden, um für alles gewappnet zu sein.

Verband der Deutschen aus Russland¹

Eine besondere Aufgabe betrifft das Deutschtum in der Sowjetunion, dass heute von der Sowjetregierung systematisch der physischen Vernichtung ausge-

¹ Der „Verband der Deutschen aus Russland e. V.“ (VDR) war 1935 als Dachorganisation aller in Deutschland lebenden Gruppen und Verbände Deutscher aus Russland bzw. der Sowjetunion gegründet worden. Die Leitung hatte Adolf Frisch inne. Vgl. auch Dok. 260.

liefert wird. Für die vielen Deutschen aus der Sowjetunion, die sich im Auslande befinden, ist der „Verband der Deutschen aus Russland“ geschaffen worden. Seine Aufgabe ist in erster Linie politischer Natur: Hier sollen die jungen, weltanschaulich und charakterlich zuverlässigen Deutschen herangebildet werden, um nachher als Sachkenner (die meisten sprechen zwei bis drei Sprachen) eingeschaltet zu werden. Auch hierfür müssten Mittel aufgebracht werden.

BArch, NS 43/9, Bl. 508–511.

Nr. 244

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den kommissarischen Vorsitzenden des Militärkollegiums
des Obersten Gerichts der UdSSR Nikitčenko**

Ganz geheim

1. Oktober [1935]

1520

An den
Kommissarischen Vorsitzenden des
Militärkollegiums des
Obersten Gerichts der UdSSR
Gen. Nikitčenko

Werter Genosse,

aus Ihrem Schreiben vom 29. September geht hervor, dass der deutsche Staatsbürger Viktor Ivanovič Panzer unter anderem wegen der Zugehörigkeit zur konterrevolutionären Organisation „Bund der Auslandsdeutschen“¹ angeklagt wird.

Da der „Bund der Auslandsdeutschen“ eine legale deutsche Organisation ist und deutsche Staatsbürger das Recht auf Mitgliedschaft in ihr haben, können wir Panzer nicht verurteilen und ****ihn****² wegen der Zugehörigkeit zu dieser Organisation bestrafen.

Wir können ihn ebenso wenig dafür anklagen, dass er mit seinem nach Deutschland ausgewanderten Vater, der ebenfalls Mitglied des „Bundes der Auslandsdeutschen“ ist, im Briefwechsel steht.

Was die anderen gegen Panzer vorgebrachten Anklagepunkte betrifft, wonach er eine Spionagetätigkeit betrieb, unter sowjetischen Bürgern eine systematische konterrevolutionäre Agitation führte und schließlich den aus dem Leningrader Gefängnis entflohenen lettischen Spion Kirillov, der zu 10 Jahren Freiheitsentzug ver-

¹ Vgl. Dok. 12, Anm. 6.

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

urteilt worden war, versteckte, so gibt es seitens des NKID keine Einwände, Panzer wegen dieser Delikte vor Gericht zu stellen.³

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
3 E[xemplare], Kopie an: 2. West[abteilung].*

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 52, d. 57, l. 71. Kopie.

Nr. 245

Auszug aus dem Bericht des Geheimen Staatspolizeiamtes

[3. Oktober 1935]

[B-]Schrift

Die sowjetrussischen Institutionen in Deutschland

a) Die Diplomatische Vertretung:

Erwähnenswert ist hier in erster Linie, dass in der Sowjetbotschaft mit dem Generalkonsulat in Berlin, Unter den Linden 7, in der Berichtszeit ein Wechsel des Botschafters eingetreten ist. Der jetzige Botschafter Suritz ist gleichzeitig OGPU-Mann und erhält von allen Angelegenheiten, die in das Tätigkeitsfeld der OGPU fallen, in kürzester Zeit Kenntnis. Er bestimmt auch die Generallinie der Arbeit der „Inspektia“ (siehe weiter unten die Ausführungen über die OGPU).

Suritz hat auch den gesamten Diplomaten- und Angestelltenstab austauschen lassen. Insbesondere ist der Ersatz der reichsdeutschen Botschaftsmitarbeiter durch Sowjetrussen auf seine Initiative zurückzuführen, weil ihm die reichsdeutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht mehr zuverlässig genug erschienen.¹

Die einzelnen Abteilungen der Botschaft sind nach einem inneren Umbau des Gebäudes erheblich erweitert, insbesondere hat das Tätigkeitsgebiet der Militär-Attachés und des Presse-Attachés eine größere Ausdehnung erfahren. Auch der Kraftfahrpark der Botschaft ist wesentlich erweitert. Die Einrichtung einer Dienststelle der inneren und äußeren Komintern neben den offiziellen Abteilungen der Botschaft ist bestehen geblieben.

Durch die Festnahme einer Anzahl von Personen wegen illegaler Betätigung für die KPD durch das Geheime Staatspolizeiamt hat sich einwandfrei erwiesen, dass die Verbindungsleute der Komintern in der Botschaft wiederholt Geldbeträge für den illegalen Apparat herausgebracht und an verschiedene Anlaufstellen abgeführt haben, ferner, dass die Verbindungen der Komintern aus der Botschaft bis in wichtige Staatsorganisationen reichen.

³ Viktor Panzer wurde im September 1939 nach Deutschland ausgewiesen.

¹ Vgl. auch Dok. 411.

Durch die polizeiliche Ermittlungstätigkeit beunruhigt, hat Botschafter Suritz die Mehrzahl der in den Dienststellen der Botschaft tätigen Angestellten nach anderen europäischen Staaten versetzen lassen.

Der Ersatz kommt aus der Sowjetunion.

Zurzeit sind in der Botschaft noch 43 Angestellte beschäftigt, die sich aus zuverlässigen Kommunisten zusammensetzen und die unter ständiger Beobachtung stehen.

Die Zahl der aus den diplomatischen und kommerziellen Vertretungen wegen ihrer Komintern­tätigkeit erfassten und zum Teil zu hohen Zuchthausstrafen verurteilten Persönlichkeiten beläuft sich auf ca. 40.

Die diplomatischen Kuriere (insbesondere die inoffiziellen) sind auf das Doppelte erhöht worden.

Von den Sowjetkonsulaten sind wesentliche Veränderungen nicht zu melden.

Die TASS – Telegrafagentur der UdSSR lenkt das Augenmerk in letzter Zeit insbesondere dadurch auf sich, dass sie – wie bereits in anderen europäischen Ländern geschehen – auch in Deutschland daran geht, die Zeitungsberichter­statter der anderen Staaten für die deutschfeindliche Arbeit der Komintern einzuspannen. So haben die Korrespondenten der „Iswestija“ und „Prawda“ den Spezialauftrag erhalten, auch andere ausländische Zeitungskorrespondenten zur Mitarbeit für die Komintern zu gewinnen. In diesem Zusammenhange sind auch an ausländische Berichter­statter und Journalisten verschiedentlich Einladungen nach Moskau ergangen, um sie als neutrale Sprachrohre zu gewinnen. So: Romain Rolland, André Gide, Henry Barbusse, Martin Andersen Nexö, Karin Michaelis u.a.m. Diese Einladungen der Zeitungsberichter­statter und die gesamte Arbeit in dieser Richtung erledigt in Deutschland zurzeit der Presse-Attaché Gnedin von der Presseabteilung der Botschaft.

Im Klub „Roter Stern“ haben die Bolschewisten bis in das letzte Jahr hinein ihre Propaganda auf ganz legale Weise gemacht, indem sie statutmäßig Reichsdeutsche im Vorstand hatten und Reichsdeutsche auch ungehindert Mitglied werden konnten.

Diese Propaganda ist im letzten Vierteljahr durch die Aktionen des Geheimen Staatspolizeiamtes fast vollkommen unterbunden worden.

Die Lage an der Arbeiterschule ist fast ungehindert. Die Komintern kann dort an und für sich weniger propagandistisch wirken, weil sie ausschließlich von Sowjetkindern besucht wird; einen Einfluss kann die Komintern auf deutsche Staatsbürger dort nur dadurch erzielen, dass sie das Angestelltenpersonal zur Arbeit im illegalen Apparat der KPD anspornt. Die 8 Lehrer der Schule sind Reichsdeutsche, Sowjetrussen und andere Staatsangehörige. Sie sind hier bekannt und stehen unter Beobachtung.

b) Die kommerzielle Vertretung:

Die Handelsvertretung in Berlin

Auch hier deutlich hervortretend der Austausch des alten Wirtschaftsfachmann Weitzer, der im persönlichen Leben mehr bürgerlich als bolschewistisch eingestellt war, mit dem Georgier Kandelaki, der zur alten bolschewistischen Garde gehört und selbst Tschekist war. Auch Kandelaki ist in seinem Ressort gleichzeitig OGPU-Mann.

Smolensky, der als anerkannter Mitarbeiter der HV getarnt ist, ist GPU-Agent. In seinen Händen befindet sich auch die illegale Kasse der OMS (Abteilung für internationale Verbindungen). Smolensky zahlt Gelder an durchreisende Agenten aus Mitteln, die ihm von der Garkrebo² zur Verfügung gestellt werden.

Die „Inspektia“, deren Aufgabe in der Beaufsichtigung und Kontrolle der sowjetrussischen und reichsdeutschen Beamten der Berliner Handelsvertretung besteht, ist nach der Abberufung Karpows auf die einzelnen Nebenorganisationen, Deruluft, Derunapht, Garkrebo usw. verteilt worden. Nunmehr hat sie Kandelaki wieder in eine Abteilung zusammengezogen und mit seinen Vertrauensleuten besetzt, wodurch er die Überwachung seiner Beamten wieder fest in die Hand bekam. Die „Inspektia“ zählt heute wieder etwa 12–15 ständige Mitarbeiter, wozu noch eine gleiche Anzahl durchreisender Agenten kommt, die mit ihr in ständiger Verbindung stehen. Nach Umzug der Handelsvertretung in die Lietzenburgerstraße 11 ist die „Inspektia“ in die Räume der Sowjetbotschaft verlegt worden.

Erwähnenswert ist die unter Führung Kandelakis stehende Entwicklung der HV von einem wirtschaftlichen zu einem wirtschaftspolitischen Instrument der Sowjets.

Eine Gegenüberstellung der Anzahl der Mitarbeiter der HV nach der Staatsangehörigkeit getrennt, vom 1. Januar 1935 und 1. August 1935, wirft ein Schlaglicht auf die Entwicklung:

	<u>1.1.1935</u>	<u>1.8.1935</u>
Sowjetrussen	240	225
Reichsdeutsche	216	74
Sowjetrussen u.		
Ausländer	<u>28</u>	<u>28</u>
	484	327

Demnach ist seit Anfang des Jahres die Zahl der anerkannten und kommandierten Mitarbeiter der HV von rund 500 auf rund 300 gesunken. Zu diesen Mitarbeitern sind aber auch die sich in Berlin ständig aufhaltenden „Einkaufskommissionen“ zu rechnen, die etwa 300 Köpfe umfassen, sodass die Zahl der Mitarbeiter der HV auf das Doppelte der hier ständig arbeitenden und erfassten Angestellten und Beamten geschätzt, nicht zu hoch gegriffen ist. Die hierbei verfolgte Taktik liegt darin, dass die Zahl der wechselnden Mitarbeiter zu Ungunsten der dauernden erheblich erhöht ist.

Dieser ständige Wechsel erschwert die Beobachtung der Arbeit der HV unheimlich.

In letzter Zeit fällt besonders die große Anzahl der Versetzungen von Berlin nach Hamburg auf, die in keinem Falle mit der Handelstätigkeit in Hamburg in Einklang zu bringen ist. So sind allein nach Hamburg in den letzten Monaten über 65 Personen abkommandiert worden.

Auch nach Leipzig ist eine verhältnismäßig große Anzahl von Angestellten (15 Personen) versetzt worden. Die Sowjetrussen versuchen diese Tatsache auf die

² Vgl. Dok. 152, Anm. 6.

steigende Bedeutung der Leipziger Messe zurückzuführen, doch rechtfertigt es keinesfalls die öfteren Reisen gerade dieser Angestellten nach Prag. Diese Reisen sind offensichtlich darauf zurückzuführen, dass sich das mitteleuropäische Büro der Komintern in Prag befindet.

Die Exportabteilung der RHV ist nach Moskau verlegt worden. Die Einkäufe für die Handelsartikel der Sowjetunion müssen nunmehr in Moskau getätigt werden; daraus erklärt sich die erhöhte Reisetätigkeit von Angehörigen deutscher Firmen nach Moskau.

Die Unterabteilungen der HV.

Deruluft,

Derunapht,

Garkrebo,

Derutra,

Kniga (in Auflösung),

Intourist,

Torgprom,

Centrosojus,

Selskosojus,

Flachs- und Hanf GmbH

bestehen noch. Erwähnenswert ist schließlich noch die Verlegung der Derutra von Berlin nach Hamburg.

Die OGPU

Wie bekannt, wechselte im Juli 1934 die Politische Polizei der SU zum zweiten Mal ihren Namen. Vor mehreren Jahren entstand aus der Tscheka, der außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution, der Sabotage und der Amtsvergehen, die GPU, die Staatliche Politische Verwaltung. Anstelle der GPU wurde dann im Juli 1934 ein neues Volkskommissariat für innere Angelegenheiten gebildet. Dieser Wechsel wurde hauptsächlich deshalb vorgenommen, weil sich an die Bezeichnung „GPU“ in der Weltmeinung zuviel Blut und Willkür knüpfte.

Dass sich in der Tätigkeit und den Zielen der GPU bei der Umbenennung nichts geändert hat, beweist schon die Tatsache, dass die drei leitenden Beamten der GPU zu Volkskommissaren des Inneren ernannt wurden, es besteht also die GPU und OGPU in der SU nach wie vor.

Allerdings beschränkt sich die Arbeit der GPU nur noch auf die Sowjetunion, die Arbeit der OGPU hingegen auf die SU und das Ausland.

Im Auslande hat man es somit ausschließlich mit OGPU-Agenten zu tun.

Um den führenden Beamten der Auslands-OGPU größtmögliche Sicherheit zu geben, werden sie als Mitglieder der ausländischen Sowjetvertretungen geführt. Sie reisen auch als sogenannte Geschäftsleute ins Ausland, um dort unter dem Deckmantel, Einkäufe für die Sowjetunion zu tätigen, für den Weltbolschewismus tätig zu sein.

Die Sowjetregierung wendet für diese Arbeiten der OGPU ungeheure Summen auf. Es ist hier festgestellt worden, dass der Etat für die OGPU für das Jahr 1935 über 1½ Milliarden Rubel beträgt (etwa 3½ Milliarden Mark).

Die OGPU arbeitet in der Hauptsache in 4 Abteilungen. Zur Tarnung ihrer Arbeit im Auslande werden bei allen sowjetrussischen Botschaften, Gesandtschaften und Handelsvertretungen im Auslande sogenannte „Inspektia“³ eingerichtet. Auch bei der Berliner HV existierte seit Jahren eine sogenannte „Inspektia“, die bis vor kurzem von dem Tschekeiten Karpow geleitet wurde. Dieser wurde, da seine Tätigkeit als OGPU-Agent zu sehr bekannt war, unlängst nach Wien versetzt, wo er die gleiche Tätigkeit ausübt. Wie bereits erwähnt, befindet sich nach der Verlegung der Berliner HV in die Lietzenburgerstraße 11 die „Inspektia“ in der Sowjetbotschaft, um die Trennung von kommerzieller und politischer Vertretung zu dokumentieren. Der jetzige Leiter ist der *Jude Masing*⁴. Besetzt ist die „Inspektia“ jetzt nur von Leuten aus dem Kreise Kandelaki.

Der ersten Abteilung der OGPU obliegt die Geheimkontrolle der Sowjetdiplomaten, der Botschaft, der Konsulate und Handelsvertretungen. Es ist mitunter so, dass z. B. sogar der Sowjetbotschafter nicht weiß, wer von seinen Angestellten derjenige ist, der ihn als OGPU-Agent zu beobachten hat.

Die zweite Abteilung der OGPU beschäftigt sich in der Hauptsache mit Militär- und Marinespionage und Patentdiebstählen. Eine der beliebtesten Methoden dieser Abteilung ist, durch geschickte Agenten, die man als „Seksoten“⁵ bezeichnet, an die Nachrichtenabteilung der verschiedenen Wehrministerien heranzutreten und sie als Agenten gegen die Sowjets markieren zu lassen.

Die dritte Abteilung beschäftigt sich hauptsächlich mit der moralischen Zersetzung von Personen, auch Diplomaten solcher Staaten, in welchen diese Agenten tätig sind.

Die vierte Abteilung endlich bearbeitet unmittelbar die russische Emigration.

Die Arbeit der OGPU im Auslande besteht auch in der Gegenarbeit gegen Organisationen und Personen, welche der Sowjetvertretung und dem Gedanken des Kommunismus in dem betreffenden Staate gefährlich werden. Um diese Tätigkeit der OGPU erfolgreich durchzuführen, werden von der OGPU in der Hauptsache Personen aus der russischen Emigration als „Seksoten“ herangezogen. Da die hiesige russische Emigration in sehr schlechten finanziellen Verhältnissen lebt, ist es der OGPU ein Leichtes, aus diesen Personen gegen gute Bezahlung Agenten für sich zu gewinnen.

Es darf als sicher angenommen werden, dass das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (GPU und OGPU) befehlsmäßig dem Kriegskommissar Woroschilow unterstellt ist. Die Tatsache dieser organisatorischen Zusammenlegung wird selbst in der UdSSR geheim gehalten.

Sonstiges

Die Gefährlichkeit der Tätigkeit aller Instrumente der Weltrevolution und die vorzügliche Tarnung ihrer Agenten macht eine Überwachung auch der harmlos erscheinendsten Verbindungen in die UdSSR erforderlich.

³ Die „Inspektija“, die die Kontrolle und die Revision über das Volkskommissariat für Außenhandel und den ihm unterstellten Organisationen ausübte, war dem Komitee der Sowjetkontrolle beim Rat der Volkskommissare unterstellt.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Sekretnyj sotrudnik = geheimer Mitarbeiter.

Aus dem Gesichtspunkt heraus, dass Deutschland kein Interesse an einer Höherentwicklung der russischen Industrie haben kann, insbesondere, da hier immer wieder bekannt geworden ist, dass die Sowjetrussen, ohne sich an Lizenzen oder Patente zu halten, die ihnen von deutscher Seite vermittelten Kenntnisse und Erfahrungen rigoros für sich verwerten, ist erwirkt worden, dass die kürzlich beabsichtigte Vortragsreise eines deutschen Ing. Professors im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministeriums verboten wurde.

In Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, dem Außenpolitischen Amt der NSDAP und dem Propaganda-Ministerium ist, um jede pro-bolschewistische Propaganda-Aktion zu unterbinden, der Reklametätigkeit des Reisebüros „Intourist“ besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden.⁶ Die dabei getroffenen Maßnahmen sind kurz folgende:

Das Verbot der Poststempelreklame des Reisebüros „Besucht die Sowjetunion“, Verbot der Werbung des „Intourist“ für Reisen auf Sowjetschiffen nach London und Leningrad,

Verbot der Reisewerbung des „Intourist“ durch Beifügung von Prospekten in deutschen Monatsheften (Elegante Welt).

Die Reklame für Russlandreisen durch Plakataushang ist durch stillschweigende Regelung mit den verschiedenen Reklamegesellschaften unterbunden worden.

Bezüglich einer generellen Regelung der Werbung des „Intourist“ in Deutschland schweben zurzeit noch Verhandlungen mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda.

Die Uraufführung eines sowjetrussischen Propagandafilms „Tscheljuskin“, der durch Kniga bzw. durch das Reisebüro „Intourist“ über eine jüdische Filmverleihfirma an den Mann gebracht werden sollte, wurde verboten und der Film beschlagnahmt. In diesem Zusammenhang erfolgten auch eine Durchsuchung in den Räumen der Kniga und des „Intourist“ und die Beschlagnahme des Buches „Tscheljuskin“.⁷

Der Bericht beginnt mit der Seitenzählung 12, dies war jedoch das erste Blatt des Dokuments in der Akte. Oben auf dem ersten Blatt Stempel: des Gestapa und Datumsstempel, daneben: z.d.A. J/III/.

RGVA, f. 500/k, op. 1, d. 308a, l. 50–57.

⁶ Vgl. Dok. 175.

⁷ Vgl. Dok. 39.

Nr. 246
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Geheim
Persönlich
4. Oktober [1935]

1525

An den
Bevollmächtigten Vertreter
der UdSSR in Deutschland
Gen. Suric

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

vor Ihrer Abreise aus Moskau sagten Sie mir, es wäre Ihrer Meinung nach in diesem Jahr wohl kaum angebracht, einen Empfang am 7. November¹ zu geben, weil Sie damit rechnen müssten, dass voraussichtlich nicht nur die uns feindlich gesonnenen offiziellen Regierungspersonen fernbleiben würden, sondern auch eine ganze Reihe von Vertretern der Öffentlichkeit (Professoren, Maler, Musiker), die sich uns gegenüber gut verhalten und unsere Empfänge gern besuchten, die aber in diesem Jahr befürchten, wegen ihres öffentlich bekundeten guten Verhältnisses uns gegenüber Repressionen ausgesetzt zu werden. Sie erbaten meine Genehmigung, am 7. November keinen Empfang zu geben.

Ich versprach Ihnen, nach der Erörterung dieser Frage mit Maksim Maksimovič² eine Antwort zu geben. Wir hatten uns mit Ihnen darüber verständigt, dass es für Sie, sollten Sie in diesem Jahr auf den jährlichen Traditionsempfang verzichten, besser wäre, an diesem Tag nicht in Berlin zu sein, sondern einige Tage vor dem 7. November irgendwohin zu verreisen.

In dem Telegramm, das wir gestern von Ihnen erhielten, heißt es, einige leitende Genossen hätten sich dafür ausgesprochen, dass es besser wäre, den Empfang zu geben. Sie selbst haben jedoch dazu nicht Ihre Meinung geäußert. Da ich mit M.M. dieses Thema besprechen werde und es vielleicht erforderlich sein wird, sich auch mit anderen Genossen zu beraten, hätte ich gern gewusst, ob Sie weiterhin an der vor der Abreise geäußerten Meinung festhalten oder aber Sie Ihre Meinung, nachdem Sie sich mit der Berliner Situation vertraut gemacht haben, geändert haben und nunmehr nicht mehr kategorisch darauf bestehen, Ihnen zu gestatten, auf die Ausrichtung des Empfangs zu verzichten.³

Falls Sie es für unmöglich erachten, die Entscheidung bis zur nächsten Post abzuwarten, so geben Sie Ihre Antwort mit einem kurzen Telegramm durch.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

N. Krestinskij

¹ Traditioneller Empfang zu Ehren des Jahrestages des Beginns der bolschewistischen Revolution in Russland.

² Litvinov.

³ Suric blieb bei seiner Auffassung; der Empfang am 7. November in der Bevollmächtigten Vertretung fand nicht statt. Vgl. Dok. 283.

Vermerk S. A. Bessonovs mit Bleistift: Zu den Akten 5/10. S. B[essonov].
 Oben rechts in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2090 vom 5.10.1935.
 Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
 5 E[xemplare]. Kopien an: die Genossen Litvinov, Stomonjakov, die 2. West[abteilung].

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 1, l. 97–96. Kopie.

Nr. 247

Schreiben des Ministerialdirektors im Reichswirtschaftsministerium Schniewind an den Reichsinnenminister Frick

Abschrift zu I 26581/35¹

Berlin, den 4. **Oktober**² 1935

Der Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister
 Behrenstr. 43

An den
 Herrn Reichs- und Preußischen Minister des Innern,
Berlin

Betrifft: Auflösung der „Vereinigung Deutscher Russlandgläubiger“.

Anlässlich der Abwertung des engl. Pfundes und des amerikanischen Dollars haben sich Streitigkeiten zwischen der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland und den deutschen Lieferfirmen darüber ergeben, in welcher Währung Lieferverträge, in denen mehrere Währungen genannt waren, zu erfüllen seien. Die Handelsvertretung der UdSSR hat in allen Fällen, in denen eine Nachzahlung in Reichsmark verlangt worden ist, obwohl von der Handelsvertretung die in Zahlung gegebenen Fremdwährungswechsel fristgemäß eingelöst wurden, die Teilnahme an Schiedsverfahren abgelehnt und ohne ihre Mitwirkung zustande gekommene Schiedssprüche nicht anerkannt. Sie hat weiterhin erklärt, dass die Sowjetregierung im Falle der Vollstreckung von Schiedssprüchen die Handelsvertretung aus Deutschland zurückziehen und damit die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland abbrechen werde. Bei den Verhandlungen über das deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommen vom 9. April 1935 hat die Sowjetseite schließlich darauf hingewiesen, dass Voraussetzung für den Abschluss dieser Vereinbarung u. a. die Bereinigung der Streitigkeiten aus der Pfund- und Dollarentwertung sei.

Im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt bin ich zu der Überzeugung gekommen, dass die Sowjetseite bei einer Realisierung der von den deutschen Liefer-

¹ Unter dieser Nummer schickte Dr. von Spindler aus dem Reichswirtschaftsministerium am 2.11.1935 die Abschrift auf Anforderung an das AA zur Kenntnisnahme. Bräutigam leitete es unter der Nummer W IV Ru 4436 am 6.11.1935 an Leibbrandt weiter. Vgl. PA AA, R 94601, o. P., und BArch, NS 43/39, Bl. 105.

² Der Monat wurde handschriftlich verbessert; ursprünglich: November.

firmen geltend gemachten Ansprüche aus der Abwertung von Pfund und Dollar die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland tatsächlich abgebrochen hätte. Ich habe weiterhin die Überzeugung erlangt, dass der Abschluss des neuen Abkommens, das der deutschen Wirtschaft Bestellungen in Höhe von über einer Viertelmilliarde Mark in Aussicht stellt und die Bezahlung alter sowjetischer Verbindlichkeiten in Höhe von 200 Millionen RM durch die Lieferung von notwendigen Waren sowie von Gold und Devisen sicherstellt, nur dadurch zu erreichen war, dass vorher die Frage der Pfund- und Dollarentwertung geklärt wurde. Auf der anderen Seite hat die Erfahrung in Deutschland sowohl als auch in anderen Ländern gezeigt, dass Forderungen gegen die UdSSR *oder gegen sowjetische Handelsvertretungen, die von der Sowjetseite nicht als berechtigt anerkannt werden, mit Erfolg nur beigetrieben werden können, wenn sich die in Betracht kommenden Regierungen der Angelegenheit annehmen*³.

Nach alledem habe ich eine Lösung in der Richtung angestrebt, dass alle beteiligten Firmen sich anstelle der Weiterverfolgung ihrer Ansprüche gegen die Handelsvertretung in gerichtlichen oder in Schiedsverfahren einem Entschädigungsverfahren anschließen sollten, kraft dessen nach unparteiischer Entscheidung einer Entschädigungskommission ein im Wesentlichen von der Sowjetseite aufzubringender Fonds an die Firmen verteilt wird, denen ein berechtigter Anspruch zuerkannt werden wird. Die Sowjetseite hat sich in dem Abkommen von 9. April 1935 verpflichtet, an einer Bereinigung der streitigen Angelegenheit in dieser Richtung mitzuwirken.

In der Erkenntnis, dass nur auf dem vom Reiche eingeschlagenen Wege eine – wenn auch nicht vollständige – Befriedigung der deutschen Lieferfirmen zu erreichen sein würde, und dass die Beilegung der Streitigkeiten aus der Pfund- und Dollarentwertung der deutschen Industrie die Möglichkeit zu neuen erheblichen Russengeschäften eröffnet hat, haben sich die beteiligten Firmen nahezu geschlossen bereit gefunden, an den Entschädigungsverfahren teilzunehmen. Die Entschädigungskommission hat sich daraufhin unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Kiesselbach gebildet und ihre Arbeit inzwischen aufgenommen.

Einige wenige Firmen, die vornehmlich durch Rechtsanwalt Dr. H.O. Funck, Berlin, vertreten sein werden, haben geglaubt, sich dem Entschädigungsverfahren nicht anschließen zu sollen. Zu ihnen gehört in erster Linie die Firma Schieß-Defries A.G. in Düsseldorf, die, vertreten durch Rechtsanwalt Funck, zurzeit auf Grund eines ohne Mitwirkung der Sowjetseite zustande gekommenen Schiedsspruchs die Zwangsvollstreckung in das Vermögen der Handelsvertretung der UdSSR in Berlin betreiben will. Die Firmen, die eine Teilnahme an dem Entschädigungsverfahren ablehnen, sind nach meinen Feststellungen völlig oder überwiegend in der „Vereinigung Deutscher Russlandgläubiger“, Berlin W. 62, Budapester Str. 30, zusammengeschlossen. Der Vorstand besteht aus folgenden Personen:

Direktor C. Dost (R. Stock & Co., A.-G., Berlin-Marienfelde)
 Direktor G. Hüttner (Schieß-Defries Akt.-Ges. Düsseldorf)
 Direktor zur Nieden (Maschinenfabrik Froriep GmbH, Reydt).

³ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Geschäftsführender Vorstand:

Direktor H. Winter, Berlin-Schlachtensee,
Rechtsanwalt Dr. H.O. Funck, Berlin W. 62.

Die Versuche der der Vereinigung angeschlossenen Firmen, *im Wege der Zwangsvollstreckung in das Vermögen der Handelsvertretung zu einer Befriedigung zu gelangen, bieten meines Erachtens keine Aussicht auf Erfolg, da die Handelsvertretung nicht hinreichende Vermögenswerte besitzt, um die Ansprüche der betreibenden Gläubiger auszugleichen. Das Fortbestehen der „Vereinigung Deutscher Russlandgläubiger“ ist**⁴ außerdem überflüssig und zwecklos, weil ich im Rahmen des Möglichen die berechtigten Ansprüche deutscher Lieferfirmen nachhaltig unterstütze und weil bei der Eigenart der deutsch-sowjetischen Geschäftsbeziehungen die Reichsregierung allein in der Lage ist, auf die Russen in geeigneter Weise zur Wahrung der deutschen Belange einzuwirken. Darüber hinaus sind die Versuche der Firmen, zwangsweise gegen die Handelsvertretung vorzugehen, durchaus geeignet, die bevorstehenden Verhandlungen mit der Sowjetseite auf das Ernsteste zu gefährden und damit die Bereitschaft der Sowjetseite, für Deutschland dringend erwünschte Rohstoffe zu liefern, aufzuheben. Daneben werden Vollstreckungsmaßnahmen, mit denen die Handelsvertretung nach dem Abkommen vom 9. April 1935 nicht mehr rechnen kann, die sowjetische Bestelltätigkeit, die sich in letzter Zeit in erfreulicher Weise belebt hat, beeinträchtigen. Das Vorgehen der in der „Vereinigung Deutscher Russlandgläubiger“ zusammengeschlossenen Firmen verstößt damit meines Erachtens gegen die Belange von Volk und Staat.

Ich bitte deshalb, das Erforderliche zu veranlassen, um die vorgenannte Vereinigung aufzulösen und mich von dem Veranlassten in Kenntnis zu setzen. Für eine Beschleunigung der Angelegenheit wäre ich besonders dankbar, da die Firma Schieß-Defries trotz aller Bemühungen, mit ihr zu einer gütlichen Einigung zu kommen, die Vollstreckung einleiten will und ich Grund zu der Annahme habe, dass eine amtliche Auflösung der „Vereinigung der Deutschen Russlandgläubiger“ sie zu einem Einlenken veranlassen wird.

Im Auftrag

gez. Dr. Schniewind

PA AA, R 94601, o. P., 4 Bl.

⁴ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Nr. 248
**Aufzeichnung der Unterredung des kommissarischen Leiters der
2. Westabteilung im NKID Bessonov mit dem deutschen
Geschäftsträger in Moskau von Twardowski**

GEHEIM
[5. 10. 1935]

Nr. 14998
11/X-35¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES Gen. BESSONOV MIT DEM
DEUTSCHEN GESCHÄFTSTRÄGER TWARDOWSKI
VOM 5. OKTOBER 1935

Nach einigem Schwanken beschloss ich, zuerst T[wardowski] aufzusuchen. Wir hatten am 5. Oktober² ein recht interessantes Gespräch. T., der von meinem Besuch sichtlich gerührt war, ging über den üblichen Rahmen hinaus und stellte mir folgende Gedankengänge vor:

Er verstünde natürlich, dass die Atmosphäre für die politischen Beziehungen zwischen unseren Ländern gegenwärtig äußerst ungünstig sei. Trotzdem sehe er auch gewisse Lichtblicke. So meine er zum Beispiel, dass die Abschlussrede Hitlers auf der Sitzung des Reichstages in Nürnberg einen gewissen Schritt vorwärts in der Entwicklung der deutschen Politik gegenüber der UdSSR in dem Sinne sei, als Hitler in dieser Rede erklärt habe, dass Deutschland gegenüber der Sowjetunion keine aggressiven Absichten habe.³ Er hätte dies zwar nicht in direkter, sondern in indirekter Form mit dem Hinweis darauf getan, dass Deutschland und die UdSSR keine gemeinsamen Grenzen haben. T. vertrete die Meinung, dass auch die sich in letzter Zeit entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen einen gewissen Lichtblick böten, was von beiden Seiten mit Befriedigung zur Kenntnis genommen würde. T. meint, dass es substantiell im Prinzip nichts gäbe, was die UdSSR und Deutschland trenne und es deshalb durchaus möglich wäre, die früheren gutnachbarschaftlichen Beziehungen in einem bestimmten Maße wiederherzustellen. Der erste Schritt dazu bestünde nach T.s Auffassung in einer Politik seitens der interessierten Organe beider Länder, die scharfe Konflikte vermeiden oder deren Entstehung verhindern würde. Er selbst habe diese Politik die ganze Zeit über verfolgt und rechne es sich zum Beispiel als Verdienst an, dass die Ausweisung von Gofman

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Wegen der längeren Erkrankung von Stern und des Urlaubs von Linde war Bessonov aus Deutschland abgezogen und am 27.9.1935 zum kommissarischen Leiter der 2. Westabteilung ernannt worden. Vgl. Brief Krestinskijs an Bessonov vom 11.9.1935. In: AVP RF, f. 05, op. 15, p. 114, d. 129, l. 158.

³ In dieser Rede führte Hitler u. a. aus: „Es kann für unser ganzes Verhalten nur eine einzige Richtlinie geben: unsere große und unerschütterliche Friedensliebe. Ein solches Bekenntnis scheint mir jetzt nötig zu sein, da sich leider eine gewisse internationale Presse fortgesetzt bemüht, Deutschland in den Kreis ihrer Kombinationen einzubeziehen. Bald wird der Fall behandelt, daß Deutschland gegen Frankreich vorgehen werde, bald die Annahme, daß es sich gegen Österreich wende, dann wieder die Befürchtung, daß es Russland, ich weiß nicht wo, angreife.“ In: Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. I/2, S. 535.

(der Korrespondent der „Pravda“) aus Deutschland⁴ vorgeblich von der Tagesordnung genommen worden sei. Die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen betrachte T. als den nächsten Schritt, weil seiner Meinung nach die in diesen Beziehungen noch vorhandenen strittigen Momente leicht durch ein beiderseitiges Abkommen geregelt werden könnten. Wenn in dieser Richtung eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht sei, hielte es T. schließlich für unumgänglich, auch politische Fragen aufzuwerfen, zum Beispiel die Rückkehr zur Frage eines Ostpaktes, der, wie dem auch sei, dennoch ein Versuch wäre, in gewisser Weise die politischen Probleme im Osten Europas zu regeln. Wenn für den Ostpakt jetzt noch nicht die Zeit gekommen sei, so wäre es dennoch äußerst wünschenswert, wenigstens in mehr oder weniger neutrale politische Gespräche und in einen Meinungsaustausch einzutreten, zum Beispiel zu solchen Fragen wie dem italienisch-abessinischen Konflikt. Anderenfalls werde eine Situation entstehen, in der es überhaupt keine Kontakte gäbe, so dass er, T., offen gesagt, zum Beispiel dem Narkomindel aus dem Wege zu gehen versuchen würde, da er nicht wüsste, worüber er mit dessen Mitarbeitern sprechen könnte.

Ich machte T. darauf aufmerksam, dass die deutsche Seite uns gegenüber beständig in der Offensive⁵ sei. Die deutsche Presse führe sich gegenüber der UdSSR fasst immer ohne Grund überaus grob auf, vom Nürnberger „Parteitag“ schon ganz zu schweigen. Das Verhalten der sowjetischen Presse stelle im Vergleich zu dem Ton der deutschen Presse ein unvergleichliches Beispiel an Korrektheit und Loyalität dar. Die Politik, die er als wünschenswert erachte und über die er soeben gesprochen habe, sei wohl kaum mit solch einem Verhalten der deutschen Presse und der deutschen Politik und deren antisowjetischen Handlungen vereinbar.

Ich bestätigte den erfolgreichen Verlauf der Operationen zum 200-Millionen-Kredit⁶ und wies darauf hin, dass hier die sowjetischen Wirtschaftsorgane in einigen Fällen den deutschen Firmen entgegengekommen seien und damit völlig die Korrektheit und Loyalität in Bezug auf das unterzeichnete Abkommen⁷ demonstriert hätten. Somit könne man die sowjetische Seite auch auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen keineswegs einer vorsätzlichen Feindschaft gegenüber Deutschland bezichtigen, während zur gleichen Zeit bei deutschen Firmen bei der Umsetzung des Abkommens wiederholt Symptome und direkte Anzeichen einer demonstrativ-feindlichen Haltung gegenüber der UdSSR zu beobachten gewesen seien.

Schließlich sei auch auf dem Gebiet der großen politischen Fragen nicht die sowjetische, sondern gerade die deutsche Seite daran schuld, dass sich diese Fragen nicht von der Stelle bewegen würden.

Zusammenfassend käme ich somit zu der Schlussfolgerung, dass die von T. aufgezeigte Linie einer wünschenswerten deutschen Politik gegenüber der UdSSR in der Praxis nicht befolgt werde und die deutsche Regierung sich offensichtlich von ganz anderen Motiven leiten lasse.

Damit endete das allgemeine Gespräch. Auf meine Frage sagte mir T. mit Bitterkeit, dass man im Auswärtigen Amt in Berlin allem Anschein nach nicht geneigt sei, ihm die Möglichkeit zu geben, seine in der UdSSR erworbenen Spezialkenntnisse anzuwenden, und ihn demonstrativ nicht in die Ostabteilung versetze, wie er

⁴ Vgl. Dok. 227.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁶ Vgl. Dok. 224, 318.

⁷ Vgl. Dok. 116.

das erwartet hätte und worüber in Berlin alle sprechen würden, sondern in die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, wo er sich überhaupt nicht vorstellen könne, was er dort machen werde. Roediger von der Kulturabteilung werde in der Ostabteilung bei Köpke Dirigent⁸ werden. T. beabsichtigt, am 1./2. November nach Berlin abzureisen.

KOMMISSARISCHER LEITER DER II. WESTABTEILUNG

Bessonov

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3030 vom 11.10.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 33, l. 36–37. Kopie.

Nr. 249

**Bericht des Beauftragten des Volkskommissars für Verteidigung beim
Volkskommissariat für Außenhandel Gittis an den Stellv.
Volkskommissar für Außenhandel Loganovskij**

Ganz geheim¹

Expl. Nr. 1

5.X.35

ANLAGE zu Nr. 385049s/s²

LISTE

der wichtigsten der für die Bestellung à Konto des deutschen 200 Mio. Kredites vorgesehenen Objekte, deren Realisierung auf Schwierigkeiten stieß³

1. Ein Gerät für die Führung von Artilleriefeuer per Funk vom Flugzeug aus (ungefähr 10.000 Rubel ⁴ veranschlagt).	Die Firma SIEMENS lehnte es ab, ein Angebot zu machen, sie berief sich auf das (nicht offizielle) Verbot.
2. Ein System für die Fernwirk-Steuerung eines Schnellbootes ohne Kabel (ungefähr 100.000 Rubel veranschlagt).	Die Firma SIEMENS lehnte es ab, ein Angebot zu machen, sie berief sich auf das (nicht offizielle) Verbot.

⁸ Roediger wurde zum Leiter des Referats Osteuropa in der II. Abteilung des Auswärtigen Amtes ernannt.

¹ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Die Liste wurde von Gittis mit Begleitschreiben am 5.10. an Loganovskij geschickt. Vgl. RGAÉ, f. 413, op. 12, d. 2081, l. 3.

⁴ Gemeint sind Gold- bzw. Devisen-Rubel, die von den sowjetischen Handelsorganisationen im internationalen Zahlungsverkehr verwendet wurden.

3. Eine Duplex-Funksprechanlage im
Dezimeter-Bereich
von 20 bis 60 1 Stück
von 10 bis 20 2 Stück
(ungefähr 390 Tsd. Rubel veranschlagt).

Die Firma TELEFUNKEN erklärte offiziell, dass sie keine Angebote macht, weil ihr das verboten worden ist.

4. Autopilot Typ 4 (oder 3)–11
(ungefähr 220.000 Rubel veranschlagt).

Die Firma SIEMENS schlug früher nicht weniger als 10 **Stück**⁵ vor, später berief sie sich aber auf das Verbot.

BEAUFTRAGTER DES NKO BEIM NARKOMVNEŠTORG DER UdSSR

Gittis

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
Geschr. in 2 Expl. Expl. Nr. 1 an die Adresse, Nr. 2 zu den Akten.*

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2081, l. 4. Original.

Nr. 250

Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Botschafter in Tokio von Dirksen

Moskau, den 8. Oktober 1935

Sehr verehrter, lieber Herr von Dirksen!

Ich möchte die Gelegenheit des ersten ständigen Kuriers nach Tokio nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen meine und meiner Frau herzlichste Grüße zu senden und Ihnen Dank zu sagen für die freundschaftliche Teilnahme an der Verlobung von Gerda.

Die letzten Wochen in Moskau sind ausgefüllt mit der Auflösung des Haushalts, Abschiedsfeiern und Abschiedsbesuchen. Genau zwei Jahre nach Ihnen werden wir Moskau verlassen. Tippielskirch wird etwa am 1. und 2. November hier eintreffen. Ich werde dann am *4. oder 5. endgültig* abreisen. *6½ Jahre in Moskau sind eine lange Zeit*, und wenn man es recht bedenkt, so hat man neben Gebirgen von Ärger und Verdrießlichkeiten doch auch viel Nettes und Angenehmes hier erlebt. *So ganz leicht wird das Scheiden also nicht, besonders, da auch die dienstliche Zukunft leicht bewölkt erscheint.* Die Reorganisation resp. Auflösung der Abteilung IV hat mir die etwas peinliche Überraschung gebracht, dass man *Herrn Roediger*, der in Ostdingen nicht so bewandert ist, *zum Dirigenten* für den europäischen Osten unter Köpkes Führung gemacht hat, während man mit mir anscheinend vorhat, dass ich an Roedigers Stelle in der *Abteilung VI die Minderheiten betreuen* soll. Da bei VI Herr Stelzer ist und neuerdings Herr Roth tätig werden soll, so können wir dort eine Russlandgruppe aufmachen. Die Gründe, wa-

⁵ Das Wort ist mit Tinte geschrieben.

rum Herr Köpke Herrn Roediger mir vorgezogen hat, dürften wohl damit umschrieben sein, *dass man mich einer zu starken Initiative* in Fragen der Russlandpolitik verdächtigt und *dass das manchen Leuten unbequem erscheint*¹. Daher zog man es vor, mich aus der aktiven Politik im Osten zu entfernen. So ist das Resultat meiner 6½jährigen Arbeit hier für mich nicht gerade erfreulich, wenn auch die neue Aufgabe mancherlei Annehmlichkeiten mit sich bringt. Ich werde jedenfalls auf diese Weise in Berlin Gelegenheit haben, das seit 1933 sehr gestörte System meiner politischen Beziehungen in Deutschland selbst langsam und allmählich wieder aufzubauen.

Dass ich *politisch gern aus Moskau* ziehe, werden Sie verstehen, denn die ewige Hetze und das sich immer steigernde Missverstehen hat zwangsläufig immer stärker *auch auf die persönlichen Beziehungen zu den Russen zurückgewirkt*², und wenn man mir von russischer Seite auch immer wieder versichert, dass Vielerlei lediglich aus dem Grunde geschehe, um mir persönlich einen Gefallen zu tun, so ist das doch ein schwacher Trost, denn die Anzahl der „Fälle“, in denen man nichts erreichen kann, ist riesengroß im Vergleich mit dem, wo man einen sogenannten Erfolg sieht.

Politisch stehen wir zurzeit *im Zeichen des werdenden rumänisch-russischen Paktes*.³ Ende des Monats wird Titulescu hier erwartet, und dann wird das System der Beistandspakte, das der *Sowjetunion die Möglichkeit gibt, jederzeit im Balkan und mitteleuropäischen Fragen einzugreifen, einen gewissen Abschluss finden*. Dass allerdings eine Bessarabien-Garantie von Seiten der Sowjetunion ausgesprochen wird, halte ich vorläufig noch für ausgeschlossen. *Aber in Bukarest scheint der Rubel gerollt zu haben*⁴, und so ist der Widerstand der Königs⁵ gegen den sowjetischen Bundesgenossen immer aussichtsloser geworden.

Im Vordergrund steht zurzeit noch die tschechisch-sowjetische Freundschaft, die von Beneš mit panslawistischen Gedanken durchtränkt wird, die aber auf russischer Seite wenig Gegenliebe findet. Sonst aber ist die Tschechoslowakei hier *absolut Trumpf*, sei es auf militärischem, kulturellem oder politischem Gebiete. *Die französisch-sowjetische Freundschaft leidet etwas darunter, dass der Beistandspakt noch nicht ratifiziert ist*.⁶ Es hat sich so ein ähnlicher Zustand entwickelt wie bei uns seinerzeit, *als wir aus innerpolitischen Gründen lange Zeit hindurch die Verlängerung des Berliner Vertrages nicht ratifizieren* wollten oder konnten. *Auch die litauisch-sowjetische Freundschaft* ist unter dem Druck der Ereignisse im Memelgebiet *sehr verstärkt*, wenngleich ich zurzeit Gerüchte über einen litauisch-sowjetischen Beistandspakt noch für verfrüht halte, da Litauen zurzeit noch nicht den Baltenbund sprengen will, der durch eine derartige einseitige Bindung an die Sowjetunion sicher aufliegen würde. Hier hängt die Entwicklung vom weiteren Schicksal des Ostpaktes ab. Solange dieser noch in der Schwebe ist, solange noch nicht formal das endgültige Nein ausgesprochen ist, werden weder

¹ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

² Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

³ Eine Vereinbarung zwischen der UdSSR und Rumänien kam nicht zustande. Vgl. Sovetsko-ruminskije otnošenija: Dokumenty i materialy, Bd. 2: 1935–1941 (Die sowjetisch-rumänischen Beziehungen. Dokumente und Materialien), Moskva 2000.

⁴ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

⁵ König Carol II.

⁶ Ratifiziert wurde der am 2.5.1935 geschlossene Beistandsvertrag in Paris am 26.3.1936.

Litauen noch die Sowjetunion die letzten Möglichkeiten für den Ostpakt vernichten dadurch, dass sie einen zweiseitigen Pakt schließen. Denn die wahrscheinliche Antwort auf *einen solchen Pakt würde wohl ein deutsch-estnischer Nichtangriffspakt*⁷ sein, der dann das Interesse der beiden nördlichen Baltenstaaten am Ostpakt endgültig beseitigen würde.

Nach Ausbruch des abessinisch-italienischen Krieges⁸ hat die *Sowjetpresse* ihre bisherige vorsichtig zurückhaltende Haltung gegenüber Italien aufgegeben und *zeigt nunmehr offiziell Sympathie für Abessinien*. Das hindert aber natürlich nicht, dass die Sowjetunion *ihren Naphthaexport gewaltig nach Italien*⁹ steigert. Die offizielle Sowjetpolitik ist sehr völkerbundstreu, hängt sich an Frankreich und die Tschechoslowakei an, zeigt großes Verständnis für England, verdächtigt Deutschland und sucht so, das Beste für die Sowjetunion herauszuholen.

Was das *deutsch-sowjetische Verhältnis* anbelangt, so sind die *politischen Beziehungen gleich Null*. Deutschland ist der große Feind, der überall verdächtigt und schlechtgemacht wird. Auf wirtschaftlichem Gebiete hat es den *Anschein, als ob der 200-Millionen-Kredit fristgemäß ausgeschöpft werde*, und Bessonow, der zurzeit den erkrankten Stern im Außenkommissariat vertritt, deutete mir an, dass Kandelaki auf Grund von sehr intimen Besprechungen mit Schacht *dabei wäre, für das nächste Frühjahr eine große Erweiterung des 200-Millionen-Kredits zu entrieren*. Ich muss sagen, dass ich gewisse *Zweifel* habe, ob solche Ideen, selbst wenn sie bei Schacht existieren sollten, *politisch bei uns durchführbar*¹⁰ sind. Bei der schroffen Abwehrstellung gegen den Bolschewismus kann ich mir nicht recht vorstellen, dass eine erhebliche Erweiterung des Kredites, der doch zur Stärkung und Beschleunigung des Aufbaus der Sowjetindustrie Verwendung findet, politisch bei uns tragbar wäre.

Graf Schulenburg ist zurzeit im Kaukasus, um dort alte Erinnerungen aufzufrischen. Er ist in Begleitung seiner *Tochter*, die Kunstmalerin ist, *Herwarths und dessen* Braut, Fräulein von Redwitz, gefahren. Herwarth beabsichtigt, im November zu heiraten. Was das übrige Personal der Botschaft anbelangt, so wird *Dittmann jetzt Herrn Sommer in Leningrad zwei Monate vertreten*, dann eine zweimonatige militärische Übung machen und hierauf uns voraussichtlich bald verlassen. Einen gewissen Ersatz für ihn haben wir in dem *Attaché von Heynitz bekommen. Roth ist ins Amt einberufen* worden und wird voraussichtlich durch den früheren Kanzler in Leningrad, *Reichel, ersetzt* werden, der aus Berlin für einige Zeit als Gerent dorthin geschickt wird. *Hencke verlässt mit mir gleichzeitig Kiew*, um Russlandreferent in Berlin zu werden; *nach Kiew wird Anfang des nächsten Jahres Großkopf als Generalkonsul kommen. Walther soll eine neue Verwendung außerhalb Russlands* finden. Charkow soll *vorläufig von Vizekonsul Ehr*¹¹ betreut werden. Für Nowosibirsk ist noch niemand gefunden worden. Voraussichtlich wird auch dort eine Gerenz eintreten. Dann sind in der Sowjetunion nur noch die Generalkonsulate vollwertig besetzt, und alle Konsulate werden

⁷ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

⁸ Vgl. Dok. 223, Anm. 1.

⁹ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹⁰ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen. Neben dem Wort „Zweifel“ am Seitenrand: sehr richtig.

¹¹ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

durch mittlere Beamte geführt – an Vizekonsuln ist überhaupt nicht mehr zu denken. Sie sehen also, dass die Frage der Ausbildung unseres Russlandnachwuchses außerordentlich prekär liegt.

Äußerlich hat sich das Leben in den großen Städten in der Sowjetunion ganz *außerordentlich normalisiert* und Sie werden bei Ihrer Durchreise durch Moskau eine ganz andere Stadt vorfinden. Die *Kirchen* sind mehr oder minder *verschwunden*¹², viele Straßen sind verbreitert, und so hat Moskau eine neue Physiognomie bekommen. Auf dem Lande dagegen sieht es immer noch sehr trübe aus, und die Eindrücke, die Schiller von seiner großen Autofahrt bis nach Sibirien hatte, sind nicht sehr günstig, sie bestätigen vielmehr seine frühere Prophezeiung von der „stabilisierten Misswirtschaft“.

Was das *Außenkommissariat* anbelangt, so regiert Litwinow unbeschränkt*, und alle Gerüchte über die Erschütterung seiner Stellung halte ich für Unsinn. *Krestinski ist ängstlich* und unterhält sich am liebsten über das Wetter oder über Urlaub, Stomonjakow beschränkt sich auf „Guten Tag“ sagen. *Stern ist so krank*, dass er voraussichtlich baldigst eine andere Verwendung finden wird. *Sabanin ist jetzt gesicherter* und reist sogar häufiger ins Ausland. *Umanski zeigt seine Deutschfeindlichkeit ganz offen, Rubinin ist Gesandter in Belgien geworden. Steiger* existiert zwar noch, ist *aber sehr ängstlich*¹³, so dass er sich jedenfalls bei uns nicht mehr zum Essen ansagt und auch auf Gesellschaften nach Möglichkeit vermeidet, mit einem Deutschen zusammen zu stehen. Im diplomatischen Corps geht allgemein das Gerücht, dass seine Stellung unhaltbar sei.

Zum Schluss ein Charakteristikum für unsere „Beliebtheit“: Wir haben die größten Schwierigkeiten, man *kann fast sagen*, es ergibt sich die Unmöglichkeit, einen *russischen Lehrer für den russischen Unterricht in der Botschaft zu finden*¹⁴. Dasselbe hören wir von Leningrad und Kiew.

Von Herrn Melchers habe ich gehört, dass Sie im Frühjahr n. J. einen längeren Heimaturlaub antreten werden. Ich hoffe bestimmt, dass Sie, wenn Sie nach Berlin kommen werden, uns nicht vergessen werden, und meine Frau und ich würden sehr glücklich sein, wenn *wir in der Brückenallee Nr. 30 (unser neues Domizil) Sie und Ihre verehrte Gattin begrüßen dürften*¹⁵.

Wenn ich Ihnen, hochverehrter Herr Botschafter, heute den letzten Brief aus Moskau schreibe, so möchte ich diesen nicht schließen, ohne Ihnen und Ihrer verehrten Gattin *nochmals für alles Wohlwollen zu danken*, dass Sie mir und meiner Frau während der 5-jährigen Zusammenarbeit hier bewiesen haben. Die *schönsten Erinnerungen* an meinen Russlandaufenthalt sind untrennbar mit der *Zusammenarbeit mit Ihnen verbunden*¹⁶.

Mit den herzlichsten Grüßen an Sie und Ihre verehrte Gattin und die Gräfin Wedel bin ich

Ihr stets gehorsamst ergebener

Fritz von Twardowski

¹² Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹³ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹⁴ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹⁶ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, Nl. Dirksen, Bd. 2, Bl. M 014965-014971.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 91, S. 317–319.

Nr. 251

Brief des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschaftsrat in Moskau von Twardowski

Berlin, den 8. Oktober 1935

Lieber Fritz,

heute will ich schon mit meinem Brief vor Eintreffen des Kuriers beginnen und nötigenfalls morgen noch einige Zeilen hinzufügen.

Wie mir heute die Paketfahrt mitteilte, sind Deine Möbelwagen abgesandt worden. Ich nehme an, dass Du auch Schritte wegen der Einreisegenehmigung des Packers unternommen hast. Ich will mich aber auf alle Fälle morgen noch einmal bei der Paketfahrt für diese Frage interessieren.

Dienstlich kurz folgendes: Ich habe persönlich mit allen in Frage kommenden inneren Stellen Fühlung genommen und hoffe doch, dass dadurch die weitere Arbeit erleichtert wird. Heute sind Litwinow und Petrowski (mein Gegenspieler aus Kiew) in Berlin. Litwinow reist nachmittags nach Genf weiter. Petrowski werde ich vielleicht noch kurz sehen. Ich habe bisher nur telefonisch mit ihm gesprochen. Wir werden ihn vielleicht zu einem Frühstück, das wir Mitgliedern der Sowjetbotschaft und der Handelsvertretung in den nächsten Tagen geben, einladen.¹ Bräutigam will die Gelegenheit benutzen, um neue Wirtschaftsverhandlungen einzuleiten.

Den Fall Jurik² habe ich mit den zuständigen Stellen besprochen. Es wird jetzt das Richtige sein, wenn ihm möglichst bald seine Wohnung in dem der Botschaft gehörigen Gebäude gekündigt wird. Die Tatsache seiner Rückreise nach Moskau stimmt einigermaßen bedenklich.

Ein weiterer Punkt, den ich mit Dir besprechen wollte, ist die Stellung des neuen Bürochefs³ bei unserem Militärattaché, der ja nicht in die dortige Diplomatenliste eingetragen werden soll. Wie mir Herr v. Schmieden, unser zuständiger Referent sagte, legt das Reichskriegsministerium Wert darauf, dass innerhalb der

¹ Das Frühstück war aus Anlass des Jahrestags der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens von 1925 auf den 12.10.1935 anberaumt worden; vgl. Schreiben Roedigers vom 10.10.1935, PA AA, R 94659, o. P.

² Nach der Liquidierung der Drusag hatte die Deutsche Botschaft in Moskau deren Immobilie übertragen bekommen mit der Auflage, dem ehemaligen Drusag-Mitarbeiter und österreichischen k.u.k.-Offizier a.D. Jurik dort Wohnrecht zu gewähren. Im Februar 1935 alarmierte der Konsul in Odessa Roth den Botschafter telegrafisch, dass Jurik Deutsche seines Amtsbezirks zu Spionage anleite. Schulenburg informierte am 24.2.1935 Meyer darüber und bat, bei der Gestapo nachzuforschen, ob Jurik in dessen Dienst stehe. Der Botschafter befürchtete, dass die Tätigkeit Juriks das gesamte deutsche diplomatische Corps gefährden könne, da mittlerweile auch eine Reihe von Botschaftsmitgliedern in dem Haus untergebracht war. (Vgl. PA AA, R 31699, Bl. 254–253a.) Es stellte sich im Laufe des Sommers heraus, dass Jurik nicht für die Gestapo, sondern für das Reichskriegsministerium tätig war (vgl. Dok. 313).

³ Wladimir Schubuth.

Botschaft seine gesellschaftliche Stellung der eines offiziellen Gehilfen des Militärattachés entspricht.

Wegen der Beschäftigung reichsdeutscher Angestellter bei unseren Vertretungen in der Sowjetunion hat der Tifliser Fall⁴ auf Deine Anregung Anlass gegeben, hier festzustellen, ob geeignete Kräfte von Deutschland aus entsandt werden können. Wie mir Schmidt-Rolke sagte, war das Ergebnis seiner Bemühungen negativ. Es geht jetzt ein Erlass an die Botschaft ab, der ihr in dieser Angelegenheit ziemlich freie Hand lässt.

Etwas durcheinander noch andere Punkte. Der Herr stellv. St.S.⁵ hat moniert, dass Dein Telegramm Nr. 166 vom 30. September chiffriert wurde, sowie die Tatsache, dass der Bericht überhaupt telegrafisch erstattet worden ist. Dies jedoch nur zu Deiner persönlichen Information.

Der Bericht über die Abschaffung des Kartensystems hat lebhaftes Interesse gefunden. Wir werden ihn möglichst vernünftig auswerten. Im Übrigen gehört auf die geradezu lächerliche russische Berichterstattung über die angebliche Lebensmittelknappheit in Berlin einmal eine gehörige Antwort.

Über das Interview der U-Bahn-Kommission⁶ sprach ich mit Hilger. Es wäre vielleicht praktisch, wenn wir einmal einen Bericht über den gegenwärtigen Zustand der Moskauer Metro erhielten, mit dem wir auf das Interview antworten könnten.

Anliegend ein Vermerk der Abt. I b wegen der Geschäftsträgerzulage. Auch ist wegen einer Erhöhung der Pauschale im Hinblick auf die Versicherungsgebühren für das Umzugsgut leider nichts zu machen. Mir persönlich hat man übrigens auch mein Gehalt während des Berliner Aufenthalts erheblich gekürzt.

Ihr werdet jetzt schon in die Serie der Abschiedsfeiern eingetreten sein. Ich wünsche Euch von Herzen Kraft und Gesundheit für diese anstrengende Zeit. Am Sonntag fahre ich nach Kiew zurück. Eigentlich wollte ich schon Freitag reisen, soll aber an einem Antrittsfrühstück, das Roediger der Sowjetbotschaft gibt, teilnehmen.

Das wäre im Augenblick alles. Übermittele bitte Gehku⁷ und Gerda allerherzlichste Grüße und sei von mir mit

Heil Hitler
vielmals begrüßt Dein getreuer

gez. Hencke

P.S. Soeben kommen Deine Briefe vom 7.⁸ Besten Dank dafür. Ich will heute nur schnell auf die persönlichen Sachen eingehen. Der politische Teil ist natürlich außerordentlich interessant und wird hier gewissenhaft ausgewertet werden. Wegen Deines Umzugs hast Du ja wohl inzwischen von der Paketfahrt eine Nachricht erhalten. Über Dein weiteres Schicksal habe ich nichts weiter gehört. Zweifellos

⁴ Hier wird, wie das PS nahelegt, auf die Entsorgung nationalsozialistischer Zeitungen als Altpapier verwiesen; vgl. Dok. 157.

⁵ Gerhard Köpke.

⁶ Am 20.9.1935 hatte die Bevollmächtigte Vertretung eine Verbalnote an das AA gerichtet mit der Bitte, dass eine Kommission die Berliner Untergrundbahn besichtigen könne. Vgl. AVP RF, f. 82, op. 19, p. 64, d. 2, l. 78.

⁷ Gertrud von Twardowski.

⁸ In der Akte PA AA, R 27438, finden sich zwei Briefe von Twardowski an Hencke vom 7.10.1935.

rechnet man nach Rückkehr des Botschafters mit Deiner Herkunft. In einem Hauszirkular ist Dir bereits das Zimmer von Roediger offiziell angewiesen worden.

Nun zu Deinen Beanstandungen der beiden Erlasse. Ich bin Dir für die offene Sprache sehr dankbar und werde Dir in gleicher Weise antworten. Ehrlich gestanden ist mir diese Empfindlichkeit bei Euch nicht ganz verständlich. Der Erlass wegen der Zeitungen war so abgefasst, wie z. B. ich als Konsul ihn gern erhalten hätte. Die Absicht war folgende: wir wollten als Amt den Vertretungen in der Sowjetunion die Verantwortung für scharfe Weisungen gegen Mitnehmen der Zeitungen voll übernehmen. Nicht nur ich persönlich, sondern auch das Amt als Behörde weiß sehr genau, dass von den Reichsdeutschen solche Maßnahmen oft als unnötig, manchmal sogar als antinational empfunden werden. Außerdem erschien der Erlass gegenüber innerdeutschen Stellen – und zwar auch wieder im Interesse der Botschaft – geboten. Irgendeine Kritik war selbstverständlich nicht beabsichtigt, ganz abgesehen davon, dass keinerlei Anlass dazu vorlag. Ich bedauere, dass eine gute Absicht so missverstanden wurde. Ich glaube, dass, wenn ich den Erlass in Kiew bekommen hätte, ich ihn so aufgefasst hätte, wie er gemeint war. Im Übrigen halte ich persönlich den Aushang von Zeitungen und Zeitschriften im Wartezimmer gerade in der Sowjetunion für keine so nebensächliche Angelegenheit, nachdem Missbräuche auf diesem Gebiet zu schweren Verurteilungen Reichsdeutscher geführt haben. – Ich werde in Zukunft aber vorsichtiger sein.

Was den Erlass nach Leningrad anlangt, so habe ich diese verhältnismäßig freundliche Form durchgesetzt, nachdem die Tatsache der Nichtbenachrichtigung der Verwandten durch das Generalkonsulat einiges Erstaunen verursacht hatte, ebenso wie die Form der Todesnachricht an die Familie Kopietz durch ihre sehr formale Fassung aufgefallen war. Im Übrigen handelt es sich hier m. E. doch nicht um den Erlass eines jüngeren Kollegen an den von mir geschätzten Herrn Sommer, sondern um eine sachliche Weisung des Auswärtigen Amtes an das Generalkonsulat in Leningrad. Ich habe hier wirklich von morgens bis abends angestrengt zu tun und bin nicht dazu gekommen, mir über die Altersunterschiede Gedanken zu machen. Ich werde Sommer aber ein paar Zeilen schreiben. Selbstverständlich betrachte ich es als meine Hauptaufgabe als Referent, mit der Botschaft harmonisch und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Umso betroffener bin ich über das Echo, das meine erste Tätigkeit gefunden hat. Sage doch bitte denen, die sich geärgert haben, sie sollen nicht böse und nicht allzu mimosenhaft sein. Sonst macht es hier, wo es auch nicht leicht ist, auch keinen Spaß. Nochmals beste Grüße und nichts für ungut.

Dein getreuer

P.S.: Schreibe mir doch das nächste Mal, wenn Du etwas für später hast, nach Kiew. Eigentlich wollte ich Euch noch mal besuchen. Jetzt wage ich mich aber gar nicht mehr hin. Ich bin nach Erhalt Deines Briefes wie ein Löwe durch mein Zimmer gerast, sodass Bräutigam ganz erstaunt war.⁹

PA AA, R 27438, o. P., 6 Bl.

⁹ Bezug genommen wird wohl auf den Brief von Twardowskis vom 7.10.1935, in dem der Botschaftsrat getrennt von den dienstlichen Angelegenheiten seine Sicht auf die Erlasse des AA bezüglich des Umgangs mit Zeitungen in der Botschaft ausdrückte. Darin heißt es u. a.:

Nr. 252
Aufzeichnung der Unterredung des kommissarischen Leiters der
2. Westabteilung im NKID Bessonov mit dem Gesandtschaftsrat
II. Kl. in Moskau Hensel

GEHEIM
[9.10.1935]

Nr. 14996
11/X-35¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES Gen. BESSONOV MIT DEM RAT
DER DEUTSCHEN BOTSCHAFT HENSEL,
9. OKTOBER 1935

Hensel erschien mit einem Packen von Haftsachen, von denen er einige Fälle gesondert hervorheben wolle.

1. Sollte FUCHS bereits in irgendeine andere Stadt verlegt worden sein, so bittet die Deutsche Botschaft darum, ihr offiziell den neuen Aufenthaltsort von Fuchs mitzuteilen, worauf die Deutsche Botschaft um eine Besuchserlaubnis nachsuchen wird.²

2. Der deutsche Staatsbürger Sigmund GLADYCZ, aus Sibirien, wird aus der UdSSR ausgewiesen. Ihm ist ein deutscher Pass ausgestellt worden, doch fehlen für den Pass eine Fotografie und eine Personenbeschreibung. Angesichts dessen, dass am 21. Oktober die Frist für das für Gladycz erbetene polnische Visum ausläuft, möchte die Deutsche Botschaft darum bitten, die Beibringung der fehlenden Angaben zu beschleunigen.

3. Fritz ELENDER ist am 22. August auf Gerichtsbeschluss entlassen und auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft unverzüglich wieder inhaftiert worden. Angesichts seines schlechten Gesundheitszustandes ersucht die Deutsche Botschaft, ihn zu besuchen.

4. KIRCHHÖFER jr. sollte jetzt bereits entlassen worden sein. Die Deutsche Botschaft bittet, die Antwort auf ihre Note vom 23. September zu beschleunigen.

5. Die Deutsche Botschaft bittet, die Ausreise der Familie des Vohrer, der seinerzeit gegen Neitzke³ ausgetauscht worden ist, zu beschleunigen.

6. Die Deutsche Botschaft bittet in inoffizieller Form, der Mutter des erschossenen Groepler zu erlauben, nach Deutschland auszureisen, obgleich ihre deutsche Staatsbürgerschaft von den sowjetischen Organen angefochten wird.⁴

„Wie gesagt, lieber Andor, mich persönlich tangiert die Angelegenheit nicht mehr, aber Du sollst als Referent mit der Botschaft arbeiten, und ich glaube nicht, dass Du viel Freude damit erregen würdest, wenn Du durch ein Hereinreden vom grünen Tisch in die inneren Angelegenheiten der Botschaft und der Konsulate hier die Stimmung beeinflussen würdest.“ In: PA AA, R. 27438, o. P.

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 225, 226.

³ Vgl. das Schreiben Krestinskijs an Bessonov vom 26.8.1935. In: AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 1, l. 83–82.

⁴ Elisabeth Groepler konnte im August 1938 nach Deutschland ausreisen; vgl. PA AA, R 151041.

Es versteht sich, dass ich zu keinem einzigen dieser Fälle die Auffassung des NKID vortragen konnte, da ich mit der Mehrzahl dieser Fragen zum ersten Mal konfrontiert bin. Ich versprach lediglich, dass ich mich mit ihnen vertraut machen werde.

Außerdem hinterließ mir H[ensel] einige Denkschriften über den Austritt von Frauen, die mit deutschen Staatsbürgern eine Ehe eingegangen sind, aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft und über die Genehmigung für ihre Ausreise. Ich sagte H., dass das Schicksal dieser sowjetischen Frauen in Deutschland auf mich persönlich einen sehr schweren Eindruck gemacht habe. Die überwiegende Mehrheit werde von ihren Ehemännern dann in Deutschland verlassen und versuche vergeblich, in die Heimat zurückzukehren, wobei die sowjetischen Organe natürlich nicht in Verzückung über diese Wünsche gerieten, nachdem sie hartnäckig den Austritt aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft betrieben hätten. Einige dieser Unglücklichen hätte ich selbst in Deutschland gesehen, und ich würde keiner einzigen sowjetischen Frau solch einen Schritt empfehlen, wie stark ihre Gefühle zu dem ausländischen Bürger auch sein mögen. In seiner Entgegnung machte H. sehr interessante Ausführungen, die im Wesentlichen auf Folgendes hinausliefen. Obwohl Deutsche und Russen rassemäßig gleichwertig seien, wäre er dennoch gegen Mischehen, weil die überwiegende Mehrheit der Deutschen, die sich in der UdSSR mit einer Frau verheiraten, bereits in Deutschland Ehefrauen hätten und sowjetische Mädchen eigentlich nur aus dem Grund nach Deutschland mitgeschleppt hätten, um sie dort zu verlassen, vielleicht deshalb, weil sie es nicht riskieren, dies auf sowjetischem Gebiet zu tun. Die Deutsche Botschaft sei jedoch formal verpflichtet, auch diesen Fragen nachzugehen, da eine sowjetische Staatsbürgerin, die eine Ehe mit einem deutschen Mann eingehe, automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erlange.

KOMMISSARISCHER LEITER DER II. WESTABT[EILUNG]

Bessonov

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
5 Exp. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 115–114. Kopie.

Nr. 253

**Aufzeichnung der Unterredung des kommissarischen Leiters der
2. Westabteilung im NKID Bessonov mit dem deutschen Geschäftsträger
in Moskau von Twardowski und dem Legationssekretär Dittmann**

GEHEIM

[10.10.1935]

Nr. 14997

11X-35¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES Gen. BESSONOV MIT DEM
GESCHÄFTSTRÄGER DEUTSCHLANDS TWARDOWSKI UND
DEM SEKRETÄR DITTMANN, 10. OKTOBER 1935

Am 10. Oktober folgte ich der Einladung T[wardowskis] zum Frühstück, an dem fast alle Beamten der Deutschen Botschaft (Hensel, Baum, Dittmann, Schiller und andere) teilnahmen. Nach dem Frühstück konzentrierten die Deutschen, insbesondere und in erster Linie T. und Dittmann (letzterer vertritt jetzt Hilger) das Gespräch auf Fragen zur Stellung von deutschen und sonstigen ausländischen Firmenvertretern in der UdSSR. Wie sie mitteilten, werde diese Frage nicht nur in deutschen, sondern ebenso in amerikanischen und englischen Kreisen lebhaft diskutiert. Den unmittelbaren Anlass für die Zuspitzung dieser Angelegenheit lieferte der in der Zeitschrift „Vnešnjaja trgovlja“ veröffentlichte Artikel des Juristen S. B. Členov². Darin spricht Členov den Gedanken aus, dass die sowjetischen Innenbehörden in Zukunft nur diejenigen ausländischen Firmenvertreter anerkennen und mit ihnen zu tun haben werden, die auf die vorgeschriebene Weise registriert sind. Was die nichtregistrierten Vertreter betreffe, so soll im Fall von Konflikten dieser Vertreter mit den sowjetischen Behörden auf sie das in der UdSSR geltende Strafsystem, einschließlich der Strafe von bis 10 Jahren Gefängnishaft, vollständig angewandt werden. Ausländische Firmen haben bis jetzt eine Registrierung vermieden, weil eine solche Registrierung von vornherein eine völlige Unterstellung der Tätigkeit der jeweiligen Firmen unter die sowjetische Gerichtsbarkeit und unter das sowjetische Steuersystem nach sich zieht, wobei eine derartige Unterordnung einen ganzen Komplex neuer und noch ungeklärter Fragen auslöst. Aber selbst jene Firmen, die eine Erklärung zur Registrierung abgegeben haben (die englische „Metro-Vickers“, die tschechischen „Škoda“-Werke und in letzter Zeit die deutschen „Siemens“-Werke), erhielten überhaupt keine Antwort, jedenfalls hat „Siemens“ keine Antwort erhalten, was die Rechtslage der ausländischen Firmen in Moskau bis zum Äußersten unbestimmt macht. Der Artikel Členovs schlug wie eine Bombe ein und einige ausländische Firmen, insbesondere amerikanische, beginnen damit, alle ihre Operationen in der UdSSR einzustellen und sich zurückzuziehen.

Obgleich die Deutschen auch darauf hoffen, dass die Auffassung, die Členov in diesem Artikel darlegte, nicht die offizielle ist, sind nichtsdestoweniger die An-

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Vgl. S. Členov: „Juridičeskoe položenie inostrannyh firm v SSSR“ (Die Rechtsstellung ausländischer Firmen in der UdSSR). In: Vnešnjaja trgovlja, 1935, Nr. 14, S. 8–9.

deutungen, die sie bis jetzt den Gesprächen mit Levin und Kaminskij aus dem NKVT entnommen haben, dergestalt, dass sie das Schlimmste befürchten. Auf sie wirkt zum Beispiel angeblich der Umstand niederschmetternd, wenn deutsche Firmen, die von Importvereinigungen zu Auftragsverhandlungen eingeladen werden, auf Verzögerungen in den Verhandlungen stoßen, wobei die sowjetischen Behörden es ablehnen, diesen Firmenvertretern die Visa bis zum Abschluss der Verhandlungen zu verlängern. Bei der deutschen Seite entsteht sogar der Eindruck, dass in einigen Fällen die Importorgane nichts dagegen haben, die Schwierigkeiten bei der Visaverlängerung auszunutzen, um geschäftlichen Druck auf die Firmenvertreter auszuüben. Allerdings gelingt es in der Mehrheit der Fälle, diese Frage nach Intervention der Botschaft zu regeln. Aber die Botschaftsmitarbeiter verstehen in der Tat nicht, warum sie für die deutschen Firmenvertreter, die von den sowjetischen Wirtschaftsorganen selbst nach Moskau gerufen worden sind, um eine Verlängerung der Visa nachsuchen müssen.

Als T. und Dittmann zur allgemeinen Frage bezüglich der Stellung der deutschen Firmenvertreter in der UdSSR übergingen, brachten sie folgende Momente vor. Eine Unterordnung der ausländischen Firmen unter die sowjetische Jurisdiktion und unter die sowjetische Steuerveranlagung löse eine Reihe neuer und bis jetzt noch völlig ungelöster Fragen aus. Der Ausgangspunkt des sowjetischen Rechts, das offen erkläre, dass es ein Klassenrecht sei, schrecke die Ausländer ab. Aber selbst vorausgesetzt, dass ein sowjetisches Gericht in einigen Fällen die Streitfälle zugunsten ausländischer Firmen entscheiden würde, bliebe die Frage, auf welche Weise die ausländischen Firmen die von den entsprechenden Wirtschaftsorganen zugesprochene Summe eintreiben könnten, wenn das Vermögen dieser Organe von dem gleichen sowjetischen Gericht nicht freigegeben sei. Was die Steuerveranlagung der ausländischen Firmen für die in der UdSSR getätigten Geschäfte betreffe, so schrecke die Ausländer ab, dass die Höhe der Umsatzbesteuerung in der UdSSR absolut ungewiss sei.

Da ich den Artikel Členovs nicht gelesen hatte, lehnte ich es generell ab, mich zu den speziell darin aufgeworfenen Frage zu äußern. Ich verwies lediglich darauf, dass ich von Mitarbeitern des NKVT auch andere Auffassungen zur Frage der Rechtslage von ausländischen Firmen in der UdSSR gehört hätte. Jedenfalls sei diese Rechtslage, soviel ich wisse, noch nicht endgültig ausformuliert worden und die diesbezügliche Diskussion noch nicht abgeschlossen. Es sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass in den nächsten Monaten diese Rechtslage für ausländische Firmen in der UdSSR eindeutiger werde. Ich habe es gleichfalls abgelehnt, auf die Schwierigkeiten bei der Visaverlängerung für einzelne deutsche Firmenvertreter einzugehen, weil ich darin keine Frage grundsätzlichen Charakters sehe, die konkreten Fälle kenne ich aber nicht.

Was jedoch die allgemeine Frage betreffe, so machte ich die Deutschen darauf aufmerksam, dass breite sowjetische Bevölkerungsschichten bereits seit langem gewisse Bedenken hätten, unsere Geschäfte mit deutschen Firmen ausschließlich der deutschen Jurisdiktion zu unterstellen. Die Wirklichkeit sei längst über diesen Punkt hinausgegangen und die gleichberechtigte Anwendung der sowjetischen Jurisdiktion auf Geschäfte mit ausländischen Firmen stelle ein längst herangereiftes Problem dar. Die klassenmäßige Note sei bei weitem keine Besonderheit allein des sowjetischen Rechts. Das gegenwärtige deutsche Recht erkläre zum Beispiel offen,

dass sich die deutsche Jurisdiktion bei ihren Urteilen von den „Interessen des Volkes“ leiten lassen müsse, oder genauer gesagt, von den Weisungen der Nationalsozialistischen Partei. Die deutsche Gerichtspraxis liefere in letzter Zeit, insbesondere in Zivilsachen und auch gegenüber der Handelsvertretung, zahlreiche Beispiele dafür, dass die deutsche Jurisdiktion in der Tat den direkten Weisungen der nationalsozialistischen Führung folge.

Die Frage, dass es unmöglich sei, sowjetisches Vermögen aufgrund eines in der UdSSR gefällten Urteils zu beschlagnahmen, sei von Anfang bis Ende aus den Fingern gezogen. Die deutschen Organe hätten praktisch auch keine Möglichkeiten, zwangsweise Zahlungseintreibungen von der Handelsvertretung vorzunehmen, wenn diese selbst nicht gewillt sei zu zahlen. Die Sachlage bei all den zahlreichen Ansprüchen deutscher Firmen in der sogenannten Valorisierungsfrage sei zum Beispiel bis zu dem Zeitpunkt unverändert geblieben, als sich die sowjetische Seite nach fast zweijährigen Verhandlungen zu diesem Thema einverstanden erklärt habe, zu einem gewissen Teil diese Ansprüche freiwillig zu bezahlen³. Die Erfüllung von Verpflichtungen durch die eine oder die andere Seite sei nicht nur eine Angelegenheit der Jurisdiktion, sondern in einem nicht geringeren Maße eine politische Frage. Deutschland zum Beispiel bezahle nicht seine Verpflichtungen, obgleich es im Zivilrecht in Deutschland und in den Ländern, an die es nicht zahle, keine Unterschiede gebe, und Deutschland dennoch nach wie vor relativ gute Beziehungen mit diesen Ländern unterhalte. Die Sowjetunion hingegen bezahle akkurat und gewissenhaft alle ihre Verpflichtungen an deutsche Firmen, unabhängig davon, dass sich ihr Zivilrecht stark von dem des deutschen unterscheide und die politischen Beziehungen viel zu wünschen übrig ließen. Aus diesem Grunde würde ich der deutschen Seite empfehlen, diese Frage (mit dieser Ausrichtung) nicht zu verschärfen, weil die rein rechtliche Fragestellung nicht richtig sei.

KOMMISSARISCHER LEITER DER II. WESTABT[EILUNG]

Bessonov

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3034 vom 11.10.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 35, l. 16–17. Kopie.

³ Vgl. Dok. 133.

Nr. 254
Notiz des AA für eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium

[11.10.1935]

Merkblatt
 zur Besprechung im RWiM am 11. Oktober 1935
 über Russenfragen

I.

Abwicklung des bisherigen Geschäftes auf Grund des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens vom 9.4.35¹

In Art. V des Abkommens ist vorgesehen, dass am 1. Oktober 1935 eine besondere Kommission der beiden vertragschließenden Teile zusammentritt, um festzustellen, inwieweit die sich aus dem Wirtschaftsabkommen ergebenden Ein- und Ausfuhrverpflichtungen erfüllt worden sind. Diese Besprechung wird in Kürze im RWiM stattfinden.

Nach den bisherigen Feststellungen besteht die Aussicht, dass das Abkommen von sowjetischer Seite bis zum Ablauf des Jahres im Wesentlichen eingehalten werden wird. Im Einzelnen sind folgende Daten festzuhalten:

1.) Abdeckung der sowjetischen Verbindlichkeiten für das Jahr 1935: Die seit Abschluss des Abkommens vom 9.4.35 im laufenden Jahr fälligen Verbindlichkeiten der Russen wurden mit etwa 200.000.000,— RM angenommen, wovon 100.000.000,— in Gold oder Devisen, der Rest in Waren abzudecken waren. Die Russen haben mitgeteilt, dass sie von dem ersten Betrag bereits 60.000.000,— an Gold und Devisen gezahlt hätten. Mit weiteren Anlieferungen sei in nächster Zeit zu rechnen. Die Reichsbank hat die russischen Angaben über die bisherigen Anlieferungen bestätigt. Es ist anzunehmen, dass die 100.000.000,— Verpflichtung bis zum Ablauf des Jahres voll erfüllt wird.

Was die sowjet-russische Wareneinfuhr anbelangt, so ist das im Abkommen vorgesehene Kontingent von 100.000.000 Reichsmark, welches inzwischen durch Sonderkontingente auf etwa 110.000.000,— erhöht worden ist, nach den Meldungen der Überwachungsstellen mit ca. 80% erschöpft, sodass noch etwa 20% für die Lieferungen bis zum Ablauf des Jahres zur Verfügung stehen.

Das am 15. Februar eingeführte System der Devisenbescheinigungen im Verkehr mit Sowjet-Russland und die Abwicklung der Zahlungen über Inlands-Sonderkonten bei verschiedenen deutschen Banken hat sich nach Überwindung einiger Übergangsschwierigkeiten bewährt.

Das den Russen auf Grund des Abkommens eingeräumte Sonderkontingent **von 6 Mill. RM**² für Zahlungen an sowjetrussische Stellen aus Rechtsstreitigkeiten, Aufwertungsverpflichtungen u. dgl. ist bis auf 5.517.000,— RM erschöpft. Es ist in dem Abkommen vorgesehen, mit den Russen über eine etwa erforderlich werdende Erhöhung dieses Kontingents zu verhandeln.

¹ Vgl. Dok. 116.

² Der Text ist handschriftlich eingefügt.

2.) Neuverschuldung der Russen:

Die Russen haben sich verpflichtet, bis zum Abschluss des Jahres 1935 laufende Bestellungen in Höhe von

60.000.000,— RM

und zusätzliche Bestellungen in Höhe von

200.000.000,— RM

bei deutschen Firmen zu machen. Die Zahlungsbedingungen im laufenden Geschäft richten sich nach dem Piatakoff-Abkommen³, dessen kürzeste Kreditfristen 15 Monate betragen. Es sind aber auch Barkäufe möglich. Die Bedingungen des zusätzlichen Geschäftes sehen durchschnittlich 5-jährige Kreditfristen vor.

Die Russen haben mitgeteilt, dass das laufende Geschäft bisher *mit 20.000.000,— RM ausgenutzt*⁴ sei. Vom zusätzlichen Geschäft sind ebenfalls für etwa 20.000.000,— garantierte Bestellungen gemacht worden. Weitere erhebliche Bestellungen sind nach Angaben der Russen in Vorbereitung.

Gegenüber den im Abkommen vorgesehenen Ziffern (60.000.000,— und 200.000.000,—) bleiben die bisher erteilten Aufträge erheblich zurück (15% des Gesamtvolumens). Die Russen erklären das zögernde Ingangkommen des Geschäftes damit, dass zunächst die Aufstellung des Bestellprogramms sowie die Umorganisation des sowjetischen Exportapparates viel Zeit in Anspruch genommen habe. Späterhin sei es infolge der Urlaubszeit nicht möglich gewesen, mit den maßgebenden Herren der deutschen Unternehmungen in Verbindung zu treten.

II.

Grundlagen und Aussichten für das Russengeschäft 1936.

Die Höhe der im Jahre 1936 fällig werdenden sowjetischen Verbindlichkeiten bleiben erheblich hinter den diesjährigen Zahlungsverpflichtungen zurück. Aus einer Aufstellung der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft ergibt sich, dass im folgenden Jahre garantierte Wechselverbindlichkeiten in Höhe von etwa

45.000.000,— bis 48.000.000,— RM

fällig werden, die sich auf die Quartale wie folgt verteilen:

1. Quartal 1936 17.200.000,— RM

2. „ 12.800.000,— „

3. „ 8.700.000,— „

4. „ 9.000.000,— „

..... 47.700.000,— RM;

hinzu kommen erfahrungsgemäß noch etwa 20% des vorgenannten Betrages an nichtgarantierten Wechseln, Kosten der Handelsvertretung und sonstige Inlandsverbindlichkeiten. Es ergibt sich also eine Gesamtsumme von ca.

56.000.000,— RM,

die im nächsten Jahre fällig wird. Die Russen selbst schätzen ihre Verbindlichkeiten im Jahre 1936 auf etwa 60.000.000,— RM.

³ Vgl. Dok. 49, Anm. 2.

⁴ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: bis zu 20.000.000,— RM erschöpft.

Aus der Neuverschuldung durch das laufende Geschäft auf Grund des Abkommens vom 9.4.35 werden nur verhältnismäßig geringe Beträge fällig werden (Barkäufe). Die auf Grund des Piatakoff-Abkommens getätigten Käufe sind frühestens im Jahre 1937 zu regulieren, da die kürzeste Kreditfrist 15 Monate beträgt und die Kreditfristen erst ab Lieferung laufen. Barkäufe sind nach Ansicht des Russland-Ausschusses auf keinen Fall mehr als für 10.000.000,— RM zu erwarten. (Genaue Ziffern werden nur von russischer Seite zu erlangen sein.) Unter Zugrundelegung dieser 10.000.000,— RM würde sich die Gesamtverpflichtung der Russen 1936 auf

$$56 + 10 = 66.000.000,— \text{ RM}$$

belaufen.

Demgegenüber sind bereits jetzt für das nächste Jahr Einfuhrwünsche *für russische Waren*⁵ in Höhe von ca. 160.000.000 RM geltend gemacht worden. Es ist zu erwarten, dass das Einfuhrvolumen erheblich über diesen Betrag hinausgehen wird, schätzungsweise auf insgesamt 200.000.000,— RM. Dieser Betrag wird, da Devisen nicht zur Verfügung stehen werden, zum Teil durch Verrechnung mit den Zahlungsverpflichtungen der Russen aufzubringen sein, vorausgesetzt, dass zur Abdeckung dieser Verbindlichkeiten nicht die Anlieferung von Gold oder Devisen erstrebt werden soll (Entscheidung des Herrn Präsidenten⁶); zum Teil wird er mit neuen Russen-Bestellungen im Jahre 1937 zu verrechnen sein. (Barkäufe: 30 bis 90 Tage Ziel.)

Aus unverbindlichen Äußerungen des Handelsvertreters Kandelaki und stellvertr. Handelsvertreters Friedrichson gelegentlich einer Besprechung im RWiM kann entnommen werden, dass die Russen unter Umständen bereit wären, auf dieser Basis zu verhandeln.

Da sich der Zahlungsverkehr über die Russen-Sonderkonten bisher reibungslos abgewickelt hat, erscheint es zweckmäßig, auch die Ein- und Ausfuhr 1937 über diese Konten zu leiten. Ein Transfer zu Lasten dieser Konten wird auch weiterhin unterbleiben, sodass die Russen gezwungen wären, die auflaufenden Beträge zur Abdeckung ihrer Inlandsverbindlichkeiten zu verwenden.

PA AA, R 105998, Bl. H 001086-001091.

⁵ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: aus Russland.

⁶ Hjalmar Schacht.

Nr. 255
Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung
im AA Aschmann

GEHEIM

[Expl.] Nr. 1

Berlin, den 11. Oktober 1935

TAGEBUCH

E. GNEDINS

Nr. 444/s¹

GESPRÄCH MIT ASCHMANN (Auswärtiges Amt), 7. Oktober

Das Gespräch begann mit der Erörterung der „Perspektiven“ der sowjetisch-deutschen Beziehungen. Ich sagte, dass ich keine Perspektiven sähe, weil ich mir schwerlich vorstellen könne, was die deutsche Seite vielleicht noch für eine Verschlechterung unserer Beziehungen unternehmen könnte. Dazu bemerkte ich, während des Nürnberger Parteitages sei die Meinung verbreitet worden, dass Deutschland einen Abbruch provoziere.² Aschmann erklärte, dass eine Gruppe ausländischer Korrespondenten in Nürnberg diese Gerüchte verbreitet hätte, diese jedoch absolut nicht der Realität und den Plänen der deutschen Regierung entsprächen. Aschmann sagte, man müsse nach Wegen für eine Korrektur der eingetretenen Lage suchen, ihm wäre es sehr angenehm, wenn er zum Beispiel die übergeordneten Instanzen auf einen gemäßigten Ton der sowjetischen Presse aufmerksam machen könnte. Zum Beispiel reagiere man in Regierungskreisen sehr empfindlich auf die Ironie und den Spott seitens unserer Korrespondenten. Ich sagte, er habe die Möglichkeit, das Material der letzten zwei Wochen zum Beweis dafür vorzulegen, dass sich die Deutschland betreffenden sowjetischen Artikel und Korrespondentenberichte auf einem grundsätzlich hohen Niveau befänden und keine beleidigenden Ausfälle enthielten.

Aschmann äußerte die Vermutung, dass wir auch keine besonderen Beanstandungen hinsichtlich der deutschen Korrespondenten in Moskau hätten, da wir seinen Informationen zufolge keine Beschwerden vorgebracht hätten. Ich antwortete darauf, indem ich mich sehr scharf zu den letzten Korrespondentenberichten von Just äußerte, dass es nach dem absolut unzulässigen Ton der Reden in Nürnberg selbstverständlich keinen Sinn hätte, Just einen Vorwurf zu machen, der lediglich dem in Berlin angeschlagenen Ton folge. Ich hielt es für angebracht, Aschmann darauf aufmerksam zu machen, dass die deutschen Reden und Artikel in Bezug auf die UdSSR die äußerste in den internationalen Beziehungen zumutbare Grenzlinie überschritten hätten. Ich könnte Aschmann anonyme Briefe **aus Deutschland**³ mit terroristischen Drohungen vorlegen, in denen Artikel aus deutschen Zeitung zur Begründung beigelegt seien. Ich führe diese Fakten als Illustration meiner Be-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit blauem Farbstift geschrieben.

² Vgl. Dok. 229.

³ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

merkung an, dass in Deutschland alle zulässigen Grenzen der Polemik **gegen**⁴ ein beliebiges Land überschritten worden seien. Aschmann nahm meine Worte sehr ernst auf und sagte, er werde meine Bemerkungen verwenden.

Danach legte ich Aschmann „organisatorische Fragen“ dar. Ich erwähnte die Vorladung des Genossen Karnit von TASS über die Polizei in das Propagandaministerium und die Einladung an einen Mitarbeiter der Presseabteilung der Bevoll[mächtigten] Vertretung ebenfalls über die Polizei ins Propagandaministerium. Ich sagte, ich sei bereit, mich der in Deutschland herrschenden Ordnung unterzuordnen, bitte jedoch zugleich, völlige Klarheit in die Lage der Dinge zu bringen. Bislang sei ich davon ausgegangen, dass die Journalisten in erster Linie behördlich von der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes betreut würden. Ich bitte Aschmann, mir ein für alle Mal zu erklären, wem sich die Journalisten vorstellen müssten, mit wem der Kontakt zu halten sei und wen von meinen Mitarbeitern ich dem Ministerium, und vor allem wem, vorstellen müsse. Wenn ich erführe, wie die allgemeine Regelung sei, wäre ich bereit, mit meinem gesamten Apparat bei Aschmann zu erscheinen.

Aschmann sah die Berechtigung meiner Beanstandungen ein. Mein Mitarbeiter müsse selbstverständlich nirgendwo erscheinen. Was jedoch die allgemeine Regelung des Umgangs mit den Journalisten und unserer Tätigkeit betreffe, so wolle er sich mit dem Propagandaministerium beraten, um eine exakte Antwort zu geben. Er werde sich bemühen, eine Beratung zu dritt – mit mir, ihm und mit Ministerialdirektor Jahncke vom Propagandaministerium – einzuberufen.

Aschmann fragte, ob die Abreise des Gen. Litvinov aus Genf unseren Wunsch zum Ausdruck bringe, der Vorbereitung von Sanktionen fernzubleiben. Ich antwortete, dass Gen. Litvinov zu einem Zeitpunkt aus Genf abgereist sei, als der Termin für die Einberufung des Rates⁵ und des Plenums [noch] nicht bekannt gewesen sei.

Gnedin

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3049 vom 15.10.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. 1 Expl. an Gen. Litvinov, 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 [Expl.] zu den Akten. 11.X.35.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 164–165. Original.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁵ Der Völkerbundsrat tagte vom 5. bis 7.10.1935.

Nr. 256

Brief des Botschafters in Tokio von Dirksen an den Leiter des
Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke

Tokio, den 14. Oktober 1935
Durchschlag

Lieber Herr Hencke,

für Ihre freundlichen Zeilen, die Sie Herrn Oberst Hartmann mitgegeben hatten¹, möchte ich Ihnen ebenso herzlich danken wie für Ihr eingehendes Schreiben aus Kiew vom 26. März². Alle Lebenszeichen von Ihnen erfreuen mich – wie Sie wissen – immer sehr, besonders wenn sie eine so gute Nachricht enthalten wie in diesem Fall – die Mitteilung, dass Ihnen die Leitung des russischen Referats im Auswärtigen Amt übertragen worden ist. Dazu möchte ich Ihnen ganz besonders herzlich Glück wünschen; die Wahl hätte auf keinen Besseren fallen können. Ich kann Ihnen lebhaft nachfühlen, dass Sie an diese Aufgabe mit gemischten Gefühlen herangehen angesichts der Zuspitzung der Gegensätze in den berühmten „beiderseitigen Beziehungen“. Aber trotzdem ist diese Aufgabe eine höchst interessante und verantwortliche und wird Ihnen viel Gelegenheit geben, Ihre politischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen; dies umso mehr grade jetzt, wo – wie ich höre – die Ostabteilung auffliegt, indem der Nahe Osten an Abteilung II, der Ferne Osten an Abteilung III angegliedert wird. Dass ich persönlich mir nicht vorstellen kann, welche Vorteile man sich von dieser Lösung verspricht, werden Sie sich denken können. Ich kann aber die Motive für diese Maßnahme von hier aus nicht beurteilen. An sich aber ist es klar, dass ein solches Unterschlüpfen in einer ihrem Wesen nach völlig fremdartigen Länderabteilung der Bedeutung nicht gerecht wird, die die Ostpolitik im Rahmen unserer Gesamtpolitik hat und immer haben wird. Hoffentlich werden die Nachteile dieser organisatorischen Änderung dadurch zu einem Teil ausgeglichen, dass man einen mit den Fragen des Nahen Ostens besonders erfahrenen und überhaupt einen besonders fähigen Beamten an die Spitze der Abteilung setzt.

Was nun die russisch-deutschen Beziehungen betrifft, so ist es klar, dass eine Fortdauer des bisherigen Gegensatzes für absehbare Zeit, also für Jahre hinaus, zu erwarten ist. Die Sowjetunion sowohl wie wir haben unseren außenpolitischen Weg gewählt. Besonders die Sowjetunion hat sich eindeutig scharf und endgültig in die uns feindliche Mächtekonstellation begeben und führt in ihr das große Wort. Da wäre es falsch verstandener Ressort-Patriotismus, wenn wir versuchen wollten, mit untauglichen Mitteln oder mit wertlosen kleinen Demonstrationen etwas am Leben zu erhalten, was nicht mehr lebendig ist. Alle derartigen Annäherungsversuche würden nur Polen misstrauisch machen und ihren eigentlichen Zweck sicher nicht erreichen. Gute Beziehungen zu Polen sind z.Zt. mehr wert als gute Beziehungen zur Sowjetunion. Überdies kann man, selbst wenn man es wollte, beide nicht miteinander verbinden. Der 200-Millionen-Kredit, den wir mit der Sowjet-

¹ Vgl. Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 23, S. 183–184.

² Vgl. ebd., Dok. 22, S. 182–183.

union abgeschlossen haben, scheint mir von diesem Gesichtspunkt aus auch nur aus den Erfordernissen unserer Wirtschaft zu rechtfertigen zu sein. Ich war daher auch nicht überrascht zu hören, dass die Russen von diesem Vorteil nicht einmal Gebrauch machen und ihn nicht ausnutzen. Soviel ich mich allerdings erinnere, werden sie vertraglich gebunden sein, ihre Bestellungen bis zu einem gewissen Datum nun auch zu effektuieren.

Mit besonderem Ärger lese ich immer die Übersichten über die Entwicklung unserer Ein- und Ausfuhr, aus denen hervorgeht, dass unser Passivsaldo grade gegenüber der Sowjetunion am größten ist. Ich kann nicht verstehen, dass es nicht möglich sein sollte, unsere Käufe in der Sowjetunion abzdrosseln. Aber ich nehme an, dass sie doch irgendwie wegen niedriger Preise oder aus anderen Gründen für uns erforderlich sind.

Was nun die russisch-japanischen Beziehungen betrifft, so können Sie bis auf weiteres damit rechnen, dass der Gegensatz zwischen den beiden Völkern, insbesondere von Seiten Japans, lebendig bleiben wird. Ich habe die Versöhnungsstimmung in der ersten Zeit nach dem Verkauf der Ostchinesischen Bahn nie ernst genommen. Die grundsätzlichen Gegensätze sind zu groß, als dass sie überbrückt werden könnten, und so denn auch in der Zwischenzeit die kleinen technischen Verhandlungen über Fischereifragen und über eine Grenzkommission für die russisch-mandschurische Grenze nicht weitergediehen.

Ebenso wenig aber ist für absehbare Zeit mit dramatischer Entwicklung, d. h. mit einem kriegesischen Konflikt zu rechnen; schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil die Japaner noch nicht fertig sind und mit dem Aufbau und der Organisierung von Mandschurei und Nordchina vorläufig noch alle Hände voll zu tun haben.

Es ist daher wohl möglich, dass Russland noch weiterhin für einige Zeit sich nach Westen hin freier bewegen und seinen Lautsprecher ausschließlich auf Deutschland abstellen kann.

Von erheblicher Bedeutung für die russisch-japanischen Beziehungen wird auch die Entwicklung in China hinsichtlich der kommunistischen Bewegung sein. Es hat ganz den Anschein, als ob die Komintern dort wieder eine neue Tätigkeit entfaltet; jedenfalls höre ich aus verschiedenen Quellen, dass die kommunistische Bewegung in China auch in den bisher ruhigen nordwestlichen Bezirken ausbricht, während andererseits Chiang Kai-Shek in seinem Feldzug gegen die Kommunisten in Sichuan keine Fortschritte macht; überhaupt ist seine Stellung schwächer geworden; nicht nur wegen der japanischen Gegenaktion, sondern auch wegen seiner innerpolitischen Unsicherheit.

Dass die Japaner eine Ausbreitung des Kommunismus in China mit der größten Besorgnis betrachten und alles tun, um sie zum Erlöschen zu bringen, ist offensichtlich.

Von meiner Frau und mir wird Ihnen das Ehepaar Hartmann berichten, die wir hier zwei Wochen als sehr erwünschte Gäste bei uns haben. Es geht uns im Allgemeinen recht gut, und vor allem können wir unserer Hauptleidenschaft, dem Reisen, frönen. Meine Frau und ich haben eine zweiwöchentliche Reise nach der wenig besuchten, aber schönen Nordinsel Hokkaido gemacht. Im Anschluss daran waren wir in einem sehr guten Hotel bei Nagoja in landschaftlich schöner Gegend. So haben wir die Kräfte in uns aufgespeichert, um der wieder einsetzenden und recht anstrengenden Tokioter Wintersaison gewachsen zu sein. Es ist hier doch viel

zu tun, weil zu einer recht erheblichen dienstlichen Arbeit eine sehr umfassende und vielseitige repräsentative Tätigkeit tritt.

Zum Schluss noch eine Bitte: halten Sie mich bitte über die Vorgänge in der Sowjetunion nach Möglichkeit auf dem Laufenden durch Übersendung von Berichten aus Moskau und sonstigen Informationen. Ich lese hier natürlich den „Ostexpress“³, höre einiges aus dem „Guten Kameraden“ und wurde sehr freundschaftlich und ausgiebig von Twardowski auf dem Laufenden gehalten. Diese letzte Informationsquelle fällt ja nun weg. Ich hoffe sehr, dass Twardowski eine interessante und ihn befriedigende Stelle erhält; er hat es nach 6½ Jahren Russland und seinem Schuss wirklich redlich verdient.

Mit vielen herzlichen Grüßen an Ihre Frau und Sie von meiner Frau und mir bin ich

[Dirksen]

PA AA, NL Dirksen, Bd. 2, Bl. M 014707-014711.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 24, S. 184–186.

Nr. 257

**Aufzeichnung der Unterredung des kommissarischen Leiters der
2. Westabteilung im NKID Bessonov mit dem Legationsrat
in Moskau Hilger**

GEHEIM

[16.10.1935]

Nr. 15037

19.X.35¹

**AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT DEM RAT DER DEUTSCHEN
BOTSCHAFT HILGER, 16. OKTOBER 1935**

Hilger erschien mit einer ganzen Reihe von Wirtschaftssachen.

Der Vertreter einer deutschen Maschinenbaufirma, ein gewisser Pol'man, sollte nach den Verhandlungen mit Technopromimport dringend nach Deutschland zurückkehren, um mit der Firma einige Fragen abzustimmen, die die Bestellung von hydraulischen Pressen betrafen. Beim Abflug aus Moskau am 13. Oktober wurde ihm seine gesamte Geschäftskorrespondenz abgenommen, wodurch der Firma die Möglichkeit genommen wurde, die weitere Bearbeitung der Aufträge vorzunehmen. Im Zusammenhang damit kam H[ilger] neben der Bitte um Freigabe der Papiere Pol'mans² auf die rechtliche Stellung der deutschen Firmen zu sprechen und wie-

³ Der Ost-Express, ein 1920 gegründeter Nachrichtendienst für Politik, Wirtschaft und Kultur.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Am 15.10.1935 machte die Deutsche Botschaft in einer Note auf die negativen Folgen derartiger Zwischenfälle auf die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder

derholte im Großen und Ganzen genau die gleichen Überlegungen, wie sie Twardowski und Dittmann im Gespräch mit mir am 10. Oktober³ vorgetragen hatten.

Was die Papiere von deutschen Firmen betrifft, so machte ich darauf aufmerksam, dass die Zollbehörden selbstverständlich nicht unkontrolliert Korrespondenzen aus der UdSSR herausgehen lassen könnten, auch wenn sie geschäftlichen Charakters seien, ohne deren Inhalt überprüft zu haben, ganz genau so, wie die deutschen Zollbehörden Angestellte und Mitarbeiter von sowjetischen Institutionen nicht nach Deutschland einreisen ließen, ohne sie zuvor an der Grenze einer gründlichen Kontrolle unterzogen zu haben. Zugleich verstünde ich natürlich, dass sich eine Zurückhaltung der Geschäftskorrespondenz von der Art, wie es im Fall Pol'man geschehen sei, ungünstig auf die Abwicklung von Handelsoperationen niederschlagen könne. Ich würde mich mit der rechtlichen Seite dieser Angelegenheit befassen und noch einmal auf sie zurückkommen. Was den Fall Pol'man betrifft, so versprach ich ihm, bei der Rückgabe der Papiere behilflich zu sein.⁴

Im Gesprächsverlauf ließ H. ziemlich durchsichtig durchblicken, die deutschen Firmen würden annehmen, dass die Zurückhaltung ihrer Geschäftspapiere durch den Zoll mit dem Wunsch der sowjetischen Vertragspartner dieser Firmen verbunden wäre, sich näher mit den Kalkulationen und den technischen Begründungen des jeweiligen Auftrages vertraut zu machen.

H. bat außerdem darum, die Bearbeitung seines Memorandums über die gegenseitige Verrechnung der Eisenbahnkosten, das er noch im August im NKID hinterlegt hatte, zu beschleunigen.

Zum Abschluss kam H. auf die Liquidierung der letzten deutschen Konzession, die Leo-Werke⁵, zu sprechen. Die Hauptschwierigkeit bei der Liquidierung dieser Konzession bestehe in Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Summe, die der Firma im Endergebnis zustehen müsse. Die Firma beziffere sie mit 500.000 Rubel, das Konzessionskomitee⁶ mit 200.000 Rubel. H. bittet uns, auf das Konzessionskomitee in dem Sinne Einfluss zu nehmen, um diese zwei Ziffern anzunähern, wie das früher bei der Liquidierung von Konzessionen wiederholt praktiziert worden sei. Ich bat H., mir in dieser Angelegenheit schriftliche Materialien zu geben, damit ich mich eingehender mit dieser Frage befassen könne.

KOMMISSARISCHER LEITER DER II. WESTABT[EILUNG]

Bessonov

aufmerksam und bat nachdrücklich darum, so schnell wie möglich der Firma Siempelkamp & Co. in Krefeld die technische Dokumentation auszuhändigen. Vgl. RGAĖ, f. 413, op. 12, d. 1852, l. 39.

³ Vgl. Dok. 253.

⁴ „Nach Prüfung durch Technopromimport wurden die Dokumente und technischen Zeichnungen sowie die anderen Dinge auf unser [des NKID] Drängen am 19. Oktober d. J. per Luftpost an die Firmenadresse in Krefeld abgeschickt.“ Vgl. Dos'e po delu germanskogo inženera Pol'mana (Dossier zum Fall des deutschen Ingenieurs Pol'man). In: RGAĖ, f. 413, op. 12, d. 1852, l. 40.

⁵ Größter Hersteller von Zahnpasta und kosmetischen Artikeln in Europa; die Konzession für der Produktion von zahnärztlichen Artikeln in der UdSSR war 1930 erteilt worden.

⁶ Das Konzessionskomitee beim Rat der Volkskommissare der UdSSR (1923–1937) gewährte ausländischen physischen und juristischen Personen Konzessionen für eine Handels- und Produktionstätigkeit.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. zu den Akten.

Am Ende des Dokuments befindet sich in der Mitte der Vermerk des Sekretärs der Abteilung über die Anfertigung 1 Kopie und die Übersendung dieser an M.A. Plotkin im Auftrag von S.A. Bessonov.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 122–121. Original.

Nr. 258

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv.
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 1
[17.10.1935]

Nr. 457/s¹

AN DAS

NKID

N. N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Zu den deutschen Plänen und der deutschen Taktik unter den neuen internationalen Bedingungen, die sich im Zusammenhang mit dem Krieg in Afrika und dem englisch-italienischen Konflikt² herausgebildet haben, sind die Informationen recht widersprüchlich; die Angehörigen des diplomatischen Corps in Berlin sind weit von einer einmütigen Einschätzung der Lage entfernt. Die deutsche Presse bemüht sich nach wie vor darum, einen neutralen Ton bei der Einschätzung des Abessinien-Konfliktes³ beizubehalten, wenngleich in den ersten Kriegstagen zweifellos die Nuancen zugunsten Abessinien überwogen, die aber nunmehr von einem etwas freundlicheren Ton gegenüber Italien abgelöst worden sind. Zugleich verheimlicht die Presse nicht ihr Interesse an den französisch-englischen Verhandlungen⁴ und betont dabei, dass der Ausgang dieser *Verhandlungen⁵ von entscheidender Bedeutung für die Lage in Europa sein kann.

Nichtsdestotrotz kann man bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt einige Bemerkungen sowohl hinsichtlich der deutschen Taktik im abessinischen Konflikt als auch hinsichtlich dessen machen, wie sich diese deutsche Taktik in der Grundfrage

¹ Die Ausgangsnummer ist mit blauem Farbstift geschrieben.

² Im Zuge des sich zuspitzenden italienisch-abessinischen Konfliktes kam es zu einer Konzentration von großen Verbänden der britischen Flotte im Mittelmeer.

³ Vgl. Dok. 223, Anm. 1.

⁴ Seit Mitte Oktober wurde in Paris ein englisch-französischer Plan zur Beilegung des italienisch-abessinischen Konfliktes erarbeitet, das im geheimen Hoare-Laval-Abkommen vom 8.12.1935 mündete. Vgl. Documents on British Foreign Policy, 2. Ser., Bd. XV, London 1976, Dok. 336, S. 425–427.

⁵ Über dem Wort steht ein mit Bleistift geschriebenes Fragezeichen.

der internationalen Lage in den Beziehungen Deutschlands zu einzelnen Staaten widerspiegelt.

1. Ab dem Moment, als sich mit völliger Gewissheit Sanktionen gegen Italien abzeichneten und der englisch-italienische Konflikt offen zutage trat, nahm Deutschland nach außen hin eine Haltung strengster Neutralität ein. Die deutsche Diplomatie legt eine große Zurückhaltung an den Tag, wobei es Grund zur Annahme gibt, dass Hitler persönlich es für angebracht erachtet, zurzeit bei den außenpolitischen Manövern mit maximaler Vorsicht vorzugehen. Dieser Kurs maximaler Zurückhaltung und Vorsicht wird nicht nur beim Abessinien-Konflikt, sondern auch bei verschiedenen Problemen der Außenpolitik Deutschlands befolgt.

Außerdem kann es als gesichert angesehen werden, dass die deutsche Regierung an der Taktik festhält, endgültige Entscheidungen maximal hinauszuzögern. Allen Informationen zufolge vermeiden Hitler und die Leiter des Auswärtigen Amtes es geradezu, sich zu aktuellen Fragen zu äußern, und gehen sogar Treffen mit ausländischen Diplomaten aus dem Wege.

2. Diese außergewöhnliche Vorsicht und abwartende Haltung schließt natürlich halboffizielle und selbst offizielle Kontakte sowohl zwischen Berlin und London als auch zwischen Berlin und Rom nicht aus.

Was die italienisch-deutschen Beziehungen betrifft, so laufen die Informationen mehrheitlich (wenn auch nicht alle) darauf hinaus, dass Italien die aktive Seite ist. Mussolini versucht einerseits, die Beziehungen mit solchen Aktionen wie der Reise von Attolico nach Nürnberg usw. zu verbessern, andererseits nimmt er Zuflucht zu Drohungen wie der Mitteilung über Verhandlungen mit Frankreich hinsichtlich der Verteidigung des Brenners.

Man muss es jedoch als Gewissheit ansehen, dass sich Deutschland, was Italien betrifft, noch nicht übermäßig engagiert hat und der deutsch-italienische Kontakt noch vorläufigen Charakters ist. Dies schließt deutsche Lieferungen an Italien nicht aus.

Hinsichtlich des englisch-deutschen Kontakts gibt es zurzeit fast keine Informationen. Phipps führt angeblich keine ernsthaften Verhandlungen; **es ist möglich, dass**⁶ solche Verhandlungen in London geführt werden, zum Beispiel über eine mögliche Finanzunterstützung durch die City im Falle einer englisch-deutschen politischen Absprache. Diese Frage hängt selbstverständlich direkt von dem Ausgang der französisch-englischen Verhandlungen ab.

3. Somit kann in nächster Zeit damit gerechnet werden, dass Deutschland in dem englisch-italienischen Konflikt solange eine Neutralität befolgen wird, wie die Kräfteverteilung nicht endgültig geklärt ist und die Deutschen nicht die Gewissheit haben, welche Kompensation sie für die Aufgabe der Neutralität erhalten können.

Zugleich ist zu berücksichtigen, dass noch niemand an Deutschland mit der Frage herangetreten ist, ob und in welcher Form es an Sanktionen teilnehmen wird. Die Informationen, die sowohl aus englischen als auch italienischen sowie aus deutschen Quellen stammen, zeugen davon, dass bis jetzt weder England noch Italien diese Frage in Berlin aufgeworfen haben, zumindest nicht offiziell. Solange England keinen ernsthaften Druck ausübt, wird Deutschland den Handel mit Ita-

⁶ Die Textstelle ist mit Tinte über die Zeile anstelle von „am ehesten“ geschrieben worden.

lien selbstverständlich in einem zunehmenden Tempo fortsetzen, insbesondere die Lieferung von Kohle. Es gibt keine Zweifel, dass große militärische Lieferungen gegen Barzahlung erfolgt sind, es ist jedoch möglich, dass sich Deutschland Aktionen enthält, die England besonders erregen, und sich künftig auf die Lieferung von Brennstoffen, militärischen Rohstoffen usw. beschränkt. Mit anderen Worten, Deutschland behält bis zu einem bestimmten Zeitpunkt Italien gegenüber die Haltung einer wohlwollenden Neutralität bei. Diese abwartende Politik wird Deutschland natürlich dann aufgeben, wenn sich im Zuge einer weiteren Entwicklung des italienisch-englischen Konfliktes eine neue Konstellation der Friedenskräfte herausbildet. Hierbei sind theoretisch folgende Kombinationen denkbar: Frankreich, das alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, die englische Unterstützung in den Fragen zu bekommen, an denen es in erster Linie interessiert ist, und im Innern von rechten italophilen Elementen bedrängt wird, trifft seine Wahl zugunsten Italiens. In diesem Fall ist es völlig natürlich, dass sich Deutschland ohne jegliches Zögern England anschließt, und die Welt wird in den Kampf zweier neuer Ententen, der englisch-deutschen und der italienisch-französischen, hineingezogen.⁷ Bedeutend schwieriger ist vorherzusagen, welche Haltung Deutschland einnehmen wird, wenn die jetzigen Verhandlungen zu einer englisch-französischen Absprache und zu einer Festigung der Zusammenarbeit zwischen diesen zwei Ländern führen werden. Auf den ersten Blick schien es, als ob solch eine Zusammenarbeit eine deutsch-italienische Annäherung unvermeidlich nach sich ziehen würde. Die französisch-englische Zusammenarbeit, die auf dem Prinzip der kollektiven Sicherheit und der Bewahrung des jetzigen Status quo beruht, ist zugleich ein Schlag sowohl gegen die Pläne Hitlers als auch Mussolinis und erweist sich als ernsthafte Barriere gegen die Expansion der beiden von ihnen geführten Länder. Dabei drängt sich von selbst die Schlussfolgerung auf, dass sich im Gefolge einer englisch-französischen Absprache eine Front der von Italien und Deutschland angeführten revisionistischen Länder herauskristallisiert. Aber dieses auf den ersten Blick als wahrscheinlich erscheinende Schema schafft für Deutschland eine sehr riskante Situation, die es zwingend in die Lage versetzt, mit einem derartig rohstoffarmen Land wie Italien einen ****Block zu bilden****⁸, und zwar gegen solch eine starke Koalition wie die englisch-französische, die sich dabei auf alle Anhänger des Friedens ****stützt****⁹, in erster Linie auf die UdSSR. Aus diesem Grund ist es nicht ausgeschlossen, dass sich Deutschland auch in diesem Fall nicht von England abwenden und alle Bemühungen daransetzen wird, sich der französisch-englischen Zusammenarbeit anzuschließen und ihr den Charakter einer „Westentente“ zu verleihen, wovon nicht wenige Politiker sowohl in England als auch in Frankreich träumen. Bei allen Prognosen hinsichtlich der Richtung der deutschen Außenpolitik ist jedoch zu berücksichtigen, dass Erwägungen der „Staats-Räson“ die ausschlaggebende Rolle spielen werden. Sollte bei Hitler, wie Poncet behauptet, tatsächlich die Sorge zunehmen, dass die Engländer Kurs auf die Vernichtung des Faschismus nehmen könnten und nach Mussolini auch er stürzen könnte, dann würde er selbstverständlich keine einzige Minute darüber nachdenken, mit wem er zu gehen

⁷ Vgl. Dok. 223.

⁸ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁹ Das Wort ist korrigiert und mit Tinte über die Zeile geschrieben.

hat. Aber die Dinge stehen wohl kaum so alarmierend. Es fällt einem irgendwie schwer, sich England in der Rolle eines Matadors gegen den Faschismus vorzustellen. Es ist durchaus möglich, dass Poncet absichtlich diese Gerüchte in die Welt setzt, um die Gefahr einer italienisch-deutschen Annäherung dazu zu nutzen, die Politik Lavals zu bekräftigen.

4. Hinsichtlich der deutschen Taktik im Abessinien-Konflikt und einzelner Probleme in der deutschen Außenpolitik ist auf Folgendes hinzuweisen:

a) Die Memelfrage.¹⁰ In dem Bemühen, nicht als Aggressor die Aufmerksamkeit zu einem Zeitpunkt auf sich zu ziehen, da in der gesamten internationalen Politik die Frage nach Sanktionen gegen die Aggression Italiens im Mittelpunkt steht, enthält sich Deutschland offenbar jeglicher Gewaltakte in Memel. In Berlin rechnet man damit, dass sich Litauen mit den Wahlergebnissen wird abfinden müssen und es von den Signatar-Ländern¹¹ keinen tatsächlichen Schutz erhalten kann. Aus diesem Grund meint man, dass nicht nur ein neuer Sejmik mit einer starken deutschen Mehrheit zustande kommen, sondern auch Einfluss auf die Zusammensetzung des Direktoriums nehmen wird. Im weiteren Verlauf rechnen die Deutschen damit, die Emanzipierung Memels von Litauen nach dem Beispiel Danzigs durchzusetzen. So stellt sich die vorherrschende Meinung dar, der sich erst unlängst nur Poncet entgegenstellte, der mit der Möglichkeit eines Putsches in Memel rechnete. Jedoch müsste die Voraussetzung für solch einen Putsch ein polnisch-deutsches Abkommen zur Litauen-Frage sein; aber gerade in dieser Hinsicht gibt es große Zweifel.

b) Die Beziehungen zu Polen. Der Kabinettswechsel in Polen¹² löst in Berlin große Unruhe aus. Die Deutschen haben bereits seit einiger Zeit aufgehört, sich völlig auf Beck zu verlassen, sie verdächtigen ihn nicht so sehr des Unwillens, die festgelegte Linie zu befolgen, sie bezweifeln vielmehr die Stabilität seiner Stellung. Die deutsche Presse konstatiert, dass Beck in dem neuen polnischen Kabinett isoliert ist. Unter diesen Bedingungen, selbst wenn es ein deutsch-polnisches Abkommen zur Litauen-Frage geben sollte, können die Deutschen nicht mit seiner Verwirklichung rechnen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind zweifellos in eine neue, kritische Phase eingetreten. Allein schon die Schwächung der Stellung Becks und der Zweifel Berlins hinsichtlich der Stabilität des außenpolitischen Kurses von Beck machen es Deutschland unmöglich, eine Reihe seiner außenpolitischen Manöver zu verwirklichen. Das bezieht sich sowohl auf die Memel-Frage als auch auf die Probleme, die mit dem mitteleuropäischen und mit dem Donaublock verknüpft sind, umso mehr, als sich diese Kombination in Abhängigkeit von der allgemeinen Orientierung Deutschlands (auf England oder auf Italien) befindet.

c) Gegenüber Ungarn legt Berlin nach wie vor eine große Aktivität an den Tag. Obwohl der Besuch von Gömbös in Berlin¹³ allem Anschein nach zu keinem Abkommen geführt hat, steht außer Frage, dass der Kontakt zwischen Deutschland und Ungarn bedeutend gefestigt wurde. Zum Beispiel ist damit zu rechnen, dass

¹⁰ Vgl. Dok. 95, Anm. 3.

¹¹ Vgl. Dok. 137, Anm. 12.

¹² Am 13.10.1935.

¹³ Zu den vom 29.9. bis 30.9.1935 geführten Gesprächen von Gömbös in Berlin vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 311, 314, 337, Anlage 1.

Deutschland aktiv bei der Wiederherstellung der ungarischen Armee und ihrer Bewaffnung helfen wird. Der Verzicht Ungarns auf eine Beteiligung an den Sanktionen war in Berlin bei weitem nicht nur als eine Geste in Richtung Italien aufgefasst worden, sondern auch als eine Äußerung einer zugunsten Deutschlands ausfallenden Selbständigkeit.

d) Das österreichische Problem. In Entsprechung zu der oben dargelegten allgemeinen vorsichtigen Taktik schränkt Deutschland offenbar seine Aktivität auch in Österreich etwas ein. Dieser Umstand schließt jedoch keineswegs die sich in letzter Zeit verstärkenden Kontakte zwischen Berlin und Wien aus. Offenbar werden sowohl in Berlin als auch in Wien parallel Verhandlungen geführt. Die von Papen unterbreiteten Vorschläge fanden bei der österreichischen Regierung offensichtlich keinen Anklang; nichtsdestotrotz ist das Vorhaben eines fünfjährigen Nichtangriffspaktes allem Anschein nach Gegenstand großer aktiver Verhandlungen von Papen. Es liegen einige Informationen vor, das Tauschitz gleichzeitig in Berlin Verhandlungen führt, wenn nicht zu genau den gleichen Fragen, so doch zu angrenzenden. Zum Beispiel werden zwischen Berlin und Wien die Probleme erörtert, die mit dem Transit von militärischer Ausrüstung und anderer Waren, die sowohl für Ungarn als auch für Italien bestimmt sind, durch Österreich zusammenhängen.

Obgleich auch eine Belebung der früheren Aktivitäten der Nationalsozialisten gegenüber Österreich und seiner Innenpolitik zu konstatieren ist, stellt sich dennoch zweifellos heraus, dass Deutschland große Anstrengungen unternimmt, um in einer weniger herausfordernden Form Österreich an sich zu binden und seinen Einfluss sicherzustellen. Solch eine Taktik ist von dem Willen Hitlers diktiert, eine Einmischung dritter Länder in die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland zu beseitigen. Beide Länder werden von ihm nach wie vor als einzelne Teile eines einheitlichen Ganzen betrachtet. Es ist selbstverständlich, dass er direkte Verhandlungen bevorzugt und bereit ist, mit Österreich einen Modus zu finden, aber nur solch einen, der in Zukunft nicht die Vereinigung der beiden Teile des „einheitlichen deutschen Organismus“ behindert.

e) Gegenüber der Tschechoslowakei gibt es ebenfalls Anzeichen für einen Kurs, der vorsichtiger und zurückhaltender ist. Die Deutschen haben bereits früher anklingen lassen, die Tschechoslowakei von Frankreich nach dem polnischen Muster loszureißen. Die gegenwärtige Vorsicht im Mittelmeerkonflikt bewegt Deutschland dazu, auch in seinen Beziehungen zur Tschechoslowakei Vorsicht walten zu lassen.

In den letzten Tagen ist auch eine etwas größere Zurückhaltung gegenüber Rumänien zu beobachten, obgleich unlängst neue große Geschäfte, zum Beispiel zum Kauf von Schweinen, abgeschlossen worden sind.

f) Im Baltikum ist Deutschland in letzter Zeit in zweifacher Weise aktiv; auf Lettland übt es wirtschaftlichen Druck aus, währenddessen mit Finnland der militärische Kontakt ausgebaut wird, was zum Beispiel seinen Ausdruck in dem Besuch Deutschlands durch einen hochrangigen finnischen General fand, allen Informationen zufolge war es Mannerheim¹⁴.

¹⁴ So im Dokument; richtig: Mannerheim. Auf Einladung Görings besuchte Mannerheim im September 1935 Deutschland.

g) In den Beziehungen zur UdSSR sind natürlich keine Fortschritte zu beobachten, obgleich sich zweifellos sowohl in der Reichswehr als auch in Kreisen der Industriellen die Überzeugung ausbreitet, dass der antisowjetische Kurs der Nationalsozialisten unproduktiv und fehlerhaft ist; nichtsdestotrotz gibt es keine Zweifel, dass Hitler und seine engste Umgebung fest an ihren primitiven antisowjetischen Positionen festhalten. Die nach dem Nürnberger Parteitag etwas abgeflaute antisowjetische Kampagne ist jetzt im Zusammenhang mit unserer Haltung in Genf¹⁵ erneut angefacht worden. Die deutsche Presse schlug Alarm, denn sie war sich ^{**16} darüber im Klaren, dass unsere Haltung in Genf von dem Wunsch getragen war, eine gemeinsame Front gegen die Aggressoren, und in erster Linie gegen den deutschen Aggressor, zu errichten, und sich die beunruhigende Perspektive abzeichnete, dass es der Sowjetunion vielleicht in einem gewissen Grade gelingen könnte, den in Gang gesetzten Sanktionsmechanismus gegen Deutschland zu lenken. Ihre Argumente sind nicht neu: die UdSSR strebt danach, einen Weltbrand zu entfachen, sie benutzt den Völkerbund, um ihre kommunistische Idee zu verwirklichen, sie kämpft in Genf nicht für den Frieden, sondern für die Vernichtung des Faschismus usw., mit einem Wort, die UdSSR ist ein Trojanisches Pferd. ^{**Vieles**}¹⁷ in dieser Kampagne ist auf eine Resonanz in England und auf eine Abwehr seiner Annäherung an die UdSSR ^{**berechnet**}¹⁸ (der Artikel Radeks¹⁹ hat sie sehr erschreckt).

h) Zur Vervollständigung des Bildes kann noch darauf verwiesen werden, dass sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen gegenwärtig an einem toten Punkt befinden und nicht mit einer Verbesserung in der nächsten Zeit zu rechnen ist.

5. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Deutschland den Krieg in Afrika und den englisch-italienischen Konflikt nicht für ein Abenteuer in Memel oder in Südosteuropa ausgenutzt hat und voraussichtlich in der nächsten Zeit nicht ausnutzen wird. Im Gegenteil, Deutschland will mithilfe vorsichtiger diplomatischer Manöver den Boden für einen großen Coup vorbereiten, in erster Linie mit England, der die internationale Stellung Deutschlands bedeutend stärken würde, ansonsten müsste es jetzt zu Putschen, Gewaltakten und sonstigen Abenteuern Zuflucht nehmen.

Die innenpolitischen Schwierigkeiten des deutschen Faschismus bewirkten, diese außenpolitische Taktik Deutschlands zu erhärten. Das Fehlen von Devisen, Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Nahrungsgütern und eine Reihe anderer Momente brachten die Nationalsozialisten in eine recht schwierige Lage, und dies umso mehr, da diese Schwierigkeiten allem Anschein nach mit dem Erfordernis verknüpft sind, das Rüstungstempo etwas zu drosseln. Im Ergebnis all dessen wird sich der deutsche Faschismus in der nächsten Zeit von militärischen Abenteuern und scharfen außenpolitischen Handlungen zurückhalten, und zwar bis zu dem

¹⁵ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 357, 362, 372, 376.

¹⁶ Das an das dieser Stelle stehende Wort „wunderbar“ ist gestrichen.

¹⁷ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: viele.

¹⁸ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: rechnen.

¹⁹ Aller Wahrscheinlichkeit handelt es sich um den Artikel „Njurenberg i Moskva“ (Nürnberg und Moskau). In: Izvestija vom 17. September 1935, S. 3.

Zeitpunkt, bis die weitere Entwicklung des englisch-italienischen Kampfes geklärt ist oder die Verschärfung der inneren Lage die Faschisten zu einem Krieg treibt, der ein verzweifelter Mittel ist, die inneren Schwierigkeiten zu bekämpfen.

Mit kommunistischem Gruß

SURIC

*Vermerk mit blauem Farbstift N.N. Krestinskijs: NK.
Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4695 vom 21.10.1935.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
Geschr. 6 Expl. 5 Expl. an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 17/X.35²⁰.*

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 165–169. Original.

Nr. 259

**Schreiben des Leiters der Handelspolitischen Abteilung der
Handelsvertretung in Berlin Gasjuk an den Leiter des Referats
Wirtschaftsfragen Russlands im AA Bräutigam**

Berlin, den 19. Oktober 1935

An das
Auswärtige Amt
z. Hd. des Herrn Gesandtschaftsrates Dr. Bräutigam
Berlin W 8
Wilhelmstr. 74–76

Sehr geehrter Herr Gesandtschaftsrat!

Mit Bezugnahme auf Ihr Gespräch mit dem Herrn Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland, D. Kandelaki, über Schwierigkeiten, auf die die Handelsvertretung der UdSSR bei der Realisierung des Fünfjahreskredites von 200 Millionen Reichsmark gestoßen ist, erlaube ich mir im Auftrage des Herrn Kandelaki Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Diese Schwierigkeiten tragen mannigfachen Charakter. Insbesondere waren es die unannehmbaren Liefertermine, die von deutschen Firmen gestellt wurden, oder die überaus hohen Preise, die von den Firmen gefordert wurden, oder auch die Abneigung mancher Firmen, diese oder jene Arten von Ausrüstungen, die die Handelsvertretung interessieren, zu liefern, oder auch von der heute zugesagten Lieferung dieser oder jener Ausrüstung morgen zurückzutreten usw.

Da ich es als unmöglich erachte, Ihre Aufmerksamkeit mit der Aufzählung aller zahlreichen Fälle von Schwierigkeiten zu belasten, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit bloß auf diejenigen Fälle lenken, die grundsätzliche Bedeutung für die Ausnutzung des 200 Millionen Kredites seitens der Sowjetunion haben.

²⁰ Das Begleitformular zum Dokument enthält den Vermerk über die Weiterleitung eines Exemplars an Molotov.

Es handelt sich vor allen Dingen um eine Gruppe solcher Fälle, wo die deutschen Firmen die Annahme unserer Bestellungen oder die Gewährung von technischer Hilfe ablehnen. Die wichtigsten dieser Fälle sind folgende:

1. AFA-Akkumulatorenfabrik A.-G., Berlin. Mit dieser Firma hat die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland bereits während der letzten 8 Monate Verhandlungen zwecks Abschlusses eines Vertrages über die Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen zur Herstellung von Akkumulatoren und zur Erlangung der technischen Hilfe auf dem Gebiete der Akkumulatorenherstellung geführt. Schließlich erklärte sich diese Firma mit dem Abschluss eines derartigen Vertrages einverstanden. Sie lehnte es jedoch ab, Sowjetingenieure zwecks Erlernung des Prozesses der Akkumulatorenproduktion zuzulassen, obwohl sie sich bereit erklärt hat, die Vertreter der Sowjetunion mit diesem Prozess vertraut zu machen und obwohl die Sowjetingenieure keineswegs auf die Besichtigung des ganzen Unternehmens bestehen, sondern nur jene Teile kennenzulernen wünschen, wo die Herstellung der betreffenden Akkumulatoren vor sich geht.

*2. MAN-Augsburg, Beling und Lübke-Berlin, Drop und Rein-Bielefeld. Alle diese Firmen lehnen die Entgegennahme unserer Bestellungen unter den Bedingungen des 200 Millionen Kredites ab.*¹

*3. Siemens & Halske A.-G., Berlin. Mit dieser Firma führte die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland seit Anfang dieses Jahres Verhandlungen über die Lieferung von Autopiloten. Nachdem nun alles ziemlich vereinbart war, verweigert jetzt die Firma die Annahme der Bestellung auf die erwähnten Autopiloten. Die gleiche Firma lehnt die Annahme von Bestellungen seitens der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland auf eine Anlage zum Fernlenken eines Schnellbootes, wie auch auf eine Einrichtung für Feuerlenkung vom Flugzeug aus ab.*²

*4. Lorenz A.-G., Berlin, Fernseh A.-G., Berlin und Loewe-Radio, Berlin. Alle diese Firmen lehnen die Annahme unserer Bestellungen auf Fernseh-Anlagen ab. Ebenso lehnt die Firma Telefunken, Berlin, Aufträge auf Fernseh-Anlagen, wie auch auf Dezimeter-Wellensender (Empfangsstationen mit verschiedenen Wellenbereichen) ab.

Die zweite Gruppe bezieht sich auf Fälle, wo manche deutsche Firmen unbegründeter Weise überaus hohe Preise fordern, insbesondere höhere als diejenigen waren, die die Sowjetunion den gleichen Firmen für ähnliche Aufträge vor gar nicht langer Zeit bezahlt hatte. Die wichtigsten dieser Fälle sind die folgenden:

1. Reinecker, Chemnitz, erhöhte den Preis im Vergleich mit unseren früheren Bestellungen auf verschiedene Modelle um 13–34%.

2. Körger-Drehbänke, Berlin, erhöhte die Preise im Vergleich mit vorangegangenen Bestellungen um 23%.

3. Wollenberg, Hannover, erhöhte die Preise um 20%.

4. Ludwig Loewe, Berlin, erhöhte die Preise bis auf 30% usw.

Ich erachte es für unerlässlich, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, dass einzelne dieser Firmen die hohe Preisforderung damit zu begründen versuchen, dass sie ein 30%iges Obligo tragen, welches die Handelsvertretung in keiner Weise berührt. Die oben erwähnten Forderungen hoher Preise widersprechen dem Sinne des Abkom-

¹ Der Absatz ist in eckige Klammern gesetzt.

² Der Absatz ist am Seitenrand angestrichen und mit Stenoschriftzeichen versehen.

mens vom 9. April d. J., welches die Gewährung angemessener Preise seitens der deutschen Firmen zur Voraussetzung hat.*³

*Schließlich muss ich den Fall I.G. Farbenindustrie A.-G. besonders erwähnen. Diese Firma hat, nachdem sie anfänglich uns den technologischen Prozess von Farbstoffen zu gewähren gewillt war, später diese Zustimmung widerrufen. Welche Umstände sie dazu bewogen hatten, bereits am zweiten Tage nach Abgabe ihrer Zustimmung dieselbe zu widerrufen, ist uns leider unbekannt.

Des Weiteren ist es die auch Ihnen wohlbekannte Frage der Kohlenhydrierung. In diesem Falle ist eine ganz unverständliche Verzögerung eingetreten, obwohl bereits zwei Monate seit Beginn der Verhandlungen und der ursprünglichen Zusage dieser Firma, uns die entsprechenden Vorschläge zu unterbreiten, verflossen sind.*⁴

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Gesandtschaftsrat, sehr dankbar, wenn Sie uns bei Überwindung dieser Schwierigkeiten Ihre gesch[ätzte] Unterstützung zuteil werden ließen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung

Direktor der Handelspolitischen Abt. der
Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland
N. Gassjuk

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt am Seitenrand: 1) Eintragen, 2) H[err] v. Tippelskirch 3) W[ieder]v[orlage] B[räutigam] 21/10. Abzeichnung von Tippelskirch vom 22.10. Stempel des AA: W IV Ru 4226 Eing. 22 Okt. 1935. Unten: W 13 Ru A. Auf Briefbogen der Handelsvertretung geschrieben.

PA AA, R 94735, Bl. E 664284-664286.

Nr. 260

Aufzeichnung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen

Berlin, den 24. Oktober 1935

Abteilung Osten.
Dü./He.

Aktennotiz

Betrifft: Arbeitsbereich der „Studiendienstelle Deutscher Rückkehrer“¹

Am 23. Oktober vormittags fand auf Anregung von Wiebe im Amtszimmer von Dr. Leibbrandt zwischen letzterem, Dr. Ehrh, Wiebe und Dürksen eine Besprechung statt

³ Der Absatz ist in eckige Klammern gesetzt.

⁴ Der Absatz ist in eckige Klammern gesetzt.

¹ Die „Studienstelle deutscher Rückkehrer aus der Sowjetunion“ war eine der Antikomintern angegliederte Arbeitsstelle, die die freiwillig zurückkehrenden Facharbeiter, die Ausgewiesenen und die aus sowjetischer Haft nach Deutschland Abgeschobenen ausführlich befragte und die Informationen u. a. für Publikationen des Antikomintern-Verlages verwertete.

W[iebe] machte den Vorschlag, das Arbeitsgebiet der Studiendienstelle in Richtung der Nationalitätenfrage der Sowjetunion zu erweitern. Seiner Ansicht nach könne man von den Rückkehrern recht gutes und brauchbares diesbezügliches Material bekommen. Dieses Material müsse propagandistisch verwertet werden, zunächst etwa im „UdSSR-Dienst“. W. bittet um Stellungnahme zu diesem Vorschlag und gegebenenfalls eine entsprechende Abgrenzung, da doch die Nationalitätenfrage, wie er annehme, hier im Außenpolitischen Amt ebenfalls bearbeitet werde. Dieser Vorschlag wird im Ganzen zustimmend besprochen.

Dr. Ehrh wirft darüber hinaus die Frage auf, ob nicht der „Verband der Deutschen aus Russland“² Fühlung aufnehmen sollte mit den Vertretern der einzelnen Nationalitäten der Sowjetunion, um diesen auf der Basis der gegenseitigen Information zum Bewusstsein zu bringen, dass in der Sowjetunion auch eine deutsche Volksgruppe vorhanden ist. – Dr. Leibbrandt warnte vor übereilten Schritten in dieser Richtung, stimmte aber grundsätzlich zu. Der Verband könne die genannte Fühlungnahme aber nur verwirklichen in stetem Einvernehmen mit dem Außenpolitischen Amt.

[Dürksen]

BArch, NS 43/2, Bl. 249.

Nr. 261

Denkschrift des beurlaubten Ministerialdirektors im AA Meyer

Berlin, den 25. Oktober 1935

Abschrift

IV Ru 3928/35

Denkschrift über Ostpolitik

Die deutsche Ostpolitik wird in erster Linie von den Möglichkeiten im Osten bestimmt; sie kann nicht von der allgemeinen internationalen Politik losgelöst sein, aber sie darf bei der Eigenart der Verhältnisse im Osten weder vorwiegend von westlichen Gesichtspunkten aus betrachtet noch als Mittel zur Erreichung begrenzter Erfolge gegenüber den westlichen Staaten angesehen werden. In den letzten zwei Jahren ist es das Bestreben der westlichen Mächte und der Sowjetunion gewesen, Deutschland in ein nach ihren Wünschen geformtes kollektives System im Osten hineinzuzwingen; ein derartiges System soll die Beziehungen Deutschlands zu den Ost-Staaten gewissermaßen unter Kontrolle nehmen und für alle Fälle die Möglichkeit einer Ingerenz sicherstellen, deren Berechtigung von Deutschland vertraglich anerkannt worden wäre. Diesen Gesichtspunkten lagen die Vorschläge eines Ostpaktes mit Beistandsverpflichtungen zu Grunde und diese Gesichtspunkte beherrschen bei der Entente auch jetzt, nachdem die Beistandsverpflichtung fallen-

² Vgl. Dok. 243, Anm. 1. Vgl. auch Dok. 315.

gelassen worden ist, den Wunsch nach Abschluss eines vornehmlich auf die Konsultation aufgebauten kollektiven Ostpaktes. Die Schaffung eines derartigen kollektiven Systems liegt nicht nur in der Linie der französischen und sowjetischen Politik, die einen Ring um Deutschland schließen möchte, sondern auch in der Linie der englischen Politik, die sich auf diese Weise, ohne selbst Verpflichtungen einzugehen, die Möglichkeit schaffen möchte, die Entwicklung im Osten maßgeblich zu beeinflussen. Je enger sich vielleicht im Verlaufe des italienisch-abessinischen Konflikts die englisch-französische Entente gestalten wird und je mehr sich das kollektive System durchsetzen wird, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass Frankreich und England einen starken Druck auf Deutschland zwecks Abschlusses eines Donau- und Ostpaktes ausüben werden. Diesem Druck muss, wenigstens soweit der Ostpakt in Frage kommt, standgehalten werden; ein solcher Pakt bringt Deutschland nichts und beschwert es mit Bindungen, deren Ausmaß und Tragweite nicht abzusehen sind. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass der Abschluss eines Ostpaktes, wenn er auch vielleicht gewisse Voraussetzungen für einen Luftpakt schaffen würde, eine wesentliche Besserung der deutsch-englischen Beziehungen herbeiführen könnte; diese hängen von anderen Faktoren ab. Das deutsche Interesse steht Bindungen kollektiver Art im Osten entgegen. Niemand kann vorhersagen, wie sich die Verhältnisse im Osten entwickeln werden, aber sie werden bestimmt nicht bleiben, wie sie augenblicklich sind; die Veränderungen werden nicht nur durch die notwendige Lösung der speziell deutsch-polnischen Probleme: Danzig, Korridor und Oberschlesien sowie des deutsch-litauischen Memelproblems bedingt sein, sondern vor allem durch die außenpolitische Entwicklung der Sowjetunion und ihre Auswirkung auf die Baltischen Staaten, Polen und Rumänien. Für diese Entwicklung im Osten muss sich die deutsche Politik möglichst freie Hand wahren; die Beziehungen zu den einzelnen Ost-Staaten werden deshalb zweckmäßig im Wege bilateraler Vereinbarungen geregelt und ausgebaut, kollektive Pakte aber, vor allem solche, die der Ingerenz der Westmächte unterliegen, abgelehnt. Diese Politik wird für Deutschland in der Behandlung jedes politischen Geschehens im Osten richtungsgebend sein müssen.

Ein kurzer Überblick über die einzelnen östlichen Länder wird diese These erhärten.

Die Ziele der sowjetischen Außenpolitik sind Weltrevolution und russische Expansion. Zur Erreichung dieser Ziele bedarf aber die Sowjetunion für den nächsten Zeitraum der Erhaltung des Friedens um jeden Preis. Sie benötigt den Frieden innerpolitisch, wirtschaftlich, um Landwirtschaft und Industrie auf den von ihr erstrebten Stand zu bringen, und militärisch, um die Rote Armee schlagfertig zu gestalten.

Die innere Lage der Sowjetunion ist zurzeit ungefährdet. Es gibt trotz großer Unpopularität des Regimes bei der Masse der Bevölkerung keine Kräfte, Organisationen etc., die das System erschüttern könnten. Die zahlreichen Erscheinungen einer sogenannten Verbürgerlichung, vor allem unter den leitenden Schichten der Beamten, Techniker etc. dürfen nicht zu der Annahme verleiten, als ob dem System von dieser Seite eine Gefahr drohe; die bessere Ausbildung, der höhere Lebensstandard sind eher geeignet, das herrschende System zu fundieren und wirksamer zu gestalten. Besteht hiernach auf innerpolitischem Gebiet in Friedenszeiten keine Gefahr, so ist es doch zweifelhaft, ob die wirtschaftliche und militärische Lage der

Sowjetunion derart gesichert ist, dass sie eine äußere Erschütterung ohne Gefahr ihres Aufbaus, vielleicht sogar ihres Bestandes ertragen könnte.

Auf wirtschaftlichem Gebiet versucht die Sowjetunion autark zu werden; sie besitzt in ihrem ungeheuren geschlossenen Länderkomplex unerschöpfliche Vorräte an Rohstoffen aller Art, mögen diese in Eisregionen oder in subtropischen Landstrichen zu finden sein. Der Abbau dieser Rohstoffe ist erst im Anfangsstadium; er wird systematisch fortgesetzt und an dem Erfolg kann kein Zweifel bestehen.

Die Sowjetunion wird mit der gleichen Zähigkeit, mit der sie an die Erschließung der Rohstoffgebiete geht, allmählich den Aufbau ihrer eigenen Industrien durchführen und insbesondere die Kriegsindustrie entwickeln; sie wird sodann einen gewaltigen, von Europa und den anderen Ländern mehr oder weniger unabhängigen Wirtschaftsfaktor bilden.

Es sei hier eine Bemerkung eingeschaltet, die in gleicher Weise für den Abbau der Rohstoffe wie für den Aufbau der Industrien Geltung hat. Der Maßstab westeuropäischer Länder kann in der Sowjetunion keine Geltung haben, weder für die Kosten noch für die Arbeitsmethoden. Es ist in der Sowjetunion gleichgültig, ob bei dem Abbau eines Bergwerkes oder dem Aufbau einer Industrie Hunderttausende ihr Leben lassen und Millionen in menschenunwürdigen Verhältnissen leben; es ist gleichgültig, ob die Erschließung gewisser Landstriche oder die Erhaltung einer Industrie zehn oder hundert Millionen kosten, ob der Aufbau organisch erfolgt und die Rentabilität der Betriebe gesichert ist, und es ist schließlich gleichgültig, ob die Durchführung in einem, in fünf oder in zehn Jahren vor sich geht. Drei Faktoren, die in anderen Ländern maßgebend sind, spielen in der Sowjetunion keine Rolle: das Menschenleben, das Geld und die Zeit.

In engem Zusammenhang mit der Rohstofferzeugung und dem industriellen Aufbau steht die Frage der militärischen Leistungsfähigkeit. Die russische Armee leidet zurzeit hauptsächlich an dem Mangel einer ausreichenden Intendantur und an einem ungenügenden Wege- und Eisenbahnnetz. Der Wege-, Eisenbahn- und Kanalbau sind Fragen der Menschenkraft und der Energie. Sie werden von der Sowjetunion im Rahmen der militärischen Notwendigkeit gelöst werden. Die Armee verfügt über gutes Menschenmaterial. Die Führung ist heute wahrscheinlich besser als zur Zarenzeit und es liegt kein Grund vor, anzunehmen, dass die russische Armee nicht auf die Höhe anderer europäischen Armeen gebracht werden könnte. Nach wie vor wird das deutsche Heer als vorbildlich betrachtet, und als Ausfluss der Verbindungen beider Armeen in früheren Zeiten findet man noch heute in der Roten Armee Sympathien für das deutsche Heer.

Die bolschewistische Sowjetunion, deren Regime auf dem Kommunismus beruht, wird das Ziel der Revolutionierung der Welt nicht fallen lassen. In ihrem außenpolitischen Programm spielt dieses Ziel trotz aller Ablenkungsmanöver eine entscheidende Rolle. Der internationale bolschewistische Gedanke verbindet sich aber auch mit dem Gedanken imperialistischer russischer Machtpolitik.

Es erhebt sich die Frage, wohin sich der russische Expansionsdrang in einigen Jahren wenden wird: nach Nordwesten, Westen, Süden oder dem Fernen Osten?

Die Gebiete, denen durch den russischen Nachbarn die größte Gefahr droht, sind die Randstaaten Estland, Lettland und Litauen. Die Sowjetunion verfügt nicht über einen eisfreien Hafen. Lettland besitzt den einzigen nahezu eisfreien Hafen Libau und den Hafen Riga, der nur wenige Monate vereist ist. Die Russen werden

für ihre Ostsee-Politik die Verfügungsgewalt über die baltischen Ostseehäfen anstreben. Es ist fraglich, aber ziemlich belanglos, ob sie versuchen werden, sich Lettland und Estland sowie vielleicht auch Litauen mit Gewalt anzueignen oder ob der politische und militärische Druck gegenüber diesen Staaten ausreichen wird, sie in wirtschaftliche, politische und militärische Abhängigkeit von der Sowjetunion zu bringen.

Die zweite Richtung, in der der russische Druck erfolgen kann, geht nach Westen, nach Polen und Rumänien. Bei Polen sind besonders die weißrussischen und ukrainischen Gebiete, bei Rumänien Bessarabien gefährdet. Diese Gebiete sind aber für die Russen nicht so lebenswichtig wie die Randstaaten, und es dürfte von der allgemeinen politischen Lage und der innerpolitischen Stabilität Polens und Rumäniens abhängen, ob die Sowjetunion es wegen der in Frage kommenden Gebiete zu einem kriegerischen Konflikt kommen lassen wird.

Die dritte Richtung geht nach Süden. Das zaristische Russland hatte sein Hauptaugenmerk auf die Dardanellen und die Türkei gerichtet. Diese politische Richtung erhielt einen starken Impuls durch das missionare Streben der orthodoxen Kirche, ihr Kreuz auf der Hagia Sophia zu errichten. Für die Sowjetunion besteht das religiöse Moment nicht. Sie ist mit der Türkei eng befreundet, man kann sogar von einer gewissen Abhängigkeit der Türkei von der Sowjetunion sprechen. Gegensätzliche politische Interessen sind nicht vorhanden, und die Dardanellenfrage spielt deshalb in der russischen Außenpolitik keine entscheidende Rolle.

Ähnlich liegen die Dinge mit Persien und Afghanistan. Auch hier hat die Sowjetunion gerade in der letzten Zeit ohne große Anstrengung politisch und wirtschaftlich weitgehend an Einfluss gewonnen. Allerdings sind ihrem Vordringen in dieser Richtung durch die britischen Orientinteressen gewisse Grenzen gesetzt, die sie vorläufig kaum überschreiten wird.

Schließlich die Richtung Ferner Osten: In Ostasien verfolgt die Sowjetunion keine expansiven Pläne. Sie hat in der Mandschurei und in der inneren Mongolei den Japanern weichen müssen und ist zurzeit mehr in Chinesisch-Turkistan und der äußeren Mongolei interessiert als im Fernen Osten, wo sie nur ihre Position mit Wladiwostok als Stützpunkt halten und ausbauen will.

Es fragt sich, wie bei dieser Sachlage die deutsche Politik gegenüber der Sowjetunion geführt werden soll.

Es bedarf keiner Betonung, dass der Bolschewismus, über dessen Gefahren die gesamte Welt nicht nachdrücklich genug aufgeklärt werden kann, von Deutschland in jeder Beziehung schärfstens bekämpft werden muss. Kein Mittel kann durchgreifend genug sein, um jede bolschewistische Propaganda in Deutschland zu unterdrücken und jede Möglichkeit eines Übergreifens bolschewistischer Gedankengänge auszuschließen. Auf allen Gebieten des menschlichen Lebens wird jede bolschewistische Einflussnahme direkter oder indirekter Art radikal ausgeschaltet werden müssen.

Diese Grundeinstellung zum Bolschewismus entbindet nicht von der Notwendigkeit, die Beziehungen von Staat zu Staat mit kaltblütiger Nüchternheit zu prüfen und sich über die Möglichkeiten auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiete klar zu werden.

Eine Möglichkeit, die Erstarkung der Sowjetunion zu verhindern, besteht nicht; es kommt deshalb außenpolitisch darauf an, die Sowjetunion gegenüber

Deutschland zu neutralisieren, ihre antideutschen Bindungen zu verringern und stetig zu lockern. Deutschland, nicht die Sowjetunion, muss auch die Initiative für die weitere Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Hand behalten. Im Sinne dieser Politik ist es erforderlich, den Faden nach Moskau nicht abreißen zu lassen und auch die Beziehungen zwischen dem deutschen Heer und der Roten Armee nicht zu vernachlässigen. Eine solche Politik darf aber nicht zu kollektiven Bindungen führen, die neue Verpflichtungen Deutschlands im Ostraum auslösen könnten und auf diese Weise seine Handlungsfreiheit beschränken würden. An dieser Grundeinstellung vermag auch das Interesse Deutschlands an der Selbständigkeit der baltischen Staaten ebenso wie an dem Bestande Polens nichts zu ändern. Das Interesse an den baltischen Staaten ist schon durch die Notwendigkeit einer hegemonialen Stellung Deutschlands im Ostseeraum bedingt, das Interesse an dem polnischen Staat auch dadurch, dass sein Bestand eine gemeinsame Grenze zwischen Deutschland und der Sowjetunion ausschließt und Deutschland davor bewahrt, Gebiete mit fremdem Volkstum zu übernehmen. Die für Deutschland zweckmäßigen Abmachungen mit diesen Staaten müssen im Wege bilateraler Vereinbarungen getroffen werden.

Wirtschaftlich war die Sowjetunion für Deutschland in den vergangenen Jahren von großer Bedeutung. Deutschland hatte für seine Industrie umfangreiche Lieferungen an die Sowjetunion erzielen können, die infolge des geringfügigen Exports nach Deutschland große russische Goldzahlungen mit sich brachten. Diese Zeit ist vorbei. Die russische Zahlungsbilanz gegenüber Deutschland ist in diesem Jahre noch passiv, vom nächsten Jahr ab schuldet die Sowjetunion keine nennenswerten Beträge mehr; sie wird demnach keine größeren Goldzahlungen nach Deutschland leisten. Die wirtschaftlich bedeutsame Frage ist, ob und in welchem Umfange die Russen für den Aufbau ihrer Industrie Bestellungen nach Deutschland legen werden. Die Beantwortung dieser Frage wird von der politischen Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion sowie von den Preisen und Kreditfristen abhängen. An der Beteiligung Deutschlands an der russischen Einfuhr besteht auch unter dem Gesichtspunkt des Einblicks in die Entwicklung der russischen Industrie ein wesentliches wirtschaftspolitisches und militärpolitisches Interesse.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion erschöpfen sich aber nicht in der Frage der russischen Bestellungen in Deutschland; in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ist für Deutschland der Bezug von Rohstoffen von viel größerer Bedeutung; es braucht nur an Rauchwaren, Naphtha, Manganerze, Holz etc. erinnert zu werden. Der Leipziger Rauchwarenmarkt steht und fällt mit dem Bezug der russischen Rohstoffe. Auf dem Erdölgebiete hat die Verbindung mit der Sowjetunion Deutschland vor völliger Abhängigkeit von den englisch-amerikanischen Ölkonzernen bewahrt.

Eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik ist die Pflege und der Ausbau der Beziehungen zu Polen und die Vorbereitung der Lösung der deutsch-polnischen Probleme. Die von dem Führer und Reichskanzler mit dem Abkommen vom 26. Januar 1934 inaugurierte Politik eines freundschaftlichen Ausgleichs und des Verzichts auf Gewalt hat nicht nur eine weitgehende Entspannung zwischen Deutschland und Polen herbeigeführt, sondern Deutschland auch auf internationalem Gebiete große Vorteile und erhebliche Entlastung gebracht. Die deutsch-

polnische Annäherung ist aber auch für Polen durchaus nützlich gewesen, das hierdurch eine Stärkung seiner Stellung und einen Prestigegewinn erfahren hat. Die Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen steht nicht im Widerspruch zu der aufmerksamen Pflege der Beziehungen zu den anderen Oststaaten. Im Gegenteil, die Stellung Deutschlands gegenüber Polen gestaltet sich günstiger und die Zusammenarbeit mit Polen wird erleichtert, wenn Deutschland nicht ausschließlich auf Polen angewiesen ist und Polen dies weiß. Aber so notwendig und wichtig die Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen ist, so notwendig erscheint es auch, hierbei kühlste Nüchternheit zu beobachten und jede Vertrauensseligkeit auszuschließen. Eine solche Nüchternheit stellt auch ein positives Element dar und erleichtert die praktische Zusammenarbeit.

Sehr schwierig ist das Problem Danzig, weil dort die Gegensätze machtpolitischer Entfaltung Deutschlands und Polens offen aufeinander stoßen. Danzig, eine deutsche Stadt, muss deutsch erhalten bleiben. Das Ziel Polens ist das Gegenteil: die Freie Stadt seinem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss zu unterwerfen. Da die politische und kulturelle Einflussnahme sich schwierig gestaltet, ist Polen systematisch dazu übergegangen, den politischen Einfluss auf dem Wege über die Wirtschaft zu erzwingen. Planmäßige Sabotage des Danziger Hafens in Verbindung mit allen Arten von Schikanen der Danziger Wirtschaft und finanzielle Drangsalierungen sollen die Einführung der Zloty-Währung zwangsläufig herbeiführen und allmählich die Danziger Wirtschaft in völlige Abhängigkeit von Polen bringen; der wirtschaftlichen Hegemonie Polens in Danzig würde die politische Vormachtstellung folgen. Trotz größter Schwierigkeiten muss Danzig durchhalten. Aus eigener Kraft ist es hierzu nicht imstande und es bedarf neben der starken politischen Unterstützung auch einer weitgehenden materiellen Hilfe des Reiches. Der Kampf um die Selbständigkeit Danzigs ist nicht nur ein Kampf um die Erhaltung der politischen Rechte der Freien Stadt, sondern auch ein Kampf um ein lebenswichtiges Problem deutscher Außen- und Volkstumspolitik. Das Problem Danzig sollte deshalb niemals isoliert und nur unter dem Gesichtspunkt der jeweiligen Beziehungen zwischen Deutschland und Danzig, Danzig und Polen sowie Deutschland und Polen betrachtet werden, sondern darüber hinaus als ein generelles Problem deutscher Ost-Politik. Die Erhaltung Danzigs als freier deutscher Stadt wird stets das Wahrzeichen für die Lebensfähigkeit des Deutschtums im Osten sein.

Nicht minder bedeutsam ist die Frage der deutschen Minderheiten in den abgetretenen Gebieten. In unverantwortlicher Weise haben die deutschen Regierungen in den Jahren nach 1918 einer weitgehenden Abwanderung deutscher Familien zugestimmt und dadurch das deutsche Element ungeheuer geschwächt. Die Lage der Minderheiten im abgetretenen Gebiet ist durch die polnischen Unterdrückungsmaßnahmen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sehr schwierig und wird durch Landenteignung, Entlassungen in der Industrie usw. täglich schwieriger; das deutsche Interesse verlangt es aber, alle Positionen zu halten, die irgendwie gehalten werden können; hierfür ist in erster Linie eine materielle Hilfe in Gestalt von Devisen erforderlich. Für jede spätere Lösung wird es wesentlich sein, wie stark und gefestigt das deutsche Element in diesen Gebieten dasteht. Die Auffassung, das Gebiet werde später mit Gewalt zurückgenommen werden und es sei deshalb unerheblich, ob das Deutschtum sich in der Zwischenzeit halten könne, entbehrt der realpolitischen Grundlage.

Aufgabe der deutschen Politik ist es, die Belange der deutschen Minderheiten mit Ernst und Würde ohne jeden unangebrachten Chauvinismus und Hakatismus¹ nachdrücklich zu vertreten. Die deutsch-polnischen freundschaftlichen Beziehungen werden hierdurch in keiner Weise gefährdet werden.

Die Stärke der Minderheit hängt nicht zuletzt von ihrer inneren Geschlossenheit ab; es ist deshalb bedauerlich, dass die Deutschen in diesen Gebieten sich in den letzten Jahren nicht auf dem Boden des Nationalsozialismus zu einer einheitlichen starken Gruppe zusammengeschlossen haben, sondern sich gegenseitig bekämpfen, sich selbst aktionsunfähig machen und so den Polen gegenüber der notwendigen Widerstandskraft ermangeln. Es ist erforderlich, dass ein Machtwort von Berlin diesem schädlichen Treiben ein Ende bereitet und ein autoritatives Gremium geschaffen wird, das allein berechtigt ist, im Namen der deutschen Minderheiten zu sprechen.

Wann und in welcher Form eine Lösung der Probleme Danzig, Korridor und Oberschlesien erfolgen wird, lässt sich heute nicht voraussehen und es ist abwegig, ihre Lösung jetzt zur Diskussion zu stellen; der Zeitpunkt hierfür ist noch nicht gekommen. Diese Fragen stehen aber in engstem Zusammenhang miteinander; jede Teillösung würde in nachteiliger Weise präjudizierend wirken; die Probleme dürfen deshalb nicht einzeln behandelt werden, sondern müssen zu gegebener Zeit einer den deutschen Belangen entsprechenden Gesamtlösung entgegengeführt werden.

Die deutsche Politik gegenüber den Randstaaten steht in engem Zusammenhang mit der deutsch-russischen und deutsch-polnischen Politik. Wie bereits erwähnt, hat Deutschland schon im Hinblick auf seine hegemoniale Stellung in der Ostsee ein wesentliches Interesse an der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Ziel der deutschen Politik muss es sein, die Beziehungen zu diesen Staaten, insbesondere zu Lettland und Estland – über Litauen folgen besondere Ausführungen – so zu gestalten, dass der deutsche Einfluss dort fest verankert wird. Auf deutscher Seite sind auch keine trennenden politischen Probleme vorhanden. Diese treten meistens auf lettischer, weniger häufig auf estnischer Seite dadurch auf, dass ungerechtfertigte Zwangsmaßnahmen gegen die deutschen Minderheiten ergriffen werden. Diese Staaten können durch eine Politik, die die Belange der Minderheiten in gerechter Weise berücksichtigt, jedes politische Reibungsmoment ausschalten. Gleichzeitig mit der Pflege der politischen Beziehungen liegt es im Sinne der deutschen Politik, den Wirtschaftsaustausch zu verstärken und kulturell in möglichst enger Verbindung zu bleiben. So groß das Interesse Deutschlands an der Selbständigkeit der Randstaaten ist, so kann Deutschland ihnen doch zurzeit nicht die Verantwortung für ihre geografische Lage abnehmen und unübersehbare Verpflichtungen eingehen. Aus diesen Gesichtspunkten heraus hat Deutschland die Vorschläge abgelehnt, eine Garantie der Integrität der Baltenstaaten zu übernehmen. Das deutsche Interesse verlangt auch hier Ablehnung aller kollektiven Bindungen; etwaige weitere Abmachungen mit den Baltenstaaten müssten auf dem Wege bilateraler Verträge erfolgen, wie sie von dem Führer und Reichskanzler vorgeschlagen wor-

¹ Als Hakatismus bezeichnete man die Unterdrückung der polnischen Minderheit im deutschen Kaiserreich, der insbesondere durch den Deutschen Ostmarkenverein betrieben worden sei.

den sind; als solche bilaterale Abkommen kommen vor allem Nichtangriffsverträge in Frage. Die größte Gefahr droht den baltischen Staaten von der Expansion einer starken Sowjetunion, die bestrebt sein wird, sich einen maßgeblichen Einfluss auf die Ostseeküste zu sichern. Dem Vordringen des sowjetischen Einflusses entgegenzutreten, liegt ebenso im deutschen wie im polnischen Interesse.

Das deutsch-litauische Verhältnis wird immer maßgeblich von der litauischen Politik im Memelgebiet beeinflusst werden. Die Deutsche Regierung vertritt den Standpunkt der loyalen Einhaltung des Statuts; sie muss aber den litauischen Anspruch, das Statut nach Gutdünken zu interpretieren und das Memelland willkürlich zu regieren, kategorisch ablehnen. Dass die Memelfrage auf die Dauer nicht ungelöst bleiben kann, bedarf keiner Betonung; nur muss der Zeitpunkt einer Lösung im deutschen Sinne vorsichtig gewählt werden.

Die oben geschilderte Lage der Sowjetunion und ihre politische Auswirkung auf die Randstaaten führen zu einer kurzen Betrachtung der deutsch-finnischen Beziehungen. Zu Finnland gibt es keine politischen Gegensätze; im Gegenteil, starke Gemeinsamkeit in der rücksichtslosen Abwehr aller kommunistischen Gedanken und der Fernhaltung jedes kommunistischen Einflusses. Diese Beziehungen auszugestalten und auf ihnen ein enges politisches Verhältnis aufzubauen, muss Aufgabe der deutschen Politik sein. Ein Blick auf die Karte genügt, um zu zeigen, dass in dem Augenblick, in dem die russische Ostsee-Politik einen aktiven militärischen Charakter annimmt, eine enge Verbindung mit Finnland strategisch und taktisch notwendig ist. Ohne diese Zusammenarbeit, die sich auch auf militärischem Gebiet bereits gut entwickelt hat, wird es Deutschland schwerfallen, die hegemoniale Stellung in der Ostsee zu behaupten.

Die politischen Beziehungen zu den drei skandinavischen Staaten bedürfen keiner besonderen Darlegung; sie sind, trotz mancher Schwierigkeiten im Einzelnen, durchaus freundschaftlich. Der für Deutschland wichtige Wirtschaftsaustausch bedarf auch weiterhin aufmerksamer Pflege. Das Problem Schleswig, das in den deutsch-dänischen Beziehungen eine besondere Rolle spielt, ist zurzeit nicht akut; seine Lösung sollte im geeigneten Zeitpunkt in gütlicher Zusammenarbeit mit der Dänischen Regierung angestrebt werden. Auch für Schleswig gilt die Richtlinie, das deutsche Element in dem abgetretenen Gebiet nach Möglichkeit zu stärken und zu festigen.

Für Deutschland ist die politische Entwicklung in Ostasien vornehmlich wegen der Rückwirkungen auf die europäische Politik der Sowjetunion von Interesse; je stärker die Sowjetunion im Fernen Osten gebunden ist, desto geringer ihre Stoßkraft im Westen. Die Sowjetunion hat in den letzten 3 Jahren ihre Positionen in der Mandschurei und der inneren Mongolei nach einem stillen, aber darum nicht minder zähen Kampf mit Japan räumen und den russischen Anteil an der ostchinesischen Bahn gegen ein kleines Entgelt abtreten müssen. Die Sowjetunion will Konflagrationen im Fernen Osten vermeiden und hat deshalb diese für sie nicht lebenswichtigen Positionen aufgegeben. In Verfolg dieser Politik beschränkt sich ihr politisches Interesse vornehmlich auf Wladiwostok und das Amurgebiet, das durch Anlage neuer Straßen und Eisenbahnen, durch Schiffbarmachung von Flussläufen und Ansiedlungen von Kolonisten immer stärker erschlossen wird, sowie auf die äußere Mongolei; sie wird diese für sie lebenswichtigen Positionen nicht kampflos den Japanern überlassen.

Japan hat an einem Kriege mit der Sowjetunion kein Interesse. Wenn auch Wladiwostok eine Bedrohung für Japan bildet, die mit dem Ausbau der Flugwaffe immer stärker werden wird, so wäre es für Japan ein großes Risiko, wegen Wladiwostok einen Konflikt mit der Sowjetunion herbeizuführen, dessen Ausgang zweifelhaft sein würde, dessen Kosten ungeheuer sein müssten und der die japanische Stellung in Nordchina schwer erschüttern würde. Japan ist durch die strategisch-taktische Erschließung und industrielle Entwicklung der Mandschurei und inneren Mongolei voll beschäftigt. Seine weiteren Ziele sind auf Nordchina gerichtet, wo die Japaner bestrebt sind, die chinesischen Nordprovinzen bis zum Gelben Fluss immer mehr in ihre politische und wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Ob diese Bestrebungen später zu der Schaffung eines nordchinesisch-mandschurisch-mongolischen Reiches führen werden, steht dahin. Die Entwicklung hängt nicht nur von den Verhältnissen in China ab, sondern wird zum Teil durch die innerpolitische Entwicklung in Japan bedingt. Weder England, noch Amerika, noch die Sowjetunion sind in der Lage oder gewillt, einem japanischen Vordringen in China entgegenzutreten. Japan hat in dieser Hinsicht freie Hand, und dass es diese freie Hand zu nutzen weiß, haben die Ereignisse der letzten Jahre gezeigt.

In China begegnet die Konsolidierung noch großen Schwierigkeiten. Der Norden Chinas ist infolge des japanischen Einflusses der Regierungsgewalt Chiang Kai-Sheks mehr oder minder entzogen. In Mittelchina hat sich die Zentralregierung durchgesetzt und es ist ihr gelungen, die Kommunisten aus den mittleren Gebieten bis nach Sichuan zurückzudrängen. Die Beziehungen zu Kanton sind immer noch gespannt; wenngleich die Selbstherrlichkeit der Kantoner Machthaber erheblich eingeschränkt werden konnte, so vermag die Zentralregierung noch nicht ihre Regierungsgewalt im Süden voll zur Geltung zu bringen.

Für Deutschland ergibt sich aus der oben geschilderten Lage die Notwendigkeit, sich jeder Parteinahme in den chinesisch-japanischen Konflikten sowie in den innerchinesischen Streitfragen zu enthalten. Deutschlands Interessen in Ostasien sind lediglich wirtschaftlicher und kultureller Natur; sie sind am besten gewahrt durch ein starkes leistungsfähiges China und durch ein blühendes Japan.

Wie schon zu Beginn der Aufzeichnung gesagt, ist die Ost-Politik keine Politik, die von den Problemen des Westens losgelöst werden kann; sie ist aber infolge der eigenartigen Struktur der Verhältnisse im Osten auch keine Politik, die vornehmlich unter dem Gesichtspunkt westlicher Politik angesehen und als Mittel zur Erzielung begrenzter Erfolge im Westen betrachtet werden darf. Im Westen sind die Grenzen starr, die Möglichkeit zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ausdehnung ist sehr gering. Im Osten liegt vor Deutschland ein als einheitliches Gebiet zu betrachtender Länderkomplex, der von der deutschen Ostgrenze bis nach Sibirien reicht. Ziel der deutschen Politik muss es sein, sich freie Hand zu wahren für alle Möglichkeiten, die sich in diesen Ländern ergeben können, und die deutsche Hegemonie an der Ostsee zu sichern. Der größte Länderkomplex, der alle Ostfragen beherrscht, ist die Sowjetunion. Die Gestaltung der Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion sollte, bei schärfster Bekämpfung des Bolschewismus in allen seinen Spielarten, Vor- und Nachteile kühl abwägend, vornehmlich von außenpolitischen Gesichtspunkten bestimmt werden; ihr erstrebenswertes Ziel wäre

die Fernhaltung der Sowjetunion von Kombinationen, die gegen Deutschland gerichtet sind. Wirtschaftlich sollte Deutschland an der Entwicklung der russischen Wirtschaft, die doch nicht zu verhindern ist, im Interesse der Arbeitsbeschaffung teilnehmen und auch auf diese Weise einen Einblick in die Verhältnisse der Sowjetunion gewinnen; gleichzeitig sollte sich Deutschland dort diejenigen Rohstoffe sichern, die es ohne Belastung seiner Devisenbestände erhalten kann. In Bezug auf Polen: Ausbau der Beziehungen ohne Illusionen, bei gleichzeitiger Stärkung Danzigs und Wahrung der berechtigten Interessen der deutschen Minderheiten in den abgetretenen Gebieten. Gegenüber den Randstaaten ist eine freundschaftliche Politik, die den deutschen Einfluss dort sicherstellt, ebenso erwünscht wie die Schaffung enger Beziehungen zu Finnland. Im Fernen Osten hat Deutschland keinen Anlass, sich in den chinesisch-japanischen Streit oder in die innerchinesischen Differenzen einzumischen; es verfolgt nur wirtschaftliche und kulturelle Interessen.

Was auch an Konstellationen und an Konflagrationen im Osten auftreten mag, Deutschland muss in der Lage sein, im gegebenen Augenblick frei von neuen Bindungen das zu tun, was sein eigenstes Interesse erheischt.

gez. Meyer

Auf erstem Blatt oben: Pol V b sowie zdA (Sowjetunion-Deutschl[and]) mit Paraphe von H[encke] 8. VI 36. Unten: Pol 2 Ru Geh[eim]

PA AA, R 31499, Bl. E 497544-497560.

Nr. 262

Brief des Botschaftsrats in Moskau von Twardowski an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke [z. Zt. in Kiev]

Moskau, den 25. Oktober 1935

Lieber Andor!

Einer Anregung entsprechend habe ich mit dem stellvertretenden Leiter der 2. westeuropäischen Abteilung¹ die Frage der Teilnahme der deutschen Konsuln an den Revolutionsfeierlichkeiten am 6. und 7. November besprochen und ihn darauf hingewiesen, dass es sehr peinlich würde, wenn unsere Reichsvertreter gezwungen würden, infolge von üblen Ausfällen gegen Deutschland die Versammlung zu verlassen. Ich würde daher dankbar sein, wenn mir entweder von Seiten des Außenkommissariats versichert werden könnte, dass Ausfälle gegen Deutschland bei den Festsitzungen nicht stattfinden würden oder wenn wir zu einem Übereinkommen kommen könnten, dass ein Fernbleiben der deutschen Konsuln von den Festsitzungen von den lokalen Behörden nicht als unfreundlicher Akt angesehen würde. Herr Bessonow erwiderte, irgendeine Erklärung, dass keine Ausfälle gegen Deutschland stattfinden werden, könne er mir natürlich we-

¹ Bessonov. Vgl. Dok. 248, Anm. 2.

der offiziell noch privatim geben. Er möchte mich aber darauf aufmerksam machen, dass aus der Fassung der „Losungen“, die die Richtlinien für die Festreden darstellen, zu ersehen sei, dass von oben jedenfalls Ausfälle gegen Deutschland nicht vorgesehen seien. Außerdem sei schon vor längerer Zeit eine allgemeine Weisung in dem Sinne ergangen, in Bezug auf Angriffe auf andere Staaten und Staatsmänner sich Zurückhaltung aufzuerlegen. Dies könne er mir aber alles nur rein privatim mitteilen. Ein Verlassen der Festsitzung als Zeichen des Protestes stelle seiner Auffassung nach einen schweren Zwischenfall dar. Er persönlich würde es vorziehen, in einem solchen Falle, d. h. wenn man Angriffe voraussehe, lieber von einer Sitzung fernzubleiben. Er könne sich nicht vorstellen, dass ein Fernbleiben, das man ja irgendwie motivieren könne, als unfreundlicher Akt angesehen würde.

Die Diskussion endete schließlich damit, dass Herr Bessonow mir vorschlug, folgende Regelung zu treffen: *Grundsätzlich sollten die Reichsvertreter an den Festsitzungen, zu denen sie **offiziell**² eingeladen würden, teilnehmen. Wenn aber der eine oder andere Konsul der Auffassung wäre, dass aus besonderen Gründen (z. B. Temperament des Festredners etc.) Ausfälle sich ereignen könnten resp. wahrscheinlich seien, so soll der betreffende Konsul lieber der Sitzung fernbleiben.*³

Ich darf also, nachdem es nicht möglich war, irgendeine Zusicherung von Sowjetseite zu erhalten, dass Ausfälle nicht stattfinden werden, dem dortigen Ermessen anheimstellen, ob sie an der Festsitzung teilnehmen wollen oder nicht. Die Teilnahme am offiziellen Teil der Militärparade, d. h. also die Anwesenheit während des Vorbeimarsches der eigentlichen Truppe, kann wohl ohne Bedenken stattfinden.⁴

Heil Hitler!
von Twardowski

Eigenhändige Unterschrift.

PA AA, R 27438, o. P., 2 Bl.

² Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

³ Der Text ist in eckige Klammern gesetzt.

⁴ Ein gleichlautendes Schreiben ging an die Herren von Walther, Dienstmann, Dittmann, Roth und Großkopf und wurde im AA unter der Nummer A 2259 registriert; vgl. PA AA, Moskau 248, o. P., 2 Bl.

Nr. 263
Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses
der Deutschen Wirtschaft

Berlin W 35, den 26. **Okt.**¹ 1935

Vertraulich!

Tgb.-Nr. 3976/R

An die

1. Mitglieder des Vorstandes des R.-A.
2. Geschäftsführungen der Spitzenorganisationen.

Betrifft: 1. Vertretung der Berliner Hv der UdSSR in Moskau;
2. Anhaltende Schwierigkeiten bei den Bestellverhandlungen.

1. Vertretung der Berliner Hv der UdSSR in Moskau.

Durch ein Dekret des Außenhandelskommissars der Sowjetunion vom 4. Oktober ds. Js., das erst jetzt der Berliner Sowjethandelsvertretung zugestellt worden ist, ist in Moskau eine Vertretung der Berliner Sowjethandelsvertretung gebildet worden, die einen integrierenden Bestandteil der Handelsvertretung in Berlin darstellt. Der Leiter der Moskauer Vertretung wird vom Außenhandelskommissar der Sowjetunion direkt ernannt. Zum ersten Leiter der Moskauer Vertretung ist Stefanow ernannt worden, der jetzige Leiter der Valutaverwaltung des Außenhandelskommissariats und frühere Leiter der Finanzabteilung der Berliner Sowjethandelsvertretung. Seine beiden Stellvertreter sind Gorkow und Bari, ferner gehören der Leitung der Moskauer Vertretung Radunski und Kortschagin an. Die Unterschriften der Zeichnungsberechtigten sind von der Berliner Sowjethandelsvertretung den Banken mitgeteilt worden.

Bei allen in Moskau nach der Neuordnung der Auftragsvergebung erteilten Bestellungen in Deutschland wird die Moskauer Vertretung an Stelle der Berliner Sowjethandelsvertretung die Wechsel girieren. Diese soll nicht nur bei Aufträgen im Rahmen der Wirtschaftsvereinbarung vom 9. April erfolgen, sondern bei allen Deutschlandaufträgen, die in Moskau zur Vergebung gelangen. Angesichts der Widerstände in deutschen Wirtschaftskreisen gegen die neuen russischen Pläne auf dem Gebiete der Wechselhergabe soll das Giro der Moskauer Vertretung der Berliner Sowjethandelsvertretung so lange zur Anwendung kommen, bis mit den deutschen Stellen eine Einigung über die von den Russen vorgeschlagene neue Art der Wechselhergabe erzielt worden ist. In russischen Kreisen glaubt man nicht, dass die Sowjetseite sich dazu bereit finden wird, die Satzungen der Importvereinigungen dahin abzuändern, dass der Staat für deren Verpflichtungen haftet. Es handele sich für die Russen bei ihrer neuen Form der Wechselhergabe um eine Frage von eminent prinzipieller Bedeutung, so dass man nicht geneigt sei, alles wieder „zu verwässern“. Nach der durch eine jahrzehntelange Praxis erwiesenen Bonität der Sowjetregierung sei es eine Selbstverständlichkeit, dass der Sowjetstaat es nicht zu einer Nichtzahlung einer staatlichen Organisation, wie es eine Importvereinigung

¹ Das Datum ist mit Stempel korrigiert; ursprünglich: September.

sei, kommen lasse. Vielleicht rechnen die Russen in dieser Frage mit einem längeren Schwebezustand, währenddem die Moskauer Vertretung der Berliner Sowjet-handelsvertretung girieren wird.

2. Anhaltende Schwierigkeiten bei den Bestellverhandlungen.

Nach den neuesten russischen Schätzungen beläuft sich die Gesamtsumme der bisher im Rahmen der Wirtschaftsvereinbarung vom 9. April vergebenen bzw. zur Vergebung fertigen Aufträge auf rund 70 Mio. RM. Es wird betont, dass in letzter Zeit „geradezu ungeheuerliche Schwierigkeiten“ bei der Auftragsvergebung aufgetreten seien. Über „Kleinigkeiten“ müsse man vielfach monatelang verhandeln. Die Hauptschwierigkeit sei nach wie vor die Preisfrage. Die Berliner Sowjet Handelsvertretung habe eine Aufstellung derjenigen Aufträge machen lassen, die ursprünglich in Deutschland vergeben werden sollten, dann aber aus Preisgründen in anderen Ländern untergebracht werden mussten. Diese Liste sei so lang ausgefallen, dass die leitenden Persönlichkeiten selbst einen Schreck bekommen hätten, denn „schließlich seien sie nicht zur Vergebung von Sowjetaufträgen im außerdeutschen Lande da“. Für mehrere Dutzend von Millionen Reichsmark lägen Aufträge zur Vergabe bereit, die aber entweder wegen der hohen Preise oder wegen der Weigerung der deutschen Firmen, die betreffenden Erzeugnisse zu liefern, nicht vergeben werden könnten. Man fürchte aber, dass die Realisierung der Wirtschaftsvereinbarung vom 9. April 1935 nicht in voller Höhe gelingen werde. Dies wäre umso bedauerlicher, als die Wirtschaftsvereinbarung von Moskau zum Prüfstein der gesamten weiteren Gestaltung der russischen Auftragsvergebung in Deutschland gemacht worden sei.

Bei Verhandlungen über Aufträge in Deutschland im neuen Jahre 1936 werde die Sowjetseite darauf bestehen, dass die Reichsgarantie hundertprozentig werde und nicht wie bisher nur 70% betrage. Viele deutsche Firmen weisen bei Verhandlungen jetzt auf ihr Obligo von 30% hin und verlangen daher höhere Preise als bisher. Diese Forderung nach einer 100%igen Reichsgarantie werde die Sowjetseite zur *conditio sine qua non* weiterer Aufträge in Deutschland machen. Darüber hinaus müssten die Kreditfristen wieder verlängert werden. In dieser Hinsicht ist man russischerseits aber auffallend optimistisch, man erklärt, die deutsche Wirtschaft habe allem Anschein nach selbst eingesehen, dass die Kreditfristen verlängert werden müssten (!).

Heil Hitler!
Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Der Geschäftsführer
Tschunke

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft geschrieben.

RWWA, 72-47-6, o. P., 3 Bl.

Nr. 264
Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA

Moskau, den 28. Oktober 1935

Tgb.Nr. A/2320.

1 Anlage

An das Auswärtige Amt

Berlin

Politischer Bericht

Inhalt: Grundlinien der sowjetischen Außenpolitik.

In der Anlage lege ich eine Notiz des Botschaftsrats von Twardowski über den Inhalt von *Gesprächen mit hiesigen Diplomaten*¹ über die sowjetische Außenpolitik vor. Die in der Aufzeichnung niedergelegten Grundgedanken entsprechen meiner Auffassung, vor allem der Gedanke, dass die *Sowjetaußenpolitik*² zwangsläufig für eine Reihe von Jahren darauf gerichtet sein muss, *unter allen Umständen einen Krieg zu vermeiden*³, da man sich kriegerischen Verwicklungen vorläufig nicht gewachsen fühlt.

Schulenburg

[Anlage]

Notiz

Anlässlich der Abschiedssessen für mich bei den verschiedenen Missionen wurde ich von einer Reihe der hiesigen Missionschefs auf die Grundzüge der russischen Außenpolitik angesprochen. Bei diesen Gesprächen ergab sich, dass gerade diejenigen Missionschefs, die seit längerer Zeit in der Sowjetunion sind, die Grundlinien der russischen Außenpolitik in überraschender Einhelligkeit beurteilen, wobei ich das Wort eines genauen Kenners der hiesigen Verhältnisse voranstellen darf: „Die Sowjetpolitik kann man nur verstehen, wenn man weiß, dass das talmudistisch geschulte Gehirn dieser Leute alles Geschehen nur kompliziert begreifen kann. Für die hiesigen Machthaber gibt es keine einfachen und klaren Lagen. Hinter allem und jedem wittern sie komplizierteste Vorgänge, die sie häufig mit kaum verständlichen Winkelzügen parieren wollen.“ Ich darf im Folgenden versuchen, die Grundzüge der sowjetischen Außenpolitik, wie sie sich aus diesen Gesprächen ergaben, kurz wiederzugeben.

1) Die Beurteilung der Weltlage seitens der Sowjetregierung beruht auf ihrer Überzeugung, dass eine Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, besonders Europas, auf friedlichem Wege nicht zu erwarten, sondern dass ein Krieg der kapitalistischen Mächte um die Beherrschung der Weltmärkte unvermeidlich ist. Dieser Krieg werde dem Sowjetstaat die Möglichkeit geben, seine eigentlichen Pläne

¹ Der Text ist von Neurath unterstrichen.

² Das Wort ist von Neurath unterstrichen.

³ Der Text ist von Neurath unterstrichen und der letzte Halbsatz am Rand von Bülow angestrichen.

durchzuführen. Erfordernis hierfür sei, dass der Sowjetstaat bei Ausbruch des Krieges wirtschaftlich und militärisch stark dasteht. Da dieser Zustand vorläufig noch nicht erreicht ist, sei es erste Aufgabe der Sowjetaußenpolitik, vorläufig den Ausbruch dieses Krieges zu verhindern oder doch möglichst hinauszuzögern.

2) Der bewaffnete Zusammenstoß zwischen der Sowjetunion und Japan um den beherrschenden Einfluss in China wird in leitenden Sowjetkreisen für fast unvermeidlich angesehen. Der japanischen Aggression durch ausgedehnte diplomatische und propagandistische Vorbereitungen die Erfolgsaussichten zu nehmen, ist das zweite große Ziel der Sowjetaußenpolitik. Durch elastische Taktik, durch zeitweiliges Zurückziehen usw. soll die russische Außenpolitik den Zeitpunkt dieses Zusammenstoßes möglichst so lange hinauszögern, bis die Sowjetunion genügend Kraft gesammelt hat, um nicht nur Japan militärisch zu schlagen, sondern auch die durch einen Sieg über Japan im Fernen Osten gebotenen Chancen voll ausnützen zu können.

3) Der gefährlichste Feind für den Sowjetstaat ist nach Sowjetauffassung gegenwärtig der deutsche Nationalsozialismus. Infolgedessen muss das nationalsozialistische Deutschland nach Möglichkeit isoliert werden und es muss verhindert werden, dass dieses Deutschland wirtschaftlich und militärisch erstarkt. Aber auch hier darf die russische Politik nicht so geführt werden, dass es zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit Deutschland kommt, da die Sowjetunion auf Jahre hinaus noch nicht in der Lage ist, Krieg zu führen.

4) Die Sowjetaußenpolitik in Europa hat stets gefußt auf der These von dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland. Solange das Weimarer Deutschland existierte, war es Aufgabe der Sowjetpolitik, diesem Deutschland den Rücken zu stärken, um zu verhindern, dass es in völlige Abhängigkeit von Frankreich geriet. Nachdem in Deutschland durch den nationalsozialistischen Umschwung starke ideelle und materielle Kräfte frei geworden sind, die die Unabhängigkeit Deutschlands von Frankreich sicherstellen, wird von Moskau die französische Furcht vor Deutschland mit allen Mitteln geschürt, um den Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich möglichst unüberbrückbar zu machen. Die ganze Völkerpolitik, ja die ganze Politik Litwinows in den letzten Jahren hat als Basis den deutsch-französischen Gegensatz und würde zusammenbrechen, wenn eine deutsch-französische Verständigung zustande käme.

5) In dem gegenwärtigen italienisch-abessinischen Konflikt versucht die russische Politik den Präzedenzfall zu schaffen, der ermöglichen soll, einer Ausdehnung des deutschen Einflusses im Osten automatisch mit dem ganzen Gewicht der Sanktionen der im Völkerbund vereinigten Nationen zu begegnen. Andererseits hat die russische Politik ein großes Interesse daran, dass Italien auch nicht zeitweilig als erstklassiger politischer Faktor von der europäischen Bühne abtritt, was der Fall sein würde, wenn infolge eines unglücklichen Ausganges des abessinischen Abenteuers in Italien innere Unruhen ausbrechen würden. Die russische Politik braucht den deutsch-italienischen Gegensatz in Österreich und braucht den italienischen Gegenspieler im Balkan. Der Faschismus italienischer Prägung erscheint der Sowjetunion nicht als Gefahr, die bekämpft werden muss. Da man hier der Meinung ist, dass in Italien nach dem Faschismus der Kommunismus ans Ruder kommen muss, ein unglücklicher Ausgang des abessinischen Abenteuers aber das Ende des Faschismus bedeuten würde, sieht man hier bereits die „Gefahr“ eines Sowjetitaliens, das die Unterstützung Sowjetrusslands beanspruchen würde, die dieses zur Zeit nicht geben

kann. Irgendein Umschwung in Italien könnte also die Sowjetunion in Situationen bringen, denen sie sich zurzeit nicht gewachsen fühlt und die daher verhindert werden müssen. Nach Eindruck meiner Gewährsmänner besteht also im abessinischen Konflikt die Sowjetpolitik zur Zeit darin, dass man in Genf außerordentlich völkerbundsfromm auftritt, in direkten Besprechungen aber die Italienische Regierung der unveränderlichen Freundschaft versichert und bereit ist, Italien zu stützen, wo immer es unauffällig möglich ist. Hierbei spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle der Umstand, dass die Sowjetregierung Italien zur Rekonstruktion der Baltischen Roten Flotte benutzen will. Die Aufrüstung Deutschlands zur See hat die Lage in der Ostsee vollkommen geändert und die Sowjetunion vor die Notwendigkeit gestellt, mit größter Beschleunigung an einen energischen Ausbau der Baltischen Flotte zu gehen. Technische Hilfe in dieser Beziehung ist zurzeit nur von Italien wertvoll, da man von dem französischen Kriegsschiffbau hier keine hohe Meinung hat.

6) Mit England versucht man in bessere Beziehungen zu kommen, da man England als Gegengewicht gegen Japan benutzen möchte, nachdem sich die auf Amerika gesetzten Hoffnungen vorläufig nicht zu verwirklichen scheinen. Zwar hat die Anerkennung der Sowjetunion durch die USA im November 1933 Japans aggressive Absichten nach hiesiger Auffassung zeitweilig gedämpft, aber der Zustand latenter politischer Spannung mit den USA, der sich inzwischen herausgebildet hat, sowie die innerpolitische Entwicklung in den USA lassen der hiesigen Regierung wenig Hoffnung auf ein aktives Eingreifen der Vereinigten Staaten zu Gunsten der Sowjetunion im Falle einer japanischen Aggression. Ist England bereit, irgendwelche Zusicherungen zu geben, so scheint man russischerseits bereit zu sein, „Opfer“ zu bringen.

7) Die innenpolitische Entwicklung in Frankreich wird hier mit steigender Sorge beobachtet. Laval, der schließlich das sowjetisch-französische Bündnis geschlossen hat, wird als zu schwach gegenüber der faschistischen Gefahr allmählich fallen gelassen, sein laues Eintreten für die Interessen des Völkerbundes, der für die Sowjetunion zur Zeit von größter Wichtigkeit ist, hat hier enttäuscht. Hinzu kommt, dass die bisher noch nicht erfolgte Ratifizierung des französisch-sowjetischen Bündnisses Misstrauen über die tatsächlichen Absichten Lavals hervorgerufen hat. Eine Stütze an der Sowjetunion wird Laval also in seinen innerpolitischen Schwierigkeiten nicht finden.

8) Bezüglich Deutschlands besteht ein offensichtliches Schwanken. Der Richtung Litwinows, die Deutschland einkreisen und den Nationalsozialismus vernichten will, stehen andere Kreise gegenüber, die einen Modus vivendi mit Deutschland finden möchten, weil sie der Auffassung sind, dass das Abbrechen aller Brücken nach Deutschland für die Sowjetunion mit zu großen Gefahren verbunden wäre. Da auf politischem Gebiete von Deutschland kein Entgegenkommen zurzeit erwartet wird, versucht man wenigstens auf ökonomischem Gebiete den Faden mit Deutschland weiter zu spinnen, um Zeit zu gewinnen. Denn jedes Jahr Frieden wird für die innere, wirtschaftliche und militärische Erstarkung der Sowjetunion als ein großes Plus betrachtet.

Moskau, den 22. Oktober 1935⁴

gez. von Twardowski

⁴ Die Aufzeichnung, die von einer „vertraulichen Quelle, die in einer der diplomatischen Vertretungen im Ausland arbeitet“, beschafft wurde, wurde am 19.12.1935 von Urickij an Vorosilov geschickt; vgl. RGVA, f. 33987, op. 3, d. 750, l. 88–93, hier l. 88.

*Eigenhändige Unterschrift im Anschreiben. Auf erstem Blatt Stempel des AA: IV Ru 4384, Eing. 31. Okt. 1935. Paraphen von Neurath und Bülow vom 30.10. Stempel: Der Herr Reichskanzler hat Kenntnis und Paraphe von L[ammers] 5/11 und handschriftlich: vom Führer und Reichskanzler am 5. Nov. In vier Durchschlägen gefertigt. Auf Kopfbo-
gen der Deutschen Botschaft geschrieben.*

PA AA, R 83376, Bl. E 667332; R 83398, Bl. H 047332-047337.

Nr. 265

Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den Staatssekretär im AA von Bülow

Moskau, den 28. Oktober 1935

Lieber Herr von Bülow!

In der Anlage übersende ich Ihnen eine kleine Notiz, die Herr *von Twardowski*¹ angefertigt hat und die eine Unterredung mit dem zweiten Mann in der Roten Armee betrifft.

Auch mir und uns allen anderen ist *die betonte Liebenswürdigkeit der Vertreter der Roten Armee an jenem Abend aufgefallen. Noch können wir nicht sagen, was der Grund für dieses Verhalten ist, ganz zufällig kann es wohl keinesfalls gewesen sein*².

Mit sehr herzlichen Grüßen und mit Heil Hitler bin ich, lieber Herr von Bülow,

Ihr ganz ergebener
F.W. Schulenburg

[Anlage]

Notiz

Zu dem Abschiedsempfang für mich beim Herrn Botschafter am 26. d. M. erschien u.a. der Stellvertretende Kriegskommissar Tuchatschewski. Es war das erste Mal seit der nationalen Revolution, dass Tuchatschewski wieder ein deutsches Haus betrat. Ich hatte mit ihm eine etwa einstündige Unterhaltung, an der General Köstring verschiedentlich teilnahm. Tuchatschewski war ungewöhnlich aufgeschlossen und herzlich. Er unterstrich, dass General Köstring der Roten Armee herzlich willkommen sei, und bemerkte, dass in der Roten Armee auch heute noch große Sympathien für die Reichswehr vorhanden seien. Aus seinen Ausführungen klang die große Hochachtung vor der deutschen Armee, ihrem Offizierskorps und ihrer Organisationsfähigkeit, die ihn zu dem Urteil veranlasste, dass das neue deutsche Reichsheer schon in diesem, spätestens im nächsten Jahre kriegsfertig dastehen werde. Auf meine Entgegnung erwiderte er, dass Deutschland alles Notwendige hätte: militärischen Geist, Intelligenz, die beste technische Industrie und Organisationsfähigkeit. Dagegen seien die russischen Möglichkeiten viel geringer. Die Sowjetunion müsse alles erst neu schaffen und könne daher nur langsam aufbauen. Wenn es aber zu einem Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion kommen sollte, was ein

¹ Der Name ist unterstrichen.

² Der Text ist von Roediger am Seitenrand angestrichen.

schreckliches Unglück für beide Völker wäre, so würde Deutschland nicht mehr das alte Russland vor sich haben; die Rote Armee habe viel gelernt und viel gearbeitet. Mehrmals hob er hervor, dass er bedauere, dass Deutschland und die Sowjetunion nicht zusammengingen. Beide Länder könnten sich ökonomisch sehr gut ergänzen und hätten keine territorialen Streitpunkte; er fügte dann hinzu: „Wenn Deutschland und die Sowjetunion dieselben freundschaftlichen politischen Beziehungen wie früher hätten, könnten sie jetzt der Welt den Frieden diktieren. *Aber wir sind Kommunisten und Sie dürfen nicht vergessen, dass wir Kommunisten bleiben wollen und bleiben werden. Auch wenn man in Deutschland eine andere Weltanschauung vorzieht, sollte das kein Hinderungsgrund*³ sein, zusammen zu arbeiten.“ Er sei zwar nur Soldat und verstehe nichts von Politik, aber er hege doch die große Hoffnung, dass Deutschland und die Sowjetunion sich wieder finden werden.

Ich darf hinzufügen, dass Tuchatschewski neben Woroschilow als der einflussreichste Mann in der Roten Armee angesehen wird und dass er im Allgemeinen als profranzösisch eingestellt gilt.

Moskau, den 28. Oktober 1935

Hiermit Herrn Botschafter vorgelegt.

v. Twardowski

Eigenhändige Unterschriften. Auf Anschreiben Stempel des AA: IV Ru 4404, Eing. 1. Nov. 1935. Abzeichnungen von Neurath, Bülow, Köpke und Roediger vom 30.10. Anschreiben auf Kopfbogen des Deutschen Botschafters geschrieben.

PA AA, R 83398, Bl. H 047338-047340.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 383, S. 765–766.

Nr. 266

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

GANZ GEHEIM

29. Oktober [1935]

1579

AN DEN
GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)
Gen. STALIN

Kopien an: die Genossen MOLOTOV, *VOROŠILOV*¹
KAGANOWIČ, JAGODA

Werter Genosse,

im Zuge der Ermittlungen bezüglich der Tätigkeit von deutschen faschistischen Gruppen in der UdSSR kam die Sonderabteilung der GUGB des NKVD zu

³ Der Text ist von Neurath am Seitenrand angestrichen.

¹ Der Name ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

dem Ergebnis, dass es notwendig ist, den Vorsteher der evangelischen Kirchengemeinde in Moskau, den sowjetischen Staatsbürger Pastor Štreker², und den Pförtner der Deutschen Botschaft in Moskau, Šul'c, ebenfalls sowjetischer Staatsbürger, zu verhaften.

Gen. Jagoda schlug der Sonderabteilung vor, diese Frage mit dem NKID abzustimmen.

Das NKID hat nichts gegen diese Verhaftungen einzuwenden, meint jedoch, dass die Notwendigkeit besteht, die sowjetische und ausländische Öffentlichkeit vor der Durchführung dieser Maßnahmen, insbesondere der Verhaftung von Pastor Štreker, über die umfangreiche konterrevolutionäre Wühltätigkeit zu unterrichten, die die Deutschen auf Weisung ihrer deutschen Zentren unter der deutschen Bevölkerung in der UdSSR leisten.

Wenn solch eine Mitteilung vor der Verhaftung von Pastor Štreker veröffentlicht wird, so wird das eine antisowjetische Kampagne in der ausländischen Presse im Zusammenhang mit dieser Verhaftung erschweren.

Das NKVD hat uns das Material für die „Mitteilung des NKVD“ übergeben, möchte jedoch verständlicherweise, dass sowohl die Veröffentlichung einer solchen Mitteilung als auch ihr Wortlaut vom NKID mit dem Politbüro abgestimmt wird.

Ich bitte, den vorgelegten Entwurf der Mitteilung zu genehmigen.³

Der Vorschlag ist mit Gen. Litvinov abgestimmt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
10 E[xemplare], Kopien an: die Genossen Litvinov, Stomonjakov, NN⁴, zu den Akten.

[Entwurf]

MITTEILUNG DES NKVD

In letzter Zeit richtete die Hauptverwaltung für Staatssicherheit des NKVD ihre Aufmerksamkeit auf die verstärkte Aktivität einiger Gruppen, die aus sowjetischen Staatsbürgern deutscher Abstammung bestehen und das Ziel verfolgen, in der UdSSR faschistische Organisationen auf der Grundlage der Ideologie der deutschen Nationalsozialisten zu schaffen. Die Mitglieder dieser Gruppen betrieben eine systematische faschistische konterrevolutionäre Agitation unter den sowjetischen Bürgern deutscher Abstammung. Sie waren mit faschistischen Auslandsorganisationen verbunden, von wo sie Weisungen und Unterstützung erhielten.

² So im Dokument; richtig: Štek (Streck).

³ Stalin verwarf den Vorschlag von NKVD, der vom NKID unterstützt worden war, bezüglich einer Verhaftung von Štek und Šul'c. Vgl. Dok. 269.

⁴ Krestinskij.

Im Zuge der Aufdeckung der Tätigkeit dieser Gruppen sind von der Hauptverwaltung für Staatssicherheit des NKVD einige Verhaftungen vorgenommen worden, und zwar:

1. In Moskau ist vor einiger Zeit der Bürger Mekkel', German Germanovič, der ehemalige Sekretär und Übersetzer einer deutschen Firmenvertretung, wegen Organisation einer faschistischen Tätigkeit unter Deutschen sowjetischer Staatsbürgerschaft und wegen Sammlung geheimdienstlicher Informationen zum Nutzen eines ausländischen Staates verhaftet worden.

Das Militärkollegium des Obersten Gerichts, das diesen Fall verhandelte, verurteilte G.G. Mekkel' zu 10 Jahren Freiheitsentzug.

2. Das Sonderkollegium des Moskauer Stadtgerichts verhandelte die Strafsache gegen den ehemaligen Fabrikanten und Deutschlehrer Verbatus, den Ingenieur der Fabrik „Kardolenta“ Romboj und andere, die wegen konterrevolutionärer faschistischer Wühltätigkeit unter Deutschen sowjetischer Staatsbürgerschaft angeklagt wurden. Die Voruntersuchung und die gerichtliche Verhandlung der Strafsache, in deren Verlauf alle Angeklagten ihre Schuld eingestanden, legten die organisatorischen Verbindungen zum Ausland offen, von dort erhielten die Angeklagten grundsätzliche Weisungen und eine entsprechende Instruktion.

Verbatus, Romboj und andere Angeklagte sind zu je 10 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden.

3. Durch die Verwaltung des NKVD der Asov-Schwarzmeer-Region sind die ehemaligen Gutsbesitzer V.M. Jancen, P.P. Braun, I.K. Ens, T.P. Martens und andere verhaftet worden, die eine faschistische konterrevolutionäre Gruppe gebildet hatten und auf Weisung des konterrevolutionären Auslandszentrums in der Asov-Schwarzmeer-Region ein Zentrum für eine illegale faschistische Tätigkeit aufzubauen versuchten.

4. Das Sonderkollegium des Westsibirischen Regionalgerichts verhängte das Urteil im Fall der konterrevolutionären Gruppe bestehend aus den Kulaken Popp, Gaus, Gommer und anderer, die im Auftrag der konterrevolutionären Auslandsorganisation versuchte, eine umfangreiche konterrevolutionäre Tätigkeit unter der deutschen Bevölkerung in der Region Westsibirien durchzuführen. Die Hauptangeklagten A.Ja. Popp und S.F. Gaus wurden zu 10 und zu 8 Jahren Freiheitsentzug verurteilt, die übrigen Angeklagten zu 3 bis 6 Jahren.

28. Oktober 1935

Auf dem letzten Blatt befindet sich unten rechts der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4409 vom 29.10.1935.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 750, l. 56–58. Kopie.

Nr. 267

**Bericht des kommissarischen Leiters der 2. Westabteilung im NKID Bessonov
an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov**

PERSÖNLICH

[29.10.1935]

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR FÜR AUSWÄRTIGE
ANGELEGENHEITEN DER UdSSR
Gen. M. M. LITVINOV

Werter Maksim Maksimovič,

bei einer Bilanz nach einem Monat Arbeit im Apparat des NKID als kommissarischer Leiter der 2. Westabteilung erachte ich es als angebracht, Sie auf einige die Arbeitsorganisation im Kommissariat betreffende Fragen aufmerksam zu machen.

I. Der Umgang mit dem geheimen Schriftverkehr

Gemessen an den Regeln für den geheimen Schriftverkehr, die für die Auslandsvertretungen der UdSSR bestehen, stellt sich der Umgang mit dem geheimen Schriftverkehr im Apparat des NKID als sehr unvollkommen dar. Es ist durchaus möglich, dass er auch ohne einen Vergleich mit dem Auslandsapparat ernster Veränderungen bedarf:

1. Angesichts der jetzigen Praxis könnte die Chiffre jeden Tag bekannt werden, weil ausnahmslos alle verschlüsselten Telegramme von den Abteilungsleitern in Hefte eingetragen werden, die in den Räumen der Abteilungen aufbewahrt werden, und zudem auf eine Weise, die es jedem Mitarbeiter der Abteilung ermöglicht, sie einzusehen, wenn er dies beabsichtigt.

2. Der Apparat der Politischen Abteilungen (Referenten und politische Mitarbeiter) erhält im Vergleich zu anderen Kommissariaten ein sehr geringes Gehalt, was alle Mitarbeiter veranlasst, sich ein Nebeneinkommen zu verschaffen. Mein erster Eindruck von den Referenten der 2. Westabteilung, der bis zum Ende meiner Tätigkeit in der Abteilung anhielt, war beispielsweise der, dass alle Referenten bei weitem mehr an [das Verfassen von] Artikel in Zeitungen denken als an ihre eigentliche Arbeit. Solch ein System birgt zweifellos für die Geheimhaltung des geheimen Geschäftsverkehrs erhebliche Gefahren in sich.

3. Mir fällt es schwer, irgendwelche praktischen, mehr oder weniger detaillierten Vorschläge zu unterbreiten, weil ich die Struktur des Apparates insgesamt nicht kenne. Einige Dinge scheinen mir jedoch unstrittig zu sein.

a) *Der Chiffreschriftverkehr sollte von den Abteilungsleitern und von deren Stellvertretern entweder gar nicht in diese Hefte, die sich außerhalb der G[ehheimen] Ch[iffrier]ab[teilung] befinden, eingetragen werden, oder es sollten, falls dies nicht möglich ist, diese Hefte entweder in dem persönlichen Panzerschrank des Abteilungsleiters oder dem seines Stellvertreters aufbewahrt werden, der für andere nicht zugänglich ist.*¹

¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

b) Es ist unbedingt notwendig, das Entlohnungssystem für die Mitarbeiter der operativen Abteilungen zu verändern und eine Angleichung ihres Gehaltes an die bestbezahlten Kommissariate anzugleichen und

c) den geheimen Schriftverkehr auf solch eine Weise zu organisieren, dass jeder Mitarbeiter Zugang nur zu jenen Geheimdokumenten hat, die seinen Tätigkeitsbereich betreffen.

II. Zum Verhältnis zwischen den Politischen und den Allgemeinen Abteilungen

Während meiner Tätigkeit im Kommissariat gab es Fälle, da ein und dieselbe Frage von vier Abteilungen bearbeitet wurde, wobei jede der Abteilungen operativ an ihrer Lösung beteiligt war (zum Beispiel waren hinsichtlich der Eröffnung der Eisenbahnverbindung zwischen der UdSSR und Rumänien folgende Abteilungen beteiligt: die 2. Westabteilung, die Wirtschafts-, die Rechts- und die Protokollabteilung). Folglich hätte jeder Mitarbeiter, der mit dieser Frage zu tun bekam, vorab alle Abteilungen abtelefonieren müssen, um in Erfahrung zu bringen, ob nicht das, was er zu tun beabsichtigt, bereits von einer anderen Abteilung erledigt worden ist. Eine ähnliche Situation entstand auch bei einigen anderen Fragen. Die Folge ist, dass bei der Lösung einer Reihe von Fragen eine starke Anonymität eingetreten ist. Dringende operative Chiffretelegramme werden auf eine Weise abgelegt, die es beispielsweise mir innerhalb eines Monats unmöglich machte, genau festzustellen, wer von den im Verteiler genannten Personen für die Ausführung direkt verantwortlich ist. Von der Sachlage her und in Übereinstimmung mit den von Ihnen erteilten Anordnungen sollte sich die Politische Abteilung mit *ausnahmslos allen Fragen befassen, die sich auf das jeweilige Land beziehen. Leider halten sich die Allgemeinen Abteilungen nicht immer daran, weil ihr Stellenwert im Kommissariat praktisch höher als der Stellenwert der Politischen Abteilungen ist*², teils auch deshalb, weil sie unter Ihrer unmittelbaren Leitung stehen, teils aus genau den gleichen Gründen, aus denen die funktionalen Abteilungen, die durch die Beschlüsse des XVII. Parteitages abgeschafft wurden, früher in den Kommissariaten eine unverhältnismäßig große Rolle im Vergleich zu den integralen Abteilungen gespielt hatten.

Ich verstehe durchaus, dass diese Frage nicht nur organisatorisch gelöst werden kann, weil letztlich alles von der Zusammensetzung der Mitarbeiter in den Politabteilungen wie auch von der Aufmerksamkeit abhängt, die Sie als Volkskommissar den jeweiligen Vorgängen entgegenbringen können. Trotzdem ist die jetzige Situation zweifellos unnormale und erfordert entweder eine weitere Reorganisation im Sinne einer Stärkung der Rolle der Politischen Abteilungen oder eine bei weitem strengere und konsequentere Umsetzung der von Ihnen früher verfüigten Anordnungen über die Leitungsgrundsätze für die Politischen Abteilungen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Bessonov

29.X.1935³

² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

³ Das Datum ist mit Tinte geschrieben.

Vermerke mit rotem Farbstift, durchgestrichen mit blauem Farbstift: N.N.⁴, B.S.⁵.
 Vermerk N. N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: M.M.⁶
 In der rechten oberen Ecke befindet sich der Stempel: GEHEIM.
 Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3208 vom 31.10.1935.
 Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Gen. Stomonjakov mit der Eingangs-Nr. 4013 vom 2.11.1935.
 Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4866 vom 1.11.1935.
 Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Bessonov.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 114, d. 129, l. 170–172. Original.

Nr. 268

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim

Expl. Nr. 1

31. Oktober 1935

Nr. 280/1

AN DEN

GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Kopien an: Gen. Molotov

Gen. Kaganovič

*Laut der Ihnen bekannten Geheimdokumente führt der japanische Militärattaché in Berlin¹ mit Vertretern der Reichswehr Verhandlungen über eine Militärkonvention zwischen Japan und Deutschland. Allem Anschein nach werden die Verhandlungen ohne Kenntnis der Auslandsämter² sowohl der einen als auch der anderen Seite und auf persönliche Initiative des japanischen Militärattachés geführt.*³ Die aktive Seite ist Japan, Deutschland reagiert jedoch höchst zurückhaltend. *Mir scheint, dass man diese Verhandlungen dadurch etwas stören könnte, wenn in der Presse eine Meldung über sie gebracht werden würde, die ich in Form der nachfolgenden TASS-Meldung zu geben gedenke.*⁴

*,„London (TASS). In hiesigen gut unterrichteten Kreisen liegen Informationen über in Berlin aufgenommenen Verhandlungen zwischen dem japanischen Militär-

⁴ Krestinskij.

⁵ Stomonjakov.

⁶ Litvinov.

¹ Hiroshi Ōshima.

² Gemeint sind die Außenministerien.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit grünem Farbstift angestrichen.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit grünem Farbstift angestrichen.

attaché und Vertretern der Reichswehr über eine deutsch-japanische Kriegsmarine-Konvention vor. Die Konvention bezieht sich auf alle Fälle von militärischen Zusammenstößen zu Lande und zu See Japans und Deutschlands mit beliebigen Ländern. Es wird vermutet, dass die Initiative für diese Verhandlungen von der japanischen Kriegsbehörde ausgeht, die ohne Kenntnis des Außenministeriums handelt. Die aktive Seite ist der japanische Militärattaché, wobei die Vertreter der Reichswehr auf seine Vorschläge höchst zurückhaltend reagieren und sie zum Teil sogar sabotieren. Hier zweifelt man jedoch an der Realisierung dieses Projektes, da es sowohl der einen als auch der anderen Seite die Hände binden würde“⁵.⁶

LITVINOV

*Vermerk I.V. Stalins: Für die Veröffent[lichung]. St[alin].
Eigenhändige Unterschriften von V.M. Molotov mit Bleistift und L.M. Kaganovič mit Kopierstift.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
8 Expl. Das 1. und 2. [Exemplar] an Gen. Stalin, das 3. an Gen. Molotov, das 4. an Gen. Kaganovič, das 5. an Gen. Krestinskij, das 6. an Gen. Stomonjakov, das 7. an Gen. Litvinov, das 8. ins Archiv.*

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 113, d. 123, l. 93. Original.

Nr. 269

Sondermeldung des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Jagoda an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Ganz geheim
1. November 1935

Nr. 57495

Durch nachrichtendienstlich und von den Untersuchungsbehörden ermittelte Fakten ist erwiesen, dass *der Pförtner der Deutschen Botschaft, der Bürger der UdSSR A. I. Šul'c, der Resident des „Bundes der Auslandsdeutschen“^{1*2} ist und im Auftrag dieser Organisation eine faschistische und Spionagetätigkeit betreibt.

1933, 1934 und 1935 sind in Moskau und in Saratov einige von Šul'c gebildete faschistische Gruppierungen liquidiert worden. *Die konterrevolutionären Gruppen betrieben im Auftrag von Šul'c terroristische Propaganda und beschafften ihm konterrevolutionäre verleumderische Informationen über die Lage in der UdSSR.*

⁵ Vgl. „Peregovory o germano-japonskoj voenno-morskoj konvencii“ (Verhandlungen zu einer deutsch-japanischen Kriegsmarinekonvention). In: Pravda vom 3. November 1935, S. 5.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit grünem Farbstift angestrichen und enthält am Seitenrand mit rotem Farbstift geschriebene Kommentare.

¹ Vgl. Dok. 12, Anm. 6.

² Dieser und die weiteren so gekennzeichneten Texte sind mit Bleistift unterstrichen.

Es wurde festgestellt, dass Šul'c die konterrevolutionäre Tätigkeit bis in die jüngste Zeit fortführt.

Zurzeit haben wir zwei faschistische Gruppen verhaftet, die Šul'c in Moskau und in Saratov gebildet hatte. Die Ermittlungen bestätigen eindeutig die führende Rolle von Šul'c bei der Anwerbung von faschistischen Kadern und Kadern für die Spionage.

Nach unseren Erkenntnissen hat die Deutsche Botschaft Šul'c vorgeschlagen, Maßnahmen zu ergreifen, um ausführliche Informationen über „Zwangsarbeit“ in der UdSSR (Dislozierung der Besserungs- und Arbeitslager, Briefe aus den Lagern, Fotomaterial usw.) zu beschaffen. Es ist dokumentarisch bewiesen, dass die Deutsche Botschaft aus Berlin solcherart Aufträge erhalten hat.

Im Zusammenhang damit haben wir in den Besserungs- und Arbeitslagern und in den Verbannungsorten ein Netz von Vertrauenspersonen von Šul'c (die er unter den deutschen Kulaken-Kolonisten angeworben hat) verhaftet.

Zugleich ist festgestellt worden, dass eine *ähnliche konterrevolutionäre Tätigkeit der eng mit Šul'c verbundene Bürger der UdSSR, der Pastor der lutherischen „Peter und Paul-Kirche“ (Moskau) A.V. Štek leistet*.

Die Anwerbung faschistischer Kader und die Beschaffung von konterrevolutionären verleumderischen Informationen über die Lage in der UdSSR wird von Štek auf Weisung des Gebietsleiters der Nationalsozialistischen Partei in der UdSSR Hensel (Sekretär der Deutschen Botschaft) durchgeführt.

Wir haben frühzeitig einige Personen verhaftet, die im Auftrag von Štek Spionage- und faschistische Arbeit betrieben haben.

Zurzeit sind zwei von Štek in Moskau und in Saratov gebildete faschistische Gruppen liquidiert worden. Šteks führende Rolle bei der konterrevolutionären Tätigkeit ist durch die Untersuchungsmaterialien belegt.

*Ich bitte, die Verhaftung der Deutschen, der Bürger der UdSSR A. I. Šul'c und A. V. Štek zu genehmigen.*³

Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR

JAGODA

Vermerk I.V. Stalins: Niemand ist zu verhaften. I. Stalin.

Eigenhändige Unterschriften von Molotov und Kaganovič.

Vermerk von A.N. Poskrebyšev: Gen. Jagoda mitgeteilt. Poskrebyšev.

Veröffentlicht in: *Lubjanka: Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD, Dok. 544, S. 691.*

³ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen und am linken Seitenrand zweifach angestrichen.

Nr. 270
**Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands
im AA Bräutigam**

Berlin, den 1. November 1935

e.o. W. IV Ru. 4404

Vermerk

Die in dem Schreiben des Herrn Botschafters Graf von der Schulenburg vom 28. v. M.¹ hervorgehobene freundliche Einstellung der Vertreter der Roten Armee gegenüber Deutschland ist u. a. vielleicht auch auf folgende Momente zurückzuführen.

*Die Sowjet-Regierung ist bemüht, im Rahmen des 200 Millionen-Geschäfts eine größere Anzahl heereswichtiger Gegenstände in Deutschland zu kaufen; so versucht sie u. a. Akkumulatoren für Unterseeboote, den „Autopiloten“ (Apparat zur selbsttätigen Steuerung von Flugzeugen), Fernsehapparate, Apparate zur Fernlenkung von Schiffen, Apparate zur Herstellung von Scheinwerferspiegeln mit 1½ m Durchmesser zu erwerben. Die Russen sind hierbei auf den Widerstand des Reichskriegsministeriums gestoßen. Wie sehr es den Russen darauf ankommt, die vorstehend genannten Gegenstände zu erhalten, geht daraus hervor, dass die maßgebenden Herren der hiesigen Sowjet-Botschaft und der hiesigen Sowjet-Handelsvertretung keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um die Vermittlung des Auswärtigen Amts oder des Reichswirtschaftsministeriums für die Liefergenehmigung zu erbitten. Schließlich hat sich der Leiter der Sowjet-Vertretung Herr Kandelaki persönlich zu Herrn Präsidenten Schacht begeben und ihn um Vermittlung beim Reichskriegsministerium gebeten. Präsident Schacht hat dies abgelehnt. Vielleicht glaubt man nun auf russischer Seite, die alten Verbindungen zwischen der Roten Armee und dem deutschen Heer für die Durchsetzung ihrer Wünsche ausnutzen zu können.*²

Hiermit Herrn VLR Roediger ergebenst vorgelegt.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt unten: Po 2 Ru und Po 13 Ru/ H 11 Ru in Klammern.

PA AA, R 83398, Bl. H 047341-047342.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 387, S. 770–771.

¹ Vgl. Dok. 265.

² Der Text ist in eckige Klammern gesetzt und wurde wörtlich in einen Brief Roedigers an Graf von der Schulenburg vom 8.11.1935 eingefügt; vgl. PA AA, R 83398, Bl. H 047343-047344.

Nr. 271
**Aufzeichnung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen Russlands im AA
Bräutigam**

Berlin, den 1. November 1935

e.o. W. IV Ru. 4403

Aufzeichnung

Am 30. Oktober d. J. fand eine Unterredung zwischen dem Reichsbankpräsidenten Herrn Dr. Schacht und dem Leiter der hiesigen Sowjet-Handelsvertretung Herrn Kandelaki über die Durchführung des deutsch-russischen Abkommens vom 9. April d. J. und die künftige Gestaltung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen statt.

Dr. Schacht verlangte die Abdeckung der 1936 fälligen russischen Zahlungen an Deutschland in Höhe von ca. 60 Millionen RM in Gold oder Devisen.

Dr. Schacht erklärte sich bereit, 1936 russische Rohstoffe, an denen Deutschland Bedarf habe, in größerem Umfang hineinzunehmen, wenn in der gleichen Höhe russische Bestellungen in Deutschland mit kurzen Zahlungsfristen vergeben würden.

Dr. Schacht erklärte schließlich, dass, wenn über die vorstehenden beiden Punkte eine Vereinbarung erzielt würde, er bereit sei, der Sowjetunion auch langfristige Kredite für ****zusätzliche****¹ Bestellungen in Deutschland zu gewähren. Hinsichtlich des Ausmaßes der Kredite und der Länge der Kreditfristen würde er zu großem Entgegenkommen bereit sein.

^{*}Herr Kandelaki ist noch am gleichen Tag nach Moskau abgereist, um mit seiner Regierung Fühlung² zu nehmen.^{*3} Er will in etwa 10 Tagen nach Berlin zurückkehren.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift. Unten: H 13 Ru A.

PA AA, R 94735, Bl. E 664290.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 386, S. 770.

¹ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

² Stalin empfing Kandelaki am 2.11.1935; vgl. Na prieme u Stalina, S. 171.

³ Der Satz ist unterstrichen.

Nr. 272

Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin
an den Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum

Geheim

[Expl.] 2

1. November [19]35

Nr. 486/s¹

An das
NKID Wirtschaftsabteilung
Gen. ROZENBLJUM

Lieber Boris Danilovič,

zum Zwecke der Information berichte ich über die Stimmungslage bei deutschen Industriellen im Zusammenhang mit den Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR. Die interessierten Industriekreise bereiten sich allem Anschein nach höchst intensiv auf neue Wirtschaftsverhandlungen vor. Einige Industrielle, zum Beispiel Siemens, rechnen mit der Unterstützung der deutschen Regierung bei der Anbahnung von großen Geschäften mit der UdSSR. Zugleich sind deutsche Industrielle und insbesondere der Russland-Ausschuss von dem Umstand äußerst beunruhigt, dass das Jahr 1936 mit einer fast vollständigen Tilgung unserer Schulden beginnt (auf das Jahr 1936 würden angeblich nur 50–60 Mio. Mark übertragen werden). Früher war das Volumen unserer Schulden in einem gewissen Maße ein Regulativ für unsere Handelsbeziehungen, wir mussten für eine bestimmte Summe Waren importieren, um die Schulden abzuführen, und das war ein Anreiz für die allgemeine Entwicklung des Handelsumsatzes. Die Deutschen befürchten, dass wir weder importieren noch bestellen werden. Daher wird Bereitschaft gezeigt, den Weg für unseren Export zu ebnen, wobei nach wie vor die Bereitschaft besteht, über ein „großes Geschäft“ zu sprechen.

Alle diese Umstände zeugen offenbar davon, dass es eine Grundlage für große Verhandlungen gibt, zumal sowohl die binnenwirtschaftliche Situation als auch der Zustand des deutschen Außenhandels die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR in den Augen der Deutschen erhöht.

Zugleich ist zu berücksichtigen, dass uns in allernächster Zeit bevorsteht, gemeinsam mit den Deutschen eine Bilanz der vergebenen Aufträge im Rahmen des 200-Millionenkredits zu ziehen, worauf die deutsche Seite bereits jetzt besteht. Der Russland-Ausschuss ist nicht nur äußerst daran interessiert zu wissen, wie viele Aufträge wir vergeben haben, sondern auch daran, wie viele Aufträge in andere Länder „abgeflossen“ sind.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

*Sie können sich sicherlich zu allen diesen Fragen ausführlich *bei Gen. Kandelaki*² informieren, insbesondere über seine letzten Verhandlungen. Für alle Fälle schicke ich Ihnen dennoch einen kleinen „Stimmungsbericht“^{3,4}

Mit kameradschaftlichem Gruß

Gnedin

*Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: An Gen. Lev[in] 5.XI.35 Š[tern].
Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2315a vom 5.11.1935.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
3 Expl. 1 [Exemplar] an den Adr[essaten], *1 an die 2. Westabt[eilung]*⁵, 1 zu den Akten. 1.XI.35.*

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 11, l. 250–249. Kopie.

Nr. 273

Rundschreiben des kommissarischen Staatssekretärs im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Kunisch

Abschrift!

Berlin W 8 den 1. November 1935

Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung¹
W III b Nr. 5248/35, W I, M

An

- a) die Herren Rektoren aller deutscher Hochschulen,
 - b) die Hochschulverwaltungen der Länder – außer Preußen –.
- zu b): zur Kenntnisnahme – .

Überlassung von Fachaufsätzen an sowjetrussische Gesellschaften.

Die deutsch-russische Gesellschaft „Kultur und Technik“ in Moskau, die eine Vertretung in Berlin besitzt, verfolgt das Ziel, die auf wissenschaftlichem, vor allem auf technischem Gebiete in Deutschland erzielten Fortschritte auch in der Sowjetunion zugänglich zu machen. Sie bedient sich hierbei verschiedener Wege. Häufig vermittelt sie die Einladung deutscher Wissenschaftler nach der Sowjetunion, wo diese überaus freundlich aufgenommen werden, als Entgelt hierfür aber wertvolles deutsches Geistesgut preisgeben sollen. Trotzdem haben sich sowohl das Reichs-

² Der Name ist mit Tinte unterstrichen.

³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 11, l. 254–251.

⁴ Der Absatz ist am linken Seitenrand mit Tinte angestrichen und mit einem Fragezeichen versehen.

⁵ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹ Bernhard Rust.

wirtschaftsministerium als auch die Vertreter der Industrie und der Verein Deutscher Ingenieure dafür ausgesprochen², solche Einladungen nicht generell abzulehnen, da durch die Reisen nach der Sowjetunion auch wertvolle Einblicke in den Stand der sowjetischen Wissenschaft gewonnen würden und die deutsche Ausfuhr nach der Sowjetunion eine Förderung erfahre. Es sei aber in jedem Einzelfall zu prüfen, ob die eingeladene Persönlichkeit geeignet sei und ob irgendwelche Bedenken gegen die beabsichtigten Vorträge beständen.

Trotz der im Großen und Ganzen positiven Einstellung der deutschen Stellen gegenüber den vorstehenden erwähnten Reisen sind solche aber in der letzten Zeit doch seltener geworden. Die sowjetischen Institutionen versuchen daher offenbar, diese Lücke nunmehr dadurch zu schließen, dass sie die in Frage kommenden Persönlichkeiten auffordern, ihnen Fachaufsätze zu überlassen. Hier wird eine analoge Haltung wie bei den Reisen nach der Sowjetunion einzunehmen, und zwar grundsätzlich nicht jede Verbindung abzulehnen, sein. Fachaufsätze werden aber nur dann zur Verfügung gestellt werden können, wenn von Sowjetseite gleichwertige Gegenleistungen erfolgen oder die Vermittlung des Gedankenguts, das in den deutschen Fachaufätzen enthalten ist, auch im deutschen Interesse liegt, sei es, dass diese Vermittlung zu einer uns genehmen Annahme deutscher Arbeitsmethoden oder zu Bestellungen bei der deutschen Industrie führen könnte.

Alle von sowjetrussischen Gesellschaften wie der Gesellschaft „Kultur und Technik“, der „Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Auslande“ usw. an deutsche Hochschullehrer oder Hochschuleinrichtungen herangetragene Wünsche auf Austausch von Veröffentlichungen, Überlassung von Fachaufätzen usw. sind mir in jedem einzelnen Falle zur Entscheidung vorzulegen.

In Vertretung

gez. Kunisch

Oben Eingangsstempel der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft vom 24. Juni 1936.

ABBAW: KWG, Nr. 6, Bl. 2/R.

² Eine entsprechende Ressortbesprechung dazu hatte am 26.7.1934 stattgefunden. Dies ist einem Vermerk von Bräutigam vom 30.9.1935 zu entnehmen, dessen Text fast wortwörtlich mit den ersten beiden Absätzen dieses Rundschreibens übereinstimmt. Vgl. PA AA, R 64106, o.P.

Nr. 274

Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin
an die Presseabteilung und an die 2. Westabteilung im NKID

1. November [1935]

N.P.O.¹

An die
Presseabteilung des NKID
*2. Westabteilung*²
85/89³

Werte Genossen,

ich wende mich an euch mit einigen Bitten, deren Erfüllung von einer großen Bedeutung für unsere Arbeit sein wird.

1. Einige deutsche Theaterschaffende bitten darum, ihnen den Text des Theaterstückes „Ein fremdes Kind“⁴ zukommen zu lassen. Sie wollen das Theaterstück übersetzen lassen und hoffen, es selbst unter den Bedingungen des heutigen Deutschland an einer hauptstädtischen Bühne aufführen zu können. Es erübrigt sich darauf hinzuweisen, dass wir an einem Erfolg dieses Vorhabens interessiert sind.

Ich wäre sehr verbunden, wenn man außer dem Theaterstück „Ein fremdes Kind“ noch die Texte einiger unserer Komödien oder anderer Theaterstücke, die ihrem Inhalt nach nicht sofort die hiesigen „gleichgeschalteten“ Theaterleute verschrecken würden, bekommen könnte, um sie den Vertretern der Theaterwelt vorzustellen. (Zum Beispiel „Blumenweg“ von Kataev⁵, eine Komödie von Finn usw.). Es versteht sich von selbst, dass ich die Texte aufmerksam lesen werde, bevor ich sie hier jemandem aushändige.

2. Es wäre sehr wünschenswert, die Noten von Werken sowjetischer Komponisten (Šostakovič, Mjaskovskij und Šebalin) zu bekommen. Es wird mir voraussichtlich gelingen, diese Werke einigen führenden Berliner Musikern vorzustellen, und dies wäre unter den jetzigen deutschen Bedingungen ein gewisser Erfolg.

*3. Ich bitte sehr darum, uns in deutscher Sprache herausgegebene Werke der sowjetischen Literatur zu schicken. Vielleicht gelingt es mir auf privater Ebene, Vertreter der literarischen Welt mit diesen Büchern zu versorgen und damit eine Bresche, wenn auch nur eine kleine, in die „chinesische Mauer“, die das heutige Deutschland von der sowjetischen Kultur trennt, zu schlagen. Ich hoffe auf eine aufmerksame Aufnahme dieser unserer Bitten, weil es zwar ein kleiner Schritt ist, aber von großer Bedeutung wäre, gegenwärtig selbst einem kleinen Kreis von Wis-

¹ Ne podležit oglašeniju = Vertraulich.

² Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

³ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte eingefügt.

⁴ Das Theaterstück „Čužoj rebenok“ von Škvarkin wurde 1933 am Moskauer Theater der „Satire“ aufgeführt und danach an vielen Theatern in der UdSSR.

⁵ Das Theaterstück „Doroga cvetov“ von Kataev wurde 1934 von vielen Theatern in der UdSSR inszeniert.

senschaftlern und Kunstschaffenden in Deutschland unser Kulturleben zugänglich zu machen.*⁶

Mit kameradschaftlichem Gruß

Gnedin

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: 5.XI.35. Š[tern].

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

3 Expl. 1 [Exemplar] an die Presseabt[eilung], 1 an die 2. Westabt[eilung], 1 zu den Akten. 1.XI.35.

AVP RF, f. 82, op. 19, p. 65, d. 6, l. 7–8. Kopie.

Nr. 275
**Ausarbeitung des Psychologischen Laboratoriums
im Reichskriegsministerium**

Berlin, den 2.11.1935

Psychologisches Laboratorium des Reichskriegsministeriums
Invalidenstr. 55a

Nr. 241/ 35 g.
Betr.: Abt. C Nr. 18/35

Völkerpsychologische Untersuchungen 5.

Die Anwendungsmöglichkeiten der Propaganda sind von allen großen Militärmächten in der Nachkriegszeit weiter durchgebildet und entsprechend dem technischen Fortschritt der Kriegsmittel entwickelt worden.

Gegenüber dem Weltkrieg hat sich für Deutschland die Lage insofern geändert, als der Schwerpunkt der gegnerischen Propaganda von den westeuropäischen Mächten auf Sowjetrußland übergegangen ist.

Die Führer der Sowjetunion haben von Beginn ihrer Herrschaftsgewalt die Propaganda in ausgiebigstem Maße in den Dienst ihrer Sache gestellt. Sie kennen die Wirkungsweise genau und beherrschen die Anwendungsmethoden in hervorragender Weise. Die Kampfform der Roten Armee ist zu einem sehr erheblichen Teil mit der Verwendung propagandistischer Mittel eng verbunden.

Die Ursache hierfür liegt darin, dass der neue imperialistische Kampf, für den die Rote Armee gerüstet und geschult wird, unter der Motivierung einer rein weltanschaulichen Idee – der Ausbreitung der Weltrevolution – geführt wird. Neben den Mitteln der physischen Gewalt muss also eine entsprechende Verbreitung dieser Ideenwelt einhergehen.

Da neu auftretenden Waffen und Kampfmethoden am wirksamsten gleichartige Kampfmittel entgegengesetzt werden, so ist die Vorbereitung eines Propagandakampfes gegenüber der Sowjetunion unerlässlich.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit Tinte angestrichen.

Infolge ihrer Zusammensetzung aus verschiedenartigstem Volkstum, durch die mannigfaltigen Unterschiede in nationaler, religiöser und sozialer Hinsicht, bietet aber auch gerade die Sowjetunion viele Möglichkeiten und Ansatzpunkte für eine Angriffspropaganda gegen ihren eigenen Bestand.

[...]¹

Möglichkeiten für eine propagandistische Bearbeitung der Bevölkerung der UdSSR

Die propagandistische Behandlung der verschiedenen Nationalitäten und Rassen der Sowjetunion, der Roten Armee und des Hinterlandes muss – je nachdem, ob die Sowjetunion militärisch gesehen der Angreifer oder der Angegriffene ist – psychologisch richtig gestaltet werden. Ist die Sowjetunion – unter Ausnutzung irgendwelcher bewaffneter Konflikte oder infolge scharfer Wirtschaftskrisen ausbrechender bewaffneter Aufstände in Westeuropa – der angreifende Teil und lässt die Rote Armee über die Randstaaten oder Polen gegen Europa marschieren, so muss die propagandistische Bearbeitung der Roten Armee und des Hinterlandes etwa folgende Linien und technische Methoden enthalten:

1.) Rote Armee:

Auf dünnem Papier gedruckte, inhaltlich und stilistisch populär gehaltene Flugblätter müssen in Massen von Flugzeugen in den Nächten abgeworfen werden.

In diesen Flugblättern müssen etwa folgende Hauptargumente in steter Wiederholung in die Hirne der Rotarmisten gehämmert werden, etwa wie folgt:

(Sinnlosigkeit des Kampfes)

„Soldaten der Roten Armee, ihr russischen Bauern und Arbeiter! Eure jüdisch-kommunistischen Machthaber treiben euch in den Tod, gegen friedliche Länder und Völker, um auch diese durch Hunger und Terror unter ihrer Herrschaft zu bekommen. Was haben die jüdischen Bolschewistenführer Euch seinerzeit nicht alles versprochen: Brot, Land und Freiheit. Und was haben sie Euch gegeben? Seit Jahren lebt [sic] Ihr und Eure Brüder und Schwestern in den Bauernhütten und Elendswohnungen der Städte in ewigem Hunger; Millionen von Euch sind verhungert, Millionen von ihrer Scholle vertrieben; das Land ist Euch wieder genommen und die Misswirtschaft in den Kollektiven ist Euch selbst zu Genüge bekannt.

Euer Kampf ist sinnlos. Ihr kämpft nicht für Russland, sondern für die Herren Kommissare und Parteifunktionäre, meist dreckige Juden, die nie in ihrem Leben ehrliche Arbeit hinter Pflug und Schraubstock geleistet haben, aber sie lassen sich nichts entgehen. Früher wart Ihr Russen (resp. Ukrainer, etc.) Herren im eigenen Hause. Jetzt regieren Juden und ehemalige Verbrecher und treiben euch – für Erweiterung ihrer Herrschaft über andere Völker – in den Krieg und in den Tod.

Wohl ist Stalin nicht Jude, sondern Kaukasier. Aber seine rechte Hand ist der Jude Kaganowitsch, und dessen Tochter ist Stalins Frau². – Die Hälfte aller Volks-

¹ Der Schluss der Einleitung sowie der Teil „Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung der UdSSR und die Ansatzmöglichkeiten für eine Propaganda im Kriege“ werden hier nicht abgedruckt; vgl. BA-MA, RH 2/981, Bl. 100–103.

² Die einzige Tochter von Kaganovič, Maja Lazarevna, wurde 1923 geboren.

kommissare sind Juden: denkt nur an die vielen Kaganowitschs, Litwinows, Rakeds, Trilissers! Wer sind denn bei Euch in der Armee die politischen Kommissare! Fast alles Juden, an der Spitze Gamarnik. Das sind die Kriegstreiber und Kriegsgewinnler. Schlagt sie tot, lauft einzeln oder in ganzen Trupps und Truppenteilen über. Wir kämpfen nicht gegen Euch – wir verteidigen nur unser Land vor den Parasiten und Verbrechern, wir wollen nicht Hunger und Tschekaterror. Wir versprechen Euch gute Behandlung und Verpflegung; bei uns gibt es keinen Hunger, sondern Essen, Trinken und Machorka zum Rauchen. Dreht die Bajonette um und kämpft mit uns gegen die verfluchten jüdischen Kommissare. Macht aus der Roten Armee eine russische Armee, und Ihr habt Frieden, Freiheit, Brot und Land! Eure kommunistischen Führer, die vielen Juden und Stalin – der Kaukasier – treiben Euch, russische Menschen, in den Tod und versprechen Euch nach dem Siege über die übrige Welt eine Paradies.

(Aussichtslosigkeit des Kampfes)

Euer Kampf ist aussichtslos: gegen Euch, als Rote Armee, steht die ganze Welt. Gegen Euch, als Russen, hat niemand etwas. Wenn es Euch auch glückt, durch erdrückende Übermacht gegen Polen und die kleinen Staaten Erfolge zu erringen: jetzt steht gegen Euch die stählerne deutsche Militärmee, und hinter ihr die Armeen der übrigen großen freien Völker. Fragt Eure Väter und älteren Brüder und Kameraden, die gegen uns Deutsche im Weltkrieg gekämpft haben, die werden Euch erzählen können, wie damals die Hälfte unserer Armee, die gegen Russland stand, genügte, um die damalige zaristische russische Armee – die weit besser war als Eure Rote Armee – zu zerschlagen und vor sich herzu-jagen. Dasselbe Schicksal steht der Roten Armee auch jetzt bevor. Rettet Euch und Euer Land. Lauft über oder dreht die Bajonette um und kämpft mit uns für die Freiheit Eures Landes vom Joch der Juden und kommunistischen Verbrecher!“

Soweit nationale Truppenteile bestehen resp. gebildet werden sollten, oder soweit einzelne Teile der Roten Armee vorwiegend nur einer bestimmten Nationalität (z.B. Ukrainer, Georgier, Sibirier, Tataren etc.) zusammengesetzt sein sollten, kann und muss in diesen Flugblättern auf die besondere Nationalität eingegangen werden.

So z.B. muss bei den Großrussen, die ihrer Anzahl nach etwa die Hälfte der Bevölkerung der UdSSR und den Kern der Roten Armee ausmachen, außer den üblichen, allgemein gültigen antibolschewistischen Argumenten, wie sie etwa vorhin skizziert sind, noch besonders stark der Moment betont werden, dass früher die Russen in Russland herrschten, und jetzt hergelaufene Juden, Kaukasier, Letten und andere Nichtrussen.

Für die Weißrussen kommen dieselben Argumente in Frage wie bei den Großrussen. Die paar Millionen Weißrussen spielen zahlenmäßig kaum eine Rolle, sind in nationaler Hinsicht indifferent, aber hassen die Juden, da sie dieselben aus ihrer Heimat her – die im alten Russland zur sogen. jüdischen Wohngebietszone gehörte – kennen.

Bei den Ukrainern, auf die betreffs der jüdischen Wohngebiete dasselbe zutrifft, können ebenfalls die antijüdischen Tendenzen ausgespielt werden, da sie wohl die stärksten Judenhasser sind, die es überhaupt gibt. Da die Ukrainer außerdem seit Jahrhunderten Einzelhofbauern waren (im Gegensatz zu der manche

kommunistische Tendenzen aufweisenden alten Dorfsiedlungs- und Verwaltungsform des sog. „Mir“ der Großrussen) und ausgesprochen freiheitsliebend sind, ist auch diese Neigung zur selbständigen Wirtschaftsführung zu berücksichtigen. Eventuelle Schaffung einer selbständigen, bäuerlichen Ukraine kann zugesagt werden (aber nur, soweit sie sich freiwillig hierzu melden), resp. falls die deutsche Armee Teile der Ukraine bereits besetzt haben sollte, aus der indigenen Bevölkerung (nur keine Zwangsmobilisierung). Soweit reine oder vorwiegend ukrainische Truppenteile innerhalb der Roten Armee bestehen sollten, sind dieselben unter besonders scharfe Bearbeitung durch Flugblätter, Überlaufscheine, Agitatoren etc. zu nehmen.

Soweit sibirische russische Truppenteile – die im Weltkrieg bekanntlich zu den besten zählten – an der Front auftauchen, ist bei diesen in der Propaganda hervorzuheben, dass sie von den Moskauer Juden, Kaukasiern und Letten, die schon soviel Unglück und Not über ihre ehemals so reiche und freie sibirische Heimat gebracht haben, nun an der sibirischen Heimat so fernen Fronten zur Bekämpfung friedlicher – aber nichtkommunistischer – Völker eingesetzt werden. Sie müssen ebenfalls aufgefordert werden, geschlossen mit den Waffen überzugehen und – soweit sie sich freiwillig dazu melden sollten – gegen die Rote Armee zur Befreiung Russlands vom kommunistischen Joch zu kämpfen.

Bei allen Slaven kann und muss das religiöse Moment stark betont werden, etwa wie folgt:

„Wer hat Eure Kirchen geschändet, zerstört oder in Klubs und Kinos umgewandelt? Wer hat Tausende von Euren Priestern, die Euch den Glauben Eurer Väter lehrten, getötet? Wo aber habt ihr gesehen, dass ein jüdischer Rabbiner getötet oder eine Synagoge entweiht wurde? Die Juden haben Christus gekreuzigt und kreuzigen jetzt dich, Russisches Volk (resp. Ukrainisches, Sibirisches Volk etc.). Christus nannte sie schon Kinder des Teufels und wahrlich, sie sind es bis heute geblieben. Steht auf, erschlagt die Mörder Christi und Eurer Heimat.“ etc.etc.

Bei den Tataren, die größtenteils mohammedanischen Glaubens sind resp. waren, kann stark mit religiösen Argumenten gearbeitet werden.

Bei den verschiedenen kaukasischen Stämmen wiederum mit Inaussichtstellung der Wiedererrichtung ihrer reichen und ehemals unabhängigen Heimat.

Was die technische Seite der Propaganda und ihre Durchführung anbelangt, so kämen folgende Methoden wohl in erster Linie in Frage:

1.) Abwurf von

a) Flugblättern

b) Überlauf-Passierscheinen

c) vervielfältigten Briefen von Überläufern und Gefangenen an ihre Kameraden in der Roten Armee

d) kleinen bunten Plakate mit Karikaturen der jüdisch-verbrecherischen Gwaltthaber Russlands etc

2.) Nächtlicher Fallschirmabsprung von sich freiwillig hierzu meldenden zuverlässigen Emigranten, Überläufern, Gefangenen etc., die als Rotarmisten resp. Bauern verkleidet sein müssen, resp. bezahlte Agenten und Agitatoren.

3.) Radio-Sendungen ähnlichen Inhalts, wie die Flugblätter.

4.) Ablassen kleiner Ballons mit Flugblättern etc. bei günstigem Winde.

Die Abfassung des Textes und der Druck der jeweils erforderlichen Flugblätter etc. darf nicht irgendwo am grünen Tisch, in Berlin oder sonstwo in Deutschland erfolgen, sondern von bei den rückwärtigen Nachrichtentruppen mitgeführten Felddruckereien.

Zur Abfassung der Texte müssen – natürlich unter Kontrolle von deutschen, Mentalität und Sprache der Russen resp. Ukrainer etc. kennenden Fachleuten – möglichst auch zuverlässig erscheinende Überläufer, Gefangene etc. verwandt werden, die die Stimmung der Truppe drüben aus eigener Erfahrung gut kennen.

Nicht nur die verschiedenen Nationalitäten innerhalb der Truppenteile der Roten Armee resp. der einzelnen national mehr oder weniger einheitlich zusammengesetzten Truppenteile müssen bei dieser Propaganda individuell bearbeitet werden. Es dürfte psychologisch von sehr guter Wirkung sein, wenn sogar einzelne Truppenteile an Hand von Angaben über die durch Gefangene oder Überläufer festzustellende Stimmung des betr. Truppenteils (z.B. Hass gegen einen bestimmten Kommandeur, politischen Kommissar, lange nicht erfolgte Löhnungsauszahlungen, Versagen der Munitionszufuhr, schlechte Verpflegung etc. etc.) gesondert mit extra für diesen Truppen gedruckten Flugblättern bearbeitet werden. Dies wird beim Gegner den in einer Hinsicht deprimierenden, in anderer Hinsicht – bei den Gegnern des Kommunismus – günstigen Eindruck erwecken, dass die ihm gegenüberstehenden Truppen ausgezeichnet über alles informiert sind.

Die Propaganda innerhalb der Bevölkerung hat sich auf die großen Städte und kleineren Städtchen zu konzentrieren, wobei der Flugblätterabwurf durch Schnellflugzeuge – in den kleineren Städtchen möglichst an Markttagen – erfolgen muss. Inhaltlich etwa dieselben Argumente, wie sie bezüglich der Roten Armee ausgeführt sind, – es muss hier sinngemäß zur Verweigerung der Rekruten, die für Ausbreitung der jüdisch-kommunistischen Verbrecherherrschaft über andere friedliche Völker in den Tod gehetzt werden – sowie zu offener und geheimer Sabotageaktion (Zerstörung von Brücken, Maschinen, Bahnen etc. etc.) aufgerufen werden, um so das Ende des Krieges und damit auch der jüdisch-kommunistischen Herrschaft über Russland (resp. Ukraine, Kaukasus etc.) herbeizuführen. Psychologisch gewandt abgefasste Flugblätter müssen sich speziell an die Frauen wenden, damit sie Sabotageakte machen und ihre Männer, Brüder und Söhne dazu veranlassen, um diese so von der Schlachtbank zu retten. Es muss der Bevölkerung eingeprägt werden, dass jetzt – durch den Krieg – der langersehnte Moment gekommen ist, die kommunistische Herrschaft zu stürzen.

Sehr gewandt abgefasst sind die Aufrufe der russischen faschistischen Partei (Hauptsitz: Charbin; Führer: ein gewisser Rodzajewski, der selbst kommunistischer Jugendbündler gewesen ist), von denen einige Originale nebst Übersetzungen beigelegt sind, und die wesentlich zur Zersetzung von Roter Armee und Hinterland beizutragen ^{**geeignet**}³ sind. Psychologisch sind sie auch insofern wertvoll, als sich hier Russen an Russen wenden, und auch einige positive, taktisch sehr richtig festgelegte Vorschläge und Methoden des Aufbaus des nichtkommunistischen Russlands unter Ausnutzung und Beibehaltung des Sowjet-Systems – nach Ausscheiden der Kommunisten und Juden – hierin enthalten sind.

³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: geneigt.

Für den Fall, dass eine Gruppe westeuropäischer Großmächte, darunter auch Deutschland, sich – aus Defensivgründen gegen den weltrevolutionären Bolschewismus – genötigt sehen sollte, gegen dessen Basis, die S.U., militärisch offensiv vorzugehen, sind die durch die Propaganda auszuwertenden Argumente im Großen und Ganzen ähnlich, sowohl in Bezug auf die Armee als die Zivilbevölkerung, den oben ausgeführten.

Es muss nur sinngemäß folgende Losung in den Vordergrund gestellt werden:

„Wir kämpfen nicht gegen dich, russisches (ukrainisches etc.) Volk, sondern gegen deine jüdisch-kommunistische Regierung, die dein Land seit Jahren in Hunger und Terror hält, und mit dem von dir ausgepressten Schweiß und Blut ihre Herrschaft auf andere, bisher freie, glückliche und satte Völker ausdehnen will. Wir wollen keinen Fußbreit russischen (diese Formulierung schließt nicht aus, dass z. B. eine selbständige Ukraine, falls für Deutschland opportun, begründet wird!) Erde rauben. Wir kämpfen gegen eure Unterdrücker, um durch deren Vernichtung auch euch und die ganze Welt von dieser Pest zu befreien. Euer Schicksal werdet ihr euch selbst bestimmen können, die Staatsform auf einer freien einzuberufenden konstitutionellen Versammlung bestimmen und eure Gesetze machen. Dann wird endlich euch, russische Bauern, das Land gehören, um das man euch betrogen hat. Friede, Brot und Freiheit euch Russen. – Krieg und Vernichtung euren jüdischen, lettischen, kaukasischen Vergewaltigern, der Clique Kaganowitsch, Stalin und Kompagnons.“

In den Aufrufen, Flugzetteln etc. müssen sinngemäß, je nachdem ob es sich um die Rote Armee oder die Zivilbevölkerung handelt, dieselben eben aufgeführten Aufforderungen zu Überlaufen, Rekrutenverweigerung, bewaffnetem Aufstand, Sabotageakten etc. enthalten sein.

Auf erstem Blatt Stempel Geheim. Der Bericht existierte in 49 Ausfertigungen, dies war die zweite.

BA-MA, RH 2/931, Bl. 99–106/R, hier Bl. 99–100, 103/R–106/R.

Nr. 276

Protokoll der Sitzung der Kommission des Politbüros des ZK der VKP (B)

5. November 1935

Protokoll Nr. 1

Anwesend: die Genossen Kaganovič, V.I. Mežlauk, Pjatakow, Rozengol'c, Loganovskij, Kandelaki.

[Gehört:]

1. Über den Voranschlag für die Vergabe von Aufträgen.¹

¹ Auf Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 2.11.1935 war eine Sonderkommission unter der Leitung von Kaganovič gebildet worden, die beauftragt wurde, in der Frist von einer Woche die Liste der Aufträge zu erstellen, die in Deutschland „... eingedenk der

[Beschlossen:]

1. Das Volkskommissariat für Außenhandel ist zu beauftragen, einen Entwurf eines Zweijahresplans für den Import für alle Länder mit der Erfassung aller erdenklichen Aufträge an Ausrüstungen und einiger Halbfabrikate, sowohl à Konto des Kredits als auch gegen Barzahlung, zu erarbeiten.²

2. Auf der Grundlage dieses Entwurfs ist die Planung für die Aufträge in Deutschland im Rahmen der 800 Millionen auszuarbeiten, dabei ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Aufträge umfassen muss: Chemie, Rüstungsindustrie, Optik, Maschinenausrüstungen, Elektroindustrie und Transportausrüstungen.³

Ebenso sind die Einkäufe zur Ausstattung von Waren des täglichen Bedarfs und insbesondere von Ersatzstoffen (zum Beispiel für Leder usw.) zu berücksichtigen.

3. Die nächste Sitzung der Kommission ist für den 10. November, 8 Uhr abends, anzusetzen.

Vorsitzender der Kommission

L. Kaganovič

Veröffentlicht in: Moskva–Berlin, Bd. 3, Dok. 98, S. 151–152.

Nr. 277

Auszug aus dem Rundschreiben der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Berlin W 35, den 7. November 1935

Vertraulich!

Tgb.-Nr. 4143 R.

An die

1. Mitglieder des Vorstandes des R.-A.
2. Geschäftsführungen der Spitzenorganisationen

Betrifft: 1. Stimmung der Russen hinsichtlich der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen im Jahre 1936.
2. Zur Frage russischer Reichsmarkreserven in Deutschland.
3. Technische Hilfeleistung der Amerikaner.
4. Russische Maschinenkäufe für das Eisenbahnwesen.
5. Ausfuhr von Eisenbahnschienen aus der UdSSR.
6. Äußerungen von Vertretern der sowjetischen Werkzeugmaschinenindustrie über ihre Reiseeindrücke in Amerika.

Möglichkeit eines Kreditabkommens über 800 M[i.o.] M[ark]...“ untergebracht werden könnten. Vgl. SSSR-Germanija 1933–1941, Dok. 75, S. 134–135.

² Vgl. den Bericht von Rozenol'c vom 22.11.1935 an die Mitglieder der Kommission des Politbüros des ZK der VKP (B) über die Vergabe von Aufträgen an einige Länder (außer an Deutschland). In: RGAĖ, f. 413, op. 12, d. 1753, l. 1–5.

³ Vgl. Dok. 297, Anm. 9.

1. Stimmung der Russen hinsichtlich der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen im Jahre 1936.

Der stellvertretende Leiter der Importabteilung der Berliner Sowjethandelsvertretung Gorski begibt sich auf drei Wochen nach Moskau. Da der Leiter der Handelsvertretung Kandelaki ebenfalls nach Moskau gereist ist, so ist anzunehmen, dass nach ihrer Rückkehr die russische Taktik hinsichtlich der weiteren Realisierung des Wirtschaftsabkommens und vor allem in Bezug auf das neue Jahr 1936 klarer zum Ausdruck kommen wird als bisher.

Inzwischen wird in russischen Kreisen betont, dass man in Moskau keinen allzu großen Eifer hinsichtlich des Programms für das deutsche Russlandgeschäft im Jahre 1936 entfalte. Es wird sogar bezweifelt, ob das Außenhandelskommissariat mit seinen diesbezüglichen Vorarbeiten bereits fertig geworden sei. *Der Grund dafür liege in den unerquicklichen politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion.^{*1} Würden sich diese Beziehungen bessern, so würde man in der Sowjethauptstadt „erleichtert aufatmen und froh sein, endlich die politischen Hemmnisse für einen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen beseitigt zu haben“. Man ist sich darüber klar, dass im deutschen Russlandgeschäft insofern zurzeit eine „eigenartige Lage“ im Entstehen begriffen sei, als der „jahrelange Regulator“ dieses Geschäfts, die russische Verschuldung an Deutschland, fehle. Aber gerade deswegen müsste die deutsche Seite die Abhängigkeit der russischen Einfuhr, d.h. mit anderen Worten der russischen Bestellungen, von der russischen Ausfuhr erkennen und danach handeln. Zurzeit werde die russische Ausfuhr nach Deutschland stark erschwert, die russischen Wirtschaftsorgane „hätten in Deutschland mit soviel Schwierigkeiten steuerlicher und sonstiger Art zu kämpfen“, dass vielfach jede Lust vergehe, Pläne zu schmieden. Die Gesamtsumme der ursprünglich für Deutschland bestimmten Sowjetaufträge, die aber dann in anderen Ländern wegen günstigerer Preise und dergleichen vergeben wurden, wird russischerseits „ganz roh“ auf 40 Mio. RM geschätzt. Diese Schätzung ist indessen, wie die Russen selbst zugeben, sehr annähernd, weil man von hier aus schlecht übersehen könne, welche und wieviel Aufträge bereits in Moskau aus den oben erwähnten Gründen Deutschland entgangen sind. Die Summe soll näher festgestellt werden. Es ist aber anzunehmen, dass sie sich eher erhöhen als verringern werde.

Im Rahmen des „laufenden Geschäfts“ (die bekannten 60 Mio. RM) sind nach russischen Informationen bisher Aufträge für rund 25 Mio. RM vergeben worden. Es verbleibe somit ein Rest von 35 Mio. RM. Von den 25 Mio. RM seien rund ein Drittel gegen Barzahlung vergeben worden.

2. Zur Frage russischer Reichsmarkreserven in Deutschland.

Was die Reichsmarkreserven anbetrifft, die die Russen dadurch angesammelt haben sollen, dass kurz vor der Kündigung des Reichsmarkabkommens² eine forcierte Einfuhr russischer Waren nach Deutschland erfolgte, so wird russischerseits die Summe von RM 30 Mio. als „stark übertrieben“ bezeichnet. Es stimme, dass

¹ Der Satz ist unterstrichen.

² Am 15. Februar 1935; vgl. Dok. 38.

solche Reserven angesammelt wurden, sie seien aber weitaus geringer gewesen und wurden zur Abdeckung der russischen Verschuldung in Deutschland verwendet. (?)

[...]³

Heil Hitler!
Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Der Geschäftsführer
Tschunke

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel des AA: W IV Ru 4505, Eing. 11. Nov. 1935. Unten: H 11 Ru. Auf Kopfbogen des Russland-Ausschusses geschrieben.

PA AA, R 94659, Bl. E 665008-665012, hier Bl. E 665008-665009.

Nr. 278

Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

D/1311

Moskau, den 8. November 1935

Vertraulich.

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Inhalt: * Artikel Rosenholz' über den Außenhandel der UdSSR*¹

In der „Prawda“ vom 7. November 1935 veröffentlichte der Volkskommissar für den Außenhandel der UdSSR, *Rosenholz*², einen Artikel über den Außenhandel der UdSSR mit der Überschrift „Die UdSSR ist das kreditfähigste Land“³. Der Artikel ist in der Anlage in wörtlicher deutscher Übersetzung beigelegt. Er enthält die Feststellung, dass die Erfolge der Sowjetunion auf dem Gebiete des Außenhandels und der Industrialisierung ihre Lage von Grund auf verändert hätten. Die Sowjetunion brauche keine „kurz- und keine mittelfristigen Kredite“ mehr. In ihren Beziehungen zu Deutschland sei die Sowjetunion nicht mehr durch das Vorhandensein einer starken Verschuldung gebunden, nachdem sie seit 1932 über 1½ Milliarden Mark an Deutschland zurückgezahlt habe. Die deutsche Industrie sei jedoch interessiert an sowjetischen Bestellungen, auch sei Deutschland interessiert an gewissen sowjetischen Ausfuhrwaren (Naphta, Flachs, Rauchwaren, Holz u. a. m.), während die Sowjetunion in der Lage sei, diese Waren auch anderweitig abzusetzen. Offensichtlich *sei der Zeitpunkt gekommen, die Handelsbeziehungen zu Deutschland auf einer neuen Grundlage aufzubauen“.*⁴

³ Die Punkte 3 bis 6 (Bl. E 665009-665012) der Vorlage werden hier nicht abgedruckt.

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Der Name ist unterstrichen.

³ „SSSR – samaja kreditosposobnaja strana“. In: Pravda vom 7. November 1935, S. 5.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

Da der erwähnte Artikel erst gestern erschienen ist, ergab sich bisher noch nicht die Möglichkeit, Herrn Rosenholz persönlich danach zu fragen, was er sich unter den „neuen Grundlagen der Handelsbeziehungen zu Deutschland“ vorstelle. In einer Unterhaltung jedoch, die Legationsrat Hilger mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung des Außenkommissariats⁵ über den Artikel Rosenholz' zu führen Gelegenheit hatte, erklärte dieser, dass seines Wissens der Volkskommissar mit seinen Ausführungen den Zweck verfolgt habe, darauf aufmerksam zu machen, dass durch die Rückzahlung der sowjetischen Schulden an Deutschland bei dem gegenwärtig gesteigerten Interesse Deutschlands an gewissen sowjetischen Exportwaren das gegenseitige Wirtschaftsverhältnis ein anderes Gesicht bekommen habe, bezweifle aber, dass der Volkskommissar sich „unter den neuen Grundlagen, auf denen die Handelsbeziehungen zu Deutschland aufgebaut werden müssten“, bereits etwas Konkretes vorstelle. Der Volkskommissar habe vermutlich andeuten wollen, dass jetzt die Reihe an Deutschland gekommen sei, der Sowjetunion entsprechende Vorschläge zu machen. Im Übrigen könne er auch von sich hinzufügen, dass die Sowjetregierung solche Vorschläge *gern erwarte*⁶.

Aus dem sonstigen Inhalt des Artikels von Rosenholz ist seine Feststellung beachtlich, dass die gesamte äußere Verschuldung der Sowjetunion bis Ende 1935 nur noch 100–120 Mio. Rubel betragen werde, sowie die Bemerkung, dass die Sowjetunion im Jahre 1935 – neben einer aktiven Handelsbilanz – auch eine aktive Zahlungsbilanz haben werde.

Dazu erfahre ich aus der gleichen Quelle, dass die Sowjetregierung beabsichtige, demnächst nicht nur ihre Zahlungsbilanz zu veröffentlichen, sondern in absehbarer Zeit auch den Umfang ihrer Goldproduktion bekanntzugeben.

Zu der Frage der von Rosenholz erwähnten Einschränkung der Tätigkeit des „Torgsin“ bemerkte der Gewährsmann der Botschaft, dass darunter nicht etwa eine völlige Auflösung des Torgsin, sondern eine Beschränkung seiner Operationen auf Überweisungen aus dem Auslande, die Versorgung der ausländischen Touristen und die Befriedigung der Bedürfnisse der diplomatischen Vertretungen verstanden werden müsse. Eine völlige Aufhebung des „Torgsin“ könne erst eintreten, wenn der Sowjetrubel endgültig stabilisiert und in eine feste Relation zum Goldwert gebracht worden sei. Mit einer solchen Maßnahme habe es aber die Sowjetregierung im Augenblick nicht eilig.

Schulenburg

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel des AA: W IV Ru 4546, Eing. 13. Nov. 1935. Unten: H 6 Ru (H 11 Ru) und Paraphe R[oedigers] 14/XI. Am Seitenrand Hinweis zur Weiterleitung an das Reichswirtschafts-, Reichsfinanz- und Reichsernährungsministerium von B[räutigam] 15/XI.

PA AA, R 94616, o. P., 3 Bl.

⁵ Boris Danilovič Rozenbljum.

⁶ Der Text ist unterstrichen und der letzte Satz außerdem am Seitenrand angestrichen.

Nr. 279
**Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA
und das Reichskriegsministerium**

Deutsche Botschaft
Militär- und Luftattaché

Moskau, den 11. November 1935

Beilage I zum Bericht Nr. 35/35.¹

[Betr.:] Parade am 7.11.35 (Vorbericht)²

Über die Parade werde ich genauer berichten, wenn nach eingegangenen Nachrichten, besonders nach Entwicklung des Films und der Photos, die von befreundeter Seite für mich aufgenommen wurden, eine Auswertung erfolgt ist. Bei der Parade selbst durften, wie immer, keinerlei Notizen gemacht werden.

Es kann aber schon jetzt gesagt werden, dass nach übereinstimmender Auffassung sämtlicher Militärattachés etwas Neues an Konstruktionen bei der Parade nicht gezeigt wurde, es sei denn eine auffallend lange Kanone, über die sich alle noch nicht klar geworden sind.

Verlauf, ungefähre Reihenfolge unterschieden sich in nichts von dem seit Jahren Gebotenen. Bei der Novemberparade wird gegenüber der Maiparade erfahrungsgemäß weniger geboten. So war dieses Mal die Anzahl der gezeigten Geschütze und einiger anderer Teile geringer als bei der letzten Parade im Mai.

Die Vorführung der Luftwaffe fiel infolge starken Nebels aus. **Wie mir der französische Luftattaché³ mitteilt, sollten [...] ⁴ Flugzeuge (im Mai 1935–763) teilnehmen. Eine neue Type wäre nicht darunter gewesen. **⁵

Die Rede Woroschilows stand unter dem Zeichen des Lobes des Erreichten auf allen Gebieten; die Erfolge der Kolchosenwirtschaft wurden besonders hervorgehoben, und selbst das bekanntlich nachhinkende Transportwesen soll einen mächtigen Sprung vorwärts gemacht haben. (Die tägliche Beladungsziffer der Güterwagen war zu Ehren des Tages auf 86.000 gestiegen, während sie sich in den vorhergehenden Wochen etwa um 75.000 gehalten hatte.) Sonst brachte die Rede die alte Versicherung des unbeugsamen Friedenswillens gegenüber der ganzen Welt. Eine schärfere Tonart nahm sie nur an, als er dem Feind drohte, der die „heiligen“ (!) Grenzen des proletarischen Reiches überschreitet. „Die Armee würde ihn dort schlagen, woher er gekommen sei.“

Der an die Parade stets anschließende Aufmarsch der Arbeiter war in diesem Jahr mit 1,75 Millionen vielleicht zahlenmäßig geringer. Wie ich höre, soll zum ersten Mal in den Werken die „freiwillige“ Beteiligung nicht als Pflicht für jeden erklärt, der Druck zur Teilnahme schwächer gewesen sein.

¹ Der Bericht ging im AA am 13.11.1935 unter der Nummer 2609 ein und enthielt als dritte Beilage noch den Luftbericht Nr. 25/35. In: PA AA, R 30101a, Bl. 152.

² Im Bestand des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda existiert die Abschrift eines Botschafts-Berichtes vom 11.11.1935 an das AA, der jedoch nicht vollständig ist; vgl. BArch R 58/581, Bl. 59–61. Inhaltlich unterscheidet der überlieferte Teil sich nicht von dem vorliegenden Vorbericht Köstrings.

³ Pierre Marcel Donzeau.

⁴ Zahl nicht erkennbar; Vorlage ist durch Brand beschädigt.

⁵ Dieser Satz fehlt in der Veröffentlichung.

Im Vergleich zu dem vor 3 Jahren Gesehenen waren die Zehntausende von mitgeführten Plakaten, Losungen und karikaturistischen Attrappen von einer weit milderer Tendenz. Das Kämpferische der früheren Zeit, besonders die ständige Requisite: der Kapitalist, betrunkenen Popen und der grausige General fehlten ganz. Verherrlichung „unseres angestammten genialen Führers und Freundes“ Stalin, der „eiserne“ Woroschilow waren am meisten zu sehen. Das jetzt so glückliche Leben des satten Volkes, **⁶ der Ausbau Moskaus zur Gartenstadt und andere Requisiten, die eigentlich nur dem braven Bourgeois zustehen, waren am meisten vertreten. Ein direkt gegen Deutschland gerichtetes Plakat habe ich nicht gesehen; in einigen Taktlosigkeiten ging es gegen den „Faschismus“ im allgemeinen; da diese das Hakenkreuz trugen, waren wir damit gemeint.⁷

Mit nicht sehr zahlreichen und auffallenden Plakaten, die „Freiheit“ für Thälmann forderten, kam dieser etwas schlecht weg.

Köstring

Beilage II zum Bericht Nr. 35/35.

[Betr.:] Aufnahme seitens russischer Dienststellen.

Nachdem ich jetzt Gelegenheit hatte, mit einer größeren Anzahl sowjetischer offizieller Persönlichkeiten öfters bei offiziellen Anlässen und beim Empfang am 7.11. zusammen zu sein, kann ich meine Eindrücke über die Aufnahme meiner Ernennung zum Militärattaché zusammenfassen.

Ich schicke voraus, dass von Seiten ausländischer diplomatischer Kreise mir gegenüber eine begreifliche Neugier und Interesse entgegengebracht wurde, die sich auf meine frühere hiesige Tätigkeit bezog. Es mag das falsche Gerücht dazu beitragen, dass ich als „der alte Instrukteur“ der Roten Armee gelte. Am prägnantesten war wohl die Neugier seitens des französischen Militärattachés⁸ zu erkennen. **Zum Erstaunen des schwedischen Militärattachés⁹ suchte er diesen, nachdem er über ein Jahr von ihm keine Notiz genommen hatte, auf zu dem einzigen Zweck, bei ihm festzustellen, welche Gründe für meine erneute Ernennung maßgebend gewesen sind. **¹⁰

Ich glaube, meine häufigen Erklärungen, dass ich seinerzeit nur wegen Stellenmangels in der kleinen Reichswehr ausscheiden musste, werden beruhigend gewirkt haben.

Bei der russischen Seite möchte ich unterscheiden zwischen der, besonders anfangs, gezeigten Zurückhaltung, korrekter Liebesswürdigkeit und der allmählich größer werdenden Aufgeschlossenheit, besonders wenn es gelingt, jemand einzelnen,

⁶ An dieser Stelle sind in Klammern zwei Ausrufungszeichen eingefügt.

⁷ Das AA schickte Anfang Dezember eine Reihe von Berichten der deutschen Konsulate und Generalkonsulate in der UdSSR über die Revolutionsfeiern an das Reichs- und Preussische Ministerium des Innern, das Reichskriegsministerium und an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Auch aus diesen Berichten war, wie Roediger schrieb, „zu ersehen, dass sich die maßgebenden Stellen in der Sowjetunion bei ihren üblichen Ausfällen gegen Deutschland in diesem Jahre immerhin eine größere Zurückhaltung auferlegt haben, als es in früheren Jahren der Fall war“. Vgl. Schreiben Roedigers vom 7.12.1935. In: BArch, R 58/581, Bl. 72.

⁸ Louis Simon.

⁹ Gustav Magnus von Stedingk.

¹⁰ Dieser Satz fehlt in der Veröffentlichung.

ohne Beobachtung zu sprechen. Ich glaube, nicht fehl zu gehen, wenn ich den Ton kühlerer Korrektheit auf Anweisung von „oben“ zurückführe. Dieses befohlene, oft ungeschickte Verhalten schwindet aber unter der geeigneten Behandlung und vor allem vor der unbedingt anerkannten geistigen Überlegenheit des deutschen Offiziers. Nur bei wenigen konnte ich diese Feststellung bei längerer Unterhaltung nicht machen. Ich möchte bitten, es nicht als eigene Überschätzung meiner Person und Fähigkeiten aufzufassen, ist es doch nicht mein Verdienst, dass ich jahrzehntelang in diesem Lande gelebt, das Volk kenne und dadurch mit ihm „kann“. Es mag sein, dass manche *politischen Äußerungen* mir gegenüber auch unter der falschen Voraussetzung getan wurden, dass der deutsche Militärattaché politisch tätig ist. *Denn die sowjetrussischen Militärattachés können, wie ich aus authentischer Quelle höre, politisch unabhängig von den Missionschefs mit eigener Chiffre berichten.*¹¹

Die offiziellen Meldungen waren begleitet von den üblichen Schwierigkeiten, Ausflüchten, unrichtigen Auskünften. Nachdem mir, ohne dass ich darum gebeten hätte, ein Empfang seitens des Volkskommissars für Verteidigung zugesagt war, bin ich anscheinend mit dem Empfang bei seinem Stellvertreter Tuchatschewskij und dem Chef des Generalstabs Jegorow „abgefunden“. Der Chef der Luftflotte¹² ist abwesend. Es trifft auch zu, dass Woroschilow nach meiner Ankunft mit den französischen, pp. Delegationen im Manöver¹³ dauernd unterwegs war und erst jetzt vom Urlaub zurückgekehrt ist. Bei der üblichen Begrüßung der Militärattachés bei der Parade war keine Zeit für längere Unterhaltungen mit Woroschilow. Er begnügte sich mit einigen sehr freundlichen Willkommensworten – auf Empfängen erschien er nicht. Jegorow ist in politischen Äußerungen immer feige gewesen; er kaufte sich durch Ausfragen über meine Reisen und langes Händeschütteln von unbequemen Äußerungen los. *Bemerkenswert war Tuchatschewskij, mir seit langem in seiner an Überheblichkeit grenzenden Zurückhaltung bekannt. Angeblicher Franzosenfreund. Jetzt aufgeschlossen, außerordentlich liebenswürdig in Ton, Äußerungen, Interesse für die ihm bekannten deutschen Offiziere, von ganz verändertem Benehmen gegen früher.*¹⁴ Am 7.11. hatte ich dann Gelegenheit, die meisten der früheren Persönlichkeiten der Armee zu sprechen. Ich kann die Äußerungen, die vielfach so übereinstimmend waren, dass man wieder auf den Gedanken einer Instruktion von höherer Stelle kommt, das oben geschilderte, allmählich größere Entgegenkommen kurz zusammenfassen:

Größte Hochachtung vor der deutschen Armee, der man, wie schon immer, alles und jedes an Fähigkeiten und Können zutraut. Über die Möglichkeiten des Tempos unseres militärischen Aufbaus, die Leistungsfähigkeit der Industrie bestehen oft groteske Vorstellungen. Nach der Meinung vieler steht die Armee schon jetzt fertig, wie geplant, da.

Fast alle drücken ihr Bedauern über die veränderten Beziehungen zwischen den beiden Armeen aus. Die Befürchtung vor kriegesischen Absichten unsererseits klang durch, ebenso wie die Nutzlosigkeit eines Krieges für beide Völker. In diesem Zusammenhang kam der Hinweis auf die Errungenschaften und Erfolge des russischen Aufbaus, die materielle Stärke der Roten Armee – sie „machten sich stark“ uns gegenüber – zum Ausdruck. Auch der angeblich glückliche Kolchos-Bauer, der

¹¹ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

¹² Jakov Ivanovič Alksnis.

¹³ Vgl. Dok. 240.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

jetzt etwas zu verteidigen hätte, fehlte nicht. (Ausschlaggebende Persönlichkeiten glauben nach meinen bestimmten Eindrücken nicht an die Überheblichkeit des Lobes der tschechischen und französischen Delegationen; „es bleibt bei uns noch viel zu tun übrig“, lautete die richtige Erkenntnis.)

*Politische Themen, außer gelegentlichen Äußerungen „wir finden schon wieder zusammen“, wurden mir gegenüber kaum berührt.*¹⁵ Ich wich ihnen mit dem Hinweis aus, dass ich ja nur Soldat wäre.

Als bezeichnend möchte ich die Äußerung des Kommandierenden der Panzerstreitkräfte¹⁶ im Range eines Armeeführers (4 Rhomben) anführen: „Nie werde ich Dankbarkeit für alles, was ich in unserer Zusammenarbeit gelernt habe und die vielen Freunde, die ich bei Ihnen hatte, vergessen.“

Als charakteristisch für die Unkenntnis unserer Verhältnisse, die nur durch die sowjetische Presse bekannt werden, möchte ich die Worte des Reiterführers Budjonnyj anführen, der zu den populärsten und markantesten Persönlichkeiten der Sowjetunion gehört. Zwischen uns bestand, vom reiterlichen Gebiet ausgehend, früher eine gewisse Intimität. Bei der ersten Begegnung sagte er mir, nachdem er mich lange gemustert hatte: „Sie sind ja gar nicht faschistisch gefärbt“ (!) – er meinte, dass ich den Generalsrock trage und nicht das braune Hemd. Und als wir uns nach längerem Gespräch trennten: „Ich freue mich, dass Sie hier sind. Ich habe schon immer Angst gehabt, dass man Ihnen zu Hause... (hier folgte ein nicht wiederzugebender Ausdruck des rauen Kriegers, der sich auf die Sterilisation bezog). Aber darüber darf ich nicht reden.“

Köstring

Eigenhändige Unterschriften. Auf beiden Beilagen Stempel: Geheim. Auf Vorlage Brandschäden. Dies ist die zweite Ausfertigung.

PA AA, R 30101a, Bl. 153-159.

Veröffentlicht in: General Ernst Köstring, S. 157–161.

Nr. 280

Schreiben des Leiters des Büros für Internationale Information des ZK der VKP (B) Radek an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

[11.11.1935]

Lieber Genosse Stalin,

1. *Ich schicke Ihnen eine knappe Darlegung dessen, was ich in der internationalen Lage an Neuem sehe, da es uns betrifft. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mich empfangen und hinsichtlich der Einschätzung der Lage Hinweise geben würden*¹. Ich habe nicht die Möglichkeit, mich tagtäglich an Sie mit Fragen zu

¹⁵ Der Satz ist unterstrichen.

¹⁶ Innokentij Andreewiĉ Chalepskij.

¹ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen. Diese und die weiteren Unterstreichungen stammen von Poskrebyšev.

wenden, man muss jedoch die Situation verstehen, selbst dann, wenn man nicht alles über sie schreibt. Davon hängt ab, was zu veröffentlichen ist und was nicht, was zu schreiben ist und was nicht usw. Mir scheint, dass gegenüber Deutschland ein ruhigerer, ernsthafterer Ton angeschlagen werden sollte, vielleicht eine neue Argumentation gegenüber Polen notwendig ist (sich in ihre außenpolitische Diskussion einzumischen), dass große Zurückhaltung in den französischen Angelegenheiten und Druck auf die Engländer in der Presse nötig sind, um eine Annäherung zu versuchen; für die **Klärung**² all dessen muss ich Ihre Einschätzung der Lage kennen.

2. *Ich bitte um ein Treffen, um mit Ihnen auch die Stellung des BMI³ zu klären*⁴. Ich habe zwei Jahre lang von Ihnen keine das Büro betreffenden Weisungen erhalten. Ich weiß nicht, ob unsere Arbeit für Sie von Nutzen ist, welche Veränderungen Sie in dieser Arbeit fordern. Ich selbst habe einen Plan, die Tätigkeit des Büros zu reformieren, den ich Ihnen gern unterbreiten würde. Es gibt Fragen zum Personal und zu organisatorischen Fragen. Sich mit diesen Fragen an die anderen Sekretäre des ZK zu wenden ist schwierig, weil sie sich wenig für die internationalen Belange interessieren.

*Seien Sie so freundlich mich zu benachrichtigen, ob Sie mich in nächster Zeit empfangen können*⁵.

Mit herzlichem Gruß

*K. Radek*⁶

Moskau, 11.XI.35

1 Anlage⁷

EINIGE BEMERKUNGEN ZU DEN NÄCHSTEN PERSPEKTIVEN
DER INTERNATIONALEN ENTWICKLUNG UND ZUR STELLUNG DER UdSSR

1. Der Krieg um Abessinien und die englisch-französischen Beziehungen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Krieg um Abessinien nicht nur die Möglichkeit einer Umgruppierung zwischen den imperialistischen Mächten in sich birgt, sondern auch die Möglichkeit großer Erschütterungen. Als wir über die Um-

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

³ Das Büro für Internationale Information (BMI) wurde auf Beschluss des Politbüros vom 1.4.1932 gegründet. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 3, d. 878, l. 5. Ein vorrangiges Tätigkeitsgebiet des BMI bestand darin, geheime thematische Berichte und Mitteilungen auszuarbeiten, die einem eng begrenzten Personenkreis (1933 waren es 24 Personen) zugestellt wurden. Es war verboten, Materialien des BMI in persönlichen Archiven aufzubewahren. Sie unterlagen der Rückgabe in festgelegten Fristen und zwar „von den Genossen persönlich, an die sie adressiert sind, oder von deren Vertrauenspersonen“. Die Personen, die in den Verteilerschlüssel für Materialien des BMI aufgenommen wurden, erhielten das Recht, „nur einem engen Kreis von Mitarbeitern, Mitgliedern der VKP (B), mit deren Inhalt bekannt zu machen, der dies aufgrund der Tätigkeit benötigt“. In: RGASPI, f. 17, op. 114, d. 567, l. 9.

⁴ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

⁵ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen. In der Besucherliste für Stalins Arbeitszimmer im Kreml vom Herbst 1935 und in der Folgezeit ist der Name Radeks nicht verzeichnet. Vgl. Na prieme u Stalina, S. 691.

⁶ Der Name ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

⁷ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

gruppierung nachdenken, hatten wir anfänglich in erster Linie die Möglichkeit einer italienisch-deutschen Absprache im Auge. Die Hinweise des ZK, dass die Bildung von zwei Ententen möglich ist, nämlich einer italienisch-französischen und einer englisch-deutschen⁸, haben uns im ersten Moment verblüfft. Aber der weitere Gang der Ereignisse bestätigte vollkommen die Existenz einer solchen Tendenz. Englische und französische imperialistische Schriftsteller sprechen offen über sie. Der alte französische Diplomatieschriftsteller Saint-Brice⁹ schreibt im „Journal“ anlässlich des monarchistischen Plebiszits in Griechenland, hinter dem zweifellos England steht: „Die englisch-französischen Missverständnisse entsprangen der Entscheidung Englands, unter keinen Umständen ein eigenständiges italienisch-französisches Abkommen im Mittelmeer zuzulassen.“

Diese Tendenz zu einem italienisch-französischen Abkommen liegt auf der Hand. Wenn Italien aus dem Krieg unbefriedigt herausgeht, so wird es entweder bei Deutschland oder bei Frankreich Unterstützung suchen. Es wird Frankreich mit einem Abkommen mit Deutschland erpressen, um damit in Zukunft die Unterstützung Frankreichs gegen Großbritannien zu erhalten. Und Frankreich wird seinerseits bei jedem Schwanken Großbritanniens mit einem Abkommen mit Italien drohen.

Dass es diese Tendenz gibt, ändert nichts an der Tatsache, dass es den Engländern im gegenwärtigen Stadium gelungen ist, Frankreich zu zwingen, auf Sanktionen gegen Italien und auf ein Meeresabkommen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Mittelmeer einzugehen. Wir kennen nicht die Details dieses Abkommens, zwei Tatsachen sind jedoch offensichtlich: [erstens], Großbritannien hat den Preis für dieses Abkommen noch nicht bezahlt und keine endgültigen Verpflichtungen zum Schutz Frankreichs vor Deutschland übernommen, zweitens ist dieses Abkommen anscheinend recht seriös, da das Sprachrohr des italienischen Außenministeriums¹⁰, Gayda, von einer veränderten Lage im Mittelmeer spricht, die im Gefolge dieses Abkommens eingetreten sei.

Französische und englische Militärkreise bemühen sich darum, die französisch-englischen Unstimmigkeiten mit dem Abschluss eines Bündnisses dieser Mächte zu beenden. Es ist bekannt, dass Austen Chamberlain, Churchill, der Führer der **Unbeugsamen**¹¹ Lloyd¹², die Führer der Isolationisten Lord Beaverbrook und Rothermere auf dem Standpunkt stehen, dass ein englisch-französisches Bündnis notwendig ist. Die Kräfte, die für ein englisch-französisches Bündnis eintreten, sind in England und in Frankreich sehr einflussreich. Solange sich diese Strömung nicht endgültig durchsetzt, ist ein Platzen des Abkommens möglich.

2. *Die englisch-französische Annäherung und Deutschland.*¹³

Nehmen wir aber an, dass die durch den Abessinienkrieg hervorgerufenen englisch-französischen Unstimmigkeiten durch eine länger andauernde englisch-

⁸ Vgl. Dok. 223.

⁹ Pseudonym für Louis de Saint-Victor de Saint-Blancard.

¹⁰ Gemeint ist die Zeitung „Il Giornale d'Italia“, dessen Chefredakteur Gayda war.

¹¹ Das Wort ist mit Bleistift über die Zeile geschrieben.

¹² Gemeint ist David Lloyd George.

¹³ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

französische Absprache in der Art einer Entente beendet werden, welche Ziele wird dieses Abkommens haben? Im Mittelmeer wird es darauf gerichtet sein, Italien zu binden, im Nordmeer Deutschland. Dieses kann erreicht werden entweder durch ein offen gegen Italien und Deutschland gerichtetes englisch-französisches Bündnis, oder durch die Schaffung von zwei Dreiecken in der Art von Locarno: a) ein englisch-französisch-deutsches im Norden und ein englisch-französisch-italienisches im Süden (diese beiden Dreiecke könnten in einem Vierer-Pakt, so wie ihn Mussolini vorgeschlagen hat, vereinigt werden). In diesen Dreiecken, oder in diesem Vierer-Pakt, müsste sich Frankreich verpflichten (durch eine stille Absprache), immer mit England zu gehen. Aber es ist klar, sollte es zu einem Abkommen vom Typ Locarnos kommen, d.h. zu keinen offenen Bündnissen, die sich gegen Italien und Deutschland richten, käme man nicht umhin, ihnen für die Einschränkung ihrer revisionistischen Tendenzen gewisse Kompensationen zu gewähren. Bereits jetzt ist klar, dass England eher dafür ist, Deutschland Kompensationen zu gewähren, und Frankreich eher dafür ist, Italien Kompensationen einzuräumen.

*Um welche Kompensationen kann es sich dabei handeln.*¹⁴ Das Feld für Kompensationen für Italien ist Abessinien und andere koloniale Umverteilungen in Afrika, das Feld für Kompensationen für Deutschland umfasst: a) Zugeständnisse Englands und Frankreichs auf dem Gebiet der Handelspolitik, b) Kredite, c) die Legalisierung der deutschen Rüstungen, d) die Rückgabe der Kolonien (das neueste Buch von Rohrbach über die kolonialen Forderungen Deutschlands¹⁵ enthält Angaben, die davon zeugen, dass die Vorarbeiten zur Übergabe von Kolonien an Deutschland weiter vorangetrieben worden sind, als wir angenommen haben).

Sowohl England als auch Frankreich spielen gegeneinander die deutsche Karte aus. Die Erklärung Baldwins in seiner Rede in Worcester¹⁶, wonach ein Scheitern der Sanktionen eine Reformierung *des Völkerbundes unter Einbeziehung Deutschlands nach sich ziehen müsse, hat eine ganz klare Bedeutung. Deutschland kehrt dann in den Völkerbund zurück, wenn der Völkerbund es nicht in seinen Bestrebungen und bei der Expansion stört¹⁷. Genauso antwortete die deutsche Presse Baldwin auf sein Lockangebot. Die Reise von de Brinon zu Hitler¹⁸ und die beabsichtigte Reise Ribbentrops nach Paris zeigen, dass Laval in genau die gleiche Richtung arbeitet. Angesichts dessen, dass der Locarno-Vertrag mit dem endgültigen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund seine juristische Grundlage verlor, sind in nächster Zeit Verhandlungen Großbritanniens und Frankreichs mit Deutschland unausweichlich.

¹⁴ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

¹⁵ P. Rohrbach: Deutschlands koloniale Forderung, Hamburg 1935.

¹⁶ Am 19.10.1935. Ein Auszug in: Documents on International Affairs, 1935, Bd. II, London 1937, S. 330–333. Vgl. auch: „Mr. Baldwin at Worcester. No isolated action against Italy. Government's devotion to peace“. In: The Times vom 21. Oktober 1935, S. 8.

¹⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁸ Hitler empfing de Brinon am 18.10.1935. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 384, S. 766–767.

3. *Die englisch-französische Annäherung und die Interessen der UdSSR.*¹⁹

Es ist klar, dass eine Annäherung zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland für uns zurzeit in Europa die Hauptgefahr darstellt, selbst dann, wenn es zu keinen direkten gegen uns gerichtete Abkommen kommen sollte. Allein die Tatsache eines neuen „Locarno“-Vertrages mit Italien oder ohne Italien, der dessen Lage im Westen regelt, *würde die Bedeutung unseres Paktes mit Frankreich²⁰ mindern und die deutschen Expansionstendenzen gegenüber der Tschechoslowakei und uns gegenüber verstärken. Noch schlechter wäre es, wenn es Frankreich gelänge, Deutschland hinsichtlich der Tschechoslowakei zu binden*²¹. Deutschland bliebe dann nur die Ostrichtung übrig.

Nicht weniger wichtig sind die innenpolitischen Folgen eines solchen Abkommens in Frankreich. Man darf den Friedenswunsch der französischen Bauern und den Hass der französischen reaktionären Bourgeoisie auf uns nicht unterschätzen. In der italienischen Frage hatte Laval zweifellos die Stimmung des Bauern, der einen Krieg befürchtet, auf seiner Seite. Deutschland demonstriert beständig seinen Wunsch nach Frieden mit Frankreich. Das bleibt nicht ohne Wirkung. Wenn es sich auf einen neuen, feierlichen Vertrag mit Frankreich einlässt, und mehr noch, wenn es einem neuen, reformierten Völkerbund beitreten sollte, so würde dies unsere Chancen in Frankreich bedeutend schmälern. Die letzten Wochen zeigten, welch ein wirksamer Bremsapparat sich in den Händen der französischen Bourgeoisie befindet, wenn sie den Anschein erweckt, als ob sie für die Sache des Friedens kämpfe. Bereits jetzt besteht in diesen Kreisen das Hauptargument der gegen uns erhobenen Anschuldigung darin, dass wir einen Krieg gegen Deutschland wollen, um mit dem Faschismus Schluss zu machen (zu meiner Verwunderung erfuhr ich vom Sekretär der französischen Radikalen Partei Ljarž²², der hier war, dass dieses Argument *auch einen Teil der Radikalen überzeugt). Wenn man obendrein berücksichtigt, dass sich alle unsere Beziehungen mit Frankreich unter der Kontrolle Englands befinden, so drängen sich pessimistische*²³ Schlussfolgerungen auf. Die Kämpfe in Frankreich liefern noch innenpolitische Momente für eine Verschlechterung der Beziehungen Frankreichs mit uns. Die wütenden Artikel von de Kérillis im „L'Écho de Paris“, der *Herriot zum Feind des Volkes dafür erklärte, weil er in London auf einem Meeting der Gesellschaft der Freunde der UdSSR gemeinsam mit Pierre Cot und Vaillant-Couturier aufgetreten war, zeigen die große Verschärfung uns gegenüber (im vergangenen Jahr hat selbiger de Kérillis in der gleichen Zeitschrift eine Reihe von Artikeln über die UdSSR im Sinne einer Annäherung an uns veröffentlicht, die einen großen Einfluss auf die Rechten*²⁴ hatten. (Jetzt fordert de Kérillis eine Verbesserung des Verhältnisses zu Polen, als ... einer antideutschen Macht).

All das bedeutet nicht, dass ich an die Möglichkeit einer festen französisch-deutschen Annäherung oder gar an ein Bündnis gegen uns denke. Solch eine An-

¹⁹ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

²⁰ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

²¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

²² So im Dokument; es handelt sich um Robert Lange.

²³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

näherung würde für Frankreich bedeuten, auf seine Bündnispartner in Europa zu verzichten, und *solch ein Bündnis würde Frankreich generell auf den zweiten Platz verweisen. Außerdem würden die gleichen Rechten, die heute für eine Annäherung mit Deutschland sind, es morgen, falls es in den Krieg gegen uns eintreten und sich dieser Krieg hinziehen sollte, im Hinterland angreifen, um seine Schwächung auszunutzen*²⁵. Vorerst ist jedoch eine Verschlechterung der Bedingungen für unsere Annäherung an Frankreich festzustellen, und Laval legte den Pakt, nachdem er ihn mit uns ratifiziert hatte²⁶, in die Schublade.

4. *Deutschland und die UdSSR.*²⁷

In Deutschland sind keinerlei Veränderungen im Verhalten uns gegenüber erkennbar. In der Reichswehr und in der Bourgeoisie sind keine Kristallisationspunkte für eine Annäherung an uns sichtbar. Das Gerede darüber, dass es unbekannt sei, gegen wen Deutschland aufrüstet, ist eine Selbsttäuschung. Es rüstet in erster Linie gegen uns auf. Das bedeutet nicht, dass es nicht mit uns Wirtschaftsgeschäfte abschließen oder eine papierne [Erklärung] zur Verbesserung der politischen Beziehungen mit uns abgeben kann. Man muss aber sehen, wie die Dinge stehen, nicht aber den eigenen Wunsch als Möglichkeit ausgeben, wie dies einige unserer diplomatischen Vertreter tun.

5. Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und die UdSSR.

*Alle Meldungen der französischen Presse über bevorstehende Veränderungen in der polnischen Außenpolitik sind Agitation, nicht aber die Widerspiegelung von Tatsachen.*²⁸ Genauso wie auch die Behauptungen der gleichen französischen Presse unbegründet waren, dass die Polen bereits ein Bündnis mit Deutschland abgeschlossen hätten, sind auch die Behauptungen unbegründet, dass in der polnischen Außenpolitik wesentliche Veränderungen bevorstünden. Ich habe darüber in der Einleitung zu den Äußerungen der polnischen Presse ausführlicher geschrieben (versandt am 10.XI.)²⁹ und werde meine Argumentation nicht wiederholen. Ich sage nur, dass die Polen das Demonstrative ihrer Annäherung an Deutschland abschwächen, ihre Beziehungen mit Frankreich festigen und vielleicht versuchen werden, die Atmosphäre uns gegenüber „zu entspannen“. Solange Deutschland nicht durch die Situation gezwungen wird, sich gegen Polen zu wenden, können wir jedoch nicht mit einer ernsthaften Annäherung an Polen rechnen. Als ich 1933 mit Beck die Ihnen bekannten Gespräche führte³⁰, war das keine List. Sie befürchteten bereits damals, dass Deutschland sie als Zielscheibe auswählen werde. Ein Umschwung trat ein, als sie sahen, dass Deutschland nicht beabsichtigt, sich in erster Linie gegen sie zu wenden. Die Militärs blieben Deutschland gegenüber noch

²⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²⁶ So im Dokument; gemeint ist die Unterzeichnung. Der sowjetisch-französische Beistandsvertrag wurde am 26.3.1936 von Frankreich ratifiziert.

²⁷ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

²⁸ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

²⁹ Gemeint ist offenbar das Bulletin des BMI.

³⁰ Offenbar sind die Gespräche gemeint, die Radek während seines Aufenthaltes in Polen im Juli 1933 mit Beck geführt hatte. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 172, Anm. 10, S. 576.

misstrauisch, der beste Beweis dafür ist 1934 der Bau der strategischen Straße in Richtung Ostpreußen, aber ein ernstes Einschwenken zu uns wird es nicht geben, solange Deutschland nicht ernsthaft gegen sie vorgeht.

*Die Ernennung Hodžas zum Premierminister der Tschechoslowakei ist ein Symptom dafür, dass reaktionäre Kreise in der Tschechoslowakei zu Maßnahmen greifen, um unsere Beziehungen mit der Tschechoslowakei auszubremsen. Hodža ist ein starker Mann, Führer der Kulaken-Partei und Konkurrent von Beneš.*³¹

Auch in Rumänien verschärfen sich die Stimmungen gegen Titulescu. Und er selbst kann nicht ignorieren, was in Frankreich geschieht.

6. *Die japanische Gefahr.*³²

*Viele unserer Genossen meinen, dass der Kampf Japans um den Norden Chinas ein Beweis dafür sei, dass wir in nächster Zeit nichts von seiner Seite zu befürchten hätten.*³³ Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf die Dislozierung der japanischen Truppen. An der Südwest-Front, d. h. gegen China, haben sie höchstens 15% jener Truppen stehen, die sie im Norden gegen uns richten. Die Situation würde sich verständlicherweise verändern, wenn die Aufhebung des mit Silber gestützten Geldsystems in China³⁴ *der Auftakt für eine Keilerei zwischen den Engländern und den Japanern werden würde. Vorerst ist es unwahrscheinlich, dass sich die Engländer in eine ernsthafte Keilerei in China einlassen werden, ohne vorher den Mittelmeer-Knoten zu entwirren*³⁵.

*K. Radek*³⁶

10.X.1935³⁷

*Vermerk A.N. Poskrebyševs mit blauem Farbstift: Gen. Radek mitteil[en]
Vermerk des Sekretärs mit Bleistift: Mitteil[ung] an Gen. Radek ist erfolgt.*

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 793, l. 59–66. Original.

³¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

³² Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

³³ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

³⁴ In China wurde 1935 eine Währungsreform durchgeführt. Der Silber-Yuan wurde aus dem Geldverkehr genommen und durch Papiergeld ersetzt. Die Währung wurde vom Silberstandard auf Goldbasis umgestellt (ohne Fixierung des Goldgehaltes des Yuan).

³⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

³⁶ Der Name ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

³⁷ So im Dokument; richtig: 10.XI.1935.

Nr. 281

Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den 1. Sekretär
der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin

GEHEIM

PERSÖNLICH

11. November 1935

UdSSR NKID
2. Westabt[eilung]
Nr. 15127¹

AN DIE
BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. E.A. GNEDIN

Lieber Evgenij Aleksandrovič,

am 1. d. M. habe ich die Arbeit wieder aufgenommen, und zurzeit versinke ich völlig in ihr. Die Verhandlungen mit den Tschechen zum Abschluss einer Konsularkonvention² nehmen den größten Teil meiner Zeit in Anspruch. Die endlosen abendlichen Gesellschaften ermüden mich sehr.

Tippelskirch³ beendet jetzt seine [Antritts]Visiten, er war bereits bei unserer Leitung und in der Abteilung. Anfangs verhielt ich mich ihm gegenüber recht trocken, als ich jedoch bemerkte, dass dies bei ihm Wirkung zeigte, veränderte ich ihm gegenüber etwas meinen Ton.

Tippelskirch wird es ziemlich schwer haben, sich zu akklimatisieren, in erster Linie an das gesellschaftliche Leben, da er in Berlin offenbar nicht sein Arbeitszimmer verlassen hat.

Was Twardowski⁴ betrifft, so bitte ich zu beachten, ihn zu unseren Empfängen einzuladen.

Damit ende ich vorerst.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Štern

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl. 1 [Exemplar] an die Adresse, 1 zu den Akten.*

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 132. Kopie.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Die UdSSR und die Tschechoslowakei schlossen am 16.11.1935 in Moskau die Konsularkonvention. Vgl. Dokumenty i materialy po istorii sovetsko-čechoslovackich otnošenij (Dokumente und Materialien zur Geschichte der sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen), Bd. 3 (ijun' 1934-mart 1939), Moskva 1978, Dok. 115, S. 196–204.

³ Werner von Tippelskirch kam am 1.11.1935 als Botschaftsrat in Moskau an.

⁴ Fritz von Twardowski war am 18.11.1935 zum stellvertretenden Leiter der Kulturabteilung des AA ernannt worden.

Nr. 282

Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung in Berlin Gnedin mit Graf zu ReventlowGeheim**Expl. Nr. 1**¹

Berlin, den 12. November 1935

Tagebuch
E. Gnedins**Ausg. 489/s**²Treffen mit Graf Reventlow, 3. November

Über Görbing erhielt ich die Einladung, Reventlow in seinem Haus in Potsdam zu besuchen. Reventlow leitet bekanntlich zurzeit die „Deutsche Glaubensbewegung“ und gibt die Zeitschrift „Der Reichswart“ heraus. Wie es scheint, genießt Reventlow keinen großen Einfluss, doch mit der Führungsspitze der Nationalsozialistischen Partei steht er zweifellos im engsten Kontakt.

Das Gespräch drehte sich eingangs um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland. In Entgegnung auf meinen Hinweis, dass sich dieses Gebiet der sowjetisch-deutschen Beziehungen in einem verhältnismäßig günstigen Zustand befinde, sagte Reventlow, dass seinen Informationen zufolge in den Wirtschaftskreisen hinsichtlich der Handelsperspektiven mit der UdSSR entgegengesetzte Meinungen vertreten würden. Einige Industrielle meinen, dass die Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion einen größeren Nutzen als Deutschland brächten.³

Bald darauf ging das Gespräch auf eine rein politische Ebene über. *Reventlow stellte mir einige Fragen und versuchte herauszufinden, ob wir alle Brücken zwischen der UdSSR und Deutschland abgerissen hätten, ob wir nach wie vor meinen, dass das faschistische Deutschland zielgerichtet einen Krieg gegen die UdSSR vorbereite. Hier bemerkte Reventlow sogleich, dass es genüge, auf die Karte zu schauen, um sich davon zu überzeugen, dass jegliche Eroberungspläne in Bezug auf die UdSSR undurchführbar seien.*⁴

Meine Taktik bei der Beantwortung von Reventlows Fragen sowie im gesamten Gespräch bestand darin, ihm angesichts seines ausgemachten Pessimismus bezüglich der Perspektiven der sowjetisch-deutschen Beziehungen nicht den Mut zu nehmen und ihm den Eindruck zu vermitteln, dass von sowjetischer Seite keine Hindernisse für eine Verbesserung der Beziehungen errichtet werden würden, wenn von deutscher Seite das aufrichtige Bemühen gezeigt werden würde, auf eine abenteuerliche feindselige Politik zu verzichten.

Als ich mich bereit erklärte, Reventlow aufrichtig darzulegen, wie wir die antisowjetische Politik Deutschlands verstehen, sagte ich, dass es für den demonstrativen antisowjetischen Kurs drei Erklärungen gebe: erstens, einflussreiche faschis-

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.² Der Text ist mit Tinte geschrieben.³ Vgl. auch Dok. 233.⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

tische Gruppen bereiten sich aktiv auf einen Krieg gerade gegen die UdSSR vor; zweitens, die antisowjetische Kampagne Berlins wird als ein geeigneter Vorwand für die gegen andere Mächte gerichteten Rüstungen genommen; drittens, die hemmungslosen antisowjetischen Ausfälle sind innenpolitischen Ursachen geschuldet; offenbar fühle sich das faschistische Regime weniger gefestigt, als dies von außen zu erkennen sei, und es fürchte sich sehr vor der kommunistischen Gefahr. Reventlow versuchte mir vor allem zu beweisen, dass *innenpolitische Erwägungen in der Politik gegenüber der UdSSR keine ernsthafte Rolle spielen würden⁵. Die Hauptgefahr für das Regime komme gegenwärtig nicht von links, sondern von rechts, von der Reaktion und vom Katholizismus. Der antisowjetische Kurs der Politik Hitlers und insbesondere der Nürnberger Parteitag ließen sich vor allem mit der zunehmenden kommunistischen Gefahr in den anderen Ländern „durch den Generalangriff der Komintern in Europa“ erklären. Hitler meine, dass die von Moskau gesteuerte „Offensive⁶ der Komintern“ letztlich eine Bedrohung Deutschlands und des jetzigen deutschen Regimes darstelle. Ich antwortete, dass die ausländischen Kommunistischen Parteien keine Instrumente der Außenpolitik der UdSSR wären, die Arbeiterklasse aber unser natürlicher Verbündeter sei. Selbstverständlich bringe Deutschland mit seiner antisowjetischen Politik auch unsere natürlichen Verbündeten gegen sich auf.

Als ich im weiteren Gesprächsverlauf darauf hinwies, dass wir der heutigen deutschen Außenpolitik kein Vertrauen entgegenbringen können und die Initiative für eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Berlin ausgehen müsse, äußerte Reventlow sein Einverständnis mit dieser Ansicht; er wisse nur nicht, wann und wie dies geschehen könne.

Reventlow fragte, ob wir nach wie vor befürchten würden, dass man in Berlin Pläne für eine gewaltsame Lostrennung der Ukraine ausarbeite. Ich sagte, dass wir stark genug seien, um keine Angst vor diesen Plänen zu haben, und machte einige abschätzige Bemerkungen in Richtung Rosenberg, was Reventlow ein sichtliches Vergnügen bereitete.

Als Reventlow auf den italienisch-abessinischen Konflikt und die italienisch-sowjetischen Beziehungen zu sprechen kam, bemerkte ich, dass wir als Mitglied des Völkerbundes völlig loyal das Statut befolgen würden, uns dies jedoch nicht davon abhalte, korrekte Beziehungen zu Italien zu unterhalten. Berlin müsse insgesamt berücksichtigen, dass sich unsere Beziehungen zu den Westmächten immer mehr festigen; da die polnisch-deutschen Beziehungen in eine Sackgasse geführt hätten, könnte Deutschland *in eine völlige Isolierung geraten. Reventlow äußerte sich ungefähr in dem Sinne, dass der kommende Winter der entscheidende werde und Deutschland sich beeilen müsse, wenn es noch eine Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen wolle⁷.

Zum Abschluss brachte Reventlow seine völlige Bereitschaft zum Ausdruck, mit mir ständigen Kontakt zu unterhalten.

Gnedin

⁵ Der Text ist rotem Farbstift unterstrichen.

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3386 vom 15.11.1935.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
6 Expl. 1[Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar]
zu den Akten. 12.XI.35.*

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 202–203. Original.

Nr. 283

Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

Geheim

Expl. Nr. 1¹

12. November 1935

Nr. 491/s²

AN DEN

STELLV. VOLKSKOMMISSAR

Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Sehr geehrter Nikolaj Nikolaevič,

1. Ich teile ordnungsgemäß mit, dass die Oktoberfeierlichkeiten bei uns in Berlin ohne Zwischenfälle verlaufen sind. Die Flagge ist am 7. November auf dem Gebäude der Bevollmächtigten Vertretung und auf dem Gebäude der Handelsvertretung in der Lietzenburger Straße gehisst worden. Weil die Handelsvertretung in diesem Jahr zum ersten Mal auf dem neuen Gebäude die Flagge hisste, hielten wir es für angebracht, das Auswärtige Amt in mündlichen Gesprächen auf diesen Umstand aufmerksam zu machen. Das Auswärtige Amt versprach, Maßnahmen zu ergreifen, um Zwischenfälle zu vermeiden.

Am 6. und 7. November gab es viele Telefonanrufe, vorwiegend von verschiedenen Deutschen, die gewöhnlich zum Oktoberempfang eingeladen werden und die fragten, ob in diesem Jahr der Empfang stattfinde. Vom gesamten diplomatischen Corps, von Neurath, den Beamten der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, von Otto Wolff und von noch einem Deutschen trafen Visitenkarten ein (die Liste füge ich als Anlage bei)³. Der türkische Botschafter⁴ und der tschechoslowakische Gesandte⁵ schickten an Gen. Suric persönliche Schreiben mit Glückwünschen. Nach einem gewissen Zögern antwortete ich in meinem Namen auf diese Schreiben, da ich befürchtete, dass eine Verzögerung der Antwort auf die Glückwunsch-

¹ Der Text ist mit Bleistift geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Vgl. AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 172–175.

⁴ Mehmed Hamdi Arpag.

⁵ Vojtěch Mastný.

schreiben einen ungünstigen Eindruck hinterlassen könnte (die Kopien der Schreiben und meine Antworten füge ich als Anlage bei)⁶.

2. Ich nutze dieses Schreiben, um an die noch im Sommer angesprochene Frage bezüglich der Vertretungen des Volkskommissariats für Gesundheitswesen und des Roten Kreuzes in Deutschland zu erinnern. Sie hatten vor, falls ich mich richtig erinnere, sich mit dieser Frage zu befassen. Als sich Gen. Bronner in Berlin aufhielt, habe ich mit ihm darüber gesprochen und erfahren, dass das Volkskommissariat für Gesundheitswesen seine Vertretung in Berlin nicht aufgelöst, sondern sie nach der Abreise des Gen. Margulis nur stillgelegt hat. Somit gibt es keine Veranlassung, die mit dem Unterhalt verbundenen Ausgaben für die Berliner Vertretung erneut in den Haushaltsplan aufzunehmen. Für die Entsendung eines offiziellen Vertreters für das Volkskommissariat für Gesundheitswesen und für das Rote Kreuz sprechen die unterschiedlichsten Erwägungen: wenn sich, einerseits, die Lage auf dem Gebiet des Gesundheitswesens verbessern würde, so wären die Kulturbeziehungen leichter als auf einem anderen Gebiet wiederherzustellen; wenn sich andererseits die Beziehungen noch mehr verschlechtern sollten, so wäre die Präsenz eines Vertreters des Roten Kreuzes überaus zweckdienlich.

3. In Berlin traf eine recht große Gruppe (19 Personen) von Eisenbahnern unter der Leitung des Gen. Rudyj ein. Die Genossen beabsichtigen, sich zwei Wochen in Berlin aufzuhalten. Sie haben einen recht umfangreichen Plan, um sich mit dem deutschen Transportwesen vertraut zu machen. Die Bevollmächtigte Vertretung war leider nicht rechtzeitig von dieser Reise in Kenntnis gesetzt worden, die hier hätte vorbereitet werden können, damit die Vertreter der verschiedenen Verwaltungen und Institutionen des NKPS ihren Aufenthalt in Deutschland effektiv nutzen könnten. Wir werden das Auswärtige Amt und das Verkehrsministerium um Unterstützung bitten.

4. Gen. Tkačev beschränkt sich weisungsgemäß auf Treffen mit Vertretern der Lufthansa und auf die Besichtigung jener Objekte, die uns von den Deutschen selbst vorgeschlagen worden sind.

Mit kameradschaftlichem Gruß

E. Gnedin

Vermerk N.N. Krestinskijs mit violetter Farbstift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 5074 vom 15.11.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. 2 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] an die 2. Westabteilung, 1 zu den Akten. 12.XI.35.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 171–171R. Original.

⁶ Vgl. AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 176–179.

Nr. 284

Meldung des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA Urickij an den
Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov**Geheim**¹

Expl. Nr. 1

12. November 1935

Nr. 249578s²

AN DEN

VOLKSKOMMISSAR FÜR VERTEIDIGUNG DER UdSSR

Gen. VOROŠILOV

Ich melde:

Während des Empfangs, den Gen. Litvinov am 7.11.35 gab, sprach mich der neu ernannte deutsche Militärattaché General Köstring an und erinnerte daran, dass ich ihn gemeinsam mit Gen. Dubovoj vor zwei Jahren vor seiner Abreise nach dem Fernen Osten in Berlin in den Fliegerklub begleitet hätte.

*Dabei sagte Köstring mit Nachdruck: „Sie sollten niemals vergessen, dass Sie in der Reichswehr noch viele Freunde haben.“³

Danach teilte Köstring mit, dass er bei Seeckt in China⁴ gewesen sei, Japan, die Mandschurei, Indien und Singapur besucht habe, wo es ihm gelungen sei, viele Filmaufnahmen zu machen.

„Mir“, sagte Köstring, „würde es überhaupt nichts ausmachen, ich kann Ihnen und einigen von Ihnen ausgewählten Genossen ausführlich über meine Reise berichten und den Film zeigen.“⁵

*Ich erbitte Ihre Weisung hinsichtlich der Möglichkeit, den Vorschlag Köstrings anzunehmen.*⁶

Chef der Aufklärungsverwaltung der RKKA

S. Urickij

Vermerk K.E. Vorošilovs mit Tinte: Unbedingt annehmen und sich zu Gen[eral] K[östring] betont freundschaftlich zu verhalten. KV. 19.XI.35.

Unten rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4547 vom 13.11.1935.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: Geschr. 2 Expl. Auf Kopfbogen der Aufklärungsverwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee geschrieben.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 750, l. 64. Original.

¹ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

⁴ Seeckt hatte im Sommer 1933 China als Gast der Nationalregierung des Landes besucht und war 1934/35 dort als Militärberater tätig. Vgl. ADAP, Ser C, Bd. II/1, Dok. 16, 48, 63.

⁵ Vgl. Dok. 377.

⁶ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

Nr. 285

Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin
an den verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im NKID Levin

GEHEIM

Expl. Nr. 1

13. November 1935

Nr. 498¹

An die
2. Westabteilung des NKID
Gen. LEVIN

Lieber Vladimir L'vovič,

1. Die Frage bezüglich unserer Teilnahme an der Olympiade ist jetzt endgültig gegenstandslos geworden. Die deutsche Militärbehörde zog die von ihr versandte Einladung² zurück und erklärte, die Einladung sei aufgrund eines Fehlers verschickt worden, da den Absendern der Umstand entgangen sei, dass die UdSSR nicht dem Internationalen Olympischen Komitee angehöre.³

2. Ich bin mit Ihrem Hinweis auf das Interesse, das sich mit der Meldung des „News Chronicle“ verbindet, völlig einverstanden. Sie haben sicherlich bereits meine Berichte über die Beratungen bei Siemens zur Kenntnis genommen. Aus meinem heutigen Schreiben an Gen. Štern⁴ können Sie entnehmen, dass in Berlin allem Anschein nach das Interesse am Handel mit der UdSSR tatsächlich wächst.

3. In der letzten Post habe ich einige Fragen der Kulturbeziehungen⁵, die sich gegenwärtig in einem überaus trostlosen Zustand befinden, angeschnitten. In Ergänzung zu diesem Schreiben möchte ich Sie auf folgende kleine Sache aufmerksam machen. Der Vertreter von „Kultur und Technik“, Gen. Tretler, hat im Frühjahr die Gesellschaft „Kultur und Technik“ darum gebeten, für die deutsche Zeitschrift „Die Straße“⁶ Materialien über Straßenbrücken in der UdSSR zu schicken. Ihm ist geantwortet worden, dass solche Materialien nicht gegeben werden könnten, weil es derartige Brücken in der UdSSR nicht gebe. Ich verstehe nicht, warum wir der deutschen Zeitschrift solches Material nicht geben können, um im Gegenzug von den Deutschen ähnliche Informationen zu erhalten? Das ist auch eine Form der Kulturbeziehungen. Ich bringe diese Frage deshalb zur Sprache, weil sich Gen. Tretler unlängst mit dem Ihnen bekannten Ing[enieur] Mattschoß getroffen hat, um auf meine Bitte hin die heutige Haltung der **technischen**⁷ Kreise zu Beziehungen mit der UdSSR zu erkunden. Mattschoß zeigte einen größeren Optimismus als

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Schreiben Gnedins an Bessonov vom 27.10.1935. In: AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 11, l. 231

³ Das Nationale Olympische Komitee der UdSSR wurde am 23.4.1951 gegründet und am 7.5.1951 in das Internationale Olympische Komitee aufgenommen.

⁴ Vgl. AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 180.

⁵ Vgl. Dok. 274.

⁶ Die Straße. Publizistisches Organ des Generalinspektors für das deutsche Straßen- und Eisenbahnwesen, es erschien von 1934–1943.

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

noch vor einigen Monaten und sprach gerade die gegenseitige Information zum Straßenbau an. Das spezifische Interesse der Deutschen an unseren Straßen ist völlig verständlich, doch das sollte uns nicht daran hindern zu versuchen, den kulturellen Kontakt auf diesem Gebiet in Gang zu bringen. Mattschoß schlug sogar vor, einen Referenten in die UdSSR zu schicken, um einen Vortrag zum Thema des Straßenbaus in Deutschland zu halten.

Bevor solche Gespräche einen konkreten Charakter annehmen, würde ich darum bitten, mich zu informieren, ob es sich überhaupt lohnt, solche Ideen zu fördern. Im positiven Fall wäre es nicht schlecht, wenn auch mit Verspätung, den Deutschen die Informationen allgemeinen Charakters zu überlassen, die die Zeitschrift „Die Straße“ im Frühjahr erbeten hatte. Vielleicht könnten Sie uns in dieser Angelegenheit helfen.

4. Ich teile Ihnen zu Ihrer Kenntnis mit, dass Bräutigam bei meinem Besuch bei ihm den Teil des Briefes von Tippelskirch vorgelesen hat, in dem dieser auf den ihm erwiesenen herzlichen Empfang eingeht und sich generell mit Genugtuung über seine ersten Eindrücke in Moskau äußert.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

E. Gnedin

Vermerk D.G. Šterns mit blauem Farbstift: An Gen. Lev[in], es ist mit mir Rücksprache zu nehmen. 16.XI.35 Š[tern].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2392 vom 16.11.1935.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 11, l. 309–309R. Original.

Nr. 286

Brief des Legationsrats in Moskau Hilger an den Botschafter in Tokio von Dirksen

Moskau, 13.11.1935

Hochzuverehrender Herr Botschafter!

Lieber Herr von Dirksen!

Die erste Gelegenheit, die sich mir von Moskau aus bietet, den direkten, nach Tokio reisenden Kurier zu benutzen, möchte ich nicht versäumen, um Ihnen vor allem von Herzen für Ihr *gütiges Schreiben vom 12. August¹ zu danken*, das mich in Berlin erreichte, als ich mich gerade anschickte, meinen diesjährigen Urlaub anzutreten. Inzwischen sind wir wieder nach Moskau zurückgekehrt, und ich muss feststellen, dass ich im Hinblick auf die Fortführung unserer hiesigen Arbeit *gegenwärtig optimistischer* in die Zukunft sehe, als noch vor etwa acht Wochen. Damals konnte man sich des *Eindrucks nicht erwehren*, dass die Entwicklung auf eine weitere Verschlechterung, *ja sogar auf einen Abbruch unserer Beziehun-

¹ Vgl. Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 39, S. 216–217.

gen zur Sowjetunion hintreibe*. Wie sich nachher herausstellte, ist eine solche Möglichkeit in jener Zeit von gewissen Kräften *auch tatsächlich erörtert* worden, um jedoch bald als gegenstandslos ad acta gelegt zu werden. *Dabei dürfte die bekannte Äußerung des Führers gegenüber dem General Köstring, dass er auf die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen den beiden Armeen Wert lege, eine entscheidende Rolle gespielt haben*.² Inzwischen ist *Köstring* zu unser aller Freude wieder als Militärattaché nach Moskau *zurückgekehrt*, was auf die Russen *einen sehr guten Eindruck gemacht*³ hat.⁴

Selbstverständlich sind die Beziehungen nach wie vor denkbar schlecht, der Ton der Presse bleibt unerhört und die täglichen Schikanen machen uns das Leben außerordentlich schwer. *Nichtsdestoweniger scheint es, als ob seit einiger Zeit etwas in der Luft liegt, was auf die Möglichkeit einer Entspannung hoffen lässt*. Zwar ist in der Erledigung der dienstlichen Angelegenheiten seitens des Außenkommissariats noch keinerlei Besserung zu merken, jedoch versucht letzteres, wenigstens im *persönlichen Verkehr, einen gewissen Anstand* zu wahren. Auf wirtschaftlichem Gebiet macht die Ausnutzung des *200-Millionen-Kredits recht gute Fortschritte*; gleichzeitig lassen uns die Russen aber immer wieder merken, dass wir gegenwärtig mehr auf sie angewiesen sind, als sie auf uns. Die Russen versäumen keine Gelegenheit, um uns zu sagen, dass sie den größten Wert auf die Wiederherstellung eines guten Verhältnisses zu Deutschland legten mit dem Hinzufügen, dass es nicht ihre Schuld sei, wenn es nicht dazu komme. *Litwinow*, der in der ganzen Welt Feindschaft und Intrigen gegen Deutschland sät, entblödete sich nicht, *am 7. November dem Deutschen Botschafter mit den Worten „auf eine Wiedergeburt unserer Freundschaft“⁵ zuzutrinken*⁶.

Diese Widersprüche wären unverständlich, wenn man nicht wüsste, *in welche Angst unsere Aufrüstung die Russen versetzt hat*. Sie betrachten diese Aufrüstung in erster Linie als gegen die Sowjetunion gerichtet und geben auf Schritt und Tritt Beweise dafür, dass sie wie ein Alpdruck auf ihnen lastet. Dazu kommt, dass die *französisch-russische Freundschaft bisher völlig unfruchtbar geblieben ist*, während jedes Anzeichen der Möglichkeit einer *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich* von den Russen mit einer geradezu *hysterischen Nervosität*⁷ registriert wird.

² Vgl. General Ernst Köstring, S. 78.

³ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

⁴ Zur Aufnahme Köstrings in Moskau vgl. Dok. 211 und 279.

⁵ Graf von der Schulenburg berichtete am 11.11.1935: „Bei den Festlichkeiten am 7. November hat Herr Litwinow, der am gleichen Tische mit mir saß, plötzlich sein Glas erhoben und hat mit lauter Stimme gesagt: ‚Ich trinke auf die Wiedergeburt unserer Freundschaft.‘ Der gegenüberstehende englische Botschafter [Akers-Douglas] sagte: ‚Das ist einmal ein schöner Trinkspruch.‘ Der ebenfalls gegenüberstehende japanische Botschafter [Ota] hat nur gemekelt. Das Verhalten der Sowjetleute kann ich mir gar nicht anders erklären, als dass man doch recht böse auf Frankreich ist und dieses ärgern möchte. Herr Suritz, der voraussichtlich morgen nach Berlin zurückreist, meinte allerdings, dass er die Frage der Verbesserung unserer wechselseitigen Beziehungen etwas hoffnungsvoller ansehe. Er glaubte, wenigstens auf kulturellem Gebiet eine Neubelebung des gegenseitigen Austausches herbeiführen zu können.“ Vgl. Schreiben an den Ministerialdirektor im AA Köpke, 11.11.1935. In: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 407, S. 797–799, hier S. 798–799.

⁶ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen. Am letzten Satz steht am Seitenrad ein Ausrufezeichen.

⁷ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

Alles in allem stellt meines Erachtens *diese Angst der Russen vor uns einen Faktor dar, der unbedingt eskomptiert werden müsste*⁸. Auf Grund dieser Erkenntnis könnte meiner Überzeugung nach der Haken geschmiedet werden, an dem wir unser Verhältnis zur Sowjetunion wieder auf ein für unsere außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen zuträgliches Niveau heraufwinden könnten.

Die Entwicklung der letzten drei Monate hat den Feststellungen in Ihrem Brief vom 12. August völlig recht gegeben. So, *wenn Sie schreiben, dass „Litwinow sehr bald die Enttäuschung seiner Berechnungen erleben wird“. Es scheint, dass dieser Augenblick näher ist, als wir zu hoffen wagten. Auch Ihr „Bonmot“ von der Sowjetunion, die in * ihrer Politik hinter den Ereignissen herläuft, hat *sich weiter* auf allen dafür in Frage kommenden Gebieten *glänzend bestätigt*⁹.

Das, was Sie über Japan und das japanisch-russische Verhältnis schreiben, war für uns sehr interessant und aufschlussreich.

Im personellen Leben der Botschaft sind inzwischen die bekannten Veränderungen eingetreten, nachdem Twardowski abgereist ist und *Tippelskirch* seinen Posten eingenommen hat. Der Abschied, der *Twardowskis*¹⁰ hier bereitet wurde, sowohl vom diplomatischen Corps als auch von der Botschaft, dürfte ihnen gezeigt haben, dass sie nicht umsonst 6½ Jahre in Moskau ausgehalten haben. Tippelskirch hat eine nette und sympathische Frau mitgebracht, die sich allem Anschein nach schnell hier einleben wird. Über seine Verwendung im Amt war Twardowski nicht sehr glücklich, besonders, nachdem der Dirigentenposten für den Osten nach dem Weggang Meyers und der Auflösung der Abt. IV Ru eine ganz andere Bedeutung erhalten hat, als er sie in den Jahren unter Hey gehabt hat.

Herr *Elster* besucht mich von Zeit zu Zeit und ist immer glücklich über ein Lebenszeichen von Ihnen. Seine Lage ist *außerordentlich schwierig*, er meistert sie aber mit bemerkenswertem Geschick. Die *Kolonie* ist auf einen kleinen Rest *zusammengeschmolzen* und in der reichsdeutschen Schule ist von *18 Kindern*¹¹ die Hälfte österreichisch.

*Meinen Kindern*¹² geht es gut. Andreas sollte zu Weihnachten Referendar werden, scheint es aber bis dahin noch nicht zu schaffen. Isika hat ihre Arbeitsdienstpflicht tapfer absolviert und studiert Sprachen in Berlin, wo meine Frau sie demnächst besuchen will.

Mit den herzlichsten Grüßen von meiner Frau an Ihre Frau Gemahlin und die Gräfin Wedel und den angelegentlichsten Empfehlungen von mir verbleibe ich

**Ihr unentwegt dankbarer und
aufrichtig ergebener**¹³

Gustav Hilger

Eigenhändige Unterschrift. Auf privatem Kopfbogen geschrieben.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹⁰ Die beiden Namen sind unterstrichen.

¹¹ Die markierten Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹² Der Text ist unterstrichen.

¹³ Die Grußformel ist handschriftlich eingefügt.

PA AA, NL Dirksen, Bd. 2, Bl. M 014748-014751.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 40, S. 218–219.

Nr. 287

**Schreiben des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen
Wirtschaft Tschunke an den Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands
im AA Bräutigam**

Berlin, 14.11.1935

Vertraulich!

Nr. 4258/R

Herrn

Gesandtschaftsrat Dr. Bräutigam

Auswärtiges Amt

Berlin W 8

Wilhelmstr. 76

Betrifft: Bevorstehende Verhandlungen mit den Russen über die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen.

Sehr geehrter Herr Dr. Bräutigam!

Soeben erhalte ich von gut unterrichteter Seite folgenden Bericht:

„Der Leiter der Berliner Sowjethandelsvertretung Kandelaki wird Mitte nächster Woche nach Berlin zurückkehren. In Moskau verhandelt Kandelaki mit den zuständigen Sowjetstellen über die künftige Gestaltung der deutsch-russischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. In dieser Hinsicht ist der letzte Artikel von Rosengolz in der „Prawda“¹ insofern von höchster Bedeutung, als die Russen unbedingt eine „neue Grundlage“ für diese Beziehungen wünschen. Kandelaki wird mit bestimmten russischen Vorschlägen auf diesem Gebiet aus Moskau zurückkehren, wobei *russischerseits auf die Notwendigkeit*² eines baldigen Beginns der im Abkommen vom 9. April vorgesehenen Verhandlungen hingewiesen wird, da bis Ende des Jahres noch sehr wenig Zeit geblieben ist.

Die russische Haltung ist, wie sie auch im Artikel von Rosengolz klar dargelegt worden ist, folgende: Deutschland ist auf dem Gebiete des Rohstoffbezuges stärkstens auf Russland angewiesen. Die letzten deutschen Ausfuhrverbote zeigten, dass die Rohstofflage des Reiches eine weitere Verschlechterung erfahren habe. Die Abhängigkeit von russischen Zufuhren sei daher noch größer geworden. Die Sowjethandelsvertretung werde täglich direkt gestürmt von Vertretern deutscher Firmen, die russische Rohstoffe brauchen und die, wenn die Rohstoffe aus-

¹ Vgl. Dok. 278.

² Der Text ist unterstrichen und am Seitenrand bis zum Ende des Absatzes angestrichen.

bleiben sollten, gezwungen sein würden, ihre Arbeiter zu entlassen. Die Russen seien nach wie vor bereit, ihre Waren nach Deutschland zu liefern, schon allein deswegen, weil infolge des deutschen Preisniveaus die in Deutschland erzielten Preise sehr günstig seien. Es erhebe sich indessen die Frage, was denn die Russen mit ihren Reichsmarkerlösen anfangen sollen. Zu einer Ansammlung von Reichsmarkbeträgen „in Erwartung besserer Zeiten“ habe man russischerseits wenig Neigung. *Eine Rückkehr zum Reichsmarkabkommen würden die Russen sehr begrüßen, allerdings unter der Voraussetzung, dass die deutsche Exportförderung auch auf Russlandlieferungen ausgedehnt werden würde*³, damit im Zusammenhang mit den dann für die Sowjetseite annehmbaren Preisen ein Anreiz für die Russen bestehen könnte, bar zu zahlen, mithin die Reichsmarkerlöse des Sowjetexports nach Deutschland für Barzahlungen an deutsche Lieferfirmen zu verwenden.

Dies wäre keine „neue Grundlage“, sondern eine Rückkehr zum alten Zustand. Eine „neue Grundlage“ könnte dadurch geschaffen werden, dass Deutschland Russland sehr langfristige und möglichst Finanzkredite einräumen würde, unter Umständen nach tschechoslowakischem Muster in Form einer Obligationsanleihe. Russischerseits wird betont, dass man die Aussichten der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland optimistisch beurteile, da auch auf deutscher Seite Klarheit darüber herrschen würde, dass auf einem anderen Wege das deutsche Russlandgeschäft einschlafen müsste.“

Heil Hitler!

Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Der Geschäftsführer

Tschunke

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel des AA: W IV Ru 4602, Eing. [15].Nov 1935. Unten: H 11 Ru. Oben handschriftlich: Eintragen. Am Seitenrand Paraphen von B[räutigam] 15/XI und R[itter] 16.XI. Auf Kopfbogen des Russland-Ausschusses geschrieben.

PA AA, R 94659, Bl. E 665014-665015.

³ Der Text ist unterstrichen.

Nr. 288
Aktenvermerk des Generalbevollmächtigten der Firma Otto Wolff
Siedersleben

Berlin, 14. November 1935
S/K

Aktenvermerk

Betrifft: Russland-Vertrag vom 7. November 1935¹

Herr Generalreferent Göring (Reichswirtschaftsministerium) teilte dem Unterzeichneten heute mit, dass Herr Präsident Dr. Schacht auf einen kurz vorher stattgehabten Vortrag, bei dem auch Herr Ministerialrat Mossdorf anwesend war, es abgelehnt habe, die Erklärung des Reichswirtschaftsministerium abzugeben, von der das obige Abkommen laut seinem vorletzten Absatz abhängt. Die Gründe seien folgende:

Russland habe nach Deutschland nicht nur die vertragsmäßigen 60 Millionen Reichsmark Ware im laufenden Geschäft geliefert, sondern bereits weit mehr, schätzungsweise insgesamt 100 Millionen Reichsmark. Dagegen sei Russland mit dem Warenbezug aus Deutschland auf Grund des Abkommens vom 9. April 1935 stark zurückgeblieben, sodass die dem Abkommen entsprechende Ziffer von 60 Millionen Reichsmark bisher nicht annähernd erreicht wäre. Würde jetzt, wie die Russen es uns gegenüber ausbedungen haben, das Roheisen in die Export-Kontingente der UdSSR nicht eingerechnet, während unsere Röhrenlieferungen auf die laufenden Bezüge der Russen laut Abkommen vom 9.4.35 wertmäßig anzurechnen seien, so erleichtere sich die Lage der UdSSR im Handelsverkehr mit Deutschland mehr, als den Absichten des Reichswirtschaftsministeriums entspreche. Nach der Entscheidung des Herrn Reichsbankpräsidenten wären deshalb nur folgende zwei Möglichkeiten gegeben:

- a) entweder die Roheisenlieferungen nach Deutschland und die Röhrenbezüge aus Deutschland werden auf die beiderseitigen Kontingente angerechnet, oder
- b) Roheisen und Röhren werden beiderseits auf vertragsmäßige Kontingente nicht angerechnet.

In jedem Falle müsse also eine gleichmäßige Behandlung der zwei Seiten des Geschäfts erreicht werden. Über derartige Notwendigkeiten habe Herr Präsident Dr. Schacht den russischen Handelsvertreter Herrn Kandelaki schon vor dessen Aufenthalt in Moskau klar unterrichtet. Es sei ausgeschlossen, dass das Reichswirtschaftsministeriums durch eine Erklärung im Sinne des Vertrages vom 7.11.35 von dieser Linie abweiche. Selbstverständlich könne die Firma O[tto]

¹ Am 7.11.1935 schlossen die Handelsvertretung der UdSSR und die Firma Otto Wolff eine Vereinbarung über den Kauf von Roheisen in der UdSSR und dem Verkauf von Röhren durch die Firma Otto Wolff. Darin hieß es u. a.: „Dieses Abkommen ist abhängig davon, dass seitens der Firma Otto Wolff eine Bestätigung des Reichswirtschaftsministeriums beigebracht wird, dass der Bezug der Röhren wertmäßig auf die 60 Millionen RM laufende Geschäfte der Handelsvertretung der UdSSR aus dem Abkommen vom 9.4.1935 angerechnet wird und dass der Verkauf der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland von Roheisen an die Firma Otto Wolff nicht in die Export-Kontingente der UdSSR auf Grund der Vereinbarung vom 9.4.35 angerechnet wird.“ Vgl. RWWA, 72–41-4, o.P.

W[olff] den Inhalt der Verhandlungen zwischen Herrn Präsidenten Dr. Schacht und Herrn Kandelaki nicht gekannt haben, sodass auch nach Ansicht des Ministeriums der Vertragsabschluss auf unserer Seite vertretbar gewesen sei. Dagegen sei die Forderung wegen der Erklärung des Reichswirtschaftsministeriums von der russischen Seite offenbar in Kenntnis des Umstandes gestellt, dass Herr Präsident Dr. Schacht derartige Wünsche ein für alle Male abgelehnt habe. Herr Kandelaki werde in nicht zu ferner Zeit zu weiteren Verhandlungen bei Herrn Präsidenten Dr. Schacht vorsprechen.² Das Ministerium nehme an, dass alsdann eine geeignete Verrechnungsgrundlage für die Durchführung des (im Übrigen begrüßten) Geschäfts ohne besondere Schwierigkeiten werde gefunden werden, natürlich unter Aufrechterhaltung des erwähnten Standpunktes des Herrn Präsidenten Dr. Schacht.

Der Unterzeichnete hob besonders hervor, dass die 200.000 Tonnen Roheisenlieferungen nach Deutschland wertmäßig nur etwa 25.000 Tonnen Röhrenlieferungen aus Deutschland entsprechen werden, dass also eine außerordentlich hohe Verfeinerung eintrete.

Herr Göring erkannte diesen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt als richtig an.

Siedersleben

Urschrift: H.A. Russland

Durchschlag:

- a) Herrn Wolff nach Dresden
- b) Herrn Direktor Redlich
- c) Abteilung Ausland Berlin
- d) Herrn Seel aus Düsseldorf, zurzeit in Berlin
- e) H.A. Russland/Roheisen-Geschäft
- f) H.A. Berichte Köln
- g) H.A. Roheisen

In der H.A. Russland/Roheisengeschäft in 4 Wochen wieder vorzulegen.

Eigenhändige Unterschrift.

RWWA, 72-48-6, o. P., 3 Bl.

² Vgl. Dok. 329, 330.

Nr. 289
Beschlusssentwurf für das Politbüro des ZK der VKP (B)

Geheim
Expl. Nr. 8
17.XI.35

NKVT Nr. 616

AN DAS
POLITBÜRO DES ZK DER VKP (B)
Gen. STALIN
Gen. MOLOTOV
Gen. KAGANOWIČ

Zu den Verhandlungen mit den Deutschen zum 800-Millionenkredit
und zum Abkommen für 1936

Hiermit bitte ich, die im beigefügten Beschlusssentwurf dargelegten Weisungen
für Gen. Kandelaki für die Verhandlungen mit den Deutschen zum 800-Millionen-
kredit und zum Abkommen für das Jahr 1936 zu bestätigen.

A. Rozengol'c¹

Entwurf
Geheim

Expl. Nr. 8

BESCHLUSS

Gen. Kandelaki ist zu beauftragen, sich bei den Verhandlungen mit den Deut-
schen über den 800-Millionenkredit und über das Abkommen für das Jahr 1936
von folgenden Weisungen leiten zu lassen:

I. ZUM KREDITABKOMMEN ÜBER 800 MIO. MARK.

1. Die Kreditsumme beträgt 800 Mio. Mark.
2. Die Aufträge à Konto des Kreditabkommens können im Verlaufe von zwei
Jahren vergeben werden.
3. Die Bezahlung der im Rahmen des Kreditabkommens vergebenen Aufträge
erfolgt in bar nach Auslieferung.
4. Die Laufzeit des Kredits muss im Durchschnitt 10 Jahre betragen. Die Til-
gung erfolgt im Laufe von 19 Jahren.
5. Der Zinssatz wird im Abkommen fest mit 5½% per anno festgelegt.
6. Der Kredit wird von einem Bankenkonsortium gewährt und zu 100% durch
die Regierung garantiert. Eine wie auch immer geartete Beteiligung von Lieferfir-

¹ Auf dem ersten Exemplar befindet sich der Vermerk Stalins: An den Vorsitzenden der
Kommission für die großen deutschen Kredite Gen. Kaganovič. I. Stal[in].

men am Kreditrisiko wird völlig ausgeschlossen. Die Regierungsgarantie wird dem Bankenkonsortium global gewährt, nicht aber für jeden einzelnen Geschäftsabschluss.

7. Der Kredit wird in Mark ohne Kursgarantie gewährt.

8. Uns wird die volle Freiheit bei der Auswahl der Lieferfirmen und bei den Auftragsobjekten gewährt.

9. Das Abkommen sollte die Klausel enthalten, dass Aufträge im Rahmen des 800-Millionenkredites von uns nur unter der Bedingung akzeptabler Preise und sonstiger technischer und Geschäftskonditionen vergeben werden.

10. Als Garantie werden Schuldverschreibungen des NKVT dienen.

11. Die Deutschen verpflichten sich, für die Summe unserer Zahlungen à Konto des Kreditabkommens sowie der Zinszahlungen gemäß der Schuldverschreibungen, die sich aus dem Kreditabkommen ergeben, unsere Waren in Deutschland ungehindert zum Verkauf auf Markbasis unter der Bedingung zuzulassen, dass wir den Erlös aus diesen Waren zur Tilgung der Kreditzahlungen verwenden können. Die Auflistung der von uns als Zahlung im Rahmen des Kreditabkommens an Deutschland zu liefernden Waren unterliegt einer jährlichen Abstimmung.

12. Dem Abkommen sollte eine Liste der für uns wichtigsten Objekte beigelegt werden, deren Lieferung uns die deutsche Regierung im Rahmen des Kreditabkommens zusichert.

II. ZUM ABKOMMEN FÜR DAS JAHR 1936.²

1. Für das Abkommen mit Deutschland für das Jahr 1936 über das Volumen unseres Exports, der laufenden Aufträge und über den Zahlungsmodus für unsere Verpflichtungen sind folgende Bedingungen zu stellen:

Position 1

Das Volumen unseres Exports im Jahr 1936 wird mit 100 Mio. Mark festgelegt; wir verpflichten uns, an die Deutschen im Jahr 1936 laufende Aufträge in Höhe von 20 Mio. Mark zu vergeben; unsere alte Verbindlichkeit gegenüber Deutschland, die 1936 fällig ist, wird ausschließlich aus dem Exporterlös getilgt.

Position 2

Das Volumen unseres Exports wird in Höhe von 90 Mio. Mark festgesetzt; das Volumen der laufenden Aufträge im Jahr 1936 beträgt 30 Mio. Mark; die Tilgung der alten Verbindlichkeit in ausländischen Devisen erfolgt in einer Summe von 25 Mio. Mark.

2. Im Voraus ist zu entscheiden, falls mit Deutschland kein Abkommen für das Jahr 1936 erzielt wird, dass:

a) wir nicht den Restbestand unserer Verpflichtungen zur Vergabe der laufenden Aufträge in Höhe von 60 Mio. Mark erfüllen werden;

b) wir nicht den Restbestand unserer Verpflichtungen zur Zahlung von 100 Mio. Mark in Gold oder in ausländischen Devisen in Höhe von 12 Mio. Mark erfüllen werden;

² Der Abschnitt ist mit rotem Farbstift angestrichen und vor der Titelüberschrift ist mit Tinte geschrieben: Bis zum 5.XII.35 zu bestätigen [Unterschrift nicht zu entziffern]. Das Politbüro des ZK der VKP (B) fasste am 5.12.1935 dazu den entsprechenden Beschluss; vgl. Dok. 307.

c) wir nicht unsere Verpflichtung zur Lieferung von Erdölprodukten an Deutschland erfüllen werden;

d) wir den Verkauf unserer Waren auf der Grundlage von Deutscher Mark vollständig einstellen werden.

3. Sollte bis zum 1. Januar 1936 mit den Deutschen eine Verständigung über die Grundkonditionen für das Abkommen für 1936 erzielt werden, ist dem NKTP zu gestatten, gemäß der vom ZK bestätigten Nomenklaturliste für den 200-Millionenkredit an Deutschland Aufträge für 25 Mio. Mark zu vergeben, um unsere Verpflichtungen zur Vergabe von laufenden Aufträgen in Höhe von 60 Mio. Mark zu erfüllen.

4. Bei einem Abschluss des Abkommens für 1936 ist dem NKVT zu gestatten, in den letzten Dezembertagen 1935 den Deutschen 12 Mio. Mark in Gold oder in ausländischen Devisen auszusahlen, um unsere Verpflichtung laut Abkommen vom 9. April 1935 über die Zahlung von 100 Mio. Mark in Gold oder in ausländischen Devisen an die Deutschen zu erfüllen.³

Am Ende des Begleitschreibens ist der Verteiler vermerkt: [Die Exemplare] 1 und 2 an Gen. Stalin, das 3. [Expl.] an Gen. Molotov, das 4. an Gen. Kaganovič, das 5. an Gen. Rozengol'c, das 6. -, das 7. -, das 8. zu den Akten.

Auf dem ersten Blatt des Beschlussentwurf befindet sich der Vermerk: A. Rozengol'c.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 1753, l. 10–13. Beglaubigte Kopie, Kopie.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 100, S. 154–157.

Nr. 290

Bericht des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 1

17. November 1935

Nr. 10117¹

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR FÜR
VERTEIDIGUNG DER UdSSR
Gen. VOROŠILOV

Ich lege Informationsmaterial vor, das wir von einem zuverlässigen Agenten erhielten und das Angaben zur Dislozierung der Truppen des Heeres der deutschen Armee für die Jahre 1935/36 beinhaltet.

³ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 21, S. 31. Bei der Veröffentlichung der das sowjetisch-deutsche Abkommen vom 9.4.1935 betreffenden Dokumente in der UdSSR ist das Abkommen über die Tilgung der sowjetischen Zahlungsverpflichtungen, der sowjetischen Lieferungen nach Deutschland und der laufenden Aufträge der UdSSR in Deutschland ausgelassen worden. Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 171, 172.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

1. Das Material weist den jetzigen Bestand der deutschen Armee wie folgt aus:
24 Infanterie-Divisionen;
1 Gebirgsjäger-Brigade;
5 Kavallerie-Brigaden und
3 Panzer-Divisionen.

2. Die Existenz einer starken Artillerie in den Infanterie-Divisionen (2 Regimenter der Feldartillerie) und die Existenz von 4 Infanterie-Regimentern in einigen Divisionen (es gibt 3 solcher Divisionen) und von 4 Bataillonen in vielen Infanterie-Regimentern (in 5 Regimentern) und 13 bis 14 Kompanien in fast allen Regimentern lassen vermuten, dass die Aufstellung der deutschen Armee noch nicht abgeschlossen ist und aus den bestehenden Divisionen neue Formationen gebildet werden. (Vor dem Weltkrieg 1914 verfügte die deutsche Armee über 24 Armeekorps und 1 Gardekorps).

3. Darüber hinaus sind jetzt, wie aus dem Dokument ersichtlich ist, in der deutschen Armee 58 Reservebataillone (Ergänzungs²-Bataillone und eine entsprechende Anzahl von speziellen Reservetruppen) aufgestellt worden, die offenbar als Grundstock für die Aufstellung von 19 neuen Infanterie-Divisionen dienen. Gegenwärtig bilden diese Bataillone die Kontingente aus, die nicht im Berufsheer gedient haben.

4. Die 3 Panzerdivisionen der deutschen Armee können aufgrund ihrer Organisationsstruktur vielleicht mit den 3 mechanisierten Korps gleichgestellt werden.

5. Die 5 Kavalleriebrigaden der deutschen Armee kommen aufgrund ihrer Zusammensetzung den Kavalleriedivisionen sehr nahe.

6. Das vorliegende Dokument erfordert eine detaillierte Analyse und Präzisierung, es gewährt uns insgesamt zum ersten Mal Einblick in das Organisationschema der heutigen deutschen Armee. Die Echtheit des Dokuments wird durch ähnliches Material bestätigt, das wir von einer anderen wertvollen Quelle erhielten.

ANLAGE: 1. Das oben bezeichnete Dokument in 45 Fotokopien.³

2. Die Übersetzung des genannten Dokuments auf 41 Blatt.⁴

CHEF DER AUFLÄRUNGSVERWALTUNG DER RKKA

S. Urickij

Vermerk mit Tinte: Dem Volkskommissar vorgelegt. 19.XI.35 (Unterschrift unleserlich).

Aufbewahren.

Unten links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4664 vom 19.11.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 3 Expl. [Exemplar] Nr. 1 an Gen. Vorošilov, Nr. 2 an Gen. Jagoda, Nr. 3 zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Aufklärungsverwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee geschrieben.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 750, l. 66–67. Original.

² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

³ In der Akte nicht vorhanden.

⁴ In der Akte nicht vorhanden.

Nr. 291

Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an den Leiter der Gruppe Osteuropa und Skandinavien in der II. Abteilung im AA Roediger

18. November 1935

Lieber Herr Roediger!

Von Herrn Dienstmann aus Tiflis haben wir unter dem 16. d. M. nachstehendes Telegramm erhalten:

„Der Bevollmächtigte des Außenkommissariats Astachoff ließ sich heute ohne sichtbaren Grund in längere politische Erörterung ein. Lange Dauer der Verschlechterung unserer Beziehungen sei beunruhigend. Beiderseitige Zeitungshetze vertiefe Riss unnötig. In Wahrheit hätten wir keine außenpolitischen Gegensätze und müssten wieder zueinander finden. Der Augenblick sei günstig, dürfe aus innerpolitischen Rücksichten nicht verpasst werden. Man sei in Moskau überzeugt, dass ‚Mein Kampf‘ für unser Verhältnis ohne reale Bedeutung sei. Wenn wir uns entschlossen, auch entsprechende politische Konsequenzen zu ziehen, könne bald alles wieder in Ordnung kommen. Man verehere Deutschland, sei von Notwendigkeit der Zusammenarbeit überzeugt und so weiter.“

Ich möchte Ihnen von Obigem Kenntnis geben, da es vielleicht im Zusammenhang mit den Ausführungen des Herrn Botschafters in seinem Privatbrief an Herrn Köpke von Interesse ist.¹

In diese Serie von wohlwollenden Bemerkungen gehört auch, dass Kandelaki mir nach dem Abendessen beim Herrn Botschafter sagte, die Ausgestaltung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen müsse doch auch eine entsprechende Rückwirkung auf das **politische**² Verhältnis zwischen den beiden Ländern haben.

Wir fragen uns hier nach den Hintergründen derartiger Bemerkungen; möglicherweise rechnen die Russen damit, dass das Bekanntwerden bzw. die Auswirkung dieser Anzapfungen auf die Franzosen Eindruck machen wird und sie vielleicht veranlassen wird, die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Beistandpaktes, die sich immer wieder verzögert, baldigst vorzunehmen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns die dortige Meinung hierüber gelegentlich mitteilen könnten.

Mir geht es gut, und ich hoffe das Gleiche von Ihnen.

Mit vielen herzlichen Grüßen bin ich mit Heil Hitler

Ihr stets Ihnen aufrichtig ergebener

vT[ippelskirch]

Paraphe mit Datum 18.11. Auf erstem Blatt oben: zdA (Telegr[amm] aus Tiflis No. 28 vom 16.11) vT[ippelskirch] 18/11. Unten Paraphe: Sch[ulenburg] 18/II.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429128-429129.

¹ Gemeint ist das Schreiben Schulenburgs vom 11.11.1935; vgl. Dok. 286, Anm. 5.

² Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: bestehende.

Nr. 292
**Schreiben des Reichswirtschaftsministers Schacht an den Leiter der
sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki**

Kopie

Berlin W 8, den 19. November 1935

II 47152/35

Der Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister
Behrenstrasse 43

An den
Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland
Herrn Kandelaki
Berlin

Sehr geehrter Herr Kandelaki!

In unserer Aussprache am 30. Oktober d. Js.¹ haben Sie u. a. auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die Ihnen bei der Vergebung der Bestellungen auf Grund des 200 Millionen Kredites entgegengetreten sind, und die Sie im einzelnen in Ihrem Schreiben vom 18. Oktober d. Js.² mir bereits mitgeteilt hatten. Wie ich Ihnen bei unserer Unterredung zusicherte, habe ich in dem Bestreben, Ihnen behilflich zu sein, Ihre Beschwerden einer Nachprüfung unterzogen und erlaube mir, Ihnen als Ergebnis meiner Ermittlungen das Folgende mitzuteilen:

1. In Ihren Verhandlungen mit der Akkumulatorenfabrik A.G. sowie in den Verhandlungen wegen Lieferung von Fernlenkvorrichtungen, Fernsehanlagen usw. mit den Firmen

Lorenz A.G., Berlin
Fernseh A.G., Berlin
Loewe-Radio, Berlin und
Telefunken, Berlin,

ist es mir zu meinem Bedauern nicht möglich, mich für das Zustandekommen dieser Geschäfte einzusetzen, nachdem die genannten Firmen Ihnen erklärt haben, dass sie zur Lieferung dieser Gegenstände nicht in der Lage seien.

2. Wegen Ihrer Verhandlungen mit der I.G. Farbenindustrie A.G. habe ich mich mit Herrn Geheimrat Schmitz in Verbindung gesetzt und dabei den Eindruck gewonnen, dass die Gesellschaft grundsätzlich bestrebt ist, wegen Lieferung einer Kohlehydrierungsanlage mit Ihnen zu einer Einigung zu gelangen. Was jedoch die Verhandlungen mit der im Haag befindlichen internationalen Gesellschaft betrifft, die die Inhaberin bestimmter Patentrechte ist, so wird es wohl nötig sein, dass Sie die hierauf sich beziehenden Verhandlungen mit der Gesellschaft unmittelbar führen. Die I.G. Farbenindustrie A.G. ist an der genannten internationalen Gesellschaft nur so unwesentlich beteiligt, dass sie einen entscheidenden Einfluss nicht nehmen kann. Soweit diese Gesellschaft, oder etwa die I.G. für ihre Zahlungen an die-

¹ Vgl. Dok. 271.

² Das Schreiben selbst ist nicht ermittelt; es geht aber um die Probleme, die Gasjuk im Auftrag von Kandelaki Bräutigam darlegte; vgl. Dok. 259.

se Gesellschaft, Valutaforderungen stellt, glaube ich nicht, dass Sie sich dieser Forderung werden entziehen können; aber auch hier habe ich den Eindruck gewonnen, dass die genannte Patentverwertungs-Gesellschaft ihrerseits grundsätzlich zu einem Abschluss mit Ihnen bereit ist.

Geheimrat Schmitz wies weiter darauf hin, dass die Lieferung von Winkler-Generatoren durch die Bamag in unmittelbarem Zusammen mit der Lieferung der Kohlehydrierungsanlage stünde, da diese Anlage einen Vorprozess des Hydrierungsverfahrens darstelle, dass aber auch hier die I.G. zur Lieferung bereit sei. Unter diesen Umständen möchte ich Ihnen empfehlen, die Verhandlungen mit der I.G., die, wie mir mitgeteilt wurde, keineswegs abgebrochen sind, weiter zu führen und die beiden genannten Geschäfte wegen ihres Zusammenhanges gleichzeitig zu behandeln.

Was endlich die Lieferung des Verfahrens zur Herstellung von Anilinfarben betrifft, so kann ich Ihnen zu meinem Bedauern nicht weiter behilflich sein, da es, wie ich bereits mündlich zum Ausdruck gebracht habe, der Firma naturgemäß freisteht, ob sie ein Verfahren verkaufen will oder nicht. Dasselbe gilt für das Herstellungsverfahren für plastische Massen, Kunstharz u. dgl.

3. Sie erwähnten ferner, dass die MAN, Augsburg, es ablehne, ein Liefergeschäft auf der Grundlage des 200 Millionen Kredites mit Ihnen zu tätigen. Ich habe mich mit der Leitung dieser Firma in Verbindung gesetzt und bin inzwischen von meinem Sachbearbeiter dahin unterrichtet worden, dass nunmehr eine Einigung erfolgt und das Geschäft in der von Ihnen gewünschten Grundlage des 5-Jahres-Kredites zum Abschluss gekommen ist.

4. Sie haben ferner erwähnt, dass viele Bestellungen, insbesondere bei kleinen Firmen, daran scheiterten, dass die Firmen es ablehnten, das von ihnen bei der Finanzierung geforderte 30%ige Risiko zu übernehmen. Ich habe auch diese Frage inzwischen geprüft, muss Ihnen aber leider mitteilen, dass es mir nicht möglich ist, die Firmen von diesem Risiko zu befreien. Wie Ihnen bekannt, ist der Ihnen von einem Bankenkonsortium gewährte Kredit nur durch eine großzügige Mitwirkung der Reichsregierung, die für die Geschäfte die Reichsausfallbürgschaft zur Verfügung stellt, ermöglicht worden. Die Bedingungen der Reichsgarantie sind etatrechtlich festgelegt, die Voraussetzungen zu ihrer Übernahme lassen sich vor Abwicklung der gesamten Vereinbarungen nicht abändern. Ich möchte mir jedoch die Anregung erlauben, mit der Führung des Bankenkonsortiums zu verhandeln und zu versuchen, ob diese nicht bereit ist, in Einzelfällen von sich aus die Finanzierung vorzunehmen, soweit es Ihnen nicht möglich sein sollte, die Bestellungen bei anderen geeigneten Firmen unterzubringen.

5. Endlich haben Sie darauf hingewiesen, dass verschiedene deutsche Firmen zu hohe Preise forderten, insbesondere höhere Preise, als dieselben Firmen für ähnliche Aufträge vor gar nicht langer Zeit von der Sowjet-Union gefordert hätten. Ich habe auch hier Ermittlungen anstellen lassen, die zu folgendem Ergebnis geführt haben:

a) Firma I.E. Reinecker, Chemnitz.

Die Firma teilt mir mit, dass es sich bei den fraglichen Bestellungen um weiterentwickelte und technisch vervollkommnete Maschinen handle, die mit den vor 2 Jahren gelieferten Maschinen nicht zu vergleichen und deshalb auch preislich ganz anders zu bewerten seien.

b) Firma G. Kärger, Fabrik für Werkzeugmaschinen, Berlin.

Auch diese Firma hat mir gegenüber ihre jetzt gültigen Preise eingehend begründet und weist darauf hin, dass die Konstruktionen verglichen mit den im Jahre 1930/32 gelieferten Maschinen ganz wesentliche Änderungen erfahren hätten. Entsprechend den in den letzten Jahren gestiegenen Anforderungen zur vollen Ausnutzung der Drehbänke und Erzielung höchster Drehzahlen und von feinen Vorschüben kämen neuzeitliche Werkzeuge wie Widia, Titanit und Diamant zur Verwendung. Allein die automatische Pressölschmierung rechtfertige eine Preiserhöhung gegenüber den früheren Lieferungen.

c) Firma H. Wohlenberg, Kommandit-Gesellschaft, Hannover.

Auch hier wird die Preiserhöhung gegenüber früheren Lieferungen damit begründet, dass konstruktive Verbesserungen durch Verwendung hochwertiger Baustoffe, eine erheblich verteuernde Durchbildung der Konstruktionen und eine Leistungssteigerung von 18–20 PS auf 30–35 PS bei den neuerdings angebotenen Modellen zu berücksichtigen seien.

d) Loewe-Gesfürel A.G., Berlin.

Die Firma macht geltend, dass die heute für das Russlandgeschäft gültigen Preise ohne wesentliche Änderungen bereits seit über zwei Jahren bestünden. Es sei zwar richtig, dass unter dem sogenannten „Pjatakoff-Abkommen“ vorübergehend unter dem von der Handelsvertretung auf die Konkurrenz ausgeübten Druck und unter Berücksichtigung des damaligen Beschäftigungsmangels Preise von der Sowjet-Union erzielt worden seien, die wesentlich unter den Selbstkosten gelegen hätten. Die heutigen Preise der Firma seien durchaus angemessen und keineswegs zu hoch, sie lägen auch durchweg im Rahmen der Preise einer ebenbürtigen Konkurrenz. Darüber hinaus handle es sich bei den heute angebotenen Maschinen zum Teil um Neukonstruktionen, die sich ebenfalls nicht mit den unter dem „Pjatakoff-Abkommen“ gelieferten Maschinen preislich vergleichen ließen.

Ich habe mich im Übrigen auch mit dem Russlandausschuss der deutschen Wirtschaft wegen Ihrer Klagen über die Preise in Verbindung gesetzt. Der Russlandausschuss hat mir die Berechtigung der von den einzelnen Firmen gemachten Angaben bestätigt.

Sie werden verstehen, sehr geehrter Herr Kandelaki, dass ich nicht weiter in die Einzelheiten der Geschäfte eindringen kann. Ich gebe jedoch der Hoffnung Ausdruck, dass meine Vermittlungstätigkeit zur Überwindung der von Ihnen vorgebrachten Beschwerden beitragen wird. Ich habe meinen Sachbearbeiter beauftragt, auch weiterhin Ihnen bei der Erfüllung des von uns vereinbarten Bestellprogramms behilflich zu sein.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

(Unterschrift: Dr. H. Schacht)

Auf erstem Blatt oben links handschriftlich: G[enosse] Levin: Ich bitte Sie, den Volkskommissar mit dem Brief bekannt zu machen. D.V. Kandelaki.

RGAE, f. 413, op. 13, d. 1007, l. 80–82. Kopie.

Nr. 293

Meldung des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA Urickij an
den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov

****Ganz geheim****¹

Expl. Nr. 1

22./23. November 1935

Nr. 20071/ss²

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR FÜR
VERTEIDIGUNG DER UdSSR
Gen. VOROŠILOV

Ich melde:

Zuverlässigen Informationen zufolge hat vermutlich Anfang Oktober 1935 Ribbentrop (der Sonderbevollmächtigte Hitlers zu Fragen der Außenpolitik) gegenüber der japanischen Regierung Schritte unternommen, um die Haltung Japans zum Abschluss eines Garantievertrags zwischen Deutschland und Japan zu sondieren. Zu dieser Frage kam es im Oktober zwischen dem Vertreter Ribbentrops³ und dem japanischen Militärattaché in Berlin⁴ zu inoffiziellen („privaten“) Verhandlungen. Japan hat bis Ende Oktober auf die Sondierung Ribbentrops nicht geantwortet.

Aus den Verhandlungen zwischen dem Vertreter Ribbentrops und dem japanischen Militärattaché ergibt sich Folgendes: der Vertrag ist vor allem gegen die UdSSR gerichtet, es ist daran gedacht, ein spezielles Militärabkommen abzuschließen, kraft dessen die vertragschließenden Seiten „beiderseits die sowjetischen Truppen binden“. Kriegsminister Blomberg prüft im Ergebnis des Gesprächs mit Ribbentrop die Frage nach möglichen Maßnahmen, die durchgeführt werden müssen, um den militärischen Teil des Vertrages zu verstärken.

Laut Einschätzung des japanischen Militärattachés strebt nicht nur die deutsche Armee, sondern auch die deutsche Regierung den Abschluss eines Garantievertrages an. Ribbentrop meint, dass die englische Regierung wahrscheinlich nichts gegen den Vertrag einzuwenden haben wird, weil sie wegen der kommunistischen Propaganda der UdSSR in den englischen Kolonien ernstlich beunruhigt ist. Nach Auffassung des Vertreters Ribbentrops ist es sogar nicht ausgeschlossen, England in diesen Vertrag einzubeziehen. Der japanische Militärattaché verwies jedoch darauf, dass es unter dem Aspekt der englisch-deutschen Beziehungen in Europa zwar zweckmäßig wäre, England einzubeziehen, dabei jedoch die Beziehungen Englands und Japans im Osten unbedingt zu berücksichtigen.

*Der japanische Militärattaché empfiehlt dem japanischen Generalstab nachdrücklich, einem Abschluss des Vertrages zuzustimmen. Falls Japan einen allgemeinen Garantievertrag ablehnt, empfiehlt er, ein Abkommen nur zwischen den

¹ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Aller Wahrscheinlichkeit handelt es sich um Friedrich Wilhelm Hack.

⁴ Hiroshi Ōshima.

Kriegsministerien mit der Maßgabe abzuschließen, die Streitkräfte der UdSSR zu binden und die Versorgung der UdSSR mit Waffen usw. zu verhindern.*⁵

CHEF DER AUFLÄRUNGSVERWALTUNG DER RKKA

URICKIJ

*Vermerk K.E. Vorošilovs mit blauem Farbstift am linken Seitenrand: KV.
Unten links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4717 vom 23.11.1935.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. in 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Vorošilov, das 2. an Gen. Gamarnik, das 3. an Gen. Tuchačevskij, das 4. an Gen. Egorov, das 5. zu den Akten.
Auf Kopfbogen des NKO der UdSSR. Aufklärungsverwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee geschrieben.*

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 740, l. 160–161. Original.

Nr. 294

Schreiben des Leiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Leibbrandt an den Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Rosenberg

25. November 1935

Abteilung Osten
Dr. L./Ef.

Herrn
Reichsleiter Rosenberg
im Hause

In letzter Zeit laufen hier Nachrichten ein bezüglich des Verhältnisses Deutschlands zur Sowjetunion, die auf eine Änderung der deutsch-sowjetischen Beziehungen schließen lassen können.

Laut Mitteilung in der ausländischen Presse soll bei Siemens eine Besprechung stattgefunden haben, an der unter Vorsitz von Krupp von Bohlen eine Reihe von Führern der deutschen Industrie teilnahmen. Als Ergebnis dieser Besprechung habe man beschlossen, die wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern zu intensivieren und zu versuchen, neue Aufträge von dort zu bekommen.

Nach einer weiteren Meldung soll eine Wirtschaftsdelegation beim Führer gewesen sein und darauf hingewiesen haben, dass es für die deutsche Wirtschaft notwendig sei, dass man Aufträge von der Sowjetunion erhält. Eine andere Version besagt, dass Reichskriegsminister Blomberg mit einigen Herren des Reichskriegsministeriums und der Industrie vom Führer empfangen worden sei.

⁵ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen. Der gesamte Text der Meldung ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

Der Handelsvertreter der Sowjetunion Kandelaki war vor wenigen Tagen beim Reichswirtschaftsminister Schacht.¹ Schacht soll diesmal entgegen seiner sonstigen Gepflogenheiten außerordentlich entgegenkommend gewesen sein und habe auf die vorsichtige Frage von Kandelaki nach einer Verlängerung der Kreditfrist über fünf Jahre hinaus gleich geantwortet und über zehn Jahre Kredit gewährt. Kandelaki, der erst nicht wusste, ob das als Witz oder ernst zu nehmen sei, habe nochmal die Frage wiederholt und Schacht habe nochmals unterstrichen, dass er bereit sei, der Sowjetregierung Kredit zu geben.

Diese Nachricht hat sowohl in wirtschaftlichen als auch in politischen Kreisen Bestürzung hervorgerufen. Man weiß nicht, was man davon halten soll, da ein solches Angebot ein völlig neues Novum darstellen würde und man vor allen Dingen keinen Grund sieht, warum Schacht ohne dringende Notwendigkeit sich zu einem solchen Angebot hat hinreißen lassen.

Der deutsche Militärattaché in Moskau² soll vor seiner Abreise nach Moskau vom Führer empfangen worden sein. Der Führer soll ihm u.a. empfohlen haben, gute Beziehungen zur Roten Armee zu unterhalten und sie zu vertiefen.³

Zu gleicher Zeit sind unsere Verhandlungen wegen des Umbaus des „Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft“ ein gutes Teil weiter gediehen. Von der maßgeblichen Stelle des Reichswirtschaftsministeriums wurden wir aufgefordert, einen Entwurf für den Umbau des Russland-Ausschusses einzureichen.

Ebenso haben wir mit den zuständigen Herren im AA engste Fühlung in allen Fragen der Politik gegenüber den Sowjets und die Möglichkeit, Einfluss auf ihre praktische Gestaltung zu haben.

Es ist darum dringend erforderlich, um die Einheitlichkeit des Kurses zu wahren, festzustellen, wie weit die oben erwähnten Nachrichten zutreffen. Es müsste beim Führer direkt festgestellt werden:

1.) Ist eine Abordnung der deutschen Wirtschaft empfangen worden und in welchem Sinne hat sich der Führer zu ihren Wünschen geäußert?

2.) Hat Reichsminister Schacht mit dem Führer über die Verlängerung des Kredites gesprochen? Da doch diese Frage von außerordentlicher Bedeutung ist, gerade auch wegen des Eindrucks im Auslande.

3.) Ist eine Änderung des Kurses gegenüber der Sowjetunion vom Führer beabsichtigt, die sich ja nur auf wirtschaftlichem Gebiete auswirken könnte?

4.) Hat der Führer dem deutschen Militärattaché in Moskau die Herstellung engerer Beziehungen zur Roten Armee zur Aufgabe gestellt?

[Leibbrandt]

BArch, NS 43/9, Bl. 503–505.

¹ Kandelaki hatte am 30.10.1935 ein Gespräch mit Schacht; vgl. Dok. 271.

² Ernst Köstring.

³ Vgl. Dok. 286, Anm. 2.

Nr. 295

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Jagoda**

GEHEIM

25. November 1935

15193¹

2. West[abteilung]

AN DEN

VOLKSKOMMISSAR FÜR INNERE

ANGELEGENHEITEN DER UdSSR

Gen. G.G. JAGODA

Sehr geehrter Genrich Grigor'evič,

das NKID gerät immer wieder deswegen in Schwierigkeiten, weil die zuständigen Abteilungen des Narkomvnudel das NKID nicht rechtzeitig über den Vollzug der Beschlüsse der Sonderberatung bei Ihnen² bezüglich der Ausweisung von deutschen Staatsbürgern benachrichtigen. Das NKID erfährt sehr oft erst nach einigen Monaten, dass der Beschluss, diese oder jene Person aus der UdSSR auszuweisen, bereits vollzogen und die betreffende Person irgendwann über irgendeinen Grenzkontrollpunkt ausgewiesen worden ist.

So übersandte das NKID am 9. Mai 1935 an das NKVD den ausgestellten Pass für die zur Ausweisung verurteilte deutsche Staatsbürgerin Anna BLUNCK sowie Geld für die Eisenbahnfahrt und bat, rechtzeitig das Datum für die Ausweisung der Bürgerin Blunck mitzuteilen. Obwohl seither 6 Monate vergangen sind, wurde das NKID bis jetzt nicht darüber informiert, ob die Bürgerin Blunck bereits ausgewiesen worden ist.

Das NKID übersandte ferner am 17. Juli 1935 an das NKVD den ausgestellten Pass für die zur Ausweisung aus der UdSSR verurteilte Bürgerin Katharina Schmidt sowie Geld für die Eisenbahnfahrt. In den darauf folgenden 4 Monaten hat das NKID keine Mitteilung darüber erhalten, ob die Bürgerin Schmidt bereits ausgewiesen worden ist.

Da das NKID keine Benachrichtigungen über den faktischen Vollzug der Ausweisungen erhält, gerät es in eine schwierige Lage, allein schon aus dem Grund, weil das NKID laut Vertragsbestimmungen verpflichtet ist, die Deutsche Botschaft über jeden Wechsel des Haftortes der Gefangenen zu informieren.³ Die Deutsche Botschaft ist im Zusammenhang mit Fällen dieser Art wiederholt beim NKID vorstellig geworden.

Ich bitte Sie:

1. Die zuständigen Abteilungen des NKVD anzuweisen, dem NKID die Informationen über die Ausweisung der Bürgerinnen BLUNCK und SCHMIDT umgehend mitzuteilen;

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² So im Dokument; gemeint ist die Sonderberatung beim Volkskommissar des NKVD der UdSSR.

³ Vgl. Dok. 21, Anm. 7.

2. Die zuständigen Abteilungen der NKVD anzuweisen, ein Verfahren einzuführen, durch das die Informationen über den faktischen Vollzug von Ausweisungen von deutschen Staatsbürgern dem NKID ohne Verzögerung und ohne spezielle Anfragen von seiner Seite mitgeteilt werden.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Krestinskij

Vermerk mit Tinte: V. L.⁴

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 84, d. 18, l. 87–87R. Kopie.

Nr. 296

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch

GEHEIM

[27.11.1935]

Nr. 15210

28.XI.35¹

**AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS DES Gen. ŠTERN MIT TIPPELSKIRCH,
27. NOVEMBER 1935**

Ich bat Tippelskirch zu mir, um mit ihm über den Fall des Vertreters der Firma Siemens, Werner Bergmann, zu sprechen. Da die Einladung zu einer recht späten Tageszeit erfolgte, erschien T[ippelskirch] aufgeregt bei mir. Ich erklärte ihm Folgendes:

Das NKID wurde davon in Kenntnis gesetzt, dass sich Werner Bergmann, der sich in Moskau als Vertreter der Gesellschaft Siemens aufhält, mit antistaatlicher Tätigkeit befasst hat, insbesondere beteiligte er sich an der Vorbereitung von terroristischen Anschlägen. Aus diesem Grund wurde die abschließende Entscheidung getroffen, Bergmann unverzüglich auszuweisen und dazu nötigenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Nachdem das NKID von dem oben Dargelegten in Kenntnis gesetzt worden ist, sieht es das NKID als erforderlich an, der Deutschen Botschaft die Möglichkeit zu verschaffen, Bergmann nahezulegen, binnen 3 Tagen die Sowjetunion zu verlassen, anderenfalls wird die Ausweisung zwangsweise erfolgen. Bergmann muss spätestens am Abend des 30. d. M. abreisen.

T. nahm meine Erklärung äußerst erregt entgegen und sagte, er könne überhaupt nicht an eine Schuld Bergmanns glauben, insbesondere nicht an solche

⁴ Vladimir L'vovič Levin.

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

schrecklichen Handlungen wie die Vorbereitung von terroristischen Anschlägen. Er mache mich darauf aufmerksam, dass man sich eines Teils der Firmenvertreter durch die Aufhebung des Aufenthaltsrechts in der UdSSR entledigt² habe, anderen gäbe man keine Visa, Bergmann entledige man sich jetzt mittels Ausweisung. Ich wies T. darauf hin, dass der Beschluss zu Bergmann in keiner Beziehung zu den Fällen der Firmenvertreter stehe. Die gegen Bergmann getroffenen Maßnahmen seien ausschließlich gegen ihn persönlich gerichtet und würden in keiner Weise die Gesellschaft Siemens berühren, die jederzeit einen anderen Vertreter entsenden könne. Was aber den Kern der Frage betreffe, so ****sei ich nicht bevollmächtigt****³, irgendeine Diskussion in welcher Form auch immer zu führen, weil die von mir oben angeführte Mitteilung alles das enthalte, was ich ihm zu diesem Anlass sagen könne. Die Botschaft müsse selbst entscheiden, ob sie es für erforderlich halte, unseren Vorschlag anzunehmen oder nicht. Toppelskirch machte mich sodann auf den Lärm aufmerksam, der in Deutschland wegen der Ausweisung einer solchen Person wie derjenigen des Vertreters von Siemens geschlagen werden würde. Ich entgegnete T. trocken, dass in erster Linie in Moskau Lärm geschlagen werden müsste, was aber, wie er aus meinem Vorschlag ersehe, nicht geschehe. T. teilte mit, dass er meine Erklärung zur Kenntnis nehme. Ich betonte gegenüber T. erneut, dass der zu Bergmann gefasste Beschluss endgültig sei.⁴

Am 28. November rief mich T. um 11.00 Uhr vormittags an und teilte mit, dass er in Ergänzung zum gestrigen Gespräch mir zur Kenntnis bringe, dass Bergmann die entsprechenden Konsequenzen gezogen habe und am Abend des 30. Moskau verlasse.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
6 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. Gen. Stomonjakov, das 4. an das NKVD Gen. Mironov, das 5. nach Berlin, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 138–137. Original.

² Vgl. Dok. 253.

³ Der Text ist korrigiert und über die Zeile geschrieben: ursprünglich: lehne ich es ab.

⁴ Die Frage der Ausweisung Bergmanns aus der UdSSR wurde nochmals von den deutschen Diplomaten sowohl in Moskau als auch in Berlin aufgeworfen. Vgl. die Aufzeichnung der Unterredung Šterns mit Toppelskirch am 4.12.1935. In: AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 141–140. Ebenso die Aufzeichnung der Unterredung Šterns mit von der Schulenburg am 8.1.1936. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 5–3. Vgl. auch Dok. 302, 306.

Nr. 297
Beschlussentwurf für das Politbüro des ZK der VKP (B)

GEHEIM

Expl. Nr. 7
[27.11.1935]

Entwurf¹
Ausgangs-Nr. 633
28.XI.35²

BESCHLUSS

1. Das NKVT ist zu beauftragen, bei den Verhandlungen mit der deutschen Regierung über einen 800-Millionenkredit von der beigegeführten vorläufigen Auftragsnomenklatur auszugehen (Anlage Nr. 1)³.

Gen. Kandelaki ist zu beauftragen, bei der Unterzeichnung des Abkommens von der deutschen Regierung die Verpflichtung zu erwirken, uns gemäß Anlage Nr. 2⁴ technische Hilfe und Anlagen zur Verfügung zu stellen.

2. Bei der Realisierung der Aufträge auf der Grundlage dieses Abkommens ist der Abschluss von Verträgen anzustreben:

a) mit der Firma IGE⁵ mit einer Laufzeit von 5 Jahren über umfassende technische Hilfe bei OV⁶, bei Farbstoffen, Halbfabrikaten, Kunststoffen, Magnesium und bei der Verflüssigung von Steinkohle in Höhe von 80 Mio. Mark mit einer Zahlungsfrist von 5 Jahren für die Bezahlung für die zu kaufende technische Hilfe und für die Lieferung von Produkten der IGE;

b) bei einem Vertragsabschluss mit der IGE sind bei den Maschinenbaufirmen Anlagen⁷ auf der Grundlage von Projekten der IGE in einer Summe von 50 Mio. Mark zu vergeben;

c) mit der Firma Zeiss über umfassende technische Hilfe auf militärischem Gebiet, bei der zivilen und militärischen Optik, wobei die Kosten für die technische Hilfe und die bei Zeiss zu kaufenden Produkte im Verlauf von mehreren Jahren mit 40 Mio. Mark zu veranschlagen sind;

d) bei einem Vertragsabschluss mit Zeiss sind bei den entsprechenden Firmen auf der Grundlage der Projekte von Zeiss Anlagen im Wert von 30 Mio. Mark zu vergeben.

3. Gen. Kandelaki ist zu beauftragen, sich mit Fischer über den Kauf seiner Anlage und über die technische Hilfe bei der Verflüssigung von Steinkohle nach der Fischer-Methode zu einigen, wobei für die technische Hilfe und für die Anlage 13 Mio. Mark zu veranschlagen sind.

Gen. Kandelaki ist zu gestatten, bei einem eventuellen Vertragsabschluss mit Fischer vor Klärung der Verhandlungsergebnisse zum 800-Millionenkredit diesen

¹ Der Entwurf wurde im NKVT der UdSSR ausgearbeitet.

² Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

³ In der Akte nicht vorhanden.

⁴ In der Akte nicht vorhanden.

⁵ IG Farbenindustrie.

⁶ Otravljajuščie veščestva = Giftstoffe

⁷ So im Dokument; gemeint sind „Aufträge für Anlagen“.

Vertrag zu den Konditionen des 200-Millionenkredites über diese Summe hinaus zu unterzeichnen.

4. Im Falle der Unterzeichnung eines Kreditabkommens mit der deutschen Regierung⁸ ist das Narkomvneštorg nach vorheriger Abstimmung mit den Dienststellen zu beauftragen, in Monatsfrist das Auftragsprogramm aufgeschlüsselt nach Dienststellen gemäß der bestätigten Nomenklatur zur Bestätigung vorzulegen.⁹

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 7 Expl. 27.XI.35

RGAE, f. 413, op. 12, d. 1754, l. 16–17. Kopie.

Nr. 298

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[28.11.1935]

Nr. 506/s¹

Lieber Maksim Maksimovič!

Gemäß der mir erteilten Weisung² bin ich sofort nach meiner Rückkehr nach Berlin daran gegangen, die Kontakte zu den Deutschen zu intensivieren. Ich nutzte dafür alle sich bietenden Gelegenheiten, und es gelang mir, mich in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit mit angesehenen Personen zu treffen. Außer mit Neurath traf ich mit Nadolny, Kriege, **N**³, Massow zusammen. Bei einigen Empfängen (bei der Eröffnung einer Ausstellung durch die öffentliche Bibliothek, beim Treffen der ausländischen Studenten und auf der Feier anlässlich des 2. Jahrestages von **Kraft durch Freude**⁴) traf ich mich mit einigen führenden Nazis, darunter mit Goebbels und Rosenberg. *Ich selbst gab einige Empfänge, zu denen ich unter anderem Schacht und Blomberg einlud. Alle meine Kontakte mit den Deutschen **flüchtige mit führenden Vertretern der herrschenden Führungsspitze und ausführliche mit den sogenannten Freunden**⁵ verfestigten lediglich meine bereits früher gewonnene Überzeugung, dass der Kurs, den Hitler gegen uns eingeschlagen

⁸ Vgl. Dok. 276, Anm. 1.

⁹ Vgl. Nomenklatur der Aufträge, vorrangig militärischer Art, für die Verhandlungen des Gen. Kandelaki mit den Deutschen gemäß Kreditabkommen. In: RGAE, f. 413, op. 12, d. 1754, l. 18–23.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Am 2.11.1935 nahm Suric mit Litvinov, Stomonjakov, Rozengol'c und Kandelaki an einer Beratung bei Stalin teil. Vgl. Na prieme u Stalina, S. 171.

³ Der Buchstabe ist hier und im Folgenden mit blauem Farbstift über einen durchgestrichenen, nicht zu entziffernden Familiennamen geschrieben.

⁴ So in Deutsch geschrieben.

⁵ Der Text ist bei der Veröffentlichung des Dokuments in DVP ausgelassen worden.

hat, unverändert bleibt und in naher Zukunft keine ernstlichen Veränderungen zu erwarten sind.*⁶

In dieser Hinsicht stimmen alle meine Gesprächspartner überein. N zum Beispiel sagte mir, dass Hitler von drei Ideen besessen sei: der Feindschaft zur UdSSR (zum Kommunismus), der jüdischen Frage und dem Anschluss. Nach Auffassung von N ergibt sich die Feindschaft zur UdSSR nicht nur aus seiner ideologischen Haltung zum Kommunismus, sondern bildet die Grundlage für seine taktische Linie auf dem Gebiet der Außenpolitik.

*Hitler und seine engste Umgebung sind zutiefst davon überzeugt, dass das Dritte Reich nur durch einen konsequenten antisowjetischen Kurs in der Lage ist, seine Aufgaben zu verwirklichen und Verbündete und Freunde zu gewinnen. Das Kalkül gründet sich hier darauf, dass eine weitere Ausbreitung der Krise in der Welt unausweichlich zu einer Vertiefung der Gegensätze zwischen Moskau und der ganzen übrigen Welt führen müsse.*⁷ Das einzige Mittel der Einflussnahme, das uns zurzeit zur Verfügung steht, um den antisowjetischen Kurs abzuschwächen, bestünde nach Auffassung von N in dem Interesse Deutschlands, normale Wirtschaftsbeziehungen mit uns herzustellen, genauer gesagt, unsere Rohstoffe zu bekommen. **In sehr vorsichtiger Form deutete er an, dass wir unsere Wirtschaftsverhandlungen mit einigen, wenigstens minimalen politischen Forderungen verknüpfen sollten (Einstellung der Ausfälle in der Presse, Erklärungen darüber, dass es keine Aggressionspläne gibt usw.).**⁸ Auch mein Gespräch mit Neurath war im Grunde genommen nicht sonderlich ermutigend. Er gab mir deutlich zu verstehen, dass sich unser Verhältnis in allernächster Zeit auf Beziehungen rein wirtschaftlichen Charakters beschränken sollte.*⁹ Er schloss allerdings nicht aus, dass sich das in Zukunft auch auf unsere politischen Beziehungen auswirken könne, vergaß jedoch trotz seiner ganzen Zurückhaltung nicht, und dies ist bezeichnend, auf die Komintern als Haupthindernis für die Normalisierung unserer Beziehungen zu verweisen, was deutlich von der Aussichtslosigkeit jeglicher Versuche zeugt, sie in nächster Zeit zu verbessern. Außerordentlich bedeutungsvoll ist, dass Neurath auf meine vorsichtige Sondierung, ob denn nicht neben der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen auch eine Wiederbelebung des kulturellen Kontaktes zwischen unseren Ländern möglich wäre, antwortete, dass angesichts der „jetzigen Stimmungen“ dies wohl kaum machbar wäre. Für mich ist es jetzt, ich wiederhole es, klarer *als jemals zuvor, dass Hitler und seine Umgebung ihren Kurs uns gegenüber nicht freiwillig verändern werden. Dazu könnten sie entweder durch irgendwelche große Ereignisse im Innern des Landes (womit in nächster Zeit offensichtlich nicht zu rechnen ist) oder durch eine Stärkung der internationalen antideutschen Front bewogen werden*¹⁰.

*Die Umsetzung der Sanktionen gegen Italien und das damit gestiegene starke Ansehen des Völkerbundes wird hier in der Regel als ein empfindlicher Schlag gegen Deutschland wahrgenommen. Nicht von ungefähr sprechen die Deutschen, angefangen mit Neurath und endend mit dem letzten Beamten des Auswärtigen Amtes, voller Wut über die Sanktionen, in vertraulichen Gesprächen bezeichnen sie

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁸ Der Satz ist bei der Veröffentlichung des Dokuments in DVP ausgelassen worden.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

die Genfer Beschlüsse¹¹ als Generalprobe für Deutschland. Ein nicht weniger empfindlicher Schlag war auch das zwischen Frankreich und England erzielte Abkommen.^{*12} Jetzt setzt man alle Hoffnungen und Pläne auf den englisch-italienischen Konflikt.¹³ Solange er nicht beigelegt ist, sehen die Deutschen ihre Pläne nicht als gescheitert an. Von seinem weiteren Fortgang versprechen sich die Deutschen viele Vorteile. Eine Schwächung Italiens ebnet den Weg zum Anschluss. An einer Neutralisierung Deutschlands sind beide Seiten gleichermaßen interessiert, wir sind bereit, Opfer dafür zu bringen. Das Bild wird sich völlig ändern, wenn es gelingt, den Konflikt unter Wahrung der Interessen und der Autorität des Völkerbundes zu lokalisieren. Das wird die Sache der kollektiven Organisation des Friedens stark beflügeln und Deutschland in eine Isolation führen, aus der es nicht heraus kommen kann, ohne auch den feindlichen Kurs uns gegenüber zu ändern. Vorerst bleibt uns jedoch *in der Tat nichts anderes übrig, als geduldig abzuwarten und unsere wirtschaftliche Tätigkeit weiterhin zu verstärken und zu entfalten. Die wirtschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage der letzten Vorschläge Schachts¹⁴ zu verstärken, ist für beide Seiten von Vorteil¹⁵ (damit, und ausschließlich damit, erklärt sich der Segen, den Hitler Schacht erteilt hat). Die Verwirklichung der neuen Abkommen wird die interessierten Geschäftskreise in Bewegung bringen, sie an uns annähern, unsere „Basis“ in Deutschland zweifellos verstärken und auch die Umstellung des politischen Kurses erheblich erleichtern^{*16}, sobald die jetzt in Deutschland herrschende Führung durch die Folgeereignisse direkt dorthin gesteuert wird.

Mit kameradschaftlichem Gruß

SURIC

P.S. In letzter Zeit hatte ich die Möglichkeit, die Taktik des diplomatischen Corps gegenüber den Deutschen in Augenschein zu nehmen. Es ist festzuhalten, dass die Botschafter der Großmächte (außer Attolico) im Allgemeinen große Zurückhaltung an den Tag legen. Phipps *lässt sich fast nirgends blicken. Ich habe ihn an keinem der Orte angetroffen, die ich in letzter Zeit aufgesucht habe. Phipps bemerkte in einem Gespräch mit mir, dass er den verschiedenen Festlichkeiten und Treffen aus dem Weg gehe, und mit Gereiztheit verwies er auf den außergewöhnlichen Eifer Attolicos, zum Beispiel mit dessen Kranzniederlegung in München.¹⁷

Reserviert und missbilligend gegenüber den Machthabern verhält sich auch Dodd¹⁸. Poncet erscheint jetzt natürlich etwas häufiger zu den gesellschaftlichen

¹¹ Die auf der XVI. Vollversammlung des Völkerbundes im Oktober 1935 gegen Italien gebilligten Finanz- und Wirtschaftssanktionen traten am 18.11.1935 in Kraft.

¹² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen. Gemeint ist die Vereinbarung vom 3.2.1935; vgl. Dok. 29, Anm. 10.

¹³ Vgl. Dok. 258, Anm. 2.

¹⁴ Vgl. Dok. 271.

¹⁵ Vgl. Dok. 301.

¹⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁷ Attolico nahm am 8.11. und 9.11.1935 an den Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages des Münchener Putsches von 1923 teil und legte an der Ewigen Wache einen Kranz nieder. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 414, S. 807.

¹⁸ Dodd erklärte im Gespräch mit Suric im November 1935, dass „er mit den herrschenden Kreisen Deutschlands keinerlei Kontakte, außer den offiziellen, unterhalten werde. Die wahnsinnige Juden-Politik habe ganz Amerika gegen Deutschland aufgebracht.“ In: AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 169.

Anlässen, entwickelt aber keine besondere Aktivität. Der ungewöhnliche Eifer Atolicos, zur faschistischen Führung Kontakte zu knüpfen, springt ins Auge. Sein Verhalten stößt im Corps auf missbilligende Reaktionen. Zum Beispiel löste nicht nur die Kranzniederlegung, sondern auch das von ihm veranstaltete Konzert zugunsten der „Winterhilfe“ viele Kommentare aus^{*19}.

SURIC

Vermerk mit Bleistift: MM.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3564 vom 1.12.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 6 Expl. 5 [Exemplare] an die Adresse²⁰, 1 [Exemplar] zu den Akten. 28/XI 35.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 209–210. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 424, S. 569–571²¹.

Nr. 299

Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern

GEHEIM

Expl. Nr. 1

28. November 1935

Nr. 516/s¹

AN DEN

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Gen. ŠTERN

Sehr geehrter David Grigor'evič,

1. Ich möchte Sie knapp über die Begleitumstände des Aufenthaltes der Eisenbahnkommission unter der Leitung von Gen. Rudyj informieren. Wie Sie wissen, sind wir über die Anreise dieser Kommission nicht vorab informiert worden, so dass sämtliche Maßnahmen erst nach Ankunft der Genossen getroffen werden mussten. Am zweiten Tag nach der Ankunft der Kommission suchte ich, wie Ihnen bekannt ist, Bräutigam auf, und letzterer erging sich in seiner Antwort auf meine Bitte in längeren Ausführungen darüber, dass die interessierten deutschen Industriellenkreise, die von uns keine Aufträge erhielten, entschieden dagegen protestie-

¹⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²⁰ In dem Begleitformular zum Dokument ist vermerkt, wer das Dokument am 1.12.1935 erhalten hat: 1 [Exemplar] an Litvinov, 1 an Krest[inskij], Štern, 1 an Stalin, 1 an Molotov, 1 an Vorošilov. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 208.

²¹ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und mit redaktionellen und inhaltlichen Korrekturen sowie mit Kürzungen, die von den Herausgebern nicht gekennzeichnet wurden.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

ren würden, den sowjetischen Verkehrsfachleuten die Deutsche Eisenbahn zu zeigen; im weiteren Verlauf versprach Bräutigam, alles Erdenkliche zu unternehmen, um unsere Wünsche zu erfüllen. Daraufhin suchte Gen. Rudyj Direktor Hammer im Verkehrsministerium auf, mit dem er seit langem bekannt ist. Letzterer zeigte eine große Herzlichkeit, aber auch völlige Hilflosigkeit, unserer Kommission behilflich zu sein. Danach wurde die Kommission im Verkehrsministerium empfangen, sie erhielt Informationen allgemeiner Art, wurde aber nicht zur Besichtigung irgendwelcher Objekte zugelassen. Jeder neue Schritt der Kommission (der Besuch des Museums, der Technischen Hochschule usw.) war mit neuen Hindernissen verbunden, erforderte Telefonate zwischen uns und der Handelsvertretung usw. Der einzige Ort, wo die Kommission viel zu sehen bekam, waren die Krupp-Werke in Essen.

Obgleich Gen. Suric Neurath persönlich um Unterstützung in dieser Sache gebeten hatte, ist der Kommission noch immer keine Genehmigung für die Besichtigung von Eisenbahnhöfen, Depots usw. erteilt worden. Heute sprach ich erneut mit Bräutigam. Er erzählte mir, dass das umfangreiche Programm der Kommission angeblich große Aufregung nicht nur im Verkehrsministerium, sondern auch im Kriegsministerium ausgelöst habe; unter Beteiligung von Militärs hätten sich Sondersitzungen mit dem Aufenthalt unserer Kommission und deren Programm befasst; eine dieser Sitzungen habe im Auswärtigen Amt stattgefunden. Ein Ergebnis des Gesprächs bestand darin, dass mir Bräutigam letztlich versprach, dass die Kommission im Verlauf der nächsten zwei Tage eine Liste der Objekte, die sie besichtigen könne, ausgehändigt bekomme. Es sei wohl kaum zu erwarten, dass viel gezeigt werde, aber es werde dennoch gelingen, dass sie etwas zu sehen bekommen. Bräutigam sprach erneut darüber, dass eine skandalöse Situation entstehen würde, wenn die Transportindustrie letzten Endes doch nicht unsere Aufträge bekäme. Bereits nach meinem Treffen mit Bräutigam besuchte Gen. Rudyj den Direktor der Deutschen Eisenbahn Dormmüller, den er ebenfalls aus früheren Zeiten kennt. Dormmüller zeigte sich sehr liebenswürdig, ließ Direktor Sommer, der bis jetzt Gen. Rudyj nicht empfangen hatte, rufen und noch einen anderen Direktor, der offenbar die Rolle des faschistischen Aufpassers bei Dormmüller spielt. Dieser Aufpasser führte sich über alle Maßen schroff auf und erklärte, dass es noch kein festes Besichtigungsprogramm gebe, es aber noch aufgestellt werde. Somit wird sich in den nächsten Tagen die Situation endgültig klären. Zur Vervollständigung des Bildes teile ich noch mit, dass Direktor Hammer dieser Tage entlassen worden ist. Es ist zu vermuten, dass der Kontakt mit unserer Kommission die bereits früher vorgesehene Entlassung beschleunigt hat.

Dieser ganze Vorgang ist höchst lehrreich, weil er zeigt, wie schwer es sogar deutsche Verantwortliche haben, unseren Wünschen entgegenzukommen, selbst dann, wenn sie dies wollen. Aber diese Geschichte hat im Kontext mit einer anderen Frage eine praktische Bedeutung, über die ich Sie informieren muss.

2. Wie ich erfuhr, ist der Handelsvertretung der Auftrag erteilt worden, den Boden vorzubereiten, um eine neue, kleinere Kommission des NKPS für einen langen Zeitraum in Deutschland einzurichten, diese soll als eine Art ständiger Vertretung des NKPS fungieren. Ohne sich mit uns in Verbindung zu setzen, richtete die Handelsvertretung an die Direktion der Deutschen Eisenbahn ein Schreiben, in dem das umfangreiche Arbeitsprogramm dieser Kommission des NKPS dargelegt

wurde. Gerade dieses Schreiben löste eine ungewöhnliche Unruhe in Kreisen der Deutschen Eisenbahn und des Militärs aus, weil die Deutschen offenbar annahmen, dass es um die Kommission des Gen. Rudyj ginge. In Beantwortung dieses Schreibens schickte Dorpmüller eine negative Antwort, ohne die Möglichkeit einer Berücksichtigung der Deutschen Eisenbahn prinzipiell auszuschließen.

Auf meine Anfrage erklärte der Stellv[ertreter] des Handelsvertreters Gen. Fridrichson, dass ein Eingreifen der Bevollmächtigten Vertretung in diese Angelegenheit vorerst unerwünscht sei, weil es nach der Rückkehr des Gen. Kandelaki möglich sein werde, die Aufgaben der neuen ständigen Kommission des NKPS genauer zu bestimmen. Da wir zu dieser Angelegenheit keinerlei Weisungen besitzen, haben wir uns nicht an das Auswärtige Amt gewandt, zumal die Geschichte mit der Kommission des Gen. Rudyj noch nicht abgeschlossen ist.

Die Einrichtung einer ständigen Vertretung des NKPS in Berlin ist von großer grundsätzlicher und praktischer Bedeutung. Offenbar wird man den Deutschen erklären müssen, dass es sich um ein ständiges Organ handelt, das in der Lage sein wird, Einfluss auf die Vergabe von Aufträgen zu nehmen. Es versteht sich von selbst, dass die Deutschen Aufklärung hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der zu erwartenden neuen Kommission einerseits und den bereits hier anwesenden Vertretern des NKPS andererseits wünschen. Außerdem befürchtet die Handelsvertretung, dass die Deutschen, falls wir die ständige Vertretung des NKPS in der Art des Beauftragten des Narkomtjažprom zur Sprache bringen, entweder Schwierigkeiten bereiten werden oder ihre eigene Vertretung des Verkehrsministeriums in Moskau haben wollen. Ich persönlich teile diese Befürchtung nicht ganz.

Mir scheint es nötig zu sein, dass das NKID exakt feststellt, welche Pläne das NKPS verfolgt und uns dementsprechende Weisungen erteilt werden.

3. Die in Ihrem Schreiben angeschnittene Frage, die sich auf die deutschen Pläne auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen mit uns und auf die Differenzierung oder auf Meinungsverschiedenheiten in der Führungsspitze hinsichtlich der politischen Linie gegenüber der UdSSR bezieht, ist natürlich das zentrale und interessierende Problem. Wie ich bereits geschrieben habe, gibt es keine Zweifel, dass Kreise der Wirtschaft ein außerordentlich starkes Interesse am Handel mit uns zeigen und gerade von deutschen Wirtschaftskreisen allerlei Gerüchte über große Geschäfte mit der UdSSR und über Kredite ausgehen, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern verbreitet werden. Offenkundig ist ebenso, dass die Regierung die Bemühungen nicht behindert, die Geschäftskontakte mit der UdSSR zu erweitern. Die deutschen Industriellen brauchen die Aufträge, sie haben Angst, den sowjetischen Markt zu verlieren, sie befürchten, dass die Konkurrenten sie verdrängen; sie spüren, dass sie nicht mehr so wie früher in der Lage sind, den Bedürfnissen des sowjetischen Marktes und unseren gewachsenen Ansprüchen gerecht zu werden.

Was die politischen Beziehungen zur UdSSR betrifft, so werden diese Fragen wohl kaum bzw. überhaupt nicht in der Regierung debattiert. Sie werden in aller Stille in den Ministerien oder in Industriellenkreisen erörtert, aber niemand kann sich dazu entschließen, diese Fragen laut anzusprechen. Damit ist auch die Antwort auf die Frage gegeben, ob es in Bezug auf die Beziehungen zur UdSSR bestimmte Meinungsverschiedenheiten oder Gruppierungen gibt. Mein Eindruck ist

der, dass es eine bedeutende Anzahl von ernstzunehmenden deutschen Persönlichkeiten und sogar ****einige****² Regierungsmitglieder gibt, die den jetzigen anti-sowjetischen Kurs als unheilvoll für Deutschland erachten, sich jedoch niemand dazu entschließen kann, diesen Gedanken auszusprechen, weil bekannt ist, dass Hitler und seine engste Parteifolgschaft die UdSSR manisch hassen und nicht im Geringsten geneigt sind, den jetzigen Kurs zu verändern. Somit kann man sagen, dass es „keine Meinungsverschiedenheiten“ gibt, es gibt jedoch die ängstlich schweigenden Gegner des antisowjetischen Kurses auf der einen und die entschlossen handelnden und sprechenden Befürworter und Organisatoren des anti-sowjetischen Kurses auf der anderen Seite.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Gnedin

Vermerke D.G. Šterns mit Tinte: An Gen. Levin, Gen. Kanter, mit der Bitte um Rücksprache. 1.XII.35; zurück an mich für das Gespräch mit Gen. Postnik[ov]. 1.XII.35. Š[tern]. Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2497 vom 1.12.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. 1[Exemplar] an den Adr[essaten], 1 zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 11, l. 315-314. Original.

Nr. 300

Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern

GEHEIM

Expl. Nr. 1

28. November 1935

Nr. 518/s¹

AN DIE

2. WESTABTEILUNG DES NKID

Gen. ŠTERN

Werter Genosse,

wie Ihnen bekannt ist, läuft jetzt in Berlin der neue antisowjetische Film „Friesennot“². Dieser Film ist nicht nur ein ausgesprochen antisowjetisches Machwerk absolut widersinnigen Inhalts, sondern auch eine Beleidigung der Roten Ar-

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Friesennot: Ein deutsches Schicksal auf russischer Erde (Delta-Film, 1935), Regie: Willi Krause; Uraufführung: 19.11.1935. Der Film wurde in die höchste Kategorie eingestuft: „Staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll“.

mee. Im Film sind die handelnden Personen in aktuelle Uniformen der Roten Armee eingekleidet. Gen. Suric erwähnte diesen antisowjetischen Film im Gespräch mit Neurath, der zustimmte, dass der „Film empörend“ sei. Außerdem hat der Militärattaché Gen. Orlov in Absprache mit dem Bevollmächtigten Vertreter wegen der Vorführung des die Rote Armee beleidigenden Films im Kriegsministerium formal protestiert.³

Vorerst haben wir keine weiteren Schritte unternommen. In einem Kino ist der Film bereits abgesetzt worden, in den anderen Berliner Kinos wird er jedoch gezeigt.

Seinerzeit habe ich über die Dreharbeiten dieses Films informiert; Ausschnitte mit Reaktionen der Presse über den Film hatte ich per Luftpost an die Abteilung geschickt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Gnedin

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: an Gen. Lev[in], Gen. Kant[er] 1.XII 35. Štern.

Oben links befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2499 vom 1.12.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 Expl. 1 [Exemplar] an den Adressaten, 1 an die Presseabteilung, 1 an Gen. Krestinskij, 1 zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 81, d. 11, l. 303. Original.

Nr. 301

Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippielskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke

Moskau, den 29. November 1935

****Vertraulich!****¹

Lieber Hencke,

In der Anlage übersende ich Ihnen eine Aufzeichnung², die in gedrängter Kürze Äußerungen wiedergibt, die Bessonoff mir bei seinem Abschiedsbesuch gemacht hat. Bessonoff hat nicht nur mich, sondern auch Hensel und Hilger besucht und ist etwa zwei Stunden in der Botschaft gewesen. Am bemerkenswertesten waren seine Andeutungen über den „Umschwung“ in der hiesigen Einstellung gegenüber Deutschland. Es liegen nun schon eine ganze Reihe derartiger Kundgebungen vor: die Mitteilung Tuchatschewskys an Twardowski über die Gefühle der Roten Armee

³ Vgl. Aufzeichnung von Pappenheims über den Besuch des Militärattachés Orlov vom 26.11.1935. In: BA-MA. RH 1/79, Bl. 20.

¹ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

² Gespräch mit Bessonov über Firmenvertreter und Haftfälle, 28.11.1935. In: PA AA, R 27448, Bl. 450953-450955.

zu unserer Wehrmacht³, die wiedererwachte Bereitschaft Litwinows zu politischen Gesprächen mit dem Herrn Botschafter⁴, der Trinkspruch Litwinows vom 7. November auf die „Wiedergeburt der deutsch-russischen Freundschaft“⁵, die optimistischen Äußerungen Kandelakis, dass Stalin positiv reagiert habe und die wirtschaftliche Entwicklung auch die Politik beeinflussen müsse, die Unterhaltung Dienstmanns mit dem Tifliser Bevollmächtigten des Außenkommissariats⁶ und last not least die Mitteilung des unvermeidlichen Steiger an den Herrn Botschafter, in Moskau sei ein Umschwung zu Gunsten Deutschlands eingetreten. Die Auslassungen Bessonoffs bewegen sich auf genau der gleichen Linie, ebenso Ihre Mitteilungen über die Wiederaufnahme des gesellschaftlichen Kontakts durch die Sowjetbotschaft in Berlin.

Es versteht sich, dass es noch ganz anderer Beweise, d. h. konkreter Tatsachen, bedarf, ehe man ernsthaft von einem Kurswechsel der Sowjetpolitik oder einem ausgesprochenen russischen Wunsch nach einer Entspannung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses sprechen kann. Aber dieser Anhäufung von gleichgerichteten Symptomen liegt zweifelsohne eine Absicht zu Grunde, an der man nicht vorübergehen kann. Wir sind genötigt, nach der Ursache und dem Zweck zu forschen.

Meines Erachtens erschöpft sich die Frage nach dem Warum nicht in der Erklärung, dass es sich um ein auf Frankreich berechnetes taktisches Manöver handelt. Ebenso sehr mag das größer gewordene, politische spezifische Gewicht Deutschlands mitsprechen. Wie immer aber in solchen Fällen dürfte es sich um das Zusammentreffen mehrerer, verschiedenartiger Gründe handeln, die alle in dieselbe Richtung weisen. Es muss zunächst auffallen, dass die Russen und am deutlichsten Bessonoff von einem ganz bestimmten Termin für den hier eingetretenen Stimmungsumschwung sprechen. „Seit einem Monat“, „Ende Oktober“, „Anfang November“ wiederholt sich stereotyp! Obwohl die Russen dies nicht aussprechen, habe ich persönlich keinen Zweifel daran, dass der *Ausgangspunkt für den hiesigen Umschwung in dem Gespräch Schacht-Kandelaki vom 30. Oktober und in dem, was Kandelaki in Moskau daraus gemacht hat⁷, zu suchen ist. Offenbar sind die in diesem Gespräch gemachten Vorschläge für die Russen politisch sowohl als wirtschaftlich als auch dem Zeitpunkt nach äußerst interessant.*⁸ Es versteht sich, dass sie die Anregungen wie gewöhnlich anderen Ländern gegenüber auszunutzen und damit Geschäfte zu machen suchen. Wesentlicher ist schon, dass sie in den langen Zeiträumen, mit denen die Anregungen rechnen, ein Beruhigungsmoment und eine Verminderung der deutschen Gefahr für sich erblicken werden. Die Perspektiven, die solche Anregungen eröffnen, können gar nicht anders *als beruhigend auf die hiesigen, an Angstpsychose vor dem erstarkten Deutschland leidenden Gemüter wirken*⁹. Wirtschaftlich scheint die Erwägung eine Rolle zu spielen, dass – um mit Bessonoff zu sprechen – die beiden Länder wirtschaftlich aufein-

³ Vgl. Dok. 265.

⁴ Friedrich Werner Graf von der Schulenburg.

⁵ Vgl. Dok. 286, Anm. 5.

⁶ Georgij Aleksandrovič Astachov. Vgl. Dok. 291.

⁷ Vgl. Dok. 271, Anm. 2.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

ander hingewiesen¹⁰ werden. Die Russen glauben vielleicht, dass Deutschland durch die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung in immer stärkerem Maße auf Russland als Rohstofflieferant angewiesen sein wird. Es bedarf keiner großen Phantasie, um sich auszumalen, was solche Perspektiven in russischen Augen bedeuten.

Die Frage erhebt sich, ob die allgemeine Stimmung in der Sowjetunion und die allgemeine Linie der gegenwärtigen Sowjetpolitik eine derartige Annäherung an Deutschland zulassen würden. Über den ersteren Faktor braucht man sich keine Gedanken zu machen. Der letztere Faktor wird – trotz Ostpaktmisserfolg – die Sowjetregierung kaum davon abhalten, *sich wieder an Deutschland anzunähern, wenn Moskau ein Interesse daran hat. Dies wird im Wesentlichen davon abhängen, ob man im Kreml glaubt, die Schäfchen in Paris und Genf genügend geschoren zu haben und ob die politische Konstellation es erlaubt, Deutschland, den nunmehr gefährlichsten Gegner des Bolschewismus, an die wirtschaftliche Kette zu legen^{*11}. In diesem Falle dürfte der psychologische Augenblick für eine entsprechende politische Willensbildung bezüglich Deutschlands in Moskau nicht allzu fern sein. Ich zweifle nicht daran, dass man es sich gegebenenfalls hier auch etwas kosten lassen würde, um eine solche Entwicklung zu fördern. *Ich denke nicht an den Verzicht auf den Ostpakt, denn der ist ja tot; die von Laval gewünschte, aber schließlich wieder fallengelassene Forderung nach einer deutschen Nichtangriffserklärung zu Gunsten der Sowjetunion war nur ein Rückzugsgefecht. Was den Russen vorzuschweben scheint, ist nicht übermäßig teuer, wenn es auch manchem von uns immer noch wertvoll genug sein mag; die Regelung der Frage der deutschen Firmenvertreter, die Regelung der ca. 60 Haftfälle Reichsdeutscher in der Sowjetunion und ein Waffenstillstand in der beiderseitigen Pressekampagne^{*12} (bei letzterem hätten die Russen selbst noch einen Vorteil!).

Entschuldigen Sie, wenn ich mir erlaubt habe, Ihnen meine Gedanken so ausführlich darzulegen. Ich glaube aber, dass die jetzige Situation eine eingehende Prüfung der Sachlage und insbesondere jedes Schrittes erfordert, den wir unternehmen. *Die wirtschaftlichen Vorteile der von Schacht und Kandelaki eingeleiteten Entwicklung stehen bei Wahrung unserer Interessen für beide Seiten außer Zweifel; die Frage ist nur die, ist man sich in Berlin über die politischen Auswirkungen dieser Entwicklung in Moskau klar und wie passt dies in den Rahmen unserer derzeitigen Politik gegenüber der Sowjetunion?^{*13} Wenn mein Brief einen kleinen Beitrag zu der dortseitigen Prüfung bieten sollte, so hätte er seinen Zweck erfüllt.

Ich darf Sie noch bitten, dem Herrn Botschafter, sobald er nach Berlin kommt, den Brief und seine Anlage vorzulegen. Je eine Abschrift ist zu diesem Zweck beigefügt.

Mit herzlichen Grüßen und Heil Hitler
bin ich wie stets Ihr sehr ergebener

von Tippelskirch

¹⁰ So im Dokument.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

¹² Der Text ist unterstrichen.

¹³ Der Text ist unterstrichen.

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt am Seitenrand Abzeichnungen von Neurath (7/12), Bülow (10/12), Bräutigam (4/12) und Roediger (4/12) sowie Notiz von Hencke: D. geh[orsamt] vorzul[egen] [Schriftliche] Auswertung der Anlage ist erfolgt IV Ru H[encke] 7.XII. Auf Briefkopf der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 27448, Bl. 450956-450960.

Nr. 302

Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke

[2.12.1935]

e. o. IV Ru 4834 pr. 2. Dezember 1935

Aufzeichnung

Heute suchte mich der Botschaftsrat der Sowjetbotschaft, Herr Bessonoff, auf. Formell bedeutet der Besuch die Anzeige der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit bei der hiesigen Sowjetbotschaft nach zweimonatlicher Abwesenheit von Berlin.¹ In der Unterhaltung unterstrich Herr Bessonoff mit bemerkenswerter Deutlichkeit, dass nach seiner Ansicht alle Voraussetzungen für eine Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gegeben seien. Den Ausgangspunkt würden die wirtschaftlichen Besprechungen darstellen. Er glaube bestimmt, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen sehr günstig entwickeln würden. Alle Vorarbeiten seien in Moskau abgeschlossen, sodass jetzt die Bestelltätigkeit einsetzen könne.

Langfristige wirtschaftliche Abmachungen zwischen den beiden Ländern würden sich auch auf allen Gebieten des zwischenstaatlichen Zusammenlebens günstig auswirken. Herr Bessonoff habe während seines Aufenthaltes in Moskau die Überzeugung gewonnen, dass ein sehr wichtiger Grund für die gegenseitige Spannung in den zahlreichen Haftfällen liege. Er sei daher bemüht, **in Zusammenarbeit**² mit dem AA diese Frage möglichst bald befriedigend zu regeln. Bisher wäre das Außenkommissariat bei entsprechenden Versuchen oft auf einen starken Widerstand bei den inneren Sowjetbehörden gestoßen, die von den aggressiven Tendenzen Deutschlands gegen die Sowjetunion überzeugt und daher geneigt **gewesen**³ seien, „die deutschen Reichsangehörigen in der Sowjetunion als besonders gefährliche Leute“ anzusehen. Schon die Aussicht auf eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit habe einen Wandel in dieser Stimmung hervorgerufen. In diesem Zusammenhang kam Herr Bessonoff auch auf den Fall Bergmann⁴ zu sprechen. Auf meine Bemerkung, dass uns die gegen Bergmann erhobenen Anschuldigungen absurd erschienen, meinte Herr Bessonoff, man könnte den Fall mit mehr oder weniger wohlwollenden Augen ansehen und dann bekäme er je nach

¹ Vgl. Dok. 248, Anm. 2.

² Der Ausdruck ist korrigiert; ursprünglich: im Zusammenhang.

³ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

⁴ Vgl. Dok. 296.

der Einstellung ein anderes Gesicht. Terroristische Akte habe Bergmann zweifellos nicht vorbereitet. Er habe aber mit einer Anzahl von Sowjetpersönlichkeiten, die politisch schwer kompromittiert seien, enge persönliche, ja sogar finanzielle Beziehungen unterhalten. Herr Bessonoff gab indirekt zu, dass Herrn Bergmann eine böse Absicht ^{**5} nicht nachgewiesen werden konnte. Die inneren Behörden hätten aber angesichts seiner Verbindungen mit den staatsfeindlichen Kreisen seinen ^{**weiteren**}⁶ Aufenthalt in der Sowjetunion nicht zulassen können. Man hoffe in Moskau, dass dieser Fall keine Rückwirkungen auf die wirtschaftlichen Besprechungen haben werde.

Ich nahm die Gelegenheit wahr, Herrn Bessonoff ganz allgemein auf die unmögliche Behandlung der meisten Haftfälle seitens der Sowjetbehörden, überhaupt auf die ungünstige Lage der Reichsdeutschen⁷ hinzuweisen. Herr Bessonoff machte darauf den Vorschlag, dass wir uns in nächster Zeit einmal zusammensetzen und die einzelnen Fälle durchsprechen sollten, um zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen. Ich nahm diesen Vorschlag an.

Zum Schluss gab Herr Bessonoff noch seinem lebhaften Bedauern Ausdruck, dass Herr Gesandtschaftsrat Bräutigam jetzt Berlin verlassen würde, da gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt seine Sachkenntnis ^{**für**}⁸ eine befriedigende Regelung der künftigen Wirtschaftsbeziehungen von besonderem Wert wäre.

Im ganzen hatte ich den bestimmten Eindruck, dass auch diese Unterhaltung ein Glied der seit einiger Zeit bemerkbaren Bestrebungen der Sowjetunion darstellt, bei uns den Eindruck zu erwecken, als ob sie an einer Besserung der Beziehungen interessiert ist.⁹

Hiermit über Herrn Ges. Rat Dr. Bräutigam Herrn Votr. Leg. Rat Dr. Roediger ergebenst vorgelegt.

Ich bitte um die Ermächtigung, mich demnächst mit Herrn Bessonoff zu einem Frühstück verabreden zu dürfen, um mit ihm eine Anzahl von Haftfällen zu besprechen.

Hencke

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt: zdA H[encke] 4.XII, unten: Po 2 Ru. Auf letztem Blatt Abzeichnungen von Bräutigam und Roediger sowie zum letzten Absatz am Seitenrand die Bemerkung: einverstanden R[oediger] 3/12.

PA AA, R 83398, Bl. H 047358-047360.

⁵ Das an dieser Stelle stehende Wort „direkt“ ist gestrichen.

⁶ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: längeren.

⁷ Am 14.11.1935 hatte Graf von der Schulenburg an das AA einen Bericht „Die Reichsdeutschen in der Union der SSR, Stand: November 1935“ gesandt, der von Attaché von Heynitz angefertigt worden war. Vgl. PA AA, R 83854, o. P.

⁸ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: als.

⁹ Am gleichen Tag hatte Bessonov auch eine Unterredung mit Roediger; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 439, S. 854–856.

Nr. 303

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an
den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

Geheim

Expl. Nr. 10

3. Dezember 1935

Nr. 329/1

AN DEN

GENERALSEKRETÄR des ZK der VKP (B)

Gen. Stalin

Kopien an: Gen. Molotov

Gen. Vorošilov

Gen. Kaganovič

Gen. Ordžonikidze

ZU DEUTSCHLAND

1. Gen. Suric hat nach seiner Rückkehr nach Berlin entsprechend der ihm in Moskau erteilten Weisungen den Kontakt zu Politikern Deutschlands verstärkt. Er schreibt nun: „Alle meine Gespräche mit den Deutschen verfestigten lediglich meine bereits früher gewonnene Überzeugung, dass der Kurs, den Hitler gegen uns eingeschlagen hat, unverändert bleibt und in naher Zukunft keinerlei ernsthafte Veränderungen zu erwarten sind. In dieser Hinsicht herrscht bei allen meinen Gesprächspartnern Einmütigkeit. Hitler ist von drei Ideen besessen: der Feindschaft zur UdSSR, der jüdischen Frage und dem Anschluss¹. Die Feindschaft zur UdSSR ergibt sich nicht nur aus seiner ideologischen Haltung zum Kommunismus, sondern bildet die Grundlage für seine taktische Linie auf dem Gebiet der Außenpolitik. Hitler und seine nächste Umgebung fühlen sich in der Überzeugung bestärkt, dass das Dritte Reich nur durch einen konsequenten antisowjetischen Kurs in der Lage ist, seine Aufgaben zu verwirklichen und Verbündete und Freunde zu gewinnen. Auch mein Gespräch mit Neurath war nicht sonderlich ermutigend. Er gab mir deutlich zu verstehen, dass sich unsere Beziehungen in allernächster Zeit auf einen eng wirtschaftlichen Rahmen beschränken müssen. Er unterstrich die offensichtliche Aussichtslosigkeit jeglicher Versuche, unsere Beziehungen in nächster Zeit zu verbessern.“ Neurath sagte weiter, dass auch der kulturelle Kontakt zwischen unseren Ländern unter den jetzigen Stimmungen wohl kaum durchführbar wäre.²

Laut Mitteilung von Gen. Suric hat auch der deutsche Botschafter in Moskau, Schulenburg, der sich zurzeit in Berlin aufhält, die gleichen Eindrücke vorgetragen.

Die ursprüngliche TASS-Meldung aus Genf hinsichtlich der Erklärung Schachts gegenüber dem Direktor der Banque Française Tannery bezüglich der Absicht Deutschlands, zusammen mit Polen die Sowjetukraine aufzuteilen, hat bei mir eine gewisse Skepsis hervorgerufen. Ich beauftragte deshalb die Gen. Potemkin und Rozenberg, diese Meldung zu überprüfen. Diese Überprüfung lässt keinerlei Zweifel

¹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

² Vgl. Dok. 298.

daran aufkommen, dass Schacht die besagte Erklärung tatsächlich abgegeben hat.³ Daraus folgt, dass Schacht die Eroberungspläne Hitlers im Osten befürwortet; noch unlängst hatte uns Gen. Kandelaki vorgeschlagen, Schachts Unterstützung gegen Hitler zu gewinnen.

Gen. Suric schlägt jedoch vor, unsere wirtschaftliche Tätigkeit in Deutschland fortzusetzen. Ich stimme ihm völlig zu. Ein Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen könnte sogar zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen. Doch angesichts der völligen Aussichtslosigkeit, die politischen Beziehungen zu verbessern, würde ich es für nicht richtig halten, für die nächsten Jahre alle oder den Löwenanteil unserer Auslandsaufträge an Deutschland zu vergeben. Dies wäre deshalb nicht richtig, weil wir damit dem deutschen Faschismus, der gegenwärtig auf wirtschaftlichem Gebiet mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, stark unterstützen würden. Es wäre auch deshalb nicht richtig, weil wir für die nächsten Jahre das wirtschaftliche Interesse an der UdSSR seitens jener Länder schwächen würden, die uns mehr interessieren, ohne dabei irgendeinen politischen Vorteil für uns erzielen zu können.

Unabhängig von den Schlussfolgerungen, zu denen die Kommission von Narkomtjažprom gelangen wird, schlage ich vor, die Auftragserteilung für Deutschland auf 100, maximal auf 200 Mio. Mark zu begrenzen.

2. Die antisowjetische Kampagne der Hitlerleute schwächt sich keineswegs ab, sondern sie nimmt absolut homerische Ausmaße an, von den wütenden Auslassungen Hitlers in seinen Gesprächen mit Diplomaten, von der Verbreitung antisowjetischer Schmähschriften und Broschüren im Ausland durch die Botschaften und Konsulate, darunter auch die widerwärtige Rede von Goebbels in Nürnberg⁴, schon gar nicht zu sprechen. Fast alle Presseorgane Deutschlands führen ohne Ausnahme Tag für Tag eine systematische antisowjetische Kampagne. Prügel beziehen sowohl die Komintern als auch die Kommunistischen Parteien sowie der Sowjetstaat, wobei die Führer unserer Partei und Mitglieder der Regierung persönlich beleidigt werden. Dessen ungeachtet nahm unsere Presse gegenüber Deutschland eine eigenartige Tolstojische Haltung ein: der Gewalt keinen Widerstand zu leisten. Solch eine Haltung ermuntert die antisowjetische Kampagne in Deutschland nur noch mehr und stärkt sie. Ich halte diese Position für nicht richtig und schlage vor, unsere Presse anzuweisen, eine systematische Gegenkampagne gegen den deutschen Faschismus und die Faschisten zu eröffnen. Nur damit können wir Deutschland dazu bewegen, die antisowjetischen Ausfälle einzustellen oder abzuschwächen.

LITVINOV

Vermerk mit rotem Farbstift: A[rchiv].

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 10 Expl. [Die Exemplare] 1–6 an die Adressaten, das 7. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 8. an Gen. Stomonjakov, das 9. an Gen. Litvinov, das 10. ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 113, d. 123, l. 152–154. Kopie.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 103, S. 158–160.

³ Laut Mitteilung Potemkins vom 27.11. hatte Herriot ihm bestätigt, dass „Tannery zwei Gespräche mit Schacht in Basel hatte und dass Schacht tatsächlich über die Absicht Deutschlands gesprochen habe, das Baltikum und danach die Ukraine einzunehmen“. In: DVP, Bd. XVIII, Dok. 421, S. 568.

⁴ Vgl. Dok. 228, Anm. 8.

Nr. 304

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an
den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Geheim

Expl. Nr. 2

4. Dezember 1935

Nr. 337/1

An den
Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR
in Deutschland
Gen. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

die Schlussfolgerungen, zu denen Sie aufgrund des verstärkten Kontakts mit den Deutschen gelangten¹, verwundern mich nicht im Geringsten. Ich habe, wie Sie wissen, in dieser Hinsicht bereits seit langem keine Illusionen mehr. Ich stimme Ihnen auch hinsichtlich dessen zu, was die Notwendigkeit unserer weiteren wirtschaftlichen Tätigkeit in Deutschland betrifft, aber ich werde jetzt dagegen plädieren, dass der Löwenanteil unseres möglichen Imports in den nächsten Jahren an Deutschland zu Lasten anderer Länder vergeben ****wird****². Wir haben keinen Grund, das heutige Deutschland wirtschaftlich allzu sehr zu stärken. Es wird meiner Ansicht nach genügen, die Wirtschaftsbeziehungen in solch einem Maße zu unterhalten, das erforderlich ist, um einen völligen Bruch zwischen den beiden Ländern zu vermeiden. Ich bringe selbstverständlich vorerst nur meinen persönlichen Standpunkt zum Ausdruck, den ich unserer Regierung zur Kenntnis bringen werde.³

Angesichts der sich verstärkenden und verschärfenden antisowjetischen Kampagne sowohl seitens der Regierungsmitglieder als auch der Presse werde ich die Frage einer Gegenkampagne in unserer Presse zur Sprache bringen. Ich halte unsere jetzige Tolstojsche Haltung für schädlich, da sie zu weiteren antisowjetischen Aktivitäten ermuntert.

Über den Inhalt des Gesprächs Hitlers mit François-Poncet⁴ liegt uns eine Vielzahl von Versionen vor, im Wesentlichen stimmen sie jedoch alle überein. Poncet verschwieg Ihnen, dass er Hitler den Abschluss eines Luftpaktes angeboten hat, Hitler lehnte jedoch mit dem Hinweis auf den ungünstigen Zeitpunkt den Vorschlag ab.⁵ Die Franzosen gaben zu, dass Hitler hinsichtlich der Avancen Laval's große Zurückhaltung gezeigt hat. Hitler zeigte sich sehr um das Schicksal Mussolini's besorgt und äußerte sich hinsichtlich der Sanktionen schärfer, als Poncet dies wiedergab. Hitler sagte sogar, dass er einen englisch-italienischen Krieg für unaus-

¹ Vgl. Dok. 298.

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

³ Vgl. Dok. 303.

⁴ Am 21.11.1935. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 425, S. 831–833.

⁵ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 414, 425.

weichlich halte und deshalb eine Wiederaufnahme der Verhandlungen im Rahmen des Londoner Communiqués⁶ als nicht aktuell betrachte.

Beaverbrook teilte nach seiner Rückkehr aus Berlin Gen. Majskij seine Eindrücke mit.⁷ B[eaverbrook] bestätigte, dass die deutsche Regierung ihn als ihren Gast einladen wollte. Diesen Vorschlag lehnte B. ab. Er erklärte sich jedoch einverstanden, in seinem eigenen Flugzeug zu kommen, falls ihm die Möglichkeit gegeben werde, sich mit dem Zustand der deutschen Luftfahrt vertraut zu machen, womit sich die deutsche Regierung einverstanden erklärte. B. aß am Tag seiner Ankunft bei Ribbentrop zu Mittag, am nächsten Tag besichtigte er in Begleitung eines englischen Spezialisten Flugzeugbauunternehmen, danach hatte er ein Treffen mit Hitler auf dessen Initiative. Hitler hat angeblich seine Begeisterung über das Wirken von B. zum Ausdruck gebracht, insbesondere in der Zeit, als jener den Kampf gegen die offizielle konservative Partei geführt und seine eigene imperiale Partei zu gründen versucht hatte. Hitler hat bedauert, dass B. diesen Kampf eingestellt hat. Hitler hat sein Credo dargelegt, wonach seine Außenpolitik eine Politik der Isolation und die innere Ordnung Deutschlands keine Diktatur ist, sondern die besondere deutsche Form wahrhafter Demokratie. An einen Anschluss⁸ denkt er angeblich deshalb nicht, weil er die heutige deutsche Arbeitslosenzahl nicht noch durch einige Millionen von Österreichern zu vergrößern wünscht. Als B. ihn nach dem Verhältnis zur UdSSR befragte, ist Hitler sofort in eine starke Erregung geraten und hat eine gegen uns gerichtete schroffe Rede gehalten, wobei er nachdrücklich unterstrich, dass allein er Europa, insbesondere aber England, vor dem Bolschewismus rette. Auf den Einwand von B., dass die Bolschewiki jetzt mehr mit ihren inneren Angelegenheiten beschäftigt sind, hat sich Hitler noch mehr erregt und erklärt, dass sich die Engländer einer gefährlichen Illusion hingeben würden und er jedenfalls auf keine Abkommen eingehen wird, die ihm die Handlungsfreiheit nehmen und die sowjetischen Grenzen garantierten. B. hatte den Eindruck, dass sich Hitler auf einen Krieg vorbereitet. B. versicherte Majskij, dass er nach wie vor für eine Annäherung zwischen England und der UdSSR eintreten wird.

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit rotem Farbstift: N.N.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 5486 vom 5.12.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. an Gen. Potemkin, das 6. ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 194–195. Kopie.

⁶ Vgl. Dok. 34, Anm. 2.

⁷ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 430, S. 578–579.

⁸ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Nr. 305
Schreiben des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung im
NKID Levin an den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Gnedin

GEHEIM

4. Dezember 1935

UdSSR NKID
2. Westabt[eilung]
15239¹

AN DIE
BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. GNEDIN

Lieber Evgenij Aleksandrovič,

1. In Ihren letzten Schreiben gingen Sie auf die Möglichkeit einer Verbesserung der Kulturbeziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland ein.² Dabei ging es insbesondere a) um die Eröffnung einer Vertretung des Volkskommissariats für Gesundheitswesen in Berlin, die im Falle einer Verbesserung der Beziehungen die Kulturbeziehungen voranbringen könnte, im Falle einer Verschlechterung der Beziehungen gleichfalls eine gewisse positive Rolle spielen könnte; b) um eine Belebung der Kulturbeziehungen über die Gesellschaft „Kultur und Technik“.

*Wir haben mit N.N.³ die von Ihnen aufgeworfenen Fragen erörtert und sind zu dem Ergebnis gelangt, dass die Eröffnung einer Vertretung des Narkomzdrav in Berlin momentan unzweckmäßig ist. Unzweckmäßig allein aus dem einfachen Grund, weil man jetzt wohl kaum die dafür nötigen Leute finden wird (zum Beispiel ist es bis jetzt nicht gelungen, einen geeigneten Arzt für Paris zu finden). Außerdem könnte die Tätigkeit des Vertreters von Narkomzdrav wohl kaum zu einem merklichen Fortschritt auf dem Gebiet der Kulturbeziehungen beitragen.*⁴

Was eine Belebung der Tätigkeit der Gesellschaft „Kultur und Technik“ betrifft, so entschieden wir, diese Frage mit Boris Spiridonovič⁵ zu besprechen. Ich konnte das wegen Krankheit bis jetzt nicht tun, und deshalb werde ich Ihnen den Standpunkt von B.S. gesondert mitteilen.

Gestern erhielten wir ein Schreiben von Jakov Zacharovič⁶, in dem er sein Gespräch mit Neurath wiedergibt. Neurath sagte, dass er in der jetzigen Situation die Entwicklung von Kulturbeziehungen als eine außerordentlich schwierige Angelegenheit betrachte.⁷ Diese Äußerung Neuraths, die eine Antwort auf den Vorschlag von Ja.Z. bezüglich einer Verbesserung der Kulturbeziehungen darstellt, zeugt da-

¹ Die Registriernummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 274, 285.

³ Krestinskij.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁵ Stomonjakov.

⁶ Suric.

⁷ Vgl. Dok. 298.

von, dass wir äußerst vorsichtig an einzelne Maßnahmen auf diesem Gebiet herangehen müssen.

2. Die Frage bezüglich des Aufenthaltes von deutschen Firmenvertretern in Moskau bereitet uns viele Sorgen.

Seitdem erklärt worden ist, dass ein beträchtlicher Teil der Außenhandelsgeschäfte in Moskau getätigt werden wird, überschüttet uns die Deutsche Botschaft mit Beschwerden darüber, dass wir das Problem des Aufenthaltes von deutschen Firmenvertretern in Moskau nicht regeln wollen. Laut Informationen der Deutschen Botschaft haben in letzter Zeit sieben deutsche Firmenvertreter die Aufforderung zur Ausreise aus Moskau oder die Ablehnung für eine Einreisegenehmigung erhalten. So sind aus Moskau ausgewiesen worden: Heinrich Günther Wadkau, Vertreter der Firma „Erhardt & Sehmer“ in Saarbrücken, Alexander Haage, Vertreter der Maschinenbaufirma „Wagner“ in Dortmund, Ernst Klitsch, Vertreter der Mitteldeutschen Stahlwerke. Eine Ablehnung der Einreisegenehmigung in die UdSSR erging an: Artur Bork, Vertreter der Firma „Ernst Krause“, Berlin, Karl Immisch, Vertreter der bayerischen Bergbauunternehmen in München, Artur Jakobi, Vertreter der Firma „Julius Geiger“ in Stuttgart und Konrad Beretz, Vertreter der Firma AEG. Die Anzahl der in Moskau lebenden deutschen Firmenvertreter entsprach genau der Anzahl der Firmenvertreter, die eine Ablehnung erhielten, d. h. in Moskau befanden sich sieben Firmenvertreter.

Die Deutsche Botschaft verweist dabei darauf, dass sie nur die Ablehnungen berücksichtigt, die die Vertreter von großen Firmen erhalten haben. In letzter Zeit sind in dieser Statistik gewisse Korrekturen vorgenommen worden – noch ein deutscher Firmenvertreter, und zwar Bergmann, war, wie Sie wissen, aus Gründen der staatlichen Sicherheit⁸ ausgewiesen worden, dafür haben wir aber **mit Unterstützung von Gen. Kandelaki**⁹ die Ablehnung für zwei Firmenvertreter korrigiert und Konrad Beretz und Artur Jakobi die Visa für die Einreise in die UdSSR erteilt.

Die Deutsche Botschaft beklagt sich nach wie vor darüber, dass es keine Regelung bezüglich der Firmenvertreter gibt. Wir befinden uns in einer recht schwierigen Lage. Wenn einem Firmenvertreter aus Gründen der staatlichen Sicherheit *der Aufenthalt in Moskau verweigert wird, so ist es für uns ein weniger schwieriger Fall, da wir der Botschaft erklären können, dass es gegen diese oder jene Person personelle Einwände gibt und an seiner Stelle jemand anderes kommen kann. Komplizierter ist unsere Lage in den Fällen, wenn einem Firmenvertreter nicht erlaubt wird, sich hier aufzuhalten, weil das Narkomvneštorg seinen Antrag nicht unterstützt. In diesem Fall fällt das Odium¹⁰ auf uns, da Vneštorg nicht in den Verhandlungen mit der Botschaft figuriert. Wenn sich ein Botschaftsmitarbeiter an Vneštorg wendet, so verweisen die Vneštorg-Mitarbeiter ihn ans NKID. Wir bemühen uns jetzt darum, einen Modus zu finden, der uns vor diesen Unannehmlichkeiten verschont. Offenbar wird Vneštorg nicht umhin kommen, jene Ablehnungen selbst **zu begründen**¹¹, die aus dem Unwillen resultieren, mit dieser oder jener Firma verkehren zu wollen¹².

⁸ Vgl. Dok. 296.

⁹ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Im Dokument so mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹¹ Das Verb ist mit Tinte über die Zeile geschrieben; ursprünglich: zu regulieren.

¹² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen

3. Wir haben die Aufzeichnung von Gesprächen unseres Generalkonsuls in Hamburg, Gen. Terleckij, mit den in Hamburger Gefängnissen inhaftierten sowjetischen Staatsbürgern erhalten. Wie aus dieser Aufzeichnung ersichtlich ist, hat auch das Auswärtige Amt die Bevollmächtigte Vertretung zweimal in die Irre geführt. So unterrichtete das Auswärtige Amt beispielsweise die Bevollmächtigte Vertretung darüber, dass bei der Vernehmung durch den Staatsanwalt, der den Fall bezüglich der Verprügelung des sowjetischen Bürgers Tensov untersucht, letzterer auf eine Gegenüberstellung mit den Polizisten, die ihn verprügelt haben, verzichtet hätte. Auf dieser Grundlage erfolgte dann die Schlussfolgerung, dass Tensov seine Verprügelung grundlos angezeigt hätte und diesen Tatbestand nicht bestätigen könne. Tensov erklärte jedoch gegenüber Gen. Terleckij, dass er keineswegs auf seine Anzeige und auch nicht auf eine Gegenüberstellung mit den Polizisten, die ihn verprügelt hatten, verzichtet habe. Das Auswärtige Amt teilte ferner mit, dass die sowjetische Staatsbürgerin Frieda Knapp auf eine Gegenüberstellung mit den Polizisten, die sie verprügelt haben, verzichtet hätte. Frieda Knapp erklärte jedoch gegenüber Gen. Terleckij, dass sie gegenüber dem sie vernehmenden Staatsanwalt den Tatbestand ihrer Verprügelung bestätigt und die Polizisten benannt habe, die dies getan hatten. Der Staatsanwalt schlug ihr keine Gegenüberstellung mit denjenigen vor, die sie verprügelt haben, und deshalb hatte er auch keine Veranlassung zu meinen, sie hätte auf eine Gegenüberstellung verzichtet. Die Bevollmächtigte Vertretung muss in entschiedener Form das Auswärtige Amt auf diesen Sachverhalt aufmerksam machen. Dabei ist unbedingt darauf zu verweisen, dass die Deutsche Botschaft in Moskau die geringste Verletzung der Gefängnisordnung ausnützt, um uns gegenüber monatelang Ansprüche geltend zu machen.

Ich möchte dabei bemerken, dass der Bericht des Gen. Terleckij über die Tätigkeit unserer Seehandelsflotte an den Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission in Berlin ****auf****¹³ uns einen überaus guten Eindruck macht. Dieser Bericht ist gewissermaßen beispielhaft, da er zeigt, wieviel ein Konsul, wenn er seine Arbeit aufmerksam verrichtet, für den Schutz der materiellen Interessen des sowjetischen Staates im Ausland bewirken kann.

Mit kameradschaftlichen Gruß

Levin

Stimmt mit dem Original überein:¹⁴

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3656 vom 4.12.1935.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, *das 2. an Gen. Litvinov*¹⁵, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. zu den Akten.*

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 106, d. 30, l. 40–43. Beglaubigte Kopie.

¹³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁴ Die Unterschrift ist nicht zu entziffern.

¹⁵ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

Nr. 306
Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke
an den Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch

Berlin, den 4. Dezember 1935

Lieber Tippelskirch,

ich möchte Ihre freundschaftlichen Briefe vom 25. November¹ und den besonders interessanten Brief vom 29. November² sowie vom 30. November³ nacheinander behandeln.

Brief vom 25. November.

1) In der Frage der Anerkennung der Sowjetunion durch Jugoslawien haben wir einstweilen keine neueren Nachrichten. Wie Sie aus einem mit dem nächsten Kurier an Sie abgehenden Bericht aus Paris ersehen werden, scheint in Belgrad vorerst eine abwartende Stimmung vorzuherrschen.

*2) Wegen „J.“ hat der Herr Botschafter hier seine Wünsche geäußert. Soweit das AA in Frage kommt, wird er sie nächsten Dienstag bei Herrn v. Grünau vorbringen. Mit der anderen etwa in Frage kommenden Stelle verhandelt zurzeit Herr v. Schmieden, ohne indessen schon eine endgültige Antwort erhalten zu haben. Überhaupt ist es schwer, ein über die Kontrolle des „J.“ während seines Berliner Aufenthalts hinausgehendes Interesse für ihn zu finden, da niemand mehr etwas mit ihm zu tun haben will.*⁴

3) Bezüglich meiner Anregung wegen der Ausstellung diplomatischer Visen durch unsere Konsularbehörden beuge ich mich einstweilen Ihrer Auffassung.

4) Genauere Meldungen über die Ratifizierung des französisch-russischen Beistandspaktes liegen im Augenblick hier noch nicht vor. Es besteht aber wohl kaum mehr ein Zweifel daran, dass die Ratifizierung demnächst erfolgen wird.⁵

5) Über die Konsularbesprechung habe ich mit dem Herrn Botschafter noch nicht gesprochen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass ich dienstlich und persönlich sehr gern an der Konferenz teilnehmen würde, kann aber heute noch nicht übersehen, ob dies möglich sein wird. Ich glaube auch, dass die Besetzung des Konsulats Anfang Januar noch nicht erfolgt sein wird. Lediglich die kommissarische Betrauung Großkopfs in Kiew soll, wie mir Abt. I sagte, jetzt in Fluss gekommen sein. Selbstverständlich wird der Herr Botschafter über diese Frage mit Herrn v. Grünau sprechen.

Nun zu Ihren Zeilen vom 29. November. Herr Bessonoff hat gleich nach seiner Ankunft in Berlin Gelegenheit genommen, im AA bei Herrn Roediger, Herrn Bräutigam und mir vorzusprechen.⁶ Wie Sie aus den beiden vertraulich beigelegten

¹ Vgl. PA AA, R 27448, Bl. 450945-450947. Dem Brief waren zwei Abschriften aus dem Jahr 1929 beigegeben, in dem es darum ging, ob die deutschen Generalkonsulate zur Erteilung von diplomatischen Sichtvermerken berechtigt seien, was Dirksen verneinte. Vgl. Bl. 450948-450949.

² Vgl. Dok. 301.

³ Vgl. PA AA, R 27448, Bl. 450961-450964.

⁴ Der Absatz ist in eckige Klammern gesetzt. Zu dem Fall Jurik vgl. Dok. 251, Anm. 2.

⁵ Der Vertrag wurde am 26.3.1936 in Paris ratifiziert.

⁶ Zum Gespräch mit Hencke vgl. Dok. 302.

Aufzeichnungen⁷ ersehen, bewegte sich die Unterhaltung in ähnlichen Linien wie mit Ihnen in Moskau. Sie kennen die hiesigen Verhältnisse selbst gut genug, um zu verstehen, dass es heute noch nicht möglich ist, ein Urteil über die politischen Auswirkungen der von der Sowjetseite zweifellos eingeleiteten Annäherungskampagne zu fällen. Sicher wäre nichts so sehr geeignet, eine Entspannung zu bewirken, als eine anständige Regelung der Haftfälle. Die Besprechungen hierüber werden von uns auf Grund der Initiative des Herrn Bessonoff in allernächster Zeit aufgenommen werden. Selbstverständlich besteht auch ein wesentliches Interesse an einer für beide Seiten günstigen Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen. Dass trotzdem die Brücke zur Verständigung außerordentlich schmal ist, brauche ich Ihnen nicht zu erzählen. Der Herr Botschafter hat bereits mit den maßgebenden Herren des Amtes sowie mit Präsidenten Schacht gesprochen. Ein Empfang beim Führer ist für den kommenden Dienstag festgesetzt⁸, ebenso sind Besprechungen mit dem Reichskriegsminister⁹, General v. Fritsch und General Göring vorgesehen. Graf Schulenburg wird also mit einer sehr eingehenden Kenntnis der hiesigen Stimmung zurückkommen. Ihre Ausführungen sind natürlich für die Prüfung dieses ernstesten Problems von hohem Werte. Ich werde im Einzelnen hoffentlich schon mit dem nächsten Kurier auf Ihren Brief zurückkommen. Der Herr Botschafter wird nicht vor dem 13. aus Berlin abreisen, da er auf Wunsch des Herrn Staatssekretärs am 12. abends an einem Diner auf der Sowjetbotschaft teilnimmt und außerdem einzelne der in Aussicht genommenen Besprechungen vorher nicht möglich sind. Es trifft sich m. E. sehr gut, dass er auf diese Weise noch die Möglichkeit hat, hier gemeinsam mit General Köstring einige Tage zu verbringen.

Brief vom 30. November.

1) In der Angelegenheit Just-Mehnert erhalten Sie ein besonderes Schreiben.

2) Die Angelegenheit Fuchs wird selbstverständlich einer der wichtigsten Punkte der in Aussicht stehenden Besprechungen mit Bessonoff sein.

3) Sehr überrascht hat hier die verschiedenartige Darstellung der Ausweisungsgründe für Bergmann durch Herrn Stern und Herrn Bessonoff.¹⁰ Die Botschaft wird wahrscheinlich in einem Erlass gebeten werden, im Außenkommissariat auf diesen Widerspruch hinzuweisen und nochmals um eine genaue Mitteilung der angeblichen Verfehlungen Bergmanns zu bitten, da wir einen derartig schweren, und wie es scheint in jeder Hinsicht unbegründeten Vorwurf gegen einen angesehenen deutschen Firmenvertreter nicht hinnehmen können.

Bräutigam, der von hier aus die Frage ja am besten beurteilen kann, teilt nicht die Auffassung der Botschaft, dass die Ausweisung als Repressalie für die Nichtverlängerung der Aufenthaltsgenehmigung des Frumin¹¹ anzusehen ist. Dieser Fall lag wesentlich anders und ist von unserer Seite, wie Sie wissen, recht anständig geregelt worden. Die Firma Siemens hat sich hier offiziell sehr dankbar über die Unterstützung geäußert, die Bergmann auf der Botschaft gefunden hat und die besonders in der Begleitung zum Bahnhof zum Ausdruck gekommen ist.

⁷ In der Akte sind keine Aufzeichnungen vorhanden.

⁸ Hitler empfing Graf von der Schulenburg am Mittwoch, den 11.12.1935; vgl. BArch R 43 I/554, Bl. 10.

⁹ Werner von Blomberg.

¹⁰ Vgl. Dok. 296 und 302.

¹¹ So im Dokument, gemeint ist Fomin.

4) Die Äußerung des dortigen Italienischen Botschafters¹² über den Wert der russischen Antwortnote in der Sanktionsfrage ist für uns sehr interessant.

5) Über die Urlaubspläne Hensels hatte der Herr Botschafter noch nicht mit uns gesprochen. Wir werden uns jedenfalls sehr freuen, ihn hier zu sehen. Der Herr Botschafter selbst ist übrigens seit gestern Abend von Berlin abwesend. Wir erwarten ihn erst am Sonntag aus München zurück. Seine dortige Adresse ist Hotel Continental.

Von hier aus hätte ich Ihnen im Augenblick nichts weiter mitzuteilen. Persönlich geht es meiner Familie und mir gut, wir sind nun fertig eingerichtet und haben am Montag die ersten Gäste bei uns gehabt, zu denen auch der Herr Botschafter zählte. Meine Frau und ich freuen uns sehr, dass auch Sie jetzt die Schrecken des Umzugs hinter sich haben.

Mit herzlichsten Grüßen von Haus zu Haus und Heil Hitler
bin ich

[Hencke]

P.S.: In der Kirchenfrage schreibe ich mit dem nächsten Kurier.

Auf letztem Blatt unten Paraphe von Hencke mit Datum 4.12.

PA AA, R 27448, Bl. 450965-450969.

Nr. 307

Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B)

ZUM ABKOMMEN **mit Deutschland**¹ FÜR DAS JAHR 1936

[5.12.1935]

1. Für das Abkommen über den Umfang unseres Exports, die laufenden Aufträge und über die Verfahrensweise bei der Bezahlung unserer Verbindlichkeiten sind folgende Bedingungen zu stellen.

1. Position

Der Umfang unseres Exports für 1936 wird mit 100 Mio. Mark festgesetzt; wir verpflichten uns, den Deutschen im Jahr 1936 laufende Aufträge in Höhe von 20 Mio. Mark zu erteilen; unsere alte, im Jahr 1936 fällige Schuldenlast gegenüber Deutschland wird ausschließlich mit dem Erlös aus dem Export getilgt.

2. Position

Der Umfang unseres Exports wird in Höhe von 90 Mio. Mark festgesetzt; das Volumen der laufenden Aufträge im Jahr 1936 beträgt 30 Mio. Mark; die Tilgung der Schuldenlast mit ausländischen Devisen erfolgt in Höhe von 25 Mio. Mark.

¹² Pietro Arone di Valentino.

¹ Diese Stelle ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

2. Vorab ist zu entscheiden, dass bei einem Nichtzustandekommen eines Abkommens mit Deutschland für 1936:

a) wir den Rest unserer Verpflichtungen zur Vergabe laufender Aufträge in Höhe von 60 Mio. Mark nicht erfüllen werden;

b) wir den Rest unserer Verpflichtungen zur Zahlung von 100 Mio. Mark in Gold oder in ausländischen Devisen **in einer Höhe von 12 Mio. Mark**² nicht erfüllen werden;

c) wir unsere Verpflichtung zur Lieferung von Erdölprodukten an Deutschland nicht erfüllen werden;

d) wir den Verkauf unserer Waren gegen deutsche Mark völlig einstellen werden.

3. Sollte bis zum 1. Januar 1936 keine Vereinbarung mit den Deutschen hinsichtlich der Grundbedingungen des Abkommens für 1936 erzielt werden, ist dem NKTP zu gestatten, laut der vom ZK für den 200-Millionenkredit bestätigten Nomenklatur in Deutschland Aufträge in Höhe von 25 Mio. Mark à Konto unserer Verpflichtungen zu vergeben, um damit unsere Verpflichtung zur Vergabe von laufenden Aufträgen in Höhe von 60 Mio. Mark zu erfüllen.

4. Im Falle der Unterzeichnung des Abkommens für 1936 ist dem NKVT zu gestatten, an die Deutschen im Rahmen des Abkommens vom 9. April 1935, das die Zahlung von 100 Mio. Mark in Gold oder in ausländischen Devisen vorsieht, in den letzten Dezembertagen des Jahres 1935 12 Mio. Mark in Gold oder in ausländischen Devisen zu zahlen.³

Eigenhändige Unterschriften: AR[ozengol'c], Dvin[skij].

Vermerke des Sekretärs mit Bleistift: Sondermappe, Auszug an Rozengol'c.

Vermerk des Sekretärs mit Tinte: P[rotokoll] 35/85. 5.XII.35.⁴

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 554, l. 46–47. Konzept. Original.

Veröffentlicht in Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 105, S. 162–163.

² Der Text ist über die Zeile geschrieben.

³ Am 7.12.1935 schickte der Leiter des Sektors für Handelsvertretungen des NKVT der UdSSR Levin an den Leiter der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland Kandelaki ein Chiffretelegramm mit dem Beschluss des Politbüros der VKP (B), dem die Worte vorangestellt waren: „Ich teile Ihnen mit, dass bei der Erörterung der Frage über das Abkommen mit Deutschland für das Jahr 1936 folgende Linie festgelegt worden ist...“ In: RGAE, f. 413, op. 12, d. 1754, l. 15.

⁴ Durch Befragung der Mitglieder des Politbüros des ZK der VKP (B) am 5.12.1935 angenommen.

Nr. 308

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern
mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch**

GEHEIM

[5.12.1935]

Nr. 15246

5.XII.35¹

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS DES Gen. ŠTERN MIT DEM DEUTSCHEN
GESCHÄFTSTRÄGER v[on] TIPPELSKIRCH, 5. DEZEMBER 1935

T[ippelskirch] erschien bei mir sehr erregt. Er erklärte mir Nachstehendes.

Vor einiger Zeit sei er bei Gen. Krestinskij gewesen und hätte ihn auf den unzulässigen Ausfall der „Leningradskaia Pravda“ gegen das deutsche Staatsoberhaupt aufmerksam gemacht.² Gen. Krestinskij hätte versprochen, diese Frage zu klären. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei T. gezwungen, mir gegenüber formalen Protest zu erheben und von mir zu fordern, unverzüglich energische Maßnahmen aufgrund nachfolgender Fakten zu ergreifen. Bucharcev habe in seinem in den „Izvestija“ vom 29. November³ veröffentlichten Bericht aus Berlin den deutschen Reichskanzler der Lüge bezichtigt. Danach folgte der Leitartikel in dem „Journal de Moscou“⁴, der eine unerhörte und niederträchtige Beleidigung an die Adresse des Führers enthielt. In diesem Artikel würden auf den Reichskanzler bezogene Begriffe wie „Wahnsinniger“ und andere nicht minder beleidigende Formulierungen verwendet. T. erhebe in seiner Eigenschaft als Geschäftsträger formalen Protest und fordere die Zusicherung, derartige Beleidigungen einzustellen. Danach wollte T. mir die Ausgabe der Zeitung und eine Zusammenstellung überlassen, die die unserer Presse zur Last gelegten Erklärungen auflistet. Ich lehnte es ab, diese Zusammenstellung sowie die entsprechende Ausgabe der Zeitung entgegenzunehmen und erklärte, ich könne seinen formalen Protest nicht annehmen, weil das NKID aufgrund der Serie absolut unzulässiger Ausfälle gegen die Sowjetunion, die es in Deutschland gebe und die offiziellen Charakters seien, derzeit keine Möglichkeit habe, in irgendeiner Weise auf die sowjetische Presse Einfluss zu nehmen. T. erklärte, er hätte in der deutschen Presse Derartiges nicht bemerkt. Ich empfahl ihm, sich mit der deutschen Presse und den Interviews, die deutsche Politiker geben würden, insbesondere aber mit den Reden von Goebbels zu befassen. T., der sich immer mehr erregte, erklärte mir, dass er die von mir vorgenommene Analogie absolut nicht verstehe. In diesem Fall ginge es nicht um eine ideologische Polemik, sondern um die Beleidigung des deutschen Staatsoberhauptes, was allem internationalen Usus⁵ widerspräche. T. erklärte ferner, sein Protest wäre umso begründe-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² „Antisovetskoe vystuplenie Gitlera“ (Eine antisowjetische Rede Hitlers). In: Leningradskaia pravda vom 29. November 1935, S. 2.

³ Vgl. Dm. Bucharcev: „Antisovetskoe zajavlenie Gitlera“ (Eine antisowjetische Erklärung Hitlers). In: Izvestija vom 29. November 1935, S. 2.

⁴ Editorial (o.T.). In: Le Journal de Moscou vom 3. Dezember 1935, S. 1.

⁵ Im Dokument so in kyrillischen Buchstaben geschrieben.

ter, als es um das „Journal de Moscou“ ginge, welches, wie der ganzen Welt bekannt sei, ein Organ des NKID sei. Ich erklärte T. kategorisch, dass das NKID kein Organ besitze und das „Journal de Moscou“ ****lediglich****⁶ die Stimmung der sowjetischen Öffentlichkeit widerspiegele.⁷

T. erklärte weiter, dass er mich auf die schmutzige Karikatur in dem „Journal de Moscou“ aufmerksam mache, die einen Hund mit einer am Schwanz befestigten deutschen Nationalflagge darstelle.⁸

T. bitte mich, alles das, was er vorgetragen habe hat, Gen. Litvinov zu Kenntnis zu bringen. Ich versprach, dies zu tun.⁹ Zum Ende des Gesprächs erklärte T., immer noch erregt, wenn Schulenburg in Moskau gewesen wäre, hätte er unverzüglich den Volkskommissar aufgesucht. Als Geschäftsträger hielte er es aber für seine Pflicht, sich in dieser Angelegenheit an mich zu wenden. „Etwas anderes konnte ich nicht tun.“¹⁰

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
4 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Stomonjakov,¹¹ das 3. nach Berlin, das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 143–142. Original.

⁶ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁷ Am 23.2.1936 richtete Litvinov an Stalin ein Schreiben, das das „Journal de Moscou“ betraf. Darin vermerkte er die erhöhte Aufmerksamkeit, die den Artikeln zu außenpolitischen Fragen in der Wochenzeitung „in der politischen Welt“ zuteil wird und betonte: „Ich widme der französischen Zeitung eine große Aufmerksamkeit, die Leitartikel werden entweder von mir persönlich oder auf der Grundlage von mir schriftlich formulierter Thesen geschrieben.“ In: AVP RF, f. 05, op. 16, p. 114, d. 1, l. 53.

⁸ Bor[is] Efimov: Paysage du Troisième Reich. In: Le Journal de Moscou vom 3. Dezember 1935, S. 1.

⁹ Am gleichen Tag bat Štern Tippelskirch erneut zu sich und drückte im Auftrag von Litvinov „das Bedauern über die in der Zeitung auf den Reichskanzler bezogenen Formulierungen aus“. In: AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 3, l. 144. Nachdem Tippelskirch gegangen war, wurde der Text der mündlichen Erklärung, die Štern abgegeben hatte, an die Deutsche Botschaft übersandt. Vgl. AVP RF, f. 82, op. 20, p. 67, d. 9, l. 1.

¹⁰ Zum Bericht von Tippelskirch über die Unterredung mit Štern und ihre Folgen vgl. Dok. 309.

¹¹ Danach ist mit Tinte durchgestrichen: das 3. an Gen. Umanskij.

Nr. 309
Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch
an das AA

Moskau, den 5. Dezember 1935

Tgb. A/2700
An das
Auswärtige Amt
Berlin

Im Anschluss an den Bericht vom 14. v. M. Tgb. A/2369 sowie an anderweitige
Berichterstattung vom heutigen Tage¹
3 Anlagen.

Inhalt: Beleidigung des Führers und Reichskanzlers.

Anknüpfend an die mit nebenstehenden Bericht gemeldete Demarche des Herrn Botschafters bei dem stellvertretenden Außenkommissar Krestinski habe ich mich heute wiederum bei Herrn Krestinski angemeldet, um gegen die neuerlichen in den anliegenden Veröffentlichungen der „Iswestija“ vom 29. v. M.² und des „Journal des Moscou“ vom 3. d. M.³ enthaltenen Beleidigungen des Führers und Reichskanzlers Einspruch zu erheben. Da sich hierbei ergab, dass Herr Krestinski soeben einen einmonatigen Urlaub angetreten hatte, habe ich mich an Herrn Stern gewandt. Ich habe gegen die Beleidigung des Führers und Reichskanzlers sowie leitender deutscher Staatsmänner formalen Protest eingelegt und nachdrücklich darum ersucht, dass die Sowjetpresse in Zukunft derartige Ausfälle unterlässt. Herr Stern erwiderte mir, die beanstandeten Veröffentlichungen seien ihm bekannt; er könne den Protest jedoch nicht annehmen, da auch in Deutschland die Sowjetunion in Wort und Schrift angegriffen würde. Die Sowjetpresse habe sich in letzter Zeit zurückgehalten, jedoch habe insbesondere der deutsche Film „Friesennot“, in dem Sowjetbehörden verunglimpft würden, die hiesige Öffentlichkeit neuerdings erregt.⁴ Es sei ihm daher auch nicht möglich, entsprechend meinen Wünschen auf die Sowjetpresse einzuwirken.

Ich habe demgegenüber meinen Protest aufrechterhalten, die von Stern gezogene Parallele abgelehnt und dabei beharrt, dass es international prinzipiell unzulässig ist, Beschimpfungen eines fremden Staatsoberhauptes zu dulden. Stern erklärte sich hierauf schließlich bereit, über meine Demarche dem Volkskommissar Litwinow sofort Vortrag zu halten.

Nach meiner Rückkehr in die Botschaft rief mich Stern an und bat mich, sogleich zu ihm zu kommen. Er teilte mir mit, er habe Auftrag, mir das Bedauern des Volkskommissars wegen der beleidigenden Ausdrücke auszusprechen. Allerdings sähe auch der Volkskommissar leider keine Möglichkeit, aus dem bereits an-

¹ Tippelskirch berichtete am 5.12.1935 in einem Telegramm an das AA über den Protest bei Stern wegen der gegen Hitler gerichteten Artikel in der sowjetischen Presse; vgl. PA AA, Moskau 212, Bl. 429135-429136.

² Vgl. Dok. 308, Anm. 3.

³ Vgl. Dok. 308, Anm. 4.

⁴ Vgl. Dok. 300.

geführten Grunde entsprechend meinem Wunsche auf die Sowjetpresse einzuwirken. Ich habe meinerseits keinen Zweifel daran gelassen, dass ich diese Argumentation nicht anerkennen könnte. Über seine Mitteilung würde ich meiner Regierung Bericht erstatten.

Kurze Zeit später rief mich Stern nochmals in der Botschaft an und teilte mir mit, dass er mir zur Vermeidung von Missverständnissen eine formulierte Erklärung zukommen lassen würde. Die Erklärung, die in Übersetzung vorliegt, enthält außer dem Ausdruck des Bedauerns des Volkskommissars noch weitere Momente, die über die mündliche Mitteilung Sterns hinausgehen. Es wird nunmehr zugesagt, der Zeitung „Le Journal de Moscou“ eine entsprechende Vorhaltung zu machen. Des Weiteren wird versucht, für die Haltung der Sowjetpresse eine Begründung zu geben, von der angenommen zu werden scheint, dass sie eher mit dem Gegenstand meiner heutigen Beschwerde in Verbindung gebracht werden kann.

Der Verlauf der Angelegenheit zeigt unverkennbar das Bestreben Litwinows, den Vorfall einer seiner Bedeutung entsprechende Behandlung angedeihen zu lassen und ihn beizulegen. Dabei dürfte hier wohl auch der Wunsch mitgesprochen haben, eine entgegenkommende Behandlung solcher Beschwerden, wie sie in der „formulierten Erklärung“ wegen der deutschen Angriffe auf Mitglieder der Sowjetregierung erwähnt werden, durch uns anzubahnen.⁵

gez. von Tippelskirch

Übersetzung
der schriftlichen Mitteilung des Herrn Stern vom 5.12.1935
an Botschaftsrat von Tippelskirch

Ich hielt dem Volkskommissar Vortrag über den Zweck des Besuches, den Sie mir heute gemacht haben. Der Volkskommissar nahm unverzüglich von dem betreffenden Artikel Kenntnis und beauftragte mich, Ihnen den Ausdruck seines Bedauerns wegen der Herrn Hitler betreffenden beleidigenden Worte zu übermitteln. Die Zeitung „Le Journal de Moscou“ stellt ein Privatunternehmen dar und befindet sich nicht unter der Kontrolle der Regierungsorgane. Dessen ungeachtet wird ihr eine entsprechende Vorhaltung gemacht werden. Zur Erklärung des Erscheinens derartiger Artikel lässt sich auf die Empörung unserer Öffentlichkeit über die groben Angriffe hinweisen, denen Mitglieder der Sowjetregierung nicht nur von der deutschen Presse, sondern auch von Mitgliedern der Deutschen Regierung, im besonderen von Herrn Goebbels, straflos ausgesetzt sind. Es genügt, auf die bekannten Nummern des „Stürmer“ zu verweisen, die sogar an den Hauswänden angeklebt wurden und in denen fast sämtliche Mitglieder der Sowjetregierung Beleidigungen ausgesetzt worden waren. Die für die Mitglieder der Sowjetregierung beleidigende Goebbels-Rede wird, wie uns bekannt ist, gegenwärtig durch Deutsche Botschaften im Auslande verbreitet. Offenbar ist unsere Presse zu dem Schluss gekommen, dass die Deutsche Regierung auf die Regeln der internationalen Höflichkeit nicht Rücksicht nimmt und dass infolgedessen diese Regeln auch für sie im Hinblick auf Deutschland mangels Gegenseitigkeit unverbindlich sind.

⁵ Für die Aufzeichnung von Stern über diese Unterredung vgl. Dok. 308.

Dies mildert naturgemäß das Verschulden des „Journal de Moscou“, aber rechtfertigt es nicht völlig.

Auf erstem Blatt: Kleiner Umlauf mit Abzeichnungen u. a. von Hensel, Hilger und von Tippelskirch und H[errn] Botschafter n[ach] R[ückkehr] dazu: hat vorgelegen sowie die Nummern A 2763, A 31/36 und A 43/36. Unten: A 9 gen. Am Seitenrand: Ab 9.12.1935.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429137-429141.

Nr. 310

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Ganz geheim

PERSÖNLICH

Expl. Nr. 2

7. Dezember 1935

Nr. 344/l

An den
Bevollmächtigten Vertreter
der UdSSR in Deutschland
Gen. SURIC

Als ich meinen letzten Brief an Sie abschickte¹, fand kurz darauf die Beratung bezüglich der deutschen Aufträge statt. Unter dem Einfluss Ihrer Schreiben und Telegramme bezüglich der völligen Aussichtslosigkeit unserer Beziehungen mit Deutschland² war ich geneigt darauf zu bestehen, die Aufträge für Deutschland auf 100 oder 200 Millionen Mark zu begrenzen.³ Die Kommission gelangte zu dem Ergebnis, dass allein an Deutschland in den nächsten zwei Jahren Aufträge in Höhe von 800 Mio. Mark geordert werden können, wobei die Möglichkeit besteht, weitere Aufträge in gleicher Höhe auch an andere Ländern zu vergeben. Auf der Beratung der führenden Genossen wurde vorgeschlagen, für Deutschland Aufträge in Höhe von 400 Mio. bereitzustellen, auf Drängen Kandelakis wurde jedoch die Summe auf 500 Mio. Mark erhöht. Da in dieser Summe auch die Aufträge militärischen Charakters (ein Linien Schiff und andere Kriegsschiffe, Chemie, Optik) erfasst sind und auf die normalen Aufträge lediglich 150–200 Mio. Mark entfallen, hatte ich nichts gegen diesen Vorschlag einzuwenden. Entweder lehnt Deutschland die militärischen Aufträge ab, dann erhält es faktisch nicht mehr als die Summe, die ich selbst wollte und vorgeschlagen habe, oder aber es nimmt die Aufträge an, was ebenfalls nicht schlecht sein wird.

Außerdem ist beschlossen worden, Kandelaki gemeinsam mit Pjatakow, der zu diesem Zweck nach Berlin reisen wird, damit zu beauftragen, Verhandlungen mit

¹ Vgl. Dok. 304.

² Vgl. Dok. 298 und DVP, Bd. XVIII, Dok. 423, S. 568–569.

³ Vgl. Dok. 303.

Schacht zu führen. Die Deutschen dürfen selbstverständlich nicht wissen, dass Pjatakow speziell dafür dorthin reist. Schacht wird gesagt, dass sich Pjatakow rein zufällig wegen anderer Dinge in Berlin aufhalte und deshalb an den Verhandlungen teilnehmen werde.

Kandelaki beabsichtigt, in den nächsten Tagen nach Leningrad zu fahren, aber ich hielt es bereits jetzt für angebracht, Ihnen das oben Dargelegte zu Ihrer persönlichen Kenntnis zu bringen.

Tippelskirch ist auf die Hitler zugefügte Beleidigung nicht wieder zu sprechen gekommen.⁴ Es wäre interessant zu wissen, ob man mit Ihnen in Berlin über dieses Thema gesprochen hat.

LITVINOV

Vermerk mit Tinte: Das Original Exemplar hat Gen. Litvinov an Gen. Karachan zwecks Weiterleitung an Gen. Suric übergeben.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 35, l. 18. Kopie.

Nr. 311

Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA und das Reichskriegsministerium

Deutsche Botschaft.

Militär- und Luftattaché.

Moskau, den 7. Dezember 1935

Beilage II zum Bericht Nr. 36/35¹

Betr.: Dienstalter des Militärattachés in Moskau.

Der Generalstab der Sowjetarmee übersandte, wie alljährlich, die Liste der akkreditierten Militär-, Luft- und Marineattachés. Es war bisher Brauch, wie überall, die Anciennität des Attachés nach dem Datum seines Eintreffens festzusetzen. In der vorliegenden Liste ist eine Ausnahme mit mir gemacht worden. Ich bin „vorpatentiert“, d. h. ich habe in der Anciennität 15 meiner Kollegen übersprungen und rangiere hinter dem Doyen der Attachés (Schweden)² und seinem Vertreter (Italien)³.

Der Grund dieser Maßnahme ist mir nicht bekannt. Vor Wochen spielte der Chef der Auslandsabteilung⁴ darauf an, dass ich als „älter“ gerechnet werden müsste. Er führte dafür meinen Rang als einziger hiesiger General, angebliche Bestim-

⁴ Vgl. Dok. 308, 309.

¹ Der Bericht enthält folgende Beilagen: I. Militärische Nachrichten, II. Dienstalter des Mil. Attachés Moskau, III. Film von der Moskauer Parade (nur bei 4. Ausfertigung), IV. Brief an Major Spalcke, V. Luftbericht. In: PA AA, R 30101a, Bl. 212. Er ist laut Stempel am 12.12.1935 im AA eingegangen.

² Gustav Magnus von Stedingk.

³ Guido Piacenza.

⁴ Anatolij Il'ič Gekker.

mung des Doyens ohne Berücksichtigung des Tages der Ernennung in Berlin, meine frühere Tätigkeit hier und meine Sprachkenntnisse an.

Ich habe jedes Mal dringend gebeten, von einer solchen Maßnahme abzusehen, da sie geeignet wäre, das gute Verhältnis unter uns Attachés zu gefährden.

Ich habe den italienischen Militärattaché – zurzeit Doyen – aufgesucht und ihm mitgeteilt, dass diese Abweichung von der Regel ohne mein Zutun erfolgt sei. Da er erklärte, überzeugt zu sein, dass keiner der Attachés etwas gegen diese Maßnahme einzuwenden hätte, sehe ich von einem offiziellen Schritt bei der Roten Armee ab.

gez. Köstring

Auf erstem Blatt Stempel: Geheim. Dies ist die zweite Ausfertigung.

PA AA, R 30101a, Bl. 216-217.

Veröffentlicht in: General Ernst Köstring, S. 162–163.

Nr. 312

Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke

Moskau, den 9. Dezember 1935

Lieber Hencke!

General Köstring ist gestern abgereist und wird demnach Dienstag früh in Berlin eintreffen. Er wird bei Herrn Roediger und Ihnen vorsprechen und Sie können dann mit ihm weitere Besuche bei dem Herrn Staatssekretär¹ und Herrn Ministerialdirektor Köpke verabreden. Die mit Ihrem letzten Brief eingegangene Verfügung sende ich Ihnen anbei wieder zurück.

Mit dem Ergebnis Ihrer Bemühungen bezüglich Just und Mehnert, über das Sie mich in Ihrem Brief vom 4. d. M.² unterrichtet haben, kann man durchaus einverstanden sein. Ich bin meinerseits nun vollkommen im Bilde. Herrn Just habe ich lediglich mit ein paar andeutenden Worten verständigt; eine genauere Unterrichtung von Herrn Just möchte ich dem Herrn Botschafter nach dessen Rückkehr vorbehalten.

Ihr weiterer Brief vom 4. d. M.³ und die mitübersandten Aufzeichnungen waren mir von großem Wert. Beunruhigen Sie sich bitte nicht darüber, dass ich etwa auf die in meinem Brief angeschnittenen schwerwiegenden Probleme eine schnelle und erschöpfende Antwort von Ihnen erwarte. Mir war es in erster Linie darum zu tun, den in der Angelegenheit dort interessierten Herren möglichst schnell von den von uns gemachten Beobachtungen Kenntnis zu geben. Das Weitere muss man m. E. der Entwicklung der Dinge und der Gestaltung der Meinungen vorbehalten. Bitte sorgen Sie nur dafür, dass der Herr Botschafter den für ihn bestimmten

¹ Bernhard von Bülow.

² Dieser Brief ist nicht zu ermitteln; vgl. Dok. 306, Anm. 7.

³ Vgl. Dok. 306.

Durchschlag möglichst bald nach seiner Rückkehr in Berlin erhält. Ob wir über die tatsächlichen Ausweisungsgründe für Bergmann bald in der Lage sein werden, Näheres festzustellen, möchte ich bezweifeln. Insbesondere halte ich ebenso wie Hensel und Hilger es für völlig ausgeschlossen, dass wir bei unseren weiteren Feststellungen bei dem „Widerspruch“ zwischen den Äußerungen von Stern und Besonow einhaken können. Sie kennen die hiesige Mentalität selbst gut genug, um darüber klar zu sein, dass man bei einem solchen procedere nichts erreicht, vielmehr lediglich die beiden genannten Herren verstimmt und damit ihre Mitteilbarkeit für die Zukunft versperrt. Wir halten auch an unserer Meinung fest, dass die Ausweisung Bergmanns eine Repressalie gegenüber unserer Ausweisung von Fomin⁴ darstellt. Wenn wir uns auch Fomin gegenüber anständig verhalten haben (ich habe die Verhandlungen in Berlin ja selbst geführt), so bleibt doch die Tatsache seiner schließlichen Ausweisung bestehen. Die Russen haben die Ausweisung Fomins äußerst tragisch genommen, was Herr Bräutigam Ihnen wird bestätigen können. Alle Russen von Rang in Berlin haben sich für ihn eingesetzt; Kandelaki ist persönlich bei Schacht seinerzeit vorstellig geworden! Man hat sogar mit der Einstellung der Petroleum-Lieferungen nach Deutschland gedroht. Auch hier hat man die Botschaft bei jeder Gelegenheit wegen Fomins bearbeitet, und die Herren stehen hier unter dem Eindruck, dass man uns gerade die Ausweisung Fomins hier übel genommen hat. Ich stand in Berlin zeitweilig unter dem Eindruck, dass Fomin neben seiner geschäftlichen Tätigkeit vielleicht andere Aufgaben noch zu erledigen hatte (Agent der GPU?) und dass er aus diesem Grunde den Russen besonders wertvoll erschienen ist. Wie dem auch sei, ich halte es in Übereinstimmung mit den anderen Herren für schwer möglich, für Bergmann außer der für ihn von mir abgegebenen Ehrenerklärung noch etwas tun zu können. Dagegen halten wir alle es als äußerst wünschenswert, wenn man die Firma Siemens veranlassen könnte, ihren bewährten Moskauer Vertreter durch Zuteilung einer entsprechenden Stellung auszuzeichnen und moralisch zu unterstützen. Damit würde man auch den Russen zeigen, wie man ihre Ausweisungsmaßnahme einschätzt. Dies halten wir jedenfalls für besser, als sich der Illusion hinzugeben, dass wir hier den tatsächlichen Hintergrund für die Beschuldigungen Bergmanns einwandfrei feststellen und daraus noch irgendwie einen Nutzen ziehen könnten.

Im Zusammenhang mit dem Telegramm und Bericht über meine Demarche wegen der Beleidigungen des Führers und Reichskanzlers⁵ möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass Stern mir etwas verkniffen angedeutet hat, im Auswärtigen Amt habe man den Protest gegen den deutschen Film „Friesennot“ lediglich mit dem Bemerkten quittiert, die Angelegenheit würde geprüft werden. Offenbar wollte er damit besonders hervorheben, dass Litwinow hier ohne Zögern sein Bedauern zum Ausdruck gebracht habe. Im Übrigen fanden hier alle, dass mein Protest eine unerwartet gute Wirkung gehabt hat.

Die Gemüter sind hier sehr erregt wegen der Rückwirkungen des deutschen Einfuhrverbots auf Reichsmarknoten. Die Russen haben wirklich schnell gearbeitet; schon am Tage der Veröffentlichung in der deutschen Presse haben die Torgsinländer keine Reichsmarknoten angenommen. Wir haben im Übrigen getan, was wir

⁴ Vgl. Dok. 218.

⁵ Vgl. Dok. 309.

konnten, um die auftretenden Schwierigkeiten zu mildern, soweit dies uns möglich war. Dass auch dieses nicht zur Erhöhung der Annehmlichkeit des hiesigen Aufenthaltes beiträgt, können Sie sich unschwer denken.

Herr Görbing hat mir unterm 4. Dezember einen freundlichen und interessanten Brief geschrieben. Da er außer Neubabelsberg keine weitere Adresse angegeben hat, darf ich Sie bitten, ihm telephonisch oder, falls er bei Ihnen vorsprechen sollte, persönlich den Empfang meines Briefes zu bestätigen. Ich freue mich selbstverständlich, wenn er wieder hierher kommt, und wünsche ihm für das Zustandekommen seiner Zeitungskombination sowie für sein Ergehen alles Gute.

Mit herzlichen Grüßen von uns allen und Heil Hitler
bin ich wie stets Ihr sehr ergebener

von Tippelskirch

*Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Dgt [Dirigent] und Paraphe von H[encke]
11.XII. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.*

PA AA, R 27448, Bl. 450970-450973.

Nr. 313

Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch

Berlin, den 10. Dezember 1935

Lieber Tippelskirch,

meinen heutigen Brief möchte ich mit einigen laufenden dienstlichen Angelegenheiten beginnen, um dann morgen nach Eintreffen der Kurierpost mit dem politischen Teil zu enden.

1) Fall Fuchs.¹

Wir sind für das energische Interesse, das die Botschaft dem Fall entgegenbringt, sehr dankbar. Vor einigen Tagen war der Vater des Fuchs mit einer seiner Bräute bei Ramm, um sich erneut nach dem Schicksal seines Sohnes zu erkundigen. Eine von Ramm über diesen Besuch angefertigte Aufzeichnung geht mit dem Kurier an Sie ab. Eine Dienstreise zum Besuch des Fuchs ist von Abt. I gelegentlich der Mitzeichnung des Erlasses IV Ru 3753 genehmigt worden. Ich hatte übrigens gestern Gelegenheit, mit Pg. Wermke über die Haftsachen Fuchs und Berndt zu sprechen. Man ist sich bei der A.O. über die Schwierigkeiten für uns ebenso klar wie über die Fehler, die von den Verhafteten selbst begangen worden sind.

2) Mit dem Kurier geht ein Bericht aus Helsingfors an Sie ab. Die Gesandtschaft beschäftigt sich darin ausschließlich mit den Zuständen in Sowjetkarelien. Wir wissen natürlich sehr gut, dass diese Angelegenheit nicht zur Zuständigkeit von Helsingfors gehört. Damit aber die Botschaft das nicht sagt, stellen wir das lieber gleich selber fest.

¹ Vgl. Dok. 12, Anm. 3.

3) Fall „J.“.²

Wir sind noch nicht viel weiter gekommen. Die in diesem Punkt sehr wichtige Unterhaltung zwischen dem Herrn Botschafter und Herrn v. Grünau steht noch aus. Wir hoffen auch, dass es dem Einfluss des Generals Köstring gelingen wird, in der Bendlerstr. etwas Entgegenkommen zu erreichen.

4) Ihr Protest wegen der Angriffe auf den Führer und der Erfolg haben hier sehr befriedigt. Um in diesem Zusammenhang kurz auf Ihren soeben eingegangenen Kurierbrief³ einzugehen, möchte ich bemerken, dass ein Protest der Sowjetbotschaft wegen des Films „Friesennot“⁴ bei keiner Stelle des AA vorgebracht worden ist. Es ist lediglich ein entsprechender Hinweis des Militärattachés bei dem Reichskriegsministerium erfolgt. Wir hätten hier mit einem Protest auch nicht viel anfangen können, sondern nur auf die unerhörten Hetzfilme und Hetztheaterstücke gegen Deutschland, die in der Sowjetunion gezeigt worden sind, hinweisen müssen. Damals sind unsere Proteste – ich weiß das aus eigener Erfahrung – völlig unberücksichtigt geblieben.

5) Der Herr Botschafter wird, wie ich Ihnen heute bereits telefonisch mitteilte, am 14. d. M. von Berlin abreisen. Die Urlaubswünsche will ich ihm vortragen, sobald er im Amt erscheint – augenblicklich hat er eine Audienz [beim] Führer – und um eine schleunige Erledigung durch Abt. I bemüht sein. Ich hoffe, dass morgen das Telegramm an Sie abgehen kann.

6) Die Einberufung von Dittmann erfolgte nach eingehenden Erörterungen mit dem Herrn Botschafter. Bräutigam muss nämlich Anfang Januar – leider – nach Paris, und Balser bzw. ein anderer Sachbearbeiter für Wirtschaftsfragen, dürfte kaum vor Mitte Februar in Berlin eintreffen. Angesichts der hiesigen Bedingungen, zumal in Erwartung der kommenden Wirtschaftsbesprechungen, kann ich beim besten Willen ohne eine Hilfe nicht auskommen. Ich bin schon ohnehin mit meinem engeren Arbeitsgebiet außerordentlich stark in Anspruch genommen, da ich mich schließlich zunächst mal in jeden einzelnen Fall von Anfang an hineinknien muss.

Was die Politik anbelangt, so wird Ihnen der Herr Botschafter am besten und unmittelbarsten die hiesigen Auffassungen übermitteln können. Ich darf mich auf die Erklärung beschränken, dass wir auch unsererseits den Wunsch haben, die gegenseitigen Beziehungen erträglich zu gestalten. Wir wollen dabei aber im Interesse der Sache jede demonstrative Geste vermeiden. Wir hoffen, dass über eine befriedigende Regelung der wirtschaftlichen Fragen und die Rückwirkungen einer gerechten Regelung der Haftfälle die Atmosphäre entspannt werden wird. Eine Aktivität von unserer Seite, die über diese Frage hinausgeht, ist zurzeit nicht möglich. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Ausführungen Ihres Briefes nicht mit aller Gewissenhaftigkeit und vollstem Ernst geprüft werden. Man muss, wie mir der Herr Staatssekretär vor einigen Tagen sagte, „die Wasser steigen lassen“. Im Übrigen hält hier von Sowjetseite das Bestreben, in eine bessere Fühlung mit uns zu gelangen, an. Insbesondere entfaltet Bessonoff hierbei eine beachtliche Aktivität.

² Vgl. Dok. 251, Anm. 2.

³ Vgl. Dok. 312.

⁴ Vgl. Dok. 300.

Ihren Brief vom 5. Dezember über die Äußerungen des Estnischen Gesandten in Moskau⁵ werde ich Herrn v. Grundherr zur Kenntnis bringen. Ebenso werde ich Ihre Grüße an Görbing, sobald ich ihn sehe, ausrichten. Der arme Mann hat zurzeit noch Sorgen wegen der Einreisegenehmigung für seine Gattin. Die Sowjetbotschaft macht dieserhalb noch Schwierigkeiten, die hoffentlich aber bald behoben sein werden.

Was nun den Fall Bergmann⁶ anbelangt, so ist es ja durchaus verständlich, dass die Dinge in Moskau anders aussehen als in Berlin. Wir sind genau so wie Sie der Auffassung, dass es sehr schwer sein wird, die wahren Gründe für die Ausweisung in Erfahrung zu bringen. Trotzdem aber glauben wir, und zwar besonders gestützt auf die Ansicht Bräutigams, dass der Fall Fomin damit nichts oder jedenfalls nur sehr wenig zu tun hat. Bräutigam hatte jedenfalls in ganz bestimmter Form diesen Eindruck, nachdem er mit Bessonoff gesprochen hatte. Wir sind uns auch völlig darüber klar, dass es nicht einfach ist, den Widerspruch zwischen der Erklärung Sterns und Bessonoffs über die Ausweisungsgründe aufzuklären. Andererseits glauben wir, dass die Äußerungen Bessonoffs wohl überlegt waren und zweifellos auch im Einverständnis mit dem Außenkommissariat abgegeben worden sind. Sie waren fast wörtlich gleichlautend bei allen Herren der Abteilung, die Bessonoff aufgesucht hat. Ich glaube, wir müssen schon im Hinblick auf innerdeutsche Kreise wenigstens den Versuch zu einer derartigen Aufklärung unternehmen, wobei die Form wie der Zeitpunkt völlig Ihrem Ermessen überlassen werden soll. Schließlich muss sich ja Bessonoff auch selber sagen, dass Erklärungen, die er abgibt, amtlich ausgewertet werden. Was die Person Bergmanns anlangt, so wird die Firma Siemens bemüht sein, bald für ihn eine vorteilhafte andere Verwendung zu finden.

Ihre Sorge wegen der Rückwirkungen des Markeinfuhrverbots verstehen wir völlig. Was an dem Referat liegt, wird alles geschehen, um beschleunigt eine den Interessen der Botschaft entsprechende Regelung herbeizuführen. Ich werde mich selber dafür bei der zuständigen Abteilung I interessieren.

Das wäre im Augenblick alles, was ich Ihnen mitteilen könnte. Mit den herzlichsten Grüßen von Haus zu Haus und

Heil Hitler
bin ich Ihr stets sehr ergebener

[Hencke]

PA AA, R 27448, Bl. 450974-450978.

⁵ Karl Tofer.

⁶ Vgl. Dok. 296.

Nr. 314

**Aufzeichnung von Unterredungen des Stellv. Leiters der VI. Abteilung im AA
von Twardowski mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin
Bessonov und dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

[Berlin, den 10. Dezember 1935]

Ref. VLR. von Twardowski

Notiz

Betrifft: Unterredung mit dem Botschafter der UdSSR und Botschaftsrat Bessonoff

Nach Rücksprache mit dem Herrn Staatssekretär¹ habe ich mich bei Herrn Botschafter Suritz angemeldet, um ihm meinen Besuch zu machen. Unmittelbar nach meiner Anmeldung bei Herrn Suritz rief *Herr Bessonoff*² an und bat, mich aufsuchen zu dürfen.

Herr Bessonoff begann die Unterhaltung sofort mit dem Thema: „Wie kann man die deutsch-sowjetischen Beziehungen verbessern?“ Ich erwiderte ihm, dass ich dienstlich nichts mehr mit den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu tun hätte und dass ich eine solche Unterhaltung lieber vermeiden möchte. Herr Bessonoff bestand aber auf einer Erörterung dieser Frage, worauf ich ihm als meine private Meinung sagte, dass die Sowjetunion, falls sie tatsächlich den ernststen Willen habe, die gegenwärtige Lage zu bessern und auf eine Normalisierung der Beziehungen hinzuarbeiten, die Initiative ergreifen müsse, um die allgemeine Atmosphäre zu bessern. Dazu gehöre:

1) Aufhören der Presseangriffe und Verunglimpfung der leitenden deutschen Persönlichkeiten, der Nationalsozialistischen Partei und der Absichten der deutschen Regierung, 2) ein sichtbares Verständnis für die Notwendigkeiten der deutschen Außenpolitik und 3) ein Eingehen auf unsere Wünsche in den konsularischen Angelegenheiten (Behandlung der Reichsdeutschen in der Sowjetunion, des deutschstämmigen Elements in der Sowjetunion und der Kirchenfrage).

*Herr Bessonoff versprach sich viel für die Besserung der Atmosphäre von den kommenden Wirtschaftsverhandlungen. Ich erwiderte ihm, ich sei über diesen Fragenkomplex nicht*³ orientiert, möchte ihm aber nicht verhehlen, dass die Verhandlungstaktik der russischen Unterhändler und die spätere Behandlung deutscher Lieferungen durch die russischen Behörden (Nörgeleien und unberechtigte Beanstandungen) sehr viel dazu beigetragen hätten, den günstigen moralischen Effekt der Wirtschaftsbeziehungen schwer zu beeinträchtigen.

Auch Herr *Botschafter Suritz*⁴ begann die Unterhaltung mit mir sofort mit den Worten, er bäte mich als alten Bekannten und Kenner der deutsch-sowjetischen Beziehungen, ihm einen Rat zu geben, was geschehen müsse, um die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu bessern und vor allem, was er persönlich tun könne, um zu diesem Ziel zu gelangen. Auch in dieser Unterhaltung habe ich

¹ Bernhard von Bülow.

² Der Name ist unterstrichen.

³ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

⁴ Der Name ist unterstrichen.

andauernd betont, dass ich mit den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion dienstlich nichts mehr zu tun hätte und dass ich absolut inkompetent sei, dafür zu sprechen; ich möchte ihn aber an ein Wort des Herrn Litwinow erinnern: Im Jahre 1933, als die schnelle Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen einsetzte und führende Sowjetpersönlichkeiten ihr großes Misstrauen gegen die Friedensliebe Deutschlands geäußert hätten, habe Herr Botschafter Nadolny in seinen Unterhaltungen mit Herrn Litwinow mehrmals gefragt, was denn die Sowjetunion erwarte, *„was Deutschland tun solle“*⁵, um dieses Misstrauen zu beseitigen. Herr Litwinow habe diese gesprächsweisen Fragen des Herrn Nadolny in seiner Rede vor dem ZIK am 30. *„Dezember“*⁶ 1933 dazu verwendet, um dort öffentlich zu erklären: „Der deutsche Botschafter hat mich verschiedentlich gefragt, was den geschehen müsse von deutscher Seite, um die Sowjetunion zu beruhigen. Ich antworte ihm hier: Lassen Sie das, was Sie jetzt tun, und wir werden beruhigt sein.“

Ich habe Herrn Botschafter Suritz keinen Hehl daraus gemacht, dass ich persönlich nach meinen letzten Eindrücken aus Moskau *„noch nicht“*⁷ davon überzeugt sei, dass auf Seiten der Sowjetregierung und der sonstigen maßgebenden Stellen in der Sowjetunion der aufrichtige Wille vorhanden sei⁸, die Beziehungen zu Deutschland zu normalisieren. Man könne sehr gut der Auffassung sein, *„dass die letzthin aufgetretene Tendenz der Sowjetunion, sich äußerlich Deutschland zu nähern, ein taktisches Manöver sei, das in Dunst zerflattere, wenn der dadurch auf Frankreich ausgeübte Druck seine Schuldigkeit getan habe.“* Wenn aber tatsächlich ein ernster Wille auf Sowjetseite vorhanden sei zu einer Normalisierung der Beziehungen, so müsste die Sowjetregierung in irgendeiner Form die Initiative ergreifen.⁹ Vor allem sei dazu nötig, dass wir nicht überall auf unserem politischen Wege die Sowjetunion als Gegner trafen. Z.B. habe Herr Litwinow nicht nur fremden Staatsmännern, sondern auch mir unumwunden gesagt, dass die ganze Sanktionsfrage¹⁰ die Sowjetunion nur insoweit interessiere, als sie der Vorgang sei, um evtl. gegen Deutschland Verwendung zu finden.

Herr Suritz vertiefte sich in alle möglichen Details, wollte wissen, ob ich einen Ausbau des Berliner Vertrags für denkbar hielte, was eine Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen für einen Einfluss auf die politische Lage haben würde, ob ein Ausbau der kulturellen Beziehungen möglich sei, ob er seine gesellschaftliche Tätigkeit in Berlin verstärken solle etc. Ich habe eine Erörterung aller dieser Einzelheiten abgelehnt. *„Aus der ganzen Unterhaltung ging mit großer Deutlichkeit hervor, dass Herr Suritz strikte Weisung hat, alles in seiner Macht Befindliche zu tun, um wenigstens äußerlich eine Besserung der Beziehungen herbeizuführen.“* In Pa-

⁵ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: dass Deutschland tun müsse.

⁶ Der Monat ist korrigiert; ursprünglich: Juni. Richtig: 29.12.1933; vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 322, S. 894–897.

⁷ Der Text ist von Roediger doppelt unterstrichen; das nachfolgende Wort „fest“ ist gestrichen.

⁸ Der Text ist von Roediger unterstrichen.

⁹ Der Text ist von Roediger unterstrichen.

¹⁰ Gemeint sind die Diskussionen im Völkerbund zu Sanktionen gegenüber Italien aufgrund des Angriffes auf Abessinien. Vgl. Dok. 298, Anm. 11.

renthese möchte ich nur bemerken, dass er mehrmals betonte, die Auffassung, dass Herr Litwinow ein Gegner deutsch-sowjetischer Beziehungen sei, sei absolut falsch.*¹¹

Hiermit *Herrn Konsul Hencke*¹² zu gefälligen Kenntnis.

v[on] Twardowski

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel AA: IV Ru 5085, Eing. 17. Dez. 1935. Unten Po 2 Ru. Am Seitenrand Stempel: Hat dem Herrn RM vorgelegen, Abzeichnungen von Neurath, Kotze und Bülow vom 11.12. Notiz von Roediger vom 10.12.: Minister Köpke erg[ebenst] v[or]z[ulegen] sowie nicht entzifferte Notizen von Hencke.

PA AA, R 83398, Bl. H 047370-047373.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 453, S. 881–883.

Nr. 315

Aufzeichnung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen

Berlin, den 11. Dezember 1935

Abteilung Osten

Aktennotiz

Betrifft: Besprechung über die Finanzierung des „*Verbandes der Deutschen aus Russland*¹ e.V.“ am 6. XII. 1935 im Amtszimmer von Dr. Leibbrandt

Anwesend waren außer Dr. Leibbrandt vom AA Konsul Hencke und Legationsrat Dr. Kundt, Dr. Ehrt, A. Frasch und Unterzeichneter als Protokollführer.

Dr. Leibbrandt eröffnete die Sitzung mit einem kurzen Überblick über Entstehung und Zielsetzung des VDR. Das Russlanddeutschtum sei bisher nur karitativ unterstützt worden; jetzt aber handele es sich um eine Sammlung der Russlanddeutschen zwecks Vorbereitung auf einen späteren politischen Einsatz. Zurzeit beständen zumindest in Amerika große Möglichkeiten des Einsatzes der Russlanddeutschen. Der VDA² erkenne erst jetzt diese große Aufgabe, sei aber nicht in der Lage, sich an der Finanzierung entscheidend zu beteiligen. – Gesandter Stieve habe bereits seine Zustimmung für eine weitergehende Unterstützung des VDR grundsätzlich gegeben.

A. Frasch schilderte anschließend ziemlich eingehend den Ausgangspunkt für die Gründung des Verbandes und die Schwierigkeiten, die in der bisherigen Arbeit zutage traten. Das Russlanddeutschtum müsse eine ständige Vertretung beim Reich haben, um die großen aktuellen Aufgaben lösen zu können. (Siedlung, Schulung der russlanddeutschen Jugend in aller Welt usw.). Seit Februar ds. Js. arbeitet der

¹¹ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

¹² Der Text ist nochmals handschriftlich unterstrichen.

¹ Der Text ist unterstrichen. Zu dem Verband vgl. auch Dok. 243.

² Vgl. Dok. 12, Anm. 6.

VDR als offiziell anerkannte Vertretung der Russlanddeutschen, sei aber allein auf die Summe von RM 250,- monatlich angewiesen, die vom AA zur Verfügung gestellt werden. Aus Mitgliedsbeiträgen sei der Verband nicht zu finanzieren. Die Lage sei zurzeit so kritisch, dass alle Angestellten entlassen werden müssen, wenn die Finanzierung nicht sofort erfolge. Der VDR werde bereits allseits von den Russlanddeutschen anerkannt und so mit Aufgaben beladen, dass er jetzt unbedingt finanziell die notwendigen Arbeitsmöglichkeiten erhalten müsse, wenn nicht eine totale Blamage eintreten soll.

Das früher ungünstige Verhältnis zwischen dem VDA und der VDR scheine sich jetzt zu bessern, da Dr. Steinacher in den letzten Verhandlungen zugesagt habe, A. Frasch in die Hauptversammlung zu berufen und die Berechnung und Bereitstellung eines prozentualen Stipendienanteils für die Russlanddeutschen zu veranlassen. Dr. Steinacher habe geäußert, dass er vor dem Russlanddeutschtum als vor einem vom Liberalismus nicht angekränkelten Bauernvolk große Hochachtung habe. Für die Zeitschrift, die der Verband im Januar herauszubringen beabsichtigt³, werde vom VDA ein einmaliger Zuschuss von RM 1000.- zur Verfügung gestellt werden

Der VDR müsse jedoch für den laufenden Betrieb monatlich 2000.- RM haben, um mit 3–4 Angestellten allen Aufgaben nachkommen zu können.

Abschließend brachte A. Frasch den Dank des Verbandes an das AA (Dr. Kundt), das Außenpolitische Amt (Dr. Leibbrandt) und die Antikomintern (Dr. Ehrh) zum Ausdruck, durch die der Verband erst auf die Beine gestellt worden sei.

Konsul Hencke bat um eine scharfe Trennung zwischen der Darstellung der Aufgaben, die in der Sowjetunion zu lösen sind, und den Aufgaben der Betreuung im Ausland. Auch wünsche er eine schärfere Präzisierung der politischen Aufgaben.

Dr. Kundt machte darauf aufmerksam, dass die Fürsorge darüber bisher im größtmöglichen Umfang geschehen sei. Wenn hier im Reiche die russlanddeutschen Aufgaben bisher vernachlässigt worden seien, so sei das einzig und allein Schuld der Russlanddeutschen selbst. Die seinerzeitigen Vertreter (Zentralkomitee) im Reichsausschuss „Brüder in Not“ mussten aus diesem Ausschuss ausgeschlossen werden

Dr. Leibbrandt betonte, dass die Leistungen des Auswärtigen Amtes in der Betreuung der Russlanddeutschen vollkommen anerkannt werden.⁴ – Auf die Frage von Konsul Hencke eingehend wies er darauf hin, dass die politischen Aufgaben des Verbandes vorbereitender Natur seien und auf weite Sicht geschehen müsste. Geldlich seien sie überhaupt nicht aufzuwiegen. Es liegen heute außerordentlich viele russlanddeutsche Kräfte vollständig brach, die man bereits jetzt politisch außerordentlich gut verwenden könne (Beispiel: Reitenbach mit russischen und türkischen Sprachkenntnissen machte irgendeine Arbeit in Tilsit, die Tausend andere auch hätten verrichten können.) Die Völker der Sowjetunion seien deutschfreundlich gestimmt, hier sei daher ein großes Aufgabengebiet.

³ Die „Mitteilungen des Verbandes der Deutschen aus Russland e.V.“ erschienen im Jahre 1935 viermal.

⁴ Vgl. die Aufzeichnung der Sitzung im AA betr. Unterstützung der Deutschen und Deutschstämmigen in der Sowjetunion vom 22.1.1935. In: RGVA, f. 1357/k, op. 1, d. 22, l. 4–8.

A. Frasch wies insbesondere noch auf die wirtschaftlichen Aufgaben hin, die durch das Russlanddeutschtum gelöst werden können.

Konsul Hencke formulierte die Forderung nach Sammlung von Kräften mit dem Wort „Kader“-Bildung. In 5–6 Jahren würde man viele Leute brauchen, die auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zur Verfügung stehen, die aber gleichzeitig die Entwicklung in der Sowjetunion, wie sie heute ist, genau kennen, um auch die spätere Entwicklung verstehen zu können.

Dr. Kundt wies nachdrücklich darauf hin, dass der VDR selbständig bleiben müsse, d. h. weder eine Abteilung der Antikomintern noch eine Abteilung des Propagandaministeriums werden dürfe.

Dr. Ehart teilte mit, dass der Antrag auf Finanzierung der Zeitschrift des Verbandes von sämtlichen Ressorts des Propagandaministeriums unterstützt worden sei und man jetzt die Finanzierung der Zeitschrift als gesichert ansehen könne.

Dr. Kundt führte aus, dass seiner Ansicht nach 2000.– RM, die von A. Frasch gefordert wurden, zu viel seien. Seiner Ansicht nach müssten 1000.– RM genügen.

Man einigte sich abschließend dahingehend, dass A. Frasch einen eingehend begründeten Antrag auf eine näher spezifizierte Summe an das Außenpolitische Amt einreichen solle, welches diesen Antrag an das Auswärtig Amt weiterzuleiten habe.

Dürksen

BArch, NS 43/2, Bl. 274-276.

Nr. 316

**Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern
und des verantwortlichen Referenten Levin an den Stellv.
Vorsitzenden des Obersten Gerichts der UdSSR Ul'rich**

GANZ GEHEIM

11. Dezember 1935

2.West[abteilung]
15287/allgm.¹

AN DEN
STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN
DES OBERSTEN GERICHTS DER UdSSR,
VORSITZENDEN DES MILITÄRKOLLEGIUMS
ARMEEMILITÄRJURISTEN Gen. V.V. UL'RICH

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, dass Fälle inhaftierter deutscher Staatsbürger zur Prüfung an die Militärtribunale und Sonderkollegien des Obersten

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

Gerichts überwiesen wurden. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, eine ganze Reihe von Fragen zu klären.

1. Die Deutsche Botschaft und die Konsulate vor Ort bitten ständig darum, ihnen die Urteile zuzustellen. Diese Bitten werden jedoch vor Ort abgelehnt. So teilte uns der Beauftragte des NKID bei der Regierung der ZSFSR² mit, dass die örtlichen Organe kategorisch Einspruch gegen die Übermittlung von Urteilen an das deutsche Konsulat erheben, insbesondere sind sie dagegen, das Urteil in der Strafsache des Bürgers Panzer zu übergeben, der durch das Militärtribunal des Transkaukasischen Militärbezirkes zu 8 Jahren Freiheitsentzug wegen Verbrechen nach §§ 56,6 und 58,10 des Strafgesetzbuches der Georgischen SSR verurteilt worden ist.

*Die Weigerung, der Botschaft oder den Konsulaten die Urteile zuzustellen, kann den Vorwand für verleumderische Behauptungen liefern, dass wir der Deutschen Botschaft und den Konsulaten die Möglichkeit nehmen, den Rechtsschutz für deutsche Staatsbürger wahrzunehmen. Wir erachten es deshalb als wünschenswert, die Urteile zu übermitteln, mit Ausnahme der Fälle, in denen die Übermittlung von Urteilen den Interessen des Sowjetstaates tatsächlich Schaden zufügen könnte.*³ Es wäre wünschenswert, sich auf eine Verfahrensweise festzulegen, wonach die Gerichtsbeschlüsse des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR zu den verurteilten deutschen Staatsbürgern direkt an uns übermittelt werden, wobei diesen in jedem Einzelfall Ihre Stellungnahme beizufügen wäre, ob eine Weiterleitung des Urteils an die Botschaft erwünscht oder unerwünscht ist. Sollten Sie einverstanden sein, solch eine Regelung einzuführen, werden wir unseren Beauftragten und Agenten⁴ vorschlagen, sich vor Ort bei der Übermittlung der Urteile zurückzuhalten und auf Moskau zu verweisen. Solch ein Verfahren garantiert Ihnen und uns die unmittelbare Kontrolle hinsichtlich der Übermittlung der Urteile.

2. Hinsichtlich der Übergabe der Fälle von inhaftierten deutschen Staatsbürgern zur Verhandlung an die Militärtribunale und Sonderkollegien erhebt sich auch die Frage nach der Zulassung von Verteidigern. Das NKID erachtet es als wünschenswert, Verteidiger in all den Fällen zuzulassen, in denen dies nicht ausdrücklich durch das Gesetz ausgeschlossen wird. Die Nichtzulassung eines Verteidigers liefert immer Anlass für Beschwerden, dass wir den deutschen Bürgern einen Rechtsschutz verweigern. Wir bitten Sie deshalb, den Militärtribunalen und Militärkollegien entsprechende Weisungen zu erteilen. Insbesondere ist es wünschenswert, Verteidiger bei der Überprüfung der Fälle folgender deutscher Staatsbürger zuzulassen: GIL'BERT (der Fall wird in Baku durch das Sonderkollegium des Obersten Gerichts der ASSR überprüft werden), PFEIL (der Fall wird durch das Militärtribunal des Transkaukasischen Militärbezirks überprüft werden), KAISER (ebenda) und ALBRECHT⁵ (der Fall wird vom Militärtribunal des Leningrader Militärbezirks verhandelt werden).

² Georgij Aleksandrovič Astachov.

³ Der hier und im Folgenden so gekennzeichnete Text ist mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

⁴ Gemeint sind die diplomatischen Agenten.

⁵ Wilhelm Albrecht wurde am 17.12.1939 aus der UdSSR ausgewiesen.

3. Die deutschen Konsulate und die Deutsche Botschaft bitten in der Regel darum, ihren Vertretern die Anwesenheit bei den Prozessen zu erlauben. *Da es um geschlossene Gerichtsverhandlungen geht, haben wir keine Veranlassung, auf die **ständige**⁶ Zulassung von Vertretern der Botschaft oder der Konsulate zu bestehen, in den Fällen jedoch, wo dies möglich ist, wäre es wünschenswert, Vertreter der Botschaft oder der Konsulate zuzulassen. Das ist wiederum auch deshalb wünschenswert, um keinen Vorwand zu liefern, uns verleumderisch der Einschränkung des Rechtsschutzes für deutsche Staatsbürger zu bezichtigen.*

4. Auch die Besuchsfrage bedarf einer Regelung. Unser Beauftragter bei der Regierung der ZSFSR teilt uns mit, dass sich die örtlichen Organe dagegen aussprechen, dem Deutschen Konsulat die Möglichkeit zu gewähren, deutsche Staatsbürger nach der Verkündung des Urteils zu besuchen. *Wir erachten es als notwendig, die Besuche zu gestatten. Eine Besuchsverweigerung kann nur im Falle erfolgen, wenn es die Gewissheit gibt, dass ein Besuch den Interessen des Sowjetstaates tatsächlich einen Schaden zufügen kann.* Jedoch ist es auch in diesen Fällen erforderlich, eine Besuchsverweigerung mit dem NKID abzustimmen.

Wir wären Ihnen für eine baldige Antwort zu allen angeführten Fragen dankbar. Besonders dringend ist die Frage hinsichtlich der Zulassung von Verteidigern im Fall von ALBRECHT und hinsichtlich der möglichen Anwesenheit von Vertretern des deutschen Generalkonsulats in Leningrad bei diesem Prozess.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG
VER[ANTWORTLICHER] REFERENT FÜR DEUTSCHLAND

Štern
Levin

Vermerk mit Tinte: an Gen. Litvinov.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3784 vom 14.12.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 33, l. 51–52. Kopie.

Nr. 317

Telegramm des Generalkonsuls in Leningrad Sommer an die Botschaft in Moskau

Entziffertes Telegramm

Abg. aus Leningrad, den 11. Dezember 1935 16 Uhr 35 Min.

Ank. in Moskau den 11. Dezember 1935 19 Uhr 45 Min.

Abschrift.

Nr. 45 vom 11.

Wie im vergangenen Jahre beabsichtige ich für die deutsche Kolonie Veranstaltung Weihnachtsfeier im Generalkonsulat. Erbitten Drahtbescheid, ob dort Bedenken

⁶ Das Wort ist über die Zeile mit Tinte geschrieben.

gegen die Teilnahme deutscher Reichsangehöriger jüdischer Rasse, die mit Frauen deutschen oder artverwandten Bluts verheiratet sind, sich politisch durchaus loyal verhalten haben und deshalb bisher auch zu Kolonie-Veranstaltungen hinzugezogen worden sind.¹

gez. Sommer

PA AA, R 27448, Bl. 450983.

Nr. 318
**Auszug aus dem Rechenschaftsbericht der sowjetischen Handelsvertretung
in Berlin „Zwischenbilanz der Erfüllung des sowjetisch-deutschen
Wirtschaftsabkommens vom 9. April 1935
(April–September 1935)“**

[11.12.1935]

1. DAS SOWJETISCH-DEUTSCHE WIRTSCHAFTSABKOMMEN VOM 9. APRIL
1935 UND DIE VORAUSSETZUNGEN FÜR SEINEN ABSCHLUSS

I

Die sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen traten seit Anfang 1935 unter dem Einfluss sowohl des gesamten Entwicklungsverlaufs der deutschen Wirtschaft in letzter Zeit als auch unter dem Einfluss der Entwicklung des sowjetisch-deutschen Handels im Jahr 1934 in eine neue Phase ihrer Entwicklung ein, und zwar in eine Phase, die sich in ihrer ganzen Kompliziertheit von allen vorangegangenen gravierend unterscheidet.

Es ist bekannt, dass die sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen von 1930 bis einschließlich 1932 durch ein außerordentlich starkes Wachstum des sowjetischen Imports aus Deutschland und durch eine starke Zunahme der aktiven Handelsbilanz Deutschlands mit der UdSSR gekennzeichnet waren. Die Periode von 1930 bis 1932 war für Deutschland eine Periode noch nie dagewesenen Aufblühens seines Exports in die UdSSR, eine Periode, in der die sowjetischen Aufträge einen höchst nachhaltigen Einfluss auf die gesamte deutsche Wirtschaftsentwicklung ausübten. Unter dem Gesichtspunkt der Handelspolitik war diese Periode für die UdSSR eine der günstigsten Perioden in den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen. Die gewaltigen Aufträge, die die Sowjetunion in dieser Periode an Deutschland vergab, bescherte Deutschland aus seinem Handel mit der UdSSR ein außerordentliches hohes Aktivsaldo – all das waren Faktoren, die eine fast ungehinderte Platzierung von sowjetischen Exportwaren auf dem deutschen

¹ Tippelskirch antwortete am folgenden Tag mit Telegramm-Nr. 23: „Bedenken werden nur insofern nicht bestehen, als es sich um Mischlinge handelt, denen vorläufiges Reichsbürgerrecht zuerkannt ist.“ Vgl. PA AA, R 27448, Bl. 450983. Hencke schrieb Tippelskirch am 17.12.1935 u. a.: „Ihr Drahterlass bezüglich der Einladung von Juden zur Weihnachtsfeier findet hier volle Billigung.“ Vgl. PA AA, R 27448, Bl. 450984-450987, hier Bl. 450986.

Markt und eine verhältnismäßig leichte Überwindung von Schwierigkeiten, die von Fall zu Fall in den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen auftraten, garantierten. Gleichzeitig waren auch die sowjetisch-deutschen Beziehungen auf politischem Gebiet von einer gewissen Stabilität gekennzeichnet.

Die Jahre von 1932 bis 1934 bildeten die zweite Etappe der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen nach dem letzten Fünfjahrplan. Diese zweite Etappe ist einerseits durch die systematische Verringerung des sowjetischen Imports aus Deutschland und andererseits durch das Vorhandensein einer gewaltigen Schuldenlast der Sowjetunion gegenüber Deutschland aus den Anfängen der Periode von 1930 bis 1932 gekennzeichnet. In dieser Periode dienten bereits nicht mehr die Aufträge, sondern die gewaltigen Schulden der Sowjetunion als ein ernsthaftes Mittel, um den sowjetischen Export nach Deutschland zu schützen. Unter Ausnutzung dieser Schuldenlast gegenüber Deutschland erzielte die Sowjetunion ohne sonderlich große Anstrengung eine Stabilisierung des sowjetischen Exports und eine maximale Ausnutzung des deutschen Marktes ohne besondere Kompensationen, die in dieser Periode eine immer größere Bedeutung erlangen, sowohl in der Praxis des internationalen Handels insgesamt als auch insbesondere in der Praxis des deutschen Außenhandels.

Das zu Ende gehende Jahr 1934 erwies sich jedoch als das letzte Jahr dieser zweiten Etappe in den sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen. Die außerordentlich starke Verringerung des sowjetischen Imports aus Deutschland im Jahr 1934 (auf 77,6% gegenüber 1933) bei gleichzeitiger Stabilisierung des sowjetischen Exports nach Deutschland (Zunahme des sowjetischen Exports nach Deutschland im Jahr 1934 um 8% gegenüber 1933) führte dazu, dass die Handelsbilanz der UdSSR mit Deutschland ein bedeutendes Aktivsaldo für die UdSSR (1934 mit 146,4 Mio. Mark) aufwies. Diese Entwicklung des sowjetisch-deutschen Handels in diesem ganzen Jahr rief eine starke Unzufriedenheit in Deutschland hervor, die flankiert war mit Forderungen, die sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen grundsätzlich zu überprüfen, da sie sich immer nachhaltiger im Sinne einer Verringerung der sowjetischen Verschuldung in Deutschland entwickelten.

II

Die schwere Wirtschaftslage Deutschlands und insbesondere die angespannte Finanzsituation brachten gegen Ende 1934 den sogenannten „neuen Plan“ hervor. Die Aufgabe des „neuen Plans“ bestand darin, die staatliche Kontrolle für den Import Deutschlands einzuführen, um ihn in Übereinstimmung mit seinen Finanzierungsmöglichkeiten zu bringen. Die Tatsache, dass die Sowjetunion das sogenannte „Markabkommen“ mit Deutschland besaß, verschaffte ihr die Möglichkeit, 1934 die Aufnahme des sowjetischen Exports in diesen „neuen Plan“ zu verhindern, d. h. als einziges Land auf dem deutschen Markt zu verbleiben, das seine Waren auf diesem Markt außerhalb der Kontrolle durch staatliche Behörden mit allen sich daraus ergebenden positiven Seiten (eine verstärkte Nachfrage nach sowjetischen Waren, die Möglichkeit, hohe Preise zu fordern) realisieren konnte. Die gegen Ende 1934 entstandene Sonderstellung der UdSSR auf dem deutschen Markt, die den mit dem „neuen Plan“ verfolgten Bestrebungen zuwiderlief, war jener letzte Fakt, der unter

den Bedingungen der schwierigen Lage der deutschen Wirtschaft und der oben eingeschätzten Entwicklung des sowjetisch-deutschen Handels im Jahr 1934 und unter den Bedingungen der gespannten sowjetisch-deutschen politischen Beziehungen zu einer grundsätzlichen Wende und zur Entscheidung Deutschlands geführt hat, die UdSSR mit dem gesamten Komplex der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu konfrontieren. Und wenn im Lichte dieser ganzen Situation diese Wende erst Anfang 1935 eintrat, und nicht Ende 1934, so war dies dadurch bedingt, dass Mitte 1934 die Verhandlungen zum langfristigen (für 5 Jahre) Kredit über 200 Mio. Mark und über die Regelung der laufenden Aufträge aufgenommen wurden, die einige Monate lang eine Aktivierung der deutschen Politik gegenüber der UdSSR zügelten.

Die fortschreitende Verschlechterung der deutschen Handelsbilanz und die Verzögerung beim Abschluss des Kreditabkommens über 200 Mio. Mark zwangen jedoch Deutschland dazu, seine Politik gegenüber der UdSSR zu aktivieren, wobei das Kreditabkommen über 200 Mio. Mark schon nicht mehr in der Lage war, diese Politik beizubehalten oder abzuschwächen, und Mitte Februar 1935 präsentierte die deutsche Regierung der UdSSR in ausführlicher Form ihre Forderungen zum gesamten Fragenkomplex der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen.¹

Von Anfang an war klar, dass die Sonderstellung der UdSSR auf dem deutschen Markt, die den „neuen Plan“ auslöste, und das bestehende sogenannte „Markabkommen“ der UdSSR mit Deutschland ungewöhnlich war und nicht über eine lange Zeit aufrechterhalten werden konnte. Bereits Ende 1934 griffen die deutschen Kontrollbehörden immer rigoröser in die Exporttätigkeit der Handelsvertretung ein (Verzögerung bei den Bewilligungsbescheiden für die Einfuhr von kontingentierten Waren, Forderung nach Preissenkungen für diese Waren usw.). Besonders auffällig trat der zeitweilige Charakter der Sonderstellung der UdSSR auf dem deutschen Markt im Dezember 1934 zutage, als die Handelsvertretung eine Verlängerung des „Markabkommens“ für 1935 zu sondieren versuchte. Dieser Versuch stieß auf den entschiedenen Widerstand der deutschen Behörden. Selbst eine Kopplung des „Markabkommens“ mit dem Kreditabkommen über 200 Mio. Mark konnte nicht dazu beitragen, die Verlängerung der Gültigkeit des „Markabkommens“ für 1935 herbeizuführen.

Das nach dem 1. Januar 1935 dreimal verlängerte „Markabkommen“² wurde schließlich am 16. Februar 1935 endgültig außer Kraft gesetzt, und zwar mit der Begründung, dass zukünftig die Sonderstellung der UdSSR auf dem deutschen Markt unzulässig sei³, weil sie den deutschen Markt desorganisiere, die durch die im „neuen Plan“ vorgesehenen Maßnahmen sprengt und mit verschiedenen Ländern Konflikte hervorrufe, die forderten, ihnen ein analoges Recht auf dem deutschen Markt auf der Grundlage der Meistbegünstigung zu gewähren.

¹ Vgl. Dok. 41, 58.

² So im Dokument. Aller Wahrscheinlichkeit sind hier die Versuche gemeint, das Markabkommen für 1935 zu verlängern. Das Politbüro des ZK der VKP (B) hatte am 4.12.1934 den Beschluss gefasst, Verhandlungen zu dieser Frage zu führen. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 551, S. 1455.

³ Vgl. Dok. 37.

Die Außerkraftsetzung des „Markabkommens“ stellte den sowjetischen Export unter die vollständige Kontrolle der deutschen Kontrollbehörden und gab damit Deutschland die Möglichkeit, nicht nur in ausführlicher Form seine Forderungen zu dem gesamten Fragenkomplex der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen an die UdSSR zu richten (die Frage nach neuen sowjetischen Aufträgen, die Frage nach dem Weg zur Tilgung der sowjetischen Schulden in Deutschland, die Frage nach dem zukünftigen Export nach Deutschland usw.) zu richten, sondern sie trug auch zur Festigung seiner Stellung bei, indem ihm damit ein gewichtiges Mittel verschafft wurde, um bei den Verhandlungen Druck auf die UdSSR auszuüben, die auch sogleich aufgenommen wurden, und die die Entwicklung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen für die nächsten Jahre festlegen sollten.

III

Die unter diesen Bedingungen stattgefundenen sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen waren von einer außerordentlichen Kompliziertheit gekennzeichnet. Die Verhandlungen dauerten fast das ganze 1. Quartal 1935 über an und endeten erst am 9. April 1935 mit der Unterzeichnung des Abkommens.⁴ Das neue sowjetisch-deutsche Abkommen ist auf Kompensationsgrundlage aufgebaut; es fixiert bis Ende 1935 ein festes Limit für den sowjetischen Export nach Deutschland in einem Volumen von 100 Mio. Mark, von denen 60 Mio. Mark durch sowjetische laufende Aufträge kompensiert werden sollen. Zugleich sieht das Abkommen vor, dass von den sowjetischen Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland die Zahlungen im Jahr 1935 ungefähr 250 Mio. Mark umfassen, davon werden 50 Mio. Mark auf 1936 übertragen, die übrigen 200 Mio. Mark sollten aber auf folgende Weise getilgt werden: 100 Mio. Mark aus dem Erlös der Realisierung des gewährten Warenkontingents und 100 Mio. Mark in Gold und Devisen.

Das 100-Millionen Exportkontingent wurde jedoch nicht nur in die globale Gesamtsumme aufgenommen, sondern zugleich eine detaillierte Auflistung der von uns zu liefernden Waren abgestimmt, wobei in die 40-Millionengruppe Waren aufgenommen wurden, d. h. die außerhalb der Kompensation liegen, die Deutschland insbesondere interessieren: Erdöl, Holz, Mangan, Borsten, Platin; die übrigen Waren wurden hingegen in die zweite Gruppe aufgenommen, die an die Kompensation durch laufende Aufträge gebunden sind, in deren Summe außer die Warenlieferungen Deutschlands an die Sowjetunion auch die Charter für die deutschen Schiffe und die technische Hilfe dazu gerechnet werden.

Zugleich ist der Sowjetunion ein Sonderkontingent in einem Volumen von 6 Mio. Mark für andere Forderungen der Handelsvertretung an deutsche Firmen (Außenstände, Gerichtssachen usw.) gewährt worden sowie ein Kontingent für die Zahlungen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Derop.⁵

Zusätzlich zu dem oben dargelegten Abkommen wurde ein Kreditabkommen abgeschlossen, mit dem sich Deutschland verpflichtet, der UdSSR einen Kredit im Umfang von 200 Mio. Mark über ein Bankenkonsortium mit einem durchschnittli-

⁴ Vgl. Dok. 116.

⁵ Anfang 1935 war der Verkauf der Derop an den Benzolverband zum Abschluss gebracht worden. Vgl. Dok. 27.

chen fünfjährigen Zinssatz von 2% über dem Diskontsatz der deutschen Reichsbank zu gewähren.

Der Abschluss des Kreditabkommens war zweifellos ein großer Erfolg, weil der deutsche Kredit der erste Fall war, dass die UdSSR – anders als zu den bei früheren kurzfristigen Warenkreditabkommen üblichen Konditionen – einen Bankendarlehen mit einer längeren Laufzeit gewährt bekam. Das Abkommen verpflichtete die Sowjetunion dazu, die Aufträge im Rahmen des Kredites im Verlaufe eines Jahres zu vergeben, d. h. bis zum 1. April 1936, jedoch mit dem Vorbehalt, dass die uns von den deutschen Firmen offerierten Preise annehmbar wären.

Gleichzeitig mit dem Abschluss der beiden Abkommen garantiert uns das deutsche Wirtschaftsministerium, dass die deutschen Firmen an uns keine Forderungen zwecks Absicherung durch amerikanische Dollar und englische Pfund stellen werden; und genau die gleiche Verpflichtung sind auch wir gegenüber den deutschen Firmen eingegangen.⁶

II. ZU DEN BEDINGUNGEN, UNTER DENEN DIE UMSETZUNG DES ABKOMMENS VON APRIL BIS SEPTEMBER 1935 VERLIEF

Die Bedingungen, unter denen die Umsetzung des sowjetisch-deutschen Abkommens vom 9. April 1935 in der Zeit von April bis September 1935 verlief, waren durch eine besondere Kompliziertheit gekennzeichnet und unterschieden sich erheblich von den Bedingungen, unter denen sich die sowjetisch-deutschen Handelsbeziehungen in den vorangegangenen Perioden gestalteten. Zu den Faktoren, die die Verwirklichung des Abkommens vom 9. April 1935 beeinflussten, sind in erster Linie folgende zu nennen:

- a) die innere wirtschaftliche Lage Deutschlands in dieser Periode und das daraus resultierende Interesse Deutschlands, sowjetische Rohstoffe und sowjetische Aufträge zu erhalten;
- b) die sowjetisch-deutschen politischen Beziehungen und ihre Einflussnahme auf den Verlauf der Umsetzung des Abkommens;
- c) die Veränderungen in der Struktur der sowjetischen Aufträge und ihre Einflussnahme auf den Erfüllungsverlauf des Kreditabkommens.

Wenden wir uns der Analyse dieser Momente zu.

I

Die wirtschaftliche Situation Deutschlands in den letzten sechs Monaten ist durch besonders reliefartige Gegensätze gekennzeichnet:

1. durch die Diskrepanz zwischen einer Belebung der Industrieproduktion und der Verschlechterung der Finanzsituation;
2. durch die Diskrepanz zwischen dem Wachstum bei der Produktion von Produktionsmitteln und dem Rückgang der Produktion von Konsumgütern;
3. durch die Diskrepanz zwischen dem Wachstum der Produktion und dem fortwährenden Rückgang des Exports;
4. durch die Diskrepanz zwischen der Verringerung der Arbeitslosenzahlen und dem weit geringeren Wachstum des Arbeitseinkommens;

⁶ Vgl. Dok. 133.

5. durch die Diskrepanz zwischen dem absoluten Wachstum des Arbeitseinkommens, das die deutsche Statistik ausweist, und dem Rückgang des Verbrauchs auf der Grundlage der Daten der gleichen Statistik.

Die Phase der Depression spezieller Art, in die die kapitalistische Welt seit Mitte September 1932 eintrat, setzte in Deutschland entgegen den Beteuerungen der faschistischen „Wirtschaftsfachmänner“ zweifellos noch vor dem Machtantritt der Faschisten ein, wie dies aus der Dynamik des vom deutschen Konjunkturinstitut berechneten Index der Industrieproduktion ersichtlich ist. Alle oben angeführten Widersprüche zeigen jedoch, dass die Phase der aktuellen Depression zusätzlich zu den allgemeinen Bremsmomenten dadurch bedingt ist, dass sie unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus verläuft. In Deutschland ist sie aufgrund der faschistischen Politik besonders kompliziert, da sich die Wirtschaftslage Deutschlands nicht verbessert, sondern immer schwieriger wird.

Die Verschuldung des Fiskus betrug Ende Juni 1935 (spätere Daten wurden bis jetzt nicht veröffentlicht) 29,8 Mrd. Mark, im Vergleich zu 1933 stieg sie um 4,3 Mrd. Mark an, wobei in der letzten Zahl noch nicht die letzte Staatsanleihe im Umfang von 1 Mrd. Mark enthalten ist.

Wie bereits oben ausgeführt, gibt es zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumgütern eine charakteristische Diskrepanz; zu dem Zeitpunkt, da der Index der Produktion von Produktionsmitteln im Vergleich zum Vorjahr beständig wuchs und ab Mai 1935 das Vorkrisenniveau überstieg (im September d. J. erreichte er 108,9 [Punkte], 1928 = 100), ist der Index der Produktion von Konsumgütern dagegen niedriger als das Niveau des Vorjahres: nachdem er im Oktober 1934 93,1 [Punkte] erreicht hatte, fiel er im Juni d. J. bis auf 78,7 [Punkte] und im September d. J. stieg er lediglich auf 88,3 [Punkte] an. Dabei ist festzuhalten, dass das oben vermerkte Wachstum bei der Produktion von Produktionsmitteln fast ausschließlich der Rüstungsindustrie und dem Kasernenbau und nur in einem unbedeutenden Maße der Erneuerung des Grundkapitals geschuldet ist. So und nicht anders kann der Umstand erklärt werden, dass das Wachstum ausschließlich in der Produktion von Schwarz- und Buntmetallen zu beobachten ist (es erreichte im September 1935 im Vergleich zu 1928 folgendes Niveau: bei Roheisen 115,1%, bei Stahl 116,4%, bei Kupfer 201,1%, bei Blei 131,3 Prozent), die Förderung von Kohle betrug insgesamt 95 Prozent. Die Produktion von Textilien, Schuhen, Papier, Schlachtvieh weist dagegen eine bedeutende Verringerung auf, nicht nur im Vergleich zum Niveau der Vorkrisenzeit, sondern selbst mit dem vergangenen Jahr.

Die Finanzschwierigkeiten beginnen sich jedoch auf die Produktion von Rüstungsgütern auszuwirken, deren Forcierung immer mehr auf Rohstoffmangel stößt. Nach den vorliegenden Informationen entließ zum Beispiel ein großes Siemens-Werk Anfang Herbst 1935 in der Flugzeugabteilung 2500 Arbeiter.

Die deutsche Industrie, die im bedeutenden Maße auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen ist, hat niemals ernsthaft Versuche unternommen, die eingeführten Rohstoffe durch eine Erweiterung der eigenen Rohstoffe zu ersetzen, z. B. durch die Produktion von Ersatzstoffen. Im besten Fall verhielt man sich dazu wie zu den Maßnahmen, deren tatsächlicher Effekt erst nach einer gewissen Zeitspanne, die durchaus nicht kurz ist, zutage tritt.

Infolgedessen war und blieb die Einfuhr von Rohstoffen aus dem Ausland die Hauptquelle für die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen.

Unter den Bedingungen des Exportrückganges und des Fehlens von anderen Valutaeinnahmen wuchs die Einfuhr von Rohstoffen zu einem Problem gewaltigen Ausmaßes für die gesamte deutsche Wirtschaft an. Um dieses Problem zu lösen, versuchte der deutsche Faschismus auf den Weg zu bringen:

- a) den Abschluss von Clearing- und Kompensationsabkommen;
- b) die Forcierung des Exports zum Zwecke der Aktivierung der Handelsbilanz.

Die Versuche Deutschlands, diesen Weg zur Lösung der Probleme bei der Rohstoffeinfuhr zu beschreiten, stießen auf ernste Hindernisse.

Clearing-Abkommen wurden von Deutschland vorrangig mit Kreditorenländern abgeschlossen, mit denen es eine passive Handelsbilanz hatte, die das Verfahren zur gegenseitigen Verrechnung auf solche Weise abhängig machten, dass ein Teil des deutschen Aktivsaldos von ihnen einbehalten wird zwecks Tilgung der alten deutschen Schulden oder zumindest der Darlehenszinsen. Aufgrund des Rückganges des deutschen Exports und der gleichzeitigen Zunahme des deutschen Imports im Hinblick auf die Clearing-Länder ging die Handelsbilanz Deutschlands mit diesen Ländern, die früher eine aktive war, in eine passive über, in deren Gefolge die gesamte Grundlage wegbrach, auf die die Clearing-Abkommen aufgebaut waren.

Die Bemühungen, den deutschen Export insbesondere durch die Vergabe von Prämien und Subsidien an die Exporteure zu beschleunigen, zeitigten ebenfalls nicht den erwünschten Effekt. Der deutsche Export betrug in den ersten 9 Monaten des Jahres 1935 3061 Mio. Mark gegenüber 3091 Mio. Mark für die gleiche Zeitspanne im Jahr 1934, d. h. er erhöhte sich nicht, sondern verringerte sich im Gegenteil um 30 Mio. Mark.

Die Handelsbilanz Deutschlands von Januar bis September 1934 und für 1935
(in Mio. Mark)

	Januar-September 1934	Januar-September 1935
Import	3359	3092
Export	3091	3061
Saldo	-265	-31

Im Gefolge dieses Rückganges des deutschen Exports blieb die deutsche Handelsbilanz im Januar-September 1935 wie auch im Januar-September 1934 passiv. Das Passivsaldo von 265 Mio. Mark auf 31 Mio. Mark zu verringern, gelang nicht aufgrund einer Forcierung des Exports, sondern aufgrund der Verringerung des Imports und insbesondere des Imports von Rohstoffen. (Im Vergleich mit den ersten 9 Monaten des Jahres 1934 verringerte sich der deutsche Import in den ersten 9 Monaten des Jahres 1935 um ⁷83*7 Mio. Mark.

Es versteht sich, dass solch eine Entwicklung des deutschen Außenhandels nicht zu einer Vergrößerung der Goldreserven Deutschlands führen konnte, was man mit einer Forcierung des Exports zu erreichen hoffte.

⁷ Die Zahl ist mit Bleistift unterstrichen.

Die Goldreserve der deutschen Reichsbank betrug zum 1. Januar 1935 79,1 Mio. Mark, zum 1. April 80,8 Mio. Mark und zum 1. Juli d. J. 85,6 Mio. Mark. Bis zum 15. Juli 1935 konnte in dieser Hinsicht eine „günstige“ Erhöhung der Goldreserve um 9 Mio. Mark oder auf 94 Mio. Mark festgestellt werden. Diese Vergrößerung der Goldreserve erklärt sich mit dem Eingang des sowjetischen Goldes, das dem Auslandsdepot zugeführt und teilweise in Devisen umgesetzt wurde (aus der Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“, Juli 1935, S. 115).

In der ersten Augustwoche vergrößerte sich die Goldreserve der deutschen Reichsbank „dank des Eintreffens des Goldes aus dem Ausland“ („Währung und Wirtschaft“, August 1935, S. 132) um 11 Mio. Mark und betrug 105 Mio. Mark, in der zweiten Augustwoche verringerte sich die Goldreserve der deutschen Reichsbank erneut um 10 Mio. Mark.

Im September und in der ersten Oktoberwoche blieb die Goldreserve unverändert und betrug 95 Mio. Mark, in der zweiten Oktoberwoche sank sie jedoch auf 94,3 und in der dritten Oktoberwoche auf 88,8 Mio. Mark. Somit muss die zu verzeichnende Vergrößerung der offiziellen Goldreserve der deutschen Reichsbank seit Januar bis Ende Oktober d. J. um ungefähr 10 Mio. Mark vollständig auf den Zufluss des Goldes aus der UdSSR zurückgeführt werden.

So stehen bis auf den heutigen Tag die Dinge um die Clearing- und Kompensationsabkommen und um die Politik der Forcierung des Exports, mit der die Vergrößerung der Goldreserve erfolgen sollte. Somit haben die Versuche des deutschen Faschismus, diese zwei Wege zur Lösung des Problems der Rohstoffeinfuhr, nicht den erwarteten Effekt gebracht.

Die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen bleibt nach wie vor nicht nur ein ungelöstes Problem, sondern auch kein entschärftes. Selbst die deutschen Faschisten leugnen dies nicht. Zum Beispiel stellt das Konjunkturinstitut in seinem Wochenbericht vom 23. Oktober d. J., in dem die aktuelle Rohstoffsituation Deutschlands analysiert wird, fest, dass „sich seit Ende 1934 die Rohstoffvorräte in Deutschland (insbesondere die Vorräte an Textilrohstoffen) verringert haben. Es ist mit einer Verringerung der Vorräte auch jener Rohstoffe zu rechnen, deren Vorräte im vergangenen Jahr gestiegen waren. Zurzeit gibt es einen Mangel an Leder, einen Rückgang der Holzvorräte und einen Mangel an einigen Sorten von Garnen“.

Die oben dargelegte Charakteristik der gegenwärtigen Wirtschaftslage Deutschlands zeigt anschaulich, dass – trotz des unverhüllten antisowjetischen Kurses – das Interesse deutscher Industriekreise an sowjetischen Rohstoffen, an sowjetischen Aufträgen, am sowjetischen Gold, und damit zugleich an der Aufrechterhaltung und am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion, es erlaubte, das sowjetisch-deutsche Wirtschaftsabkommen vom 9. April 1935 umzusetzen, wenn auch mit erheblichen Schwierigkeiten. Wobei diese Schwierigkeiten bei der Realisierung des Abkommens in seinem Exportteil weniger gravierend als in seinem Importteil ausfielen.

Die Tatsache, dass es bedeutend weniger Schwierigkeiten bereitet, das Abkommen in seinem Exportteil zu erfüllen, erklärt sich mit dem starken Bedarf Deutschlands, solche Rohstoffarten *wie Holz, Erdöl, Rauchwaren, Mangan, Leinen*⁸ usw.

⁸ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

zu erhalten, deren Lieferant nach Deutschland auch die UdSSR ist, ohne dass sie in Devisen bezahlt werden muss.

Die bedeutenden Schwierigkeiten, die es bei der Umsetzung des Abkommens in seinem Importteil gibt, ergeben sich daraus, dass die deutsche Industrie nicht schlecht mit Rüstungsaufträgen ausgestattet ist. Auf das unbefriedigende Tempo, in dem der Importteil des Abkommens umgesetzt wird, wirken sich zweifellos auch die Veränderungen in der Struktur unserer Aufträge aus, die im Zusammenhang mit der Industrialisierung unseres Landes vollzogen worden sind; auf die Bedeutung dieses letzten Faktors werden wir später ausführlich eingehen.

II

Bereits zu Beginn dieses Abschnittes wurden die wichtigsten Diskrepanzen genannt, die die Wirtschaftslage Deutschlands kennzeichnen. Aber eine durchaus nicht geringere Rolle spielt in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe des deutschen Faschismus die Diskrepanz zwischen seiner allgemeinen Politik und den zeitweiligen Interessen einzelner Zweige des deutschen Monopolkapitals. Mit diesen zeitweiligen Interessen der deutschen Schwerindustrie lässt sich die Bereitschaft Deutschlands erklären, auch in der gegenwärtigen Etappe mit der UdSSR Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten, trotzdem darf nicht die Situation außer Acht gelassen werden, dass die führenden faschistischen Kreise konsequent und mehr oder weniger offen die Vorbereitung auf einen Krieg gegen die Sowjetunion betreiben. Davon zeugen nicht nur die Reden der faschistischen Führer, die man bisweilen sicherlich zum Teil als innenpolitische Propaganda abtun könnte, aber Charakter und Tendenz der gesamten militärischen und strategischen Vorbereitung sind auch, insbesondere in Ostpreußen, sowie übrigens auch die Haltung einzelner Firmen, wenn es um unsere Sonderaufträge geht, offensichtlich auf Weisungen entsprechender staatlicher Behörden zurückzuführen.

Somit stellt sich die aktuelle Lage in Deutschland für die sowjetische Außenhandelspolitik höchst widersprüchlich dar. Einerseits setzt der deutsche Faschismus die Kriegsvorbereitung fort und verschärft seine antisowjetischen Ausfälle, was sich selbstverständlich in den Wirtschaftsbeziehungen widerspiegelt, und erschwert die Arbeit der sowjetischen Außenhandelsorgane in Deutschland. Andererseits ist die katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft aufgrund der zunehmenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Kriegsprogramms und das Rohstoffproblem für bestimmte Kreise der deutschen Industrie Veranlassung, den Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion eine immer größere Beachtung zu schenken.

III

Auf das unzureichende Tempo bei der Realisierung des Kreditabkommens vom 9. April d. J. wirkten sich zusätzlich zu den oben angeführten Momenten auch noch die Veränderungen aus, die sich aus dem Charakter unserer Aufträge (Inhalt der Spezifizierung) im Vergleich zu den Aufträgen früherer Jahre ergaben (der niedrige prozentuale Anteil von Aufträgen für normale Anlagen, eine bedeutende

Anzahl von individuellen Anlagen, Forderungen nach Ausrüstungen spezieller Verwendung, der Bedarf an einer bedeutenden Anzahl von einzelnen Maschinentypen). Bei der Vergabe der Aufträge spiegelten sich schließlich auch die Verringerung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie in einer ganzen Reihe von Zweigen mit den Ländern, die eine Abwertung ihrer Währungen vorgenommen haben (Amerika, England, Tschechoslowakei) und nicht zuletzt die Notwendigkeit wider, die Vergabe von einer ganzen Reihe entsprechender Aufträge mit der Gewährung von technischer Hilfe zu koppeln.

Zum Abschluss ist unbedingt darauf zu verweisen, dass bald nach der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens vom 9. April 1935 in deutschen Wirtschaftskreisen eine breite Diskussion bezüglich der Preise bei den Aufträgen à Konto des 200 Mio. Kredites einsetzte. Eine höchst schlimme Rolle spielte hierbei übrigens der Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, der in seinem Fachblatt die Forderungen der Firmen nach hohen Preisen unterstützte und über uns wegen unserer legitimen Forderung, uns die Waren zu annehmbaren Preisen zu überlassen, herfiel.⁹ Dieser Vorstoß des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zwang uns dazu, uns ernsthaft mit ihm auseinanderzusetzen. Hier muss angemerkt werden, dass die Frage der Preise nach wie vor Gegenstand langwieriger Debatten ist und sich nachteilig auf die Vergabe der Aufträge auswirkt.

So stellt sich in gedrängter Form die Einschätzung der Bedingungen dar, unter denen die Handelsvertretung ihre Arbeit in der Zeitspanne von April bis September d. J. zur Umsetzung des deutsch-sowjetischen Abkommens vom 9. April d. J. verrichtete.

[...]¹⁰

RGAE, f. 413, op. 12, d. 1852, l. 17–24R. Kopie.

⁹ Zur Haltung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft hinsichtlich der Preispolitik bei der Umsetzung des deutsch-sowjetischen Abkommens vom 9.4.1935 vgl. Dok. 144.

¹⁰ Ausgelassen sind: III. Allgemeine Bilanz der Erfüllung des Abkommens vom 9. April 1935 im Zeitraum von April bis September 1935 (l. 20R–21R); IV. Erfüllung des Abkommens hinsichtlich der Ausschöpfung der Kontingente für den sowjetischen Export (l. 21R–22R); V. Erfüllung des Abkommens hinsichtlich der Tilgung der sowjetischen Verbindlichkeiten in Deutschland (l. 22R–23); VI. Erfüllung des Abkommens hinsichtlich der Platzierung der sowjetischen Aufträge in Deutschland (l. 23–24R).

Nr. 319
Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 1
[12.12.1935]

Nr. 527/s¹

Lieber Maksim Maksimovič!

Anfang Oktober erhielten wir von Moskau die Weisung, dass wir für geschäftlich in die UdSSR reisende deutsche Industrielle in Zukunft nur nach Anfrage in Moskau und nach Eingang einer zustimmenden Antwort von dort Visa ausstellen dürfen.² Die Moskauer Organe werden den uns gegebenen Erläuterungen zufolge bei den Personen, die nicht zum ersten Mal in die UdSSR reisen, drei Tage nach der Anfrage eine Antwort erteilen.

Die Praxis zeigte, dass die Moskauer Organe die Antworten auf die Anfragen von deutschen Firmen bis aufs Äußerste hinauszögern. So sind von den 75 von uns nach Moskau geschickten Anfragen nur 8 innerhalb der festgesetzten 3-Tagesfrist beantwortet worden. Auf 21 Anfragen erfolgte die Antwort aus Moskau in einer Frist von 10 Tagen, und in 46 Fällen antwortete Moskau erst nach Ablauf von 10 Tagen, davon in 12 Fällen nach Ablauf von 20 Tagen. Von diesen 12 Fällen hat Moskau in 7 Fällen überhaupt noch keine Antwort gegeben, darunter wurden die bereits am 12. Oktober eingereichte Anfrage eines gewissen Lajsnier und die am 24. Oktober eingereichte Anfrage von Chajniger nicht beantwortet.

Wie Sie sehen, sind die Moskauer Organe nicht in der Lage, die ihnen gestellten Fristen einzuhalten, und sie verstoßen grob gegen sie, was berechtigte Vorwürfe seitens der Deutschen hervorruft. Sie drohen, in Bezug auf unsere Visa-Anfragen in Moskau ein ähnliches Verfahren anzuwenden. Man muss sagen, dass die Deutsche Botschaft in Moskau unseren Wirtschaftsfachleuten tatsächlich ohne Anfragen in Berlin und sehr schnell Visa ausstellt. Deshalb haben die Klagen der Deutschen, wonach eine „Gegenseitigkeit“ bei der bevorzugten Behandlung von Wirtschaftsfachleuten bei ihren Reisen fehle, eine gewisse Berechtigung. Ihre Drohungen jedoch, uns gegenüber genau das gleiche Verfahren anzuwenden, wie wir es in Berlin ihnen gegenüber handhaben, kann zu realen und unangenehmen Folgen führen.

In diesem Zusammenhang erachtet es die Berliner Bevollmächtigte Vertretung als notwendig, Ihnen die Frage einer Rückkehr zu dem früheren Verfahren vorzulegen, Visa für deutsche Firmen hier vor Ort zu erteilen (d. h. ohne Anfragen in Moskau, auf Antrag der Handelsvertretung und nach Entscheidung des Bevollmächtigten Vertreters). Die Wiederherstellung des früheren Verfahrens ist notwendig, insbesondere nach der Entscheidung, die Geschäftsoperationen des NKVT nach

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. zum Verfahren für die Visaerteilung für ausländische Staatsbürger an Ort und Stelle durch örtliche Organe des NKID (Anlage zum Beschluss des SNK der UdSSR Nr. 2076/345s vom 15.9.1935). In: GARF, f. R-3316, op. 2, d. 1701, l. 9–10.

Moskau zu verlegen, wodurch die Reisen der Firmen unweigerlich öfter erfolgen müssen.³

BEVOLLMÄCHTIGTER VERTRETER DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

SURIC

Vermerk M.M. Litvinovs mit Bleistift: an Gen. Štern, an Gen. Šachov mit einer Stellungnahme bis zum 19. ML[itvinov].

Vermerk D.G. Šterns mit blauem Farbstift: erhalten am 15./12.

Vermerk D.G. Šterns mit blauem Farbstift: umgehend an Gen. Šachov. 19.XII.35. Š[tern].

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: zurück an die 2. Westabt[eilung].

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: zu den Akten. Š[tern].

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3831 vom 16.12.1935.

Vermerk mit blauem Farbstift: erhalten am 15./12.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2637 vom 16.12.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 2 Expl. Nr. 1 an Gen. Litvinov, Nr. 2 zu den Akten. 12/XII.35.

AVP RF, f. 082, op. 18, p. 80, d. 6, l. 6–6R. Original.

Nr. 320

**Informationsbericht des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

[12.12.1935]

TAGEBUCH

des Gen. BESSONOV

Nr. 531/s¹

ZUR WIRTSCHAFTLICHEN UND INNEREN LAGE DEUTSCHLANDS

Aufgrund der Informationen, die ich zwischen dem 1. und 12. Dezember erhalten habe, zeichnet sich folgendes Bild *der inneren Lage*² in Deutschland ab.³

³ In Beantwortung der vom Bevollmächtigten Vertreter aufgeworfenen Frage teilte Litvinov am 12.12.1935 Suric mit: „Wir sind in dieser Frage an die Beschlüsse der höchsten Instanzen gebunden und können aus diesem Grunde die Vollmachten der Bevollmächtigten Vertretungen nicht erweitern. Ich habe jedoch angewiesen, dass die Konsulatsabteilung sehr genau auf die Einhaltung der von den sowjetischen Institutionen festgelegten Fristen achtet, und falls innerhalb dieser Fristen keine negative Antwort vorliegt, würde ich die Erteilung des Visums bewilligen.“ In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 205.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Diese und die weiteren so gekennzeichneten Textstellen wurden von Krestinskij mit Bleistift unterstrichen.

³ Vgl. auch Dok. 321.

Die jähe Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten war in den letzten zwei/drei Monaten offenbar vor allem mit Finanzproblemen verbunden. Einerseits setzte *nach den Worten* des Chefberaters von Schacht, *Brinkmann, nach dem Nürnberger Parteitag eine verstärkte Abwanderung jüdischen Kapitals aus Deutschland ein*. Da die Gesamtsumme des jüdischen Kapitals in Deutschland mit *17 Milliarden Mark* veranschlagt wird und dieses Kapital danach strebt, Deutschland ohne Rücksicht auf Verluste zu verlassen (das Kapital wanderte selbst dann ab, wenn es dabei 50% des Wertes verlor), hat sich in der Folge die Stellung der Deutschen Mark auf den Außenmärkten abrupt verschlechtert, was wiederum zu einer völligen Einstellung des Imports von Mark nach Deutschland führte. Andererseits war im September/November die Bezahlung der im März/Mai d. J. ausgegebenen kurzfristigen Wechsel für Rüstungsaufträge fällig. Somit fiel die Verschärfung der äußeren und inneren Finanzschwierigkeiten in die Herbstmonate, was sich selbstverständlich indirekt auf die gesamte Wirtschaft auswirkte. Insbesondere verschärfte sich der Verteilungskampf um die vorhandenen Devisen und Aufträge bis aufs Äußerste. Die kürzliche Tagung mit Vertretern der „Front der Arbeit“⁴ in Leipzig stand ganz und gar unter dem offiziellen Motto „Fette oder Arbeit“. Bereits jetzt verheimlicht niemand, dass Deutschland anstelle von Butter Metall für Kanonen einführt. Die Führung Deutschlands gesteht offen ein, dass die Ausgaben für die Einfuhr von Butter, Eiern und sonstigen Dingen jetzt die deutsche Industrie gefährden und zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit führen würde. Diese These würde haltlos klingen, wenn es um die Einfuhr von Nahrungsgütern im Umfang der früheren Jahre ginge, weil das deutsche Defizit absolut [gesehen] schließlich doch nicht so groß ist. Dieses Defizit erreichte jedoch ein bedrohliches und unheilvolles Ausmaß, weil die deutsche Bauernschaft die Lieferung von Erzeugnissen der Tierhaltung massiv einschränkte. Der Bauer will auch nicht zu Festpreisen Erzeugnisse der Tierhaltung liefern und tut dies auch nicht. Deshalb stellt sich das Ausmaß der Nahrungsmittelkrise als bedeutend größer heraus, als es sich aus den arithmetischen Berechnungen ergeben würde.

Aufgrund dieser Schwierigkeiten setzten starke Schwankungen in der Innenpolitik ein. Offenbar ist im Oktober entschieden worden, die Rüstungsaufträge etwas einzuschränken. Weil aber im November die Arbeitslosigkeit sprunghaft anstieg, wurde entschieden, die bereits annullierten Aufträge erneut zu aktivieren. Angesichts dessen, dass zurzeit in den faschistischen Kreisen ein erbitterter Kampf hinsichtlich des Charakters und des Verwendungszweckes der staatlichen Mittel geführt wird, kann die Möglichkeit weiterer Schwankungen auf diesem Gebiet nicht ausgeschlossen werden. In Kreisen um Schacht spricht man unverhohlen darüber, dass alle Ausgaben, außer den unmittelbar für die Rüstung bestimmten, gekappt werden müssten, insbesondere wäre es notwendig, die Ausgaben für den sich ausufernden Staatsapparat zur Lenkung der Wirtschaft zu kürzen. Die „Partei-kreise“, die sehr gut verstehen, dass Schacht ihren Anteil an dem Staatskuchen dabei im Auge hat, bestehen auf den „sozialistischen“ Tendenzen des nationalsozialistischen Programms und bezichtigen Schacht der „Konterrevolution“. Hitler ist

⁴ So im Dokument.

wie seit jeher bemüht, seine Haltung zwischen zwei Stühlen beizubehalten. Die erbitterten Kämpfe angesichts der generellen Reduzierung der Ressourcen lassen diese Haltung Hitlers zunehmend als unbequem erscheinen.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten spiegeln sich indirekt auch in der Verschärfung des innerparteilichen Kampfes wider. Die steigende Unzufriedenheit im Land führt dazu, dass diese Unzufriedenheit auch in der Nationalsozialistischen Partei ihren Niederschlag findet. Es wird versucht, sie durch eine demagogische Bekämpfung der Schicht in der Nationalsozialistischen Partei zu beschwichtigen, die sich am stärksten korrumpiert hat. Opfer dieses Kampfes wurde übrigens der ostpreußische „Führer“ Koch, der – nicht ohne Grund – beschuldigt wurde, Mittel der Stadt Königsberg für persönliche Belange verwendet zu haben. Die Königsberger faschistische Führung geriet sich deshalb in die Haare bis hin zu Handgreiflichkeiten, die, wie es scheint, nicht nur für Königsberg bezeichnend sind.

Die jetzigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland sind die organische Folge der Verknappung der inneren Ressourcen. Sie können vielleicht vorübergehend gemindert, aber nicht beseitigt werden, und sie werden sich auch künftig ständig bemerkbar machen. Meiner Meinung nach ist eine Verschärfung der in Deutschland bereits vorhandenen inflationären Erscheinungen (Preissteigerungen, Beschleunigung des Geldumlaufs, Flucht in die Sachwerte⁵, die Vergrößerung des offenen und versteckten Umfangs der Geldmasse) unvermeidlich. Dieser Prozess kann dem Regime noch für einige Zeit als zusätzliche Ressource dienen. Außerdem kann das Regime bei einem Anwachsen der inneren Unzufriedenheit damit rechnen, eine zusätzliche Unterstützung aus England und den USA zu erhalten. Darüber hinaus verbleibt dem Regime als letzte Ressource noch das militärische Abenteuer.

S. BESSONOV

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 5554 vom 15.12.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 6 Expl. Nr. 1 an Gen. Litvinov, Nr. 2–5 an Gen. Krestinskij, Nr. 6 zu den Akten. 12/XII.35.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 47, l. 93–95. Kopie.

⁵ So in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Nr. 321
Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov

GEHEIM

Expl. Nr. 2
[12.12.1935]

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV
Nr. 532/s¹

ZU DEN PERSPEKTIVEN DER SOWJETISCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN

Zwischen dem 1. und 12. Dezember d. J. sprach ich mit einigen Deutschen über die sowjetisch-deutschen Beziehungen. Von diesen Gesprächen halte ich die folgenden für die interessantesten:

1. Mit dem neu ernannten Dirigenten² der Ostabteilung des Außenministeriums ROEDIGER.

2. Mit dem ehemalig[en] deutschen Rat in Moskau und heutigem stellvertretenden Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes TWARDOWSKI.

3. **Mit dem Leiter des Russischen Abteilung des militärischen Nachrichtendienstes**³ im Kriegsministerium SPALCKE **(Major)**⁴.

4. Mit dem Staatssekretär im Luftfahrtministerium MILCH.

5. Mit dem Chefberater SCHACHTS (Hauptreferent des Wirtschaftsministeriums, Direktor der Golddiskontbank BRINKMANN).

Sämtliche Gespräche waren mehr oder weniger von längerer Dauer und waren das, was man als „offen“ bezeichnet, mit Ausnahme des Gesprächs mit *MILCH, der sich reservierter und amtlicher als die anderen verhielt⁵, vermutlich als Folge dessen, dass er wegen kürzlicher Unannehmlichkeiten in der arischen Frage unter Verdacht geriet.

Diese Gespräche bestätigten nochmals, dass es in Deutschland Schichten und Gruppen gibt, die aus unterschiedlichen Gründen an einer „Normalisierung“ der Beziehungen mit der UdSSR interessiert sind. Zu diesen Schichten gehören vor allem die Industriellen, danach kommen einflussreiche Schichten des Militärs und schließlich einige Schichten des diplomatischen Apparates. Diesen steht die *Führungsspitze der Nationalsozialistischen Partei⁶ gegenüber, die sich, nach diesen Gesprächen zu urteilen, nach wie vor⁷ *gegenüber der UdSSR feindselig verhält⁸ und die sowjetische Außenpolitik grundsätzlich als antideutsch einschätzt.

Den Gesprächen ist schließlich zu entnehmen, dass sich die Kreise, die für eine „Normalisierung“ der Beziehungen zur UdSSR eintreten, sehr gern auf belie-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 248, Anm. 8.

³ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

⁴ Klammer und Dienstgrad sind mit Tinte geschrieben.

⁵ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

⁶ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

⁷ Das nachfolgende Wort ist gestrichen.

⁸ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

bigen Fakten stützen möchten, die zeigen, dass auch die UdSSR nicht abgeneigt ist, die Beziehungen mit Deutschland „zu normalisieren“. Meine Gesprächspartner gaben zu verstehen, dass die Existenz solcher Fakten ihnen den inneren Kampf für die Realisierung ihrer Linie erleichtern würde. In diesem Sinne wären sie geneigt „zu soufflieren“, was ihnen vorschwebt.

*Im Mittelpunkt der Gespräche⁹ standen natürlich die angelaufenen *Verhandlungen zu Wirtschaftsfragen¹⁰. Alle oben genannten Gesprächspartner setzen all ihre Hoffnungen in diese Verhandlungen und betrachten diese als einen ersten Schritt, der unter günstigen Umständen „weit über seinen ursprünglichen Rahmen hinauswachsen kann“ (Roediger, Twardowski, Hencke). Insbesondere die Wirtschaftskreise verhalten sich positiv zu den bevorstehenden Verhandlungen, die, laut Brinkmann, „eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland stets als ein großes und trauriges Missverständnis betrachteten, weil sich diese Länder auf natürliche Weise gegenseitig ergänzen. Unter einer Verschlechterung der Beziehungen leidet jedoch allein Deutschland, weil die UdSSR selbst letztendlich überhaupt nichts braucht. Wissen Sie denn, dass Deutschland in den letzten Jahren im Grunde genommen nur von den sowjetischen Zahlungen lebte“. Selbst der reservierte MILCH vermerkte mit Freude die Belebung auf wirtschaftlichem Gebiet und dass er „immer für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland“ eingetreten sei. Die Diplomaten Roediger, Twardowski, Hencke unterstreichen, dass allein schon die Tatsache der langfristigen Kreditabkommen am besten davon zeuge, dass keine der Seiten Aggressionsabsichten hege. In diesem Zusammenhang weist Twardowski zum Beispiel darauf hin, dass wir die von Hitler auf der Abschlusssitzung des Reichstages in Nürnberg abgegebene Erklärung, wo er zum ersten Mal und offiziell sagte, wonach Deutschland gegenüber der UdSSR keine aggressiven Absichten hege¹¹, ungenügend würdigen würden. Diese Erklärung sei laut T[wardowski] das Ergebnis eines langwierigen inneren Kampfes und von Hitler „unter Druck“ abgegeben worden.

Einige Gesprächspartner brachten hinsichtlich der Perspektiven der Wirtschaftsverhandlungen die Rüstungsaufträge vorsichtig zur Sprache (Spalcke, Twardowski). Nach ihren Worten sei unser früheres Verhalten in dieser Frage äußerst ungünstig gewesen. Die Vorlage der militärischen Auftragsliste während der Verhandlungen zum 200-Millionenkredit gerade zu dem Zeitpunkt, da die Verschärfung der politischen Beziehungen ihren Höhepunkt erreichte, sei zweifellos ein unglücklicher Schritt gewesen, der sowohl bei der nationalsozialistischen Führung als auch in Militärkreisen Gereiztheit ausgelöst habe. Einige der militärischen Aufträge hätte man übrigens ohne Schwierigkeiten bekommen können, erstens, zum Preis **¹² unbedeutender Privilegien für den deutschen Militärattaché in Moskau, und andererseits durch ein etwas vorsichtigeres Herangehen, „ohne Lärm“, an die Sache. Interessant ist der Gedanke hinsichtlich der Privilegien für den deutschen Militärattaché. Twardowski ist der Meinung, dass der Militärattaché es sehr schnell

⁹ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

¹¹ Vgl. Dok. 248, Anm. 3.

¹² An dieser Stelle ist gestrichen: letzten Endes.

geschafft hätte, die militärische Führung davon zu überzeugen, dass wir die Aufträge, die wir in Deutschland vergeben wollen, eigentlich nicht unbedingt bräuchten, sondern vielmehr dafür, um erstens mit dem zu vergleichen, was die UdSSR *selbst*¹³ besitzt, und zweitens mit dem, was sie von anderen Ländern bereits erhalten hat. Als Beispiel führte T. den Fall an, als das Kriegsministerium unsere Aufträge für Autopiloten, die wir, laut T., ohnehin in unserer Luftflotte besäßen, ablehnte. Spalcke meint, bei den militärischen Aufträgen wäre es „besser, zu agieren als zu reden“. Sp[alcke] meint weiterhin, dass es bei den bevorstehenden Verhandlungen am günstigsten wäre, mit „neutralen“ Aufträgen zu beginnen, z.B. mit Bestellungen für die Eisenbahn, zumal sie für uns, wie Sp. meint, von erstrangiger strategischer Bedeutung wären.

Bei ausnahmslos allen Gesprächspartnern klang der diffuse Wunsch durch, die Wirtschaftsverhandlungen so schnell wie möglich zu beginnen und abzuschließen. Dabei drängen Kreise des Außenamtes, aus welchen Gründen auch immer, stärker als die anderen zur Eile (Bräutigam). Sie möchten sie im Wesentlichen bis Weihnachten zum Abschluss bringen und sind sogar bereit, sie auch am 24. Dezember zu führen. Dieses erhöhte Interesse der Deutschen an den Wirtschaftsverhandlungen erklärt, warum die Deutschen die Ausweisung von Bergmann¹⁴ geschluckt haben. In dieser Frage musste ich zwar mit dem Auswärtigen Amt langwierige Verhandlungen führen, in deren Verlauf ich u. a. erfuhr, dass das Auswärtige Amt Moskau anwies, den Korrespondenten nichts über¹⁵ Bergmann mitzuteilen. Als jedoch bekannt wurde, dass Just bereits seine Meldung abgegeben hatte, wurde deren Veröffentlichung in Deutschland zurückgehalten. Das Interesse an den Wirtschaftsverhandlungen lässt sich ebenfalls durch die, wenn auch sehr bescheidene, Aufmerksamkeit erklären, die hier die Eisenbahnkommission erfuhr. Dies umso mehr, als sie ihre Arbeit derartig schlecht organisiert hatte, dass ihr unter anderen Umständen in Deutschland buchstäblich nichts gezeigt worden wäre.¹⁶

Die Mehrheit der Gesprächspartner sieht, wie bereits oben vermerkt, in einer Belegung der Wirtschaftsverhandlungen den ersten, wenn nicht den ernsthaftesten und wichtigsten Schritt zu einer allgemeinen „Normalisierung“ der Beziehungen. Besonders interessant kommt das bei Major Spalcke zum Ausdruck. Sp. erklärt, die Reminiszenzen an die früheren Beziehungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee könnten nicht so schnell verschwinden und seien nach wie vor in der deutschen Armee lebendig, zumal viele aktive Offiziere dieser Armee vielem verpflichtet wären, was sie in der Roten Armee gelernt hätten. Und obgleich der 1932–33 erfolgte abrupte Abbruch der früheren Beziehungen¹⁷ die deutschen Armeeführer, insbesondere Blomberg, verständlicherweise brüskiert habe, wären deutsche Militärkreise nach Auffassung Spalckes bis auf den heutigen Tag bereit, die früheren Beziehungen, wenn nicht wiederherzustellen, so doch wenigstens etwas „die Temperatur der jetzigen Beziehungen zu erhöhen“,

¹³ Das Wort ist mit blauem Bleistift unterstrichen.

¹⁴ Vgl. Dok. 296.

¹⁵ Nachfolgend ist der Name Brinkmann gestrichen.

¹⁶ Vgl. Dok. 299.

¹⁷ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

natürlich unter der Bedingung, dass dies vorsichtig und ohne Demonstration gemacht werden würde. Auch MILCH äußerte sich in dem Sinne, dass allein die Tatsache der Ernennung KÖSTRINGS zum Militär- und Luftattaché in Moskau in einem gewissen Maße einen Fortschritt darstelle, dem die Deutschen eine besondere Bedeutung beimessen. MILCH verweist darauf, dass in seinem Ressort die vorhandenen Beziehungen, so zur Deruluft und zur Aeroflot (die Reise des Gen. Tkačev), in verhältnismäßig zufriedenstellender Weise gepflegt werden und er es niemals ablehne, Vorschläge jeglicher Art zu deren Entwicklung und Festigung zu erörtern.

Es ist übrigens interessant festzuhalten, dass *Spalcke*¹⁸ im Zusammenhang mit den Erinnerungen an den Abbruch der Beziehungen zur Roten Armee sagte: „Sie hätten das nicht tun sollen, da wir keine Politiker sind, sondern Soldaten, die unter allen Umständen die ihnen erwiesene Unterstützung zu schätzen wissen.“ Ich verstand diese etwas nebulöse Bemerkung in dem Sinne, dass die *Reichswehr auch unter Hitler, und trotz seiner Person, die alten Beziehungen mit der Roten Armee beibehalten möchte*¹⁹.

Die Gesprächspartner aus dem Auswärtigen Amt unterstreichen auch die Wichtigkeit, einige laufende Fragen zwecks „Normalisierung“ der Beziehungen zu entscheiden. Dazu zählen sie berechtigterweise die Regelung bezüglich der Einreise von deutschen Firmen in die UdSSR und deren Stellung in Moskau. Mit der Verlegung der Auftrags[angelegenheiten] nach Moskau erlangt diese Frage in der Tat eine große Bedeutung. Andererseits heben sie die Notwendigkeit hervor, auch bei „Konflikt“-Fragen Fortschritte zu erzielen, wobei sie sich übrigens völlig dessen bewusst sind, dass die Regelung dieser Fragen in bedeutendem Maße von dem allgemeinen Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen abhängt. Schließlich sprachen einige der Gesprächspartner, insbesondere Twardowski, den Wunsch aus, dass man sich in der UdSSR öfter an den Berliner Vertrag erinnern möge und mit den Deutschen von Zeit zu Zeit Gespräche zu politischen Themen führe. Laut T. hätten er und Schulenburg im letzten Jahr nur über das Wetter gesprochen.

S. BESSONOV

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 5555 vom 15.12.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 6 Expl. Nr. 1 an Gen. Litvinov, Nr. 2–5 an Gen. Krestinskij, Nr. 6 zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 47, l. 96–101. Kopie.

¹⁸ Der Name ist mit Bleistift unterstrichen.

¹⁹ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

Nr. 322
**Aufzeichnung der Unterredung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im
Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen mit dem 1. Sekretär der
Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin**

Berlin, den 13. Dezember 1935

Abteilung Osten

Aktennotiz

Betrifft: Botschaftssekretär Gnedin (Sowjetbotschaft Berlin)

Anlässlich des diplomatischen Empfangs am 11. Dezember 1935 hatte ich Gelegenheit, mich ausführlich mit Botschaftssekretär Gnedin zu unterhalten.

Gnedin macht einen intelligenten Eindruck und zeigte in der Diskussion dieselben Methoden wie seine jüdischen Pressekollegen. Über seinen Werdegang erzählte er Folgendes: er habe historisch-philologische Studien betrieben, jedoch das Studium nicht abgeschlossen, und sei dann als Lehrer in einer deutschen Kolonie bei Odessa tätig gewesen. Später ist Gnedin im Wesentlichen journalistisch tätig gewesen, und zwar im Redaktionsstab der „Iswestija“. Vor einigen Jahren kam er ins NKID, wo er im Referat Deutschland tätig war. Er will wieder zum Journalismus zurückkehren.

Gnedin interessiert sich für das Aufgabengebiet des APA, ihm sei die Stellung dieses Amtes bisher noch nicht klar geworden.

Ein Thema, an dem Gnedin recht lange kleben blieb, war die Tätigkeit der deutschen Journalisten in Moskau. Just und Mehnert etwa seien sehr vernünftige Leute und hätten bisher, da sie die Verhältnisse drüben kennen, auch vernünftig berichtet. Die neuerliche Berichterstattung spotte jedoch jeder Beschreibung, und er, G[nedin], könne sich den Zusammenhang nur so erklären, dass direkte Anweisungen von Berlin vorliegen, im negativen Sinne zu schreiben; es müsse eine zentrale Stelle sein, die solche Anweisungen gibt, nur sei ihm noch nicht klar, welches diese Stelle sei. – Ich erwiderte, dass wir bezüglich der Berliner Sowjetjournalisten eine ganz erhebliche Gegenrechnung anzubieten haben und führte entsprechende Beispiele an, was von G. selbstverständlich frech abgestritten wurde.

Den wichtigsten Teil des Gespräches bildete das Thema des deutsch-sowjetischen Verhältnisses, das von G. angeschnitten wurde. Er müsse „offen“ sagen, dass er mit dem direkten Auftrag nach Berlin geschickt worden sei, energisch an der Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen mitzuarbeiten. Er müsse nun aber wiederum ohne diplomatische Umschweife offen erklären, dass er hier nun allmählich zu der Überzeugung gekommen sei, dass man gar nicht den Wunsch habe, das deutsch-sowjetische Verhältnis zu bessern, vielmehr alles tue, um es zu verschlechtern. Man kümmere sich auch gar nicht um die tatsächliche Entwicklung in der Sowjetunion, sondern betreibe in der Hauptsache Hungerpropaganda, was letzten Endes ja vom Standpunkt der nationalsozialistischen Einstellung gegenüber dem Bolschewismus ein grober taktischer Fehler sei. Heute wüssten weder die deutschen Wirtschaftler wie es in der Sowjetwirtschaft aussieht, noch seien sich die deutschen Militärs über die Rote Armee wirklich klar. In Mos-

kau vertrete man den Standpunkt, dass man Freund und Feind gut kennen müsse, und dass sich daher zumindest die Führerschaft über die tatsächlichen Verhältnisse in den anderen Ländern unterrichten müsse. So habe man beispielsweise in Moskau einige Lichtspieltheater, in denen in geschlossenen Vorstellungen ausländische Filme gezeigt werden, die für das tatsächliche Filmschaffen der betreffenden Länder charakteristisch seien.

Gnedin bedauerte ein über das andere Mal, dass die beiden Länder, die so stark aufeinander angewiesen seien, zu keinem bessern Verhältnis kommen könnten. Er begreife durchaus und halte es für selbstverständlich, dass die Deutschen gegen die Kommunisten im eigenen Lande scharf vorgehen. Gerade von diesem Standpunkt aus aber, nämlich dass jedes der beiden Länder sich nach seiner eigenen Art entwickeln muss, sei eine Möglichkeit für eine enge Zusammenarbeit gegeben.

Man habe auf sowjetischer Seite den Eindruck, so führte G. weiter aus, dass Deutschland gegen die Sowjetunion den Krieg vorbereite. Es sei in dieser Beziehung besonders charakteristisch das letzte Interview des Reichskanzlers gegenüber dem Präsidenten der „United Press“¹, in dem es heiße, dass Deutschland einige Meilen von der bolschewistischen Gefahr getrennt sei. Wenn hier der Eindruck entsteht, dass Deutschland und die Sowjetunion aneinandergrenzen, d.h. überhaupt keine Hindernisse zwischen beiden liegen, so müsse man sich in der Sowjetunion erst recht auf die Gefahr eines deutschen Angriffes vorbereiten.

Ich hielt diesen Ausführungen entgegen die enge Verknüpfung zwischen der Komintern und der UdSSR und das Zusammenspiel zwischen der Komintern (auf dem VII. Kongress wurde die Parole „Vernichtung des nationalsozialistischen Deutschlands“ ausgegeben) und der „Friedens“-Politik der Sowjetunion; wir müssten das ganze empfinden als eine systematische Einkreisung Deutschlands. Gnedin antwortete hierauf nur, dass zwar die Ideologien der Komintern und der UdSSR die gleichen seien, dass aber die Realpolitik der UdSSR nichts zu tun habe mit der Komintern. Nach dieser faden Argumentation brach das Gespräch ab, allerdings mit einem nochmaligen Hinweis darauf, dass man sich über dieses schwierige Thema eingehender unterhalten müsse. Gnedin bekannte sich auch abschließend als „ehrlicher Anhänger der Rapallo-Politik“.

Dürksen

Eigenhändige Unterschrift.

BArch, NS 43/2, Bl. 59-61.

¹ Das Interview mit Hugh Baillie fand am 27.11.1935 statt; vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. I/2, S. 557–558.

Nr. 323
Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov

GEHEIM
Expl. Nr. 2
13.XII.35¹

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV
Nr. 533/s²

ZU DEN STIMMUNGEN IN DER REICHSWEHR IN BEZUG AUF
DIE ROTE ARMEE

Der Chef der Russischen Abteilung des militärischen Nachrichtendienstes im Kriegsministerium *Major Spalcke*³ sagte mir im Gespräch am 10.XII. ⁴, als er über die Stimmungen in der Reichswehr sprach (vgl. die gesonderte Aufzeichnung), unter anderem, dass wir seinerzeit einen großen Fehler begangen hätten, *indem wir die Rede Blombergs unterschätzt hätten*⁵, die er in der Bevollmächtigten Vertretung anlässlich der Abreise unserer letzten Militärkommission aus Deutschland gehalten hatte.⁶ Ungeachtet dessen, dass die Verabschiedung von Levandovskij und anderer bereits nach dem Machtantritt Hitlers erfolgte, hätte Blomberg in seiner Abschiedsrede erklärt, dass der Machtantritt Hitlers im Prinzip nichts an den Beziehungen zwischen den Armeen ändern würde. Im folgenden Gespräch mit Gen. Suric sagte Spalcke, dass Blomberg nicht allein wegen des Faktums des Abbruchs der früheren Beziehungen gekränkt gewesen sei, sondern vor allem deshalb, weil bald nach der Abreise Levandovskijs und anderer die sowjetischen Radiosender eine scharfe Kampagne gegen Deutschland begonnen hätten, ohne dabei die Reichswehr zu verschonen.

Die deutsche Einschätzung der sowjetischen Außenpolitik

Im Gespräch am 7. Dezember bemerkte Twardowski, dass in den führenden *„Partei“-Kreisen Deutschlands die sowjetische Außenpolitik ausnahmslos als antideutsch bewertet werde. Die Suche nach einer solchen Ausrichtung sei das erste, womit die „parteimäßige“ Bewertung einer beliebigen Aktion der sowjetischen Außenpolitik beginne*⁷. Auf meine Frage, ob er denn diesen Standpunkt teile, antwortete Twardowski nach einigem Zögern verneinend. Er umriss sein Verständnis unserer Außenpolitik folgendermaßen: Die UdSSR sei nicht in der Lage, eine andere Politik als eine Politik des Friedens zu betreiben, da sie im Innern und nach Außen noch nicht stark genug wäre. Litvinov würde leider irrigerweise den Frieden

¹ Das Datum ist mit Tinte eingefügt.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Name und Dienstgrad sind mit Bleistift unterstrichen.

⁴ Vgl. auch Dok. 321.

⁵ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

⁶ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 148, S. 519–521.

⁷ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

mit dem Status quo gleichsetzen, dessen Erhaltung er zur Grundlage seiner Politik mache, und sich damit in einen unausweichlichen Gegensatz zur deutschen Politik begeben, die „auf die Schwächung des Status quo“ gerichtet sei. Die sowjetische Politik müsse somit objektiv einen antideutschen Charakter tragen. Dazu seien nach Meinung Twardowskis noch einige unglückliche Auftritte der UdSSR im Völkerbund hinzugekommen. Insbesondere habe die Erklärung Litvinovs, die er gegenüber einem ausländischen Diplomaten abgegeben habe, wonach die Teilnahme der UdSSR an den Sanktionen nicht so sehr gegen Italien, als vielmehr gegen den „zukünftigen Aggressor“ gerichtet sei, in deutschen Kreisen einen unangenehmen Eindruck hinterlassen. Obgleich dies eine vertrauliche Erklärung des Gen. Litvinov gewesen ist, sei sie dennoch, wie T[wardowski] sagte, den Deutschen bereits nach wenigen Stunden bekannt geworden. Ich halte es für angebracht, darauf hinzuweisen, dass Twardowski nachdrücklich darum bat, von diesem Gespräch mit ihm keinen offiziellen Gebrauch zu machen.

ZU DEN MILITÄRISCHEN AUFTRÄGEN DER UdSSR

Am 12. Dezember teilte mir der Referent Schachts, *Göring, ein Bruder des Ministers*⁸, während des Frühstücks mit, *dass zwischen Blomberg und Schacht eine Vereinbarung hinsichtlich der Bereitschaft erzielt worden sei, der UdSSR beliebige militärische Ausrüstungen zu liefern*⁹, einschließlich sehr komplexer. Laut Göring handele es sich nicht nur um Ausrüstungen für die Kriegsmarine, sondern auch für alle übrigen [Waffen]gattungen. Der Vereinbarung sei eine langwierige und erregte Diskussion vorausgegangen, in der festgestellt wurde, dass mit einem Exportverbot von Ausrüstungen nicht die militärische Entwicklung anderer Länder aufgehalten werden könne und damit lediglich die Stellung der eigenen Industrie im Konkurrenzkampf geschwächt werde. Somit sei die Situation, wie Göring bemerkte, für künftige Aufträge der UdSSR auf diesem Gebiet unvergleichlich günstiger als bei der Auftragserteilung im Rahmen des 200-Millionenkredites, da [dort] die Frage der militärischen Bestellungen nicht prinzipiell geregelt und von Fall zu Fall und oft negativ entschieden worden sei.

S. Bessonov

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 5556 vom 15.12.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 47, l. 91–92. Kopie.

⁸ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

⁹ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

Nr. 324
Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM
PERSÖNLICH
Expl. Nr. 1
[13.12.1935]

Nr. 526/s¹

Lieber Maksim Maksimovič!

Wir setzen die Aktivierung der Kontakte fort. In der seit meinem letzten Brief² vergangenen Zeit ist es mir gelungen, mich erneut mit vielen Leuten zu treffen. Das wird durch die Belebung der politischen Saison erleichtert: durch eine Vielzahl an Mittagessen und Teeempfangen. Außer diesen Gelegenheiten sind es in der Mehrheit jedoch zufällige Treffen, bei denen die Gespräche zwischen Tür und Angel geführt werden; es gelang mir auch, mich etwas ausführlicher mit Bülow, Schulenburg, Twardowski, Kardorf³, von Massow und anderen zu unterhalten. Ich enthalte mich vorerst einer Verallgemeinerung, dennoch muss ich feststellen, dass eine gewisse „Vorwärtsbewegung“⁴ zu beobachten ist. Eine der positiven Reaktionen auf unsere erhöhte Aktivität ist zweifellos die Tatsache, dass das Problem der Beziehungen zu uns jetzt eine weit größere Beachtung erfährt und allem Anschein nach Gegenstand der Diskussion auch in den der Führungsspitze nahestehenden Kreisen ist. Sofern man aufgrund einzelner Gespräche (von mir und anderer Genossen) urteilen kann, ruft der offizielle antisowjetische Kurs nicht nur bei einigen Kreisen der Reichswehr, bei Schacht und im Außenministerium eine kritische Haltung zu ihm hervor, sondern auch in Schichten der Partei selbst⁵. Es ist uns jedoch derzeit noch nicht gelungen, diese Stimmungen ernsthaft zu hinterfragen. Es ist dabei auch zu berücksichtigen, dass wir Kenntnis von allen diesen Tendenzen in der Regel von Leuten erhalten, die eine Verbesserung der Beziehungen zu uns aufrichtig anstreben und aus unterschiedlichen Gründen daran interessiert sind. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass diese Gesprächspartner die Wirklichkeit beschönigen und ihre eigenen Wünsche als Tatsachen ausgeben. Alle optimistischen Prognosen, die von diesem Personenkreis ausgehen, werden stets mit den Ratschlägen begleitet, uns in erster Linie auf die Wirtschaft zu konzentrieren und unsere Handelsbeziehungen maximal auszubauen.

Parallel dazu wird uns empfohlen, günstigere Arbeitsbedingungen für die Deutsche Botschaft in Moskau zu schaffen und ihr Ansehen in den Augen Hitlers zu erhöhen, den persönlichen Kontakt zwischen Ihnen und Schulenburg zu pflegen und uns aufmerksamer zu den Anfragen und Ersuchen der Botschaft zu verhalten. Wenn gleichzeitig auch unser Militärkommissariat dem deutschen Militäratta-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 298.

³ Vermutlich handelt es sich um Siegfried von Kardorff.

⁴ Das Wort ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

⁵ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

ch⁶ eine etwas größere Aufmerksamkeit entgegenbringen und ihm Bedingungen verschaffen würde, die sich wenigstens etwas an die Tradition der früheren Jahre annäherten, so würde alles dies unsere Freunde, wie sie beteuern, mit gewichtigen Argumenten gegen die vom Lager Goebbels und Rosenberg ausgehenden Ränke und Intrigen ausstatten. Unsere Freunde, die anerkennen, dass der Ton unserer Presse in der letzten Zeit weit ruhiger und zurückhaltender ist und auf diesem Gebiet nicht wir die angreifende Seite sind, signalisieren uns jedoch, dass auf die örtlichen Platzhalter die in unserer Presse veröffentlichten Karikaturen, besonders die persönlichen Charakters, besonders aufreizend wirken. Laut Aussage der Freunde hinterlassen sie einen weit größeren Eindruck als umfangreiche antideutsche Artikel. Goebbels katalogisiere sie äußerst penibel und verschicke sie zweckentsprechend. Deshalb rät man uns freundschaftlich, dieser Frage Beachtung zu schenken.

Diesen kurzen Brief schicke ich nur in einem Exemplar an Sie persönlich. Wenn mehr Tatsachen und Informationen vorliegen, werde ich mich bemühen, meine Eindrücke in einer komplexeren und verbindlicheren Form zusammenzufassen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

SURIC

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3914 vom 21.12.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 2 Expl. Nr. 1 an die Adresse, Nr. 2 zu den Akten. 13.XII.35.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 224–224R. Original.

Nr. 325

Aufzeichnung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen

Berlin, den 16. Dezember 1935

Abteilung Osten
Dü./He.

Aktennotiz

Betrifft: Zusammenkunft mit Frau v. Kohler¹ (Presseamt des Reichsnährstandes), Botschaftsrat Bessonoff (Sowjetbotschaft Berlin) und Sitkowski (Direktor der TASS-Agentur Berlin) am 13. Dezember 1935, 17–18½ Uhr im Café „Rheingold“, Bellevuestr.

Am 9. Dezember fragte Frau v. K[ohler] bei Pg. Keeding an, ob Bedenken dagegen einzuwenden seien, wenn sie mit den bolschewistischen Pressevertretern

⁶ Ernst Köstring.

¹ So im Dokument; richtig: von Coler.

zwecks allgemeiner Unterhaltung zusammenträfe. Pg. Keeding verwies auf den Unterzeichneten, der dann anlässlich des diplomatischen Empfangs am 11. ds. Mts. von Frau v. K. gebeten wurde, an der zwischen ihr einerseits und Sitkowski und Bessonoff andererseits vorgesehen Besprechung teilzunehmen. Wir vereinbarten, einfach ohne jede Erklärung zu zweien zu erscheinen.

Sitkowski und Bessonoff waren merklich unangenehm berührt, Unterzeichneten in Begleitung von Frau v. K. zu sehen. Sitkowski äußerte im Laufe des Gespräches, als Frau v. K. ihr Bedauern darüber ausdrückte, dass sie der russischen Sprache nicht mächtig sei, dass sie ja bei Herrn Dürksen Unterricht nehmen könne; derselbe spreche ausgezeichnet russisch, verberge es jedoch; er sei überhaupt ein sehr „verborgener Mensch“. Bezeichnenderweise wechselten Bessonoff und Sitkowski hierbei einen vielsagenden Blick.

Die Anregung zu der Besprechung ging von Sitkowski aus, der sich angeblich im Anschluss an seine Berichterstattung über den Reichsbauerntag in Goslar² mit Frau v. K. über Fragen der deutschen Agrarpolitik unterhalten wollte. Später teilte er mit, dass er auch Bessonoff mitbringen wolle, worauf Frau v. K. sich entschloss, auch jemanden mitzubringen. – Es hatte den Anschein, dass die etwa ursprünglich vonseiten der Bolschewiken vorgesehenen Gesprächsthemen infolge Anwesenheit des Unterzeichneten nicht berührt wurden. Immerhin hat besonders Bessonoff gegenüber Frau v. K. die Frage nach der Möglichkeit des Ausbaus der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern aufgeworfen. Beide Bolschewiken zeigten angeblich größtes Interesse für die nationalsozialistische Agrarpolitik, da dieselbe ein in der Welt einzigartiges Experiment sei; hier in Deutschland würden viele Versuche gemacht, aus deren Ergebnissen die übrige Welt sicher lernen könnte.

In einem längeren Gespräch mit dem Unterzeichneten zeigte sich Bessonoff sehr besorgt um die deutsch-sowjetischen Beziehungen und stellte folgende Fragen:

1.) Was wird aus den älteren Professoren, die sich bisher mit osteuropäischen Fragen beschäftigt haben? Er nannte vor allem Stählin, meinte aber sicher Hoetzsch.

2.) Sei die Gewähr vorhanden, dass die „Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ in einer für das Verhältnis beider Länder erfreulichen Weise weiterarbeiten werde? Das Außenpolitische Amt müsste doch eigentlich die Instanz sein, die für Institute solcher Art Interesse und Aufsichtsrecht habe.

3.) Hätte es Zweck, anlässlich der Durchreise des Polarforschers Professor Schmidt von Paris nach Moskau hier in Berlin einen Empfang zu veranstalten und dazu verschiedene interessierte deutsche Persönlichkeiten einzuladen? Würde man deutscherseits Interesse dafür haben? Voriges Jahr sei vonseiten der „Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ ein solcher Empfang geplant gewesen, aber Prof. Schmidt sei damals infolge seiner Krankheit noch so geschwächt gewesen, dass der Empfang abgesagt werden musste.

4.) Ist eine Besserung der deutsch-sowjetischen Pressebeziehungen möglich? In nächster Zeit würden in der Sowjetpresse verschiedene rein sachliche Artikel

² Seit 1934 war Goslar Sitz des Reichsnährstandes, 1936 erhielt sie die Bezeichnung Reichsbauernstadt. Der 3. Reichsbauerntag fand vom 10. bis 17.11.1935 in Goslar statt.

über die technische Entwicklung in Deutschland erscheinen. Hier interessiere besonders die Rohstoffersatzfrage, da Deutschland auf diesem Gebiet der ganzen Welt vorangehe.

Antworten des Unterzeichneten zu 1.): vermutlich hätten die Professoren genug mit der Ausarbeitung ihrer geplanten historischen Werke usw. zu tun; zu 2.): selbstverständlich sei es nach wie vor die Aufgabe der Osteuropa-Gesellschaft, sachlich-wissenschaftlich an der Erforschung der Sowjetunion zu arbeiten; die Institute dieser Art unterständen alle dem Kultusministerium und unser Amt hätte nur ein allgemeines Interesse an ihnen; zu 3.): es wären sicher Persönlichkeiten da, die an einem solchen Empfang Interesse hätten; zu 4.): wir begrüßen es selbstverständlich, wenn die Sowjetpresse sich sachlich mit der Entwicklung in unserem Land befasst.

Der Gesamteindruck aus der Zusammenkunft geht dahin, dass die Sowjetvertreter versuchen, auf Umwegen mit verschiedenen Stellen in Berührung zu kommen, wofür zwei Beweggründe maßgebend sind:

1.) Erkundung der in den obersten Reichsstellen herrschenden Meinung (typischerweise ist man an eine Frau herangetreten) und

2.) die Erforschung der Möglichkeiten, die wirtschaftlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten und auszubauen.

Dürksen

BArch, NS 43/2, Bl. 96-98.

Nr. 326

Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern und des verantwortlichen Referenten Levin an den Beauftragten des NKID bei der Regierung der ZSFSR Astachov

GANZ GEHEIM

16. Dezember 1935

2. Westabteilung
15307/allg.¹

AN DEN
BEAUFTRAGTEN DES NKID
BEI DER REGIERUNG DER ZSFSR
Gen. ASTACHOV

In Beantwortung Ihrer Schreiben vom 22. November d. J., Nr. 395/s, vom 28. November d. J., Nr. 402/s, und bezugnehmend auf das von Ihnen an Gen. Il'inskij adressierte Schreiben vom 16. November d. J. unter der Nr. 217/s, teilen wir mit, dass wir die erforderlichen Maßnahmen zur Regelung der in diesen Schreiben aufgeworfenen Fragen insgesamt ergriffen haben.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

1. Wir haben dem Vorsitzenden des Militärkollegiums des Obersten Gerichts, Gen. V.V. Ul'rich, mitgeteilt, dass das NKID es als erforderlich erachtet, Verteidiger zu all den Strafsachen zuzulassen, wo dies nicht direkt dem Gesetz zuwiderläuft.² Insbesondere baten wir Gen. Ul'rich darum, die erforderlichen Weisungen bezüglich der Zulassung von Verteidigern in den Strafsachen gegen die Bürger KAISER, PFEIL und GILBERT zu erteilen. Nach Eingang der Antwort des Gen. Ul'rich bezüglich der Zulassung von Verteidigern werden wir Sie zusätzlich informieren. Zu Ihrer Kenntnis teilen wir mit, dass die Zulassung von Verteidigern unserer Meinung nach zweckmäßig ist, weil damit der Deutschen Botschaft und den Konsulaten der Boden für die verleumderische Behauptung entzogen wird, wir würden deutschen Staatsbürgern den Rechtsschutz einschränken.

2. Von dem im vorhergehenden Punkt ausgeführten Überlegungen ausgehend sprachen wir uns auch dafür aus, Vertreter der Deutschen Botschaft und der Konsulate zu den Gerichtsprozessen gegen deutsche Staatsbürger zuzulassen. Da es sich um geschlossene Gerichtsprozesse handelt, haben wir keine Veranlassung, auf die unbedingte Anwesenheit von Vertretern der Konsulate zu beharren. Dort, wo dies möglich ist, sollten jedoch Vertreter der Konsulate zugelassen werden. Wir baten Gen. Ul'rich, auch zu dieser Frage erforderliche Weisungen zu erteilen.

3. Wir erachten es als notwendig, die Urteile der in geschlossenen Verfahren verhandelten Strafsachen des Militärtribunals der Botschaft auszuhändigen, jedoch nicht vor Ort, sondern in Moskau. Hier können wir uns direkt mit Gen. Ul'rich zu jedem einzelnen Fall verständigen und entscheiden, was wir der Botschaft genau aushändigen. Falls Gen. Ul'rich sein Einverständnis zu der von uns vorgeschlagenen Verfahrensweise gibt (über die Antwort des Vorsitzenden des Militärkollegiums setzen wir Sie zusätzlich in Kenntnis), können Sie dem deutschen Generalkonsul mitteilen, dass die Frage bezüglich der Aushändigung der Urteile Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Deutschen Botschaft und dem NKID sein muss.

4. Wir erachten es als erforderlich, den Inhaftierten und Verurteilten Besuche zu gewähren, mit Ausnahme der Fälle, wenn Gewissheit besteht, dass die Besuchserlaubnis den Interessen des sowjetischen Staates tatsächlich Schaden zufügen kann.

5. Die Deutsche Botschaft in Moskau sprach auch die Bitte aus, Lydia Kaiser eine zweiwöchige Frist für die Regelung ihrer persönlichen Angelegenheiten zu gewähren, falls entschieden wird, sie aus der UdSSR auszuweisen. In dieser Frage setzen wir uns mit dem NKVD in Verbindung, über die Ergebnisse werden wir Sie zusätzlich informieren.

Zugleich stellen wir fest, dass uns der Schlussteil Ihres Schreibens vom 22. November einigermaßen verwundert. Sie schreiben, es gäbe für Sie keine Zweifel, dass die zuständigen Organe höchst gewichtige Argumente operativen Charakters besitzen, welche ihre Abneigung erhärten, Besuche zu gewähren, Urteile auszuhändigen usw., für Sie jedoch weniger klar sei, wie solch eine Haltung vom Standpunkt des Völkerrechts zu werten wäre. **Vom Standpunkt**³ der Ermitt-

² Vgl. Dok. 316.

³ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

lungsorgane ist es verständlicherweise immer ****günstiger****⁴, keine Besuche zu gewähren und eine Einflussnahme von ausländischen Vertretern auf den Verhandlungsverlauf gänzlich einzuschränken. Doch die Aufgabe des Beauftragten des NKID besteht nicht darin, diesen allgemein bekannten Umstand zu bekräftigen, sondern bei der Wertung des Vorgehens unserer Organe vom Standpunkt des Völkerrechts und der vertraglichen Verpflichtungen des Sowjetstaates auszugehen. Sie könnten zum Beispiel zu der von Ihnen aufgeworfenen Frage in dem sowjetisch-deutschen Vertrag vom 12. Oktober 1925 leicht Hinweise finden, die zweifelsfrei vorschreiben, den Inhaftierten Besuche zu gewähren⁵, ganz abgesehen davon, dass vom Standpunkt des Völkerrechts die vorliegende Frage völlig eindeutig ist.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG
VERANTWORTLICHER REFERENT FÜR DEUTSCHLAND

Štern
Levin

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
3 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. zu den Akten

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 84, d. 18, l. 91–90. Kopie.

Nr. 327

Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke

Berlin, den 16. Dezember 1935

e. o. IV Ru 5098 pr. 18.12.35

Aufzeichnung.

Im Anschluss an ein Frühstück, zu dem ich am 16. d. M. – in Anwesenheit von Herrn Ges.Rat Dr. Bräutigam – den Botschaftsrat Bessonoff und den Botschaftssekretär Gnedin von der Sowjetbotschaft amtlich eingeladen hatte, fand eine eingehende Aussprache über die durch die zahlreichen Verhaftungen von Reichsdeutschen in der Sowjetunion geschaffene Lage statt. Einleitend nahm ich auf den mir am 2. Dezember 1935 gemachten Vorschlag des Herrn Bessonoff Bezug, wonach er sich gern einmal mit mir über die Haftfälle aussprechen wolle¹, da er während seines letzten Aufenthaltes in Moskau deutlich erkannt habe, in wie ungünstiger Weise dies die deutsch-sowjetischen Beziehungen beeinflusse. Ich habe Herrn Bessonoff zunächst auf die ernste Tatsache hingewiesen, dass zurzeit 67 Reichsdeutsche in der Sowjetunion verhaftet seien: – davon unter der Beschuldigung gegenrevolu-

⁴ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: bequemer.

⁵ In Ergänzung zu Artikel 11, Punkt 2 heißt es: „Die Gefangenenanstalten aller Art sollen den Wünschen der konsularischen Vertreter, in Haft befindliche Angehörige ihres Landes zu besuchen oder durch Bevollmächtigte besuchen zu lassen, beschleunigt entgegenkommend stattgeben. Die Entfernung von richterlichen und Gefängnisbeamten während der Unterredung mit dem Gefangenen kann von dem konsularischen Vertreter nicht verlangt werden.“ Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 52; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 612.

¹ Vgl. Dok. 302.

tionärer Betätigung und Spionage 20 Personen, wegen angeblicher Vergehen gegen die Steuergesetze 5 Personen, wegen unerlaubten Grenzüberttritts und gemeiner Delikte 20 Personen und außerdem 13 Personen, von denen wir bisher nicht einmal wüssten, weswegen sie festgenommen seien. Für uns sei es unvorstellbar, dass sich so viele Reichsdeutsche in politischer Hinsicht gegen die Interessen der Sowjetstaaten vergangen haben sollen. Wir hätten vielmehr den bestimmten Eindruck, dass die Gründe hauptsächlich in einer deutschfeindlichen Einstellung und in zahlreichen Fällen auch in dem Übereifer der GPU-Beamten zu suchen seien. Völlig unverständlich wären für unser Rechtsempfinden ferner die langjährigen Gefängnisstrafen, die gegen Reichsdeutsche für Steuervergehen u. dergl. verhängt worden seien. Meistens wären unsere Landsleute gar nicht in der Lage gewesen, ihren Steuer- und Abgabeverpflichtungen nachzukommen. Sehr beunruhigend sei auch der Umstand, dass wir in 13 Fällen von den Sowjetbehörden bisher überhaupt noch nicht über die Straftaten unterrichtet worden seien. Es läge auf der Hand, dass so zahlreiche und vielfach undurchsichtige Verhaftungen in der deutschen Öffentlichkeit eine schwere Missstimmung schaffen müssen. Wir Beamten des Ausw. Amts, die wir uns mit diesen Fällen beschäftigen müssten, hätten genug Gelegenheit, die Empörung der Angehörigen der Verhafteten, die von diesen naturgemäß in weite Volkskreise getragen würde, kennenzulernen. Im Interesse einer Entspannung sei es daher dringend erforderlich, dass die Sowjetregierung diese Fälle baldmöglichst nachprüfe.

Unsere Beschwerden richteten sich ferner gegen die Nichtachtung der Bestimmungen des Niederlassungsabkommens, die den Rechtsschutz der Verhafteten durch die zuständigen deutschen Vertretungen sicherstellen sollen², sowie gegen die Methoden, die von den Sowjetbehörden angewandt wurden, um diese Bestimmungen praktisch wertlos zu machen. Fast in keinem Falle erfolgte die Benachrichtigung der zuständigen Konsularbehörde über eine Verhaftung rechtzeitig. Ebenso selten erhielten die deutschen Konsulate eine Mitteilung über einen Wechsel der Gewahrsamsbehörden. Dem Besuch der Verhafteten durch Mitglieder der Botschaft bzw. der Konsulate würden fast in allen Fällen Schwierigkeiten bereitet. Die Sowjetbehörden ständen – nach unserer Auffassung durchaus zu Unrecht – auf dem Standpunkt, dass während der Voruntersuchung grundsätzlich Besuche nicht genehmigt werden können. Würde die Erlaubnis dann später endlich erteilt, so hinderten die überwachenden Sowjetbeamten die deutschen Vertreter häufig an einer sachlichen Unterhaltung mit dem Verhafteten, auch wenn diese sich nur auf Fragen des Rechtsschutzes, der Urteilsbegründung usw. bezöge. Was übrigens die Urteilsbegründung anbelange, so müssten die deutschen Vertretungen immer wieder und oft erfolglos darum kämpfen, sie zu erhalten. Unerträglich sei für uns die Tatsache des Abtransportes reichsdeutscher Strafgefangener in die entferntesten unwirtlichen Gebiete der Sowjetunion, wo sie praktisch von den deutschen Vertretungen nicht mehr betreut werden könnten. Auf den Gesundheitszustand der Gefangenen sowie bereits laufende Verhandlungen zwischen den deutschen und sowjetischen Regierungsstellen wegen ihrer Ausweisung usw. würde dabei keine Rücksicht genommen.

² Vgl. Dok. 21, Anm. 7; Dok. 326, Anm. 5.

Ein sehr ernstes Problem stellten für uns weiter die geheimen Gerichtsverhandlungen gegen Reichsdeutsche vor dem Militärtribunal dar, die jeden wirksamen Rechtsschutz durch deutsche Vertretungen ausschließen. Es kommt zu allem noch hinzu, dass verschiedene Reichsdeutsche, die verhaftet worden sind und für die daher die Sowjetregierung in vollem Umfange verantwortlich ist, seit Jahr und Tag überhaupt nicht auffindbar sind. Die Tatsache, dass verhältnismäßig viele Reichsdeutsche in der Haft verstorben sind, gibt naturgemäß in diesen Fällen zu besonderen Besorgnissen Anlass.

Herr Bessonoff nahm diese Ausführungen entgegen, ohne wesentliche Einwände zu machen. Er gab offen zu, dass in formeller Hinsicht viele Fehler gemacht würden. Die Sowjetregierung sei bestrebt, die zuständigen Organe zu einer genauen Einhaltung der Vertragsbestimmungen anzuhalten. Was die politischen Verhaftungen anbelange, so habe er (Bessonoff) in Moskau Gelegenheit gehabt, einige Fälle genau zu studieren und dabei sehr belastendes Material festgestellt. Er wolle mir aber zugeben, dass eine Reihe anderer Fälle verschieden beurteilt werden können, je nachdem man sie mit freundlichen oder feindlichen Augen betrachte. Mein Einwand, dass derart gelagerte Fälle nach deutschem Rechtsempfinden niemals zu einer Verurteilung führen könnten, blieb unbeantwortet. Herr Bessonoff führte weiter aus, dass es unter diesen Umständen darauf ankomme, die inneren Sowjetbehörden grundsätzlich zu einer wohlwollenderen Einstellung gegen die Reichsdeutschen zu bewegen. Er habe das Empfinden, dass in dieser Hinsicht ein Umschwung zum Besseren bereits eingetreten sei. Unterhaltungen, die er in Moskau mit maßgebenden Beamten des Innenkommissariats geführt habe, eröffneten in dieser Hinsicht günstige Perspektiven. Er glaube, dass sich im Zusammenhang mit einem erfolgreichen Ausgang der Wirtschaftsverhandlungen auch eine Bereinigung der Haftfälle ermöglichen lasse. Einer Äußerung über einen bestimmten Plan wich Herr Bessonoff aus. Ich warf hier ein, dass nach unserer Auffassung die Frage der Häftlinge völlig getrennt von den Wirtschaftsverhandlungen behandelt werden müsse. Da es darauf ankomme, die Beziehungen zu entlasten, müsse man bestrebt sein, eine Verständigung dort zu suchen, wo sie praktisch möglich sei. Herr Bessonoff stimmte dieser Auffassung zu und erklärte es auch seinerseits für zweckmäßig, unsere Besprechungen über die Haftfrage unabhängig von den Wirtschaftsverhandlungen fortzusetzen. *Wir waren uns dabei darüber einig, dass konkrete Verhandlungen in den einzelnen Fällen nur in Moskau geführt werden könnten³, dass aber die Sowjetbotschaft in Berlin auf Grund unserer persönlichen Unterhaltungen auf diese Verhandlungen günstig einwirken könne. Herr Bessonoff behielt sich vor, auch seinerseits Wünsche auf diesem Gebiet zu äußern. Er würde über unsere heutige – bewusst mehr auf das Grundsätzliche abgestellte – Unterhaltung (nur der Fall Fuchs wurde besonders erwähnt) nach Moskau berichten und regte an, dass wir in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr wieder zusammenkämen, um einzelne besonders dringende Fälle, die eine wohlwollende Nachprüfung durch die Sowjetbehörden erfahren sollten, durchzusprechen.

Abschließend brachte ich noch verschiedene Verhaftungen sowjetrussischer Angestellter deutscher Vertretungen in der Sowjetunion persönlich und inoffiziell zur Sprache.

³ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Herr Ges.Rat Dr. Bräutigam und ich hatten übereinstimmend den Eindruck, dass diese Aussprache ihrem Zweck, von Berlin aus die intensiven Bemühungen unserer Botschaft in Moskau zu unterstützen, förderlich war und als gute Einleitung für die weiteren Besprechungen angesehen werden kann.

gez. Hencke

Auf erstem Blatt oben: A/2879.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429152-429157.

Nr. 328

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats Wirtschaftsfragen
Russlands im AA Bräutigam mit dem Geschäftsführer des Russland-
Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke**

Berlin, den 16. Dezember 1935

zu W IV Ru 4965

Aufzeichnung

Ich habe mit Herrn Major a. D. Tschunke das anliegende Schreiben¹ eingehend besprochen und ihn darauf hingewiesen, dass es nicht Sache des Russlandausschusses sei, Schreiben zu versenden, in denen die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion behandelt würden. Auch deutsche Firmenvertreter seien nicht berechtigt, sich mit Mitgliedern der Sowjethandelsvertretung in politische Gespräche einzulassen. Zudem sei das Schreiben zum Teil unverständlich, zum Teil irreführend. Von einer neuen Verschlechterung der Beziehungen könne keine Rede sein, auch entspreche der letzte Absatz über die Aufenthaltsgenehmigung für Sowjetwirtschaftler in keiner Weise den Tatsachen. Sowjetwirtschaftler würden nach wie vor in entgegenkommendster Weise Einreise- und Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Herr Tschunke erwiderte, dass er nur Mitteilungen von dritter Seite an denjenigen engen Kreis von Personen, an die das Schreiben gerichtet war, habe weiterleiten wollen, ohne sich mit den Mitteilungen zu identifizieren. Er versprach indessen, in Zukunft von derartigen Schreiben abzusehen. Zum Schluss bemerkte ich, dass der zuständige Referent des AA² für eine mündliche Erörterung von Fra-

¹ Tschunke hatte am 7.12.1935 ein Schreiben an Roediger gerichtet. Ein gleichlautendes Schreiben war auch an Mossdorf, Herbert Göring, Bräutigam und Reyß gegangen. Darin äußerte Tschunke die Erwartung, die russische Seite werde bei den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen „alles tun, um die neue Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland ihrer ungünstigen Rückwirkung auf das wirtschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Ländern zu berauben. Es werde aber kaum zu verhindern sein, dass dieses ungünstige politische Moment doch noch während der Verhandlungen ‚von selbst‘ an die Oberfläche gelangt und damit den Fortgang der Wirtschaftsverhandlungen schwer gefährdet.“ Roediger hatte die Wendung „politisches Moment“ unterstrichen und am Seitenrand ein Fragezeichen gesetzt. PA AA, R 94735, Bl. E 664295-664296, hier Bl. E 664295.

² Bräutigam war in dieser Funktion bis Dezember 1935 tätig; Herbert Dittmann war bis März 1936 für diese Fragen zuständig.

gen, die die deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsbeziehungen betreffen, stets gern zur Verfügung stehe.

Hiermit

1) Herrn Votr.Leg.Rat Roediger, Herrn Konsul Hencke, Herrn L.S. Dittmann zur gefälligen Kenntnisnahme.

2) z. d. A.

Bräutigam

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt unten: H 13 Ru A. Auf letztem Blatt Abzeichnungen von Roediger, Hencke und Dittmann.

PA AA, R 94735, Bl. E. 664297-664298.

Nr. 329

Bericht des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c

Ganz geheim

[18.12.1935]

AN

Gen. STALIN

Gen. MOLOTOV

Gen. ROZENGOL'C

Am 16. Dezember hatte ich mit SCHACHT ein Gespräch zum Kreditabkommen und zum sowjetisch-deutschen Handel im Jahr 1936. Das Gespräch fand in der Wohnung von SCHACHT statt und dauerte drei Stunden. An dem Gespräch nahmen außer mir Gen. FRIDRICHSON und seitens der Deutschen SCHACHT, sein Stellvertreter POSSE (er ist aktives Mitglied der Nationalsozialistischen Partei) und der Referent für unsere Angelegenheiten im Wirtschaftsministerium Mossdorf teil.

I. ZUM KREDITABKOMMEN

Im Verlaufe der Verhandlungen mit SCHACHT sind folgende Grundsätze des bevorstehenden Kreditabkommens vereinbart worden:

1. Der Kredit wird von einem Bankenkonsortium gegen unsere Obligationen gewährt und die Industrie ist in keiner Form an seiner Bürgschaft beteiligt.
2. Das Kreditvolumen beträgt 500 Millionen Mark.
3. Die durchschnittliche Laufzeit des Kredits beträgt 10 Jahre.
4. Der Kreditzins wird mit $5\frac{1}{2}$ – 6% per anno festgelegt.
5. Die Tilgung des Kredits und der Zinsen erfolgt im Verlaufe von 19 Jahren, gerechnet ab dem Zeitpunkt der Lieferung der Ausrüstungen, ausschließlich mit

dem in Deutschland erzielten Verkaufserlös von sowjetischen Waren, deren Liste beide Seite alljährlich abgleichen.

Desgleichen forderte ich kategorisch, dass wir uns bei Erhalt des Kredits die Verpflichtung der deutschen Regierung ausbedingen, uns die uns interessierenden Objekte laut Liste, die dem Kreditabkommen beigelegt werden sollte, zu bewilligen.

In Übereinstimmung mit der mir erteilten Weisung verwies ich darauf, dass die Liste unbedingt folgende Objekte enthalten muss: 1. Kriegsschiffe (ein Linienschiff, Torpedoboote, U-Boote – bei entsprechendem Wunsch von uns – mit kompletter Bewaffnung); 2. ein Vertrag mit der IG-Farbenindustrie über technische Hilfe bei Farbstoffen, militärischem Gas, Platten, bei der Hydrierung von Kohle und Magnesium; 3. ein Vertrag über technische Hilfe mit der Firma Zeiss für den Bereich der gesamten Optik.

SCHACHT stimmte zu, dass dem künftigen Kreditabkommen zum Zwecke der Erleichterung der Auftragsvergabe eine Liste der wichtigsten Objekte beigelegt sein muss, für deren Lieferung an uns die deutsche Regierung die Garantie übernimmt. SCHACHT konnte jedoch die von uns angeführten Objekte nicht bestätigen und erklärte, dass er unverzüglich die Haltung des deutschen Kabinetts und der für diese Fragen zuständigen Ministerien klären werde.

Bei der Erörterung der Kreditfrage erhob SCHACHT mehrmals die Forderung, in den nächsten 2–3 Jahren den Handelsumsatz mit uns zu regeln. Vorerst gelang es mir, diese Frage abzuwenden, aber es gibt keine Zweifel, dass SCHACHT erneut auf sie zurückkommen wird. SCHACHT befürchtet, dass nach dem Abschluss des 200-Millionenabkommens der laufende Handelsumsatz völlig zum Erliegen kommen wird.

In seinem Resümee der Kreditgespräche unterstrich SCHACHT nachdrücklich, dass er einer der wärmsten Befürworter der Entwicklung von normalen Beziehungen und großer Wirtschaftsgeschäfte mit der UdSSR sei, und erklärte, dass das Kreditabkommen zu einer gewissen Erhellung des politischen Horizonts in den sowjetisch-deutschen Beziehungen beitragen könne. SCHACHT, der etwas in Gedanken versunken war, verschaffte sich mit folgendem Ausruf Luft: „Ja! Wenn ein Treffen STALINS mit HITLER stattfände, könnte sich vieles verändern.“

Auf die Lage in der UdSSR eingehend zeigte SACHT ein großes Interesse an der Stachanov-Bewegung und sagte übrigens, er würde sehr gern die Sowjetunion besuchen, wenn man ihn einladen würde.

II. ZUR REGELUNG DES HANDELS UND UNSERER ZAHLUNGEN IM JAHR 1936

Offensichtlich zwingt die schwierige Lage, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, SCHACHT dazu, in dieser Frage absolut unnachgiebig zu sein.

1936 müssen wir Deutschland 75 Mio. Mark (ausschließlich auf Wechselbasis) zahlen. Unser Wunsch, diese Verbindlichkeit mit dem Erlös (in deutscher Mark) aus dem Verkauf sowjetischer Waren in Deutschland im Jahr 1936 zu bezahlen, stieß auf SCHACHTS entschiedenen Widerstand. Er fordert, diese Verbindlichkeit mit Gold oder ausländischen Devisen zu bezahlen, jedoch auf keinen Fall aus dem Erlös unseres Exports nach Deutschland, wie das in den vergange-

nen Jahren der Fall war. Er meint, wenn er in der Vergangenheit solche Zugeständnisse gemacht habe, dann wäre dies mit der großen Verschuldung der UdSSR allgemein und Deutschlands im Besonderen zu erklären. Jetzt sei die Verschuldung der UdSSR außerordentlich stark zurückgegangen, die UdSSR habe nicht nur eine aktive Handels-, sondern auch eine aktive Zahlungsbilanz, und schließlich habe sie einen starken Anstieg der Goldförderung. Alle diese Umstände würden es der UdSSR erlauben, diese Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland ohne jegliche Schwierigkeit mit Gold oder Devisen zu begleichen, und ihm, SCHACHT, gebe dies das Recht, darauf zu bestehen und keine Zugeständnisse zu machen.

Was unseren Export nach Deutschland im Jahr 1936 betrifft, so begrenzt SCHACHT ihn nicht. „Führen Sie soviel ein, wie Sie wollen“, sagt er, „aber den gesamten Erlös aus dem Verkauf der sowjetischen Waren verwenden Sie für den Kauf von deutschen Waren.“ Alle unsere Bemühungen, die Haltung SCHACHTS bezüglich der Begleichung unserer Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland im Jahr 1936 zu verändern, blieben erfolglos. SCHACHT blieb in seinen Forderungen unnachgiebig. In diesem Zusammenhang erbitte ich Ihre Weisungen, wie ich mich in dieser Frage verhalten soll.

Bei der Entscheidung dieser Frage bitte ich im Übrigen zu berücksichtigen, dass uns der Kauf von Waren in Deutschland billiger als in anderen Ländern kommt, weil wir hier alle unsere Waren zu Preisen verkaufen, die im Durchschnitt zu 30% (und bei einzelnen Waren bis zu 50%) über den Weltmarktpreisen liegen.

D. Kandelaki

Berlin, 18. Dezember 1935

Vermerk von A.P. Rozengol'c mit blauem Farbstift: Gen. Bogdanovič. Zu den Akten.

A. R[ozengol'c].

Oben in der Mitte befindet sich der Registrierungsvermerk mit Tinte: Eingangs-Nr. 264.

22/XII-35.

Unten befindet sich der Stempel: UNTERLIEGT DER RÜCKGABE. Gen.¹

RGAĖ, f. 413, op. 12, d. 1754, l. 8–10. Original.

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 76, S. 135–136².

¹ Der Name ist nicht entzifferbar.

² Auf dem veröffentlichten Exemplar befindet sich der Vermerk Stalins: An Vorošilov, Molotov, Kag[anovič]. Interessant. I. St. Vermerk K.E. Vorošilovs: Gelesen. Unterschriften von Vorošilov, Molotov, Kaganovič.

Nr. 330
Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 18. Dezember 1935

Tagebuch

S.A. Bessonovs

12.–17. Dezember 1935

Nr. 542/s¹

ZUR SITUATION DER WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN.

(Gespräche mit dem Referenten Schachts, *Göring*², mit dem Leiter der Russischen Abteilung des Wirtschaftsministeriums *Mossdorf*, mit dem Referenten für Russland im Auswärtigen Amt *Bräutigam*, mit dem deutschen Botschafter in Moskau *Schulenburg*, mit dem Leiter der Importgruppe der Erdölindustrie *Ceše* und mit dem Direktor der Derop von *Klaas*).

1. Zum Volumen möglicher zukünftiger Kredite äußerte sich Graf Schulenburg mir gegenüber im Gespräch am 14. Dezember. Er sagte, selbst dann, wenn ein Abkommen lediglich zur Hälfte der früher angenommenen Summe von 1 Mrd. Mark abgeschlossen werden sollte³, werde das dennoch für die Gesamtheit der sowjetisch-deutschen Beziehungen von gewaltiger Bedeutung sein. Die übrigen Gesprächspartner meinten entweder, dass die Frage hinsichtlich der Kreditsumme bereits vorentschieden sei, oder sie hielten diese Frage für relativ zweitrangig.

2. Ein weit größeres Interesse findet die Frage nach der Zusammenstellung der Aufträge auf der Grundlage künftiger Kredite. Bereits in der letzten Aufzeichnung habe ich die Auffassung Twardowskis sowie die von Major Spalcke bezüglich der Liste unserer Aufträge, die den Deutschen bei den früheren Verhandlungen übergeben wurde, mitgeteilt.⁴ Die Aufnahme von militärischen Aufträgen in diese Liste schockierte damals ^{**}angeblich^{**5} die deutschen Kreise dermaßen, dass die Liste en bloc abgelehnt wurde. Sie spielte jedoch offenbar in dem Sinne eine positive Rolle, als die Deutschen an der Schwelle zu neuen Verhandlungen frühzeitig ^{**6} mit der Unausweichlichkeit von militärischen Aufträgen rechneten und sich bemühten, im Voraus ihre Haltung dazu zu erarbeiten. ^{*}Laut der Information von Göring sei zwischen Blomberg und Schacht, wie ich bereits das letzte Mal berichtete⁷, eine Vereinbarung über die Bereitschaft geschlossen worden, auf Bestellung der UdSSR beliebige militärische Ausrüstungen, selbst die komplexesten, zu liefern. Mossdorf bestätigte mir im Gespräch am 14. Dezember die Information Görings,

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Alle Namen wurden von Bessonov mit Tinte unterstrichen.

³ Vgl. Dok. 166.

⁴ Vgl. Dok. 321.

⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁶ Das an dieser Stelle stehende Wort „anscheinend“ ist gestrichen.

⁷ Vgl. Dok. 323.

wenngleich in einer etwas vorsichtigeren Form, und unterstrich, dass in der Militärtechnik bei militärischen Erfindungen angesichts des jetzigen Fortschritts auf diesem Gebiet das sogenannte Monopol eines Landes bereits nach einigen Monaten aufhört, ein Monopol zu sein, da der Verkauf dieses Monopols nur eine Frage der Preiskalkulation sei. Im Zusammenhang damit gab er zu verstehen, dass die Liefervereinbarung für militärische Ausrüstungen ihre Widerspiegelung in den Preisen finden wird.*⁸

3. Es ist interessant, dass *nicht so sehr die Frage des großen Kredits, sondern vielmehr die des Modus vivendi für 1936 die allergrößte Aufmerksamkeit der Deutschen findet. Mossdorf sagte mir direkt, dass er die Idee Schachts, dass wir alle unsere Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland im Jahr 1936 in Gold begleichen sollten, als zentrale Frage der Verhandlungen ansehe. „Gehen Sie davon aus, dass wir Sie direkt darum bitten werden.“ In diesem Zusammenhang fragte mich Mossdorf, ob wir nicht wünschten, wenigstens in einem bestimmten Maße,*⁹ zu der Idee einer deutschen Beteiligung an der Erschließung unserer Goldminen etwa durch Lieferung von deutschen Ausrüstungen für diese Minen zu Sonderkonditionen zurückzukehren. Aus dem Gespräch mit Mossdorf entnahm ich, dass die Deutschen ein krankhaftes Interesse an unserer Goldförderung und an unseren Goldreserven zeigen, von denen sie eine recht genaue Vorstellung haben. Von den anderen Fragen des Abkommens für 1936 interessiert die Deutschen offenbar vor allem unsere Lieferung von Leinen und Erdöl. Češe sagte mir im Gespräch, dass sich die Träume bezüglich der Selbstversorgung mit Benzin bei weitem nicht im vollen Umfang erfüllt hätten und die Produktion Deutschlands für das kommende Jahr maximal nur 500.000 betragen werde bei einem um das Vierfache höheren Bedarf. Seinen Worten zufolge hätten somit *die Gasgeneratoren keinerlei Zukunft und ein gewisser Erfolg könne lediglich bei den Motoren mit Kompressionsgasen erwartet werden, so dass sich Deutschland im Großen und Ganzen in einer starken Abhängigkeit vom Erdölimport befinde. Unter dem Aspekt der Devisen würde Deutschland es vorziehen, das Erdöl gerade von uns zu beziehen. Von Klaas betrachtet als Direktor der Derop die Perspektive einer eventuellen Importeinstellung unseres Erdöls mit ausgesprochenem Entsetzen. Er flehte mich an, dass die Inkraftsetzung des Erdölvertrages zumindest bis zum Abschluss des großen Kreditvertrages offen gehalten bleiben möge.*¹⁰

4. In den Gesprächen mit den Deutschen warf ich auch die Frage bezüglich der Lieferfristen auf, indem ich darauf verwies, dass eine Verlängerung der Lieferfristen, die für den 200-Millionenkredit kennzeichnend ist, ein künftiges Abkommen wertlos machen könne. Zu dieser Frage konnte ich in den Gesprächen erfahren, dass die aus dem Rheinisch-Westfälischen Raum ausgehenden Beschwerden bezüglich der sinkenden Auslastung der Industriekapazität der Wahrheit entsprechen, während im Gegensatz dazu die Hafenstädte mit ihren Werften im Zusammenhang mit der Erweiterung des Schiffsbauprogramms einen gewissen Aufschwung erleben. Selbstverständlich erleichtert das etwas die Lösung des Problems der Liefer-

⁸ Der Text ist am linken Seitenrand von Litvinov mit blauem Farbstift angestrichen.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand von Litvinov mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand von Litvinov mit blauem Farbstift angestrichen.

fristen. Wie Mossdorf versicherte, habe das Wirtschaftsministerium alle Maßnahmen getroffen und es werde die Industriellen stark unter Druck setzen, um die Lieferfristen für unsere Aufträge zu verkürzen.

5. Alle meine Gesprächspartner interessierten sich sehr für den Abschlussstermin der Verhandlungen.¹¹ Es ist interessant, dass ausnahmslos alle den Wunsch geäußert haben, die Verhandlungen noch vor den Weihnachtsferien abzuschließen. Daran sind insbesondere die Ministerien interessiert.

6. Bei den möglichen Folgen des Kreditabkommens gehen die Meinungen auseinander. *Schacht gab sich bei dem Abendessen bei uns am 12. Dezember optimistisch: „Milliarden werden rollen.“¹² Schulenburg sagte am 14. Dezember, dass das Abkommen „nicht ohne (weitreichende) Folgen für die Zukunft der sowjetisch-deutschen Beziehungen bleiben kann“. Genau den gleichen Standpunkt vertritt Göring. Dagegen warnt Mossdorf vor jeglichem Enthusiasmus auf diesem Gebiet.*¹³

S. Bessonov

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3945 vom 22.12.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 4 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 1 zu den Akten. 18.XII.35.

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 35, l. 19–20. Original.

Nr. 331

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 1
[18.12.1935]

Nr. 547/s¹

Lieber Maksim Maksimovič!

Hier wird viel darüber gerätselt, weshalb Sie nicht nach Genf gefahren sind. Manche Leute ziehen daraus den Schluss, dass wir vermeiden wollen, in Genf eine allzu deutliche Haltung einzunehmen. Aus meinen Telegrammen wissen Sie, wie meine Kollegen auf das Pariser Abkommen² reagiert haben. Allein Poncet hat es verteidigt. Phipps ist reserviert, während die Vertreter der Kleinen Entente, insbe-

¹¹ Die Unterzeichnung des Handels- und Wirtschaftsabkommen für 1936 erfolgte am 29.4.1936. Vgl. Dok. 451.

¹² Das Zitat ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹³ Der Text ist von Litvinov am rechten Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Gemeint ist das am 8.12.1935 in Paris unterzeichnete Hoare-Laval-Abkommen. Vgl. Dok. 258, Anm. 4.

sondere der Rumäne³, toben. Der Rumäne erzählte mir, dass sich in diesem Zusammenhang die Stellung Titulescus stark verschlechterte. Jetzt rätselt man, wie Genf aus der Situation herauskommt. Neben den Schwierigkeiten für die kleinen Länder, gegen Frankreich und England aufzutreten, befürchten sie offenbar, das Odium⁴ des Schuldigen für die Sprengung „des Friedens“ auf sich zu ziehen. Das befürchtet besonders der Tscheche⁵.

*Wer besonders triumphiert – das sind natürlich die Deutschen. Der verhasste Völkerbund, der erst vor kurzem noch eine zweite Jugend zu erleben schien und mit einer für ihn ungewohnt festen Stimme sprach, steht vor dem Zerfall und Zusammenbruch. Das kollektive Sicherheitssystem, das zum ersten Mal seine Anwendung in den Genfer Beschlüssen gegen Italien fand⁶, wird jetzt unterlaufen, und von wem wohl? – ausgerechnet von Frankreich, welches sich „dieses System speziell für Deutschland ausgedacht hat“ (eine Formulierung Ribbentrops).^{*7}

Die Sanktionen greifen nicht, und der Aggressor erhält eine Prämie für den Überfall. Das ist doch etwas, worüber man in Verzückung geraten kann.

Einen großen Teil meiner Zeit verbrachte ich in den letzten Tagen damit, die Umstände und den Inhalt des Besuchs von Phipps bei Hitler zu ergründen.⁸ Ein großer Teil der Information läuft im Großen und Ganzen darauf hinaus, dass:

1. der Besuch auf Initiative der Engländer zustande kam,
2. der Besuch zweifellos in Verbindung mit dem ihm vorangegangenen Besuch von Poncet⁹ steht und aller Wahrscheinlichkeit nach zwischen Laval und Hoare in Paris abgestimmt war.

*3. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen der Luftpakt und die Begrenzung der Luftstreitkräfte. Andere Punkte des Londoner Programms¹⁰ habe Phipps, wie er selbst eingestand, „fast“ nicht berührt.

4. Die Sondierung von Phipps führte zu keinerlei Ergebnissen. Hitler hätte **keine**^{*11} Neigung gezeigt, zu dieser Frage jetzt in Verhandlungen zu treten, und hätte seine früher bezogenen Positionen¹² deutlich zurückgenommen.

5. Alle Informationen¹³ (mit Ausnahme der aus deutschen Quellen stammenden) laufen **weiter**^{*14} darauf hinaus, dass unser Pakt mit den Franzosen als Hauptargument gegen eine unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen dient.¹⁵ Die Attacken gegen den Pakt erfolgten in zwei Richtungen: dieser Pakt sei ein ausschließlich gegen Deutschland gerichtetes Militärbündnis und revidiere grundsätzlich die mit dem Locarno-Vertrag geschaffene Lage, welcher als Rahmen für den Abschluss eines Luftpaktes dienen sollte. Dieser Pakt, der ein gemeinsames Han-

³ Nicolae Petrescu-Comnen.

⁴ Im Dokument so mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁵ Vojtěch Mastný.

⁶ Vgl. Dok. 298, Anm. 11.

⁷ Der Absatz ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁸ Am 13.12.1935. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 462, S. 899–902; Documents on British Foreign Policy 1919–1939, 2. Ser., Bd. XV, London 1976, Dok. 383, S. 488–493.

⁹ Am 21.11.1935. Vgl. ebenda, Dok. 425, S. 831–833.

¹⁰ Vgl. Dok. 29, Anm. 10.

¹¹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹² Vgl. Anm. 8.

¹³ Das nachfolgende Wort „weiter“ ist durchgestrichen.

¹⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁵ Vgl. Dok. 127, Anm. 3.

deln der französisch-sowjetischen Luftstreitkräfte zulasse, schließe für Deutschland die Möglichkeit aus, seine eigene Luftwaffe zu begrenzen und auf paritätischer Grundlage wenigstens mit den stärksten Locarno-Ländern zu einer Übereinkunft zu kommen.*¹⁶

In der Argumentation Hitlers spielte, allen Informationen zufolge, das Eingehen auf die durch den abessinischen Konflikt hervorgerufene derzeitige internationale Lage eine geringere Rolle.¹⁷ Poncet erklärt dies damit, dass das Gespräch Hitlers mit Phipps zeitlich mit der Veröffentlichung der ersten Meldungen über das Pariser Abkommen zusammenfiel; Hitler mit einer raschen Beilegung des italienisch-abessinischen Konflikts rechnete und es deshalb vorzog, sich nicht durch Versprechungen zu binden, die bei der Beilegung des Konfliktes eingelöst werden müssten.

6. Davon heben sich die von Schulenburg kommenden Informationen ab. In seiner Darstellung hat das Gespräch Hitlers mit Phipps in dem Teil, der uns betrifft, einen bei weitem versöhnlicheren Charakter getragen. Angeblich hätte Hitler auch gegenüber Phipps alles das wiederholt, was er *ihm, Schulenburg, zuvor gesagt habe, und zwar: dass er keine aggressiven Absichten gegenüber der UdSSR hege, die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit uns begrüße und lediglich wegen der sich verschärfenden internationalen Lage den Zeitpunkt für einen politischen Fortschritt noch nicht für gekommen ansehe.¹⁸ Eine Bestätigung dieser Informationen habe ich, mit Ausnahme der Erklärung Hitlers, keine aggressiven Pläne zu haben, nirgends erhalten.

7. Stellt man beide Besuche (Poncet und Phipps) bei Hitler gegenüber, gelangt man zu der Schlussfolgerung, dass beide Besuche vornehmlich um eine einzige Frage kreisten – um den Luftpakt. Beide Seiten, sowohl Frankreich als auch England, trugen den Wunsch vor, die Umsetzung des Programms vom 3. Februar mit dem Abschluss eines Luftpaktes zu beginnen.*¹⁹ Es steht deshalb völlig außer Frage, dass diese gemeinsame Aktion davon zeugt, dass man von dem ursprünglich verkündeten Prinzip der Unteilbarkeit des Londoner Programms deutlich abweicht. Auch Phipps hat dies im Gespräch mit mir nicht grundsätzlich geleugnet, als er davon sprach, dass das Londoner Programm nur schrittweise, in kleinen Etappen verwirklicht werden könne.

8. Von den beiden Besuchen kam dem Besuch von Poncet zweifellos eine weit größere Bedeutung zu, er zog auch effektivere Folgerungen nach sich als der Besuch von Phipps. Für den Besuch von Poncet spricht in erster Linie, dass er das Privileg des ersten Besuches hatte. Phipps kam erst nach ihm dran. Der Besuch von Poncet hat außerdem eine viel größere Bedeutung in demonstrativer Hinsicht, weil es sich hier um die Beziehungen zwischen zwei derart stark verfeindeten Ländern handelt.

Solche Vorgänge wie der Besuch von Poncet erfahren unter diesen Bedingungen selbstverständlich eine viel stärkere Resonanz als ein entsprechender Vorgang

¹⁶ Die vorangegangenen drei Absätze sind am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁷ Vgl. Dok 223, Anm. 1.

¹⁸ Zur Einschätzung Litvinovs bezüglich der Information über die Erklärung, die Hitler am 11.12.1935 gegenüber von der Schulenburg abgegeben hatte, vgl. Dok. 332.

¹⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

zwischen zwei Ländern, die normale Beziehungen unterhalten. Der Besuch von Phipps hat, soweit mir bekannt ist, zu keinen praktischen Ergebnissen geführt und wirkte sich überhaupt nicht auf die alltäglichen englisch-deutschen Beziehungen aus.

*Der Besuch von Poncet öffnete die Tür für eine freundschaftliche französisch-deutsche Demonstration. Allerdings sind von französischer Seite in diese Demonstration nicht besonders breite und nicht besonders einflussreiche Kreise einbezogen worden, es wurde jedoch gleichwohl ein Anfang gemacht.

Während dieser Zeit beobachteten wir Vorgänge wie den imposanten Empfang, der dem „Führer des Sports“²⁰ in Paris bereitet wurde, der sowohl von Laval als auch von anderen Mitgliedern seines Kabinetts empfangen wurde. Wir waren Zeuge der Gründung der Gesellschaft für die Annäherung Frankreich-Deutschland²¹ in Paris. Wir beobachteten auch, dass die Ausfälle gegen Frankreich fast völlig aus den Spalten der deutschen Presse verschwunden sind. Das alles sind Fakten, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf.^{*22}

9. Beide Besuche waren neben den außenpolitischen Erwägungen zweifellos auch von innenpolitischen Überlegungen diktiert. Laval und Hoare griffen zur deutschen Karte, um sich einen zusätzlichen Trumpf im Kampf gegen ihre Opposition zu verschaffen.

Zum Abschluss ein paar Worte zu unseren eigenen Angelegenheiten. Aus den *Mitteilungen von Gen. Kandelaki kennen Sie sicherlich bereits die Ergebnisse seines ersten Geschäftskontaktes mit Schacht.²³ Sie bestätigen im Großen und Ganzen die Information, die wir auch schon früher erhielten, dass sich die Lage für die bevorstehenden Verhandlungen günstig gestaltet. Gen. Bessonov wird Ihnen ausführlicher über die vorläufig auf diesem Gebiet unternommenen Schritte²⁴ schreiben.^{*25}

Wir stellen auch nicht die Bemühungen ein, soweit dies von uns abhängt, *die deutschen Kontakte auszubauen. Während dieser Zeit haben wir so manche neue Bekanntschaften geschlossen und pflegen die alten. Dennoch betrachten wir unsere Arbeit immer mehr als eine Hilfsaufgabe, **die zum Teil eine Aufklärungsaufgabe ist**²⁶.

Wir rechnen damit, dass wir sie erst nach einem erfolgreichen Abschluss der Wirtschaftsverhandlungen umfassender entfalten und mit einem konkreten Inhalt ausfüllen können.^{*27}

Mit kameradschaftlichem Gruß

SURIC

²⁰ Hans von Tschammer und Osten.

²¹ In Deutschland hieß sie „Berliner Deutsch-Französische Gesellschaft“ und hatte das Ziel, mittels Jugendaustausch sowie einem Austausch in den Bereichen Kunst, Literatur und Sport der Völkerverständigung zu dienen.

²² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²³ Vgl. Dok. 329.

²⁴ Vgl. Dok. 330, 338.

²⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²⁶ Der Text ist bei der Veröffentlichung des Dokuments in DVP ausgelassen worden.

²⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

*Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3942 vom 22.12.1935.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
Geschr. 6 Expl. Nr. 1 an Gen. Litvinov, Nr. 2–5 an Gen. Krestinskij, Nr. 6 zu den Akten.
18.XII.35.*

AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 31, l. 231–235. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 449, S. 592–595²⁸.

Nr. 332

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an
den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 2

19. Dezember 1935

Nr. 365/L

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

zu Ihren Mitteilungen und denen Ihrer Mitarbeiter, dass es in Deutschland angeblich wahrnehmbare Fortschritte in der Haltung zur UdSSR gibt¹, verhalte ich mich recht skeptisch. Wenn Hitler es im Gespräch mit Schulenburg² nicht für angebracht hielt, genau die gleiche antisowjetische Tirade vom Stapel zu lassen wie vor seinen ausländischen Gesprächspartnern, so bedeutet dies keineswegs eine wie auch immer geartete Veränderung in seiner Haltung. Denn diese entweder bei öffentlichen Auftritten oder in Gesprächen mit ausländischen Diplomaten vorgetragenen Tiraden sind nicht nur Gefühlsausbrüche, sondern verfolgen ganz bestimmte agitatorische oder diplomatische Ziele. Diese Ziele fehlten im Gespräch mit Schulenburg, und deshalb konnte sich Hitler etwas zurückhaltender geben. Er weiß, dass sein Botschafter ihn nicht ohne seine Weisungen in enge Beziehungen mit uns hineinzieht. Wenn Hitler ihm nichts über den Wunsch sagte, die Beziehungen zu mildern, so muss man daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass die frühere Linie in Kraft bleibt. Dass einige Kreise der Reichswehr, der Industriellen und der Kulturschaffenden eine etwas andere Linie verfolgen, hätte man auch früher annehmen können, ja, wir haben das auch nicht in Zweifel gezogen. Dank der verstärkten persönlichen Kontakte mit diesen Kreisen haben Sie die Gelegenheit bekommen, von ihnen das zu hören, was früher vermutet wurde. Darin gibt es überhaupt nichts

²⁸ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende, nach eigenen Redaktionsrichtlinien und mit einer Kürzung, die von den Herausgebern nicht gekennzeichnet wurde.

¹ Vgl. Dok. 323, 324.

² Vgl. Dok. 331.

Neues oder Unerwartetes. Man muss sich nicht darüber wundern, dass Twardowski und andere versuchen, **uns**³ mit Hoffnungen auf die Zukunft einzulullen, wobei sie zugleich bemüht sind, von uns wenigstens kleine Zugeständnisse zu erhalten. Dabei wird die Frage unserer Beziehungen auf den Kopf gestellt. Wir wären angeblich von Rapallo abgerückt, hätten die frühere Linie der Beziehungen abrupt verändert und würden einen Feldzug gegen Deutschland propagieren, während Deutschland eine absolut passive Rolle eingenommen habe, und jetzt sollen wir Beweise für unseren guten Willen liefern und uns fast auch noch für unsere Haltung entschuldigen. Ich hoffe, dass die Gesprächspartner Twardowskis und anderer darauf hingewiesen haben, dass man die Ursachen nicht mit den Folgen verwechseln darf und nicht wir Beweise guten Willens liefern müssen, sondern die andere Seite.

Die Londoner Bevollmächtigte Vertretung berichtet, dass Phipps laut Erklärung des Foreign Office bei Hitler auf genau die gleiche Zurückhaltung⁴ wie auch François-Poncet⁵ gestoßen sei. Hitler habe über den italienisch-abessinischen Konflikt gesprochen, der es ihm nicht erlaube, die Lösung anderer Probleme in Angriff zu nehmen, über den französisch-sowjetischen Pakt usw. Umso merkwürdiger erscheint mir der zweite Besuch von Phipps bei Hitler⁶, worüber wir noch keine Informationen haben. Es entsteht der Eindruck, dass das Foreign Office angesichts der auf ihn einstürzenden großen Unannehmlichkeiten (der Abessinienkonflikt⁷, die nordchinesischen Ereignisse⁸, die Unruhen in Ägypten⁹) den Kopf verloren hat und nun bei der Suche nach einem Ausweg aus der Lage hin und her gerissen ist. Diese Kopflösigkeit, gepaart mit der ungestümen Energie Lavals, der allmählich alles aufs Spiel setzt, was die französische Politik bis jetzt anbot, schafft eine recht bedrohliche Lage und den Anschein eines Erfolgs von Hitler.

Es gilt als gesichert, dass die japanisch-deutschen Verhandlungen über ein Militärabkommen sehr weit vorangekommen sind¹⁰, obgleich ich glaube, dass die vorliegenden Informationen über den Vollzug der Paraphierung des Abkommens verfrüht sind. Es ist bekannt, dass außer dem Geheimabkommen noch ein anderes beabsichtigt ist – ein Abkommen über den gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus, das veröffentlicht werden soll, um das andere Abkommen zu tarnen.¹¹

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Vgl. Dok. 331, Anm. 8.

⁵ Vgl. Anm. 2.

⁶ Am 26.12.1935 schrieb Litvinov an Suric: „Die Informationen über die Gespräche von Phipps mit Hitler sind derart verworren, dass es sogar schwerfällt festzustellen, wieviele dieser Gespräche es gegeben hat – eins, zwei oder drei.“ In: AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 204.

⁷ Vgl. Dok. 223, Anm. 1.

⁸ Im Oktober 1935 wurde die Autonomiebewegung Nordchinas, die von Japan unterstützt wurde, aktiv.

⁹ Die antibritische Massenbewegung in Ägypten im Herbst 1935 führte zur Bildung der Nationalen Front, die die Wiedereinsetzung der Verfassung von 1923 und den Abschluss eines neuen englisch-ägyptischen Vertrages forderte.

¹⁰ Vgl. Dok. 293.

¹¹ Vgl. die Meldung Urickijs an Vorošilov vom 15.12.1935. In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 740, l. 162.

Wir haben die Frage nach der Tätigkeit von Vertretern anderer Behörden in den Bevollmächtigten Vertretungen¹² erneut erörtert. In diesem Zusammenhang wurde entschieden, die Bevollmächtigten Vertreter [aus dem] Baltikum, [aus] Polen und Deutschland für ein paar Tage nach Moskau einzubestellen. Das genaue Datum steht noch nicht fest, voraussichtlich wird das aber zwischen dem 24. und dem Ende des Jahres sein. Wenn dieses Datum genau feststeht, werde ich Sie telegrafisch unterrichten. Ich bitte Sie, Materialien über die Tätigkeit dieser Vertreter mitzubringen, sowohl über die positive als auch die negative Seite dieser Arbeit. Gen. Klimenko hat übrigens seinen Vorgesetzten über die Mängel beim Schutz der Botschaft berichtet. Mangelhaft sei die Aus- und Rückgabe der Schlüssel, es gebe kein Schlüsselverzeichnis, keine persönliche Verantwortung, die Fenster der Konsulatsabteilung blieben unverschlossen, auch blieben die Schlüssel in den Türen stecken, nicht alle Fenster hätten zuverlässige Schließriegel, mit einem Wort: „Es gibt keine ausreichende bolschewistische Wachsamkeit, und das Verhalten einiger Mitarbeiter ist ***in***¹³ dieser Angelegenheit empörend.“ Er schlägt vor, einen guten Hausverwalter zu ernennen.

Mit Gruß

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit blauem Farbstift: N.N.

Vermerk N.N. Krestinskij's mit Bleistift: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 5630 vom 20.12.1935.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 Expl. Kopien an: Gen. Krestinskij, Gen. Stomonjakov, Gen. Štern, ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 10, p. 51, d. 45, l. 201–203. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XVIII, Dok. 450, S. 595–597¹⁴.

Nr. 333

Aufzeichnung der Unterredung des Gruppenleiters der Referate Wirtschaft im AA Ritter mit dem Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

Berlin, den 19. Dezember 1935

Aktenvermerk.

Der russische Botschaftsrat Bessonoff kam heute in anderem Zusammenhang auch auf die gegenwärtigen Verhandlungen über Warenlieferungen zu sprechen, wobei er betonte, er wolle nicht offiziell mit mir darüber sprechen, sondern privat.¹

¹² Gemeint sind die Mitarbeiter des NKO, der INO des NKVD und der Aufklärungsverwaltung der RKKA.

¹³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹⁴ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende, nach eigenen Redaktionsrichtlinien und mit Kürzungen.

¹ Zum Bericht Bessonovs über das Gespräch vgl. Dok. 338.

Er beklagte sich erstens darüber, dass eine große Zahl deutscher Firmen zu lange Lieferfristen (18, 24 und mehr Monate) verlangten. Man wisse, dass die gleichen Firmen nach anderen Ländern per sofort oder mit viel kürzeren Lieferfristen liefern. Anscheinend wolle man auf diese Weise die zugesagten Kreditfristen kürzen. Er machte dabei auch die Anspielung, als wolle man auf deutscher Seite aus politischen Gründen jetzt in der nächsten Zeit Waren auf Kredit nicht liefern. Ich habe das zurückgewiesen und habe angefügt, dass einige Industrien zurzeit für den Inlandsbedarf so stark beschäftigt seien, dass sie nach dem Ausland nur beschränkt liefern können. Soweit solche Liefermöglichkeiten nach dem Ausland überhaupt vorhanden seien, sei es selbstverständlich, dass diese Firmen Geschäfte bevorzugen, die **Devisen**² bringen. Russland könne doch nicht erwarten, dass wir die Lieferungen nur nach den russischen Bedürfnissen einrichten. Es sei selbstverständlich, dass wir auch unsere eigenen Bedürfnisse berücksichtigen.

Zweitens beschwerte Bessonoff sich darüber, dass die deutschen Firmen sich manchmal weigerten, die Waren zu liefern, die Russland haben wolle, und die Angaben über die Verfahren und die Herstellung zu machen, die Russland interessierten. Er ging dabei so weit, offen zuzugeben, dass es Russland vielfach nur darum zu tun sei, die Ware zu kopieren. Er erwähnte dabei besonders eine bestimmte Art von deutschen Akkumulatoren, die eine längere Betriebsdauer hätten als andere Akkumulatoren. Ich wies dies sehr entschieden zurück und sagte ihm, gerade darüber hätten wir uns zu beschweren, dass die russischen Besteller vielfach Herstellungsgeheimnisse und Zeichnungen haben wollen, die wir absichtlich nicht aus der Hand geben. Wir würden dies umso weniger tun, wenn, wie er es offen zugegeben habe, der einzige Zweck sei, die deutschen Produkte zu kopieren.

Drittens brachte er zur Sprache, obwohl er zugab, dass dies in erster Linie eine interne deutsche Angelegenheit sei, ob die deutsche Reichsgarantie immer noch notwendig sei. Vielleicht habe die deutsche Reichsgarantie seinerzeit bei Beginn des russischen Geschäfts (300 Millionen Mark im Jahre 1925) einen Sinn gehabt. Auf Grund der zwischenliegenden Erfahrungen könne sie aber doch wohl jetzt als überflüssig angesehen werden. Sie habe für Russland den Nachteil, dass insbesondere die kleineren und mittleren Firmen wegen der Finanzierung der restlichen 30% Schwierigkeiten hätten. Ich sagte ihm, dass die deutsche Regierung ihre Garantie nicht aufdränge. Wenn die russische Regierung deutsche Firmen fände, die auch ohne eine solche Reichsgarantie Warenlieferungen auf Kredit mit Russland abschließen wollen und finanzieren können, so wäre uns das nur erwünscht.

Das ganze Auftreten und der Ton von Bessonoff war[en] ziemlich unverschämt. Ich habe ihn entsprechend abgefertigt. **Die ganze Unterredung scheint überhaupt nur den Zweck gehabt zu haben, Russland ein Alibi zu verschaffen für den Fall, dass die vereinbarten Kreditverträge bis zum Schluss der Verhandlungsfristen nicht ausgefüllt worden sind.**³

Vorzulegen *der Abteilung IV*⁴, Herrn Benzler, Herrn Baer.

gez. Ritter

² Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Gewinn.

³ Der Satz wurde unten maschinenschriftlich hinzugefügt.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

Am Ende Paraphe von Ritter. Auf erstem Blatt am Seitenrand oben Bemerkung von Hencke vom 30.12.: H[err] Bräutigam, können wir einmal darüber sprechen? Darunter zDA H[encke] 7.I. und Paraphe von R[oediger] 28/12.

PA AA, R 94659, o. P., 3 Bl.

Nr. 334

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der Gruppe Osteuropa und
Skandinavien in der II. Abteilung im AA Roediger mit dem Rat
der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov**

Berlin, den 21. Dezember 1935

Aufzeichnung

Am 20. d. M. sagte sich der sowjetrussische Botschaftsrat Bessonoff bei mir an. Er sagte, er wolle mir von der Auffassung der Botschaft über den gegenwärtigen Stand der deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsverhandlungen Mitteilung machen. Er führte aus, dass man durchaus optimistisch sei. Nach Auffassung der Botschaft sei man auf dem besten Wege zu einer Einigung. Es herrsche grundsätzliche Übereinstimmung über den zu gewährenden Obligationenkredit in Höhe von 500 Millionen RM. Auch über das für 1936 geplante Kompensationsgeschäft sei man grundsätzlich einig. Meinungsverschiedenheiten bestünden nur hinsichtlich der Zahlung der sowjetrussischen Restschuld an das Reich in Höhe von rund 36 Millionen RM. Während Herr Schacht auf dem Standpunkt stehe, dass der Gesamtbetrag in Gold und Devisen zu zahlen sei, habe Herr Kandelaki auf Grund seiner Verhandlungen in Moskau Gold bzw. Devisen nur in Höhe von 25 Millionen RM angeboten. Mit dieser Zahl bewege man sich im Rahmen des Prozentsatzes an Zahlungen in Gold bzw. Devisen für das laufende Jahr. Herr Kandelaki habe, wie Herr Bessonoff streng vertraulich mitteilte, Vollmacht lediglich zu einer geringen Erhöhung des Angebots, so dass günstigstenfalls etwa 40% der Restschuld in Gold und Devisen abgedeckt werden würden. Herr Bessonoff erklärte, dass, wenn wir dieses Angebot nicht annähmen, die Sache wieder nach Moskau zurückverwiesen werden müsse mit der sicheren Aussicht auf Erteilung einer negativen Antwort; bestenfalls aber würde eine erhebliche Verzögerung des Abschlusses eintreten, was doch im beiderseitigen Interesse unbedingt vermieden werden müsse.

Ich wies Herrn Bessonoff auf die schwierige Devisenlage des Reichs hin und erklärte ihm auf eine Andeutung seinerseits, dass das Auswärtige Amt die Entscheidung Herrn Schacht überlassen müsse. Im Übrigen müsse man beim Abschluss umfassender Wirtschaftsverträge Geduld haben, und man brauche sich durch auftauchende Schwierigkeiten und eintretende Verzögerungen nicht irremachen zu lassen.

Nachdem Herr Bessonoff zwei kleine Sonderfragen erörtert hatte, kam er auf die Frage der Unterredung des Führers und Reichskanzlers mit Sir Eric Phipps¹ zu sprechen, für die die sowjetrussische Botschaft bereits Graf Schulenburg gegenüber

¹ Vgl. Dok. 331, Anm. 8.

ein besonderes Interesse an den Tag gelegt hatte. Herr Bessonoff erklärte, von deutscher Seite erfahren zu haben, dass der Reichskanzler dem englischen Botschafter gesagt habe, er denke nicht daran, Russland anzugreifen. Auf der anderen Seite habe die sowjetrussische Botschaft aber im hiesigen diplomatischen Corps gehört, dass der Reichskanzler die von englischer Seite gegebenen Anregungen rundweg unter Hinweis auf den französisch-sowjetrussischen Militärvertrag abgelehnt habe. Herr Bessonoff wollte Näheres über unsere Einstellung zu diesem Vertrag sowie zum Ostpakt wissen. Ich erklärte ihm, dass die Äußerung des Reichskanzlers, Russland nicht angreifen zu wollen, doch von besonderem Interesse für Sowjetrussland sein müsse und dazu beitragen werde, die maßgebenden sowjetrussischen Kreise über die Absichten Deutschlands zu beruhigen. Herr Bessonoff gab dies zu, bemerkte jedoch, dass, wenn wir einen Ostpakt ablehnten mit der Begründung, dass der französisch-sowjetrussische Militärvertrag dem im Wege stehe, die Lage in Europa dadurch völlig festgefahren sei. Ich verwies Herrn Bessonoff auf die in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Äußerungen des Führers über die friedlichen Absichten Deutschlands und seine Bereitwilligkeit, auf geeignetem Wege zu einer Befriedung Europas beizutragen, betonte jedoch, dass wir einen Ostpakt grundsätzlich ablehnen müssten und dass wir den sowjetrussisch-französischen Militärvertrag als gegen das Reich gerichtet ansehen müssten. Das sei eine Tatsache, um die man nicht herumkommen könne. Von deutscher Seite sei dies auch unlängst Herrn Laval gegenüber wieder erklärt worden², so dass man sich weder in Frankreich noch in Russland irgendwelchen Illusionen über unsere Einstellung hingeben dürfe. Herr Bessonoff bemerkte demgegenüber, dass man doch irgendeinen Ausweg aus der verfahrenen Lage suchen müsse. Er warf seinerseits den Gedanken einer Ergänzung des Berliner Vertrages durch einen zweiseitigen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Sowjetrussland auf. Eine Frage, über die man, soviel er wisse, zu Beginn dieses Jahres einmal in einem deutsch-sowjetrussischen Privatgespräch sich unterhalten habe. Herr Bessonoff erklärte, dass diese Unterredung keine amtliche sei, dass er sie vielmehr als eine rein private betrachte, die aus einer gewissen Besorgnis für die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen entstanden sei. Ich erwiderte Herrn Bessonoff, dass ich seine Anregung als solche auffasse und dass man in dieser schwierigen Frage nur sehr behutsam zu Werke gehen dürfe. Man müsse auch in den politischen Frage Geduld haben, und ich sei der Ansicht, dass man sein Augenmerk zunächst auf die Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern für das Jahr 1936 richten müsse, auf dessen Bedeutung auch in politischer Hinsicht Herr Bessonoff früher einmal hingewiesen habe.

Hiermit Herrn Ministerialdirektor Dieckhoff ergebenst vorgelegt.

Roediger

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt oben: IV Ru 5177, darunter. i[n] O[rdrner]: Po 3 Frkr/Ru – Ostpakt. Unten Po 2 Ru. Auf letztem Blatt Abzeichnung von D[ieckhoff] 26/12. Dort ergänzt: 2.) zdA (Ostpakt)

PA AA, R 83398, Bl. H 047375-047378.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 472, S. 913–915.

² Vgl. Telegramm von Neurath an die Botschaft Paris vom 3.12.1935. In: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok 440, S. 856–857.

Nr. 335
Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden
des Rates der Volkskommissare Molotov

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 4

23.XII.35

NKVT Nr. 692

AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Gen. MOLOTOV

Zum Abkommen mit Deutschland

Wie Gen. Kandelaki mitteilt, entwickeln sich die Kreditverhandlungen mit den Deutschen günstig.¹ Jedoch besteht SCHACHT in den Verhandlungen zu dem Abkommen für das Jahr 1936 kategorisch darauf, dass wir unsere Verbindlichkeiten an die Deutschen im Jahr 1936 (ungefähr 85 Mio. Mark, davon ungefähr 60 Mio. Mark für die bereits gezogenen Wechsel) ausschließlich in Gold und Devisen bezahlen. Die Annahme dieses Vorschlages und die gleichzeitige Festlegung unseres Exports in einem Volumen von 90 Mio. Mark würden bedeuten, in Deutschland im Jahr 1936 zusätzlich zu den Bestellungen à Konto des 200-Millionenkredites laufende Aufträge für 90 Mio. Mark unterzubringen und vielleicht in Anrechnung eines neuen Kreditabkommens, worauf wir nicht eingehen können.

Ich meine jedoch, dass es zweckmäßig wäre zu versuchen, sich mit SCHACHT auf folgende Konditionen des Abkommens für 36 zu verständigen.

1. Wir zahlen den Deutschen 1936 60 Mio. Mark in Gold oder in ausländischen Devisen. Damit werden auch die Reste unserer Devisenverbindlichkeiten für das Jahr 1935 (12 Mio. Mark) abgedeckt.

2. Die Deutschen verpflichten sich, im Jahr 1936 den Verkauf unserer Waren in Deutschland auf Markbasis, ohne Einschränkung sowohl hinsichtlich der Gesamtsumme als auch hinsichtlich der Aufteilung nach Warenart, zuzulassen.

3. Der gesamte Mark-Erlös auf unsere Waren, der ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens auf unsere Konten eingeht, kann von uns frei für die Bezahlung ausnahmslos aller unserer Verbindlichkeiten verwendet werden, mit Ausnahme der Einlösung der bis zum 1. Januar 1936 ausgegebenen Wechsel der Handelsvertretung und der Importvereinigungen. Bei den verzinslichen Wechseln gemäß dem 200-Millionenkredit müssen wir selbstverständlich das Recht haben, mit dem Mark-Erlös von 1936 zu zahlen.

4. Die laufenden Bestellungen im Jahr 1936 werden wir in bar bezahlen. Wir werden keine Verpflichtungen fixieren, die die Vergabe von laufenden Bestellungen sowohl für das Abkommen für 1936 als auch die Erfüllung des Abkommens für 1935 betreffen. Im Falle einer Anfrage bestätigen wir den Deutschen, dass wir die für 1936 abgeschlossenen Exportverträge erfüllen werden, darunter auch für Erdöl.

¹ Vgl. Dok. 329.

Bei Annahme dieses Vorschlages durch die Deutschen:

1. Unsere sämtlichen Devisenzahlungen an Deutschland werden sich auf eine Summe von 60 Mio. Mark beschränken, entgegen der durch Beschluss des PB vom 5.XII.35² vorgesehenen Summe von 37 Mio. Mark (25 für das Abkommen für 1936 und 12 für das Abkommen für 1935).³

2. Wir können unseren Export nach Deutschland auf eine Gesamtsumme von nicht mehr als 70–75 Mio. Mark beschränken, indem wir die abgeschlossenen Verträge erfüllen und die Waren liefern, an deren Absatz auf dem deutschen Markt wir selbstverständlich interessiert sind.

3. Wir können die laufenden Bestellungen auf eine Summe von 45–50 Mio. Mark begrenzen, unter Berücksichtigung dessen, dass der Exporterlös 70–75 Mio. Mark einbringt (25 Mio. gehen ab für die Bezahlung der nach dem 1. Januar 1936 ausgegebenen Wechsel für die alten Aufträge sowie für die Bezahlung der Frachtgebühren, der Nebenkosten und der anderen Punkte unseres faktischen Zahlungsplans für 1936).

Ich bitte, den hier beigefügten Entwurf des Telegramms für Gen. KANDELAKI⁴ zu bestätigen.

A. Rozengol'c

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 5 Ex[emplare]. 23.XII.35.

[Anlage]

ÜBERSICHT ÜBER DIE GRUNDLAGEN DES WIRTSCHAFTSABKOMMENS MIT DEUTSCHLAND für 1935 und für 1936

[23.12.1935]
GEHEIM

1935

1. Zahlungen in Gold und ausländischen Devisen	100 Mio. Mark
2. Laufende Bestellungen	60 Mio. Mark
3. Export	150 Mio. Mark

1936

(Laut Beschluss des PB vom 5.XII.35)

1. Zahlungen in ausländischen Devisen	37 Mio. Mark
(25 laut Abkommen für 1936 + 12 laut Abkommen für 1935)	
2. Laufende Bestellungen	55 Mio. Mark ⁵
3. Export	90 Mio. Mark

² Vgl. Dok. 307.

³ Der nachfolgende Satz ist mit blauem Farbstift durchgestrichen: Die Summe von 25 ist ausreichend für die Zahlungen der bis zum 1. Januar 1936 ausgegebenen Wechsel.

⁴ Wird hier nicht abgedruckt. Vgl. SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 77, S. 136–137. Am 23.12.1935 fasste das Politbüro auf der Grundlage des Schreibens von Rozengol'c den Beschluss (durch Befragung), den Telegrammentwurf für Kandelaki zu bestätigen (Protokoll Nr. 36, Pkt. 44, Sondermappe). In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 555, l. 60.

⁵ In dem veröffentlichten Dokument ist eine Aufteilung dieser Summe gegeben: „(30 für das Abkommen 1936+25 Übertrag)“. In: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 109, S. 168.

1936

(Laut dem beigelegten Entwurf der Direktive für Gen. Kandelaki)

1. Zahlungen in ausländischen Devisen	60 Mio. Mark
2. Die laufenden Bestellungen sind nicht festgelegt; ungefähr	45–50 Mio. Mark
3. Der Export ist nicht festgelegt; ungefähr	70–75 Mio. Mark

*Am Endes des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
1 Expl.23.XII.35. An Gen. Rozengol'c.*

RGAE, f. 413, op. 12, d. 1754, l. 4–7. Kopie.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 109, S. 166–169.

Nr. 336

**Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA**

[26.12.1935]

Auswärtig Berlin

******Nr. 215 vom 26.12. auf Tel. Nr. 153¹ vom 24.12.^{**2}

Schüle zur Zeit auf Weihnachtsurlaub. Über seine Angelegenheit berichtet Baum folgendes:

„Beanstandete Meldung wurde Ende September von Schüle gedrahtet, als er erst seit einem knappen Vierteljahr Posten zweiten Moskauer DNB-Vertreters bekleidete. Baum selbst war damals dienstlich in Berlin. Meldung über Abschaffung Brotkarten wurde von Schüle mit kritischem Kommentar begleitet; Moskauer Zensur verweigerte jedoch Zustimmung zu Abgang Telegramms, sofern nicht auch Bemerkung über Hebung des Lebensstandards hinzugefügt würde. Schüle nachgab diesem Druck, um Telegramm freizubekommen; er annahm, dass Berliner DNB-Redaktion Sachlage erkennen und aufgezwungenen Satz wegstreichen würde. Gesamter Vorfall ist nachträglich zwischen Hauptschriftleitung DNB und Moskauer Vertretung genau geklärt worden, sodass künftig derartigen Schikanen Moskauer Zensur besser begegnet werden kann.“

Über Schüles laufende Berichterstattung erklärt Baum, dass sie Sowjetverhältnisse durchweg kritisch behandle, was zu Angriff Prawda vom 27. November³ auf Schüle Anlass gab. Für Schüles prinzipielle Einstellung übernimmt Baum volle Garantie.

¹ Das Telegramm vom 24.12.1935 von Aschmann an die Botschaft Moskau lautete folgendermaßen: „Das Propagandaministerium erachtet Kündigung Schüles für erforderlich, da er meldet, Brotkarten aufgehoben, wirtschaftliche Besserung festzustellen. Dies zeige seine politische Befangenheit. Bitte Stellungnahme drahtlich.“ PA AA, Moskau 269, o. P.

² Der Text ist handschriftlich eingefügt.

³ „Šulerskie prodelki g-na Šjulle“ (Die Falschspielertricks des Herrn Schüle). In: Pravda vom 27. November 1935, S. 5.

Auch Botschaft ist Nachteiliges über Schüle nicht bekannt geworden. Missgriff in Meldung über Abschaffung Brotkarten dürfte sich dadurch erklären, dass Schüle damals **zum ersten Male Baum vertrat, noch**⁴ zu wenig Erfahrung besaß, um Ausweg aus schwieriger Situation zu finden. Eine Ausarbeitung über Stachanowbewegung, die Schüle Botschaft vorlegte, war kritisch und sachgemäß ** (vgl. Bericht D 354 vom 23.11.35). Meines Erachtens bietet Vorfall keinen Anlass, Schüle zu kündigen.**⁵

Sch[ulenburg]

Am Ende Paraphe vom 26.12. Oben: Verziffert abges. 26/12 17.30 Uhr. Unten zwei Abzeichnungen von Tippelskirch 26/12 und 27/12 (zdA).

PA AA, Moskau 269, o. P., 1 Bl.

Nr. 337

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Jagoda

Geheim

Kopie

27. Dezember 1935

Rechtsabteilung

Nr. 19179

AN DEN

VOLKSKOMMISSAR FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN

GENERALKOMMISSAR FÜR STAATSSICHERHEIT

Gen. G.G. JAGODA

Im Zusammenhang mit Ihrer Stellungnahme vom 21. Dezember unter der Nr. 57918 teile ich mit, dass das NKID den von Ihnen zu den Punkten 5 und 14 unterbreiteten Änderungsvorschlägen zum Entwurf für die Verordnung über die Ausweisung von Ausländern aus der Sowjetunion zustimmt.¹

Was Ihren Vorschlag betrifft, Punkt 4 zu streichen, erachte ich es als erforderlich zu bemerken, dass sich bis zum jetzigen Zeitpunkt die Praxis bewährt hat, jeden einzelnen Ausweisungsfall mit dem NKID abzustimmen. Dieses Verfahren, das

⁴ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

⁵ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

¹ Die von Jagoda vorgeschlagenen Formulierungen lauteten zu Punkt 5: „Die Entscheidung über die Ausweisung von Ausländern aus der UdSSR wird ihm [dem betroffenen Ausländer] per Beschluss über die Ausweisung gegen Unterschrift zur Kenntnis gebracht.“ Zu Punkt 14: „Allen Ausländern, die aus der Sowjetunion ausgewiesen werden, ist eine Wiedereinreise in die UdSSR verwehrt, worüber alle Bevollmächtigten Vertretungen und Konsulate der UdSSR im Ausland informiert werden. Genehmigungen für die Einreise in die UdSSR können ausgewiesenen Ausländern nur mit Zustimmung des NKVD erteilt werden.“ In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 84, d. 18, l. 93.

den Interessen der beiden Behörden vollauf entspricht, hat keine Schwierigkeiten oder Unannehmlichkeiten bereitet. Ich nehme an, dass das NKVD in dieser Hinsicht nicht beabsichtigt, dieses Verfahren zukünftig aufzugeben.

Da ich es als notwendig erachte, dass dieses Verfahren auf diese oder andere Weise bei der Bestätigung des oben angeführten Verordnungsentwurfs verankert wird, würde ich meinerseits vorschlagen, den Punkt 4 des Verordnungsentwurfs zu streichen, den Punkt 3 wie folgt zu formulieren: „Die Beschlüsse der Sonderberatung ... unterliegen der Bestätigung durch das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR, welche nach Eingang der Stellungnahme des NKID erfolgt.“

Es versteht sich von selbst, dass, sollte es in der Folgezeit für notwendig erachtet werden, einen beliebigen Teil dieser Verordnung öffentlich zu machen, eine jegliche Erwähnung über die Abstimmung mit dem NKID unterlassen werden muss.

Ich bitte, mich über den Fortgang umgehend zu unterrichten.

VOLKSKOMMISSAR

LITVINOV

Vermerk mit Tinte: An Gen. Štern.

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: An Gen. Lev[in], Gen. Kant[er], mit Bitte um Rücksprache. 29.XII. 35. Š[tern].

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2733 vom 28.12.1935.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 84, d. 18, l. 263. Kopie.

Nr. 338

Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

GEHEIM

Expl. Nr. 1¹

Berlin, den 31. Dezember 1935

Tagebuch

S. Bessonovs

Ausg[angs] Nr. 550/s²

DIE WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN, 15.–30. Dezember

(Gespräche mit den Direktoren des Auswärtigen Amtes Ritter, Roediger und mit Major Spalcke von der Abwehr).

In den Verhandlungen Kandelakis mit Schacht stellte sich heraus, dass eine der schwierigsten Fragen in den Verhandlungen die des *Zahlungsmodus für das

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

Jahr 1936³ sein wird. Bereits die gesamte vorhergehende Information zeigte, dass die Deutschen ihre Forderungen darauf konzentrieren würden, dass wir unsere Verbindlichkeiten vollständig in Valuta oder in Gold bezahlen. Und das trat dann auch tatsächlich ein. Unterdessen legten die Direktiven, die Kandelaki erhielt, ihn auf eine bestimmte Summe fest.⁴ Im Zusammenhang damit erwies es sich als notwendig, einige Vorgespräche zu diesem Punkt mit den Deutschen zu führen. Die Gespräche, die mir zufielen (mit Ritter, Roediger, Spalcke), beschränkten sich selbstverständlich nicht ausschließlich auf die Gold-Frage, sondern umfassten mehr oder weniger den ****gesamten****⁵ Fragenkomplex der Wirtschaftsverhandlungen.

1. Zu den Zahlungen im Jahr 1936. Zur Kernfrage bezüglich der Zahlungen im Jahr 1936 legte ich unsere Argumentation dar, die darin besteht, dass wir auf keinen Fall von dem Prinzip abrücken können, welches wir stets bei unseren Zahlungen an Deutschland angewandt haben, und zwar: das Prinzip, diese Zahlungen in der Hauptsache durch Warenlieferungen und ****nur****⁶ zum Teil in Gold und Devisen zu begleichen. Die Forderung der Deutschen, unsere gesamten Verbindlichkeiten für 1936 in Gold zu bezahlen, schafft einen für uns absolut unannehmbaren Präzedenzfall und droht, die so vielversprechend begonnenen Verhandlungen bezüglich unserer Wirtschaftsbeziehungen in Zukunft zu vereiteln.

Soviel ich zu diesem Punkt aus den vorsichtigen Äußerungen meiner Gesprächspartner entnehmen konnte, rechnen die Deutschen im Prinzip darauf, dass ***die Verlockung, einen langfristigen großen Kredit*⁷ in Deutschland abzuschließen, *uns zwingen wird*⁸**, ihnen in diesem für sie außerordentlich wichtigen Punkt entgegenzukommen. Meine Gesprächspartner verschwiegen nicht die Schwierigkeit der Devisensituation in Deutschland, was sie dazu veranlasst, sehr große Hoffnungen auf unser Gold zu setzen. Roediger und Spalcke, die diesen Punkt berührten, gaben auch zu verstehen, dass sie den Wirtschaftsverhandlungen eine politische⁹ Bedeutung beimessen und in diesem Zusammenhang meinen, dass wir etwas von dem oben dargelegten Prinzip der Warendeckung¹⁰ unserer Verbindlichkeiten abrücken und dieses Mal diese Verbindlichkeiten mit Gold begleichen könnten, wenn man insbesondere berücksichtige, dass deren Gesamtsumme wohl kaum 60 Mio. Mark überschreite. Meine Argumente machten ungeachtet dessen einen gewissen Eindruck auf meine Gesprächspartner. Am ehesten wird zu dieser Frage im Januar ein Kompromiss erzielt werden, der beide Seite befriedigt.

2. Auftragsobjekte. Die zweite Frage, die im Zuge der Verhandlungen Kandelakis mit Schacht ungeklärt blieb, war die nach den Objekten unserer Aufträge im Rahmen des bevorstehenden Kredits in Deutschland. Die Liste der wichtigsten Auf-

³ Vgl. Dok. 329.

⁴ Der Text ist mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen. Diese und die folgenden An- und Unterstreichungen stammen von Litvinov.

⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁶ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁷ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen und am linken Seitenrand mit blauem Farbstift bis zu den Worten „unserer Verbindlichkeiten“ angestrichen.

⁸ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁹ Litvinov setzte dazu mit rotem Farbstift ein Fragezeichen.

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

träge ist Schacht übergeben worden, und Schacht, der im Prinzip nichts dagegen einzuwenden hatte, sie dem Abkommen beizufügen, verschob dennoch die Stellungnahme der deutschen Haltung zu dieser Liste *bis Januar*¹¹. Von meinen Gesprächspartnern ging Ritter ausführlicher als die anderen auf dieses Thema ein. Er sprach mit unverhüllter Gereiztheit darüber, dass bei den deutschen Firmen angeblich die Unzufriedenheit über unser industrielles Wachstum zunehme. Die deutschen Firmen beklagten sich, dass wir in Deutschland allein zu dem Zwecke Ausrüstungen bestellen würden, um sie danach in der UdSSR selbst herzustellen. Diese Tendenz finde ihre Widerspiegelung in der Verringerung unserer sogenannten laufenden Aufträge. Im Unterschied zu den anderen meiner Gesprächspartner meint Ritter, dass es in Deutschland eine Reihe von Dingen gäbe, die unter keinen Umständen an die UdSSR verkauft werden könnten, weil sie in militärischer oder in technischer Hinsicht einen Ausnahmewert darstellten und in gewisser Weise ein deutsches Monopol seien. Als Beispiel führte Ritter unsere Forderung an, von Deutschland das Herstellungsgeheimnis für Akkumulatorenbatterien zu erhalten. „Wir würden ohne Zögern dieses Geheimnis an ein beliebiges Land verkaufen, das keine U-Bootflotte hat, zum Beispiel an Ungarn, oder an ein Land, dessen Flotte wohl kaum in irgendeine Tuchföhlung mit der deutschen Flotte kommt. Aber, verzeihen Sie bitte, das Produktionsgeheimnis für U-Bootbatterien einem Land zu verkaufen, dessen U-Boote in der Ostsee kreuzen – das können und werden wir nicht tun.“ Bei allem Interesse für die Äußerungen Ritters zu diesem Punkt, muss ich dennoch bemerken, dass Ritter offenbar nicht über den Stand der Verhandlungen zwischen Schacht und Kandelaki im Bilde ist.

3. Lieferfristen. In den Gesprächen mit Ritter und Spalcke machte ich darauf aufmerksam, dass die Lieferfristenfrage eine außerordentlich große Bedeutung gewinnt. Die in den Verhandlungen Kandelakis mit Schacht in Aussicht gestellten langfristigen Kreditoperationen laufen Gefahr entwertet zu werden, weil sich die Lieferfristen im Vergleich zu den früheren um das 2 bis 3fache verlängern und bei einzelnen Objekten 1½ bis 2 Jahre betragen. Deshalb sind, wie auch bei anderen Punkten, die Nuancen in den Stimmungen z.B. von Spalcke und Ritter interessant. Während Spalcke an alle Fragen sehr optimistisch herangeht und meint, dass sie leicht zu lösen seien, sieht dagegen Ritter bei jeder Frage unüberwindbare Schwierigkeiten. So meint Ritter zu den Lieferfristen, wir könnten keinen Anspruch erheben, dass die deutschen Firmen die Lieferungen an die UdSSR vorrangig behandeln müssten. Wir sollten uns, wie Ritter meint, bereits damit zufriedengeben, dass wir in Deutschland einen langfristigen Kredit erhalten hätten, mit dem wir die Finanzblockade anderer Länder aufbrechen könnten. Zusätzlich dazu noch zu fordern, uns gegenüber die Meistbegünstigung bei den Lieferfristen zu gewähren, wäre, wie Ritter meint, maßlos. Ich kam nicht umhin, Ritter mit aller Schärfe darauf aufmerksam zu machen, dass seine Herangehensweise an die Frage absolut unzulässig sei und auf eine direkte Diskriminierung der UdSSR hinauslaufe. Im Zuge des weiteren Gesprächs rückte Ritter etwas von diesem Punkt ab, erklärte aber, dass, wenn schon die Rede von einer Diskriminierung sei, nicht Deutschland die UdSSR diskriminiere, sondern umgekehrt, die UdSSR Deutschland diskriminiere. Er nahm Zahlen zur Hand, um zu beweisen, dass die kolossale Verringerung unse-

¹¹ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

rer Einkäufe in Deutschland in den Jahren 1933, 1934, 1935 mit nichts anderem als mit einer politischen Diskriminierung Deutschlands durch die UdSSR zu erklären wäre. Darauf erwiderte ich Ritter, dass er selbst wie auch das gesamte Auswärtige Amt Schuld an der entstandenen Lage seien, weil gerade sie sich seinerzeit gegen eine Verlängerung der Kreditfristen bei Lieferungen in die UdSSR ausgesprochen hatten. Unterdessen hätte gerade das Fehlen von langen Kreditfristen auch zu dem kolossalen Rückgang der Umsätze in Deutschland in diesen Jahren geführt.

4. Staatsgarantie.

In den Gesprächen ist auch die Garantieforderung für unsere Aufträge berührt worden. Alle meine Gesprächspartner erkennen an, dass sich die Garantien selbst überlebt hätten. Ritter erklärte, er werde versuchen, deren Abschaffung ins Gespräch zu bringen. Er verstehe, dass die Garantien auch für uns von keiner Bedeutung wären, weil wir sie nicht bräuchten. Zugleich sei er sich jedoch darüber im Klaren, dass sich die Existenz von Garantien in gewisser Weise durch eine Verteuerung der Warenpreise bemerkbar mache.

S. Bessonov

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 35 vom 5.1.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 1 [Exemplar] an Gen. Krestinskij, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 zu den Akten. 31.XII.35.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 49, l. 9–10. Original.

Nr. 339
Aufzeichnung der Unterredung des verantwortlichen Referenten
der 2. Westabteilung im NKID Levin mit dem Botschaftsrat
von Tippelskirch

GEHEIM
 [3.1.1936]

8008
 4.I.36¹

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS MIT DEM BOTSCHAFTSRAT
 v[on] TIPPELSKIRCH, 3. JANUAR 1936

Tippelskirch teilte mit, dass er keine konkreten Angelegenheiten hätte, sondern lediglich gekommen sei, um vor der Abreise nach Berlin mit mir zu sprechen. Den Worten T[ippelskirchs] zufolge sind die Deutsche Botschaft in Moskau und das Auswärtige Amt in Berlin wegen der großen Zahl der im vergangenen Jahr verhafteten deutschen Staatsangehörigen außerordentlich niedergedrückt. *(Allem Anschein nach schenkt das Außenministerium dieser Frage jetzt große Aufmerksamkeit, weil zu den Haftfällen unlängst Gespräche mit Mitarbeitern unserer Bevollmächtigten Vertretung in Berlin geführt wurden; am 30. Dezember hatte der Sekretär der Deutschen Botschaft F. Welck bereits mit mir darüber gesprochen, der u. a. mitteilte, dass der Botschafter beabsichtige, über diese Angelegenheiten mit dem Volkskommissar zu sprechen.)^{2)*3} Ich antwortete T., dass in der Mehrzahl der Haftfälle nicht wir schuld wären, sondern die deutschen Staatsbürger, die gegen unsere Gesetze verstießen. T. entgegnete darauf, dass sich weder die Botschaft noch das Ministerium hinsichtlich der vielen Haftfälle vorstellen könnten, dass sich diese Personen mit einer staatsfeindlichen Tätigkeit befassen würden. Zum Beispiel würden wir Leute verhaften, die sich bereits in einem vorgerückten Alter befänden. Unlängst habe das Oberste Gericht Azerbajdzans einen halbblinden Greis, den 73-jährigen Gil'bert, zu 8 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Die Botschaft könne sich nicht vorstellen, dass dieser Mann für uns tatsächlich gefährlich sein könnte, sie halte die Strafe für außerordentlich hart. Ich antwortete T., dass unsere Behörden zumindest auf dem Gebiet der UdSSR selbstverständlich keine Personen in Freiheit beließen, die verbrecherische Handlungen begingen oder eine konterrevolutionäre Propaganda führten. Ich wies dabei T. darauf hin, dass sich die deutschen Behörden außerordentlich misstrauisch gegenüber unseren Bürgern verhalten würden. Zum Beispiel sei die Frau des Mitarbeiters der Handelsvertretung Barat allein deswegen zur Ausreise aus Deutschland verurteilt worden, weil sie an ihre in der UdSSR lebende Schwester geschrieben hätte, dass sie es überdrüssig sei, in Deutschland zu leben.⁴ Das NKID sei dennoch stets bemüht, wegen der Verhaftungen eine unnötige Verschärfung der Lage zu vermeiden. In sehr vielen Fällen gelinge es uns, die Verhafteten auszuweisen, anstatt sie dem Gericht zu überstellen. Was den Fall Gil'bert

¹ Das Datum und die Ausgangsnummer sind mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 344.

³ Die den Satz einschließenden runden Klammern sind mit Tinte eingefügt.

⁴ Vgl. Dok. 218, Anm. 12.

betrifft, so werde dieser Fall auf Bitte des NKID vom Obersten Gericht im Kassationsverfahren überprüft. T. sagte, dass er mit Dankbarkeit feststellen müsse, dass das NKID in der Tat wiederholt aufgetretene Missverständnisse ausgeräumt hätte, dennoch bliebe die Lage höchst angespannt und es wäre nötig, die Atmosphäre zu entspannen.

Persönlich möchte ich dazu ergänzen, dass die Zahl der Haftfälle von deutschen Staatsbürgern im vergangenen Jahr tatsächlich verhältnismäßig sehr hoch war. 1935 hatten wir 79 Fälle von Verhaftungen und Ausweisungen von deutschen Staatsbürgern. Bei einigen Fällen musste natürlich eine Inhaftierung erfolgen, zugleich aber ist es bei einer Reihe von Fällen angebracht, neue Wege zu erkunden, die die Möglichkeit bieten, die Anforderungen der staatlichen Sicherheit zu befriedigen, ohne zum Mittel der Inhaftierung zu greifen. Wir haben eine Reihe von Fällen, bei denen sich Deutsche recht stark kompromittierten. Eine Erweiterung des Kreises von Verhaftungen könnte lediglich einer weiteren Nutzung dieser Fälle auf politischer Ebene schaden.

2. Danach sagte T., dass er gern meine persönliche Meinung zu dem jetzigen Zustand und den Perspektiven einer Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen hören würde. Ich antwortete T., dass wir keinerlei Verantwortung für die Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen trügen. In den letzten drei Jahren hätten wir eine gewaltige Anzahl von feindseligen Ausfällen der deutschen Presse und eine Vielzahl solcher Ausfälle seitens führender deutscher Politiker sowie selbst von Regierungsmitgliedern zu verzeichnen gehabt. Die deutsche Seite habe ein uns feindliches Programm aufgestellt. Wir stellten niemals solche Programme auf. Somit trage die deutsche Seite die Verantwortung für alle Prüfungen, denen die sowjetisch-deutschen Beziehungen in diesen Jahren ausgesetzt gewesen seien, und von ihr müssten auch Schritte erwartet werden, wenn es denn den Wunsch gäbe, die gegenwärtige Situation zu verändern. T. sagte dazu, dass die praktischen politischen Schritte von den rein ideologischen Verlautbarungen usw. getrennt werden müssten. Dazu führte er nichts von Interesse aus, das verdient hätte, festgehalten zu werden.

VERANTWORTLICHER REFERENT FÜR DEUTSCHLAND

Levin

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 3, l. 3–1. Original.

Nr. 340
Aufzeichnung der Unterredung des Gehilfen des Leiters der Presseabteilung
im NKID Mironov mit dem Pressebeirat der Botschaft
in Moskau Baum

Geheim
 [5.1.1936]

Nr. 24504¹

Aufzeichnung der Unterredung des Gen. Mironov mit BAUM

Heute kann BAUM zu mir in die Presseabteilung. In dem Gespräch, bei dem auch Gen. Gnedin anwesend war², sagte Baum, er müsse einige Fragen ansprechen, die mit den sowjetisch-deutschen Beziehungen auf dem Gebiet der Presse zu tun haben. Seinen Informationen zufolge sei Gen. Gofman („Pravda“) die Aufenthaltserlaubnis für Berlin bis zum 3.II. erteilt worden, und künftig werde sie ohne weiteren Bürokratismus verlängert werden. Er fragte sodann, warum Görbing das Visum verweigert worden sei. Ich antwortete ihm, dass Görbing eigentlich eine „Persona ingrata“ sei, zumal er gegenwärtig keine Zeitung vertrete und bereits seit langem eine merkwürdige, um es nicht deutlicher zu formulieren, Figur geworden sei. Baum müsse zustimmen, dass **der Charakter**³ der sowjetisch-deutschen Beziehungen dringend danach verlange, sie von zusätzlichen Belastungen durch unseriöse Korrespondenten zu befreien. Dies bedeute keineswegs, dass wir generell Einwände gegen den Aufenthalt von deutschen Korrespondenten in der UdSSR hätten oder danach strebten, deren Anzahl gewaltsam zu verringern. Wir seien zum Beispiel nicht dafür verantwortlich zu machen, dass Mehnert Moskau verlasse, was dazu führe, dass in Moskau außer dem Vertreter des DNB nur noch Just tätig sein wird. Baum, der sich insgesamt versöhnlich verhielt, sprach die Hoffnung aus, dass man in Berlin **der von mir vorgetragenen**⁴ Ansicht über Görbing beipflichten werde, dem er selbst (und dies sagte er streng vertraulich) nahegelegt hätte, Moskau zu verlassen. Baum beharrte mit Nachdruck darauf, die Unstimmigkeiten bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für Just in Moskau abzustellen. Just reise für einige Tage nach Berlin und kehre dann aber wieder nach Moskau zurück. Ich betonte unsere Unzufriedenheit mit den Artikeln von Just, stimmte aber Baum zu, dass zwischen Just und Görbing ein Unterschied gemacht werden müsse.

B. Mironov

5. Januar 1936

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Gnedin war im Dezember 1935 auf Bitte von Litvinov nach Moskau abgestellt worden und erhielt die kommissarische Leitung der Presseabteilung im NKID zugewiesen. Vgl. das Schreiben Litvinovs an Suric vom 4.12.1935. In: AVP RF, f. 05, op. 15, p. 114, d. 129, l. 199.

³ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

*Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: An Gen. Le[vin], an Gen. Kant[er] 11.1.36. Š[tern].
Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der
UdSSR mit der Eingangs-Nr. 69 vom 9.1.1936.*

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
5 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Lit[vinov], 1 an Gen. Krest[inskij], 1 an Gen. Štern, 1 an die
Bevollmächtigte Vertretung in Berlin, 1 zu den Akten.*

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 85, d. 26, l. 2. Kopie.

Nr. 341
Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Russland in der
II. Abteilung im AA Dittmann

Berlin, den 6. Januar 1936

Abschrift W IV Ru 53 pr. 7. Januar 1936

Geheim!

Aufzeichnung

Am 4. Januar fand auf Einladung des Reichswirtschaftsministeriums unter dem Vorsitz von Min.Direktor Sarnow eine Ressortbesprechung über die Frage der weiteren Gestaltung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen statt. An der Besprechung nahmen außer dem Reichswirtschaftsministerium Vertreter des Ausw. Amts, des Reichsfinanz- und des Reichsernährungsministerium teil.

Der Vorsitzende erteilte zunächst Herrn Min.Rat Mossdorf das Wort, der über den Inhalt der bisher zwischen dem Herrn Präsidenten Schacht und dem sowjetischen Handelsvertreter Kandelaki gepflogenen Besprechungen sowie über die Voraussetzungen für die weitere Entwicklung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehrs folgendes ausführte:

Die erste Besprechung zwischen Herrn Präsidenten Schacht und Herrn Kandelaki habe am 30. Oktober 1935 stattgefunden¹. In dieser Besprechung habe Präsident Schacht seine Bereitwilligkeit betont, auch in Zukunft den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehr in großzügiger Weise auf der Grundlage eines der Sowjetregierung zu gewährleistenden Kredits aufzubauen. Er sei bereit, der Sowjetregierung einen Kredit von 500 Mill. RM auf die Dauer von 10 Jahren zur Verfügung zu stellen, wobei die 10jährige Frist als eine Durchschnittsfrist anzusehen sei. Auch habe er keine Bedenken, *von einer Sicherung dieses Kredits durch Wechselhergabe abzusehen und sich mit der Form eines Obligationenkredits*², der allerdings ausschließlich zum Bezug von Waren in Deutschland Verwendung finden müsse, einverstanden zu erklären. Voraussetzung für diese großzügige Kreditgewährung seien jedoch zwei Punkte:

1) Die Sowjetregierung müsse ihre Restverbindlichkeiten gegen das Deutsche Reich in Höhe von etwa 60 bis 70 Millionen RM im Laufe des Jahres 1936 im vollen Umfang in Gold und Devisen zahlen;

¹ Vgl. Dok. 271.

² Der Text ist unterstrichen. Diese und alle anderen Unterstreichungen stammen von Ritter.

2) das laufende Geschäft (Lieferung von sowjetischen Rohstoffen gegen deutsche Fertigfabrikate) dürfe durch die auf Grund des Kredits erfolgenden sowjetischen Bestellungen nicht betroffen werden. Deutschland erwarte vielmehr, dass die Sowjetunion neben den Sonderbestellungen noch für etwa 160 Millionen RM jährlich laufende Einkäufe in Deutschland tätige, wobei Kreditfristen entsprechend dem Abkommen vom *15. Juni 1932*³ eingeräumt werden könnten. Demgegenüber verpflichtete sich Deutschland, in gleicher Höhe von den Russen Rohstoffe zu beziehen. Das laufende Geschäft müsse folglich auf der Grundlage 1 zu 1 erfolgen. Präsident Schacht habe unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass er für den Bezug russischer Rohstoffe Devisen nicht zur Verfügung stellen werde.

Nachdem Herr Kandelaki dieses Programm mit den sowjetischen Regierungsinstanzen in Moskau erörtert hatte – so führte Min.Rat Mossdorf weiter aus –, habe er in einer zweiten Besprechung mit Präsident Schacht am 16. Dezember 1935⁴ das Einverständnis der Sowjetregierung mit der Gewährung *eines zehnjährigen Obligationenkredits* in Höhe von 500 Millionen RM zum Ausdruck gebracht. Auch sei die Sowjetseite damit einverstanden, dass *ein Teil* der noch bestehenden russischen Verbindlichkeiten in Gold und Devisen bezahlt werden. Deutscherseits werde aber nach wie vor die Bezahlung der *ganzen*⁵ Schuldsomme in Gold und Devisen gefordert. Auch über den Warenaustausch im Kompensationsverkehr habe eine Einigung bisher nicht erreicht werden können.⁶

Herr Kandelaki habe bei dieser Gelegenheit eine streng vertrauliche Liste derjenigen sowjetischen Bestellungen überreicht, die auf Grund des 500-Millionen-Kredits getätigt werden könnten. Diese Liste umfasse:

1. Lieferung von Kriegsschiffen, insbesondere U-Booten;
2. engste wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der IG-Farben-Industrie; Ankauf und Verwertung von *Patenten der IG*⁷ in der Sowjetunion;
3. gleiche Zusammenarbeit mit der deutschen optischen Industrie, insbesondere mit der Fa. Zeiss.

Die Möglichkeit eines Eingehens auf diese russischen Wünsche würden zurzeit von den entscheidenden wirtschaftlichen und militärischen Instanzen geprüft.

Über den Stand der gegenwärtigen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen führte Min.Rat Mossdorf folgendes aus:

*Die an das Abkommen vom April 1935⁸ geknüpften Erwartungen seien im Großen und Ganzen erfüllt worden.*⁹ Völlig erfüllt hätten die Russen ihre Verpflichtungen hinsichtlich der Gold- und Devisenbezahlungen.*¹⁰ Auch die auf Grund des 200-Millionen-Kredits erfolgten Sonderbestellungen der Russen entsprächen *im Allgemeinen den Erwartungen*¹¹. Für etwa 80 Millionen RM Aufträ-

³ Das Datum ist unterstrichen. Zum 2. Pjatakow-Abkommen vom 15.6.1932 vgl. Dok. 49, Anm. 2.

⁴ Vgl. Dok. 329.

⁵ Die drei Textstellen sind unterstrichen.

⁶ Zu dem Stand der Gespräche vgl. auch Dok. 338.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Vgl. Dok. 116.

⁹ Der Satz ist unterstrichen.

¹⁰ Am Seitenrand dazu: 1).

¹¹ Der Text ist unterstrichen. Am Seitenrand dazu: 2).

ge seien bisher garantiert worden. Dazu träten noch für etwa *10*¹² Millionen RM Aufträge, die noch nicht kontrolliert seien. Unbefriedigend habe sich dagegen das laufende Geschäft entwickelt, das 1935 60 Mill. RM betragen sollte.*¹³ Es hätten bisher nur Aufträge in Höhe von etwa *15 bis 16 Millionen*¹⁴ RM festgestellt werden können. Hinzu kämen allerdings noch einige Millionen Barkäufe.

Min.Direktor Sarnow: Zum Verständnis der von Herrn Min.Rat Mossdorf vorgetragenen Richtlinien für den Abschluss eines neuen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens müsse noch ergänzend bemerkt werden, dass die deutsche Rohstofflage infolge des Ausbleibens der russischen Rohstoffe eine katastrophale Entwicklung zu nehmen drohe. Deutschland benötige für mindestens 160 Millionen RM Rohstoffe aus der Sowjetunion, insbesondere *Holz, Naphtha, Futtermittel, Manganerze*. Auch die deutsche Devisenlage erfordere dringend einen weiteren Zufluss von Russengold. Hier lägen die Angelpunkte, die uns zur Gewährung einer *Obligationenanleihe von 500 Millionen RM*¹⁵ an die Russen bestimmten, um ihnen einen Anreiz zur Lieferung von Rohstoffen und Gold zu geben.

Votr. Leg.Rat Roediger: Aus kürzlichen Besprechungen mit Botschaftsrat Bessonow¹⁶ habe er den bestimmten Eindruck gewonnen, dass die Russen nicht bereit seien, ihr gesamtes Obligo in Gold und Devisen zu zahlen. Bessonow habe erklärt, dass man in Moskau nur zur Zahlung von ca. 25 Millionen Reichsmark in Gold und Devisen bereit sei, während der Restbetrag verrechnet werden solle. Äußerstenfalls könnten 40% des Obligos in Gold bezahlt werden, das seien etwa 27–30 Millionen RM. Die Würfel hierüber seien in Moskau bereits gefallen. Votr.Leg.Rat Roediger verlas darauf ein soeben von der Botschaft in Moskau eingegangenes Telegramm¹⁷, dass zurzeit konkrete Verhandlungen über den Abschluss einer französischen Anleihe an die Sowjetunion in Höhe von 1 Milliarde Franken zu 6% auf die Dauer von fünf Jahren schwebten und dass mit einem baldigen Abschluss dieser Verhandlungen zu rechnen sei.

Min.Rat Nasse (Reichsfinanzministerium): Er sei für die außerordentlich interessanten Ausführungen dankbar und gebe der Erwartung Ausdruck, dass das wegen der Anleihegewährung an den Verhandlungen sehr interessierte Reichsfinanzministerium auch in Zukunft ständig auf dem Laufenden gehalten werde.

Das Projekt der Anleihegewährung in Höhe von 500 Mill. RM, von dem er soeben zum ersten Mal gehört habe, enthalte nach seiner Auffassung große Gefahren, die zum mindesten eine sorgfältige Erwägung und Überprüfung nach allen Seiten erforderlich machte. Seine Bedenken seien in erster Linie gegen *Form* und Frist der Anleihe gerichtet. Die Gefahr, dass eine auf *Obligationen*¹⁸ gegebene Anleihe notleidend werde, sei unzweifelhaft größer als die Gefahr, dass ein von der Sowjetunion akzeptierter Wechsel zu Protest gehe. Das Risiko, das das Reich mit der Aus-

¹² Die Zahl ist unterstrichen. Am Seitenrand dazu: 90?.

¹³ Am Seitenrand dazu: 3).

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹⁵ Die beiden Textteile sind unterstrichen.

¹⁶ Vgl. Dok. 334.

¹⁷ Telegramm Graf von der Schulenburgs, 3.1.1936. In: PA AA, R 106230, Bl. E 041184.

¹⁸ Die beiden Wörter sind unterstrichen. Am Seitenrand dazu die Bemerkung: richtig R[itter].

fallbürgschaft übernehme, die zudem nicht nur 70, sondern 100% betragen solle, sei daher ungleich größer als bei allen bisher den Russen gewährten Krediten. Bei der angespannten finanziellen Lage des Reiches sei ein solches Risiko kaum tragbar, und das Reichsfinanzministerium müsse sich vorbehalten, *die Frage im Kabinett*¹⁹ zur Sprache zu bringen. Gleiches gelte von der 10jährigen Durchschnittsfrist des Kredites, was zur Folge habe, dass die letzten Zahlungen erst in etwa 18 bis 20 Jahren fällig würden. Wir seien den Russen von Jahr zu Jahr mehr entgegengekommen und jetzt bei einer Frist angelangt, die noch vor einem Jahr als völlig indiskutabel abgelehnt worden sei. Wenn diese Anleihe erschöpft sei, würden die Russen einen neuen, noch günstigeren Kredit verlangen, und damit erhebe sich die Gefahr einer Akkumulierung der langfristigen Russenkredite, da ja die ersten Rückzahlungen auf den im Vorjahr gewährten 200-Millionen-Kredit erst 1940 erfolgen würde. So könnte das russische Obligo gegenüber Deutschland auf mehrere Millionen RM ansteigen, *was nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums nicht tragbar sei*²⁰. Außerdem bestehe bei den langen Kreditfristen die Gefahr, dass das laufende Geschäft völlig ins Stocken gerate.

Min.Rat Mossdorf: Einzelheiten der Anleihe, insbesondere die technische Art des Kredits und die Aufbringung des Geldes seien überhaupt noch nicht besprochen worden. Wünsche des Reichsfinanzministeriums könnten in dieser Hinsicht durchaus berücksichtigt werden. *Höhe und Dauer des Kredits seien vom Präsidenten Schacht den Russen allerdings bindend zugesagt worden. Daran sei nichts mehr zu ändern.*²¹

Min.Dir. Sarnow: Er würdige durchaus die von Min.Rat Nasse vorgebrachten Einwände, besonders aber die Gefahr, die durch eine Akkumulierung der Kredite für das Reich und für das laufende Russengeschäft entstehe. Es müsse unter allen Umständen sichergestellt werden, dass das laufende Geschäft nicht abreiße.

Ges.Rat Bräutigam: Das wichtigste Ziel der Verhandlungen bestehe darin, dass der Rohstoffbezug aus der Sowjetunion sichergestellt werde, ohne dass Devisen aufgebracht werden müssten. Die Anleihe solle daher gleichsam als Krönung des gesamten Vertragswerkes nur dann gegeben werden, wenn die beiden anderen Bedingungen (Zahlung der Restschuld in Gold und Devisen und Sicherung des laufenden Geschäfts) erfüllt seien. Eine Gefahr sehe er insbesondere darin, dass den Russen durch die Gewährung der Anleihe so weitgehende Möglichkeiten gegeben würden, zu langen Kreditfristen in Deutschland einzukaufen, dass sie kaum Interesse haben würden, in größerem Umfange auch kurzfristige Bestellungen zu vergeben. Dann entfalle aber auch der Anreiz zum Export nach Deutschland, da ja für den Erlös nur eine geringe Verwendungsmöglichkeit bestehe. Nach seiner Auffassung könne dieser Gefahr am besten dadurch begegnet werden, dass man den Russen die Verpflichtung auferlege, jährlich ca. 160 Mill. RM Rohstoffe nach Deutschland zu importieren. Der Erlös aus diesem Import müsse auf einem Ausländersonderkonto gutgebracht werden, über das die Russen nach freiem Belieben in Deutschland zum Einkauf von Waren und zur Bestreitung laufender Ausgaben verfügen könnten. Ges.Rat Bräutigam betonte ferner,

¹⁹ Der Text ist unterstrichen.

²⁰ Der Text ist unterstrichen. Am Seitenrand dazu die Bemerkung: richtig R[itter].

²¹ Der Satz ist unterstrichen.

dass es zweckmäßig sei, der Liste der russischen Lieferungswünsche eine deutsche Liste derjenigen Waren gegenüberzustellen, die man den Russen zu liefern wünsche. Er denke dabei besonders an die Wünsche der deutschen *Verkehrsindustrie*, die bisher von den Russen nur unzulänglich berücksichtigt werden seien. Außerdem erscheine es zweckmäßig, gelegentlich der Verhandlungen von den Russen die Bereinigung eine Anzahl z. T. schon jahrelang verschleppter Streitfälle zu verlangen, so z. B. eine befriedigende Erledigung der Fälle *Kaukasischer Grubenverein, Konzession Resch, Konzession Leo-Werk*²² u. a. Das Auswärtige Amt behalte sich vor, dem Reichswirtschaftsministerium eine Liste dieser Fälle zu überreichen.

Min. Rat Schefold (Reichsernährungsministerium) betonte das lebhafte Interesse des Reichsernährungsministeriums an den Wirtschaftsverhandlungen, da das Reichsernährungsministerium besonderen Wert auf den Bezug von Lebens- und Futtermitteln aus der Sowjetunion lege.

Min. Dir. Sarnow schloss die Sitzung mit dem Bemerkten, dass die Anregungen eingehend geprüft und dass die interessierten Ressorts laufend über den Fortgang der Verhandlungen *unterrichtet*²³ würden.²⁴

gez. Dittmann

Auf dem ersten Blatt oben: Durchschlag für Herrn V.L.R. Sabath. Am Rand: H[errn] Benzler H[errn] Bräutigam (durchgestrichen und darunter die Namen Hencke und Dittmann), R[itter] 9/1. Paraphen u. a. von Benzler und Ritter.

PA AA, R 106230, Bl. E 041176-041183.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 483, S. 948–952.

²² Die Wörter sind unterstrichen.

²³ Das Wort ist unterstrichen.

²⁴ Hencke entwarf am 11.1.1936 eine Aufzeichnung, wo er – ausgehend von dieser Besprechung – Überlegungen zu einem solchen Kreditgeschäft anstellte. „Es bedarf“, so führte er darin aus, „keiner Betonung, dass ein solches Abkommen erheblich von der politischen Linie abweicht, die von der Reichsregierung gegenüber der Sowjetregierung als dem Hort des Bolschewismus und dem Todfeind des Nationalsozialismus sonst eingehalten wird.“ Unter anderem auch deshalb müsse „dieser Schritt rechtzeitig propagandistisch vorbereitet werden. Vor allem müssten einstweilen die Anleiheverhandlungen der Sowjetregierung mit dritten Staaten in unserer Presse zwar referierend unter wirtschaftlicher Würdigung, aber ohne abfällige Kritik behandelt werden. Außerdem sollte vorübergehend die Antisowjetpropaganda in einer Form geführt werden, welche die wirtschaftliche Lage und Stabilität der Sowjetregierung in keinem allzu ungünstigen Licht erscheinen lässt.“ ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 490, S. 967–968.

Nr. 342
**Bericht des Marinegehilfen des Militärattachés in Moskau von Baumbach
an das AA und das Reichskriegsministerium**

Deutsche Botschaft
Der Marinegehilfe des Militärattachés

Moskau, den 8. Januar 1936

Nr. 1/36

An das Reichskriegsministerium, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Berlin,
An das Auswärtige Amt, Berlin.

Die sowjetrussische Marine an der Jahreswende 1935/36

[...]¹

V. Operative Verwendung der Seestreitkräfte

Das rasche Anwachsen der U-Bootbestände lässt die Annahme zu, dass der Ostseeflotte neben den bisherigen defensiven Aufgaben künftig auch offensive Operationen übertragen werden. Als solche kommen in Frage

- a) Handelskriegführung in der Ostsee
- b) Verhinderung einer schwedisch-finnischen militärischen Zusammenarbeit.

Die Alandinseln spielen in der zu b) genannten Aufgabe eine wichtige Rolle und werden möglicherweise ein sowjetrussisches Operationsgebiet bilden. Schon jetzt ist das Interesse der Sowjetpresse für die Auslandsfrage unverkennbar. Nähere Ausführungen hierzu enthält Anlage 3.

VI. Gesamtbeurteilung der Sowjetmarine.

Die strenge Geheimhaltung aller Flottenübungen, an denen seit Jahren kein ausländischer Fachmann teilgenommen hat, erschwert die Urteilsbildung. Soweit sich aus verschiedenen Anhaltspunkten schließen lässt, ist der militärische Aufbau auf dem richtigen Wege. Man ist in vieler Hinsicht zu altbewährten, militärischen Erziehungsgrundsätzen zurückgekehrt und führt mit System und nicht ohne Umsicht ein Ausbildungs- und Aufbauprogramm durch, dem auf die Dauer der Erfolg nicht versagt bleiben kann. Das Urteil der „Übersicht über die russische Marine“, dass die russischen Seestreitkräfte als durchgebildet und kriegsverwendungsfähig angesehen werden müssen, kann nur unterstrichen werden.

Die Frage nach der Kriegsfähigkeit der Sowjetmarine lässt sich aber erst beantworten, wenn man die Frage untersucht, welche Rolle die Sowjetmarine im Rahmen der sowjetrussischen Wehrmacht spielen kann, und dies führt unmittelbar zu der Grundfrage der Kriegskapazität des gesamten Sowjetstaates.

Ebenso wie die Armee und Luftwaffe, so hängt die Marine einzig und allein von der Gesamtkampffähigkeit des sowjetischen Staatsorganismus ab, von der

¹ Ausgelassen sind die Punkte I. Kriegsschiffbau, II. Kriegsschiffbestand, III. Personal, IV. Geheimhaltungsmethoden (Bl. 246–257).

Rüstungsindustrie, der Rohstoffversorgung, der Ernährung, der Bevölkerung, dem Transportwesen und der Finanzkraft. Wie die folgenden Ausführungen zeigen sollen, ist die Rohstofflage des Landes zwar nicht ungünstig, die Industriebasis ist aber noch nicht genügend entwickelt, es fehlen Reserveindustrien für die Erweiterung der militärischen Produktion im Kriegsfall, das Transportwesen hält mit der allgemeinen Entwicklung nicht Schritt und die Überbürokratisierung des Landes hemmt die Ausnutzung aller Kapazitäten für die Kriegsführung.

[...]²

VIII. Zusammenfassung

*Es ist kaum zweifelhaft, dass die sowjetrussische Wehrmacht auf dem Wege ist, ein gefährlicher Gegner zu werden.*³ Der Rahmen für die Weiterentwicklung ist geschaffen. Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten ist nur der Zeitpunkt, zu dem der Aufbau abgeschlossen und die Armee schlag- und angriffsbereit der Sowjetregierung zur Verfügung steht.

Vergleicht man die Einzelfaktoren, aus denen sich der Kriegsapparat der Sowjetunion zusammensetzt, so scheint es, dass die stehende Wehrmacht (Armee, Kriegsmarine, Luftflotte) im Kriegsfall noch am besten funktionieren wird und dass sie voll in Rechnung gestellt werden kann. Die in ihr stetig heranwachsende Gefahr für Mitteleuropa wird jedoch vorläufig noch durch die geschilderten Tatbestände gemildert, die bei einer Untersuchung der Kriegskapazität der Sowjetwehrmacht nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Die Schwächen der Kriegsbevorratung, des Nachschubes, der Rüstungsindustrie, des Transportwesens und der Organisation des Hinterlandes sind so offenkundig, dass sie die Schlagkraft der Wehrmacht noch auf lange Zeit schwer beeinträchtigen müssen. Vielleicht ist das Bewusstsein dieser Schwächen die Ursache zahlreicher lauttönender Lobreden auf die Unbesieglichkeit der Sowjetwehrmacht und die Ursache der demonstrativen Paradevorführungen mit unzähligen Tanks, Flugzeugen und anderen neuzeitlichen Truppenverbänden. Eine gewisse, allerdings beschränkte Kriegsbereitschaft besteht indessen schon heute. Schwächemomente der geschilderten Art mögen ein hochentwickeltes, fein organisiertes Staatswesen in Kriegszeiten zum Zusammenbruch bringen. Die robuste Natur des hiesigen Staates und seiner Bewohner verträgt jedoch stärkere Belastungen, wie der Verlauf der Intervention⁴, während der noch keine Ansätze der inzwischen geschaffenen Kriegsfaktoren vorhanden waren, und die Verwindung der schweren Hungersnot von 1933 gezeigt haben. Die Zeit arbeitet, wenn auch in langsamen Tempo, für die Ausfüllung der vorhandenen Lücken. Von der Zeit hängt es ab, wann dieser Prozess beendet sein wird.

von Baumbach

² Ausgelassen ist Punkt VII. Militärische Kapazitäten des Sowjetstaates (Bl. 259–267).

³ Der Satz ist unterstrichen.

⁴ Gemeint sind militärischen Interventionen der Ententemächte, aber auch deutscher und japanischer Einheiten zur Unterstützung der Weißgardisten gegen die Rote Armee während des Bürgerkrieges 1917/18 bis 1922.

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel des AA: II M 397g, Eing. 16. Jan. 1936. Stempel: Geheim und Gesehen: Schulenburg (eigenhändige Unterschrift).

PA AA, R 30101b, Bl. 246–268, hier Bl. 246, 257–259, 267–268.

Nr. 343
Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA

E/16

Moskau, den 9. Januar 1936

Vertraulich.

An das
 Auswärtige Amt
 Berlin

Im Anschluss an Bericht E/26 vom 21. Januar 1935¹.

Inhalt: Weihnachten 1935 in Moskau. Verfolgung der Kirche. Zulassung des „Neujahrsbaumes“. Weihnachtsfeier der deutschen Kolonie.

Schon im vorigen Jahre war die antireligiöse Propaganda, die in der UdSSR unmittelbar vor großen kirchlichen Feiertagen früher mit besonderem Nachdruck betrieben wurde, verhältnismäßig wenig in Erscheinung getreten. Wenn die gleiche Beobachtung auch anlässlich des Weihnachtsfestes 1935 gemacht werden konnte, *so wäre es falsch, daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Partei und Regierung der UdSSR ihren Standpunkt gegenüber der Religion geändert hätten und anstelle der bisherigen Verfolgungen Toleranz und Nachsicht üben wollten. Tatsache ist vielmehr, dass die Sowjetregierung ihr Zerstörungswerk an der Kirche weiter systematisch fortsetzt, indem in Stadt und Land ein kirchliches Gebäude nach dem anderen niedergerissen oder weltlichen Zwecken zugeführt wird, die Verhaftungen unter den Geistlichen aller Konfessionen unentwegt fort dauern und durch Schließung der Predigerseminare die Heranbildung eines Nachwuchses unterbunden wird*². Wie die Verhältnisse in der evangelischen Kirche in der UdSSR liegen, erhellt allein aus der Tatsache, dass gegenwärtig in der UdSSR nur noch 15 evangelische Pastoren (davon 11 deutschstämmige) amtieren, die sich auf Moskau, Leningrad, die Ukraine und den Kaukasus verteilen, während in westöstlicher *Richtung auf einer Entfernung von 10.000 km von Moskau bis zum Stillen Ozean kein einziger evangelischer Pastor im Amte ist. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der griechisch-katholischen, der früheren russischen Staatskirche; die Zahl ihrer Gotteshäuser in Moskau beträgt gegenwärtig kaum noch ein Zwanzigstel von der Zahl, die vor der Revolution bestanden hat*³.

¹ Handschriftlich dazu: IV Ru 258/35. Der Bericht befindet sich in PA AA, R 83836, o. P.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Nachdem die Sowjetregierung ihrem Endziel, das auf eine Ausrottung der Religion und eine Vernichtung der Kirche gerichtet ist, in den letzten Jahren in einem beträchtlichen Umfange näher gekommen ist, kann sie auf eine antireligiöse Propaganda nach außen hin gern verzichten, zumal sie damit in den falsch oder ungenügend informierten Kreisen des Auslandes leicht den ihr willkommenen Eindruck erweckt, als ob eine Verfolgung der Kirche in der UdSSR nicht mehr stattfindet. Dabei ist das Gefühl der Anhänglichkeit, das die gläubigen Teile der hiesigen Bevölkerung ihrer Kirche entgegenbringen, nach wie vor recht stark, was aus der Tatsache des regen Kirchenbesuches anlässlich des Neujahrsfestes geschlossen werden kann. Über den Verlauf des Weihnachtsgottesdienstes in der Moskauer evangelischen Kirche ist unter E/6 vom 28. Dezember 1935⁴ bereits berichtet worden. Dem kann heute hinzugefügt werden, dass auch die orthodoxen Kirchen anlässlich des russischen Weihnachtsfestes (6.–8. Januar) überfüllt waren, ohne dass Störungen der gottesdienstlichen Handlungen bekannt geworden wären.

Ein besonderes Ereignis während der diesjährigen russischen Weihnachten bildete die *Wiederzulassung des Tannenbaumes*⁵ unter der Bezeichnung des „Neujahrsbaumes für die Kinder der Sowjetunion“. Bekanntlich war seit der Revolution der Weihnachtsbaum in der UdSSR verpönt, weil die Partei darin ein gefährliches Überbleibsel religiöser und bürgerlicher Sitten erblickte. Wenn sie heute durch den Mund eines ihrer einflussreichsten Führer, des ukrainischen Parteisekretärs Postyschew, erklären lässt, dass der Bevölkerung niemals untersagt worden sei, ihre Kinder durch einen „Neujahrsbaum“ zu erfreuen, und gleichzeitig allen einschlägigen Organisationen zur Pflicht macht, Neujahrsbäume für die Kinder zu beschaffen, so bedeutet diese Maßnahme nicht etwa eine Rückkehr zum Alten oder ein Zugeständnis gegenüber entsprechenden Wünschen der Bevölkerung, *sondern lediglich den raffinierten Versuch der Machthaber, sich als Beglückter der sowjetischen Kinder aufzuspielen, die bisher niemals einen strahlenden Weihnachtsbaum zu Gesichte bekommen haben und nun in ihrer Naivität allen Ernstes die Sowjetmachthaber für die Erfinder dieser herrlichen Errungenschaft halten*⁶. Unter dem Deckmantel einer Maßnahme, die im Auslande *fälschlicherweise als ein Zeichen fortschreitender „Verbürgerlichung“*⁶ der Sowjetregierung aufgefasst wird, erfolgt somit in Wirklichkeit nichts anderes, als einer der üblichen heuchlerischen Propagandatricks, deren sich die Sowjetregierung mit Vorliebe bedient, um als Beglückterin des Volkes zu erscheinen.

Um die deutsche Kolonie in dieser Atmosphäre zynischer Negierung und geschmackloser Taschenspielerkünste für das Fehlen der weihnachtlichen Stimmung zu entschädigen, wurde auch in diesem Jahre in der Dienstwohnung des Botschaftsrates⁷ das traditionelle Krippenspiel aufgeführt, an dem die Zöglinge der Moskauer reichsdeutschen Schule teilnahmen. Außerdem wurde am 29. Dezember von der Botschaft im hiesigen Grand-Hotel die übliche Weihnachtsfeier für die

⁴ Der Bericht befindet sich in PA AA, R 83836, o. P.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

⁷ Werner von Tappelskirch.

deutsche Kolonie veranstaltet. Zu dieser Feier hatten sich jedoch einschließlich der Botschaftsmitglieder diesmal kaum 100 Personen eingefunden, da die Kolonie im Verlaufe des letzten Jahres durch Abwanderung eine weitere starke Einbuße erlitten hat. Ich begrüßte die Anwesenden durch eine Ansprache, in der ich der Heimat und ihres großen Führers gedachte. Sodann folgten musikalische Darbietungen und das Absingen deutscher Weihnachtslieder. Auf diese Weise konnte unseren hiesigen deutschen Landsleuten – soweit sie zum Dritten Reich und zur Botschaft halten – ein Teil der Stimmung vermittelt werden, von der das deutsche Volk zu Weihnachten erfasst war.

Schulenburg

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel des AA: IV Ru 212, Eing. 15. Jan. 1936. Am Seitenrand: H[errn] Baum, H[encke] 17/I, Kenntnisnahme von R[oediger] 15/I und weitere, nicht entzifferte Bemerkungen. Unten Po 16 Ru.

PA AA, R 83836, o. P., 4 Bl.

Nr. 344

Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

Geheim
Expl. Nr. 4
[9.1.1936]

AUS DEM
TAGEBUCH
M.M. LITVINOVS

EMPFANG SCHULENBURGS, 9.1.36

Schulenburg suchte mich heute erstmals nach seiner Rückkehr aus Deutschland auf. Er äußerte Genugtuung darüber, dass es ihm gelungen sei, sich mit einflussreichen Personen zu treffen, darunter mit Hitler¹, Blomberg und Schacht. Hitler ist seiner Meinung nach gegenüber der UdSSR offensichtlich sehr vernünftig gewesen. Hitler hätte ihm gesagt, dass die Lage in Europa höchst unbestimmt sei und deshalb nichts unternommen werden könne. Ich bemerkte, dass jeder Staat natürlich die allgemeine internationale Lage berücksichtigen müsse, daraus folge jedoch nicht, dass er keine eigenständige Politik führe. Deshalb wäre es für mich interessant zu erfahren, ob sich in der politischen Grundhaltung Hitlers etwas verändert habe. Sch[ulenburg] antwortete, dass Hitler nichts Entscheidendes gegen Wirtschaftsbeziehungen mit uns einzuwenden habe, und im Grunde genommen bleibe die Lage in Deutschland, wie auch bei uns, unverändert. Ich ant-

¹ Vgl. Dok. 306, Anm. 8.

wortete, dass, solange es keine Veränderungen seitens Deutschlands gäbe, keine Veränderungen unserer Haltung, die in diesem Fall eine Gegenreaktion sei, erwartet werden dürfe. Nachdem mir Sch. zugestimmt hatte, beklagte er sich über das Verhalten unserer Presse², in der angeblich in letzter Zeit die antideutschen Ausfälle zugenommen hätten. Unter anderem verwies er auf das „Journal de Moscou“, die „DZZ“ und auf das gestrige Interview von Dimitrov³. Ich sagte, dass ich bereit sei, das Gewicht, die Anzahl und den Umfang der antisowjetischen Veröffentlichungen der deutschen Presse und die antifaschistischen Veröffentlichungen unserer Presse gegeneinander abzuwiegen, und äußerte meine Überzeugung, dass Sch. den Preis für seine Presse in jeder Hinsicht in Anspruch nehmen könnte.

Sch. sprach auch über die sich häufenden Ausweisungen und Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern. Dabei hob er den Fall Bergmann, den man ***wohl***⁴ unnötigerweise einer terroristischen Tätigkeit beschuldige⁵, und die Visumverweigerung für Görbing hervor. Er erwähnte aus welchem Grund auch immer Konsul Großkopf in Novosibirsk, wobei sich herausstellte, dass nicht er sich über uns beklage, sondern wir uns über Großkopf beklagen würden, was nach Auffassung Schulenburgs nicht gerechtfertigt sei. Er, Schulenburg, hätte diesen Brief vielleicht nicht wie Großkopf in diesem Ton geschrieben, halte ihm zugute, dass letzterer sich bereits seit 10–12 Jahren an dem gleichen Ort in einer höchst ungünstigen Lage befände, sich mit niemandem treffe, was eine gewisse Nervosität hervorrufen könne. Sch. gedenke Großkopf nach Kiev zu versetzen. Ich sagte, dass mir diese Fälle von Ausweisungen und Verhaftungen unbekannt seien, während der Abwesenheit von Gen. Krestinskij hätte ich jedoch in Erfahrung gebracht, dass diese Verhaftungen ein großes Ausmaß annähmen, und ich interessierte mich für diese Angelegenheit als eine allgemeine Erscheinung, nicht aber für jeden einzelnen Fall. Mir sei gesondert nur der Fall Görbing vorgetragen worden, und ich erinnerte mich daran, dass wir seine Ehefrau, die aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft ausgetreten sei, zuerst nicht weglassen wollten, und als er sich einverstanden erklärt habe, ohne Ehefrau zu fahren, hätten wir an den Fall seines Sekretärs erinnert, der Görbing verleumdet hatte, und wir im Interesse von Görbing entschieden, ihm anzuraten, nicht mehr hierher zurückzukehren. Wir befürchteten sowohl für das NKID als auch für die Deutsche Botschaft Scherereien. Es sei zu berücksichtigen, dass unsere Gesellschaft und unsere Amtspersonen, die Tag für Tag in der Presse läsen, dass sich Hitler-Deutschland auf einen Überfall auf die UdSSR vorbereite, uns mit unseren Freunden entzweie, unsere Feinde unterstütze usw., mitunter dazu neigten, in jedem Deutschen einen Agenten Hitler-Deutschlands zu sehen, der nach Kräften ein Teilchen dieser Ränke darstelle. Sowohl diese Verhaftungen als auch das Verhalten der Presse dürften nicht losgelöst von den politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern gewertet werden.

² Vgl. Dok. 351.

³ Vgl. „Otvety gospodinu Ribbentropu. Interv'ju, dannoe G. Dimitrovym predstavitel'jam pečati“ (Antwort an Herrn Ribbentrop. Interview G. Dimitrovs für Vertreter der Presse). In: Pravda vom 8. Januar 1936, S. 4.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 296, 302.

Sch. erinnerte mich an mein früheres Versprechen, bei ihm zu frühstücken. Ich sagte, dass ich mich an das Versprechen erinnere und es sehr gern nach meiner Rückkehr aus Genf oder bei einer Nichtreise⁶ dorthin einlösen werde.

Sch. berührte auch die Frage bezüglich Italiens und der Erdölsanktionen.⁷ Ich äußerte meine Bedenken hinsichtlich einer Erweiterung der Sanktionen auf das Erdöl, und zwar aus dem Grund, dass erstens Amerika die Erdölausfuhr nicht völlig verbiete und es schwierig sein werde, deren Transit nach Italien durch andere Länder zu kontrollieren, und zweitens, weil solange über diese Sanktionen gesprochen worden sei, dass es Italien in der Zwischenzeit vermutlich gelungen sei, sich auf viele Monate hinaus mit Erdöl zu bevorraten. England werde wohl kaum in dieser Sache die Initiative ergreifen, und die anderen Staaten umso weniger. Wenn sich herausstelle, dass es in der Sanktionsfrage keine neue Bewegung gebe, und die Verhandlung unserer Klage gegen Uruguay⁸ vertagt werde, würde ich wohl kaum nach Genf fahren.

Sch. äußerte sich skeptisch zu einem möglichen italienisch-deutschen Abkommen. Ich stimmte ihm zu, indem ich die abwartende Haltung Hitlers guthieß, weil im Falle eines missglückten Ausgang des Abessinienkrieges Italien derartig viel von seinem internationalen Ansehen verliere, dass es als Partner für Deutschland nicht besonders anziehend sein werde, und im Falle eines siegreichen Kriegsausganges würden die italienisch-deutschen Gegensätze in der Österreich- und Balkanfrage erneut an Schärfe gewinnen.

Sch. erzählte mir von der Popularität von Madame Attolico⁹ in Berlin.

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit blauem Farbstift: an Gen. Štern.

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: zu den Akten. Š[tern]. 12-1-37¹⁰.

Oben rechts in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 90 vom 11.1.1936.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] ins Archiv, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an *Gen. Štern*¹¹, das 5. nach Berlin.*

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 4–2. Kopie.

⁶ So im Dokument.

⁷ Am 18.12.1935 fasste das „Komitee der 18“ des Völkerbundes den Beschluss, dass die erlassenen Wirtschaftssanktionen gegen Italien nicht auf die Lieferung von Erdöl ausgedehnt werden sollten.

⁸ Vgl. Dok. 367, Anm. 21.

⁹ Eleonora Attolico.

¹⁰ So im Dokument; richtig: 12-1-36.

¹¹ Der Name ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

Nr. 345
Aktenvermerk des Generalbevollmächtigten der Firma Otto Wolff
Siedersleben

Köln den 10. Januar 1936

Aktenvermerk.

Betr.: Russland

Bei den Unterredungen, die Herr Wolff, Herr Baron von Swieykowski und ich in Herrn Wolffs Berliner Wohnung Lützowufer 33 gestern Abend ab 20 Uhr mit dem Handelsvertreter der UdSSR Herrn Kandelaki und seinem Vertreter Friedrichson hatten, wurden bis zu meiner Abreise nach Köln (22.30 Uhr) folgende Fragen behandelt:

1.) Die Russen stellten große Aufträge für die Deschimag¹ in Aussicht, wobei von über RM 100 Millionen schon für absehbare Zeit gesprochen und die angeblich bereits erteilte Zustimmung der deutschen Behörde vorgetragen wurde.

2.) Dem Plane einer Anleihe bis 19 Jahre Laufzeit (Durchschnittslaufzeit 10 Jahre), die zur allmählichen Bezahlung der zusätzlichen Bestellungen in Deutschland dienen soll, stimmten die Russen, wie bereits in früheren Verhandlungen mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister², grundsätzlich zu. Jedoch ließ sich wegen der Wertgrundlage (Wertmesser) eine Einigkeit nicht erzielen. Herr Kandelaki lehnte wiederholt und in ultimativer Form jede Gold- oder Valutaklausel ab, obwohl, wie zugegeben wurde, Goldklauseln bei derart langfristigen internationalen Geschäften schon in der Vorkriegszeit selbstverständlich gewesen sind.

Wir betonten den theoretischen Charakter dieser Frage. Herr Wolff bemerkte mehrfach, dass er keinerlei amtlichen Auftrag habe, sondern rein als privater Geschäftsmann verhandele und nicht wisse, welche Genehmigung die Regierung schließlich geben werde.

3.) Wegen des Fischer-Benzin-Verfahrens³ gab Herr Friedrichson, den ich fragte, positive Erklärungen nicht ab.

Siedersleben

Urschrift: H.A. Russland

Durchschlag: H.A. Ruhrchemie

Eigenhändige Unterschrift.

RWWA, 72-48-6, o.P., 2 Bl.

¹ Die Deutsche Schiff- und Maschinenbau Aktiengesellschaft (1928–1945) war ein Zusammenschluss von acht norddeutschen Werften und hatte ihren Sitz in Bremen. Die Deschimag war auch im Flugzeugbau tätig.

² Hjalmar Schacht.

³ Gemeint ist die 1925 entwickelte Fischer-Tropsch-Synthese der Kohleverflüssigung zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe und Motoröle.

Nr. 346

**Auszug aus dem Vortrag des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare
Molotov auf der II. Tagung des CIK der UdSSR**

10. Januar 1936

[...]

Ich sage es rundheraus, die sowjetische Regierung würde sich die Herstellung besserer Beziehungen mit Deutschland als die jetzigen wünschen. Uns scheint dies unter dem Aspekt der Interessen der Völker sowohl der UdSSR als auch Deutschlands unbestritten zweckdienlich zu sein. Aber die Umsetzung dieser Politik hängt nicht allein von uns ab, sondern auch von der Regierung Deutschlands.

Worin besteht aber die Außenpolitik der jetzigen deutschen Regierung? Über die Hauptrichtung dieser Außenpolitik habe ich auf dem VII. Sowjetkongress¹ gesprochen, als ich aus dem programmatischen Buch Hitlers „Mein Kampf“, das in Deutschland in Millionen von Exemplaren verbreitet wird, zitierte. In diesem Buch spricht Hitler direkt von der Notwendigkeit, „zur Politik territorialer Eroberungen“ überzugehen. Dabei erklärt Hitler unumwunden: „Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“

Seitdem diese Erklärung Hitlers von der Tribüne des Sowjetkongresses vorgelesen wurde, hat die deutsche Regierung keinen einzigen Versuch unternommen, diesen Eroberungsplänen gegenüber der Sowjetunion eine Absage zu erteilen. Im Gegenteil, sie hat mit ihrem Schweigen vollauf bekräftigt, dass die zitierte Erklärung Hitlers in Kraft bleibt. Das war für uns keine Überraschung. Die Herren Nationalsozialisten, die in ihren Plänen jedes Maß verloren haben, betreiben, wie allen bekannt ist, die Vorbereitung auf Eroberung gerade in diese Richtung, wenn auch nicht allein in diese Richtung.

Diese verbrecherische Propaganda zur Eroberung fremder Territorien hat auch schon neue Anhänger außerhalb Deutschlands. Es gibt bereits alle möglichen Nachbeter des deutschen Kapitals auch im benachbarten Polen, vom Typ des Herrn Studnicki und der kopflosen Herren der Krakower Zeitung „Czas“, die dermaßen über die Stränge schlagen, dass sie in der Presse offen von der Eroberung einiger Territorien der UdSSR faseln, wovon einige Sonderlinge schon wiederholt im Alkoholrausch geträumt haben. Solche Wahnvorstellungen sind auch einigen Elementen des mit uns benachbarten Finnland nicht fremd, die sich immer mehr an den aggressivsten imperialistischen Staaten orientieren.

Allen ist bekannt, dass sich der deutsche Faschismus nicht darauf beschränkt, Eroberungspläne nur zu schmieden, sondern sich zum Handeln in nächster Zeit vorbereitet. Vor unser aller Augen verwandelten die deutschen Faschisten das in ihre Verfügungsgewalt geratene Land in ein Kriegslager, das wegen seiner Lage im Zentrum Europas auch keineswegs nur eine Bedrohung für die Sowjetunion darstellt. Selbst wenn man von den anderen Ländern absieht, so weiß doch jeder mann, dass zum Beispiel der Tschechoslowakei, die keinen ihrer Nachbarn bedroht

¹ Am 28.1.1935. Vgl. Dok. 19.

und ihrer friedlichen Arbeit nachgeht, bereits die Finsternis des deutschen Faschismus droht, welcher mit Bajonetten und Kanonenrohren strotzt, der alle möglichen und bis gestern noch für unmöglich gehaltenen chemischen Kampfstoffe besitzt, um Menschen zu vergiften und zu vernichten, der mit einer schnellen und mit einer lautlosen Luftwaffe für den unerwarteten Überfall ausgerüstet ist und über all das verfügt, was einen jetzigen Krieg in eine Massentötung nicht nur von Soldaten an der Front, sondern auch von einfachen Zivilisten, von Frauen und Kindern verwandelt.

All das stellt eine wachsende Gefahr für den Frieden nicht nur in Europa dar.

Wie widersprüchlich die Lage gegenwärtig in Deutschland ist, wird aus dem Folgenden ersichtlich.

Neben der rücksichtslosen antisowjetischen Außenpolitik bestimmter deutscher Regierungskreise wurde der Sowjetunion auf Initiative der deutschen Regierung der am 9. April 1935 unterzeichnete Vertrag zwischen Deutschland und der UdSSR über einen Kredit von 200 Millionen Mark mit einer Laufzeit von fünf Jahren vorgeschlagen.² Dieser Kredit wird von uns im Großen und Ganzen erfolgreich umgesetzt, wie auch der Fünfjahreskredit über 250 Millionen Kronen, den uns die Tschechoslowakei im vergangenen Jahr gewährt hat.³ In den letzten Monaten konfrontierten uns deutsche Regierungsvertreter mit der Frage eines neuen, größeren Kredits, nun bereits mit einer Laufzeit von 10 Jahren.⁴ Obgleich wir ausländischen Krediten nicht nachjagen und im Unterschied zur Vergangenheit in einem bedeutenden Umfang dazu übergegangen sind, die Einkäufe im Ausland in bar zu bezahlen und nicht über Kredit zu tätigen, haben wir es nicht abgelehnt und lehnen es nicht ab, auch diesen Geschäftsvorschlag der deutschen Regierung zu prüfen.

Die Entwicklung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Staaten, unabhängig davon, welche politische Kraft zeitweilig die Herrschaft in ihnen ausübt, entspricht der Politik der Sowjetmacht. Wir glauben, dass dies auch den Interessen des deutschen Volkes entspricht. Daraus praktische Schlussfolgerungen zu ziehen, ist selbstverständlich Sache der Regierung Deutschlands.

[...]

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Anlage 1, S. 695-705, hier S. 697-699.

² Vgl. Dok. 116.

³ Vgl. Dok. 92, Anm. 5.

⁴ Vgl. Dok. 166.

Nr. 347

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Geheim

Expl. Nr. 5

11. Januar [1936]

4002

An den
Bevollmächtigten Vertreter
der UdSSR in Deutschland
Gen. Suric

Lieber Jakov Zacharovič,

Sie kennen bereits den Text der gestrigen Rede des Gen. Molotov zur internationalen Lage.

Obgleich er in dem Deutschland betreffenden Teil¹ Bezug auf sein Referat auf dem Sowjetkongress² nahm und feststellte, dass die deutsche Regierung seitdem keinerlei Erklärungen abgegeben hat, dass sich die Außenpolitik Deutschlands von den Programmklärungen Hitlers in dem Buch „Mein Kampf“ distanziert, schlug Gen. Molotov dennoch in seiner Rede gegenüber Deutschland einen etwas milderen Ton als in der vorjährigen an.³ Denn er sprach direkt unseren Wunsch aus, mit der deutschen Regierung bessere als die jetzigen Beziehungen zu haben, und unsere Bereitschaft, mit Deutschland auf der Grundlage eines uns gewährten Kredites Handel zu treiben und ihn sogar auszubauen. Ich meine deshalb, dass die Rede des Gen. Molotov von den deutschen Regierungskreisen nicht als besonders feindselig aufgenommen werden wird.

Das schließt selbstverständlich nicht aus, dass die deutsche Presse mit dem Segen der deutschen Regierung in den gewohnten feindseligen und verleumderischen Tönen auf die Rede antworten wird.

Gestern habe ich auf dem Kongress ein paar Worte mit Gen. Pjatakow gewechselt. Er erwartet von Tag zu Tag die Mitteilung Kandelakis, dass die Deutschen bereit sind, die Verhandlungen fortzusetzen. Wenn er diese Mitteilung erhält, reist er unverzüglich ab.

Bezugnehmend auf die letzten Schreiben und Tagebücher von Ihnen und Gen. Bessonov⁴ scheint mir, dass wir uns hinsichtlich dieses 500-Millionenkredits mit den Deutschen verständigen werden. Was jedoch die Frage einer Veränderung der politischen Haltung der Deutschen uns gegenüber betrifft, so sind in dieser Richtung weder in Berlin, noch in Moskau, noch an anderen Ort des Erdballs Anzeichen irgendwelcher Veränderungen zu bemerken.

¹ Vgl. Dok. 346.

² Vgl. Dok. 19.

³ Nach Auffassung von Graf von der Schulenburg habe sich der Ton der Rede Molotovs gegenüber Deutschland eher verschärft. Vgl. Dok. 348.

⁴ Vgl. Dok. 330, 331, 338.

Im Gegenteil, es gibt immer mehr Anzeichen für eine Konsolidierung der deutsch-japanischen Beziehungen, einer Konsolidierung, die eine klare antisowjetische Stoßrichtung aufweist.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 E[xemplare]. Das 1. [Exemplar] an den Adr[essaten], das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 9–8. Kopie.
Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 12, S. 25–26⁵.

Nr. 348
Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 11. Januar 1936 23.15 Uhr
Ankunft, den 12. Januar 1936 0.30 Uhr

Nr. 8 vom 11.11.

Über außenpolitischen Teil Rede Molotows¹ hat Deutsches Nachrichtenbüro Meldungen Moskauer Vertreters und von TASS erhalten.

Verglichen mit Rede *Molotows vor dem VII. Sowjetkongress im Januar 1935*² ist verstärktes überhebliches Auftrumpfen festzustellen, das durch Ankündigung wesentlicher Erhöhung Militäretats unterstützt wird.

Deutschland gegenüber hat sich Ton eher verschärft. Zwar erklärt Molotow einleitend, er wünsche Verbesserung Beziehungen zwischen beiden Staaten, andererseits erhebt Molotow besonders scharfe direkte und indirekte Angriffe gegen Deutschland. *Er spricht von „verbrecherischer Propaganda für Eroberung fremden Bodens“*³, welche Nationalsozialisten betrieben und die Nachahmer in Polen und Finnland fände. Auf seinen vor VII. Sowjetkongress erfolgten Hinweis betr. Äußerungen in „Mein Kampf“, die gegen Russland gerichtet seien, habe deutsche Regierung geschwiegen. Hierdurch würde bestätigt, dass diese Äußerungen in Kraft blieben. Deutsches Argument, dass Deutschland und Sowjetunion keine gemeinsame Grenze hätten, sei nicht stichhaltig, da Deutschland fieberhaft Beherrschung Ostsee vorbereite und zu Polen besondere Beziehungen entwickelt hätte. Deutsches Ex-

⁵ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Vgl. Dok. 346.

² Der Text ist unterstrichen. Dazu am Seitenrand, aber durchgestrichen: „Akten betr. Kom.Kongress. In diesen ist über eine Rede Molotoffs nichts zu ermitteln.“ Vgl. Dok. 19.

³ Der Text ist unterstrichen.

pansionsstreben bedrohe nicht nur Sowjetunion. *Deutscher Faschismus beschränke sich nicht auf Pläne, sondern bereite sich vor, in nächster Zeit zu handeln. Faschismus habe „in seine Hand gefallenes“ Deutschland in Kriegslager verwandelt, welches friedlichen Nachbarn, wie Tschechoslowakei, mit allem Schreck modernen Luft- und Gaskriegs bedrohe.*⁴ Etwas unvermittelt kommt Molotow dann auf deutsch-sowjetisches Kreditabkommen vom April 1935⁵, das er als Beweis für „widerspruchsvolle Lage in Deutschland“ anführt. Trotz deutscher Anti-sowjetkampagne sei auf „Initiative Deutschlands“ Abkommen geschlossen worden und werde erfolgreich realisiert. Im letzten Monat habe deutsche Regierung Sowjetunion noch größeren Kredit auf 10 Jahre vorgeschlagen.⁶ Sowjetunion nachlaufe nicht ausländischen Krediten, aber ablehne auch nicht, geschäftlichen Vorschlag zu erörtern. Entwicklung Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern, unabhängig von ihren zeitweiligen Regierungssystem, entspreche sowjetischer Politik. Damit werde auch Interessen deutschen Volkes gedient. Praktische Schlussfolgerung müsse jedoch deutsche Regierung ziehen.

Neben heftigen Angriffen, welche Nervosität angesichts wachsenden politischen Schwergewichts Deutschlands verraten, tritt somit Erklärung, zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit zu sein. Hierbei bleibt offen, inwieweit es sich um taktischen Schritt handelt, der auf andere Staaten einwirken soll.⁷

Schulenburg

Auferstem Blatt oben der Stempel des AA: IV Ru 165, Eing. 13. Jan. 1936. Am Seitenrand Stempel: R.K./ P.K. vorgelegt. Tel Kentn. sowie Stempel über die Verteilung. Gefertigt in 15 Exemplaren. Unten zdA H[encke] 14/1 und Po 2 Ru.

PA AA, R 83399, Bl. H 047398-047399.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 489, S. 965–966.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Vgl. Dok. 116.

⁶ Einen ersten Hinweis auf den Vorschlag findet sich im Tagebuch Bessonovs vom Mai 1935; vgl. Dok. 166. Hier wird Bezug genommen auf das Gespräch Schachts mit Kandelaki am 16.12.1935; vgl. Dok. 329. Am 11.1.1936 rief ein Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ bei Dittmann an und fragte wegen des Kreditangebotes nach. Nach telefonischer Rücksprache mit dem Reichswirtschaftsministerium informierte Dittmann die Redaktion noch am gleichen Tage, dass dazu „jede Veröffentlichung der Presse dringend unerwünscht sei“. PA AA, R 31477, Bl. H 097938-097939, hier H 097939. In den Presseanweisungen vom 13.1.1936 hieß es: „Die Molotow-Rede soll groß aufgemacht werden, und zwar möglichst in der ausführlichen Fassung des DNB.“ Dagegen lautete die Anweisung am 14.1.1936: „Die Debatte über Molotow soll nunmehr abgeschlossen werden.“ In: NS-Presseanweisungen, Bd. 4/I, S. 35 und S. 40.

⁷ Schulenburg verfasste über den außenpolitischen Teil der Rede Molotovs einen ausführlichen Bericht, der unter der Nummer A/48 am 13.1.1936 an das AA geschickt wurde. Darin hieß es zu der Kreditfrage: „Beim Hinweis Molotovs auf die Verhandlungen über einen künftigen deutschen Zehn-Jahres-Kredit für die Sowjetunion liegt der Gedanke nahe, dass der Nebenzweck, auf Verhandlungen mit anderen Staaten zu drücken, dafür maßgeblich war, wenn Molotow eine Mitteilung über jene Kreditverhandlungen, dazu unter Entstellung der Initiativ-Frage, an die große Glocke hing.“ PA AA, Moskau 59, Bl. 375277-375284, hier Bl. 375282-375283.

Nr. 349
Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 11. Januar 1936

Tagebuch

S. Bessonovs

**2.–12. Januar

Nr. 6/s**1

DIE WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN

(Gespräche mit Bräutigam, Mossdorf und Hencke)

Die Deutschen führten am 4. Januar eine Vorbesprechung zu den Wirtschaftsverhandlungen mit uns durch.² Auf dieser Besprechung sind keine greifbaren Beschlüsse gefasst worden.

Es wurden folgende Fragen erörtert:

1. Zum Zahlungsmodus für unsere Verbindlichkeiten im Jahr 1936.

*In dieser Frage dominiert bislang die Haltung Schachts, der bereits in den Gesprächen mit Gen. Kandelaki forderte, sämtliche Verbindlichkeiten im Jahr 1936 in Gold oder in Devisen zu bezahlen.³ Während des Frühstücks, das die Bevollmächtigte Vertretung am 6. Januar zu Ehren von Bräutigam anlässlich seiner Abreise gab⁴, stellte sich jedoch heraus, dass in dem Gespräch Kandelakis mit Mossdorf, das einige Tage vor diesem Treffen stattgefunden hatte, Mossdorf von der anfänglichen Haltung Schachts bereits abgerückt war und durchblicken ließ, dass es möglich wäre, nur 40 Mio. Mark in Gold und in Valuta zu bezahlen.^{*5}

2. Zum Rohstoffimport aus der UdSSR.

Die Besprechung beschäftigte sich mit der sehr merkwürdigen Berechnung, welche Rohstoffe möglichst regelmäßig aus der Sowjetunion zu beziehen wären. Dazu ist eine Liste in Höhe von 160–200 Mio. Mark für den jährlichen Rohstoffimport aus der UdSSR erstellt worden.

Laut Erklärung der Deutschen würden sie mit dieser Liste zwei Ziele verfolgen. Einerseits käme es für Deutschland angesichts des Misserfolges, Rohstoffe aus anderen Quellen zu beziehen, darauf an, den Bezug der erforderlichen Rohstoffe gerade aus der UdSSR sicherzustellen. Andererseits könnte die UdSSR auf diese Weise gezwungen werden, in Deutschland die laufenden Aufträge zu tätigen oder Waren in bar zu kaufen, was für die Deutschen von ganz bestimmter Bedeutung wäre^{*6}, da zwischen dem Auslaufen der Zahlungen bezüglich unserer alten Ver-

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 341.

³ Vgl. Dok. 329.

⁴ Bräutigam wurde an die Deutsche Botschaft in Frankreich versetzt.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

bindlichkeiten und der Zahlungsaufnahme für unsere neuen Verbindlichkeiten eine Zeitspanne von 3–4 Jahren liegt, die mit unseren laufenden Aufträgen ausgefüllt werden muss.

In dieser Frage sind wir sehr einträchtig über die Deutschen hergefallen und haben erklärt, dass überhaupt keine Rede davon sein könne, unseren Export nach Deutschland zu fixieren, mit Ausnahme jenes Teils, der für die Deckung der jährlichen Zahlungen im Rahmen des 500-Millionenkredits erforderlich sein wird.

*Wir machten die Deutschen weiterhin darauf aufmerksam, dass sie weit über das hinausgingen, worüber Schacht gesprochen hätte, als er vorschlug, lediglich jene Summe zu fixieren, die für die Deckung unserer Verpflichtungen erforderlich sei, und alles das, was darüber hinausgehe, keiner Begrenzung zu unterwerfen. Er machte lediglich den Vorbehalt, dass wir die durch den Export erzielten Erlöse in Deutschland ausgeben müssten.*⁷

3. Die oben angeführte Besprechung beschäftigt sich nur mit diesen zwei Fragen. Im Allgemeinen sind alle Verhandlungen bis zum 10. Januar, an diesem Tag wird Schacht aus dem Urlaub erwartet, unterbrochen. In der Zwischenzeit zeichnete sich jedoch in dem Gespräch Kandelakis mit Wolff⁸ sowie in meinen Gesprächen mit Bräutigam und Mossdorf ab, dass die Deutschen möglicherweise die Garantieforderung für das Abkommen in Gold oder in einer beliebigen anderen Währung aufwerfen werden. *Wolff erklärte die Forderung nach einem Goldkurs in unseren Obligationen damit, dass die Deutschen dank dieses Goldkurses in England Kredite bekommen können.*⁹ Mossdorf und Bräutigam sprachen darüber, dass der Goldkurs zumindest für Teile unserer Obligationen notwendig sei, damit die Deutschen ausländische Kredite für jene Rohstoffe bekommen könnten, die für die Herstellung von Waren benötigt werden, die für die Lieferung an die UdSSR bestimmt sind.

So oder so ist sicherlich damit zu rechnen, dass die Frage eines garantierten Marktkurses in den bevorstehenden Abkommen zur Sprache gebracht werden wird. Im Übrigen sind sich alle meine Gesprächspartner sicher, dass es bereits im Januar gelingen werde, das Gesamtabkommen zu unterzeichnen.

S. Bessonov

Vermerk mit blauem Farbstift: M.M.¹⁰

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 163 vom 14.1.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Litvinov, 2 an Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 11.1.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 49, l. 11–11R. Original.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁸ Vgl. Dok. 345.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁰ Litvinov.

Nr. 350
Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 1
11. Januar 1935¹

Nr. 4/s²

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR
Gen. M.M. LITVINOV

Lieber Maksim Maksimovič.

*In letzter Zeit stellen wir vermehrt Anzeichen dafür fest, dass die Deutschen zu Repressalien gegenüber sowjetischen Bürgern in Deutschland greifen könnten. Beamte des Ministeriums deuteten uns unlängst an (im Zusammenhang mit der Verweigerung des Rückreisevisums für den deutschen Journalisten Görbing³), dass die deutschen Innenbehörden gegen Gen. Gofman einige Repressalien anwenden könnten.*⁴ Außerdem hat das Ministerium unlängst noch einmal bei uns demarchiert wegen der bedrohlichen Zunahme von Verhaftungen deutscher Staatsbürger in der UdSSR⁵; man habe über das Schicksal einer recht bedeutenden Anzahl von Inhaftierten keinerlei Informationen. Zum Beispiel wurde darauf verwiesen, dass in zwei oder drei Fällen, obwohl die Deutsche Botschaft in Moskau vom NKID vor langer Zeit die Benachrichtigung über die Ausweisung von inhaftierten deutschen Staatsbürgern erhalten hätte, diese deutschen Staatsbürger jedoch bis jetzt nicht in Deutschland erschienen seien und über ihren Aufenthaltsort auch niemand etwas wisse. In diesem Zusammenhang wurden erneut dahingehend Andeutungen gemacht, dass die deutschen Innenbehörden auf solch eine Lage der Dinge in der Sowjetunion mit gewissen Repressalien gegen sowjetische Bürger in Deutschland antworten könnten. Inwiefern das alles ernst gemeint ist, lässt sich vorerst schwer sagen. Aber es gibt bereits einige Fakten. Zum Beispiel wurde ein Mitarbeiter der Derunapht, der aufgrund seines Dienstpasses die Aufenthaltserlaubnis für Deutschland erhalten hatte, dieser Tage zur Polizei einbestellt, wo man ihm anstelle einer langfristigen Aufenthaltserlaubnis eine kurz befristete anbot.

Wir meinen hier, dass deutsche Repressalien gegen unsere Bürger, wenn sie in nächster Zeit in Anwendung kommen sollten, einen negativen Einfluss auf den Charakter und auf das Tempo der jetzt geführten Wirtschaftsverhandlungen nehmen können. In diesem Zusammenhang erachten wir es als zweckmäßig, die An-

¹ So im Dokument; richtig: 11. Januar 1936.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Vgl. Dok. 340, 344.

⁴ Der hier und im Folgenden so gekennzeichnete Text wurde von Litvinov am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁵ Vgl. Dok. 339.

lasse für deren Entstehung in der nächsten Zeit wenn nicht vollständig zu beseitigen, so doch wenigstens zu verringern. Mir scheint, in diesem Zusammenhang wäre es richtig: erstens, den Deutschen zu allen Inhaftierten, über die wir bis jetzt den Deutschen nichts mitgeteilt haben, eine Information über deren Aufenthaltsort und Schicksal zu geben, zweitens, darauf einzugehen, die Gefängnishaft der wegen Steuersachen Inhaftierten in eine Ausweisung umzuwandeln, wenn keine besonderen erschwerenden Umstände vorliegen.

Obgleich ich in Ermangelung jeglicher Informationen nicht in der Lage bin, mich zu äußern, so halte ich es, was Görbing betrifft, dennoch für möglich, der Frau Görbings eine Kurzreise nach Moskau zu erlauben, um die Wohnung und den Besitz aufzulösen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Ja. Suric

*Vermerk M.M. Litvinovs mit blauem Farbstift: *An N.N.⁶, Umanskij*⁷, Štern und darüber ist mit Bleistift durchgestrichen: umgehend Štern vorzulegen.*

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: An Gen. Lev[in], Gen. Kant[er], mit Bitte um Rücksprache. 17.1.36 Š[tern].

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 165 vom 14.1.1936.

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 233 vom 15.1.1936.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 139 vom 16.1.1936.

Oben links befindet sich der Stempel des Geheimarchivs der Presseabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 35 vom 16.1.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. 1 [Exemplar] an den Adressaten, 1 zu den Akten. 11.1.36.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 4, l. 17–17R. Original.

⁶ Krestinskij.

⁷ Der Text ist mit Bleistift geschrieben.

Nr. 351
Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA

Moskau, den 13. Januar 1936

**1 Tgb.Nr. A/43

Durchschlag

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Inhalt: Protest gegen die Haltung der sowjetischen Presse und des Sowjetrunds gegenüber Deutschland
Im Anschluss an die Berichte von 19.12.1935 – A/2763² – und vom 6.1.1935 – A/31³

Am 9. Januar habe ich beim Volkskommissar Litwinow gegen folgende Deutschland und seine führenden Staatsmänner beleidigende Äußerungen der Sowjetpresse und des sowjetischen Rundfunks nachdrücklich protestiert:

1) gegen den Artikel des „Journal de Moscou“ vom 3. Dezember 1935⁴, der schwere Beleidigungen des Führers und Reichskanzlers im Zusammenhang mit dem Interview an die United Press⁵ enthielt;

2) gegen eine Sendung des Komintern-Senders vom 4. Dezember 1935, die den oben erwähnten Artikel des „Journal de Moscou“ zum Inhalt hat;

3) gegen das in der „Prawda“ vom 8. Januar 1936⁶ und in der „Deutsche Zentral-Zeitung“ vom 9. Januar 1936⁷ erschienene Interview Dimitroffs, in dem sich dieser mit dem Briefe des Botschafters von Ribbentrop an Lord Allen⁸ auseinandersetzte und das schwere Angriffe gegen die deutsche Rechtsordnung enthielt;

4) gegen eine Reihe von besonders ausfallenden und unflätigen Karikaturen der Moskauer und der Provinzpresse, in denen führende *deutsche Persönlichkeiten*⁹ verunglimpft wurden.

¹ Handschriftlich eingefügt: zu.

² Vgl. PA AA, Moskau 212, Bl. 429145. Inhalt: Protest gegen Verunglimpfungen des Führers und Reichskanzlers in der Sowjetunion.

³ So im Dokument; richtig: 6.1.1936. Vgl. PA AA, Moskau 212, Bl. 429160-429162. Inhalt: Angriff des Journal de Moscou auf die angeblichen „Auslandsagenturen“ des Nationalsozialismus.

⁴ Vgl. Dok. 308, Anm. 4.

⁵ Anlässlich der Einweihung der Deutschlandhalle am 29.11.1935 erklärte Hitler gegenüber der United Press, die Nürnberger Rassegesetze seien pro-deutsch, nicht anti-jüdisch.

⁶ „Otvety gospodinu Ribbentropu. Interv'ju, dannoe tov. G. Dimitrovym predstaviteljam pečati“ (Eine Antwort an Ribbentrop. Interview, das Gen. Dimitrov Pressevertretern gab). In: Prawda vom 8. Januar 1936, S. 4.

⁷ „Antwort an Herrn Ribbentrop. Interview von Pressevertretern mit Genossen G. Dimitroff“. In: Deutsche Zentral-Zeitung vom 9. Januar 1936, S. 2.

⁸ „Ein Brief an Lord Allen. Botschafter Ribbentrop antwortet auf eine englische Eingabe“. In: Völkischer Beobachter vom 17. Dezember 1935, S. 1–2. Ribbentrop lehnte darin die von Allen und anderen geforderte Freilassung Hans Littens ab.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

Ich habe Herrn Litwinow bei dieser Gelegenheit erneut und sehr energisch auf die Unzulässigkeit derartiger beleidigender Angriffe gegen ein fremdes Staatsoberhaupt hingewiesen sowie den besonders gehässigen Ton der Presseveröffentlichung unterstrichen, in denen noch dazu unwahre Anwürfe gegen Deutschland und seine führenden Männer vorgebracht worden seien. Als Herr Litwinow einwandte, dass auch in der deutschen Presse Angriffe gegen die Sowjetunion und ihre leitenden Männer erschienen, erwiderte ich ihm, dass die deutschen Zeitungen niemals derart grobschlächtige Angriffe, wie sie in der Sowjetpresse enthalten seien, gebracht hätte.

Abschließend versprach mir Herr Litwinow, dass er mäßigend auf die Sowjetpresse einwirken wolle.¹⁰

gez. Schulenburg

Auf erstem Blatt oben: A/ 582 36 und zdA 14/1, am Seitenrand: ab 13.I Gü[nther]. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429165-429166.

Nr. 352

Aufzeichnung der Unterredung des Gehilfen des Leiters der Presseabteilung im NKID Mironov mit dem Korrespondenten der „Münchener Neuesten Nachrichten“ in Moskau Mehnert

Geheim
[13.1.1936]

Nr. 24506¹

GESPRÄCH des Gen. MIRONOV mit MEHNERT

Heute suchte mich MEHNERT („Münchener Neueste Nachrichten“ und einige andere Provinzzeitungen) auf und händigte mir ein Schreiben aus, mit dem er die Presseabteilung davon unterrichtet, dass er in Abstimmung mit seinen Redaktionen seine Tätigkeit in Moskau zeitweilig unterbricht und abreist. Mündlich ergänzte M[ehnert], dass er deshalb abreise, weil es vollkommen unmöglich geworden wäre, in der deutschen Presse irgendetwas Positives über die Sowjetunion zu veröffentlichen. Das Fass seiner Geduld hätten zwei Tatsachen, die jüngst zu beobachten waren, zum Überlaufen gebracht: 1) das Organ der Hitlerjugend (M. ist bekanntlich Fachmann für die Jugendbewegung) habe eine komplette antisowjetische Nummer herausgebracht – bis jetzt sei dieses Organ nicht für die Rosenbergsche Lehre zugänglich gewesen, und 2) habe Just wegen des Artikels über die Einführung der Neujahrstanne in der UdSSR² vom Propagandaministerium große Unannehmlich-

¹⁰ Eine Aufzeichnung unmittelbar nach dem Gespräch vom 9.1.1936 befindet sich auch in PA AA, Moskau 212, Bl. 429163-429164. Vgl. auch Dok. 344.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² An der Jahreswende zu 1936 wurde in der UdSSR die Tanne offiziell zum Symbol des Neujahrsfestes deklariert. Vgl. auch Dok. 343.

keiten bekommen. Wenn man nicht einmal über die Neujahrstanne schreiben dürfte, worüber könne man denn sonst noch schreiben?!

Ich habe die Erklärung Mehnerts lediglich zur Kenntnis genommen.

B. Mironov

13. Januar 1936

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: An Gen. Lev[in], Gen. Kant[er] 14.I.36. Š[tern].

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 99 vom 14.1.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Lit[vinov], 1 an Gen. Kr[estinskij], 1 an Gen. Štern, 1 nach Berlin, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 85, d. 26, l. 7. Kopie.

Nr. 353

Brief des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschafter in Tokio von Dirksen

Berlin, den 14. Januar 1936

Vertraulich!

Hochzuverehrender Herr Botschafter,

Zunächst muss ich wieder um Entschuldigung bitten, dass ich erst diesen Kurrier dazu benutze, um Euer Hochwohlgeboren für das gütige Schreiben vom 14. Oktober¹ zu danken, das für mich wie stets eine ganz besondere Freude und Ehre bedeutet hat. Jetzt, nachdem ich nun schon einige Wochen in dem neuen Arbeitsgebiet tätig bin, bin ich auch besser in der Lage, Ihnen, hochverehrter Herr Botschafter, sachlich antworten zu können. Ich muss gestehen, dass die Leitung des Referats IV Ru zwar recht interessant, aber unter den gegebenen Verhältnissen doch noch wesentlich schwieriger ist, als ich es mir gedacht habe.

Für den gegenwärtigen Stand unserer Beziehungen zur Sowjetunion ist die letzte Rede Molotows auf der ZIK-Sitzung² in Moskau recht bezeichnend. Wenn sie auch schlecht sind, so besteht *doch immerhin nicht mehr der Zustand der Stagnation*, der noch vor einigen Monaten herrschte. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Sowjetregierung seit *etwa 2 Monaten ein besseres Verhältnis zu uns anstrebt*. Der Grund für diesen Wunsch dürfte – abgesehen von unserer militärischen Erstarkeung – ebenso sehr in gewissen *Enttäuschungen* an *Frankreich* (Haltung Laval) als auch in der Absicht liegen, sich *England zu nähern*. Dazu drängt offenbar das gemeinsame Interesse an einer *politischen Abwehr des japanischen Expansionsdranges*. Für die Engländer sind die Russen wohl aber nur dann interessant, wenn ihr Rücken im Westen einigermaßen frei ist. So erklärt sich jedenfalls

¹ Vgl. Dok. 256.

² Vgl. Dok. 346.

für uns der russische Versuch, eine Entspannung der deutsch-russischen Beziehungen herbeizuführen. Nachdem sich die Lage im Laufe der letzten Jahre so verschärft hat, ist es für die *Sowjetunion natürlich schwierig und unbequem, ihre Propaganda umzustellen*, wofür die schon erwähnte recht herausfordernde Molotow-Rede einen deutlichen Beweis gibt. Auch bei uns stößt der an sich zweifellos vorhandene Wunsch nach einer Realisierung der Entspannung so lange auf Schwierigkeiten, als die Sowjetunion nicht wirkungsvollere Beweise ihres guten Willens als nur schöne Worte gibt. *Das ewige Herumreiten auf dem für uns untragbaren Ostpakt* ist, ganz abgesehen von den weltanschaulichen Gegensätzen, das *Haupthindernis für eine Normalisierung der Beziehungen, – mehr kommt nicht in Frage –, weil nun einmal unser Ausgleich mit den Westmächten durch diese russische Politik immer wieder gestört wird*³. Die Russen wollen sich aber nicht von dem Glauben abbringen lassen, dass wir Angriffsabsichten gegen sie haben, und ziehen alle entsprechenden amtlichen Erklärungen hierüber in Zweifel. Es mag für die Russen nicht einfach sein, sich über die außenpolitischen Kräfteverhältnisse in Deutschland ein zuverlässiges Bild zu machen. Diese Schwierigkeit rechtfertigt aber doch nicht ihr Misstrauen, insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, dass sie über einen Stab von guten Deutschlandkennern verfügen.

In letzter Zeit scheint allerdings die *russische Gespensterseherei etwas nachzulassen*, nachdem *Schacht in großzügige Besprechungen über die Gewährung einer* verhältnismäßig großen und *sehr langfristigen Obligationsanleihe (500 Mill. RM auf 10 Jahre)*⁴ mit den Russen eingetreten ist. Während für uns die Bedeutung dieses Abkommens in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiet liegt, – wir beziffern unseren Rohstoffbedarf aus der Sowjetunion auf rund 160 Mill. RM jährlich, – neigt die Sowjetregierung dazu, dieses Projekt vor allem politisch auszuwerten, und zwar in erster Linie gegen dritte Staaten. Gewissen einflussreichen Sowjetkreisen, zu denen auch *Stalin gehört, erscheint die deutsche Anleihebereitschaft offenbar wie eine Art getarnter Nichtangriffspakt*. Ob das Geschäft nun zustande kommt, ist heute noch in keiner Weise zu übersehen. Die Angelegenheit ist hier ganz vertraulich behandelt worden. *Umso illoyaler war die Bekanntgabe durch Molotow auf dem ZIK-Kongress.*⁵ Der 200 Millionen Kredit wickelt sich übrigens jetzt ganz normal ab. Im Ganzen gilt die *Instruktion des Herrn* Staatssekretärs⁶: „Viel Geduld haben, die Wasser *langsam steigen*“⁷ lassen.“

Für die *Prognose* Euer Hochgeboren bezüglich der Entwicklung der *russisch-japanischen Beziehungen* war ich außerordentlich *dankbar*. Für uns ist es hier außerordentlich schwer, ein klares Bild über diese so komplizierte Seite der internationalen Politik zu gewinnen. Es *hat allerdings den Anschein, dass die gegenseitigen Reibungen neuerdings wieder*⁸ zunehmen. Dass es deshalb aber in absehbarer Zeit nicht zu einer dramatischen Entwicklung zu kommen braucht, ist mir angesichts des japanischen Engagements in der Mandschurei und Nordchina völlig einleuchtend. Ich glaube, dass bei uns vielfach die Möglichkeiten eines bal-

³ Die neun Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

⁴ Die drei Textstellen sind unterstrichen.

⁵ Vgl. Dok. 346.

⁶ Bernhard von Bülow.

⁷ Die vier Textstellen sind unterstrichen.

⁸ Die drei Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

digen militärischen Konflikts zwischen Russland und Japan falsch beurteilt werden.

Von den Interna im Amt steht die bevorstehende Neuorganisation im Mittelpunkt des Interesses. Genaues darüber, wie das Amt nach dem 1. April aussehen wird, weiß vorläufig niemand.⁹ *Sicher ist nur, dass unter Herrn Dieckhoff die Politische Abteilung gebildet wird*, die von allen wirtschaftlichen Fragen völlig entlastet werden soll (für Russland ist das allerdings sehr schwierig). Es heißt, dass unter Herrn Dieckhoff zwei Gesandte erster Klasse als Dirigenten fungieren sollen, dann kämen etwa 8 Vortragende Räte als Generalreferenten für größere Ländergruppen, während Hilfsarbeiter die einzelnen Staaten etwa so wie die jetzigen Referenten bearbeiten sollen. Aber, wie gesagt, kein Mensch weiß etwas Genaues. Ich würde es lebhaft bedauern, wenn auf diese Weise meine Arbeit unter Herrn Roediger eine Veränderung erfahren würde. *Herr R[oediger] hat sich glänzend in die Leitung der Abteilung hineingefunden und*¹⁰ ist auch in menschlicher Hinsicht ein besonders angenehmer Chef.

Bräutigam ist vorgestern auf seinen Pariser Posten abgereist. Sein Fortgang bedeutet für die Abteilung einen schweren Verlust. Bis zum Eintreffen von Balser bearbeitet unter mir Herr Dittmann aus Moskau kommissarisch die Wirtschaftsfragen. – Tippelskirch ist auf Urlaub in Berlin. Er muss sich im Westsanatorium einer kleinen Operation unterziehen, wird das Krankenhaus aber schon in einigen Tagen verlassen dürfen.

Twadowski beginnt, soweit ich das übersehe, allmählich Geschmack an seiner neuen Arbeit mit den Minderheiten zu gewinnen. Am kommenden Samstag wird Gerda heiraten.

*Wir haben in der Friedrichsruher Str. eine ganz*¹¹ nette kleine Wohnung gefunden und richten uns nun hier für einige Jahre ein.

Darf ich dieses Schreiben mit dem aufrichtigen Wunsch schließen, dass es Ihnen, hochverehrter Herr Botschafter, vergönnt ist, auch im Jahre 1936 so erfolgreich arbeiten zu können wie bisher. Dass meine aufrichtigsten Wünsche in alter Dankbarkeit und Anhänglichkeit Ihnen immer in persönlicher wie dienstlicher Beziehung gelten, bitte ich nicht betonen zu brauchen.

**Ich darf mir erlauben, den direkten Kurier jetzt regelmäßig zu Informationen auszunutzen.¹²

Für heute bitte ich mit der Versicherung meiner alten Verehrung
verbleiben zu dürfen
Euer Hochwohlgeboren stets gehorsamster

Hencke

⁹ Die Reorganisation trat am 15.5.1936 in Kraft; vgl. auch die Einleitung.

¹⁰ Die beiden Textstellen des Absatzes sind unterstrichen.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

¹² Dirksen antwortete darauf am 1.2.1936 aus Tokio: „Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Absicht, mich auch mit den kommenden Kurieren über die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen auf dem Laufenden halten zu wollen; Sie wissen, wie lebhaft sie mich interessieren und wie wichtig diese Kenntnis für mich hier ist.“ Er informierte Hencke seinerseits über die sowjetisch-japanischen Beziehungen. In: Mundt, Ostasien im Spiegel, S. 189-192, hier S. 191. Das Original befindet sich in PA AA, R 27443, Bl. 450891-450896.

PS.: Görbing ist ausgewiesen, Just hat ziemliche Schwierigkeiten – hier und in Moskau.**¹³

PA AA, NL Dirksen, Bd. 2, Bl. M 014712-014717.

Veröffentlicht in: Mund, Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie, Dok. 25, S. 187–189.

Nr. 354

Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 16. Januar 1936

Tagebuch

S. Bessonovs

12.–16. Januar 36

Nr. 17/s¹

DIE REDE DES Gen. MOLOTOV UND DIE WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN

(Gespräche mit den Referenten Schachts Brinkmann, Göring, Blessing, mit dem Direktor der Reichsbank Dreyse und dem Dirigenten des Aus[wärtigen] Amtes Roediger).

Wir telegrafierte bereits nach Moskau, dass die deutsche Presse bei ihrer Einschätzung der Rede des Gen. Molotov² die Fragen nach neuen Krediten wohl bedacht umgeht. Von einem Mitarbeiter des „Der Ost-Express“³ erfuhren wir, dass dieses Schweigen der deutschen Presse auf eine spezielle Anweisung des Auswärtigen Amtes und des Propagandamin[isteriums] zurückzuführen ist. Erst am 15. des Monats ist **in**⁴ den sogenannten „Führerbriefen“⁵, die nur einer begrenzten Anzahl von Abonnenten zugänglich sind, dieses Thema zur Sprache gekommen, allerdings in einer äußerst vorsichtigen Form. (Siehe das Bulletin unserer Presseabteilung zu dieser Frage).

Am 13. Januar habe ich gemeinsam mit Kandelaki, Fridrichson und Gasjuk mit den oben genannten Referenten Schachts – Göring, Brinkmann, Blessing – zu Abend gegessen. Obwohl an diesem Tag die Rede des Gen. Molotov in den deutschen Zeitungen ausführlich wiedergegeben wurde, ist keiner der Referenten

¹³ Der gesamte Text ist handschriftlich hinzugefügt. Zu Görbing vgl. Dok. 374, Anm. 5.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 346.

³ Dieser Informationsdienst erschien in drei Serien: Der Ost-Express. Artikeldienst: Politisch-wirtschaftlicher Nachrichtendienst aus Russland, Polen und Oststaaten, Berlin 1920–1943; Der Ost-Express. Politische Ausgabe: Sowjetunion, Polen, Finnland, Baltische Staaten, Berlin 1920–1942; Der Ost-Express. Wirtschaftsausgabe: Nachrichtendienst für Politik, Wirtschaft, Kultur; Russland, Finnland für die Baltischen Staaten, Berlin 1920–1941.

⁴ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 360, Anm. 8.

Schachts auf sie eingegangen. Im Gegenteil, das ganze Benehmen und alle Äußerungen dieser Personen während des Abendessens lassen darauf schließen, dass es bei den Deutschen in der Politik keine Veränderungen bezüglich der Wirtschaftsverhandlungen gibt, die man als Reaktion auf die Rede des Gen. Molotov werten könnte. Alle drei zeigten sich vollkommen davon überzeugt, dass die Verhandlungen in nächster Zeit zum glücklichen Abschluss gebracht werden und von deutscher Seite keine gravierenden Einwände bestehen würden, **darunter**⁶ auch zur Liste der Objekte.

Am 14. des Monats hatten Gen. Kandelaki und ich mit dem Direktor der Reichsbank Dreyse (der Stellvertreter Schachts) und mit dem Dirigenten des Auswärtigen Amtes Roediger⁷ ein sehr ausführliches Gespräch zum Thema der Rede des Gen. Molotov. Beide reagierten sehr nervös auf die Rede des Gen. Molotov und insbesondere auf den Teil, bei dem es um die Kredite geht. Ihrer Meinung nach hätte Gen. Molotov nicht über die Verhandlungen, die noch nicht beendet seien, sondern sich erst in ihrem Anfangsstadium befänden, sprechen dürfen, weil das den allgemeingültigen Regeln widerspräche. Da es bei diesen Verhandlungen um sehr diffizile und delikate Dinge gehe, könne der Umstand, die Verhandlungen verfrüht in die Öffentlichkeit **zu bringen**⁸, nicht ohne Folgen für deren weiteren Gang bleiben. Nach Ansicht Roedigers ist in der Rede des Gen. Molotov angeblich die bestehende Klausel verletzt worden, diese Verhandlungen nicht vor ihrem Abschluss öffentlich zu machen.

Dreyse äußerte die Vermutung, dass die Motive, die Molotov dazu bewogen haben, auf die deutschen Kredite einzugehen, von dem Wunsch der sowjetischen Seite getragen wären, auf diese Weise auf die französische und englische öffentliche Meinung in der Hoffnung einzuwirken, die dort geführten Verhandlungen über die Gewährung eines Kredits an die UdSSR zu beschleunigen.

Ein anderer Vorwurf, den unsere beiden Gesprächspartner bezüglich dieses Teil der Rede des Gen. Molotov vortrugen, bestand darin, dass in der Rede Molotovs die Kreditinitiative und der tatsächliche Stand der Verhandlungen angeblich nicht richtig dargelegt worden seien. Sie meinen, dass Molotov in seiner Rede die Initiative für die Kredite der deutschen Seite zuschreibe⁹, während doch im Zuge der Verhandlungen vereinbart worden sei, die Kreditfrage im gegenseitigen Wunsch und Einvernehmen aufzuwerfen. Dreyse meint außerdem, dass Gen. Molotov in seiner Rede den Verhandlungsstand nicht richtig dargestellt hätte, als er erklärte, dass die sowjetische Regierung bereit sei, die von den Deutschen unterbreiteten Vorschläge zu prüfen. Diese Erklärung könnte, wie Dreyse meint, in dem Sinne interpretiert werden, dass die sowjetische Regierung noch nicht ihre Haltung zur Kreditfrage festgelegt hätte und es deshalb aus Sicht der deutschen Seite logisch wäre, jetzt die Verhandlungen zu unterbrechen und eine Entscheidung der sowjetischen Regierung abzuwarten. Unterdessen hatten sich die Deutschen aufgrund des Treffens Schachts mit Kandelaki im Dezember¹⁰ die Vorstellung zu eigen gemacht,

⁶ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile anstelle von „ebenso“ geschrieben.

⁷ Vgl. Dok. 355.

⁸ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: vorzustellen.

⁹ Vgl. Dok. 166.

¹⁰ Vgl. Dok. 329.

die sowjetische Seite hätte ihre positive Haltung zum Kredit endgültig vorentschieden und beabsichtige, ein konkretes Gespräch zu dieser Frage zu führen. Dreyse vertritt die Meinung, dass das Referat Molotovs somit ein Element der Unsicherheit in die Verhandlungen hineintrage und nicht ohne Auswirkungen auf deren weiteren Verlauf bleiben könne.

Ich und Gen. Kandelaki schätzten die Nervosität unserer Gesprächspartner als eine Widerspiegelung der Gespräche ein, die in den interessierten deutschen Kreisen stattgefunden haben. Zugleich ließen die vorgetragenen deutschen Bemerkungen zur Rede des Gen. Molotov darauf schließen, dass die Deutschen noch keine Entscheidung in Bezug auf die Rede getroffen haben. Wir machten unsere Gesprächspartner darauf aufmerksam, dass es keinerlei Absprache darüber gibt, dass wir nichts zur Frage dieser Kredite sagen dürfen, dies gab es nicht und daher sind wir auch keinerlei Verpflichtung eingegangen, Stillschweigen zu bewahren. Die deutsche Nervosität in dieser Frage verstünden wir nicht, weil sie so interpretiert werden könnte, dass die Deutschen entweder diese Verhandlungen leichtfertig aufgenommen haben (wenn sie derart deren Veröffentlichung fürchten) oder dass sie das alles konsequent in absoluter Geheimhaltung bewerkstelligen wollten, was wohl kaum möglich und wahrscheinlich sei. In der Rede des Gen. Molotov habe es keine Entstellung ****bezüglich der Initiative****¹¹ gegeben, weil Gen. Molotov wörtlich gesagt habe, dass die deutsche Seite uns mit der Frage nach neuen großen Krediten konfrontiert habe; auf Russisch könne man nicht anders über den tatsächlichen Stand der Dinge sprechen, weil die Deutschen uns, und nicht umgekehrt, Kredite gewähren.

Es ist anzumerken, dass Roediger im Gesprächsverlauf erklärte, dass in der Rede Molotovs ****angeblich****¹² das Volumen der neuen Kredite in einer Höhe von 500 Mio. angegeben worden sei. Davon hätten sie aufgrund der Meldungen von TASS, der Nachrichten des sowjetischen Rundfunks und der Telegramme ihrer Botschaft Kenntnis. Ich ****bestritt****¹³ kategorisch diese Behauptung. Am nächsten Morgen bat mich Roediger telefonisch um Entschuldigung und erklärte, er hätte sich in der Tat geirrt. Da die Deutschen im Gesprächsverlauf einige Male auf mögliche Auswirkungen der Rede des Gen. Molotov auf den weiteren Gang der Verhandlungen hinwiesen, habe ich sie mit Nachdruck gefragt, was sie damit meinen. Roediger erschrak und sagte, dass er überhaupt nichts gemeint und lediglich seine persönliche Meinung geäußert hätte. Dreyse gab zu verstehen, dass es, obgleich ****die Rede****¹⁴ wohl kaum Einfluss auf den Gang der Verhandlungen nehmen könne, nichtsdestoweniger in der Liste der von uns bestellten Objekte¹⁵ zu Veränderungen kommen könnte.

S. Bessonov

Vermerk mit blauem Farbstift: Zu den Akten.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 237 vom 20.1.1936.

¹¹ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

¹² Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben; ursprünglich: bekämpfte.

¹⁴ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile anstelle von „das“ geschrieben.

¹⁵ Vgl. Dok. 297, Anm. 9.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 1 [Exemplar] an Gen. Krestinskij, 1 an Gen. Stomonjakov, 1
zu den Akten.*

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 49, l. 12–13. Original.

Nr. 355

**Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov mit dem Leiter der Gruppe Osteuropa und Skandinavien
in der II. Abteilung im AA Roediger und dem Direktor der Reichsbank Dreyse**

Geheim

Expl. Nr. 5

Berlin, den 16. Januar 1936

Tagebuch

S. Bessonovs

12.–16. Januar 1936

Nr. 16/s¹

REAKTIONEN DER DEUTSCHEN AUF DIE REDE DES Gen. MOLOTOV

(Gespräche mit dem Dirigenten des Auswärtigen Amtes Roediger und
dem Direktor der Reichsbank Dreyse 14.1.)

Im Unterschied zur Presse, die sich bei ihrer Einschätzung der Rede des Gen. Molotov² auf die Zunahme der sowjetischen Rüstungen, den sog. roten Imperialismus, und den Vergleich der Rede Molotovs mit den Reden auf dem letzten Kongress der Komintern³ konzentrierten, hoben meine Gesprächspartner⁴ vor allem die Unzulässigkeit hervor, jetzt gegen Hitler Beschuldigungen vorzubringen, die sich auf sein Buch aus dem Jahr 1923⁵ beziehen. Damals sei Hitler noch in der Opposition gewesen. Unter solchen Bedingungen sei es unmöglich, einem Staatsmann das vorzuhalten, was er noch in der Opposition gesagt oder geschrieben habe. Es sei völlig klar, dass man von Hitler nicht fordern dürfe, sein Buch zu desavouieren, zumal, laut Dreyse, 9/10 der Menschen es in ihrer Bibliothek, aber nicht gelesen hätten und es für sie ein Buch mit sieben Siegeln sei. Außerdem würden wir offenbar eine recht geringe Meinung von den intellektuellen Fähigkeiten der Deutschen haben, wenn wir annehmen, dass der deutsche Leser des Buches von Hitler nicht zwischen den Thesen dieses Buches und der tatsächlichen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik unterscheiden⁶ könne. Nachdem Hitler an die Macht gekommen ist, habe er einige Erklärungen abgegeben, die praktisch ein Abrücken von den Thesen des Buches „Mein Kampf“ bedeuten würden. Dazu gehörten: die Verlänge-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 346.

³ Vgl. Dok. 204, Anm. 1.

⁴ Vgl. auch Dok. 354.

⁵ So im Dokument. „Mein Kampf“ erschien im Juli 1925.

⁶ Das nachfolgende Wort Unterschiede ist durchgestrichen.

nung des Berliner Protokolls⁷; die gegenüber Chinčuk abgegebene Erklärung⁸; die Rede vor dem Reichstag⁹; die Erklärung über Bereitschaft zur Unterzeichnung, des Nichtangriffspaktes vom 21. Mai 1935¹⁰ sowie die Erklärung in der Rede auf dem Nürnberger Parteitag, dass es keine aggressiven Absichten gibt¹¹.

Diesen zahlreichen friedfertigen Erklärungen stünde aber die militante Politik der Sowjetunion gegenüber, die eine klare Ausrichtung gegen Deutschland trüge. Roediger gab mir zu verstehen, dass die Deutschen im Besitz entsprechender französischer Erklärungen wären, denen zufolge wir, d.h. die UdSSR, die ganze Zeit danach streben würden, dem sowjetisch-französischen Beistandspakt einen militärisch-aggressiven, antideutschen Charakter zu verleihen, und offenbar gegen den Widerstand der Franzosen. Die Beschlüsse des Plenums des CIK, die Haushaltsmittel der UdSSR für das Militär auf 14 Mrd. [Rubel] zu erhöhen, lösten in diesem Zusammenhang bei den Deutschen große Befürchtungen aus. Ich machte Roediger und Dreyse darauf aufmerksam¹², dass es neben den von ihnen erwähnten Erklärungen Hitlers noch dutzende, bei weitem gewichtigere Erklärungen von ihm und einer Reihe seiner engsten Mitarbeiter gebe, die davon zeugen, dass die herrschenden Kreise der deutschen Nationalsozialisten nicht nur nicht an den Ostplänen festhalten, die Hitler in „Mein Kampf“ entwickelt hat, sondern diese weiterentwickeln und vertiefen. Die zahlreichen und immer wiederkehrenden scharfen antisowjetischen Kampagnen in der deutschen Presse werden im Geiste der in „Mein Kampf“ entwickelten Ideen geführt. Und schließlich sind die deutschen Schulen, die deutsche Armee und der deutsche Rundfunk sämtlich von diesen Ideen durchdrungen. Angesichts solcher Bedingungen davon zu sprechen, dass die Ideen von „Mein Kampf“ ihre Bedeutung in Deutschland verloren hätten, wäre wohl eher für einen uninformierten Gesprächspartner bestimmt.

Was die französischen Erklärungen betrifft, in deren Besitz angeblich das Auswärtige Amt sei, so könne ich dazu selbstverständlich nichts sagen, weil mir solche Erklärungen unbekannt sind.

In diesem Rahmen zog sich die fruchtlose Polemik ziemlich lange hin.

Im Übrigen fragte ich zum Abschluss Roediger, was er von dem Teil der Rede des Gen. Molotov halte, wo er von der Existenz des deutsch-japanischen Bündnisses sprach. Roediger zeigte sich sehr verlegen und sagte, dass ihm nichts über

⁷ Das Protokoll über die Verlängerung des Berliner Vertrags vom 24.4.1926 aus dem Jahre 1931 wurde am 5.5.1933 ratifiziert.

⁸ Hitler erklärte am 28.4.1933 gegenüber Chinčuk unter anderem von dem Bestreben, „die deutsch-russischen Beziehungen dauernd freundschaftlich zu gestalten“. In: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 194, S. 352. Vgl. auch die Aufzeichnung Chinčuks über dieses Treffen in: Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 79, S. 345–347.

⁹ Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um die Rede Hitlers im Reichstag am 23.3.1933, in der er gesagt hatte: „Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrußland in der Lage.“ In: Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. I/2, S. 229–237, hier S. 236.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 512.

¹¹ Vgl. Dok. 248, Anm. 3.

¹² Das nachfolgende Wort ist durchgestrichen.

dieses Bündnis bekannt sei, und dass er, offen gesagt, nicht verstehe, warum Deutschland diesen Punkt nicht dementiere.

S. Bessonov

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 298 vom 19.1.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 1 [Exemplar] an Gen. Krestinskij, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 31, l. 16–14. Kopie.

Nr. 356

Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium Milch

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 16. Januar 1936

Tagebuch

S. Bessonovs

12.–16. Januar

Nr. 18/s¹

DAS LUFTFAHRTMINISTERIUM UND UNSERE AUFTRÄGE

(Unterredung mit Staatssekretär Milch)

Am 13. Januar hatte ich mit Milch ein Gespräch über unsere Aufträge und über die Haltung des Luftministeriums² dazu. Milch teilte mir Folgendes mit: Das Luftmin[ister]ium habe, wie auch die anderen deutschen Ministerien, eine Liste von Objekten, die für den Export verboten sind. Diese Liste werde von Zeit zu Zeit sowohl hinsichtlich einer Kürzung als auch hinsichtlich von Ergänzungen überprüft und sei formal gleichermaßen für den Export nach einem beliebigen Land bindend. Wenn das Wirtschaftsministerium oder das Auswärtige Amt aus wirtschaftlichen oder politischen Erwägungen eine Freigabe von Objekten für den Export in dieses oder jenes Land fordere, so komme das Luftmin[ister]ium, wie auch die anderen Kriegsmin[ister]ien, in der Regel dieser Forderung entgegen. Zusätzlich zu den Verboten komme es sehr oft vor, dass es faktisch unmöglich sei, die einen oder anderen Objekte zu exportieren, da das Luftmin[ister]ium sie selbst in hoher Anzahl anfordere. So verhalte es sich zum Beispiel bei vielen Flugzeuginstrumenten. Aber auch in diesen Fällen käme es vor, dass das Luft-

¹ Das Datum und die Ausgangsnummer sind mit Tinte geschrieben.

² So im Dokument. Gemeint ist das Reichsluftfahrtministerium.

min[ister]ium auf Anfrage des Wirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes einen Teil der von ihnen selbst bestellten Objekte für das entsprechende Land bewilligte. Deshalb könne er, (Milch), bezüglich der Haltung des Luftministeriums zu unseren Aufträgen nur Folgendes sagen. Wenn Schacht und Neurath aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen zu dem Schluss gelangten, dass es erforderlich wäre, der UdSSR diese oder jene Flugobjekte zu liefern, so würde es seitens des Luftmin[ister]iums dazu keine Einwände geben. Die Rolle des Luftmin[ister]iums sei in dieser Frage rein dienstlich. Das Luftmin[ister]ium würde sich in diesen Fällen den größeren gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Erfordernissen unterordnen.

Was die Situation bei der Vergabe von Aufträgen à Konto des 200-Millionenkredits betrifft, so äußerte Milch aufgrund der ihm vorliegenden Informationen die Annahme, dass es inzwischen bedeutend leichter geworden sei, diese Aufträge unterzubringen. Er gab mir zu verstehen, dass zu dieser Frage entsprechende Weisungen vorliegen, darunter auch für sein Ministerium.

Zum Abschluss äußerte Milch den großen Wunsch, sich den Film „Die Verteidigung Kievs“³ anzuschauen, es gebe in deutschen Luftfahrtkreisen auch ein breites Interesse an [dem Film] „Luftlandetruppen“⁴.

S. Bessonov

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: Zu den Akten.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 238 vom 20.1.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 1 [Exemplar] an Gen. Krestinskij, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 13–13R. Original.

³ So im Dokument; richtig: „Bor'ba za Kiev“ (Der Kampf um Kiev, 1935, Ukrainfil'm-Ukrinochronika), Regie: Samuil D. Bubrik und Lazar' J. Anci-Polovskij. Dokumentarfilm über die Truppenmanöver des Kiever Militärbezirks im September 1935.

⁴ „Vozdušnyj desant“ (Mostechfil'm, 1935), Kameramann: Grigorij A. Mogilevskij.

Nr. 357

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GEHEIM

17. Januar 1936

UdSSR–NKID

Nr. 93102¹

AN DEN

BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER

DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. SURIC

In den heutigen Nummern von „Izvestija“ und „Pravda“ ist das Dekret über die Exportbeschränkung nach einigen Ländern veröffentlicht.² Dieses Dekret zielt in erster Linie auf Deutschland ab und ist vom NKVT eingebracht worden³, um auf Schacht einen gewissen Druck auszuüben, der in den Verhandlungen mit uns fordert, unsere sämtlichen Verbindlichkeiten nicht aus dem Exporterlös zu bezahlen, sondern mit Gold und Devisen.

Den Ausländern werden wir das Dekret folgendermaßen erläutern:

In einigen Ländern Europas, so in Mitteleuropa, in erster Linie in Deutschland, in den Balkanstaaten, im Baltikum usw., ist ein Verfahren eingeführt worden, bei dem der Erlös aus dem Export auf ein Sperrkonto eingezahlt wird und diese Summen nicht für den Einkauf von Waren für die Ausfuhr und für die Bezahlung der alten Schulden verwendet werden dürfen. Unter diesen Bedingungen wird sich unser Export in diese Länder als unzweckmäßig erweisen. Wir können in solche Länder exportieren, wenn wir auf der Grundlage von Abkommen mit den entsprechenden Regierungen unseren Erlös für den Einkauf von Waren für den Export und für die Bezahlung der alten Schulden frei verwenden können, wie das zum Beispiel in Griechenland und in Lettland der Fall ist.

STELLV. VOLKSKOMMISSAR

Krestinskij

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: an Gen. Beža[nov], Gen. Lev[in], Gen. Kant[er]. Š[tern].
20.1.36.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 163 vom 20.1.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

8 Expl. 1 [Exemplar] an die Adresse, 1 an Gen. *Štern*⁴, 1 an Gen. Krestinskij, 1 an Gen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. „Ob ograničenii eksporta v nekotorye strany. Postanovlenie Soveta narodnych komissarov SSSR“ (Über die Exportbeschränkung nach einigen Ländern. Beschluss des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion). In: Pravda vom 17. Januar 1936, S. 2; Izvestija vom 17. Januar 1936, S. 4.

³ Vgl. das Schreiben von Rozengol'c vom 27.12.1935 an Stalin und Molotov. In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 556, l. 22.

⁴ Der Familienname ist mit Tinte unterstrichen.

Rubinin, 1 an Gen. Potemkin, 1 an Gen. Majsikij, 1 an Gen. Davtjan, 1 zu den Akten der Wirtschaftsabteilung.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 7. Beglaubigte Kopie.

Nr. 358

Telegramm des Leiters der Gruppe Osteuropa und Skandinavien in der II. Abteilung im AA Roediger an die Botschaft in Moskau

Telegramm in Ziffern
(Geh. Chiffr. Verf.)

Berlin, den 18. Januar 1936

****zu II Ru 287****¹

Diplogerma

Moskau

Nr. 9

Auf Telegramm Nr. 14 vom 17. Januar.²

In Hinblick auf Indiskretion Molotows bei Erwähnung deutschen Kreditangebots in Zik-Rede hat Reichsbankpräsident Schacht Herrn Kandelaki, der zwecks Weiterführung eingeleiteter Kreditbesprechung um Empfang nachgesucht hat, mitteilen lassen, dass er einstweilen keine Möglichkeit sehe, mit ihm zu sprechen. Präsident ließ dabei bemerken, dass „Herr Molotow Angelegenheit offenbar selbst in Hand genommen habe“.³ Kandelaki war stark beeindruckt, äußerte aber Hoffnung, dass durch Rede entstandene Verstimmung vorübergehender Natur sei und neue Verhandlungen Ende nächster Woche möglich sein würden.

Ob Verordnung Rats der Volkskommissare vom 16. Januar⁴ hiermit in Zusammenhang steht, hier nicht zu übersehen. Präsident Schacht teilt aber dortige Auffassung, dass ihr rein demonstrativer Charakter zukommt, als unter Anwendung Außenhandelsmonopols bereits seit Anfang Januar Sowjetregierung Lieferungen nach Deutschland mit Ausnahme von Naphta völlig eingestellt hatte.

Präsident Schacht beabsichtigt, vorläufig von sich aus nichts zu unternehmen und neue Initiative Sowjetseite abzuwarten.

¹ Der Text ist handschriftlich korrigiert; ursprünglich: e.o. W IV Ru 293 pr. 18.1.1936.

² Vgl. PA AA, R 94659, Bl. E 665017. In dem Telegramm fragte Schulenburg an, ob die Verordnung des Rats der Volkskommissare vom 16.1.1936, den Export in einige Länder einzuschränken, im Zusammenhang mit den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsgesprächen stehen könnte.

³ Schacht behauptete nach der Rede Molotows im Gespräch mit Mossdorf, dass nicht er, sondern die Sowjetunion die Initiative für ein neues Kreditgeschäft ergriffen hätte. „Präsident Schacht“, so Dittmann in einer Aufzeichnung vom 14.1.1936, „bitte jedoch, von irgendwelchen Vorstellungen auf dem diplomatischen Wege Abstand zu nehmen. Er selbst werde aus dem Verhalten Molotows nur die Konsequenz ziehen, dass er von sich aus, nachdem Herr Molotow ‚die Verhandlungen nunmehr in die Hand genommen habe‘, an Herrn Kandelaki wegen der Weiterführung der Verhandlungen vorläufig nicht mehr herantreten werde.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 489, Anm. 4, S. 966.

⁴ Vgl. Dok. 357, Anm. 2.

Bitte dort nach Möglichkeit Erklärungen deutschen Standpunkt zu Verordnung ausweichen, erforderlichenfalls darauf hinweisen, dass uns in Hinblick auf Außenhandelsmonopol ihr juristischer und praktischer Zweck nicht einleuchtet.

Roediger

Auferster Seite am Seitenrand maschinenschriftlich: Vermerk: Wortlaut mit Hrn. M.D. Mossdorf (R.Wi.M.) vereinbart. Stempel: Hat Herrn R.M. vorgelegen und aus dem Büro R.M. 20. Jan. 1936 Ko[tze]20. Außerdem: bei W. mit [?] Bitte um Mit[teilun]g. Unten: H 11 Ru. und Stempel: Abgesandt. 18/1. Am Schluss Paraphen von Hencke, Roediger und Clodius mit Datum vom 18.1.

PA AA, R 94659, Bl. E 665018-665019.

Nr. 359

**Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den
Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

GEHEIM

19. Januar 1936

UdSSR NKID
2. Westabteilung
Nr. 024/1/ **8081**¹

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. JA.Z. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

ich möchte Sie im Zusammenhang mit Ihrem Schreiben vom 11. Januar² über den Stand der deutschen Haftfälle und Konflikte informieren und einige meiner Überlegungen mitteilen:

1. Wir sind uns der Bedeutung und des Ernstes der Konflikte und Haftfälle von deutschen Staatsbürgern völlig bewusst. Welch ernste Bedeutung wir diesen Fällen beimessen, wird daraus ersichtlich, dass auf Initiative der Abteilung gegenüber der Leitung des Volkskommissariats die Frage bezüglich des Bearbeitungsdurchlaufs dieser Fälle aufgeworfen wurde. Es wurde der sehr gewichtige Beschluss gefasst, die Verfahrensweise hinsichtlich der Überstellung ausländischer Staatsbürger an Gerichte zu vereinfachen und die relativ oft stattfindenden Gerichtsverfahren durch eine administrative Ausweisung zu ersetzen.

2. Diese Konfliktfälle tragen ausnahmslos einen außerordentlich komplizierten rechtlichen und politischen Charakter. Zu jedem Fall führen wir einen umfangreichen Schriftwechsel nicht nur mit der Deutschen Botschaft, sondern auch mit un-

¹ Die gekennzeichnete Ziffer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 350.

seren Organen des Inneren. Angesichts der allgemeinpolitischen Lage und der stark zunehmenden antisowjetischen Tätigkeit der Deutschen bei uns gelingt es uns mit großer Mühe, positive Ergebnisse zu erzielen. Ein sehr kompliziertes Problem besteht für uns darin, die Urteile zu den Fällen, die von dem Militärtribunal verhandelt werden³, der Botschaft auszuhändigen. In der Mehrheit der Fälle erwirken wir die Aushändigung der Urteile nur mit großer Mühe, wobei die Urteile ****häufig****⁴ in einem derartigen Ton abgefasst sind, dass wir sie nicht der Botschaft übergeben können, während der Wortlaut der Urteile jedoch, wie Sie wissen, nicht verändert werden darf.

3. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt zeichnet sich zu den die Deutschen interessierenden Fällen folgendes Bild ab:

a) Haegele und Kaiser sollten in nächster Zeit ****ausgewiesen****⁵ werden, wobei wir deren Ausweisung nicht auf dem üblichen Vollzugswege, wie vorgesehen, sondern auf eine andere, für sie günstigere Weise durchsetzen;

b) zwecks Ausweisung werden die Fälle Gil'bert und Pfeil geprüft. Bei den Strafsachen Krupenskij, Hurtig und Langeljutke gibt es eine ähnliche Vorgehensweise. Vorerst darf den Deutschen darüber selbstverständlich nichts gesagt werden, weil diese Frage noch nicht entschieden ist;

c) wir setzten ein Treffen eines Vertreters der Deutschen Botschaft mit Fuchs durch, das bereits stattgefunden hat.⁶

4. Bezüglich der deutschen Staatsbürger, über die die Deutsche Botschaft mitteilte, dass sie keine Informationen über deren Schicksal habe, ging es um folgende zwei Gruppen von Fällen. Zur ersten Gruppe gehören die Strafsachen Fuchs und Klassen, wobei, worauf ich bereits hinwies, die Angelegenheit mit Fuchs bereits geregelt ist; um die Angelegenheit Klassen steht es sehr ernst, weil Klassen bereits seit einigen Jahren tot ist. Dies habe ich Schulenburg inoffiziell bereits mitgeteilt.⁷ Wir hoffen, in den nächsten Tagen die amtliche Sterbeurkunde für Klassen zu erhalten. Zur zweiten Gruppe gehören die Strafsachen Kirchhöfer, jun. und Blunck. Bei Kirchhöfer, jun. haben wir das Datum der Ausweisung mitgeteilt, bei Blunck wandten wir uns an Gen. Jagoda mit einer entsprechenden Anfrage.

5. Von dem oben Dargelegten ausgehend meinen wir, dass alle Haftsachen, die deutsche Staatsbürger betreffen, nur in Moskau behandelt werden dürfen, in erster Linie angesichts der Komplexität jedes einzelnen Falles und eingedenk dessen, dass eine positive Entscheidung nicht von dem guten Willen des NKID abhängt; zweitens aber aufgrund dessen, dass unsere Bevollmächtigte Vertretung nicht über jeden einzelnen Fall unterrichtet ist. So schrieben wir beispielsweise wiederholt in unseren Gesprächsaufzeichnungen über den Fall Klassen, wobei aus diesen Aufzeichnungen klar hervorging, dass Klassen bereits vor langer Zeit verstorben war. Die Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung aber, die die Verhandlungen in

³ Vgl. Dok. 316.

⁴ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁶ Vgl. Dok. 362, 379.

⁷ Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Šterns mit Botschafter Graf von der Schulenburg am 8.1.1936. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 3.

dieser Sache führten, berücksichtigten dies offenbar nicht, weil aus dem Gespräch der Genossen Bessonov und Pozdnjakov mit Hencke ersichtlich ist, dass es um eine eventuelle Ausweisung von Klassen ging. Weiter. Im Fall von Viktor Panzer⁸ wurde zum Beispiel von einer Steuerangelegenheit gesprochen, während Panzer wegen konterrevolutionärer Propaganda und der Unterschlagungsgewährung für den aus dem Leningrader Gefängnis geflohenen Spion Kirillov angeklagt war.

Zugleich ist unbedingt zu berücksichtigen, dass die Deutschen systematisch versuchen, sich auf die Unstimmigkeit, die angeblich zwischen dem NKID und Bevollmächtigter Vertretung in Berlin besteht, zu berufen. Ein krasses Beispiel dafür ist der Fall Bergmann, als Schulenburg aufgrund der Mitteilung des Auswärtigen Amtes zu beweisen versuchte, dass Gen. Bessonov eine andere Formulierung für die Gründe der Ausweisung Bergmanns gebraucht hatte⁹. Unlängst griff Schulenburg erneut diese Frage auf, als er mich fragte, ob ich Klarheit in dieser Angelegenheit geschaffen hätte. Schließlich ist unbedingt zu berücksichtigen, dass die Verhandlungsführung in Berlin zu den deutschen Haftfällen und Konflikten die Bevollmächtigte Vertretung in eine schwierige Lage bringt, deren Tätigkeit erschwert und bei derartig unangenehmen Fällen in einen Kontrahenten des Ministeriums verwandelt.

Abschließend möchte ich lediglich unterstreichen, dass die Abteilung den Haftfällen und Konflikten von deutschen Staatsbürgern nicht nur maximale Aufmerksamkeit angedeihen lässt, sondern genötigt ist, für diese Fälle einen bedeutenden Teil ihrer Zeit und Energie aufzuwenden. Wenn es bei einigen Fällen zu Verzögerungen bei der Unterrichtung der Deutschen gibt, so ist dies durchaus nicht auf eine Nachlässigkeit der Abteilung, sondern auf den spezifischen Charakter der Fälle und auf Hindernisse zurückzuführen, die jenseits der Kompetenz des Volkskommissariats liegen. Eine Verhandlungsführung in Berlin zu diesen Fällen erleichtert die Situation keineswegs.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 16–15. Kopie.

⁸ Vgl. Dok. 244.

⁹ Vgl. AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 5–4.

Nr. 360

**Bericht des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden
des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar
für Außenhandel Rozengol'c**

Ganz geheim

[20.1.1936]

**Eingangs-Nr. 15

25/I.36**1

An

Gen. STALIN

Gen. MOLOTOV

*Gen. ROZENGOŁ'C*2

Ich möchte Sie darüber informieren, wie die Deutschen auf den Teil der Rede des Gen. Molotov³, in dem er über einen neuen Kredit sprach, reagiert haben.

Die deutsche Presse hat in ihren Kommentaren diesen Teil der Rede mit völligem Schweigen bedacht. Wir haben erfahren, dass ihr in dieser Hinsicht vom Propagandaministerium und vom Auswärtigen Amt spezielle Weisungen erteilt worden sind.⁴ Dagegen zeigten die deutschen Kreise, mit denen wir inoffiziell zu diesem Thema sprechen konnten, sichtliche Nervosität und Unzufriedenheit mit der Rede des Gen. Molotov.⁵ Die Vorhaltungen, die die Deutschen zu diesem Teil der Rede des Gen. Molotov vortrugen, können wie folgt gruppiert werden:

1. Nach Auffassung der Deutschen hätte Molotov Schacht nicht Hitler gegenüberstellen dürfen. Die Stellung Schachts, dem man in Deutschland permanent den Vorwurf macht, dass er eine Politik betreibt, die sich von derjenigen Hitlers unterscheidet, sei ohnehin schon recht schwierig. Die Rede Molotovs stelle die Wirtschaftspolitik Schachts in Bezug auf die UdSSR der allgemeinen Politik Hitlers gegenüber und stärke damit die Gegner Schachts in ihrem Kampf gegen diese Politik des letzteren. Dieses Argument trugen mir Göring, der Bruder des Ministers⁶ und Referent Schachts, sowie der Stellvertreter Schachts für die Reichsbank Dreyse vor. Außerdem sah sich Schacht selbst unlängst in seiner Rede in Stettin am 18. Januar 1936 veranlasst, offenbar als direkte Reaktion auf die Rede des Gen. Molotov, einige Male zu betonen, dass seine Politik die Politik Hitlers sei und in keiner Weise Hitler entgegengestellt sein könne.

2. Molotov hätte nach Meinung der Deutschen nicht den Inhalt der eben erst begonnenen Wirtschaftsverhandlungen preisgeben dürfen, weil dies den allgemein üblichen Gepflogenheiten widerspräche. Die Verhandlungen befänden sich noch in einem Stadium, in dem eine öffentliche Mitteilung über ihren Inhalt nicht ohne Einfluss auf ihren weiteren Verlauf bleiben könne. Dieses Motiv wurde insbesonde-

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Der Name ist mit rotem Farbstift geschrieben.

³ Vgl. Dok. 346.

⁴ Vgl. Dok. 348, Anm. 6.

⁵ Vgl. Dok. 354.

⁶ So im Dokument. Herbert Göring war der Cousin Hermann Görings.

re von dem Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes Roediger⁷ und vom Stellvertreter Schachts für die Reichsbank Dreyse hervorgehoben.

3. Molotov hätte die Initiative für neue Kredite angeblich nicht richtig dargelegt. Er habe die Angelegenheit so hingestellt, als läge die Initiative für einen neuen Kredit gänzlich auf deutscher Seite, während seinerzeit vereinbart worden sei, über einen neuen Kredit als eine Sache zu sprechen, die sich im Prozess der bilateralen Gespräche zu diesem Thema ergeben habe. Dieses Motiv trugen alle meine Gesprächspartner vor. Darauf ging auch eine einzige deutsche Zeitung ein, die diesen Teil der Rede des Gen. Molotov kommentierte. Es handelt sich um die „Deutschen Briefe“ vom 15. Januar 36⁸, das Organ des Bundes der Deutschen Industriellen, eine Zeitung, die allerdings nur in einer begrenzten Auflagenhöhe erscheint.

4. Molotovs Rede, in der er erklärte, dass die sowjetische Regierung bereit wäre, sachliche Vorschläge der Deutschen für einen neuen Kredit zu prüfen, trüge ein Element der Verunsicherung in die Verhandlungen hinein. Die Deutschen hätten bis jetzt angenommen, dass die sowjetische Regierung ihre Haltung zum Kredit positiv entschieden habe, während aus der Rede Molotovs der Schluss gezogen werden könnte, dass es diese Entscheidung auf sowjetischer Seite noch nicht gebe. Dieses Argument brachte der Stellvertreter Schachts für die Reichsbank Dreyse vor.

Auf jeden dieser Vorwürfe haben ich und meine Genossen, die an diesen Gesprächen beteiligt waren, selbstverständlich eine Reihe von Einwänden vorgetragen, die ich hier nicht wiedergeben möchte. Ich möchte in diesem Zusammenhang lediglich bemerken, dass sich die Deutschen, die mit uns über dieses Thema sprachen, ausnahmslos zu den Motiven der Kreditfrage in der Rede des Gen. Molotov ausließen. Dreyse äußerte die Vermutung, dass wir diese Rede offenbar dafür gebraucht hätten, um einen gewissen Druck auf die französischen und englischen Finanzkreise auszuüben, mit denen wir, ihren Informationen zufolge, derzeit Kreditverhandlungen führen würden.

Neben den von den Deutschen vorgetragenen Vorwürfen klangen auch einige drohende Töne an. Sämtliche Gesprächspartner bemerkten, dass die Rede des Gen. Molotov nicht ohne Folgen für den Verlauf und eventuell für den Inhalt der Wirtschaftsverhandlungen bleiben könne. Der Direktor der Reichsbank Dreyse gab zu verstehen, dass die Rede des Gen. Molotov zweifellos gewisse Schwierigkeiten bei der Umsetzung jener Auftragsliste, die wir zu Beginn der Verhandlungen vorgelegt haben⁹, auslösen werde. „Es wird jetzt wohl kaum gelingen“, sagte er, „diese Liste im vollen Umfang umzusetzen.“ Der Referent Schachts für die russischen Angelegenheiten, Mossdorf, spielte recht durchsichtig darauf an, dass die Deutschen bei den Verhandlungen zu einer Verzögerungstaktik greifen könnten, bei der wir gezwungen wären, in der Zwischenzeit unsere gegenwärtigen Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland in Valuta und in Gold zu bezahlen, ohne Abschluss eines wie

⁷ So im Dokument. Roediger war der Leiter des Referats Osteuropa und Skandinavien im AA.

⁸ „Sehr geehrter Herr...“ [Zur Rede Molotovs]. In: Deutsche Briefe vom 15. Januar 1936, S. 1. Die „Deutschen Briefe“ erschienen zweimal wöchentlich, bis Juni 1935 unter dem Titel „Deutsche Führerbriefe“.

⁹ Vgl. Dok. 297, Anm. 9.

auch immer gearteten Vertrags mit uns. Mossdorf nahm sogleich in sehr unbestimmter und nebulöser Form diese Erklärung zurück und deutete an, dass die Möglichkeit einer Kündigung des sowjetisch-deutschen Handelsvertrages von 1925 durch die Deutschen nicht ausgeschlossen wäre. Im Übrigen erinnere ich daran, dass die Deutschen, wenn sie tatsächlich diesen Weg beschreiten und diese Drohung wahr machen sollten, am 12. April d. J. die Möglichkeit haben, den Vertrag zu kündigen¹⁰.

Wenn man jedoch diese vagen Drohungen beiseite lässt und sich der gegenwärtigen tatsächlichen Lage der Dinge zuwendet, so zeichnet sich folgendes Bild ab:

1. Die Kreise um Schacht empfinden nach wie vor eine große Unzufriedenheit mit der Rede des Gen. Molotov. Soeben erhielten wir Informationen darüber, dass Schachts Stimmung an Empörung grenze, weil Schacht den eigenen Worten zufolge „aus dem Feld geschlagen“ sei und in diesem Zusammenhang neue Attacken seitens seiner Gegner erwarte. Vorerst sind die Verhandlungen, die Mitte der vergangenen Woche wieder aufgenommen werden sollten, von Schacht mindestens noch um eine Woche verschoben worden, wobei Schacht die Mitteilung über diese Vertagung mit der bemerkenswerten Formulierung versah: „Im Übrigen hat jetzt Herr Molotov die Initiative in seine Hände genommen.“¹¹ Den Andeutungen Mossdorfs war zu entnehmen, dass Schacht vor seinem Treffen mit mir gezwungen sein werde, Hitler um zusätzliche Weisungen zu bitten.

2. Die Industriellen, die von Prestigefragen wenig berührt sind, sind relativ optimistisch gestimmt. Wilmowsky, der Mitinhaber von Krupp, begrüßte im Namen vieler Industrieller in einem Gespräch jenen Teil der Rede des Gen. Molotov, in dem er von dem Wunsch sprach, mit Deutschland enge Wirtschaftsbeziehungen herzustellen. Einen sachlichen Eindruck machte auf mich auch unlängst der Besuch von Zeiss, der mir mitteilte, dass das ihm von uns seinerzeit gemachte Angebot im Großen und Ganzen für ihn annehmbar wäre, obgleich er für die vollständige Vertragserfüllung unbedingt die Zustimmung des Kriegsministeriums benötigen werde.

Aus allem Gesagten ist ersichtlich, dass der Teil der Rede des Gen. Molotov, der sich auf die Kredite bezog, bei interessierten deutschen Kreisen einen starken Eindruck hinterlassen hat. Ob dieser Eindruck eine Verschlechterung ernsthafter Natur in den zukünftigen Wirtschaftsverhandlungen nach sich ziehen wird, kann zurzeit noch nicht gesagt werden. Die ersten Treffen mit Schacht, so sie denn stattfinden, werden jedoch die tatsächliche Taktik der Deutschen in dieser Frage zeigen. Vorerst haben wir es mit einer gewissen Vertagung der Verhandlungen zu tun, deren Dauer wir ebenfalls nicht genau bestimmen können.

In diesem Zusammenhang ist unbedingt die Aufmerksamkeit darauf zu richten, dass die Deutschen uns jetzt in einigen Punkten ins Visier nehmen werden. Ich habe zum Beispiel erfahren, dass sie damit drohen, den Korrespondenten der „Pravda“, Gen. Gofman, als Gegenreaktion auf die Ablehnung, den deutschen Journalisten Görbing wieder in die UdSSR einreisen zu lassen¹², auszuweisen. Die hiesigen Deutschen erwähnten sogar die Möglichkeit eines neuen Journalistenkonfliktes in der Art

¹⁰ Vgl. Artikel 8 „Allgemeine Bestimmungen“. In: Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 4–5; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 584.

¹¹ Vgl. dazu auch Dok. 358, Anm. 3.

¹² Vgl. Dok. 350.

der Auseinandersetzungen von 1933. Andererseits haben die Deutschen im Zusammenhang mit einem Gerichtsprozess, den wir in Königsberg führten, jetzt das Konto der Handelsvertretung bei der Garkrebo gesperrt. Und schließlich darf man die in letzter Zeit sich verstärkende Aktivität der Deutschen hinsichtlich der Haftsachen von deutschen Staatsbürgern in der UdSSR nicht außer Acht lassen. Freilich hatten wir auch früher wiederholt mit ähnlichen Vorkommnissen zu tun gehabt; in der jetzigen Situation kann jedoch ein beliebiges Vorkommnis dieser Art zum Ausgangspunkt für eine neue Verschlechterung der Beziehungen werden.

D. Kandelaki

Berlin, den 20. Januar 1936

Vermerk von A.P. Rozengol'c mit rotem Farbstift am linken Seitenrand des Dokuments:

An M. Levin, Sprechen Sie mit mir. AR[ozengol'c].

Vermerk mit Bleistift: Erhalten am 25/I., 11.20 Uhr.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 4 E[xemplare].

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2210, l. 103–107. Original.

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 78, S. 137–139.

Nr. 361

Aktennotiz des Gruppenleiters der Referate Wirtschaft im AA Ritter

Berlin, den 20. Januar 1936

Über Abteilung IV dem Herrn Staatssekretär¹ vorzulegen.

Ich habe durch die Aufzeichnung W. IV Ru. 53 vom 6. Januar 1936² zum ersten Mal davon erfahren, dass Herr Reichswirtschaftsminister Schacht Russland einen zehnjährigen Obligationen-Kredit geben will und dies Herrn Kandelaki schon mehr oder weniger konkret in Aussicht gestellt hat.

Ich halte die Gewährung eines Obligationen-Kredits an Russland aus zwei Gründen für falsch.

1.) Wenn die Russland bisher gewährten Kredite – nach meiner Schätzung etwas über 4 Milliarden RM – bisher im Großen und Ganzen ohne Schwierigkeiten zurückgezahlt worden sind, so nur, weil wir bisher Finanzkredite immer abgelehnt, sondern nur kaufmännische Kredite, d.h. nur gegen Warenwechsel gegeben haben. Die gleiche Sicherheit besteht bei einem Obligationen-Kredit, d.h. einem Finanzkredit nicht. Ich fürchte im Gegenteil, dass wir bei der Rückzahlung eines solchen Finanzkredits in Zukunft Schwierigkeiten haben werden, wenn wir das Geld nicht überhaupt ganz verlieren. Das Reich ist daran unmittelbar beteiligt, denn die Industrie verlangt natürlich wieder eine Reichsgarantie, und zwar bei einem zehnjährigen Kredit sogar noch einen höheren Hundertsatz als früher.

2.) Noch wichtiger nehme ich den zweiten Grund. Mit Ausnahme eines kleinen Obligationenkredits der Tschechoslowakei hat Russland bisher trotz seiner

¹ Bernhard von Bülow.

² Vgl. Dok. 341.

fortgesetzten Bemühungen von keinem Land einen Finanzkredit erhalten. Ich glaube, dass bei dieser Haltung der anderen Länder die deutsche Haltung eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Wenn wir als erstes großes Land Russland jetzt einen Finanzkredit geben, ist das Eis gebrochen. Andere Länder werden zur Gewährung von Finanzkrediten mehr oder weniger gezwungen sein, wenn sie sich nicht aus dem Geschäft drängen lassen wollen. Andere Länder können Russland dabei aber mehr bieten als wir. Wir werden Russland also gewissermaßen nur als Schrittmacher bei anderen Ländern dienen.

Der Herr Reichsfinanzminister, Graf Schwerin von Krosigk, ist der gleichen Auffassung wie ich. Nachdem Herr Präsident Schacht schon eine mehr oder weniger konkrete Zusage gemacht hat, möchte ich jedoch nicht dazu raten, etwa nachträglich formell zu widersprechen. Bei der weiteren Behandlung der Einzelheiten sollte sich aber Gelegenheit geben, auch ohne grundsätzlichen Widerspruch eine abweichende Auffassung zur Geltung zu bringen.

Ritter

Eigenhändige Unterschrift. An der Seite Stempel: Hat dem Herrn RM vorgelegen Ko[tze] 22[.1.] und Paraphe von R[oediger] 22/1.

PA AA, R 31477, Bl. H 097925-097927.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 505, S. 991–992.

Nr. 362

Bericht des Gesandtschaftsrats II. Kl. in Moskau Hensel an das AA

Moskau, den 20. Januar 1936

An das
Auswärtige Amt
in Berlin

Tgb.Nr. C IV a Fuchs

1 Anlage nebst 1 Unteranlage und 4 Durchdrucken¹

1 Anlage (vierfach)²

Anschluss an den Bericht vom 11. Januar 1936 – C IV a Fuchs –³

Inhalt: Haftfall *Kurt Fuchs*⁴.

Im Auftrage des Herrn Botschafters begab sich der unterzeichnete Leiter der Konsulatsabteilung der Botschaft, begleitet von dem verantwortlichen Referenten

¹ Brief Hensels an den Vater Adolf Fuchs vom 18.1.1936, in dem er von dem Besuch bei Kurt Fuchs berichtet, und als Unteranlage eine Abschrift eines Briefes von Kurt Fuchs an die Eltern und an Charlotte Hehle. In: PA AA, R 83893, Bl. K 227299-227301.

² Verbalnote der Deutschen Botschaft an das NKID, 20.1.1936. In: PA AA, R 83893, Bl. K 227302-227304.

³ Hierzu die handschriftliche Notiz: IV Ru 228. In dem Bericht wurde das Eintreffen von Fuchs in Jaroslavl' bestätigt und der Besuch bei Fuchs angekündigt. Vgl. PA AA, R 83893, o. P.

⁴ Der Name ist unterstrichen.

im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, Herrn Lewin, in der Nacht vom 15. zum 16. Januar d. J. in siebenstündiger Bahnfahrt nach dem 280 km von Moskau entfernten Jaroslawl zum Besuch des dort seine Straftat verbüßenden deutschen Reichsangehörigen Ingenieur Kurt Fuchs. Der Leiter der dortigen Verwaltung des Innenkommissariats⁵, der von Moskau aus auf den Besuch vorbereitet war, ließ den Unterzeichneten durch den Vertreter des Außenkommissariats⁶ alsbald nach Ankunft wissen, dass dem Besuch bei Fuchs, der hierzu aus dem Gefängnis in das Verwaltungsgebäude gebracht werden würde, um 12 Uhr mittags nichts im Wege stünde. In Bezug auf den Inhalt der Unterredung bat er nur, eine Kritik des gegen Fuchs gefällten Urteils zu vermeiden. Ich erklärte mich hiermit einverstanden. Im Übrigen stellte mir der Chef der Innenverwaltung für die ganze Dauer meines Aufenthaltes in Jaroslawl ein Dienstauto und einen Begleiter mit Offiziersrang zur Verfügung.

Bei meinem Eintreffen im Gebäude der Inneren Verwaltung empfing mich deren Chef gleichzeitig mit Herrn Lewin zunächst in Abwesenheit von Fuchs. Er machte einen besonders korrekten und höflichen Eindruck. Da er des Deutschen nicht mächtig war, bat er um Übersetzung der ganzen mit Fuchs geführten Unterredung. Ich begründete meinen Besuch bei Fuchs besonders mit der begreiflichen Sorge der Angehörigen des Fuchs um dessen Schicksal angesichts der Tatsache, dass seit nunmehr 11 Monaten kaum ein Lebenszeichen von Fuchs zu erlangen war, und erbat und erhielt die Genehmigung für Fuchs, in meiner Gegenwart einen Brief an seine Eltern zu schreiben und mir zur Weiterleitung zu übergeben.

Sodann wurde Fuchs vorgeführt. Sein Aussehen war besser als am Tage der Urteilsverkündung, an dem ich ihn in Leningrad das erste Mal besuchte, aber er war bleich. Auf meine Frage nach seinem Gesundheitszustand klagte Fuchs über Herz-, Magen- und Nierenbeschwerden, fügte hinzu, dass er sich seit seiner Ankunft in Jaroslawl bereits wesentlich erholt hätte und vom Skorbut, an dem er im Norden gelitten hätte, bereits völlig geheilt sei. Bei dieser Gelegenheit stellte es sich erst heraus, *dass Fuchs nach einmonatiger Reisedauer bereits am 20. Oktober in Jaroslawl eingetroffen war*⁷. Fuchs schilderte insbesondere die Ernährung im Gefängnis in Jaroslawl als sehr gut, bat aber mit Rücksicht auf seinen schwachen Magen um Bewilligung einer besonderen Diät nach Vorschrift des Arztes. Der Chef der Innenbehörde sagte ihm dies ohne weiteres zu und teilte mir mit, dass ein guter Anstaltsarzt vorhanden sei, nach dessen Vorschrift Fuchs jederzeit besondere Diät und im Falle der Notwendigkeit auch Behandlung im Hospital erhalten könne. Da Fuchs um Geld zur Beschaffung von Milch bat, übergab ich dem Chef der Innenbehörde gegen eine mir sofort erteilte Quittung 200.- Rbl. und sicherte mir die Möglichkeit weiterer fortlaufender Geldunterstützungen für Fuchs. Außerdem übergab ich ein größeres Lebensmittelpaket für Fuchs.

Ich hatte sodann ausgiebig Gelegenheit die Frage der künftigen regelmäßigen brieflichen Verbindung zwischen Fuchs und seinen Angehörigen zu besprechen und erhielt die Zusicherung, dass einem sich ausschließlich auf private Angelegenheiten beziehenden Schriftwechsel zwischen Fuchs *und seinen Angehörigen nichts in

⁵ Petr Semenovič Raevskij.

⁶ Vladimir L'vovič Levin.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

den Weg gelegt werden würde. Fuchs bemerkte, dass er seit seiner Ankunft in Jaroslawl jeden Monat Post von seinen Angehörigen erhalten hätte. Auch der Empfang von Paketen mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken von der Botschaft und von seinen Angehörigen wurde Fuchs für die Zukunft gestattet. Seine diesbezüglichen⁸ Wünsche, soweit sie die Angehörigen betreffen, habe ich in dem der Anlage mit der Bitte um Kenntnisnahme und Weiterleitung beigefügten Schreiben an seinen Vater zum Ausdruck gebracht; Durchdruck dieses Schreibens für die dortigen Akten ist gleichfalls beigefügt. – Fuchs war sehr erfreut über die guten Nachrichten, die ich ihm von seinen Eltern und von Fräulein Charlotte Hehle vom Dezember 1935 übermitteln konnte. Als ich ihm Kenntnis von den Anfragen von Fräulein Lisa Rätz gab und ihn fragte, ob er auch ihr schreiben wolle, bat er mich um Übermittlung seines Dankes für diese Anfragen und für den ihm zugegangenen Woll-Pullover an Fräulein Rätz mit dem Bemerkten, dass er sich in seinem Briefverkehr auf seine Eltern und auf seine Braut, Fräulein Charlotte Hehle, beschränken wolle.

Zu einer längeren Erörterung führte meine Frage an Fuchs, ob ihm daran liege, die bisherige Einzelhaft im Gefängnis durch Arbeit auf seinen Spezialgebieten zu ergänzen. Fuchs erzählte von seinen diesbezüglichen Erfahrungen im Nordgebiet, wo ihm auf seine Bitte zwar Arbeitsmöglichkeit gegeben worden wäre; er wäre hierbei einem Arbeitsgruppenführer zugeteilt worden, der krimineller Sträfling war und ihn als Faschisten auf Strafarbeit unter Tage geschickt hätte. Diese Arbeit hätte er nicht ausgehalten; auch sei er von den übrigen Arbeitskameraden, die sämtlich schwere Kriminalverbrecher gewesen seien, misshandelt worden. Auf seine Beschwerde hin hätte der dortige Beamte der inneren Verwaltung ihn zwar von dieser Arbeit entbunden, ihm aber erklärt, dass er gegen die an den Misshandlungen Schuldigen nicht vorgehen könne, weil zu befürchten wäre, dass sie ihn sonst totschlagen würden. Der Leiter der Innenbehörde in Jaroslawl ließ Fuchs durch mich fragen, ob er arbeiten wolle und unter welchen Bedingungen. Fuchs erwiderte in höflicher und geschickter Weise, er wäre dankbar, wenn ihm Gelegenheit zur Arbeit gegeben werden würde. Bedingungen wolle er nicht stellen; er bäte nur, ihm eine seinem Gesundheitszustande entsprechende Arbeit wie Automontage oder Traktorenführung zu übertragen und ihn hierbei nicht mit Schwerverbrechern in Berührung kommen zu lassen. Der Leiter der Innenbehörde nahm diese Wünsche, die ich mir zu eigen machte, zur Kenntnis, bemerkte aber, dass eine Entscheidung hierüber nicht ihm, sondern den Zentralbehörden in Moskau zustünde. (Die Botschaft hat hierauf diese Wünsche des Fuchs zum Gegenstand der in der Anlage abschriftlich beigefügten Verbalnote an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten vom heutigen Tage gemacht.)

Zum Schluss ermahnte ich Fuchs, die Nerven nicht zu verlieren und sich sein Los nicht selbst zu erschweren. Ich hatte Gelegenheit, unbeanstandet zu bemerken, dass Fuchs sich über das Schicksal der Heimat nicht zu beunruhigen brauche; seit einem Jahr sei die Saar auf Grund ihres überwältigenden Bekenntnisses zum Deutschtum in der Volksabstimmung⁹ wieder deutsch; am 16. März 1935 habe der Führer die deutsche Wehrhoheit wieder hergestellt¹⁰, sodass Deutschland den von

⁸ Der Absatz ist am Seitenrand angestrichen.

⁹ Am 13.1.1935. Vgl. Dok. 60, Anm. 3.

¹⁰ Vgl. Dok. 84, Anm. 1.

ihm erstrebten Frieden selbst wahren könne; im Juni v. J. habe der Führer ein auch dem Frieden dienendes Abkommen mit England über die Begrenzung der Seerüstung abgeschlossen und im September 1935 habe in Nürnberg der Parteitag der deutschen Freiheit stattgefunden. Fuchs könne persönlich wie er aus meinem Besuche ersehe, davon überzeugt sein, dass er nicht vergessen werde. Fuchs erwiderte, dass er sich immer ruhig und höflich gegenüber den Beamten der Gewahrsamsbehörden verhalte. Er hätte ihrerseits immer ein nicht zu beanstandendes korrektes Verhalten ihm gegenüber gefunden. Für meinen Besuch bedankte sich Fuchs in warmen Worten und bat mich, auch dem Herrn Botschafter und Herrn Generalkonsul Sommer für alle ihm erwiesene ideelle und materielle Unterstützung wärmstens zu danken. Sodann wurde Fuchs Gelegenheit gegeben, den in der Unteranlage in Urschrift und Abschrift beigefügten Brief an seine Eltern zu schreiben und mir nach erfolgter mündlicher Übersetzung zu geben. Fuchs bat mich um Übermittlung seiner herzlichsten Grüße an seine Eltern, Fräulein Charlotte Hehle und alle Kameraden und Freunde in Deutschland.

Die Unterredung dauerte insgesamt eine Stunde und 10 Minuten.

Nach erfolgter Abführung des Fuchs bedankte ich mich beim Chef der Innenbehörde für sein entgegenkommendes und korrektes Verhalten und erbat und erhielt von ihm die Zusicherung, dem Fuchs die weitere Verbüßung seine Einzelhaft in Jaroslawl im Rahmen der bestehenden Vorschriften der bei diesem Besuch getroffenen Vereinbarungen nach Möglichkeit zu erleichtern.

Zusammenfassend darf ich feststellen, dass *Fuchs es nach meinem Eindruck und nach seinen eigenen Feststellungen in Jaroslawl bedeutend besser als vorher im Norden hat und keine Befürchtung für sein Leben und Wohlergehen besteht, solange kein weiterer Wechsel der Gewahrsamsbehörde und keine Änderung des Gefängnisregimes erfolgt. Für die Botschaft wird es nunmehr darauf ankommen, Fuchs*¹¹ im Rahmen des Möglichen und unter Berücksichtigung seines Gesundheitszustandes Arbeitsmöglichkeit zu erwirken, ihn weiter fortlaufend mit Zusatznahrungsmitteln und Geld zu versorgen sowie darüber zu wachen, dass die Zusagen der Gewahrsamsbehörde über seine ärztliche Betreuung u. s. w. eingehalten werden.¹²

Herr Generalkonsul Sommer in Leningrad erhält Durchdruck dieses Berichts.

Im Auftrag

Dr. Hensel

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel des AA: IV Ru 370, Eing. 22. Jan. 1936. Unten Stempel: Wiedervorgelegt am 18/2 Büro IV Ru und ab: 25. Jan. 1936. Außerdem: R 15 Ru Fuchs. Am Seitenrand H[err]n Baum H[encke] 25/I mit nicht entziferten Bemerkungen von Baum und Abzeichnung von R[oediger] [23/3]. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben. In drei Durchschlägen gefertigt.

PA AA, R 83893, Bl. K 227292-227298.

¹¹ Der Absatz ist am Seitenrand angestrichen.

¹² Zu dem Bericht von Levin über den Besuch bei Fuchs vgl. Dok. 378.

Nr. 363

**Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im
NKID Štern mit dem Legationsrat in Moskau Hilger**GEHEIM

[21.1.1936]

Nr. 8103

23.1.36¹**AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES Gen. ŠTERN MIT HILGER,
21. Januar 1936**

Hilger kam mit folgender Bitte zu mir. Twardowski hätte seinerzeit mit mir über die Ausreisegenehmigung für Bischof Malmgren aus der UdSSR² gesprochen. Zum gleichen Thema habe Twardowski am 1. August³ und Schulenburg am 15. August⁴ mit Gen. Krestinskij gesprochen. Gen. Krestinskij hätte Schulenburg geantwortet, dass die Ausreise Malmgrens aufgrund der vorliegenden Informationen nicht genehmigt werden könne, jedoch versprochen, sich noch einmal für diese Frage zu interessieren. Gegenwärtig erlange die Frage nach dem Schicksal von Malmgren eine besondere Schärfe. Es gehe darum, dass es 1934 in der UdSSR 62 evangelische Pastoren gegeben habe, zurzeit seien insgesamt 13 verblieben, davon seien 3 Finnen, 1 Lette, die übrigen 9 seien Deutsche, wobei es auf dem gesamten Territorium der Sowjetunion von Moskau bis Vladivostok keinen einzigen Pastor mehr gebe. Der letzte Pastor, den es in Vladivostok gab, sei dieser Tage verhaftet worden. Verblieben seien noch: 2 Pastoren in Leningrad, 1 Pastor in Char'kov, 1 in Moskau, 1 in Odessa, 2 im Kaukasus, 1 in Mittelasien, 1 in Ordžonikidze. Somit hätte Malmgren hier faktisch gar nichts mehr zu tun, außerdem sei er 76 Jahre alt und krank und in letzter Zeit würden die Leningrader Innenbehörden ihn fortwährend einbestellen und ihn nach seinen Existenzquellen, der Art seiner Beschäftigung usw. befragen, H[ilger] bitte mich, die Ausreiseangelegenheit für Malmgren erneut aufzugreifen, wobei er vor allem unterstreiche, dass sich für Malmgren durchaus nicht Regierungskreise interessierten, die sich dem evangelischen Geistlichen gegenüber recht gleichgültig verhielten, sondern gerade die uns früher freundschaftlich gesonnenen Kreise, darunter Kriege. Außerdem verstünde H. nicht, warum aus Malmgren ein Märtyrer gemacht werden müsse. Wenn man ihn irgendwohin verbanne und er dort verstürbe, so käme dabei nichts Positives für uns heraus. Die Deutsche Botschaft wäre bereit, mit uns ein Gentlemen's Agreement abzuschließen, wonach sich Malmgren im Falle einer Ausreise jeglicher Äußerungen über die Sowjetunion enthalten würde. H. bat sehr darum, der Bitte der Botschaft in dieser Angelegenheit entgegenzukommen.

H. beklagte sich sodann über das große Durcheinander bezüglich der Registrierung von Firmenvertretern. Der Beschluss über die Registrierung sei nach wie vor nicht veröffentlicht. Das Narkomvneštorg verspreche jedes Mal, dass dies demnächst erfolgen werde; inzwischen seien aber bereits 9 Monate vergangen. Außerdem hätten

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 20.

³ Vgl. Dok. 206.

⁴ Vgl. AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 32, l. 47.

die Firmen ein Rundschreiben erhalten, in dem den Firmenvertretern vorgeschlagen werde, sich nicht beim Narkomvneštorg, sondern beim Narkomfin registrieren zu lassen. H. hätte dies zum Anlass genommen, um mit Gen. Levin (Narkomvneštorg) darüber zu sprechen, und dieser habe sich bezüglich des Rundschreibens verwundert gezeigt. Ein sehr unerfreuliches Bild gebe es auch bei den Einreisegenehmigungen für Firmenvertreter, von denen zurzeit nur 4 in Moskau verblieben seien.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: Für mich eine Kopie für den Vortrag bei N.N.⁵ Š[tern].
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
4 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. nach Berlin, das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 18–17. Original.

Nr. 364

Aufzeichnung der Geschäftsführung des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Abschrift

24.1.1936

Vertraulich!

Russische Bestellungen auf Kriegsgerät

Nachstehenden uns heute zugegangenen Aktenvermerk einer Besprechung der Abteilung Ausfuhrgemeinschaft für Kriegsgerät der Reichsgruppe Industrie mit Korvettenkapitän Rieve am 21.1. ds. Js. beehren wir uns, ergebenst zur Kenntnis zu bringen:

„Der Führer und Reichskanzler hat fortab alle Geschäfte mit Russland in Kriegsgerät untersagt. Das R[eichs]K[riegs]M[inisterium] ist jedoch der Auffassung, dass unter Kriegsgerät nur das im Gesetz vom 6.11.1935¹ festgesetzte zu verstehen ist. Die derzeit bestehenden Verhandlungen über Rüstungsmaschinen sollen deshalb nicht unterbrochen werden. Dagegen werden Verhandlungen wegen U-Boot-Batterien und Geräten der Firma Zeiss nicht fortgeführt.

Die seinerzeitigen Abschlüsse auf Scherenfernrohre bleiben von der neuen Bestimmung unberührt.“

Heil Hitler!

Russland-Ausschuss der deutschen Wirtschaft

Die Geschäftsführung

PA AA, R 31477, Bl. H 097958.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 518, S. 1013.

⁵ Krestinskij.

¹ Vgl. „Gesetz über Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät“, 6.11.1935. In: Reichsgesetzblatt 1935, Teil I, S. 1337.

Nr. 365
Aufzeichnung des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses
der Deutschen Wirtschaft Tschunke

27.1.1936

Aktennotiz

über die am 24. Januar 1936 im Hotel „Esplanade“ stattgehabte Unterredung
über schwebende Fragen des beabsichtigten neuen deutsch-russischen
Wirtschaftsabkommens 1936

Anwesend: der Leiter der Handelsvertretung der UdSSR in Berlin,
Herr Kandelaki,
der stellvertretende Leiter Dir. Friedrichson,
der Direktor der handelspolitischen Abteilung Gassjuk,
der Vorsitzende des Russland-Ausschusses Direktor Dr. Reyß
und der Geschäftsführer.

Angesichts der stockenden Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium (Verstimmung des Präsidenten Schacht durch Molotows Rede in Moskau¹, Differenzen bei der restlichen Schuldentilgung, russische Ausfuhrsperre² usw.) bat der Leiter der Handelsvertretung Herrn Dr. Reyß und mich zum 24. Januar 1936 ins Hotel „Esplanade“. Es war offensichtlich das Bestreben der Russen, Herrn Dr. Reyß als Vermittler zwischen ihnen und Dr. Schacht bei den Verhandlungen einzuschalten. Die Russen sprachen wiederholt ihr Bedauern über das Missverständnis in Angelegenheit Rede Molotows aus und versicherten, dass ihnen sehr daran gelegen sei, möglichst rasch zum Abschluss der Verhandlungen zu kommen, und dass sie sich nach wie vor mit allen Kräften für gute deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen einsetzten. Herr Reyß möchte möglichst bald, und zwar noch vor dem für den 29. **bzw. 30.**³ Januar 1936 in Aussicht genommenen Besuch Kandelakis bei Dr. Schacht Gelegenheit nehmen, Herrn Präsidenten Schacht persönlich Aufklärung zu geben über nachstehende Zugeständnisse und Wünsche der russischen Regierung:

1. Die restlichen Schulden im Jahre 1936 betragen etwa 55 Millionen RM, von denen über die Zahlung von 5 Millionen in Angelegenheiten Kalisyndikat Regelung bereits getroffen sei. Die verbleibenden 50 Millionen Reichsmark sollen teils in Gold und Devisen, teils mit Einfuhrerzeugnissen bezahlt werden. Was die Quote anbetrifft, so gelang es Dr. Reyß, die Russen dazu zu bewegen, in Gold zu zahlen, mit Ausnahme von 12 Millionen RM. Diese 12 Millionen sollen für

deutsche Schiffsfrachten,
technische Hilfeleistung,
Montagegebühren,
den Zinsendienst,
Botschafts- und Handelsvertretungs-Unterhaltungskosten
verwandt werden.

¹ Vgl. Dok. 346.

² Vgl. Dok. 357, Anm. 2.

³ Der Text ist eingefügt.

2. Das vom Präsidenten Schacht geforderte laufende Geschäft im Verhältnis 1:1 bereite Schwierigkeiten. Russischerseits will man einen Präzedenzfall gegenüber England vermeiden, wo erst 1938 ein Verhältnis von 1,1 zu 1 vereinbart worden ist. Die Russen erwähnen auch, dass das Verhältnis 1:1 deswegen undurchführbar sei, weil die Barverkäufe zeitlich nicht den Bezahlungen für Bestellungen entsprechen (Lieferfristen!).

Die Russen wollen minimal für 110 Millionen Reichsmark nach Deutschland einführen, und zwar das, was deutscherseits gewünscht wird, also Naphtha, Manganerze, Holz, Flachs usw.

Hier wurde sofort eingewendet, dass 110 Millionen zu wenig seien, wir müssten mindestens auf 150 Millionen bestehen. Russischerseits wurde geantwortet, dass man darüber verhandeln kann. Man betone aber noch einmal, dass über die Verkaufserlöse frei verfügt werden muss, also zur Schuldenbezahlung und zu Bestellungen.

3. Die Russen sind einverstanden mit einem 500 Millionen Kredit auf Basis Obligationen für 10 Jahre. Sie sind bemerkenswerterweise bereit, für 250 Millionen Reichsmark solche Aufträge an die deutsche Industrie zu geben, die von ihr gewünscht werden. Andererseits aber wollen sie für 250 Millionen RM das bestellen, was sie wünschen, darunter hauptsächlich Kriegsmaterial (Kriegsschiffe, Flugzeuge und sonstige für sie interessante Dinge). *Wenn dieser Wunsch nicht erfüllt werden kann, so hätten sie an dem 500-Millionen-Kredit kein Interesse.*⁴

Hier liegt meines Erachtens die Hauptschwierigkeit, zu einer Verständigung zu gelangen. Über die unter Ziffer 1 genannte Schuldenzahlungs-Regelung dürfte hinwegzukommen sein. Jedenfalls sollte an diesen 12 Millionen das Abkommen nicht scheitern.

Ganz allgemein sollen Zahlungsbedingungen, Zinsen, Abschluss in Reichsmark usw. wie bisher im 200 Millionen Kredit⁵ gültig bleiben.

Herr Dr. Reyß versprach den russischen Herren, die obigen Wünsche zu übermitteln, betonte aber ausdrücklich, dass er weder beauftragt noch in der Lage sei, zu den einzelnen Punkten Stellung zu nehmen. Er werde sich sofort ins Reichswirtschaftsministerium begeben und dort berichten und gleichzeitig um eine Audienz beim Präsidenten Schacht einkommen.⁶

Dr. Reyß und ich berichteten um 5 Uhr nachmittags Herrn Ministerialrat Mossdorf und Regierungsrat Dr. v. Spindler. Ministerialrat Mossdorf übernahm die Anmeldung bei Präsident Schacht und will am 27. bzw. 28.1.1936 Bescheid geben.

Tschunke

Eigenhändige Unterschrift. Oben handschriftlich: Vertraulich. Unten: H 13 Ru B und IV Ru 512/36.

PAAA, R 31477, Bl. H 097955-097957.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 524, S. 1020–1021.

⁴ Der Satz ist unterstrichen.

⁵ Vgl. Dok. 116.

⁶ Ein Vermerk Dittmanns vom 30.1.1936 zu dieser Vorlage lautete folgendermaßen: „Nach Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums ist es Kandelaki durch einen unmittelbaren telefonischen Anruf bei dem Herrn Präsidenten Schacht im Reichsbankdirektorium (unter Umgehung des Wirtschaftsministeriums) gelungen, sich für heute (30.1.) eine Audienz beim Präsidenten Schacht zu verschaffen.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 524, Anm. 1, S. 1020.

Nr. 366
**Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten
 Vertretung in Berlin Bessonov mit dem Ministerialrat im
 Reichswirtschaftsministerium Mossdorf**

Geheim

Expl. Nr. 1

Berlin, den 27. Januar 1936

Tagebuch
 S. Bessonovs
 17.–27. Januar
 Nr. 25/s¹

DIE WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN
 (Unterredungen mit Mossdorf)

Als ich am 22. Januar mit Mossdorf über den Fall Prinz sprach², berührte ich die Wirtschaftsverhandlungen. M[ossdorf] sagte, dass die Rede Molotovs³ in den Kreisen um Schacht eine gewisse Gereiztheit ausgelöst habe. Dazu käme noch die Unklarheit hinsichtlich des Dekrets über das Exportverbot in Länder mit Devisenbeschränkungen.⁴ Die Deutschen glauben, dass sich dieses Dekret vor allem gegen Deutschland richte und ein Druckmittel gegen Deutschland bei den Verhandlungen darstelle, was in den deutschen Kreisen erneut eine Unzufriedenheit hervorrufe. Ich machte Mossdorf darauf aufmerksam, dass es im Dekret nichts Unerwartetes gebe, da es lediglich die Lage für jene Fälle fixiere, in denen wir mit diesem oder jenem Land kein spezielles Abkommen über den Warenverkehr haben. Wenn wir also mit Deutschland ein Warenverkehrsabkommen erzielten, verlöre das Dekret für die Dauer der Laufzeit dieses Abkommens seine Gültigkeit und werde durch das Abkommen ersetzt. Mossdorf sagte, die Deutschen hätten das Dekret im Gegenteil als eine Zurücknahme der von Kandelaki im Dezember unterbreiteten Vorschläge⁵ verstanden. Kandelaki hätte doch vorgeschlagen, einen Teil der Verbindlichkeiten in Gold zu bezahlen, während das Dekret nur eine Zahlung in Form einer Warendeckung vorsieht. Ich wies M. darauf hin, dass, soweit mir bekannt sei, die von Kandelaki im Dezember unterbreiteten Vorschläge vollständig in Kraft blieben, worüber er sicherlich schon von Fridrichson informiert worden ist. M. war mit dieser Bekräftigung sehr zufrieden und verwies darauf, dass es dann um die praktische Abstimmung hinsichtlich der Summe gehe. Ich sagte, dass die Initiative jetzt bei den Deutschen liege, weil sie aus mir unverständlichen Gründen die Wiederaufnahme der Verhandlungen verzögerten. M. antwortete mir nicht, und wir vereinbarten, uns am 27. zu einem ausführlichen Gespräch zu all diesen Themen zu treffen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Zur Klage der Firma Prinz gegen die Handelsvertretung und den Unterredungen Bessonovs in dieser Angelegenheit vgl. AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 31, l. 26–23.

³ Vgl. Dok. 346.

⁴ Vgl. Dok. 357, Anm. 2.

⁵ Vgl. Dok. 334.

Am 27. Januar konnte ich beim Frühstück im Gespräch mit Mossdorf folgendes feststellen:

1. Laut M. gibt es bei den Deutschen keine „psychologischen“ Hemmnisse für eine Wiederaufnahme der Abschlussverhandlungen. Es liegen lediglich materielle Meinungsverschiedenheiten mit uns vor.

2. Die größte Meinungsverschiedenheit besteht darin, dass wir unsere sämtlichen Verbindlichkeiten für 1936 in Gold bezahlen sollen. Die Deutschen könnten sich jedoch mit dem Vorschlag Kandelakis einverstanden erklären, wonach wir den Teil, der nach Abzug der 5,5 Mio. Mark der Zahlungen des Kalisyndikats verbleibt, in Gold bezahlen, was sie gern zur Begleichung unserer Verbindlichkeiten annehmen werden, und wir den Teil unserer Verbindlichkeiten, der sich nach Abzug der obigen Verbindlichkeiten ergibt, in Mark zum Zeitpunkt des Abkommens bezahlen werden. Übrigens beträgt nach den Berechnungen Kandelakis der verbleibende Teil ungefähr 37,5 Mio. Mark.

3. Die nächste Meinungsverschiedenheit besteht hinsichtlich der Summe und des Charakters unseres Exports nach Deutschland. Das Hauptinteresse der Deutschen am Abschluss des Abkommens mit uns besteht darin, für Deutschland die Rohstofflieferungen durch die UdSSR sowie die Beibehaltung des laufenden Warenverkehrs mit der UdSSR auf einem bestimmten Niveau zu gewährleisten. Die Deutschen würden gern von uns die Zusicherung bekommen, dass wir im Jahr 1936 Waren in einer Summe von 150 Mio. Mark nach Deutschland exportieren, wobei das Warensortiment mit uns abgestimmt werden müsste. Ich sagte, dass davon überhaupt keine Rede sein könne.⁶ Wir hätten bereits im Dezember erklärt, dass wir nichts gegen ein Verhältnis unseres Exports zum Import aus Deutschland von 1:1 einzuwenden hätten, nachdem unser Export unsere Ausgaben für unsere Organisationen in Deutschland, für die deutschen Frachtkosten und für die Zinszahlungen für den 200-Millionenkredit abgedeckt hat. Somit wird die Zahlungsbilanz bei dem laufenden Handelsumsatz immer zu unseren Gunsten sein, unabhängig davon, ob wir den Proporz von 1:1 annehmen. Jedoch gehört die Fixierung einer bestimmten Summe unseres Exports nach Deutschland und folglich auch die Summe unserer laufenden Einkäufe in Deutschland nicht zu den Plänen der sowjetischen Seite und wird von ihr mit Sicherheit abgelehnt werden.

4. Die nächste Meinungsverschiedenheit besteht hinsichtlich unserer Auftragsliste. Mossdorf ist der Meinung, dass wir von Schacht eine Erklärung bekommen würden, wonach sich Deutschland nicht in der Lage sehe, uns militärische Ausrüstungen und Munition zu liefern.⁷ Ich sagte, dass damit das gesamte Abkommen infrage gestellt werde, weil für uns diese Liste den Schwerpunkt des gesamten Abkommens bilde. M. verhehlte nicht, dass wir nach Ansicht der Deutschen an dem Abkommen hauptsächlich wegen seiner Form, d.h. der Form eines Kreditabkommens, sowie seiner Laufzeit interessiert seien. Ich musste ihn darauf hinweisen, dass, wenn auch diese Momente für uns von wesentlicher Bedeutung sind, dennoch das Schwergewicht in erster Linie bei unserer Auftragsliste liege, dank derer wir den Industrialisierungsprozess in unserem Land beschleunigen und unsere In-

⁶ Das ursprüngliche Komma wurde mit Tinte in einen Punkt korrigiert und das Wort „dass“ durchgestrichen.

⁷ Vgl. Dok. 364.

dustrie auf ein höheres Niveau anheben können. Die negative Haltung der Deutschen in der Listenfrage könne zum Scheitern des gesamten Abkommens führen. Darauf gab mir M. zu verstehen, dass die Deutschen versuchen würden, in einer Reihe von Fällen Kompromisse zu finden, um einigen unserer ****militärischen****⁸ Bestellungen sozusagen eine zivile Form zu verleihen.

5. Die Deutschen sehen das Junktim zwischen dem Abkommen für '36 und dem 500-Millionenkredit als völlig natürlich an.

6. Weil für die Deutschen der Schwerpunkt auf einer Erhöhung unseres laufenden Exports und unserer laufenden Aufträge liegt, ist nicht auszuschließen, wie ich das aus verschiedenen Äußerungen von M. verstanden habe, dass sie uns vorschlagen könnten, die Inanspruchnahme des 500-Millionenkredits auf einige Jahre auszudehnen. Ich erklärte, dass eine derartige Wendung der Angelegenheit unannehmbar sei.

7. Ich verstand M. in dem Sinne, dass die Deutschen eine zweite Verhandlungspause für möglich erachten, wenn Gen. Kandelaki nach Moskau fahren sollte, um zusätzliche Weisungen zu bekommen. M. erwartet dies wegen der Unstimmigkeiten bei der Bestellliste.

M. bat mich eindringlich, dieses Gespräch als absolut vertraulich zu betrachten. Seinen Worten zufolge sei die Lage angesichts des Widerstandes der Regierung gegen unsere Auftragsliste nach wie vor sehr schwierig. „Sie müssen verstehen“, sagte er mir, „dass in dem heutigen Deutschland alles von Personen abhängt. Deshalb möchte ich Sie sehr bitten, bei den künftigen Verhandlungen den wirtschaftlichen Inhalt dieser Verhandlungen nicht zu sehr zu politisieren. Schacht wird es leichter fallen, diese ganze Angelegenheit zum Abschluss zu bringen, wenn weniger die politische Seite hervorgekehrt wird, die jetzt in unserer Auftragsliste in ****aller****⁹schärfster Form ihren Niederschlag gefunden hat, und stärker die rein wirtschaftliche Seite des Abkommens zum Tragen kommt.“ Seinen Gedanken konkretisierend sagte er, dass Schacht es vorziehen würde, uns Teile eines Kriegsschiffes statt eines kompletten Schiffes mit Bewaffnung zu liefern. Ich antwortete ihm darauf, wenn dies aus produktionstechnischer Sicht machbar wäre, so könnte die Handelsvertretung den Wünschen Schachts sicherlich entgegenkommen. Jedoch dürfe eine Veränderung in der Form in keiner Weise den Inhalt des Auftrages berühren. Im Prinzip müssten wir alles das bekommen, was in der Liste aufgeführt sei.

Wir verabschiedeten uns und vereinbarten, dass alles das, was in diesem Gespräch gesagt wurde, den Charakter eines inoffiziellen und für beide Seiten unverbindlichen vertraulichen Meinungsaustauschs zu Fragen der Verhandlungen hatte.

S. Bessonov

****P.S.:** Zur Vermeidung von Missverständnissen, die es im vergangenen Jahr gegeben hat, bitte ich darum, dem NKVT diese Aufzeichnung nicht zur Kenntnis zu bringen.

S. B. ******¹⁰

⁸ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

Vermerke mit blauem Farbstift: M.M.¹¹; zur Akte.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 277 vom 29.1.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 27.1.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 49, l. 14–15. Original.

Nr. 367

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv.
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[27.1.1936]

29/s¹

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Seit meinem letzten Schreiben² hatte ich bei Essen und Empfängen Gelegenheit, viele Leute zu treffen, darunter Deutsche „der Gesellschaft“, die wir unter normalen Umständen fast kaum zu Gesicht bekommen. Besonders viele Leute hatte aus irgendeinem Grund Bülow zum Mittagessen geladen, **einem Essen**³, das er zu unseren und zu Ehren des amerikanischen Botschafters⁴ (so stand es in der Einladungskarte) gab. Beim Mittagessen bei Neurath habe ich viele unbekannte Deutsche getroffen. Ich machte mich zum ersten Mal mit General Seeckt, mit Justizminister Frank⁵, mit dem Leipziger Bürgermeister⁶ u. a. bekannt.

Alle Gespräche, die ich bei diesen Gelegenheiten mit den Deutschen führen konnte, drehten sich um ein und dasselbe Thema, das Thema der Anormalität der jetzigen deutsch-sowjetischen Beziehungen, wobei es sehr aufschlussreich war, dass fast alle meine Gesprächspartner eingestanden, dass die Hauptschuld dafür die deutsche Seite trage, **und**⁷ sie sich auffällig von dem momentanen anti-sowjetischen Kurs distanzieren. In diesem Sinne sprach auch General Massow mit mir, der einen offiziellen Posten im Amt Rosenberg⁸ bekleidet. Er erging sich in einigen Ausfällen gegen seine jetzigen Vorgesetzten, nannte die Balten „Fremde“, die wegen lokaler Gruppeninteressen Zwietracht in die deutsch-sowjetischen Bezie-

¹¹ Litvinov.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. das Schreiben von Suric an Litvinov vom 12.1.1936. In: AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 6–10.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ William Dodd.

⁵ So im Dokument. Frank war von 1933 bis 1934 Justizminister in Bayern, seit Dezember 1934 Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

⁶ Carl Friedrich Goerdeler.

⁷ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁸ Gemeint ist das Außenpolitische Amt der NSDAP.

hungen tragen würden. Als ehemaliger Befehlshaber sprach er mit großer Anerkennung über die Stärke unserer Armee (das Gespräch fand einige Tage nach der Rede Tuchačevskijs⁹ statt) und bezeichnete den Gedanken eines militärischen Zusammenstoßes zwischen uns als absurd und unheilvoll. Er leitet jetzt in der Partei die Abteilung für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland¹⁰. In dieser Eigenschaft bot **er**¹¹ sich an, eine Reise von deutschen Studenten zu uns und von sowjetischen Studenten nach Deutschland zu organisieren. Dabei sagte er, dass er sich nicht davor fürchte, auf Ablehnung oder Unwillen von Seiten Hitlers zu stoßen, weil er von der Nützlichkeit eines solchen Vorhabens überzeugt und sicher sei, schließlich auch den Führer davon überzeugen zu können.

Großes Interesse an uns zeigte auch Frank, der mich ausführlich über den Zustand unserer Gerichte, zum Jurastudium bei uns usw. befragte. Er äußerte auch den Wunsch, zwischen **unseren**¹² Rechtsinstituten engere Informations- und Arbeitsverbindungen herzustellen.

Obgleich die Mehrzahl meiner Treffen mit den Deutschen nach der Rede Molotovs auf der Tagung des CIK¹³ stattfand, äußerte fast keiner meiner Gesprächspartner, mit Ausnahme Neuraths und teilweise von Bülow, Unzufriedenheit hinsichtlich des Inhalts der Rede. Im Gegenteil, einige, zum Beispiel der Miteigentümer der Firma Krupp, Wilmowsky, und ein Direktor der Deutschen Bank, **Vejnacht**¹⁴, begrüßten diese Rede sogar als einen offenen Appell zur Verbesserung der politischen und zur Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen. Die Passage der Rede Molotovs über die deutsche Initiative, die Schacht und seine Umgebung (Mossdorf und andere) so schmerzlich berührte¹⁵, ging an den unabhängigeren Industriellen entweder vollkommen spurlos vorüber, oder sie trat angesichts unserer Bereitschaft, ein großes Wirtschaftsabkommen abzuschließen, in den Hintergrund. Relativ zurückhaltend und ruhig sprachen nacheinander Bülow und Neurath mit mir über die Molotov-Rede. Bülow ging mehr auf den militärischen Teil der Rede Molotovs ein und beklagte, dass Molotov die Rüstungssteigerung in der Sowjetunion in Verbindung zur deutschen Politik gegenüber der UdSSR gebracht habe. Er sagte, dass ein eigentümlicher Teufelskreis geschaffen werde, aus dem man nicht ausbrechen könne. Jede Seite begründe ihre Aufrüstung mit dem Aufrüstungstempo der anderen Seite. Praktisch aber gerate Deutschland angesichts des starken Übergewichtes an Ressourcen bei der UdSSR und angesichts des französisch-sowjetischen Abkommens in eine sehr schwierige Lage, in die Lage eines Landes, das sich in einer eisernen Umklammerung befindet. Was Neurath betrifft, so erkannte er an, dass Molotov seine Rede mit einer sehr verantwortungsvollen und versöhnlichen Erklärung begonnen habe, aber „leider“

⁹ Am 15.1.1936 auf der 2. Tagung des CIK der UdSSR der 7. Legislaturperiode. Vgl. Izvestija vom 16. Januar 1936, S. 1. Ein Auszug der Rede in: Osteuropa 11 (1935/36), H. 5, S. 356–359.

¹⁰ So im Dokument. Massow war Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes.

¹¹ Das Wort ist mit Bleistift anstelle des durchgestrichenen „und“ über die Zeile geschrieben.

¹² Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben; ursprünglich: unserem.

¹³ Am 10.1.1936. Vgl. Dok. 346.

¹⁴ Der Name ist mit Bleistift über die Zeile korrigiert; ursprünglich: Vejnachd.

¹⁵ Vgl. Dok. 358.

diesen Ton nicht beibehalten und im nächsten Teil seiner Rede die „gewohnten und abgedroschenen“ Ausfälle gegen Deutschland wiederholt hätte. Auch Neurath äußerte sich zur „Indiskretion“, die Molotov in der Kreditfrage begangen hätte. Er verwies darauf, dass dies den Traditionen widerspräche **und**¹⁶, insofern die Initiative der deutschen Seite zugeschrieben werde, nicht der Wahrheit entspräche. Er verhehlte nicht, dass letzterer Umstand bei Schacht große Gereiztheit verursacht hätte, und er erwähnte unvorsichtig, dass Molotov mit diesem Teil der Rede zusätzliche Schwierigkeiten für Schacht bei seinen Verhandlungen in Basel¹⁷ verursacht hätte.

Es steht außer Frage, und darüber sprachen einige Kollegen offen mit mir, dass die Reden Molotovs und Tuchačevskijs große Verwirrung in den deutschen Reihen gestiftet haben. Die in beiden Reden angeführten Angaben zu unseren Rüstungen waren für die offiziellen Kreise Deutschlands vielleicht keine große Überraschung, insbesondere nicht für die Reichswehr, doch sie beeinflussten die Stimmung breiter gesellschaftlicher Kreise, die bereits seit einiger Zeit aufmerksam das riskante Spiel beobachteten, das hier gegen den starken „russischen Nachbarn“ betrieben wird. In dieser Hinsicht erzielte unsere Veröffentlichung der Angaben zweifellos eine ernüchternde **Wirkung**¹⁸ und erschwerte im Land erheblich die Propagierung der Idee, Krieg gegen uns zu führen. Das ist die eine Seite des Problems. Die andere Seite berührt die englisch-deutschen Beziehungen, die letzten Endes mit dem Grad der Bereitschaft Deutschlands, die eigenen Rüstungen zu begrenzen, verknüpft sind. Es steht außer Frage, dass das jetzt von uns offiziell benannte Niveau unserer Rüstungen¹⁹ es Deutschland erschwert, auf irgendeine Begrenzung einzugehen, und damit die Grundlage für ein Abkommen zwischen Deutschland und England einengt. Auch die Offenlegung der Doppelzüngigkeit der deutschen Politik uns gegenüber, die Molotov vornahm, versetzte die Deutschen vor der ganzen Welt in eine nicht weniger schwierige Lage. Auf der einen Seite steht die prinzipielle Unnachgiebigkeit, die Ablehnung jedweder Kompromisse und auf der anderen Seite steht der Wunsch, die Wirtschaftsbeziehungen bis hin zu Angeboten für neue und große Kredite zu verstärken.

Der Schlag traf ins Schwarze. Die Deutschen konnten ihn nicht mehr in der Form auffangen, das Kreditangebot zu leugnen. Aber eine Polemik rund um die Initiative vom Zaun zu brechen, hielten sie offenbar für zu kleinlich und nicht für Erfolg versprechend. Deshalb verwundert es nicht, dass fast die gesamte deutsche Presse die Passage über die Kredite generell mit Stillschweigen bedachte und alle Angriffe gegen die Rede Molotovs auf den roten Militarismus und seine Rolle im Dienste der Weltrevolution konzentrierte. Dieses Moment hat dann auch Goebbels in seiner nächsten Rede hervorgehoben²⁰. Von den Spekulationen über Gemein-

¹⁶ Das Wort ist mit Tinte geschrieben.

¹⁷ Gemeint sind die Verhandlungen Schachts mit der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr in Basel.

¹⁸ Das Wort ist maschinenschriftlich korrigiert; ursprünglich: Einfluss.

¹⁹ Tuchačevskij hatte in seiner Rede (vgl. Anm. 9) die zahlenmäßige Stärke der RKKA Anfang 1936 mit 1.300.000 Mann beziffert.

²⁰ Am 24.1.1936 in Köln. Vgl. „Goebbels-Kundgebung in Köln. Große Rede des Reichspropagandaleiters vor 15000 Volksgenossen in der Rheinlandhalle“. In: Völkischer Beobachter vom 26. Januar 1936, S. 7.

samkeit und Übereinstimmung zwischen Komintern und Sowjetmacht versprach man sich bei der bevorstehenden Erörterung des sowjetisch-uruguayischen Konfliktes²¹ in Genf²² besonders effektive Ergebnisse. Die Deutschen rechneten damit, dass sich diese Erörterung in ein Strafgericht über die Komintern und über Moskau verwandeln würde und, waren, wie einige meiner Kollegen²³ meinten, schadenfroh, dass die Sowjetmacht von sich aus in die Falle getappt sei. Wie groß aber war die Enttäuschung, als aus der Genfer Erörterung²⁴ allein Uruguay blamiert hervorging und vor der ganzen Welt wegen der offenen Verleumdung der UdSSR und als geheimer Handlanger der Mächte, die sich hinter seinem Rücken versteckten, bloßgestellt wurde.

Dass die Sowjetunion einen unstrittigen Sieg in Genf davongetragen hatte, musste selbst die deutsche Presse anerkennen. Scheffer zum Beispiel führte in seiner Korrespondenz aus Genf melancholisch aus, dass Litvinov als der wahre Sieger aus dem Streit in Genf hervorgegangen sei²⁵.

Der Umstand, dass in Genf niemand das Risiko einging, offen gegen die UdSSR Partei zu ergreifen, und weder Polen, noch Italien, das in der Rede Litvinovs²⁶ direkt angesprochen wurde, dazu entschlossen waren – all das zeigte den Deutschen ein weiteres Mal auf, in welchem Maße das internationale Ansehen und das Gewicht der Sowjetunion gestiegen ist und welche hohe Wertschätzung nunmehr die Zusammenarbeit mit unserer Union genießt. Vor dem Hintergrund der Ereignisse, die sich just in den Tagen zuvor zugetragen hatten, machte sich diese für die Deutschen traurige Erkenntnis besonders alarmierend bemerkbar.

Die Deutschen zeigten sich sehr besorgt über die Erörterung bezüglich der Danzig-Frage.²⁷ Die Deutschen waren sich sehr wohl darüber im Klaren, dass die

²¹ Am 27.12.1935 brach die Regierung Uruguays die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR ab mit der Begründung, dass die Mission in Montevideo ein „Zentrum kommunistischer Tätigkeit“ in Südamerika sei. Vgl. „Dekret der Regierung von Uruguay über den Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion vom 27.12.1935“ in: Osteuropa 11 (1935/36), H. 5, S. 354–356; DVP, Bd. XVIII, Dok. 456, S. 603–605.

²² Am 30.12.1935 richtete Litvinov an den Generalsekretär des Völkerbundes Avenol ein Schreiben, in dem er vorschlug, für die nächste Tagung des Völkerbundes den Verstoß Uruguays als Mitglied des Völkerbundes gegen das Statut des Völkerbundes, Artikel 2, Punkt 12, in die Tagesordnung aufzunehmen. Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 458, S. 607–608.

²³ Das nachfolgende Wort „und“ ist gestrichen.

²⁴ In der vom Völkerbund am 24.1.1936 verabschiedeten Resolution zu den Ergebnissen der Erörterung des uruguayisch-sowjetischen Konflikts wurde festgestellt, dass die uruguayische Regierung es abgelehnt habe, „Beweise für die gegen die sowjetische Mission in Montevideo vorgebrachten Anschuldigungen beizubringen“. In: Vnešnjaja politika SSSR. Sbornik dokumentov (Außenpolitik der UdSSR. Dokumentenband), Bd. IV (1935–ijun' 1941), Moskva 1946, Dok. 72, S. 93.

²⁵ Paul Scheffer: „Die schwarze Krawatte“. In: Berliner Tageblatt vom 26. Januar 1936, S. 1–2.

²⁶ Vgl. „Vystuplenie tov. Litvinova po voprosu o razryve Urugvaem otnošenij s SSSR“ [am 23.1.1936] (Rede des Gen. Litvinov zur Frage des Abbruchs der Beziehungen mit der UdSSR durch Uruguay). In: Izvestija vom 24. Januar 1936, S. 1, 4.

²⁷ Es geht um den Gegensatz im Danziger Senat zwischen den nationalsozialistischen Abgeordneten, die die Mehrheit stellten, und den Abgeordneten der Oppositionsparteien, die gegen die fortschreitenden antidemokratischen Praktiken in der Freien Stadt protestierten und ihren Protest an den Völkerbund richteten, der de jure als Garant für die Verfassung Danzigs galt. Zur Haltung der deutschen Regierung hinsichtlich der Erörterung der Situation in Danzig im Völkerbundsrat vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 499, S. 986.

Berliner Herren Danzigs im Prinzip auf die Anklagebank gesetzt worden waren. Die Deutschen rechneten allem Anschein nach damit, dass Polen, mit dem sie ein spezielles Abkommen zu Danzig haben, in einer für sie günstigen Form eingreifen werde. Diese in Polen gesetzten Hoffnungen gingen nur zum Teil in Erfüllung. Beck ist es zweifellos gelungen, die Resolution etwas zu entschärfen, er konnte die einstimmige Verurteilung der Handlungen des Danziger Senats durch den Völkerbundsrat dennoch nicht verhindern.

Die Resolution zur Danzig-Frage war nicht nur eine Warnung an die Adresse Berlins, sondern zeigte außerdem, dass die entscheidenden Mächte nach einigem Zögern bedeutend entschiedener für eine Stärkung des Ansehens des Völkerbundes und der kollektiven Organisierung des Friedens eintraten. Noch klarer spiegelte sich diese Tendenz in der englischen Note über gegenseitigen Beistand und ²⁸deren Aufnahme durch die Mittelmeer-Mächte wider. Unter diesem Gesichtspunkt ist es für Deutschland besonders wichtig, dass Frankreich die Schwankungen aufgegeben hat und Deutschland in allernächster Zeit mit einer englisch-französischen Zusammenarbeit rechnen muss. Der Rücktritt Laval²⁹ und seine Ersetzung durch solch eine offenkundig anglophile Figur wie Flandin³⁰ bietet die Gewähr, dass diese Zusammenarbeit stabiler sein wird und sich die Objekte der Zusammenarbeit stark erweitern können. Damit gerät einer der Grundpfeiler der deutschen Taktik, die bekanntlich darin besteht, einen Keil zwischen England und Frankreich zu treiben, ins Schwanken.

Nicht von ungefähr verstärkt sich deshalb in den letzten Tagen erneut der Flirt mit Italien. Neben dem Hervorkehren von kolonialen Ansprüchen (darüber werde ich irgendwann gesondert schreiben), nimmt die These von der Freundschaft mit Italien in letzter Zeit einen immer größeren Platz in den Reden der „Führer“ ein. Dazu, inwieweit das alles ernst ist, bin ich ausführlicher in meinem letzten Schreiben eingegangen.³¹ Auch jetzt halte ich an meinem früheren Standpunkt fest, denn ich glaube nach wie vor, dass sich Deutschland niemals dazu entschließen wird, die Wahl zugunsten Italiens zu treffen. Genau die gleiche Meinung vertritt übrigens auch die Mehrheit meiner Kollegen. Bis vor kurzem hat sich selbst Attolico in dieser Hinsicht skeptisch geäußert, doch nachdem er jetzt aus Rom zurückgekehrt ist, hat er offenbar von Mussolini die Weisung erhalten, uns alle hier mit dem Schreckgespenst einer italienisch-deutschen Annäherung einzuschüchtern. In dem Gespräch, das ich unlängst mit ihm hatte, erzählte er mir, dass die „öffentliche Meinung“ Italiens auf eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland bestehe. Diese These verfolgend versuchte er mir zu beweisen, dass, wenn die Zusammenarbeit zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch noch kein stabiles materielles Fundament besitze („wir können jetzt Deutschland nicht helfen, und Deutschland befindet sich uns gegenüber in genau der gleichen Lage“), nach einer gewissen Zeit die Angelegenheit einen ganz anderen Verlauf nehmen könne, „wenn Deutschland sein Militärprogramm abschließt“ und Italien sich in Abessinien festsetze, woran er nicht zweifle. Es ist bezeichnend, dass es Attolico, der ähnliche Stimmungen gegenüber

²⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

²⁹ Die Regierung Laval trat am 24.1.1936 zurück.

³⁰ So im Dokument. Sarraut löste 24.1.1936 Laval als Ministerpräsident Frankreichs ab, Flandin wurde Außenminister.

³¹ Vgl. Anm. 2.

Japan verneinte, dennoch nicht versäumte, mir gegenüber den Satz fallenzulassen, dass Italien einen großen Fehler begangen hätte, als es in der Vergangenheit gegenüber Japan eine unfreundliche Haltung eingenommen habe. Dass sich Attolico die größte Mühe gibt, um sich bei den Deutschen einzuschmeicheln, ist eine Tatsache. Es ist hier allen bekannt, dass er dafür ****auch****³² zu solchen Mitteln greift wie Verbreitung von Dokumenten, die die Tatsache der Existenz eines französisch-englischen Militärabkommens bestätigen sollen, dessen Bestimmungen sich auch auf Deutschland erstrecken. Es bleibt allerdings fraglich, ob aus diesem ganzen italienischen Spiel irgendetwas Ernsthaftes und Vernünftiges herauskommen wird. Bei den Deutschen herrscht allgemein die Überzeugung, dass Italien nicht in der Lage ist, den Krieg in Abessinien³³ zu gewinnen, und früher oder später zu kapitulieren gezwungen sein wird. Bei solch einer Haltung ist ein Komplott³⁴ der Deutschen mit den Italienern wenig wahrscheinlich. Meine Überlegungen zu einigen neuen Tendenzen (vielmehr Nuancen) in der deutschen Außenpolitik werde ich in einem der nächsten Schreiben darlegen.³⁵

Mit kameradschaftlichem Gruß

Ja. Suric

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: MM³⁶ [.] Zu den Akten.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 279 vom 29.1.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 27.1.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 14–20. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 29, S. 44–49³⁷.

³² Das Wort ist mit Bleistift über die Zeile geschrieben.

³³ Der Krieg begann am 3.10.1935 mit der Invasion der italienischen Armee in Äthiopien und wurde am 5.5.1936 beendet. Am 7.5.1936 annektierte Italien Äthiopien.

³⁴ Das nachfolgende Wort „zwischen“ ist gestrichen.

³⁵ Vgl. Dok. 383.

³⁶ Litvinov.

³⁷ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 368
**Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov mit dem Leiter des Referats Russland
in der II. Abteilung im AA Hencke**

Geheim
Expl. Nr. 5
27.1.1936

Tagebuch
S. Bessonovs
27. Januar 36
Berlin
Nr. 26/s¹

HAFTSACHEN

Am 17. Januar ging ich, wie in dem Telegramm von N.N. Krestinskij aufgefordert, zu Hencke und erklärte ihm, dass alle Haftsachen künftig in Moskau direkt zwischen der Deutschen Botschaft und dem NKID behandelt werden müssen. Die Behandlung dieser Fälle hier über die Sowjetische Botschaft anhängig zu machen, sei nicht zielführend, da die Bevollmächtigte Vertretung nicht über die erforderlichen Materialien verfüge und alle Strafsachen ohnehin nach Moskau geschickt würden, wo sie auch abschließend entschieden werden könnten.²

Hencke entgegnete, er habe niemals in Zweifel gezogen, dass die Entscheidung der von ihm aufgeworfenen Fragen nur in Moskau getroffen würde. Deshalb verstehe er nicht ganz, was ich mit meiner Erklärung sagen wolle. Bedeute das etwa, dass die Bevollmächtigte Vertretung es ablehne, jegliche Wünsche und Bitten des Auswärtigen Amtes hinsichtlich solcher Fälle anzuhören?

Ich antwortete, dass solch ein Verständnis nicht richtig sei. Wenn das Auswärtige Amt aufgrund von Erwägungen es für erforderlich erachte, über die Sowjetische Botschaft in Berlin auf den einen oder anderen Fall aufmerksam zu machen, so könne niemand es daran hindern, dies zu tun. Die Antwort auf die vorgetragene Erklärung werde jedoch direkt vom NKID in Moskau gegeben.

S. Bessonov

*Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: N.K.
Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 442 vom 29.1.1936.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.*

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 31, l. 27. Kopie.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. auch Dok. 359.

Nr. 369

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**GEHEIM

Expl. Nr. 1

27. Januar 1936

Nr. 27/s¹

AN DEN

STELLV[ERTRETENDEN] VOLKSKOMMISSAR

N.N. KRESTINSKIJ

Werter Nikolaj Nikolaevič,

in letzter Zeiten tauchten in den sowjetisch-deutschen Beziehungen einige neue Momente auf, die eine eingehende Beachtung verdienen. Aus meinen Telegrammen und aus unseren Tagebüchern ist ersichtlich, dass einige deutsche Kreise, zum Beispiel und insbesondere Schacht nahestehende Kreise und Schacht selbst, recht empfindlich auf den Teil der Rede des Gen. Molotovs² reagierten, in dem er über neue deutsche Kredite sprach. Jedoch gab die Tatsache, dass dieser Unmut der Kreise um Schacht überhaupt keinen Niederschlag in der Presse gefunden hat, der es untersagt war, auf dieses Thema einzugehen³, zu der Vermutung Anlass, dass die Deutschen nicht die Absicht verfolgen, deswegen die Verhandlungen abubrechen, obgleich sie es sich wahrscheinlich nicht nehmen lassen werden, uns im Zusammenhang mit den Verhandlungen zusätzliche Unannehmlichkeiten zu bereiten. Davon, dass die Deutschen allem Anschein nach nicht beabsichtigen, die Verhandlungen abubrechen, überzeugten mich auch die Äußerungen einflussreicher deutscher Industrieller, mit denen ich sprach und die keine Unzufriedenheit mit der Rede des Gen. Molotov zum Ausdruck brachten, sondern mit einer höchst lebhaften Genugtuung über die Erklärung des Gen. Molotov sprachen, wonach die UdSSR die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Deutschland verbessern wolle. Die letzte Information, die uns vorliegt, kündigt davon, dass die Verhandlungen in allernächster Zeit wieder aufgenommen werden, obgleich sie wahrscheinlich nicht nur betont offizieller und trockener verlaufen werden, als dies im Dezember der Fall war⁴, sondern vermutlich auch deswegen schwieriger sein werden, weil die Deutschen Hindernisse errichten und Forderungen hinsichtlich unserer Auftragsliste und bezüglich des Volumens sowie des Sortiments unseres Export nach Deutschland stellen werden.⁵

Wenn somit die Gefahr eines Schlages von deutscher Seite gegen die Wirtschaftsverhandlungen jetzt zwar offenbar entfällt, so nehmen dafür die Symptome für ein aggressives Auftreten der Deutschen in einigen anderen Fragen bedrohlich zu. Ich gehe jetzt nicht auf den Fall Prinz⁶ und auf die wegen dieses Falles verfügte

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 346.

³ Vgl. Dok. 348, Anm. 6.

⁴ Vgl. Dok. 330, 338.

⁵ Vgl. Dok. 365.

⁶ Vgl. Dok. 366, Anm. 2.

Kontensperrung der Handelsvertretung bei der Garkrebo ein. Durch starken Druck auf die Deutschen ist es gelungen, in diesem Fall, wenn nicht einen ehrenhaften, so doch zumindest einen praktisch vollkommen annehmbaren Kompromiss mit dem gleichzeitigen Abschluss eines Abkommens zu erreichen, das in Zukunft Fälle dieser Art ausschließt. Viel ernster scheint mir der Fall Görbing⁷ zu sein, oder vielmehr die Wendung, die die Deutschen ihm gegeben haben. Ich stimme Ihnen vollkommen zu, dass jegliches Zugeständnis an die Deutschen in dieser Frage nicht mit unserer Würde vereinbar ist. Andererseits haben sich die Deutschen meiner Ansicht nach bereits in dieser Frage derartig engagiert, dass es ihnen schwerfallen wird, ihre Drohung bezüglich Gofman zurückzunehmen. Natürlich könnte man versuchen, den Deutschen den Rückzug zu erleichtern, indem man ihnen zum Fall Görbing noch einmal das mitteilt, was Sie Schulenburg schon einmal gesagt haben⁸. Es ist nicht auszuschließen, dass sie sich damit einverstanden erklären, dies als Schuldeingeständnis Görbings zu betrachten, welches sie erreichen wollen, dies umso mehr, als wir ihm ein befristetes Visum für die Erledigung der [persönlichen] Angelegenheiten erteilen werden. Nichtsdestotrotz wird es ratsamer sein abzuwarten, ob sie ihre Drohung gegen Gofman wahr machen werden. In diesem Fall ergeben sich für uns zwei Möglichkeiten: entweder wir lassen uns auf einen Konflikt ein und verlangen umgekehrt die Rückkehr Gofmans, indem wir eine entsprechende Zeitungskampagne betreiben, oder wir gehen darauf ein, Gofman durch einen anderen Korrespondenten der „Pravda“ zu ersetzen, weil sich die deutsche Drohung, nach allem zu urteilen, nicht gegen den Korrespondenten der „Pravda“ an sich richtet, sondern gegen Gen. Gofmann persönlich.

Ich komme nicht umhin, Sie auf die außerordentliche Belebung und Zunahme des deutschen Interesses an den Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern in der UdSSR aufmerksam zu machen. Neben den Demarchen, die die Deutschen uns hier deswegen vorgetragen haben und die ^{**im**}⁹ NKID als ein völlig unbegründeter Versuch gewertet werden, hier Verhandlungen über die Haftsachen zu eröffnen, neben diesen Demarchen müssen wir uns also fast in jeder Unterredung mit den Deutschen Hinweise auf eine wachsende Anzahl von Verhaftungen deutscher Staatsbürger in der UdSSR und auf die damit verbundene Erregung anhören, welche diese Verhaftungen in den verschiedenen deutschen Kreisen hervorrufen. Die Andeutungen, die man uns in dieser Hinsicht mitunter macht, geben Anlass zu einer gewissen Besorgnis. Zum Beispiel hören wir manchmal, dass das Zentrum der deutschen Unzufriedenheit bezüglich der Verhaftungen in der UdSSR bei den deutschen Innenbehörden liege, die sicherlich bald genötigt sein würden, eigene Maßnahmen als Antwort auf die Moskauer Verhaftungen zu ergreifen.

Wenn also Agenten der Gestapo plötzlich bei Intourist erscheinen, wie das zum Beispiel am 23., 24. und 25. Januar der Fall war, und Informationen über den deutschen Mitarbeiterbestand von Intourist verlangen, so müssen wir zwangsläufig damit rechnen, dass sich diese Angelegenheit nicht mit der Anforderung von Information über den Mitarbeiterbestand erschöpft, sondern zu irgendwelchen neuen

⁷ Vgl. Dok. 350. Vgl. auch die Aufzeichnung der Unterredung Bessonovs mit Aschmann am 22.1.1936. In: AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 31, l. 29–28.

⁸ Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Krestinskijs mit Graf von der Schulenburg am 23.1.1936. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 12–11.

⁹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

Repressalien gegen Intourist führen wird, dem übrigens in diesen Tagen das Recht auf Reklame in Unterhaltungsbetrieben amtlich entzogen worden ist. Es ist nicht auszuschließen, dass die Vorbereitung von Repressalien gegen Intourist damit in Verbindung steht, dass die Frage bezüglich des Erwerbs von Eisenbahnfahrkarten in die UdSSR durch Deutsche nicht geregelt ist.¹⁰

Ich kann auch nicht die Tatsache verschweigen, dass mir von Berliner evangelischen Kreisen ein umfangreicher Bericht über die Lage der evangelischen Kirche in der UdSSR und insbesondere der evangelischen Pastoren, von denen insgesamt ungefähr ein Dutzend übrig geblieben sind, während es früher über einhundert waren, übergeben worden ist. Ich habe verständlicherweise keine Möglichkeit, mich in das Wesen dieser Angelegenheit zu vertiefen, weil ich sie überhaupt nicht kenne. Jedoch ist zu bemerken, dass alle unsere sogenannten Freunde hier im einen oder anderen Grade mit den evangelischen Kreisen verbunden sind oder selbst der evangelischen Kirche angehören, so dass diese Frage in diesen Kreisen eine gewisse Erregung hervorrufen und sich auf unsere Beziehungen niederschlagen muss.

Ich werfe jetzt alle diese Fragen in der Überzeugung auf, dass unsere Politik gegenüber Deutschland im Wesentlichen durch die Erklärung des Gen. Molotov auf der Tagung des CIK bestimmt wird, wonach die sowjetische Regierung es wünschen würde, die Beziehungen mit Deutschland zu verbessern, obgleich diese Frage¹¹ nicht allein von der Regierung der UdSSR abhängt. Die von mir angeführten Fakten berühren zum Teil ein Gebiet von Fragen, deren Lösung auch von uns abhängen kann, wie das zum Beispiel hinsichtlich der Verhaftungen der Fall ist. Ich halte es für an der Zeit, die Frage aufzuwerfen, durch eine Überprüfung einer Reihe von Haftsachen¹² zu einer gewissen Entspannung der Atmosphäre in dieser **Richtung**¹³ zu gelangen. Mir scheint, dass man hier etwas machen könnte, ohne dass unsere Interessen dabei irgendeinen Schaden nehmen würden. Bei den Deutschen würde dies indes rasch eine positive Reaktion auslösen.

Ja. Suric

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: Gen. Štern vorzutragen. Danach in die Post. Krest[inski].

Vermerk [des Sekretärs] mit Bleistift gegenüber dem Familiennamen von Štern: Ist krank. Gelesen haben die Gen. Bežanov und Levin.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 443 vom 29.1.1936.

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 228 vom 31.1.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. 1 [Exemplar] an den Adressaten, 1 zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 28–27. Original.

¹⁰ Anfang 1936 war das Verfahren für Ausländer verändert worden, Eisenbahnfahrkarten bis zur Grenze der UdSSR und darüber hinaus zu kaufen, was entsprechende Vorstellungen u. a. seitens der deutschen Diplomaten nach sich zog. Vgl. Aufzeichnungen der Unterredungen Šterns mit Hilger am 8. und 15.1.1936. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 2–1, 14–13. Vgl. dazu auch Dok. 379.

¹¹ Das nachfolgende Wort „und“ ist mit Tinte durchgestrichen.

¹² Vgl. auch Dok. 350, 359.

¹³ Das Wort ist über die Zeile anstelle des ursprünglichen Wortes „Frage“ geschrieben.

Nr. 370

**Aufzeichnung der Unterredung des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov anlässlich des Frühstücks bei dem Leiter der
Presseabteilung im AA Aschmann**

Geheim

Expl. Nr. 5
27. Januar 1936

Tagebuch
S. Bessonovs
17.–27. Januar 36
Berlin
Nr. 23/s¹

DER FALL GÖRBING

Am 22. Januar lud mich Aschmann zu einem Frühstück ein, an dem außerdem sein Referent für die russischen Angelegenheiten Schönberg und der deutsche Korrespondent in Moskau Just teilnahmen. Das Gespräch drehte sich hauptsächlich um den Fall Görbing², dem die Deutschen laut Aschmann eine sehr große Bedeutung beimessen. Es geht darum, dass Görbing auf die Frage deutscher Behörden zu den gegen ihn in der UdSSR erhobenen Anschuldigungen seine Schuld kategorisch geleugnet und erklärt habe, dass die Bekanntschaften, die er und seine Frau zu russischen Kreisen hatten, völlig harmlos gewesen seien und nichts mit einer wie auch immer gearteten antisowjetischen Tätigkeit zu tun gehabt hätten. Aufgrund der derart bestimmten Erklärung Görbings sieht sich die deutsche Seite veranlasst, die sowjetische Seite zu bitten, ihr wenigstens einen Teil der Beweise für die Schuld Görbings vorzulegen, weil es anderenfalls für das Auswärtige Amt angesichts dessen, dass die deutschen Behörden unwiderlegbare Beweise für Gofmans Kontakte zu staatsfeindlichen Elementen in Deutschland besitzen, völlig unmöglich werde, die Verlängerung des Visums für den Korrespondenten der „Pravda“ Gofman, das übrigens am 3. Februar ausläuft, zu erwirken. Auf meine Bitte um Präzisierung dieser Erklärung sagte Schönberg, wobei ihm Aschmann beipflichtete, dass diese seine Erklärung als eine offizielle zu betrachten sei, d. h., falls bis zum 3. n. M. die Deutsche Botschaft in Moskau vom NKID keine Bestätigung und keine Beweise für die Schuld Görbings bekomme, werde das Visum für Gofman nicht verlängert und ihm nichts anderes übrig bleiben, als Deutschland zu verlassen.

Ich sagte, dass ich nicht berechtigt sei, eine Meinung zu dieser Frage zu äußern, da es sich ^{**3} um eine offizielle Angelegenheit handele, ich könne lediglich versprechen, dass das, was mir gesagt wurde, nach Moskau zu übermitteln.

Inoffiziell aber könne ich den Deutschen nur empfehlen, diesen Fall nicht zuzuspitzen, weil erstens die Vorlage von Beweisen mit der Souveränität eines Landes unvereinbar sei, und zweitens Gen. Krestinskij in seiner Unterredung mit

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 340, 344.

³ Das an dieser Stelle stehende Wort „lediglich“ ist durchgestrichen.

Schulenburg zu dieser Frage⁴ mehr als genug ausgeführt hätte, um den Deutschen vor Augen zu führen, dass die Forderung Görbings nach Rückkehr in die UdSSR unangebracht sei. Ein Konflikt in dieser Sache werde wohl kaum für Deutschland von Vorteil sein, weil trotz der entschiedenen Erklärung Schönbergs bezüglich Gofmans weder ich noch irgendjemand anderes der sowjetischen Seite daran zweifle, dass Gofman überhaupt nicht mit Görbing zu vergleichen sei. Sie auf eine Stufe zu stellen, wie dies die deutsche Seite offenbar zu tun geneigt sei, bedeute, sich vor der Weltöffentlichkeit zu blamieren.

S. Bessonov

P.S. Übrigens sagte mir Just bei der Verabschiedung, dass er am 25./26. Januar nach Moskau fahren wollte, dies aber bis Anfang Februar aufschiebe, um die Ergebnisse hinsichtlich der Klärung des Falls Görbing⁵ abzuwarten. Er sagte, wenn ein neuer Journalistenkonflikt ausbrechen sollte, hätte es vor dessen Beilegung sowieso keinen Sinn, nach Moskau zu fahren.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 442 vom 29.1.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 Expl. an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 27.1.36.

AVP RF, f. 010, op. 11, d. 68, d. 31, l. 29–28. Kopie.

Nr. 371

Brief des Gesandtschaftsrats II. Kl. in Moskau Hensel an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke

Moskau, den 27. Januar 1936

Mein lieber Andor,

heute darf ich Dir mit Genehmigung des Herrn Botschafters ein Problem unterbreiten, das hier im Zusammenhang mit der Behandlung des Haftfalles Fuchs sowjetischerseits und meinem Besuch bei Fuchs entstanden ist.

Als die Botschaft erfuhr, dass Fuchs bereits am 20. Oktober v. J. in Jaroslawl eingetroffen war, während wir trotz aller wirklich unablässigen und nachdrücklichsten Demarchen des Herrn Botschafters, Herrn von Tippelskirchs und meiner Wenigkeit in den letzten drei Monaten erst am 8. Januar d. J. hiervon Kenntnis erhielten, lief uns die Galle über, und zwar ganz abgesehen von der darin liegenden Vertragsverletzung¹, vielmehr schon wegen der unglaublichen Nichtachtung ge-

⁴ Am 23.1.1936. Vgl. Dok. 373, Anm. 2.

⁵ Vgl. Dok. 379.

¹ Vgl. Dok. 21, Anm. 7.

genüber dem diesbezüglichen Wunsche des Herrn Botschafters seitens der Sowjetbehörden.

Wenn wir unserer begründeten Empörung hierüber im Schlussteil der Verbalnote vom 20. Januar d. J.² – C IV a Fuchs – nur einen ausgesprochen milden Ausdruck verliehen haben (milder als in dem Erlass des Auswärtigen Amts vom 22. d. M. IV Ru 312³, der sich mit unserem Bericht über meinen Besuch bei Fuchs⁴ gekreuzt hat, vorgesehen war), so ließen wir uns hierbei von der mir bekannten Tatsache leiten, dass die Rücküberführung des Fuchs aus dem hohen Norden, mein Besuch bei Fuchs und seine loyale Durchführung seitens der Sowjets unter Überwindung außerordentlicher Widerstände bei den sowjetischen Innenbehörden nur dem ganz persönlichen Einsatz von Herrn Lewin zu verdanken gewesen ist und wir eine Gefährdung der auf diese Weise erreichten Erleichterung des Loses von Fuchs voraussahen, wenn wir eine sachlich unbedingt gerechtfertigte schärfere Sprache in unserer Verbalnote geführt hätten.

Umso größer war meine Überraschung, als Herr Lewin am 23. d. M. bei meinem zwecks Besprechung schwebender Angelegenheiten erfolgten Besuch im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten die Unterredung inoffiziell mit der Bemerkung eröffnete, dass ihm unsere Verbalnote in Sachen Fuchs vom 20. Januar d. J. wegen ihres letzten Absatzes außerordentlich unangenehm sei, und mich privatim auf das dringendste bat, sie zurückzunehmen.

Ich habe daraufhin mit meinem Erstaunen und mit meiner abweichenden Ansicht nicht zurückgehalten. Demgegenüber sagte er mir ganz offen, dass formell und überhaupt offiziell sowjetischerseits gar kein Grund bestünde, unsere Verbalnote (deren milde Fassung er selbst anerkennen muss) zu beanstanden. „Schreiben Sie dasselbe in jedem anderen Fall, nur nicht in diesem Fall Fuchs; Sie glauben nicht, was es mich für Mühe gekostet hat, in diesem Fall den Wunsch der Botschaft nach Rücküberführung von Fuchs aus dem hohen Norden (der von den inneren Behörden als Einmischung in ihre Angelegenheiten betrachtet wurde) und Durchführung des Besuchs bei Fuchs zur Erfüllung zu bringen.“ Herr Lewin fügte hinzu, dass die Nichtrücknahme der bisher von ihm nicht weitergegebenen Verbalnote eine derartige Verstimmung sowohl im Außenkommissariat selbst als auch bei den inneren Behörden zur Folge haben würde, dass künftig ein Wunsch der Botschaft betr. Wechsel des Gewahrsamsortes deutscher Häftlinge nicht die geringste Aussicht auf Berücksichtigung haben würde. Dies würde sowjetischerseits in der Antwortnote scharfen Ausdruck finden usw. Ich erklärte mich natürlich nicht zu der Rücknahme unserer Verbalnote bereit, sagte Herrn Lewin aber auf seine ausdrückliche Bitte zu, dem Herrn Botschafter Kenntnis von dieser „privaten“ Unterredung zu geben und dann Herrn Lewin gegenüber nochmals hierauf zurückzukommen (Herr Lewin wollte, da die Sache nicht eilig sei, unsere Verbalnote so lange bei sich im Schreibtisch behalten).

² Vgl. Dok. 362, Anm. 2.

³ In dem Schreiben Roedigers an die Deutsche Botschaft vom 22.1.1936 wurde darum „gebeten, bei der Sowjetregierung gegen die in diesem Fall besonders schwerwiegende Verletzung der Bestimmungen des Niederlassungsabkommens und die Irreführung der Botschaft nachdrücklich zu protestieren“. In: PA AA, R 83893, o. P.

⁴ Vgl. Dok. 362.

Du wirst verstehen, was es den Herrn Botschafter und mich unter den eingangs dargelegten Umständen für eine Selbstüberwindung kostet, Lewins Gedankengänge und seine Bitte überhaupt einer Erwägung zu unterziehen. Wenn wir dies tun, so geschieht das ausschließlich unter dem sachlichen Gesichtspunkt unserer Pflicht, alles zu versuchen, um eine sonst offenbar tatsächlich unvermeidliche Verschlechterung der Lage nicht nur des Fuchs', sondern auch unserer übrigen zahlreichen in der Sowjetunion verhafteten Reichsdeutschen nach Möglichkeit zu verhindern.

Nur unter diesem Gesichtspunkt möchte ich – ungern, mit ebenso ungern erteilter Genehmigung des Herrn Botschafters – der dortigen Erwägung anheimgeben, ob IV Ru es für angängig halten würde, dass wir tatsächlich in Frage stehende Verbalnote zurücknehmen und statt dessen zwei Verbalnoten an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten richten: 1) eine auf den Fall Fuchs abgestellte gleichen Wortlauts wie bisher nur unter Fortlassung des letzten Absatzes; 2) eine allgemein gehaltene, keine Einzelfälle namentlich erwähnende im Sinn und Wortlaut des letzten Absatzes unserer bisherigen Verbalnote mit etwa folgendem Eingang: „Die Deutsche Botschaft beehrt sich auf Grund ihrer Erfahrungen bezüglich der Behandlung zahlreicher Haftfälle von Reichsdeutschen seitens der zuständigen Sowjetbehörden das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten auf Weisung ihrer Regierung nachdrücklichst“ usw. wie bisher.

Ich werde mir erlauben, Dich am Mittwoch, dem 29. Januar, gegen ½ 7 Uhr nachmittags deutscher Zeit im Auswärtigen Amt anzurufen, um zu erfahren, ob der oben skizzierte Weg einer Zweiteilung unserer Verbalnote für gangbar gehalten wird oder ob es bei der Übergabe der Verbalnote vom 20. d. M. (eventuell unter mündlicher Verschärfung unserer Beanstandung im Sinne eines ausdrücklichen Protestes wie im Erlass IV Ru 312 vom 22. d. M. vorgesehen) verbleiben soll.

Fällt die Entscheidung des Auswärtigen Amts, was ich durchaus verstehen würde, für Nichtzurücknahme der Note aus, würde meiner Überzeugung nach unser Protest in diesem Falle den Sowjetbehörden ganz allgemein als willkommener Vorwand für die Beibehaltung ihrer völlig intransigenten Haltung in unseren Haftfällen dienen, d. h. sich nur ungünstig für unsere Häftlinge auswirken. Meine Überlegungen, wie wir ganz unabhängig vom vorliegenden Fall Fuchs bewirken könnten, dass unser nur allzu begründeter Protest die Russen zu einer für unsere Verhafteten günstigeren Haltung veranlasst, haben mich – ganz persönlich – wieder auf den schon oft erwogenen Weg in die Presse gebracht, und zwar in den himmelstreichenden Fällen wie Klassen, Endert u. a., in denen in der Sowjetunion verhaftete Reichsdeutsche während ihrer Haft verstorben oder verschollen sind. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass eine Veröffentlichung solcher für sich sprechender Tatbestände in der deutschen Presse geeignet wäre, einen wirkungsvollen Druck auf die Sowjetbehörden auszuüben. Ich weiß, dass vieles gegen die Beschreitung dieses Weges gesprochen hat und noch spricht, aber ich sehe die Lage unserer Verhafteten besonders im vorauszu sehenden Fall einer Verschärfung der deutsch-sowjetischen Beziehungen auch auf diesem Teilgebiet für so ernst an, dass ich diese Erwägung der dortigen Entschlie ßung zu unterbreiten mich innerlich getrieben fühle. Mir ist dabei völlig klar, dass die dortige Entscheidung von Faktoren abhängt, deren gegenwärtige Bedeutung ich von hier aus nicht zu übersehen vermag. Fällt aber unsere Entscheidung für die Flucht in die Öffentlichkeit aus, so wäre

dies keine von uns erfundene „ungewöhnliche besondere Bosheit“ – „angefangen“ mit dieser Methode zu operieren haben die Sowjetrussen im vorigen Jahr im Fall Orłowski⁵ – St. Blasien, wo die prompte Information der Presse über einen Protestschritt der Sowjetbotschaft in Berlin nur aus offizieller Quelle stammen konnte.

******Eine Aufzeichnung über meine Besprechung schwebender Angelegenheiten mit Herrn Lewin vom 23. ds. Mts. habe ich zu Deiner Information beigelegt.

Mit herzlichen Grüßen und Heil Hitler!
stets Dein^{**6}

H. Hensel

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 83893, Bl. K 227306-227311.

Nr. 372
Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats Russland in der
II. Abteilung im AA Dittmann

Berlin, den 28. Januar 1936

e. o. W IV Ru 447 pr. 28. Januar 1936

Aufzeichnung

Am 24. d. M. fand auf Einladung des sowjetischen Handelsvertreters Kandelaki ein Frühstück statt, an dem von sowjetischer Seite die Herren Kandelaki, Friedrichson und Gassjuk, von deutscher Seite Dr. h. c. Reyß und Major a. D. Tschunke vom Russlandausschuss der Deutschen Wirtschaft teilnahmen.¹ Über den Verlauf des Frühstücks teilte mir Major Tschunke heute telefonisch folgendes mit:

Die Russen hätten mit dem Frühstück offensichtlich den Zweck verfolgt, über den Russlandausschuss der Deutschen Wirtschaft die ins Stocken geratenen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen neu zu beleben. Kandelaki habe wiederholt seine Bereitschaft betont, die Verhandlungen fortzusetzen und habe der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass man möglichst schon in etwa 10–14 Tagen ein Abkommen unterzeichnen könne. Er habe Direktor Dr. Reyß insbesondere gebeten, bei Herrn Präsidenten Schacht darauf hinzuwirken, dass er (Kandelaki) wieder empfangen werde. Um ihren guten Willen zu betonen, hätten die Russen erklärt, dass die Sowjetregierung bereit sei, in der Frage der Gold- und Devisenzahlungen den Wünschen des Präsidenten Schacht entgegenzukommen und etwa 50 Millionen in Gold und Devisen zu zahlen.

⁵ Vgl. Dok. 73.

⁶ Der Text ist handschriftlich geschrieben.

¹ Vgl. Dok. 365.

Wie mir von Seiten des Reichswirtschaftsministeriums erklärt wurde, ist der Wunsch, die Verhandlungen fortzusetzen, auch von Herrn Bessonoff gegenüber Herrn Mossdorf gelegentlich eines am 27. Dezember stattgefundenen Frühstücks² zum Ausdruck gebracht worden. Im Reichswirtschaftsministerium werden jedoch im Augenblick die Aussichten für den Fortgang der Verhandlungen nicht sehr günstig beurteilt. Präsident Schacht sei bisher noch nicht zu bewegen gewesen, Kandelaki erneut zu empfangen. Außerdem schienen auch von maßgebender deutscher Seite neuerdings Schwierigkeiten wegen der Anleihegewährung gemacht zu werden. Nach Vermutungen des Reichswirtschaftsministeriums handelt es sich dabei um das Reichskriegsministerium.³

Hiermit – über Herrn Legationsrat Hencke – Herrn Votr.Leg.Rat Roediger vorgelegt.

Dittmann

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt: zdA 3/III. Unten: H 13 Ru B. Am Ende Paraphen von Hencke und Roediger vom 29.1.

PA AA, R 31477, Bl. H 097949-097950.

Nr. 373

Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

Berlin, den 29. Januar 1936

Hochzuverehrender Herr Botschafter**¹,

Euer Hochgeboren beehre ich mich mit gehorsamstem Dank, das gütige Schreiben vom 23. Januar² zu bestätigen. Wir bedauern hier sehr, dass der Fall Görbing sich nicht so erledigen lässt, wie es Ihrem Wunsche entspricht. Erschwerend war nicht nur die Tatsache, dass die Ausweisungsangelegenheit Bergmann³ erst so kurze Zeit zurückliegt, sondern besonders auch der Umstand, dass hier ein wesentliches Interesse bei den zuständigen Stellen daran besteht, den Prawda-Korrespondenten Hoffmann loszuwerden. Wir mir die Presseabteilung sagte, verfügt das Gestapo schon seit längerer Zeit über sehr durchschlagendes Material gegen Hoffmann. Die russische Haltung im Falle Görbing war natürlich nicht da-

² Vgl. Dok. 366.

³ Handschriftliche Anmerkung hierzu: „Mit dieser Bemerkung war wohl die Entscheidung des Führers über die Nichtlieferung von Kriegsgeräten an die Russen gemeint (s. Aktenvermerk des Russlandausschusses)“. Vgl. Dok. 364.

¹ Darunter handschriftlich in Klammern: Graf Schulenburg.

² Schulenburg hatte u. a. darin Hencke über ein Gespräch mit Krestinskij am 23.1.1936 informiert, in dem der Botschafter aufgrund eines Telegrammes des AA die Forderung stellte, die Gründe für die Ausweisung Görbings (Umgang mit staatsfeindlichen Personen) solle durch Beweismaterial belegt werden. Vgl. PA AA, R 27444, Bl. 450915-450918. Die Aufzeichnung Krestinskij's zu dem Gespräch in: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 12–11.

³ Vgl. Dok. 296, 302.

zu angetan, die hiesige Position Hoffmanns zu stärken. Dagegen hätte ein Einlenken wenigstens eine vorläufige Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung bewirkt.

Görbing hat zweifellos an das Propagandaministerium Pressematerial übersandt. Der von Euer Hochgeboren zitierte Erlass vom 11. Juni 1934 ist im Wesentlichen nur eine Abschrift eines entsprechenden Schreibens, das dem Ausw. Amt seinerzeit vom Propagandaministerium zugegangen ist. Es besteht natürlich auch die Möglichkeit, dass diese Tätigkeit Görbings den Sowjetbehörden – vielleicht sogar in aufgebauschter Weise – bekannt geworden ist.

Ich darf in diesem Zusammenhange noch bemerken, dass Rücksichten auf die Person G[örbings] eine weit geringere Rolle gespielt haben als die Verletzung eines prinzipiellen Standpunktes, gegen den auch die Abt. IV nach Lage der Dinge nicht viel einwenden konnte.

Für die mir durch Herrn Herwarth übermittelte liebenswürdige Einladung zu der Konsulnbesprechung darf ich aufrichtigen Dank sagen.⁴ Herr V.L.R. Roediger will sich bei Abt. I dafür einsetzen, dass die Reise, die mir dienstlich ebenso nützlich erscheint wie ich mich persönlich über sie freue, genehmigt wird. Leider wird aber meine Frau, die Ihnen, sehr geehrter Herr Graf, herzlichst für die Einladung danken lässt, aus verschiedenen Gründen auf die Reise verzichten müssen.

Bezüglich Herrn Dittmanns kann ich nach einer Rücksprache, die ich heute im Einverständnis mit Herrn Roediger mit Herrn Mayr hatte, Folgendes mitteilen:

Am 10. Februar wird Herr Balser seinen Dienst bei W IV Ru antreten. Herr Dittmann soll ihm dann noch etwa 14 Tage zur Seite stehen und nach einigen Urlaubstagen seine Übung bei der Wehrmacht antreten. Nach Beendigung der Übung würde er nach Moskau zurückkehren. Falls Sie, hochverehrter Herr Botschafter, für den März in Personalschwierigkeiten geraten, empfiehlt Abt. I, Herrn v. Heynitz zu veranlassen, seine Übung auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen. Der für Tiflis bestimmte Attaché ist leider im März noch nicht verfügbar. Sollten Sie, hochverehrter Herr Botschafter, eine andere Lösung wünschen, so wird von der Abteilung IV selbstverständlich alles in dieser Richtung getan werden.

Die Wirtschaftsverhandlungen stagnieren noch immer. Es ist aber in den letzten Tagen auf der hiesigen russischen Seite eine weichere Einstellung festzustellen. Wir hoffen, in den nächsten Tage feststellen zu können, wie die grundsätzliche Einstellung der interessierten deutschen Stellen (außer dem AA käme nicht nur das Wirtschaftsministerium, sondern auch das Kriegsministerium und Finanzministerium in Frage) zu der Weiterführung der Verhandlungen ist. Einstweilen besteht noch keine Einheitlichkeit.

Heute traf das Telegramm Eurer Hochgeboren betr. das Interview des Führers ein. Offenbar handelt es sich um die Unterredung, die der Vertreterin des Paris-Soir⁵ gewährt und von dieser anscheinend weitergegeben wurde. Der Botschaft wird inzwischen der Wortlaut aus der Presse bekannt geworden sein; er rechtfertigt schon rein sachlich in keiner Weise die aufgeregten Sowjetkommentare.

⁴ Der Brief Herwarths vom 16.1.1936 mit der Einladung sowie der Erörterung verschiedener Personalangelegenheiten in PA AA, R 27440, o. P.

⁵ Vgl. „Hitler vous parle“. In: Paris-soir vom 26. Januar 1936, S. 1. Die Journalistin Elisabeth Sauvay publizierte unter dem Namen Titayna.

Zu dem Falle Fuchs⁶ wird eine telefonische Antwort heute leider noch nicht möglich sein. Wir werden sie morgen telegrafisch geben. Einstweilen zerbrechen wir uns noch die Köpfe. Es ist wirklich ein arges Dilemma.

Darf ich für heute, hochverehrter Herr Graf,⁷

[Hencke]

PA AA, R 27444, Bl. 450919-450922.

Nr. 374

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim

29. Januar [1936]

An den
Generalsekretär des ZK der VKP (B)
Gen. STALIN

Kopien an die Genossen: Molotov, Kaganovič, Vorošilov, Ordžonikidze

Werter Genosse,

der deutsche Journalist Görbing lebt seit 1925 in Moskau. Ursprünglich war er der Vertreter der rechten deutschen Zeitung „Lokal-Anzeiger“ und einiger Provinzzeitungen, die gleichfalls dem rechten Verlag „Scherl“ gehörten. Nachdem Hitler an die Macht gelangt war, schrieb Görbing auch für einige nationalsozialistische, überwiegend Provinz-Zeitungen. Als Mensch und Journalist ist er eher unbedeutend, die Zeitungen haben ihn nicht sonderlich geschätzt, und in letzter Zeit vertrat er offiziell keine einzige Zeitung und schickte fast keine Telegramme ab.

Bald nach seiner Ankunft in Moskau heiratete er eine sowjetische Staatsbürgerin, die später die deutsche Staatsangehörigkeit annahm.

1935 wurde der Sekretär Görbings, der sowjetische Staatsbürger deutscher Abstammung Groepler, verhaftet, verurteilt und später erschossen. Groepler machte im Ermittlungsverfahren Görbing belastende Aussagen (Spionage). Das Narkomvnudel teilte der Presseabteilung des NKID mit, dass der Frau Görbings, die sich zu dieser Zeit im Ausland aufhielt, die Einreise in die UdSSR nicht gestattet werde. Da das NKID stets eine negative Einstellung zu Görbing als Journalist hatte und dazu neue gegen Görbing sprechende Momente hinzu gekommen waren (das Einreiseverbot für seine Frau und die Wahrscheinlichkeit eines Gerichtsverfahrens gegen ihn), entschied Gen. Litvinov, Görbing, der nach Deutschland in den Urlaub gefahren war, das Einreisevisum zu verweigern.

⁶ Vgl. Dok. 371.

⁷ Grußformel und Unterschrift fehlen auf dem Durchschlag.

Die deutsche Regierung bat uns mitzuteilen, warum wir Görbing das Visum verweigern, und drohte, sie werde ihrerseits den weiteren Aufenthalt des Korrespondenten der „Pravda“ in Deutschland, Gen. Gofman, verweigern.

Wir teilten den Deutschen mit, dass Görbing und seine Frau sehr viele Bekanntschaften in antisowjetisch gesonnenen Kreisen sowjetischer Staatsbürger hätten und eng in Kontakt mit einer Reihe von Leuten stünden, die wegen Spionage und der Vorbereitung von terroristischen Akten inhaftiert und verurteilt worden seien, **und**¹ deshalb ihr weiterer Aufenthalt in der UdSSR von unseren Behörden als unerwünscht angesehen werde.

Die deutsche Regierung gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und forderte ultimativ, ihr konkretere Anklagepunkte gegen Görbing zur Verfügung zu stellen, indem sie drohte, dass Gofman ausgewiesen werde, falls wir ihr bis zum 3. Februar diese Informationen nicht geben sollten.² Somit stehen wir vor dem Beginn eines neuen Journalistenkonfliktes³ in Deutschland, allerdings keines allgemeinen, sondern eher eines begrenzten Charakters.

Angesichts der Wahrscheinlichkeit eines solchen Konfliktes bitte ich, nach vorheriger Beratung mit Gen. Litvinov, das Politbüro, uns Weisungen zu erteilen. Wir erachteten es als völlig unmöglich, den Deutschen irgendwelche Detailangaben über die antisowjetischen Kontakte des Ehepaars Görbing vorzulegen. Denn dies würde bedeuten, dass die Frage, ob es Gründe für die Ausweisung Görbings gibt, nicht wir, sondern die deutschen Behörden entscheiden, und letzten Endes sogar Görbing selbst, da die Deutschen ihn befragen werden, ob unsere Anschuldigungen der Wahrheit entsprechen. Aus diesem Grund stehen uns zwei Wege offen: entweder 1) Görbing zu erlauben, nach Moskau zurückzukehren (mit Frau oder ohne sie) oder 2) die Görbing und der Deutschen Botschaft mitgeteilte Verweigerung des Visums aufrechtzuerhalten. In letzterem Fall werden die Deutschen aller Wahrscheinlichkeit nach Gofmann nicht die Möglichkeit geben, in Deutschland zu verbleiben.⁴

Bei der Entscheidung der Frage ist zu berücksichtigen, dass die Deutschen uns mit der Drohung, Gofmann auszuweisen, bereits seit seiner Ankunft in Berlin zu erpressen versuchen, d.h. bereits seit fast zwei Jahren, wobei diese Frage oft eine sehr starke Zuspitzung erfuhr. Vielleicht würde es Sinn machen, wenn wir selbst Gen. Gofman aus Berlin abberufen und damit der Möglichkeit einer ständigen Erpressung ein Ende bereiten (das ist die Meinung von Gen. Litvinov)⁵.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

¹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

² Vgl. Dok. 370.

³ Zum Journalistenkonflikt mit Deutschland im Herbst 1933 vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1.

⁴ Vgl. Dok. 373.

⁵ Am 3.2.1936 wurde das Auswärtige Amt über die Entscheidung bezüglich der Rückkehr Görbings und seiner Frau nach Moskau in Kenntnis gesetzt. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 8, l. 4. Vgl. auch Dok. 379.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Tinte: MM.⁶

Geschäftsvermerk mit Bleistift: Zur Akte.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 326 vom 1.2.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

11 E[xemplare], [die Exemplare] 1–6 an die Adr[essaten], das 7. [Exemplar] an Gen. Jagoda, das 8. an Gen. Litvinov, das 9. an Gen. Stomonjakov, das 10. an N.N.⁷, das 11. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 114, l. 245–247. Kopie.

Nr. 375

Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke

[31.1.1936]

zu e.o. W¹ IV Ru 520 pr. 31. Januar 1936

Aufzeichnung

Herr MinR Mossdorf, Reichswirtschaftsministerium, teilte mir gestern vertraulich mit:

Am 30. Januar seien der Handelsvertreter der UdSSR, Herr Kandelaki, und sein Stellvertreter, Herr Friedrichson, in seinem ^{**}(Mossdorfs)^{**2} Beisein von dem Herrn Präsidenten Schacht empfangen worden. Der Präsident habe Herrn Kandelaki und H[er]rn Friedrichson zunächst Vorhaltungen wegen der Molotow-Rede³ und des Dekrets vom 16. Januar⁴ gemacht. Seitens der Sowjetvertreter wurden keinerlei ernste Einwendungen erhoben. Herr Kandelaki hat dann Herrn Präsidenten Schacht den Entwurf eines Abkommens zur Regelung des Wirtschaftsverkehrs im Jahre 1936 überreicht, den letzterer als geeignete Verhandlungsgrundlage annahm. Es ist vorgesehen, dass die Russen etwa 50 Millionen RM in Gold oder Devisen bezahlen, sich im Übrigen zu Lieferungen in unbeschränkter Höhe nach Deutschland bereit erklären. Grundsätzlich sei ein Clearing beabsichtigt. Falls von der Sowjetseite mehr nach Deutschland verkauft als dort gekauft würde, sollte die Aktivspitze für die Russen zu ihrer Verfügung innerhalb Deutschlands bleiben. Einzelbesprechungen sollen schon in diesen Tagen zwischen Reichswirtschaftsministerium und Handelsvertretung aufgenommen werden. Die Sowjetseite ist daran interessiert, dass ein Abkommen möglichst bis Mitte Februar abgeschlossen wird.

Während des Besuchs bei Herrn Präsident Schacht ^{**}wäre^{**5} von den Sowjetvertretern auch die Frage der Obligationsanleihe angeschnitten ^{**}worden^{**6}. Der Herr Präsident habe jedoch eine Erörterung als im Augenblick noch nicht spruchreif

⁶ Litvinov.

⁷ Krestinskij.

¹ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: e.o.

² Der Text ist handschriftlich eingefügt.

³ Vgl. Dok. 346.

⁴ Vgl. Dok. 357, Anm. 2.

⁵ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: wurde.

⁶ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

abgelehnt und sich lediglich auf die Unterhaltung über das Wirtschaftsabkommen für 1936 beschränkt. Ob im Laufe der weiteren Verhandlungen von der Sowjetseite versucht **werden würde**⁷, ein Junktim zwischen der Anleihe und dem Abkommen für 1936 herzustellen, sei im Augenblick noch nicht zu übersehen.

Was das Ausfuhrverbot vom 16. Januar d.J. anlangt, so habe der Präsident Schacht den Sowjetvertretern sehr deutlich erklärt, dass er eine Einstellung der Naphthalieferungen während der Verhandlungen als illoyal betrachten würde.

Hiermit – über Herrn Votr. Leg.Rat. Roediger – bei Abt. W ergebenst vorgelegt.

Hencke

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt unten: H 13 Ru B. Am Ende Abzeichnungen von Roediger, Baer und Ritter vom 3.2.

PA AA, R 31477, Bl. H 097960-097961.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 530, S. 1038–1039.

Nr. 376

Bericht der Botschaft Moskau an das AA

Moskau, den 3. Februar 1936

Tgb. Nr. A/234
An das
Auswärtige Amt
Berlin
Durchschlag

Auf den Erlass P. 9593 v. 2. Januar 1936¹

Betrifft: Sowjetpropaganda über angebliche deutsche Kriegstreiberei

In der Anlage wird eine Aufzeichnung ergebenst übersandt, die eine Beantwortung des mit nebenstehenden Erlass hier eingegangenen Fragebogens des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda enthält.

gez. von der Schulenburg.

Die Sowjetpropaganda und die antideutsche These, dass Deutschland angeblich zum Kriege treibe.

Aufzeichnung

Vorbemerkung. Die nachstehende Aufzeichnung stellt den auf die UdSSR bezüglichen Beitrag zur Beantwortung eines Fragebogens dar, der folgendermaßen lautet:

⁷ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: wird.

¹ Im Auftrag von Aschmann wurden die Botschaften Ankara, London, Madrid, Moskau, Paris, Rom, Tokio, Warschau und Washington sowie die Gesandtschaften in Belgrad, Bern, Brüssel, Budapest, Bukarest, Haag, Kopenhagen, Lissabon, Prag, Sofia, Stockholm um Beantwortung eines Fragebogens des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda gebeten. In: PA AA, Moskau 335, o. P.

„Berlin, den 17. Dezember 1935.

In welchen Ländern wird die Propagandaströmung durchgesetzt: Deutschland treibt zum Krieg, es wird den Krieg plötzlich, ohne Kriegserklärung vom Zaune brechen und mit größter Grausamkeit gegen die Bevölkerung (Frauen und Kinder) führen.

1. Wo findet diese Propaganda statt? Wo ist sie bereits Dogma, wo schon Psychose?

2. Welches Gefühl wird bei den einzelnen Volksgruppen des betreffenden Landes angerührt (z.B. Sorge der Arbeitslosen, Sorge der Geldleute), um für diese Propagandaströmung Eingang zu finden?

3. Welche Mittel werden benutzt? (Presse, Rundfunk, Film, Bild, Buch, Theater.)“

Die Sowjetpropaganda und die antideutsche These, dass Deutschland angeblich zum Kriege treibe.

Aufzeichnung

Die Behauptung, Deutschland treibe zum Kriege, gehört zum eisernen Bestand der antideutschen Sowjetpropaganda; dass Deutschland den Krieg grausam führen werde, wird oft ausdrücklich betont oder durch Hinweise auf die besonderen „chemischen“ Kriegsrüstungen Deutschlands u. dgl. m. zu verstehen gegeben. Auch die Beschuldigung, Deutschland beabsichtige seine Gegner ohne Kriegserklärung zu überfallen, findet sich gelegentlich, doch wurde diese Einzelfrage in der populären Propaganda bisher nicht viel erörtert. *In der Rede Tuchatschewskis – siehe Anlage 2² – wird von „unerwarteten Invasionen“ gesprochen.*³ Sehr intensiv beschäftigt sich die Sowjetpropaganda hingegen damit, in welcher Richtung Deutschland die ihm zugeschriebenen Angriffsabsichten ausführen werde, und zwar wird in der Regel erklärt, dass in erster Reihe die Sowjetunion, daneben aber auch andere Länder (z.B. die Balt[en]staaten; Frankreich und die Tschechoslowakei; Österreich u.a. mehr) dafür als Ziel ausersehen seien. Manchmal wird hinzugefügt, das Tempo der deutschen Aufrüstung lasse darauf schließen, dass Deutschland einen „Überfall“ für eine nahe Zukunft vorbereite.

Jüngste und zugleich besonders authentische Belege für die erwähnten Tendenzen der Sowjetpropaganda wurden durch die Rede Molotows, des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, und Tuchatschewskis, des stellvertretenden Verteidigungskommissars der UdSSR, geliefert, die am 10. und 15. Januar d. Js. vor dem Zentralexekutivkomitee der Sowjetunion gehalten wurden.

Die betreffenden Abschnitte der Rede Molotows und Tuchatschewskis sind in der Anlage beigelegt.

² Dem Bericht lagen zwei Anlagen bei: ein zweiseitiger Auszug aus der Rede Molotows vom 10.1.1936 in einer Übersetzung des Izvestija-Artikels vom 11.1.1936 und ein zweiseitiger Auszug aus der Rede Tuchačevskijs vom 15.1.1936 in einer Übersetzung des Izvestija-Artikels vom 16.1.1936. In: PA AA, Moskau 335, o. P.

³ Der Satz ist handschriftlich in Klammern gesetzt.

Zu den einzelnen Punkten des Fragebogens wäre folgendes zu bemerken:

1.a) Dass die Sowjetthese über die angeblich von Deutschland drohende Kriegsgefahr in der UdSSR zum Dogma geworden ist, unterliegt keinem Zweifel. Der Ausdruck „Dogma“ bezeichnet ihre Eigenart sogar besonders zutreffend, weil die von der Sowjetpropaganda gegen den „deutschen Faschismus“ erhobenen Beschuldigungen in der offiziellen kommunistischen Lehre ihre theoretische Grundlage finden; an dieser Lehre aber darf ein Mitglied der kommunistischen Partei nicht zweifeln und auch ein der Partei nicht angehöriger Sowjetbürger wird es unterlassen, eine abweichende Meinung zu äußern.

b) Die Frage, ob man hier zugleich schon von einer Psychose, hervorgerufen durch die geschilderte Propaganda, sprechen kann, lässt sich nicht so einfach beantworten.

Über die wahre Stimmung breiter Kreise der Bevölkerung in der UdSSR etwas zu erfahren, war schon früher nicht leicht; letzthin ist es, infolge der weiter fortgeschrittenen Isolierung der Ausländer von den Inländern, noch schwieriger geworden. Mit den hierdurch begründeten Vorbehalten lässt sich über die Stimmung der Bevölkerung Folgendes sagen:

Der größte Teil der Sowjetbürger in Stadt und Land ist nach wie vor derart von dringenden Nahrungssorgen absorbiert, dass er sich darum, ob es übers Jahr etwa Krieg geben könnte, wenig Gedanken macht. Anders steht es mit den besser gestellten, aktiveren, politisch interessierten Kreisen, deren Umfang man immerhin nicht unterschätzen darf. Bei ihnen findet das oben (P.1.a.) erwähnte Dogma tatsächlich zunehmend Glauben. Anfangs hatte der offensichtliche Zweckcharakter der in Frage stehenden antideutschen Propaganda noch Zweifel und Skepsis hervorgerufen. Auf die Dauer wirkt jedoch die unaufhörliche Hetze, die von den höchsten Staatsstellen wie von kleinsten Fabrikblättern betrieben wird und der infolge der völligen Abschließung vom Auslande kein Gegenargument widerspricht, wie ein langsam immer tiefer fressendes Gift.

2.) Das wichtigste und wirksamste Motiv, mit dem die Sowjetpropaganda in dem hier zu Erörterung stehenden Sinne arbeitet, ist der Hinweis auf die allgemeinen Nöte und Schrecken, die der Krieg für alle mit sich bringen würde.

Diese These wird verschiedentlich variiert, regelmäßig jedoch in der Weise, dass dabei zugleich die „Errungenschaften“ gepriesen werden, die die Revolution den Sowjetbürgern gebracht haben und die ein äußerer Feind bedrohen würde.

So wird z.B. wiederholt, dass der Bolschewismus das zaristische „Unterdrückungssystem“ gestürzt, sowie die „Kapitalisten und Gutsbesitzer“ vertrieben habe; die deutschen Faschisten aber beabsichtigten (im Bunde mit Polen oder Japan oder anderen mutmaßlichen Sowjetfeinden), das „Land der Arbeiter und Bauern“ den Kapitalisten wieder auszuliefern u. s. w.

Eine andere propagandistische Variante knüpft an das Wort Stalins an: „Man lebt jetzt wieder leichter, man lebt jetzt wieder fröhlicher.“ Im Sinne dieses Ausspruchs sucht die Sowjetpropaganda ihre eigene Öffentlichkeit – und nach Möglichkeit auch das Ausland – davon zu überzeugen, dass die Lebenshaltung der UdSSR sich letzthin gehoben habe und weiterhin sich in aufsteigender Linie bewegen würde, was auf die Bevölkerung der UdSSR, die so viele Leiden ertragen hat, nicht ohne Eindruck bleibt. Die Schlussfolgerung, dass ein Krieg das Land wieder in tiefes Elend zurückstoßen würde, ergibt sich für jedermann von selbst; die in

diesem Zusammenhang gegen Deutschland erhobene Beschuldigung, es schicke sich an, die noch unsicheren, aber immerhin mancherseits gehegten Hoffnungen auf ein „besseres Leben“ durch einen Kriegsüberfall im Keime zu vernichten, wirkt daher besonders aufreizend.

Aus den obigen Beispielen dafür, welcher Art die bevorzugten Thesen der in Frage stehenden Sowjetpropaganda sind, geht schon hervor, auf welche Kreise der Bevölkerung sie berechnet sind. Bei der „neuen Oberschicht“, bestehend aus der höheren Staats-, Wirtschafts- und Partei-Bürokratie, sowie aus einigen anderen privilegierten Gruppen, wird die geschilderte Propaganda über das „bessere Leben“ und seine Gefährdung durch einen Krieg am ehesten Glauben finden. Aber auch andere Volksgruppen dürften der Wirkung der unablässigen, durch keinerlei offenen Widerspruch korrigierten Sowjetpropaganda vielfach unterliegen. Das bezieht sich heute nicht nur auf die Fabrikarbeiter in der Stadt, sondern auch auf das flache Land, wo von „aktiven“ Elementen, den „sozialbewussten“ Kolchos-Bauern und Bäuerinnen unermüdlich gepredigt wird, dass sie mit dem Sowjetregime auf Gedeih und Verderb verbunden seien und von einer „fremden Invasion“ eine „koloniale Versklavung“ zu erwarten hätten.

Gewiss wird es, trotz aller Absperrung nach außen und trotz allem ideellen und materiellen Druck im Innern, nicht gänzlich an stillem Widerstand gegen die Sowjetpropaganda im Allgemeinen und gegen die deutscheindliche Agitation im Besonderen fehlen, so im Besonderen bei Vertretern der älteren Generation, die sowohl die „Errungenschaften“ des Regimes wie seine Propaganda oft kritisch beurteilen. Da aber alle Schlüsselstellungen der Massenbeeinflussung „sicheren Händen“ anvertraut sind, bleiben diese hemmenden Kräfte auf enge private und örtliche Wirkung beschränkt.

Die von Partei und Staat betriebene Propaganda kann dagegen im Kleinen wie im Großen, im Einzelnen wie im Ganzen wirken. Nicht zu überhören sind dabei die, zwar regelmäßig defensiv eingekleideten, aber tatsächlich oft höchst offensiv wirkenden Akzente dieser von oben her verkündeten Parolen. Immer wieder wird versichert, dass wer die UdSSR angreift, sich „den Hals brechen“ werde, dass man ihm solchenfalls „das Grab in seiner eigenen Erde bereiten“ würde; drohend bemerkte z.B. auch Tuchatschewski am 15.1., dass die Industriezentren der UdSSR für fremde Luftwaffen schwer erreichbar seien, was auf die Länder der möglichen Gegner der UdSSR nicht zutraf. Auf der gleichen Tagung des Zentralexekutivkomitees, auf der Tuchatschewski sprach, wurde, unter tosendem Beifallsstürmen, der Heeresetat der UdSSR um mehr als das Doppelte erhöht u. s. w.

In direktem oder indirektem Zusammenhang mit solchen defensiv-offensiven Kundgebungen pflegen oft weltrevolutionäre Ausblicke und Verheißungen nicht auszubleiben. So schloss z.B. die Rede Molotows v[om] 10.1. mit den Worten: „Es ist Zeit, dass die alte Welt der neuen Welt aus dem Weg geht.“ Die Alltags-Sowjet-Propaganda drückt sich oft noch weit deutlicher aus.

3) Da die ausgedehnte Anwendung jeglicher Methoden der Propaganda für das Sowjetregime von Hause aus kennzeichnend war, so versteht sich von selbst, dass die ihr zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch für den Feldzug, der Deutschland der Kriegstreiberei beschuldigt, in vollem Umfange eingesetzt werden.

Im Hinblick auf die Sowjetpresse wäre dabei zu erwähnen, dass nicht nur die politischen Tageszeitungen, sowohl diejenigen, die in Millionenauflagen erscheinen,

wie die kleineren überall in der Provinz, sondern auch die Unterhaltungszeitschriften und die Fachblätter auf Weisung der leitenden Pressestelle der sowjetkommunistischen Partei es zu ihrer ständigen Aufgabe rechnen, antideutsche Propaganda im Sinne der hier erörterten „vorweggenommenen Kriegsschuldthese“ zu treiben.

Der Sowjetrundfunk, gestützt auf so mächtige Sender wie z. B. den Moskauer „Komintern-Sender“, betreibt die erwähnte Propaganda nicht nur in russischer Sprache, sondern auch auf Deutsch, Englisch, Französisch und in anderen Sprachen, wodurch eine unmittelbare Einwirkung auf ausländische, nicht zuletzt auf deutsche Rundfunkhörer, angestrebt wird.

Im Sowjetfilm sowie im Sowjettheater wurden schon wiederholt deutschfeindliche Tendenzstücke aufgeführt; es ist daher wohl nur eine Frage des bühnen- und filmtechnischen Einfalls, dass auch das bisher noch nicht benutzte Sonderthema der angeblichen deutschen Kriegsvorbereitungen für die Szene oder für die Leinwand bearbeitet wird.

In der antideutschen Sowjetliteratur findet sich dagegen bereits eine Anzahl Werke, welche die deutschen Rüstungen oder sonstige deutsche Wehrmaßnahmen übertreibend, entstellend, in feindseliger Beleuchtung und im ganzen mit der hier erörterten Tendenz darstellen. Es handelt sich dabei sowohl um Bücher von Sowjetautoren wie um Übersetzungen ausländischer antideutscher Schriften wie etwa der Dorothy Woodman und anderer.

Die Sowjetkarikatur, die als Hilfsmittel zur Popularisierung politischer Sympathien und Antipathien in der Sowjetpublizistik eine bedeutende Rolle spielt, wirkt in gleicher antisowjetischer Richtung; die These, dass Deutschland zum Kriege treibe, stellt z. B. das bevorzugte Thema des bekannten sowjetischen Karikaturisten Jefimow dar, dessen Zeichnungen mehrmals in der Woche im offiziellen Regierungsorgan, den „Iswestija“, erscheinen; aber auch in unbedeutendsten Lokalblättern kann man ähnliche Karikaturen finden.

Fasst man die verschiedenen erwähnten Erscheinungsformen der Sowjetpropaganda, die Deutschland Kriegstreiberei vorwirft, zusammen, so dürfte es nicht unbegründet sein, die Sowjetunion als einen der Hauptherde, wenn nicht gar als den Hauptherd dieser Art deutsch-feindlicher Agitation zu bezeichnen. Diese Agitation wird dabei planmäßig nicht nur mit inländischer, sondern mindestens ebenso sehr mit internationaler Wirkungsabsicht betrieben, wozu einerseits die zunehmende Einschaltung der UdSSR in die Völkerbundspolitik, in verschiedene Systeme der „kollektiven Sicherheit“ etc., andererseits die Komintern und ihre direkten sowie indirekten („antifaschistischen“) Hilfsorganisationen benutzt werden. Alle diese Verbindungen dienen dazu, um Deutschland als Friedensstörer zu brandmarken, um eigene ungeheure Rüstungen der UdSSR zu rechtfertigen, um eine Solidarität vorgeblicher Friedensschützer zu verkünden und um die öffentliche Meinung möglichst weiter internationaler Kreise nach Kräften dafür reif zu machen, dass sie im Ernstfall die Schuldfrage im Voraus als entschieden betrachtet.

Auf Anschreiben: 1) Kl. Umlauf 2) Herrn Botschaftsrat nach Rückkehr vorzulegen 3) zdA H[erwarth] 4/2. Paraphe von Tippelskirch vom 21.2. und anderen. Am Seitenrand: ab am 3.2.36. In vier Durchschlägen geschrieben.

PA AA, Moskau 335, o. P., 10 Bl.

Nr. 377

Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA

Deutsche Botschaft
Der Militär- und Luftattaché

Moskau, den 3. Februar 1936

Beilage I
zum Bericht Nr. 3/36¹

Betr.: Gastabend für Kommandeure der Roten Armee

Wie ich mündlich meldete, hatte der Korpskommandeur der Panzertruppen Uritzki bei dem Empfang am 7. November mir gegenüber geäußert, dass er mich gerne aufsuchen würde. Er hätte in seinem 2-jährigen Aufenthalt in Deutschland so viele Freundlichkeiten erfahren, das er sich dankbarst der Persönlichkeiten erinnere, denen er seine militärische Ausbildung verdanke.

Ich schlug ihm vor, mich mit seiner Frau zu besuchen, vielleicht interessiere ihn auch mein auf der Weltreise gedrehter Film.² Nach einiger Zeit wurde ich vom Chef der Auslandsabteilung, Korpskommandeur Gekker, angefragt, ob ich meine Aufforderung aufrecht erhalte. Ich gab damals an, dass der Film in Berlin wäre. Nach Rückkehr jetzt kam das Gespräch darauf zurück und ich stellte anheim, falls sich noch andere Kommandeure für den Film interessieren, dass diese sich bei mir ansagen sollten, ich hätte Raum für 20–30. *Zu meiner Überraschung erfolgte vor einigen Tagen die Ansage von 14 Personen; er erschienen gestern 20 (!) Kommandeure*³, darunter 2 Ehefrauen. Unter den Erschienenen, mir meistens schon bekannt, befanden sich *als „Prominente“ außer Uritzki und Gekker der Chef der Artillerieverwaltung Jefimow, Chef Personalabteilung Feldmann, Adjutant Woroschilows Chmelnitzki (der bisherige*⁴ gewandte Kommandeur der Prolet.Div.), sämtliche im Range von Korps- und Divisionskommandeuren, die anderen bis auf 3 Obersten im Range von Brigadekommandeuren. (Einige der Erschienenen waren durch die jetzt erfolgte Ordnung in den Rangklassen der Armee⁵ um 1–2 Klassen abgerutscht!)

Militärische Dinge und Politik wurden, außer den seitens der Russen öfters gehörten bedauernden Worten über unsere veränderten Beziehungen, nicht berührt. Der Film, der eine den Zuschauern fremde Welt zeigte, von Afrika bis zum Hannoverschen Bauernhof, erregte großes Interesse. Ich kann den Abend nur als harmonisch verlaufen bezeichnen.

¹ Der Bericht ging im AA am 6.2.1936 unter der Nummer 586g ein und enthielt als zweite Beilage noch den Luftbericht Nr. 2/36. In: PA AA, R 30101b, Bl. 296.

² Vgl. Dok. 284.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Vgl. Beschluss des CIK und des SNK der UdSSR vom 22.9.1935 „Über die Einführung von militärischen Dienstgraden für den Führungsbestand der Roten Arbeiter- und Bauernarmee und über die Bestätigung der Dienstlaufbahnregelungen für den Kommandeurs- und Führungsbestand der Roten Arbeiter- und Bauernarmee“. Vgl. Izvestija vom 23. September 1935, S. 1; Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution, Dok. 73, S. 196–199.

Auch in der Zeit der deutsch-russischen Zusammenarbeit war es nur möglich gewesen, einzelne höhere Vertreter in einem deutschen Hause zu sehen, wenn höhere deutsche Offiziere zu Besuch waren. Eine „Ansage“ und ein derart zahlreicher Besuch bei Militärattachés anderer Mächte ist m. W. noch nicht erfolgt.

Politische Bedeutung möchte ich dieser Tatsache trotzdem nicht beimessen. Vielleicht war die Neugier ausschlaggebend. *Sie scheint mir aber ein weiteres Zeichen dafür, dass in der Sowjetarmee nach wie vor eine gewisse freundliche Einstellung zu der deutschen Armee vorhanden ist.*⁶

gez. Köstring

Auf erstem Blatt Stempel: Geheim.

PA AA, R 30101b, Bl. 297-298.

Veröffentlicht in: General Ernst Köstring, S. 165–166.

Nr. 378
Bericht des verantwortlichen Referenten der 2. Westabteilung
im NKID Levin

GEHEIM

[3.2.1936]

Nr. 8171

3.II.36¹

BESUCH DES VERURTEILTEN DEUTSCHEN STAATSBÜRGERS FUCHS

Am 15. Januar 1935² reiste ich zusammen mit dem deutschen Botschaftsrat³ Hensel nach Jaroslavl', wo ein Treffen mit dem deutschen Staatsbürger FUCHS stattfinden sollte, der vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR wegen konterrevolutionärer faschistischer Tätigkeit und Spionage zu 10 Jahren⁴ Freiheitsentzug verurteilt worden ist.⁵ Das Treffen fand in den Räumen der Stadtabteilung des NKVD in Anwesenheit des Chefs der Abteilung P.S. Raevskij statt. Zuerst ging es um die Haftbedingungen von FUCHS im Lager Ucht-Pečersk⁶ des NKVD (Stadt Čibiju⁷), von wo er in der Folge auf Bitte der Deutschen Botschaft nach Jaroslavl' verlegt worden ist. Fuchs erklärte, dass für ihn die Arbeit im Lager Ucht-Pečersk sehr schwer gewesen sei; der Arzt, der Fuchs von der Arbeit befreit hatte, sei dafür angeblich unter Arrest gestellt worden. Diesen Vorwurf von Fuchs hat

⁶ Der Satz ist unterstrichen.

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² So im Dokument; richtig: 1936.

³ So im Dokument.

⁴ So im Dokument; richtig: 8 Jahren. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 509, Anm. 14, S. 1341.

⁵ Zum Bericht Hensels über den Besuch bei Fuchs vgl. Dok. 362.

⁶ Das Besserungs- und Arbeitslager Uchtinsk-Pečerskij, das zur Struktur des GULAG der OGPU/NKVD gehörte, wurde im Juni 1931 geschaffen.

⁷ So im Dokument; richtig: Siedlung Čib'ju; seit 1943 Stadt Uchta.

Hensel jedoch nicht aufgegriffen, da die Deutsche Botschaft eben darum bittet, Fuchs nunmehr in Jaroslavl' die Arbeit zu erlauben. Deshalb fragte Hensel Fuchs etwas verwundert: „Haben Sie es denn selbst nicht vorgezogen, im Lager irgendeine Arbeit zu haben?“ Fuchs antwortete darauf, dass er sich noch in Leningrad nach seiner Verurteilung an Volkskommissar Gen. Jagoda mit einer Erklärung gewandt habe, in der er darum gebeten hätte, ihn in ein Lager zu schicken, wo er arbeiten könne. Fuchs stellte weiter klar, dass er sich nicht wegen der Tatsache an sich, dass er zur Arbeit verschickt worden sei, beklage, sondern weil er unter außerordentlich schweren Bedingungen arbeiten musste. „Sobald der Leiter dieser oder jener Arbeitskolonne erfuhr, dass ich Deutscher und Faschist bin“, sagte Fuchs, „setzte man mich an einem noch entfernten Ort ein. Kein einziger der Arbeitsgruppenleiter wollte für mich die Verantwortung tragen.“ Fuchs führte weiter aus, dass er an einem der Orte von inhaftierten Kriminellen verprügelt worden sei. Als er sich mit einer Beschwerde an die Verwaltung gewandt habe, sei ihm erklärt worden, dass der einzige Ausweg darin bestünde, ihn an einen anderen Ort zu verlegen, denn falls diejenigen, die Fuchs verprügelt hätten, verhaftet werden sollten, könnten sie ihn anschließend ermorden. Auf eine Frage von Hensel betonte Fuchs in seiner Antwort, dass sich alle seine Forderungen entweder auf das Verhalten von Gefangenen oder das jener Kolonnenleiter bezögen, die aus dem Bestand der Gefangenen eingesetzt worden seien. Seitens der Vertreter des NKVD habe er ein korrektes Verhalten ihm gegenüber erfahren, und wenn er Beschwerden äußerte, seien Maßnahmen getroffen worden, um ihm bessere Bedingungen zu verschaffen. Hensel schenkte den Klagen von Fuchs, die sich auf seinen Aufenthalt im Lager Ucht-Pečersk bezogen, keine besondere Beachtung und ging zu dessen Aufenthalt in Jaroslavl' über. Fuchs sagte, dass die Haftbedingungen in Jaroslavl' unvergleichlich besser als in Čibiju seien, er sich in Jaroslavl' erholt habe usw. Briefe und Päckchen seien ihm ausgehändigt worden. Freigänge würden ihm zweimal am Tag zu je einer Stunde gewährt. Hensel teilte danach Fuchs mit, dass sich im Auswärtigen Amt in Berlin einige Personen gemeldet hätten, die sich als Bräute von Fuchs ausgeben würden. Hensel wolle wissen, wen denn Fuchs als seine Braut ansehe. Fuchs nannte eine gewisse Bürgerin Hehle als seine Braut. Danach fragte Hensel nach den sich für Fuchs bietenden Möglichkeiten, in Jaroslavl' zu arbeiten. Fuchs sagte, dass er gern solch eine Arbeit bekommen wolle, die ihm die Möglichkeit böte, sein Wissen einzusetzen (Fuchs ist Ingenieur), zum Beispiel eine Arbeit als Traktorist, als Monteur, als Mechaniker usw. Gen. Raevskij erklärte, dass die Entscheidung dieser Frage von Moskau abhänge. Hensel bat um die Erlaubnis, Fuchs Informationen über einige der wichtigsten Ereignisse aus dem Leben Deutschlands mitzuteilen, was auch gestattet wurde. Hensel erwähnte den Beitritt des Saarlandes zu Deutschlands, die Wiederherstellung der Rüstungsfreiheit und das Flottenabkommen mit England⁸. Zum Abschluss bat Hensel darum, Fuchs zu gestatten, seinen Eltern einen Brief zu schreiben, was Fuchs auch sofort tat.

Hensel redete übrigens Fuchs zweimal im Gespräch mit PG (Parteigenosse⁹) an.

Der Besuch verlief insgesamt reibungslos. Die Forderungen von Fuchs, die sich auf seinen Aufenthalt in Čibiju beziehen, waren ohne Bedeutung, weil 1) sie

⁸ Vgl. Dok. 148, Anm. 12.

⁹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

die Vergangenheit betrafen und 2) sich diese Forderungen auf das Verhalten von anderen Gefangenen bezogen. Die Haftbedingungen in Jaroslavl' geben Fuchs jedoch keinen Anlass zu Beanstandungen.

Ich erachte es zugleich als angebracht zu bemerken, dass der Chef der Jaroslavl'er städtischen Abteilung des NKVD, Gen. Raevskij, durchaus richtig und taktvoll das Treffen durchführte und überhaupt bei der Lösung der betreffenden Angelegenheit seine volle Unterstützung gegeben hat.

Die Gespräche, die ich mit Hensel vor und nach dem Treffen hatte, bestätigen noch einmal, dass sich die Entlarvung der Tätigkeit von Fuchs durch die Organe der Staatssicherheit als recht empfindlich für die nationalsozialistische Führung erwiesen hat. Hensel sagte in einem der Gespräche, dass sich für Fuchs viele Leute einsetzen, der Vater von Fuchs an das Auswärtige Amt Briefe richte, in denen er drohe, sich persönlich an Hitler zu wenden, falls das Auswärtige Amt nicht aktiver werde usw.

VERANTWORTLICHER REFERENT FÜR DEUTSCHLAND

V. Levin¹⁰

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 2. an den Chef von INO GUGB des NKVD Gen. Sluckij, das 3. an den Chef der Sonderabteilung des NKVD Gen. Gaj, das 4. nach Berlin, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 3, l. 12–10. Original.

Nr. 379

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Ganz geheim
4. Februar [1936]

4061

An den
Bevollmächtigten Vertreter
der UdSSR in Deutschland
Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

ich antworte auf Ihr Schreiben vom 27. Januar¹. Ich stimme Ihnen völlig zu, dass es wünschenswert wäre, da nicht mit einer ernsthaften Verbesserung unserer Beziehungen mit den Deutschen gerechnet werden kann, die beiderseitige Verschärfung, die in letzter Zeit aufgrund der Konflikte um die Haftsachen entstanden ist, etwas zu mildern.

¹⁰ Am 1.2.1936 war Levin zum Gehilfen (Stellvertreter) des Leiters der 2. Westabteilung im NKID ernannt worden.

¹ Vgl. Dok. 369.

Wie Sie bereits dem ausführlichen Schreiben des Gen. Štern vom 19. Januar² entnehmen konnten, legte Gen. Litvinov diese Frage (nicht nur unter dem deutschen Gesichtspunkt) der Regierung vor, und wir bekamen die Möglichkeit, auf den Verlauf und den Ausgang solcher Fälle etwas mehr Einfluss zu nehmen.

In einigen Fällen haben wir bereits eine Milderung [des Urteils] erreichen können, bei einigen sind wir bei den entsprechenden Innen- und Gerichtsorganen vorstellig geworden und rechnen mit einem Erfolg.

Jetzt gehe ich zu den von Ihnen in Ihrem letzten Schreiben genannten konkreten Fällen über.

Der erste Fall ist die Angelegenheit Görbing. Zu diesem Fall erhielten wir die Weisung, es jetzt nicht auf einen Konflikt ankommen zu lassen und Görbing zu gestatten, in Moskau zu verbleiben³. Wie Sie aus meinen Telegrammen wissen, habe ich am 2. Februar Schulenburg darüber informiert, wobei ich allerdings nicht die Anschuldigungen zurücknahm, die wir gegen Görbing erhoben haben. Ich erklärte ihm, es sei zweifelsfrei erwiesen, dass Görbing Verbindungen zu konterrevolutionären Elementen in Moskau unterhalten habe. Unsere Organe glaubten allerdings nicht, dass es möglich wäre, der deutschen Seite die Beweise vorzulegen und ihr damit die Entscheidung bezüglich der Aufenthaltsberechtigung Görbings in Moskau zu überlassen. Unsere Organe hätten sich jedoch aufgrund der Bitte der deutschen Seite damit einverstanden erklärt, dieses Mal ihre Entscheidung zu ändern und Görbing zu gestatten, in die UdSSR zurückzukehren. Unsere Organe gingen ebenso wie das NKID von der Annahme aus, dass Görbing diese Warnung, die er erhalten habe, beherzige und in Zukunft loyal in seiner Tätigkeit und vorsichtiger mit seinen Bekanntschaften sein werde.

Schulenburg zeigte sich außerordentlich zufrieden und eilte davon, um nach Berlin zu telegrafieren, dass der Konflikt beigelegt ist.

Ich weiß nicht, ob Görbing nach Moskau zurückkommen wird, aber ich denke, dass es den Deutschen, nachdem wir die Genehmigung erteilt haben, unangenehm sein würde, nunmehr irgendwelche Maßnahmen gegen Gofmann zu ergreifen.⁴

Sie schneiden ferner die Frage bezüglich der Pastoren an. Es gab einmal viele Pastoren. Die Mehrheit war sehr aktiv, um ihre Gemeinden (von sowjetischen Bürgern deutscher Herkunft) in Vorposten des deutschen Staates im Süden und Osten der UdSSR zu verwandeln. Ein großer Teil der Pastoren ist noch vor dem Machtantritt Hitlers inhaftiert worden. Nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland verstärkten die Pastoren ihre Aktivität. Es ist völlig natürlich, dass gegenwärtig nur eine sehr geringe Anzahl von Pastoren in Freiheit geblieben ist.

Es ist schwierig, auf diesem Gebiet irgendetwas zu verändern. Deshalb konzentrieren wir unsere Bemühungen auf Malmgren. Ich spreche mich dafür aus, ihm zu gestatten, aus der UdSSR auszureisen (nicht auszuweisen, um ihn dadurch nicht zum Opfer zu machen, sondern einfach zu erlauben, mit dem sowjetischen Pass auszureisen), und den Deutschen zu sagen, dass wir nicht auf seine Rückkehr beharren,

² Vgl. Dok. 359.

³ Der Konflikt mit Görbing wurde beigelegt (vgl. Dok. 374, Anm. 5) und demzufolge das Visum für Gofman verlängert. Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Gnedins mit Aschmann vom 13.2.1936. In: AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 32, l. 7.

⁴ Vgl. Dok. 370.

jedoch ihre Erklärung bezüglich seiner loyalen Haltung im Ausland uns gegenüber zur Kenntnis nehmen.

Diesen meinen Vorschlag nahmen anfangs auch die Organe des Innern wohlwollend auf. Dann sprachen sie sich jedoch gegen eine Ausreisegenehmigung aus, weil sie nicht einen weiteren Präzedenzfall zu schaffen wünschten, wonach einem sowjetischen Staatsbürger aufgrund eines Ersuchens von amtlichen Organen eines ausländischen Staates die Genehmigung zur Ausreise erteilt wurde.

Man gab Malmgren jedoch einen neuen Pass (in Leningrad erfolgt zurzeit der Umtausch des alten Passes gegen einen neuen), und es ist nicht beabsichtigt, gegen ihn irgendwelche Repressivmaßnahmen zu ergreifen.

Sie können deshalb Kriege oder anderen, die Ihnen gegenüber ihre Beunruhigung bezüglich Malmgrens geäußert haben, vertraulich sagen, soviel Sie in Erfahrung gebracht hätten, sei ihm ein Pass ausgehändigt und gestattet worden, in Leningrad zu wohnen, und gegen ihn würden keine Ermittlungen angestellt.

Wir erreichten noch eine **Entscheidung**⁵, die die Konfliktstimmung aus den Beziehungen mit einigen ausländischen Staaten, darunter auch mit Deutschland, beseitigt. Dies betrifft die Eisenbahnfahrkarten. Es ist beschlossen worden, dass sie auf unserem Territorium in sowjetischer Währung nicht nur bis zur sowjetischen Grenze verkauft werden, sondern auch für die Durchreise durch ausländisches Territorium bis zu allen vereinbarten Endpunkten. Der Beschluss dazu ist unmittelbar vor der Abreise von Maksim Maksimovič⁶ gefasst worden. Er ist noch nicht veröffentlicht, da die interessierten Behörden die sowjetische Gesetzgebung aller mit dem verabschiedeten Beschluss im Zusammenhang stehenden praktischen Fragen durchgearbeitet haben und die ausgearbeiteten und eingefügten Vorschläge nunmehr einer Bestätigung durch den SNK bedürfen.⁷

Die Beilegung der Fälle Görbing und Malmgren, die Verringerung der Anzahl von neuen Verhaftungen und die teilweise Ersetzung von Haftstrafen für den einen oder anderen Verurteilten durch eine Ausweisung sowie der Beschluss zu den Eisenbahnfahrkarten tragen zweifellos dazu bei, die Atmosphäre in den turnusmäßigen Beziehungen des NKID mit der Botschaft in Moskau und der Bevollmächtigten Vertretung mit dem Auswärtigen Amt zu entspannen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk mit Tinte: Der P[unkt] zu Görbing zur Akte Nr. Ge[rmanija] 171.

Vermerk des Sekretärs, dass auf Anweisung von N.N. Krestinskij ein Auszug für die Akte angefertigt wurde.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 E[xemplare], Kopien: an die Genossen Litvinov, Stomonjakov, Štern.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 32–30. Kopie.

⁵ Das Wort ist mit Bleistift korrigiert; ursprünglich: Erlaubnis.

⁶ Litvinov.

⁷ Vgl. Beschluss des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 9.3.1936: Über die Bezahlung von Fahrkarten und Transportentgelten für Gepäck im internationalen Verkehr. Vgl. *Sobranie zakonov i rasporjaženij Raboče-Krest'janskogo Pravitel'stva Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik* (Sammlung von Gesetzen und Verfügungen der Arbeiter- und Bauerregierung der Union der Sowjetischen Sowjetrepubliken), Moskva 1936, Nr. 14, Artikel 126, S. 219.

Nr. 380

**Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im
AA Hencke an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg**

Berlin, den 5. Februar 1936

Vertraulich!

Hochzuverehrender Herr Graf,

Euer Hochgeboren darf ich mit aufrichtigstem Dank den Empfang des gütigen Schreibens vom 3. Februar¹ bestätigen. Gleichzeitig kann ich melden, dass ich am 17. d. M. in Moskau eintreffen werde und mich sehr auf die Tage, die ich dort verleben darf, freue.

Was Ihre Fragen, hochverehrter Herr Graf, anlangt, so gestatte ich mir folgendes dazu zu berichten:

1) Die Erledigung des Falles Görbing² hat hier naturgemäß außerordentlich befriedigt, und zwar umso mehr, als wir gar nicht glaubten, mit diesem günstigen Ausgang rechnen zu können. Selbstverständlich sind nun sofort die gegen Hoffmann eingeleiteten Maßnahmen suspendiert worden. Den von Euer Hochgeboren angedeuteten Grad des Interesses an Görbing verstehe ich vollkommen.³ Es handelt sich bei der Haltung der hiesigen Stellen auch weniger um eine persönliche als um eine grundsätzliche Frage.

2) Zwischen Herrn Schacht und Herrn Kandelaki sind die Verhandlungen wieder aufgenommen worden.⁴ Sie befinden sich zurzeit im Stadium von Besprechungen im Reichswirtschaftsministerium, an denen wir teilnehmen. Vorläufig sind nur die Fragen des Wirtschaftsverkehrs für 1936 besprochen worden und die Anleihe nur am Rande erwähnt. Wir halten es aber doch für möglich, dass die Russen schließlich ein Junktim zwischen diesen beiden Dingen herstellen werden. Wenn auch noch gewisse Schwierigkeiten zu überwinden sind, glaube ich, dass eine Einigung für den Wirtschaftsverkehr 1936 noch möglich ist. Die Frage der Anleihe liegt insofern schwieriger, als wir gewisse militärische Lieferungswünsche der Russen nicht erfüllen können. Es bleibt daher abzuwarten, ob die Sowjetseite unter diesen Umständen noch ein wesentliches Interesse an der Anleihe hat. Persönlich neige ich zu der Ansicht, dass dies der Fall ist, weil die Russen mit unserem Beispiel nicht nur erfolgreich in London und Paris operieren können, sondern auch allein aus der Tatsache einer deutschen Anleihe großes politisches Kapital zu schlagen in der Lage wären. Zusammenfassend kann ich sagen, dass wir wohl in der nächsten Zeit mit den Russen irgendwie wirtschaftlich – wenn auch vielleicht in einem bescheideneren Maße als ursprünglich vorgesehen – zu Rande kommen werden.

¹ PA AA, R 27444, Bl. 450923-450925.

² Vgl. Dok. 379.

³ Schulenburg hatte im Brief vom 3.2.1936 geschrieben: „Zu dem Fall Görbing möchte ich, um Missverständnisse zu vermeiden, bemerken, dass ich von der Auffassung ausgegangen bin, Berlin läge etwas daran, dass wir hier Zeitungskorrespondenten behalten. Die Botschaft als solche hat ein viel geringeres Interesse daran. Ihre Stellung kann nur gestärkt werden, wenn sie die einzige Informationsquelle Berlins werden sollte.“ In: PA AA, R 27444, Bl. 450923-450924.

⁴ Vgl. Dok. 375.

3) Den Bericht der Botschaft in der Angelegenheit Fuchs (Abänderung der Note)⁵ habe ich noch nicht erhalten. Es wäre sicher das Beste, wenn es bei der ersten Note verbliebe.

Die Frage der polnischen Korridorschulden⁶ ist in der Tat sehr ernst und steht im Augenblick im Vordergrund der Tätigkeit des Abteilung IV. Bisher haben alle Einigungsversuche noch zu keinem Erfolg geführt. Es ist daher damit zu rechnen, dass die Polnische Regierung am 7. Februar eine starke Drosselung des Korridor-Transitverkehrs vornimmt. Natürlich wird alles nur Mögliche versucht, um diesen nach jeder Richtung hin unerfreulichen Zustand zu vermeiden. Ein Fragment aus den Verhandlungen stellt die in der Anlage gehorsamst beigefügte polnische Denkschrift und eine Aufzeichnung des Herrn Reichsministers⁷ dar. Mehr Material konnte ich leider am heutigen Kuriertage nicht mehr beschaffen. Ich habe aber Herrn v. Lieres gebeten, die Botschaft über die Entwicklung der Angelegenheit zu unterrichten.

Mit großem Interesse verfolgen wir hier die Aktivität Litwinows⁸, die in London offenbar schon zu dem Ergebnis geführt hat, das Sie, hochverehrter Herr Graf, während Ihrer Berliner Anwesenheit andeuteten, nämlich zu einer recht betonten englisch-russischen Annäherung. Wir werden uns wohl mit dieser neuen Lage bald auseinandersetzen müssen. Uns schweben daher verschiedene Möglichkeiten vor, die ich aber einer mündlichen Aussprache vorbehalten darf.

Über einige laufende Dinge (Times-Artikel, Komintern-Bericht) habe ich an Herrn v. Herwarth geschrieben, der Ihnen sicher darüber Vortrag halten wird.

Meine Frau hat mich beauftragt, mit ihren aufrichtigsten Grüßen nochmals ihr Bedauern zum Ausdruck zu bringen, dass sie Ihrer gütigen Einladung⁹ nicht folgen kann.¹⁰

[Hencke]

PA AA, R 27444, Bl. 450926-450929.

⁵ Vgl. Dok. 371.

⁶ Ende 1935 geriet die Reichsbahn mit den Zahlungen für die Nutzung der Transitstrecken durch den polnischen Korridor in Verzug. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 474, 521, 528, 551.

⁷ Höchstwahrscheinlich ist damit die Aufzeichnung vom 4.2.1936 gemeint. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 537, S. 1063. In den Anmerkungen wird auch auf die polnische Denkschrift verwiesen.

⁸ Litvinov hielt sich vom 26. bis 31.1. in London zu Gesprächen auf, vom 31.1. bis 5.2. in Paris.

⁹ Von der Schulenburg hatte Hencke zusammen mit seiner Frau zu dem Konsultreffen im Februar nach Moskau eingeladen.

¹⁰ Grußformel und Unterschrift fehlen auf dem Durchschlag.

Nr. 381

**Bericht des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung beim
Volkskommissariat für Außenhandel Gittis an den Stellv. Volkskommissar
für Verteidigung Tuchačevskij**

Geheim¹
Expl. Nr. 1
11.2.36

Nr. 410095s
11./13. Februar 1936²

AN DEN
STELVERTRETENDEN VOLKSKOMMISSAR
FÜR VERTEIDIGUNG DER UdSSR
MARSCHALL DER SOWJETUNION
Gen. TUCHAČEVSKIJ

Die Ingenieur-Abteilung der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland verhandelt seit einem halben Jahr mit der Firma HEINKEL über die Vergabe eines Auftrages, uns ein Katapult zu liefern.

Die Firma erhielt die Genehmigung des Luftfahrtministeriums und unterbreitete ein entsprechendes Angebot, das in der Folge soweit technisch und kommerziell präzisiert worden ist, dass in den nächsten Tagen die Ausfertigung der Übergabepapiere für den Auftrag hätte erfolgen können.

Jedoch teilte die Firma mit ihrem Schreiben vom 22.1. unerwartet mit, dass sie aufgrund der Auslastung ihrer Werke unseren Auftrag nicht annehmen könne.

Ähnliche Fälle der Annahmeverweigerung unserer Aufträge gab es in der zweiten Januarhälfte auch seitens anderer deutscher Firmen.

So lehnte beispielsweise die Firma „Linke Hofmann“³ ab, ein Angebot für Tankwagen und Kompressoren zu unterbreiten, auf dessen Grundlage Verhandlungen hätten geführt werden können, indem sie mündlich erklärte, dass sie genau die gleichen Posten in ein Land liefere, welches gegen deren Lieferung an uns protestiere.

Die Firma „Martin Hünecke“⁴ lehnte es ebenfalls ab, ein Angebot für Tankwagen zu unterbreiten, ohne ihre Ablehnung überhaupt zu begründen.

Analysiert man die Lage, so drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass das Zusammentreffen dieser Absagen kein Zufall ist, sondern auf Weisungen des Luftfahrtministeriums zurückzuführen ist.⁵

Offensichtlich ist in nächster Zeit damit zu rechnen, dass auch andere deutsche Firmen es ablehnen werden, die uns interessierenden Objekte militärischen Charakters zu verkaufen.

BEAUFTRAGTER DES NKO BEIM NKVT DER UdSSR KOMKOR

GITTIS

¹ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

³ So mit lateinischen Buchstaben geschrieben.

⁴ So mit lateinischen Buchstaben geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 356.

Vermerke mit Tinte: Vorgelegt, zu den Akten.

Unten rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des 2. Stellvertreters des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 271/s vom 13.2.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. in 2 Expl. [Exemplar] Nr. 1 an die Adresse, Nr. 2 zu den Akten.

Auf Kopfbogen des Beauftragten des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR beim Vneštorg der UdSSR geschrieben.

RGVA, f. 33989, op. 2, d. 240, l. 1. Original.

Nr. 382

**Aufzeichnung von Unterredungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 13. Februar 1936

Tagebuch

S. Bessonovs

1.–13. Februar 36

Nr. 56/s¹

RUND UM DIE WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN

(Unterredungen mit Ritter, Kraemer, Hencke und anderen)

1. Zum Stand der Verhandlungen für 1936.

Bekanntlich sind die Verhandlungen für 36 mit dem Vorschlag Kandelakis aufgenommen worden, jenen Teil der Wechselverbindlichkeiten für 1936 in Gold und Devisen zu begleichen, der nach den Zahlungen verbleibt, die bis zu dem Zeitpunkt des Abschlusses des Abkommens getätigt worden sind, und nach der Aufnahme der Summen für das deutsche Kalisyndikat, die ihm auf der Grundlage des Vertrages für 1936 zu zahlen sind.² Nach langem Schwanken schlugen die Deutschen vor, diesen Modus aufzugeben und erneut zu der ursprünglichen Variante zurückzukehren, wonach die Summen, die in Gold oder Devisen zu begleichen sind, vorab fixiert werden, wobei der Restteil durch Markzahlungen der Handelsvertretung aus verschiedenen Quellen beglichen werden soll. Diese Variante wird jetzt von den Deutschen geprüft, wobei die Summe von 35 Mio. Mark fest fixiert ist.

*Was unseren Export nach Deutschland im Jahr 1936 anbelangt, so ist er **in dieser Variante**³ bei einer Reihe von Waren durch nichts beschränkt, bei einer Reihe von zweitrangigen Waren verbleibt er jedoch im Rahmen der Jahre 1934–35, mit dem uns gewährten Recht, die Erlöse nach unserem Gutdünken in Deutschland frei zu verwenden, ungefähr so, wie das in dem Abkommen für 1935 [der Fall] war. Die neue Variante des Abkommens sieht vor, die Exportprämie auf die Käufe der

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 375.

³ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

Sowjetunion in Deutschland auszuweiten. Zurzeit wird diese Variante mit Schacht abgestimmt, der am 12. d. M. aus Basel zurückkehren soll. Falls Schacht diese Variante billigt, könnte das Abkommen für 1936 bereits in den nächsten Tagen unterzeichnet werden.*⁴

2. Die Kreditverhandlungen.

Aufgrund der Informationen, die wir von verschiedenen deutschen Quellen erhalten, prüfen zurzeit verschiedene Behörden der Regierung, insbesondere die militärischen, unsere Liste. In Kreisen der Industrie wird angenommen, dass auf die Aufträge, die in der Liste vorgesehen sind, 200 Mio. Mark entfallen werden; Informationen über die Liste sind bereits bis zu den industriellen Kreisen vorgedrungen. *Kraemer behauptet, dass es in deutschen Militärkreisen einen recht starken Widerstand gegen diese Liste gebe; diese Liste letzten Endes passieren werde, wenn aus ihr zwei oder drei der ungünstigsten Objekte herausgenommen würden. K[raemer] behauptet zugleich, dass sich die Maschinenbauindustrie kategorisch dagegen ausspreche*⁵, die Exportprämie sowohl auf unsere Aufträge im Rahmen eines großen Kredites als auch auf die laufenden Aufträge der UdSSR auszuweiten. Nach Auffassung von K. könnten wir jedoch aus dieser Situation herauskommen, ungeachtet dessen, dass Schacht diese negative Haltung der Maschinenbauer unterstützt, indem wir bei den Aufträgen, die wir bar bezahlen, den für diese Art von Aufträgen üblichen Nachlass einfordern würden, der seiner Meinung nach im Vergleich zu den Aufträgen auf Kredit ungefähr 3% per anno ausmachen würde, was bei einer Kreditlaufzeit von 10 Jahren insgesamt den 30% entsprechen würde, die üblicherweise bei einer Exportprämie fällig gewesen wäre.

Kraemer zufolge war es Herbert Göring, der am meisten dazu beigetragen hat, Schacht nach der Rede des Gen. Molotov⁶ zu beruhigen. In gleicher Weise wären die engsten Referenten Schachts, Brinkmann und Blessing, tätig gewesen, um zu einem schnellstmöglichen Abschluss des Kreditabkommens mit uns zu gelangen.

3. Die Engländer und unsere Wirtschaftsverhandlungen

Aus verschiedenen Kreisen höre ich, dass die Engländer das lebhafteste Interesse am Verlauf unserer Verhandlungen mit den Deutschen zeigen. Zu dieser Frage wären von hier nicht nur einige Male Extrabriefe nach London geschickt worden, die in der Hauptsache der 1. Sekretär der hiesigen Englischen Botschaft Breen verfasst habe, sondern auch die kürzliche Reise von Phipps nach London sei **angeblich**⁷ ebenfalls in einem gewissen Maße mit dieser Frage verknüpft gewesen. Sowohl die hiesige Englische Botschaft als auch insbesondere Phipps hätten vor London den Standpunkt verteidigt, dass die Engländer jetzt der UdSSR keine wie auch immer geartete Kredite gewähren dürften, weil dies in Deutschland **⁸ einen sehr ungünstigen Eindruck hinterlassen würde. Phipps habe nach seiner Rückkehr aus London angeblich erklärt, dass seine Argumentation in dieser Frage in London Eindruck gemacht hätte und London keinen Regierungskredit an die

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁶ Vgl. Dok. 346.

⁷ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁸ Das an dieser Stelle stehende Wort „angeblich“ ist mit Tinte durchgestrichen.

UdSSR vergeben werde, obgleich die englische Regierung, wie auch früher, nicht dagegen wäre, der UdSSR Warenkredite, sogar mit langfristiger Laufzeit, zu gewähren. Es ist interessant, daran zu erinnern, dass die Deutschen auch bei unseren früheren Verhandlungen stets im einen oder anderen Maße bemüht waren, Einfluss zu nehmen, um unsere englischen Wirtschaftsverhandlungen, wenn sie zeitgleich geführt wurden, zu stören oder zu vereiteln. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Stimmungen sowohl von Phipps als auch von der gesamten Englischen Botschaft jetzt gegen englische Kredite für die UdSSR von den Deutschen vorsätzlich erzeugt **oder einfach ausgedacht**⁹ werden.^{*10}

4. Rund um unser Dekret über das Exportverbot nach Deutschland¹¹

Auf dem Empfang bei Neurath erklärte mir der Direktor des Auswärtigen Amtes, Ritter, dass **er**^{*12} zurzeit bei verschiedenen deutschen Ministerien die Frage prüfen lasse, uns im Zusammenhang mit dem von uns erlassenen Dekret, das, obwohl es auch Hinweise auf andere Länder enthalte, sich jedoch praktisch gegen Deutschland richte, aus der Liste der meistbegünstigten Länder auszuschließen.¹³ Ich verwies R[itter] auf die völlige Zweck- und Sinnlosigkeit eines solchen Schrittes, erstens weil, sobald das Abkommen über den Warenumsatz mit Deutschland für 1936 unterzeichnet sei¹⁴, die Gültigkeit des Dekrets, wie dies aus dem in diesem Zusammenhang veröffentlichten sowjetischen Dokumenten hervorgehe, in Hinblick auf Deutschland automatisch annulliert werde. Zweitens habe Deutschland selbst den Weg zur Liquidierung der Meistbegünstigung beschritten, als es den sog. neuen Plan in den Außenhandel¹⁵ einführte, was die Verabschiedung unseres Dekrets zur Folge und Ergebnis hatte. Ritter sah sich genötigt, dem zuzustimmen, erklärte jedoch, dass der „neue Plan“ in keiner Weise die UdSSR betreffe, weil die UdSSR auf der Grundlage dieses Plans die Möglichkeit eines bedeutenden Exports nach Deutschland erhalten habe. Ich wies auch diese Behauptung von R. mit dem Hinweis auf die Ergebnisse des Jahres 1935, des ersten Jahres nach der Einführung des sog. neuen Plans Schachts, zurück. Ich machte Ritter, drittens, darauf aufmerksam, dass es den Deutschen praktisch gar nichts einbringe, uns von der Liste der meistbegünstigten Nationen zu streichen, da dies uns praktisch gar nicht trifft, weil der gesamte Handel mit Deutschland auf der Grundlage spezieller Abkommen abgewickelt werde. Folglich würde ein solcher Schritt, falls es Ritter gelingen sollte,

⁹ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹¹ Punkt 4 ist veröffentlicht. Vgl. DVP, Bd. XIX, Dok. 45, S. 89–90.

¹² Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹³ Vgl. Dok. 357, Anm. 2. Am 19.1.1936 erließ Rozengol'c die Weisung bezüglich der Anwendung dieses Beschlusses des Rates der Volkskommissare (vgl. Izvestija vom 21. Januar 1936, S. 4), worauf sich Krestinskij auf den Inhalt beziehend am 23.1.1936 in einem Schreiben an ihn wandte. Darin führte er u. a. aus, dass „das Dekret repressiven Charakters ist“. (RGAE, f. 413, op. 12, d. 2222, l. 8R). In seinem Antwortschreiben vom 3.2.1936 betonte Rozengol'c: „Die Vorstellung, dass das Dekret des SNK vom 16.1. repressiven Charakters ist“, sei nicht richtig. Das Dekret des SNK sei nicht zu dem Zwecke erlassen worden, „um gegen dieses oder jenes Land wirtschaftliche Repressionen anzuwenden, sondern zu dem Zwecke, unsere Wirtschaftsinteressen zu schützen: die freie Verwendung des Erlöses aus den sowjetischen Waren für die Bezahlung unserer Verbindlichkeiten zu gewährleisten“. (Ebenda, l. 23–24).

¹⁴ Vgl. Dok. 451, Anm. 2.

¹⁵ Vgl. Dok. 37, Anm. 2.

ihn zu verwirklichen, einfach nur ein demonstrativ feindseliger Akt gegenüber der UdSSR sein, der keinen praktischen Inhalt hätte. Es sei völlig unverständlich, warum Ritter an diesem Akt interessiert sein könnte. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass sich Ritter einfach mit kleinlichen Erpressungen befasst und in Wirklichkeit selbst nicht an die Ernsthaftigkeit und Zweckmäßigkeit seiner Drohungen glaubt. Die Erklärung Ritters verschleiert übrigens die nebulöse Drohung, die in einer der früheren Erklärungen Mossdorfs enthalten war, als er darüber sprach, dass die Deutschen auf das von uns veröffentlichte Dekret mit der Aufkündigung des Handelsabkommens von 1925¹⁶ reagieren könnten. Offenbar mündete die Frage einer „Aufkündigung“ des Handelsvertrages im Zuge der weiteren Erörterung einfach in die Drohung, uns aus der Liste der meistbegünstigten Länder zu streichen, worüber Ritter auch sprach.

S. Bessonov

Vermerk mit blauem Farbstift: MM.¹⁷

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 546 vom 16.2.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 13.II.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 49, l. 16–17. Original.

Nr. 383

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[13.2.1936]

Nr. 59/s¹

Lieber Maksim Maksimovič!

Seit meinem letzten Schreiben² sind die Ergebnisse der „diplomatischen Woche“ in Paris, die die Fortsetzung der zuvor in London geführten Verhandlungen darstellte, viel deutlicher zutage getreten. Deutschland hat an allen diesen Verhandlungen nicht unmittelbar teilgenommen (sieht man von dem Gespräch Neuraths mit Eden³ ab), nichtsdestotrotz ist für alle unstrittig, dass sich alle Verhandlungen im Prinzip um ein und dasselbe Thema drehten, nämlich um das deutsche Problem. Deutschland stand im ****Fokus****⁴ aller Verhandlungen Litvi-

¹⁶ Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 13–32, S. 52–56; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 589–600, S. 613–615.

¹⁷ Litvinov.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 367.

³ Am 27.1.1936. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 523, S. 1018–1019.

⁴ Das Wort ist mit Bleistift über die Zeile anstelle von „Kurs“ geschrieben.

novs⁵. Der Charakter der englisch-französischen Beziehungen wird im Grunde genommen von dem Verhältnis zu Deutschland bestimmt. Rund um Deutschland drehen sich wie um eine Achse alle Kombinationen, die in einer Beziehung zu Zentraleuropa stehen, alle Verhandlungen, die die Vertreter der Kleinen und Balkan-Entente führten sowie alle Gespräche mit den Österreichern. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Deutschen mit *außerordentlicher Anspannung alles verfolgten, was in Paris und London vor sich ging und die großen politischen Tage im wahrsten Sinne des Wortes wie im Fieber erlebten.

Gemessen an dem **Grad**⁶ der Unruhe, den die Pariser und Londoner Verhandlungen hier auslösten, gebührt den Londoner und Pariser Verhandlungen Litvinovs selbstverständlich der erste Platz. Allein schon die Tatsache, dass Litvinov in London⁷ so herzlich empfangen und ihm eine derartige Aufmerksamkeit nicht nur von amtlichen Kreisen^{8*9}, sondern auch seitens einer breiten englischen Öffentlichkeit zuteil wurde – all das löste hier eine beträchtliche Verlegenheit und Beunruhigung aus. Das Verhalten der Engländer gegenüber dem sowjetischen Vertreter zeigt, dass in England ein großer Umschwung zugunsten der UdSSR vor sich geht, sich dort die Stimmen mehren, die sowjetisch-englischen Beziehungen zu verbessern, und die Idee der Zusammenarbeit mit der UdSSR bereits nicht mehr das Feld Einzelner ist. Die Anerkennung dieser Tatsache unterhöhlt einen Pfeiler der Außenpolitik Hitlers, die auf die Isolierung der UdSSR und auf die Errichtung einer Barriere zwischen ihr und England abzielt. Wie viele Anstrengungen sind unternommen worden, um der englischen öffentlichen Meinung die Überzeugung einzupflanzen, dass der Hauptfeind in der „Welt“ das „Rote Moskau“ ist, und da *empfängt London ausgerechnet den Vertreter dieses Roten Moskaus als einen willkommenen und lieben Gast. Die Bitterkeit über den Empfang Litvinovs in London vertiefte die Erkenntnis, dass dies keine einmalige Episode darstellt, sondern grundlegende Veränderungen widerspiegelt, die sich in der letzten Zeit in der englischen öffentlichen Meinung vollzogen haben und sich letzten Endes in dem Bewusstsein niederschlagen, dass die faschistischen Länder der **Hauptherd**¹⁰ für eine Kriegsgefahr sind und ihnen nur durch eine kollektive Organisation des Friedens begegnet werden kann¹¹.

Dieses Motiv zog sich auch wie ein roter Faden durch alle Londoner und Pariser Verhandlungen. Was die voneinander getrennt geführten Pariser und Londoner Verhandlungen ähnelt und verbindet, ist ein Problem, das alle bewegt. Und das ist, wie und in welcher Form die Bemühungen zu vereinen sind, einen Krieg zu verhindern und sich eines Aggressors zu erwehren, mit einem Wort, wie das Prinzip der kollektiven Sicherheit zu verwirklichen ist. Dieses Prinzip erfährt ohne Zweifel

⁵ Vgl. DVP, Bd. XIX, Dok. 32–34.

⁶ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben; ursprünglich: Skala.

⁷ Litvinov hielt sich vom 26. bis 31.1.1936 in London auf und leitete die sowjetische Delegation anlässlich der Beisetzung von König George V.

⁸ Vgl. I. M. Majskij: Dnevnik diplomata. London 1934–1943 v 2 kn. (Tagebuch eines Diplomaten. London 1934–1943 in 2 Bd.), hrsg. von A.O. Čubarjan, Bd. 1, Moskva 2006, S. 135–138. Die Maiski-Tagebücher. Ein Diplomat im Kampf gegen Hitler 1932–1943, hrsg. von G. Gorodetsky, München 2016, S. 140–143.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁰ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: Hauptgefahr.

¹¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

mehr und mehr an Zustimmung. Dies ist eine Tatsache von großer historischer Bedeutung, die Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Prinzips sind jedoch bei weitem noch nicht aus dem Wege geräumt. Das allgemeine Ziel scheint klar umrissen zu sein, doch es ist noch längst nicht die Frage geklärt, wie dieses Ziel zu erreichen ist. In erster Linie trat zutage, dass die einzelnen Länder in einem ungleichen Maße an der kollektiven Sicherheit interessiert sind. Für die einen ist das eine Überlebensfrage, eine unmittelbare Schicksalsfrage, für die anderen eine Frage weit entfernter und allgemeiner Natur. Es ist völlig natürlich, dass auch die Bereitschaft der einzelnen Länder, Opfer zu bringen und Verpflichtungen einzugehen, unterschiedlich ausgeprägt ist.

Die Länder, die unmittelbar durch die „Kriegsherde“ betroffen sind, sind natürlich bereit, bis zum Ende zu gehen. Bei diesen Ländern findet in der Regel auch die Idee regionaler Beistandspakte Zuspruch. Die Länder jedoch, die keine unmittelbare Kriegsgefahr empfinden, neigen dazu, die Idee der kollektiven Sicherheit „zu generalisieren“, indem sie deren Anwendung nur auf die in der Satzung des Völkerbundes festgelegte Gemeinschaftshaftung zurückführen und begrenzen. Es ist eine Sache, den Frieden in dem gegebenen Raum speziell zu garantieren **und**¹² im Bedarfsfall mit Gewalt zu unterstützen, und eine andere, die sich aus dem Covenant des Bundes ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Die Geschichte der Behandlung des italienischen Konflikts¹³ durch den Völkerbund zeigte, wie wenig der Artikel 16 das Recht der schwachen Mitglieder des Völkerbundes garantiert und schützt.

*Der sowjetisch-französische Pakt erregte in den Augen der Deutschen nicht allein deshalb solch einen Argwohn, weil er die Front der Zusammenarbeit zwischen den beiden stärksten Gegnern Deutschlands festigt, sondern auch deshalb, weil diese Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Beistandes basiert, einer Grundlage, die eine wirksame und effektivere Anwendung des Prinzips der kollektiven Sicherheit bietet. Der Kampf zur Sprengung dieses Paktes, der den Hauptinhalt der Tätigkeit der deutschen Diplomatie in der letzten Zeit ausmacht, **richtete sich**¹⁴ gleichzeitig gegen die beiden Partner des Paktes.*¹⁵

Der Kampf wurde und wird zugleich dahingehend geführt, die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich zu vereiteln und eine Durchsetzung des gegenseitigen Beistandsprinzips zu verhindern. Der Kampf wird *mit den mannigfaltigsten Mitteln und in viele Richtungen geführt. Es ist als sehr ernst anzusehen, wenn sich in Frankreich die Anschauung durchsetzen sollte, dass dieser Pakt ein Risiko darstellt, in einen Krieg mit Deutschland hineingezogen zu werden. Zu diesem Zwecke wird hier auch mit der Drohung einer **Remilitarisierung**¹⁶ des Rheinlandes operiert. Diese Kampagne trug zweifellos gewisse Früchte und wird sich wahrscheinlich in einer Zunahme der Stimmen im Parlament¹⁷ gegen den Pakt niederschlagen. Die Deutschen haben allem Anschein nach jetzt die Hoffnungen

¹² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹³ Gemeint ist die Erörterung der Frage im Völkerbund, Sanktionen gegen Italien nach dessen Überfall auf Äthiopien zu verhängen.

¹⁴ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben; ursprünglich: entwickelte sich.

¹⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁶ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: Demilitarisierung.

¹⁷ Der nachfolgende Text „die dagegen auftreten“ ist mit Tinte gestrichen.

aufgegeben, den Pakt völlig zu sprengen, und beschränken sich darauf, seine Wirkung durch eine Vergrößerung des Kreises seiner Gegner in Frankreich maximal zu schwächen.*¹⁸

Was werden die Deutschen am Tag nach der Ratifizierung unternehmen **?*¹⁹ Die **Frage**²⁰ bewegt hier alle, und in erster Linie natürlich die Franzosen. In einer Reihe von Telegrammen habe ich hierzu meine Überlegungen dargelegt. Ich meine, dass sich die Deutschen nicht zu einer Herausforderung entscheiden werden, die sie nicht nur mit den Franzosen, sondern auch mit den Engländern frontal aneinander geraten lässt, *dies umso weniger, weil sie durch diesen Schritt praktisch keinen besonderen Vorteil erlangen werden. Bei meinen Schlussfolgerungen stütze ich mich auch auf die von allen Seiten eintreffenden Informationen, wonach sich die Reichswehr kategorisch gegen ein derartiges Abenteuer ausgesprochen habe. Dennoch kann es selbstverständlich keine völlige Gewissheit geben, dass Hitler nicht doch irgendeinen Schritt unternehmen wird. Es ist immerhin zu berücksichtigen, dass wir im Land unbegrenzter Möglichkeiten und Improvisationen leben. Unter dem Gesichtspunkt unserer unmittelbaren Interessen könnte ein eventueller Schlag Hitlers gegen das Rheinland sogar von einem gewissen Nutzen sein, denn damit würde einem Komplott zwischen Deutschland und Frankreich und England der Boden entzogen werden (zumindest für den nächsten Zeitabschnitt)²¹ und die deutsche Aggressionswelle nach Westen umlenken. Ich glaube, dass diese Erwägung, die zweifellos auch Hitler in Betracht zieht, eine baldige Remilitarisierung noch unwahrscheinlicher macht.*²² Am wahrscheinlichsten ist, dass Hitler es vorzieht, den Franzosen auch weiterhin mit der Gefahr einer Remilitarisierung zu drohen und **über ihnen das [Damokles]Schwert schweben zu lassen**²³, das in jeder Minute hinabzufahren droht. Ich halte es jedoch für denkbar, dass die deutsche Regierung in allernächster Zeit die Frage bezüglich der Locarno-Verpflichtungen aufwerfen und eine Präzisierung ihrer Rechte und der Rechte und Pflichten der Garantiemächte aufwerfen wird. Hierbei kann Deutschland auf die Unterstützung Italiens rechnen, über die gerade in diesem Zusammenhang in letzter Zeit so viel gesprochen wird.

Es sind wohl kaum glaubwürdige Gerüchte, wonach Italien verkündet habe, die Initiative für die Aufkündigung des Locarno-Abkommens zu ergreifen, um damit dessen Aufkündigung auch für Deutschland zu erleichtern. Italien wird sich darauf wohl schwerlich einlassen. Aber es ist sehr wohl möglich, dass Italien Berlin seine Unterstützung zugesagt hat, das Locarno-Abkommen von allen „Verzerrungen“ zu befreien und u. a. als eine der Garantiemächte Locarnos **versprach**²⁴, sein Veto dagegen einzulegen, dass Frankreich seine Verpflichtungen, die sich aus dem Pakt mit der UdSSR ergeben, erfüllt. Das Bestreben, den Locarno-Parteien das Recht zu-zuerkennen, über alle Verhandlungen ins Bild gesetzt zu werden, die die einzelnen

¹⁸ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁹ Das Fragezeichen ist mit Tinte eingefügt.

²⁰ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

²¹ Die beiden Klammerzeichen sind mit Bleistift eingefügt.

²² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²³ Der Text ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: wie ein hängendes Schwert.

²⁴ Das nachfolgende Wort „Pflichten“ ist durchgestrichen.

Locarno-Teilnehmer untereinander führen (über dieses Recht, das sich aus Locarno ergibt, sprach Bülow mit Phipps), gilt allgemein sowohl für Deutschland als auch für Italien, die gleichermaßen daran interessiert sind, eine englisch-französische Zusammenarbeit und separate Verhandlungen zwischen ihnen zu verhindern.

Die Unruhe, die durch die Weiterleitung des sowjetisch-französischen Paktes zur Ratifizierung an die Abgeordnetenversammlung ausgelöst wurde, ist nach Auffassung der Deutschen durch *die Verhandlungen, die Litvinov in England und Frankreich führte, noch verstärkt worden. Sie steigerte sich im Zusammenhang mit den Gerüchten, wonach mit Litvinov in London und in Paris Verhandlungen über die Einbeziehung auch der UdSSR als Garantiemacht für den Donaublock zur Organisation Mitteleuropas geführt wurden. Die Initiative für diese Einbeziehung wird Titulescu zugeschrieben, der in dieser Frage angeblich im Namen der gesamten Kleinen und Balkan-Entente aufgetreten sei. Obgleich sich diese Gerüchte in der Folge auch nicht bestätigt haben (einige Zeitungen erklärten dies mit der Ablehnung Litvinovs, gesonderte Verpflichtungen in diesem Raum einzugehen, andere mit dem Widerstand und der Gegenwehr einer Reihe von Staaten*²⁵, insbesondere von Polen), hat die Idee an sich, einen Donau-Block zu schaffen, und dies ohne jegliche Beteiligung Deutschlands, nach den Pariser Verhandlungen stark an Zuspruch gewonnen.

Die Beziehungen zwischen Österreich und der Kleinen Entente haben sich zweifelsfrei verbessert. Die von Schuschnigg in Prag abgegebene Erklärung, wonach Österreich wünsche, sich dem System der kollektiven Organisation des Friedens anzuschließen, ist auch von Starhemberg in Paris bestätigt worden. In einem beträchtlichen Maße könnte auch die Restaurationsfrage entschärft werden, da Schuschnigg und Starhemberg sich verpflichteten, wegen dieser Frage die Beziehungen zur Kleinen Entente nicht zu verschärfen. In die praktische Sprache übersetzt bedeutet dies, dass **in**²⁶ nächster Zeit die Frage einer Restaurierung der Habsburger Monarchie von der Tagesordnung gestrichen ist. Es ist natürlich für alle unstrittig, dass diese Tendenz Österreichs zur Annäherung an die Kleine Entente nur eine einzige Erklärung hat: Österreich sucht neue Verbündete im Kampf gegen den Anschluss. Österreich hält die italienische Unterstützung bereits jetzt für unzureichend. All das, **was**²⁷ die Österreicher in Prag und Paris²⁸ unternahmen, ist buchstäblich von der von Deutschland ausgehenden Gefahr diktiert. Unter dem Druck dieser Gefahr verließ Österreich den revisionistischen Weg, auf den es die ganze Zeit über von Deutschland und Ungarn gedrängt wurde, und sucht eine Verständigung mit Ländern des entgegengesetzten Lagers. Diese Verständigung wird natürlich nicht so leicht zu verwirklichen sein. Sie stößt in erster Linie auf Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art, sie erfordert viele Opfer, **sowohl**²⁹ von den Ländern der Kleinen Entente als auch von Frankreich und England. Aber dennoch ist ein Streben nach Einheit und wirtschaftlicher und politischer Organisation Mitteleuropas zu verzeichnen. In genau die gleiche Richtung wirken auch solche Faktoren wie die unstrittige Verbesserung der Beziehungen zwischen Frankreich und

²⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²⁶ Das Wort ist über die Zeile anstelle von „sie in“ geschrieben.

²⁷ Das Wort ist mit Tinte über das durchgestrichene Wort „dies“ geschrieben.

²⁸ Das nachfolgende Wort „und“ ist mit Tinte durchgestrichen.

²⁹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Jugoslawien, dessen Schwanken die Pariser Kreise so beunruhigte und so viele Hoffnungen in Berlin **auslöste**³⁰, und die günstigere Haltung Bulgariens zur Zusammenarbeit mit der Kleinen und Balkanentente.

Angesichts dieser Welle diplomatischer und politischer Aktivität seitens der Front der kollektiven Sicherheit konnten die Deutschen natürlich nicht in der Rolle eines teilnahmslosen Zuschauers verharren.

Ich bin bereits oben auf ihren Kampf gegen den sowjetisch-französischen *Pakt eingegangen. Nunmehr gehe ich knapp auch auf die Gegenmaßnahmen ein, die sie gegen den Donau-Block unternehmen. In erster Linie ist der Druck **auf Österreich**³¹ erhöht worden. Die Propaganda gegen die österreichische Regierung lebte wieder auf, und erneut ist der gesamte illegale Apparat der Nationalsozialistischen Partei in Österreich in Gang gebracht worden. Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft wird Druck ausgeübt. Aus den 1934 eingeführten Beschränkungen sind alle Vergünstigungen und Ausnahmegenehmigungen rückgängig gemacht worden. Damit ging zugleich ein Flirt mit den Ländern der Kleinen Entente einher. Selbst die Tschechoslowakei bildet keine Ausnahme, mit der man versucht, angemessene „gutnachbarschaftliche“ Beziehungen herzustellen. In dieser Hinsicht ist es bezeichnend, dass die Deutschen sehr bereitwillig auf die Beilegung einer Reihe von Grenzzwischenfällen eingingen und sich in einem speziellen Abkommen verpflichteten, die unkontrollierte Ausweisung von tschechoslowakischen Staatsbürgern aus Deutschland einzustellen. Doch die größte Beachtung erfährt jetzt Rumänien (sogar eine größere als Jugoslawien). Die Deutschen rechnen offenbar nicht damit, Titulescu auf ihre Seite zu ziehen und setzen ihre Hoffnungen auf die Opposition und auf die mit dem deutschen Markt verbundenen Geschäftskreise. Auf ausgesprochen freundschaftliche Beziehungen zu Rumänien beharrt, meinen Informationen zufolge, insbesondere Schacht, der sich offenbar in erster Linie von Überlegungen bezüglich des Erdöls leiten lässt. Es steht übrigens bereits jetzt außer Frage, dass Schacht auch der Hauptinitiator der „Kampagne für Kolonien“³² ist, die er im Gespräch mit meinen Kollegen als Ablenkung von den „utopischen Ostphantastereien“ darstellte.

In dem Flirt mit Rumänien gehen die Deutschen so weit, dass *sie sogar (zumindest in Gesprächen mit rumänischen Politikern) nicht vor Beteuerungen zurückschrecken, dass sie die ungarischen Aspirationen auf Transsilvanien nicht unterstützen und bereit seien, dies in einem Abkommen festzuhalten. Dafür wird selbstverständlich nur eine einzige Bedingung gestellt, dass Rumänien keinen Pakt mit uns abschließt. In diesem Geiste wurden, soweit mir bekannt ist, auch die Gespräche mit Brătianu³³ geführt, **Gespräche**³⁴, **die Poncet zufolge**³⁵ auf Brătianu einen großen Eindruck gemacht hätten.³⁶

Viel wird sowohl in Rumänien als auch in Jugoslawien für den Ausbau der Kulturbeziehungen unternommen, vor allem um die studentische Jugend aus die-

³⁰ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben; ursprünglich: hervorrief.

³¹ Der Text ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: Österreichs.

³² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

³³ Zu den Gesprächen, die Brătianu vom 20.1. bis 26.1.1936 in Berlin führte, vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 514, Anm. 3, S. 1008.

³⁴ Das Wort ist mit Tinte über ein durchgestrichenes Wort geschrieben.

³⁵ Der Text ist mit Tinte über die Zeile korrigiert.

³⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

sen Ländern für ein Studium an deutschen Hochschulen zu gewinnen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, schrecken die Deutschen vor keinen materiellen Opfern zurück. Die jugoslawischen und rumänischen Studenten genießen alle Privilegien und Vergünstigungen, die deutschen Parteimitgliedern gewährt werden. Ein Teil ihres Unterhaltes wird subventioniert, der ****andere****³⁷ erfolgt auf Register und anderen Rabattmarken.

Viel Aufschlussreiches kann auch aus dem entnommen werden, wie die Deutschen ****die Olympiade****³⁸ für diplomatische und politische Ziele ausnutzten, doch darauf werde ich erst in einem der nächsten Schreiben eingehen.

Mit kommunistischem Gruß

SURIC

*Vermerk mit blauem Farbstift: MM.*³⁹

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 543 vom 16.2.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 13.II.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 27–34. Original.

Nr. 384

Bericht des Chefs der Luftstreitkräfte der RKKA Alksnis an den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov

Ganz geheim

Expl. Nr.1

13. Februar 1936

Nr. 223594ss¹

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR FÜR
VERTEIDIGUNG DER UdSSR
MARSCHALL DER SOWJETUNION
Gen. VOROŠILOV

Vorlage

Zurzeit besteht die Möglichkeit, über die Vermittlung unseres Direktors der Gesellschaft Deruluft Gen. ARNOL'DOV *vier Piloten der Luftstreitkräfte der RKKA nach Deutschland abzukommandieren, um bei der deutschen Luftverkehrsgesellschaft LUFTHANSA Lehrgänge für die Blindflugnavigation zu absolvieren.

³⁷ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: mit anderen.

³⁸ Das Wort ist mit Bleistift über die Zeile korrigiert; ursprünglich: auch die Olympiade.

³⁹ Litvinov.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

Diese Piloten werden zu Trainingszwecken voraussichtlich auf der Linie MOSKAU-BERLIN der Deruluft als Co-Piloten auf unseren und auf deutschen Maschinen fliegen. Nach Absolvierung des Lehrganges bei der Lufthansa verbleiben zwei Piloten für eine längere Zeit zur Verfügung der Deruluft und werden ständig auf der Linie MOSKAU-BERLIN eingesetzt*². Sämtliche Kosten für die Abkommandierung übernimmt die Deruluft.

Unter Berücksichtigung dessen, dass wir in den letzten zwei Jahren fast keine Möglichkeit hatten, unsere Piloten nach Deutschland zu schicken und dadurch beim Studium der deutschen Luftfahrt in Rückstand geraten sind, hielte ich es für höchst nützlich, den Vorschlag des Direktors der Deruluft Gen. ARNOL'DOV aufzugreifen und vier Piloten der Luftstreitkräfte der RKKA gemäß der vorgelegten Liste nach Deutschland abzukommandieren.

Bezugnehmend auf das oben Dargelegte bitte ich um Ihre Genehmigung.

ANLAGE: Das Erwähnte.

CHEF DER LUFTSTREITKRÄFTE DER RKKA, ARMEEBEFEHLSHABER
2. RANGES

ALKSNIS

Vermerk K.E. Vorošilovs mit rotem Farbstift: Einverstanden. KV 14/II 36.

Vermerk des Sekretärs (der Name ist unleserlich) mit Tinte: Bestätigung. Die Entscheidung wurde Gen. Alksnis am 14.II. Nr. 2149ss mitgeteilt.

Unten links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 352ss vom 14.2.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 2 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. zur Akte Nr.

Auf Kopfbogen des Chefs der Luftstreitkräfte der RKKA geschrieben.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 861, l. 98. Original.

Nr. 385

**Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin
Gnedin an den Generalsekretär des NKID Geršel'man**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

13. Februar 1936

47/s¹

Lieber Èduard Evgen'evič,

ich erlaube mir, Dich auf eine Sache aufmerksam zu machen, die weder eine rein deutsche, noch eine der Presse ist. In einem der mit dieser Post mitgeschickten Tagebücher ist die Information darüber enthalten, dass einige Botschaften, darunter

² Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

auch die französische, eine Einladung zu dem von der nationalsozialistischen Organisation „Kraft durch Freude“² zum 23. Juli 1936 nach Hamburg einberufenen Internationalen Kongress erhalten haben. Das Thema des Kongresses lautet: „Die Organisation der Arbeitererholung“. Es ist völlig klar, dass die Deutschen den von ihnen einberufenen Kongress dazu nutzen wollen, um die Errungenschaften von „Kraft durch Freude“ zu demonstrieren und auf diese Weise eine entsprechende Atmosphäre für die Sommerolympiade zu schaffen, auf die sie generell große Hoffnungen setzen.

Die Franzosen haben noch nicht entschieden, ob sie die Einladung annehmen werden, ebenso ist es ungewiss, ob die Engländer sie annehmen werden. Wie ich schrieb, wollen sich die Franzosen bezüglich dieser Frage mit dem Internationalen Büro für Arbeit³ in Verbindung setzen. Da das Problem der „Arbeitererholung“ ein traditionelles Thema der fruchtbaren Tätigkeit des Genfer Büros für Arbeit ist und wir dem Büro angehören, könnten wir vielleicht in Genf oder in Paris irgendetwas unternehmen, um die Annahme der deutschen Einladung durch einzelne Mächte zu erschweren und damit auch die Einberufung des Kongresses.⁴ Zu diesem Zweck teile ich Dir auch das oben Dargelegte mit.

Für eine diesbezügliche Information wäre ich sehr verbunden.

Mit kameradschaftlichem Gruß

****Ich drücke Dir die Hand****⁵

Gnedin

Vermerk É.E. Geršel'mans mit Bleistift: An Li[tvinov]: für das Schreiben an [M.I.] Rozenberg und zum Gespräch mit Markus. G[eršel'man].

Auf der Blattrückseite befindet sich ein Vermerk mit Bleistift: Anfertigung eines Auszuges.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 529 vom 16.2.1936.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 26. Original.

² In kyrillischen Buchstaben geschrieben.

³ Das Internationale Büro für Arbeit (seit 1920 mit Sitz in Genf) ist das Sekretariat der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation – ILO), der die UdSSR 1934 beigetreten war.

⁴ Der Weltkongress für Freizeit und Erholung fand vom 23.7. bis 30.7.1936 in Hamburg statt, an ihm nahmen Vertreter von 33 Staaten teil.

⁵ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

Nr. 386

**Aufzeichnung des Gesprächs des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Gnedin mit dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts
für Hirnforschung Vogt**

GEHEIM

Expl. Nr. 5

Berlin, den 16. Februar 1936

TAGEBUCH
des Gen. GNEDIN
Nr. 63/s¹

BESUCH BEI PROFESSOR VOGT (Hirninstitut), 15. Februar 36

Vogt und seine Frau empfingen mich betont freundlich, jedoch mit einer gewissen Nervosität und freuten sich sichtlich, als sie erfuhren, dass ich den Besuch aus der Telefonzelle vereinbart hatte und mit dem Auto ohne Chauffeur gekommen war. Vogt ist unverkennbar bemüht, jegliche neue Unannehmlichkeiten zu vermeiden und fürchtet sich deshalb vor jeglichen Zufälligkeiten; er traut sich nicht, seiner Tochter in England Briefe zu schreiben, umso mehr nimmt er sich vor Treffen mit uns in Acht.

Im weiteren Gesprächsverlauf sagte ich Vogt, und kam damit der Bitte des Gen. Sarkisov nach, dass man in Moskau sehr an ihm persönlich und an seinen Plänen interessiert sei und bereit wäre, sich mit ihm unter beliebigen Umständen zu treffen, zum Beispiel in einem neutralen Staat. Man wäre sehr froh, ihn in Moskau zu empfangen und ihn in jeder ihn interessierenden Frage zu unterstützen.² Vogt bedankte sich sehr herzlich, sprach über seine freundschaftlichen Gefühle gegenüber der UdSSR und den sowjetischen Menschen, vermied jedoch ein klares Eingeständnis dessen, dass er gegenwärtig nicht einmal den Versuch wagt, aus Deutschland auszureisen.

Während meines recht langen Aufenthaltes im Institut (mir wurden die Sammlungen usw. gezeigt) erhielt ich folgenden Eindruck von der Stellung Vogts: Es ist Vogt gelungen, sich der besonders scharfen Angriffe aus dem Ministerium für Volksbildung zu erwehren; dies sei ihm, wie er sagt, ausschließlich deshalb gelungen, weil seine Gegner überzogene und zum Teil absurde Anschuldigungen vorgebracht hätten, die er zu widerlegen vermochte. Jetzt scheint es, als ob man Vogt in Ruhe lasse, obgleich ihm ein bestimmtes Misstrauen entgegengebracht werde. Allem Anschein nach wird, kleinen Anzeichen nach zu urteilen, ein gewisser Einfluss auf seine Arbeit genommen. Vor einem medizinischen und wissenschaftlichen Auditorium hält Vogt, seinen eigenen Worten zufolge, Vorträge ^{** 3} zu Themen, die sich ausschließlich mit der Erforschung der Hirntätigkeit befassen und in denen er niemals auf Schlussfolgerungen eingehe, die mit seinen „Rassenforschungen“ auf der Grundlage der Insektensammlungen verknüpft sind (es ist

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. auch Dok. 94, 106.

³ Das an dieser Stelle stehende Wort „ausschließlich“ ist durchgestrichen.

nicht klar, wie die einen Arbeiten von den anderen getrennt werden können, wie es auch generell unklar geblieben ist, ob es Vogt selbst vermeidet, zu Themen zu sprechen, die mit den herrschenden Rassentheorien verknüpft sind, oder ob es ihm verboten worden ist, zu diesen Themen zu sprechen).

Von dem Wunsch getragen, eine indirekte Erklärung dafür zu geben, dass er nicht das faschistische Deutschland verlasse und in die UdSSR reise, betonte Vogt einige Male, dass er ohne seine außergewöhnlichen und sehr umfangreichen Sammlungen nicht in der Lage wäre, seine Arbeiten fortzusetzen, und seine Tochter beneide, die als Chemikerin⁴ überall arbeiten könne usw. Mir scheint, dass Vogt völlig aufrichtig war. Zugleich hat sich mein Eindruck verfestigt, dass Vogt und seine Frau endgültig zu der Schlussfolgerung gekommen sind, dass es ihnen nicht gelingen würde, ihre wissenschaftlichen Arbeit nach außerhalb Deutschlands zu verlegen, und sie sich mit der Notwendigkeit abfinden müssten, unter deutschen Verhältnissen zu arbeiten, woraus allerdings nicht folgt, dass sie in irgendeiner Weise bereit wären, ihre wissenschaftlichen Auffassungen und Überzeugungen preiszugeben.

Vogt sagte mir, dass er überhaupt nicht an die Möglichkeit glaube, einen Auslandspass zu bekommen. Zurzeit interessiere ihn die Möglichkeit, die legalen Wissenschaftsverbindungen zur UdSSR aufrechtzuerhalten. Vogt erzählte mir, dass den Worten eines seiner Kollegen zufolge, der der Parteispitze nahesteht, in Regierungskreisen gerade jetzt die Frage erörtert werde, was zu tun wäre, um die Wissenschaftsverbindungen zur UdSSR nicht gänzlich zu verlieren. Deshalb gebe es angeblich im Apparat Rosenbergs (bekanntlich ist Rosenberg für Ideologiefragen zuständig) die Auffassung, dass man den Instituten und Wissenschaftlern, die früher mit der sowjetischen Wissenschaft Verbindungen unterhielten, vorschlagen müsse, diese Verbindungen aufrechtzuerhalten und zu entwickeln. Vogt ließ über seinen Kollegen bei Rosenberg anfragen, ob er seine Kontakte mit Moskau wiederaufnehmen könne? Als ich Vogt fragte, weshalb er sich darum bemühe, ausgerechnet von Rosenberg eine Genehmigung zu bekommen, antwortete Vogt, dass sich der Minister für Bildung Rust ihm gegenüber besonders feindselig verhalte und jegliche seiner Gesuche ablehne, er sich an das Auswärtige Amt nicht mehr wenden werde, weil es ihn schon einmal im Stich gelassen und von Anfang an abgelehnt hätte, ihn bei der Aufrechterhaltung der Verbindungen zur UdSSR zu unterstützen. Somit hätte er niemanden, an den er sich wenden könnte.

Vogt und ich vereinbarten, dass er mich über die Ergebnisse der inoffiziellen Gespräche mit den Regierungskreisen in Kenntnis setzt. Wir vereinbarten außerdem die Verfahrensweise, wie Vogt mich informieren und wann ich ihn aufsuchen könnte.

Ich fragte Vogt auch nach dem Schicksal des Instituts-Bulletins. Er sagte, dass der Verlag versuche, das Bulletin in seine Hand zu bekommen. Deshalb bringe er bereits seit einem Jahr nicht die laufende Nummer heraus und bemühe sich, mit einem anderen Verlag Fühlung aufzunehmen. Er bringe die laufende Nummer nur in dem Fall heraus, wenn auf den Inhalt der Zeitschrift niemand Einfluss nimmt.

⁴ Marthe Vogt.

Als ich sagte, dass Gen. Sarkisov wünsche, Vogt das Gehalt zu überweisen, das ihm als Institutsdirektor zustünde, lehnte Vogt diesen Vorschlag kategorisch ab.

GNEDIN

Vermerk mit blauem Farbstift: NK.⁵

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 935 vom 19.2.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 32, l. 10–8. Kopie.

Nr. 387

**Bericht des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA Urickij
an den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov**

Ganz geheim

Expl. Nr. 1

17. Februar 1936

Nr. 45124-ss

An den

Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR

Marschall der Sowjetunion Gen. Vorošilov

Ich melde den Inhalt von Funktelegrammen unserer Quelle in Tokio¹, die mit dem deutschen Militärattaché Ott in Verbindung steht. Diese Telegramme charakterisieren den allgemeinen Verlauf der japanisch-deutschen Verhandlungen, die ein Militärabkommen gegen die UdSSR betreffen.

„Ribbentrop unterbreitete als erster im Namen Hitlers und mit Kenntnis von Blomberg dem japanischen Militärattaché in Berlin, Generalmajor Ōshima, Vorschläge für eine deutsch-japanische militärische Zusammenarbeit gegen die UdSSR. Nach der höchst optimistischen Information von Gen[eral] Ōshima an den japanischen Generalstab übermittelte dessen Mitarbeiter Oberstleutnant Vikamazu im November an General Ōshima die Weisungen des japanischen Generalstabes. Es war vorgesehen, dass der japanische Generalstab bis Ende Januar den Entwurf eines deutsch-japanischen Militärabkommens gegen die UdSSR vorlegt. Nachdem Oberst Ott vom japanischen Generalstab über die Verhandlungen in Berlin informiert worden war, schrieb er für den deutschen Generalstab einen Bericht zu den Perspektiven der Japaner bei einem akut werdenden Krieg gegen die UdSSR. Dieser höchst kritische Bericht deckt Japans Schwäche auf dem Gebiet der Rohstoffe auf, verweist auf den Mangel an Motorisierung und modernen Kampferfahrungen, auf die Rückständigkeit der Luftstreitkräfte trotz ihres großen Fortschritts, die Unzu-

⁵ Krestinskij.

¹ Gemeint ist der Resident der Aufklärungsverwaltung der RKKA in Japan Richard Sorge.

länglichkeit der schweren Artillerie, die unvollendete Modernisierung der Feldartillerie und auf die unzureichende Bereitstellung von Munition und Bekleidung für einen Krieg unter strengen Winterbedingungen. Deshalb gelangt Oberst Ott zu der Schlussfolgerung, dass die Japaner, falls sie einen Krieg beginnen sollten, geschlagen werden, trotz der hohen Qualität ihres Personalbestandes. Da er jedoch die aggressive Stimmung des japanischen Offizierskorps kennt, warnt er den deutschen Generalstab davor, die Kampfkraft der japanischen Armee überzubewerten, um nicht in einen unzulänglich vorbereiteten Krieg gegen die UdSSR hineingezogen zu werden.

Am 11. Dezember erhielt Oberst Ott von Stülpnagel aus dem deutschen Generalstab ein Schreiben, in dem letzterer mitteilte, dass der deutsche Generalstab und sogar die Generäle Beck und Fritsch von den Verhandlungen in Berlin erst durch die Information von Oberst Ott erfuhren; beide Generäle stimmten den kritischen Ansichten von Oberst Ott völlig zu; der Bericht des letzteren hat auch Blomberg vorgelegen. Auf letzteren habe der Bericht einen starken Eindruck gemacht, woraufhin sich der Fortgang der Verhandlungen verzögerte. Nichtsdestotrotz werden die Verhandlungen fortgesetzt, und beide Seiten sind bestrebt, zu einem Militärabkommen gegen die UdSSR zu kommen.

Auf der Grundlage des Informationsschreibens von Stülpnagel verfasste Oberst Ott am 2. Januar einen neuen Bericht an den deutschen Generalstab, in dem er folgende Vorschläge unterbreitete:

1. Notwendigkeit von Garantien gegen die hohe Gefahr eines überstürzten Überfalls Japans auf die UdSSR.
2. Herstellung einer Zusammenarbeit beider Armeen bei einer speziellen Vorbereitung auf den Kampf gegen die Rote Armee.
3. Einflussnahme des deutschen Generalstabes auf die technische Umrüstung, die Taktik und auf die militärischen Pläne Japans und
4. Sicherung des Rechts auf Handlungsfreiheit (sich anzuschließen oder nicht) für Deutschland im dem Fall, dass Japan einen Krieg beginnen sollte.

Der deutsche Botschafter in Tokio Dirksen fügte dem Bericht von Oberst Ott eine Ergänzung bei, in der er die politische Bedeutung der auf ein japanisch-deutsches Abkommen gegen die UdSSR abzielenden Bemühungen betonte. Dirksen misst auch der Verstärkung der deutschen Beziehungen zu England große Bedeutung bei, und zwar im Sinne eines möglichen Zwischenschrittes bei den Versuchen, eine japanisch-englische Annäherung herzustellen. Der japanische Generalstab betont ebenfalls die Wichtigkeit einer japanisch-englischen Annäherung.

Nach der Enthüllung in der Zeitung „Pravda“² versprach der japanische Generalstab Ott, das weitere Durchsickern von Informationen über die japanisch-deutschen Verhandlungen nach außen zu unterbinden, indem sie jetzt streng geheim gehalten werden.“

Chef der Aufklärungsverwaltung der RKKA Komkor

S. Urickij

² L. V.: „Voennyj dogovor Berlin-Tokio“ (Das Militärabkommen Berlin-Tokio). In: Pravda vom 14. Februar 1936, S. 5.

Vermerk K.E. Vorošilovs: An die Genossen Stalin, Molotov. Ich bitte das durchzulesen, sehr interessant und meiner Meinung nach völlig glaubwürdig. K. Vorošilov.
18.2.1936.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 113, S. 171–173.

Nr. 388

**Sondermeldung des Gehilfen des Chefs der Sonderabteilung der
GUGB des NKVD Volynskij**

GANZ GEHEIM

[nicht früher als 18.2.1936]

SONDERMELDUNG

Am 18. Februar begann in der Deutschen Botschaft eine Beratung aller Konsuln in der UdSSR mit den leitenden Mitarbeitern der Botschaft.¹ Den dokumentarischen und nachrichtendienstlichen Informationen zufolge wird der Beratung eine große politische Bedeutung beigemessen, wobei an deren Arbeit *HENCKE (der ehemalige deutsche Konsul in Kiev)*² als Vertreter des Auswärtigen Amtes teilnimmt. Am 15. Februar ist durch zuverlässige nachrichtendienstliche Informationen festgestellt worden, dass der Deutsche Botschafter Graf SCHULENBURG ein Geheimschreiben aus Berlin erhalten hat, in dem der Autor des Schreibens mitteilte, dass er unbedingt an der Beratung teilnehmen werde, jedoch bat, seinen Namen geheim zu halten (die Unterschrift unter das Schreiben war abgeschnitten worden). Von der Agentur ist weiterhin festgestellt worden, dass am 18.II. ein gewisser SCHEINBERG aus Berlin bei dem deutschen Militärattaché General KÖSTRING eingetroffen ist, der bei weiten Kreisen der Mitarbeiter der Deutschen Botschaft als Hausarzt KÖSTRINGS bekannt ist. Durch nachfolgende Ermittlung konnte in Erfahrung gebracht werden, dass SCHEINBERG an der Beratung der Konsuln als Vertreter der Nationalsozialistischen Partei teilnimmt.

Auf der stattfindenden Beratung stehen zwei Hauptfragen:

a) die Reorganisierung der Arbeit der Botschaft und Konsulate und die Einhaltung der Geheimhaltungsregeln;

b) die Arbeit der Nationalsozialistischen Partei in der UdSSR.

Damit im Zusammenhang ist folgendes kennzeichnend:

1. Seit dem 18.II. ist in der Botschaft eine neue Regelung für den Eingang und für die Bearbeitung der absolut geheimen Post eingeführt worden. Die gesamte Post für Graf SCHULENBURG, den Botschaftsrat TIPPELSKIRCH, den Militärattaché [...] ³ der [National]sozialistischen Partei HENSEL wird in speziellen Eisenbehältern übergeben (die Schlüssel für alle Behälter besitzt nur SCHULENBURG). Die technischen Mitarbeiter bekommen die Behälter nur im verschlossenen Zustand.

¹ Vgl. auch Dok. 394, 434.

² Der Text ist mit Tinte unterstrichen, der Familienname zweifach.

³ Hier wurde im Dokument Text ausgelassen.

2. Am 14. Februar ist um 12 Uhr auf Weisung aus Berlin der Treueeid aller Mitarbeiter deutscher Staatsangehörigkeit der Botschaft auf Hitler und auf das Vaterland geleistet worden. Die Abnahme des Treueeides nahm SCHULENBURG persönlich vor, indem er folgenden Text vorlas: „Ich schwöre, dass ich ein treuer Sohn Hitlers, des deutschen Volkes und des Vaterlandes bin und alle mir bekannten Staats- und Dienstgeheimnisse in strengster Geheimhaltung bewahren werde.“

Der Verlesung dieses Textes ging die Lektüre des Gesetzestextes über Hochverrat und die Preisgabe von Staatsgeheimnissen voraus. Jeder Vereidigte unterschrieb ein spezielles Protokoll.

Gehilfe des Chefs der OO⁴ der GUGB des NKVD der UdSSR

Hauptmann der Staatssicherheit

VOLYNSKIJ

Paraphe mit Tinte von M.I. Gaj.

Vermerk mit Tinte: Z[usätzlicher?] Geheimhaltungsvermerk.

Auf Kopfbogen der Sonderabteilung der Hauptverwaltung für Staatssicherheit des NKVD der UdSSR geschrieben.

BArch, N 2273/29, Bl. 51-52. Kopie.

Nr. 389

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Geheim

Persönlich

19. Februar [1936]

4102

An den
Bevollmächtigten Vertreter
der UdSSR in Deutschland Gen. SURIC

Lieber Jakov Sacharovič,

aus Ihrem letzten Telegramm über das Verhalten von Hitler und Goebbels auf dem Empfang anlässlich der Eröffnung der Automobilausstellung¹ ist ersichtlich, dass die Deutschen trotz ihrer ganzen politischen Isoliertheit selbst auch nach außen hin weiterhin an der alten Politik festhalten, und zwar an der Freundschaft mit den Polen und jetzt mit den Italienern, und ihre unterkühlte Haltung uns gegenüber und gegenüber den anderen Anhängern der kollektiven Sicherheit unterstreichen. Deshalb kann eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland nur von der wirtschaftlichen Seite her erfolgen, und deshalb interessiert uns der Gang der

⁴ Osobyj otdel = Sonderabteilung.

¹ Die Internationale Automobil- und Motorradausstellung wurde am 15.2.1936 in Berlin eröffnet.

Verhandlungen zum 500-Millionenkredit² und zum Zahlungsabkommen für das Jahr 1936 sehr.

Sie und Sergej Alekseevič³ müssen berücksichtigen, dass das NKVT uns hier in diesen Fragen entweder gar nicht unterrichtet oder uns nur sehr spärlich und mit großer Verzögerung informiert. Deshalb die Bitte, nicht nur mit jeder Post ausführlich über die Verhandlungen zu schreiben, sondern auch per Telegraf mitzuteilen, wenn in den Verhandlungen irgendein Fortschritt zu verzeichnen ist.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
4 E[emplare]. Kopien an: die Genossen Litvinov, Štern.*

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 41. Kopie.

Nr. 390

**Schreiben des Geschäftsführers der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin
Magalif an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij**

Ganz geheim

Expl. Nr. 1

19. Februar 1936

Nr. 65/s¹

An den
Stellv. Volkskommissar
Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič,

gestern war Gen. Schmidt um 11 Uhr zum Vortrag bei mir. Wir besprachen die Möglichkeit, allerlei kleine Dinge an Büromaterialien und Haushaltsgegenständen anzuschaffen. Während des Gesprächs klingelte das Telefon, die Telefonistin fragte, ob Gen. Schmidt bei mir sei, worauf ich antwortete: „Ja, aber ich möchte sehr darum bitten, nicht zu stören, solange er bei mir ist.“ Worauf sie antwortete, dass man aus dem Polizeirevier² nach ihm frage. Ich überreichte ihm wortlos den Telefonhörer. Er legte die Ellenbogen auf meinem Schreibtisch (ich war derweil etwas zur Seite gerückt) und fragte, wer ihn zu sprechen wünsche. Nachdem er das in Erfah-

² Zur veränderten Haltung des Kreml gegenüber dem Vorschlag Schachts, der UdSSR einen neuen großen Kredit zu gewähren, vgl. Dok. 183, 276, 289, 297, 329.

³ Bessonov.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

rung gebracht hatte, warf er mir einen flüchtigen Blick zu und wiederholte mehrmals, dass er bald, möglicherweise nach dem Mittagessen vorbeikommen würde. Er sagte das alles in einem beschwichtigenden Ton. Nach Beendigung des Telefongesprächs hielt er es nicht für nötig, mich zu informieren, ich wiederum hielt es gleichfalls nicht für nötig, ihn zu fragen, mit wem er gesprochen habe. Als das dienstliche Gespräch fortgesetzt wurde, bat ich ihn, es schneller zum Abschluss zu bringen, da ich sehr viel zu tun hätte und das Telefongespräch, das wohl kaum dienstlicher Natur gewesen sei, von der Gesprächszeit abginge. Darauf teilte er mir gefasst, aber dennoch verlegen mit: „Nun ja, mich rief die Reparaturwerkstatt für Staubsauger an. Weißt du, unser großer Staubsauger ist kaputt und ich habe sie gebeten, mir mitzuteilen, wann ich persönlich vorbeikommen könne, um ihn in der Werkstatt auseinanderzunehmen und zu schauen, woran das liegt.“ Nachdem ich mir diese Erklärung angehört hatte, empfahl ich ihm, selbstverständlich den Staubsauger dorthin zu bringen und zu klären, woran es tatsächlich liegt.

Ich teile diesen Vorgang als eine Tatsache mit, die unsere feste Überzeugung und frühere Annahme bestätigt, dass absolut alle deutschen Mitarbeiter im einen oder anderen Maße mit der Polizei in Verbindung stehen.³ Ich nutze die Gelegenheit und möchte noch einmal darum bitten, alle Maßnahmen für eine baldige Entsendung einer geeigneten Person für den Posten des Wirtschaftsverwalters zu ergreifen. Dies muss ein Genosse sein, der über deutsche Sprachkenntnisse verfügt, der in dieser Funktion bereits tätig war, eine große Belastung aushalten kann und über Erfahrungen hinsichtlich einer Reihe von Wirtschaftsfragen besitzt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Magalif

Vermerk mit Bleistift: NK.⁴

Vermerk mit Bleistift: an Zasl[avskij] zum Lesen.

Vermerk mit Tinte: Gelesen.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID mit der Eingangs-Nr. 1055 vom 25.2.1936.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben. Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 36, l. 52–52R. Original.

³ Krestinskij teilte in einem Schreiben an Suric am 26.2.1936 u. a. mit: „...in letzter Zeit verhalten sich unsere zuständigen Organe bedeutend strenger gegenüber Mitgliedern kommunistischer Bruderparteien, die als Emigranten in die UdSSR einreisen. Jeder Einzelfall bedarf einer gründlichen Beratung. Deshalb soll als allgemeine Regel gelten, dass Sie umgehend alle diejenigen entlassen, deren Ersetzung durch aus der UdSSR abkommandierte Personen vorgesehen ist. Richten Sie an uns lediglich in den Fällen die Frage bezüglich einer Übersiedlung dieses oder jenen Genossen in die UdSSR, wenn dieser Genosse selbst Ihnen gegenüber hartnäckig darauf besteht, und wenn Sie selbst davon überzeugt sind, dass wir es hier mit einem disziplinierten Genossen zu tun haben, der zweifellos das Vertrauen verdient. [...] Was Schmidt anbelangt, so entfällt selbstverständlich nach der Information, die ich mit der letzten Post von Gen. Magalif erhielt, die Frage bezüglich seiner Reise in die UdSSR“. In: AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 36. l. 55. Vgl. auch Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 2, Dok. 374, S. 1152–1157.

⁴ Krestinskij.

Nr. 391
Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg

GEHEIM
[20.2.1936]

TAGEBUCH
N.N. KRESTINSKIJS

EMPfang DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS SCHULENBURG,
20. FEBRUAR 1936

Sch[ulenburg] sagte, dass er in einer dringenden Angelegenheit komme und zugleich zwei andere nicht eilige Angelegenheiten ansprechen wolle.

*1. Die eilige Angelegenheit besteht darin, dass der deutsche Staatsbürger Runge in Char'kov zur Höchststrafe verurteilt worden ist. Runge hat den Informationen der Deutschen Botschaft zufolge Berufung und ein Gnadengesuch **eingereicht**¹. Der Deutsche Botschafter übergab mir zum Fall Runge ein auf der Grundlage von Materialien der Deutschen Botschaft abgefasstes Memorandum und bat das NKID, das Gesuch Runges um Revision der Höchststrafe zu unterstützen.^{*2}

Ich sagte Sch., dass ich mich mit diesem Fall vertraut machen und auf jeden Fall die Bitte unterstützen werde, die **Vollstreckung**^{*3} des Urteils bis zur Prüfung des Begnadigungsgesuches auszusetzen.⁴

Anmerkung: Nachdem Schulenburg gegangen war, erfuhr ich von Gen. Levin, dass Gen. Ul'rich bereits ein Telegramm über die Aufschiebung der Urteilsvollstreckung und über die Überstellung des gesamten Falles nach Moskau geschickt hat.

2. Sch. überreichte mir ferner Ausschnitte aus der „Pravda“ und den „Izvestija“ vom 28. Januar mit Artikeln über das aktuelle antisowjetische Interview Hitlers.⁵ Er sagte, in den Kommentaren beider Redaktionen gäbe es persönliche Beleidigungen an die Adresse Hitlers. Nun, warum beschimpfen Ihre Zeitungen nicht den Faschismus, sondern allein Hitler?

Ich antwortete, da es Hitler für angebracht halte, scharfe antisowjetische Reden zu halten, dürfe er unserer Presse keine Vorwürfe machen, wenn sie sich in ihren Gegenreaktionen auch auf ihn beziehe.

Sch. sagte, dass er persönlich die Richtigkeit meiner Antwort anerkenne, aber dennoch meine, dass es besser wäre, wenn unsere Presse gegen Hitler persönlich gerichtete Ausfälle vermeiden würde. Ihm werde es dann gelingen, die deutsche Presse dazu zu bewegen, weniger persönliche Ausfälle zu bringen.

¹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben; ursprünglich: geschrieben.

² Neben dem Absatz befindet sich der Vermerk Krestinskij's mit blauem Farbstift: 2. West[abteilung].

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Vgl. Dok. 435.

⁵ „Očerednoe antisovetskoe interv'ju Gitlera“ (Das nächste antisowjetische Interview Hitlers). In: Pravda vom 28. Januar 1936, S. 5; „Očerednoe antisovetskoe vystuplenie Gitlera“ (Der nächste antisowjetische Auftritt Hitlers). In: Izvestija vom 28. Januar 1936, S. 2.

3. Die dritte Frage, über die er sich bei mir beklagen müsse, betreffe die Schwierigkeiten, Einreisevisa zu bekommen. Nicht nur wichtige Geschäftsleute müssten 2–3 und 4 Wochen auf die Einreisegenehmigung nach Erhalt von Einladungen vom NKVT oder vom NKTjažprom warten. Sondern solche Schwierigkeiten würden selbst dann eintreten, wenn ein Botschaftsangehöriger jemanden als Gast einladen wolle. So wollte unlängst die Tochter des sehr bedeutenden und betagten Bankers Urbig zum Militärattaché General Köstring zu Besuch kommen. Auch sie hätte zwei Wochen warten müssen, wobei die Notwendigkeit entstand, sich extra an Gen. Bessonov zu wenden und zu anderen ungewöhnlichen *Mitteln zu greifen, um den Vorgang zu beschleunigen. Er bitte sehr darum, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, um die Lage an dieser Front zu verbessern.

Ich sagte, dass ich die 2. Westabteilung und die Konsulatsabteilung bitten werde, mir mitzuteilen, wie es um diese Angelegenheit bestellt ist.*⁶

N. Krestinskij

Vermerk N.N. Krestinskijs am linken Seitenrand mit blauem Farbstift: an G[rigori] B[ežanov]. NK.

Paraphe V.L. Levins mit Tinte.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 480 vom 22.2.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 E[xemplare]. 1 [Exemplar] zu den Akten, 1 an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 an die 2. West[abteilung], 1 nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 18–17. Kopie.

Nr. 392

Aufzeichnung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 22.¹ Februar 1936

Tagebuch
E. Gnedins
Nr. 74/s²

RUND UM DIE RATIFIZIERUNG DES FRANZÖSISCH-SOWJETISCHEN PAKTES

In der zweiten Februarhälfte hatte ich Gelegenheit, mich mit einigen Deutschen und Ausländern (Aschmann, Tippelskirch, Breen, Ravoux, Enderis und anderen) über die im Zusammenhang mit dem französisch-sowjetischen Pakt stehenden Fra-

⁶ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen und mit dem Vermerk Krestinskijs versehen: an Gen. Levin 20.2. NK.

¹ Das nachfolgende Wort „Tag“ ist durchgestrichen.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

gen zu unterhalten. Diese Gespräche bieten zusammen mit den Veröffentlichungen in der Presse die Möglichkeit, die Stimmungen rund um den französisch-sowjetischen Pakt und die eventuellen Folgen seiner Ratifizierung einzuschätzen.

In der Kampagne, die die deutsche Presse im Zusammenhang mit der Erörterung des Paktes in der Abgeordnetenversammlung führt, besteht ein charakteristisches Merkmal darin, dass besonders scharfe und zielgerichtete Ausfälle gegen die *Sowjetunion nicht vorkommen. Im Unterschied zu den vorhergehenden Kampagnen, zum Beispiel auch im Zusammenhang mit dem französisch-sowjetischen Pakt, stellt die deutsche Presse die sowjetische Gefahr, den „roten Militarismus“, die Rolle der Roten Armee als Instrument der Weltrevolution usw. nicht in den Mittelpunkt der Berichterstattung. Dass dies kein Zufall ist, beweist eine Reihe von Umständen; es ist z.B. bekannt, dass auf direkte Weisung des Propagandaministeriums die Presse die Kampagne bezüglich der fernöstlichen Ereignisse eingestellt hat.*³

Zurzeit ist die Spitze gegen Frankreich gerichtet. Aschmann wies im Gespräch während des Frühstücks am 17. Februar direkt darauf hin, das Deutschland in der gegenwärtigen Etappe die Verantwortung Frankreichs für die *Folgen des französisch-sowjetischen Paktes betone; in diesem Zusammenhang lenkte Aschmann die besondere Aufmerksamkeit auf die Feststellungen in den Leitartikeln von „Izvestija“ und „Pravda“, wonach die Initiative zum Abschluss eines französisch-sowjetischen Paktes von Barthou ausgegangen sei und nicht von der Sowjetunion. Aschmann tastete sich vorsichtig vor, indem er von der deutschen Wertung für die Verantwortlichkeit für den Pakt die Brücke zu unserer Interpretation der Entstehungsgeschichte des Paktes zu schlagen versuchte. Aschmann ließ sich weiter ironisch darüber aus, dass die Teilnehmer des Paktes seine Anwendung offen von der Haltung einer dritten Seite, nämlich England, abhängig machten. In Entgegnung auf meine Bemerkung, dass diese Festlegung die deutschen Vorwürfe hinsichtlich eines „gefährlichen Automatismus“ bei der Anwendung des Paktes entkräfte, kehrte Aschmann erneut das deutsche Hauptargument hervor, wonach der französisch-sowjetische Pakt im Gegensatz zu Locarno stehe.

*Die Erpressung rund um Locarno stellt zweifellos das Hauptargument und die wichtigste Trumpfkarte im deutschen Spiel um den französisch-sowjetischen Pakt dar. Damit erklärt sich offenbar auch, dass die deutsche Presse, die nicht **auf**⁴ Ausfälle gegen die UdSSR verzichtet, das Schwergewicht auf die französische Politik verlagerte.* Die „Diplomatische Korrespondenz“ weitet von Nummer zu Nummer (13., 15., 20. Februar) das Thema über Locarno und Artikel 16 der Satzung des Völkerbundes aus, wobei insbesondere mit den Informationen der Nachrichtenagentur Havas polemisiert wird.⁵ Den Abschluss dieser Polemik bildet die DNB-Meldung vom 22. Februar mit der amtlichen Darlegung des deutschen Standpunktes bezüglich der Verletzung des Locarno-Abkommens durch den fran-

³ Dieser und die weiteren so gekennzeichneten Texte sind am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁴ Das Wort ist über das durchgestrichene Wort „gegen“ geschrieben.

⁵ „Vor der Ratifizierung“. In: Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz Nr. 35 vom 13. Februar 1936, S. 1–4; „Die nicht widerlegten Vorbehalte“. In: ebd. Nr. 37 vom 15. Februar 1936, S. 1–4; „Bezeichnende Zweifel“. In: ebd. Nr. 41 vom 20. Februar 1936, S. 1–4.

zösisch-sowjetischen Pakt. Es erhebt sich die Frage, ob die DNB-Mitteilung vom 22. Februar das letzte Wort der deutschen Regierung in dieser Frage ist.

In diesem Zusammenhang verdient die Information des Sekretärs der Englischen Botschaft, Breen, Beachtung, dass sich Hitler mit dem Gedanken trage, mit einer demonstrativen Geste auf die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Paktes zu antworten. Breens Information zufolge, der mir verlässlich sagte, dass er die diesbezügliche Information am 19. Februar erhalten habe, spreche sich das Auswärtige Amt gegen jegliche ernsthafte Demonstrationen aus, da sie keine praktischen Folgen haben würden. Mit anderen Worten, sowohl Hitler als auch seine *etwas vorsichtigeren Berater erachten es nicht für möglich, auf die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Paktes mit irgendwelchen ernstesten Schritten, wie Militarisierung des Rheinlandes usw., zu antworten. Hitler selbst scheint offenbar nur an eine Erklärung oder an eine Rede zu denken, die die deutsche Haltung fixiert.*

Alle meine Gesprächspartner äußerten die Überzeugung, dass sich Deutschland zurzeit nicht dazu entschließen werde, auf die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Paktes mit der Militarisierung des Rheinlandes oder überhaupt einer Abkehr von Locarno zu antworten. Diese Meinung vertraten Breen (Englische Botschaft), Bérard (Französische Botschaft), Ravoux (Agen[tur] Havas), Enderis („New York Times“) [und] andere. Loutre, der Korrespondent von „Le Petit Parisien“, sagte mir, dass der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Stumm, in Beantwortung einer Anfrage direkt gesagt hätte, dass es keine Demarchen im Zusammenhang mit der Ratifizierung des französisch-sowjetischen Paktes geben werde, der Standpunkt der deutschen Regierung sei bereits erschöpfend den ausländischen Botschaftern in Berlin dargelegt worden. Ravoux (Agen[tur] Havas) zufolge spreche sich die Generalität gegen jegliche riskante Schritte aus und halte es nicht für angebracht, die Lage zu verschärfen. Dieser Umstand schließe selbstverständlich nicht aus, dass die Deutschen den französisch-sowjetischen Pakt zum Anlass nehmen, um die Aufhebung der Demilitarisierung des Rheinlandes zu erzwingen.

Wie ich bereits in der letzten Post geschrieben habe, sind die Franzosen davon überzeugt, dass sie *in allernächster Zeit mit dem Problem der Rheinzone konfrontiert werden. Französischen Journalisten zufolge sei Poncet in Panik geraten, versuche die Deutschen zu beschwichtigen und, wie es Sauvy („Paris-Midi“, „Paris-Soir“) formulierte, „Poncet begann erneut Dummheiten zu machen“. Es ginge natürlich nicht nur um die Haltung von Poncet und seine Bemühungen, seinen persönlichen Kontakt zur deutschen Regierung zu demonstrieren. Ravoux zufolge habe sich Paris bereits zum jetzigen Zeitpunkt mit London bezüglich der Frage in Verbindung gesetzt, wie nach der Ratifizierung des sowjetisch-französischen Paktes die Deutschen entschädigt oder zumindest beruhigt werden könnten.*Es ist schwer, die Zuverlässigkeit dieser Informationen zu überprüfen*; Ravoux sagte nichts Konkretes, er erinnerte lediglich an den Luftpakt.

Breen (Englische Botschaft) führte auf meine Bemerkungen zu den Plänen, „Deutschland zu entschädigen“, aus, dass die Realisierung derartiger Pläne nicht nach der Ratifizierung des französisch-sowjetischen Paktes erfolgen könne, sondern nach den Mai-Wahlen in Frankreich. Breen ist der Meinung, dass neue, ernsthafte Verhandlungen mit Deutschland erst dann möglich sein würden, wenn sich nach den Wahlen in Frankreich eine stabile linke oder rechte Mehrheit bil-

det.⁶ *Hierzu ergänzte Breen mit einer für ihn ungewöhnlichen Bestimmtheit: „Jedenfalls werden wir ohne Frankreich mit Deutschland keine Vereinbarungen mehr treffen.“ Diese Formulierung verdient auch deshalb Beachtung, weil sich Breen immer offen für separate Gespräche mit Deutschland ausgesprochen hatte und ein überzeugter Befürworter eines Flottenabkommens war.⁷ Jetzt schieben die Engländer die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Beziehungen zu Deutschland und für die weitere Ausrichtung der deutschen Politik praktisch Frankreich zu.* Bezeichnenderweise unterstrich Breen, dass sich die englische Regierung in keiner Form festgelegt hätte, wie sie handeln werde, falls Deutschland in einem einseitigen Akt die Demilitarisierung des Rheinlandes aufheben sollte. Breen erläuterte mir hierzu zugleich ausführlich, dass ein solcher Schritt ein gewaltiger Fehler wäre, der die ganze Welt gegen Deutschland aufbringen würde usw.

Im Gespräch mit Aschmann, Tippelskirch und Twardowski ging ich auf die Frage der weiteren deutschen Politik gegenüber der UdSSR nach der Ratifizierung des Paktes ein. Ich wies darauf hin, dass sich Deutschland selbst isoliere und die deutsche Diplomatie sich ins Abseits manövriert habe usw. Twardowski sprach zaghaft über das Vorhaben eines Paktes über Nichtangriff, Neutralität und Konsultation. Tippelskirch attackierte den französisch-sowjetischen Pakt scharf und bezeichnete ihn als eine „teuflische Versuchung“. Er erklärte, dass Deutschland sich auf keine kollektiven Verhandlungen einlassen werde und selbst die im deutschen Memorandum vom September 1934⁸ dargelegte Haltung ihm jetzt als veraltet erscheine.

Es ist interessant, dass Tippelskirch insbesondere auf die Tatsache aufmerksam machte, dass Thorez gleich zu Beginn seiner Rede vor der Abgeordnetenkammer auf den bekannten Artikel des Gen. Radek über unser Verhältnis zu Versailles⁹ eingegangen sei. Tippelskirch betonte, wie auch schon vor ihm einige andere deutsche Gesprächspartner, dass wir Anhänger des Status quo geworden seien und dieser Umstand die sowjetisch-deutschen Beziehungen perspektivlos machen würde. In meiner Entgegnung wies ich darauf hin, dass wir nur gegen eine kriegerrische Revision von Versailles, gegen einen Krieg usw. seien. Es ist anzumerken, dass *der französisch-sowjetische Pakt die Deutschen nicht nur deshalb beunruhigt, weil er eine Barriere gegen eine deutsche militärrische Expansion errichtet, sondern auch deshalb, weil dieser Vertrag in ihren Augen den Übertritt der UdSSR in das Lager der Anhänger des Status quo darstellt.* Dieses Problem bedarf offenbar noch einer weiteren Beleuchtung.

Gnedin

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 709 vom 25.2.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 22.2.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 53–55. Original.

⁶ Nach den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 26.4. und 3.5.1936 verfügten die Parteien, die unter den Losungen der Volksfront angetreten waren, in der Abgeordnetenkammer über eine stabile Mehrheit: 375 von 610 Sitzen.

⁷ Das britisch-deutsche Flottenabkommen war am 18.6.1935 unterzeichnet worden.

⁸ Vgl. Dok. 3, Anm. 8.

⁹ Vgl. „Revizija Versal'skogo dogovora“ (Die Revision des Versailler Vertrages). In: Pravda vom 10. Mai 1933, S. 2.

Nr. 393
**Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin
 Gnedin an den Gehilfen des Leiters der Presseabteilung
 im NKID Mironov**

GEHEIM
 Expl. Nr. 2
 22. Februar 36

Nr. 76/s¹

AN DIE
 PRESSEABTEILUNG DES NKID
 Gen. MIRONOV

Lieber Boris Mironovič,

erst vor Kurzem erfuhr ich zufällig, dass zum Abschluss der Winterolympiade² den Teilnehmern der bekannte antisowjetische Film „Friesennot“³ gezeigt wurde. Eingedenk der Erklärung, die seinerzeit von unserer Seite sowohl im Auswärtigen Amt⁴ als auch im Kriegsministerium⁵ vorgetragen wurde, muss gesagt werden, dass es ein ziemlich unverschämter Akt ist, einem internationalen Auditorium „Friesennot“ zu zeigen. Leider weiß ich nicht genau, wie es um die Vorführung des Films „Friesennot“ bestellt war, ob dazu neben den Olympiateilnehmern auch ausländische Diplomaten usw. geladen waren. Wie dem auch gewesen sein mag, die Tatsache [allein] ist bezeichnend.

Ich teile zwecks Kenntnisnahme mit, dass in Beantwortung des mündlichen Protests, den unser Militärattaché anlässlich der Vorführung von „Friesennot“ im Herbst erklärt hatte, das Kriegsministerium Gen. Orlov eine Stellungnahme des Propagandaministeriums übermittelte; in dieser Stellungnahme heißt es, dass das Propagandaministerium gegen die Verbreitung des Films nichts unternehmen könne, da ^{**6} in den sowjetischen Rundfunksendungen ständig Ausfälle gegen den Oberbefehlshaber der deutschen Armee in Person von Hitler zugelassen würden.

Ich kann im Übrigen berichten, dass ich mich erneut davon überzeugen konnte, wie aufmerksam in Deutschland die Moskauer Radiosendungen gehört werden. Einige meiner Gesprächspartner teilten mir nicht nur ihre Eindrücke über die Moskauer Rundfunksendungen mit, sondern trugen auch bestimmte Wünsche vor. Zum Beispiel baten sie um regelmäßige Programmvorschauen, um Sendezeiten usw. Selbstverständlich habe ich es nicht übernommen, das Sendezentrum über diese

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Die Olympischen Winterspiele fanden vom 6.2. bis 16.2.1936 in Garmisch-Partenkirchen statt.

³ Vgl. Dok. 300.

⁴ Vgl. Dok. 313.

⁵ Vgl. Aufzeichnung von Pappenheims, 26.11.1935. In: BA-MA, RH 1/79, Bl. 20.

⁶ Das an dieser Stelle stehende Wort „sogar“ ist durchgestrichen.

Wünsche zu informieren, aber ich denke, dass **Du**⁷ sie zusammen mit meinem Gruß Gen. Frumkina übermittelst.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Gnedin

Vermerk G.Ja. Bežanovs mit rotem Farbstift: an L[evin] K[anter] 26/2. GB[ežanov].

Auf dem ersten Blatt mit Tinte geschrieben: 2. Westabt[eilung].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 506 vom 25.2.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

3 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Mironov, 1 an die 2. Westabt[eilung], 1 zu den Akten. 22.2.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 8, l. 16–15. Kopie.

Nr. 394

Stichpunkte des Vortrages des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg für die Konsul-Besprechung

[24.2.1936]¹

Hauptmomente der Entwicklung.

Abessinien-Konflikt.

Zusammenbruch der Stresa-Front.

Status-quo-Sicherung im Donaubecken durch Italien schwächer.

Deutsche Aufrüstung.

Durch deutsche Aufrüstung Englands Stellung gestärkt.

Japanisches Vorgehen in Nord-China.

Abessinien-Konflikt.

Englische Politik gegenüber Italien geht jetzt von folgenden Erwägungen aus:

1) großes italienisches Kolonialreich in Abessinien bedroht Weg nach Italien und Ägypten;

2) kein Interesse am Zusammenbruch Italiens, weil dadurch Gleichgewicht in Europa gestört und europäische Wirtschaft noch mehr in Unordnung geraten würde;

3) Demütigung Italiens in Abessinien-Konflikt als Sieg schwarzer über weiße Rasse für England als Kolonialmacht unerwünscht;

4) England stützt Völkerbundspolitik gegen Italien, weil es im Völkerbund Werkzeug zur Aufrechterhaltung Friedens sieht;

5) Versagen Völkerbunds im Abessinien-Konflikt würde Vertrauen besonders kleinerer Staaten zu Völkerbund und zu England erschüttern;

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹ Datiert nach Paraphe von Herwarths auf erstem Blatt. Das Treffen der deutschen diplomatischen Vertreter in Moskau begann am 18.2. Vgl. auch Dok. 388, 434.

6) Englands Interesse an möglichst schleuniger Liquidierung Abessinien-Konflikts, um sich fernöstlichen Fragen zuwenden zu können. Daher sucht England Kompromisslösung, bei der Völkerbund sein Gesicht wahrt und Italien mit einem blauen Auge davonkommt. Man hofft wohl in England, dass Italien in wenigen Monaten wirtschaftlich und finanziell nicht mehr weiter kann. Einsetzen der großen Regenzeit gibt Abessinien Atempause. Daher hofft England auch ohne Ölsanktionen auszukommen. Falls Abessinien Italien nicht so lange Widerstand leisten kann, dann müsste England zu schärferen Maßnahmen gegen Italien greifen.

Frankreich. Regierung Laval versuchte hin und her zu lavieren zwischen Italien und England. Flandin lehnt französische Politik stärker an England an. Nach französischen Neuwahlen², die voraussichtlich nach links gehen werden, ist anzunehmen, dass französische Politik Italien unfreundlicher wird.

Deutschland uninteressiert an Abessinien-Konflikt. Anfangs kam uns Abessinien-Konflikt mittelbar insofern zugute, als Deutschland nicht für alles Sündenbock war. Inzwischen hat sich dies wieder geändert. Deutsche Aufrüstung und Wiedererstarben Deutschlands interessiert die Welt vielleicht schon stärker als Abessinien-Konflikt. Englische Aufrüstung, Angst in Belgien und Holland.

Beziehungen zu Italien durch Abessinien-Konflikt gebessert. Angebot Mussolinis an Hassell.

Österreich. Kleine Entente. Österreich versucht Beziehungen zur kleinen Entente zu bessern. Reise Berger Waldeneck nach Prag³. Ohne Deutschland keine Lösung möglich. Wirtschaftliche Vorteile können Staaten kleiner Entente Österreich nur wenig gewähren. Pariser Verhandlungen: Rumänien. Französischer und Titulescu-Gedanke: Ersetzung Italiens durch Sowjetunion.

Sowjetunion besonders unzufrieden über Abessinien-Konflikt, weil damit Stresa-Front zusammengebrochen. Vorwürfe an Laval, dass er Italien zu viel freie Hand gegeben habe. Daher von sowjetischer Seite Umschau nach neuen Sicherungen. Wichtigstes Moment – Annäherung an England. Flottenabkommen zwischen England und Deutschland ließe Sowjetunion weitere Einigung zwischen Deutschland und England befürchten. Damit hätte für Sowjetunion Gefahr bestanden, Frankreich und Tschechoslowakei als einzige Bundesgenossen zu haben.

Gründe Englands zur Annäherung an Russland: Eden hat bei Besuch Moskaus Eindruck mitgenommen, dass Sowjetunion starker Machtfaktor sei (Times-Artikel) und sich immer mehr verbürgerliche und dass Verbürgerlichung zwangsläufig Gedanken Weltrevolution in Hintergrund treten lasse. England könnte Sowjetunion nach Liquidierung Abessinien-Konfliktes gegen Japan einsetzen, dessen Vordringen in Nord-China lebenswichtige englische Interessen in Frage stellt. England Einigung mit Sowjetunion erwünscht, da es in Zukunft Sowjetunion im Nahen Orient und Fernen Osten als Rivalen sieht und machtpolitische sowie wirtschaftspolitische Einflussnahme Sowjetunions auf Staaten wie Afghanistan, Persien, Xinjiang, Irak, Arabien befürchtet.

Da England, um sich fernöstlichen Fragen widmen zu können, Ruhe und Frieden in Europa braucht, hat es ein Interesse an der Einbeziehung der Sowjetunion in

² Vgl. Dok. 392, Anm. 6.

³ Der österreichische Außenminister Berger-Waldeneck traf sich im Mai 1935 mit Beneš, um über den Donau-Pakt zu verhandeln. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 111, S. 210–215, hier S. 215.

europäische Paktsicherungspolitik. Schließlich könnte England Sowjetunion auch als Druckmittel gegen Deutschland benutzen.

Verhältnis Deutschland – Russland. Unterredung beim Führer⁴. Rücksicht auf Polen. Geschäfte mache ich mit jedermann. Unterredung mit Schacht. Initiative zu 10-Jahres-Kredit ging von sowjetischer Seite aus. Molotow versucht Tatbestand in seiner Rede umzudrehen. Sowjetunion an langem Kredit von Seiten Deutschlands interessiert, gewissermaßen als Ersatz für Nichtangriffspakt.

Im Übrigen schwere Hetze gegen Deutschland. Angebliches deutsch-japanisches Abkommen. Enges Zusammengehen mit Polen. Korridor – Schulden.

Verhältnis Japan – Russland. Russland will keinen Krieg und Japan zurzeit auch nicht. Hierüber wird General⁵ sprechen.

Auf erstem Blatt handschriftlich: Für Konsulnbesprechung und V[organ]g zdA H[erwarth] 24/II.

PA AA, Moskau 342, Bl. E 667189-667192.

Nr. 395

Bericht des Militärattachés in Moskau Köstring an das AA

Moskau, den 24. Februar 1936

Deutsche Botschaft
Der Militär- und Luftattaché

Beilage I
zum Bericht Dr. 6/36¹

[Betr.:] Nachrichtenbeschaffung in der Sowjetunion

Der Erfahrung mehrerer Arbeitsmonate hier hat gezeigt, dass es fast ausgeschlossen ist, militärische oder mit der Kriegsindustrie entfernt zusammenhängende Nachrichten, selbst über harmloseste Dinge zu beschaffen. Es ist eine Erfahrung, die mir von den Attachés der befreundeten Staaten voll bestätigt wird, bei den Attachés der den Sowjets näherstehenden Staaten auch festgestellt werden konnte. Auch in den Zeiten unserer engen Zusammenarbeit war die Nachrichtenbeschaffung schwierig. Eine gleichwertige Gegenleistung für von uns gezeigte militärische Dinge, Konstruktionen, Neuerfindungen erfolgte in den seltensten Fällen; sie waren damals auch meist noch nicht vorhanden. Es war früher aber auch durch die zugestandenen Reisen des Militärattachés zu den Truppen, durch die Anwesenheit der Offiziere und Techniker bei den deutschen militärischen Unternehmungen und durch die vielen Tausenden von Spezialisten und Facharbeitern bei den Werken

⁴ Schulenburg führte am 11.12.1935 ein Gespräch mit Hitler.

⁵ Ernst Köstring.

¹ Der Bericht ging im AA am 26.2.1936 unter der Nummer 757g ein und enthielt als zweite Beilage an das AA noch den Punkt II: Optische Fabrik in Krassnaja Gorka (vorm. Gorki), genannt Werk Nr. 69. In: PA AA, R 30101b, Bl. 332.

möglich, sich ein ungefähr zutreffendes Bild der Armee und der wichtigsten Kriegsunternehmungen zu machen. Diese Quellen haben aufgehört, die Facharbeiter – auch die anderer Nationen – sind planmäßig aus allen kriegswichtigen Betrieben entfernt. Das Wenige, was in diesem Jahr allgemein den Attachés bisher gezeigt wurde, war sehr dürftig. Auch der Türke bei Kiew² scheint den hinzugezogenen 3 Attachés nicht viel Aufklärung über Ausrüstung und Organisation gegeben zu haben, wie ich aus manchen mir gegenüber vorgenommenen Aushorchversuchen entnehmen muss. Das „Austauschgeschäft“ und Vergleiche mit anderen befreundeten Attachés bestätigen oft die Annahme, dass die vorhandenen Nachrichten – meist Organisation, Dislozierung, Stärke – in den gleichen wenigen Quellen ihren Ursprung haben. Die Behauptung eines mit den hiesigen Verhältnissen gut vertrauten Attachés, dass diese Nachrichtenzentralen von hiesigen amtlichen Stellen, mit Wahrheit und Dichtung geschickt gemischt, versorgt werden, ist nicht unwahrscheinlich. Agentenarbeit halte ich nach wie vor, außer vielleicht an den Grenzen, für kaum durchführbar.

*Bei der diesjährigen dienstlichen Zusammenkunft der deutschen Konsuln in der Union³, Leningrad, Kiew, Charkow, Tiflis, habe ich mit Genehmigung des Herrn Botschafters mit ihnen über eine Zusammenarbeit eingehend gesprochen. Ich habe den Herren kurze Fragebogen, Photos von Tanks, Flugzeugen ausgehändigt*⁴ (die neu zu besetzenden Konsulate Nowosibirsk, Wladiwostok, Odessa werden es auch erhalten). Es konnte sich nur um stichwortartige Hinweise auf die wichtigsten Punkte handeln, damit das Gesehene – z.B. bei den jährlich zweimal stattfindenden Paraden – einigermaßen beurteilt werden kann. Zu berücksichtigen ist, dass beim Fehlen jeglichen geselligen Verkehrs die Herren niemals Gelegenheit haben, mit Vertretern der Roten Armee zusammenzukommen und dass sie selbstverständlich unter dauernder Beobachtung stehen. Dadurch wird es mit der Zeit wohl gelingen, sich ein Mosaikbild über die weitere Entwicklung und Organisation der Roten Armee zu machen. Ich muss aber schon heute melden, dass über die Hunderte von Fragen geheimer Art, die ich zu Beantwortung erhalte und die noch für unseren eigenen Aufbau von Wichtigkeit sind, leider nur in seltenen Fällen befriedigende Auskunft zu erlangen sein wird.

gez. Köstring

Auf erstem Blatt Stempel: Geheim. Auf der Vorlage Brandschäden. Dies ist die zweite Ausfertigung.

PA AA, R 30101b, Bl. 333-335.

Veröffentlicht in: General Ernst Köstring, S. 168–170.

² Gemeint ist das Manöver bei Kiev im September 1935; vgl. Dok. 240. Die drei Leiter der Militärdelegationen waren Monti, Lucian Loizeau und Ludvik Krejčí.

³ Vgl. Dok. 394.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

Nr. 396

Schreiben des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen
Wirtschaft Tschunke an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung
im AA Hencke

26.2.1936

Herrn
Konsul Hencke
Auswärtiges Amt
Berlin W8

Verhandlungen 1936.

Sehr geehrter Herr Konsul Hencke!

1. Im Anschluss an meinen *Bericht vom 19. ds. Js.^{*1} Tgb. Nr. 799/R höre ich über die Stimmung bei der Handelsvertretung der UdSSR in Berlin Folgendes:

Hinsichtlich der Wirtschaftsverhandlungen trägt man zurzeit einen gemäßigten Optimismus zur Schau. Es sei möglich, wenn auch nicht gerade wahrscheinlich, dass das Abkommen Ende dieser Woche zustande kommt. Obgleich grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den beiden Verhandlungspartnern bereits erreicht worden sei, „streite“ man sich noch immer über eine Unzahl von Punkten, wobei es hauptsächlich um die Präzisierung der einzelnen Bestimmungen gehe. Diese Präzisierung gewinne heute besondere Bedeutung in Anbetracht des schwerfälligen und komplizierten Apparates, der auf dem Gebiete des deutschen Außenhandels aufgezogen worden sei. Es müsse Vorsorge dagegen getroffen werden, dass nicht, wie bisher, jede Überwachungsstelle nach eigenem Belieben vorgehen könne. Daher sei es nicht möglich, solche Präzisierungen etwaigen späteren Verhandlungen zu überlassen.

Russischerseits wird betont, die bisherigen Verhandlungen hätten gezeigt, dass es fehlerhaft gewesen sei, den Verhandlungsstoff zu teilen. Man hätte vielmehr parallel über den Kapital- und Warenverkehr des Jahres 1936 und über die Anleihe verhandeln sollen, denn die Praxis ergebe immer wieder, dass die eine Frage ohne die andere schwer zu lösen sei. Man habe auf russischer Seite durchaus den Eindruck, dass diese Zweiteilung deutscherseits aus außenpolitischen, vielleicht auch aus innerpolitischen Gründen vorgenommen worden sei, vor allem wegen der bevorstehenden Ratifizierung des französisch-russischen Paktes, gegen den man schlecht protestieren könne, während man gleichzeitig Russland eine Anleihe gewähre. Auf jeden Fall sei man russischerseits bereit, sofort in Verhandlungen über die Finanzierungsfragen einzutreten, die Initiative zu solchen Verhandlungen müsse man allerdings der deutschen Seite überlassen.

2. Die Gesamtsumme der bisher im Rahmen der Wirtschaftsvereinbarung vom 9. April 1935² vergebenen Sowjetbestellungen in Deutschland wird die Berliner

¹ Der Text ist unterstrichen und eingeklammert. Dazu oben handschriftliche Bemerkung: Der Vorgang ist bei IV Ru nicht eingeg[angen]. Herrn Kons[ul] Balser wg. Liegt Ihnen vielleicht der Vorg[ang] vor? Büro IV Ru. Sowie: Vorgang anbei Bal[ser] 27/II.

² Vgl. Dok. 116.

Sowjethandelsvertretung erst in den ersten Märztagen bekannt geben können, da in letzter Zeit bis zu 60% der Aufträge direkt von Moskau aus erteilt worden seien und Moskau die entsprechenden Bestellpapiere noch nicht nach Berlin weitergeleitet habe. In letzter Zeit entwickelte die Bestellkommission des Binnenhandelskommissariats der Sowjetunion eine größere Aktivität. Gekauft wurden in größeren Mengen Schinkenschneidemaschinen, automatische Waagen und andere Ausrüstungen für Kolonialwarenläden. Weitere Aufträge stehen unmittelbar bevor. Ferner haben die polygraphische Kommission, die Papier- und Holzkommission (Zelluloseausrüstungen usw.) und die Kommission des Volkskommissariats der lokalen Industrie der RSFSR größere Bestellungen vergeben. Nach wie vor arbeiten in Deutschland die verschiedenen Bestellkommissionen der Nahrungsmittelindustrie, in letzter Zeit sollen größere Aufträge für russische Bierbrauereien erteilt worden sein.

3. Nach russischen Angaben sollen bereits größere Vorverkäufe in russischen Exportwaren mit deutschen Firmen für das Jahr 1936 getätigt worden sein. Diese Vorverkäufe sind unter der Voraussetzung erfolgt, dass ein entsprechendes Abkommen mit Deutschland abgeschlossen werden wird, wodurch das bekannte Sowjetdekret über Ausfuhrverbot³ seine Wirkung gegenüber Deutschland verlieren würde. Diese Vorverkäufe sollen in die Dutzende von Millionen RM gehen. Dabei soll es sich u. a. um größere Mengen russischen Holzes handeln.

4. Der bisherige Vertreter der Staatsbank der Sowjetunion in Berlin Majofis ist in die Zentrale nach Moskau versetzt worden. Sein Nachfolger ist Baryschnikow, bisheriges Vorstandsmitglied der Außenhandelsbank der Sowjetunion. Baryschnikow hat sein neues Amt bereits angetreten. Der bisherige Finanzdirektor der Hv in Berlin Gorski, der nach Moskau gegangen ist, wird voraussichtlich stellvertretender Leiter der neuen Importvereinigung „Raznoimport“, die sich mit der Einfuhr des Klein- und Konsumbedarfs befassen wird.

Heil Hitler!

Russlandausschuss der Deutschen Wirtschaft
Der Geschäftsführer:

Tschunke

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel des AA: W IV Ru 1124, Eing. 10. März 1936 und Vertraulich! sowie zdA H[encke] 10.III. Unten: H 13 Ru B.

PA AA, R 31477, Bl. H 097985-097987.

³ Vgl. Dok. 357.

Nr. 397
Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[28.2.1936]

86/s¹

AN DEN
STELLV. VOLKSKOMMISSAR
Gen. N.N. KRESTINSKIJ

ZU DEN SOWJETISCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

In dem hiesigen diplomatischen Corps ist die Meinung weit verbreitet, und ich höre dies immer wieder, dass die deutschen militärischen Kreise nach wie vor an einer besonderen Linie in der deutschen Politik gegenüber der UdSSR festhalten, wobei *einigen die Bereitschaft zugeschrieben wird, diesen Weg bis zur Wiederherstellung der Beziehungen während der Rapallo-Periode gehen zu wollen. Es ist schwer zu sagen, wo solche Gerüchte ihren Anfang nehmen. Natürlich gibt es in militärischen Kreisen Anhänger dieses Standpunktes, und deren Meinung gelangt offenbar über verschiedene Kanäle in das diplomatische Corps. In letzter Zeit trug die englische Presse jedoch in einem gewissen Maße dazu bei, das Gerede über die besondere Haltung der Reichswehr zu verstärken, die im Zusammenhang mit den Gerüchten über unsere Wirtschaftsverhandlungen mit den Deutschen zu diesem Thema einige Meldungen brachte*², die die Presse der ganzen Welt mit verständlichem Interesse verfolgte.

Inwiefern entspricht aber die Praxis der sowjetisch-deutschen Beziehungen dieser Auffassung? Nimmt man die deutsche Presse, so ist in letzter Zeit zweifellos eine gewisse Zurückhaltung und Veränderung der Tonlage in der deutschen Presse uns gegenüber zu konstatieren. Obwohl wir in den letzten Wochen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der deutschen Presse standen *(im Zusammenhang mit der Erörterung des französisch-sowjetischen Paktes in der französischen Nationalversammlung), bemühte sich die deutsche Presse, weniger auf den sowjetischen Staat als solchen einzugehen und richtete ihre Angriffe nicht gegen die UdSSR, sondern gegen Frankreich. Wenn die UdSSR erwähnt wurde, so sprach man in erster Linie über die Komintern, wobei in abgeschwächter Form die Identität der Komintern mit dem sowjetischen Staat betont wurde.*

Unsere Treffen mit den Deutschen waren in den letzten Wochen eher zufälliger und beiläufiger Natur (bei Abendessen, Mittagessen und Festakten). In dieser Zeit hatte ich aus verschiedenen Anlässen jedoch die Gelegenheit, zweimal in Gesellschaft bei Hitler zu sein. Über einen solchen Fall (auf der Abendgesellschaft bei

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Hier und im Folgenden ist der gekennzeichnete Text am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

Goebbels)³ habe ich Ihnen auch telegrafisch berichtet, und bei Ihnen ist *offenbar die etwas unrichtige Vorstellung entstanden, als ob sich Hitler uns gegenüber besonders abweisend verhalten hätte. Eine solche Demonstration unternahm er nicht. Wenn man von irgendeiner Demonstration von seiner Seite sprechen könnte, dann kam sie nur in der betonten Aufmerksamkeit dem Polen und Italiener gegenüber zum Ausdruck. Gegenüber allen anderen Missionschefs wandte er jedoch die völlig gleiche Umgangsform an (er begrüßte sie und tauschte Höflichkeiten aus). Mir gegenüber machte er keine Ausnahme.

Was die anderen „Notabeln“ betrifft, so sind sie beim tête-à-tête recht redselig und präsentieren sich als Anhänger einer Annäherung an uns.* Im Beisein von anderen Personen, insbesondere von „älteren“, bemühen sie sich jedoch, sich von uns möglichst fernzuhalten.

Insgesamt können aufgrund aller Treffen bestimmte Nuancen der steifen Zurückhaltung ausgemacht werden, die bis zu einem gewissen Grade auch auf die deutsche Presse in diesem Zeitraum zutrifft.

Was unmittelbar die militärischen Kreise betrifft, so ist in dieser Hinsicht zweifellos die Tatsache symptomatisch, dass das Kriegsministerium, das früher davon sprach, ungefähr 100 Offiziere der deutschen Armee zur Vorführung des Films „Kampf um Kiev“⁴ abzustellen, sich nunmehr darauf beschränkt, lediglich sechs Vertreter, die ständigen Bevollmächtigten für die Verbindungen mit den ausländischen Militärattachés, zu schicken. Allem Anschein nach wünschen die deutschen Militärs zurzeit nicht, **selbst**⁵ nicht einmal in solch einer verhältnismäßig harmlosen Form, ihr Interesse an der Roten Armee zu bekunden, obgleich es keine Zweifel gibt, dass ein derartiges Interesse vorhanden ist, was sowohl aus den persönlichen Gesprächen des Gen. Orlov mit deutschen Militärs als auch aus der speziellen Militärpresse hervorgeht. *Selbst wenn man annimmt, dass militärische Kreise tatsächlich an einer wohlwollenden Linie gegenüber der UdSSR festhalten, muss dennoch gesagt werden, dass sie es zurzeit als unzumutbar oder unnötig erachten, dies zu zeigen.*

Was die Haltung breiter gesellschaftlicher Kreise uns gegenüber betrifft, so werden natürlich die Ergebnisse des Abendempfanges, den wir am 5. März geben, aufschlussreich sein, zu dem wir Vertreter verschiedener deutscher Kulturkreise eingeladen haben und auf dem wir einige unserer Filme vorführen wollen.⁶

*Zu den Wirtschaftsverhandlungen übergehend ist deren unstrittige Verlangsamung in der letzten Zeit zu konstatieren, die auf unterschiedliche Weise erklärt werden kann. Die einfachste Erklärung besteht darin, dass Schacht es vorzieht, die Verhandlungen über den 500 Millionenkredit erst nach Abschluss der Verhandlungen für das Jahr 1936 aufzunehmen. Bei den letzteren gibt es, wie aus dem gleichzeitig abgesandten Schreiben des Gen. Bessonov ersichtlich ist, gewisse Schwierigkeiten. Außerdem ist auch der Umstand zu berücksichtigen, dass sich Deutschland in den letzten Wochen in Verhandlungen über ein neues Stillhalteab-

³ Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um den großen Empfang am 17.2.1936 anlässlich der Eröffnung der Internationalen Automobilausstellung in Berlin. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3/I, S. 382.

⁴ Vgl. Dok. 356, Anm. 3.

⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁶ Vgl. Dok. 431.

kommen⁷ befindet und Schacht* selbstverständlich nicht wünschte, diese Verhandlungen durch Gerüchte über den 500 Millionenkredit zu belasten.

Das oben Gesagte zusammenfassend kann gesagt werden, dass das gegenwärtige Stadium der sowjetisch-deutschen Beziehungen wohl am ehesten durch eine gewisse Zurückhaltung der deutschen Seite gekennzeichnet werden kann. In meinem Telegramm über die Unterredung des rumänischen Gesandten Comnen mit Neurath hatte ich, wie Sie sich vielleicht erinnern, darauf hingewiesen, dass Neurath recht eindeutig die Vorzüge der Politik einer gewissen „Isolierung“ für Deutschland unterstrichen hat, die Deutschland die Möglichkeit biete, einen entschiedenen Schritt zu einem für Deutschland günstigen Moment zu machen.

Angesichts dieser Erklärung Neuraths kann man die jetzige Zurückhaltung Deutschlands uns gegenüber auch als Wunsch bewerten, unsere Karte nicht aus der Hand zu geben und sie in Reserve zu halten. Inwiefern das richtig ist, wird die nächste Zeit und in erster Linie die Praxis unser Wirtschaftsverhandlungen zeigen.

Mit kommunistischem Gruß

SURIC

*Vermerk mit blauem Farbstift: MM.*⁸

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 775 vom 2.3.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 28.II.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 46–49. Original.

Nr. 398

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[28.2.1936]

Nr. 87/s¹

Lieber Maksim Maksimovič!

Obleich die Taktik Deutschlands bei den internationalen Grundproblemen im Wesentlichen auf Abwarten und Zurückhaltung hinausläuft, zeigte die deutsche Diplomatie gleichwohl in letzter Zeit eine recht große Aktivität in unterschiedliche Richtungen. Diese deutsche diplomatische Aktivität betrifft hauptsächlich folgende

⁷ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁸ Litvinov.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

Probleme: den französisch-sowjetischen Pakt, die Donau-Fragen, die italienisch-deutschen Beziehungen, die baltischen Fragen, Kolonial-Probleme. Wir verfügen zu allen diesen Fragen natürlich über keine erschöpfenden Informationen, jedoch kann auf der Grundlage von Gesprächen mit den Kollegen und von Presseveröffentlichungen die Stoßrichtung der letzten außenpolitischen Manöver Deutschlands knapp charakterisiert werden.

1. Der französisch-sowjetische Pakt. Es steht außer Frage, dass hier bereits *seit langem damit gerechnet wird, dass die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Paktes unvermeidbar ist. Die jüngsten Zeitungsmeldungen bereits nach der Ratifizierung des Paktes durch die Abgeordnetenkammer² stellten entgegen den vorhergehenden Informationen fest, dass die Ratifizierung auch im Senat bald erfolgen werde³. Die deutsche Taktik war somit nicht so sehr darauf gerichtet, die Ratifizierung zu verhindern, worauf man in Berlin bereits nicht mehr hoffte, sondern vielmehr darauf, die Erörterung in der Abgeordnetenkammer maximal zu erschweren und den französischen Rechten im Kampf gegen den Pakt mehr Argumente in die Hand zu geben.*⁴ Diese Taktik wird auch in Zukunft beibehalten werden in Abhängigkeit davon, wie sich der Wahlkampf in Frankreich entwickelt. Die deutsche Diplomatie ist bemüht, die Auseinandersetzungen um die französisch-sowjetische Annäherung in die französische Öffentlichkeit hineinzutragen, um auf dieser Grundlage den Kampf gegen eine Festigung der kollektiven Sicherheit fortzuführen. Trotz der verschiedenen, sich widersprechenden Gerüchte kann dennoch die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die deutsche Regierung den Gedanken aufgegeben hat, Frankreich und England aufgrund der Inkraftsetzung des französisch-sowjetischen Paktes vor vollendete Tatsachen in Gestalt der Aufhebung der Demilitarisierung des Rheinlandes, der Aufkündigung des Locarno-Abkommens usw. zu stellen. Offenbar *haben alle diese Drohungen lediglich den Charakter einer Erpressung, die im Übrigen auch künftig fortgesetzt wird. Es ist damit zu rechnen, dass Deutschland auch nach der Ratifizierung des Paktes gegenüber Frankreich und England mit irgendwelchen unerwarteten Schritten drohen wird, die geeignet sind, die internationale Lage in Europa zu desorganisieren.*

2. Die Donau-Probleme. Die anfängliche Unruhe, die hier durch die Londoner und Pariser Verhandlungen nach der Beisetzung des Königs⁵ ausgelöst wurde, hat sich zweifellos etwas gelegt. In Berlin geht man davon aus, dass England bereit sei, sich endgültig von der Position des Desinteresses an der österreichischen Frage zu verabschieden, wie das eine Zeitlang die Anhänger der Kleinen Entente angenommen hatten. Zugleich meint man hier, dass die Reise von Hodža nach Jugoslawien⁶ keine Ergebnisse gebracht hätte. Berlin rechnet damit, dass die germanophilen Stimmungen in Jugoslawien stark genug sind, um einer jeglichen Donau-Kombination auch ohne Beteiligung Deutschlands entgegenzuwirken.

² Am 27.2.1936.

³ Der Senat ratifizierte am 12.3.1936 den französisch-sowjetischen Vertrag.

⁴ Hier und im Folgenden ist der gekennzeichnete Text mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

⁵ Die Beisetzung des am 20.1.1936 verstorbenen Königs des Vereinigten Königreichs Großbritannien, George V., fand am 28.1. statt.

⁶ Hodža hielt sich vom 21. bis 25.2.1936 in Jugoslawien auf.

Doch wesentlichlicher ist der Umstand, dass Deutschland in der Donau-Frage in letzter Zeit zu einer Politik der Drohungen übergegangen ist. Die Deutschen gaben unmissverständlich zu verstehen, insbesondere den Rumänen, dass sie ein Donau-Wirtschaftsabkommen ohne Beteiligung Deutschlands als ein gegen Deutschland gerichtetes Abkommen betrachten werden. Dabei drohten die Deutschen mit wirtschaftlichen Repressionen bis hin zur Aufkündigung der Handelsverträge mit Rumänien⁷ und Jugoslawien⁸, die bekanntlich für letztere bedeutende Vorteile bieten.

Schließlich ist auf die Erklärung zu verweisen, die Neurath gegenüber dem rumänischen Gesandten Comnen abgegeben hat, wonach Deutschland bereit sei, Verhandlungen über Methoden zur wirtschaftlichen Gesundung der Donauländer aufzunehmen.

Somit kann eine bedeutende deutsche Aktivität in der Donau-Frage konstatiert werden, die sowohl in einer Politik der Drohung und Erpressung als auch in den Versuchen zutage tritt, sich in die begonnenen Verhandlungen über eine neue Donau-Kombination einzuklinken.*

3. Die italienisch-deutschen Beziehungen. Rund um die jüngsten italienisch-deutschen Verhandlungen, die hauptsächlich nicht in Berlin, sondern in Rom geführt wurden, sind die unterschiedlichsten Gerüchte im Umlauf. Doch unter dem Strich ergibt sich der Eindruck, dass die Verhandlungen zwar stattfinden, jedoch nicht weit fortgeschritten, wenn nicht gar in eine Sackgasse geraten sind. Die Verzögerung bei der Ausdehnung der Sanktionen und die militärischen Erfolge Italiens in Abessinien haben offenbar zu einer Erweiterung der italienischen Forderungen gegenüber Deutschland geführt, auf jeden Fall aber eine Einigung *in der schwierigsten Frage, der über Österreich, erschwert. Entscheidend für die italienisch-deutschen Beziehungen ist jedoch zweifellos der Umstand, dass sich Hitler nicht entschließt, eine Wahl zugunsten Italiens und gegen England zu treffen.*

4. Das polnisch-deutsche Verhältnis. Die Deutschen zeigen in ihrem Bestreben, in den Beziehungen zu Polen Unebenheiten zu glätten, eine bestimmte Aktivität. Die Ergebnisse der Reise Görings nach Warschau⁹ sind für uns noch nicht klar. Keiner der Gesprächspartner konnte etwas Konkretes zu dieser Frage sagen. *Doch ist anzunehmen, dass nicht nur die Reise von Frank¹⁰, sondern auch diejenige Görings in erster Linie demonstrativen Charakters war. Der Aufenthalt Görings in Warschau hätte zu einer gewissen Glättung der Gegensätze führen können, doch sind in diesem Zusammenhang die großen politischen Fragen wohl kaum geregelt worden. Nach allen vorliegenden Informationen wird Göring wohl kaum damit beauftragt gewesen sein, über derartige Fragen Verhandlungen zu führen. Wenn man berücksichtigt, dass die Frage des Eisenbahnverkehrs im Korridor immer noch

⁷ Der deutsch-rumänische Niederlassungs-, Handels- und Schifffahrtsvertrag wurde am 23.3.1935 unterzeichnet. Vgl. Reichsgesetzblatt 1935, Teil II, S. 311–337.

⁸ Der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag wurde am 1.5.1934 unterzeichnet. Vgl. Reichsgesetzblatt 1934, Teil II, S. 302–332.

⁹ Göring weilte vom 19. bis 24.2.1936 zu einem inoffiziellen Besuch in Polen. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 591, S. 1175–1177.

¹⁰ Frank besuchte auf Einladung des polnischen Komitees für internationale Zusammenarbeit im Februar 1936 Warschau und hatte am 12.2. ein Gespräch mit dem Stellvertretenden Außenminister Polens Szembek. Vgl. J. Szembek: *Diariusz i teki Jana Szembeka 1935–1945*, Bd. 2, London 1965, S. 82.

nicht geregelt ist und sich ein neuer Konflikt im Zusammenhang mit der Aufdeckung von deutschen Organisationen in Polen entwickelt, so ist wohl kaum mit einem ernsthaften Fortschritt in den polnisch-deutschen Beziehungen zu rechnen.

5. Die deutsch-litauischen Beziehungen. In der deutschen Politik gegenüber den baltischen Ländern besteht der wichtigste Faktor zweifellos in dem sehr bestimmten Versuch Deutschlands, das Verhältnis mit Litauen in Ordnung zu bringen, was eine direkte Korrektur des Kurses bedeutet, den Deutschland seit einigen Monaten verfolgt. Der Beginn der Verhandlungen über ein Handelsabkommen¹¹ und der deutsche Vorschlag zu einem Waffenstillstand in der Presse bedeuten eine neue Etappe der deutschen Politik in Litauen. Jedoch dürfen diese Momente nicht überbewertet werden, insbesondere ist zu berücksichtigen, dass die Deutschen nach Kräften vermeiden müssen, dass sich die deutsche Politik Litauen gegenüber nicht nachteilig auf die polnisch-deutschen Beziehungen niederschlägt.

*6. Die Kolonialfrage ist gleichfalls ein Gebiet, auf dem die Deutschen in letzter Zeit eine gewisse Aktivität zeigten. Die Kolonialidee wird im Land verstärkt propagiert, sie ist Gegenstand diverser halboffizieller Verhandlungen. Von besonderem Interesse ist die Erklärung, die Schacht gegenüber dem amerikanischen Botschafter Dodd abgab, wonach Neuguinea¹² ein Objekt der heutigen deutschen Kolonialansprüche sein könnte. Der **Annahme**¹³ Dodds zufolge deckte diese Fragestellung der Deutschen eines der Elemente des deutsch-japanischen Abkommens auf. Diese Meinung bedarf jedoch noch einer ernsthaften Prüfung.*

7. Die japanischen Ereignisse¹⁴. Die anhaltende Reaktion der deutschen Presse auf die japanischen Ereignisse bestätigen den anfänglichen Eindruck, dass sich Deutschland bei der Wertung des Kampfes im Innern Japans zurückhält. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Es steht außer Frage, dass sich Berlin über den Ausgang des jetzigen Kampfes nicht sicher ist und sich trotz seiner Sympathien für die japanische Armeeführung nicht zu engagieren wünscht. Beachtung verdient ebenso die Annahme des Amerikaners¹⁵, dass Deutschland einen vorzeitigen Kriegsausbruch im Fernen Osten fürchtet, da dies Deutschland vor die Notwendigkeit stellen würde, die Japan gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Indes ist Deutschland dazu noch nicht bereit.

Bei der Einschätzung der deutschen Taktik bezüglich der oben dargelegten verschiedenen *internationalen Probleme, ist zu berücksichtigen, dass das eine oder andere deutsche außenpolitische Manöver keineswegs eine Abkehr Deutschlands von der allgemein abwartenden Haltung bedeutet, welche die deutsche

¹¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 549, S. 1091–1092.

¹² Bis 1919 gehörte der nordwestliche Teil der Insel Neuguinea zu Deutschland (Kaiser-Wilhelms-Land). Das Kolonialproblem wurde im Gespräch Schachts mit Dodd am 21.1.1936 berührt. Vgl. W.E. Dodd: Diplomat auf heißem Boden. Tagebuch des USA-Botschafters William E. Dodd in Berlin 1933–1938, hrsg. von W.E. Dodd jr. und M. Dodd, Berlin (Ost) 1964, S. 342.

¹³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: Vorschlag.

¹⁴ Vom 26. bis 29.2.1936 fand in Tokio ein Militärputsch unter der Führung einer Gruppe junger Offiziere statt.

¹⁵ Aller Wahrscheinlichkeit nach ist damit der Botschafter der USA in Deutschland Dodd gemeint.

Außenpolitik seit dem Zeitpunkt der Verschärfung des abessinischen Konflikts kennzeichnet. Meiner Meinung nach entspricht die Erklärung, die Neurath gegenüber Comnen darüber abgab¹⁶, wonach Deutschland zu allen internationalen Grundfragen eine abwartende Haltung einnehme*, dem tatsächlichen Stand der Dinge.

Mit kommunistischem Gruß

SURIC

Vermerk mit blauem Farbstift: MM.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 774 vom 2.3.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 28.II.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 41–45. Original.

Nr. 399

**Schreiben des Beauftragten des NKID beim Rat der Volkskommissare der
Ukrainischen SSR Petrovskij an den Stellv. Volkskommissar für
Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GANZ GEHEIM

[29.2.1936]

Nr. 71/ss

29/II-36¹

AN DEN

STELLVERTRETENDEN VOLKSKOMMISSAR

FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER UdSSR

Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Sehr geehrter Nikolaj Nikolaevič,

Schulenburg ist nach dem hiesigen dreitägigen Aufenthalt gestern über Tiraspol' nach Rumänien ausgereist. Er besichtigte hier das Kiever Höhlenkloster und die Sophienkathedrale, war im Theater zur Neuinszenierung der Oper „Natalka Poltavka“² und besuchte die Kunstaussstellung der ukrainischen Volkskunst. Er

¹⁶ In der von Neurath angefertigten Aufzeichnung dieses Gesprächs am 24.2.1936 heißt es dazu: „Im Übrigen erklärte Herr Comnen [...man] sei besonders beunruhigt darüber, dass wir es ablehnten, auf internationalen Gebiet mitzuarbeiten, und gegenüber den verschiedenen brennenden politischen Fragen uns so reserviert verhielten. [...] Ich erwiderte Herr Comnen [...im] Übrigen sei es unrichtig zu behaupten, dass wir uns von der internationalen Zusammenarbeit ausschlossen.“ In: ADAP, Ser. C, Bd. IV/2, Dok. 581, S. 1158–1160, hier S. 1159–1160.

¹ Ausgangsnummer und Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Komponist Nikolaj Lysenko. Die Premiere fand 1889 in Odessa statt.

zeigte sich sehr zufrieden und lobte insbesondere die Ausstellung. Gen. Juškevič empfing und begleitete ihn zum Bahnhof. Er begleitete ihn auch bei den Besichtigungen. Im Theater war auch meine Frau. Außerdem stattete Schulenburg mir einen Besuch ab und brachte eine Karte³ des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Gen. Ljubčenko mit.

Ihrer Weisung folgend dachten wir ursprünglich nicht daran, bei uns einen Empfang zu geben, dann aber änderten wir unsere Entscheidung und hoffen, dass Sie das billigen.

Erstens hatten die Deutschen uns noch vor der Ankunft Schulenburgs zu einem Abend- und Mittagessen eingeladen. Es wäre äußerst unangenehm gewesen, diese Einladungen anzunehmen und nicht mit Gegeneinladungen zu erwidern.

Zweitens habe ich mich während meiner 2½jährigen Tätigkeit in Persien⁴ fast jeden Tag mit Schulenburg getroffen. Es ist uns gelungen, ein äußerst freundschaftliches Verhältnis und eine erfolgreiche Zusammenarbeit in einzelnen Fragen herzustellen, die uns damals in Persien mit Deutschland verbanden.

Und schließlich kam drittens unlängst der neue deutsche Konsul⁵ hierher, den wir nach dem hier üblichen Brauch hätten einladen müssen; wir hatten uns darüber bereits im Prinzip verabredet, bevor die Mitteilung über die Ankunft Schulenburgs eintraf.

Von all dem ausgehend entschieden wir, Schulenburg gleichzeitig mit dem deutschen Konsul zu bewirten; wir gaben ein privates Abendessen nur für die Deutschen.

Während all meiner Treffen mit Schulenburg habe ich keine politischen Gespräche geführt, zumal dies, da ich ihn kenne, nicht sein besonderes Interesse gefunden hätte. Doch während des Empfangs bei uns schüttete Schulenburg auf meine Frage, wie er sich in Moskau fühle, sein Herz aus und fing an, sich über unsere jetzigen Beziehungen zu Deutschland zu beklagen. Und das interessanteste dabei war, dass er die ganze Zeit über nur von der Schuld Deutschlands sprach, ohne mit einem einzigen Wort unsere, wie auch immer geartete, Teilhabe an dieser Sachlage zu erwähnen.

Die Ausführungen Schulenburgs bestehen verknappt in Folgendem. Das größte Übel in der Außenpolitik Deutschlands generell und insbesondere in den Beziehungen zu uns bestünde in dem Partisanentum aller möglichen Rosenbergs, Ribbentrops und Görings, von Leuten, die **„haben alles auf den Kopf gestellt“.⁶ Er halte jedoch Goebbels und sein Propagandaministerium, die unseren gegenseitigen Beziehungen den größten Schaden zufügen würden, für am schädlichsten. Über ihn und seine Mannen sprach Schulenburg mit einer unverhohlenen Verachtung.

Jedoch sei nach Schulenburgs Auffassung in letzter Zeit ein deutlicher Stimmungsumschwung zu bemerken. Es genüge zu sagen, dass selbst Rosenberg anfangs, seine alte Haltung uns gegenüber als fehlerhaft zu betrachten. Schulenburg be-

³ Gemeint ist die Visitenkarte.

⁴ Petrovskij war von Dezember 1930 bis April 1933 Bevollmächtigter Vertreter in Persien.

⁵ Wilhelm Großkopf.

⁶ So in Deutsch mit Tinte geschrieben.

trachte es auch als kennzeichnend, dass Hitler in einer seiner kürzlichen Reden in einem etwas gemäßigteren Tone über uns gesprochen habe, und wie Schulenburg in Berlin mitgeteilt wurde, ginge diese Stelle seiner Rede nicht auf Neurath zurück, der generell dazu neige, eigene Korrekturen in den Redetexten Hitlers einzufügen, sondern sei von letzterem selbst verfasst worden.

Am 2. Dezember⁷ hatte Schulenburg in Berlin ein längeres Gespräch mit Hitler (fast zwei Stunden lang), und er könne ehrlich erklären, dass in den Ausführungen Hitlers keine feindlichen Töne uns gegenüber vorgekommen seien. Schulenburg verneinte auch kategorisch die Existenz irgendeines Komplotts Deutschlands und Japan gegen uns.

Eine große Hoffnung im Sinne einer Verbesserung unserer gegenseitigen Beziehungen, verbindet Schulenburg mit dem bevorstehenden Kreditabkommen⁸. Er erzählte mir ausführlich über den Inhalt dieses Abkommens und über die noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten. Sie liefen seiner Meinung nach darauf hinaus, dass wir einen 19-jährigen Kredit zu 5% Zinsen p.a. wollten, die Deutschen gingen aber von 16 Jahren zu 6% aus. Schulenburg hegt keine Zweifel, dass es gelingen werde, diese Differenzen beizulegen, und dass das Abkommen in einem nicht geringen Maße dazu beitragen werde, unsere Beziehungen zu Deutschland zu verbessern, die er in dem jetzigen Stadium für **„unsinnig“**⁹ halte.

Mit kommunistischem Gruß

A.M. PETROVSKIJ

Stimmt mit dem Original überein:

Leiter S. Š. D.¹⁰

Vermerk mit Bleistift: MM.¹¹

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1232 vom 4.3.1936.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 829 vom 7.3.1936.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 58–60. Beglaubigte Kopie.

⁷ So im Dokument; vgl. Dok. 306, Anm. 8.

⁸ Vgl. Dok. 423.

⁹ Das Wort ist in Deutsch mit Tinte geschrieben.

¹⁰ Sekretno-šifroval'noe deloproizvodstvo = Geheimer Chiffrierschriftverkehr. Die Unterschrift ist nicht zu entziffern.

¹¹ Litvinov.

Nr. 400

**Bericht des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Jagoda
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

GANZ GEHEIM

2. März 1936

Nr. 55590¹

AN DEN

SEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

*Die GUGB des NKVD der UdSSR verhaftete im Februar dieses Jahres eine terroristische Gruppe, die der Agent der deutschen Spionage, der deutsche Staatsangehörige HAAGE*² geschaffen hatte, der in Moskau als Vertreter der deutschen Maschinenbaufirmen „Wagner“ und der „Verainische Schtalwarke“³ tätig war und 1935 von der GUGB des NKVD wegen Spionageverdachts ausgewiesen worden war.⁴

Durch die Überprüfung der Kontakte HAAGES wurde die von ihm durchgeführte Tätigkeit zur Vorbereitung von terroristischen Akten gegen die Führer der Partei und die von ihm zu diesem Zweck angeworbenen Personen aufgedeckt.

Verhaftet wurden:

1. *MINICH, Konstantin Vasil'evič, Jahrgang 1910⁵*, gebürtig aus Warschau. Er entstammt aus der Familie der Grafen von MINICH, aus dem Erbadel, Sohn eines Gardeoberst. Während der Kolčak-Zeit wurde er am Irkutsker Kadettenkorps unterrichtet. Bis zur *Verhaftung war er Architekt der Architekturwerkstatt des Narkomvod*.

2. *MINICH, Boris Vasil'evič, Jahrgang 1909*, gebürtig aus Warschau. Leiblicher Bruder des Konstantin MINICH, Während der Kolčak-Zeit wurde er ebenfalls am Irkutsker Kadettenkorps unterrichtet. Von 1931 bis 1934 arbeitete er als außerplanmäßiger Architekt in der Abteilung für das Ingenieurbauwesen des NKVD der UdSSR, dort wurde er entlassen. Bis zur Verhaftung arbeitete er als *Architekt des Projektionsbüros von Gosgraždanstroj*.

3. *SERGEEV, Georgij Il'ič, Jahrgang 1895*, gebürtig aus Warschau, Sohn eines Hofrates, absolvierte 1916 das Nižegorodsker Alexander II.-Adelsinstitut, nahm 1917 als Fahnenjunker der Moskauer Infanterieschule aktiv an den Kämpfen gegen die Roten teil. *Bis zur Verhaftung war er Ökonom am Narkomtjažprom*.

4. *DLUŽNEVSKIJ, Boris L'vovič, Jahrgang 1889*, gebürtig aus Warschau, Adliger. Bis zur Verhaftung *Chefingenieur der Projektierungsabteilung des Mossovets*.

5. *KRYSOV, Nikolaj Lukič, Jahrgang 1887*, aus Perm gebürtig, Sohn des Mitinhabers der bedeutenden Firma „Kamenskij und Meškov“ im ehemaligen Nižnij

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Die im Dokument gekennzeichneten Textstellen sind mit rotem Farbstift unterstrichen.

³ Der Firmenname ist so im Dokument in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben, richtig: Vereinigte Stahlwerke.

⁴ Zur Begründung der Ausweisung Haages aus der UdSSR im Mai 1935 vgl. Dok. 140.

⁵ So im Dokument; richtig: 1909.

Novgorod, Unterleutnant der alten Armee. 1919 von den Organen der VČK wegen konterrevolutionärer Tätigkeit verhaftet. Bis zu Verhaftung arbeitete er als Dozent am Kujbyšev-Institut des NKTP für Ingenieurwesen*.

6. *KABAČNIK, Miron Maksimovič, Jahrgang 1912*, gebürtig aus Buchara. 1932 wurde er aus dem VLKSM als Deklassierter ausgeschlossen. Entstammt der Familie eines Angestellten. Bis zur Verhaftung war er *Offiziersschüler der Regimentsschule der Artilleriedivision der Moskauer proletarischen Schützendivision*.

7. *ŠVAL'BE, Anatolij Efimovič, Jahrgang 1909, gebürtiger Moskauer, entstammt der Familie eines Angestellten. War Chauffeur bei HAAGE. Zum Zeitpunkt der Verhaftung war er *Instrukteur der Autoschule des Moskauer Molotov-Autostraßenbau-Instituts.

Bei der Haussuchung wurden gefunden:

1. Bei *MINICH, Boris, eine von ihm selbst angefertigte Straßenkarte des Arbat. Auf der Karte waren der Smolensker Platz und die zu ihm führenden Gassen eingetragen*, *besonders gekennzeichnet war die rechte Ecke der Kreuzung Arbat und Smolensker Platz* (wenn man sich vom Zentrum aus zum Smolensker Platz begibt) und *das Visier eines Gewehres vermerkt, um von der Stelle der Kreuzung einen Schuss auf eine Entfernung von 50 Metern abzugeben*.

2. *Bei SERGEEV, Georgij*, konterrevolutionäre Aufzeichnungen, die Verleumdungen gegen die Parteiführer enthalten, *eine große Anzahl von deutschen faschistischen Zeitschriften und der gesamte persönliche Schriftverkehr HAAGES*.

3. *Bei MINICH, Konstantin, DLUŽNEVSKIJ, Boris und KABAČNIK, Miron, wurden eine große Menge von ausländischen Dingen, Fotografien und die Berliner Adresse von HAAGE sichergestellt.

Die genannten Personen wurden von HAAGE zu unterschiedlichen Zeiten für die Spionagearbeit angeworben, sie übergaben ihm gegen Bezahlung systematisch militärische Spionageinformationen. Mithilfe dieses Agentennetzes und dessen Kontakte sammelte HAAGE Informationen über die Anzahl der Flugzeugwerke in Moskau, zu den Konstruktionsplänen für Bomber, für Jagdflugzeuge sowie Angaben zu den Flugeigenschaften verschiedener Flugzeugtypen.

Spionageinformationen lieferten: JAKOBSON, Aleksandr Konstantinovič, GOL'DŠTEJN, Evgenij Michajlovič, KOVNER, ein ehemaliger Student des Allunion-instituts für Architektur⁶, und MAKSIMOV, Nikolaj Nikolaevič.

Gegen diese Personen wird ermittelt und sie werden verhaftet.

Im Januar-Februar 1935 stellt HAAGE drei Teilnehmer der Spionageorganisation für die Vorbereitung eines terroristischen Anschlages auf die Genossen STALIN, VOROŠILOV und KAGANOVICH ab.

Er zieht die verhafteten MINICH, Boris, MINICH, Konstantin und SERGEEV, Georgij zur terroristischen Arbeit heran.

Die verhafteten DLUŽNEVSKIJ und KRYSOV wussten von den terroristischen Stimmungen HAAGES, die Brüder MINICH und SERGEEV, Georgij waren selbst terroristisch gesonnen, allerdings sind sie nicht zur Vorbereitung von terroristischen Anschlägen von HAAGE herangezogen worden, der sie auch nicht in seine terroristischen Pläne einweihte.

⁶ So im Dokument; richtig: Moskauer Architekturinstitut.

Durch die Aussagen der Brüder MINICH und von SERGEEV wurde festgestellt, dass *HAAGE im März 1935 ihnen den direkten Auftrag erteilte, die Beobachtung der Regierungsfahrzeuge zu übernehmen, die den Arbat, die Možajsker Chaussee und das Zentrum* Moskaus befahren.

Zusätzlich dazu observierte die terroristische Gruppe im Auftrag von HAAGE *das an der Ecke Arbat und Smolensker Platz befindliche Haus Nr. 54/2.*

Die Observierung erfolgte zu dem Zweck, eine im Haus befindliche Durchgangspassage zu erkunden, um die Fluchtmöglichkeiten für die Terroristen vom Ort des Anschlages und den Zugang vom Arbat zum Smolensker Platz und zurück zu gewährleisten.

Die Teilnehmer der Gruppe stellten fest, dass es tatsächlich solch einen Durchgang im Haus 54/2 gibt.

Die von der GUGB des NKVD vorgenommene Überprüfung bestätigte die Existenz dieses Durchganges.

Anfangs verständigte sich die Gruppe darauf, ein Gewehr für die Ausführung des terroristischen Anschlages zu benutzen. Zu diesem Zwecke wurde auch eine Skizze des Anschlagsortes angefertigt, die bei der Haussuchung bei MINICH, Boris, gefunden wurde.

Boris MINICH beabsichtigte, die Wohnung des ihm bekannten Sekretärs der Jagdsektion des „Hauses des Architekten“ in Moskau, BOBRUSOV, zu nutzen, der in dem genannten Haus Nr. 54/2, in der Wohnung Nr. 75 wohnt. Die Fenster der Wohnung, die sich in der 3. Etage befindet, führen auf den Smolensker Platz.

Die von der terroristischen Gruppe gewählte Variante, mithilfe eines Gewehres aus dem Fenster der Wohnung von BOBRUSOV den Anschlag zu verüben, ist auf Vorschlag von HAAGE verworfen worden, weil die Treffsicherheit bei einem Schuss nicht gewährleistet war, da die Wohnung von BOBRUSOV relativ weit von der Kreuzung entfernt liegt.

Deshalb verzichteten die Terroristen darauf, BOBRUSOV in die terroristische Gruppe einzubeziehen, und weihen ihn nicht in ihre Vorhaben ein.

*HAAGE schlug vor, den Anschlag an der rechten Ecke der Kreuzung Arbat und Smolensker Platz mithilfe eines Revolvers vom Typ „Mauser“, den er den Terroristen geben sollte, zu verüben.

Der unmittelbare Vollstrecker des terroristischen Anschlages sollte MINICH, Boris Vasil'evič, sein.

Die Ausweisung von HAAGE 1935 löste bei den Teilnehmern der terroristischen Gruppe einige Verwirrung aus, und die Gruppe stellte vorübergehend ihre aktive Arbeit zur Vorbereitung des terroristischen Anschlages ein.

Aufgrund der Aussagen der Beschuldigten MINICH, Konstantin, MINICH, Boris, und SERGEEV, Georgij, wurde festgestellt, dass HAAGE vor der Ausweisung aus der Sowjetunion die von ihm organisierte terroristische Gruppe mit dem Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Moskau MERGNER zusammenbrachte, den das NKVD bei einer Reihe von Fällen als Agenten der Gestapo feststellte, unter dessen direkter Führung die Gruppe die Vorbereitung auf den von HAAGE geplanten terroristischen Anschlag wieder aufnahm.

Die Vorbereitung des terroristischen Anschlages ist durch die Verhaftung der Teilnehmer der Gruppe abgebrochen worden.

Der Fall wird zur Verhandlung an das Militärkollegium des Obersten Gerichtes der UdSSR auf der Grundlage des Gesetzes vom 1. Dezember 1934⁷ übergeben.

*Es wäre notwendig, MINICH, Boris, MINICH, Konstantin, und SERGEEV zur Höchststrafe zu verurteilen.*⁸

VOLKSKOMMISSAR FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN DER UdSSR
GENERALKOMMISSAR FÜR STAATSSICHERHEIT

JAGODA

Auf dem ersten Blatt befindet sich der Vermerk I.V. Stalins mit blauem Farbstift: an

Gen. Molotov. Man kann sich mit 8 Jahren Haft begnügen. I. Stalin.⁹

Eigenhändige Unterschrift V.M. Molotovs mit blauem Farbstift.

Vermerk von A.N. Poskrebyšev mit rotem Farbstift: von Gen. Jagoda.

Stempel: Protokoll P.B. Nr. 37 p. 224 vom 5.III.36.

Auf Kopfbogen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten der UdSSR geschrieben.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 557, l. 171–176. Original.

Nr. 401

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 4

3. März 1936

Nr. 3564/L

AN DEN

GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Kopien an: Gen. Molotov

Gen. Vorosilov

Gen. Kaganovič

Gen. Ordžonikidze

Ich erhielt den Beschluss des ZK vom 28. Februar, der den Titel trägt: „Über Maßnahmen zum Schutz der UdSSR vor dem Eindringen von Spionen, Terroristen

⁷ Auf der Grundlage des Gesetzes vom 1.12.1934 wurde für alle Straftaten, die terroristische Organisationen und deren Handlungen betrafen, ein Schnellverfahren ohne Recht auf Berufung des ergangenen Urteils eingeführt. Vgl. Izvestija vom 4. Dezember 1934, S. 1; Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution, Dok. 72, S. 196.

⁸ Der Text ist unterstrichen und zweimal am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

⁹ Das Politbüro des ZK der VKP (B) folgte der Entscheidung Stalins und fasste am 5.3. den entsprechenden Beschluss (Protokoll Nr. 37, Pkt. 224). Vgl. RGASPI, f. 17, op. 166, d. 557, l. 170.

und Diversanten.“¹ Kraft dieses Beschlusses wird den Bevollmächtigten Vertretungen kategorisch verboten, ohne die Genehmigung des Zentrums Visa jeglicher Art auszustellen.

Ich weiß nicht, auf wessen Initiative diese Frage jetzt vor dem ZK aufgeworfen und aufgrund welcher Motive der oben erwähnte Beschluss gefasst worden ist. Das NKID ist zu dieser Frage nicht einmal befragt worden. Indes ist genau die gleiche Frage im Herbst vergangenen Jahres in zwischenbehördlichen Beratungen erörtert worden und nach eingehender Prüfung ist am 15. September der Beschluss gefasst worden, der die Rechte der Bevollmächtigten Vertretungen bei der Ausgabe von Visa vor Ort einschränkt, ihnen jedoch die Möglichkeit belässt, solche Visa Diplomaten und Konsuln, dem Dienstpersonal der Botschaften und Missionen, die zum Dienstort zurückkehren, deren Familienmitgliedern, diplomatischen Kurieren und einigen anderen Kategorien von Ausländern auszustellen.

Das kategorische Verbot der Visumsausstellung ohne Anfrage beim Zentrum widerspricht den internationalen Gepflogenheiten und der Courtoisie. Die Verweigerung der unverzüglichen Visumsausstellung für Ausländer, die eine hohe Dienststellung bekleiden, oder für Diplomaten, die zu ihrem Dienstort zurückkehren, für diplomatische Kuriere usw. wird oftmals als eine Beleidigung aufgefasst und von keinem einzigen Land praktiziert.

Die Umsetzung des neuen Beschlusses führt dazu, dass die Botschaften und Missionen in Moskau beginnen werden, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit uns gegenüber genau die gleiche Praxis anzuwenden, was uns zwangsläufig in vielen Fällen in eine schwierige Lage versetzen würde. Aus politischen Gründen und aus Gründen der Sicherheit bemühe ich mich gewöhnlich erst am Tag der Abreise um das Visum. Oft wird der Beschluss über meine Reise ein bis zwei Tage vor dem Abreisetermin gefasst. Anfragen an das Zentrum führen unausweichlich zu Verzögerungen. Die Vertreter von Narkomvneštorg und Wirtschaftsorganen müssen manchmal auch eilig ins Ausland reisen. Das gleiche trifft auch auf kranke Genossen zu.

Ich verstehe vollkommen die Notwendigkeit strenger Maßnahmen, um das Eindringen von Spionen und terroristischen Elementen in die UdSSR zu verhindern. Ich verstehe, dass eine äußerste Wachsamkeit sogar gegenüber der Zulassung für Ausländer auf Ersuchen von MOPR und der Kommunistischen Parteien notwendig ist, jedoch steht das in keinerlei Beziehung zu den Kategorien von Ausländern, für die früher Ausnahmen gemacht worden sind.

Ich bitte zu erklären, dass der Beschluss vom 28. Februar nicht diejenigen Ausnahmen, die durch Beschluss des SNK und des ZK vom 15. September 1935² festgelegt worden sind, außer Kraft setzt.

LITVINOV

¹ Vgl. Lubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD, Dok. 571, S. 738–741.

² Vgl. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 15.9.1935 „Zum Aufenthalt und zur Bewegungsmöglichkeit von Ausländern in der UdSSR“ (Protokoll Nr. 33, Pkt. 153). In: RGASPI, f. 17, op. 3, d. 971, l. 40.

BESCHLUSSVORLAGE

Dem NKID ist zu erklären, dass der Beschluss vom 28. Februar nicht die Ausnahmen für die Erteilung von Visa vor Ort außer Kraft setzt, die mit Beschluss von SNK und ZK vom 15. September zugelassen sind.³

Vermerk K.E. Vorošilovs mit blauem Farbstift: K.V.

Am Ende des Dokuments befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 470 vom 3.3.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 10 Expl. [Die Exemplare] 1–6 an die Adressaten, das 7. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 8. an Gen. Stomonjakov, das 9. an Gen. Litvinov, das 10. ins Archiv.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 882, l. 24–25. Kopie.

Nr. 402

**Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Gnedin mit Graf zu Reventlow**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 3. März 1936

Tagebuch

Gnedins

Nr. 95/s¹

Unterredung mit Graf Reventlow, 2. März

Unter Beibehaltung der Taktik, die ich beim ersten Treffen mit Reventlow² verfolgt hatte, legte ich ihm die Gründe dar, die davon zeugen, dass die deutsche Politik, alle kollektiven Verhandlungen abzulehnen, nicht nur zur Selbstisolierung führe, sondern Deutschland in eine außenpolitische Sackgasse geraten ließ. Reventlow bestritt nicht, dass sich Deutschland in der Isolierung befinde, verwies jedoch recht fatalistisch darauf, dass eine solche Situation schwerlich zu vermeiden gewesen wäre. Er meint, dass die neue Entente entweder bereits geschaffen worden sei oder unweigerlich geschaffen werde.

Als ich darüber sprach, dass die Sowjetunion **³ nicht wünsche, alle Kontakte zwischen Moskau und Berlin zu kappen, fragte mich Reventlow, was wir denn

³ Am 5.3.1936 teilte Ežov Litvinov telefonisch mit, dass „der neue Beschluss des ZK bezüglich der Visa vor Ort in keiner Weise den früheren Beschluss des ZK aufhebt, der Ausnahmen vom Verbot der Visaerteilung zulässt. Der neue Beschluss bezieht sich nur auf MOPR-Leute usw.“. Im Zusammenhang damit machte Litvinov am 7.3. Krestinskij, Stomonjakov und Šachov auf das Erfordernis aufmerksam, den Bevollmächtigten Vertretungen und Konsulaten zu bestätigen, dass „die frühere Regelung bezüglich der Unzulässigkeit, auf Ersuchen der Kommunistischen Parteien, der MOPR, der Gewerkschaften und einzelner ausländischer Genossen vor Ort Visa zu erteilen“, in Kraft bleibt. In: AVP RF, f. 05, op. 16, p. 114, d. 1, l. 69.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Am 3.11.1935, vgl. Dok. 282.

³ Das an dieser Stelle stehende Wort „durchaus“ ist mit Tinte durchgestrichen.

eigentlich vorschlagen könnten und was überhaupt zu machen wäre. Ich sagte, die Initiative müsse von Deutschland ausgehen und die deutsche Diplomatie endlich eine Aktivität nicht in negativer, sondern in positiver Richtung an den Tag legen; sie müsse sich an den Verhandlungen beteiligen, zu denen sie mehrfach im Rahmen eines Ostpakt usw. eingeladen worden sei. Zur Illustration des Moskauer Standpunktes führte ich die Erklärung in dem dem französisch-sowjetischen Pakt gewidmeten Leitartikel der „Izvestija“ an, wonach die vernünftigen Wünsche Deutschlands befriedigt werden sollten⁴, und ich erzählte Reventlow von der Polemik der „Izvestija“ mit seinem Artikel⁵ und den Artikeln von Scheffer⁶ und Kircher⁷.

Reventlow bemerkte dazu, dass er den Artikel Radeks⁸ dahingehend verstanden hätte, dass dieser ihn auffordere, sich darüber zu äußern, ob man zur Bismarckschen Politik gegenüber Russland zurückkehren müsse oder nicht. Da er, Reventlow, angesichts der gegenwärtigen Bedingungen nicht in der Lage sei, öffentlich auf diese Frage zu antworten, habe er auf eine Antwort an Radek gänzlich verzichtet.

Es ist interessant, dass Reventlow, als er über die antisowjetische Politik Hitlers sprach, in einem bedeutend geringeren Maße als beim vorhergehenden Gespräch die „Gefahr der Komintern“ im internationalen Maßstab betonte und sich vielmehr den innenpolitischen Überlegungen zuwandte, die eine Annäherung des jetzigen Deutschland an die UdSSR unmöglich machen würden. Als ich bemerkte, dass die französische Regierung es vermocht hätte, die Kominternfrage trotz der deutlichen Zunahme der kommunistischen Bewegung in Frankreich auszuschalten, während die deutsche Regierung es ablehne, dies zu tun, obgleich sie auch beteuere, dass die kommunistische Gefahr in Deutschland überwunden sei, sagte Reventlow: „Die Frage der kommunistischen Gefahr steht in Frankreich und in Deutschland gleichermaßen, das ist nur eine Frage der Intensität.“ Mit anderen Worten, Reventlow verneinte nicht, im Unterschied zum vorangegangenen Gespräch, dass die Gefahr für das Regime von links zunehme.

Zugleich sagte Reventlow, wiederum im Unterschied zu dem vorangegangenen Gespräch, dass die deutschen Wirtschaftskreise heute sehr aktiv für eine Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR eintreten würden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Reventlow nach wie vor pessimistisch gestimmt ist, jedoch keinen Weg für eine Veränderung der für Deutschland unheilvollen antisowjetischen Außenpolitik sieht.

Wir vereinbarten, uns weiterhin zum Zwecke gegenseitiger Information zu treffen.

E. Gnedin

⁴ Vgl. „Ratifikacija franko-sovetskogo dogovora francuzskoj Palatoj deputatov“ (Die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Vertrages durch die französische Abgeordnetenversammlung). In: Izvestija vom 28. März 1936, S. 1.

⁵ Vgl. Viator [d.i. Radek]: „Kogda grafu Ėrnestu Reventlovu ne spitsja“ (Wenn Graf Ernst Reventlow nicht schläft). In: Izvestija vom 14. Januar 1936, S. 1.

⁶ K. R[adek]: „Znamenie na nebesi“ (Zeichen am Himmel). In: Izvestija vom 22. Februar 1936, S. 1.

⁷ K. Radek: „Bor'ba za kollektivnuju bezopasnost'“ (Der Kampf um die kollektive Sicherheit). In: Izvestija vom 18. Februar 1936, S. 2.

⁸ Vgl. Anm. 5.

Vermerk mit blauem Farbstift: MM.⁹

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 854 vom 7.3.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl. [Die Exemplare] 1–4 an Gen. Litvinov, 5–6 an Gen. Krestinskij, das 7. [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 61–61R. Original.

Nr. 403

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Geheim

4. März [1936]

4136

An den
Bevollmächtigten Vertreter
der UdSSR in Deutschland
Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

am 4. Februar schrieb ich Ihnen, dass sich das NKVD aus prinzipiellen Erwägungen gegen eine Reise von Bischof Malmgren ins Ausland ausspricht, ihm ^{**aber**}1 keinerlei Unannehmlichkeiten und Repressionen drohen.²

Sie haben mir darauf nichts geantwortet. Muss ich Ihr Schweigen in dem Sinne verstehen, dass sich die Freunde Malmgrens mit Ihrer Information zufriedengeben, dass es für ihn keine unangenehmen Perspektiven gäbe, und Ihnen die Frage, ihm die Ausreise ins Ausland zu genehmigen, nicht mehr gestellt wurde? Wenn dies nicht der Fall sein sollte und Sie es dennoch für nützlich erachten würden, zwecks Festigung Ihrer Geschäftskontakte für Malmgren eine Ausreisegenehmigung zu erwirken, könnte ich diese Frage noch einmal zur Sprache bringen, wobei ein Erfolg bei etwas Druck von unserer Seite nicht ausgeschlossen ist. Maksim Maksimovič³ meint, dass man auch einen anderen Weg gehen könne, und zwar, den Deutschen vorzuschlagen, im Tausch gegen die Ausreisegenehmigung Malmgrens nach Deutschland die Ausreise für einen aus dem Kreis der uns interessierenden deutschen Bürger in die UdSSR zu genehmigen. Bei einer positiven Antwort der Deutschen würde der unangenehme Beigeschmack für uns wegfallen, den eine einseitige Ausreise eines sowjetischen Staatsbürgers nach Deutschland auf Bitte der Deutschen hätte. Wenn die Deutschen das aber ablehnen sollten, so wäre unsere Malmgren betreffende Ablehnung sehr gut begründet und die Verantwortung dafür

⁹ Litvinov.

¹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

² Vgl. Dok. 379.

³ Litvinov.

würde in den Augen der deutschen Freunde Malmgrens nicht bei uns, sondern bei der deutschen Regierung liegen. ****Hätten****⁴ Sie einen Deutschen im Auge, der in die UdSSR übersiedeln würde und für uns wünschenswert wäre, den die Deutschen aber nicht aus Deutschland herauslassen würden? Natürlich ist in diesem Zusammenhang nicht an den Gen. Thälmann zu denken, es sollte sich jedoch nicht um solche für uns uninteressanten Objekte wie ehemalige Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung oder der Handelsvertretung bzw. um ähnliche Leute handeln. Es ist eine recht bekannte und interessante Persönlichkeit ausfindig zu machen.

Teilen Sie mir Ihren Vorschlag mit, ohne aber zu diesem Thema mit den Deutschen zu sprechen, weil es sehr leicht möglich sein könnte, dass der eine oder andere von Ihnen genannte Genosse hier als unerwünscht angesehen werden könnte.

Mit kameradschaftlichen Gruß

N. Krestinskij

*Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: an Gen. Levin. 5.III.36. Š[tern].
Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 560 vom 5.3.1936.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und Verteiler vermerkt: 4 E[xemplare]. Kopien an: Gen. Litvinov, die 2. West[abteilung].*

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 22–21. Kopie.

Nr. 404

**Chiffretelegramm des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c
an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki**

Ganz geheim

Sofort

5. März 1936

KANDELAKI – BERLIN

Ihre 1910¹

Erstens – Sie können, falls absolut nötig, die von Ihnen mitgeteilte Formulierung annehmen, die den Punkt über unsere Verpflichtung ersetzt, für die Summe des Erlöses in Deutschland Aufträge zu vergeben. In diesem Fall vereinbaren Sie mit den Deutschen ausdrücklich, dass das Abkommen über die Umsätze für das Jahr 1936 weder direkt noch in Form von Zeitungsmeldungen einer Veröffentlichung unterliegt. Berufen Sie sich in den Gesprächen mit den Deutschen in dieser Angelegenheit darauf, dass für uns die Veröffentlichung des Abkommens mit Deutschland, das im Grunde genommen eine Netto-Bilanz bei den Export- und Im-

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

¹ Vgl. Kandelakis Telegramm an Rozengol'c vom 4.3.1936. In: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 115, S. 175.

portzahlungen vorsieht, unerwünscht ist. Der Text des offiziellen Kommuniqués zum Abkommen für 1936 muss mit uns abgestimmt werden. Das Kommuniqué sollte möglichst knapp gehalten sein.

Zweitens – ich bin einverstanden, unser Recht auf Reexport von Waren aus dem Iran nach Deutschland aus dem Abkommen zu streichen.

Drittens – Ihre Vereinbarung mit Deutschland über die Steuern sieht vor, dass die Handelsvertretung die Steuern in Mark zahlt. Wir werden die Steuern nicht in Devisen zahlen. Sie können den Deutschen erklären, dass wir, falls wir nicht das Recht erhalten, die Steuern in Mark zu zahlen, überhaupt keine Steuern an die Deutschen entrichten werden. Sie können diese Erklärung den Deutschen nach Ihrem Ermessen abgeben, entweder bei der Unterzeichnung des Abkommens oder danach, bei dem nächsten Zahlungstermin für die Steuern.

Viertens – ich bin einverstanden, die Ausgaben für den Unterhalt der Handelsvertretung, der Bevollmächtigten Vertretung und anderer administrativer und wirtschaftlicher Ausgaben in den Artikeln, in denen die Verwendung der Markelerlöse aus unserem Export geregelt wird, unter der Bedingung nicht zu erwähnen, wenn Sie es auf sich nehmen, die Bezahlung aller Ausgaben der Handelsvertretung und der Bevollmächtigten Vertretung im Rahmen der Bankenkredite sicherzustellen. Ich lege Ihnen jedoch nahe, noch einmal zu versuchen, sich mit den Deutschen in diesem Punkt zu verständigen. Weisen Sie die Deutschen darauf hin, dass ausnahmslos alle Länder, die Handels- und Zahlungsabkommen mit Deutschland haben, ihre Handels- und Verwaltungsausgaben in Deutschland ohne jegliche Schwierigkeiten in Mark bezahlen. Weisen Sie sie auch darauf hin, dass die Ausgliederung der Ausgaben für den Unterhalt unseres Apparates aus den übrigen Handelsausgaben auch uns dazu zwingt, die Einzahlung der Summen auf unsere Markkonten in Deutschland nicht zuzulassen, die für die Bezahlung der Ausgaben für den Unterhalt der deutschen Firmenvertreter in Moskau vorgesehen sind.

A. Rozengol'c

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 79, S. 139.

Nr. 405

Auszug aus der Rede des Reichskanzlers Hitler vor dem Reichstag

[7. März 1936]

[...]

Die deutsche Frage lag nun darin, dass dieses Volk z. B. noch im Jahre 1935 für eine Schuld, die es nie begangen hat, eine Minderberechtigung tragen sollte, die für ein ehrliebendes Volk unerträglich, für ein fleißiges Volk leidvoll und für ein intelligentes Volk empörend ist. Die deutsche Frage besteht weiter darin, dass man durch ein System unvernünftiger Handlungen, Maßnahmen, hasserfüllter Verhetzungen sich bemüht, den an sich schon sehr schweren Kampf um die Lebensbehauptung noch mehr zu erschweren, und nicht nur künstlich, sondern widernatürlich und unsinnig zu erschweren.

Denn es hat von dieser Erschwerung der deutschen Lebenshaltung die übrige Welt nicht den geringsten Vorteil. Auf den deutschen Menschen trifft pro Kopf der Bevölkerung achtzehnmal weniger Grund als z.B. auf einen Russen. Es ist verständlich, wie schwer allein dadurch der Lebenskampf um das tägliche Brot sein muss und es auch ist. Ohne die Tüchtigkeit und den Fleiß des deutschen Bauern und die organisatorische Fähigkeit des deutschen Volkes wäre eine Lebensführung für diese 67 Millionen kaum denkbar. Was aber soll man nun von der geistigen Einfalt jener halten, die diese Schwierigkeiten vielleicht sogar erkennen und sich dennoch kindlich in Presseartikeln, Publikationen und Vorträgen über unser Elend freuen, ja geradezu triumphierend jedem Anzeichen dieser unserer inneren Not nachspüren, um sie der anderen Welt mitteilen zu können? Sie würden anscheinend glücklich sein, wenn diese Not bei uns noch viel größer wäre, wenn es uns nicht gelänge, durch Fleiß und Intelligenz sie immer wieder erträglich zu machen.

Sie haben keine Ahnung davon, dass die deutsche Frage ein ganz anderes Gesicht bekommen würde, wenn erst einmal die Fähigkeiten und der Fleiß dieser Millionen erlahmen und damit nicht nur das Elend, sondern auch die politische Unvernunft ihren Einzug halten würden.

Und dies ist eine der deutschen Fragen, und die Welt kann nur interessiert sein daran, dass diese Frage der Sicherung der deutschen Lebenshaltung von Jahr zu Jahr erfolgreich gelöst werden kann, genau so wie ich wünsche, dass auch das deutsche Volk die in seinem eigensten Interesse liegende glückliche Lösung dieser Lebensfragen bei anderen Völkern begreift und würdigt.

Die Meisterung dieser deutschen Frage ist aber zunächst eine Angelegenheit des deutschen Volkes selbst und braucht die übrige Welt überhaupt nicht zu interessieren.

Sie berührt die Interessen anderer Völker nur insofern, als das deutsche Volk bei der Lösung dieser Frage gezwungen ist, wirtschaftlich als Käufer und Verkäufer auch mit den anderen Völkern Verbindungen aufzunehmen.

Und hier würde es wieder nur im Interesse dieser anderen Welt liegen, diese Frage zu verstehen, d. h. zu begreifen, dass der Schrei nach Brot bei einem 40-, 50- oder 60-Millionen-Volk nicht eine ausgekochte Boshaftigkeit des Regimes oder bestimmter Regierungen ist, sondern eine natürliche Äußerung des Dranges zur Lebensbehauptung, und dass satte Völker vernünftiger sind als hungrige und dass nicht nur die eigenen Regierungen interessiert sein sollen an einer ausreichenden Ernährung ihrer Bürger, sondern ebenso auch die umliegenden Staaten und Völker, und dass daher die Ermöglichung einer solchen Lebensbehauptung im höchsten Sinne des Wortes im Interesse aller liegt. Es blieb der Vorkriegszeit vorbehalten, die gegenteilige Auffassung zu finden und selbst als Kriegszustand zu proklamieren, nämlich die Meinung, dass ein Teil der europäischen Völkerfamilie um so besser fahren würde, je schlechter es einem anderen ginge.

Das deutsche Volk braucht keine besonderen Beihilfen zu seiner Lebensbehauptung. Es will nur keine schlechteren Chancen besitzen, als sie auch anderen Völkern gegeben sind. Dies aber ist die eine deutsche Frage.

Und die zweite deutsche Frage ist folgende: Weil infolge der außerordentlich unglücklichen allgemeinen Verhältnisse und Voraussetzungen der wirtschaftliche Lebenskampf des deutschen Volkes sehr schwer ist, die Intelligenz, der Fleiß und

damit der natürliche Lebensstandard aber sehr hoch sind, ist eine außerordentliche Anspannung aller Kräfte notwendig, um diese erste deutsche Frage zu meistern. Es kann dies aber überhaupt nur gelingen, wenn dieses Volk auch nach außen hin das Gefühl der politischen Sicherheit besitzt.

Es ist unmöglich, ein Volk von Ehrgefühl und von Tapferkeit in der Welt auf die Dauer als Heloten halten oder gar leiten zu können.

Es gibt keine bessere Bestätigung für die angeborene Friedensliebe des deutschen Volkes als die Tatsache, dass es sich trotz seiner Fähigkeit und trotz seiner Tapferkeit, die wohl auch von den Gegnern nicht bestritten werden können, sowie trotz seiner großen Volkszahl nur einen so bescheidenen Anteil an Lebensraum und an den Lebensgütern der Welt gesichert hat. Allein gerade diese immer mehr nach innen gewandte Art des deutschen Wesens verträgt es nicht, in unwürdiger Weise entrechtet oder misshandelt zu werden.

Indem der unselige Friedensvertrag von Versailles die geschichtlich geradezu einzige Verewigung eines Kriegsausganges nach der moralischen Seite hin festlegen wollte, hat er jene deutsche Frage geschaffen, die ungelöst eine kritische Belastung Europas und gelöst eine Befreiung Europas darstellt.

Und ich habe mir nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Jahre 1919 vorgenommen, diese Frage einmal zu lösen. Nicht, weil ich Frankreich oder irgendeinem anderen Staat etwas zuleide tun will, sondern weil das deutsche Volk auf die Dauer das ihm zugefügte Leid nicht tragen kann, nicht tragen soll und nicht tragen will!

Im Jahre 1932 stand Deutschland am Rande des bolschewistischen Zusammenbruchs. Was schon dieses Chaos in einem großen Staat für Europa bedeutet haben würde, werden ja vielleicht einzelne europäische Staatsmänner in der Zukunft an anderen Orten noch Gelegenheit erhalten, zu studieren. Ich habe aber jedenfalls die Überwindung dieser äußerlich gerade wirtschaftlich am sichtbarsten in Erscheinung tretenden Krise des deutschen Volkes nur erreicht durch die Mobilisierung der allgemeinen sittlichen und moralischen Werte der deutschen Nation. Der Mann, der Deutschland vom Bolschewismus retten wollte, der musste die Frage der deutschen Gleichberechtigung zur Entscheidung und damit zur Lösung bringen. Nicht, um anderen Völkern ein Leid zuzufügen, sondern im Gegenteil, um ihnen durch die Verhinderung des Hereinbrechens eines im letzten Ausmaß für Europa gar nicht vorstellbaren Ruins vielleicht sogar noch ein großes Leid zu ersparen.

[...]

Wenn mir aber heute von Seiten meiner internationalen Gegner aus vorgehalten wird, dass ich doch diese Zusammenarbeit mit Russland ablehne, so muss ich demgegenüber Folgendes erklären:

Ich lehne und lehnte diese Zusammenarbeit nicht ab mit Russland, sondern mit dem auf die Herrschaft der Welt Anspruch erhebenden Bolschewismus.

Ich bin Deutscher, ich liebe mein Volk und hänge an ihm. Ich weiß, dass es nur dann glücklich sein kann, wenn ihm das Leben nach seinem Wesen und seiner Art möglich ist. Ich will nicht, dass über das deutsche Volk, das nicht nur weinen, sondern auch durch sein ganzes Leben hindurch immer herzlich lachen konnte, das Grauen der kommunistischen internationalen Hassdiktatur gesenkt wird. Ich zittere für Europa bei dem Gedanken, was aus unserem alten menschenüberfüllten

Kontinent werden soll, wenn durch das Hereinbrechen dieser destruktiven und alle bisherigen Werte umstürzenden asiatischen Weltauffassung das Chaos der bolschewistischen Revolution erfolgreich sein würde. Ich bin vielleicht für viele europäische Staatsmänner ein phantastischer, jedenfalls aber unbequemer Warner. Dass ich aber in den Augen der bolschewistisch-internationalen Weltunterdrücker als einer der größten Feinde gelte, ist für mich nur eine große Ehre und eine Rechtfertigung meines Handelns vor der Nachwelt.

Ich kann nicht verhindern, dass andere Staaten ihren Weg gehen, den sie nun einmal glauben gehen zu müssen oder wenigstens gehen zu können, aber ich werde es verhindern, dass auch Deutschland diesen Weg in das Verderben antritt. Und ich glaube, dass dieses Verderben in dem Augenblick seinen Einzug halten würde, in dem die Staatsführung sich selbst zum Verbündeten einer solchen destruktiven Lehre hergeben wollte. Ich sehe keine Möglichkeit, dem deutschen Arbeiter die mich so tief bewegende Gefahr des Unglücks eines bolschewistischen Chaos in Deutschland klarzumachen, wenn ich selbst als Führer der Nation mich in enge Beziehungen zu dieser Gefahr bringen wollte. Ich will auch hier als Staatsmann und Führer des Volkes alles das tun, was ich vom einzelnen Volksgenossen erwarte und verlange. Ich glaube nicht, dass die engere Berührung mit einer Weltanschauung, die für ein Volk verderblich ist, für Staatsmänner nützlich sein kann.

Wir haben in der deutschen Geschichte der letzten 20 Jahre ja Gelegenheit gehabt, Erfahrungen auf diesem Gebiete zu sammeln. Die erste Fühlung mit dem Bolschewismus im Jahre 1917 brachte ein Jahr später uns selbst die Revolution. Die zweite Berührung mit ihm genügte, um in wenigen Jahren Deutschland knapp an den Rand des kommunistischen Zusammenbruchs zu bringen. Ich habe diese Beziehungen gelöst und damit Deutschland vor diesem Verderben zurückgerissen.

Nichts wird mich bewegen können, einen anderen Weg zu gehen als den, den mir Erfahrung, Einsicht und Voraussicht vorschreiben.

Und ich weiß, dass diese Überzeugung tiefstes Gedanken- und Ideengut der ganzen nationalsozialistischen Bewegung geworden ist. Mit zäher Beharrlichkeit werden wir die sozialen Probleme und Spannungen in unserem Volk auf dem Wege einer fortgesetzten Evolution lösen und damit uns des Segens einer ruhigen Entwicklung versichern, die allen unseren Volksgenossen zugutekommt. Und was dabei an immer neuen Aufgaben an uns herantritt, erfüllt uns mit der Freude desjenigen, der ohne Arbeit und damit ohne Aufgaben nicht zu leben vermag.

Wenn ich diese grundsätzliche Einstellung auf die europäische allgemeine Politik übertrage, dann ergibt sich daraus für mich die Unterscheidung Europas in zwei Hälften, in jene Hälfte: die sich aus selbständigen und unabhängigen Nationalstaaten aufbaut, aus Völkern, mit denen wir tausendfältig durch Geschichte und Kultur verbunden sind und mit denen wir in alle Zukunft genauso wie mit den freien und selbständigen Nationen der außereuropäischen Kontinente verbunden bleiben wollen; und in eine andere Hälfte: die von jener unduldsamen und einen allgemeinen internationalen Herrschaftsanspruch erhebenden bolschewistischen Lehre regiert wird, die selbst den ewigen und uns heiligen Dies- und Jenseitswerten die Vernichtung predigt, um eine andere, uns in Kultur, Aussehen und Inhalt abscheulich vorkommende Welt aufzubauen. Mit ihr wollen wir außer den gebe-

nen politischen und wirtschaftlichen internationalen Beziehungen in keine sonstige innigere Berührung kommen.

[...]

Sowjetrussland aber ist der staatlich organisierte Exponent einer revolutionären Weltanschauung. Seine Staatsauffassung ist das Glaubensbekenntnis zur Weltrevolution. Es ist nicht feststellbar, ob nicht morgen oder übermorgen auch in Frankreich diese Weltanschauung erfolgreich sein wird. Sollte aber dieser Fall eintreten – und als deutscher Staatsmann muß ich auch damit rechnen – dann ist es sicher, dass dieser neue bolschewistische Staat eine Sektion der bolschewistischen Internationale sein würde, d.h. die Entscheidung über Angriff oder Nichtangriff wird dann nicht von zwei verschiedenen Staaten nach deren objektivem eigenem Ermessen getroffen, sondern von einer Stelle aus direktiv geleitet. Diese Stelle aber würde im Falle dieser Entwicklung nicht mehr Paris, sondern Moskau sein.

So wenig Deutschland in der Lage ist, schon aus rein territorialen Gründen Russland anzugreifen, so sehr wäre Russland jederzeit in der Lage, über den Umweg seiner vorgeschobenen Positionen einen Konflikt mit Deutschland herbeizuführen. Die Feststellung des Angreifers wäre dann, weil unabhängig von der Bestimmung des Völkerbundsrates, wohl von vornherein gewiss. Die Behauptung oder der Einwand, dass Frankreich und Russland nichts tun würden, was sie eventuellen Sanktionen aussetzen könnte – und zwar von seiten Englands oder Italiens – ist belanglos, weil es nicht zu ermitteln ist, welcher Art wirksame Sanktionen gegen eine so überwältigende weltanschaulich und militärisch einige Konstruktion überhaupt sein könnten.

Wir haben jahrelang vor dieser Entwicklung besorgt gewarnt, nicht nur weil wir sie mehr zu fürchten haben als andere, sondern weil sie eines Tages von furchtbaren Folgen für ganz Europa begleitet sein kann, wenn man diese unsere ernstesten Bedenken abzutun versucht mit dem Hinweis auf die Unfertigkeit des russischen Kriegsinstruments, ja auf seine Schwerfälligkeit und Unverwendbarkeit in einem europäischen Krieg. Wir haben diese Auffassung immer bekämpft, nicht weil wir irgendwie der Überzeugung sind, dass der Deutsche an sich unterlegen wäre, sondern weil wir alle wissen, dass auch der Zahl ihr besonderes Gewicht zukommt. Wir sind aber um so mehr dankbar über die Aufklärung, die gerade in der französischen Kammer von Herrn Herriot über die aggressive-militärische Bedeutung Russlands gegeben worden sind. Wir wissen, dass diese Darlegungen Herrn Herriots von der Sowjetregierung selbst gegeben worden sind, und sind überzeugt, dass diese nicht den geistigen Inspirator des neuen Bündnisses in Frankreich mit falschen Aufklärungen gedient haben kann, ebenso wie wir nicht zweifeln an der wahren Wiedergabe dieser Informationen durch Herrn Herriot. Nach diesen Informationen aber steht fest, dass die russische Armee eine Friedensstärke von 1.350.000 Mann besitzt, dass sie zweitens 17½ Millionen Mann Kriegsstärke und Reserven umfaßt, dass sie drittens mit der größten Tankwaffe ausgestattet ist und viertens über die größte Luftwaffe der Welt verfügt.

Die Heranziehung dieses gewaltigen militärischen Faktors, der auch in seiner Beweglichkeit und in seiner Führung als ausgezeichnet und jederzeit einsatzbereit geschildert wurde, in das mitteleuropäische Spielfeld zerstört jedes wirkliche europäische Gleichgewicht. Es verhindert außerdem jede mögliche Abschätzung der

erforderlichen Verteidigungsmittel zu Lande und in der Luft für die davon betroffenen europäischen Staaten und insbesondere für das allein als Gegner in Aussicht genommene Deutschland.

Diese Riesenmobilmachung des Ostens gegen Mitteleuropa steht aber nicht nur buchstabenmäßig, sondern vor allem auch dem Sinne nach im Gegensatz zu dem Geiste des Locarno-Paktes.

[...]

Ich habe mich daher weiter bemüht, in konkreten Vorschlägen der Empfindung des deutschen Volkes Ausdruck zu geben, das um seine Sicherheit besorgt, für seine Freiheit zu jedem Opfer bereit, zu einer wirklichen aufrichtigen und gleichbewerteten europäischen Zusammenarbeit aber jederzeit gewillt ist. Nach schwerem, innerem Ringen habe ich mich daher namens der deutschen Reichsregierung entschlossen, heute der französischen Regierung und den übrigen Signatarmächten des Locarno-Paktes folgendes Memorandum überreichen zu lassen:

[...]¹

Die letzten Debatten und Beschlüsse des französischen Parlaments haben erwiesen, dass Frankreich trotz der deutschen Vorstellungen entschlossen ist, den Pakt mit der Sowjet-Union endgültig in Kraft zu setzen, ja, eine diplomatische Unterredung hat ergeben, dass sich Frankreich schon jetzt an die von ihm geleistete Unterzeichnung dieses Paktes vom 2. Mai 1935 als gebunden ansieht. Gegenüber einer solchen Entwicklung der europäischen Politik kann aber die deutsche Reichsregierung, will sie nicht die ihr pflichtgemäß anvertrauten Interessen des deutschen Volkes verwahrlosen lassen oder preisgeben, nicht untätig bleiben.

Die deutsche Regierung hat bei den Verhandlungen der letzten Jahre stets betont, alle sich aus dem Rheinpakt ergebenden Verpflichtungen so lange zu halten und erfüllen zu wollen, als die anderen Vertragspartner auch ihrerseits bereit sind, zu diesem Pakte zu stehen. Diese selbstverständliche Voraussetzung kann jetzt als von seiten Frankreichs nicht mehr erfüllt angesehen werden. Frankreich hat die ihm von Deutschland immer wieder gemachten freundschaftlichen Angebot und friedlichen Versicherungen unter Verletzung des Rheinpaktes mit einem ausschließlich gegen Deutschland gerichteten militärischen Bündnis mit der Sowjet-Union beantwortet.

Damit hat der Rheinpakt von Locarno aber seinen inneren Sinn verloren und praktisch aufgehört zu existieren. Deutschland sieht sich daher auch seinerseits nicht mehr als an diesen erloschenen Pakt gebunden an. Die deutsche Regierung ist nunmehr gezwungen, der durch dieses Bündnis neugeschaffenen Lage zu begegnen, einer Lage, die dadurch verschärft wird, dass der französisch-sowjetische Vertrag seine Ergänzung in einem genau parallel gestalteten Bündnis-Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjet-Union gefunden hat. Im Interesse des primitiven Rechts eines Volkes auf Sicherung seiner Grenzen und zur Wahrung seiner Verteidigungsmöglichkeiten hat daher die deutsche Reichsregierung mit dem heu-

¹ Das Memorandum ist auch abgedruckt in ADAP, Ser. C, Bd.V/1, Dok. 3, Anlage, S. 14-17. Hier wird nur der zweite Teil veröffentlicht, in dem Hitler in sieben Punkten seine Vorschläge zur europäischen Friedenssicherung auflistet.

teigen Tage die volle und uneingeschränkte Souveränität des Reiches in der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes wieder hergestellt.

Um aber jeder Missdeutung ihrer Absichten vorzubeugen und den rein defensiven Charakter dieser Maßnahmen außer Zweifel zu stellen sowohl als ihrer ewig gleichbleibenden Sehnsucht nach einer wirklichen Befriedung Europas zwischen gleichberechtigten und gleichgeachteten Staaten Ausdruck zu verleihen, erklärt sich die deutsche Reichsregierung bereit, auf der Grundlage der nachstehenden Vorschläge neue Vereinbarungen für die Aufrichtung eines Systems der europäischen Friedenssicherung zu treffen:

1. Die deutsche Reichsregierung erklärt sich bereit, mit Frankreich und Belgien über die Bildung einer beiderseitigen entmilitarisierten Zone sofort in Verhandlungen einzutreten und einen solchen Vorschlag in jeder Tiefe und Auswirkung unter der Voraussetzung der vollkommenen Parität von vornherein ihre Zustimmung zu geben.

2. Die deutsche Reichsregierung schlägt vor, zum Zwecke der Sicherung der Unversehrtheit und Unverletzbarkeit der Grenzen im Westen einen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien abzuschließen, dessen Dauer sie bereit ist, auf 25 Jahre zu fixieren.

3. Die deutsche Reichsregierung wünscht England und Italien einzuladen, als Garantiemächte diesen Vertrag zu unterzeichnen.

4. Die deutsche Reichsregierung ist einverstanden, falls die Kgl. Niederländische Regierung es wünscht und die anderen Vertragspartner es für angebracht halten, die Niederlande in dieses Vertragssystem einzubeziehen.

5. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, zur weiteren Verstärkung dieser Sicherheitsabmachung zwischen den Westmächten einen Luftpakt abzuschließen, der geeignet ist, der Gefahr plötzlicher Luftangriffe automatisch und wirksam vorzubeugen.

6. Die deutsche Reichsregierung wiederholt ihr Angebot, mit den im Osten an Deutschland angrenzenden Staaten ähnlich wie mit Polen Nichtangriffspakte abzuschließen. Da die litauische Regierung in den letzten Monaten ihre Stellung dem Memelgebiet gegenüber einer gewissen Korrektur unterzogen hat, nimmt die deutsche Reichsregierung die Litauen betreffende Ausnahme, die sie einst machen mußte, zurück und erklärt sich unter der Voraussetzung eines wirksamen Ausbaues der garantierten Autonomie des Memelgebietes bereit, auch mit Litauen einen solchen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen.

7. Nach der nunmehr erreichten endlichen Gleichberechtigung Deutschlands und der Wiederherstellung der vollen Souveränität über das gesamte deutsche Reichsgebiet sieht die deutsche Reichsregierung den Hauptgrund für den seinerzeitigen Austritt aus dem Völkerbund als behoben an. Sie ist daher bereit, wieder in den Völkerbund einzutreten. Sie spricht dabei die Erwartung aus, dass im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Völkerbundsstatutes von seiner Versailler Grundlage geklärt wird.

Veröffentlicht in: Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. I/2, S. 584–595.

Nr. 406

**Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden des Rates
der Volkskommissare Molotov**

GEHEIMExpl. Nr. **4 zu den Akten**¹

[9.3.1936]

NKVT Nr. 103

10.III.36²

AN DAS

ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Gen. MOLOTOV

Gen. KANDELAKI bittet um die Genehmigung, nach Moskau zu kommen. Ich meine, dass zurzeit die Reise des Gen. KANDELAKI nach Moskau wegen des von uns vorgenommenen Aufschubs der Verhandlungen³ durchaus zweckdienlich wäre. Außerdem können wir mit ihm an Ort und Stelle die Verfahrensfrage bei der Tilgung der in der nächsten Zeit anstehenden Zahlungen in Deutschland erörtern.

Die Frage, ob die Handelsvertreter hierher kommen, habe ich stets selbst entschieden, aber gegenwärtig bitte ich im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in Deutschland um Mitteilung, ob es Ihrerseits Einwände bezüglich einer Reise genehmigung für Kandelaki nach Moskau gibt.⁴

A. Rozengol'c

*Vermerk des Sekretärs mit Tinte: Stimmt mit dem Original überein. Bogdanovič.
Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 4 Expl. 9.III.36.*

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2210, l. 99. Kopie.

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

³ Vgl. Dok. 404, Anm. 1. Im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Wehrmacht in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes am 7.3.1936 wurde im Kreml allem Anschein nach entschieden, den Abschluss der Verhandlungen mit Deutschland über ein Handelsabkommen zu vertagen.

⁴ Die Genehmigung für die Reise Kandelakis nach Moskau wurde erteilt. Am 16. und 21.3. sowie am 4.4. war er bei Stalin. Vgl. Na prieme u Stalina, S. 181, 182, 183.

Nr. 407

Rundschreiben des Referatsleiters im Geheimen Staatspolizeiamt Müller

Berlin, den 11. März 1936

Preußische Geheime Staatspolizei
Der Stellvertretende Chef
Der Politische Polizeikommandeur
der Länder
Nr. II 1 A 4/ 316/36

An alle Staatspolizeistellen und an alle Politischen Polizeien (außer Preußen)

Betr.: Erwerb der sowjetrussischen Staatsangehörigkeit durch Reichsdeutsche.

I. Nach § 25 in Verbindung mit § 17 des zurzeit noch gültigen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913¹ kann ein Deutscher durch den Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit nur verlieren, wenn er im Inlande weder seinen Wohnsitz noch seinen dauernden Aufenthalt hat. Hieraus ist für den Erwerb der sowjetruss[ischen] Staatsangehörigkeit durch deutsche Kommunisten Folgendes in Betracht zu ziehen:

a. Deutsche Kommunisten, die zur Zeit des Erwerbs der russischen Staatsangehörigkeit ihren Wohnsitz bzw. dauernden Aufenthalt im Auslande, insbesondere in Russland haben, verlieren damit gleichzeitig ihre deutsche Staatsangehörigkeit.

b. Soweit sich deutsche Kommunisten, die im Inlande ihren Wohnsitz haben, von den Sowjetbehörden die russische Staatsangehörigkeit zuerkennen lassen, verlieren sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht.

c. Ebenfalls bleiben diejenigen deutschen Kommunisten Reichsdeutsche, die bei Erwerb der russ. Staatsangehörigkeit in Deutschland ihren Wohnsitz gehabt haben, später aber über die Grenze nach Russland gehen, um sich dort ständig aufzuhalten.

Die Bestimmung der §§ 7 und 25 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes stellen nämlich den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ausschließlich auf den Zeitpunkt des Erwerbs der ausländischen Staatsangehörigkeit ab. Wenn ein Kommunist bei Erwerb der russischen Staatsangehörigkeit seinen Wohnsitz in Deutschland gehabt hat, so ist damit auch für die Zukunft entschieden, dass er neben der russischen Staatsangehörigkeit immer noch Reichsdeutscher bleibt. Er kann die deutsche Staatsangehörigkeit durch spätere Auswanderung nach Russland ebensowenig verlieren, wie umgekehrt ein deutscher Kommunist, der zur Zeit des Erwerbs der russischen Staatsangehörigkeit seinen Wohnsitz in Russland gehabt hat und damit der deutschen Staatsangehörigkeit verlustig gegangen war, durch spätere Verlegung seines Wohnsitzes nach Deutschland nicht wieder ohne weiteres deutscher Reichsangehöriger werden kann.

II. Vom politisch-polizeilichen Standpunkt aus muss die Zunahme der Verleihung der sowjetrussischen Staatsangehörigkeit an deutsche Kommunisten auf das

¹ Vgl. Reichsgesetzblatt 1913, S. 583–593.

Schärfste beobachtet werden. Hierbei ist naturgemäß das Hauptaugenmerk auf diejenigen Kommunisten zu richten, die trotz ihres Wohnsitzes in Deutschland die russische Staatsangehörigkeit erwerben. Wenn diese auch nach den §§ 7 und 25 der Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes mit dem Erwerb der russischen Staatsangehörigkeit ihre deutsche Staatsangehörigkeit nicht verlieren, sondern nach wie vor den deutschen Gesetzen als Reichsdeutsche unterworfen sind, so ist doch die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass sie mehr oder weniger alles versuchen werden, um die neu erworbene russische Staatsangehörigkeit als Deckmantel für ihre staatsfeindliche zersetzende Tätigkeit im Inland zu benutzen. Auch ist damit zu rechnen, dass sich die diplomatischen Sowjetvertretungen in Deutschland für derartige Elemente einsetzen werden, sobald gegen sie von der Geheimen Staatspolizei im Zwangswege vorgegangen wird. In der Praxis scheinen allerdings solche Fälle noch nicht vorgekommen zu sein. Sollten sie jedoch einmal eintreten, so muss gegenüber Einwendungen der diplomatischen Sowjetvertretungen unbedingt der Standpunkt vertreten werden, dass nach § 25 der im Inlande wohnende Deutsche mit Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit seine deutsche Staatsangehörigkeit nicht verliert und deshalb nicht als Ausländer angesehen werden kann.

Die weitere Gefahr des Erwerbes der russ. Staatsangehörigkeit durch in Deutschland wohnende Kommunisten besteht darin, dass diese versuchen werden, nach Russland auszuwandern, um dort besser gegen Deutschland arbeiten zu können. Dieser Gefahr kann nur durch schärfste Bewachung der Grenzen und *durch Erschwerung der Passvorschriften² begegnet werden. Gelingt es einmal einem deutschen Kommunisten, der in Deutschland die russische Staatsangehörigkeit erworben hat, nach Russland zu entkommen, so verliert er, wie bereits unter I c erwähnt, auch dann nicht seine deutsche Staatsangehörigkeit, wenn er sich in Russland nicht nur vorübergehend aufhält, sondern ständig dort seinen Wohnsitz hat.

Obige Darstellung der Rechtslage bei doppelter Staatszugehörigkeit übersende ich zur gefl. Kenntnis und Beachtung. Gleichzeitig ersuche ich um gefl. Mitteilung, ob dort Fälle bekannt geworden sind, in denen Reichsdeutsche beim Erwerb der sowjetruss. Staatsangehörigkeit ihren Wohnsitz in Deutschland hatten, und zwar auch dann, wenn sie inzwischen in die S.U. ausgewandert sind.

Im Auftrag:
gez. Müller

Beglaubigt: [Unterschrift] Kanzleiangestellte

RGVA, f. 501/k, op. 3, d. 9, l. 47-49.

² Der Text ist unterstrichen.

Nr. 408
Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im
AA Hencke an den deutschen Geschäftsträger in Moskau
von Tippelskirch

Berlin, den 11. März 1936

Lieber Tippelskirch,

Herzlichen Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 9. März¹ mit den außerordentlich interessanten Mitteilungen.

Was die wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Russen anlangt, so sind sie einstweilen noch nicht weitergekommen. Präsident Schacht lehnt es nach wie vor entschieden ab, den Russen zu gestatten, ihre Ausgaben für die Handelsvertretung und ihre Steuern mit Exporterlösen zu bezahlen. Herr Schacht hatte sich am Tage der Reichstagserklärung, also am 7. März um 3 Uhr, den Herren Kandelaki und Friedrichson zur Unterzeichnung des Abkommens zur Verfügung gestellt und zwar unter der Bedingung, dass sie auf die beiden Streitpunkte nicht zurückkommen dürfen. Da sie es trotzdem taten², war die Unterhaltung nach wenigen Minuten erfolglos beendet. Trotz unverbindlicher Besprechungen, die zwischen Herrn Mossdorf und Herr Friedrichson stattgefunden haben, ist man noch nicht weitergekommen. Präsident Schacht ist gewillt, den Vertrag an den beiden erwähnten Punkten scheitern zu lassen. Mossdorf glaubt allerdings, dass es auf Grund des Nachgebens der Russen noch zu einer Einigung kommt. Ich persönlich hoffe es, besitze allerdings in dieser Hinsicht nicht den gleichen Optimismus wie Herr Mossdorf.

Ihre Schilderung über den Eindruck, den die Erklärung des Führers³ in Moskau gemacht hat, interessierte hier lebhaft. Inzwischen hat sich ja die sowjetrussische Haltung ziemlich geklärt: die neuerdings in der Sowjetpresse erhobenen Forderungen nach militärischen Sanktionen übersteigt sogar das, was von französischer Seite bisher verlangt worden ist. Ich möchte annehmen, dass Litwinow in Genf eindeutig den französischen Standpunkt vertreten wird; ganz abgesehen davon, dass es sich im Augenblick noch nicht übersehen lässt, wie letzten Endes die englische Haltung sein wird, braucht m. E. eine abweichende Stellung Litwinows und Edens zur Locarno-Frage keinen Einfluss auf die englisch-russischen Beziehungen zu haben. Ein einstimmiger Ratsbeschluss ist ohnehin nicht sehr wahrscheinlich und die Russen hätten dann ihr Gesicht gewahrt.

¹ Vgl. PA AA, R 27448, Bl. 450999-451001.

² Vgl. Dok. 404.

³ Vgl. Dok. 405. Von Tippelskirch schrieb u. a. dazu: „Gegenüber dem weitgehenden Interesse des diplomatischen Corps fiel die Zurückhaltung der Russen auf. Steiger sagte mir, die Franzosen werden sich mit papiernen Protest begnügen, im Übrigen wird alles so bleiben, wie es ist. Nach einer Pause fügte er hinzu: die deutsche Aktion werde vielleicht zu einer Konsolidierung der Verhältnisse in Europa beitragen. Radek äußerte sich gestern bei einem Tee-Empfang auf der Italienischen Botschaft dahin, dass sein Artikel ‚milde‘ geschrieben sei. Scherzhaft fügte er hinzu: ‚Das habt ihr gut gemacht.‘ Eine besondere Bedeutung braucht man derartigen persönlichen Bemerkungen, die auch von anderer russischer Seite gemacht wurden, nicht beizulegen. Für die amtliche Haltung der Sowjetregierung werden andere Gesichtspunkte maßgeblich sein.“ PA AA, R 27448, Bl. 450999-451000.

Den Italienern ist sicher die Ablenkung der Welt von ihren Angelegenheiten angenehm. Andererseits haben sie aber kein besonderes Interesse an der vom Führer gewünschten großen Versöhnung Deutschlands mit den Westmächten. Wie ihre Haltung auf der Ratstagung⁴ sein wird, weiß man heute noch nicht.

Hinsichtlich der deutsch-russischen Beziehungen ist durch die Führer-Rede völlige Klarheit geschaffen: „Mit der Sowjetunion wollen wir außer den gegebenen politischen und wirtschaftlichen internationalen Beziehungen in keine innigere Berührung kommen.“ Der Führer hat mit seinen Worten zweifellos beabsichtigt, allen Gerüchten über die Möglichkeit einer deutsch-russischen Annäherung den Boden zu entziehen.

Es wird Sie in diesem Zusammenhang interessieren, wenn ich Ihnen vertraulich mitteile, dass auch unser gesellschaftlicher Verkehr mit der hiesigen Sowjetbotschaft auf ein Maß beschränkt werden soll, das etwa dem Zustand entspricht, wie er in Moskau herrscht. Es kommt hinzu, dass uns die Russen von einigen Tagen zu Filmvorführungen eingeladen haben⁵, die glatte bolschewistische Propaganda darstellten, wobei man sich auch noch die Internationale anhören musste. Das ist immerhin – um nicht einen schärferen Ausdruck zu brauchen – eine ganz erstaunliche Taktlosigkeit.

In der Wohnungsfrage muss ich Ihnen leider einen ungünstigen Bescheid geben.⁶ Wir haben auf Grund der Mitteilungen Dittmanns uns sofort mit dem Reichskriegsministerium in Verbindung gesetzt und auch unsere Abteilung I für diesen Zweck mobil gemacht. Sowohl Major Spalcke, der sich als unzuständig bezeichnete, als auch Major v. Pappenheim erklärten uns unter Ausdruck ihres Bedauerns, dass sie in diesem Falle unserem Wunsche nicht entsprechen könnten. Offenbar liegt eine sehr entschiedene Stellungnahme des Generals Köstring vor. Wenn letzterer nicht umzustimmen ist, sehe ich leider keine Möglichkeit, die Wohnungsfrage befriedigend zu lösen.

Sonst kann ich im Augenblick nichts Wesentliches berichten. Ich habe sehr viel zu tun und empfinde schmerzlich den Mangel jeder Hilfskraft. Gerade in den letzten Tagen hatte ich viel Gelegenheit, mich mit den von Ihnen geschaffenen Ostpakt-Akten zu beschäftigen. Die Frucht dieser Tätigkeit ist das beigegefügte Kalendarium⁷, das vielleicht auch für Sie als „Nachschlagewerk“ Interesse hat.

In der Hoffnung, dass es Ihrer sehr verehrten Gattin gut und Ihnen wieder besser geht, bin ich mit herzlichsten Grüßen von Haus zu Haus und

Heil Hitler Ihr stets

[Hencke]

PA AA, R 27448, Bl. 451002-451005.

⁴ Aufgrund des Ersuchens von Frankreich und Belgien trat am 14.3.1936 in London der Völkerbundrat zu einer Erörterung der Rheinlandfrage zusammen. Am 19.3.1936 billigten die Locarno-Signatarstaaten ein Dokument, in dem die Rheinlandbesetzung als „Gefahr für die europäische Sicherheit“ bezeichnet wurde.

⁵ Vgl. Dok. 409.

⁶ Hensel sollte seine Wohnung in Moskau zugunsten des Mitarbeiterstabes des Militärattachés räumen.

⁷ In der Akte nicht vorhanden.

Nr. 409

Bericht des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 13. März 1936

Tagebuch
E. Gnedins
Nr. 102/s¹

ÜBER DIE FILMVORFÜHRUNG IN DER BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETUNG
AM 5. MÄRZ

Obgleich die nachfolgenden Ereignisse² unsere Erfahrungen bei der Ausweitung der „kulturellen Kontakte“ mit den Deutschen geschmälert haben, sind die mit der Filmvorführung am 5. März verknüpften Umstände dennoch von einem gewissen Interesse.

Die Veranstaltung eines Empfangs für Vertreter der deutschen Presse und der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Vorführung sowjetischer Filme³ ging nicht nur auf unseren eigenen Wunsch, sondern auch auf den Wunsch einiger Deutscher zurück. Als ich seinerzeit mit Aschmann die Frage besprach, für deutsche Redakteure einen Tee-Empfang zu geben, riet er dazu, solch einen Empfang mit irgendeiner Filmvorführung zu verbinden. Im gleichen Sinne sprachen sich auch der Redakteur des „Lokal-Anzeiger“ und ein Redakteur des DNB aus, die die Überzeugung zum Ausdruck brachten, dass die Vertreter der deutschen Presse eine Filmvorführung besuchen würden. Schließlich bat der Berliner Vertreter der Göringschen „National-Zeitung“, ein nationalsozialistischer Kader, direkt darum, die Filmvorführung zu organisieren und übergab eine Liste der nationalsozialistischen Journalisten, die einem solchen Empfang in der Bevollmächtigten Vertretung zu folgen wünschten.

Somit drückten die Vertreter der unterschiedlichsten Strömungen in der deutschen Presse nicht nur den Wunsch nach einer Filmvorführung aus, sondern sagten ihre Teilnahme zu. Dieser Umstand spiegelte sich auch in den Antworten auf unsere Einladung wider. Alle Zeitungen teilten mit, dass sie ihre Vertreter schicken werden. Persönliche Einladungen erhielten neben zweitrangigen Journalisten der Redakteur des „Lokal-Anzeiger“, der Chefredakteur einer Gruppe von Abendzeitungen, Lucke (Mitglied der Nationalsozialistischen Partei), Heinz Otto, der Vertreter der „National-Zeitung“, der Pressechef Görings⁴ usw. gaben ihre Zusage ab.

Ein großes Interesse ^{**an**}⁵ der Idee einer Filmvorführung bekundeten auch zahlreiche Professoren und Ingenieure, mit denen wir vorher über Gen. Tretler in

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Am 7.3.1936 marschierten Truppen der Wehrmacht in die entmilitarisierte Rheinlandzone ein.

³ Vgl. Dok. 419.

⁴ Erich Gritzbach.

⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Verbindung getreten waren. Die überwiegende Mehrzahl der eingeladenen Wissenschaftler antwortete auf die Einladung mit einer Zusage.

Anders verhielt es sich mit Schauspielern und Regisseuren. Diese Gruppe der Eingeladenen teilte in ihrer Mehrheit umgehend mit, dass sie nicht zu dem Empfang kommen könne.

Wie man mich völlig glaubwürdig informierte, habe das Propagandaministerium lange Zeit keine bestimmte Haltung eingenommen und auch keine Weisungen erteilt, die Einladungen abzulehnen. Erst am 3. März habe im Ministerium der negative Standpunkt Oberhand gewonnen und es seien, den mir übermittelten vertraulichen Informationen zufolge, Sondermaßnahmen ergriffen worden, um von allen Eingeladenen unsere Briefe, im wahrsten Sinne des Wortes, einzusammeln. Aber erst am 5. März, dem Tag des Empfangs, habe das Propagandaministerium das Verbot ausgesprochen, zu unserem Empfang zu gehen (ich betone, dass diese Informationen ausschließlich vertraulichen Charakters sind und nicht offiziell verwendet werden dürfen).

Im Gefolge dessen erschienen von den 190 Eingeladenen 78 Personen zum Empfang. Die Professoren erschienen vollzählig; von der Theaterwelt waren es nur vier Personen; es erschienen 20 eingeladene ausländische Journalisten und eine kleinere Gruppe von Wagemutigen und Spähern aus den Zeitungsredaktionen. Die DAZ und das „Berliner Tageblatt“ waren mit zweitrangigen Personen vertreten; der Redakteur des „Lokal-Anzeiger“ nahm an der Filmvorführung teil, verließ die Veranstaltung jedoch im Dunklen, bevor sich die Gesellschaft in die beleuchteten Empfangsräume begab; die Gruppe der NS-Journalisten, die um die Filmvorführung gebeten und ihre Zusage erteilt hatte, war nicht erschienen; anwesend waren darüber hinaus Berndt – ein leitender Mitarbeiter des DNB und des Propagandaministeriums und Hitler nahestehender Mann – und der Referent Görings, Rechenberg.

Diese ganze Geschichte bedarf wohl kaum eines Kommentars.

Gnedin

Vermerk mit blauem Farbstift: MM.⁶

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 947 vom 15.3.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 73–73R. Original.

⁶ Litvinov.

Nr. 410
Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 1
13. März 1936

Nr. 108/s¹

AN
Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič,

es ist jetzt natürlich noch nicht möglich, die Bedeutung und die Absicht des jüngsten deutschen Schrittes zur Remilitarisierung des Rheinlandes und der Liquidierung Locarnos² völlig zu erfassen. Es bleibt nichts anderes übrig, als nur einige der wichtigsten Momente flüchtig festzuhalten:

Die außenpolitischen Überlegungen, die Hitler zur Remilitarisierung des Rheinlandes bewegten, können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Die Befürchtung, dass sich im Zusammenhang mit einer Verschlechterung des italienisch-abessinischen Konfliktes ein engerer Kontakt zwischen Frankreich und England ergibt, was dazu führen könnte, dass Frankreich von England zusätzliche Garantien für das Rheinland erhält.

2. Die Hitler-Regierung war sich sicher, dass dieser Schritt keine Konsequenzen nach sich ziehen wird, insbesondere nicht von Seiten Englands, und dass dieses sich mit der Aufkündigung des Locarno-Abkommens abfinden wird. Diese Zuversicht Hitlers wurde in letzter Zeit durch zahlreiche Besuche englischer Germanophiler in Berlin bestärkt und genährt.

3. Die Hoffnung auf eine günstige Aufnahme der „Friedens“-vorschläge Hitlers in England, insbesondere sein Versprechen, in den Völkerbund zurückzukehren³, was den Engländern einen zusätzlichen Trumpf im Kampf gegen die Italiener in die Hand gab, die mit dem Austritt aus dem Völkerbund drohten.

4. Die Hoffnung auf eine Verschärfung des innenpolitischen Kampfes in Frankreich, insbesondere im Zusammenhang mit den dort bevorstehenden Wahlen.⁴

5. Die Hoffnung darauf, dass die Vorschläge Hitlers zum Abschluss von Nichtangriffspakten mit allen deutschen Nachbarn bei den Verbündeten Frankreichs in Europa Unschlüssigkeit und Schwanken auslösen werden.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Laut Artikel 1 des Locarno-Abkommens garantierten die Signatarländer, darunter auch Deutschland, neben der Aufrechterhaltung des Status-quo bezüglich der Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich und deren Unverletzlichkeit auch die Einhaltung der Bestimmungen der Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages hinsichtlich der demilitarisierten Zone, die die ständige oder zeitweilige Stationierung von Streitkräften in ihr verboten. Vgl. Reichsgesetzblatt 1925, Teil II, S. 979.

³ Vgl. Dok. 405.

⁴ Die Wahlen für die Abgeordnetenkommer der Nationalversammlung Frankreichs fanden am 26.4. und am 3.5.1936 statt.

Neben den außenpolitischen Überlegungen spielten beim Entschluss der Hitlerregierung, das Rheinland zu besetzen, innenpolitische Erwägungen eine gewisse Rolle.

Die deutschen Faschisten hielten seit Anbeginn ihrer Machtergreifung vor allem an der chauvinistischen Propaganda fest, die sie unter der Flagge des Kampfes gegen das Versailler System anpeitschten. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, die Rückkehr der Saar, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Remilitarisierung des Rheinlandes sind Glieder ein und derselben Kette, deren Sprengung unweigerlich zu sehr ernsten Komplikationen im Innern des Landes führen wird, wie dies das Jahr 1934 den deutschen Faschisten gezeigt hat. Die Erfahrungen des Jahres 1934 erteilten den Faschisten eine Lehrstunde in dem Sinne, dass sie ohne einen außenpolitischen Erfolg, der auf die Beseitigung dieser oder jener Folgen des Versailler Systems gerichtet ist, eine Verschärfung der innenpolitischen Schwierigkeiten riskieren, die die Existenz des Regimes bedrohen. Seitdem ist es zur Tradition der deutschen Politik geworden, dass die Faschisten zum Ende des Winters, wenn die Unzufriedenheit breiter Massen der Bevölkerung den Höhepunkt erreicht, den einen oder anderen Schritt zur Beseitigung der Folgen des Versailler Vertrages unternehmen, um damit die Stimmung im Lande etwas anzuheizen. Die Tatsache, dass die Faschisten die Besetzung des Rheinlandes mit der Ansetzung von Neuwahlen zum Reichstag⁵ verknüpften, sowie der Charakter der ersten Wahlreden der faschistischen Führer, wo sie unter der Flagge der Beseitigung der letzten Überbleibsel des Versailler Vertrages versuchen, die gesamte Innenpolitik des deutschen Faschismus zu rechtfertigen, bestätigt völlig die Vermutung hinsichtlich der Rolle innenpolitischer Erwägungen in dieser Angelegenheit. Vielleicht gab es außerdem noch einen konkreten Grund für die hastige Entscheidung zur Remilitarisierung des Rheinlandes. Die Sache ist die, dass sich von allen Provinzen Deutschlands die Rheinprovinz und das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet am stärksten durch eine oppositionelle Haltung gegenüber dem faschistischen Regime auszeichnen. Hier schlägt nicht nur die Unzufriedenheit der Industriearbeiter, sondern auch eine breite Unzufriedenheit der Klein- und Mittelbauernschaft Westdeutschlands mit der faschistischen Politik durch. Der Einmarsch deutscher Truppen in diese Gebiete war deshalb auch von polizeilichen Erwägungen diktiert, die man nicht aus dem Blickfeld verlieren darf.

Man kann natürlich nicht sagen, dass dieser Beschluss ohne jegliche Auseinandersetzungen im Innern gefasst worden wäre. Die uns vorliegende Information veranlasst uns zu meinen, dass das Auswärtige Amt zwar nichts gegen die Aufkündigung Locarnos einzuwenden hatte, doch sehr geschwankt hat und vielleicht vor vollendete Tatsachen gestellt worden ist. Nach der hier allgemein verbreiteten Version hätte auch die Generalität keinen einheitlichen Standpunkt bezogen. Zum Beispiel wird behauptet, dass Blomberg im letzten Moment Hitler unterstützt habe und Fritsch bis zum Schluss dagegen gewesen sei. Es ist natürlich schwierig nachzuprüfen, inwiefern diese Gerüchte zutreffen. Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, dass die deutsche Militärclique diesen Schritt generell begrüßte, sowohl aus Gründen des Prestiges der deutschen Armee als auch aus Gründen strategischer Art. Es

⁵ Die Wahlen zum Reichstag wurden für den 29.3.1936 anberaumt.

ist auch wahrscheinlich, dass die militärische Führung, unabhängig von ihrer Haltung zu der Aktion Hitlers, es für notwendig erachtete, die Aufkündigung Locarnos mit dem Einmarsch von Truppen abzusichern, da sie befürchtete, dass anderenfalls die Franzosen nach der Sprengung Locarnos diese Zone besetzen würden.

Es ist interessant, dass sich für diesen Schritt die beiden verfeindeten Gruppen des deutschen Nationalsozialismus offenbar zum ersten Mal vereint haben. Sowohl Goebbels als auch Göring handelten in dieser Frage offenbar völlig einmütig, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Der einzige, der sich entschieden gegen diesen Schritt ausgesprochen haben soll, sei, wie gesagt wird, Schacht gewesen, der deswegen bei Hitler in Ungnade gefallen sei und dem deswegen sogar das traditionelle Recht entzogen worden sei, die Leipziger Messe zu eröffnen. Es ist nicht schwer, die Erwägungen, von denen sich Schacht leiten ließ, zu verstehen. Allein der Gedanke an Wirtschaftssanktionen musste diejenigen stark beunruhigen, die für die deutsche Wirtschaft verantwortlich sind und ihre wahre Lage kennen. Das liegt daran, dass Deutschland im Jahr 1935 sehr stark auf seine Rohstoffreserven zurückgegriffen hat, außer auf die unmittelbar militärischen, und infolgedessen trat jetzt eine erheblich größere Abhängigkeit vom ausländischen Import ein, stärker noch als im Jahr 1934. Sanktionen, in welcher Form auch immer, hätten der deutschen Wirtschaft einen nicht wiedergutzumachenden Schlag versetzt. Die Besetzung des Rheinlandes durch deutsche Truppen und die Liquidierung Locarnos untergraben auch jene schwachen Überreste des Vertrauens in Deutschland, auf die Schacht seine Hoffnungen gründete und gründet, um eine mögliche Hilfe vom englischen und amerikanischen Kapital zu erhalten. Die Haltung Schachts teilten und teilen offenbar recht bedeutende Kreise der Industrie, die sich um das Schicksal des deutschen Exports Sorgen machen, dessen Bedeutung im Zusammenhang mit einigen Kürzungen bei militärischen Aufträgen stark zugenommen hat.

Was den Charakter der deutschen Aktion betrifft, so sind nicht nur das von Hitler am 7. März vorgestellte Programm, sondern auch seine nachfolgenden Erklärungen im Interview mit Price⁶ sowie das gestrige Kommuniqué (über die Bereitschaft, die weitere Entsendung von Truppen an den Rhein zu stoppen)⁷ insgesamt für die englische öffentliche Meinung bestimmt. Dem lang gehegten Wunsch Englands nach einer Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund entgegenkommend rüstete Hitler die Engländer zugleich mit zusätzlichen Argumenten gegen die „Unversöhnlichkeit“ Frankreichs aus, indem er seine Bereitschaft erklärte, die Militarisierung des Rheingebietes (zumindest für die Zeit der Verhandlungen) auf einen „symbolischen Akt“ zu reduzieren. Die deutschen Handlungen der letzten Tage vermitteln den allgemeinen Eindruck einer gewissen Nervosität der Deutschen, die jeden Tag, wenn nicht gar mehrmals, mit Drohungen oder Zugeständnissen auf den Gang der Beratungen der Locarno-Länder und des Völkerbundes Einfluss zu nehmen versuchen.⁸

Vorerst spricht vieles dafür, dass die Deutschen für ihren Schritt keine Konsequenzen zu befürchten brauchen. Ohne Englands Teilnahme sind jegliche Sanktio-

⁶ Am 11.3.1936. Vgl. „Interview des Führers über seinen Friedensplan. Neue Erläuterungen der deutschen Friedenspolitik“. In: Völkischer Beobachter vom 12. März 1936, S. 1–2.

⁷ Vgl. „Große Erklärung der Reichsregierung zum Locarno-Pakt. Deutschland wird niemals eine neue Diskriminierung dulden“. In: Völkischer Beobachter vom 13. März 1936, S. 1.

⁸ Vgl. Dok. 425, Anm. 2.

nen undenkbar. Inzwischen haben die Engländer allem Anschein nach einen festen Kurs auf Anerkennung der vollzogenen Tatsache und auf die Aufnahme weiterer Verhandlungen mit Hitler auf der Grundlage seiner Vorschläge eingeschlagen. Angesichts solcher Verhältnisse sind nur zwei Varianten für den weiteren Gang der Ereignisse möglich. Entweder es gelingt den Franzosen, von den Engländern eine Garantie zur automatischen Hilfeleistung im Falle eines deutschen Überfalls zu erhalten. In diesem Fall nimmt Frankreich wahrscheinlich zusammen mit England an den weiteren Verhandlungen mit Hitler teil. Oder den Franzosen gelingt dies nicht und sie kehren dann vielleicht zur alten Lavalschen Haltung der Annäherung an Italien zurück, was in Westeuropa zur Bildung von zwei Gruppierungen, einer französisch-italienischen und einer englisch-deutschen, führen kann.⁹

In diesem Zusammenhang ist es interessant, die mögliche Perspektive der sowjetisch-deutschen Beziehungen abzuwägen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass Hitler mit seiner Rede den antisowjetischen Stimmungen und Kampagnen in Deutschland neue Nahrung und eine Grundlage geliefert hat. Aber die nüchterne politische Wirklichkeit nimmt an dieser antisowjetischen Stimmung immer Korrekturen vor.

Es geht darum, dass Deutschland unter allen Umständen gezwungen ist, dass Interesse am sowjetischen Markt beizubehalten. Es ist nicht zu vergessen, dass wir im Verlaufe der letzten drei Jahre beim deutschen Rohstoffimport an erster Stelle der europäischen Länder und an zweiter oder dritter Stelle aller Länder stehen, von denen Deutschland Rohstoffe importiert. Wir sind das einzige Land, das Deutschland Gold liefert. Schließlich und endlich sind wir das einzige Land für eine mögliche Ausweitung des deutschen Maschinenexports, wenn auch zu Konditionen langfristiger Kredite. Damit erklärt sich übrigens die nicht gerade bedeutungslose Tatsache, dass der größte deutsche Konzern, die I.G. Farbenindustrie, unmittelbar nach der Rede Hitlers im Reichstag, die scharfe antisowjetische Ausfälle enthielt, der Handelsvertretung schriftlich die Bereitschaft mitteilte, weitere Verhandlungen für ein eventuelles Abkommen zu führen. Ähnliche und noch stärker verpflichtende Erklärungen sind nach der Rede Hitlers von Vertretern der großen deutschen Schiffs- und Maschinenbaufirma Deschimag abgegeben worden.

Deshalb ist es möglich, dass Deutschland trotz aller antisowjetischen Erklärungen gezwungen sein wird, bis zu seinem Eintritt in einen neuen Krieg mit uns wirtschaftliche Beziehungen sogar in Form einer langfristigen Kreditierung zu unterhalten. In einer Situation des Schwankens und der Unsicherheit, in der sich jetzt deutsche Kreise befinden, sind deshalb weitere demonstrative Schritte der Deutschen in diese Richtung, von der Art wie in dem oben erwähnten Vorgehen der I.G. Farben und der Deschimag, nicht ausgeschlossen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

SURIC

Vermerk mit blauem Farbstift: MM.¹⁰

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 943 vom 15.3.1936.

⁹ Vgl. Dok. 223.

¹⁰ Litvinov.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
Geschr. 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.
13.III.36.*

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 63–68. Original.

Nr. 411

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

13.**März**¹1936

Nr. 107/s²

*AN

N.N. KRESTINSKIJ*³

Kopie an: Personalabteilung

Werter Nikolaj Nikolaevič!

Gestatten Sie mir Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass wir nach der Ankunft des ersten Kontingents sowjetischer Angestellter, die zu uns abkommandiert worden sind, um die Deutschen zu ersetzen, überhaupt nichts über den weiteren Fortgang dieser für uns außerordentlich wichtigen Angelegenheit hören. Wir haben es bisher nicht einmal vermocht, jene Deutsche ****gänzlich****⁴ auszutauschen, die wir in erster Linie dafür vorgesehen hatten. Nach wie vor sind wir gezwungen, den Hausverwalter Schmidt zu dulden, dessen Verbindungen zur deutschen Polizei⁵ und auch zum Auftraggeber Pinkert außer Zweifel stehen. Wir hatten ihn in die Kategorie eingestuft, die in erster Linie für den Austausch vorgesehen ist. Unterdessen können wir es nicht nur beim Austausch des ersten Kontingents belassen, sondern wir müssen uns umgehend mit der Frage befassen, den Portier und andere deutsche Angestellte auszutauschen.

Die momentane Situation verursacht bei uns eine verständliche Unruhe, insbesondere im Zusammenhang mit der Verhaftung von japanischen Angestellten in unserer Botschaft in Tokio, worüber deutsche Zeitungen unter reißerischen Überschriften schreiben.⁶ Bei den gegenwärtigen Spannungen in den sowjetisch-deutschen Beziehungen können wir nicht sicher sein, dass die Deutschen nicht einen neuen Schlag in diese Richtung führen werden. Darüber hinaus scheint uns,

¹ Der Monatsname ist mit Tinte über das Wort „Februar“ geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Die Anrede ist mit Tinte unterstrichen.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 390.

⁶ Vgl. z. B.: „Kommunistenverhaftungen in Tokio. Verräter in Diensten von Moskau“. In: Heidelberger Neueste Nachrichten vom 13. März 1936, S. 3; „Kommunistische Verhaftungen in Tokio. Japan weist sowjetrussischen Protest zurück“. In: Volksgemeinschaft – Heidelberger Beobachter vom 13. März 1936, S. 2.

dass, falls dieser Schlag ausbleiben sollte, d.h. unsere deutschen Mitarbeiter in Ruhe gelassen werden, dies davon zeugen wird, dass sie alle in diesem oder jenem Grade mit der Polizei zusammenarbeiten.

Unter allen Umständen scheint uns die sehr rasche Ersetzung aller deutschen Angestellten unbedingt notwendig zu sein, und sie duldet keinerlei Aufschub.

Ich bitte Sie, Nikolaj Nikolaevič, aus diesem Grund alle erforderlichen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Erledigung dieser Angelegenheit und zur schnellstmöglichen Entsendung neuer Genossen zwecks Ersetzung der Deutschen zu ergreifen. Ich bitte Sie gleichfalls, unsere Sorgen den übergeordneten Organen zur Kenntnis zu bringen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Ja. Suric

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1532 vom 15.3.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 3 Expl. Nr. 1 an Gen. Krestinskij. Nr. 2 an die Personalabteilung, Nr. 3 zu den Akten. 13.III.36.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 36, l. 56–56R. Original.

Nr. 412

Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit den Redakteuren der Zeitschrift „Der Deutsche Volkswirt“ Baumgarten und Reuter

GEHEIM

Expl. Nr. 5

Berlin, den 13. März 1936

Tagebuch

E. Gnedins

Nr. 104/s¹

TREFFEN MIT REDAKTEUREN DER ZEITSCHRIFT „DER DEUTSCHE VOLKSWIRT“ AM 10. MÄRZ

Einige Tage vor der Sprengung Locarnos², und selbstverständlich ohne etwas von diesem bevorstehenden Ereignis zu wissen, suchte mich der stellv[ertretende] Redakteur von „Der Deutsche Volkswirt“ Baumgarten auf. Er erklärte, dass seine Zeitschrift bereits den Kampf für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR und für die Normalisierung der sowjetisch-deutschen Beziehungen generell aufgenommen habe und diese Kampagne fortführen wolle. Baumgarten kam

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 409, Anm. 2.

zu mir, um in einem vertraulichen und offenen Gespräch Argumente für einen Artikel zu sammeln, mit dessen Abfassung für die nächste Ausgabe des „Volkswirts“ er beauftragt worden sei. Zum Ende des Gesprächs vereinbarten wir, gemeinsam mit Gen. Gasjuk von der Handelsvertretung zu frühstücken.

In der Annahme, dass nach der Rede Hitlers³ der „Volkswirt“ sich nicht dazu entschließen werde, die frühere Linie beizubehalten, setzte ich mich zwecks Überprüfung dieses Eindrucks am 9. März mit Baumgarten telefonisch in Verbindung. Baumgarten bat mich jedoch nicht nur, mich mit ihm am nächsten Tag zu treffen, sondern bat sogar darum, den Chefredakteur der Zeitschrift, Reuter, mitbringen zu dürfen.

Bei dem Frühstück, das am 10. März stattfand, erklärten Reuter und Baumgarten auf die von mir umgehend aufgeworfenen Fragen, dass sie auch weiterhin beabsichtigen, im früheren Geiste zu schreiben, „als ob die Rede Hitlers nicht gehalten worden wäre“. Reuter betonte im weiteren nachdrücklich, dass sein letzter Artikel über die Notwendigkeit von korrekten Beziehungen zur UdSSR⁴ großes Aufsehen erregt hätte und keineswegs nur den Standpunkt des Wirtschaftsministeriums oder den von Schacht persönlich widerspiegele, wie das angenommen wird, sondern auch mit anderen Ämtern abgestimmt sei.

Den Ausführungen Reuters und Baumgartens war die große Besorgnis, den sowjetischen Markt zu verlieren, und das Bestreben zu entnehmen, einen Anlass zu finden, um ein großes Kreditgeschäft in die Wege zu leiten. Natürlich hatten unsere beiden deutschen Gesprächspartner den Auftrag, unsere Pläne zu erkunden, was Gen. Gasjuk und ich im Gesprächsverlauf auch berücksichtigt haben.

Aus den von den Deutschen gestellten Fragen war herauszuhören, dass in erster Linie zwei Momente interessieren: die Möglichkeit, von der UdSSR Gold zu bekommen und die Vergabe sowjetischer Aufträge zeitlich so zu gestalten, dass die ungleichmäßige Auslastung der verschiedenen Zweige der deutschen Industrie berücksichtigt wird. Zugleich haben die Deutschen die von uns verstärkt hervorgehobene Notwendigkeit zur Kenntnis genommen, dass die deutsche Seite die Initiative ergreifen und alle in Frage kommenden Argumente, die für die Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR sprechen, sorgfältig abwägen muss.

Der allgemeine Eindruck aus diesem Gespräch ist der gleiche wie der hinsichtlich des Treffens mit verschiedenen deutschen Journalisten vor der Filmvorführung⁵: das Bemühen, die Beziehungen zur UdSSR in Ordnung zu bringen, ergreift nicht nur breitere deutsche Kreise, sondern bis zum 7. März verstärkte sich die Tendenz ^{**zu*}⁶ einer Aktivierung der sowjetisch-deutschen Beziehungen. Eine umso größere prinzipielle Bedeutung erlangt natürlich der antisowjetische Kurs der Regierung, der sich in der Rede vom 7. März und in allen darauf folgenden deutschen amtlichen Verlautbarungen widerspiegelte.

Gnedin

³ Am 7.3. im Reichstag, vgl. Dok. 405.

⁴ Vgl. F.R.: Umschau: Zum Thema Einkreisung. In: Der Deutsche Volkswirt, Nr. 22 vom 28. Februar 1936, S. 995. Darin heißt es u. a.: „Von diesem Felde her ist vielleicht auch wieder einmal ein korrekteres Verhältnis zwischen Deutschland und Russland möglich, die sich wie wenige Länder wirtschaftlich einander ergänzen.“

⁵ Vgl. Dok. 409.

⁶ Das Wort ist mit Bleistift über die Zeile geschrieben.

Vermerk N.N. Krestinskij mit Bleistift: NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Gen. Krestinskij mit der Eingangs-Nr. 1530 vom 15.3.1936 mit dem Vermerk über den Erhalt von 2 Exemplaren und der Übersendung von 1 Exemplar an die 2. Westabteilung des NKID.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 32, l. 33–32. Kopie.

Nr. 413

Schreiben des Mitgliedes des Redaktionskollegiums der Zeitung „Izvestija“ Radek an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

[14.3.1936]

Lieber Gen. STALIN,

da ich von Ihnen keinerlei Hinweise bezüglich der Haltung erhalten habe, die angesichts des Konfliktes um die entmilitarisierte Zone¹ einzunehmen ist, und außerdem Gen. Litvinov nicht da ist, teile ich Ihnen, um keinen Fehler in dieser zugespitzten Situation zu begehen, die faktische Lageeinschätzung, von der ich bei der Behandlung der Fragen in den „Izvestija“² ausgehe, und die taktischen Überlegungen mit, von denen ich mich leiten lasse, wenn ich die eine oder andere Seite der Frage behandle.

a) *Einschätzung der faktischen Lage.^{*3}

1. *Die Bedeutung der Besetzung der entmilitarisierten Zone durch Deutschland ist sehr groß.^{*4} Deutschland kann, da es den Übergang über den Rhein besitzt, bedeutend schneller seine Truppen gegen Frankreich verlegen. Es wird wahrscheinlich eine befestigte Linie bauen. Frankreich wird sich in der Lage befinden, dass die Deutschen den Angriff gegen Frankreich aus stark befestigten Stellungen vortragen werden. Sollte für Frankreich der Bündnisfall eintreten, muss es seine Truppen aus den befestigten Stellungen herausführen, gegen die befestigten Stellungen Deutschlands einsetzen und den Rhein überqueren. Da die Stimmung der französischen Bevölkerung allgemein ein jegliches Vorrücken von französischen Truppen über die Grenzen Frankreichs hinaus sehr schwierig macht, werden es die künftigen massiven deutschen Befestigungen Frankreich noch mehr erschweren, seine Verbündeten zu verteidigen. Dieser Umstand schmälert noch mehr das Vertrauen Polens und der Tschechoslowakei *in die Möglichkeit eines französischen Beistandes im Falle eines deutschen Angriffs und erhöht damit die Bereitschaft

¹ Vgl. Dok. 409, Anm. 2.

² Vgl. K. Radek: „Ešče odin razorvannyj ‚kločok bumagi‘“ (Noch ein zerrissener „Fetzen Papier“). In: Izvestija vom 8. März 1936, S. 3; ders.: „Posle kracha Lokarno“ (Nach dem Bankrott Locarnos). In: ebd. vom 12. März 1936, S. 2; ders.: „Legendy i fakty“ (Legenden und Tatsachen). In: ebd. vom 14. März 1936, S. 2.

³ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁴ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

dieser Länder, sich Deutschland unterzuordnen (ich mache darauf aufmerksam, dass die tschechische Presse sehr verhalten auf die Besetzung der Rheinlandes durch Deutschland reagiert hat^{*5} und zu einer Verständigung rät. Diese Haltung nimmt nicht nur das Organ Hodžas „Venkov“, sondern auch das „České slovo“ von Beneš ein).

2. *Das Bestreben Frankreichs, einen Abzug der deutschen Truppen aus der entmilitarisierten Zone von erwirken, ist absolut unrealistisch.^{*6} Hitler kann nicht zurück. Mit seinen Handlungen vom 7. März werden sowohl reale strategische Ziele als auch das Erfordernis miteinander verknüpft, die zunehmenden inneren Schwierigkeiten mit einem gewichtigen außenpolitischen Sieg zu überdecken. Außerdem rechnet er damit, dass sich England auf keinerlei ernsthafte Schritte einlassen wird. Es wird ihnen nicht nur deshalb nicht zustimmen, weil es hofft, ein neues Westabkommen zu erreichen, welches seine Rolle als Vermittler zwischen Frankreich und Deutschland erhöht und damit seine Hebel verstärkt, die Effektivität der französisch-sowjetischen Zusammenarbeit einzugrenzen, sondern auch deshalb, weil es zwei/drei Jahre benötigt, um sein Rüstungsprogramm umzusetzen. In dieser Situation schreien die Franzosen nach Sanktionen, um dann anstelle von Sanktionen das Zugeständnis für ein geheimes Militärabkommen mit England zu erhalten. Den Engländern wird es leichterfallen, Versprechungen hinsichtlich des Vorgehens im Kriegsfall zu machen, als sich jetzt mit Handlungen einverstanden zu erklären, die in naher Zukunft zu einem Krieg führen können.

3. Es versteht sich, dass sich alle verrechnen können, wenn Deutschland nicht zu Zugeständnissen bereit ist, die den englisch-französischen Rückzug in einem zufriedenstellenden Maße abdecken. Da nun einmal das Spiel begonnen hat, bei dem alle bluffen, so kann die Sache die Grenzen dessen überschreiten, was alle Seiten gegenwärtig wollen: keine einzige Seite wünscht gegenwärtig einen bewaffneten Zusammenstoß, nicht einmal eine solche Zuspitzung, die eine neue Absprache erschweren würde.

4. *Es steht außer Zweifel, dass die deutschen Handlungen einen Umschwung in der französischen öffentlichen Meinung bewirkt haben.^{*7} Korab Kucharski, ein mit dem ganzen reaktionären Frankreich verbundener polnisch-französischer Journalist, der jetzt für Beck arbeitet und somit nicht daran interessiert ist, die Lage in düsteren Farben zu zeichnen, schreibt in dem polnischen offiziösen Blatt („Gazeta Polska“) vom 12. März: *,„Nach den ersten Stunden der Erstarrung und skeptischen Resignation bewirkte die deutsche Geste eine tiefe, lang anhaltende, wenn nicht gar endgültige Enttäuschung, den Verlust selbst eines minimalen Vertrauens...“^{*8}. Es ist schwer, die Tatsache nicht zu sehen, dass die nachbarschaftlichen Beziehungen zu Westeuropa für lange Zeit verdorben sind.“

Sehr bezeichnend ist die Tatsache, dass Hervé, der ein wunderbarer Gradmesser der französischen Reaktion ist, einen Artikel mit der Überschrift „Abschied von Hitler“ veröffentlichte, in dem er sein Eintreten für eine deutsch-französische Annäherung bedauert und erklärt, solange Hitler an der Macht bleibe, sei eine Annä-

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

⁶ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁷ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁸ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

herung unmöglich. Selbstverständlich übertreibt Hervé wie immer, aber er gibt sehr gut die jetzige Stimmung wieder.

b) *Taktische Erwägungen.^{*9}

1. Ich bin angesichts dieser Umstände davon ausgegangen, dass die Linie der Zeitung hinsichtlich des einzuschlagenden Tons der Artikel nicht mit der Linie der diplomatischen Aktionen identisch sein kann. *Bei den Zeitungsartikeln meinte ich, eine offene Anstachelung der Franzosen vermeiden zu müssen, in den Zeitungen ohne Weisungen des ZK keine konkreten Ratschläge erteilen zu dürfen, was zu tun sei, und in unserem Namen keine Forderungen nach Sanktionen zu stellen.^{*10} Dies hätte Deutschland nicht nur die Möglichkeit verschafft, uns als Leute¹¹ hinzustellen, die zum Krieg anstacheln, sondern auch die englische öffentliche Meinung gegen uns aufgebracht (es ist bezeichnend, dass die deutsche Presse bereits versuchte, in diesem Sinne die Sache darzustellen, indem sie Zitate aus den „Izvestija“ verfälschte, wonach wir für einen Präventivkrieg seien).

Was Deutschland betrifft, so berücksichtige ich den nationalen Aufschwung, den es dort gibt. *Wir müssen unseren Standpunkt gegenüber den deutschen Massen damit motivieren, dass Hitler nicht für die Selbstbestimmung der deutschen Nation, die wir anerkennen, kämpft, sondern sie in einen Krieg hineinziehen will.^{*12} Wir müssen nicht einfach das Recht Frankreichs auf die entmilitarisierte Zone, die deutscher Boden ist, verteidigen, sondern den Frieden.

Was England anbelangt, so würde uns nichts mehr schaden, als wenn die Labour-Massen zu der Überzeugung gelangen würden, dass wir für einen Krieg sind.

Von dieser Lageeinschätzung und unseren taktischen Interessen ausgehend instruiere ich die Zeitung, solange ich von Ihnen keine Hinweise erhalte, in folgender Weise: *Fest und besonnen gegenüber Deutschland nicht **nur**^{*13} unter dem Gesichtspunkt des Locarno-Abkommens aufzutreten, sondern **hauptsächlich**^{*14} unter dem Aspekt der Verteidigung des Friedens **gegen Aggressoren**^{*15}. Die Franzosen zu unterstützen, ohne ihnen diese oder andere Ratschläge zu erteilen, was sie fordern müssen.^{*16} Eine ruhige Kritik gegenüber den Engländern unter dem Aspekt ihres Schwankens vorzubringen und *offene Ausfälle gegen England zu vermeiden.^{*17} *Falls es zu keinem Kompromiss zwischen **Frankreich**^{*18} und Deutschland kommen sollte, kann der Ton verschärft werden^{*19}.

*Falls ich von Ihnen keine anderen Weisungen erhalte, werde ich diese Linie beibehalten, unabhängig davon, dass mich die Presseabteilung^{*20} des NKID unter Druck setzt. *Ich meine, unser Interesse daran, dass sich die Franzosen nicht mit

⁹ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹¹ Das nachfolgende Wort ist durchgestrichen.

¹² Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹³ Das Wort ist mit Bleistift über die Zeile geschrieben. Sämtliche Veränderungen im Dokument stammen von Stalin.

¹⁴ Das Wort ist mit Bleistift über die Zeile geschrieben.

¹⁵ Der Text ist mit Bleistift über die Zeile geschrieben; ursprünglich: gegen Deutschland.

¹⁶ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

¹⁸ Das Wort ist mit rotem Farbstift über die Zeile geschrieben; ursprünglich: England.

¹⁹ Der Text ist unterstrichen und zweimal mit Bleistift am linken Seitenrand angestrichen.

²⁰ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

den Deutschen verständigen, sollte vielmehr in dem Agieren der Diplomaten hinter den Kulissen als in den Veröffentlichungen in der Presse zum Ausdruck kommen. Deshalb habe ich angeordnet, aus den Telegrammen alle Meldungen der Auslands-
presse*²¹ über die von Majskij in London²² und von Potemkin in Paris²³ gemachten Erklärungen zu tilgen, da ich meine, dass ich erstens nicht weiß, ob sie in Absprache handelten, und zweitens davon ausgehe, dass Sie es direkt tun werden, wenn Sie das Land darüber in Kenntnis setzen wollen, was Sie unsere Bevollmächtigten Vertreter in London und in Paris zu sagen beauftragt haben.

Mit herzlichem Gruß

*K. Radek*²⁴

14.III.1936

Vermerk I.V. Stalins mit Bleistift: Keine Einwände. (Siehe Korrekturen). I. Stalin.
Vermerk A.N. Poskrebyševs mit rotem Farbstift: Von Gen. Radek.

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 793, l. 67–70. Original.

Nr. 414

Schreiben des Mitgliedes des Redaktionskollegiums der Zeitung „Izvestija“ Radek an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

[15.3.1936]

Lieber Gen. Stalin,

*am 29. März finden in Deutschland Wahlen statt*¹. Die deutschen Genossen haben fast keine Gelegenheit, in diese Wahlen einzugreifen, da sie keine Möglichkeit haben, in solch einer kurzen Zeit Literatur zu drucken und zur Verfügung zu stellen, außer die am Ort mit primitiven Mitteln hergestellte. *Pieck bat mich, für die „Pravda“ eine Reihe kurzer Artikel zu den wichtigsten Kernpunkten der faschistischen Agitation zu schreiben. Und zwar: 1) Hitler führt zum Krieg, 2) Hitler führt zum wirtschaftlichen Ruin, zur Verelendung der Arbeiter und Bauern, 3) die Verlogenheit des Arguments aufzudecken, „nichts gegen Russland, sondern gegen die Bolschewiki“ zu haben, 4) die Verlogenheit des Arguments „zum Schutz der nationalen Souveränität“*² aufzudecken usw. Die Artikel werden in deutscher Übersetzung von unseren Rundfunksendern für die Wolga-Deutschen ausgestrahlt.³

Es besteht kein Zweifel, dass unsere Rundfunksendungen in Deutschland von Zehntausenden von Menschen gehört werden. Dies würde eine Hilfe darstellen

²¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

²² Vgl. DVP, Bd. XIX, Dok. 76, S. 134.

²³ Vgl. ebd., Dok. 68, 70.

²⁴ Der Name ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

² Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

³ Der Text ist ab Punkt 1 am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

und könnte wohl kaum für uns unangenehme Folgen haben. Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat man auch nicht gegen unsere Sendungen für die Wolga-Deutschen zu protestieren versucht. Die Artikel kann man sehr ruhig und ohne Geschimpfe schreiben.⁴

*Ich habe keine endgültige Antwort gegeben und ich bitte Sie zu entscheiden, ob der Bitte des Gen. Pieck entsprochen werden soll.*⁵

Mit herzlichem Gruß

*K. Radek*⁶

15. März 1936

Vermerk Stalins mit Bleistift: an Molotov. Meiner Meinung nach kann man es machen.

I. St[alin].

Gen. Radek mitteilen. P[oskrebyšev].

Eigenhändige Unterschrift V.M. Molotovs mit blauem Farbstift.

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 793, l. 71. Original.

Nr. 415

Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke

Moskau, den 16. März 1936

Lieber Hencke!

Vielen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 11. d. Mts.¹ und für die Übersendung des Kalendariums zum französisch-sowjetischen Beistandspakt, das ich wegen seines dauernden allgemeinen Interesses zu den Akten genommen habe.

Die Beratungen der Locarno-Mächte und der Zusammentritt des Völkerbunds-rats² überschatten hier sämtliche Ereignisse. Zufällig finden gerade in diesen Tagen (vorgestern, gestern und heute) Soireen aus Anlass der Anwesenheit des Afghanischen Außenministers³ statt und es bietet sich daher fortgesetzt Gelegenheit, Beobachtungen zu machen und Ansichten auszutauschen. Haben Sie neue Nachrichten? Was wird Deutschland weiter tun? sind die stereotypen Fragen, die die Mitglieder des Diplomatischen Corps an uns richten. Die Russen dagegen halten sich weithin zurück. Krestinski z.B. vermeidet überhaupt jede Gelegenheit, mit mir in ein Gespräch zu kommen. Der Zweck liegt auf der Hand. Die Ziele der Sowjetpolitik sind gegen uns gerichtet. Es kann meines Erachtens kein Zweifel daran sein,

⁴ Vgl. K. Radek: „Germanskoe chozjajstvo i politika vojny“ (Die deutsche Wirtschaft und die Kriegspolitik). In: Pravda vom 22. März 1936, S. 2; ders.: „Fašizm vedet Germaniju k vojne“ (Der Faschismus führt Deutschland zum Krieg). In: ebd. vom 27. März 1936, S. 3.

⁵ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

⁶ Der Name ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

¹ Vgl. Dok. 408.

² Vgl. Dok. 408, Anm. 4.

³ Faiz Mohammad Khan Zakariya.

dass die Tätigkeit der Russen in Paris und London darauf gerichtet ist, die Gegensätze weiter zu verschärfen, Deutschland immer stärker zu isolieren und militärische Garantien zwischen Frankreich und England zu empfehlen. Bei dem vorgestrigen Empfang in der Spiridonowka sagte mir ein Randstaaten-Gesandter: Wenn es im Verfolg der deutschen Vorschläge zu einer Konsolidierung Europas kommt, fällt die Politik Litwinows wie ein Kartenhaus zusammen. Daran ist sicherlich viel Wahres; jedenfalls illustriert diese Bemerkung die gegenwärtige politische Aktivität der Sowjetregierung.

Sie schreiben in Ihrem Brief über die neuerdings in der Sowjetpresse erhobenen Forderungen nach militärischen Sanktionen. Es scheint über diese Begriffe eine gewisse Meinungsverschiedenheit zu bestehen, wie die anliegende Veröffentlichung des D.Z.Z. vom 14. d. Mts.⁴ zeigt.

Spaßhaft ist, dass die Italiener offenbar sehr geschwollen sind und erkennen lassen, dass ***Italien Deutschland diese unerhörte Chance gegeben hätte***⁵.

Es wird Sie vielleicht auch interessieren, dass die Amerikaner hier sich sehr stark für Artikel 3 des Berliner Vertrages interessieren, der die Beteiligung Sowjetrusslands an einem finanziellen oder wirtschaftlichen Boykott ausschließt.⁶ Die Amerikaner glauben, dass die Sowjetregierung aufgrund dieses Artikels ***etwai-gen***⁷ Sanktionsmaßnahmen wird nicht Folge leisten können. Dies wäre auf die Entschließung des Völkerbundsrats vielleicht nicht ohne Einfluss.^{**8}

Sehr gefallen hat mir der Artikel der Deutschen Diplomatischen Korrespondenz vom 6. März „Naive Zumutungen“⁹ zum Stalin-Interview¹⁰. Ich hatte meinen Bericht nicht nur auf die Vorgeschichte, Entstehung und Eindruck des Interviews beschränkt und im Übrigen allgemein gehalten, weil ich mir sagte, die Lieferung von Material nach Berlin würde bedeuten, Eulen nach Athen zu tragen!

Die Hensel'sche Wohnungsfrage macht uns nach wie vor großen Kummer, insbesondere bedauern wir alle auf das Lebhafteste, dass daraus nicht nur Herrn Hensel, sondern auch Herrn Dittmann solche Unannehmlichkeiten erwachsen. Aber nach der kategorischen Haltung des R.K.M. bleibt uns wohl nichts anderes übrig. Ich hoffe, dass Herr Dittmann dies auch verstehen wird.

Über den Stand der Wirtschaftsverhandlungen ist es auch auf Grund Ihrer Mitteilungen schwer, sich ein Bild zu machen. Kandelaki ist in Moskau eingetroffen. Hilger wird darüber noch an Balser schreiben. Ich persönlich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Russen mit Rücksicht auf ihre Wühlerei in Paris

⁴ Vgl. „Heute Völkerbundrat. Verworrene Lage – Ein Komitee wird eingesetzt“. In: Deutsche Zentral-Zeitung vom 14. März 1936, S. 1.

⁵ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: die Italiener den Deutschen unerhörte Chancen gegeben hätten.

⁶ In Art. 3 des Berliner Vertrages vom 24.4.1926 heißt es: „Sollte aus Anlass eines Konfliktes der in Artikel 2 erwähnten Art oder auch zu einer Zeit, in der sich keiner der vertragsschließenden Teile in kriegerischen Verwicklungen befindet, zwischen dritten Mächten eine Koalition zu dem Zwecke geschlossen werden, gegen einen der vertragsschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragsschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen.“ Vgl. ADAP, Ser. B, Bd. II/1, Dok. 168, S. 403; DVP, Bd. IX, Dok. 141, S. 251.

⁷ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: derartigen.

⁸ An dieser Stelle steht ein Fragezeichen in Klammern.

⁹ „Naive Zumutungen“. In: Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz Nr. 52 vom 6. März 1936, S. 1–5.

¹⁰ Vgl. Dok. 416, Anm. 4.

und London es jetzt ganz gern vermeiden würden, mit uns zu einem wirtschaftlichen Abschluss zu gelangen.

Wir haben hier alle sehr viel zu tun. Jedoch geht es uns soweit gut. Bitte geben Sie mir gleich Nachricht, wenn der Herr Botschafter in Berlin eingetroffen sein wird.

Mit den herzlichsten Grüßen von uns allen bin ich

Heil Hitler stets Ihr

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 27448, Bl. 451006-451008.

Nr. 416

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Chefredakteur der Zeitung „Le Temps“ Chastenet

16. März 1936

Chastenet begann mit der Frage nach der Haltung, die wir in der jetzigen europäischen Situation einnehmen, worauf ich ihm antwortete, dass wir selbstverständlich keine Initiative ergreifen würden, da das Vorgehen Deutschlands¹ in erster Linie nicht uns, sondern Frankreich betreffe, dass wir aber bereit seien, Frankreich in seinen Forderungen vollkommen zu unterstützen.²

Im Zusammenhang damit sagte Chastenet, wir würden uns irren, wenn wir meinten, dass die Handlungen Deutschlands nicht gegen uns gerichtet wären. Die Aufgabe, die sich Deutschland stelle, bestünde darin, mit der Befestigung des Rheingebietes Frankreich in seinen Grenzen einzuschließen und es ihm auf diese Weise in Zukunft unmöglich zu machen, seinen Verbündeten in Mittel- und Osteuropa zu helfen.

Ich sagte, dass ich anzuerkennen bereit wäre, dass die Befestigung des Rheingebietes durch die Deutschen ein erschwerendes Moment für den Fall bilde, wenn der *Casus foederis* eintreten sollte. Aber soweit ich ihn verstünde, wolle er damit nicht sagen, dass Frankreich deswegen nicht in der Lage wäre, seine Verpflichtungen laut französisch-sowjetischem Vertrag zu erfüllen³. Chastenet bestätigte, dass er in der Tat dies nicht gemeint hätte, sondern lediglich auf die Schwierigkeiten hinweisen wollte, die von Deutschland geschaffen werden würden mit dem Ziel, seine Handlungen im Osten zu erleichtern.

Ich sagte weiter, wenn er recht hätte, dass der Hauptschlag Deutschlands gegen den Osten geführt werde, dies dennoch nicht bedeute, dass Faktoren taktischer

¹ Vgl. Dok. 409, Anm. 2.

² Vgl. DVP, Bd. XIX, Dok. 70, S. 129.

³ Vgl. Dok. 127, Anm. 3.

und strategischer Art sich nicht auf die Fristen und die Reihenfolge auswirken könnten. Es sei klar, dass Deutschland seinen Angriff gegen die UdSSR mit dem Fernen Osten koordinieren werde. Deutschland und der Ferne Osten – das seien jene zwei Kriegsgefahrenherde, über die Gen. Stalin im Interview mit Howard⁴ gesprochen hätte, wobei Gen. Stalin bereits darauf verwiesen hätte, dass sich die Hauptgefahr von Ost nach West verschieben könne. Und dies sei auch eingetreten.

Zu den neuen Umständen, die nach dem Gespräch des Gen. Stalin mit Howard eingetreten seien, gehörten erstens die Wirkung der Erklärung des Gen. Stalin über die Unterstützung der MVR⁵, die die japanische Militärclique zum Nachdenken veranlasst habe, und zweitens die Bildung der neuen Regierung Japans⁶, die durch die Krise geschwächt sei und vor allem Zeit benötige, um zu erstarken.

Wenn somit durch die Handlungen Hitlers in Europas eine Verschärfung der Lage geschaffen worden sei (ich unterstrich, dass ich nicht glaubte, dass sie eine Vorkriegssituation geschaffen hätten), so entziehe eine Verringerung der Aussichten auf einen Überfall auf uns im Fernen Osten den Hitlerplänen eines der Grundelemente für einen Angriff gegen uns, aber da ja Erwägungen der inneren Lage in Deutschland ihn veranlassen könnten, militärisch vorzugehen, bevor die notwendigen Bedingungen für ein Vorgehen gegen uns gegeben seien, wäre es möglich, dass er nicht mit dem Osten, sondern mit dem Südosten oder sogar mit dem Westen beginne.

Chastenet fragte, auf welche Weise wir Frankreich bei einem Überfall Deutschlands militärische Hilfe leisten könnten. Ich sagte, dass diese Frage von den Generalstäben der beiden Länder noch nicht konkret erörtert worden ist. Beide Generalstäbe müssten bei der Erörterung dieser Angelegenheit zu einer Verständigung gelangen. Bei einer Hilfeleistung für Frankreich müssten wir natürlich unsere Handlungen mit den anderen Bündnispartnern Frankreichs in Europa abstimmen. Mir scheine jedoch, dass es schwierig sein werde, mit der Hilfe Polens zu rechnen.

Chastenet entgegnete, dass ich nicht den Umstand berücksichtige, dass Polen, das er soeben besucht habe und das sich auch weiterhin als Bündnispartner Frankreichs betrachte, bei einem Überfall Deutschlands auf Frankreich gegen Deutschland eingreifen werde. Ihn interessiere, wie in diesem Fall die Sowjetunion Polen unterstützen könne.

Ich sagte, dass mir ein derartiges Vorgehen Polens zweifelhaft erschiene, wenn aber die polnischen Truppen tatsächlich gegen Deutschland voringen, so könnten wir sie in der ersten Etappe des Krieges mit Versorgungsleistungen unterstützen

⁴ Vgl. das Interview Stalins mit dem Präsidenten der amerikanischen Zeitungsvereinigung Scripps-Howard Newspapers Roy W. Howard am 1.3.1936. In: Pravda vom 5. März 1936, S. 2.

⁵ Stalin erklärte gegenüber Howard: „Falls Japan sich dazu entschließt, die Mongolische Volksrepublik zu überfallen und damit auf deren Unabhängigkeit einen Anschlag verübt, werden wir der Mongolischen Volksrepublik Hilfe leisten“. In: Ebenda.

Am 12.3.36 wurde in Ulan Bator das Protokoll über gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der MVR unterzeichnet, das u. a. vorsah: „Bei einem Überfall auf eine der vertragsschließenden Seiten erfolgt eine jegliche gegenseitige Hilfeleistung, darunter auch eine militärische“. In: Izvestija vom 8. April 1936, S. 1.

⁶ Am 9.3.1936 wurde in Japan eine neue Regierung unter Kōki Hirota gebildet.

und somit durch gemeinsame Anstrengungen einen Teil der deutschen Truppen von Frankreich abziehen. Solch eine Hilfe würde uns in der ersten Etappe helfen, Zeit zu gewinnen, um danach Frankreich über entferntere und längere Wege zu helfen. Das würde selbstverständlich leichterfallen, wenn Polen Frankreich tatsächlich helfen würde. Ich sagte, mir schiene jedoch, dass in dem Moment, in dem der deutsche Überfall auf Frankreich erfolge, Polen bestenfalls neutral bleiben und gleichzeitig seine Truppen an seiner Ostgrenze konzentrieren würde. Diese Truppenkonzentration würde es offiziell mit der Gefahr eines Einmarsches sowjetischer Truppen in Polen begründen, was uns faktisch und auch objektiv dazu zwänge, unsere Truppen an der polnischen Grenze zu konzentrieren, und unsere Hilfeleistung für Frankreich erschweren würde, aber dies, fügte ich hinzu, bedeute nicht, dass diese Hilfe nicht dennoch erwiesen werden würde.

Chastenet widersprach meiner Einschätzung der polnischen Haltung, wobei er sich insbesondere auf seine Gespräche in Warschau berief. Ich sagte, dass wir beide von unterschiedlichen Konzeptionen der gegenwärtigen polnischen Politik ausgingen. Während er Polen vor allem als treuen Verbündeten Frankreichs betrachte, der sich für Frankreich schließe, schiene es mir, dass sich Polen vertraglich eng an Deutschland gebunden habe⁷ und nicht gegen Deutschland vorgehen werde, es sei denn, die Sache würde mit einem Überfall Deutschlands auf Polen beginnen.

Chastenet fragte sodann nach der Zukunft der sowjetisch-polnischen Beziehungen. Ihm schiene, dass auf diesem Gebiet etwas getan werden müsste. Er wisse, dass in Polen die Schwierigkeiten für eine Verbesserung der sowjetisch-polnischen Beziehungen vor allem auf dem Gebiet sentimentaler und historischer Momente lägen. Er wolle gern wissen, was von sowjetischer Seite getan werden könnte, um die Beziehungen mit Polen zu verbessern.

Ich legte Chastenet ausführlich dar, dass wir bereits wiederholt Vorschläge unterbreitet hätten, darunter den, einen regionalen Ostpakt abzuschließen. Diese sollten geeignet sein, auch Polen Sicherheit zu gewährleisten, falls es Befürchtungen uns gegenüber hege, und alle erforderlichen vertraglich fixierten Verpflichtungen und Zusicherungen in die Hand zu geben. Unsere Vorschläge und unsere Initiative hätten auf polnischer Seite keine Unterstützung, und der polnische Wunsch, sich mit uns vertraglich zu verständigen, finde sich nur in Worten und auf dem Papier, wobei er selbst in dieser Form nicht sonderlich klar ausgeprägt sei. In Wirklichkeit gebe es jedoch das Bestreben, die Beziehungen mit Deutschland zu verbessern und zu festigen und jegliche gemeinsamen Schritte mit uns abzulehnen. Wenn also jetzt eine Initiative ergriffen werden sollte, so müsse sie von Polen ausgehen, wobei die Polen sicher sein könnten, dass wir jede Initiative, die auf eine Verbesserung der sowjetisch-polnischen Beziehungen gerichtet sei, freundlich aufnehmen würden. Im Anschluss daran gab ich eine Analyse der Motive, die Polen dazu drängen, mit Deutschland zu einem Übereinkommen zu gelangen, um sich von einer deutschen Aggression freizukaufen. Dazu sagte ich jedoch, dass sich Polen dabei gründlich verrechnen könne, weil Deutschland, wenn es nicht über ausreichende Kräfte verfügen sollte, um die UdSSR und Frankreich zu überfallen, gerade mit Polen den Anfang machen könnte.

⁷ Vgl. dazu die deutsch-polnische Erklärung über Nichtangriff vom 26.1.1934; ADAP, Ser. C, Bd. II/1, Dok. 219, S. 411–412.

Darauf sagte Chastenet, dass Deutschland, wie ihm scheine, sich anschicke, mit Österreich zu beginnen. Danach sagte er, dass er mir noch eine Frage stellen wolle, auf die ich, falls ich es nicht wünsche, nicht zu antworten bräuchte. Die Frage stelle sich ihm im Zusammenhang damit, dass ihm bekannt sei, dass es in der Reichswehr nach wie vor starke Tendenzen zugunsten einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gebe. Er würde gern wissen, ob es in Kreisen der Sowjetunion ähnliche Tendenzen zugunsten einer Zusammenarbeit mit Deutschland gebe. Ich sagte, dass mir keine Informationen über Stimmungen in der Reichswehr vorlägen, mir aber schiene, dass Hitler mit seiner Politik der Wiederherstellung der deutschen Rüstung auch die Unterstützung jener Kreise der Reichswehr erreicht haben dürfte, die früher gegen seine Linie gewesen wären. Allein schon aus diesem Grund könne nicht von ähnlichen Tendenzen bei uns die Rede sein. Außerdem müsse Herrn Chastenet bekannt sein, dass wir eine einheitliche politische Linie verfolgen, diese Politik eine einheitliche Ausrichtung besitze und es für solche Tendenzen wie jene, über die er gesprochen habe, keinen Platz gebe.

Chastenet bedankte sich für meine Bereitschaft, seine Fragen zu beantworten, und sagte, er verstehe selbstverständlich, dass das Gespräch nicht für die Presse bestimmt ist, und drückte die Hoffnung aus, mich in Paris wiederzusehen.

N. Krestinskij

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 85, S. 147–150.

Nr. 417

Auszug aus der Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov auf der Tagung des Völkerbundsrates in London

17. März 1936

In dem kurzen Zeitraum von 1½ Jahren der Zugehörigkeit der Sowjetunion zum Völkerbund sieht sich ihr Vertreter im Völkerbundsrat genötigt, heute das dritte Mal wegen der Verletzung internationaler Verpflichtungen das Wort zu ergreifen – das erste Mal wegen der Verletzung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages durch Deutschland, das zweite Mal im Zusammenhang mit dem italienisch-abessinischen Konflikt und heute wegen der einseitigen Verletzung der Verträge sowohl von Versailles als auch von Locarno durch Deutschland. An allen drei Fällen ist die Sowjetunion entweder formal nicht interessiert, da sie kein Teilnehmer der verletzten Verträge, weder des Versailler noch des von Locarno, ist, oder ihre eigenen Interessen waren, wie im Falle des italienisch-abessinischen Konfliktes nicht im Geringsten betroffen. Diese Umstände hinderten in der Vergangenheit und hindern auch jetzt den Vertreter der Sowjetunion nicht daran, seinen Platz unter den Ratsmitgliedern zu finden, die in entschiedener Form ihre Empörung wegen der Verletzung internationaler Verpflichtungen zu Protokoll geben, sie verurteilen und sich zu den effektivsten Maßnahmen zusammenschließen, um derartigen Verletzungen in Zukunft vorzubeugen. [...]

Die auf der heutigen Ratstagung zu erörternde Frage übertrifft in dem angeführten Sinne durch ihre Einfachheit sogar die vorangegangenen Fälle. Hier liegt nicht nur eine grundsätzliche Vertragsverletzung vor, sondern auch das Ignorieren des speziellen Vertragspunktes, der den Weg zur Lösung von Streitpunkten aufzeigt, die im Falle einer vermeintlichen oder tatsächlichen Vertragsverletzung entstehen können. Bevor aber eine endgültige Verurteilung der Handlungen Deutschlands ausgesprochen wird, halte ich es gerechterweise für angebracht, all das zu berücksichtigen, was Herr Hitler zur Rechtfertigung dieser Handlungen oder zur Abschwächung der Bedeutung des Vergehens gesagt hat.

Die deutsche Regierung behauptet, dass Frankreich das erste Land war, das mit dem Abschluss des Beistandspaktes mit der Sowjetunion¹ den Locarno-Vertrag nach Geist und Buchstaben verletzt hat. Sie wandte sich zwecks Erläuterung an die anderen Locarnomächte, und zwar an Großbritannien und an Italien.² Es ist anzunehmen, dass, wenn diese Mächte der deutschen These bezüglich der Unvereinbarkeit des sowjetisch-französischen Paktes mit dem Locarno-Vertrag zugestimmt hätten, Deutschland sich deren Schlussfolgerung voll zu Nutze gemacht hätte. Weil aber diese Mächte zu einer anderen Schlussfolgerung gelangten, erklärt Deutschland kategorisch, dass Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien, d. h. die übrigen Locarnomächte, den Locarno-Vertrag nicht richtig interpretieren würden und die einzig richtige Auslegung ihre eigene sei.³ Es ist zweifellos ein außerordentlich bequemes Mittel, strittige internationale Fragen zu lösen, wenn das Land, das von der Ungerechtigkeit in eigener Sache überzeugt ist, sich in seiner eigenen Angelegenheit in die Position des Richters und anschließend in die des Gerichtsvollzieher begibt.

Die Haltlosigkeit der deutschen Behauptung bezüglich der Unvereinbarkeit des sowjetisch-französischen Paktes mit dem Locarno-Vertrages ergibt sich mit absoluter Klarheit aus dem eindeutigen Verteidigungscharakter dieses Paktes. Der ganzen Welt ist bekannt, dass weder die Sowjetunion noch Frankreich territoriale Ansprüche an andere Länder stellen und keine Veränderung der Grenzen Deutschlands anstreben. Wenn Deutschland weder eine Aggression gegen Frankreich noch gegen die Sowjetunion verübt, so wird der Pakt keine Anwendung finden. Wenn aber die Sowjetunion Opfer eines Überfalls durch Deutschland werden sollte, so gibt der Locarno-Vertrag Frankreich als Mitglied des Völkerbundes das unbestreitbare Recht, der Sowjetunion zu Hilfe zu eilen. Da Deutschland und die Sowjetunion keine gemeinsame Grenze haben, ist in diesem Fall die Bestimmung des Aggressors unfehlbar. Wenn deutsche Streitkräfte die Grenzen des eigenen Landes überschreiten und die die beiden Länder trennenden Staaten und Meere durchqueren, um zum Territorium der Sowjetunion zu gelangen, so wird die deutsche Aggression völlig offensichtlich sein und umgekehrt. Dies ist auch der deutschen Regierung durchaus klar, und deshalb beeilt sie sich, die weitgehende Hypothese von

¹ Vgl. Dok. 127, Anm. 3.

² Die deutsche Regierung wandte sich gleichfalls an die Regierungen Belgiens und Frankreichs. Vgl. Dok. 163, Anm. 1.

³ Nachdem die deutsche Regierung die Antwortnoten auf ihre Anfrage von den Regierungen der Signatarmächte des Locarno-Abkommens erhalten hatte, erklärte sie, dass sie die in den Noten vertretene Rechtsauffassung nicht teile. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1 Dok. 230, S. 483–484.

einer Veränderung der sozialen Ordnung in Frankreich ins Feld zu führen, was nur das Gekünstelte und Gezwungene der deutschen Argumentation hinsichtlich der Unvereinbarkeit des sowjetisch-französischen Paktes mit dem Locarno-Vertrag unterstreicht.

Die deutsche Regierung, die sich nicht auf die Kraft und die Überzeugungsfähigkeit einer solchen Argumentation verlässt, führt eine andere Rechtfertigung ihrer Handlungen an. Sie erklärt, dass die Entmilitarisierung des Rheinlandes an sich ungerecht gewesen sei, dem Prinzip der Gleichberechtigung der Staaten widerspreche und die Unantastbarkeit der deutschen Grenze einer Bedrohung ausgesetzt habe. Solch eine Argumentation scheint überzeugender und auf jeden Fall aufrichtiger zu klingen, als die Sophistik bezüglich des sowjetisch-französischen Paktes. Um auf dieses Argument detailliert einzugehen, müsste ich hier das wiederholen, was ich im Völkerbundsrat am 17. April 1935 bei der Erörterung der Beschwerde der französischen Regierung wegen der Verletzung der internationalen Rüstungsaufgaben gesagt habe.⁴ Der Völkerbund als eine politische Institution, die sich zur Aufgabe macht, den Frieden zu organisieren und zu festigen, kann vom Gesichtspunkt von abstrakter Prinzipien aus keine Fragen entscheiden und noch weniger die Verletzung internationaler Verpflichtungen gutheißen. Als Kriterium für die Beschlüsse des Völkerbundes sollte zuallererst gelten, ob ein Beschluss dem Anspruch der bestmöglichen Organisation des Friedens entspricht. Eine bedeutende Anzahl von Mitgliedsländern des Völkerbundes, dem die Sowjetunion damals nicht angehörte, meinte 1919 und 1925, dass die Entmilitarisierung des Rheinlandes dieser Aufgabe entspricht. Ich denke nicht, dass die Veränderungen, die sich seitdem in der Ideologie und in der Außenpolitik Deutschlands vollzogen haben, es erlauben zu behaupten, dass gegenwärtig der Friede in Europa von der Remilitarisierung des Rheinlandes profitiert, zumal diese vollkommen einseitig unter Verletzung der von Deutschland freiwillig übernommenen Verpflichtungen erfolgte. Eine solche Behauptung wird weder durch die Außenpolitik der heutigen deutschen Regierung, noch die in Deutschland begonnene und seit drei Jahren anhaltende Propagierung der Aggression und des internationalen Hasses und der Glorifizierung des Kriegsgeistes gestützt.

Ich werde Ihre Zeit nicht mit entsprechenden Zitaten aus der deutschen periodischen Presse, aus deutschen Lehrbüchern, deutschen wissenschaftlichen Arbeiten, deutschen Liederbüchern verschwenden. Ich erlaube mir nur, Sie an das politische Vermächtnis der jetzigen Regierung Deutschlands zu erinnern, das Sie auf Seite 754 des zweiten Bandes der Münchener Ausgabe des Buches „Mein Kampf“ von 1934 finden:

„Das politische Testament der deutschen Nation für ihr Handeln soll und muss für immer sinngemäß lauten: Duldet niemals das Entstehen zweier Kontinentalmächte in Europa. Seht in jedem Versuch, an den deutschen Grenzen eine zweite Militärmacht zu organisieren, und sei es auch in Form der Bildung eines zur Militärmacht fähigen Staates, einen Angriff gegen Deutschland, und erblickt darin nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, mit allen Mitteln, bis zur Anwendung von Waffengewalt, die Entstehung eines solchen Staates zu verhindern, und diesen Staat, wenn er schon entstanden, wieder zu zerschlagen.“

⁴ Vgl. DVP, Bd. XVIII, Dok. 186, S. 289–291.

Gerade für solche Ziele, meine Herren, braucht Deutschland die Remilitarisierung des an Frankreich angrenzenden Rheinlandes. Es geht um die Errichtung der Hegemonie Deutschlands über den ganzen europäischen Kontinent, und ich frage, ob der Völkerbund gegenüber der Verwirklichung dieser Aufgabe Nachsicht üben muss und wird? Ich habe Ihnen nicht einen zufälligen Zeitungsartikel vorgelesen, sondern ein Dokument, das der Autor selbst als politisches Testament des jetzigen Herrschers Deutschlands charakterisiert, der die Quintessenz seiner gesamten Außenpolitik liefert. Was für eine Bedeutung haben neben diesem Dokument einzelne politische Reden und Erklärungen, die zu diesem oder jenem Moment mit einem politischen Ziel vorgetragen werden, die der Psychologie von Teilen dieses oder jenes Volkes angepasst sind, um bestimmte kurzfristige Ziele zu erreichen? Solche Reden und Erklärungen stehen in genau dem gleichen Verhältnis zu dem von mir zitierten Hauptdokument, wie ein zeitweiliger taktischer Waffenstillstand in einem Abschnitt des Kriegsschauplatzes zum strategischen Hauptziel des gesamten Feldzuges.

Was den Schutz Deutschlands anbelangt: falls es denn einen Staat in der Welt gibt, dem keine Gefahr von außen droht, so ist das Deutschland. Ich kenne kein einziges Land, das an Deutschland territoriale Ansprüche stellt, ich kenne keine Literatur, die einen Feldzug gegen Deutschland propagiert. Der Überfall auf einen Staat geschieht nicht und kann nicht ohne eine vorherige Vorbereitung, ohne eine vorherige Ankündigung von territorialen oder anderen Ansprüchen, ohne Begründung dieser Ansprüche und ohne eine Erziehung des Volkes im Geiste der Verwirklichung dieser Ansprüche erfolgen. Solch eine Vorbereitung gibt es in keinem einzigen Land und deshalb ist auch der Gedanke einer Einkreisung Deutschlands abwegig. An dem Tag, an dem jegliche Zweifel an der Friedensliebe Deutschlands und an seiner aufrichtigen Bereitschaft verschwinden, mit anderen europäischen Völkern bei der Organisation des Friedens zusammenzuarbeiten, und an dem es damit aufhören würde, jene Garantien für seine Friedensliebe abzulehnen, die andere europäische Völker bereitwillig geben, würde der Vertreter der Sowjetunion, die immer für die Gleichberechtigung der Völker in der Welt eintritt, sowohl der großen als auch der kleinen, und die nach wie vor dem großen deutschen Volk eine starke Sympathie entgegenbringt, der erste sein, der dagegen protestieren würde, ihm eine wie auch immer geartete Ungleichberechtigung aufzuzwingen und es irgendwelcher Rüstungsmittel zu berauben, die anderen Völkern zur Verfügung stehen.

Ich habe zwei Argumente der deutschen Regierung näher betrachtet, mit der die begangene Verletzung der internationalen Verpflichtungen gerechtfertigt wird. Sie gab sich jedoch nicht mit diesen Rechtfertigungen zufrieden. Sie ist offenbar selbst nicht von deren Überzeugungskraft überzeugt und ist sich darüber im Klaren, dass damit eine Bresche in das bestehende System der Friedensorganisation geschlagen wurde, und versucht deshalb den Eindruck zu erwecken, als ob sie bereit sei, das begangene Übel zu beseitigen, indem sie ein neues System für eine angeblich noch bessere Organisation des Friedens vorschlägt.

Deshalb könnte folgende Frage aufkommen: wenn die Organisation des Friedens keinen Schaden erleidet, sondern sogar gewinnt, wäre es dann angebracht, eine formale Verletzung von internationalen Verträgen hinzunehmen, lohnt es sich in diesem Fall überhaupt, diese Verletzung festzuhalten und diese zu missbilligen?

Im Interesse der Unvoreingenommenheit erlaube ich mir, in sehr gedrängter Form auch auf diese Seite der Frage einzugehen.

Ich weiß, dass es Menschen gibt, die in dem Vorschlag an Frankreich und Belgien über einen Nichtangriffspakt für die Dauer von 25 Jahren bei Garantie von England und Italien⁵ tatsächlich ein Zeichen besonderer Friedensliebe Deutschlands erblicken. Diese Leute verlieren dabei aus dem Blickfeld, dass der soeben von Deutschland zerrissene Locarno-Vertrag genau solch einen Nichtangriffspakt mit genau den gleichen Garantien, jedoch nicht für 25 Jahre, sondern ohne eine Fristbegrenzung darstellte, allerdings mit dem Unterschied, dass er Zusatzgarantien für Frankreich und Belgien in Gestalt des entmilitarisierten Rheinlandes enthielt. Somit läuft der scheinbar neue Vorschlag Deutschlands auf eine Beibehaltung des Locarno-Vertrages bei gleichzeitiger Verringerung der Laufzeit und mit einer Reduzierung jener Garantien für Belgien und Frankreich hinaus, die sie kraft des alten Locarno-Vertrages genossen haben. Aber die reduzierten Garantien, die Herr Hitler jetzt vorschlägt, können die Garanten des Locarno-Vertrages Frankreich und Belgien auch ohne die Zustimmung Deutschlands gewähren, wenn sie das wollen. Somit hat der Vorschlag des Herrn Hitler den Sinn, dass er, indem er Frankreich und Belgien einige Garantien entzieht, die ihnen der Locarno-Vertrag bot, die Vorteile dieses Vertrages für Deutschland im vollen Umfang beibehalten will.

Damit erschöpft sich aber nicht die „Friedensliebe“ des Herrn Hitler. Er ist bereit, nicht nur mit Frankreich und Belgien, sondern auch mit seinen anderen Nachbarn Nichtangriffspakte abzuschließen, allerdings ohne jegliche Garantien Dritter. Die Sowjetunion hat mit allen ihren Nachbarn Nichtangriffspakte abgeschlossen (mit Ausnahme Japans, das einen Pakt nach wie vor ablehnt)⁶. Sie legte jedoch immer großen Wert darauf, dass diese Pakte nicht eine Aggression gegen dritte Staaten erleichtern. Deshalb nehmen wir in solche Pakte immer einen speziellen Artikel auf, der das Land von jeglichen Verpflichtungen kraft des Paktes in dem Fall befreit, wenn die andere Seite eine Aggression gegen einen dritten Staat verübt. In den von Herrn Hitler vorgeschlagenen Pakten wird jedoch solch ein Artikel fehlen. Aber ohne solch einen Artikel läuft das vorgeschlagene Paktsystem auf das von Herrn Hitler propagierte Prinzip der Lokalisierung von Kriegen hinaus. Jeder Staat, der solch einen Pakt mit Deutschland abschließt, wird damit bei einem Überfall auf einen dritten Staat zur Immobilität gezwungen.

Dieser Vorschlag des Herrn Hitler hinterlässt bei mir den Eindruck, dass wir es mit einem neuen Versuch zur Aufteilung Europas in zwei oder mehrere Teile zu dem Zwecke zu tun haben, einem Teil den Nichtangriff zu garantieren und dadurch freie Hand für die Abrechnung mit dem anderen Teil Europas zu erhalten. Wie jedes Mal in Genf komme ich nicht umhin festzustellen, dass solch ein Paktsystem nur die Sicherheit des Aggressors erhöht, nicht aber die Sicherheit der friedliebenden Völker.

Davon ausgehend, dass die von mir aufgezählten „friedliebenden“ Vorschläge jedoch nicht als ausreichende Kompensation für die Verletzung internationaler Ge-

⁵ Vgl. Dok. 405.

⁶ Die UdSSR hatte 1936 auch mit folgenden Nachbarstaaten keine Nichtangriffspakte: Rumänien, Iran, China.

setze betrachtet werden, erklärt Deutschland seine Bereitschaft, in den Völkerbund zurückzukehren. Zusammen mit den anderen Mitgliedern des Völkerbundes haben wir immer aufrichtig die Unvollständigkeit des Bundes sowie die Abwesenheit einiger großer Länder, insbesondere Deutschlands, aufrichtig bedauert. Wir werden Hitler-Deutschlands Rückkehr begrüßen, wenn wir überzeugt sind, dass es die Grundprinzipien anerkennt, auf denen der Völkerbund beruht und ohne die er nicht nur aufhören würde, ein Instrument des Friedens zu sein, sondern eventuell in sein Gegenteil verkehrt werden könnte. Zu diesen Prinzipien gehören in erster Linie die Einhaltung von internationalen Verträgen, die Achtung und Untastbarkeit der bestehenden Grenzen, die Anerkennung der Gleichberechtigung aller Mitglieder des Völkerbundes, die Unterstützung bei der kollektiven Organisation der Sicherheit, der Verzicht darauf, internationale Streitigkeiten mit dem Schwert zu entscheiden.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist Deutschlands einseitige Verletzung seiner internationalen Verpflichtungen und die Ablehnung, sich den in den internationalen Verträgen vorgesehenen Mitteln zur Konfliktlösung unterzuordnen, leider noch zu frisch in unserem Gedächtnis. Wir haben noch nicht vergessen, dass Herr Hitler bis zur allerletzten Minute in kategorischer Form die Idee der kollektiven Sicherheit bekämpfte. Er predigt das Prinzip der Ungleichheit nicht nur der Rassen, sondern auch der Völker. Er zeigt unmissverständlich auf die Gebiete, die gewaltsam anderen Völkern für die deutsche Kolonisierung entrissen werden sollen. Wir wissen, dass vor noch nicht allzu langer Zeit, und zwar am 28. Mai 1931, einer der engsten Weggefährten Hitlers, Herr Goebbels, in seiner Zeitung „Der Angriff“ schrieb, dass „das einzige Instrument, mit dem ausschließlich Außenpolitik zu machen ist, das Schwert ist“⁷, und dass Herr Hitler selbst am 9. Dezember 1930 im amtlichen Organ seiner Partei, dem „Völkischen Beobachter“ schrieb, dass „letzten Endes das Schwert alles entscheiden wird“⁸. Schließlich muss ich an das von mir bereits zitierte politische Testament der Herrn Hitler erinnern, in dem er dem deutschen Volk empfiehlt, die Existenz von anderen starken Staaten neben Deutschland nicht zu dulden und sie eventuell zu zerschlagen. Wir können die Gefahr nicht ignorieren, dass ein Mitglied des Völkerbundes, das solche Prinzipien propagiert, die Möglichkeit bekommt, den wertvollsten Teil der Tätigkeit des Völkerbundes, der auf die Schaffung des Friedens und die Festigung der Sicherheit aller seiner Mitglieder gerichtet ist, zu sabotieren. Erst wenn wir einen überzeugenden Beweis dafür erhalten, dass unsere Befürchtungen und Zweifel künftig unbegründet sein werden, werden wir die Rückkehr Hitler-Deutschlands in den Völkerbund als einen Beitrag für den Frieden ansehen.

⁷ In dem Artikel hieß es: „Auch er [d.i. Curtius] wird zwangsläufig bei internationalen Verhandlungen eine Schlappe nach der anderen erleiden, weil auch ihm das Instrument fehlt, mit dem man eben allein und ausschließlich Außenpolitik betreiben kann: die Macht, die vor allem und in der verzweifelte Lage, in der Deutschland sich befindet, durch ein einheitlich bestimmtes und willensmäßig gerichtetes Volk dargestellt wird.“ Dr. Goebbels: „Curtius auf Abruf“. In: Der Angriff vom 28. Mai 1931, S. 1–2.

⁸ Hitler hatte in seiner Rede am 4.12.1930 auf der Versammlung des Deutschen Nationalsozialistischen Bundes in Berlin u. a. gesagt: „Das Schwert hat noch immer zuletzt entschieden.“ Vgl. Adolf Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen; Bd. IV: Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl Oktober 1930–März 1932, Teil. I, München u. a. 1994, Dok. 37, S. 145–147, hier S. 146.

Die Analyse der Vorschläge des Herrn Hitler in ihrer Gesamtheit führt mich zu der Schlussfolgerung, dass sie nicht nur nicht den Schaden kompensieren würden, der der Schaffung des Friedens durch Nachsicht bei der Verletzung internationaler Verträge zugefügt werden würde, sondern dass sie für sich genommen der Schaffung des Friedens, und in erster Linie dem Völkerbund, einen Schlag versetzen würden.

Ich habe mir erlaubt, meine Herren, meine Gedanken in völliger Offenheit auszusprechen. Mir ist das leichter gefallen als meinen anderen Kollegen. Und dies deswegen, weil die Manier, mit der es sich Herr Hitler herausnimmt, öffentlich über den von mir vertretenen Staat zu sprechen, mich von der Notwendigkeit befreit, Zuflucht zum Stillschweigen zu nehmen und auf diplomatische Rücksichten zu achten. Ich hatte umso mehr das Recht dies zu tun, da der Sinn der Reden des Herrn Hitler und seiner Vorschläge auf dem Gebiet der internationalen Politik auf die Organisation eines Feldzuges gegen die Völker des von mir vertretenen Staates, zur Vereinigung von ganz Europa und der gesamten Welt gegen ihn hinausläuft. Mag seine Aggression in allernächster Zeit faktisch auf andere Länder abzielen, mögen seine Attacken gegen die Sowjetunion nur den Rauchvorhang für die Aggressionsvorbereitung gegen andere Staaten bilden, so gibt bereits der Umstand, dass er zu diesem Zwecke die Sowjetunion als Zielscheibe seiner fortwährenden Angriffe auswählt und dies erneut im Zusammenhang mit der Verletzung des Locarno-Vertrages getan hat, mir all das Recht, offen und mit besonderem Nachdruck über das Wesen der aggressiven Außenpolitik des Herrn Hitler zu sprechen. Ich spreche dabei die feste Überzeugung aus, dass die jetzt von Herrn Hitler unterbreiteten Vorschläge, die aus seiner Außenpolitik hervorgehen, in ihrer momentanen Form niemals die Grundlage für Abkommen zwischen den anderen Mitgliedern des Völkerbundes bilden werden.

Bevor ich zum Schluss komme, erlaube ich mir die Hoffnung auszusprechen, dass ich richtig verstanden werde und aus dem von mir Gesagten nicht die Schlussfolgerungen gezogen werden, dass die Sowjetunion lediglich eine Feststellung, eine Missbilligung und harte Maßnahmen vorschlägt und sich gegen jegliche Verhandlungen und gegen eine friedliche Regelung von entstandenen ernsten Konflikten ausspricht. Derartige Schlussfolgerungen würden eine völlig falsche Vorstellung von unserer Konzeption vermitteln. Ich bin nicht weniger, sondern mehr als andere an der Unverletzbarkeit des Friedens interessiert, und dies sowohl heute als auch in den folgenden Jahrzehnten und nicht nur in einem Teilabschnitt Europas, sondern in ganz Europa und in der ganzen Welt. Wir sind entschieden gegen all das, was den Ausbruch eines Krieg beschleunigen würde, und sei es nur um einen Monat, wir sind jedoch auch gegen unausgereifte Entscheidungen, die eher von Angst und anderen Emotionen diktiert sind als durch eine nüchterne Einschätzung der Realität, von Entscheidungen, die angeblich heute die Ursache für einen möglichen Krieg beseitigen, damit jedoch alle Voraussetzungen für einen realen Krieg in der Zukunft schaffen.

Wir treten für ein internationales Abkommen ein, das nicht nur die bestehenden Grundlagen des Friedens festigen könnte, sondern auch möglichst neue schaffen würde. Wir sind für die Teilnahme aller Länder an einem solchen Abkommen, die dies wünschen. Wir sind dagegen, dass der Auszug aus dem Völkerbund, die grobe Verletzung von internationalen Verträgen und das Säbelrasseln einem Staat

das Privileg verschaffen würde, ganz Europa seine Verhandlungsbedingungen zu diktieren, nach seinem Gutdünken die Verhandlungsteilnehmer auszuwählen und ihnen das eigene Vertragsschema aufzuzwingen. Wir sind dagegen, Verhandlungen auf einer Grundlage zu führen, die die Reihen der aufrichtigen Friedensanhänger desorganisiert und die unweigerlich zur Vernichtung der einzigen zwischenstaatlichen politischen Organisation, des Völkerbundes, führt. Wir meinen, dass die aufrichtigen Friedensanhänger nicht weniger als die Vertragsverletzer das Recht haben, ein eigenes Schema für eine europäische Friedensordnung vorzuschlagen. Wir sind dafür, Sicherheit für alle Völker Europas zu schaffen, wir sind gegen einen Halbfrieden, der kein Friede ist, sondern Krieg bedeutet.

Aber zu welchen neuen internationalen Abkommen wir auch zu gelangen wünschen, zuallererst müssen wir sicherstellen, dass sie durch alle Teilnehmer loyal erfüllt werden, und der Völkerbund muss sagen, wie er sich zu einseitigen Verletzungen solcher Abkommen verhält, und wie er auf sie zu reagieren beabsichtigt und dazu in der Lage ist. Unter diesem Gesichtspunkt erlangt die umfassende Befriedigung der Beschwerde der französischen und belgischen Regierungen höchste Bedeutung. Unter Berücksichtigung all dessen erkläre ich im Namen meiner Regierung deren Bereitschaft, an allen Maßnahmen teilzunehmen, die der Völkerbundsrat oder die Locarnomächte vorschlagen und die für die anderen Ratsmitglieder annehmbar sind.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 87, S. 153–161.

Nr. 418

Schreiben des Referatsleiters im Geheimen Staatspolizeiamt Müller an den Reichsinnenminister Frick

Berlin, SW 11, den 17. März 1936

Nr. II 1 A 4/5082/35

An das Auswärtige Amt,
An das Außenpolitische Amt der NSDAP,
An das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda,
*An den Herrn Reichs- und Preußischen Minister des Innern*¹,
hier.

Die UdSSR entfaltet in letzter Zeit in Deutschland eine rege Propaganda *für Reisen in die Sowjet-Union*². Das sowjetrussische Reisebüro „Intourist“ benutzt jede Möglichkeit, für den Besuch der UdSSR zu werben.

Die Werbung erstreckt sich auf die Gebiete der Kino- und Theaterlichtbildreklame, der Ausstellungsreklame (Reisebüros, Leipziger Messe) und der Inseratenreklame (sogar NS.-Presse).

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Der Text ist unterstrichen.

Auf Grund der weltanschaulichen und politischen Gegensätze des Reiches zur S.U. ist die Werbung für die Reisen praktisch wirkungslos. Der von den Sowjets verfolgte Zweck dieser intensiven und auffälligen Reklameart, die zudem häufig die Embleme der UdSSR zeigt, liegt auch weniger in der Werbung selbst, als vielmehr in der Prestigefrage, im nationalsozialistischen Deutschland genau wie vor der Machtübernahme eine großangelegte Propaganda für die UdSSR entfalten zu können.

*Nach den hier vorliegenden Meldungen herrscht in weiteren Partei- und Volkskreisen über einen derartigen Propagandafeldzug der S.U. starke Empörung.*³

Da somit durch die geschilderte Art der Werbung eine Beunruhigung und Störung der allgemeinen Ordnung vorliegt, *schreite ich in diesen Fällen wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung gemäß § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes ein.

Ich gebe hiervon Mitteilung, mit der Bitte um Stellungnahme*⁴.

Im Auftrage:
gez. Müller

Beglaubigt:[Unterschrift] Kanzleiangestellte

Auf erstem Blatt Stempel: III P 365/123. Auf Kopfbogen der Preußischen Geheimen Staatspolizei geschrieben.

BArch, R 58/683, Bl. 138-138/R.

Nr. 419

**Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov
an den Leiter der 2. Westabteilung im NKID Štern**

Geheim
Persönlich¹
17.3.36

S. Bessonov
Berlin
Nr. 111/s²

Moskau, NKID
2. Westabteilung
Gen. Štern

Lieber David Grigor'evič!

1. Nach dem Telegramm, das Ja.Z.³ gemeinsam mit Fridrichson in der Sache Prinz⁴ geschickt hat, fand auf unsere Initiative bei Gen. Ramzajcev ein Treffen mit

³ Der Absatz ist am Seitenrand angestrichen.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

¹ Das Wort ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Jakov Zacharovič Suric.

⁴ Vgl. Dok. 366, Anm. 2.

Balser statt, der aus irgendeinem Grund beharrlich darauf bestand, die unmittelbare Verhandlungsführung mit der Handelsvertretung über einen gütlichen Vergleich übernehmen zu wollen. In diesem Gespräch, das am 16. März stattfand, einigten sich beide Seiten unter Vorbehalt auf folgenden Modus für einen gütlichen Vergleich: aufgrund der Klage von Rechtsanwalt Aron, zu der bereits eine Vollstreckungsanordnung ergangen ist, wird die Handelsvertretung 70% der Summe zahlen, aufgrund der Klage von Rechtsanwalt Epstein (auf die verbliebenen 20.000 Mark), zu der noch keine Vollstreckungsanordnung ergangen ist, wird die Handelsvertretung 50% bezahlen. Leider waren weder die Handelsvertretung noch das Auswärtige Amt mit Vollmachten ausgestattet, Entscheidungen zu treffen und die Angelegenheit auf der Grundlage zu Ende zu bringen, die uns allen im Lichte der im Telegramm dargelegten Umstände als annehmbar erschien. Die Handelsvertretung hätte vorab das Einverständnis Moskaus einholen müssen, das Auswärtige Amt hätte sich (in Person von Balser) offenbar noch einmal mit den genannten Rechtsanwälten in Verbindung setzen müssen. Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, dass es in dieser Angelegenheit zu weiteren Komplikationen und zu einer neuerlichen Erpressung der Deutschen kommen wird, die den Umstand nutzen werden, dass wir zurzeit sehr wenige Druckmittel gegen sie in der Hand haben, von den äußersten abgesehen. Allerdings zeigt allein die Androhung von Extremmaßnahmen bei den Deutschen eine gewisse Wirkung. So kann zum Beispiel der von Balser und Ramzajcev ausgehandelte Vergleichsmodus als seltsam erscheinen, da derselbe Balser mir noch einige Stunden zuvor erklärt hatte, dass das Auswärtige Amt seine Hände in Unschuld wasche, da es sich angeblich von der Unmöglichkeit überzeugt habe, auf die Gläubiger Einfluss nehmen zu können. Darauf entgegnete ich ihm, dass wir gezwungen sein würden, uns mit einer formalen Beschwerde über die Ostabteilung⁵ an das Ministerium zu wenden, die uns seinerzeit selbst vorgeschlagen hätte, auf die Gläubiger von Prinz Einfluss zu nehmen. Die Ostabteilung hätte jedoch nicht nur nichts unternommen, sondern, wie uns die Gläubiger (Gejssel – Aron) versicherten, die Gläubiger dazu angespornt, sich mit keinen unserer Bedingungen *einverstanden zu erklären*⁶. Dies hat allem Anschein nach dazu beigetragen, Balser, der⁷ in dieser Angelegenheit etwas Dreck am Stecken hat, versöhnlicher zu stimmen und bewogen, sich mit Ramzajcev binnen einer halben Stunde in der Frage zu verständigen, die er noch ein paar Stunden zuvor offiziell als hoffnungslos betrachtet hatte. Wollen wir hoffen, dass Moskau den Vergleich auf dieser Grundlage genehmigt und diese Angelegenheit schließlich beigelegt sein wird. Vorerst wird laut Balser die Vollstreckungsanordnung erneut ausgesetzt („ungefähr für 10 Tage“, wie er erklärte). Wir haben unsererseits ein Schreiben von Ja.Z. **an**⁸ Neurath in dem oben ausgeführten Sinne aufgesetzt.

2. Die letzten zwei Wochen waren für uns in gewisser Weise bedeutungsvoll. In dieser Zeit sind von der Bevollmächtigten Vertretung organisiert worden:

⁵ Gemeint ist die Unterabteilung der II. Abteilung des AA, zu der nach der Strukturveränderung des Auswärtigen Amtes im September 1935 Osteuropa (die UdSSR, Polen, Danzig) gehörte.

⁶ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

⁷ Das nachfolgende Wort „offenbar“ ist gestrichen.

⁸ Das ist mit Tinte geschrieben.

1. Vorführung von Ausschnitten aus folgenden unserer Filme: „Gulliver“⁹, „Podrugi“¹⁰, „Aërograd“¹¹, „Prazdnik urožaja“¹², „Sčastlivaja junost“¹³. Zu dieser Vorführung wurden ungefähr 400 Deutsche eingeladen, von denen 120 Personen der Einladung gefolgt waren, 70 Personen haben auf die Einladung nicht geantwortet, die restlichen antworteten mit einer Absage. Es waren verhältnismäßig viele Professoren und Journalisten gekommen, von den Filmschauspielern war allein Theo Lingen erschienen. Um unsere Einladungen entbrannte, wie Du sicherlich bereits dem Schreiben des Gen. Gnedin¹⁴ entnehmen konntest, eine erbitterte Auseinandersetzung; viele, die ursprünglich ihre Zusage mitgeteilt hatten, zogen diese dann zurück. Schließlich erfuhren wir, dass Goebbels in seinem Ministerium angeordnet hatte, dass der Besuch der Filmvorführung mit der nationalsozialistischen Weltanschauung unvereinbar sei und als „Kultur-Bolschewismus“ betrachtet werde. Vom Auswärtigen Amt war die gesamte Ostabteilung erschienen, die sich äußerst misshütig verhielt. Wir verstanden diesen Misshüt als ein Zeichen dafür, dass sie wegen ihrer Teilnahme an dieser Filmvorführung von Goebbels ihre „Abreibung“ erhalten hatten. Die Filme hinterließen natürlich einen starken Eindruck, und der Abend verlief insgesamt erfolgreich. Laut den der Bevollmächtigten Vertretung vorliegenden Informationen hatte der Abend jedoch sein Nachspiel¹⁵. Nach dem Bericht der Vertreter des Ministeriums über den Abend in den entsprechenden Einrichtungen wurde darauf verwiesen *(natürlich nicht uns gegenüber)*¹⁶, dass bereits die ersten Ausschnitte aus den Filmen „Gulliver“ und „Podrugi“ eine äußerst gefährliche „Propaganda“ darstellen würden, weil in „Gulliver“ das Land „Liliput“ allem Anschein nach das derzeitige Deutschland (!) symbolisiere und „Podrugi“ offen zum Sturz der in Deutschland bestehenden Ordnung aufrufe. Die eigentliche Quelle für die Unzufriedenheit der deutschen „Oberen“ mit unseren Filmvorführungen besteht unserer Auffassung nach darin, dass das gesamte Auditorium, ohne Ausnahme, das verblüffende Zusammentreffen des Datums des Sportfestes der Jugend in Moskau („Sčastlivaja junost“) mit dem Datum der Erschießung von Röhm und Co. (am 30.6.34) konstatierte. Der Kontrast zu dem, wie die UdSSR diesen Tag erlebte, und wie das faschistische Deutschland diesen Tag beging, war derartig augenfällig, dass allein dieser zufällige Umstand alle Gäste nachdenklich stimmte. Darüber sprachen viele Gäste ohne Umschweife. Die propagandistische Wirkung der sowjetischen Kultur erschien den faschistischen Behörden derartig stark zu sein, dass in den darauf folgenden Tagen, wie Du ersehen wirst¹⁷, die Anweisung erging, unsere Einladungen nicht anzunehmen, falls das geringste Risiko

⁹ Novyj Gulliver (Ein neuer Gulliver, Mosfil'm, 1935), Regie: Aleksandr L. Ptuško; Uraufführung: 25.3.1935.

¹⁰ Podrugi (Freundinnen, Lenfil'm, 1936), Regie: Leo O. Arnštam; Uraufführung: 19.2.1936.

¹¹ Aërograd (Mosfil'm und Ukrainfil'm, 1935), Regie: Aleksandr P. Dovženko; Uraufführung: 6.11.1935.

¹² Ein Film mit dem Titel „Prazdnik urožaja“ (Ernte-Festtag) ist weder als Spiel- noch als Dokumentarfilm nachweisbar; es handelt sich hierbei vermutlich um einen Wochenschau-Beitrag.

¹³ Sčastlivaja junost' [Dokumentarfilm] (Glückliche Jugend, Sojuzkinochronika, 1935), Regie: Michail A. Kaufman.

¹⁴ Vgl. Dok. 409.

¹⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁶ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁷ Das nachfolgende Wort „weiter“ ist gestrichen.

bestehen sollte, die deutschen Gäste dem verderblichen und unvermeidlichen Einfluss der sowjetischen Kultur auszusetzen. 2. Am nächsten Tag erfolgte die Vorführung des Films „Kampf um Kiev“¹⁸, zu der ausschließlich Militärs geladen waren. Orlov hatte außerdem noch französische Journalisten eingeladen. Von den deutschen Militärs waren, wie wir bereits berichteten, 6 Personen erschienen, obgleich die Reichswehr ungefähr 100 Personen angekündigt hatte. Wie zu erwarten war, hinterließ der Film einen starken Eindruck, er ist seitdem Gesprächsstoff in ganz Berlin. Die Wirkung dieses Films wird noch dadurch verstärkt, da am nächsten Tag Hitler seine Rede hielt.¹⁹ 3. Zu guter Letzt gaben Ojstrach und Ginzburg bei uns auf ihrer Rückreise aus Stockholm nach Moskau ein Konzert. Die Deutschen waren alle „auf Kommando“ nicht erschienen, eine Ausnahme bildeten drei eigensinnige Professoren, Kriege und Nadolny. Vom Auswärtigen Amt waren Hencke und Schönberg „delegiert“ worden. Dafür war das diplomatische Corps vollzählig, was noch nie der Fall gewesen war, und demonstrativ erschienen, bis auf diejenigen, die sich in Trauer befanden. Das Konzert war überragend. Unsere Landsleute wurden mit Beifallsbekundungen, die fast in Ovationen übergingen, überschüttet. Das eindrucksvolle Konzert war unverzüglich in ganz Berlin in aller Munde, wobei insbesondere hervorgehoben wurde, dass sich die sowjetische Jugend in eindrucksvoller Weise die Kultur aneigne, wie in diesem Fall dies diese Genossen so talentiert dargeboten hätten. Es ergab sich zudem ein äußerst bezeichnendes Bild: während unter den Fenstern der Botschaft SA-Leute unter den Klängen von Militärmärschen anlässlich der Einführung der Wehrpflicht in Deutschland²⁰ vorbeimarschierten, gaben im Saal der sowjetischen Botschaft junge sowjetische Musiker beeindruckende Kostproben ihres Könnens bei der Aneignung der klassischen *deutschen*²¹ Musik. Und der Kontrast war wiederum derart offensichtlich, dass dies jeden Gast dazu veranlasste, in der einen oder anderen Form darüber zu sprechen, d. h. darüber, dass sich gerade unsere Jugend die Schätze der Weltkultur zueigen macht.

Wie fällt die Bilanz aus? Es stellte sich heraus, dass das unheilvolle Gespenst der „sowjetischen Kultur“ in der einen oder anderen Form über zwei Wochen lang in Berlin umher ging, und keinerlei Befehle konnten dagegen etwas ausrichten. Zusammenfassend können wir sagen, dass diese drei Abende nachdrücklich die Stimmungen und vielleicht auch Meinungen vieler Berliner beeinflusst haben. Die blamable Feigheit der deutschen Behörden vor der sowjetischen Kultur kann ebenfalls nicht unbesehen übergangen werden, da sie von allen wahrgenommen worden ist.

3. Gestatte mir nun einige Worte zur allgemeinen Lage. Treffen und Gespräche zu diesem Problemkreis haben wir natürlich im Übermaß, dabei geht es jedoch in der Regel um laufende Dinge und Neuigkeiten, die sich so schnell abwechseln, dass auch kein Bedarf aufkommt, über sie zu schreiben. Von den Dingen, die mehr oder weniger Konstanz aufweisen, können folgende angeführt werden: nach unserer allgemeinen Überzeugung werden die Deutschen bis zu den Wahlen am

¹⁸ Vgl. Dok. 356, Anm. 3.

¹⁹ Vgl. Dok. 405.

²⁰ Vgl. Dok. 84, Anm. 1.

²¹ Das Wort ist mit Tinte unterstrichen.

29. März²² *keine einzige ihrer Positionen*²³ aufgeben, weil dies den Wahlen einen nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen würde. Deshalb verwirren und verkomplizieren die Deutschen die Fragen, um dadurch Zeit zu gewinnen. Sie verstehen sehr gut, dass alles von der Haltung Englands abhängt, und sie spielen geschickt damit. Was kann letzten Endes dabei herauskommen – darüber haben wir in dem Schreiben von Ja.Z.²⁴, das Du gelesen hast, unsere Annahmen geäußert, und wir haben dem zurzeit nichts hinzuzufügen. In Deutschland halten sich hartnäckig Gerüchte, wonach der Rücktritt Schachts vom Posten des Wirtschaftsministers (nicht aber von dem der Reichsbank) beschlossene Sache sein soll. Ich glaube nicht daran, halte es jedoch für erforderlich, Dir diese Gerüchte zu signalisieren. Informiere bitte Kandelaki darüber.

Dein S. Bessonov

**Grüße an Gen. Levin, Mechlis, M.A.²⁵ und die anderen Genossen.*²⁶

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 726 vom 21.3.1936.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl. An den Adressaten und zu den Akten.*

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 5, l. 90–90R. Original.

Nr. 420

Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch

Berlin, den 18. März 1936

Lieber Tippelskirch,

Besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 16. März¹. Über gewisse aktuelle politische Fragen wird Ihnen heute Herr Roediger unmittelbar schreiben, sodass ich mich in dieser Hinsicht kurzfassen kann.

Die Tatsache, dass die Sowjetregierung jetzt mit äußerster Energie gegen uns arbeitet, wird durch gleichlautende Meldungen aus aller Welt, besonders aber London, Ankara, Warschau und Genf bestätigt. Im Übrigen genügt es ja, die Rede Litwinows vor dem Rat² zu lesen, um jeden Zweifel auszuschließen. Vorgestern fand ein Musikempfang³ mit 220 Personen auf der Sowjetbotschaft statt, von deutscher Seite waren trotz zahlreicher Einladungen nur verhältnismäßig wenig Gäste er-

²² Gemeint sind die Wahlen zum Reichstag am 29.3.1936.

²³ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

²⁴ Vgl. Dok. 410.

²⁵ Möglicherweise ist Mark Abramovič Plotkin gemeint.

²⁶ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

¹ Vgl. Dok. 415.

² Vgl. Dok. 417.

³ Vgl. Dok. 419.

schienen. Vom AA nahmen auf ausdrückliche Weisung des Ministers nur Herr Schönberg und ich teil. Im Übrigen waren als Gäste so ungefähr das gesamte Diplomatische Corps und die ausländischen Journalisten erschienen. Es überraschte mich, dass Bessonoff und Gnedin versuchten, in eine politische Unterhaltung mit mir zu kommen. Sie bestritten in beinahe etwas naiver Form die Sowjethetze gegen uns im Ausland und verstiegen sich zu der Behauptung, die Sowjetregierung würde nach wie vor einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund begrüßen. Im Übrigen meinten sie, bezüglich der deutsch-sowjetischen Beziehungen müsse es doch Wege zu ihrer Verbesserung geben und die Sowjetregierung halte an der Hoffnung auf bessere Zeiten fest. Ich hatte jedenfalls Gelegenheit, genügend Gegenbeweise für diese angebliche Einstellung anzuführen. Wie mir Gnedin sagte, sollten in Moskau die Ausführungen des Führers über die Sowjetunion am 7. März⁴ diesmal stärker als sonst gewirkt haben. Man interessierte sich besonders für eine Definition des Begriffs „keine inneren Bindungen“. Ich beschränkte mich darauf, die weltanschaulichen Gegensätze anzuführen und die Gefahr der Paktpolitik, die gerade von Litwinow geführt werde, zu unterstreichen.

Die in meinem letzten Brief erwähnte Forderung der Sowjetregierung nach militärischen Sanktionen hat sich ja inzwischen als ein Missverständnis aufgeklärt.

Was Artikel 3 des Berliner Vertrages⁵ anlangt, so ist es zweifelhaft, ob er uns vor Sanktionen von russischer Seite schützen würde, falls Artikel 16 durch einen Ratsbeschluss zur Anwendung käme. Wir haben ja seinerzeit auch, wenn auch in einer für die Russen sehr günstigen Form, den Vorbehalt gemacht, dass wir notfalls die Völkerbundssatzungen loyal erfüllen würden, angesichts unserer damaligen militärischen, sowie der geographischen Lage praktisch aber nicht an Sanktionen teilnehmen und es im Übrigen ja in der Hand hätten, durch unsere Stimme in Genf Handlungsfreiheit zu erhalten. Grundsätzlich haben wir aber doch die Möglichkeit einer Anwendung des Artikels 16 nicht bestritten. Selbstverständlich würde der Berliner Vertrag wirksam werden müssen, falls sich die Russen an Sanktionen beteiligen sollten, die außerhalb des Rates beschlossen werden sollten. Persönlich glaube ich allerdings nicht, dass die Sowjetregierung es notwendig hat, sich juristisch ins Unrecht zu setzen, da sie rein praktisch genügend Möglichkeiten hat, uns auf wirtschaftlichem Gebiet unbequem zu werden. In diesem Zusammenhang komme ich auf die Wirtschaftsverhandlungen. Wir haben eine streng vertrauliche Information, dass die Russen eine interne Weisung erhalten haben, vorläufig nicht zu zeichnen. Es liegt ja eigentlich auf der Hand, dass sie vor neuen wirtschaftlichen Bindungen den Ausgang der Londoner Verhandlungen abwarten wollen.

Die ungünstige Lösung der Wohnungsfrage habe ich auch so sehr bedauert. Vor einigen Tagen sprach ich darüber mit dem Kanonier Dittmann, der aber recht viel Verständnis für die Situation zeigte.

Von mir kann ich nicht viel erzählen. Ich habe leider noch immer keine Hilfskraft und leide darunter nicht nur praktisch, sondern auch aus dem Gefühl heraus,

⁴ Vgl. Dok. 405.

⁵ Vgl. Dok. 415, Anm. 6.

einfach technisch nicht in der Lage zu sein, die wichtigen politischen Arbeiten des Referats mit der notwendigen Gründlichkeit zu leisten.

Das wäre für heute alles. Hoffentlich geht es Ihnen weiter gut.

Mit herzlichsten Grüßen von Haus zu Haus bin ich Ihr stets getreuer

[Hencke]

PA AA, R 27448, Bl. 451009-451012.

Nr. 421

**Schreiben des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an
die Botschaft in Moskau**

Berlin, den 18. März 1936

P. 1913

An die
Deutsche Botschaft
Moskau

In der Meldung des dortigen DNB-Vertreter¹ vom 10. d. Mts. war der Inhalt eines Artikels der „Iswestija“ vom gleichen Tage² wiedergegeben, wonach darin u. a. ausgeführt worden sei, „dass die einzige resolute Gegenmaßnahme der Präventivkrieg gegen Deutschland gewesen wäre, den jedoch niemand führen wollte“.

Die Wiedergabe dieser Stelle in der „Deutschen diplomatisch-politischen Korrespondenz“ vom 11. d. Mts.³ hat zu einer mündlichen Beschwerde des hiesigen Sowjetbotschafters⁴ geführt, der darauf hinwies, dass die „Iswestija“ in dem fraglichen Artikel gerade für Verwerfung des Präventivkrieges eingetreten sei.

Ein Vergleich mit der nunmehr hier vorliegenden Übersetzung der betreffenden Stelle ergibt in der Tat, dass diese durch die DNB-Meldung in einer Form übermittelt worden ist, die ihren Sinn erheblich verschärft und entstellt. Um eine Bloßstellung des dortigen DNB-Vertreter zu vermeiden, wird Herrn S. hier geantwortet werden, dass ein bedauerlicher Übersetzungsfehler vorliege. Ich bitte indes darauf hinwirken zu wollen, dass in den dortigen DNB-Meldungen künftig ähnliche Sinnentstellungen bei der Wiedergabe von Artikeln der Sowjetpresse vermieden werden.

¹ Entweder Wilhelm Baum oder Ernst Schüle.

² Vgl. Viator [d.i. Radek]: „Posle rastroženija Lokarnskogo dogovora“ (Nach der Annullierung des Locarno-Vertrages). In: Izvestija vom 10. März 1936, S. 1.

³ Vgl. „Merkwürdige Sorgen“. In: Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz Nr. 56 vom 11. März 1936, S. 1–3.

⁴ Jakov Zacharovič Suric.

Der Wortlaut der fraglichen DNB-Meldung, der darauf Bezug nehmende Aufsatz der Deutschen diplomatisch-politischen Korrespondenz sowie die Übersetzung des „Iswestija“-Artikels vom 10. d. M. werden in der Anlage⁵ übersandt.

Im Auftrag

Aschmann

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel der Botschaft: Eing. 27. Mrz 1936, Tgb.Nr. A/646. Abzeichnung von Baum 28/3. Unten Bemerkung in Klammern von Tippleskirch vom 27.3.: (bitte auch zu verwerthen im Zusammenhang mit Molotow-Interview⁶). Auf Kopfbogen des AA geschrieben.

PA AA, Moskau 269, o.P., 2 Bl.

Nr. 422

Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov

GEHEIM

[19.3.1936]

Expl. Nr. 5 zu den Akten

NKVT Nr. 117

19.III.1936

AN DAS

POLITBÜRO DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Gen. MOLOTOV

Zu den Devisenzahlungen

an Deutschland

Ich teile mit, dass mit Weisung der deutschen Devisenbehörden der Garkrebo¹ (der sowjetischen Bank in Deutschland) verboten worden ist, der Staatsbank² Kredite zu gewähren. Infolge dieses Verbotes müssen wir den Deutschen bis zum 11. April 1936 Devisen in einer Höhe von 10,5 Mio. Mark zahlen, die sich aus den Krediten zusammensetzt, die die Garkrebo von deutschen Banken erhalten und an die Gosbank für die Bezahlung unserer Wechsel an Deutschland übergeben hat.

⁵ Die drei genannten Schriftstücke liegen dem Schreiben bei.

⁶ Vgl. „Beseda predsedatelja SNK SSSR tov. V.M. Molotova s glavnym redaktorom francuzskoj gazety ‚Tan‘ g-nom Šastené“ (Gespräch des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR Gen. V.M. Molotov mit der Chefredakteur der französischen Zeitung ‚Temps‘ Herrn Chastenet). In: Izvestija vom 24. März 1936, S. 2.

¹ Vgl. Dok. 152, Anm. 6.

² Vgl. auch das Schreiben des Vorstandsvorsitzenden der Gosbank Mar'jasin vom 20.3.1936 an Stalin und Molotov. In: Moskva-Berlin 1920–1941, Bd. 3, Dok. 119, S. 178–180.

In letzter Zeit sind diese Kredite in Deutschland mit dem Ziel aufgenommen worden, die Zahlungen mit Devisen in der vertragslosen Zeit bis zur Unterzeichnung des Abkommens hinauszuschieben. Nach der Unterzeichnung des Abkommens auf der Grundlage des bereits mit den Deutschen abgestimmten Textes des Handelsabkommens für 1936 erhalten wir das Recht, diese Kredite mit Mark aus dem Exporterlös zu tilgen (der Export nach Deutschland ist bekanntlich zurzeit bis zur Unterzeichnung des Abkommens zeitweilig eingestellt).

Angesichts dessen, dass wir die Unterzeichnung des bereits vorbereiteten Abkommens für 1936 vertagt haben, zwingen die Deutschen uns mithilfe der erwähnten Weisung der Devisenbehörden, die ihnen zustehenden Terminzahlungen mit Devisen zu tätigen.

Gen. Kandelaki hat mit den Deutschen eine Übereinkunft darüber erzielt, dass bei der Unterzeichnung des Handelsabkommens ebenfalls die Frage bezüglich der Genehmigung für die Garkrebo, die Gosbank zu kreditieren, geregelt sein wird. Allem Anschein nach entfällt nach der Unterzeichnung des Abkommens für 1936 die ganze Frage³, vorerst aber müssen in der vertragslosen Zeit bis zur Unterzeichnung des Abkommens unsere Terminzahlungen bei den Wechseln mit Devisen gedeckt werden.

A. Rozengol'c

Stimmt mit dem Original überein: Bogdanovič

*Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 5 Ex[emplare].
19.III.36.*

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2210, l. 95. Beglaubigte Kopie.
Veröffentlicht in: Moskva-Berlin. Bd. 3, Dok. 118, S. 177–178.

Nr. 423
Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B)

Streng geheim
Aus der „Sondermappe“
Ohne Protokoll
20. März 1936

Nr. P 2784

„Über Deutschland“

1) Die Frage bezüglich der Unterzeichnung des Handelsabkommens für 1936 ist zu vertragen.

2) Die Vergabe von noch nicht erteilten Aufträgen à Konto des 200 Millionen Markabkommens ist einzustellen, davon ausgenommen sind die Aufträge für Akkumulatoren und für „Winkler“.

³ Vgl. Dok. 451.

3) Der Beschluss des PB vom 22.2.1936, Protokoll Nr. 37, P. 121, über die Vergabe von Aufträgen für Kabel, Apparate und Stationen für das Narkomsvjaz und alle mit diesem Beschluss zusammenhängenden Importkontingente ist gänzlich aufzuheben.

4) Es sind keine Verhandlungen zum 500-Millionenkredit zu führen.¹

Sekretär des ZK

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 120, S. 180.

Nr. 424

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim

22. März [1936]

4175

AN DEN

GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

GEN. STALIN

Kopie an: Gen. Molotov

Für die bevorstehenden Gespräche mit den Franzosen und Engländern bittet Gen. Litvinov um Weisungen hinsichtlich unserer Haltung, *einen sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt abzuschließen*¹. Wenn Gen. Litvinov den Franzosen und Engländern andeutet, dass wir nichts gegen den Abschluss eines solchen Paktes einzuwenden hätten, so könnten sie sich zeitgleich an die Deutschen und auch an uns mit dem Vorschlag wenden, den Pakt abzuschließen. Unsere positive Antwort würde die Deutschen vor die Wahl stellen, entweder zuzustimmen oder das Odium auf sich zu ziehen, die Verantwortung für das Scheitern zu übernehmen. Die zweite, aber weniger wahrscheinliche Variante besteht darin, dass es den Engländer gelingen wird, den Deutschen ein vorläufiges Einverständnis zum Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit uns abzurufen, und sie sich anschließend an uns wenden werden. Auch in diesem Fall werden wir nicht mit einer Ablehnung antworten können.

Ich schlage deshalb vor, Gen. Litvinov mitzuteilen, dass wir nichts gegen den Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit Deutschland einzuwenden haben.

Ich füge den Entwurf des Telegramms bei.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

¹ Vgl. Dok. 329.

¹ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen. Vgl. Litvinovs Telegramm (aus London) an Stalin vom 21.3.1936. In: DVP, Bd. XIX, Dok. 95, S. 179.

TELEGRAMMENTWURF

LONDON AN BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER FÜR LITVINOV

Einverstanden mit Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit Deutschland.²

Im Auftrag der Instanz³

Krestinskij

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
7 Expl. Das 1. bis 3. [Exemplar] an die Adresse, das 4. an Gen. Litvinov, das 5. an Gen.
Stomonjakov, das 6. an Gen. Krestinskij, das 7. zu den Akten.*

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 62–61. Kopie.

Nr. 425

**Telegramm des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov**

Sofort

22. März 1936

Wir schlagen vor, die Wiederherstellung des Osteuropapaktes zu fordern, d. h. den Beitritt Deutschlands zum sowjetisch-französischen Beistandspakt, der bekanntlich für andere Länder offen ist, darunter auch für Deutschland¹.

Wir empfehlen, auf dieser Grundlage einen konsequenten und beharrlichen Kampf zu führen. Im Zuge der Verhandlungen² empfehlen wir zu betonen, dass, wenn nicht jetzt die Frage bezüglich Osteuropas entschieden wird, das Ansehen des Völkerbundes und die Frage der Rüstungsbegrenzung in Zukunft einer ersten Gefahr ausgesetzt wird und die UdSSR sich genötigt sieht, eine Vergrößerung ihrer Armee und Luftflotte vorzunehmen, weil die UdSSR meinen wird, auf sich allein gestellt zu sein.

Dieser beharrliche und konsequente Kampf für den Ostpakt ist in dem Sinne zu führen, dass England, Frankreich oder Deutschland von sich aus als Kompromiss einen Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland vorschlagen. In diesem Fall könnten Sie sich mit diesem Pakt unter Berücksichtigung dessen einverstanden erklären³, dass der Nichtangriffspakt zugleich ein Pakt ist, der einem Aggressor keine Unterstützung erweist und der Pakt seine Gültigkeit verliert, wenn eine der Seiten einen dritten Staat überfällt.

Im Auftrag der Instanz

Krestinskij

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 97, S. 181–182.

² Vgl. Dok. 425.

³ Vgl. Dok. 42, Anm. 3.

¹ Vgl. das Unterzeichnungsprotokoll zum sowjetisch-französischen Vertrag vom 2.5.1935. In: DVP, Bd. XVIII, Dok. 205, S. 311–312 (Punkte III, IV).

² Im Zusammenhang mit dem Vorgehen Deutschlands fanden zuerst in Paris und danach in London Verhandlungen von Regierungsvertretern der Locarno-Mächte statt. Am 14.3. wurde in London die Tagung des Völkerbundes eröffnet, an der Litvinov teilnahm (vgl. Dok. 417) und mit einigen Teilnehmern dieser Verhandlungen Gespräche führte.

³ Vgl. Dok. 424.

Nr. 426
Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch
an das AA

Moskau, den 23. März 1936

Tgb.-Nr. A 631

An das
 Auswärtige Amt
Berlin

Inhalt: Die Stellungnahme der UdSSR zur deutschen Rheinlandsaktion und zu den Beschlüssen der Rest-Locarnomächte.¹

Die Wiederherstellung der deutschen Souveränität in der entmilitarisierten Rheinlandzone sowie die deutschen Vorschläge zur Befriedung Europas wurden in der Sowjetpresse mit gespielter Entrüstung und mit stärkster politischer Verärgerung aufgenommen. Die letzterwähnte Empfindung verriet sich deutlich durch die ebenso wütenden wie nichtswürdigen persönlichen Angriffe, die „Iswestija“ und „Prawda“ vom 8.3.², vor allem aber „Journal de Moscou“ vom 10.3.³ gegen den Führer und Reichskanzler richteten.

Die politische Tendenz der ersten Sowjet-Pressekommentare zu den auf den 7. März folgenden Ereignissen war darauf gerichtet, Deutschland gegenüber Unnachgiebigkeit zu empfehlen; zu diesem Zweck wurde die deutsche Gefahr, die angeblich den Westmächten im allgemeinen und Frankreich im besonderen drohe, in den schwärzesten Farben geschildert und dabei immer wieder betont, dass jedes Einlenken nur neue „Vertragsverletzungen“ und „Friedebedrohungen“ von deutscher Seite zur Folge haben würde.

Neben dieser ausgiebig behandelten antideutschen Propaganda trat die Befürwortung bestimmt bezeichneter, konkreter Maßnahmen, die Deutschland gegenüber zu ergreifen wären, in den Hintergrund. Immerhin wurde durch die gesamte Argumentation der Sowjetpresse von Anfang an deutlich zu verstehen gegeben, dass man der Sowjetseite kein gegen Deutschland zu beschließendes Druckmittel, sofern es nicht gerade den Krieg entfesseln würde, als zu weitgehend erachte und dass die Sowjetunion jede Deutschland gegenüber zur Anwendung kommende kollektive Zwangsmaßnahme im Vorhinein bereitwillig gutheiße und mitmache.

Um diese Haltung zu begründen, wurde die deutsche Rheinlandaktion nicht als Abschlussmaßnahme, die einem für Deutschland unerträglichen Zustande ein Ende bereitet, anerkannt, sondern zu einer neuen Vorbereitungsmaßnahme für künftige kriegerische Pläne gestempelt. Diesen könnte, so erklärte Radek sofort nach der deutschen Regierungserklärung vom 7. März in der Iswestija v[om] 8.3.,

¹ Ein Telegramm mit einer ersten Meldung der sowjetischen Reaktionen schickte von Tippelskirch am 8.3.1936 an das AA; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Dok. 29, S. 48–49.

² Vgl. Karl Radek: „Ešče odin razorvannyj ‚kločok bumagi‘“ (Noch ein zerrissener ‚Fetzen Papier‘). In: Izvestija vom 8. März 1936, S. 3. I. Eruchimovič: „Vragi evropejskogo mira“ (Feinde des europäischen Friedens). In: Pravda vom 8. März 1936, S. 3.

³ Vgl. Editorial: „Violence, déloyauté et mensonges“. In: Le Journal de Moscou vom 10. März 1936, S. 1.

[man] nur [durch] die „rasche Ausarbeitung defensiver Gegenmaßnahmen“ wirksam begegnen. Wenn die Westmächte sich dagegen „ratlos“ zeigten und eine „Einheit des Wollens und Wirkens vermissen“ ließen, so würden sie „früher oder später – und zwar eher früher als später – den Krieg im Westen haben“.

Die Frage, ob die geforderten „defensiven Gegenmaßnahmen“ auch militärische Aktionen einbeziehen sollten, behandelte Radek in der *Iswestija* v[om] 8.3. auf eine auffällig verklausulierte Weise. Der erwähnte Artikel beginnt mit folgenden Sätzen:

„Der Eindruck, der durch den Bruch des Locarnovertages durch Deutschland hervorgerufen wurde, war erheblich schwächer, als man erwarten konnte. Das erklärt sich erstens dadurch, dass die Welt nach drei Jahren der Herrschaft des deutschen Faschismus sich an vieles gewöhnt hat, was man früher für unmöglich gehalten hatte, und zweitens, dass die einzige entschiedene Reaktion durch den Bruch eines freiwillig geschlossenen Vertrages durch einseitigen Akt – der Einmarsch französischer Truppen in die entmilitarisierte Zone – den Krieg bedeutet hätte. Niemand jedoch, der nicht den Verstand verloren hat, könnte Antreiber zu einem Präventivkrieg sein. Ein Präventivkrieg, das ist Selbstmord aus Furcht vor dem Tode. Wenn darum die Vertreter der interessierten Mächte ihre Reden mit dem Appell zur Kaltblütigkeit beginnen, so klingen diese Appelle einigermmaßen überflüssig.“

Radek hatte sich in den obigen Sätzen gegen jeden Vorwurf, dass er die Unterlassung französischer Kriegsmaßnahmen bedauere, durch die Anwendung starker, den Präventivkrieg verurteilender Ausdrücke salviert. Dass ihm aber andererseits die prägnante Wendung von der „einzigen entschiedenen Reaktion“ nicht zufällig aus der Feder geflossen war, sondern dass sie dazu bestimmt war, die Anhänger scharfer Methoden in Frankreich der Sowjetsympathie zu versichern, hat Radek nachträglich in einem Privatgespräch selbst zugegeben.

Nach diesen Meinungsäußerungen in der Sowjetpresse war es klar, welche Haltung die Sowjetregierung in der Streitfrage einnehmen würde: Ausgehend von dem Wunschziel der Verschärfung des deutsch-französischen Gegensatzes und der Vertiefung der Isolation Deutschlands plädierte sie für schärfste Maßnahmen, gegen die Einladung Deutschlands nach London, gegen etwaige Verhandlungen mit Deutschland, gegen eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund und für eine Militärgarantie Englands für Frankreich. Dem entsprach die Rede, die der Sowjetdelegierte im Völkerbundsrat, Litwinow, in London gehalten hat.⁴

Die Rede Litwinows hat durch ihre Schärfe und ihre Dialektik auf manche Mitglieder des hiesigen diplomatischen Corps Eindruck gemacht. Eine sarkastische Beurteilung rief dagegen Litwinows selbstbewusstes Auftreten als Verteidiger der Vertragstreue hervor, denn jedes Land hat auf dem Gebiet der Auslegung von Verträgen mit der UdSSR seine eigenen lehrreichen Erfahrungen gemacht, vor allem in Hinblick auf die bekannte Nichteinmischungsverpflichtung. Es wurde auch bemerkt, dass der Vorwurf, den Litwinow gegen die Art der deutschen Befriedungsvorschläge erhoben habe (angebliche Willkür in der Wahl der beteiligten Staaten, angebliche Aufnötigung eines fertigen Vertragsschemas), viel eher auf Litwinows eigenes Verfahren beim Betreiben seines Ostpaktprojektes passe.

⁴ Vgl. Dok. 417.

Nicht eben schmeichelhaft kommentiert wurde die Stelle der Litwinowrede, wo Litwinow den Hinweis des Führers auf die Möglichkeit eines sozialen Umsturzes in Frankreich eine „weitgehende Hypothese“ nennt. Wenn eine der Grundlehren Marxens und Lenins, dass der soziale Umsturz kommen werde und kommen müsse, von einem Volkskommissar der UdSSR als „weitgehende Hypothese“ bezeichnet wird, so kann man die Doppelzüngigkeit in der Tat kaum weiter treiben. Ist doch für Litwinow als Mitglied der kommunistischen Partei der Sowjetunion laut Artikel 1 des Parteistatuts das Programm der Partei verbindlich, wonach die soziale Revolution den „Endzweck der gesamten Tätigkeit“ der internationalen kommunistischen Partei darstellt.

In den Kommentaren der Sowjetpresse zur Litwinowrede kam neben den üblichen Lobgesängen auf den Redner eine deutliche Missstimmung über den Gang der Londoner Konferenz zum Ausdruck. „Erst nach zehn fruchtlos verlorenen Tagen, welche die Schwäche und die Unentschlossenheit der Verteidiger des Friedens gezeigt hätten“, habe Litwinow in London das Wort ergreifen können, hieß es in der *Iswestija* v[om] 20.3.⁵

Die gleiche Enttäuschung darüber, dass die sowjetischen Wunschziele gegenüber Deutschland keine Erfüllung gefunden haben, äußerte sich noch deutlicher im *Iswestija*-Artikel Radeks vom 22.3. „Die Londoner Vereinbarungen“.⁶ Radek fand zwar gewisse Ergebnisse von London „wesentlich“ und „nützlich für die Zukunft“, so insbesondere die erreichte „Legalisierung der Generalstabsverhandlungen“ zwischen den Rest-Locarnomächten. Im ganzen überwog jedoch in seiner Darstellung das Gefühl der Unzufriedenheit, das einen Ausweg u. a. im Auftrumpfen mit den „starken Nerven“ und der „eigenen Verteidigungsfähigkeit“ der Sowjetunion suchte, die noch weiter vermehrt werden würde, „sofern es sich erweisen sollte, dass die übrigen Mächte Maßnahmen zur Verstärkung der kollektiven Sicherheit nicht treffen könnten oder nicht treffen wollten“. Mit Recht habe Flandin vor der Kammer von den Freunden Frankreichs in Mittel- und Osteuropa gesprochen.⁷ Denn es handele sich nicht nur um die Hilfe, welche Frankreich andern erweisen solle, sondern auch um die Hilfe, welche andere Frankreich zu erweisen hätten, zumal „das Ausmaß der weiteren Schwankungen Englands noch unbekannt wäre“.

Last not least hat die Presse auf die Bedeutung der Ausführungen Litwinows zu der im sowjetischen Vertragssystem enthaltenen Bestimmung hingewiesen, *wonach der eine vertragsschließende Teil seiner Verpflichtungen enthoben wird, falls der andere vertragsschließende Teil einen Angriff auf einen dritten Staat unternimmt; diese Bestimmung fehle in den deutschen*⁸ Befriedungsvorschlägen, was den unentwegten deutschen Wunsch nach Handlungsfreiheit im Osten zeige. Somit erklärt sich die gereizte Kritik, die sowjetischerseits an den deutschen Befriedungsvorschlägen geübt wird, wohl nicht zuletzt durch die Befürchtung, dass das deutsche, auf eine Stabilisierung im Westen gerichtete Vertragssystem das eigene Vertragssystem der „kollektiven Sicherheit“, insbesondere aber den französisch-sowjetischen Pakt politisch überdecken könnte.

⁵ Vgl. „Za sozdanie podlinnoj bezopasnosti v Evrope“ (Für die Schaffung wahrhafter Sicherheit in Europa). In: *Izvestija* vom 20. März 1936, S. 1.

⁶ Vgl. Karl Radek: „Londonskie soglašenija“. In: *Izvestija* vom 22. März 1936, S. 2.

⁷ Flandin hielt die Rede am 20.3.1936. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Dok. 180, Anm. 5, S. 226.

⁸ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

*So fehlt denn zum Schluss, nach allem zur Schau getragenen Kraftgefühl und Selbstbewusstsein, auch jetzt nicht eine Äußerung der alten sowjetischen Besorgnis, falls Europa im Westen zur Ruhe käme, die bisherige Rolle nicht weiter spielen zu können.*⁹

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt Eingangsstempel vom 25.3.1936, oben: Abschrift zu II R 782. An der Seite Paraphen von B[ülow]27/3, R[enthe-]F[ink] 27/3 und weitere, nicht entzifferte Paraphe. Unten: R 47. Gefertigt in vier Durchschlägen. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PAAA, R 32266, Bl. E 508248-508254.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Dok. 194, S. 243–246.

Nr. 427
**Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch
an das AA**

Moskau, d. 23. März 1936

Tgb. Nr. A/582.

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Auf das Telegramm Nr. 31 v. 17. März 1936¹

Betrifft: Beleidigung des Führers und Reichskanzlers im Journal de Moscou v. 10.3.

Angesichts der schweren Beleidigungen, welche mehrere jüngst erschienene Artikel der Sowjetpresse („Iswestija“ v. 8.3. „Noch ein zerissener Fetzen Papier“; „Prawda“ v. 8.3.: „Die Feinde des europäischen Friedens“ etc.), im Besondern aber der Leitartikel des Journal des Moscou v. 10.3.² gegen den Führer und Reichskanzler richteten, schien eine möglichst breite Einwirkung diesmal angezeigt. Es wurden daher im Laufe der vergangenen Woche mehrfach Gelegenheiten gesucht, um sowohl der Leitung der Presseabteilung des Außenkommissariats gegenüber wie im Außenkommissariat selbst Verwahrung einzulegen und gemäß der Weisung des dortseitigen Telegramms Nr. 31 vom 17. März auf die Folgen hinzuweisen, die es deutscherseits nach sich ziehen würde, wenn der Ton der Sowjetpresse der Person des Führers und Reichskanzlers gegenüber sich nicht ändert.

In diesem Sinne habe ich selber bereits am 14. d. M. mit dem interimistischen Leiter der Presseabteilung Mironow gesprochen.³ Mironow suchte sich dadurch herauszureden, dass er behauptete, die Sprache der Sowjetpresse sei im Vergleich

⁹ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

¹ Vgl. PA AA, Moskau 212, Bl. 429189.

² Für die Angaben zu den genannten Artikeln vgl. Dok. 426.

³ Vgl. PA AA, Moskau 212, Bl. 429188.

mit den Veröffentlichungen in deutschen Zeitungen „verhältnismäßig ruhig“; so habe z. B. vor kurzem eine Breslauer Zeitung eine Charakteristik Litwinows veröffentlicht, „die nichts zu wünschen übrig lasse“.

Ich trat diesen Einwänden nachdrücklich entgegen und hielt meinen Standpunkt aufrecht.

Da in diesen Tagen der neue Chef der Presseabteilung Astachow sein Amt antrat, machte ihm aus diesem Anlass der Pressebeirat der Botschaft⁴ einen Besuch, wobei er auftragsgemäß auch Astachow darauf hinwies, welchen Eindruck und welche Reaktion die dem Führer und Reichskanzler gegenüber angeschlagene Tonart der Sowjetpresse im Allgemeinen und des Journal de Moscou v.10.3. im Besonderen in Deutschland hervorrufen müsste.

Endlich wurde auch in der politischen Abteilung des Außenkommissariats gegen die im Artikel des Journal de Moscou enthaltenen Beleidigungen nachdrücklich protestiert und auf die Folgen, welche die Fortsetzung derartiger Ungehörigkeiten nach sich ziehen würde, hingewiesen.

gez. von Tippelskirch

Aufstem Blatt oben: A/741 und zu A/582. Am Seitenrand: ab am 23.3.36 und zdA vT[tippelskirch] 24.3. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429190-429191.

Nr. 428

Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke an den deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch

Berlin, den 25. März 1936

Lieber Tippelskirch,

Herzlichsten Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 23. März¹. Ich hoffe zuversichtlich, dass Sie jetzt wirklich wieder ganz auf dem Posten sind. Derartige Gesundheitsattacken bringen doch sehr herunter, zumal, wenn man sich nicht so schonen kann, wie man es eigentlich müsste.

Auf Ihren Bericht über die russische Haltung bin ich sehr gespannt.² Ich kann mir sehr gut denken, dass es schwierig war, hierfür Material zu schaffen. Im Übrigen haben ja die Russen darüber, wie sie zu der jetzigen politischen Situation stehen, wirklich keinerlei Zweifel gelassen.

Was den Begriff „innigere Bindungen“ anlangt, für den offenbar ein wirkliches Sowjetinteresse vorhanden ist, so bin ich leider nicht in der Lage, Ihnen eine authentische Interpretation zu geben, und zwar um so weniger, als jetzt während der

⁴ Wilhelm Baum.

¹ Vgl. PA AA, R 27448, Bl. 451013.

² Von Tippelskirch schrieb: „Wir haben versucht einen Bericht über die russische Haltung in der Locarno-Frage auszuarbeiten, was nicht ganz leicht ist.“ Vgl. Anm 1.

Wahl-Kampagne³ Feststellungen bei den zuständigen Stellen einfach nicht möglich sind. Wir fassen ihn einstweilen so auf, dass kulturelle Beziehungen infolge der weltanschaulichen Gegensätze, nicht in Frage kommen und dass der Führer eine über die normalen Beziehungen hinausgehende internationale Zusammenarbeit, wie sie z.B. in einer gemeinsamen Teilnahme an Pakten zum Ausdruck käme, ablehnt.

Was die Haltung des russischen Militärattachés anlässlich der Einladung zum 8. März anlangt, so habe ich davon zum ersten Mal etwas aus Ihren Zeilen gehört.⁴ Herr Köstring hat uns diesmal hier leider nicht aufgesucht. Ich habe heute Vormittag schon versucht, im Reichskriegsministerium Näheres festzustellen, bisher allerdings ohne Erfolg. Vielleicht gelingt es mir noch bis zum Abgang des Kuriers. Major Spalcke wusste nur, dass der Sowjet-Militärattaché die Einladung nicht angenommen hat.

Hier hat heute eine Havas-Meldung aus London vom 24. März⁵, wonach man in britischen Finanzkreisen erfahre, dass die Sowjetregierung „soeben die Verhandlungen abgebrochen habe, die sie auf die Initiative des Reiches hin mit den zuständigen Körperschaften des von Herrn Schacht geleiteten Wirtschaftsministeriums über die Gewährung eines Kredits von einer Milliarde Mark zur Finanzierung der Sowjetbestellungen aufgenommen hatte“. Es heißt weiter, dass dieser Beschluss die Folge der deutschen Aktion vom 7. März sei. Die Meldung schließt mit den Worten: „Die Leiter in Moskau“, so sagt man in London, „hätten erwogen, dass sie nach dem Gewaltstreich des Reiches es nicht mehr fortsetzen könnten, diesem Lande eine derartige wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren.“ Wir werden Sie wahrscheinlich heute noch durch ein Telegramm bitten, in dieser Angelegenheit Feststellungen zu treffen.⁶

Es wird Sie vielleicht interessieren, dass am 19. März eine Sowjetstaatsangehörige in Berlin, Frau Kaminskaja⁷, festgenommen worden ist, bei der offenbar ein ernster Fall von Spionage vorliegt. Das Gestapo hat mir versprochen, heute näheres Material zu liefern. Die Sowjetbotschaft hat bisher für ihren Schützling, der sich hier, wie festgestellt wurde, eines falschen Namens bediente, ein verdächtig geringes Interesse gezeigt. Ich werde versuchen, Sie in dieser Sache, die vielleicht für die Erledigung deutscher Haftfälle von Bedeutung werden kann, auf dem Laufenden zu halten.

Seit gestern ist der Herr Botschafter in Berlin. Er hatte bereits Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache mit Herrn v. Neurath. Sein Aufenthalt hier wird sich wohl noch eine gute Woche hinziehen, da er vor den Wahlen kaum die Möglichkeit hat, unsere maßgeblichen Herren zu sprechen. Dass letztere im Übrigen das ganze öffentliche Leben beherrschen, wissen Sie ja aus den Zeitungen und den Rundfunkübertragungen. Wenn im Übrigen während der Wahlkampagne im Wesentlichen auf antibolschewistische Propaganda verzichtet worden ist bzw. diese

³ Hitler hatte in der Rede vom 7.3.1936 eine Neuwahl zum Deutschen Reichstag für den 29.3.1936 angekündigt, die gleichzeitig mit der Zustimmung zu der Rheinlandpolitik verknüpft war.

⁴ Orlov soll, laut von Tippelskirch, eine Einladung zum 8. März zurückgeschickt haben. Vgl. Anm. 1.

⁵ Vgl. PA AA, R 31477, Bl. H 097990. Satz so im Dokument.

⁶ Telegramm Roedigers an Botschaft Moskau, 25.3.1936. In: PA AA, R 31477, Bl. 116–117.

⁷ So im Dokument; wahrscheinlich: Kalenskaja. Vgl. Dok. 453.

nicht in den Vordergrund gestellt wurde, so ist das, wie ich vertraulich erfahren haben, auf eine Weisung des Propagandaministers⁸ zurückzuführen, der diese Wahlen unter positiven Losungen, gestützt auf die Erfolge des Dritten Reiches, durchführen wollte und deshalb die negativen Parolen in den Hintergrund stellte.

Sonst weiß ich heute nichts zu berichten. Ich bitte auch von meiner Frau um herzlichste Empfehlung an Ihre sehr geehrte Frau Gemahlin und bin mit aufrichtigen Grüßen und

Heil Hitler

[Hencke]

P.S.: Schiller übermittelte mir Ihre Anfrage betr. Erlewein. Ich habe mit Herrn Schmidt-Rolke gesprochen, der mir erklärte, dass keinerlei Bedenken gegen die Ostasienreise des Herrn Erlewein bestünden, dass sich Abt. I im Gegenteil freue, wenn die Beamten ihren Urlaub dazu nützten, um ihren Gesichtskreis zu erweitern. Allerdings wird damit gerechnet, dass keine Urlaubsnachforderungen kommen.

PA AA, R 27448, Bl. 451014-451017.

Nr. 429

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov

GANZ GEHEIM
25. März 1936

Nr. 4181

AN DEN
VORSITZENDEN DES SNK DER UdSSR
Gen. MOLOTOV

Ihrem Vorschlag entsprechend lege ich das Gutachten des NKID bezüglich der Deruluft zu der von Gen. Tkačev aufgeworfenen Frage vor.

Das NKID stimmt der Hauptverwaltung für die Luftflotte durchaus zu, dass die von der Deruluft betriebenen Luftlinien Berlin-Moskau und Berlin-Leningrad unter wirtschaftlichem und technischem Gesichtspunkt für uns von ****großem****¹ Nutzen sind.

Diese Linie verschafft uns über Berlin eine schnelle Post- und Passagierverbindung zu allen Ländern Europas. Darüber hinaus können wir mit den Flugzeugen der Deruluft eine jedes Jahr stetig wachsende Zahl von dringenden und wert-

⁸ Joseph Goebbels.

¹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

vollen Gütern, die sowohl für den Export als auch für den Import bestimmt sind, zu kostendeckenden Preisen befördern.

Und schließlich hat sich diese Linie dank des Umstandes, dass sie bereits 14 Jahre besteht (seit dem 1. Mai 1922), derartig in wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht gefestigt, dass sie nur sehr geringer Zuschüsse durch die Regierung bedarf, während gewöhnlich alle Luftlinien gezwungen sind, einen bedeutenden Teil ihrer Aufwendungen durch Zuschüsse abzudecken.

Könnte die neu einzurichtende Linie Moskau-Prag hinsichtlich der Post-, Passagier- und Frachtverbindung die Linie Berlin-Moskau ****völlig****² ersetzen? Ich beantworte diese Frage negativ. Erstens ist die Linie Moskau-Prag noch nicht in Betrieb genommen, und es gibt noch keine sie betreffende verbindliche vertragliche Regelung mit den Rumänen, die unseren und den tschechischen Flugzeugen das Überflugrecht über rumänisches Territorium gewähren müssten. Außerdem wird diese Linie in der ersten Zeit eine organisatorische Phase durchmachen und voraussichtlich mit einigen Unregelmäßigkeiten arbeiten.

Zweitens führt die Lufttrasse zwischen Prag und Paris, wie die Erfahrungen des Flugs unserer Flugzeuge vor zwei Jahren nach Paris über Prag zeigten, über sehr bergiges und für Flugzeuge ungünstiges Gelände, deshalb ist die Verbindung von Moskau nach Paris über Prag langsamer und gefährlicher als die über Berlin.

Die Verbindung mit London über Prag und Paris wird jedoch sehr viel mehr Zeit beanspruchen als die direkte Linie über Berlin. Außerdem kann der Flug von Prag nach Paris nicht ohne den Überflug über deutsches Territorium erfolgen, und die Deutschen werden uns in dieser Hinsicht Schwierigkeiten bereiten, falls wir es ablehnen, die Luftlinie Moskau-Berlin beizubehalten.

Aufgrund dieser Erwägungen spreche ich mich für den Erhalt der Deruluft und der von ihr betriebenen Luftlinie aus.

Für die Liquidierung der Linie Moskau-Berlin und Leningrad-Berlin können zwei Gründe angeführt werden.

Der erste Grund ist militärischen Charakters, und zwar der, dass die deutschen Piloten, die die Route Moskau-Berlin und Leningrad-Berlin regulär befliegen, die Luftwege an unserer Westgrenze gut erkunden. Dieser Grund scheint mir nicht sehr überzeugend zu sein. Denn während der 14 Jahre der Existenz der Gesellschaft studierten Dutzende von deutschen Piloten diese zwei Routen derartig detailliert, dass sie auch mit der Einstellung des Flugbetriebes die in ihrem Besitz befindlichen Informationen in allen Details an eine beliebige Anzahl von neuen deutschen Piloten weitergeben können.

Der zweite Grund ist rein politischer Natur, und zwar betrifft er die ernsthafte Verschlechterung unserer Beziehungen zu Deutschland und dessen aggressive Pläne gegen uns. Ungeachtet der Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen kündigen wir nicht den Handelsvertrag, das Telefonabkommen, die Post- und Paketkonvention, das Abkommen über die direkte Passagierverbindung und eine Reihe anderer Technik- und Wirtschaftsabkommen, die uns mit Deutschland verbinden. Es gibt keinen Grund, für die Luftverbindungen eine Ausnahme zu machen. Zumal wir uns mit einer Einstellung der bestehenden Linie auch eine Reihe ernster Unannehmlichkeiten selbst zufügen würden.

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Angesichts dessen erachtet das NKID es als zweckmäßig, das Abkommen über die Deruluf nicht zu kündigen und ihr damit die Möglichkeit für eine automatische Beibehaltung ihrer Tätigkeit auch für das Jahr 1937 zu geben.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk von V.Ja. Čubar' mit grünem Farbstift: Ja.Ė.³ vorzulegen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stellvertreter setzen. V.Č[ubar'].

Vermerk mit rotem Farbstift: an Gen. Najdenov⁴. 25.III.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats der Abteilung der Geschäftsverwaltung des SNK der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3939 vom 25.3.1936.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: 2 [Exemplare] an die Adresse, das 3. an Gen. Tkačev, das 4. an Gen. Krestinskij, das 5. an Gen. Stomonjakov, das 6. zu den Akten.

Auf Kopfbogen des Stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten geschrieben.

GARF, f. R-5446, op. 18a, d. 738, l. 121–122. Original.

Nr. 430

Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

GEHEIM

PERSÖNLICH

26. März 1936

UdSSR NKID

2. Westabteilung

Nr. 8437¹

AN DIE

BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG

DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. S.A. BESSONOV

Lieber Sergej Alekseevič,

ich möchte Dir rein privat einige Überlegungen zu den weiteren Etappen der aggressiven Außenpolitik Deutschlands mitteilen. Du verstehst, dass alle diese Überlegungen streng persönlichen, privaten Charakters sind.

In erster Linie meine ich, dass mit der Remilitarisierung der Rheinzone sämtliche Ansprüche Deutschlands im Westen vorerst befriedigt sind. Es ist schwerlich zu erwarten, dass die Deutschen in dieser Richtung in nächster Zeit noch einige neue Überraschungen liefern könnten. Das betrifft natürlich Elsass-Lothringen und Eu-

³ Rudzutak.

⁴ Möglicherweise handelt es sich um Fedor Trofimovič Najdenov.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

pen-Malmedy. Im Zusammenhang damit erhebt sich die Frage, in welche Richtung Deutschland die weiteren Etappen seiner aggressiven Politik umsetzen wird. Entgegen einer recht weit verbreiteten Vorstellung glaube ich nicht, dass die nächste Etappe in die nordöstliche Richtung abzielen wird. Zum Beispiel denke ich nicht, dass die Deutschen wegen Memel etwas unternehmen werden. Mir scheint weiter, dass **Hitlers Ostplan**² unter den jetzigen Bedingungen nicht realisiert werden kann, auch dann nicht, wenn es Deutschland gelingen sollte, sich mit dem Baltikum einen Brückenkopf zu schaffen. Meiner Meinung nach stellt **auch**³ Polen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht kein sonderlich geeignetes „Einfallstor“⁴ dar. Dies trifft auch auf das Baltikum zu. Deutschland benötigt für die Umsetzung von Hitlers Ostplan einen anderen, breiteren und wirtschaftlich günstigeren Brückenkopf. Deshalb denke ich, dass die deutsche Außenpolitik das Hauptaugenmerk auf die südöstliche Richtung lenken wird, d. h. mit anderen Worten, ich halte folgende Variante für möglich: in erster Linie wird das Problem Österreich aufgeworfen werden. Alle Experimente, die die Deutschen in letzter Zeit durchführten, zeigten, dass sie in einem bestimmten Rahmen mit Straffreiheit rechnen können. Falls sie in nächster Zeit den Anschluss in dieser oder jener Form vollziehen sollten, ist es nicht ausgeschlossen, dass diese Operation ohne Konsequenzen für sie ausgehen könnte. Es ist kaum zu erwarten, dass Frankreich und die Kleine Entente bereit wären, in dieser Frage entschiedene Maßnahmen zu ergreifen. Großbritannien würde seine traditionelle Haltung einnehmen und die Rolle einer Bremse in Bezug auf alle gegen Deutschland gerichteten Maßnahmen spielen; Italien würde sich nicht damit einverstanden erklären, die **Last eines aktiven Kampfes**⁵ gegen Deutschland auf sich zu nehmen und im Ergebnis dessen würde das Prinzip „*beati possidentes*“⁶ triumphieren. Sollte das österreichische Problem auf diesem Weg „gelöst“ werden, würde die Tschechoslowakei in eine eiserne Umklammerung von Deutschland, dem gleichgeschalteten Österreich, von Ungarn und Polen geraten, so dass der Tschechoslowakei lediglich ein kleiner Grenzabschnitt zu Rumänien verbliebe. Wir sehen, dass Jugoslawien bereits jetzt eine recht entschiedene Haltung eingenommen hat. Dazu gehört die Parlamentsrede von Stojadinović, der die deutsche Politik in der Rheinzone-Frage direkt rechtfertigte und sich kategorisch gegen Sanktionen gegenüber Deutschland aussprach.⁷ Angesichts solcher Bedingungen wären von Rumänien schwerlich antideutsche Maßnahmen zu erwarten. Somit würde sich die Tschechoslowakei in einer völligen Isolation befinden und es ist nicht auszuschließen, dass die faschistischen Gruppierungen in der Tschechoslowakei, sowohl tschechische als auch slowakische und auch deutsche, unter solchen Bedingungen an die Macht gelangen könnten, um eine Politik ähnlich der polnischen zu betreiben. Wenn dieser Fall eintreten sollte, würde sich Rumänien beeilen, in das deutsche Fahrwasser zu

² Der Text ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: die Verwirklichung des Ostplans Hitlers.

³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeilen geschrieben.

⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁵ Der Text ist mit rotem Farbstift korrigiert; ursprünglich: einen aktiven Kampf.

⁶ *beati possidentes* (lat.) – glücklich [sind] die Besitzenden.

⁷ Stojadinović sagte am 25.3.1936 in seiner Rede in der Skupština u. a.: „Was die Situation betrifft, die im Gefolge [der Verletzung] des Locarno-Paktes entstanden ist, so sind hier in erster Linie die anderen Mächte des Völkerbundes, die ihn unterzeichnet haben, interessiert, wir aber nehmen in dieser Frage unsere Haltung in Abstimmung mit unseren Verbündeten ein.“ In: *Vreme* vom 26. März 1936, S. 4.

gelangen, und vielleicht würde es dies sogar bereits schon früher tun. Somit liefe diese Variante darauf hinaus, dass sich Deutschland im Südosten Europas einen riesigen Brückenkopf schafft, der die Länder umfasst, die Deutschland den Zugang zu landwirtschaftlichen Rohstoffen, Industrierohstoffen und Brennstoff verschaffen. Falls Rumänien oder die Tschechoslowakei dennoch versuchen sollten, sich der deutschen Umkreisung zu widersetzen, könnten sie die nächsten Opfer der deutschen Aggression werden. Wenn man diese Variante als einigermaßen realistisch betrachtet, so gelangt man zu der Schlussfolgerung, dass gerade der rumänische Sektor Europas in nächster Zeit am gefährdetsten ist. Ich meine, dass es neben den anderen Varianten auch diese Option gibt, wobei sie unter gewissen Umständen zur wichtigsten werden könnte. Die entscheidende Rolle in dieser Angelegenheit spielt die Haltung Frankreichs. Wenn es Frankreich nicht gelingen sollte, dem neuen deutschen militär-politischen Sicherheitssystem Widerstand zu leisten und die Tschechoslowakei und Rumänien von der absoluten Zuverlässigkeit der französischen Unterstützung zu überzeugen, dann gewinnt die oben dargelegte Variante ganz reale Konturen. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass Deutschland nicht beabsichtigt, nicht einmal für eine verhältnismäßig kurze Zeit, eine abwartende Haltung einzunehmen. Ich glaube, dass die deutschen Aggressionspläne auf einer recht engen, im Sinne der Frist, Grundlage basieren. Es ist zu berücksichtigen, dass Deutschland die letzten ihm zur Verfügung stehenden Finanzressourcen in die Aufrüstung gesteckt hat. Bekanntlich unterliegen die Rüstungsgüter einem recht schnellen ^{**} moralischen ^{**} Verschleiß und deshalb müsste Deutschland in einigen Jahren erneut zusätzliche Ressourcen auftreiben. Ich persönlich bezweifle, ob unter diesen Umständen diese Ressourcen mobilisiert werden könnten. Am wahrscheinlichsten ist, dass Deutschland alles unternehmen wird, um seine jetzigen Waffen im Verlaufe einer überschaubaren Zeit einzusetzen. Davon ausgehend nehme ich persönlich an, dass das Donaubecken und vor allem Österreich das Hauptbetätigungsfeld Deutschlands sein werden. Wenn Deutschland seine Einflussphäre auf Mitteleuropa und den Balkan ausweitet, würde es sofort den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Brückenkopf erhalten, der für die Umsetzung des Hauptplans des Dritten Reiches verwendet werden würde. Dabei erhebt sich natürlich die Frage, ob England solch eine unvergleichliche Stärkung Deutschlands zulässt, und ob es darin so etwas wie das geringere Übel sieht, und ob Großbritannien andererseits bereits jetzt eine derartige Stärkung effektiv verhindern kann.

Meine Überlegungen sind natürlich höchst vorläufiger und etwas vereinfachender Natur. Ich habe bewusst eine ganze Reihe von Faktoren abstrahiert, zugleich meine ich aber, dass eine solche Variante eine gewisse Beachtung verdient. Ich möchte zu dem, was ich oben dargelegt habe, gern Deine Meinung erfahren.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
3 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 31–30. Original.

⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Nr. 431

Schreiben des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern an den Rat der
Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

GEHEIM

26. März 1936

UdSSR NKID
2. Westabteilung
Nr. 8436¹

AN DIE
BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. S.A. BESSONOV

Lieber Sergej Alekseevič,

mit großem Interesse habe ich Dein letztes Schreiben² gelesen. Deine Mitteilung über die Ergebnisse unserer letzten „Kulturaktion in Deutschland“ hinterließ bei mir einen zwiespältigen Eindruck. Es gibt keinen Zweifel, dass es eine bestimmte positive Seite gibt, die Du in Deinem Schreiben hervorhebst, andererseits ist aber auch die andere Seite der Medaille zu berücksichtigen, d.h. der absolut klar demonstrierte Unwillen Deutschlands, auf eine wie auch immer geartete Wiederaufnahme der Kulturbeziehungen mit der Sowjetunion einzugehen. Dies haben uns übrigens die Deutschen auch schon früher zu verstehen gegeben. Am aufschlussreichsten für mich war die Tatsache, dass die Deutschen der Vorführung des Films „Bor'ba za Kiev“³ fern geblieben sind. Dieser Film trägt einen derartig speziellen Charakter, dass das Fernbleiben der deutschen Militärs einen recht aufschlussreichen Tatbestand darstellt. Zugleich erfahren die Konzerte usw., die wir in der Bevollmächtigten Vertretung veranstalten, einen regen Zuspruch, zumindest das diplomatische Corps zeigt Interesse.

Was die Gerüchte bezüglich eines Rücktritts von Schacht betrifft, so nehme ich sie mit einer gewissen Skepsis zur Kenntnis, genauso wie auch Du. Ich habe wenig Vertrauen hinsichtlich der Prinzipienfestigkeit des recht willfähigen Schacht und ich glaube nicht, dass in nächster Zeit eine radikale Wende in der Finanzpolitik Deutschlands vollzogen wird.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Štern

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten.*

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 29. Kopie.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 420.

³ Vgl. Dok. 356, Anm. 3.

Nr. 432

**Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke
an das Reichswirtschaftsministerium**

Berlin, den 26. März 1936

Vertraulich

Nr. IV Ru 1296

An das

Reichs- und Preußische Wirtschaftsministerium

In der Anlage beehre ich mich Abschrift eines Schreibens des Geh. Staatspolizeiamts betreffend die Tätigkeit des sowjetrussischen Reisebüros „Intourist“¹ zur gefälligen Kenntnisnahme ergebenst zu übersenden.

Bevor ich zu den Ausführungen des Geh. Staatspolizeiamts Stellung nehme, wäre ich für eine Mitteilung der dortigen Auffassung im Hinblick auf die wirtschaftspolitische Seite dankbar.

Zur Information des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministeriums gestatte ich mir mitzuteilen, dass ich das Geh. Staatspolizeiamt (Sturmhauptführer² Müller) telefonisch vorläufig dahin unterrichtet habe, dass ein deutsches Interesse an dem Weiterbestehen der Gesellschaft „Intourist“ zurzeit noch vorhanden ist. Insbesondere sei ihre Mitwirkung bei der Versorgung von aus amtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nach der Sowjetunion reisenden Reichsangehörigen mit Fahrkarten sowie hinsichtlich Unterkunft und Verpflegung angesichts der schwierigen Währungsverhältnisse in der Sowjetunion unentbehrlich. Auch müsste im Hinblick auf die zwischen Deutschland und der Sowjetunion in Geltung befindlichen Abkommen vermieden werden, dass eine amtliche Diskriminierung der Gesellschaft „Intourist“ gegenüber anderen ausländischen Reisebüros nach außen in Erscheinung tritt. Selbstverständlich würde diese Rücksichtnahme keineswegs verhindern, unerwünschter Propaganda durch die Gesellschaft „Intourist“, zumal wenn sie sich in nicht üblichen Formen abspielt, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Es käme dabei besonders darauf an, dass deutsche Stellen und Unternehmungen, die mittelbar oder unmittelbar einer unerwünschten Propaganda des „Intourist“ Vorschub leisten, von zuständiger Seite zu einer größeren Zurückhaltung angehalten werden, ohne dass indessen eine solche amtliche Einwirkung bei dem „Intourist“ bekannt wird.

Im Auftrag

gez. Hencke

Abschriftlich dem Außenpolitischen Amt der NSDAP, dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, *dem Reichs- und Preußischen Ministerium des Inneren^{*3}

– je besonders – zur gefälligen Kenntnisnahme ergebenst übersandt.

Im Auftrag

Hencke

¹ Vgl. Dok. 418.

² So im Dokument; richtig: Hauptsturmführer.

³ Der Adressat ist unterstrichen.

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel: Vertraulich, dahinter III P. Auf letztem Blatt Eingangsstempel des Reichsministeriums des Innern vom 31.3.1936, darunter Stempel: III P 3651/123 II.

BArch, R 58/683, Bl. 142-143.

Nr. 433

Bericht des Mitarbeiters der Kommission für Parteikontrolle beim ZK der VKP (B) Kotljarenko an den Stellvertretenden Vorsitzenden der KPK beim ZK der VKP (B) Škirjatov und den Stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Sowjetkontrolle beim Rat der Volkskommissare Belen'kij

Ganz geheim
27. März 1936

Berlin

An den
Stellv. Vorsitzenden der Kommission
für Parteikontrolle beim ZK der VKP (B)
Gen. Škirjatov
Stellv. Vorsitzenden der Kommission
für Sowjetkontrolle beim SNK der UdSSR
Gen. Belen'kij

In letzter Zeit zeigt die deutsche Polizei ein verstärktes Interesse an unseren sowjetischen Mitarbeitern, den Mitarbeitern der Handelsvertretung und an den Genossen, die über Berlin in andere Länder reisen.

1. Am 18. März ist der Ingenieur Daniel'-Bek, Mitglied der Kommission für GEP¹, in das Polizeipräsidium einbestellt worden. Die Polizei interessierte sich für den Zweck seiner Dienstreise nach Deutschland, für die Reisen nach anderen Ländern, den Umfang der erhaltenen [Reise]Kosten, ob er sich hier politisch betätigen werde und schließlich darüber, ob er „arischer“ Abstammung sei und was für eine Persönlichkeit die Inhaberin der Pension sei.

2. Am 19. März ist im sowjetischen Wohnheim in der Geisbergstraße 39 Gen. Danilevskij verhaftet worden, der sich in Berlin zur Weiterreise nach Amerika aufhält. Im Anschluss an das Verhör bei der Polizei ist Gen. Danilevskij nach einigen Stunden freigelassen worden.

Bei dem Verhör des Gen. Danilevskij interessierte sich die Polizei für den Zweck seines Aufenthaltes in Deutschland und dafür, wohin sich seine Begleiterin, die mit ihm im Zug reiste, begeben hatte.

Die Verhaftung und die Art und Weise des Verhörs des Gen. Danilevskij, der Mitarbeiter der „Nachbarn“² ist, zeigen, dass die deutsche Polizei offenbar Infor-

¹ Glavnoe upravlenie elektroslobočnoj promyšlennosti = Hauptverwaltung der Schwachstrom-Industrie.

² „Nachbarn“ war eine Codebezeichnung für die Mitarbeiter der INO OGPU/NKVD, die von Mitarbeitern des Narkomindel wegen der örtlichen Nähe der Gebäude beider Ämter im Zentrum Moskaus in Umlauf gebracht worden war.

mationen aus Moskau über ihn besaß und ihn seit dem Zeitpunkt der Grenzüberschreitung observiert hatte. Dieser Umstand ist unbedingt bei der Entsendung von nachbarschaftlichen Mitarbeitern ins Ausland zu berücksichtigen, wobei in Rechnung zu stellen ist, dass die deutsche Polizei jeden unserer Dienstreisenden registriert und über sie noch vor der Ankunft in Deutschland Informationen erhält.

3. Am 19. März ist der Vertreter des Narkomtorg, Gen. Gorlov, der nach Deutschland gekommen ist, um Musterprodukte für Kaufhäuser einzukaufen, in das Polizeipräsidium einbestellt worden. Die Polizei befragte ihn ausführlich über den Zweck der Reise nach Deutschland und wies ihn darauf hin, dass alle diese Einzelheiten erforderlich seien, um zu klären, ob Gorlov zu dem Zweck, den er angibt, oder zu einem anderen Zweck anreiste.

4. Am 24. März ist Gen. Genšel'³, der vom NKTP dienstlich nach Deutschland entsandt worden ist (um sich mit der Förderung von Kohle vertraut zu machen), in das Polizeipräsidium einbestellt worden. Die Polizei interessierte sich für die Aufenthaltsdauer des Gen. Genšel' in Deutschland, für die Firmen, mit denen er zu tun hat, für die Höhe der erhaltenen [Reise]Kosten und ob er sich in Deutschland politisch betätige.

5. Die Nachbarn warnten uns davor, dass sich die Polizei bei den Deutschen, die im Apparat der Handelsvertretung tätig sind, nach dem Zweck unserer Inspektion erkundigt hat (womit wir uns befassen, welches Organ wir vertreten, wer es leitet und wer zu unserem Apparat gehört), und als sie angeblich zur Antwort bekam, dass den Deutschen diese Einzelheiten nicht bekannt seien, erklärte sie, dass die Inspektion nichts anderes als ein Organ sei, das das ZK der Partei vertrete und sich in Deutschland mit politischer Arbeit befasse.

Wir haben alle notwendigen Maßnahmen getroffen, die sich aus den mitgeteilten Fakten ergeben.

Geschrieben in 2 Exemplaren.

Das 1. [Exemplar] an Gen. Škirjatov.

Das 2. [Exemplar] an Gen. Belen'kij.

D. Kotljarenko

Vermerk M.F. Škirjatovs: an Poskrebyšev. Škirjatov.

Geschrieben in 2 Expl.: Das 1. [Exemplar] an Gen. Škirjatov, das 2. an Gen. Belen'kij.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 124, S. 184–185.

³ So im Dokument; richtig: Ja.M. Genšel'.

Nr. 434
Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung
im AA Hencke

Berlin, den 27. März 1936

e.o. IV Ru 1405 pr. 27. März 1936

Aufzeichnung

An der Besprechung des Herrn Botschafters Graf v. d. Schulenburg mit unseren Konsuln in der Sowjetunion vom 18.-21. Februar habe ich gemäß getroffener Anordnung teilgenommen. Es war die 4. Besprechung dieser Art (Botschafter v. Dirksen: August 1933, Botschafter Nadolny: Februar 1934, Botschafter Graf v. d. Schulenburg: November 1934¹).

Sie entsprach dem Wunsch des Herrn Botschafters, der Gelegenheit nehmen wollte, in den gegenwärtigen, für uns besonders schwierigen Verhältnissen in der Sowjetunion und angesichts der seltenen sicheren Kurierverbindungen innerhalb des Landes unsere Konsuln mit vertraulichen politischen Weisungen zu versehen und sie über die Lage zu informieren.

Insbesondere haben auch der Militärattaché² sowie der Marineattaché³ den Konsuln ihre zur schriftlichen Weitergabe nicht geeigneten Wünsche übermittelt.

Im Übrigen haben die einzelnen Sachbearbeiter der Botschaft sowie die Konsuln eingehende Referate über ihre Arbeitsgebiete erstattet. In den anschließenden, sehr eingehenden Aussprachen konnten alle Zweifel geklärt werden. Der Gedankenaustausch, der bei dieser Gelegenheit zwischen den Referenten des Ausw[ärtigen] Amts und den im Moskau versammelten Herren stattfinden konnte, war für alle Teile sehr nutzbringend.

Selbstverständlich fanden außerhalb der täglichen Konferenzsitzungen eingehende Einzelbesprechungen statt, bei denen ich besonders Gelegenheit nahm, die zahlreichen Haftfälle in der Sowjetunion, sowie die immer ungünstiger werdende Lage der Reichsdeutschen und die mit ihrer Rückwanderung zusammenhängende Fragen zu erörtern.

Es dürfte sich empfehlen, auch zu den zukünftigen Besprechungen dieser Art nach Möglichkeit einen Vertreter des Ausw. Amts nach Moskau zu senden.

Der Verlauf der Besprechung geht aus der anliegenden Zeiteinteilung⁴ hervor.

Hiermit Herrn Votr. Leg. Rat Roediger mit der Bitte um Kenntnisnahme erg[ebenst] vorgelegt. Sodann z.d.A.

Hencke

¹ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 543, S. 1430–1435.

² Ernst Köstring.

³ So im Dokument; Baumbach war zu dieser Zeit Gehilfe des Militärattachés in Marienangelegenheiten.

⁴ Die anliegende Zeiteinteilung umfasst das Programm der Tage vom 18. bis 21.2.1936. In: PA AA, R 83631, o. P.

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt unten: Po 10 Ru. Auf zweitem Blatt Paraphe von R[oediger] 27/3 und Weiterleitung durch ihn an LR vWühlisch mit dessen Abzeichnung vom 28.3.

PA AA, R 83631, o.P., 2. Bl.

Nr. 435

**Bericht des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

GEHEIM
[30.3.1936]

Nr. 4193
30/III-36¹

AN DEN
GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)
Gen. STALIN

Kopien an: Gen. MOLOTOV
Gen. KALININ

Werter Genosse!

*Das Militärtribunal des Char'kover Militärbezirkes hat am 7/II-36 den deutschen Staatsbürger Richard Runge, der seit 1929 als Spezialist zuerst im Werk für Chemieapparate in Tambov und danach im Chemiewerk in Gorlovka gearbeitet hat, zur Höchststrafe verurteilt.

Runge wurde für schuldig befunden, eine Diversionsgruppe im Werk in Gorlovka organisiert und mit ihrer Hilfe Ende 1934 und Anfang 1935 eine Reihe von Diversionsakten (Brandstiftungen, Explosionen) verübt zu haben.*²

Das Militärkollegium des Obersten Gerichts hat das Urteil des Militärtribunals bestätigt und den Beschluss in Anbetracht des vorliegenden Gesuchs um Milderung des Urteils, das sowohl von der Deutschen Botschaft als auch von Runge selbst eingereicht worden ist, an das Präsidium des CIK der UdSSR zwecks Bestätigung übersandt.

*Genosse Kalinin fand keine Möglichkeit, die Höchststrafe durch ein anderes Strafmaß zu ersetzen*³, so dass das Urteil vollstreckt werden muss.

In den vergangenen Jahren gab es keinen einzigen Fall, dass gegen einen deutschen Staatsbürger die Höchststrafe zur Anwendung gekommen wäre. Angesichts dessen wird eine *Erschießung Runges in Deutschland eine erhöhte Reaktion hervorrufen*⁴.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass *die Vollstreckung des Urteils gegen Runge in Deutschland eine Gegenreaktion von Repressionen gegen die deutschen Kom-

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

³ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁴ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

munisten nach sich ziehen und die Urteile bei künftigen politischen Prozessen in Deutschland beeinflussen wird*⁵.

*Das NKID vertritt deshalb die Auffassung, dass die Vollstreckung der Höchststrafe gegen Runge *unzweckmäßig*⁶ ist, und ich schlage vor, die Erschießung in einen Freiheitsentzug von 10 Jahren umzuwandeln.*⁷

Mit kameradschaftlichem Gruß

Krestinskij⁸

Vermerk V.M. Molotovs mit Bleistift: Für eine Ersetzung der Höchststrafe durch 10 Jahre. Molotov.

Eigenhändige Unterschrift Stalins mit blauem Farbstift: St[alin].

Eigenhändige Unterschrift von L.M. Kaganovič mit grünem Farbstift: Kaganovič.

Vermerk des Sekretärs mit Tinte über das Abstimmungsergebnis der Politbüromitglieder des ZK der VKP (B): Gen. Mikojan – dafür, Gen. Kalinin – dafür, Gen. Čubar’ – dafür.

Vermerk A.N. Poskrebyševs mit rotem Farbstift: Von Gen. Krestinskij.

Registriervermerk zur Entscheidung des Politbüros des ZK der VKP (B): 38/195. 2.IV.36.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 8 Expl. [Die Exemplare] 1–2 an Gen. Stalin⁹, das 3. [Exemplar] an Gen. Molotov, das 4. an Gen. Kalinin, das 5. an Gen. Litvinov, das 6. an Gen. Krestinskij, das 7. an Gen. Stomonjakov, das 8. zu den Akten.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 558, l. 113–114. Original.

Nr. 436

Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke

Moskau, den 30. März 1936.

Lieber Hencke!

Für Ihre freundlichen Zeilen vom 25. d. Mts.¹ sage ich Ihnen verbindlichsten Dank. Ich habe inzwischen die Grippe überwunden und bin wieder völlig hergestellt. Wir stehen heute alle unter dem Druck des gewaltigen Wahlerfolges, den der Führer im deutschen Volk errungen hat. Wahlbeteiligung und Wahlergebnis sind noch größer, wie sie sich voraussehen ließen.² Ich bin überzeugt, dass diese Tatsache überall in der Welt und *auch hier den erwünschten Eindruck*³ machen wird.

⁵ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁶ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand zweimal mit rotem Farbstift angestrichen.

⁸ Am 2.4.1936 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) zum Bericht Krestinskis folgenden Beschluss: „Die Höchststrafe gegen den deutschen Staatsbürger R. Runge ist durch 10 Jahre Freiheitsentzug zu ersetzen“. (Protokoll Nr. 38, Pkt. 195, Sondermappe). Auszüge aus dem Beschluss wurden an Krestinskij, Kalinin, Vyšinskij und Ul’rich versandt. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 166, d. 558, l. 112.

⁹ Danach folgt der Zusatz mit Bleistift: Expl. S. ist verbrannt+1 (danach folgt ein nicht lesbares Wort).

¹ Vgl. Dok. 428.

² Nach offiziellem Ergebnis erreichte die NSDAP bei den Wahlen zum Reichstag am 29.3. als einzige zugelassene Partei 99% der Wählerstimmen. Die Wähler konnten auf den NSDAP-Einheitslisten nur mit Ja oder Nein stimmen.

³ Der Text ist unterstrichen.

Die Weisung des Propaganda-Ministeriums bezüglich der positiven Lösungen⁴ hat mich sehr interessiert. Ob dieses russischerseits bemerkt worden ist, möchte ich bezweifeln. Jedenfalls haben wir keine Entspannung in dieser Hinsicht beobachtet. Auch der am 26. d. Mts. in der „Berliner Börsen-Zeitung“ veröffentlichte Leitartikel „Der 29. März – eine Antwort an Litwinow“⁵ wird die Russen eher zu einer gegenteiligen Auffassung veranlassen. Nach unseren Beobachtungen besteht infolgedessen die Verärgerung hier fort.

Sie erhalten heute von uns den gewünschten Bericht über die Havas-Meldung.⁶ Es ist naturgemäß nicht ganz einfach, in Moskau zu einer Havas-Meldung aus London Näheres festzustellen. Mironow, den ich auf die Meldung ansprach, sagte mir, er könne sie weder dementieren noch bestätigen. Ich habe mich im Übrigen gescheut, Krestinski oder eine sonstige kompetente Persönlichkeit direkt zu befragen, da wir ja schließlich selbst über den Stand der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen ebenso gut wie die Russen unterrichtet sein müssen. Im Übrigen liegt es auf der Hand, dass, wie Sie in Ihrem Brief auch schreiben, das Verhalten der Russen in diesem Fall zu ihrer sonstigen gegen uns gerichteten diplomatischen Tätigkeit passt. Ohne nähere Anzeichen dafür zu haben, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die *Russen von Frankreich zusätzliche Sicherungen, vielleicht auf militär-wirtschaftlichem Gebiet, verlangen, indem sie auf die Beeinträchtigung einer etwaigen französischen Hilfeleistung im Falle der möglichen Errichtung von deutschen Befestigungen in der Rheinlandzone verweisen⁷. Aber, wie gesagt, ich habe für diese Annahme keinerlei konkrete Unterlagen. ** (vgl. letzten Absatz unseres Berichts über das Molotow-Interview⁸) **⁹

Vielleicht interessiert es Sie auch, dass ich verschiedentlich im diplomatischen Corps darauf angesprochen worden bin, *ob es zuträfe, dass das deutsch-polnische politische Abkommen auf eine Dauer von 25 Jahren verlängert werden soll. Ich habe geantwortet, dass mir darüber nichts bekannt sei¹⁰.

In der deutschen Presse habe ich eine Nachricht gelesen, wonach Boris Stein in Rom eine gewisse Aktivität entfaltet und den Italienern allerlei Versprechen gemacht habe. Ich habe meinen italienischen Kollegen hierüber befragt. Er stellte alles in Abrede: *es sei keinerlei Änderung eingetreten. Entrüstet fügte er hinzu, er sei noch dieser Tage im Außenkommissariat wie ein „chien enragé“ behandelt worden. Das Petroleum-Lieferungsabkommen mit der Sowjetunion funktioniere zwar, doch hätten die Russen erklärt, im Falle einer Petroleum-Sanktion die Lieferung sofort einstellen zu müssen.¹¹

Von Lamla hatte ich einen recht zufrieden klingenden Brief. Er ist in Wladivostok gut eingetroffen und lebt sich ein. Über seine Reise schrieb er, dass die Kurierverbindung durch den Tokio-Kurier *mit Nowosibirsk in der Winterzeit nahezu

⁴ So im Dokument; gemeint ist: Losungen. Damit bezieht sich von Tippleskirch auf die Aussage Henckes, im Wahlkampf sei die antibolschewistische Propaganda zurückgenommen worden aufgrund der Weisung, nur positive Losungen zu verwenden.

⁵ Vgl. Berliner Börsen-Zeitung vom 26. März 1936, S. 1.

⁶ Vgl. PA AA, R 31477, Bl. H 097991–097993.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Vgl. Dok. 421, Anm. 6.

⁹ Der Text ist handschriftlich von Tippleskirch hinzugefügt.

¹⁰ Der Text ist unterstrichen und am Seitenrand angestrichen.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

illusorisch sei*. Die Herren vom Konsulat in Nowosibirsk hätten bei 33° Kälte acht Stunden auf dem offenen Bahnsteig *auf den mit Verspätung um 4 Uhr morgens eintreffenden Zug aus Moskau gewartet und dies trotz vorheriger telegraphischer Ankündigung. Unter diesen Umständen schlägt Herr Lamla vor, Depeschen an Nowosibirsk nur in äußerst dringenden Fällen mit diesem Kurier zu schicken. Ich stelle entsprechende Verwertung anheim*¹².

Lamla schrieb mir auch, dass Herr Eisenhart, der jetzt auf Urlaub fährt, sehr gut in Wladiwostok gearbeitet und sich eine gute Stellung gegenüber den Sowjetbehörden geschaffen habe. Ich habe ihm schon hierüber einige anerkennende Worte gesagt und stelle Ihnen Gleiches anheim. In Anbetracht der Abwesenheit von Militär- und Marineattaché möchte ich vorschlagen, dass Sie Herrn *Major Spalcke fragen, ob er Interesse an einer Fühlungnahme mit Herrn Eisenhart*¹³ hat.

*Aus meinen after dinner Gesprächen mit hiesigen Diplomaten interessiert Sie vielleicht noch, dass der Lettische Gesandte¹⁴ mir erzählt hat, die Franzosen hätten in Riga Vorstellungen erhoben, weil die deutsche Aktion in der Rheinland-Zone von der lettischen Presse zu freundlich kommentiert worden sei! Über die Reise von Munters nach Warschau, die heute oder morgen stattfinden soll, äußerte er lediglich, es handle sich um eine Höflichkeits-Gegenvisite.*¹⁵

Ich bin froh, wenn der Herr Botschafter wieder hier sein wird. Ich nehme an, dass mein Brief ihn noch erreichen wird; sonst veranlassen Sie bitte die Rücksendung desselben nach Moskau.

Ihren Nachrichten über den Fall Kaminskaja sehen wir mit Interesse entgegen.¹⁶

Inzwischen bin ich recht gespannt auf weitere Aufklärungen bezüglich der Reise von Schiller nach Berlin. Sonst ist von hier im Augenblick nicht Wesentliches zu vermelden. Mit den herzlichsten Grüßen von uns allen bin ich

Heil Hitler
wie stets Ihr

von Tippelskirch

**PS. Über den Besuch des afghanischen Außenministers¹⁷ in Moskau erhalten Sie einen Bericht mit nächstem Kurier. Wir haben noch nicht alle Informationen zusammen! **¹⁸

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 27448, Bl. 451018-451022.

¹² Die beiden Textstellen sind unterstrichen. Außerdem ist der gesamte Absatz in eckige Klammern gesetzt.

¹³ Der Text ist unterstrichen. Außerdem ist der gesamte Absatz in eckige Klammern gesetzt und am Seitenrand angestrichen.

¹⁴ Roberts Liepins.

¹⁵ Der Absatz ist in eckige Klammern gesetzt. Munters besuchte Warschau vom 30. bis 31.3.1936.

¹⁶ Vgl. Dok. 428, Anm. 7.

¹⁷ Faiz Mohammad Khan Zakariya.

¹⁸ Der Text ist handschriftlich hinzugefügt.

Nr. 437

Auszug aus der Ausarbeitung der 3. Abteilung des Generalstabes des Heeres

[Berlin, den 1. April 1936]¹Die kriegswirtschaftlichen Grundlagen der Sowjetunion

Die nachstehende Zusammenstellung soll einen kurzen Überblick über die kriegswirtschaftlichen Grundlagen der SU geben. In Anbetracht des beschränkten Umfangs, der für das gleiche Thema in verschiedenen Ländern behandelnde Schriftreihe vorgesehen ist, muss von einer erschöpfenden Darstellung abgesehen werden. Zu betonen ist, dass auch nicht beabsichtigt ist, die im Zeitpunkt dieser Veröffentlichung vielleicht besonders interessierende Frage nach dem gegenwärtigen kriegswirtschaftlichen Potential zu stellen. Sondern es handelt sich hier um eine Schilderung eben nur der Grundlagen der russischen Kriegswirtschaft, also im Wesentlichen nur um die Prüfung der Ernährungs- und Rohstoffbasis, soweit sie für die Kriegführung Bedeutung haben kann, und des Verkehrs- d.h. vorwiegend Eisenbahnwesens, das überhaupt erst die Voraussetzung für Ausnutzung dieser Basis im Frieden und besonders im Kriege schafft. Dass bei der Schilderung auch gewisse Schlüsse auf die gegenwärtige kriegswirtschaftliche Lage naheliegen und in dieser Schrift angedeutet werden, ist unvermeidlich. Sie lassen aber keineswegs ein abschließendes Urteil über die gegenwärtige wirtschaftliche Kriegsbereitschaft der SU zu. Ein solches Urteil kann nur nach einem eingehenden Studium derjenigen Maßnahmen gefasst werden, die von den Sowjets getroffen worden sind, um die gegebenen kriegswirtschaftlichen Grundlagen bestmöglichst für den Kriegsfall auszunutzen.

Unter vorstehenden Gesichtspunkten ist folgende Gliederung der Arbeit gewählt worden:

Nach einem kurzen Überblick über die bleibenden militärgeographischen und -politischen Gegebenheiten, mit denen man unabhängig von der jeweiligen politischen Lage bei der Betrachtung der SU dauernd rechnen muss, folgt als Hauptteil der Arbeit die Schilderung der Ernährungsgrundlagen, der Grundlagen für die russische Rüstungsindustrie, der Treibstofflage und des Eisenbahnwesens. Daran anschließend werden kurz die Möglichkeiten gestreift, die durch die eigenartige Organisation des Sowjetstaates geboten werden, um diese wirtschaftlichen Grundlagen auf den Kriegsfall einzustellen. Die Arbeit schließt mit einer Zusammenfassung der gewonnenen Ergebnisse und ihrem Vergleich mit anderen Staaten.

[...]²

VII.

Die bei der kriegswirtschaftlichen Betrachtung sofort in die Augen springende Eigenart des kommunistischen Sowjet-Staates, die ihm einen erheblichen Vor-

¹ Die Datierung erfolgte aufgrund eines Schreibens von Stülpnagels, der den Bericht am 1.4.1936 in 20 Exemplaren an verschiedene Abteilungen der Wehrmacht verschickte; vgl. BA-MA, RH 2/1439, Bl. 181.

² Ausgelassen sind folgende Teile der Ausarbeitung: Militärgeographische Lage der Sowjetunion (Bl. 182/R-184/R), Ernährungsbasis (Bl. 184/R-185/R), Grundlagen für die Rüstungsindustrie u. a. Kohlenbasis und Kohlenförderung, Erzproduktion, Eisen- und Stahlproduktion, Erdölbasis, Kautschuk, Buntmetalle, Eisenbahnen (Bl. 185/R-194).

sprung vor anderen Staaten zu sichern scheint, ist seine unumschränkte – im wahren Sinne „totale“ Beherrschung der Wirtschaft.

Ohne jegliche privatwirtschaftlichen Schranken ist dieser „totale Staat“ in der Lage, all das zu planen und zu befehlen, was er im Interesse der Landesverteidigung für erforderlich hält.

Die schon im Frieden durchgeführte Verstaatlichung sämtlicher Fabriken und industrieller Anlagen erscheint als ein außerordentlich großer Vorteil gegenüber den privatkapitalistischen Staaten. Ohne Rücksichtnahme auf private Interessen kann dieser Staat schon im Frieden den Ausbau der ganzen Industrie auf die Landesverteidigung ausrichten und darüber hinaus die nötigen Vorbereitungen für ihre schnelle Mobilisierung treffen. Dieser Vorteil kommt tatsächlich auch schon in der friedensmäßigen Organisation nicht nur der Rüstungsindustrie, sondern auch aller für die Kriegsbereitschaft wesentlichen Wirtschaftszweige zum Ausdruck.

Dazu besitzt die Sowjetunion in dem „Rat für Arbeit und Verteidigung“ eine mit größter Vollmacht und höchster Autorität ausgestattete zentrale Instanz, in der alle mit der Kriegsführung zusammenhängenden Fragen entschieden und die entsprechenden Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden können.

So bestechend aber auch diese Organisation und der Plangedanke, dieses vom Staat völlig beherrschte und auf den Krieg ausgerichtete Wirtschaftssystem auf den ersten Blick erscheint, so darf man ein endgültiges Werturteil doch erst nach der Prüfung seiner Leistungsfähigkeit in der Praxis fällen. Denn schließlich interessiert den Staatsmann, der Krieg führen muss, nur die eine Frage: wo bekomme ich in kürzester Zeit mehr Kriegsmaterial als der Gegner her? Ob die notwendige Menge von Kriegsmaterial von einem sozialistischen oder kapitalistischen Wirtschaftssystem aufgebracht wird, wird ihm im Augenblick, wo es auf die Zahl der Kanonen ankommt, völlig gleichgültig sein. Im Hinblick darauf sollen nachstehend einige Zahlen der Fünfjahrespläne geprüft werden.

Die Produktionssteigerung bei Kohle und Eisen beträgt im ersten Fünfjahresplan etwa 100%, bei Stahl etwa 45%. Derartige Steigerungen innerhalb von 5 Jahren sind in der kapitalistischen Wirtschaft keineswegs ungewöhnlich (z. B. Roheisenproduktion von Amerika 97–02: 9,8 bis 18,1 Millionen Tonnen, Japan 24–29: 06–1,2 Millionen Tonnen).

Aber selbst die Produktionssteigerung innerhalb beider Fünfjahrespläne zusammen (von 27–37), die bei Kohle etwa das 5fache, bei Eisen das 6fache und bei Stahl das 4 1/2fache beträgt, ist in Anbetracht des staatlichen Aufwandes für sie noch keineswegs überwältigend. Besonders auf dem für die Rüstungsindustrie wichtigsten Gebiet der Stahlerzeugung ist der Unterschied gegen die privatwirtschaftlichen Staaten auffallend gering. Hier sind Leistungssteigerungen um das 3fache innerhalb einer Zehnjahresperiode keine Seltenheit, wie aus nachstehender Zusammenstellung hervorgeht:

	1890	1900	1910	1920	1929
Deutschland (Zollgebiet einschl. Luxemburg)	2,2	6,3			
Belgien	2,5	7,3		1,3	4,1
Luxemburg		0,2	0,6		

Das von den Russen so viel gerühmte Produktions-„Tempo“ der Fünfjahrespläne ist also im besten Falle (Kohle, Eisen) etwa doppelt, bei Stahl nur anderthalbmal so schnell wie das der kapitalistischen Länder während günstiger Konjunkturperioden. Um aber dieses Tempo zu erreichen, wird der ganze Staatsapparat, Presse und Propaganda eingesetzt und werden die Verbrauchsgüterindustrien so weit abgedrosselt, dass an Gegenständen des täglichen Bedarfs seit Jahren ein unvorstellbarer Mangel herrscht. Demgegenüber ist zu berücksichtigen, dass die großen Leistungssteigerungen der Schwerindustrie in den kapitalistischen Ländern die Folge von Hochkonjekturen sind, in denen nicht nur die Schwerindustrie, sondern die gesamte Wirtschaft einen starken Auftrieb erhält. Während in Russland die Fünfjahrespläne nur auf Kosten der übrigen Wirtschaft durchgeführt werden können, wird die Leistungssteigerung der Schwerindustrie in den kapitalistischen Staaten von einem Aufschwung der übrigen Wirtschaftszweige begleitet.

Dieser Vergleich überzeugt³ nicht gerade von der Überlegenheit der russischen Staatswirtschaft über die der kapitalistischen Staaten. Die Russen versuchen zwar unter Beibehaltung des Prinzips der Verstaatlichung der Produktionsmittel seit etwa 2 Jahren, das private Gewinnstreben – als eine der kräftigsten Mittel zur Leistungssteigerung in der Wirtschaft – wieder zu fördern, ob diese Anstrengungen aber Erfolg haben werden, ist noch abzuwarten.

Zusammenfassung

Die Grundlagen für den Aufbau einer Kriegswirtschaft, die den Anforderungen eines modernen Groß- und Militärstaats entspricht, sind in der SU vorhanden. Sie verfügt über eine ausreichende Ernährungsbasis und über eine durchaus tragfähige Rohstoffbasis für die Entwicklung der Rüstungsindustrie. In der Ausbeutung der für sie notwendigen Grundstoffe, Kohle, Erz, Eisen, Stahl, ist sie bereits in die vordersten Reihe der modernen Großmächte gerückt. Die Produktion an Buntmetallen kann den Bedarf jedoch noch nicht decken, obgleich auch hier die Rohstoffe in genügenden Mengen vorhanden zu sein scheinen. Auch die für die finanzielle Kriegführung notwendige Goldbasis der SU ist nicht zu unterschätzen.

Trotz der auf den ersten Blick bestechenden Verstaatlichung der russischen „sozialistischen“ Wirtschaft, die unter Ausschaltung privater Interessen die totale Ausrichtung der Wirtschaft auf den Krieg gestattet, ist der bisherige Erfolg dieses Systems nicht überzeugend. Im Endeffekt scheint die „kapitalistische“ Wirtschaftstechnik doch noch leistungsfähiger zu sein.

(Es sei ausdrücklich betont, dass hier die Gegenüberstellung von Beiwörtern wie „kapitalistisch“ und „sozialistisch“ ohne jede gefühlsmäßige oder politische Betonung gesetzt ist. Beide Worte bezeichnen rein technische Begriffe, die nur auf die Leistungsfähigkeit der „kapitalistischen“ oder „sozialistischen“ Wirtschaft bezogen werden.)

Die Überlegenheit der „kapitalistischen“ Wirtschaft dürfte zunächst noch darin beruhen, dass sie die persönliche Initiative durch den Anspruch des privaten Gewinnstrebens fördert, während die „sozialistische“ Staatswirtschaft trotz aller

³ So im Dokument.

Versuche, sie durch Zwang oder Überwachung anzukurbeln, sie nicht in gleicher Weise zur Wirkung bringt.

Die schwächste Stelle in den kriegswirtschaftlichen Grundlagen der SU bildet zweifellos die Rückständigkeit des russischen Verkehrs-, insbesondere des Eisenbahnwesens. Die Angleichung der Leistungsfähigkeit der russischen Bauern an die um das Vielfache gesteigerte industrielle Produktion wird auf lange Zeit noch das ernsteste wirtschaftliche Problem der SU sein, von dessen Lösung die wirtschaftliche Bereitschaft der SU für einen Krieg in entscheidender Weise abhängig ist.

BA-MA, RH 2/1439, Bl. 182–196, hier Bl. 182, 194–196.

Nr. 438

**Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin
an den Gehilfen des Leiters der Presseabteilung im NKID Mironov**

GEHEIM

Expl. Nr. 3¹

1. April 36

Nr. 148/s²

AN DIE
PRESSEABTEILUNG DES NKID
Gen. MIRONOV

Lieber Boris Mironovič,

am 1. April lud Konsul Schönberg Gen. Sitkovskij zu sich und erteilte ihm in durchaus offizieller Form so etwas wie eine Verwarnung wegen der Information, die TASS über die „Wahlen“ zum Reichstag³ verbreitet hat. Schönberg legte Sitkovskij folgendes zur Last: TASS habe gemeldet, die Bevölkerung habe sich im Wahlkampf gleichgültig verhalten, indes hätte in Wirklichkeit eine ungewöhnliche Begeisterung geherrscht; zum Beispiel hätte TASS gemeldet, dass weniger Flaggen als bei den vorangegangenen Wahlen gehisst worden seien, in Wirklichkeit seien mehr Flaggen gehisst gewesen; schließlich kehrte Schönberg insbesondere den Umstand hervor, TASS hätte gemeldet, dass in der Presse und in den Reden Drohungen an die Adresse derjenigen gerichtet gewesen wären, die es ablehnten, an der Wahl teilzunehmen. Sitkovskij antwortete Schönberg völlig zu Recht, dass die von ihm gegebene Einschätzung der Stimmung der Bevölkerung von der Mehrheit der ausländischen Beobachter geteilt werde und eine Reihe ausländischer Zeitungen diese Einschätzung gebracht habe. Unabhängig davon seien Versuche nicht zu akzeptieren, die eine oder andere Ansicht, die TASS aufgrund eigener Beobachtungen gewonnen hätte, infrage zu stellen. Mit besonderem Nachdruck wies Sitkovskij

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Vgl. „Berlin v den' vyborov“ (Berlin am Tag der „Wahlen“). In: Pravda vom 30. März 1936 S. 5.

den Vorwurf hinsichtlich der Drohung an die Adresse der Nichtwähler zurück. Sitkovskij wies darauf hin, dass in einer Reihe von Artikeln und Reden tatsächlich solche Drohungen enthalten gewesen seien und führte sogleich eine Notiz in der „Frankfurter Zeitung“ vom 1. April an, in der die Verhaftung eines Dorfbewohners im Harz gemeldet wurde, der nicht an der Wahl teilgenommen hatte⁴.

Es ist uns noch nicht ganz klar, was die Erklärung Schönbergs bezweckt, die eine offensichtliche Schikane ist. Es ist möglich, dass sich das Propagandaministerium nach den Wahlen speziell mit der Durchsicht der Informationen der ausländischen Korrespondenten über die Wahlen befasst hat, wobei man den Informationen der sowjetischen Korrespondenten eine besondere Beachtung zukommen ließ. Vielleicht ist dieser Vorstoß der Verschlechterung des allgemeinen Kurses gegenüber der UdSSR geschuldet; schließlich ist es möglich, dass sich die Deutschen um Schüle Sorgen machen und sich beeilen, einen Gegenschlag vorzubereiten. Die Stichhaltigkeit dieser Annahme kann vielleicht nur in Moskau festgestellt werden.

Jedenfalls meinen wir, dass der von Schönberg auf TASS ausgeübte Druck nicht ohne Antwort bleiben sollte. In Absprache mit Ja.Z.⁵ werde ich morgen mit Aschmann⁶ sprechen und ihn auf die mangelnde Seriosität und auf die Haltlosigkeit der an die Adresse des Berliner TASS-Korrespondenten gerichteten Vorwürfe aufmerksam machen. Insbesondere werde ich im Gespräch mit Aschmann betonen, dass die gegenüber dem TASS-Korrespondenten ausgesprochene spezielle Verwarnung auf der Grundlage von Beanstandungen erfolgte, die selbst in dem Fall, dass die Vorwürfe Schönbergs akzeptiert würden, völlige Nichtigkeiten im Vergleich zu den Verfehlungen des DNB-Korrespondenten in Moskau⁷ darstellen. Ich werde an die Verfälschung von „Izvestija“-Artikeln erinnern.

Über die weitere Entwicklung werde ich später berichten. Sei so freundlich und teile mir die Moskauer Einschätzung dieses Zwischenfalls mit. Es wäre gleichermaßen interessant zu wissen, ob die Deutsche Botschaft Protest bezüglich des Artikels im „Journal de Moscou“ erhoben hat, wie Schönberg mir dies im Gespräch angedroht hatte.⁸

Mit kameradschaftlichem Gruß

Gnedin

Vermerk D.G. Šterns mit blauem Farbstift: an Gen. Lev[in], Gen. Kant[er]. 5. IV. Š[tern]. Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 841 vom 5.4.1936.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, *das 3. an die 2. Westabteilung des NKID.*⁹*

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 8, l. 62–61. Kopie.

⁴ Vgl. „Demonstration gegen einen Nichtwähler“. In: Frankfurter Zeitung vom 1. April 1936, S. 2.

⁵ Jakov Zacharovič Suric.

⁶ Vgl. die Aufzeichnung des Gesprächs Gnedins mit dem Leiter der Presseabteilung des AA Aschmann. In: AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 92–92R.

⁷ Ernst Schüle.

⁸ Am 16.3.1936. Vgl. das Schreiben Gnedins an Mironov vom 17.3.1936. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 8, l. 46.

⁹ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

Nr. 439

Telegramm des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an das NKID

5. April 1936

Schulenburg, der gestern nach Moskau abgereist ist, hat bei seinem jetzigen Aufenthalt außer Neurath nur Schacht und Blomberg getroffen. Hinsichtlich der Haltung uns gegenüber wären alle, wie sich Schulenburg ausdrückte, „auf ihren früheren Positionen verblieben“. Schulenburg hat dennoch noch nicht die Hoffnung aufgegeben, mit uns große Dinge anzubahnen, und erwartet die Rückkehr Kandelakis.¹ Die nächste Umgebung Schachts ist jedoch weniger optimistisch gestimmt. Schulenburgs Worten war zu entnehmen, dass in diesen Kreisen die Sorge wegen der Unterbrechung der Verhandlungen zunimmt, die sie als unsere Antwort auf die letzte Rede Hitlers² und als Signal bewerten, dass wir nicht wünschen, den bisherigen „Dualismus“ in unseren Beziehungen weiter zu dulden. Sie verbargen vor Schulenburg nicht, dass sich ein Abbau der Wirtschaftsbeziehungen mit uns auf die deutsche Wirtschaft schmerzlich niederschlagen werde.³

Insgesamt hätten den Worten Schulenburgs zufolge alle, mit denen er sprechen konnte, die Politik Hitlers missbilligt, es hätten jedoch alle wie mit einer Stimme ihm abgeraten, jetzt irgendwelche Schritte zu unternehmen. Sie wiesen ihn darauf hin, dass zurzeit eine solche Intervention seinerseits von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, solange die Hochstimmung wegen der Wahlerfolge noch anhält⁴, „die Hitler völlig zu Kopfe gestiegen sind und das Gewicht der Führungsspitze erhöht haben“.

Bevollmächtigter Vertreter

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 119, S. 219–220.

Nr. 440

**Schreiben des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke
an den Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch**

Berlin, den 8. April 1936

Lieber Tippelskirch,

Besten Dank für Ihren freundlichen Brief vom 6. April¹.

In der Angelegenheit Schiller soll ein von dem Herrn Reichsminister unterzeichneter Brief an den Reichsernährungsminister² abgehen, den ich eingehend mit

¹ Der Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin, Kandelaki, hielt sich von der zweiten Märzhälfte bis Anfang April 1936 in Moskau auf. Vgl. Na prieme u Stalina, S. 181, 182, 183 (Aufzeichnungen vom 16.3., 2.4., 4.4.1936).

² Zur Rede Hitlers vor dem Reichstag am 7.3.1936 vgl. Dok. 405.

³ Vgl. Dok. 341.

⁴ Vgl. Dok. 436, Anm. 2.

¹ Vgl. PA AA, R 27448, Bl. 451027-451029.

² Richard Walther Darré.

Schiller besprochen habe und der auch den grundsätzlichen Richtlinien entspricht, die der Herr Botschafter noch vor seiner Abreise gegeben hat. Sie werden ja auch inzwischen von dem Herrn Botschafter erfahren haben, dass Herr Herbert Göring sich für den Fall in unserem Sinne interessieren will. Wir werden natürlich nicht verfehlen, diese wichtige Reserve rechtzeitig einzusetzen. Ihre Vermutung, dass „J.“ dahinter stehen könnte, hat mich sehr interessiert. Auf diesen Gedanken waren wir hier noch nicht gekommen. Es ist ja aber durchaus möglich, dass „J.“ mit der anderen unbekannten Persönlichkeit zusammengewirkt hat.³

Auch ich glaube, dass wir einstweilen Entscheidendes gegen die sowjetrussische Rundfunkpropaganda nicht unternehmen können. Wie Sie wissen, besteht hier die ernsthafte Absicht, eine entsprechende Gegenwirkung eintreten zu lassen, sobald die technischen Voraussetzungen hierfür geschaffen worden sind. Vorläufig begnügen wir uns damit, der Sowjetbotschaft diese üble Hetze immer wieder vorzuhalten.

Ihre Annahme, dass von französischer und sowjetrussischer Seite der Versuch gemacht wird, auf die polnische Politik in einem antideutschen Sinne einzuwirken, deckt sich mit vertraulichen Nachrichten, die hier eingegangen sind und über die Herr Roediger dem Herrn Botschafter unmittelbar geschrieben hat. Einstweilen gibt es noch keine konkreten Anzeichen, die uns berechtigen würden, an der polnischen Loyalität zu zweifeln. Immerhin ist die Frage so ernst, dass wir sie genau beobachten müssen, und ich glaube, dass sich hierzu auch von Moskau aus günstige Gelegenheiten bieten werden.

Auch hier ist bisher nichts darüber bekannt geworden, dass während der Rückreise Litwinows nach Moskau politische Verhandlungen irgendwelcher Art stattgefunden haben.

Den in Aussicht gestellten Bericht über den russisch-mongolischen Beistandspakt⁴ erwarten wir mit großem Interesse. Recht bemerkenswert ist die chinesische Rückwirkung auf den Paktabschluss. In der deutschen Presse waren Nachrichten verbreitet, dass in dieser Frage eine gemeinsame japanisch-chinesische Front gegen die Sowjetunion gebildet worden sei. So merkwürdig dies auch im Hinblick auf das Mandschurei-Problem erscheinen mag, so ist in der internationalen Politik ja heute nichts mehr unmöglich. Die Ansicht Sterns, dass die nächste deutsche Aktion Österreich betreffen würde, ist im Hinblick auf das deutsche Angebot zum Abschluss eines Nichtangriffspaktes⁵ reichlich hypothetisch. – Was die Stellung Schachts anlangt, so gilt sie zurzeit als sehr fest. Das kommt auch in den Presseveröffentlichungen über die Aufrechterhaltung der Goldparität der Mark deutlich zum Ausdruck.

³ Zu dem „Fall Jurik“ vgl. Dok. 251, Anm. 2.

⁴ Protokoll über den gegenseitigen Beistand vom 12.3.1936, abgeschlossen zwischen der UdSSR und der Mongolischen Volksrepublik. In: *Sobranie zakonov i rasporjaženij Raboče-Krest'janskogo Pravitel'stva Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik* (Sammlung von Gesetzen und Verfügungen der Arbeiter- und Bauernregierung der Union der Sowjetischen Sowjetrepubliken), Moskva 1936, 2. Abschnitt, S. 487.

⁵ Angesichts der Verschlechterung der internationalen Lage und unter dem Druck Italiens unternahm die österreichische Regierung im Frühjahr 1936 eine Reihe von Schritten, die Beziehungen mit Deutschland zu normalisieren. Ergebnis war die Vereinbarung vom 11.7.1936, die ihre „Beziehungen wieder normal und freundschaftlich“ gestalten sollte. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 446, S. 706.

Den Brief von Herrn Großkopf habe ich noch nicht erhalten. Ich darf eventuell darauf mit dem nächsten Kurier zurückkommen.

Über die anhaltende Stagnation in den Wirtschaftsbeziehungen wird Balser an Hilger schreiben. Ich persönlich neige dazu, den Hilgerschen Pessimismus zu teilen.

In der Sache Prinz⁶ wird hoffentlich nun bald eine endgültige Einigung möglich sein. Wie entgegenkommend wir in diesem Falle gewesen sind, mag daraus hervorgehen, dass wir gewisse Verluste, die durch die geplante Regelung die Gläubiger der Handelsvertretung erleiden müssen, anderweitig decken wollen.

Im Augenblick wüsste ich sonst nichts weiter zu berichten. Darf ich zum Schluss die Bitte äußern, dem Herrn Botschafter meine gehorsamsten Empfehlungen zu übermitteln und ihn über den Stand der Angelegenheit Schiller zu informieren. Ich werde dies mit dem nächsten Kurier auch noch selber tun. Allen anderen Damen und Herren bitte ich herzlichste Ostergrüße zu übermitteln, die ich in ganz besonderem Maße auch Ihrer sehr verehrten Frau Gemahlin und Ihnen von mir und meiner Frau senden darf.

Mit herzlichsten Grüßen und

Heil Hitler bin ich, wie stets Ihr

[Hencke]

PA AA, R 27448, Bl. 451031–451034.

Nr. 441

Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki

GEHEIM

Expl. Nr. _____
[8.4.1936]

8068/252¹

AN DEN
HANDELSVERTRETER DER UdSSR
IN DEUTSCHLAND
Gen. D.V. KANDELAKI

Betrifft: Das Abkommen mit Deutschland für 1936.

Beim Abschluss des Abkommens mit den Deutschen über den Handelsumsatz für 1936 ist es erforderlich, dass Sie neben den Fragen, die vorab in dem mit den Deutschen abgestimmten Vertragsentwurf gelöst worden sind, Einvernehmen zu folgenden weiteren Punkten erzielen:

⁶ Vgl. Dok. 366, Anm. 2.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

1) setzen Sie im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Abkommens für 1936 den Vertragsabschluss zur Lieferung von Akkumulatoren und zur technischen Hilfe für die Akkumulatoren zu den Konditionen durch, die ich in meinem letzten Schreiben mitgeteilt habe;

2) unterzeichnen Sie das Abkommen für 1936 erst nach Erhalt der schriftlichen Vereinbarung zwischen der Derunapht und dem Benzolverband über die Veränderung des Liefervertrages für Erdölprodukte im Sinne einer Verringerung der Liefermenge an Benzin von 60–70 Tsd. Tonnen an den Benzolverband im Tausch für die Möglichkeit einer Erhöhung der Liefermenge von Diesel von 120 bis auf 150–170 Tsd. Tonnen. Verkaufen Sie zugleich unbedingt das Vermögen der Derunapht an den Benzolverband;

3) setzen Sie beim Abschluss des Abkommens für 1936 unbedingt ein gesondertes Schreiben vom Wirtschaftsministerium durch, das die Erneuerung der Genehmigung für die Garkrebo vorsieht, der Gosbank einen Kredit in Höhe von 40 Mio. Mark zu gewähren;

4) nehmen Sie die Steuern und Verwaltungsausgaben für die sowjetischen Organisationen in die Positionen der Artikel auf, auf die unser Exporterlös angewendet werden kann. Hinsichtlich der Verwaltungsausgaben können Sie das Einverständnis der Deutschen in Form eines gesonderten Schreibens einholen. Im Bedarfsfall können Sie den Deutschen zusichern, im Gegenzug zu dem Einverständnis der Deutschen in dieser Frage ihnen im Jahr 1936 zusätzlich Devisen in Höhe von 1 Mio. Mark zu überweisen. Im äußersten Fall können Sie sich mit dem deutschen Vorschlag einverstanden erklären, der Handelsvertretung 2 Mio. Sperrmark zur Deckung der Verwaltungsausgaben aller sowjetischen Organisationen in Deutschland bis Ende 1936 zur Verfügung zu stellen, wobei Sie durchsetzen müssen, Ihnen die Sperrmark aus der Kategorie mit dem höchsten Disagio² zur Verfügung zu stellen;

5) beim Abschluss des Abkommens für 1936 können Sie Wechsel zu der von den Deutschen berechneten Summe zur Abgeltung der Valorisierungsansprüche in Höhe von 7,5 Mio. Mark ausstellen. Dazu fordern Sie von den Deutschen jedoch ein Schreiben, mit dem Ihnen das Recht zugesichert wird, diese Wechsel aus dem Exporterlös vorfristig zu jeder Zeit nach Ihrem Gutdünken einzulösen oder Sie bezahlen diese Summe in bar in Abhängigkeit von der Situation.

VOLKSKOMMISSAR FÜR AUßENHANDEL DER UdSSR

A. Rozengol'c

****Stimmt mit dem Original überein**³**

8/IV 1936⁴

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
2 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten. Nr. 2983.

RGAĖ, f. 413, op. 12, d. 2237, l. 23–24. Beglaubigte Kopie.

² Die in Prozent ausgedrückte Differenz zwischen dem Nominalwert eines Wertpapiers und seinem Marktwert.

³ Das Wort ist mit Tinte geschrieben, die Unterschrift ist nicht entzifferbar,

⁴ Das Datum ist mit Tinte geschrieben.

Nr. 442
Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum an den
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM
[9.4.1936]

**Wirtschaftsabteilung
8/III/9/IV 1936
Nr. 23444/s**¹

AN
VOLKSKOMMISSAR
M.M. LITVINOV

Für den (höchst unwahrscheinlichen) Fall, dass im Zusammenhang mit einer Annullierung des Locarno-Abkommens² durch Deutschland die Frage aufgeworfen wird, gegen Deutschland Wirtschaftssanktionen anzuwenden, teile ich die Eckdaten mit, die sich auf diese Frage beziehen:

1) Es macht keinen besonderen Sinn, Finanzsanktionen gegen Deutschland anzuwenden. Seit dem Juli 1931 bekommt Deutschland nicht nur keine Darlehen, sondern in der Regel sogar keine kommerziellen Kredite mehr. Als Ersatz für die Kredite verwendete Deutschland Clearing-Abkommen, indem es seine Ausfuhr in die Länder, mit denen es solche Abkommen hatte (Frankreich, Holland, Schweiz, Schweden), einschränkte und erheblich die Einfuhr verstärkte, deren Erlös auf das Clearing-Konto in Deutschland überwiesen wurde und somit den Charakter eines erzwungenen Kredites annahm. Dieses Manöver ist jetzt jedoch ruchbar geworden, so dass Deutschland gezwungen ist, seine Bilanz auch bei den Clearing-Abkommen auszugleichen.

SCHLUSSFOLGERUNG: Finanzsanktionen gegen Deutschland entbehren des materiellen Inhalts. Die Einstellung der Clearing-Abkommen wäre von einer gewissen, begrenzten Bedeutung.

2) Ausfuhrembargo für Rohstoffe.

Deutschland ist völlig von der ausländischen Versorgung bei Bauxit, Chrom, Baumwolle, Quecksilber, Platin, Kautschuk, Zinn und in einem bedeutenden Maße bei Antimon, Kupfer, Eisenerz, Magnesit, Mangan, Nickel, Erdöl, Schwefel, Wolfram, Wolle abhängig.

Nach dem Wachstum des deutschen Imports an Rohstoffen in den vergangenen Jahren zu urteilen, hat Deutschland nach mehr oder weniger exakten Schätzungen bei Buntmetallen und bei Erzen einen Vorrat für zwei Jahre angelegt. Deutschland verfügt bei Kautschuk und Baumwolle über bedeutende Vorräte. Bei Erdöl hat Deutschland seine natürliche und künstliche Erdölförderung sehr stark ausgebaut, so dass man davon ausgehen kann, dass es in der Lage ist, einen bedeutenden Teil seines Bedarfs durch eigene Ressourcen zu decken.

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 405.

SCHLUSSFOLGERUNG: Ich meine, dass ein Rohstoffembargo im Verlaufe von 1–2 Jahren keine spürbare Wirkung auf Deutschland erzielen kann.

3) Importverbot aus Deutschland.

Ein völlig anderes Bild ergibt sich bei einem Importverbot aus Deutschland.

a) Die Mitglieder des Völkerbundes spielen im Handel Deutschlands (wegen seiner „europäischen Ausrichtung“) eine weitaus größere Rolle als im Handel Italiens. Der Anteil der Mitgliedsländer des Völkerbundes lag im Jahr 1934 bei über 90 Prozent.

b) Die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft ist beim Import bedeutend, noch größer als beim Export. Wenn im Hinblick auf Italien die Aufgabe darin bestand, mit dem Importverbot Italien die Zahlungsmittel für die Deckung des Imports zu entziehen, so kann für Deutschland neben dieser Aufgabe (Deutschland hat im Vergleich zu Italien außer seinem Export keine Reserven für die Deckung des Imports) ein Verbot des Imports aus diesem Land für Deutschland noch weitreichendere wirtschaftliche Folgen haben.

c) Nach England ist Deutschland das Land, dessen Industrie im höchsten Maße vom Export abhängt. Der Anteil der gesamten Industrie, der auf den Export entfällt, macht 25–30% der gesamten Produktion aus. Diese Abhängigkeit fällt bei einzelnen Industriezweigen noch größer aus: über 50% bei der Herstellung von Spielzeugen, bei der Präzisionsmechanik, bei der Optik, bei Metallerzeugnissen, bei Glaserzeugnissen; von 30 bis 50% bei der Chemie, beim Maschinenbau, bei der Schwarzmetallurgie, der Elektrotechnik. Bei Kohle und Textilien beträgt der Exportanteil 20 bis 30 Prozent. So produzieren die wichtigsten Zweige der deutschen Industrie zu über 1/3 für den Export. Es ist zu berücksichtigen, dass dies gerade die Zweige sind, in denen vorrangig das Proletariat beschäftigt ist. Wenn Deutschland 1/3 seines Exports einbüßt, der nicht auf dem Binnenmarkt umgesetzt werden kann, so droht dem deutschen Industrieproletariat eine Arbeitslosigkeit von 30 bis 40 Prozent. Es erübrigt sich, die Bedeutung dieses Umstandes für das nationalsozialistische Regime hervorzuheben.

Rozenbljum

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1184 vom 9.4.1936.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 115, d. 8, l. 22–24. Kopie.

Nr. 443

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GEHEIM

Expl. Nr. 2

11. April 1936

Nr. 3585/L

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Gestern war Schulenburg bei mir, der jedoch nichts Interessantes mitteilte. In Berlin hatte er sich nur mit Schacht¹ getroffen. Bei dem Gespräch zu aktuellen Themen bemerkte ich, wenn die deutsche Regierung seinerzeit unsere Garantievorschläge für das Baltikum² angenommen hätte, so wären unsere Beziehungen in anderen Bahnen verlaufen. Sch[ulenburg] räumte ein, dass es keinerlei Gründe gegeben hätte, unsere Vorschläge abzulehnen. Er bat jedoch, der Aggressivität Deutschlands gegenüber der UdSSR keinen Glauben zu schenken. Ich erinnerte ihn nicht nur an das Buch „Mein Kampf“, sondern auch an die Reden Hitlers, in denen er über die Expansion nach Osten sprach, die Siedlungsdichte bei sich und bei uns anführte usw. Ich sagte, wenn der gleiche Mensch uns heute sage, er beabsichtige uns anzugreifen, und morgen aber sage, dass er uns nicht anzugreifen gedenke, so würden wir vernünftiger handeln, wenn wir seine erste Erklärung zur Grundlage nehmen und Vorsichtsmaßnahmen treffen. Selbst wenn wir uns hinsichtlich der Absichten des Gegners irren sollten, so riskierten wir überhaupt nichts. Wenn wir uns hingegen auf die zweite Erklärung verlassen und keine Maßnahmen ergreifen würden, würden wir unsere Existenz aufs Spiel setzen.

Uns liegen Informationen vor, allerdings aus einer nicht sehr zuverlässigen Quelle, wonach Paris angeblich am 11. März François-Poncet angewiesen haben soll, keine Gespräche mit der deutschen Regierung zu führen, auch keine Sondierungen vorzunehmen, keine offiziellen Einladungen anzunehmen und selbst keine Einladungen auszusprechen, und sich darauf vorzubereiten, für eine unbestimmte Zeit in Urlaub zu gehen. Es wird Ihnen sicherlich nicht schwer fallen, auf indirektem Wege diese Mitteilung zu überprüfen.

Ich weiß nicht, ob Ihnen Kandelaki von dem hier stattgefundenen Meinungsaustausch bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland berichtet hat. Laut der Erklärung, die mir Kandelaki gab, werden wir für den Fall, dass es für

¹ Vgl. Dok. 440.

² Am 28.3.1934 stellte Litvinov dem Botschafter Deutschlands in der UdSSR Nadolny den Entwurf eines gemeinsamen Protokolls der UdSSR und Deutschlands vor, Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität der baltischen Staaten einzugehen. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 407, S. 1109–1111. Am 11.4.1934 unterrichtete der Außenminister Deutschlands von Neurath den Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland Chinčuk von der Ablehnung dieses Vorschlages der sowjetischen Seite. Vgl. ebd., Dok. 416, S. 1132–1135.

1936 zu keinem Abkommen kommen sollte, für die Tilgung der alten Verpflichtungen eine größere Summe an Gold oder Devisen bei einem Abkommen³ aufbringen müssen, ich hatte nichts gegen dieses Abkommen einzuwenden. Allerdings werden wir Devisen und Exportwaren insgesamt in einer Summe ausführen, die etwas größer als die unsere Schuldenlast ist, dafür wird sich jedoch der Devisenanteil bedeutend verringern.

Mit Gruß

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit Bleistift: NN.

Vermerk N.N. Krestinskij mit Bleistift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1997 vom 13.4.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. nach Paris, das 6. ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 70–69. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 125, S. 223–224⁴.

Nr. 444

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 3

[12.4.1936]

Nr. 149/s¹

AN

N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Ich übersende Ihnen unsere hier ausgearbeiteten Thesen zur internationalen Lage, die sich im Zusammenhang mit der Remilitarisierung des Rheinlandes herausgebildet hat.

*1. Der Akt vom 7. März hat zweifellos das nationalsozialistische Regime im Innern des Landes gefestigt. Er ermöglichte es ihm, die zunehmenden inneren Wirtschaftsschwierigkeiten, die eine unausweichliche Folge der beschleunigten Kriegsvorbereitung sind, durch einen außenpolitischen Erfolg zu überdecken und zu rechtfertigen. Er heizte erneut die nationalistische und chauvinistische Stim-

³ Vgl. Entwurf des Schreibens des Sektorleiters Handelsvertretungen im NKVT der UdSSR M.I. Levin vom 1.4.1936. In: RGAÉ, f. 413, op. 12, d. 2236, l. 3.

⁴ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte auszugsweise, ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

mung der Kleinbourgeoisie Deutschlands an und scharte sie neuerlich um das Regime. Im Gefolge der Aktion vom 7. März und des darauf folgenden „Wahlkampfes“ stieg das persönliche Ansehen Hitlers stark an.^{*2} Auch die Stellung der Nationalsozialistischen Partei festigte sich etwas, bei den „Wahlen“ vom 29. März konnte sie den Teil der Positionen zurückerobern, den sie verloren hatte. Hitler erhielt einen neuen, noch *bequemerem^{*3} Reichstag, der den Stempel einer allgemeinen Volksabstimmung trägt und nunmehr jeden seiner innen- und außenpolitischen Schritte *sanktionieren wird^{*4}. Die innenpolitischen Probleme sind in den Hintergrund gedrängt worden und es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, dass das Land noch eine gewisse Zeit lang in der Euphorie des 7. März leben und ohne zu murren neue Entbehrungen im Namen der Errichtung von „Großdeutschland“ ertragen wird.

2. Unter internationalem Gesichtspunkt festigte der Akt vom 7. März vor allem die militärstrategische Stellung Deutschlands, da die deutsche Armee einen neuen strategischen, überaus vorteilhaften Brückenkopf für die Entfaltung der Streitkräfte und für die Bedrohung der Nachbarn erhalten hat. Ein Brückenkopf, der bis zu einem gewissen Grade die Kriegsbereitschaft Frankreichs paralyisiert und damit die französische Hegemonie in Europa untergräbt. Mit der Remilitarisierung der Rheinlandes sind zugleich auch die übrigen Beschränkungen gemäß Artikel 180 des Versailler Vertrages⁵ aufgehoben worden, der den Bau von neuen Befestigungsanlagen an den Süd- und Ostgrenzen Deutschlands verboten hatte. Mit der Weisung vom 28. März wurden die Arbeiten zur *Errichtung von Befestigungsanlagen^{*6} nicht nur im *Rheinland^{*7}, sondern auch in *Sachsen und in Schlesien^{*8} eilig aufgenommen. Dieser Umstand ist in der Weltpresse unzureichend registriert worden.

3. Wenn es vor dem 7. März bezüglich der Remilitarisierung des Rheinlandes in Deutschland eine gewisse Opposition gegen Hitler gegeben hatte, so sollte der Gang der Ereignisse zwangsläufig seine Taktik rechtfertigen und ihn in seiner Überzeugung stärken, dass in dem durch innere und äußere Widersprüche zerstrittenen Europa die Politik der „vollendeten Tatsachen“ die einzige erfolgreiche Politik ist. Zum ersten Mal nach dem imperialistischen Krieg widerstand Deutschland erneut ganz Europa, und nicht ohne Erfolg (die Zurückweisung des Memorandums der Locarno-Länder⁹, das viermonatige Ultimatum, die Drohung eines „Rückzugs in den Isolationismus“). Die Tatsache, dass sich in Westeuropa keine Kraft fand, die zum Kristallisationszentrum einer realen antideutschen Koalition hätte werden können, während die einzige und bedeutende Kraft in Osteuropa, die UdSSR, nicht unmittelbar an einem Locarnokonflikt interessiert war, berauscht nicht nur Hitler und seine Clique, sondern das gesamte deutsche Kleinbürgertum, und verstärkt die Elemente von Erpressung und Abenteuerlichkeit in der deutschen Außenpolitik.

² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

³ Das Wort ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁴ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁵ „Gesetz über den Friedensschluss zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919“. In: Reichsgesetzblatt 1919, S. 687–1349, hier S. 935, 937.

⁶ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁷ Das Wort ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁸ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁹ Am 24.3.1936. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Dok. 207, S. 263–266.

Die Märzereignisse von 1936 sind zweifellos geeignet, jenen Flügel des deutschen Faschismus zu stärken, der immer gegen eine Orientierung auf ein bestimmtes Land war und den wesentlichen Vorteil Deutschlands in einer selbständigen und unabhängigen Politik sah (die sogenannte isolationistische Strömung).

4. Es ist völlig offensichtlich, dass die Politik Hitlers, da es sich um *diplomatische Aktionen handelt, auch künftig auf eine Neutralisierung Englands und auf eine Isolierung Frankreichs gerichtet sein wird. Dabei berücksichtigt Hitler in erster Linie die Unfähigkeit Englands, eine aktive Politik gleichzeitig in allen für England verwundbaren Richtungen (die europäische, im Mittelmeerraum und im Fernen Osten) zu betreiben. Er geht von der Annahme aus, dass England es, zumindest in nächster Zeit, vorziehen wird, einen Kompromiss, wenn auch einen faulen und auf Kosten Osteuropas, mit Deutschland zu erzielen, um sich damit einigermaßen die Hände für andere Richtungen frei zu halten. Die gesamte Politik Englands neigt seit dem Machtantritt Hitlers dazu, die Richtigkeit dieser Annahme Hitlers zu bestätigen. England hat sich in seiner Unterstützung des Völkerbundes und in seinem Widerstand gegen einen Aggressor, hier ist Deutschland gemeint, bislang nur auf Deklarationen beschränkt, während seine Handlungen praktisch immer auf eine Unterstützung Hitlers hinausliefen. Es gibt wohl kaum Veranlassung, mit einer ernsthaften Korrektur dieses englischen Kurses zu rechnen.*¹⁰

5. Die deutsche Presse bewertet das französische Antwortmemorandum nicht ohne Grund als ein Wahlkampfmanöver der französischen Regierung und erwartet, dass für den Fall, dass die Wahlen der Einheitsfront in Frankreich keinen radikalen Sieg bringen, eine Einigung mit Frankreich auf der Grundlage der Anerkennung der Remilitarisierung des Rheinlandes durchaus als möglich ist, insbesondere in der Perspektive einer englischen Vermittlung. Es gibt in Frankreich mehr als genug Kräfte, die in diese Richtung wirken. *Wie oben ausgeführt wurde, bedeutet jedoch eine Hinnahme der Remilitarisierung der Rheinlandes durch Frankreich praktisch, dass sich das europäische Hegemoniezentrum von Frankreich nach Deutschland mit allen sich daraus ergebenden Folgen verlagern wird.*¹¹ Ein paralysiertes Frankreich wird zu einem bedeutenden Teil seine Anziehungskraft für die östlichen und südöstlichen europäischen Länder einbüßen. Diese Länder, die sich zwischen Deutschland und der UdSSR befinden, sind ohne Hoffnung auf eine reale Militärhilfe durch Frankreich. *Sie können dem polnischen Beispiel folgend damit beginnen, und zum Teil tun sie dies bereits jetzt, eine Umorientierung in Richtung auf Deutschland vorzubereiten. Die Sprache der stärksten Militärmacht in Westeuropa, mit der Deutschland im März 1936 hervortrat, kann nicht ohne bestimmte Folge in den östlichen und südöstlichen europäischen Ländern bleiben.*¹²

6. Italien hat sich bisher noch nicht für eine Richtung der gekennzeichneten neuen Kräftegruppierung in Europa festgelegt. Seine Haltung wird selbstverständlich in erster Linie vom Verlauf des Abessinienkrieges abhängen. Bis jetzt ist eine absolut gleichrangige Orientierung Italiens möglich, gleichermaßen sowohl eine antideutsche als auch eine prodeutsche. Am wahrscheinlichsten ist, dass diese Angelegenheit davon abhängen wird, wie die Haltung Englands ausfällt. Falls eine eng-

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

lisch-deutsche Verständigung in dieser oder jener Form zustande kommen sollte, könnte sich Italien im antideutschen Lager wiederfinden. Die italienische Position ist bei einer von Deutschland unabhängigen Politik kaum vorherzusagen. Die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht durch Österreich¹³, die auf italienische Initiative erfolgte, ist allem Anschein nach nur eine Präventivmaßnahme seitens Italiens, die das Ziel verfolgt, daran zu erinnern, dass Italien eine reale Kraft in Europa bleibt, mit der gerechnet werden muss und die bei dem begonnenen großen europäischen Spiel nicht übergangen werden darf.

7. Wenn sich die Hauptrichtung der deutschen Diplomatie (Kurs auf eine *Neutralisierung und folglich auf Einspannung Englands für ihre Zwecke und auf eine mögliche Isolierung Frankreichs) im Lichte der Märzereignisse völlig klar abzeichnet, so ist es weitaus schwieriger, sich zu der Frage zu äußern, in welche Richtung Deutschland den unmittelbaren militärischen Schlag vorbereitet. Richtig ist lediglich, dass Deutschland fieberhaft daran arbeitet, *Stützpunkte in allen Richtungen^{*14} zu schaffen, als ob es vorhabe, *gegen ganz Europa Krieg zu führen^{*15, *16}

A. Die Westrichtung (Frankreich, Belgien). Die Remilitarisierung des Rheinlandes ist nur eine, wenn auch sehr wichtige Etappe bei der Vorbereitung des westlichen Stützpunktes für die deutsche Armee. Selbst für die Luftwaffe, für die die Remilitarisierung des Rheinlandes die geringste Bedeutung zu sein schien, bedeutet das Vorrücken an den Rhein einen Zeitgewinn von mindestens einer Stunde, sowohl im Angriffs- als auch im Verteidigungsfall. Für die mechanisierten Truppen macht dieser Zeitgewinn bei der Entfaltung der Operationen bereits zwei bis drei Tage aus. Außerdem haben es die Deutschen in der Vergangenheit geschafft, die Kräfteentfaltung für einen eventuellen Einfall in Frankreich *über die Schweiz^{*17} wesentlich vorzubereiten. Die Dislozierung deutscher Truppen an der Südwest-Grenze und der fieberhafte Bau von *Autobahnen in diese Richtung^{*18} belegen die außerordentliche Aufmerksamkeit, die der deutsche Generalstab dieser Angelegenheit widmet. Die schnelle Verstärkung der „symbolischen“ Bataillone im Rheinland und die mit dem 28. März einsetzende *fieberhafte Tätigkeit zu dessen Befestigung^{*19}, zeugen davon, dass die Deutschen keineswegs vorhaben, diese Richtung nicht ernst zu nehmen.

B. Die Nordwest-Richtung. (Holland, England). Bei *all ihren Hoffnungen, die die Deutschen auf England setzen, lassen sie nichts aus, was die Vorbereitung eines Stützpunktes für einen eventuellen Krieg gegen England erleichtern könnte. Die Anlage eines *Flugplatznetzes und unterirdische Erdöllager entlang der holländischen Grenze^{*20}, die Befestigung von Sylt und anderen Inseln in der Nordsee mit der dortigen Errichtung von Stützpunkten und nicht zuletzt eine ins Auge gefasste „Kolonisierung“ Dänemarks (das Projekt, durch Dänemark Autobahnen von Deutschland nach Schweden zu bauen, der Bau von Befestigungsanlagen auf der

¹³ Am 1.4.1936.

¹⁴ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹⁶ Der Text des Absatzes ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁷ Der Text ist mit rotem Farbstift angestrichen.

¹⁸ Der Text ist mit rotem Farbstift angestrichen.

¹⁹ Der Text ist mit rotem Farbstift angestrichen.

²⁰ Der Text ist mit rotem Farbstift angestrichen.

von Dänemark erworbenen Halbinsel im Großen Belt, ein umfassender Handelsvertrag mit Dänemark²¹ usw.) sind entweder direkt gegen England gerichtet oder werden im Hinblick auf eine derartige Verschärfung der Beziehungen mit ihm unternommen, die gleichbedeutend mit einer Blockade im Mittelmeer wäre.*²²

C. Die Ostsee und die Nordost-Richtung (das Baltikum) sind gleichfalls ein Schauplatz fieberhafter Kriegsvorbereitungen. Die gesamte Ostseeküste ist in einer Tiefe von 50 bis 60 km mit einem Netz von neuen Flugplätzen und Fliegerschulen überzogen; alle einigermaßen bedeutenden Punkte der Küste sind mit Küstenbefestigungen versehen; Stützpunkte für U-Boote und andere Kriegsschiffe sind bislang in den Häfen der Ostsee konzentriert (Kiel, Warnemünde, Swinemünde u. a.). Stettin, Pillau und andere Häfen der Ostsee werden für Landungsoperationen und für den Unterhalt der Verbindungswege nach Ostpreußen fieberhaft umgebaut. Letzteres ist bereits seit langem ein gewaltiger Befestigungsraum, wobei die Bevölkerung einer zusätzlichen Militarisierung unterzogen worden ist. Die Autobahn Berlin-Stettin wird im Eiltempo und im Unterschied zu allen anderen Autobahnen im August 1936 vollkommen fertiggestellt sein.

D. Die Südost-Richtung (Tschechoslowakei, Österreich) *wird mit nicht geringerer, wenn nicht gar mit größerer Energie vorbereitet. In Ergänzung zu allen früheren Maßnahmen (Konzentrierung von Truppen in Bayern und Schlesien für einen zeitgleichen Einfall in die Tschechoslowakei vom Westen und vom Osten, Errichtung eines Flugplatznetzes entlang der tschechischen Grenze, fieberhafter Ausbau von Straßen und wiederholte Manöver motorisierter Truppen in diesem Raum, Bau von Werken für synthetisches Benzin in unmittelbarer Nähe zu diesem möglichen Frontabschnitt (Niederlausitz)) setzte mit dem 28. März auf der Grundlage der Weisung über die vordringliche Inangsetzung der Arbeiten von „politischer Bedeutung im Grenzraum“ in Schlesien und in Sachsen die Errichtung einer neuen Befestigungslinie und von Stützpunkten in diesen Räumen ein. Die österreichische Richtung war bereits seit dem Putsch von 1934 zur Entfaltung der Streitkräfte vorbereitet worden (es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Autobahn zur österreichischen Grenze eine der ersten war, die in Betrieb genommen wurde).²³ Die politische Vorbereitung zum Einmarsch in Österreich auf der Grundlage der Untergrundorganisation der österreichischen Nationalsozialisten wurde nicht für eine einzige Minute unterbrochen.

E. Die Ostrichtung (Polen). Es ist bemerkenswert, dass keine *speziellen Vorbereitungen für militärische Handlungen an der polnischen Grenze zu beobachten sind. Die fieberhafte militärische Vorbereitung in Ostpreußen und in Schlesien, die einerseits das Baltikum und andererseits die Tschechoslowakei bedroht, stellt allerdings zugleich auch eine Bedrohung gegen Polen dar. Abgesehen von diesen beiden Räumen sind in allen übrigen Räumen entlang der gewaltigen Ausdehnung der polnisch-deutschen Grenze keine speziellen Arbeiten zu verzeichnen. Allerdings werden die Garnisonen in allen östlichen Regionen in keinem geringeren Maße als anderswo verstärkt; allerdings sind an der Oder (in Frankfurt, in Schwedt und in anderen Städten) neue Kasernen gebaut wurden, aber das alles hält keinem Ver-

²¹ Am 30.4.1936. Vgl. Reichsgesetzblatt 1936, Teil II, S. 72–73.

²² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

gleich zu der fieberhaften Arbeit in den anderen Richtung stand. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Deutschen entweder die Befestigungen und die Vorbereitungen in Ostpreußen und in Schlesien als ausreichend erachten, um Polen in Gehorsam zu halten, oder sie haben mit den Polen eine Absprache, der zufolge das Aufmarschgebiet für die deutschen Truppen nicht auf deutschem, sondern auf polnischem Territorium vorbereitet wird, wohin die deutschen Truppen auf dem gut ausgebauten Eisenbahnnetz dieser Richtung („Grenzen auf Kredit“) verlegt werden können.^{*24}

8. Parallel zu der unmittelbaren Kriegsvorbereitung in allen angeführten Richtungen arbeiten die Deutschen energisch daran, die entsprechenden Länder psychologisch und wirtschaftlich zu bearbeiten. Wir wollen nicht auf die Bearbeitung der öffentlichen Meinung in England und in Frankreich eingehen, die hinlänglich bekannt ist, sondern auf die deutsche Aktivität in den kleinen Ländern. Die Flexibilität der deutschen Außenpolitik, die kein einziges Land als zu gering ansieht, um dort nicht eine energische Tätigkeit mit allen verfügbaren Methoden zu entfalten, ist bedeutend und unterliegt keinem Zweifel. Keineswegs von dem Wunsch getragen, das Thema erschöpfen zu wollen, **und**^{*25} nur zu dem Zwecke, um die verschiedenartigen Methoden der deutschen Außenpolitik zu verdeutlichen, führen wir nur einige Beispiele an.

A. Holland. Es ist das wichtigste Land für den deutschen Export und teilweise für den Import. Es erhielt neben England von den Deutschen Sondervergünstigungen für die Bezahlung der Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland. *Unlängst half die deutsche Regierung der holländischen Königin dabei, den in Deutschland befindlichen Besitz ihres Mannes mit großem Gewinn zu verkaufen. Im Gegenzug für diese Liebenswürdigkeit forderten die Deutschen von der Königin einen winzigen „Dienst“, nämlich die Reise von holländischen Industriellen in die UdSSR zu vereiteln, wo sie langfristige Kredite unterzubringen gedachten.^{*26} Dieser „Dienst“ wurde mit Vergnügen erwiesen. Die holländischen Industriellen, die, wie man so sagen kann, auf gepackten Koffern mit den Visa für die UdSSR in der Tasche saßen, überlegten es sich plötzlich anders, und verschoben ihre Reise „bis zur Klärung der internationalen Lage“.

B. Dänemark. Die Deutschen arbeiten energisch daran, Dänemark nach dem Muster des letzten Krieges in eine Art Versorgungsbasis von Nahrungsgütern für Deutschland und in ein Transitland für den Einkauf und den Transport von Rohstoffen und defizitären Materialien zu verwandeln (das Projekt, Autobahnen Deutschland-Schweden mit Brücken über den Großen Belt und den Sund zu bauen). Trotz der Proteste der dänischen Industrie schufen die dänischen Agrarier vollendete Tatsachen, indem sie unter Umgehung der Regierung mit Deutschland einen Handelsvertrag abschlossen, der die dänische Industrie ruiniert und Dänemark in ein agrarisches Anhängsel Deutschlands verwandelt. Bereits jetzt kauft Deutschland, ohne dafür einen Pfennig an Valuta auszugeben, in Dänemark Buntmetalle, Düngemittel und andere Waren ein, welche Dänemark selbst jedoch im Ausland für seine Butter und Eier kauft. Im Austausch erhalten die Dänen deut-

²⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

²⁶ Am linken Seitenrand befindet sich ein mit einem roten Farbstift geschriebenes Fragezeichen.

schen Trödel*²⁷, der jetzt den gesamten dänischen Markt überschwemmt. Die starke nationalsozialistische Organisation Dänemarks tritt bereits jetzt als eine beachtliche Kraft im Lande auf, die unablässig die Dänen mit der Drohung einer Abtrennung Schleswigs terrorisiert.

C. Das Baltikum – Langsam, aber sicher kaufen sich die Deutschen hier über den Abschluss von Kompensationsverträgen ein. Allerdings sind diese Verträge an sich mit einem Risiko verbunden und für Deutschland im Grunde genommen nur eine besondere Form der Kreditierung seitens dieser Länder. Jedoch sind die von diesen Ländern für ihren landwirtschaftlichen Export in Deutschland erzielten Preise derartig gering, dass die armen Regierungen dieser Länder darüber geradezu glücklich sind, dass sie für ihren Export nichts draufzahlen müssen und ihnen sogar einige Krumen verbleiben, mit denen sie ihre Vertretungen in Deutschland unterhalten können, Studenten an deutschen Hochschulen ausbilden lassen usw. Die von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Gesten der baltischen Regierungen gegenüber den illegalen nationalsozialistischen Organisationen dieser Länder beunruhigen im Grunde genommen nur noch pro forma die deutschen Führer: die Tatsache der sich verstärkenden wirtschaftlichen Abhängigkeit dieser Länder von Deutschland spricht für sich selbst.

D. Ungarn, Bulgarien, die Türkei, Jugoslawien, Rumänien sind von dem deutschen Markt in keinem geringeren Maße als das Baltikum hypnotisiert worden, um ihre Rohstoffe und landwirtschaftlichen Produkte abzusetzen. Die Erfahrungen zeigten, dass diese Länder, und insbesondere die Türkei, auf vieles einzugehen bereit sind, um sich den deutschen Markt zu erhalten. Ungarn, Bulgarien und die Türkei unterhielten seit der Kriegszeit außerdem umfangreiche persönliche Kontakte zu Deutschland, insbesondere auf militärischem und kulturellem Gebiet, und sie können und wollen diese Beziehungen heute nicht durch andere ersetzen. Die Deutschen unternehmen selbstverständlich alles, um diese Beziehungen nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch auszubauen.

E. Tschechoslowakei, Österreich, für die der deutsche Markt von einer verhältnismäßig geringeren Bedeutung ist, werden über die illegale Organisation der deutschen Bevölkerung dieser Länder in den nationalsozialistischen Organisationen bearbeitet. Die Bevölkerung wird im Geiste des Anschlusses und „Großdeutschlands“ erzogen. Die Kraft und die Bedeutung dieser illegalen Organisationen ist nicht zu unterschätzen, insbesondere im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes dieser Länder mit Deutschland.

9. Wir gehen hier nicht auf die deutsche Taktik gegenüber Schweden, Finnland, Polen, die Schweiz und andere Länder ein. Sie ist überall fast die gleiche, obgleich sie mit unterschiedlichen Mitteln betrieben wird und auch der Erfolg unterschiedlich ausfällt. Die Deutschen lassen keine Möglichkeit aus, ihre Stellung in allen diesen Ländern zu festigen. Indes unterliegt es keinem Zweifel, dass die große Mehrheit der Bevölkerung dieser Länder den deutschen Aggressionsplänen nicht nur keine Sympathie aufbringt, sondern auch bereit ist, ihnen Widerstand zu leisten, wenn ihr der Weg aufgezeigt wird. Leider ist außer der Taktik der „moralischen“ Verurteilung Deutschlands niemandem etwas Besseres eingefallen. Währenddessen setzt Deutschland in allen diesen Ländern dieser einzigen Taktik der Friedensanhänger die Taktik

²⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

der vollendeten Taten, Bestechung, Wühlarbeit, die diplomatische und strategische Vorbereitung seiner Aggression entgegen. Die Erfahrung zeigt, dass es ihm bis jetzt gelungen ist, eine Stellung nach der anderen einzunehmen. In den letzten Jahren erlitt es nur eine wirkliche Niederlage. Das war im Herbst 1934, als motorisierte Brigaden Mussolinis am Brenner auftauchten und die Deutschen zwangen, Hals über Kopf und eilig aus Österreich zu verschwinden, ohne den dort angezettelten Putsch zu Ende zu bringen.²⁸ Das war eine Sprache, die Hitler-Deutschland imponierte. Doch kann und will es sich kein Nachbar Deutschlands leisten, zumindest nicht in absehbarer Zeit, mit ihm in dieser Sprache zu sprechen.

10. Welche Schlussfolgerungen sind aufgrund der jetzigen Lage zu ziehen? Sie können in folgende Richtungen erfolgen.

* A. Westeuropäische Verhandlungen. Alles spricht dafür, dass die Deutschen bis zu den französischen Wahlen²⁹ und bis zur endgültigen Klärung der Haltung Englands wohl kaum über einen weiteren Ausbau der bereits eroberten Positionen hinausgehen werden, d. h. der strategischen Befestigung des Rheinlandes, Sachsens und Schlesiens. Es ist völlig offensichtlich, dass im Gefolge der veröffentlichten deutschen und französischen Memoranden ein englisches Kompromissmemorandum erscheinen wird³⁰. Der ganze Sommer wird damit verbracht werden, diese Memoranden zu erörtern und zu diskutieren, und schließlich wird sich herausstellen, dass Europa einem strategisch erstarkten Deutschland gegenübersteht, das (was überhaupt nicht ausgeschlossen ist) neue Forderungen erheben und mit neuen Erpressungen hervortreten wird.*³¹ Wer kann dafür die Hand ins Feuer legen, dass nicht genau das gleiche eintritt, was es bis jetzt gegeben hat, und zwar, dass die Westmächte, von England angetrieben, im Namen der „Abwendung eines neuen Krieges“ neue Zugeständnisse gegenüber Deutschland machen werden und es auf diese Weise die Frist für seine Aggression noch mehr verkürzt? Wie klar auch unsere Politik ist, die auf die Zügelung des Aggressors und auf die Unterstützung einer jeden Maßnahme auf diesem Gebiet gerichtet ist, wie eindeutig auch unsere Linie ist, in Osteuropa ein System von kollektiven Beistandspakten zu schaffen, das nicht weniger effektiv als das im Westen sein muss, müssen wir dennoch allem Anschein nach mit der Möglichkeit eines Misserfolges dieser Politik rechnen. *Deutschland ist bereits in die Etappe seiner Kriegsvorbereitung eingetreten, und kann nur durch die reale Gefahr eines aussichtslosen Krieges gegen eine schlagkräftige antideutsche Koalition gezügelt werden.*³² Diese Koalition gibt es bis jetzt nicht. Folglich bleibt nichts anderes übrig, als sich tatsächlich auf einen unausweichlichen bewaffneten Zusammenstoß mit Deutschland vorzubereiten, weshalb neben den diplomatischen Manövern auch zweckdienliche Fachberatungen der Generalstäbe auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Anderenfalls kann die Angelegenheit solch eine Wendung nehmen, dass Deutschland die diplomatischen Verhandlungen nur als ein Verzögerungsmittel ausnutzen wird.

²⁸ So im Dokument. Der nationalsozialistische Putsch in Österreich fand am 25.7.1934 statt.

²⁹ Die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung Frankreichs fanden am 26.4. und am 3.5.1936 statt.

³⁰ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Dok. 313, S. 476–480.

³¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

³² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

B. Die kleinen Staaten. Aus all dem Gesagten ergibt sich für alle Länder, die an der Erhaltung des Friedens interessiert sind, mit zwingender Notwendigkeit, ihre Politik **in**³³ den kleinen Ländern zu aktivieren, die bis jetzt hauptsächlich ein Feld deutscher Aktivitäten waren. Es gibt Grund zur Annahme, dass aus diesen Ländern zum Preis geringer Opfer und Anstrengungen ein weitaus eindrucksvolleres Gegengewicht zum deutschen Einfluss geschaffen werden könnte als jetzt. Die Berliner Eindrücke hinsichtlich des Umgangs mit den Türken und Rumänen geben Grund zur Annahme, dass insbesondere in diesen Ländern eine solche Aktivierung notwendig ist und zweifellos Ergebnisse zeitigen könnte. Selbst in Ländern wie Bulgarien, Dänemark, Holland ist allem Anschein nach nicht die Möglichkeit eines energischen Zusammenschlusses der Kräfte ausgeschlossen, die dem deutschen Einfluss Widerstand leisten, von der Tschechoslowakei und dem Baltikum schon ganz zu schweigen. Besondere Beachtung verdient Polen, für das die März-Ereignisse eine wahrhaft verhängnisvolle Rolle spielen. Obgleich die Polen den Franzosen sofort nach dem 7. März erklärt haben, dass sie *die Verpflichtungen, die sich aus ihrem Bündnisvertrag mit Frankreich ergeben, weiterhin treu erfüllen werden, kommen sie nicht umhin einzusehen, dass die Remilitarisierung des Rheins im Prinzip Polen völlig in die Hände Deutschlands ausliefert, da die französische Armee an Händen und Füßen gefesselt ist. Die eindeutige Erklärung Hitlers und seiner Adjutanten, auch die territorialen Festlegungen des Versailler Vertrages unausweichlich einer weiteren Revision zu unterziehen, sollte die Polen noch mehr beunruhigen. *Angesichts dieser Situation ist die Möglichkeit von neuen Schwankungen Polens in unsere Richtung nicht ausgeschlossen*^{34, *35}

C. Die sowjetisch-deutschen Beziehungen. Hitler hat in all seinen Reden, *die er im Zusammenhang mit dem 7. März und den Wahlen am 29. März gehalten hat, *hartnäckig und bezeichnend die UdSSR mit einem völligen Schweigen bedacht*^{36, *37} Aus irgendwelchen Gründen will er sich nicht in Bezug auf die UdSSR engagieren, zumindest nicht nach außen. *Aufgrund all unserer Beobachtungen in Deutschland neigen wir zu der Annahme, dass trotz des ganzen antisowjetischen Geheules der nationalsozialistischen Presse die UdSSR das einzige Land ist, vor dem das faschistische Deutschland wirklich Respekt hat. Die gewaltige Stärke der UdSSR und der Roten Armee, die der deutschen Führung gut bekannt ist, imponiert deutschen Regierungskreisen, insbesondere den Militärs, die die unbestimmbaren Perspektiven eines Krieges mit dem östlichen Giganten schrecken, auf den keine der Tricks Eindruck macht, die Deutschland mit solch einem Erfolg im Westen anwendet. Andererseits machen sich wirtschaftliche Momente stark bemerkbar. Die ersten drei Monate dieses Jahres, als die UdSSR nichts an Deutschland verkaufte und sehr wenig kaufte, machten sich in einigen Zweigen der deutschen Wirtschaft bis an die Grenze des Erträglichen bemerkbar. In den letzten 1½ Jahren begann die spärliche Goldreserve erneut zu schmelzen. Die deutschen Firmen, die für die UdSSR arbeiten, belagern das Ministerium und fordern die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Selbst die Beamten, die an spezielle Weisungen

³³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

³⁴ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

³⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

³⁶ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

³⁷ Der Text ist am linken Seitenrand zweimal mit rotem Farbstift angestrichen.

gebunden sind, können nicht das brennende Interesse am Schicksal der Verhandlungen verschweigen.

Schließlich begann der Ferne Osten in letzter Zeit die deutsche Presse stark zu beunruhigen. Die überwiegende Mehrheit der Zeitungen muss beim Abwägen der Chancen eines eventuellen fernöstlichen Konfliktes in letzter Zeit wiederholt mit Ärger feststellen, dass sich diese Chancen mehr und mehr der UdSSR zuneigen. Dieser Faktor macht ebenfalls einen gewissen Eindruck auf die herrschenden Kreise.^{*38}

*In dieser Situation erscheint es uns als zeitgemäß und zweckdienlich, mit Deutschland die Handelsverhandlungen in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Wie das jetzige europäische Wirrwarr auch ausgehen möge, ob es mit einer Spaltung Europas in zwei Ententen endet (eine englisch-deutsche und eine italienisch-französische³⁹), ob es zu einer allgemeinen Vereinbarung mit Deutschland führen wird, der auch wir uns auf irgendeiner Grundlage anschließen, oder die jetzige Lage erhalten bleibt, in der Deutschland, das sich zielstrebig auf den Krieg vorbereitet, für eine gewisse Zeit der zersplitterten und schwankenden Front der europäischen Mächte gegenüber steht, die nicht in der Lage sind, sich untereinander zu verständigen und der Reihe nach Opfer der deutschen Aggression in der einen oder anderen Form werden. Angesichts all dieser Fälle haben wir keinerlei Veranlassung, mit Deutschland wirtschaftlich zu brechen. Selbst in dem Fall, dass uns vorher bekannt sein würde, dass uns das Schicksal erwartet, Opfer eines deutschen Angriffs zu werden, bleibt die Beibehaltung und selbst die Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland und insbesondere auf dem Gebiet der Kredite jedenfalls sinnvoll. Mögen doch die Deutschen, wenn sie uns angreifen, zusätzlichen Schaden durch den schmerzhaften Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen erleiden, ehe sie mit unserer Hilfe rechtzeitig einen Ersatz für unseren Markt finden. Aufgrund dieser Überlegungen erachten wir es als wünschenswert, so schnell wie möglich Wirtschaftsverhandlungen in Angriff zu nehmen, und dies nicht nur für das Jahr 1936, sondern auch für eine große Kreditoperationen.^{*40}

Mit kommunistischem Gruß

SURIC

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: MM.⁴¹

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1269 vom 14.4.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 2 [Exemplare] an Gen. Krestinskij, 4 an Gen. Litvinov, 1 [Exemplar] zu den Akten. 12.IV.1936.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 96–109. Kopie.

³⁸ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

³⁹ Vgl. Dok. 223.

⁴⁰ Der Absatz ist am linken Seitenrand mit rotem und blauem Farbstift angestrichen. Štern war mit dem Schlussteil dieses Absatzes ab den Worten „von Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland“ nicht einverstanden und vermerkte auf seinem Exemplar am linken Seitenrand: Das ist falsch! Š[tern]. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 4, l. 48.

⁴¹ Litvinov.

Nr. 445

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin SuricGEHEIM
PERSÖNLICH
Expl. Nr. 2
19. April 1936

Nr. 3595/L.

Lieber Jakov Zacharovič,

ich kann leider beim besten Willen Ihre Bitte, Sie nach Moskau zu rufen, nicht erfüllen. Sie können ****sich****¹ nicht vorstellen, was für einen Druck alle Bevollmächtigten Vertreter auf uns ausüben, die es beständig aus jeglichem Anlass nach Moskau drängt. Ich muss sagen, dass die internationale Lage noch niemals so eindeutig wie jetzt war. Sie sehen, dass ich mich mit Ihrer Lageeinschätzung völlig solidarisiere, und wir beabsichtigen nicht, neue Schritte zu unternehmen. Es fragt sich, was wir dann mit Ihnen jetzt erörtern könnten. Der Vorschlag, den Sie machen, ist hier bereits in Anwesenheit Kandelakis erörtert worden und alle Elemente der Frage, die Sie in Ihrem Schreiben vermerkten, sind dabei berücksichtigt worden. Seitdem sind keine Veränderungen eingetreten. Ihre Thesen habe ich natürlich an die verantwortlichen Genossen weitergeleitet.² Wenn sie es für erforderlich erachtet hätten, die von Ihnen aufgeworfene Frage einer erneuten Erörterung zu unterziehen, so hätte ich Sie selbstverständlich gebeten, hierher zu kommen. Ich beabsichtige bei meiner nächsten Reise nach Genf Anfang Mai erneut über die Berliner Reiseroute zurückzukehren, weil sich die Wiener Reiseroute als äußerst unbequem erwiesen hat. Dann können wir uns auch unterhalten.

Übrigens: Was haben Sie für Urlaubspläne, Potemkin beabsichtigt, Anfang Juni nach ****Marienbad****³ zu fahren. Ich neige gleichfalls dazu, meinen Urlaub nach der Mai-Tagung des Rates⁴ anzutreten, falls die internationale Lage dies erlaubt. Diese Frage kann ich nur in Genf entscheiden. Es wäre sehr angenehm, erneut Ihre „Gesellschaft“ im Kurort zu haben.

Ich drücke Ihnen die Hand

LITVINOV

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 44, l. 18. Kopie.

¹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

² Vgl. Dok. 444.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Die Tagung des Völkerbundsrates fand in Genf vom 11.5. bis 13.5.1936 statt.

Nr. 446
Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GEHEIM
Expl. Nr. 2
19. April 1936

Nr. 3597/L.

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Lieber Jakob Zacharovič,

mit großem Interesse habe ich Ihren letzten Brief¹ gelesen. Im Wesentlichen stimme ich Ihrer Einschätzung der heutigen Lage in Europa völlig zu. Sie tragen allerdings die Farben etwas stark auf, wenn Sie über die zunehmende Stärke und die Möglichkeiten Deutschlands sprechen und an einer Stelle sogar eine nicht richtige Feststellung treffen, und zwar, wenn Sie sagen, dass Hitler angeblich in allen seinen Reden, die im Zusammenhang mit dem 7. März und mit den Wahlen vom 29. März stehen, die UdSSR beharrlich und bezeichnend völlig mit Schweigen bedachte. In Ihrem Bemühen, Ihre praktischen Schlussfolgerungen zu untermauern, haben Sie vergessen, dass es keine einzige Rede Hitlers gibt, in der er sich nicht so oder so gegen die UdSSR oder gegen den Bolschewismus geäußert hätte. Sie haben dahingehend recht, dass er die UdSSR dort mit Schweigen bedachte, wo er von der Bereitschaft zu friedliebenden Gesten sprach, an Ausfällen herrschte jedoch kein Mangel.² Das ist natürlich nicht wichtig, und Sie haben, ich wiederhole es, sowohl mit Ihrer ganzen übrigen Lageeinschätzung als auch mit der Prognose vollkommen recht.

Ich stimme auch Ihrer Schlussfolgerung zu, dass ein wirtschaftlicher Bruch mit Deutschland unzweckmäßig ist. In dem positiven Teil Ihrer Schlussfolgerung kann ich mich jedoch nur mit der Zweckmäßigkeit, aber überhaupt nicht mit der Aktualität einverstanden erklären. Sie haben mit keinem Wort die Notwendigkeit begründet, „schnellstmöglich Wirtschaftsverhandlungen aufzunehmen“.

Es ist eine Sache, die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns jeglicher Versuche, Hitler gegenüber Widerstand zu leisten, theoretisch zu erkennen, eine andere Sache ist es aber, solch ein Scheitern zu fördern. Solange das Scheitern nicht zur Tatsache geworden ist und es auch nur die geringste Chance besteht, es zu vermeiden, dürfen wir auf keinerlei Anstrengungen in dieser Richtung verzichten. Wenn die Londonderrys, Rothermeres, Lothians und andere Freunde oder Agenten Hitlers empfehlen, die Verletzung Locarnos der Vergessenheit anheimzugeben und ihn völlig straffrei zu belassen und die Pläne Hitlers zur Organisation der Welt anzunehmen, so bedeutet das nicht, dass auch wir praktisch genau den gleichen Weg beschreiten

¹ Vgl. Dok. 444.

² Vgl. Dok. 405.

müssen. Solange Frankreich und seine Freunde den Kampf gegen diese Hitler-Pläne nicht aufgegeben haben, sollten wir diesen Kampf nicht mäßigen, sondern anspornen. Unsere Absage an Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland, insbesondere im Zusammenhang mit den haltlosen Pressemeldungen über einen vollständigen Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland, spornt zweifellos diesen Kampf an. In einem noch größeren Maße würde die Verwirklichung des von Ihnen empfohlenen Vorschlages, die Wirtschaftsverhandlungen unverzüglich zu erneuern, im großen Maßstab ernüchternd auf Frankreich wirken und Hitler in die Hände spielen. Und wofür das alles? Sie versuchen nicht einmal darauf hinzuweisen, welche Vorteile wir aus einer Forcierung der Verhandlungen mit Deutschland gewinnen könnten. Politisch würden wir nur Hitler festigen, von dem wir keinerlei politische Kompensation erhalten werden, während wir wirtschaftlich, wie dies hier bereits von Gen. Kandelaki klargestellt wurde, kaum ein Interesse an einem umfangreichen Kreditschema haben. Andererseits räumen Sie die Möglichkeit einer allgemeinen Einigung mit Deutschland ein, der wir irgendwann unter bestimmten Umständen beitreten könnten. Solch eine „Beteiligung“ wird seitens Hitlers kein freiwilliger Akt sein, sondern kann ihm nur durch Verhandlungen seitens England und Frankreich abgerungen werden. Dabei wird auch unsere jetzige Zurückhaltung hinsichtlich der Wiederaufnahme wirtschaftlicher Kontakte mit Deutschland eine nicht geringe Rolle spielen, wobei darin auch unser einziger Beitrag im Kampf gegen die vollständige Übernahme des Hitler-Programms bestehen wird. Darauf zu bestehen, dass Frankreich und England sich um die Einbindung Osteuropas in den allgemeinen Plan zur Schaffung des Friedens kümmern sollten, während wir selbst darauf verzichten, auf Hitler auch nur den geringsten Druck auszuüben, ist eine schlechte Taktik. Ich nehme an, dass Sie das Problem nicht gründlich durchdacht haben und Sie den Mahnungen des Gen. Kadelaki nachgegeben haben, die er auch hier bei der Erörterung der Frage ohne Ergebnis durchzusetzen versuchte. Ich machte ihn sofort darauf aufmerksam, dass die deutschen Kredite uns nicht weglaufen und wir sie bekommen werden, wenn wir es wollen. Erst dann, wenn eine allgemeine Einigung mit Hitler zustande kommen sollte oder aber die völlige Aussichtslosigkeit zutage tritt, ihn zu Zugeständnissen zu bewegen, wird man Ihren Empfehlungen folgen können, jedoch nicht früher.

Ihr Gedanke befremdet mich etwas, dass Hitler „einen noch günstigeren Reichstag, der jetzt jeden seiner Schritte sanktionieren wird“, bekommen hat. War dies denn nicht auch über den vorherigen Reichstag zu sagen? Ich merke dies nur aus Gründen der Vollständigkeit an, da dies für unsere Schlussfolgerungen ohne Belang ist.

Die römische Bevollmächtigte Vertretung signalisiert uns eine äußerlich wahrnehmbare Belebung in den deutsch-italienischen Beziehungen, die sich in Privatreisen von deutschen Politikern nach Italien und von italienischen nach Deutschland widerspiegelt. Zur Illustrierung wird auf die Reise des Justizministers Frank³, auf die bevorstehende Reise des italienischen Landwirtschaftsministers Rossoni nach Berlin, um einen öffentlichen Vortrag zu halten, und auf die Ankunft des bekannten Niedermayer in Rom usw. verwiesen. Eine Sondierung in diese Richtung ist wünschenswert.

³ So im Dokument; vgl. Dok. 367, Anm. 5.

Gen. Gnedin schreibt in seinem Tagebuch (Nr. 152/s), ich hätte den Worten Schamars zufolge Spanien angeblich gebeten, einen Berufsdiplomaten nach Moskau zu entsenden. Ich habe selbstverständlich nicht um derartiges gebeten, und davon konnte bei uns auch keine Rede sein. Das Gespräch fand auf Initiative des spanischen Außenministers Barcia statt, der auf die Einstellung der Verhandlungen zwischen uns und Spanien hinwies, worauf ich antwortete, dass die Verhandlungen an dem Punkt eingestellt worden sind, wo es nur noch um den Botschafteraustausch ging. Gen. Gnedin möge Schamar darauf hinweisen. Ich erinnere mich im Übrigen nicht daran, wer dieser Schamar ist. Erinnern Sie Gen. Gnedin an mein Rundschreiben, mit dem ich bat, in Klammern immer eine knappe Charakteristik der in den Schreiben und Tagebüchern genannten Personen zu geben.

Mit Gruß

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit rotem Farbstift: NN.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2172 vom 19.4.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Suric, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen.

Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. nach Paris, das 6. nach London, das 7. ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 87–85. Kopie.

Nr. 447

Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

24. April 1936

ZSg. 101/7/275 Nr. 375

Wichtig!

Die Zeitungen werden auf folgende Anordnung strikt hingewiesen: In Zukunft dürfen die Namen führender sowjetischer Beamter und Politiker nur mit dem Zusatz „Jude“ und mit dem jüdischen Beinamen zitiert werden, sofern es sich um Juden handelt. Es muss also in Zukunft heißen: „Der Sowjet-Jude Litwinow-Finkelstein, Volkskommissar des Äußeren, oder der frühere Kommunistenführer Radek-Sobelsohn usw.“ Den Zeitungen geht noch eingehendes Materials über die jüdischen Namen der einzelnen Sowjetfunktionäre zu, so dass sie nicht im Irrtum darüber bleiben, wer Jude ist und wer nicht. Auf die genaue Innehaltung dieser Anweisung wird größter Wert gelegt.

Allen schriftl. Gesehen: D., Fa.

Veröffentlicht in: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 4/I, S. 435–436.

Nr. 448

**Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin
an die Presseabteilung im NKID**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

24. April 36

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR in Deutschland

Nr. 168¹

Berlin

AN DIE
PRESSEABTEILUNG
DES NKID

Werte Genossen!

1. Mit der heutigen Post schicken wir neben der aktuellen chronologischen Aufstellung der „Materialien über die UdSSR“ auch die thematische Übersicht der Veröffentlichungen der deutschen Presse über die UdSSR für den Zeitraum vom 1. März bis zum 15. April d. J. Diese Übersicht soll eine Vorstellung darüber vermitteln, welche die UdSSR betreffenden Themen die deutsche Presse in der Zeit nach dem Bruch des Locarno-Abkommens² behandelte. Wir beabsichtigen, künftig auch monatliche thematische Übersichten zu erstellen.

2. In Ergänzung zur allgemeinen Charakteristik der antisowjetischen Veröffentlichungen in der deutschen Presse halte ich es für angebracht, auf die Aktivierung der Tätigkeit der sogenannten Antikomintern aufmerksam zu machen, deren Leiter EHRT zugleich der Leiter des „Antimarxistischen Seminars“ an der Berliner Universität ist. Am 27. April gibt die „Antikomintern“ im „Haus der deutschen Presse“ einen Empfang für die Vertreter der Presse zwecks Vorstellung der „Dokumentation“ über die „Wühlarbeit der Komintern“³. Die Organisatoren der Veranstaltung luden auch die internationale Presse ein, wobei sie mir übrigens auch eine Einladung zukommen ließen. Ich habe Maßnahmen getroffen, um exakte Informationen über diesen Empfang zu erhalten. Ich schicke zugleich die Ausgabe der von „Antikomintern“ herausgegebenen Zeitschrift mit den aktuellen niederträchtigen Verleumdungen.

3. Wie deutsche Zeitungen berichteten, erfolgten im Propagandaministerium einige Umbesetzungen. Der neue Leiter der Presseabteilung und Stellvertreter des Reichspressechefs BERNDT gehört zu den sogenannten radikalen Elementen und ist ein erklärter Feind der UdSSR. Er neigt dazu, über die Stränge zu schlagen, was er bereits zum Beispiel im Fall ECKENER gezeigt hat. Das ziemlich voreilige Verbot BERNDTS, den Namen ECKENER in der Presse zu erwähnen, ist den ausländischen Journalisten bekannt geworden und hat eine regelrecht konfuse Situation ausgelöst. Der Vorgänger BERNDTS, JAHNCKE, hat aufgrund seiner neuen Tätigkeit

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 410, Anm. 2.

³ Vgl. „Der Weltbolschewismus“. Ein Weißbuch der Antikomintern“. In: Völkischer Beobachter vom 28. April 1936, S. 2.

Einfluss auf das „Berliner Tageblatt“ gewonnen und beabsichtigt nach den mir vorliegenden privaten Informationen, Scheffer letzten Endes abzulösen.

4. Ich halte es für angebracht, auf die Fehlerhaftigkeit der Information über die Parade am 20. April, die Gen. Gofman in der „Pravda“ („Pravda“ vom 21. April)⁴ brachte, aufmerksam zu machen. Gen. Gofman berichtete, dass an der Parade schwere Panzer und einige Staffeln von Bomben- und Jagdflugzeugen teilgenommen hätten. Den Aufklärungen unserer Militärs zufolge nahmen an der Parade keine schweren Panzer, nicht einmal mittlere Panzer teil und zudem wurden keine Flugzeugstaffeln gezeigt, es gab vielmehr kein einziges Flugzeug.

Mit kameradschaftlichem Gruß

GNEDIN

Vermerk D.G. Šterns mit rotem Farbstift: an Gen. Levin, an Gen. Kant[er] 27.IV.36. Š[tern].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1012 vom 27.4.1936.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 4 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Presseabt[eilung], das 2. *an die 2. Westabt[eilung]*⁵, das 3. an Gen. Krestinskij, das 4. zu den Akten.*

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 8, l. 79–78. Kopie

Nr. 449

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

GEHEIM

Expl. Nr. 4
26. April 1936

Nr. 3602/L.

AN DEN

GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Kopien an: Gen. Molotov

Gen. Vorošilov

Gen. Kaganovič

ÜBER DIE INFORMATION

Die Unterrichtung der öffentlichen Meinung über die außenpolitische Tätigkeit der Regierungen erfolgt in den wichtigsten Ländern auf folgende Weise: 1. Über

⁴ K. Gofman: „Voennye toržestva v Berline“ (Militärische Feierlichkeiten in Berlin). In: Pravda vom 21. April 1936, S. 5.

⁵ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

Telegraphenagenturen. Es ist üblich, solche großen Agenturen wie „Reuter“ und „Havas“ als offizielle oder offiziöse Agenturen anzusehen, obgleich es nicht möglich ist, eine Verbindung zwischen diesen Agenturen und den Regierungen formal zu beweisen. Die Regierung lehnt gewöhnlich eine Verantwortung für diese Agenturen ab. „Havas“ zum Beispiel bekämpft sogar zum Teil die Regierung, insbesondere in der Innenpolitik. 2. Über amtliche und halbamtliche Presseorgane. Und auch hier gibt es keine formale Verbindung zwischen diesen Zeitungen und den Regierungen. In Deutschland erteilt das Propagandaministerium allen Zeitungen formal Weisungen darüber, was sie schreiben und was sie nicht ansprechen dürfen. In Frankreich gilt „Le Temps“ als offiziöses Presseorgan der Regierung und befolgt die Linie der Regierung tatsächlich nur in der Außenpolitik, während sie in der Innenpolitik oft eine gegen die Regierung gerichtete Haltung einnimmt. Die englische Regierung besitzt nicht einmal eine offiziöse Zeitung. Je nach Zusammensetzung der Regierung ist mal „The Times“ oder mal der „Daily Telegraph“ oder mal der „Daily Herald“ oder eine andere Zeitung faktisch das offiziöse Sprachrohr auf dem Gebiet der Außenpolitik. 3. Durch die unmittelbaren Verbindungen zwischen der Leitung und einzelnen Mitarbeitern des Außenministeriums mit den Journalisten. In England oder in Frankreich fangen die Journalisten entweder die Minister ab, um an Informationen zu gelangen, oder sie wenden sich an die Presseabteilungen der Ministerien. In Deutschland finden regelmäßige Treffen des Außenministers mit Journalisten statt, wobei sich die Journalisten in ihren Berichten nicht auf den Minister berufen dürfen. Dieses Verfahren wird in Deutschland auch unter dem jetzigen Regime beibehalten, nur treten jetzt Göring oder Goebbels öfter als Neurath vor Journalisten auf. Nur in Japan gibt es ein spezielles „Sprachrohr“ des Ministeriums, das die Journalisten als „Vertreter des Außenministeriums“ bezeichnen, welches nicht nur die faktischen Meldungen verbreitet, sondern auch Erklärungen abgibt. Es gab Fälle, dass das Ministerium offen diesen seinen „Vertreter“ desavouierte. 4. Die Praxis ist weit verbreitet, dass Zeitungen ihre Informationen von einzelnen Mitarbeitern des Ministeriums entweder aufgrund persönlicher Bekanntschaft oder sogar gegen Geld erhalten. Über diesen Kanal sickern oft sogar geheime Informationen in die Presse. 5. Auf die japanische Presse in der Mandschurei ist gesondert zu verweisen, wo es üblich ist, dass die Offiziere der Kwantung-Armee direkt schreiben und die Ansichten dieser Armee verbreiten. Diese Presse ist schamloser und verlogener als die Presse Japans selbst.

Was die Sachlage bei uns in der UdSSR anbelangt, so erfolgt bis jetzt die Information auf folgende Weise: 1. Über die Vermittlung von TASS. Dabei wurde berücksichtigt, dass TASS formal eine staatliche Einrichtung ist (sie ist dem CIK angeschlossen), weshalb die Regierung die volle Verantwortung für die TASS-Meldungen übernehmen muss. Das NKID gibt ohne einen speziellen Beschluss des ZK keine Informationen über diplomatische Gespräche, eine Ausnahme bildet die Veröffentlichung von nicht geheimen Dokumenten. 2. Die Presseabteilung des NKID gibt an ausländische Journalisten nur jene Informationen weiter, die auch über TASS verbreitet werden. Wenn es wünschenswert ist, hin und wieder ein Gerücht in die Welt zu setzen, wählt die Presseabteilung dafür die zuverlässigsten ausländischen Korrespondenten aus. 3. Die Presseabteilung gibt periodisch für ausländische Korrespondenten Teegesellschaften, an denen auch ich teilnehme und

mit ausländischen Korrespondenten spreche. Manchmal empfangen ich einzelne Journalisten in meinem Dienstzimmer, aber nicht, um ein Interview zu geben, sondern zur „Inspiration“.

4. Die Mitarbeiter des NKID sind strengstens angewiesen, ausländischen Korrespondenten nichts ohne meine Genehmigung mitzuteilen. Ich lasse mich meinerseits von den Weisungen des ZK leiten.

Zwecks Ausweitung der Informationstätigkeit schlage ich vor: 1. TASS für die amtlichen Meldungen der Regierung oder des NKID zu benutzen. Solche Meldungen müssen streng den Tatsachen entsprechen. TASS soll sich jedoch nicht immer auf eine bestimmte Regierungsquelle berufen. 2. Für weniger offizielle und exakte Meldungen sind unmittelbar die „Izvestija“ und die „Pravda“ zu verwenden, die eine spezielle Rubrik mit einem geeigneten Titel einführen können („Die Welt der Diplomatie“, „Aus dem Bereich der Außenpolitik“ usw.). 3. Der Leiter der Presseabteilung empfängt von Zeit zu Zeit sowohl sowjetische als auch ausländische Journalisten und gibt ihnen Informationen zu diesen oder jenen Gesprächen und Unterredungen innerhalb des NKID.

Ich erachte es jedoch als erforderlich, darauf hinzuweisen, dass ich gewöhnlich sowohl die Bulletins von TASS als auch die „abgefangenen“ anderen Dokumente bedeutend später als die Mitglieder des Politbüros erhalte. Auf der Grundlage dieser Dokumente wenden Sie sich mit Fragen an mich, von denen ich erst am späten Abend oder sogar erst am nächsten Tag Kenntnis erhalte. Um aber rechtzeitig reagieren zu können, möchte ich darum bitten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Gen. Doleckij ist zu verpflichten, dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten von den Bulletins, sowohl von denen für die Presse als auch von den nicht für die Presse bestimmten, die ersten gedruckten Exemplare ohne jegliche Verzögerung zuzustellen.

2. Gen. Bokij und andere Organe des NKVD sind zu verpflichten, dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten die „abgefangenen“ Dokumente mit dem ersten Verteiler zuzustellen.

LITVINOV

Vermerk K.E. Vorošilovs mit rotem Farbstift: KV.

Unten rechts auf dem letzten Blatt befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1049 vom 26.4.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 9 Expl. [Die Exemplare] 1–5 an die Adressaten, das 6. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 7. an Gen. Stomonjakov, das 8. an Gen. Litvinov, das 9. ins Archiv.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 882, l. 31–33. Kopie.

Nr. 450

**Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an den Leiter
des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke**

Moskau, den 27. April 1936

Lieber Hencke!

Vielen Dank für Ihren freundlichen Brief vom 22. d. Mts.¹, auf den ich zumindest mit ein paar Worten eingehen darf.

*Ihre Anregung bezüglich Materialbeschaffung über Xinjiang, das die Gefahr des sowjetischen Vordringens in Zentralasien für Mittelasien und für England illustriert, werden wir gern weiterverfolgen. Im Augenblick kämen lediglich das China Yearbook 1934 und die Woprossij Wostoka, falls sie noch erscheinen, in Frage. Ich habe für alle Fälle auch an Großkopf geschrieben, der aus seiner Nowosibirsker Zeit über Erfahrungen verfügt. Sonst ist hier schwer etwas zu bekommen, wie überhaupt die Verhältnisse in dieser Provinz dunkel sind und sowjetischerseits kein Interesse besteht, dieses Dunkel zu lüften. Was die Japaner anlangt, so ist soeben von Tokio der angebliche Geheimvertrag zwischen Moskau und Nanking über Xinjiang dementiert worden! Wenn man etwas Zugkräftiges herausbringen will, braucht man erstklassige Sachkenner über Xinjiang, und die sind rar. Man könnte daran denken, Lattimore für eine Artikelserie zu verpflichten (vgl. die Anlage des kürzlichen Schreibens des Herrn Botschafters an Herrn Roediger²). Lattimore schreibt auch für die Times. Allerdings müsste man das Thema sehr präzise formulieren, damit nicht etwa die Artikel Japan und nicht die Sowjetunion als die Hauptgefahr in Zentralasien hinstellen. Die Frage könnte unsererseits auch noch mit Herrn von Erdmannsdorff, wenn er hier ist, besprochen werden. Eine weitere, nicht zu unterschätzende Schwierigkeit besteht m. E. darin, dass ein Interesse für derartige Spezialprobleme nur in sehr begrenzten Fachkreisen vorhanden ist. Die breite Öffentlichkeit weiß sicher nicht einmal, wo Xinjiang liegt. Was in derartig entlegenen Gebieten passiert, wird gegenwärtig niemand tragisch nehmen.*³

*Wesentlich zugkräftiger ist dagegen alles, was mit der Kriegsgefahr in Europa selbst zusammenhängt. Was die Ruhe des Bürgers stören könnte, steht als brennende Tagesfrage im Mittelpunkt des Interesses. Auf dem kürzlichen Empfang bei den Polen bin ich wiederholt auf die verhängnisvolle Aktivität der Sowjetdiplomatie angesprochen worden, die die Spannungen in Europa ausnutze und zum Kriege treibe. Die unversöhnliche gegen Deutschland gerichtete französische Politik würde in Moskau gemacht! Ich habe mit besonderem Interesse die beiden Aufzeichnungen aus Rom (Erlass II R 1084 vom 20. April und II R J vom 21. April) gelesen, die einmal einen Blick hinter die Kulissen gestattet haben. Dieses Ränkespiel der Sowjet-Diplomatie wiederholt sich zurzeit überall da, wo die Sowjets glauben, Ge-

¹ Vgl. PA AA, R 27448, Bl. 451038–451042.

² In der Akte nicht vorhanden.

³ Der Absatz ist in eckige Klammern gesetzt. Auf dem ersten Blatt befindet sich dazu ein Hinweis Henckes an eine Schreibkraft, die wahrscheinlich alle markierten Absätze separat abschreiben sollte.

gensätze vertiefen und den deutschen Interessen Abbruch tun zu können. Meines unmaßgeblichen Erachtens würde es daher zurzeit eine vordringliche Aufgabe unserer Propaganda, wenn nicht gar ein Gebot der Selbsterhaltung sein, die Weltöffentlichkeit auf diese verhängnisvolle Rolle der Sowjetpolitik immer wieder hinzuweisen. Es genügt nicht, dass die Gefahr des bolschewistischen Russlands im Allgemeinen aufgezeigt wird, es müsste das für Europa im jetzigen Augenblick gemein-gefährliche Ränkespiel der Sowjets jeweils im Einzelnen geschildert werden. An Material hierüber fehlt es wahrlich nicht.

Als kleine Kostprobe, wie die Sowjets keine, auch nicht die kleinste Gelegenheit vorübergehen lassen, um gegen uns zu schüren, folgendes mir von einem Ohrenzeugen berichteten Dialog zwischen Litwinow und Koht:

Litwinow: In Norwegen gibt es doch eine nationalsozialistische Bewegung?

Koht: Ja, die gibt es.

Litwinow: Von wo wird sie denn finanziert?

Koht: Nun, doch wohl von Berlin.

Litwinow: Natürlich! Natürlich! *⁴

Ihre Mitteilung, dass die Gerüchte über den Abschluss eines deutsch-japanischen Militärvertrages auf beiden Seiten deutlich dementiert worden sind, war mir nur zum Teil bekannt. Sie hat mich daher umso mehr interessiert.

*Zur Frage des Bahnbaues Sowjetgrenze-Kabul darf ich noch nachtragen, dass mir der Iranische Geschäftsträger⁵ kürzlich sagte, der hiesige Afghanische Botschafter⁶ habe das Gerücht ihm gegenüber dementiert. *⁷

*Betreffs der Haftsache Kalenskaja traf es sich sehr gut, dass Sie mit Herrn Hensel sprechen konnten. Wir sind hier der Meinung, dass man, falls das **russische**⁸ Interesse wirklich so groß ist, wie es den Anschein hat, aus dieser Sache erhebliches Kapital schlagen kann; u.a. würden wir großen Wert darauf legen, dass bei dieser Gelegenheit auch der Versuch gemacht wird, für Herrn von Nymann in Tiflis die Ausreiseerlaubnis zu erlangen. Nicht unwesentlich ist aber, was uns anlangt, die Frage des Prozedere. Vielleicht ist es praktischer, den Fall Kalenskaja nicht bis zur Verurteilung zu treiben, da es erfahrungsgemäß sehr schwierig ist, dann auf ihn Einfluss zu nehmen. Solange die Gestapo die Angelegenheit in der Hand hat, ist der Fall leichter zu behandeln. *⁹

Das weitere Schicksal unserer Wirtschaftsbesprechungen interessiert uns natürlich in hohem Maße. Wir warten gespannt auf Ihre weiteren Nachrichten. Von hier haben wir dazu nichts weiter zu berichten. Hilger liegt mit einer kleinen Grippe zu Bett, wird aber voraussichtlich morgen wieder hergestellt sein.

*Nun noch ein paar Kleinigkeiten. Die Erlasse Passangelegenheiten, betreffend Aufenthaltserlaubnis für vorübergehend zur Handelsvertretung in Berlin kommandierte Sowjetrussen, bitten wir, wie bisher getrennt und nicht gesammelt uns zu übersenden. *¹⁰

⁴ Die drei Absätze sind in eckige Klammern gesetzt.

⁵ Mohamed Khan Saed.

⁶ Abdul Hussein Aziz.

⁷ Der Absatz ist in eckige Klammern gesetzt.

⁸ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

⁹ Der Absatz ist in eckige Klammern gesetzt.

¹⁰ Der Absatz ist in eckige Klammern gesetzt.

*Wir haben große Schwierigkeiten, für die Botschaft russische Sprachlehrer zu erhalten. **Die wir bisher hatten, bleiben fort.**¹¹ Unsere Bemühungen, neue zu gewinnen, waren bisher ergebnislos. Da die Erlernung und Pflege der Landessprache zu den Dienstobliegenheiten der Beamten und Angestellten der Botschaft gehört, erwäge ich, ob man nicht einen Sprachlehrer aus Deutschland kommen lassen und der Botschaft zuteilen soll. Bitte lassen Sie sich die Frage einmal durch den Kopf gehen. Sie eilt nicht, müsste aber bis zum Herbst geregelt sein.*¹²

*Im Anschluss an das Ihnen vor einiger Zeit mitgeteilte Gespräch mit dem hiesigen Italienischen Botschaftsrat Berardis ist vielleicht von Interesse, dass Berardis dieser Tage gegenüber Herrn von Herwarth geäußert hat, von der Sowjetunion hätte Italien jetzt keine Schwierigkeiten mehr zu erwarten. **Die italienische Missstimmung besteht trotzdem fort.**^{13*14}

Unser kleiner Ausflug nach Leningrad ist programmmäßig verlaufen. Es war mir sehr interessant, nach langer Zeit die Stadt wiederzusehen und mich mit Sommer aussprechen zu können. Besonders meine Frau hat es sehr interessiert, Leningrad kennen zu lernen.

Sehr ärgerlich sind wir alle darüber, dass unsere vielfachen Bemühungen, das Haus Gagarinski zu erhalten, fehlgeschlagen sind. Es verstärkt sich bei mir der Eindruck, dass die Russen uns das Haus nicht geben wollen.

Mit gleichem Kurier erhalten Sie einen Bericht über den Verlauf des X. Kom-somol-Kongresses¹⁵. Ich überlasse es Ihnen, ob Sie diesen Bericht weiter verwerten wollen.

Mit den herzlichsten Grüßen von uns allen und mit

Heil Hitler
bin ich wie stets Ihr getreuer

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 27448, Bl. 451043-451047.

¹¹ Der Satz ist handschriftlich eingefügt.

¹² Der Absatz ist in eckige Klammern gesetzt.

¹³ Der Satz ist handschriftlich eingefügt.

¹⁴ Der Absatz ist in eckige Klammern gesetzt.

¹⁵ Der Kongress fand vom 10. bis 21. April 1936 in Moskau statt.

Nr. 451
Aufzeichnungen des Rates der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov

GEHEIM

Expl. Nr. 3

[30.4.1936]

TAGEBUCH

DES Gen. BESSONOV

Nr. 178/s¹

1. Die Unterzeichnung des Handelsabkommens für 1936

Gestern, am 29. April, fand in der Wohnung Schachts in der Reichsbank die Unterzeichnung des Handelsabkommens zwischen der UdSSR und Deutschland für 1936 statt.² Bei der Unterzeichnung waren anwesend: von unserer Seite die Gen. Kandelaki, Fridrichson, Gasjuk und ich, von deutscher Seite Schacht, Göring (der Cousin des Ministers), Brinkmann, Mossdorf, Vertreter des Auswärtigen Amtes (Hencke, Balser), Vertreter der Devisenorgane und der Reichsbank. Das Abkommen folgt im Wesentlichen dem Text, den Gen. Kandelaki in Moskau bei seinem letzten Aufenthalt vorgelegt hatte. Es wurden nur geringfügige Ergänzungen vorgenommen, sie betreffen die Erweiterung unseres Rechts, den Erlös aus dem Export für unsere Zahlungen in Deutschland zu verwenden. Unter anderem erhielten wir das Recht (auf der Grundlage der Gegenseitigkeit), unsere Ausgaben für die Abnahmehelfer in Mark zu bezahlen. Der früher strittige Punkt – der Punkt hinsichtlich der Verwendung der Erlöse für Verwaltungsaufgaben der Bevollmächtigten Vertretung und der Handelsvertretung – ist in dem Sinne entschieden, dass wir die freie Verfügung *über 2 Mio. Mark aus dem Erlös für Platin*³ erhalten. Von diesem Erlös können wir auch die Zinszahlungen zu den sogenannten Pjatakow-Wechseln tätigen, was in dem ursprünglichen Text nicht enthalten war. Die wesentlichste Ergänzung des Textes betrifft die Festlegung hinsichtlich der Garkrebo⁴. Es geht darum, dass in der Bilanz der Garkrebo 16 Mio. Mark an Sperrmark eingetragen sind, außerdem befinden sich 9 Mio. Mark des Grundkapitals in Wirklichkeit in der Verfügung der Gosbank. Die Garkrebo stand schließlich vor dem ernstesten Problem, an deutsche Banken 8 Mio. Mark zurückzuzahlen, die bei diesen als Kredit aufgenommen wurden, um unsere Tilgungszahlungen für März-April abzudecken. In allen diesen Fragen kamen uns die Deutschen unerwartet entgegen. 16 Mio. Sperrmark müssen allerdings bis zum Jahr 38 in der Bilanz verbleiben, danach könnten sie abgebucht werden. Dafür erklärten sich die Deutschen damit einverstanden, das Grundkapital der Garkrebo von 9 Mio. Mark auf 1 Mio. Mark abzusenken und damit die Bilanz der Garkrebo zu bereinigen. Die Schulden gegenüber deutschen Banken in Höhe von 8 Mio. Mark wurden auf 3 Monate gestundet. Der Garkrebo wurde schließlich das Recht zugestanden, der Gosbank einen Kredit für Handels-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. DVP, Bd. XIX, Dok. 143, 144; ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Dok. 302, S. 453–458.

³ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁴ Vgl. Dok. 152, Anm. 6.

operationen im Jahr 1936 in einem Volumen von 15 Mio. Mark zu gewähren. Somit hat das Handelsabkommen nebenbei eine der brennendsten Fragen der Garkrebo gelöst.

Von den Fragen, die mit dem Abkommen im Zusammenhang stehen, verdient die des Verkaufs der Derunapht erwähnt zu werden. Unter dem vereinten Druck von Handelsvertretung und Schacht, der an einer schnellstmöglichen Unterzeichnung des Vertrages äußerst interessiert ist, erklärte der Benzolverband seine prinzipielle Bereitschaft, die Derunapht zu kaufen. Zurzeit erfolgt die Vermögensprüfung durch die Vertreter des Benzolverbandes. Es ist beabsichtigt, am 3. oder 4. Mai den Kaufvertrag zu unterzeichnen, wobei Schacht versprach, nötigenfalls dem Benzolverband den erforderlichen Kredit für den Kauf zur Verfügung zu stellen. Die Frage bezüglich des Preises bleibt einstweilen offen. Was den Geschäftsabschluss mit der Afa⁵ (Akkumulatoren) betrifft, so ist ~~von~~⁶ der Firma am Tag der Unterzeichnung des Abkommens ein Schreiben eingegangen, in dem sie ihre frühere negative Haltung aufgibt und die Bereitschaft bekundet, in den nächsten Wochen mit der Handelsvertretung über den Verkauf von Akkumulatoren und über technische Hilfe in Verhandlungen zu treten.

2. Gespräch mit Schacht am 29. April d. J.

Nach der Unterzeichnung des Abkommens lud Schacht alle Anwesenden zum ~~Tee~~⁷, bei dem sich ein recht interessantes ~~Gespräch~~ entspann. Schacht fragte Gen. Kandelaki vor allem, wann letzterer beabsichtige, Gespräche über große Kredite aufzunehmen, weil es nach Schachts Meinung lächerlich wäre, sich mit der Unterzeichnung nur eines einzigen Abkommens für 1936 zu begnügen. In der Entgegnung auf unsere Bemerkung, dass die Entscheidung dieser Frage nunmehr nicht so sehr von uns, sondern vielmehr von der deutschen Seite abhängt, die sich im Übrigen bis jetzt noch nicht zur der Liste geäußert hat, sagte Schacht, dass er sich nach seiner Rückkehr aus⁸ dem Urlaub (was ungefähr am 15. Mai sein wird) umgehend der Sache annehmen und sich mit Kandelaki treffen wird, um zu diesem Thema praktische Gespräche zu führen. Die Langsamkeit bei der Klärung der deutschen Haltung zu der Liste erklärt Schacht damit, dass zwischenzeitlich bei führenden deutschen Kreisen der Eindruck entstanden sei, als ob die UdSSR mit Deutschland nichts mehr zu tun haben wolle. Die Unterzeichnung des Abkommens für 1936 widerlege diese Annahme und schaffe eine andere Situation für eine weitere Erörterung der Frage über große Handelsumsätze zwischen der UdSSR und Deutschland. Dabei äußerte Schacht allgemein den Gedanken, dass er und Kandelaki im Prinzip die Elemente der Politik aus ihren Gesprächen völlig verbannen sollten, weil sie die Entwicklung der „realen Dinge“ nur stören würden.⁹

Schacht befragte mich eingehend zum Zustand der Wirtschaft der UdSSR, er interessierte sich insbesondere für das Transportwesen, die Metallurgie, die Goldförderung, die Produktion von Baumwolle usw. Einige Male unterbrach er unser

⁵ Accumulatoren-Fabrik AG, gegründet 1890 in Berlin.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: Frühstück.

⁸ Ein nachfolgendes Wort ist durchgestrichen.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

Gespräch mit begeisterten Repliken über die Erfolge unserer Wirtschaft und zu den grandiosen Perspektiven für die weitere Entwicklung der UdSSR. Er erklärte, wenn bereits jetzt die UdSSR hinsichtlich des Volumens ihrer Industrieproduktion den 1. Platz in Europa und den 1. Platz in der Welt bei der erstklassigen Organisierung ihrer Landwirtschaft einnehme, so unterliege es keinem Zweifel, *dass die UdSSR binnen kürzester Zeit zum mächtigsten Land der Welt werde, im Unterschied zu Deutschland, „das nicht weiß, womit es seine Spatzen ernähren kann“. In diesem Zusammenhang erklärte Schacht, dass¹⁰ er nach wie vor **an**¹¹ seiner alten Konzeption festhalte, wonach Deutschland nur gemeinsam mit der UdSSR auf der Basis großer Wirtschaftsoperationen mit ihr bestehen und sich entwickeln könne¹².

Schacht fragte viel und eingehend zum aktuellen Geldsystem der UdSSR, zur Kaufkraft des Rubels, zum Preisniveau und seinen Tendenzen, zur Goldreserve und zu den Methoden ihrer Verwendung. In diesem Zusammenhang kam er noch einmal auf die schwierige Lage Deutschlands zu sprechen, das im Gegensatz zur UdSSR, die über „unzählige Reserven verfügt“, keinerlei Reserven besitze.

Während des Gesprächs erklärte Schacht mehrmals, dass er **sehr**¹³ gern in die UdSSR reisen wolle. Jedoch unter zwei Bedingungen: 1., dass die UdSSR ihn einlade und 2., dass er als Privatperson reisen würde. Unsere Bemerkung, dass auf die 2. Bedingung wohl lange gewartet werden müsse, nahm er mit einem Lachen auf und sagte, dass er selbst bei solch einer scherzhaften Wende des Gesprächs dennoch nicht sagen werde, wann man ihm den Abschied gebe.

Während sich anfangs Schacht in einer sehr düsteren Stimmung befand, hellte sie sich allmählich auf, er scherzte viel, machte sich offen lustig über die Arbeitsmethoden des Propagandaministeriums und der Partei, über die neuen Zustände, über die Leute, die die Wirtschaft zu leiten versuchen, jedoch davon nicht die geringste Ahnung hätten usw.

3. Zur Ernennung Görings

*Die zusätzliche Information, die bei uns hinsichtlich der Ernennung Görings¹⁴ eingegangen ist, gibt diesem Vorgang eine etwas konfliktrträgigere Beleuchtung, als dies bei der ersten Information der Fall gewesen war. Beispielsweise wird gesagt, dass als konkreter Anlass für den Konflikt mit Schacht die Tatsache diene, dass große Partien von Wechseln zur Finanzierung der Befestigungsanlagen im Rheingebiet auf den Markt gebracht wurden, was ohne Abstimmung*¹⁵ mit Schacht erfolgt sei. Nach der Ablehnung Schachts, diese Wechsel in Diskont zu nehmen, bestanden die an diesen Aufträgen interessierten rheinischen Firmen bei einer Beratung bei Göring darauf, diesen Wechseln sein Giro¹⁶ zu geben, aber auch

¹⁰ Das nachfolgende Wort ist gestrichen.

¹¹ Das Wort ist mit Bleistift über das durchgestrichene Wort „auf“ korrigiert.

¹² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹³ Das Wort ist mit Tinte über das durchgestrichene Wort „furchtbar“ korrigiert.

¹⁴ Im April 1936 wurde Hermann Göring zum Reichskommissar für Rohstoffe und Devisen ernannt.

¹⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁶ Giro (ital.). Der schriftliche Auftrag eines Kunden an die Bank, die Überweisung einer bestimmten Geldsumme vom Konto dieses Kunden auf das Konto einer dritten Person zu tätigen, der der Kunde das Geld zu überweisen wünscht.

danach lehnte Schacht die Diskontierung ab. Falls dieser Vorgang zutreffen sollte, haben wir es unbestreitbar mit einem Konflikt zwischen den Anhängern des früheren Aufrüstungstempos und Schacht zu tun. Diese Information wird auch durch Mitteilungen aus der Handelsvertretung bestätigt, denen zufolge für Schacht, der die Idee einer *Devisen- und Rohstoffdiktatur aufbrachte und sich selbst als Diktator betrachtete, die Ernennung Görings unerwartet kam. Laut Informationen der Handelsvertretung gab es zwischen Göring und Schacht in letzter Zeit Meinungsverschiedenheiten in der Rohstofffrage: Göring meinte, dass Schacht nicht energisch genug die innere Rohstoffbasis Deutschlands entwickle*¹⁷.

S. Bessonov

*Vermerk mit rotem Farbstift: MM.*¹⁸

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1508 vom 5.5.1936.

Vermerk zur Anzahl der Exemplare: Geschr. 7 [Exemplare].

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 49, l. 18–21. Kopie.

Nr. 452

Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke

Berlin, den 4. Mai 1936

IV Ru 1820/36

Aufzeichnung¹

Der in dem Heft Nr. 1 der neuen Zeitschrift „Das Volk“ enthaltene Artikel „Maxim Maximowitsch Litwinoff“ von Hanns Andersen² greift in einer ungewöhnlich scharfen Form in Bild und Wort den sowjetrussischen Außenkommissar persönlich an. Die Vergangenheit Litwinoffs wird als die eines Kriminalverbrechers hingestellt. In besonderem Maße wird er auch im Zusammenhang mit seiner Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse verächtlich gemacht.³

Der Berliner Vertreter der Reuter Agentur⁴ hat bei der Presseabteilung des Auswärtigen Amts am 30. April angefragt, ob eine ihm zugegangene Mitteilung zutrefte, wonach der hiesige Sowjetbotschafter⁵ beim Auswärtigen Amt protestiert

¹⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁸ Litvinov.

¹ Die Aufzeichnung wurde am 12.5.1936 zur Kenntnisnahme an die Botschaft Moskau versandt. Vgl. PA AA, Moskau 212, Bl. 429217.

² Hanns Andersen, Kopenhagen: „Maxim Maximowitsch Litwinoff. Porträt eines Diplomaten“. In: Das Volk. Kampfblatt für völkische Kultur und Politik [Titel bis März: Völkische Kultur], 1936, Heft 1 (April), S. 6–17. Unter dem Autorennamen erschien im Nibelungen-Verlag 1937 das Buch „Der Jude als Verbrecher“.

³ Vgl. Dok. 447.

⁴ Gordon Young.

⁵ Jakov Zacharovič Suric.

habe. Bisher ist ein derartiger Protest nicht erfolgt. Es ist aber sehr wohl möglich, dass noch Vorstellungen erhoben werden. In diesem Falle könnte im Einverständnis mit dem Reichspropagandaministerium (Reg. Rat Dr. Taubert) folgendes geantwortet werden:

„Die persönlichen Angriffe gegen den sowjetrussischen Außenkommissar würden vom Auswärtigen Amt nicht gebilligt. Die zuständigen inneren Stellen seien bereits darauf hingewiesen und ersucht worden, dafür zu sorgen, dass in Zukunft solche Artikel gegen die Person Herrn Litwinoffs nicht mehr erscheinen. Es sei allerdings für das Auswärtige Amt sehr schwer, unsere radikalen Parteistellen zurückzuhalten, nachdem die sowjetrussische Presse von jeher Mitglieder der Deutschen Reichsregierung, ja sogar den Führer und Reichskanzler selbst, in der unerhörtesten Weise angreift. Es braucht nur an die unglaublichen Karikaturen gegen Generaloberst Göring sowie auf die Fülle der beleidigenden Artikel gegen Reichsminister Dr. Goebbels verwiesen zu werden. Auch die täglichen Verleumdungen, die der sowjetrussische Rundfunk in deutscher Sprache über Deutschland verbreitet, sowie in letzter Zeit gehaltene Reden des ukrainischen Staatspräsidenten Petrowski in Tiflis sowie des ukrainischen Parteiführers Postyschew in Kiew, die von unsinnigen Beleidigungen gegen Deutschland strotzten, hätten hier eine Verbitterung hervorgerufen, die eine Reaktion, wie sie in dem Litwinoff-Artikel zum Ausdruck käme, immerhin verständlich machte.“

Im Übrigen ist das Reichspropagandaministerium, Regierungsrat Dr. Taubert, unter dessen direkter Leitung der Herausgeber der neuen Zeitschrift steht, wiederholt gebeten worden, entsprechend der internationalen Übung von persönlichen Angriffen gegen den amtierenden Außenkommissar der Sowjet-Union abzusehen. Dies Ersuchen ist jetzt erneuert worden. Es ist mir versprochen worden, dass unser Wunsch in Zukunft besser berücksichtigt werden wird.

gez.: Hencke

Auf erstem Blatt oben: A/1028, unten: A 9 Generalia.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429216-429217.

Nr. 453

**Brief des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung im AA Hencke
an den Botschaftsrat in Moskau von Tippelskirch**

Berlin, den 6. Mai 1936

Vertraulich und persönlich!

Lieber Tippelskirch,

Herzlichsten Dank für Ihren wieder so interessanten Brief vom 27. April¹. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie sich über die Materialbeschaffung über Xinjiang interessieren wollen. Über die Schwierigkeiten, zuverlässige Angaben zu erhalten,

¹ Vgl. Dok. 450.

bin ich mir ganz klar. Die Frage Lattimore werden wir uns durch den Kopf gehen lassen. Zunächst wollen wir aber versuchen, von hier aus etwas zu unternehmen.

Selbstverständlich teile ich durchaus Ihre Ansicht, dass uns die Frage der Kriegsgefahr in Europa näher liegt. M. E. geschieht auch eine ganze Menge, um die Weltöffentlichkeit auf die unheilvolle Sowjetpolitik hinzuweisen. Es ist aber im Augenblick nun leider so, dass die anderen Länder diese Gefahr anders einschätzen als wir. Deshalb wollen wir diejenigen Probleme unterstreichen, die mit einer unmittelbaren Bedrohung von Seiten der Sowjetunion in ohne weiteres einleuchtender Weise verbunden sind. Es unterliegt übrigens von hier aus gesehen keinem Zweifel, dass die Sowjetregierung bemüht ist, ihre Völkerbundshaltung insofern zu ändern, als sie den Italienern jetzt wesentlich mehr Verständnis entgegenbringt. Ob die Versuche, Italien wieder in die antideutsche Front einzuspannen, schließlich Erfolg haben wird, ist schwer zu diskutieren.

Nun zur Haftsache Kalenskaja. Ich kann Ihnen heute noch keinen Erlass senden, weil die Angelegenheit hierfür noch nicht reif ist. Streng vertraulich gesagt, scheint es jetzt so, dass entgegen der bisherigen auch aktenmäßig festgelegten Ansicht der Gestapa das Material gegen die Frau nicht so stichhaltig ist, wie wir ursprünglich annahmen.² Trotzdem müsste man natürlich das Sowjetinteresse für sie ausnutzen. Sie haben deshalb vollkommen Recht, dass man es nicht erst zu einer Verurteilung kommen lassen soll, sondern eine etwaige Ausweisung im Stadium der Voruntersuchung, die ja theoretisch jede Möglichkeit offen lässt, vornimmt. Allerdings wollen sehr einflussreiche Kreise von einer Ausweisung überhaupt nichts wissen, nicht etwa, um Frau Kalenskaja strenger zu behandeln, sondern um sie vor der GPU zu schonen, die sich angeblich nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion besonders mit ihr befassen würde. Dass ich diesen Standpunkt für falsch halte, brauche ich Ihnen nicht zu erklären. Hoffentlich kann ich Ihnen mit dem nächsten Kurier genauere Einzelheiten mitteilen.

Die Frage des russischen Sprachlehrers will ich mir gern überlegen. Ganz einfach scheint mir die Lösung nicht zu sein, da Mittel des Amts in wesentlich größerem Maße zur Finanzierung herangezogen werden müssten. Ich habe aber Herrn Schmidt-Rolke bereits mit Ihrem Vorschlag befasst und hoffe, Ihnen auch hierüber bald konkreter schreiben zu können.

Ich habe veranlasst, dass die Erlasse in Passangelegenheiten wie bisher wieder getrennt übersandt werden. Es scheint da ein Irrtum unterlaufen zu sein, den ich zu entschuldigen bitte.

Über die Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens³ hat Balser an Hilger geschrieben. Eine Unterhaltung, die ich anlässlich eines Frühstücks mit Bessonoff und Gnedin hatte, geht aus der vertraulich zu Ihrer Kenntnis beigefügten Aufzeichnung hervor.⁴

² Vgl. Dok. 428. Am 28.4.1936 hatte Hencke an Tippelskirch geschrieben: „Auch darüber wird [Hensel] Sie informiert haben, dass zurzeit weder eine Besuchserlaubnis noch eine Ausweisung der Frau Kalenskaja in Erwägung gezogen werden kann. Die Voruntersuchung ist noch im Gange und dürfte noch einige Wochen in Anspruch nehmen.“ PA AA, R 27448, Bl. 451048-451049.

³ Vom 29.4.1936; vgl. Dok. 451, Anm. 2.

⁴ Vgl. Dok. 454.

Mit der Reorganisation des Amtes wird es nun ernst, obwohl noch eine Reihe von Unklarheiten bestehen. Einstweilen sollen die Referate Polen und Sowjetunion noch getrennt arbeiten. Für später ist ihre Zusammenlegung beabsichtigt. Aus personellen Gründen, die ich hier nicht näher erläutern kann, soll Schliep als Russlandreferent einberufen werden. Ich werde daher, falls nicht wieder eine Neuregelung erfolgt, was kein Mensch übersehen kann, meinen Posten bald aufgeben und hoffe, eine Auslandsvertretung zu erhalten. Es ist nun einmal der Grundsatz aufgestellt, dass an der Spitze der Referate Vortragende Legationsräte stehen sollen. Eine Kritik über die sachliche Zweckmäßigkeit derartiger Veränderungen steht mir nicht zu. Wenn ich auch in meiner hiesigen Tätigkeit nicht sehr glücklich gewesen bin, so hat doch – geschützt von dem Geiste meines erlauchten Vorgängers – alles recht gut geklappt. Ich muss mich daher erst innerlich etwas darauf umstellen, dass die letzten 6 Monate nur eine Übergangszeit gewesen sein sollen. Aber vielleicht kommt ja auch noch alles ganz anders.

Bitte empfehlen Sie mich herzlichst Ihrer sehr verehrten Frau Gemahlin, grüßen Sie alle Kollegen und seien Sie selbst mit

Heil Hitler
herzlichst begrüßt von Ihrem sehr ergebenen

[Hencke]

P.S. Herr Roediger, der scheinbar auch einen Auslandsposten erhalten soll, ist seit einiger Zeit an einer Venenentzündung erkrankt.

PA AA, R 27448, Bl. 451053-451056.

Nr. 454
Aufzeichnung des Leiters des Referats Russland in der II. Abteilung
im AA Hencke

6. Mai 1936

Abschrift IV Ru 1857

Aufzeichnung

Gelegentlich eines Frühstücks, das der Handelsvertreter der Sowjetunion in Deutschland, Herr Kandelaki, anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens¹ am 4. d. M. veranstaltete, sprachen mich der sowjet-russische Botschaftsrat Bessonoff und der *Botschaftssekretär Gnedin auf die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion an. Die beiden^{*2} Botschaftsmitglieder bemerkten, man habe auf der Sowjetseite den Eindruck gewonnen, dass Herr Reichsbankpräsident Schacht jetzt wieder bereit sei, neue Kreditverhandlungen einzuleiten. So erwünscht auch eine Ausgestaltung der deutsch-

¹ Vom 29.4.1936; vgl. Dok. 451, Anm. 2.

² Der Text ist am Seitenrand mit einem Ausrufungszeichen versehen.

sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen wäre, so würden dieser in der Praxis durch die schlechten deutsch-sowjetischen Beziehungen ernste Hindernisse bereitet. Es sei ein Unding, dass zwei Staaten, die an gegenseitigen wirtschaftlichen *Beziehungen interessiert seien, sich auf politischem Gebiet in einer bisher kaum erlebten Weise bekämpften. Als ihre*³ persönliche Ansicht teilten die Herren weiter mit, dass die Sowjetregierung – trotz einer zunehmenden Skepsis in Moskau – noch immer eine Möglichkeit sehe, zu einer politischen Entspannung zu gelangen. Der englische Fragebogen⁴ gebe, soweit die Sowjetbotschaft orientiert sei, der Reichsregierung Gelegenheit, auch zu der Frage der deutsch-sowjetischen Beziehungen noch einmal Stellung zu nehmen.

Ich erwiderte den Herren Bessonoff und Gnedin, dass unser Wunsch nach einer praktischen Zusammenarbeit mit der Sowjetregierung aus der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens deutlich hervorginge. Auch wir wünschten eine politische Entspannung. Ganz abgesehen von der Rundfunkpropaganda und dem Tone der Sowjetpresse mache es uns aber die feindselige Haltung, die von der Sowjetregierung Deutschland gegenüber in allen Fragen, – und zwar auch in solchen, die Moskau politisch nicht berührten – eingenommen würde, sehr schwer, an einen russischen Verständigungswillen zu *glauben. Es genüge, dabei auf die Einstellung der Sowjetregierung zu der Rheinlandfrage, wie überhaupt zu dem Problem Versailles hinzuweisen.*⁵

Die Sowjetbeamten widersprachen nicht, gaben vielmehr zu, dass eine Revision der gegenwärtigen Einstellung der Sowjetregierung zu diesen Fragen zweifellos eine der Vorbedingungen für eine Entspannung sein müsse. Die Unterhaltung wandte sich sodann anderen Fragen zu.

Über – Dg.⁶ – Herrn Ministerialdirektor Dieckhoff gehorsamst vorgelegt

gez. Hencke

Außerstem Blatt oben: A/1030.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429219-429220.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Dok. 312, S. 474–475.

³ Der Text ist am Seitenrand mit zwei Ausrufungszeichen versehen.

⁴ Am 7.5.1936 übergab der britische Botschafter Phipps an Neurath einen Text, mit dessen Hilfe die britische Regierung Aufklärung über die Position Deutschlands zu der Besetzung des Rheinlandes einforderte. Der sogenannte englische Fragebogen wurde am 8.5.1936 in der britischen Presse und am gleichen Tage auf Deutsch durch das DNB veröffentlicht. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Dok. 313, S. 475–476. In der Anlage (S. 476–480) findet sich der englische Wortlaut.

⁵ Der Text ist am Seitenrand mit einem Ausrufungszeichen versehen.

⁶ Cécil von Renthe-Fink.

Nr. 455
Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA

Moskau, 9. Mai 1936

E/182
An das
Auswärtige Amt
Berlin
Durchschlag

Inhalt: Feier des 1. Mai in der Deutschen Botschaft in Moskau

Am Nationalfeiertag des Deutschen Volkes hatte ich die Mitglieder der Deutschen Botschaft und alle in Moskau lebenden Reichsdeutschen – soweit sie dem deutschen Volke die Treue bewahren – zu einer gemeinsamen Feier in den mit einer Büste des Führers, Hakenkreuzfahnen, Blumen und Tannengrün geschmückten Räumen der Botschaft eingeladen. Es sind außer den zum Kreise der Botschaft gehörenden Personen etwa *65* Reichsdeutsche dieser Einladung gefolgt, so dass sich die Zahl der Teilnehmer an der Veranstaltung auf *etwa 130*¹ belief.

Die Feier wurde von einer musikalischen Darbietung eingeleitet, an die sich gesangliche Vorträge eines aus Mitgliedern der Botschaft und der Kolonie zusammengesetzten gemischten Chores anschlossen. Sodann begrüßte ich die anwesenden deutschen Volksgenossen, die durch ihr Erscheinen ein Bekenntnis zu ihrem Deutschtum abgelegt haben. Nach einem Hinweis auf die Bedeutung des Tages *verteilte ich Ehrenkreuze an Volksgenossen*², die im Weltkriege ihre Soldatenpflicht erfüllt hatten.

Die Festansprache hielt der Hoheitsträger der NSDAP, Gesandtschaftsrat *Dr. Hensel*³. Er überbrachte den Reichsdeutschen Moskaus persönliche Grüße des Stellvertreters des Führers⁴, die freudig aufgenommen wurden, und schilderte den überwältigenden Eindruck der lebendigen Volksgemeinschaft in der deutschen Heimat nach der Wiederherstellung der deutschen Souveränität im Rheinland und nach der letzten Reichstagswahl. Anschließend erörterte Herr Hensel in eindringlicher und überzeugender Weise die weltanschaulich grundlegenden Fragen des Führerprinzips und der Blutgemeinschaft. Seinen Ausführungen folgten die Anwesenden mit gespannter Aufmerksamkeit. Die Rede schloss mit einem mit Begeisterung aufgenommenen „Sieg-Heil“ auf das deutsche Volk und seinen Führer, worauf die Versammelten den ersten Vers des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes sangen.

Sodann erfolgte die Vorführung eines Films „Echo der Heimat“⁵, der den anwesenden Volksgenossen ein anschauliches Bild von den gewaltigen Erfolgen vermittelte, die Deutschland nach der Wiederherstellung seiner Wehrhoheit erzielt

¹ Die Zahlen sind unterstrichen.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Der Name ist unterstrichen.

⁴ Rudolf Heß.

⁵ Echo der Heimat. Ein Tatsachenbericht aus Deutschland, Folge 2 (Deutsche Lichtbild-Dienst GmbH, 1935), Regie: Gerhard Huttula.

hat. *Der Eindruck solcher Filmvorführungen würde ein noch viel größerer und nachhaltiger sein, wenn die Botschaft über einen Tonfilmvorführungsapparat verfügen würde. Sie hat einen solchen mit Bericht E/98 vom 29.2.1936 beim Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda dringend angefordert, eine Antwort steht bislang noch aus.*⁶

Auf den offiziellen Teil der Feier folgte ein geselliges Zusammensein, das die Reichsdeutschen Moskaus mit den Botschaftsmitgliedern noch lange vereint hielt.

gez. Schulenburg

Auferstem Blatt Stempel: Doppel für Ländergruppe IV Ru. Am Seitenrand: Abt VI H[err]n LR Kundt mit Abzeichnung vom 20.5. und nicht entzifferte Weiterleitungen von H[encke] 15/V. Unten: Po 2 Ruß. In drei Durchschlägen gefertigt.

PA AA, R 83399, Bl. H 047533-047534.

Nr. 456

Nachrichtendienstliche Information der Aufklärungsverwaltung der RKKA

GANZ GEHEIM

[9.5.1936]¹

ÜBER STIMMUNGEN BEI DEUTSCHEN OFFIZIEREN

(nachrichtendienstlicher Bericht)

*Laut Informationen der Quelle teilt sich der Offiziersbestand der deutschen Armee in zwei Kategorien auf*²: einerseits sind das Leute, *die sich bei jedem Vertreter der Nationalsozialistischen Partei anbieten und sich in Beteuerungen ihrer Ergebenheit gegenüber dem „Führer“ und der „Bewegung“ ergehen, was sie aus Karrieregründen tun; andererseits sind das Offiziere, die unter dem Porträt von Wilhelm II. Trinkgelage veranstalten und meinen, dass sie damit der staatsbürgerlichen Pflicht durch ihre monarchistischen Gefühle völlig nachgekommen sind.

Das Offizierskorps der deutschen Armee ist bei weitem nicht geschlossen und kann, gemessen an seinen moralischen Qualitäten und Kampfeigenschaften, nicht mit dem Offizierskorps der alten deutschen Armee aus der Zeit des Großen Krieges verglichen werden.

Im Kriegsministerium herrscht die Auffassung vor, dass ein Krieg gegen die Sowjetunion unausweichlich ist; viele schätzen die Perspektiven eines Zusammenstoßes für Deutschland pessimistisch ein.*³

⁶ Der Text ist am Seitenrand zweifach angestrichen und mit den Bemerkungen versehen: „Herrn LR Dr. Kundt“ sowie „[habe] T. veranlasst“.

¹ Das Dokument ist nach dem Datum des Begleitschreibens des Korpskommissars Petuchov datiert, das er auf Befehl Vorošilovs an die Mitglieder der Kommission für Verteidigung schickte: an Stalin, Molotov, Kaganovič, Ordžonikidze, Mežlauk. Dies ist das Exemplar Molotovs. Vgl. RGVA, f. 4, op. 19, d. 16, l. 185.

² Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

*Deutschland ist auf einen großen Krieg nicht vorbereitet*⁴; die ausgebildeten Jahrgänge reichen nicht aus, das Offizierskorps ist dünn, die Luftwaffe ist relativ schwach usw. Das Land ist auch in wirtschaftlicher Hinsicht noch nicht vorbereitet. Von diesen Erwägungen ausgehend und aus Furcht vor entschlossenen Aktionen Frankreichs, die erneut die Notwendigkeit eines Zweifrontenkrieges nach sich gezogen hätten, waren von Fritsch, Schacht, Neurath und Frick gegen die Besetzung des Rheinlandes.

Blomberg genießt bei den Offizieren kein Ansehen; man bezeichnet ihn als „Hitlerjunge Quex“⁵ (der Held des ks-Films⁶).

RGVA, f. 4, op. 19, d. 16, l. 186. Kopie.

Nr. 457

Bericht des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[12.5.1936]

TAGEBUCH
des Gen. BESSONOV
Nr. 180/s¹

ZUM SCHICKSAL SCHACHTS

Die Information, die ich in meinen Gesprächen mit Herbert Göring, Brinkmann, Blessing und Mossdorf erhalten habe, zeugt davon, dass trotz der bestehenden Übereinkunft über den Modus vivendi zwischen Göring und Schacht die Stellung Schachts dennoch als ziemlich angeschlagen anzusehen ist. Das entscheidende Wort bei allen zurzeit wichtigen Fragen hinsichtlich der Devisen- und Rohstoffwirtschaft wird von nun an bei Göring und nicht bei Schacht liegen. Schacht ist es dennoch gelungen durchzusetzen, dass Göring keinen eigenen Spezialapparat aufbauen wird. Seine Verbindung zu Schacht und zu den anderen Ministerien wird durch eine spezielle Adjutantur wahrgenommen, die im Übrigen die bedeutungsvolle Bezeichnung „Stabsamt“² nach der Art des „Stabsamtes“ bei Darré, Heß und anderen „Führern“ trägt. Diese Adjutantur wird Göring über die aus diesem Ministerium³ eingehenden Fragen Bericht erstatten und mit einer Stellungnahme Görings zurücksenden. Man sollte dennoch meinen, dass Schacht zum Beispiel nichts mit diesem „Stabsamt“ zu tun haben wird und die Möglichkeit bekommt, sich di-

⁴ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁵ Der Filmtitel ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Hitlerjunge Quex. Ein Film vom Opfergeist der deutschen Jugend (UFA, 1933), Regie: Hans Steinhoff; Uraufführung: 12.9.1933.

⁶ So im Dokument; richtig: ns-Films.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

³ Gemeint ist das Reichswirtschaftsministerium.

rekt an Göring zu wenden. Wie dem auch sei, die Veränderung der Stellung Schachts springt dermaßen ins Auge, dass selbst solch eine verhältnismäßig kleine Beamtenseele bei Schacht wie Mossdorf ihn bereits für einen „erledigten Mann“ hält.

Warum bleibt Schacht dennoch? Auf diese Frage gab mir Herbert Göring eine Antwort, die sich insgesamt mit den Vermutungen der seriösen englischen Presse deckt. Er sagte mir, dass die internationalen Kontakte Schachts, insbesondere seine Kontakte zu Montagu Norman, absolut unersetzbar seien, genau wie auch seine außergewöhnliche Manövrierfähigkeit bei Kreditverhandlungen mit dem Ausland unverzichtbar wäre. Die herrschende Clique wird allem Anschein nach versuchen, für diese Zwecke so lange wie möglich an Schacht festzuhalten.

ZUR POLITIK GÖRINGS.

Meine oben erwähnten Informanten meinen, dass Göring zumindest in der ersten Zeit gezwungen sein wird, den Kurs Schachts fortzuführen. Hier ist vor allem auf drei Fragen einzugehen.

a) Die Abwertung der Mark. Es ist bekannt, dass Schacht eine Abwertung der Mark nur dann für möglich und zweckmäßig hält, wenn der Haushalt ausgeglichen ist und die Ausgaben in völliger Übereinstimmung mit den Einnahmen gebracht werden. Meine Gesprächspartner behaupten, dass eine Abwertung der Mark bereits bei Göring erörtert und vorerst entschieden worden sei, sich dieser Sache zu enthalten, falls die äußeren Umstände dies nicht erzwingen sollten. Unter äußeren Umstände werde die Abwertung seitens der Länder des Goldblockes⁴ verstanden. Eine ernstzunehmende Bewegung zugunsten der Abwertung in diesen Ländern kann, und zwar sehr schnell, einen Übergang Deutschlands zu einer offenen Abwertung der Mark auslösen. Die wichtigste Überlegung, die bei Göring gegen eine Abwertung vorgetragen wurde, war die, dass Deutschland angesichts der jetzigen Lage die Möglichkeit hat, sich schnell und zu einem billigen Preis von den Auslandsschulden zu befreien, etwa durch den Verkauf von Sperr- und Registermark usw. Bei einer Abwertung fällt dieser Vorteil weg. Was aber die Exportförderung betrifft, so wird eine Abwertung kaum Einfluss auf die jetzige Situation nehmen, in der die deutschen Waren dank der Exportprämien im Ausland mit einem Rabatt von 30 bis 40 Prozent verkauft werden. Schließlich spricht die Importseite der Angelegenheit gegen eine Abwertung. Was den ausgeglichenen Haushalt betrifft, ist dies eine derart schwierige Frage, dass bis jetzt niemand in der Lage ist, für eine Realisierbarkeit dieser Linie zu bürgen.

b) Die Beibehaltung der Exportprämie. Um diese Frage wurde vor der Ernennung Görings ein erbitterter Kampf geführt. Aber die Exportzweige der Industrie, die die Hauptlast bei den Steuern zur Schaffung des Fonds für die Exportprämien tragen, die meinen Informationen zufolge im Jahr 1935 die stattliche Summe von 620 Millionen Mark erreichten, sprachen sich entschieden gegen die Fortsetzung dieser Praxis im Jahr 1936 aus, sie betrachten eine Abwertung als besser als die Beibehaltung der Exportsteuer. Indessen hat Schacht für 1936 im Zusammenhang

⁴ Im Juni 1933 bildeten auf der Londoner internationalen Wirtschaftskonferenz die Länder, die den Goldstandard beibehalten wollten (Frankreich, Belgien, die Niederlande, die Schweiz und später Italien, die Tschechoslowakei, Polen) den Goldblock.

mit der Notwendigkeit, den Export zu forcieren, vorgeschlagen, einen Exportprämienfonds in einem Volumen von einer Milliarde Mark einzurichten, davon 600 Millionen von der Industrie, 200 Millionen vom Handel und 200 Millionen von der Landwirtschaft. Es lag bei Göring, diesen Streit jetzt zu entscheiden. Er entschied ihn durch einen Kompromiss, und zwar: die Steuer für die Bildung des Exportfonds wurde beibehalten, aber sein Volumen auf 800 Millionen abgesenkt; wobei die Landwirtschaft von dieser Steuer völlig befreit ist.

c) Zur Produktion der Landwirtschaft. Ich habe bereits wiederholt über die Kritik Schachts an der Politik Darrés nach Moskau geschrieben. Schacht war der Meinung, dass die Gelder, die Darré für die Reorganisierung der Landwirtschaft einsetzt, unnütz ausgegeben würden, ohne eine sichtliche Wirkung zu erzielen. Deutschland müsse sowieso eine bedeutende Devisenmenge für den Kauf von Nahrungsgütern im Ausland aufwenden. Die pessimistischen Vorhersagen Schachts traten in vollem Maße ein, weil sich herausstellte, dass Darré für 1936 die ****Forderung****⁵ erhob, ihm 300 Millionen Mark an freien Devisen für den Kauf von Nahrungsgütern im Ausland zusätzlich zu den Lebensmitteln, die Deutschland auf der Grundlage von Kompensationsgeschäften mit dem Ausland bekommt, zur Verfügung zu stellen. Somit liegt es bei Göring, auch diese wichtige Frage zu entscheiden. Nach den zurückhaltenden Äußerungen meiner Gesprächspartner zu urteilen, ist die Frage, ob Darrés Forderung nachgekommen werden soll, noch nicht entschieden und die Regierungsspitze begegnet seiner Politik mit starkem Misstrauen. Herbert Göring sagte mir zum Beispiel, dass nach allgemeiner Auffassung auf dem Gebiet der Landwirtschaft hätte mehr gemacht werden können, als dies bei Darré der Fall war. Die Hauptschwierigkeit liege, wie mein Gesprächspartner meint, darin, dass sich die bäuerliche Kleinwirtschaft Deutschlands sehr schwer regulieren lasse und den Anordnungen Darrés nicht Folge leisten wolle. Offenbar herrscht im Ministerium Darrés tatsächlich eine ziemliche Verunsicherung, weil mich vor zwei Wochen die Referentin Darrés, Frau Coler, telefonisch im Namen Darrés darum bat, ihnen zuverlässige Informationen über die Erfolge bei der Organisation der Landwirtschaft in der UdSSR zur Verfügung zu stellen.

Aus den oben gemachten Ausführungen folgt, dass Göring offenbar nicht sofort den von Schacht befolgten Kurs verändern kann und gezwungen ist, ihn in der einen oder anderen Form über einen gewissen Zeitabschnitt fortzuführen. Wie aus dem Dargelegten ersichtlich ist, folgte der neue Wirtschaftsdictator Deutschlands in allen drei Fragen, die bislang auf der Tagesordnung stehen, im Großen und Ganzen der Politik Schachts.

GÖRING UND DIE HANDELSBEZIEHUNGEN MIT DER UdSSR

Den Worten Herbert Görings zufolge, der natürlicherweise der unmittelbare Vermittler zwischen Hermann Göring und Schacht ist, stimmt die Haltung Görings hinsichtlich des Handels mit der UdSSR im Großen und Ganzen mit der Haltung Schachts überein. Göring sieht, wie auch Schacht, die Hauptaufgabe für die nächste Zeit darin, den deutschen Export zu beschleunigen, wobei sich Göring, wie ich meinen Gesprächspartner verstanden habe, vor allem von dem Wunsch leiten lässt,

⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

das erreichte Auslastungsniveau zu halten und nach Möglichkeit sogar zu erhöhen, vor allem bei den Rüstungszweigen der deutschen Industrie. In diesem Zusammenhang hält es Göring prinzipiell für völlig zulässig, dass die Rüstungsindustrie Deutschlands die Aufträge der UdSSR ausführt, wobei er dabei von der Überlegung ausgeht, dass, falls Deutschland uns diese Aufträge ablehnt, die UdSSR sie ohne Schwierigkeit in anderen Ländern unterbringt. Jedoch fügte Herbert Göring bedeutungsvoll hinzu: „Mein Cousin warnte mich, dass die endgültige Entscheidung der Frage von Hitler abhängen wird.“ Auf die Haltung Hitlers eingehend bemerkte Herbert Göring vorsichtig, dass wir uns offenbar nicht immer darüber im Klaren sind, dass die antisowjetischen Auslassungen Hitlers hauptsächlich von innenpolitischer Bedeutung sind. Unter dem Aspekt dieser inneren Rücksichten gab es und gibt es auch jetzt „gewisse Hemmungen“⁶, die Handelsbeziehungen mit der UdSSR auszubauen.

DIE SOWJETISCH-JAPANISCHEN BEZIEHUNGEN

Zu diesem Thema sprach ich mit Balser, einem vorzüglichen Kenner der fernöstlichen Angelegenheiten, mit denen er durch seine über 20jährige Tätigkeit im Fernen Osten vertraut ist. Balser ist der künftige Referent des Auswärtigen Amtes für die chinesischen, mandschurischen, siamesischen, niederländisch-indischen Angelegenheiten und zu Fragen der Mandatsinseln. Balser konnte seine Begeisterung für die Grenztruppen der UdSSR und der MVR nicht verbergen, die sich in den Winterkämpfen mit den japanisch-mandschurischen Truppen ****ausgezeichnet haben****⁷. Er ist sehr gut über den Charakter, das Ausmaß und die Ergebnisse dieses Konflikts informiert. Das Vordringen eines motorisierten japanischen Bataillons auf das Territorium der MVR erklärte er mit dem Wunsch der Japaner, unsere Haltung hinsichtlich des Territoriums herauszukitzeln, durch das in Zukunft die für Japan strategisch wichtige Eisenbahnlinie führen soll. Balser verschweigt nicht, dass unsere Erfolge und die Erfolge der MVR in den Grenzzusammenstößen mit den Japanern ein großen Eindruck hinterlassen, vor allem in der Mandschurei und in China, und die Japaner zur Vorsicht nötigen. Seiner Meinung nach würden die Japaner es bereits bedauern, dass sie uns „mit dem Bajonett zu kitzeln“ versucht hätten.

ZUR REORGANISIERUNG DES AUSWÄRTIGEN AMTES

Über dieses Thema sprach ich zweimal mit Hencke und Balser. Allem Anschein nach verbleiben beide nicht in der Ostabteilung. Balser wechselt in das

⁶ Das Wort Hemmungen ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Nach dem Komma ist das Wort „sogar“ durchgestrichen.

⁷ Gemeint sind die bewaffneten Auseinandersetzungen am 30.1. und am 1.2.1936 im Abschnitt des Grenzpostens von Sianche und die Kämpfe auf dem grenznahen Territorium der MVR am 29. und 31.3.1936. Vgl. *Pograničnye vojska SSSR 1929–1938. Sbornik dokumentov i materialov* (Die Grenztruppen der UdSSR 1929–1938. Dokumente und Materialien), hrsg. von P.I. Zyrjanov, Moskva 1972, Dok. 494, S. 485–489; DVP, Bd. XIX, Dok. 31, S. 50–53; *Russkij archiv: Sovetsko-japonskaja vojna 1945 goda: istorija voenno-političeskogo protivoborstva dvuch deržav v 30–40-e gody. Dokumenty i materialy* (Russisches Archiv: der sowjetisch-japanische Krieg 1945: Geschichte der militär-politischen Kämpfe der beiden Staaten in den 30er-40er Jahren. Dokumente und Materialien), hrsg. von V.A. Zolotarev, Moskva 1997, Bd. 18 (7–1), Dok. 32, S. 67–69.

fernöstliche Referat, und Hencke beabsichtigt man, wie es scheint, nach Brüssel zu versetzen. Die Ostabteilung wird in ihrer bisherigen Form aufgelöst. Ein spezieller Referent wird unsere Angelegenheiten leiten, vorerst ohne Polen, in Zukunft aber voraussichtlich zusammen mit Polen. Über diesem Referenten wird ein Direktor stehen, der die europäischen Angelegenheiten leitet. Über diesem Direktor wird Dieckhoff stehen, der sämtliche politischen Referate für die ganze Welt leiten wird. Die Rolle von Staatssekretär Bülow wird in der Leitung der Personalabteilung, der Rechts- und der Wirtschaftsabteilung bestehen. Die Existenz der Kulturabteilung wird ebenfalls infrage gestellt. Im Großen und Ganzen wird die Struktur des Auswärtigen Amtes folgendermaßen aussehen: 1. Der Minister; 2. der Staatssekretär, der die allgemeinen Abteilungen leitet; 3. Dieckhoff (dessen Stellung bislang unklar ist); 4. Dieckhoff unterstellt sind 2 Direktoren, von denen der eine Europa und der andere die Überseeländer leiten wird; 5. die Referenten für einzelne Länder oder für Ländergruppen.

S. BESSONOV

Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: MM.⁸

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1608 vom 14.5.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 4 [Exemplare] an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 12.V.36.

AVP RE, f. 05, op. 16, p. 118, d. 45, l. 134–139. Original.

Nr. 458

**Aufzeichnung des Generalreferenten im Reichswirtschaftsministerium
Göring**

Berlin, den 13. Mai 1936

Abschrift

Vermerk

Heute Vormittag wurden auf meine Veranlassung die Herren Kandelaki und Friedrichsohn von der UdSSR beim Ministerpräsidenten, Generaloberst Göring, empfangen. Der Empfang verlief in außerordentlich angenehmer Weise. Der Ministerpräsident war sehr liebenswürdig und betonte den Russen, wie glücklich er im deutschen wie auch im russischen Interesse über die eben stattgefundene Unterzeichnung des neuen Vertrages¹ sei, der gleichsam ein Schrittmacher wäre auf dem Wege zu einer weiteren politischen Verständigung zwischen diesen beiden großen Nationen. Sein ganzes Bestreben sei darauf gerichtet, mit Russland auch politisch wieder engere Fühlung zu bekommen, und er sähe den Weg dazu vornehmlich über eine Vertiefung und Ausbreitung der gegenseitigen Handelsbeziehungen.

⁸ Litvinov.

¹ Am 29.4.1936; vgl. Dok. 451, Anm. 2.

Wirtschaftlich könnten beide Länder sich gegenseitig nur dienen, wir brauchten russische Orders für unsere Fertigfabrikate und russische Rohstoffe, der Russe brauchte die Produkte der hochstehenden deutschen Industrie und Absatz für seine Rohstoffe. Er begrüße also die Einigung ganz außerordentlich und hoffe, dass das Geschäft in zunehmend zufriedenstellender Weise sich immer weiter ausbreite. Auf die Bemerkung der Russen, dass sie leider nicht immer das bekommen könnten, was sie wünschten, versicherte Göring, dass wir Deutsche selbstverständlich Verständnis dafür haben müssten, dass die Russen nur solche Dinge bei uns kauften, die sie wirklich gebrauchen könnten. Er sei bereit, seinen ganzen Einfluss in die Waagschale zu werfen, damit die Russen künftighin alles das erhielten, was sie von Deutschland benötigten, natürlich mit der Einschränkung, dass wir erstens das nicht abgeben könnten, was wir streng geheim für uns selbst und für unseren eigenen Gebrauch fabrizierten und auch sonst nicht exportieren, und zweitens, dass wir das nicht abgeben könnten, was wir zum eigenen Bedarf im Augenblick während der Periode der großen Umstellung noch notwendig hätten. Das müssten die Herren ja einsehen. Deutschland hätte in der letzten Zeit wiederholt sehr bedeutende Geschäfte mit Waffenlieferungen machen können, die man aber überall hätte absagen müssen, da Deutschland im Augenblick für den eigenen Bedarf noch besorgt sein müsse. Er sähe aber ganz bald den Zeitpunkt herannahen, wo der deutsche Bedarf gedeckt sei und wo er es begrüßen würde, alsdann auch Waffen zu exportieren. Auf einen weiteren Einwurf der Russen, sie hätten in den letzten Jahren Kurzweilensender nicht bekommen können, erwiderte der Ministerpräsident, dass er die Frage ohne weiteres nicht beurteilen könne, aber grundsätzlich der Meinung sei, dass dem eigentlich nichts entgegenstünde. Er wolle sich über den Punkt noch Vortrag halten lassen und stünde ihnen gegebenenfalls gern zur Verfügung. Überhaupt, wenn für die russischen Herren Schwierigkeiten in Deutschland auftauchten oder sie vor Fragen stünden, mit denen sie nicht vorankämen, so lüde er sie freundlichst ein, sich jederzeit an sie zu wenden. Er sei immer bereit, die Herren zu empfangen und ihnen mit Rat und Tat zu helfen. Er sei überzeugt davon, dass die Zeit dafür reif sei, freundschaftlichere Beziehungen zwischen Russland und Deutschland auf der ganzen Linie, wirtschaftlich und politisch, in die Wege zu leiten.²

gez. Herbert L. W. Göring

PA AA, R 29493, Bl. E 201001-201002.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Dok. 341, Anlage, S. 531–532.

² Herbert Göring schickte die Aufzeichnung am 20.5.1936 an Schulenburg und schrieb u. a. dazu: „Der Besuch der Herren beim Generaloberst verlief in außerordentlich angenehmer, beinahe freundschaftlicher Art und Weise, und Kandelaki und Friedrichson waren in jeder Beziehung von der charmanten Art des Generaloberst entzückt. [...] Wichtig erscheint mir vor allem die Tatsache, deren Zeuge ich war, dass Göring den Russen nahelegte, wenn immer sie irgendwelche Wünsche hätten, mit denen sie nicht vorankämen, sich alsdann gleich direkt an ihn zu wenden, er sei jederzeit bereit, ihnen mit Rat und Tat behilflich zu sein. Das bedeutete natürlich für die russischen Herren einen erheblichen Erfolg. Kandelaki ist, wie ich höre, gestern Abend nach Moskau gefahren, um u. a. über diesen angenehmen Empfang bei Göring zu berichten.“ ADAP, Ser. C., Bd. V/I, Dok. 341, S. 530-531, hier S. 530. In einer Randbemerkung auf einer Aufzeichnung vom 19.5.1936 zu diesem Gespräch schrieb Dieckhoff, Kandelaki sei am 14.5.1936 erneut bei Schacht gewesen, der „Wasser in den Wein tat“. Ebd., Anm. 1, S. 530.

Nr. 459
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Stomonjakov an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Bessonov

Geheim
Persönlich
19. Mai 1936

Nr. 5516

AN DEN
RAT DER BEVOLLMÄCHTIGTEN
VERTRETUNG DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. S.A. BESSONOV

Werter Sergej Alekseevič,

wegen Zeitmangels kann ich erst heute auf Ihr Schreiben vom 27. März unter der Nr. 127/s antworten, in dem Sie mir die Ergebnisse Ihres Gesprächs mit Gen. Suric bezüglich der deutschen Vertretung der Gesellschaft „Kultur und Technik“ mitteilten.

Ich nehme Ihre Mitteilung darüber zur Kenntnis, dass diese Vertretung bis zur endgültigen Klärung der Situation im Zusammenhang mit dem Entwurf eines neuen Kreditabkommens¹ vorerst bestehen bleiben muss. Ich persönlich denke, dass zu dieser Frage zwei Auffassungen möglich wären. Vom Standpunkt unserer politischen Interessen könnte man meinen, dass gerade angesichts der starken Reduzierung der wissenschaftlichen Kontakte es nicht nötig wäre, den Deutschen einen Grund zu liefern, uns auch der Liquidierung der kulturellen Kontakte zu beschuldigen.

Was Ihren Vorschlag betrifft, Gen. Tretler im Falle einer Beschlussfassung zugunsten des Weiterbestehens der Berliner Vertretung der Gesellschaft KiT durch einen jüngeren und energischeren Mitarbeiter zu ersetzen, haben die von Ihnen und Gen. Suric unterbreiteten Überlegungen bei mir große Verwunderung ausgelöst.

Erstens sollte Ihnen bekannt sein, dass die verhältnismäßig geringe Tätigkeit der Berliner Vertretung der KiT immerhin in einem erheblichen Maße dank der persönlichen Kontakte des Gen. Tretler geleistet wird. Sie kennen natürlich alle Hindernisse, die die deutschen Behörden und Organisationen bei der Einladung von deutschen Wissenschaftlern in die UdSSR und bei Versendung ihrer Artikel für unsere Zeitschriften errichten. **Sie wissen auch**², dass, wenn es diese Hindernisse in einigen Fällen zu überwinden gelingt, dies nur dank des Einsatzes des Gen. Tretler geschieht, der weit bekannt ist und in Kreisen der Wissenschaft und

¹ Gemeint sind die Vorverhandlungen zu einem Kredit für die UdSSR in einem Volumen von 500–800 Mio. RM, wofür im April 1936 im NKVT eine Bestellliste vorbereitet worden war, die im Wesentlichen Aufträge mit militärischem Bezug beinhaltete. Vgl. RGAÉ, f. 413, op. 12, d. 1754, l. 27–30.

² Der Text ist über die Zeile geschrieben.

Technik in Berlin Vertrauen genießt. Ich denke, Ihnen sollte klar sein, dass es einer neuen Person angesichts der heutigen Berliner Bedingungen wohl kaum gelingen würde, überhaupt etwas zu bewirken. Ohne Gen. Tretler in irgendeiner Weise überschätzen zu wollen, denke ich, dass es unter den heutigen Bedingungen zweifellos notwendig wäre, mit seiner Abberufung auch die Berliner Vertretung der Gesellschaft KiT zu schließen.

Zweitens ist mir Ihre Mitteilung über die „sehr vorsichtige Haltung“ gegenüber Gen. Tretler in unserer Berliner Kolonie unverständlich, die Gen. Tretler, Ihren Worten zufolge, „zumindest für verdächtig“ hält. Wenn es ihm gegenüber solch eine Haltung gegeben hat und gibt, so ist es seltsam, dass bis jetzt die Bevollmächtigte Vertretung, insbesondere Sie in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des Präsidiums³, das es bisher übernommen hat, die Tätigkeit des Gen. Tretler zu beaufsichtigen, mir niemals derartiges berichtet haben.

Drittens ist mir nicht verständlich, dass eine derartige Haltung gegenüber Gen. Tretler im Zusammenhang damit entstanden ist, dass er „fast 9 Jahre lang“ nicht in der Sowjetunion gewesen sei. Soweit ich mich erinnere, war Gen. Tretler vor ungefähr 7 Jahren hier. Dies ist zweifellos ein langer Zeitraum, es ist nicht gut, dass dies so geschehen ist. Dafür gibt es jedoch ernsthafte Gründe, die die Schuld des Gen. Tretler mindern. Ihnen ist bekannt, dass es Gen. Tretler, der keinen Stellvertreter hat und auch über keine Finanzmittel für diese Angelegenheit verfügt, angesichts seiner ernsthaften Erkrankung schwerfällt, selbst das Allernotwendigste für seine Heilbehandlung aufzubringen. Darüber hinaus wäre es für ihn natürlich noch schwieriger, seinen Urlaub in der UdSSR zu verbringen, dies umso mehr, als er nicht über die dafür erforderlichen Geldmittel verfügt und die Gesellschaft KiT, wie Sie wissen, nicht die Möglichkeit besitzt, ihm einen finanziellen Zuschuss zu gewähren. Wenn schließlich der Umstand, dass er nicht zum Urlaub in die UdSSR gefahren ist, ihn in der Kolonie derartig verdächtig machte, warum haben Sie selbst kein einziges Mal sofort die Frage seiner Reise hierher aufgeworfen?

Viertens schreiben Sie, dass Gen. Tretler „Konflikte“ hatte, insbesondere mit der Kommission des Gen. Rudyj⁴. Daraufhin befragte ich Gen. Rudyj, und dieser teilte mir mit Verwunderung mit, dass er Gen. Tretler nichts vorzuwerfen habe. Er, Rudyj, wäre lediglich im Zusammenhang damit unzufrieden gewesen, dass man ihm als Übersetzer solch ein alten und zudem kranken Mann anstatt eines jungen gegeben habe, der ihn, Rudyj, zu allen Orten hätte begleiten können.

Fünftens schreiben Sie, dass Sie und Gen. Suric Gen. Tretler vor Unannehmlichkeiten schützen und damit meiner Bitte nachkommen, jedoch „nicht alles vermeidbar sei“. Ich verstehe nicht, von welcher Bitte Sie sprechen. Da mir niemals etwas über Unannehmlichkeiten des Gen. Tretler mit unserer Kolonie und mit unseren Organen in Berlin bekannt war, hatte ich niemals einen Anlass oder einen Grund, Sie und Gen. Suric zu bitten, Tretler vor Unannehmlichkeiten in Schutz zu nehmen.

³ Gemeint ist das Präsidium der Gesellschaft „Kultur und Technik“.

⁴ Im November 1935 machte sich die Kommission unter der Leitung von Rudyj mit dem Produktionsbetrieb des deutschen Eisenbahntransportwesens vertraut. Vgl. Dok. 299.

Sechstens, was Ihre Mitteilung über die Unzuverlässigkeit des Gen. Tretler, oder wie Sie es formulieren, „zumindest Verdachtsmomente“, die gegen ihn vorliegen, betrifft, werde ich, solange mir keine Fakten vorgelegt werden, davon ausgehen, diese Mitteilung als eine Reflexion irgendeines unverantwortlichen und durch nichts begründeten Geredes anzusehen. Ich muss Ihnen mitteilen, dass ich vor einiger Zeit, kurz bevor ich Ihr Schreiben erhielt, bei der zuständigen Instanz bezüglich dieser Frage nachgefragt habe. Diese teilte mir nach Überprüfung mit, dass bei ihr gegen Gen. Tretler keinerlei Materialien vorlägen und sie nichts gegen einen weiteren Verbleib des Gen. Tretler in Berlin einzuwenden habe, es sein denn, ich befürchte seine Verhaftung durch die deutsche Polizei.

Zu dem Dargelegten kann ich Ihnen noch ergänzend mitteilen, dass ich es selbst als unbedingt erforderlich erachte, die gesamte Gesellschaft „Kultur und Technik“ aufzulösen, und nicht nur ihre Berliner Vertretung. In nächster Zeit beabsichtige ich weitere Schritte in dieser Frage zu unternehmen⁵.

Mit kameradschaftlichem Gruß

B. Stomonjakov

P.S. Als Gen. Tretler mich über seine Steuerschwierigkeiten informierte, bat er mich, ihm eine Bescheinigung darüber zuzuschicken, dass er der Vertreter der Gesellschaft in Berlin ist. Dabei teilte Gen. Tretler mit, dass Sie ihm in den früheren Jahren solch eine Bescheinigung ausgestellt haben, ihm aber nunmehr mitgeteilt hätten, dass Sie ihm solch eine Bescheinigung nicht ausstellen könnten, da Sie bereits nicht mehr Mitglied des Präsidiums der Gesellschaft seien. Diese Mitteilung verwunderte mich sehr, da ich die erste Person sein müsste, die von Ihrem diesbezüglichen Entschluss in Kenntnis zu setzen wäre, falls Sie beschlossen haben, die Beaufsichtigung der Tätigkeit des Gen. Tretler, die Sie selbst freiwillig übernommen hatten, aufzugeben.

B.S.

Vermerk mit Bleistift: N.N.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2784 vom 20.5.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

3 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. zu den Akten, das 3. an Kr[estinskij].

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 36, l. 131–128. Kopie.

⁵ Vgl. das Schreiben Litvinovs an Molotov vom 28.12.1936. In: AVP RF, f. 05, op. 16, p. 114, d. 1, l. 317. Die Gesellschaft „Kultur und Technik“ wurde am 26.3.1937 aufgelöst.

Nr. 460

**Schreiben des Volkskommissars für Verteidigung Vorošilov an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

GANZ GEHEIM

20. Mai 1936

Nr. 2543ss¹

AN DAS

POLITBÜRO DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

*Zurzeit beginnen die deutschen Firmen damit, die bei ihnen bestellten Geräte zur Mechanisierung des Flugplatzdienstes (in einer Summe von 773.000 Mark) an uns auszuliefern.^{2*3}

Es ist unbedingt erforderlich, wenigstens einen Abnahmebeauftragten, einen Spezialisten der Luftstreitkräfte, nach Deutschland zu schicken, weil die Handelsvertretung *nicht in der Lage ist, mit eigenen Kräften die Abnahme zu bewältigen, insbesondere nicht bei Elektroanlagen.

Ich bitte, *die Dienstreise für den Gehilfen des Chefs der Akademie der Luftstreitkräfte, den Militäringenieur 3. Ranges, Gen. A.I. GLAZ als Abnahmebeauftragten für die Dauer von 2 Monaten nach Deutschland zu bestätigen, die Information über ihn füge ich bei.⁴

K. VOROŠILOV

Vermerk I.V. Stalins mit rotem Farbstift: Keine Einwände. I. St(alin).

Eigenhändige Unterschriften von V.M. Molotov mit blauem Farbstift, von V.Ja. Čubar' mit Bleistift, von L.M. Kaganovič mit blauem Farbstift.

Vermerk des Sekretärs mit Tinte über die Abstimmung der Mitglieder des Politbüros des ZK der VKP (B): Gen. Kalinin – dafür, Gen. Andreev – dafür, Gen. Mikojan – dafür, Gen. Ordžonikidze – dafür.

Registrierungsvermerk des Sekretärs mit Tinte für das Dokument: O. P. Anfrage des NKO. P. 40/86. 28.V.36.

Auszüge mit Tinte geschrieben an: Vorošilov, Broun, Jagoda, Krestinskij, Grin'ko.

Auf Kopfbogen des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR geschrieben.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 560, l. 35. Original.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 133, S. 190–191.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. den Bericht des Chefs der Luftstreitkräfte der RKKA Alksnis an Vorošilov vom 13.5.1936. In: RGVA, f. 4, op. 19, d. 15, l. 198.

³ Diese Textstelle und die folgenden so gekennzeichneten wurden von Poskrebyšev mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁴ Wird nicht veröffentlicht.

Nr. 461
**Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von
Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Berlin, den 22. Mai 1936

RM 445

Der russische Botschafter suchte mich heute auf, um sich vor einem Urlaub, den er in Karlsbad zu verbringen beabsichtigt, zu verabschieden. Er frug bei dieser Gelegenheit nach unserer Antwort auf den englischen Fragebogen¹, worauf ich ihm sagte, dass diese Antwort noch nicht feststehe. Sodann begann er vom Völkerbund zu reden. Er äußerte dabei die Ansicht, dass dieser stark reformbedürftig sei. Er glaube, dass England vielleicht schon mit der Lösung des italienisch-abessinischen Streitfalls eine Reform des Völkerbundes zu verbinden beabsichtige. Über die etwaige Richtung dieser Reform schwieg sich Suritz aber aus.

Ich frug den Botschafter nach der Haltung Russlands in der Dardanellenfrage. Er erwiderte, Russland habe gegen die Remilitarisierung der Dardanellen nichts einzuwenden. Was das Durchfahrtsrecht anbelange, so habe es allerdings ein Interesse daran, dass das Gleichgewicht im Schwarzen Meer nicht gestört werde. Die Türkei dürfe bei den bevorstehenden Verhandlungen² auf Ausübung der vollen Souveränität beharren und sich die Entscheidung über die Durchfahrt von Kriegsschiffen vorbehalten. Russland würde dieser Forderung nicht widersprechen.

Über die Beilegung des italienisch-englischen Streits wegen Abessinien äußerte der Botschafter die Auffassung, dass sie wahrscheinlich auf der Grundlage des Vertrages vom Jahre 1906³ erfolgen dürfte und dass *England sich schließlich durch Gewährung von Krediten etc. den maßgebenden Einfluss sichern und die Aussöhnung mit Italien herbeiführen werde*⁴.

Schließlich frug der Botschafter, nachdem er sich über den Abschluss der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen⁵ befriedigt ausgesprochen hatte, ob eine Änderung in den politischen Beziehungen in absehbarer Zeit zu erwarten sei. Ich erklärte ihm, dass ich hierfür die Voraussetzungen *zur Zeit nicht*⁶ für gegeben erachte, wohl aber hoffte, dass auch die deutsch-russischen politischen Beziehungen sich wieder einmal befriedigend gestalten werden.

gez. Frhr. von Neurath

Auf erstem Blatt oben: e.o. Pol V 274 pr. 27/5 1 Anl.; *am Seitenrand:* St.S. Dir.Pol, [Herrn] VLR v. Renthe-Fink bitte auch B.Pol informieren D[ieckhoff] 22/5. *Darunter*

¹ Vgl. Dok. 454, Anm. 4.

² Am 20.7.1936 wurde mit dem Vertrag von Montreux eine neue internationale Vereinbarung über die Nutzung der Meerengen des Schwarzen Meeres getroffen. Die Nutzungsrechte der Anrainerstaaten für die zivile Schifffahrt in Friedenszeiten wurde gestärkt. Die Türkei erhielt das Kontrollrecht über Militärschiffe in Friedenszeiten sowie die gänzliche Kontrolle der Meerengen im Falle eines Krieges.

³ Vertrag zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien über Abessinien, 13.12.1906. In: British and Foreign State Papers, Bd. 99, London 1910, S. 486–490.

⁴ Der Text ist unterstrichen, am Seitenrand angestrichen und mit einem Fragezeichen versehen.

⁵ Am 29.4.1936; vgl. Dok. 451.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

Weiterleitung an Hencke, v. Erdmannsdorff, Pilger, Heinburg und v. Kamphoevenner mit deren Kenntnissnahmen (außer Hencke). Unten: Pol V 270 und Pol 2 Ru.

PA AA, R 104356, Bl.212176-212177.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Dok. 342, S. 532–533.

Nr. 462

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

Marienburg, den 29/V 36

Lieber Nikolaj Nikolaevič,

am Tag vor meiner Abreise aus Berlin suchte mich „unser Freund“, den Sie kennen, auf und warnte mich zum zweiten Mal (das erste Mal tat er das vor zwei Wochen) davor, jetzt ein weitgehendes Wirtschaftsabkommen mit der deutschen Regierung abzuschließen.

Unser Freund beteuert, dass sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands tagtäglich verschlechtert und die Abhängigkeit von unserem Markt (insbesondere bei Rohstoffen) immer mehr an Schärfe zunimmt. Bei Zurückhaltung unsererseits können wir, seinen Worten zufolge, nicht nur bessere wirtschaftliche Konditionen, sondern auch politische Zugeständnisse durchsetzen. Wenn wir aber die Wirtschaftsverhandlungen von der Politik abkoppeln und ihnen einen unabhängigen Charakter verleihen, spielen wir seiner Ansicht nach nur der Umgebung Hitlers in die Hände, die die Vorteile aus dem Handel mit der UdSSR maximal zu nutzen bestrebt ist, aber keinen Schritt von dem jetzigen antisowjetischen Kurs abweichen wird.

Unser Freund bittet natürlich darum, seine Erklärung strengstens geheimzuhalten. Er versichert mir, dass er nicht nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck bringe, sondern im Namen einer ganzen Gruppe seiner Gesinnungsgenossen spreche, die Anhänger einer Annäherung an uns sind.

Angesichts der besonderen Vertraulichkeit habe ich mich dazu entschieden, das alles nicht als Chiffre zu übermitteln, sondern es mit der Diplomatenpost aus Prag zu schicken.

Mit kamerad[schaftlichem] Gruß

Ihr Ja. Suric¹

Gruß an die Ihrigen.

*Vermerk [N.N. Krestinskij] mit Bleistift: Bekomme 8 Kopien – bei uns.
Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden
Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3108 vom 3.6.1936.*

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 114–111. Original. Handschrift.

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 80, S. 140².

¹ Am 3.6.1936 schickte Krestinskij eine Kopie des Schreibens an Stalin, Molotov, Vorosilov, Kaganovič, Ordžonikidze. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34. l. 115.

² Das Schreiben von Suric wurde bei der Veröffentlichung nach dem Eingangsdatum bei Stalin datiert, d. h. auf den 3.6.1936.

Nr. 463

Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch an den Leiter
des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke

Moskau, den 2. Juni 1936

Lieber Hencke!

Ich danke Ihnen recht herzlich für Ihre beiden freundlichen Briefe vom 20. und 27. Mai¹. Über den Fall Kalenskaja sind wir durch die uns übersandte Aufzeichnung nun wenigstens in großen Zügen unterrichtet. *Ich hätte allerdings noch gern etwas Näheres erfahren über die Art und Weise, wie Frau Kalenskaja den Sowjetpass erhalten hat, wo der Pass ausgestellt und von wem er visiert worden ist.*² Ich habe heute Herrn Stern aufgesucht³ und mit ihm den Fall ähnlich besprochen, wie Sie dies gegenüber Gnedin⁴ getan haben. Dabei habe ich insbesondere die noch immer bestehende Missstimmung mit Hinweisen auf unsere Erfahrungen bei Haftfällen in der Sowjetunion zu bekämpfen gesucht. Ich habe ihm auch gesagt, dass nach allen unseren begründeten Beschwerden aus Anlass der deutschen Haftfälle in der Sowjetunion wir nicht verstehen könnten, dass das Außenkommissariat die „Missstimmung“ so weit treibt, dass es uns bei der Bereinigung bestehender deutscher Haftfälle nicht mehr helfen will. Das Auswärtige Amt würde demgegenüber, wie ich andeutete, versuchen, den Fall Kalenskaja in entgegenkommender Weise zu erledigen. Stern nahm dies zur Kenntnis, beklagte *sich jedoch sofort darüber, dass die zwei Monate Untersuchungshaft der Frau K. auf ihre Strafe nicht angerechnet worden seien*⁵. Im Übrigen bemerkte er, dass das Außenkommissariat selbstverständlich nach wie vor um die Weiterleitung unserer Wünsche in deutschen Haftfällen bemüht bleiben würde, nur sei eben im Augenblick bei den inneren Behörden die Geneigtheit, unseren Wünschen zu entsprechen, wegen des Falles Kalenskaja nicht groß.

Die Probe auf dies Exempel konnte ich leider wiederum machen, als ich Stern danach auf den Fall Nymann-Tiflis ansprach. Stern sagte mir erneut, dass er den Zeitpunkt für nicht günstig halte, um diese Angelegenheit aufzugreifen. Er riet mir, damit zu warten. Auf meine Frage, ob er meine, dass gewartet werden soll, bis der Fall Kalenskaja erledigt sei, sagte er: „Ja, das wäre wohl besser.“

Mit Bezug auf unseren kürzlichen Bericht über den Film „Die Heimat ruft“⁶ möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir bei verschiedenen Gelegenheiten und gegenüber verschiedenen Instanzen Einspruch erhoben haben. Dabei haben wir insbesondere auf das Bedenkliche der Schaffung einer Kriegspsychose hingewiesen in-

¹ PA AA, R 27448, Bl. 451069-451072.

² Der Satz ist unterstrichen, am Seitenrand mit einem Ausrufungszeichen und mit der Bemerkung versehen: Eilt sehr für Herrn [nicht entziffert] H[encke] 5 VI.

³ Vgl. AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 47–44.

⁴ Über die Umstände, die die Verhaftung der sowjetischen Staatsbürgerin Kalenskaja wegen des Verstoßes gegen die Passordnung und ihren Gefängnisaufenthalt nach sich zogen, vgl. die Gesprächsaufzeichnungen Gnedins mit Hencke am 25. und 30.5.1936. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 8, l. 98–96, 102–99.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Rodina zovet (Die Heimat ruft, Mosfil'm, 1936), Regie: Aleksandr V. Mačeret; Uraufführung: 29.4.1936.

sofern, als in dem Film faschistische Flugzeuggeschwader ohne Kriegs-Erklärung das Sowjetgebiet überfallen. Die Einwände von Stern konnte ich zurückweisen. Er sagte schließlich Folgendes: „Wissen Sie, dass vor einiger Zeit in Deutschland von einem ungenannten, aber namhaften Verfasser ein Buch *,„Erde in Flammen“ erschienen ist, das Minister-Präsident Göring*⁷ gewidmet ist und das schildert, wie deutsche Patrioten bei Junkers ein Flugzeug-Geschwader ausrüsten, um die Ukraine zu überfallen?“

Mit heutigem Kurier haben wir einen Bericht abgesandt über einen *See-Unfall* zwischen dem deutschen Dampfer Pollux und dem *Sowjetdampfer Menshinski*⁸. Ich habe mich bei Stern über die unerhörten Vorwürfe gegen den deutschen Dampfer nachdrücklichst beschwert. Er sagte mir: *,„Sie können ja Ihre Auffassung in der deutschen Presse veröffentlichen.“ Bitte lassen Sie sich diese Angelegenheit vorlegen. Vom Politischen abgesehen ist sie zum Glück nur noch platonisch, da der deutsche Dampfer Pollux*⁹ inzwischen Leningrad verlassen hat.¹⁰

Wegen Neumann habe ich Ihnen gesondert geschrieben.

Die Verzeichnisse der Mitglieder der Sowjetregierung etc. werden durchgesehen und Ihnen danach übersandt werden.

Sie erhalten mit dem heutigen Kurier einen Bericht über den hier veröffentlichten Gesetzentwurf betreffend Verbot der Abtreibung. Ich darf Ihnen anheimstellen, ob Sie diesen Bericht weiter verwerten wollen.

Mit herzlichen Grüßen und Heil Hitler bin ich stets Ihr getreuer

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 27448, Bl. 451073-451075.

⁷ Der Text ist unterstrichen und am Seitenrand dreimal angestrichen. Außerdem ist der gesamte Absatz in eckige Klammern gesetzt. Gemeint ist das Buch von Franz Hermann, Die Erde in Flammen. Ein Zukunftsroman aus den Jahren 1937/38, das im Jahre 1933 erschienen ist und eine gedruckte Widmung an den „Kampfllieger und Reichsminister Hermann Göring im Jahre der nationalen Erhebung“ enthält.

⁸ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

⁹ Der Text ist am Seitenrand zweimal angestrichen.

¹⁰ An dieser Stelle ist unten handschriftlich eingefügt: Ich mache auf eine Unstimmigkeit zwischen dem Telegramm von Sommer und der Seeerklärung [Protest des Kapitäns] wegen des Hörens der Nebelsignale des Sowjet-Dampfers aufmerksam!!

Nr. 464

Schreiben des Referatsleiters im Geheimen Staatspolizeiamt Müller an das
Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

Berlin SW 11, den 5. Juni 1936

B.-Nr. II 1A 4/752/36

An das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung,
in Berlin W 8.

Unter den Linden 4.

Betr.: VII. Internationaler Kongress der Genetiker in Moskau.

Von dem Generalsekretariat des im August 1936 in Moskau stattfindenden VII. Internationalen Genetiker-Kongress¹ wurde einem größeren Kreise deutscher Genetiker Einladungen zugesandt, sich an diesem Kongress zu beteiligen. Angeblich soll dieser internationale Kongress völlig unpolitisch sein. Während der Tagung soll angeblich kein Referat über akute Rassen- und Vererbungsfragen mit politischer Tendenz zugelassen werden. Wie jedoch bekannt wurde, beabsichtigen nach der Sowjetunion emigrierte Genetiker doch, diesen Kongress zu einer Demonstration gegen die nationalsozialistische Weltanschauung zu benutzen.

Die Entsendung einer deutschen Delegation zu diesem Kongress birgt nach den bisher mit derartigen Konferenzen gemachten Erfahrungen bei der zumeist einseitig wissenschaftlichen und unpolitischen Einstellung der deutschen Forscher und Gelehrten größte Gefahren in sich, die wohl kaum durch die evtl. zu erzielenden wissenschaftlichen Vorteile gerechtfertigt bzw. aufgehoben werden dürften. Hinzu kommt, dass jeder Kongress und jede internationale Zusammenkunft von der Sowjetregierung dazu benutzt wird, den Teilnehmern durch geschickt vorbereitete Besichtigungen und Führungen ein völlig falsches Bild Sowjetrusslands zu bieten und damit propagandistisch für sich Stimmung zu machen.

*Aus den angeführten Gründen halte ich daher eine Entsendung deutscher Genetiker zu diesem internationalen Kongress für nicht angebracht, wäre aber für eine grundsätzliche Stellungnahme dankbar.*²

Im Auftrag:
gez. Müller

Beglaubigt: [Unterschrift] Kanzleiangestellte

Auf erstem Blatt verschiedene, nicht entzifferte Bemerkungen. Auf Kopfbogen der Preussischen Geheimen Staatspolizei geschrieben.

BArch, R 4901/2969, Bl. 29-29/R.

¹ Vgl. auch Dok. 498. Der auf das Jahr 1937 verschobene Genetiker-Kongress wurde letztendlich ganz abgesagt; vgl. Schreiben des Reichsministeriums des Innern vom 24.2.1937. In: BArch R 4901/2969, Bl. 76.

² Der Absatz ist am Seitenrand angestrichen.

Nr. 465

**Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung in Berlin Pozdnjakov mit dem Leiter des Referats V/Russland
in der Politischen Abteilung im AA Hencke**

GEHEIM

Berlin, den 11. Juni 1936

Tagebuch
N. Pozdnjakovs
Ausgangs-Nr. 226/s
12/VI 36¹

Laufende Angelegenheiten im Auswärtigen Amt

Im Auftrag des Gen. Bessonov besprach ich mit Hencke einige aktuelle Angelegenheiten.

1. *Der Abnahmebeauftragte der Handelsvertretung*² Gen. Michail Tobolin sitzt bereits seit einigen Tagen *ohne Pass* fest und kann keine Geschäftsreisen antreten, da die örtlichen Behörden (Stuttgart) von ihm den Pass zwecks Verlängerung eingefordert und bis jetzt nicht zurückgeschickt haben. Als ich darauf verwies, dass zum zweiten Mal solch ein Verhalten gegenüber Gen. Tobolin zu beobachten sei, sagte ich, dass in Zukunft ein solches Verhalten unzulässig sei. Hencke versprach, sich für diesen konkreten Fall zu interessieren.

2. *Der Mitarbeiter der Handelsvertretung in London, Gen. Zolotarev*, der dieser Tage auf Durchreise durch Deutschland war, erklärte der Bevollmächtigten Vertretung, dass er am Grenzkontrollpunkt Aachen im Unterschied zu den anderen Passagieren gezwungen wurde, sein *Handgepäck im Gepäckwagen aufzugeben*. Dabei wurde ihm anfangs gestattet, das Handgepäck bei sich zu belassen, als die Beamten jedoch seinen sowjetischen Pass in die Hände bekamen, veränderte sich sofort deren Verhalten: sie untersuchten alle Sachen sorgfältig und nötigten ihn, alles, selbst Kleinigkeiten, im Gepäckwagen aufzugeben.

Ich sagte Hencke, nachdem ich diese Tatsache entsprechend kommentiert hatte, wir verstünden, dass das alles den Transitregeln gemäß geschehen sei, berücksichtigten jedoch zugleich sehr wohl die Tatsache, dass diese Regeln mit aller Strenge allein gegenüber einem einzigen Passagier, einem sowjetischen Staatsbürger, angewandt worden seien. Ich habe weiter unterstrichen, falls sich solch ein Fall von Diskriminierung wiederholen sollte, werde die Bevollmächtigte Vertretung gezwungen sein, ihre Regierung auf solche Tatsachen aufmerksam zu machen und zu empfehlen, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit mit Gleichem zu antworten.

Hencke gefiel diese Fragestellung überhaupt nicht. Er versuchte meine Worte so zu interpretieren, dass wir bereits ab dem heutigen Tag den Weg der Repressionen usw. eingeschlagen hätten. Darauf erklärte ich, dass das Schwergewicht meiner

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Diese und die im Folgenden so gekennzeichneten Textstellen sind mit rotem Farbstift unterstrichen.

Worte nicht in dem Bestreben liege, **unverzüglich**³ zu Repressionen zu greifen, sondern in dem Wunsch, in Zukunft vor der Wiederholung derartiger Fälle zu warnen.

Das Gespräch zu diesem Punkt endete damit, dass Hencke eine Erkundigung zum Fall des Gen. Zolotarev einholen wird.

3. Die deutsche Firma „Gutberlet“, die sich in einer schiedsgerichtlichen Streitsache mit der Handelsvertretung befindet, forderte *den Abzug des Gen. Landler*, der von der Handelsvertretung als Schlichter bestellt worden ist (die Motive sind, dass er sowjetischer Staatsbürger, Kommunist usw. ist). Das Landsgerecht⁴ wies diesen Antrag ab. Gegen diese Entscheidung legte die Firma beim Kammergericht⁵ Berufung ein. Die Bevollmächtigte Vertretung hatte seinerzeit, vor der Verhandlung dieses Falles vor dem Landgericht, dem Auswärtigen Amt vorsorglich erklärt, dass die Forderung der Firma dem zwischen den beiden Ländern gültigen Abkommen über das Schiedsgerichtsverfahren widerspreche.⁶

Heute griff ich im Gespräch mit Hencke diese Frage zu dem Zwecke auf, um das Auswärtige Amt wegen der bevorstehenden Verhandlung des Falles vor dem Kammergericht an unsere Haltung zu erinnern.

4. Intourist erhielt von dem deutschen Reisebüro⁷ „Brettschneider“ ein Schreiben mit der Mitteilung, dass die deutschen Behörden die bei diesem Reisebüro ausliegenden Prospekte von Intourist beschlagnahmt und ihm untersagt hätten, in Zukunft Verbindungen zu Intourist zu unterhalten. Im Zusammenhang damit händigte ich Hencke eine Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung aus, deren Hauptanliegen in der Anfrage besteht, ob dies bedeute, dass alle deutschen Reisebüros von dem Verbot, in Geschäftsbeziehungen mit Intourist zu treten, betroffen sind.

Als ich die Note übergab, machte ich Hencke auf das Detail aufmerksam, dass das Verbot bald nach dem Schreiben erfolgt sei, welches Gen. Bessonov an Hencke wegen des Verbots der Reise einer Alpinistengruppe in die UdSSR durch das Propagandaministerium geschickt hatte (die Reise war über das Reisebüro „Brettschneider“ beantragt worden).

Hencke sagte, dass die Antwort auf die Note der Bevollmächtigten Vertretung später gegeben werde, er aber bereits jetzt anmerken wolle, dass sich das erwähnte Verbot nicht auf alle deutschen Reisebüros erstrecke. Soviel ihm bekannt sei, wären die Innenbehörden bereits seit längerer Zeit aus irgendeinem Grund mit der Tätigkeit von „Brettschneider“ unzufrieden. Dies deute zum Beispiel darauf hin, dass keine Verbindung zwischen dem Verbot und dem Schreiben des Gen. Bessonov bestehe. Und darauf fügte er in Entgegnung auf meine Andeutung hinzu: „Denn wir teilen doch nicht den in unserem Besitz befindlichen diplomatischen Schriftverkehr mit der Polizei.“

³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁴ Das Wort ist so in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁶ Vgl. Vertrag zwischen der UdSSR und Deutschland vom 12.10.1925 (Abkommen über Schiedsgerichte in Handelssachen und anderen bürgerlichen Angelegenheiten). In: Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 41–46 (Ergänzung S. 58–59); DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 606–609.

⁷ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Die Gelegenheit nutzend stellte ich allgemein die Frage bezüglich Intourist. Nachdem ich die Grunddaten in puncto Tätigkeitsbeschränkung für Intourist in Erinnerung gebracht hatte, fragte ich Hencke, was denn die deutschen Behörden schließlich erreichen wollten. Intourist betätige sich nicht propagandistisch, es sei ein rein kommerzielles Unternehmen wie jedes andere Reisebüro auch, und trotzdem werde gegen Intourist eine regelrechte Offensive geführt. All das lasse uns zu der Schlussfolgerung gelangen, dass die Behörden Intourist offenbar zur Selbstauflösung nötigen wollen. Wenn das so ist, so sagen Sie das auch so. Dann werden wir wissen, dass Sie den Weg der Verschlechterung, nicht aber den der Verbesserung der Handelsbeziehungen usw. beschreiten. Bei einer Liquidierung von Intourist werden Sie berücksichtigen müssen, dass die Ausstellung der Reiseunterlagen für Ihre Geschäftsreisenden in die UdSSR nicht so einfach wie bei einer Vermittlung durch unser Reisebüro werden wird.

Hencke hörte mich an und gab die offizielle Erklärung ab, dass keine Behörde bestrebt sei, Intourist zu schließen.

Darauf verwies ich auf die Notwendigkeit, Intourist die gleiche Handlungsfreiheit zu gewähren, die alle Auslands-Reisebüros genießen (Aufhebung des Reklameverbots usw.). Hencke antwortete, dass er, da er zu diesem Teil nicht kompetent sei, einer offiziellen Antwort ausweichen müsse. Jedoch könne er privat die Beschränkung der Reklametätigkeit von Intourist usw. damit erklären, dass die Bevölkerung und die Presse darüber große Unzufriedenheit zum Ausdruck brächten, wenn eine Reklame oder ein Prospekt wegen seiner äußeren Aufmachung und bisweilen wegen seines Inhalts wenn nicht vollständig, so doch zu einem gewissen Teil propagandistischen Charakters seien. Es sei natürlich, dass die Behörden auf die Meinung der Presse und der Bevölkerung Rücksicht nehmen müssten.

Mit großem Unwillen erklärte Hencke sein Einverständnis, sich mit der Genese dieser Frage zu befassen und sie noch einmal zu besprechen. ******(im letzten Teil)^{**8}

N. Pozdnjakov

Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: NK.

Vermerk mit Bleistift: an Gen. Litvinov.

Links im oberen Teil des Blattes befindet sich der Stempel des Sekretariats des Gen. Krestinskij mit der Eingangs-Nr. 3284 vom 14.6.1936 und mit dem Vermerk vom 16.6.1936 über den Erhalt von 6 Expl. und über die Versendung von Exemplaren an M.M. [Litvinov], B.S. [Stomonjakov], an die 2. Westabteilung sowie über die Vernichtung von 2 Exemplaren.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 33, l. 25–24R. Original.

⁸ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

Nr. 466
Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau Graf
von der Schulenburg mit dem Stellv. Volkskommissar für
Auswärtige Angelegenheiten Stomonjakow

Moskau, den 20. Juni 1936

Aufzeichnung

Ich habe heute bei Herrn Stomonjakow (Herr Litwinow ist abwesend und Herr Krestinski ist krank) energisch gegen die Verunglimpfungen des Führers und aktiver deutscher Reichsminister am 1. Mai in Charkow protestiert. Gleichzeitig habe ich auf die Karikatur des Preußischen Ministerpräsidenten¹ in der „Leningradskaja Prawda“ vom 29. Mai² hingewiesen und habe auch hiergegen Einspruch erhoben. Ich habe Herrn Stomonjakow an das Versprechen erinnert, persönliche Angriffe in der Sowjetpresse zu unterlassen.

Herr Stomonjakow hat sich eine Notiz gemacht und sein Bedauern über die gerügten Angriffe ausgesprochen. Er meinte, dass die leider sehr gespannten Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion es fast unmöglich machten, derartige Angriffe ganz zu unterdrücken.

Herr Stomonjakow hat hinzugefügt, dass die Spannung zwischen Deutschland und der Sowjetunion von niemand mehr bedauert werde als von den Sowjetangehörigen, die Deutschland kennen. Es war deutlich zu erkennen, dass der Satz eigentlich lauten sollte: „die Deutschland kennen und lieben“. Er hat die Schlussworte mit Mühe unterdrückt.

gez. Graf Schulenburg

Oben Stempel des AA: Pol. V 1071, Eing. 23. Jun 1936. Vermerk von Hencke vom 22.6.: Mir von H[err]n Botsch[after] G[ra]f Schulenburg am 22. VI übergeben. Unten: zdA H[encke] 4.VII sowie Po 2 Ru und Bemerkung von Hencke: Es handelt sich um einen [Protest] wegen Vorgängen in Charkow.

PA AA, R 104356, o. P., 1 Bl.

¹ Hermann Göring.

² Vgl. „At', dva...At', dva!...“ (Eins, zwei...Eins, zwei!...). In: Leningradskaja pravda vom 29. Mai 1936, S. 2. Die Unterschrift unter die Karikatur lautete: „Der unlängst ernannte Beauftragte für Rohstoff- und Devisenfragen Göring versucht, den Finanz- und Wirtschaftsapparat in seine Hände zu bekommen.“

Nr. 467
Bericht des Chefs der Hauptverwaltung für die Zivile Luftfahrt Tkačev
an den Rat der Volkskommissare

GANZ GEHEIM

[23.6.1936]

Nr. 01067ss
 23/VI.36¹

BERICHT
über die Gesellschaft DERULUFT und über die Luftverkehrsverbindungen
mit Deutschland

Zum Ende des laufenden Jahres endet die Frist des Vertrages über die der russisch-deutschen Gesellschaft DERULUFT gewährten Konzession auf das ausschließliche Recht, Luftverkehrsverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland zu unterhalten. Laut Vertrag müssen wir spätestens am 1. Juli d. J. unsere Vorschläge für die Fortführung der Tätigkeit der Gesellschaft vorlegen, anderenfalls wird die Vertragsfrist automatisch um ein Jahr verlängert, sollte auch die deutsche Seite keine neuen Forderungen geltend machen. Deshalb benötigen wir Direktiven für die weitere Tätigkeit der Gesellschaft Deruluft und für die Luftverkehrsverbindungen mit Deutschland.

Die Luftlinie Moskau-Berlin, die uns mit allen europäischen Ländern verbindet, hat inzwischen eine gewisse Bedeutung erlangt. Diese Linie hat sich durch eine exakte und störungsfreie Arbeit empfohlen, sie hat ihre Tätigkeit recht breit ausgebaut. Aus diesem Grund ist die Aufrechterhaltung der Luftverbindungen zwischen Moskau und Berlin für uns wünschenswert.

Der bestehende Vertrag mit Deutschland über die Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland, der über die Gesellschaft Deruluft realisiert wird, und die entstandene Situation bei der Tätigkeit der Gesellschaft haben für unsere Seite jedoch folgende nachteilige Punkte:

1) Deutschland befliegt die gesamte Route Berlin-Moskau, wir dagegen nur den Abschnitt Moskau-Königsberg. Diese anormale Situation geht hauptsächlich auf die Widerstände Polens zurück, uns den Überflug des Polnischen Korridors zu genehmigen.

2) Die Leitung der Gesellschaft Deruluft befindet sich in Deutschland (der Finanzteil in Berlin, der technische Teil in Königsberg), was ihr die Möglichkeit verschafft, einen dominierenden Einfluss auf die Tätigkeit der Gesellschaft auszuüben.

*3) Dank unseres Einflusses erhielt die Gesellschaft Deruluft im Prinzip das Monopolrecht, die Linie Königsberg-Leningrad über Litauen und Lettland zu betreiben, und die Deutschen konnten somit in diese Länder vordringen, während wir die Luftverbindung mit diesen Ländern nicht direkt herstellen können.*²

4) Neben den Aufwendungen für den Unterhalt dieser Linie, die über unser Territorium führt, bezahlten wir beträchtliche Summen in ausländischer Währung

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Der Text ist am linken Seitenrand zweimal mit Bleistift angestrichen.

für die Subventionierung der Gesellschaft Deruluft. Da sich aber die Leitung für die Finanzen der Gesellschaft in den Händen der Deutschen in Berlin befindet, ist es für uns sehr schwierig, eine sorgfältige Kontrolle aller Ausgaben durchzuführen. Wie durch eine spezielle Revision der gesamten Finanztätigkeit im Jahr 1935 ermittelt wurde, haben wir im Verlaufe von einigen Jahren für die Gesellschaft Deruluft mehr Mittel als erforderlich gezahlt.

*Es ist völlig klar, dass diese für uns nachteiligen Seiten in der Arbeit der Gesellschaft Deruluft beseitigt werden müssen. Wir haben jetzt keine Veranlassung, den Deutschen Vorrechte einzuräumen.*³

Aus diesem Grund erachte ich es nicht für möglich, die weitere Tätigkeit der Gesellschaft Deruluft automatisch und ohne gründliche Veränderungen fortzusetzen, solange wir nicht die für uns nachteiligen Punkte beseitigt und im Betrieb der Luftlinie Moskau-Berlin eine gleichberechtigte Stellung durchgesetzt haben.

Hiervon ausgehend erachte ich es als erforderlich, vorrangig die Forderung aufzustellen, unsere Flüge unbedingt bis Berlin zu erweitern. Bei der Erfüllung dieser Forderung wird Polen ein kompliziertes Hindernis darstellen, das uns früher den Überflug über den Polnischen Korridor verweigerte, weil es keinen speziellen Vertrag über Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Polen gab.

*Im Zusammenhang mit dieser Forderung werden wir vermutlich besondere Verhandlungen mit Polen aufnehmen und versuchen müssen, eine Genehmigung für diese Überflüge ohne jegliche Kompensationen zu erwirken. Die Deutschen, die daran interessiert sind, die bestehende Situation beizubehalten, haben keinen sonderlichen Druck auf die Polen ausgeübt. Wenn wir diese Frage aber etwas schärfer stellen, und zwar, dass wir unter solch ungleichen Bedingungen nicht arbeiten können, werden die Deutschen auf die Polen zweifellos Druck ausüben müssen.*⁴

*Im äußersten Fall, falls es nicht gelingt, dies durchzusetzen, halte ich es hinsichtlich einer Kompensation für Polen für möglich, ein Abkommen zur Einrichtung einer Luftverbindung zwischen Moskau und Warschau anzusteuern, aber die Route nicht über Minsk, sondern über Velikie Luki zu führen, d.h. im Wesentlichen entlang der bestehenden Linie Moskau-Berlin.*⁵

*Wir müssen gleichfalls eine Veränderung in der Leitung der Linie vornehmen, weil ich für uns keine besonderen Vorteile in der Existenz einer Gesellschaft sehe, in deren Leitung die Deutschen bereits seit einigen Jahren bevorzugt sind.*⁶

Nunmehr hat sich die Situation jedoch gründlich verändert und wir benötigen von den Deutschen bereits keine besondere technische Hilfe mehr. Wir können uns auf keinen Fall mit der Vormachtstellung der Deutschen, die sie bis jetzt im Vorstand der Gesellschaft einnehmen, einverstanden erklären.

*Deshalb halte ich es für zweckmäßiger, die bestehende Form der Gesellschaft, die das Recht zugesprochen bekommen hatte, die Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland zu betreiben, aufzuheben und zu neuen Formen überzu-

³ Der Text ist am linken Seitenrand zweimal mit Bleistift angestrichen.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

gehen – auf der Grundlage eines direkten, gleichberechtigten Vertrages zwischen der AEROFLOT und der Gesellschaft LUFTHANSA mit anschließender Bestätigung durch die Regierungen beider Seiten (nach dem Beispiel unseres Vertrages mit der Tschechoslowakei⁷). Dies wird uns die Möglichkeit verschaffen, die Situation in der Tätigkeit der Linie grundlegend zu verändern, da die Versuche, diese Situation innerhalb der Gesellschaft Deruluft zu klären, unweigerlich zu großen Reibereien und zu weniger Möglichkeiten für uns führen werden.*⁸

Die Liquidierung der Gesellschaft Deruluft wird dabei die Stellung der Deutschen in den baltischen Staaten schwächen und wir können selbständig, auch ohne Beteiligung der Deutschen, Luftverbindungen mit Litauen und mit Lettland herstellen.

Ein Übergang zu neuen Formen in der Tätigkeit der Luftverkehrslinien vereinfacht auch die finanziellen Modalitäten und ermöglicht uns, die Finanzmittel für den Unterhalt dieser Luftverbindung exakter und effizienter zu verwenden.

Auf dieser Grundlage bitte ich darum, die Hauptverwaltung für Zivile Luftfahrt und das Narkomindel zu bevollmächtigen, die Verhandlungen mit der deutschen Seite aufzunehmen.⁹

CHEF DER HAUPTVERWALTUNG FÜR DIE ZIVILE LUFTFAHRT, KOMKOR

TKAČEV

23. Juni 1936

Nr. 10-23-6

Oben rechts befindet sich der Stempel der Geheimabteilung der Geschäftsführung des SNK der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 7886 vom 23.6.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 5 Expl.

Maschienschriftlicher Vermerk des Sekretärs: 2 Kopien für Stalin und Molotov angefertigt. 25.VI.36.

GARF, f. R-5446, op. 18a, d. 738, l. 14–16. Original.

⁷ Am 16.5.1935 schlossen die UdSSR und die Tschechoslowakei das Abkommen über die Einrichtung einer ständigen Luftverkehrsverbindung zwischen Moskau und Prag. Vgl. Dokumenty i materialy po istorii sovetsko-čechoslovackich otnošenij (Dokumente und Materialien zur Geschichte der sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen), Bd. 3 (ijun' 1934 – mart 1939), Moskva 1978, Dok. 66, S. 117–122.

⁸ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen

⁹ Am 29.6.1936 fasste das Politbüro des ZK der VKP (B) den Beschluss (Protokoll Nr. 41, Pkt. 7, Sondermappe), der Hauptverwaltung für Zivile Luftfahrt zu gestatten, die Gesellschaft Lufthansa von der Nichtverlängerung des Vertrages über die Luftverbindung zwischen der UdSSR und Deutschland in Kenntnis zu setzen, die ab dem 1.1.1937 nur auf der Grundlage eines neuen Abkommens weiter betrieben werden könne. Tkačev, Krestinskij und Rozengol'c wurden beauftragt, „in einer Frist von 10 Tagen den Entwurf für die Direktiven zu einem neuen Abkommen über die Luftverbindung zwischen der UdSSR und Deutschland dem ZK zur Bestätigung vorzulegen“. In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 561, l. 17. Noch am gleichen Tag fasste der SNK der UdSSR einen gleichlautenden Beschluss. Vgl. GARF, f. R-5446, op. 18a, d. 738. l. 7.

Nr. 468

Aufzeichnung einer interministeriellen Referentenbesprechung im AA

Berlin, den 23. Juni 1936

Abschrift

Aufzeichnung

über eine Referentenbesprechung, die am 19. Juni d. J. im Auswärtigen Amt über die Tätigkeit des sowjetischen Reisebüros „Intourist“ stattgefunden hat.

An der Sitzung haben teilgenommen:

Vom Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministerium Herr Min.Rat Mossdorf,
„ Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Herr Dr. Fischer
„ Geheimes Staatspolizeiamt Herr Reg.Rat Heller, Herr Kommissar Schröder,
„ Auswärtigen Amt Herr Leg.Rat Hencke
„ „ „ Herr Meyer-Heydenhagen,
„ „ „ Herr Attaché Stein, als Vertreter des Referats Pol. V.
„ „ „ Herr Leg.Sekr. Weber, als Vertreter des Ref. W VIII
„ „ „ Herr Assessor Bottler, als Vertreter des Ref. W IV O.E.

Leg.Rat Hencke eröffnete die Sitzung mit einer Schilderung der Beschwerden, die einerseits von dem Geheimen Staatspolizeiamt gegen die Werbetätigkeit des sowjetischen Reisebüros „Intourist“¹ und andererseits von der Sowjet-Botschaft wegen angeblicher Behinderung und Diskriminierung des genannten Reisebüros durch die deutschen Behörden² erhoben worden sind. Im einzelnen führte Herr Hencke aus, dass sich das Auswärtige Amt völlig klar darüber sei, dass die derzeitigen Werbemethoden des „Intourist“ nicht länger geduldet werden könnten. Wie die vorliegenden Prospekte beweisen, beschränke sich der „Intourist“ nicht auf eine gewöhnliche Verkehrswerbung, sondern betreibe eine zum Teil geschickt getarnte Propaganda für das in der Sowjet-Union herrschende bolschewistische System. Es bedürfe keiner Worte, dass eine derartige Propaganda in Deutschland nicht zugelassen werden könne. Das Geheime Staatspolizeiamt habe daher mit gutem Recht das Auswärtige Amt gebeten, von der hiesigen Sowjet-Botschaft zu verlangen, dass „Intourist“ seine bolschewistische Propaganda einstelle. Wenn es an und für sich auch das Beste wäre, wenn das Reisebüro „Intourist“ aus Deutschland verschwinde, so könnten wir aus wirtschaftlichen Gründen einstweilen nicht auf seine Tätigkeit verzichten. Die Tatsache, dass die meisten Geschäftsabschlüsse zwischen deutschen Firmen und sowjetischen Außenhandelsorganisationen, die als Folge unseres Wirtschaftsabkommens³ in letzter Zeit wieder lebhafter geworden seien, in Moskau getätigt würden, mache häufige Reisen der deutschen Firmenvertreter in die Sowjet-Union unentbehrlich. Die einzige Stelle, die dem deutschen Reisenden für Reichsmark Fahrkarten besorgen und Unterkunft wie Verpflegung in der Sowjet-Union zu erträglichen Preisen (auch in RM) sicherstellen könne, sei das

¹ Vgl. Dok. 418.

² Vgl. Dok. 465.

³ Vom 29.4.1936; vgl. Dok. 451, Anm. 2.

Reisebüro „Intourist“. Auch für die Vermittlung von Transitreisen durch die Sowjet-Union nach Ostasien gegen Reichsmark-Zahlung sei das genannte Reisebüro nicht zu entbehren. Im Hinblick auf die außerordentlich hohen Rubel-Preise und den ungünstigen Reichsmarkkurs in der Sowjet-Union müssten ohne „Intourist“ die deutschen Reisenden sehr hohe Devisenbeträge aufwenden. Angesichts des großen Interesses, das wir heute an dem Wirtschaftsverkehr mit der Sowjet-Union haben, müsste eine Lösung gefunden werden, die einerseits den berechtigten Forderungen des Geheimen Staatspolizeiamtes gerecht wird und andererseits eine Tätigkeit des „Intourist“ in dem für unsere wirtschaftlichen Interessen erforderlichen Rahmen ermöglicht. Das Auswärtige Amt beabsichtigt daher, der Sowjet-Botschaft an Hand des gedruckten Materials etwa Folgendes mündlich mitzuteilen:

Die Deutsche Regierung habe grundsätzlich gegen eine Tätigkeit des russischen Reisebüros „Intourist“ nichts einzuwenden, solange es seine Werbemethoden den in Deutschland zulässigen und üblichen Formen anpasst. Die Verkehrswerbung müsse sich auf Schilderung der Reisewege, landschaftlicher Schönheiten, Sehenswürdigkeiten, Preis- und Unterbringungsmöglichkeiten beschränken. Vergleichende Ausführungen zwischen einst und jetzt, Schilderungen angeblicher sozialer und kultureller Errungenschaften des bolschewistischen Systems und dergl. gehörten nicht in einen Reiseprospekt. Derartige Propagandamethoden würden auch von den anderen ausländischen Reisebüros, wie die hier vorliegenden Prospekte beweisen, nicht angewandt werden. Selbstverständlich würden die deutschen Behörden bei keinem deutschen oder ausländischen Reisebüro diese Werbemethoden dulden. Das Auswärtige Amt müsse daher die Sowjet-Union bitten, dafür Sorge zu tragen, dass das Reisebüro „Intourist“, das im Übrigen eine Gesellschaft deutschen Rechts sei, bei seiner zukünftigen Werbetätigkeit den allgemein üblichen und zulässigen Rahmen nicht überschreitet. Es herrsche bei den deutschen Behörden der deutschen Öffentlichkeit eine ernste Missstimmung gegen die sowjetischen Propagandamethoden, der die Sowjet-Botschaft Rechnung tragen müsse. Das Auswärtige Amt hoffe, dass nunmehr weitere Erörterungen oder gar behördliche Maßnahmen in der „Intourist“ Angelegenheit nicht mehr erforderlich seien.

Herr Reg.Rat Heller (Gestapo) stimmte den Ausführungen des Vertreters des Auswärtigen Amtes bei und wies noch einmal, unterstützt von Herrn Kommissar Schröder, eindringlich auf diejenigen Stellen der sowjetischen Reiseprospekte hin, die als bolschewistische Propaganda anzusehen seien. Insbesondere konnten die Vertreter des Geheimen Staatspolizeiamtes an Hand der Werbeschriften anderer ausländischer Reisebüros in Berlin darlegen, dass letztere sich bei ihrer Reklame-tätigkeit durchaus in einem zulässigen Rahmen hielten.

Herr Min.Rat Mossdorf (RWM) stimmte gleichfalls den Ausführungen des Vertreters des Auswärtigen Amtes zu. Er betonte, dass trotz unseres Interesses an einer Ausgestaltung des Wirtschaftsverkehrs mit der Sowjet-Union eine bolschewistische Propaganda durch das Reisebüro „Intourist“ nicht geduldet werden dürfe, auch auf die Gefahr hin, dass „Intourist“ sein Berliner Büro schließe. Er hielt allerdings einen derartigen Entschluss der Sowjet-Regierung für unwahrscheinlich und glaube, dass durch geeignete Vorstellungen des Auswärtigen Amtes eine für beide Seiten tragbare Lösung gefunden werden könne.

Herr Dr. Fischer vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda erklärte sich im Namen seines Ministeriums mit dem geplanten Vorgehen einverstanden.

Es wurde ferner die Beantwortung der Sowjet-Note wegen der Beschlagnahme von Werbeschriften des „Intourist“ bei dem deutschen Reisebüro Brettschneider in München zur Sprache gebracht.⁴ Es wurde vereinbart, dass der Sowjet-Botschaft schriftlich folgendes zur Kenntnis gebracht wird. Die Maßnahme gegen das Reisebüro Brettschneider sei eine interne Angelegenheit, die mit der Tätigkeit des „Intourist“ unmittelbar nichts zu tun habe. Es sei nicht beabsichtigt, andere deutsche Reisebüros an ihren Geschäftsverbindungen mit „Intourist“ zu hindern, solange sich das sowjetrussische Reisebüro bei seiner Werbetätigkeit in dem in Deutschland üblichen und zulässigen Rahmen halte. Was die mündlich von der Sowjet-Botschaft vorgebrachte Erinnerung an die Beantwortung einer Verbalnote vom Juni 1935, die eine Beschwerde über ein von der Gestapo erlassenes Verbot der „Intourist“-Reklame an Berliner Anschlagssäulen zum Gegenstand hatte⁵, soll der Sowjet-Botschaft mitgeteilt werden, dass sich die innere Behörde seinerzeit zum Einschreiten genötigt gesehen hätte, weil die Reklame einen Verstoß gegen die Grundsätze der in Deutschland zulässigen Reiseverkehrswerbung darstellte. Es könne dabei erwähnt werden, dass in gleich gearteten Fällen gegen andere deutsche und ausländische Reisebüros in der gleichen Weise eingeschritten worden wäre.

Die Sitzung wurde mit der Feststellung eines vollkommenen Einverständnisses geschlossen.

Eine Skizze für die zwischen einem Vertreter der Sowjet-Botschaft und Legationsrat Hencke vorgesehene Aussprache (Anl. 1)⁶ sowie ein Entwurf einer Verbalnote an die Sowjetbotschaft (Anl. 2)⁷ sind beigelegt.

BArch, R 58/683, Bl. 152–154/R.

⁴ Verbalnote der Botschaft der UdSSR vom 9.6.1936; Abschrift in: BArch, R 58/683, Bl. 149.

⁵ Vgl. Dok. 175.

⁶ BArch, R 58/683, Bl. 155–156.

⁷ BArch, R 58/683, Bl. 157–157/R.

Nr. 469

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Volkskommissar für Landwirtschaft Černov**

GANZ GEHEIMPERSÖNLICH

28. Juni 1936

2. West[abteilung]
8808¹

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR FÜR
LANDWIRTSCHAFT DER UdSSR
Gen. M.A. ČERNOV

Sehr geehrter Michail Aleksandrovič,

an der Deutschen Botschaft in Moskau gibt es den Attaché für Landwirtschaft Herrn Schiller. Das NKID benannte nach Absprache mit dem Volkskommissar für Landwirtschaft gewöhnlich einen Mitarbeiter aus dem Volkskommissariat für Landwirtschaft, mit dem sich Schiller zu den ihn interessierenden Fragen in Verbindung setzen konnte. Gegenwärtig sind jedoch die Personen, die Schiller genannt wurden, entweder zu einer anderen Tätigkeit versetzt worden oder überhaupt nicht mehr im Volkskommissariat für Landwirtschaft beschäftigt. Deshalb wandte sich Schiller erneut an das NKID mit der Bitte, ihm zu sagen, mit wem er im Volkskommissariat für Landwirtschaft in Verbindung treten könne.

Schiller ist ein Mann, der die UdSSR sehr gut kennt, gut Russisch spricht, sehr gewandt und energisch ist. Indes ist insbesondere unter Berücksichtigung des derzeitigen Zustandes der sowjetisch-deutschen Beziehungen nicht allen Bitten des Herrn Schiller nachzukommen, vielmehr muss die Mehrzahl der Bitten unter diesem oder jenem Vorwand abgewiesen werden. Aus diesem Grund muss für die Arbeit mit Schiller ein leitender Mitarbeiter des Volkskommissariats für Landwirtschaft abgestellt werden, der entscheiden könnte, in welchen Fällen Schiller Zutritt zu gewähren ist und in welchen nicht, und der fähig wäre, die nötigen Ablehnungen in einer höflichen Form und mit einer hinlänglich glaubhaften Begründung auszusprechen.²

Mit kameradschaftlichem Gruß

Krestinskij

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

2 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 6, l. 13–13R. Kopie.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Mit Schreiben vom 3.7.1936 teilte Černov Krestinskij mit, dass „ich für die Verhandlungsführung mit dem Attaché für Landwirtschaftsfragen an der Deutschen Botschaft Herrn Schiller die Leiterin der Abteilung für Erfassung und Statistik des Volkskommissariats für Landwirtschaft der UdSSR Gen. BARBÉ, Antonina Kazimirovna, abgestellt habe.“ In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 6, l. 17.

Nr. 470
Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch
an das AA

Moskau, 29. Juni 1936

Tgb. Nr. D/629/III

Im Anschluss an den Bericht D/629/II vom 22. d. Mts.¹

Durchschlag

An das

Auswärtige Amt in

Berlin

Inhalt: Sowjetische Beteiligung an der 24. Deutschen Ostmesse in Königsberg²

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten übermittelte heute der Botschaft telefonisch den Dank der Sowjetregierung für die Einladung zur Beschickung der 24. Deutschen Ostmesse in Königsberg, teilte jedoch mit, dass die zuständigen Stellen zu ihrem Bedauern nicht in der Lage seien, sich an der Ostmesse zu beteiligen. Der Grund liege darin, dass die Sowjetunion neuerdings von einer Beteiligung an Messen im Auslande grundsätzlich absehe, was u.a. mit dem Bestreben der Sowjetregierung zusammenhänge, den Schwerpunkt der Außenhandelsoperationen möglichst nach Moskau zu verlegen.³

gez. v. Tippelskirch

Oben: Rein-Konzept. Gefertigt und abgeschickt am 29.6., mit Paraphen von Tippelskirch und Hilger vom 29.6. Gefertigt in drei Durchschlägen.

PA AA, Moskau II, 289, Bl. 235.

¹ In dem Schreiben D/629/II hatte von Tippelskirch informiert, dass die Einladung zur Ostmesse über das AA erst am 22.6.1936 in Moskau eingegangen sei, obwohl dass AA im Schreiben vom 20.5.1936 um Antwort bis Ende des Monats gebeten hatte. Vgl. PA AA, Moskau II, Bl. 236–237.

² Die Deutsche Ostmesse Königsberg fand vom 23. bis 26.8.1936 statt; sie entwickelte sich in den 30er Jahren zur zweitgrößten Messe nach Leipzig.

³ Auf die Einladung vom 24.6.1935, an der 23. Deutschen Ostmesse teilzunehmen, hatte die UdSSR negativ reagiert. Vgl. PA AA, R 94388, o. P. Siehe auch Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 490, S. 1303.

Nr. 471
Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch
an das AA

Moskau, den 29. Juni 1936

Tgb.Nr. A/1413

Durchschlag

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Inhalt: Polemik der Sowjetpresse gegen deutsche ostpolitische Äußerungen

Die streitsüchtige Aggressivität, mit welcher die Sowjetpresse auf jede deutsche Meinungsäußerung zu ostpolitischen Fragen reagiert, trat letzthin wieder in charakteristischer Weise zu Tage.

Über das Interview, das Reichsleiter Alfred Rosenberg letzthin dem Vertreter der Transcontinental Press gewährt hatte, berichtete eine in den „Iswestija“ und der „Prawda“ v. 20.6. erschienene Berliner TASS-Meldung¹. Sie war kurz gefasst und beschränkte sich auf die Inhaltswiedergabe einiger Sätze des Interviews, die die deutsche Ostpolitik betrafen und in denen davon die Rede war, dass während in den Kampffahren der nationalsozialistischen Bewegung zur Abwehr des aus Moskau geleiteten Weltbolschewismus auch gewisse raumpolitische Forderungen erhoben worden seien, diese Forderungen heute, infolge der Überwindung des Bolschewismus in Deutschland, keine aktuelle Bedeutung mehr besäßen.

Sowohl die „Iswestija“ wie die „Prawda“ kommentierten diese von der TASS gemeldete Äußerung Rosenbergs völlig ablehnend und in ihrer üblichen Manier. Iswestija suchten die Erklärung Rosenbergs als bloßes Manöver hinzustellen, welches die aktuelle Frage, der Deutschland zur Zeit nicht ausweichen könne, ob es nämlich für oder gegen den Status quo in Europa sei, mit „nebelhaften Erklärungen“ abtue. Keinerlei Gewähr sei dafür vorhanden, dass bei Veränderung der politischen Konjunktur Rosenberg die bolschewistische Gefahr nicht wieder als bedrohlich bezeichnen und demgemäß erneut raumpolitische Forderungen erheben würde, zumal die deutsche Presse ohnehin für jede beliebige revolutionäre Bewegung in der Welt die „Hand Moskau“ verantwortlich mache. Rosenberg sei also doppelzünftig; er wende „Gaunertricks“ an usw. Der Kommentar der „Prawda“ war nach Inhalt und Form ähnlicher Art.

Eine zwar gleichfalls ablehnende, aber doch etwas anders nuancierte Haltung zum Rosenberg-Interview nahm der Artikel des Journal de Moscou v. 23.6. „Neue Mythen des 20. Jahrhunderts“ ein². An Klopffechtereien und Verdrehungen ließ es

¹ Vgl. „Zajavlenie Rozenberga“ (Erklärung Rosenbergs). In: Izvestija vom 21. Juni 1936, S. 4; „Interv'ju Rozenberga predstavitel'ju Transkontinental' Pressbjuro“ (Das dem Vertreter von Transcontinental Press gegebene Interview Rosenbergs). In: Pravda vom 21. Juni 1936, S. 5. In beiden Fällen folgt der TASS-Meldung vom 20.6.1936 ein kleiner Kommentar.

² Vgl. Editorial: „Les nouveaux mythes du XXème siècle“. In: Le Journal de Moscou vom 23. Juni 1936, S. 2.

natürlich auch der Artikel des Journal de Moscou nicht fehlen; aber er rang sich immerhin die Prognose ab, es sei „nicht ausgeschlossen“, dass die deutschen Ostexpansionspläne – wenn auch noch nicht gleich, so doch „in der Zukunft“ – „aufgegeben“ werden könnten, und zwar ohne dass auch nur versucht worden wäre, sie zu verwirklichen (sans même avoir passé par l'épreuve de la pratique), d.h. also, ohne dass es zum Kriege kommt.

So unbegründet die sowjetische Propagandathese, Deutschland verfolge Kriegsziele im Osten, auch ist, so hartnäckig wird sie zumeist in der Sowjetpresse vertreten. Die Äußerung des Journal de Moscou ist somit zum mindesten als Beleg dafür erwähnenswert, dass Moskau wider besseres Wissen jene These aufrechterhält.

Erneute antideutsche Äußerungen der Sowjetpresse wurden durch die im „Völkischen Beobachter“ erscheinende Serie historischer Aufsätze von Professor Sanders, besonders durch seinen Aufsatz v. 25.6. „Grundlagen der europäischen Staatenstruktur“³ hervorgerufen. In der Berliner TASS-Meldung, die einige Stellen aus dem Sanderschen Aufsatz v. 25.6. wiedergab, wurde behauptet, Professor Sanders suche zu beweisen, dass das Bestehen der UdSSR auf ihrem gegenwärtigen Territorium „ungeschichtlich“ sei; gleichzeitig empfehle er in „vorläufig verschleierter Form“ ein europäisch-japanisches Zusammengehen zwecks Aufteilung der UdSSR. „Iswestija“, „Prawda“⁴, „Krasnaja Swesda“ und andere Moskauer Blätter fügten dieser TASS-Meldung polemische Kommentare hinzu, in denen erklärt wurde, wenn im Rosenberg-Interview die deutschen Ostexpansionspläne scheinbar aufgegeben worden seien, so würden sie durch die geschichtlichen Betrachtungen des Professor Sanders erneut vertreten.

Schließlich bemächtigte sich die Sowjetpresse einer Gelegenheit zu deutschfeindlichen Ausfällen aus Anlass einer Meldung, die den Münchner Vortrag des Botschafters v. Ribbentrop über die deutsche auswärtige Politik⁵ betraf. In der erwähnten Meldung war im Besondern die Äußerung des Botschafters von Ribbentrop hervorgehoben worden, dass in der UdSSR eine „aggressive und expansionistische Weltanschauung“ herrsche. Die wütenden Proteste und plumpen Retourkutschen, mit denen die „Iswestija“, die „Prawda“ etc. den Mangel sachlicher Gegenargumente zu ersetzen versuchten, verrieten deutlich, wie unangenehm man sich durch die erwähnte Formulierung getroffen fühlte.

Fasst man die Eindrücke, welche die im Obigen geschilderte jüngste antideutsche Polemik der Sowjetpresse hervorruft, zusammen, so lässt sich trotz gelegentlicher schwacher Abweichungen von der „Generallinie“, wie sie sich in einigen Bemerkungen des Journal de Moscou fanden, im Allgemeinen nur die weitere Fortdauer einer Stimmung feststellen, die jeder Entspannung abgeneigt ist und die ständig nach Gelegenheiten sucht, um der vorübergehend abgeflauten deutschfeindlichen Hetzpropaganda neue Nahrung zuzuführen.

gez. von Tippleskirch

³ So im Dokument; richtig: am 24.6. Vgl. Völkischer Beobachter vom 24. Juni 1936, S. 8.

⁴ Vgl. „Teoretičeskie izyskanija po istorii evropejskich prostranstv v ‚Fel'kišer beobachter“ („Theoretische“ Untersuchungen zur Geschichte der „europäischen Räume“ im „Völkischen Beobachter“). In: Pravda vom 26. Juni 1936, S. 5.

⁵ Am 26.6.1936 auf der Reichstagung der NS-Presse.

Auf erstem Blatt: Kl[einer] Umlauf mit Abzeichnungen und zdA. Am Seitenrand Abzeichnung von Schulenburg vom 4.8. und: ab am 29.6.36. Unten: A 15 h. Auf letztem Blatt Paraphe von T[ippelskirch] 29/6.

PA AA, Moskau 285, o. P., 4 Bl.

Nr. 472

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch

GEHEIM

[1.7.1936]

Ausgangs-Nr. 8832

3.VII.36¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES Gen. ŠTERN MIT TIPPELSKIRCH, 1. JULI 1936

Der erste Gesprächsteil war dem Ableben Bülow² gewidmet. Tippelskirch stellte fest, dass das Auswärtige Amt in letzter Zeit unter keinem guten Stern stehe. Ein Botschafter nach dem anderen stürbe weg, und jetzt sei Bülow gestorben. Bülow sei im Prinzip ein gesunder Mensch gewesen, allerdings anfällig für Erkältungen. Was die Person betreffe, die Bülow ersetzt, so sei bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen worden und T[ippelskirch] könne sich überhaupt nicht vorstellen, wer Nachfolger Bülows sein könnte. Dieckhoff sei zu jung, und von Ribbentrop könne wohl kaum die Rede sein, offenbar werde man auf einen Botschafter zurückgreifen.

2. T. teilte mir mit, dass die Kalenskaja aus der Haft entlassen worden sei.³ Er bat mich zu berücksichtigen, dass dies dank der Hartnäckigkeit der Botschaft erreicht worden sei, die entschieden hätte, unsere Forderung unter allen Umständen zu erfüllen. Danach ging T. sofort zur Frage des Austritts Nymanns aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft (Mitarbeiter des Deutschen Konsulats in Tiflis) über. Ich empfahl T., mit dieser Angelegenheit noch etwas zu warten.

*3. T. bat mich sehr, die Ausstellung der Visa für Fehmer (der Vertreter der Firma Bosch) und für Schulze (Vertreter der Firma DEMAG) zu beschleunigen, die eine unendlich lange Zeit auf die Visa warten, wodurch wichtige Verhandlungen verzögert würden.*⁴

4. T. teilte mir mit, dass General Köstring, der zugleich auch in Kovno Militärattaché sei, am 7. Juli mit dem Auto über Sebež dorthin reise. T. erbat für Köstring ein Laissez-passer⁵ in beide Richtungen. T. wisse, dass wir es in letzter Zeit ablehnen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Von Bülow verstarb am 21.6.1936.

³ Vgl. Dok. 463, Anm. 4.

⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit Tinte angestrichen.

⁵ Hier ein Dokument, das das Recht zur visafreien Ein- und Ausreise in die bzw. aus der UdSSR bestätigt.

ten, derartige Laissez-passer zu erteilen. Ich erläuterte T., dass wir in diesen Fragen auf eine rigorose⁶ Haltung der Deutschen stoßen. Ich werde sehen, was im Falle Köstrings getan werden könne.

5. T. teilte mir mit, dass er von dem heutigen Leitartikel der „Pravda“ über die Meerengen⁷ äußerst überrascht gewesen sei. Von unserer Seite sei in der Nachkriegsperiode noch nie ein solch scharfer Ton gegenüber der Türkei angeschlagen worden. T. fragte mich, von welchen feindlichen Einflüssen in dem Artikel die Rede sei, jedenfalls könne damit selbstverständlich nicht Deutschland gemeint sein. Ich wich einer Antwort aus, äußerte jedoch in halbscherzhafter Form meine Zweifel, dass die Deutschen ein so reines Gewissen hätten, wie T. dies annehme.

6. T. interessierte sich dafür, wo sich Gen. Kandelaki gegenwärtig aufhalte. In Berlin sei man der Ansicht, wir hätten jegliches Interesse an Deutschland verloren. Ich antwortete T., dass das Fehlen eines Interesses eine weitaus positivere Erscheinung wäre als ein mit einem „Minus“ Zeichen versehenes Interesse, wie das bei den deutschen Tendenzen gegenüber der Sowjetunion der Fall sei. Darauf trug T.⁸ die üblichen deutschen Argumente vor, dass die deutsche Politik angesichts der sowjetischen antideutschen Politik lediglich Verteidigungscharakter trüge. Ich widersprach ihm.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 2. an Gen. Stomonjakov, das 3. nach Berlin, das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 50–49. Original.

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁷ Vgl. „Režim prolivov i interesy mira“ (Das Meerengenregime und die Interessen des Friedens). In: Pravda vom 1. Juli 1936, S. 1.

⁸ Das nachfolgende Wort „seine“ ist mit Tinte durchgestrichen.

Nr. 473

**Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung der in Berlin Pozdnjakov mit dem Leiter des Referats V/Russland
in der Politischen Abteilung im AA Hencke**

GEHEIM**Expl. Nr. 1**¹

Berlin, den 1. Juli 1936

Tagebuch
N. Pozdnjakovs
Berlin
Nr. 245²
[...]³

30. Juni. 1. Hencke konfrontierte mich zunächst damit, dass es notwendig sei, die Visapraxis zu regeln. Es gehe nach Auffassung Henckes darum, dass das NKID sehr oft die Entscheidung einzelner Visaangelegenheiten verzögere, was allen in dieser Frage gültigen Abkommen widerspräche (er führte ein jüngstes Beispiel an). Deshalb habe das Auswärtige Amt seine Botschaft in Moskau beauftragt, sich in dieser Frage mit dem NKID in Verbindung zu setzen. Er (Hencke) habe den Auftrag, darüber die Bevollmächtigte Vertretung in Kenntnis zu setzen und sie zu bitten, auch ihrerseits entsprechende Schritte zu unternehmen. Abschließend bat Hencke darum, diesen Teil des Gesprächs Gen. Bessonov zu übermitteln, der, seinen Worten zufolge, die Geschichte dieser Angelegenheit sehr gut kenne. Ich versprach dies zu tun, wobei ich unterstrich, dass ich persönlich nicht mit Visaangelegenheiten befasst sei und sie daher weder in ihrer Gesamtheit noch im konkreten Detail kenne.

2. Im zweiten Teil des Gesprächs kam Hencke erneut auf die Reklametätigkeit von Intourist zu sprechen. Unter Bezugnahme auf die soeben von uns versandte Note betonte er, dass die deutschen Behörden nichts gegen eine derartige Tätigkeit von Intourist einzuwenden hätten und auch nicht haben könnten, solange sie sich im Rahmen derjenigen eines jeglichen Reisebüros⁴ bewege. Intourist überschreite bisweilen diesen Rahmen. In den Prospekten von Intourist wären Dinge zu finden, die dort keinen Platz haben sollten (die Beleuchtung des politischen, sozialen und sonstigen Lebens in der UdSSR in Gegenüberstellung zu anderen Ländern usw.). Hier legte Hencke einige Prospekte von Intourist vor und zeigte danach einige Prospekte französischer und englischer Reisebüros, die er als normale Prospekte bezeichnete.

Unter Berücksichtigung dessen, dass wir noch nicht die Zusammenstellung der Fakten, die im Zusammenhang mit dem Eingang der letzten Note des Auswärtigen Amtes erfolgte, beendet haben, die die Deutschen der tatsächlichen Diskrimi-

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

³ Ausgelassen ist die Aufzeichnung des Gesprächs Pozdnjakovs mit Hencke am 29.6.1936 über die Haftentlassung der sowjetischen Staatsbürgerin Kalenskaja (l. 28).

⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

nierung von Intourist überführen, wick ich einer Fortsetzung des Gesprächs aus und erklärte Hencke, dass ich ihm meine Auffassung mitteilen werde, sobald ich mich ausführlich mit der soeben eingegangenen Note des Auswärtigen Amtes beschäftigt hätte.

Anmerkung: Hinsichtlich der Einschätzung der Prospekte hat Hencke recht. In der von Intourist in Moskau herausgegeben Form können sie in Deutschland nicht verbreitet werden, trotz aller Bemühungen unsererseits. Die hiesige Abteilung von Intourist muss tatsächlich dazu übergehen, das Schwergewicht in der Reklametätigkeit auf die Verwendung eigener Materialien legen, die die deutschen Polizeibestimmungen berücksichtigen.

3. Bei der Verabschiedung bemerkte Hencke, dass er den Pass für die Bürgerin Kalenskaja erhalten habe, sie sei bereits aus der Haft entlassen.⁵

N. Pozdjakov

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats N.N. Krestinskijs mit der Eingangs-Nr. 3729 vom 4.7.1936, der den Vermerk über den Erhalt von 6 Expl., die an M.M. Litvinov, B.S. Stomonjakov, die 2. Westabteilung weitergeleitet wurden, sowie über die Vernichtung von 2 Exemplaren enthält.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 [Exemplare] an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 33, l. 28–28R. Original.

Nr. 474

Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an den Leiter des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke

[Moskau,] den 3. Juli 1936

Tgb. A/1389

Lieber Hencke!

Im Anschluss an meinen Brief vom 29. v. Mts.¹, in dem ich mich bereits über die Aufzeichnung, betreffend militärpolitische Rückwirkungen der Russenpakte im Südostraum (Erlass vom 20. Juni 1936 – Pol.V. 959²) geäußert hatte, möchte ich noch Folgendes mitteilen:

Ich habe den Militärattaché, Herrn General Köstring, dem ich die Aufzeichnung vertraulich zur Kenntnisnahme gegeben habe, veranlasst, dazu Stellung zu nehmen. General Köstring hat mir eine Aufzeichnung zu diesem Thema vorgelegt, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Ich übersende Sie Ihnen anbei in Ab-

⁵ Vgl. auch Dok. 463, Anm. 2.

¹ Ein Auszug dieses Briefes ist enthalten in PA AA, Moskau 164, Bl. 414868-414869.

² Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 392, S. 613–618.

schrift, bemerke jedoch dazu, dass die Aufzeichnung zu meiner persönlichen Information gefertigt worden ist. Infolgedessen darf ich Sie bitten, die Aufzeichnung ebenfalls sich zur persönlichen Unterrichtung dienen zu lassen und sie nicht weiter zu verwerten.

Sie erhalten diesen Brief durch Herrn von Herwarth, der heute nach Berlin fährt, um sich dem Herrn Botschafter³ zur Verfügung zu stellen.

Mit herzlichen Grüßen und Heil Hitler bin ich wie stets

Ihr getreuer

T[ippelskirch]

Moskau, den 3. Juli 1936

Deutsche Botschaft
Der Militär- und Luftattaché
zu A 1398

Stellungnahme zu Ausw[ärtiges] Amt Pol. V 959 v. 20.6.36 (Lufrüstung in der Tschechei).

1.) Eine Nachprüfung der im Bericht gemachten Angaben von hier aus ist vorläufig nicht möglich. Durch den hiesigen italienischen Militärattaché⁴ habe ich erfahren, dass der italienische Attaché in Prag⁵ Anweisung erhalten hatte, die tschechischen *Flugplätze persönlich zu erkunden. Er hat Erweiterungsarbeiten bei einigen Flugplätzen feststellen können, keinerlei Vorbereitungen in bedeutenderem Maßstabe, die auf russisch-tschechische Zusammenarbeit schließen ließen. Auch vielfache Vorstöße von mir⁶ bei anderen Attachés haben keinerlei Anhaltspunkte ergeben.

*2.) Ich bin überzeugt, dass Vereinbarungen zwischen dem russischen und tschechischen Generalstab getroffen sind, die eine Zusammenarbeit festlegen. Besonders für Verwendung der russischen Luftwaffe auf tschechischem Gebiet werden sicher militärische^{*7} und technische Einzelheiten auf dem Papier vereinbart sein. Auf Grund der doch ähnlichen Zusammenarbeit Deutschland/Russland in früheren Jahren und Kenntnis russischen Verhaltens dabei komme ich zu folgenden Auffassungen, die den Angaben des Berichts widersprechen:

a) Die Inbetriebnahme der Fluglinie Moskau-Prag ist vorläufig nicht abzusehen. Es finden monatliche Erkundungen über ihren Beginn statt, die Antwort des Flugplatzes Moskau war negativ.

b) Dass die tschechische Regierung eine Zusammenarbeit mit den Russen bestreitet, ist erklärlich und wird den Tatsachen nicht entsprechen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass *russische Instrukteure und besonders technisches Personal an der Ausbildung tschechischer Fliegertruppen in größerem Ausmaße teilnehmen. Es wäre nicht gegen die Gepflogenheit der Russen, nur einzelne, besonders erprobte Persönlichkeiten ins Ausland zu lassen. Man schätzt da auch den Wert eines

³ Friedrich Werner Graf von der Schulenburg.

⁴ Guido Piacenza.

⁵ Alberto Roda.

⁶ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

⁷ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

russischen Fliegeroffiziers doch zu hoch ein. Kann es die Tschechei nicht selber, so wird sie eher auf das befreundete Frankreich zurückgreifen. Ganz ausgeschlossen ist es, dass hunderte von russische Mannschaften sich in der Tschechei befinden sollen, da der einfache Mann allein schon wegen* der möglichen politischen Beeinflussung im Auslande gar nicht hinausgelassen wird. *Die mit der Leitung der russischen Militärorganisation betrauten Generäle sind hier unbekannt.*⁸

c) Der Materialreichtum der russischen Kriegsindustrie ist nicht so groß, dass sie schon jetzt größere Mengen von Material niederlegen könnte.

d) Militärisch gesehen kann ich mir nicht denken, dass der russische *Generalstab seine wertvollste Waffe, die Bomber – im Kriege nur schwer und langsam ersetzbar – in einen, nur wenige hundert km breiten Darm hineinschieben wird und sie dem Schutze des tschechischen Freundes allein überlassen. Ebenso wenig, dass er mit stärkeren Kräften einer Millionenarmee um Polen „hinten herum“ über Rumänien vormarschiert. Er wäre ja in dem schmalen Darm der Tschechoslowakei von einer Flanke durch den Polen, von der anderen durch Ungarn in seinem weiteren Vormarsch dauernd bedroht*⁹.

*Die bisherige Dislokation der russischen Truppen mit der Hauptmassierung in Weißrussland und Kiewer Militärbezirk gibt jedenfalls nicht den geringsten Anlass dafür, dass der Russe beabsichtigt, sein Kriegsziel über Rumänien gehend zu erreichen.*¹⁰

*Zusammenfassend: Die schon vielfach gemeldeten Absichten eines Zusammengehens Russland/Tschechei in der geschilderten Weise kann vielleicht in späteren Jahren verwirklicht werden, obgleich ich ihre militärische Notwendigkeit nicht einsehe. Vorläufig halte ich sie nicht für gegeben, ein bezahlter Nachrichtendienst wird zurzeit die*¹¹ Konjunktur ausnutzen und viele derartige Meldungen bringen.

Köstring

Auf erstem Blatt Paraphe von Sch[ulenburg] 4/8. Auf letztem Blatt eigenhändige Unterschrift und Notiz von Köstring: Herrn Botschaftsrat mit Bezug auf die Anweisung vorgelegt. K[östring] 3/7.

PA AA, Moskau 164, Bl. 414870-414873.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 427, S. 675–677.

⁸ Die beiden Textstellen des Absatzes sind am Seitenrand angestrichen.

⁹ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

¹⁰ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

¹¹ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Nr. 475

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke mit dem sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Bessonov

Berlin, den 3. Juli 1936

Ref.: L.R.¹ Hencke

1.)² Aufzeichnung

Gelegentlich eines Frühstücks, zu dem ich heute den sowjetischen Botschaftsrat Herrn Bessonoff amtlich eingeladen hatte, brachte mein Gast das Gespräch auf ****den englischen Fragebogen****³.

Herr Bessonoff bemerkte, dass die seinerzeit vom Führer und Reichskanzler für die Verhandlungen über ein neues Locarno gesetzte Frist von vier Monaten bald abgelaufen sei, ohne dass offizielle Besprechungen mit dem Ziele eines neuen Abkommens aufgenommen worden seien. Er frage sich, welche Folgerung Deutschland aus dieser Lage ziehen werde. Die übrigen Locarno-Mächte würden die Verantwortung für die ungeklärten Verhältnisse Deutschland zuschieben, weil es bis heute den Fragebogen nicht beantwortet habe. Herr Bessonoff wollte von mir wissen, ob eine Antwort überhaupt noch beabsichtigt sei.

Ich erwiderte mit dem Hinweis, dass die Frist von 4 Monaten von dem Führer in der Erwartung gesetzt worden sei, dass sich praktische Möglichkeiten für Verhandlungen ergeben würden. Wenn diese bisher noch nicht eingetreten seien, so liege das m. E. nicht zuletzt an der unglücklichen Formulierung des englischen Fragebogens, der unserer durch den Abschluss des französisch-sowjetischen Beistandspakts gekennzeichnete Lage in keiner Weise gerecht würde. Man könne uns nicht zumuten, zu Fragen ****verbindlich****⁴ Stellung zu nehmen, über die nicht nur bei den verschiedenen Locarno-Mächten selbst einstweilen keine Einmütigkeit bestünde, sondern die sogar innerhalb der eigenen Regierung – ich dachte dabei besonders an das britische Kabinett – verschieden beurteilt würden. Ich hätte dienstlich mit dem englischen Fragebogen nichts zu tun und sei daher beim besten Willen nicht in der Lage, ihm in Bezug auf die Beantwortung irgendeine Auskunft zu erteilen. Ich wisse aber, dass die von der Sowjet-Union eindeutig gegen Deutschland abgeschlossenen Pakte eine Entspannung der europäischen Lage außerordentlich erschweren.

Herr Bessonoff führte dann weiter aus, dass er für den Fall einer Beantwortung des englischen Fragebogens in Bezug auf die Frage eines Nichtangriffspakts mit der Sowjet-Union mit 3 Möglichkeiten rechne:

¹ Die Bezeichnung Legationsrat ist nachträglich eingefügt; durchgestrichen: Kons[ul].

² Die Ziffer bezieht sich darauf, dass der Text korrigiert weiterverschickt wurde. Am Ende des Dokuments befindet sich unter dem Datum 8.7.36 folgender Punkt: 2.) Unter je einen Durchdruck der Aufzeichnung zu 1) ist zu setzen: Abschriftlich der Deutschen Botschaft in Moskau, London, Paris, Warschau, der Deutschen Gesandtschaft in Prag, Bukarest, Belgrad – Sammeladresse, je besonders – zur gefälligen Kenntnisnahme ergebenst übersandt. Im Auftrag gez. Hencke.

³ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: die Beantwortung des englischen Fragebogens. Vgl. Dok. 454, Anm. 4.

⁴ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: lediglich.

1.) Deutschland erklärt, es bestünde keine Notwendigkeit zum Abschluss eines Nichtangriffspakts **mit der Sowjetunion**⁵ da keine gemeinsamen Grenzen vorhanden seien und im Übrigen die zurzeit in Kraft befindlichen Verträge dem beiderseitigen Sicherheitsbedürfnis genügend Rechnung trügen.

2.) Deutschland lehnt jeden Gedanken an einen Nichtangriffspakt unter Bezugnahme auf die Beistandspakte zwischen der Sowjet-Union, Frankreich und der Tschechoslowakei ab.

3.) Deutschland erklärt sich bereit, den Berliner Vertrag mit einer Nichtangriffsklausel zu versehen.

Ich antwortete Herrn Bessonoff, dass ich zu diesen Kombinationen keine Stellung nehmen könne. Aus den Erklärungen der Reichsregierung gehe ja aber deutlich hervor, dass Nichtangriffspakte nur mit Nachbarstaaten beabsichtigt seien und dass eine Notwendigkeit zum Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjet-Union tatsächlich nicht vorliege. Deutschland wolle jedenfalls die Sowjet-Union bestimmt nicht angreifen.

Herr Bessonoff entgegnete mit dem Hinweis, dass Deutschland offenbar seine Haltung, die es während der Konferenz von Stresa⁶ eingenommen habe, aufgegeben habe und **jetzt**⁷ den Abschluss von östlichen Nichtangriffspakten – unabhängig von etwa bestehenden militärischen Beistandsverpflichtungen anderer Pakteilnehmer – nicht mehr für möglich halte. Ich bestätigte dies, indem ich nochmals betonte, dass durch den Abschluss und die Ratifizierung der sogenannten Russen-Pakte eine völlig veränderte Situation für Deutschland entstanden sei. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung bemerkte Herr Bessonoff, dass die Sowjet-Regierung glaube, durch die Münchner Rede **des Botschafters**⁸ von Ribbentrop⁹ erneute Beweise für deutsche Angriffsabsichten auf die Sowjet-Union erhalten zu haben. Diese Rede sei umso bezeichnender, weil sie eine Desavouierung der gemäßigten Ausführungen des Reichsleiters Rosenberg durch den ersten außenpolitischen Vertrauensmann des Führers darstelle.

Ich bemerkte demgegenüber, dass man offenbar in Moskau die Rede des Herrn von Ribbentrop nicht genau gelesen habe. Meines Wissens enthalte sie kein Wort über Angriffsabsichten Deutschlands, sondern unterstreiche nur die Gefahr, die uns von Seiten der Sowjet-Union drohe, die nun einmal Militärbündnisse gegen uns abgeschlossen habe und durch **ihre ungewöhnlichen Rüstungen**¹⁰ deutsche Defensivmaßnahmen erforderlich mache. Ich könne nur wiederholen, dass Deutschland seinerseits Frieden wünsche und an einen Angriff auf die Sowjet-Union selbstverständlich nicht denke.

Herr Bessonoff bestritt – wie nicht anders zu erwarten war – mit aller Entschiedenheit, dass die Sowjet-Regierung irgendwelche aggressiven Tendenzen gegen Deutschland verfolge. Insbesondere entbehrten alle Gerüchte über den bevorstehenden Abschluss eines militärischen Beistandspakts zwischen der Sowjet-Union und

⁵ Der Text ist eingefügt.

⁶ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 24, S. 44–45.

⁷ Das Wort ist eingefügt.

⁸ Der Text ist eingefügt.

⁹ Vgl. Dok. 471, Anm. 5.

¹⁰ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: seine ungewöhnlichen Rüstungsmaßnahmen.

Rumänien¹¹ sowie über die Betätigung sowjetischer Fliegeroffiziere in der Tschechoslowakei¹² jeder Begründung. Demgegenüber wies er darauf hin, dass in Sowjetkreisen die Tatsache, dass von den neuen Reichsautobahnen in erster Linie die nach Osten führenden Straßen **von strategischer Bedeutung**¹³ fertiggestellt worden seien, besondere Beachtung gefunden hätte. Meine Antwort lautete dahin, dass ich zum ersten Mal eine derartige Beurteilung dieser Straßen gehört hätte.

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung interessierte sich Herr Bessonoff für die Nachfolge des **verstorbenen Herrn Staatssekretärs¹⁴ und für sonstige Personalfragen, die das Auswärtige Amt betreffen. Ich blieb ihm die Antwort schuldig.^{**15}

Hiermit Herrn Votr. Leg. Rat Woermann ergebenst vorgelegt.

Hencke

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel des AA: Pol V 1516, eing. 7. Juli 1936. Am Seitenrand: Vor Abg[ang] von 72 bei Pol I z[ur] K[enn]t[ni]s W[oermann] 4/7. Unten: Po 2 Ru. Auf dem letzten Blatt Paraphe von Woermann vom 4.7.

PA AA, R 104356, Bl. 212181-212185.

Nr. 476

Rundschreiben des Stellv. Chefs des Amtes Politische Polizei im Hauptamt Sicherheitspolizei Müller

Berlin, den 7. Juli 1936

II 1 A 4/630/36

Nachrichtlich:

- a) An den Herrn Reichs- und Preußischen Minister des Innern,
 - b) An den Herrn Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda,
 - c) An das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung,
 - *d) An das Auswärtige Amt,^{*1}
 - e) An das Außenpolitische Amt der NSDAP,
 - f) An den Herrn Reichskriegsminister,
 - g) An den Herrn Reichswirtschaftsminister,
- in Berlin.

Betr.: Russische Vertrauensstelle.

Vorgang: Ohne

Anlage: 1

Die allgemeinen Verhältnisse innerhalb der russischen Emigration in Deutschland, insbesondere aber die fortgesetzten Streitigkeiten der verschiedenen Emigran-

¹¹ Vgl. dazu den Runderlass des AA vom 6.7.1936. In: ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 432, S. 684–687.

¹² Vgl. Dok. 474.

¹³ Der Text ist eingefügt.

¹⁴ Bernhard von Bülow.

¹⁵ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Herrn Staatssekretärs und sonstige Personalfragen, die das Auswärtige Amt betreffen, auf die ich ihm eine Antwort schuldig blieb.

¹ Der Adressat ist unterstrichen.

tengruppen untereinander, forderten im Interesse der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung schnellste Abhilfe.

Im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen hat sich schließlich aus den Kreisen der Emigranten heraus eine Russische Vertrauensstelle gebildet, die ihren Sitz in Berlin-Charlottenburg, Bleibtreustraße 27, hat. Diese Russische Vertrauensstelle steht unter der Leitung des früheren russischen Generals von Biskupski.² Sowohl die Bildung als auch die Besetzung der Russischen Vertrauensstelle geschah im Einvernehmen mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, *Auswärtigen Amt*³, Außenpolitischen Amt der NSDAP, Reichs- und Preuß. Ministerium des Innern, Reichskriegsministerium und dem Geheimen Staatspolizeiamt.

Die Russische Vertrauensstelle (R.V.St.) hat keinerlei politische Aufgabe. Ihr obliegt lediglich die organisatorische Erfassung und gegebenenfalls Betreuung aller in Deutschland lebenden russischen Emigranten. Sie stellt den erfassten russischen Emigranten Legitimationskarten nach beiliegendem Muster⁴ aus. Diese Karte dient lediglich zum Nachweis dafür, dass der Inhaber von der R.V.St. erfasst und – soweit überhaupt möglich – politisch überprüft ist.

Ich bringe die Gründung der Russischen Vertrauensstelle hiermit zur Kenntnis mit der Bitte, die nachgeordneten Dienststellen hierüber zu unterrichten. Für eine Anordnung an diese Dienststellen, dass jeglicher Schriftwechsel mit der Russischen Vertrauensstelle durch mich geleitet wird, wäre ich besonders dankbar.

Im Auftrage:

gez. Müller

Beglaubigt: [Unterschrift] Kanzleiangestellte

Auf erstem Blatt Eingangsstempel des AA: PolV 1600, 10. JULI 1936. Am Seitenrand Bemerkung: An Büro Pol V Haben wir darüber Vorgänge? Stempel: Wiedervorgelegt am 27/7 Büro Pol V. Darunter Paraphe von Jungheim vom 13.7. Am Ende: 248891/2.

PA AA, R 104376, Bl. 248891-248891/R.

² Biskupskij hatte sich im Juni an das AA gewandt mit der Bitte, von Staatssekretär von Bülow oder Ministerialdirektor Dieckhoff empfangen zu werden. Da das Gestapa die Auflage gemacht hatte, dass die Vertrauensstelle sich jeglicher außenpolitischen Tätigkeit enthalten solle, wurde lediglich ein Treffen mit Hencke für wünschenswert erachtet. Dieses fand am 19.6.1936 statt. Bei diesem Gespräch äußerte Biskupskij den Wunsch, von Freiherrn von Neurath empfangen zu werden, worauf Hencke gar nicht einging. Vgl. PA AA, R 104376, Bl. 248870-248873.

³ Der Text ist unterstrichen.

⁴ Das Muster einer solchen Legitimationskarte liegt dem Schreiben bei.

Nr. 477

Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin an das AA

Berlin, den 11. Juli 1936

Botschaft der UdSSR in Deutschland

– 548 –

An das Auswärtige Amt

Verbalnote

Die Botschaft der UdSSR beehrt sich, den Empfang der Note des Auswärtigen Amtes Nr. Pol. V. 703 vom 26. Juni ds. Js.¹ zu bestätigen

Die Botschaft hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, dass dem Reisebüro Intourist deutscherseits die gleichen Rechte und Geschäftsbedingungen zugestanden werden wie allen anderen Reisebüros in Deutschland.

Der Botschaft sind jedoch einige Vorfälle bekannt, die von einer gewissen Diskriminierung der Intourist GmbH seitens der deutschen Behörden sprechen.

Seit Anfang April 1935 wurde in Berlin, München, Leipzig, Frankfurt/Main und anderen Städten die Anbringung von Plakaten der Intourist GmbH ungeachtet ihres allgemein üblichen Charakters verboten.

Der Intourist GmbH wurde die Plakatierung in der Berliner Untergrundbahn untersagt, obwohl alle anderen Reisebüros sich dieser Art von Reklame bedienen können.

Seit Juni 1935 haben alle Zeitungen Berlins und anderer Städte die Bekanntmachungen von Intourist eingestellt, während in dieser Zeit alle anderen Reisebüros ihre Bekanntmachungen ohne weiteres in den Zeitungen veröffentlichen konnten.

Im Januar 1936 wurde nicht nur die Bekanntmachung der transkaukasischen und transsibirischen Eisenbahnverbindungen von den Zeitungen abgelehnt, sondern auch von der Deutschen Reichspostreklame GmbH im amtlichen Reichskursbuch (Schreiben der genannten Gesellschaft vom 25.3.1936).

Intourist hat nicht wie die anderen Reisebüros die Möglichkeit, die Diapositivreklame auszunützen. Die Firma „Palast“, mit welcher Intourist einen Vertrag über die Vorführung einer solchen Reklame in einigen Theatern von Berlin abgeschlossen hatte, brach diesen Vertrag im Januar ds. Js. auf Anweisungen der Polizei ab.

Im Juni 1935 verbot die Geheime Staatspolizei der Firma „Berek“ irgendwelche geschäftlichen Beziehungen mit der Intourist GmbH zu unterhalten. Die Firma „Berek“ schrieb dabei an das Reisebüro Intourist wie folgt:

„Wir gestatten uns hiermit, Sie höflichst davon in Kenntnis zu setzen, dass wir von der Geheimen Staatspolizei soeben eine Verfügung erhalten haben, nach der wir bis auf weiteres Aufträge Ihres werten Unternehmens auf Druck und Plakatierung nicht ausführen dürfen.“

Bis zum heutigen Tage hat die genannte Firma mit dem Reisebüro Intourist ihre geschäftlichen Beziehungen nicht hergestellt.

Ein analoger Vorfall ereignete sich mit der Firma Brettschneider, München (siehe Note der Botschaft Nr. 548 vom 9.6.36²), indem das gesamte sich bei dieser

¹ Vgl. AVP RF, f. 010, op. 11, p. 69, d. 37, l. 51. Entwurf vgl. Dok. 468, Anm. 7.

² Vgl. Dok. 468, Anm. 4.

Firma befindliche Reklamematerial der Intourist GmbH beschlagnahmt wurde. Die Botschaft bittet das Auswärtige Amt unter anderem, entsprechende Schritte für die Wiedererlangung und Rückgabe des Materials an Intourist zu unternehmen.

Abschließend gestattet sich die Botschaft der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass durch die wohlwollende Einwirkung des Auswärtigen Amtes alle diese diskriminierenden Erscheinungen der Intourist GmbH gegenüber in der nächsten Zeit aus der Welt geschaffen werden können.

Für die freundlichen Bemühungen gestattet sich die Botschaft im Voraus ihren verbindlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 69, d. 37, l. 51–52. In deutscher Sprache.

Nr. 478

**Rede des Leiters der Abteilung für Handelspolitik der Handelsvertretung
in Berlin Gasjuk auf der Sitzung des Rates beim Volkskommissar für
Außenhandel**

[11.7.1936]

STENOGRAMM

**DER SITZUNG DES RATES BEIM VOLKSKOMMISSAR FÜR AUßENHANDEL,
11. JULI 1936**

(Morgensitzung)

Gen. GASJUK. Die Frage, die Außenhandelstätigkeit in die UdSSR zu verlagern, ist nicht vollkommen zufällig als Tagungsordnungspunkt Nr. 1 für die erste Sitzung des Rates beim Volkskommissar für Außenhandel angesetzt worden. Diese Maßnahme von Partei und Regierung, die auf Initiative des Führers unserer Partei und unseres Landes Gen. Stalin aufgegriffen wurde, ist von einer gewaltigen politischen Bedeutung und ist zweifellos ein sehr großes Ereignis in der Geschichte unseres Kampfes zur Festigung des Außenhandelsmonopols.

Es wäre deshalb absolut unzulässig und parteifeindlich, diese Maßnahme, zumal auf solch einer hoch bedeutsamen Sitzung wie der heutigen, lediglich im Lichte einer zahlenmäßigen Bilanzierung ihrer Erfüllung zu betrachten und dabei jene große politische Wichtigkeit der Aufgaben außer Acht zu lassen, die im Zusammenhang mit der Überführung der Außenhandelstätigkeit in die UdSSR vor den Mitarbeitern des Außenhandels standen und stehen werden.

Die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland betrachtete die Verlegung der Handelsoperation in die UdSSR von Anfang an als eine politische Frage, und nur so ist es gelungen, unter den komplizierten und schweren Bedingungen, die für unsere Arbeit in dem gegenwärtigen faschistischen¹ Deutschland bestehen, diese Direktive von Partei und Regierung ^{**}erfolgreich^{**2} zu erfüllen.

¹ Das Wort ist mit Tinte durchgestrichen.

² Das Wort ist mit Tinte über der Zeile korrigiert; ursprünglich: verstärkt.

³Es gibt kaum ein anderes³ Land, in dem unsere Außenhandelsmitarbeiter unter solch komplizierten und schwierigen Bedingungen, wie sie im gegenwärtigen faschistischen⁴ Deutschland existieren, arbeiten müssen. Diese Bedingungen ergeben sich in erster Linie aus der zwiespältigen und widersprüchlichen Politik des deutschen Faschismus gegenüber der UdSSR.

Es ist weithin bekannt, dass gewisse Kreise des deutschen Faschismus bewusst und mehr oder weniger offen eine Kriegsvorbereitung gegen die UdSSR betreiben. Davon ⁵sprechen⁵ nicht nur diese oder jene ⁶Artikel und Reden⁶ der Führer des deutschen Faschismus, die in der sowjetischen und Auslandspresse oft veröffentlicht wurden. ⁷Davon zeugen auch⁷ die Zielstrebigkeit der militärischen und strategischen Vorbereitung Deutschlands sowie auch das Verhalten einzelner Firmen, die den Weisungen der entsprechenden Organe folgen, gegenüber unseren Aufträgen, die für die Verteidigung bestimmt sind.

Andererseits ist gut bekannt, dass das faschistische⁸ Deutschland das erste Land in der Welt war, das der Sowjetunion einen langfristigen Fünfjahreskredit gewährte⁹ und sich einer Wirtschaftszusammenarbeit mit der Sowjetunion überhaupt nicht entzieht.

Diese Zwiespältigkeit und Widersprüchlichkeit der Politik des deutschen Faschismus gegenüber der Sowjetunion resultiert daraus, dass es im Lager des deutschen Faschismus bei der Einschätzung der Taktik Deutschlands gegenüber der Sowjetunion zwei Gruppen gibt. Die eine Gruppe betreibt eine abenteuerliche Politik, die den Bruch mit der UdSSR als notwendig erachtet und ihn so schnell wie möglich vorbereitet, da sie meint, ein solcher Akt würde einen Mobilisierungsschub für die antibolschewistischen Kräfte in der ganzen Welt auslösen. Die andere Gruppe, die von bestimmten Kreisen der Industriellen und der Armee unterstützt wird, steht auf dem Standpunkt der Realpolitik. Diese Gruppe befürchtet nicht ohne Grund, dass sich ein Bruch mit der Sowjetunion zum jetzigen Zeitpunkt als ein riskantes Abenteuer erweisen könnte und schlägt vor, abzuwarten und keineswegs die Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion abreißen zu lassen.

Realistisch gesonnene Industriellenkreise Deutschlands setzen kein Vertrauen in die Stabilität¹⁰ der jetzt in Deutschland herrschenden ¹¹Konjunktur¹¹. Sie verstehen sehr gut, dass die gewaltigen Finanzaufwendungen des Staates für die Rüstung alle Grundlagen der deutschen Wirtschaft, insbesondere ihre Finanzen, in einem solchen Maße untergraben haben, dass entweder ein plötzlicher Zusammenbruch mit allen sich daraus ergebenden sozialen Folgen möglich ist oder der deutsche Faschismus gezwungen sein wird, seine Rüstungsaufträge zu drosseln und zu reduzieren.

³ Der Text ist mit Tinte über den durchgestrichenen Text „Es gibt wohl kaum noch ein anderes“ geschrieben.

⁴ Das Wort ist mit Tinte durchgestrichen.

⁵ Das Wort ist mit Tinte über das durchgestrichene Wort „zeugen“ geschrieben.

⁶ Der Text ist mit Tinte über den durchgestrichenen Text „Schreiben und Äußerungen“ geschrieben.

⁷ Der Text ist mit Tinte über den durchgestrichenen Text „sondern auch“ geschrieben.

⁸ Das Wort ist mit Tinte durchgestrichen.

⁹ Vgl. dazu das sowjetisch-deutsche Wirtschafts- und Handelsabkommen vom 9.4.1935; Dok. 116.

¹⁰ Der nachfolgende Text ist mit Tinte durchgestrichen: der sogenannten „staatlichen Konjunktur“.

¹¹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

Unter diesen Bedingungen haben die deutschen Industriellen nichts dagegen einzuwenden, sich durch sowjetische Aufträge abzusichern und damit zugleich auch die Rohstoffprobleme durch den Kauf von Rohstoffen in der UdSSR abzuschwächen.

Somit sind die Bedingungen für unsere Außenhandelsarbeit in Deutschland überaus widersprüchlich. Einerseits streben gewisse Kreise des deutschen Faschismus danach, die Beziehungen Deutschlands mit der Sowjetunion zu verschärfen, andererseits zwingen die wachsenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Kriegsprogramms, das Export- und das Rohstoffproblem die deutschen Industriellen, selbst jene, die jetzt mit Rüstungsaufträgen ausgelastet sind, dazu, dem Außenmarkt und insbesondere der UdSSR als größtem Auftraggeber und Lieferant von Rohstoffen eine immer größere Beachtung zu schenken.

Damit erschöpft sich aber nicht die Kompliziertheit der Bedingungen, unter denen unsere Außenhandelsorgane in Deutschland arbeiten müssen. Die Schwierigkeit der Bedingungen wird noch dadurch verschärft, dass wir die in Deutschland verhältnismäßig günstige Konjunktur für unsere Exportwaren effektiv ausnutzen, was bei den Behörden auf hartnäckigen Widerstand stößt, die den deutschen Außenhandel kontrollieren. Bekanntlich unterliegt die Einfuhr ausnahmslos aller Waren nach Deutschland einer Kontrolle, die von 23 Kontrollbehörden und 4 staatlichen Monopolen wahrgenommen wird. Diese stellen den Importeuren Devisengenehmigungen zur Bezahlung der importierten Waren aus. Erst nach einer sorgfältigen Prüfung des Vertrages, seiner Konditionen und insbesondere der Preise genehmigen die Kontrollbehörden die Einfuhr dieser oder jener Ware; oder sie erteilen erst nach einer Veränderung der Vertragsbedingungen und vor allem unter der Bedingung einer Preissenkung eine Genehmigung.

Die insgesamt günstige Konjunktur für unseren Import weiterhin effektiv zu nutzen, stößt auf Schwierigkeiten, die sich wegen der hohen Auslastung der deutschen Industrie mit Rüstungsaufträgen ergeben. Zugleich ist eine gewisse Energie und Beharrlichkeit erforderlich, um jene Exportprämie für die zu kaufenden Waren zu erhalten, deren Gewährung an die UdSSR in dem letzten sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommen¹² festgeschrieben worden ist. In Deutschland existieren fast 30 spezielle Überprüfungsbehörden, die die Voraussetzungen für die Gewährung dieser Prämie generell und **im Einzelnen**¹³ ihre Höhe festlegen.

Ohne eine mithin sehr entschiedene Druckausübung auf die Behörden, die die Einfuhr der Waren nach Deutschland kontrollieren, und auf die Organe, die für die Festlegung der Exportprämie bei der Ausfuhr von Waren aus Deutschland zuständig sind, ist es schwer, die erforderlichen Konditionen zu erhalten und in erster Linie hohe Preise für unseren Export und niedrige Preise für unseren Import zu erzielen.

Nachdem man fast 50 dieser Behörden durchlaufen hat, in denen man gezwungen ist, mal zu streiten, mal zu drohen, mal freundliche Gespräche zu führen, versucht man, annehmbare Preise und Konditionen für die zu verkaufenden Waren und zu erwerbenden Waren zu erzielen.

So sieht die knappe Einschätzung der Bedingungen aus, unter denen die sowjetischen Außenhandelsmitarbeiter in Deutschland arbeiten müssen.

¹² Vom 29.4.1936. Vgl. Dok. 451, Anm. 2.

¹³ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

Es bedarf nicht vieler Worte um festzustellen, dass solche harten und schwierigen Arbeitsbedingungen die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland vor die Notwendigkeit gestellt haben, sich außerordentlich verantwortungsbewusst mit der Umsetzung der Direktiven der Partei, der Regierung und des NKVT zur Verlagerung der [Handels]Operationen in die UdSSR zu befassen.

Wir waren uns darüber im Klaren, dass eine mechanische Verlagerung der Operationen in die Sowjetunion unter den Bedingungen, die sich jetzt in Deutschland für unsere Außenhandelsarbeit ergeben, mit ernststen Konsequenzen verbunden sein kann, da allein die Erfüllung der vom NKVT festgelegten quantitativen Limits noch kein ausreichendes Kriterium ist, wie dies einige meinen, um die erfolgreiche Durchführung dieser Arbeit im allgemeinen und für die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland angesichts der dargelegten Gründe im besonderen zu bewerten.

Dies alles berücksichtigend beschränkten wir uns bei unserer Arbeit nicht darauf, uns nur darauf zu konzentrieren, die Limits des NKVT zur Verlagerung der Operationen in die UdSSR zu erfüllen. Vielmehr stellten wir uns eine ganze Reihe von Aufgaben¹⁴, darunter auch politische, die sich aus der Verlagerung der Außenhandelstätigkeit in die Sowjetunion ergaben.

Auf zwei dieser Aufgaben, und zwar auf die Aufgabe, die Operationen in die Sowjetunion ohne Schaden für den sowjetischen Staat zu verlagern, der bei solch einer Arbeit möglich ist, und auf die Aufgabe, unsere Kader für die Arbeit auf neue Art vorzubereiten, möchte ich gern näher eingehen.

Wenn man von Schaden spricht, der in der ersten Zeit bei der Verlagerung der Operationen in die Sowjetunion möglich ist, meinten wir in erster Linie die ungenügende Vorbereitung der Spezialvereinigungen, und man muss sagen, dass wir uns nicht geirrt haben. Unsere Annahmen wurden durch eine ganze Reihe von Fakten bestätigt.

Wir mussten oft die Fehler der Spezialvereinigungen korrigieren. In erster Linie ging es dabei um solche Fehler, die für den sowjetischen Staat einen materiellen Schaden bedeuteten, oder die die Verlagerung der Operationen in die Sowjetunion in den Augen unserer Käufer und Verkäufer diskreditierten.

Wie, wenn nicht als Diskreditierung, ist die Verlagerung der Operationen in die Sowjetunion zu bezeichnen, wenn in der Handelsvertretung Firmenvertreter erscheinen, um Klage darüber zu führen, dass diese oder jene Vereinigung nicht auf wiederholte Anfragen antwortet, und die zugleich darum bitten, dass die Handelsvertretung auf Kosten der Firmen die entsprechenden Vereinigungen anruft oder ihnen ein Telegramm schickt.

Wie sind solche Fälle nicht als ein materieller Schaden für die Sowjetunion zu werten, wenn der Geschäftsabschluss in der UdSSR erfolgt, ohne zuvor die Konjunktur des deutschen Marktes erkundet zu haben.

Dies führt unweigerlich zu einem Erlösverlust bei den Preisen. Eine Reihe von Waren ist zum Beispiel auf dem deutschen Markt zu einem niedrigeren Preis verkauft worden als dem, den man hätte erzielen können, wenn die Handelsvertretung über die Verhandlungen, die die Vereinigungen geführt haben, ins Bild gesetzt wor-

¹⁴ Der nachfolgende Text „und insbesondere politische Aufgaben“ ist mit Tinte durchgestrichen.

den wäre. Die Vereinigung „Lektechsyr'e“ verkaufte Mohn, Safran, Ameiseneier zu unvergleichlich niedrigeren Preisen, als die, die man auf dem deutschen Markt hätte erzielen können. Es ist [hier] nicht die Zeit, um alle Fakten aufzuzählen, bei denen auf Verschulden der Vereinigungen die Verlagerung der Operationen ungenügend durchgeführt wurde und dadurch dem Sowjetstaat ein materieller Schaden entstanden ist.

Der Kampf um die Verlagerung der Operation in die Sowjetunion ohne Verluste für den Sowjetstaat ist eine politische Frage. Und es ist einfach nur zu bedauern, dass in den Vorträgen außer der Darlegung der Bilanzzahlen nichts darüber gesagt worden ist, ob die Verlagerung der Operationen mit Verlusten oder ohne Verluste für den Staat vollzogen worden ist. Deshalb wäre es heute angebracht, dass sowohl die Vertreter der Vereinigungen als auch die Handelsvertretung darüber sprechen sollten, wie die Verlagerung der Operationen in die Sowjetunion vor sich gegangen ist. Vor allem sollten sie darüber berichten, wie sie darum kämpften, die Verlagerung der Operationen in die Sowjetunion reibungslos und ohne Verluste für den sowjetischen Staat durchzuführen. Es reicht nicht aus, sich mit der Feststellung zu begnügen, dass die Vorgaben des NKVT erfüllt worden sind und wie hoch der Anteil der An- und Verkäufe ist, die unmittelbar ^{**in**}¹⁵ der UdSSR getätigt worden sind.

Mit der Verlagerung der Operationen in die Sowjetunion wurde weiterhin beabsichtigt, nicht nur den teuren Auslandsapparat auf ein Mindestmaß zu reduzieren und zu Handelsformen überzugehen, die in der Praxis des internationalen Handelsverkehrs am gängigsten sind (denn Handelsvertretungen unterhält nur die Sowjetunion), im Ausland jedoch einen quantitativ kleinen, aber hochqualifizierten Apparat beizubehalten.

Die jetzt im Ausland verbleibenden Außenhandelsmitarbeiter werden sich deutlich von den Mitarbeitern früherer Zeiten unterscheiden.

Wenn die Vereinigungen früher Dutzende von Fachleuten für die einzelnen Waren beschäftigten, so werden die Vereinigungen jetzt nur 1–2 Vertreter haben, ^{**die**}¹⁶ sich aus operativen Mitarbeitern für bestimmte Waren¹⁷ mehr und mehr, je nach Maßgabe der Verlagerung der Operationen in die Sowjetunion, in Handelsagenten der Vereinigungen, und in kleinen Ländern in Mitarbeiter vom Format eines Handelsattachés verwandeln werden.

Diese Veränderung der Funktion unserer Außenhandelsmitarbeiter im Ausland stellt an sie auch neue Anforderungen. Sie müssen nicht nur eine einzige, sondern mehrere Waren kennen, sie müssen große wirtschaftliche Kenntnisse besitzen, weil ihre Hauptaufgabe darin bestehen wird, nicht nur die Konjunktur einer einzigen Ware, sondern mehrerer Waren zu untersuchen, nicht nur ein Dutzend Firmen, sondern hunderte zu kennen. Sie müssen einen großen Horizont haben, die Fähigkeit besitzen, sich leicht in der komplizierten Situation des kapitalistischen Marktes zu orientieren und mühelos die wahren Ursachen für die eine oder andere Erscheinung zu erfassen.

Wenn früher die Existenz von großen Kollektiven sowjetischer Mitarbeiter im Ausland die gegenseitige politische Kontrolle und politische Erziehung der Mitar-

¹⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁶ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁷ Das nachfolgende Wort „welche“ ist mit Tinte durchgestrichen.

beiter ermöglichte und gewährleistete, so werden jetzt diese Kollektive kleiner werden. In einigen Ländern werden dies sogar keine Kollektive mehr sein, sondern 1–2 Personen umfassen. Demzufolge muss auch die Frage der politischen Loyalität dieser Mitarbeiter und ****bezüglich****¹⁸ des Grades ihrer politischen Wachsamkeit auf neue Weise gestellt werden. Das Problem der Auslandskader erlangt deshalb jetzt eine besondere Bedeutung. Wenn zum 1. Januar 1937 eine verhältnismäßig geringe Anzahl von sowjetischen Außenhandelsmitarbeitern im Ausland verbleiben soll, so ist klar, dass diese Quantität von einer sehr hohen Qualität sein muss. Dies müssen Mitarbeiter sein, die sich auf wahrhaft bolschewistische, stalinsche Weise für die Verwirklichung der Aufgaben schlagen, die unserem Handel von der Partei und unserer Regierung gestellt werden.

Geleitet von dem weisen Ratschlag des Gen. Stalin, dass „die Kader alles entscheiden“¹⁹, hat die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland bei den zahlreichen Maßnahmen zur Vorbereitung der Auslandsarbeit auf diese neuen Arbeitsbedingungen besonderen Wert auf die Personalauswahl gelegt.

Die Handelsvertretung:

a) bemühte sich darum, sich vor allem von all denen zu trennen, die zur Umstellung auf die neuen Aufgaben nicht geeignet waren;

b) entfaltete eine breite Arbeit, um die Qualifikation der verbleibenden Mitarbeiter zu erhöhen; Tag für Tag erzieht sie beharrlich ihre Mitarbeiter und vermittelt ihnen das Bewusstsein einer besonderen politischen Verantwortung und die Fähigkeit, scharfsichtig und wachsam zu sein.

Im Verlaufe des Jahres 1935 und während des zu Ende gegangenen ersten Halbjahres 1936 erbrachte die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland²⁰ eine große Leistung bei der Weiterqualifizierung²¹ ihrer Mitarbeiter. Mit Vorlesungen, Zirkeln, Vorträgen und Seminaren zu Fragen des Außenhandels, der Wirtschaft des Landes, zum Erlernen der Sprache,²² zum technischen Minimum usw. bildete die Handelsvertretung mit Nachdruck und systematisch einen neuen Typ des Auslandsmitarbeiters des Außenhandels aus. Diese Arbeit brachte bereits zum Teil Ergebnisse: ****fast****²³ 99 Prozent der Mitarbeiter, die das allgemeine außenhändlerische technische Minimum ablegten, schlossen es mit „ausgezeichnet“ oder „gut“ ab.

Entschlossen, für die Hebung der Qualifikation der Außenhandelsmitarbeiter und für die Erhöhung ihrer bolschewistischen Wachsamkeit zu kämpfen, um auf die verschiedenste Weise alle die aus dem System des Außenhandels auszuschließen, die nicht die von der Partei gestellten neuen Anforderungen an einen Mitarbeiter des Außenhandels verstehen – so lautet die politische Fragestellung bezüglich der Verlagerung der Außenhandelstätigkeit in die UdSSR.

¹⁸ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁹ Am 4.5.1935 auf dem Empfang für die Absolventen der Akademie der RKKA. Vgl. Zastol'nye reči Stalina. Dokumenty i materialy (Stalins Tischreden. Dokumente und Materialien), hrsg. von V.A. Nevežin. Moskva/Sankt Peterburg 2003, S. 83.

²⁰ Der nachfolgende Text „zusammen mit den gesellschaftlichen Organisationen“ ist mit Tinte durchgestrichen.

²¹ Der nachfolgende Text „und bei der politischen Erziehung“ ist mit Tinte durchgestrichen.

²² Der nachfolgende Text „und Studium der Geschichte der Partei“ ist mit Tinte durchgestrichen.

²³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

In den gestrigen Vorträgen²⁴ fand dies leider keine Widerspiegelung. Wenn man über die Kader sprach, so wurde über Quantitäten, nicht aber über die Qualitäten dieser Kader gesprochen, **und**²⁵, was das Wichtigste ist, es wurde nicht über die Qualitäten gesprochen, über die der neue Typ unseres Außenhandelsmitarbeiters verfügen muss.

Die häufige und unmittelbare Fühlungnahme der Mitarbeiter der Vereinigungen mit kapitalistischen Firmenvertretern legt auch den Vereinigungen eine gewaltige Verantwortung auf, die Qualität der Mitarbeiter der Vereinigungen und insbesondere solche Eigenschaften wie die revolutionäre Wachsamkeit zu heben.

Wir sind fest davon überzeugt, dass wir unter der Führung unseres Volkskommissars Gen. Rozengol'c die Verlagerung der Außenhandelstätigkeit in die Sowjetunion in Ehren zum Abschluss bringen werden – eine Sache, die **für**²⁶ die weitere Festigung des Außenhandelsmonopols von großer Bedeutung ist, eine Sache, deren Initiator und Inspirator unser Führer und Lehrer Gen. Stalin ist.

Vermerk N.K. Gasjuks mit Tinte: Von Gen. Gasjuk persönlich korrigiertes Expl. Gasjuk.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2156, l. 79–90. Original.

Nr. 479

Aufzeichnung des Leiters des Referats IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA Schnurre

Berlin, den 20. Juli 1936
zu W IV O E 951/36

Aufzeichnung

Betr.: Verlängerung des Wirtschaftsvertrages vom 29.4.1936¹ mit Sowjetrußland.

Unter dem Vorsitz des Min.Rats Mossdorf fand am 16. Juli d. J. im Reichs- und Preuß. Wirtschaftsministerium eine informatorische Besprechung über eine etwaige Verlängerung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrags vom 29. April 1936 statt. Vertreten war das Auswärtige Amt, das Reichs- u. Preuß. Wirtsch. Min. und das Reich- u. Preuß. Min. f. Ernährung und Landwirtschaft, die Reichsstelle f. Devisenbewirtschaftung und der Russlandausschuss der deutschen Wirtschaft.

Min.Rat. Mossdorf teilte mit, dass Herr Friedrichson von der russischen Handelsvertretung wegen der Verlängerung des Vertrages an ihn herangetreten sei. Herr Friedrichsson habe erklärt, rein privat, ohne Auftrag seiner Regierung zu handeln. Er habe darauf hingewiesen, dass der Verfügungstermin vom 28. Februar 1937 über die aus dem Export russischer Waren eingehenden Reichsmarkbeträge in Anbe-

²⁴ Gemeint ist die Diskussion zum Vortrag des Leiters der Exportverwaltung des NKVT Rabinovič zum Beschluss des SNK über die Verlagerung der Operationen zum Abschluss von Exportgeschäften in die UdSSR.

²⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

²⁶ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹ Vgl. Dok. 451, Anm. 2.

tracht der langen Lieferfristen der deutschen Industrie viel zu kurz bemessen sei, und dass man schon jetzt rechtzeitig für das nächste Jahr disponieren müsse, damit es nicht so gehe wie dieses Jahr, wo man wegen späten Zustandekommens des diesjährigen Abkommens bereits über den größten Teil der Waren disponiert habe. Das R. u. Preuß. Wirtsch. Min. setzte sich für eine Verlängerung des Vertrages in der jetzigen Form ein. Zwar sei die Entwicklung nicht in jeder Hinsicht befriedigend gewesen, insbesondere deshalb, weil der Vertrag die Russen nicht verpflichtet zu liefern. Eine Änderung des Vertrages würde aber Verhandlungen erforderlich machen. Die Russen hätten jedoch deutlich zu verstehen gegeben, dass ihnen Verhandlungen über den Vertrag jetzt nicht erwünscht seien. Wir hätten mit dem Vertrage damals nicht eine umfassende Regelung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen bezweckt, sondern es wäre uns im Wesentlichen darauf angekommen, die ausstehenden Forderungen in Gold hereinzubekommen. Die in dieser Hinsicht mit dem Vertrag verbundenen Vorteile bestünden fort, insbesondere würde an den für 1936 fälligen Goldzahlungen von etwa 30 Millionen RM nichts geändert. Bei einer Verlängerung um ein Jahr würden auch die im Jahr 1937 fällig werdenden Zahlungen in gleicher Weise von den Russen in Gold oder Devisen zu begleichen sein. Eine Verlängerung in dieser Form sei daher empfehlenswert.

Demgegenüber wurde vom Auswärtigen Amt (VLR Schnurre) die Auffassung vertreten, man solle sich nicht schon jetzt auf ein weiteres Jahr an eine Vertragsform binden, von der man nicht wisse, ob sie sich überhaupt im Russengeschäft bewähre. Die Verlängerung „tel quel“ würde bedeuten, dass wir uns auch auf die offensichtlichen Mängel des jetzigen Vertragstyps festlegen, die darin bestehen, dass es völlig im Belieben der Russen stehe, was sie uns liefern und was sie aus dem Vertrag machen wollen. Außerdem sei damit zu rechnen, dass auch die Frage eines neuen Kredits an die Russen wieder aktuell werde. Es lasse sich nicht übersehen, ob sich der jetzige Vertragstyp mit einem neuen Kreditgeschäft vereinbaren lasse, da die Lust der Russen, uns zu liefern, natürlich noch geringer wird, wenn sie Bestellungen auf Kreditgrundlage tätigen können. Man solle daher den dringendsten Punkt der Vereinbarungen vom 29. April 1936 ändern und den Verfügungstermin in angemessener Weise im Einvernehmen mit den Russen verlängern. Einer Verlängerung des Abkommens solle man nur dann nähertreten, wenn es gelänge, die russischen Verpflichtungen, und zwar sowohl hinsichtlich der Lieferung von Waren wie auch der Aufgabe von Bestellungen, in präzisere Form zu bringen.

Auch der Russlandausschuss sprach sich gegen eine Verlängerung des Vertrages in seiner jetzigen Form aus. Ebenso tat dies mit besonderem Nachdruck der Vertreter des R.u.Pr.Min. f. Ernährung und Landwirtschaft, Min.Rat Schefold.

Beschlüsse wurden nicht gefasst. Min.Rat Mossdorf will nach Rückkehr der Russen aus Moskau mit diesen verbindlich die Situation durchsprechen und dann zu einer erneuten Besprechung einladen.

Berlin, den 20. Juli 1936.

gez. Schnurre

Auferstem Blatt unten: Durchschlag erhalten: Min. Dir. Ritter, VLR Benzler [unterstrichen], Pol V b, daneben: Wichtig VLR Benzler [...] vzl g [vorzulegen] *Paraphe unleserlich* 24/7.

PA AA, R 105998, Bl. H 001070-001073.

Nr. 480
**Auszug aus dem Gutachten des Reichsministeriums für Volksaufklärung
und Propaganda**

[21. Juli 1936]¹

Gutachten
über die wissenschaftliche Lehrmeinung von Oberstleutnant
Oskar Ritter von Niedermayer

1. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die vorliegende, mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit durchgeführte Untersuchung hat über die wissenschaftliche Lehrmeinung Dr. v. Niedermayers folgendes ergeben:

1) Der Ausgangspunkt aller Betrachtungen Dr. v. Niedermayers über die Sowjetunion ist nicht völkisch, sondern rein etatistisch.

2) Zur Begründung seiner Behauptungen benutzt Dr. v. Niedermayer fast völlig kritiklos sowjetische Quellen, die erwiesenermaßen ganz unzuverlässig sind und von der Sowjetregierung oft direkt gefälscht werden.

3) Die der Sowjetunion gewidmeten Bücher Dr. v. Niedermayers haben pro-sowjetische Tendenz.

4) In diesen seinen Werken setzt sich Dr. v. Niedermayer für die Rapallo-Politik ein. Zu diesem Zweck versucht er,

5) die wahren aggressiven weltrevolutionären Ziele der Sowjetunion zu verschleiern. Er schildert die Stärke der Roten Armee unter besonderer Berücksichtigung ihres „defensiven“ Charakters, um so die Bündnisfähigkeit der Sowjetunion zu beweisen.

6) Er schildert nicht die furchtbare Wirklichkeit des Sowjetlebens, sondern spricht von nicht existierenden „Erfolgen“ und vermittelt so ein vollkommen falsches Bild von der Sowjet-Union.

7) Er bemüht sich, die von internationalen Mächten begründete Sowjet-Regierung als eine national-russische Regierung hinzustellen.

8) Diese Ansichten Dr. v. Niedermayers stehen in direktem Gegensatz zur nationalsozialistischen Auffassung.

2. Die deutschen „Russlandkenner“ der Nachkriegszeit

Rapallo

Wie eine schwarze Wand stand nach Kriegsende Versailles über Deutschland. Die Knechtung Deutschlands schien für alle Ewigkeit festgelegt zu sein. In dieser schweren Zeit wandten sich die Blicke einiger deutscher Politiker nach dem Osten – nach Russland. Die Überlegung war einfach: Der Westen ist unser Todfeind; wir sind zu schwach, um gegen ihn allein anzukämpfen, also suchen wir den Verbündeten in Russland, was ja auch nur die Fortsetzung der alten Bismarckschen

¹ Die Datierung erfolgt aufgrund eines Schreibens von Taubert an Wiedemann vom 21.7.1936, in dem Taubert Wiedemann die Übersendung der „Akten des Ministeriums betr. Niedermayer zur Einsichtnahme“ in Aussicht stellte; vgl. BArch, NS 10/230, Bl. 64.

Politik sein würde. Russland, das ebenfalls nicht als Sieger aus dem Weltkrieg herausgekommen war, trat gegen die Ausbeutung Deutschlands durch Versailles auf und erschien auch aus diesem Grunde als natürlicher Bundesgenosse Deutschlands.

Aus diesen Überlegungen entstand die deutsche Rapallo-Politik.

„Ostpolitiker“ und „Russlandkenner“

Durch weitere Verträge wurde die deutsch-„russische“ Freundschaft ausgebaut und vertieft. Andere Kräfte, Personen, Ideen gesellten sich dazu. Der Komplex der deutschen „Ostpolitik“ wurde schließlich zu einem Knäuel, in dem sich ehrliches nationales Wollen mit unverhüllter bolschewistischer Propaganda, separatistische Tendenzen mit dunkelster Reaktion in einer merkwürdigen und unübersichtlichen Weise vermischten. Phantasten und Magier kamen hinzu, lösten feste Begriffe in nebelhafte Phrasen auf und breiteten ein mystisches Halbdunkel über den ganzen Fragenkomplex. Man operierte mit Schlagworten wie „Westen“ und „Osten“. Es war nicht mehr festzustellen, wo der „Westen“ aufhörte und der „Osten“ begann. Mit Erstaunen vernahm der Deutsche, dass sein Vaterland nicht zum Westen, sondern zum „Osten“, ja zum „Eurasischen Raum“ gehöre. Der „Ostgeist“, der „Dostojewski-Geist“, ja sogar der „China-Geist“ war es, der allein „den deutschen Geist auf den richtigen Weg“ bringen konnte. „Russland“ und die „große russische Seele“ wurden angebetet. Alles, was deutsch und nicht „östlich“ war, wurde verleugnet. Die „Auf“- und die „Durchbruch“-Leute, die „Kommenden“ und die „Gehenden“, sie alle machten die Ostpolitik. Für einen Nichtkenner wurde es schließlich fast unmöglich, sich in diesem Chaos zurechtzufinden.

Unvölkische Weltanschauung

Und doch lässt sich für alle diese „Ostpolitiker“ und „Russlandkenner“ ein gemeinsamer Nenner finden. Dieser Nenner ist die unvölkische politische Konzeption. Diese „Kenner“ wissen sehr viel von der wirtschaftlichen Bedeutung der Eisenbahnen West-Sibiriens, von den klimatischen Verhältnissen des Kaukasus, von dem Stande der Mechanisierung der Roten Armee, sie wissen aber nichts von der Unterjochung und Ausbeutung der in der Sowjet-Union lebenden Völker durch eine internationale, fremdrassige Klique, sie wissen nichts davon, dass die Errichtung des Sowjetstaates nur der erste Schritt einer Politik ist, die die ganze übrige Welt ins bolschewistische Chaos stürzen soll. Die kommunistische Ideologie wird mit Achselzucken und ein paar Worten als unwesentlich abgetan und das ganze Interesse wird „Russland“ gewidmet. Denn für diese „Kenner“ ist die Sowjetunion, der Staat der internationalen Mächte, immer noch das alte Russland. Sie sehen immer noch nicht den tiefgehendsten Unterschied zwischen der ehemaligen organisch gewachsenen russischen Regierung und dem heutigen, durch die internationalen Mächte in der Sowjetunion lebenden Völkern durch Gewalt aufgezwungenen Staat. Diese Auffassung kommt äußerlich darin zum Ausdruck, dass diese „Kenner“ gewöhnlich von „Russland“ und „russischen Interessen“ sprechen, wo es in Wirklichkeit „sowjetische“, internationalistische, jüdisch-marxistische Interessen sind.

Die Forderung der „Ostpolitiker“

Die praktische Forderung dieser „Kenner“ aber ist die, dass Deutschland mit der „national-russischen“ Sowjetregierung, die sich die marxistische Maske nur

auferlegt habe, um die alte nationalrussische Politik erfolgreicher betreiben zu können, aufs engste zusammengehen müsse, um mit ihr zusammen den „Westen“ zu „überwinden“.

Ganz im Gegensatz zu dieser Auffassung hat der Führer durch seine Handlungen keinen Zweifel darüber gelassen, dass er gar nicht daran denkt, mit der Sowjetunion gegen den „Westen“ zu gehen, sondern das größte Gewicht darauf legt, ein freundschaftliches Verhältnis zu den Westmächten zu schaffen. Seine Ansicht über die unüberbrückbare Kluft zwischen dem sowjetischen Bolschewismus und dem deutschen Nationalsozialismus hat er in seiner letzten Reichstagsrede unmissverständlich zum Ausdruck gebracht.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, dass die prosowjetische Politik der „Russlandkenner“ nicht der nationalsozialistischen völkischen Weltanschauung entspringen kann, und dass sie der Politik des Führers direkt entgegengerichtet ist.

Bedauerlicherweise wird diese sowjetfreundliche Richtung auch heute noch in Deutschland offen vertreten. Die Zahl ihrer Anhänger ist gar nicht gering. Fast täglich erscheinen prosowjetische Bücher auf dem deutschen Markt, die den Gedanken eines Zusammengehens Deutschlands mit der Sowjetunion auf allen Gebieten offen und versteckt propagieren. Die Verfasser dieser Bücher packen das Problem selten offen von der weltanschaulichen Seite an, sondern gehen gewöhnlich vom Blickfeld eines „Spezialisten“ heran. So dient ihnen das Wirtschaftliche, Geographische, Technische, vor allem aber auch das Militärische und Geopolitische als Ausgangspunkt.

Es sei noch erwähnt, dass die „Rapallo-Ideologie“ nicht nur von deutscher Seite ausgeht, sondern selbstverständlich auch von den Bolschewisten freudig unterstützt und gefördert wird. Man denke nur an den berüchtigten Kulturbolschewisten Klaus Mehnert, der heute von Moskau aus die deutsche Öffentlichkeit durch Presseartikel vergiftet.

Der „Russlandkenner“ Dr. v. Niedermayer

Zu den geschilderten „Russlandkennern“ gehört auch Dr. v. Niedermayer. Seine sowjetfreundliche Haltung erklärt sich

1.) aus seiner nicht-völkischen Konzeption und

2.) aus dem außerordentlich engen militärisch-geopolitischen Ausgangspunkt seiner Betrachtungen.

Es sei besonders darauf hingewiesen, dass sein ehrlisches nationales Wollen und seine persönliche Untadeligkeit in keiner Weise angezweifelt werden. Der Zweck des vorliegenden Gutachtens ist lediglich der, aus rein sachlichen Gründen das Irrtümliche seiner Lehrmeinung aufzuzeigen.

3. Die allgemeine Tendenz in den Werken Dr. v. Niedermayers

Etatistische Betrachtungsweise des Sowjetstaates

Das Spezialfach Dr. v. Niedermayers ist Wehrgeographie und Geopolitik. Die Beschäftigung mit diesen Problemen ergab sich natürlicherweise aus seiner militärischen Laufbahn und seinen Reisen nach dem Osten. Seine Tätigkeit als militärischer Sachverständiger in Moskau in den Nachkriegsjahren erklärt sein Interesse für Russland.

Den Ausgangspunkt der „geopolitischen“ Betrachtungen Dr. v. Niedermayers bildet der Staat: „Der Staat ist deshalb das wichtigste wehrgeographische Objekt, weil er denjenigen menschlichen Verband darstellt, der als ein Produkt des politischen und wirtschaftlichen Machtstrebens und der Kriegserfolge eines Volkes am klarsten zu fassen und wehrpolitisch zu werten ist.“ („Wissen und Wehr“, 1934, S. 314).

Der verhängnisvolle Fehler, den Dr. v. Niedermayer begeht, ist der, dass er den denkbar größten Unterschied zwischen dem Sowjetstaat – dem Staat der übevölkischen Mächte – und den anderen Staaten, die immer mehr oder weniger eine Ausdrucksform der betreffenden Volksorganismen sind, nicht sieht. Für ihn ist der Sowjetstaat „ein Produkt des politischen und wirtschaftlichen Machtstrebens und der Kriegserfolge“ des russischen Volkes. Zwar sagt Dr. v. Niedermayer: „Im Einzelnen wird die Methode der Untersuchung bei den verschiedenen Staaten stets verschieden sein müssen“, doch hat er dabei nicht den völkisch-machtpolitischen Unterschied, sondern vor allem den geographischen im Auge. Er fügt selbst hinzu: „Der grundlegende Unterschied zwischen Land- und Seemacht spielt hierbei eine erste, ausschlaggebende Rolle.“ („Wissen und Wehr“, 1934, S. 316).

Militärisches als Ausgangspunkt

Hinzu kommt der eng militärische Ausgangspunkt der Betrachtungen Dr. v. Niedermayers. Er selbst hat einigen Personen gegenüber geäußert, dass er die Sowjetunion nur als Soldat betrachtet und das Politische den Politikern überlässt. Solche rein militärische Betrachtungsweise des Sowjetstaates und der Roten Armee muss naturnotwendig zu den gefährlichsten Fehlschlüssen verleiten. Denn der Sowjetstaat ist nicht die Ausdrucksform völkischer Kräfte, und die Rote Armee ist nicht eine nationale Armee, wie das bei den anderen Staaten der Fall ist, sondern ein Instrument der Weltrevolution.

Die Sowjetunion – ein national-russischer Staat

Sehr richtig erkennt Dr. v. Niedermayer die Notwendigkeit der geschichtlichen Betrachtungsweise, die allein zum richtigen Verständnis der Gegenwart führen kann: „Ein volles Bild der in einem Staatswesen steckenden Dynamik und seiner politischen Ziele bekommt man aber erst, wenn man dazu noch eine Entwicklungstendenz aus der Geschichte ... in den großen entscheidenden Zügen dazunimmt.“ („Wissen und Wehr“, 1934, S. 317). Bei der Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung des Sowjetstaates begeht Dr. v. Niedermayer jedoch einen großen Fehler, der sich wiederum aus seiner Blindheit gegenüber den völkisch-machtpolitischen Zusammenhängen ergibt: er untersucht nicht die Geschichte der internationalen Kräfte, die in jahrzehntelanger Arbeit das alte russische Reich untergruben und es schließlich stürzten, und die sich dort ihre eigene, für die in der Sowjetunion lebenden Völker fremde Sowjetregierung schufen, sondern er verfolgt die geschichtliche Entwicklung des alten Zarenreiches, der dort lebenden Völker, und konstruiert so zwischen den seit jeher bestehenden völkischen Kräften und der Sowjetregierung eine in Wirklichkeit nicht bestehende Brücke. Demzufolge sieht er in der Sowjet-Union einen nationalrussischen Staat.

Sowjetfreundliche Einstellung

Aus dieser Blindheit Dr. v. Niedermayers gegenüber dem tatsächlichen Wesen und der Zielsetzung der Sowjetregierung ergibt sich seine betonte Sowjetfreundlichkeit und die Befürwortung der Rapallopolitik.

Um die Rapallopolitik zu fördern, bemüht er sich in seinen Werken und Reden das wahre, internationale Gesicht der Sowjetregierung zu vertuschen und sie als die national-russische Regierung hinzustellen. Die grausame Behandlung der Volksmassen durch die Sowjetmachthaber umgeht er am liebsten durch Totschweigen (wahrscheinlich, weil die Schilderung der Wahrheit nicht „geopolitisch“ genug sein würde), oder versucht dort, wo es nicht möglich ist, diese Grausamkeit zu bagatellisieren. Bei Schilderungen der Roten Armee verneint er ihre offensive weltrevolutionäre Zielsetzung und bemüht sich ihre Bündnisfähigkeit zu beweisen.

[...]²

6. Vortrag über Wehrpolitik am 15. Februar 1935

Am 15. Februar 1935 hielt Dr. v. Niedermayer im Rahmen einer Vortragsreihe an der Universität Berlin ein Referat über die Wehrpolitik der Sowjetunion.³

Zur richtigen Beurteilung eines solchen Referats ist es notwendig, sich die Frage vorzulegen, was der Zweck eines solchen Vortrages im neuen Deutschland sein kann? Die Antwort ist klar: der Zweck kann einzig und allein der sein, dem Zuhörer ein objektives, wahrheitsgetreues Bild von der Zielsetzung der Sowjetregierung und der Roten Armee und von der Kampffähigkeit der letzteren zu geben. Es müssen also geschildert werden:

- 1) Die weltrevolutionäre Ideologie der Sowjetmachthaber.
- 2) Die geographischen und verkehrstechnischen Verhältnisse.
- 3) Der militärische Apparat.
- 4) Die wirtschaftliche, soziale und bevölkerungspolitische Situation.

Diese Aufgabe hat Dr. v. Niedermayer nicht gelöst. Vielmehr hat er – durch seine grundsätzliche Sowjetfreundlichkeit dazu verleitet – ein nichtobjektives, nicht zutreffendes, einseitiges Bild von der Sowjetunion entworfen.

Dies soll im Einzelnen anhand seines Manuskriptes belegt werden.

Keine Weltrevolution

Dr. v. Niedermayer bestreitet das Vorhandensein einer weltrevolutionären Ideologie bei der Sowjetregierung.

„Man weiß auch im Kreml, dass heute keine Aussicht auf Verwirklichung der Weltrevolution besteht...“ (S. 38).

„Wer tiefer blickt, kann immer wieder feststellen ... wie oft die weltrevolutionäre These und das kommunistische Dogma von nüchternen realpolitischen Erwägungen verdrängt werden.“ (S. 13)

² Ausgelassen sind Auszüge aus den Schriften Niedermayers, mit denen die vorgenannten Aussagen untermauert werden sollten und die in den Punkten „4. Wehrgeographische Betrachtungen der Sowjetunion“ und „5. Die Sowjetunion“ zusammengestellt wurden; vgl. BArch, NS 10/230, Bl. 20–50/R (S. 10–24 des Gutachtens; in der Akte befand sich zwischen den Blättern ein Volksgerichtsurteil von 1936, das mit der Thematik nicht im Zusammenhang steht).

³ Vgl. Dok. 67.

Und wenn die Sowjets mal eine weltrevolutionäre Phrase gebrauchen, so nehmen sie das selbst durchaus nicht ernst. Die kommunistische Ideologie dient ja – nach Dr. v. Niedermayer – nur als eine Maske, die die national-russische Politik der Sowjetrepublik aus taktischen Gründen verdecken soll:

„Dazu (außenpolitische Sicherung des Landes) hat auch immer wieder, wenn auch in der letzten Zeit seltener und vorsichtiger, die kommunistische Propaganda herhalten müssen.“ (S. 36)

Nach Dr. v. Niedermayer ist die Sowjetunion nicht der Hort der Weltrevolution, sondern sie gibt sich nur aus taktischen Gründen als ein solcher aus:

„Beachtenswert ist das Geschick, mit dem Sowjetrussland sich immer wieder als den Hort und Hüter kommunistischer und weltrevolutionärer Tradition aufzuspielen ... weiß, mit dem Ziele der Erhaltung des eigenen Staates und der eigenen Macht in ihm.“ (S. 37)

Zwar hat Dr. v. Niedermayer die Eidesformel des Rotarmisten wiedergegeben, doch tat er dieses nicht von selbst, sondern auf ausdrücklichen Wunsch des Auswärtigen Amtes.

Rein defensiver Zweck der Roten Armee

Aus dieser Ablehnung der weltrevolutionären Ziele der Sowjetregierung ergibt sich für Dr. v. Niedermayer der ausschließlich defensive Zweck der Roten Armee. Er ist davon so überzeugt, dass er nicht mal bei der Fragestellung zu Beginn seines Vortrages die Möglichkeit eines offensiven Vorgehens der Roten Armee erwägt. Die Fragestellung zum Vortrag lautet:

„Kann das gegenwärtige Russland seinen staatlichen Bestand gegen äußere Angriffe mit eigenen Kräften verteidigen? Wenn nicht, warum? Unter welchen Voraussetzungen ist Russland imstande, sich zu behaupten?“ usw. (S. 2)

Dr. v. Niedermayer spricht wohl von „Nachbarn, von denen möglicherweise der Sowjetunion kriegserische Gefahr droht“ (S. 4), nicht aber von Nachbarn, die von der Sowjetunion bedroht werden.

Die ganze Entwicklung der Sowjetunion ist „friedlich“ (S. 15).

„Es (das Bahnnetz) trägt im Wesentlichen defensiven Charakter“ (S. 20)

„Die Verteidigung des ‚sozialistischen Vaterlandes‘ gilt als höchste Pflicht.“ (S. 25)

„Die Aufgaben der Marine dürften im Wesentlichen dem Küstenschutz dienen, also defensiv sein.“ (S. 26)

Schönfärberei

Was berichtet Dr. v. Niedermayer von dem grauen Elend des sowjetischen Alltags, von den Schrecknissen der Terrorherrschaft, von der entsetzlichen Hungertastrophe? Nichts und nochmal nichts. Im Gegenteil: Er kann sich nicht genug tun in den Lobpreisungen bolschewistischer „Errungenschaften“. Er spricht vom „beispiellosen innern Ausbau“ (S. 36), vom „gewaltigen Industrialisierungsprozess“ (S. 10), vom „ungeheuren Umformungsprozess“ (S. 38), von „gewaltigen Kapitalinvestierungen“ (S. 12).

„Es ist staunenswert, was trotz aller Fehlschläge in der kurzen Zeit der Planperiode alles geleistet worden ist.“ (S. 15)

Um seine „Objektivität“ hervorzuheben, erwähnt Dr. v. Niedermayer ein paar Mal einige „Mängel“, die als Kinderkrankheit „noch“ bestehen:

„Die schlechten Verkehrsverhältnisse waren schon im alten Russland eines der größten Hindernisse einer wirksamen Landesverteidigung und sind es auch heute noch.“ (S. 19)

Diese „noch“ bestehenden Mängel bemüht sich Dr. v. Niedermayer durch den „ungeheuren Umformungsprozess“ und durch den „in Ausmaß und Tempo beispiellosen inneren Umbau des Landes“ zu erklären und zu entschuldigen (S. 33 und 36). Den wahren Grund aber – die Lebensunfähigkeit des kommunistischen Systems – erwähnt er mit keinem Wort.

Auch das Problem der Hungersnot bagatellisiert Dr. v. Niedermayer. Er erklärt, dass wenn von den 165 Millionen Einwohnern auch einige Millionen verhungert seien, so bleibt das Menschenreservoir für das Heer immer noch mehr als ausreichend.

Diese Schönfärberei entspringt der innersten Überzeugung Dr. v. Niedermayers, der den marxistischen Methoden der Bolschewisten ein wohlwollendes Verständnis entgegenbringt:

„Die Organisation und Verwaltung der Industrie, wie überhaupt die Vereinigung aller Produktionsmittel in Händen des Staates und der planmäßige Ausbau haben vom Standpunkte der Landesverteidigung unleugbare Vorteile.“ (S. 14)

„An sich ist es dafür nebensächlich, ob die Getreideproduktion in freier Bauernwirtschaft oder in staatlichen Getreidefabriken und Kollektiven vor sich geht.“ (S. 17)

Bündnisfähigkeit der Sowjetunion

Dr. v. Niedermayer singt eine wahre Lobeshymne auf die Stärke und Tüchtigkeit der Roten Armee. Z. B.:

„Im Dienst herrscht straffe Disziplin; der Geist des Heeres, dem oppositionelle und staatsfeindliche Elemente ferngehalten werden, muss als gut bezeichnet werden. Das Führerpersonal ... hat in Anbetracht der besonderen Verhältnisse bereits einen beachtlichen Grad militärischen Wissens erreicht.“ (S. 30)

Solche Schilderungen der Stärke der Roten Armee verbunden mit der Betonung ihres defensiven Charakters, mit dem Ableugnen der weltrevolutionären Zielsetzung der Sowjetregierung und dem Lob der vergangenen Rapallopolitik mussten bei der Zuhörerschaft den Eindruck einer unbedingten Bündnisfähigkeit der Sowjetunion erwecken. Zum Schluss sagt Dr. v. Niedermayer direkt, dass der Sowjetstaat „bereits wieder ein beachtlicher Machtfaktor für Freund und Feind geworden ist“. (S. 38)

Zusammenfassend ist zu sagen, dass Dr. v. Niedermayer seine in seinen früheren Arbeiten bereits bewiesene sowjetfreundliche Einstellung nicht aufgegeben hat. In seinem Vortrag hat er dadurch, was er gesagt und auch dadurch, was er nicht gesagt hat durch seine ideologische Einstellung dazu verleitet, ein *nicht zutreffendes und einseitiges Bild von der Sowjetunion gezeichnet, das durchaus dazu angeht, die Politik des Führers wesentlich zu erschweren.^{*4}

Wie die Wirkung des Vortrages auf das Auditorium gewesen ist, zeigt am besten der Bericht eines Hörers. Er schreibt: „Er (Dr. v. Niedermayer) sprach von ‚Russland‘, von der ‚Russischen Armee‘, vom ‚Geiste Russlands‘ usw. Die ‚Russische

⁴ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Armee' wurde immer wieder als Nachfolgerin der zaristischen Armee hingestellt. Die straffe Disziplin ihrer Mitglieder wurde begeistert gelobt. Die Kollektivierung wurde zwar als schädlich hingestellt, aber nur deshalb, weil die ‚Not der Nahrungsmittel eine weitere Herabsetzung im Kriege nicht mehr zulasse‘. Allerdings sei die Genügsamkeit, zu der die Masse erzogen wird, für den Kriegsfall sehr schätzenswert. Die Kollektivierung habe andererseits den großen Vorteil, im russischen Volk das notwendige Verständnis für die Technik, die für den modernen Krieg so wichtig ist, zu wecken.“⁵

Als geradezu beispielhaft stellte Dr. v. Niedermayer die strategische Anlage der Industrie dar. Die straffe Organisierung aller Lebensäußerungen sei für den Krieg günstig.

*Bei den vielen anwesenden jungen Reichswehr-Fähnrichen musste durch diesen Vortrag unbedingt eine gewisse Sympathie von Soldat zu Soldat für das Rote Heer geweckt werden. Der in den Gedanken der jungen Leute etwa aufgeworfenen Frage nach der Beherrschung Russlands durch Volksfremde wurde von Dr. v. Niedermayer entgegengesetzt, dass im Heere fast keine Juden seien. Das Judenproblem in Sowjetrussland wurde für die jungen Menschen gewissermaßen seiner Wichtigkeit beraubt. Schließlich kam Dr. v. Niedermayer auf die Bedeutung der Sowjetarmee für Deutschland*⁶ zu sprechen und meinte, dass der Rapallo-Vertrag sowohl für Russland als auch für Deutschland Vorteile gehabt hätte. Er gehöre nicht zu denjenigen, die sich dieser letzteren Tatsache verschließen. (Hierauf Aufregung unter den Zuhörern.) Dr. v. Niedermayer: „Denjenigen, die geschart haben, kann ich sagen, dass meine Meinung wohlüberlegt ist.“

Wie groß die prosowjetische Propagandawirkung dieses Vortrages tatsächlich gewesen ist, ergibt sich aus dem folgenden Bericht eines Kriminalbeamten:

Berlin, den 16. Februar 1935

Der am Freitag, den 15. Februar 1935 von Dr. v. Niedermayer gehaltene Vortrag über „Wehrpolitik in der Sowjet-Union“ war u. a. auch von dem Sekr. des Militär-Attachés Borissoff und dem Mitarbeiter des „Tass“ (Telegraphen-Agentur), Ippolit Sitkowsky, mit seiner Frau besucht. Die Frau des Sitkowsky stenographierte in kurzen Zügen den Vortrag. Beim Verlassen des Gebäudes in der Dorotheenstraße 6 sagte der Sekretär des Militär-Attachés zu Sitkowsky wie folgt: „Eine bessere Propaganda wie diesen Vortrag hätten wir uns nicht wünschen können.“ Aus diesen Worten ist ohne weiteres die Auswirkung des Vortrages auf das sowjet-russische Publikum zu ersehen. Dass Sitkowsky hiervon in seinen Sowjet-Zeitungen Gebrauch machen wird, ist selbstverständlich.

Borissoff und Sitkowsky wurden durch Endunterzeichneten festgestellt und befanden sich im Besitz vollgültiger Ausweise.

Unterschrift.⁷

BArch, NS 10/230, Bl. 11-20, 50/R-57/R.

⁵ Das Ende des Zitats ist unklar, wahrscheinlich an dieser Stelle.

⁶ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

⁷ So im Dokument.

Nr. 481
Notiz des Wehrmachtsamtes im Reichskriegsministerium

Den 23. Juli 1936

J IIIa1

Vortrag

Nach einem Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Stockholm, zu dem das Auswärtige Amt mit Schreiben Pol. I 381g vom 23. Juni 36 Stellung nimmt, ist der Wehrmachtsfilm, der beim letzten Reichsparteitag gedreht wurde, nicht geeignet, bei Auslandsvorführungen den Vergleich mit dem sowjetrussischen Film „Kampf um Kiew“¹ auszuhalten. Es wird daher von dort angeregt, einen neuen wirksamen deutschen Wehrmachtsfilm zu schaffen.

Stellungnahme

Die Aussicht, einen derartigen Film, an dem alle Waffengattungen beteiligt sind, anzufertigen, besteht zweifellos. Erleichternd tritt hinzu, dass durch eine Reihe von Filmstreifen im Bereich des Heeres und der Luftwaffe für Lehr- und Propagandazwecke und mehrere Kulturfilme von der Kriegsmarine eine gewisse Aufnahmetechnik militärischer Filme und auch bereits vorrätiges brauchbares Material vorhanden ist.

Dazu kommt, dass ein geschickt und umfassend hergestellter Film die Überlegenheit des sowjetrussischen Massenaufgebots in der Bildwirkung ausgleicht und bei Hervorhebung der Disziplin und des technischen Könnens deutscher Soldaten ein Gesamteindruck der deutschen Wehrmacht entstehen würde, der das Ausland von der gesunden und militärischen Kraft des deutschen Volkes überzeugen wird.

Es bleibt dabei immer noch eine Frage der Entscheidung, in welchem Umfang und in welchem Rahmen im In- und Ausland die Vorführung eines derartigen Films durchgeführt wird.

Vorschlag

Anfertigung eines gemeinsamen Manuskriptentwurfes von Seiten aller Wehrmachtteile.

Oben Ziffer: 946/36 g ch. Unten: Ja! Aber wie? Unbekannte Abzeichnung vom 24. und 25.7.

BA-MA, RW 6/102, Bl. 33.

¹ Vgl. Dok. 356, Anm. 3.

Nr. 482

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

26. Juli [1936]

4527

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

Sie berichten über den neuen Anfall antisowjetischer Hetze, der die deutsche Presse erfasst hat. Als unmittelbarer Anlass für diese Hetze diene die Ente über eine Beteiligung eines unserer Tankschiffe an den bewaffneten Operationen gegen die spanischen Meuterer, die sich in Ceuta festgesetzt haben. Sie schlagen vor, ein Dementi zu bringen, eine Gegenkampagne zu eröffnen und der deutschen Regierung gegenüber vielleicht zu protestieren.

Das Dementi haben wir gegeben. Die Artikel hinsichtlich unseres Tankers wurden sowohl in der „Pravda“ vom 25. Juli¹ als auch in den „Izvestija“ von heute, den 26.², veröffentlicht. Der heutige Artikel ist stärker und markiert den Übergang zum Angriff gegen die Deutschen und Italiener. Wir erörtern den Plan, die deutsche Politik in unserer Presse systematischer unter Beschuss zu nehmen.

Was Proteste betrifft, so sind sie meiner Überzeugung nach weder in Berlin noch hier nötig. Ein Protest erreicht nicht seinen Zweck, sondern liefert den Deutschen nur das Vergnügen und die Möglichkeit, diesen unseren Protest aus formalen Gründen abzuweisen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: MM.³

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2091 vom 28.7.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. an Gen. Astachov, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 44, l. 25. Kopie.

¹ Vgl. „Bezdnaraja utka generala Franco“ (Eine plumpe Ente des Generals Franco). In: Pravda vom 25. Juli 1936, S. 5.

² Vgl. I. K.: „Č'ja by korova myčala...“ (Fass Dich an die eigene Nase). In: Izvestija vom 26. Juli 1936, S. 3.

³ Litvinov.

Nr. 483
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GEHEIM
26.7.[1936]

4525

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

der Vorsitzende des Unionskomitees für Körperkultur und Sport, Gen. Charčenko, teilte mir heute telefonisch mit, dass das Komitee für die Zeit der Olympiade¹ einen inoffiziellen Vertreter nach Berlin schicken wolle, um die technische Seite der Organisation der Olympiade zu studieren. Ich wies in meiner Antwort darauf hin, dass unsere Sportorganisationen aus prinzipiellen Erwägungen nicht an der Olympiade teilnehmen. Daher wäre es wohl kaum angemessen, wenn das Unionskomitee seinen eigenen, wenn auch inoffiziellen, Vertreter entsendet, denn es besteht kein Zweifel darüber, dass die Tatsache, dass ein solcher Vertreter anwesend ist, an die Öffentlichkeit gelangt und von unseren Gegnern genutzt werden wird. Ich sagte Gen. Charčenko, es wäre für ihn weitaus besser, den Umstand zu nutzen, dass einige Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung, darunter auch der Militärattaché², als Gäste an der Olympiade teilnehmen werden, und er sich an sie mit der Bitte wenden möge, ihre Eindrücke mitzuteilen und für ihn die erforderlichen Informationen zu beschaffen.

Als Ergebnis dieses Gesprächs erhielt ich von Gen. Charčenko das in Kopie beigefügte Schreiben³, dem Sie entnehmen können, welche Fragen genau die Leiter unseres Sports interessieren.

Ich bitte Sie, Gen. Orlov und die anderen Genossen, alle angeforderten Informationen zu sammeln und sie über mich⁴ an Gen. Charčenko weiterzuleiten.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk mit blauem Farbstift: 2. West[abteilung].

Vermerk D.G. Šterns mit rotem Farbstift: an Gen. Lev[in] 27.VII.36 Š[tern].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1680 vom 27.7.1936.

¹ Die XI. Olympischen Sommerspiele in Berlin fanden vom 1.8. bis 16.8.1936 statt.

² Aleksandr Grigor'evič Orlov.

³ Wird nicht veröffentlicht. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 47–47R.

⁴ Am 31.7.1936 schickte Gnedin an Krestinskij die Übersicht „Organisatorische und technische Maßnahmen zur Vorbereitung der Olympischen Sommerspiele in Berlin (einige allgemeine Daten)“. Vgl. AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 36, l. 113–104.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
3 E[xemplare], Kopie an Gen. Štern.*

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 48. Kopie.

Nr. 484

**Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin an
den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov**

GEHEIM

26. Juli 1936

UdSSR-NKID

2. Westabteilung

Nr. 8928¹

AN DIE

BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG

DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. S.A. BESSONOV

Werter Sergej Alekseevič,

als ich nach einer kurzzeitigen Abwesenheit nach Moskau zurückkehrte, fand ich Ihr Schreiben vom 18. Juli d. J., Nr. 259, vor, das sich mit der Vergabe von Visa für deutsche Industrielle, die geschäftlich in die UdSSR reisen, befasst.

Das Schreiben signalisiert zu Recht das Erfordernis, eilig Maßnahmen zur Regelung der vorliegenden Angelegenheit zu treffen. Wie aus Ihrem Schreiben ersichtlich, stimmen die Ansichten der Bevollmächtigten Vertretung und der Abteilung in dieser Frage überein.

In einer ganzen Reihe von Fällen wird die Erteilung der Visa tatsächlich unzulässig verzögert. Denn es ist zu berücksichtigen, dass wir es mit Vertretern bedeutender Firmen zu tun haben, die es gewohnt sind, umgehend für ein beliebiges Land Visa zu erhalten, und natürlich ungehalten sind, wenn sie ein, zwei Wochen warten müssen, bevor sie nach Moskau reisen können.

Verzögerungen bei der Erteilung der Visa treten entweder deshalb auf, weil es Einwände gegen eine bestimmte Person gibt, die mit Gründen der Staatssicherheit verbunden sind, oder deshalb, weil Vneštorg nicht an der Anreise eines bestimmten Firmenvertreters interessiert ist. Im ersten Fall ist unsere Lage wohl leichter, weil wir in diesem Fall der Deutschen Botschaft sagen können, dass sich der betreffende Firmenvertreter persönlich kompromittiert hat und deshalb die Firma, wenn sie es wünscht, einen anderen Vertreter schicken müsse.

Natürlich kann eine große Zahl von Ablehnungen, die aus Gründen der Staatssicherheit erfolgen, ebenfalls zu ernststen Unstimmigkeiten führen. Aber jetzt ist unsere Lage weitaus schwieriger, wenn Vneštorg erklärt, nicht an Verhandlungen mit einer Firma interessiert zu sein. Ich sage den Deutschen, genau wie Sie, dass es bei

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

unsrer Zentralisierung für den Vertreter einer Firma keinen Sinn ergibt, nach Moskau zu reisen, wenn Vneštorg nicht an Verhandlungen mit der entsprechenden Firma interessiert ist.

Die Deutschen reagieren darauf recht besonnen, dass diese Haltung dem Vertrag² widerspreche. Der Vertrag sieht als allgemeine Regel vor, die Visa ohne Anfrage beim Zentrum zu erteilen, unabhängig davon, ob eine Institution an der Anreise einer bestimmten Person interessiert ist oder nicht.

Die Botschaft weist weiter darauf hin, dass der Vertreter der Firma selbst in der Lage sein sollte, sich davon zu überzeugen, dass Vneštorg nicht an einem Geschäft mit der entsprechenden Firma interessiert ist. Die Botschaft bemerkt weiterhin, dass Vneštorg in einer ganzen Reihe von Fällen sein Desinteresse an Verhandlungen erklärt hat, während sowjetische Wirtschaftsorganisationen die jeweiligen Firmen mit telegrafischen Anfragen darüber bombardierten, warum ihre Vertreter nicht nach Moskau reisen.

Schließlich macht die Botschaft darauf aufmerksam, dass sie ungehindert an sowjetische Wirtschaftsfachleute Visa erteilt, ohne in Berlin nachzufragen, ob die Firmen daran interessiert sind, diese Wirtschaftsfachleute zu empfangen oder nicht.

Für mich steht fest, dass wir, wenn wir unsere Praxis nicht ändern, mit höchst unangenehmen Folgen zu tun haben werden. Der beste Ausweg würde darin bestehen, dass eine Ablehnung von Visa nur in dem Fall erfolgen sollte, wenn die Einreise der einen oder anderen Person unter dem Gesichtspunkt der Staatssicherheit tatsächlich unzulässig ist.

Diese Frage kann jedoch nur die Regierung entscheiden. Zurzeit sind wir verpflichtet, die Erteilung von Visa mit Vneštorg abzustimmen.

Am 28. Juli werden wir in der Abteilung zu dieser Frage eine Beratung durchführen. Wir tragen das ganze erforderliche Material zusammen, es wird eine Liste der Fälle von Visaverzögerungen erstellt, es werden die Weisungen systematisiert, die in dieser Frage ergangen sind. Auf dieser Beratung werden wir einen Bericht erstellen, der vielleicht von der Leitung des NKID dazu verwendet wird, um diese Frage der Regierung vorzulegen³.

Ich hoffe, dass die Beratung den oben dargelegten Standpunkt annehmen wird, wonach es wünschenswert ist, Visa auch dann zu erteilen, wenn unsere Wirtschaftsorganisationen nicht an Verhandlungen mit der einen oder anderen Firma interessiert sind. Es ist bedeutend besser, wenn sich ein Firmenvertreter selbst davon überzeugt; dann entfällt die Möglichkeit, an die Regierung Forderungen zu richten. Selbstverständlich können wir die Botschaft und das Außenministerium vorab informieren, dass Vneštorg nicht an Verhandlungen interessiert ist und der betreffende Firmenvertreter, wenn er es wünscht, auf sein eigenes Risiko hin anreist.

Über den Beschluss der Beratung sowie über den weiteren Gang der betreffenden Angelegenheit werde ich Ihnen gesondert schreiben.

² Vgl. Abschlussprotokoll zum Vertrag zwischen der UdSSR und Deutschland vom 12.10.1925. In: Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 49–50; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 611. Zu Artikel 1.

³ Vgl. Dok. 485.

Vorerst haben wir mit großer Mühe eine ziemlich heftige Angelegenheit geregelt bekommen: die Bevollmächtigte Vertretung erhielt die Genehmigung, dem Vertreter der ***"Demag"***⁴, Schulze, und dem Vertreter der Firma „Bosch“, Fehmer⁵, Visa zu erteilen. Natürlich löst diese Visaerteilung die Frage nicht generell. Wenn wir in Zukunft dennoch die Visa mit Vneštorg abstimmen müssen, so muss zumindest auf eine strenge Erfüllung der Direktive des Volkskommissars geachtet werden, die Visa innerhalb von 72 Stunden zu erteilen. In diesem Fall wird es zweckmäßig sein, sich mit Vneštorg darüber zu verständigen, dass Vneštorg speziell einen Mitarbeiter abstellt, der sich ausschließlich mit der Frage der Einreise von deutschen Industriellen befasst. Dann hätten wir es lediglich mit einer bestimmten Person zu tun, die zugleich Ansprechpartner für alle Wirtschaftsvereinigungen wäre, und dies würde verständlicherweise die Abstimmung beschleunigen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Levin

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 2. an Gen. Stomonjakov, das 3. an Gen. Litvinov, das 4. an den Adressaten, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 3, l. 173–170. Kopie.

Nr. 485

Beschlussvorlage des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij für den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

GEHEIM

31. Juli 1936

Nr. 4533

AN DEN

GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Kopien an die Genossen: VOROŠILOV, ORDŽONIKIDZE, KAGANOWIČ, ČUBAR'

*Laut dem bestehenden Handelsvertrag vom 12. November 1925¹ haben wir uns und die Deutschen sich verpflichtet, den Bürgern der anderen Seite Einreise- und Transitvisa vor Ort² ohne Anfrage an das Zentrum zu erteilen (eine Ausnah-

⁴ Der Firmenname ist mit Tinte korrigiert, ursprünglich: Demach.

⁵ Über die Komplikationen bei der Erteilung eines Visums an Fehmer vgl. das Schreiben Krestinskij an Bessonov vom 19.7.1936. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 41–40.

¹ So im Dokument; richtig: 12. Oktober 1925.

² Den hier und im Folgenden so gekennzeichneten Text hat Poskrebyšev mit blauem Farbstift unterstrichen.

me bilden Fälle personeller und politischer Vorbehalte gegenüber dem einen oder anderen deutschen oder sowjetischen Staatsbürger).³

In den ersten Jahren nach Abschluss des Vertrages haben sowohl die Deutschen als auch wir dieses Verfahren befolgt. Danach veränderten wir diese Regelung und begannen damit, die Visa erst nach Anfrage im Zentrum zu vergeben. Weil dabei jedoch im Zentrum die Frage ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Sicherheit entschieden wurde und das NKID die Frage hinsichtlich der Einreisegenehmigung oder der Verweigerung der Einreise nur mit den Organen des NKVD abgestimmt hat, ist die Frage in der Regel schnell und zu einem großen Teil im positiven Sinne entschieden worden. Dank dieser Tatsache verspürten die Deutschen durch die Einführung unserer neuen Regelung keine Unannehmlichkeiten und fuhren damit fort, uns Visa vor Ort, ohne in Berlin nachzufragen, unverzüglich nach unserer Anfrage zu erteilen.

Ab Herbst vergangenen Jahres trat in dieser Angelegenheit eine starke Veränderung ein, da nunmehr damit begonnen wurde, die Einreise von Personen, die in Handelsgeschäften kommen wollen, nicht nur mit dem NKVD, sondern auch mit den Organen des NKVT abzustimmen. Wie die Erfahrungen einiger Monate zeigen, *antworten die Organe des NKVD in der Mehrheit der Fälle schnell und erklären, dass es von ihrer Seite keine Einwände gegen die Einreise des einen* oder anderen Firmenvertreters gibt, und machen die endgültige Entscheidung der Angelegenheit vom NKVT abhängig. Die Organe des NKVT ziehen jedoch, erstens, eine Antwort sehr in die Länge und antworten, zweitens, sehr oft, dass das NKVT nicht an der Einreise des Vertreters der jeweiligen Firma interessiert sei.* Im Ergebnis dessen stellte sich heraus, dass wir der Mehrheit der Deutschen, die zu einem kurzfristigen Geschäftsaufenthalt zu kommen wünschen, die Einreise verweigern. Dies ist eine direkte Verletzung des Handelsabkommens.

Die deutsche Regierung hat uns sowohl in Berlin über das Außenministerium als auch über ihre Botschaft in Moskau mehrmals erklärt, dass, sollten wir nicht zu der früheren, im Handelsvertrag *vorgesehenen [Praxis der] Einreisegenehmigung zurückkehren, sie unserem Beispiel folgen werde und ohne vorherige Anfrage in Berlin ebenfalls weder* Visa für die Einreise nach Deutschland noch Durchreisvisa durch Deutschland erteilen werde.

Dieser Tage begannen die Deutschen damit, dieses neue Verfahren anzuwenden. Die Genossen aus dem Volkskommissariat für Schwerindustrie, die zwecks Sonderverhandlungen nach Paris fahren sollten, warteten zwei Tage auf die deutschen Visa, während früher in allen Fällen die Transitvisa in einer halben Stunde erteilt wurden. **Jetzt**⁴ warten die Abnahmebeauftragten, die zu Gen. Kandelaki nach Deutschland reisen, bereits seit mehreren Tagen auf ihre Einreise nach Deutschland. Früher erteilten die Deutschen solche Visa ohne Anfrage in Berlin.

Auf *die Anfrage des NKID bei der Deutschen Botschaft erhielt es die Antwort, dass die Botschaft gemäß Weisung des Auswärtigen Amtes die gleiche Praxis bei der Visaerteilung befolge, wie wir sie eingeführt haben.

³ Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 49–50; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 611; Dok. 343, S. 618.

⁴ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: aber.

Das NKID steht auf dem Standpunkt, dass unsere Praxis der Visavergabe korrigiert werden muss.

Wir vertreten natürlich nicht den Standpunkt, unbedingt zu dem Verfahren zurückzukehren, als die Visa von unserer Berliner Bevollmächtigten Vertretung ohne Anfrage im Zentrum vor Ort ausgegeben wurden. Die Deutschen hatten sich seinerzeit damit abgefunden, dass wir mit den Anfragen begannen, und diese eroberte Position sollten wir nicht aufgeben. Ich erachte es aber als notwendig, das Verfahren aufzugeben, wonach die Visa nur dann erteilt werden, wenn vom NKVT die Mitteilung erfolgt, dass es an der Einreise des einen oder anderen Firmenvertreters interessiert ist.

*Wenn das NKVT mit einer Firma nichts zu tun zu haben wünscht, so kann es der entsprechenden Importvereinigung die Weisung erteilen, nicht mit dem angehenden Vertreter in Verhandlungen zu treten, oder das von diesem Vertreter unterbreitete Angebot ablehnen. Ohne eine direkte Verletzung des Abkommens ist es jedoch nicht möglich, einem Firmenvertreter einen kurzfristigen Aufenthalt zu untersagen, da bei der Unterzeichnung des Abkommens ein ***unveröffentlichter***⁵ Notenaustausch erfolgte, in dem speziell festgestellt wurde, dass die unterschiedlichen Regeln bei der Registrierung der Vertreter der Wirtschaftsorgane und -organisationen⁶ nicht die Erteilung von ***Einreise***⁷-Visa behindern dürfen.

Ich bitte deshalb darum, zu dem Verfahren zurückzukehren, bei dem die Frage, die Visaerteilung für eine Aufenthaltsdauer von bis zu einem Monat nur in Abstimmung mit dem NKVD und nur unter Berücksichtigung der Belange der Staatssicherheit entschieden werden muss. Falls dieser Vorschlag angenommen werden sollte, könnten wir erneut ohne Anfrage in Berlin in der Deutschen Botschaft deutsche Einreise- und Transitvisa erhalten.

Den Beschlussentwurf füge ich bei.

N. Krestinskij

*BESCHLUSSENTWURF*⁸

*Über die Erteilung von Einreisevisa für deutsche Industrielle und für Vertreter von deutschen Handelsfirmen

Bei der Visaerteilung für Vertreter deutscher Industrie- und Handelsfirmen ist folgende Verfahrensregelung festzulegen:

Bei einer an das NKID per Telegraf oder per Post gerichteten Visaanfrage für Vertreter von deutschen Firmen teilt die Bevollmächtigte Vertretung die Stellungnahme der Handelsvertretung sowohl hinsichtlich der Firma als auch hinsichtlich des ihr zu entsendenden Vertreters mit. Das NKID stimmt nach Eingang der Anfrage die Antwort nur mit dem INO GUGB des NKVD ab, das sich in seiner Entscheidung ausschließlich von den Belangen der Staatssicherheit leiten lässt, nicht aber von der Zweckmäßigkeit der Reise des jeweiligen Vertreters für den Handel.

⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Das Wort ist mit Tinte durchgestrichen.

Wenn die besagte Person das erste Mal anreist, so ist die Antwort vom INO GUGB des NKVD in einer Frist von fünf Tagen (anstelle der gegenwärtigen Frist von 10 Tagen) zu erteilen, und bei einer wiederholten Reise in einer Frist von drei Tagen, so, wie das auch gegenwärtig festgelegt ist.*⁹

N. Krestinskij

Vermerk von A.N. Poskrebyšev mit blauem Farbstift: Von Gen. Krestinskij.

Vermerk mit Tinte über die Zustellung von Auszügen: an Litvinov, Krestinskij, Jagoda, Rozengol'c.

Vermerk mit Tinte: 31.VII
17.VII.

Registrierungsvermerk des Sekretärs für das Dokument: Prot[okol] PB, Nr. 42, Pkt. 243 (op) vom 17.VIII.36¹⁰.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

12 Expl. [Die Exemplare] 1–6 an die Adresse, das 7. [Exemplar] an Gen. Jagoda, das 8. an Gen. Rozengol'č, das 9. an Gen. Litvinov¹¹, das 10. an Gen. Stomonjakov, das 11. an Gen. Krestinskij, das 12. zu den Akten. *Vermerk mit Tinte:* 1 Kopie ist vernichtet worden.

Auf Kopfbogen des Stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten geschrieben.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 563, l. 15–17. Original.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 138, S. 194–197.

Nr. 486

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GEHEIM

4. August [1936]

4547

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

sieht man von dem Meinungs austausch über Deutschland während der allgemeinen Gespräche des Gen. Litvinov in der Instanz ab, so sind bei uns die deutschen Angelegenheiten relativ lange nicht erörtert worden. Man kann jedoch sagen, dass die Einschätzung der Perspektiven der sowjetisch-deutschen Beziehungen unverändert geblieben ist.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen und mit dem Vermerk von Kaganovi versehen: „Dafür“ L. Kaganovič.

¹⁰ Durch Befragung der Mitglieder des Politbüros des ZK der VKP (B) am 17.8.1936 angenommen.

¹¹ Am 19.8.1936 informierte Litvinov den Leiter der Konsularabteilung im NKID Šachov über „die Bestätigung der Vorschläge des NKID bezüglich der Einreisevisa für deutsche Industrielle und deutsche Firmenvertreter“ durch die Instanz. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 58.

Deutschland verheimlicht seine ausgesprochen feindselige Haltung uns gegenüber nicht und macht einen Bruch mit uns immer offener zur Bedingung für eine Annäherung [anderer Staaten] an Deutschland. Zuletzt hat dies Deutschland in seinen politischen Vorschlägen an die Tschechoslowakei erklärt. Wenn auch diese Vorschläge vielleicht noch nicht der tschechischen Regierung ausgehändigt worden sind, so gibt es dennoch keine Zweifel, dass der in den Zeitungen veröffentlichte Entwurf von der deutschen Regierung stammt. Ein weiterer Beweis für die Feindseligkeit uns gegenüber ist die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Spanien gegen uns entfesselte Kampagne der deutschen Presse. Diese Kampagne ist umso bezeichnender, als die aktive Unterstützung, die Deutschland den spanischen Rebellen leistet, für niemanden ein Geheimnis ist. Die Deutschen ziehen natürlich ihre Kreditangebote nicht zurück und wären bereit, mit uns sofort ein Kreditabkommen über eine halbe Milliarde und sogar über eine Milliarde Mark abzuschließen.¹ Aber sie machen das, wie Sie wissen, nicht aus politischen, sondern ausschließlich aus wirtschaftlichen Erwägungen (der Bedarf an unseren Rohstoffen, die Unmöglichkeit, ihn andernorts anders als gegen ausländische Devisen zu decken, die die Deutschen aber nicht besitzen). Sie sind dermaßen offen geworden, dass selbst ihre offiziellen Vertreter sich nicht dabei genieren zu erklären, dass der Abschluss eines Kreditabkommens in keiner Weise die bestehenden politischen Beziehungen verbessert.

Ich meine, dass wir unter diesen Bedingungen nicht auf eine Wiederaufnahme der Kreditverhandlungen² eingehen sollten.

Nachdem wir uns mit England verständigt haben³, würde es uns nun sehr schwerfallen, den deutschen Kredit vollständig auszuschöpfen **oder**⁴ dort Aufträge wenigstens zu einem großen Teil der Gesamtsumme des Kredites zu vergeben. Somit ist der wirtschaftliche Wert eines Kredites für uns noch geringer geworden. Und die Deutschen politisch zu unterstützen, haben wir überhaupt keine Veranlassung.

Ich mache den Vorbehalt, dass es zu dieser Frage keinen Beschluss gibt und nicht einmal eine eingehende Erörterung stattgefunden hat. Dies ist mein und Maksim Maksimovičs⁵ Standpunkt, wobei dieser sich, wie uns scheint, zumindest in einem bedeutenden Maße auch mit dem Standpunkt der führenden Genossen deckt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

¹ Vgl. Dok. 451.

² Vgl. Dok. 489.

³ Am 28.7.1936 wurde das englisch-sowjetische Kreditabkommen unterzeichnet. Der UdSSR wurde ein Kredit in Höhe von 10 Mio. Pfund mit einer Laufzeit von 10 Jahren zur Bezahlung der in Großbritannien zu kaufenden Waren unter der Bedingung gewährt, dass „die Waren nicht für militärische Zwecke verwendet werden“. Vgl. Sbornik dejstvjuščich torgovyč dogovorov i innych chozjajstvennych soglašenij, zaključennych SSSR s inostrannymi gosudarstvami. Vyp. II, Moskva 1936, Dok. 13, S. 66–69; Soviet Treaty Series. A Collection of Bilateral Treaties, Agreements and Conventions etc., concluded between the Soviet Union and Foreign Powers, hrsg. von L. Shapiro, Bd. II (1929–1939), Washington 1955, S. 169.

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben; ursprünglich: und.

⁵ Litvinov.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: MM.

Vermerk M.M. Litvinovs mit blauem Farbstift: zu den Akten.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2236 vom 14.8.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen.

Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 44, l. 26–27. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 239, S. 389–390⁶.

Nr. 487

Beschlussentwurf des Volkskommissariats für Außenhandel für das Politbüro des ZK der VKP (B)

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 2

[4.8.1936]

Entwurf

BESCHLUSS

Gen. Kandelaki ist aufzufordern, sich bei Verhandlungen mit den Deutschen über den 500 Mio. Kredit von folgenden Direktiven leiten zu lassen.

1. Die Kreditsumme beträgt 500 Mio. Mark.
2. Aufträge à Konto des 500 Mio. Mark Kreditabkommens können im Verlaufe von 2 Jahren und mit einer Auslieferungsfrist von 3 Jahren vergeben werden.
3. Die Bezahlung der im Rahmen des Kreditabkommens vergebenen Aufträge erfolgt durch uns nach der Auslieferung der Waren in bar.
4. Die Laufzeit des Kredits muss im Durchschnitt 10 Jahre betragen. Die Tilgung erfolgt in einer Frist von 19 Jahren.
5. Der Zinssatz wird im Abkommen mit 5 ½ Prozent per anno festgelegt.
6. Der Kredit in Höhe von 500 Mio. Mark wird von einem Bankenkonsortium in Geldform gewährt und zu 100% von der Regierung garantiert. Völlig ausgeschlossen wird eine jegliche Beteiligung der Lieferfirmen an dem Kreditrisiko. Die Regierungsgarantie wird dem Bankenkonsortium global gewährt, nicht aber einzeln für jeden Geschäftsabschluss.
7. Wir erhalten völlige Freiheit bei der Auswahl der Lieferfirmen und bei den zu bestellenden Objekten.
8. In das Abkommen sollte der Vorbehalt aufgenommen werden, dass die Aufträge à Konto des 500 Mio. Kredits von uns nur unter der Bedingung annehmbarer Preise und sonstiger technischer und kommerzieller Konditionen vergeben werden.

⁶ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

9. Als Sicherheit werden Obligationen des NKVT, des Narkomfin oder der Handelsvertretung dienen.

10. Die Deutschen verpflichten sich, für die Summe unserer Zahlung à Konto des Kreditabkommens sowie der Zinszahlungen aufgrund der Schuldverpflichtungen, die sich aus dem Kreditabkommen ergeben, unsere Waren in Deutschland ungehindert zum Verkauf gegen Mark unter der Bedingung zuzulassen, dass wir den Erlös aus diesen Waren zur Tilgung der Kreditzahlungen einsetzen. Die Liste der Waren, die wir an Deutschland zwecks Zahlungen gemäß Kreditabkommen liefern, unterliegt einer jährlichen Abstimmung.

11. Dem Abkommen sollte eine Liste der für uns wichtigsten Objekte, deren Lieferung die deutsche Regierung uns à Konto des Kreditabkommens garantiert, und die Verpflichtung der deutschen Regierung beigefügt werden, den Zutritt für unsere Ingenieure, Techniker und Wirtschaftsexperten zu den Unternehmen und Laboren zu gestatten, an die diese Aufträge unter der Bedingung spezieller Verträge mit den Lieferfirmen über technische Hilfe vergeben werden.

12. Gen. Kandelaki ist zu beauftragen, von der deutschen Regierung das Einverständnis einzuholen, die Zinsen für den 200 Mio. Kredit vorfristig mit Mark aus dem Exporterlös zu bezahlen.

13. Gen. Kandelaki ist zu beauftragen, eine Verlängerung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens 1936 auf das Jahr 1937 zu den bestehenden Konditionen durchzusetzen, wobei u. a. zuzustimmen ist, die Bezahlung unserer bis zum 1.1.37 ausgegebenen Wechsel und der Terminwechsel im Jahr 1937 mit ausländischen Devisen zu leisten.

14. Dem NKVT ist zu gestatten, Wechsel in deutscher Mark für ausländische Devisen mit Rabatt einzulösen¹.

Von A.P. Rozengol'c mit blauem Farbstift abgezeichnet: AR[ozengol'c].

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 3 Expl. 4/8/36.

RGAĖ, f. 413, op. 12, d. 2210, l. 72-73. Kopie.

¹ Vgl. Dok. 488.

Nr. 488
Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B)

GANZ GEHEIM
[7.8.1936]

****O.P.****¹

Entwurf²

****Über Deutschland****³

BESCHLUSS

1. Gen. Kandelaki ist aufzufordern, von der deutschen Regierung das Einverständnis einzuholen, die Zinsen für den 200 Mio. Kredit vorfristig mit Mark aus dem Exporterlös zu bezahlen.

2. Gen. Kandelaki ist anzuweisen, eine Verlängerung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens von 1936 zu den bestehenden Konditionen für das Jahr 1937 durchzusetzen und insbesondere die Zustimmung einzuholen, die Bezahlung unserer bis zum 1.1.37 ausgegebenen Wechsel und der Terminwechsel im Jahr 1937 mit ausländischen Devisen zu leisten.

3. Dem Narkomvneštorg ist zu gestatten, Wechsel in deutscher Mark für Devisen mit Rabatt einzulösen.

****4.** Das Narkomvneštorg ist zu beauftragen, auf Barrechnung in Mark für 15 Millionen Mark Aufträge für Halbfabrikate und Anlagen zu vergeben, das Auftragsprogramm ist dem ZK innerhalb von fünf Tagen zur Bestätigung vorzulegen.⁴

Eigenhändige Unterschrift von A.P. Rozengol'c mit blauem Farbstift: A. Rozengol'c⁵.

Vermerk I.V. Stalins mit rotem Farbstift: „Dafür“. I. St[alin].

Eigenhändige Unterschriften von: S. Ordžonikidze mit Tinte, von K. Vorošilov mit Bleistift, von Kaganovič mit Bleistift, V. Čubar' mit blauem Farbstift.

Registraturvermerk des Sekretärs mit Tinte: O.P. P.42/97 vom 7/VIII.36.

Vermerk mit Tinte über die Zusendung von Auszügen: Auszüge an Rozengol'c, Kandelaki.

Vermerk über die Anzahl der Exemplare: 3 Expl. 4/8.36.

Sachbearbeitungsvermerk: Akte: Deutschland – 200 Mio.

-“- – 1936

Import.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 562, l. 62. Original.

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 83, S. 146.

¹ Die Abkürzung ist mit Tinte geschrieben.

² Das Wort ist durchgestrichen. Nach der Befragung der Politbüromitglieder des ZK der VKP (B) wurde der entsprechende Beschluss gefasst.

³ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

⁴ Der Text ist mit Bleistift geschrieben.

⁵ Der Entwurf wurde im NKVT ausgearbeitet. Vgl. RGAÉ, f. 413, op. 12, d. 2210, l. 71.

Nr. 489

Weisung des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin KandelakiGEHEIM

Expl. Nr. 1

[7.8.1936]

1. Den Vertretern der deutschen Regierung ist mitzuteilen, dass die Zeit für den Abschluss des Abkommens¹ noch nicht herangereift ist.

2. Der Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland Gen. Kandelaki ist zu beauftragen, die Möglichkeiten zum Abschluss von Verträgen zu den nachfolgend aufgezählten 8 Objekten zu sondieren:

- 1) Flugzeuge, Bomber, Jagdflugzeuge, Wasserflugzeuge (Aufklärer und Bomber);
- 2) Schalldämpfer für Flugzeuge;
- 3) Schiffsartillerie zu 11, 14 und 16 Zoll;
- 4) Technische Hilfe für Akkumulatoren-Batterien [der Firma] AFA;
- 5) Ausrüstung für früher in Deutschland bestellte U-Boote (Apparate für Minensperren);
- 6) Schiffspanzerung für Schlachtschiffe;
- 7) Kleine und große Turbinen für Kriegsschiffe;
- 8) Technische Hilfe von Zeiss mit Zutritt zum Zeiss-Unternehmen;

Und, in Abhängigkeit von den Ergebnissen, die Frage hinsichtlich des 500-Millionenkredites zu entscheiden.

Vermerk des Sekretärs (Unterschrift ist unleserlich) mit Tinte: Gen. Rozengol'c hat ein Expl. Gen. Kandelaki gegeben. 7/8.36.

Vermerk D.V. Kandelakis mit Tinte: Habe ein Expl. erhalten. DKand[elaki] 7.VIII.36.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl. 7.VIII.36.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2210, l. 65. Original.

¹ Gemeint ist der Abschluss eines Abkommens auf der Grundlage des Vorschlages der deutschen Seite, der UdSSR einen neuen Kredit zu gewähren. Vgl. Dok. 180.

Nr. 490

Schreiben der Vorsitzenden des ZK der MOPR Stasova an den Generalsekretär
des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim

Eilt

9. August 1936

AN DAS

POLITBÜRO DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Die Rechtsanwälte in der Sache des zum Tode verurteilten deutschen Kommunisten Etkar André, haben sich an die *Auslandsvertretung des Exekutivkomitees der MOPR mit der Bitte gewandt, an die UdSSR die Frage eines möglichen Austauschs Etkar André gegen einen in der UdSSR inhaftierten Deutschen zu richten*¹.

Nach Eingang dieser Anfrage wandte ich mich an Gen. Jagoda und erhielt die Antwort, dass sich bei ihm Objekte für einen Austausch finden würden.

Auf meine Anfrage an Gen. Krestinskij hinsichtlich der Möglichkeit eines Austauschs erhielt ich die Antwort, er halte einen Austausch angesichts der Tatsache für möglich, dass seitens Deutschlands vor einiger Zeit die Frage nach einem Austausch von einigen Personen gestellt worden sei, die für das Dritte Reich von Interesse sind.

*Ich bitte, das Ersuchen der Rechtsanwälte des Gen. Etkar André zu prüfen und mir entsprechende Weisungen zu erteilen.*²

Elena Stasova

Vermerk von A.N. Poskrebyšev mit Bleistift: Das NKID ist zu fragen.

Vermerk von L.M. Kaganovič mit blauem Farbstift: „Dafür“. L. Kaganovič.

Vermerk von V. Ja. Čubar' mit rotem Farbstift: „Dafür“. V. Čubar'.

Eigenhändige Unterschrift von G.K. Ordžonikidze mit Tinte.

Eigenhändige Unterschrift von K.E. Vorošilov mit rotem Farbstift: Vorošilov.

Eigenhändige Unterschrift von A.A. Andreev mit Bleistift: A. Andreev.

Eigenhändige Unterschrift von M.I. Kalinin mit grünem Farbstift: Kalinin.

Registrierungsvermerk des Sekretärs für das Dokument: Prot[okoll] PB Nr. 42, Pkt. 317 (op) vom 21.VIII. 36.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 563, l. 75. Original.

¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

Nr. 491

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[13.8.1936]

Nr. 303/s¹ANN.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

1. Zur Olympiade.²

Die Olympiade geht dem Ende entgegen und im Zusammenhang damit kann ein gewisser Stimmungsabfall sowohl in deutschen als auch in ausländischen Kreisen konstatiert werden.

Was die Deutschen betrifft, so wird ihre Stimmung dadurch gekennzeichnet, dass sich bereits jetzt die mit der Olympiade verknüpften Hoffnungen und Pläne als zu überhöht erweisen. Unter materiellem Gesichtspunkt kann sich die Olympiade als ein Verlustgeschäft erweisen. Beispielsweise fiel der Zustrom von Valuta recht bescheiden aus und *die Devisenausgaben*³ für die Olympiade wird letztlich die Valutaeinnahmen übersteigen. Die Anzahl der zur Olympiade angereisten ausländischen Gäste fiel recht gering und bedeutend geringer aus, als man in Berlin erwartet hatte. Die Zahl der ausländischen Gäste beläuft sich auf einige Zehntausend, wobei sich die Mehrheit darauf beschränkte, jene Norm an Register-Mark in Anspruch zu nehmen, die den Ausländern zur Verfügung gestellt worden war. Aber nicht nur die rein valutamäßige, sondern auch die allgemeine finanzielle Bilanz beginnt den Organisatoren Sorgen zu bereiten, da für die Deckung der gewaltigen Ausgaben besonders große Zuflüsse erforderlich sind, die es jedoch nicht gibt.

Die innenpolitische Wirkung der Olympiade ist erheblich. Im Lande ist große Arbeit geleistet worden, die gewisse Früchte trägt. Die Olympiade wird von einem großen Teil der Bevölkerung als eine gesamt nationale Angelegenheit betrachtet und nach außen hin als ein Erfolg Hitler-Deutschlands angesehen und folglich mit dem persönlichen Ansehen Hitlers in Verbindung gebracht. Zugleich ist jedoch im Zusammenhang mit der Olympiade aus nicht ganz einleuchtenden Gründen eine Belebung monarchistischer Kreise zu beobachten. Viele meiner Kollegen richten jedenfalls die Aufmerksamkeit auf die Aktivierung der allbekannten Monarchisten. Ich persönlich konnte beobachten, wie eine Menschenmenge dem zur Olympiade angereisten Kronprinzen⁴ einen überaus stürmischen Empfang bereitet hat.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 483, Anm. 1.

³ Das Wort ist mit blauem Farbstift unterstrichen und am linken Seitenrand mit einem Fragezeichen versehen.

⁴ Kronprinz Wilhelm von Preußen.

Die außenpolitischen Ergebnisse der Olympiade rufen bei den Deutschen zunehmende Enttäuschung hervor. Die Gesamtzahl der ausländischen Gäste ist, wie bereits gesagt, verhältnismäßig gering. Gänzlich unbedeutend ist die Anzahl wichtiger Staatsmänner, die wegen der Olympiade nach Berlin gekommen sind. Außer den gekrönten Häuption, von denen einzig Boris von Bulgarien eine wirklich wahrnehmbare politische Größe darstellte, gab es ansonsten in Berlin sehr wenige bedeutende Politiker. Ihre Zahl beschränkt sich schließlich auf Vansittart, Beaverbrook, Alfieri und Szembek.

Allerdings war es den Hitlerleuten im Zusammenhang mit der Olympiade gelungen, etwas in der Art einer Verbrüderung der Faschisten zu arrangieren. Sämtliche faschistische Länder waren gut vertreten und einige Feierlichkeiten im Zusammenhang mit der Olympiade erweckten den Eindruck eines faschistischen Kongresses. Jedoch ist die politische Bedeutung all dieser Treffen offenbar nicht sehr groß, obgleich auch sie Beachtung verdienen.

Was den Besuch Vansittarts⁵ betrifft, so ist, nach den vorliegenden Informationen zu urteilen, die Reise Vansittarts zum Teil von Überlegungen innenpolitischer und persönlicher Natur motiviert gewesen. Offenbar wollte Vansittart die englische Opposition beschwichtigen, die ihn als einen ausgesprochenen Germanophilen betrachtet, und damit zugleich das Ansehen von Phipps stärken. Schließlich sind viele der Ansicht, dass Vansittart mit seinem Besuch eine Reise von Lord Halifax überflüssig gemacht hat. Vansittart führte in Berlin zweifellos politische Gespräche, er traf sich wiederholt mit Neurath, mit Hitler hatte er ein anderthalbstündiges Gespräch⁶. Vansittart hat mit den Deutschen, wenn man den Berichten von Kollegen Glauben schenken kann, die mit ihm gesprochen hatten, den Termin für die Einberufung der Locarno-Konferenz⁷ für Oktober abgesprochen und vereinbart, dass die Vorverhandlungen auf dem üblichen diplomatischen Wege geführt werden, offenbar nach der Ankunft Ribbentrops in London. Vansittart hat seine Eindrücke von den Treffen mit Hitler in einem der Gespräche knapp in folgender Weise zusammengefasst: Hitler hat Züge eines Fanatikers, der aufrichtig davon überzeugt ist, dass er ein Instrument der Vorsehung ist, der nicht nur dazu berufen ist, Deutschland zur Größe zu führen, sondern auch die Welt vor dem Bolschewismus zu retten. Dies verbindet sich mit den Zügen eines Politikers, der recht nüchtern die momentane Situation in Europa beurteilt. *Hitler befindet sich zweifellos im Banne der gewachsenen Stärke Deutschlands und ist allem Anschein nach aufrichtig in seinen Beteuerungen, dass er einen Krieg vermeiden will. Ich verlasse Deutschland, sagte Vansittart, mit einer weitaus größeren Überzeugung als zuvor, dass die bevorstehende Konferenz der Fünf zu akzeptablen Ergebnissen führen wird. Diese Überzeugung gründet sich zum Teil auf den aufrichtigen Wunsch, den ich bei Hitler festgestellt habe, seine Beziehungen zu Frankreich zu normalisieren. Auf die

⁵ Vansittart hielt sich auf Einladung von Ribbentrops vom 31.7. bis 13.8.1936 in Berlin auf.

⁶ Am 5.8.1936.

⁷ Gemeint ist die Einberufung einer Konferenz der fünf Teilnehmerstaaten der Locarno-Konferenz von 1925, die am 23.7.1936 während des Treffens der Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und Belgiens in London initiiert wurde und deren Aufgabe darin bestehen sollte, ein neues Übereinkommen an die Stelle des nach dem 7.3.1936 faktisch außer Kraft gesetzten Rheinpaktes von Locarno treten zu lassen.

Frage, die von meinen Gesprächspartnern bezüglich Osteuropas gestellt wurde, antwortete Vansittart sehr ausweichend und beschränkte sich auf die Erklärung, dass diese Frage weitaus komplizierter sei und Hitler in Bezug auf die UdSSR „leider ein Fanatiker ist, der über den Politiker die Oberhand gewinnt“⁸, England jedoch mit aller Kraft anstreben werde, den Frieden überall zu festigen. Bestätigt wird ebenfalls, dass in dem Gespräch Vansittarts mit Hitler auch die Frage bezüglich Spaniens berührt worden ist. Dieser Meinungsaustausch, bei dem Hitler seinen Gefühlen gegen Sowjetrußland freien Lauf gelassen hat, habe, nach Auffassung einiger meiner Kollegen, dennoch seine Wirkung auf die Entscheidung der deutschen Regierung gezeigt, sich dem französischen Neutralitätsvorschlag anzuschließen (wenn auch „im Prinzip“).

Die Reise Szembeks nach Berlin⁹ hatte zweifellos das Ziel, die Befürchtung der Deutschen bezüglich der Reise Gamelins nach Warschau¹⁰ zu zerstreuen. Szembek hatte die Aufgabe, den Deutschen zu versichern, dass dieser Besuch zu keinerlei Veränderungen in der Außenpolitik Polens führen wird, die Beck im völligen Einvernehmen mit Rydz-Śmigły gestaltet. Szembek erläuterte den Deutschen zugleich, dass die bevorstehende Reise von Rydz-Śmigły nach Paris zur Teilnahme an französischen Manövern auf die nachdrückliche Einladung des französischen Generalstabes zurückgehe, wobei es keinerlei Möglichkeit gegeben hätte, sie auszuslagern, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass Polen immer noch nicht auf die Besuche von Barthou¹¹ und Laval¹² geantwortet hat. Szembek bereitete die Deutschen auch auf die Möglichkeit vor, dass Rydz-Śmigły von Beck nach Paris begleitet wird¹³. Anderen, noch nicht überprüften Informationen zufolge hat Szembek in seinen Gesprächen auch die Danzig-Frage berührt.

Der Kontakt zwischen dem diplomatischen Corps und der deutschen Regierung hat sich deutlich belebt. Alle bedeutenden Botschaften haben große Empfänge gegeben, auf denen die Regierung gewöhnlich gut vertreten war. Besonders viele Deutsche fanden sich bei dem englischen Empfang ein.¹⁴ Dort konnte man Goebbels, Frick, Mackensen, Papen antreffen, abgesehen von den Ministern und von denen, die sonst nicht mit dem Corps verkehren. Am wenigsten waren die Deutschen bei dem amerikanischen Empfang vertreten. Ich weiß nicht, worauf das zurückzuführen ist, vielleicht darauf, dass sich Dodd derart unabhängig gegenüber den Deutschen verhält und seine Gefühle gegenüber dem Hitlerregime nicht verbirgt, oder vielleicht auch darauf, dass hier das Interesse an Amerika in letzter Zeit generell stark zurückgegangen ist. Die Tatsache jedoch, dass zu diesem Empfang kein einziger deutscher Minister erschienen war, selbst Neurath nicht, von der Parteilite schon ganz zu schweigen, hinterließ den Eindruck eines echten Boykotts,

⁸ Der Text ist am linken Seitenrad mit blauem Farbstift angestrichen.

⁹ Szembek hielt sich als offizieller Vertreter Polens bei den Olympischen Spielen vom 6.8. bis 17.8.1936 in Berlin auf. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 506, Anm. 1.2, S. 831.

¹⁰ Gamelin hielt sich vom 12.8. bis 17.8.1936 zu einem offiziellen Besuch in Polen auf. Vgl. ebenda, Dok. 518, S. 863–865.

¹¹ Barthou hielt sich vom 22.4. bis 25.4.1934 zu einem offiziellen Besuch in Polen auf.

¹² Laval hielt sich vom 10.5. bis 12.5.1935 zu einem offiziellen Besuch in Polen auf. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Dok. 88, S. 154–158.

¹³ Rydz-Śmigły stattete vom 30.8. bis 10.9.1936 Frankreich einen offiziellen Besuch ab.

¹⁴ Am 8.8.1936. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 3/II, S. 153 (Eintragung vom 9.8.1936).

und man hätte zeitweise denken können, sich im Gebäude der sowjetischen Botschaft zu befinden.

Aus der Zahl der verschiedenen, nicht besonders wichtigen Zwischenfälle und Konflikte, die sich im Zusammenhang mit der Olympiade ereigneten, ist der Zwischenfall mit der peruanischen Fußballmannschaft zu nennen und die von den Tschechen offiziell vorgebrachte Unzufriedenheit hervorzuheben, dass Henlein in die Liste der Ehrengäste aufgenommen und zudem als einziger Ehrengast aus der Tschechoslowakei vermerkt worden war.

2. Zu den spanischen Ereignissen.

Auf außenpolitischem Gebiet ist hier momentan die gesamte Aufmerksamkeit natürlich auf Spanien gerichtet. Nur von hier aus ist zu verstehen, welche Rolle der Hitlerismus bei der Herausbildung einer geschlossenen faschistischen Front in der Welt zu spielen beginnt. Alles, was jetzt in Spanien geschieht, wird hier als eine ureigene Angelegenheit aufgenommen. Außenpolitische Erwägungen, Hoffnungen auf Frankreich als einen potenziellen Verbündeten, die gemeinsame Haltung mit Italien, im Mittelmeerraum das Kräfteverhältnis zu verändern – all das wird mit einem animalischen Hass auf Arbeiter, Kommunisten, die Volksfront und auf Moskau verflochten. Auf diese Frage werden wir in einem speziellen vom Pressebüro der Bevollmächtigten Vertretung verfassten Bericht eingehen. Hier möchte ich lediglich auf die uns vorliegenden Informationen über den Kampf mitteilen, der sich in der Regierungsspitze rund um die Frage abspielte, wie auf den französischen Neutralitätsvorschlag¹⁵ zu reagieren ist. Wie immer, wenn es darum geht, in der Regierung ernste Entscheidungen zu treffen, standen sich im Zusammenhang mit den spanischen Ereignissen zwei Gruppen gegenüber. Vertreter des Auswärtigen Amtes bestanden auf Vorsicht und rieten verstärkt dazu, Frankreich und besonders England durch eine Ablehnung, sich dem Neutralitätsvorschlag anzuschließen, nicht zu entmutigen. Sie betonten, dass eine Ablehnung seitens der deutschen Regierung den Vorwurf nach sich zöge, eine Ausweitung des Krieges in Spanien zu fördern und Frankreich, eventuell auch England, zu einer direkten Unterstützung für Madrid zu drängen. Es wird darüber gesprochen, dass Ribbentrop in dieser Frage Neurath unterstützt, der darauf verwies, dass die Politik der „vollendeten Tatsachen“ nicht bei einer solchen Frage wie der spanischen oder vielmehr der des Mittelmeerraumes, wo die Interessen Englands und Frankreichs fast völlig identisch sind, anwendbar sei. Er warnte vor einer zu offensichtlichen Zusammenarbeit mit Italien, die von den Franzosen und Engländern als eine direkte Bedrohung ihrer Interessen im Mittelmeerraum aufgefasst werden könnte. Einige Mitglieder der Führungsspitze der Nationalsozialistischen Partei, insbesondere Goebbels und Heß, bevorzugten eine andere Taktik und empfahlen Hitler, sich durch keinerlei Verpflichtungen zu binden und in Zusammenarbeit mit Italien aktiv in die spanischen Angelegenheiten einzugreifen. Von dieser Gruppe ging auch, wie erzählt wird, der Vorschlag aus, unverzüglich mit der Madrider Regierung offiziell die Beziehungen

¹⁵ Gemeint ist der Vorschlag der Regierung Frankreichs an die Regierungen Großbritanniens und Italiens vom 1.8.1936, der auch in Berlin und Moskau vorgetragen wurde, über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens. Vgl. ADAP, Ser. D, Bd. III, Dok. 29, S. 26–27.

abzubrechen und Burgos de jure anzuerkennen.¹⁶ Hitler habe wie gewohnt geschwankt und sich anfangs eher für die Auffassung von Goebbels und Co. entschieden. Man erzählt sich übrigens, dass das berühmte Telefongespräch Ribbentrops mit London, in dem er mit der Landung einer deutschen Luftlandtruppe in Barcelona drohte, tatsächlich stattgefunden hat und Hitler selbst zugeschrieben wird. Selbst jene Kollegen, die eher dazu neigen, diesen Vorgang als ein Manöver erpresserischer Natur zu betrachten, um damit die Franzosen zu erschrecken, kommen zu der Schlussfolgerung, dass zu jenem Zeitpunkt Hitler die Frage bezüglich der weiteren Taktik längst noch nicht entschieden hatte. *Wie man erzählt, hätten die aus Spanien eintreffenden Informationen sein Schwanken beendet. Die von Goebbels vertretene und, wie man sagt, von den Italienern unterstützte Version, wonach es bei einer verhältnismäßigen geringen Hilfe den Putschisten möglich wäre, der Volksfront einen blitzartigen und tödlichen Schlag zu versetzen, ist durch den Kampfverlauf widerlegt worden. Hier wird bereits jetzt mit einem lang anhaltenden Widerstand Madrids und mit der Gefahr einer offenen und unverhüllten Einmischung gerechnet. Dem Rechnung tragend wurde auch zu einer etwas vorsichtigeren Taktik gegriffen, die darauf hinausläuft*¹⁷, **dass**¹⁸:

1. die deutsche Regierung ihr prinzipielles Einverständnis zum französischen Neutralitätsvorschlag abgibt;

2. dieses Einverständnis mit verschiedenen Vorbehalten zu verknüpfen ist, um die Umsetzung des Abkommens maximal hinauszuzögern;

3. faktisch nicht auf eine Unterstützung der spanischen Generäle verzichtet wird, sie jedoch verdeckter und vorsichtiger vorzunehmen ist.

Diese Taktik ist insgesamt auf einen Zeitgewinn ausgerichtet. Falls in Spanien eine derartige Situation entsteht, wonach der Ausgang des Kampfes zugunsten der Aufständischen ausschließlich von einer verstärkten materiellen Hilfe von außen abhängen sollte, so gibt es keine Zweifel, dass das faschistische Deutschland diese Hilfe leisten wird.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Ja. Suric

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2302 vom 15.8.1936.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1447 vom 17.8.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 13.8.1936.

AVP RF, f. 097, op. 11, p. 102, d. 14, l. 131–137. Original.

¹⁶ General Franco bildete am 1.10.1936 in Burgos (Nordspanien) eine Regierung.

¹⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁸ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: um.

Nr. 492
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Außenhandel Loganovskij an den
Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki

GANZ GEHEIM

PERSÖNLICH

Expl. Nr. _____

[15.8.1936]

21/142

2/IX.36¹

AN

Gen. KANDELAKI

Ich schicke Ihnen die knappe Beschreibung der Objekte der Sonderliste². Zu dieser Beschreibung füge ich folgendes hinzu:

1. Die Flugzeuge sind mit den maximalen Ansprüchen auf der Grundlage jener Angaben ausgewählt worden, über die wir hinsichtlich der amerikanischen und französischen Technik verfügen.

2. Bei der schweren Artillerie können wir keine Beschreibung geben, weil dies dem anderen Land die Möglichkeit verschaffen würde, unsere Errungenschaften zu erfahren. Deshalb ist der Punkt zur Artillerie in Form eine Frageliste abgefasst, auf die wir Angebote bekommen sollen, und in Abhängigkeit davon werden wir mitteilen, ob uns die Angebote zusagen oder ob wir eine zusätzliche Frageliste abgeben werden.

3. Hinsichtlich der technischen Hilfe für Akkumulatoren besitzen Sie eine genaue Spezifizierung, und diese Frage ist Ihnen bekannt. Aus diesem Grund verwenden Sie bei den Gesprächen nicht nur die beigelegte Beschreibung, sondern auch jene Spezifizierung, die Sie besitzen.

4. Die Panzerung für Schlachtschiffe wird ebenfalls in allgemeinen Kennziffern angegeben, weil eine ausführlichere Spezifizierung erst nach dem Eingang der prinzipiellen Zusage für den Verkauf gegeben werden kann.

5. Die Frage hinsichtlich der technischen Hilfe von Zeiss ist ebenfalls klar und Ihnen gut bekannt. Es geht um die technische Hilfe bei den neuesten Optikmodellen für die Land-, See- und Luftstreitkräfte. Eine der konkreten Fragen dieser technischen Hilfe, die der Entfernungsmesser, liegt bei.

6. Die Ausrüstungsliste für U-Boote haben wir noch nicht erstellt, ich kann sie Ihnen erst beim nächsten Mal schicken.

Ich drücke [Ihnen] die Hand

Loganovskij

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 [Exemplare]. 15.VIII.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2204, l. 42. Kopie

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² In der Akte nicht vorhanden.

Nr. 493

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg**

GEHEIM
[16.8.1936]

TAGEBUCH
N.N. KRESTINSKIJS

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS SCHULENBURG,
16. August 1936

Sch[ulenburg] sagte, er sei zu mir gekommen, um mir seine Befürchtungen vorzutragen. Es gehe darum, dass im Zusammenhang mit der gestern veröffentlichten Mitteilung über die Eröffnung eines Gerichtsverfahrens gegen eine terroristische Organisation¹ in Artikeln und Reden oft eine Mitwirkung der deutschen Polizei an der Tätigkeit der Terroristen erwähnt werde.²

Er erachte es als absolut unwahrscheinlich, dass deutsche offizielle Behörden den Trotzlisten und Zinov'ev-Leuten irgendeine Unterstützung gewährt haben könnten. Denn aus deutscher Sicht seien Trotzlisten und Zinov'ev-Leute eine Gruppe, die weiter links von der sowjetischen Regierung stehe, und es sei keinesfalls vorstellbar, dass die deutsche Regierung diese noch weiter links stehende Gruppierung unterstützen würde. Er befürchte, dass es während des Prozesses in den Zeitungsberichten Ausfälle gegen deutsche offizielle Behörden geben werde, die eine neue, unnötige Verschärfung in den sowjetisch-deutschen Beziehungen bewirken könnten.

Ich antwortete ihm, dass ich seine Gewissheit nicht teile, wonach es keine Teilhabe von deutschen Organen an der Tätigkeit der Terroristen gegeben hätte.

Da diese deutschen Organe die Regierung der UdSSR und die Führung der VKP (B) als ihren Feind betrachten, worüber deutsche Zeitungen offen schreiben, können sie die Trotzlisten und Zinov'ev-Leute in ihrem Kampf gegen die sowjetische Regierung und die Führung der VKP (B) nach dem Prinzip der Hilfe im Kampf gegen den gemeinsamen Feind unterstützen.

Was die Frage anbelangt, ob deutsche offizielle Organe in der Anklageschrift vorkommen und sie im Verlaufe des Prozesses erwähnt werden, so wisse ich dies nicht, würde mich jetzt dafür interessieren.

Sch. kam im Zusammenhang mit den spanischen Ereignissen auf die antideutsche Kampagne unserer Presse zu sprechen, stellte dabei jedoch nicht Abrede, dass

¹ Vgl. „V prokuratore Sojuza SSR“ (In der Staatsanwaltschaft der UdSSR). In: Pravda vom 15. August 1936, S. 2. Gemeint ist der Prozess gegen das „Antisowjetische vereinigte trotzlistisch-sinowjewistische Zentrum“. Die Gerichtsverhandlung gegen die 16 Angeklagten erfolgte vom 19. bis 24.8.1936 vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR in öffentlicher Sitzung im Oktobersaal des Hauses der Gewerkschaften in Moskau. Alle Angeklagten wurden zum Tod durch Erschießen verurteilt.

² „Vragi naroda pojmany s poličnymi“ (Volksfeinde auf frischer Tat ertappt). In: Pravda vom 15. August 1936, S. 1; „Zakljatye vragi sovetskogo naroda“ (Erzfeinde des Sowjetvolkes). In: Krasnaja zvezda vom 16. August 1936, S. 1.

einzelne deutsche Firmen eventuell an die Putschisten Flugzeuge für zivile Zwecke verkauft haben.

Auch über die Ausfälle unserer Presse gegen die deutsche Kriegsmarine beklagte er sich erneut.

Ich wies ihn, wie auch beim vorigen Mal, auf die faktische Hilfe der deutschen Flotte für die Putschisten und auf die Lieferung von deutschen Flugzeugen an sie hin.

N. Krestinskij

Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: an G[rigorij] B[ežanov].

Vermerk mit Bleistift: 2. West[abteilung].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1834 vom 17.8.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

*7 Expl. Das 1. [Exemplar] zu den Akten, das 2. an Gen. Litvinov, das 3 an Gen. *Štern*³, das 4. an Gen. Astachov, das 5. an Gen. Suric, das 6. an Gen. Ul'rich.*

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 57–56. Kopie.

Nr. 494

Aufzeichnung des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters von Ribbentrop

Berlin, den 16. August 1936

Notiz für den Führer

Auftragsgemäß habe ich mit dem japanischen Botschafter¹ und General Oshima während der vergangenen beiden Wochen in der Frage des Abschlusses der Antikominternabkommen sowie des vorgesehenen politischen Abkommens verhandelt. Der Botschafter teilte mir mit, dass grundsätzlich das Einverständnis seiner Regierung zu solchen Abkommen vorläge.

Zur Diskussion stehen noch:

1) Die Frage der Veröffentlichung des Antikominternvertrages.

Die japanische Regierung ist anscheinend etwas besorgt über die Wirkung einer Veröffentlichung, während die japanischen Militärkreise ausgesprochen für die Veröffentlichung zu sein scheinen.

Ich habe den Botschafter überzeugt, dass ein solches Antikominternabkommen erst durch die Veröffentlichung seinen Sinn erhält und uns die Möglichkeit gibt, eine große diplomatische Offensive gegen den Bolschewismus zu beginnen und einen antibolschewistischen Staatenblock zu bilden. Ich habe dem Botschafter die Argumente an die Hand gegeben, dass er mit seiner Regierung entsprechend telegraphieren kann.

³ Der Name ist mit Bleistift unterstrichen.

¹ Kintomo Mushanokōji.

Wegen des günstigsten Zeitpunktes der Veröffentlichung im Hinblick auf die Gesamtweltlage habe ich die japanische Regierung gebeten, dessen Bestimmung Deutschland als dem exponierteren Partner zu überlassen, selbstverständlich nach vorheriger Vereinbarung mit Japan.

2) Die Frage der Formulierung, da die japanische Regierung anscheinend etwas vor der Wirkung der zu Propagandazwecken scharf formulierten Präambeln der beiden Verträge² zurückschreckt.

Ich habe den Botschafter von der Notwendigkeit und Nützlichkeit einer solchen scharfen Formulierung überzeugt und ihm ebenfalls die notwendige Aufklärung gegeben, damit er telegraphisch seine Regierung überzeugen kann. Äußerstenfalls müsste man hier eine Kompromisslösung finden.

Die nächste Verhandlung wird voraussichtlich Ende nächster oder Anfang übernächster Woche stattfinden.

R[ibbentrop]

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 509, S. 836.

Nr. 495

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 2

19. August 1936

Nr. 3623/L.

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

vor meiner Abreise nach Kislovodsk schrieb ich Ihnen über den zum *deutschen Kreditangebot*¹ gefassten Beschluss. Nach Moskau zurückgekehrt erfuhr ich, dass Gen. Kandelaki nach dem erwähnten Beschluss versuchte, ihn zu verändern. Ihm ist jedoch, wenn ich mich nicht irre, in schriftlicher Form bestätigt worden, er müsse den Deutschen ausdrücklich erklären, dass wir zurzeit ein Abkommen ablehnen. Zugleich wurde ihm gestattet, die Deutschen zu fragen, ob sie uns einige, uns besonders interessierende Objekte zu dem Ihnen bekannten Gebiet liefern würden, und ihnen zu sagen, dass im Falle einer positiven Antwort die Fra-

² Deutsch-Japanisches Abkommen gegen die Kommunistische Internationale, 25.11.1936 sowie Geheimes Zusatzabkommen zum Abkommen gegen die Kommunistische Internationale, 25.11.1936. In: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 57, 58.

¹ Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

ge eines Kreditabkommens erneut aufgeworfen werden könnte². Mit einer positiven Antwort ist allerdings kaum zu rechnen. Ich habe die genaue Aufzeichnung der Entscheidungen nicht zu Gesicht bekommen und übermittele Ihnen das laut Bericht des Gen. Krestinskij.

Die Franzosen streben einen Austausch von Noten genau des gleichen Inhalts an, die von der französischen und der englischen Regierung unterzeichnet worden sind. Wir gaben dazu unser prinzipielles Einverständnis, doch die Unterzeichnung verzögert sich wegen unserer Einwände gegen den Einführungsteil³.

Die litauische Regierung bestreitet entschieden Ihre Mitteilung über ein politisches Komplott, welches angeblich dem Wirtschaftsabkommen⁴ vorangegangen sei.

Auf anderen Gebieten gibt es nichts Neues.

Mit Gruß

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit blauem Farbstift: N.N.⁵

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4592 vom 21.8.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl. 1 [Exemplar] an den Adressaten, 1 an Gen. Krestinskij, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 131. Kopie.

Nr. 496

Bericht des Generalstaatsanwaltes der UdSSR Vyšinskij an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Čubar'

Ganz geheim

[19.8.1936]

AN

DAS ZK DER VKP (B) – Gen. I.V. STALIN

DAS ZK DER VKP (B) – Gen. L.M. KAGANOVIČ

DEN SNK DER SOWJETUNION – Gen. V. Ja. ČUBAR'

*Von den Organen des NKVD der USSR und der Staatsanwaltschaft in Dnepropetrovsk ist die Ermittlung in der Strafsache der konterrevolutionären, faschistischen und Spionage- und Diversionsorganisation abgeschlossen worden.*¹

² Vgl. Dok. 489.

³ Am 23.8.1936 erfolgte der Notenaustausch zwischen dem Geschäftsträger Frankreichs in der UdSSR Payart und Litvinov zu der Erklärung über die Nichteinmischung in die Angelegenheiten Spaniens. Vgl. DVP, Bd. XIX, Dok. 249, S. 402–403.

⁴ Litauen schloss am 5.8.1936 ein Wirtschaftsabkommen mit Deutschland. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 512, S. 847–849.

⁵ Krestinskij.

¹ Die hier und im Folgenden so gekennzeichneten Textstellen sind mit rotem Farbstift unterstrichen.

Durch die Ermittlungsbehörden ist festgestellt worden: im Auftrag des deutschen Spionagedienstes ist 1932 unter der Leitung des deutschen Staatsbürgers ROHNSTOCK² im S.M. Kirov-Werk des „Glavvoenprom“ des NKTP in der Stadt B[ol'soj] Tokmak im Gebiet Dnepropetrovsk die genannte Organisation entstanden, die folgende Ziele verfolgte:

a) in *FRIEDENSZEITEN – eine breite Diversionstätigkeit durch die Mitglieder der Organisation in allen Bereichen ihrer Arbeit*, Sammlung und Übergabe von Informationen nachrichtendienstlichen Charakters an den Spionagedienst, die Verbreitung faschistischer Ideen unter der deutschen Bevölkerung und die massenhafte Ausbildung von faschistischen Kadern, die im Falle eines Krieges Deutschlands gegen die Sowjetunion eine Untergrundtätigkeit im Hinterland der Roten Armee entfalten sollten und

b) in *KRIEGSZEITEN – Sprengung der wichtigsten Anlagen und völlige Außerbetriebsetzung des gesamten Werkes*, Durchführung einer massenhaften Vergiftung des Pferdebestandes, Zerstörung landwirtschaftlicher Maschinen in den Kolchosen und Sovchosen im Tätigkeitsgebiet der Organisation und allseitige Hilfeleistung für die deutsche Armee.

Die konkrete Tätigkeit der Organisation äußerte sich darin, dass in einem Zeitraum von zwei Jahren die Entwicklung und Serienproduktion des Fium-Torpedos vereitelt wurde. Das hergestellte Torpedo war unbrauchbar. Der Einsatz von Importanlagen wurde vorsätzlich verzögert.

Im Mai 1935 hat das Mitglied der Organisation FRIZEN in Char'kov dem Deutschen Konsulat die wichtigsten technischen Pläne des vom Werk zu produzierenden Torpedos übergeben. Infolgedessen sind die taktischen Kampfeigenschaften des Torpedos sowie die produktionsmäßige Vorbereitung zur Herstellung dieser Waffenart der RKKa vollständig bekannt geworden.

Im Jahr *1934 leiteten die deutschen Konsulate in Moskau und in Char'kov die Organisation, die sie je nach der Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben finanzierten*.

Die Schuldigen, 12 Personen, davon 11 Deutsche, Bürger der Sowjetunion, die in dem genannten Werk arbeiteten, werden dem Gericht des Militärtribunals des Char'kover Militärbezirks überstellt.*

**In *Bezug auf die Hauptangeklagten Aleksandr FRIZEN, Fridrich Fridrichovič AUGUST, Fridrich Gustavovič AUGUST, Vil'gel'm UL'MAN und Vil'gel'm UNRU würde ich die Verhängung der Höchststrafe durch Erschießen als erforderlich erachten*.

Erbitte Ihre Weisungen.*³

A. VYŠINSKIJ

19. August 1936

Nr. 296/l.s.⁴

² Erich Rohnstock wurde im Mai 1940 nach Deutschland ausgewiesen.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

⁴ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

Vermerk von L.M. Kaganovič mit Tinte: „Dafür“ Kaganovič.

Vermerk von G.K. Ordžonikidze mit rotem Farbstift: „Dafür“ Ordžonikidze.

Eigenhändige Unterschrift von V. Ja. Čubar' mit rotem Farbstift: V. Čubar'.

Vermerk des Sekretärs mit Tinte über das Abstimmungsergebnis der Politbüromitglieder des ZK der VKP (B): Gen. Kalinin – dafür, Gen. Vorošilov – dafür.

Vermerk von A.N. Poskrebyšev mit rotem Farbstift: Von Gen. Vyšinskij.

Registrierungsvermerk des Sekretärs für das Dokument: Prot[okoll] PB Nr. 42, Pkt. 298 op vom 21.VIII.36.

Am Ende des Dokuments sind ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 4 Expl.

RGASPI, f. 17, op. 166, d. 563, l. 63–64. Original.

Nr. 497

Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

20. August 1936

Zsg. 102/3/30/36 (5)

Die Ausführungen, die in der gestrigen Pressekonferenz über die militärische Situation in Sowjetrußland gemacht wurden¹, hätten, so wurde gesagt, in der Presse bei weitem nicht den Widerhall gefunden, der wünschenswert war. Diese Dinge müssten in den nächsten Tagen mit größter Energie bearbeitet werden. Alle Kräfte, die zur Verfügung stehen, seien für [diese] Aufgabe einzusetzen. Auch die Aufmachung in den Zeitungen müsste den Ausführungen entsprechen. Die Zeitungen würden strengstens kontrolliert und gegen Zeitungen werde vorgegangen werden, die der Weisung nicht nachkämen.²

Veröffentlicht in: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 4/II, S. 923.

¹ In einer Presseanweisung vom 19.8.1936 hieß es: „Nach Abschluss der Olympischen Spiele wünschen Auswärtiges Amt und Propagandaministerium, dass die Frage der russischen Rüstungen, der russischen Einmischung in Spanien usw. in großem Stil tagelang in Artikeln, Glossen und Meldungen behandelt wird.“ Und weiter hieß es am gleichen Tage: „Unter besonderem Hinweis auf Vertraulichkeit sagte Herr Berndt, dass es notwendig sei, dass die deutsche Presse jetzt groß und auffällig sich mit Sowjetrußland und vor allem mit der neuesten Militärgesetzgebung befasse.“ NS-Presseanweisungen, Bd. 4/II, S. 914.

² In einer weiteren Mitteilung vom 20.8.1936 wurde angeführt: „Oberregierungsrat Stephan stellte fest, dass die gestrigen Ausführungen von Ministerialrat Berndt über das Problem Sowjetrußland in der Presse ziemlich untergegangen seien. [...] Stephan bat, sich der Sache mit der größten Aufmerksamkeit anzunehmen und in den nächsten Tagen – nicht nur einmal, sondern wiederholt – Material über die Militärverordnung zu bringen.“ NS-Presseanweisungen, Bd. 4/II, S. 923.

Nr. 498
Aufzeichnung einer Ressortbesprechung im AA

Berlin, den 22. August 1936

Aktenvermerk über die Sitzung im Auswärtigen Amt am 21.8.1936
 betr.: Frage der Teilnahme am 7. Internationalen Genetiker-Kongress in Moskau.

Anwesend vom Auswärtigen Amt: Botschaftsrat von Twardowski, Legationsrat Roth, Legationssekretär Gregor;
 vom Stab des Stellvertreters des Führers: Prof. Wirz;
 vom Rassenpolitischen Amt der NSDAP: Dr. Frercks;
 vom Reichsministerium für Volksaufklärung u. Propaganda: Regierungsrat Dr. Thomalla;
 vom Geheimen Staatspolizei-Amt: die Kriminalkommissare Schröder und Helm;
 von der Deutschen Kongresszentrale: Dr. Knapp;
 vom Reichserziehungsministerium: Dr. Coulon.

Die Aussprache war vom Auswärtigen Amt angeregt worden, da sich in einer früheren Besprechung im Reichserziehungsministerium eine gegensätzliche Auffassung zwischen diesem und dem Rassenpolitischen Amt einerseits und dem Auswärtigen Amt andererseits herausgestellt hatte. Herr Legationsrat Roth vertrat als Sprecher des Auswärtigen Amtes auch hier wieder die Ansicht, dass von vornherein eine Entscheidung dahin getroffen werden müsse, der Kongress dürfe von deutscher Seite auf keinen Fall beschickt werden. Zur Begründung führte er an, dass ein wissenschaftlicher Kongress in der Sowjetunion tatsächlich niemals einen wissenschaftlichen Charakter trage, sondern ausschließlich als politische Propaganda-Aktion für den Kommunismus aufgezogen werde. Er wies als Beispiel auf den Physiologen-Kongress in Odessa im Jahre 1934 hin. Bei diesen Kongressen würde durch eine Flut von Veranstaltungen, Essen, Besichtigungen so lange auf die Kongressbesucher eingewirkt, bis sie in einen Zustand geraten, in dem sie zu Zugeständnissen bereit seien. Im Übrigen werde bestimmt in der Sowjet-Presse ein Feldzug von Beleidigungen gegen die deutschen Teilnehmer entfesselt werden, der es diesen sowieso unmöglich machen würde, auf dem Kongress zu bleiben. Das Gesamtergebnis werde sein keine objektive Erörterung des Gegenstandes, sondern Versuch einer Diskriminierung der Rassenlehre durch eine politische Propaganda. Die gleiche Ansicht vertrat der Sprecher der Geheimen Staatspolizei, Kriminalkommissar Schröder.¹ Demgegenüber wurde von Dr. Frercks, Prof. Wirz, Regierungsrat Thomalla und Dr. Coulon im Großen und Ganzen übereinstimmend geltend gemacht:

Eine einheitliche Entscheidung sei heute noch nicht möglich. Vom Standpunkt der Wissenschaft aus gesehen, sei die Teilnahme an dem Kongress unbedingt wünschenswert, denn wir dürfen grundsätzlich keine Möglichkeit vorübergehen lassen, unsere neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse vor aller Weltöffentlichkeit zu vertreten. Die Frage der Teilnahme am Kongress sei im Allgemeinen untrennbar von der Beurteilung der politischen Lage, da die sich aber ständig verändere, lasse es sich zur Zeit noch nicht übersehen, ob überhaupt 1937 eine Teilnahme möglich

¹ Vgl. Dok. 464.

sei. Es sei anzunehmen, dass der Kongress auch stattfinden würde, wenn die deutschen Wissenschaftler sich nicht an ihm beteiligen würden. Auch die Propaganda-Aktion seitens der Sowjet-Union würde sicherlich unabhängig von der Beteiligung Deutschlands einsetzen. Die notwendige deutsche Gegenaktion würde unter allen Umständen durch die Teilnahme einer deutschen Delegation unterstützt werden. Dr. Thomalla und Prof. Wirz wiesen insbesondere darauf hin, dass unter den Gelehrten aller nicht deutschen Länder sich schon eine größere Anzahl von Parteigängern deutscher wissenschaftlicher Anschauungen auf dem Gebiet der Rassenlehre und Vererbungswissenschaft befinde. Diese Gruppe von Gelehrten müsse unbedingt durch die Anwesenheit einer deutschen Delegation gestützt werden.

Einigkeit herrschte darüber, dass eine deutsche Delegation nur aus wenigen, besonders ausgesuchten und geschulten Gelehrten bestehen müsse. Ferner herrschte Einigkeit darüber, dass es am besten sei, wenn es gelingen würde, das Stattfinden des Kongresses in Moskau überhaupt zu verhindern. Es solle daher durch privates Vorgehen der einzelnen deutschen Gelehrten versucht werden, möglichst viele Vererbungswissenschaftler zu veranlassen, nicht nach Moskau zu gehen. Nach einigen Monaten solle dann festgestellt werden, ob diese Aktion einen nennenswerten Erfolg gehabt habe. Erst dann solle die Frage der Teilnahme, die heute schon aus politischen Gründen nicht endgültig entschieden werden könne, erneut geprüft werden. Je nach den Erfolgen der privaten Gegenaktion solle dann auch die Aussicht für den Gegenkongress erörtert werden (die schon einmal und zwar mit negativer Entscheidung besprochen worden ist).²

BArch, R 4901/2969, Bl. 55–57.

Nr. 499

Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

Moskau, den 24. August 1936

Tgb. Nr. A/1790

Auf den Erlass vom 15. d. Mts. – P. 5920 – ¹

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Inhalt: Die Sowjetpresse zu den Olympischen Spielen

Über die Olympiade erschienen in der hiesigen Presse nur einige wenige, selbstverständlich negativ gehaltene kurze Meldungen. Der großartige Verlauf und

² Gregor fertigte am 31.8.1936 eine Aufzeichnung von der Besprechung an, die den Standpunkt des AA akzentuierte. Vgl. BArch R 4901, Bl. 48–50.

¹ Der Erlass des AA bezieht sich auf folgende Anweisung von Goebbels an die Presseabteilung des AA vom 13.8.1936: „Ich wäre dankbar, wenn die deutschen diplomatischen Vertretungen im Auslande auf dem schnellsten Wege Anweisung erhalten würden, über die Haltung der Presse ihres Landes während der Olympischen Spiele noch im Laufe des Monats August zu berichten. Die Berichte werden für eine Zusammenstellung benötigt, die in erster Linie für den Führer bestimmt ist.“ PA AA, Moskau 285, o. P.

Erfolg der olympischen Spiele wurde dem Sowjetleser bewusst völlig vorenthalten.

Die Deutsche Zentral-Zeitung vom 5. August übernahm aus ausländischer Quelle unter der Überschrift „Unbequeme olympische Gäste“² eine Meldung, wonach 3 brasilianische Sportler in Köpenick von der Gestapo verhaftet worden seien, weil sie auf dem Wochenmarkt mit einigen Hausfrauen über die Lebensverhältnisse in Deutschland gesprochen hätten.

Die Deutsche Zentral-Zeitung vom 8. August meinte, dass die ersten Tage der Olympiade in Berlin, vom rein sportlichen Standpunkt aus, ziemlich armseelig verlaufen seien. Nach Hervorhebung der Siege der amerikanischen Neger führte die Deutsche Zentral-Zeitung vom 8. August unter der Überschrift „Den Faschisten sportliche Ritterlichkeit unbekannt“³ amerikanische Pressestimmen an, die sich darüber beklagt hätten, dass der Führer die siegreichen amerikanischen Neger nicht beglückwünscht habe. Am gleichen Tage erschien ein Bericht Bucharzews, des Berliner Iswestija-Korrespondenten⁴, über das unlängst erschienene Buch Prof. Lothar Tiralas „Sport und Rasse“. Bucharzew suchte sich insbesondere über die These des Buches lustig zu machen, dass „die teutonische Rasse“ am sportbegabtesten sei. Der Führer habe bei der Olympiade die siegreichen Neger nicht beglückwünscht, anscheinend hätten es die Veranstalter der Olympiade für unangebracht gehalten, die teutonische Abstammung der Negersportler zu beweisen.

Die „Iswestija“ vom 11. brachten eine kurze Meldung Bucharzews „Hinter den Kulissen der Berliner Olympiade“⁵, in der es hieß, dass vermutlich nach Beendigung der Olympiade eine Art von antibolschewistischer Konferenz abgehalten werden solle. Die Reichsregierung habe eine Reihe hervorragender ausländischer Faschisten aus Deutschland nahestehenden Ländern zur Olympiade eingeladen. Besonders groß sei die Zahl der ungarischen Gäste. Unter der Überschrift „Skandal während der Berliner Olympiade“ brachte die „Prawda“ vom 19. kurze Tassmeldungen über den Zwischenfall bei dem österreichisch-peruanischen Fußballspiel⁶. Unter der Überschrift „Getäuschte Hoffnungen der deutschen Ladenbesitzer“ veröffentlichten die „Iswestija“ vom 16. August⁷ eine zehnzeilige Meldung Bucharzews darüber, dass der Berliner Einzelhandel zwar viel Geld für Reklame und Geschäftsausschmückung anlässlich der Olympiade ausgegeben habe, dass aber nach einem Eingeständnis des „Völkischen Beobachters“ die Einnahmen „nicht überschätzt werden dürften“.

² „Unbequeme Olympiagäste“. In: Deutsche Zentral-Zeitung vom 5. August 1936, S. 4.

³ „Den Faschisten sportliche Ritterlichkeit unbekannt. Amerikanische Stimmen zur Berliner Olympiade“. In: Deutsche Zentral-Zeitung vom 8. August 1936, S. 4.

⁴ „V Tret'ej Imperii. Rasovaja teorija i sport“ (Im Dritten Reich. Rassentheorie und Sport). In: Izvestija vom 8. August 1936, S. 2.

⁵ Vgl. Dm. Bucharcev: „Za kulisami Berlinskoj Olimpiady“. In: Izvestija vom 11. August 1936, S. 3.

⁶ Das Spiel endete nach Verlängerung 4:2 für Peru, woraufhin peruanische Fans das Spielfeld stürmten. Der Protest der österreichischen Mannschaft erreichte, dass ein Schiedsgericht ein Wiederholungsspiel anordnete. Daraufhin verließ die gesamte peruanische Olympiamannschaft, aus Solidarität von derjenigen aus Kolumbien begleitet, die Wettkämpfe. Eine TASS-Meldung dazu konnte in der Pravda nicht nachgewiesen werden.

⁷ Vgl. Dm. Bucharcev: „Obmanutye nadeždy germanskich lavočnikov“. In: Izvestija vom 16. August 1936 S. 2.

In der „Prawda“ vom 19. d. Mts. erschien aus der Feder des Berliner Korrespondenten Hofman ein im Unterschied zu den bisherigen Meldungen der Sowjetpresse etwas längerer, dafür aber umso gehässigerer Bericht über das Ergebnis der Olympiade⁸. Herr Hofman muss zwar zugeben, dass Deutschland, was die Zahl der Siege angeht, an erster Stelle steht, sucht aber die hervorragenden deutschen Leistungen auf jede nur mögliche Weise zu schmälern. So behauptet er z.B., dass Deutschland kurz vor Beginn der Olympiade die Aufnahme verschiedener Wettbewerbe, in denen die deutschen Teilnehmer seit langem gut trainiert und die international bisher nicht sehr verbreitet gewesen seien, in das Olympia-Programm erreicht habe. Außerdem sei die deutsche Mannschaft zahlenmäßig am stärksten gewesen und **„habe“**⁹ dazu noch den Vorteil gehabt, im eigenen Lande zu kämpfen. Deutschland habe weder bei den Schwimmwettkämpfen noch im Fußball sowie im Hockey die ersten Plätze einnehmen können. Auch in der Leichtathletik habe Deutschland in der Mehrzahl der Wettkämpfe nicht den ersten Platz belegen können. Selbstverständlich lässt es Hofman nicht an einer Lobeshymne auf die großen Erfolge der Neger fehlen. In diesem Zusammenhang berichtet er, dass der Führer das Reichssportfeld verlassen habe, als die Siegerehrung für den Neger Johnson im Hochsprung an die Reihe kam. Amerikanische Zeitungen seien – so fährt Hofman fort – ziemlich heftig dagegen aufgetreten, dass Deutschland die Olympiade zu faschistischen Propaganda-Zwecken ausgenutzt habe. Der deutschen Presse wirft Hofman vor, dass sie hauptsächlich von den deutschen Siegen gesprochen habe und nur nebenbei in kleiner Schrift die „tatsächlichen“ Sieger – nämlich die Ausländer – erwähnt habe.

gez. Schulenburg

Auf erstem Blatt: Kl[einer]Umlauf mit Abzeichnungen und zdA. Unten: Ab 24.8. Gü[nther]. Gefertigt in vier Exemplaren.

PA AA, Moskau 285, o. P., 4 Bl.

Nr. 500

Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

24. August 1936

Zsg. 102/3/35/48 (2)

In der deutschen Presse seien die Meldungen erschienen über die Aufrüstung der Roten Armee¹ und über die Hungerkatastrophe in Russland. Der Leser werde sich vielleicht fragen, wie beides in Einklang stehe. Der Leser müsse deshalb darüber aufgeklärt werden, dass das Sowjetregime alle wirtschaftlichen Probleme habe

⁸ Vgl. K. Gofman: „Itogi Berlinskoi Olimpiady“ (Bilanz der Berliner Olympiade). In: Pravda vom 19. August 1936, S. 5.

⁹ Das Wort ist eingefügt.

¹ Vgl. Dok. 497.

liegenlassen und, um die schärfste Waffe zu schmieden, 10 Millionen habe hungern lassen. Es wäre gut, wenn man auch an die früheren Hungerkatastrophen in Russland erinnere und dabei auch Zeugen erwäh[n]e, wie den Kardinal Innitzer². Im Zusammenhang hiermit wurde ein Buch des verstorbenen Ewald Ammende „Muss Russland hungern?“³ verteilt, dass wir Ihnen schicken werden.⁴

Veröffentlicht in: NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 4/II, S. 942.

Nr. 501

Rundtelegramm des kommissarischen Staatssekretärs im AA Dieckhoff

Berlin, den 25. August 1936

e.o. Pol. I 1741 I.

Telegramm i. Z. (geh. Ch. Verf.)

An

Sämtliche diplomatischen Missionen

Am 24. August verkündete Einführung zweijähriger Dienstzeit¹ war bereits seit **einiger Zeit ins Auge gefasst. Beschlussfassung**² im gegenwärtigen Augenblick wurde durch russische Maßnahmen ausgelöst, deren wichtigste, die am 10. August bekanntgegebene Herabsetzung des Einberufungsalters auf 19. Lebensjahr³, die Vermehrung Aktivbestandes Roter Armee um fast die Hälfte auf zwei Millionen Mann bedeutet. **Es besteht jedoch kein Anlass, in der Maßnahme**⁴ etwas Außerordentliches zu sehen, noch weniger, weitgehende politische Ziele dahinter zu **suchen**⁵, vielmehr wurden wir durch Umstände zu Schritt gezwungen, der durch Fortsetzung Angleichung unserer Rüstung an Rüstungsstand unserer Nach-

² Der Erzbischof von Wien veröffentlichte am 20.8.1933 als Reaktion auf die Hungersnot in der Ukraine den Appell „Kardinal Innitzer ruft die Welt gegen den Hungertod in Russland auf“ und mobilisierte im Oktober und im Dezember 1933 in Wien Vertreter verschiedener Konfessionen und Organisationen für Hilfsaktionen.

³ Ammende verstarb im April 1936, das Buch war 1935 in Wien erschienen. Ammende war auch ehrenamtlicher Geschäftsführer des „Interkonfessionellen und übernationalen Hilfswerkes seiner Eminenz des Kardinal-Erzbischofs von Wien“.

⁴ Am 26.8.1936 erfolgte eine weitere Anweisung: „Meldungen über die Hungerrevolten in Südrussland sind nach wie vor gut herauszubringen.“ NS-Presseanweisungen, Bd. 4/II, S. 951. Drei Tage (29.8.1936) später hieß es dazu: „Wir erhalten von zuständiger Stelle einen Anruf, dass nun aus Sowjetrußland groß aufgemachte Meldungen kämen über besonders günstige Ernteergebnisse. Es sei wohl selbstverständlich, dass die deutsche Presse darüber nichts bringe, denn wenn nun die Russen zu einer Gegenpropaganda ausholten, dann könnten wir uns durch die Veröffentlichung solcher Meldungen nicht selbst desavouieren.“ NS-Presseanweisungen, Bd. 4/II, S. 974.

¹ Vgl. „Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der aktiven Dienstpflicht in der Wehrmacht“, 24.8.1936. In: Reichsgesetzblatt 1936, Teil I, S. 706.

² Der Text ist korrigiert; ursprünglich: längerem beschlossen. Durchführung jedoch erst für später geplant. Verkündung.

³ Vgl. Izvestija vom 12. August 1936, S. 3.

⁴ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Wenngleich Maßnahme nun früher getroffen, besteht kein Anlass in ihr.

⁵ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: wittern.

barn dazu beitragen soll. Frieden Europas, der nur auf Gleichgewichtskräfte beruhen kann, weiter zu sichern, wie es in der Verlautbarung der NSK vom 24. d. M.⁶ zum Ausdruck kommt.

Zweijährige Dienstzeit bestand aus sachlichen Gründen, wie erinnerlich, schon in deutscher und anderen Vorkriegsarmeen. Als natürliche Reaktion gegen Kriegszeit wurde zunächst bei fast allen am Kriege beteiligten Staaten Dauer aktiven Waffendienstes herabgesetzt. Sehr bald ergab sich jedoch Erkenntnis, dass allein aus Ausbildungsgründen mit einjähriger oder kürzerer Dienstzeit, zum mindesten für gewisse Waffen, nicht auszukommen. Dauer Dienstzeit wurde daher in verschiedenen Ländern schrittweise heraufgesetzt. Zurzeit besteht bei hauptsächlich interessierenden Ländern folgende Regelung:

Russland 2 Jahre, Tschechoslowakei seit Dezember 1934 2 Jahre, Frankreich seit März 1935 2 Jahre, Polen gesetzlich 2 Jahre, faktisch Infanterie 18 Monate, Kavallerie und reitende Artillerie 2 Jahre 1 Monat, Belgien je nach dem festgesetzten Jahreskontingent bis zu 14 Monaten, Italien 18 Monate, Japan Infanterie 2 Jahre, übrige Waffen 3 Jahre.

Als Begründung für Dienstpflichtverlängerung wurden in Frankreich im März 1935 Tatsache der Rekrutenarmut der Kriegsjahrgänge, im Übrigen Ausbildungsrücksichten angegeben. Beide Motive mitsprechen auch bei deutscher Maßnahme. Heutiger Soldat, der in immer verstärktem Umfange im Kampf auf sich selbst gestellt zu selbständigem Handeln genötigt, bedarf langer und gründlicher Übung. Dazu kommt, dass fortschreitende Technisierung Armeen an Mehrzahl Soldaten Anforderungen auf technischem Gebiet stellt, die ebenfalls nur in längerer Dienstzeit erworben werden können. Den von manchen Armeen gewählten Weg, Dienstzeit je nach Waffe und Anforderung (vgl. Polen, Japan) verschieden lang zu gestalten, wollten wir nicht gehen, da er uns sachlich nicht richtig erscheint, zudem nicht erwünschte Ungleichheit gezeitigt hätte.

**7

Ich bitte, bei Gesprächen sich vorstehender Angaben zu bedienen, dabei immer besonderen Ton auf Tatsachen legen, dass **vor allem**⁸ die seit Jahren zunehmenden russischen Rüstungen uns zu entsprechenden Maßnahmen mit Rücksicht auf unsere und Europas Sicherheit nötigen. **Ferner bitte ich, darauf hinzuweisen, dass wir zunächst einjährige Dienstpflicht eingeführt hatten in Hoffnung, dass Nachbarstaaten analog vorgehen würden. Erst nachdem sich klar ergab, dass Nachbarstaaten nicht nur auf zweijähriger Dienstzeit beharrten, sondern darüber hinaus Wehrmacht verstärkten, haben wir uns zur Einführung zweijähriger Dienstpflicht entschlossen.**⁹

Zur vertraulichen Information: Zweijährige Dienstzeit deutschen Heeres bedeutet nicht, wie fremde Presse zum Teil behauptet, automatische Verdoppelung

⁶ Wortlaut des Kommentares in der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz (NSK) in: Dokumente der Deutschen Politik, Band 4: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht, Berlin 1937, S. 160–161.

⁷ An dieser Stelle ist folgender Absatz gestrichen: Dienstpflichtverlängerung hat als Ergebnis nicht zur Folge Ausweitung Gesamtrahmens deutscher Armee, vielmehr bleibt die im März 1935 als Endziel deutscher Wehrorganisation genannte Zahl von 12 Korpskommandos und 36 Divisionen bestehen.

⁸ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: allein.

⁹ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

deutscher Heeresstärke ab Oktober, vielmehr wird auch in diesem Jahr Teil altgedienter Mannschaften entlassen werden; Neueinstellungen werden wegen bereits erwähnter Rekrutenarmut neuen Jahrgangs und vermehrter Anforderung an Tauglichkeit hinter Vorjahresziffer zurückbleiben. Es ist jedoch unerwünscht, dass Angaben hierüber wie irgendwelche genauen Zahlenberechnungen bekannt werden.

Dieckhoff

Auferstem Blatt oben: noch heute, darunter: St. S., Ges. A., Dir. Pol; am Seitenrand: Ref.: L.R. von Schmieden sowie eine Reihe von Kenntnisnahmen. Am Ende Paraphen u. a. von Dieckhoff, von Weizsäcker und von Erdmannsdorff (i.V.) vom 25.8.

PA AA, R 102101, Bl. E 521047-521050.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 517, S. 861–863.

Nr. 502

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau Hensel

Geheim

[25.8.1936]

Nr. 9054

25.VIII.36¹

Aufzeichnung der Unterredung des Gen. ŠTERN mit dem deutschen Geschäftsträger HENSEL, 25.VIII.36

Da Schulenburg für einige Tage abwesend ist, bat ich [Hensel] zu mir, um Verhandlungen über den Austausch des in Deutschland zum Tode verurteilten Etkar André gegen einen in der UdSSR verurteilten deutschen Staatsbürger zu führen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Deutsche Botschaft wiederholt ein besonderes Interesse an dem Schicksal des wegen Spionage zu 8 Jahren Haft verurteilten KURT FUCHS² gezeigt hat, erklärte ich Hensel folgendes.

Die Botschaft habe uns seinerzeit vorgeschlagen, Fuchs gegen eine uns in Deutschland interessierende Person auszutauschen.³ Jetzt hätte ich die Möglichkeit, der Botschaft vorzuschlagen, Fuchs gegen Etkar André auszutauschen.⁴

Hensel entgegnete mir, dass die in Rede stehenden Objekte nicht adäquat wären, weil André zum Tode verurteilt sei, Fuchs hingegen bereits zwei Jahre von seinem Strafmaß von 8 Jahren abgesessen hätte. H[ensel] befürchtet, dass man in Berlin die Kompensation als unzureichend betrachten werde. Die Botschaft könnte mit großer Energie diesen Vorschlag unterstützen, wenn wir uns damit einverstanden erklären würden, zusätzlich zu der Ausweisung von Fuchs zwei sowjetische

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 12, Anm. 3.

³ Vgl. Dok. 225.

⁴ Vgl. Dok. 490.

Bürger deutscher Herkunft aus der UdSSR herauszulassen. Es handele sich um die Bürgerin Ivanova-Rajfšnejder und um Nymann. (Die Deutsche Botschaft hatte sich für die zwei genannten Personen wiederholt mit Bitten an uns gewandt. Die Ivanova ist die Ehefrau eines seinerzeit erschossenen Schädlings, ihre Brüder, die sich in Deutschland aufhalten, bekleiden bedeutende Posten in deutschen Bankenkreisen. Was Nymann betrifft, so ist er seit vielen Jahre Mitarbeiter des Deutschen Generalkonsulats in Tiflis. Die Botschaft bat mehrmals darum, ihm die Ausreise nach Deutschland zu gestatten⁵, wobei sie dabei betonte, dass Nymann in Deutschland keine Kontakte habe und die Botschaft nur daran interessiert sei, ihn zu unterstützen. Es ist anzumerken, dass das Einverständnis zur Ausreise Nymanns seinerzeit vom NKVD aus einem anderen Anlass gegeben worden ist, aber aufgrund besonderer Umstände davon kein Gebrauch gemacht wurde.)

Ich antwortete H., dass ich zurzeit nur zu Fuchs in positiver Form sprechen könne. Was die zwei anderen von ihm genannten Personen betrifft, so würde ich versuchen die Möglichkeit zu klären, der Bitte der Botschaft nachzukommen, könne jedoch gar nichts versprechen.⁶

H. dankte mir für den ihm unterbreiteten Vorschlag und bemerkte, dass er ihn als Wunsch verstünde, die deutsch-sowjetischen Beziehungen wenigstens ein bisschen zu verbessern. Danach fragte mich H., ob man mit dieser Angelegenheit bis zur Rückkehr Schulenburgs, d.h. 3–4 Tage, warten könne. Ich antwortete negativ und gab H. in nebulöser Form zu verstehen, dass ich einige gewichtige Gründe hätte, kraft derer ich es wünschen würde, so schnell wie möglich den Fall Fuchs zu regeln. Meiner Ansicht nach wäre es im Interesse der Botschaft, in einer möglichst kurzen Frist Klarheit in diese Frage zu bringen.

H. versprach, sich unverzüglich mit Berlin in Verbindung zu setzen und nach Möglichkeit in den nächsten Tagen auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
4 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Agranov, 1 nach Berlin, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 62–61. Original.

⁵ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 459, 588 sowie Dok. 463 im vorliegenden Band.

⁶ In dem Schreiben vom 25.8.1936 an Suric, mit dem er die Aufzeichnung seiner Unterredung mit Hensel mitschickte, bemerkte Štern, dass der Vorschlag, André gegen Fuchs auszutauschen, „auf der Grundlage eines entsprechenden Beschlusses gemacht worden ist“. Was die von Hensel genannten Personen betreffe, so „werden wir uns voraussichtlich damit einverstanden erklären, ihnen die Ausreise zu genehmigen“. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 63.

Nr. 503

**Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Mitarbeiter der Politischen Abteilung
im AA Jungheim**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 27. August 1936

Tagebuch
E. Gnedins
Nr. 319/s¹

Unterredung mit Jungheim (Auswärtiges Amt) am 25.8.1936

Jungheim, dessen Rang und Dienststellung uns unbekannt ist², rief in der Botschaft an und teilte mit, dass er zeitweilig Hencke vertrete und bitte, ihn für ein Gespräch zu einigen laufenden Angelegenheiten aufzusuchen. Ich suchte Jungheim zu dem Zwecke auf, unsererseits die uns interessierenden Fragen darzulegen.

*Jungheim eröffnete das Gespräch mit der Darlegung von Beschwerden darüber, dass im Gebäude des sowjetischen Klubs (Kurfürstenstr. 33) sowjetische Lieder zu laut gesungen würden und das Benehmen der Klubmitglieder angeblich generell Anlass zu Klagen seitens der Patrioten des faschistischen Deutschland geben würden. Ohne ein einziges konkretes Beispiel anzuführen (außer allgemeinen Hinweisen auf das Absingen von Liedern und den Lärm), ergänzte Jungheim seine Aussage durch die „vertrauliche Mitteilung“, dass die Möglichkeit von Gegendemonstrationen vor dem Gebäude des Klubs nicht ausgeschlossen sei. Um gerade dies zu vermeiden, setze mich Jungheim über die vorliegenden Beschwerden in Kenntnis.*³ Ich sagte Jungheim, dass die Vorgänge im Klub in keiner Weise Anlass für Beschwerden geben könnten (tatsächlich ist der Klub in der Sommerzeit sogar weniger besucht gewesen) und ich nur annehmen könne, dass in der Sommerzeit die Fenster des Klubs nicht geschlossen würden, so dass in den anliegenden Höfen die Musik lauter als gewöhnlich zu hören sei. Ich würde Maßnahmen ergreifen, damit die Fenster immer geschlossen blieben, wenn dort gesungen oder getanzt werde, mehr könne ich jedoch nicht versprechen und unternehmen. Dafür gebe es keine Veranlassung. *Zugleich machte ich Jungheim darauf aufmerksam, dass sowohl das Auswärtige Amt als auch die Berliner Polizei die volle Verantwortung dafür trügen, wenn verantwortungslose Elemente Demonstrationen oder Provokationen vor dem Gebäude des sowjetischen Klubs veranstalten.*

Jungheim versicherte mir, er persönlich und das Auswärtige Amt hätten alle erforderlichen Maßnahmen getroffen.

Dann begann sich Jungheim recht zusammenhanglos über die Schwierigkeiten zu beklagen, die wir bei der Erteilung von Visa für deutsche Staatsbürger bereiten

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Fritz Jungheim war schon in den Jahren 1920–1924 im AA beschäftigt gewesen und wurde kurzfristig im Juli 1936 in den Vorbereitungsdienst übernommen. Vgl. PA AA, P 1, R 6889, 6890.

³ Die hier und im Folgenden so gekennzeichneten Textstellen sind am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

würden. Er las dabei ein ihm offenbar schlecht bekanntes Schreiben der Deutschen Botschaft in Moskau vor. Als ich die Darlegung von konkreten Fällen forderte, konnte Jungheim nur die Verzögerung bei der Erteilung des Transitvisums für die Ehefrau des Landwirtschaftsattachés der Deutschen Botschaft Schiller nennen, danach zog er einen Merkzettel mit der Bitte hervor, Max Blum ein Visum zu erteilen, der abgestellt werde, um den Leiter der Kanzlei des Deutschen Generalkonsulats in Leningrad abzulösen. Für Blum war am Vortag ein Visum erbeten worden. Als ich versprach, die Jungheim interessierenden Fälle⁴ zu klären, *legte ich ihm zugleich eine Liste der Abnahmebeauftragten vor, die noch kein Einreisevisum für die Reise nach Deutschland erhalten haben. Jungheim gab eine vage Zusicherung ab und sagte erneut, in der ihm offenbar eigenen Art von geheimnisvollen Andeutungen, dass die deutsche Seite nicht in der Lage sei, ein besonderes Entgegenkommen in der Visafrage zu zeigen, wobei er darauf verwies, dass die Regelung der Visafrage für die Reise des Gen. Mikojan* eine seltene Ausnahme darstellte.

Danach sprach Jungheim ebenso nebulös über die große Anzahl von verhafteten deutschen Staatsbürgern in der UdSSR und ging unerwartet zum Fall Tensov über, an dem wir angeblich ein besonderes Interesse hätten. In der Entgegnung auf meinen Vorschlag, er möge direkt sagen, was er wolle, verlor sich Jungheim in nebulösen Erörterungen, aus denen man entnehmen konnte, dass die Deutschen Tensov als ein Objekt für einen Austausch betrachten (ich erinnerte daran, dass unlängst die Weisung zur Entlassung Tensovs aufgehoben worden sei).

(Ich vergaß zu erwähnen, dass Jungheim, als er auf die Visafrage einging, zu Beginn die Familiennamen Wegner und Zjusse nannte, dann aber aus dem Konzept kam, indem er sagte, dass Wegner und Zjusse deutsche Staatsbürger seien, die keine Ausreisevisa bekommen hätten.) Auf meine Fragen eingehend teilte dann Jungheim mit, dass uns bald ein Treffen mit der sowjetischen Bürgerin Giddin, die unlängst verhaftet worden sei, gewährt werde. Jungheim teilte mir gleichfalls mit, dass sich die Kalenskaja in Freiheit befinde und bei ihrem Bruder in Berlin wohne.

Schließlich gab es noch ein kurzes Gespräch über die Tätigkeit von Intourist.

Generell vermied ich es, ein ausführliches Gespräch mit Jungheim zu führen, indem ich mich auf die Klärung von konkreten Fällen beschränkte. Jungheim macht den Eindruck eines Gestapo-Beamten, der sich nebenamtlich mit den sowjetischen Angelegenheiten im Auswärtigen Amt befasst. Bei der Erklärung, warum er sich noch nicht der Botschaft vorgestellt habe, machte Jungheim mit Grimassen Andeutungen auf besondere Umstände, deren Sinn ich nicht zu erfassen suchte. Überdies ging von Jungheim ein starker Kognakgeruch aus.

E. Gnedin

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: MM.⁵

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2625 vom 31.8.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 20–21. Original.

⁴ Am 27.8. schickte Gnedin ein Schreiben an Jungheim, in dem er Auskunft zu den von diesem angesprochenen Fragen gab. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 8, l. 153.

⁵ Litvinov.

Nr. 504

**Bericht des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates
der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für
Außenhandel Rozengol'c**

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 3

[28.8.1936]

143ss

28.8.36¹

Eingangs-Nr. 208

2/X.36²

AN

Gen. STALIN

Gen. MOLOTOV

Gen. ROZENGOŁ'C

Am 24. August d. J. hatten Gen. Fridrichson und ich ein langes Gespräch mit Schacht. Schacht ging dieses Mal vor allem auf die aktuelle politische Lage in Europa ein und trug mit unverhohlenem Zynismus eine ganze Reihe von Thesen vor.

In seinen Ausführungen über den zunehmenden sowjetischen Einfluss in Mitteleuropa, insbesondere in Frankreich, der Tschechoslowakei, Rumänien und vor allem in Spanien, wo wir nach Schachts Ansicht fast die Hausherren sind und gegenüber Deutschland eine aggressive Politik betreiben, gab Schacht in verschleierter Form zu verstehen, dass eine politische Beruhigung Europas möglich wäre, wenn sich die UdSSR aus Spanien, Frankreich und der Tschechoslowakei zurückzöge. Er erlaubte sich sogar anzudeuten, dass dies mittels einer auf diplomatischem Wege abgefassten Deklaration der Sowjetunion vorgenommen werden könnte. „Ich übermittele Ihnen das“, sagte Schacht weiter, „was alle Deutschen denken. Sie müssen in Betracht ziehen, dass sich die Haltung Europas im Zusammenhang mit den spanischen Ereignissen in eine für Sie ungünstige Richtung verändern kann.“

Im weiteren Gesprächsverlauf ging Schacht ausführlich auf Spanien ein und erklärte wörtlich: „Wenn die Generäle in Spanien siegen, so kann man eine gewisse politische Befriedung erwarten. Wenn die Generäle aber eine Niederlage erleiden, dann brechen schwarze Tage an.“

Schacht meint, dass sich seit unserem letzten Treffen (vor drei Monaten)³ die politische Lage bedeutend verschlechtert hätte, und wenn er damals davon überzeugt gewesen sei, dass eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion auch zu einer Verbesserung der politischen Beziehungen beitragen könne, so sehe er jetzt viele Schwierigkeiten voraus.

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Die Eingangsnummer beim NKVT und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

³ Am 29.4.1936. Vgl. Dok. 451.

Als die Frage unserer Wirtschaftsbeziehungen und die Möglichkeiten für ihren Ausbau zur Sprache kam, leugnete Schacht in Antwort auf unsere scharfe Erklärung, dass die Deutschen uns auf der Grundlage des 200-Millionenkredites eine Reihe uns interessierender Objekte und insbesondere solche militärischer Art nicht gegeben hätten, die sie allen anderen Ländern liefern, zum ersten Mal nicht, dass die Deutschen tatsächlich an eine Reihe von Ländern militärische Ausrüstungen liefern.

In der Entgegnung auf Schachts Frage hinsichtlich eines Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage früherer Gespräche erklärten wir entschieden, dass jegliche Gespräche gegenstandslos wären, solange wir nicht die uns interessierenden Dinge erhielten, wobei wir, Ihrem Auftrag gemäß, die Objekte aufzählten⁴.

Schacht sagte, dass er diese Frage mit seinen Kollegen erörtern werde, und versprach, in den nächsten zwei Wochen eine Antwort zu geben, bat jedoch zu bedenken, dass die Situation jetzt eine völlig andere sei.

Zur Einschätzung der heutigen Devisen- und Rohstoffsituation Deutschlands möchte ich übrigens Folgendes bemerken. Die einzige Akkumulationsquelle für Devisen, die Deutschland für die Linderung der sich immer noch verschärfenden Rohstoffkrise benötigt, besteht in der Steigerung des Exports. Indes hat die Industrie in ihrer Begeisterung für die hohe innere Rüstungskonjunktur ihr Augenmerk darauf verringert. Die Maßnahmen, die von der Regierung zur Verstärkung des Exports und insbesondere zur Beseitigung der offiziell bestehenden „Exportträgheit“ ergriffen worden sind, werden wohl kaum dazu beitragen, den deutschen Export im 2. Halbjahr des laufenden Jahres um die Milliarde Mark zu steigern, die für die Defizitdeckung der Devisenbestände erforderlich und für die Devisenbilanz eingeplant ist und nur eine Hungerration an Rohstoffen garantiert (in der 2. Jahreshälfte ist beabsichtigt, Waren in einem Volumen von 3 Mrd. Mark einzuführen, während aus dem Exporterlös und aus anderen Quellen vielleicht höchstens 2 Mrd. Mark abgedeckt werden können).

Unter diesen Bedingungen erlangt der Bezug von Rohstoffen für Deutschland eine erstrangige Bedeutung.

D. Kandelaki

Berlin

28. August 1936

Vermerk S.K. Sud'ins mit Bleistift: an Gen. Rozengol'c. 3/IX Sud['in].

Vermerk von A.P. Rozengol'c mit rotem Farbstift: AR[ozengol'c].

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Außenhandel der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 310 vom 3.9.1936.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2210, l. 32–34. Original.

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 84, S. 146–147.

⁴ Vgl. Dok. 489.

Nr. 505

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv.
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[28.8.1936]

Nr. 324/s¹

AN

N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Die 12 Tage seit Beendigung der Olympiade² haben die schlimmsten Vorhersagen derjenigen bestätigt, wonach Hitler nach einer kurzen „olympischen Atempause“ der Welt erneut Überraschungen bereiten wird. Die deutsche Aggressivität, die sich mit besonderer Schärfe in den spanischen Ereignissen³ und in einer zügellosen antisowjetischen Kampagne gezeigt hat, wurde mit der Weisung zur Einführung der zweijährigen Wehrpflicht⁴ vollendet. Mit diesem Akt schlug Deutschland auf dem Gebiet der Aufrüstung alle seine bisherigen Rekorde. Die deutsche Armee wird nunmehr eine Stärke von ungefähr 1 Million Mann haben.

*Die Durchführung dieser Maßnahme ist formal mit der Herabsetzung des Einberufungsalters in unserem Land begründet⁵ und nach außen hin als Reaktion auf die sowjetische Aufrüstung hingestellt worden.⁶ Dieser Versuch, die Schuld für die Erhöhung der Kriegsgefahr in Europa auf unsere Union abzuwälzen, war aber wohl kaum von einem großen Erfolg gekrönt.*⁷ Den aufmerksamen Beobachtern ist insbesondere nicht entgangen, dass hier bereits lange vor dem von uns veröffentlichten Dekret über die Herabsetzung des Einberufungsalters Schritte unternommen wurden, die bereits die bevorstehende Vergrößerung der deutschen Armee ankündigten (der Bau von Kasernen usw.). Der beispiellose Missbrauch der sowjetischen Bedrohung, der unerhörte Ausmaße insbesondere im Zusammenhang mit den spanischen Ereignissen annahm, stumpft meiner Beobachtung nach aufgrund der unstrittigen Tatsache ab, dass die deutsche Aggression in letzter Zeit in erster Linie die Interessen der westlichen Länder berührt.

Seit dem 7. März⁸ zielen alle Überraschungen, die Hitler Europa bereitet, auf Mittel- und Westeuropa ab. Vielleicht kann dies alles wohl als Vorbereitungs- und Übergangsetappe für die Verwirklichung seines Endziels, die Entfesselung des Krieges gegen uns, angesehen werden, man kann sich jedoch nicht der Brisanz der Tatsache entziehen, dass in dieser Übergangsetappe die westlichen Länder, und

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 483, Anm. 1.

³ Am 18.7.1936 begann in Spanien der Bürgerkrieg.

⁴ Die Wehrpflicht wurde am 24.8.1936 verlängert. Vgl. Dok. 501, Anm. 1.

⁵ Vgl. Dok. 501, Anm. 3.

⁶ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 517, S. 861–863.

⁷ Der hier und die im Folgenden so gekennzeichneten Texte sind am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁸ Vgl. Dok. 409, Anm. 2.

insbesondere Frankreich mit seinen Verbündeten, unmittelbar den Schlägen ausgesetzt sein werden.* Diese These trifft auch in Bezug auf den jüngsten Akt Hitlers völlig zu, der natürlich vorrangig die Interessen Frankreichs berührt. Als Hitler sein Gesetz durchsetzte, ließ er sich nicht nur von Überlegungen leiten, die sich aus seiner ganzen Politik der Kriegstreiberei ergeben, **sondern auch**⁹ von Erwägungen zeitweiligen Charakters und von dem Wunsch, seine Position bei den bevorstehenden Verhandlungen der Locarno-Länder zu stärken.¹⁰ Von vornherein davon überzeugt, dass dieser Akt ebenso wie auch die vorangegangenen für ihn ohne Konsequenzen bleiben werden, beschloss er, noch einmal zu der von ihm bevorzugten Methode der Einschüchterung durch Stärke zu greifen – eine Methode, die sich leider so oft bewährt hat. Dass Hitler zwar mit dem Säbel rasselt, sich dennoch noch nicht ausreichend auf den Krieg vorbereitet fühlt und sich nicht nur mit England, sondern auch mit Frankreich zu verständigen wünscht (ohne sich dabei die Hände zu binden), geht eindeutig aus allen seinen außenpolitischen Maßnahmen der letzten Zeit hervor. Deutschland baut seine ganze diplomatische Aktivität darauf auf, die antisowjetische Hetze mit dem Bestreben zu kombinieren, die Atmosphäre in seinen Beziehungen zu den übrigen Ländern zu entspannen. Das kommt besonders deutlich in der Haltung Hitlers gegenüber England zum Ausdruck. Bereits die Ernennung Ribbentrops¹¹ ist von allen als ein Zeichen dafür aufgefasst worden, dass Berlin die Absicht einer Absprache mit England durchaus noch nicht aufgegeben hat und zumindest nicht darauf verzichtet hat, die englische Karte auszuspielen.

Die Tatsache, dass die deutsche Regierung gezwungen war, ihre neue Herausforderung Europas durch die Beteiligung am Embargo und an der Nichteinmischung in die Angelegenheiten Spaniens¹² zu neutralisieren (wobei sie nicht einmal die Rückkehr ihrer Flugzeuge abwartete), zeugt bereits davon, wie sehr Hitler seine Beziehungen zu England schätzt.

Es ist anzunehmen, dass zwischen Berlin und London bereits auf diplomatischem Wege der Kontakt für die Vorbereitung der Locarno-Konferenz¹³ hergestellt worden ist und dass die Deutschen vorerst nicht daran interessiert sind, diesen Kontakt abubrechen, sofern nicht wegen unvorhersehbarer Umstände ernste Ereignisse eintreten.

Was die Beziehungen zu Frankreich betrifft, so ist nach Einführung der zweijährigen Wehrpflicht in Deutschland mit einer neuerlichen Verschärfung der französisch-deutschen Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zu rechnen. Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die neue Verstärkung der deutschen Armee in Frankreich größte Beunruhigung hervorruft und selbst die Befürworter eines Abkommens mit Deutschland dazu bewegt, aufmerksamer alle Quellen zu berück-

⁹ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹⁰ Vgl. Dok. 491, Anm. 7.

¹¹ Am 10.8.1936 war von Ribbentrop zum Botschafter in Großbritannien ernannt worden.

¹² Am 17.8.1936 erklärte die Regierung Deutschlands offiziell ihre Bereitschaft, sich dem Vorschlag Frankreichs zum Abschluss eines „Vertrages über Nichteinmischung“ und dem Verbot der materiellen Unterstützung der kämpfenden Parteien in Spanien anzuschließen, falls sich alle anderen Staaten ebenfalls anschließen und auf die Entsendung von Freiwilligen nach Spanien verzichten. Vgl. ADAP, Ser. D, Bd. III, S. 39–40.

¹³ Zur Vorbereitung der Konferenz der fünf Mächte für die Ausarbeitung eines neuen Westpaktes vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 474, 489, 515.

sichtigen, die die Sicherheit Frankreichs festigen, in erster Linie die von Frankreich abgeschlossenen Bündnisse und Beistandspakte. Die deutsche Regierung sieht sich deshalb genötigt, zu stärkeren Mitteln als der Olympiade und der Bearbeitung der Kombattanten zu greifen, um auf die französische öffentliche Meinung einzuwirken. Dazu gehört auch das Zustandekommen der *Reise Schachts nach Paris¹⁴. Es wird behauptet, Schacht habe eine Reihe wesentlicher Zugeständnisse auf handelspolitischem Gebiet nach Paris mitgebracht, es ist jedoch völlig klar, dass seine Mission über den engen wirtschaftlichen Rahmen hinausgeht und seine Aufgabe darin besteht, das Eis in den Beziehungen aufzubrechen.*

In Bezug auf Österreich hat Berlin einige neue Teilerfolge errungen, die im Abschluss einiger sich hinziehender Verhandlungen über die Aufhebung der Devisenbeschränkungen, die Regelung des kleinen Grenzverkehrs, den Tourismus usw.¹⁵ bestehen. Zugleich gab Deutschland die Bemühungen nicht auf, seine Stellung in der Tschechoslowakei zu festigen, wobei die verhältnismäßig kühle Aufnahme der für die Deutschen im Prinzip so angenehmen Rede von Beneš¹⁶ lediglich davon zeugt, dass die Deutschen von der Tschechoslowakei mehr als nur wohlwollende Beteuerungen des tschechoslowakischen Präsidenten zu erhalten hoffen.

Die Bedeutung all dieser Momente darf natürlich nicht überbewertet werden, jedoch sind sie im Auge zu behalten, besonders wenn man bedenkt, dass die deutschen Manöver gegenüber England, Frankreich und der Tschechoslowakei oftmals deswegen unbemerkt bleiben, weil im Vordergrund die schrille Solidaritätsdemonstration des deutschen Faschismus mit den spanischen Militaristen und mit dem italienischen Faschismus steht, die die spanische Konterrevolution direkt unterstützen. Es ist völlig unstrittig, dass sich insbesondere in den letzten Tagen die Bindungen zwischen einzelnen faschistischen Ländern und den Kräften des Faschismus in verschiedenen Staaten verstärkt haben. Dennoch kann (auf der Grundlage der Berliner Beobachtungen) nicht von der Herausbildung eines Blockes der faschistischen Länder gesprochen werden. Die deutsch-italienischen Beziehungen haben immer noch nicht das Stadium eines allgemeinen Flirts (bei dem allem Anschein nach die Initiative bei Rom liegt) und gemeinsamer Aktionen zu einzelnen Fragen überschritten, die allerdings, wie in Spanien, sehr weit gehen. Solange Deutschland nicht die Hoffnungen auf England aufgibt und solange Italien nicht endgültig vor Deutschland kapituliert, ist in Südosteuropa allem Anschein nach die Schaffung eines italienisch-deutschen Blockes im wahrsten Sinne des Wortes nicht zu erwarten.*

Instabil ist auch das Fundament, auf dem das Verhältnis Deutschlands zu seinem anderen potenziellen Verbündeten, zu Polen, aufgebaut ist. Zweifellos ist Berlin von der Entwicklung der polnischen Außenpolitik außerordentlich beunruhigt. Deutschland ist gezwungen, eine gewisse Festigung der französisch-polnischen Beziehungen zu berücksichtigen und damit zugleich die Existenz eines bestimmten

¹⁴ Zur Reise Schachts nach Paris vom 25. bis 27.8.1936 vgl. ADAP, Ser. D, Bd. I, Dok. 56, S. 79.

¹⁵ Deutschland traf am 11.7.1936 mit Österreich einige Vereinbarungen im Rahmen eines Gentlemen's Agreement. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, S. 703–706.

¹⁶ Vgl. „Beneš o politice Čechoslovakii“ (Beneš über die Politik der Tschechoslowakei). In: Izvestija vom 22. August 1936, S. 5.

Rahmens¹⁷, *den Polen in seiner Annäherung an Deutschland nicht zu überschreiten gedenkt. Es entbehrt nicht der Wahrscheinlichkeit, dass die deutsche Regierung die Einführung der zweijährigen Wehrpflicht gerade im Zusammenhang mit dem Besuch von Gamelin* in Warschau¹⁸ und mit der bevorstehenden Reise von Rydz-Śmigły nach Paris¹⁹ beschleunigt hat.

All diese Überlegungen führe ich nicht deshalb an, um die Perspektive einer friedlichen Entwicklung der deutschen Außenpolitik aufzuzeigen. Wie ich bereits eingangs angedeutet habe, zeugen die Ereignisse der letzten Tage vom Gegenteil. Jedoch gerade angesichts dessen, dass die deutsche Aggressivität immer lauter und *widerwärtiger vorgetragen wird, ist es erforderlich, all die Momente nüchtern abzuwägen, um ein objektives Bild der gegenwärtigen deutschen außenpolitischen Taktik zu erhalten.

Dieses Bild zeugt davon, dass die deutsche Diplomatie, die den Weg für ihre Aggressivität im Osten vorbereitet, gezwungen ist, zu komplizierten und viel Zeit in Anspruch nehmenden Manövern auch im Westen Zuflucht zu nehmen.* Die Hauptaufgabe dieser Manöver besteht darin, eine antisowjetische Front zu schaffen und die Länder zu neutralisieren, die an ihr nicht teilnehmen. Dies stößt auf eine Reihe von Hindernissen, zu denen nicht zuletzt das ungeregelte Verhältnis zwischen Deutschland und der Mehrheit der übrigen Länder gehört. Für die Überwindung dieser Hindernisse greift die deutsche Diplomatie auch zur Taktik von Zuckerbrot und Peitsche. Ich sehe keinerlei neue Ansätze und keine neuen Lösungen in der deutschen Außenpolitik. Die einzige Konzeption, das einzige Programm, mit dem die deutschen Faschisten operieren, ist der Kampf gegen den Bolschewismus, der Kampf gegen die UdSSR.

Wie ich bereits früher gezeigt habe, stellte der auf Seiten der deutschen Presse vollführte hemmungslose antisowjetische Hexentanz die indirekte Antwort auf den **Moskauer**²⁰ Prozess²¹ dar, *der die Faschisten schmerzhaft getroffen hat*²². Es ist gleichfalls offensichtlich, dass die antisowjetische Hetze im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Gesetzes über die zweijährige Wehrpflicht stand. Es ist jedoch anzuzweifeln, dass die antisowjetische Kampagne mit der Beendigung des Prozesses und der Annahme des Gesetzes eingestellt ist. Gerade das Fehlen einer bestimmten neuen Losung in der Außenpolitik und die großen innenpolitischen Schwierigkeiten (auf die ich in diesem Schreiben nicht eingehe) veranlasste die Hitler-Leute dazu, immer wieder auf antisowjetische Losungen zurückzugreifen. Die Erklärung, die dieser Tage Ley zum Nürnberger Kongress²³ abgab, beinhaltet den direkten Hinweis darauf, dass der Kongress im Zeichen des Kampfes gegen den Bolschewismus, gegen die Sowjetunion durchgeführt werden soll.

¹⁷ Das nachfolgende Wort „des Kapitals“ ist mit Tinte durchgestrichen.

¹⁸ Gamelin besuchte Polen vom 12. bis 17.8.1936. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 518, S. 863–865.

¹⁹ Rydz-Śmigły besuchte Frankreich vom 30.8. bis 9.9.1936.

²⁰ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

²¹ Vgl. Dok. 493, Anm. 1.

²² Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

²³ Vgl. „Die Ausgestaltung des Reichsparteitages 1936. Der ‚VB‘ spricht mit Reichsorganisationsleiter Dr. Ley“. In: Völkischer Beobachter vom 23. August 1936, Münchener Ausgabe, S. 1–2.

Heute kann nicht von einem Abschluss einer Etappe in der Entwicklung der Ereignisse der letzten Tage gesprochen werden. Deshalb gibt es keine Veranlassung für verallgemeinernde Schlussfolgerungen. Es ist lediglich zu konstatieren, dass das faschistische Deutschland seine außenpolitische Aggression verstärkt, und dies in erster Linie gegen die UdSSR, in einer Situation, da das internationale und innenpolitische Hinterland bei weitem nicht gesichert ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist die zweifache Bedeutung des Gesetzes über die zweijährige Wehrpflicht aufschlussreich: es zeugt von einer Intensivierung der deutschen Kriegsvorbereitung und folglich von der *Verkürzung ihrer Fristen, zugleich erfordert es jedoch eine Reihe von Maßnahmen, die nicht schnell verwirklicht werden können. Mit anderen Worten, das faschistische Deutschland ist nach wie vor nicht für einen Großen Krieg an vielen Fronten bereit, die innere und außenpolitische Entwicklung erhöht jedoch die Gefahr von neuen Abenteuern des deutschen Faschismus.*

Mit kameradschaftlichem Gruß

Ja. Suric

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: MM.²⁴

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2628 vom 31.8.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 7 Expl. 4 [Exemplare] an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 28.8.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 23–28. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 253, S. 408–412²⁵.

Nr. 506

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[28.8.1936]

Nr. 323/s¹

AN

N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Gleich nach Beendigung der Olympiade eröffnete die gesamte deutsche Presse eine zügellose Kampagne gegen die UdSSR. Es kann ohne weiteres gesagt werden,

²⁴ Litvinov.

²⁵ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

dass in diesen 10 Tagen *über die UdSSR mehr Artikel erschienen, als im gesamten laufenden Jahr. Die Kampagne erreichte am Sonnabend, den 21. August, den Höhepunkt und flaute im Wesentlichen nach der Veröffentlichung der Verordnung der deutschen Regierung über die Verlängerung der aktiven Wehrpflicht ab^{2, 3}

Die wichtigsten Themen dieser Kampagne waren: die Aufrüstung der UdSSR und insbesondere die Vergrößerung des Personalbestandes der Roten Armee aufgrund der Herabsetzung des Einberufungsalters⁴, die „imperialistische“ Politik der UdSSR, die spanischen Ereignisse und „die Einmischung“ der UdSSR in diese Ereignisse, „der Hunger in der Ukraine“ und der Prozess gegen das terroristische Zentrum in Moskau⁵.

Aus verständlichen Gründen erfuhr die Rote Armee die größte Aufmerksamkeit. Das Grundschema fast aller dieser Artikel zu den Rüstungen der UdSSR bestand in Folgendem: die gewaltige zahlenmäßige Zunahme der Roten Armee in Friedenszeiten (bis zu 2 Millionen) und die unzähligen Menschenreserven in der Kriegszeit (bis zu 16 Mio.), die schlagkräftige Luftflotte und die aggressiven Vorstellungen für ihren Einsatz, die Motorisierung der Armee und der verstärkte Bau von strategischen Straßen, die Militarisierung der Bevölkerung und die vollständige Umsetzung der Losung vom „bewaffneten Volk“, die Ausrichtung der Volkswirtschaft ausschließlich unter dem Gesichtspunkt für den militärischen Bedarf und die Vernachlässigung der Bedürfnisse der Bevölkerung, der verstärkte Aufbau der Seekriegsflotte und die Verlegung eines Großteils der Truppenteile der Roten Armee an die Westgrenze und deren vollständige Einsatzbereitschaft.

Einige Zeitungen fügten diesem Grundschema noch die Frage der Kampffähigkeit der Roten Armee hinzu und beantworteten sie unterschiedlich. Es gab Stimmen, die bei der Ausbildung des Personalbestandes große Fortschritte vermerkten, es gab zugleich auch solche, die keinen Unterschied zwischen der Roten Armee und der alten, zarischen Armee sahen, sowohl unter dem Aspekt der Kampffähigkeit als auch der Führungsqualität.

Diese Nuancen resultierten zum Teil aus der Sorge, in Deutschland eine allzu große Furcht vor der Roten Armee auszulösen. Die deutschen Schreiberlinge standen vor einer schweren Aufgabe: einerseits mussten sie vor aller Welt die Vergrößerung der deutschen Armee mit dem Stärkezuwachs der sowjetischen Armee begründen, andererseits bestand aber die Gefahr, dass eine allzu positive Darstellung der Kraft und der Stärke der Roten Armee in der Bevölkerung die Frage aufwerfen könnte: **,„Warum muss denn Hitler solch ein gefährliches Tier reizen und für Deutschland unnötiges Unglück heraufbeschwören.“**⁶ Äußerungen dieser Art bekam ich persönlich aus dem Munde einiger Deutscher zu hören, die allerdings den „Bismarckianern“ zuneigten.

Dafür waren sich alle Zeitungen einig, wenn es um die politischen Ideen ging, in denen unsere Armee erzogen wird. Die Zeitungen heben die große Anzahl von

² Vgl. Dok. 501, Anm. 1.

³ Der hier und im Folgenden so gekennzeichnete Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁴ Vgl. Dok. 501.

⁵ Vgl. Dok. 493, Anm. 1.

⁶ Der Text ist mit Tinte in Anführungszeichen gesetzt.

Kommunisten sowohl im Mannschafts- als auch im Führungsbestand hervor und kommen zu der Schlussfolgerung, dass die Rote Armee nicht für den Schutz des Staates, sondern für das Vorantreiben der Weltrevolution geschaffen wurde. Ausnahmslos alle Artikel endeten mit der Schlussfolgerung, dass das einzige Ziel der Roten Armee darin bestehe, die Weltrevolution voranzutreiben. Als Beleg dafür werden angebliche Zitate von Führern des Sowjetstaates, die namentlich genannt sind oder anonym bleiben, angeführt.

Die Schlussfolgerung über die ideologische Ausrichtung der Roten Armee wird direkt mit der „imperialistischen“ Politik der sowjetischen Regierung verknüpft. Letztere, die eng durch die Personalunion mit der Komintern verbunden sei, organisiere Aufstände in anderen Ländern, spalte die Welt mittels diplomatischer Maßnahmen unterschiedlicher Art, schaffe unter dem Deckmantel von Gesprächen über Frieden und Abrüstung die stärkste Armee in der Welt, um sie in einem geeigneten Zeitpunkt mit dem einzigen Ziel in Marsch zu setzen, die westliche Kultur zu vernichten und den Bolschewismus in der ganzen Welt zu verbreiten.

Die deutsche Presse sieht im Bürgerkrieg in Spanien den Beginn dieser bolschewistischen Offensive gegen Europa und ruft deshalb alle Länder zur Vereinigung unter der Führung Deutschlands auf, „dem einzigen Bollwerk für den Frieden und gegen die rote Gefahr“.

In den Artikeln, die den Moskauer Prozess behandeln, versuchten die deutschen Zeitungen, indem sie Trockij direkt oder indirekt in Schutz nahmen, das Gericht auf jede erdenkliche Weise in Misskredit zu bringen, sie erfanden die unglaublichsten Motive, die zu diesem Prozess geführt hätten, und wollten von nichts etwas wissen, wobei sie ihren Lesern sogar die Tatsache einer Beteiligung von Agenten der Gestapo an den Morden zu verheimlichen suchten.

Den Schlusspunkt dieser ganzen Kampagne bildete die Verbreitung von verlogenen Gerüchten über eine Hungersnot in der Ukraine, über die Plünderung von militärischen Lebensmittelgeschäften durch die Bevölkerung in Poltava usw.⁷

Veröffentlicht wurde eine Reihe von Artikeln über eine Verschlechterung der Lage in der UdSSR, über eine Missernte und unvorstellbare Lebensbedingungen. Wie Sie sehen, ist hier eine recht übelriechende Mischung entstanden. Die Intensität und die Schärfe, mit der in all diesen Tagen die Kampagne geführt wurde, löste im Corps sogar Gerede darüber aus, dass die Deutschen den Bruch mit uns vorbereiten. Entweder würden sie selbst mit uns brechen oder uns bis zum Bruch bringen. Dass es in der Umgebung Hitlers Leute gibt, die die Ansicht vertreten, wonach ein Abbruch der Beziehungen mit uns der konsequenteste Ausweg aus der jetzigen Lage sei, ist unbestritten, doch diese Leute sind zweifellos in der Minderheit. *Nicht nur das Auswärtige Amt, die Reichswehrführung und die Führer der Industrie, sondern auch nüchtern denkende Leute in der Partei sind zweifellos gegen Schritte, die Deutschland die Verantwortung für die Verschärfung der Kriegsgefahr in Europa auferlegen, die Organisation Westeuropas sprengen und sich gegen alle Anhänger von Absprachen und Abkommen mit **Deutschland**⁸ wenden. Eine

⁷ Vgl. Dok. 509.

⁸ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben; ursprünglich: Europa.

andere Sache ist es, uns zum Abbruch provozieren. Nach dem Scheitern der Hoffnungen auf unseren Markt und auf unsere Rohstoffe nehme ich an, dass solch ein Ausgang Hitler auch gefallen könnte. Einige Kollegen im Corps nahmen an, dass diese auf einen Abbruch abzielende Kampagne den Zweck verfolgte, unter irgendeinem fadenscheinigen Vorwand die Initiative zum Abbruch einem der Satelliten zu überlassen und damit die „Kampagne zum Abbruch“* zu eröffnen. Diese Mission sollte Ungarn zufallen, was angeblich Gegenstand der Besprechung Hitlers mit Horthy gewesen sei.⁹ Andere verknüpfen die Möglichkeit eines Abbruchs mit einer Niederlage der Generalsclique in Spanien. Die nächsten Tage, insbesondere der Parteitag in Nürnberg¹⁰, werden einige Klarheiten in diese Frage bringen. Heute *kann ich nicht umhin, meine Genugtuung darüber zu äußern, dass auch wir in unserer Presse zur Gegenoffensive übergegangen sind.¹¹ Alle diese Gemeinheiten ohne eine Antwort und ohne die nötige Abfuhr zu belassen, wäre mit einer Kapitulation gleichbedeutend und würde nur den Appetit anregen.^{12*}

Mit kameradschaftlichem Gruß

SURIC

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: MM.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2626 vom 31.8.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 4 [Exemplare] an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 28.8.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 47, l. 40–43. Original.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 139, S. 197–200¹³.

⁹ Das Treffen Hitlers mit Horthy fand am 22.8.1936 auf dem Obersalzberg statt. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 516, S. 859–860.

¹⁰ Der 8. Parteitag der NSDAP wurde vom 9. bis 14.9.1936 in Nürnberg abgehalten.

¹¹ Vgl. Dm. Bucharcev: „Germanskaja intervencija v Ispanii“ (Die deutsche Intervention in Spanien). In: Izvestija vom 8. August 1936, S. 1; B. Michajlov: „Germanskije fašisty vygoraživajut Trockogo“ (Die deutschen Faschisten waschen Trotzki rein). In: Pravda vom 21. August 1936, S. 3; J. Gol'dchill: „Germanija voružaetsja“ (Deutschland rüstet auf). In: Pravda vom 25. August 1936, S. 5; „Fašistskie bandity pera za rabotoj“ (Die faschistischen Schreiberlinge in Aktion). In: Pravda vom 28. August 1936, S. 1.

¹² Ein nachfolgendes Wort ist mit Tinte durchgestrichen.

¹³ Das Dokument ist irrtümlicherweise auf den 31.8.1936 datiert. Auf der Kopie des Schreibens, das an die Mitglieder des Politbüros des ZK der VKP (B) verschickt wurde, gibt es u. a. folgende Vermerke. Vermerk von L.M. Kaganovič: „Die Schreiben [vgl. auch Dok. 505] sind meiner Meinung nach interessant, sie zeigen, dass wir den Provokationen der deutschen Presse nicht nachgeben sollten. L. Kaganovič.“ Vermerk von V.M. Molotov: „Die Schreiben sind meiner Ansicht nach oberflächlich, von mittlerem Zeitungsniveau, und das Gerede des Gen. Suric über unsere ‚Kapitulation‘ ist einfach unpassend. Molotov“. In: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 139, S. 200.

Nr. 507
Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA

Moskau, den 29. August 1936

Nr. 121 vom 28/8

Auf 92 x) vom 27.

x) Pol. III 1731

Ich habe heute auftragsgemäß bei Litwinow Vorstellungen erhoben auch gegen Iswestija-Artikel vom 26.8.¹ Litwinow erwiderte, Sender Moskau habe nicht unsern Geschäftsträger Madrid² persönlich angegriffen, sondern nur Meldung englischer Blätter wiedergegeben, der allgemein deutsche amtliche und Parteistellen der Parteinnahme für Aufständische bezichtigt. Auf meinen Einwurf, dass Sendungen Moskauer Radio in spanischer Sprache gefährlicher seien, als Behauptungen englischen Blattes, das in Spanien niemand lese, meinte Litwinow, die Meldungen Manchester Guardian seien sicher in spanischer Regierungspresse wiedergegeben worden, so dass Sender Moskau nichts Neues gebracht habe.

Litwinow ausführte weiter, Sowjet-Propaganda gegen Deutschland in spanischer Angelegenheit sei lediglich Antwort auf deutsche Propaganda, die unaufhörlich bemüht sei, Sowjetunion für spanische Ereignisse verantwortlich zu machen. Ich widersprach dieser These energisch. Litwinow fortfuhr, er und Sowjetregierung bedauerten allgemein fortwährenden Propaganda Krieg zwischen Deutschland, Sowjetunion, seien weit entfernt, Verschärfung Beziehungen zwischen beiden großen Ländern zu wünschen. Er könne versichern, Sowjetpropaganda werde sofort aufhören, wenn man deutscherseits davon ablasse, Sowjetunion unaufhörlich anzugreifen. Er fürchte aber, dass bevorstehender Parteitag neuen Höhepunkt anti-sowjetisch-deutscher Propaganda bringen werde.

Ich habe sodann gegen Verunglimpfung Führers und Reichskanzlers in Charkower Zeitung (vgl. Bericht A 1801 v. 27/8., der mit Kurier folgt) und Reichsministers Goebbels in Iswestija von gestern³ (vgl. diesseitiges Tel. 117 v. 28/8.) energischen Einspruch erhoben und an Litwinows Versprechen erinnert, persönliche Verunglimpfungen zu unterlassen. Litwinow erklärte, Anweisung an Sowjetpresse, von persönlichen Anwürfen abzusehen, sei weiterhin in Kraft. Er werde die beiden Zeitungen daran erinnern lassen.⁴

Schulenburg

*Auf erstem Blatt oben: Doppel zu Pol III 1893, pr. 31.8.1936. Darunter: Orig. i.a. Po 5
Span. Unten: Po 2 Russland.*

PA AA, R 104356, Bl. 212186-212187.

¹ Vgl. „Nevmešatel'stvo v ispanskije dela i manevry germanskogo fašizma“ (Die Nichteinmischung in die spanischen Angelegenheiten und die Machenschaften des deutschen Faschismus). In: Izvestija vom 26. August 1936, S.1.

² Hans-Hermann Völckers.

³ Vgl. „Fašistskie bandity pera za rabotoj“ (Die faschistischen Schreiberlinge in Aktion). In: Izvestija vom 28. August 1936, S. 1.

⁴ Vgl. auch Dok. 508.

Nr. 508

**Telegramm des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

31. August 1936

Am 29. kam Schulenburg zu mir, um sich erneut wegen der Rundfunkübertragungen zu beklagen.¹ Wenn wir auch nur die Meldungen von englischen Zeitungen senden, so würden sie, da sie in spanischer Sprache die Spanier erreichen, den deutschen Geschäftsträger² einer Gefahr aussetzen. Außerdem beschwerte sich Schulenburg wegen der persönlichen Angriffe in unserer Presse gegen Goebbels und sogar gegen Hitler. Ich erklärte ihm, dass unser Rundfunk die von englischen Zeitungen veröffentlichten Fakten sende und somit dafür nicht die Verantwortung trage. Dies sei immer noch besser, als selbst Fakten zu erdichten, wie dies die deutsche Presse in Bezug auf die UdSSR mache. Was aber die persönlichen Angriffe betreffe, so gaben und geben wir unserer Presse Weisungen, diese zu vermeiden, unsere Journalisten können sich jedoch offenbar unter dem Eindruck der antisowjetischen Kampagne in der deutschen Presse nicht zurückhalten. Im Übrigen, so fügte ich hinzu, wenn Goebbels seine eigene Rede auf dem Nürnberger Parteitag im vergangenen Jahr³ durchlesen würde, so könnte er sich wohl kaum das Recht herausnehmen, an den Angriffen in unserer Presse Anstoß zu nehmen.

LITVINOV

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 256, S. 415.

Nr. 509

**Schreiben des Leiters der Agentur TASS Doleckij an den
Direktor des DNB in Berlin Mejer**

Moskau, d. 31. August 1936

Nr. 13291¹

Herrn Generaldirektor des Deutschen Nachrichtenbüros
Berlin

Sehr geehrter Herr Generaldirektor!

Aus den letzten deutschen Zeitungen sowie aus Telegrammen, die wir aus vielen Ländern erhielten, haben wir mit großer Verwunderung erfahren, dass Ihre Agentur in den letzten Tagen eine Reihe von Meldungen über die Sowjetunion ver-

¹ Vgl. Dok. 507.

² Hans-Hermann Völckers.

³ Vgl. Dok. 228, Anm. 6.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

breitete, die auf keinerlei Tatsachen beruhen und nicht im geringsten Maße der Wirklichkeit entsprechen.

So veröffentlichten z.B. deutsche Zeitungen am 26. August eine Meldung Ihrer Agentur aus Odessa über „blutige Unruhen in Poltawa“, „Arbeiter- und Bauernunruhen im Bezirk Konotop“, über Beschießung von Frauen und Kindern durch Rotarmisten in dem in unserem Lande nicht existierenden „Delenkop am Dnjepr“ und dgl. mehr. In gleicher Weise veröffentlichten die Zeitungen am 24. August eine der Wirklichkeit nicht entsprechende, angeblich aus Odessa erhaltene und sich angeblich auf die „örtliche Sowjetpresse“ stützende Meldung Ihrer Agentur. In dieser Meldung wurden ähnliche, auf nichts begründete, Meldungen gebracht und auch von der Verhaftung von mehr als 2.000 Arbeitern und Bauern in der Ukraine berichtet, was ebenfalls nicht im geringsten Maße der Wirklichkeit entspricht. Wir können nicht umhin, unserer äußersten Verwunderung Ausdruck zu geben über die Handlungsweise Ihrer verehrten Agentur, die ungeachtet des Vertragsverhältnisses mit unserer Agentur und trotzdem sie in Moskau ihren eigenen Korrespondenten hat², es für möglich hält, derartige der Wirklichkeit völlig widersprechende Informationen den Blättern zu übergeben, wobei sie sich auf die Sowjetpresse, die nichts dergleichen enthält, und auf den Odessaer Korrespondenten, der, soweit es uns bekannt ist, überhaupt nicht existiert, bezieht. Wir müssen feststellen, dass eine derartige Handlungsweise Ihrer Agentur sich in vollem Widerspruch befindet zu dem Geiste des unsere Agenturen verbindenden Vertrages sowie zu den zahlreichen Beschlüssen der Konferenzen der verbündeten Agenturen über die Wahrhaftigkeit der Information.

Wir hoffen, von Ihnen Aufklärungen über diese Informationen zu erhalten³, damit wir die Möglichkeit haben, unserer Presse auf jene gerechtfertigten Anfragen und Prätentionen zu antworten, die an uns, als die mit Ihnen im Vertragsverhältnis stehende Agentur, gerichtet werden.

Mit voller Hochachtung

(Doletzky)
Generaldirektor

GARF, f. R-4459, op. 11, d. 819, l. 16. Kopie. In deutscher Sprache.

² Entweder Wilhelm Baum oder Ernst Schüle.

³ Vgl. Dok. 542.

Nr. 510
Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Litvinov an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič

GEHEIM
Expl. Nr. 10
2. September 1936

Nr. 3676/L.

AN DEN
SEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)
Gen. KAGANOVIČ

Kopien an: Gen. Stalin
Gen. Molotov
Gen. Vorošilov
Gen. Ordžonikidze

Die antisowjetische Kampagne der deutschen Presse hat nicht nur nicht nachgelassen, sondern auch auf andere Länder übergegriffen. Ich meine nach wie vor, dass es mit den gewöhnlichen Einwirkungsmaßnahmen auf die Korrespondenten, auf einzelne Zeitungen, selbst mit Dementis von TASS nicht möglich ist, die gewünschten Ergebnisse zu erzielen, und dass gegen diese unerhörte Kampagne außerordentliche Mittel erforderlich sind.

Da mein früherer Vorschlag einer Regierungsmitteilung abgelehnt worden ist, schlage ich jetzt vor, sich mit einer Note an die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, der Tschechoslowakei und anderer Länder zu wenden, in denen die deutschen Lügengeschichten nachgedruckt werden. Solch eine Note, die wir sofort nach ihrer Aushändigung veröffentlichen, wird zweifellos in einem größeren Maße die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen als Artikel in unseren Zeitungen oder als Dementis von TASS. ** (Den Entwurf der Note füge ich bei!).**²

Ein Appell der Regierung mit der Beschwerde über das Verhalten der Presse anderer Länder ist natürlich ungewöhnlich, aber wir haben es mit völlig ungewöhnlichen Erscheinungen zu tun. Ich schlage auch eine andere Variante vor: sich gleichfalls mit einer Protestnote an die deutsche Regierung zu wenden, und in diesem Fall, anstatt auf die Nutzlosigkeit des Protestes an die deutsche Regierung hinzuweisen, festzustellen, dass solch ein Protest erklärt wird. ** (Ich füge auch den Entwurf für die deutsche Note bei!).**³

Ich bitte, den Beschluss im Eilverfahren zu fassen, weil die Kampagne, je länger sie dauert, desto stärker entflammt. Ich möchte Sie bitten, mich zur Erörterung des Textes heranzuziehen.⁴

LITVINOV

¹ In der Akte nicht vorhanden.

² Der Text ist maschinenschriftlich hinzugefügt worden.

³ Der Text ist maschinenschriftlich hinzugefügt worden.

⁴ Der Vorschlag Litvinovs wurde abgelehnt. Vgl. dazu Dok. 511.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 10 Expl. [Die Exemplare] 1–6 an die Adressaten, das 7. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 8. an Gen. Stomonjakov, das 9. an Gen. Litvinov, das 10. ins Archiv.

[Anlage]

ENTWURF EINER VERBALNOTE AN DEUTSCHLAND

Die sowjetische Regierung kommt nicht umhin, auf die in den letzten Wochen von der deutschen Presse geführte systematische Kampagne von Erfindungen und Lügen über alles das aufmerksam zu machen, was die Sowjetunion betrifft. Ein bedeutender Teil der deutschen Zeitungen begann genau zum gleichen Zeitpunkt und genau in dem gleichen Ton, als ob sie auf Weisungen aus einem einheitlichen Zentrum handeln würde, falsche Informationen über die Streitkräfte und insbesondere über die Vergrößerung der zahlenmäßigen Stärke der sowjetischen Armee um 100 Prozent im Gefolge des sowjetischen Gesetzes über die Herabsetzung des Einberufungsalters in die Armee⁵ zu verbreiten. Die Verfasser dieser Meldungen können nicht wissen, dass dieses Gesetz keinerlei Einfluss auf die zahlenmäßige Stärke der sowjetischen Armee ausübt, die auch heute auf genau dem gleichen Niveau bleibt, worüber die sowjetische Regierung seinerzeit eine amtliche Erklärung abgegeben hat⁶. Die gleichen Presseorgane schrieben und schreiben nach wie vor über den Hunger in der Ukraine, über dadurch ausgelöste Hungerrevolten, über Zusammenstöße zwischen Aufständischen und Truppenteilen der Roten Armee und der Miliz, über Aufstände in der Armee usw. Tatsächlich ist die Ernte des jetzigen Jahres nicht geringer als die im Vorjahr, es gibt weder Hunger in der Ukraine noch in anderen Teilen der Sowjetunion, es gibt keinen einzigen Fall von Aufständen, Meutereien und Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und Truppen oder der Miliz. Im Zusammenhang mit dem unlängst stattgefundenen öffentlichen Prozess gegen die Terroristen⁷ verbreitete die deutsche Presse erfundene Informationen über massenhafte Verhaftungen, darunter von Personen, die der Regierung, der Roten Armee und dem diplomatischen Dienst im Ausland angehören.⁸ Über den erfundenen und unsinnigen Charakter aller dieser Informationen ist die deutsche Regierung sicherlich unterrichtet, sowohl von den in Moskau tätigen deutschen Korrespondenten als auch von den diplomatischen Vertretern in der Sowjetunion.

Die deutsche Presse greift bei der Verbreitung ihrer verlogenen Informationen über die UdSSR zu der anrühigen Methode, diese Informationen als Korrespondentenberichte aus Städten der Sowjetunion auszugeben, in denen es in Wirklichkeit keine Korrespondenten gibt, wobei mitunter sogar erfundene Städtenamen genannt werden. Mitunter erfolgen diese Mitteilungen in Form von Auslandsberichten, zum Beispiel aus Riga, Warschau, sogar aus London und Paris, wo angeblich Informationen aus der UdSSR eingegangen sind.

In Anbetracht dessen, dass die bezeichnete Kampagne neben den unmittelbaren Zielen Zwietracht und Misstrauen zwischen den Völkern der Sowjetunion und des

⁵ Vgl. Dok. 501, Anm. 3.

⁶ Vgl. die Rede Tuchačevskijs am 15.1.1936 auf der 2. Tagung des CIK der UdSSR der VII. Legislaturperiode. In: Izvestija vom 16. Januar 1936, S. 1.

⁷ Vgl. Dok. 493, Anm. 1.

⁸ Vgl. Dok. 515.

Deutschen Reiches, die zweifellos in Frieden zu leben wünschen, sät, die öffentliche Meinung in anderen Ländern irreführt und damit die Gefahren Elemente der ohnehin schon besorgniserregenden heutigen Lage verschärft werden, sowie in Anbetracht des systematischen und zentralisierten Charakters dieser Kampagne und der faktischen Beziehungen, die zwischen dem Ministerium für Propaganda und der deutschen Presse bestehen, die allseits gut bekannt sind, hat die sowjetische Regierung mich beauftragt, bei der deutschen Regierung Protest gegen das beispiellose unzulässige Verhalten der deutschen Presse gegenüber der Sowjetunion zu erheben.

2.IX.36

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 114, d. 1, l. 174–176. Kopie.

Nr. 511

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an
den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

4. September 1936

Nr. 3680/L.

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

die deutsche Presse schreibt offen, dass der Nürnberger Parteitag¹ im Zeichen scharfer antisowjetischer Reden stattfinden wird, und Sie werden ja in dieser Hinsicht auch über Informationen aus anderen Quellen verfügen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie man auch nur eine Minute daran denken kann, dass Sie an dem Parteitag teilnehmen. Unterdessen gewinne ich aus Ihren Chiffre-Telegrammen den Eindruck, dass Sie persönlich dazu neigen, nach Nürnberg zu fahren, weil Sie ansonsten nicht angefragt hätten. Ich kann lediglich annehmen, dass Sie vorhaben, nach einer Möglichkeit zu suchen, um bei der ersten antisowjetischen Rede demonstrativ den Parteitag zu verlassen. Ich sehe keinen Sinn in einer solchen Demonstration. Eine Einschüchterung über die Rumänen und Griechen betrachte ich als eine Erpressung, die außer Acht gelassen werden kann. Ich persönlich denke nicht, dass Sie deswegen Deutschland verlassen sollten, werde mich jedoch mit den Genossen im Kreml beraten, bevor ich eine endgültige Antwort gebe. Unterdessen bitte ich Sie, noch vor Erhalt der Antwort unverzüglich zu telegrafieren, ob alle in Berlin befindlichen diplomatischen Vertreter, außer Ihnen, nach Nürnberg fahren werden.

¹ Vgl. Dok. 506, Anm. 10.

Die Kampagne der deutschen Presse hat solche Ausmaße angenommen, dass ich beantragt habe, der deutschen Regierung einen begründeten Protest zu erklären und den Protest zu veröffentlichen², dies ist aber nicht auf die Zustimmung der Genossen gestoßen. Beschlossen wurde, die Bevollmächtigten Vertreter vor Ort zu beauftragen, eigene Maßnahmen zur Abwehr der deutschen Propaganda zu ergreifen.

Wir haben die Genehmigung zum Austausch von in der UdSSR inhaftierten Deutschen, an denen die Deutsche Botschaft interessiert ist, gegen Etkar André³ erhalten. Ich denke, dass Gen. Levin Ihnen das bereits geschrieben hat, weil der Vorschlag bereits über Mitarbeiter der Botschaft gemacht worden ist.⁴ Ich persönlich habe Zweifel am Erfolg dieser Angelegenheit.

Mit Gruß

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit blauem Farbstift: NN.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenen Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4698 vom 4.9.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Štern, das 4. ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 139–138. Kopie.

Nr. 512

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 5

7. September 1936

Nr. 3693/L.

AN DEN

GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Kopien an: Gen. Molotov

Gen. Kaganovič

Gen. Vorošilov

Im Zusammenhang mit meiner bevorstehenden Reise nach Genf zur Generalversammlung¹, mit meinen Begegnungen mit verschiedenen Staatsmännern und

² Vgl. Dok. 510.

³ Vgl. Dok. 502.

⁴ Vgl. Dok. 506.

¹ Vgl. Dok. 537.

einem möglichen Besuch Prags möchte ich gern Weisungen zu folgenden Fragen erhalten:

I. *Ich habe Ihnen bereits mündlich über die Verbreitung von defätistischen Stimmungen in uns befreundeten Ländern, sogar in der Tschechoslowakei, berichtet.*² Die gleiche Gefahr signalisiert uns unser Bevollmächtigter Vertreter in Prag Gen. Aleksandrovskij³, dessen Aufzeichnungen Ihnen in meiner Abwesenheit von Gen. Krestinskij zugestellt worden sind. Die Bestätigung dafür, dass es solche Stimmungen in der Tschechoslowakei gibt, erhielt ich von verschiedenen anderen Quellen. Die Tschechen, die von solchen Stimmungen infiziert sind, urteilen ungefähr folgendermaßen: Deutschland ist in militärischer Hinsicht bereits jetzt bedeutend stärker als die Tschechoslowakei. Seine Stärke nimmt zu. Die Tschechoslowakei allein kann Deutschland nicht widerstehen. Eine Hilfeleistung des verbündeten Frankreich wird durch die Befestigung des Rheinlandes außerordentlich verzögert werden. Das Ausmaß der Hilfeleistung durch die UdSSR ist nicht bekannt. Unter solchen Bedingungen wird es für die Tschechoslowakei vernünftiger sein, sich der Gnade Deutschlands zu ergeben, was selbst bedeutende nationale Opfer mit sich bringen wird. Ein konservatives Mitglied des englischen Parlaments, das mich dieser Tage besuchte, gab die Aussage des tschechoslowakischen Gesandten in London⁴ wieder, dass die Deutschen der Tschechoslowakei einen vorteilhaften Handelsvertrag in Aussicht stellen, der der Industrieproduktion der Tschechoslowakei Zugang zum deutschen Markt verschafft. Im Gegenzug erwarte man eine Einigung bezüglich Deutsch-Böhmens. Solch eine Einigung, die in Gestalt einer Autonomie für Böhmen oder sogar eines Plebiszits angedacht ist, findet in einigen Kreisen der Tschechoslowakei Zustimmung. Ganz zu schweigen davon, dass eine jegliche politische Einigung eine völlige Unterordnung der Tschechoslowakei unter Deutschland und dessen weiteres Vordringen zum Balkan und nach Rumänien bedeutet.

Nach Auffassung des Gen. Aleksandrovskij, dem ich völlig zustimme, fördert, wenn man das so sagen kann, die *Wirkungslosigkeit der französisch-sowjetischen und tschechoslowakisch-sowjetischen Beistandspakte* das Aufkommen von defätistischen Stimmungen sowohl in Frankreich als auch in der Tschechoslowakei. Solchen Pakten, wie auch Bündnisverträgen, folgen gewöhnlich Militärabkommen und Konventionen, um diese Pakte zu verwirklichen. Indes hat es bis jetzt keine Gespräche zu solchen Themen zwischen uns, den Franzosen und den Tschechoslowaken gegeben. Wenn die französischen Militärs seinerzeit der Weisung Lavals folgten, keine Initiative für Gespräche mit unseren Militärs zu ergreifen, so kann das nicht von den Tschechoslowaken gesagt werden. Von ihrer Seite gab es Versuche, Verhandlungen aufzunehmen, denen unsere Militärs aber auswichen, obgleich sich dafür günstige Gelegenheiten boten, sowohl während des Aufenthaltes der tschechoslowakischen Militärmission in der UdSSR zu den Kiever Manövern⁵ als

² Die hier und im Folgenden so gekennzeichneten Textstellen sind mit blauem Farbstift unterstrichen.

³ Vgl. auch den Auszug des Schreibens Aleksandrovskijs über Stimmungen bei Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens der Tschechoslowakei, den Litvinov am 7.5.1936 an Stalin schickte. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 16, p. 114, d. 1, l. 142–143.

⁴ Jan Masaryk.

⁵ Gemeint sind die Truppenmanöver des Kiever Militärbezirks im September 1935. Vgl. Dok. 240.

auch bei dem Besuch der Gen. Egorov und Alksnis in Prag und ihrem Treffen mit dem Chef des Militärstabes⁶.

Wenn wir den defätistischen Stimmungen entgegentreten wollen, müssen wir meiner Ansicht nach zumindest Bereitschaft zeigen, Gespräche zum Thema der militärischen Umsetzung der Pakte zu führen. Deshalb würde ich es als nötig erachten:

- 1) die Haltung Blums zu dieser Frage zu klären und in Abhängigkeit von den Sondierungsergebnissen einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten;
- 2) beim Besuch Prags die Bereitschaft der Vertreter unseres Generalstabes zu erklären, sich zuerst mit den tschechischen Kollegen zu entsprechenden Gesprächen zu treffen und danach gemeinsam mit uns auch mit den französischen;
- 3) *das Volkskommissariat für Verteidigung zu beauftragen, sich auf diese Treffen durch die Ausarbeitung von verschiedenen Varianten des gegenseitigen Beistandes vorzubereiten.*

II. Ich sprach mit Ihnen auch über den Wert, der sich für uns gegenwärtig, nach der Befestigung der Meerengen⁷, für eine weitere Ausgestaltung unserer Beziehungen zur Türkei ergeben würde. Ich schlug jedoch damals vor, sich mit dieser Angelegenheit nicht zu beeilen, doch wir vereinbarten in Montreux mit Aras, bei dem nächsten Treffen in Genf die Frage unserer Beziehungen wieder aufzunehmen. Ich erbitte die Genehmigung:

- 1) wenn es darauf ankommt, Aras, der dieses Mal von Şükrü Kaya begleitet wird, unsere Bereitschaft zu erklären, einen Beistandspakt mit der Türkei im Rahmen des Völkerbundes abzuschließen;
- 2) die Haltung Blums zum Abschluss eines französisch-türkischen oder eines französisch-sowjetisch-türkischen Paktes zu sondieren.

III. *Die Zielstrebigkeit der deutschen Außenpolitik und die kolossale Zunahme der Rüstungen schrecken viele Staaten ab, Verteidigungsbündnisse oder Beistandspakte abzuschließen,* und lassen Zweifel an der Effektivität solcher Pakte und insbesondere daran aufkommen, dass sie Deutschland von einem militärischen Angriff abhalten könnten. *Ist nicht der Zeitpunkt dafür gekommen, die Frage eines einheitlichen und starken Verteidigungsblockes aufzuwerfen?* Ich meine damit, wenn man das so formulieren kann, die Konsolidierung der in Europa bestehenden isolierten Pakte und Bündnisse, die gegen Deutschland und andere revanchistische Länder gerichtet sind. Ein allgemeiner Beistandspakt gegen einen beliebigen Aggressor, dem die UdSSR, Frankreich, die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und die Türkei – Länder mit einer Gesamtbevölkerung von ungefähr 275 Millionen Menschen – angehören würden, *könnte Deutschland dazu bewegen, zur Vernunft zu kommen und seine Politik zu ändern.* Solch ein eindrucksvoller Block würde zweifellos eine Reihe kleiner Staaten um sich herum gruppieren. Auch Polen wird es wohl kaum wagen, sich gegen **solch**⁸ einen Block zu wenden, so dass Deutschland lediglich mit einem Bündnis mit Ungarn rechnen könnte. Der vorgesehene Block würde auch England und Italien beeindrucken, die, wenn sie sich auch nicht dem Block anschließen würden, dennoch mit seinem Ziel

⁶ Ludvík Krejčí.

⁷ Vgl. Dok. 461, Anm. 2.

⁸ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

sympathisieren, Deutschland zu bändigen. Ich weiß aus den Gesprächen mit Paul-Boncour, dass sich seine Gedanken ebenfalls in Richtung einer ähnlichen Kombination bewegen. Andererseits gibt es nicht den geringsten Zweifel, dass die *Bemühungen Hitlers darauf abzielen, einen Gegenblock zu schaffen, der der UdSSR gegenübersteht oder sie zumindest isoliert.* In letzter Zeit haben sich die Chancen für solch einen Block bedeutend erhöht.

Ich möchte gern verbindliche Weisungen zu den angeführten drei Fragen erhalten. Die Frage hinsichtlich meines Besuchs in Prag ist im ZK bereits im Juni entschieden worden. Ich beabsichtige, diesen Besuch nach der Generalversammlung abzustatten, falls dies auch für die tschechoslowakische Regierung akzeptabel sein sollte.⁹

LITVINOV

Geschäftsvermerk mit Tinte: zu den Akten.

Auf dem letzten Blatt befindet sich links unten der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2434/SS vom 7.9.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 9 Expl. [Die Exemplare] 1–5 an die Adressaten, das 6. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 7. an Gen. Stomonjakov, das 8. an Gen. Litvinov, das 9. zu den Akten.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 882, l. 129–132. Kopie.

Nr. 513

Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin für den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

7. September 1936

Nr. 170VL¹

9102

AN DEN

VOLKSKOMMISSAR

Gen. M.M. LITVINOV

*Im Auftrag von Gen. Steckij schickte die Hauptredaktion der „Istorija graždanskoj vojny“² die für den Druck vorbereiteten Dokumente aus dem Archiv des deutschen Botschafters in Kiev Mumm von Schwarzenstein an das NKID.³ Diese Dokumente erhielt ich von Gen. Nejman, dem sie ursprünglich zugeschickt worden waren.

⁹ Ein Besuch Litvinovs in der Tschechoslowakei fand nach allen zur Verfügung stehenden Informationen nicht statt.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Istorija graždanskoj vojny v SSSR (Geschichte des Bürgerkriegs in der UdSSR), Bd. 1–5, Moskva 1935–1960.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

Das Archiv Mums von Schwarzenstein fiel in der Folgezeit dem deutschen Rat der Soldatendeputierten in der Ukraine zu. Unlängst sind diese Dokumente im Archiv der Oktoberrevolution entdeckt worden. Die Dokumente umfassen den Zeitraum von Februar 1918 bis Januar 1919. Verfasser der Dokumente waren Vertreter der deutschen Kommandoführung und des diplomatischen Amtes.

Die Herausgabe wurde auf Beschluss der Hauptredaktion der „Istorija graždanskoj vojny“ vorgenommen. Auf dem Original des Beschlusses der Hauptredaktion befindet sich zu dieser Frage die Stellungnahme „Dafür. Stalin, Kaganovič, Molotov.“ Ich habe mich mit der Hauptredaktion der „Istorija graždanskoj vojny“ telefonisch in Verbindung gesetzt. Gen. Minc teilte mir mit, dass die Hauptredaktion das NKID nicht um eine Begutachtung oder um einer redaktionelle Bearbeitung der Dokumente bittet, sondern das NKID angesichts möglicher politischer Folgen lediglich über die Publikation vorab informieren möchte.

*Ich habe die Dokumente durchgesehen. Die Dokumente geben Einblick in die Raubpolitik Deutschlands in der Ukraine (das Eintreiben von Lebensmitteln) und in jene Maßnahmen, die für die Festigung der deutschen Herrschaft in der Ukraine durchgeführt wurden (die Beteiligung Deutschlands an Regierungswechseln usw.). In den Dokumenten fand ich nichts, was vom Standpunkt des NKID einer Veröffentlichung⁴ entgegenstehen würde. Personen, die gegenwärtig eine führende Rolle im politischen Leben oder in der Regierung Deutschlands spielen, kommen in den Dokumenten nicht vor.*⁵

GEHILFE DES LEITERS DER II. WESTABTEILUNG

Levin

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2777 vom 7.9.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 47, l. 54–55. Original.

⁴ Vgl. Krach germanskoj okkupacii na Ukraine (po dokumentam okkupantov) (Der Zusammenbruch der deutschen Okkupation in der Ukraine (Nach Dokumenten der Besatzer)), hrsg. von M. Gor'kij, I. Minc, R. Ejdeman, Moskva 1936.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

Nr. 514

Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin
an den Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 11. September 1936

Nr. 341/s¹

An die
2. Westabteilung des NKID
Gen. *LEVIN*²

Lieber Vladimir L'vovič,

am 8. September bat mich Schnurre zu sich, der die sowjetischen Angelegenheiten in der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes leitet. Er hatte vorab angekündigt, dass er mit mir über Visaangelegenheiten sprechen wolle. Schnurre verwies auf die außerordentlich unbefriedigende Situation in der Visafrage, unter der zurzeit beide Seiten leiden würden, in einem größeren Maße jedoch die sowjetische Seite (nach Auffassung Schnurres). Die Deutsche Botschaft habe das Auswärtige Amt von dem Vorschlag des Gen. Šachov unterrichtet, den Visa Streit auf folgender Grundlage zu regeln: deutsche Staatsbürger, die bereits einmal in der UdSSR waren, bekommen die Antwort auf ³ihren Antrag innerhalb von 5 bis 7 Tagen. Deutsche Staatsbürger, die noch nicht in der UdSSR waren, erhalten innerhalb von 10 bis 15 Tagen eine Antwort.⁴ Schnurre unterstrich, dass sie nicht unbedingt auf diesen Modus, den er dem Schreiben aus Moskau entnommen habe, bestünden, aber vorschlugen, eine Variante zu finden, auf deren Grundlage der Visa Streit beigelegt werden könnte. Schnurre werde der Deutschen Botschaft entsprechende Weisungen erteilen und bitte die Bevollmächtigte Vertretung, den deutschen Vorschlag dahingehend zu unterstützen, dass bestimmte Festlegungen für die Visaerteilung getroffen werden könnten. Schnurre berief sich dabei natürlich auf den Vertrag von 1925, der es uns nicht erlaube, bei jedem Visumantrag in Moskau anzufragen⁵, wie wir das tatsächlich machen würden.

Ich entgegnete Schnurre, dass die Bevollmächtigte Vertretung die Idee voll und ganz unterstütze, den Visa Streit im beiderseitigen Interesse zu bereinigen. Jedoch müsse ich bemerken, dass die deutsche Seite bei ihren Beschwerden zu keinem Zeitpunkt mehr als 2 bis 3 Fälle benennen konnte, wohingegen ich unlängst dem Auswärtigen Amt eine Liste mit 15 Namen übergeben hätte. Ich bemerkte außerdem, dass wir, obgleich wir das Prinzip der Gegenseitigkeit in dieser Frage nicht ablehnten, dennoch in der Visafrage keine Diskriminierung unserer Bürger zulassen könnten. Ich sagte, dass dies meine persönlichen Erwägungen seien, und versprach zugleich, Moskau über die Überlegungen Schnurres zu unterrichten. Er

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Der Name ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Vgl. Dok. 485, Anm. 11.

⁵ Vgl. Dok. 485, Anm. 3.

wiederholte nochmals, dass er der Deutschen Botschaft Weisung erteilen werde, zu diesem Thema mit dem NKID Verhandlungen aufzunehmen.

Offenbar glauben die Deutschen, dass sie auf uns bereits ausreichenden Druck ausgeübt haben, um eine befriedigende Lösung der Visafrage durchzusetzen. Aber gleichwohl beabsichtigen sie offenbar nicht, über ihre Forderungen weiter hinauszugehen. Mir scheint, dass wir die Bereitschaft des Auswärtigen Amtes ausnutzen müssen, um die aufgetretenen Missverständnisse auszuräumen.

Schnurre verweist übrigens erneut, und wir haben erneut niemanden, an den wir uns im Auswärtigen Amt wenden können. Schnurre bestätigte mir, dass Schliep bald hierher kommen werde, doch könne er mir nicht sagen, wann genau.

Mit kameradschaftlichen Gruß

E. Gnedin

Vermerk G.Ja. Bežanovs mit blauem Farbstift: an Levin. GB[ežanov].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2034 vom 15.9.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an die Konsulatsabteilung, an Gen. Šachov, das 3. zu den Akten.

Auf Kopfbogen der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland geschrieben.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 8, l. 172–172R. Original.

Nr. 515

Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an die Presseabteilung im NKID

GEHEIM

Expl. Nr. 4

Berlin, den 11. September 1936

2. Westabteilung¹

Nr. 345/s²

An die
Presseabteilung des NKID

Werte Genossen,

ich will knapp über die Umstände informieren, die im Zusammenhang mit dem Dementi der Presseabteilung der Bevollmächtigten Vertretung stehen, dessen Text ich beifüge. Da wir bisher kein einziges Mal in Berlin die Falschmeldungen über die UdSSR dementiert hatten, waren wir aufgrund der erhaltenen Weisungen gezwungen, dieses etwas ausführlichere Dementi zu verfassen, welches eine möglichst große Zahl unzutreffender Informationen erfasst und zugleich konkret Hin-

¹ Der Text ist mit rotem Farbstift geschrieben.

² Die Ausgangsnummer ist mit rotem Farbstift geschrieben.

weise auf bestimmte Mitteilungen beinhaltet, um keinen Anlass für die Behauptung zu liefern, dass wir es vermeiden würden, einige in Umlauf gebrachte Meldungen zu dementieren.

Das Dementi wurde an die Redaktionen bedeutender deutscher Berliner und Provinzzeitungen geschickt; außerdem schickte ich ****es****³ mit einem persönlichen Schreiben zur Kenntnisnahme an die zuständigen Abteilungen des Ministeriums für Propaganda und an die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes.⁴ Bei der Übermittlung des Dementis an die Direktion des DNB drückte ich die Hoffnung aus, dass die Agentur den begangenen Fehler korrigieren werde.⁵ Schließlich übermittelte ich die Mitteilung der Bevollmächtigten Vertretung an die Vertreter der größten ausländischen Nachrichtenagenturen in Berlin.

Es war nicht zu erwarten, dass die deutsche Presse, insbesondere im Vorfeld von Nürnberg, unser Dementi auch nur auszugsweise veröffentlichen würde, doch war zu befürchten, dass die faschistische Presse einen Vorwand finden würde, um an unserem Dementi herumzunörgeln und sich auf eine Polemik mit uns einlassen würde. Aber das trat nicht ein. In einigen Zeitungen erschienen sogar kurze Auszüge aus unserem Dementi (bezüglich der Verhaftungen usw.). Die „Börsen-Zeitung“ vom 7. September⁶ und das „Berliner Tageblatt“ vom 8. September⁷ veröffentlichten knappe Meldungen, in denen teilweise ****und kritisch****⁸ der Inhalt unseres Dementis dargelegt wurde, ohne dabei die Bevollmächtigte Vertretung zu nennen. Jedoch wurde in einer verhältnismäßig zurückhaltenden Form die Stichhaltigkeit sowjetischer Dementis generell in Zweifel gezogen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 8. September veröffentlichten eine Notiz⁹ ungefähr des gleichen Charakters, jedoch mit dem direkten Verweis auf den Eingang des Schreibens der Sowjetischen Bevollmächtigten Vertretung.

Ich denke, dass selbst solch eine Reaktion der faschistischen Zeitungen auf unsere Dementis, insbesondere im Vorfeld von Nürnberg, als eine positive Tatsache angesehen werden kann. Eine gewisse Rolle spielte sicherlich der Umstand, dass die Agenturen, zu denen ich persönliche Kontakte unterhalte, unser Dementi vollständig übermittelten, welches, wie Ihnen sicherlich bekannt ist, „Le Temps“ am 7. September auf der ersten Seite veröffentlichte¹⁰. Mir ist nicht bekannt, ob das Dementi in der englischen Presse erschienen ist, obgleich es auch der Agentur Reuter übergeben wurde. Mir wurde auch berichtet, dass das Dementi der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin in einigen belgischen und holländischen Zeitungen veröffentlicht worden ist.

Mit kameradschaftlichem Gruß

E. Gnedin

³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁴ Vgl. PA AA, Moskau 212, Bl. 429243–429245.

⁵ Vgl. Dok. 509.

⁶ Vgl. „Man dementiert“. In: Berliner Börsen-Zeitung vom 7. September 1936, S. 2.

⁷ Vgl. „Die Wahrheit aus Moskau“. In: Berliner Tageblatt vom 8. September 1936, S. 2.

⁸ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁹ Vgl. „Dementiert...? Zu einer Zuschrift der Berliner Sowjetbotschaft“. In: Münchener Neueste Nachrichten vom 8. September 1936, S. 3.

¹⁰ Vgl. „La situation en U.R.S.S. Démenti à des nouvelles allemandes“. In: Le Temps vom 7. September 1936, S. 1.

Vermerk von G.Ja. Bežanov mit blauem Farbstift: an Levin GB[ežanov].
 Vermerk von V.L. Levin mit Tinte: an die Genossen Kanter und Alekseev. L[evin].
 Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2036 vom 15.9.1936.
 Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Krestinskij, das 4. an die 2. Westabt[eilung] NKID, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 8, l. 179–178. Kopie.

[Anlage]

Mitteilung der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR

In der deutschen Presse ist in der letzten Zeit eine Reihe von Mitteilungen und Informationen über die Lage in der Sowjetunion und über die Politik der Sowjetregierung erschienen, die vollkommen den Tatsachen widersprechen.

So hat das D.N.B. eine Meldung vom 23.8. ds. Js. verbreitet, die als Telegramm aus Odessa bezeichnet worden ist, und über Meutereien und Hungerrevolten unter den Bauern der Ukraine berichtete. In einer weiteren als Telegramm aus Paris vom 30.8. bezeichneten Meldung wurde über Bauernaufstände in der Sowjetunion und Zusammenstöße zwischen den Bauern und der Roten Armee, insbesondere in Rjasan, berichtet. Am 1.9. brachte das D.N.B. eine Meldung aus Paris über Verschwörungen in Georgien. Am 3.9. wurde eine Meldung verbreitet, die die Bezeichnung Telegramm aus Leningrad trug, in der das D.N.B. behauptete, dass Truppenteile aus Weißrussland nach der Ukraine transportiert worden wären, dass auch Truppenteile sich auf dem Wege nach Georgien und Aserbaidjan befänden und dass unter den Bauern Massenverhaftungen vorgenommen worden seien. Ferner wurde in dieser Meldung behauptet, dass große Bauerntransporte aus Südrussland Leningrad pas- sierten.

Alle diese oben erwähnten Meldungen über Meutereien, Hungerrevolten und Truppentransporte sind von Anfang bis Ende falsch und entsprechen in keiner Weise den Tatsachen.

Die deutsche Presse hat auch falsche Informationen über die UdSSR veröffentlicht, die aus anderen Quellen stammen.

Nicht richtig und nicht den Tatsachen entsprechend sind z. B. folgende Mitteilungen der letzten Tage:

Der „Völkischer Beobachter“ vom 30.8. veröffentlichte eine Meldung aus Warschau vom 29.8. über die Streikkundgebungen in Leningrad und über die Verhaftung des Flagmanns 2-ten Ranges Galler, des Kommandarm 1-ten Ranges Schaposchnikoff, des Handelsvertreters der UdSSR in London Osersky¹¹ usw. Es haben in Leningrad keine Streikkundgebungen stattgefunden, und Galler, Schaposchnikoff und Osersky sind nicht verhaftet worden.¹²

Die „Kreuz-Zeitung“ vom 1.9. veröffentlichte eine Nachricht aus Helsingfors vom 31.8., die vollkommen unrichtige Informationen enthielt, insbesondere eine

¹¹ Vgl. „Ozerskis Familie von der GPU verschleppt“. In Völkischer Beobachter vom 30. August 1936, S. 1.

¹² Ozerskij wurde am 15.10.1937 verhaftet.

Mitteilung über Unruhen in der Roten Armee¹³. Es sind in keiner Gegend und in keiner Truppeneinheit der Roten Armee Unruhen zu verzeichnen.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“, der „Lokal-Anzeiger“, die „Berliner Morgenpost“ und andere deutsche Zeitungen vom 2.9. veröffentlichten Nachrichten aus Paris über angebliche Unruhen in Aserbaidjan und aus der Luft gegriffene Meldungen über separatistische Bewegungen in Kasachstan, Krim, Turkmenistan, Usbekistan usw.¹⁴

Am 3.9. veröffentlichte eine Reihe von deutschen Zeitungen falsche Informationen aus Warschau über Bauernrevolten, Erntebeschlagnahmungen usw.

Nicht richtig sind ebenfalls die von der deutschen Presse verbreiteten Meldungen über die angeblichen Verhaftungen des Volkskommissars für Post und Telegraph – Rykow¹⁵, des Stellvertretenden Volkskommissars für Schwerindustrie – Pjatakoff¹⁶, des Mitarbeiters bei der Redaktion „Iswestija“ – Radek¹⁷, des Chefredakteurs der „Iswestija“ – Bucharin¹⁸. Alle diese Personen sind auf freiem Fuß und waren auch nicht vorübergehend verhaftet.

Vollkommen falsch sind auch die Meldungen der deutschen Presse über Hungersnot und Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung in einigen Gebieten der UdSSR. Einem jeden, der über die tatsächliche Lage in der UdSSR gut unterrichtet ist, müsste bekannt sein, dass der Gesamtertrag der diesjährigen Ernte in der UdSSR höher ist als der des vorigen Jahres. Was die von der deutschen Presse öfters erwähnten Gebiete der Ukraine anbetrifft, so ist in der Ukraine, und zwar auch im Kreis von Odessa, die Ernte besonders gut.

Die Presse-Abteilung der Botschaft der UdSSR möchte anschließend unterstreichen, dass sie nicht die Absicht hat, auf alle falschen Informationen, die in der deutschen Presse erschienen sind, einzugehen und dass diese Ausführungen nur das Ziel hatten, die verbreitetsten falschen Informationen zu widerlegen.

Die Presse-Abteilung möchte der Hoffnung Ausdruck geben, dass die deutsche Presse, die die Lage in der Sowjetunion mit solchem Interesse verfolgt, auch dieser Richtigstellung die nötige Aufmerksamkeit schenken wird.

Berlin, den 5. September 1936

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 8, l. 177–174. Kopie. In deutscher Sprache.

¹³ Vgl. „Große Erregung unter der Bevölkerung. Sowjet-Flotte bei Kronstadt zusammengezogen“. In Kreuz-Zeitung vom 1. September 1936, S. 1.

¹⁴ Vgl. „Sowjetrepubliken wollen los von Moskau. Separatistische Bestrebungen in Zentralasien und Georgien – Verwandter Stalins unter den Verschwörern“. In: Berliner Börsen-Zeitung vom 2. September 1936, Morgenausgabe, S. 5; „Verschwörung in Stalins Heimat. Separatistische Bewegungen in mehreren Sowjet-Republiken“. In Berliner Morgenpost vom 2. September 1936, S. 1.

¹⁵ Rykov wurde am 27.2.1937 verhaftet.

¹⁶ Pjatakoff wurde am 12.9.1936 verhaftet.

¹⁷ Radek wurde am 16.9.1936 verhaftet.

¹⁸ Bucharin wurde am 27.2.1937 verhaftet.

Nr. 516

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GEHEIM

11. September 1936

UdSSR-NKID

Nr. 9139¹

AN DEN

BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER

DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. Ja.Z. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

wie aus dem Bericht der Bevollmächtigten Vertretung hervorgeht, ist in Berlin eine völlig unhaltbare Situation angesichts dessen entstanden, dass im Außenministerium Mitarbeiter fehlen, die sich mit den sowjetischen Angelegenheiten befassen. Gen. Gnedin berichtete unlängst, dass die Bevollmächtigte Vertretung vor der Alternative stehe: entweder sich an die Sekretärin des Referats oder an Dieckhoff² zu wenden, weil es für die UdSSR weder einen Referenten noch seinen Gehilfen noch den Vizedirektor für Europa³ gibt.

Solch eine Situation ist natürlich unnormal. Die Deutsche Botschaft in Moskau hat die Möglichkeit, sich sehr oft an die entsprechenden Mitarbeiter des NKID zu wenden. Manchmal rufen die Mitarbeiter der Botschaft mehrmals am Tag in der II. Westabteilung an, kommen persönlich hierher usw.

Aufgrund all dessen halte ich es für zweckdienlich, dass Sie mit Neurath oder Dieckhoff sprechen und von ihnen die Beseitigung der bestehenden unnormalen Situation fordern.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk V.Ja. Levins mit Tinte: V. L.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 2 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 61. Kopie.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Dieckhoff war seit August 1936 geschäftsführender Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

³ So im Dokument. Gemeint ist der Leiter der Europagruppe in der Politischen Abteilung des AA Woermann.

Nr. 517

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Geheim

11. September [1936]

4590

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC.

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

unlängst hat die Instanz die Direktiven für die Verhandlungen mit den Deutschen über die Luftverbindung Berlin-Moskau bestätigt.¹ Die Verhandlungen wird der Vorsitzende der Aeroflot Gen. Tkačev² im engen Kontakt mit dem NKID führen. Wir wollen die jetzige Lage, in der die sowjetische Seite formal und auch faktisch keine Gleichberechtigung genießt, verändern. Die Deruluft, eine Gesellschaft deutschen Rechts, ist in Deutschland registriert³. Aufgrund dieses Umstandes befinden sich alle Rechtsvorteile bei den Deutschen. Da wir nicht damit rechnen können, dass sich die Deutschen einverstanden erklären, die Leitung der Deruluft nach Moskau zu verlegen und sie in eine Organisation nach sowjetischem Recht umzuwandeln, wollen wir den Deutschen die gleiche Organisationsform vorschlagen, die unser Abkommen mit den Tschechen⁴ enthält. Diese Form besteht darin, dass die Luftverbindung von einer sowjetischen und von einer tschechischen Organisation betrieben wird, wobei die Tätigkeit dieser zwei unabhängigen Organisationen von einer gemeinsamen paritätischen Direktion koordiniert wird, die keinen ständigen Standort und keinen Apparat besitzt und abwechselnd in Moskau und in Prag zusammentritt.

Wir denken, dass die Deutschen nichts gegen eine solche Organisationsform einzuwenden haben werden.

Die Rechtsungleichheit der sowjetischen und der deutschen Seite kommt auch noch darin zum Ausdruck, dass deutsche Flugzeuge die gesamte Strecke von Berlin bis nach Moskau befliegen, während unsere Flugzeuge aber nur von Moskau bis nach Königsberg fliegen, weil die Polen unseren Flugzeugen nicht das Überflugrecht über den Korridor erteilen. Wir werden versuchen, auch diese Diskriminierung zu beseitigen, wobei wir nicht die Polen, sondern die Deutschen mit dieser Frage konfrontieren werden. Sollen doch die Deutschen, die nicht weniger, sondern eher stärker an der Aufrechterhaltung der Luftverbindung interessiert sind, auf ihre polnischen Freunde Druck ausüben. Die Verhandlungen wollen wir nach

¹ Vgl. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 29.8.1936 (Protokoll Nr. 42, Pkt. 392, Sondermappe). In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 363, l. 111.

² So im Dokument. Tkačev war Chef der Hauptverwaltung für die Zivile Luftflotte beim SNK der UdSSR.

³ Im Dokument: domiziliert.

⁴ Vgl. Dok. 467, Anm. 7.

dem 20. September in Moskau führen. Darüber hat Gen. Tkačev in diesen Tagen die Lufthansa schriftlich unterrichtet.

Ich teile Ihnen dies alles **nur**⁵ zu Ihrer Kenntnis mit, weil wir bis zum Beginn der Moskauer Verhandlungen die Deutschen nicht über unsere Pläne informieren wollen.

In diesen Tagen tritt in Berlin der Aufsichtsrat der Deruluft zusammen. Zu seiner Sitzung wird aus Moskau der Stellvertreter des Gen. Tkačev, Gen. Ioffe, anreisen, der der Vorsitzende dieses Aufsichtsrates ist. Man wird ihn natürlich fragen, in welche Richtung wir den zurzeit bestehenden Vertrag zwischen der Aeroflot und der Lufthansa verändern wollen. Mit Gen. Ioffe haben wir vereinbart, dass er in seinen Antworten äußerst zurückhaltend sein wird. Er soll sich auf die Mitteilung beschränken, dass bei dem bestehenden Vertrag die Lage der sowjetischen und der deutschen Seite ungleich ist, da die Deruluft eine Gesellschaft deutschen Rechts und in Deutschland registriert ist und wir Vorschläge vorbereiten, die die völlige Gleichberechtigung der Seiten gewährleisten würden. Von weitergehenden Konkretisierungen soll Gen. Ioffe absehen. Falls er sich zwecks konkreter Weisungen an Sie wenden sollte, bekräftigen Sie ihm gegenüber die Notwendigkeit, mit den Deutschen **nicht**⁶ ausführlicher zu sprechen.

Gen. Ioffe stellte mir die Frage, ob Sie für die Mitglieder des Aufsichtsrates der Deruluft und für die Vertreter der deutschen Luftfahrtbehörden ein Frühstück geben würden. Er berief sich dabei darauf, dass die Deutsche Botschaft für die Vertreter der Lufthansa, die hierher gekommen waren, ein stark besuchtes, recht festliches Frühstück gegeben hätte.

Ich hätte keine Bedenken, dass **Sie ein kleines**⁷ Frühstück geben, wenn die Reise des Gen. Ioffe nach Berlin nicht in die ersten Tage nach dem Nürnberger Parteitag der Nationalsozialistischen Partei fallen würde, der sich durch wüste und niederträchtige antisowjetische Reden hervorgetan hat. Es wird wohl kaum passend sein, wenn Sie in dieser Situation ein Frühstück geben. Wenn Sie die Frage entscheiden, ob Sie ein Frühstück geben werden oder nicht, berücksichtigen Sie unbedingt die Situation.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

*Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: MM.*⁸

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2900 vom 13.9.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 E[xemplare]. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an die 2. West[abteilung], das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 44, l. 35–37. Kopie.

⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Der Text ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Litvinov.

Nr. 518
**Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten
Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Geschäftsführer des
Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke**

Ganz geheim
Expl. Nr. 4
12. September 1936

Tagebuch
E. Gnedins
Berlin
Nr. 337/s¹

Gespräch mit Major Tschunke (Russland-Ausschuss) vom 10.9.36

Der uns bekannte Major Tschunke, der ehemalige Adjutant Seeckts und heutige Geschäftsführer des Russland-Ausschusses, äußerte den Wunsch, mit mir in Kontakt zu bleiben. Beim Frühstück am Tag der Rede von Goebbels² erging er sich darüber, dass die sowjetisch-deutschen Beziehungen die gefährlichste Krise in den letzten drei Jahren durchmachen, aber gerade deshalb hoffe er, dass sich nach Nürnberg (bei günstigem Verlauf) neue Perspektiven eröffnen werden. Als einen Beleg dafür sieht er die Tatsache an, dass Göring im Vorfeld von Nürnberg die Bereitschaft geäußert hätte, sich sofort nach Nürnberg mit Kandelaki zu treffen.³ Tschunke unterstrich, dass die Reichswehrführung eine wachsende Beunruhigung wegen der antisowjetischen Politik zeige und bald bereit sein werde, sich für deren Veränderung einzusetzen. Göring verstehe diesen Standpunkt, Seeckt stehe aber auf alten Positionen usw. Als Tschunke über die Stimmungen Seeckts und der Generalität sprach, bemerkte er zugleich nachdrücklich, dass auch in diesen Kreisen der französisch-sowjetische Vertrag eine große Beunruhigung und Zweifel an einer möglichen Wiederkehr der alten Beziehungen ausgelöst habe. Im Übrigen versicherte mir Tschunke mit Nachdruck, dass der deutsche Militärattaché in Moskau, Köstring, nach wie vor ein glühender Anhänger der Zusammenarbeit mit uns sei usw.

Die Information Tschunkes kann angesichts einiger seiner speziellen Funktionen nicht als völlig zuverlässig betrachtet werden; jedoch verdient sie beachtet zu werden.

E. Gnedin

*Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: zu den Akten.
Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID
der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2939 vom 15.9.1936.*

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Gemeint ist die Rede von Goebbels auf dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg am 10.9.1936. Vgl. Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 14. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden, München 1936, S. 97–123.

³ Kandelaki hatte die Weisung erhalten, einem Treffen mit Göring aus dem Wege zu gehen. Vgl. Dok. 532.

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4890 vom 15.9.1936. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 13.9.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 45. Kopie.

Nr. 519

Aufzeichnung des Leiters des Referats IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA Schnurre

Berlin, den 12. September 1936

W IV OE. 2024

Bei den verschiedenen Besprechungen mit den beteiligten Ressorts¹ über die Gestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zu *Sowjetrußland*² im Jahre 1937 ist von mir für das Auswärtige Amt folgender Standpunkt vertreten worden:

Wir sind uns darüber klar, dass der Wirtschaftsvertrag vom 29. April 1936³ zahlreiche tiefgreifende Mängel aufweist. Diese Mängel liegen insbesondere darin, dass jegliche Verpflichtung der Russen fehlt, uns Rohstoffe in dem von uns gewünschten Ausmaße zu liefern, und dass auch für die laufenden Bestellungen der Russen in Deutschland kein konkreteres Programm festgelegt ist. Infolgedessen hat sich der Warenverkehr unter dem Abkommen in unbefriedigender Weise entwickelt. Sowohl Lieferungen aus der Sowjetunion wie Bestellungen der Russen bei uns sind äußerst dürftig geblieben. Bei den für die nächste Zeit (Oktober) in Aussicht genommenen Besprechungen mit der hiesigen Handelsvertretung über eine Verlängerung des Abkommens vom 29.4.1936 ist daher in erster Linie zu versuchen, in diesen beiden Fragen eine bessere Regelung für das Jahr 1937 zu erreichen. Die Erfolgsaussichten sind in beiden Richtungen denkbar schlecht. Abgesehen von der allgemeinen Abneigung der Russen, sich uns gegenüber auf längere Sicht hinsichtlich der Lieferung von Rohstoffen festzulegen, kommt der Einwand hinzu, dass wir aus militärpolitischen Gründen den Russen das nicht liefern können, was sie von uns haben wollen. Infolgedessen hätten die Russen bei einem großzügigeren Lieferprogramm von russischen Rohstoffen nach Deutschland nicht die Sicherheit, über die Reichsmark-Exporterlöse ihrem Wunsche entsprechend, d. h. durch Ankauf von Kriegsmaterial, verfügen zu können. Auch bei den übrigen deutschen Waren, die nicht Kriegsmaterial sind, bestehen beträchtliche Schwierigkeiten im Preis und in den Lieferfristen der deutschen Industrie, so dass dies ein weiteres Unsicherheitsmoment bedeutet. Es ist daher stark damit zu rechnen, dass die Russen eine Bindung hinsichtlich ihrer Lieferverpflichtungen ebenso ablehnen, wie sie dies beim Vertrage für 1936 getan haben. Aber auch in diesem Falle wäre eine Verlängerung des Wirtschaftsvertrages vom 29. April 1936, so wie er ist, auch mit seinen offensichtlichen Mängeln, einem unge-

¹ Vgl. Dok. 479.

² Das Wort ist unterstrichen.

³ Vgl. Dok. 451, Anm. 2.

regelten, vertragslosen Zustand mit der Sowjetunion vorzuziehen. Der Vertrag gibt wenigstens in technischer und formeller Hinsicht einen Rahmen, der bei einer besseren politischen und wirtschaftlichen Konjunktur durch größere Geschäfte ausgefüllt werden könnte. Ein vertragsloser Zustand wäre nur schwer wieder zu beseitigen und würde mehr oder weniger das gänzliche Abreißen der Wirtschaftsbeziehungen zu der Sowjetunion bedeuten. Außerdem kommt als wichtiges positives Moment hinzu, dass in dem Verlängerungsvertrag für 1937 die gleiche Goldzahlungsverpflichtung der Russen aufzunehmen wäre, wie dies für das Jahr 1936 geschehen ist, d. h. dass die Russen auch im Jahre 1937 ihre Fälligkeiten aus früheren Wechselverpflichtungen in Gold oder Devisen bezahlen. Die Russen haben erkennen lassen, dass sie sich mit dieser Klausel einverstanden erklären würden. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass uns ein besserer Vertrag auch nur dann nützen würde, wenn er rechtzeitig abgeschlossen würde. Bei der schwerfälligen Verhandlungsart der Russen ist jedoch damit zu rechnen, dass der Abschluss eines Abkommens mit konkretem Liefer- und Bestellprogramm sich so lange hinziehen würde, dass wir Anfang 1937 vor derselben Situation stehen würden, wie zu Beginn dieses Jahres. Die Russen würden unter Berufung auf die ungeklärte handelspolitische Lage mit Deutschland über ihre sonst gut absetzbaren Rohstoffe anderweit verfügen und uns das Nachsehen geben.

Das Reichswirtschaftsministerium ist mit dieser Linie einverstanden, das Reichsernährungsministerium hat sich die Stellungnahme vorbehalten, wird sich aber, soweit ich unterrichtet bin, gleichfalls einverstanden erklären.

Schnurre

Auferstem Blatt oben: Herrn Min. Dir. Ritter. *Auf letztem Blatt unten maschinenschriftlich:* Abdruck erhalten: Herr Min. Dir. Ritter, VLR Benzler, LS van Scherpenberg, Abt. Pol V.

PA AA, R 106230, Bl. 452532-452534.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 535, S. 896-897.

Nr. 520

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[13.9.1936]

Nr. 331/s¹

AN

N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

1. Eine allgemeine Einschätzung des Nürnberger Parteitages ist zurzeit noch verfrüht. Hitler hat noch nicht alle seine Reden gehalten, es ist noch unbekannt, ob

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

er eine spezielle außenpolitische Erklärung abgeben wird, die allen Informationen zufolge für den 12. September angesetzt war, aber nicht zustande kam. Aber auch jetzt noch erwarten die ausländischen Beobachter eine große Rede Hitlers, da er sich, abgesehen von der in Nürnberg verlesenen Proklamation des Führers², auf kurze, rein im Propagandastil gehaltene Reden beschränkte. Und schließlich ist es nicht ausgeschlossen, dass der Parteitag mit einer Sitzung des Reichstages beendet werden wird, wenn auch nur zur Verabschiedung von Gesetzen im Zusammenhang mit dem neuen Vierjahresplan³, wovon in der Proklamation Hitlers die Rede war.

Dessen ungeachtet muss auf einige Momente eingegangen werden, die für die ersten Tage des Nürnberger Parteitages bezeichnend sind.

2. Auf dem Gebiet der Innenpolitik zeugen die auf dem Nürnberger Parteitag abgegebenen Erklärungen und Reden von den großen inneren Schwierigkeiten, die wahrscheinlich sogar die pessimistischsten Einschätzungen der ausländischen Beobachter übertreffen. Immerhin enthält Hitlers Manifest das fast unverhüllte Eingeständnis, dass ein gewaltiges Defizit in der Lebensmittel- und Rohstoffbilanz des Landes besteht. Es wird schon gar nicht mehr über die Unzulässigkeit von Preiserhöhungen und des Abbaus der Löhne gesprochen, wie dies im vergangenen Jahr der Fall war, im Gegenteil, die gesamte Aufmerksamkeit wird auf Maßnahmen gelenkt, die in Zukunft die Versorgung der Bevölkerung des Landes mit einer ausreichenden Menge an Nahrungsgütern und der deutschen Industrie mit den benötigten Rohstoffen sicherstellen sollen. Hinsichtlich des Außenhandels erklärte das Regime im Prinzip seinen Bankrott, da der gesamte sogenannte Vierjahresplan auf den Prinzipien der Autarkie aufgebaut ist, die noch unlängst offiziell von faschistischen Politikern und Wirtschaftsexperten abgelehnt worden war.

Zugleich zeugen die zügellosen Ausfälle gegen den Bolschewismus und die UdSSR, wovon noch ausführlicher die Rede sein wird, die Polemik von Goebbels gegen kommunistische Literatur und gegen die Losungen der deutschen Kommunisten des Jahres 1932 sowie der Charakter ausnahmslos aller Reden auf dem Parteitag, die gar nicht die nächsten Perspektiven berührten und zur Hälfte Ausfällen gegen die UdSSR gewidmet waren, von der überaus ungünstigen Situation im Innern des 3. Reiches.

Ohne all diese Momente zu verallgemeinern und vorschnelle Schlussfolgerungen zu ziehen, müssen sie bereits jetzt zur Kenntnis genommen werden, weil diese Anzeichen der inneren Schwäche des Regimes das Verständnis für die gesamte Inszenierung des Nürnberger Parteitages erleichtern.

Mit anderen Worten: die offene antisowjetische Ausrichtung des „Parteitages der Ehre“ 1936 muss in den Kontext der innenpolitischen Schwäche Deutschlands gestellt werden.

² Am 9.9. verlas Adolf Wagner, Gauleiter von München-Oberbayern, die Rede. Vgl. Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 14. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden, München 1936, S. 30–47.

³ Gemeint ist der Vierjahresplan zur Entwicklung der deutschen Wirtschaft, dessen programmatische Grundlage die Denkschrift Hitlers „Über die Aufgaben eines Vierjahresplanes“ bildete, die in der zweiten Augusthälfte 1936 ausgearbeitet wurde. Vgl. W. Treue: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936. In: VfZ, 1952, H. 2, S. 184–210, hier S. 204–210.

3. Unter außenpolitischem Gesichtspunkt bestehen die Wesensmerkmale des Nürnberger Parteitages natürlich in den provozierenden Ausfällen gegen die UdSSR und in der Forderung nach Kolonien. Im Grunde genommen wurden bis einschließlich des 12. September auf dem Parteitag keine anderen außenpolitischen Erklärungen abgegeben.

Für die antisowjetischen Reden in Nürnberg 1936 sind nicht so sehr das übliche niedrige Niveau, die Grobheit und die beleidigenden persönlichen Ausfälle gegen sowjetische Regierungsmitglieder (dies gab es in einem geringeren Maße auch im vergangenen Jahr⁴) bezeichnend, als vielmehr der offen aggressive Charakter der Reden gegen den sowjetischen Staat unter der Losung, einen internationalen Block gegen die UdSSR zu schaffen. Selbst in der Form wandten sich die antisowjetischen Hauptreden nicht an das deutsche Volk, sondern an ausländische Regierungen.

Ergänzend zu den übersandten Informationen sind folgende für uns wesentliche Momente in den antisowjetischen Reden auf dem Nürnberger Parteitag hervorzuheben.

In der Eröffnungsrede erklärte Heß, dass der Kampf gegen den Bolschewismus im Weltmaßstab die zentrale Frage des Nürnberger Parteitages darstelle. Heß betonte: „Deutschland tritt auf dem Parteitag als antibolschewistischer Machtfaktor in Erscheinung.“⁵

Die Proklamation Hitlers endete mit dem Aufruf zum Kampf gegen die „internationale jüdische Revolutionszentrale Moskau“⁶. Mit diesem Aufruf verknüpfte Hitler direkt die Einführung der zweijährigen Wehrpflicht⁷.

*Hitler erklärte in seiner sogenannten kulturpolitischen Rede, dass „parasitäre Weltintellektuelle“ die sowjetischen Republiken regieren und prophezeite: „das Ende der sowjetischen autoritären Staaten ... wird die Anarchie sein“⁸. Diese Passage der Rede Hitlers erschien in den Zeitungen unter dem Titel „Und die sowjetische Tyrannei wird durch Anarchie beendet werden“.⁹

Die Rede von Goebbels¹⁰, die die gesamte Presse unter der Losung „Alarmsignal gegen Moskau“¹¹ veröffentlicht, beginnt bereits im ersten Satz mit dem Hin-

⁴ Vgl. die von der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR zusammengestellte Sammlung der antisowjetischen Reden auf dem Parteitag der NSDAP im September 1935. In: AVP RF, f. 05, op. 15, p. 107, d. 33, l. 22–35; ebenda, f. 010, op. 10, p. 52, d. 62, l. 61–68.

⁵ Der Parteitag der Ehre, S. 27.

⁶ Diese Passage lautet: „In einer Zeit, da bürgerliche Staatsmänner von Nichteinmischung reden, betreibt eine internationale jüdische Revolutionszentrale von Moskau aus über Rundfunksender und durch tausend Geld- und Agitationskanäle die Revolutionierung dieses Kontinents“. In: ebenda, S. 44.

⁷ Vgl. dazu den Erlass vom 24.8.1936; Dok. 501, Anm. 1.

⁸ Hitler führte dazu aus: „So wie in Russland 98 v. H. der gesamten Führung der Sowjet- und Bauernrepubliken in den Händen von Juden liegen, die alle jemals weder Bauern noch Arbeiter waren, sondern einfach als überzüchtete parasitäre Weltintellektuelle einen anders-volklichen Nährboden benötigten...[...] Allein auch das Ende der sowjetistischen autoritären Staaten wird früher oder später erst recht die Anarchie sein, ...“ Der Parteitag der Ehre, S. 57, 58.

⁹ Der gekennzeichnete Absatz wurde bei der Veröffentlichung in DVP ausgelassen.

¹⁰ Vgl. Der Parteitag der Ehre, S. 97–124.

¹¹ Vgl. „Nürnberg – der Alarm gegen Moskau. Aufsehererregende Enthüllungen über die Bedrohung Europas durch den Weltbolschewismus – Rosenberg und Goebbels über die Blutschuld der jüdisch-bolschewistischen Verschwörerclique“. In: Völkischer Beobachter vom 11. September 1936, Münchener Ausgabe, S. 1.

weis, dass sich diese Rede nicht nur mit dem Marxismus in der Theorie, sondern auch mit dem sowjetischen Staat, wo der Marxismus in der Praxis verwirklicht wurde, beschäftigt. Die Rede von Goebbels, die auf diese Weise dem sowjetischen Staat gewidmet ist, besteht, wie bekannt, aus außerordentlich beleidigenden und provokativen Ausfällen und beinhaltet den direkten Aufruf, endgültige Entscheidungen zum Kampf gegen den Bolschewismus zu treffen und einen internationalen antisowjetischen Block zu schaffen, um ihn zu vernichten.

Die Rede Rosenbergs¹² strotzt vor Beleidigungen an die Adresse der sowjetischen Regierung, der sowjetischen Diplomatie und einzelner namentlich genannter sowjetischer Politiker. Zum Abschluss seiner Rede rief Rosenberg zur Überwindung der „bolschewistischen Gefahr“ in der ganzen Welt und insbesondere in der Sowjetunion durch den „Willen zur Tat und dann durch die entscheidende Tat“¹³ auf.

4. Als Erklärung für die Gründe, die Hitler und seine Gefolgsleute dazu bewogen haben, in Nürnberg dermaßen offen nicht nur gegen den Bolschewismus, sondern auch gegen die UdSSR aufzutreten, können folgende Erwägungen angeführt werden:

a) Die bereits von uns oben angeführten innenpolitischen Schwierigkeiten mussten die Hitlerleute veranlassen, erneut maximal auf antibolschewistische und antisowjetische Losungen zurückzugreifen und deren innenpolitische Bedeutung zu verschleiern, indem die Losungen zum Kampf im internationalen Maßstab hergekehrt wurden.

b) Die internationale Stellung des faschistischen Deutschland war vor Nürnberg durchaus nicht glänzend; das Schwanken Englands, der allgemeine Charakter seiner Politik, der Druck der Engländer bezüglich der Locarno-Konferenz¹⁴ und deren Absicht, dennoch die osteuropäischen Probleme zur Sprache zu bringen, wenn auch in einer bescheidenen Form – all diese Momente verursachen in Berlin eine zunehmende Unruhe und Gereiztheit. Die unverkennbare Schwächung Japans macht sich immer deutlicher auch in der deutschen Politik bemerkbar. Auch mit Deutschlands europäischen Verbündeten stehen die Dinge ungünstig; die Manöver Roms in letzter Zeit bewirken ein immer größeres Misstrauen in Berlin; die französisch-polnische Annäherung beunruhigt die Deutschen stark. Unterdessen führte der Flirt mit der Regierung Blum zu keinem sonderlichen Erfolg und eröffnet zumindest keine konkreten Perspektiven.

All diese negativen Momente vermochten es aber nicht, die Deutschen zu einer Politik der Zugeständnisse und der Kapitulation zu bewegen, weil die allgemeine Entwicklung der deutschen Politik im letzten Jahr bei den Deutschen die Überzeugung festigte, dass die beste Methode eine Politik plötzlicher Vorstöße, vollendeter Tatsachen, hartnäckiger Forderungen usw. sei. Das ist der Grund dafür, dass die Schwächung der internationalen Stellung des faschistischen Deutschland die Hitlerleute in Nürnberg veranlasste, nicht in Versöhnungsgesten Zuflucht zu suchen, sondern im Gegenteil mit neuen aufreizenden Forderungen und Drohungen aufzuwarten, die sich nunmehr auf die außerordentlich aufgestockten Streitkräfte Deutschlands und auf die Militarisierung des Rheinlandes stützen konnten.

¹² Vgl. Der Parteitag der Ehre, S. 80–96.

¹³ Ebenda, S. 96, 94.

¹⁴ Vgl. Dok. 491, Anm. 7.

c) Als die Deutschen Forderungen nach Kolonien erhoben, brachten sie eine neue Trumpfkarte ins Spiel, um jedoch den ungünstigen Eindruck dieser Forderungen abzuschwächen, begleiteten sie sie mit einer neuen Attacke gegen die UdSSR.

d) Diese neue antisowjetische Demonstration sollte nach Meinung der Hitlerleute die Verbindungen zu den faschistischen und halbfaschistischen Ländern (Italien, Polen, Ungarn, Jugoslawien) stärken. Darüber sprach Heß offen in der Eröffnungsrede¹⁵, und der Empfang, der in Nürnberg der Delegation der italienischen Faschisten bereitet wurde, zeugte von dem Bemühen, die während der Olympiade inszenierte Gemeinschaft der faschistischen Länder auf die Nürnberger Bühne zu übertragen.

e) Das entschiedene Eintreten für eine Isolierung der UdSSR sollte zugleich die Stellung der deutschen Freunde in den schwankenden Ländern stärken; es sollte zugleich das Abrücken Polens oder¹⁶ Ungarns von Deutschland erschweren.

f) Zugleich soll die zügellose antisowjetische Kampagne nach Auffassung der Hitlerleute ihren Kampf zur Sprengung des französisch-sowjetischen Vertrages erleichtern, den sie in letzter Zeit erheblich aktiviert haben. Ebenso hoffen die Hitlerleute, nach solchen Erklärungen der Feindschaft gegenüber der Sowjetunion eine stärkere Grundlage zu haben, um sich Versuchen zu widersetzen, Deutschland in Verhandlungen über eine Pazifizierung Osteuropas zu verwickeln.

g) Schließlich spielten selbstverständlich die spanischen Ereignisse eine höchst bedeutungsvolle Rolle bei der Entscheidung Hitlers, den Kampf gegen den Bolschewismus und gegen die UdSSR in den Mittelpunkt des Nürnberger Parteitag zu stellen.

Dies sind die wichtigsten Beweggründe, die zu solch scharfen und unverhüllten Reden gegen die UdSSR in Nürnberg geführt haben könnten. Die oben angeführten Gründe sind nicht nach ihrer Wichtigkeit und Bedeutung geordnet, da es jetzt noch schwer zu beurteilen ist, welche dieser Umstände die entscheidende Rolle dafür spielten, dem Nürnberger Parteitag solch einen eindeutig antisowjetischen Charakter zu verleihen.

5. Es ist momentan schwer zu sagen, ob die Hitlerleute mit ihren derart unverhüllten und provokanten Ausfällen gegen die UdSSR beabsichtigt hatten, einen ernststen Konflikt oder gar einen Abbruch der Beziehungen auszulösen.¹⁷ Wahrscheinlich gab und gibt es solche Absichten noch bei einem Teil der Berater Hitlers. Es ist möglich, dass diese Gruppe darauf hoffte, dass es in der spezifischen, aufgeheizten Nürnberger Atmosphäre gelänge, Hitler zu einem entsprechenden Akt zu bewegen, so, wie es im vergangenen Jahr gelungen war, in Nürnberg die antisemitischen Gesetze im Eilverfahren durchzusetzen.¹⁸

Offenbar wird dies jedoch nicht mehr eintreten. Auf die Hitlerleute hat allem Anschein nach der Umstand einen großen Eindruck gemacht, dass die Attacke ge-

¹⁵ Vgl. Der Parteitag der Ehre, S. 24–29, hier S. 27.

¹⁶ So im Dokument.

¹⁷ Am 11.9.1936 schrieb Gnedin an das NKID, dass die Presseabteilung der Bevollmächtigten Vertretung von Auslandskorrespondenten in Berlin Anfragen erhalten hat, ob nach dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg ein Abbruch der sowjetisch-deutschen Beziehungen als möglich erscheine. Vgl. AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 43.

¹⁸ Vgl. Dok. 232, Anm. 18.

gen die UdSSR keine Unterstützung im Ausland gefunden hat, ja sogar auf Missbilligung gestoßen ist. Offenbar hatten sie dies nicht erwartet in der Annahme, dass im Zusammenhang mit den spanischen Ereignissen die antisowjetische Kampagne einen größeren Erfolg als früher haben könnte. Darin bestand vielleicht die größte Fehlkalkulation der Hitlerleute.

Außerdem wurde die Wirkung der antisowjetischen Kampagne durch ihre Verflechtung mit einer neuen antisowjetischen Hysterie abgeschwächt. Die antisowjetischen Losungen stießen im Ausland auf eine klar negative Reaktion und lösten, wie es scheint, im Lande selbst keinen besonderen Enthusiasmus aus.

Während die antisowjetische Kampagne im Ausland nicht den erwarteten Erfolg zeigte, machten sich umso stärker die ungünstigen Folgen, vor allem in England, bemerkbar, die die Forderung nach Kolonien bewirkte.

Auf diese Umstände ist offenbar zurückzuführen, dass die Regierung mit dem Auftragsartikel Kirchers¹⁹ zum Rückzug blies und hervorhob, dass die Nürnberger Reden keinen diplomatischen und generell keinen außenpolitischen Akt darstellten. Aufgrund der gleichen Umstände entstand zu dem Zeitpunkt, da dieses Schreiben abgeht, der Eindruck, dass keine neuen, besonders scharfen und provokativen Ausfälle gegen die UdSSR zu erwarten sind.

6. So sieht das allgemeine Bild der antisowjetischen Reden in Nürnberg und ihrer Hintergründe aus. Die Attacke gegen die UdSSR stellt kein Zeichen der Stärke des faschistischen Regimes dar, sondern ist vor allem Ausdruck seiner relativen inneren und äußeren Schwäche. Zugleich hat diese Attacke gegen die Sowjetunion zunächst keine positiven Ergebnisse für die internationale Stellung Deutschlands gebracht und wird wohl kaum eine besonders positive Wirkung im Innern Deutschlands zeigen.

Diese Überlegungen sollten bestimmend für die Entscheidung sein, wie wir auf den Nürnberger Parteitag reagieren²⁰ und welche Taktik zu befolgen ist.

Mit kommunistischem Gruß

Ja. Suric

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: an Stal[in], Molot[ov], Kaganovič. 13.IX.36

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR Gen. Krestinskij mit der Eingangs-Nr. 4884 vom 15.9.1936 mit dem Vermerk über den Erhalt von 6 Expl. und der Weiterleitung von Exemplaren an Litvinov und die 2. Westabteilung.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 13.IX.36.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 146–140. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 266, S. 422–426²¹.

¹⁹ R.K.: „Nürnberg und die Außenpolitik“. In: Frankfurter Zeitung vom 12. September 1936, S. 1. Zur Reaktion auf den Artikel Kirchers in der UdSSR vgl. „Frankfurter Cejtung‘ b'et otboj“ (Die „Frankfurter Zeitung“ bläst zum Rückzug). In: Pravda vom 14. September 1936, S. 5.

²⁰ Vgl. Dok. 521.

²¹ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende, nach eigenen Redaktionsrichtlinien und mit Kürzungen, die von den Herausgebern nicht gekennzeichnet wurden.

Nr. 521

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an
den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič

GEHEIM

Expl. Nr. 8

14. September 1936

Nr. 3702/L.

AN DEN
SEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)
Gen. KAGANOVIČ

Kopien an: Gen. Stalin
Gen. Molotov

Gen. Suric besteht in seinem Chiffre-Telegramm vom 11. d. M. darauf, dass wir dieses Mal die zügellosen beleidigenden Reden auf dem Nürnberger Parteitag nicht mit Schweigen übergehen¹. Er schlägt vor: 1) eine Protestnote, 2) öffentliche Erklärungen, 3) die Einstellung der Rohstofflieferungen.

Ich stimme Gen. Suric hinsichtlich der Notwendigkeit zu, auf die Reden von Hitler, Goebbels, Rosenberg und anderer zu reagieren. Ich bin der Ansicht, dass unsere passive und geduldige Haltung zu derartigen Reden in der Vergangenheit die jetzigen Reden anspornte und in Zukunft zu noch schärferen Reden führen wird. Unser verächtliches Schweigen ist in diesen Fällen der Außenwelt nicht ganz verständlich.²

Ich denke nicht, dass Hitler einen Abbruch der Beziehungen anstrebt oder uns zum Abbruch provoziert.³ Er erlaubt sich gerade deshalb eine in der internationalen Praxis unerhörte Beleidigung an unsere Adresse, weil er sich sicher ist, dass wir die Beziehungen nicht abbrechen werden, um unsere Friedenspolitik nicht zu kompromittieren.

Ich unterstütze den Vorschlag des Gen. Suric in Bezug auf die Versendung einer Note und scharfe öffentliche Erklärungen, ich glaube jedoch nicht, dass die Bezahlung unserer Wechsel mit Gold anstelle von Rohstoffen Deutschland sehr empfindlich treffen würde. Wir haben keinen Rohstoff, den Deutschland nicht auch für Gold in anderen Ländern kaufen könnte.

Die Note sollte entschieden und knapp sein. Es ist eine knappe Einschätzung der Nürnberger Reden zu geben, die in den Reden genannten Fakten sind

¹ Vgl. DVP, Bd. XIX, Anm. 160, S. 762.

² Hitler hat in seiner Rede auf dem Parteitag u. a. Folgendes gesagt: „Es ist aber nicht das Ziel des Bolschewismus, die Völker von den Krankhaften zu befreien, sondern im Gegenteil das Gesunde, ja das Gesundeste auszurotten und das Verkommenste an seine Stelle zu setzen. Ich kann nicht mit einer Weltanschauung paktieren, die überall als erste Tat bei ihrer Machtübernahme zunächst nicht die Befreiung des arbeitenden Volkes, sondern die Befreiung des in den Zuchthäusern konzentrierten asozialen Abschaums der Menschen durchführt, um dann diese Tiere loszulassen auf die verängstigte und fassungslos gewordene Mitwelt.“ In: Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Band I/2, S. 645.

³ Vgl. Dok. 520, Anm. 17.

als Lügen zu benennen, es ist auf die Reden von Regierungsmitgliedern zu verweisen, es ist Protest zu erheben und zu bemerken, dass wir diese Reden als einen Ausdruck der aggressiven Politik Deutschlands und zum Aufruf zur Verletzung des Friedens betrachten und die deutsche Regierung dafür verantwortlich machen.⁴

LITVINOV

Vermerk mit blauem Farbstift: A[rchiv].

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl. [Die Exemplare] 1–4 an den Adressaten, das 5. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 6. an Gen. Stomonjakov, das 7. an Gen. Litvinov, das 8. ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 114, d. 1, l. 213–214. Kopie.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 140, S. 201.

Nr. 522

**Bericht des Gesandtschaftsrats II. Kl. in Moskau Hensel
an das AA**

Moskau, den 14. September 1936

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Tgb. Nr. A/1954

Politischer Bericht

Mit Beziehung auf den anderweitigen Erlass Nr. 95 vom 2. ds. Mts.¹

Inhalt: Gerüchte über einen von der Sowjetregierung beabsichtigten Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland

Die Verschärfung der deutsch-sowjetischen Pressekampagne in der letzten Zeit, insbesondere im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Reichsparteitag in Nürnberg, hat dazu geführt, dass Mitglieder des diplomatischen Corps die Ansicht der Botschaft darüber sondiert haben, ob ein Abbruch der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion zu erwarten wäre. Konkrete diesbezügliche Anzeichen wurden hierbei von den Fragestellern in keinem Falle angeführt. Die Mitglieder dieser Botschaft haben auf solche Sondierungen hin übereinstimmend ihrer Ansicht dahin Ausdruck gegeben, dass keine Anzeichen für eine Absicht der Sowjetregierung, die Beziehungen zu Deutschland abubrechen, vorliegen.

⁴ Der Vorschlag Litvinovs wurde abgelehnt. Vgl. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 20.9.1936 (Protokoll Nr. 43, Pkt. 181, Sondermappe). In: Politbjuro CK RKP (B)-VKP (B) i Evropa, Dok. 246, S. 341 sowie Stalin i Kaganovič, Dok. 819, S. 676.

¹ Darunter handschriftlich: Pol V. 3149. Der Erlass ist in der Akte nicht vorhanden.

Am 10. September sprach der hiesige Vertreter der ‚Associated Press‘ und am 11. ds. Mts. der Moskauer Vertreter der ‚United Press‘ bei dem Unterzeichneten vor und erwähnten ihnen von ihren Vertretungen in London zugegangene Telegramme ungefähr gleichen Inhalts über in London umlaufende Gerüchte („rumors“) betreffend die angebliche Absicht der Sowjetregierung, den Sowjetbotschafter in Berlin² in Hinblick auf die antibolschewistische Haltung des Führers in Nürnberg abzu-berufen. Auf ihre Bitte um Äußerung hierzu habe ich auch ihnen erwidert, dass der Botschaft keinerlei Anzeichen dafür vorlägen, dass diese Gerüchte zutreffend seien.

In der Sowjetpresse, die von dem Reichsparteitage übereinstimmend als vom „Nürnberger Jahrmarkts-Rummel“ schreibt und deren einzelne Organe sowohl die Proklamation des Führers als auch insbesondere die Reden des Reichsministers Goebbels und des Reichsleiters Rosenberg, ohne deren Inhalt im Einzelnen wiederzugeben, bisweilen im Tone keifender Marktweiber kommentieren, findet sich keinerlei Hinweis auf die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Abbruchs der Beziehungen oder einer Abberufung des Sowjetbotschafters in Berlin.

In der Moskauer „Wetschernaja Moskwa“ vom 13. und der „Prawda“ vom 14. ds. Mts.³ ist der Leitartikel Kirchers in der „Frankfurter Zeitung“ vom 12. ds. Mts.⁴ auszugsweise wiedergegeben mit dem Bemerkten, dass man diesen Artikel des gern als Sprachrohr benutzten Hauptschriftleiters Kircher nicht anders einschätzen könne „als einen Versuch, wenn nicht gerade zum Rückzug zu blasen, so doch jedenfalls die außenpolitischen Erklärungen auf dem Nürnberger Kongress zu vertuschen“.

Dr. Hensel

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt oben: Pol V 3540. Am Seitenrand Stempel: St. S. 17. Sep. 1936 mit Abzeichnung von D[ieckhoff] und von N[eurath]. In vier Durchschlägen gefertigt. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 104356, Bl. E 017806-017807.

² Jakov Zacharovič Suric.

³ Vgl. „Fašistskaja pečat' nedovol'na“ (Die faschistische Presse ist unzufrieden). In: Večernjaja Moskva vom 13. September 1936, S. 1; „Frankfurter Cejtung‘ b'et otboj“ (Die „Frankfurter Zeitung“ bläst zum Rückzug). In: Pravda vom 14. September 1936, S. 5.

⁴ Vgl. „Nürnberg und die Außenpolitik“. In: Frankfurter Zeitung vom 12. September 1936, S. 1.

Nr. 523

**Schreiben des Chefs der Spezialabteilung der GUGB des NKVD Bokij und des
Gehilfen des Chefs der Spezialabteilung Cibizov an den Stellv. Volkskommissar
für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

Ganz geheim

Expl. Nr. ...

[16.9.1936]

Nr. 397150

AN DEN

STELLV. VOLKSKOMMISSAR FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
Gen. KRESTINSKIJ

Bei der Spezialabteilung der GUGB des NKVD¹ sind Informationen darüber eingegangen, dass in letzter Zeit Zwischenfälle zu beobachten sind, die *von einer aktiven provokativen Tätigkeit der faschistischen Geheimpolizei im Gebäude der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland zeugen*². Dazu gehören beispielsweise Tatbestände wie: der Aufbruch des Konsulatspanzerschranks durch Unbekannte, der Besuch des Konsulats außerhalb der Sprechzeiten durch Zuträger, die „Selbstentzündung“ von Kohle im Keller unter dem Gebäude der Bevollmächtigten Vertretung usw.

Im Zusammenhang mit diesen Vorkommnissen erachtet es die Spezialabteilung der GUGB für erforderlich, neben der beschleunigten Auswechslung der ausländischen Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung durch sowjetische Staatsbürger auch Maßnahmen zur Abschirmung des Gebäudes der Bevollmächtigten Vertretung vor zufälligen Besuchern durchzuführen, wofür es in erster Linie notwendig ist, die Konsulatsabteilung, die von einer großen Anzahl unbekannter Bürger aufgesucht wird, von den anderen Dienst- und Wohnräumen des Gebäudes zu separieren.

Von den vorhandenen Varianten für eine Isolierung der Konsulatsabteilung erachtet es die Spezialabteilung der GUGB des NKVD ihrerseits für *zweckmäßiger, die Konsularabteilung im leerstehenden Gebäude der Garkrebo (gegenüber der Bevollmächtigten Vertretung) unterzubringen*.

Die Spezialabteilung der GUGB des NKVD bittet, die Frage bezüglich eines Umzugs der Konsulatsabteilung schnellstmöglich zu entscheiden, da ihre Belastung in den von ihr genutzten Räumen keine Kontrolle der Besucher gewährleistet, die sich zurzeit unter dem Vorwand des Durchgangs zum Konsulat an einem belie-

¹ Spezialabteilung für Koordinierung und Kontrolle der behördlichen Chiffredienste und für die zentralisierte Organisation der Verschlusssachenbearbeitung in den staatlichen Einrichtungen. Die Anordnungen und Rundschreiben der Spezialabteilung zu Fragen der Chiffreangelegenheiten waren für alle staatlichen Einrichtungen der UdSSR verbindlich. Ab dem 25.12.1936 wurden allen Abteilungen der GUGB des NKVD zum Zwecke der Konspiration Nummern zugewiesen. Die Spezialabteilung führte nun die Bezeichnung 9. Abteilung.

² Der hier und im Folgenden so gekennzeichnete Text ist von Krestinskij mit rotem Farbstift unterstrichen.

bigen Punkt und in einer unbegrenzten Zeit in der Bevollmächtigten Vertretung aufhalten können³.

Chef der Spezialabteilung der GUGB des NKVD
Ge[hilfe] des Chefs der Spezialabteilung

Bokij
Cibizov

*Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: In die Post nach Berlin. NK.
Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4944 vom 17.9.1936.
Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: Geschr. 3 Expl.
Auf Kopfbogen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten der UdSSR geschrieben.*

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 36, l. 6–6R. Original.

Nr. 524

Aufzeichnung des Leiters des Referats V/Russland in der Politischen Abteilung im AA Hencke

Berlin, den 16. September 1936

Ref. Leg.Rat Hencke

Aufzeichnung

Die Sowjetregierung hat in verschiedenen Fällen – bis in die letzte Zeit hinein – zu Freiheitsstrafen verurteilte Reichsdeutsche in entfernt gelegene Gebiete in Sibirien, Zentralasien und in der arktischen Zone verschickt. Eine Betreuung unserer Landleute durch die deutschen Vertretungen in der Sowjet-Union war schon aus räumlichen Gründen nur mit allergrößten Schwierigkeiten möglich. Einige Reichsdeutsche sind in diesen Gebieten, wo sie unter für sie unerträglichen klimatischen Bedingungen leben mussten, gestorben.

Die zwischen Deutschland und der Sowjet-Union in Kraft befindlichen Verträge bieten keine rechtliche Handhabe, um von der Sowjet-Regierung zu fordern, rechtskräftig verurteilte Reichsdeutsche nur in Bezirken zu inhaftieren, die für einen Europäer klimatisch erträglich sind. Die Deutsche Botschaft in Moskau war vielmehr in jedem einzelnen Fall genötigt, durch Verhandlungen mit der Sowjet-Regierung zu versuchen, einen günstigeren Aufenthaltsort für den Verurteilten durchzusetzen. Dies gelang meist nur nach langwierigen Besprechungen.

Unter diesen Umständen scheint es erwünscht, zu einer ^{**1} Vereinbarung mit der Sowjet-Regierung darüber zu gelangen, dass Reichsdeutsche, die zu Freiheitsstrafen verurteilt werden, grundsätzlich nur am Sitz der für ihren Wohnort zuständigen deutschen Konsularbehörde oder jedenfalls in deren leicht erreichbarer Nähe ihre Strafe verbüßen sollen. Als Gegenleistung könnte der Sowjet-Regierung zugesichert werden, dass Sowjetstaatsangehörige nicht in deutsche Konzentrationslager

³ Vgl. auch das Schreiben von Suric und Magalif vom 9.9.1936 an Krestinskijs. In: AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 36, l. 5–4.

¹ Das an dieser Stelle stehende Wort „grundsätzlichen“ ist gestrichen.

verbracht, sondern in Untersuchungs- bzw. Strafhäft ****nur**** in die dafür vorgesehenen Anstalten genommen werden.

Ich habe diese Frage heute mit Herrn Botschaftsrat von Tippelskirch besprochen, der es für denkbar hält, auf dieser Basis zu einer Vereinbarung mit der Sowjet-Regierung, die gegebenenfalls durch einen Notenwechsel getroffen werden könnte, zu gelangen.³

Referat Pol. V hat die Absicht, bei den zuständigen inneren Behörden festzustellen, ob sie geneigt wären, gegebenenfalls für Sowjetstaatsangehörige die oben angeführte Verpflichtung zu übernehmen. Zutreffendenfalls könnte die Botschaft in Moskau beauftragt werden, mit der Sowjet-Regierung entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

Hiermit über Dg. Pol. A, D. Pol. bei Abt. R mit der Bitte um Stellungnahme erg. vorgelegt.⁴

Hencke

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt oben: zu P 4632.

PA AA, R 104384, o. P., 2 Bl.

² Das Wort ist handschriftlich hinzugefügt.

³ Hencke schrieb am 22.9.1936 an von Tippelskirch, der wieder nach Moskau zurückgekehrt war: „Sie werden sich entsinnen, dass wir darüber sprachen, ob Wege gefunden werden könnten, um eine Verschickung verurteilter Reichsdeutscher in die asiatischen und arktischen Gebiete der Sowjet-Union zu verhindern. Ich habe hier diese Frage mit den Herren Schliep und Woermann besprochen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es gewiss wünschenswert wäre, wenn von der Sowjet-Regierung erreicht werden könnte, dass sie Reichsdeutsche nur nach Orten bzw. in die Nähe von Orten verschickt, in denen sich deutsche Vertretungen befinden. Wir sind aber im Augenblick nicht in der Lage, für eine etwaige derartige Bereitwilligkeit unsererseits irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Auch soll davon abgesehen werden, über diese Frage eine Art schriftliche Vereinbarung (etwa durch Notenwechsel) zu treffen. Es käme demnach höchstens eine mündliche Zusicherung in Frage. Ich bin mir natürlich völlig klar darüber, dass es im gegenwärtigen Augenblick sehr schwierig sein dürfte, von der Sowjetregierung Zugeständnisse dieser Art zu erhalten. Umso dankbarer wären wir, wenn Sie trotzdem einen Versuch machen würden, den gegenwärtigen Zustand zu ändern.“ In: PA AA, R 27448, Bl. 451092-451093.

⁴ Woermann fertigte dazu am 18.9.1936 folgende Notiz an: „Ich halte es nicht für angezeigt, im gegenwärtigen Zeitpunkt mit der Sowjetunion einen derartigen Vertrag halbpolitischen Inhalts abzuschließen. Außerdem halte ich es für vollkommen undenkbar, den Sowjetangehörigen in Deutschland gegenüber Deutschen und anderen Ausländern eine privilegierte Lage durch eine derartige Vereinbarung zu schaffen. Ich habe die Angelegenheit in diesem Sinne auch mit Herrn von Weizsäcker besprochen, der dieser Auffassung zustimmt. Keine Bedenken bestehen dagegen, dass die Botschaft Moskau die Angelegenheit ohne Angebot von Gegenleistungen bei der Sowjetregierung zur Sprache bringt. Ich würde aber empfehlen, der Botschaft keine bindende Weisung zu geben, sondern ihr das weitere anheimzustellen.“ In: PA AA, R 104384, o. P.

Nr. 525
Schreiben des Unternehmers Wolff an den Reichswirtschaftsminister
Schacht

17. September 1936

Abschrift von Durchschlag/B.
S./Zi.

An den
Herrn Reichs- und Preußischen Wirtschaftsminister
in Berlin

Die Handelsvertretung der UdSSR in Berlin hat mich gebeten, zwecks Verhandlungen über einen Auftrag auf demnächstige Röhrenlieferungen im Werte von mehreren Millionen Reichsmark im Rahmen des diesjährigen Wirtschaftsabkommens umgehend Vertreter nach Moskau zu entsenden. Die Handelsvertretung begründet ihren Vorschlag damit, dass es der neueren Übung der russischen Seite entspreche, größere Abschlüsse in Moskau zu tätigen. Ob die rechtlichen Bedenken, die hiergegen bestehen, ausgeräumt werden können, wird meinerseits zurzeit geprüft. Sofern die Geschäftsanregung weiterverfolgt werden soll, erscheint es mir unabhängig von dem Ausgang dieser Prüfung erforderlich, dem Wunsche der russischen Seite zunächst insofern Rechnung zu tragen, als Verhandlungen in Moskau ermöglicht werden.

Bevor ich der Handelsvertretung eine Antwort erteile, darf ich um Entscheidung bitten, ob ein Vorgehen in dem dargelegten Sinne dem Wunsche der Reichsregierung entsprechen würde.¹

Heil Hitler!

gez. Otto Wolff
(Siedersleben)

Außenadresse: z. Hd. des Herrn Generalreferenten Herbert L. W. Göring, Berlin
RWWA, 72-48-4, o. P., 1 Bl.

¹ Vgl. Dok. 538.

Nr. 526

**Schreiben des Leiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt
der NSDAP Leibbrandt an den Leiter des Außenpolitischen Amtes
der NSDAP Rosenberg**

18. September 36

Abt. Osten
Dr. L./Ef.

Herrn
Reichsleiter Rosenberg,
z. Zt. Hohenlychen

In unserer Arbeit in Deutschland ist eine große Lücke zu verzeichnen. Es gibt keine Stelle, die mit wissenschaftlicher Gründlichkeit den Bolschewismus, sein Wesen und seine Aktivität, sowohl in der Sowjetunion als auch in der übrigen Welt verfolgt. Deutschland, das sich an die Spitze der Bewegung gegen den Bolschewismus gestellt hat, besitzt keine zentrale Stelle, in der das für die Arbeit erforderliche Material zusammenlaufen könnte. Gerade nach dem diesjährigen Parteitag scheint die Beschaffung einer solchen Zentralstelle als dringend erforderlich. Der Führer steht noch mehr als bisher, auch nach Ansicht der ausländischen Presse, an der Spitze des europäischen Kampfes gegen den Bolschewismus. Die Herstellung einer sachlichen Zusammenarbeit ist dringend erforderlich, und es gibt auch hierfür keine Stelle im Reich.

Eine solche Aufgabe kann weder vom Auswärtigen Amt, noch von irgendeiner sonstigen Behörde gelöst werden. Ihrem ganzen Wesen nach ist diese Aufgabe Sache der Partei, die diese Lücke auszufüllen berufen ist, und in ihr ist der Berufene, dem diese Aufgabe übertragen werden muss, Reichsleiter Rosenberg.

Der Führer hat diese Aufgabe ausdrücklich in Nürnberg gestellt.¹ Es müsste dem Führer der Vorschlag unterbreitet werden, zunächst einmal Reichsleiter Rosenberg einen diesbezüglichen Auftrag zu geben.

[Leibbrandt]

BArch, NS 43/9, Bl. 478.

¹ Zum Thema Bolschewismus hieß es in der Schlussrede Hitlers vom 14.9.1936 u.a.: „Niemand wird einen Zweifel darüber hegen, dass der Nationalsozialismus sich überall und unter allen Umständen dem ihn angreifenden Bolschewismus zur Wehr setzen und ihn schlagen und vernichten wird. [...] Als einst in Deutschland die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus kam, da hat keine der alten Institutionen diesen Kampf entschieden. Nein! Die Partei war es, belebt vom Geist der nationalsozialistischen Weltanschauung, die mit dem Element der Zersetzung fertig wurde und die Elemente der Ordnung zum Sieg führte. Wie nötig ist uns allen, den Geist dieser Weltanschauung zu erneuern! Der nationalsozialistische Staat muss sich heute mehr denn je in allen seinen Einrichtungen und Organisationen zu seiner ihm geschaffenen und ihn tragenden Weltanschauung bekennen.“ In: Berliner Börsen-Zeitung vom 15. September 1936, Morgenausgabe, S. 3.

Nr. 527
**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an
den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

19. September 1936

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR in Deutschland
Berlin
Nr. 353/s¹

AN
Gen. M.M. LITVINOV

Lieber Maksim Maksimovič,

ich bin mir nicht ganz sicher, ob Ihnen alle meine Chiffre-Telegramme übermittelt werden, und deshalb nutze ich die Ankunft von Aleksandra Michajlovna², um Ihnen die jüngsten Neuigkeiten und meine Überlegungen dazu mitzuteilen. Von den aus Nürnberg zurückgekehrten Diplomaten suchte mich einzig und allein der Rumäne³ auf. Die von ihm getroffene Einschätzung der Nürnberger Reden werde auch, seinen Worten zufolge, von fast allen Kollegen geteilt und deckt sich im Wesentlichen auch mit dem, was ich von hier aus geschrieben habe. Er meint, dass die zunehmenden inneren Schwierigkeiten und insbesondere das Anwachsen der Streikbewegung die entscheidende Rolle gespielt habe. Die mit einer sozialen Demagogie verbundenen Attacken gegen den Bolschewismus waren in erster Linie für den inneren Feind bestimmt. Jedoch kamen natürlich neben den innenpolitischen Motiven auch Faktoren außenpolitischer Art zum Tragen, dazu gehören:

1. Das Bestreben, unter Ausnutzung der spanischen Ereignisse und auf der Grundlage des Kampfes gegen den Bolschewismus die faschistischen Länder und die faschistischen Parteien in den anderen Ländern zusammenzuschweißen.

2. Den Rahmen des Kampfes gegen die kollektive Sicherheit und insbesondere gegen den französisch-sowjetischen und den tschechoslowakischen Pakt zu erweitern.

3. Die schwankenden Länder unter Druck zu setzen und eine Erweiterung des Kreises der mit uns paktierenden Länder zu verhindern.

4. Zu verhindern, dass die Locarno-Konferenz⁴ in Zukunft nicht durch unsere Beteiligung erweitert wird, oder, anders gesagt, dass sie nicht den Rahmen der Normalisierung für Westeuropa überschreitet unter Beibehaltung der Handlungsfreiheit im Osten.

Ob es in der Absicht der Nürnberger Herren lag, den Abbruch der Beziehungen mit uns herbeizuführen, bleibt nach wie vor unklar. Nur eines ist gewiss, dass sie selbst solch eine Initiative nicht auf sich nehmen wollten, aber offenbar den-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Kollontaj.

³ Nicolae Petrescu-Comnen.

⁴ Vgl. Dok. 491, Anm. 7.

noch mit einer derartigen Reaktion von unserer Seite rechneten. Darüber sprachen in Nürnberg sowohl Heß als auch Rosenberg und andere recht freimütig mit den Journalisten. Neurath hätte, dem Rumänen zufolge, natürlich versucht, die Bedeutung der Nürnberger Reden herunterzuspielen, indem er deren innenpolitische Zweckbestimmung unterstrich. Ungefähr die gleiche Erläuterung gab Dieckhoff auch dem amerikanischen Botschafter⁵. Allgemeine Aufmerksamkeit erregte in Nürnberg der Umstand, dass Göring die ganze Zeit über im Schatten blieb und in Nürnberg überhaupt keine Rolle spielte. Die Diplomaten stellten Mutmaßungen darüber an, was dies zu bedeuten hätte, ob Göring seinen Einfluss eingebüßt hätte, ob er in Ungnade gefallen sei oder ob dies ein vorsätzliches Spiel war. Als die Diplomaten erfuhren (und sie erfuhren dies, wie wir zuverlässig wissen, aus einer von der Abwehr inspirierten Quelle), dass Göring im Vorfeld von Nürnberg für den 20. ein Treffen mit Kandelaki anberaumt hatte⁶, verstärkte sich natürlich auch die Version von den „verteilten Rollen“. Dies bestärkt noch mehr die Gewissheit, dass die Führung um Hitler nicht mit uns zu brechen beabsichtigte, sondern sie war sich sicher, dass auch wir nicht auf einen Abbruch aus sind und weiterhin unsere Politik des Dualismus fortsetzen werden. Dass wir der Provokation nicht nachgeben, ist natürlich gut, aber ich denke nach wie vor, dass wir die Nürnberger Attacken nicht ohne eine offizielle Antwort (Zeitungsartikel zählen nicht) belassen können. Vielleicht denkt jemand, dass ein verächtliches Schweigen die beste Form der ****Antwort****⁷ ist (ich habe solch eine Meinung gehört), ich bin mir jedoch sicher, dass viele dies vielleicht auch als ein Zeichen von Schwäche auffassen könnten. Das Schwierigste besteht natürlich darin, die Entschiedenheit der Antwort (und etwas anderes ist zwecklos) mit unserem natürlichen Bestreben zu kombinieren, den Provokateuren nicht in die Hände zu spielen. Aber das sind bereits technische Fragen. Wie dazu im Zentrum entschieden worden ist, weiß ich nach wie vor nicht.⁸ Bis jetzt habe ich keinerlei Antwort auf meine Telegramme erhalten. Vor einigen Tagen forderte Moskau alle Texte der Nürnberger Reden an (nicht über uns), was Grund zu der Annahme gibt, dass die Idee einer Reaktion noch nicht vollständig aufgegeben worden ist. Aufschlussreich in dieser Hinsicht wird auch das sein, was Moskau auf die Anfrage Kandelakis antworten wird, wie er sich bei dem Treffen mit Göring verhalten soll (und ob dieses Treffen überhaupt genehmigt wird⁹). Ich weiß nicht, ob die Möglichkeit vorgesehen ist, dass Sie in Genf eine Rede mit einer Antwort¹⁰ halten werden. Wenn Sie beabsichtigen, eine Rede zu halten, so lassen Sie mich dies bitte wissen. Es ist besser, wenn ich rechtzeitig gewarnt bin.

Ich möchte zum Abschluss auf das Verhalten des türkischen Botschafters¹¹ eingehen. Ihm fiel es zu, in Nürnberg die Rolle des Doyen zu spielen, und man

⁵ William Dodd. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 544, S. 909 sowie DVP, Bd. XIX, Dok. 270, S. 429–430; W. Dodd: Diplomat auf heißem Boden. Tagebuch des USA-Botschafters William E. Dodd in Berlin 1933–1938, hrsg. von W. E. Dodd jr. und M. Dodd, Berlin (Ost) 1964, S. 394–395.

⁶ Vgl. Dok. 518, Anm. 3.

⁷ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁸ Vgl. Dok. 521.

⁹ Kandelaki wurde angewiesen, sich mit Göring nicht zu treffen. Vgl. Dok. 532.

¹⁰ Vgl. Dok. 537.

¹¹ Mehmed Hamdi Arpag.

kann nicht sagen, dass er dieser Rolle mit der Befolgung eines minimalen Anstandes uns gegenüber gerecht geworden wäre. Es begann damit, dass er bei Hitlers Besuch des Diplomatenzuges, der bereits nach den Pogromreden von Goebbels und Rosenberg stattfand, eine Rede völliger Ergriffenheit hielt, die weit über die Gepflogenheiten des Protokolls hinausging. Aber davon, wie schlecht er die Höflichkeitsbelange (mitunter von der Situation abhängig) von der Politik unterscheidet, zeugt der Vorgang, von dem mir der Rumäne vertraulich berichtete. Auf dem Rückweg aus Nürnberg wurde entschieden, dass das Corps ein Danktelegramm an Hitler schickt. Zur Erörterung dieses Telegramms waren nur Botschafter hinzugezogen worden. Den Text hatte der Türke vorgeschlagen (verfasst hat ihn offenbar Lipski), und was stellte sich heraus? In diesem Telegramm erging man sich unpassend in Lobpreisungen nicht nur auf das Dritte Reich, sondern auch auf die nationalsozialistische Bewegung. Erst als der Rumäne zufällig das Telegramm in die Hände bekam und erklärte, solch einen Text nicht zu unterzeichnen, weil hier die Höflichkeit in eine politische Demonstration umschlage, wurden die unpassenden Stellen getilgt.

Sehr bezeichnend ist, dass der Türke nach seiner Rückkehr aus Nürnberg es nicht einmal für nötig hielt, mich aufzusuchen und wenigstens zu erklären (was bei der ihm zugefallenen Rolle natürlich gewesen wäre), was in Nürnberg geschehen ist. Wenn ich das alles in Beziehung zu dem Verhalten ****der Türken****¹² in Montreux¹³ setze, gelange ich zu der Schlussfolgerung, dass die Ursachen viel tiefer als in den persönlichen Charaktereigenschaften meines Berliner Kollegen liegen, und ich bin mir deshalb nicht sicher, ob es einen Sinn hat, sich über ihn bei Rüstü zu beklagen. Wenn Sie es aber als angebracht erachten, mit Rüstü darüber zu sprechen, so nennen Sie vorsichtshalber nicht die Quelle, von der ich die Information bezüglich des Telegramms erhalten habe.

Nun, lieber Maksim Maksimovič, wünsche ich Ihnen alles Gute und Erfolge.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Suric

****P. S.** Hier halten sich hartnäckig Gerüchte, wonach sich Bastid mit Hitler getroffen habe. Der Ort ist verbürgt. Zu der Zeit, als Bastid irgendwo am Wannsee mit Schacht spazieren ging, befand sich dort, auf der Datscha von Goebbels, auch Hitler. Ich persönlich denke, dass es keine persönliche Begegnung gegeben hat, aber der Kontakt über Schacht gehalten wurde.

Ihr Ja.S.^{**14}

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3158 vom 16.10.1936.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl. 19.9.36.

AVP RE, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 65–68. Original.

¹² Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: des Türken.

¹³ Vgl. DVP, Bd. XIX, Dok. 210, 222.

¹⁴ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

Nr. 528
Bericht des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung
in Berlin Gnedin

GEHEIM

Expl. Nr. 4

Berlin, den 19. September 1936

Bevollmächtigte Vertretung
 der UdSSR in Deutschland
 Presseabteilung
 Nr. 356/s¹

NÜRNBERG UND DIE INNENPOLITIK

Zum jetzigen Zeitpunkt kann es bereits als allgemein anerkannt gelten, dass der Nürnberger Parteitag 1936 von den außerordentlich gestiegenen innenpolitischen Schwierigkeiten des faschistischen Regimes geprägt war. Dem antisowjetischen Hexentanz in Nürnberg lagen in einem *bedeutenden Maße innenpolitische Erwägungen zugrunde. Bereits die Vorbereitung auf den Parteitag und die Umstände*², die ihn begleiteten, zeugen von den Meinungsverschiedenheiten in der faschistischen Führungsspitze, von deren Schwankungen, von dem Fehlen einer klar abgesteckten politischen Linie.

Im Unterschied zu den vorherigen Parteitag hatte der Parteitag 1936 keine „Klammer“, weil die ins Zentrum der Aufmerksamkeit gestellte antisowjetische Kampagne auf keinen Fall als eine neue oder überhaupt als eine fruchtbare Losung betrachtet werden kann, die eine Belebung in die innenpolitische Tätigkeit der nationalsozialistischen Partei hätte bringen können. Zugleich wurde der Nürnberger Parteitag nicht mit wesentlichen Regierungsakten, ganz zu schweigen von einer Sitzung des Reichstages, verbunden, wie das im vergangenen Jahr der Fall gewesen war. Bezeichnend ist, dass die Einführung der zweijährigen Wehrpflicht³, die zweifellos für den Parteitag vorgesehen war, zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen und die Veröffentlichung der Gesetze, die in Verbindung mit Hitlers neuem Vierjahresplan⁴ stehen, stark verschoben werden mussten. Dabei kann es als gesichert angesehen werden, dass die Regierung zu allen diesen Fragen mehrmals Beschlüsse fasste und sie dann wieder verwarf. So wurde vor und während des Nürnberger Parteitages zweifelsfrei die Einberufung des Reichstages vorbereitet, worüber viele Beobachter berichteten, aber der Reichstag wurde schließlich nicht einberufen. Jedoch wurde sofort nach der Beendigung des Parteitages amerikanischen Journalisten offiziell mitgeteilt, dass in einem oder in zwei Tagen die Anordnungen veröffentlicht werden, auf die Hitler hinwies, als er die Idee seines Vierjahresplanes vortrug.⁵ Jedoch sind bis jetzt diese Gesetze nicht veröffentlicht worden.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Der Text ist mit blauem Farbstift unterstrichen und am linken Seitenrand mit einem Fragezeichen versehen.

³ Vgl. Dok. 501, Anm. 1.

⁴ Vgl. Dok. 520, Anm. 3.

⁵ Vgl. Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplans – Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung vom 29. Oktober 1936. In: Reichsgesetzblatt. 1936. Teil I, S. 927–928;

Es ist nicht uninteressant, auch auf einige jener Maßnahmen hinzuweisen, die mehr oder weniger zuverlässigen Informationen zufolge beschlossen oder zumindest in Nürnberg verkündet werden sollten. Es steht außer Frage, dass in der faschistischen Führungsspitze lange vor dem Parteitag die Frage eines entschiedenen Kampfes gegen Korruption im nationalsozialistischen Apparat diskutiert wurde und eine gewisse Anzahl von „Aktivisten“ aus der Arbeitsfront und aus anderen angrenzenden Organisationen in die nationalsozialistische Partei aufzunehmen. Noch im Juni eröffnete der Essener Gauleiter Terboven eine Artikel- und Redenserie zur Frage, das Aufnahmeverbot für neue Mitglieder aufzuheben. Mitte August veröffentlichte die Zeitschrift „Der SA-Mann“ (am 15. August) einen großen Artikel über die Perspektive, die Mitgliederzahl der nationalsozialistischen Partei zu erhöhen⁶. *Aber bezüglich des Kampfes gegen die Korruption sind zweifellos zahlreiche Beratungen mit einer mehr oder weniger breiten Zusammensetzung sowohl während der Olympiade als auch nach ihrer Beendigung abgehalten worden. Bekanntlich wurden in diesem Zeitabschnitt einige führende Funktionäre ihrer Posten enthoben und einige verhaftet, darunter der nicht unbekannte Kube, der jüngsten, aber nicht bestätigten Informationen zufolge entweder Selbstmord begangen haben soll oder erschossen worden ist⁷.

Entgegen aller dieser Vorbereitungsmaßnahmen ist in Nürnberg weder die Aufnahme von „Aktivisten“ als Mitglieder in die nationalsozialistische Partei noch der Kampf gegen die Korruption behandelt worden. Außerdem hat Hitler die weitere Erörterung derartiger Fragen in seiner Abschlussrede auf indirekte Weise unter sagt, worauf noch einzugehen sein wird.*⁸

Zu den anderen Maßnahmen, die, laut unterschiedlichster Information, einen herausragenden Platz auf dem Parteitag einnehmen sollten, gehören zum Beispiel folgende: das Verbot für Juden, Land zu besitzen, der Ausschluss der Juden aus dem Ärz tebund, die Aufhebung einiger aristokratischer Privilegien (die Annullierung des Partikels „von“ und anderes), Maßnahmen in Bezug auf die Kirche (bezeichnend ist, dass einigen Informationen zufolge eine Beschneidung der Rechte der Kirche im Schulwesen usw. erwartet wurde, laut anderen Informationen war sogar beabsichtigt, eine gewisse Aussöhnung mit der Kirche auf der Grundlage des Kampfes gegen den Bolschewismus zu erklären). Keine einzige dieser Maßnahmen hat in Nürnberg auch nur Erwähnung gefunden. Generell haben sich von all den Vorhersagen gewöhnlich informierter Personen in Bezug auf den Nürnberger Parteitag nur zwei bestätigt: die Forderung nach Kolonien und die Verstärkung der antisowjetischen Kampagne.

Ohne die Berechtigung dieser oder jener Annahmen im Zusammenhang mit Nürnberg und der Gründe, weshalb sie sich nicht bewahrheitet haben, infrage zu stellen, kann zumindest konstatiert werden, dass die Vorbereitung auf den Nürnberger Kongress und seine Durchführung durch ein beträchtliches Schwanken im Führungslager und das Fehlen von entschiedenen Beschlüssen gekennzeichnet ist.

Zweite Verordnung zur Durchführung des Vierjahrplanes vom 5. November 1936. In: ebenda, S. 936.

⁶ Vgl. „Pg. 3946711“. In: Der SA-Mann. Kampfblatt der Obersten SA-Führung der NSDAP vom 15. August 1936, S. 1.

⁷ Am 7.8.1936 wurde Kube aller seiner Staats- und Parteiämter enthoben.

⁸ Der Text ist mit blauem Farbstift angestrichen und am Seitenrand befindet sich der Vermerk Šterns: das alles wider[spricht?] dem, was eingangs ausgeführt worden ist.

Auf dem Nürnberger Parteitag sind bekanntlich keinerlei Beschlüsse gefasst worden. Was die in Nürnberg gehaltenen Reden betrifft, so verdienen unter innenpolitischem Aspekt zwei Momente Beachtung: das Eingeständnis der schwierigen Lage bei der Versorgung mit Lebensmitteln und das Fehlen von unmittelbaren Hoffnungen auf eine Verbesserung des materiellen Lebensniveaus für die Bevölkerung und die Versuche, das Ansehen und die Rolle der nationalsozialistischen Partei im Dritten Reich zu erhöhen. Mit diesen beiden Momenten ist die neue Welle der quasi-sozialistischen Demagogie verbunden.

Hinsichtlich der schwierigen materiellen Lage der Bevölkerung sind die Erklärungen Hitlers in der Proklamation am interessantesten. Ohne ausführlich Auszüge zu zitieren, können folgende Eingeständnisse in der Proklamation Hitlers angeführt werden: Deutschland mangelt es an Fetten, Butter, Eiern, Fleisch; auf einigen Gebieten der Lebensmittelversorgung Deutschlands wird, trotz der ergriffenen Maßnahmen, immer ein Mangel in der Lebensmittelversorgung zu verspüren sein; der deutsche Markt für Nahrungsgüter ist in seinem Umfang begrenzt und kann in nächster Zeit nicht erweitert werden; es muss mit der Unvermeidlichkeit einer ständigen Wiederkehr der Versorgungsschwierigkeiten bei Butter, Eiern, Fetten und zum Teil bei Fleisch gerechnet werden; den breiten Massen müssen für eine längere Zeit billigere Fette ausgegeben werden.

Diese pessimistischen Erklärungen waren nur zum Teil in die allgemeinen Reden über Rohstoffprobleme, über die Bedeutung des Exports usw. eingebettet. Entscheidend ist der Umstand, dass sich Hitler selbst bei der Darlegung seines Plans der Rohstoff- und Lebensmittelaufzucht nicht dazu entschloss, auch nicht demagogisch, eine baldige Verbesserung der Lebensmittelsituation im Lande zu versprechen, sondern sich im Gegenteil bemühte, den Lebensmittelmangel, den Verzicht auf den Verbrauch von teuren oder besseren Nahrungsgütern als eine unausweichliche Notwendigkeit, als ein Gesetz der deutschen Wirtschaft darzustellen.

Zugleich erklärte Hitler erneut entschieden, dass eine Erhöhung der Löhne unmöglich, eine Erhöhung der Akkordlöhne usw. unzulässig ist.

Außer in der Proklamation Hitlers sind die schmerzlichen Probleme der Innenpolitik in keiner der Reden berührt worden. Eine gewisse Ausnahme stellt nicht nur in dieser Hinsicht die Rede des Leiters des Arbeitsdienstes Hierl dar, der sich, bevor er die von den Trupps des Arbeitsdienstes erbrachten Leistungen auflistete, recht ausführlich und unzweideutig über die schwierige Lage aller mittleren und unteren Lagerchefs, über die fehlenden Mittel in den Lagern, die beengten Wohnbedingungen und überhaupt über die geringe materielle Ausstattung in den Arbeitsdienstslagern beklagte. Hierl führte dabei Klage, dass er „in den Kanzleien und Büros“ nicht auf das nötige Verständnis stoße⁹. Es ist interessant, dass diese Rede Hierls die einzige war, in der der Bolschewismus und die Sowjetunion nicht erwähnt wurde.

Neben dem im Vergleich zu früher etwas offeneren Eingeständnis der inneren Schwierigkeiten ist für den Nürnberger Parteitag 1936, wie bereits oben gesagt, die Betonung der Rolle der Nationalsozialistischen Partei kennzeichnend. Diese Tendenz trat bereits relativ lange vor dem Parteitag zutage.

⁹ Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 14. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden, München 1936, S. 272–278.

Es ist generell anzumerken, dass sich die innenpolitischen Tendenzen, die sich auf dem Parteitag zeigten, bereits im Sommer im Vorfeld der Olympiade, die so etwas wie eine künstliche Pause einlegte, bemerkbar machten. Oben wurde bereits auf die Rede des westdeutschen Gauleiters Terboven verwiesen, die er Anfang Juni¹⁰ gehalten hatte. In dieser Rede ging es nicht nur um die Aufnahme von Aktivisten in die Nationalsozialistische Partei, sondern auch um die Stärkung der Rolle der Partei. An dem Tag, als er diese Rede hielt (am 7. Juni) erschien in der „Essener National-Zeitung“ ein Artikel, in dem unter Berufung auf die Rede Hitlers vor Parteifunktionären in Krössinsee¹¹ unterstrichen wurde, dass die Führung der Partei über der des Staates steht. Kurz vor diesen Reden in Krössinsee und in Essen, die als Beispiele angeführt werden, veröffentlichte der Stab von Heß in der „Deutschen Juristenzeitung“ (am 15. Mai) eine offiziöse Erläuterung der rechtlichen Stellung der Partei als oberste Leiterin des deutschen Staates¹². Andererseits wurden bald nach dem Bezirks-Parteitag in Essen ebensolche Parteitage in Breslau und in Sachsen einberufen, auf denen Heß und Goebbels Reden hielten. Diese beiden Reden waren ebenfalls darauf ausgerichtet, die Reihen der Nationalsozialistischen Partei zu stärken und Unzufriedene zu entfernen, wobei Heß bereits damals reine Parteiangelegenheiten mit der aus dem Osten kommenden bolschewistischen Gefahr verknüpfte, während Goebbels sich über das Chaos ausließ, das außerhalb Deutschlands herrsche. Ungefähr zur gleichen Zeit unternahm Ley eine sechswöchige Reise durch Deutschland, die unmittelbar vor der Olympiade endete und zweifellos zum Ziel hatte, die Stimmung bei den Funktionären der Arbeitsfront zu heben, und dazu aufrief, „gegen Missstimmungen in unseren eigenen Reihen zu kämpfen“ usw.

Alle diese Bezirks-Parteitage, die Reisen durch das Land und die Zeitungsartikel verdienen auch jetzt aus dem Grunde Aufmerksamkeit, dass sie auch der Vorbereitung des Nürnberger Parteitages dienten, die wegen der Olympiade nicht unmittelbar vor dem Parteitag durchgeführt werden konnte. Allem Anschein nach war die faschistische Führungsspitze bereits im Sommer durch jene Erscheinungen in Unruhe versetzt worden, die sich dann etwas schärfer direkt vor dem Parteitag bemerkbar machten. Nicht von ungefähr wurden gerade im Vorfeld der Olympiade erstmals Verordnungen zur Bekämpfung von Streikaufrufen erlassen (Beschluss des mitteldeutschen Ehrengerichtes, veröffentlicht am 22. Juli) und nicht von ungefähr erfolgte noch während der Olympiade auf Druck des unteren Apparates der Nationalsozialistischen Partei das Vorgehen gegen höhere Funktionäre, die sich zu sehr kompromittiert hatten.

Hinsichtlich der Frage nach Rolle und Funktionen der Nationalsozialistischen Partei auf dem Parteitag ist natürlich vor allem die am 14. September gehaltene Schlussrede Hitlers¹³ hervorheben. Dreiviertel dieser Rede bestand bekanntlich aus unverhüllten Drohungen gegen die UdSSR und der Begründung der These, den

¹⁰ Vgl. „Der Gauleiter gab die Parolen. Richtungsweisende Rede Pg Terbovens auf der Kundgebung der politischen Leiter, SA und SS-Führer“. In: National-Zeitung vom 7. Juni 1936, o. S.

¹¹ Am 24.4.1936.

¹² Vgl. Walter Sommer: „Partei und Staat“. In: Deutsche Juristen-Zeitung vom 15. Mai 1936, Sp. 593–597.

¹³ Vgl. Der Parteitag der Ehre, S. 290–309.

Bolschewismus in Europa mit genau den gleichen Methoden zu bekämpfen, mit denen die Nationalsozialistische Partei den Bolschewismus in Deutschland bekämpft hat. Bezeichnend ist, dass Hitler aus seiner ganzen Philippika gegen die UdSSR und gegen den Bolschewismus nur eine einzige und zumal innenpolitische Schlussfolgerung zog: die Rolle der Nationalsozialistischen Partei zu stärken. Hitler rief die Nationalsozialistische Partei dazu auf, wieder jene Kampfstellung zu beziehen, die sie in den 14 Jahren vor der Übernahme der Macht eingenommen hatte; Hitler rief dazu auf, den Geist der nationalsozialistischen Weltanschauung zu erneuern, und forderte, dass der nationalsozialistische Staat alle seine Einrichtungen und Organisationen der gleichen Weltanschauung unterordnen solle, deren Träger er selbst sei; Hitler forderte, dass gerade die Partei die Führungsauslese für den Staat vornehme, und in diesem Zusammenhang betonte er, dass das entscheidende Kriterium in der Fähigkeit zum kühnen und politisch weitreichenden Kampf bestehe, und nicht in dem Vorhandensein dieser oder jener gesellschaftlichen und sozialen Mängel. Mit diesen Ausführungen, die stürmische Begeisterung bei den nationalsozialistischen Funktionären auslöste, antwortete Hitler indirekt auf die Versuche, einige Führer der Nationalsozialistischen Partei, die aus den einen oder anderen Gründen in Verruf geraten waren, zu stürzen.

Diese Erklärungen Hitlers, die darauf zielten, die Rolle der Nat[ional]soz[ialistischen] Partei zu erhöhen, stehen nicht isoliert da. Genau die gleiche Tendenz fand ihre Widerspiegelung in der Rede Hitlers vor der SA und der SS am 13. September, als er in einem stärkeren Maß als im vergangenen Jahr betonte, dass er diese Sturmtrupps als „meine Alte Garde der nationalsozialistischen Revolution“¹⁴ betrachte (diese Erklärung bezog sich natürlich in erster Linie nicht auf die SA, sondern auf die SS). Übrigens wurde entgegen den Informationen, die kurz vor dem Nürnberger Parteitag verbreitet wurden, auch die Rolle der SA im Zusammenhang mit dem Parteitag ziemlich stark hervorgehoben; der „Völkische Beobachter“ bezeichnete die SA in einer Sonderbeilage zu Nürnberg „als das Deutschland des gestrigen, heutigen und morgigen Tages“¹⁵, und das offiziöse Bulletin „Nationalsozialistische Korrespondenz“ vom 3. September entwickelte ein Programm für die weitere Tätigkeit der SA, in erster Linie auf dem Lande¹⁶. Aufmerksamkeit verdient die wenig zur Kenntnis genommene Erklärung von Heß vor Funktionären der Nationalsozialistischen Partei („Völkischer Beobachter“ vom 15. September), in der Heß die These aus Hitlers Schlussrede folgendermaßen weiterführte: „In dem Maße, wie sich das Ausmaß des Kampfes gegen den Bolschewismus ausweitete, wächst natürlich die Bedeutung der Nationalsozialistischen Partei, die die ursprüngliche Trägerin des Kampfes gegen den Bolschewismus ist. Es wächst die Bedeutung der Partei, die diesen Kampf in dem Land aufnahm, wo es entsprechende ideologische Voraussetzungen gegeben hat, es wächst die Bedeutung jener Partei, die der ganzen

¹⁴ Ebenda, S. 245–249, hier: S. 247.

¹⁵ „Die SA ist Deutschland – gestern, heute und morgen!“ In: Sondernummer des Völkischen Beobachters zum Reichsparteitag 1936 vom September 1936, S. 17.

¹⁶ Vgl. Fr. Ph.: „Für alle Aufgaben einsatzbereit. Einsatzübung kennzeichnet den SA-Geist – Mobilisierung der Gemeinschaft – Im täglichen Kampf um Deutschlands Erneuerung“. In: Nationalsozialistische Parteikorrespondenz vom 3. September 1936, Bl. 3–4.

Welt zeigte, dass dieser Kampf gegen den Bolschewismus durchaus kein hoffnungsloses Unterfangen ist, wie dies die Juden so gerissen darstellen.“¹⁷ Im gleichen Zusammenhang ist auch auf die Rede Fricks in Nürnberg vom 15. September vor Kommunalpolitikern¹⁸ zu verweisen, in der er unterstrich, dass die Tätigkeit der lokalen Selbstverwaltungen den allgemeinen Aufgaben des nationalsozialistischen Staates vollkommen untergeordnet sein müsse. Schließlich ist noch an den vor dem Parteitag (am 3. September) veröffentlichten Artikel von Ley¹⁹ zu erinnern, der unerwartet mit Kommentaren zur Anordnung Hitlers vom 24. Oktober 1934²⁰ aufwartete, um zu zeigen, dass die Arbeitsfront zu allen Fragen, die die Sozialpolitik betreffen, das Monopol hat und die einzige kompetente Organisation ist; diese Aussage ergänzte Ley durch die Erklärung auf der Konferenz der Arbeitsfront in Nürnberg, dass die Arbeitsfront ein direktes Instrument der Nationalsozialistischen Partei (nicht aber des Staates) ist.

Somit kann als feststehend gelten, dass die Hitlerleute versuchen, auf allen Gebieten die Rolle und den Einfluss der Nationalsozialistischen Partei zu verstärken. Unter innenpolitischem Gesichtspunkt ist diese Tendenz natürlich unmittelbar der schwierigen Lage im Lande geschuldet, die, wie oben ausgeführt wurde, ihre Widerspiegelung in der Proklamation Hitlers gefunden hat.

In dem vorliegenden Bericht ist es nicht möglich, auf die Einschätzung der Lage und die Stimmungen einzelner Zwischenschichten der deutschen Bevölkerung einzugehen. Bereits Anfang Frühjahr des laufenden Jahres konnte festgestellt werden, dass die unterschiedlichsten Schichten der Bevölkerung von der Unzufriedenheit erfasst sind – von der Großbourgeoisie bis zu den Landarbeitern. Damals versuchten die Hitlerleute diese Stimmungen mithilfe einer großangelegten Kampagne, die mit der Militarisierung des Rheinlandes und den Neuwahlen zum Reichstag verknüpft war, zu besänftigen. Man musste zu starken Mitteln bis hin zu einer Serie von Reden Hitlers auf Plätzen, in Betrieben und Kirchen usw. greifen. Jetzt meldete sich die Unzufriedenheit im Lande mit neuer Stärke zu Wort. In der Geschäftswelt ist ein untrüglicher Stimmungsabfall zu beobachten, die Börse reagiert die ganze Zeit seit der Olympiade nervös, in der Bauernschaft nimmt die Unzufriedenheit zweifellos zu, bei den Handwerkern und Kleinhändlern sind ebenfalls immer öfter Klagen zu hören, wie selbst die faschistische Presse vermerkt.

Aber die Grundfrage bleibt die Lage der Arbeiterklasse. Alle Informationen laufen darauf hinaus, dass der diesjährige Herbst sehr stark von einer Belebung der Streikbewegung gekennzeichnet sein wird. Das war vor dem Parteitag bekannt, Informationen darüber treffen auch nach dem Parteitag ein. Streiks oder Teilstreiks fanden in der letzten Zeit in Betrieben von Thyssen, Krupp, AEG, Siemens, in den

¹⁷ „Rudolf Heß vor der Führerschaft der NSDAP. Treue zur Bewegung und zum Führer, Kameradschaft untereinander“. In: Völkischer Beobachter vom 15. September 1936, S. 8.

¹⁸ Vgl. „Die Sondertagung des Amtes für Kommunalpolitik. Dr. Frick: Freiheit und Bindung der Selbstverwaltung“. In: Völkischer Beobachter vom 15. September 1936, S. 4.

¹⁹ Vgl. „Rechtsstellung und Aufgaben der Arbeitsfront. Ein Kommentar von Dr. Ley zur Verordnung von 1934“. In: Frankfurter Zeitung vom 4. September 1936, S. 2.

²⁰ Vgl. Erste Verordnung zum Aufbau der Sozialversicherung vom 24.10.1934. In Reichsgesetzblatt 1934. Teil I, S. 1105; Zweite Verordnung zum Aufbau der Sozialversicherung vom 24.10.1934. In: ebenda, S. 1172–1173.

Automobilwerken in der Nähe von Berlin, auf der „Germaniawerft“ und auf einigen Baustellen statt, allem Anschein nach insbesondere auf Baustellen des Autobahnbaus. Diese Streiks wurden hauptsächlich wegen indirekter oder direkter Versuche hervorgerufen, die Löhne zu kürzen, mitunter waren sie aber auch mit der Forderung nach Lohnerhöhungen verbunden, die u. a. in Ziegeleien von Erfolg gekrönt waren. Für Unruhe in den Betrieben sorgt außerdem die Verkürzung des Arbeitstages, die offen von den unlängst durchgeführten Maßnahmen begünstigt wird, die Verschlechterung der Lebensmittelversorgung usw. Ohne die Bedeutung der Aktionen der Arbeiter überzubewerten, ist dennoch zu konstatieren, dass die Unruhe in der Arbeiterklasse und die aktive Äußerung ihrer Unzufriedenheit bereits ein Faktor ist, den die faschistische Führung in ihrer Tagespolitik berücksichtigen muss.

Indes gibt keine Veranlassung zu erwarten, dass es dem Hitlerregime gelingen wird, spürbare Maßnahmen durchzuführen, die dazu geeignet wären, die Unzufriedenheit im Lande in nächster Zeit zu mildern. Im Gegenteil, alle Informationen sprechen dafür, dass eine weitere Verschlechterung der inneren Lage unvermeidbar ist. Es ist nicht nötig, sich über die Perspektiven der Lebensmittelversorgung auszulassen. Aber es muss besonders auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt eingegangen werden. Die Sache ist nicht nur die, dass die Faschisten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für beendet erklärten und folglich kein weiterer Abbau der Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Man muss bereits über den umgekehrten Fall sprechen – über eine mögliche Zunahme der Arbeitslosigkeit. Ohne die zahlreichen Artikel und Reden anzuführen, die indirekt von den neuen Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt und von der Möglichkeit zeugen, Entlassungen vorzunehmen, sind die Interpretationen hervorzuheben, die die Ausführungen Hitlers zum Vierjahresplan in der faschistischen Presse finden. Aus diesen Ausführungen wird die Schlussfolgerung gezogen, dass es notwendig sei, in der deutschen Industrie eine Rationalisierung durchzuführen. Dabei unterstreicht die faschistische Presse, dass es nicht um die Rationalisierung aus der Zeit der ersten Jahre des Regimes geht, die mit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen einherging, sondern um die Rationalisierung in ihrem „üblichen Sinne“. Zu diesem Thema erschienen zum Beispiel am 19. September Artikel in zwei sich sonst voneinander unterscheidenden Zeitungen – in der „Börsen-Zeitung“ und in der „National-Zeitung“. In der „Börsen-Zeitung“ wurde aufgezeigt, dass es notwendig sei, zu „neuen“ Methoden der Rationalisierung der Industrie überzugehen, und dazu wurde ausgeführt: „Wir werden vielleicht bald solch eine Rationalisierung als für die gesamte Volksgemeinschaft wünschenswert und annehmbar anerkennen, die neben einer Steigerung der Produktivität auch mit der Freisetzung eines Teils der Arbeiter von der Arbeit verbunden sein wird.“²¹ Die „National-Zeitung“ veröffentlichte ihrerseits einen Vortrag des Leiters der Wirtschaftsabteilung der Nationalsozialistischen Partei Köhler, in dem es u. a. heißt: „Man soll sich eben bemühen, die gleiche Leistung mit weniger, aber dafür besser bezahlten Kräften auszuführen.“²² Köhler versuchte generell

²¹ Vgl. Fritz Olinsky: „Das Ende der ‚industriellen Reservearmee‘“. In: Berliner Börsen-Zeitung vom 19. September 1936, Morgenausgabe, Teil Wirtschaftsblatt (o. S.)

²² Vgl. „Die Wirtschaftsführung und Wirtschaftsregierung. Vortrag von Pg. Köhler vor der wirtschaftspolitischen Truppe der Partei in Nürnberg. Die zweite Arbeitsschlacht“. In: National-Zeitung vom 19. September 1936, o. S.

seine Ausführungen zu mildern, indem er auf die Möglichkeit verwies, die Löhne für hochqualifizierte Arbeiter anzuheben, aber in diesem Punkt unterscheidet er sich stark zu allem, was auf dem Parteitag gesagt wurde und in der faschistischen Presse geschrieben wird.

Allen diesen höchst bedeutungsvollen Perspektiven der deutschen Innenpolitik liegt natürlich die kardinale Tatsache zugrunde, dass die gesamte Wirtschaft des Dritten Reiches, und damit zugleich auch die Innenpolitik, an einem Wendepunkt angekommen ist; insbesondere ist es wegen Rohstoffmangels bereits nicht mehr möglich, die Auslastung der Rüstungsindustrie zu erhöhen; die Industrie, die für die Bedürfnisse des Konsummarktes arbeitet, wird infolge des Rückgangs der Kaufkraft der Bevölkerung mit jedem Monat immer schwächer; es gibt keine Chancen, die Kaufkraft zu erhöhen; inzwischen befindet sich der Außenhandel auf einem ziemlich niedrigen Niveau und im Prinzip in der Sackgasse.

Im Lichte aller dieser Umstände kann konstatiert werden, dass die auf dem Nürnberger Parteitag zutage getretene Tendenz zur Verstärkung des Einflusses der Nationalsozialistischen Partei einen Vorboten für eine Verstärkung des innenpolitischen Terrors im Lande bei gleichzeitigem Streben nach ****neuen****²³ außenpolitischen Abenteuern darstellt. Im Augenblick lässt sich noch nicht sagen, in welchem Maße es den Hitlerleuten gelingen wird, ihre innenpolitischen Pläne umzusetzen, in welchem Maße sie ihre frühere nationalsozialistische Demagogie weiterhin verwenden und sich der Apparat der Nationalsozialistischen Partei als effektiv erweist. Auf jeden Fall ist dieser allgemeine Überblick über die deutsche Innenpolitik nach Nürnberg mit dem Hinweis auf jenen wesentlichen Umstand abzuschließen, dass die Nationalsozialistische Partei im Unterschied zu den ersten Jahren des Regimes bereits aufhört, der einzige, entscheidende Faktor in den Händen des Finanzkapitals zu sein, weil neben ihr eine andere Kraft in Gestalt der Armee und ihres Kommandos herangewachsen ist, die ihr letztes Wort noch nicht gesprochen hat.

E. Gnedin

Auf dem ersten Blatt oben ist mit Tinte geschrieben: 2. West[abteilung].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2102 vom 22.9.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 9 Expl. 1 [Exemplar] an Gen. Litv[inov], 1 an Gen. Krestinskij, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 an die 2. Westab[teilung], 1 an die Presseabteilung, 1 an den Generalkonsul in Hamburg²⁴, 1 an den Generalkonsul in Königsberg²⁵, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 8, l. 198–188. Kopie.

²³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

²⁴ Izrail' Markovič Terleckij.

²⁵ Aleksandr Vladimirovič Giršfel'd.

Nr. 529

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Ganz geheim

19. September 1936

Nr. 4605

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
GEN. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

in einigen Tagen kommt eine Gruppe von Mitarbeitern des Moskauer Stadtsovjets unter der Leitung des Gen. Bulganin nach Berlin, um sich mit deutschen Kommunalbetrieben und baulichen Anlagen vertraut zu machen. Sie war bereits in Frankreich, jetzt befindet sie sich in England, heute kehrt sie für zwei, drei Tage nach Paris zurück und von dort fährt sie über die Tschechoslowakei, wo sie sich einige Tage aufhalten wird, zu Ihnen.

Laut dem vor 10 Tagen gefassten Beschluss soll sich eine Gruppe von Mitarbeitern des Leningrader Stadtsovjets unter der Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden des Leningrader Stadtsovjets, Gen. Edel'son, den Moskauern anschließen. Sie werden sich voraussichtlich in Prag treffen, und von dort kommen sie gemeinsam zu Ihnen. Deshalb ist es nötig, dass sich die deutschen Visa für die Leningrader nicht verzögern, worum ich Sie mit Telegramm vom 17. gebeten hatte.

Ich stellte hier die Frage zur Diskussion, ob es im Zusammenhang mit den Nürnberger Reden nicht angebracht wäre, auf die Reise der Moskauer und Leningrader nach Deutschland zu verzichten.¹ Es wurde jedoch entschieden, angesichts des ****großen**** fachlichen Interesses, sich mit der Organisation der Stadtverwaltung in Deutschland vertraut zu machen, nicht auf die Reise zu verzichten.

Jener herzliche Empfang, der den Moskauern in Frankreich und in England bereitet wurde, und der herzliche und festliche Empfang, der ihnen in Prag bereitet werden wird, wird die Deutschen wahrscheinlich dazu veranlassen, unseren Genossen formal anständig zu begegnen, obgleich ohne sonderliches Vergnügen, und sie ihnen alles das zeigen werden, was sie interessiert.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk N.N. Krestinskij mit Bleistift: MM.

Vermerk M.M. Litvinovs mit blauem Farbstift: Zu den Akten.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2968 vom 20.9.1936.

¹ Krestinskij wandte sich am 14.9.1936 in dieser Angelegenheit mit einem Schreiben an Kaganovič. In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 882, l. 133–134.

² Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 E[xemplare]. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an die 2. West[abteilung], das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 44, l. 39–40. Kopie.

Nr. 530

Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA

Moskau, den 21. September 1936

Tgb. Nr. A/1990
1 Anlage (doppelt)

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Inhalt: Moskauer Reaktion auf den Nürnberger Parteitag

Die Berichterstattung der Sowjetpresse über den Nürnberger Parteitag wandte in ausgedehntem Maße die Technik des Verschweigens an. Die relativ ausführlichste Wiedergabe fand die Proklamation des Führers, der eine Berliner TASS-Meldung von über 100 Druckzeilen gewidmet war (Isw. 10.9., Pr. 10.9. etc.)¹; die Berliner TASS-Meldung über die Nürnberger Rede des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels enthielt dagegen nur 12 Zeilen, die Meldung über die Rede des Reichsleiters Alfred Rosenberg sogar nur 6 Zeilen (Isw. 11.9.)². Einige Rückschlüsse auf Inhalt und Tendenz der Nürnberger Kundgebungen konnte derjenige Teil des Sowjetpublikums, der zwischen den Zeilen zu lesen gelernt hat, aus den polemischen Kommentaren der Sowjetpresse und aus den von ihr zitierten, den Nürnberger Parteitag kritisierenden Auslandsprestimmen ziehen³; es war aber dafür gesorgt, dass sich Genaueres auch hieraus nicht entnehmen ließ. Nur davon war in den eigenen Beiträgen der Sowjetpresse immer wieder die Rede, dass auf dem Nürnberger Parteitag „antisowjetische Erfindungen“, „unerhörte freche Angriffe gegen die Sowjetunion“ vorgebracht worden seien. Dass der Nationalsozialismus zu offenem Kampf gegen den Bolschewismus und zum Kreuzzug gegen ihn aufgefordert sowie seine Dienste dabei angeboten hätte; aus den ausländischen Prestimmen wurden nur Urteile über die allgemeine Tendenz der Nürnberger Tagung angeführt. Dagegen wurde alles totgeschwiegen, was einen lebendigen Eindruck von den Tatsachen und Argumenten hätte geben können, mit denen in den Reden des Führers und anderer Sprecher des Parteitages die große Anklage gegen den Weltbolschewismus, gegen die heuchlerische und verhetzende Propaganda der Sowjetregierung sowie

¹ Vgl. „Fašistskij parad v Njurenberge“ (Faschistische Parade in Nürnberg). In: Izvestija vom 10. September 1936, S. 2.

² Vgl. „Antisovetskie vystuplenija Gebbel'sa i Rozenberga“ (Die antisowjetischen Reden von Goebbels und Rosenberg). In: Izvestija vom 11. September 1936, S. 2.

³ Vgl. „Njurenbergskie vystuplenija fašistskich podžigatelej vojny. Ocenka pečati“ (Nürnberger Reden der faschistischen Kriegstreiber. Einschätzung der Presse). In: Izvestija vom 12. September 1936, S. 2.

gegen die inner- und außenpolitischen Methoden des Sowjetregimes begründet worden war. Gänzlich übergangen wurde im Besonderen das erdrückende Material, das in Nürnberg bezüglich der Vorherrschaft des Judentums in der Sowjetunion Verwendung gefunden hatte; einer der weiter unten erwähnte Artikel, der dies Thema immerhin berührte (Goldhill, „Prawda“ vom 15.9.)⁴ begnügte sich mit einigen albernem Bemerkungen über den Antisemitismus im Allgemeinen, ohne auch nur auf einen der in Nürnberg vorgebrachten Tatbestände sachlich einzugehen. Es ist im Übrigen eine auch sonst geübte Taktik der Sowjetpresse, über ausländische Kundgebungen, deren inhaltsgetreue Wiedergabe von den Unzufriedenen in der UdSSR mit geheimer Genugtuung aufgenommen werden würde, in der erwähnten Weise hinwegzuleiten. Ein Versuch, die deutscherseits aufgestellten Behauptungen zu berichtigen, ist in der Sowjetpresse nicht gemacht worden.

Die Gegenangriffe, mit denen die Sowjetpresse in eigenen Kommentaren auf die antibolschewistischen Reden des Nürnberger Parteitages zu antworten versuchte, wetteiferten zwar untereinander in der Heftigkeit des Tones, fielen aber inhaltlich sehr schwach aus; es machte sich dabei auch *bemerkt, dass Radek und einige andere Mitarbeiter der ‚Iswestija‘ nach dem „Trotzkistenprozess“ nicht mehr zu Wort kommen und dass nun die zweite Garnitur die Feder führt⁵. Dementsprechend war ein Artikel von Kornev in den ‚Iswestija“ vom 10.9.⁶, der gegen die Proklamation des Führers polemisierte, zu beurteilen; der Artikel unternahm es zu bestreiten, dass Deutschland seit 1933 im Innern Fortschritte gemacht hätte, und behauptete, die Hinweise der Proklamation auf die Kolonialfrage und die Überbevölkerung in Deutschland seien kein Zeugnis deutscher Friedensliebe. Aufgeregt waren die Artikel der Sowjetpresse, die nach den Reden des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels und des Reichsleiters Alfred Rosenberg erschienen. Sowohl die „Iswestija“ (in einem Artikel von K. Wolski vom 15.9.)⁷ wie die „Prawda“ (in einer redaktionellen Bemerkung in der Nummer vom 11.9.⁸ sowie in einem Artikel von Goldhill in der Nummer vom 15.9.) überboten sich in Schmähungen persönlicher Art, die auch durch den Moskauer Rundfunk verbreitet wurden. Sachlich wusste *K. Wolski nur vorzubringen, dass man in Nürnberg in außenpolitischer Hinsicht den französisch-sowjetischen und den tschechoslowakisch-sowjetischen Pakt habe angreifen wollen⁹; ferner meinte er, die Nürnberger Angriffe auf den Bolschewismus versuchten auf diejenigen europäischen Kreise zu wirken, welche eine deutsche Aggression als unabwendbares Schicksal betrachteten und sich auf Kosten eines Dritten loskaufen wollten. Im Artikel von Goldhill („Prawda“ vom 15.9.) *wurde hinzugefügt, deutscherseits habe auch die Absicht vorgelegen, die geplante Westmächte-Konferenz zum Scheitern zu bringen¹⁰.

⁴ Vgl. Dž. Gol'dhill: „Itogi Njurenberga“ (Die Ergebnisse von Nürnberg). In: Pravda vom 15. September 1936, S. 5.

⁵ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

⁶ Vgl. N. Kornev: „Fantastika i vol'e'i appetity“ (Fantasien und Bärenhunger). In: Izvestija vom 10. September 1936, S. 2.

⁷ Vgl. K. Vol'skij: „Tanec s fakelami v porochovom pogrebe“ (Fakeltanz in der Pulverkammer). In: Izvestija vom 15. September 1936, S. 2.

⁸ Vgl. A. Erusalimskij: „Njurenbergskie mastera demagogii“ (Die Nürnberger Meister der Demagogie). In: Pravda vom 11. September 1936, S. 2.

⁹ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

¹⁰ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Recht erheblichen Raum widmete die Sowjetpresse planmäßig ausgewählten Zitaten aus der Auslandspresse über den Nürnberger Parteitag. Dabei interessierte besonders die englische Ablehnung einer Erörterung der Kolonialfrage. Aus der französischen Presse wurden Stimmen zitiert, die die Sowjetunion als solche und im Besondern den sowjetisch-französischen Pakt in Schutz nahmen. Im gleichen Sinne wurde in den ‚Iswestija‘ vom 18.9.¹¹ auch die Rundfunkrede des französischen Ministerpräsidenten Blum vom 17.9. gedeutet.

Unter den polnischen Pressestimmen legte man, da die nationaldemokratischen Zeitungen ohnehin meist antideutsch sind, auf die Kritik des „Kurier Polski“ und des Krakauer „Illustrowany Kurier Codzienny“ besonderen Wert.

Der Berliner Berichterstatte der „Prawda“ behauptete, auch die deutsche Presse lasse erkennen, dass das Echo der Auslandszeitungen auf den Nürnberger Parteitag den deutschen Erwartungen nicht entsprochen habe („Prawda“ vom 16.9.)¹².

Problematisch erschien den Sowjetblättern das Verhalten Italiens. Eine römische Meldung der ‚Iswestija‘ vom 12.9.¹³ klagte darüber, dass die italienische Presse fortfahre, „deutsche Erfindungen über die UdSSR“ abzudrucken; dies sei eine Folge einer zu Anfang des Monats in Venedig zwischen Dr. Goebbels und dem italienischen Propagandaminister *Alfieri geschlossenen Vereinbarung. Andererseits wurde, freilich aus englischer Quelle (Morning Post) zitiert, dass man in italienischen offiziellen Kreisen die antisowjetischen Kundgebungen in Nürnberg zwar nicht offen kommentiere, aber doch ein Bedauern erkennen lasse, dass die deutsche Feindschaft gegen die UdSSR so weitgehe^{*14}.

Betrachtet man die Reaktion, die in der Sowjetpresse auf den Nürnberger Parteitag folgte, als Ganzes und vor allem im Lichte der hiesigen Gepflogenheiten, so wird man den Grad der an den Tag gelegten Feindseligkeit nicht übermäßig finden. Die Sowjetpresse sparte, ihrer Art gemäß, natürlich nicht mit wüsten Schimpffreden; sie suchte den Parteitag herabzusetzen und lächerlich zu machen, indem sie ihn „Nürnberger Jahrmarkt“, „Schaubuden-Rummel“ und ähnlich betitelte; sie erhob die üblichen Beschuldigungen gegen angebliche deutsche Kriegsabsichten und Expansionspläne. Von der Möglichkeit, dass als unmittelbare Folge des Parteitages deutscherseits bestimmte politische Maßnahmen erfolgen würden, wurde nicht gesprochen. Im Besonderen war in keinem Augenblick davon die Rede, dass etwa ein Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion erfolgen könnte, obgleich Gerüchte hierüber hiesige Diplomaten und zumal Pressevertreter lebhaft beschäftigten.¹⁵ Der Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 12.9.¹⁶, der darlegte, dass außer der *Ablehnung jeder Paktpolitik gegenüber der Sowjetunion andere außenpolitische Folgen der Nürnberger Kundgebungen nicht bekannt ge-

¹¹ Vgl. Žak Sadul: „Bljum otvečaet gitlerovcam“ (Blum antwortet den Hitleristen). In: Izvestija vom 18. September 1936, S. 2.

¹² Vgl. K. Gofman: „Neveselye razmyšlenija germanskoi pečati“ (Mißmutige Gedanken der deutschen Presse). In: Pravda vom 16. September 1936, S. 5.

¹³ Vgl. Zam.: „Ital’janskaja pečat’ v uslužbenii u Gitlera“ (Die italienische Presse im Dienste Hitlers). In: Izvestija vom 12. September 1936, S. 2.

¹⁴ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

¹⁵ Vgl. Dok. 522.

¹⁶ Vgl. „Nürnberg und die Außenpolitik“. In: Frankfurter Zeitung vom 12. September 1936, S. 1.

worden seien, wurden in einer Berliner TASS-Meldung^{*17} ausführlich wiedergegeben, die in der „Prawda“ vom 14.9.¹⁸ an sichtbarer Stelle erschien. Aus journalistischen Kreisen wird *dazu berichtet, dass diese offiziöse deutsche Pressestimme in Moskau mit einem Gefühl der Erleichterung aufgenommen worden sei^{*19}. Trotz des in der Sowjetpresse angeschlagenen teils höchst aggressiven, teils selbstbewussten Tones gewinnt man, wie gesagt, nicht den Eindruck, dass von Moskau aus in einer Weise erwidert worden wäre, die sich an Kraft und auf weite Sicht abgestellter Wirkung irgendwie mit den antibolschewistischen Kundgebungen von Nürnberg vergleichen ließe. Das scheint auch in den leitenden Sowjetkreisen erkannt worden zu sein und man hat sich offenbar daher besonders darum bemüht, der jüngsten Rede Woroschilows in Kiew nach Abschluss der Manöver in Weißrussland Verbreitung in der Auslandspresse zu verschaffen. Den Meldungen der Moskauer Blätter vom 20.9. zufolge soll diese Rede Woroschilows – die gemäß Veröffentlichung in der Deutschen Zentral-Zeitung im Ausschnitt beigelegt wird²⁰ – obgleich sie Deutschland nicht ausdrücklich nennt, im Auslande vielfach als „Antwort auf Nürnberg“ aufgefasst worden zu sein.

In welcher Weise Moskau des weiteren auf die Nürnberger Kundgebungen zu reagieren gedenkt, dafür ließen sich noch keine Anhaltspunkte gewinnen. Es hieße aber die Sowjets zu verkennen, wenn man annehmen sollte, dass die Reaktion auf Nürnberg damit bereits erschöpft wäre.

gez. von Tippelskirch

Gefertigt in vier Durchschlägen. Auf erstem Blatt oben: 1 Durchschlag an Min. Dir. Ab 21.9. Gü[nther]. Am Seitenrand Kenntnisnahme von Sch[ulenburg] 3/10. Kleiner Umlauf mit Abzeichnungen. Unten: A 15 h (Vorm[als] „A 9 geheim“). Durchschlag.

PA AA, Moskau 285, o. P., 7 Bl.

Nr. 531

Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

[21. September 1936]

Zsg. 101/8/173/ Nr. 988

Die Zeitungen werden gebeten, sich nicht mehr mit dem Befinden Stalins zu befassen.¹ Aus Londoner Quellen sind verschiedentlich Nachrichten gekommen, die den Zweck haben, die sehr starken Spannungen zwischen dem Offizierskorps

¹⁷ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

¹⁸ Vgl. Dok. 522, Anm. 3.

¹⁹ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

²⁰ Vgl. „Die Sowjetunion der wahre Verteidiger des Friedens. Das Echo der Rede des Genossen Woroschilow im Ausland.“ In: Deutsche Zentral-Zeitung vom 20. September 1936, S. 1.

¹ Weitere Presseanweisungen dazu wurden am 22. und 23.9.1936 erlassen; vgl. NS-Presseanweisungen, Bd. 4/II, S. 1093 und 1097.

der Roten Armee und dem Rat der Volkskommissare zu vertuschen. Die deutsche Presse hat keinerlei Veranlassung, dieses Spiel mitzuspielen; im Gegenteil ist eine Unterstreichung der Gegensätze erwünscht. Vorläufig soll das Thema Stalin fallengelassen werden.

Veröffentlicht in: NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 4/II, S. 1086.

Nr. 532

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Außenhandel Sud'in an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[22.9.1936]

NKVT Nr. 483

22/IX.36¹

AN

Gen. KAGANOVIČ

Gen. MOLOTOV

Ihrer Direktive gemäß habe ich Gen. Kandelaki angewiesen, sich nicht mit Göring zu treffen.

Gen. Kandelaki teilt jetzt mit, dass er es ebenfalls nicht als zweckmäßig erachtet, gegenwärtig mit den Deutschen auch über die Verlängerung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens von 1936 auf das Jahr 1937 zu sprechen. Er begründet es damit, dass die Deutschen den Abschluss eines solchen Abkommens für ihre politischen Ziele aufbauen können.

Ich bitte, diese Frage zu besprechen.

Sud'in

Vermerk von S.K. Sud'in mit rotem Farbstift: In die Mappe des Volkskommissars. Gen. Kaganovič sagte, dass vorerst nichts zu beschleunigen ist. 22/IX Sud[in].

Vermerk des Sekretärs mit Tinte: 1 Expl. vernichtet. 23/IX.36.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare vermerkt: Geschr. 3 Expl. 22.9.36.

RGAĖ, f. 413, op. 12, d. 2210, l 51. Original.

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

Nr. 533

**Schreiben des Leiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt
der NSDAP Leibbrandt an den Stabsleiter im Außenpolitischen Amt
der NSDAP Urban**

24. Sept. 1936

Osten
Dr. L./Ef.

An das
Amt des Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche
Erziehung
Herrn Stabsleiter Urban
im Hause

In Nürnberg sprach ich ausführlich mit Amtsleiter Dr. Groß vom Rassenpolitischen Amt. Groß kam u. a. auch von selbst auf die Antikomintern zu sprechen und äußerte sich in sehr abfälliger Weise über die Art der Propaganda, die von dort in oberflächlicher und unsachlicher Weise getrieben wird. Er selbst glaubt, dass die Propaganda der Antikomintern eher schädlich als nützlich sei. Er habe die feste Absicht, Ministerialrat Hanke, dem Adjutanten von Reichsminister Dr. Goebbels, seine Bedenken vorzutragen und zu verlangen, dass diese Propaganda abgestellt wird. Es diene nicht, meinte er, dem Ansehen Deutschlands, wenn man dauernd über Missstände schreibe und rede, gleichzeitig aber die Rote Armee als eine ernste Bedrohung und Gefahr für Deutschland darstelle. Er habe auf Grund ihm vorliegender Arbeiten den bestimmten Eindruck bekommen, dass die Art der bisherigen antisowjetischen Arbeit der Antikomintern sowie die diesbezügliche Pressepolitik des Reiches verfehlt sei.

Heil Hitler!

[Leibbrandt]

BArch, NS 43/18, Bl. 4.

Nr. 534

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič

Geheim
Persönlich
25. September 1936

Nr. 4620

An den
Sekretär des ZK der VKP (B)
Gen. Kaganovič

Sehr geehrter Lazar' Moiseevič,

auf Vorschlag des Gen. Škirjatov wende ich mich an Sie in der Angelegenheit unseres Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gen. S.A. Bessonov.

Gen. Bessonov hält sich zurzeit in Moskau auf. Er kam hierher, um Urlaub zu machen und zugleich bei der Überprüfung seiner Parteidokumente anwesend zu sein.

Der Sektorleiter für die Parteiorganisationen im Ausland Gen. Vasil'ev, der die Überprüfung der im Ausland arbeitenden Genossen durchführte, hatte ursprünglich, vor der Ankunft des Gen. Bessonov, Zweifel an ihm, die aus seiner Vergangenheit als Sozialrevolutionär herrührten (Gen. Bessonov war bis 1918 Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre¹ und wurde im Jahr 1922 von der Staatsanwaltschaft als Zeuge der Anklage im Prozess gegen das ZK der Partei der rechten Sozialrevolutionäre benannt).

Nachdem er jedoch einige Male mit Gen. Bessonov gesprochen, sich mit den Originalen der die Vergangenheit des Gen. Bessonov betreffenden Materialien vertraut gemacht hat und sich bei Gen. Agranov, der 1922 die Ermittlungen im Fall des ZK der Partei der Sozialrevolutionäre durchgeführt hatte, über ihn erkundigt hatte, kam Gen. Vasil'ev, wie er mir sagte, zu der Schlussfolgerung, dass es keine Gründe gebe, den Verbleib des Gen. Bessonov in den Reihen der Partei in Zweifel zu ziehen.

Da aber unter den bei Gen. Vasil'ev befindlichen Materialien eine Mitteilung der Sonderabteilung des NKVD vorlag, in der die Sonderabteilung ihre Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit des Gen. Bessonov aussprach, hielt es Gen. Vasil'ev nicht für möglich, die Entscheidung über die Frage einer Rückkehr des Gen. Bessonov zu seiner Arbeit nach Berlin auf sich nehmen, sondern übergab diese Frage zur Entscheidung an Gen. Škirjatov.

Gen. Škirjatov schlug Gen. Vasil'ev vor, Gen. Bessonov vorerst in Moskau zu belassen. Auf meine Frage sagte er mir, dass er, obwohl er in dem ihm zugestellten

¹ Die strafrechtliche Verfolgung Bessonovs, der im September 1918 aus der Partei der Sozialrevolutionäre ausgetreten war, wurde aufgrund der Amnestie vom 26.2.1919 eingestellt. Vgl. Sudebnyj process nad socialistami-revoljucionerami (ijun'-avgust 1922). Podgotovka, provedenie, itogi. Sbornik dokumentov (Der Strafprozess gegen die Sozialrevolutionäre (Juni-August 1922). Vorbereitung, Durchführung, Ergebnisse. Dokumentenband), hrsg. von S.A. Krasil'nikov u. a., Moskva 2002, S. 32.

Materials nichts Besonderes gegen Bessonov gefunden habe, dennoch die Ansicht vertrete, dass es trotzdem notwendig sei, die Frage der Zweckmäßigkeit zu prüfen, Gen. Bessonov in der Auslandsarbeit zu belassen. Gerade zu dieser letzten Frage schlug er mir vor, dies mit Ihnen zu besprechen.

Gen. Bessonov arbeitet seit 1930 mit kleinen Unterbrechungen im Ausland. Von 1930 bis 1932 arbeitete er in Berlin mit Gen. Ljubimov als Mitglied des Rates der Berliner Handelsvertretung. 1932 versetzte das NKVT ihn nach London als Stellvertretenden Handelsvertreter. Im Frühjahr 1933 wurde Gen. Bessonov während des Konfliktes mit den Engländern wegen des „Metro-Vickers“-Prozesses² zusammen mit der gesamten Leitung der Londoner Handelsvertretung nach Moskau zurückgerufen. Genau zu dieser Zeit wurde Gen. Bessonov auf Vorschlag des Gen. Chinčuk, den er aus der Arbeit in der Berliner Handelsvertretung kannte, zum Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin ernannt. In den 3½ Jahren seiner Tätigkeit im NKID erwies sich Gen. Bessonov als einer der besten politischen Mitarbeiter des NKID im Ausland. Er kennt sich gut in der ausländischen politischen Lage aus, er verfolgt aufmerksam die außen- und innenpolitischen Entwicklungen in Europa und äußert sich zu allen wichtigen Ereignissen des deutschen Lebens in unserer Presse, vornehmlich in der „Pravda“, mit der er unter verschiedenen Pseudonymen regelmäßig zusammenarbeitet. In letzter Zeit erschienen seine Artikel unter dem Namen Iogann Val'ter und Genrich Šul'c.³ Ich bin der Ansicht, dass Gen. Bessonov ein geeigneter Kandidat wäre, um zum Bevollmächtigten Vertreter in einem der kleineren europäischen Länder ernannt zu werden, zumal er europäische Sprachen frei beherrscht. Ich hätte natürlich nichts dagegen einzuwenden, wenn Gen. Bessonov einstweilen einige Zeit im NKID in Moskau arbeiten würde, aber ich sehe keine Gründe, ihn im Eilverfahren aus dem Ausland abziehen wie einen Menschen, der kein Vertrauen verdient, und ihm sogar die Möglichkeit zu nehmen, zum Arbeitsplatz im Ausland zurückzukehren.

Ungefähr vor einem Jahr beschuldigte die Sonderabteilung, die die geheime Chiffrierarbeit aller Ämter kontrolliert, die Berliner Bevollmächtigte Vertretung allgemein und insbesondere Gen. Bessonov, dass es in der Bevollmächtigten Vertretung schlecht um die Registrierung und die Aufbewahrung des geheimen und chiffrierten Schriftverkehrs bestellt sei. In diesen Beschuldigungen gab es vieles, was gerechtfertigt war, sie enthielten jedoch auch beträchtliche Übertreibungen. Gen. Suric antwortete auf die Beschuldigungen mit einem recht scharfen Brief, in dem er einen großen Teil der Beschuldigungen gegen die Bevollmächtigte Vertretung zurückwies und Gen. Bessonov vollständig in Schutz nahm. Auf den Brief des Gen. Suric reagierte die Sonderabteilung ihrerseits mit einer scharfen Antwort, in

² Im März 1933 wurden eine Gruppe von Ingenieuren und Technikern der britischen Firma „Metropolitan-Vickers“ (6 britische und 10 sowjetische Staatsbürger) verhaftet und der Herbeiführung von Havarien in einigen großen Elektrokraftwerken der UdSSR beschuldigt. Der Prozess begann im April 1933. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 66, Anm. 14, S. 315; dazu auch: Politbjuro i „vrediteli“. Kampanija po bor'be s vreditel'stvom na ob'ektach promyšlennosti (Politbüro und „Schädlinge“. Die Kampagne zum Kampf gegen die Schädlingsarbeit in Industriebetrieben), hrsg. von O.B. Mozochin, Bd. 2, Moskva 2014, S. 398–538.

³ Vgl. z.B.: I. Val'ter: Motorizacija sel'skogo chozjajstva i voennaja podgotovka Germanii“ (Die Motorisierung der Landwirtschaft und die Kriegsvorbereitung Deutschlands). In: Pravda vom 17. Juli 1936, S. 5; G. Šul'c: „Poročnyj krug germanskoj ékonomiki“ (Der Teufelskreis der deutschen Wirtschaft). In: Pravda vom 19. September 1936, S. 2.

der die Ausfälle gegen Gen. Bessonov noch verstärkt und angedeutet wurde, dass man ihm nicht völlige vertraue.

Ich denke, dass dieser scharfe Briefwechsel, der die bereits seit langem abgestellten Mängel bei der Handhabung der Geheimhaltungspraxis der Berliner Bevollmächtigten Vertretung betraf, auch als Grundlage für die ungerechtfertigte und unvorteilhafte Stellungnahme der Sonderabteilung zu Gen. Bessonov diene.

Ich bitte Sie sehr, sich dieser Angelegenheit anzunehmen und Gen. Bessonov zu gestatten, nach Berlin zurückzukehren⁴.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 141, S. 202-204.

Nr. 535

**Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin an
den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin**

GEHEIM

26. September 1936

UdSSR-NKID

2. Westabteilung

Nr. 9187¹

AN DIE

BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG

DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. E.A. GNEDIN

Lieber Evgenij Aleksandrovič!

1. Bezüglich Ihres Gesprächs mit SCHNURRE vom 8/IX zu den Visaangelegenheiten² kann ich Ihnen in Ergänzung zu den bereits früher übermittelten Informationen Folgendes mitteilen. Wir werden mit den Deutschen kein Abkommen über die Ausgabefristen für Visa abschließen, mündlich haben wir ihnen aber mitgeteilt, dass Maßnahmen für eine beschleunigte Bearbeitung der deutschen Visaanfragen getroffen worden sind. (Wie Sie aus meinen vorhergehenden Mitteilungen wissen, sind die Bearbeitungsfristen für diese Angelegenheiten entsprechend dem Beschluss der Regierung³ tatsächlich verkürzt worden). Ich verstehe nicht ganz, was SCHNURRE meinte, als er Ihnen mitteilte, dass er der Deutschen ****Botschaft****⁴

⁴ Dem Schreiben war eine Notiz beigelegt: „Laut Mitteilung von Gen. Krestinskij ist die Ausreise genehmigt worden, und Gen. Bessonov ist nach Berlin abgereist. 3. Oktober 1936.“

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 514.

³ Vgl. Dok. 485.

⁴ Das Wort ist mit Tinte über das durchgestrichene Wort „Regierung“ geschrieben.

Weisung erteilen werde, mit dem NKID in Verhandlungen zu treten. Wir hatten mit den Deutschen bezüglich der Visa Missverständnisse.⁵ Wir sprachen mit der Botschaft über dieses Thema⁶ und versprachen, die Visaerteilung zu beschleunigen. Wir haben unser Versprechen auch gehalten. Unlängst teilten mir die Deutschen mit, dass sie zurzeit keine Beschwerden vorzubringen hätten. Aus diesem Grund sind jetzt auch keine Verhandlungen erforderlich. Es gibt auch keine Veranlassung, über für beide Seiten verpflichtende Fristen für die Visaerteilung zu verhandeln. Die Deutsche Botschaft erteilt die Visa bedeutend schneller als wir. Davon ausgehend eine Gegenseitigkeit herzustellen, wäre für uns nicht vorteilhaft.

Sie haben vollkommen recht, wenn Sie schreiben, dass die Deutschen nicht beabsichtigen, in ihren Forderungen weiterzugehen. Sie geben sich in der Tat mit den Versprechen, die wir ihnen gaben, und mit den von uns durchgeführten Maßnahmen zufrieden. Gerade aus diesem Grund sind keine weiteren Verhandlungen nötig.

Als SCHNURRE mit Ihnen sprach, war er offenbar noch nicht im Besitz der beruhigenden Informationen aus Moskau. Falls er dieses Thema wieder aufnehmen sollte, wird es zweckmäßiger sein, ihm zu antworten, dass diese Frage bereits praktisch geregelt ist und es keine Veranlassung gibt, Verhandlungen zu führen, um diese oder jene formalen Verpflichtungen bei den Visaangelegenheiten auszuarbeiten. Die Gespräche des Gen. ŠACHOV betrachten wir nicht als Auftakt für irgendeine neue Übereinkunft, sondern als übliche Sachgespräche zwischen Vertretern der Botschaft und des NKID.

Das NKSvjaz warf die Frage bezüglich der Stempelaufdrucke auf, mit denen die Korrespondenz **aus Deutschland in die UdSSR**⁷ markiert sind. 1934 war die aus Deutschland eingehende Korrespondenz mit Losungen politischen Charakters versehen. Auf diesen Umstand ist damals das deutsche Postministerium aufmerksam gemacht worden, und im Verlaufe von 2 Jahren sind keine Briefe mit solcherart Losungen eingetroffen. In diesem Jahr tauchten wieder Briefsendungen mit Losungen auf. Das NKSvjaz wandte sich im Zusammenhang damit erneut an das deutsche Postministerium und bat unter Berufung auf die Internationale Konvention darum, keine Briefe mit Losungen in die UdSSR zu versenden. Man muss dabei bemerken, dass wir seinerzeit ebenfalls Postkarten mit Losungen zum Kolchoswesen, zu MOPR, zu AVTODOR⁸, der KINDERKOMMISSION des VCIK usw. aus dem Verkehr gezogen haben.

Das deutsche Postministerium antworte dem NKSvjaz jedoch dieses Mal Folgendes: „Der Wortlaut der maschinell aufgetragenen Stempelabdrücke auf den an Sie übersandten Briefsendungen ist in keiner Weise als eine unzulässige politische Propaganda zu betrachten, der als Grund für Rücksendungen dienen könnte. Sie widersprechen weder dem Inhalt noch dem Geiste nach der Internationalen Kon-

⁵ Als Štern im Schreiben vom 11.8.1936 an Bessonov auf die in dieser Frage entstandene Situation zu sprechen kam, stellte er fest: „Gegenwärtig haben wir mit den Deutschen hinsichtlich der Visaangelegenheit ein sehr gespanntes Verhältnis.“ In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 60.

⁶ Vgl. Dok. 391, 473.

⁷ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: aus der UdSSR nach Deutschland.

⁸ Obščestvo sodejstvija razvitiju avtomobilizma i ulučeniju dorog (Fördergesellschaft zur Entwicklung des Kraftfahrzeugwesens und der Verbesserung der Straßen). Die Gesellschaft bestand von 1927 bis 1935.

vention, zumal in keiner Weise die Interessen irgendeines Staates beeinträchtigt werden können. Ich bitte deshalb darum, Ihrem Amt die entsprechende Anweisung zu geben und anzuweisen, die Postsendungen den Adressaten auszuhändigen.“ Wir empfehlen dem NKSvjaz, es bei dieser Angelegenheit ohne weitere Folgen zu belassen. Das deutsche Postministerium umzustimmen, wird uns nicht gelingen. Die Losungen tragen tatsächlich keinen spezifisch antisowjetischen Charakter. (Auf den zu uns geschickten Briefen gibt es folgende Aufdrucke: „Nürnberg, die Stadt der Reichsparteitage“, „Gebt unseren Kriegsinvaliden Arbeit“, „Erfülle Deine Pflicht beim Luftschutz“, „Der Luftschutz ist eine nationale Pflicht. Werdet Mitglied des Reichsluftschutzbundes“). Deshalb werden wir wohl kaum die Angelegenheit gewinnen, wenn wir uns an die internationale **Organisation**⁹ wenden. Wir teilen Ihnen dies zur Information mit.

3. Das NKSvjaz teilt uns mit, dass in letzter Zeit vermehrt Fälle aufgetreten sind, dass sich Berlin direkt oder versteckt weigert, TASS-Informationen per Funk zu empfangen. Durch häufige Unterbrechungen schafft Berlin künstlich eine Verzögerung bei der Übermittlung der Korrespondenz, sowohl der nach Deutschland abgehenden als auch der nach anderen Ländern. So wurde am 5. September d. J. um 13.35 Uhr damit begonnen, über den Sender RKA¹⁰ die Presse nach Berlin zu übermitteln. Anfangs empfing Berlin gut, aber ungefähr ab Mitte der Übertragung brach es den Empfang ab und es wurde um eine nochmalige Durchgabe gebeten. Im Verlaufe von 27 Minuten, d. h. **bis**¹¹ 14.02 Uhr, hat Berlin sechs Mal den RKA gestoppt und gebeten, die Presse vom Anfang an durchzugeben. Daraufhin wurde Berlin der neue Sender RDD vorgeschlagen, aber Berlin lehnte dies ab und forderte die Übermittlung über RKA. Als aber der Versuch unternommen wurde, die Übermittlung über den Sender RKA wieder aufzunehmen, erklärte Berlin, dass es nicht empfangen könne und ging zu dem anderen Sender RDV über, aber auch die Übermittlung über RDV stoppte Berlin einige Male und erklärte danach, dass es über RDV auch nicht empfangen könne (zur gleichen Zeit wurden alle diese Sender von anderen Ländern gut empfangen), im Ergebnis dessen entstand eine Verzögerung von einigen Stunden. Der beschriebene Fall ist keine Ausnahme und kann nach Auffassung des NKSvjaz zweifellos **nur**¹² mit dem Unwillen erklärt werden, unsere Presse zu empfangen.

Machen Sie bitte das Auswärtige Amt auf diese Missverständnisse aufmerksam und verweisen Sie auf die Notwendigkeit, diese zu beseitigen.

Mit kameradschaftlichen Gruß

LEVIN

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
3 Expl. 1 [Exemplar] an die Adresse, 1 an Gen. Krestinskij, 1 zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 3, l. 70–69. Kopie.

⁹ Das Wort ist mit Tinte über das durchgestrichene Wort „Konvention“ geschrieben.

¹⁰ Die Abkürzungen der Sender RKA, RDA, RDV konnten nicht entschlüsselt werden.

¹¹ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹² Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

Nr. 536
**Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch
 an das AA**

Moskau, den 28. September 1936

Tgb. Nr. B/63

An das
 Auswärtige Amt
Berlin

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 131 vom 23.ds. Mts.¹

Ich bin heute erneut bei dem stellvertretenden Leiter der Westabteilung im Außenkommissariat wegen der *Verweigerung der Einreise des Botschaftsarztes Dr. Ling*² vorstellig geworden. Herr Lewin teilte mir mit, dass seine Bemühungen leider erfolglos geblieben seien und dass es bei der ablehnenden Entscheidung verbleiben müsse. Dr. Ling sei persona ingrata, seine Rückkehr nach Moskau sei unerwünscht. Auf meine Frage nach den Gründen antwortete Herr Lewin, Dr. Ling sei früher Sowjetstaatsangehöriger gewesen und sei „kein loyaler Mensch“. Als ich auf die Konsequenzen, die diese Entscheidung der Sowjetbehörden nach sich ziehen würde, hinwies, erklärte Herr Lewin, dies sei ihm unverständlich, da auch die *deutschen Behörden* eben erst auch einem *Mitgliede der Sowjetregierung*, nämlich dem stellvertretenden Volkskommissar Roisenmann (zu vergleichen dortseitiges Telegramm Nr. 100 vom 11. September) die *Einreiseerlaubnis* nach Deutschland *verweigert*³ hätten. Meiner Frage, ob somit die Einreiseverweigerung für Dr. Ling eine Repressalie für die deutsche Einreiseverweigerung für Roisenmann darstelle, wich Herr Lewin aus. Hiernach erklärte ich Herrn Lewin, dass ich über den unbefriedigenden Verlauf der Angelegenheit meiner Regierung Bericht erstatten würde.

Ich möchte eine abschließende Demarche beim Außenkommissariat dem Herrn Botschafter, dessen Rückkehr am 4. Oktober erfolgen soll, vorbehalten⁴, da-

¹ Dazu handschriftlich: Pol V 3718. In dem Telegramm hatte Tippelskirch über die Zurückweisung Lings an der Grenze und über ein erstes Gespräch mit Levin berichtet. In: PA AA, R 104390, o. P.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Die vier Textstellen sind unterstrichen.

⁴ Am 8.10.1936 sprach von der Schulenburg mit Krestinskij über eine Rückkehr von Ling und notierte daraufhin aus seiner Sicht die Gründe, weshalb die Einreise von Ling nicht gestattet werde: „1) als Retorsion gegen die Verweigerung des Visums an Herrn Roisenmann. Darüber hinaus: 2) Herr Dr. Ling ist den inneren Behörden persönlich unerwünscht. Er gilt bei diesen Behörden als ausgesprochener Gegner der Sowjetunion, der diese Meinung auch in keiner Weise verhehle. 3) Herr Dr. Ling gehört zu der Schicht von Personen, deren Entfernung aus der Sowjetunion den inneren Behörden besonders erwünscht ist, d. h. der Ausländer, die schon lange im Lande leben, die russische Sprache gut beherrschen und noch allerlei Beziehungen und Verbindungen mit der einheimischen Bevölkerung besitzen.“ Ende Oktober versuchte Krestinskij auf Bitten von der Schulenburgs ein drittes Mal, beim Innenkommissariat zu intervenieren, teilte ihm aber mit, dass das NKVD auf Lings engen „Verkehr mit den auch hier als eifrige Parteigenossen bekannten Kurieren und auf den unglücklichen Fall der Frau Wolkow, die im Besitze eines Hakenkreuz-Abzeichens“ gewesen sei, hingewiesen habe und Ling als Agent der Nationalsozialistischen Partei angesehen werde. Schließlich fragte von der Schulenburg sogar Litvinov, ob er es für geeignet halte, die Angelegenheit weiter zu verfolgen,

mit nichts unversucht bleibt, bevor wir unsererseits der Frage einer Gegenmaßnahme nähertreten.

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt oben Stempel des AA: Pol V 3883, Eing. 10. SEP 1936. Unten Stempel: Wiedervorgelegt am 20.10.1936 Büro Pol V. Am Seitenrand Stempel: ST. S. 1.Okt. 1936 mit Abzeichnung. Gefertigt in zwei Durchschlägen. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 104390, o. P., 2 Bl.

Nr. 537

Auszug aus der Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov vor der Vollversammlung des Völkerbundes

28. September 1936

[...]

Wie sieht die internationale Krätekonstellation in Wirklichkeit aus?

Ich bezweifle nicht, dass selbst ein in der Politik unerfahrener Zeitungsleser weiß, welche Länder hinsichtlich der Aggressivität zu den gefährlichen zu zählen sind, selbst dann, wenn er nur die Reden und Schriften ihrer Regierenden gelesen hat, und wie viele solcher Länder es gibt. Es gibt auch einige Länder, die bereit sind, ihre Rettung in der Neutralität zu suchen. Wenn sie ernstlich glauben, dass es genügen wird, an ihre Grenzen das Wort „Neutralität“ zu schreiben, um die Brandfackeln von ihren Grenzen fernzuhalten, und wenn sie die jüngsten Lehren der Vergangenheit bezüglich der Verletzung selbst völkerrechtlich anerkannter Neutralität vergessen haben, so ist das ihre Sache. Wir haben angesichts dessen, dass die einen Aggressionspläne vorbereiten und die anderen Pläne zur Selbstverteidigung schmieden, jedoch das Recht, sie zu bitten, bereits jetzt ihre Neutralität wahrzunehmen. Leider stellen sie bereits jetzt ihre Neutralität oft in den Dienst der aggressiven Kräfte. Neben diesen scheinbar neutralen Ländern gibt es eine beträchtliche Anzahl von Staaten, und darunter auch die stärksten, die die sich auf Europa zu bewegende Gewitterwolke und deren bedrohlichen Charakter zweifellos wahrnehmen, die unvermeidliche Gefahr für sich spüren und vorgeblich die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigung anerkennen, indem sie eins ums andere Mal verkünden, dass sie dem Prinzip der kollektiven Sicherheit ergeben sind. Leider gehen sie bislang nicht über diese Erklärungen hinaus und unternehmen nichts, um die Idee der kollektiven Sicherheit in eine entsprechende Form zu kleiden. Sie sehen ihre wahre Kraft in der vergeblichen Hoffnung, dass der Aggressor, eventuell von ihren Ermahnungen beeindruckt, zur Vernunft kommt und ihnen dabei hilft, ihn selbst von einer Aggression zurückzuhalten.

der ihm antwortete: „Um Gottes Willen, Herr Ling soll froh sein, dass er in Deutschland ist.“ Im Februar 1937 betrachtete die Botschaft den Fall als endgültig abgeschlossen und von der Schulenburg bemühte sich, vom AA eine monatliche Unterstützung für Ling zu erwirken. Alle Dokumente in: PA AA, R 104390.

Vielleicht ist der Aggressor, dessen ganze Politik auf der Überlegenheit der bloßen materiellen Stärke basiert, dessen diplomatisches Arsenal lediglich aggressive Forderungen, Bluffs oder Drohungen sowie die Taktik vollendeter Tatsachen umfasst, jedoch nur der Sprache einer ebenso unnachgiebigen Politik und der Berücksichtigung der Kräfteverhältnisse zugänglich. Jegliche an ihn gerichtete Bitten und Ermahnungen, und mehr noch Zugeständnisse gegenüber seinen ungesetzlichen und haltlosen Forderungen sowie wirtschaftliches Umwerben, werden von ihm lediglich als Ausdruck der Schwäche wahrgenommen, bestärken ihn im Bewusstsein der eigenen Stärke und ermuntern ihn zu weiterer Unnachgiebigkeit und zu ungesetzlichen Handlungen. Selbst nach außen wird die Legende von der Unbesiegbarkeit des Aggressors geschaffen, was fatalistische und defätistische Stimmungen in einigen Ländern erzeugt, die Schritt für Schritt, manchmal ohne es selbst zu bemerken, ihre Selbständigkeit aufzugeben beginnen und sich in Vasallen des Aggressors verwandeln. So beginnt der Prozess der Hegemoniebildung, der zwangsläufig mit der militärischen Zerschlagung aller widerspenstigen Länder enden muss.

Ja, meine Herren, wir dürfen nicht die Augen vor der Existenz hegemonialer Bestrebungen verschließen, vor der Hegemonie des „auserwählten Volkes“, das angeblich von der Geschichte dazu berufen ist, über alle anderen Völker zu herrschen, die als minderwertig deklariert werden. Ich spreche noch gar nicht über die ideologischen Folgen einer solchen Hegemonie, über die gewaltsame Auslöschung aller ideellen und kulturellen Werte, auf die die Menschheit im Verlaufe der letzten Jahrhunderte stolz gewesen ist, und über die künstliche Wiedergeburt der Ideen der schlimmsten Zeiten des Mittelalters. Unterdessen übertreffen die friedliebenden Länder insgesamt in ihrer Stärke sowohl in wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht sowie ihren gemeinsamen Ressourcen an Menschenmaterial und in der Rüstungsindustrie erheblich die Kräfte einer beliebigen möglichen Kombination von Ländern, die der Aggressor um sich scharen könnte.

Ich bin tief davon überzeugt, dass sich diese Kräfte in einer beliebigen Form zusammenschließen und die Möglichkeit gemeinsamen Handelns aufzeigen sollten, um nicht nur die Gefahr eines Krieges abzuwenden, sondern den Aggressor dazu zu zwingen, früher oder später um seine Einbeziehung in das gemeinsame System der kollektiven Sicherheit zu bitten.

Ich halte es bereits jetzt für erforderlich, einem eventuellen Vorwurf entgegenzutreten, ich würde zur Blockbildung aufrufen, da ich weiß, dass für einige Oberpazifisten das Wort „Block“ zu einem Schreckgespenst geworden ist. Nein, ich fordere keine neuen Blöcke. Ich bin bereit, mich mit dem bereits bestehenden Block des Völkerbundes zufriedenzugeben, einem Block der friedliebenden Staaten, die sich zum Zwecke des gegenseitigen Schutzes und des gegenseitigen Beistands vereint haben. Wir fordern lediglich, dass dieser Block den gegenseitigen Beistand tatsächlich organisiert, dass er rechtzeitig einen Aktionsplan aufstellt, um nicht überumpelt zu werden, und dass der außerhalb dieses Blockes vor sich gehenden Organisation eines Krieges entsprechende Abwehrmaßnahmen entgegengestellt werden. Und wenn dies nicht alle Länder, die jetzt den Block des Völkerbundes bilden, zu tun wünschen, wenn es unter ihnen welche gibt, für die die Sicherheit gleichbedeutend mit dem Wort „Neutralität“ ist oder die darauf hoffen, sich im letzten Moment auf die Seite des Aggressors schlagen zu können, so hebt dies nicht

das Recht zu gemeinsamen Handlungen für diejenigen auf, die sich verteidigen wollen und können und die nicht nacheinander Opfer eines Angriffs werden wollen.

[...]

Ein Staat, der von Leuten geleitet wird, die in ihr außenpolitisches Programm die Eroberung fremder Territorien aufgenommen haben, die bei ihren Feierlichkeiten vor ihrem Volk und den Vertretern anderer Staaten riesige Territorien aufzählen, die sie von anderen Ländern gewaltsam abzutrennen beabsichtigen, kann nicht aufrichtig seine Unterschrift unter Artikel 10 der Satzung des Völkerbundes¹ setzen, der allen Mitgliedern des Völkerbundes die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit zusichert. Ein Staat, der die Legitimität sogenannter lokaler Kriege propagiert, kann sich nicht mit Artikel 16² abfinden, der beinhaltet, dass Kriegführung gegen ein Mitglied des Völkerbundes einen Kriegsakt gegen alle übrigen Mitglieder des Völkerbundes darstellt und die Verhängung von Sanktionen gegen den Aggressor nach sich zieht. Dieser Tage wurde in Genf unter der Ägide des Völkerbundes eine Konvention unterzeichnet, die sogar die über den Rundfunk verbreiteten Aufrufe zur Verletzung des inneren Friedens in anderen Staaten verbietet.³ Kann sich denn etwa ein Staat aufrichtig solch einer Konvention anschließen, der, wie gezeigt wurde, in allen Ländern seine Filialen und Agentennetze aus einheimischen Nationalisten unterhält, die sich aktiv in das Leben dieser Länder einmischen und die Parteien gegeneinander aufhetzen? Mehr noch, sie organisieren und finanzieren Aufstände und unterstützen die Meuterer mit militärischer Hilfe. Ist die Ideologie eines Staates, der die rassische und nationale Ungleichheit propagiert und der alle Völker, außer dem eigenen, als „Untermenschentum“ bezeichnet, mit dem Prinzip der Gleichheit der Nationen, das dem Völkerbund zugrundeliegt, vereinbar? Ich frage die Anhänger des „Universalismus um jeden Preis“, ob wir alle Grundprinzipien des Völkerbundes opfern sollen, um ihn der Theorie und Praxis eines solchen Staates anzupassen, oder ob wir diesen auffordern müssen, sich der bestehenden Ideologie des Völkerbundes anzupassen? Ich antworte darauf, dass ich einen Völkerbund ohne Universalismus einem Universalismus ohne die Prinzipien des Völkerbundes vorziehe.

[...]

Wir sprechen uns keineswegs gegen Bestrebungen aus, selbst mit aggressiven Ländern zu einer Verständigung zu gelangen. Im Gegenteil, wir erachten es als notwendig, sie einzuladen, sich an allen erdenklichen internationalen Vorhaben zu beteiligen. Aber wir sind dagegen, dass sie die Verhandlungsbedingungen diktieren oder wir ihnen eine Prämie dafür zahlen, dass sie sich dazu herablassen, Verhandlungen zu führen.

[...]

Die sowjetische Regierung, die den Nationalsozialismus und den Rassismus als den Todfeind aller Werktätigen und der Zivilisation betrachtet, hat nicht nur

¹ Vgl. Reichsgesetzblatt 1919, S. 725, 727.

² Vgl. Reichsgesetzblatt 1919, S. 733, 735.

³ Auf der Abschlusssitzung der in Genf tagenden Regierungskonferenz wurde am 23.9. der Text einer Rundfunkkonvention verabschiedet, mit der die Verbreitung von tendenziösen Informationen, die gegen andere Staaten gerichtet sind, und Aufrufe verboten wurden, die zu einem Krieg führen könnten. Vgl. Izvestija vom 26. September 1936, S. 2.

niemals einen Kreuzzug gegen die Länder propagiert, in denen diese Theorie herrscht, sondern sie war vielmehr bemüht, mit ihnen die gleichen normalen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen wie auch zu anderen Ländern zu unterhalten. Die sowjetische Regierung hat ihre Armee und ihre Rüstungen und ihre Luftwaffe nicht verstärkt, um die Bazillen dieser Lehren zu bekämpfen oder ihre eigenen Grenzen vor ihnen zu schützen. Die sowjetische Regierung schloss sich der Deklaration über Nichteinmischung in die spanischen Angelegenheiten⁴ nur deshalb an, weil ein befreundetes Land anderenfalls einen internationalen Konflikt befürchtete. Sie handelte so, obgleich sie der Auffassung ist, dass das Prinzip der Neutralität nicht auf den Kampf von Meuterern gegen eine legitime Regierung anwendbar ist und den Normen des Völkerrechts widerspricht.

[...]

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 280, S. 439–447.

Nr. 538

Aufzeichnung des Teilhabers der Firma Otto Wolff Siedersleben

Köln, den 29. September 1936

Aktenvermerk

Betr.: Russland/Neugeschäft Röhren

Gelegentlich der gestrigen Besprechung im Röhrenverband in Düsseldorf (vergl. gestrigen Vermerk des Herrn Fette) wurde über das etwaige Röhren-Neugeschäft nach Russland auf Wunsch der Herren Köcke, Lamarche und Altmann näher gesprochen. Herr Altmann betonte, dass die Mannesmannröhren-Werke kürzlich von den Russen ebenfalls gebeten worden wären, Vertreter zwecks (nicht näher bezeichneter) Geschäftsabschlüsse nach der UdSSR zu entsenden. Die Mannesmannröhren-Werke hätten sich daraufhin mit den zuständigen deutschen Behörden in Verbindung gesetzt und sowohl vom Reichs-Wirtschaftsministerium als auch von der Geheimen Staatspolizei den Bescheid erhalten, dass gegen Geschäfte mit Russland nicht nur keine Bedenken bestünden, solche Geschäfte vielmehr ausdrücklich gewünscht würden.

Herr Lamarche war im gleichen Sinne unterrichtet, verwies aber darauf, dass Krupp und die Vereinigten Stahlwerke durch Herrn Handelsvertreter Kandelaki einigermaßen brüskiert seien. Herr Kandelaki sei nämlich von Herrn Krupp von Bohlen und Halbach und Herr Generaldirektor Vögler für den 17. des Monats im Ruhrgebiet zum Mittag- bzw. Abendessen eingeladen gewesen; er habe diese Einladung auch angenommen, sei jedoch unentschuldigt nicht erschienen, sodass beide Herren vergeblich auf Kandelaki gewartet hätten.

Siedersleben

⁴ Vgl. Dok. 495, Anm. 3.

Urschrift: H.A. Russland/Röhren.

Durchschlag: (in verschl[ossenem] Umschlag) Z.B.K., Herrn Direktor Redlich, Herrn Baron v. Swieykowski in B[erlin], Herrn Dr. Betzhold

Eigenhändige Unterschrift.

RWWA, 72-48-4, o. P., 1 Bl.

Nr. 539

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

1. Oktober 1936

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR in Deutschland
Berlin
Nr. 367/s¹

AN

N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič,

auf der Abschlussitzung der in Frankfurt stattgefundenen Tagung des Reichsfremdenverkehrsverbandes² hielt ESSER einen Vortrag über die Politik der Regierung zu Fragen des Auslandstourismus. Einen breiten Raum nahm in diesem Vortrag die Beweisführung ein, dass Reisen aus Deutschland in die UdSSR und umgekehrt unzulässig seien. Ganz Amtsperson wiederholte Esser im Geiste der Rede von Goebbels³ die groben Beschimpfungen der UdSSR und ihrer Regierung und brachte seinen Missmut darüber zum Ausdruck, dass in deutschen Reisebüros⁴ neben anderen immer noch Prospekte für Reisen nach Moskau und Leningrad angeboten werden.

„Intourist“ ist Mitglied des von Esser geleiteten Verbandes deutscher Reisebüros. Deutsche Behörden hatten „Intourist“ genötigt, diesem Verband beizutreten, da die Berliner Filiale von „Intourist“ eine Gesellschaft ist, die deutschen Gesetzen unterliegt. Zugleich versicherten uns Vertreter des Auswärtigen Amtes wiederholt, dass die Tätigkeit der „Intourist“-Filiale als Reisebüro jetzt und in Zukunft auf keinerlei Behinderungen stoßen werde. All diese Momente geben uns Grund dafür, die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf die Rede Essers zu lenken und zu fordern, dass Maßnahmen zur Gewährleistung einer normalen Tätigkeit der Berli-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

³ Vgl. Dok. 518, Anm. 2.

⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

ner Filiale von „Intourist“ ergriffen werden und dementsprechend eine Umsetzung des Aufrufs des Reichskommissars Esser zum Boykott von „Intourist“ abgewendet wird.

Jedoch beschränkt sich die Bedeutung der Rede Essers nicht auf die Frage nach der Tätigkeit von „Intourist“. Die Rede Essers gehört zu den zahlreichen Anzeichen, dass die in diesem Jahr von der Nürnberger Tribüne und nach Beendigung des Parteitags an die UdSSR gerichteten Beleidigungen und Drohungen nunmehr in verschiedenen Variationen von offiziellen Personen aufgegriffen werden. Ich halte es für nötig zu unterstreichen, dass es hier nicht um die fortgesetzte Kampagne in den Zeitungen, um die Wiederholung von Beleidigungen an die Adresse der UdSSR zu verschiedenen Anlässen in Zeitungsartikeln, ja nicht einmal um solche Fakten, wie die Aufnahme der antisowjetischen Rede von Goebbels in die aktuelle Wochenschau geht, die an sich nicht mehr Nürnberg gewidmet war. Soweit uns bekannt ist, werden die antisowjetischen Reden von Goebbels und von Rosenberg in den Schulen, in den Arbeitsdienstlagern usw. gelesen und kommentiert. Wir müssen damit rechnen, dass die offiziellen Redner des III. Reiches auch in Zukunft in ihren Reden nicht nur mit antisowjetischen Ausfällen, sondern auch mit Beleidigungen an die Adresse der sowjetischen Regierung aufwarten werden.

Mit anderen Worten: die in Nürnberg ausgegebenen antisowjetischen Losungen und die Aufrufe zum Boykott der UdSSR wirken auch nach Nürnberg nach, wobei die Hitlerleute meinen, sich in ihren antisowjetischen Reden keinerlei Zurückhaltung auferlegen zu müssen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

SURIC

Vermerk mit Bleistift: 2. West[abteilung].

Vermerk G. Ja. Bežanovs mit blauem Farbstift: an Levin GB[ežanov].

Vermerk V.L. Levins mit Tinte: an die Genossen Kanter und Alekseev VL[evin].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2189 vom 5.10.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 3 Exp. Das 1. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 2. an die 2. Westabteilung, das 3. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 4, l. 100–99. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XLIX, Dok. 289, S. 456–457⁵.

⁵ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und nach eigenen Redaktionsrichtlinien.

Nr. 540
Aufzeichnung des Generalreferenten im
Reichswirtschaftsministerium Göring

Berlin, den 3. Oktober 1936

Herbert L. W. Göring
Notiz für Herrn v. Swieykowski

Der Ministerpräsident¹ wünscht unter allen Umständen mit den Russen ins Geschäft zu kommen. Er begrüßt die Entsendung von Herrn v. Swieykowski nach Moskau und ersucht ihn, so bald wie möglich zu reisen. Göring wird in der nächsten Woche, wenn er in Berlin anwesend ist, die Herren Kandelaki und Friedrichson empfangen und will ihnen in Bezug auf Lieferungen so weit wie möglich entgegenkommen, voraussichtlich auch Panzerplatten liefern. Göring wartet darauf, Herrn Otto Wolff zu sprechen. Herr Wolff soll sich nach seiner Anwesenheit in Berlin unverzüglich mit Staatssekretär Neumann in Verbindung setzen.

gez. G[öring]

RWWA, 72-48-4, o. P., 1 Bl.

Nr. 541
Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

Moskau, den 5. Oktober 1936

Tgb. Nr. A/2081

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Inhalt: Die Rede Litwinows auf der Völkerbundsversammlung in Genf¹

Im Leitartikel der ‚Iswestija‘ vom 29. September², der die Genfer Rede Litwinows vom 28. September kommentiert, heißt es u. a.: „Die gegenwärtige Völkerbundsversammlung steht im Zeichen: Antwort auf Nürnberg.“ Bei dieser generalisierenden Behauptung dürfte der Wunsch Vater des Gedankens sein; dass aber die – gemäß der Veröffentlichung in der ‚Deutschen Zentral-Zeitung‘ im Ausschnitt beigelegt³ – Rede Litwinows in erster Reihe als Erwiderung auf die den Bolsche-

¹ Hermann Göring.

² Zur Rede vom 28.9. vgl. Dok. 537.

² „Vystuplenie tov. M. M. Litvinova na plenum Ligi nacij“ (Die Rede des Gen. Litwinovs im Völkerbund). In: Izvestija vom 29. September 1936, S. 1.

³ Der Ausschnitt der DZZ vom 29.9.1936 (Rede des Genossen M. M. Litwinow) liegt der Akte bei; außerdem ein Ausschnitt aus der DZZ vom 4.10.1936 (Berichtigung der TASS), in der Fehler, die durch die telefonische Durchgabe der Rede unterlaufen waren, korrigiert wurden.

wismus brandmarkenden Kundgebungen von Nürnberg gedacht war, ist ohne Kommentar deutlich.

Die Anfeindung Deutschlands zieht sich als roter Faden durch Litwinows Ausführungen. Zwar spricht er einige Mal in der Mehrzahl von den „Ländern“, deren Angriffslust jedem Zeitungsleser bekannt sei und über deren Zahl kein Zweifel bestehe; aber im Grunde ist es ihm nur um die Angriffe auf Deutschland zu tun. Gegen Deutschland richten sich die Sätze über den Aggressor, der mit „Bluffs, Drohungen und der Taktik vollzogener Tatsachen“ operiere, der jedes „Entgegenkommen als Zeichen der Schwäche“ auffasse und dadurch zu weiteren „ungesetzlichen Handlungen“ ermutigt werde. Dass dabei „sich eine Legende von der Unbesiegbarkeit“ des „Angreifers“, d. h. Deutschlands, herauszubilden beginne, scheint Litwinow besonders unerwünscht zu sein, und er betont umso lebhafter, dass die Gegenpartei im Ernstfall das militärische und kriegsindustrielle Übergewicht auf ihrer Seite haben würde.

Auch Litwinows Ausführungen über die Völkerbundsreform im Allgemeinen und über die Frage der Universalität des Völkerbundes im Besondern sind beherrscht von seinem Wunsch, Deutschland zu schaden und ihm die Rückkehr in den Völkerbund möglichst zu erschweren. Dasselbe Motiv steckt hinter Litwinows Bemerkungen zu den Artikeln 11 und 19 des Völkerbundpakts und verrät sich in dem nicht zum ersten Mal geäußerten Wunsch, den Artikel 16 „gut zu bewaffnen“⁴. Während er Deutschland beschuldigt, auf einen Block gegen die Sowjetunion hinzuarbeiten, propagiert Litwinow selber ungeniert die Schaffung eines Blocks gegen Deutschland.

Nicht genug damit, dass Litwinow politisch gegen Deutschland hetzte, er erhob auch, um auf Nürnberg zu „antworten“, allgemeinere Vorwürfe gegen den Nationalsozialismus. Dabei scheut dieser Vertreter einer bolschewistischen Regierung, die gerade auf dem Gebiete der Kultur ein beispielloses Vernichtungswerk vollführt hat und die in ihren politischen Prozessen die Inquisition wieder aufleben lässt, nicht davor zurück, von „gewaltsamer Verdrängung aller geistigen und kulturellen Werte“ und von der „künstlichen Wiedergeburt der Ideen der schlechtesten Zeiten des Mittelalters“ zu sprechen. Ferner fehlt nicht der bekannte Fälschertrick der bolschewistischen Propaganda, dem Gegner Lehren anzudichten, die er nie vertreten hat (in vorliegenden Fall: dass „alle Völker“ außer dem eigenen „Untermenschen“ seien) und sich dann über solche „Verirrungen“ zu entrüsten. Aber Litwinow übertrifft sich selbst, wenn er, dessen Regierung Hand in Hand mit der Komintern arbeitet, mit scheinheiliger Miene denjenigen Staat anklagt, der „nachgewiesenermaßen“ in allen Ländern „Filialen und Agenturen“ unterhalte, welche sich aktiv in das Leben dieser Länder einmischten und eine Partei gegen die andere aufhetzten, ja welche sogar Aufruhr organisierten und finanzierten und Aufrührern militärische Hilfe zuteil werden ließen.

Es kennzeichnet die Verfassung des Völkerbundgremiums, dass auf derartige wie blutiger Hohn klingende Ausführungen, wenn man die Rede des portugiesischen Vertreters⁵ ausnimmt, so gut wie nichts erfolgt. Litwinow geht eben so weit,

⁴ Zu den Artikeln vgl. Reichsgesetzblatt 1919, Friedensvertrag, S. 721, 733–737.

⁵ Augusto de Vasconcellos.

wie man es ihm erlaubt. Er spekuliert auf den Komment des Genfer Völkerbunds-parketts sowie darauf, dass niemand die undankbare Aufgabe übernehmen möchte, sich mit einem so skrupellosen Gegner vor aller Öffentlichkeit zu streiten. Vielleicht hat Litwinow auch damit gerechnet, dass nicht wenige Staatenvertreter, welche sowohl die Weltgefahr des Bolschewismus, wie Lug und Trug und Intrigen des außenpolitischen Sowjetmanöver durchschauen, dennoch mit öffentlichem Widerspruch zurückhalten, um nicht den Anschein zu erwecken, sie stießen mit Deutschland ins selbe Horn.

Es gehört ins gleiche Kapitel, wenn Litwinow über den Abschluss des Genfer Rundfunkabkommens⁶ in einem Tone spricht, als hätte die Sowjetunion ein völlig reines Gewissen und als seien nur von anderer Seite die „Störungen des inneren Friedens“ in den Staaten durch den Rundfunk zu befürchten. Übrigens dürfte trotz des Abkommens der Sowjetrundfunk weiterhin durch lügenhafte Schilderungen des angeblichen Sowjetparadieses, durch „historische“ Berichte über die im russischen Bürgerkriege angewandte Taktik und durch seinen mittels Zitierpropaganda betriebenen Tendenz-Nachrichtendienst über das Ausland, besonders aber über Deutschland, seine Wühlarbeit unbehindert fortsetzen.

Brauchte sich Litwinow in seiner allgemeinen antideutschen Propaganda im Hinblick auf sein Völkerbundsauditorium keinen Zwang aufzuerlegen, so war in der praktisch entscheidenden Frage, der Frage nach Krieg oder Frieden, doch ein von außerhalb, und zwar von Deutschlands effektiver Machtstellung ausgehender Dämpfer zu merken; die Tatsache, dass Deutschlands Warnung vor der bolschewistischen Gefahr auch in anderen Ländern ein Echo gefunden und sie hellhöriger gemacht hat, dürfte diese Nennung verstärkt haben. Jedenfalls sah sich Litwinow veranlasst, ungeachtet seiner deutschfeindlichen Ausfälle, die Friedensliebe der UdSSR auch Deutschland gegenüber zu versichern. Während der Kriegskommissar Woroschilow in seiner Kiewer Manöver-Rede, die auch bereits als „Antwort auf Nürnberg“ dem Auslande serviert worden war, seinem militärischen Zuhörerkreise zugerufen hatte, wenn der Feind die Sowjetunion überfallen sollte, würde er auf seinem eigenen Boden geschlagen werden, wählte Litwinow für den Völkerbund abwiegelnde Töne. Die Sowjetregierung, so erklärte er, hüte sich, solche Schritte zu tun oder ändern zu empfehlen, die das Kriegsrisiko „auch nur im geringsten“ erhöhen oder den Krieg näher bringen könnten, möge es sich um einen Krieg an den eigenen Grenzen der UdSSR oder auch in entfernteren Gegenden handeln. Die Sowjetregierung erkenne jedem Volk das Recht zu, sich eine beliebige politische und soziale Ordnung zu wählen. Sie erachte zwar den Nationalsozialismus und „Rassismus“ als „Todfeind aller Werktätigen und der Zivilisation selbst“, predige aber keinen Kreuzzug gegen die Länder, wo diese Theorien herrschten, sondern sei bestrebt, zu ihnen dieselben diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten wie zu andern Ländern. Nachdem ein Teil der Auslandspresse zeitweilig von der Möglichkeit des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion gesprochen hatte⁷, hat diese Äußerung Litwinows als Stellungnahme in dem Sinne gewirkt, dass die Sowjetregierung ih-

⁶ Vgl. Dok. 537, Anm. 3.

⁷ Vgl. Dok. 522.

rerseits den Abbruch nicht beabsichtigte und sich zu einem solchen Schritt nicht drängen lasse. Jedenfalls kommt hierin die Besorgnis der Sowjetregierung deutlich zum Ausdruck, im gegenwärtigen Zeitpunkt in einen kriegerischen Konflikt verwickelt zu werden. Die der Wahrheit ins Gesicht schlagende Behauptung Litwinows, dass die vermehrten Rüstungen der Sowjetunion nicht gegen Deutschland gerichtet seien, dürften dagegen kaum irgendwo Glauben gefunden haben.

In der spanischen Frage erklärt Litwinow den Standpunkt des Madrider Außenministers del Vayo, der das Waffenembargo bekämpft hatte, für völkerrechtlich begründet. Bereits in der ‚Iswestija‘ vom 26. August, in denen der Beitritt der UdSSR zum Waffenembargo bekanntgegeben wurde, verband sich damit eine Kritik an der Neutralitätspolitik, welche „eine legale Regierung rechtlich und praktisch aufständischen Rebellen gleichstelle“⁸. In Litwinows Rede wird nunmehr das Waffenembargo „ein ungerechter Beschluss“ genannt. Die Sowjetpresse verfolgt die gleiche Linie, entwickelt aber die Kritik am Waffenembargo, entsprechend der Verschlechterung der Lage der Madrider Regierung, breiter und lebhafter, wobei sie die Angriffe gegen Deutschland, Italien und Portugal verschärft.

Was Litwinows Ausführungen über die Völkerbundsreform oder, wie man sich jetzt ausdrückt, über die „Frage der Anwendung der Prinzipien des Pakts“ anlangt, so zeigen sie die Sowjetunion im Vergleich zu früher in einer wenig günstigen Position. Während Litwinow sonst darum bemüht war, in Anlehnung an den französischen bzw. den englischen Standpunkt aufzutreten, erscheint er, obgleich er sich überall einmischt, doch im Grunde isolierter. Es spricht dann auch eine Art Völkerbunds-Verdrossenheit aus Litwinows wiederholter ärgerlicher Bemerkung über den „Wartesaal“, und sein ungeduldiges Drängen auf Beschleunigung der von ihm geforderten sicherheitspolitischen Beschlüsse zeigt Nervosität. Die Sowjetpresse bemüht sich vergebens durch eigene Kommentare und mühselig zusammengeholte Auslandsstimmen den Eindruck hervorzurufen, als sei Litwinows Auftreten ein vielbeachteter Erfolg gewesen.

Schulenburg

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt zwei Stempel des AA: Pol I 2581, Eing. 14. Okt 1936 [durchgestrichen] sowie Pol. V 4405, Eing. 16 OKT. 1936. Am Seitenrand Stempel St. S. mit Paraphe von D[ieckhoff] 15/10. Gefertigt in vier Durchschlägen. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 104356, Bl. 212196-212202.

⁸ Vgl. Dok. 507, Anm. 1.

Nr. 542
Schreiben des Direktors des DNB in Berlin Mejer an den Leiter
der Agentur TASS Doleckij

Berlin, den 7. Oktober 1936.

Einschreiben!

Herrn Generaldirektor Doletzki
– Agence Tass –
Moskau

Sehr geehrter Herr Generaldirektor!

Nach einer längeren Abwesenheit von Berlin komme ich zu meinem Bedauern erst heute dazu, Ihren eingeschriebenen Brief vom 31. August¹ zu beantworten. Angesichts der gegenwärtigen Umstände bin ich der Auffassung, dass es kaum zu einem Erfolg führen dürfte, wenn man über die Veröffentlichungen, die von beiden Seiten ausgehen, in eine Diskussion treten wollte. Man hat mir schon häufig und lange vor Erhalt Ihres Schreibens nahegelegt, über die Auslassungen, die im Rundfunk und in den Zeitungen der UdSSR über Deutschland und führende Persönlichkeiten unserer Regierung immer wieder erscheinen, mich bei Ihnen zu beschweren.

Um aus der Fülle des Materials nur einige Beispiele zu nennen:

Am 11. August veröffentlichten die „Iswestija“ einen Korrespondenzbericht Bucharzews über angeblich starke Unzufriedenheit in der SA.²

Am 12. August übernahmen die „Iswestija“ die Meldung des Danziger Korrespondenten der Presseagentur, wonach das deutsche Oberste Heereskommando beschlossen habe, ein besonderes „baltisches Regiment“ ins Leben zu rufen, das auch die aus dem Baltikum stammenden russischen Weißgardisten aufnehmen würde.

Am 20. August übernahmen die Iswestija aus dem „Robotnik“ eine Meldung, dass in den deutschen Städten Polizeischulen errichtet werden, in denen Provokateure ausgebildet würden.³

Die persönlichen Verunglimpfungen gegen den deutschen Führer ziehen sich durch die gesamte Presse und durch den Rundfunk der UdSSR, der ja mit der Tass in engster Zusammenarbeit steht. –

Ich habe bewusst darauf verzichtet, angesichts der gegenwärtigen Umstände diese Beschwerde zum Gegenstand einer Auseinandersetzung mit Ihnen zu machen, und ich verspreche mir auch heute nichts davon. Die Informationen, die die Redaktion des DNB ausgegeben hat, stammen aus durchaus glaubwürdiger Quelle, die naturgemäß nicht immer mit unserem Moskauer Korrespondenten⁴ identisch

¹ Vgl. Dok. 509.

² Vgl. Dm. Bucharcev: „Čto delat' s šturmovikami?“ (Was machen mit den SA-Leuten?). In: Izvestija vom 11. August 1936, S. 3.

³ Vgl. „Škola provokatorov gestapo“ (Die Schule der Gestapo-Provokateure). In: Izvestija vom 20. August 1936, S. 1.

⁴ Entweder Wilhelm Baum oder Ernst Schüle.

zu sein braucht. Auch die Tass dürfte eine Anzahl von Informationen verbreiten, die nicht von ihrer Berliner Vertretung gesandt sind.

So sehr man bedauern mag, dass die Ereignisse zu einer Berichterstattung zwingen, die auf der Gegenseite keine helle Freude auslöst, glaube ich dennoch nicht, [dass] es möglich sein würde, derartige Belastungen des Verhältnisses, das zwischen unsern beiden Agenturen besteht – [so] gern dies jeder von uns beiden auch möchte – ausschalten zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Mejer

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des DNB geschrieben.

GARE, f. R-4459, op. 11, d. 819, l. 21-21/R.

Nr. 543

Schreiben des Präsidenten der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ Curtius an den kommissarischen Staatssekretär im AA Dieckhoff

Berlin, den 8. Oktober 1936

Abschrift Pol. V 5003/36

Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas

Der Präsident

C/WM/K.

Nr. 899

An das Auswärtige Amt,
z. Hd. Herrn Kommiss.Staatssekretär Dr. Dieckhoff,
Berlin W.8, Wilhelmstr. 75

Sehr geehrter Herr Dieckhoff!

Mit Rücksicht auf die gegenwärtige der Sowjetunion gegenüber eingehaltenen Linie der deutschen Außenpolitik fühle ich mich für die von mir geleitete Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas und zugleich für den Herausgeber verpflichtet, die Frage aufzuwerfen, ob die in dem Schreiben des Reichsministers des Äußeren¹ vom 24. Februar 1934 ausgedrückte Auffassung bezüglich der Fortführung der im Auftrage der Gesellschaft herausgegebenen deutschen Ausgabe der russischen Aktenpublikation² auch heute noch gilt.

Bei der Weiterführung der Publikation bestände für den Herausgeber³ und die Gesellschaft *der besondere Wunsch, den notwendigen Schriftwechsel mit der

¹ Konstantin Freiherr von Neurath.

² Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 374, S. 1035–1036.

³ Otto Hoetzsch.

sowjetischen wissenschaftlichen Organisation ausschließlich über die Deutsche Botschaft in Moskau zu leiten.*⁴

Ich möchte deshalb gern über diese Fragen mit Ihnen Rücksprache nehmen.⁵

Mit dem verbindlichsten Empfehlungen und
Heil Hitler!

gez. Curtius

Auf dem Blatt oben: A/828.

PA AA, Moskau II, 407, Bl. 171.

Nr. 544
Rundschreiben des Leiters des Außenpolitischen Amtes
der NSDAP Rosenberg

Berlin, den 8.10.1936

An

den Reichsorganisationsleiter, Hauptschulungsamt, zur Kenntnissnahme und dienstlichen Weitergabe an die Gauschulungsleiter
die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zur Schulung der gesamten Bewegung

Rundschreiben Nr. 6/36

Auf Grund verschiedener Beobachtungen und mir zugegangener Berichte¹ habe ich festgestellt, dass einige Stellen, die sich mit dem Problem des Bolschewismus und seiner Bekämpfung befassen, nicht immer von der nationalsozialistischen Haltung und von unserer Beurteilung der Politik und Taktik der Sowjet-Union und der III. Internationale ausgehen. Zur Sicherung der Einheit in der Beurteilung dieser Fragen und um im Rahmen der Schulungsarbeit der gesamten Bewegung eine einheitliche Behandlung aller mit dem bolschewistischen Problem zusammenhängenden Fragen zu gewährleisten, wird dieses Gebiet im Amt für Schulung meiner Dienststelle durch das

* „Referat zur Bekämpfung des Bolschewismus“*²

bearbeitet.

Der Leiter dieses Referates ist der Leiter der Ostabteilung des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, Hauptstellenleiter Dr. Georg Leibbrandt.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Nachdem das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda der Fortführung der Aktenpublikation zugestimmt hatte (vgl. Dok. 612) und Curtius darüber mündlich informiert worden war, wurde die Botschaft gebeten, den Schriftverkehr mit den sowjetischen Organisationen zu vermitteln. Vgl. Schreiben des AA an die Botschaft, 7.4.1937; PA AA, Moskau II, 407, Bl. 170.

¹ Vgl. Dok. 526, 533.

² Der Text ist zusätzlich per Hand unterstrichen.

Von diesem Referat ergehen die Richtlinien für dieses Gebiet im Rahmen der Schulungsarbeit. Diesbezügliche Anfragen sind an das Amt für Schulung „Referat zur Bekämpfung des Bolschewismus“ zu richten

Die Behandlung außenpolitischer Fragen im Rahmen der Schulungsarbeit werden [sic] ebenfalls von Dr. Leibbrandt bearbeitet.

gez. A. Rosenberg

F.d.R.: [Unterschrift] Stabsleiter

Auf Kopfbogen der Reichsleitung der NSDAP geschrieben.

IfZ, MA-128/4, o. P., 2 Bl.

Nr. 545

**Schreiben des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an
die Botschaft in Moskau**

Berlin, den 9. Oktober 1936

*Durchdruck für Pol V*¹

Auswärtiges Amt

P. 7186

An die
Deutsche Botschaft
Moskau

Die Verunglimpfungen führender deutscher Persönlichkeiten und die Verbreitung von verleumderischen Nachrichten über Deutschland sind in Presse und Rundfunk der Sowjetunion so zahlreich, dass das bisherige Verfahren der Beanstandung von Einzelfällen, selbst wenn es auf die größten Fälle beschränkt wird, durch die Häufigkeit seiner Anwendung um seine Wirkung gebracht wird. Es ist daher hier mit Herrn Botschafter Grafen von der Schulenburg verabredet worden, dass künftig, von besonderen Fällen abgesehen, dort keine Einzelproteste mehr vorgenommen werden, sondern dass das zu beanstandende Material eine Zeitlang gesammelt und dann in einer größeren Beschwerde bei der Sowjetregierung vorgebracht wird.

Die Sammlung des Materials wird am Zweckdienlichsten dort vorgenommen, da dort eine größere Zahl sowjetrussischer Zeitungen als hier gelesen wird und die Presseberichte der Konsularbehörden dort wesentlich früher vorliegen als hier. Falls eine Vervollständigung des Materials durch ausführlichere Berücksichtigung der Provinzpresse erwünscht erscheint, wird ergebenst anheimgestellt, die Konsularbehörden zu eingehenderer Berichterstattung über die Presse ihres Amtsbezirks zu veranlassen. Soweit den hier vorliegenden Lektoratsberichten, Aufnahmen der Übertragungszentrale sowie deutschen und ausländischen Pressemeldungen geeig-

¹ Der Text ist unterstrichen.

netes Material zu entnehmen ist, wird es jeweils gleichfalls dorthin übermittelt werden.

Das Material bitte ich in zwei Gruppen zu sichten, von denen die eine Beleidigungen und Verunglimpfungen des Führers und Reichskanzlers, die andere Beleidigungen und Verunglimpfungen anderer führender deutscher Persönlichkeiten sowie verleumderische Nachrichten über und besonders gehässige Hetzartikel gegen Deutschland umfasst.

Das gesammelte Material wäre in einem geeigneten Zeitpunkt der Sowjetregierung mit entsprechenden Hinweisen zur Kenntnis zu bringen und besonders gegen Angriffe auf den Führer und Reichskanzler schärfste Verwahrung einzulegen. Über die jeweiligen Vorstellungen bei der Sowjetregierung bitte ich unter Beifügung einer Übersetzung des beanstandeten Materials mit fünf Durchschlägen zu berichten, damit dieses gegebenenfalls auch hier bei Erwiderung auf sowjetrussische Pressebeschwerden verwandt werden kann.

In der Anlage werden zunächst die Aufnahmen der Übertragungszentrale Nr. 1586 vom 16. v. Mts. und Nr. 1590 vom 21. v. Mts.² als Material für die dortige Sammlung ergebenst übersandt.

Im Auftrag

gez. Aschmann

Auferstem Blatt oben Stempel des AA: Pol V 4265, Eing. 12.10.1936. Am Seitenrand: 1) b[itte] Eintragen, 2) Herrn LS Jungheim [mit Paraphe vom 19.10], Herrn Hofrat [nicht entziffert] zgKts. 3) Herrn Att. Stein n.R. zgK. 4) zdA Schli[ep] 12/X. Unten: Po 2 Ru.

PA AA, R 104356, Bl. 212194-212195.

Nr. 546

Schreiben des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

Berlin, den 9. Oktober 1936

P. 7329

Lieber Graf Schulenburg,

Deutsche Pressevertreter und Herren des Propaganda-Ministeriums haben hier in Gesprächen des Öfteren den Wunsch geäußert, über die innere Lage der Sowjetunion, wie sie sich in den letzten Vorgängen (Trotzkisten-Verfolgungen, Gerüchte um Stalin, wirtschaftliche Zustände, Militärisches usw.) **zu dieser Frage**¹ abzeichne, genauer unterrichtet zu werden. Am besten würde das wohl in Form eines Vortrages geschehen, der von berufener Seite hier vor interessierten Herren des Auswärtigen Amtes, des Propaganda-Ministeriums und einem sorgfältig gewählten

² Unter diesen Nummern sind Texte des Senders Komintern registriert. Die genannten Mitschriften sind in der Akte nicht vorhanden.

¹ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

Kreise von Vertretern der Presse gehalten würde. Als Redner dachte ich an ein Mitglied Ihrer Botschaft als der am besten über die dortigen Dinge unterrichteten Stelle, etwa an Herrn Hilger oder Herrn Baum. Sollten Sie aber Bedenken wegen einer zu starken Dekuvrierung der Botschaft haben, so käme vielleicht auch Herr Just in Frage.

Im Falle Ihres Einverständnisses würde ich es begrüßen, wenn Sie einen dieser Herren veranlassen wollten, den Vortrag zu übernehmen, dessen Termin so früh wie möglich zu legen wäre, jedenfalls noch in die zweite Oktoberhälfte. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Ihre Stellungnahme recht bald mitteilen und gegebenenfalls auch den Tag angeben wollten, für den der Vortrag hier angesetzt werden könnte.²

Mit vielen Grüßen und verbindlichem Dank
stets Ihr

Aschmann

Handschriftliche Grußformel und eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt oben Stempel der Botschaft: Eingegangen Moskau 16.10.36. und A /2211, darunter: (Vortrag Dr. Schüle). Am Seitenrand: Eilt. H[errn] v. Tipp[elskirch] zgK. Sch[ulenburg] 16/10. Unten: A 15 b I. Auf Kopfbogen des AA geschrieben.

PA AA, Moskau 269, o. P., 2 Bl.

Nr. 547

Aufzeichnung des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch

Moskau, den 10. Oktober 1936

Aufzeichnung

Der Direktor der Deutschen Lufthansa, Walter Luz, der Direktor der Deruluft, Walter Issel, sind in Begleitung ihres Dolmetschers von Sicard am 5. Oktober in Moskau eingetroffen und am 10. Oktober früh nach Berlin zurückgefliegen. Die Herren haben hier aufgrund vorheriger Vereinbarung mit Aeroflot (Direktor Tkatschew) die Verhandlungen aufgenommen, die aufgrund der russischerseits erfolgten Kündigung des Gemeinschaftsvertrages Deruluft erforderlich geworden waren.¹ Bekanntlich ist russischerseits nicht nur der Vertrag gekündigt, sondern auch statutengemäß die Liquidation der Gesellschaft Deruluft beantragt worden. Bei Beginn der Verhandlungen erklärten beide Seiten ihre Bereitschaft, die Zusammenarbeit fortzusetzen. Demgemäß haben die Russen vorgeschlagen, an die Stelle des Deruluft-Vertrages einen „Pool“ treten zu lassen und in dieser Form

² Schulenburg antwortete am 19.10.1936 und schlug Schüle als Vortragenden vor (PA AA, Moskau 269, o.P.). Der Vortrag, an dessen Ausarbeitung Botschaftsmitglieder beteiligt waren, wurde am 4.11.1936 in Berlin gehalten. Eine Skizze des Inhalts liegt vor. PA AA, Moskau 269, o. P.

¹ Vgl. Dok. 467, 517.

die Flugroute Berlin-Moskau weiter gemeinschaftlich zu befliegen. Die deutschen Herren haben den Vorschlag angenommen, da er eine paritätische Zusammenarbeit gewährleistet und gewisse Schwierigkeiten, die den Deruluft-Vertrag belasteten, künftig ausschließt. Über die grundsätzlichen Bestimmungen des neuen Vertrages ist Einigkeit erzielt worden. Neu ist die russischerseits gestellte Forderung, *mit den russischen Flugzeugen direkt bis Berlin zu fliegen. Bedenken hiergegen bestehen von deutscher Seite nicht.*² Die Bitte der Russen, bei der polnischen Regierung die Überfluggenehmigung über den Korridor zu erreichen, wurde abgelehnt, da es richtig erscheint, dass die Russen sich *dieserhalb selber zu bemühen*³. Die Deruluft wird liquidiert. Der neue Vertrag soll in Berlin ausgearbeitet werden.

Die Flugroute Königsberg – Riga – Reval – Leningrad soll wegfallen. An ihre Stelle soll eventuell später eine deutscherseits zu betreibende Flugroute Königsberg – Riga – Reval – Helsingfors treten.

Die deutschen Herren hatten noch über einige Streitpunkte zu verhandeln. Es handelt sich um deutsche Forderungen aus dem vergangenen Jahre, betreffend Zuschuss, Devisen und dergl. Die Frage des Zuschusses konnte dahingehend geregelt werden, dass die Russen einen solchen in Höhe von 500.000 Mark zusagten.

*Hinsichtlich der Aufnahme und der Behandlung der deutschen Herren haben es die Russen an nichts fehlen lassen und sich ihrer in gewohnter Gastfreundlichkeit angenommen. Die deutschen Herren besichtigten eine Motoren-Werkstatt, über die sie sich befriedigt äußerten.*⁴

Die deutschen Herren sind Gäste des Herrn Botschafters und des Botschaftsrats gewesen. Eine gemeinschaftliche Veranstaltung mit den Russen ist diesmal unterblieben.

[von Tippelskirch]

Auf erstem Blatt oben: D 983/36. H[errn] Botschafter erg[ebenst] vorgelegt. (Durchschlag erhält H[err] Schliep) v[on] T[ippelskirch] 10/10. Mit Abzeichnung von Sch[ulenburg] 10/10 und H[ilger] 15/10.

PA AA, Moskau II, 340, Bl. 63–64.

² Der Text ist unterstrichen.

³ So im Dokument. Der Text ist unterstrichen.

⁴ Der Absatz ist am Seitenrand angestrichen.

Nr. 548

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv.
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 12. Oktober 1936

Ausgangs-Nr. 374/s¹

An den
Stellv. Volkskommissar
Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič,

es ist unbestritten, dass im Leben des Landes und in der Tätigkeit eines bedeutenden Teils der Regierungsorgane und insbesondere der Parteiorganisationen die innenpolitische Situation und in erster Linie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten den zentralen Platz einnehmen. In dieser Hinsicht sind Überraschungen zu erwarten, jedoch ist momentan niemand in der Lage zu sagen, welcher Art die Maßnahmen der Regierung sein werden und zu welchen Folgen sie führen können. Vorerst versucht die deutsche Presse, die Aufmerksamkeit unverändert auf die Außenpolitik zu konzentrieren. Von den außenpolitischen Problemen kommen natürlich Spanien und der Vorbereitung auf die sogenannte Locarno-Konferenz² (nach deutscher Terminologie Westpakt) die allergrößte Bedeutung zu.

Für das Verständnis der deutschen Taktik in der Spanienfrage und in Bezug auf die Locarno-Konferenz ist zu berücksichtigen, wie sich die Ereignisse nach dem Nürnberger Parteitag entwickelt haben.

Die unmittelbare Reaktion auf den Nürnberger Parteitag war in fast allen Ländern bekanntlich eine negative. Die Mehrzahl der Regierungen hat das mit großer Besorgnis aufgenommen, selbst die Freunde der Deutschen wie Italien und Polen verhielten sich höchst zurückhaltend und bisweilen auch kritisch gegenüber dem in Nürnberg entwickelten Programm. Somit gestaltete sich in der ersten auf Nürnberg folgenden Periode die internationale Lage Deutschlands recht ungünstig.

Jedoch sind die Deutschen gegenwärtig offenbar zu der Schlussfolgerung gelangt, dass die Nürnberger Reden und die internationale Reaktion auf Nürnberg dem deutschen Spiel nicht ernsthaft geschadet haben. In dieser Hinsicht wirkte das Verhalten von Vertretern einiger Mächte in Genf auf die Deutschen außerordentlich ermunternd. Die Rede Edens ist in Berlin als Beweis dafür aufgefasst worden, dass der Druck auf die englische Politik noch seine Früchte tragen kann und die Engländer nach wie vor versuchen werden, mit den Deutschen zu spielen. In Wirklichkeit trat Eden, der sich auf eine abstrakte Verteidigung der Demokratie beschränkte, als ein Anhänger des Universalismus des Völkerbundes auf und gab recht klar zu verstehen, dass England nicht daran denkt, den Völkerbund ohne Deutschland zu reorganisieren, und erfreute die Deutschen mit der Erklärung über

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 491, Anm. 7.

die Abtrennung des Völkerbündpaktes vom Versailler Vertrag³, er nährte die Hoffnung auf Revision der Verträge, schenkte dem Artikel 19 des Völkerbundes viel Aufmerksamkeit und ließ Artikel 16 der Satzung⁴ völlig im Dunkeln. Jedoch unterstrich England mit der Rede Edens und im Folgenden, was für Deutschland besonders wichtig ist, das unmittelbare Interesse ausschließlich an einem Westpakt. Vor dem Hintergrund dieser englischen Taktik rief in Berlin auch die Rede von Delbos, der sich im Wesentlichen mit der von England betriebenen Politik der faktischen Zugeständnisse an Deutschland solidarisierte, große Befriedigung hervor.

Ausgehend von dieser Einschätzung der englischen Manöver und den recht ratlosen Handlungen der französischen Diplomatie legte die deutsche Regierung ihre Haltung zur englischen Note zum Westpakt⁵ fest. Wie ich bereits berichtete, sind die Deutschen mit dem allgemeinen Charakter der Note und mit dem Umstand zufrieden, dass im Unterschied zum Fragebogen⁶ die Note nicht veröffentlicht worden ist. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die letzte englische Note zur Locarno-Konferenz ein sehr ernsthaftes Zugeständnis an die Deutschen darstellt, ja, genauer ein Zurückweichen vor Deutschland im Vergleich zu der Haltung darstellt, die die englische Regierung im Fragebogen einnahm, den die Deutschen unbeantwortet ließen.

Die deutschen Überlegungen zur Locarno-Konferenz laufen bekanntlich, auf drei Punkte hinaus: 1) Deutschland wünscht zu wissen, ob Frankreich nicht beabsichtige, aus den Verpflichtungen des Westpaktes jene Fälle herauszunehmen, die in den französischen Bündnisverträgen und in dem französisch-sowjetischen Vertrag vorgesehen sind. Deutschland wünsche nichts mit Frankreich gemeinsam mit seinen Verbündeten, sondern nur mit Frankreich allein etwas zu tun zu haben. 2) Deutschland ist nicht damit einverstanden, das Rheinproblem mit dem Problem des Mittelmeeres zu verknüpfen; Deutschland wird sich gegen die Unterzeichnung von Beistandspakten ohne Italien aussprechen und folglich unter gewissen Bedingungen gegen Italien. 3) Deutschland interessiert sich dafür, wie die Frage hinsichtlich der Schiedsgerichtsinstantz beim Westpakt entschieden wird, da Deutschland gegen eine Verknüpfung des Westpaktes mit dem Völkerbund ist, wie das im alten Locarno[-Vertrag] der Fall war.

Von diesen drei Punkten, die offenbar den Hauptinhalt einer eventuellen deutschen Antwort auf die englische Note bilden werden, ist natürlich der erste Punkt der wesentliche. Die Hitlerleute betrachten nach wie vor die Hauptaufgabe ihrer Außenpolitik darin, den französisch-sowjetischen Vertrag zu bekämpfen und ihn nach Möglichkeit zu annullieren. Wenn sie letzteres nicht durchzusetzen vermögen, werden sie auf alle Fälle danach streben, dem französisch-sowjetischen Pakt jeglicher praktischen Bedeutung zu berauben, ihn zumindest einzufrieren.

Zugleich ist zu berücksichtigen, dass die Deutschen überhaupt keine Eile mit einer Antwort auf die englische Note haben und, falls es keine spezielle Veranlassung gibt, bemüht sein werden, ihre Antwort maximal hinauszuzögern. In ihrem Bestreben, die Vorbereitung der Locarno-Konferenz zu verzögern, lassen sich die Hitlerleute von zweierlei Überlegungen leiten: erstens, von dem Wunsch, den Aus-

³ Die Satzung bzw. das Statut des Völkerbundes war im Versailler Vertrag enthalten.

⁴ Vgl. Dok. 537, Anm. 2.

⁵ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 546, Anl., S. 913–914.

⁶ Vgl. Dok. 454, Anm. 4.

gang des spanischen Kampfes abzuwarten, zweitens, von der Spekulation auf innenpolitische Schwierigkeiten in Frankreich. Einige Anzeichen sprechen dafür, dass die deutschen Faschisten in einem immer größeren Maße auf ein innenpolitisches Durcheinander in Frankreich setzen und mit der innenpolitischen Entwicklung in Frankreich wahrscheinlich weitreichende Pläne verbinden. Gegenwärtig zeigen die Deutschen ein gesteigertes Interesse an Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Teilnehmern der Volksfront, in erster Linie zwischen den Kommunisten und Blum. Die Deutschen registrieren aufmerksam die Divergenzen zwischen den Kommunisten und den Sozialisten, sowohl in der französischen Innenpolitik als auch in der Spanien-Frage.

Hinsichtlich des Bürgerkrieges in Spanien festigen und entwickeln die Hitlerleute weiterhin jene unzweideutige Haltung, die sie von Anfang an zur Unterstützung des Militärputsches von Franco eingenommen haben.

In Übereinstimmung mit dieser Haltung und in der Hoffnung auf eine baldige Einnahme von Madrid sowie auf die Schwäche Frankreichs bezog Deutschland umgehend eine recht unversöhnliche Position gegenüber unserem Schritt in der Frage der Nichteinmischung.⁷ Deutschland beabsichtigt nicht, von der Linie abzuweichen, die es in der spanischen Frage einnimmt. Man kann davon ausgehen, dass die Hitlerleute jegliche Appelle und selbst Beschlüsse der Kommission zur Kontrolle sabotieren werden, falls es überhaupt solche Beschlüsse geben wird. Unsere offene Unterstützung der Madrider Regierung kann nicht nur eine Verstärkung der deutschen Unterstützung für die Rebellen hervorrufen, sondern schließt unter gewissen Umständen auch die *Möglichkeit eines offenen*⁸ Zusammenstoßes zwischen den Deutschen und uns nicht aus. Offenbar rechnen die Deutschen damit, in dieser Frage Schulter an Schulter mit Italien gehen zu können. Es versteht sich von selbst, dass angesichts der deutschen Kriegsgefahr der weitere Kampf rund um Spanien und unser Auftreten in London mit dem allgemeinen Problem der kollektiven Sicherheit und der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern eng verbunden sind. Bis jetzt sind die deutschen Erfolge ausschließlich auf die hilflose Politik sowohl Englands als auch Frankreichs zurückzuführen. Gegenwärtig besteht die Stärke Deutschlands mehr als jemals zuvor ausschließlich in der Schwäche der Friedensfront. Es ist möglich, dass unser entschlossenes Auftreten in der spanischen Frage einen heilenden Einfluss haben wird und wenigstens zu einer Konsolidierung der Faktoren führt, die dem Faschismus entgegenwirken. Falls wenigstens eine gewisse Konsolidierung gelingen sollte, könnten die Deutschen zum Rückzug gezwungen werden, weil die deutsche wirtschaftliche und sogar die militärische Stärke in einem hohen Maße von den wirtschaftlichen und allgemeinen innenpolitischen Schwierigkeiten untergraben wird.

Es ist mit aller Entschiedenheit zu unterstreichen, dass das faschistische Regime jetzt Schwierigkeiten durchlebt, mit denen es die letzten zwei Jahre nicht

⁷ Am 7.10.1936 gab der Vertreter der UdSSR im Internationalen Komitee zur Einhaltung des Abkommens über Nichteinmischung in die Angelegenheiten Spaniens, Kagan, im Namen der Regierung der UdSSR eine Erklärung ab, in der die Warnung ausgesprochen wurde, dass sich die sowjetische Regierung nicht an die sich aus dem Nichteinmischungsabkommen ergebenden Verpflichtung gebunden fühle, falls nicht unverzüglich die Verstöße gegen das Abkommen eingestellt würden. Vgl. DVP, Bd. XIX, Dok. 296, S. 463–464.

⁸ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

konfrontiert war. Im letzten Monat bestätigte sich vollkommen die seinerzeit geäußerte Annahme, dass die antisowjetische Hysterie in Nürnberg⁹ und der Charakter des Nürnberger Parteitages in einem bedeutenden Maße durch die innere Schwäche zu erklären ist. Die Lebensmittelsituation verschlechtert sich rapide, bei den Industrierohstoffen entstand eine beinahe katastrophale Lage. Das Währungsabkommen¹⁰, das sich als ein schwerer Schlag gegen Deutschland erwies, stellte das Schicksal der Mark infrage und bereitete dem deutschen Außenhandel zusätzliche Schwierigkeiten. In Parteikreisen ist zweifellos eine wachsende Unzufriedenheit zu beobachten, in breiten Kreisen der Bevölkerung ist das Ansehen des Regimes stark gesunken. Bei einer solchen Situation muss jeder deutsche außenpolitische Schritt als ein neues Täuschungsmanöver gewertet werden, während eine entschiedene Zurückweisung der deutschen Vorstöße die ohnehin schon schwierige Lage des faschistischen Regimes noch mehr schwächen kann.

Mit kommunistischem Gruß

Ja. Suric

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Gen. Krestinskij mit der Eingangs-Nr. 5528 vom 14.10.1936 mit dem Vermerk über die Versendung von Exemplaren an M.M. Litvinov, B.S. Stomonjakov, die 2. Westabteilung sowie von Krestinskij zusätzlich mit Bleistift geschrieben: Kaganovič, Molotov.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 4 [Exemplare] an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 13.IX.36.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 158–153. Original.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, Dok. 305, S. 473–476¹¹.

Nr. 549

Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den kommissarischen Staatssekretär im AA Dieckhoff

Moskau, den 12. Oktober 1936

Lieber Herr Dieckhoff!

Es wird Sie vielleicht interessieren zu erfahren, dass ich bei meiner Rückkehr in die Sowjetunion überall sehr liebenswürdig aufgenommen worden bin. Das war bereits an der Grenze in der Nähe von Leningrad der Fall und hat sich in Leningrad selber und in Moskau fortgesetzt; wo ich mit Sowjetbehörden in Berührung gekommen bin, hat man so getan, als ob gar nichts los gewesen wäre, und ist beinahe noch liebenswürdiger gewesen als sonst. Als ich mich bei Herrn Krestinski, dem gegenwärtigen

⁹ Vgl. Dok. 520.

¹⁰ Gemeint ist das im September 1936 abgeschlossene dreiseitige Abkommen zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich, mit dem sich die Vertragsparteien verpflichteten, einen stabilen Kurs ihrer Währungen zu gewährleisten.

¹¹ Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende und mit redaktionellen und stilistischen Korrekturen.

gen Leiter des Außenkommissariats, zurückmeldete, war auch dieser außerordentlich entgegenkommend und hat die Nürnberger Ereignisse mit keinem Wort gestreift.

Sehr viel Aufsehen hat hier die Art und Weise erregt, wie der neue spanische Botschafter¹ von den Sowjetbehörden empfangen worden ist. Am Bahnhof erwartete ihn Herr Krestinski, wie gesagt zur Zeit der Leiter des Außenministeriums, der Protokollchef², eine große Anzahl hoher Sowjetfunktionäre und vor dem Bahnhof eine unübersehbare Menschenmenge. Der am gleichen Tage eintreffende italienische Botschafter³ wurde „protokollgemäß“ nur von dem Vertreter des Protokollchefs⁴ und allerdings auch einem Abteilungsleiter des Außenministeriums empfangen. Ich komme hier immer mehr und mehr zu dem Eindruck, dass sich die Sowjetunion – einmal, um die Westmächte zu ärgern, dann aber, um aus der spanischen Angelegenheit wenn auch nicht den guten Ruf des Kommunismus, so doch die Sympathien der verschiedenen kommunistischen Parteien im Auslande zu retten – entschlossen haben, ziemlich unverblümt für das rote Spanien einzutreten. Wir glauben weiter, dass Litwinow selber auf die Entsendung eines spanischen Botschafters gedrängt hat, um die Stellung des Herrn Rosenberg in Madrid zu normalisieren und zu vermeiden, dass der Sowjetbotschafter in Spanien als besonders zum Zweck der Leitung des Kampfes gegen die Nationalisten entsandt erscheint. Der neue spanische Botschafter hat bereits vor 3 Tagen sein Beglaubigungsschreiben übergeben, aber sonst noch nichts von sich hören lassen.

Als ich ankam, liefen hier Gerüchte umher, dass die Russen beabsichtigten, uns dadurch zu schikanieren, dass sie die Lieferung für uns wichtiger Waren und Rohstoffe (Holz, Pelze, Mangan, Hanf) unmöglich machen wollten. Diese Gerüchte scheinen sich nicht zu bestätigen. Zwar hat Herr Hollender, der bekannte Leipziger Pelzmann, der eben hier weilte, keine Waren bekommen können, doch scheint es daran gelegen zu haben, dass über die Zahlungsweise eine Einigung nicht herbeizuführen war. Herr von Swieykowski wiederum hat das Röhrenausfuhrgeschäft, das er hier abschließen sollte, ohne weiteres zustande gebracht.⁵ Die Russen sollen besonders liebenswürdig gewesen sein. Auch *Manganerzkäufe*⁶, die ebenfalls an der Schwierigkeit der Bezahlung krankten, scheinen ihm zu gelingen. Herr Kandelaki, der sowjetische Handelsvertreter in Berlin, hat die Nachricht hierher gebracht, in Berlin sei ein Abkommen getroffen worden, wonach russische Waren wieder gegen deutsche Mark gekauft werden können. In diesem Zusammenhang dürfte das in Abschrift nebst Anlage beiliegende Schreiben des Herrn Herbert Göring an Herrn von Swieykowski vom 3. d. Mts.⁷ von Interesse sein. Ich übersende es Ihnen, weil es möglich ist, dass es noch nicht bis zum Auswärtigen Amt gelangt ist. Herr Kandelaki hat hier erzählt, dass inzwischen deutscherseits nicht nur der Verkauf an die Sowjetunion von Katapulten, sondern auch von Panzerplatten endgültig zugestanden worden sei.

Herr Hollender ist nach Berlin gefahren, um dort Erkundigungen darüber einzuziehen, was über Bezahlung von Rauchwaren mit Mark eigentlich abgemacht

¹ Marcelino Pascua.

² Vladimir Nikolaevič Barkov.

³ Augusto Rosso.

⁴ Semen Iosifovič Volk.

⁵ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 591, S. 993–994.

⁶ Das Wort ist unterstrichen.

⁷ Vgl. Dok. 540 und ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 591, Anlage 1, S. 994.

worden ist. Er will auch Sie aufsuchen.⁸ Wir, die Botschaft, kennen das angebliche neue Markabkommen ebenfalls noch nicht.

Mit sehr herzlichen Grüßen und mit Heil Hitler! bin ich, lieber Herr Dieckhoff,

Ihr sehr ergebener⁹

Schulenburg

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel: Hat dem Herrn RM vorgelegen und verschiedene Abzeichnungen, u. a. von R[itter]. Auf Kopfbogen des Deutschen Botschafters geschrieben.

PA AA, R 29851, Bl. 212132-212135.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 590, S. 991–992.

Nr. 550

Aufzeichnung der Unterredung des Mitarbeiters der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP Dürksen mit dem 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin

12. Oktober 1936

Abteilung Osten

Aktennotiz

Betrifft: Botschaftssekretär Gnedin

Auf Grund der persönlichen Zustimmung von Reichsleiter Rosenberg entsprach ich der Bitte des Botschaftssekretärs G[nedin] von der Sowjetbotschaft nach einer persönlichen Rücksprache, die heute zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags an neutralem Ort stattfand.

G. trug sofort sein Anliegen vor. Er habe unsere Einladung zum Diplomatischen Empfang am 15. Okt. angenommen, da er auf dem nüchternen Standpunkt stehe, er habe als Pressechef der Botschaft sich unabhängig von Meinungsverschiedenheiten für die Vorgänge im Dritten Reich zu interessieren. Er bitte aber um Auskunft über den voraussichtlichen Inhalt der Rede des Herrn Reichsleiters Rosenberg¹, denn es würde ihm selbstverständlich unerträglich und nicht möglich sein, eine Rede anzuhören, die sich auf derselben Linie wie die Nürnberger Reden bewegt. Er würde in solchem Falle gezwungen sein, den Saal mitten in der Rede demonstrativ zu verlassen. Andererseits sähe er natürlich keine Veranlassung, eine Rede allgemein außenpolitischen Inhalts nicht anzuhören, nur weil ihre und unsere Meinungen über die außenpolitischen Probleme sehr verschieden seien.²

⁸ In seinem Antwortschreiben vom 20.10.1936 teilte Dieckhoff Schulenburg mit, dass er Herrn Hollender wegen Arbeitsüberlastung nicht empfangen konnte. Vgl. PA AA, R 29851, Bl. 212138.

⁹ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

¹ Vgl. Dok. 554.

² In einer späteren Aktennotiz ergänzte Dürksen am 19.10.1936: „G[nedin] schickte seiner Anfrage die ‚Bitte‘ voraus, seine Anfrage doch ja nicht etwa in dem Sinne aufzufassen, dass er

Auftragsgemäß erwiderte ich, dass ich glaubte autorisiert zu sein, ihm eine Antwort dahingehend zu geben, dass die Rede des Herrn Reichsleiters Rosenberg sich insbesondere mit den weltpolitischen Ereignissen der jüngstverflossenen Zeit vom deutschen Standpunkt aus beschäftigen und in diesem Rahmen selbstverständlich auch die Haltung Moskaus, vor allem in Hinblick auf den Nürnberger Parteitag, berühren werde.

G. griff die Äußerung vom „deutschen Standpunkt aus“ auf und fragte, was denn nun eigentlich der deutsche Standpunkt sei: etwa die Reden der deutschen Staatsmänner in Nürnberg, die in Moskau sehr viel genauer genommen würden als alles, was die deutsche Presse schreibe oder etwa das, was als praktische deutsche Außenpolitik in Erscheinung trete.

Ich verwies darauf, dass in Nürnberg der Kongress der NSDAP stattgefunden hätte und hier vor allem ein politisch-weltanschauliches Bekenntnis zum Ausdruck gekommen sei. Wenn auch die Außenpolitik mit anderen Mitteln und auf einer anderen Basis geführt werde, so sei trotzdem eine Unterscheidung verschiedener deutscher Standpunkte unsinnig, sofern man hierbei Meinungsverschiedenheiten konstruiert.

G. versuchte nun, mir klarzumachen, dass Deutschland sich durch die Nürnberger Reden sehr geschadet habe und seine Lage sehr viel ungünstiger geworden sei. Es hätten ihm nach Nürnberg viele Ausländer, die keinerlei Sympathien zum Bolschewismus in der Sowjetunion verdächtig seien, erklärt, dass sie die Nürnberger Methoden ablehnten. G. betonte hierbei noch einmal, dass es eine unmögliche Methode sei, die Zusammensetzung der Sowjetregierung nach Juden (!) usw. öffentlich in solch' beleidigender Form zu behandeln, wie es in Nürnberg geschehen sei. Solche Beleidigungen und Beschimpfungen könne er natürlich nicht über sich ergehen lassen. Er wiederholte, er würde bei einer solchen Rede demonstrativ den Saal verlassen müssen.³

Ich gab hierauf meiner Verwunderung Ausdruck, dass G. so sehr darum besorgt sei, uns eine Demonstration zu ersparen und ferner dem Deutschen Reiche zu wünschen, dass es außenpolitisch erfolgreich sei. G. bemühte sich, mich davon zu überzeugen, dass er vor 1½ Jahren nach Berlin eigens mit dem Auftrag gekommen sei, die Möglichkeiten einer Besserung der Beziehungen zu studieren. Er habe damals geglaubt, dass es möglich sein würde, ein gutes Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern zu erreichen. Heute sei man allgemein infolge der Nürnberger Reden und anderer Dinge auf Seiten der Sowjetunion sehr negativ gegenüber einer solchen Möglichkeit eingestellt. Aber er wolle nur sagen, dass diese damalige Einstellung an sich wiederkehren könne. – Ich habe hierzu nur mein Erstaunen geäußert und darauf verwiesen, dass ja wohl der Wunsch nach guten Beziehungen zu Deutschland auf Seiten der Sowjetunion zu jener Zeit am größten war, als die Kommunistische Partei in Deutschland ihren Höchststand aufwies.

[Dürksen]

BArch, NS 43/2, Bl. 55-57.

versuche, einen Druck in Bezug auf den Inhalt der Rede auszuüben. Auf diese Anmaßung hin konnte ich ihm versichern, dass eine solche Auslegung bestimmt nicht in Frage käme!“ BArch, NS 43/2, Bl. 53–54, hier Bl. 53.

³ Gnedin entschied sich gegen den Besuch der Veranstaltung; vgl. Dok. 555.

Nr. 551

Schreiben des Chefs der Hauptverwaltung für die Zivile Luftfahrt Tkačev an
den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des
Rates der Volkskommissare Molotov

GEHEIM

Expl. Nr. 2

13. Oktober 1936

10-13-10

AN DEN

SEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

Gen. KAGANOVIČ

VORSITZENDEN DES SNK DER UdSSR

Gen. *MOLOTOV*¹

Kopie an: NKID – Gen. KRESTINSKIJ

* „ÜBER DIE LUFTVERBINDUNG ZWISCHEN DER UdSSR UND
DEUTSCHLAND“^{*2}

*Vom 7. bis 10. Oktober d. J. fanden in Moskau Verhandlungen mit der Delegation der deutschen Gesellschaft Deruluft über den weiteren Betrieb der *Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland^{*3} statt, die im Zusammenhang mit dem Auslaufen des Vertrages zum Ende dieses Jahres notwendig wurden.^{*4} Die deutsche Delegation leitete der kaufmännische Direktor der Luft-hansa Herr LUZ.

Vor den Verhandlungen haben wir die deutsche Seite nicht von unseren Vorschlägen in Kenntnis gesetzt, und deshalb wollten die Deutschen eingangs vor allem unsere Vorschläge zur weiteren Existenz der Gesellschaft Deruluft und den weiteren Betrieb der Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland erfahren.

Auf der Grundlage der mir vom ZK der VKP (B) erteilten Weisungen⁵ *legte ich unsere grundsätzlichen Vorschläge^{*6} zum weiteren Betrieb der Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland dar, *die in Folgendem bestehen^{*7}:

1. Im Zusammenhang mit dem Auslaufen des Vertrages schlagen wir vor, die russisch-deutsche Gesellschaft Deruluft, die die Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland betreibt, zu liquidieren.

2. Von dem Wunsch ausgehend, die Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland beizubehalten, bieten wir an, ein neues Abkommen für den Betrieb der Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland in Form eines

¹ Der Name ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

² Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

³ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁴ Der Text ist mit rotem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

⁵ Vgl. Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 29.8.1936 (Protokoll Nr. 42, Pkt. 392, Sondermappe). In: RGASPI, f. 17, op. 166, d. 563, l. 111.

⁶ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁷ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

bilateralen Abkommens auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Seiten („POOL“-Form) abzuschließen.

3. Die Luftverbindungen werden von den Vertragsparteien auf der gesamten Trasse von Moskau bis Berlin durchgeführt. Die Linie Leningrad-Königsberg-Berlin ist aus dem Abkommen auszuschließen.

4. Der Vertrag sollte bis Ende 1936 abgeschlossen sein, damit auf seiner Grundlage ab dem 1. Januar 1937 der Betrieb aufgenommen werden kann.

5. Da die sowjetischen Flugzeuge bei ihrem Flug nach Berlin das Territorium des Danziger Korridors überfliegen müssen, fordern wir die deutsche Seite auf, die Verpflichtung zu übernehmen, sich mit Polen über ein Überflugrecht für die sowjetischen Flugzeuge über den Danziger Korridor zu verständigen.

Bei der Erörterung des ersten Punktes dieser Vorschläge *zeigte sich, dass die Deutschen bestrebt sind, die Gesellschaft „Deruluft“ aufrechtzuerhalten⁸, die ihnen eine Reihe von Vorteilen verschafft. Zugleich versuchten sie herauszufinden, wie ernst unsere Entscheidung ist, diese Gesellschaft zu liquidieren. Als ihnen erklärt wurde, dass wir fest entschlossen seien, die Gesellschaft „Deruluft“ zu liquidieren, schlugen sie vor, diese Gesellschaft durch ein Abkommen auf der Grundlage unserer Vorschläge beizubehalten, die Gesellschaft „Deruluft“ aber juristisch mit einem unbedeutenden Grundkapital weiterzuführen. Als wir auch diesen Vorschlag kategorisch ablehnten, sahen sich die Deutschen veranlasst, unsere Positionen zu akzeptieren und erklärten sich einverstanden, unser Angebot zum Abschluss eines Abkommens entsprechend der „POOL“-Form anzunehmen.

Jedoch versuchte während der Verhandlungen der Leiter der deutschen Delegation Herr LUZ, das neue Abkommen mit der Regelung einiger Meinungsverschiedenheiten auf finanziellem Gebiet zu verbinden, die zwischen der sowjetischen und der deutschen Seite während der Sitzung des Aufsichtsrates der Gesellschaft „Deruluft“ im Zusammenhang mit der Bestätigung der Bilanz für 1935 aufgetreten waren.

LUZ, der sich auf den unregelmäßigen Zustand der Finanzen berief, erlaubte sich scharfe Formulierungen in dem Sinne, dass es, wenn die sowjetische Seite nicht auf die Befriedigung der Finanzansprüche der Deutschen einging, keine produktiven Gespräche über das zukünftige Abkommen geben könne; er glaube, dass sich diese Gespräche als nutzlos erweisen können. Da sich Herr LUZ in den Verhandlungen dies einige Male erlaubte, war ich gezwungen, ihm zu erklären, dass das Verhalten der deutschen Seite Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Aufrechterhaltung der Luftverbindung aufkommen lasse, wenn sie in die UdSSR gekommen sei, um Verhandlungen zu einer politisch bedeutsamen Frage wie der Aufrechterhaltung der Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland zu führen und diese nun von gänzlich unbedeutenden finanziellen Meinungsverschiedenheiten abhängig gemacht werde.

Meine scharfe Erwiderung beeindruckte offenbar die deutsche Seite, sodass sich Herr Luz umgehend zu der Erklärung genötigt sah, seine Ausführungen sollten als Bestreben betrachtet werden, gleichzeitig auch die Finanzfrage zu lösen. Er persönlich sei von seiner Regierung nicht bevollmächtigt worden, in derart kategorischer Form ein Junktim zwischen einem Finanzausgleich und dem künftigen Vertrag über die Luftverbindungen herzustellen.

⁸ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

*Somit gelang es, die erste Frage bezüglich der Liquidierung der Gesellschaft „Deruluft“ zu regeln und sich im Folgenden schnell über die künftige Form des Abkommens zu verständigen, wonach sich die Deutschen einverstanden erklärten, für das zukünftige Luftverbindungsabkommen die „POOL“-Form anzunehmen.

Bei der dritten Frage erkannten die Deutschen die Richtigkeit unserer Forderungen sofort an, dass sowohl die deutschen als auch die sowjetischen Flugzeuge die gesamte Trasse zwischen Moskau und Berlin befliegen (gegenwärtig fliegen die sowjetischen Flugzeuge nur bis Königsberg). Unsere Ablehnung, die Luftverbindungen bis nach Leningrad zu verlängern, hinterließ bei den Deutschen offenbar einen starken Eindruck, denn sie versuchten einige Male zu dieser Frage zurückzukehren, indem sie in das Abkommen auch den Vorschlag bezüglich der Verbindung nach Leningrad aufzunehmen wünschten, offenbar in der Absicht, damit ihren Einfluss in den baltischen Ländern zu bewahren. Wir wiesen diesen Vorschlag entschieden zurück, und die Deutschen sahen sich genötigt, sich auch damit abzufinden.*⁹

*Bei der vierten Frage*¹⁰ erklärten sich beide Seiten einverstanden und erachteten es als möglich, die Abfassung des neuen Vertrages zu beschleunigen, damit der Betrieb auf der Grundlage des neuen Abkommens ab 1. Januar 1937 erfolgen kann, d. h. ab dem Zeitpunkt, an dem die Frist des alten Abkommens abläuft.

*Auf die von uns eingebrachte fünfte Frage, dass die Deutschen, die einen Vertrag mit Polen über die Luftverbindungen auf einer umfassenderen Grundlage haben, von ihrer Seite Schritte unternehmen sollten, um von den Polen das Einverständnis zum Überflug sowjetischer Flugzeuge über den Danziger Korridor zu erwirken, erhielten wir eine kategorische Absage. Herr LUZ erklärte, dass dabei nichts herauskomme, da sich die Vertreter der Lufthansa selbst nicht dieser Frage annehmen könnten, während sie es für unmöglich hielten, über das Luftfahrtministerium entsprechende Schritte zu unternehmen. Deshalb lehnte er eine Erörterung dieser Frage ab.*¹¹

Da die Deutschen in dieser Hinsicht eine bestimmte Unnachgiebigkeit zeigten und es ablehnten, Verpflichtungen einzugehen, verblieb als gegenwärtig einzig mögliche Lösung, den Danziger Korridor über die See zu umfliegen, was technisch durchaus möglich ist (ohne Zwischenlandung in Danzig), und sich für die Zukunft das Recht vorzubehalten, auf diese Frage zwecks Regelung des Überflugs des Danziger Korridors für unsere Flugzeuge zurückzukommen.

Da es gelang, zu den Hauptpunkten prinzipielles Einverständnis zu erzielen, folgten Verhandlungen zu einigen technischen Fragen. Insbesondere wurde die Frage bezüglich neuen [Flug]Materials erörtert. Beide Seiten sprachen den Wunsch aus, dass die materielle Ausstattung beider Seiten hinsichtlich der technischen Parameter ungefähr gleich sein möge. *Wir gaben die Zusicherung ab, auf dieser Linie ab dem 1. Januar Flugzeuge in Dienst zu stellen, die hinsichtlich der Geschwindigkeit den deutschen Flugzeugen vom Typ Ju-52 gleichkommen.*¹² Wir und die Deutschen gingen die Verpflichtung ein, eine schnellere materielle Ausstattung vorzubereiten, um ab Sommer 1937 auf einen schnelleren Fahrplan überzugehen, der für Flüge zwischen Moskau und Berlin eine Flugdauer von ungefähr 6 bis 7 Stunden vorsieht.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

¹⁰ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹¹ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹² Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

Bei den praktischen Fragen wurde beschlossen, das jede vertragschließende Partei ihre eigenen Vertreter in den [Flug]Häfen auf dem Territorium der anderen Seite haben wird, wobei jede vertragschließende Partei auf ihrem Territorium die finanziellen Aufwendungen für den technischen Bedarf und für das Personal durch gegenseitige Verrechnung begleichen wird.

Insgesamt ist es durch die Verhandlungen gelungen, im gegenseitigen Einvernehmen fast alle grundsätzlichen und darüber hinaus auch technischen Fragen zu lösen.

Sodann erklärte die deutsche Seite, dass sie auf der Grundlage dieser abgestimmten Fragen die Verpflichtung übernimmt, nach ihrer Rückkehr nach Deutschland einen Mustervertrag zu erstellen und ihn uns zur Abstimmung zu schicken. Und wir verpflichteten uns, unsererseits einen Vertragsentwurf auszuarbeiten. *Die Deutschen baten, nach der Erörterung der Entwürfe Vertreter von Aeroflot nach Deutschland zwecks endgültiger Abstimmung des Vertrages zu entsenden, um dann*¹³ auch die Prozedur für die Vertragsunterzeichnung festzulegen. *Ich habe dazu meine Zustimmung gegeben.*¹⁴

Zum Ende der Verhandlungen zum neuen Abkommen habe ich, da die Deutschen die ganze Zeit über nachdrücklich auf eine Entscheidung bezüglich der finanziellen Meinungsverschiedenheiten in der Bilanz für 1935 bestanden, auch diese Frage geprüft und sie wurde im gegenseitigen Einvernehmen geregelt, *so dass unserer Seite keine zusätzlichen finanziellen Ausgaben für die Gesellschaft „Deruluft“ entstehen.*¹⁵

*Somit meine ich, dass es mit den abgeschlossenen Verhandlungen¹⁶ gelungen ist, die mir vom ZK der VKP (B) erteilte Weisung bezüglich der Veränderung der Vertragsform und der Beibehaltung der Luftverbindungen zwischen der UdSSR und Deutschland zu erfüllen.

Nach der Präsentation des Vertragsentwurfs durch die deutsche Seite und der Ausarbeitung unseres Entwurfs halte ich es für erforderlich, einen verantwortlichen Mitarbeiter von Aeroflot nach Berlin zu schicken, um den Vertrag endgültig abzustimmen.*¹⁷

CHEF DER HAUPTVERWALTUNG FÜR DIE ZIVILE LUFTFLOTTE, KOMKOR

TKAČEV

Vermerk mit rotem Farbstift: Beschluss.

Oben links befindet sich der Stempel der Geheimabteilung der Geschäftsführung des SNK der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 12968 vom 14.10.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 4 Expl. 3 an die Adressaten, 1[Exemplar] zu den Akten. 13/X-36.

Auf Kopfbogen der Hauptverwaltung für die Zivile Luftflotte geschrieben.

GARF, f. R-5446, op. 20a, d. 731, l. 28-24. Original.

¹³ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹⁵ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹⁶ Vgl. zum Bericht der Deutschen Botschaft über die bilateralen Verhandlungen auch Dok. 547.

¹⁷ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

Nr. 552

Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Sekretär
des ZK der VKP (B) Kaganovič, den Vorsitzenden des Rates der
Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für
Verteidigung Vorošilov

GEHEIM

Expl. Nr. 2
[13.10.1936]

NKVT Nr. 550
15/X-36¹

AN
Gen. KAGANOVIČ
Gen. MOLOTOV
Gen. VOROŠILOV

In der von der Regierung bestätigten Auftragsliste im Rahmen des deutschen 200-Millionenkredits gab es den Auftrag, zwei Kabel²-Katapulte zu kaufen.

Unsere wiederholten Versuche, von deutschen Firmen die Genehmigung einzuholen, uns diese Katapulte zu verkaufen, waren aufgrund eines Verbots des deutschen Kriegsministeriums ohne Ergebnis geblieben.

Nunmehr traf die Mitteilung ein, dass die Firma „Heinkel“ nach Erhalt der Genehmigung der deutschen Regierung ihr Einverständnis erklärte, uns diese Katapulte zu verkaufen.

Ich bitte, dem Narkomvneštorg die erforderlichen Mittel aus dem Restbestand des 200-Millionenkredits zu bewilligen. Die Kosten für die beiden Katapulte belaufen sich auf 450 Tsd. deutsche Mark.

Ich bitte, den beigefügten Beschlussentwurf zu bestätigen.³

A. Rozengol'c

Vermerk von Bogdanovič mit Tinte: Das unterzeichnete Exemplar wurde Rozengol'c persönlich ausgehändigt. Die Expl. 3, 4, 5 wurden vernichtet. 14/XI/36.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 5 Expl. 13.X.36.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2189, l. 31. Kopie.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 143, Anlage, S. 206.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² So im Dokument; richtig: Schiffs-.

³ Wird nicht veröffentlicht. Vgl. RGAE, f. 413, op. 12, d. 2189, l. 32. Der Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) wurde am 14.10.1936 durch Befragung gefasst. Vgl. Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 143, S. 205.

Nr. 553

**Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Sekretär
des ZK der VKP (B) Kaganovič und den Vorsitzenden des Rates der
Volkskommissare Molotov**

GEHEIM
Expl. Nr. 4
[14.10.1936]

**NKVT Nr. 551
15/X.36**¹

AN
Gen. KAGANOVIČ
Gen. MOLOTOV

Zur Verwendung der Barbestände an deutscher Mark
und zur Einlösung von Wechseln 1937 gegen Mark

Angesichts unserer verhältnismäßig großen Schuldenlast bei den Wechseln gegenüber Deutschland (in der Hauptsache im Rahmen des 200-Millionenkredits) und der Zinsen in einer Höhe von ungefähr 240 Mio. Mark (beginnend mit 1938) werden wir im Falle einer Abwertung der deutschen Mark bedeutende Vorteile erzielen.

Zurzeit haben wir in Deutschland ungefähr 16 Mio. Mark auf laufendem Konto. Wir haben die Möglichkeit ausgeschlossen, diesen Markbetrag einzufrieren, indem wir uns aufgrund eines Spezialabkommens mit den Deutschen das Recht sicherten, den gesamten Erlös aus dem Export für die Bezahlung der laufenden Aufträge bis zum 1. Juli 1937 zu verwenden. Zugleich wollten wir im Falle einer Abwertung der Mark keine Verluste an diesem Barbestand erleiden.

Im Zusammenhang damit unterbreitete das Narkomvneštorg am 29. September d. J. den Vorschlag, dass es zweckmäßig wäre, in Deutschland einige Waren in Mark auf Barrechnung zu kaufen.

Wie bekannt ist, tätigten wir in den letzten Jahren die Bezahlung unserer Wechsel an Deutschland zum Teil oder vollständig in Gold und Devisen.

Gen. Kandelaki, der hierher gekommen ist, berichtet über die Möglichkeit, von den Deutschen die Zusage zu erhalten, unsere Wechsel und die Terminwechsel im Jahr 1937 in Mark auf der Grundlage des weiteren Verkaufs unserer Waren in Deutschland einzulösen.

Unsere Wechsel 1937 vollständig mit den Markerlösen aus dem Export zu bezahlen, würde somit die Bedingungen bedeutend verbessern, unsere Schuldenlast in Deutschland zu tilgen.

Ich halte es für zweckmäßig, die beiden folgenden Maßnahmen durchzuführen:

1. die Barbestände an Mark für den Kauf von deutschen Waren zu verwenden;
2. sich mit den Deutschen über unser Recht zu verständigen, die Wechsel 1937 von 27 Mio. Mark nicht in Gold und Devisen zu bezahlen, wie das früher der Fall war, sondern mit Mark auf der Grundlage des weiteren Verkaufs unserer Waren in Deutschland. Dabei werden wir eine Kursabsicherung der Mark vornehmen, zum

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

Teil aufgrund der Verkaufsverträge für Exportwaren, zum Teil durch den Einsatz von kurzfristigen Krediten.

Den Beschlussentwurf füge ich bei.²

A. ROZENGOL'C

Stimmt mit dem Original überein:³

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare vermerkt: 4 E[xemplare]
14.X.36.*

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2210, l. 25–26. Beglaubigte Kopie.

Nr. 554

Fragmentarische Darlegung der Rede des Reichsleiters Rosenberg auf einem Empfang des Außenpolitischen Amtes der NSDAP

[15.10.1936]

Reichsleiter Rosenberg über die weltbolschewistische Zersetzungsarbeit

Am 15. Oktober sprach Reichsleiter Rosenberg auf einem Empfang des Außenpolitischen Amtes der NSDAP vor dem fast vollzählig versammelten diplomatischen Corps und der Weltpresse über aktuelle Fragen der Außenpolitik, wobei er besonders die Tätigkeit des Weltbolschewismus in den verschiedenen Staaten und das Verhältnis dieser Staaten zur kommunistischen Agitation behandelte.¹

Reichsleiter Rosenberg führte in seiner längeren Rede u. a. Folgendes aus:

Die NSDAP habe nicht zufällig bereits zwei Mal das Thema Bolschewismus und die Welt auf den Nürnberger Parteitag behandelt. Sie hatte im Jahre 1935 den weltpolitischen Zustand geschildert und habe angesichts der bedrohlichen Entwicklung der europäischen Politik auch in diesem Jahre das Wesen der bolschewistischen Tätigkeit gekennzeichnet und die wahren Führer des Bolschewismus genannt. Neben den in Nürnberg geschilderten Methoden seien in letzter Zeit namentlich einige Lösungen des Bolschewismus besonders stark betont worden. Es sei vor allen Dingen der Schlachtruf: „Kampf dem Faschismus“! Unter diesem Sammelbegriff verstehe Moskau alle aktiven nichtbolschewistischen Kräfte in der Welt. Man hätte die Hoffnung, dass die Vertreter des liberalistischen Zeitalters, die Gegner einer neuen nationalen Autorität seien, im Bolschewismus einen Bundesgenossen erkennen würden.

Der demokratische Staatsapparat solle die erwachten Kräfte aus dem Wege räumen, um freie Bahn für den Bolschewismus zu schaffen. Wie früher gewisse Revolutionäre von den Jakobinern abwechselnd in den einen oder anderen Staaten

² In der Akte nicht vorhanden. Vgl. den Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 26.10.1936, Punkt 4. In: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 144, S. 207.

³ Der Text ist mit Tinte geschrieben, die Unterschrift ist nicht lesbar.

¹ Gnedin übermittelte diesen deutschen Text nach Moskau (vgl. Dok. 555).

verschlungen worden seien, so spielte sich in dieses Schauspiel heute, planmäßig inszeniert, in der ganzen Welt ab. „Der internationale Marxismus ist die Weltfrage, ob Europa zu Grunde gehen soll, oder ob es noch die Kraft zum entscheidenden Widerstand findet.“ Es stünden sich also nicht Proletariat und Bürgertum, nicht Bolschewismus und Faschismus gegenüber, sondern der Weltbolschewismus und Europa überhaupt. Der französische Schriftsteller Pierre Fervaque sei während des Krieges gemeinsam mit dem jetzigen roten „Marshall“ Tuchatschewski in Deutschland gefangen gewesen. Er teilt mit, Tuchatschewski habe angesichts der revolutionären Zustände erklärt, es sei ihm gleich, ob er unter den weißen Generälen oder der roten Fahne kämpfe, er wolle jedenfalls alles niederreißen und „reinen Tisch“ machen. Hier tritt der Hass als Motor der Weltpolitik in Erscheinung, nicht nur in diesem einen „Marshall“ der roten Armee, sondern als eine kollektive Erscheinung. Früher vielleicht unterbewusst vorhanden, heute durch Erschütterungen zu hellen Flammen angefacht: Der Hass der Steppe gegen alle europäische Staatlichkeit, verbündet in unserem Zeitalter mit einer jüdischen Weltverschwörung. Die Weltrevolution sei nach wie vor das eigentliche und wahre Schlachtgeschrei des Bolschewismus und angesichts dieses Phänomens könne es nur Mitleid erwecken, wenn man die Armee einer Weltzerstörung zu gut bürgerlichem Leben einer Biedermeierzeit überreden wolle. Ebenso gut könnte man einem Mann mit epileptischem Anfall die „Kritik der reinen Vernunft“ zu lesen geben!

Ein weiterer Köder des Bolschewismus sei der Begriff eines unteilbaren kollektiven Friedens. Einige europäische Staatsmänner glaubten ehrlich, vielleicht auf diese Weise eine Beruhigung der Welt herbeizuführen und erblickten in der Tatsache, dass der Bolschewismus sich – scheinheilig – diese Parole zu eigen mache, in ihm einen Bundesgenossen. Die Rede Litwinows in Genf² aber habe nur den einen Willen gezeigt alle Mächte gegen jene zu sammeln, die die bolschewistische Diktatur bei sich zu Hause überwunden hätten. Von einer Betätigung für einen wirklichen kollektiven Frieden sei nicht die Rede gewesen, sondern umgekehrt: unter Litwinows Befehl habe neuerdings der Kommunist – ich sage nicht Franzose – Thorez eine empörende Rede³ gehalten, der die gleiche Tendenz zu Grunde lag. Thorez erklärte triumphierend in Straßburg, er stünde nur 5 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt und fuhr fort: „Wir lieben das deutsche Volk eines Goethe, eines Marx, eines Engels, eines Heine und eines Thälmann, wir wollen es aber nicht verwechseln mit dem nationalsozialistischen Nachbarn.“

Ironisch fügte Reichsleiter Rosenberg hinzu, das Nennen der Namen Goethes und Thälmanns in einem Atemzuge zeige, dass es auch eine Philosophie der Unterwelt gäbe, die für Werte und Rangordnung überhaupt kein Organ mehr hätte.

Wir wollen, so fuhr Reichsleiter Rosenberg fort, das französische Volk aber nicht mit Thorez verwechseln, der heute im Auftrag einer fremden Macht gegen Deutschland hetzt. Er versage sich, die Beschimpfungen des Führers hier anzuführen. Er wolle nur feststellen, dass niemals ein nationalsozialistischer Führer oder Minister das französische Staatsoberhaupt⁴ angegriffen habe, ja auch nicht den Ministerpräsidenten-

² Vgl. Dok. 537.

³ Maurice Thorez: Für die Einigung des elsässischen und französischen Volkes im Schoß der französischen Demokratie. Rede gehalten am 11. Oktober 1936 in Straßburg, Strassbourg-Neudorf [1936].

⁴ Albert Lebrun.

ten Blum, geschweige denn, dass diese Persönlichkeiten beschimpft worden seien. Die Rede von Thorez habe in Deutschland eine berechtigte starke Erregung hervorgerufen. Deutschland vergäbe darüber aber nicht, dass der Zweck dieses Kommunisten gewesen war, eine ehrliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu verhindern, d.h. also: „Der Kommunismus will keinen Frieden, geschweige denn einen kollektiven Frieden, sondern er will die Zerstörung jener Staaten, die er noch nicht unterjocht hat, und den Zustand einer ewigen Unruhe.“ Darum haben, so sagte Reichsleiter Rosenberg, „die europäischen Nationen alle Ursache Friedenspakete anzustreben, aber zu verhindern, dass professionelle politische Giftmischer dabei stören“. Und im Übrigen, wie kommen ausgerechnet die Leute der 3. Internationale dazu, Europa belehren zu wollen? Millionen verwahrloster Kinder laufen in der Sowjet-Union herum, furchtbare Hungertode und Vernichtungen ganzer Völkerschaften sind die Erfolge des Sowjet-Regimes gewesen. Ein Analphabetentum wird künstlich noch weiter in Verblödung, verbunden mit Überheblichkeit, gehalten. Der Führer habe erklärt, der deutsche Arbeiter sei zu intelligent, um sich von Moskau belehren zu lassen. Die englische Arbeiterpartei hat ebenfalls bekanntgegeben, auch der englische Arbeiter sei zu klug, um eine Belehrung aus Moskau zu gebrauchen. Wir hoffen, dass die Erkenntnis fortschreitet, dass nicht ausgerechnet der Verwahrlosete zur Führung und Belehrung berufen ist.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus zeigt sich auch, dass ebenfalls von der Sowjet-Seite der französisch/russische Pakt nicht als Beitrag zum Kollektiven Frieden, sondern zu einer unter bolschewistischer Führung stehenden Blockbildung gedacht war. Wenn man dabei Deutschland vorwirft, es wolle Frankreichs Vernichtung, so sei das ein erschreckend kleiner Standpunkt, denn uns Europäer erwartet letzten Endes angesichts heutiger Bedrohungen das gleiche Schicksal. Es ging aber nicht an, wenn verantwortliche große französische Zeitungen schrieben, Hitlers Stellung hätte sich durch die pro-kommunistische Tätigkeit in Frankreich gefestigt, der Kommunismus sei der geschworene Feind Frankreichs und der beste Verbündete Hitlers – als ob wir auch für den Bolschewismus in Frankreich verantwortlich seien! So ginge das nicht! Es ginge auch nicht, wenn klerikale Blätter erklärten, der Nationalsozialismus sei ein Sauerteig, um überall das Schicksal der bekennenden Christen in Russland und Spanien zu wiederholen! Auch hier die Verantwortlichmachung des Nationalsozialismus für Sünden, die klerikale Parteien selbst früher in Italien, Deutschland und Spanien auf sich geladen hätten. Es täte gut, sich gerade in diesem Lager auf das von dort so viel gepredigte Wort: „Du sollst nicht lügen“ zu besinnen. Unter einem Don Sturzo sei Italien an den Bolschewismus herangeführt worden, unter der Herrschaft des Zentrums hätte Deutschland 6 Millionen bolschewistische Reichstags-Stimmen gehabt; im katholischen Spanien und nicht im nationalsozialistischen Deutschland wüteten Mord und Brand.

Wir wollen – so fuhr Reichsleiter Rosenberg fort, den Nationalsozialismus nicht auf andere Völker übertragen. Wenn sie mit der Demokratie den Bolschewismus bei sich überwinden sollten, so soll uns das recht sein. Wir mischen uns nicht in die innere Formgebung eines anderen Volkes, können aber auch keine Belehrungen entgegennehmen von jenen, die selbst nicht fähig gewesen sind, die Gefahr unserer Zeit zu überwinden. Aber – so könnte man uns fragen – wenn ihr in Deutschland den Bolschewismus überwunden habt, warum sprecht ihr nicht davon? Wir können nur darauf antworten: „Weil wir bewusste Europäer sind.“ Wir wissen,

dass Deutschland nicht allein auf der Welt lebt, dass wir Nachbarn haben, mit denen wir in wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen stehen und weiter stehen wollen. Wir sehen die Verzweiflung einer Welt, den Verlust edler Ideale. Wir sehen zugleich Tumulte, furchtbare Bürgerkriege. Wir hören die Reden: Die Rote Armee sei das Heer der Weltrevolution. Wir sehen, dass in Karelien und in Ingermanland Dörfer um Dörfer ausgesiedelt werden, um als Durchmarschgebiet gegen Finnland und die baltischen Staaten zu dienen. Wir sehen, dass Angriffswege nach der russisch/rumänischen Grenze hin entstehen, und wir sehen die Flugzeuge, die Russland immer wieder in großer Zahl baut. Aber dann stehen vor unseren Augen auch die Städte, Burgen und Kirchen des alt-ehrwürdigen Europas. Wir sehen Windsor und Westminster; wir sehen die Sainte Chapelle, wir sehen die Palazzis von Florenz, wir sehen die Königsgräber in Schweden, die Schlösser von Krakau. Und wir wissen, das alles sind Werte von uns allen.

Soll das alles vernichtet werden wie die Kirchen in Barcelona, wie der Alkazar von Toledo? Nein! Wir wollen die Leute in Moskau sich einrichten lassen wie sie wollen, aber wir wollen ihre antieuropäische Lehre nicht, wir wollen Schutz der Heiligtümer Europas. Europa ist für uns keine geistige und politische Zwangsjacke. Es ist vielgestaltig und reich emporgewachsen. Wir wünschen einen edlen Wettstreit, aber keine Vernichtung. Wir fordern Achtung der inneren Lebensform, ehrlichen Ausgleich der wichtigen Interessen und Schutz vor fremden Infektionskeimen. Wir erstreben ein gemeinsames gutes Verhältnis zu den großen Kulturvölkern anderer Erdteile. Wenn – so ist unsere Überzeugung – wir diesen Willen in die Tat umsetzen können, dann kann aus der heutigen Krise vielleicht eine Gesundungs-krise werden und dann wird es möglich sein, aus der Zeit der Zersetzung eine große Wiedergeburt aller lebensstarken, schöpferischen Nationen einzuleiten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 75–79. In deutscher Sprache.

Nr. 555

Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Mitarbeiter der Abteilung Osten des Außenpolitischen Amtes der NSDAP Dürksen

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 16. Oktober 1936

Tagebuch

E. Gnedins

Ausgangs-Nr. 386/s¹

ZUM EMPFANG DES DIPLOMATISCHEN CORPS BEI ROSENBERG

Rosenberg verschickte wie gewohnt die Einladung zu seinem Empfang an die Genossen Suric, Bessonov und an mich. Im Namen der Genossen Suric und Besso-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

nov wurde mit einer Absage geantwortet, in meinem Namen mit einer Zusage. Danach rief ich einen der engsten Mitarbeiter Rosenbergs, Dürksen, an, mit dem ich bereits Gespräche geführt hatte, und schlug ihm vor, sich mit mir zu treffen. Am gleichen Tag vereinbarte Dürksen, offenbar nachdem er die entsprechende Genehmigung von Rosenberg erhalten hatte, mit mir das Treffen. Ich eröffnete das Gespräch mit Dürksen folgendermaßen: Ich antworte auf die Einladung Rosenbergs mit einer Zusage, weil es zu meiner Funktion gehöre, sich unmittelbar mit den Ansichten der Politiker des Landes bekannt zu machen, in dem ich mich aufhalte. Jedoch müsse ich Dürksen angesichts der bestehenden Lage einige Überlegungen vortragen. Ich wisse, mit wem ich es zu tun hätte und hege keinerlei Illusionen hinsichtlich der Ansichten Rosenbergs; gleichermaßen würden auch die Mitarbeiter Rosenbergs wohl kaum Illusionen hinsichtlich meiner Auffassung über ihre theoretischen Ansichten haben. Das Ziel dieses Treffens mit mir bestehe darin, eine einfache Auskunft zu bekommen: ob die Rede Rosenbergs vor dem diplomatischen Corps Ausfälle gegen die UdSSR im Geiste von Nürnberg² enthalten werde oder er eine Einschätzung der internationalen Lage zu geben beabsichtige und dabei die gebräuchlichen Regeln der internationalen Beziehungen einhalte. Ich mache im Voraus darauf aufmerksam, dass ich im Falle eines Verstoßes gegen diese Regeln den Saal in der Mitte der Rede verließ und es einen Skandal geben werde. Ich säße hier nicht um der Skandale willen und deshalb bäte ich, mir eine Auskunft zu geben. Dürksen, der offenbar auf meine Frage vorbereitet war, erklärte: Er sei bevollmächtigt zu sagen, dass der Vortrag Rosenbergs der allgemeinen Darlegung der internationale Lage und insbesondere den Reaktionen der UdSSR auf Nürnberg gewidmet sein werde. Die Einschätzung werde natürlich aus deutscher Sicht gegeben werden. Darauf antwortete ich, dass das Elend des heutigen Deutschland darin bestünde, dass unbekannt sei, was die Darlegung des deutschen Standpunktes beinhalte: beleidigende Ausfälle gegen ausländische Regierungen oder tatsächlich eine übliche Darlegung der Politik des Landes. Dazu bemerkte Dürksen, dass der Vortrag Rosenbergs einen sachlichen Charakter haben werde und seine Rede in Nürnberg eine Parteitags-Rede gewesen sei.

Damit war das Thema des Treffens erschöpft. Während des weiteren, recht langen Gesprächs interessierte sich Dürksen hauptsächlich für drei Fragen: für die Analogie zwischen der französisch-russischen Vorkriegsentente und dem französisch-sowjetischen Vertrag als ein Moment, wie er sich ausdrückte, des sowjetischen Umschwinkens in Richtung Frankreich (er verlegte diesen Moment in das Jahr 1932) und zur Rolle unserer Roten Armee als „Instrument zur Befreiung anderer Völker“ (so Dürkens Formulierung, indem er sich auf den Leitartikel der „Krasnaja zvezda“ vom 1. August 1935 berief³). Bei meiner Erwiderung musste ich berücksichtigen, dass die Hitlerleute es sehr lieben, den ausländischen Diplomaten zu beweisen, dass Deutschland vor einer Erneuerung der Vorkriegsentente gestan-

² Vgl. Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 14. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden, München 1936, S. 80–96.

³ In dem Artikel hieß es: „Die Rote Armee bedroht niemanden, aber sie stellt eine wahrhaftige und ernsthafte Bedrohung für diejenigen dar, die ihre Stärke auf die Probe zu stellen versuchen und sich auf Kosten des Landes der proletarischen Diktatur bereichern wollen.“ Vgl. „Za mir, vojna imperialističeskoj vojne“ (Für Frieden, Krieg dem imperialistischen Krieg). In: Krasnaja zvezda vom 1. August 1935, S. 1.

den habe, dass der Nichtangriffspakt von 1932⁴ (d.h. ein Akt, der vor dem Machtantritt Hitlers stattfand) der Beginn der neuen französisch-russischen Entente gewesen sei und die Gefahr dieser angeblich wiederbelebten Entente dadurch erhöht werde, dass die Rote Armee das Instrument der Weltrevolution sei. Ich versuchte, Dürksen geduldig die Unhaltbarkeit derartiger Argumente klarzumachen.

Da die Antwort Dürkens auf meine Frage nach dem Charakter des Vortrages von Rosenberg recht nebulös ausfiel, bin ich nicht zu dem Empfang gegangen. Der Vortrag drehte sich gänzlich um die Bekämpfung des Bolschewismus, enthielt aber keine Beleidigungen gegen die sowjetische Regierung. Den vollständigen Text des Vortrages füge ich diesem Tagebuch bei⁵.

E. Gnedin

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3181 vom 20.10.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 72–73. Original.

Nr. 556

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters des Referats IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA Schnurre mit dem Generalreferenten im Reichswirtschaftsministerium Göring

Berlin, den 19. Oktober 1936

Geheim!

Ich hatte heute eine längere Unterhaltung mit Herrn Herbert Göring über die deutsch-russischen Wirtschaftsfragen. Herr Herbert Göring teilte mir über seinen Standpunkt Folgendes mit:

1. Die Rohstofflage und der Fortgang der deutschen Aufrüstung seien nach der Erkenntnis der maßgebenden Stellen so, dass wir auf russische Rohstoffbezüge angewiesen seien. Es sei daher notwendig, die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen über den augenblicklich toten Punkt hinauszubringen. Die Vorbedingung dazu sei, das Russlandgeschäft gänzlich zu entpolitisieren. Einen entsprechenden Auftrag habe er von Generaloberst Göring erhalten. Zweck dieses Auftrages soll eine Zentralisierung der deutsch-russischen Wirtschaftsfragen in seiner Hand sein, um zu vermeiden, dass die Russen wie bisher zu allen möglichen Stellen liefen, um dann den einen gegen den andern auszuspielen. Generaloberst Göring habe sich bereit erklärt, ad hoc jede an ihn herangebrachte Frage, insbesondere auf dem Gebiet der Rüstungslieferungen, binnen kürzester Frist zur Entscheidung zu bringen. Generaloberst Göring wolle Kandelaki und Friedrichson persönlich empfangen, sobald Kandelaki in der nächsten Woche aus Moskau zurückgekehrt sei. Dies

⁴ Vgl. Handbuch der Verträge 1871–1964, S. 264–266; DVP, Bd. XV, Dok. 456, S. 637–640.

⁵ Vgl. Dok. 554.

sei Kandelaki auch schon mitgeteilt und ihm gesagt worden, er möchte mit konkretem Liefer- und Bestellprogramm aus Moskau zurückkommen.

2. Über seine bisherigen Bemühungen sagte mir Herr Herbert Göring, dass es ihm gelungen sei, die Frage der Lieferung von *Panzerplatten* und von *Flugzeugkatapulten* in positivem Sinne klarzustellen. Dies sei den Russen auch schon mitgeteilt.¹ Wegen der *Unterwasserabhörgeräte* sehe die Sache gleichfalls günstig aus. Zweifelhaft erschiene ihm die Frage der Lieferung von *Kriegsschiffen*. Der russische Wunsch ginge auf Lieferung von Kriegsschiffen bis zum Werte von 200 Millionen Reichsmark. Generaloberst Göring stehe der Frage positiv gegenüber, es sei aber zweifelhaft, ob er mit seiner Ansicht durchdringe. Von den Gegenlieferungen, die er, Herbert Göring, von den Russen verlangt habe, seien die wichtigsten *Manganerze*², die wir am dringendsten brauchen.

3. Das weitere Prozedere gegenüber den Russen stellt Herbert Göring sich so vor, dass die notwendigen Besprechungen über Lieferungen an die Sowjetunion und über den Bezug von Rohstoffen von ihm persönlich weiter mit Kandelaki und Friedrichson geführt würden. Bei notwendig werdenden Entscheidungen, die über seine bisherigen Instruktionen hinausgingen, werde er Generaloberst Göring und Präsident Schacht berichten. Um die Wirtschaft stärker heranzuziehen, sei es notwendig, den Russlandausschuss der deutschen Wirtschaft ****stärker****³ zu aktivieren und der Industrie den Gedanken der Entpolitisierung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen näherzubringen. Die deutsche Industrie müsse darauf hingewiesen werden, dass Lieferungen nach Russland mehr denn je im nationalpolitischen deutschen Interesse lägen, da wir nur so die notwendigen Rohstoffe im Kompensationswege erhalten könnten. Er wolle in etwa 10 Tagen, nach der Besprechung Generaloberst Göring/Kandelaki, den Vorstand des Russlandausschusses zusammenrufen und in einem Exposé diese Gedanken vortragen.

4. Über die Form der künftigen deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere über die Frage der Verlängerung des jetzigen Vertrages⁴ für das Jahr 1937, hatte sich Herr Herbert Göring noch keine Gedanken gemacht. Es schwebt ihm ein reiner Kompensationsverkehr, deutsche Industrielieferungen unter Anwendung des Zusatzausfuhrförderungsverfahrens gegen russische Rohstofflieferungen auf der Grundlage von Weltmarktpreisen vor.

5. Ich habe Herrn Herbert Göring Folgendes erwidert: Es sei sehr zu begrüßen, dass eine straffere Zusammenfassung der wirtschaftlichen Russlandfragen in seiner Hand erfolge. Über die schlechthin entscheidende Frage der Lieferungen nach Russland könne nur jemand sprechen, der von höchster politischer Stelle dazu autorisiert sei. Ich vermisste in seiner Darlegung jedoch zwei sehr wichtige Gebiete. Der industrielle Sektor erfahre zwar auf diese Weise eine tatkräftige Förderung, dagegen komme der landwirtschaftliche Sektor zu kurz, und die entscheidende Frage, wie wir unser Vertragsverhältnis zur Sowjetunion für das Jahr 1937 ausgestalten wollten, müsste, wenn er sich wie bisher allein der russischen Fragen annehme, doch wieder auf anderem Wege vorwärts getrieben werden. Alle 3 Fragengruppen, Industriesektor, Agrarsektor, Vertragsgestaltung, ständen aber so in Verbindung

¹ Vgl. Dok. 552.

² Die markierten Worte dieses Absatzes sind unterstrichen.

³ Das Wort ist hinzugefügt.

⁴ Vom 29.4.1936; vgl. Dok. 451, Anm. 2.

miteinander, dass eine getrennte Behandlung kaum möglich sei. Wollte man wirklich eine solche Zentralisierung, die sehr zu begrüßen sei, dann könne er das nicht allein machen. Er brauche aus Gründen der Zuständigkeit und Arbeitsteilung zum mindesten je einen Vertreter der hauptbeteiligten Ressorts. Herr Herbert Göring griff diesen Gedanken durchaus auf, wollte jedoch ein solches Gremium möglichst klein halten und es auf *mich als Vertreter* des Auswärtigen Amts und evtl. einen Vertreter des *Reichsernährungsministeriums*⁵ beschränkt wissen. Die Notwendigkeit hierzu erkannte er durchaus an und hat die Absicht, diese Gedanken bei nächster Gelegenheit von sich aus dem Präsidenten Schacht vorzutragen. Bis dahin will er mich weiter über alles auf dem Laufenden halten. Wir waren uns darüber einig, dass unter allen Umständen vermieden werden müsse, dass die Regelung für 1937 nicht rechtzeitig fertig würde. Sobald Klarheit über die Lieferfrage nach der Sowjetunion geschaffen sei, müssten die Besprechungen über die Gestaltung unseres Wirtschaftsvertrages mit der Sowjetunion für 1937 einsetzen.

An Einzelfragen kam noch folgendes zur Erörterung:

1.) Kreditfrage

Wir waren uns dahin einig, dass ein Kredit an die Russen zurzeit nicht in Frage käme. Wenn wir den Russen im gegenwärtigen Zeitpunkt auch noch die Möglichkeit eröffneten, gegen Kreditmark in Deutschland zu kaufen, entfielen jeder Anreiz für sie, uns Rohstoffe zu liefern, da sie die daraus anfallende Exportmark dann noch weniger verwenden könnten als jetzt. Außerdem ist uns an der Lieferung nach der Sowjetunion zurzeit nur aus dem Grunde gelegen, auf diesem Wege als Kompensation Rohstoffe zu erhalten.

2.) Z[usatz-]A[usfuhrförderungs-]V[erfahren]

Dringend erforderlich ist ein besseres Funktionieren des Zusatzausfuhrförderungsverfahrens. Die Klagen der Industrie wegen der Unsicherheit des in Betracht kommenden Ausfuhrförderungssatzes und die außerordentlich lange Verzögerung der Entscheidung im einzelnen Falle sieht Herr Herbert Göring als berechtigt an. Er wird wegen einer Abhilfe in seinem Hause bemüht sein.

3.) Vorzeitige Abdeckung der Russenkredite durch Rohstofflieferungen

Viel sei aus dieser Frage nicht herauszuholen, da die Russen stark auf eine Abwertung der Reichsmark spekulierten und jedenfalls Kredite, die nach 1937 fällig würden, aus diesem Grunde nicht vorzeitig durch Rohstofflieferungen abdecken wollten. Sie seien an sich bereit, die 1937 fällig werdenden Verpflichtungen durch Rohstoffe abzudecken, bemühten sich aber, die Verhandlungen darüber so lange hinzuziehen, bis die Fälligkeit der Verpflichtungen eingetreten sei. Damit verliere die Frage aber für uns an Interesse.

gez. Schnurre

Auf erstem Blatt oben: H[errn] Schnurre z gfl Rspr [zur gefälligen Rücksprache] 1) RM, Dieckhoff usw. 2) Moskau, R[itter] 21/10.

PA AA, R 106230, Bl. 452535-452540.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 615, S. 1037-1039.

⁵ Die Textstellen sind unterstrichen.

Nr. 557

Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin
Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

Geheim
persönlich
20. Oktober 1936

Lieber Iosif Vissarionovič,

ich schicke Ihnen knappe Informationen zu einigen deutschen Angelegenheiten.

I. Zu Göring

Vor dem Nürnberger Parteitag hat mir Göring über seinen Cousin¹ ein Treffen vorgeschlagen, ich hatte Ihnen seinerzeit davon berichtet, um auf seinen Vorschlag hin folgende Fragen zu erörtern:

a) die Beseitigung der Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland;

b) die Lieferung sowjetischer Rohstoffe an Deutschland;

c) die Liste militärischer Objekte, die Deutschland der UdSSR liefern könnte.

Da dies im Vorfeld des Nürnberger Parteitages erfolgte, ging ich einem Treffen unter verschiedenen harmlosen Vorwänden aus dem Wege. Nach dem Nürnberger Parteitag schlug Göring erneut ein Treffen vor, aber die Begegnung fand, wie Sie wissen, nicht statt.²

Der Cousin Görings, Otto Wolff und andere Personen dieser Gruppe rieten mir eindringlich, mich mit Göring zu treffen, und betonten dabei, dass Göring in Fragen der sowjetisch-deutschen Beziehungen eine Sonderstellung einnehme. Der Cousin Görings gebrauchte im Gespräch mit mir übrigens die bezeichnende Formulierung: „Wenn Sie nichts tun wollen, so hören Sie wenigstens zu und überzeugen Sie sich davon, dass nicht alle Hunde, die bellen, auch beißen.“ Otto Wolff hatte ein ausführliches Gespräch mit Göring, sein Treffen mit ihm war von der Industrie vorbereitet worden.³ Wolffs Worten zufolge habe Göring in dem Gespräch mit ihm unterstrichen, dass er sich in Nürnberg nicht gegen die UdSSR geäußert habe und auch nicht beabsichtige, sich in dieser Frage so zu verhalten, wie dies andere Redner getan hätten.

II. Zur Ablösung von Mossdorf

Der Direktor im Wirtschaftsministerium Deutschlands, der viele Jahre lang die mit dem sowjetisch-deutschen Handel zusammenhängenden Angelegenheiten befasst war, ist in dem gleichen Ministerium auf einen anderen Posten versetzt worden. Mossdorf war der engste Mitarbeiter Schachts in Bezug auf unsere Angelegenheiten. An seiner Stelle werden jetzt diese Angelegenheiten sowohl im Wirtschafts- als auch im Kriegsministerium von dem Cousin Görings, Herbert Göring⁴, wahrgenommen.

¹ Herbert Göring.

² Vgl. Dok. 532.

³ Vgl. Dok. 540.

⁴ Vgl. Dok. 556.

Diese Ernennung zeugt von dem Bestreben Görings, die sowjetisch-deutschen Beziehungen in seine Hände zu nehmen.

III. Zur Stellung Schachts

Laut Mitteilung führender Industrieller ist die Stellung Schachts stark angeschlagen. In Kreisen deutscher Faschisten ist man mit seinem „Herumkritteln“ sehr unzufrieden. Die schwierige Lage bei der Währung und bei der Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen schwächt die Stellung Schachts noch mehr und verschärft in Kreisen der faschistischen Partei das Verhältnis zu ihm.

IV. Zur Lieferung von militärischen Objekten

Bekannte deutsche Industrielle weisen darauf hin, dass wir unter Mithilfe Görings einige militärische Aufträge tätigen könnten. In letzter Zeit hat das deutsche Kriegsministerium einer Reihe von Firmen Genehmigungen erteilt, uns einige militärische Objekte zu liefern: Panzerstahl (Krupp), Katapulte (Heinkel), ein Gerät von Lorenz für die Blindlandung, das bereits an die UdSSR ausgeliefert wurde.

V. Zu den Zahlungsbedingungen für unsere Wechsel 1937

Der starke Rückgang unseres Exports nach Deutschland (1935 betrug die Summe unserer Exporte nach Deutschland ungefähr 160 Mio. Mark, 1936 wird unser Export 63 Mio. Mark nicht übersteigen) zwang die Deutschen dazu, ihre Haltung bezüglich des Handels mit uns etwas zu verändern.

Im Unterschied zum früheren Verfahren, unsere alten Wechsel zum Teil oder vollständig mit Gold oder Devisen zu bezahlen, wird es uns jetzt möglicherweise gelingen, das Einverständnis der Deutschen zu erhalten, die gesamte Summe unserer Terminwechsel 1937 (27 Mio. Mark) mit dem Erlös in Mark aus unserem Export im Rahmen der normalen Warenliste vorfristig zu bezahlen. Dabei werden wir einen Teil der Verkäufe vor einem Kursrückgang der Mark absichern und zu diesem Zweck auch die laufenden kurzfristigen Kredite nutzen.

Unsere Wechsel 1937 mit dem Erlös aus dem Export in Mark zu bezahlen, würde eine erhebliche Verbesserung der Konditionen für die Tilgung unserer Schuldenlast gegenüber Deutschland bedeuten.⁵

VI. Einige Neuheiten der deutschen Militärtechnik

Deutschland betreibt seine Aufrüstung nach wie vor intensiv und bringt dabei immer neue Wunder der Technik hervor.

Den Informationen zufolge, die wir von Wolff erhielten, befindet sich jetzt ein spezielles Schnellschiff „Delphin“ in der Entwicklung, das die Entfernung zwischen Europa und Amerika in 48 Stunden bewältigen soll.

Bei Vorführungen während des Nürnberger Parteitages zeigten die Deutschen drei interessante Züge, die aus jeweils 10–12 großen Autobussen bestanden und in einem Übermaß mit allen möglichen technischen Vorrichtungen ausgestattet wa-

⁵ Vgl. Dok. 553.

ren. Der erste Zug stellt eine gewaltige mechanisierte Küche mit einer Leistungsfähigkeit für 200.000 Frühstücken, 200.000 Mittagessen und 200.000 Abendessen pro Tag dar. Der zweite Zug ist eine medizinische Einrichtung, die in der Lage ist, täglich eine gewaltige Zahl komplizierter Operationen auszuführen und eine breite medizinische Hilfe zu leisten. Der dritte Zug umfasst eine hochproduktive Reparaturwerkstatt. Die Vorführung dieser drei Neuheiten stieß bei den anwesenden Vertretern der ausländischen Staaten auf ein außerordentliches Interesse.

Nach den vorliegenden Informationen beabsichtigen die Deutschen, 1937 jeweils 10 solcher Zugkomplexe zu bauen.

VII. Abschließend einige Worte zur deutschen Mark. Ich glaube, dass die Deutschen wohl kaum kurzfristig eine offene Abwertung der Mark vornehmen werden. Sie machen das Schicksal der Mark zu einem Handelsobjekt, wobei sie bemüht sind, Darlehen und Kredite zu erhalten, eine Verringerung der eigenen Zahlungen und anderes mehr zu erreichen. Die Deutschen setzen dabei auf die Unterstützung Großbritanniens.

In Deutschland wurde jetzt eine Senkung der Eisenbahntarife für den Export vorgenommen, wodurch die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Exports auf dem Weltmarkt etwas gestärkt wird.

Ich drücke [Ihnen] kräftig die Hand.

D. Kandelaki

20. Oktober 1936

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 85, S. 147–149.

Nr. 558

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič**

GEHEIM

22. Oktober [1936]

4714¹

AN DEN
SEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)
Gen. KAGANOVIČ

Kopien an: die Genossen STALIN, MOLOTOV, *VOROŠILOV*², ANDREEV, EŽOV

Zum Austausch von ANDRÉ

Entsprechend dem Beschluss des ZK, wonach es wünschenswert ist, den Austausch von Etkar ANDRÉ gegen einen bei uns verurteilten und in Haft befindlichen

¹ Die Nummer ist mit Tinte geschrieben.

² Der Name ist mit Tinte unterstrichen.

deutschen Staatsbürger vorzunehmen³, schlug der Leiter der II. Westabteilung Gen. Štern im Auftrag von Gen. Litvinov den Deutschen in halboffizieller Form vor, Etka André gegen den deutschen Staatsbürger FUCHS auszutauschen⁴, der zu 8 Jahren Freiheitsentzug wegen Spionage verurteilt worden ist. Dieses Gespräch fand mit dem Geschäftsträger Hensel statt, der, unseren Informationen zufolge, zugleich der Vertreter der nationalsozialistischen Parteizentrale ist.

Nach einer gewissen Zeit teilte Hensel dem NKID mit, dass der Austausch nicht stattfinden könne, wobei er den Vorbehalt vorbrachte, seine Antwort sei lediglich vorläufig⁵. In den folgenden Tagen übermittelte das NKID der Deutschen Botschaft Briefe von Fuchs, in denen er über seinen schlechten Gesundheitszustand klagte, insbesondere über eine ernste Erkrankung der Nieren, und seine Situation als kritisch bezeichnete. Diese Briefe haben die Botschaft und auch Berlin beunruhigt, und am 17. Oktober erschien bei Gen. Štern der 1. Botschaftsrat Tippielskirch, der in sehr nachdrücklicher Form um die vorzeitige Haftentlassung von Fuchs bat. Gen. Štern antwortete, dass angesichts der Schwere der von Fuchs begangenen Verbrechen davon keine Rede sein könne. Gen. Štern wies dabei darauf hin, dass das einzige Mittel, die Lage für Fuchs zu verbessern darin bestünde, seinen Vorschlag anzunehmen, den er Hensel unterbreitet hatte, d.h. Fuchs gegen André auszutauschen. Tippielskirch sagte zuerst, dass die deutschen Behörden es nicht für möglich hielten, auf einen Austausch einzugehen, in dem Etka André figurieren würde, da er deutscher Staatsbürger ist und zum Tode verurteilt worden sei. Im weiteren Verlauf stellte jedoch Tippielskirch die Frage, nachdem er sich von unserer unnachgiebigen Haltung überzeugt hatte, ob wir nicht einer vorzeitigen Haftentlassung von Fuchs zustimmen und ihn nach Deutschland ausweisen könnten, wenn die Todesstrafe für André in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt werden würde. Gen. Štern antwortete, dass wir nicht darauf eingehen könnten, weil wir keine Sicherheit hätten, dass André, nachdem Fuchs aus der Haft entlassen sei, im Gefängnis nicht etwas zustoße.

Gen. Štern gewann den festen Eindruck, dass es nicht zur Urteilsvollstreckung gegen André kommen werde, solange Fuchs am Leben ist, und die Deutschen schließlich doch auf den Austausch eingehen könnten.

Im Zusammenhang damit müssen wir vor allem entscheiden, ob wir auf den Austausch bestehen oder im äußersten Fall uns damit einverstanden erklären, Fuchs als Kompensation dafür, dass die Todesstrafe für André in eine Gefängnishaft umgewandelt wird, auszuweisen. Ich bin der Ansicht, dass man darauf nicht eingehen darf, weil die Deutschen, wenn Fuchs aus der UdSSR ausgewiesen wird, mit André während seiner Gefängnishaft abrechnen können.

Deshalb sind Maßnahmen zu ergreifen, um der Gesundheit von Fuchs eine entsprechende Beachtung zu schenken (jedoch ohne die ihm auferlegten allgemeinen Haftbedingungen zu verbessern), weil die Deutschen im Falle des Todes von Fuchs das Urteil gegen André zweifellos vollstrecken werden.

Erbitte Weisungen.

Krestinskij

³ Vgl. Dok. 490.

⁴ Vgl. Dok. 502.

⁵ Vgl. das Schreiben Levins an Suric vom 26.9.1936. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 3, l. 71R.

Unten links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2950ss vom 22.10.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 11 Expl. [Die Exemplare] 1–7 an die Adressen, das 8. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 9. an Gen. Stomonjakov, das 10. an Gen. Štern, das 11. zu den Akten.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 882, l. 146–148. Kopie.

Nr. 559

**Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

GANZ GEHEIM

Expl. Nr. 4

[27.10.1936]

**NKVT Nr. 608

1/XI-36**1

AN

Gen. I.V. STALIN

Kopie an: Gen. V.M. MOLOTOV

*Zum Kauf eines Gerätes für die Blindlandung von Flugzeugen*2

Da Sie sich für das Gerät für die Blindlandung von Flugzeugen interessierten und mir den Auftrag erteilten, ein solches zu kaufen, bringe ich Ihnen zur Kenntnis, dass (à Konto des deutschen 200 Mio. Kredites) bei der Firma Lorenz ein Ultraschwellenapparat für die Blindlandung von Flugzeugen bestellt worden ist, um die Flugzeuge bei Nebel, in der Nacht und generell unter beliebigen Sichtverhältnissen auf dem Flugplatz sicher zur Landung zu bringen.

Dieser Apparat wird dann von uns genutzt werden, um die Konstruktion eines Apparates für die automatische Landung von Flugzeugen zu erstellen.

Angeichts der besonderen Wichtigkeit dieses Gerätes, das eine Neuheit darstellt und besonderer Geheimhaltung unterliegt, stellen wir uns die Aufgabe, diesen Auftrag zu dem Zwecke zu nutzen, ein Maximum an technischen Informationen zu erhalten, die erforderlich sind, damit unsere Industrie ein ähnliches Gerät herstellen kann.

Diesem Zwecke dienten sowohl der Verhandlungsprozess mit der Firma als auch die Kontrolle des Produktionsablaufs sowie die Endabnahme. Dazu wurden 9 führende Ingenieure, die auf diesem Gebiet in der Sowjetunion tätig sind (darunter am Institut für Fernmeldewesen und Elektromechanik der RKKA, am Wissenschaftlichen Forschungsinstitut für die Luftstreitkräfte, an Glavěsprom³), herangezogen.

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

³ Glavnoe upravlenie slabotočnoj promyšlennosti NKTP SSSR = Hauptverwaltung für Schwachstromindustrie im NKTP der UdSSR.

Es gelang, diesen Genossen die Möglichkeit zu verschaffen, das Gerät auf den Flugplätzen Tempelhof, Hannover, Leipzig und Königsberg unter praktischen Flugbedingungen zu erproben, wobei sie dann 16 Versuchslandungen durchgeführt haben.

*Die Abnahme-Ingenieure studierten die Konstruktion dieses Apparates in allen seinen Details: während des Herstellungsprozesses im Werk der Firma Lorenz, während der Kontrolle und dann während der Abnahmeerprobungen.*⁴

Außer dem System der Firma Lorenz wurden auch Erprobungen eines ähnlichen Systems der Firma Telefunken in der Schweiz auf dem Flugplatz von Zürich durchgeführt.

Es wurde umfangreiches technisches Material zusammengetragen, was es unserer Industrie ermöglichen wird, die Herstellung dieses Apparates zu beherrschen.

A. ROZENGOL'C

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 5 E[xemplare].

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2189, l. 27–28. Beglaubigte Kopie.

Nr. 560

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

27. Oktober 1936

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR in Deutschland
Berlin
Nr. 392/s¹

AN

M.M. LITVINOV

Lieber Maksim Maksimovič!

Zur Ernennung Görings

Obgleich Göring seit dem 27. April d. J. den Posten des obersten Kommissars für Devisen- und Rohstofffragen einnimmt, kam die Erweiterung seiner Funktion, die mit Weisung Hitlers vom 20. Oktober 1936² erfolgte, mit der Göring zum obersten Kommissar für die Durchführung des Nürnberger „Rohstoffplans“ ernannt wurde, bis zu einem gewissen Grade unerwartet. Das Unerwartete bestand darin,

⁴ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² So im Dokument; richtig: am 18.10.1936. Vgl. Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936. In: Reichsgesetzblatt 1936, Teil I, S. 887.

dass in Deutschland kaum jemand den „Rohstoffplan“, den Hitler in der Proklamation vom 8. September d. J. verkündete, ernst nahm. Bekanntlich erklärte Hitler in seiner Nürnberger Proklamation unvorsichtig, dass alle für die Durchführung des 4-Jahresrohstoffplans notwendigen Anordnungen von ihm bereits getroffen worden seien³. Indes ist seitdem über ein Monat vergangen, und es wurden keine Anordnungen veröffentlicht.

In deutschen Kreisen zweifelte man andererseits nicht daran, dass der „Rohstoffplan“ auf Initiative der sogenannten „Linken“ in die Proklamation Hitlers aufgenommen worden ist. Die seriöse Wirtschaftspresse hatte noch am Tag vor der Veröffentlichung der Proklamation nicht die geringste Ahnung von diesem Plan. Die „Linken“ hofften allem Anschein nach darauf, dass ihnen auch die Verwirklichung dieses Plans übertragen werden würde, wovon ihre Reden auf den auf Nürnberg folgenden Beratungen der Kreis- und Bezirksführer der NSDAP klar zeugen.

All das veranlasste seriöse Wirtschaftskreise Deutschlands, sich mit einer verständlichen Skepsis zu dem „Plan“ zu verhalten, obgleich die Notwendigkeit, die innere Rohstoffproduktion zu erweitern, von niemandem in Deutschland ernsthaft in Zweifel gezogen wurde. Das Element der Abenteuerlichkeit, das von Anfang an dem „Rohstoffplan“ zugrunde lag, wurde insbesondere durch die Erklärung Hitlers gegen Ende September verstärkt, wonach sich Deutschland auf der Grundlage dieses Plans bereits in 18 Monaten von dem Import von ausländischem Benzin frei machen werde.⁴ Diese Erklärung wurde mit Verlegenheit aufgenommen, weil für alle, selbst für diejenigen, die sich nicht in dieser Sache auskennen, die völlige Absurdität offenkundig war.

Deshalb ist es verständlich, dass die Weltpresse die *Ernennung Görings zum Kommissar für die Durchführung des „Plans“ als eine Tatsache aufnahm, die bis zu einem gewissen Grade von der Ernsthaftigkeit der Absichten zeugte. Indes ändert die Ernennung Görings grundsätzlich nichts an der völligen Inhaltslosigkeit des Plans. Bislang hat in Deutschland niemand die geringste Vorstellung davon, worin denn im Grunde genommen dieser „Plan“ besteht. Die Ernennung Görings ist eher ein Beweis dafür, dass irgendein „Plan“ fehlt und in der Führung völlige Ratlosigkeit herrscht, die zum Ergebnis hatte, dass anstelle eines Programms eine Person präsentiert wurde.*⁵

Allein die Tatsache, dass gerade Göring auf den Posten des Wirtschaftsdiktators berufen wurde, der alle Grundfragen der Wirtschaft alleinverantwortlich entscheidet, zeugt jedoch davon, dass in dem lang andauernden Kampf, der hinter den Kulissen des III. Reiches seit langem um die Wirtschaftspolitik geführt wird, natürlich auch dieses Mal die bürgerlich-junkerlichen Kreise den Sieg errungen haben. Mag der Wert des „Rohstoffplans“ in den Augen der Großbourgeoisie in Wirklichkeit auch noch so gering sein, so muss seine Umsetzung auf jeden Fall in ihren

³ Hitler sagte wörtlich: „Die notwendigen Anordnungen zur Durchführung dieses gewaltigen deutschen Wirtschaftsplanes habe ich soeben erlassen.“ In: Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 24. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden, München 1936, S. 42.

⁴ „Adolf Hitler bei der Freigabe des 1000. Km der Reichsautobahn: Benzin-Einfuhr in 18 Monaten nicht mehr nötig!“ In: Völkischer Beobachter vom 28. September 1936, S. 1–2.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

Händen bleiben, weil dies der Bourgeoisie und den Gutsbesitzern neue Zuwendungen, neue Subventionen, neue Gewinne einbringt.

Die Ernennung Görings bedeutet deshalb, die kleinbürgerliche Umgebung Hitlers von der Leitung des Landes weiter zu verdrängen. Nicht ohne Grund wird in deutschen bürgerlichen Kreisen die Ernennung Görings als eine unblutige Wiederholung des 30. Juni 1934 betrachtet⁶.

Zugleich zeugt die Ernennung Görings im Lichte der Stimmungen der führenden deutschen Militärs, mit denen Göring sehr eng verbunden ist, von der weiteren Konzentration der kriegswirtschaftlichen Vorbereitung unmittelbar in den Händen dieser Kreise.

Die Ironie dieser Ernennung besteht darin, dass die faschistische Presse aus diesem Anlass zu beweisen gezwungen war, das Göring überhaupt kein „Rechter“ sei und über gewaltige Verdienste um die faschistische Diktatur verfügt. Die Lobeshymnen auf Göring in der faschistischen Presse verstummten ein paar Tagen nach seiner Ernennung bereits wieder.

Göring beabsichtigt, am 28. Oktober d. J. eine große „programmatische Rede“⁷ zu halten. Vorerst wurde lediglich eines seiner Dekrete veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass Göring beabsichtigt, irgendetwas in der Art unseres STO⁸ mit einem kleinen ständigen Mitarbeiterstab zu bilden. Die gleichzeitig veröffentlichte Aufteilung der Funktionen dieses Stabes zeigt, dass Göring ausnahmslos die gesamte Wirtschaft zu leiten beabsichtigt: die Produktion von industriellen und landwirtschaftlichen Rohstoffen, die Verteilung der Rohstoffreserven, die Verteilung der Arbeitskräfte, die Preisregulierung und die Devisenbewirtschaftung. Das veröffentlichte Dekret vermittelt jedoch nicht die geringste Vorstellung von dem Arbeitsprogramm und von den tatsächlichen Maßnahmen zur Produktion einheimischer Rohstoffe. Die tatsächliche Lage der Dinge bei der Produktion von synthetischem Benzin, von Fasern und Kautschuk gibt zu der Vermutung Anlass, dass die Ernennung Görings hinsichtlich der steigenden Rohstoffschwierigkeiten nichts ändern wird.

Bislang bleibt noch unklar, was nach der Ernennung Görings mit Schacht geschehen wird. Es unterliegt keinem Zweifel, dass Göring, als er im April 1936 zum Kommissar für Devisen- und Rohstofffragen ernannt wurde, im Prinzip den Rücken für Schacht freihalten sollte, um letzteren vor Angriffen der „Linken“ zu schützen. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, dass Göring auch dieses Mal die Linie Schachts, d. h. die Linie der deutschen Großbourgeoisie, im vollen Umfang fortführen wird. Es ist auch möglich, dass Schacht verbleibt und seinen gesamten früheren Einfluss beibehält. Die Sache ist die, dass im Zusammenhang mit der Abwertung der benachbarten Währungen die Hitlerregierung wohl kaum ohne Schacht auskommen kann. Andererseits zwingen die wachsenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Kriegsvorbereitung gleichfalls dazu, an Schacht festzuhalten. Das Verbleiben

⁶ Gemeint ist die Beseitigung der Führungsspitze der SA während der Niederschlagung des „Röhm-Putsches“.

⁷ Vgl. Dok 561.

⁸ Sovet truda i oborony (Rat für Arbeit und Verteidigung), das höchste außerordentliche Organ der RSFSR/UdSSR, wurde im April 1920 während des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention geschaffen. Es leitete die Tätigkeit der Wirtschaftsorgane und wurde im April 1937 aufgelöst.

auf seinem Posten erscheint deshalb mehr als wahrscheinlich, obgleich dieses Mal Göring gezwungen sein wird, offener und häufiger an die Öffentlichkeit zu treten, als dies in den vergangenen sechs Monaten seiner Zusammenarbeit mit Schacht in Wirtschaftsfragen der Fall war.

Die Berufungsurkunde für Göring enthält in ihren Formulierungen viel Unklares, insbesondere hinsichtlich der Beziehungen Görings zu den Reichsministern und den Parteiorganen. Diese Unklarheit der Formulierungen verschafft den „Linken“ die Möglichkeit, gegen Göring weiter zu intrigieren. Die „Linken“ verstehen natürlich, dass auch Göring die Rohstoffschwierigkeiten nicht bewältigen wird, und sie werden selbstverständlich jegliche seiner Misserfolge dazu nutzen, um ihn direkt oder indirekt anzugreifen.

*Schließlich kann die Ernennung Görings auch unter dem Gesichtspunkt der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen betrachtet werden. Da die Initiative zur Belebung und Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen in letzter Zeit gerade von Göring und seiner nächsten Umgebung ausging, könnte man meinen, dass es, wenn wir ein praktisches Interesse an den deutschen Vorschlägen haben, in Deutschland jetzt leichter als früher möglich wäre, sie voranzubringen.*⁹

Mit kameradschaftlichem Gruß

SURIC

*Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: BS¹⁰ und *zurück M.M.*¹¹*

Vermerk mit rotem Farbstift: Ar[chiv].

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3308 vom 29.10.1936.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats B.S. Stomonjakov mit der Eingangs-Nr. 5507 vom 31.10.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 82–86. Original.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁰ Stomonjakov. Die Initialen sind mit blauem Farbstift durchgestrichen, offenbar nach der Kenntnisnahme.

¹¹ Litvinov. Der Text ist mit blauem Farbstift angestrichen.

Nr. 561
**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

29. Oktober 1936

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR in Deutschland
Berlin
Nr. 398/s¹

AN
M.M. LITVINOV

Lieber Maksim Maksimovič!

Ich erachte es als erforderlich, auf folgende Momente der Rede Görings am 28. Oktober d. J., deren deutschen Wortlaut² ich übersende, aufmerksam zu machen:

*1. Die Rede enthält eine Reihe antienglischer Ausfälle. In der Druckfassung der Rede sind einige erhalten geblieben: a) „die Welt sollte dankbar sein, dass wir auf friedlichem Wege das zu bekommen versuchen, was man uns nicht gibt“. In dem mündlichen Vortrag sagte Göring hierzu außerdem: „anstatt es mit Gewalt zu nehmen“; b) nach dem Vergleich der Siedlungsdichte der deutschen und der englischen Bevölkerung (hier machte sich Göring übrigens im mündlichen Vortrag unter dem Gelächter des ganzen Saales über den „allseits bekannten englischen Intellekt“ lustig) blieben die Worte „und dieses England besitzt ein Drittel der Welt als Kolonie, während wir überhaupt nichts haben“ erhalten; c) in dem gedruckten Text fehlen die von ihm an die Adresse der Engländer gerichteten Formulierungen: „Ihr habt uns unsere Kolonien geraubt!“ und: „Deutschland hat immer noch keinen Platz an der Sonne“³.

Dieser antienglische Ton der Rede Görings ist einerseits stark mit dem ganzen Charakter des Hitlerischen „Rohstoffplans“ verknüpft, der in einem gewissen Maße den Pessimismus des faschistischen Deutschland widerspiegelt, in Kriegszeiten möglicherweise von England oder über England Rohstoffe zu bekommen. Andererseits können diese antienglischen Töne als eine Folge der deutsch-italienischen Annäherung und insbesondere des kürzlichen Besuchs von Ciano⁴ betrachtet werden. Nicht ohne Grund nahm die italienische Presse die Rede Görings begeistert auf.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 178–179, 180–181; Berliner Börsen-Zeitung vom 29. Oktober 1936, S. 1–3 sowie Deutsche Allgemeine Zeitung vom 29. Oktober 1936, [S. 1–3].

³ Die so gekennzeichneten Texte sind am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁴ Bei seinem ersten Auslandsbesuch als Außenminister Italiens besuchte Ciano vom 21. bis 24.10.1936 Deutschland. Im Ergebnis der zweitägigen Gespräche mit von Neurath wurde am 23.10. in Berlin ein Geheimprotokoll über die Zusammenarbeit beider Staaten in der Außenpolitik und in der Wirtschaft unterzeichnet. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 624, S. 1056–1058.

Es ist interessant, dass Göring diese antienglischen Ausfälle in Anwesenheit von Blomberg und der gesamten Generalität vortrug.

2. In der gedruckten Fassung der Rede fehlen jegliche Ausfälle antisowjetischen Charakters. In dem mündlichen Vortrag ließ er den Satz fallen, der nicht in der Druckfassung vorkommt: „Wenn Sie Hungernde suchen wollen, dann schauen Sie östlich von Deutschland.“ Über den Kommunismus gibt es in dem gedruckten Text kein einziges Wort. Im mündlichen Vortrag gab es einige Ausführungen zum spanischen Kommunismus.

3. An Nürnberg gemessen enthält die Rede keine Konkretisierung des „Rohstoffplans“. Dies erhärtet unsere Annahme, dass es bis jetzt noch keinen „Plan“ gibt.

4. Einen bedeutenden Platz in der Rede nahm die Lebensmittelversorgung des Landes ein. Das ist ein neues Moment, da früher die Ansicht vertreten wurde, dass sich Göring damit nicht befassen werde und dieses Gebiet Darré vorbehalten bleibe. Dazu wurde auch nichts in der ersten Verordnung Görings gesagt, *die vor 3 Tagen⁵ erlassen wurde. Offensichtlich ist die Stellung Darrés in diesen Tagen noch mehr ins Wanken geraten, und nach Görings Rede zu urteilen werden ihm jetzt alle Versorgungsangelegenheiten unterstellt.

5. Das Kernstück der Rede Görings besteht darin, die Bevölkerung auf große Entbehrungen einzustellen. Hier geizt Göring nicht mit Farben und spricht ziemlich offen und, wie könnte es anders sein, mit einer gehörigen Dosis an Demagogie. Offenbar wird der Winter tatsächlich sehr schwer werden.*

6. Göring versprach den Arbeitern stabile Preise und Löhne, wobei er zugleich erklärte, dass er erbarmungslos gegen Streiks vorgehen werde. In dem mündlichen Vortrag erinnerte Göring übrigens daran, dass es bei den Arbeitern nicht wenige Kommunisten gebe, die sich trotz aller Erfolge des 3. Reiches noch nicht vom Kommunismus losgesagt hätten. Gegen sie werde er mit Härte vorgehen.

7. Im Falle von Preiserhöhungen und Veruntreuung von Waren wurden dem Verteilungsnetz schonungslose Repressivmaßnahmen angedroht. Göring schlug in diesem Teil der Rede einen außerordentlich scharfen Ton an. Das ist ein neuer Schlag gegen die deutsche Kleinbourgeoisie, weil die Absicht Görings, die Wirtschaft hauptsächlich auf ihre Kosten in Ordnung zu bringen, klar ersichtlich ist.

8. Von der Großbourgeoisie verlangte Göring lediglich „Initiativen“. Aus dem gedruckten Text wurden selbst jene vorsichtigen Worte getilgt, die er mündlich vortrug, und wo davon die Rede war, dass man nicht dem großen Gewinn nachjagen müsse.

9. Sehr interessant ist, dass die Veranstaltung mit Göring von Goebbels eröffnet und mit einer Rede von Heß beendet wurde. Heß spielte in seiner Rede darauf an, dass Keppler die Rolle eines Kommissars von Heß bei Göring spielen werde.

SCHLUSSFOLGERUNGEN:

*1. Die Rede Görings bekräftigt, dass seine Ernennung auf Drängen der Großbourgeoisie erfolgte. Das von ihm entwickelte „Programm“ entspricht zweifellos den Interessen der Großbourgeoisie.

⁵ Gemeint ist der Erlass über die Durchführung des Vierjahresplans vom 22.10.1936.

2. Sie bestätigt weiterhin die Annahme, dass Göring eine gesonderte außenpolitische Position bezieht. Der Verzicht auf die obligatorischen antisowjetischen Ausfälle in seiner Rede und, im Gegensatz dazu, die antienglischen Ausfälle illustrieren dies.*

3. Die Rede und insbesondere die Atmosphäre, in der sie gehalten wurde, bestätigen, dass Göring im nationalsozialistischen Milieu nicht wirklich als einer der ihren betrachtet wird. Er bedarf scheinbar des Schutzes vor Parteikreisen, denen er empfohlen werden muss, wobei ihm ein Kommissar an die Seite gestellt wird, um die Parteikreise zu beruhigen.

4. Die Rede Görings zeigt, dass in Zukunft seitens der angeblichen „Linken“ keineswegs Versuche auszuschließen sind, die wachsende Machtfülle Görings zu untergraben.

Mit kameradschaftlichem Gruß

SURIC

Vermerk mit blauem Farbstift: an BS⁶ und zurück M.M.⁷

*Vermerk mit rotem Farbstift: **A 1/4**⁸*

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3340 vom 31.10.1936.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats B.S. Stomonjakov mit der Eingangs-Nr. 5537 vom 1.11.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten⁹.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 174–177. Original.

Nr. 562

Bericht eines Mitarbeiters des Geheimen Staatspolizeiamtes

Berlin, den 31.10.36

II 1 2 1

Wf/Kz.-

Vermerk

Betr.: Besprechung mit dem Verbindungsmann zum Rückwander[er]amt der Auslandsorganisation der NSDAP, SS-H[aupt]Scharf[führer] Wannek.

Wannek übergibt eine kurze schriftliche Darstellung der Sachlage auf dem Gebiete der Rückwanderung *aus Russland*¹. Es ergibt sich bei der Besprechung,

⁶ Stomonjakov. Die Initialen sind offenbar nach der Kenntnisaufnahme durchgestrichen worden.

⁷ Litvinov.

⁸ Der Vermerk ist mit rotem Farbstift durchgestrichen.

⁹ Ein Exemplar des Schreibens wurde von Litvinov an Molotov geschickt. Vgl. RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1161, l. 54–57.

¹ Der Text ist unterstrichen.

dass der politischen Behandlung der Rückwandererfrage anscheinend z.Zt. von der Auslands-Organisation nicht die ihr zukommende Bedeutung beigemessen wird. *Es würde eine Verstärkung der Stellung Wanneks bedeuten, wenn vom SD-Hauptamt ein zusammenfassender Bericht über die Sachlage aus seinem Arbeitsgebiet verlangt werden würde.*² Dabei müsste die Wichtigkeit dieser Arbeit und die Notwendigkeit ihres weiteren Ausbaues betont werden.

Wannek weist ferner darauf hin, dass unbedingt eine allgemeine Meldepflicht für alle Rückwanderer reichsgesetzlich eingeführt werden müsste. Diese Ansicht wird von II 1 2 1 geteilt. Bisher werden gerade die wirtschaftlich besser gestellten Personen (z.B. höhere Techniker) nicht erfasst. Es wird vereinbart, diese Angelegenheit planmäßig weiter zu verfolgen, unsomehr, als im Reichsinnenministerium **schon**³ lange Zeit ein entsprechender Verfügungsentwurf bereit liegt, der jedoch nicht vom Minister⁴ unterschrieben worden ist. Mit III 2 wird dazu Fühlung genommen.

Die von Wannek gewünschte Stellung einer Hilfskraft wird von II 1 2 1 befürwortet und wird sofort nach Klärung der grundsätzlichen Fragen in Angriff genommen werden.

[Unterschrift unleserlich]

Betrifft: Reichsdeutsche Rückwanderer aus Russland.

Um über die Rückwanderer aus Russland im Allgemeinen einen kurzen Überblick geben zu können, muss man 3 Punkte insbesondere in Erwägung ziehen:

1. die Vergleichszahlen der Rückwanderung in den letzten Jahren,
2. die politische Zusammensetzung der Rückwanderer,
3. die berufsmäßige Zusammensetzung der Rückwanderer.

Zu Punkt 1)

a: *Seit dem Kriege bis zur Machtübernahme, also bis Anfang 1933*, sind ungefähr *140.000 Reichsdeutsche* aus Russland nach dem Reich *zurückgekehrt*⁵. Unter diesen befinden sich in erster Linie die während des Krieges Internierten, Flüchtlinge und jene, welche infolge der Revolution in Russland flohen und die UdSSR verlassen mussten.

b: *Seit der Machtübernahme* wurden vom Rückwandereramt *bis Ende 1935 ungefähr 380 russische Rückwanderer*⁶ erfasst, wobei betont wird, dass sich diese Zahl auf 1½ Jahre erstreckt (von Mitte 1934 bis Ende 1935).

c: Im *ersten Vierteljahr 1936* wurden abermals ungefähr *300*⁷ Rückwanderer erfasst.

d: *Seit April 1936* bis zum heutigen Tage wurden schliesslich ungefähr *400*⁸ Rückwanderer erfasst.

² Der Text ist unterstrichen und am Seitenrand zweifach angestrichen.

³ Das Wort ist eingefügt.

⁴ Wilhelm Frick.

⁵ Die drei Textstellen sind unterstrichen.

⁶ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

⁷ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

⁸ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

Somit sind insgesamt seit Bestehen des Rückwandereramtes ungefähr 1.100 russische Rückwanderer erfasst worden. Die Rückwanderung ist, wie aus diesen Zahlen zu ersehen ist, mit Ausnahme eines geringen Rückgangs im Jahre 1935 *im Steigen begriffen*⁹. Insbesondere seit der großen antibolschewistischen Propaganda seit dem Reichsparteitag 1936 ist bereits ein merkliches Ansteigen zu bemerken, da Russland in erster Linie bestrebt ist, alle deutschen Arbeiter – mit ganz geringen Ausnahmen (unerlässliche Fachkräfte) – auszuweisen, wenn diese nicht gewillt sind, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Bei Nennung dieser Zahl muss besonders erwähnt werden, dass es sich hierbei um die vom Rückwandereramt erfassten Rückwanderer handelt. Nachdem bis heute noch keine Meldepflicht für Rückwanderer *besteht und die Meldung derselben nur für jene erforderlich ist, welche in arbeitsrechtlicher Hinsicht hervortreten, d.h. als Arbeitnehmer bis zur Gehaltsgrenze von RM 300 durch die Arbeitsämter in Arbeit vermittelt werden wollen*¹⁰. Denn nach der Verfügung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung *dürfen die Arbeitsämter diese genannten Rückwanderer nicht ohne Rückwandererausweis vermitteln*¹¹. *Auf diese Weise kann man aber mit Sicherheit annehmen, dass besonders unter den technischen höheren Berufen mindestens die Zahl von ebenfalls 1.000 Rückwanderern entsteht, welche nicht durch*¹² das Rückwandereramt laufen. Diese Tatsache besagt hiermit, dass die Kontrolle der Rückwanderer, welche vom staatspolitischen Standpunkt eine unerlässliche ist, so lange nicht vollkommen ist, solange nicht sämtliche Rückwanderer beim Rückwandereramt meldepflichtig werden und dadurch eine regelmäßige und stichhaltige Überprüfung gewährleistet werden kann.

Zu Punkt 2)

Die politische Zusammensetzung der nach der Machtübernahme zurückgekehrten Rückwanderer ergibt in groben Umrissen folgendes Bild:

70% der Rückwanderer aus Russland sind als *allgemein kommunistisch eingestellt*¹³ zu betrachten, wobei der größere Teil schon vor der Auswanderung zumindest (und dies meist nach eigenen Angaben der Rückwanderer) mit der KPD sympathisierten. Ein Teil dieser Zahl hat sich selbst in Russland aktiv für den Kommunismus betätigt. Die politische Einstellung nach der Rückkehr kann natürlich erst im Laufe der Zeit nach entsprechender Überprüfung in den meisten Fällen festgestellt werden. Auf alle Fälle muss der besagte Prozentsatz am Tage der Rückkehr ins Reich als *politisch unzuverlässig*¹⁴ bezeichnet werden.

Zu Punkt 3)

Über die berufliche Zusammensetzung der Rückwanderer kann kurz gesagt werden, dass sich diese zu 85% aus Handwerkern (Facharbeiter) und zu 15% aus

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist am Seitenrand angestrichen; außerdem ist „zur Gehaltsgrenze von RM 300,-“ unterstrichen.

¹¹ Der Text ist unterstrichen.

¹² Der Text ist unterstrichen und am Seitenrand angestrichen.

¹³ Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist unterstrichen.

Technikern, Ingenieuren und zum geringsten Teil aus Kaufleuten zusammensetzen. Am stärksten war die Auswanderung in den Jahren 1930 und 1931, geringer 1932. Nach der Machtübernahme sind hauptsächlich Emigranten ausgewandert. –

Zum Schluss sei noch angeführt, dass im Rückwandereramt bis jetzt *ungefähr 35.000 Rückwanderer insgesamt erfasst*¹⁵ wurden. –

In diesem Bericht wurde in großen Umrissen auf Wunsch ein kurzer Überblick über die russischen Rückwanderer gegeben. Ein umfassender Informationsbericht über das Rückwandereramt und seine besondere Bedeutung vom staatspolitischen Standpunkt aus gesehen wird als Jahresbericht in nächster Zeit von mir überreicht werden.

RGVA, f. 500/k, op. 1, d. 439, l. 2–5.

Nr. 563

Bericht des Marinegehilfen des Militärattachés in Moskau von Baumbach an das Oberkommando der Kriegsmarine und das AA

Deutsche Botschaft
Der Marinegehilfe des Militärattachés
B.Nr. 161/36

Moskau, den 8. November 1936

1. von 3 Ausfertigungen

An

*das Oberkommando der Kriegsmarine M.Att., Berlin, W*¹
das Auswärtige Amt, Berlin W.

Betr.: Novemberparade in Moskau

Der Jahrestag der bolschewistischen Revolution fiel in diesem Jahr in die Tage des Endkampfes der spanischen Nationalisten um Madrid, und es war für die hiesigen Machthaber ein peinliches Zusammentreffen, dass gerade an diesem höchsten sowjetrussischen Feiertage die Truppen der Militär-Regierung in Madrid *einzo-gen*², an diesem Tage, an dem die Errungenschaften der Sowjetunion und die Fortschritte der Weltrevolution gefeiert werden und an dem der Sowjetstaat in einer riesigen Militärparade seine militärische Stärke den Vertretern der ausländischen Regierungen vorführt. Und dies, nachdem die Sowjetpresse noch bis in die letzten Tage immer wieder erklärt hatte, Madrid dürfe und werde nicht fallen.³

¹⁵ Der Text ist unterstrichen.

¹ Der Adressat ist unterstrichen.

² Das Wort ist unterstrichen und am Seitenrand mit einem Fragezeichen versehen.

³ Zwischen Anfang November und Anfang Dezember 1936 fand die Schlacht um Madrid unter Beteiligung der Legion Condor und sowjetischer Jagdflieger statt.

Die Misserfolge der sowjetrussischen Außenpolitik im letzten Halbjahr und die in letzter Zeit im Ausland immer stärker anwachsende sowjetfeindliche Stimmung wegen der bolschewistischen Umtriebe in Spanien und anderen Ländern dürfte die Ursache dafür gewesen sein, dass bei dem diesjährigen Revolutionsfeiertag außenpolitische Probleme nur in gedämpfter und vorsichtiger Form behandelt wurden. So trat in den Reden, Befehlen, Artikeln, Losungen und Spruchbändern auf den Straßen und an den Häuserfronten auch die weltrevolutionäre Note stärker in den Hintergrund. Und selbst die früher häufigen, auf Deutschland gemünzten Kampfaufrufe gegen den Faschismus erschienen nur in geringer Zahl (neben ganz vereinzelt Bildern Thälmanns). Stattdessen stehen *die innerpolitischen und wirtschaftlichen Erfolge im Mittelpunkt der Propaganda; ein ganzer Straßenzug ist*⁴ der Rekonstruktion Moskaus gewidmet, und schließlich spielt die Stachanow-Bewegung eine große Rolle. Sehr zahlreich sah man auch Aufrufe zu Gunsten des spanischen Volkes und der angeblich demokratischen Madrider Regierung.

Mit einer gewissen Spannung wurde in den Kreisen des diplomatischen Corps der 7. November erwartet, da an diesem Tage der Diktator Stalin persönlich auftritt und die Parade und die stundenlangen Volksdemonstrationen an sich vorüberziehen lässt, und da dies Beobachtungen über seinen Gesundheitszustand ermöglichen musste. Nachdem in den Monaten August und September die ausländische Presse wiederholt sensationelle Meldungen über eine schwere Erkrankung Stalins gebracht hatte⁵, sind derartige Gerüchte in letzter Zeit auch in Moskauer russischen Kreisen in Umlauf. Der gestrige Tag hat nur den Beweis erbracht, dass Stalin nicht bettlägerig ist. Dass er sich seiner vollen Gesundheit erfreut, kann man nach seinem diesmaligen Auftreten umso weniger sagen, als eine Reihe von Anhaltspunkten dagegen sprechen. So verschwand er unmittelbar nach Ende der zweistündigen militärischen Parade, der er stehend beigewohnt hatte, vom Mausoleum, während er früher stets bis zum Ende der Demonstrationen (7 Stunden lang) ausharrte. Es ist aber möglich, dass er später seinen Platz wieder eingenommen hat, worüber vorläufig Angaben fehlen. Auch am Vorabend bei der Festtagung des Moskauer Stadtrates, zu der erstmalig die Missionschefs und die ausländische Presse eingeladen waren, ging er eine Stunde vor Schluss fort, nachdem er 5 Stunden lang sitzend den Reden und künstlerischen Darbietungen beigewohnt hatte. Am Paradedag schließlich vermied er den üblichen Weg, der ihn etwa 100 m an der Kremlmauer entlangführt und dem Publikum gezeigt hätte, sondern er erschien auf seinem Platz, ohne sich vorher zu zeigen. Wenn hieraus hervorgeht, dass Stalin nicht schwer akut erkrankt ist, so beweist es trotzdem nicht, dass seine Gesundheit völlig intakt ist.

Soweit die Parade vom Marinestandpunkt aus von Interesse war, ist folgendes zu berichten: Wegen des unsichtigen Wetters trat die Fliegerei nur mit *261 Flugzeugen*⁶ auf (109: TB 3, 35: R 6, 57: 3 SS, 55: I 16 und 5: SB). An die Stelle der fast ganz aus dem Frontdienst herausgezogenen veralteten zweimotorigen Bombern

⁴ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

⁵ Vgl. Dok. 531.

⁶ Der Text ist unterstrichen.

TB1 ist das Flugzeug R 6 getreten, das dem TB 1 äußerlich sehr ähnlich ist. Es heißt aber, dass in Leningrad und bei der Marine noch TB 1-Flugzeugbestände vorhanden sind. Das Flugzeug 3 SS ist ein verbessertes R 5-Flugzeug; es hat den Motor M 34. Man kann danach wohl annehmen, dass auch die MR 5-Flugzeuge der Marine nach und nach durch den verbesserten Typ 3 SS ersetzt werden. Die Artillerie zeichnete sich in diesem Jahre durch besonders große Vielseitigkeit und durch das *Auftreten mehrerer neuer Geschütze*⁷ aus. Die Tanks hielten sich mit einer Gesamtzahl von *305*⁸ im üblichen Rahmen. Es ist seit einer Reihe von Paraden das erste Mal, dass ein Motorrad und ein von einem Traktor geschlepptes Geschütz auf dem Paradeplatz liegen blieben. Umso glatter wickelte sich der Vorbeimarsch der übrigen motorisierten Truppen, Flugzeuge und Tanks ab. Es kann hier an das Urteil des englischen Generals erinnert werden, der kürzlich als Chef einer militärischen Delegation an sowjetrussischen Manövern in Weißrussland teilnahm. „Wenn hunderte von Flugzeugen und Tanks in Parade vorbeiziehen, ohne dass der geringste Versager auftritt, dann kann das sowjetrussische Material nicht schlecht sein.“

Hinzuweisen wäre schließlich darauf, dass die sowjetrussische Armee mit der Einführung eines neuen, dem deutschen sehr ähnlichen Stahlhelm und der *roten Hosenstreifen für Generalstabsschüler und Generalstäbler*⁹ wieder einige Neuerungen nach dem Vorbild der deutschen Armee übernommen hat.

Die Marine nahm wie üblich in Stärke eines aus den Marineschulen zusammengestellten *Bataillons*¹⁰ an der Parade teil.

von Baumbach

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt oben Stempel des Ob[erkommando] d[er] M[arine], Eing. 11. NOV. 1936. Weitere Stempel: Geheim, M vorzulegen, An A III abzugeben, Abtlg. Marinenachrichtendienst, M.ATT. 2643 und zahlreiche, nicht entzifferte Abzeichnungen. Gesehen: von Tippelskirch [handschriftlich].

BA-MA, RM 12 II/ 157, o. P., 4 Bl.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Die Zahl ist unterstrichen.

⁹ Der Text ist unterstrichen.

¹⁰ Das Wort ist unterstrichen.

Nr. 564

**Entwurf eines Schreibens des Volkskommissars für Verteidigung Vorošilov
und des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den Generalsekretär
des ZK der VKP (B) Stalin und den Vorsitzenden des Rates
der Volkskommissare Molotov**

GEHEIM

Expl. Nr. ...

[9.11.1936]

AN

Gen. STALIN

Gen. MOLOTOV

Es nicht hinnehmbar, dass das Narkomindel völlige Passivität an den Tag legt und gegen *Deutschland, Italien und Portugal unter Hinweis auf die Tatsachen der **militärischen Unterstützung für die Meuterer**¹ keine weiteren Vorwürfe erhebt. Es entsteht die Situation, dass wir ständig mit Beschuldigungen konfrontiert werden und nur wir allein gezwungen sind, Erklärungen abzugeben.

Selbst wenn man die Linie verfolgt, die vor der Einstellung der Prüfung der gegenseitigen Anschuldigungen im Nichteinmischungskomitee² und vor der Einführung der Kontrolle bestand, so ist **die heutige**³ Situation **völlig unzulässig**⁴.

Wir beantragen, Gen. Litvinov persönlich zu verpflichten, Maßnahmen zu ergreifen, um schnellstmöglich eine Reihe neuer Vorwürfe gegen Deutschland, Italien und Portugal vorzubringen.*⁵

VOROŠILOV

ROZENGOŁ'C

9.XI.36

*Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 3 E[exemplare].
Geschäftsvermerk des Sekretärs mit Tinte: 2 Expl. wurden vernichtet. 10.XI.36.
Bogdanovič.*

RGAĖ, f. 413, op. 12, d. 2196, l. 36. Entwurf.

¹ Der Text wurde mit Tinte über den durchgestrichenen Text: „Einmischung in die spanischen Angelegenheiten“ geschrieben.

² Das Londoner Nichteinmischungskomitee wurde im August 1936 eingerichtet, um die Einhaltung des Abkommens von 27 europäischen Ländern zum Verbot des Exports und des Transits von Waffen nach und durch Spanien zu überwachen, das im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien im Juli 1936 abgeschlossen worden war.

³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben; ursprünglich: eine solche.

⁴ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben; ursprünglich: nicht richtig.

⁵ Der Text ist mit rotem Farbstift durchgestrichen. Das Dokument befindet sich unter den für das ZK der VKP (B) vorbereiteten, aber nicht versandten Materialien.

Nr. 565
Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch
an das AA

Moskau, den 9. November 1936

Tgb.Nr. C IV a Thimmig.
An das
Auswärtige Amt
in Berlin

****Im Anschluss an anderweitige Berichterstattung vom 5. d. M.**¹**

Inhalt: Verhaftungen deutscher Reichsangehöriger in der Sowjet-Union.

In den ersten Tagen des November d. J. wurde beobachtet, dass eine verschärfte Überwachung eines Teiles der deutschen Kolonie und der Häuser der Botschaft durch Organe des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten einsetzte. Der Konzessionsleiter Thimmig in Moskau berichtete beispielsweise, dass seit etwa Mitte Oktober d. J. seine Wohnung in Moskau ständig überwacht und er bei seinen Stadtgängen regelmäßig von Zivilpersonen und bei Benutzung seines Kraftwagens von einem Fordwagen, in dem außer dem Kraftwagenführer drei Personen saßen, begleitet würde. Besucher der Botschaft und Ehefrauen von Angestellten der Botschaft werden seit Anfang d. M. wenige Schritte vom Ausgang des Botschaftsgebäudes entfernt von Zivilpersonen, die sich auf Anfordern als Agenten des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten ausweisen, hin und wieder angehalten und nach ihren Personalausweisen gefragt. Wer sich nicht ausweisen kann, wird in einem Kraftwagen zur Milizwache gebracht, wo die Personalien der festgenommenen Personen festgestellt und Angaben über den Zweck ihres Besuches in der Botschaft verlangt werden. In einigen Fällen sind die zur Milizwache gebrachten Personen mehrere Stunden festgehalten worden, ohne dass ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, ihre Angehörigen von der Festnahme *in Kenntnis zu setzen. Eine 16-jährige Schülerin der Reichsdeutschen Schule, die am 4. d. M. nach dem Verlassen des Botschaftsgebäudes angehalten und mangels*² genügender Ausweispapiere zur Milizwache gebracht worden ist, wurde von dem vernehmenden Milizbeamten u. a. auch danach gefragt, ob sie Mitglied der NSDAP sei und was in der Reichsdeutschen Schule getrieben werde.

Nachdem bereits der deutsche Reichsangehörige Heinrich Hönighausen am 28. Oktober d. J. verhaftet worden ist, wurde laut Mitteilung von privater Seite erwartet in der Nacht vom 4. zum 5. d. M. gegen hier ansässige Reichsdeutsche vorgegangen, die mit der Botschaft ständig Fühlung aufrecht erhalten haben. Es sind dies die bereits gemeldeten:

- a) Musiker Woldemar Oberberg, der stets bei den nationalen Feiern innerhalb der Botschaft musikalisch mitgewirkt hat,
- b) der Buchhalter Hermann Niedermeier,
- c) der stellvertretende Leiter des deutschen Konzessionsunternehmens „Leo“ in Moskau Georg Thimmig.

¹ Der Text ist handschriftlich durchgestrichen.

² Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Ferner ist der Botschaft von privater Seite nachträglich mitgeteilt worden, dass in der gleichen Nacht die deutschen Reichsangehörigen

d) Alfred Erlinghäuser, Automechaniker, und

e) Alfred Otto Moche, Modellmechaniker für Uhrenbau, verhaftet worden sind.

Den Verhaftungen ist in allen diesen Fällen eine stundenlange gründliche Durchsuchung der Wohnungen vorausgegangen. Bei dem Buchhalter Niedermeier wurden neben seiner gesamten Privatkorrespondenz auch das Buch „Mein Kampf“ und verschiedene deutsche Zeitungen älteren Datums beschlagnahmt, die Niedermeier anlässlich seiner letzten Urlaubsreise aus Deutschland mitgebracht hatte. Über die Herkunft des Buches „Mein Kampf“ hat Frau Niedermeier am 5. d. M., als sie der Botschaft die Verhaftung ihres Ehemannes mitteilte, trotz eingehender Befragung keine Angaben gemacht; in einem heute an die Verwandten in Deutschland durch die Botschaft gesandten Brief teilt Frau Niedermeier mit, dass sie das Buch aus der Reichsdeutschen Schule selbst mitgenommen habe. Bei den Herren Oberberg, Erlinghäuser und Moche sind in der Hauptsache die bei ihnen vorgefundenen Notizbücher, Aufzeichnungen und Privatkorrespondenzen beschlagnahmt worden. ^{**}Über die Vorgänge anlässlich der Verhaftung des Konzessionsleiters Thimmig darf auf den Inhalt der anderweitigen Berichterstattung vom 5. und 9. d. M. Bezug genommen werden.^{**3} Inzwischen ist der Botschaft noch bekannt geworden, dass der Direktor des ^{**}Moskauer^{**} Konzessionsunternehmens ^{**}„Leo“^{***4}, der litauische Staatsangehörige Boris Ratz, der sich zur Kur im Kaukasus aufhielt, in Gagry am Schwarzen Meer verhaftet worden ist. Auch der Rechtsberater des Konzessionsunternehmens „Leo“, der Sowjetstaatsangehörige Professor Worms, der auch als Rechtskonsultant bei der Botschaft tätig ist, ist in der Nacht vom 4. zum 5. d. M. verhaftet worden.

In den vorstehenden unter a) bis c) aufgeführten Haftfällen hat die ^{*}Botschaft unverzüglich am 5. d. M. mündlich nachdrückliche Vorstellungen im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten erhoben^{*5}; sie hat auch beschleunigte Maßnahmen zur Abstellung der eine Störung der Arbeit der Botschaft darstellenden Überwachungsmaßnahmen gefordert.

Außerdem hat die Botschaft sich in jedem einzelnen ^{*}Haftfalle unverzüglich schriftlich an das Außenkommissariat gewandt und um Nachprüfung der Haftfälle und gegebenenfalls Bekanntgabe der Haftgründe und der Gewahrsamsbehörde gebeten. Ferner hat^{*6} die Botschaft das Außenkommissariat ersucht zu veranlassen, dass etwaige Untersuchungsverfahren beschleunigt durchgeführt werden und einem Mitglied der Botschaft Gelegenheit zum Besuch der Verhafteten im Gefängnis erteilt wird.

Die Verhaftungen haben begreiflicherweise in den Kreisen der hiesigen Reichsdeutschen eine große Erregung hervorgerufen.

Kennzeichnend für die Planmäßigkeit des Vorgehens, mit welcher die Deutsche Botschaft gegenwärtig von jeder Verbindung zu Sowjetkreisen abgeschnitten

³ Der Satz ist handschriftlich durchgestrichen.

⁴ Die beiden Wörter sind eingefügt.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

werden soll, ist die Tatsache, dass außer den vorstehend aufgeführten Reichsdeutschen gleichzeitig auch Sowjetstaatsangehörige verhaftet worden sind. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um:

- a) 2 Brüder einer Stenotypistin der Deutschen Botschaft,
- b) einen Elektromonteur, der in der Botschaft Installationsarbeiten vorgenommen hat,
- c) einen Handwerker, der vereinzelt für Mitglieder der Botschaft Ausbesserungen von Porzellangegegenständen ausgeführt hat.

Die Botschaft wird in den nächsten Tagen erneut bei dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten nachdrücklichst vorstellig werden.⁷

In Vertretung

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem ersten Blatt oben Eingangsstempel des AA: Pol V 5242, eing. 11. NOV. 1936. Darunter Pol V 5097. Auf der Seite Stempel: Hat Herrn R.M. vorgelegen mit Abzeichnung von Ko[tze] 11[11] und Stempel St.S. mit Abzeichnung D[ieckhoff] 11/11. Unten: Eilt. In drei Durchschlägen gefertigt. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 104384, Bl. E 437622-437625.

Nr. 566

Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Referenten im Preußischen Staatsministerium Marotzke

Berlin, den 9. November 36

Durch Motorradfahrer!

Preußische Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
II

I. Schnellbrief

An den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten
Generaloberst Göring
z. H. Herrn Ministerialrat Marotzke
Berlin

*Das Auswärtige Amt teilte am 6.11.1936 durch den Herrn Gesandtschaftsrat Jungheim mit, dass in Sowjetrußland neuerdings 60 deutsche Reichsangehörige unter fadenscheinigen Begründungen festgenommen worden sind. Darüber hinaus werden seit einigen Tagen nach einem beim Auswärtigen Amt eingegangenen chiffrierten Telegramm die deutschen Vertretungen in Sowjetrußland einer kaum noch tragbaren Überwachung unterworfen.¹

⁷ Vgl. Dok. 567.

¹ Vgl. auch Dok. 565.

Das Auswärtige Amt bat im Hinblick auf dieses unmotivierte Vorgehen der sowjetrussischen Behörden, auch die sowjetrussischen Institutionen in Berlin einer Kontrolle zu unterziehen.

Das Geheime Staatspolizeiamt ist diesem Antrage umso bereitwilliger nachgekommen, als sich gerade in letzter Zeit die Meldungen auffallend häuften, wonach deutsche Reichsangehörige in zunehmenden Maße sowohl bei der sowjetrussischen Botschaft als auch bei der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin ein- und ausgehen.

Aus diesen Gründen wurden die Gebäude der sowjetrussischen Botschaft und der Handelsvertretung am Samstag, den 7. November 1936, hinsichtlich des Umfanges ihres Parteienverkehrs lediglich beobachtet.

Am Montag, den 9. November 1936, setzte dann vor beiden Gebäuden eine Kontrolle der ein- und ausgehenden Personen durch je 4 Kriminalbeamte in Zivil ein.

Die Kontrolle wurde in möglichst unauffälliger Form und, soweit es möglich war, in entsprechender Entfernung der beiden Gebäude durchgeführt. Soweit sich Personen mit Diplomatenpässen ausweisen konnten, wurden sie selbstverständlich sofort unbeanstandet gelassen; soweit es sich um nicht exterritoriale Personen handelte, wurden sie namentlich festgestellt.²

Festgenommen wurden bisher vor der sowjetrussischen Botschaft zwei tschechoslowakische Staatsangehörige, die sich, in Verkennung seiner Eigenschaft, mit einem Kriminalbeamten unterhielten und dabei die sowjetrussische Fahne verherrlichten, im gleichen Zuge aber sowohl den Führer und Reichskanzler, als auch den Herrn Ministerpräsidenten und Generaloberst Göring beschimpften. Sie werden dem Schnellgericht zugeführt und anschließend aus Deutschland ausgewiesen.

Vor dem Gebäude der sowjetrussischen Handelsvertretung wurde heute gegen Mittag ein deutscher Ingenieur festgenommen, weil er sich trotz höflichen Ersuchens nicht bereit erklärte, sich zu legitimieren und schließlich den Beamten Widerstand entgensetzte. Dieser Zwischenfall hatte bedauerlicherweise einen kleineren Auflauf zur Folge.

Im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt wird nunmehr die Überwachung der Handelsvertretung bis morgen, dem 10. November 1936, zunächst eingestellt, die Überwachung der sowjetrussischen Botschaft bis auf weiteres nur stichprobenmäßig weiter geführt.*³

Ich bitte, hiervon berichten zu dürfen.⁴

II. Zurück nach II.

he.

Auf erstem Blatt oben: Abgesandt am 9.11.36 19.10 Uhr mit Abzeichnung.

RGVA, f. 501/k, op. 3, d. 322, l. 269–270.

² Am 10.11.1936 protestierte der sowjetische Militärattaché Orlov bei Major von Pappenheim gegen die am 9.11. durchgeführte Kontrolle seines Wagens, in dem sich noch sein Gehilfe Gerasimov und Major Klimenko befanden. Vgl. PA AA, R 101373, Bl. 2364366.

³ Der gesamte Text ist in eckige Klammern gesetzt.

⁴ Laut einer Aufzeichnung des AA vom 12.11.1936 wurde die Maßnahme „auf Wunsch des Herrn Generaloberst Göring wegen der z. Zt. schwebenden Wirtschaftsverhandlungen am Dienstag wieder aufgehoben“. Vgl. PA AA, R 101373, Bl. 236436.

Nr. 567
Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für
Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger
in Moskau von Tippelskirch

GEHEIM

Expl. Nr. 6
[11.11.1936]

TAGEBUCH
N.N. KRESTINSKIJS

EMPFANG DES DEUTSCHEN GESCHÄFTSTRÄGERS VON TIPPELSKIRCH,
11. November 1936

T[ippelskirch] bat mich gestern, ihn zu empfangen. Ich antwortete, dass ich ihn nur heute empfangen könne, wenn er aber eine dringliche Angelegenheit hätte, so würde ich ~~**ihn**~~¹ bitten, sich an² Gen. Štern zu wenden. T. zog es vor, heute zu mir zu kommen. Er erklärte, dass er mit mir eine Reihe unangenehmer Angelegenheiten besprechen müsse.³

1. In der Nacht vom 4. auf den 5. des Monats wurden fünf deutsche Staatsbürger verhaftet, die ich hier nicht aufzähle, da sie alle in dem mir übergebenen Aide-Mémoire⁴ aufgeführt sind.

Zu jedem Verhafteten stellte uns die Deutsche Botschaft eine Verbalnote zu, in der gebeten wird, Informationen über die Gründe der Verhaftung mitzuteilen, den Vorgang zu beschleunigen, eine Besuchserlaubnis zu gewähren usw. T. bittet mich, den in den einzelnen Noten vorgetragenen Bitten nachzukommen und lenkt meine Aufmerksamkeit darauf, dass die zeitgleiche Verhaftung von fünf deutschen Bürgern in der Botschaft Unruhe und Unverständnis hervorruft.

2. Seit Anfang November stand die Deutsche Botschaft unter offener Beobachtung durch Agenten des NKVD, die alle festhalten, die in die Botschaft gehen und alle, die die Botschaft verlassen; deren Dokumente werden überprüft und einige [Personen] zur Miliz gebracht. T. nannte mir einige Personen, darunter eine Mitarbeiterin der Botschaft, die auf diese Weise festgehalten wurden.

3. In der Nacht vom 4. auf den 5. November wurden alle verantwortlichen Leiter der deutschen Konzession Leo Dresden⁵ sowie der Justitiar der Konzession, der sowjetische Staatsbürger Prof. Vorms, verhaftet. Aufgrund dieser Verhaftungen wurde die Tätigkeit der Konzession vollständig paralysiert.

4. Der verhaftete Prof. Vorms war langjähriger juristischer Berater der Botschaft. Bei ihm befand sich ein Gutachten zum Fall eines deutschen Arbeiters, der einen schweren Arbeitsunfall erlitten hatte und beabsichtigte, einen Antrag auf Rentenzahlung zu stellen. Die Deutsche Botschaft bittet, ihm die Unterlagen zu diesem Fall zurückzugeben.

¹ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

² Das nachfolgende Wort „ihn“ ist durchgestrichen.

³ Vgl. Dok. 565.

⁴ In der Akte nicht vorhanden.

⁵ Vgl. Dok. 257, Anm. 5.

Zum Abschluss machte mich T. noch einmal auf die Unruhe aufmerksam, die bei allen Angehörigen der Botschaft und bei der deutschen Kolonie entstanden ist, und fragte mich, ob ich nicht die Gründe für die zahlreichen und gleichzeitigen Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern in Erfahrung bringen könnte.

Ich antwortete T. folgendes. Am 5. des Monats sei Botschaftsrat Hensel⁶ bei Gen. Štern gewesen. Er habe bereits damals auf die verstärkte Beobachtung der Botschaft aufmerksam gemacht und über die Verhaftung von drei deutschen Staatsbürgern informiert; zwei von ihnen, Oberberg und Niedermeier, seien mir heute von T. benannt worden. Das NKID habe sich an die Organe des Inneren mit der Bitte gewandt, ihm jene Informationen zu den Verhafteten mitzuteilen, die wir in solchen Fällen der Deutschen Botschaft übermitteln. Uns sei versprochen worden, uns diese Informationen in kürzester Frist zu geben. Herr Tippelskirch verstehe, dass wegen der Feiertage eine gewisse Verzögerung in dieser Sache eintreten könnte, ich hoffe jedoch, dass ich ihm die Informationen zu den Personen, die Hensel Gen. Štern genannt hätte, in ein paar Tagen mitteilen könne. Was die Personen betreffe, die mir Herr Tippelskirch heute zum ersten Mal genannt habe, so würde ich Informationen über sie anfordern. Ich hoffe, dass auch in diesen Fällen die Übermittlung der erforderlichen Informationen an die Deutsche Botschaft keine Verzögerungen erfahre. Was die von T. angesprochene Beobachtung der Botschaft und die Kontrolle der Personaldokumente ihrer Besucher betreffe, so habe sich nach der Anfrage des Gen. Štern ergeben, dass es keine Anweisung gegeben habe, die Deutsche Botschaft unter eine spezielle Beobachtung zu stellen und die Besucher zu überprüfen⁷. Wie immer in den Tagen vor großen Paraden und Demonstrationen würden in der Stadt von der Miliz verstärkt Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt. Dies betreffe alle Straße, und nicht allein die Straße, in der sich die Deutsche Botschaft befindet. Es sei möglich, dass die Reviermiliz etwas übertrieben und die Befragung einiger Besucher der Botschaft zugelassen habe. Der Reviermiliz sei klargemacht worden, dass solche Maßnahmen nicht durchgeführt werden dürften.

Ich glaube deshalb, dass es jetzt keine Klagen in dieser Beziehung seitens der Botschaft mehr geben dürfte.

T. antwortete, dass die Bewachung und die Kontrolle gegenwärtig tatsächlich nicht praktiziert würden.

Unser Gespräch zusammenfassend sagte ich, dass ich die Frage hinsichtlich der Beobachtung der Botschaft als erledigt betrachte und ich mich hinsichtlich der Verhaftungen bemühen werde, T. in den nächsten Tagen eine konkrete Antwort zu geben.⁸

Da ich erwartet hatte, dass T. mit mir über dieses Thema sprechen werde, habe ich meine Antworten mit dem NKVD vorab abgestimmt.

N. Krestinskij

STIMMT MIT DEM ORIGINAL ÜBEREIN

Sekretär: V. Rozovskij

⁶ Vgl. AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 77–76.

⁷ Vgl. Dok. 568.

⁸ Zum Bericht Twardowskis über das Gespräch mit Krestinskij vgl. Dok. 576.

Vermerk von G.Ja. Bežanov mit Tinte: an Levin, Kant[er], B[ežanov].

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2442 vom 13.11.1936.

Am Endes des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 [Expl.] Das 1. [Exemplar] zu den Akten, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen.

Stomonjakov, das 4. an die II. Westabteilung, das 5. nach Berlin. Expl. Nr. 6.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 92–90. Beglaubigte Kopie.

Nr. 568

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Ganz geheim

Persönlich

[Expl. Nr. 4]

11. November 1936

4751

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

aus der heute an Sie abgehenden Aufzeichnung der Unterredung des Gen. Štern mit Hensel vom 5. November¹ und meiner heutigen mit Tippelskirch² sowie der Kopie des mir von Tippelskirch überlassenen Aide-Mémoire können Sie entnehmen, dass hier Verhaftungen von Deutschen erfolgten, die mit einer verstärkten Beobachtung der Botschaft und einer Kontrolle der Besucher der Botschaft einhergingen. Diese Maßnahmen erfolgten im Ergebnis der Aufdeckung einer faschistischen Organisation, die sich konterrevolutionär und terroristisch betätigte. Es ist nicht ausgeschlossen, dass einige der Verhafteten demnächst dem Gericht überstellt werden. Auf jeden Fall ist nicht mit einer schnellen Freilassung der Verhafteten zu rechnen. Eher ist eine Zunahme der Zahl der Verhaftungen zu erwarten.³

Die Beobachtung der Botschaft und die Kontrolle ihrer Besucher ist, wie Sie aus meinen Telegrammen wissen, eingestellt worden, und diese Frage kann, da auch in Berlin ähnliche Maßnahmen aufgehoben worden sind⁴, als glücklich beigelegt erachtet werden. Was aber die Verhaftungen und eine Gerichtsverhandlung bei einem Teil der Verhafteten anbelangt, so ist es nicht ausgeschlossen, dass in Berlin versucht wird, irgendeinen sowjetischen Staatsbürger zu verhaften und mögli-

¹ Vgl. Dok. 567, Anm. 6.

² Vgl. Dok. 567.

³ Vgl. Dok. 575.

⁴ Vgl. Dok. 572.

cherweise andere Repressivmaßnahmen gegenüber unserer Kolonie zu ergreifen. Vielleicht nehmen sie unseren Klub aufs Korn.

Ich erachte es deshalb für notwendig, dass Sie die Kontrolle über das Verhalten der Mitarbeiter der Bevollmächtigten Vertretung, der Handelsvertretung und anderer in Deutschland dienstlich lebender sowjetischer Staatsbürger erhöhen.⁵ Es sind ebenso Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass im Klub nichts aufbewahrt wird, was von den Deutschen als für Propagandazwecke bestimmtes illegales Material bezeichnet werden könnte.

Sie dürfen natürlich mit niemandem, außer mit ihren engsten Mitarbeitern oder mit dem Handelsvertreter⁶, über die in der UdSSR vorgenommenen Verhaftungen von Deutschen und über die Möglichkeit von Gegenrepressionen von deutscher Seite sprechen. Deshalb sind alle Ihre Maßnahmen als normale Routinemaßnahmen durchzuführen, die durch das Polizeiregime, das gegenwärtig in Deutschland herrscht, bedingt sind.

Wenn Sie hier sind, werden wir alle diese Fragen ausführlich besprechen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
5 [Exemplare], das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. zu den Akten. Expl. Nr. 4.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 185–184. Kopie.

Nr. 569

Schreiben des Marinegehilfen des Militärattachés in Moskau von Baumbach an das Oberkommando der Kriegsmarine

Moskau, den 12. November 1936

Deutsche Botschaft
 Der Marinegehilfe des Militärattachés
B.Nr. 171/36

1. von 3 Ausfertigungen

An
 das Oberkommando der Kriegsmarine M.Att.
 Berlin W 55

Betr.: Luftziele in der Sowjetunion

Anliegend werden in doppelter Ausfertigung *Photographien*¹ vorgelegt², die Folgendes darstellen:

⁵ Vgl. Dok. 587.

⁶ David Vladimirovič Kandelaki.

¹ Das Wort ist unterstrichen und am Seitenrand kommentiert: Sehr gut!

² Die Fotos liegen der Akte bei.

1) *Kraftwerk Wolchow-Ges³ und Eisenbahnbrücke der Murmanbahn*⁴ über den Wolchow. Bekanntlich liefert das Kraftwerk Wolchow-Ges einen beträchtlichen Teil der Leningrader Elektrizitätsversorgung. Es dürfte vor allem im Hinblick auf das *Funktionieren der Leningrader Rüstungsindustrie in Kriegszeiten von hoher Bedeutung*⁵ sein. Als Knotenpunkt der Murman-Bahn und des Wolchow mit dem Wolchow-Ges in unmittelbarer Nähe stellt dieser Bezirk einen wichtigen Brennpunkt von Luftangriffsobjekten dar, der auf beiliegender Karte mit 1 bezeichnet ist.

2) und 3) Das *Kraftwerk Wolchow-Ges* unmittelbar nach dem Passieren der Eisenbahnbrücke. Links vom Kraftwerk ist die *Schleuse für die Flussschiffahrt* gut erkennbar. Rechts vom Kraftwerk im Hintergrund liegt der große *Staudamm*⁶.

Wie aus dem Bild 1) hervorgeht, besitzt die Brücke der Murmanbahn keinen zum Öffnen eingerichteten Teil. Die Brücke ist hoch genug angelegt, dass die in Frage kommende Flussschiffahrt unter ihr passieren kann.

4) *Eisenbahnbrücke der Linie Moskau-Leningrad*⁷ über den Wolchow-Fluss. Zweigleisig. Sehr niedrig und nur für Prähme und Motorboote passierbar. Dampfer passieren durch einen zum Öffnen eingerichteten Teil der Brücke, der sich am Nordende befindet und auf diesem Bild nicht sichtbar ist. Die Aufnahme ist von Nordosten, also mit Blickrichtung stromaufwärts hergestellt. (Beiliegende Karte bei 2).

Die Aufnahmen 1)–3) sind von Norden also gleichfalls mit Blickrichtung stromaufwärts hergestellt.

5), 6) und 7) *Eisenbahnbrücke über die Wolga*⁸ oberhalb Kasan (beiliegende Karte bei 3). Einleisig. Linie Moskau-Kasan-Swerdlowsk.

Von den Aufnahmen sind Bild 5) und 6) mit der Blickrichtung stromaufwärts hergestellt, davon Bild 5) aus der Entfernung und Bild 6) unmittelbar vor Passieren der Brücke. Bild 7) zeigt die Brücke dagegen mit Blickrichtung stromabwärts und ist etwa 1 km nach dem Passieren der Brücke hergestellt.

Die Negative der Aufnahmen, wie auch weitere Abzüge in Kleinformat werden zur Unterrichtung weiterer interessierter Stellen (RLM, Ob.Kdo.d.Heeres) beigelegt.

von Baumbach

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt oben Stempel des Ob[erkommando] d[er] M[arine], Eing. 19. NOV. 1936. Weitere Stempel: Geheim, M vorzulegen, An A III abzugeben, M.ATT. 2717 und zahlreiche, nicht entzifferte Abzeichnungen.

BA-MA, RM 12 II/ 157, o. P., 2 Bl.

³ Гидроэлектрическая станция = Wasserkraftwerk.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Die drei Textstellen sind unterstrichen.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

⁸ Der Text ist unterstrichen.

Nr. 570

Bericht des Generalkonsuls in Leningrad Sommer an das AA

Abschrift Pol. V 5402.
Deutsches Generalkonsulat
C. 723/36

Leningrad, den 12. November 1936

An das
Auswärtige Amt

Inhalt: Polizeiaktion gegen Deutschstämmige sowjetrussischer Staatsangehörigkeit
und deutsche Reichsangehörige

Sicherem Vernehmen nach ist seit etwa 14 Tagen in Leningrad gegen Deutschstämmige sowjetrussischer Staatsangehörigkeit eine Polizeiaktion im Gange, die in den letzten Tagen (Nacht vom 9. zum 10. November) auch auf deutsche Reichsangehörige ausgedehnt worden ist. Die Zahl der verhafteten deutschen Reichsangehörigen beträgt bisher vier, darunter eine in Leningrad geborene Studentin und drei Facharbeiter, von denen zwei zu den alteingesessenen Mitgliedern der deutschen Kolonie gehören.¹ Der dritte ist vor etwa 8 Jahren zur Arbeitsaufnahme hierhergekommen, war Vertrauensmann des Generalkonsulats und hat sich als solcher unter den deutschen Kommunisten viele Feinde gemacht. Zwei der Verhafteten haben das sowjetischerseits früher an sie gerichtete Ansinnen, um ihre Aufnahme in den sowjetrussischen Staatsverband nachzusuchen, kategorisch zurückgewiesen. Die Haftgründe sind dem Generalkonsulat von der Sowjetbehörde noch nicht bekannt gegeben worden. Es kann aber angenommen werden, dass den Verhafteten, wie üblich, sowjetstaatsfeindliche Propaganda oder Späherei vorgeworfen wird. Die verhaftete Studentin ist russisch-orthodoxen Glaubens und war eifrige Kirchengängerin; eine ihrer russischen Freundinnen hat das gleiche Schicksal getroffen. Die Zahl der verhafteten Deutschstämmigen sowjetrussischer Staatsangehörigkeit ist, wie ich höre, eine ziemlich große; genaue Daten sind nicht erhältlich. Unter den in den letzten Wochen Verhafteten befinden sich auch 3 Anverwandte der Ehefrau des Amtsgehilfen des Generalkonsulats Fätkenheuer², die mit dem Ehepaar Fätkenheuer in Verkehr standen, aber sowjet-russische Staatsangehörige sind.

Über die Veranlassung zur Polizeiaktion ist Bestimmtes nicht zu erfahren; sie wird aber in der Spannung des deutsch-sowjetrussischen Verhältnisses gesucht werden müssen. Oder sollte die Verhaftung der Reichsdeutschen, was auch durch-

¹ In einem Anschlussbericht wurden die Namen der vier Reichsdeutschen genannt: Otto Fischle, Eugen Klein, Otto Walther und Tatjana Beerwald. Außerdem waren nach einer Mitteilung des Leningrader Vertreters des Narkomindel am 10.11.1935 noch folgende sechs Reichsdeutsche verhaftet worden: Emil Larisch, Erich Demisch, Karl Trinkaus, Kurt Futterknecht und seine Frau Tamara, geb. Karneev, sowie Paul Parthy. Vgl. RGVA, f. 1357/k, op. 2, d. 27, l. 27R. Erich Demisch sowie Kurt und Tamara Futterknecht wurden 1938 nach Deutschland ausgewiesen.

² Margarete Fätkenheuer.

aus möglich, als Antwort auf die Hinrichtung des Kommunisten Etgar André³ in Deutschland gedacht sein!

gez. Sommer

RGVA, f. 1357/k, op. 2, d. 27, l. 27.

Nr. 571

**Schreiben des Leiters der Presseabteilung im NKID Astachov an den
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov**

GANZ GEHEIM

[13.11.1936]

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
Gen. LITVINOV

Am 6. November d. J. legte der deutsche Korrespondent JUST ein Telegramm mit der Meldung über Verhaftungen von Deutschen¹ in Moskau zwecks Freigabe vor. Wir haben das Telegramm nicht genehmigt, was ich der Sonderabteilung des NKVD Gen. Gorb zur Kenntnis gebracht habe. Er bekräftigte, je später im Ausland derartige Informationen erscheinen, desto besser.

Am 10. erschienen am späten Abend einige anglo-amerikanische Auslandskorrespondenten bei mir und legten eilige Anfragen ihrer Redaktionen darüber vor, wie vertrauenswürdig die aus Berlin verbreiteten Informationen über massenhafte und grundlose Verhaftungen von ausländischen Staatsbürgern in der UdSSR seien. Daraus ging hervor, dass bei uns „alle“ deutschen, österreichischen und schwedischen Staatsbürger verhaftet worden seien. Die ausländischen Korrespondenten erklärten, dass sie Informationen über einige Verhaftungen besäßen, aber (bevor sie diese Informationen durchgeben) Einzelheiten und unsere Darstellung erfahren wollten.

Nachdem ich Sie darüber informiert und von Ihnen die Weisung erhalten hatte, die Haltung des NKVD in dieser Angelegenheit zu klären, habe ich mich nach einigen vergeblichen Anrufen mit Gen. Gorb in Verbindung gesetzt. Er sagte, dass die Informationen zu den Verhaftungen („alle“!) eindeutig übertrieben seien und es nicht an ihm sei, zu verhindern, wenn diese Angelegenheit in gebührender Form beleuchtet würde. Er fügte hinzu, es sei nicht seine Sache, eine politische Entscheidung in dieser Angelegenheit zu treffen, es jedoch nicht schade, unter rein operativem Gesichtspunkt an die Öffentlichkeit zu treten. Er hielt es sogar für nützlich, wenn sich unsere Volkskommissare darüber verständigen könnten, eine möglichst ausführliche Information zu dieser Angelegenheit herauszugeben.

³ André war am 4.11.1936 hingerichtet worden; vgl. auch die Diskussion um einen Austausch von André gegen Fuchs in Dok. 490, 502, 558.

¹ Vgl. Dok. 565.

Da wir gewöhnlich keine politische Freigabe vom NKVD in ähnlichen Fällen erhalten und uns auf die Klärung der operativen Seite der Fragen beschränken (wie ich dies übrigens am 6.X.² getan habe, als ich das Telegramm von JUST zurückhielt), hielt ich es für möglich, Ihnen mitzuteilen, dass die Sonderabteilung keine Einwände vorzubringen hat.

Ich muss ergänzen, dass unser Verzicht, die Berliner Version zu den Verhaftungen (die die von uns nicht genehmigte Information von JUST zur Grundlage hat, aber in den Spalten der DAZ einen noch größeren Platz einnahm) zu dementieren, unverzüglich als eine indirekte Bestätigung dieser Version verstanden und diese in der außerdeutschen Presse eine starke Verwendung finden würde. Außerdem könnte unser Verzicht, etwas zu dieser Kampagne zu berichten, die Übermittlung von Materialien durch die ausländischen Korrespondenten nicht verhindern, die sie von der Deutschen Botschaft wenn auch nicht per Telegraf, sondern per Post und Telefon unter Umgehung unserer Zensur erhalten, verhindern, sondern eher verstärken. Nach den uns vorliegenden Informationen haben viele von ihnen auch so gehandelt, indem sie jene Informationen übermittelten, deren Genehmigung wir ablehnten (WILLIAMS im „Daily Herald“ und andere). Das, was ich den ausländischen Korrespondenten sagte, lief im Wesentlichen auf ein Dementi des Berliner Unsinns hinaus, und ich verwies darauf, dass die Rede lediglich von deutschen Staatsbürgern sein könne, die einer faschistischen Tätigkeit überführt worden seien. Es seien ganz wenige Österreicher verhaftet worden, und was die Schweden betreffe, so könne man höchstens von einem sprechen. Die Tatsache, dass es einen verhafteten Schweden gibt, war den ausländischen Korrespondenten und auch mir ^{**übrigens**}³ aus ausländischen Quellen bekannt. Ich sagte, ^{**dass**}⁴ die Verhafteten beschuldigt würden, eine faschistische Organisation geschaffen zu haben, die sich unter anderem mit Propaganda befasste. Den Ausdruck „Verschwörung“ habe ich nicht verwendet, und dieser Ausdruck ist ein gebräuchliches ^{**telegrafisches**}⁵ Kürzel amerikanischer Auslandskorrespondenten und ist in ein, zwei Telegrammen verwendet worden.

Leiter der Presseabteilung

G. Astachov

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3494 vom 14.11.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

3 Expl. 1 [Exemplar] an M.M.⁶, 1 an Gen. Krestinskij, 1 an die Presseabteilung.⁷
13. November 1936.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 47, l. 58–60. Original.

² So im Dokument; richtig: 6.XI.

³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁴ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁶ Litvinov.

⁷ Die Empfänger laut Verteiler sind mit Tinte und Bleistift geschrieben.

Nr. 572

Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an
den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

Geheim

Berlin, den 13.11.36

Ausgangs-Nr. 407/s¹
Moskau, NKID
An den
Stellv. Volkskommissar
Gen. N.N. Krestinskij

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Ich bin an Grippe erkrankt und deshalb gezwungen, Ihnen in meiner Wohnung auf meiner eigenen Schreibmaschine zu schreiben, insgesamt in 2 Exemplaren.

Zum Flug der Flugzeuge ANT 25 und ANT 35.

Leider erfolgte der Flug² nicht ohne schwere organisatorische Mängel. Der schwerste Mangel bestand darin, dass beide Flugzeuge nicht mit einer Funkverbindung zum Boden ausgestattet und folglich gezwungen waren, über Europa so zu fliegen, wie die Flugzeuge vor 10 Jahren geflogen sind, d.h. auf gutes Wetter und gute Sicht zu warten. Infolgedessen wurde die Strecke von Moskau nach Paris, die die Linienflugzeuge der Deruluft und der Lufthansa an einem einzigen Tag bewältigen, von der ANT-25 in 5 (fünf) Flugtagen und von dem schnellen Flugzeug vom Typ ANT-35 in 4 (vier) Flugtagen bewältigt. Eine eigene Funkverbindung gab es zwar, aber nicht mit europäischen Funkstationen, von deren Anweisungen der Flug abhing. Auf die Funkstelle der ANT-25 konnten nur Moskau, Hamburg und Straßburg antworten, auf die Funkstelle der ANT-35, die merkwürdigerweise nur für zwei Wellenbereiche ausgelegt ist, konnte keine einzige europäische Funkstation antworten. Wegen des Fehlens der Funkverbindung und der Peilung waren beide Flugzeuge gezwungen, Umwege zu fliegen, um bei schlechtem Wetter Bodenerhebungen ausweichen zu können. Dadurch entstand eine absolut falsche Vorstellung hinsichtlich ihrer Geschwindigkeit. Unter den europäischen Bedingungen, wo der Luftraum recht dicht mit Linienflugzeugen ausgefüllt ist, riskierten unsere Flugzeuge außerdem mit jeder Minute, da sie kein Peilgerät³ besaßen, Luftzusammen-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Es geht um den Flug von zwei sowjetischen Flugzeugen von Moskau nach Paris, um an der Pariser Luftfahrt Ausstellung im November 1936 teilzunehmen.

³ Im Zusammenhang damit richtete Krestinskij am 26.11.1936 an Suric ein Schreiben, indem es zum Beispiel hieß: „M.M. Kaganovič bat mich, Ihnen zu erklären, warum unsere Flugzeuge ohne Funkausrüstung nach Paris geflogen sind. Sie wissen, dass die ANT-25 bei ihrem berühmten Flug mit erstklassiger Apparatur ausgerüstet war und einen bedeutenden Teil der Strecke im Blindflug, ohne Sicht und ausschließlich nach den Daten des Apparates absolvierte. Aber dieser Apparat, insbesondere die Funkausrüstung, mit der es ausgestattet war, gehört bis jetzt zu unserem Geheimnis, und es wurde entschieden, für den Flug nach Paris diesen Apparat auszubauen. Die negativen Erfahrungen des Fluges ohne Funkverbindung führten zu der Entscheidung, in Paris Apparate für Funkverbindung und Peilung zu erwerben, und beide Flugzeuge werden modern ausgerüstet fliegen.“ In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 14, l. 23.

stöße. Die Flugzeuge besaßen nicht nur keine Funkverbindungen, sondern leider auch keine Flugkarten für die Route. Als das Flugzeug ANT-35 in Berlin ankam, stürmte die Besatzung sogleich los, um sich Karten für den Weiterflug nach Köln zu verschaffen. Das Flugzeug ANT-25 besaß⁴ für die Teilstrecke Köln-Paris Spielkarten, die die Lufthansa an die Passagiere ihrer Flugzeuge während des Flugs austeilt (vgl. die Mitteilung des Gen. Gnedin⁵). Zu guter Letzt machten sich bei beiden Flugzeugen während des Fluges Konstruktionsmängel unangenehm bemerkbar. Bei der Landung der ANT-35 in Berlin funktionierten die Bremsen nicht ganz ordnungsgemäß, die linke Tragfläche des Flugzeuges war mit Öl überzogen, weil im linken Chassis die Ölpumpe nicht richtig funktionierte. Bei der Landung des gleichen Flugzeugtyps in Köln stellte sich heraus, dass einer der Motoren schlecht arbeitete und man sich gezwungen sah, einen großen Teil der Besatzung mit der Eisenbahn nach Paris zu befördern, um das Flugzeug für den Start leichter zu machen. Gromov beklagte sich außerdem über eine Reihe anderer Konstruktionsmängel des Flugzeugs. Ich spreche schon gar nicht davon, dass in letzter Minute vor dem Abflug ***noch in Moskau***⁶ von dem Flugzeug die Verstellpropeller abgebaut und durch starre Propeller ersetzt wurden, was natürlich seine Flugeigenschaften bedeutend minderte. Laut Mitteilung des Gen. Gnedin funktionierten beim Flugzeug ANT-25, das er in Köln sah, einige Geräte nicht (Geschwindigkeitsmesser).

All diese Mängel blieben den Deutschen natürlich nicht verborgen, und es ist nicht zu bezweifeln, dass sie darüber in ganz Europa herumtratschen werden. Die Deutschen zeigten an dem Flug ein außerordentliches Interesse. Nicht nur die Deruluft riss sich, wie man so sagt, ein Bein aus, um die Flugzeuge zu warten, sondern auch die Lufthansa kümmerte sich engagiert um alles das, worum wir sie auch baten. Dies trifft nicht nur auf Berlin zu, wo nur die ANT-35 Station machte, sondern ebenso auf Königsberg und Köln, wo beide Flugzeuge nacheinander Station machten. Über den Aufenthalt in Königsberg und in Köln werden wahrscheinlich die Genossen Giršfel'd und Gnedin ausführlich berichten. Letzteren hatten wir gemäß Ihrer Weisung zu diesem Zwecke nach Köln geschickt.

Zum Empfang der ANT-35 in Berlin hatte sich auf dem Flugplatz eine große Menschenmenge eingefunden, außer den offiziellen Vertretern von unserer Seite, der Lufthansa und der Deruluft waren viele deutsche Piloten, Konstrukteure und Mechaniker erschienen. Später erfuhren wir, dass auch Göring die Landung des Flugzeugs beobachtet hatte, dessen Flugzeug 20 Minuten nach der Landung von Gen. Gromov startete. Eine ähnliche Geschichte wurde am Morgen des nächsten Tages beim Abflug des Flugzeugs beobachtet. Zum Abflug hatte sich eine noch größere Menschenmenge eingefunden, darunter viele Militärpiloten. Sie können sich vorstellen, wie nervös Gen. Gromov war, dem es angesichts der oben beschriebenen Umstände nicht möglich war, die Maschine von ihrer besten Seite zu zeigen. Die Lufthansa gab für die Besatzung der ANT-35 und andere Geladene gleich auf dem Flugplatz einen speziellen Empfang. Wir antworteten mit einem Abendessen in der

⁴ Das nachfolgende Wort „nur“ ist durchgestrichen.

⁵ Bericht Gnedins vom 14.11.1936 über die Ankunft des Flugzeuges ANT-25 in Köln. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 8, l. 241–239.

⁶ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

Bevollmächtigten Vertretung, auf dem die Lufthansa und natürlich die Deruluft nicht schlecht vertreten waren⁷. Die Deutschen erklärten auf diesem Empfang offen, dass die Liquidierung der Deruluft ein Fehler gewesen sei, den wir vielleicht noch bereuen würden. Keiner der Deutschen verstand übrigens, weshalb wir die Flugzeuge ohne Funkverbindung und ohne Peilgerät auf diesen Flug geschickt hatten. Die Vertreter der Lufthansa, die Gen. Gromov aufgrund seiner früheren Flüge gut kennen, konnten es überhaupt nicht glauben, dass Gromov zugestimmt haben könnte, ohne Funkgerät zu fliegen, und verdächtigten unsere Seite die ganze Zeit über, dass sie einen Trick angewandt hätte. Sie konnten gleichfalls nicht verstehen, warum die ANT-35 nicht ein einziges Mal die für sie ausgelegte Geschwindigkeit erreicht hat, und sahen dahinter den Wunsch Gromovs, die Motoren für die Ausstellung zu schonen. Es versteht sich von selbst, das wir nichts unternahmen, um die Deutschen über ihre Irrtümer aufzuklären.

Das Interesse der Deutschen an dem Überflug gibt uns Grund zur Annahme, dass die Flugbehörden in dieser Hinsicht spezielle Weisungen entweder direkt von Göring oder aus seinem Kreis hatten. Am dritten Tag, d.h. am 11. November, berichtete die gesamte deutsche Presse schließlich über die Liquidierung der Deruluft und über die Aufnahme der Betriebstätigkeit ab dem 1. Januar nach dem Pool-Prinzip⁸. Da wir für den Betrieb dieser Linie keine Flugzeuge haben und die Serienproduktion der ANT-35 erst gegen Mitte 1937 Ergebnisse liefern kann, und es unmöglich ist, die gänzlich veraltete ANT-9 weiter für Flüge einzusetzen, sollten wir die Luftverbindung nach Berlin für eine unbestimmte Zeit aussetzen.

Zur Kontrolle der Personaldokumente vor sowjetischen Einrichtungen in Berlin vom 9. bis 10. November.

Wie wir Ihnen bereits berichteten, erschien am Morgen des 9. November vor dem Gebäude der Handelsvertretung in der Lietzenburger Str. 11 eine Abteilung der Kriminalpolizei (in Zivil) und begann die Personaldokumente von allen Personen zu überprüfen, die das Gebäude betraten und verließen. Die Kontrolle wurde direkt vor dem Eingang des Gebäudes durchgeführt. Zugleich wurden alle Passanten festgehalten, wenn sie ein Interesse an dem Gebäude zeigten oder es zu betreten beabsichtigten, jedoch ihre Absicht änderten, wenn sie die Polizisten bemerkten. Einen der letzten Fälle beobachteten die Genossen aus dem Fenster, und er trug sich wie folgt zu. Ein Passant hatte offenbar die Absicht, die Handelsvertretung aufzusuchen, als er aber bemerkte, dass beim Eingang die Personaldokumente überprüft wurden, änderte er sein Vorhaben und ging auf der Straße weiter. Man schrie ihm nach, dass er stehen bleiben solle. Er beschleunigte seinen Schritt. Die Polizeiaagenten liefen von hinten, von der Seite und von vorn auf ihn zu. Dabei stellte sich heraus, dass die ganze Straße voller Polizisten in Zivil war. Ein großer Teil dieser Polizisten stürmte übrigens aus einem Tabakladen an der Ecke gegenüber der Bevollmächtigten Vertretung⁹, in dem sich offensichtlich der „Stab“ der ganzen Aktion befand. Viele Polizisten zogen ihre Waffen. Der Unglückliche wehrte

⁷ Der nachfolgende Text „Es ist interessant, dass“ ist mit Tinte durchgestrichen.

⁸ Vgl. Dok. 551.

⁹ So im Dokument; richtig: der Handelsvertretung.

sich vergebens und schrie die ganze Zeit „Hilfe!“, „Hilfe!“¹⁰. Man legte ihm Handschellen an und brachte ihn in einem Taxi weg. Unsere Genossen nahmen an, dass das der Vertreter einer deutschen Chemiefirma war, der regelmäßig die Handelsvertretung aufsuchte. Ein anderer Fall, den Gen. Kandelaki beobachtete, trug sich folgendermaßen zu. Zwei junge Frauen, die die Straße entlang gingen, blieben stehen, um sich die schöne Inschrift mit unserem Wappen, das am Eingang zur Handelsvertretung angebracht ist, anzuschauen. Das machen täglich fast alle, die hier vorbei kommen, sowohl in der Lietzenburger Str. wie auch Unter den Linden. Sie wurden ebenfalls festgehalten und in einem Taxi abtransportiert. Was unsere Mitarbeiter betrifft, so hatten alle, bis auf eine Ausnahme, ihre Personaldokumente bei sich. Gen. Potockij, der keine Personaldokumente bei sich hatte, wurde zurück in die Geisbergstr.¹¹ geschickt, um den Pass zu holen, und nach 15 Minuten zeigte er ihn den Polizisten. Die Polizisten interessierten sich insbesondere für die Vermerke über die Aufenthaltserlaubnis und notierten alle diesbezüglichen Auffälligkeiten. Bei einigen erst angekommenen Genossen fehlten diese Vermerke überhaupt, bei anderen waren sie abgelaufen. Am 11. November erhielten alle diese Genossen die Vorladung, bei der Polizei zu erscheinen. Wir werden danach berichten, wie sich die Angelegenheit mit ihnen entwickeln wird. Die Kontrolle vor der Handelsvertretung hielt unvermindert bis 7 Uhr abends an, danach wurde sie eingestellt und nicht wieder aufgenommen. Es verblieb lediglich eine Außenbeobachtung, die bis auf den heutigen Tag andauert. Es gab auch komische Fälle. Major Tschunke vom Russland-Ausschuss wandte sich mit der Bitte an Gen. Gasjuk, ihn nach dem Mittagessen zu empfangen. Da Gen. Gasjuk annahm, dass zu dieser Zeit die Kontrolle bereits aufgehoben sein werde, bat er Tschunke sogleich zu kommen. Somit musste der brave Major die erniedrigende Prozedur der Passkontrolle über sich ergehen lassen.

Beim Gebäude der Bevollmächtigten Vertretung war ebenfalls seit dem Morgen eine Polizeiabteilung aufgezoogen, bis 11 Uhr wurden jedoch nur die Personaldokumente derjenigen kontrolliert, die das Gebäude verließen. Die Kontrolle wurde nicht direkt vor dem Eingang vorgenommen, sondern einige Häuser weiter, wobei zu diesem Zwecke die Leute genötigt wurden, entweder in die Kleine Mauerstr. oder in den Hof des Kinos „Kamera“ zu gehen. Da bis 11 Uhr keiner der sowjetischen Mitbürger die Bevollmächtigte Vertretung verließ, haben wir von diesem Umstand nichts gewusst. Gegen 11 Uhr stellte sich heraus, dass alle, die die Bevollmächtigte Vertretung verließen, kontrolliert wurden. Von den Sowjetbürgern wurden in der ersten Tageshälfte Gen. Sitkovskij und Gen. Filasov kontrolliert.

In der zweiten Tageshälfte wurde damit begonnen, auch die Dokumente derjenigen zu überprüfen, die die Bevollmächtigte Vertretung betreten wollten, obgleich dies bedeutend schwerer zu machen war, da man die Personen direkt vor dem Eingang hätte aufhalten müssen, was natürlich sofort zu einem Publikumsauflauf geführt hätte. Die Polizei wollte dies allem Anschein nach nicht. Sie ging deshalb dazu über, die Dokumente der Autos zu überprüfen, die in die Bevollmächtigte Ver-

¹⁰ Die Ausrufe sind in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹¹ In der Geisbergstraße befand sich die Pension für sowjetische Bürger, die dienstlich nach Berlin kamen.

tretung fuhren, die ohnehin vor dem Tor anhalten und darauf warten mussten, dass man ihnen öffnet. Auf diese Weise sind die Personaldokumente des Militärattachés¹² und seiner zwei Gehilfen¹³ (den Chauffeur Gen. Sautin hat man merkwürdigerweise gar nicht nach den Personaldokumenten gefragt) und des Gen. Gordon kontrolliert worden. Außerdem wurden in der zweiten Tageshälfte die Personaldokumente eines großen Teils der Mitarbeiter kontrolliert, die das Gebäude verließen und in die Stadt gingen. Es wurden auch die Personaldokumente von E.N. Suric kontrolliert. Gegen 7 Uhr am Abend wurde die Kontrolle auch des Gebäudes der Bevollmächtigten Vertretung eingestellt, es verblieb lediglich eine äußere Beobachtung, die auch den nächsten Tag andauerte.

Nachdem Gen. Sitkovskij gezwungen war, seine Personaldokumente beim Verlassen der Botschaft vorzuzeigen, und zu TASS zurückkehrte, erwartete ihn dort ein Polizeibeamter, der die Überprüfung der Personaldokumente sowohl von Gen. Sitkovskij als auch von allen anderen Mitarbeitern von TASS vornahm.

Am 10. November, als vor dem Gebäude der Handelsvertretung und vor der Bevollmächtigten Vertretung die Kontrolle aufgehoben war und nur eine äußere Beobachtung verblieb, erschien in der sowjetischen Pension in der Geisbergstraße 39 ein Polizeibeamter und beorderte alle in dem Gebäude wohnenden Personen mit ihren Personaldokumenten der Reihe nach in den Pförtneraum. Als die Operation der Überprüfung gegen 11 Uhr beendet war, entfernte sich der Beamte. Auch die Geisbergstraße wurde jetzt unter äußere Beobachtung genommen.

Soweit der äußere Rahmen der Polizeiaktion vom 9. bis 10. November. Als die ersten Informationen über die Kontrolle vor dem Gebäude der Bevollmächtigten Vertretung eintrafen, schickte ich Gen. Magalif dorthin, der ein Gespräch mit dem leitenden Polizeibeamten hatte. Letzterer erklärte ihm, dass die ganze Aktion eine turnusmäßige Überprüfung der Dokumente von Ausländern sei. Angeblich sei sie gestern auf Bahnhöfen und anderen Ort vorgenommen worden, und heute habe man sich hierher begeben. Er erwarte von Minute zu Minute einen anderen Einsatzort. Nachdem festgestellt wurde, dass die Kontrolle der Personaldokumente auch bei der Bevollmächtigten Vertretung durchgeführt wurde, setzte ich mich telefonisch mit Schliep aus dem Auswärtigen Amt in Verbindung und machte ihn darauf aufmerksam, dass diese Polizeiaktion nicht als eine¹⁴ zufällige angesehen werden könne, da sie sich nur gegen sowjetische Einrichtungen richte und bereits Formen abgenommen habe, die die normale Tätigkeit unserer Einrichtungen beeinträchtige. Nach dem Mittagessen teilte Gen. Gnedin Schliep die zusätzlichen Fälle mit, in denen die Personaldokumente von Angehörigen des diplomatischen Corps und der Frau des Botschafters¹⁵ überprüft wurden. Zum letzten Punkt sprach Schliep sofort eine Entschuldigung aus. Gnedin forderte unverzüglich ein Treffen, Schliep erklärte sich jedoch zu einem Treffen mit ihm erst am nächsten Tag bereit. Bei dem Treffen am 10. November gab sich Schliep außerordentlich lebenswürdig und stellte fest, dass die Kontrolle faktisch bereits eingestellt sei, so als ob dies das Verdienst des Auswärtigen Amtes wäre, was aber die Zukunft betreffe, erklärte er

¹² Aleksandr Grigor'evič Orlov.

¹³ Anton Vladimirovič Gerasimov und Michail Aleksandrovič Klimenko.

¹⁴ Das nachfolgende Wort „turnusmäßige“ ist mit Tinte durchgestrichen.

¹⁵ Elizaveta Nikolaevna Suric.

ausweichend, dass die Kontrolle wahrscheinlich nicht erneuert werde. Dieses Ausweichen bewerten wir als Warnung. Obgleich Schliep mit keinem Wort die Kontrolle der Deutschen Botschaft in Moskau erwähnte¹⁶, war dennoch zu entnehmen, dass die Deutschen in Zukunft nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit¹⁷ zu handeln beabsichtigen. Die Kontrolle des Gebäudes der Deutschen Botschaft in Moskau wurde übrigens in folgender Form in den deutschen Zeitungen wiedergegeben: im Zusammenhang mit den Oktober-Feierlichkeiten seien vor den Gebäuden vieler ausländischer Botschaften in Moskau, darunter auch vor der Deutschen Botschaft, „Ehrenwachen“¹⁸ aufgezogen.¹⁹ Wir haben die Polizeiaktion von Anfang als eine Antwort auf die Moskauer Aktion aufgefasst, über die uns Gen. Magalif einige lückenhafte Nachrichten mitbrachte. Es ist anzunehmen, dass die Deutschen versuchen werden, auch auf die in letzter Zeit erfolgten Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern in Moskau zu antworten.²⁰ Die faschistische Presse führt im Zusammenhang mit diesen Verhaftungen eine Kampagne, die keine Zweifel darüber aufkommen lässt, dass sie es zumindest als wünschenswert ansieht, auf die Moskauer Verhaftungen mit Verhaftungen von sowjetischen Bürgern in Berlin zu antworten. Ich wollte Sie, Nikolaj Nikolaewiĉ, darauf aufmerksam machen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

S. Bessonov

Vermerk N.N. Krestinskijs mit violetter Farbstift: an M.M., B.S., Štern} vollständig; an Kaganoviĉ M., Ordžonikidze} den 1. Teil. NK.

Vermerk des Sekretärs vom 17.11.1936, dass auf Anweisung N.N. Krestinskijs Kopien an Litvinov²¹, Stomonjakov, an die 2. Westabteilung verschickt und Auszüge für M.M. Kaganoviĉ und G.K. Ordžonikidze angefertigt wurden.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Stellvertretenden Volkskommissars des NKID der UdSSR N.N. Krestinskij mit der Eingangs-Nr. 6175 vom 16.11.1936.

Am Ende des Dokuments befindet sich der Vermerk über die Anzahl der Exemplare: 2 Exemplare.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 188–186. Original.

¹⁶ Vgl. Dok. 567.

¹⁷ Vgl. Dok. 566.

¹⁸ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

¹⁹ Das nachfolgende Wort „Übrigens“ ist mit Tinte durchgestrichen.

²⁰ Vgl. Dok. 565.

²¹ Das Exemplar Litvinovs enthält den Vermerk: „Die Ausführungen zum Überflug sind 1. an Gen. Vorosilov und 2. an Gen. Tkačev zu schicken“. In: AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 116.

Nr. 573

Schreiben des Rates der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov an
den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 1

14. November 1936

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR in Deutschland
Berlin
Nr. 408¹

AN

N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič,

in Ergänzung zu meinem Schreiben vom 13. November unter der Nr. 407/s²
teile ich folgendes mit.

Fortführung der Polizeiaktion vom 9. bis 10.XI.1936

Am 11., 12. und 13. November erschien die Polizei in den Wohnungen einiger
hier dienstlich tätiger Sowjetbürger, nahm eine Überprüfung der Personaldokumen-
te vor, interessierte sich dafür, wie lange der betreffende Mitarbeiter in Deutschland
zu bleiben beabsichtigt. Man war unter anderem beim Gen. MINKIN (Intourist) und
beim Gen. TRETTLER („Wissenschaft und Technik“³). Bei Tretler war übrigens der
gleiche Polizist, der seinerzeit bei ihm die Haussuchung durchgeführt hatte. Der
Polizist begrüßte ihn wie einen alten Bekannten und teilte ihm mit, dass entschie-
den worden sei, „alle Russen gesondert zu erfassen“⁴, er interessierte sich sehr für
die Lage in der UdSSR und sagte, dass es in Deutschland wenige gebe, die den an-
tisowjetischen Lügenmärchen der Presse glauben würden. Bald darauf entschuldig-
te er sich für die Störung und ging.

[...] ⁵

Antikomintern

Herr Ehart ist erneut aktiv geworden. Da die früheren Methoden (die Herausga-
be von Broschüren und Büchern) offenbar keine großen Erfolge zeitigten, wurde
entschieden, neue Methoden auszuprobieren. Die antikommunistische und anti-
sowjetische Ausstellung, die während des Nürnberger Parteitages unter dem Titel
„Weltfeind Nr. 1“⁶ eröffnet wurde, ist jetzt in Berlin in das leerstehende Gebäude

² Vgl. Dok. 572.

³ So im Dokument; richtig: Kultur und Technik.

⁴ Vgl. Dok. 587.

⁵ Ausgelassen ist die Information über den Besuch des Geschäftsträgers Spaniens in
Deutschland Rovira i Armengol, der Opfer eines Überfalls von Unbekannten geworden war
(l. 192–190).

⁶ Der Titel ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

einer Firma in der Friedrichstraße, Ecke Leipziger Straße verlegt worden. Von uns war nur Gen. Danilevič dort. Er berichtet, dass alle Plakate dieser Ausstellung den Stempel der polnischen Gesellschaft „Wissenschaftliche Erforschung und Bekämpfung (?) des Bolschewismus“ tragen. Von den Exponaten verdient das Vorhaben Beachtung, Preise und Qualität für Waren des täglichen Bedarfs in Deutschland und in der UdSSR zu vergleichen. Die Auswahl der Waren ist jedoch unsinnig: verglichen werden unter anderem ein Frauenkorsett, ein Kindermantel, ein Damen Gürtel. Nach der Besichtigung der Ausstellung werden die Besucher in ein Auditorium geführt, wo auf einer riesigen Weltkarte die Stärke und gewaltige Macht der Komintern gezeigt wird, auf deren Befehl augenblicklich ganze Kontinente mit roter Farbe überzogen werden. Die Demonstration hinterlässt einen starken Eindruck: aber einen vollkommen anderen, als es die Veranstalter wollten. Ende November bringt die Ufa einen neuen antisowjetischen Film mit dem Titel „Staatsfeind Nr. 1“⁷ heraus. Der Presse zufolge wird dies die Weiterführung des Films „Verräter“⁸ sein.

Mit kameradschaftlichem Gruß

S. Bessonov

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: M.M.⁹, B.S.¹⁰, Štern, [an] Nejman 2. Absatz. NK.

Vermerk des Sekretärs über die von Gen. Krestinskij angewiesene Zustellung von Kopien: an Litvinov, Stomonjakov, Štern und Punkt 2 an Gen. Nejman. 17.X.1936. Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Gen. Krestinskij mit der Eingangs-Nr. 6176 vom 16.11.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 2 Expl. Nr. 1 an die Adresse, Nr. 2 zu den Akten.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 192–189. Original.

⁷ Der Titel ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Ein Film dieses Titels wurde von der Ufa nicht produziert.

⁸ Der Titel ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben. Verräter (Ufa, 1936), Regie: Karl Ritter; Uraufführung: 24.8.1936.

⁹ Litvinov.

¹⁰ Stomonjakov.

Nr. 574

**Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum
an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov**

GEHEIM

14. November 1936

UdSSR-NKID

Wirtschaftsabteilung

Nr. 23980¹

AN DEN

RAT DER BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETUNG

DER UdSSR IN BERLIN

Gen. BESSONOV

Im Zusammenhang mit Ihrem an Gen. Štern gerichteten Schreiben bezüglich der Einfuhr von Lebensmittelpaketen in die UdSSR teile ich mit, dass Volkskommissar M.M. Litvinov es nicht für zweckmäßig erachtet, die Vergabe von Lizenzen für Postpakete mit Lebensmitteln in die UdSSR einzustellen. Die Versendung von Lebensmittelpaketen aus Deutschland in die UdSSR bedeutet keineswegs, dass die Lebensmittelsituation in der UdSSR schlecht und in Deutschland gut ist. Die Tatsache, dass die Lebensmittelsituation in der UdSSR hervorragend ist, ist jetzt allen bekannt. Ebenso ist es allgemein bekannt, dass in Deutschland die Lebensmittelsituation recht angespannt ist. Wenn angesichts dieser Bedingungen aus Deutschland Lebensmittelpakete in die UdSSR verschickt werden, so hat dies nichts mit der allgemeinen Lage der beiden Länder zu tun, sondern damit, dass die Personen, die in Deutschland leben und aufgrund der deutschen Devisengesetzgebung keine Möglichkeit haben, ihren Verwandten in der UdSSR Valuta zu überweisen, genötigt sind, ihnen mit Lebensmittelpaketen zu helfen. Wir haben keinen Grund, diese Form der Hilfeleistung zu verbieten und deshalb sollte die Vergabe von Lizenzen für Postpakete mit Lebensmitteln in die UdSSR nicht eingestellt werden.

Es wird gebeten, die Handelsvertretung im Sinne des Dargelegten **zu instruieren**².

LEITER DER WIRTSCHAFTSABTEILUNG

ROZENBLJUM

Vermerk G.Ja. Bežanovs mit Bleistift: Alek[seev], Kan[ter], GB[ežanov].

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2463 vom 16.11.1936.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl. 1 [Exemplar] an die Adresse, 1 an Gen. *Štern*³, 1 zu den Akten.*

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Das Wort ist mit Tinte über die Zeile anstelle des durchgestrichenen Wortes „zu informieren“ geschrieben.

³ Der Name ist mit Bleistift unterstrichen.

Stempel des Sekretärs der Wirtschaftsabteilung des NKID der UdSSR: Stimmt mit dem Original überein⁴.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 10, l. 15. Beglaubigte Kopie.

Nr. 575

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem deutschen Geschäftsträger in Moskau von Tippelskirch

Geheim
[15.11.1936]

Tagebuch
N.N. Krestinskijs

EMPFANG DES DEUTSCHEN GESCHÄFTSTRÄGERS TIPPELSKIRCH, 15. November 1936

T[tippelskirch] kam zu mir, um eine Antwort auf das mir von ihm am 11. November überreichte Aide-Mémoire¹ zu erhalten, in dem es um die Verhaftung von 5 deutschen Staatsbürgern ging und das die Bitte beinhaltete mitzuteilen, ob diese Personen auf der Grundlage welcher Artikel des sowjetisch-deutschen Abkommens² tatsächlich verhaftet worden sind und wessen sie beschuldigt werden.

Gemäß der Absprache mit Gen. Gaj begann ich damit, dass ich Tippelskirch seiner beim letzten Treffen geäußerten Bitte³ nachkam und die Unterlagen im Fall des deutschen Arbeiters Schulte übergab, die von der Botschaft dem später verhafteten Prof. Vorms für das Gutachten zur Verfügung gestellt worden war. Weiter, ich nannte Tippelskirch die Namen von 7 in Moskau verhafteten deutschen Staatsbürgern, von denen 5 (Oberberg, Niedermeier, Moche, Erlinghäuser und Thimmig) *in seinem Aide-Mémoire benannt worden sind, zwei weitere Namen – Keiser und Thilo –, die in dem Dokument nicht aufgeführt waren. Ich nannte sie ebenfalls in Absprache mit Gen. Gaj. Danach nannte ich ihm auf der Grundlage der gleichen Absprache 7 Namen von in Leningrad verhafteten deutschen Staatsbürgern, und zwar: Futterknecht mit Frau, Ingenieur Parthy, Ing. Beckerwald⁴ mit⁵ Tochter, Ing. Demisch und Ingenieur Trinkaus.

Zu jedem Verhafteten teilte ich mit, wann die Verhaftung erfolgte (die Moskauer in der Nacht vom 4. zum 5., die Leningrader in der Nacht vom 8. zum 9. November) und aufgrund welcher Artikel die Anklage gegen sie erfolgt.*⁶

⁴ Die Unterschrift im Stempel ist unleserlich.

¹ In der Akte nicht vorhanden.

² Gemeint sind Artikel 10 und 11 des Abkommens über Niederlassung und allgemeinen Rechtsschutz vom 12.10.1925 sowie die entsprechenden Artikel im Abschlussprotokoll zu diesem Vertrag. Vgl. Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, S. 9–10, 52; DVP, Bd. VIII, Dok. 342, S. 586–587, 612.

³ Vgl. Dok. 567.

⁴ So im Dokument; richtig: Beerwald.

⁵ Das nachfolgende Wort „Frau“ ist durchgestrichen.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

Somit habe ich nicht nur eine Antwort auf die von Tippelskirch beim letzten Treffen genannten 5 Personen gegeben, sondern noch zu weiteren 9 Personen Informationen mitgeteilt und somit die Festlegung des Vertrages erfüllt, der uns verpflichtet, der Deutschen Botschaft Mitteilung über verhaftete deutsche Staatsbürger zu machen, ohne eine entsprechende Anfrage der Botschaft abzuwarten.

Tippelskirch sagte mir, dass er über Informationen zu 7 in Moskau verhafteten deutschen Staatsbürgern verfüge. Rechne man aber Keiser und Thilo, die ich ihm genannt hätte, dazu, so ergebe sich, dass in Moskau 9 Personen verhaftet worden seien. In Leningrad seien laut Mitteilung des deutschen Generalkonsulats 12 Personen verhaftet worden (die Liste habe er noch nicht), in Char'kov wurde ein deutscher Staatsbürger, Hagemann, verhaftet und in Novosibirsk ebenfalls ein deutscher Staatsbürger, Stickling. Somit seien insgesamt 23 deutsche Staatsbürger verhaftet worden. Die Nachricht über solche massenhaften Verhaftungen habe in der deutschen öffentlichen Meinung eine außerordentliche Erregung ausgelöst, und zum Zwecke einer gewissen Beruhigung müsse er dem Ministerium mitteilen, welche konkreten Vergehen jedem Verhafteten zur Last gelegt würden. Könnte ich ihm dazu Informationen geben?

Ich antwortete, dass mir die Untersuchungsorgane lediglich Informationen darüber übermittelt hätten, was jedem Verhafteten zur Last gelegt werde. Die Mitteilung über den konkreten Inhalt der Beschuldigung erfolge dann im nächsten Stadium. Heute könne ich ihm solche Informationen noch nicht geben.

Tippelskirch sagte, dass er in diesem Fall gezwungen sei, den Protest gegen die Verhaftung einer so großen Anzahl von deutschen Staatsbürgern unter Verletzung der Festlegungen des sowjetisch-deutschen Abkommens über Niederlassung zu erheben.

Ich antwortete, dass ich seinen Protest als unbegründet betrachte und ihn nicht annehmen könne. Denn ich hätte ihm nicht nur die Verhaftung der deutschen Staatsbürger mitgeteilt, sondern auch, nach welchen Artikeln gegen sie Klage erhoben wird. Damit hätte ich unsere Verpflichtung erfüllt. Was die von ihm erbetene weitere Information betreffe, so verspräche ich ihm, dazu bei unseren Untersuchungsorganen anzufragen und ihn nach Erhalt der zusätzlichen Informationen in Kenntnis zu setzen.

Tippelskirch sagte, dass er mit meiner Auslegung des Vertrages nicht einverstanden sei und deshalb in Erfüllung seiner Pflicht mir gegenüber Protest erhebe. Es sei an mir, ihn anzunehmen oder abzuweisen, er hielte es aber für sein Recht und seine Pflicht, diesen Protest zu erheben.

Ich wiederholte noch einmal, dass ich seinen Protest nicht annehmen könne, da für den Protest keine formalen Gründe vorlägen.

Danach bat mich Tippelskirch, nun bereits in einer weniger offiziellen Form, die Aufmerksamkeit auf die politische Seite dieser Angelegenheit zu lenken. Er kenne einige der Beschuldigten persönlich, zum Beispiel Oberberg, der als Violincellist in einem Quartett spiele, das oft in der Botschaft auftrete. Er könne es sich überhaupt nicht vorstellen, dass dieser Mensch, den er gut kenne (und Tippelskirch habe, wie er meint, eine gute Menschenkenntnis), ein Terrorist sei oder an einer terroristischen Organisation beteiligt gewesen wäre. Er wisse, dass die die ganze Nacht andauernde Haussuchung bei Oberberg nichts Belastendes ergeben habe. Er sei auch von der Unschuld der anderen, die er persön-

lich kenne, überzeugt. Die Verhaftungen und umso mehr ein Gerichtsprozess, falls es einen geben sollte, würden in Deutschland einen äußerst ungünstigen Eindruck hinterlassen und den ohnehin schon jetzt nicht sehr guten politischen Beziehungen zwischen unseren Ländern einen ungerechtfertigten Schlag versetzen.

Ich antwortete, dass unsere Strafverfolgungsorgane ohne ernste Gründe keine Verhaftung einer bedeutenden Anzahl ausländischer Staatsbürger vornehmen würden. Ich bezweifle deshalb nicht, dass die Mehrheit der Verhafteten der verbrecherischen Taten schuldig sei, die ihnen zur Last gelegt würden. Falls sich im Zuge der Ermittlungen die Unschuld des einen oder anderen Verhafteten erweise, so werde dieser natürlich entlassen und der Fall eingestellt. Im Augenblick befinde sich die Angelegenheit erst im Anfangsstadium. Tippleskirch bat mich dennoch, die Untersuchungsorgane auf die politische Seite der Angelegenheit, die die Untersuchungsorgane möglicherweise unterschätzen würden, hinzuweisen. Er sprach ohne jegliche Schärfe, aber sehr erregt und besorgt. Es war zu spüren, dass er einen ernsten Schritt seitens Berlins vermeiden möchte, jedoch befürchtet, dass Berlin in seiner Reaktion zu weit gehen könnte.

Damit endete der dienstliche Teil unserer Unterredung. Tippleskirch erhob sich und bat sodann um die Erlaubnis, sich an mich um Rat und Hilfe in folgender Angelegenheit zu wenden.

Ein großer Teil der Botschaftsangehörigen hat in der Vergangenheit die medizinische Hilfe des Arztes Gnučev in Anspruch genommen. Dieser Gnučev wurde jetzt verhaftet. Einige Botschaftsangehörige, die medizinische Hilfe benötigen, versuchten, sich an verschiedene Ärzte zu wenden, doch alle befürchteten Unannehmlichkeiten und keiner war bereit, einen Hausbesuch zu machen oder in die Botschaft zu ihren Mitarbeitern zu gehen. Tippleskirch bittet deshalb, die Protokollabteilung zu beauftragen, die Namen von drei Ärzten zu ermitteln – einen Internisten, einen Kinderarzt und einen Zahnarzt -, an die sich die Botschaftsangehörigen um medizinische Hilfe wenden könnten, ohne eine Ablehnung befürchten zu müssen. Ich versprach, die Protokollabteilung zu beauftragen, sich dieser Angelegenheit anzunehmen.⁷

Nachdem Tippleskirch gegangen war, sprach ich mit Gen. Gaj. Er versprach, mir in ein, zwei Tagen Informationen zu den konkreten Beschuldigungen, die jedem verhafteten Deutschen zur Last gelegt werden, zu geben. Außerdem teilte er mir für die Übermittlung an die Deutschen mit, aufgrund welcher Artikel die Beschuldigung gegen jene zwei in Moskau verhafteten Deutschen (Melchior und Hönighausen) erhoben wird, die Tippleskirch heute in der Unterredung mit mir nannte und zu denen ich keine Informationen gab.

Ich beauftragte Gen. Bežanov, Tippleskirch anzurufen und ihm ergänzend die Informationen zu diesen beiden ihn interessierenden deutschen Staatsbürgern mitzuteilen.

N. Krestinskij

⁷ Zum Bericht Tippleskirchs über die Unterredung mit Krestinskij vgl. Dok. 576

Vermerk G.Ja. Bežanovs (?) mit Bleistift: an Alekseev, Kanter.

Vermerk mit Tinte: 2. West[abteilung].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2476 vom 16.11.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 E[xemplare]. Das 1. [Exemplar] zu den Akten, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. nach Berlin, das 6. an Gen. Ežov, das 7. an Gen. Gaj.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 88–85. Kopie.

Nr. 576

Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch an das AA

Moskau, den 15. November 1936

Tgb. Nr. C IV a Novemberverhaftungen.

2 Anlagen (je vierfach)

An das

Auswärtige Amt

in Berlin

Im Anschluss an den Bericht vom 9. November 1936 – C IV a Thimmig¹ – und anderweitige Berichterstattung.

Inhalt: Verhaftungen deutscher Reichsangehöriger in der Sowjet-Union.

Bis heute hat die Angelegenheit der Verhaftungen Reichsdeutscher in der Sowjet-Union nachstehende Entwicklung genommen:

I. Schritte der Botschaft.

a) Ich habe den Stellvertretenden Außenkommissar Herrn Krestinski am 11. November 1936 aufgesucht² und ihm gegenüber unter Überreichung und eingehender Erläuterung der als Anlage I beigefügten Notiz³ vom gleichen Tage Vorstellungen erhoben. Ich habe die einzelnen und bis dahin bekannten Fälle von Verhaftungen Reichsdeutscher, die Überwachung der Botschaft, die Sistierungen Reichsdeutscher auf der Straße, die Vorkommnisse in der deutschen Konzession „Laboratorium Leo“ sowie die Verhaftung des Rechtsberaters der Deutschen Botschaft, Professor Worms, sehr ernst geschildert. Ich habe schließlich nachdrücklichst und wiederholt darauf hingewiesen, dass der Botschaft völlig unverständlich sei, aus welchem Grunde die ihr seit langem als einwandfrei bekannten Reichsdeutschen und noch dazu in derselben Nacht verhaftet worden seien. Ich habe die dringende Bitte an Herrn Krestinski gerichtet, das Außenkommissariat möge sich der Haftfälle beschleunigt und weitgehendst annehmen, wobei ich auf die große Beunruhigung verwies.

Herr Krestinski, der mir aufmerksam zugehört hatte, bemerkte zunächst, dass einzelne Fälle (Hönighausen, Oberberg, Niedermeier und Thimmig) von der Bot-

¹ Vgl. Dok. 565.

² Vgl. Dok. 567.

³ Notiz vom 11.11.1936; PA AA, R 104384, Bl. 246937-246940.

schaft bereits Herrn Stern mitgeteilt worden seien, der sofort eine Erkundigung eingeleitet habe. Er werde nunmehr dafür sorgen, dass schnellste konkrete Auskunft eingezogen werde; er hoffe in ein paar Tagen in der Lage zu sein, mir weiteren Bescheid zu geben.

Ich machte hierzu darauf aufmerksam, dass ich heute seine Aufmerksamkeit insbesondere darauf lenken müsste, dass die Verhaftungen ebenso wie die Vorgänge auf der Konzession „Leo“ alle in derselben Nacht stattgefunden hätten, und fragte ihn, ob er hierzu eine Erklärung habe. Herr Krestinski bemerkte, dass er für diese Vorgänge bisher keine Erklärung habe.

Herr Krestinski führte sodann folgendes aus: Die Überwachung der Gebäude der Deutschen Botschaft sei aus Anlass der November-Feierlichkeiten, Demonstrationzüge usw. erfolgt. Sie richte sich nicht gegen die Botschaft. Die von mir erwähnten Vorkommnisse seien Übergriffe örtlicher untergeordneter Polizeiorgane, die offenbar ihre Befehle nicht richtig verstanden hätten. Jedenfalls seien diese Maßnahmen nicht richtig.

Ich schloss die Unterredung mit der erneuten Bitte, Herr Krestinski möge dafür Sorge tragen, dass die Fälle von Verhaftungen deutscher Reichsangehöriger alsbald aufgeklärt würden.

b) Als der Botschaft bis zum 13. November die von Herrn Krestinski zugesagte Auskunft noch nicht zugegangen war, begab sich der Leiter der Konsulatsabteilung der Botschaft Gesandtschaftsrat Hensel in meinem Auftrag zu dem Vertreter des erkrankten Direktors der II. Westabteilung im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, Vizedirektor Beshanow, und fragte diesen, ob er der Botschaft nunmehr die von Herrn Krestinski zugesagte beschleunigte Auskunft über die Gründe der Verhaftung der fünf Reichsdeutschen in der Nacht vom 4. zum 5. November mitteilen könne. Herr Beshanow verneinte dies, meinte aber diese Auskunft für den nächsten Tag in Aussicht stellen zu können.⁴ Gesandtschaftsrat Hensel wies Herrn Beshanow in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein Tass-Telegramm bereits am 11. November abends die Meldung gebracht hat, dass Reichsdeutsche in Moskau verhaftet worden sind und dass ihnen „staatsfeindliche Handlungen“ vorgeworfen werden. Herr Beshanow erklärte, von diesem Telegramm nichts zu wissen, da er am 11. nachmittags auf das Land gefahren wäre und den darauf folgenden Feiertag dort verlebt hätte. Sodann teilte Gesandtschaftsrat Hensel Herrn Beshanow mit, dass die Botschaft soeben vom Deutschen Generalkonsulat in Leningrad die Nachricht erhalten hätte, dass dort in der Nacht vom 9. zum 10. November eine Massenverhaftung von Sowjetstaatsangehörigen deutscher Abstammung und gleichzeitig auch die Verhaftung von 5 Reichsdeutschen stattgefunden hätte⁵ und stellte namens der Deutschen Regierung die gleiche Forderung wie in den Moskauer Haftfällen, nämlich zunächst nach unverzüglicher Nachprüfung und Auskunftserteilung. Herr Beshanow sagte dies zu. Gesandtschaftsrat Hensel wies darauf hin, dass unsere Regierung diese Verhaftungen außerordentlich ernst ansehe und dass dies auch aus dem uns bereits bekannt gewordenen Widerhall hervorgehe, den die Verhaftungen in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen hätten.

⁴ Aufzeichnung des Gespräches Bežanov mit Hensel; AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 79–78.

⁵ Vgl. Dok. 570.

c) Auf mein Drängen empfing mich Herr Krestinski sodann am 15. November nochmals.⁶ Er übergab mir vierzehn lose Blätter, auf denen je ein Name von vierzehn verhafteten Reichsdeutschen und zwar derjenigen, die in der als Anlage II beigegeführten Liste⁷ der verhafteten Reichsdeutschen rot angestrichen sind, sowie der Artikel des Strafgesetzbuchs angegeben waren, deren Verletzung die Betreffenden beschuldigt werden. Herr Krestinski bemerkte hierzu, er wisse noch nicht, ob diese Haftfälle zusammenhingen oder nicht. Ich wies Herrn Krestinski darauf hin, dass auf Grund seiner Angaben und der der Botschaft vorliegenden Nachrichten nunmehr insgesamt 23 Reichsdeutsche neuerdings verhaftet sind und zwar 9 in Moskau, 12 in Leningrad, 1 in Charkow und 1 in Nowosibirsk (vgl. im Einzelnen Anlage II).

Auf meine Frage, welche konkreten strafbaren Handlungen den einzelnen Verhafteten zur Last gelegt würden, blieb Herr Krestinski die Antwort schuldig. Ich stellte darauf fest, dass das Außenkommissariat zehn Tage nach den Verhaftungen noch keine konkreten Angaben über die den Betroffenen zur Last gelegten Handlungen machen könne, bezeichnete die Beschuldigungen allesamt als völlig unglaubwürdig, was ich an einzelnen mir bekannten Persönlichkeiten der Verhafteten erläuterte und erhob formellen Protest gegen die Massenverhaftung offensichtlich unschuldiger Reichsdeutscher.

Ich machte Herrn Krestinski sodann mit allem Nachdruck auf die Erregung aufmerksam, die die Verhaftungen in Deutschland hervorgerufen haben und betonte erneut den Ernst der durch die Maßnahmen der Sowjetbehörden geschaffenen Lage. Ich knüpfte hieran eine Warnung im Hinblick auf die Folgen, die diese Maßnahmen für die deutsch-sowjetischen wirtschaftlichen Beziehungen haben müssten, und betonte die Verantwortung der Sowjetregierung für diese Handlungsweise angesichts der gespannten allgemeinen politischen Lage.

Herr Krestinski bemerkte unter formaljuristischen Ausführungen, dass er den Protest nicht annehmen könne. Ich hielt den Protest selbstverständlich aufrecht.

In einer ergänzenden telefonischen Mitteilung bestätigte Herr Krestinski noch zwei weitere der Botschaft bereits bekannte Fälle von Verhaftungen Reichsdeutscher mit dem Bemerkten, dass auch in diesen die Beschuldigung der Spionage und staatsfeindlicher Tätigkeit erhoben werde.

d) Die Botschaft hat außerdem wie üblich in jedem einzelnen ihr bekannt gewordenen Fall der Verhaftung eines Reichsdeutschen im Moskauer Konsulatsbezirk eine Verbalnote an das Außenkommissariat gerichtet, in der um Nachprüfung und Auskunftserteilung über den Haftgrund, Beschleunigung eines etwa eingeleiteten Untersuchungsverfahrens und Erteilung der Besuchserlaubnis für einen Vertreter der Botschaft ersucht wird.

e) Die Botschaft hat schließlich für jeden der neuerdings in ihrem Konsulatsbezirk verhafteten Reichsdeutschen 50,- Rubel (das ist der nach den Sowjetbestimmungen zur Unterstützung Verhafteter zulässige monatliche Höchstbetrag) und ein Lebensmittelpaket mit Verbalnote an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten übersandt und um Weiterleitung an die einzelnen Verhafteten ge-

⁶ Vgl. Dok. 575.

⁷ Verzeichnis der seit Ende Oktober 1936 in der Sowjetunion verhafteten Reichsdeutschen; PA AA, R 104384, Bl. 246941-246943.

gen eigenhändige Empfangsbestätigung gebeten. Zweck dieser Maßnahme ist vor allem, die Zuversicht der Verhafteten durch das Bewusstsein zu stärken, dass sich die Botschaft ihrer annimmt.

II. Der Umfang der Verhaftungen.

a) Verhaftungen von Reichsdeutschen

Anlage II enthält ein vollständiges Verzeichnis der der Botschaft aus privater Quelle, aus den Angaben des Außenkommissariats und aus der von den deutschen Konsularbehörden in der Sowjet-Union drahtlich angeforderten Berichterstattung bisher bekannt gewordenen reichsdeutschen Haftfälle aus der Zeit seit Ende Oktober 1936. Es sind insgesamt 23 Fälle; soweit die Sowjetbehörden die von den Verhafteten angeblich verletzten Strafbestimmungen angegeben haben, ist dies in dem Verzeichnis vermerkt worden. Nicht aufgeführt sind vier noch nachzuprüfende Fälle von angeblichen Verhaftungen reichsdeutscher Kommunisten, die auf der Fabrik „Stankosawod“ beschäftigt gewesen sein sollen; die Meldung hierüber stammt aus privater Quelle.

b) Verhaftungen sonstiger Ausländer in der Sowjet-Union ^{**}(außer Ratz)^{**8} sind hier in letzter Zeit nicht bekannt geworden. Dafür, dass früher zurückliegende Fälle derartiger Verhaftungen in einem Zusammenhang mit den in Frage stehenden Massenverhaftungen Reichsdeutscher stehen, sind irgendwelche Anhaltspunkte bisher nicht festzustellen gewesen.

c) Verhaftungen von Sowjetstaatsangehörigen.

Diesbezügliche Nachrichten bestätigen sich bisher für Moskau, Leningrad und Tiflis. Von Interesse für die Botschaft sind unzweifelhafte Massenverhaftungen deutschstämmiger Sowjetstaatsangehöriger in Leningrad (nähere Nachrichten hierüber liegen noch nicht vor) und solche von Sowjetrussen, die mit der Botschaft oder Botschaftsangehörigen in beruflichen Beziehungen standen. Aus der Zahl der letzteren sind besonders zu erwähnen die sämtlich am 5. November 1936 erfolgten Verhaftungen:

1) des Rechtsberaters der Botschaft und Rechtsbeistand der deutschen Konzession „Laboratorium Leo“ ^{**}Prof. Worms^{**9} in Moskau. Das im Zeitpunkt seiner Verhaftung zwecks Erstattung eines Rechtsgutachtens in seinem Besitz befindliche Aktenstück der Botschaft betreffend Rentensache Schulte ist mir gestern von Herrn Krestinski zurückgegeben worden;

2) des einzigen noch in Moskau amtierenden evangelischen Pastors Streck¹⁰, der aus der Deutschen Wolgakolonie stammt;

3) des Hausarztes einiger Botschaftsangehörigen, Dr. Gnutscheff. Ich habe diesen Fall gestern Herrn Krestinski gegenüber zur Sprache gebracht und ihn um unverzügliche Angabe je eines Internisten, eines Zahnarztes und eines Kinderarztes gebeten, die in der Lage wären, Botschaftsangehörige im Bedarfsfall zu behandeln. Die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme habe ich begründet mit der unsererseits bereits mehrfach festgestellten Ablehnung sowjetischer Ärzte, Angehörige der Deutschen Botschaft ärztlich zu betreuen, weil die in Anspruch Genommenen Unannehmlichkeiten befürchteten;

⁸ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

⁹ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

¹⁰ Vgl. Dok. 266, Anm. 3.

4) des Lehrers der russischen Sprache an der Reichsdeutschen Schule in Moskau, Winckler;

5) der deutschstämmigen Krankenschwester und Masseuse einiger Botschaftsangehörigen und zahlreicher Mitglieder des Diplomatischen Corps;

6) einiger Handwerker, die in der Botschaft oder für Botschaftsangehörige gearbeitet haben.

Beachtlich ist, dass privaten Mitteilungen zufolge neuerdings auch im sowjetischen Bekanntenkreise einzelner verhafteter Reichsdeutscher Verhaftungen erfolgt sind.

Auch soll eine größere Anzahl von Lehrern an der hiesigen kommunistischen deutschsprachigen „Karl Liebknecht-Schule“ verhaftet worden sein.

III.

Die jüngsten Massenverhaftungen haben nicht nur in den Kreisen der Moskauer Reichsdeutschen große Beunruhigung hervorgerufen, sondern auch im Diplomatischen Corps erhebliches Aufsehen erregt. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Angehörigen zahlreicher Missionen zu den Gemeindemitgliedern des verhafteten Pastors Streck gehören und dieser am 14. November die Trauung eines Angehörigen der hiesigen Amerikanischen Botschaft mit einer zugereisten Amerikanerin vollziehen sollte, sowie darauf, dass die verhaftete deutschstämmige Krankenschwester den hiesigen Britischen Botschafter, seine Gattin¹¹ und mehrere Damen der Britischen Botschaft regelmäßig behandelt hat.

Die Amerikanische Botschaft musste die Trauungszeremonie verschieben und zu ihrer Vollziehung in der hiesigen evangelisch-lutherischen Kirche den in Leningrad amtierenden evangelischen Geistlichen Pastor Miklas (einen Sowjetstaatsangehörigen lettischer Nationalität) nach Moskau kommen lassen. Dies ist durch die hiesigen amerikanischen Journalisten in die amerikanischen Zeitungen gebracht worden.

Eine Stellungnahme über die Beweggründe der Sowjetbehörden für diese Massenverhaftungen und ihre damit etwa verfolgten Ziele darf sich die Botschaft vorbehalten.

In Vertretung

von Tippelskirch

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt oben Stempel des AA: Urschrift zu Pol V 5482, eing. 19. NOV. 1936. Am Seitenrand Stempel Hat dem Herrn R.M vorgelegen Ko[tze] 21[11] und aus dem Büro R.M. 21. Nov. 1936 sowie St.S. mit Abzeichnung von D[ieckhoff] 20/11. Weitere Aktenzeichen: Pol V 5242, Pol V 5330. In drei Durchschlägen gefertigt. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 104384, Bl. 246926-246936.

¹¹ Amy und Aretas Akers-Douglas.

Nr. 577

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an
den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

17. November 1936

Nr. 3758/L.

AN DEN

GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Kopien an: Gen. Molotov

Gen. Kaganovič

Gen. Vorošilov

Gen. Ordžonikidze

Gen. *Ežov versprach, noch heute das Communiqué für die Presse über die Inhaftierung von deutschen Bürgern zur Bestätigung vorzulegen. Ich hielt es für nützlich, in Ergänzung zu dieser Meldung auch mein heutiges Gespräch mit Schulenburg als TASS-Meldung an die Presse zu geben.*¹

*LITVINOV*²

[Anlage]

GEHEIM

Im Zusammenhang mit der heute veröffentlichten Meldung über die Aufdeckung einer deutschen faschistischen Organisation erhielt der Geschäftsträger Deutschlands Herr von Tippelskirch dieser Tage von dem Stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten N.N. Krestinskij Informationen zu den Artikeln des Strafgesetzbuches, nach denen die Verhafteten zur Verantwortung gezogen werden³. Herr von Tippelskirch erhob gegen die Verhaftungen Protest. Gen. Krestinskij hat jedoch den Protest unter Bezugnahme auf die Erfüllung all jener Formalien durch die sowjetische Regierung, die in dem sowjetisch-deutschen Abkommen über Niederlassung vorgesehen sind, zurückgewiesen. Heute wandte sich der deutsche Botschafter Graf von der Schulenburg an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Gen. M.M. Litvinov, um weitere Erläuterungen zu den konkreten Beschuldigungen gegen die verhafteten Personen einzuholen. Gen. Litvinov zählte ausführlich alle Straftaten auf, die jedem der verhafteten deutschen Staatsbürger zur Last gelegt werden, die mehrheitlich faschistischen Organisationen angehörten, sich mit faschistischer Propaganda unter den Bürgern der UdSSR betätigten und faschistische Literatur verbreiteten. Einige Verhaftete werden auch der Spionagetätigkeit und sogar der Vorbereitung von Terrorakten beschuldigt. Vie-

¹ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

² Der Name ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

³ Vgl. Dok. 575.

le der Verhafteten gestanden bereits ihre Schuld ein. Gen. Litvinov bemerkte dabei, dass die sowjetische Regierung für deutsche Staatsbürger nicht den Zutritt zur UdSSR verweigere, die mit einem legitimen Ziel kommen, selbst dann nicht, wenn sie an faschistischen Ansichten festhalten, sie könne jedoch faschistische Organisationen in der UdSSR und faschistische Propaganda unter den sowjetischen Bürgern nicht dulden, und noch weniger Spionage- und Terrortätigkeit. Die sowjetischen Machtorgane, denen die Sicherheit des Landes anvertraut sei, hätten nach der Aufdeckung dieser Organisation ihre Maßnahmen treffen müssen. Selbst aus der deutschen Presse sei bekannt, dass es nicht nur in allen Ländern Organisationen deutscher faschistischer Gruppen gebe, sondern dass ihre Tätigkeit aus einem in Deutschland befindlichen Zentrum koordiniert und angeleitet werde. Ebenso sei bekannt, dass diese Organisationen sich in einigen Ländern nicht nur mit reiner Parteilätigkeit befassen, sondern auch gegen Gesetze dieser Länder verstoßen. Es verstehe sich von selbst, dass die UdSSR ähnliche Dinge bei sich nicht zulassen könne. Die Verhaftungen hätten nichts mit den internationalen politischen Fragen oder mit den Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland zu tun. Auf jeden Fall, erklärte Gen. Litvinov, würden die Ermittlungen in einem beschleunigten Verfahren durchgeführt. Falls sich herausstellen sollte, dass es unter der Verhafteten Unschuldige gebe, so würden sie zweifellos freigelassen werden. Bereits jetzt sei in Bezug auf zwei Personen festgestellt worden, dass es, obgleich sie sich selbst als Faschisten zu erkennen gegeben hätten, keinerlei ernsthafte Beweise für ihre Tätigkeit vorlägen. Deshalb erwägen die Ermittlungsbehörden die Möglichkeit, diese in den nächsten Tagen aus der Haft zu entlassen und aus der UdSSR auszuweisen.

Der deutsche Botschafter äußerte Zweifel hinsichtlich der Schuld der verhafteten Personen, und erklärte, dass in vielen Ländern in der Tat deutsche faschistische Organisationen bestünden, die UdSSR in dieser Hinsicht eine Ausnahme darstelle und es in ihr keine faschistischen Organisationen gebe. Gen. Litvinov sagte, dass⁴ es schwer zu verstehen sei, aufgrund welcher Erwägungen ****hätte Deutschland****⁵ für die UdSSR eine Ausnahme machen sollten.

(TASS)

****Entwurf****⁶

Anfang November d. J. wurden vom Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR in Moskau und Leningrad einige deutsche Staatsbürger wegen einer gegen die Sowjetunion gerichteten staatsfeindlichen Tätigkeit verhaftet.

Die Verhafteten⁷ hatten versucht, faschistische Gruppen unter Einbeziehung sowjetischer Staatsbürger zu schaffen, unter letzteren eine faschistische Propaganda zu betreiben und illegal faschistische Literatur zu verbreiten.

⁴ Der nachfolgende Text „da er die Haltung der jetzigen deutschen Regierung gegenüber der UdSSR kenne“ ist mit blauem Farbstift durchgestrichen. Sämtliche mit blauem Farbstift vorgenommenen Textkorrekturen stammen von Stalin.

⁵ Der Text ist mit blauem Farbstift geschrieben.

⁶ Das Wort ist mit violetter Farbstift unterstrichen und mit rotem Farbstift durchgestrichen.

⁷ Der nachfolgende Text „ausländischen Spezialisten, die in sowjetischen Industrieunternehmen und Einrichtungen tätig sind, nutzten ihre Dienststellung aus“ ist mit blauem Farbstift durchgestrichen.

Die Verhafteten betrieben im Interesse eines fremden Staates Militärsplionage, wobei sie sich um die Beschaffung von Informationen bemühten, die besonders zu schützende Staatsgeheimnisse darstellen.

Die Tätigkeit einiger der Beschuldigten war auch darauf gerichtet, in staatlichen Industriebetrieben eine zerstörerische Arbeit durchzuführen und terroristische Akte gegen führende Vertreter der sowjetischen Regierung vorzubereiten.

Unter den Verhafteten befinden sich die deutschen Staatsbürger PARTHY, KLEIN, FUTTERKNECHT, DEMISCH, TRINKAUS, FISCHLE, OBERBERG, MOCHE, NIEDERMEIER, GOLDSCHMIDT⁸.

Die Ermittlungen werden fortgeführt.⁹

Am Ende des Begleitschreibens sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 10 Expl. [Die Exemplare] 1–6 an die Adressaten, das 7. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 8. an Gen. Stomonjakov, das 9. an Gen. Litvinov, das 10. ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 114, d. 1, l. 274–277. Original.

Nr. 578

**Schreiben des Volkskommissars für Außenhandel Rozengol'c an den
Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates
der Volkskommissare Molotov, den Sekretär des ZK der VKP (B) Kaganovič,
den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov und den Volkskommissar
für Schwerindustrie Ordžonikidze**

GEHEIM

Expl. Nr. **7 zu den Akten**¹

[19.11.1936]

**NKVT Nr. 645

19/XI 36**²

AN

Gen. STALIN

Gen. MOLOTOV

„ KAGANOVIČ

„ VOROŠILOV

„ ORDŽONIKIDZE

Hiermit übersende ich Ihnen die Liste der Verteidigungsaufträge, die wir im Rahmen den deutschen Kredits vergeben haben.

Die Summe der bestellten Verteidigungsobjekte beträgt 50 Mio. Mark bei einer Gesamtsumme aller getätigten Aufträge in Höhe von 169 Mio. Mark.

⁸ Der nachfolgende Text „und andere, von denen die ersten sechs Personen Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei und der sogenannten Deutschen Arbeitsfront sind“ ist mit blauem Farbstift durchgestrichen.

⁹ Vgl. „Prestupnaja dejatel'nost' germanskich fašistov v SSSR“ (Die verbrecherische Tätigkeit deutscher Faschisten in der UdSSR). In: Pravda vom 18. November 1936, S. 4.

¹ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

² Der Text ist mit Tinte geschrieben.

Die übrigen Aufträge sind auf der Grundlage von Regierungsbeschlüssen für das NKPS, für die Werkzeugmaschinenindustrie, für die Lokomotiv- und Waggonbauindustrie und für andere Volkskommissariate und Zweige der Industrie gemäß den Beschlüssen des ZK wie folgt vergeben worden.

A. Rozengol'c

****Stimmt mit dem Original überein: Bogdanovič**³**

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 7 Expl. 17.XI.36.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2210, l. 5. Beglaubigte Kopie.

[Anlage]

GEHEIM

Expl. Nr. ...

[17.11.1936]

LISTE

DER IM RAHMEN DES DEUTSCHEN KREDITES GETÄTIGTEN AUFTRÄGE MILITÄRISCHER ZWECKBESTIMMUNG

1. Motoren für U-Boote.
2. Akkumulatorbatterien für U-Boote.
3. Eine Anlage zur Herstellung von Äthylen.
4. Eine Anlage zur Herstellung von Helium.
5. Eine Anlage zur Rektifikation von Gasen.
Darunter: Eine elektrische Gasfilteranlage [der Firma] Linde für OV⁴.
Säurefeste Vakuumpumpen für Giftstoffe.
Rektifikationssäulen für Giftstoffe.
Hochdruckkompressoren [der Firma] DEMAG.
Eine Ausrüstung zur Herstellung von Perhydrol.
Diverse Filter.
6. Schiffsmechanismen für die Kriegsmarine.
Darunter: Ruderantriebe für U-Boote.
Verteileranlagen für U-Boote.
7. 310 Werkzeugmaschinen für die Produktion von Flugzeugmotoren und Flugzeugen.
8. 12 große Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Turbinen großer Kapazität, von großen Kurbelwellen, von Zahnrädern großen Durchmessers usw. für den Kriegsschiffsbau.
9. Seeoptik und Geräte.
Darunter: 160 Raumbild- und Höhenmesser [der Firma] Zeiss für 160 Flakbatterien.
Eine Elektroapparatur der Atlas-Werke und ein Elektroakustikgerät, Echolote, Peilgeräte, 6 Periskope, 54 unter verschiedene Entfernungsmesser für die Unterwasser- und Überwasserflotte.

³ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

⁴ Otravljajuščee veščestvo = Giftgas, Giftstoff.

10. Flugplatzausrüstungen und Luftnavigationsgeräte.
 Besonders interessant sind die von der Firma Lorenz erworbenen Geräte für die Blindlandung von Flugzeugen.
 Luftbildkameras für die Luftbildmessung [Aerofotogrammetrie].
 Schlepper zum Bugsieren von Flugzeugen.
 Mobile Generatoren für die Versorgung von Flugplätzen mit Elektroenergie.
 Dränagemaschinen für die Entwässerung von Flugplätzen.
11. Geräte für den Über- und Unterwasserfunkverkehr.
Darunter: Eine Funkstelle für U-Boote [der Firma] Telefunken.
 Funkgeräte und Geräuschpeiler [der Firma] Telefunken.
 Eine Elektroapparatur [der Firma] Elektroakustik für die Ausrüstung der U-Bootflotte.
12. Ausrüstungen für die Produktion von Sprengstoffen.
Darunter: Haubold-Zentrifugen
 Tablettiermaschinen für die Herstellung von Pulver- und Akrichintabletten.
 Kurbelpressen für die Produktion von Patronen.
 Rührwerke für die Dynamit-Herstellung.
 Eine Nitrotoluol-Anlage [der Firma] K. Fischer.
 Eine Mühle zum Ausmahlen von Sprengstoffen.
 Automaten zum Befüllen von Sprengstoffkartuschen.
13. Ausrüstungen für die Stickstoffindustrie.
Darunter: Nitrose-Gas-Kompressoren zur Gewinnung von Nitrose-Gasen.
 Die leistungstärkste Sauerstofferzeugungsanlage [der Firma] Linde.
 Turbokompressoren [der Firma] AEG für die Komprimierung von Gasen.
14. Ausrüstungen für die Anilinfarbenindustrie und für OV.
Darunter: Acetylen-Chlor-Kompressoren für die Produktion von Giftstoffen.
 Eine emaillierte Apparatur zur Herstellung von Anilinfarben und von Giftstoffen.
 Eine Apparatur aus Schmelzquarz für Giftstoffe.
15. Apparaturen für die Militärchemie.
Darunter: Eine Spezialarmatur [der Firma] Seifert für militärchemische Zwecke.
 Pumpensonden [der Firma] Varko.
 Eine säurefeste Armatur für chemische Prozesse.
 Keramik für Wasserstoffperoxid.
 Eine Trockneranlage zur Produktion von Calciumhypochlorit.
 Säurefeste Kompressoren für Schwefelsäure.
16. Ausrüstungen für die Trockendestillation von [Stein]Kohle.
17. 1120 Werkzeugmaschinen für die Bearbeitung von Einzelteilen der Präzisionsmechanik, für die Herstellung von komplizierten optischen Navigations- und anderen Präzisionsgeräten für die Luftflotte, die Artillerie und für die Marine.

18. Werkzeugmaschinen für die Bearbeitung von Sprengstoffen, für die Herstellung von Pulvertabletten. Pressen für die Herstellung von Akkumulatoren für U-Boote. Walzen [der Firma Krupp] für die Pulverproduktion.
19. Geräte für die Luftstreitkräfte und die Kriegsmarine.
Darunter: Optischmechanische [Geräte], Elektromessgeräte, wärmetechnische Geräte, Prüfmessinstrumente und andere Geräte, die beim Heer, der Luftflotte und der Kriegsmarine verwendet werden.
20. Eine Farbanstreichanlage für Flugzeuge.
21. Anlassergeräte für Flugzeugmotoren.
22. Ausrüstungen für die Herstellung von Untersetzungsgetrieben und für die Herstellung von Kurbelwellen für den Kriegsschiffbau.
23. Eine Funktelegrafianlage [der Firma] Telefunken für die Kriegsmarine.
24. Ausrüstungen zur Zelluloseproduktion.
Darunter: Zellulosekochkessel [der Firma] Berthaus.
Zellulosekochfilter Imperial.
25. Verschiedene Ausrüstungen für die Verteidigungsindustrie.
Darunter: Öleiniger [der Firma] Pinz für die mechanische Reinigung von Flugzeugölen.
Ranzenmotoren für Reparaturarbeiten.
Eine Anlage für die Produktion von Flexschläuchen für die Luftfahrtindustrie.
Spezialdüsen für Kessel der Kriegsmarine.
26. Ausrüstungen für die Produktion von [eisenblech]bewehrten Kabeln.
Darunter: Eine Kabelwickelanlage.
Eine Anlage zur Herstellung der [Eisenblech]Bewehrung für Kabel.
Eine Imprägnieranlage für Kabel.

GESAMTSUMME 50 MIO. MARK.

*Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 3 Expl. 17.XI.36,
zusätzlich 4 Expl. am 17.XI. 36⁵.*

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2210, l. 6–8. Kopie.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 150, S. 216–219.

⁵ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

Nr. 579

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

19. November 1936

Nr. 3759/L.

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

ich schicke Ihnen nicht die Aufzeichnung meines Gesprächs mit Schulenburg, weil das Wesentliche in dem Kommuniké von TASS¹ dargelegt worden ist. Ich habe nicht den Eindruck gewonnen, dass Schulenburg konkrete Weisungen aus Berlin hatte. Er sollte erst in einigen Tagen nach Moskau zurückkommen, aber die Botschaft rief ihn dringend zurück. Schulenburg unterstrich vor allem, dass er mit einigen der Verhafteten persönlich bekannt sei, insbesondere mit dem Musiker Oberberg, dessen Beteiligung an einer terroristischen Tätigkeit er für völlig unmöglich halte. Er versicherte mir außerdem, dass die Frage, unter den Deutschen in der UdSSR eine faschistische Parteiorganisation zu gründen, nicht nur einmal erörtert und stets negativ entschieden worden sei. Er versuchte dies mit der Strenge und der Wachsamkeit unserer Sicherheitsorgane zu erklären.

Zu Ihrer Information teile ich Ihnen mit, dass in dem heute in Novosibirsk beginnenden Prozess gegen eine trotzkistische Gruppe² (Drobnis³ und andere) der deutsche Staatsbürger Stickling figuriert, der alle ihm zur Last gelegten Handlungen eingestand. Außerdem erklärte er im Ermittlungsverfahren, dass er von dem deutschen Konsul Großkopf und seinem Sekretär den Auftrag erhalten habe, Diversions- und Schädlingsakte zu verüben.

Ich glaube nicht, dass sich die deutsche Regierung zu einem derartig einschneidenden Schritt wie einem Abbruch der Beziehungen entscheiden würde, ohne dass darüber die Zeitungen geschrieben hätten. Ich schließe jedoch absolut

¹ Vgl. Dok. 577, Anm. 9.

² Der öffentliche Gerichtsprozess in der „Strafsache Kemerovo“ fand vom 19. bis 22.11.1936 in Novosibirsk statt. Der Anlass für den Prozess war eine Methangasexplosion am 23.9.1936 auf der Zeche „Central'naja“ des Kemerover Bergwerkstrusts „Kuzbassugol“, bei der zehn Bergleute ums Leben gekommen waren und 14 Personen schwere Verletzungen erlitten hatten. Neun leitende und ingenieur-technische Mitarbeiter des Trusts und der Zeche wurden wegen der Zugehörigkeit zur „konterrevolutionären trotzkistischen Diversionsgruppe“, die „Schädlings- und Diversionsakte auf der Kemerover Zeche vorbereitete und durchführte“, angeklagt. Alle Angeklagten wurden zur Höchststrafe verurteilt, für drei der Verurteilten wurde auf Beschluss des CIK der UdSSR das Strafmaß in einen Freiheitsentzug von 10 Jahren geändert. Vgl. dazu auch: Der Prozess in Nowosibirsk. In: Osteuropa 12 (1936/37), H. 3, S. 196–200.

³ Drobnis war im Prozess gegen das „Parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum“ im Januar 1937 in Moskau angeklagt.

willkürliche Verhaftungen von sowjetischen Staatsbürgern, selbst von Mitarbeitern der Handelsvertretung, nicht aus. Hitler ist durchaus dazu fähig, offen zum System der Geiselnahme überzugehen.

Was Ihre Reise hierher betrifft, so wurde sie im Kreml erörtert und negativ entschieden. Ebenso wurde auch die Reise Karachans zum Kongress⁴ nicht genehmigt. Wenn es die Lage erlaubt und Sie sich dennoch entfernen können, müssen Sie sich direkt an die Session⁵ wenden, weil ich jetzt, nachdem die Frage erörtert worden ist, keine Genehmigung erteilen kann.

Mit Gruß

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit Bleistift: N.N.

Vermerk N.N. Krestinskij mit blauem Farbstift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats N.N. Krestinskij mit der Eingangs-Nr. 6241 vom 19.11.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 196–195. Kopie.

Nr. 580

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Ganz geheim

[Expl. Nr. 5]

19. November [1936]

4774

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

Sie wissen aus unseren Telegrammen und aus der Presse, dass sich unsere Beziehungen zu Deutschland jetzt wegen der in Leningrad und in Moskau erfolgten Verhaftungen deutscher Staatsbürger verschlechtern. Das Ermittlungsverfahren wird beschleunigt durchgeführt. Ein paar Leute werden wahrscheinlich aus der UdSSR einfach ausgewiesen werden, die übrigen vor Gericht gestellt. Letzteres tei-

⁴ Gemeint ist der VIII. Außerordentliche Sowjetkongress (25.11. bis 5.12.1936), auf dem die neue Verfassung der UdSSR angenommen wurde.

⁵ Das Politbüro des ZK der VKP (B).

le ich vorerst nur Ihnen mit, weil bislang noch keine Entscheidung über die weitere Behandlung der Strafsache vorliegt.

Heute beginnt in Novosibirsk der Prozess¹ gegen den deutschen Staatsbürger Ingenieur Stickling. Er arbeitete in Kemerovo und wird in der Strafsache über die trotzkistische faschistische Organisation, die sich mit Schädlingstätigkeit befasste, zur Verantwortung gezogen. Er spielte in dieser Angelegenheit die führende Rolle. Der Fall wird durch die Sondergruppe des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR verhandelt. Den Vorsitz führt Gen. Ul'rich, der eigens zu diesem Zwecke nach Novosibirsk gereist ist. Die Anklage vertritt der Stellvertretende Staatsanwalt der Republik Gen. Roginskij. Die Strafsache wird öffentlich verhandelt. Im Zusammenhang damit wird der deutsche Konsul² im Gerichtssaal anwesend sein. Die Anklageschrift wird voraussichtlich in den morgigen Zeitungen veröffentlicht werden. In den Zeitungen wird auch eine ausführliche Prozessberichterstattung erfolgen.³ Der Novosibirsker Prozess findet im Vergleich zu den Moskauer und Leningrader Verhaftungen ein geringeres Interesse, da hier Leute verhaftet wurden, die in enger Verbindung mit dem Deutschen Konsulat in Leningrad und mit der Botschaft in Moskau standen. Wegen dieser Verhaftungen fühlt sich die Botschaft betroffen, da sie meint, dass sie und ihre Mitarbeiter der Spionage- und Diversionstätigkeit beschuldigt würden.

Die von uns veröffentlichte TASS-Mitteilung⁴, welche die vom NKVD herausgegebene Information über die Verhaftungen sowie die Wiedergabe des Gesprächs von Maksim Maksimovič⁵ mit Schulenburg⁶ enthält, wird für einige Tage die Atmosphäre zwischen uns und Deutschland etwas entspannen, dies wird jedoch lediglich eine zeitweilige Entspannung sein. Die Deutschen werden sich natürlich überlegen, wie sie auf die Verhaftungen und den Prozess reagieren werden. Es sind allerlei Komplikationen möglich. Es ist nötig, dass sich unsere Bevollmächtigte Vertretung in Berlin in völliger Gefechtsbereitschaft befindet und Sie selbst am Platze sind. Das ist auch der Grund für die Entscheidung der Instanz, dass Sie Ihre Abreise vertagen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 [Exemplare]. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. zu den Akten. Expl. Nr. 5.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 194–193. Kopie.

¹ Vgl. Dok. 579, Anm. 2.

² Maximilian Meyer-Heydenhagen.

³ Vgl. die Berichte über den Prozess in Novosibirsk unter dem Titel „Process kontrevoljucionnoj vreditel'skoj grupy na Kemerovskom rudnike“ (Der Prozess gegen die konterrevolutionäre trotzkistische Schädlingsgruppe auf der Kemerover Zeche). In: Pravda vom 20. November 1936, S. 3; vom 21. November 1936, S. 3; vom 22. November 1936, S. 3; vom 23. November 1936, S. 2.

⁴ Vgl. Dok. 577, Anm. 9.

⁵ Litvinov.

⁶ Am 17.11.1936. Vgl. Dok. 577.

Nr. 581

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Leiters der 2. Westabteilung im
NKID Bežanov mit dem Gesandtschaftsrat II Kl. in Moskau Hensel**

GEHEIM

[20.11.1936]

Nr. 9411

20.XI.36¹

AUFZEICHNUNG DES GESPRÄCHS DES Gen. BEŽANOV MIT DEM RAT
DER DEUTSCHEN BOTSCHAFT HENSEL, 20. NOVEMBER 1936

Hensel erklärte, er sei im Auftrag des Botschafters F. Schulenburg gekommen, der von uns konkretere Angaben bezüglich der Vergehen zu erhalten wünsche, die den verhafteten deutschen Staatsbürgern zur Last gelegt werden. Dazu hätte das NKID noch nicht alle Angaben mitgeteilt. H[ensel] nannte jedoch keinen einzigen Namen und äußerte sich nicht konkret, was er wolle. Ich antwortete ihm, dass die Botschaft bereits alle erforderlichen Informationen erhalten hätte.

Danach erhob H. im Auftrage von Schulenburg dagegen Protest, dass der Vertreter des Konsulats trotz mehrfachen Ersuchens des deutschen Konsulats in Novosibirsk beim diplomatischen Agenten² keine Genehmigung erhalten habe, den verhafteten Stickling zu besuchen, ebenso habe er keine Genehmigung erhalten, beim Prozess anwesend zu sein, womit dem Angeklagten die Möglichkeit einer Verteidigung genommen worden wäre.³ H. erhob im Zusammenhang mit der heute veröffentlichten Mitteilung von TASS über den Prozess in Novosibirsk gegen eine trotzkistische Schädlingsgruppe auf der Kemerover Zeche Protest, da in ihr das deutsche Konsulat in Novosibirsk und die Gestapo erwähnt worden seien.

Ich erklärte H., dass ich seinen Protest nicht annehmen könne, da laut den mir vorliegenden Informationen der Bitte des deutschen Konsulats in Novosibirsk um eine Besuchserlaubnis und um Zugang zum Prozess entsprochen worden sei.⁴ Ich könne seinen Protest bezüglich der Erwähnung des deutschen Konsulats und der Gestapo in der TASS-Mitteilung gleichfalls nicht annehmen, da in der TASS-Mitteilung nicht von dem deutschen Konsulat die Rede ist, sondern lediglich von „einem Aufklärungsorgan eines ausländischen Staates“⁵, und zweitens hätten die Angeklagten selbst die Existenz dieser Verbindungen eingestanden.

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Aleksej Vasil'evič Terent'ev.

³ Vgl. Dok. 605.

⁴ Stalin schickte am 19.11.1936 an Ul'rich und Roginskij ein Telegramm, in dem er anordnete: „Ein Treffen des Konsuls oder des Sekretärs mit dem Angeklagten Stickling ist vor Abschluss des Prozesses nicht zu gestatten.“ Der Anwesenheit des deutschen Konsuls oder des Sekretärs des Konsulats beim Prozess stimmte Stalin zu. Vgl. RGASPI, f. 17, op. 167, d. 51, l. 178.

⁵ Vgl. „Process kontrevoljucionnoj vreditel'skoj grupy na Kemerovskom rudnike“ (Der Prozess gegen die konterrevolutionäre trotzkistische Schädlingsgruppe auf der Kemerover Zeche). In: Izvestija vom 20. November 1936, S. 2.

H. bemerkte, dass ihren Informationen zufolge der Konsul in Novosibirsk⁶ am 17. November vergeblich bei dem diplomatischen Agenten um ein Gesprächstermin nachgesucht, jedoch mit dessen Stellvertreter gesprochen hätte. Der 18. war ein arbeitsfreier Tag und heute sei der Vertreter des Konsulats beim Prozess in Novosibirsk noch nicht anwesend gewesen. Er werde dem Botschafter berichten, dass ich seinen Protest nicht angenommen hätte, der Protest dennoch aufrechterhalten werde.

H. fragte, ob und wann ein Prozess gegen die in Moskau und Leningrad verhafteten deutschen Staatsbürger stattfinden werde. Dabei hob er besonders hervor, dass die Botschaft darum bitte, ihr rechtzeitig den Tag der Eröffnung des Prozesses mitzuteilen, nicht erst am Tag vorher, wie das der Fall bei dem Prozess in Novosibirsk gewesen sei. Zugleich bat er, sofort nach Beendigung des Ermittlungsverfahrens einen Besuch bei den Verhafteten zu bewilligen und einen Vertreter der Botschaft zum Prozess zuzulassen. Ich erklärte, dass mir zu den aufgeworfenen Fragen nichts bekannt sei und ich dazu vorerst nichts sagen könne.

H. ging auch auf die Frage nach dem Empfang von Päckchen und der Hinzuziehung von Ärzten ein, wobei er darauf bestand, dass die Übergabe von Päckchen erlaubt sein müsse. Ich erklärte ihm, dass es aufgrund der bestehenden Regeln nicht gestattet sei, während der laufenden Ermittlungen Päckchen auszuhandigen. Was die Ärzte betreffe, so habe Tippelskirch, soweit mir bekannt sei, darüber mit N.N. Krestinskij gesprochen⁷, so dass sich die Angelegenheit offenbar im Prozess der Klärung befinde. Auf jeden Fall werde ich mich für sie interessieren.

Ich habe den Eindruck gewonnen, dass der Protest nicht nur durch den Prozess in Novosibirsk und wegen der Erwähnung der Gestapo hervorgerufen worden ist, sondern durch das Bestreben, jene große Bedeutung zu unterstreichen, die man dem bevorstehenden Prozess gegen die in Moskau und Leningrad verhafteten deutschen Staatsbürger beimisst.

STELLV[ERTRETENDER] LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Gr[igorij] Bežanov

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 2, l. 82–81. Original.

⁶ Maximilian Meyer-Heydenhagen.

⁷ Vgl. Dok. 575.

Nr. 582
**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg**

Geheim
[22.11.1936]

Tagebuch
N.N. Krestinskij

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS von SCHULENBURG,
22. November 1936

Schulenburg bat heute im Zusammenhang mit dem Prozess in Novosibirsk¹ um ein dringendes Treffen mit Gen. Litvinov. Litvinov antwortete, dass er ihn heute nicht empfangen könne, wenn er unbedingt heute über diese Angelegenheit sprechen müsse, möge er sich an mich wenden. Ich empfing Schulenburg um Viertel nach fünf.

Er erschien sehr erregt, in der Hand hielt er ein Telegramm des Novosibirsker Konsuls² mit der Mitteilung, dass Stickling zur Höchststrafe verurteilt worden sei. Er sagte, er müsse mir seine Verwunderung, Empörung und Besorgnis anlässlich dessen zum Ausdruck bringen, dass, erstens, Stickling zum Tode verurteilt und, zweitens, in dieser Strafsache der deutsche Konsul erwähnt worden sei³.

Ich unterbrach ihn und sagte, dass ich es nicht zulassen könne, in Bezug auf das Oberste Gericht und das von ihm verhängte Urteil solch eine Wortwahl wie Empörung zu verwenden, und forderte ihn auf, falls er das Gespräch mit mir fortzusetzen wünsche, auf eine derartige Terminologie zu verzichten.

Darauf veränderte Sch. sofort den Ton und sagte nunmehr in ruhigen und höflichen Formulierungen, dass er keineswegs an die Schuld Sticklings glauben könne, den er persönlich kenne. Ebenso könne er nicht annehmen, dass ihr Konsul deutschen Spezialisten Anweisungen zur Verübung von Sabotageakten gegeben hätte.

Ich antwortete, dass wir auf die Frage bezüglich der Tätigkeit des Konsuls dann zurückkommen könnten, wenn das NKID vom Obersten Gericht die von Stickling in geschlossener Sitzung gemachten Aussagen erhalte.⁴ Was jedoch die Schuld Sticklings betreffe, so habe er erstens seine Schuld selbst eingestanden und zweitens sei seine Schuld durch das Urteil unseres Obersten Gerichts festgestellt worden.⁵ Aus diesem Grunde hielte ich es nicht für möglich, mit dem Botschafter in eine Erörterung dieser Frage einzutreten.

¹ Vgl. Dok. 579, Anm. 2

² Maximilian Meyer-Heydenhagen.

³ Zur indirekten Erwähnung des ehemaligen deutschen Konsuls in Novosibirsk Großkopf in den veröffentlichten offiziellen Berichten über den Prozess vgl. Dok. 580, Anm. 3.

⁴ Stalin erteilte Ul'rich und Roginskij mit Telegramm vom 19.11.1936 folgende Weisung: „Falls Stickling Aussagen zum deutschen Konsul oder zum Sekretär des deutschen Konsulats machen sollte, muss der Vorsitzende des Gerichts ihm das Wort entziehen und darauf verweisen, dass diese Frage in der geschlossenen Sitzung verhandelt wird.“ In: RGASPI, f. 17, op. 167, d. 51, l. 178. Eine Kopie dieses Telegramms wurde Litvinov zugestellt.

⁵ Vgl. Izvestija vom 23. November 1936, S. 4.

Darauf sagte Schulenburg, er habe zwei Bitten, die erste bestünde darin, dass die Vollstreckung des Urteils gegen Stickling bis zur Prüfung des von ihm eingereichten Gnadengesuchs aufgeschoben werde; die zweite Bitte bestehe darin, ****dass****⁶ dem von der Botschaft unterstützten Gnadengesuch stattgegeben werde.

Ich versprach Schulenburg, der Regierung seine Bitten zur Kenntnis zu bringen.⁷

N. Krestinskij

STIMMT MIT DEM ORIGINAL ÜBEREIN

Sekretär: V. Rozovskij

Vermerk G. Ja. Bežanovs: an Levin B[ežanov].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2535 vom 23.11.1936.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, l. 89. Beglaubigte Kopie.

Nr. 583

Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

22. November 1936

ZSg. 102/3/182/11

Das Propagandaministerium teilt soeben mit, dass in dem Prozess in Nowosibirsk [sic] heute das Urteil ergangen sei¹, das für alle zehn Angeklagten, auch für den Deutschen², auf Tod lautet. Die Meldung müsse unbedingt auf der ersten Seite gebracht und groß aufgemacht werden. Sie müsse auch kommentiert werden, und zwar soll hier mit schärfste[m] Geschütz geschossen werden. Es sei darauf hinzuweisen, dass eine bolschewistische Mordjustiz sich hier au[s]tobe, dass Rechtsverdrehungen schlimmster Art vorlägen, dass es sich um internationale Friedensstörer handle und dass die Bekanntgabe des Urteils eine bodenlose Unverschämtheit bedeute. Man möge auch auf die vielfache[n] Warnungen hinweisen, die Deutschland an die Weltöffentlichkeit gerichtet habe. Jedenfalls sei kein Ausdruck zu scharf.

Veröffentlicht in: NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 4/III, S. 1417.

⁶ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁷ Das Präsidium des CIK der UdSSR änderte die gegen Stickling verhängte Höchststrafe (Erschießung) in eine 10-jährige Gefängnisstrafe. Vgl. Izvestija vom 26. November 1936, S. 4. Ende 1939 wurde er nach Deutschland ausgewiesen.

¹ Vgl. Dok. 579, Anm. 2.

² Emil Stickling.

Nr. 584
**Aufzeichnung des Attachés in der Handelspolitischen Abteilung
im AA Weisse**

Berlin, den 23. November 1936

W IV OE 3196

Aufzeichnung

Der Verband deutscher Reeder, Hamburg, hat heute Vormittag bei Herrn Botschaftsrat Schliep telefonisch angefragt, ob seitens des AA angesichts der politischen Lage gegenüber Sowjetrussland – insbes. auch unter Berücksichtigung des Urteils von Nowosibirsk¹ – Bedenken dagegen bestünden, deutsche Schiffe aus dem Hamburger Hafen nach Leningrad auslaufen zu lassen. Nach Fühlungnahme mit Hn. B.R. Schliep ist Hn. Dr. Dücker vom V.D.R. Folgendes mitgeteilt worden:

Wir hielten die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion trotz der eingetretenen politischen Spannungen aufrecht, da russische Rohstoffe von uns dringend gebraucht würden. Es werde sogar zurzeit – wie ich jedoch nur zu seiner persönlichen Information und vertraulich mitteile – mit den Vertretern der SU über den laufenden Wirtschaftsverkehr verhandelt. Bedenken gegen das Auslaufen deutscher Schiffe nach Leningrad würden unter diesen Umständen vom AA und dem RWiMin. nicht geltend gemacht. Über die weitere Entwicklung in politischer Hinsicht könne zurzeit nichts gesagt werden. Irgendwelche Garantien, die von den deutschen Reedern wohl auch kaum erwartet würden, könnten selbstverständlich nicht gegeben werden.

Dr. Dücker erklärte auf meine Äußerung, dass angesichts der augenblicklichen Lage irgend eine Gewähr seitens der amtlichen Stellen nicht übernommen werden könne, dies für selbstverständlich und fügte hinzu, der Verband werde den Reedern nahelegen, auch weiterhin ihre Schiffe nach Leningrad auslaufen zu lassen. Er zweifle nicht daran, dass die Reedereien diesem Rat folgen würden.

Die als Auffassung des AA und des RWiMin. oben wiedergegebene Mitteilung an den Verband war kurz vorher gelegentlich der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen im Kreise der deutschen Delegation besprochen und einstimmig ****gebillt****² worden.

gez. Weiße³

Unten maschinenschriftlich: Durchdruck erhalten H[erren] MD Ritter, VLR Benzler, VLR Schnurre (H.Akt.), W IX, Pol V. *An der Seite Abzeichnung von* St.S D[ieckhoff] 24/11, Dir. Pol. W[eizsäcker] 25/11 *und* E[rdmannsdorff] 25/11. *Darunter:* zunächst Herrn Ges. Pol A vzl. Schli[ep] 24/XI. *Unten:* Herrn Jungheim *(mit Abzeichnung)* Herrn [nicht en-ziffert] zgKts, zdA Schli[ep] 24/XI. *und* Po 2 Ru.

PA AA, R 104356, Bl. 212206.

¹ Vgl. Dok. 579, Anm. 2.

² Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: befürwortet.

³ Schreibweise so im Dokument.

Nr. 585

**Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Moskau von Tippelskirch
an den Leiter des Ref. V/Osteuropa in der Politischen
Abteilung im AA Schliep**

Moskau, den 23.11.36

Abschrift

Deutsche Botschaft

Lieber Schliep,

wir stehen hier voll und ganz im Zeichen der Verhaftungen und besonders des Prozesses in Nowosibirsk¹. Was die Haltung von Stickling anlangt, so glauben wir richtig zu handeln, ihn als Opfer des G.P.U.-Terrors hinzustellen und ungeachtet seiner „Geständnisse“ für ihn einzutreten. Mit dem Presseecho aus Deutschland sind wir sehr zufrieden²; auch die ausländische Presse scheint mir günstig für uns zu sein. Hier ist das Interesse überall groß und die Verurteilung der sattsam bekannten Sowjet-Methoden allgemein. Dafür, dass die Pressewirkung im Ausland den Russen unangenehm ist, haben wir hier verschiedene Anzeichen. Wir sollten daher – soweit ich das beurteilen kann – in dieser Art und Weise fortfahren. Dabei ist es gerade sehr wirkungsvoll, die Russen ins Unrecht zu setzen im Hinblick auf die Sowjetverfassung³ und das demokratische Gerede darzutun, dass die Sowjet-Union unverändert das Land asiatischer Willkür und Schreckensherrschaft ist, wo jeder Ausländer ständig gefährdet ist und gewärtigen muss, als Figur im Spiel eines Schauprozesses zu dienen, den aufzuziehen, die Russen aus irgendwelchen innen- oder außenpolitischen Interessen für nützlich halten mögen. –

Was im vorliegenden Fall der tatsächliche Grund für diese Aktion gegen uns ist, ist nicht ersichtlich und die Herren vom Diplomatischen Corps tapen im Dunkel. Ich glaube, es entlädt sich hier eine Menge Missvergnügen, die sich seit langem gegen uns aufgestapelt hat. Mangels anderer Mittel greift man zum bewährten Verfahren der Schauprozesse, mit denen man die innere Unzufriedenheit ablenken und von den inneren Schwierigkeiten weg auf die „trotzkistischen Verbrecher“ und die „faschistischen Interventen“ ableiten kann. Dass gleichzeitig eine politische Offensive bzgl. des „deutsch-japanischen Pakts“⁴ erfolgt, ist sicher kein Zufall. Dies fügt zur innenpolitischen Gefährdung der Sowjet-Union durch Deutschland die außenpolitische; das eine soll das andere ergänzen und glaubhaft machen sowie dem Ganzen im Auslande eine günstige Aufnahme sichern und insbesondere Deutschland verdächtigen. Dies gilt naturgemäß in erster Linie für England. Die bevorstehenden Kongresse, auf denen die Verfassung angenommen werden soll, spielen sicherlich eine große Rolle in dem Sinne, als Stalin Gelegenheit gegeben werden soll, mit den inneren und äußeren Feinden abzurechnen und auf sie die Schuld an den bestehenden Schwierigkeiten abzuwälzen. Damit wird unter den

¹ Vgl. Dok. 582.² Vgl. Dok. 583.³ Die neue Verfassung der UdSSR wurde am 5.12.1936 auf dem VIII. Außerordentlichen Sowjetkongress angenommen. Zum Text vgl. Izvestija vom 6. Dezember 1936, S. 2–3; Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution, Dok. 103, S. 266–292.⁴ Vgl. Dok. 588.

Massen in der Sowjet-Union eine Stimmung geschaffen, die – wie immer sich die Dinge in Spanien weiterentwickeln – die hiesigen Machthaber für sich auszunutzen in der Lage sind. Wie unter diesen Umständen Litwinow dem Herrn Botschafter⁵ gegenüber behaupten kann, die Massenverhaftungen Reichsdeutscher hätten mit Politik und den deutsch-russischen Beziehungen nichts zu tun, bleibt sein Geheimnis. Schon der Nowosibirsker Prozess hat gezeigt, dass außer Trotzki und Sinowjeff auch die Gestapo, ferner nach einer Version der deutsche Generalstab und schließlich der Deutsche Konsul⁶ in den Komplex der Anklage hineingezogen werden. Aber das ist ja erst der Anfang; was werden wir in den kommenden Prozessen *noch erleben. Über 30 Reichsdeutsche erwarten ihre Aburteilung und man fragt sich, ob der bereits produzierte Unsinn noch steigerungsfähig ist. (Berlin = Zentrale des*⁷ Trotzismus, Pjatakoff Agent Trotzki und der Gestapo etc. etc.) Trotzdem sollten wir uns nicht provozieren lassen!

Herzlichen Gruß
Heil Hitler
Ihr

(gez.) W. von Tippelskirch

Auferstem Blatt oben Stempel des AA: Pol V 5801, eing. 27. NOV. 1936. Am Seitenrand Abzeichnungen von Schl[iep] 25[11], D[ieckhoff] 26/11, E[rdmannsdorff] 25/11 und zdA W[elck] 26/11. Unten: Po 5 2 Nr. 2 Ru. Auf letztem Blatt unten maschinenschriftlich: Abschriftlich Herrn Gesandten Pol. A., Herrn L.S. Frhr. von Welck, Herrn L.S. Jungheim, Herrn Gesandten Aschmann, Herrn Konsul Schönberg, Herrn L.R. Braun von Stumm zur gefälligen Kenntnis ergebenst. Berlin den 25.XI.1936.

PA AA, R 104384, Bl. 246944-246945.

Nr. 586
**Aufzeichnung des Leiters des Referats IV/Osteuropa der Handelspolitischen
Abteilung im AA Schnurre**

Berlin, den 24. November 1936

Ref. V.L.R. Schnurre.

Aufzeichnung

Nachdem gestern mit den Russen über die Verlängerung des Wirtschaftsvertrages für das Jahr 1937 und die damit im Zusammenhang stehenden Einzelfragen verhandelt worden war, hat das Reichswirtschaftsministerium (Herr Spitta und Herr Herbert Göring) die für heute mit den Russen vereinbarte Sitzung von sich aus abgesagt. Maßgebend für diese Entscheidung sei die durch die letzten Ereignisse geschaffene politische Lage. Diese Entscheidung wurde mir heute Vormittag ¼ Stunde vor Sitzungsbeginn durch die Sekretärin Dr. Spittas mitgeteilt.

⁵ Friedrich Werner Graf von der Schulenburg. Vgl. Dok. 577.

⁶ Wilhelm Großkopf.

⁷ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Ich habe Herrn Spitta dann gefragt, ob eine Weisung von einer höheren Stelle vorliege, die Verhandlungen zu unterbrechen. Herr Spitta verneinte dies. Die Unterbrechung sei nur für heute gedacht und sei von ihm im Einvernehmen mit Herrn Herbert Göring beschlossen. Ich habe Herrn Spitta gesagt, dass dies ein unmögliches Verfahren sei und ich bäte ihn, sich künftig bei solchen Entscheidungen vorher mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung zu setzen, wie dies ja auch gestern geschehen sei.

gez. Schnurre

Unten maschinenschriftlich: Durchdruck erhalten: Herr Min.Dir. Ritter, Herr V.L.R. Benzler, Ref.Pol V

PA AA, R 105998, Bl. H 001045.

Nr. 587

Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Leiter des Ref. V/Osteuropa in der Politischen Abteilung im AA Schliep

Berlin SW 11, den 25. November 1936

B.-Nr. II I A/1792/36

Streng vertraulich!

An das Auswärtige Amt
z. Hd. Herrn Geheimrat Schliep
Berlin W 8
Wilhelmstr. 74/5.

Betr.: Sowjetrussen in Deutschland.
Vorgang: Besprechung am 23.11.36.¹
Anlagen: 3 Hefte.

Anbei übersende ich drei Hefte mit Listen über die Sowjetrussen, die sich zurzeit in Deutschland aufhalten.²

Heft A enthält die Listen über Sowjetrussen in Deutschland, abgesehen von den in Berlin wohnenden Sowjetrussen.

Heft B enthält die in Berlin wohnenden Sowjet-Russen, abgesehen von den Mitgliedern der Botschaft und der Handelsvertretung.

Heft C enthält die Mitglieder der Sowjetbotschaft und der Handelsvertretung in Berlin.

Die in den einzelnen Listen aufgeführten Sowjetrussen sind entsprechend ihrer Markierung zu würdigen.

¹ Das AA war an die Geheime Staatspolizei mit der Bitte um Erstellung von Listen über Sowjetbürger, die sich in Deutschland aufhalten, herangetreten, um „gegebenenfalls gegen die in den letzten Wochen von der Sowjet-Regierung gegen deutsche Staatsangehörige getroffenen Maßnahmen entsprechende Repressalien ergreifen zu können“. Die erstellten Listen wurden an die Botschaft Moskau gesandt; vgl. Entwurf des Schreibens vom 25.11.1936 an die Botschaft Moskau, in: PA AA, R 104384, Bl. E 019719.

² Hefte in der Akte nicht vorhanden.

Ich habe die Sowjetrussen in drei verschiedene Gruppen unterteilt:

Die erste Gruppe umfasst diejenigen, die in Deutschland wegen kommunistischer Tätigkeit bekannt geworden sind, gegen die vielleicht schon ein Hochverratsverfahren geschwebt hat, oder die sich sonst wie strafbar gemacht haben, oder die aus besonderen Gründen in Ausweisungshaft genommen werden sollen. Die hierunter fallenden Sowjetrussen sind in den Listen mit einem „Grün-Kreuz“ bezeichnet worden.

Die zweite Gruppe umfasst diejenigen Sowjetrussen, denen auf Grund ihrer Beschäftigungsart und ihrer Persönlichkeit eine besondere Bedeutung zukommt. Sie sind in den meisten Fällen Mitglieder der Sowjetbotschaft oder der Handelsvertretung, der Konsulate und General-Konsulate oder sie handeln im Auftrage der vorgenannten Institute oder sie sind Lehrpersonen an der Sowjetrussischen Schule, sind leitende Beamte der „DERULUFT“ oder sie sind in der Industrie tätige Abnahme-Beamte der Handelsvertretung. Diese Sowjetrussen sind in den Listen mit „Rotem Kreuz“ markiert worden.

Die dritte Gruppe umschließt diejenigen Sowjetrussen, von denen bisher lediglich bekannt ist, dass sie die sowjetrussische Staatszugehörigkeit besitzen. Diese Personen sind ohne jegliche Markierung in den Listen verzeichnet. Die Vermerke: „unbestimmt“, „vorübergehend“, „für dauernd“ geben die Dauer des Aufenthaltes des Sowjetrussen in Deutschland an.

Die bisher zusammengestellte Liste ist noch nicht als endgültige anzusehen. Einige Nachträge werden noch nachgeliefert. Die bisherige Zusammenstellung, aufgeführt in den Heften A, B und C, umfasst insgesamt mit den Mitgliedern der Botschaft und H.V. 951 Personen, von denen 17 auf die erste Gruppe (grünes Kreuz), 415 auf die zweite Gruppe (rotes Kreuz) und 519 auf die dritte Gruppe (unmarkiert) entfallen.

Im Auftrage:

[Name nicht entziffert]

Eigenhändige, nicht entzifferte Unterschrift. Auf erstem Blatt oben Stempel des AA: Pol V 5719, eing. 26. NOV. 1936 und Geheim. Auf Kopfbogen des Gestapa geschrieben.

PA AA, R 104384, Bl. E 437633-437635.

Nr. 588

Erklärung des Botschafters in London von Ribbentrop gegenüber einem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros

[25.11.1936]

Erklärung Ribbentrops zum deutsch-japanischen Abkommen

Botschafter von Ribbentrop gab dem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros zum deutsch-japanischen Abkommen¹ folgende Erklärung ab:

¹ Für den Wortlaut des zwischen Deutschland und Japan am 25.11.1936 in Berlin abgeschlossenen Abkommens gegen die Kommunistische Internationale (Antikomintern-Pakt) vgl.

„Auf dem 7. Komintern-Kongress hat der Bolschewismus allen ordnungsliebenden Staaten den Kampf auf Leben und Tod angesagt und als Ziel die Durchführung der Revolution in allen Staaten und die Aufrichtung der weltbolschewistischen Weltdiktatur proklamiert. Das jüngste Opfer dieses Vernichtungswillens bolschewistischer Unheilstifter ist Spanien. Dieses Land alter europäischer Kultur ist heute vom Bürgerkrieg verwüstet, seine Städte und Dörfer liegen überall in Schutt und Asche, und das spanische Volk ist Heimsuchungen und Qualen ausgesetzt, die in der Geschichte kaum ihresgleichen finden.

Dies sind die furchtbaren Folgen der Einmischung der Kommunistischen Internationale in Durchführung der auf dem 7. Komintern-Kongress gefassten Beschlüsse. Die Komintern hatte nichts anderes im Sinn, als durch Propaganda und Gewalt die „Sowjetrepublik Spanien“ aufzurichten, um von hier aus Europa weiter zu unterwühlen. Wer soll das nächste Opfer sein?

Manche Staaten, so Amerika, haben seinerzeit gegen die Beschlüsse des 7. Komintern-Kongresses schärfste Proteste erhoben – sie sind wirkungslos geblieben.

Deutschland und Japan, nicht gewillt, das Treiben der kommunistischen Hetzer länger zu dulden, sind nunmehr zur Tat geschritten.

Der Abschluss des heute von Deutschland und Japan unterzeichneten Abkommens gegen die Kommunistische Internationale ist ein epochales Ereignis. Es ist ein Wendepunkt in dem Abwehrkampf aller ordnungs- und kulturliebenden Nationen gegen die Mächte der Zersetzung.

Mit dem Zustandekommen dieses Vertrages haben unser Führer und Seine Majestät der Kaiser von Japan² eine geschichtliche Tat vollbracht, die erst von kommenden Generationen in ihrer vollen Tragweite gewürdigt werden wird.

Am heutigen Tage ist eine starke Abwehrfront von zwei Nationen geschaffen worden, die in gleicher Weise entschlossen sind, jeden Einmischungsversuch der Kommunistischen Internationale in ihren Ländern zum Scheitern zu bringen.

Japan wird eine Ausbreitung des Bolschewismus in Ostasien niemals zulassen. Deutschland bildet das Bollwerk gegen diese Pest im Herzen Europas. Schließlich wird Italien, wie der Duce der Welt erklärt, das antibolschewistische Banner im Süden hochhalten.

Ich bin der Überzeugung, dass die Länder, die heute die bolschewistischen Gefahren noch nicht sehen, eines Tages unserem Führer für das klare und rechtzeitige Erkennen dieser einzig dastehenden Weltbedrohung dankbar sein werden.

In diesem Abkommen ist vorgesehen, weitere Staaten zur Teilnahme an diesem Kampf einzuladen. Wir wünschen und hoffen, dass die übrigen Kulturstaaten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller gegen die Arbeit der Kommunistischen Internationale erkennen und sich diesem Abkommen anschließen mögen. Auf diese Weise wird es gelingen, diesen Weltfeind endgültig abzuwehren, den inneren und äußeren Frieden zu erhalten und unsre alte Kultur zu retten.“

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 69, d. 37, l. 26–27. Kopie. In deutscher Sprache.

Reichsgesetzblatt 1937, Teil II, S. 28–30. Zur geheimen Anlage zum deutsch-japanischen Abkommen vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 57, S. 116–120.

² Hirohito.

Nr. 589
Telegramm des kommissarischen Staatssekretärs im AA Dieckhoff

Berlin, den 25. November 1936

Pol. VIII 1541 Ang. II

An

sämtliche diplomatische Vertretungen

*außer Nanking und Tokio, **Rom**¹,²

sowie an die Generalkonsulate Batavia, Kalkutta, Montreal und Sydney.

Telegramm
(Geh. Chiffr. Verf.)

Zur Regelung der Sprache.

Deutsch-japanisches Abkommen gegen Kommunistische Internationale, das nach heutiger Unterzeichnung **alsbald**³ veröffentlicht wird, ist ähnlich wie entsprechende Abreden zwischen Deutschland und Italien sowie zwischen Italien, Österreich und Ungarn lediglich Abwehrmaßnahme mit innerpolizeilichem Schutzcharakter. Bitte etwaigen weitergehenden Kombinationen entgegenzutreten und vor allem hervorzuheben, dass Abkommen keine bündnismäßige Spitze gegen dritte Mächte hat. **Entgegen umlaufenden Gerüchten ist in dem Abkommen nichts über Lieferung von Kriegsmaterial enthalten.**⁴

Dieckhoff

Paraphe von Dieckhoff vom 24.11. Oben durchgestrichen: Entwurf. Randvermerk von Erdmannsdorff: p[ro]n[otitia]. Sender London meldet, der Sprecher des Außenmin[isteriums] habe erklärt, das Abkommen wurde heute unterzeichnet. Londoner Kommentar dazu: Es handle sich um Antikomintern-Abkommen, ferner um deutsche Kriegsmateriallieferungen zur Mechanisierung der japanischen Armee. Am Seitenrand handschriftlich Verteiler mit Paraphen. Unten Stempel: Abgesandt: siehe Anlage und Po 2 7c A.

PA AA, R 104883, Bl. 131545.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 54, S. 107.

¹ Der Ort ist nachträglich handschriftlich eingefügt. Der Text des Telegramms nach Rom ist abgedruckt in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 54, S. 107, Anm. 1. Dort auch Fundort-Nachweis der Telegramme nach Nanking und Tokio.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Das Wort ist korrigiert; ursprünglich: sofort.

⁴ Der Satz ist handschriftlich am Schluss angefügt. Der ursprünglich letzte Satz ist gestrichen: Weitere Information folgt sofort nach vollzogener Unterzeichnung.

Nr. 590

Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki
und des Leiters der Abteilung Handelspolitik der Handelsvertretung Gasjuk
an den Leiter des Sektors für Handelsvertretungen im NKVT Levin

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[27.11.1936]

AN

NARKOMVNEŠTORG DER UdSSR
SEKTOR FÜR HANDELSVERTRETUNGEN
Gen. LEVIN

Moskau

09/862

27/XI-36¹

Betr.: die Zeitschrift „Sowjetwirtschaft und Außenhandel“²

Werter Gen. Levin,

mit diesem Schreiben möchten wir Sie knapp über jene Kampagne unterrichten, die in Deutschland gegen die Zeitschrift unserer Handelsvertretung „Sowjetwirtschaft und Außenhandel“ entfesselt worden ist.

Vor ungefähr 1-2 Monaten haben wir aus verschiedenen Quellen erfahren, dass der Leiter der in Deutschland bestehenden Organisation „Antikomintern“³ damit begonnen hat, unsere Zeitschrift ernsthaft zu bekämpfen; er hat sich angeblich sogar mit einem umfangreichen Protest gegen das Erscheinen einer solchen Zeitschrift in Deutschland an das deutsche Propagandaministerium gewandt.

Wie Ihnen bekannt ist, haben wir immer vermieden, in unserer Zeitschrift Materialien zu veröffentlichen, die den Deutschen einen Vorwand liefern könnten, uns der Propaganda zu bezichtigen. Zugleich waren wir jedoch bestrebt, einen politischen Gesichtsverlust unserer Zeitschrift zu vermeiden.

Als wir von der gegen uns in Vorbereitung befindlichen Kampagne erfuhren, haben wir in den letzten Monaten eine besondere Vorsicht bei der Herausgabe unserer Zeitschrift walten lassen. Nichtsdestotrotz ist offenbar entschieden worden, nunmehr gegen uns ernsthaft vorzugehen. Im Zusammenhang damit verdienen folgende zwei Tatsachen Beachtung.

1. In der Note des deutschen Außenministeriums vom 27. Oktober 1936⁴ an unsere Bevollmächtigte Vertretung wurde darauf aufmerksam gemacht, dass unsere Zeitschrift Kultur- und Politikpropaganda betreibe, da einige der in ihr veröffentlichten Materialien keinen direkten Bezug zum Titel der Zeitschrift („Sowjetwirtschaft und Außenhandel“) hätten.

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Der Titel ist Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

³ Adolf Ehrt.

⁴ Vgl. AVP RF, f. 82, op. 21, p. 69, d. 13, l. 380.

In Anbetracht dessen, dass sich das deutsche Außenministerium dabei konkret auf die Ausgabe Nr. 17 unserer Zeitschrift berief, in der zwei kleine Beiträge veröffentlicht wurden, der eine über das Schachturnier in Nottingham⁵, der andere über der Tod von S.S. Kamenev⁶, die keinen direkten Bezug zum Titel der Zeitschrift haben, entschieden wir nach gründlicher Abwägung der Situation, einer Diskussion mit dem deutschen Außenministerium aus dem Wege zu gehen. Von der Notwendigkeit ausgehend genau festzustellen, welche der veröffentlichten Materialien vom Ministerium als politische und kulturelle Propaganda eingestuft werden (in der Note war dazu nichts ausgeführt worden), haben wir dem Ministerium geantwortet, dass die Bevollmächtigte Vertretung die Handelsvertretung anweisen wird, künftig eine Veröffentlichung von Artikeln über Schachturniere und über S.S. Kamenev zu vermeiden. Eine Antwort auf diese Note ist bislang nicht eingegangen.

2. Die Zeitschrift „Das Volk“, das Organ der oben genannten Organisation „Antikomintern“, veröffentlichte in ihrer Novemberausgabe einen schroffen Artikel über unsere Zeitschrift⁷. Aus diesem Artikel (diese Ausgabe der Zeitschrift fügen wir Ihnen als Anlage bei) werden Sie ersehen, dass die gegen unsere Zeitschrift vorgebrachten Anschuldigungen sich nicht darauf beschränken, dass wir oft nicht dem Titel unserer Zeitschrift angemessenes Material veröffentlichen würden, sondern vielmehr weiter zielen. Dies geht sogar so weit, dass selbst das Material, welches dem Titel der Zeitschrift entspricht, gleichfalls als Propaganda eingestuft wird.

Das oben Ausgeführte beschränkt sich bislang vorerst auf eine Kampagne gegen unsere Zeitschrift. Es bleibt abzuwarten, was weiter geschieht. Wir werden Sie über sämtliche neuen Entwicklungen auf diesem Gebiet umgehend unterrichten.

Mit kameradschaftlichem Gruß

D. Kandelaki
N. Gasjuk

Berlin, den 27. November 1936

ANLAGE: Zeitschrift.⁸

Vermerk M.I. Levins mit Tinte: Geben Sie die Übersetzung des Artikels A.P. Rozengol'c⁹. ML[evin]. Erl[edit].

Vermerke mit Tinte: Erl[edit]. Zu den Akten 9/XII¹⁰.

⁵ Vom 10. bis 28.10.1936 fand in Nottingham ein internationales Schachturnier statt, an dem alle Schachspieler von internationalem Rang teilnahmen.

⁶ Armeebefehlshaber 1. Ranges S.S. Kamenev verstarb am 25.8.1936.

⁷ Vgl. „Sowjetwirtschaft und Außenhandel“. In: Das Volk. Kampfblatt für Völkische Kultur und Politik, November 1936, S. 376–378.

⁸ Als Anlage zum Dokument ist die Übersetzung des Artikels aus der Zeitschrift „Das Volk“ (l. 10–14) ins Russische beigelegt.

⁹ Am 9.12.1936 informierte Levin Kandelaki über die Haltung des Volkskommissariats zu den aufgeworfenen Frage und hob hervor, dass „Sie bei der weiteren Herausgabe der Zeitschrift die Note des AA berücksichtigen und eine besondere Vorsicht an den Tag legen müssen, um den Deutschen keine Angriffspunkte für Nörgeleien zu geben“. In: RGAE, f. 413, op. 12, d. 2236, l. 15. Vgl. außerdem Dok. 602.

¹⁰ Auf dem Dokument gibt es noch andere Vermerke, die jedoch nicht entschlüsselt werden konnten.

Oben rechts befindet sich der Stempel der Geheimgruppe des NKVT der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 8068/205 vom 1.12.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt.

Geschr. 2 Expl. 1 [Exemplar] an die Adresse, 1 zu den Akten.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2236, l. 7–9. Original.

Nr. 591

Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter der Presseabteilung im AA Aschmann

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 28. November 1936

Tagebuch
E. Gnedins
Nr. 424¹

Besuch bei Aschmann, 25. November

Im Zusammenhang mit dem Korrespondentenwechsel der „Pravda“ suchten ich und die Genossen Klimov und Gofman Aschmann auf. Nach dem Austausch von Höflichkeiten sagte Gen. Klimov, er sehe seine Aufgabe darin, alle Seiten des deutschen Lebens objektiv und eingehend zu beleuchten.

Ich nutzte den Besuch, um die Aufmerksamkeit Aschmanns auf jenen Umstand zu lenken, dass sich im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des japanisch-deutschen Abkommens² unter den Vertretern der gesamten Weltpresse, die am Tag unseres Besuchs *ins Propagandaministerium eingeladen waren, kein einziger sowjetischer Korrespondent befunden habe. Aschmann wies umgehend darauf hin, dass weder er noch das Auswärtige Amt insgesamt etwas mit der Bekanntgabe (gemeint ist der Abschluss) des japanisch-deutschen Abkommens zu tun hätten.*³ Ohne auf den Kern der Angelegenheit einzugehen, bemerkte ich, mich interessiere der Präzedenzfall, dass noch nicht einmal der TASS-Korrespondent eingeladen worden sei, der die gesamte sowjetische Presse mit Informationen versorge. Ich erinnerte Aschmann an den von ihm wiederholt geäußerten Standpunkt, wonach die ausländischen Korrespondenten ihre Informationen in erster Linie von deutschen Einrichtungen erhalten müssten. Aschmann tat so, als ob er sich meine Ausführung zwecks „Klärung der Frage“ notiere.

Als ich auf das japanisch-deutsche Abkommen zu sprechen kam, verwies ich halb im Scherz auf die Beispiellosigkeit dieses internationalen Vertrages, sowohl hinsichtlich des Inhalts als auch der Form (die Unterzeichnung durch Ribbentrop). Nachdem Aschmann bemerkte hatte, dass dieser Vertrag den Völkerrechtlern nicht

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 588, Anm. 1.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

wenig Kopfzerbrechen bereiten werde, verwies er auf die Zusammenarbeit einzelner Glieder des Römischen Reiches zur Bekämpfung des Christentums im Sinne eines Präzedenzfalles. Darauf bemerkte ich, dass das Christentum aus diesem Kampf als Sieger hervorgegangen sei (ich muss bemerken, dass ein derartiger Vergleich mit der vergeblichen Bekämpfung des Christentums durch das Römische Reich bei Engländern und Amerikanern auf Zustimmung stößt).

Aschmann fragte sehr besorgt, ob es im Fall Stickling aus Moskau eine Information gebe. Diese Mitteilung traf genau zu dem Zeitpunkt ein, als ich von Aschmann zurückkehrte.⁴ Kaum hatte ich Aschmann darüber telefonisch unterrichtet, als er auch schon die Mitteilung an DNB weitergeleitet hatte. Daran war zu erkennen, dass Aschmann vorab angewiesen worden war, neue, den Fall Stickling betreffende Informationen unverzüglich an die Presse weiterzuleiten.

E. Gnedin

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: MM.⁵

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3764 vom 1.12.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. 4 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 47, l. 65–66. Original.

Nr. 592

Schreiben des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an die Presseabteilung im NKID

Geheim

Expl. Nr. 3

Berlin, den 28. November 1936

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR in Deutschland
Presseabteilung
Nr. 427¹

An die
Presseabteilung des NKID

Werte Genossen,

ohne eine detaillierte Übersicht über die Zeitungsmeldungen zu geben, sind im Zusammenhang mit dem japanisch-deutschen Abkommen² einige charakteristische Merkmale bei der deutschen Beleuchtung des japanisch-deutschen Abkommens vom 25. November hervorzuheben.

⁴ Zur Umwandlung des Urteils vgl. Dok. 582, Anm. 7.

⁵ Litvinov.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 588, Anm. 1.

Am Tag der Unterzeichnung des Abkommens gab Goebbels bekanntlich über den Rundfunk eine gesonderte Erklärung ab. In dieser Erklärung gibt es ins Auge springende Widersprüche, die davon zeugen, dass selbst dieser erfahrene Demagoge keine in sich geschlossene Konzeption zur Interpretation des japanisch-deutschen Vertrages vorbereitet hatte. *Im ersten Teil seiner Erklärung unterstreicht Goebbels, dass das japanisch-deutsche Abkommen defensiven Charakters ist, im zweiten Teil verknüpft Goebbels das japanisch-deutsche Abkommen jedoch unmittelbar mit dem Übergang des Nationalsozialismus zum Angriff gegen den Kommunismus. Da Goebbels zugleich unterstreicht, dass Deutschland vor dem Einfluss des Kommunismus vollkommen sicher sei, gesteht er damit ein, dass das japanisch-deutsche Abkommen ein Dokument ist, das von der Offensive des deutschen Faschismus im internationalen Maßstab kündigt.³ In die gleiche Richtung geht der Hinweis von Goebbels auf die unmittelbare Verbindung zwischen dem japanisch-deutschen Abkommen und den in Nürnberg gehaltenen Reden. Goebbels verbindet das japanisch-deutsche Abkommen direkt mit einer deutschen Gegenoffensive gegen die „Moskauer rote Internationale“ und gegen die Versuche, Deutschland einzukreisen.

Außerdem begründet Goebbels die Notwendigkeit des japanisch-deutschen Abkommens, oder vielmehr eines internationalen Abkommens, gegen die Komintern generell mit den Lehren aus den spanischen Ereignissen.

Am nächsten Tag, am 26. November, hielt Goebbels in Ludwigshafen eine Rede⁴, in der er das japanisch-deutsche Abkommen kommentierte und dabei erneut dessen gesamteuropäische Bedeutung unterstrich. Er sagte: „Wir dulden nicht, dass der Bolschewismus sein ekelerregendes Spiel mit Europa treibt... Wenn wir die Welt davor warnen, dass es unmöglich ist, ähnliche Versuche (wie in Spanien) einer Bolschewisierung in anderen Ländern zu dulden, so entspringt unser Handeln den gut verständlichen Interessen aller Kulturvölker.“ In dieser Rede hob Goebbels hervor, Deutschland könne nicht wünschen (und offenbar nicht zulassen), dass Frankreich bolschewistisch regiert werde.

Am Tag der Unterzeichnung des Abkommens gab auch Ribbentrop eine Erklärung ab.⁵ Ribbentrop, der den 7. Kongress der Komintern beiläufig erwähnte, ging sofort zur spanischen Frage über, um damit das japanisch-deutsche Abkommen zu erklären. Im Unterschied zu Goebbels unterstrich er, dass es auch *um den Kampf gegen die Umtriebe der Komintern in Deutschland selbst und in Japan gehe. Ribbentrop gab ferner zu verstehen, dass ein Dreierblock möglich wäre, indem er ausführte: „Japan wird niemals eine Ausbreitung des Bolschewismus in Ostasien zulassen. Deutschland errichtet eine Barriere gegen diese Pest im Herzen Europas. Italien wird schließlich, wie der Duce unlängst der Welt verkündete, das antibolschewistische Banner im Süden hochhalten.“*

Rosenberg gab seinerseits am Tag nach der Unterzeichnung gegenüber dem Vertreter der japanischen Nachrichtenagentur Dōmei eine Erklärung ab. Diese Er-

³ Der hier und im Folgenden so gekennzeichnete Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁴ Vgl. „Dr. Goebbels vor 35000 Volksgenossen in Ludwigshafen. „Der Führer ist heute nicht nur der Führer der deutschen Nation, sondern der geistige Erwecker Europas“. In: Völkischer Beobachter vom 27. November 1936, S. 2.

⁵ Vgl. Dok. 588.

klärung ist insofern interessant, als Rosenberg unter Bezugnahme auf das japanisch-deutsche Abkommen das spanische Problem mit der Frage der Verhaftung von deutschen Staatsbürgern in UdSSR eng miteinander verknüpfte, wenn nicht in der Form, so doch dem Wesen nach. Rosenberg sagte beispielsweise: „Wir erblicken also in der bewaffneten Einmischung Sowjetrusslands in Spanien und in der Verhaftung Reichsdeutscher in Moskau die Auswirkung ein und derselben provokatorischen Politik.“⁶

Der spezifische Charakter der deutschen Interpretation des Abkommens vom 25. November wird interessanterweise durch die Tatsache unterstrichen, dass der japanische Botschafter in Berlin⁷ in seiner Erklärung nach der Unterzeichnung im völligen Gegensatz zu der deutschen Version⁸ erklärte, dass Deutschland und *Japan das Abkommen gegen die Komintern gerade deshalb abgeschlossen hätten, weil sie sich in einem stärkeren Maße von der Tätigkeit der Komintern bedroht fühlen, da sich die Beschlüsse des 7. Kongresses insbesondere gegen Japan und Deutschland richten würden. Es ist nicht schwer festzustellen, dass diese Erklärung deutlich von dem abweicht, was selbst Goebbels gesagt hatte.*

Es ist überaus aufschlussreich, dass die Zeitungskommentare zum japanisch-deutschen Abkommen in der Regel nicht auf eine Abschwächung des aggressiven Charakters des Abkommens gerichtet sind, sondern vielmehr auf dessen Verstärkung. *Nur zwei Zeitungen versuchten in einer recht schwachen Form, das Wesen des japanisch-deutschen Abkommens abzuschwächen. Die „Frankfurter Zeitung“ vom 27. November⁹ bemühte sich, die Bedeutung des Artikels 2 des Vertrages, der mit besonderer Aufmerksamkeit in England und Frankreich registriert wurde, zu entschärfen. Dieser Artikel liefert die Grundlage für eine bewaffnete Einmischung Deutschlands in die inneren Angelegenheiten eines beliebigen, nicht an Deutschland angrenzenden Staates. Im Zusammenhang damit greift die „Frankfurter Zeitung“ zu einem Winkelzug, indem sie darauf verweist, dass die in Artikel 2 und im Punkt „b“ des Zusatzprotokolls vorgesehenen „strengen Maßnahmen“ im Innern des Landes wie auch im Ausland gegen die Anhänger der Komintern und gegen diejenigen, die ihre Tätigkeit begünstigen, „im Rahmen der bestehenden Gesetze“ durchgeführt werden müssen.* Die Zeitung fragt: „Wie kann man aus diesem Satz die Absicht eines militärischer Eingriffe gegen dritte Länder herauslesen?“ Dieser Winkelzug der „Frankfurter Zeitung“ überzeugt allerdings keineswegs, da sich der Vorbehalt bezüglich der gültigen Gesetze in dem Zusatzprotokoll nicht auf den Charakter des deutschen Vorgehens gegen dritte Staaten bezieht, sondern auf das Verfahren zu dessen Durchführung, d. h. auf der Grundlage von Beschlüssen der Regierung usw. Zudem bezeichnet die „Frankfurter Zeitung“ in dem gleichen Artikel das japanisch-deutsche Abkommen „als eine Attacke des Faschismus in Europa“.

Den anderen, fast einzigen Versuch, die Bedeutung des Abkommens abzuwiegeln, unternimmt ein Artikel in der „Kölnischen Zeitung“ vom 26. November, in

⁶ Vgl. „Ferngespräch Rosenbergs mit Japan. Über die bolschewistische Herausforderung aller Völker“. In: Volksgemeinschaft – Heidelberger Beobachter vom 27. November 1936, S. 4.

⁷ Kintomo Mushakōji.

⁸ Vgl. „Die Reichsregierung zu dem deutsch-japanischen Abkommen“; „Dr. Goebbels: Ein epochales Ereignis“; „Von Ribbentrop ...und Graf Mushakōji erklären“. In: Völkischer Beobachter vom 26. November 1936, Münchener Ausgabe, S. 1.

⁹ Vgl. r.k.: „Kreuzzugsgeist“. In: Frankfurter Zeitung vom 27. November 1936, S. 1.

dem das japanisch-deutsche Abkommen als „Abkommen über Konsultationen bezüglich gemeinsam zu ergreifender Maßnahmen gegen das Moskauer Bestreben zur Weltrevolution“ dargestellt wird.

Die faschistische Presse interpretiert das japanisch-deutsche Abkommen insgesamt unverhohlen als einen Vertrag, der sich erstens gegen die Sowjetunion, zweitens gegen die kommunistische antifaschistische Bewegung in anderen Ländern richtet und drittens dazu bestimmt ist, auf einzelne schwankende Regierungen Druck auszuüben.

Was die UdSSR betrifft, so besteht der Grundtenor bei den diesbezüglichen Kommentaren darin, dass sich die sowjetische Regierung selbst nicht mit der Komintern identifiziere. Sollte sie jedoch gegen das japanisch-deutsche Abkommen protestieren, so würde sie damit ihre Einheit mit der Komintern eingestehen und in diesem Fall müsste der Vertrag auch gegen die UdSSR angewandt werden. Es erübrigt sich, einzelne Zitate mit entsprechenden Aussagen anzuführen, die sowohl bei Scheffer im „Berliner Tageblatt“¹⁰ als auch in den „Deutschen Briefen“ (vom 27. November)¹¹ und in der gesamten Provinzpresse anzutreffen sind.

Neben den antisowjetischen Ausfällen besteht ein weiterer Wesenszug aller deutschen Kommentare zum japanisch-deutschen Abkommen in der Erwähnung Spaniens als unmittelbarem Anlass für den Abschluss des Abkommens mit Japan. Die Zeitungen, die den geografischen Faktor aus diesen Erörterungen völlig ausklammern, beweisen voller Hingabe, dass die spanischen Erfahrungen den Abschluss des japanisch-deutschen Abkommens erforderlich gemacht hätten, womit die Voraussetzungen für einen internationalen Kampf auf erweiterter Grundlage geschaffen würden.

Mit diesen Darlegungen ist die interessanteste Konzeption verknüpft, die von der faschistischen Presse anlässlich des japanisch-deutschen Abkommens entwickelt wurde.

Ich habe bereits auf den Artikel in der „National-Zeitung“ vom 21. November mit dem Titel „Lehren des Spanienkrieges“¹², der vor der Unterzeichnung des japanisch-deutschen Abkommens erschienen ist, hingewiesen. In diesem Artikel wurde unumwunden davon gesprochen, dass die Erfahrungen des spanischen Bürgerkrieges von der unausweichlichen ausländischen Unterstützung des Militärputsches gegen die Volksfrontregierung und gegen den Bolschewismus zeugen. Die „National-Zeitung“, die diese Konzeption weiter entwickelte, veröffentlichte dazu aus Anlass des japanisch-deutschen Abkommens am 26. November einen recht freimütigen Artikel. Der Artikel beginnt im gewohnten Geiste mit den spanischen Ereignissen, sodann unterstreicht er bei der Kommentierung des japanisch-deutschen Abkommens eine baldige Bolschewisierung Frankreichs. Die „National-Zeitung“ erklärt nach einer Würdigung der Bedeutung der deutsch-japanischen Zusammenarbeit ferner, dass der gemeinsame Kampf gegen den Bolschewismus im internationalen Maßstab unabhängig davon erfolge, ob entsprechende Staaten eine

¹⁰ Vgl. Paul Scheffer: „Das deutsch-japanische Abkommen gegen den Internationalen Kommunismus“. In: Berliner Tageblatt vom 26. November 1936, Morgenausgabe, S. 1–2.

¹¹ „Sehr geehrter Herr...“ [Zum Antikomintern-Pakt]. In: Deutsche Briefe vom 27. November 1936, S. 1.

¹² Vgl. „Lehren des spanischen Krieges“. In: National-Zeitung vom 21. November 1936, S. 1.

gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion hätten oder selbst weit von ihr durch Kontinente oder Ozeane getrennt seien. Die „National-Zeitung“ bezeichnet das japanisch-deutsche Abkommen direkt als ein Bündnis, allerdings nicht als ein gegen einen bestimmten Staat gerichtetes, sondern als ein „Bündnis, das sich gegen eine internationale Weltgefahr wendet“¹³.

Diese Theorie von der Rechtmäßigkeit einer deutschen Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder bis hin zu einem militärischen Eingreifen ist mit entwaffnender Offenheit in der „Schlesischen Zeitung“ vom 26. November dargelegt worden. In dem Artikel heißt es:

„Der Kampf gegen den Bolschewismus in Deutschland selbst ist abgeschlossen worden. Jedoch hat der Führer bereits in seiner großen Rede im Reichstag aus Anlass der Wiederherstellung der Souveränität am Rhein in Entgegnung auf das russisch-sowjetische¹⁴ Militärbündnis erklärt, dass es für Deutschland nicht *gleichgültig sein könne, ob an seinen Grenzen Nachbarstaaten entstehen, die sich am Bolschewismus orientieren. Es darf nicht der Einwand gelten, wonach Deutschland kein Recht hat, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen und damit auch kein Recht hat, darüber zu urteilen, in welchem Maße und welcher Staat bolschewistisch wird. Im deutsch-japanischen Abkommen heißt es in der Einleitung eindeutig, dass die Komintern, die lediglich ein Vollzugsorgan der sowjetischen Regierung ist, die Zerstörung und Unterordnung aller bestehenden Regime unter ihre Gewalt anstrebt und eine Duldung der Handlungen der Kommunistischen Internationale nicht nur den inneren Frieden einzelner Ländern bedroht, sondern auch den allgemeinen Frieden. Deutschland kann nicht schweigend zusehen, wie sich überall in Europa explosives Material für die Weltrevolution anhäuft und vielleicht zur Explosion gebracht werden kann. Eine solche Situation bedroht unmittelbar die nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes.“^{15*}

Bei dieser außergewöhnlichen Offenheit und dem Zynismus des *Artikels ist zu berücksichtigen, dass er kein Einzelfall ist und völlig mit jener Konzeption konform geht, die in etwas zurückhaltender Form in anderen deutschen Zeitungen anzutreffen ist.*

Mit kameradschaftlichem Gruß

Gnedin

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3767 vom 1.12.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschrieben 6 Expl. 1 [Exemplar] an die Presseabteilung, 1 an die 2. Westabteilung, 1 an Gen. Litvinov, 1 an Gen. Krestinskij, 1 an Gen. Stomonjakov, 1 zu den Akten.
28.XI.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 150–155. Kopie.

¹³ Vgl. „Staatsvertrag gegen den roten Wahnsinn“. In: National-Zeitung vom 26. November 1936, S. 1–2.

¹⁴ So im Dokument; richtig: russisch-französische.

¹⁵ Vgl. „Das Echo des deutsch-japanischen Paktes. Schutzwehr gegen das Chaos“. In: Schlesische Zeitung vom 26. November 1936, S. 1.

Nr. 593

**Auszug aus der Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Litvinov auf dem VIII. Außerordentlichen Sowjetkongress**

28. November 1936

[...]

Die Sowjetunion, die ein Bollwerk der Demokratie und Freiheit ist, schickt sich jedoch nicht an, einen internationalen Block zum Kampf gegen den Faschismus, der die Demokratie und Freiheit negiert, zu bilden. Das innere faschistische Regime in diesem oder jenem Land geht uns als Staat nichts an. Unsere Zusammenarbeit mit anderen Ländern und unsere Mitwirkung im Völkerbund beruhen auf dem Prinzip der friedlichen Koexistenz der zwei Systeme, dem sozialistischen und dem kapitalistischen, wobei wir meinen, dass sich im letzteren auch die faschistische Ordnung einfügt. Der Faschismus hört gegenwärtig auf, eine innere Angelegenheit der von ihm bekehrten Länder zu sein. Es gab eine Zeit, da der Begründer des Faschismus, Herr Mussolini, erklärte, dass der Faschismus kein Exportartikel sei. Man muss Herrn Mussolini in dem Sinne Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass er dieser Erklärung im Verlaufe vieler Jahre treu geblieben ist und der Kampf zur Verbreitung des Faschismus über die Grenzen Italiens hinaus kein Element seiner Außenpolitik darstellte. Dies hielt jedoch nur bis zu dem Zeitpunkt an, als der Faschismus des Herrn Mussolini eine Weiterentwicklung in Berlin erfuhr, oder einen, wie man bei uns sagt, Qualifizierungslehrgang durchlief, und noch nicht von den Theorien des sogenannten deutschen Nationalsozialismus ergriffen war. Im Unterschied zum italienischen Faschismus ging der deutsche Nationalsozialismus, sobald er im eigenen Land Fuß gefasst hatte, daran, seine Tätigkeit über die Landesgrenzen hinaus auszuweiten. Es ist dokumentarisch belegt, dass die Nationalsozialistische Partei in fast allen Ländern über ein weitverzweigtes Agentennetz verfügt. Wie die offiziellen Vertreter des Faschismus uns Glauben machen wollen, führe deren Tätigkeit in diesen Ländern zu keiner sozialen und kulturellen Betreuung der Angehörigen dieser Agentennetze. Es ist erwiesen, dass diese Agenturen in dem jeweiligen Land eine umfassende Agitation unter der Bevölkerung betreiben, sich aktiv in die Innenpolitik dieser Länder einmischen, eine Partei gegen die andere aufhetzen, Presseorgane gründen und finanzieren, einer Spionagetätigkeit nicht abgeneigt sind und selbst vor terroristischer Tätigkeit nicht zurückschrecken, ohne dabei im Geringsten die Gesetze des Landes, welches ihnen Gastfreundschaft gewährt, zu beachten. Ein derartiges Agentennetz ist unlängst in unserer Sowjetunion aufgedeckt worden.¹ Uns erschreckt jedoch auch diese Auslandstätigkeit des Faschismus in keiner Weise. Sie stellt für andere Länder und deren Existenz eine reale und große Gefahr dar, jedoch nicht für uns. Wir halten sie auf sowjetischem Territorium mit eigenen Kräften in Schach, und wir werden für deren Bekämpfung um keine ausländische Hilfe nachsuchen und zu diesem Zwecke auch keine internationale Bündnisse und Abkommen abschließen.

Als bedeutend ernster stellt sich die Auslandstätigkeit des Faschismus dar, wenn sie solche Formen wie beispielsweise in Spanien annimmt.

[...]

¹ Vgl. Dok. 577.

Im Falle Spaniens haben wir es mit der ersten großen Aktion des Faschismus außerhalb der Grenzen seines Landes zu tun. Wir haben es mit einem Versuch zu tun, von außen die faschistische Ordnung auf gewaltsame Weise einzupflanzen, dem spanischen Volk eine faschistische Regierung mittels Bajonetten, Granaten und Bomben aufzuzwingen. Sollte dieser Versuch gelingen, würde es keinerlei Garantien dafür geben, ihn nicht in einem größeren Maßstab auch gegenüber anderen Ländern zu wiederholen. Wenn es überdies darum ginge, den Faschismus lediglich als ein besonderes inneres sozialpolitisches Regime anzusehen, so wäre unsere Haltung ihm gegenüber bei weitem gelassener. Die in Spanien bestehende korrupte Monarchie, die bis unlängst eine Diktatur des Generals Primo de Rivera war, hat uns verhältnismäßig wenig beunruhigt. Es geht jetzt jedoch um etwas anderes, um eine Erscheinung internationalen Ausmaßes, um eine tatsächlich steigende Bedrohung des Friedens, und dies allein genügt, unser Interesse zu rechtfertigen.

Es muss davon ausgegangen werden, dass der Faschismus nicht nur eine innere Sonderform einer Staatsordnung ist, sondern zugleich die Vorbereitung einer Aggression und eines Krieges gegen andere Staaten beinhaltet. Dies ist nicht unsere Einschätzung des Faschismus, sondern dessen eigene. Der Faschismus schreit seine Aggressivität in die Welt hinaus, und es bleibt nicht bei dem bloßen Geschrei, sondern er hat sie mancherorts bereits stellenweise umgesetzt. [...]

Der Faschismus betreibt die Vorbereitungen zur Umsetzung seiner Aggressionsziele mit einer unglaublichen Verstärkung seiner Rüstungen. Zugleich entledigt er sich einseitig aller ihn bindenden internationalen Verpflichtungen oder er verletzt sie einfach, wenn ihm dies von Nutzen ist, vermeidet eine jegliche internationale Zusammenarbeit zur Festigung des Friedens, unterminiert die internationalen Organisationen, die diesen Frieden bewahren sollen, führt eine Kampagne zur Entzweiung anderer Länder und verhindert eine kollektive Sicherheitsorganisation. Dem gleichen Ziel dient die Verbreitung von Falschmeldungen über andere Länder, wofür eine spezielle staatliche Institution geschaffen wurde, die sich Propagandaministerium nennt, an dessen Spitze ein Mann gestellt ist², der, und hier muss man ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen, als Urheber und Verbreiter plumpester Lügen und unglaublichster Falschmeldungen der richtige Mann am richtigen Ort ist, wie die Engländer zu sagen pflegen.

Der Faschismus richtet seine kriegerischen Absichten hauptsächlich gegen die Sowjetunion, angeblich deshalb, weil dort die Ideen des Kommunismus propagiert werden, in Wirklichkeit aber deshalb, weil sie das Objekt räuberischer Begierden des Faschismus ist, zugleich jedoch ein Hindernis für dessen Eroberungsbestrebungen in anderen Richtungen darstellt. Obgleich der an die Macht gelangte Faschismus sein Bestreben bekundete, mit der Sowjetunion die besten Beziehungen zu unterhalten und sogar die Verlängerung des Berliner sowjetisch-deutschen Vertrages über Freundschaft und Neutralität³ ratifizierte, liebte er uns ab dem Zeit-

² Joseph Goebbels.

³ So im Dokument; richtig: Vertrag über Neutralität, vgl. Dok. 138, Anm. 1. Zur Ratifizierung des Abkommens über die Verlängerung dieses Vertrages durch die Regierung Hitler vgl. Dok. 355, Anm. 7.

punkt nicht mehr allzu sehr, als wir ihm vorschlugen, die Sicherheit und Integrität unserer gemeinsamen Nachbarn zu garantieren.⁴ Die Gereiztheit uns gegenüber verstärkte sich noch mehr, nachdem wir mit dessen Erbfeind Frankreich den Nichtangriffspakt abgeschlossen, dem Völkerbund beigetreten und dort unser Friedensprogramm vorgestellt hatten. Der Faschismus versucht mit einer zügellosen Agitation unter Zuhilfenahme von gedungenen Agenten und politischen Freunden in anderen Ländern maximal die in diesem Ländern bestehenden Vorurteile gegen das Land, das den Sozialismus aufbaut, mit dem Ziel zu nutzen, um erstens, die zwischen diesen Ländern und der Sowjetunion aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Völkerbund bestehenden Kontakte zu zerstören und zweitens, eine finanzielle Unterstützung für die steigenden Rüstungen zu erhalten, die eventuell nicht nur gegen die Sowjetunion gerichtet sein könnten.

Man kann mich fragen, warum uns die militärischen Vorbereitungen des Faschismus beunruhigen, während sie doch in Wirklichkeit nicht unbedingt eine antisowjetische Ausrichtung haben. Ich erlaube mir, darauf mit einer Anekdote zu antworten. Als ein Mann, den bellende Hunde angefallen hatten, gefragt wurde, weshalb er sich erschrecke, ob er denn nicht wisse, dass bellende Hunde nicht beißen würden. Darauf antwortete er, er wisse dies sehr wohl, jedoch sei er sich nicht sicher, ob dies auch die Hunde wüssten.

Der Faschismus, der unter den Mitgliedern des Völkerbundes, die noch an der Idee der kollektiven Sicherheit festhalten, keine Verbündeten fand und in die Isolation geriet, wandte sich zwecks einer äußerlichen Auflockerung dieser Isolation an jene wenigen Staaten, die sich in der gleichen Situation befinden, seine negative Haltung zum Völkerbund und zur Organisierung des Friedens teilen und ebenfalls Aggressionsziele verfolgen, und schloss sich mit ihnen zu einem Block zur Bekämpfung einer angeblichen „internationalen kommunistischen Gefahr“ zusammen. Aus Gründen der Korrektheit möchte ich bemerken, dass dieser Block nicht als ein einheitlicher zwischen drei Staaten abgeschlossen worden ist, sondern jeweils als ein Block zwischen Deutschland und Italien⁵ und zwischen Deutschland und Japan⁶. Uns liegen übrigens exakte Informationen darüber vor, dass Italien, welches unter allen Umständen in die Fußstapfen seines neuen Mentors zu treten wünscht, Japan ein Abkommen in der Art des veröffentlichten Teils des japanisch-deutschen Abkommens vorschlug. Herr Mussolini, der über 10 Jahre lang höchst korrekte Beziehungen mit der Sowjetunion unterhielt, überzeugte sich erst zu einem Zeitpunkt von der „internationalen kommunistischen Gefahr“, als sich die Sowjetunion loyal und konsequent an den Maßnahmen des Völkerbundes gegen Italien beteiligte, das unter Verletzung des Völkerbundpaktes die Aggression gegen und Eroberung von Abessinien beging, und sie danach gegen die faschistische militärische Intervention in Spanien auftrat.

Die Autoren dieser internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Kommunismus bemerken offenbar nicht, in welcher lächerlichen Situation sie sich bege-

⁴ Gemeint ist der Vorschlag Litvinovs vom 28.3.1934, ein gemeinsames sowjetisch-deutsches Protokoll zu unterzeichnen, das die Unabhängigkeit der baltischen Staaten garantieren würde. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 407, S. 1110–1111.

⁵ Vgl. Dok. 561, Anm. 4.

⁶ Vgl. Dok. 588, Anm. 1.

ben, wenn sie darum nachsuchen, dem ideologischen Charakter dieser Abkommen tatsächlich Glauben zu schenken. [...]

Was das veröffentlichte japanisch-deutsche Abkommen betrifft, so würde ich empfehlen, in ihm keinen Sinn entdecken zu wollen⁷, weil dieses Abkommen tatsächlich aus dem einfachen Grunde keinen Sinn hat, da es lediglich den Deckmantel für ein anderes Abkommen bildet, welches zur gleichen Zeit erörtert, parapiert, wahrscheinlich unterzeichnet, jedoch nicht veröffentlicht wurde und geheim ist. Ich behaupte im vollen Bewusstsein meiner Worte, dass die Ausarbeitung dieses Geheimdokumentes, in dem das Wort „Kommunismus“ nicht einmal vorkommt, 15 Monate an Verhandlungen des japanischen Militärattachés⁸ mit dem deutschen Spitzendiplomaten⁹ in Anspruch genommen hat.

Der aggressive Charakter der unlängst abgeschlossenen Abkommen ergibt sich bereits daraus, dass an ihnen drei Staaten, die aus dem Völkerbund ausgetreten sind, beteiligt waren. Allerdings ist Italien formal noch Mitglied des Völkerbundes, seine Teilnahme besteht jedoch darin, dass Herr Mussolini, wie er unlängst öffentlich voller Mitgefühl erklärte, baldmöglichst dessen Tod wünscht. Alle diese Staaten sind für ihre Aggressivität und Übergriffe auf fremde Territorien bekannt, sie bekämpfen die Prinzipien der kollektiven Sicherheit und der Unteilbarkeit des Friedens. Schon dies allein verleiht diesen Abkommen einen bösartigen Charakter und weist auf die Gefahren hin, die sie für den allgemeinen Frieden, die Sicherheit und für die Interessen vieler Länder darstellen.

Die Aktivität der faschistischen Länder in letzter Zeit legte im Übrigen die ganze Heuchelei und Verlogenheit einiger ihrer politischen, angeblich programmatischen Erklärungen und Losungen offen. Der deutsche Faschismus behauptete beispielsweise, dass er prinzipiell gegen jegliche internationalen Bündnisse und Kombinationen sei, Pakte über Nichtangriff davon ausgenommen und diese auch nur mit angrenzenden Nachbarn. Er schloss ein Abkommen mit Japan, und dies keineswegs über Nichtangriff, welches tausende von Kilometern entfernt und durch einige Staaten von ihm getrennt ist. Der deutsche Faschismus schwor, dass er dem Prinzip der Lokalisierung von Kriegen ergeben sei. Das Abkommen mit Japan birgt aber die Tendenz zu einer Ausweitung eines Krieges in sich, der auf einem Kontinent, zumindest auf zwei, wenn nicht gar auf mehreren Kontinenten ausbrechen kann. Der italienische Faschismus erklärte nach der Abessinienexpedition¹⁰, dass sein Appetit auf Territorien völlig gestillt worden sei und er von nun an bereit wäre, bei der Stabilisierung des Friedens mitzuwirken, jedoch ist er jetzt dem System aggressiver Abkommen beigetreten. Auch die Aufrichtigkeit der japanischen Regierung gewinnt keinen guten Leumund, wenn sie uns ihr Bemühen versicherte, friedliche Beziehungen mit der Sowjetunion herzustellen, und zu diesem Zwecke anregte, ihr bei der Regelung einiger internationaler Streitfragen ent-

⁷ Auf die Information Majskijs vom 19.11.1936 über die bevorstehende Unterzeichnung des Antikomintern-Paktes schrieb Litvinov: „Wir erachten es vorerst nicht für erforderlich, das Abkommen vollständig zu entschlüsseln, da es, je unbestimmter es ist, eine umso größere Beunruhigung in England und in den USA hervorrufen wird.“ In: AVP RF, f. 010, op. 11, p. 66, d. 17, l. 73.

⁸ Hiroshi Ōshima.

⁹ Joachim von Ribbentrop.

¹⁰ Der italienisch-abessinische Krieg zog sich vom 3.10.1935 bis Anfang Mai 1936 hin.

gegenzukommen, jedoch jetzt das geheime Aggressionsabkommen mit Deutschland abgeschlossen hat. Die japanische Regierung versicherte uns ebenfalls, dass sie den ihr vorgeschlagenen Nichtangriffspakt¹¹ immer noch erörtere und er zur Regelung aller strittigen Fragen abgeschlossen werden könnte, jetzt macht sie jedoch den Abschluss solcher Pakte von dem Einverständnis Deutschlands abhängig¹² und engt damit die Eigenständigkeit ihrer Außenpolitik ein.

Die antidemokratischen, faschistischen aggressiven Länder haben ihr Wort gesprochen. Sie sagten, dass sie sich nicht an einer allgemeinen internationalen Zusammenarbeit zur Organisierung des Friedens und zur Gewährleistung der Sicherheit für alle Völker beteiligen wollen. Sie fordern die friedliebenden, in erster Linie die demokratischen Völker, wiederholt heraus. Nunmehr haben diese Völker das Wort.

Die Sowjetunion hat keine Veranlassung, ihre Politik zu ändern, die eine Politik des Friedens ist, war und bleiben wird. Sie wünscht diesen Frieden für sich selbst und für andere Völker und schlug ihnen deshalb ihre Zusammenarbeit vor. Sie erwartet keine Worte über den Frieden, sondern Taten, diesen Frieden zu organisieren. Die Sowjetunion drängt sich jedoch weder irgendwelchen Bündnissen noch irgendwelchen Blöcken noch irgendwelchen Kombinationen auf. Sie räumt anderen Staaten ein, in aller Ruhe den Vorteil abzuwägen und einzuschätzen, den sie im Interesse des Friedens aus einer engen Zusammenarbeit mit ihr ziehen können, und zu verstehen, dass die Sowjetunion dafür mehr geben als erhalten kann.

Die abgeschlossenen Abkommen, über die wir heute sprachen, änderten überhaupt nichts an der tatsächlichen Lage der Dinge. Die Gefahr geht nicht von den Verträgen, nicht von den Unterschriften aus, wie gewichtig sie auch sein mögen, sondern von der Existenz von Staaten mit Regierungen, die ihre Außenpolitik auf Missachtung des Friedens, auf den Prinzipien von Aggression und Raub gründen und beabsichtigen, alles das mitzunehmen, was nicht niet- und nagelfest fest. Dies beunruhigt uns jedoch nicht, weil es bei uns nichts gibt, was nicht niet- und nagelfest wäre. Andere Staaten und Besitztümer gerieten in größte Gefahr. Unsere Sicherheit hängt nicht von papiernen Dokumenten und auch nicht von außenpolitischen Kombinationen ab. Die Sowjetunion ist stark genug.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XIX, S. 705–719.

¹¹ Litvinov unterbreitete am 31.12.1931 Yoshizawa den Vorschlag, zwischen der UdSSR und Japan einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Vgl. DVP, Bd. XIV, Dok. 401, S. 747.

¹² Vgl. dazu Artikel II des Geheimen Zusatzprotokolls zum Antikomintern-Pakt. In: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 58, S. 116.

Nr. 594

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv.
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 3

28. November 1936

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR
Nr. 422¹

AN

N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

1. Der letzte Monat ist durch neue Aktivität, wenn nicht gar durch Aggressivität der deutschen Außenpolitik gekennzeichnet. Das Charakteristikum der letzten Zeit besteht zweifellos in dem unverhüllten Bestreben des deutschen Faschismus, einen neuen Staatenblock zusammenzuzimmern und diesen Block von Aggressoren anzuführen. Diese Tendenz kam in den italienisch-deutschen Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Besuch Cianos² und in dem japanisch-deutschen Abkommen³ am deutlichsten zum Ausdruck. Diese neuen Gruppierungen und internationalen Kombinationen müssen als Kristallisationsmomente für die Verwirklichung der antisowjetischen Pläne angesehen werden, zugleich müssen sie jedoch ein gemeinsames Handeln der aggressiven Staaten auch auf anderen Teilabschnitten der internationalen Beziehungen erleichtern, wo parallel verlaufende Handlungen der Friedensstörer möglich sind.

*Neben den Bemühungen, einen neuen Block zu schaffen oder zum Zwecke der Erpressung mit dessen Schaffung zu drohen, tritt in der deutschen Außenpolitik eine andere Tendenz zutage, die parallel verläuft und hinsichtlich der Ziele durchaus mit der ersten Tendenz identisch ist – die Tendenz zu einer weiteren Aufspaltung der anderen internationalen Gruppierungen. In erster Linie sind die neuen deutschen Bemühungen hervorzuheben, die Kleine Entente zu entzweien; zu diesem Zwecke kokettiert Deutschland mit Rumänien, indem es sich etwas von den territorialen Ansprüchen Ungarns abgrenzt, dem gleichen Zweck dienen auch die Versuche, den Kontakt zur Tschechoslowakei herzustellen; hierher gehört auch der bestimmte wirtschaftliche Druck auf die Türkei, auf Jugoslawien usw. In diesem Kontext ist auch an einen solchen Vorgang wie den Beitritt zu dem Teil des Londoner Abkommens⁴ zu erinnern, der sich auf einen U-Bootkrieg bezieht.*⁵

Zugleich ist eine Belebung der deutschen Aggressivität selbst in den Fragen festzustellen, die die Beziehungen zu dem potenziellen Verbündeten, zu Polen, be-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 561, Anm. 4.

³ Vgl. Dok. 588, Anm. 1.

⁴ Vgl. Dok. 29, Anm. 10.

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

treffen. Die jüngsten deutsch-polnischen Konflikte⁶ und die Polemik in der Presse zeugen von einer Aktivierung der deutschen Außenpolitik auch auf dem osteuropäischen Teilabschnitt.

Zu allen diesen Umständen ist noch die demonstrative Gleichgültigkeit, wenn nicht gar Sabotage, hinzufügen, die Deutschland in Bezug auf Verhandlungen zu einem Westpakt⁷ zeigt, der noch vor ein paar Monaten in deutschen Regierungskreisen offenbar Interesse gefunden hat. Deutschland hat sich auch von den Positionen außerordentlich weit entfernt, die es, wenn auch nur formal, nach der Besetzung des Rheinlandes, hinsichtlich des Völkerbundes, in der Frage der Rüstungsbegrenzung und sogar bei den bilateralen Pakten eingenommen hatte.

Somit ist festzustellen, dass die aktive Beteiligung Deutschlands an der Intervention in Spanien und die Entschlossenheit, Franco bis zum Ende zu unterstützen, wie dies durch seine Anerkennung⁸ zum Ausdruck kam, *nicht durch etwaige Manöver begleitet wird, die auf eine Verringerung der Spannungen der internationalen Lage in anderen Teilen Europas oder auf eine ernsthafte Verbesserung der Beziehungen Deutschlands mit solchen Ländern wie England, Frankreich oder der USA gerichtet sind. Im Gegenteil, in dem Maße, wie sich der Kampf in Spanien verschärft, verstärkt Deutschland die allgemeine Aggressivität seiner Außenpolitik, indem es offen auf die Möglichkeit von internationalen Zusammenstößen in einem großen Maßstab orientiert.*⁹

Das japanisch-deutsche Abkommen und die Art, wie es von der deutschen Seite ausgelegt wird, veranschaulichen sehr klar diese allgemeine Tendenz der deutschen Außenpolitik.

2. Für eine allgemeine Wertung des japanisch-deutschen Abkommens ist es unerlässlich, sowohl den Vertrag selbst als auch die Kommentare, die in Berlin unmittelbar nach der Vertragsunterzeichnung abgegeben wurden, einer Analyse zu unterziehen. Es versteht sich von selbst, dass wir diese Frage unter dem Gesichtspunkt der Ziele der deutschen Politik betrachten.

Bereits in der Präambel betonen die Vertragsseiten, dass sie den Kampf „gegen die Kommunistische Internationale“ im Kontext der internationalen Beziehungen betrachten. Davon zeugt allein schon die Tatsache, dass es sich hierbei um ein Abkommen zwischen Regierungen, nicht aber um einen Vertrag über eine polizeiliche Zusammenarbeit handelt. In der Präambel ist in aller Deutlichkeit festgestellt, dass beide Regierungen von der Überzeugung ausgehen, dass die Tätigkeit der Komintern „den allgemeinen Frieden“ bedroht und sie *„alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel“ „gegen die Komintern“ einsetzen werden. Somit wird bereits in der Präambel unterstrichen, dass von einem Abkommen die Rede ist, welches im Bedarfsfall den Einsatz auch von bewaffneten Kräften der beiden Staaten vorsieht.*¹⁰

⁶ Gemeint ist die Verschärfung der Polemik in der Presse beider Länder wegen der Zwischenfälle in Danzig, die aufgrund der Situation der polnischen Minderheit ausgelöst wurden. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 4, 22, 28, 30, 43.

⁷ Zur Weisung des AA vom 2.11.1936 bezüglich der Frage, eine Konferenz zur Vorbereitung eines Westpaktes einzuberufen, vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 1, S. 4.

⁸ Am 18.11.1936 wurde Generalleutnant a.D. Faupel zum Geschäftsträger Deutschlands bei der Regierung Franco ernannt. Vgl. ADAP, Ser. D, Bd. III, Dok. 125, S. 117.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

In Artikel 1 ist hervorzuheben, dass Deutschland und Japan die Verpflichtung eingehen, sich nicht nur gegenseitig zu unterrichten und „Abwehrmaßnahmen gegen die Komintern zu beraten, sondern sie auch in enger Zusammenarbeit durchzuführen“.

Am interessantesten ist natürlich Artikel 2 des Abkommens und der dem Wesen nach damit verbundene Punkt 2 des Zusatzabkommens. Beide Vertragsseiten erklären ihre Absicht, gemeinsam dritte Staaten nicht nur zur Teilnahme an diesem Abkommen, sondern auch zur Umsetzung der Maßnahmen einzuladen, die sich „aus dem Geiste dieses Abkommens“ ergeben. Als Begründung für solch einen Appell an dritte Länder soll die Feststellung Deutschlands oder Japans dienen, dass der „innere Friede“ dieser Drittländer im Gefolge der „Zersetzungsarbeit der Komintern“ bedroht ist. *Da bereits in der Präambel hervorgehoben wird, dass eine Bedrohung des „inneren Friedens“ mit einer Bedrohung des „allgemeinen Friedens“ in Verbindung gebracht wird, ist es nicht schwer, den praktischen Sinn des Artikels 2 zu erfassen*¹¹. Der Artikel 2 soll als Ausgangspunkt für einen deutschen Druck gegenüber einem beliebigen Staat dienen. Die sich in Artikel 2 widerspiegelnde Tendenz erfährt im Punkt „b“ des Zusatzprotokolls eine noch klarere Ausprägung, wonach beide Seiten „harte Maßnahmen gegen diejenigen ergreifen werden, die im Innern des Landes oder im Ausland, direkt oder indirekt im Interesse der Kommunistischen Internationale handeln, oder ihre Zersetzungsarbeit begünstigen“. Hinter Artikel 2 des Vertrages und dem Punkt „b“ des Zusatzprotokolls verbirgt sich eine ganz bestimmte Konzeption, die im Prinzip bereits in der spanischen Frage zur Anwendung gekommen ist. Es ist nicht schwer, folgenden Fall zu konstruieren: Deutschland stellt fest, dass in Frankreich, Polen oder in Österreich die „Zersetzungsarbeit der Komintern“ den inneren Frieden dieser Länder und folglich (wie in der Präambel ausgeführt) auch den allgemeinen Frieden bedroht. Deutschland schlägt der Regierung des betreffenden Landes vor, sich nicht nur dem Abkommen gegen die Komintern anzuschließen, sondern auch entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Regierung, nehmen wir die einer Volksfront, lehnt diesen Vorschlag ab. In diesem Fall setzt Deutschland „alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel“ ein und ergreift „harte Maßnahmen“, nicht nur gegen die „Tätigkeit der Komintern“ auf französischem oder polnischem Territorium, sondern auch gegen die Regierung selbst, welche die „Zersetzungsarbeit der Komintern“ begünstigt.

*Es fällt nicht schwer festzustellen, dass der Artikel 2 des japanisch-deutschen Abkommens und der Punkt „b“ des Zusatzprotokolls die juristische Ausformung jener politischen Argumente darstellt, die Tag für Tag zur Rechtfertigung der Intervention in Spanien und zur Unterstützung der Meuterei der Generäle gegen die legitime spanische Regierung angeführt werden.

Diese Festlegungen des Berliner Abkommens verdienen gerade deshalb eine etwas ausführlichere Analyse*¹², da durch sie jene Tendenzen des japanisch-deutschen Abkommens zum Ausdruck kommen, die nicht nur gegen die UdSSR, sondern auch gegen eine Reihe anderer Staaten gerichtet sind – in Europa in erster Linie gegen Frankreich, in Asien gegen China.*¹³

¹¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹² Der Text der vier vorherigen Absätze (beginnend mit den Worten „alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel“) ist am linken Seitenrand zudem mit roten Farbstift angestrichen.

¹³ Der Text der beiden Absätze ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

3. Bei der Einschätzung der Rolle, die das japanisch-deutsche Abkommen vom 25. November in den internationalen Beziehungen spielen kann, sind zwei Fragen zu beleuchten: wie kann Deutschland das Abkommen ausnutzen (die Frage nach der japanischen Politik wird hier wie im gesamten Bericht nicht beleuchtet) und wie kann die Reaktion anderer Länder auf das japanisch-deutsche Abkommen ausfallen.

*Wie aus der bereits oben vorgenommenen Darlegung des Abkommens ersichtlich ist, kann das japanisch-deutsche „Abkommen gegen die Komintern“, das ein Instrument zur Vorbereitung eines Krieges gegen die UdSSR ist, zugleich als Ausgangspunkt oder als Voraussetzung für eine deutsche (oder entsprechend einer japanischen) Aggression gegen andere Länder dienen, die mithin mit der Sowjetunion und ihrer Politik bislang gar nichts gemein haben.*¹⁴

Hinsichtlich der Bedeutung dieses Abkommens für die UdSSR muss ordnungshalber bemerkt werden, dass im Abkommen ein Hinweis auf die Sowjetunion fehlt, was natürlich von keinerlei Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang ist natürlich nicht die Berufung der Japaner *oder der Deutschen auf den Umstand ausschlaggebend, dass sich die sowjetische Regierung mit der Komintern identifiziert, sondern die Tatsache, dass die Regierungen, die dieses Abkommen unterzeichneten, beständig unterstreichen, in ihren Augen seien die Komintern und die sowjetische Regierung unzertrennbare Begriffe*¹⁵. Das japanisch-deutsche Abkommen ist ein in der Nachkriegsgeschichte neuer Versuch, eine völkerrechtliche Grundlage für eine antisowjetische Politik und letztlich für einen Krieg gegen die UdSSR zu schaffen. Es ist nicht notwendig herauszufinden, ob in Berlin mit dem veröffentlichten Text zugleich irgendwelche geheimen militärischen Artikel unterzeichnet worden sind. Außer den Engländern, die geneigt sind, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen oder den Eindruck zu erwecken versuchen, dies zu tun, zweifelt niemand daran, dass zwischen Deutschland und Japan bereits eine militärische Zusammenarbeit hergestellt worden ist, unabhängig davon, ob diese in Berlin bei der Unterzeichnung des neuen Abkommens oder bereits vor einem Jahr vereinbart worden ist. Seit der Beendigung des Bürgerkrieges werden wir im Prinzip zum ersten Mal mit der Schaffung eines Staatenblockes oder dem Kern eines solchen Blockes zu tun haben, dessen Ziel gerade darin besteht, Krieg gegen die UdSSR zu führen. (Dies schließt nicht aus, dass die Teilnehmer des Abkommens, wie bereits gesagt, auch andere Ziele verfolgen).

Bei der Einschätzung des antisowjetischen Charakters des japanisch-deutschen Abkommens ist besonders auf den Zeitpunkt seiner Unterzeichnung zu achten. Es ist nicht auszuschließen, dass die Unterzeichnung des „Abkommens gegen die Komintern“ von den Deutschen zeitlich mit der zu erwartenden Erschießung von Stickling mit Blick auf eine Abberufung Schulenburgs aus Moskau verknüpft wird.¹⁶ Somit würde dieser Schritt, der an einen Bruch mit der UdSSR grenzt, mit *der Unterzeichnung eines solchen Dokumentes wie dem weitreichenden Abkommen zur Bekämpfung der Komintern einhergehen. Nicht von ungefähr wurden an dem Morgen des Tages, an dem die Botschafter ins Auswärtige Amt ge-

¹⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

¹⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

¹⁶ Vgl. Dok. 583.

laden wurden, in ausländischen Kreisen gleichzeitig zwei Varianten verbreitet: hinsichtlich eines Abbruchs der Beziehungen mit der UdSSR und hinsichtlich der Unterzeichnung eines japanisch-deutschen Abkommens.*¹⁷

Da die Begnadigung Sticklings den Deutschen den Wind aus den Segeln nahm, erwies sich das japanisch-deutsche Abkommen als unvollendet und folglich als ein nicht vollwertiger Akt. Jedoch schmälert dieser Umstand natürlich nicht den tiefen praktischen Sinn des japanisch-deutschen Abkommens, sondern verstärkt ihn nur.

Das Abkommen mit Japan vom 25. November resultiert insgesamt aus der vorherigen Politik des deutschen Faschismus. Nicht nur auf dem jüngsten Parteitag in Nürnberg, sondern auch auf dem vorhergehenden waren die Hitlerleute eindeutig bestrebt, ihre antisowjetische Politik zu begründen und um Sympathie für sie zu werben, indem sie sie als Bekämpfung des Bolschewismus, der sozialistischen Revolution und als Kampf im Interesse aller Länder darstellten. Das Abkommen mit Japan „gegen die Komintern“ stellt den nächsten Versuch dar, Unterstützung für die antisowjetische Politik des deutschen Faschismus durch eine Hervorhebung von Klassenmomenten zu erlangen, die der deutschen Außenpolitik nicht nur für ihre offensichtlichen Verbündeten, sondern auch für die schwankenden Elemente in einer Reihe von Ländern einen annehmbareren Charakter verleihen. Die Hitlerleute haben trotz vieler Enttäuschungen keineswegs die Hoffnung aufgegeben, dass England in dieser oder jener Form der antisowjetischen Gruppierung letztlich beitreten wird. Offenbar leitete Ribbentrop gerade zu diesem Zweck seine Tätigkeit in London mit dem Appell zur Bekämpfung des Bolschewismus ein und krönte diese danach mit der Unterzeichnung des Abkommens mit Japan gegen die Komintern. Das japanisch-deutsche Abkommen sowie die Erklärungen im Zusammenhang mit den Besuch Cianos in Berlin zeugen von den zielgerichteten Bemühungen des deutschen Faschismus, die Herausbildung von Kräften, die der Sowjetunion feindlich gesonnen sind, mittels „populärer“ antibolschewistischer Losungen zu erreichen.

Es ist keinesfalls als Zufall anzusehen, dass Goebbels in seiner Rundfunkansprache anlässlich des japanisch-deutschen Abkommens an den Nürnberger Parteitag erinnerte. Seinerzeit haben wir darauf verwiesen, dass die Erklärung Hitlers in Nürnberg nicht zu unterschätzen ist, wonach er beabsichtigt, jene Methoden und jene Taktik, die er in der Innenpolitik angewandt hat, bei der Bekämpfung des Bolschewismus in die internationale Arena zu übertragen. Die Methode bestand bekanntlich in einer zügellosen Demagogie, in der Orientierung auf die Schwäche und Zersplitterung des Lagers der Mitte, in der Provozierung des Gegners und in einer starrsinnigen Durchführung von geplanten, mitunter höchst riskanten Abenteuern. Die Übertragung dieser Methoden auf die internationalen Beziehungen bestand anfangs in der Politik der vollendeten Tatsachen bei der Wiederherstellung der Stärke des deutschen Imperialismus, im weiteren Verlaufe äußerte sie sich einerseits in der Intervention in Spanien und andererseits in der unverhüllten und provokanten Errichtung eines antisowjetischen Blockes, dem demagogisch eine Form verliehen wird, die die Stimmung der Bourgeoisie in einer Reihe von Ländern außerhalb des Blockes berücksichtigt.*¹⁸

¹⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁸ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

Dies sind die Ziele und Methoden der deutschen antisowjetischen Politik, die ihre Widerspiegelung in dem japanisch-deutschen Abkommen fanden. Gesondert steht die Frage, ob der deutsche Faschismus angesichts des großen Risikos der anti-sowjetischen Politik, der Stärke der Sowjetunion, der Erfolge ihrer Außenpolitik, der voraussichtlichen Niederlage der Faschisten in Spanien, des steigenden Misstrauens gegenüber Deutschland usw. nicht gezwungen sein wird, den Rückzug anzutreten.

Der Umstand, dass die deutsche Regierung die außerordentliche Schwierigkeit eines direkten Schlages gegen die Sowjetunion zumindest berücksichtigt, geht daraus hervor, dass in dem japanisch-deutschen Abkommen überaus wichtige Elemente für eine Aggression auch gegen andere Länder verankert worden sind.

*4. Es steht zweifelsfrei fest, dass das japanisch-deutsche Abkommen beiden Ländern eine völkerrechtliche Grundlage für eine aktive Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten verschafft. *Auf diesen Umstand ist bereits oben bei der Analyse des Abkommens hingewiesen worden. Es muss daran erinnert werden, dass Hitler in Nürnberg wiederholt und besonders nachdrücklich betonte, dass Deutschland einer Bolschewisierung Frankreichs nicht gleichgültig gegenüberstehen könne, sich jedoch gerade eine solche Bolschewisierung als eine kurzfristige Perspektive darstelle. In allen faschistischen Kommentaren zu dem Abkommen wird darüber gesprochen, dass das japanisch-deutsche Abkommen in einem engen Kontext zur Intervention in Spanien steht. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass Deutschland die Prinzipien des internationalen Abkommens gegen die Komintern mit Erfolg auch in Danzig und in Österreich anwenden kann. Sie können vielleicht auch gegen das befreundete Polen und gegen das im Abrüstung befindliche Rumänien zur Anwendung kommen.*¹⁹ Zugleich kann dieses Prinzip der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, d. h. das Prinzip der Intervention im Namen des allgemeinen Kampfes gegen die Komintern, auch in den Kolonien angewandt werden. Warum sollte sich Japan unter dieser Flagge nicht nur mit der Situation in China, sondern auch in Indochina oder in Holländisch West-Indien befassen? *²⁰

Das japanisch-deutsche Abkommen repräsentiert nicht nur *den Kern des Blockes gegen die UdSSR, sondern auch die Keimzelle für einen Block von Staaten, die eine Neuaufteilung der Welt in verschiedene Teilgebiete anstreben, in denen die imperialistischen Gegensätze aufeinander prallen. Es ist kein Zufall, dass aus englischen Kreisen bereits jetzt Gespräche darüber zu vernehmen sind, wonach das japanisch-deutsche Abkommen den ersten Versuch der Bildung eines internationalen faschistischen Blockes, eines Blockes „dynamischer Länder“, mit einem Wort eines Blockes von Aggressoren, darstellt.*²¹ In Europa stellt dieser Block eine unmittelbare Bedrohung nicht nur für die UdSSR dar, sondern auch für Frankreich, ja vielleicht in erster Linie für Frankreich, weil dies aus dem allgemeinen strategischen Plan des deutschen Faschismus hervorgeht. *Nicht von ungefähr sprach selbst ein französischer Politiker wie Poncet nach der Unterzeichnung des japanisch-deutschen Abkommen mit einer weitaus größeren Überzeugungskraft als früher von der Notwendigkeit, dem Block der Aggressoren eine Einheitsfront der

¹⁹ Der Text ist ab den Worten „Auf diesen Umstand...“ mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

²⁰ Der Text des Absatzes ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

²¹ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

Friedensanhänger entgegenzustellen, womit er in erster Linie Frankreich, England, die USA und die UdSSR meinte.*²²

Hier nähern wir uns der Frage nach den ersten Reaktionen auf das japanisch-deutsche Abkommen. In den Berliner ausländischen Kreisen beginnt sich der Eindruck zu verfestigen, wonach die Reaktion auf das japanisch-deutsche Abkommen ungefähr die gleiche ist, wie sie auf die Nürnberger antisowjetischen Provokationen erfolgte. Mit anderen Worten, der antisowjetische Eifer der Hitlerleute stößt auf keine direkte Sympathie, sondern bewirkt wachsendes Misstrauen. Bei dem vorliegenden Fall sollte dieses Misstrauen natürlich bedeutend stärker als zur Zeit von Nürnberg sein. Als sich die Engländer, Franzosen oder die Amerikaner mit den antisowjetischen Reden vertraut gemacht hatten, konnten sie nur vermuten, dass sich hinter diesen Reden die deutsche Aggressivität in völlig anderen Richtungen verbirgt. In diesem Fall sind die aggressiven Pläne und deren Vorbereitung sozusagen im Wesen des neuen Aktes der deutschen Außenpolitik begründet.

*Zu der Haltung einzelner Länder kann Folgendes gesagt werden. Nicht nur aus Äußerungen Dodds, sondern auch aus Gesprächen mit amerikanischen Journalisten ist zu entnehmen, dass die Amerikaner den Paktabschluss Deutschlands mit Japan als einen ausgesprochen unfreundlichen Akt gegenüber den USA ansehen. Die Amerikaner stehen dem japanisch-deutschen Vertrag negativ gegenüber*²³, nicht allein aus dem Grund, weil sie in ihm einen Schritt zur Verschärfung der internationalen Lage sehen, sondern in einem noch größeren Maße deshalb, weil sie ihn als deutsche Unterstützung für die aggressiven Pläne Japans einschätzen.

Es ist ebenso wenig zu erwarten, dass England dem neuen Akt der deutschen Außenpolitik Wohlwollen entgegenbringt. Dieser Akt behindert die englischen Manöver, die erforderlich sind, damit Großbritannien bis zum Abschluss der Rüstungen Zeit gewinnt. Er untergräbt die Chancen, nicht nur Ost-, sondern auch Westeuropa zu befrieden. Zusammen mit den Ergebnissen der Reise Cianos verstärkt dieser Vertrag das Misstrauen Londons gegenüber der deutschen Politik. Entgegen den Beteuerungen der Deutschen bewirkt die Unterzeichnung des Vertrages durch Ribbentrop keine Beruhigung der Engländer, sondern deren Gereiztheit.

Die Tatsache, dass der japanisch-deutsche Vertrag Unruhe und Ablehnung auf französischer Seite auslöst, unterliegt keinem Zweifel. Ich habe bereits auf Poncets Stimmungen hingewiesen. Sie spiegeln lediglich den Umstand wider, dass das japanisch-deutsche Abkommen nicht nur die wachsende außenpolitische Aggressivität des deutschen Faschismus zum Ausdruck bringt, nicht nur ein Signal für eine weitere Verstärkung der deutschen Intervention in Spanien ist, sondern die französischen Interessen unmittelbar bedroht.²⁴

Die Länder der Kleinen Entente sollten natürlich, wie auch die anderen kleinen Staaten, von dem japanisch-deutschen Abkommen alarmiert sein, weil es eine Art Warnung ist, dass Deutschland in nächster Zeit den Druck auf die kleinen Länder verstärken wird.

*Eine andere Frage ist die Haltung Italiens zum japanisch-deutschen Abkommen. Sämtliche hier verfügbaren Informationen laufen darauf hinaus, dass Italiens

²² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²⁴ Vgl. DVP, Bd. XIX, Dok. 385, S. 613.

Beitritt zum japanisch-deutschen Abkommen gegen die Komintern nicht zu erwarten ist. Italien wünscht offenbar, einerseits seine Annäherung an Japan unabhängig von Deutschland zu gestalten, andererseits muss Italien berücksichtigen, dass sich seine direkte bedingungslose Unterstützung des japanisch-deutschen Abkommens^{*25} negativ auf die italienisch-amerikanischen und die italienisch-französischen Beziehungen sowie auf die Versuche auswirken kann, die Atmosphäre in den englisch-italienischen Beziehungen zu entspannen.

Somit kann sich das japanisch-deutsche Abkommen zum gegenwärtigen Zeitpunkt trotz seiner oben beschriebenen praktischen Bedeutung in einem gewissen Maße als ein isolierter Akt erweisen.

5. Abschließend scheinen noch ein paar Worte über die *innenpolitische Seite der Angelegenheit angebracht zu sein. Das japanisch-deutsche Abkommen ist von Ribbentrop unterzeichnet und von Goebbels kommentiert worden. Die Journalisten sind über dieses Abkommen vom Pressechef Ribbentrops²⁶ informiert worden. Das Auswärtige Amt blieb von dieser Sache nicht nur ausgeschlossen, sondern verbreitete seinerseits die Version, dass das Außenministerium dieses Unterfangen nicht billige. Es sind Gerüchte im Umlauf, wonach Neurath es angeblich sogar abgelehnt habe, das Abkommen zu unterzeichnen. Letzteres kann natürlich bezweifelt werden. Auch Göring und seine Umgebung waren ebenfalls nicht am Zustandekommen des japanisch-deutschen Abkommen beteiligt, obgleich die „National-Zeitung“ es mit einer recht offenerherzigen Besprechung²⁷ bedachte.

Wie dem auch sein mag, das japanisch-deutsche Abkommen kann als ein Werk des sogenannten *extremen, abenteuerlichen Flügels des faschistischen Lagers betrachtet werden^{*28}. Es ist durchaus möglich, dass höchst einflussreiche Elemente in der Armee, der Industrie und im Auswärtigen Amt *den neuen außenpolitischen Vorstoß^{*29} Hitlers missbilligen.

Diesen Umstand gilt es festzuhalten, jedoch dürfen daraus keine weitergehenden Schlussfolgerungen gezogen werden, zumindest keine Schlussfolgerungen, die die Bedeutung dieses Aktes für die deutsche Politik schmälern. Im Gegenteil, das japanisch-deutsche Abkommen zeugt, neben der deutschen Aktivität in Spanien und der provokanten Kampagne *im Zusammenhang mit den Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern in der UdSSR, lediglich davon, dass im Kontext der Verschlechterung der inneren Lage Deutschlands in der herrschenden faschistischen Führung diejenigen Elemente die Oberhand gewinnen, die danach streben, in außenpolitischen Abenteuern einen Ausweg aus den inneren Schwierigkeiten des deutschen Faschismus zu finden^{*30}.

Mit kommunistischen Gruß

JA. SURIC

²⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

²⁶ Rudolf Likus.

²⁷ Vgl. Dok. 592.

²⁸ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

²⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

³⁰ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit blauem Farbstift: MM.³¹

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3762 vom 1.12.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 7 Expl. 2 an Gen. Krestinskij, 4 an Gen. Litvinov, 1 [Exemplar] zu den Akten. 28.XI.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 133–145. Kopie.

Nr. 595
Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA

Telegramm (Geh.Ch.V.)

Moskau, den 28. November 1936. 18.26 Uhr

Ankunft: den 28. November 1936. 19.50 Uhr

Nr.196 vom 28.11.

Geheim.

Auf Erlass vom 25. d. M. Pol. V 5719.¹

Repressalien könnten nur in Frage kommen, wenn gegen den betreffenden Sowjetrussen so überzeugendes und schwerwiegendes Material zusammengebracht werden kann, dass auf dieser Grundlage Verurteilung sicher. Andernfalls würden Repressalien nur *neue Verhaftungswelle*² hiesiger Reichsdeutscher auslösen, ferner würden wir uns gegenüber russischem Vorgehen ins Unrecht setzen, uns Agitationsmöglichkeit gegen Sowjetmethode berauben und weiteres Eintreten für hiesige Verhaftungen bis zur Wirkungslosigkeit erschweren. Muss daher von Anwendung Repressalien abraten, da sie Sowjetregierung nur ihre zurzeit zweifellos sehr schwierige Position Ausland gegenüber erleichtern würden.³ Letzteres illustriert Tatsache, dass – wie wir aus Kreisen hiesiger französischer Botschaft erfahren – mein französischer Kollege⁴ anscheinend auf Anregung Poncets bei Litwinow persönlich zu Gunsten Beilegung Falls Stickling interveniert hat.

Schulenburg

Oben Stempel des AA: Pol. V 5827, Eing. 29. NOV. 1936. Am Seitenrand Verteilerstempel. Unten Abzeichnung von Schli[ep] 30/XI.

PA AA, R 104384, Bl. E 019720.

³¹ Litvinov.

¹ Vgl. Dok. 587.

² Der Text ist unterstrichen. Am Seitenrand dazu: Auch H[er]r von Welck bittet um diesen Eing[ang]l und die Vorg[änge].

³ Dieser Auffassung schloss sich von Weizsäcker an und formulierte dies in einem Schreiben an das Gestapo vom 3.12.1936. In: PA AA, R 104384, Bl. E 437636–437637.

⁴ Charles Alphand.

Nr. 596

**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für
Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg**

GEHEIM
Expl. Nr. 4
[5.12.1936]

TAGEBUCH
M.M. LITVINOVS

EMPFANG SCHULENBURGS, 5. XII.36

Schulenburg beklagte sich wegen der gegen Goebbels und andere deutsche Regierungsmitglieder gerichteten persönlichen Beleidigungen durch unsere Presse. Eine Zeitlang schien es, als ob diese Beleidigungen eingestellt worden wären, nunmehr seien sie jedoch erneut aufgenommen worden. Er führte auch die Rede Ljubčenkos¹ an und berief sich auf eine Karikatur im „Krokodil“². Ich sagte, wir seien immer gegen persönliche Beleidigungen gewesen und würden auch heute diese Haltung einnehmen, Berlin gebe jedoch ein schlechtes Beispiel für unsere Presse. Ich zum Beispiel fände in der Karikatur im „Krokodil“ nichts Beleidigendes, weil dort lediglich die faschistische Idee angegriffen werde. Auf die Bemerkung Sch[ulenburgs], dass er seinen Attaché³ nach Berlin schicken und dort Mäßigung vorschlagen werde, antwortete ich, dass wir immer bereit seien, gleichzuziehen. Der Botschafter berief sich auch auf die Rede Molotovs⁴, in der er von Kannibalen sprach. Ich entgegnete, dass damit nicht bestimmte Regierungsmitglieder, sondern die Faschisten gemeint gewesen wären. Der Kannibalismus sei lediglich eine historische Phase gewesen und wäre zumindest weniger herabsetzend als jene Bezeichnungen, mit denen Goebbels und andere Regierungsmitglieder die Kommunisten bedenkten. Der Botschafter verwies auf die Fehlerhaftigkeit im Zitat des Gen. Stalin aus der „Deutschen diplomatisch-politischen Korrespondenz“. Dort ist davon die Rede, dass sich die Sowjetunion wohl kaum als ein Staat bezeichnen könne, sondern eher als ein geografischer Begriff angesehen werde.⁵ Ich fand in dieser Version des Botschafters keine Abschwächung, sondern eine Verschärfung des gegen die Sowjetunion gerichteten Gedankens.

¹ Vgl. Izvestija vom 27. November 1936, S. 2.

² Krokodil, 1936, Nr. 33, S. 1–2.

³ Hans von Herwarth.

⁴ Für die Rede Molotovs auf dem VIII. Außerordentlichen Sowjetkongress am 29.11.1936 vgl. Izvestija vom 30. November 1936, S. 1–2.

⁵ „Stalins Polemik“. In: Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz Nr. 253 vom 3. Dezember 1936, S. 4–5. In der Rede zum Entwurf der Verfassung der UdSSR auf dem VIII. Außerordentlichen Sowjetkongress führte Stalin aus: „Diese Zeitschrift behauptet umunwunden, dass der Entwurf der Verfassung der UdSSR ein leeres Versprechen sei, ein Betrug, ein ‚Potemkin-Dorf‘. Sie erklärt ohne zu zögern, dass die Sowjetunion kein Staat sei, dass die Sowjetunion ‚nichts anderes darstellt als einen genau bestimmten geographischen Begriff‘ (allgemeine Heiterkeit), dass die Verfassung der UdSSR infolgedessen nicht als eine wirkliche Verfassung bezeichnet werden könne.“ In: Izvestija vom 26. November 1936, S. 2.

Der Botschafter interessierte sich für das Schicksal der Verhafteten und für die Dauer des Ermittlungsverfahrens, weil diese Angelegenheit ihn an Moskau binde und er sich nicht von hier wegbewegen könne. Er wolle gern ebenso etwas hinsichtlich einer Besuchsmöglichkeit bei Stickling erfahren.⁶ Ich antwortete, ich würde zwar nicht die Einzelheiten der Ermittlungen kennen, wisse jedoch, dass sie beschleunigt geführt werden. Es stehe die Entlassung einiger der Verhafteten bevor, die übrigen Verhafteten würden vor Gericht gestellt. Der Besuch Sticklings sei, soweit mir bekannt sei, bereits vor langer Zeit genehmigt worden und ich wundere mich, dass der Botschafter darüber nicht unterrichtet sei.

Ich lenkte die Aufmerksamkeit des Botschafters auf die Aussagen Sticklings, die den ehemaligen Novosibirsker Konsul Großkopf schwer belasten.⁷ Ich fügte hinzu, dass ich mich vorerst mit diesen Aussagen begnüge, weil mir bis jetzt keine offiziellen Vorschläge und Mitteilungen vorlägen. Auf die Frage des Botschafters, ob es zutreffend sei, dass Stickling die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen wünsche, wie unsere Zeitungen darüber geschrieben hätten, antwortete ich, dass mir darüber bislang offiziell nichts bekannt sei.

Schulenburg versicherte mir erneut, dass es in der UdSSR keine nationalsozialistische Organisation gebe.⁸ Diese Frage sei in Berlin ausführlich erörtert und negativ entschieden worden, weil, erstens, bei uns solche Organisationen nicht zugelassen seien und, zweitens, wegen unseres Misstrauens. Das, was bisweilen über Entführungen von Bürgern anderer Länder⁹ usw.¹⁰ geschrieben werde, gehe auf das Konto von Privatpersonen, welche das Ziel verfolgen, sich hervorzutun, Geld zu verdienen oder ihren patriotischen Eifer unter Beweis zu stellen. So habe es sich auch mit Fuchs¹¹ zugetragen, der natürlich nicht ganz unschuldig sei, jedoch auf eigene Gefahr und Risiko gehandelt hätte. Ich sagte darauf, dass die Scheidelinie zwischen der Initiative privater Natur und polizeilicher Einrichtungen nicht immer klar verlaufe. Wenn eine Privatperson Spionage betreibe, so tue sie dies jedenfalls zum Nutzen des Staates und amtliche Einrichtungen würden es wohl kaum ablehnen, derartige Informationen von Privatpersonen entgegenzunehmen, so dass sich am Kern der Angelegenheit nichts ändere.

Sch. erinnerte an die Unannehmlichkeiten, die der Botschaft durch die Verhaftung von Vorns bereitet worden seien. Er bat, ihm einen anderen Rechtsanwalt zu empfehlen. Er informierte darüber, dass ihn Doktor Ling¹² mit Bitten um eine Einreisegenehmigung bedränge, der Botschafter betrachte jedoch den momentanen

⁶ Vgl. Dok. 582.

⁷ Großkopf wies im Telegramm an Schulenburg die Anschuldigungen Sticklings zurück, die dieser in dem Ermittlungsverfahren und in der geschlossenen Sitzung des Obersten Gerichts in Novosibirsk gemacht hatte, wonach er von Großkopf Aufträge zur Verübung von Sabotageakten erhalten habe, vgl. Aufzeichnung der Unterhaltung Krestinskijs mit Graf von der Schulenburg vom 23.11.1936. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 94–93.

⁸ Vgl. Dok. 579.

⁹ So im Dokument; möglicherweise ist eine Anwerbung von Bürgern anderer Länder gemeint.

¹⁰ Das nachfolgende „und“ ist in der Vorlage durchgestrichen.

¹¹ Vgl. Dok. 12, Anm. 3.

¹² Zur Ablehnung des Einreisevisums für den vormaligen sowjetischen Staatsbürger und Arzt der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, Dr. Ling, vgl. die Aufzeichnung der Unterredung Levins mit von Tippelskirch vom 23.9.1936. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 3, l. 68–66.

Zeitpunkt nicht als geeignet, diese Frage aufzuwerfen, worin ich ihm völlig zustimmte.

Zum Abschluss bat mich der Botschafter zu klären und mitzuteilen, wie lange die Ermittlungen im Fall der Verhafteten dauern könnten.

LITVINOV¹³

Vermerk mit blauem Farbstift: Gen. Štern.

Vermerk G. Ja. Bežanovs mit rotem Farbstift: an Levin.

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2669 vom 7.12.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 Expl. Das 1. [Exemplar] ins Archiv, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen.

Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 97–95. Kopie.

Nr. 597

Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den kommissarischen Leiter der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker

5. Dezember 1936

Lieber Herr von Weizsäcker!

Ich habe heute Herrn Litwinow gesprochen¹ und übersende Ihnen in der Anlage drei Aufzeichnungen über den Inhalt unserer Unterhaltung. Ich glaube, alle drei Aufzeichnungen werden Sie interessieren.

Ich schicke Ihnen diesen Brief durch Herrn von Herwarth, der Ihnen für nähere Auskunft zur Verfügung steht, falls Sie es wünschen sollten.

Mit den besten Grüßen und mit Heil Hitler bin ich, lieber Herr von Weizsäcker,

[Schulenburg]

1.) Aufzeichnung

Ich habe heute Herrn Litwinow aufgesucht und mit ihm persönlich folgende Punkte besprochen.

I. Die Welle von persönlichen Beschimpfungen des Führers und anderer leitender Staatsmänner des Reichs durch den sowjetischen Rundfunk, die sowjetische Presse, sowjetische Karikaturen, ja sogar durch sowjetische Staatsmänner (Ljubtschenko und Molotow). Ich habe Herrn Litwinow gesagt, ich müsste gegen diese Verunglimpfungen aufs allerenergischste protestieren und ihn bitten, dafür einzutreten, dass diese zwecklose Vergiftung des deutsch-russischen Verhältnisses aufhöre.

¹³ Zu Schulenburgs Gesprächsaufzeichnung vgl. Dok. 597.

¹ Vgl. auch Dok. 596.

Herr Litwinow erklärte zunächst, die sowjetische Vorschrift, dass persönliche Angriffe gegen ausländische Staatsmänner unterbleiben sollen, bestände weiter zu Recht.

Ich habe Herrn Litwinow erwidert, dass sich die Tatsachen mit dieser Versicherung kaum vereinigen ließen. Ich bäte ihn dringend, zu veranlassen, dass die von ihm angezogene Vorschrift denen ins Gedächtnis zurückgerufen würde, die es angeht.

II. In diesem Zusammenhang habe ich Herrn Litwinow auch auf die falsche Zitierung der Deutschen Diplomatisch-Politischen Korrespondenz durch Herrn Stalin aufmerksam gemacht.

Moskau, den 5. Dezember 1936

gez. Schulenburg

2.) Aufzeichnung

Ich habe heute Herrn Litwinow aufgesucht und mit ihm persönlich die gesamten mit den Massenverhaftungen der Reichsdeutschen zusammenhängenden Fragen besprochen. Zunächst habe ich Herrn Litwinow gefragt, ob weitere Schauprozesse beabsichtigt seien und wann sie gegebenenfalls stattfinden würden.

Herr Litwinow sagte darauf, dass er nichts Bestimmtes antworten könne. Soweit er unterrichtet sei, würde eine Anzahl der Angeschuldigten – und zwar mehr, als die mir früher genannten zwei – aus der Haft entlassen werden. Gegen die übrigen dürfte wohl ein Prozessverfahren stattfinden. Genauerer könne er aber darüber nicht sagen.

Zu den einzelnen Punkten der anliegenden Notiz², deren Reinschrift ich Herrn Litwinow übergeben habe, habe ich Folgendes von Herrn Litwinow erfahren können.

1) Fall Wicklein (Überprüfung des Vorgehens Wicklein durch eine übergeordnete Instanz). Herr Litwinow will sehen, was sich tun lässt.

2) Fall Stickling. Herr Litwinow erklärte, die Erlaubnis zum Besuch des Herrn Stickling sei bereits längst erteilt.

Ich habe erwidert, wir wüssten davon nichts.

Von einem Antrage Sticklings, ihm die sowjetische Staatsangehörigkeit zu erteilen, wusste Herr Litwinow nichts.

3) Über die konkreten Handlungen, die den verhafteten Reichsdeutschen vorgeworfen werden, wusste Herr Litwinow immer noch nichts.

4) Herr Litwinow erklärte, alle Sowjetinstanzen bemühten sich um Beschleunigung des Verfahrens.

5) Herr Litwinow zweifelte nicht, dass im gegebenen Augenblick die Besuchserlaubnis bei jedem der Verhafteten erteilt und dass für die Sicherstellung der Verteidigung werde Sorge getragen werden.

6) Benennung eines Nachfolgers für Professor Worms. Herr Litwinow hat sich eine Notiz gemacht und versprach, sich für unseren Antrag einzusetzen. Wir werden in einigen Tagen im Narkomindel nachfragen müssen.

² In der Notiz wurden die Fälle und die diesbezüglichen Petita der Botschaft aufgelistet; PA AA, Moskau 212, Bl. 429273-429274.

II. Ich habe Herrn Litwinow gesagt, Herr Dr. Ling dränge noch immer die Botschaft, ihm die Rückkehr nach Moskau zu erwirken. Ich habe gefragt, ob Herr Litwinow den Augenblick für geeignet hielte, diese Bitte des Dr. Ling weiter zu verfolgen.

Herr Litwinow antwortete: „Um Gottes Willen, Herr Ling soll froh sein, dass er in Deutschland ist.“

III. Am Schlusse dieses ganzen, die Verhaftungen der Reichsdeutschen betreffenden Teile unserer Unterhaltung sagte Herr Litwinow plötzlich, er möchte mich daran erinnern, dass in dem Nowosibirsker Prozess Herr Generalkonsul Großkopf sehr schwer belastet worden sei.

Ich habe erwidert, die gegen Herrn Großkopf erhobenen Beschuldigungen seien unwahr, ebenso unwahrscheinlich wie die anderen Geständnisse des Herrn Stickling, durch nichts Positives bewiesen.

Herr Litwinow setzte hinzu, er habe vorläufig keine Anträge zu stellen.

Moskau, den 5. Dezember 1936

gez. Schulenburg

Aufzeichnung

Am Schlusse meiner heutigen Unterredung mit Herrn Litwinow sind wir auf Spanien zu sprechen gekommen, doch hat sich das Gespräch in der gegenseitigen Versicherung erschöpft, dass sowohl die Nachrichten, dass wir 1 Division nach Spanien entsandt als dass die Russen 22.000 Mann in Madrid stehen haben, der Wahrheit nicht entsprechen. Herr Litwinow meinte allerdings auch, je früher man diese unangenehme spanische Sache liquidieren könne, umso besser würde es sein.

Herr Litwinow erklärte bei dieser Gelegenheit, dass er nicht nach Genf zur Völkerbunds-Ratstagung ginge.

Moskau, den 5. Dezember 1936

gez. Schulenburg

Auferstem Blatt oben: A/ 2543/36, unten: ab 5.12.36 d[ur]ch H[errn] v. Herwarth und A 9 generalia (Doppel: A nf November-Verhaftungen). Auf zweitem Blatt unten: Doppel dieser Aufzeichnung z.d.A. A 9 spec. W Bd. Sowjet-Pr[esse] Ausfälle. Bei allen drei Aufzeichnungen: zu A/2543/36.

PA AA, Moskau 212, Bl. 429268-429272, 429275.

Nr. 598
Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Litvinov an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin

GEHEIM
9. Dezember 1936

3781/1¹

AN DEN
GENERALSEKRETÄR
DES ZK DER VKP (B)
Gen. STALIN

Kopie an: Gen. Molotov

Gen. Suric fragt mit Chiffre-Telegramm an, ob er Göring aufsuchen soll, der ihn über seinen Cousin² zu einem Meinungsaustausch über die sowjetisch-deutschen Beziehungen eingeladen hat. Ich bin der Ansicht, dass Gen. Suric die Einladung nicht ausschlagen sollte.

Erbitte Weisungen.

Litvinov

BESCHLUSSENTWURF

Zum Treffen mit Göring

Gen. Suric ist anzuweisen, die Einladung Görings anzunehmen.³

Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: NK.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

7 E[xemplare]. [Die Exemplare] 1–3 an die Adressaten, das 4. [Exemplar] an Gen.

Krestinskij, das 5. an Gen. Stomonjakov, das 6. an MM⁴, das 7. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 114, d. 1, l. 302. Kopie.

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 151, S. 219.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Herbert Göring.

³ Am 9.12. billigte das Politbüro des ZK der VKP (B) den Vorschlag Litvinovs. In: RGASPI, f. 17, op. 162, d. 20, l. 130. (Protokoll Nr. 44, Pkt. 350, Sondermappe). Zum Treffen von Suric mit Göring am 14.12.1936 vgl. Dok. 607.

⁴ Litvinov.

Nr. 599

**Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für
Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg**

GEHEIM
[Expl. Nr. 4]
[9.12.1936]

Tagebuch
N.N. Krestinskijs

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS SCHULENBURG,
9. Dezember 1936

1. Schulenburg begann damit, dass er ausschließlich wegen einer neuen, für ihn höchst unangenehmen Angelegenheit komme. Sie betreffe Frau Görbing, Ehefrau des Journalisten Görbing, die ehemals sowjetische Staatsbürgerin war. Frau Görbings Mutter lebe in der Stadt Kalinin, sie sei sehr krank und liege im Sterben. Frau Görbing sei für ein paar Tage zu ihrer Mutter gefahren, um dort eine eventuelle Besserung oder deren Tod abzuwarten. Als sie kurz nach ihrer Ankunft zum Postamt gegangen sei, um ein Telegramm abzuschicken oder ein Telefongespräch zu führen, sei sie ins Dienstzimmer des Postdirektors gebeten worden. In diesem Zimmer befand sich eine Frau, die sich als Vertreterin des NKVD vorstellte. Sie habe Frau Görbing vorgeschlagen, geheime Mitarbeiterin zu werden und sowjetischen Behörden Informationen über die Deutsche Botschaft und die deutsche Kolonie zu beschaffen. Als Frau Görbing dies ablehnte, habe ihre Gesprächspartnerin einige Fotos vorgelegt, die Frau Görbing in einer für sie als Frau kompromittierenden Weise zeigten. Die Gesprächspartnerin habe gesagt, sollte Görbing die ihr unterbreitete Tätigkeit ablehnen, werde sie diese Fotos ihrem Ehemann zeigen. Sie habe Frau Görbing dazu geraten, sich nicht zu sträuben und den Fragebogen auszufüllen sowie die Verpflichtungserklärung zu unterschreiben. Frau Görbing habe dies nichtsdestotrotz kategorisch abgelehnt und das Dienstzimmer des Direktors verlassen.

Daraufhin sei sie wenig später in irgendeine leerstehende Wohnung gebeten worden, wo sie von einem Mann empfangen wurde, der sich ebenfalls als ein leitender Mitarbeiter des NKVD der Stadt Kalinin vorgestellt und ihr genau den gleichen Vorschlag unterbreitet habe. Er habe sich ihr gegenüber höflich verhalten. Als sie die angebotene Zusammenarbeit abgelehnt und das Zimmer habe verlassen wollen, sei sie nicht daran gehindert worden, jedoch sei die Drohung, ihrem Mann die Fotos zu zeigen, wiederholt worden.

Frau Görbing habe ihre Mutter umgehend ihrem Schicksal überlassen und unverzüglich Kalinin verlassen¹. Sie erschien in der Botschaft und wolle die Botschaft nicht verlassen, da sie befürchte, auf der Straße oder in der Wohnung verhaftet zu werden.

¹ Die nachfolgenden Worte „kehrte zurück“ sind durchgestrichen.

Schulenburg ergänzte, er wisse nicht, was für Fotos Frau Görbing vorgelegt worden seien und in welchem Maße sie Grund zur Befürchtung hätte, wenn diese Fotos dem Ehemann vorgelegt werden könnten. Er lenkte meine Aufmerksamkeit lediglich auf die Art und Weise, wie die Behördenvertreter gedächten, von diesen Fotos offenbar Gebrauch zu machen.

Ich antwortete Schulenburg, dass diese ganze Geschichte einen sehr fragwürdigen Eindruck hinterlasse. Sollten die Machtorgane tatsächlich beabsichtigt haben, Frau Görbing als geheime Mitarbeiterin anzuwerben, warum hätten sie so lange auf den Zeitpunkt gewartet, bis sie unverhofft nach Kalinin fahren würde? Denn Gespräche dieser Art hätten auch hier in Moskau weitaus früher geführt werden können und nicht jetzt, da die Görbings sich darauf vorbereiten, endgültig aus Moskau abzureisen und aus diesem Grund eine Zusammenarbeit mit Frau Görbing ohne jeglichen Wert gewesen wäre. Ich hörte über Frau Görbing, dass sie eine exaltierte, hysterische Frau mit einer recht leichtlebigen Vergangenheit sei. Aus diesem Grund könne ich ihre Auslassungen nicht sonderlich ernst nehmen.

Schulenburg sagte, er hätte durchaus nicht beteuern wollen, dass das ganze Gerede der Frau Görbing die reine Wahrheit wäre und sich die Einzelheiten ihrer Erzählung tatsächlich so zugetragen hätten. Er habe Frau Görbing gefragt, warum sich diese ganze Geschichte mit ihr in Kalinin, nicht aber in Moskau zugetragen habe. Sie habe ihm geantwortet, dass die Frau, die mit ihr auf dem Postamt gesprochen hätte, gesagt hätte, dass Frau Görbing in Moskau gewöhnlich in Begleitung ihres Mannes sei oder mit dem Auto fahre, und nur hier in Kalinin hätte sich ihr die Möglichkeit geboten, mit ihr unter vier Augen zu sprechen. Er, Schulenburg, müsse jedoch zwei neue, unanfechtbare Tatsachen berücksichtigen. Die erste Tatsache bestehe darin, dass die Görbings beabsichtigt hätten, in etwa einem Monat abzureisen, nun wären sie jedoch bestrebt, nach Erhalt der Ausreisevisa dies so schnell wie möglich zu tun. Die zweite Tatsache sei die, dass sich Frau Görbing verängstigt im Dienstzimmer für Kuriere der Botschaft aufhalte und es ablehne, das Gebäude zu verlassen, da sie eine Verhaftung oder eine Wiederaufnahme der Gespräche befürchte.

Im Zusammenhang damit wende er sich mit zwei Bitten an mich. Bei der ersten Bitte ginge es um Unterstützung, damit die Görbings im Eilverfahren die Ausreisevisa erhalten und ruhig, ohne jegliche Behinderung ausreisen können. Die zweite Bitte beziehe sich darauf, in die die Botschaft umgebende Atmosphäre eine gewisse Ruhe hineinzubringen. Denn jeden Tag geschehe irgendetwas Neues, wie heute zum Beispiel die Geschichte mit Frau Görbing.

Ich antwortete, dass ich, obgleich mir die von Frau Görbing dargebotene Geschichte unwahrscheinlich erscheine, dennoch die 2. Westabteilung umgehend beauftragen werde, sich dieser Angelegenheit anzunehmen und die schnellstmögliche Abreise der Görbings sicherzustellen.²

Was die zweite Bitte anbelange, so könne ich sie in solch einer allgemeinen Form nicht akzeptieren. Das NKID lehne es nicht ab, Maßnahmen zu ergreifen und alle konkreten Fälle und Fakten aufzuklären, die die Botschaft zur Kenntnis bringe, es könne jedoch nicht die Bitte um eine völlige Einstellung von Verhaftungen deut-

² Zur Vorgeschichte des Zwischenfalls mit den Eheleuten Görbing vgl. Dok. 374. Zum Bericht Schulenburgs über den Zwischenfall mit der Ehefrau Görbings vgl. Dok. 600.

scher Staatsbürger usw. annehmen und bearbeiten. Denn dafür wäre es vor allem erforderlich, dass einzelne deutsche Staatsbürger keine Verbrechen gegen die bei uns geltenden Gesetze begingen.

2. Sodann ging Schulenburg zu den in der Aufzeichnung aufgelisteten Fragen über, die er Gen. Litvinov beim letzten Treffen³ übergeben hatte. Ihn interessierte in erster Linie der Fall des in Char'kov verhafteten Ingenieurs Wicklein. Er habe von der Ehefrau des Verhafteten ein ausführliches Schreiben aus Char'kov erhalten, aus dem hervorgehe, dass die Pläne, die die Grundlage für die Anklage bilden, Wicklein einige Minuten vor dem Erscheinen der Behördenvertreter von einem ihm bekannten russischen Ingenieur übergeben worden seien. Dieser Ingenieur sei bei der Haussuchung anwesend gewesen. Wicklein habe erklärt, dass von ihm, diesem Mann, diese Pläne gebracht worden seien. Dennoch sei Wicklein verhaftet worden, wobei ein Protokoll aufgesetzt und an erster Stelle die Tatsache des Auffindens der Pläne festgehalten worden sei, während die Person, die diese Pläne gebracht habe, unbehelligt geblieben sei. Dieser Fall hinterlasse bei ihm einen unguuten Eindruck, und er hätte es sehr gern gesehen, wenn dieser Fall von den höchsten Organen des Narkomvnudel oder der Staatsanwaltschaft untersucht werden würde.

Ich antwortete Schulenburg, dass wir den zentralen Apparat des NKVD in Moskau über den Fall Wicklein unterrichtet und darum gebeten hätten, die uns von der Deutschen Botschaft übermittelte Information zu prüfen.⁴

3. Danach fragte Schulenburg, warum der Novosibirsker Konsul⁵ keine Genehmigung für einen Besuch Sticklings erhalte, zumal, wie ihm Litvinov mitgeteilt hätte⁶, der Besuch bei Stickling genehmigt worden sei. Darauf erklärte ich, dass Stickling einen Besuch kategorisch ablehne, worüber unser Agent⁷ den Konsul in Kenntnis gesetzt habe. Von hier sei jedoch eine nochmalige Weisung ergangen, den Besuch zu gewähren, und ich dachte, dass er heute oder morgen stattfinden werde.

N. Krestinskij

Stimmt mit dem Original überein: Sekretär⁸.

Vermerk mit Bleistift: 2. West[abteilung].

Vermerk G.Ja. Bežanovs mit rotem Farbstift: an Levin.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2689 vom 10.12.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 [Exemplare]. Das 1 [Exemplar] zu den Akten, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an die 2. Westabteilung, das 5. nach Berlin. Expl. Nr. 4.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 102–99. Beglaubigte Kopie.

³ Vgl. Dok. 596, 597.

⁴ Vgl. die Aufzeichnung der Unterredung Krestinskij mit Schulenburg am 23.11.1936. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 94–93.

⁵ Maximilian Meyer-Heydenhagen.

⁶ Vgl. Dok. 596.

⁷ Aleksej Vasil'evič Terent'ev.

⁸ Die Unterschrift ist unleserlich.

Nr. 600
Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA

Moskau den 9. Dezember 1936

Tgb. Nr. A/2618
Durchschlag
Vertraulich!

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Inhalt: Abreise des Pressevertreters K. H. Görbing nebst Ehefrau infolge einer GPU-Provokation

Der Vertreter verschiedener deutscher Zeitungen, Herr K. H. Görbing, wird nebst seiner Ehefrau voraussichtlich am **12.**¹ d. Mts. Moskau verlassen. Der Grund hierzu liegt darin, dass während eines Aufenthalts der Frau Görbing in ihrer Heimatstadt Twer, wohin sie zum Besuch ihrer schwerkranken Mutter gefahren war, sie einem Erpressungsversuch durch die GPU ausgesetzt war. Unter dem Vorwand, ihr ein Telefongespräch mit ihrem Ehemann in Moskau zu erleichtern, wurde sie in das Büro des Chefs des Telegraphenamtes gelockt. Dort erwartete sie eine Beamtin der GPU (Jüdin), die Frau Görbing zu einem Gespräch nötigte. Hierbei versuchte die Beamtin, Frau Görbing unter Vorlage sie kompromittierender obszöner Photographien zu zwingen, in den Dienst der GPU zu treten. Obwohl Frau Görbing nach dem ersten Schrecken diese Photographie als gefälscht bezeichnete und die Beamtin der GPU dies gar nicht bestritt, drohte sie Frau Görbing damit, die Photographien an mich und die übrigen Mitglieder der Botschaft sowie an Herrn Görbing sowie dessen Moskauer Berufskollegen und auch an Herrn Reichsminister Dr. Goebbels zu übersenden, wenn sie nicht dem Vorschlag, GPU-Agentin zu werden, willfahren würde. Trotz der Gefährdung der Stellung ihres Mannes, die sie hiernach befürchten musste, lehnte Frau Görbing das Ansinnen ab. In der Zwangslage, in der sie sich nun einmal befand, glaubte sie jedoch die Fortsetzung des Gesprächs am nächsten Tage nicht ablehnen zu können.

Das zweite Gespräch fand in einer im 6. Stock eines Miethauses gelegenen Privatwohnung statt und zwar in Anwesenheit des Chefs der GPU von Twer und der bereits erwähnten GPU-Beamtin. Hierbei versuchte man in erster Linie Frau Görbing zu zwingen, ein Papier zu unterschreiben, dass sie sich freiwillig bereit erklärt habe, für die GPU zu arbeiten. Dabei wurde mit allen Mitteln, Versprechungen und Drohungen, auf sie eingewirkt. Frau Görbing erklärt, all dem gegenüber fest geblieben zu sein und jegliche Unterschrift verweigert zu haben. Dabei benutzte sie die Taktik, die GPU-Beamten hinzuhalten, indem sie bat, sie mit ihrem Mann erst einmal ins Ausland reisen zu lassen und alles weitere der Zeit nach ihrer Rückkehr zu überlassen. Da dies nicht verfiel, einigte man sich schließlich dahin, Frau Görbing könne jetzt nach Moskau zurückreisen, sie müsse sich aber am Tage darauf,

¹ Die Zahl ist handschriftlich eingefügt.

nachmittags 4 Uhr, an einem verabredeten Platze einfinden. Dies geschah erst, nachdem die GPU-Beamtin mit Moskau telefoniert hatte.

Diese beiden Gespräche, von denen das eine fast 3 Stunden, das zweite fast 5 Stunden gedauert hatte, hatten Frau Görbing dermaßen zermürbt, dass sie am Abend des 7. Dezember völlig aufgelöst hier ankam.

Am nächsten Morgen erschien Frau Görbing bei mir und berichtete weinend alles das, was oben geschildert ist. Sie erwähnte dabei, es sei ihr zwar unter besonderen Drohungen ein strenges Schweigeverbot auferlegt worden, sie könne jedoch nicht umhin, der Botschaft ihr Erlebnis mitzuteilen. Sie bat um meinen Schutz. Ich habe ihr daraufhin verboten, der Verabredung mit der GPU Folge zu leisten, und sie einstweilen im Botschaftsgebäude untergebracht. Eine Besprechung mit Herrn Görbing führte zu dem Ergebnis, dass es für das Ehepaar Görbing unter diesen Umständen das Beste sei, dass sie alsbald von hier abreisen, zumal die Nervenkraft der Frau Görbing völlig erschöpft ist und ihr Mann sie in diesem Zustand nicht allein lassen kann. Infolgedessen ist für beide das Ausreisevisum beantragt worden.

Ich habe heute den stellvertretenden Außenkommissar Krestinski aufgesucht² und bei ihm die Angelegenheit zur Sprache gebracht, wobei ich ihn auf das unglaubliche Verhalten der GPU gegenüber der Gattin eines deutschen Pressevertreters nachdrücklichst hingewiesen habe. Frau Görbing sei soweit gebracht worden, dass sie in der Botschaft habe Schutz suchen müssen. Ich habe energisch gefordert, dass dafür Sorge getragen wird, dass das Ehepaar Görbing ungehindert ausreisen kann, und dass nun endlich die Belästigungen der Botschaft und der hiesigen Reichsdeutschen durch GPU-Provokationen aufhören. Das Vorgehen im Falle Görbing werfe ein bezeichnendes Licht auch auf die sonstigen Verfolgungen von Reichsdeutschen in der Sowjetunion; dabei erinnerte ich insbesondere an den Provokationsfall Wicklein.

Herr Krestinski war sichtlich beeindruckt und versprach, sich der Angelegenheit Görbing sofort anzunehmen.

Vorbehaltlich weiterer Feststellungen möchte ich ganz allgemein zum Fall Görbing bemerken, dass ich ihn als einen Racheakt der GPU betrachte im Hinblick auf die Tatsache, dass die GPU in dem Streit über die anfänglich verweigerte Wiedereinreise Görbings und seiner Frau zu Beginn des Jahres hat nachgeben müssen.³

Ich habe Herrn Görbing beauftragt, nach seinem Eintreffen in Berlin bei der Presseabteilung Bericht zu erstatten.

Damit das Ehepaar Görbing unangefochten über die Grenze kommt, werde ich zwei Angestellte der Botschaft, Herrn Kaiser und Frau Groeger, bis Stoplce mitreisen lassen. Aus den gleichen Gründen wäre ich dankbar, wenn eine Veröffentlichung der Angelegenheit in der deutschen Presse vorläufig unterbliebe.

gez. Schulenburg

Auf erstem Blatt am Seitenrand: Am 11.12.36 mit H. von Baumbach Gü[nther]; unten: z.d.A. und Abzeichnung T[ippelskirch] 12/12 sowie A 15 b III. Gefertigt in vier Durchschlägen.

PA AA, Moskau 271, o. P., 4 Bl.

² Vgl. Dok. 599.

³ Vgl. Dok. 370, 374.

Nr. 601
Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GEHEIM

[Expl. Nr. 5]

11. Dezember [1936]

4824

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

mit der heutigen Post erhalten Sie einige Aufzeichnungen von Unterredungen mit Schulenburg und anderen Mitarbeitern der Deutschen Botschaft zum Fall Stickling und zu anderen Haftsachen.

Die Angelegenheit mit Stickling ging glücklich aus, weil er, erstens, anstelle der Höchststrafe ein Strafmaß von insgesamt 10 Jahren erhielt¹, und, zweitens, heute ein Treffen mit dem Konsul² stattgefunden hat. Mir liegt noch kein Telegramm unserer diplomatischen Agentur vor, doch wurde mir soeben aus dem NKVD mitgeteilt, dass der Besuch stattgefunden hat. Stickling hat während des Treffens gegenüber dem Konsul erklärt, er hätte mit ihm keinerlei Dinge zu besprechen und lehne weitere Treffen mit ihm ab. Es steht allerdings noch die Entscheidung darüber aus, ob die Abberufung des vormaligen Generalkonsuls in Novosibirsk und heutigen Konsuls in Kiev, Großkopf, aus der UdSSR zu fordern ist oder nicht. Heute Abend werde ich mich mit den Aussagen Sticklings befassen, die er in der geschlossenen Sitzung gemacht hat, und übermorgen werden wir diese Frage mit Maksim Maksimovič³ erörtern. Allem Anschein nach werden wir gezwungen sein, die Abberufung zu fordern.⁴

Die Deutschen zeigen sich heute wegen der Moskauer und Leningrader Verhaftungen erneut nervös, da sie Gerüchte darüber erreicht haben, dass in nächster Zeit ein großer Prozess⁵ stattfinden werde. Schulenburg bat über die 2. Westabteilung aus diesem Anlass darum, ihn zu empfangen. Doch antwortete ich ihm, ebenfalls über die Abteilung, dass mir keinerlei neue Informationen in dieser Angelegenheit vorlägen. Laut Zusicherung der Ermittlungsbehörden würden wir rechtzeitig über einen Prozess in Kenntnis gesetzt werden, wovon wir unsererseits die Deutschen unterrichten würden.

Momentan haben wir mit den Deutschen weiter nichts zu besprechen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

¹ Vgl. Dok. 582, Anm. 7.

² Maximilian Meyer-Heydenhagen.

³ Litvinov.

⁴ Großkopf blieb bis zur Schließung des Konsulats Mitte Mai 1938 Konsul in Kiev.

⁵ Vgl. Dok. 606.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
 5 [Exemplare]. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an die 2. West[abteilung], das 5. zu den Akten. Expl. Nr. 5.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 213–212. Kopie.

Nr. 602

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Geheim

Expl. Nr. 2

11. Dezember [1936]

4825

AN DEN
 BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
 DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
 Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

ich antworte auf Ihre Anfrage bezüglich der Zeitschrift der Handelsvertretung¹. Ich hatte Ihnen bereits geschrieben, dass meiner Meinung nach die Zeitschrift ihr Profil verändern und den Charakter einer rein wirtschaftlichen Monatschrift annehmen muss, die die sowjetisch-deutschen Handelsbeziehungen zum Gegenstand hat. In der Zeitschrift sollten jedoch keine Artikel propagandistischen und informativen Charakters über die UdSSR veröffentlicht werden.² Aus Ihrem Schreiben entnehme ich, dass zwischen uns, Ihnen und der Handelsvertretung keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen.

*Sie wollen den Deutschen jedoch unter Bezugnahme auf deren Note in einer Note mitteilen, dass die Handelsvertretung angewiesen wurde, den Charakter der Zeitschrift zu verändern. Ich würde dies nicht tun. Gehen Sie lieber folgendermaßen vor. Verändern Sie faktisch die Zeitschrift. Nach dem Erscheinen der ersten veränderten Nummer kann Gen. Bessonov oder Gen. Gnedin das Auswärtige Amt davon unterrichten, dass man dessen Wunsch berücksichtigt hätte und die Handelsvertretung den Charakter der Zeitschrift verändert habe.*³ Es ist schließlich auch möglich, notfalls noch vor dem Erscheinen der nächsten Nummer eine entsprechende mündliche Antwort zu geben, um sicherzustellen, dass wir keine erneute Note wegen der Zeitschrift erhalten.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

¹ Zur Zeitschrift „Sowjetwirtschaft und Außenhandel“ vgl. Dok. 590.

² Vgl. das Schreiben Krestinskij an Suric vom 19.11.1936. In: AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 44, l. 43.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: MM.⁴

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3917 vom 13.12.1936.

Am Endes des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 [Expl.]. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Štern, das 4. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 44, l. 47. Kopie.

Nr. 603

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 1

12. Dezember 1936

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR in Deutschland
Berlin
Nr. 447¹

AN

M.M. LITVINOV

Lieber Maksim Maksimovič!

Zur außenpolitischen Situation Deutschlands

Wenn auch die Reise von Graf Ciano nach Berlin² bis zu einem gewissen Grade als ein Kulminationspunkt der deutschen außenpolitischen Aktivität nach der Sommerpause eingeschätzt werden könnte, der zugleich einen Höhepunkt der deutschen diplomatischen Erfolge im laufenden Jahr sowohl für die Deutschen als auch im Ausland darstellte, so zeigte die nachfolgende Entwicklung der Ereignisse, insbesondere nach der Veröffentlichung des deutsch-japanischen Abkommens³, dass sowohl der deutsch-italienische Flirt als auch das deutsch-japanische Abkommen lediglich zu einer weiteren Verstärkung der außenpolitischen Isolation Deutschlands, *Italiens und Japans geführt hat. Die Reaktion der Engländer auf die deutsch-italienisch-japanische Annäherung ließ keine Zweifel darüber aufkommen, dass Deutschland mit dieser Annäherung einen sehr großen, wenn nicht gar den größten Fehler in seinem vierjährigen Spiel bei der Einbindung Englands in seine Pläne begangen hat. Ohne auf die übereinstimmend negative Haltung, die die englische Presse bei der Wertung dieser Annäherung einnimmt, einzugehen, ist

⁴ Litvinov.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Ciano hielt sich vom 20. bis 24.10.1936 zu einem offiziellen Besuch in Deutschland auf. Vgl. ADAP, Ser., C, Bd. V/2, Dok. 618, 620–622, 624.

³ Vgl. Dok. 588, Anm. 1.

gleichwohl auf die vieldeutige diplomatische Reaktion Englands hinzuweisen. Diese trat beim Austausch der Reden Edens mit van Zeeland und mit Delbos in der Frage über eine automatische militärische Hilfeleistung zutage, die sich diese drei Länder gegenseitig im Falle eines unprovokierten Angriffs auf eine der Seiten erweisen.^{*4} Diese Reden, die hier von vielen als Wiederbelebung der alten Entente und als Verwirklichung des lang gehegten französischen Traums angesehen werden, lassen keine Zweifel darüber zu, dass die Deutschen mit ihrer Politik Ergebnisse erzielt haben, die den angestrebten diametral entgegenstehen.

Die französische Reaktion auf die letzten deutschen diplomatischen Schritte fiel, allem Anschein nach zu urteilen, deutlich weniger homogen als die englische aus. Die Haltung von „Le Temps“ beispielsweise war bei der Wertung des deutsch-japanischen Abkommens mehr als doppeldeutig. „Le Temps“ stellte Kommunismus und Faschismus nicht nur auf eine Stufe, sondern ging noch weiter und gab dem Faschismus eindeutig den Vorzug. Doch die Hoffnungen, die die Deutschen auf eine Spaltung der französischen öffentlichen Meinung in dieser Frage setzten, sind nicht in Erfüllung gegangen. Die Reden von Blum und Delbos in der Nationalversammlung rückten die Perspektive einer möglichen Absprache des faschistischen Deutschland mit dem bürgerlichen Frankreich offensichtlich in eine noch größere Ferne.

Was die Reaktion der amerikanischen Staaten auf die deutsche außenpolitische Aktivität der letzten Zeit betrifft, so erwies sie sich als dermaßen ungünstig für Deutschland, dass die deutsche Presse es ****vorzog****^{*5}, die amerikanische Reaktion mit Schweigen zu übergehen und sogar die Rede Roosevelts auf dem panamerikanischen Kongress⁶ völlig zu ignorieren.

Für Deutschland völlig unerwartet fiel die Reaktion auf das deutsch-japanische Abkommen in Japan selbst aus. Die deutsche Presse informierte die deutschen Leser mit keinem Wort über die Reaktionen der japanischen Presse. Auffällig ist ebenso, dass die Reaktion auf das Abkommen seitens der Länder der Kleinen Entente, des Baltikums und Chinas von den Deutschen unterschätzt wurde.

Schließlich stellte die deutsche Presse nach den ersten begeisterten Berichten ***über die Reaktionen, vorzugsweise der italienischen Presse, auf das Abkommen dessen Kommentierung vollständig ein**, so dass in der deutsche Presse nun nicht einmal mehr eine Andeutung auf das Abkommen zu finden ist. Das Auswärtige Amt unternimmt seinerseits alles Erdenkliche, um sich von dem unterzeichneten Abkommen zu distanzieren. Gegenüber einigen Botschaftern und Gesandten erklärte Neurath, dass das Auswärtige Amt in keinerlei Bezug zu diesem Abkommen stehe.* Sogar Dieckhoff, ein Verwandter Ribbentrops, hielt es in einem Gespräch mit dem amerikanischen Professor Harper, der eben erst aus der UdSSR eingetroffen ist, für notwendig, sich nach den Gründen zu erkundigen, die Deutschland nach Meinung des Professors dazu gezwungen hätten, Ribbentrop für die Unterzeichnung des Abkommens auszuwählen. Auf die Bemerkung des Professors, wonach sich die Deutschen irren, sollten sie daran gedacht haben, mit diesem Schritt das

⁴ Die hier und im Folgenden so gekennzeichneten Texte sind am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁵ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁶ Am 1.12.1936. Vgl. The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, Bd. V, New York 1938, S. 604–610.

Abkommen für die Engländer weniger anrühlich erscheinen zu lassen, reagierte Dieckhoff mit Schweigen. *Das gesamte diplomatische Corps in Berlin verlautbart einhellig, dass das Abkommen nicht zu verstehen sei und selbst in Deutschland von Vertretern der unterschiedlichsten Kreise, mit Ausnahme vielleicht des engen Kreises der nationalsozialistischen Führung, nicht gebilligt werde.

Somit hat die außenpolitische Aktivität der letzten Monate die außenpolitische Situation des Dritten Reiches nicht nur nicht verbessert, sondern zweifellos verschlechtert.*

Auch die Verschärfung der innerdeutschen wirtschaftlichen Schwierigkeiten trägt nicht dazu bei, die Sympathien anderer Länder gegenüber Deutschland zu vergrößern. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Zeit, die die faschistische Regierung zu einer Reihe von außerordentlichen Maßnahmen zwangen, wurden vor allem in England mit starkem Misstrauen aufgenommen. Die Einführung des Kartensystems, wenn auch in verschleierte Form, für eine Reihe von Lebensmitteln, die Veröffentlichung des Gesetzes über die Militarisierung der Arbeit in der Bau- und Metallindustrie; die drakonischen Anordnungen in Bezug auf den Einzelhandel und die Preise, die alarmierenden Nachrichten über die Schließung einzelner Betriebe wegen Rohstoffmangels; die Veröffentlichung des Gesetzes über die zwangsweise Abgabe des gesamten Goldes durch die Bevölkerung; die Drohungen Görings und Darrés in Goslar⁷ an die Adresse der Bauern, die kein Getreide an den Staat abliefern wollen; die Einführung der Todesstrafe wegen einer nichtregistrierten Enteignung von Eigentum durch deutsche Staatsbürger im Ausland⁸. Alle diese und andere Maßnahmen der faschistischen Regierung im Verlaufe der letzten 1 ½ Monate veranlassten selbst die zurückhaltende englische Presse zu der Annahme, dass das faschistische Regime in Deutschland in eine Phase der Konvulsionen eingetreten ist und die Fähigkeit verloren hat, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Welche praktische Bedeutung das steigende Misstrauen gegenüber der innerwirtschaftlichen Lage des Dritten Reiches in Bezug, sagen wir, auf die Deutschland gewährten Wirtschaftskredite (Rembourskredite)⁹ hatte, ist zurzeit schwer zu sagen. Bislang ist lediglich bekannt, dass die Deutschen Kautschuk, der früher in England auf der Grundlage von Rembourskrediten eingekauft wurde, nunmehr gegen Barrechnung kaufen müssen. Die Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage hinterließ bei den Ländern, denen Deutschland aufgrund des Clearing-Verfahrens über 550 Mio. Mark schuldete, eine erheblich größere Wirkung. Die Sorge um das Schicksal der auf diese Weise in Deutschland eingefrorenen Bestände an Mark zwingt diese Länder dazu, fieberhaft nach anderen Möglichkeiten für ihren Außenhandel zu suchen. Mit diesem Vorgang nämlich erklären die Engländer zum Beispiel die Tatsache, dass ihnen der Großauftrag der Türkei zum Bau eines Eisenhüttenwerkes in einem Wert von 3 Mio. Pfund trotz der erbitterten Konkurrenz durch Krupp zugefallen ist. Eine gewisse Festigung der französischen Positionen in den Ländern der Kleinen Entente und in Polen lässt sich ebenfalls zum Teil mit diesen Gründen erklären.*

⁷ In Goslar fand vom 23. bis 29.11.1936 der 4. Reichsbauerntag statt; vgl. auch Dok. 325, Anm. 2.

⁸ So im Dokument.

⁹ Rembourskredit – eine bei der internationalen Verrechnung von Akkreditiven angewandte Kreditform.

Zu guter Letzt fand Schacht keinen anderen günstigen Moment als gerade den jetzigen, um die deutschen Ansprüche auf Kolonien neu zu begründen. Wenn Göring seinerzeit in seiner Rede vom 28. Oktober¹⁰ den Engländern ins Gesicht schrie, sie hätten Deutschland Kolonien und Gold geraubt, so drohte Schacht unmissverständlich mit Krieg, sollten Deutschlands Ansprüche auf Kolonien nicht unverzüglich befriedigt werden.¹¹ Die Rede Schachts hinterließ in England erheblichen Eindruck, da Schacht in England stets als ein Befürworter dessen angesehen wurde, die deutschen Wirtschaftsschwierigkeiten mittels Kolonien zu bewältigen.

*Nunmehr zeichnet es sich immer klarer ab, dass auch die Thronentsagung Edward VIII.¹² die Deutschen recht empfindlich getroffen hat. In Berliner diplomatischen Kreisen wird behauptet, dass Edward VIII. nicht so sehr ein Germanophiler, ein Gegner des Parlamentarismus und ein Anhänger eines autokratischen Systems gewesen sei, sondern dies alles vielmehr auf Simpson zutreffe. Es wird behauptet, dass Simpson auf das Engste mit Ribbentrop verbunden gewesen sei, ihn mit Edward zusammengeführt und Edward in einem prodeutschen Sinne beeinflusst hat. Im Lichte dieser Gerüchte, die teilweise durch die Debatten im englischen Unterhaus bestätigt wurden, wird die Totenstille verständlich, die die deutsche Presse im Verlauf der gesamten Zeitspanne bis zur Abdankung Edwards beibehielt. Das war das Schweigen einer interessierten Seite. Die Abdankung Edwards stellt sich im Lichte dieser Informationen als ein Verlust für Deutschland dar, und dies in doppelter Hinsicht. Einmal als ein Sieg des Parlaments, das in Deutschland mit Demokratie gleichgesetzt wird, über den König mit autokratischen Ambitionen, zum anderen in einem engeren Sinne als Abgang eines Mannes von der englischen politischen Bühne, der sich in einigen Reden bereits im prodeutschen Sinne geäußert hatte, und als die Entfernung der Frau, die zwar noch keine Rolle wahrzunehmen vermochte, so doch in der Lage gewesen wäre, diese in Zukunft als Vermittlerin des deutschen Einflusses in England auszufüllen.

Schließlich entwickeln sich die spanischen Ereignisse in für die Deutschen eher negativer als in positiver Richtung. *In Kreisen Berliner Diplomaten und Auslandskorrespondenten wird momentan ausnahmslos die These vertreten, dass im Wettkampf der verschiedenen Waffen, der gegenwärtig in Spanien ausgetragen wird, die Deutschen eine Niederlage nach der anderen einstecken müssen. Man sagt sogar, dass dieser Umstand die Deutschen veranlasst habe, die in Ausarbeitung befindlichen Pläne eines Angriffs gegen tschechoslowakisches Territorium einer Überprüfung zu unterziehen.* Ob dies der Wahrheit entspricht oder nicht, lässt sich nicht sagen. Jedoch wurde den Deutschen eines klar: Allem Anschein nach wird man gezwungen sein, mit den rebellierenden spanischen Generälen den ganzen Winter über vor Madrid zu verbringen, mit allen sich daraus ergebenden politischen und strategischen Folgen. Fügt man dem die Tatsache hinzu, die sich für

¹⁰ Vgl. Dok. 561.

¹¹ Am 9.12.1936 erklärte Schacht in Frankfurt am Main auf der Festveranstaltung anlässlich des 100jährigen Gründungsjubiläums der Gesellschaft für Geographie und Statistik u. a.: „Die Zuteilung kolonialen Raumes ist die gegebene Lösung der bestehenden Schwierigkeiten“. Vgl. „Dr. Schacht über die Kolonialfrage“. In: Völkischer Beobachter vom 10. Dezember 1936, S. 13.

¹² Am 11.12.1936 verzichtete Edward VIII. auf den Thron, um die morganatische Ehe mit der Amerikanerin Wallis Simpson einzugehen; die englische Regierung hatte die Zustimmung zu dieser Ehe verweigert.

Westeuropa allmählich immer klarer darstellt, dass die Deutschen vorerst nicht in der Lage sind, einen großen Krieg zu führen, hauptsächlich wegen des völligen Mangels an Rohstoffen, die für einen großen Krieg erforderlich sind, für einen kleineren Krieg jedoch die passenden Objekte fehlen, so ist zu beobachten, dass sich im letzten Monat ein gewisser Wandel der westeuropäischen Länder in ihrer Haltung gegenüber Deutschland andeutet. Ein Wandel, der mit einer konsequenteren Haltung gegenüber den deutschen Aggressionsplänen verbunden ist.*

Es ist nicht möglich, mit Bestimmtheit zu sagen, ob sich diese Prognose bewahrheiten wird. Dass eine bestimmte Verschlechterung der internationalen Stellung Deutschlands in den letzten Monaten eingetreten ist, kann jedoch wohl kaum bezweifelt werden.

Mit kommunistischem Gruß

JA. SURIC

*Vermerk N.N. Krestinskijs mit rotem Farbstift: an B.S.¹³ und zurück MM¹⁴.
Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 3960 vom 14.12.1936.
Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats B.S. Stomonjakov mit der Eingangs-Nr. 6385 vom 15.12.1936.
Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: Geschr. 8 Exp. 5 [Exemplare] an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 12.XII.36.*

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 168–173. Original.

Nr. 604

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

14. Dezember 1936

Nr. 3789/L.

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

ich teile Ihnen ein interessantes Detail bezüglich der japanisch-deutschen Beziehungen mit. Auf dem Bankett, das Hitler zu Ehren der Japaner nach der Unter-

¹³ Stomonjakov, die Initialen sind offenbar nach der Lektüre des Schreibens gestrichen worden.

¹⁴ Litvinov.

zeichnung des Abkommens¹ gegeben hat, sagte er dem japanischen Botschafter Mushakōji, er habe bereits seit dem russisch-japanischen Krieg², d.h. seit seiner Jugend, von einem Abschluss eines japanisch-deutschen Abkommens geträumt. Da dies nunmehr nach 30 Jahren geschehen sei, könne er das Glück nicht in Worte fassen. Es ist zu bedauern, dass diese Erklärung nicht veröffentlicht werden kann, denn sie würde die Heuchelei der antikommunistischen Verbrämung des Abkommens der ganzen Welt endgültig vor Augen führen, da zur Zeit des russisch-japanischen Krieges keinerlei Komintern existiert hat.

LITVINOV

Vermerk M.M. Litvinovs mit rotem Farbstift: N.N.

Vermerk N.N. Krestinskijs mit Bleistift: NK.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats N.N. Krestinskij mit der Eingangs-Nr. 6748 vom 14.12.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 220. Kopie.

Nr. 605

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den diplomatischen Agenten des NKID in Novosibirsk Terent'ev**

Geheim

14. Dezember [1936]

4836

AN DEN
DIPLOMATISCHEN AGENTEN
DES NKID IN NOVOSIBIRSK
Gen. TEREENT'EV

Werter Gen. Terent'ev,

da die im Novosibirsker Prozess¹ verhandelte Strafsache gegen Stickling nunmehr bereits der Vergangenheit angehört, möchte ich im Zusammenhang mit diesem Prozess eine Bilanz Ihrer Tätigkeit ziehen und Ihnen die dabei von Ihnen begangenen Fehler auf kameradschaftliche Weise aufzeigen.

1. Ihr erster Fehler besteht darin, dass Sie das NKID über die Eröffnung und den Verlauf der Strafsache gegen Stickling nicht rechtzeitig unterrichtet haben. Aus Ihrem Schreiben ist ersichtlich, dass Sie von der Verhaftung Sticklings erst Tage

¹ Vgl. Dok. 588, Anm. 1.

² Vom 27.1.1904 bis zum 23.8.1905.

¹ Vgl. Dok. 579, Anm. 2.

nach dessen erfolgter Verhaftung Kenntnis erhielten, d.h. wahrscheinlich nicht später als am 10. November. Am 13. November haben Sie den deutschen Konsul² bereits schriftlich über die Verhaftung unterrichtet. Uns informierten Sie indes erst am 18. zum ersten Mal über diese Strafsache, und dies auch nur deshalb, weil Sie eine Antwort hinsichtlich der Frage benötigten, ob dem deutschen Konsul der Zutritt zum Prozess zu gewähren ist oder nicht.

Sie sind ein verhältnismäßig junger Mitarbeiter des NKID. Die ersten fünf Jahre Ihrer Berufstätigkeit verbrachten Sie im Ausland, in der Türkei. Im zentralen Apparat haben Sie bislang überhaupt nicht gearbeitet. In der diplomatischen Agentur sind Sie lediglich einige Monate tätig. Der öffentliche Gerichtsprozess, auf dem ein ausländischer Staatsbürger zur Verantwortung gezogen wird, zumal der Bürger eines Landes, mit dem wir an vertragliche Verpflichtungen gebunden sind, die die bekannten Rechte für konsularische Einrichtungen im Zusammenhang mit Verhaftungen, Ermittlungs- und Gerichtsverfahren³ regeln, war für Sie eine neue, ungewöhnliche Frage, mit der Sie in Ihrer Tätigkeit im Rahmen des NKID noch nicht zu tun hatten. Selbstverständlich hätten Sie das NKID telegrafisch über die Umstände der Strafsache unterrichten und Weisungen erbitten müssen und sich nicht mit Beratungen mit Mitarbeitern örtlicher und anderer Behörden begnügen dürfen, die vielleicht ebenfalls zum ersten Mal mit vielen den Prozess betreffenden Fragen konfrontiert waren.

Hätten Sie uns rechtzeitig informiert und die erforderlichen Fragen gestellt, so hätten Sie beizeiten die Antworten erhalten, und Ihnen wären viele der für Sie peinlichen Unstimmigkeiten erspart geblieben.

2. Als Sie uns mit Telegramm vom 18.XI. fragten, ob der Konsul und sein Stellvertreter zur Gerichtsverhandlung zuzulassen seien, teilten Sie nicht mit, dass die Genossen Ul'rich und Roginskij parallel dazu eine Anfrage an die Instanz gerichtet hatten.

Nach Erhalt Ihres Telegramms habe ich diese Frage mit den Genossen Vyšinskij und Ežov abgestimmt und telegraphierte die positive Antwort. Wenn ich gewusst hätte, dass eine parallele Anfrage gestellt worden war und die Genossen auf die Antwort auf das an die Instanz⁴ gerichtete Telegramm warteten, hätte ich mich natürlich nicht damit zufriedengegeben, diese Frage nur mit den Genossen Ežov und Vyšinskij abzustimmen, sondern auf eine schnellstmögliche kompetente Beschlussfassung geachtet. Sie hätten dann die definitive Antwort nicht am Abend des 19., sondern Tage vorher erhalten und dem Konsul die Möglichkeit einräumen können, auch am ersten Verhandlungstag anwesend zu sein.

3. Den nächsten Fehler begingen Sie in der Frage bezüglich einer Besuchserlaubnis zu einem Zeitpunkt, da die Höchststrafe in eine 10jährige Freiheitsstrafe umgewandelt war und das korrigierte Urteil Rechtskraft erlangt hatte. Sie fragten an, ob ein Besuch gewährt werden solle. Diese Frage ist nicht nur mit den Genossen Ežov und Vyšinskij abgestimmt worden, sondern dieses Mal erhielten wir, eingedenk der Erfahrungen mit Ihrer ersten Anfrage, die Genehmigung der Instanz. Ich habe Ihnen telegraphiert, dass Sie die Besuchserlaubnis erteilen können und diese Frage mit allen Dienststellen abgestimmt worden sei.

² Maximilian Meyer-Heydenhagen.

³ Vgl. Dok. 575, Anm. 2.

⁴ Vgl. Dok. 581, Anm. 4.

Bereits nach Erhalt meines Telegramms, in dem Sie von dem verabschiedeten Beschluss informiert wurden, sind Ihnen neue Umstände bekannt geworden, und zwar, dass Stickling eine Begegnung mit dem Konsul ablehne.

Wie hätten Sie hier verfahren müssen?

Sie hätten uns telegrafisch über diesen neuen Sachverhalt unterrichten und Weisungen erbitten müssen. Wir hätten uns umgehend mit den anderen Dienststellen in Verbindung gesetzt und Ihnen vorgeschlagen, den Besuch dennoch zu gewähren, um Stickling die Möglichkeit zu geben, den Konsul persönlich darüber zu informieren, dass er keine weiteren Treffen mit dem Konsul wünsche und dessen Hilfe nicht in Anspruch nehmen wolle.

Ohne bei uns anzufragen, ließen Sie jedoch den Konsul kommen und teilten ihm mit, dass Stickling einen Besuch ablehne. Als der Konsul jedoch auf einem Besuch bestand, erklärten Sie ihm weitschweifig, von einem Besuch könne keine Rede sein, da Stickling ihn nun einmal abgelehnt habe.

Da in Moskau jedoch beschlossen worden war, den Beschluss über die Besuchsgewährung umzusetzen, mussten Sie sich selbst widerrufen und entgegen Ihrer früheren Erklärung den Besuch dennoch gewähren. Diese Unannehmlichkeiten wären Ihnen erspart geblieben, wenn Sie rechtzeitig bei uns angefragt hätten.

4. Schließlich muss ich feststellen, dass Sie sich nicht sonderlich damit beeilt haben, uns über den Verlauf der Besuchsangelegenheit zu informieren. Am Abend des 3. Dezember teilte ich Ihnen telegrafisch mit, dass entschieden worden sei, den Besuch zu gewähren. Am 5. war der deutsche Botschafter bei Gen. Litvinov.⁵ Als der Botschafter auf die Besuchsfrage zu sprechen kam, sagte ihm Gen. Litvinov in der Überzeugung, dass der Besuch bereits stattgefunden habe, dass die Besuchsgenehmigung erteilt und diese Frage wahrscheinlich schon geregelt worden sei. Erst am 6. traf Ihr Telegramm mit der Mitteilung ein, dass Stickling einen Besuch ablehne und Sie dem Konsul erklärt hätten, dass der Besuch nicht stattfinden könne. Der Besuch fand schließlich am 11. statt. Dies erfuhr ich am gleichen Tag von Gen. Agranov, Ihr Telegramm über den stattgefundenen Besuch traf jedoch erst am 13. ein. Das ist nicht in Ordnung.

Ich weiß nicht, ob jemals in Novosibirsk noch einmal derartige Gerichtsprozesse stattfinden werden, ich bin mir jedoch sicher, dass beliebige andere politische und rechtliche Fragen, mit denen Sie früher nichts zu tun hatten, in Zukunft für Sie relevant werden könnten. In diesen Fällen informieren Sie uns eingedenk der Erfahrungen aus dem vorliegenden Fall rechtzeitig und stimmen Ihre Schritte mit uns ab.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

*Vermerk G.J. Bežanovs mit rotem Farbstift: an Levin 2. West[abteilung] GB[ežanov]. Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2736 vom 16.12.1936. Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 [Exemplare]. Kopien an: die Genossen Litvinov, Štern, **Stomonjakov**⁶.*

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 108–106. Kopie.

⁵ Vgl. Dok. 596.

⁶ Der Name wurde zusätzlich hinzugefügt.

Nr. 606
Auszug aus dem Schreiben des Botschaftsrats in Moskau von Tippelskirch
an das AA

[14.12.1936]

Auszug aus einem Schreiben des Botschaftsrats v. Tippelskirch in Moskau
vom 14.XII.1936

Herr von Herwarth, der gestern hier ankam, hat mir über seine Unterredung mit Ihnen¹ berichtet und damit den fehlenden Brief ersetzt.

In der vergangenen Woche standen wir im Zeichen der Provokationen der Frau Görbing und der daraus resultierenden Folgen (s. Bericht²). Ferner hat der Besuch von Meyer-Heydenhagen bei Stickling stattgefunden (s. Bericht). Der Herr Botschafter ist der Meinung, dass das Material aus diesen beiden Anlässen zunächst auf Eis gelegt werden sollte und einstweilen nicht zu veröffentlichen ist. Er wäre dankbar, wenn Sie in diesem Sinne bei den entscheidenden Herren (Weizsäcker u. Aschmann) Vortrag halten würden. Ehe wir nicht genau wissen, ob, wann und in welcher Form es hier zum Prozess gegen die verhafteten Reichsdeutschen kommt, möchten wir es nicht für zweckmäßig halten, durch eine Aktion die Situation weiter zu verschärfen (s. auch Nachtrag). Auch wird Görbing mehr damit gedient sein, dass man ihm bald eine neue Stelle besorgt. Beide Görbings haben sich übrigens in der schwierigen Situation sehr gut gehalten.

Was die neue Sowjetverfassung anlangt, so möchte ich nochmals auf die Bedeutung des Zusatzes hinweisen, wonach auch in Verfolg internationaler Verpflichtungen der Krieg erklärt werden kann.³ Damit ist der französisch-russische Beistandspakt, ebenso wie der tschechoslowakisch-russische, in der Verfassung verankert. Natürlich auch der Völkerbund, aber das ist nicht der Sinn!!

Vor einigen Tagen wurden wir durch Gerüchte in Aufregung versetzt, dass der Prozess unmittelbar bevorstünde und ganz groß aufgemacht werden solle. Bis heute haben wir keine Bestätigung dafür erhalten können. Aber das Damoklesschwert hängt natürlich dauernd über uns.

In diesem Zusammenhang interessiert es uns, ob die vom Botschafter angeregte Unterrichtung von Suritz durch das AA über den tatsächlichen Charakter der Auslandsorganisation und das Fehlen einer Organisation der NSDAP in der Sowjet-Union stattgefunden hat.⁴ Gegebenenfalls bitten wir um ein *Informationstelegramm über die Unterrichtung, die wir auch jetzt noch für nötig halten*⁵. Umso mehr als Litwinow sich in seiner Kongress-Rede⁶ skeptisch geäußert hat.

¹ Wahrscheinlich war der Adressat Schliep, der Leiter des Referats V/Osteuropa in der Politischen Abteilung.

² Vgl. Dok. 600.

³ Gemäß Artikel 49/k der Verfassung der UdSSR von 1936 ist für Zeiten zwischen den Tagungen des Obersten Sowjet der UdSSR zu den Befugnissen des Präsidiums des Obersten Sowjet hinzugefügt worden, „im Falle eines militärischen Angriffes auf die UdSSR oder im Falle der Notwendigkeit der Erfüllung internationaler Vertragsverpflichtungen zu gegenseitiger Verteidigung gegen Aggression“ den Kriegsfall zu erklären. Vgl. Izvestija vom 6.12.1936, S. 2-3, hier S. 2.

⁴ Freiherr von Neurath empfing Suric am 16.1.1937; vgl. Dok. 626.

⁵ Der Text ist unterstrichen und der gesamte Absatz am Seitenrand angestrichen.

⁶ Vgl. Dok. 593.

Die Einstellung der Sowjet-Regierung zur spanischen Frage ergibt sich aus der Antwort auf den franz.-engl. Vermittlungsvorschlag.⁷ Sie wird aber wieder verdunkelt durch die gleichzeitigen Pressekommentare dazu. Der Herr Botschafter wird versuchen, durch Hinweis auf diese Unstimmigkeit Näheres über die russische Einstellung aus Litwinow herauszulocken. Ich persönlich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die Sowjet-Außenpolitik darnach trachtet, aus der spanischen Angelegenheit mit einem blauen Auge herauszukommen. –

Als ob wir nicht schon mit Spanien genug hätten, scheinen jetzt in China Wirren zu entstehen, deren Zweck und Wirkung sich noch gar nicht übersehen lassen. Die Ausschaltung Chiang Kai-Sheks⁸ kann, bei der Bedeutung dieser Persönlichkeit, die Dinge in China und im Fernen Osten überhaupt völlig auf den Kopf stellen. –

Nachtrag!

Wie merkwürdig die Situation hier ist, ergibt sich aus folgenden beiden Beobachtungen:

1) Bisher gingen alle Nachrichten in der Richtung einer zunehmenden allgemeinen Ausländerfeindlichkeit der Sowjets. Heute wird mir mitgeteilt, dass der Wind umgeschlagen sei. Russen, die sich in letzter Zeit peinlich vor dem Verkehr mit Ausländern gehütet hätten, wichen diesem Verkehr nicht nur nicht aus, sondern suchten ihn sogar. Staatsangehörige hiesiger fremder Missionen, die sich gescheut hätten, das Gebäude der Mission zu betreten, seien ungeniert erschienen. Die Beteiligten hätten erklärt, dies ginge auf Weisungen des neuen GPU Chefs Seshow⁹ zurück. Es werde daneben ein viel höflicheres Verhalten der unteren Behörden gegenüber Ausländern festgestellt. –

(Vorausgesetzt, dass obige Wahrnehmung sich bestätigt, so lässt sich vielleicht als Grund vermuten, dass die Berichterstattung der ausländischen Presse anlässlich der jüngsten Verhaftungswelle die Sowjets veranlasst hat, die Zügel wieder etwas locker zu lassen. In diplomatischen Kreisen erwähnt man hierzu noch, das deutsch-japanische Abkommen habe die politische Situation der Sowjets, die sich in Verfolg der spanischen Frage sehr verschlechtert hatte, wesentlich verbessert und man habe nicht gezögert, die neu gewonnenen Möglichkeiten auszubauen... Ob die oben erwähnte Lockerung auch für Deutsche gilt, bleibt abzuwarten!)

2) Hier wird erzählt, dass die Schaffung eines Kommissariats für die Kriegsindustrie auf Kosten des Kommissariats für die Schwerindustrie gehe und ein Miss-

⁷ Die britische und die französische Regierung hatten sechs Staaten (Großbritannien, Frankreich, UdSSR, Deutschland, Italien und Portugal) einen Maßnahmenkatalog vorgeschlagen zur Verhütung direkter oder indirekter Aktionen, die zur Einmischung in den Spanischen Bürgerkrieg führen könnten, und boten auch ihre Vermittlung in diesem Konflikt an. Litvinov erklärte das grundsätzliche Einverständnis der sowjetischen Regierung zu diesem Vorschlag und betonte, dass die vollständige und effektive Kontrolle der Entsendung von Kriegsmaterial und Freiwilligenverbänden nach Spanien gestärkt werden müsse. Vgl. Izvestija vom 11. Dezember 1936, S. 1.

⁸ Bei dem sogenannten Zwischenfall von Xi'an wurde Chiang Kai-Shek von einem Widersacher entführt, der auf Unterstützung der UdSSR hoffte. Diese unterblieb und Chiang Kai-Shek kam frei, stellte angesichts des chinesisch-japanischen Krieges jedoch seinen Kampf gegen die chinesischen Kommunisten für die Dauer des Krieges (1937–1945) ein.

⁹ So im Dokument; richtig: Jeshow bzw. Ėšov.

trauensvotum gegen Ordshonikidse darstelle. Die Verhaftung von Pjatakoff, dessen nähere Mitarbeiter alle verhaftet, z. T. erschossen sein sollen, habe auch auf Ordshonikidse zurückgewirkt und dessen Stellung erschüttert. –

Genaues wird sich darüber wohl sehr schwer feststellen lassen. Es wird aber gemunkelt, Ordshonikidse soll bereits gemäßregelt worden sein.¹⁰

[von Tippelskirch]

PA AA, R 104384, Bl. E 019725-019727.

Nr. 607

**Aufzeichnung der Unterredung des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin
Suric mit Reichsminister Göring**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

Berlin, den 16. Dezember 1936

Tagebuch
des Gen. Suric
Nr. 459/s¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG MIT REICHSMINISTER GÖRING

vom 14.XII.1936

Göring empfing mich in seinem Haus, Leipziger Platz 11/a. Ich habe entsprechend der Weisung aus Moskau² gleich zu Beginn des Gesprächs bemerkt, dass ich über die von ihm ergriffene Initiative erfreut bin und gern seiner Einladung „zum Meinungsaustausch“ folge.

Göring kam sofort zum Kern der Angelegenheit, derentwegen er mich eingeladen hatte. Das Gespräch nahm übrigens sofort die Form eines Monologs an. Von *den 60*³ Minuten, die das Gespräch dauerte, nahm Göring wahrscheinlich mindestens *55 Minuten in Anspruch*⁴. Der erste Teil seiner Rede war gut durchdacht, er wog jedes Wort ab und sprach so, als ob er alles auswendig gelernt hätte.

*,Ich möchte mit Ihnen“, sagte er, „nicht als Politiker, sondern als Mann der Wirtschaft („als Kaufmann“) sprechen, der jetzt vom „Führer“ mit der Durchführung des Vierjahresplanes und mit der Leitung der Wirtschaft beauftragt worden ist. Ich bin ein Befürworter der Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR und als Leiter der Wirtschaft verstehe ich deren Bedeutung gut. Dabei mei-

¹⁰ Der Auszug ist ohne Adressat und Unterschrift. Am Ende maschinenschriftlich: Abschriftlich Herrn Ges. von Erdmannsdorff, Herrn LS. Frhr. v. Welck, Herrn Ges. Aschmann, Herrn Kons. Schönberg, Herrn VLR. Schnurre, – je besonders – zur gefl. Kenntnis. Berlin, den 17.12.1936.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 598.

³ Die Textstelle ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

⁴ Die Textstelle ist mit blauem Farbstift unterstrichen.

ne ich, dass bei der jetzigen Lage der Dinge dies nur unter der Bedingung möglich ist, dass diese Beziehungen ohne Rücksichtnahme auf den Zustand unserer politischen Beziehungen aufgebaut werden, ohne danach zu streben, unsere Wirtschaft der Politik anzupassen.^{*5} Dies wird natürlich stark durch die Besonderheiten der wirtschaftlichen Strukturen unserer beiden Länder erschwert. Bei Ihnen befindet sich der gesamte Außenhandel in den Händen des Staates. Bei uns steht er auch unter dem starken und wachsenden Einfluss der Staatsmacht. Dies führt selbstverständlich zu einer weitaus größeren Verflechtung der Wirtschaft mit der Politik. Unter normalen Verhältnissen ist dies sogar ein Plus, angesichts unserer angespannten politischen Beziehungen birgt das jedoch auch eine große Gefahr in sich. Es wäre sehr gefährlich, wenn *unter dem Druck und Einfluss unserer politischen Beziehungen unser gegenseitiges Interesse an der Aufrechterhaltung und sogar an einem Ausbau unsere Wirtschaftsbeziehungen in Vergessenheit geraten sollte. Ich würde es meinerseits deshalb vorziehen“, ergänzte Göring, „in der jetzigen Etappe unsere Wirtschaftsbeziehungen zu dem Zwecke ‚zu apolitisieren‘ (er benutzte den deutschen Terminus ‚entpolitisieren‘), um beide Seiten in die Lage zu versetzen, wirtschaftliche Beziehungen ohne ‚eine politische Voreingenommenheit‘ zu ermöglichen.“^{*6}

In Beantwortung meiner Frage, worin er in unseren Wirtschaftsbeziehungen eine politische Voreingenommenheit erblicke, kam Göring sofort und ohne Umschweife auf die ihm von Gen. Kandelaki ausgehändigte Liste zu sprechen.⁷ Die überreichte Liste, sagte er, trage nicht dazu bei, seine Gewissheit zu stärken, dass die UdSSR ernste Absichten hege, die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland zu entwickeln und zu festigen. In der Liste gebe es Objekte, die strenger Geheimhaltung unterliegen, und kein einziger Staat würde diese an einen anderen Staat verkaufen, selbst dann nicht, wenn er mit diesem durch eine allerengste Freundschaft verbunden wäre. Als die sowjetische Seite derartige Vorschläge unterbreitet habe, sei sie von vornherein davon ausgegangen, dass sie auf Ablehnung stoßen würden, und es erhebe sich natürlich die Frage, welche Ziele damit verfolgt würden. *Es komme der Verdacht auf, als ob die sowjetische Seite mit dieser Liste sagen wolle, ihr sei nicht an normalen und üblichen Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland gelegen, sondern dass sie von Deutschland vielmehr das „Unmögliche“ fordere*.⁸ Sollten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern an den Forderungen scheitern, die Deutschland offenkundig nicht erfüllen könne, so entstünde die Gefahr, dass auch diese Beziehungen zum Stillstand kommen könnten, und dann würde solch ein Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft eintreten, welches er, Göring, mit allen Mitteln vermeiden wolle. Er selbst sei der Auffassung, dass *unsere Wirtschaft nicht der heutigen „Politik“ angepasst, sondern auf alle erdenkliche Weise entwickelt werden müsse, um sodann auf der Grundlage dieser Entwicklung langsam und „schrittweise auf die Politik Einfluss zu nehmen“.^{*9} An dieser Stelle unterbrach ich Göring und sagte, obgleich ich die Liste nicht im Detail

⁵ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁶ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁷ Vgl. Dok. 489.

⁸ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

kenne, dennoch die Annahme zurückweisen müsse, wonach wir uns bei der Aufstellung der Liste von allen möglichen Dingen hätten leiten lassen, nur nicht von Überlegungen rein geschäftlicher Art. Bei der Aufstellung der Liste hätten wir jene Objekte aufgenommen, die uns interessierten und die wir von Deutschland zu erhalten wünschten. Wenn er, Göring, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unserem Land anstrebe, müsse er jene Veränderungen berücksichtigen, die sich in unserer Wirtschaft in den letzten Jahren vollzogen hätten, und verstehen, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen uns in dem Umfang entwickeln könnten, in dem auch wir von Deutschland alles das erhalten können, was uns interessiert. Darauf antwortete Göring, dass er dies verstehe und daher bereit sei, mit Kandelaki die gesamte Liste aufmerksam durchzusehen. Bei seinen *weiteren Ausführungen zur Liste stellte sich heraus, dass einige in der Liste aufgeführte Objekte an die UdSSR geliefert werden könnten, die einen ohne Vorbehalte, die anderen zu bestimmten Bedingungen. Von allen möglichen Bedingungen nannte Göring zwei: 1) die Lieferfrist, die damit erklärt wird, dass die deutsche Industrie zuerst die eigene Armee mit diesen Objekten ausstatten müsse und 2) unsere rohstoffmäßige und generelle materielle Hilfe bei der Herstellung dieser Objekte.*¹⁰ Was die Objekte betrifft, die der UdSSR geliefert werden könnten, „wie diese auch an andere Länder liefert werden“¹¹, erwähnte Göring hier Panzerstahl. Göring beabsichtige, über all dies ausführlich und im Detail mit Kandelaki zu sprechen, „dem er zu jeder Zeit zur Verfügung steht“. Jedoch wolle er bereits jetzt *über mich „einer falschen Vorstellung vorbeugen, wonach eine deutsche Ablehnung einzelner Objekte politisch gefärbt wäre.“¹²

Während Göring das Gespräch mit mir als „Kaufmann“ begann und sich anfangs mit Bedacht von der Politik abgrenzte, glitt er im Gesprächsverlauf immer mehr in Richtung Politik ab. Als er über seinen aufrichtigen Wunsch sprach, die Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR zu entwickeln, führte er aus, dass dies seiner Ansicht entspreche, wonach es wünschenswert wäre, auch die politischen Beziehungen zu normalisieren. Dabei erinnerte er an die Ratschläge Bismarcks und sogar an den Fehler, den Wilhelm II. beging, als er diese Ratschläge missachtete. Es ist übrigens zu bemerken, dass er (Göring) die ganze Zeit über die Begriffe „Russland“ und „russisches Volk“ gebrauchte. Als er bekundete, ein Anhänger Bismarcks zu sein, gab er mir zugleich zu verstehen, dass er angesichts der heutigen Lage der Dinge auf eine Veränderung der politischen Beziehungen nur dann Einfluss nehmen könne, wenn er sich auf Fakten und auf seine innere Überzeugung stützen könnte, dass auch die UdSSR normale und in erster Linie *wirtschaftliche*¹³ Beziehungen mit Deutschland wünsche. Zurzeit hätte er diese Gewissheit nicht.*¹⁴ Als ich ihm in sehr verknappten Zügen die Auffassungen der Führung des sowjetischen Staates über die Beziehungen mit anderen Ländern und mit Deutschland darlegte, hörte er mir aufmerksam zu, bemerkte jedoch melancholisch, dass dies alles so sein könne, jedoch wären 99% der Deutschen leider davon überzeugt, die

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen,

¹¹ Die Anführungszeichen sind mit Bleistift gesetzt worden.

¹² Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹³ Das Wort ist blauem Farbstift unterstrichen.

¹⁴ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

UdSSR wolle Deutschland zerquetschen, und begann etwas konfus zu erklären, weshalb diese 99% so denken würden.

*Als sich Göring von mir verabschiedete, sprach er pro domo sua¹⁵. Er sagte mir, ich hätte sicherlich bemerkt, dass er, Göring, sich seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten keinen einzigen Ausfall gegenüber der UdSSR erlaubt und die „Namen Stalins und Vorošilovs niemals öffentlich genannt“¹⁶ habe. Dies hätte er alles bewusst getan, weil er persönliche Angriffe nicht teile und kein Anhänger davon sei, „die Beziehungen bis zur Weißglut zu reizen.“¹⁷

Göring begleitete mich feierlich durch den ganzen Empfangsraum, in dem sich viele Personen befanden, darunter der Minister für Verkehrswesen¹⁸.

Ja. Suric

Vermerk mit roten Farbstift: M.M.¹⁹

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4031 vom 20.12.1936.

Am Ende des Dokuments ist der Verteiler vermerkt: 8 Expl., 5 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 156–160. Original.

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 87, S. 149–151.

Nr. 608

Aufzeichnung der Unterredung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin mit dem Leiter des Ref. V/Osteuropa in der Politischen Abteilung im AA Schliep

Geheim

Expl. Nr. 1

Berlin, den 16. Dezember 1936

Tagebuch
E. Gnedins
Nr. 455/s¹

Besuch bei Schliep (Auswärtiges Amt).

16. Dezember 1936

Ich legte Schliep die laufenden Fälle dar, die uns am meisten interessieren. In erster Linie lenkte ich seine Aufmerksamkeit auf den Zwischenfall bezüglich der Wohnung des Gen. Gordon und der Besteuerung des Autos des Gen. Gordon. Gen. Gordon hatte von der Gesellschaft, der das Haus gehört, in dem er wohnt,

¹⁵ In eigener Sache.

¹⁶ Die Anführungszeichen sind mit Bleistift gesetzt.

¹⁷ Der Text des Absatzes ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

¹⁸ Baron Paul von Eltz-Rübenach.

¹⁹ Litvinov.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

unvermittelt die Aufforderung erhalten, in einer dreimonatigen Frist die Wohnung zu räumen und innerhalb dieser Frist allen Interessenten eine Besichtigung der Wohnung zu ermöglichen. Ich sagte Schliep, wir würden es sehr bedauern, bislang keine Antwort auf unser vertrauliches Ersuchen an die Protokollabteilung um Unterstützung in dieser Sache erhalten zu haben. Ich fügte dem hinzu, dass für einen ausländischen Diplomaten eine unerträgliche Situation geschaffen werde, wenn ihm ohne jegliche Begründung die Wohnung gekündigt werden könne und er in die Lage gerate, dass eine beliebige Person unter dem Vorwand einer Wohnungsbesichtigung den Zugang zu der von einem Diplomaten genutzten Wohnung einfordern könne. Ich wies dabei darauf hin, dass sich die deutschen Diplomaten in Moskau in einer weitaus besseren Lage als unsere Diplomaten in Berlin befänden. Ich hob ebenso hervor, dass uns diese Angelegenheit insbesondere wegen ihres Präzedenzcharakters beunruhige. Schliep erwiderte, dass die deutschen Diplomaten in vom deutschen Staat gemieteten Häusern wohnen würden. Sodann wies er ordnungshalber darauf hin, dass es sich bei der Wohnung des Gen. Gordon um private Interessen einer privaten Gesellschaft handele. Dessen ungeachtet verstehe er jedoch die Notwendigkeit, in dieser Angelegenheit etwas zu unternehmen.

Etwas knapper wies ich Schliep auf die völlig unmögliche Weigerung hin, die beim Verkauf des alten Autos des Gen. Gordon fällige Steuer² anzurechnen. Ich machte unter Bezugnahme auf die Fakten darauf aufmerksam, dass hier rein formalistisch vorgegangen wurde, um sowjetische Diplomaten zu schikanieren. Schliep versprach, der Sache nachzugehen.

Im weiteren Gesprächsverlauf machte ich Schliep auch auf den Umstand aufmerksam, dass von dem Vertreter der Gesellschaft „Kultur und Technik“, Tretler, nach einer gewissen Pause erneut die Entrichtung der Einkommenssteuer für mehrere Jahre rückwirkend gefordert werde, anderenfalls der Ausverkauf des Vermögens [der Gesellschaft] angedroht wurde. Bislang habe das Auswärtige Amt nicht auf unsere Note vom September geantwortet.

In die gleiche Kategorie schikanösen Vorgehens gehört auch die Weigerung der Reichsfilmkammer³, unserem Klub die Ausleihgenehmigung für deutsche Filme der letzten Jahre zu erteilen. Ich wies Schliep darauf hin, dass früher Filme bei einer beliebigen Verleihfirma ausgeliehen werden konnten, unlängst wären jedoch Schwierigkeiten entstanden. Ursprünglich habe der Vertreter der Reichsfilmkammer der gesunden Logik folgend zuvorkommend versprochen, diese Frage zu regeln. Nach einigen Wochen habe er jedoch erklärt, dass die Bitte des Klubs aus Gründen allgemeiner Art nicht erfüllt werden könne. Ich bat Schliep, sich auch dieser Frage anzunehmen.

Gesondert ging ich auf zwei Haftsachen ein. Seit nunmehr zweieinhalb Monaten warten wir auf eine Antwort bezüglich unserer Bitte, einen Besuch des verhafteten sowjetischen Staatsbürgers Lur'e gewährt zu bekommen. Kaum hatte ich über die Haftsachen zu sprechen begonnen, als Schliep auflebte und darüber zu sprechen begann, dass in der UdSSR 100 deutsche Staatsbürger inhaftiert seien, wobei ein inhaftierter deutscher Staatsbürger gänzlich verschwunden und seine Spuren

² Gemeint ist die Besteuerung des bei einem Verkauf erzielten Betrages.

³ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

nicht auffindbar seien. (Schliep ging nicht auf die letzten Verhaftungen ein.) Ich erinnerte Schliep daran, dass er kein Befürworter von Junktims⁴ sei und unterstrich dabei, dass ich lediglich über die letzten Fälle spreche, ihm jedoch nicht wenige andere Haftsachen und empörende Fälle präsentieren könne. Schliep griff dieses Thema nicht mehr auf und sagte mir, dass wir im Fall von Lur'e dieser Tage eine zufriedenstellende Antwort erhalten würden. Sodann lenkte ich Schlieps Aufmerksamkeit auf den Fall Kofman. Dieser sowjetische Staatsbürger sei am 7. November verhaftet worden, bislang sei uns keine offizielle Unterrichtung durch das Auswärtige Amt oder durch Polizeidienststellen zugegangen, worüber wir das Auswärtige Amt mit Note vom 8. Dezember unterrichtet hätten. Ich hob hervor, dass bei diesem Fall ein eindeutiger Verstoß gegen das Abkommen über Niederlassung⁵ durch die deutsche Seite vorliege. Schliep widersprach nicht und versprach, sich um diese Angelegenheit zu kümmern.

Zum Abschluss bat ich darum, eine Antwort auf unsere Note bezüglich der Durchsuchung des Dampfers „Dvinolcs“ in Bremen zu beschleunigen.

Als ich die Darlegung meiner Angelegenheiten beendet hatte, sagte Schliep, er möchte im Auftrage der entsprechenden deutschen Behörden meine Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass die Handelsvertretung einigen Redaktionen Materialien zusende, in denen Elemente von Propaganda enthalten seien. Es gehe dabei um die durch die Handelsvertretung erfolgte Übersendung der Übersetzung des Redetextes von Gen. Rozengol'c an die „National-Zeitung“ und um einen Bericht über die Teppichproduktion in der UdSSR. Als ich Schliep zu erklären bat, was denn den deutschen Behörden an diesen literarischen Materialien missfalle, zeigte mir Schliep die ihm zugesandten Texte. Bei der Rede des Gen. Rozengol'c war auf der ersten Seite mit rotem Farbstift die Stelle angestrichen, wo es heißt, dass die sowjetische Regierung an der Festigung des Friedens interessiert sei. Ohne auf andere Stellen einzugehen, gab ich meine Verwundrung darüber zum Ausdruck, dass ein Eintreten zugunsten einer Festigung des Friedens in Deutschland als schädliche Propaganda angesehen werde. Schliep bat mich sichtlich verlegen darum, mich nicht auf diese Stelle zu fokussieren und auch andere Teile der Rede zu berücksichtigen. Bei dem Bericht über die Teppichherstellung stellte ich fest, dass die Hervorhebung der Rolle der Genossenschaften bei der sowjetischen Teppichherstellung als Propaganda qualifiziert wird. Nachdem ich mich darüber lustig gemacht und Schliep an die Geschichte erinnert hatte, wonach das Propagandaministerium die einfache Reklame für das Musikfestival in Leningrad als Kultur-Bolschewismus erklärt hatte, sagte ich Schliep, dass ich meine Meinung zu solcherart Äußerungen von deutschen Behörden generell nicht zurückhalten könne. Ich wäre dennoch bereit, die Aufmerksamkeit der Handelsvertretung auf die von Schliep vorgetragenen Fakten zu lenken, weil ich der Ansicht sei, wenn man sich in Deutschland aufhalte, müsse man die spezielle Psyche (Mentalität)⁶ der deutschen Behörden in Betracht ziehen. Schliep, der sich keineswegs beleidigt zeigte, dankte mir für meine Antwort.

⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 575, Anm. 2.

⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Es verdient Beachtung, dass Schliep gleich zu Beginn des Gesprächs auf die Erkrankung von Gen. Suric (Grippe) zu sprechen kam und mich höchst vorsichtig fragte, ob der Botschafter beabsichtige, in nächster Zeit nach Moskau zu reisen. Ich sagte dazu, dass mir zu dieser Frage überhaupt nichts bekannt sei.

Gnedin

Vermerk mit rotem Farbstift: M.M.⁷

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4032 vom 20.12.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

8 Expl. 5 Expl. an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 Expl. zu den Akten.

16. XII.36.

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 46, l. 161–164. Original.

Nr. 609

**Schreiben des Leiters der Wirtschaftsabteilung im NKID Rozenbljum
an den Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Bessonov**

GEHEIM

19. Dezember 1936

UdSSR NKID

Wirtschaftsabteilung

Nr. 24094¹

AN DEN

RAT DER BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETUNG

DER UdSSR IN DEUTSCHLAND

Gen. BESSONOV

Das NKVT informiert uns über die Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland im Jahr 1937. Unsere Zahlungen bezüglich der alten Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland im Jahr 1937 betragen ungefähr 27 Millionen Mark. Dies ist eine verhältnismäßig geringe Summe. Dessen ungeachtet können wir ohne ein Abkommen mit der deutschen Regierung diese Summe nicht mit Waren begleichen, sondern würden gezwungen sein, mit Gold zu zahlen. Da dies unzweckmäßig ist, wird man sich allem Anschein nach mit der deutschen Regierung auch über das das Jahr 1937 betreffende Abkommen nach dem Muster des Abkommens für 1936 verständigen müssen.²

Das Abkommen stellt sich dem NKVT in Form einer Vereinbarung über unser Recht dar, die Zahlungen in Deutschland mit Waren zu tätigen, sowie über unsere

⁷ Litvinov.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 451, Anm. 2.

Verpflichtung, die laufenden Aufträge in Deutschland in Höhe der Summe unseres Exports zu realisieren, die das Volumen der Summe unserer Zahlungen ^{**in**}³ Deutschland übersteigt. Laut Erklärung des NKVT sind die laufenden Aufträge ^{**für 1937**}⁴ praktisch mit einer relativ geringen Summe veranschlagt, in einer Größenordnung von 6–7 Millionen Mark. Offenbar müssen wir den Deutschen laut Abkommen die Lieferung einer bestimmten Menge von Rohstoffen versprechen. Damit werden wir uns wohl abfinden müssen, da die Deutschen in dem Fall, dass ein Abkommen nicht zustande kommt und wir gezwungen wären, unsere Verbindlichkeiten mit Gold zu begleichen, ohnehin in der Lage wären, mit diesem Gold die erforderlichen Rohstoffe zu erwerben.

Volkskommissar M.M. Litvinov, dem ich diese ganze Angelegenheit vortrug, stimmte den dargelegten Gedankengängen zu und empfahl uns lediglich, darauf zu achten, die neuen Aufträge an Deutschland auf einen möglichst geringen Umfang zu beschränken.

Wir bitten Sie, uns über den weiteren Fortgang der Verhandlungen mit Deutschland über das Abkommen für 1937⁵ auf dem Laufenden zu halten, sobald diese aufgenommen werden.⁶

LEITER DER WIRTSCHAFTSABTEILUNG

B. ROZENBLJUM

Vermerk G.Ja. Bežanovs mit Tinte: an Gen. Levin. GB[ežanov]

Oben rechts von der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2772 vom 20.12.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

*3 Expl. 1 [Exemplar] an die Adresse, 1 an die 2. *Westabteilung*⁷, 1 zu den Akten.*

Stempel des Sekretärs der Wirtschaftsabteilung des NKID der UdSSR: Stimmt mit dem Original überein.⁸

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 10, l. 17. Beglaubigte Kopie.

³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁴ Die Stelle ist über die Zeile geschrieben.

⁵ Zur Einschätzung der Perspektiven der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen in Industriellenkreisen des Reiches vgl. Dok. 611.

⁶ Kandelaki und Schacht unterzeichneten am 24.12.1936 das Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr für 1937. Vgl. Dok. 615, 619.

⁷ Das Wort ist mit Tinte unterstrichen.

⁸ Die Unterschrift im Stempel ist nicht lesbar.

Nr. 610

Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

Moskau, den 21. Dezember 1936

Abschrift 83-25 21/12¹.

Tgb. Nr. A 2551

1 Anlage

Auf den Erlass 83-25 26/11 v. 30. Novbr. 1936

An das

Auswärtige Amt

Berlin

Inhalt: Judenfeindlichkeit in der Sowjetunion

Die in der Anlage gemäß dem nebenbezeichneten Erlass zurückgereichte Meldung des „Angriff“ vom 24. November² bzw. die darin zitierte Nachricht der „Deutschen Rundschau“ in Bromberg über Symptome der Judenfeindlichkeit in der Sowjetunion ist nach hiesigen Informationen *nicht*³ zutreffend.

Davon, dass die polnischen Konsulate in der UdSSR von jüdischen Scharen belagert seien, die sich nach Polen zu retten wünschten, kann nach Auskunft von polnischer Seite nicht die Rede sein. Die Möglichkeit, nach Polen auszuwandern, besteht überhaupt nur für Juden polnischer Staatsangehörigkeit; ihre Zahl in der Sowjetunion ist jedoch nach Mitteilung aus gleicher Quelle unerheblich.

Die Behauptung, dass in den „leitenden bolschewistischen Kreisen“ seit einiger Zeit jüdenfeindliche Stimmungen zu beobachten seien, konnte man nach dem Trotzistenprozess⁴ von Ausländern und Inländern in der Sowjetunion häufig hören, zumal schon früher periodisch Gerüchte aufzutauchen pflegten, dass ein Übermaß des jüdischen Einflusses selbst in Parteikreisen als lästig und schädlich empfunden würde. Dementsprechend wurden mancherseits einige Personalveränderungen der letzten Zeit in dem Sinne gedeutet, dass das Sowjetregime wenigstens seine „Fassade“ etwas „entjüden“ wolle.

*Alle diese Mutmaßungen sind jedoch mit größter Vorsicht aufzunehmen. Verschwanden einige jüdische Namen auf*⁵ wichtigen Posten, so erschienen dafür neue an anderer leitender Stelle. Der ideologische Gegensatz des Bolschewismus zum Nationalsozialismus und das Streben des Sowjetregimes, den Nationalsozialismus in seinen Prinzipien zu bekämpfen, kommt auch in den die Rassenfrage betreffenden Äußerungen der stark jüdisch durchsetzten Sowjetpresse zum Ausdruck. Sie spricht zwar seltener von der Judenfrage im Besondern als von der „Rassentheorie“ des Nationalsozialismus, die sie wütend bekämpft, im Allgemeinen, aber jedermann ver-

¹ Das Schreiben wurde am 31.12.1936 abschriftlich an die Reichskanzlei gesandt. Außerdem erhielten der Stellvertreter des Führers, das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, das Reichs- und Preußische Ministerium des Innern, das Geheime Staatspolizeiamt und das Außenpolitische Amt der NSDAP Abschriften. Vgl. BAArch, R 43 II/1489, Bl. 39.

² Vgl. „Massenflucht der Juden aus Sowjetrußland? Aus Furcht vor einem antisemitischen Kurs“. In: Der Angriff vom 25. November 1936, S. 8.

³ Das Wort ist unterstrichen. Außerdem ist der gesamte Absatz am Seitenrand angestrichen.

⁴ Gemeint ist der 1. Schauprozess vom 19. bis 24.8.1936.

⁵ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

steht, was gemeint ist. In der neuen Sowjetverfassung, zu deren Mitverfassern mehrere prominente Sowjetjuden gehörten, hat diese Tendenz ihren Niederschlag im Artikel 123 gefunden, der jegliche „Propaganda der Exklusivität, des Hasses und der Missachtung in rassemäßiger oder nationaler Hinsicht“ unter Strafe stellt.

Auf dem 8. außerordentlichen Sowjetkongress, der die neue Verfassung annahm, hielt der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow, der selber nicht Jude ist, eine Rede, in der der Judenfrage ein besonderer Abschnitt gewidmet war.⁶ Nach allerlei Schimpfereien auf den Antisemitismus der „deutschen Faschisten“ stimmte Molotow ein Loblied auf das Judentum an, dessen Verdienste um die Revolution, die Sowjetunion und die Menschheit er feierte. Molotow berief sich dabei auch auf Stalin, der in einem Interview im Jahre 1931 den Antisemitismus als „Überrest des Kannibalismus“ bezeichnet hatte.⁷

*Demnach ist festzustellen, dass, mag auch in den breiten Schichten der Bevölkerung der Sowjetunion die Judenherrschaft als schwere Last empfunden werden, die leitenden Kreise des Bolschewismus ihre Judenfreundlichkeit soeben erst wieder öffentlich bekundet haben.*⁸

gez. Schulenburg

BArch, R 43 II/1489, Bl. 40–40/R.

Nr. 611

Rundschreiben des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Tschunke

Berlin W 35, den 22. Dezember 1936

Nicht für die Presse!

Tgb. Nr.: 4580/R

An die

1. Mitglieder des R.-A.,
2. Geschäftsführungen der Spitzenorganisationen,
3. Wirtschaftsgruppen der Reichsgruppe Industrie,
4. Industrieabteilungen der Wirtschaftskammern,
5. an sämtliche Industrie- und Handelskammern
6. Außenhandelsstellen.

Betrifft: Verhandlungen über die Verlängerung des deutsch-russischen Wirtschaftsvertrages vom 29.4.1936

Verschiedene Anfragen aus unserem Mitgliederkreise und Gerüchte aller Art geben uns Veranlassung, Nachstehendes mitzuteilen.

⁶ Vgl. W.M. Molotow: Die Verfassung des Sozialismus. Rede auf dem außerordentlichen VIII. Sowjetkongress der UdSSR am 29. November 1936, Moskau 1936, S. 22–24.

⁷ Ebd., S. 23. In der vorliegenden Übersetzung heißt es: „Nationaler und Rassenchauvinismus ist ein Überbleibsel menschenfeindlicher Sitten, die der Periode des Kannibalismus eigen sind.“ Vgl. auch Dok. 230.

⁸ Der Absatz ist am Seitenrand angestrichen

Es schweben zurzeit Verhandlungen über eine Verlängerung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrages vom 29.4.1936¹, der bekanntlich am 31. Dezember 1936 abläuft. Es ist geplant, das Abkommen bis zum 31. Dezember 1937 zu verlängern und damit rechtzeitig den beiderseitigen Waren- und Zahlungsverkehr für das Jahr 1937 klarzustellen. Der bekannte Nachfristtermin vom 30. Juni 1937 (Zahlungen aus den russischen Guthaben), der sich in letzter Zeit bei Bestellverhandlungen als hemmend erwies, wird, für den Fall, dass die Vertragsverlängerung zustande kommt, hinfällig werden. Im Rahmen des neu abzuschließenden Abkommens ist zur Verstärkung des Warenaustausches eine Vereinbarung in Aussicht genommen, nach der die Sowjetseite ihre 1937 fällig werdenden Wechselverbindlichkeiten (ca. 27 Mill. RM) vorzeitig durch Warenlieferungen einlösen soll, und zwar in der Zeit vom Januar bis Juli 1937, nach Wahl der Sowjets. Um die Durchführung dieser Vereinbarung sicherzustellen, ist seitens der Industriefinanzierungs-Aktiengesellschaft Ost „Ifago“ und von uns ein entsprechendes Rundschreiben an alle diejenigen deutschen Lieferfirmen hinausgegangen, die ihre Wechsel bei der „Ifago“ liegen haben oder im eigenen Portefeuille behielten oder an Banken und andere Stellen weitergegeben haben. Die damit zusammenhängenden Feststellungen sind zeitraubend und verzögern naturgemäß den Abschluss des neuen Abkommens.

Die vielfach verbreiteten Nachrichten über ein Aussetzen der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen auf unbestimmte Zeit, Unterbindung der Handlungsfreiheit der deutschen Firmen gegenüber der Handelsvertretung der UdSSR in Berlin sind unrichtig. Auch trifft es nicht zu, dass neue Kreditverhandlungen und damit zusammenhängende Besprechungen über zusätzliche Bestellungen im Gange sind. Diese Gerüchte sind wohl darauf zurückzuführen, dass der Termin für die Ausschöpfung des deutschen 200 Millionen Reichsmark-Kredits (deutsch-russische Wirtschaftsvereinbarung vom 9.4.35²) bis zum 31. März 1937 verlängert werden soll.

*Zusammenfassend darf gesagt werden, dass die beiderseitigen Bemühungen dahin gerichtet sind, möglichst bald den vertragsmäßigen Zustand der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen auch für das Jahr 1937 festzulegen.*³

Heil Hitler!

Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Der Geschäftsführer

Tschunke

Auf Kopfbogen des Russland-Ausschusses geschrieben.

BArch, NS 43/39, Bl. 312–313.

¹ Vgl. Dok. 451, Anm. 2.

² Vgl. Dok. 116.

³ Der Absatz ist am Seitenrand angestrichen.

Nr. 612

**Schreiben des Leiters der Abteilung II im Reichsministerium für
Volksaufklärung und Propaganda Haegert an den Leiter des Ref. V/Osteuropa
in der Politischen Abteilung im AA Schliep**

Berlin W 8, den 22.12.1936

Abschrift Pol. V 6631/36

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda
Gesch. Z. II/2405/4.11.36/506-55,14.

An das Auswärtige Amt z. H. von Herrn V.L.R. Schliep, Berlin

Betr.: Pol. V 5001.

Auf Ihre Anfrage vom 4. November 1936 teile ich mit, dass ich gegen die Weiterführung der im Auftrage der Gesellschaft zum Studium Osteuropas herausgegebenen deutschen Ausgabe der russischen Aktenpublikation¹ keine Bedenken habe. Dabei bitte ich jedoch folgendes zu berücksichtigen:

1. Für das Werk darf nur in Fachzeitschriften geworben werden. Auch in den Fachzeitschriften darf die Werbung das Durchschnittsmaß nicht übersteigen.

2. Für den Fall, dass Vorworte zu den Bänden geplant sind, würde ich es begrüßen, wenn sie mir vor der Drucklegung vorgelegt würden.

*3. Ich habe mich seinerzeit gegen eine Fortsetzung der Lehrtätigkeit des Prof. Hoetzsch gewandt. Ich betone, dass ich durch meine Zustimmung zu der Aktenpublikation diese Bedenken nicht zurücknehme und nach wie vor eine politische oder akademische Lehrtätigkeit des Prof. Hoetzsch für untragbar halte.*²

Im Auftrag

gez. Haegert

PA AA, Moskau II, 407, Bl. 173.

¹ Vgl. Dok. 543.

² Der Absatz ist am Seitenrand angestrichen.

Nr. 613
**Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Politischen Westabteilung
im NKID Levin an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige
Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM
PERSÖNLICH

Moskau, den 23. Dezember 1936

Nr. 9551
23.XII.36¹

AN DEN
STELLV. VOLKSKOMMISSAR
Gen. N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič,

ich wollte Ihnen über die Bitte Schulenburgs bezüglich einer Audienz bei Gen. Molotov schreiben, jedoch habe ich nicht riskiert, Sie in Ihrer Erholung zu stören. Nun habe ich erfahren, dass die Nachricht über diese Angelegenheit bereits zu Ihnen vorgedrungen ist und Sie entsprechende Informationen zu erhalten wünschen. Im Zusammenhang damit erlaube ich mir, dieses Schreiben an Sie zu richten.

Am 19. Dezember schickte Schulenburg Herwarth zu mir, der mir im Namen des Botschafters mitteilte, dass die deutsche Regierung und der Botschafter persönlich alles Erdenkliche dafür unternehmen würden, um eine weitere Verschärfung der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu verhindern und insbesondere einem Hinüberwachsen der letzten Haftsachen in große politische Prozesse vorzubeugen. Der Botschafter möchte gern von Gen. Molotov zu dem Zwecke empfangen werden, um mit ihm aktuelle Fragen der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu erörtern. Dabei bat der Botschafter zu übermitteln, dass er in keiner Weise beabsichtige, unter Umgehung des NKID zu handeln, sondern lediglich alles Erdenkliche für eine Abwendung neuer Konflikte unternehmen möchte.²

Ich habe den Volkskommissar umgehend darüber informiert. M.M.³ wandte sich in dieser Angelegenheit an die Regierung und, soweit ich das überblicken kann, sprach er sich dafür aus, der Bitte Schulenburgs zu entsprechen.

Die Botschaft wartete mit großer Ungeduld auf unsere Antwort. Am 21. d. M. befragte mich Herwarth im Auftrage des Botschafters nachdrücklich, ob es eine Hoffnung gebe, dass Gen. Molotov Schulenburg empfangen werde. Am 22. d. M. suchte mich Hensel auf, der das wiederholte, was zuvor Herwarth gesagt hatte, und mich ebenfalls eindringlich befragte, wie die Angelegenheit einer Audienz bei Gen. Molotov entschieden werde. Hensel fügte dem hinzu, der Botschafter betrachte sein Ersuchen an Gen. Molotov als äußerstes Mittel zur Abwendung neuer Konflikte, der Botschafter habe nicht den Wunsch, über den Kopf des NKID hinweg zu

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. die Aufzeichnung der Unterredung Levins mit Mitarbeitern der Botschaft Deutschlands in der UdSSR (Hensel, Herwarth) am 19.12.1936. In: AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 3, l. 92–91.

³ Litvinov.

handeln und wäre insbesondere über eine Möglichkeit erfreut, noch vor dem Empfang bei Gen. Molotov mit dem Volkskommissar sprechen zu können.

Gestern Abend teilte der Volkskommissar im Theater Schulenburg mit, dass Gen. Molotov den Botschafter heute um 15.00 Uhr empfangen werde. Soeben erfahre ich von M.M., dass er bei diesem Gespräch anwesend sein wird.

Mir scheint, dass dieser Initiative Schulenburgs zwei Überlegungen zugrunde liegen.

Erstens, unsere Untersuchungsorgane sind offenbar auf für die Deutschen sehr unangenehme Spuren gestoßen. Die Deutschen haben vor den bevorstehenden Prozessen einfach Angst, da sie damit rechnen, dass in die Hände unserer Untersuchungsorgane hinlänglich belastende Materialien gefallen sind und die verhafteten Personen für die Deutschen höchst ****ungelegene****⁴ Aussagen machen könnten. Diesen Standpunkt vertreten beispielsweise Michail Savel'evič⁵ und seine Kollegen.

Außer diesem Grund gibt es offenbar eine zweite, ****eher****⁶ allgemeine Überlegung. Die deutsche Regierung ist, wie ich meine, angesichts der bekannten Verschlechterung der internationalen Stellung Deutschlands nicht an einer weiteren ****Verschärfung****⁷ der sowjetisch-deutschen Beziehungen interessiert. Die Verschlechterung kommt in erster Linie darin zum Ausdruck, dass England unter dem Eindruck des japanisch-deutschen Abkommens⁸, der Rede Schachts⁹ usw. recht ernsthafte Schritte zur Annäherung an Frankreich unternommen¹⁰ und sich objektiv der Linie zur Verteidigung der kollektiven Sicherheit angenähert hat.

Auch das Gespräch von Jakov Zacharovič¹¹ mit Göring¹² zeugt offenbar davon. Es ist jedoch anzumerken, dass sich Göring von rein wirtschaftlichen Interessen leiten ließ, die¹³ ****niemals****¹⁴ verschwanden und vermutlich auch in Zeiten angespanntester Beziehungen nicht verschwinden werden.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Levin

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

2 Expl. 1[Exemplar] an die Adresse, 1 zu den Akten. Geschr[ieben] am 23.XII.36.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 3, l. 99–97. Kopie.

⁴ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile anstelle des durchgestrichenen „unangenehme“ geschrieben

⁵ Gorb.

⁶ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁷ Das Wort ist mit Tinte anstelle des durchgestrichenen Wortes „Verschlechterung“ über die Zeile geschrieben.

⁸ Vgl. Dok. 588, Anm. 1.

⁹ Vgl. Dok. 603, Anm. 11.

¹⁰ Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich hierbei um die Note der Regierung Großbritanniens vom 19.11.1936 an die Regierungen Belgiens, Deutschlands, Italiens und Frankreichs. In der Note wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, ihre Haltung zu einer Reihe von völkerrechtlichen Fragen zu präzisieren, was vor der Einberufung einer Staatenkonferenz zum Abschluss eines Westpaktes erfolgen müsse, der nach Auffassung der britischen Regierung den Locarno-Vertrag ersetzen sollte. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 47, Anl. S. 87–92.

¹¹ Suric.

¹² Vgl. Dok. 607.

¹³ Das nachfolgende Wort „wahrscheinlich“ ist gestrichen.

¹⁴ Das Wort ist über die Zeile gestrichen.

Nr. 614
Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 23. Dezember 1936 22.51 Uhr

Ankunft: den 24. Dezember 1936 00.30 Uhr

Nr. 213 vom 23.12. – Anschluss 208 vom 18.¹ –

Vorsitzender Rats Volkskommissare Molotow empfing mich heute Nachmittag in Gegenwart Litwinows² zu einer Unterredung, die über eine Stunde gedauert. Gegenstand Unterredung gesamter Fragenkomplex Novemberverahaftungen Reichsdeutscher einschließlich Stickling und Wicklein. *Ich eintrat für Erledigung möglichst vieler Haftfälle durch Freilassung bzw. Ausweisung.*³ Wo Prozess nach Ansicht Sowjetgerichts unvermeidlich, verlangte ich Unterlassung politischen Demonstrationsprozesses.

Molotow erklärte, Rat Volkskommissare habe entschieden, dahin, dass Angelegenheit nicht unnötig aufgebauscht und in „Minimalumfang“ durchgeführt werden solle. Verhaftete jedoch, die als erheblich schuldig befunden werden sollten, könnten ihrer Strafe nicht entzogen werden. Litwinow bestätigte seine frühere Zusage, dass einzelne weniger belastete Verhaftete freigelassen oder ausgewiesen würden.

*Im Laufe Unterredung erklärte ich auch gegenüber Molotow, dass in Sowjetunion keinerlei nationalsozialistische Organisation bestehe. Ein Beamter der Botschaft⁴ habe lediglich Funktion Vertrauensmannes.*⁵

Zum Schluss erwähnte ich Fall Görbing, um Methode hiesiger Polizei zu charakterisieren.⁶

Auf Grund der bei Unterredung gewonnenen Eindrücke sowie im Interesse in dringender Gefahr befindlicher über 30 Verhafteter, bitte ich von irgendwelchen Veröffentlichungen, insbesondere auch von Auswertung Falles Görbing in der Presse so lange abzusehen, bis Verlauf Prozesses dies erfordert. Vorzeitige Verwertung unseres Materials würde Wirkung verpuffen lassen und Lage Verhafteter weiter erschweren.

Über meine Unterredung mit Molotow bitte ich – falls überhaupt erforderlich – lediglich nachstehende Meldung, und zwar unverändert nur kommentarlos zu veröffentlichen: „Der deutsche Botschafter in Moskau, von der Schulenburg, besuchte am 23. Dez. Vorsitzenden Rats der Volkskommissare d. Sowjet-Union, Molotow, um sich im Interesse der verhafteten Reichsdeutschen bei ihm zu verwenden.“

Schulenburg

Oben Stempel des AA: Pol. V 6624, eing. 24. DEZ. 1936. Am Seitenrand Verteilerschlüssel.

PA AA, R 104384, Bl. E 019722.

¹ Daneben handschriftlich: Pol V 6493.

² Vgl. Dok. 616.

³ Der Satz ist unterstrichen und am Seitenrand angestrichen.

⁴ Herbert Hensel.

⁵ Der Absatz ist am Seitenrand angestrichen.

⁶ Vgl. Dok. 599, 600.

Nr. 615

**Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki
an den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c**

Ganz geheim

Telefonisch

Berlin, den 24. Dezember 1936

Nr. 10360

An

Rozengol'c¹

Unterzeichnete heute mit Schacht das Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr für 1937², das die Bezahlung unserer Schulden nicht in Gold oder Devisen, sondern mit Waren und im Vergleich zum Abkommen von 1936³ verbesserte Bedingungen auf einigen anderen Gebieten vorsieht. Zugleich bin ich von Schacht für den 29. Dezember zu einem gesonderten Gespräch eingeladen worden, dessen Charakter mir nicht bekannt ist. In der ersten Januarhälfte ist mein Treffen mit General Göring in Aussicht gestellt, um eine definitive und konkrete Antwort bezüglich der Liste⁴ zu erhalten, die den mir derzeit vorliegenden Informationen zufolge von allen interessierten deutschen Ministerien abgearbeitet wird. Von dem Wunsch getragen, keine Schwächung der eigenen Position zuzulassen und insbesondere keine unverbindliche und wortreiche Erklärung von der Art entgegenzunehmen, die Göring bereits mehrmals abgegeben und die er in schlimmerer Form gegenüber Suric während dessen Besuchs⁵ wiederholt hat, zeige ich keine Initiative für ein Treffen mit General Göring, worauf auch dessen Verzögerung zurückzuführen ist. Zugleich werden ebenfalls Anfang Januar einige von mir bearbeitete Aufträge militärischen Charakters geklärt sein. Nach Erledigung der dargelegten Programme fahre ich nach Moskau zur Berichterstattung.

Kandelaki

Vermerk: Die Mitteilung über die Verlängerung des Abkommens ist am 22.12.1936 veröffentlicht worden.⁶

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 153, S. 231–232.

¹ Kopien erhielten Stalin, Molotov, Kaganovič, Vorošilov, Ordžonikidze, Sud'in.

² Vgl. Dok. 619, Anm. 5.

³ Vgl. Dok. 451, Anm. 2.

⁴ Allem Anschein nach handelt es sich um die Liste der Aufträge militärischen Charakters, die in der Weisung von Rozengol'c an Kandelaki vom 7.8.1936 (vgl. Dok. 489) enthalten und in dem Beschluss des Politbüros des ZK der VKP (B) vom 26.10.1936 erwähnt worden war. Vgl. Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 144, S. 206–207.

⁵ Vgl. Dok. 607.

⁶ So in der Publikation; richtig: am 25.12.1936. Vgl. „Prodlenie sovetsko-germanskogo soglašenija o torgovom platežnom oborote“ (Die Verlängerung des sowjetisch-deutschen Handels- und Zahlungsabkommens). In: Pravda vom 25. Dezember 1936, S. 1.

Nr. 616
Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GEHEIM
Expl. Nr. 2
26. Dezember 1936

Nr. 3814/L.

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Lieber Jakob Zacharovič,

ich telegraphierte Ihnen knapp über den Besuch Schulenburgs bei Gen. Molotov¹. Sch[ulenburg] sprach über die massenhaften Verhaftungen, über die bei einigen Fällen angeblich vorhandenen Elemente von Provokationen, über das Fehlen von nationalsozialistischen Organisationen in der UdSSR usw. Wenn die Verhaftungen auch nicht aus politischen Erwägungen vorgenommen würden, so erhielten sie dennoch nach Auffassung des Botschafters objektiv die Bedeutung eines politischen Aktes. Die Bitte des Botschafters lief darauf hinaus, den Teil der Verhafteten, dem nichts Belastendes nachgewiesen werden könne, aus der Haft zu entlassen, diejenigen, die sich nicht so sehr kompromittiert hätten, nach Deutschland auszuweisen, dem verbleibenden Teil sollte jedoch der Prozess, falls er unumgänglich sei, ohne unnötiges Aufsehen gemacht werden. Gen. Molotov und ich wiesen den Botschafter darauf hin, dass **bei den Verhaftungen**² ein jegliches politisches Element fehle, diese ausschließlich aus Erwägungen der staatlichen Sicherheit vorgenommen worden seien. Ich sagte, wenn diese Verhaftungen einen politischen Anstrich erhielten, so geschehe dies ausschließlich durch die deutsche Presse, die um die Verhaftungen in der UdSSR Lärm schlage, sich aber dann Zurückhaltung auferlege, wenn es um Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern in anderen Ländern ginge. Wir bekräftigten, dass wir nicht an Aufsehen interessiert seien und deshalb der Bitte des Botschafters gern entgegenkämen.

Andere Themen wurden im Gespräch nicht berührt.³

Mit Gruß

LITVINOV

¹ Am 23.12.1936. Die Aufzeichnung dieser Unterredung war im AVP RF nicht auffindbar.

² Der Text ist über die Zeile geschrieben.

³ Zur Unterredung zwischen von der Schulenburg und Molotov vgl. auch Dok. 614 und 621.

Vermerk M.M. Litvinovs mit Bleistift: BS.

Vermerk B.S. Stomonjakovs mit rotem Farbstift: an N.N. Krestinskij 26/12.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats B.S. Stomonjakov mit der Eingangs-Nr. 6711 vom 26.12.1936.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats N.N. Krestinskij mit der Eingangs-Nr. 6929 vom 27.12.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

4 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Stomonjakov, das 3. an Gen. Štern, das 4. ins Archiv.

AVP RF, f. 010, op. 11, p. 68, d. 34, l. 222. Kopie.

Nr. 617

Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den Volkskommissar für Innere Angelegenheiten Ežov

GEHEIM

27. Dezember 1936

Nr. 3816/1¹

AN DEN

VOLKSKOMMISSAR FÜR

INNERE ANGELEGENHEITEN DER UdSSR

Gen. EŽOV

Im Völkerbund ist unlängst eine internationale Konvention über die Rechtsstellung von Flüchtlingen aus Deutschland erarbeitet worden.² Diese Konvention ist uns vom Sekretariat des Völkerbundes offiziell mit dem Vorschlag zur Kenntnis gebracht worden, ihr beizutreten.

Diese Konvention setzt sich zum Ziel, die Stellung der deutschen Flüchtlinge zu regeln, hauptsächlich unter dem Aspekt der Passangelegenheiten, da diese Personen der Möglichkeit beraubt sind, nationale Ausweispapiere zu besitzen, sowie unter zivilrechtlichem Gesichtspunkt, da die Mehrheit der Länder keine Anwendung einer Reihe von rechtlichen Fragen auf Personen vorsieht, die nicht Staatsbürger irgendeines Staates sind. Außerdem verfolgt die Konvention das Ziel, deutsche Flüchtlinge vor einer Ausweisung aus wirtschaftlichen Gründen, wie dies in bürgerlichen Ländern aufgrund der Arbeitslosigkeit praktiziert wird, zu schützen.

Obleich eine praktische Bedeutung unseres Beitritts zu dieser Konvention aufgrund der begrenzten Anzahl von Personen dieser Kategorie, die sich auf dem Gebiet der UdSSR aufhalten, verschwindend gering ist, würde dessen ungeachtet

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Die Provisorische Konvention über den Status der aus Deutschland kommenden Flüchtlinge wurde am 4.7.1936 in Genf unterzeichnet und trat am 4.8.1936 in Kraft. Vgl. League of Nations. Treaty Series, Bd. CLXXI, Nr. 3952.

die Unterzeichnung dieser Konvention durch uns unserer allgemeinen Haltung entsprechen, die wir gegenüber dem faschistischen Regime und gegenüber den Personen einnehmen, die vor seinen Verfolgungen Schutz suchen. Es versteht sich zugleich, dass die Frage bezüglich einer Unterzeichnung dieser Konvention lediglich unter der Bedingung in Frage kommen könnte, wenn keine Gegensätze zwischen ihr und unseren Gesetzes- und Verwaltungsakten bestehen, die die Aufnahme und den Aufenthalt von Ausländern regeln.

Ich übersende Ihnen die Übersetzung der Artikel dieser Konvention und erbitte Ihre Stellungnahme zu dieser Frage.

Ich erachte es dabei als erforderlich zu bemerken, dass wir auf jeden Fall einen Vorbehalt in dem Sinne vorbringen sollten, dass wir entweder die Verpflichtungen gemäß Punkt 2 des 3. Artikels nicht eingehen können (wonach ein Flüchtling, der das Land verlassen hat, in das er eingereist war, das Recht bekommt, in einer bestimmten Frist in dieses wieder zurückzukehren) oder vielleicht außerdem auch einen Vorbehalt allgemeinen Charakters geltend machen sollten, dass die Konvention nicht dazu führt, den deutschen Flüchtlingen eine bevorzugte Stellung im Sinne der Einreise, Ausreise und des Aufenthaltes in der UdSSR gegenüber allen anderen Ausländern einzuräumen.

Ich bitte um Mitteilung, ob Sie angesichts dieser Umstände es als möglich erachten, dem erwähnten Abkommen beizutreten.³

NARKOM LITVINOV

1 Anlage⁴

Vermerk G.Ja. Bežanovs mit rotem Farbstift: an Levin, II. West[abteilung]. GB[ežanov]. Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 2845 vom 29.12.1936.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerk: 3 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an die II. W[est]ab[t]eilung], das 3. ins Archiv.

AVP RF, f. 082, op. 19, p. 83, d. 1, l. 112–112R. Kopie.

³ Im AVP RF konnte kein Dokument ermittelt werden, das den Beitritt der UdSSR zu der Provisorischen Konvention über den Status der aus Deutschland kommenden Flüchtlinge belegen könnte.

⁴ In der Akte nicht vorhanden.

Nr. 618

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg**

31. Dezember 1936

An
Graf von der Schulenburg
Moskau

Sehr geehrter Herr Botschafter,

in Beantwortung Ihres Schreibens vom 29. des Monats¹ habe ich die Ehre zu bestätigen, dass die sowjetische Presse ****tatsächlich****² angewiesen worden ist, sich gegenüber Häuptern und Mitgliedern von Regierungen ausländischer Staaten beleidigender Ausfälle in Artikeln und Karikaturen zu enthalten. Soweit mir bekannt ist, befolgt die sowjetische Presse gewissenhaft diese Weisungen und erlaubt sich bisweilen ein Abrücken lediglich gegenüber Staatsmännern solcher Länder, in deren Presse Mitglieder und führende Persönlichkeiten der sowjetischen Regierung persönlichen Ausfällen und Beleidigungen ausgesetzt werden. Die Zeitungsredakteure erklären in solchen Fällen berechtigt, dass das korrekte Verhalten der Presse gegenüber anderen Staaten nicht durch Gesetze des Landes ****reguliert****³ wird und nur dem Prinzip der internationalen Courtoisie und der Gegenseitigkeit verpflichtet ist. Das Gefühl des Patriotismus und der natürlichen Empörung erlaube es ihnen nicht, einseitig ein korrektes Verhalten an den Tag zu legen. Die Zeitungen, die Sie in Ihrem Schreiben nannten, forderten mich auf, mich mit der Vielzahl entsprechender Artikel in der deutschen Presse vertraut zu machen, insbesondere mit den Untertiteln zu den Karikaturen in der Sondernummer der Zeitschrift „Illustrierter Beobachter“ sowie mit der Notiz in der Zeitung „Der Angriff“ vom 12. Dezember⁴. Ich betrachte es als unter meiner Würde, mich mit diesen genannten Presseorganen persönlich zu befassen, ****jedoch** bin ich davon überzeugt, dass eine Bezugnahme⁵ auf sie keiner Überprüfung bedarf.

Ich erachte es als erforderlich zu ergänzen, dass wir in dem Ihren Schreiben beigelegten Karikaturen lediglich den spanischen General Franco erkennen kön-

¹ Der Botschafter erhob in seinem Schreiben wegen der in den Dezemberrummern der „Izvestija“ und der „Komsomol'skaja pravda“ veröffentlichten Karikaturen abermalig Protest. Vgl. AVP RF, f. 82, op. 20, p. 67, d. 9, l. 3–3R.

² Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

³ Das Wort ist mit Tinte eingefügt; ursprünglich [mit anderem Satzbau]: ergibt sich aus den Gesetzen.

⁴ Im „Angriff“ wurde in der Rubrik „Was die Weltpresse sagt“ ein Artikel der ungarischen Zeitung „Uj Magyaršag“ gedruckt unter dem Titel „Finkelstein lehrt seine Sprößlinge das Mogen – beim Kartenspiel, wobei natürlich Papa Moische gewinnt“. In: Der Angriff vom 12. Dezember 1936, S. 8. Darin heißt es u. a.: „Darüber wird sich wohl niemand wundern, dass dieser ungebildete, wegen Unterschlagung und Mord belangte Ghettokehricht einer der ersten Beamten, ein ‚Staatsmann der bolschewistischen Regierung ist‘.“

⁵ Der Text ist mit Tinte korrigiert, ursprünglich [mit anderem Satzbau]: und ich annehme, dass die mir mitgeteilten Informationen über.

nen, in den anderen Darstellungen ist eine Ähnlichkeit mit deutschen Staatsmännern ****nicht erkennbar****⁶.

Wie bereits früher, so sehe ich mich auch heute aufgrund des Dargelegten veranlasst, den abermaligen Protest abzuweisen, und drücke die Überzeugung aus, dass die Deutsche Botschaft keine Veranlassung haben wird, sich über das Verhalten der sowjetischen Presse zu beklagen, sobald die deutsche Presse erneut damit beginnt, die Gepflogenheiten der internationalen Regeln des Anstands zu befolgen, die in zivilisierten Ländern üblich sind.

Ich nutze die Gelegenheit, Sie zu bitten, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung entgegenzunehmen, und übermittele Ihnen meine Glückwünsche zum Neuen Jahr.

****L**7**

*Vermerk M.M. Litvinovs mit blauem Farbstift: an Gen. Štern.*⁸

AVP RF, f. 05, op. 16, p. 118, d. 47, l. 79–80. Konzept. Original.

Nr. 619

Schreiben des Gruppenleiters der Referate Wirtschaft im AA Ritter an die Deutsche Botschaft und die konsularischen Vertretungen in der UdSSR

Berlin, den 6. Januar 1937

W I V O E 11/37

Abschrift¹

An

die Deutsche Botschaft in Moskau

das Deutsche Generalkonsulat in Leningrad, Charkow, Tiflis

[das] Deutsche Konsulat in Kiew, Odessa, Wladiwostok, Nowosibirsk

– je besonders –²

Am 24. Dezember 1936 ist vom Reichsbankpräsidenten Schacht und von dem Handelsvertreter der UdSSR in Berlin, Kandelaki, eine Vereinbarung unterzeichnet worden³, die den am 31. Dezember 1936 ablaufenden deutsch-sowjetischen Wirt-

⁶ Das Wort ist mit Tinte eingefügt; ursprünglich [mit anderem Satzbau]: ich finde keine erkennbare.

⁷ Der Buchstabe ist anstelle des durchgestrichenen Namens „Litvinov“ geschrieben.

⁸ Der Vermerk ist durchgestrichen.

¹ Eine Übersetzung dieses Dokumentes schickte Urickij am 25.2.1937 an Vorošilov mit der Bemerkung, dass dieses Material aus zuverlässiger Quelle stamme und dass das Dokument das besondere Interesse Deutschlands an dem Export „unserer Rohstoffe“ zeige. Vgl. RGVA, f. 33987, op. 3, d. 1036, l. 132–134, hier l. 132.

² Das Schreiben wurde am gleichen Tag an die Botschaften in Paris, London, Rom, Warschau, Ankara, Tokio, Nanking und Washington sowie an die Gesandtschaften Bukarest, Kowno, Riga, Reval, Prag, Helsingfors, Teheran und Kabul gesandt. Vgl. PA AA, R 106230, Bl. E 041305.

³ Vgl. Dok. 615.

schaftsvertrag vom 29. April 1936⁴ bis zum 31. Dezember 1937 verlängert. Die Bedeutung dieser Vereinbarung liegt darin, dass rechtzeitig ein vertraglicher und zahlungstechnischer Rahmen für das Jahr 1937 geschaffen worden ist, so dass die Russen sich nicht wieder wie im vergangenen Jahre darauf berufen können, dass die Vereinbarungen zu spät erfolgt seien und sie über ihre Ausfuhrwaren bereits verfügt hätten. Die Ausfüllung dieses Rahmens durch konkrete Geschäfte muss den Verhandlungen der deutschen Firmen und der jeweiligen Konjunkturlage vorbehalten bleiben. Ob das Russengeschäft im Jahre 1937 weiter schrumpfen oder allmählich wieder ansteigen wird, lässt sich im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht übersehen und wird wesentlich von der politischen Gestaltung abhängen, wenn auch der Grundsatz der Entpolitisierung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen im Interesse unserer Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft gegenüber erneut betont worden ist.

Lieferverpflichtungen der Russen bestehen ebenso wie im Vorjahre grundsätzlich nicht. Eine Sonderregelung gilt nach der Vereinbarung vom 24. Dezember 1936 nur für die im Jahr 1937 fällig werdenden sowjetrussischen Wechselverbindlichkeiten[, die] in Gold oder Devisen zu bezahlen waren; [es] ist für das Jahr 1937 vereinbart worden, diese Wechselverbindlichkeiten vorzeitig durch Lieferung von Rohstoffen, die für uns von besonderer Wichtigkeit sind, abzudecken. Dieses beschränkte Rohstoffprogramm beläuft sich auf rund 27 Millionen RM, von denen allerdings noch 6–7 Millionen RM für Valutazahlungen abzusetzen sind, die das Kalisyndikat an die UdSSR zu leisten hat, so dass mit Warenlieferungen nur in Höhe von rund 20 Millionen RM aus diesem Sonderprogramm zu rechnen ist.

Über andere Fragen von größerer Bedeutung ist nicht verhandelt worden. Insbesondere sind die in der ausländischen Presse erschienenen Meldungen aus der Luft gegriffen, wonach wir wiederum über die Gewährung eines größeren Kredits mit den Russen verhandelt hätten. Ein solcher Kredit könnte bei der gegenwärtigen Interessenlage auch nicht in Frage kommen. Uns liegt an Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion; dagegen zurzeit weniger an großen Lieferungen von Deutschland nach der Sowjetunion. Die Gewährung eines neuen Warenkredits würde dieser unserer Einstellung zuwiderlaufen, da damit den Russen jeder Anreiz genommen würde, uns Rohstoffe zu liefern, für deren Exporterlös sie bei Vorhandensein von Krediten noch weniger Verwendung hätten als bisher. Auf Wunsch der Russen ist lediglich der noch nicht ausgenutzte Teil des 200-Millionen-Kredits von 1935 in Höhe von rund 30 Millionen RM bis zum 31. März 1937 verlängert worden. Die Russen hatten diesen Wunsch damit begründet, dass sie aus diesen Beiträgen 2–3 laufende größere Bestellungen bezahlen wollten.

Der Wortlaut der Vereinbarung wird in der Anlage beigelegt.⁵

Im Auftrag

Ritter

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen des AA geschrieben.

PA AA, R 106230, Bl. E 041302-041304.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 129, S. 266–267.

⁴ Vgl. Dok. 451, Anm. 2.

⁵ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 129, Anlagen 1–3, S. 267–273.

Nr. 620

Entwurf Litvinovs einer Mitteilung für den Leiter der sowjetischen
Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an Reichswirtschaftsminister Schacht

GEHEIM
[8.1.1937]

*ENTWURF¹ EINER MÜNDLICHEN ANTWORT FÜR KANDELAKI*²

Ich habe den Genossen Stalin, Molotov und Litvinov³ über unser letztes Gespräch mit Ihnen⁴ Bericht erstattet, die mich beauftragten, Ihnen Folgendes zu erklären:

Die sowjetische Regierung ist zu keiner Zeit Verhandlungen mit der⁵ deutschen Regierung ausgewichen, vielmehr unterbreitete sie seinerzeit sogar konkrete politische Vorschläge⁶. Die sowjetische Regierung meint keineswegs, dass ihre Politik⁷ gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichtet sein muss. Sie ist deshalb auch jetzt ****nicht abgeneigt****⁸, mit der deutschen Regierung im Interesse einer Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen und des allgemeinen Friedens in Verhandlungen zu treten. Die sowjetische Regierung ****lehnt auch nicht Verhandlungen über die offiziellen dipl[omatischen] Ver[treter] ab****⁹. Sie ist ****gleichfalls bereit****¹⁰, diese vertraulich zu behandeln und sowohl unsere letzten als auch die weiteren Gespräche nicht der Öffentlichkeit preiszugeben, falls die ****deutsche Regierung darauf besteht****¹¹.

8. Januar 1937

Litvinov

Vermerk: „Dafür“ mit den Korrekturen. I. Stalin.

Eigenhändige Unterschriften: Molotov, Kaganovič, Ordžonikidze, Vorosilov.

Vermerk von Poskrebyšev mit rotem Farbstift: von Gen. Litvinov.

Am Ende des Dokuments ist die Anzahl der Exemplare vermerkt: 2 Expl.

AVP RF, f. 05, op. 17, p. 126, d. 1, l. 17. Original.

¹ Der Entwurf wurde von Litvinov an Stalin geschickt.

² Der Titel wurde von Poskrebyšev mit rotem Farbstift unterstrichen.

³ Stalin hatte am 7.1.1937 Kandelaki, Litvinov und Suric empfangen. Vgl. Na prieme u Stalina, S. 198.

⁴ Zum Gespräch Kandelakis mit Schacht am 29.12.1936 vgl. Dok. 615.

⁵ Das nachfolgende Wort „heutigen“ ist durchgestrichen. Diese und die folgenden Korrekturen nahm Stalin mit Bleistift vor.

⁶ Gemeint ist der Vorschlag Litvinovs an Nadolny vom 28.3.1934, ein gemeinsames sowjetisch-deutsches Protokoll zu unterzeichnen, das die Unabhängigkeit der baltischen Staaten garantieren sollte. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 407, S. 1110–1111.

⁷ Das nachfolgende Wort „unbedingt“ ist durchgestrichen.

⁸ Der Text ist über die Zeile anstelle des durchgestrichenen Wortes „bereit“ geschrieben.

⁹ Der Text ist über die Zeile anstelle des durchgestrichenen geschrieben: würde die zweckmäßigere direkte Form der Verhandlungen vorschlagen, mit deren Führung ich meinerseits meinen Botschafter Gen. Suric beauftragen werde.

¹⁰ Der Text ist über die Zeile anstelle des durchgestrichenen Wortes „bereit“ geschrieben.

¹¹ Der Text ist am linken Seiten mit rotem Farbstift angestrichen, außerdem ist über die Zeile anstelle des durchgestrichenen Textes geschrieben: gleiche Zurückhaltung auch die deutsche Seite befolgen wird.

Nr. 621

Schreiben des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an den kommissarischen Leiter der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker

Moskau, den 9. Januar 1937

Lieber Herr von Weizsäcker!

Ich hoffe von Herzen, dass Sie Ihren wohlverdienten Weihnachtsurlaub angenehm verbracht haben. Das Wetter scheint in Deutschland ebensowenig wie hier einladend gewesen zu sein, aber immerhin ist es viel wert, wenn man sich einmal andere Luft um die Nase wehen lässt.

Vielleicht interessiert es Sie, in Ergänzung meines Telegramms Nr. 213 vom 23. Dezember¹ noch einige Einzelheiten über *meinen Besuch bei* dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der UdSSR Herrn *Molotow*² zu hören. Ich habe den Schritt aus zwei Gründen unternommen: einmal habe ich den Russen gegenüber erneut unterstreichen wollen, dass es uns mit der ganzen Angelegenheit sehr ernst ist; dann lag mir aus sachlichen und menschlichen Gründen daran, auch den letztmöglichen Schritt zugunsten der Verhafteten zu unternehmen. Ich kann mir auch denken, dass es für das Auswärtige Amt wertvoll ist, hierauf gegebenenfalls den deutschen Interessenten gegenüber hinweisen zu können.

Ich habe den Empfang bei Herrn Molotow durch Vermittlung des Außenkommissariats erbeten, um bei diesem keine Missstimmung aufkommen zu lassen. Ich habe dann die Einladung zu Herrn Molotow ganz außergewöhnlich schnell erhalten. Verschiedene weitere Anzeichen sprechen dafür, dass es Herrn Litwinow in hohem Maße angenehm war, dass einmal dem „Ministerpräsidenten“ – einem der wirklich großen und wirklich einflussreichen Leute in der Sowjetunion – von einem fremden Diplomaten die Übergriffe geschildert wurden, deren sich die inneren Behörden der Sowjetunion immer wieder schuldig machen. Das ging so weit, dass bei besonders krassen Fällen Herr Litwinow bat, dass nicht er, sondern der mich begleitende Herr Hilger übersetzen möchte. Litwinow wünschte offenbar nicht in Verdacht zu geraten, dass er irgendwie übertrieben hätte.

Meine Unterhaltung mit Herrn Molotow hat über eine Stunde gedauert, und ich habe Gelegenheit gehabt, ihm restlos alles zu erzählen, was wir auf dem Herzen hatten. Darunter auch den Provokationsfall der Frau unseres hiesigen Pressevertreters Görbing³, obwohl er nicht unmittelbar zum Gesprächsgegenstand gehörte. Herr Molotow war natürlich in peinlicher Lage und wusste nicht recht, was er zu all diesen Dingen sagen sollte. Das pointierte Versprechen, das Strafverfahren gegen die im November verhafteten Reichsdeutschen nicht aufzubauen, sondern im „minimalen Umfange“ durchzuführen, habe ich Ihnen telegraphiert.

¹ Vgl. Dok. 614.

² Die beiden Textstellen sind unterstrichen.

³ Vgl. Dok. 599, 600.

Interessant war auch das Drum und Dran des Besuches, der im Kreml stattfand. Ein Auto mit Geheimpolizisten folgt mir hier in Moskau überall. Vom Kremel-Tor ab fuhr mir ein solcher Wagen auch voraus. Vor dem Bürogebäude des Herrn Molotow meldete sich ein höherer Polizeioffizier als Kommandant des Gebäudes und begleitete uns beide bis in das Vorzimmer des Ministerpräsidenten. Die Korridore, die wir durchschritten, waren völlig menschenleer, aber an jeder Biegung stand ein Polizeisoldat mit einem Telephon neben sich. Herr Molotow war persönlich sehr liebenswürdig.

Zu unserer Haltung in der ganzen Angelegenheit möchte ich mir folgende Bemerkung gestatten: Es ist kein Zweifel, dass verschiedene der im November verhafteten deutschen Reichsangehörigen *nicht ganz einwandfreie Persönlichkeiten*⁴ sind, wie z. B. auch der Nowosibirsker Ingenieur Stickling, der gleichzeitig eine deutsche und eine russische Frau, noch dazu eine Jüdin, hat und gegen den in Deutschland ein Verfahren wegen Bigamie läuft. Es liegt andererseits auf der Hand, dass wir unter den Verhafteten keine Unterschiede machen können. Wir können nicht *für den einen eintreten und uns bei einem anderen für uninteressiert erklären. Es steht da so, wie bei Sodom*⁵ und Gomorrha: wenn auch nur drei Gerechte unter den Verhafteten wären – und es sind ihrer viel mehr –, so muss eben versucht werden, für alle etwas zu tun. Würden wir anders handeln, so würden die Sowjetbehörden die Angeklagten in einen Topf werfen und sicher in den für uns unerwünschten.

Es ist mir völlig klar, dass gewisse Fälle, wie z. B. der Provokationsfall des Ingenieurs Wicklein in Charkow und der der Frau Görbing in Moskau, dem Propagandaministerium höchst erwünschtes Material in die Hände geben. Bei meiner Unterredung mit Herrn Molotow hat niemand von mir verlangt und ich habe auch nicht versprochen, dass eine Ausschlichtung des in unseren Händen befindlichen Materials deutscherseits unterbleiben solle. Es liegt aber auf der Hand, dass die Sowjetbehörden sich kaum an ihr Versprechen, die Angelegenheit in „minimalem Umfange“ abzuwickeln, halten werden, wenn wir unsererseits im gegenwärtigen Zeitpunkt einen großen Lärm über *jene obenerwähnten Fälle schlagen. Ein solcher Lärm würde die 35 Verhafteten schwer schädigen. Es scheint mir*⁶ unbedingt notwendig, dass wir von einem Breittreten der ganzen Angelegenheit so lange absehen, als die Sowjetbehörden sich an ihr Versprechen halten. Sollte wider Erwarten doch ein großer Schauprozess abgehalten werden oder, was nach den letzten russischen Presseveröffentlichungen anzunehmen ist, deutsche Behörden in den Prozess hineingezogen werden, so wird gerade dann der Moment kommen, wo wir mit diesem Material die internationale öffentliche Meinung wirklich beeindrucken können.

Nach Äußerungen, die der bekannte Zwischenträger des diplomatischen Corps, Herr Steiger, mir gegenüber vorgestern hat fallen lassen, scheint es, dass tatsächlich eine Anzahl der Angeklagten freigelassen oder ausgewiesen werden wird, sobald die Voruntersuchung beendet ist. Herr Steiger hat hinzugefügt, dass ein Prozess stattfinden werde. In zehn Tagen würde er mir über all diese Dinge ganz genau

⁴ Der Text ist unterstrichen.

⁵ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

⁶ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Auskunft geben können. Wir nehmen hiernach an, dass dieser Prozess im letzten Drittel dieses Monats, d.h. nach Beendigung der Sitzungen des Bundes-Zik und des Kongresses der RSFSR stattfinden wird. Welche Form der Prozess annehmen wird, müssen wir abwarten, denn es liegt auf der Hand, dass die Zusagen des Herrn Molotow trotz ihrer Prononziertheit recht dehnbar sind. *Ich hatte gehofft, noch im Laufe des Januar nach Berlin kommen zu können. Unter diesen Umständen muss ich natürlich hier bleiben.*⁷

Ich füge hier noch ein paar Bemerkungen an, die Herr Krestinski (einer der beiden Staatssekretäre im Außenkommissariat) einem meiner Kollegen gegenüber getan hat. Herr Krestinski soll gar nicht geleugnet haben, dass die Sowjetunion in der letzten Zeit sehr erhebliche Mengen von Kriegsmaterial nach Spanien gesandt haben. Herr Krestinski habe dann auf die starke Unterstützung der Franco-Regierung durch Deutschland und Italien hingewiesen und anscheinend erklärt, dass für die Sowjetunion selbstverständlich die Erklärung Maiskys im Nichteinmischungskomitee maßgebend bleibe, wonach sich die Sowjetunion an das Nichteinmischungsabkommen nur insoweit hält als es auch die anderen Staaten tun.

Mit verbindlichen Grüßen und mit Heil Hitler!
bin ich, lieber Herr von Weizsäcker,

Ihr sehr ergebener
F.W. Schulenburg

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt Stempel des AA: Pol V 383, eing. 23. JAN. 1937. Am Seitenrand Stempel: Hat dem Herrn RM vorgelegen Ko[tze] 13[1] und St.S. und Pol A mit Abzeichnungen. Unten: Pol V (m. d. B. um Entwurf einer Antwort) W[eizsäcker] 13[1]. Auf Kopfbogen des Deutschen Botschafters geschrieben.

PA AA, R 104384, Bl. E 019731-019737.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 135, S. 288–291.

⁷ Der Text ist unterstrichen.

Nr. 622
Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

GANZ GEHEIM
PERSÖNLICH
Expl. Nr. 4
14. Januar 1937

Nr. 29/L

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. JA.Z. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

anbei schicke ich Ihnen zu Ihrer persönlichen Kenntnissnahme den bestätigten Entwurf der Antwort für K[andelaki].¹ Die von mir ursprünglich vorgeschlagene Version habe ich mit blauem Farbstift geschrieben. Die Veränderungen wurden ungeachtet dessen vorgenommen, dass Gen. S[talin] wiederholt die Aussage bekräftigte, wonach K. angesichts seiner diplomatischen Unerfahrenheit auf keinen Fall mit den Verhandlungen beauftragt werden dürfe und sich mit mir einverstanden erklärte, dass Ihnen die Verhandlungsführung zufallen werde.

Ich händigte heute den Entwurf der Antwort an Gen. K. aus und erklärte ihm, sollte Sch[acht] unsere Antwort als ausreichend betrachten, so müsse K. ihn bitten zu sagen, wer von deutscher Seite mit der Verhandlungsführung beauftragt wird. In dem Fall, dass diese Person Neurath oder eine andere Person entsprechendes Ranges sein wird, so könne K. sagen, dass Sie sich auf eigene Initiative an ihn wenden, jedoch unter Bezugnahme auf den zwischen Sch. und K. stattgefundenen Meinungsaustausch².

LITVINOV

Vermerk mit Bleistift: Ar[chiv].

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 17, p. 130, d. 41, l. 3. Kopie.

¹ Vermerk mit Bleistift: Siehe 011. Gemeint ist der Bestand Potemkin im AVP RF. Vgl. Dok. 620.

² Zum Gespräch Kandelakis mit Schacht am 29.1.1937 vgl. Dok. 634, 639, 640.

Nr. 623

Auszug aus dem Tätigkeitsbericht der Allunionsvereinigung
„Meždunarodnaja kniga – Antikvariat“ und von TorgpromGeheim
Expl. Nr. 2
14.1.37¹

International/312

BERICHT

ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER V/O „MEŽDUNARODNAJA KNIGA“ und
„TORGPROM“ GmbH AUF DEM GEBIET DES WARENVERKEHRSFür das Jahr 1936 in Deutschland
BerlinI. MARKTKONJUNKTUR1. Druckschriften

Trotz des bestehenden und des neu unterzeichneten Wirtschaftsabkommens zwischen der UdSSR und Deutschland³, denen (formal) Begleitschreiben angefügt sind, die die Bezahlung für die verkauften sowjetischen Druckschriften (Schreiben zum Abkommen vom 29. April 1936⁴) erleichtern sollen, ergibt sich in der Praxis das Gegenteil. Sowohl im ersten als auch im zweiten Halbjahr haben sich die Vertriebsmöglichkeiten für Druckschriften aus der Sowjetunion im Vergleich zum Vorjahr nicht verbessert, sondern erheblich verschlechtert.

Sämtliche Einrichtungen und private Abonnenten, deren Zahl sich mit jedem Monat katastrophal verringert, stehen nach wie vor unter besonderer Beobachtung durch die Geheime Staatspolizei. Bevor etwas aus der Sowjetunion abonniert wird, muss die Überwachungsstelle⁵, im Grunde genommen handelt es sich um eine Sonderabteilung der Geheimen Staatspolizei, vorab davon in Kenntnis gesetzt werden. Erst nach erfolgter Genehmigung durch letztere können Geschäftsabschlüsse für Druckschriften aus der Sowjetunion getätigt werden.

Die Konfiszierung von sowjetischer Literatur und die Verhaftung einiger Buchhändler, die im 1. Quartal stattfand, sowie die ständigen Ausfälle in der Presse gegenüber der UdSSR erschweren nicht nur den früheren Vertrieb (summenmäßig) unserer Literatur beizubehalten, sondern machten es fast unmöglich, diese neben den Einrichtungen der Regierung, des Militärs, der Wissenschaft und einiger Bibliotheken an private Interessenten zu verkaufen.

Während wissenschaftliche Bibliotheken und Regierungsbehörden noch im 1. Halbjahr selbständig (nach entsprechender Genehmigung) mit „Meždunarodnaja

¹ Das Datum ist mit Tinte geschrieben.

² Der Text ist mit Tinte geschrieben.

³ Vgl. Dok. 615, Anm. 6.

⁴ Vgl. Dok. 451, Anm. 2.

⁵ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

kniga“⁶ geschäftlich verkehren und unsere Literatur und Periodika bestellen konnten, sind zum Ende des II. Halbjahres von der Regierung für das Abonnementverfahren bei Druckschriften aus der UdSSR (streng geheime) Sonderregelungen getroffen worden. In dieser Regelung ist ausgeführt, dass das gesamte Verfahren ausschließlich bei einer Firma, und zwar bei der Firma Koehler und Volckmar in Leipzig, konzentriert sein wird.

Die Abonnenten protestierten gegen diese überflüssige Instanz, die das bis jetzt ohnehin schon außerordentlich komplizierte Geschäftssystem mit „Meždunarodnaja kniga“ noch mehr erschwert. Von einigen Firmen erfuhren wir, dass es ihnen gelungen ist, das Recht auf einen selbständigen Geschäftsverkehr beizubehalten, allerdings nur bei Zeitungen. Was hingegen Bücher, Zeitschriften und andere Erzeugnisse betrifft, so muss deren Bezug ausschließlich über die Firma Koehler erfolgen.

Diese Anordnung ist zu dem Zweck verabschiedet worden, um die privaten Abonnements einzustellen und die gesellschaftlichen Abonnenten auf ein Minimum zu reduzieren und damit maximal die Kanäle zu verringern, über die sowjetische Literatur auf den deutschen Markt gelangt, wie das auch früher trotz der scharfen Zensur der Fall war.

„Meždunarodnaja kniga“ hat, sofern das möglich war, angesichts der entstandenen Lage bekanntlich damit begonnen, im 1. und 2. Quartal ihre Tätigkeit zu dezentralisieren, um eine möglichst hohe Anzahl von Kanälen offenzuhalten, indem jedem Interessenten das Recht gewährt wird, sich direkt mit „Meždunarodnaja kniga“ zwecks maximaler Befriedigung der Bedürfnisse in Verbindung zu setzen.

Dank dieser Maßnahme konnte der Verkauf unserer Druckschriften in den ersten 8 Monaten auf 7 bis 8 Tausend Rubel (monatlich) angehoben werden, *während in den nachfolgenden Monaten der Verkauf bis auf 3 bis 2 Tausend Rubel gesunken ist*⁷.

Der gesamte Buchhandelsmarkt Deutschlands ist mit faschistischer und militärischer Agitationsliteratur, insbesondere mit Broschüren, überschwemmt, die zu Schleuderpreisen verkauft werden.

Das Interesse an ausländischer und insbesondere an sowjetischer Literatur nimmt dennoch zu. Um wenigstens teilweise die Diskrepanz zu den tatsächlichen Bedürfnissen der Leser zu befriedigen, die immer und überall auf die demagogische militärische und faschistische Agitation stoßen, ist Deutschland gezwungen, Literatur (hauptsächlich belletristische und religiöse) aus anderen Ländern zu importieren, wobei es gleichzeitig den Import aus der UdSSR auf ein Minimum reduziert.

Deutschland führte 1934 Druckschriften aus anderen Ländern im Wert von *11,5 Mio. Mark*⁸, 1935 im Wert von 14 Mio. Mark und in 9 Monaten des Jahres 1936 im Wert von *12,6 Mio. Mark*⁹ ein.

⁶ Die 1923 gegründete Außenhandelsvereinigung (bis 1930 eine Aktiengesellschaft) befasste sich mit dem Ex- und Importhandel von Büchern und Periodika.

⁷ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

⁸ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

⁹ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

Der auf die Länder entfallende Import verteilt sich folgendermaßen:
(in Mio. Mark)

<u>Land</u>	<u>1934</u>	<u>1935</u>	<u>9 Monate 1936</u>
Österreich	4	5	
Schweiz	3,5	3,7	
England	0,5	0,6	
Tschechoslowakei	0,6	0,6	
Holland	0,7	2,1	
Frankreich	0,4	0,3	
Amerika	0,2	0,1	
UdSSR	0,04	0,025	
usw.			
	11,5	4 ¹⁰	12,6

Gegen Ende des 2. Halbjahres verschärfte Deutschland die Zensurbestimmungen für Importliteratur auch aus einer Reihe anderer Länder bedeutend, so aus Polen, Japan, dem Iran, aus Indien und insbesondere in letzter Zeit aus England und Frankreich.

TRANSITVERKÄUFE

Während die Firma Harrassowitz im ersten Halbjahr ihr Einverständnis erklärte, den Vertrieb unserer Literatur und Periodika in den Nachbarstaaten (Schweiz, Bulgarien, Schweden, Norwegen und anderen) zu übernehmen, war diese Firma im Zusammenhang mit der gegenwärtig angespannten allgemeinen politischen Situation zwischen der UdSSR und Deutschland und aufgrund der sich aus der Devisenbeschränkung ergebenden Schwierigkeiten gezwungen, *von dem Transitverkauf Abstand zu nehmen*¹¹.

Inoffiziell erklärte die Firma jedoch, dass es ihr kategorisch verboten worden sei, „in jeglicher Weise die Verbreitung von kommunistischer Literatur und Druckschriften in andere Länder zu fördern“.

Aus dem gleichen Grund erfuhr die Firma im II. Halbjahr eine Unmenge (formaler) Einschränkungen und „Unannehmlichkeiten durch die Geheime Staatspolizei, bis hin zu Andeutungen“, die kommunistische Propaganda einzustellen. Die Firma ist der Ansicht, dass dies einer der Gründe gewesen sei, sämtliche Buchhandelsfirmen, Bibliotheken und wissenschaftliche Einrichtungen, die mit der UdSSR geschäftlich verkehren, einer besonderen, zusätzlichen Kontrolle einer einzigen Firma, der Firma Koehler, zu unterstellen.

2. ERZEUGNISSE DES KUNSTHANDWERKLICHEN EXPORTS UND DES ANTIQUARIATS

Bei einigen Firmen, insbesondere bei der Firma Strauss, nimmt das Interesse an unseren antiquarischen Kunstgegenständen (bestickte Gobelins, Silberarbeiten

¹⁰ So im Dokument; offenbar sind 14 gemeint.

¹¹ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

und anderes) deutlich zu. Als die Firma kein Einreisevisum für die UdSSR zwecks Auswahl von Gegenständen erhielt, war sie äußerst ungehalten und versuchte auf alle mögliche Weise durchzusetzen, die antiquarischen Stücke aus der UdSSR für Deutschland und für den Reexport zu erhalten.

Was Erzeugnisse aus karelischer Birke betrifft, so sind die von „Meždunarodnaja kniga“ übermittelten Preise, auch für die Muster von Zigarettenetuis, für die Firma Wertheim „schwindelerregend hoch“, und letztere trat von einem Kauf zu den unterbreiteten Preisen zurück, wobei sie zugleich darauf verwies, dass sie die Möglichkeit habe, unsere Waren aus Paris zu erheblich günstigeren Preisen als den unsrigen zu beziehen.

PREISE

Die Preise sowohl für hiesige als auch für ausländische Druckschriften (nicht-wissenschaftlichen Charakters) unterlagen im Vergleich zum ersten Halbjahr keinen auffälligen Veränderungen.

Die Preise bei wissenschaftlicher Spezialliteratur (Medizin, Technik u. a.) stiegen im Vergleich zum ersten Quartal um 15 bis 20 Prozent. Die Literatur für Technik und Ostomologie¹² wird beispielsweise zu unglaublich hohen Preisen verkauft (ein Band kostet bis zu 300 Mark).

DER LITERATURIMPORT AUS DER UdSSR

Die Tätigkeit hinsichtlich des Imports von ausländischer Literatur in die UdSSR aus Deutschland verlief im 1. Quartal nach der Regelung einzelner Fragen und insbesondere der Frage, uns (zusätzlich) einen Exportrabatt von 25% auf Literatur hiesiger Verlage zu gewähren, bis zum Dezember normal, d. h. bis zu dem Zeitpunkt der Verabschiedung neuer Richtlinien durch die deutsche Regierung, wonach der Ex- und Import von Literatur aus und in die UdSSR über die Firma Koehler zu erfolgen habe.

Da diese Richtlinien der Geheimhaltung unterliegen, gelingt es uns nicht, ihrer habhaft zu werden, und deshalb besitzen wir bis jetzt außer bruchstückhaften und sich oftmals widersprechenden Informationen über die neuen Richtlinien keine genaue und klare Vorstellung.

Aufgrund vereinzelter Mitteilungen der Firmen wird dennoch klar: die Deutschen haben Maßnahmen ergriffen, um nach Auslaufen des am 29. August 36 unterzeichneten Abkommens zwischen der UdSSR und Deutschland, demzufolge die UdSSR das Recht auf Exportrabatt zusteht und dessen *Laufzeit am 28. Februar 1937 endet, uns die Exportprämie nicht mehr zu gewähren (was mit den Firmen Oldenbourg, Harrassowitz und anderen der Fall war)*¹³. Im Zusammenhang damit sahen wir uns veranlasst, an das Wirtschaftsministerium mit der Bitte heranzutreten, allen Buchhandelsfirmen zusätzliche Weisungen zu erteilen, dass laut dem neuen, am 24. Dezember 1936 zwischen der UdSSR und Deutschland unterzeichneten Abkommen die Prämien auch für Druckschriften bis zum 28. Februar 1938 in Kraft bleiben.

¹² So im Dokument.

¹³ Der Text ist am linken Seitenrand mit Tinte angestrichen.

Sollten einzelne Firmen versuchen, die [Export]Prämie zu verweigern, so muss sich „Meždunarodnja kniga“ auf das zweite Abkommen vom 24.XII.36 berufen und uns davon in Kenntnis setzen. Dabei soll selbstverständlich nicht auf das Wesen des Abkommens eingegangen werden, da letzteres nicht der Veröffentlichung unterliegt.

Dass zweite, was die Deutschen mit diesen neuen Richtlinien zu erreichen versuchen, ist eine zusätzliche Barriere zu errichten, die ein Vordringen unserer sowjetischen Literatur auf dem deutschen Markt verhindert, indem sowohl die Imports als auch die Exportoperationen mit der UdSSR in einer Hand bei der Firma Koehler konzentriert werden.

Die Praxis hat gezeigt, dass diese Konzentration die Arbeit erheblich erschwerte (Verzögerung bei der Bestellung von Zeitungen, Bücher, n/Aufträgen¹⁴ usw.). Sollten 3 bis 4 Fakten vorliegen, müssen wir uns mit den zuständigen Ministerien in Verbindung setzen.

[...] ¹⁵

Beauftragter der V/O „Mežkniga“

Potockij

Vermerk mit blauem Farbstift: NKVT, Gen. Lengiel', andere Vermerke mit Tinte stammen von unbekannten Personen.

In der Mitte befindet sich der Stempel der Geheimgruppe des NKVT der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 4050/17 vom 19.1.1937.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Angarskij, Moskau-Mežkniga, das 2. an Gen. Lengiel', NKVT, das 3. an Gen. Točilin, Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland, das 4. zu den Akten.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2631, l. 1–11, hier l. 1–4, 11. Original.

Nr. 624

Aufzeichnung des Leiters des Referats V/Nordeuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA van Scherpenberg

Berlin, den 14. Januar 1937

e.o. W IV OE 159

Vermerk

Nach einer über Herrn LS Rahn hierher gelangten Mitteilung des Amts für Roh- und Werkstoffe haben sich in letzter Zeit vielfach Unzuträglichkeiten daraus ergeben, dass sowjetrussische Besucher deutscher Fabriken usw. durch örtliche

¹⁴ So im Dokument; vermutlich sind die Aufträge laut Nomenklatur gemeint.

¹⁵ Ausgelassen sind die Kapitel: Über die Tätigkeit von Torgprom zur Erfassung ausländischer Reklame (l. 4–6); über die Erfüllung der Export- und Vertragspläne im Jahr 1936 (l. 6–7); über den Vertrag von Torgprom mit „Meždunarodnaja kniga“, über das Portefeuille vorliegender Aufträge, über die Überweisung von Valuta für das IV. Quartal an Torgprom (l. 7–8); über die Verkleinerung von Torgprom (8–10); über die Bewegung der alten Außenstände (l. 10); über die Verlagerung der Operationen in die UdSSR (l. 10); Schluss (l. 11).

Stellen unhöflich behandelt oder sonst irgendwelchen Unannehmlichkeiten ausgesetzt worden sind.

Auf eine Initiative von Herrn Herbert Göring hin ist nunmehr verfügt worden, dass alle derartigen Besuche vorher beim Gestapa, Hauptabteilung 3, Min.Rat Dr. Best, angemeldet werden sollen. Dieser wird veranlassen, dass die in Betracht kommenden örtlichen Stellen sich den Besuchern gegenüber höflich und zurückhaltend erweisen.

Hiermit 1) über Herrn VLR Benzler, Herrn Min.Dir. Ritter, 2) Umlauf bei W, 3) Pol V, Ref. Deutschland, Abt. Recht und Protokoll zur gefl. Kenntnis, 1 Abdruck des Vermerks steht zur Verfügung.

van Scherpenberg

PA AA, R 105998, Bl. H 001025.

Nr. 625

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

Höchst geheim

15. Januar 1937

Nr. 30/l

Anbei sende ich das Schreiben der Genossen Ežov und Vyšinskij sowie die Anklageschrift zurück, zu der ich folgende Bemerkungen habe:

1. Ursprünglich sind über 20 Deutsche verhaftet worden¹, von denen alle bis auf 8 vor der Gerichtsverhandlung entlassen und ausgewiesen werden sollen. Ich hielte es für richtiger, in dieser Strafsache mindestens 10 Personen mit der Maßgabe zur Verantwortung zu ziehen, dass einige vom Gericht freigesprochen oder auf Gerichtsbeschluss ausgewiesen werden könnten. Das Ansehen des Gerichts würde nur gewinnen, wenn es neben den Verurteilungen auch Freisprüche geben würde.

2. Ich weiß nicht, wann der Prozess angesetzt ist. Es ist möglich, dass er im Zusammenhang mit dem anderen Prozess² vertagt werden wird. Indes haben wir dem deutschen Botschafter³ die Entlassung einer gewissen Anzahl der verhafteten Deutschen versprochen.⁴ Ich möchte darum bitten, Gen. Ežov unabhängig von der

¹ Zur Verhaftung der Reichsdeutschen, die Anfang November 1936 in der UdSSR verhaftet wurden vgl. Dok. 565, 567, 570, 575, 577, 581, 585, 597, 616.

² Der Prozess gegen die Teilnehmer des sogenannten „Parallelen antisowjetischen trotzkistischen Zentrums“ fand vom 23. bis 30.1.1937 im Oktobersaal des Hauses der Gewerkschaften in Moskau statt. Alle 17 Angeklagten wurden schuldig gesprochen, 13 von ihnen zum Tod durch Erschießen, 4 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Vgl. Process antisovetskogo trockistskogo centra (23–30 janvarja 1937 goda); sudebnyj otčet (Prozess des antisowjetischen trotzkistischen Zentrums; Gerichtsbericht), Moskva 1937.

³ Friedrich Werner Graf von der Schulenburg.

⁴ Vgl. Dok. 596.

Bestätigung der Anklageschrift aufzufordern, unverzüglich eine gewisse Anzahl von Deutschen aus der Haft zu entlassen.

3. Die Aussage Oberbergs (S. 9), wonach er von einem Mitarbeiter der Mission eines ausländischen Staates eine Bombe erhalten habe, kann uns in eine unangenehme Situation bringen. Die Beteiligung eines solchen Mitarbeiters an der Vorbereitung eines terroristischen Anschlages muss von unserer Seite einen energischen Protest gegenüber der betroffenen Regierung und zumindest die Forderung nach Abberufung dieses Mitarbeiters zur Folge haben. Vorkommnisse dieser Art rechtfertigen sogar einen Abbruch der Beziehungen.

Allein der Verdacht, dass die Teilnehmer an der Ermordung Alexanders von Serbien⁵ ihr Attentat in Ungarn vorbereitet hatten, hat fast zu einem Krieg geführt, und dieser Fall wurde auf einigen Tagungen des Völkerbundsrates⁶ behandelt.

Obgleich in der Anklageschrift keine Regierung namentlich genannt ist, wird jedoch allen vollkommen klar sein, dass es sich um die deutsche Botschaft oder ein Konsulat handelt. Ich würde es deshalb für richtig halten, diese Aussage aus der zur Veröffentlichung bestimmten Anklageschrift herauszunehmen, um diese Aussage hinter verschlossenen Türen machen zu lassen.

4. Wenn nicht vorgesehen ist, die Deutschen zu erschießen, so wäre es besser, sie nicht zur Höchststrafe zu verurteilen, um sie dann später zu begnadigen. Zwischen der Verkündung des Urteils und der Begnadigung wird eine gewisse Zeitspanne vergehen. Während dieser Zeit wird die deutsche Presse einen unglaublichen Lärm schlagen, so dass eine Begnadigung umgehend als Ergebnis der Druckausübung interpretiert werden wird. Es wäre somit besser, sie sofort zu einer 10-jährigen Haftstrafe zu verurteilen. Wir standen immer auf dem Standpunkt, dass ausländische Staatsbürger, die uns gegenüber keine staatsbürgerlichen Pflichten und kein Pflichtgefühl gegenüber der Heimat haben, in einem geringeren Maße als sowjetische Staatsbürger wegen staatsfeindlicher Vergehen zur Verantwortung gezogen werden können.

LITVINOV

Veröffentlicht in: *Lubjanka. Stalin i Glavnoe upravlenie gosbezopasnosti NKVD, Dok. 3, S. 40.*

⁵ Am 9.10.1934 wurde in Marseille auf den König von Jugoslawien Alexander und den Außenminister Frankreichs Barthou ein Attentat verübt, bei dem beide ums Leben kamen.

⁶ Vgl. League of Nations. Official Journal. 15-th Year, N 12 (part II). Minutes of the Fifty-third (extraordinary) Session of the Council. December 1934, London 1935, S. 1759–1760.

Nr. 626

Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von
Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Berlin, den 16. Januar 1937

RM. 33

St. St.S.

*St. Dir. Pol.*¹

Pol. Abt.

Ref. D. (f. A.O.)

Ich habe mir heute den russischen Botschafter Suritz kommen lassen und ihm in der Angelegenheit der Verhaftung von Reichsdeutschen in Russland nochmals eindringlich klargemacht, dass in Russland keinerlei nationalsozialistische Organe existierten. Wenn etwa eine Verurteilung der jetzt verhafteten Reichsdeutschen aus derartigen Gründen stattfinden sollte, so würde das notwendigerweise die Lage zwischen den beiden Ländern weiter verschärfen müssen. Der Botschafter hat mir zugesagt, seine Regierung sofort zu verständigen.²

gez. Frhr. von Neurath

Unten: Pol A Ich nehme an, dass Sie Moskau verständigen. W[eizsäcker] 18[1], Pol V
Bitte Tell[egramm] Moskau entwerfen B[ismarck] 18/I.

PA AA, R 104384, Bl. E 019730.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 146, S. 314.

Nr. 627

Aufzeichnung des Legationsrats in Moskau Hilger

Moskau, den 19. Januar 1937

Aufzeichnung

Über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über den deutsch-sowjetischen Luftverkehr teilte der Direktor der Deruluft, Herr Issel, der Botschaft heute Nachstehendes mündlich mit:

Der Deruluft-Vertrag ist bekanntlich zum 31.12.36 gekündigt worden.¹ Der Entwurf eines neuen zwischen der Lufthansa und einer Sowjetstelle abzuschließenden „Pool“-Vertrages über den künftigen Luftverkehr zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist von der deutschen Seite erst gegen Ende November fertiggestellt und der Sowjetseite übergeben worden. Eine Äußerung der Sowjetseite ist bisher nicht erfolgt trotz wiederholter Mahnungen deutscherseits. Dies kann

¹ Der Empfänger ist unterstrichen.

² Vgl. Dok. 630.

¹ Vgl. Dok. 467. Zu den Verhandlungen über ein neues Abkommen vgl. auch Dok. 547.

nach Ansicht Issels mit der Erkrankung des stellvertretenden Direktors der Aeroflot, Herrn Joffe, zusammenhängen. Um ab 1. Januar keine Unterbrechung des Luftverkehrs eintreten zu lassen, wurde beschlossen, den bisherigen Zustand bis zum 31.1.37 gelten zu lassen. Zum Zwecke der Verständigung über die weiteren Modalitäten des Luftverkehrs ist er, Issel, jetzt nach Moskau gekommen, um mit Herrn Kaminski, der in der Aeroflot (Vorsitzender Tkatschew) die Angelegenheit des Luftverkehrs der Sowjetunion mit dem Auslande bearbeitet, die einschlägigen Fragen zu besprechen. Es scheint, dass die Vorbereitungen auf russischer Seite für die Aufnahme des „Pool“-Verkehrs *noch sehr im Rückstande*² sind, so dass die Aufnahme dieses Verkehrs voraussichtlich erst im Frühjahr erfolgen wird. Die bisherige Regelung wird entsprechend verlängert werden müssen.

*Was die Frage der Herbeiführung einer polnischen Überfluggenehmigung über den Korridor betrifft, so hat sich die Sowjetseite nunmehr entschlossen, darauf zu verzichten und den Umweg über die Ostsee zu machen.*³

Herr Issel erzählte ferner, dass die Russen seinerzeit Polen gebeten hätten, ihnen die Überfluggenehmigung für die für die Pariser Ausstellung bestimmten Flugzeuge „ANT-25“ und „ANT-35“ zu gewähren⁴, was von polnischer Seite **nach anfänglicher Weigerung**⁵ auch zugestanden worden sei. Der Flug über Polen sei jedoch nachher an der deutschen Ablehnung[,] **die bewilligte Flugroute über Deutschland zu ändern[,]**⁶ gescheitert. Über sonstige Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Polen über die Herstellung einer Luftverbindung zwischen Moskau und Warschau war Herrn Issel nichts bekannt.

Hilger

Herr Direktor Issel teilte mir vor seiner Abreise nach Deutschland mit, dass er mit den Russen vereinbart habe, den gegenwärtig geltenden Zustand bis zum 28.2.1937 zu verlängern. Die darauf bezüglichen Besprechungen führte er mit dem Leiter der Auslandsabteilung der Aeroflot, Herrn Odajewski. Herr Joffe beabsichtige, Mitte Februar nach Deutschland zu fahren, um mit der Lufthansa über den „Pool“-Vertrag zu verhandeln.

Hilger 2/2

Eigenhändige Unterschriften. Auf erstem Blatt Abzeichnung Schulenburgs vom 23.1. und verschiedene andere Abzeichnungen. Am Ende: zdA Hi[lger] 2/2.

PA AA, Moskau II, 340, Bl. 48-49.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Der Absatz ist am Seitenrand angestrichen.

⁴ Vgl. Dok. 572.

⁵ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

⁶ Der Text ist handschriftlich eingefügt.

Nr. 628

Schreiben des Generalsekretärs der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ Markert an den Legationsrat in Moskau Hilger

Berlin, den 19. Januar 1937

durch Kurier

Herrn
Legationsrat Gustav Hilger
Moskau
Deutsche Botschaft

Sehr verehrter Herr Hilger!

Haben Sie vielen herzlichen Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 11.1. und für Ihre Bemühungen. Inzwischen sind zu unserer besonderen Freude nun auch die Akten, die Sie am 4.1. abgesandt haben, hier eingegangen. Es handelt sich um weitere Materialien für den Band II¹, die nun zur Übersetzung gegeben werden. Eine Veröffentlichung wird allerdings vor Ende des Jahres kaum in Frage kommen, da erst Band I erscheinen soll, von dem die Übersetzer noch kein Material in Händen haben.

Fast am gleichen Tage mit dem Erhalt Ihrer Mitteilung teilte mir Geheimrat Schliep mit, dass nunmehr auch vom Propagandaministerium die Durchführung der Aktenpublikation als erwünscht betrachtet würde. Er gab mir das diesbezügliche Schreiben des Propagandaministeriums zur Einsichtnahme.² Nun wird demnächst ein offizielles Schreiben des Amtes an die Gesellschaft die Weiterführung der Publikation bestätigen. Somit scheint mir diese Frage auf längere Sicht geklärt zu sein.

Geheimrat Schliep sagte mir auch, dass dem von der Gesellschaft besonders ausgesprochenen Wunsch, den Schriftwechsel mit der sowjetischen Publikationskommission ausschließlich über das Amt zu leiten, Rechnung getragen würde. Mit einem entsprechenden Bemerken würde demnächst abschriftlich der Schriftwechsel des Amtes mit der Gesellschaft und mit dem Propagandaministerium der Botschaft zugeleitet werden.

Ich werde mich noch darum kümmern, welches der beste Weg ist. Zuständig ist für die Publikation die frühere Abteilung „Schuld“, die Dr. Frauendienst unter Geheimrat Dienstmann betreut. Diesmal sind die Dokumente über „Kult. W.“ gegangen.

Mit dem nächsten Kurier wird Professor Hoetzsch ein entsprechendes Bestätigungsschreiben an Professor Jerusalemiski über die Deutsche Botschaft senden.³ Es soll nur noch vorher eine Besprechung mit unserem Präsidenten⁴ stattfinden.

¹ Vgl. Dok. 176, Anm. 2.

² Vgl. Dok. 612.

³ Schreiben von Hoetzsch an Jerusalemiski vom 3.2.1937. In: PA AA, Moskau II, 407, Bl. 228–230. Als Mittelsmann zwischen der Gesellschaft und Jerusalemiski sollte Schüle fungieren; vgl. Schreiben von Hoetzsch an Hilger vom 3.2.1937. In: ebd., Bl. 227.

⁴ Julius Curtius.

Mit den besten Empfehlungen, die ich auch Ihrer Frau Gemahlin freundlichst zu übermitteln bitte, grüßt Sie

mit Heil Hitler!
Ihr stets dankbar ergebener

Werner Markert

Eigenhändige Unterschrift. Auf Kopfbogen der DGSO geschrieben. Auf erstem Blatt oben: E/42.

PA AA, Moskau II, 407, S. 224–224/R.

Nr. 629

**Schreiben des kommissarischen Leiters der Politischen Abteilung im AA
von Weizsäcker an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg**

Berlin, den 20. Januar 1937

Mit Kurier am 20.I.

Herrn Botschafter
Graf v. d. Schulenburg
Moskau.

Lieber Graf Schulenburg!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 9. d. M.¹ Ich hatte einen angenehmen Urlaub und hoffe, dass auch Sie in den Feiertagen ****einigermaßen Ruhe fanden****². Unsere Befürchtung, dass die Russen den Prozess womöglich gerade in die Weihnachtstage legen würden, ist ****ja****³ glücklicherweise nicht eingetreten.

Ihre Mitteilungen betreffend Einzelheiten über Ihren Besuch bei Molotow haben mich sehr interessiert. Ich habe davon dem Reichsminister und allen sonst in Betracht kommenden Herren Kenntnis gegeben. Ihre Auffassung über die Behandlung der Angelegenheit wird vom AA geteilt: Wir wollen bei den einzelnen Verhafteten ****grundsätzlich****⁴ keine Unterschiede machen, sondern uns für alle ******⁵ einsetzen. Ferner ist Vorsorge getroffen, dass das in unseren Händen befindliche Material, insbesondere in den Fällen Görbing und Wicklein, vorläufig nicht veröffentlicht wird, sondern für einen etwaigen Schauprozess aufgespart wird.

Über den von Ihnen angeregten und inzwischen erfolgten Empfang des Botschafters Suritz durch Herrn v. Neurath⁶ sind Sie bereits durch unser Telegramm⁷ informiert worden. Auch für uns war bei diesem Schritt in erster Linie der Gesichtspunkt maßgebend, den Russen noch einmal vor Augen zu führen, welche Be-

¹ Vgl. Dok. 621.

² Der Text ist korrigiert; ursprünglich: etwas Erholung finden konnten.

³ Das Wort ist hinzugefügt.

⁴ Das Wort ist hinzugefügt.

⁵ Das an dieser Stelle stehende Wort „gleichmäßig“ ist gestrichen.

⁶ Vgl. Dok. 626.

⁷ Nr. 6 vom 18.1.1937. In: PA AA, R 104385, E 437640.

deutung wir der Angelegenheit beimessen. Es ist zu hoffen, dass der Hinweis des Reichsministers auf die Gefahr einer Verschärfung der beiderseitigen Beziehungen seine Wirkung nicht verfehlen wird. Es wird allerdings Zeit, dass die Russen endlich die in Aussicht gestellte Freilassung oder Ausweisung eines Teiles der deutschen Angeklagten wahr machen.

**In der spanischen Sache hoffen wir über das Größte hinweg zu sein. Offenbar haben auch die ersten Spanier selbst das fremde Gesindel einigermaßen satt, was sich um ihr Wohlbefinden bemüht.

Herzliche Grüße u[nd] Heil Hitler
wie stets

W[eizsäcker] 20[1]**8

Auf erstem Blatt oben: zu Pol V 383. Am Seitenrand: Vor Abgang Pol A mit Abzeichnung von Bismarck. Unten maschinenschriftlich: Nach Abgang: H[errn] V.L.R. Schliep [dies handschriftlich], H. Ges. Aschmann, H. Kons. Schönberg, H. L.S. Frhr. v. Welck z. g. K. Außerdem: zdA Pol V, Po 52 Nr. 2 Ru und ab mit Kurier am 27.1. [sic].

PA AA, R 104384, Bl. E 019738-019739.

Nr. 630

**Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den
Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij**

GEHEIM

Expl. 2.

27. Januar 1937

Bevollmächtigte Vertretung der UdSSR
in Deutschland
Berlin
Nr. 10/s¹

AN

N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Die deutsche Diplomatie tritt in eine Etappe neuer Aktivität ein. Als wir diese Frage in Moskau erörterten², stimmten wir, wie Sie sich erinnern werden, im Prinzip dahingehend überein, dass die Deutschen in dieser Etappe wahrscheinlich versuchen werden, die Überspitzungen in ihrer außenpolitischen Linie zurückzunehmen. Wir glaubten, dass die schwere wirtschaftliche Lage Deutschlands, seine

⁸ Die Passage ist handschriftlich hinzugefügt. Am Seitenrand von anderer Hand: Informationen über Spanien?

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Suric hielt sich in der ersten Januardekade 1937 in Moskau auf. Vgl. Na prieme u Stalina, S. 197, 198.

offensichtlich unzureichende Vorbereitung auf einen großen Krieg und die Hoffnungen, die kolonialen Ansprüche der Deutschen auf friedlichem Wege zu befriedigen, Deutschland tatsächlich zu einer Suche nach einem Kompromiss mit anderen Staaten bewegen könnten, insbesondere im Verhältnis uns gegenüber. Das italienisch-englische Abkommen zur Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeerraum³ veranlasste die Deutschen anscheinend dazu, sich mit dieser Angelegenheit zu beeilen.

Das Gespräch Schachts mit Kandelaki am 24.XII.36⁴, in dem die Möglichkeit direkter politischer Gespräche mit uns sondiert wurde, passte sich völlig in solch ein Verständnis der gegenwärtigen Etappe der deutschen Außenpolitik ein.

Die ersten vier Wochen des neuen Jahres brachten jedoch keine völlige Bekräftigung unseres Standpunktes. Allerdings unterstrich Neurath im Gespräch mit mir am 16.1.37⁵, dass es gewisse Hoffnungen auf eine Verbesserung der Beziehungen Deutschlands auch mit der UdSSR gebe und er Recht gehabt hätte, als er mir im Glauben an eine solche Verbesserung seinerzeit geraten habe, mich mit Geduld zu wappnen. Bei einem nüchternen Abwägen meines gesamten Gesprächs mit Neurath am 16.1.37 kann sich jedoch herausstellen, dass der vage Hinweis Neuraths auf „gewisse Hoffnungen“ auf eine Verbesserung der Beziehungen mit der UdSSR lediglich als Vorwand für die konkrete Bitte diene, einige Formulierungen in der Anklageschrift gegen die in Moskau verhafteten Deutschen abzuschwächen. Diese Bitte Neuraths für sich allein genommen ist wohl kaum als negativ einzuschätzen. Sie zeugt davon, dass die Deutschen letztlich verstanden haben, dass ihre Leute in Moskau sich tatsächlich gründlich reingeritten haben⁶, ein Prozess ihnen große Unannehmlichkeiten bringen kann, mit Drohungen und Geschrei hier nichts zu bewirken ist und es ihnen nur übrig bleibt, uns zu bitten, dieses und jenes nicht in die Presse dringen zu lassen. Wie auch immer diese Bitte Neuraths an sich einzuschätzen ist, so ist es jedoch unstrittig, dass diese Bitte das Thema des Gesprächs darstellte, nicht aber die Perspektive einer Verbesserung der Beziehungen. In dem kurzen Gespräch mit Neurath auf dem von ihm gegebenen Mittagessen am 20.1.37 erklärte er mir nochmals, dass er ein „Optimist“ sei, ging jedoch nicht darüber hinaus. Die Zurückhaltung Neuraths in diesen Fragen kann im Übrigen damit erklärt werden, dass die Aufnahme der Gespräche zum Thema einer Verbesserung der Beziehungen über Schacht erfolgte und das Auswärtige Amt sich im gegenwärtigen Stadium nicht einmischen will.

Einen anderen Eindruck hinterlässt mein kurzes Gespräch mit Schacht während des Mittagessens beim amerikanischen Botschafter⁷ zu Ehren der Ankunft von Davis (12.1.37). Wie ich Ihnen bereits telegraphiert habe, führte Schacht das Gespräch hauptsächlich zum Thema der Komintern und dem Erfordernis für alle, darunter auch uns, sich aus Spanien zurückzuziehen. Allerdings ist unser Gespräch unterbrochen worden und vielleicht hatte Schacht die Absicht, noch etwas

³ Vom 2.1.1937. Vgl. British and Foreign State Papers, Bd. 141, London 1950, S. 387–389.

⁴ Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das Gespräch Schachts mit Kandelaki am 29.12.1936 gemeint, die Einladung dazu sprach der Handelsvertreter im Telegramm vom 24.12.1936 an. Vgl. Dok. 615 sowie 640.

⁵ Aufzeichnung der Unterredung von Neuraths mit Suric am 16.1.1937. Vgl. Dok. 626.

⁶ Vgl. Dok. 625, Anm. 1.

⁷ William Dodd.

mehr dazu zu sagen. Falls sich jedoch die weiteren Gespräche Kandelakis mit ihm nur auf dieses Thema beschränken sollten, wird dabei nichts herauskommen. Ich erinnere Sie gleichfalls daran, dass aus den Berichten der Genossen Kandelaki und Fridrichson über die Gespräche mit Schacht zu entnehmen ist, dass das Thema über die Notwendigkeit unseres „Abzugs“ nicht nur aus Spanien, sondern auch aus Frankreich (Volksfront) und aus der Tschechoslowakei ein Lieblingsthema Schachts darstellt, d.h. dass es erforderlich ist, unsere „Politik der Einkreisung Deutschlands mit einem Ring von halbsojetisierten Staaten“ aufzugeben. Falls die Gespräche Schachts mit Gen. Kandelaki nach unserer Antwort auf seine letzte Sondierung in die gleiche Richtung gehen sollten, so bleibt von der ganzen deutschen „Aktion“ in unsere Richtung lediglich eine Zeitverschleppung übrig, die von den Deutschen übrigens schon als ein Gewinn angesehen werden kann, da sie sich damit die Möglichkeit verschaffen, einer Antwort auf die konkreten Fragen (Liste)⁸ auszuweichen. Ein endgültiges Urteil zu dieser Frage kann selbstverständlich erst nach den Gesprächen des Gen. Kandelaki mit Schacht abgegeben werden.⁹

Die deutsche „Aktion“ beschränkte sich jedoch nicht nur auf die UdSSR. Auf dem Neujahrsempfang Hitlers am 11.1.37 wurde bekanntlich der Versuch unternommen, auch die Schärfen in den Beziehungen mit Frankreich zu glätten. Momentan kann als feststehend angesehen werden, dass dieser Vorstoß nicht so sehr von Hitler als vielmehr von Neurath und Poncet, und insbesondere von letzterem, ausgegangen ist. Hitler begnügte sich in seinem Gespräch mit Poncet damit, lediglich die Gerüchte über eine deutsche Landung in Spanisch-Marokko zurückzuweisen und mit dem Vorschlag aufzuwarten, die Kontrolle in Spanien in der Weise zu organisieren, dass die Italiener und die Deutschen die „Roten“ und die Franzosen und Engländer die „Weißen“ kontrollieren. Poncet und Neurath kamen überein, dieses Gespräch in eine große politische „Aktion“ münden zu lassen. Poncet setzte sich mit Paris telefonisch in Verbindung und am Abend des gleichen Tages verfassten er und Neurath ein Communiqué, in dem bereits auch die „Unantastbarkeit und Integrität“ und andere Dinge figurierten, woraufhin alle in Europa von „détenés“ sprachen, die angeblich allgemein und vollständig eintreten würde, wenn es nicht die UdSSR mit ihren Umtrieben gebe.

In der Geschichte mit der Erklärung Hitlers auf dem Neujahrsempfang verdient die exponierte Rolle Poncets Beachtung. Poncet hatte zweifelsfrei Ende Dezember und Anfang Januar einige Gespräche mit Schacht, Richter¹⁰ und mit anderen über die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland.¹¹ Zur gleichen Zeit führten auch französische Geschäftsleute ebensolche Gespräche, wofür sie speziell nach Deutschland gekommen waren (Fragen der Versorgung Deutschlands mit Eisenerzen aus dem Elsass, mit Wolle und Fragen der Verbesserung des Clearings). Es ist nicht bekannt, ob diese Gespräche so weit gediehen waren, wie dies die deutsche Presse Anfang Januar angedeutet hatte. Es wurde behauptet, dass Poncet und Schacht eine prinzipielle Übereinkunft über französische Zugeständnisse in der

⁸ Gemeint ist die den deutschen Vertretern übergebene Liste von Aufträgen militärischen Charakters. Vgl. Dok. 615, Anm. 4.

⁹ Vgl. Dok. 634, 639.

¹⁰ So im Dokument; offenbar ist der Leiter der Handelspolitischen Abteilung im AA Ritter gemeint.

¹¹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 123, S. 255–256.

Kolonial- und Rohstofffrage im Austausch für das deutsche Einverständnis erzielt hätten, sich an der Rüstungsbegrenzung zu beteiligen. Eine Sache unterliegt keinem Zweifel: Poncet hat in dieser Zeit einige Anstrengungen unternommen, um nach Möglichkeit die Unebenheiten im deutsch-französischen Verhältnis zu glätten und den Boden für eine große deutsch-französische Aktion vorzubereiten. Es ist interessant, dass Neurath, wie er selbst eingestand, das ganze Gespräch Hitlers mit Poncet auf dem Neujahrsempfang nach Vorabsprache mit Poncet vorbereitet hat.

Ich kann natürlich nicht darüber urteilen, ob Poncet dabei auf Weisungen aus Paris gehandelt oder dieses ganze Spiel von sich aus betrieben hat. Da ich Poncet kenne, kann ich nur eins sagen – er wäre durchaus in der Lage, dies auch ohne direkte Weisungen aus Paris zu tun.

Im Übrigen schafft die Rede Blums in Lyon am 24.1.37¹² in diesem Punkt nicht die erforderliche Klarheit. Blum wies einerseits mit Entrüstung die Perspektive „eines Handels mit Deutschland“ zurück (Rohstoffkompensation im Austausch gegen das deutsche Einverständnis zur Teilnahme an der Rüstungsbegrenzung). Andererseits erklärte er, dass die Hilfe der westeuropäischen Länder für Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht nicht von der Aufgabe abgetrennt werden könne, den Frieden auch mit einer Rüstungsbegrenzung zu gewährleisten.

In dieser Zeit wurde neben geheimen Schritten gegen die UdSSR und einer demonstrativ unverhüllten Geste in Richtung Frankreich auch ein anderes Manöver durchgeführt, und zwar die Reise Görings nach Italien¹³. Daraus, dass nach dieser Reise eine deutsch-italienische Gesellschaft zur Ausbeutung der Bodenschätze Abessinien gegründet worden ist, könnte die Schlussfolgerung gezogen werden, dass Göring vor allem als Wirtschaftsfachmann nach Italien gereist ist, um jene Übereinkunft über ein gemeinsames wirtschaftliches Vorgehen in Abessinien umzusetzen, die offenbar bereits während des Oktober-Besuches von Ciano in Deutschland erzielt worden war.¹⁴ Die Existenz einer solchen Übereinkunft hatte Ciano, wie Sie sich erinnern, bereits am 25.X.36 in seinem Interview in München angedeutet.¹⁵

Man bräuchte auch dem demonstrativen Pomp, mit dem Göring in Italien empfangen worden ist, keinerlei Bedeutung beimessen. Die Schwäche Görings in dieser Hinsicht ist allbekannt und den Italienern hat es schließlich überhaupt nichts ausgemacht, dem „Lamettengeneral“¹⁶ zu schmeicheln. Jedoch gibt der prunkvolle Empfang Görings in Italien, der jeden bisher bekannten Rahmen sprengte, Grund zur Annahme, dass sich dahinter auch noch etwas mehr verbergen konnte.

Vor allem springt ins Auge, dass Göring in Italien einen für ihn völlig ungewöhnlichen antisowjetischen Ton anschlug. Seine Rede vor der deutschen Kolonie in Rom am 16.1.37 folgte durchaus der Tonlage des Nürnberger Parteitages von

¹² Am 24.1.1937. Vgl. „Le discours de M. Léon Blum à Lyon“. In : Le Temps vom 25. Januar 1937, S. 6.

¹³ Göring befand sich vom 13. bis 23.1.1937 in Italien. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 164; Ser. D, Bd. I, Dok. 207; Bd. III, Dok. 204.

¹⁴ Vgl. Dok. 561, Anm. 4.

¹⁵ Vgl. „Nach der deutsch-italienischen Aussprache. Gemeinsame Förderung des Friedens und Wiederaufbaus. Graf Ciano erläutert der Presse“. In: Völkischer Beobachter vom 26. Oktober 1936, Münchener Ausgabe, S. 1.

¹⁶ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

1936. In dieser Rede kam all das vor, was „sich gehört“. Zwei Welten: die eine Welt des Aufbaus, der Ordnung, der Disziplin und des Glaubens und die andere Welt des „Niedergangs und der Zerstörung im Bluttausch des Bolschewismus“, die Gegenüberstellung von „strahlendem Hakenkreuz und Sowjetstern“, die „Blutfackel Moskaus“ und all das Übrige, was nach der Nürnberger Rezeptur erforderlich ist.

Die Tatsache, dass Göring diese antikommunistische, vielmehr antisowjetische Rede gehalten hat, derselbe Göring, der sich noch am 14.XI.36¹⁷ mir gegenüber damit brüstete, er habe sich seit dem Machtantritt *weder mündlich noch schriftlich durch antisowjetische Äußerungen kompromittiert, lässt tief blicken. Göring ging in seiner Rede in Italien noch einen Schritt weiter: Nach den antisowjetischen Ausfällen*¹⁸ hob er sogleich die unzerstörbare Festigkeit der „Achse Berlin-Rom“ hervor und sagte, dass sowohl Italien als auch Deutschland „den gleichen Idealen folgen und folglich auch die gleichen Feinde haben“. Unter diesem Gesichtspunkt verleiht diese Rede der Reise Görings nach Rom einen anderen, bei weitem gehässigeren Charakter, als dies früher möglich erschien.

Somit ergibt sich, dass die Reise Görings nach Rom keineswegs eine allgemeine „Entspannung der Atmosphäre“ zum Ziel hatte, sondern einer weiteren Festigung des deutsch-italienischen Blockes mit einer ausgeprägt antikommunistischen und vielleicht sogar antisowjetischen Ausrichtung diene.

In Berliner diplomatischen Kreisen wird der Reise Görings nach Rom auch noch eine andere Bedeutung beigemessen. Es wird darüber gesprochen, dass Göring auch die Aufgabe gehabt hätte, das italienisch-türkische Verhältnis etwas zu entspannen, insbesondere im Zusammenhang mit der bevorstehenden Reise einer türkischen Delegation nach Deutschland. Die türkische Delegation wird angeblich von Rüstü und vom Kriegsminister¹⁹ geleitet und soll die Unterstützung Deutschlands bei den Streitigkeiten der Türkei mit Frankreich wegen Alexandrette²⁰ einholen. Zu dieser Frage wissen wir nichts Genaues, erachten es jedoch für erforderlich, Sie darüber telegrafisch zu informieren, weil die fortschreitende Einbeziehung der Türkei in die deutsche Einflussosphäre eine ernste Beunruhigung unsererseits hervorrufen muss. Im Übrigen hatte ich Ihnen telegraphiert, dass Hitler auf dem Neujahrsempfang am 11.1.37 den Türken nachdrücklich gebeten habe, dass die Delegation auf dem Panzerschiff „Yavuz“ anreise und ihr in diesem Fall ein prunkvoller Empfang bereitet werde. Es ist leicht vorstellbar, wie die deutsche Presse die Heimkehr des verlorenen türkischen Sohnes auf dem ehemaligen deutschen Panzerschiff²¹ in den heimatlichen deutschen Schoß darstellen wird!

Es wird auch darüber gesprochen, dass Göring in Italien noch eine Aufgabe gehabt hätte – die Einbeziehung Jugoslawiens in den Umkreis des deutsch-italienischen Blocks. Für uns alle, die wir nicht ohne Sorge das zunehmende Abrücken Jugoslawiens von der Kleinen Entente und dessen wachsende wirtschaftliche

¹⁷ So im Dokument; richtig: 14.XII.36. Vgl. Dok. 607.

¹⁸ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

¹⁹ Kâzim Fikri Özalp.

²⁰ Unter Bezugnahme auf die 1939 bevorstehende Aufhebung des französischen Mandats über Syrien meldete die Türkei Ansprüche auf den angrenzenden und zu 40% von Türken besiedelten Sandschak Alexandrette an.

²¹ Der deutsche Schlachtkreuzer „Goeben“, im Juli 1912 in Dienst gestellt, gehörte seit August 1914 unter dem Namen „Yavuz“ zum Bestand der türkischen Kriegsmarine.

Zusammenarbeit mit Deutschland beobachten, erscheint das erwähnte Gerücht als durchaus glaubwürdig.

Fügt man dem die Gerüchte über einen angeblich bevorstehenden offiziellen Besuch Becks in Berlin hinzu, der ebenfalls auf Göring zurückgehen und zum Ziel haben soll, Polen wegen der deutschen Befestigungsanlagen entlang der Ostgrenze und Deutschland wegen des polnisch-französischen Flirts zu beschwichtigen, so wird die gesamte diplomatische Aktion Deutschlands auf dem Neujahrsempfang in einem etwas anderen Lichte erscheinen, als wir uns dies anfänglich vorgestellt haben.

Aus den Erfahrungen der letzten vier Wochen ergibt sich, dass die deutsche außenpolitische Aktivität in letzter Zeit wohl kaum die Aufgabe hatte, die Spannungen, die in den Beziehungen Deutschlands mit anderen Ländern entstanden waren, „allgemein abzubauen“.

1. Die Geste Schachts in unsere Richtung ist bislang von unbestimmter Natur, und wir wissen noch wenig über ihre eigentliche Zweckbestimmung, so dass wir diese Geste nicht als ein Zeichen der tatsächlichen Absichten Deutschlands betrachten können, uns gegenüber die Politik zu ändern.

2. Die lautstarke Erklärung Hitlers auf dem Neujahrsempfang am 11.1.37 gegenüber Poncet²², der die Weltpresse die Bedeutung einer neuen Ära in der deutschen Außenpolitik beizumessen versuchte, ist in Wirklichkeit nicht so sehr auf Initiative der Deutschen als vielmehr auf Initiative von Poncet erfolgt.

3. Die Reise Görings nach Rom, einschließlich der diese Reise begleitenden Gerüchte, zeugen nicht so sehr von dem Wunsch Deutschlands, „die Atmosphäre in Europa zu entspannen“, sondern vielmehr von einer weiteren Etappe beim Ausbau des gegen andere Länder gerichteten deutsch-italienischen Blocks.

4. Der demonstrative Besuch des deutschen Kreuzers „Emden“ in Japan²³ im Zusammenhang mit dem äußerst eindrucksvollen Empfang, der ihm bereitet worden ist, zeugt ebenfalls nicht von dem Wunsch, die Atmosphäre „zu entspannen“ und ist vielleicht eher als eine weitere Etappe zur Festigung der zweiten „Achse“ Berlin-Tokio einzuschätzen. Die bald nach dem Besuch der „Emden“ eingetretenen Ereignisse in Japan²⁴, deren Sinn in der Machterlangung einer äußerst kriegerischen Partei besteht, die für eine weitere Annäherung Japans an Deutschland eintritt, bekräftigen nur diesen Eindruck.

5. Die bevorstehenden Besuche der Türken und Polen in Berlin sind objektiv auch Schritte zur Festigung der Achse „Berlin-Rom“, d.h. sie passen sich sehr gut in die traditionelle Richtung der Außenpolitik des III. Reiches ein und unterstützen zugleich kaum die Annahme, dass eine Änderung dieser Außenpolitik erfolgt.

6. Schließlich erfolgte die Besiegelung der „ewigen Freundschaft“ zwischen Jugoslawien und Bulgarien²⁵, die in dieser Zeit stattgefunden hat, wahrscheinlich ebenfalls nicht ohne Zutun Deutschlands, und sie ist ein nicht geringes Glied in

²² Vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. I/2, S. 662–663.

²³ Der leichte Kreuzer „Emden“, gebaut 1925, wurde von Anfang an als Schulschiff verwendet; im Verlaufe einer regulären Ausbildungsfahrt (Oktober 1936–April 1937) besuchte er eine Reihe Länder Südeuropas und Südasiens, darunter Japan (Januar 1937).

²⁴ Am 23.1.1937 trat die Regierung von Hirota zurück. Mit der Regierungsneubildung wurde General Hayashi beauftragt.

²⁵ Der „Pakt über ewige Freundschaft“ wurde am 24.1.1937 in Belgrad unterzeichnet. Vgl. Politika vom 25. Januar 1937, S. 2.

der traditionellen deutschen Balkanpolitik, deren Ziel darin besteht, die Balkanländer an den deutschen Block zu binden.

In den vier Wochen des neuen Jahres haben mit anderen Worten die Ereignisse unsere These darüber, wonach Deutschland vor der Notwendigkeit stehe, seine Außenpolitik zu ändern, eher widerlegt als bestätigt. Dies bedeutet natürlich keineswegs, dass Veränderungen in der Außenpolitik Deutschlands nicht bevorstehen würden. Sie sind möglich. Zu ihren Gunsten wirken die zu Beginn des Schreibens erwähnten objektiven Gründe, d.h. die schwere wirtschaftliche Lage und die noch nicht abgeschlossene Vorbereitung auf einen großen Krieg.

Insbesondere zeugt die deutsche Reaktion auf die Rede Edens im Unterhaus am 19.1.37 und auf die Rede Blums in Lyon am 24.1.37, dass Deutschland anscheinend zwischen dem Kurs auf „Entspannung der Atmosphäre“ und dem alten Kurs auf Schaffung eines Blocks von Aggressorländern unter der Führung Deutschlands schwankt. Die Gegenüberstellung dieser zwei Richtungen ist selbstverständlich lediglich im Sinne einer „Atempause“ zu verstehen. In der gegenwärtigen Etappe erweist es sich als vorteilhafter, den alten und grundlegenden Kurs Deutschlands und der mit ihm im Block vereinten Länder auf Konfrontation zur übrigen Welt etwas abzuschwächen und ein wenig die Bereitschaft Deutschlands zu einer „friedlichen“ Zusammenarbeit mit anderen Völkern zu unterstreichen. Wie stark auch die Verachtung Hitlers für die „Demokraten“ Englands und Frankreichs gewesen sein mag, so konnte er nach den Reden Edens und Blums dennoch nicht übersehen, dass sowohl England als auch Frankreich am Prinzip der kollektiven Sicherheit nach wie vor recht beharrlich festhalten und der deutsche Widerstand gegen dieses Prinzip, falls er in der bisherigen Form beibehalten werden sollte, lediglich England und Frankreich zu einer weiteren gegenseitigen Annäherung drängen kann. Die ausnahmslos wohlwollenden Reaktionen der französischen und englischen öffentlichen Meinung auf die „Friedensoffensive“²⁶ Hitlers in seinem Gespräch mit Poncet am 11.1.37 mussten bei den Deutschen vielmehr den Eindruck hinterlassen, dass gegenwärtig mit der Methode der „Entspannung der Atmosphäre“ mehr erreicht werden kann als mit der alten Methode der Drohungen.

Die am 25.1.37 überreichte Note Deutschlands bezüglich der Freiwilligkeit²⁷ spiegelt in einem gewissen Grade diese neuen Stimmungen der deutschen Diplomatie wider. Allerdings ist ihr Text zum Teil von dem Wunsch diktiert, zu zeigen, dass Deutschland in der Frage der Freiwilligkeit angeblich bereit sei, weiter als die UdSSR zu gehen (Erklärung über die Bereitschaft, ein Gesetz zum Verbot der Freiwilligkeit zu erlassen). Der allgemeine Tenor der Note zeugt jedoch von dem bekannten Wunsch, „die Atmosphäre zu entspannen“. Wenn wir dies feststellen, dürfen wir jedoch keine einzige Minute die Vorbehalte außer Acht lassen, die die Note begleiten (die Unklarheit der deutschen Vorschläge bezüglich der Kontrolle, denen zufolge die UdSSR allem Anschein nach generell aus dem Kreis der die Kontrolle ausübenden Länder ausgeschlossen werden soll, sowie der Vorschlag, alle Freiwilligen aus Spanien abzuführen, die nach dem August 1936 eingetroffen sind). Diese

²⁶ Das Wort „Offensive“ ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

²⁷ So im Dokument. Die Note des AA zur Frage der ausländischen Freiwilligen in Spanien wurde dem englischen Botschafter in Deutschland Phipps am 25.1.1937 überreicht. Vgl. Dokumente der deutschen Politik, Bd. V, Berlin 1940, S. 107–108.

Vorbehalte versetzen Deutschland in die Lage, zu einem beliebigen Zeitpunkt zum alten Kurs zurückzukehren.

Zum Abschluss dieses Informationsschreibens möchte ich Ihnen noch etwas aus der Praxis der sowjetisch-deutschen Beziehungen berichten.

Dies betrifft vor allem die Haltung der deutschen Presse zum Prozess²⁸. Die deutsche Presse findet bis jetzt offenbar keinen dezidierten Standpunkt zum Prozess. Die erste Reaktion der deutschen Presse kann mit zwei Worten charakterisiert werden: Der Prozess sei sinnlos, die Anklagen seien haltlos, er verdiene keine Beachtung. Als sich zeigte, dass die englische und französische Presse den Prozess anders betrachten, bemühte sich die deutsche Presse, den Prozess als eine reine gegen Deutschland und Japan gerichtete Inszenierung hinzustellen. Zurzeit wird der Prozess einerseits als Sinnbild des Zerfalls des sowjetischen Systems dargestellt, andererseits als Einstimmung auf den nachfolgenden Prozess gegen die in Moskau verhafteten Deutschen. Es ist schwerlich zu sagen, wie viele Etappen die deutsche Presse bei der Beleuchtung des Prozesses durchlaufen wird, solange ihr nicht von oben schließlich eine definitive „Meinung“ diktiert wird. Schon allein diese Tatsache zeugt im Zusammenhang mit dem Prozess von einer gewissen Verwirrung in der nationalsozialistischen Führungsspitze. Es springt gleichfalls ins Auge, dass die deutsche Presse komplett den Teil der Aussagen Pjatakows (und der Anklageschrift) verschwiegen hat, in dem es um die Beteiligung der Firmen „Demag“ und „Borsig“ an der Finanzierung der Trotzisten²⁹ sowie um die Tatsache ging, dass deutsche Behörden Pjatakow einen Pass und ein Flugzeug für eine Reise nach Oslo zum Treffen mit Trotzki³⁰ zur Verfügung gestellt hatten. Was die Aussagen Pjatakows über die Absprache Trotzkis mit Heß betrifft³¹, so hat die deutsche Presse nach den ersten, mit zahlreichen ironischen Bemerkungen versehenen Meldungen sofort jegliche Erörterungen zu diesem Thema eingestellt.

Nun zu den laufenden Angelegenheiten:

1. Den Informationen der Handelsvertretung zufolge verläuft der Verkauf unserer Waren im Rahmen des Abkommens vom 24.XII.36³² normal. Wir haben bereits für 8 Mio. Mark Holz und für 2 Mio. Mark Rauchwaren verkauft, d.h. etwas mehr als 1/3 der vereinbarten Summe (27 Mio. Mark). Entgegen den Erwartungen entsprechen die Preise, zu denen die Verkäufe getätigt wurden, insgesamt unseren Wünschen.

2. Beim Import konnte gleichfalls ein gewisser Fortschritt bei den strittigen Objekten verzeichnet werden. Die Kaufverhandlungen zum Fischer-Tropsch-Verfahren (Hydrierung) sind zum Abschluss gebracht worden. Auch die Frage bezüglich des Zutritts unserer Fachleute zu den deutschen Werken zwecks Studiums des Verfahrens wurde geregelt. Die endgültige Entscheidung über den Vertrag mit Fischer³³ ist nach Moskau überwiesen worden. Es gibt Hoffnungen auf eine baldige

²⁸ Vgl. Dok. 625, Anm. 2.

²⁹ Vgl. „Process antisovetskogo trockistskogo centra. Utrennee zasedanie 23. janvarja“ (Prozess gegen das antisowjetische trockistische Zentrum. Morgensitzung am 23. Januar). In: Pravda vom 24. Januar 1937, S. 3.

³⁰ Vgl. „Večernee zasedanie 23 janvarja“ (Abendsitzung am 23. Januar). In: ebenda, S. 4.

³¹ Ebenda.

³² Vgl. Dok. 619, Anm. 8.

³³ Die Verhandlungen zum Erwerb der Technologie und der Anlage des Fischer-Verfahrens wurden in Moskau lange aufmerksam verfolgt. Vgl. Dok. 297, 578.

Regelung der Aufträge für Katapulte³⁴. Lediglich die Frage nach Panzerstahl bei Krupp bewegt sich bislang nicht vom Fleck.

3. In Hamburg sind Mitte Januar (14.1.37) verhaftet worden: 1) der deutsche Angestellte der Handelsvertretung KLEIN; 2) die ehemalige, bereits im Dezember 1936 entlassene Botin der Handelsvertretung und 3) ein weiterer Angestellter der Handelsvertretung, der am 15.1.37 zur Entlassung anstand und tatsächlich bereits einige Tage in der Firma Lassen gearbeitet hatte. Diese Verhaftungen beunruhigten unsere Hamburger Genossen, jedoch ist zurzeit über deren tatsächliche Bedeutung noch schwerlich etwas Konkretes zu sagen.

4. Nach der Verhaftung des Portiers der Bevollmächtigten Vertretung Heinerlich ist Anfang Januar seine Frau für 6 Tage verhaftet worden. Dem ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiter von Intourist MALOV (Ungar), der bereits im November 36 verhaftet worden war, soll im Januar der Prozess gemacht werden. Leider haben wir keinerlei Gewissheit, dass das Gericht nicht den Tatbestand seiner Tätigkeit in Intourist aufdeckt.

5. Eingegangen ist die abschließende Antwort des Auswärtigen Amtes auf unser Ersuchen³⁵, die Exmittierung des Gen. Gordon aus der Wohnung niederzuschlagen³⁶. Diese Frage entbehrt nicht einer grundsätzlichen Bedeutung, weil sich das Auswärtige Amt schließlich der Argumentation des Hausbesitzers anschloss, der Gordon mit der Begründung gekündigt hatte, keine Ausländer im Haus haben zu wollen. In dieser Angelegenheit werden wir einen Brief schreiben.³⁷

6. Eingegangen ist die abschließende Antwort des Auswärtigen Amtes auf unser Ersuchen, die Bevollmächtigte Vertretung von der Besteuerung jenes Teil des Gehaltes der deutschen Mitarbeiter auszunehmen, den wir ihnen in den letzten Jahren auf Grundlage der sowjetischen Gesetzgebung, derzufolge die Versicherungsbeiträge vom Betrieb übernommen werden, gezahlt hatten. Uns wird vorgeschlagen, 60.000 Mark zu zahlen. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie daran erinnern, dass wir im Verlaufe des ganzen Jahres 1936 vergeblich versucht hatten, vom NKID die Genehmigung für eine Kompromisslösung für den Komplex der Steuerfragen zu erhalten (darüber hat Gen. Bessonov wiederholt geschrieben und persönlich sowohl in der Wirtschafts- als auch in der Rechtsabteilung vorgesprochen). Jetzt ist bereits nichts mehr zu machen, jedoch möchte ich Ihnen signalisieren, dass die Steuerangelegenheiten im Jahr 1937 noch mehr als im Jahr 1936 an Schärfe zunehmen werden (die Deutschen machen Druck, alle möglichen Objekte mit Steuern zu belegen), und es müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit der Apparat des NKID auf unsere Anfragen reagiert.

7. Die deutsche Presse verhielt sich im Januar (mit Ausnahme des Prozesses) uns gegenüber verhältnismäßig anständig, beispielsweise wurde kein einziges Wort über die Moskauer Angelegenheit der Deutschen geschrieben³⁸. Allem Anschein nach sind der Presse nach dem Treffen Schulenburgs mit Gen. Molotov³⁹ sowie

³⁴ Vgl. Dok. 552, 557.

³⁵ Vgl. Verbalnote des AA vom 12.1.1937. In: AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 4, l. 14.

³⁶ Vgl. Verbalnote der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland vom 5.1.1937. In: AVP RF, ebenda, l. 17–15.

³⁷ Vgl. Schreiben von Suric an Litvinov vom 27.1.1937. In: ebenda, l. 18–18R.

³⁸ Vgl. Dok. 625.

³⁹ Am 23.12.1936. Vgl. Dok. 616, 621.

nach dem Schreiben des Gen. Litvinov an letzteren⁴⁰ spezielle Weisungen erteilt worden.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Ja. SURIC

Vermerk D.G. Šterns mit rotem Farbstift: an Gen. Lev[in], Gen. Aleks[eev], Gen. Kant[er]. 1.II.37. Š[tern].

Vermerk mit Tinte: 2. West[abteilung].

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Gen. Krestinskij mit der Eingangs-Nr. 438 vom 31.1.1937.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 211 vom 1.2.1937.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: Geschr. 8 Expl. 5 an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten. 27.1.37.

AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 4, l. 13–1. Kopie.

Nr. 631

Telegramm des kommissarischen Leiters der Politischen Abteilung im AA von Weizsäcker an die Botschaft in Moskau

Telegramm

1. Ziff. (Geh.Ch.V.)

Berlin, den 28. I. 1937

zu Pol. V 465

Ref. LS Frhr. v. Welck

Sofort!

Diplogerma

Moskau

Nr. 10 vom 28.1.

Auf Telegramm Nr. 16 vom 27.1.¹

1.) Hier wird es für angezeigt gehalten, dass Botschaft möglichst noch während Prozessdauer bei Sowjetregierung schärfsten Protest dagegen einlegt, dass amtliche deutsche Vertreter (Großkopf) und Persönlichkeiten (Heß), deutsche Organisationen (Gestapa, gegebenenfalls auch Auslandsorganisation), deutsche Wirtschaft und deutsche Spezialisten missbräuchlich in politischen Schauprozess hineingezogen werden. Bitte **zu vorstehender Protestabsicht zunächst noch drahtliche**² Stellungnahme nach Anhörung Generalkonsuls Großkopf über die gegen ihn vorliegenden Aussagen.

⁴⁰ So im Dokument; richtig: an Schulenburg. Vgl. Dok. 618.

¹ Vgl. PA AA, R 104401, Bl. E 021919–021920.

² Der Text ist handschriftlich hinzugefügt.

2.) Bitte im Außenkommissariat feststellen, ob Zeuge Stein tatsächlich noch Reichsangehöriger und ob außer ihm noch andere Reichsangehörige im Zusammenhang mit gegenwärtigem Prozess verhaftet. Bitte gegebenenfalls wegen unterlassener Haftanzeige protestieren.

Weizsäcker

p.n. Vorgänge über Stein³, Wurm und Flaesser⁴ sind nicht ermittelt worden.

Oben: Pol V 890. *Am Seitenrand Stempel:* Abgesandt 28/I. 20.50. *Unten:* Nach Abg[ang] Ref. D[eu]tschl[an]d und verschiedene Abzeichnungen.

PA AA, R 104401, Bl. E 021921.

Nr. 632
Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA

Telegramm (Geh.Ch.V.)

Moskau, den 29. Januar 1937 21.05 Uhr
Ankunft: 30. 1.25 Uhr

Nr. 19 vom 29.1.

Auf 10/28¹

Dass es sich bei Trotzki-Prozess um reinen Theaterprozess handelt, ergibt sich aus Verlauf und aus folgenden Beobachtungen:

1.) Pressechef Außenkommissariat² hat DNB-Vertreter Schüle zweiten Prozess-tag Frühstück eingeladen und ihm klarzumachen versucht, dass Prozess sich nicht gegen Deutschland richtet. Auf erstaunten Hinweis Schüles zum Beispiel wegen von Piatakow behaupteten Abkommens zwischen Heß und Trotzki entgegnete Pressechef, Trotzki könne ja Piatakow belogen haben.

2.) General Köstring ist Mittwoch völlig ungehindert aus Deutschland hier eingetroffen, er wurde gestern zu üblichem Rückkehrbesuch von zuständigem Abteilungschef Verteidigungskommissariats Korps-Kommandeur Gekker empfangen. In Unterredung, die normal verlief, ist Gekker unverändert liebenswürdig gewesen und hat mit keinem Wort Prozessaussage gegen K. berührt.

3.) Pressebeirat Baum teilnimmt ungehindert an Prozessverhandlungen, Russen verhalten sich ihm gegenüber völlig unbefangen.

³ Stein wurde im November 1938 zu 25 Jahren Haft verurteilt und im Januar 1940 nach Deutschland ausgewiesen. Vgl. PA AA, R 153640.

⁴ So in einer Aufzeichnung des Senders Komintern vom 27.1.1937 über den Prozessbericht. In PA AA, R 104401, o. P. Der Name lautet richtig Wilhelm Flessa. Er soll nach Angaben von Alex Stein 1935 aus der UdSSR ausgewiesen worden sein. Wurm war den gleichen Angaben zufolge 1933/1934 nach Deutschland zurückgekehrt. Beide hatten in Novosibirsk als Ingenieure gearbeitet. Vgl. PA AA, R 153640.

¹ Vgl. Dok. 631. Anmerkung dazu: Pol. V 465. Darunter handschriftlich: im Refer[at] D[eu]tschl[and]

² Georgij Aleksandrovič Astachov.

4.) ... (Gr[uppe] verst[ümmelt]) ist, dass sämtliche in Prozess genannten reichsdeutschen Firmenvertreter und Spezialisten mit Ausnahme von Stein, der Botschaft unbekannt und dessen Staatsangehörigkeit nachgeprüft wird und anscheinend ... (Gr. verst.), Sowjetunion vor mehr oder weniger langer Zeit verlassen haben, sodass Propagandazweck erreicht wird, Anprangerung aber für Betroffene folgenlos bleibt. Dies auffällig umso mehr, als sich zurzeit 37 verhaftete Reichsdeutsche wegen ähnlicher Beschuldigungen im Gefängnis befinden, ohne dass sie in diesen Prozess hineingezogen wurden.

Vorstehendes veranlasst mich zu Erwägung, dass Protestschritt fehlgehen würde. Prozess zu Ende geht heute oder morgen, sodass Protest während der Prozessdauer voraussichtlich nicht mehr möglich. Auch nicht ausgeschlossen, dass Urteil – wie in früheren Fällen, zuletzt Großkopf im Stickling-Prozess – Anwürfe gegen Reichsdeutsche als nicht erwiesen behandelt. Meines Erachtens könnten wir auch ruhig abwarten bis die Russen sich an uns wenden. Falls sie dies überhaupt tun, wären wir in taktisch günstigerer Lage und könnten dann unsererseits ihre Beschwerde als völlig unbegründet zurückweisen.

Großkopf meldet mir soeben, dass er russischen Angeklagten Stroilow nie gekannt habe. Kein ausländischer oder russischer Spezialist habe jemals direkte oder indirekte Aufträge von ihm erhalten.

Schulenburg

Auferstem Blatt oben Stempel des AA: Pol V 496, eing. 30 JAN. 1937. Am Seitenrand: Frh. V. Welck Bi[smarck] 30/1. und Verteilerschlüssel. Unten: Po 58/5 Russl.

PA AA, R 104401, Bl. E 021922-021923.

Nr. 633

Aufzeichnung des Mitarbeiters des Referats V/Osteuropa im AA Freiherr von Welck

Berlin, den 29. Januar 1937

Pol. V 589

Geheim!

Vermerk

Das AA hatte Anfang Dezember v. J. an das Geheime Staatspolizeiamt ein Schreiben gerichtet, in welchem die Frage gestellt wurde, ob dem Gestapa Sowjetbürger in Deutschland bekannt wären, gegen die so schwerwiegendes Material vorliegt, dass im Falle der Einleitung eines Strafverfahrens gegen sie mit ihrer Verurteilung zu rechnen wäre.¹ Da das Gestapa diese Frage bisher nicht beantwortet hatte, wiederholte ich sie gestern Regierungsrat Heller, der dort die Angelegenheit

¹ So im Schreiben von Weizsäckers an das Gestapa vom 3.12.1936 (PA AA, R 104384, Bl. E 437636-437637). Diesbezüglich hatte es bereits am 23.11.1936 eine Besprechung zwischen AA und Gestapa gegeben (vgl. Dok. 587). Die Botschaft Moskau hatte sich gegen ein solches Verfahren ausgesprochen, dem sich das AA anschloss (vgl. Dok. 595).

behandelt, gegenüber. Er antwortete mir darauf klar, dass derartige Fälle *nicht*² vorliegen. Die Geheime Staatspolizei und die deutschen Gerichtsbehörden lehnten es bewusst ab, solche Methoden anzuwenden, wie sie in der Sowjetunion üblich sind, d.h. den Verhafteten zu einem Geständnis zu zwingen. Gegen keinen Sowjetbürger läge jedoch so viel Material vor, dass er in der Gerichtsverhandlung eines Vergehens oder Verbrechens überführt werden könnte.

*Die Anwendung von Repressalien gegen die Massenverhaftungen deutscher Reichsangehöriger in der Sowjetunion ist also schon aus diesem Grund nicht möglich.*³

Hiermit Herrn VLR Schliep erg[ebenst] vorgelegt.

Welck

Eigenhändige Unterschrift. Abzeichnung von Schliep und am 30.1. von seiner Hand:

1) Über Herrn Ges. Pol A Herrn Dir. Pol z. gen. Ktn. vorgelegt. 2) Über Pol V bei Vorgang (dazu: Pol V 6134).

PA AA, R 104385, Bl. E 019741.

Nr. 634

Telegramm des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar für Außenhandel Rozengol'c

Ganz geheim

Außer der Reihe

Berlin, den 29. Januar 1937

Nr. 950

An

Stalin, Molotov, Rozengol'c

Hatte heute ein Treffen mit Schacht und gab ihm gegenüber Ihrer Weisung folgend¹ eine Erklärung ab. Schacht nahm meine Erklärung mit großem Ernst auf. Wir vereinbarten, dass es zweckmäßiger sei, die offiziellen Verhandlungen auf diplomatischem Wege zu führen. Im Verlauf des Gesprächs wurde die weitere Vorgehensweise für die Verhandlungen vereinbart:

1. Schacht unterrichtet seine Regierung über die von mir vorgetragene Erklärung² und übernimmt, das erste Treffen zwischen Neurath und Suric zu organisieren, an dem er und ich teilnehmen werden.

2. Bis zu dieser offiziellen Begegnung trifft sich Schacht noch einmal mit mir. Während der Verhandlungen zwischen Neurath und Suric wird Schacht den per-

² Das Wort ist unterstrichen.

³ Der Satz ist am linken Seitenrand angestrichen.

¹ Vgl. Dok. 620.

² Vgl. Dok. 640.

sönlichen Kontakt mit mir unterhalten, damit wir auftretende Schwierigkeiten gemeinsam beseitigen und eine Grundlage für das Abkommen finden.

3. Schacht erklärte während des Gesprächs, dass nach einer Bereinigung der Atmosphäre die wirtschaftliche Frage Gegenstand unserer Erörterung werde. Zum Abschluss sagte Schacht, dass er die ins Auge gefassten politischen Verhandlungen als den einzig richtigen Ausweg aus der momentanen Lage betrachte und froh sei, dass beide Seiten diesen Weg einschlugen.

Kandelaki

Veröffentlicht in: Moskva-Berlin, Bd. 3, Dok. 154, S. 233.

Nr. 635

Meldung des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov

Ganz geheim

Expl. Nr.

31. Januar 1937

Nr. 20063 s.s.¹

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR FÜR
VERTEIDIGUNG DER UdSSR
Gen. VOROŠILOV

Hiermit lege ich den Inhalt einer eingegangenen Meldung einer vertrauenswürdigen Quelle vor.

1. Das Militärabkommen zwischen Japan und Deutschland ist den Worten des deutschen Militärattachés in Tokio, Oberst Ott, zufolge bis heute noch nicht spruchreif, mit Ausnahme der Übereinkunft über militärische Zusammenarbeit, über gegenseitigen Informationsaustausch in Bezug auf die UdSSR und über militärtechnische Hilfe.²

Oberst Ott meint, dass der deutsche Generalstab vor Abschluss der Umrüstung der deutschen Armee nicht daran interessiert sei, die Abfassung eines Militärabkommens mit Japan zu beschleunigen. Außerdem bezweifle der deutsche Generalstab, Ott zufolge, dass die japanische Armee in den nächsten 3 bis 4 Jahren kriegsbereit sein wird.³

2. Die Umrüstung und der Umbau der deutschen Armee würden nach Auffassung von Oberst Ott in einem bedeutend langsameren Tempo als dem veranschlagten vollzogen. Deutschland verspüre u. a. einen Mangel an Rohstoffvorräten, Munition und ausgebildeten Mannschaften und Offizieren; in den Truppenteilen sei eine sehr geringe Anzahl an Offizieren der Reichswehr verblieben; für die Ausbildung

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 588, Anm. 1.

³ Vgl. auch Dok. 387.

des benötigten Personalbestandes und die Bereitstellung der Mittel würden ungefähr 4 bis 5 Jahre benötigt ^{**}(Meinung von Oberst Ott)^{**4}.

Der technische Stand der deutschen Armee verbleibe unterhalb des laut Plan veranschlagten Niveaus. Der Grundtyp des Panzers in der deutschen Armee 1936 sei ein leichter, mit 2 Maschinengewehren bewaffneter Panzer. Gegen Ende 1936 war beabsichtigt, einen neuen, mit einer 105 mm Kanone ausgestatteten schweren Panzer einzuführen. Der Standardbomber sei in technischer Hinsicht schwach, da er eine Geschwindigkeit von nur 200 km/h erreicht. Gegen Ende des vergangenen Jahres ist ein neuer Bomber mit 2 Motoren mit je 800 PS und mit einer Geschwindigkeit von bis 400 km/h in die Bewaffnung übernommen worden.

3. Politische Kreise Deutschlands gehen davon aus, dass ein Krieg gegen die UdSSR ohne Unterstützung und Zustimmung Großbritanniens in den nächsten Jahren nicht möglich sein werde. Aus diesem Grund bestehe das Hauptziel Hitlers darin, Großbritannien auf die Seite Deutschlands zu ziehen.

ANMERKUNG DER RU DER RKKA:

Die dargelegte Information ist deshalb von großem Interesse, da sie die Auffassung des deutschen Militärattachés in Tokio wiedergibt. Nach den der RU vorliegenden Informationen hat Deutschland in seinen militärischen Vorbereitungen jedoch unverkennbare Erfolge erzielt und wird bis 1938 das Niveau seiner Militärtechnik im Vergleich zu 1936 bedeutend erhöhen.

4. Der japanische Militärattaché in Berlin, Generalmajor Ōshima, ist nach Tokio gereist, um über seine Tätigkeit im Zusammenhang mit dem japanisch-deutschen Abkommen Bericht zu erstatten. Gen[eral] Ōshima ist Chef der japanischen Flugzeugkommission, die im Winter dieses Jahres zwecks Studiums der deutschen Luftflotte und Vergabe von Aufträgen nach Berlin gekommen ist. Den Worten Gen[eral] Ōshimas zufolge „zwingt der gemeinsame künftige Feind dazu, die Luftkräfte beider Länder sowohl hinsichtlich der Technik als auch der Taktik anzugleichen“.

Das Hauptinteresse der deutschen Seite besteht darin, Japan Waffen und Technik zu verkaufen. Deutschland hat jedoch bis in die jüngste Zeit aus Japan keine Großaufträge erhalten.

5. Ausländische diplomatische Kreise in Tokio bewerten die Regierungskrise in Japan als einen Verlust des Ansehens der militärischen Führung und als eine fortschreitende Isolierung der militärischen Gruppierung sowie als eine Vertiefung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Armee und Flotte. Es ist mit einer Zunahme einer terroristischen Tätigkeit der militärfaschistischen Gruppierung zu rechnen.

CHEF DER RU DER RKKA, KOMKOR

S. Urickij

Vermerk K.E. Vorošilovs mit Bleistift: K.V.

Auf dem letzten Blatt befindet sich unten links der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 418 ss vom 3.2.1937. Auf Kopfbogen der Aufklärungsverwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee geschrieben.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 1036, l. 83–84. Original.

⁴ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

Nr. 636
**Auszug aus dem Tätigkeitsbericht der sowjetischen Handelsvertretung
 in Berlin für 1936**

[Januar 1937]

[...]¹

II. DIE SOWJETISCH-DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN
IM JAHR 1936

Die sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen im Jahr 1936 waren vor allem dadurch gekennzeichnet, dass aufgrund des am 31. Dezember 1935 ausgelaufenen sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens vom 9. April 1935² das Jahr 1936 damit begann, dass ein den Handels- und Zahlungsverkehr regelndes Abkommen fehlte.

Die noch Ende 1935 aufgenommenen sowjetisch-deutschen Verhandlungen endeten erst am 29. April 1936 mit dem vom Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland³ und dem deutschen Wirtschaftsminister⁴ unterzeichneten sowjetisch-deutschen Wirtschaftsvertrag für das Jahr 1936⁵.

Im Unterschied zum sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommen vom 9. April 1935 fixierte der neue Vertrag vom 29. April 1936 keine einzelnen Kontingente für die Einfuhr bestimmter sowjetischer Waren nach Deutschland, sondern bestimmte, dass sowjetische Waren in dem Umfang nach Deutschland ausgeführt werden können, wie dies in den Jahren 1934 oder 1935 erfolgte; jedoch ist für einige Waren, und zwar für Hülsenfrüchte, Ölkuchen, Oliven- und Pflanzenölen, Leinen und Hanf, Asbest, Apatit, Mangan, Chromerze, Erdölprodukte, goldhaltige Metallabfälle und Platin, Rosshaare, Rohleder, Borsten, Rauchwaren und Holz (mit Ausnahme von Furnieren), die Möglichkeit vorgesehen, den sowjetischen Export nach Deutschland um 30% im Vergleich zu 1934 oder zu 1935 zu erhöhen. Der sowjetischen Seite war es aufgrund dieses Abkommens möglich, aus dem Erlös des sowjetischen Exports nach Deutschland im Jahr 1936 die von deutschen Firmen geleisteten Warenlieferungen, sämtliche Nebenkosten für den Transport und für die Finanzierung des Güterumschlags und die Zinsen für den 200-Millionenkredit zu bezahlen. Schließlich sah das neue Abkommen vor, bei sowjetischen Käufen von deutschen Waren, die in bar aus dem Exporterlös bezahlt werden, das System der Exportprämie anzuwenden.

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des vorliegenden Berichtes waren die Daten der deutschen Zollstatistik zum sowjetisch-deutschen Handelsumsatz für das ganze Jahr 1936 noch nicht veröffentlicht worden. Es liegen lediglich die Daten der angeführten Statistik für die ersten 9 Monate des Jahres 1936 vor, die im Vergleich zu denjenigen des gleichen Zeitraums von 1935 folgendes ausweisen:

¹ Ausgelassen ist: I. Zur Einschätzung der wichtigsten Widersprüche in der Wirtschaft des gegenwärtigen Deutschland (I. 4–5R).

² Vgl. Dok. 116.

³ David Vladimirovič Kandelaki.

⁴ Hjalmar Schacht.

⁵ Vgl. Dok. 451, Anm. 2.

Der Handel Deutschlands mit der UdSSR
von Januar bis September 1935 und 1936 (in Mio. Mark)

	Januar–September 1935	Januar–September 1936
Warenumsatz insgesamt	186	161
Der deutsche Import aus der UdSSR	161	73
Der deutsche Export in die UdSSR	25	88
Saldo zugunsten Deutschlands	–136	+15

Aus diesen Angaben ist ersichtlich, dass sich der sowjetisch-deutsche Warenumsatz in den ersten 9 Monaten des Jahres 1936 im Vergleich mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 1935 um 25 Mio. Mark verringert hat. Die Verringerung des sowjetisch-deutschen Warenverkehrs erklärt sich vollständig mit dem starken Rückgang des deutschen Imports aus der UdSSR (um 88 Mio. Mark), während sich der deutsche Export in die UdSSR in diesem Zeitraum um 63 Mio. Mark vergrößert hat. Die Erhöhung des deutschen Exports in die UdSSR in den ersten 9 Monaten des Jahres 1936 erklärt sich mit dem Beginn der Auslieferung jener Ausrüstungen, die im Rahmen des fünfjährigen 200-Millionenkredites bestellt worden waren.

Die Ausweitung des deutschen Exports in die UdSSR in dem angegebenen Zeitraum bei gleichzeitigem – bereits oben vermerkt – starken Rückgang des deutschen Imports aus der UdSSR führte dazu, dass der sowjetisch-deutsche Handelsumsatz in den ersten 9 Monaten 1936 ein Aktivsaldo zugunsten Deutschlands in Höhe von 15 Mio. Mark erbrachte. In den ersten 9 Monaten des Jahres 1935 hatte Deutschland aus dem Handel mit der UdSSR ein Passivsaldo in einer Höhe von 136 Mio. Mark.

Aufgrund der bedeutenden Verringerung des sowjetischen Exports nach Deutschland im Jahr 1936 nahm in der Tätigkeit der Handelsvertretung in diesem Jahr der sowjetische Import und vor allem die Vergabe von Aufträgen im Rahmen des 200-Millionenkredites eine vorrangige Stellung ein, obgleich er nur bis zum 1. April 1936 befristet war. Mit dem letzten Abkommen vom 24. Dezember 1936⁶ wurde er bis zum 31. März 1937 verlängert. Die Handelsvertretung war verstärkt mit der Abnahme von Ausrüstungen befasst, die im Rahmen dieses Kredites bereits im Jahr 1936 einsetzte.

Gegen Ende 1936 (Mitte November) begannen die sowjetisch-deutschen Verhandlungen über die Regelung des Waren- und Zahlungsverkehrs mit Deutschland für 1937. Diese Verhandlungen zwischen dem Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland und dem deutschen Wirtschaftsminister endeten am 24. Dezember 1936 mit der Unterzeichnung des Wirtschaftsprotokolls, das eine Reihe von Veränderungen des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsvertrages vom 29. April 1936 für das Jahr 1937 vorsieht. Zu den wichtigsten Veränderungen, die in dem für 1937 verlängerten Vertrag vom 29. April 1936 vorgenommen wurden, gehören folgende:

Vor allem ist es erstmals nach einer fast zweijährigen Unterbrechung gelungen, von den Deutschen das Einverständnis zu erhalten, die Tilgung der für 1937 fälli-

⁶ Vgl. Dok. 619.

gen sowjetischen Verbindlichkeiten (die mit ungefähr 26–27 Mio. Mark beziffert sind) nicht in Gold oder Devisen zu bezahlen, wie das in den Jahren 1935 und 1936 der Fall war, sondern mit dem Erlös aus dem Verkauf einer Reihe von sowjetischen Waren, an denen Deutschland besonders stark interessiert ist. Dazu zählen solche Waren wie Manganerze, Rauchwaren, Leinen, Getreide, Apatit und andere.

Das Einverständnis der Deutschen, die sowjetischen Verbindlichkeiten im Jahr 1937 nicht in Gold oder Devisen zu bezahlen, sondern mit dem Erlös aus dem Verkauf der oben angeführten Waren auf dem deutschen Markt, erklärt sich mit dem großen Interesse der Deutschen, diese Waren rasch zu erhalten. Infolgedessen hat die Idee einer vorzeitigen Tilgung der 1937 fälligen sowjetischen Terminwechsel aus dem Verkaufserlös der bekannten Waren Eingang in das mit den Deutschen erzielte Abkommen über die Tilgung der sowjetischen Verbindlichkeiten gefunden. Die UdSSR hat nur dann das Recht, ihre in Deutschland 1937 fälligen Wechsel vorzeitig aus dem Verkaufserlös der Waren zu tilgen, wenn die oben bezeichneten Waren im Wert von etwa 27 Mio. Mark bis spätestens 1. August 1937 an die deutschen Firmen ausgeliefert werden.

Von den anderen Veränderungen, die in den für 1937 verlängerten sowjetisch-deutschen Wirtschaftsvertrag vom 29. April 1936 aufgenommen worden sind, verdient folgende Beachtung: Die sowjetische Seite erhält das Recht, mit dem Erlös aus dem Verkauf sowjetischer Waren in Deutschland die Aufwendungen der Handelsvertretung, der Wirtschaftskommissionen und der Vertretungen der Wirtschafts-Volkskommissariate der UdSSR zu bestreiten. Von dieser Regelung sind die Waren ausgenommen, die für die Tilgung der sowjetischen Schuldenlast im Jahr 1937 bestimmt sind. Das Passivsaldo, so es entstehen sollte, ist auf Verrechnungsgrundlage zwischen der deutschen und sowjetischen Eisenbahn zu begleichen. Das gleiche gilt auch für das Passivsaldo, falls es sich im Zahlungsverkehr zwischen dem Volkskommissariat für Fernmeldewesen und der deutschen Postbehörde ergeben sollte, davon ausgenommen sind die Telefon- und Telegrafverbindungen (die nach der diesbezüglichen speziellen Konvention in französischen Franc abgerechnet werden), und schließlich im Zahlungsverkehr bei der Verrechnung von Intourist, Moskau, mit dem Mitteleuropäischen Reisebüro⁷.

****Der neue sowjetisch-deutsche Wirtschaftsvertrag für 1937 *eröffnet für die Entwicklung des sowjetisch-deutschen Handels im Jahr 1937 keine ernsthaften Perspektiven.*⁸ Allein die Tatsache, dass in diesem Vertrag der Export bestimmter sowjetischer Waren nach Deutschland zu den Bedingungen vorgesehen ist, den Erlös aus deren Verkauf für die Tilgung der für 1937 terminierten sowjetischen Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland zu verwenden, *schränkt die Zweckmäßigkeit des sowjetischen Exports dieser Waren nach Deutschland ein*⁹ (die in den vergangenen Jahren einen vorrangigen Platz im sowjetischen Export nach Deutschland eingenommen hatten). Ebenso wird deren Verkauf zu anderen Konditionen eingeschränkt, die schlechter als die in diesem Vertrag vorgesehenen Konditionen sind.*¹⁰ Die Ausfuhr der oben aufgezählten Waren durch die Sowjetunion nach**

⁷ Die Firmenbezeichnung ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

⁸ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen und am linken Seitenrand angestrichen.

⁹ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

¹⁰ Der Text ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

Deutschland in Höhe von 26 Mio. Mark gewährleistet zugleich die vollständige Tilgung der sowjetischen Verbindlichkeiten in diesem Jahr.

******Die bekannten deutschen Kreise sind sich gleichfalls sehr wohl bewusst, dass sich mit der Unterzeichnung des neuen Vertrages für den sowjetisch-deutschen Warenumlauf keinerlei ernstliche Perspektiven eröffnen werden, *sondern damit vielmehr signalisiert wird, dass der sowjetisch-deutsche Handel in seiner weiteren Entwicklung zwangsläufig eine absteigende Kurve aufweisen wird.*¹¹ In diesem Zusammenhang ist die Bemerkung, die der deutsche Wirtschaftsminister Schacht bei der Unterzeichnung dieses Vertrages machte, nicht zufälliger Natur: *,„Wenn ich für ein paar Millionen so viele Papiere unterschreiben müsste, wäre meine Bank bereits seit langem Pleite“*¹²,**¹³

Das gewaltige Interesse des jetzigen Deutschland an sowjetischen Rohstoffen und an sowjetischen Aufträgen, deren Anzahl sehr groß ist, veranlasst die bekannten deutschen Kreise, in erster Linie die Industrie, aber auch staatliche Einrichtungen, deren Aufgabe es ist, die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen zu verbessern und einen Ausbau des deutschen Exports zu forcieren, auf jede Art und Weise eine Erweiterung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen anzustreben. Jedoch *stößt dieses Bestreben auf den Widerstand der sogenannten Parteikreise, die politisch nicht an einer Entwicklung der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen interessiert sind*¹⁴. Davon, welche Gruppe aus diesem Kampf siegreich hervorgehen wird, und von der Fähigkeit der Sowjetunion, diese Gegensätze auszunutzen, hängt es ab, ob die sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen erweitert oder bestenfalls auf dem jetzigen Niveau eingefroren werden.

III. IMPORTTÄTIGKEIT

1. Zur Einschätzung der Bedingungen für die Importtätigkeit in Deutschland im Jahre 1936

Die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland hat im Berichtsjahr 1936 an Deutschland und die Schweiz 989 Aufträge in Höhe von 32.223 Tsd. Mark vergeben, davon entfallen: auf Deutschland 859 Aufträge in einem Wert von 29.886 Tsd. Mark und auf die Schweiz 130 Aufträge in einem Wert von 2.337 Tsd. Mark.

Das Gros der Aufträge in Deutschland wurde in der 1. Jahreshälfte 1936 (87,7%), genauer sogar im 1. Quartal 1936, vergeben, auf das 80% des gesamten Jahresumsatzes entfällt. In der 2. Jahreshälfte 1936 wurden hauptsächlich Aufträge im Rahmen des bekannten sowjetisch-deutschen Wirtschaftsvertrages vom 29. April 1936 vergeben.

Eine der wichtigsten Aufgaben bei der Vergabe der Aufträge im Berichtsjahr 1936 bestand darin, alle Aufträge im Rahmen des 200-Millionenkredites, dessen Laufzeit am 1. April 1936 endete, rechtzeitig unterzubringen. Dies verursachte im 1. Quartal 1936 eine äußerst angespannte Situation, da auf dieses Quartal 87,3%

¹¹ Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

¹² Der Text ist mit Bleistift unterstrichen.

¹³ Der gesamte Absatz ist am linken Seitenrand mit Bleistift angestrichen.

¹⁴ Die beiden Textstellen sind mit Bleistift unterstrichen.

aller Aufträge entfiel, die im Rahmen des 200-Millionenkredites vergeben wurden. Diese Situation wurde noch dadurch verschärft, dass für 1936 mehrheitlich vor allem Sonderaufträge zur Vergabe übrigblieben, deren Unterbringung angesichts der in Deutschland herrschenden militärischen Konjunktur auf ernste Schwierigkeiten stieß. Mehr als die Hälfte der Aufträge, die 1936 über die Abteilung Technopromimport im Rahmen des 200-Millionenkredites liefen, betraf beispielsweise Ausrüstungen für die chemische Industrie. Diese Aufträge mussten unter den Bedingungen einer hohen Auslastung der entsprechenden Zweige der deutschen Industrie, vor allem durch Staatsaufträge, untergebracht werden, was einen ernsten Kampf erforderte, annehmbare Lieferfristen und Preise auszuhandeln.

In einer noch schwierigeren Situation bei der Vergabe von Aufträgen befand sich die Ingenieurabteilung. Beispielsweise ist für einige Objekte, die die Handelsvertretung bereits Ende 1935 gekauft hatte (Elektroakustik u. a.) und deren Auslieferung von den Firmen für die 1. Jahreshälfte 1936 zugesichert wurde, der Verkauf in der 2. Jahreshälfte 1936 von staatlichen Behörden gänzlich verboten worden.

Seitens staatlicher Behörden ist auch die Kontrolle der Betriebe verschärft worden, wodurch für uns der Zutritt zu den uns interessierenden Werken und Laboren noch schwieriger, in der Mehrheit der Fälle (Flugzeugwerke, optische Betriebe, einige funktechnische Werke und andere) gänzlich unmöglich geworden ist. In einer derartigen Situation ist eine künftige Analyse des Marktes und insbesondere die Kenntnisnahme von technischen Neuentwicklungen, die die Kommitenten der Ingenieurabteilung interessieren, selbstverständlich stark eingeschränkt.

Der Markt für Werkzeugmaschinen ist 1936 wegen der starken Auslastung des deutschen Werkzeugmaschinenbaus durch Staatsaufträge, durch den italienisch-abessinischen Krieg und durch eine große Anzahl von sowjetischen Aufträgen, die 1935 vergeben wurden, ebenfalls durch eine sehr hohe Konjunktur gekennzeichnet, und deshalb griffen einige Firmen zur Manipulationen, indem sie versuchten, die Annahme von Aufträgen im Rahmen des 200-Millionenkredites zu verweigern und die Preise im Vergleich zu früheren Jahren stark in die Höhe zu treiben.

Wenn man berücksichtigt, dass es bei den bestellten Maschinenausrüstungen auch eine bedeutende Anzahl von Spezialausrüstungen gab, so ergibt sich, dass fast 80% aller 1936 erteilten Aufträge sehr kompliziert und schwierig waren. Den Importabteilungen ist es trotzdem gelungen, sie zu annehmbaren Fristen und Preisen unterzubringen.

Auf der Grundlage des sowjetisch-deutschen Abkommens vom 29. April 1936 hat die Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland Aufträge im Wert von ungefähr 25 Mio. Mark vergeben, was ca. 8% der Summe aller Aufträge ausmacht, die die Handelsvertretung im Berichtsjahr vergeben hat. Der Hauptanteil dieser Aufträge entfiel auf die Ingenieurabteilung (1.516 Tsd. Mark), wo eingedenk des spezifischen Charakters der Aufträge¹⁵ beim Aushandeln der Preise sehr große Schwierigkeiten zu überwinden waren. Die anderen Importabteilungen der Handelsvertretung konnten trotz

¹⁵ Gemeint sind Aufträge militärischen Charakters.

der Versuche von Firmen, die Exportprämie einzubehalten und keinen entsprechenden Preisnachlass zu gewähren oder diese Frage generell zu sabotieren, bedeutende Erfolge verbuchen (vgl. ausführlicher dazu den Abschnitt „Der Kampf um die Preise“¹⁶).

[...] ¹⁷

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2226, l. 3–24, hier 4R–7R. Original.

Nr. 637
Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA

Moskau, den 1. Februar 1937

Tgb. Nr. A/270

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Im Anschluss an den Bericht vom 25. Januar d. J. – A/185¹ *und an die anderweitige Berichterstattung vom 27.² und 29.³ Januar 1937.*⁴

Inhalt: Prozess gegen das trotzkistische Parallel-Zentrum. Charakterisierung des Prozesses. Prozessverlauf. Hereinziehung Deutschlands. Beschuldigungen gegen Japan. Hintergründe und Zweck des Prozesses.

Ebenso wenig wie bei früheren Schauprozessen in der Sowjetunion kann die soeben zu Ende gegangene Gerichtsverhandlung gegen das sogenannte trotzkistische Parallelzentrum mit westeuropäischen Augen betrachtet und mit westeuropäischen Maßstäben gemessen werden. Die Gerichtsverhandlung stellte sich bereits äußerlich als ein öffentliches Verfahren vor dem Untersuchungsrichter und nicht als ein unseren strafprozessrechtlichen Bestimmungen entsprechendes Verfahren dar. Die Verhandlungen waren ein fortlaufender Dialog zwischen dem Staatsanwalt⁵ und den einzelnen Angeklagten, die auf Suggestivfragen des Staatsanwaltes

¹⁶ l. 8–10, 15R–16R.

¹⁷ Ausgelassen sind folgende Abschnitte: III,1: (Unterabschnitt:) Die Vergabe der sowjetischen Aufträge in Deutschland im Jahr 1936 (l. 7R–8); III,2: Der Kampf um Preissenkungen (l. 8–10); III,3: Die Abnahme und Inspektion der bestellten Ausrüstungen (l. 10R–12R); III,4: Die Überführung von ausländischen technischen Erfahrungen in die UdSSR (l. 12R); III,5: Die Finanztätigkeit beim Import (l. 12R–14); Schlussfolgerungen; IV: Die Exporttätigkeit der Handelsvertretung (l. 14–19R); V: Die Transporttätigkeit (l. 20–22R); VI: Die Tätigkeit auf dem Gebiet des Rechtsschutzes (23–23R); VII: Aufwendungen für Verwaltungs- und Leitungsaufgaben (23R–24).

¹ „Prozess gegen das trotzkistische Parallelzentrum. Vorgeschichte. Beginn des Prozesses. Anklageschrift.“ In: PA AA, R 104362, E 019154-019165.

² PA AA, R 104401, Bl. E 021919-021920.

³ Vgl. Dok. 632.

⁴ Der Text ist durchgestrichen.

⁵ Andrej Januar'evič Vyšinskij.

bereitwilligst eingingen und wie die Schüler dem Lehrer antworteten. Der Vorsitzende des Gerichtes⁶ verwaltete sein Amt rein formell und beschränkte sich darauf, den Anträgen des Staatsanwaltes zu entsprechen. Die Verteidiger – nur drei der Angeklagten hatten solche bestellt – traten im Verlaufe der Verhandlung so gut wie gar nicht in Erscheinung und hielten nur zum Schluss Verteidigungsreden, die in erster Linie den Charakter einer Loyalitätserklärung gegenüber dem herrschenden System trugen und in denen sie nur zaghaft für die Zuerkennung mildernder Umstände plädierten. Die sogenannte Selbstverteidigung der übrigen Angeklagten kam einem Verzicht auf die Verteidigung gleich, da der Staatsanwalt eine solche bei dem von ihm diktatorisch geleiteten Frage- und Antwortspiel praktisch erst gar nicht zuließ. Die Angeklagten benutzten nicht einmal das Schlusswort zu ihrer Verteidigung, weil dies der in ihrer Grausamkeit erschütternden Regie des Prozesses zuwidergelaufen wäre. Sämtliche Angeklagten hatten sich bereits bei Beginn des Prozesses nach Verlesung der Anklageschrift als schuldig bekannt.

*Die Einzelheiten des Prozessverlaufes ergeben sich aus den in der Anlage beigefügten bzw. mit dem Vorbericht übersandten Veröffentlichungen der hiesigen „Deutschen Zentralzeitung“ von 24.–30. Januar d. J., wegen des Aufbaues und der Einzelheiten der erhobenen Anklage darf ich auf den Bericht vom 25. Januar d. J. – A/185 – verweisen.*⁷

Die äußere Einteilung des Verhandlungsganges war etwa folgende: Zunächst wurden die vier Organisatoren und Leiter des Parallelzentrums Pjatakow, Radek, Sokolnikow und Serebrjakow vernommen. Den zweiten Abschnitt der Vernehmungen bildeten die Aussagen der sogenannten sibirischen Gruppe des Zentrums – Muralow, Drobnis und ihre Leute – über ihre verbrecherische Tätigkeit, die sich hauptsächlich im Kohlenbezirk Kussbass abgespielt haben soll. Der dritte Komplex bezog sich auf die verbrecherische Tätigkeit von Liwschitz und anderen im Eisenbahnwesen. An vierter Stelle kamen die verbrecherischen Handlungen Rataitschaks und anderer in der chemischen Industrie.

Deutschland wurde in sämtliche obengenannte Komplexe einbezogen mit Ausnahme des Eisenbahnwesens, das den Japanern vorbehalten blieb. Die in der Anklageschrift enthaltenen Beschuldigungen Deutschlands sind bereits in dem Vorbericht vom 25. Januar d. J. – A 185 – aufgeführt worden. Die Gerichtsverhandlung ergab darüber hinaus noch folgende Verdächtigungen Deutschlands:

1) Die phantastische Erfindung des Fluges *Pjatakows*⁸ im Dezember 1935 von Berlin nach Oslo zu Besprechungen mit Trotzki suchte der Staatsanwalt, um sie glaubhaft zu machen, durch eine Zeugenaussage des aus der Haft vorgeführten ehemaligen Berliner Iswestija-Berichterstatters Bucharzew mit Einzelheiten zu belegen. Diese Aussage Bucharzews musste und sollte den Eindruck erwecken, als ob deutsche amtliche Stellen bei der Durchführung des Fluges mitgewirkt hätten. Außer dieser einen, noch dazu einen völlig unglaubwürdigen Eindruck machenden Aussage konnten Beweise für solche Handlungen deutscher Stellen nicht beigebracht werden. Die vom Staatsanwalt nachträglich eingeholte Auskunft der Sowjet-

⁶ Vasilij Vasil'evič Ul'rich.

⁷ Am Seitenrand: 1–5. Dies und der gesamte Absatz sind durchgestrichen.

⁸ Der Name ist unterstrichen.

gesandtschaft in Oslo über die Möglichkeit der Benutzung des Osloer Flugplatzes im Winter besagt nichts.

2) Die Aussagen Radeks über seine angeblichen Verhandlungen mit dem Militärattaché General Köstring und dem Pressebeirat W. Baum wurden von Radek auf Wunsch des Staatsanwaltes am Schlusse der Vernehmungen noch ergänzt. Der Zweck der zusätzlichen Aussagen Radeks bestand ebenfalls darin, durch Anführung von Einzelheiten die geschilderten Vorgänge glaubhafter zu machen. Tatsächlich dienten diese zusätzlichen Aussagen Radeks nur nochmals dem Zweck, an sich harmlosen Gesprächen einen der Anklagethese entsprechenden Sinn absichtlich unterzuschieben. *Der wahre Sachverhalt ist in dem in der Anlage im Durchschlag beigefügten Bericht des Generals Köstring⁹ an das Reichskriegsministerium und in der beiliegenden Aufzeichnung des Pressebeirats Baum¹⁰ niedergelegt.*¹¹

3) Am ausführlichsten wurden antideutsche Aussagen im Zusammenhange mit dem Kohlenbezirk Kussbass gemacht, wobei an den Nowosibirsker Schädlingsprozess (Stickling)¹² angeknüpft wurde. Besonders die Angeklagten Schestow und Stroilow sowie der aus dem Gefängnis vorgeführte Belastungszeuge Stein sagten dahin aus, dass sie im Auftrage verschiedener deutscher Firmen Sabotageakte verübt und im Auftrage des deutschen Nachrichtendienstes Spionage getrieben hätten. Hierbei hätten sie mit deutschen Spezialisten in der Sowjetunion zusammengearbeitet. *Die von ihnen namhaft aufgeführten Firmenvertreter und Spezialisten sind, soweit sie hier bekannt sind, in der anliegenden Aufzeichnung¹³ näher geschildert.*¹⁴ Als charakteristisch muss hervorgehoben werden, dass die genannten Deutschen die Sowjetunion fast sämtlich verlassen haben. Die Aussagen machen die Absicht deutlich, wie üblich Sündenböcke für Betriebsunfälle und sonstige Missstände in der Sowjetindustrie zu schaffen. Entsprechend der Anklagethese müssen die Deutschen herhalten. Diese Anschuldigungen wurden durch den Staatsanwalt verschärft. Er extrahierte in diesem Zusammenhang aus den Angeklagten, dass eine offizielle deutsche Persönlichkeit dabei eine Rolle gespielt habe. Diese Anspielung bezog sich durchsichtiger Weise auf den damaligen deutschen Konsul in Nowosibirsk, ohne dass allerdings der Name des Herrn Großkopf genannt wurde. *Nach einer dienstlichen Meldung des Generalkonsuls Großkopf sind die gegen ihn gerichteten Verdächtigungen völlig aus der Luft gegriffen.*¹⁵

4) Im Zusammenhang mit der verbrecherischen Tätigkeit, die die Angeklagten in der chemischen Industrie ausgeübt haben sollen, wurde außer dem bereits in der Anklageschrift erwähnten deutschen Reichsangehörigen Lenz auch noch der frühere Moskauer Vertreter deutscher Firmen Paul Meyrowitz der Wirtschaftsspionage beschuldigt. *Über seine Persönlichkeit siehe die unter Ziffer 3 genannte Auf-

⁹ „Betr.: Trotskistenprozess“, 1.2.1937. In: PA AA, R 104362, Bl. E 019188-019194.

¹⁰ „Stellungnahme zu einigen Aussagen Radeks im Moskauer Trotskistenprozess“, 1.2.1937. In: PA AA, R 104362, Bl. E 019195-019198.

¹¹ Am Seitenrand: 6, 7. Dies und der gekennzeichnete Text sind durchgestrichen.

¹² Vgl. Dok. 579, Anm. 2.

¹³ Vgl. PA AA, R 104362, Bl. E 019199-109206.

¹⁴ Am Seitenrand: 8. Dies und der gekennzeichnete Text sind durchgestrichen.

¹⁵ Der Satz ist am Seitenrand angestrichen. Vgl. auch Dok. 632.

zeichnung, welche die Unglaubwürdigkeit der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen dartut.*¹⁶

Parallel zu den Beschuldigungen gegen *Deutschland* verlaufen die Beschuldigungen gegen *Japan*¹⁷, die im Einzelnen noch bösartiger sind (Spionage, Herbeiführung von Eisenbahnunfällen, Vorbereitung bakteriologischer Verseuchung von Truppentransportzügen im Kriegsfall).

Nach siebentägiger Verhandlung wurde das *in der Anlage 5 gemäß Veröffentlichung der „Deutschen Zentral-Zeitung“ vom 30. Januar d. J. beigefügte*¹⁸ Urteil gefällt. Es erklärt die Anklagen in allen wesentlichen Punkten für erwiesen und verhängt gegen 13 Angeklagte, darunter *Pjatakow und Serebrjakow*¹⁹, die Todesstrafe. Vier Angeklagte – darunter Radek und Sokolnikow – wurden zu 8- bis 10jährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Das milde Urteil gegen Radek und Sokolnikow rief in den hiesigen Diplomaten- und Journalistenkreisen großes Erstaunen hervor, gehörten doch Radek und Sokolnikow zu den Leitern und Organisatoren des Parallelzentrums. Diese eigenartige Entscheidung des Gerichtes, durch die zwei Hauptträdelsführer zu Gefängnis und der größte Teil der von ihnen geführten Personen zum Tode verurteilt wurden, wird von manchen auf die Anteilnahme des Auslandes am Schicksal Radeks und Sokolnikows zurückgeführt. Es sollen zahlreiche Telegramme mit Fürsprachen für Radek und Sokolnikow in Moskau eingegangen sein. Die hiesigen Machthaber hätten daher, um den ungünstigen Eindruck des Prozesses abzuschwächen, im Falle Radeks und Sokolnikows eine Konzession an das Ausland gemacht. Andere sehen in der Milde des Urteils gegen Radek und Sokolnikow die vielleicht schon vor dem Beginn des Prozesses ausgesetzte Belohnung für ihre wertvollen Beiträge zum Gelingen des Prozesses. Vielleicht erscheint es auch nützlich, auf Radek und Sokolnikow in einem späteren Prozess zurückgreifen zu können.

Von den gegen Deutschland erhobenen Anschuldigungen übernimmt das Urteil die folgenden:

- 1) Verhandlungen Heß – Trotzki;
- 2) Anknüpfung von Verhandlungen durch Radek mit „einzelnen Vertretern Deutschlands“;
- 3) Teilnahme von Agenten des deutschen Spionagedienstes an Sabotageakten im Kohlenbergbau und bei der Beschaffung geheimer Nachrichten aus der chemischen Industrie sowie aus dem Kohlenbergbau.

Unerwähnt bleiben „die offizielle deutsche Persönlichkeit“ (Großkopf) und die Finanzierung der trotzkistischen Organisation durch deutsche Firmen (DEMAG und Borsig). Der durchsichtige Hinweis der Anklageschrift auf Köstring und Baum ist im Urteil ganz verwischt.

*Die völlige Haltlosigkeit aller gegen Deutschland gerichteten Verleumdungen gibt einen Maßstab zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit des gesamten Verfahrens, wenn es auch nicht möglich ist, hinter alle Einzelheiten*²⁰ dieses Schauprozesses

¹⁶ Der Text ist durchgestrichen.

¹⁷ Die Namen der beiden Staaten sind unterstrichen.

¹⁸ Der Text ist durchgestrichen. In der Ausgabe vom 30. Januar 1937 findet sich auf S. 1: „Urteil. Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“.

¹⁹ Die Namen sind unterstrichen.

²⁰ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

zu blicken. Die gesamte Beweisführung ist auf Geständnissen der Angeklagten und auf Zeugenaussagen Verhafteter aufgebaut. Sie ermangelt konkreter und überzeugender Beweise. Dazu kommt die innere *Unwahrscheinlichkeit der ganzen Anklagekonstruktion. Beispielsweise ist der Gedanke völlig absurd, dass Deutschland nach einem Kriege mit der Sowjetunion Trotzki-Bronstein und Radek-Sobelsohn in Moskau an die Macht bringen würde.*²¹

Der eingeweihte und aufmerksame Zuhörer konnte aus dem, was die Angeklagten zu verstehen gaben, gelegentlich heraushören, dass die Geständnisse erfunden waren. Zum Beispiel wies Radek in seinem Schlusswort nicht unabsichtlich darauf hin, dass das Gebäude der Anklage auf den Aussagen Pjatakows über seine Osloer Unterredung mit Trotzki und auf den Briefen Trotzkis an ihn, Radek, beruhe, die er „leider“ verbrannt habe. Auf diesen seinen Beitrag zum Prozess wies Radek auch mit einem gewissen Stolz hin.

Dass selbst dem Staatsanwalt nicht wohl bei der Sache war, zeigten seine wiederholten Versuche in der Anklagerede, das Verfahren und seine Methoden zu rechtfertigen. So fühlte er sich veranlasst, sein Beweismaterial in auffälliger und ungewöhnlicher Weise zu loben sowie den Bekennermut seiner Angeklagten zu erklären.

Wie bei früheren Schauprozessen stellt *sich auch dieses Mal die Frage, warum die Angeklagten Geständnisse ablegten, die ihre Verurteilung zum Tode nach sich ziehen mussten. Dies bleibt auch im vorliegenden Falle ein schwer erklärbares psychologisches Rätsel. In einigen Fällen mag es so sein, dass man den Angeklagten ein mildes Urteil*²² in Aussicht gestellt hat, in anderen Fällen mag ihnen noch Schlimmeres als die Todesstrafe angedroht worden sein.

Als *wahrer Kern des Prozesses*²³ lässt sich vermuten, dass die Hauptangeklagten als Trotzlisten, alte Oppositionäre und frühere Gegner Stalins bekannt sind, dass sie sich durch Kritik der Stalinschen Politik missliebig gemacht haben und dass sie in den Augen der hiesigen Machthaber im Hinblick auf die zahlreichen Unzufriedenen in der Partei und im Lande einen gefährlichen Kristallisationspunkt bilden. Es ist auch wahrscheinlich, dass die Trotzlisten als echte Revolutionäre untereinander in irgendeiner Form Fühlung gehalten haben.

Mit diesen Tatbeständen ließ sich ein Propagandaeffekt für das Stalin-Regime allerdings nicht erzielen. Die Erörterung der von den Angeklagten wohl tatsächlich an den Stalinschen Methoden wegen ihrer Abweichung von der marxistisch-leninistischen Linie geübten Kritik in einem öffentlichen Verfahren war untragbar.

Nur wenn man den Angeklagten verbrecherische Irrlehren in den Mund legte und ihnen gegen die Sowjetunion gerichtete hochverräterische Handlungen zuschrieb, konnte man die erwünschten Zwecke erreichen.

Einer dieser Zwecke ist in der Diskreditierung Trotzkis und seiner Anhänger im Auslande zu sehen. Wenn Trotzki *Stalin Verrat an der Revolution* vorwirft, so wirft Stalin Trotzki *Vaterlandsverrat an der Sowjetunion*²⁴ vor. Seine angebliche

²¹ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

²² Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

²³ Der Text ist doppelt unterstrichen. Außerdem ist der gesamte Absatz am Seitenrand angestrichen.

²⁴ Die beiden Teststellen sind unterstrichen.

Verbindung mit Deutschland und Japan soll Trotzki dabei besonders schwer kompromittieren. Dass der *Macht- und Ideenkampf zwischen Stalinismus und Trotzismus besonders in Spanien und Frankreich zu den Gründen dieses Prozesses gehört, kam im Schlusswort Radeks deutlich zum Ausdruck*²⁵.

Im Hinblick auf die Sowjetunion soll der Prozess ein weiterer vernichtender Schlag gegen die Opposition sein und alle Unzufriedenen einschüchtern. Er soll alle diejenigen, welche die auf die Steigerung der Wehrkraft Russlands gerichtete Politik Stalins nicht begreifen wollen und mit den Lehrbüchern Lenins unterm Arm umherlaufen, warnen und ihnen klarmachen, dass ihr Besserwissen ein Spiel mit dem Tode ist.

Ein weiterer wesentlicher Zweck des Prozesses besteht darin, Deutschland und Japan anzuprangern. Man will die *beiden Hauptfeinde*²⁶ der Sowjetunion, die Unterzeichner des gegen die Komintern gerichteten Vertrages, als imperialistische Räuber hinstellen, die sich mit den verwerflichsten Mitteln in die inneren Verhältnisse der Sowjetunion einmischen. Auf diese Weise wird den Gegnern angedichtet, was Moskau selber tut.

Diese Zwecke müssen den Urhebern des Prozesses als so wichtig erschienen sein, dass sie demgegenüber alle ungünstigen Eindrücke im Auslande über die Zustände in der Sowjetunion in Kauf nehmen. Diese ungünstigen Wirkungen wird auch die angespannte Sowjetpropaganda nicht aufheben können.

In der Reihe der bekannten sowjetischen Schauprozesse ist der soeben zu Ende gegangene Pjatakow-Radek-Prozess zweifellos der bedeutendste, aber vermutlich nicht der letzte.

Schulenburg

Eigenhändige Unterschrift. Eingangsstempel des AA: Pol V 559, eing. 3. FEB 1937.

Darunter: Pol V 711. Am Seitenrand: RM und Stempel St.S. mit Paraphe von D[ieckhoff] 3/2. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 104362, Bl. E 019178-019187.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 170, S. 377–382.

²⁵ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

²⁶ Der Text ist unterstrichen.

Nr. 638

Schreiben des kommissarischen Leiters der Politischen Abteilung im AA
von Weizsäcker an den Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

Berlin, den 3. Februar 1937

*Mit Kurier am 3.2.*¹

An den
Deutschen Botschafter Graf v. d. Schulenburg
Moskau

Lieber Graf Schulenburg!

Seit den letzten Demarchen, die in Sachen der verhafteten Reichsdeutschen unternommen worden sind (Ihr Besuch bei Molotow², Empfang Suritz beim Reichsminister³) sind ****wieder einige****⁴ Wochen vergangen, ohne dass die Angelegenheit weiter gediehen wäre. ****Soweit hier bekannt, sind weder****⁵ die russischerseits in Aussicht gestellten Ausweisungen von weniger belasteten Reichsdeutschen erfolgt, noch ist eine Besuchserlaubnis erteilt worden, noch sind auch nur irgendwelche Mitteilungen über konkrete Anschuldigungen oder über den Termin des Prozesses gemacht worden. Unter diesen Umständen ist es verständlich, dass hier die Beunruhigung über das Schicksal der Reichsdeutschen ****wieder****⁶ zunimmt, in erster Linie natürlich unter den Angehörigen. Ich wollte nicht unterlassen, ****Sie****⁷ auf diese wachsende Nervosität hinzuweisen. Da wir leider nicht in der Lage sind, gegen die Massenverhaftungen von Reichsdeutschen Repressalien zu ergreifen⁸, so bleibt wohl nichts anderes übrig, als erneut dringlichste Vorstellungen zu erheben.

****Ich darf anregen, hierbei besonders den Fall Wicklein zur Sprache zu bringen, dessen Verhaftung unter so skandalösen Umständen erfolgt ist. Der Einwand der Charkower Behörden, dass Wicklein ein „Geständnis“ abgelegt hätte, kann auf Grund der Erfahrungen des Trotzlistenprozesses weniger denn je anerkannt werden.****⁹

Mit den besten Grüßen und Heil Hitler!
Ihr aufrichtig ergebener

(gez v. Weizsäcker)

Unterschrift handschriftlich von anderer Hand. Auf erstem Blatt oben: e.o. Pol. V 590 pr. 3/2. Unten: Po 52 Nr 2 Ru und Paraphe von B[ismarck] und Schli[ep] 3/II.

PA AA, R 104385, Bl. E 019743-019743/R.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 173, S. 385.

¹ Der Text ist nochmals unterstrichen.

² Vgl. Dok. 614.

³ Vgl. Dok. 626.

⁴ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: inzwischen.

⁵ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Weder sind.

⁶ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

⁷ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

⁸ Vgl. Dok. 633.

⁹ Der Text ist am Rand handschriftlich eingefügt worden.

Nr. 639

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

GEHEIM

Expl. Nr. 1

4. Februar 1937

Nr. 32/L

AN DEN
GENERALSEKRETÄR
DES ZK DER VKP (B)
Gen. STALIN

Kopien an: Gen. Molotov
Gen. Kaganovič
Gen. Vorošilov
Gen. Ordžonikidze

Auf der Rückreise aus Genf habe ich mich in Warschau mit Gen. Suric getroffen. Er teilte mir mit, dass Kandelaki unsere Antwort an Schacht¹ übermittelt und letzterer vorgeschlagen hat, die weiteren Verhandlungen Neurath und Suric zu übertragen². Als dabei die Frage aufkam, auf wessen Initiative das Treffen zwischen Neurath und Suric zustande kommen sollte, sagte Schacht, dass er dieses Treffen arrangieren könne. Allem Anschein nach wird er ein Essen geben, zu dem er Neurath, Suric und Kandelaki einlädt. *Schacht äußerte einige Zweifel hinsichtlich des letzten Teils unserer Erklärung, wo von der Geheimhaltung der Gespräche die Rede ist. Die Bemerkung Schachts könnte in dem Sinne verstanden werden, dass er keineswegs geneigt ist, den Verhandlungen einen vertraulichen Charakter zu verleihen.*³

Eine Gegenüberstellung der kürzlichen Reden Edens, Blums⁴ und Hitlers⁵ mit der Initiative Schachts veranlasst mich zu folgender Annahme. Die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands bewegt Hitler, und insbesondere Schacht, dazu, in London und Paris um eine Finanzhilfe nachzusuchen. Es kann angenommen werden, dass die Reden Edens und Blums, in denen sowohl die Bereitschaft, Deutschland wirtschaftliche Hilfe zu leisten, als auch der Umstand betont wurde, dass diese Frage untrennbar mit der Lösung der grundlegenden politischen Probleme verbunden sei, Antwort auf die entsprechende Sondierung ist. Hitler gab nicht auf alle Fragen Edens eine zufriedenstellende Antwort, bemühte sich aber dennoch, im Rahmen seiner Möglichkeiten, *seine letzte Rede in einem äußerst gemäßigten Ton zu halten. Als Schacht sah, dass London und Paris einer Entspannung der deutsch-sowjetischen Beziehungen eine sehr große Bedeutung beimessen, überzeugte er

¹ Vgl. Dok. 620.

² Vgl. Dok. 634, 640.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen. Die hier und im Folgenden vorgenommenen An- und Unterstreichungen stammen von Poskrebyšev.

⁴ Vgl. Dok. 630, Anm. 12.

⁵ Am 30.1.1937. Vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. I/2, S. 664–676.

Hitler offenbar davon, sich mit Gesprächen mit uns einverstanden zu erklären, die den Anschein einer solchen Entspannung der sowjetisch-deutschen Beziehungen erwecken sollen. Wenn dem so ist, so ist das Bestreben Schachts durchaus verständlich, diese Verhandlungen an die Öffentlichkeit zu bringen. Diese Öffentlichkeit muss ****zugleich****⁶ die Regierung Blum in gewisse Unruhe versetzen und ebenfalls zu Verhandlungen mit Deutschland bewegen^{*7}.

*Kandelaki sagte Gen. Suric, man hätte ihn angewiesen, nach Erhalt der Antwort Schachts auf seine Erklärung zusammen mit Gen. Suric zwecks Einholung neuer Weisungen nach Moskau zu reisen. Da wir uns dazu entschieden hatten, uns vorerst darauf zu beschränken, die deutschen Vorschläge anzuhören, scheint mir kein Bedarf an einer Reise von Suric und Kandelaki hierher zu bestehen.^{*8} Als beide in Moskau waren⁹, ist ihnen erklärt worden, dass die Initiative für irgendwelche Vorschläge der deutschen Seite überlassen bleiben müsse. Dabei sei ihr zu erklären, dass die Verschlechterung der Beziehungen auf Beschluss der deutschen Regierung erfolgt sei und wir nun von ihr Überlegungen dahingehend erwarten, wie und in welchem Rahmen diese Beziehungen verbessert werden könnten, zumal Hitler noch in diesen Tagen öffentlich erklärt habe, dass den Rahmen dieser Beziehungen „die notwendigen staatlichen Beziehungen“¹⁰ bilden. *Wenn die Frage der Publizität der Verhandlungen aktuell wird, so sollte Suric nichts dagegen einwenden und lediglich darauf bestehen, dass Moskau drei Tage vorher sowohl über abgestimmte als auch über einseitige Kommuniqués benachrichtigt wird. Diese Frist brauchen wir, um die französische und die tschechoslowakische Regierung rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen.

Mir scheint, dass wir im Moment keine anderen Weisungen erteilen können.^{*11}

LITVINOV

Vermerk I.V. Stalins mit blauem Farbstift: Richtig. St[alin].

Eigenhändige Unterschrift V.M. Molotovs mit Bleistift: V. Molotov.

Vermerk Poskrebyševs mit rotem Farbstift: Von Gen. Litvinov.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 10 Expl. [Die Exemplare] 1–6 an die Adressaten, das 7. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 8. an Gen. Stomonjakov, das 9. an Gen. Litvinov, das 10. ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 17, p. 126, d. 1, l. 21–22. Original.

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 88, S. 152.

⁶ Dieses Wort wurde von Litvinov mit Tinte über die Zeile anstelle des durchgestrichen „natürlich“ geschrieben.

⁷ Der Text ist am linken Seitenrand mit rotem Farbstift angestrichen.

⁸ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁹ Suric und Kandelaki wurden am 7.1.1937 zu Stalin gerufen. Vgl. Na prieme u Stalina, S. 198.

¹⁰ Hitler sagte: „...die notwendigen staatlichen oder wirtschaftlichen Bedingungen...“.

Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen, Bd. I/2, S. 671.

¹¹ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

Nr. 640
**Schreiben des Reichswirtschaftsministers Schacht an den
Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath**

Berlin, den 6. Februar 1937

Herrn
Reichsminister des Auswärtigen
Freiherr von Neurath
Berlin W. 8
Wilhelmstr. 74/76.

Sehr geehrter Herr von Neurath!

Anliegend sende ich Ihnen eine Niederschrift über mehrere Besuche des Herrn Kandelaki bei mir und bitte um Ihre gef[ä]llige Instruktion, was ich Herrn Kandelaki antworten soll.

Mit deutschem Gruß und Heil Hitler!

Hjalmar Schacht

1 Anlage

In den letzten Tagen des Dezember hatte ich auf seinen Wunsch eine Unterhaltung mit dem Leiter der hiesigen russischen Handelsvertretung, Herrn Kandelaki, und seinem Gehilfen, Herrn Friedrichson. Im Verlaufe des Gesprächs hatte ich ausgeführt, dass ich die Möglichkeit einer lebhafteren Handelsentwicklung zwischen Russland und Deutschland nur dann sehe, wenn die russische Regierung eine deutliche politische Geste mache und am besten durch ihren hiesigen Botschafter¹ Versicherungen abgäbe, von jeder kommunistischen Agitation außerhalb Russlands abzusehen. Herr Kandelaki gab, *offenbar unwillkürlich*², seine Sympathie mit meiner Auffassung zu erkennen. Kandelaki ist nun inzwischen in Moskau gewesen und hat mit Stalin, dessen Jugend-Schulkamerad er ist³, mit Molotow und Litwinow im Sinne unserer Unterhaltung gesprochen. Am 29. Januar erschien er mit Herrn Friedrichson wieder bei mir und gab im Namen von Stalin und Molotow eine Erklärung ab, die er anhand schriftlicher Skizzen formulierte.⁴ Der Inhalt war Folgender:

Die russische Regierung habe sich niemals geweigert, mit uns politisch zu verhandeln. Sie habe sogar konkrete politische *Vorschläge gemacht; (auf meine Frage, wann das gewesen sei, hieß es, zur Zeit der Verhandlungen über den Franko-Sowjetpakt). Die russische Regierung stehe nicht auf dem Standpunkt, ihre Politik gegen*⁵ deutsche Interessen zu richten. Die russische Regierung sei bereit, in Verhandlungen mit der Reichsregierung einzutreten über die Verbesserung der beider-

¹ Jakov Zacharovič Suric.

² Der Text ist unterstrichen.

³ Vgl. 656.

⁴ Vgl. Dok. 634.

⁵ Der Text ist am Seitenrand angestrichen und mit einem Fragezeichen versehen.

seitigen Beziehungen und über den allgemeinen Frieden. Falls die Reichsregierung solche Verhandlungen durch die beiderseitigen diplomatischen Vertreter gehen lassen wolle, werde die russische Regierung hiergegen keine Einwendungen erheben. Die russische Regierung sei bereit, auf Wunsch der deutschen Regierung alle Unterhaltungen und Verhandlungen vertraulich und nicht öffentlich zu behandeln.

Ich habe Herrn Kandelaki erwidert, dass diese Mitteilungen sicherlich interessant seien, habe jedoch darauf verwiesen, dass ich schon in unserer Dezember-Unterhaltung den Weg über den Botschafter als den allein möglichen angegeben hätte. Ich müsste auch jetzt bitten, dass diese Erklärungen über den Botschafter an das Auswärtige Amt direkt gegeben würden. Herr Kandelaki stimmte bei, bat mich jedoch zunächst festzustellen, ob irgendeine Aussicht für Aufnahme von Besprechungen gemäß den vorstehenden Erklärungen bestünde. Alsdann werde er das Weitere veranlassen.

Ich glaube, dass man auf die Mitteilung des Herrn Kandelaki nicht anders antworten kann, als dass man zu Besprechungen erst bereit wäre, nachdem die russische Regierung eine von entsprechenden Garantien begleitete unzweideutige Erklärung über ihre Trennung von der Komintern-Agitation abgegeben haben wird.

Auf erstem Blatt eigenhändige Unterschrift. Oben Eingangsstempel des AA: Pol V 862, eing. 17. FEB. 1937. Auf Kopfbogen des Reichsbankpräsidenten geschrieben.

PA AA, R 104356, Bl. 212210-212212.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 183, S. 401–402.

Nr. 641
Auszug aus dem Schreiben des Botschafters in Moskau
Graf von der Schulenburg an das AA

[8.2.1937]

Aus einem Briefe des Botschafters Graf Schulenburg vom 8. Februar 1937
an das Auswärtige Amt.¹

...

Wir haben selbstverständlich die Angelegenheit der verhafteten Reichsdeutschen niemals aus dem Auge gelassen. Wir haben immer wieder beim Außenkommissariat gedrängt und gedrängt, obwohl wir uns völlig darüber klar sind, dass diese Schritte nur formellen Charakter haben können und zur Unfruchtbarkeit verdammt sind. Denn das Außenkommissariat ist in peinlichster Lage. Es weiß selber absolut nichts und ist außerstande, uns irgendwie sachlich zu antworten. Wir haben deshalb den andern bisher bewährten Weg beschritten und versucht, durch den bekannten Zwischenträger des diplomatischen Corps etwas Näheres herauszubekommen. Aus dessen offenbar begründeten Ausführungen hat sich klar ergeben,

¹ Wahrscheinlich war dies die Antwort auf den Brief von Weizsäckers vom 3.2.1937. Vgl. Dok. 638.

dass alle mit den gegenwärtig spielenden sogenannten Trotzlisten-Prozessen zusammenhängenden Dinge ausschließlich an allerhöchster Stelle, d.h. durch Herrn Stalin selber, entschieden werden. Was der große Mann beschließen wird, kann niemand sagen; ohne seine Zustimmung wagt niemand etwas zu tun. Der Zwischenträger meinte, weder Herr Litwinow noch der Innenminister Jeshow noch der Generalstaatsanwalt Wyschinski seien im Stande, irgendwelche sachgemäße Auskunft zu erteilen. Es sei eben noch nichts entschieden. Weiter ergab sich aber aus den Mitteilungen des Zwischenträgers, dass zurzeit etwa folgende Entwicklung wahrscheinlich ist: während des Besuches des finnischen Außenministers Holsti² (er ist heute Morgen hier angekommen) wird kein weiterer Prozess begonnen werden. Der nächste wird erst nach Abschluss dieses Besuches aufs Tapet kommen. Es stehen noch zwei Prozesse aus: der gegen die sogenannte Rechtsopposition (Rykov, Bucharin usw.) und der gegen die Deutschen. Welcher von beiden zuerst verhandelt werden wird, sei ebenfalls noch nicht entschieden. Die mir von Herrn Molotow gegebene Zusicherung³, dass der Prozess gegen die Deutschen ohne Aufsehen und im „minimalen Umfange“ wird durchgeführt werden, bleibe in voller Kraft. Leider lasse sich eine öffentliche Verhandlung nicht vermeiden, doch werde diese „fast unbemerkt“ vorübergehen.

Ganz neuerdings scheint es, dass selbst der allerhöchste Herr ein Haar in diesen Prozessen und in ihren inner- und außenpolitischen Folgen gefunden hat. Den schauerhaften Eindruck, den die Prozesse im Auslande selbst bei den stets sowjetfreundlichen Zeitungen wie „Manchester Guardian“ hervorgerufen haben, kennen Sie. Die Panik unter den höheren Sowjetbeamten ist so groß, dass sie sich zu einer Gefahr für die Staatsverwaltung auszuwachsen scheint. Wir hören, dass der Prozess gegen die Rechtsopposition so bald noch nicht erfolgen wird.⁴ Großkopf meldet aus Kiew, dass dort große antitrotzkistische Demonstrationen plötzlich abgesagt und umfangreiche Verhaftungsaktionen im letzten Augenblick unausgeführt geblieben sind. Das sind Zeichen dafür, *dass man einlenken will*⁵, aber sicher ist man hier niemals. Und kein Mensch kann wissen, welche plötzlichen Entschlüsse im Gehirn des Allmächtigen im Kreml auftauchen werden. *So können wir auch niemals sicher sein, dass unsere Deutschen mit einem blauen Auge davon kommen werden.*⁶ Immerhin habe ich hier bei dem Zwischenträger energisch darauf gedrängt, man möchte das traurige Los unserer Landsleute abkürzen und möglichst bald den Abschluss des Verfahrens herbeiführen. Hoffentlich gelingt das. Es wäre dann möglich, dass der Prozess vielleicht gegen Ende dieses Monats stattfindet. Seien Sie sicher, dass wir hier die Angelegenheit unablässig verfolgen.

Ich habe mich erneut bei Herrn Litwinow oder Herrn Krestinski anmelden lassen und werde bei ihnen die gleiche Bitte vorbringen, obgleich ich weiß, dass sie völlig machtlos sind und wahrscheinlich nicht einmal wagen werden, meinen Schritt im Kreml bekannt zu geben.

² Vgl. Dok. 642, Anm. 2.

³ Vgl. Dok. 614.

⁴ Der 3. Schauprozess fand in Moskau vom 2. bis 13.3.1938 statt.

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

Die fürchterlichen Tatarennachrichten, die letzthin die deutsche Presse füllten⁷, sind von A bis Z in Warschau erfunden worden. Hier hat man sich gewaltig darüber geärgert und schiebt in den Zeitungen die Schuld uns in die Schuhe. An zuständiger Stelle wird man aber sehr gut wissen, woher diese Nachrichten kommen, und uns lediglich des Verbreitens, aber nicht der Erfindung *dieser Nachrichten zeihen. Ich glaube nicht, dass das hiesige System in irgendeiner Form erschüttert ist⁸. Blickt man zurück in die Geschichte dieses Landes, so sieht man, dass jederzeit von heute zu morgen das Unerwartetste passieren kann, dass aber niemals ein starker und willenskräftiger Herrscher – und ein solcher ist Stalin – gewaltsam gestürzt worden ist. Dieses Los hat immer nur den geistig und willensmäßig Schwachen getroffen.

...

Oben Wieder-Eingangsstempel des AA: 15. Feb. 1937. Darunter Vermerk von Neuraths vom 11.2.: R[eichs]K[anzler] und Abzeichnung von L[ammers] 12/2. Rechts oben: dem Herrn Staatssekretär gefällig vorgelegt. Am Seitenrand: P und Herrn von Welck zgK[enntnis], W[elc]k 17/2, darunter zdA Schli[ep] 16/II. Unten: Po 52 Nr. 2 Ru.

PA AA, R 104385, Bl. E 019745-019748.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 187, S. 409–410.

Nr. 642

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Štern mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

GEHEIM

Expl. Nr. 1
[8.2.1937]

Nr. 14151

9.II.37¹

AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES Gen. ŠTERN MIT SCHULENBURG,
8. FEBRUAR 1937

Auf dem Empfang zu Ehren Holstis² hatte ich ein kurzes Gespräch mit Schulenburg. Ich erinnerte den Botschafter daran, dass mir vor zwei Tagen Tippelskirch in seinem Auftrag die Ausgabe des „Angriff“ vom 12. Dezember gebracht hatte, auf den in dem an Schulenburg adressierten Schreiben des Volkskommissars hingewiesen worden sei³. Diese Ausgabe enthalte für die UdSSR nichts Anstößiges. Ich

⁷ Gemeint sind die Meldungen über Zerwürfnisse in der sowjetischen Führungsmannschaft; vgl. Dok. 643.

⁸ Der Text ist am Seitenrand angestrichen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Der Außenminister Finnlands Eino Rudolf Holsti weilte vom 8. bis 11.2.1937 zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR.

³ Vgl. Dok. 618.

hatte diese Mitteilung Tippielskirchs zur Kenntnis genommen. Bei der Überprüfung sei jedoch eine völlig überraschende Tatsache ans Licht gekommen. Die in meinem Besitz befindliche gleiche Ausgabe der Zeitung der „Angriff“ gleichen Datums enthalte grobe Ausfälle gegenüber dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Es sei bezeichnend, dass sich auf dem Exemplar, welches Tippielskirch mir übergab, der Stempelaufdruck befinde: „Zurück ins Archiv des Ministeriums für Propaganda.“ Somit müsse ich die Schlussfolgerung ziehen, dass deutsche Zeitungen in abweichenden Versionen erscheinen, wobei einige speziell ****den bekannten****⁴ Bedürfnissen des Propagandaministeriums angepasst sind. Sch[ulenburg] zeigte sich wegen meiner Mitteilung sehr verlegen, hob die Hände und sagte: „Und danach soll man mit ihnen noch etwas zu tun haben wollen.“

Zugleich machte ich Sch. darauf aufmerksam, dass die unzulässigen und unverschämten Ausfälle der deutschen Presse, und insbesondere des besagten „Angriffs“, nicht nur andauern, sondern beträchtlich zugenommen hätten. Sch. hob erneut die Hände und beklagte sich nun über die schwierigen Bedingungen, unter denen er arbeiten müsse.

Als Schulenburg danach zu dem bevorstehenden Prozess⁵ überging, sagte er, dass er Gen. Krestinskij vorerst nicht aufsuchen werde, da er dessen Zeit nicht in Anspruch nehmen wolle, denn er wisse, dass Gen. Krestinskij ihm keine Antwort auf die die Botschaft interessierenden konkreten Fragen geben könne. Gen. Krestinskij habe die Einladung zum Mittagessen angenommen und deshalb hoffe er, Sch., dass sich bis dahin vielleicht etwas geklärt habe. Jedenfalls sei seine Situation sehr schwer, da Berlin beständig Druck auf ihn ausübe.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
5 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. nach Berlin, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 2, l. 20–21. Original.

⁴ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile anstelle des durchgestrichen „einigen“ geschrieben.

⁵ Vgl. Dok. 625.

Nr. 643
Schreiben des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath an den
Reichswirtschaftsminister Schacht

Berlin, den 11. Februar 1937

Herrn
Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht
Berlin
Persönlich!

Sehr geehrter Herr Schacht!

Bei einem Vortrag, den ich gestern beim Führer hatte, habe ich ihm von Ihren Unterhaltungen mit Herrn Kandelaki gesprochen, ganz besonders von der im Namen von Stalin und Molotow Ihnen gegenüber abgegebenen Erklärung.¹ Was den Inhalt dieser Erklärung anbelangt, so darf ich zunächst bemerken, dass mir von angeblichen konkreten politischen Vorschlägen, die zur Zeit der Verhandlungen über den französisch-sowjetischen Pakt uns gemacht worden sein sollen, nichts bekannt ist.

Was nun die eventuelle Aufnahme von Besprechungen mit der russischen Regierung anbelangt, so bin ich in Übereinstimmung mit dem Führer der Ansicht, dass diese zur Zeit zu keinerlei Ergebnissen führen können, von den Russen vielmehr höchstens dazu benützt werden würden, um das angestrebte Ziel eines engeren Militärbündnisses mit Frankreich zu erreichen und wenn möglich auch noch zu einer weiteren Annäherung mit England zu gelangen. Eine Erklärung der russischen Regierung, dass sie sich von der Kominternagitation trennt, würde nach den Erfahrungen, die mit diesen Erklärungen sowohl in England als in Frankreich gemacht worden sind, keinerlei praktischen Nutzen haben und deswegen ungenügend sein. Etwas anderes wäre es, wenn sich die Dinge in Russland in Richtung einer absoluten Despotie, gestützt auf das Militär, weiterentwickeln sollten. In diesem Falle dürften wir allerdings den Zeitpunkt nicht verpassen, um uns in Russland wieder einzuschalten.

Ich möchte also vorschlagen, Herrn Kandelaki auf seine Anfrage zu antworten, dass wir zur Zeit, d. h. solange die enge Verbindung der Komintern mit der russischen Regierung bestehe, uns von politischen Besprechungen keinen Erfolg versprechen könnten.

Ich darf in diesem Zusammenhange für Ihre persönliche Information noch bemerken, dass nach den uns zugegangenen zuverlässigen Nachrichten über die Vorgänge in Russland von einer Entzweiung Stalins mit Woroschilow keine Rede ist. Soweit festzustellen, ist dieses auch von unserer Presse verbreitete Gerücht von interessierten Kreisen in Warschau ausgegangen.

Mit deutschem Gruß Heil Hitler!

Ihr
gez. Neurath

¹ Vgl. Dok. 640.

Auferstem Blatt oben: Pol V 862/37. Daneben in von Neuraths Handschrift: St.S., Dir. Pol, Schulenburg mit Abzeichnungen von Dieckhoff (13.2.) und Weizsäcker (15.2.). Am Seitenrand: Bitte um Erlass-Entwurf W[eizsäcker] 15[.2.]. Unten: ab 11/2.

PA AA, R 104356, Bl. 212213-212215.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 195, S. 426–427.

Nr. 644

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

GEHEIM

Expl. Nr. 7

12. Februar 1937

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR in Deutschland
Berlin
Nr. 20/s¹

AN

N.N. KRESTINSKIJ

Lieber Nikolaj Nikolaevič!

Seit meinem letzten Brief an Sie² sind ca. zwei Wochen vergangen. In diese Zeit fiel die berühmte Rede Hitlers³; auch die Reaktionen auf diese Rede stellten sich in einem hinlänglichen Maße ein; es tauchten Nachrichten über ein neuerliches Auftreten Hitlers mit Forderungen nach Kolonien auf; deutlich sichtbar war eine erhöhte Aktivität der deutschen Diplomatie in verschiedene Richtungen. Bevor ich mich an dieses Schreiben setzte, fiel es mir trotzdem sehr schwer, Ihnen irgendwelche Fakten zu präsentieren, die Ihnen unbekannt sind, oder eine verallgemeinernde Wertung all dessen vorzunehmen, was in dieser Zeit geschehen ist.

Aufgrund der zahlreichen Treffen, die ich in letzter Zeit hatte, kann ich lediglich die allgemeine Schlussfolgerung ziehen, dass sich fast alle meine Kollegen im „Wartezustand“ befinden. Niemand kann mit Sicherheit die entscheidende und zugleich wichtige Frage beantworten, ob in nächster Zeit irgendwelche Veränderungen in der deutschen Außenpolitik eintreten werden und in welche Richtung diese vor sich gehen könnten. Diese Unsicherheit machte sich bereits bei der Einschätzung der Rede Hitlers vom 30. Januar d. J. bemerkbar. Während sich einerseits fast alle meine Kollegen darin einig sind, dass Hitler mit dieser Rede keinen einzigen Schritt auf die Befürworter der kollektiven Sicherheit zugegangen ist und im Prinzip mit einer kategorischen Ablehnung auf den Vorschlag antwortete, sich dem System der „Befriedung Europas“ anzuschließen, so neigt andererseits die Mehr-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 630.

³ Vgl. Dok. 639, Anm. 5.

heit der Kollegen dennoch dazu, in dieser Rede eine etwas größere Mäßigung im Ton und eine gewisse Bereitschaft zu erkennen, die öffentliche Meinung Europas zu beruhigen.

Eine derart zwiespältige Wertung findet ihren Ausdruck in der Formulierung, die Poncet gegeben hat: „Hitler öffnete keine Tür in Richtung eines Abkommens, er schlug aber auch keine einzige zu.“ Zum Teil lässt sich diese Ambivalenz der Einschätzungen auch damit erklären, „das der Wunsch der Vater des Gedankens ist“, was insbesondere auf solche Diplomaten wie Poncet zutrifft. Auch Phipps ist übrigens nicht allzu weit von solch einer Einschätzung entfernt. Er meint, obgleich die Rede Hitlers ihrem Wesen nach negativ sei, stelle sie der Form nach einen bedeutenden Schritt vorwärts dar. Auch hinsichtlich der Wertung des Teils der Rede, der uns unmittelbar betrifft, gibt es keine völlige Einmütigkeit. Die einen meinen, dass Hitler lediglich die seit jeher bekannte These wiederholt hätte, wonach es für Deutschland unannehmbar sei, sich an irgendeinem kollektiven Pakt zu beteiligen, dem auch die UdSSR angehören sollte. Mit anderen Worten: er lehnte die Idee eines Ostpaktes ab, ließ jedoch die Möglichkeit offen, mit uns politische Verträge anderer Art abzuschließen. Diesen Standpunkt vertritt übrigens Nadolny, der behauptet, dass auch die Juristen des Auswärtigen Amtes diese Passage in diesem Sinne interpretieren würden. Dagegen sind andere geneigt, in seinen neuerlichen Ausfällen gegen uns, zusammen mit neuen Angriffen gegen den französisch-sowjetischen Pakt, auch die Absicht zu erkennen, den Rahmen für die sowjetisch-deutschen Beziehungen noch enger zu ziehen.

Nicht weniger zwiespältig sind auch die Einschätzungen der ersten Schritte der deutschen Diplomatie, die unmittelbar nach der Rede Hitlers folgten. Dies bezieht sich insbesondere auf die Einschätzung hinsichtlich der Bedeutung und des Sinns der in London erhobenen Forderungen nach Kolonien.⁴ Während die Mehrheit darin übereinstimmt, dass diese Forderungen von Überlegungen taktischer Art und insbesondere von dem Wunsch diktiert waren, die unterschiedlichen Standpunkte Englands und Frankreichs auszunutzen und, um es auf den Punkt zu bringen, einen weiteren Keil zwischen London und Paris zu schlagen, so sind große Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Frage zu beobachten, zu welchen Bedingungen Deutschland auf seine Forderung verzichten würde, mit anderen Worten, welche Kompensation es von England für die Rücknahme der Forderung nach Kolonien erwarte. Hier zweifelt niemand daran, dass England unter keinen Umständen bereit sein wird, die Kolonien, die ihm zugefallen sind, zugunsten Deutschlands zu opfern. Phipps sagte mir in sehr nachdrücklichem Ton, dass sich keine englische Regierung dazu entschließen könnte. Sowohl die Konservativen als auch die Labourleute stimmen aus unterschiedlichen Erwägungen in der negativen Haltung zu dieser Frage überein. Selbst wenn sich die englischen Parteien dazu entschließen sollten, solch ein Opfer zu bringen, so würden sich die unmittelbar von dieser Frage betroffenen Dominions damit niemals einverstanden erklären, vor allem nicht die südafrikanischen. Das Maximum, auf das England eingehen könnte, wäre, Deutschland gewisse wirtschaftliche Erleichterungen zu gewähren, was wiederum nur im Rahmen einer allgemeinen Verständigung denkbar wäre.

⁴ Gemeint ist Rede Ribbentrops beim Empfang der Anglo-German Fellowship am 15.12. 1936 in London.

Im Zusammenhang mit Deutschlands Forderung nach Kolonien halten sich hier hartnäckig Gerüchte, denen zufolge sich Deutschland mit Japan und Belgien darüber verständigt hätte, seine Forderungen nicht auf die ehemaligen Kolonien auszudehnen, die diesen Ländern zugeschlagen worden waren.

Sehr viel deutlicher als bezüglich der französisch-englischen Beziehungen, und mit erheblich größerem Erfolg, treten die Manöver Deutschlands zur Aufweicheung der Front der kollektiven Sicherheit und zur Verhinderung einer künftigen, gegen Deutschland gerichteten starken Koalition zutage.

Im Hinblick auf die UdSSR wird dies einerseits mit der Methode der Einschüchterung, mit ihrer Rolle „als Trägerin der Idee der Weltrevolution“ (die spanischen Ereignisse, die Seuche des Kommunismus in den Ländern der Volksfront) und andererseits durch die Verbreitung jeglicher Art von unglaublichen Erfindungen über die angeblich zerrüttete innere Situation in der UdSSR (dafür wird der Prozess⁵ tendenziös ausgenutzt) zu erreichen versucht.

Gegenüber den Ländern der Kleinen Entente wird zugleich die Methode von Zuckerbrot und Peitsche angewandt. Mit außerordentlicher Energie und Konsequenz wird eine Politik betrieben, diese Länder allmählich in den Einflussbereich der deutschen Wirtschaft hineinzuziehen. Die Mehrheit ist bereits zu einem agrarischen Anhängsel Deutschlands geworden. Jugoslawien, die Türkei und Rumänien befinden sich bereits in völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit von Deutschland. Parallel dazu werden nicht geringe Anstrengungen unternommen, um diese Länder von den Prinzipien der kollektiven Sicherheit abzubringen und Frankreichs politische Rolle zu neutralisieren. Meinem Eindruck nach wird dies zurzeit dadurch erreicht, dass diesen Ländern suggeriert wird, ihnen werde nicht nur die Unabhängigkeit, sondern auch der territoriale Status quo gewährleistet, wenn sie sich verpflichten, im Konflikt- und Streitfall zwischen den beiden sich bekämpfenden Systemen Neutralität zu bewahren. Soweit mir bekannt ist, werden hier mit den Jugoslawen und Rumänen etwa in diesem Sinne Gespräche geführt. Und man muss zugeben, dass die Deutschen hierbei in letzter Zeit einige Erfolge erzielt haben. Nicht zufällig sabotiert Jugoslawien auf allerlei Weise sämtliche Bemühungen der Franzosen und der Tschechen, die Verbindungen zwischen den Ländern der Kleinen Entente und der Kleinen Entente mit Frankreich zu stärken. Nicht von ungefähr hielt Stojadinović in der Skupština eine programmatische Rede zur Außenpolitik Jugoslawiens, die ganz auffällig an die kürzlichen Erklärungen Belgiens zur Neutralität erinnerte. Nicht zufällig sind die Äußerungen Antonescus, dass Rumänien mit der UdSSR nicht durch einen Beistandspakt verbunden sei, und sich verpflichtet, auch künftig keinen solchen Pakt abzuschließen. Auch der Abschluss des bulgarisch-jugoslawischen Paktes⁶ ist kein Zufall, der dem Balkan-Pakt⁷ die Grundlage entzieht und auf dem Balkan neue Möglichkeiten und Perspektiven für eine Stärkung des deutschen und des italienischen Einflusses eröffnet.

All diese Länder, von denen oben die Rede ist, können natürlich noch nicht als Länder betrachtet werden, die sich der deutschen Orientierung völlig ange-

⁵ Vgl. Dok. 625, Anm. 2.

⁶ Vgl. Dok. 630, Anm. 25.

⁷ Der Balkanpakt wurde am 9.2.1934 in Athen als ein militärpolitisches Bündnis Griechenlands, Rumäniens, der Türkei und Jugoslawiens mit dem Ziel abgeschlossen, die territoriale Integrität und Sicherheit der Teilnehmerländer zu garantieren.

geschlossen haben. Dies wäre nicht richtig, und bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Dennoch ist es Deutschland immerhin gelungen, sie in einem erheblichen Maße „zu neutralisieren“, ihre Verbindungen mit Frankreich zu untergraben und ihre Treue zum System der kollektiven Sicherheit zu erschüttern.

Von den Ländern der Kleinen Entente steht die Tschechoslowakei abseits da. Dieses Land ist einer unmittelbaren Bedrohung durch Deutschland ausgesetzt. Es ist das einzige Land der Kleinen Entente, das begreift, dass es unweigerlich zugrunde geht, wenn es auf sich allein gestellt bleibt. Deshalb schätzt es natürlich die Garantien, die die Verträge mit Frankreich⁸ und der UdSSR⁹ bieten, und wird sich schwerlich damit einverstanden erklären, diese Garantien aufzugeben und sie durch irgendwelche Separatabkommen mit Deutschland zu ersetzen. Zugleich nimmt jetzt jedoch auch in der Tschechoslowakei die Stimmung für eine maximale Entspannung der Atmosphäre mit Deutschland zu. Auch der hiesige tschechoslowakische Vertreter Mastný ist ein Fürsprecher dieser Politik. In letzter Zeit ist er offenbar auf Weisung aus Prag hauptsächlich mit zwei Dingen befasst: er ist vor allem auf jegliche Weise bemüht, bei den Deutschen den Eindruck zu zerstreuen, dass die Tschechoslowakei in irgendeiner Weise ein Satellit der UdSSR sei. Er weist völlig zu Recht die falschen Anschuldigungen zurück, dass die Tschechoslowakei ein Stützpunkt für militärische Angriffe und insbesondere für Luftangriffe durch die UdSSR sei. Er zeigt jedoch zugleich einen beträchtlichen und überflüssigen Eifer, um auch auf die ideologische Kluft, die Prag von Moskau trennt, hinzuweisen. In seinem Eifer geht er, wie ich erfahren habe, so weit, dass er sich in vertraulichen Gesprächen fast völlig mit den Deutschen in der Einschätzung des Bolschewismus als Weltübel solidarisiert, und dabei zu beweisen versucht, dass die Tschechoslowakei gegen dieses Übel sowohl durch Polizeimaßnahmen als auch durch eine „gesunde“ nationale Aversion immunisiert sei. Die zweite Linie seiner Tätigkeit besteht darin, dass er in letzter Zeit immer stärker mit den Sudetendeutschen¹⁰ liebäugelt, und insbesondere mit Henlein, der oft hierher kommt. Wie Sie wahrscheinlich wissen, wurde hier unter der Schirmherrschaft Mastnýs unlängst ein sudetendeutscher Abend veranstaltet; alle Zeitungen veröffentlichten Fotos, die Henlein und Mastný gemeinsam zeigten. In einem Gespräch erklärte mir Mastný seine neue Taktik gegenüber den Sudetendeutschen folgendermaßen: Er habe sich vor allem davon überzeugt, dass ein bedeutender Teil der Sudetendeutschen, darunter Henlein selbst, nicht die Haltung der Irredentisten teile und, kurz gesagt, keine Abtrennung des deutschen Teils der Tschechoslowakei anstrebe, sondern lediglich eine Erweiterung der kulturellen Autonomie erreichen wolle. Er gesteht natürlich ein, dass Henlein ihm gegenüber vielleicht nicht aufrichtig sei und ein doppeltes Spiel treibe. Dessen ungeachtet betrachte er, Mastný, es jedoch nicht als zwecklos, diese Stimmungen zu unterstützen und auf eine Zersetzung der Sudetendeutschen-Bewegung hinzuwirken. „Falls sich ein Tscheche“, sagte Mastný, „vielleicht durch meine gemeinsame Fotografie mit Henlein irritiert fühlte, so gibt

⁸ Vom 25.1.1924. Vgl. Société des Nations. Recueil des traités et des engagements internationaux enregistrés par le Secrétariat de la Société des Nations, Bd. XXIII, Genève u. a. 1924, S. 163–169.

⁹ Vom 16.5.1935. Vgl. Dok. 138, Anm. 8.

¹⁰ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

es keinen Zweifel, dass sich die der Irredenta¹¹ angehörenden Anhänger Henleins in einem noch größeren Maße irritiert fühlen müssten. Und das ist mithin wichtiger. Indem sie außerdem meine Schirmherrschaft in Anspruch nahmen, haben die Sudetendeutschen damit anerkannt, dass ich ihr Vertreter des Staates bin, was der Anerkennung der Souveränität der Tschechoslowakei zugute kommt.“ All das, was Mastný sagte, ist vielleicht möglich und logisch, doch stellt sich hier bei allen der Eindruck ein, dass das Anbändeln mit den Sudetendeutschen mit dem Bestreben Prags verbunden ist, gute Beziehungen mit Berlin anzubahnen. Zugleich erleichtert dies, parallele und formal zu nichts verpflichtende Verhandlungen zu führen.

Parallel zu den Bemühungen zur Aufweichung der Front der kollektiven Sicherheit und zur Schwächung insbesondere des französischen Systems wird auch viel für die Festigung der alten und neuen Freundschaften unternommen. Der Riss, der sich noch bis vor Kurzem derart klar in den polnisch-deutschen Beziehungen auftat, wird in letzter Zeit durch beide Seiten sehr sorgfältig gekittet. Beck und Hitler übertreffen sich gegenseitig mit freundschaftlichen Reden, was von einer Reihe von Maßnahmen begleitet ist, die auf eine Beseitigung von Konflikten und Missverständnissen gerichtet sind. Der Streit um die Verrechnungsfrage bei Fahrten durch den Korridor¹² ist endgültig beigelegt worden. Die gegenseitigen Angriffe in der Presse wurden völlig eingestellt. Lipski ist bei den Deutschen erneut persona grata geworden; er meidet wieder seine Kollegen.

Auch das Kalkül hinsichtlich einer unvermeidlichen Abkühlung der italienisch-deutschen Beziehungen hat sich nicht bewahrheitet. Das italienisch-englische Abkommen¹³ zog keine spürbaren Veränderungen in den Beziehungen zwischen Berlin und Rom nach sich. Im Gegenteil, viele Fakten sprechen dafür, dass die italienisch-deutsche Freundschaft bei weitem noch nicht ihre Rolle ausgereizt hat und nach wie vor eine sehr wichtige Karte in dem außenpolitischen Spiel jeder Seite darstellt.

Die Fragen, die diese Länder trennen, wie beispielsweise die österreichische, treten angesichts der Fragen, die sie einander näherbringen, insbesondere die spanischen Ereignisse, in den Hintergrund.

Im Zusammenhang mit der Reise Görings¹⁴ hielten sich hier im Corps sehr hartnäckig Gerüchte, wonach man in Rom übereingekommen sei, das Eingreifen in die spanischen Angelegenheiten etwas zu mäßigen. Unklar blieb lediglich, wer auf wen in dieser Hinsicht Druck ausgeübt habe: einigen Gerüchten zufolge wäre dazu die Initiative von Mussolini ausgegangen, anderen zufolge hätte es Hitler über Göring getan. Das alles wurde angeblich mit der Überzeugung in Verbindung gebracht, die auch von der Reichswehr geteilt würde, dass für eine Rettung Francos eine derartige Verstärkung der Hilfeleistung erforderlich wäre, dass sie einerseits die Möglichkeiten übersteige und andererseits unweigerlich zu einem Konflikt mit England und Frankreich führen würde. Solche Gerüchte, ich wiederhole es, sind hier ver-

¹¹ Die Irredenta ist ein Teil der Ethnie, die in einem Staat eine Minderheit darstellt, jedoch geschlossen in unmittelbarer Nähe zu dem Staat siedelt, in dem die ihr nahestehende oder identische Bevölkerung die Mehrheit ausmacht.

¹² Am 22.12.1936. Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 106, S. 220–222.

¹³ Vgl. Dok. 630, Anm. 3.

¹⁴ Vgl. Dok. 630, Anm. 13.

mehrt verbreitet worden und sind, wie Ihnen bekannt ist, sogar in die Presse eingesickert. Ich persönlich habe diesen Gerüchten niemals Glauben geschenkt und war stets davon überzeugt, dass sie von den Deutschen mit Absicht in die Welt gesetzt wurden, um unter deren Deckmantel den entscheidenden Schlag noch unauffälliger vorzubereiten. Jetzt, da sich nach der Einnahme Malagas¹⁵ herausgestellt hat, dass diese gesamte Operation von italienischen Truppen und deutschen Schiffen durchgeführt worden ist, gestehen sich meine Kollegen allmählich ein, dass sie sich von den Gerüchten, die die Deutschen absichtlich ausgestreut hatten, beeindrucken ließen.

Es ist keinesfalls verwunderlich, dass der Fall Malaga und einige Schwierigkeiten der Regierungstruppen vor Madrid im Corps die Überzeugung verstärkte, dass eine Entscheidung bevorstehe, und zwar zugunsten Francos. Dementsprechend ließ auch das Interesse an der Tätigkeit des Londoner Nichteinmischungskomitees¹⁶ spürbar nach. Viele sprechen sich in dem Sinne aus, dass das Ende schneller eintreten werde, als das Komitee zu einem Beschluss gelangt sei. Und sehr viele vermuten natürlich, dass das gesamte taktische Spiel Berlins und Roms darauf aufgebaut war und aufgebaut ist.

Was die Frage hinsichtlich unserer Teilnahme an der Seekontrolle betrifft¹⁷, so habe ich hierfür kein sonderliches Wohlwollen seitens der Kollegen, einschließlich Poncets, bemerken können. Zwar fing er zu dieser Frage mit mir keinen Streit an, bemerkte jedoch, dass dies große Schwierigkeiten mit sich bringe, er sprach über technische Schwierigkeiten (das Fehlen von Stützpunkten usw.). Ich bin fest davon überzeugt, dass gerade Poncet der Urheber des bekannten Vorschlages über die Rollenverteilung bei der Kontrolle zwischen England und Frankreich einerseits und Deutschland und Italien andererseits ist. Aus meiner Sicht erklärt dies, warum Poncet vorgegeben hat, nichts davon zu wissen, als Hitler diese Idee (die ihm vermutlich über Neurath zugetragen worden ist) auf dem Neujahrsempfang lautstark ins Gespräch gebracht hat. Ich stelle mir von Zeit zu Zeit überhaupt die Frage, wen Poncet hier vertritt, Frankreich oder die deutschen Interessen? Es herrscht hier allgemein die Ansicht vor (auch Phipps sagte mir dies), dass Hitler große Hoffnung auf das Spiel mit den französischen inneren Schwierigkeiten setze, insbesondere auf die Verbreitung von Gerüchten über diese Schwierigkeiten. Wer, wenn nicht Poncet, lässt sich bei jeder Gelegenheit über die Instabilität der inneren Lage Frankreichs aus? Wer, wenn nicht Poncet, spricht beständig von der Gefahr revolutionärer Erschütterungen und zeigt auf die Kommunisten in Frankreich, wobei er Blum und die gesamte Volksfront als deren Gefangene darstellt? Es ist nicht verwunderlich, dass Poncet den Deutschen so ans Herz gewachsen ist und sie ihn mit Lob überhäufen. Poncet stellte im Gespräch mit mir nicht Abrede, dass er zurzeit

¹⁵ Am 8.2.1937.

¹⁶ Vgl. Dok. 564, Anm. 2.

¹⁷ Am 12.10.1936 brachte der Vertreter der UdSSR im Nichteinmischungskomitee den Vorschlag ein, über die portugiesischen Häfen eine Kontrolle zu errichten, um damit einer Verletzung des Abkommens über Nichteinmischung, dessen Umsetzung „der englischen oder französischen Flotte oder beiden Flotten gemeinsam“ auferlegt worden war, vorzubeugen. Vgl. DVP, Bd. XIX, Dok. 303, S. 470–471. Am 1.2.1937 forderte die sowjetische Regierung ultimativ die Beteiligung von Kriegsschiffen der UdSSR an dieser Kontrolle. Vgl. DVP, Bd. XX, Dok. 33, S. 66.

„große Anstrengungen unternimmt, um die Atmosphäre zu verbessern“. Angeblich handelt er auf direkte Weisung der Regierung.

Was unsere alltäglichen Kontakte betrifft, so muss ich bemerken, dass ich gerade in den letzten zwei Wochen dank der Belebung der politischen Saison die Gelegenheit hatte, sehr oft in Gesellschaften zu sein und mich insbesondere viel mit Deutschen getroffen habe. Das erste, was ins Auge springt, ist eine noch größere Reserviertheit der Deutschen als früher, die mitunter an Boykott grenzt. Leute „der Gesellschaft“, die nicht dem offiziellen Kreis angehören, fürchten sich augenscheinlich davor, sich auch nur eine längere Zeit in unserer Nähe aufzuhalten; die Beamtenkreise geben sich trocken, offiziell. Eine gewisse Ausnahme stellt Neurath dar. Ich erkläre dies nicht nur mit seiner Stellung, sondern auch mit einigen seiner persönlichen Charaktereigenschaften. Aber auch er war, wie ich Ihnen bereits mitgeteilt habe, bei den letzten Treffen sorgsam darauf bedacht, jegliche Gespräche zu Themen zu vermeiden, die auch nur im entferntesten etwas mit der Demarche Schachts¹⁸ zu tun hatten. Schacht selbst gibt kein Lebenszeichen von sich. Auch wenn er für einige Tage nach Basel gereist ist, hätte er genügend Zeit gehabt, um mich mit Neurath zusammenzubringen. Deshalb bin ich mehr und mehr davon überzeugt, dass die Deutschen entschieden haben, abzuwarten und die Verhandlungen mit uns zumindest solange nicht aufzunehmen, bis ihnen die Ergebnisse der ersten Treffen Ribbentrops mit Halifax¹⁹ vorliegen.

In der Haltung der Deutschen uns gegenüber spielten natürlich auch die gegen sie während des Prozesses erhobenen Anschuldigungen²⁰ eine gewisse Rolle. Ich verspürte dies besonders stark bei dem Mittagessen bei Hitler. Die Ironie des Schicksals wollte es, dass mir Heß gegenüber saß, was weder bei mir noch bei ihm den Appetit anregte. Hitler und Göring beklagten sich, wovon ich später erfuhr, bei allen darüber, dass sich Moskau mit „Hetzerei“²¹ befasse.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Ja. Suric

Vermerk D.G. Šterns mit rotem Farbstift: an Gen. Lev[in], Gen. Aleks[eev], Gen. Kant[er]. 15.II.37 Š[tern].

Vermerk mit blauem Farbstift: 2. West[abteilung].

Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Gen.

Krestinskijs mit der Eingangs-Nr. 735 vom 14.2.1937.

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 318 vom 15.2.1937.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

Geschr. 8 Expl., 5 Expl. an Gen. Litvinov, 2 an Gen. Krestinskij, 1 [Exemplar] zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 4, l. 34–25. Kopie.

¹⁸ Gemeint ist die Demarche Schachts im Gespräch mit Kandelaki am 29.12.1936. Vgl. Dok. 634.

¹⁹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 201, S. 436–445.

²⁰ Vgl. Dok. 631, 637, 641, 646.

²¹ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Nr. 645
Direktivbrief des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten Ežov

[14.2.1937]

NKVD der UdSSR
Hauptverwaltung für Staatssicherheit

STRENG GEHEIM
Wie Chiffresachen abzulegen
Expl. Nr. 70

DIREKTIVBRIEF
ÜBER DIE TERROR-, DIVERSIONS- UND SPIONAGETÄTIGKEIT VON
DEUTSCHEN TROTZKISTEN IM AUFTRAG DER GESTAPO IN DER
SOWJETUNION

ANLAGE:

Orientierung zur Tätigkeit ausländischer Organisationen deutscher Trotzlisten.¹

Februar
MOSKAU

An alle Leiter der Verwaltungen des NKVD der Regionen und Gebiete und an die Volkskommissare für Innere Angelegenheiten der Republiken.

ÜBER DIE TERROR-, DIVERSIONS- UND SPIONAGETÄTIGKEIT VON DEUTSCHEN TROTZKISTEN IM AUFTRAG DER GESTAPO IN DER SOWJETUNION.

In Moskau, Leningrad, Saratov, Stalingrad und Odessa ist 1934, 1935 und besonders 1936 eine Reihe trotzkistischer terroristischer Organisationen und Gruppen liquidiert worden, die aus deutschen politischen Emigranten und Mitgliedern der KPD bestanden.²

Die Ermittlungsmaterialien und nachrichtendienstlichen Informationen zeugen in aller Deutlichkeit davon, dass sich deutsche Trotzlisten mit einer aktiven Terror-, Diversions- und Spionagetätigkeit auf unserem Territorium betätigten.

Die wichtigsten Schlussfolgerungen aufgrund des vorliegenden Materials bestehen in Folgendem:

1. Gegenwärtig gibt es folgende äußerst aktive Zentren von deutschen Trotzlisten im Ausland:

a) die „Gruppe IV. Internationale“³ (Leitung Ruth **Fischer, Maslow**), deren stärkste Organisationen in **Paris** (einer der Leiter ist **K. Fridberg-Grell**⁴), in **Prag**

¹ Wird nicht veröffentlicht.

² Vgl. Dok. 12, 208.

³ Die von Trotzki und seinen Anhängern 1938 in Paris gegründete Vierte Internationale, eine kommunistische internationale Organisation, die auf Trotzki's Ideen basierte. Die erste internationale Konferenz „Für eine Vierte Internationale“ fand im Juni 1936 in Paris statt.

⁴ So im Dokument; richtig: Karl Gröhl (Pseudonym Friedberg).

(Leiter Erich **Wollenberg**), in **Kopenhagen** (Leiter **Junklaus**⁵), in **Oslo** (Leiter **Eipe**⁶);

b) das konspirative trotzkistische Zentrum in der sogenannten Sozialistischen Arbeiterpartei. Ein ehemaliger bekannter russischer Menschewik, dessen richtiger Name unbekannt ist (sein Deckname in der SAP ist „Diamant“⁷), spielt in diesem Zentrum eine führende Rolle;

c) die von dem deutschen Trotzlisten Karl **Frank** geführte „Milles-Gruppe“.

Die Organisationen der „Milles-Gruppe“ sind mit deutschen, englischen, französischen und tschechischen Spionagediensten verbunden und bestehen in Berlin, Hamburg, Mannheim, Breslau und in einigen Städten Sachsens sowie in **Prag, Paris, Amsterdam, Kopenhagen, London und in New York**;

d) die Gruppe Hugo **Urbahns** (einer der ehemaligen Leiter des „Leninbundes“) in **Stockholm** und **Oslo**. Die Gruppe **Urbahns** ist, obgleich sie sich aus taktischen Erwägungen gegen die Trotzlisten richtet, organisatorisch mit ihnen verbunden. **Urbahns** erteilte 1935 seinen Gruppen in Berlin und Hamburg die Weisung, mit den Organisationen der „Gruppe der IV. Internationale“ zusammenzuarbeiten.

2. Aus den in der Anlage beigelegten Materialien ist ersichtlich, dass die im Ausland bestehenden Gruppen der Brandler-Leute und Versöhner im Jahr 1936 eine besonders aktive konterrevolutionäre antisowjetische Arbeit entfaltet haben. Diese Gruppen, die aus taktischen Gründen auf offene Aktionen gegen die Sowjetunion verzichten, unterhalten aber in Wirklichkeit enge Verbindungen zu den Trotzlisten und führen Untergrundarbeit zur Gewinnung von konterrevolutionären antisowjetischen Kadern durch.

In diesem Zusammenhang ist die in Moskau liquidierte illegale Gruppe der Brandler-Leute und Versöhner besonders kennzeichnend, an deren Spitze als Beauftragter **Brandlers** Hans **Beck**⁸ stand (siehe Anlage).

3. Die Organisationen der deutschen Trotzlisten haben durch ihre gegen die UdSSR gerichtete Tätigkeit enge Verbindungen zu den Organisationen der französischen, tschechischen, dänischen, norwegischen und anderen Trotzlisten, zu den Brandler-Leuten und allen Versöhner-Gruppen in Europa hergestellt, die in der letzten Zeit eine besonders umfangreiche antisowjetische Aktivität entfalten.

4. Die Leitung der antisowjetischen Tätigkeit der deutschen Trotzlisten obliegt **Trotzki**, wobei die wichtigsten Richtungen dieser Tätigkeit waren:

a) die Einschleusung von Terroristen in die UdSSR;

b) die Anwerbung von konspirativen trotzkistischen Kadern in der KPD, die auch gegenwärtig intensiv genutzt werden, um das terroristische Agentennetz auf unser Territorium auszudehnen.

5. Die Eingliederung deutscher Politemigranten, die Einreise ausländischer Touristen und verschiedener ausländischer Delegationen, die Einreise ausländischer Spezialisten, Techniker und Arbeiter, wurden und werden gegenwärtig im breiten Maße dazu genutzt, um das Terror- und Diversanten-Agentennetz auszubauen, die schwankenden Elemente der politischen Emigration in die antisowjeti-

⁵ So im Dokument; richtig Jungclas.

⁶ So im Dokument; richtig: Epe.

⁷ Diamant war der richtige Name, der Deckname lautete Diesel.

⁸ Hans Beck wurde am 25.8.1937 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zum Tode verurteilt und erschossen.

sche Zersetzungsarbeit einzubeziehen und einen Kurierdienst zwischen den trotzkistischen Auslandszentren und dem trotzkistischen Untergrund in der UdSSR einzurichten.

6. Eine beachtliche Anzahl der Mitglieder der aufgedeckten terroristischen Organisationen sind direkte Agenten der Gestapo, die während ihres Aufenthaltes in Deutschland bereits angeworben worden waren. Gerade diese Agentur der Gestapo spielte und spielt in den meisten Fällen eine führende Rolle in den Organisationen der deutschen Trotzlisten.

7. Die terroristischen Gruppen der deutschen Trotzlisten in der UdSSR haben sich fast überall mit dem von der Agentur der deutschen Nationalsozialistischen Partei organisierten faschistischen Untergrund organisatorisch vereinigt.

8. Die in der UdSSR tätigen terroristischen Gruppen der deutschen Trotzlisten waren in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle miteinander verbunden und in einigen Fällen unterhielten sie den direkten organisatorischen Kontakt.

9. Die deutschen Trotzlisten waren fast immer mit den von den vereinigten⁹ und parallelen¹⁰ Zentren geleitetem trotzkistisch-sinowjewistischen Untergrund organisatorisch verbunden.

10. Bis jetzt ist das terroristische Agentennetz der deutschen Faschisten, das 1931–1933 in unser Territorium eingeschleust wurde, noch nicht entlarvt und liquidiert. Bei einer Reihe liquidierten Gruppen sind einzelne ihrer Teilnehmer nicht repressiert worden.

Das sind die wichtigsten Fakten der antisowjetischen Tätigkeit deutscher Trotzlisten in der UdSSR

Diese Tatsachen beweisen, dass **der Kampf gegen die antisowjetische terroristische Diversions- und Spionagetätigkeit der deutschen Trotzlisten gegenwärtig eine außerordentliche Bedeutung gewinnt.**

Die Bedeutung dieser Arbeit ist umso größer, da die Deutsche Geheimpolizei intensiv deutsche Trotzlisten anwirbt und deren Tätigkeit unmittelbar anleitet. In der gegenwärtigen Situation werden die Trotzlisten und die Gestapo zweifellos in einem noch größeren Maße als bisher versuchen, das Eindringen von deutschen und anderen ausländischen Trotzlisten, getarnt als Touristen, Politemigranten und ausländische Staatsbürger, in unser Territorium systematisch zu betreiben und sie für die konterrevolutionäre Arbeit in der UdSSR einzusetzen.

Indes gewährleistete die bisher geleistete Arbeit der Organe des NKVD jedoch nicht, das trotzkistische terroristische Agentennetz, das beharrlich von ausländischen und insbesondere von deutschen Trotzlisten in unser Territorium eingeschleust wird, rechtzeitig und entschlossen zu liquidieren.

Die Hauptmängel unserer operativen tschekistischen Tätigkeit bestehen in Folgendem:

a) Die gesamte Arbeit gegen die deutschen Trotzlisten trug einen **defensiven Charakter** und lief auf eine mit großer Verspätung vollzogene Liquidierung der bestehenden trotzkistischen Gruppen hinaus. **In die ausländischen terroristischen Zentren sind keine Agenten eingeschleust worden**, weshalb es nicht möglich ist,

⁹ Vgl. Dok. 493, Anm. 1.

¹⁰ Vgl. Dok. 625, Anm. 2.

rechtzeitig die in die UdSSR entsandten terroristischen Agenten zu ermitteln und zu liquidieren.

b) Die Aufdeckung der von den Agenten der „Gruppe der IV. Internationale“ geschaffenen Organisationen.

Die Tätigkeit der anderen oben aufgezählten Zentren der deutschen Trotz-kisten, die von größter Bedeutung sind („Sozialistische Arbeiterpartei“, „Milles-Gruppe“), **ist nachrichtendienstlich nicht überprüft und nicht durch Ermittlungen aufgedeckt worden**. Indes ist es absolut klar, dass gerade diese streng konspirativen trotzkistischen Zentren eine sehr ernstzunehmende Tätigkeit in der Sowjetunion betreiben.

c) Nachrichtendienstlich sind die eng mit den deutschen trotzkistischen Zentren verbundenen französischen, tschechischen, skandinavischen und anderen Trotz-kisten in keiner Weise ermittelt und deren Tätigkeit auf dem Ermittlungswege nur zufällig aufgedeckt worden.

d) Die Arbeit gegen die ausländischen, darunter auch die deutschen Trotz-kisten wurde nicht mit der erforderlichen Zielstrebigkeit geführt und nicht als ein sehr wichtiger und spezifischer Abschnitt unserer Tätigkeit angesehen, sie erfolgte in einem bedeutenden Maße im Rahmen der allgemeinen Betreuung der Politemigranten eher zufällig.

e) Bei der Ermittlung von Trotz-kisten gelang es nicht, dem Eindringen von trotzkistischen Agenten in unser Territorium über die Kanäle als Touristen, ausländische Schiffsbesatzungen, ausländische Spezialisten, Techniker und Arbeiter, verschiedene ausländische Delegationen, in die UdSSR einreisende Schriftsteller, Wissenschaftler, Schauspieler usw. die nötige ernste Beachtung zu schenken. **Die gesamte Tätigkeit beschränkte sich in der Hauptsache lediglich auf die Betreuung von Politemigranten.**

Mit der Versendung des in der Anlage beigefügten Orientierungs- und Untersuchungsmaterials der 3. Abteilung der GUGB des NKVD der UdSSR

BEFEHLE ICH:

1. Sämtliche Archivmaterialien der Ermittlungen zu den deutschen Trotz-kisten sind unverzüglich zu überprüfen und jene Mitglieder konterrevolutionärer Gruppen zu verhaften, die aufgrund dieser oder jener Umstände noch nicht repräsentiert worden sind.

2. Es ist in nächster Zeit die Aufgabe zu erfüllen, Agenten in die ausländischen trotzkistischen Zentren einzuschleusen. Zu diesem Zwecke sind jene Agenten auszuwählen, die zu befristeten Dienstreisen oder zum ständigen Wohnsitz vor allem nach Paris, Prag und in die skandinavischen Länder entsandt werden. In einer Frist von zwei Dekaden sind zu dieser Frage schriftliche Vorlagen bei der 3. Abteilung der GUGB des NKVD der UdSSR einzureichen.

Bei dem Einsatz von Agenten auf unserem Territorium und der Entsendung von Agenten ins Ausland ist insbesondere die Aufmerksamkeit darauf zu richten, die gesamte illegale Tätigkeit der trotzkistischen Zentren zu entlarven, wobei die Arbeit keinesfalls nur auf die „Gruppe IV. Internationale“ beschränkt werden darf.

4. Es ist ein Agentennetz aufzubauen, um die Trotz-kisten zu ermitteln und zu liquidieren, die als Touristen, Bedienungspersonal ausländischer Schiffe, ausländische Spezialisten, Techniker und Arbeiter, als Mitglieder ausländischer Delegatio-

nen, Schriftsteller, Wissenschaftler und Schauspieler usw. getarnt, in unser Land einreisen.

5. Es ist unverzüglich die Arbeit zur Aufdeckung der terroristischen konterrevolutionären Tätigkeit der sich in der UdSSR aufhaltenden Brandler-Leute (den deutschen Rechten) und „Versöhnlern“ aufzunehmen.

6. In den Lagern ist eine sorgfältige Beobachtung der verurteilten deutschen Trotzlisten zu organisieren.

7. Für die nachrichtendienstliche und Ermittlungstätigkeit bezüglich der ausländischen, insbesondere der deutschen Trotzlisten sind qualifizierte operative Mitarbeiter abzustellen.

8. Über den Stand der Arbeit sind monatlich Erfolgsberichte vorzulegen.

Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der Sowjetunion

Generalkommissar für Staatssicherheit

EŽOV

14. Februar 1937

Nr. 12

Oben auf dem ersten Blatt befinden sich Vermerke zur Sachbearbeitung:

Nr.Nr. 00616–00619. Versendet nach Zuständigkeit. Nr. 00620. Über die Organisation des UNKVD der USSR für die Gebiete Poltava, Žitomir, Kamenec-Podol'skij und Nikolaev.

OGA SBU, f. 9, d. 7, l. 195–198. Gedrucktes Exemplar.

Veröffentlicht in: Reinhard Müller: Herbert Wehner. Moskau 1937, Hamburg 2004, S. 362–368.

Nr. 646

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin**

HÖCHST GEHEIM

Expl. Nr. 1

15. Februar 1937

Nr. 58/L

AN DEN

GENERALSEKRETÄR

DES ZK DER VKP (B)

Gen. STALIN

Kopie an: Gen. Molotov

Ich habe mich mit dem Protokoll der geschlossenen Sitzung des Obersten Gerichts vertraut gemacht.¹ *Die Aussagen der Verurteilten können in dem Sinne als

¹ Die veröffentlichten Materialien enthalten eine knappe Information über die geschlossene Abendsitzung des Obersten Gerichts am 27.1.1937 über die Vernehmung der Angeklagten, bei der „die Personen in ihren offiziellen Dienststellungen als Vertreter ausländischer

Grundlage für diplomatische Vorstellungen dienen, da diese Aussagen von dem Gericht akzeptiert worden sind und ihre Widerspiegelung in dem Urteil des Gerichts gefunden haben.^{*2} Von dem Urteil ausgehend *haben wir zweifelsfrei das Recht, der deutschen Regierung eine Demarche bezüglich der Verhandlungen zu machen, die sie über Heß^{*3}, General Köstring **und Baum**^{*4} mit den Trotzlisten geführt hat. *Ebenso können wir mit der japanischen Regierung angesichts der Verhandlungen Sokol'nikovs mit Ott und Trotzki^{*5} mit einem uns unbekannten Vertreter der japanischen Regierung verfahren. Diese Demarchen müssen ihrem Wesen nach höchst energische und scharfe Protestnoten sein. Unabhängig von dem allgemeinen Protest können wir außerdem die *Abberufung Köstrings, **Baums**^{*6} und des Japaners Hirasiva fordern^{*7}. Der Protest kann in einer formalen Demarche an den deutschen und japanischen Botschafter in Moskau oder direkt an die Außenminister Deutschlands⁸ und Japans⁹ gerichtet werden. *Um eine unnötige Verschärfung der Frage zu vermeiden, könnte ebenso versucht werden, zunächst auf halbamtlichem Wege dem deutschen und dem japanischen Botschafter vorzuschlagen, Köstring, **Baum**^{*10} und Hirasiva abzurufen, ohne unsere offizielle Aufforderung abzuwarten^{*11}.

*Erbitte Weisungen.^{*12}

LITVINOV

Vermerk I.V. Stalins mit rotem Farbstift: Man kann zunächst halbamtlich die Abberufung vorschlagen und danach nötigenfalls es offiziell versuchen. I. Stalin.

Eigenhändige Unterschriften: Andreev, Vorošilov, Kaganovič, Mikojan, Molotov, Ordžonikidze, Čubar'.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 7 Expl. [Die Exemplare] 1–3 an den Adressaten, das 4. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 5. an Gen. Stomonjakov, das 6. an Gen. Litvinov, das 7. ins Archiv.

AVP RF, f. 05, op. 17, p. 126, d. 1, l. 51. Original.

Staaten ermittelt wurden, mit denen die Angeklagten Radek und Sokol'nikov Verhandlungen geführt haben“. Vgl. Process antisovetskogo trockistskogo centra (23–30 janvarja 1937 goda); sudebnyj otčet (Prozess des antisowjetischen trockistischen Zentrums; Gerichtsbericht), Moskva 1937, S. 166.

² Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

³ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen. Das nachfolgende Wort „und“ ist mit Tinte durchgestrichen. Diese und weitere Korrekturen wurden von Litvinov mit Tinte ausgeführt.

⁴ Der Text ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁵ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

⁶ Der Name ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁷ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen und am linken Seitenrand angestrichen.

⁸ Konstantin Freiherr von Neurath.

⁹ Senjuro Hayashi.

¹⁰ Der Name ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

¹¹ Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen und am linken Seitenrand angestrichen.

¹² Der Text ist mit rotem Farbstift unterstrichen.

Nr. 647
Nachrichtendienstliche Meldung an die GUGB des NKVD

GANZ GEHEIM

[16.2.1937]¹

Meldung eines deutschen Regierungskreisen nahestehenden Agenten an die
VII. ABTEILUNG der GUGB des NKVD folgenden Inhalts:

Das politische und militärische Testament General von Seeckts ist am Tag der Beisetzung Seeckts² von Blomberg und Fritsch Hitler übergeben worden. Hitler hat laut Testamentsbestimmung ein Exemplar des Testaments Fritsch ausgehändigt.

Das Testament Seeckts bewegt sich angeblich ungefähr im Rahmen seiner Broschüre von 1933 „Deutschland zwischen Ost und West“³.

Seeckt beschwört in seinem Testament Hitler, den russischen Fragen und den russischen Politikern und Militärs nicht mit Vorurteilen zu begegnen. Dann werde man laut Seeckts fester Überzeugung mit der Sowjetunion leicht zu einer Verständigung gelangen.

Seine Überzeugung begründet Seeckt u. a. mit folgenden Thesen:

1. Deutschland hat mit der UdSSR keine gemeinsame Grenze;
2. die Sowjetunion hatte nichts mit dem Versailler Vertrag zu tun;
3. die UdSSR hatte nichts gegen eine Aufrüstung Deutschlands einzuwenden, da die UdSSR im Verlaufe einiger Jahre die deutsche Aufrüstung aktiv unterstützte;
4. die UdSSR fordert von Deutschland keinerlei Reparationen;
5. die UdSSR ist in der kolonialen Frage kein Gegner Deutschlands;
6. Deutschland hat unter innenpolitischem Gesichtspunkt den Bolschewismus gegenwärtig weniger als jemals zuvor zu fürchten;
7. sowohl Deutschland als auch die UdSSR sind Autokratien, deshalb haben sie miteinander mehr gemeinsam als mit den Demokratien;
8. die Beziehungen der Türkei mit der UdSSR beweisen, dass engste und beste Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR möglich sind;
9. die UdSSR hatte über viele Jahre hinweg freundschaftliche Beziehungen mit Italien.

Seeckt fordert, dass die Deutschen so schnell wie möglich die Beziehungen zur UdSSR verbessern, um von Deutschland nicht nur die Gefahr eines Zwei-Fronten-Krieges zu bannen, sondern auch die Gefahr eines Krieges an mehreren Fronten. Diese Gefahr sei für Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt unvergleichlich aktueller, als sie es zu Zeiten Bismarcks und Schlieffens gewesen wäre.

Seeckt warnt nachdrücklich vor einem Bündnis mit Japan wegen dessen Unzuverlässigkeit und auch deswegen, weil dies einem Abkommen mit England und Amerika schade und nicht die Möglichkeit biete, enge Beziehungen zu China herzustellen.

¹ Die Datierung des Dokuments erfolgt aufgrund eines handschriftlichen Vermerks.

² Am 30.12.1936.

³ H. von Seeckt: Deutschland zwischen West und Ost, Hamburg 1933 (2. Aufl.).

In Kreisen des Kriegsministeriums ist der Inhalt dieses Testaments angeblich auf fast ungeteilte Zustimmung gestoßen.

STELL[VERTRETENDER] CHEF DER VII. ABTEILUNG DER GUGB DES NKVD
DER UdSSR, MAJOR DER STAATSSICHERHEIT

ŠPIGEL'GLAZ

Vermerk N.I. Ežovs mit blauem Farbstift: an Gen. Vorošilov. Ežov 16/II.

Vermerk K.E. Vorošilovs mit Bleistift: Ein sehr interessantes und fast glaubwürdiges Dokument. Die klugen Deutschen, selbst die Faschisten, anders können sie auch nicht urteilen. K[lim] V[orošilov] 16/II.37.

Auf dem letzten Blatt befindet sich unten in der Mitte der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 601 vom 17.2.1937.

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 1036, l. 126–128. Original.

Veröffentlicht in: Glazami razvedki. SSSR i Evropa. 1919–1938 gody, Dok. 180, S. 452–453⁴.

Nr. 648

Schreiben eines Mitarbeiters der Firma Otto Wolff an die Abteilung Ausland der Firma Otto Wolff

17.2.1937

[An die]

Firma Otto Wolff – Abteilung Ausland
Köln a. Rhein

IFAGO/ 11. Generalversammlung 17.2.37.

Ihrem Wunsch gemäß habe ich Sie in der heutigen ordentlichen Generalversammlung der IFAGO vertreten. Die Tagesordnung wurde entsprechend den Beschlüssen der Aufsichtsratssitzung vom 26. Januar ohne Änderung erledigt. Die ausgeschiedenen Mitglieder des Aufsichtsrates, Herr Karl Lange, Herr Dr. Hans Pilder und Herr Gustav Schlieper, wurden wiedergewählt.

Von den Ausführungen des Vorsitzenden Dr. Ing. Hermann Reyß über das Russlandgeschäft im vergangenen Jahre und seine voraussichtliche Entwicklung möchte ich Folgendes festhalten:

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen sind im Jahre 1936 durch folgende Faktoren wesentlich beeinflusst worden:

- die politische Lage,
- die Verlagerung der russischen Einfuhrwünsche und Ausfuhrmöglichkeiten,
- die Abnahme der Schuldenverpflichtungen der Russen,
- die fast völlige Stilllegung der sowjetrussischen Ausfuhr nach Deutschland in den Monaten Januar bis April 1936,
- die Beanspruchung der deutschen Wirtschaft durch den Innenbedarf und
- die Umstellung des Russengeschäftes auf Barzahlung.

⁴ Das Dokument ist mit mehreren, von den Herausgebern nicht gekennzeichneten Kürzungen und sinnverändernden Fehlern veröffentlicht worden.

Im Jahre 1936 hatte Russland nur noch 50 Mill. RM Schulden an Deutschland. Vom Januar bis April 1936 hat die deutsche Ausfuhr nach Russland ebenso wie die Einfuhr aus Russland nach Deutschland praktisch vollkommen stillgelegen. Im April 1936 erfolgte eine Neuregelung. Ein Clearing-Verfahren stellt jetzt den Verkauf deutscher Industrieprodukte nach Russland auf Barzahlung ab mit dem Ziel, einen russischen Export Deutschland genehmer Waren in einem angemessenen Verhältnis zu sichern.

Im Jahre 1936 erfolgten russische Bestellungen im Umfange von ungefähr 80 Mill. RM, davon 50 Mill. RM im Rahmen des 200 Mill. RM-Kreditvertrages aus April 1935¹ und 30 Mill. RM auf Grund des Abkommens vom April 1936². Da jedoch im Jahre 1935 umfangreiche russische Bestellungen auf Industrieprodukte ergangen waren, die nicht mehr im Jahre 1935 zur Lieferung kamen, ist 1936 ein starker Anstieg der deutschen Ausfuhrziffer, und zwar auf 120 Mill. RM festzustellen gegenüber einem Einfuhrvolumen von 100 Mill. RM. Deutschland steht somit im Export nach Russland wieder an erster Stelle.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Russen eine Reihe von Schwierigkeiten hatten, das vorgesehene Bestellvolumen in Deutschland unterzubringen, einmal wegen der erhöhten Preise, zum andern auch wegen der von den deutschen Firmen (mit Rücksicht auf ihre Inlandsverpflichtungen) verlangten längeren Lieferfristen.

Im Übrigen entstanden den Russen auch Schwierigkeiten dadurch, dass sie in der Zeit von Januar bis April 1936 infolge Stillstands des deutsch-russischen Handels einen Großteil ihrer landwirtschaftlichen Produkte nach anderen Ländern verkauften, sodass es ihnen schwer wurde, die von Deutschland nach Abschluss des Abkommens vom April 1936 gewünschten Waren anzustellen. Eine wesentliche Förderung wird dem Handel mit Russland dadurch zuteil, dass im Vertrag vom April 1936 die Russen hinsichtlich der ZAV den übrigen Ländern gleichgestellt wurden.

Die Frist für die Abwicklung des 200 Mill. RM-Kredites wurde um ein Jahr auf den 31. März 1937 verlängert. Bis Ende 1936 waren Bestellungen im Ausmaß von ca. 170 Mill. RM erfolgt. Die schwebenden Bestellverhandlungen werden voraussichtlich bis Ende März 1937 die 200 Mill. RM erschöpfen. Entgegen der verbreiteten Ansicht, an dem 200 Mill. RM-Geschäft sei nur ein verhältnismäßig geringer Kreis von Firmen beteiligt, muss nachdrücklich festgestellt werden, dass bis Ende 1936 532 deutsche Firmen Bestellungen aus diesem Kredit erhalten haben.

Über die Aussichten des russischen Geschäftes ist Folgendes zu sagen:

Durch das Protokoll vom Dezember 1936³ wurde der deutsch-russische Handelsvertrag um ein Jahr bis Ende 1937 verlängert. Dabei ist grundsätzlich die Einstellung aufrechterhalten worden, den deutsch-russischen Handel im Rahmen des Exportes der Jahre 1934 und 1935 zu belassen. Wenn Deutschland besondere Wünsche für zusätzliche Lieferungen aus Russland hat, so ist auch hierfür ein nicht unerheblicher Spielraum gegeben unter der Voraussetzung, dass Deutschland die von

¹ Vgl. Dok. 116.

² Vgl. Dok. 451, Anm. 2.

³ Vgl. Dok. 615.

Russland gewünschten Waren liefern kann. Die Fakturierung des Warenaustausches erfolgt in Reichsmark. Eine Bestell- oder Lieferpflicht der Russen besteht nicht.

Ob die deutsche Regierung im Jahre 1937 zu neuen Verhandlungen mit den Russen wegen eventueller neuer Kreditgeschäfte kommen wird, erscheint sehr zweifelhaft, zumal bei den bisherigen unverbindlichen Verhandlungen die Russen mit unerfüllbaren Wünschen gekommen sind.

Zu meiner Entlastung füge ich die mir übersandten Unterlagen wieder bei.

Heil Hitler!

Statt Unterschrift Stempel Otto Wolff. Auf erstem Blatt oben Firmenstempel. Am Ende maschinenschriftlich: 3 Anlagen, Durchschl.: Herrn Wolff, Herrn Siedersleben, Herrn Dir. Redlich, Herrn Laupichler, Abt. Ausland – Köln, 3 x Sekr. S.f.H.A.

RWWA, 72-184-14, o. P., 3 Bl.

Nr. 649

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

[17.2.1937]

Tagebuch
N.N. Krestinskijs

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS VON SCHULENBURG, 17. Februar 1937

*Sch[ulenburg] sagte, obgleich er wisse, dass ich für ihn nichts besonderes Neues habe, hielte er es nichtsdestotrotz für nötig, heute vorbeizukommen, um nochmals die Fragen zu bündeln, auf die die Deutsche Botschaft noch keine Antwort erhalten habe.

Die Botschaft habe an uns viele Noten zu jedem einzelnen Verhafteten gerichtet und in den letzten Wochen auf keine einzige Note eine Antwort erhalten. Der Botschaft sei bekannt, dass neue Verhaftungen von Deutschen vorgenommen würden, jedoch erhalte sie fast keine Mitteilungen über die Verhafteten. Seine Bitte bestehe in Folgendem:¹

1. Es ist erforderlich, dass das NKID die Deutsche Botschaft in Noten über alle neuen Verhaftungen unterrichtet, damit die Deutsche Botschaft die genaue Anzahl der Verhaftungen kennt.

2. Es ist erforderlich, dass das NKID der Botschaft die Fragebögen zurückgibt, die die Botschaft zu jedem der Verhafteten, von dem die Botschaft eine Mitteilung erhielt, an das NKID geschickt hat. Diese Fragebögen enthalten Fragen, über die die Botschaft das Auswärtige Amt informieren muss und zu denen in unseren Noten

¹ Der Text wurde von Litvinov mit blauem Farbstift am Seitenrand angestrichen.

keine Informationen enthalten sind. Diese Fragen beziehen sich nicht auf den Charakter der Straftat, sondern nur auf Angaben zur Person des Verhafteten. Es wird gebeten, die Rückgabe der ausgefüllten Fragebögen zu beschleunigen.

3. Die Botschaft hat beim NKID Geld und Päckchen für die Verhafteten hinterlegt. Die Päckchen sind mit dem Hinweis auf die Gefängnisordnung zurückgegeben worden; die Gelder sind jedoch an die Untersuchungsbehörden geschickt worden. Die Botschaft ist jedoch nicht im Besitz einer Benachrichtigung darüber, dass die Gelder den Verhafteten ausgehändigt worden sind, sie hat auch keine Quittungen. Indessen wünscht die Botschaft, erstens zu wissen, ob die Verhafteten die Gelder erhalten haben, und zweitens benötigt sie die Quittungen für ihre eigene Rechnungslegung.

4. Verwandte der Verhafteten bedrängen die Botschaft, damit sie Besuche erwirkt. Sch. bittet darum, falls die Gerichtsverhandlung nicht in nächster Zeit stattfinden sollte, der Botschaft Besuche bei den Verhafteten zu genehmigen, unabhängig davon, ob das Ermittlungsverfahren abgeschlossen ist. Sollte die Gerichtsverhandlung in nächster Zeit stattfinden, wird die Botschaft natürlich nicht unbedingt auf einer Besuchserlaubnis bestehen.

*Sch. bemerkte betroffen, soweit ihm bekannt sei, seien in der Zeit nach seinem Besuch bei Gen. Molotov² acht neue Verhaftungen von deutschen Staatsbürgern erfolgt. Wahrscheinlich gebe es auch noch solche, von denen er keine Kenntnis habe.

Sch. fragte, ob er in nächster Zeit damit rechnen könne, von mir eine Antwort darüber zu erhalten, wann die Gerichtsverhandlung stattfinden wird und wie die Fälle jener verhafteten deutschen Staatsbürger behandelt würden, die nicht dem Gericht überstellt würden.*³

Ich antwortete, dass ich die 2. Westabteilung beauftragen würde, das erforderliche Material für die Beantwortung jeder einzelnen Note der Deutschen Botschaft zu beschaffen. Was hingegen jene allgemeine Antwort betreffe, die er von mir erwarte, so würde ich sie ihm geben, sobald mir die ihn interessierende Information vorläge.

Zum Abschluss teilte ich Sch. mit, dass der Chef der Moskauer Miliz Gen. Vul' Weisungen zur Durchführung des Gedenktages am 21. Februar erhalten habe und sich der Vertreter der Botschaft wie in den Jahren zuvor an Gen. Vul' wenden müsse⁴, um präzise Anweisungen zu erhalten.

N. Krestinskij

Vermerk mit Bleistift: MM.

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 498 vom 19.2.1937.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 [Exemplare]. Das 1. [Exemplar] zu den Akten, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an die 2. West[abteilung], das 5. nach Berlin, [das 6. an Gen. Bokij]⁵. Expl.-Nr....

AVP RF, f. 05, op. 17, p. 130, d. 44, l. 6–7. Kopie.

² Am 23.12.1936. Vgl. Dok. 616, 621.

³ Den Text hat Litvinov mit blauem Farbstift am Seitenrand angestrichen.

⁴ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 371, S. 1029–1032.

⁵ Vgl. AVP RF, f. 011, op. 1, p. 3, d. 30, l. 8.

Nr. 650

Aufzeichnung der Unterredung des Leiters der 2. Westabteilung
im NKID Štern mit dem Botschaftsrat in Moskau von TippelskirchGEHEIM

Expl. Nr. 1

[17.2.1937]

Nr. 14188

19.II.37¹AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES Gen. ŠTERN MIT TIPPELSKIRCH,
17. FEBRUAR 1937

Dem Auftrag von Gen. Krestinskij folgend fragte ich nach dem Mittagessen bei Schulenburg Tippelskirch, ob es ihm gelegen sei, heute mit mir eine ernste Frage zu besprechen, oder ob er es vorziehe, das Gespräch zu vertagen. T[ippelskirch] äußerte den Wunsch, sofort darüber zu sprechen. Wir gingen in ein anderes Zimmer und ich erklärte ihm Folgendes: In den nächsten Tagen werde der Eingang des Protokolls der geschlossenen Verhandlung im Prozess gegen das konterrevolutionäre trotzkistische parallele Zentrum² erwartet. Ich hielt es privat und ohne dazu bevollmächtigt zu sein³ für angebracht, T. meine persönliche Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass im Zuge der in der geschlossenen Verhandlung festgestellten Fakten die Frage aufkommen könne, dass eine Abberufung von Gen[eral] Köstring und von Baum unvermeidlich würde. Mit dem Recht eines „alten Freundes“ würde ich der Botschaft empfehlen, über die Frage nachzudenken, ob es unter dem Gesichtspunkt ihrer Interessen nicht günstiger wäre, wenn Köstring und Baum von sich aus aus Moskau abreisen würden. Nach meiner Mitteilung erregte sich T. sehr stark, sprang auf und erklärte mir Folgendes: „Ich möchte mir derartige Vorschläge überhaupt nicht anhören. Sie können in Ihrer Innenpolitik alles machen, was Sie wollen, aber übertragen Sie bitte Ihre Methoden nicht auf das Gebiet der Außenpolitik. Weder Köstring noch Baum werden irgendwohin abreisen, und sollten Sie dies von uns fordern, so seien Sie so gut, erschöpfende Beweise vorzulegen, die alle überzeugen, die Sie jedoch nicht haben. Die Aussagen von unglücklichen Leuten haben für uns keine Beweiskraft.“ Ich sagte darauf zu T. in korrekter, jedoch ernster Form, dass ich mich in einer schwierigen Situation befände, da ich Gast der Botschaft sei und deshalb auf diese Erklärung nicht in gebührender Weise reagieren könne. Daraufhin veränderte T. sofort seinen Ton, nahm mich beim Arm und bat, dem Volkskommissar⁴ mitzuteilen, dass im Falle eines Beschlusses, die Abberufung von Köstring und Baum zu fordern, unweigerlich „unübersehbare und sogar katastrophale Folgen“ eintreten könnten. Das, was ich ihm gesagt hätte, sei von ungeheurer Bedeutung⁵. Er, T., flehte mich an, wobei er sich ebenfalls darauf berief,

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 646, Anm. 1.

³ Vgl. den Vermerk Stalins in Dok. 646.

⁴ Maksim Maksimovič Litvinov.

⁵ Die letzten zwei Wörter sind in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

unser alter Freund zu sein, der viel auf dem Gebiet der sowjetisch-deutschen Beziehungen unternommen habe, seine Worte dem Volkskommissar zu überbringen. Meinen Rat werde die Botschaft unter keinen Umständen befolgen.

Ich sagte zu T., dass durch seine Erklärung ein Rollentausch vor sich gegangen sei. Der Zweck meines Gesprächs habe darin bestanden, der Botschaft einen Rat zu erteilen, T. wiederum erachte es jetzt als erforderlich, mir Ratschläge zu geben. Ich bitte ihn dennoch, nicht den Zweck meines Gesprächs zu vergessen, d.h. meinen hier vorgetragenen Rat.

Als ich mich bereits erhoben hatte, bat mich T., wieder Platz zu nehmen, und beschwor mich, nicht zu vergessen, all das, was er ****mir****⁶ gesagt habe, dem Volkskommissar zu übermitteln.

LEITER DER 2. WESTABTEILUNG

Štern

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. [Die Exemplare] 1 und 2 an Gen. Litvinov, das 3. [Exemplar] an Gen. Krestinskij, das 4. an Gen. Stomonjakov, das 5. nach Berlin, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 2, l. 24–25. Original.

Nr. 651
Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 18. Februar 1937 18.03 Uhr

Ankunft: 18. Februar 1937 19.35 Uhr

Nr. 40 vom 18.2.

Stern hat gestern abend privatim Botschaftsrat¹ mitgeteilt, dass Sowjetregierung auf Grund Protokolls über nicht öffentliche Gerichtssitzung in Radek-Pjatakow-Prozess **Abberufung von Köstring und Baum**² verlangen werde, und angeregt, beide Herren von uns aus zurückzuziehen. Botschaftsrat hat, unter entsprechender Charakterisierung der Prozesse und Aussagen Angeklagter, Vorschlag rundweg abgelehnt.

Beabsichtige, falls Sowjetregierung wegen Abberufung von Köstring und Baum bei mir vorstellig werden sollte, zu verlangen, dass mir Beweise vorgelegt werden. Sollten Beweise lediglich in Aussagen der von Sowjetseite selbst als Lügner und Schurken bezeichneten Angeklagten bestehen, so werde ich gemäß Drahterlass

⁶ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile anstelle des durchgestrichen Wortes „ihm“ geschrieben.

¹ Werner von Tippelskirch. Vgl. Dok. 650.

² Der Text ist unterstrichen und am Seitenrand mit einem Ausrufezeichen versehen.

Nr. 10³ vom 28.1. schärfsten Protest erheben und solche Beweise als völlig ungenügend für Verlangen Sowjetregierung bezeichnen.

Auffällig ist, dass Mitteilung durch Stern an Botschaftsrat ging, obwohl ich gestern Krestinski zweimal gesprochen habe⁴, der Angelegenheit auch nicht andeutungsweise streifte. Ich erwäge deshalb, ob ich nicht die Initiative ergreife, und meinerseits Angelegenheit bei Litwinow zur Sprache bringen soll. Für Schritt meinerseits sprechen auch Nachrichten, wonach in Nowosibirsk bevorstehender Prozess gegen verhafteten Reichsdeutschen Ecks zu neuen Angriffen gegen Großkopf benutzt werden soll. Ich werde meine Haltung von den Beobachtungen der nächsten Tage abhängig machen.

Schulenburg⁵

Oben: Herrn V.L.R. Schliep ergebenst. Paraphe stammt vom Generalfeldmarshall. Dörnberg 19/2. Am Seitenrand Verteilerschlüssel. Daneben, neben dem letzten Absatz Paraphe von Blomberg mit Randbemerkung: Ja.

PA AA, R 104401, Bl. E 021926.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 213, S. 479.

Nr. 652

Vermerk des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Rust

Berlin, den 18. FEB. 1937

W III b Nr. 36/37, M

1.) Vermerk

Ich habe mich wegen der Stellungnahme des Auswärtigen Amtes vom 7.12. 1936 (W III b 3300/36) zu der Frage der Teilnahme Deutschlands am Internationalen Geologenkongress in Moskau erneut mit Konsul Roth (Auswärtiges Amt) in Verbindung gesetzt und gebeten, die dort eingenommene Stellung mit Rücksicht auf die Zuspitzung der politischen Lage noch einmal zu überprüfen. Ich habe darauf hingewiesen, dass der Kongress im Zusammenhang mit den Feiern aus Anlass des 20jährigen Bestehens der Sowjet-Union stattfindet, und die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass die Deutsche Delegation die Zielscheibe von Provokationen werden könne. Außerdem sei m.E. zu prüfen, ob die persönliche Sicherheit der deutschen Teilnehmer gewährleistet sei, zumal die mit dem Kongress verbundenen Exkursionen die Gelegenheit böten, die Deutschen der Spionage zu beschuldigen.

Konsul Roth hat darauf vorgeschlagen, den Moskauer Geologenkongress zum Gegenstand einer Besprechung im Auswärtigen Amt zu machen, zu dem ich vorschlug, auch das Propagandaministerium hinzuzuziehen.

³ Am Seitenrand: Pol. V 461. Vgl. Dok. 631.

⁴ Vgl. Dok. 649.

⁵ Der Chef der 7. (Auslands)Abteilung der GUGB des NKVD der UdSSR A.A. Sluckij schickte am 16.3.1937 den Text des Telegramms von Schulenburg an den Chef der 3. (Abwehr)Abteilung der GUGB des NKVD L.G. Mironov. Vgl. Barch, N 2273/29, Bl. 26.

Für eine Beteiligung an dem Kongress spricht außer dem Gesichtspunkt, dass jede unnötige Selbstisolierung Deutschlands – zumal heute – vermieden werden muss, nach dem Akteninhalt die Gefahr, durch Nichtteilnahme an diesem Kongress die Bearbeitung der europäischen und der Weltkarte, die zurzeit von dem internationalen Geologenkongress Deutschland, d. h. der Preußischen Geologischen Landesanstalt übertragen ist, an die Russen abgeben zu müssen, die sich bisher vergeblich darum bemüht haben. Außerdem bietet der Kongress den deutschen Teilnehmern durch die Exkursionen in einem sonst schwer erreichbaren Maße Einblick in die geologischen Verhältnisse Russlands.

Sollte Deutschland teilnehmen, so wird eine kleine zuverlässige Delegation zu bilden sein, die – nach Rücksprache mit Herrn. Dr. Dames – Prof. Schriel, Berlin, zu unterstellen wäre.

Da in diesem Falle nunmehr mit den Vorbereitungen der deutschen Beteiligung am Kongress begonnen werden müsste, muss über die Beteiligung Deutschlands eine Entscheidung herbeigeführt werden.

[Rust]

Auf erstem Blatt oben: Sachbearb[eiter] Dr. Dahnke, Mitbearb[eiter] Mentzel *und weitere, nicht entzifferte Namen sowie* Expedient Bodenbender. *Außerdem handschriftlich und mehrfach unterstrichen: Sofort. Stempel des Ministeriums und Abzeichnungen.*

BArch, R 4901/2821, Bl. 160-160/R.

Nr. 653
Runderlass des Reichsministers für Wissenschaft,
Erziehung und Volksbildung Rust

Berlin W 8, den 19. Februar 1937

Der Reichs- und Preußische Minister
für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
W u 277/37, M. (b)

Vertraulich!

Im Nachgang zu meinem Runderlass W IIIb 6/36g, W Ie, W II, M vom 17. Juni 1936¹, betr. die Überlassung von Fachaufsätzen und die Unterhaltung von Tauschbeziehungen nach Sowjetrußland, ordne ich an, dass jeder wissenschaftliche Schriftverkehr deutscher Gelehrter mit wissenschaftlichen Stellen oder Gelehrten

¹ In dem Runderlass hieß es, dass „eine planmäßigere Gestaltung und einheitlichere Durchführung des Tauschverkehrs angezeigt“ sei. Deshalb werde in der Staatsbibliothek in Berlin eine Reichstauschstelle geschaffen, der jeglicher Austausch seit 1.1.1937 zu melden sei: „Die Reichstauschstelle wird [...] prüfen, ob und in welcher Weise die Tauschbeziehungen fortzusetzen bzw. aufzunehmen sind. Gegebenenfalls wird der Tauschverkehr grundsätzlich durch ihre Vermittlung durchgeführt werden.“ Dadurch wurden dem Reichsministerium selbst nur noch sogenannte Zweifelsfälle vorgelegt. In: ABBAW: KWG, Nr. 6, Bl. 2.

in der Sowjetunion grundsätzlich zu unterbleiben hat. *Wenn im einzelnen Fall ein derartiger Verkehr nach dortiger Auffassung im staatlichen Interesse liegen könnte, ist mir in jedem Einzelfall Bericht zu erstatten.² Eine Entscheidung behalte ich mir vor.*³

Die mit dem Runderlass W IIIb 6/36 g, W Ie, W II, M vom 17. Juni 1936 angeordnete Berichterstattung über die Tauschbeziehungen nach Sowjetrußland an die Reichstauschstelle in Berlin NW 7, Unter den Linden (Staatsbibliothek) wird durch diesen Erlass nicht berührt.⁴

In Vertretung

gez. Zschintzsch

Beglaubigt: [Unterschrift] Verwaltungssekretär

Oben Eingangsstempel der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vom 21.2.1937.

Unten: 1. Abdruck [den] Instit[uten], 2. zdA und verschiedene Abzeichnungen.

ABBAW: KWG, Nr. 6, Bl. 25.

Veröffentlicht in: Russko-germanskie naučnye svjazi meždu Akademiej Nauk SSSR i Akademiej Nauk GDR 1700–1974, hrsg. von P. N. Pospelov i G. Šeel, Moskva 1975, S. 142.

² Dass in Einzelfällen durchaus der Kontakt gestattet wurde, zeigt der Antrag des Instituts für Züchtungsforschung, das in seinem Schreiben vom 16.3.1937 darauf hinwies, dass das Institut „im Auftrage des Reichsnährstandes den Austausch von Hochzuchtsaatgut mit dem Ausland und somit auch mit Sowjetrußland vornimmt. [...] Wenn in jedem Einzelfalle die Erlaubnis zur Unterhaltung von Schriftverkehr oder zum Austausch von Saatgut eingeholt werden müsste, so würde dadurch eine große Verzögerung und Hemmung entstehen.“ Im Schreiben vom 26.4.1937 genehmigte das Ministerium den Austauschverkehr ohne besondere Genehmigung im Einzelfalle, da er „in überwiegendem Reichsinteresse“ liege. ABBAW: KWG, Nr. 6, Bl. 35 und 38.

³ Der Text ist am linken Seitenrand angestrichen.

⁴ Der Runderlass richtete sich an die Rektoren sämtlicher deutscher Hochschulen, an den Präsidenten des Materialprüfungsamtes in Berlin-Dahlem, den Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek, den Direktor des Geodätischen Instituts in Potsdam, den Direktor des Astrophysikalischen Observatoriums in Potsdam, den Direktor der Biologischen Anstalt auf Helgoland, den Direktor des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt a.M., den kommissarischen Direktor des historischen Instituts in Rom, an die Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin, den Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Berlin, den Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin-Charlottenburg, den Präsidenten der Chemisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin-Plötzensee, an das Archäologische Institut des Deutschen Reiches in Berlin, an das Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde (Monumenta Germaniae historica) in Berlin, an die Reichsanstalt für Erdbettenforschung in Jena sowie zur Kenntnisnahme an die Hochschulverwaltungen der Länder (außer Preußen).

Nr. 654

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Ganz geheim

Persönlich

Expl. Nr. 4

19. Februar [1937]

1075

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

es liegt der Beschluss vor, von den Deutschen die Abberufung des Militärattachés General Küstring¹ und des Presseattachés Baum zu fordern, deren Namen Radek in dem geschlossenen Teil der Gerichtsverhandlung genannt hat.

Die Instanz hat uns gestattet, diese Frage auf inoffiziellm Wege zu regeln zu versuchen². Im Zusammenhang damit sprach Gen. Štern vor drei Tagen vertraulich mit Tippelskirch³ und warnte ihn, dass wir bald das Protokoll der geschlossenen Gerichtssitzung erhalten und wahrscheinlich gezwungen sein würden, die Frage nach der Ausweisung von K[östring] und B[aum] aufzuwerfen. Als Freund Deutschlands empfahl er T[ippelskirch], dass K. und B. von sich aus die UdSSR verlassen sollten, bevor die sie betreffende Frage offiziell aufgeworfen werde.

Aus der Aufzeichnung des Gesprächs des Gen. Štern mit T., die an Sie mit der heutigen Post abgeht, werden Sie ersehen, dass T. auf diesen Vorschlag sehr aufgebracht reagiert hat und wohl kaum mit einem Einverständnis der Deutschen zu rechnen ist, ohne Aufhebens und auf eigene Initiative die schuldigen Angehörigen der Botschaft zurückzurufen. Wir werden jedoch ein paar Tage abwarten und erst dann, wenn die Deutschen ihre Antwort Gen. Štern mitgeteilt haben (Gen. Štern wird sie morgen, übermorgen daran erinnern), damit beginnen, offiziell zu handeln. Da Gen. Štern bis jetzt in seinem eigenen Namen gesprochen und sich nicht auf den bereits vorliegenden Beschluss berufen hat, teile ich Ihnen dies lediglich zum Zwecke der Information mit, nicht aber, um irgendwelche Schritte zu unternehmen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk mit blauem Farbstift: 2. West[abteilung].

Vermerk D.G. Šterns mit blauem Farbstift: an Gen. Lev[in]. 21.II.37 Š[tern].

¹ So im Dokument; richtig: Köstring.

² Vgl. Dok. 646.

³ Vgl. Dok. 650.

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 354 vom 20.2.1937.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 [Exemplare]. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Stern, das 5. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 1, l. 9. Kopie.

Nr. 655

Schreiben des Mitarbeiters des Referats V/Osteuropa im AA Freiherr von Welck an den Leiter des Referats Anti-Komintern im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Taubert

Berlin, den 19. Februar 1937

Durchschlag f. d. A.

Auswärtiges Amt

Pol. V 438.

Herrn

Regierungsrat Dr. Taubert

Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

Sehr verehrter Herr Dr. Taubert!

Als ich Ihnen am 2. d. M. das vom Außenkommissariat der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken herausgegebene *Annuaire Diplomatique*¹ für 1936 übergab, bat ich Sie ausdrücklich, den Titel dieses Buches bei etwaigen Veröffentlichungen nicht zu nennen, da dieses Jahrbuch, das der Deutschen Botschaft in Moskau durch das Außenkommissariat überreicht worden war und nummeriert ist, im Buchhandel nicht zu haben ist und deshalb über seine Herkunft kein Zweifel bestehen kann. Wenn wir nämlich mit dem Material, welches das Außenkommissariat unserer Botschaft aus *Courtoisie* überreicht hat, offen antisowjetische Propaganda betreiben, so kommt dadurch nicht nur unsere Botschaft, die es an sich schon schwer genug hat, in eine unangenehme Lage, sondern wir müssen auch damit rechnen, dass sie in Zukunft derartiges Informationsmaterial nicht mehr erhalten wird.

Ich habe unter diesen Umständen sehr bedauert, dass in der DNB-Veröffentlichung vom 9. d. M. „Das jüdische Gesicht des Bolschewismus“ das *Annuaire Diplomatique* doch mit vollem Titel erwähnt war. Wie zu erwarten war, ist diese Meldung auch fast von der gesamten Tagespresse übernommen worden. Darüber hinaus dürfte sie auch Fehler enthalten, denn Gurewitsch und Asmus sind, soviel ich weiß, keine Juden.

¹ *Annuaire Diplomatique du Commissariat du Peuple pour les affaires étrangères pour l'année 1936, Moscou 1936.* Dieses Nachschlagewerk enthält neben der personellen Aufstellung der in der UdSSR akkreditierten Diplomaten und der Struktur und des Personals des NKID sowie der vom Narkomindel ins Ausland entsandten Vertreter weitere für den diplomatischen Verkehr wichtige Adressen sowie Listen von geschlossenen Verträgen, Feiertagen, ausgewählte Rechtstexte und weiteres. Es wurde 1927–1936 jährlich herausgegeben.

Ich bin hierdurch auch unserer Botschaft gegenüber in eine wenig angenehme Lage gekommen.

Da es sich bei dem Annuaire Diplomatique um das einzige Exemplar des Auswärtigen Amts handelte, wäre ich Ihnen für baldige Rücksendung dankbar.

Heil Hitler
Ihr sehr ergebener

gez. von Welck

Auf erstem Blatt unten: Orig. Po 7 Ru, Doppel zu Po 8 Ru.

PA AA, R 104368, o. P., 2 Bl.

Nr. 656

Bericht des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg an das AA

Moskau, den 20. Februar 1937

Tgb. Nr. A/425
An das
Auswärtige Amt
Berlin

Auf den Erlass vom 17. Februar d. Js. – Pol. V 862/37 –¹

Inhalt: persönliche Beziehungen Kandelakis zu Stalin und Molotow

Schon bei der Ernennung Kandelakis zum Handelsvertreter der UdSSR in Berlin wurde sowjetischerseits offensichtlich Wert darauf gelegt, bei uns den Eindruck zu erwecken, dass für diesen wichtigen Posten eine Persönlichkeit gewählt worden sei, die über ausgezeichnete Beziehungen zu Spitzen von Partei und Regierung, insbesondere zu Stalin selbst verfüge. In der Folgezeit hat sich dann auch gezeigt, dass Kandelaki bei seinen verschiedenen Aufenthalten in Moskau von Stalin und Molotow empfangen worden ist. Kandelaki hat bei seinen Fühlungsnahmen mit der hiesigen Botschaft hierüber offen gesprochen und mit einer gewissen Selbstverständlichkeit betont, dass Stalin seine Ansichten gebilligt habe. *An der Richtigkeit der Äußerungen Kandelakis zu zweifeln, besteht kein Anlass, zumal auch von anderer unterrichteter Seite der Botschaft bestätigt worden ist, dass Kandelaki sich des Vertrauens von Stalin erfreue.*²

Die Auffassung dagegen, dass Kandelaki ein „Jugend-Schulkamerad“ von Stalin ist, erscheint unzutreffend, da hierzu der Altersunterschied zwischen Stalin (58 Jahre) und Kandelaki (42 Jahre) zu groß ist. Es ist aber Tatsache, dass die beiden engere Landsleute sind.

Schulenburg

¹ Vgl. Schreiben von Weizsäckers an Graf von der Schulenburg in „besonderem Umschlag“ und „Persönlich!“. In: PA AA, R 104356, Bl. 212216.

² Der Satz ist am Seitenrand angestrichen.

Eigenhändige Unterschrift. Auf dem erstem Blatt oben Stempel des AA: Pol V 984, eing. 24. FEB. 1937. Am Seitenrand Stempel: v. St.S. mit Paraphe von D[ieckhoff] 26/2. Gefertigt in vier Durchschlägen. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 104356, Bl. 212217-212218/1.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 195, Anm. 1, S. 426.

Nr. 657

Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau Graf von der Schulenburg

GEHEIM

[22.2.1937]

TAGEBUCH

N.N. KRESTINSKIJS

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS GRAF VON SCHULENBURG,
22. FEBRUAR 1937

I.

Schulenburg begann damit, dass das vorrangige Ziel seines Besuches in dem Wunsch bestehe, mit mir über das Gespräch des Gen. Štern mit dem Botschaftsrat Tippelskirch am 17. d. M.¹ während des Mittagessens bei ihm, Schulenburg, zu sprechen. Schulenburg sei nicht klar, ob das Gespräch des Gen. Štern eine offizielle Demarche oder ein persönliches Gespräch gewesen sei. Falls dies eine offizielle Demarche gewesen sei, so sei unverständlich, warum ich nicht mit ihm über dieses Thema gesprochen hätte, obgleich er an diesem Tag bei mir in einer dienstlichen Angelegenheit im NKID² gewesen sei und wir uns am Abend erneut gesehen hätten.

Ich antwortete, dass, soweit mir aus dem mündlichen Bericht des Gen. Štern bekannt sei, sein Gespräch mit Herrn Tippelskirch absolut persönlicher Natur³ gewesen sei, was er während des Gesprächs einige Male betont hätte. Gen. Štern habe gewusst, dass das NKID in den nächsten Tagen das Protokoll der geschlossenen Gerichtsverhandlung zu dem trotzkistischen parallelen Zentrum erhalten werde.⁴ Er habe gewusst, dass in dieser geschlossenen Sitzung die Namen jener Angehörigen der Deutschen Botschaft genannt worden seien, über die der Angeklagte Radek in der öffentlichen Gerichtsverhandlungen berichtet hätte.⁵ Gen. Štern wisse, dass, sobald die Namen dieser beiden Mitarbeiter der Deutschen Botschaft, mit denen Radek Verhandlungen geführt hatte, offiziell bekannt werden würden, das NKID

¹ Vgl. Dok. 650.

² Vgl. Dok. 649.

³ Vgl. Dok. 654.

⁴ Vgl. Dok. 646.

⁵ Vgl. Process antisovetskogo trockistskogo centra (23–30 janvarja 1937 goda); sudebnyj otčet (Prozess des antisowjetischen trotzkistischen Zentrums; Gerichtsbericht), Moskva 1937, S. 57–58, 64–65, 156–157.

gezwungen sein werde, die deutsche Regierung offiziell mit der Frage einer Abberufung dieser zwei Diplomaten zu konfrontieren. In dem Wissen, dass eine Abberufung von Diplomaten des Staates, bei dem sie akkreditiert sind, unter dem Gesichtspunkt des Ansehens unangenehm sein würde, habe Gen. Štern entschieden, auf privatem Wege Tippelskirch, den er seit einigen Jahren gemeinsamer Arbeit gut kenne, zu empfehlen, auf eigene Initiative, ohne unser offizielles Schreiben abzuwarten, die Herren K[östring] und B[aum] abzuverufen, deren Tätigkeit in Moskau nunmehr ohnehin objektiv unmöglich geworden sei.

Schulenburg sagte, dass weder er noch Tippelskirch Zweifel an den guten Beweggründen Šterns hätten, jedoch sollte uns klar sein, dass es auf diesen Vorschlag keine andere als eine negative Antwort geben könne. Denn die von ihm offiziell befragten Mitarbeiter der Botschaft verneinten kategorisch, dass sie entgegen der diesbezüglichen Aussage Radeks irgendwelche Gespräche dieser Art geführt hätten. Wenn die deutsche Regierung unter diesen Umständen von sich aus, auf der Grundlage einer inoffiziellen Empfehlung Šterns, die von Radek bezeichneten Personen aus Moskau abberufen würde, so käme dies einem Eingeständnis gleich, dass die deutsche Regierung ihren eigenen Beamten keinen Glauben schenke und völlig den Aussagen Radeks vertraue. Dies wäre eine Beleidigung für die Beamten, worauf die deutsche Regierung selbstverständlich nicht eingehen könne. Das Auswärtige Amt, dem er telefonisch von dem Gespräch Šterns mit Tippelskirch⁶ berichtet habe, habe ihn beauftragt, beim NKID anzufragen, ob sich die sowjetische Regierung mit dem Urteil des Obersten Kollegiums des Militärgerichts⁷ identifiziere. Für die deutsche Regierung ergäbe sich nach der Urteilsverkündung des Obersten Gerichts die Frage, ob gegen die im Urteil erhobenen Anschuldigungen gegen Mitglieder der deutschen Regierung⁸ und gegen Beamte der Deutschen Botschaft⁹ Protest eingereicht werden solle. Die deutsche Regierung habe jedoch entschieden, das Schreiben des NKID abzuwarten, aus dem ersichtlich wäre, ob sich die sowjetische Regierung mit dem Urteil identifiziere und welche Schlussfolgerung die sowjetische Regierung daraus ziehe.

Ich antwortete, dass sich sowohl das NKID als auch die sowjetische Regierung mit dem Urteil des Gerichts selbstverständlich völlig identifizierten und die im Urteil dargelegten Fakten in keiner Weise in Zweifel zögen. Was die praktischen Schlussfolgerungen betreffe, die aus diesem Urteil in Bezug auf die im Prozess genannten deutschen Amtspersonen gezogen würden, so würden wir die Erörterung dieser Frage bis zum Eingang der Antwort auf den von Gen. Štern gegenüber Herrn Tippelskirch unterbreiteten privaten Vorschlag vertagen. Wenn die deutsche Seite es ablehne, wie dies aus seiner heutigen Erklärung ersichtlich sei, den Militärattaché und den Presseattaché ohne unsere offizielle Forderung abzuverufen, so würden wir in dieser Frage wahrscheinlich in diesen Tagen an die Deutschen Botschaft offiziell herantreten müssen.

Schulenburg sagte, da ich ihm heute noch nicht offiziell die Forderung nach Abberufung der Botschaftsangehörigen K. und B. erkläre, werde er mir gleichfalls heute keinerlei offiziellen Protest bezüglich der Anschuldigungen gegen die deut-

⁶ Vgl. Dok. 651.

⁷ So im Dokument; richtig: des Militärkollegiums des Obersten Gerichts.

⁸ Gemeint ist Rudolf Heß.

⁹ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 170, Anm. 4, S. 377–378.

schen Amtspersonen, die in der Anklageschrift und in dem Gerichtsurteil vorgetragen worden sind, erheben.¹⁰

Im Verlaufe dieses Gesprächs fragte mich Schulenburg, um welche Angehörigen der Deutschen Botschaft es sich handele, weil die Namen in der öffentlichen Verhandlung nicht genannt worden seien, sondern nur der Anfangsbuchstabe K. angeführt sei, woraus der Botschafter schlussfolgerte, dass damit der Militärattaché General Köstring gemeint sein könnte. Ich sagte, dass es sich um General Köstring und um den Presseattaché Baum handele.

In dem gleichen Gespräch bemerkte Schulenburg, dass laut Aussage Radeks das Gespräch mit dem Militärattaché im Herbst 1934¹¹ stattgefunden habe, Köstring indes erst 1935¹² als Militärattaché nach Moskau gekommen sei.

Ich antwortete, dass dieser Umstand von keiner ernsthaften Bedeutung sei, da Köstring zweimal über einen längeren Zeitraum als Militärattaché in Moskau tätig gewesen sei und daher keinerlei Zweifel bestünden, dass sich Radek mit ihm auf Empfängen oft getroffen habe.

Schulenburg bat mich, ihn nicht so zu verstehen, als ob die deutsche Regierung K. und B. ohne unsere Forderung nicht abberufen könne, dies aber tun werde, falls wir solch eine Forderung stellen werden. Nein, eine solche von uns gestellte Forderung würde selbstverständlich einen sehr starken Widerspruch der deutschen Regierung auslösen. Es handele sich hierbei nicht um kleine Leute. General Köstring sei ein in ganz Deutschland bekannter Mann und die deutsche Regierung werde selbstverständlich nicht auf seine Abberufung eingehen.¹³

II.

Danach fragte Schulenburg, ob ich ihm sagen könne, wann der Prozess gegen die im November verhafteten deutschen Staatsbürger¹⁴ stattfinden werde und wann jener Teil von ihnen entlassen werde, über den Volkskommissar Litvinov noch im Dezember mit ihm gesprochen habe.

Ich antwortete, dass der Prozess nicht in den nächsten Tagen stattfinden werde, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach eher in einigen Wochen. Was die Freilassung eines Teils der Verhafteten anbelange, so könne ich ihn in 2 bis 3 Tagen zu mir bitten und ihm mitteilen, wer von den im November Festgenommenen entlassen und aus der UdSSR ausgewiesen werde. Es handele sich um einen recht großen Teil der Anfang November verhafteten deutschen Staatsbürger.

Schulenburg fragte, ob diese Personengruppe in die UdSSR entlassen oder ausgewiesen werde, da in seinem Gespräch mit Litvinov nur von einer Entlassung die Rede gewesen wäre.

Ich antwortete, dass in der Aufzeichnung des Gesprächs des Gen. Litvinov mit Schulenburg von einer Entlassung mit Ausweisung die Rede gewesen sei.¹⁵ Es

¹⁰ Vgl. ebd., Dok. 218, S. 487–488.

¹¹ Vgl. Process antisovetskogo trockistskogo centra, S. 212.

¹² Vgl. Dok. 279.

¹³ Zur deutschen Wiedergabe des Inhalts dieses Gesprächsteils vgl. Dok. 658.

¹⁴ Vgl. Dok. 565, 567, 575, 576, 581.

¹⁵ Vgl. Dok. 596.

könnte sich nicht um eine einfache Entlassung handeln, da doch die Verhafteten ungesetzlicher Handlungen überführt worden seien und ihre Schuld eingestanden hätten.

Schulenburg sagte, dass er dem Unterschied zwischen einer einfachen Entlassung und einer Entlassung mit Ausweisung keine große Bedeutung beimesse, da für ihn wichtig sei, dass die Personen freikämen. Er persönlich sei über die Vertagung des Prozesses sehr froh. Er teilte absolut privat mit, dass er in persönlichen Angelegenheiten Anfang März für zwei Wochen nach Deutschland fahren müsse, jedoch nicht abreisen könne, ohne sicher zu sein, dass der Prozess nicht während seiner Abwesenheit stattfinde. Er bat darum, in Erfahrung zu bringen und ihm zu sagen, ob er am 2./3. März abreisen und bis zum 20. März abwesend sein könne.

Ich versprach, ihm auf diese Frage eine Antwort zu geben, wenn ich ihn in den nächsten Tagen zu mir bäte, um ihm die Liste der für die Entlassung und Ausweisung bestimmten deutschen Staatsbürger auszuhändigen.

N. Krestinskij

Vermerk mit Tinte: 2. West[abteilung].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 383 vom 23.2.1937.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 E[xemplar]. Das 1. [Exemplar] zu den Akten, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. nach Berlin.

AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 1, l. 10–13. Kopie.

Nr. 658
Telegramm des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
an das AA

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Moskau, den 22. Februar 1937 21 Uhr 45

Ankunft: 22. Februar 23 Uhr 55

Nr. 46 vom 22.2.

Auf 23¹ vom 19. [Februar]²

Aufsuchte heute Nachmittag Krestinski³ und brachte zur Sprache Demarche Stern bei Botschaftsrat⁴. Stellte Krestinski zwei präzise Fragen: Ob die Demarche Stern ernsthaften Hintergrund gehabt hätte und welche deutschen Herren Stern im Auge gehabt habe, da Stern keine Namen genannt hätte. Krestinski meinte, gemeint

¹ Dazu Ergänzung: Pol V 890 (d.i. Dok. 651).

² Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 218, S. 487–488.

³ Vgl. Dok. 657.

⁴ Werner von Tappelskirch. Vgl. Dok. 650.

seien Köstring und Baum.⁵ Demarche Stern sei rein freundschaftlich und privat zu verstehen. Sowjetregierung selbst habe noch keinen Entschluss darüber gefasst, ob und welche Schritte sie im Verfolg des Prozesses ergreifen werde. Es interessiere ihn aber von mir zu erfahren, wie wir uns zu der Anregung Stern verhalten. Ich habe erwidert, dass wir an eine freiwillige Zurückziehung unserer Herren nicht denken könnten, da angesichts ihrer völligen Unschuld ihre Wegversetzung eine Beleidigung für sie bedeuten würde.

Ich habe Krestinski mit aller Deutlichkeit erklärt, dass ich beauftragt sei, formell und schärfstens wegen Hereinziehung amtlicher und sonstiger deutscher Persönlichkeiten, Behörden und Institutionen zu protestieren, falls sich Sowjetregierung die betreffenden Schlussfolgerungen Prozesses zu eigen machen sollte.

Im Laufe Gesprächs nahm ich ausgiebig Gelegenheit, Krestinski auf Unsinnigkeit der im Prozess gegen uns erhobenen Beschuldigungen darzulegen.

Abschließend habe ich Krestinski eindringlich auf den Ernst der Angelegenheit hingewiesen und davor gewarnt, die Dinge auf die Spitze zu treiben.

Schulenburg

Oben Eingangsstempel des AA: Pol V 947, eing. 23. FEB 1937. Am Seitenrand Verteilerstempel, darüber handschriftlich: H[err] v. Dörnberg hat Ex[emplar] Nr. 1a erhalten zwecks Informierung des Generalfeldmarschalls [von Blomberg]. Herrn Schönberg habe ich in Kenn[n]is gesetzt. V[erfügung.] Mit Vorg[ang] W[ieder]v[or]l[a]g[e] 25.1. (Besprechung mit Gen. Aschmann). W[elck] 23.2. Unten Stempel: Wieder vorgelegt am 25.2. Büro und Po 58–5 Ru.

PA AA, R 104401, Bl. E 021928.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 221, S. 489–490.

Nr. 659

Aufzeichnung des Chefs des Protokolls im AA von Bülow-Schwante

Berlin, den 26. Februar 1937

Aufzeichnung

Auftragsgemäß habe ich heute Botschafter Suritz aufgesucht und ihm mitgeteilt, dass der Herr Reichsminister des Auswärtigen zu seinem Bedauern sich gezwungen sehe, seine Zusage zum Essen am 10. März zurückzuziehen. Es sei ihm nicht möglich, an einer gesellschaftlichen Veranstaltung auf der Botschaft zu einer

⁵ Am nächsten Tag schickte Köstring gemeinsam mit von der Schulenburg ein Telegramm an das AA, das an das Reichskriegsministerium und Reichsluftfahrtministerium weitergeleitet wurde. In ihm schrieb Köstring u. a.: „Da jetzt zum ersten Mal mein Name offiziell genannt wird, werde ich offiziell Marschall Jegorow und Woroschilow übermitteln, dass ich nicht gewillt bin, Verdächtigungen auf mir sitzen zu lassen. Weitere Schritte entsprechend weiterer Entwicklung vorbehalten ich mir.“ PA AA, R 104401, Bl. E 021930.

*Zeit teilzunehmen, in der die Regierung in Moskau deutsche Staatsangehörige verfolge und gegen Mitglieder einer deutschen Behörde schwere und beleidigende Beschuldigungen erhebe*¹.

Der Botschafter erklärte, dass er durch die persönliche Übermittlung dieser Mitteilung durch den Protokoll-Chef eine Höflichkeitsform sehe, für die er dem Reichsminister danke. Er verwundere sich, dass durch die bereits seit längerem bekannte Tatsache, dass verschiedene Persönlichkeiten durch Aussagen in Prozessen belastet seien, jetzt Folgerungen gezogen würden. Ich erwiderte ihm, dass uns auf Grund von Aussagen in nichtöffentlichen Sitzungen zugemutet worden sei, Angehörige unserer Botschaft zurückzuziehen und dass die unberechtigt erhobenen Vorwürfe für jeden deutschen Offizier und Beamten eine schwere Beleidigung darstellten. Der Botschafter meinte sodann, dass er sich überlegen wolle, zwei Essen, nämlich am 3. und 10. März, abzusagen, da zu diesen weitere deutsche Persönlichkeiten eingeladen seien und er annehme, dass diese auch nicht erscheinen würden. Hierzu habe ich mich nicht weiter geäußert.

Hiermit über den Herrn stv. St.S. dem Herrn R.Min. gehorsamst vorgelegt.

gez. v. Bülow-Schwante

Durchdruck: Herrn v. Weizsäcker, Fürst Bismarck, *Pol. V*²

Auf erstem Blatt oben: e.o. Pol V 1086 pr. 1/3. *Unten:* Po 58 Nr. 5 Ru.

PA AA, R 104401, Bl. E 021932-021933.

Nr. 660

Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Ganz geheim

27. Februar [1937]

1082

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

mit der heutigen Post schicke ich Ihnen die Aufzeichnung meines Gesprächs mit Schulenburg am 22. Februar¹. Bei dem Gespräch ging es, wie Sie gesehen werden, in der Hauptsache um Köstring und Baum. Ich habe ihm gegen-

¹ Am Seitenrand Anmerkung dazu: Z. d. Vorg[ang] betr. Gen [eral] Köstring und Baum. W[elck] 22.2.

² Der Adressat ist unterstrichen.

¹ Vgl. Dok. 657.

über noch keine offizielle Forderung nach einer Abberufung dieser Personen erhoben, weil wir zuerst die Antwort der Japaner abwarten wollen, von denen wir ebenfalls in inoffizieller Form die Abberufung ihres Attachés, der sich kompromittiert hat, erreichen wollen, um erst danach die abgestimmte Taktik in Bezug auf beide Staaten festzulegen. Wir werden die Entscheidung in den nächsten Tagen treffen. Neurath verschlechtert mit seiner Demonstration gegenüber der Bevollmächtigten Vertretung² natürlich nur die Angelegenheit. Da kann man nichts machen.

Mit Maksim Maksimovič³ habe ich mich bezüglich Ihres in der Nacht eingetroffenen Telegramms noch nicht austauschen können. Es versteht sich von selbst, dass wir hier ebenfalls damit aufhören, Einladungen der Deutschen Botschaft und einzelner ihrer Mitarbeiter anzunehmen.⁴

Die Abteilung wird Ihnen heute über die Situation bezüglich der verhafteten Deutschen ausführlicher schreiben. Es wurde der Beschluss gefasst, 10 Personen von den Anfang November Verhafteten auszuweisen: 4 der in Moskau und 6 der in Leningrad Verhafteten. Heute erhalten sowohl diese und als auch die anderen Besuche von Vertretern der Deutschen Botschaft und des Generalkonsulats in Leningrad, heute Abend werden sie aus der UdSSR ausgewiesen.⁵ Es wurde entschieden, die Besuche deshalb zu gewähren, um die Möglichkeit für eine zügellose Kampagne der deutschen Presse auf der Grundlage eventueller falscher Aussagen der Ausgewiesenen zu verringern.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

Vermerk mit Bleistift: II. West[abteilung].

Vermerk D.G. Sterns mit blauem Farbstift: an Gen. Lev[in]. 28.II.37 Š[tern].

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 399 vom 28.2.1937.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

5 [Exemplare]. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern.

AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 1, l. 14. Kopie.

² Vgl. Dok. 659.

³ Litvinov.

⁴ Drei nachfolgende Zeilen sind durchgestrichen.

⁵ Vgl. Dok. 661, 662.

Nr. 661

Bericht des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin

GEHEIM

Expl. Nr. 1

[27.2.1937]

Nr. 14241

28.II.37¹

BESUCH BEI DEN ZUR AUSWEISUNG VERURTEILTEN DEUTSCHEN
STAATSBÜRGERN THILO, GOLDSCHMIDT, PFEIFFER und MELCHIOR

Am 27. Februar fand in den Räumen der Sonderinspektion des NKVD ein Treffen eines Vertreters der Deutschen Botschaft mit den deutschen Staatsbürgern Thilo, Goldschmidt, Pfeiffer und Melchior statt, die im November 1936 mit anderen deutschen Staatsbürgern verhaftet und am 16. Februar 1937 von der Sonderberatung beim Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR wegen Spionage und konterrevolutionärer Tätigkeit zur Ausweisung ins Ausland verurteilt worden sind.

Anwesend waren: von der Deutschen Botschaft Botschaftsrat Hensel, vom NKID die Genossen Levin und Kanter, vom NKVD die Genossin Vertinskaja. Hensel wurde die Möglichkeit gegeben, mit den Verurteilten über die ihn interessierenden Fragen frei zu sprechen.

Der Bürger Thilo erklärte, dass er nicht nach Deutschland fahren wolle, sondern es vorziehe, unter Umgehung Deutschlands nach England zu gehen. Thilo bemerkte, dass er in **Bletford** geboren sei und Anspruch auf die englische Staatsbürgerschaft habe, obgleich er, seinen Worten zufolge, bis jetzt noch keine Schritte für die Erlangung der englischen Staatsbürgerschaft unternommen habe. Thilo brachte keinerlei Klagen bezüglich seines Gesundheitszustandes oder der Haftbedingungen vor.

Mit dem Bürger Goldschmidt sprach Hensel über die Gesundheit, Vermögensfragen usw. Auch Goldschmidt brachte keine Klagen vor.

Der Bürger Pfeiffer erklärte, er wolle nicht nach Deutschland zurückkehren. Auf Hensels Fragen antwortete Pfeiffer, dass er Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands gewesen sei und bei seiner Einreise in Deutschland zweifellos verhaftet werde. Hensel betonte einige Male, dass er auf Pfeiffer keinen Druck ausüben wolle, versuchte jedoch zugleich, Pfeiffer zu einer Rückkehr nach Deutschland zu bewegen. Hensel deutete einige Male an, dass den der Botschaft vorliegenden Informationen zufolge gegen Pfeiffer in Deutschland keine Strafverfolgung eingeleitet worden sei. Hensel betonte ferner wiederholt, dass im Falle einer Weigerung, nach Deutschland zurückzukehren, die Botschaft sich nicht um die Vermögensangelegenheiten Pfeiffers kümmern werde. Der Verurteilte wurde von einer starken Unruhe erfasst, fing an zu weinen und erklärte, dass er sich in einer ausweglosen Lage befinde. Das weitere Gespräch drehte sich erneut um Vermögensangelegenheiten Pfeiffers. Pfeiffer fragte einige Male, wie er mit seinem Besitz verfahren

¹ Ausgangsnummer und Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Der Ortsname ist mit Tinte über die Zeile korrigiert; ursprünglich: Betford.

ren solle, falls er sich nicht nach Deutschland, sondern in ein anderes Land begeben. Ich erklärte, dass Pfeiffer seine Wertsachen entweder über die Botschaft bekäme oder, falls er dies nicht wünsche, einen Antrag einreichen könne, ihm seine Dinge vor der Abfahrt auszuhändigen, oder er eine Person seiner Wahl bevollmächtigt, diese Sachen entgegenzunehmen.

Es handelt sich hierbei um Dinge, die in der Wohnung des Verhafteten verblieben sind. Die Dinge, die von den Organen des NKVD gegen Quittung eingezogen worden waren, werden dem Verurteilten an der Grenze oder beim Einsteigen in den Zug ausgehändigt.

Da Pfeiffer zu keiner Entscheidung kommen konnte, wurde ihm die Möglichkeit eingeräumt, dies zu überdenken, währenddessen der verurteilte Melchior heringeführt wurde.

Melchior erklärte eingangs, dass er keine Veranlassung zur Beschwerde über die Haftbedingungen habe. Im weiteren Gespräch sagte Melchior ****jedoch****³, dass er unter Druck gestanden und unter Druck die Aussage unterschrieben hätte.

Ich sagte zu Melchior: „Versuchen Sie bitte, Ihre Erklärung zu präzisieren. Ist das so zu verstehen, dass Sie die Aussage nicht aus freien Stücken unterschrieben haben? Stand denn zu diesem Zeitpunkt neben Ihnen ein Mann mit einem Revolver in der Hand, der Sie zwang, die Aussage zu unterschreiben, oder haben Sie sie ohne sie durchzulesen unterschrieben? ****Haben Sie sich bei jemandem über die vermeintliche Druckausübung beschwert****⁴ usw.“ Melchior antwortete verworren. Mal sprach er davon, dass ihm mit Erschießung gedroht worden sei, dann sprach er wiederum davon, ihm sei die Entlassung versprochen worden. Im weiteren Verlauf sah sich Melchior veranlasst zu sagen, dass seine gesamten Aussagen wortwörtlich aufgeschrieben worden seien, er sich während der Untersuchungshaft bei niemanden über eine ****angebliche****⁵ Druckausübung beschwert und kein Gesuch eingereicht habe, ihm einen Schriftverkehr mit der Botschaft zu erlauben usw. Ich bemerkte, dass diese Frage offenbar als erschöpfend anzusehen sei, da Melchior nichts Konkretes über eine angebliche Druckausübung auf ihn sagen könne. Hensel unterstützte die Beschwerde Melchiors nicht, da er offensichtlich befürchtete, Melchior könne sich noch mehr verstricken.

Darauf wurde Pfeiffer erneut hereingeführt. Pfeiffer erklärte Hensel unter Tränen, dass er sich noch einmal alles überlegt habe, es jedoch kategorisch ablehne, nach Deutschland zurückzukehren. „Wenn man mich morgen an die polnische Grenze bringt“, sagte Pfeiffer, „werde ich mich vor einen Zug werfen.“

Hensel bat alle Ausgewiesenen nachdrücklich darum, während der gesamten Fahrt keinerlei Interviews zu geben.

Das Treffen dauerte ungefähr zwei Stunden.⁶

GEHILFE DES LEITERS DER 2. WESTABTEILUNG

Levin

³ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁴ Der Text ist mit Tinte über die Zeile anstelle eines mit Tinte durchgestrichenen Wortes geschrieben.

⁵ Das Wort ist mit Tinte über die Zeile geschrieben.

⁶ Zum Bericht Hensels über seinen Besuch bei den zur Ausweisung verurteilten Deutschen vgl. Dok. 662.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 6 Expl. Das 1.[Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an die 3. Abteilung der GUGB des NKVD Gen. Mironov, das 5. nach Berlin, das 6. zu den Akten.

AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 2, l. 29–31. Original.

Nr. 662

**Berichte des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg und des
Gesandtschaftsrats II. Kl. in Moskau Hensel an das AA**

Moskau, den 1. März 1937

Tgb. Nr. C IV Nov-Verh.
2 Anlagen (je vierfach)

An das
Auswärtige Amt
in Berlin

Im Anschluss an den Bericht vom 22. Februar 1937¹ – C IV a Nov.-Verh. – und an anderweitige Berichterstattung und vom 27.² und 28. Februar 1937³.

Inhalt: Verhaftungen deutscher Reichsangehöriger in der Sowjet-Union.

Während die Botschaft in ihrer Berichterstattung über die „Novemberverhaftungen“ von Reichsdeutschen die ursprüngliche Zahl der 37 Verhafteten (vgl. die dem Bericht vom 11. Januar 1937 – C IV a Nov.-Verh. – beigefügte Liste) durch die seit meiner Unterredung mit Herrn Molotoff vom 23. Dezember 1936⁴ bekannt gewordenen neuen Haftfälle ergänzt hat, liegen nunmehr bestimmte Anzeichen und Äußerungen der sowjetischen Amtsstellen vor, wonach die späteren Haftfälle nichts mit dem eigentlichen Komplex der „Novemberverhaftungen“ zu tun haben. Zur Verhütung von Missverständnissen erscheint es daher zweckmäßig, künftig von der Zahl der 37 ursprünglich verhafteten Reichsdeutschen auszugehen, die durch die kürzlichen 10 Ausweisungen aus Moskau und Leningrad sich nunmehr auf 27 verringert hat.

In Bezug auf die zehn durch Ausweisung erledigten Haftfälle darf ich auf die in der Anlage beigefügte Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats Dr. Hensel über seinen Besuch bei Thilo, Goldschmidt, Melchior und Pfeiffer verweisen. Meines Erachtens ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, den Sowjetbehörden gegenüber in der allernächsten Zeit weiterhin auf das Nachdrücklichste für alsbaldige Erteilung der Besuchserlaubnis für ein Botschaftsmitglied bei den übrigen Verhafteten und für weitere Ausweisungen der nach unserer Überzeugung völlig schuldlosen Reichsangehörigen einzutreten.

¹ Daneben handschriftlich: Pol V 985. Vgl. Dok. 658.

² Telegramm Graf von der Schulenburgs an das AA; in: PA AA, R 104385, Bl. E 437654.

³ Daneben handschriftlich: Pol V 1082/3. Telegramm Graf von der Schulenburgs an das AA; in: PA AA, R 104385, Bl. E 437656.

⁴ Vgl. Dok. 614.

Ferner füge ich in der Anlage ein in der heutigen Sowjetpresse veröffentlichtes Communiqué im Ausschnitt aus der „Deutschen Zentral-Zeitung“⁵ bei. Hierzu ist zu bemerken, dass der Tatbestand im Allgemeinen zutreffend geschildert wird; die Aufklärung einer gewissen Unstimmigkeit betreffend Thilo ergibt sich aus der oben erwähnten Aufzeichnung des Gesandtschaftsrats Hensel. Auffallend ist allerdings der Widerspruch, der nach der Sowjetveröffentlichung darin liegt, dass zwei der wegen Spionage zu Gunsten Deutschlands geständigen und zur Ausweisung verurteilten reichsdeutschen Auszuweisenden sich kategorisch geweigert haben, nach Deutschland, das Land ihrer angeblichen Auftraggeber, zurückzukehren.

Schulenburg

Aufzeichnung

Im Besuchsgebäude des Innenkommissariats wurde mir am 27. Februar 1937 in Gegenwart einer deutsch sprechenden Vertreterin des Innenkommissariats sowie des Vizedirektors Lewin und der Referentin Frau Kanter vom Außenkommissariat Gelegenheit gegeben, die auszuweisenden vier reichsdeutschen Häftlinge einzeln nacheinander zu sprechen.⁶

Das Verhalten der Sowjetbeamten während meiner fast zweistündigen Unterredungen mit den Häftlingen war zurückhaltend und korrekt. Ich wurde in der Art und im Umfang meiner Fragestellung nicht beschränkt. Dagegen wurden die Häftlinge jedes Mal schroff unterbrochen, wenn sie – was alle taten – ihre Unschuld in Bezug auf die ihnen zur Last gelegten Straftaten beteuerten; ihnen wurde bedeutet: „Sie sind wegen Spionage (bzw. konterrevolutionärer Betätigung) zur Ausweisung verurteilt, hierüber ist keine Diskussion möglich.“

Da die Auszuweisenden durch die lange Haft mehr oder weniger angegriffen und eingeschüchtert waren und infolge der Anwesenheit der Sowjetbeamten ohnehin nicht ungefährdet über die ihnen während der Haft zuteil gewordene Behandlung hätten sprechen können, vor allem aber mit Rücksicht auf die übrigen noch nicht abgeurteilten reichsdeutschen Verhafteten, beschränkte ich mich auf persönliche Fragen nach ihrem Gesundheitszustand (Reisefähigkeit), Reiseziel (Heimatadresse), Sicherstellung ihres vorläufig noch in der Sowjet-Union verbleibenden Eigentums, Belehrung über die Einschränkung der Gültigkeit ihrer Pässe und auf die Heimreise nach Deutschland bis zum 10. März 1937. Ferner wies ich sie an, auf der Reise größte Zurückhaltung zu üben und insbesondere keine Interviews zu geben.

Weil alle vier Auszuweisenden im Verlauf der Unterredung die Absicht, nach Deutschland zurückzukehren äußerten, übergab ich für jeden von ihnen 10,- Dollar amerik. Reisegeld ab Sowjetgrenze an die Vertreterin des Innenkommissariats zur Auszahlung an die Auszuweisenden an der Grenze.

Im Einzelnen war festzustellen:

1) Thilo, Arthur. Jüdischer Mischling mit ausgesprochenen Rassemerkmalen, zeigte kaum Spuren der langen Haft. Erklärte auf Befragen, nicht nach Deutschland,

⁵ „Ausweisung von neun deutschen Staatsangehörigen aus der UdSSR“. In: Deutsche Zentral-Zeitung vom 1. März 1937, S. 4.

⁶ Vgl. den Bericht von Levin, Dok. 661.

sondern unmittelbar zu seiner in London NW 11, 36 Gainsborough Gardens, wohnhaften Schwester reisen zu wollen. Beabsichtigt offenbar, von dem ihm auf Grund seiner Geburt in England zustehenden Anspruch auf die englische Staatsangehörigkeit Gebrauch zu machen. Lebt nach seinen Angaben seit vier Jahren in standesamtlich nicht registrierter Ehe mit der in Amerika geborenen Sowjetstaatsangehörigen Lilian Schwarz. Thilo fragte die anwesenden Sowjetbeamten, ob er anstatt der ihm nach einem Arbeitsvertrag zustehenden freien Passage nach New York eine Fahrkarte nach London erhalten könne. Als dies unter Hinweis auf die inzwischen erfolgte Kündigung seines Vertrages verneint wurde, erklärte er, zunächst nach Berlin reisen zu wollen.

2) Goldschmidt, Otto. Offenbar arisch, zeigt keine besonderen Spuren der halbjährigen Haft. Undurchsichtige Persönlichkeit, dürfte auf Grund seines seit Kriegsende fast ununterbrochenen Aufenthalts in der Sowjet-Union im Stande sein, manche wissenswerten Aufschlüsse zu geben, die jedoch sehr kritisch aufzunehmen wären. Erklärte, zu seiner Mutter nach Mansfeld reisen und auf der Durchreise in Berlin seinen Bruder (dessen Adresse er nicht zu kennen angab) aufsuchen zu wollen.

3) Melchior, Franz. Sieht sehr angegriffen aus. Beantwortete die seine Person betreffenden Fragen klar, erklärte, zu seiner Mutter, Hermine Melchior in Dresden-Zschachwitz, Bismarckstraße 11, übersiedeln zu wollen. Hat offenbar in der Haft stark gelitten, wurde unklar in seinen Angaben, sobald von den näheren Umständen seiner Haft die Rede war, griff sich häufig an den Kopf und klagte darüber, dass er seine Gedanken nicht recht sammeln könne infolge des Druckes, der die ganze Zeit auf ihm gelastet hätte. Bruchstückweise deutete Melchior an, dass er unter dem Druck, ja unter Bedrohung seines Lebens Dinge erfunden und „gestanden“ hätte, die nicht wahr wären. Ihm wurde vom Vertreter des Außenkommissariats bedeutet: „Wägen Sie Ihre Worte! Wollen Sie sagen, dass der Untersuchungsrichter Sie mit einem Revolver bedroht hat? Haben Sie sich über die Bedrohung beim Staatsanwalt beschwert?“ Beide Fragen verneinte Melchior. Er war hierbei so erregt, dass weitere Fragen zwecklos erschienen, außerdem hatte ich die Befürchtung, dass auch nur weitere Andeutungen dieser Art Melchior gefährden könnten; ich stimmte daher zu, als die anwesenden Sowjetbeamten feststellten, dass Melchior nicht im Stande sei, hierüber eben genauere Angaben zu machen.

Auf die Frage, ob er die Möglichkeit gehabt hätte, sich im Freien zu bewegen, antwortete Melchior: „Ja, täglich 20 Minuten, aber ich fühlte mich meist zu schlecht, um hiervon Gebrauch machen zu können.“

Mit Geld erklärte Melchior ausreichend versehen gewesen zu sein, jedoch nicht erfahren zu haben, dass ihm die Botschaft allmonatlich Geldbeträge überwiesen hatte.

Melchior machte einen offenen Eindruck. Er dürfte im Stande und bereit sein, in Deutschland manches auszusagen, was für die Botschaft in ihrem Kampf um eine Erleichterung des Loses der übrigen verhafteten Reichsdeutschen höchst wissenswert wäre. Hierbei wäre jedoch im Auge zu behalten, dass er sehr schonungsbedürftig ist.

4) Pfeiffer, Wilhelm. Arischer Typ, sah durch die Haft stark mitgenommen aus, war sehr erregt. Erklärte mir sofort, nicht nach Deutschland zurückkehren zu wol-

len⁷, weil er ja, was auch in Deutschland bekannt sei, Kommunist sei und deswegen dort sofort verhaftet werden würde. Ich erwiderte, dass nach den Feststellungen der Botschaft gegen ihn in Deutschland kein Strafverfahren schwebte, er sei ja auch erst 1934 ungehindert legal aus Deutschland ausgeweist. Kommunisten würden in Deutschland nur verhaftet, wenn sie sich als solche betätigten, was verboten sei.

Pfeiffer schien erst im Laufe der Unterredung, in der er sich mehrfach an die anwesenden Sowjetbeamten wandte, zu erfassen, dass er auf Grund der Verurteilung zur Ausweisung die Sowjet-Union endgültig verlassen müsse. Er beteuerte seine Unschuld und schien schwer betroffen, als ihm eröffnet wurde, dass die Ausweisung endgültig sei. Von Schluchzen erschüttert, erklärte er sodann, unter diesen Umständen doch nach Deutschland zurückkehren zu müssen, widerrief dies und konnte lange Zeit keinen klaren Entschluss fassen. Schließlich raffte er sich auf, bedankte sich bei mir für das ihm bewiesene unerwartete Wohlwollen und fügte in größter Erregung hinzu, er könne doch nicht nach Deutschland zurückkehren und daher auch die Unterstützung der Botschaft mit Reisegeld nicht annehmen. Wenn er wirklich ausgewiesen werden sollte, so würde er sich an der Grenze unter den Zug werfen. Ich erwiderte, dass ich eine Erklärung von ihm wegen seiner maßlosen Erregung gegenwärtig überhaupt nicht entgegennehmen könne; er solle sich die endgültige Entscheidung noch während der Reise ruhig überlegen; wenn er wirklich nicht nach Deutschland zurückkehren wolle, könne er das ihm an der Grenze auszahlende Reisegeld an die Botschaft zurücksenden lassen, Selbstmord sei eines gesunden Mannes wie er [sic] unwürdig, meines Erachtens könnte er sich durch die Rückkehr nach Deutschland wieder ehrlich machen. Meine Frage, ob er jemals die Aufnahme in den Sowjetstaatsverband beantragt hätte, beantwortete Pfeiffer dahin, dass er einen solchen Antrag im Gefängnis gestellt hätte, ohne jedoch eine Antwort darauf zu erhalten.

Pfeiffer schien wirklich erschüttert. Offenbar hat man ihn sowjetischerseits mit Gefahren, die ihm in Deutschland nach seiner Rückkehr angeblich drohen, geschreckt. Möglicherweise hat er auch mehr auf dem Kerbholz als bisher bekannt.

Moskau, den 28. Februar 1937.

Dr. Hensel
Gesandtschaftsrat

Eigenhändige Unterschriften. Auf erstem Blatt Eingangsstempel des AA: Pol. V 1158, eing. 3. MRZ. 1937. In drei Durchschlägen gefertigt. Auf Kopfbogen der Deutschen Botschaft geschrieben.

PA AA, R 104385, Bl. E 437657-437658, 437660-437664.

⁷ Wilhelm Pfeiffer wurde am 28.8.1938 nach Deutschland ausgewiesen.

Nr. 663
Meldung des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA Urickij an
den Volkskommissar für Verteidigung Vorošilov

Ganz geheim

Expl. Nr. 1

3. März 1937

Nr. 10173¹

AN DEN
VOLKSKOMMISSAR FÜR VERTEIDIGUNG
MARSCHALL DER SOWJETUNION
GEN. VOROŠILOV

Meldung

(Über den Einsatz von Kräften der weißgardistischen Emigration im Kampf
gegen die UdSSR durch die Deutsche Regierung)

Nach Informationen, die uns aus Berlin von einer zuverlässigen Quelle vorliegen, ist die deutsche Regierung überaus interessiert, Kräfte der weißgardistischen Emigration im Kampf gegen die UdSSR einzusetzen, wozu einige Maßnahmen zur Anleitung und Konsolidierung der in Deutschland verstreuten Gruppen ergriffen wurden.

Ende 1936 ist General BISKUPSKIJ, Vasilij Viktorovič, (seinerzeit diente er in der Armee von JUDENIČ) offiziell von der deutschen Regierung als „Regierungskommissar“ für die russische Emigration ernannt worden. Früher war er in Dresden ansässig, jetzt wohnt er in Berlin; Hitler, Rosenberg und Göring kennen BISKUPSKIJ persönlich.

BISKUPSKIJ unterhält einen ständigen dienstlichen Kontakt unmittelbar mit dem Kriegsministerium, dem Ministerium für Propaganda, der Gestapo und der Auslandsabteilung der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands².

BISKUPSKIJ leitet und koordiniert die Tätigkeit der weißgardistischen Organisationen sowohl in als auch außerhalb Deutschlands.

In Deutschland bestehen folgende Organisationen:

1. „Russkaja nacional'no-trudovaja partija“³, unter der Leitung von: Oberst SKALON, General DAVYDOV⁴, Baron OKSEN v[on] EFFINGEN und Baron MEL-
LER-ZAKOMEL'SKIJ.

Die Mitglieder dieser Organisation sind als selbständige „russische Gruppe“ in die SA integriert.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Gemeint ist das Außenpolitische Amt der NSDAP.

³ So im Dokument; richtig: Rossijskaja nacional'no-trudovaja partija (Russische nationale Arbeitspartei).

⁴ Möglicherweise ist der Generalmajor der russischen Armee Davydov gemeint.

2. Die deutsche Unterabteilung des „Nacional'no-trudovoj sojuz“⁵, dessen Leitung Herzog LICHTENBERGSKIJ⁶ übernehmen soll (er ist von Paris nach Berlin umgezogen).

3. „Bratstvo Russkoj Pravdy“⁷ (nicht sehr zahlreich) in Berlin, von SOKOLOV-KREČETOV⁸ geleitet.

4. Die II. Abteilung des „Russkij Obščevoiniskij Sojuz“⁹, zu dessen Leiter in Deutschland General v[on] LAMPE ernannt werden soll.

Die deutsche Regierung beabsichtigt, gesondert einen „Regierungskommissar“ für Angelegenheiten der ukrainischen Emigration zu ernennen. Kandidaten sind: Oberst OSTRANICA¹⁰, Professor MIRČUK (Berlin) und Vladimir PALETIKA¹¹ (ehemaliger diplomatischer Vertreter der Ukraine in Wien).

Die deutsche Regierung hat laut Informationen der Quelle angeblich zum Zwecke der Vereinigung der russischen Weißen in Deutschland bereits eine Reihe folgender Fragen entschieden:

1. Die Gleichstellung der russisch-orthodoxen Kirche.

2. Die Einrichtung eines Lehrstuhls für russische Geschichte und Literatur an der Berliner Universität.

3. Die Einführung des obligatorischen russischen Sprachunterrichts an einigen deutschen Schulen und eine Reihe anderer Maßnahmen politischen Charakters zur Vereinigung der Weißemigration für den Kampf gegen die Sowjetunion.

CHEF DER AUFKLÄRUNGSVERWALTUNG DER RKKA, KOMKOR

URICKIJ

*Unten links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 771ss vom 4.3.1937.
Auf Kopfbogen der Aufklärungsverwaltung der RKKA geschrieben.*

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 1036, l. 139–140. Original.

Veröffentlicht in: *Glazami razvedki. SSSR i Evropa. 1919–1938 gody, Dok. 182, S. 454–455*¹².

⁵ Die vollständige Bezeichnung lautet: Nacional'no-trudovoj sojuz novogo pokolenija (NTSNP) (Der Nationale Arbeitsbund der neuen Generation), gegründet 1930, Vorgänger des NTS.

⁶ So im Dokument; richtig: Lejchtenbergschij.

⁷ Bratstvo russkoj pravdy (BRP) (Bruderschaft der Russischen Wahrheit) – eine russische 1921 in Berlin gegründete monarchistische russisch-orthodoxe Weißemigrantenorganisation.

⁸ Sokolov-Krečetov lebte seit 1934 in Paris, wo er im Mai 1936 verstarb.

⁹ Russkij obščevoiniskij sojuz (ROVS) (Der Russische allgemeine Frontkämpferbund) wurde 1924 von Generalleutnant der russischen Armee Baron Vranghel' gegründet; er vereinigte ursprünglich die militärischen Organisationen und Bünde der Weißemigration in vielen Ländern und zählte bis zu 100.000 Mitglieder. Das Hauptquartier befand sich in Paris.

¹⁰ So im Dokument; richtig: Poltavec-Ostrjanica.

¹¹ So im Dokument; richtig: Poletika.

¹² Das Dokument ist mit nicht gekennzeichneten Änderungen im Text und Übertragungsfehlern veröffentlicht worden.

Nr. 664
Aufzeichnung der Unterredung des Stellv. Volkskommissars für
Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg

GEHEIM¹
[3.3.1937]

TAGEBUCH
N.N. KRESTINSKIJS

EMPFANG DES DEUTSCHEN BOTSCHAFTERS
GRAF SCHULENBURG

3. März 1937

Als Schulenburg eintrat, sagte er, dass er nur auf eine Minute komme, um sich zu verabschieden, weil er heute Abend für drei Wochen nach Deutschland abreise.

Ich antwortete, dass ich selbst gerade vorhatte, ihn heute für eine offizielle Erklärung zu mir zu bitten, weshalb ich ihn etwas aufhalten werde.

Bei unserem Treffen am 22. März² hätte ich ihm gesagt, dass wir in den nächsten Tagen das uns zugehende Protokoll der geschlossenen Sitzung des Obersten Gerichts in der Strafsache des konterrevolutionären trotzkistischen parallelen Zentrums erörtern werden.³

In der geschlossenen Verhandlung habe der Angeklagte Radek die Namen jener Beamten der Deutschen Botschaft genannt, von deren Gesprächen er in den öffentlichen Verhandlungen Aussagen gemacht hatte.

In der Gerichtsverhandlung am **24.**⁴ Januar hätte Radek ausgesagt, dass im Herbst 1934 auf einem der Empfänge ein diplomatischer Mitarbeiter eines mitteleuropäischen Staates sich zu ihm gesetzt und ein Gespräch zum Thema der Verhandlungen angeknüpft habe, die Trotzki mit Vertretern Deutschlands geführt hätte. In der Folge habe das Gespräch dieses diplomatischen Vertreters mit Radek, der als Vertreter des illegalen trotzkistischen Zentrums auftrat⁵, einen offensichtlich illoyalen Charakter gegenüber der Regierung der UdSSR angenommen. Diese Aussage Radeks befinde sich auf Seite 119 der deutschen Ausgabe des Gerichtsberichts.

In der Aussage vom 27. Januar, die sich auf Seite 485 des gleichen Berichtes befinde, berichte der Angeklagte Radek über die Reise des gleichen diplomatischen Vertreters im Sommer 1935 in Begleitung von noch zwei bis dahin Radek unbekannten Personen zu ihm auf die Datscha. In der geschlossenen Sitzung habe Radek gesagt, dass dieser diplomatische Vertreter der Presseattaché der Deutschen Botschaft in Moskau, Herr Baum, gewesen sei.

Der Herr Botschafter müsse verstehen, dass nach dem oben aufgezeigten Verhalten des Herrn Baum seine weitere Tätigkeit in Moskau unmöglich sei. Ich brächte dem Herrn Botschafter dies offiziell zur Kenntnis und drückte die Hoffnung aus,

¹ Der Geheimhaltungsvermerk ist mit Stempel eingefügt.

² So im Dokument; richtig: am 22. Februar. Vgl. Dok. 657.

³ Vgl. Dok. 625, Anm. 2.

⁴ Das Tagesdatum ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: 29.

⁵ Vgl. Dok. 657, Anm. 5.

dass das Auswärtige Amt in Deutschland aus dieser Mitteilung die erforderlichen Schlussfolgerungen zöge und Herrn Baum abberufe.

Während dieser meiner Erklärung zeigte sich Schulenburg sehr erregt, offenbar befürchtete er, dass ich General Köstring nennen würde. Als ich den Namen Baums als die Person bezeichnete, die mit Radek im Herbst 1934 gesprochen hätte und die im Sommer 1935 zu ihm auf die Datscha gefahren sei, sagte Schulenburg, ja, das stimme, Baum leugne nicht, dass gerade er zu Radek auf die Datscha gefahren sei, er beteuere jedoch, dass dies nicht 1935, sondern 1934⁶ gewesen sei.

Ich antwortete, dass diese Frage nicht von wesentlicher Bedeutung sei. Wichtig sei, dass Baum, wie das aktenmäßig festgestellt worden ist, mit Radek Gespräche völlig unzulässigen Charakters geführt habe. Daraus sollte die deutsche Regierung Baum betreffende Schlussfolgerungen ziehen.

Schulenburg sagte, dass er den Inhalt meiner Erklärung nach Berlin berichten werde.⁷ Für Baum stelle eine Abberufung aus Moskau *keinerlei Tragödie dar. Er werde natürlich eine andere Arbeit finden. Hingegen werde es der deutschen Regierung außerordentlich schwerfallen, sich mit einer Abberufung Baums einverstanden zu erklären, weil dies ein Eingeständnis seiner Schuld wäre, Baum indes beteuere kategorisch, dass er mit Radek keine Gespräche derartigen Charakters geführt habe, wie dies Radek behaupte. Schulenburg befürchte deshalb, dass Berlin sich unserer Forderung gegenüber sehr ernst verhalten und es ihm nicht gelingen werde, die Abberufung Baums durchzusetzen.*⁸

Ich antwortete darauf, dass das Auswärtige Amt die Tatsache berücksichtigen müsse, dass eine weitere Tätigkeit Baums in Moskau objektiv unmöglich sei. Außerdem sollten Schulenburg und das Auswärtige Amt verstehen, dass aufgrund der Sachlage, wie sie sich *im Prozess und laut Gerichtsurteil herausgestellt habe, die Forderung nach Abberufung Baums ein unausweichlicher Schritt sein werde. Schulenburg sagte, selbst wenn sich die deutsche Seite mit einer Abberufung einverstanden erklären sollte, dürfe diese jedenfalls nicht unverzüglich vorgenommen werden*⁹.

Ich antwortete, dass eine Tätigkeit Baums in Moskau, wie ich ihm bereits gesagt hätte, objektiv unmöglich sei. Ich bat ihn, diese Frage als dringend zu betrachten und sich zu bemühen, eine Entscheidung zu beschleunigen.

Schulenburg antwortete, dass er natürlich unverzüglich nach seiner Ankunft in Berlin über unser heutiges Gespräch berichten werde.

Schulenburg kam ferner darauf zu sprechen, die Verhandlungen der Strafsachen der verhafteten deutschen Staatsbürger zu beschleunigen. Er drückte die Hoffnung aus, dass wir die Strafsachen noch einiger Personen durch eine Ausweisung aus der UdSSR entscheiden würden und der Prozess gegen die restlichen Personen nicht noch auf eine lange Zeit verschoben werde. Er bat darum, wenigstens einige der verhafteten und dem Gericht überstellten Personen zu besuchen.

Ich versprach, seine Wünsche den Untersuchungsbehörden zu übermitteln.

N. Krestinskij

⁶ Am 22.8.1934. Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 499, S. 1316–1320.

⁷ Vgl. Dok. 667.

⁸ Der Text wurde von Litvinov mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

⁹ Der Text wurde von Litvinov mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

Vermerk mit rotem Farbstift: MM.¹⁰

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 685 vom 4.3.1937.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:

6 Expl. Das 1. [Exemplar] zu den Akten, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen.

Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. nach Berlin, [das 6. an Gen. Bokij]¹¹.

AVP RF, f. 05, op. 17, p. 130, d. 44, l. 11–13. Kopie.

Nr. 665

**Schreiben des Stellv. Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten
Krestinskij an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

Ganz geheim

[Expl. Nr. 2]

4. März [1937]

1093

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
GEN. SURIC

Sehr geehrter Jakov Zacharovič,

aus meinem Telegramm und aus der heute abgeschickten Aufzeichnung meines gestrigen Gesprächs mit Schulenburg¹ wissen Sie bereits, wie es um die Angelegenheit bezüglich der Abberufung von General Köstring und von Baum bestellt ist.

Es wurde der Beschluss gefasst, die Frage bezüglich Köstring nicht aufzuwerfen, sondern sich offiziell auf die Forderung nach Abberufung Baums zu beschränken.

Schulenburg nahm meine Mitteilung recht gelassen entgegen. Dies erklärt sich vor allem damit, dass sie für ihn unerwartet kam. Denn Schulenburg war zu mir gekommen, um sich vor seiner Reise nach Deutschland, wo er drei Wochen zu verbleiben gedenkt, zu verabschieden, und nahm an, dass wir die Abberufungsfrage bis zu seiner Rückkehr nicht aufwerfen würden. Der zweite Grund für seine gelassene Reaktion besteht vielleicht darin, dass er die Forderung nach Abberufung für zwei Personen erwartet hatte, wobei eine Abberufung von Köstring für die Deutschen bedeutend schwerwiegender gewesen wäre. Deshalb erfreute ihn meine Erklärung, in der der Name Köstrings nicht genannt wurde, und brachte seine Karten etwas durcheinander.

¹⁰ Litvinov.

¹¹ In dem hier veröffentlichten Exemplar fehlt im Verteiler der Name des Leiters der 9. Abteilung der GUGB des NKVD Bokij. Vgl. AVP RF, f. 011, op. 1, p. 3, d. 30, l. 14.

¹ Vgl. Dok. 664.

Bei dem letzten Treffen² hatte er mir gesagt, dass er den offiziellen Auftrag habe, uns, sobald wir formal die Frage einer Abberufung von Mitarbeitern der Botschaft erheben und uns mit dem Urteil des Obersten Gerichts identifizieren würden, wegen der Erwähnung von deutschen Amtspersonen während des Gerichtsprozesses und im Urteil entschiedenen Protest zu erklären. Ob er wegen meiner unverhofften Mitteilung diesen Auftrag vergessen hatte oder nicht wusste, ob auch dann die ihm erteilte Weisung noch in Kraft bleibe, wenn wir lediglich die Abberufung Baums fordern würden, kann ich nicht wissen. Es bleibt jedoch Tatsache, dass er nicht einmal einen Versuch zu einem Protest unternommen hat.

*Ich habe den Eindruck gewonnen, dass er mit der Absicht nach Berlin reist, das Auswärtige Amt davon zu überzeugen, sich mit der Abberufung Baums einverstanden zu erklären und vielleicht dessen Abreise etwas hinauszuschieben.

Ich denke, das Auswärtige Amt wird sich zu dieser Frage anders als Schulenburg verhalten und ihm für seine gestrige Zurückhaltung vielleicht sogar einen Rüffel erteilen. Dessen ungeachtet halte ich es nicht für ausgeschlossen, dass die Deutschen allein wegen Baum keinen großen Skandal vom Zaun brechen werden und ihn nach einigem Feilschen mit uns abberufen werden.*³

Bei dem Besuch am 22. Februar versuchte Schulenburg, wie Sie aus der Gesprächsaufzeichnung wissen, zu beweisen, dass die Aussagen Radeks bezüglich seines Gesprächs mit Köstring den Fakten widersprechen würden. Er behauptete, dass laut Radek das Gespräch mit Köstring im Herbst 1934 stattgefunden habe, Köstring jedoch erst im September 1935 nach Moskau gekommen sei.

Nachdem er sich von mir verabschiedet hatte, habe ich sofort im Wortlaut des Gerichtsberichtes nachgesehen und mich davon überzeugen können, dass der Apparat der Botschaft Schulenburg nicht richtig unterrichtet hat.⁴ Denn Radek spricht in seiner Aussage am 27. Januar direkt davon, dass das Gespräch mit Köstring im November 1935⁵ stattgefunden hätte, d.h. 2 Monate nach der Ankunft Köstrings in Moskau. Um der Botschaft und dem Auswärtigen Amt die Möglichkeit zu nehmen, diesen scheinbaren Widerspruch weiterhin ins Feld zu führen, habe ich in dem gestrigen Gespräch Schulenburg im Übrigen darauf aufmerksam gemacht, dass seine Bezugnahme nicht richtig ist, wonach Köstring nicht zu dem Zeitpunkt in Moskau gewesen sei, den Radek für das Gespräch zwischen ihm und Köstring genannt hätte. Ich habe dieses Moment nicht in die Aufzeichnung des gestrigen Gesprächs aufgenommen, weil diese Frage beiläufig gestreift wurde und in keinem Zusammenhang mit dem Hauptanliegen des gestrigen Gesprächs gestanden hat.

Meine gestrige Erklärung gegenüber Schulenburg habe ich nicht mit dem offiziellen Vorschlag verbunden, den Gen. Štern Tippelskirch unterbreitet hatte⁶, son-

² Am 22.2.1937. Vgl. Dok. 657.

³ Der Text ist am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁴ Bei der Vernehmung in der Morgensitzung am 24.1.1937 sprach Radek über ein Treffen mit „einem diplomatischen Vertreter eines mitteleuropäischen Staates“ im Herbst 1934. In diesem Zusammenhang stellte ihm Staatsanwalt Vyšinskij Fragen zum Treffen im November 1934. Vgl. Pravda vom 25. Januar 1937, S. 3–4.

⁵ Der Gerichtsvorsitzende Ul'rich untersagte laut Gerichtsbericht Radek bei der gerichtlichen Befragung, Namen und das Land zu nennen. Vgl. Process antisovetskogo trockistskogo centra (23–30 janvarja 1937 goda); sudebnyj otčet (Prozess des antisowjetischen trockistschen Zentrums; Gerichtsbericht), Moskva 1937, S. 157.

⁶ Vgl. Dok. 650.

dern eröffnete sie einfach damit, dass wir das Protokoll der geschlossenen Gerichtsverhandlung erhalten hätten. Deshalb hatte ich keine Veranlassung zu erklären, warum wir nicht die Abberufung Köstrings fordern. Auch Schulenburg kam nicht darauf zu sprechen. Sollten Sie in Zukunft mit dieser Frage konfrontiert werden, berücksichtigen Sie, dass sich die Aussagen Radeks über das Gespräch mit Baum und mit Köstring nicht gleichen. Wie Radek bestätigte, habe Baum, der offensichtlich den speziellen Auftrag hatte, mit Radek als Vertreter einer illegalen, ****gegen****⁷ die Regierung gerichteten Organisation einige Momente besprochen, die mit den Auslands-Verhandlungen Trotzki und den deutschen Faschisten verknüpft sind. Somit überführte Radek Baum direkt der illoyalen Haltung gegenüber der sowjetischen Regierung, bei der Baum als Angehöriger einer Botschaft akkreditiert ist. Was hingegen das Gespräch mit Köstring betrifft, so ist die Aussage Radeks zu diesem Gespräch weniger genau und eindeutig.

Das sind die Gründe, weshalb wir uns entschieden haben, es allein bei der Forderung nach Abberufung jenes Angehörigen der Mission zu belassen, dessen Schuld bei niemandem Zweifel aufkommen lassen kann.

Mit kameradschaftlichem Gruß

N. Krestinskij

*Vermerk mit Bleistift: MM.*⁸

Oben in der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 694 vom 5.3.1937.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 5 E[xemplare]. Das 1. [Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Litvinov, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. zu den Akten. Expl. Nr. 2.

AVP RF, f. 05, op. 17, p. 130, d. 41, l. 9–11. Kopie.

Nr. 666

**Schreiben des Mitarbeiters des Referats V/Osteuropa im AA
Freiherr von Welck an das Geheime Staatspolizeiamt**

Berlin, den 4. März 1937

Reinkonzept.

Pol. V 1194

Eilt!

An das
Geheime Staatspolizeiamt – Abteilung II –

Betr.: Vernehmung der aus der Sowjetunion ausgewiesenen Reichsdeutschen.

Wie die Deutsche Botschaft in Moskau mitteilt, ist der Beschluss über die Ausweisung von 10 Reichsdeutschen am 16. Februar vom Besonderen Rat beim In-

⁷ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁸ Litvinov.

nenkommissariat der Sowjetunion gefasst worden; die Mitteilung über diesen Beschluss an die Botschaft erfolgte erst am 24. Februar; am 27. Februar wurden die betreffenden Reichsdeutschen durch Vertreter der Botschaft¹ bzw. des Generalkonsulats Leningrad besucht²; ein ausführliches TASS-Communiqué über die Ausweisung wurde erst am 28. Februar veröffentlicht³.

Die Botschaft hat nun Interesse daran, eine Aufklärung über folgende Fragen zu erhalten:

1. Warum erfolgte nicht sofort nach dem Beschluss vom 16. Februar eine Veröffentlichung über die Ausweisung, sondern erst 30 Stunden nach dem Besuch des Vertreters der Botschaft?

2. Warum haben die Sowjetbehörden gerade diese 10 Personen für die Ausweisung ausgewählt?

3. Waren die Sowjetbehörden

a) der Haltung der Auszuweisenden,

b) der Haltung der Botschaft

bei dem Besuch nicht sicher?

Die Botschaft interessiert sich ferner für folgende Angelegenheit:

Gleichzeitig mit den Reichsdeutschen wurden im November v. J. die beiden Brüder der (reichsdeutschen) Angestellten der Deutschen Botschaft in Moskau, Frau M. Latze, verhaftet. Beide Brüder sind Sowjetbürger. Sie haben zu gleicher Zeit mit den aus Moskau stammenden ausgewiesenen Reichsdeutschen Goldschmidt und Melchior im Lubjanka-Gefängnis, dem Untersuchungsgefängnis, gesessen. Vor etwa 2 Wochen wurden die beiden Brüder in das Butyrki-Gefängnis, ein Transportgefängnis, überführt. Sind Melchior und Goldschmidt mit den beiden Brüdern der Frau Latze im Gefängnis zusammengekommen oder haben sie sonst etwas über ihr Schicksal erfahren?

Das Auswärtige Amt bittet, vorstehende Fragen bei der bevorstehenden Vernehmung der ausgewiesenen Reichsdeutschen in geeignet erscheinender Weise berücksichtigen zu wollen.

Im Auftrag

i. R. gez. Frhr. v. Welck

Am Ende Paraphe von Welck.

PA AA, R 104385, o. P., 2 Bl.

¹ Herbert Hensel.

² Vgl. Dok. 661, 662.

³ Vgl. Dok. 662, Anm. 5.

Nr. 667
Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau
Graf von der Schulenburg mit dem Stellv. Volkskommissar
für Auswärtige Angelegenheiten Krestinskij

Berlin, den 6. März 1937

Aufzeichnung

Am 3. d. M. habe ich mich von Herrn Krestinski vor meiner Abreise nach Berlin verabschiedet.¹ Bei dieser Gelegenheit sagte Herr Krestinski, er habe mir neu-lich erklärt, dass die Sowjetregierung in der Angelegenheit der im Radek-Prozess kompromittierten deutschen Persönlichkeiten noch keinerlei Beschluss gefasst habe.² Mittlerweile sei dies geschehen. Die Sowjetregierung habe dahin entschieden, dass gegen Herrn General Köstring nichts Belastendes vorliege, dass dagegen dem Pressebeirat Herrn Baum das Vertrauen der Sowjetregierung entzogen werden müsse. Er, Krestinski, wolle nicht behaupten, dass alle Aussagen des Herrn Radek Wort für Wort zuträfen. Die Sowjetregierung habe ****aber****³ den Eindruck gewonnen, dass sich Herr Baum doch in Dinge eingemischt habe, die ihn nichts angingen. Daher könne die Sowjetregierung Herrn Baum nicht länger ihr Vertrauen entgegenbringen. Herr Krestinski bat, ich möchte in Berlin dafür eintreten, dass Herr Baum zurückgezogen wird.

Ich habe Herrn Krestinski erwidert, dass ich ihn dringend bäte, den Beschluss der Sowjetregierung betr. Herrn Baum noch einmal zu bedenken. Gegen Herrn Baum lägen keine irgendwie erheblicheren Beschwerdepunkte vor als gegen den General Köstring. Wir hielten Herrn Baum für ebenso völlig unschuldig wie den General.

Herr Krestinski meinte etwas kläglich, die Sowjetregierung habe aber nun einmal einen Entschluss gefasst. Ich habe ihm erwidert, ich bäte ihn dringend, sich die Sache noch einmal zu überlegen. Ich nähme seine Erklärung als nicht endgültig an.

Es dürfte sich empfehlen, diese Sache vorläufig ruhen zu lassen, bis die Sowjetregierung in der einen oder anderen Weise zu einem neuen Entschluss gekommen sein wird.

Schulenburg

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt oben: zu Pol V 1277. Unten: Po 58 Nr. 5 Ru. Am Seitenrand Stempel: v. R.M. 9. MRZ 1937 mit Abzeichnung von Neuraths. Darunter: Über Ges. Pol 1 Herrn Dir Pol vorzulegen, W[elck] 6/3 jeweils mit Abzeichnung sowie Paraphe von D[ieckhoff] 9/3.

PA AA, R 104401, Bl. E 021935-021936.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 253, S. 543–544.

¹ Vgl. Dok. 664.

² Vgl. Dok. 650.

³ Das Wort ist handschriftlich eingefügt.

Nr. 668

**Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov
an den Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric**

GEHEIM

Expl. Nr. 4

11. März 1937

Nr. 100/L

AN DEN
BEVOLLMÄCHTIGTEN VERTRETER
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. SURIC

Lieber Jakov Zacharovič,

die Mitteilung des tschechischen Gesandten über tschechisch-deutsche Verhandlungen war für uns keine Neuigkeit, da Krofta darüber Aleksandrovskij recht ausführlich informiert hat.¹ Ursprünglich war im Zusammenhang mit einem neuen Locarno² beabsichtigt, einen Nichtangriffsvertrag abzuschließen, der eine Erweiterung des Schiedsgerichtsabkommens wäre, das zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei³ zeitgleich mit dem alten Locarno-Vertrag abgeschlossen worden war. Als sich abzeichnete, dass der Abschluss eines neuen Locarno-Vertrages nicht realisierbar ist, entstand die Idee, einen eigenständigen Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei abzuschließen, wobei diese Idee auf Hitler zurückgeht. In letzter Zeit wurden in Prag zu diesem Thema inoffizielle Verhandlungen über den persönlichen Bevollmächtigten Hitlers, Trauttmansdorff, geführt.⁴ Für solch einen Vertrag würden angeblich Hitler und Schacht sein, gegen ihn würde sich Goebbels aussprechen, Göring und die Reichswehr⁵ würden schwanken und Neurath wisse überhaupt nichts davon. Die Tschechoslowakei besteht auf der Klausel bezüglich der Unverletzlichkeit aller gültigen Verträge der Tschechoslowakei, insbesondere der Verträge mit Frankreich⁶, der Kleinen Entente⁷ und der UdSSR⁸, sowie bezüglich der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, in erster Linie in die Frage der nationalen Minderheiten. Es wird erwartet, dass Deutschland nach den inoffiziellen Gesprächen einen Vorschlag zur Aufnahme offizieller Verhandlungen unterbreiten wird, die die Tschechoslowakei nicht ablehnen könne, sie werde jedoch ihre Bündnispartner konsultieren, darunter auch die UdSSR. Krofta gab die Zusicherung ab, dass nichts Bedrohliches für

¹ Vgl. DVP, Bd. XX, Dok. 62, S. 110–116.

² Vgl. Dok. 491, Anm. 7.

³ Am 16.10.1925. Vgl. Reichsgesetzblatt 1925, Teil II, S. 1002–1009.

⁴ Vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 238; Bd. VI/2, Dok. 288.

⁵ So im Dokument; 1935 umbenannt in Wehrmacht.

⁶ Der französisch-tschechoslowakische Vertrag vom 25.1.1924.

⁷ Gemeint sind der tschechoslowakisch-jugoslawische Vertrag vom 14.8.1920 und der tschechoslowakisch-rumänische Vertrag vom 23.4.1921, abgeschlossen im Zusammenhang mit der Bildung der Kleinen Entente.

⁸ Vgl. Dok. 127, Anm. 3.

das Niveau und den Charakter der jetzigen Beziehungen zur UdSSR, die in den Augen der Tschechoslowakei die einzige reale Sicherheitsgarantie sei, zugelassen werde.

Mir erscheint es als zweifelhaft, dass sich Hitler mit den tschechoslowakischen Bedingungen einverstanden erklären könnte, und sollten diese Bedingungen tatsächlich endgültiger Natur sein, so wird wohl kaum etwas bei diesen Verhandlungen herauskommen. Hitler ist allem Anschein nach tatsächlich bestrebt, mit irgendeiner pazifistischen Geste seine Friedensliebe zu demonstrieren.

Zum Besuch Görings in Warschau⁹ liegen uns folgende Informationen vor, für deren Wahrheitsgehalt ich mich jedoch nicht verbürge. Das Ziel des Besuchs bestand angeblich darin, die polnische Armeeführung dazu zu bewegen, ein Militärabkommen, d. h. ein Militärbündnis, mit Deutschland abzuschließen, was aber angeblich nicht erreicht worden sei. Göring meint, dass es ihm gelungen sei, das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen zu verbessern, wobei er sich auf die Tatsache berief, dass Rydz-Śmigły die Politik Becks gänzlich übernommen habe. Göring habe angeblich zum Zwecke einer Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen vorgeschlagen, die Frage des Polnischen Korridors durch einen Verzicht seitens Deutschlands gänzlich zu bereinigen unter der Bedingung, dass durch den Korridor eine direkte Eisenbahnverbindung geschaffen oder für eine Autobahn ein schmaler Geländestreifen abgetreten werde. Göring verschwieg nicht die Absichten Deutschlands, Danzig zurückzuholen, versprach jedoch, nichts ohne Absprache mit Polen zu unternehmen. Deutschland habe nichts gegen eine Verbesserung der polnisch-französischen Beziehungen einzuwenden und stelle mit Genugtuung die übereinstimmende Haltung Deutschlands und Polens gegenüber der Tschechoslowakei fest und begrüße das Auftreten Polens gegen den sowjetisch-tschechoslowakischen Pakt. Das Ziel der deutschen Politik, sagte Göring, bleibe die Aufteilung der Sowjetunion. Er soll wörtlich gesagt haben: „Sie nehmen die Ukraine und wir den Norden.“ Aus diesem Grunde sollte die Freundschaft zwischen Polen und Deutschland noch mehr gefestigt und durch ein Militärabkommen ergänzt werden. Rydz-Śmigły hat freundschaftlich, jedoch knapper geantwortet. Das polnisch-französische Bündnis trägt ausschließlich Verteidigungscharakter und ist nur zweiseitiger Natur, wofür die Haltung Polens gegenüber der Tschechoslowakei als Beleg dienen kann. In absehbarer Zeit wird in Warschau unter dem Vorsitz eines ehemaligen polnischen Premierministers eine deutsch-polnische Gesellschaft gegründet werden, deren Ziel in der weiteren Annäherung und Verbesserung der Beziehungen zwischen diesen Ländern besteht. Beide, sowohl Göring als auch Rydz-Śmigły zeigten sich mit den Gesprächen zufrieden. Göring sagte, dass man ihn in Polen noch niemals so freundschaftlich wie dieses Mal empfangen habe und er hoffe, dass es durch eine beharrliche Arbeit gelingen werde, Polen in ein Militärbündnis einzubinden. Er sei sehr zufrieden, dass es keine Divergenzen zwischen den polnischen militärischen Kreisen und Beck gebe, der nach Auffassung Görings bereits jetzt nichts dagegen einzuwenden hätte, ein Militärbündnis mit Deutschland abzuschließen. Rydz-Śmigły soll von der Offenheit und dem Charme Görings begeistert gewesen sein.

⁹ Zum offiziellen Teil des Besuchs Görings in Polen Mitte Februar 1937, der einer Einladung zur Jagd gefolgt war, vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 227, S. 499–502.

Ich wiederhole, dass wir dies alles von einem von uns nicht überprüften Informanten erhalten haben.

Ich habe ebenfalls den Eindruck gewonnen, dass die neuen Vollmachten, die dem deutschen Innenministerium in Bezug auf Ausländer¹⁰ erteilt worden sind, auf unsere Bürger ****abzielen****¹¹. Dabei geht es offenbar um Mitarbeiter der Handelsvertretung und um Mitglieder der Abnahmekommissionen, weil es andere sowjetische Staatsbürger in Deutschland angeblich nicht gibt. Vorsichtshalber ist es notwendig, rechtzeitig Maßnahmen für alle diejenigen zu ergreifen, die davon betroffen sein könnten. Es ist durchaus möglich, dass Schulenburg nicht vor der Beilegung der Frage bezüglich der Abberufung Baums und vielleicht sogar nicht vor dem Prozess gegen die Deutschen nach Moskau zurückkehren wird.

Ich empfehle Ihnen, es sich nicht allzu sehr zu Herzen zu nehmen, wenn die Deutschen sich weigern, Ihren Einladungen zu Empfängen und zu Mittagessen Folge zu leisten, und Sie nicht zu ihren Empfängen eingeladen werden. Wir verhalten uns hier zu dieser Frage vollkommen gleichgültig.

LITVINOV

Vermerk mit Bleistift: An Gen. Štern.

Vermerk D.G. Šterns mit Tinte: An Gen. Lev[in], Gen. Kant[er], Gen. Aleks[eev] 13.III.37. DŠ[tern].

Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 502 vom 13.3.1937.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 10 Expl. Das 1.[Exemplar] an den Adressaten, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. nach Paris, das 6. nach London, das 7. nach Prag, das 8. nach Warschau, das 9. nach Bukarest, das 10. ins Archiv.

AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 1, l. 21–23. Kopie.

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XX, Dok. 65, S. 119–120¹².

¹⁰ Mit dem „Gesetz über die Sicherheit der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen“ vom 9.3.1937 erhielt das Reichsinnenministerium Vollmachten, gegenüber Ausländern und deren Eigentum für den Fall Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen, dass der Staat, deren Staatsbürger sie waren, Maßnahmen gegen Reichsangehörige und deren Eigentum durchführte, die laut deutschem Recht nicht zur Anwendung kommen durften. Vgl. Reichsgesetzblatt 1937, Teil I, S. 281.

¹¹ Das Wort ist mit Tinte geschrieben.

¹² Die Veröffentlichung in DVP erfolgte ohne Legende, nach eigenen Redaktionsrichtlinien und mit Kürzungen, die von den Herausgebern nicht gekennzeichnet wurden.

Nr. 669
Bericht des Geschäftsführers des Russland-Ausschusses
der Deutschen Wirtschaft Tschunke

16.3.1937
 Vertraulich!

Zur Frage der Einfuhr lebenswichtiger Rohstoffe aus der UdSSR
nach Deutschland¹

Während in den vergangenen Jahren das Liefergeschäft nach Russland im Vordergrund stand, ist bemerkenswerterweise heute – wo unsere Industrie zum großen Teil voll beschäftigt ist – das Russlandgeschäft von der Einfuhrseite, d. h. bezüglich der Rohstoffeinfuhr ausschlaggebend geworden. Bis auf weiteres ist die Einfuhr russischer für uns lebensnotwendiger Rohstoffe von erheblicher Bedeutung. Solange der Russe unser großer Schuldner war, hatte er das Bestreben, möglichst viel seiner Verpflichtungen mit Rohstoffen abzudecken. In dieser Schuldnerposition befindet sich der Russe heute uns gegenüber nicht mehr. Die UdSSR hat an der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse nach Deutschland nur dann ein Interesse, wenn ihre sich ansammelnden Guthaben aus den Einfuhrerlösen in Aufträge an die deutsche Industrie umgesetzt werden können. Es besteht also eine Wechselwirkung zwischen russischer Einfuhr und Auftragsplacierung in Deutschland. Es ist notwendig, Aufträge hereinzunehmen, um den Russen einen Anreiz für die Einfuhr zu geben. Mittel, auf die Russen einen Druck auszuüben, gibt es kaum. Alle Welt reißt sich um die Rohstoffe der UdSSR, die Russen sind also – vielleicht mit Ausnahme von Holz – durchaus nicht auf den Absatz bei uns angewiesen.

Die Gesamteinfuhr von Rohstoffen aus der UdSSR in den Jahren 1934 und 1935 ist mit je rund 200 Mill. RM zu beziffern. Beachtenswert ist nachstehender, auf Angaben der deutschen Handelsstatistik fußender mengenmäßiger Anteil gewisser Rohstoffe aus Russland im Verhältnis zu unserer Gesamteinfuhr des Jahres 1935:

Manganerze		58%
Flachs	etwa	75%
Papierholz		51%
Grubenholz		51%
Gesägtes Nadelholz		35%
Fassholz		31%
Naphtaprodukte, je nach der Art		12–28%
Asbest		54%
Rauchwaren		20–30%
Ölkuchen durchschnittlich		90%

Aus der Anlage² ist die Einfuhr der wichtigsten Rohstoffe usw. aus der UdSSR nach Deutschland in den Jahren 1934, 1935 und 1936 ersichtlich. Der

¹ Der Bericht wurde, wie aus einem Blanko-Begleitschreiben hervorgeht, als Exposé für das Reichswirtschaftsministerium erstellt. Vgl. Barch R 43 II/ 332, Bl. 80.

² Vgl. Barch R 43 II/ 332, Bl. 84.

außerordentliche Rückgang im Jahre 1936 ist einerseits auf die in den ersten Monaten 1936 erfolgte Ausfuhrsperrung der UdSSR zurückzuführen, andererseits auf die Schwierigkeiten der Auftragsplacierung infolge der Preis- und Lieferfristfrage.

Was den Import aus Russland anbetrifft, so ergab eine Umfrage von uns bei der Industrie und den Importeuren im Herbst 1936 folgendes Bild für den Bedarf wichtiger Rohstoffe:

Manganerze:

Gesamtbedarf bei dem derzeitigen Stand der Produktion etwa 310.000 t. Die Hälfte unseres Gesamtbedarfs, mindestens 150.000 t im Werte von ca. 4,1 Mill. RM, müssen aus Russland bezogen werden. Die Differenz von 160.000 t wird voraussichtlich gedeckt durch den Bezug aus anderen Ländern (Südafrika, Indien, Brasilien).

Holz:

Gewünscht werden

1.) Schnittholz ca. 200.000 Standards à 150,-/155,- RM. – ca. 31 Mill. RM

2.) Papierholz 5 Mill. Raummeter à RM 10,- = ca. 50 Mill. RM (Der Lagerbestand in

den Zellstofffabriken ist unter 50% des normalen Bestandes gesunken; Fabriken nur noch bis Juni 1937 versorgt; Weltmarktpreise in letzter Zeit für Papierholz um etwa 25% gestiegen)

3.) Sperrholz ca. 20.000 cbm à RM 150,- = 3 Mill. RM

4.) Rundholz ca. 120.000 cbm = 4 Mill. RM

Nach unserer Information sind die Russen grundsätzlich bereit, die obigen Holzarten und Mengen zu liefern, da sie ja bekanntlich gerade bei Holz auf die Ausfuhr nach Deutschland angewiesen sind. Wieviel von obigen Holzarten unbedingt aus Russland bezogen werden müssen, konnte hier nicht festgestellt werden. Es scheint aber, dass der Prozentsatz ein sehr hoher ist und wohl mit 50% beziffert werden dürfte.

Naphta:

Soweit hier festzustellen ist, wird eine Einfuhr im Werte von ca. 27. Mill. RM aus Russland erforderlich sein.

Flachs:

Wünschenswert aus Russland 12–15.000 t = 8,6–10,5 Mill. RM (Preisunterschied zwischen dem russischen Einfuhrflachs und dem in Deutschland erbauten Flachs etwa 400–500 RM pro Tonne). Die billigere russische Einfuhrware soll den besseren Durchschnittseinkaufspreis für die Fabrikation schaffen, um Preiserhöhungen zu vermeiden. Deutsche Erzeugung beträgt ca. 20.000 t, pro Tonne RM 1.350,-; Gesamtbedarf der Spinnereien bei voller Ausnutzung ihrer Betriebe wird auf 38–40.000 Tonnen geschätzt.

Tierhaare:

Wünschenswert aus Russland für ca. 5 Mill. RM.

Pelze, Felle:

Erwünscht ist die russische Einfuhr für ca. 25 Mill. RM.

Drogen, pharmazeutische Artikel, Chemikalien:

Für ca. 4 Mill. RM.

Lebensmittel:

(Getreide, Hülsenfrüchte, Ölkuchen, Pflanzenöle, Fette usw.). Nach Bedarf des Reichsnährstandes. 1934 betrug die Einfuhr aus Russland ca. 40 Mill. RM, 1935 ca. 35 Mill. RM.

Eine Vorratsbeschaffung – also eine Eindeckung mit allen lebenswichtigen Rohstoffen bis zu dem Termin, an welchem wir eigene Ersatzstoffe zur Verfügung haben werden – ist in obigen Zahlen noch nicht berücksichtigt.

Vorläufig ist von obengenanntem Bedarf durch das Protokoll vom 24.12.1936³, mit welchem der deutsch-russische Vertrag vom 29.4.1936⁴ auf ein Jahr, d.h. bis zum 31.12.1937 verlängert wurde, nur ein bescheidener Anteil in Höhe von ca. 27 Mill. RM sichergestellt, und zwar:

Manganerze	ca.	5,5 Mill. RM
Apatite	ca.	2,0
Holz (jedoch mit Ausnahme von Sperrholz)	ca.	10,0
Flachs oder Getreide (nach Wahl der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland)	ca.	5,0
Zylinder-, Schmier- oder Spindelöl	ca.	0,5
Borsten	ca.	1,3
Tierhaare	ca.	0,7
Rauchwaren	ca.	2,0

Insgesamt ca. 27,0 Mill. RM

Diese Einfuhr, die an Stelle der fälligen Schuldenbezahlung in Gold erfolgt, muss als eine Sonderaktion betrachtet werden, die nicht in Anrechnung kommen darf auf das laufende Einfuhrgeschäft, bei welchem deutscherseits ja die Bereitschaft vorliegt, bis zu 200 Mill. RM Rohstoffe – für besonders erwünschtere Waren sogar + 30% – hereinzunehmen. Ob die Russen über obengenannte 27 Mill. RM hinaus liefern werden, bleibt dahingestellt, wenn es nicht glückt, die Russen zur entsprechenden Auftragserteilung in Deutschland zu bringen. Der Weg hierzu scheint nach wie vor nur über zusätzliche Geschäfte auf Kreditbasis zu führen, wie es ja seinerzeit auch vom Präsidenten Schacht in Aussicht genommen war. Ich erinnere daran, dass der Leiter der hiesigen Handelsvertretung Kandelaki uns im Vorjahre die Zusicherung abgab, im Falle eines 500 Millionen-RM-Kredits für die Hälfte dieses Betrages das zu bestellen, was die deutsche Industrie wünscht, wenn für die andere Hälfte den russischen Bestellwünschen, wozu allerdings auch Rüstungsmaterial gehören würde, entgegengekommen wird (entsprechende Wunschliste der wenig beschäftigten deutschen Industrie, z.B. Verkehrswesen usw., haben wir aufgestellt).

Am Schluss möchte ich noch einmal betonen, dass der Russe als unser Schuldner immer das Bestreben haben wird, möglichst viel seiner Schuld an uns anstatt mit Gold mit Rohstoffen zu begleichen, womit uns in der heutigen Situation doch sehr wesentlich geholfen wäre.

³ Vgl. Dok. 615.

⁴ Vgl. Dok. 451, Anm. 2.

Noch einige grundsätzliche Bemerkungen zu den gerade in letzter Zeit so sehr betonten Wünschen der Russen nach Kriegsmaterial.

Es ist uns wohl allen klar, dass wir die Aufrüstung der Russen nicht verhindern können, umso weniger, als wenn wir nicht liefern, es weitestgehend unsere Konkurrenzländer tun, wie es in der letzten Zeit zur Genüge bekannt geworden ist.

Die Sowjetvertreter begründen die Berechtigung ihrer Wünsche mit dem Hinweis darauf, dass sowohl unsere Aufrüstung als auch der Vierjahresplan zu einem nicht zu unterschätzenden Teil gerade von der Lieferung russischer Rohstoffe abhängig sei. Sie betrachten daher unsere Lieferung von Kriegsmaterial als eine Gegenseitigkeitsleistung. Eine glatte Ablehnung der russischen Wünsche unsererseits birgt also die Gefahr der Sperrung russischer Rohstoffe oder die Forderung ihrer Bezahlung in Devisen. Es ist von uns den Russen wiederholt bedeutet worden, dass die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR nicht lediglich auf der Lieferung neuester deutscher Kriegstechnik gegen russische Rohstoffe basieren könnten, sondern dass parallel mit einem derartigen Güteraustausch auch ein solcher stattfinden muss, der gesunden volkswirtschaftlichen Grundsätzen Rechnung trägt. Dementsprechend haben sich auch die Russen, wie oben erwähnt, bereit erklärt, unter gewissen Voraussetzungen solche Bestellungen zu machen, die den Lieferwünschen und der Lieferfähigkeit der deutschen Industrie entsprechen. Da die Entwicklung auf den Rohstoffmärkten aber befürchten lässt, dass die Möglichkeit des Rohstoffbezuges aus Russland für Deutschland in absehbarer Zeit noch größere Bedeutung gewinnen wird, und diese Entwicklung somit die Russen eher veranlassen wird, ihre Forderung auf Kriegsmateriallieferungen zu verschärfen als deutschen Bestellwünschen entgegenzukommen, wäre es vielleicht ein Ausweg, die Kriegsmateriallieferungen an Russland schon jetzt von Bestellungen für die lieferbedürftige Industrie abhängig zu machen, ehe die Russen für die Lieferung von Rohstoffen noch mehr die Lieferung von Kriegsmaterial zur Bedingung machen. Stärkere Verzögerungen und Schwierigkeiten bei der Aufrüstung und beim Vierjahresplan infolge Rohstoffverknappung dürften für uns nachteiliger sein als die begrenzte Lieferung von Kriegsmaterial, welches zum Zeitpunkt der Auslieferung vielleicht schon nicht mehr zu dem Modernsten gehört, worüber wir verfügen. Wie ich mir daher noch einmal vorzuschlagen erlaube, sollte hier in jedem Falle der mit der Entwicklung vertraute Techniker und nicht nur der Fachreferent des Ministeriums gehört werden.

Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Der Geschäftsführer

Tschunke

Eigenhändige Unterschrift.

BArch, R 43 II/332, Bl. 81–83.

Nr. 670
Aufzeichnung des AA

Berlin, den 17. März 1937
Streng vertraulich.

Aufzeichnung

Wie Botschafter Graf Schulenburg von Herbert Göring gehört hat, hat gestern beim M.P.O. Göring eine Sitzung stattgefunden, in der nochmals die Frage der Russlandgeschäfte erörtert wurde. Als Ergebnis soll für folgende strittige Geschäfte: *Panzerplatten, Katapult-Anlagen, M-A-N-Motoren*¹, die Genehmigung erteilt werden, dagegen war in der Frage der Zeiss-Altimeter keinerlei Änderung des bisherigen Standpunktes zu erreichen trotz des Hinweises, dass es sich hier um einen bereits fest abgeschlossenen und zu 1/3 schon ausgeführten Vertrag handelt.

Graf Schulenburg will diesen Fall evtl. noch Herrn Reichsminister² besonders vortragen.

Durchdruck erhalten: *Herr Ministerialdirektor Ritter*³, Herr VLR. Benzler, Herr VLR. Schnurre, Pol. V.

Oben: Russland und Stempel W IV O.E. 962/37. Am Ende Paraphe von Weizsäckers.

PA AA, R 106230, Bl. E 041327.

Nr. 671
**Schreiben des Leiters der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki
an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Stalin, den Vorsitzenden des Rates
der Volkskommissare Molotov und den Volkskommissar
für Außenhandel Rozengol'c**

17.3.37

Nr. 33ss

AN
Gen. STALIN
Gen. MOLOTOV
Gen. ROZENGOL'C

Mit Telegramm vom 29. Januar¹ d. J. habe ich Ihnen mitgeteilt, dass ich gegenüber Schacht entsprechend Ihrer Weisung² eine Erklärung zum Vorschlag der Deutschen abgegeben habe, mit uns politische Verhandlungen zu führen. Schacht äußert

¹ Der Text ist unterstrichen.

² Konstantin Freiherr von Neurath.

³ Der Adressat ist unterstrichen und mit Paraphe von Ritter abgezeichnet.

¹ Vgl. Dok. 634.

² Vgl. Dok. 620.

te seine Genugtuung über unsere Antwort, legte damals bereits die Verfahrensweise für die Verhandlungen fest und wies darauf hin, dass sie in den nächsten Tagen aufgenommen werden könnten, nachdem er unsere Antwort der deutschen Regierung vorgelegt habe.³

Bis zum 16. März haben wir keinerlei Mitteilung von Schacht erhalten.

Am 16. März lud mich der Ihnen bekannte Herbert Göring (der Cousin General Görings und engster Mitarbeiter Schachts) zu sich ein und sagte mir, er sei bevollmächtigt, mir Folgendes zu erklären: „Nach langer Erörterung und Prüfung Ihrer Antwort, die Sie am 29. Januar d. J. Schacht übergeben hatten, ist die deutsche Seite zu folgendem Ergebnis gelangt: Ihr Vorschlag enthält keine konkreten Vorschläge für eine Erörterung. Aber das Wichtigste besteht darin, dass die deutsche Seite gegenwärtig keinen Unterschied zwischen der sowjetischen Regierung und der Komintern sieht. Infolgedessen hält die deutsche Seite es für nicht zweckdienlich, die Verhandlungen fortzuführen, da sie dafür keine Grundlage sieht.“

Ich antwortete Göring, dass, erstens, die Frage bezüglich politischer Verhandlungen von Schacht aufgeworfen worden sei, nicht aber von uns, und deshalb sollten konkrete Vorschläge von den Deutschen unterbreitet werden, was auch aus allen Gesprächen mit Schacht hervorgegangen sei; zweitens, wenn die deutsche Seite keine Unterschiede zwischen der sowjetischen Regierung und der Komintern sehen wolle, so gebe es selbstverständlich keine Grundlage für Verhandlungen.

Die uns vorliegenden Informationen geben Grund zu der Annahme, dass Schacht sich nicht selbst vor uns desavouieren wollte, weshalb der oben genannte Göring mir diese unverschämte Antwort der Deutschen übermittelt hat.

D. Kandelaki

Berlin, den 17. März 1937

Vermerk mit Bleistift: Zu den Akten, ganz geheim.

Vermerk des Sekretärs mit Tinte: von Gen. Rozengol'c übergeben. 16/VI/37.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 4 Expl. Nr. 1 an Gen. Stalin, Nr. 2 an Gen. Molotov, Nr. 3 an Gen. Rozengol'c, Nr. 4 an Gen. Kandelaki.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2210, l. 96–97. Original.

Veröffentlicht in: SSSR-Germanija: 1933–1941, Dok. 89, S. 153.

³ Vgl. Dok. 640.

Nr. 672
Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Mitarbeiter des Referats
V/Osteuropa im AA Freiherrn von Welck

Berlin, den 18. März 1937

B.-Nr. 2087/36 g – II A 3¹ –

An das
Auswärtige Amt
z.Hd. des Herrn Legationssekretärs Frhr. von Welck
Berlin W 8
Wilhelmstr. 74/76

Betr.: Sowjetrussische Handelsvertretung

Vorgang: Ohne

Anlagen: Keine

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin wird demnächst eine Betriebsprüfung in der sowjetrussischen Handelsvertretung vornehmen. Es besteht die Möglichkeit, dass ein hiesiger Beamter an der Betriebsprüfung teilnimmt. Der betreffende Beamte wird vorher mit Ausweisen der Ortskrankenkasse versehen, sodass er für die Zeit der Betriebsprüfung als Beamter der Allgemeinen Ortskrankenkasse gilt. Es wird selbstverständlich dafür Sorge getragen, dass der Beauftragte der Geheimen Staatspolizei ein geschickter Beamter ist, der die Gewähr dafür bietet, dass er als Staatspolizeibeamter nicht auffällt. Die Allgemeine Ortskrankenkasse bittet jedoch, eine Erklärung des Auswärtigen Amtes herbeizuführen, wonach das Auswärtige Amt gegen die Hinzuziehung eines Beamten der Geheimen Staatspolizei, getarnt als Beamter der Ortskrankenkasse, keine Bedenken trägt. Diesen Wunsch hat der vom Reichsarbeitsministerium beauftragte Leiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, Ministerialrat Dr. Hoffmeister, geäußert.² Gleichzeitig bat er um eine entsprechende Weisung des Auswärtigen Amtes an das Reichsarbeitsministerium, zu Händen Ministerial-Direktor Engel.

Wegen der Eilbedürftigkeit lasse ich dieses Schreiben durch besonderen Boten überbringen und wäre dankbar, wenn von dort möglichst noch heute dem Reichsarbeitsministerium und mir die dortige bejahende Stellungnahme zugeleitet werden könnte.³

Im Auftrage:

[Unterschrift unleserlich]

¹ Diese Abteilung war laut Beamtenverteilungsplan des Geheimen Staatspolizeiamtes zuständig für: „Sowjetrussisches staatsfeindliches Ausländertum“.

² Am Seitenrand Nummer dazu: 6200/2.

³ Am Seitenrand Nummer dazu: A (-) A 241. Das AA antwortete am gleichen Tag mit Schnellbrief u.a.: „Gemäß Artikel 5 des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens vom 12.10.1925 (RGBl. von 1926 Teil II S. 13 ff.) in Verbindung mit der deutsch-sowjetischen Vereinbarung zur Abänderung des Wirtschaftsabkommens vom 31.8.1935 (RGBl. Teil II S. 641 f.) ist das Gebäude der Sowjetischen Handelsvertretung in der Lietzenburgerstr. 11 extraterritorial. Die beabsichtigte Betriebsprüfung durch Beamte der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Berlin, die den Charakter eines staatlichen Hoheitsaktes hätte, würde deshalb gegen die vorbezeichneten Abkommen verstoßen. Das Auswärtige Amt bittet daher, von dieser Betriebsprüfung unter allen Umständen absehen zu wollen.“ PA AA, R 101374, Bl. 236615.

Auferstem Blatt oben Stempel des AA: Pol I 1425 g eing. 18. MRZ. 1937 und Geheim!, Schnellbrief. Auf Kopfbogen des Geheimen Staatspolizeiamtes geschrieben.

PA AA, R 101374, Bl. 236613-236614.

Nr. 673

**Telegramm des Generalsekretärs des ZK der VKP (B) Stalin und
des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov an den Leiter
der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin Kandelaki**

[19.3.1937]

Berlin

Kandelaki

Das ZK fasste den Beschluss, Gen. Suric auf den Posten des Bevollmächtigten Vertreters in Paris zu versetzen. ****Das ZK betrachtet Sie als den geeignetsten Kandidaten für den Posten des Bevollmächtigten Vertreters****¹ in Deutschland. Wir sind überzeugt, dass Sie diese neue Aufgabe gut bewältigen könnten.^{**2} Wir hoffen auf Ihr Einverständnis. ****Nr. 316/Ch[iffre]****³

Stalin, Molotov⁴

****21.**¹⁰

19/III.37^{**5}

Vermerk des Sekretärs mit Tinte: Über SŠO⁶ des Narkomvneštorg.

Vermerk S.F. Čečulins mit Tinte: Das vorliegende Telegramm wurde auf Weisung von Gen. Poskrebyšev nicht abgeschickt. S. Čečulin.

RGASPI, f. 558, op. 11, d. 56, l. 30. Original. Handschrift.

¹ Der Text wurde verändert, ursprünglich: Im Zusammenhang damit erachtet das ZK es als angebracht, Sie als Bevollmächtigten Vertreter zu ernennen.

² Durchgestrichen ist die an dieser Stelle stehende Formulierung: Wir bitten.

³ Diese Textstelle wurde vom Sekretär mit Tinte geschrieben.

⁴ Der Telegrammtext wurde von Stalin mit blauem Farbstift geschrieben, die gesamte Korrektur wurde von ihm ebenfalls mit blauem Farbstift vorgenommen.

⁵ Diese Textstelle wurde vom Sekretär mit Tinte eingefügt.

⁶ Sekretno-šifroval'nyj otdel = Geheime Chiffrierabteilung.

Nr. 674
Nachrichtendienstlicher Bericht an die Aufklärungsverwaltung der RKKA

Ganz geheim
Expl. Nr. ...
[19.3.1937]¹

BERICHT

(Über den „neuen“ Kurs der antisowjetischen Propaganda der
deutsch[en] Faschisten)

Der Warschauer Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) Jaensch hatte während seines Aufenthalts in Berlin im Ministerium für Propaganda eine Reihe von Gesprächen zum Thema, wie die „russische Information“ künftig organisiert werden sollte. Laut Informationen der Quelle zeichnet sich ab, dass diese Propaganda angeblich in folgender Richtung geführt werden soll:

1. Wenn bis jetzt für das Deutsche Nachrichtenbüro und die übrigen „Berichterstatte“ die Regel bestand, über die UdSSR vorsätzlich falsche und ungesicherte Informationen zu verbreiten, so werden nunmehr aufgrund der Anweisungen des Propagandaministeriums in dieser Frage wesentliche Veränderungen vorgenommen, und zwar: die Informationen, die das Nachrichtenbüro über die UdSSR liefert, müssen glaubwürdig sein.

Dabei müssen sich die Korrespondenten in der Hauptsache auf Meldungen russischer Zeitungen stützen und höchst vorsichtig mit den sogenannten „persönlichen Informationsquellen“ (ukrainische Nationalisten, ehemalige Kommunisten, Nichtrückkehrer und sonstige) umgehen.

Beim Propagandaministerium besteht der Eindruck, dass der Teil von Informationen, der von diesen persönlichen „Informationsquellen“ stammt, von den sowjetischen Organen absichtlich mit dem Ziel in Umlauf gebracht wird, um die deutsche Information über die UdSSR zu diskreditieren.

2. Die Veröffentlichung von Informationen über die „Entnahme“² leitender Mitarbeiter der sowjetischen Regierung und der sowjetischen Diplomatie wird ebenfalls als unzulässig angesehen, weil das alles von den sowjetischen amtlichen Organen leicht dementiert werden könnte. Als Beispiel für eine unglaubliche Information kann die kürzliche Information über Vorošilov und Litvinov dienen. Verboten sind gleichfalls Meldungen in Bezug auf Amtsenthebungen und Entlassungen oder Verhaftungen sowjetischer leitender Funktionäre, von Juden, wie zum Beispiel die Meldung über Gamarnik. Dieses Verbot soll die deutsche öffentliche Meinung vor der nicht richtigen Vorstellung bewahren, dass die sowjetische Regierung selbst gegen die leitenden Funktionäre, gegen die Juden, vorgehe, womit ein wichtiges Propagandamittel gegen die UdSSR entfallen würde.

¹ Das Dokument ist datiert nach dem Begleitschreiben des Chefs der Aufklärungsverwaltung der RKKA Urickij an den Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR Vorošilov vom 19.3.1937 unter der Nr. 10212 ss mit dem Geheimhaltungsvermerk „Ganz geheim“: „Hiermit lege ich den Bericht über den ‚neuen‘ Kurs der antisowjetischen Propaganda der deutschen Faschisten vor, den wir von einer Quelle erhielten, die mit deutschen diplomatischen Kreisen in Verbindung steht.“ In: RGVA, f. 33987, op. 3, d. 1036, l. 173.

² Gemeint sind Verhaftungen.

3. Die Verbreitung jeglicher Meldungen über blutige Unruhen in den wichtigsten Städten der UdSSR wird als unzulässig angesehen, weil solcherart Meldungen von Korrespondenten anderer Staaten leicht dementiert werden können. Ausnahmen können nur in den Fällen gemacht werden, wenn sich ein Dementi sowohl durch sowjetische amtliche Organe als auch durch ausländische Korrespondenten als überaus schwierig erweisen sollte.

4. Die neuen Anweisungen³ in Bezug auf Informationen über die UdSSR sind laut Angaben der Quelle angeblich durch folgende Umstände hervor gerufen worden:

a) Der Moskauer Vertreter des DNB Schülert⁴ hatte einen Bericht an das deutsche Propagandaministerium geschickt, in dem er in sehr nachdrücklicher Form auf die Unzulässigkeit und Schädlichkeit von „Informationen über Russland“ aus Warschau hinwies. b) Er bekräftigte seine Argumente damit, dass ausländische Nachrichtenagenturen (beispielsweise englische und finnische) keine Meldungen des DNB über die Sowjetunion verwendeten und sie frühzeitig als nicht zutreffend ablehnten. Eine Ausnahme bildet lediglich Japan, welches nach wie vor Materialien des DNB verwendet, um vorsätzlich tendenziöse Information über die UdSSR zu verbreiten.

Stimmt mit dem Original überein:

Kommissarischer Chef der 1. Abteilung der RU der RKKA

OBERST Uzdanskij

RGVA, f. 33987, op. 3, d. 1036, l. 174–175. Beglaubigte Kopie.

Nr. 675

Aufzeichnung des 1. Sekretärs der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin an das NKID

GEHEIM

Berlin, den 25. März 1937

Tagebuch
E. Gnedins
Nr. 44/s¹

Zur Einbestellung des Gen. Klimov ins Ministerium für Propaganda

Als ich erfuhr, dass das Ministerium für Propaganda Gen. Klimov über die Polizei vorlädt und der Leiter der zuständigen Abteilung des Ministeriums, dem ich Gen. Klimov hätte vorstellen können, im Urlaub ist, habe ich mich mit Schönberg, der für unsere Angelegenheiten in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes zuständig ist, telefonisch in Verbindung gesetzt und ihn gebeten zu erklären, was die

³ Vgl. Anweisung vom 6.2.1937. In: NS-Pressenanweisungen, Bd. 5/I, S. 112–113.

⁴ So im Dokument; richtig: Schüle.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

Einbestellung des Korrespondenten der „Pravda“ über die Polizei zu bedeuten habe. Schönberg bedachte Gen. Klimov mit Vorwürfen, der angeblich verpflichtet sei, sich im Propagandaministerium vorzustellen. Auf meine Bemerkung erklärte er recht plump, dass für das Propagandaministerium der Weg über das Auswärtige Amt ein Umweg sei, der natürliche Weg des Kontakts zu den Korrespondenten bestünde in der Einbestellung durch die Polizei. Diese Erklärung brachte mich dazu, Schönberg auszulachen, und ich erklärte, dass der Vertreter der „Pravda“ nicht aufgrund der Einbestellung durch die Polizei im Ministerium erscheinen werde und die Erläuterungen Schönbergs für die Angelegenheit in keiner Weise von Nutzen seien.

Das Gespräch endete in einer recht konfrontativen Form.

Am nächsten Tag (am 20. März) habe ich in Abstimmung mit dem Bevollmächtigten Vertreter² Aschmann aufgesucht und ihm zwei Fragen gestellt: Ich bäte erstens mir mitzuteilen, ob die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes nach wie vor die Instanz sei, an die die Korrespondenten der sowjetischen Presse und ich uns zwecks Unterstützung und Rat wenden könnten und müssten; wie gedenke zweitens das Auswärtige Amt, das unangebrachte Vorgehen des Propagandaministeriums mit dem Korrespondenten der „Pravda“ unter Einschaltung der Polizei abzustellen, wobei ich Aschmann von meinem Gespräch mit Schönberg berichtete. Aschmann verstand die Peinlichkeit der Situation und erklärte, dass alles beim Alten bleibe und die Presseabteilung nach wie vor die Instanz sei, mit der sich die Korrespondenten und die Pressechefs ****der Botschaften****³ in Verbindung setzen müssten. Aschmann versprach, meiner Bitte nachzukommen und im Propagandaministerium festzustellen, wer sich mit Gen. Klimov bekannt machen wollte. Dass ich nach dem Ende des Gesprächs der Sekretärin Aschmanns die Adresse und Telefonnummer des Gen. Klimov mitgeteilt habe, hat Aschmann als Andeutung verstanden, und er rief am gleichen Tag Gen. Klimov an und teilte ihm mit, dass einer der Vizedirektoren des Propagandaministeriums ihn kennenlernen wolle.

Daraufhin setzte sich Gen. Klimov mit dem Propagandaministerium in Verbindung, wo man mit ihm ausgesucht höflich und sogar wohlwollend sprach. Ein Kuriosum besteht darin, dass der Oberregierungsrat⁴, der Gen. Klimov empfing, sich mit der Bitte begnügte, Gen. Klimov möge ihm ein Foto zuschicken.

E. Gnedin

*Oben links von der Mitte befindet sich der Stempel des Sekretariats des Gen. Krestinskijs mit der Eingangs-Nr. 1499 vom 27.3.1937 und der Eingangsvermerk von 2 Exemplaren und der Weiterleitung an die 2. Westabteilung.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 8 Expl. 5 Expl. an Gen. Litvinov, 2 Expl. an Gen. Krestinskij, 1 Expl. zu den Akten.
25.3.37.*

AVP RF, f. 011, op. 1, p. 2, d. 21, l. 6–5. Kopie.

² Jakov Zacharovič Suric.

³ Das Wort ist mit Tinte korrigiert; ursprünglich: und die Botschaften.

⁴ Das Wort ist in Deutsch mit kyrillischen Buchstaben geschrieben.

Nr. 676

**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für
Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter
in Moskau Graf von der Schulenburg**

GEHEIM
[27.3.1937]

TAGEBUCH
M.M. LITVINOVS

EMPFANG SCHULENBURGS,
27. MÄRZ 1937

Schulenburg kam, um sich erneut über die Verschleppung des Ermittlungsverfahrens gegen die verhafteten Deutschen und über die anhaltenden neuen Verhaftungen zu beklagen. Nachdem wir 10 Deutsche entlassen und ausgewiesen haben¹, seien angeblich 17 neue Verhaftungen vorgenommen worden. Der Botschafter meint, dass dies aufgrund eines Übereifers von örtlichen kleinen Beamten erfolgte, die sich auf diese Weise hervortun wollten. Unterdessen sei der Botschafter eben erst in Berlin gewesen, und Hitler hätte ihm versichert, dass er an einen Krieg nicht einmal denke, er jedoch im Falle eines internationalen Konflikts Handlungsfreiheit bewahren müsse, um das Gewicht Deutschlands zu einem geeigneten Zeitpunkt in die Waagschale zu werfen. Daraus zog der Botschafter die Schlussfolgerung, dass die Verhaftungen absolut unbegründet seien und unnötigerweise zu einer Verschärfung der Beziehungen führten. Der Botschafter erinnerte an die ihm gegenüber abgegebene Mitteilung des Gen. Molotov² bezüglich der Ehefrau Görbings³ und berichtete von einem neuen, ähnlichen Fall mit einer Schreibkraft des deutschen Generalkonsulats in Leningrad, die angeblich auch fotografiert worden sei, um sie auf diese Weise zu erpressen und als Agentin anzuwerben.

Ich antwortete dem Botschafter, dass sowohl der Görbing-Fall als auch der neue, zur Sprache gebrachte Fall mir anekdotenhaft erscheine, die Schlussfolgerungen des Botschafters über eine Beteiligung von Agenten des NKVD in dieser Angelegenheit völlig haltlos seien. Ich könne den Sicherheitsorganen leider nicht den Inhalt des Gesprächs des Botschafters mit Hitler mitteilen und ich wisse nicht, wie sie dieses Gespräch einschätzen würden. Über die Politik Deutschlands urteilten sie aufgrund der öffentlichen Erklärungen Hitlers und anderer Mitglieder der deutschen Regierung sowie anhand der von der Presse mitgeteilten Fakten. All das habe jedoch keinen Bezug zu ihren Handlungen gegenüber deutschen Staatsbürgern, die nur dann verhaftet würden, wenn gegen sie stichhaltige Beschuldigungen und Indizien vorlägen.

Ich fragte meinerseits Sch[ulenburg], ob Baum bereits abgereist sei oder wann er dies zu tun gedenke.⁴ Sch. antwortete, dass er selbst auf dieses Thema zu spre-

¹ Vgl. Dok. 660.

² Es handelt sich um das Gespräch am 23.12 1936, vgl. Dok. 614, 616, 621.

³ Vgl. Dok. 599, 600.

⁴ Vgl. Dok. 664.

chen kommen wollte. In Berlin sei ihm aufgetragen worden, erneut mit mir darüber zu sprechen und auf die absolute Haltlosigkeit unserer Forderung hinzuweisen. Selbst wenn man von den Aussagen Radeks⁵ ausginge, so sei auch dort nichts zu finden, was Baum belasten könnte. **Der Botschafter**⁶ habe während seiner Tätigkeit in anderen Ländern derartige Forderungen erhalten und sie sogar erfüllt, aber erst nachdem man ihm die Motive dargelegt und er sich von deren Stichhaltigkeit überzeugt hätte. Er führte dazu einen Fall aus seiner rumänischen Praxis an.⁷ Wenn jedoch unbegründete Forderungen erhoben würden, könnte mit gleichem Recht beispielsweise eine Abberufung von Gnedin gefordert werden. Er machte die Einschränkung, dass bezüglich Gnedins keinerlei vorgefertigte Entscheidung vorliege.

Wegen der Erwähnung Gnedins äußerte ich meine Entrüstung und sagte, dass solche Forderungen in Form von Vergeltungsmaßnahmen vollkommen unzulässig seien. Unsere Forderung sei durch den Prozess vollauf begründet. Es gehe nicht darum, was Baum Radek gesagt habe, sondern darum, dass es keinen Zweifel gebe, dass die Trotzlisten verbrecherische Verhandlungen mit Vertretern der deutschen Regierung geführt hätten, wobei Baum als Vermittler aufgetreten sei. Dies reiche aus, um seine Abberufung zu fordern. Die deutsche Regierung und der Botschafter könnten auf ihrem Standpunkt beharren und über den Prozess denken, was sie wollen, uns sei es aber wichtig, dass Baum nicht in Moskau verbleibe. Auf diese unsere Entscheidung würden wir beharren. Mir sei unverständlich, weshalb solch eine verhältnismäßig unbedeutende Angelegenheit zu Komplikationen führen müsse.

Der Botschafter fragte, ob er nicht Gen. Ežov persönlich aufsuchen und mit ihm sowohl über den Fall Baum als auch über die verhafteten deutschen Staatsbürger sprechen könnte. Er verwies darauf, dass es seit 1933 10 Todesfälle von deutschen Staatsbürgern in unseren Gefängnissen gegeben habe. Er würde auch die Besuche, Päckchen usw. zur Sprache bringen. Oder er wolle gern Gen. Molotov aufsuchen. Der Botschafter erbat meinen Rat. Ich antwortete, ich könne ihm den Rat geben, dass diese Bemühungen zwecklos seien, weil ich den Standpunkt sowohl des Gen. Ežov als auch den des Gen. Molotov kenne, den ich über mein Gespräch mit dem Botschafter selbstverständlich unterrichten würde. Wenn der Botschafter darauf bestehe, könne ich Gen. Molotov selbstverständlich bitten, ihn zu empfangen. Sch. antwortete, dass er nicht darauf bestehe und mich bitte, noch einmal mit Gen. Molotov in der Angelegenheit Baum zu sprechen.

Zum Ende teilte mir Sch. mit, dass das Propagandaministerium unlängst die Journalistengemeinde einbestellt und ihr einen Verweis wegen der Verbreitung von Enten über die UdSSR, über Aufstände, Verhaftungen, über den Hunger usw. erteilt habe⁸. Dabei bemerkte Sch., dass Baum in Verbindung mit dem Propagandaministerium stehe. Ich sagte, dass der Botschafter wohl kaum erwarte, dass wir um des Herrn Goebbels willen spezielle Zugeständnisse machen würden. Wenn er aber sagen wollte, dass sich Baums Ausweisung auf das Verhältnis des Herrn Goebbels

⁵ Vgl. Dok. 657, Anm. 5.

⁶ Der Text ist korrigiert; ursprünglich: Er.

⁷ Von 1931 bis 1934 war von der Schulenburg Gesandter Deutschlands in Rumänien.

⁸ Vgl. Dok. 674.

uns gegenüber niederschlagen könnte, so nähme ich an, dass letzterer in seiner antisowjetischen Kampagne bereits die Grenzen erreicht habe, die er nicht mehr übertreffen könne.⁹

LITVINOV

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
5 Expl. Das 1. [Exemplar] ins Archiv, das 2. an Gen. Krestinskij, das 3. an Gen. Stomonjakov, das 4. an Gen. Štern, das 5. nach Berlin.

AVP RF, f. 05, op. 17, p. 127, d. 4, l. 17–19. Original.

Nr. 677

Aufzeichnung der Unterredung des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

Moskau, den 30. März 1937

Aufzeichnung¹

Ich habe nach meiner Rückkehr nach Moskau am 27. März Herrn Litwinow aufgesucht, um mich zurückzumelden.² Bei dieser Gelegenheit habe ich Herrn Litwinow gesagt, dass ich mit ihm über die Frage der deutschen Verhaftungen sprechen wolle. Der Volkskommissar hat zunächst erwidert, über die Verhaftungsangelegenheit könne er sich nicht äußern, darüber wüsste er nicht Bescheid, diese Dinge würden von Herrn Krestinski bearbeitet.³ Ich habe erwidert, dass ich nicht wünsche, mich über Einzelheiten auszulassen, sondern die Gesamtlage mit Herrn Litwinow besprechen wolle.

Ich habe darauf hingewiesen, dass zwar zehn Verhaftete nach Deutschland ausgewiesen wurden, dass *dafür siebzehn neue Verhaftungen*⁴ erfolgt seien. Es mache wirklich den Eindruck, als ob die Verhaftung von Deutschen ein Sport der niederen Polizeibeamten geworden sei. Es scheine mir dringend nötig, dass irgendetwas geschähe, um diese Verhaftungswelle abzustoppen. Es müsse irgendwie auf die Polizei eingewirkt werden.

⁹ Für Schulenburgs Aufzeichnung dieser Unterredung vgl. Dok. 677.

¹ Tippelskirch schickte die Aufzeichnung am gleichen Tag in dreifacher Ausführung vertraulich an Freiherrn von Welck. Das Begleitschreiben wurde von Erdmannsdorff, Bohle und Aschmann abgezeichnet.

² Vgl. Dok. 676.

³ In der Aufzeichnung eines Gesprächs am 1.4.1937 mit von Tippelskirch notierte Štern die Aussage des Botschaftsrats, dass Litvinov am 27.3.1937 Schulenburg vorgeschlagen habe, in der Angelegenheit der Verhafteten mit Krestinskij zu sprechen. Jedoch, so Tippelskirch, arbeite Krestinskij seit dem 29.3. schon nicht mehr im NKID, sondern im Volkskommissariat für Justiz. Deshalb wüsste Schulenburg nicht, wie er verfahren solle. Er hätte überlegt, mit Stomonjakov zu sprechen, wüsste aber nicht, ob dieser in den deutschen Angelegenheiten unterrichtet sei. Deshalb müsse der Botschafter nochmals mit dem Volkskommissar sprechen. Vgl. AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 2, l. 44.

⁴ Der Text ist unterstrichen.

In die gleiche Richtung wiesen die zahlreichen Beschwerden, die wir über das Gesamtverhalten der Polizeibehörden vorzubringen hätten. Wir hätten die größten Schwierigkeiten, verhaftete Reichsdeutsche zu sprechen, ihnen Geld zu senden, sie mit ärztlicher Fürsorge zu versehen, ihnen Lebensmittel zuzusenden usw. Ich habe dabei unterstrichen, dass seit dem Jahre 1933 in den Sowjetgefängnissen 10 Deutsche gestorben sind und einer verschollen ist. Ich habe in diesem Zusammenhang auch auf das Vorgehen der Leningrader Polizei gegen die Sekretärin des dortigen Generalkonsulats Heschel hingewiesen. Ich habe Herrn Litwinow gesagt, dass eine solche Bespitzelung unserer Beamten und Angestellten direkt unerhört sei. Fräulein Heschel habe nichts in der Sowjetunion Verbotenes getan. Ich müsste mich energisch dagegen beschweren, dass sie von der Leningrader Polizei verfolgt, beobachtet und sogar fotografiert worden sei.

Herr Litwinow war von *meinen Ausführungen sichtlich beeindruckt*⁵ und hat sich eifrig Notizen gemacht. Ich habe dann Herrn Litwinow gebeten, zu vermitteln, dass ich entweder mit dem Innenkommissar Jeshow oder noch einmal mit dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Herrn Molotow, spreche. Herr Litwinow schien geradezu belustigt über den Gedanken, dass ein fremder Diplomat mit dem Innenkommissar sprechen wollte. Er schlug dann vor, er selber, Litwinow, wolle zunächst noch einmal mit Herrn Molotow sprechen. Ich bin darauf eingegangen, um für den Notfall noch einen weiteren Schritt: meinen eigenen Besuch bei Herrn Molotow veranlassen zu können.

Ich habe meine Bitte dahin formuliert: es möchte dafür Sorge getragen werden, dass möglichst bald und möglichst viele der Verhafteten nach Deutschland ausgewiesen und dass der Prozess gegen den Rest so schnell wie tunlich stattfindet. Ferner sollen die unteren Polizeibehörden angewiesen werden, die Verhaftungen von Deutschen nicht zu übertreiben und den Anträgen der Konsulate zugunsten der Verhafteten größere Beachtung schenken.

Im Laufe dieses Teils unseres Gesprächs habe ich Herrn Litwinow auch darauf aufmerksam gemacht, dass nach Aussagen der in Deutschland angekommenen, von hier ausgewiesenen Reichsdeutschen die Polizeibehörden unaufhörlich auf die Verhafteten eingeredet hätten, um sie zu veranlassen, auszusagen, dass die Beamten des Generalkonsulats in Leningrad und der Botschaft in Moskau versucht hätten, sie zu den schrecklichsten Dingen, u. a. zur Ermordung Stalins, zu veranlassen. Ich habe Herrn Litwinow gesagt, er glaube wohl selbst nicht, dass auch nur ein Wort von all diesen Dingen wahr sei. Der politische Mord liege den Deutschen überhaupt nicht, und wir hätten keine Veranlassung, Herrn Stalin zu beseitigen. Im Gegenteil, es schiene mir unerhört, dass die Polizeibehörden aus den verhafteten Reichsdeutschen derartige Dinge herauszupressen versuchten.

...

Ich habe dann auch noch die Angelegenheit des Presseattachés, Herrn Baum, besprochen. Hier sagte Herr Litwinow zunächst, es läge ein Beschluss des Rates der Volkskommissare vor, so dass nichts mehr zu machen sei.⁶ Ich habe Herrn Litwinow noch einmal und eindringlich die völlige Haltlosigkeit der gegen Herrn Baum erhobenen Beschuldigungen und die unangenehmen Folgen vorgehalten, die dar-

⁵ Der Text ist unterstrichen.

⁶ Vgl. Dok. 654.

aus folgen müssten, wenn wir gezwungen würden, Herrn Baum wirklich zurückzuziehen. Nach langem Hin und Her hat Herr Litwinow doch versprochen, auch diese Angelegenheit noch einmal mit Herrn Molotow zu besprechen.

Mitteilungen über das Ergebnis seiner Unterredung mit Molotow hat Herr Litwinow „binnen kurzem“ versprochen.⁷

Schulenburg

Eigenhändige Unterschrift. Auf erstem Blatt unten Stempel: Pol V 1748/37.

PA AA, R 104385, Bl. E 019753-019756.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/2, Dok. 301, S. 646–648.

Nr. 678

Brief des Militärattachés in Moskau Köstring an den Chef der 5. Unterabteilung der Abteilung T3 im Generalstab des Heeres Spalcke

Moskau, den 30. März 1937

Übersetzung aus dem Deutschen¹

Deutsche Botschaft

Der Militär- und Luftattaché

Lieber Spalcke!

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 24.3.[1937]².

Ich hoffe, dass die Rede Stalins vom 3.3.[1937]³ Ihnen mit Ihrer halbeurasischen Seele ebenso Kopfzerbrechen bereiten wird wie mir. Sie wurde erst am Abend veröffentlicht.

Da nicht nur wir, der Feind Nr.1, in ihr unseren Teil abbekommen haben, sondern auch Frankreich, Norwegen und andere, so scheint es mir, dass dies ein weiteres, bereits auch früher zu beobachtendes Signal für eine forcierte Errichtung einer immer höheren Mauer zwischen der Sowjetunion und dem Ausland ist.

Durch die nicht ganz klaren Äußerungen zieht sich wie ein roter Faden nicht nur die Angst vor einer Wühl­tätigkeit, vor Spionage und vor anderen schrecklichen Verbrechen, sondern auch die Angst vor der IV. Internationale⁴ durch.

Es wird immerzu Wachsamkeit gefordert.

⁷ Schulenburg schickte am 5.4.1937 einen Bericht an das AA, indem er Teile dieser Aufzeichnung wiederholte und am Ende anfügte: „Am 2. April habe ich Herrn Litwinow wiederum aufgesucht und auch bei dieser Gelegenheit nach dem Stande der Verhaftungsangelegenheit gefragt. Herr Litwinow hat mir geantwortet, er habe die Wünsche der Botschaft weitergegeben, aber noch keine Antwort erhalten.“ PA AA, R 104385, Bl. E 437669-437671, hier Bl. E 437671.

¹ Dieses Dokument ist eine Rückübersetzung aus dem Russischen, da das im CA FSB befindliche Original des Dokuments für die Herausgeber nicht zugänglich war.

² Vgl. Tajny diplomatii Tret'ego rejcha, Dok. 185, S. 733–734.

³ Für das Referat Stalins „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler“ auf dem Plenum des ZK der VKP (B) vom 3.3.1937 vgl. Pravda vom 29. März 1937, S. 2–4.

⁴ Vgl. Dok. 645, Anm. 3.

Dieses Schüren des ostasiatischen Misstrauens aller gegen alle wird zu keiner Beruhigung im Lande führen.

Es lässt sich leider kaum feststellen, ob sich dieses gegenseitige Misstrauen auf die Armee übertragen wird. Dies wäre ein großes Minus im Sinne der Kriegsbereitschaft der Armee.

In den letzten Ausgaben der „Krasnaja zvezda“ wird über die in allen Einrichtungen abgehaltenen Versammlungen und über die verabschiedeten Resolutionen im Zusammenhang mit dem Plenum des ZK der Kommunistischen Partei sowie über Versammlungen der Parteioorganisationen und über die der parteilosen Bolschewiki berichtet.

In den Versammlungen der Parteioorganisationen in der Armee wird ein außerordentlich scharfer Ton gegen führende Kommandeure angeschlagen: gegen Kork, Chef der Militärakademie, gegen Ippo, Chef der Politischen-Tolmačev-Akademie in Leningrad und andere⁵, was bis jetzt kaum üblich war.

Noch ist unklar, welche Ziele damit verfolgt werden, denn die hiesige Situation darf nicht mit der unseren, der europäischen verglichen werden.

Wie mir scheint und wie den Äußerungen diverser Personen auf verschiedenen Versammlungen zu entnehmen ist, die Angriffen ausgesetzt sind, untergräbt dies das Ansehen des Kommandeurs. Wenn ich mir Klarheit in dieser Angelegenheit verschafft habe, werde ich Ihnen darüber berichten.

Vorerst können Sie sich in Berlin darauf berufen, vor allem zu dem Zwecke, damit all diese Vorgänge nicht unter dem Blickwinkel unserer Vorstellungen von Disziplin betrachtet werden. Hier haben wir es mit Asien und mit anderen Vorstellungen zu tun.

Nun bezüglich Ihrer Danksagung an U[rickij]. Ich muss mir noch für eine lange Zeit freundschaftliche Gesten aufsparen. Ihr Schreiben sollte ich persönlich übergeben, ich schlage Ihnen jedoch vor, dies über Orlov zu tun, weil ich selbst nicht gern in den Stab der Armee⁶ gehen möchte.

Eine kleine Bemerkung zur technischen Abfassung der Danksagung. Es ist nicht üblich, bei der Unterschrift den Namen und Vatersnamen anzuführen. Ich würde Ihrer Ehegattin vorschlagen, den Vor- und Nachnamen zu schreiben. Ich hielte es für richtig, wenn sie einen kleinen Zusatz einfügen könnte, beispielsweise in der Art: „Darüber habe ich mich sehr gefreut.“

Hoffen wir für U[rickij] das Beste, und darauf, dass er eingedenk der gemeinsamen revolutionären Tätigkeit mit dem „großen Kampfgefährten“⁷ nicht in einen Prozess wegen seiner Zusammenarbeit mit Ihnen in Mitleidenschaft gezogen wird.⁸

Heute habe ich Hauptmann Kootani, der nach wie vor der Gehilfe des Militärattachés für das Ingenieurwesen ist, mitgeteilt, dass er in Berlin von einem Mitarbeiter des Kriegsministeriums empfangen werden wird.

⁵ Vgl. I. Lamkin: „Partijnoe sobranie Voennoj akademii im. Frunze“ (Parteiversammlung der Frunze-Militärakademie). In: Krasnaja zvezda vom 27. März 1937, S. 3; A. Semenov, V. Ploticyn: „Vospityvat' voinstvujuščich bol'shevikov. Na partijnom sobranii Voenno-političeskoj akademii im. Tolmačeva“ (Die Erziehung kämpferischer Bolschewiki. Auf der Parteiversammlung der Militärpolitischen Tolmačev-Akademie). In: Ebenda, S. 3.

⁶ So im Dokument. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist der Generalstab der RKKA gemeint.

⁷ Gemeint ist sein Onkel M.S. Urickij, der erste Vorsitzende der Petrograder ČK, ermordet am 30.8.1918.

⁸ S.P. Urickij wurde am 1.11.1937 verhaftet und am 1.8.1938 erschossen.

Ich will heute [nicht lesbar] mitteilen, dass er kommen wird und ich bitte, dass Sie ihn „bearbeiten“. Wenn Sie mir einen persönlichen Gefallen tun und ihn zu sich einladen könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

Er ist ein guter Mann und selbstverständlich mit den russischen Angelegenheiten vertraut.

Mit den besten Grüßen

KÖSTRING

Übersetzt [ins Russische]: KUŠČ

Veröffentlicht in: Tajny diplomatii Treťego rejcha, Dok. 186, S. 734–735.

Nr. 679

Richtlinien des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda Goebbels

[31.3.1937]

Abschrift

Propaganda-Anweisung vom 31. März 1937

Richtlinien für die antibolschewistische Propaganda¹

I.

Der Kampf gegen den Weltbolschewismus ist die Generallinie der deutschen Politik. Die Aufklärung über ihn ist die Hauptaufgabe der nationalsozialistischen Propaganda. In den Jahren nach dem Zusammenbruch von 1918 bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung ist der von Juden geführte Kommunismus der erbitterteste Gegner der nationalsozialistischen Bewegung und des Wiederaufstiegs des deutschen Volkes gewesen. Er wurde vom Nationalsozialismus in hartem Ringen niedergeworfen und für alle Zeiten in Deutschland vernichtet. Nach der Machtergreifung ist der Bolschewismus im Weltmaßstabe der Todfeind des deutschen Volkes geworden, der mit allen Mitteln versuchte, die Versklavung des deutschen Volkes aufrechtzuerhalten und jetzt versucht, sie wiederherzustellen. Den Kampf, den wir bis 1933 in Deutschland gegen den Kommunismus geführt haben, müssen wir nach 1933 gegen den Weltbolschewismus führen.

Aufgabe der Propaganda ist es, dem deutschen Volke zu zeigen, dass der Bolschewismus sein Todfeind ist, und der Welt zu beweisen, dass er der Feind aller Völker und Nationen und damit der Weltfeind ist.

II.

An diesem Kampf muss sich die ganze nationalsozialistische Bewegung und das gesamte deutsche Volk geschlossen beteiligen. Sowohl in den weltanschaulichen Grundauffassungen über das Wesen des Bolschewismus als auch in der Taktik

¹ Der Reichsminister schickte diese Propaganda-Anweisung „zur Unterrichtung Ihrer wichtigsten politischen Mitarbeiter“ an alle Gliederungen der NSDAP. Vgl. BArch NS 43/18, Bl. 41.

des Kampfes muss straffe Einheitlichkeit herrschen. Es ist Zweck dieser Richtlinien, die Einheitlichkeit des Kampfes zu gewährleisten.

III.

Das Wesen des Bolschewismus.

Der Bolschewismus ist von Juden erdacht und wird von Juden geführt. Er ist die Aktion der jüdischen Rasse. Das Weltjudentum versucht, durch Zersetzung und Propaganda die entwurzelten und minderrassigen Elemente aller Völker zusammenzuschließen, um durch sie einen Vernichtungskampf gegen alles Positive zu führen, gegen Volkstum und Nation, gegen Religion und Kultur, gegen Ordnung und Gesittung. Sein Ziel ist die Herbeiführung des Chaos durch die Weltrevolution und die Aufrichtung eines Weltstaates unter jüdischer Führung nach dem Muster der Sowjet-Union.

Die Kommunistische Internationale, die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder, der Staatsapparat der Sowjet-Union, die Rote Armee usw. sind nur die Instrumente zur Erreichung dieses Zieles.

Der Bolschewismus ist somit Werk und Waffe des Judentums. Das muss mit aller Schärfe immer wieder herausgestellt werden. Andere Auffassungen über das Wesen des Bolschewismus, wie sie vielfach von Intellektuellen des In- und Auslandes vertreten werden, sind falsch und sind mit allem Nachdruck zu bekämpfen. Es sind u. a. folgende Auffassungen:

1.) Der Bolschewismus in der Sowjet-Union sei eine „russische“ Angelegenheit; er habe ein „nationales Gepräge“; er entwickle sich zu einer „Art Nationalsozialismus“; Stalin sei der „Führer Russlands“.

Richtig ist demgegenüber folgendes: Der Bolschewismus ist nicht eine russische, sondern eine jüdische Angelegenheit. Er ist nicht eine „Art Nationalsozialismus“, sondern der schärfste Gegenpol des Nationalsozialismus. Stalin ist nicht der „Führer des russischen Volkes“, sondern der Exponent des Judentums zur Versklavung des russischen Volkes.

2.) Der Bolschewismus habe die „Weltrevolution aufgegeben“.

In Wahrheit ist das Streben nach der Weltrevolution der Wesenskern des Bolschewismus. Er ist das Schlusstück der von allen Marxisten fanatisch verfochtenen materialistischen Geschichtsauffassung. Die Weltrevolution kann vom Bolschewismus so wenig „aufgegeben“ werden, wie vom Nationalsozialismus der Kampf für Volk und Nation.

3.) Der Bolschewismus sei abzulehnen, weil er asiatisch sei.

Wir kämpfen zusammen mit der asiatischen Macht Japan gegen den jüdischen Bolschewismus.

4.) Der Bolschewismus sei ein „Mongolensturm aus Asien“.

Er ist nicht ein Sturm der Mongolen, sondern eine Aktion der Juden. Die Mongolen werden von den jüdischen Sowjetgewaltigen unterdrückt und sind ihre Feinde.

5.) Der Bolschewismus sei „ostisch“:

Der Bolschewismus, wie wir ihn in Berlin und im Ruhrgebiet erlebt haben oder wie er sich heute in Spanien zeigt, ist nicht um ein Haar anders oder besser als der in Russland.

6.) Der Bolschewismus sei der „Geist der Steppe“.

In den Steppen Russlands wohnen die antibolschewistischen Kosaken, Türken und Mongolen. Die Steppengebiete Süd- und Nordamerikas haben keinen Bol-

schewismus hervorgebracht. Der Bolschewismus ist nicht die Ausgeburt der Steppen, sondern des Ghetto und des großstädtischen Asphaltes.

7.) Der Bolschewismus sei eine „Idee“ oder eine „Weltanschauung“.

Er ist organisiertes Verbrechen.

8.) Der Bolschewismus sei eine Form des „Sozialismus“.

Nirgends in der Welt ist der Lebensstandard des Arbeiters so niedrig und die Demütigung und Versklavung des Arbeiters so groß wie in der Sowjet-Union. Der Bolschewismus ist antisozialistisch.

Solche intellektuellen Ansichten können nur bei Menschen entstehen, die den Bolschewismus nicht in der Kampfzeit Auge in Auge kennengelernt haben. Diese Meinungen führen zur Verwirrung und schwächen die Einheitlichkeit des Kampfes.

IV.

Inhalt der antibolschewistischen Propaganda.

Die gesamte antibolschewistische Propaganda lässt sich in zwei Hauptaufgaben zerlegen:

1.) Es ist zu beweisen, dass der Bolschewismus nicht auf Russland beschränkt ist, sondern die Weltrevolution in allen Ländern der Erde erstrebt, dass er somit nicht die interne Angelegenheit eines Staates ist, sondern eine Weltgefahr und der Weltfeind.

2.) Es ist zu beweisen, dass in den Gebieten, in denen der Bolschewismus zur Herrschaft gelangt ist, nicht soziale Gerechtigkeit und bessere Lebensverhältnisse herrschen, sondern im Gegenteil Zustände, die in jeder Hinsicht schlimmer sind als in den sogenannten „kapitalistischen“ Ländern.

Zu 1) (Weltrevolution):

Der Wille zur Weltrevolution ergibt sich:

a) als konsequente Schlussfolgerung aus der marxistischen Ideologie und Lehre, wie sie von Marx und Lenin entwickelt wurde, im kommunistischen Manifest ihren Niederschlag fand und von allen marxistischen Gremien immer wieder beschlossen wurde;

b) insbesondere aus den Beschlüssen der Komintern-Kongresse. Die Beschlüsse auf dem letzten Komintern-Kongress (1935) haben ihre Verwirklichung in vielen Ländern der Welt bereits gefunden;

c) aus der täglich feststellbaren Wühlarbeit der Komintern in allen Ländern der Erde.

Zu 2) (Zustände in der Sowjet-Union):

Um die Verhältnisse in der Sowjet-Union zu schildern, ist immer wieder auf folgendes hinzuweisen:

a) die ständige Hungersnot,

b) die Versklavung und Ausrottung des Bauerntums,

c) die Ausbeutung des russischen Arbeiters durch seine jüdischen Bedrücker (unvorstellbar niedrige Löhne, hohe Preise, insbesondere für Kleidung, Wohnungselend, völlige Rechtlosigkeit, Verwahrlosung der Betriebe, Fehlen von Unfallverhütungsmaßnahmen und sozialen Einrichtungen, raffiniertes Antreibersystem durch die Stachanow-Methoden, Lohnhinterziehungen, Bonzenwirtschaft usw.),

d) Vergewaltigung und Entwürdigung der Frau als Mutter und Arbeiterin. Vielfach Zwangsarbeit der Frau,

e) Zersetzung und Auflösung der Familie. Physische und sittliche Verseuchung der Jugend (Hunderttausende von verwahrlosten Kindern durchziehen zerlumpt das Land.),

f) Systematische Ausrottung des Volkstums und Vernichtungskampf gegen die Nationalitäten,

g) Vernichtung jedes Gottglaubens, jeder Religion und jeder religiösen Auffassung, Ausrottung der Geistlichen, Zerstörung der Kirchen,

h) Terror der Tscheka – GPU,

i) bei unvorstellbarem Elend des russischen Volkes – Prasserei und Bonzen-tum des jüdischen Bedrücker.

Ebenso wie die Verhältnisse in der Sowjet-Union sind die in Spanien heranzuziehen.

V.

Taktik der Propaganda.

Bei der Wahl eines der aufgeführten Propagandathemen für einen bestimmten Menschenkreis, an den man sich wenden will, hat man folgende Fragen zu stellen:

a) Welche richtigen Auffassungen kann ich bereits voraussetzen?

b) Welche falschen Auffassungen will ich besonders bekämpfen?

1.) Wenn sich der Propagandist an Ausländer wendet, so kann er bei diesen voraussetzen, dass sie über Unfreiheit und Terror in der Sowjetunion bereits unterrichtet sind. Mit diesem Thema ist deshalb zu beginnen: Was hier gesagt wird, wird der Zuhörer glauben. Was die Ausländer meist nicht wissen, was ihnen aber unter allen Umständen klargemacht werden muss, ist die Tatsache, dass von einer „Verbürgerlichung“ nicht die Rede ist und dass die Weltrevolution eine ernste und drohende Gefahr ist.

2.) Im Inlande wird das Bürgertum über die schlechten Verhältnisse meist unterrichtet sein. Die Ernsthaftigkeit der weltrevolutionären Gefahr wird aber vielfach nicht anerkannt.

3.) Der Arbeiter wird umgekehrt den Willen zur Weltrevolution nicht bestreiten, wohl aber die schlechte Lage des Arbeiters in der Sowjetunion und die Niedrigkeit des Lebensstandards usw.

4.) Allgemein ist im Inlande die Propaganda mit der Betrachtung abzuschließen, dass ohne das Eingreifen des Führers dieselben Verhältnisse in Deutschland entstanden wären, wie sie in der Sowjetunion und in Spanien vorhanden sind. Dies ist insbesondere immer wieder Pfarrern, Intellektuellen und solchen Volksgenossen vor Augen zu führen, die über den kleinen Ereignissen des Alltags die großen weltpolitischen Entscheidungen vergessen.

VI.

Propaganda-Quellen

1.) Literatur

a) Grundlegend ist und bleibt des Führers Werk „Mein Kampf“. Jeder Parteigenosse und Angehörige einer Gliederung muss die Gedankengänge kennen, die

der Führer über die Entstehung des Bolschewismus aus dem Judentum und über Wesen und Gefahr des Bolschewismus im „Kampf“ niedergelegt hat. Sie sind für die nationalsozialistische Bewegung von einem sich immer gleichbleibenden Wert.

b) Die Reden auf dem Parteitag 1935 und 1936.

c) Das antibolschewistische Schrifttum, auf das laufend hingewiesen wird, insbesondere die Produktion des Nibelungen-Verlages.

2.) Presse

Das deutsche Nachrichtenbüro bringt in verstärktem Maße Material über den Bolschewismus, insbesondere auch über das Thema „Bolschewismus und Judentum“ heraus. Im Verlag des DNB erscheint jetzt auch der „UdSSR-Dienst“ der Antikomintern, der die Selbstgeständnisse der Sowjetpresse über die Missstände in der Sowjetunion auswertet. Der „Nachrichtendienst“ der Antikomintern bringt zweimal im Monat grundsätzliches Material.

3.) Rundfunk

Der Rundfunk wird in Kürze in bestimmten Zeitabständen eine sowjetrussische Presseschau bringen, die die Selbstgeständnisse der Sowjetpresse in ähnlicher Weise ausnutzt wie der „UdSSR-Dienst“. Darüber hinaus wird der Rundfunk in Zukunft in verstärktem Maße im Dienste der antibolschewistischen Propaganda stehen.

4.) Die große Münchener Schau „Der Bolschewismus“ und der Ausstellungszug „Weltfeind Nr. 1“ bieten hervorragendes Anschauungsmaterial. Jedem Gau und jeder Gliederung der Partei steht es frei, sich vom Nibelungen-Verlag derartiges Ausstellungsmaterial zu bestellen.

5.) Bei dem deutschen Lichtbilddienst sind Lichtbildreihen über den Bolschewismus erschienen.

6.) Von der Reichspropagandaleitung wird von Zeit zu Zeit Rednermaterial herausgegeben.

VII.

Weltpolitischer Ausblick

Das Dritte Reich steht in seinem Kampf gegen den Weltfeind nicht mehr allein. Durch das deutsch-japanische Abkommen und mit [sic] Zusammenarbeit mit Italien, Österreich und Ungarn hat sich eine Einheitsfront der antibolschewistischen Staaten gebildet. Darüber hinaus beginnen sich in allen Ländern der Welt Kräfte zu regen, die sich unter der Führung Deutschlands zu einer antibolschewistischen Weltbewegung zusammenschließen wollen. Alle Völker und Persönlichkeiten der Erde stehen vor der Entscheidungsfrage, ob sie in diesem Weltkampf für oder gegen den Bolschewismus Stellung nehmen wollen.

Das deutsche Volk aber hat die große Mission, in dem Ringen gegen die Gefahr unseres Jahrhunderts an der Spitze zu marschieren und damit nicht nur sich selbst zu schützen, sondern alle Völker der Welt, ihre Kultur, ihre Zivilisation und ihre Religion, wie überhaupt alle Güter dieser Erde.

BArch, NS 43/18, Bl. 42–48.

Nr. 680
Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für
Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter in Moskau
Graf von der Schulenburg

GEHEIM
Expl. Nr. 1
[2.4.1937]

TAGEBUCH
M.M. LITVINOVS

EMPFANG SCHULENBURGS, 2. April 1937

Ich sagte dem Botschafter sofort nach seinem Eintritt, dass ich seine Bitte Gen. Molotov¹ übermittelt hätte, der mich wiederum beauftragt habe, dem Botschafter mitzuteilen, dass wir auf unsere Forderung nach Abberufung Baums bestehen müssten. Von mir aus fügte ich hinzu, je eher Baum von hier entfernt werde, desto besser. Schulenburg breitete die Arme aus und sagte, dass er dies Berlin übermitteln werde.²

Danach teilte ich Sch[ulenburg] mit, dass wir beschlossen hätten, Gen. Suric an einen anderen Ort zu versetzen, und um das Agrément für Gen. Aleksandrovskij bitten.³ Zu letzterem händigte ich dem Botschafter die biografischen Angaben aus. Der Botschafter äußerte sein Bedauern zum Weggang eines solch guten Menschen wie Suric, worauf ich sagte, dass Suric leider die Möglichkeit genommen worden sei, seine guten Eigenschaften in Berlin zur Geltung zu bringen. Hierauf teilte ich Sch. sogleich mit, dass voraussichtlich auch der Handelsvertreter Gen. Kandelaki abberufen werde, der es vorziehe, nunmehr in Moskau zu arbeiten. Offensichtlich hatten diese Mitteilungen den Botschafter überrascht.

Auf die Frage des Botschafters bezüglich der verhafteten Deutschen sagte ich, dass ich in dieser Angelegenheit beim NKVD angefragt hätte, von diesem jedoch noch keine Informationen vorlägen. Der Botschafter war derart von meiner Mitteilung über die Abberufung des Gen. Suric und des Gen. Kandelaki beeindruckt, dass er das Gespräch über die Verhafteten sofort abbrach.

Als Sch. begann, wegen des Zustandes unserer Beziehungen sein Weh zu klagen, fragte ich ihn, ob ihm etwas über die jüngsten Gespräche Schachts mit Kandelaki⁴ bekannt sei. Er sagte, dass er davon gehört hätte⁵ und breitete erneut die Arme aus, womit er unterstreichen wollte, dass da nichts zu machen sei. Der Botschafter meinte jedoch, dass die Angelegenheit nicht hoffnungslos sei. Er habe in seinem Gespräch mit

¹ Vgl. Dok. 676.

² Zur Reaktion des Auswärtigen Amtes auf diese Forderung vgl. Dok. 683.

³ Am 5.4.1937 hob das Politbüro des ZK der VKP (B) diesen Beschluss auf und fasste einen neuen über die Ernennung von Jurenev zum Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland. Vgl. das Schreiben Litvinovs an Poskrebyšev vom 7.4. mit der Bitte, einen Protokollauszug aus dem gefassten Beschluss anzufertigen. In: AVP RF, f. 05, op. 17, p. 126, d. 1, l. 155.

⁴ Vgl. Dok. 634, 671.

⁵ Am 17.2.1937 schickte von Weizsäcker an von der Schulenburg die Aufzeichnung des Gesprächs Schachts mit Kandelaki vom 29.1.1937 sowie die Kopie des Briefwechsels Schachts mit von Neurath (Dok. 640, 643). Vgl. PA AA, R 104356, Bl. 212216.

Hitler⁶ Dinge zur Sprache gebracht, über die andere nicht mit ihm zu sprechen wagen würden. Dies wäre nach Meinung des Botschafters vom Führer nicht schlecht aufgenommen worden. Ich fragte, ob die Zeitungsenten über die UdSSR, über unsere angeblichen inneren Schwierigkeiten, über den Kampf Vorošilovs gegen Stalin, die Stimmungen in der Armee und anderer Unsinn Hitler nicht beeinflussen würden. Sch. gestand ein, dass der Führer ihn tatsächlich dazu befragt habe, und er, Schulenburg, die Unsinnigkeit all dieser Gerüchte dargelegt habe. Dazu hätte Hitler angeblich bemerkt, dass auch in Bezug auf seine Person bössartige Gerüchte in Umlauf gebracht würden, beispielsweise über eine Krebsgeschwulst am Hals.

Bei der Verabschiedung wies ich Sch. nochmals auf die Notwendigkeit hin, Baum so schnell wie möglich abzuberufen.

LITVINOV

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
4 Expl. Das 1. [Exemplar] ins Archiv, das 2. an Gen. Stomonjakov, das 3. an Gen. Štern, das 4. nach Berlin.

AVP RF, f. 05, op. 17, p. 127, d. 4, l. 20–21. Original.

Nr. 681

**Aufzeichnung der Unterredung des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung
im NKID Levin mit dem Gesandtschaftsrat II. Kl. in Moskau Hensel**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

[9.4.1937]

Nr. 14408

11.IV.37¹

**AUFZEICHNUNG DER UNTERREDUNG DES Gen. LEVIN MIT DEM
RAT DER DEUTSCHEN BOTSCHAFT HENSEL, 9. APRIL 1937**

1. Hensel fragte zunächst, ob es was Neues zum Schicksal *der im November 1936² verhafteten deutschen Staatsbürger gebe. Ich antwortete, dass mir bis jetzt keine neuen Informationen vorlägen. H[ensel] erklärte, für die Botschaft werde eine äußerst schwierige Situation dadurch geschaffen, dass sich diese Angelegenheit so in die Länge ziehe. H. bemerkte, dass sich Tippelskirch dieser Tage erneut in dieser Angelegenheit an uns wenden müsse*³.

H. bat, die Übermittlung der Personalangaben einiger Verhafteter zu beschleunigen, darunter auch zum Bürger Brose. Im Zusammenhang damit teilte ich H. mit, dass Brose, wie inzwischen festgestellt wurde, bereits am 9. September 1935 sowie-

⁶ Am 15.3.1937.

¹ Die Ausgangsnummer und das Datum sind mit Tinte geschrieben.

² Vgl. Dok. 657, Anm. 14.

³ Den Text hat Litvinov mit blauem Farbstift am linken Seitenrand angestrichen.

tischer **Staatsbürger**⁴ geworden sei. H. dankte für diese Mitteilung und wies darauf hin, dass viele der Verhafteten der Botschaft – angeblich – unbekannt wären und die Botschaft deshalb für jegliche Präzisierung der Auskünfte über die verhafteten Personen dankbar sei.

2. H. bat die Antwort darüber zu beschleunigen, ob der Bürger Stein, der im Prozess gegen das antisowjetische parallele trotzkistische Zentrum als Zeuge⁵ aufgetreten sei, deutscher Staatsbürger sei. Ich versprach, Maßnahmen für eine Beschleunigung der Antwort zu ergreifen.

3. H. bat unter Berufung auf verschiedene Noten und mündliche Vorstellungen der Botschaft darum, die Antworten bei einigen Fällen verhafteter deutscher Staatsbürger zu beschleunigen (Wicklein, Panzer, Lülsdorff⁶, Ackermann, Fuhlbrügge, Trosin, Appenrodt, Geissler⁷, Jansen, Fuchs, Brüder Göring⁸, Klau⁹). Es geht um den Erhalt von Informationen bezüglich der Gesundheit, des Aufenthaltsortes der Verhafteten, um Besuche, Mitteilungen über die Ermittlungsergebnisse usw.

4. H. bat ebenso die Prüfung der Gesuche einiger sowjetischer Staatsbürgerinnen zu beschleunigen, die sich um einen Austritt aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft bemühen (Endert, Linde, Bangman, Vil'gel'm). Außerdem bat H. darum, die Prüfung einiger Streitfragen bei Vermögensangelegenheiten zu beschleunigen (Špejer und Peters, Arendt, Reetz, Werner), zudem bat er um Nachforschung bezüglich des deutschen Staatsbürgers Johann Mai.

*5. Zum Ende des Gesprächs ging es um die Übergabe von Geldmitteln an die im November 1936 verhafteten deutschen Staatsbürger. Ich sagte H., dass die Frage einer Geldübergabe negativ beschieden worden sei. H. antwortete mir erregt, er bitte sehr darum, unseren Standpunkt zu überprüfen, da anderenfalls die deutsche Presse diese Angelegenheit zweifellos zum Anlass nehmen werde, eine breite Kampagne zu eröffnen. Ich antwortete H., dass Angriffe gegen uns absolut unbegründet seien. Wir würden alle erforderlichen Maßnahmen für die Erfüllung der Forderungen^{*10} der Botschaft ergreifen, die sich aus den Beschlüssen der Verträge¹¹ ergäben. Was die Bitte der Botschaft nach Übergabe von Geld an die Verhafteten betreffe, so hätten wir in dieser Frage keinerlei verbindliche Verpflichtungen. Es sei natürlich, dass diese Frage nach Ermessen der Gefängnisleitung entschieden werde. Die Botschaft habe uns dabei auf keinerlei Fakten hingewiesen, die darauf schließen ließen, dass die Verhafteten irgendetwas benötigten.

GEHILFE DES LEITERS DER 2. WESTABTEILUNG

Levin

⁴ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁵ Die Vernehmung von A. Stein erfolgte am 26.1.1937 in der Morgensitzung des Gerichts unter Zuhilfenahme eines Dolmetschers. Vgl. *Process antisovetskogo trockistskogo centra* (23–30 janvarja 1937 goda); *sudebnyj otčet* (Prozess des antisowjetischen trotzkistischen Zentrums; Gerichtsbericht), Moskva 1937, S. 116–119.

⁶ Louise Lülsdorff wurde trotz Ausbürgerung aus Deutschland 1938 im Jahr 1940 nach Deutschland ausgewiesen.

⁷ Martin Geissler wurde im Dezember 1939 nach Deutschland ausgewiesen.

⁸ Wjatscheslaw Göring wurde im September 1939 nach Deutschland ausgewiesen.

⁹ Adolf Robert Klau wurde im März 1938 entlassen, erneut verhaftet und im Januar 1940 nach Deutschland ausgewiesen.

¹⁰ Der Text ist von Litvinov mit blauem Farbstift angestrichen.

¹¹ So im Dokument; gemeint sind Vertragsbestimmungen.

Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1268 vom 11.4.1937.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl. Das 1. [Exemplar] an Gen. Litvinov, das 2. nach Berlin, das 3. zu den Akten.

AVP RF, f. 05, op. 17, p. 130, d. 41, l. 17–18. Kopie.

Nr. 682

**Schreiben des Gehilfen des Leiters der 2. Westabteilung im NKID Levin an
den 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Berlin Gnedin**

GEHEIM

Expl. Nr. 2

11. April 1937

UdSSR NKID
2. Westabteilung
Nr. 14407¹

AN DIE
BEVOLLMÄCHTIGTE VERTRETUNG
DER UdSSR IN DEUTSCHLAND
Gen. E.A. GNEDIN

Lieber Evgenij Aleksandrovič,

*1. Wir erachten es als unzweckmäßig, irgendjemanden aus Deutschland zum Theaterfestival² einzuladen. Von den Personen, die gegenwärtig eine bedeutende Position einnehmen, würde wahrscheinlich sowieso niemand kommen. Personen jedoch einzuladen, die oppositionell eingestellt sind, scheint nicht angebracht zu sein, weil ihnen eine Einladung vielleicht nur schaden könnte*³, wie Sie dies in Ihrem Schreiben richtig bemerken. Etwas anderes ist es, wenn Intourist den Wunsch äußert, namhafte, im Ausland lebende deutsche Theaterschaffende einzuladen. Gegen deren Anreise werden wir unsererseits prinzipiell nichts einzuwenden haben. Selbstverständlich muss Intourist jede Einladung mit dem dafür Zuständigen abstimmen.

2. Mich suchten nacheinander der Vater und die Mutter des in Deutschland verhafteten sowjetischen Staatsbürgers Lur'e⁴ auf. Sie sind mit unserem Vorgehen nicht so recht zufrieden, da sie meinen, dass wir uns für die Befreiung ihres Sohnes nicht aktiv genug einsetzen würden. Natürlich haben sie von unseren Möglich-

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

² Das V. sowjetische Theaterfestival fand in Moskau vom 1. bis 10.9. und in Leningrad vom 11. bis 15.9.1937 statt.

³ Der Text ist von Litvinov am linken Seitenrand mit blauem Farbstift angestrichen.

⁴ Vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933 bis 1941, Bd. 1, Dok. 324, S. 901 sowie Dok. 608 im vorliegenden Band.

keiten nicht ganz richtige Vorstellungen, andererseits ist ihre Beunruhigung durchaus verständlich. Aus diesem Grund habe ich ihnen geduldig und ausführlich erläutert, wie es um diese Angelegenheit bestellt sei, und sagte, dass Sie nach Ihrer Rückkehr aus Moskau erneut im Auswärtigen Amt waren und Besuchserlaubnis und Information über den Stand des Falles Lur'e forderten. Ich versprach den betagten Eltern Lur'es, dass Sie sich, falls Sie bei Eintreffen dieses Schreibens noch keine Antwort vorliegen hätten, erneut an das Auswärtige Amt mit genau den gleichen Forderungen wie beim letzten Mal wenden würden.

Ich wende mich an Sie mit der Bitte, im Sinne dieses Versprechens vorzugehen. Die Eltern Lur'es verfügen über private Informationen, wonach es angeblich nicht beabsichtigt sei, den Fall ihres Sohnes vor Gericht zu bringen, und er aus der Haft entlassen werden soll. Wenn dem tatsächlich so ist, könnte Ihre Intervention möglicherweise den Entscheidungsprozess in dieser Angelegenheit beschleunigen. Außerdem dürfen wir natürlich unsere Forderungen hinsichtlich der Haftsachen nicht weniger energisch vortragen, als dies die Deutschen in Moskau tun. Ich wäre Ihnen sehr für eine baldige Mitteilung über die Ergebnisse Ihrer Verhandlungen verbunden.

3. In Ihrem Brief vom 1. April Nr. 81/46 schreiben Sie, dass sich die Bevollmächtigte Vertretung aufgrund des Schreibens der [2. West]Abteilung, welches während Ihrer Abwesenheit eingegangen, jedoch in der Bevollmächtigten Vertretung nicht erhalten geblieben sei, an sehr viele verschiedene deutsche Fachgesellschaften mit der Bitte gewandt habe, Angaben zu deren Tätigkeit zu übermitteln. Die eingegangenen Antworten seien recht unterschiedlich ausgefallen, was Sie dazu veranlasst habe, die Anfragen zeitweilig einzustellen, und uns um Aufklärung zu bitten. Wie aus Ihrem Schreiben ferner ersichtlich ist, betrachten einige Gesellschaften, die Materialien übermittelt haben, Ihre Anfragen an sie auch als einen Versuch zur Wiederherstellung der Kontakte, die sie verloren hatten. Andere Gesellschaften würden Sie mit diversen konkreten Fragen überhäuften.

Mit der Einstellung der Anfragen haben Sie völlig richtig gehandelt. Diese Angelegenheit beruht ohnehin auf einem Missverständnis. Am 26. Oktober des vergangenen Jahres hat die Abteilung der Bevollmächtigten Vertretung tatsächlich mitgeteilt, dass die Kommission zur Unterstützung der Wissenschaftler beim SNK der UdSSR⁵ Auskünfte über das politische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Profil einer Reihe ausländischer wissenschaftlicher Gesellschaften zu erhalten wünsche, mit denen sowjetische Wissenschaftler in Kontakt stehen. Die Abteilung bemerkte dabei, dass eine Reihe der Gesellschaften, die in der der KSU zugestellten Liste aufgeführt seien, aller Wahrscheinlichkeit nach heute bereits pseudowissenschaftlichen Charakters seien. Die Abteilung hat die Bevollmächtigte Vertretung trotzdem darum gebeten, Materialien zuzusenden, die die Tätigkeit der entsprechenden Gesellschaften charakterisierten. Von irgendeinem Auskunftersuchen an diese Gesellschaften konnte und kann auch deshalb nicht die Rede sein, weil es selbstverständlich zwecklos wäre, sich an sie zu wenden,

⁵ Die Kommission zur Unterstützung der Wissenschaftler beim SNK der UdSSR (Kommissija sodejstvija učenym pri SNK SSSR – KSU) wurde am 3.5.1931 gegründet und am 16.11.1937 aufgelöst.

da sie sich selbst eine politische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Einschätzung ausstellen würden. Es war selbstredend gemeint, dass sich die Bevollmächtigte Vertretung die benötigten Angaben zu diesen Gesellschaften selbst beschafft.

Somit muss Ihre Entscheidung, die Anfragen einzustellen, auch für die nächste Zeit in Kraft bleiben. Zugleich ist unbedingt darauf zu verweisen, dass wir über keine Möglichkeiten verfügen, zwischen deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften und entsprechenden sowjetischen Organisationen ****zu vermitteln****⁶. Deshalb sollten alle Anfragen der deutschen Gesellschaften, über die Sie schreiben, direkt an die entsprechenden sowjetischen Organisationen gerichtet werden.

Was die eingangs aufgeworfene Frage hinsichtlich der Einschätzung der Gesellschaften betrifft, so ist es angesichts der Gleichschaltung in vielen Fällen allerdings überaus schwer, über die eine oder andere Gesellschaft etwas zu sagen. Meiner Meinung nach kann diese Angelegenheit unter praktischem Gesichtspunkt in folgender Weise gelöst werden:

Es wäre gut, wenn Sie ermitteln könnten, welche Gesellschaften besonders anrücklich sind und welche sich mehr oder weniger anständig verhalten. Ich denke, dass sich die KSU mit diesen Informationen zufriedengeben würde. Wir würden dann der KSU erklären, dass es in Deutschland verständlicherweise keine wissenschaftlichen Gesellschaften gebe, die eine von den Hitlerleuten unabhängige Linie verfolgten, die einen Gesellschaften sich jedoch verhältnismäßig anständig verhielten, andere aber eher anruchiger Natur seien.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Levin

Oben rechts befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1269 vom 11.4.1937.

*Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt: 3 Expl. Das 1. [Exemplar] an die Adresse, das 2. *an Gen. Litvinov*⁷, das 3. zu den Akten.*

AVP RF, f. 05, op. 17, p. 130, d. 41, l. 19–21. Kopie.

⁶ Das Wort ist mit Tinte über den durchgestrichenen Text „uns in die Beziehungen einzumischen“ geschrieben.

⁷ Mit Tinte unterstrichen.

Nr. 683
Telegramm des Leiters der Presseabteilung im AA Aschmann an
die Botschaft in Moskau

Telegramm
Entzifferung

Berlin, den 12. April 1937, 16 Uhr 30
Eing. Moskau, den 12. April 1937, 20.30

Telegramm Nr. 40 vom 12. April
Auf Privatbrief an Herrn Reichsminister

Mit Rückziehung Baums einverstanden, falls diese als freiwilliger Akt und erst nach Ablauf gewisser Zeit erfolgt. Voraussetzung wäre, dass Nachfolger Stein ohne Umschweife akzeptiert wird und Außenkommissar bestimmte Zusicherungen wegen Behandlung inhaftierter Deutscher macht. Bitte deshalb zunächst noch drahten, wieweit Russen hinsichtlich Liquidierung Verfahrens Verpflichtungen übernehmen wollen, wenn wir Baum abberufen lassen. Besonders wichtig, dass Zahl baldigst Auszuweisender möglichst groß und sonstige Verfahren schnellstens durchgeführt werden.¹

Aschmann

Gefertigt in 2 Exemplaren: 1) z. d. Sachakten A, 2.) zur chronol. Sammlung. Dies ist Nr. 1.

Auf erstem Blatt oben: A/802. Unten: p.n. Ich habe H. Lewin die von Litwinow gewünschten Angaben über Wilm Stein telefonisch übermittelt. T[ippelskirch] 13/4.

PA AA, Moskau 269, Bl. E 541713-541714.

¹ Im Anschluss folgt eine ausführliche handschriftliche Notiz Schulenburgs: „Erl[edigt] 13.4.37: Heute 3 ½ Uhr mit Litwinow besprochen. Er gestand ohne weiteres zu, dass Abberufung B[aum]s als freiwillig erscheinen solle und dass H[err] B. hier ruhig sein Eigentum liquidieren könne. Nachfolger werde sicher ohne weiteres akzeptiert werden, falls gegen seine Person keine besonderen sowjetischen Bedenken. Auf meine Bemerkung, in Berlin werde daran gedacht – sicher sei es noch nicht – Herrn Stein-Warschau hierher zu senden, bat L. um nähere Angaben über H. Stein sowie darüber, ob er nur Presseattaché oder daneben auch DNB-Vertreter sein werde. Ich erwiderte, letzterer Punkt werde in Berlin noch erwogen.“

Endlich bat ich H. Litwinow dafür zu sorgen, dass nunmehr unsere Angelegenheit der November-Verhaftungen endgültig und befriedigend geregelt werde. L. versprach sofort mit H. Jeschow zu sprechen, er ließ durchblicken, dass er hoffe, etwas zu erreichen.

Ich habe mich über die Zurückweisung unserer Geldsendungen beschwert. H. L. versprach, auch diesen Punkt mit H. Jeschow zu besprechen. Ebenso habe ich darauf hingewiesen, dass anscheinend die Voruntersuchung beendet sei u. dass wir demnach nun die Leute sehen müssten. Auch dies versprach H. L. Jeschow gegenüber vorzubringen. Schulenburg.“

Nr. 684

Schreiben des Vorsitzenden von Sojuzpromëksport Kolmanovskij an
den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov und den
Stellv. Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Antipov

[nicht später als 13. April 1937]¹

13/IV²

AN DEN
SNK DER UdSSR
Gen. V.M. MOLOTOV
Gen. N.K. ANTIPOV

ZUR WIRTSCHAFTLICHEN DIVERSION
GEGEN DEUTSCHLAND UND JAPAN

Auf dem Gebiet des Außenhandels verfügen wir über bedeutende Möglichkeiten, die wir für die Schwächung und Untergrabung der Wehrfähigkeit der Länder einsetzen könnten, die der Sowjetunion feindlich gesonnen sind.

*Die Untergrabung*³ der Wehrfähigkeit Deutschlands und Japans (das am verwundbarsten ist) kann mittels einer wirtschaftlichen Diversion bei defizitären strategischen Rohstoffen umgesetzt werden und *basiert*⁴ auf der Ausnutzung folgender Faktoren:

1. Die gewaltige Importabhängigkeit Japans und Deutschlands bei strategischen Rohstoffen bedingt eine äußerste Verwundbarkeit ihrer Wehrfähigkeit (für Japan in einem außerordentlichen Maße aufgrund seiner extremen Armut an strategischen Rohstoffen).

2. Der steigende Bedarf an einigen strategischen Rohstoffen auf dem Weltmarkt (Roheisen, Eisenerze, Eisenschrott usw.).

3. Unsere Vorteile, die sich aus dem Außenhandelsmonopol ergeben, das stetige Wachstum der Industriekapazität und der gewaltige Rohstoffreichtum, der unsere wirtschaftliche Stärke und Unabhängigkeit bedingt (wir könnten auch einige spezielle zusätzliche Möglichkeiten ausnutzen, die sich aus den von uns abgeschlossenen internationalen Abkommen zu Kalium usw. ergeben).

Eine wirtschaftliche Diversion beim Import von defizitären strategischen Rohstoffen könnte durch Maßnahmen durchgeführt werden, die direkt oder indirekt die Versorgung Japans und Deutschlands mit einzelnen Rohstoffarten einschränken bzw. stören.

Eine erfolgreiche Umsetzung dieser Maßnahmen kann für Japan und Deutschland neue, zusätzliche Schwierigkeiten und Störungen in der Rüstungsproduktion, zur Stilllegung von Rüstungsbetrieben, ein Schrumpfen der Vorräte an strategi-

¹ Das Dokument ist nach dem frühesten mit Bleistift ausgeführten Vermerk auf der beglaubigten Kopie datiert, der aller Wahrscheinlichkeit im Sekretariat Molotovs gemacht worden ist.

² Das Datum ist mit Tinte geschrieben.

³ Das Wort ist mit Tinte unterstrichen.

⁴ Das Wort ist mit Tinte unterstrichen.

schen Rohstoffen und an Valuta, eine weitere Zunahme der Währungsschwierigkeiten usw. heraufbeschwören.

Dabei werden sich alle beabsichtigten Maßnahmen in den Rahmen üblicher Handelsoperationen unter dem Aspekt des kapitalistischen Welthandels einpassen, ohne einen Grund für Mutmaßungen über unsere tatsächlichen Absichten zu liefern (vgl. Anlage, Punkt VI)⁵.

Das kann besonders eindrucksvoll an einigen Beispielen defizitärer strategischer Rohstoffe gezeigt werden: bei Japan in erster Linie bei Roheisen, dem wichtigsten Faktor für die Rüstungen, sowie auch bei Kalium, einem strategischen Chemierohstoff.

Auf Deutschland bezogene konkrete Maßnahmen bei anderen strategischen Rohstoffen sind in der Anlage zum Schreiben angeführt (Anlage, Punkt V⁶).

Bei ROHEISEN. Japan verspürt angesichts des starken Zurückbleibens der Produktion von Roheisen im Vergleich zur Stahlproduktion (1936 wurden 5,2 Mio. Tonnen Stahl und 2,2 Mio. Tonnen Roheisen erzeugt) einen großen Mangel an metallischen Rohstoffen.

Japan musste im Jahr 36 zwecks Sicherstellung des Stahlprogramms über 1 Mio. Tonnen Roheisen, 1,3 Mio. Tonnen Metallschrott und 3,6 Mio. Tonnen Eisenerze importieren. Die hauptsächlich, faktisch einzigen Importeure⁷ für Roheisen nach Japan (Mandschukuo nicht mitgerechnet) waren 1936 die UdSSR (364 Tsd. Tonnen) und Britisch-Indien (375 Tsd. Tonnen). Faktisch belegte jedoch die UdSSR 1936 hinsichtlich des Verkaufs von Roheisen an Japan den ersten Platz, weil vom 6.XII.35 bis zum 6.XI.36 die UdSSR 435 Tsd. Tonnen Roheisen an Japan verkaufte. Die Verzögerung im Verlaufe der letzten Monate bei neuen Verkäufen von sowjetischem Roheisen nach Japan führte unter den Bedingungen eines allgemeinen Roheisenhungers (vgl. Anlage, Punkt III) zu Versorgungsengpässen, sogar zum Stillstand bei einer Reihe von Stahlwerken und zu einem weiteren sprunghaften Preisanstieg für Importroheisen: die Preise für Importroheisen stiegen in Japan in den letzten 2–3 Monaten bereits um das Doppelte an (vgl. Anlage, Punkt IV). Für Japan kann aufgrund des gewaltigen Importaufkommens bei metallischen Rohstoffen und der Geringfügigkeit seines Goldvorrates (540 Mio. Yen) bei gleichzeitiger passiver Handelsbilanz eine abrupte Verteuerung des Roheisens und des Metallschrotts zu sehr ernsten Folgen führen, bis hin zu einem vollständigen Verbrauch seines Goldvorrates. So müsste Japan bei den bestehenden, bereits jetzt gestiegenen Preisen für den Import von Metallrohstoff im Jahr 1937, selbst bei seiner Einfuhr im gleichen Umfang wie 1936, über die Hälfte seines gesamten Goldvorrates einsetzen. Damit jedoch nicht genug. Es ist mit einem weiteren Preisanstieg, wachsendem Bedarf an Roheisen sowie einem zunehmenden Import von Stahlerzeugnissen zu rechnen.

⁵ Die Anlage zum Schreiben (RGAÉ, f. 413, op. 12, d. 2457, l. 136–141) wird nicht veröffentlicht.

⁶ In Punkt V der Anlage wurde u. a. ausgeführt: „In Bezug auf Deutschland sind die wesentlichsten importierten strategischen Rohstoffarten (die nicht auf synthetischem Wege ersetzt werden können), auf deren Belieferung wir direkt oder indirekt Einfluss durch eine maximale Beschränkung und Desorganisierung nehmen könnten, Eisenerz, Manganerz und Phosphate.“ In: Ebenda, l. 139.

⁷ So im Dokument, es müsste Exporteure heißen.

Falls neben der Einstellung des Exports von sowjetischem Roheisen nach Japan eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt wird, die indirekt eine maximale Einfuhrbegrenzung von Roheisen aus anderen Ländern (in erster Linie aus Britisch-Indien) nach Japan begünstigt, so könnte auf diesem Wege der japanischen Stahl- und Rüstungsindustrie ein höchst empfindlicher Schlag versetzt werden.

Eine der Maßnahmen, die indirekt eine Reduzierung (und vielleicht sogar eine Einstellung) des Exports von indischem Roheisen nach England fördern könnte, besteht in einem Verkaufsstopp unseres Roheisens nach England, welches im Zusammenhang mit dem erweiterten Rüstungsprogramm einen akuten Bedarf an Roheisen hat.⁸ Dies wird in der Praxis durch einige Maßnahmen der englischen Regierung bestätigt, Privilegien für den Import von Roheisen aus Britisch-Indien nach England zu schaffen (vgl. Anlage, P. I).

In der Anlage (P. II) sind die möglichen Maßnahmen zu einer Beschränkung der Versorgung Japans mit Roheisen aus anderen Ländern dargelegt – ein Abkommen über eine Preiskonvention und über eine Aufteilung der Märkte mit den europäischen Roheisenproduzenten und anderes mehr.

Rechnet man das wachsende Defizit an Eisenschrott (bei einem Import Japans von 1,3 Mio. Tonnen), ein Ausfuhrverbot von Eisenschrott aus Deutschland, Frankreich, Schweden, von Blechschrott aus Amerika und anderes zu dem hinzu, so wird deutlich, in welchem Maße, insbesondere bei entsprechenden und rechtzeitigen Maßnahmen von unserer Seite, eines der entscheidenden Teilgebiete der Wehrfähigkeit Japans, und zwar seine Versorgung mit metallischen Rohstoffen, verwundbar ist.

Eine erfolgreiche Umsetzung der wirtschaftlichen Diversion auf diesem Gebiet kann zur Stilllegung von einer Reihe von Rüstungsbetrieben Japans und zu einem Aufbrauchen seiner metallischen Rohstoffe und der Valuta führen sowie die Möglichkeit dafür schaffen, Japan bei einem Krieg noch größere Schläge in dieser Richtung zuzufügen.

Bei KALIUM. Als ein weiteres Beispiel dafür, dass wir gegenwärtig über besondere Möglichkeiten verfügen, die Versorgung Japans mit defizitären strategischen Rohstoffen zu erschweren und insbesondere seine Pyrotechnik zu behindern, kann Kalium angeführt werden. Kalium ist der Ausgangsrohstoff für die Herstellung einer Reihe von chemischen Erzeugnissen von militärischer Bedeutung, so von Bertholetsalz, dem Grundstoff für die Herstellung von Pyrotechnik, und von Ätzkali, dessen Herstellung mit der Gewinnung von Chlor einhergeht. Japan geht daran, die Grundlage für seine Pyrotechnik für den Kriegsfall auszubauen und forciert die Produktion von Bertholetsalz sowie von Ätzkali usw., indem es für diese Produkte ein Export-Dumping entwickelt und damit der deutschen Industrie Schaden zufügt, die Hauptexporteure für Ätzkali und Bertholetsalz auf dem Weltmarkt ist.

Wir haben ein Abkommen mit dem französisch-deutschen Kaliumsyndikat, das faktisch eine Monopolstellung bei Kalium auf dem Weltmarkt einnimmt. Einerseits ist es uns gelungen, das Interesse des Kaliumsyndikats an einem Abkommen mit uns zu wecken (wobei wir es über unsere tatsächlichen Exportmöglichkeiten in die Irre geleitet haben), und andererseits die bestehenden Widersprüche zwischen

⁸ Der Satz so im Dokument.

der deutschen und japanischen Industrie beim Export von Erzeugnissen der Kaliumverarbeitung auszunutzen, damit das deutsche Syndikat darauf verzichtet, neue Werke mit Kalium, die Ätzkali herstellen, zu beliefern (mit Ausnahme der Industrie der UdSSR, Frankreichs und Deutschlands).

Es ist erforderlich, das Kaliumsyndikat (darunter auch den französischen Teil) dazu zu bringen, der Belieferung anderer Betriebe der chemischen Industrie Japans, die Chlor-Kalium verarbeiten, ähnliche Beschränkungen aufzuerlegen, insbesondere betrifft dies Bertholetsalz, welches der Grundstoff für die Pyrotechnik ist.

Die angeführten Beispiele schöpfen natürlich bei weitem nicht unsere Möglichkeiten aus, die Wehrfähigkeit der Länder zu untergraben, die der Sowjetunion feindlich gesonnen sind.

Bei uns befasst man sich gegenwärtig nicht mit der Analyse des Ex- und Imports von strategischen Rohstoffen und mit dem damit verbundenen Fragenkomplex. Das Narkomvneštorg hat überhaupt keine Vorstellung von dem Markt für strategische Rohstoffe, die für unsere Feinde defizitär sind, jedoch in unseren Ex- und Importplänen nicht vorkommen (Aluminium, Zink usw.).

Zu organisieren sind:

1) Eine systematische Analyse und eine ständige Zustandsbeobachtung: hinsichtlich der Ressourcen und der Marktkonjunktur bei allen strategischen Rohstoffarten, die von Deutschland und Japan importiert werden (in erster Linie derjenigen, die nicht auf synthetischem Wege ersetzt werden können; der Weltproduktion auf Länder aufgeschlüsselt, der Produktions- und Warenreserven, der Preisdynamik, der Bestandsbewegung bei Deutschland und Japan zur Deckung ihrer Versorgungsengpässe usw.).

2) Nach dem Muster der bei Roheisen ausgearbeiteten Maßnahmen ist ein operatives System von konkreten Gegenmaßnahmen zu erstellen, das darauf abzielt, die Versorgung Deutschlands und Japans mit defizitären strategischen Rohstoffen zu desorganisieren und zu untergraben.

Außerdem können sich in einer Reihe von Fällen folgende Maßnahmen als höchst wirksam erweisen.

*Wenn wir beständig die Marktentwicklung bei strategischen Rohstoffen verfolgen, können wir zu dem Zeitpunkt, wenn Deutschland und Japan bei einzelnen Rohstoffarten mit einer Nachfrage hervortreten, gleichzeitig eine künstliche Zusatznachfrage erzeugen, die zum Zwecke einer maximalen Wirkung gleichzeitig aus einigen Ländern und einigen Quellen ausgehen muss. Selbst in dem Fall, wenn im Ergebnis dessen eine geringe Menge verkauft werden sollte, kann die Wirkung einer solcherart erzeugten, plötzlich gestiegenen Nachfrage in der gegenwärtigen Vorkriegssituation und einer instabilen, ungesättigten Marktlage vielleicht sehr bedeutend sein, wie die Praxis zeigt.⁹

Eine besonders große Wirkung kann in dieser Richtung erzielt werden, wenn von Deutschland und Japan gleichzeitig eine einmalige Anfrage für eine große Menge an strategischen Rohstoffen erfolgt, die auf einen dringenden Bedarf und auf eine Erschöpfung der Reserven bei einzelnen Rohstoffarten zurückgeht. Angesichts

⁹ Der Text ist am linken Seitenrand mit Tinte angestrichen.

eines sich drastisch verschärfenden Mangels an Valuta, von dem Deutschland und Japan betroffen sind, und einer abrupten Verteuerung der Rohstoffimporte werden öfter Fälle von Engpässen eintreten. Zugleich wird eine krisenhafte Situation bei der Versorgung mit defizitären strategischen Rohstoffen entstehen, die eine fieberhafte und ungleichmäßige Nachfrage nach sich zieht. In solchen Momenten und bei gleichzeitigem Einsatz unserer Maßnahmen ist es leicht, einen Run auf die benötigten Rohstoffarten zu erzeugen, ein weiteres Anziehen der Preise, Verkaufsverzögerungen usw. durchzusetzen.

Unter den heutigen Bedingungen einer ungesättigten Vorkriegskonjunktur bei einer Reihe von strategischen Rohstoffarten, bei denen eine große Nachfrage besteht (die sich in dem Maße zuspitzen wird, je näher ein Krieg rückt), erweist sich die Vorstellung, dass Deutschland und Japan ihren Bedarf an defizitären strategischen Rohstoffen, wenn nicht in dem einen, dann in einem anderen Land decken können, in einer Reihe von Fällen als nicht richtig. Der Verkauf unseres Roheisens an Japan im Jahr 1936 ist ein anschauliches Beispiel dafür, dass man angesichts der gegenwärtigen Vorkriegssituation auf dem Weltmarkt nicht einfach „Handel treiben“ kann, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, dass die jeweiligen Im- und Exportoperationen mit den Interessen unserer Verteidigungsfähigkeit und der Untergrabung der Wehrkraft der der UdSSR feindlich gesonnenen Länder verknüpft sind (Vgl. Anlage).

Unsere Feinde erkennen die außerordentlich große Bedeutung an, die der Außenhandel für die Befriedigung unserer Verteidigungsbedürfnisse spielt. Nicht von ungefähr hat Deutschland einen Währungsdictator (Göring) ernannt.

Der Import von defizitären strategischen Rohstoffen ist ein wichtiges Element der Wehrfähigkeit Deutschlands und Japans, deren Wirtschaften auf diesem Teilgebiet eine starke Verwundbarkeit aufweisen. Deshalb ist es von unserer Seite erforderlich, den defizitären strategischen Rohstoffmarkt sowie die Maßnahmen Deutschlands und Japans zur Schließung ihrer Versorgungslücken sorgfältig, tagtäglich und umfassend zu beobachten. Parallel dazu ist ein detailliertes System unserer Gegenmaßnahmen erforderlich, um die Bemühungen Deutschlands und Japans in dieser Richtung maximal zu erschweren und zu paralysieren.

Die Umsetzung unserer Maßnahmen kann vielleicht durch die Handelsvertretung (wenn dies im Rahmen normaler Geschäftsbeziehungen liegt) sowie über Stroh- und speziell geschaffene Firmen erfolgen (die unter ausländischer Flagge wirken können, jedoch faktisch von unseren zuverlässigen und bewährten Leuten geleitet werden), wenn es beispielsweise um die Erzeugung einer künstlichen Nachfrage usw. geht.

Vorsitzender von Sojuzpromëksport

KOLMANOVSKIJ

Stimmt mit dem Original überein:¹⁰

Maschinenschriftlicher Vermerk V.M. Molotovs: an die Genossen Rozengol'c und Antipov zwecks Erörterung. V. Molotov¹¹.

¹⁰ Die Unterschrift ist nicht lesbar.

¹¹ Die Unterschrift ist mit Tinte geschrieben

Vermerk von A.P. Rozengol'c mit Tinte: an Kandelaki, Levin, M. [...] ¹², Stefanov, AR[ozengol'c].

Vermerk D.V. Kandelakis mit Tinte: an Gen. Stefanov. Legen Sie bis zum 23. April den Entwurf einer Stellungnahme vor. DVKandelaki. 20/IV1937.

Oben rechts befindet sich mit Tinte der Registrierungsvermerk: Eingangs-Nr. 165. 9/V-37.

RGAE, f. 413, op. 12, d. 2457, l. 127–132. Beglaubigte Kopie.

Nr. 685

**Auszug aus dem Vortrag des Botschafters in Moskau Graf von der Schulenburg
in der Konsul-Besprechung**

[13.4.1937]¹

Vortrag über die politische Lage

Konsuln-Besprechung vom 12. – 15. April 1937

Meinen Vortrag über die politische Lage möchte ich mit der Schilderung der wesentlichen Eindrücke meiner letzten Berliner Reise beginnen.²

Aus allen Gesprächen, die ich mit den leitenden Persönlichkeiten in Berlin gehabt habe, ging deutlich hervor, dass zwar ein großes Interesse an den Zuständen und der Entwicklung in der Sowjetunion besteht, dass aber eine Änderung des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen Deutschland und der Sowjetunion zur Zeit nicht beabsichtigt ist. Die Spannung, die sich aus der Kampfstellung zwischen Nationalsozialismus einerseits und Bolschewismus andererseits ergibt, dauert unverändert an und ist so groß, dass sie bis auf weiteres nicht zu überbrücken ist. Wie Sie alle wissen, sind die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den verflossenen Monaten ernsten Belastungsproben ausgesetzt gewesen. Bei diesen Belastungsproben ist jedoch ein sehr wichtiges Moment zu Tage getreten: nämlich der Wille der deutschen wie auch der Sowjetregierung, den Faden zwischen Berlin und Moskau nicht völlig abreißen zu lassen. Dass die Sowjetregierung, von unvorhergesehenen Ereignissen natürlich abgesehen, von sich aus zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit uns schreiten könnte, halte ich nicht für wahrscheinlich. In dieser Beziehung sind die Äußerungen Litwinows charakteristisch, die er in einer Rede vor der Völkerbundversammlung in Genf am 28. September gemacht hat.³ Nach einer Reihe unerhörter Ausfälle gegen Deutschland sagte Litwinow:

„Die Sowjet-Regierung, die den Nationalsozialismus und den Rassismus als den Todfeind aller Werktätigen und der Zivilisation selbst erachtet, predigt nicht nur keinen Kreuzzug gegen die Länder, wo diese Theorien herrschen, sondern war

¹² Der Name ist nicht lesbar.

¹ Zur Datierung des Dokuments vgl. Dok. 686.

² Darunter von Tippelskirch handschriftlich in Klammern: Es folgen ausführliche Mitteilungen des Herrn Botschafters über seinen Vortrag beim Führer sowie seine Unterredungen mit dem Herrn Reichsaußenminister, Dr. Schacht, Himmler, R[eichs]KriegsMin[ister], H[errn] Aschmann usw.

³ Vgl. Dok. 537.

bestrebt, zu ihnen dieselben normalen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten wie zu den anderen Ländern.“

Bei einer anderen Gelegenheit hat sich Litwinow ähnlich ausgesprochen, dabei aber dem Sinne nach hinzugefügt, dass er die Verantwortung für einen Abbruch der Beziehungen der anderen Seite – also uns – überlasse.

Wie wir zur Sowjet-Union stehen, dass hat der Führer und Reichskanzler in seiner letzten großen Rede vor dem Reichstag am 30. Januar 1937⁴ mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Der Führer sagte wörtlich:

„Der Bolschewismus ist eine Lehre der Weltrevolution, d.h. der Weltzerstörung. Diese Lehre als einen gleichberechtigten Lebensfaktor in Europa aufnehmen, heißt, ihm Europa auszuliefern. Insoweit andere Völker sich der Berührung mit dieser Gefahr auszusetzen belieben, unterliegt keiner deutschen Stellungnahme. Insoweit aber Deutschland selbst in Frage kommt, möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, dass wir erstens im Bolschewismus eine unerträgliche Weltgefahr erblicken, und zweitens, dass wir diese Gefahr von unserem Volke mit allen Mitteln fernzuhalten versuchen, und drittens, dass wir daher uns bemühen, das deutsche Volk gegen diese Infektion so gut als möglich immun zu machen.

Dazu gehört es auch, dass wir jede engere Beziehung mit den Trägern dieser Giftbazillen vermeiden und dass wir insonderheit nicht gewillt sind, dem deutschen Volk das Auge für diese Gefahr dadurch zu trüben, dass wir selbst über die notwendigen staatlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen hinaus engere Verbindungen damit aufnehmen. Ich halte die bolschewistische Lehre für das größte Gift, das einem Volk gegeben werden kann. Ich wünsche daher, dass mein eigenes Volk mit dieser Lehre in keine Berührung kommt. Ich will aber dann als Bürger dieses Volkes auch selbst nichts tun, was ich bei meinen Mitbürgern verurteilen muss. Ich verlange vom deutschen Arbeiter, dass er keinen Verkehr und Umgang mit diesen internationalen Schädlingen betreibt, und er soll aber auch mich niemals mit ihnen pokulieren oder zechen sehen. Im Übrigen würde jede weitere deutsche vertragliche Verbindung mit dem derzeitigen bolschewistischen Russland für uns gänzlich wertlos sein. Weder wäre es denkbar, dass nationalsozialistische deutsche Soldaten jemals zum Schutz des Bolschewismus eine Hilfspflicht erfüllten, noch wollten wir selbst von einem bolschewistischen Staat eine Hilfe entgegennehmen. Denn ich fürchte, dass jedes Volk, das auch nach einer solchen Hilfe greift, an ihr seinen Untergang findet.“

Demgemäß beschränkt sich das deutsch-sowjetische Verhältnis darauf, die notwendigen staatlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen zu unterhalten. Wir werden gut daran tun, uns vor Augen zu halten, dass die Verhältnisse und die weitere Entwicklung in der Sowjet-Union unsere ernsteste Aufmerksamkeit verdienen und mit größter Sorgfalt studiert und verfolgt werden müssen, dass aber die Haltung unserer Regierung gegenüber diesem Lande bis auf weiteres vollkommen abwartend ist. Das Stadium der Stagnation, in das die Beziehungen zur Sowjet-Union geraten sind, gilt nicht nur für das politische, sondern in letzter Zeit auch für das wirtschaftliche Gebiet, worüber Herr Hilger uns noch im Einzelnen berichten wird. Ich sehe auch keine Möglichkeit für eine Änderung dieser Lage, jedenfalls nicht, solange das gegenwärtige System hier an den Prinzipien des militanten Bolsche-

⁴ Vgl. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. I/2, S. 664–678.

wismus, an der Verbindung zur Komintern und am Programm der Weltrevolution festhält. Auf die Auswirkungen dieser Situation, soweit sie unsere Arbeit in der Sowjet-Union berühren, werde ich später im Zusammenhang mit der inneren Lage der Sowjet-Union noch zu sprechen kommen.

Ich möchte mich nun den allgemein-politischen Fragen, die uns zur Zeit interessieren, zuwenden und zunächst auf das deutsch-japanische Antikomintern-⁵Abkommen⁶, auf die spanische Frage und auf die Verhandlungen über einen neuen Westpakt eingehen.

Die Verhandlungen über das deutsch-japanische Antikominternabkommen sind in Berlin zwischen Botschafter von Ribbentrop und der japanischen Botschaft streng geheim geführt worden. Der Text des Abkommens⁶ ist Ihnen aus den Veröffentlichungen der deutschen Presse bekannt. Ausgehend von der Kampfansage des VII. Komintern-Kongresses in Moskau und im Hinblick auf den bolschewistischen Vernichtungsfeldzug in Spanien, wird durch das Abkommen eine Abwehrfront zweier starker Nationen gegen den Bolschewismus geschaffen. Das Abkommen sieht vor die gegenseitige Unterrichtung über die Tätigkeit der kommunistischen Internationale und die Durchführung der notwendigen Abwehrmaßnahmen in enger Zusammenarbeit. Bedrohte dritte Staaten werden gemeinsam eingeladen werden, ebenfalls Abwehrmaßnahmen zu ergreifen oder an dem Abkommen teilzunehmen. Für die Zusammenarbeit wird eine ständige Kommission errichtet. Das Abkommen gilt für 5 Jahre. Reichsminister Dr. Goebbels hat bei der Bekanntgabe des Abkommens die außerordentliche Bedeutung dieses Akts namens des Führers und der Reichsregierung unterstrichen und dabei zum Ausdruck gebracht, dass es sich um ein defensives Vorgehen handelt, dass das Abkommen sich gegen niemanden richtet, sondern nur den einen Sinn und Zweck hat, den Umsturzversuchen der kommunistischen Internationale ein klares und unmissverständliches Halt entgegenzusetzen. Die japanische Regierung hat anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens eine entsprechende Erklärung abgegeben und dabei den Wunsch ausgesprochen, dass sich möglichst viele Staaten den Abwehrmaßnahmen gegen die Gefahr der Komintern anschließen mögen, sowie ausdrücklich betont, dass neben diesem Abkommen Vereinbarungen anderer Art nicht bestehen und dass Japan nicht die Absicht habe, irgendeinen besonderen internationalen Block zu bilden.

Nach der uns zugegangenen Instruktion des Auswärtigen Amtes ist das deutsch-japanische Abkommen ähnlich wie die entsprechende Abrede zwischen Deutschland und Italien⁷ sowie zwischen Italien, Österreich und Ungarn⁸ lediglich eine Abwehrmaßnahme mit innerpolitischem Schutzcharakter. Etwaigen weitergehenden Kombinationen haben wir entgegenzutreten, wobei hervorgehoben werden soll, dass das Abkommen keine bündnismäßige Spitze gegen dritte Mächte hat. Entgegen umlaufenden Gerüchten ist in dem Abkommen nichts über die Lieferung von Kriegsmaterial enthalten.

⁵ Das Wort ist hinzugefügt.

⁶ Vgl. Dok. 588, Anm. 1.

⁷ Gemeint ist das deutsch-italienische Protokoll (die sogenannte „Achse Berlin-Rom“) vom 23.10.1936; vgl. ADAP, Ser. C, Bd. V/2, Dok. 624, S. 1056–1058.

⁸ Die Römer Protokolle (auch Rompakt) vom 17.3.1934 zwischen Italien, Österreich und Ungarn waren ein Konsultativpakt, der im Mai 1934 um Wirtschaftsvereinbarungen ergänzt wurde. Die Abmachungen wurden mit der Wiener Dreierkonferenz im November 1936 erneuert.

Der Abschluss des Abkommens hat überall große Beachtung gefunden. Besonders stark hat naturgemäß die Sowjet-Regierung reagiert. Ich darf hier bemerken, dass außer gelegentlichen Erkundigungen anlässlich gewisser Gerüchte in der Zeit der Verhandlungen ich hier vom Außenkommissariat niemals auf das Abkommen angesprochen worden bin. Das ist verständlich, da das Abkommen sich nach seinem Inhalt gegen die Komintern, aber nicht gegen die Sowjet-Union richtet und die Sowjets die Fiktion von der Trennung zwischen Komintern und Sowjet-Regierung krampfhaft aufrecht zu erhalten sich bemühen. Dass das Abkommen hieraus die praktische Konsequenz zieht, ist das grundsätzlich Neue und Charakteristische. Die Sowjet-Propaganda hat daher versucht, durch die Behauptung von Geheimklauseln über einen Militärvertrag, die sich gegen die Sowjet-Union richten, eine Bedrohung der Sowjet-Union und eine Gefahr für den Frieden zu konstruieren. Litwinow hat in einer seiner Reden vorgegeben, über die Existenz und den Inhalt der Geheimklauseln dokumentarisch unterrichtet zu sein. Sowjetdiplomaten in Tokio haben sogar damit gedroht, die Sowjet-Regierung würde die Geheimklauseln veröffentlichen, falls die japanische Regierung ihr Vorhandensein bei der Aussprache im Parlament bestreiten sollte. Diese Drohung ist aber bisher nicht wahr gemacht worden!

Tatsächlich hat die Sowjet-Propaganda es aber zu Wege gebracht, dass sich ein starkes Misstrauen gegen das Abkommen verbreitete. Man glaubt vielfach, dass hinter den wenigen Sätzen des Abkommens mehr steckt als darin ausgesprochen ist, dass der Kampf gegen den Kommunismus nur eine Verschleierung imperialistischer Ziele darstellt und dass dadurch ein etwa bevorstehender Krieg wieder ein Weltkrieg werden würde. [...] ⁹

Die seit dem Abschluss des Abkommens verstrichene Zeit ist zu kurz, um über seine Wirkung zu urteilen. Soviel steht schon heute fest, dass der deutsch-japanische Schritt die Anhänger der antibolschewistischen Kampffront in der ganzen Welt gestärkt hat. Demgegenüber hat aber die von den Kommunisten lancierte Volksfront-Idee seitdem keinen Abbruch erfahren und kein Staat hat bisher von sich aus den Entschluss zur Teilnahme an dem Abkommen gefasst. Es scheint, dass die Zeit hierfür noch nicht reif ist. –

Ich komme zu den Ereignissen in Spanien, augenblicklich wohl der interessantesten Frage der Außenpolitik, die uns hier in der Sowjetunion ganz besonders interessiert. Ehe ich auf die außenpolitische Seite der spanischen Wirren zu sprechen komme, möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über die Vorgeschichte und Entwicklung des Bürgerkrieges geben. [...] ¹⁰

Ich komme nun zur Haltung der einzelnen Mächte zu der Spanienfrage und beginne mit Deutschland. Unsere Linie ist vom Führer eindeutig festgelegt. Unsere Sympathien sind vollständig auf Seiten Francos, den wir auch im Rahmen des Möglichen unterstützen, wobei ausdrücklich festgelegt ist, dass eine Entsendung deutscher Truppen nach Spanien keinesfalls in Frage kommt. Alle Nachrichten der ausländischen Presse über Anwesenheit geschlossener deutscher Truppenverbände in Spanien sind frei erfunden. In Wirklichkeit befinden sich in Spanien lediglich

⁹ Ausgelassen wurden die Darlegungen über die Auswirkungen des Antikomintern-Abkommens in China und in Japan (Bl. E 667200-E 66667201).

¹⁰ Ausgelassen wurden die Darlegungen zu den innenpolitischen Ereignissen in Spanien, die zu dem Ausbruch des Bürgerkrieges führten (Bl. E 667203-667207).

eine beschränkte Anzahl von Technikern und Spezialisten für komplizierte technische Waffen.

Wir arbeiten aufs engste mit Italien zusammen, für das nach unserer Auffassung in Spanien wichtige realpolitische Interessen im Spiel stehen und dem daher auch eine stärkere Unterstützung Francos zukommt. Bei meinem letzten Aufenthalt in Berlin habe ich erneut den Eindruck gewonnen, dass wir uns nicht mehr weiter in Spanien engagieren wollen und auf eine möglichst günstige Liquidierung des Bürgerkriegs hinarbeiten. [...] ¹¹

Besonders interessant ist das Verhalten der Sowjetunion in der spanischen Frage. Hier überschritten sich zum ersten Male auf einem Gebiete, auf dem aktive Tätigkeit notwendig war, die beiden Komponenten der sowjetischen Politik. Während auf der einen Seite das Interesse der Sowjetregierung, jede internationale kriegerische Verwicklung zu vermeiden und den bürgerlichen Staaten der Welt als paktfähig zu erscheinen, eine Intervention verbot, verlangte auf der anderen Seite die Rücksicht auf die ausländischen kommunistischen Parteien ein entschiedenes Eingreifen zu Gunsten der roten Madrider Regierung. Aus diesem eigenartigen Zwiespalt erklärt sich die schwankende Haltung der Sowjetregierung. Zunächst beschränkte sich die Sowjetregierung aus ihrem politischen Ruhebedürfnis und aus außenpolitischen Erwägungen heraus auf eine Pressekampagne und die Organisation platonischer Sympathiekundgebungen zu Gunsten der Madrider Regierung. Insbesondere wurde in recht geschickter Weise herausgestrichen, dass die Generäle als Aufständische anzusehen seien und die Madrider Regierung als einzig rechtmäßige Regierung in ihrem Kampfe gegen die Aufständischen unterstützt werden müsse, um hierdurch die Schuld an den Ereignissen in Spanien von vornherein dem Faschismus in die Schuhe zu schieben. Diese vorsichtige Linie war jedoch auf die Dauer nicht durchzuhalten, da die Gefahr bestand, dass Trotzki und seine Anhänger, die von vornherein den Standpunkt einer aktiven Interventionspolitik vertraten und die Umlegung des Steuers von der Idee der Volksfront auf den Kurs der kommunistischen Revolution im Sinne Lenins forderten, zu maßgeblichem Einfluss in den ausländischen kommunistischen Parteien gelangen und damit die Stellung der von Moskau abhängigen Komintern untergraben würden. Angesichts dieser trotzkistischen Propaganda entschloss sich die Sowjetregierung bald zur Veranstaltung von Geldsammlungen innerhalb der Sowjetunion und Sendungen von Lebensmittelschiffen für das rote Spanien. Gleichzeitig hat eine sorgsam getarnte Unterstützung der roten spanischen Regierung durch Lieferung von Kriegsmaterial und Instruktoren sowie technischen Personals eingesetzt. Diese Unterstützung nahm immer größeren Umfang an angesichts der sich verschlechternden Lage der roten Truppen. Indessen hat sich das Ausmaß der Unterstützung immer in den Grenzen gehalten, die von dem Wunsche, größere außenpolitische Verwicklungen zu vermeiden, diktiert wurden. So scheinen geschlossene sowjetische Truppenteile nicht herübergesandt worden zu sein. Der Wunsch, einerseits die Ausweitung des spanischen Bürgerkrieges zu einem europäischen Konflikte als den Interessen der Sowjetunion widersprechend um jeden Preis zu vermeiden, und andererseits der Wunsch, dem Drängen der Kommunisten Genüge zu tun, war richtunggebend

¹¹ Ausgelassen wurden die Darlegungen zur Haltung Italiens, Großbritanniens und Frankreichs zum Spanischen Bürgerkrieg (Bl. E 667208-667210).

für die Schritte Moskaus im Nichteinmischungsausschuss. Die entsprechende Haltung der Sowjetregierung hat der Sowjetbotschafter Maiski im Nichteinmischungskomitee geschickt diplomatisch vertreten und sekundiert, indem er schriftlich und mündlich erklärte, dass sich die Sowjetunion an das Nichteinmischungsabkommen nicht in einem stärkeren Maße als gebunden betrachten könne als irgendeiner der übrigen Teilnehmer an dem Abkommen. Einwandfrei hat bei der Entscheidung der im Laufe des spanischen Konfliktes auftretenden Fragen die Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion zu Ungunsten der Ziele der Komintern die Oberhand behalten. Hieraus sind der Wille der Sowjetregierung, den spanischen Konflikt zu liquidieren, und der sicherlich nicht leichte Entschluss, die Nichteinmischungsabkommen zu unterschreiben, entstanden. Inwieweit hier die Erwägung ausschlaggebend gewesen ist, dass eine Fortführung der Interventionspolitik zu einem europäischen Brande geführt hätte, oder ob die Erkenntnis der technischen Schwierigkeiten einer wirksamen Intervention den Entschluss herbeigeführt hat, ist schwer zu entscheiden.

Die spanische Frage hat zum ersten Male die eigenartigen Überschneidungen in den Interessen der Sowjetregierung, der kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Komintern in Erscheinung treten lassen; vor allem aber ist der Gegensatz zwischen Stalin, dem Führer der III. Internationale, und Trotzki sowie der IV. Internationale in aller Schärfe zu Tage getreten. Die These Stalins vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande und die Trotzki von der permanenten Weltrevolution sind in Spanien zum ersten Male aus der Sphäre der theoretischen Erörterungen herausgetreten und haben sich in Kämpfe um die Macht umgesetzt. Durch diesen Gegensatz zwischen Trotzki und Stalin hat die Komintern einen neuen Gegner in der Gestalt der IV. Internationale bekommen und zwangsläufig verlagert sich damit ihr Tätigkeitsfeld.

Ich schlage vor, jetzt eine Pause von einer Viertelstunde eintreten zu lassen.
[...]¹²

Ich möchte diesen Fragenkomplex nicht abschließen, ohne die russische Einstellung dazu berührt zu haben. Das Interesse der Sowjet-Regierung ergibt sich ohne weiteres aus der Verpflichtung des französisch-sowjetischen Beistandspaktes mit den „Ausnahmeklauseln“ im Locarnovertrag beziehungsweise im neuen Westpakt. Ein neuer Westpakt, der der französisch-sowjetischen Beistandspflicht nicht Rechnung trägt, würde den französisch-sowjetischen Beistandspakt überdecken und damit wertlos machen. Ein anderer Gesichtspunkt ist der, dass die Sowjet-Politik sich immer am wohlsten gefühlt hat, wenn der deutsch-französische Gegensatz möglichst tief und gefahrenschwanger war. In der gespannten Situation nach der deutschen Rheinlandaktion predigte die Sowjet-Regierung daher die Ergreifung von Sanktionen gegen Deutschland und hat auch sonst alles getan, um die Überbrückung der Gegensätze zu verhindern. Die Sowjet-Regierung hat kein Interesse am Zustandekommen eines neuen Westpaktes, es sei denn – in Analogie des Berliner Vertrages in Verfolg des Locarno-Vertrages – im Zusammenhang mit dem berüchtigten Ostpakt. Aus der Weigerung Deutschlands, einen Ostpakt abzuschließen, schöpft die Sowjet-Propaganda ihre These über die aggressiven Absichten

¹² Ausgelassen wurden die Darlegungen über die Auswirkungen und Überlegungen nach Kündigung des Locarno-Vertrages (Bl. E 667214-667219).

Deutschlands, das im Osten freie Hand behalten wolle. Hiergegen wendet sich das deutsche Memorandum. [...]¹³

Ich möchte nun noch ein paar Bemerkungen zu der allgemein-politischen Lage sowie über die Beziehungen zwischen Deutschland und den verschiedenen uns interessierenden Staaten im Zusammenhang mit der Sowjetunion machen.

Die politische Situation wird beherrscht von den Rüstungsbestrebungen in fast allen Ländern, vor allem durch die gewaltigen Rüstungsprogramme Englands, Amerikas und der Sowjetunion. Die Rüstungsausgaben der Mächte stellen eine so schwere Last für alle Schichten der Bevölkerung dar, dass sich die Frage aufdrängt, wie lange diese Lasten ohne erhebliche Störungen getragen werden können. Schon jetzt zeigen sich die Wirkungen der Produktionssteigerung in der Kriegsindustrie durch sprunghaftes Steigen der Weltmarktpreise für alle in Betracht kommenden Rohmaterialien. Welche paradoxen Folgen das Rüstungsfieber hat, sieht man z.B. in England, wo über Kohlenknappheit geklagt wird. Im Übrigen muss das allgemeine Wettrüsten notwendigerweise zu einer Diskrepanz zwischen den Hauptmächten einerseits und allen anderen Staaten führen, die mit solchen Rüstungen nicht konkurrieren können. Was die Sowjet-Union anlangt, so ist mindestens 1/3 der Budgetausgaben für Rüstungszwecke bestimmt. Um nur eins zu erwähnen: In diesem Jahr will die Sowjet-Union auf 17.000 Flugzeuge kommen. Schon jetzt verfügt sie über die größte U-Bootsflotte der Welt. Herr Köstring und Herr von Baumbach werden hierüber noch näheres berichten. [...]¹⁴

Die Beziehungen zwischen der Sowjetregierung und Frankreich stehen nach wie vor im Zeichen einer intimen Zusammenarbeit. Die Sowjetregierung ist naturgemäß wesentlich daran interessiert, dass der französische Bundesgenosse möglichst stark ist, damit er das erforderliche Gegengewicht gegen Deutschland bilden kann. Dieser Gesichtspunkt beherrscht auch die Einstellung der maßgeblichen Männer der Sowjetregierung gegenüber den innerpolitischen Vorgängen in Frankreich. Eine Ausgestaltung des französisch-sowjetischen Beistandspaktes in militärischer Hinsicht scheint bisher trotz aller Versuche der Sowjet-Diplomatie nicht in dem gewünschten Umfange gelungen zu sein. Es mag zutreffen, wie behauptet wird, dass in maßgebenden Kreisen der französischen Armee eine gewisse Skepsis bezüglich der Aufrichtigkeit der Ziele der Sowjetpolitik, ihrer Zuverlässigkeit sowie bezüglich des tatsächlichen Wertes der Roten Armee besteht. Es kommt hinzu, dass die von Deutschland gegen das französisch-sowjetische Bündnis sowie gegen die Ostpaktpläne ins Feld geführten Argumente nicht ohne Wirkung geblieben sind und in Frankreich und in den interessierten Ländern Strömungen hervorgerufen haben, die das französische Bündnis mit den Sowjets als gefährdend ansehen und sich gegen eine Einbeziehung der Sowjetunion in das Konzert der europäischen Politik wenden.

Außerdem gewinnt die Auffassung an Boden, dass die Existenz des französisch-sowjetischen Bündnis-Vertrages ein wesentliches Hindernis für die Einbeziehung Deutschlands in die europäische Zusammenarbeit darstellt. Ich möchte an

¹³ Ausgelassen wurde ein Zitat aus dem deutschen Memorandum vom 10.3.1937 zur Westpaktfrage (Bl. E 667220-667221). Für das Memorandum vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/1, Dok. 258, S. 552–559.

¹⁴ Ausgelassen wurden die Darlegungen zum Verhältnis zwischen Großbritannien und Italien (Bl. E 667222-667223).

dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass in der internationalen Presse immer wieder Gerüchte auftauchen, die von einer bevorstehenden Verständigung zwischen Deutschland und der Sowjetunion sprechen und die Möglichkeit hierfür, insbesondere nach dem Radek-Pjatakow-Prozess, für gegeben ansehen. Ich brauche nicht zu betonen, dass nach meiner Kenntnis solche Gerüchte fehlgehen und dass sie offenbar von der Sowjetpropaganda bewusst in der Absicht ausgestreut werden, um Frankreich, England und Polen zu beeinflussen und das Interesse dieser Länder an der Sowjetpolitik wachzuhalten. [...] ¹⁵

Die Beziehungen der Sowjetunion zu Japan verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. Sie sind nach wie vor gespannt und können, wie sich ein hiesiger japanischer Diplomat kürzlich ausdrückte, nicht schlechter sein. Die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Ländern ist im verflossenen Jahre nicht größer, aber auch nicht geringer geworden. Die Sowjetunion hat sich durch Schaffung einer fernöstlichen Armee, durch Anlage gewaltiger Verteidigungsmittel, durch Anhäufung einer riesigen Menge Kriegsmaterial, durch den Bau von Straßen und Eisenbahnen, durch die Anlage von Häfen, Werften und Fabriken und auf jede andere geeignete Weise gegen einen japanischen Angriff verbarrikadiert. Inwieweit diese Stellung auch offensiv ausgewertet werden kann, lasse ich dahingestellt. Demgegenüber verstärkt Japan fortlaufend seine Rüstungen. Auch in diesem Jahre ist ein wesentlicher Teil des Budgets für Heeresausgaben bestimmt. Der japanische Kriegsminister hat kürzlich erklärt, dass die japanische Rüstung dem Stand der sowjetischen Rüstung angenähert werden soll. Über die Auswirkung des deutsch-japanischen Antikomintern-Abkommens habe ich mich bereits geäußert. Die Grenzzwischenfälle zwischen der Sowjetunion, Japan und Mandschukuo haben in letzter Zeit stark nachgelassen. Immerhin ist es bisher nicht gelungen, die aus diesen Zwischenfällen herrührenden Differenzen durch die hierfür eingesetzten Kommissionen zu regeln. Auch war es nicht möglich, an eine Verwirklichung von Plänen wie der Abschluss eines Nichtangriffspakts oder der Schaffung von entmilitarisierten Zonen heranzugehen. So stellt sich die Lage unverändert gespannt und gefährdend dar und es ergibt sich als Hinderungsgrund für den Ausbruch eines bewaffneten Konflikts lediglich die Tatsache, dass die Sowjetregierung einen Krieg nicht führen will und Japan für einen Krieg nicht gerüstet ist. [...] ¹⁶

Und nun, meine Herren, komme ich zum Schluss auf die innere Lage der Sowjetunion zurück. Das Urteil, das wir uns über die Verhältnisse und die Entwicklung in der Sowjetunion bilden, fußt zwangsläufig auf den Veröffentlichungen der Sowjetpresse. Informationsmöglichkeiten anderer Art sind infolge der weiteren Abschnürung jeglichen Verkehrs mit der einheimischen Umgebung, der allgemeinen Einschüchterung durch Verhaftungen und Prozesse und der Abwanderung der Reichsdeutschen Spezialisten kaum mehr vorhanden. Die amtlichen Vertreter der Sowjetregierung, soweit sie überhaupt wagen eine Meinung zu äußern, zeigen uns gegenüber die allergrößte Zurückhaltung. Die Mitglieder des Diplomatischen Corps

¹⁵ Ausgelassen wurden die Darlegungen über den Einfluss der Außenpolitik der UdSSR auf die Politik Skandinaviens und des Baltikums, Polens und der Staaten des Donauraumes, der Türkei und China (Bl. E 667225-667229).

¹⁶ Ausgelassen wurden die Darlegungen über die außenpolitischen Beziehungen der UdSSR mit den USA (Bl. E 667230-667231).

und die ausländischen Journalisten befinden sich kaum in einer besseren Lage. Unter diesen Umständen ist das Interesse der Botschaft an einer Aussprache mit den Leitern unserer Konsularbehörden besonders groß, zumal sich unter ihnen so langjährige und erfahrene Beobachter der hiesigen Verhältnisse befinden, wie die Herren Sommer und Großkopf. Ich möchte daher durch meine nachfolgenden Bemerkungen lediglich Anregungen geben für den sich an meinen Vortrag anschließenden Gedankenaustausch. Als die wichtigsten Marksteine der letzten innerpolitischen Entwicklung der Sowjetunion erscheinen mir folgende Ereignisse: die neue Verfassung, die Trotzlistenverfolgungen und die Beschlüsse des Plenums des Zentralkomitees der Partei, insbesondere die letzten Reden Stalins und ihre Auswirkungen. Über den Sinn und die Bedeutung der Verfassung sind wir uns wohl alle dahin einig, dass die Sowjetregierung mit der Verfassung vor allem den Zweck verfolgt hat, Eindruck auf das Ausland zu machen und die Sowjetunion in den Augen der Welt als das „demokratischste Land“ erscheinen zu lassen. Es dürfte aber klar sein, dass dies nur ein großer Bluff ist. Hierzu genügt die Feststellung, dass das allgemeine und geheime, gleiche und direkte Wahlrecht lediglich eine Fiktion ist, insofern als die zu wählenden Kandidaten ausschließlich durch die Organisationen der kommunistischen Partei aufgestellt werden. Trotzdem hat sich hier in der Bevölkerung und sogar in den Kreisen der alten Intelligenz die Auffassung verbreitet, als ob die neue Verfassung geeignet wäre, eine Änderung der Verhältnisse und eine Lockerung des Terrors herbeizuführen. Durch die Massenverhaftungen und durch die Trotzlistenprozesse sowie durch die Art der Durchführung dieser Aktion ist an die Stelle dieser Hoffnungen ein starker und nachhaltiger Stimmungsumschwung getreten.

Nachdem Stalin vermittels der Trotzlistenprozesse einen Schlag gegen die Vertreter der oppositionellen Strömungen in der Partei geführt hat, setzte er diese Politik im Rahmen des Plenums des Zentralkomitees der Partei fort. Seine Aufforderung zur schonungslosen Selbstkritik verfolgt den Zweck, alle zu treffen, die ihm oppositioneller Neigungen oder eigener Machtgelüste verdächtig schienen. Seine Absicht läuft offenbar darauf hinaus, aus der gesäuberten Partei sich ein absolut gefügiges Werkzeug zu schaffen und diese seine Plattform durch Hinzunahme dogmatisch nicht gebundener Elemente zu verbreitern. Die im Zusammenhang hiermit getroffenen Maßnahmen, wie die Durchführung der Aktivversammlungen, die Entfaltung der Selbstkritik zwecks Schaffung von Sündenböcken für bestehende Missstände und Mängel, die Entfernung missliebiger Personen (Jagoda) und anderes lassen Stalin wieder einmal als einen Meister der Demagogie erscheinen, der sich in schwierigen Augenblicken auf die Massen zu stützen versucht.

Die unmittelbare Folge dieses Vorgehens besteht in einer allgemeinen Unsicherheit und einem alles beherrschenden Misstrauen. Letzteres richtet sich vor allem auch gegen uns. Unsere Reichsdeutschen in der Sowjetunion sind von dieser Entwicklung aufs schwerste betroffen worden. Hierüber wird Ihnen Herr Hensel im einzelnen morgen berichten.

Damit möchte ich für heute schließen und darf nunmehr an Sie die Bitte richten, sich zu den aufgeworfenen Fragen zu äußern.

Auf erstem Blatt oben: Büro A z.d.A. T[ippelskirch] 16/4.

PA AA, Moskau 342, Bl. E 667193-667233.

Nr. 686
Sondermeldung der 3. Abteilung der GUGB des NKVD

Ganz geheim
 [14.4.1937]

Nr. 189831

Sondermeldung

Am 13. April d. J. begann um 10.30 Uhr in der Residenz des deutschen Botschafters SCHULENBURG in Čistij pereulok Nr. 5 eine Konferenz der deutschen Konsuln in der UdSSR.

Laut Plan wird die Konferenz bis einschließlich 15. April dauern.

Auf der Sitzung am 13. April wurden laut den zuverlässigen nachrichtendienstlichen Informationen folgende Fragen erörtert:

1) Der Informationsvortrag SCHULENBURGS über seine Reise im März d. J. nach Deutschland.¹

2) Die allgemeine politische Situation.

3) Die innenpolitische Situation in der UdSSR.

4) Fragen der Tätigkeit der deutschen Konsulate in der UdSSR.

5) Fragen zum Häftlingsaustausch.

In dem Informationsvortrag gibt SCHULENBURG laut Tagesordnungspunkt 1 einen Bericht über sein Gespräch mit HITLER.²

Bei diesem Gespräch sind laut nachrichtendienstlichen Informationen folgende Fragen berührt worden:

a) Die Entscheidung der deutschen Regierung, künftig nur Instrukteure und Militärtechnik nach Spanien zu schicken.

b) Über die wirtschaftliche Situation in Deutschland im Zusammenhang mit den ernststen Schwierigkeiten auf dem Rohstoffgebiet.

c) Zur Weisung HITLERS über die Fortführung der bisherigen Politik im Verhältnis zur Sowjetunion – keinen Bruch der Beziehungen mit der UdSSR zuzulassen und zugleich keine Schritte zur Annäherung an sie zu unternehmen.

Im Zusammenhang mit der Tagesordnung der Beratung der deutschen Konsuln am 13. April verdienen die vorgetragenen Daten darüber Beachtung, wonach im deutschen Außenministerium und in der Deutschen Botschaft die Frage erörtert wird, die von dem ehemaligen deutschen Botschafter in der UdSSR NADOLNY dahingehend aufgeworfen worden war, „irgendetwas aus den **Verhörprotokollen der deutschen Geheimpolizei der in dem *Fall der „Controll-Co.“³ 1934*⁴ Verhafteten und aus der UdSSR Ausgewiesenen*⁵ zu veröffentlichen, um die von der GPU angewandten Methoden anschaulich zu demonstrieren“.

Diese Vernehmungsprotokolle und insbesondere das Vernehmungsprotokoll des deutschen Staatsbürgers WEHRMANN, einer der Residenten der Diversions-

¹ Vgl. Dok. 685.

² Hitler empfing von der Schulenburg am 15.3.1937.

³ Zum Fall „Controll-Co.“ vgl. Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941, Bd. 1, Dok. 274, 386, 388.

⁴ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

⁵ Der Text ist mit Tinte am Seitenrand angestrichen.

und Spionageorganisation in der Ukraine, die eine Reihe von Verleumdungen hinsichtlich der damals durchgeführten Ermittlungen enthalten, haben wir *1935 auf nachrichtendienstlichem Wege⁶ erhalten.

Auf der Beratung der Konsuln am 14. April werden zwei Fragen erörtert:

- 1) Über die wirtschaftliche Lage der UdSSR.
- 2) Konsularische Fragen.

Von uns werden Schritte unternommen, eine ausführliche Information über die Beschlüsse der Beratung der Konsuln zu erhalten.

STELLV[ERTRETENDER] CHEF DER 3. ABTEILUNG DER GUGB DES NKVD
DER UdSSR KOMMISSAR DER ST[AATS]SICHERHEIT 3. RANGES

MINAEV

Vermerk N.I. Ežovs: An Gen. Stalin und Molotov schicken. Ežov.

Vermerk des Sekretärs mit Tinte: Erhalten am 17/IV.37.

Vermerk zum Verteiler: an Gen. EŽOV, Gen. AGRANOV.

Auf Kopfbogen der Dritten Abteilung der GUGB des NKVD der UdSSR geschrieben.

BArch, N 2273/29, Bl. 55–56. Original.

Nr. 687

Schreiben des Bevollmächtigten Vertreters in Berlin Suric an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov

GEHEIM

Expl. Nr. 3

16. April 1937

Bevollmächtigte Vertretung
der UdSSR in Deutschland
Berlin
Nr. 65/s¹

AN

M.M. Litvinov

Lieber Maksim Maksimovič!

1. In Gesprächen, die ausführlich und aufgeschlossener als gewöhnlich sind, verweilen ausnahmslos alle Angehörigen des diplomatischen Corps hartnäckig bei der Frage einer möglichen Änderung der sowjetisch-deutschen Beziehungen. In Berliner diplomatischen Kreisen waren Gerüchte über eine mögliche Annäherung zwischen der UdSSR und Deutschland weit verbreitet, ungeachtet entsprechender Dementis. Einige nehmen sogar an, dass bereits diesbezügliche Verhandlungen auf-

⁶ Der Text ist mit Tinte unterstrichen.

¹ Die Ausgangsnummer ist mit Tinte geschrieben.

genommen wurden, die von sowjetischer Seite streng geheim gehalten würden. Als indirekte Belege für die Glaubwürdigkeit dieser Gerüchte verweisen Angehörige des diplomatischen Corps auf die Einstellung der antisowjetischen Kampagne in der deutschen Presse und auf die veränderte Tonlage der Deutschen in Gesprächen über die UdSSR. Der tschechoslowakische Gesandte² beruft sich dabei auf sein Gespräch mit Blomberg. Der Tscheche sprach mit ihm über die im Umlauf befindlichen Gerüchte und Blomberg beließ es dabei, diese Hinweise nicht zurückzuweisen.

Die Erklärungen, die zum Thema der verbreiteten Annahmen über bevorstehende Veränderungen in der deutschen Haltung gegenüber der UdSSR gegeben werden, sind nicht so sehr für die Einschätzung der Seriosität dieser Gerüchte, als vielmehr für die Kennzeichnung der Lage Deutschlands von Interesse, wie sie sich ausländischen Beobachtern gegenwärtig darstellt.

Alle Gesprächspartner unterstreichen, dass Deutschland gegenwärtig nicht in der Lage sei, Krieg zu führen, zumindest könne es keinen Krieg gegen die UdSSR beginnen. Unterdessen wachse die Unzufriedenheit im Lande.

Somit stellen die inneren Schwierigkeiten des faschistischen Regimes eine erste Erklärung für eine eventuelle Änderung der deutschen Außenpolitik dar. Diese inneren Schwierigkeiten sind durch ein außergewöhnliches Anwachsen der inneren Verschuldung (in Höhe von 25 bis 30 Milliarden Mark) und durch eine ernste Verschärfung des Rohstoffproblems gekennzeichnet. Die Verteuerung der Weltmarktpreise, insbesondere im Zusammenhang mit den englischen Rüstungen, stellen die deutschen Wirtschaftspläne infrage. Besonders angespannt ist die Situation bei Metall, insbesondere bei Eisenerzen. In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, dass die Franzosen laut Eingeständnis von Poncet die Lage der Deutschen erneut erheblich erleichtert haben, indem sie ihnen eine bedeutende Menge an Eisenerzen im Tausch gegen Koks lieferten.

Ausländische Beobachter registrieren neben der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ein nicht zu übersehendes Anwachsen der Unzufriedenheit in verschiedenen Bevölkerungsschichten. Große Unzufriedenheit sei auch in Kreisen von Industriellen zu beobachten, die wegen des weitgehenden Eingreifens des Staates in die privatrechtliche Sphäre, der Zunahme der finanziellen Belastungen und insbesondere wegen der gewaltigen Opfer, die es aufgrund des Clearingsystems zu erbringen gilt, erregt seien.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten schlagen, mit anderen Worten, immer stärker auf die allgemeine innenpolitische Atmosphäre durch und drängen dazu, sich allgemeinpolitischer Probleme, insbesondere der Frage bezüglich der Beziehungen mit der UdSSR, anzunehmen.

Eine andere Ursache, die zur Begründung für eine mögliche Änderung der deutschen Politik gegenüber der UdSSR ins Feld geführt wird, ist die zunehmende Unzufriedenheit in der Armeeführung sowohl mit der Innen- als auch mit der Außenpolitik der Regierung. Im Zusammenhang mit dem Problem der deutsch-sowjetischen Beziehungen wird besonders die Unzufriedenheit der Reichswehr mit dem spanischen Abenteuer vermerkt. Die Deutschen meinen beispielsweise angeblich, dass die spanischen Ereignisse die Theorie von der Überlegenheit des Aggres-

² Vojtech Mastný.

sors widerlegt hätten. Die spanischen Erfahrungen würden angeblich beweisen, dass sich die verteidigende Seite angesichts der modernen Kriegsmittel gegenüber der angreifenden im Vorteil befinde. Dieser Umstand veranlasse die Reichswehr angeblich dazu, ihre gesamte Konzeption einer Überprüfung zu unterziehen. Außerdem sehe die Reichswehr in dem spanischen Abenteuer eine zu weitgehende Unterstützung für Italien, für das die Generalität keine Sympathie hege, weil Italien als ein unzuverlässiger und kampfunfähiger Verbündeter betrachtet werde.

Aber besonders beunruhigt zeige sich die Reichswehr von der Politik Englands und seinem Rüstungsprogramm.

Dies sind die grundsätzlichen Überlegungen, die von ausländischen Diplomaten ins Feld geführt werden, um zu begründen, warum sie den in Umlauf befindlichen Gerüchten über eine mögliche deutsch-sowjetische Annäherung eine gewisse Glaubwürdigkeit beimessen.

Dazu muss bemerkt werden, dass einige Teilnehmer des französischen Systems eine gewisse Unruhe an den Tag legen. Die gleiche Stimmungslage kann auch bei den Balten beobachtet werden. Diplomaten kleiner Länder befürchten offenbar, dass die UdSSR ihre Politik ändern könnte und schenken den Gerüchten über eine eventuelle Annäherung an Deutschland eine größere Glaubwürdigkeit, als ich erwartet hätte. Unter dem Aspekt unserer Interessen ist es vielleicht auch von einem gewissen Nutzen, wenn irgendjemand damit beginnt, bezüglich unserer Beziehungen mit Deutschland Alarm zu schlagen. Ich habe immer die Meinung vertreten, dass es nicht in unserem Interesse ist, an der Version hinsichtlich der Hoffnungslosigkeit der Beziehungen festzuhalten. Andererseits wäre es jedoch natürlich ^{**nicht**}³ wünschenswert, wenn unsere und auch die französischen Bündnispartner im Zusammenhang mit diesen Gerüchten in einen allzu großen Schrecken versetzt werden und auf den Einfall kommen könnten zu versuchen, uns in dieser Angelegenheit zu überholen.

2. Besonders hervorzuheben sind die Informationen über Stimmungen in der Reichswehr, die ich von einer sehr soliden Quelle erhalten habe. Die Misserfolge der deutschen Außenpolitik wie auch die inneren Schwierigkeiten haben laut diesen Informationen nicht nur die Unzufriedenheit der Reichswehr verstärkt, sondern lösen dort auch Gespräche darüber aus, dass Hitler seine Rolle gespielt habe und nunmehr zu einem Hindernis für die weitere Entwicklung Deutschlands geworden sei. Laut Mitteilung der gleichen soliden Quelle haben Goebbels und Himmler einen verzweifelten Kampf gegen die Pläne der Reichswehr aufgenommen. Es werden Schritte zur Stärkung der Rolle der SS und SA und zur Festigung der nationalsozialistischen Parteigruppen in der Armee unternommen.

Den gleichen Informationen zufolge nimmt Göring in dem akut gewordenen Kampf eine zwiespältige Haltung ein, Schacht aber unterstützt nicht nur die Generalität, sondern fungiert als Vermittler zwischen Kreisen des Militärs und der Industrie.

3. In den Gesprächen der letzten Zeit erfährt die Reise Schachts nach Brüssel⁴ eine große Beachtung. Schacht betrachtet das Handelsabkommen mit Belgien als

³ Das Wort ist über die Zeile geschrieben.

⁴ Zum Besuch Schachts in Brüssel und der dort geführten Verhandlungen vom 13. bis 15.4.1937 vgl. ADAP, Ser. C, Bd. VI/2, Dok. 316, S. 683–688.

einen Präzedenzfall für den Abschluss ähnlicher Abkommen, die Deutschland die Möglichkeit verschaffen, Rohstoffe aus den Kolonien im Austausch gegen Industriewaren zu erhalten. Dabei sollte das Abkommen mit Belgien angeblich auf der Idee des Reexports fußen.

Es steht außer Frage, dass Schacht damit rechnet, in van Zeeland ****auch****⁵ die Person zu finden, die geeignet wäre, die Rolle eines Vermittlers zu übernehmen, um den Plan eines internationalen Wirtschaftsabkommens zu verwirklichen. Diese Verhandlungen wird Schacht offenbar in Paris fortsetzen. Poncet bestätigte übrigens, dass sich Schacht zu Verhandlungen nach Paris begeben wird, wobei Poncet gleichfalls beabsichtigt, für diese Zeit nach Paris zu fahren. Es kann mit Bestimmtheit gesagt werden, dass die Verhandlungen Schachts in Paris⁶ in einem geringeren Maße die deutsch-französischen Handelsangelegenheiten und in einem größeren Umfang allgemeine wirtschaftliche Fragen ****und politische Probleme****⁷ betreffen werden.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Ja. Suric

*Vermerk D.G. Šterns mit Bleistift: an Gen. Levin, Gen. Kanter 21.IV.37 Štern.
Oben links befindet sich der Stempel des Sekretariats des Volkskommissars des NKID der UdSSR mit der Eingangs-Nr. 1517 vom 20.4.1937.
Oben rechts befindet sich der Stempel der 2. Politischen Westabteilung mit der Eingangs-Nr. 798 vom 21.4.1937.
Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
8 Expl. 7 an Gen. Litvinov, 1 [Exemplar] zu den Akten.*

AVP RF, f. 082, op. 20, p. 86, d. 4, l. 56–53. Kopie.

Nr. 688

Aufzeichnung der Unterredung des Reichsaußenministers Freiherr von Neurath mit dem Bevollmächtigten Vertreter in Berlin Suric

Berlin, den 17. April. 1937

Abschrift RM. 271

Der russische Botschafter, der mich heute aufsuchte, um sich zu verabschieden, sagte mir, dass er aus Moskau Weisung erhalten habe, auf seinem Posten zu bleiben, bis sein Nachfolger¹ aus Japan in Berlin eintreffe. Das bedeute, dass er etwa noch 6 Wochen in Berlin sich aufhalten werde.

Herr Suritz regte bei dieser Gelegenheit an, ob man nicht wieder zu weiteren Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Russland kommen könne. Russischerseits sei man dazu bereit.

⁵ Das Wort ist mit Tinte geschrieben.

⁶ Zu den Verhandlungen Schachts in Paris vom 25. bis 29.5.1937 vgl. ADAP, Ser. D, Bd. I, Dok. 72, S. 97–99.

⁷ Der Text ist mit Tinte geschrieben.

¹ Konstantin Konstantinovič Jurenev.

Als Nachfolger des nach Moskau versetzten Herrn Kandelaki soll der russische Handelsvertreter in Stockholm² nach Berlin kommen.

gez. Frhr. von Neurath

Oben: A/837. Unten handschriftlich von Tippelskirch am 26.4.: von H. v. Welck privat-brieflich erhalten, H. Botschafter (mit Abzeichnung von Schulenburg vom 27.4.) und z.d.A. Darunter: A 9 generalia.

PA AA, Moskau 213, Bl. 429306.

Veröffentlicht in: ADAP, Ser. C, Bd. VI/2, Dok. 323, S. 702.

Nr. 689

**Aufzeichnung der Unterredung des Volkskommissars für
Auswärtige Angelegenheiten Litvinov mit dem Botschafter
in Moskau Graf von der Schulenburg**

GEHEIM

Expl. 1

[17.4.1937]

TAGEBUCH

M.M. LITVINOVS

EMPFANG SCHULENBURGS, 17.IV.37

Schulenburg kam, um mitzuteilen, dass für Jurenev das Agrément erteilt ist.¹ Er fügte dem hinzu, dass er sich gut an Jurenev aus der Zeit in Persien² erinnere und über seine Ernennung erfreut sei. Ich sagte, dass Jurenev wahrscheinlich einige Wochen für die Abschiedsbesuche und für die Reise benötigen werde und Suric deshalb vermutlich noch eine Zeit in Berlin verbleibe.

Sch[ulenburg] erkundigte sich nach Stein³, und ich antwortete ihm, dass ich keinerlei Schwierigkeiten sehe, aber formal beim NKVD angefragt werden müsse. Aus irgendeinem Grund bat er nachdrücklich darum, die Antwort zu beschleunigen.

Schließlich interessierte sich Sch. natürlich für die Verhafteten.⁴ Ich sagte ihm, dass ich diese Angelegenheit verfolge, in der vom Botschafter gewünschten Richtung arbeite und damit rechne, die Haftentlassung einer erheblichen Anzahl der Verhafteten zu erwirken, denen der Prozess gemacht werden soll. Ich bat deshalb den Botschafter, mich nicht allzu sehr zu bedrängen.

LITVINOV

² Lazar' Leont'evič Nepomnjaščij.

¹ Vgl. Dok. 680, Anm. 3.

² Jurenev war von April 1925 bis August 1927 der Bevollmächtigte Vertreter der UdSSR in Persien.

³ Es handelt sich um den Nachfolger des aus der UdSSR abzubrufenden Baum. Vgl. Aufzeichnung der Unterredung Litvinovs mit Graf von der Schulenburg am 13.4.1937. In: AVP RF, f. 05, op. 17, p. 127, d. 4, l. 26.

⁴ Vgl. Dok. 657, Anm. 14.

Am Ende des Dokuments sind die Anzahl der Exemplare und der Verteiler vermerkt:
4 Expl. Das 1. [Exemplar] ins Archiv, das 2. an Gen. Potemkin, das 3. an Gen. Štern, das 4. nach Berlin.

AVP RF, f. 05, op. 17, p. 127, d. 4, l. 29. Original.

Nr. 690

Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

17. April 1937

ZSg. 102/9/239/61

Wichtig:

Herr Berndt sagte: In der letzten Zeit tauchen immer wieder Meldungen auf von angeblichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Sowjetrussland, die als reine Zweckmeldungen zu betrachten sind. Teilweise gehen sie von Sowjetrussland selbst aus, teilweise von ihm nahestehenden Kreisen oder Staaten. Der Zweck ist, jene Staaten, die noch keine diplomatischen Beziehungen zu Russland haben oder die man in die Paktsysteme einziehen will, mit dem Argument zu ködern: Sogar das nationalsozialistische Deutschland verhandelt mit uns. (Vertraulich: solche Argumente seien in Belgrad, Sofia, Bukarest und auch Warschau verwendet worden.) Dagegen muss man jetzt einmal in aller Schärfe Stellung nehmen. Das DNB wird an die Hauptschriftleiter eine Zusammenstellung solcher Auslandsmeldungen im Laufe des Tages übermitteln, die als Material für Leitartikel oder gut aufgemachte Artikel verwendet werden sollen. Erscheinen sollen diese Meldungen in der Sonntagsfrühpresse¹, oder, soweit das nicht mehr geht, in den Montagszeitungen. Das Material soll nicht einfach abgedruckt, sondern, wie schon gesagt, verarbeitet werden und, wenn möglich, noch ergänzt aus den eigenen Archiven oder durch die eigenen Korrespondenten. Wert gelegt wird auf eine recht vielgestaltige Abwehr. Zu beachten wäre dabei auch der Gesichtspunkt, dass vor Abschluss des französisch-sowjetrussischen Paktes die gleichen Behauptungen aufgestellt worden sind, und dass die Radikalsozialisten nur durch diese Argumente zur Zustimmung bewogen werden konnten. Heranziehen kann man dagegen die auf den Parteitag 1935 und 1936 gehaltenen Reden, aus denen ohne weiteres klar zu machen ist, wie blödsinnig die Behauptungen von angeblichen Verhandlungen sind. Die Auslandszeitungen mit derartigen Meldungen scheinen ihre Leser für sehr dumm zu halten. Das Ganze ist als Schwindelmanöver zu bezeichnen, wobei nicht mit scharfer Abwehr gespart werden soll. Man bittet, die ganze Abwehr mit Ironie lächerlich zu machen. Es wird auch immer wieder von geheimen Besprechungen geschrieben, etwa zwischen dem Führer und Blomberg, an denen sonst keine dritte Person teilgenommen habe; trotzdem wissen dann die ausländischen Berichterstatter den genauen Inhalt der Unterredungen. Als Stütze für die Behauptungen werden dann irgendwelche bekannten deutschen Persönlichkeiten wahllos angeführt, die angeb-

¹ D.i. 18.4.

lich der gleichen Auffassung seien, also für Verhandlungen mit Sowjetrußland stimmen sollen.

Herr Dr. Kircher bittet Herrn Schotthöfer, die Behandlung dieser Sache in die Hand zu nehmen. Das Material schicken wir im Sammelbrief, wenn es nicht direkt nach Frankfurt gehen sollte.

Veröffentlicht in: NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 5/I, S. 307.

Nr. 691

Telegramm des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Litvinov an den sowjetischen Geschäftsträger in Paris Giršfel'd und den Bevollmächtigten Vertreter in Prag Aleksandrovskij

17. April 1937

Versichern Sie unter Bezugnahme auf meinen Auftrag die Außenministerien, dass die im Ausland kursierenden Gerüchte über unsere Annäherung an Deutschland¹ jeglicher Grundlage entbehren. Zu diesem Thema haben wir mit den Deutschen keinerlei Verhandlungen geführt und führen keine², was zumindest mit unserer gleichzeitigen Abberufung des Bevollmächtigten Vertreters³ und des Handelsvertreters⁴ klar sein sollte. Offenbar sind die Gerüchte von den Deutschen oder von den Polen aus uns nicht ganz verständlichen Zielen lanciert worden. Dieses Dementi teilen Sie allen mit, die sich in dieser Frage an Sie wenden werden.

Litvinov

Veröffentlicht in: DVP, Bd. XX, Dok. 110, S. 174–175.

¹ Vgl. Dok. 687, 690.

² Vgl. die Dokumente des vorliegenden Bandes, die mit der Mission Kandelaki verbunden sind.

³ Jakov Zacharovič Suric.

⁴ David Vladimirovič Kandelaki.

IV. Abkürzungsverzeichnis

AA; A.A.	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgang
Abt.	Abteilung
a. D.; A.D.	außer Dienst
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdW	Akademie der Wissenschaften
AG; A.-G.	Aktiengesellschaft
Ank.	Ankunft
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
A.O.	Auslandsorganisation der NSDAP
APA	Außenpolitisches Amt der NSDAP
AP RF	Archiv prezidenta Rossijskoj Federacii = Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation
Arb.	Arbeits-
ASSR	Avtonomnaja Socialističeskaja Sovetskaja Respublika = Autonome Sozialistische Sowjetrepublik
Ausl.	Ausland
Ausw. Ang.	Auswärtige Angelegenheiten
AVP RF	Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii = Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg
BArch	Bundesarchiv Berlin
Bd.	Band
bearb.	bearbeitet
Betr.; betr.	Betreff; betrifft
Bl.	Blatt
Bln.	Berlin
BMI	Bjuro meždunarodnoj informacii = Büro für Inter- nationale Information
B.R.	Botschaftsrat
CA FSB RF	Central'nyj archiv federal'noj služby bezopasnosti Rossijskoj Federacii = Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation
cbm	Kubikmeter
Ch.	Chiffrier
CIK	Central'nyj ispolnitel'nyj komitet = Zentrales Exekutiv- komitee
CK	Central'nyj komitet = Zentralkomitee
CKK	Central'naja kontrol'naja komissija = Zentrale Kontroll- kommission
CU	Central'noe upravlenie = Zentralverwaltung
d.	delo = Akte
D.	Deutschland

IV. Abkürzungsverzeichnis

DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung
Demag	Deutsche Maschinenbau-Aktiengesellschaft
Derop	Deutsche Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte AG, Berlin
Deruluft	Deutsch-russische Luftverkehrs AG
Derunapht	Deutsch-russische Naphta-Importgesellschaft mbH
Dg.	Dirigent
d.h.	das heißt
d.i.	das ist
Dipagent	Diplomatičeskij agent NKID = Diplomatischer Vertreter des NKID
Dir.	Direktor
Div.	Division
d. M.; d. Mts.; d. J.	des Monats; des Jahres
DNB	Deutsches Nachrichtenbüro GmbH
Dok.	Dokument
Drahterl.	Drahterlass
Drusag	Deutsch-russische Saatbau AG
dsogl.	desgleichen
DVP	Dokumenty vnešnej politiki SSSR = Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR
DZZ	Deutsche Zentral-Zeitung
Ebd.; ebd.	ebenda
E.h.	Ehrenhalber
Eig. Korr.	eigener Korrespondent
Eing.	Eingang
ĖKO GUGB	Ėkonomičeskij otдел glavnogo upravlenija gosudarstven- noj besopasnosti = Wirtschaftsabteilung der Haupt- verwaltung für Staatssicherheit
Ėksportles	Vsesojuznoe ob-edinenie po Ėksportu i importy lesa = Allunionsvereinigung für den Ex- und Import von Holz
e. o.	ex officio = von Amts wegen
ergeb.	ergebenst
evt.	eventuell
Ew	Euer; Eurer
Expl.	Exemplar(e)
f.	fond = Bestand
Fa.	Firma
f.d.A.	für die Akten
F.d.R.	Für die Richtigkeit
Frhr.	Freiherr
GARF	Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii = Staats- archiv der Russischen Föderation
gefl.; gfl.	gefällig
Geh.; geh.	geheim
Geh. Rat, G.R.	Geheimrat
Gen.	Genosse
Gen.Dir.	Genraldirektor

Ges; GES	Gidroëlektrostantsija = Wasserkraftwerk
Ges.	Gesandter
Ges. z. Stud. Osteur.	Gesellschaft zum Studium Osteuropas
Ges.Rat	Gesandtschaftsrat
Geschr.	Geschrieben
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
gez.	gezeichnet
Glavneft'	Glavnoe upravlenie neftjanoj promyšlennosti = Hauptverwaltung für Erdölindustrie
Glavtočmaš	Glavnoe upravlenie točnogo mašinostroenija = Hauptverwaltung für den Präzisionsmaschinenbau
Glavvoenprom	Glavnoe upravlenie voennoj promyšlennosti = Hauptverwaltung für die Rüstungsindustrie
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gosbank	Gosudarstvennyj bank SSSR = Staatsbank der UdSSR
Gosgraždanstroj	Gosudarstvennyj komitet po graždanskomu stroitel'stvu i architekture = Staatliches Komitee für ziviles Bauwesen und Architektur
Gosplan	Gosudarstvennyj planovij komitet SSSR = Staatliches Plankomitee der UdSSR
Gosstrach	Gosudarstvennoe strachovanie = Staatliche Versicherung
GPU	Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie = Staatliche politische Verwaltung
GUGB	Glavnoe upravlenie gosudarstvennoj bezopasnosti = Hauptverwaltung der Staatssicherheit
GULAG	Glavnoe upravlenie lagerej = Hauptverwaltung für Lager
h. c.	honoris causa
H.Dv.	Heeresdienstvorschrift
HL	Heeresleitung
Hn.	Herrn
Hrsg.; hrsg	Herausgeber; herausgegeben
Hv	Handelsvertretung
I.G.F.I.; IG Farben	Interessen-Gemeinschaft Farbenindustrie AG
I. A.	im Auftrag
IFAGO	Industriefinanzierungsgesellschaft Ost
Inf.	Infanterie
INO	Inostrannyj otdel = Auslandsabteilung
Isw.	Izvestija
jr.	Junior
Kav.	Kavallerie
KI	Kommunistische Internationale
KiT	Kul'tura i Technika = Kultur und Technik
Kl.	Klasse
Komandarm	Komandujuščij armiej = Armeebefehlshaber
Komintern	Kommunistische Internationale
Komkor	Komandir korpusa = Korpskommandeur

IV. Abkürzungsverzeichnis

Komm.	Kommission
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPK	Komissija partijnogo kontrolja = Kommission für Parteikontrolle
KSK	Komissija sovetского kontrolja = Kommission für Sowjetkontrolle
Kuzbassugol'	Trest ugol'nych predprijatij Kuzneckogo ugol'nogo bas-sejna = Betriebsvereinigung von Kohleschachtanlagen des Kuznecker Kohlereviere
KZ	Konzentrationslager
l.	list = Blatt
Leg.Rat	Legationsrat
L. S.	Legationssekretär
M	Mark
M.A.	Marineamt
M.Att	Marineattaché
MD; M.D.	Ministerialdirektor
m. d. B.	mit der Bitte
M.d.I	Ministerium des Innern
m. E.	meines Erachtens
Mil.	Militär
Mil.Attaché	Militärattaché
Min.Dir.	Ministerialdirektor
Min.Rat	Ministerialrat
Mio.; Mill.	Million
MONO	Moskovskij otdel narodnogo obrazovanija = Moskauer Abteilung für Volksbildung
MOPR	Meždunarodnaja organizacija pomošči borcam revolucii = Internationale Organisation zur Unterstützung der Kämpfer der Revolution
MORP	Meždunarodnoe ob-edinenie revolucionnyh pisatelej = Internationale Vereinigung revolutionärer Schriftsteller
MORT	Meždunarodnoe ob-edinenie revolucionnyh teatrov = Internationale Vereinigung für revolutionäres Theater
Moskvošvej	Moskovskij švejnyj trest = Moskauer Betriebsvereinigung für Bekleidung
Mossovet	Moskovskij sovet = Stadtverwaltung Moskaus
Mostechfil'm	Moskovskaja studija tehničeskich fil'mov = Moskauer Studio für technische Filme
m. p.	manu propria = eigenhändig
MTS	Maschinen- und Traktorenstation
NKLP	Narodnyj komissariat legkoy promyšlennosti = Volkskommissariat für Leichtindustrie
NKSvjaz'; Narkomsvjazi	Narodnyj komissariat svjazi = Volkskommissariat für das Fernmeldewesen
NKVod; Narkomvod	Narodnyj komissariat vodnogo transporta = Volkskommissariat für Wassertransport

Narkomzdrav	Narodnyj komissariat zdravoochranenija = Volkskommissariat für das Gesundheitswesen
Narkomfin	Narodnyj komissariat finansov = Volkskommissariat für Finanzen
NKID; Narkomindel	Narodnyj komissariat po inostrannym delam = Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten
NKO	Narodnyj komissariat oborony = Volkskommissariat für Verteidigung
NKPS	Narodnyj komissariat putej soobščeniya = Volkskommissariat für Verkehrswesen
NKTP; Narkomtjažprom	Narodnyj komissariat tjaželoj promyšlennosti = Volkskommissariat für Schwerindustrie
NKVD; NKWD	Narodnyj komissariat vnutrennich del = Volkskommissariat für Inneres
NKVT; Narkomvneštorg	Narodnyi komissariat vnešnej trgovli = Volkskommissariat für Außenhandel
NTSNP	Nacional'no-trudovoj sojuz novogo pokolenija = Der Nationale Arbeitsbund der neuen Generation
NR; n. R.	nach Rückkehr
Nr.	Nummer
NS	nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ob. Kdo. d. Heeres	Oberkommando des Heeres
OGA SBU	Otraslevoj gosudarstvennij archiv sluzba besopastnosti Ukrainy = Staatliches Zweigarchiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine
OGPU	Ob-edinennoe gosudarstvennoe političeskoe upravlenie = Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung
OKDVA	Osobaja (Otdel'naja) Krasnoznamennaja Dal'nevostočnaja Armija = Besondere (Selbständige) Fernöstliche Rotbanner-Armee
OMS	Otdel meždunarodnoj svjazi = Abteilung für Internationale Verbindung
op.	opis' = Findbuch
o. P.	ohne Paginierung
o. p.	Osobaja papka = Sondermappe
opr(osom)	durch Befragung
O.R.R.	Oberregierungsrat
Ossoaviachim	Obščestvo sodejstvija oborone, aviacionnomu i chimičeskomu stroitel'stvu = Gesellschaft zur Förderung der Verteidigung, des Aufbaus der Luftfahrt und der Chemie.
o.U.	ohne Unterschrift
p.	papka = Mappe; Tagesordnungspunkt
p.a.	per annum/pro anno = jährlich
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
PB	Politbüro des ZK VKP (B)
Pg.	Parteigenosse
P.K.	Parteikanzlei
Pkt.	Punkt

p.n.	pro notitia = als Erinnerung
Po	Politik
pp	pergite = und so fort
p.p.	podlinnik podpisan = Original unterschrieben
pr.	praesentatum = vorgelegt
Pr.	Pravda
Pr.; preuß.	Preußen; preußisch
Prof.	Professor
Prolet.Div.	Proletarische Division
Proměksport	Ėksport promyšlennych tovarov = Export von Industriegütern
PropMin	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
Prot.	Protokoll
P.S.	Postskriptum
R	Rückseite
R.-A.	Russlandausschuss
RAM	Reichsaußenminister
Rbl.	Rubel
Ref.	Referat; Referent
resp.	respektive
RGAE	Rossijskij gosudarstvennyj archiv ėkonomiki = Russisches Staatsarchiv für Wirtschaft
RGASPI	Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii = Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGVA	Rossijskij gosudarstvennyj voennyj archiv = Russisches staatliches Militärarchiv
RK; Rk	Reichskanzler
RKI	Raboče-krest'janskaja inspekcija = Arbeiter- und Bauerninspektion
RKKA	Raboče-krest'janskaja Krasnaja armija = Rote Armee der Arbeiter und Bauern
R.K.M.	Reichskriegsministerium, Reichskriegsminister
RKP (B)	Rossijskaja kommunističeskaja partija (bol'ševikov) = Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki)
RM	Reichsmark
R.M./RM	Reichsminister
R.M.f.E.u.L.	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
RMVP	Reichsminister/Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RNSD	Rossijskoe nacional'noe i social'noe dviženie = Die Russische nationale und soziale Bewegung
R.R.	Regierungsrat
ROND; Rond	Rossijskoe osvoboditel'noe nacional'noe dviženie = Russische nationale Befreiungsbewegung
ROVS	Rossijskij Obšče-Voinskij Sojuz = Der Russische allgemeine Frontkämpferbund
RSDRP	Rossijskaja social-demokratičeskaja rabočaja partija = Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei

RSFSR	Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika = Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
Ru	Russland
RU	Razvedyvatel'noe upravlenie = Verwaltung für militärische Aufklärung
R.V.St.	Russische Vertrauensstelle
RWM; R.Wirt.Min.	Reichswehrministerium; Reichswirtschaftsministerium
Rw. Min.	Reichswehrminister
s; ss	sekretno = geheim; soveršenno sekretno = ganz geheim
SA; S.A.	Sturmabteilung
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
Ser.	Serie
SNĖ; Sojuzneftěksport	Vsesojuznoe ob-edinenie nefti i nefteproduktov = Allunionsvereinigung für den Ex- und Import von Erdöl und Erdölerzeugnissen
SNK; Sovnarkom	Sovet narodnych komissarov = Rat der Volkskommissare
SO	Sekretnyj otdel = Geheimabteilung
sog.	sogenannt
Sojuzmetimport	Vsesojuznoe ob-edinenie po importu metalla = Allunionsvereinigung für die Einfuhr von Eisenmetallen, Spezialstählen, Ferrolegierungen und Rohren
Sojuzproměksport	Vsesojuznoe ob-edinenie po eksportu i importu rud i nerudnych iskopaemych, tverdogo topliva, mineral'nych udobrenij, dragozennyh metallov, dragozennyh i poludragozennyh kamnej = Allunionsvereinigung für den Ex- und Import von Erzen und Nichterzen, von festem Brennstoff, Mineraldüngern, Edelmetallen, Edel- und Halbedelsteinen
Sojuzpušnina	Vsesojuznoe ob-edinenie po eksportu i importu pušno-mechovogo syr'ja, polufabrikatov i gotovyh mehovych izdelij, ščetiny, kovrov = Allunionsvereinigung für den Ex- und Import von rohen und zugerichteten Fellen, von Halb- und Fertigfabrikaten von Rauchwaren, von Borsten und Teppichen
Sovtorgflot	Akcionernoe obščestvo, pod upravleniem kotorogo nachodilis' trgovye suda, porty, sudoremontnye zavody = Aktiengesellschaft, der die Verwaltung der Handelsschiffe, der Häfen und der Schiffsreparaturwerften unterstand
Sp.	Spalte
SS; S.S.	Schutzstaffel
SSSR; SU; UdSSR	Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik = Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; Sowjetunion
St. S.; StS	Staatssekretär
STO	Sovet truda i oborony SSSR = Rat für Arbeit und Verteidigung der UdSSR
SU	Sowjetunion
T; to	Tonnen
T.A.	Truppenamt

IV. Abkürzungsverzeichnis

TASS	Telegrafnoe agenstvo Sovetskogo Sojuza = Telegrafen-agentur der Sowjetunion
Tgb.	Tagebuch
Torgprom	
Torgsin	Vsesojuznoe ob-edinenie po trgovle s inostrancami = Allunionsvereinigung für den Handel mit Aus- ländern
TU	Technische Universität
u.a.m	und anderes mehr
u. dgl. m.	und dergleichen mehr
ul.	ulica = Straße
UNKVD; UNKWD	Upravlenie NKVD oblasti ili kraja = Verwaltung des NKVD für die Gebiete oder Regionen
Uralmaš	Uralskij zavod tjažologo mašinostroenija=Uraler Werk für Schwermaschinenbau
usf.	und so fort
USSR	Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik
v.	von; vom
V.; Verf.	Verfahren
VCIK	Vserossijskij Central'nyj Ispolnitel'nyj Komitet = Allrus- sisches Zentrales Exekutivkomitee
VČK	Vserossijskaja črezvyščajnaja komissija po bor'be s kontrevoljuciej i sabotadžem pri Sovete Narodnych Ko- missarov RSFSR = Allrussische Außerordentliche Kom- mission für den Kampf gegen die Konterrevolution und Sabotage beim Rat der Volkskommissare der RSFSR
VDA	Volksbund für das Deutschtum im Ausland
VDMA	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau
VDR	Verband der Deutschen aus Russland e.V.
Verf.	Verfasser
VfZ	Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte
vgl.	vergleiche
VKP (B)	Vsesojuznaja Kommunističeskaja partija (bol'shevikov) = Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
VLKSM	Vsesojuznyj leninskij kommunističeskij sojuz moloděži = Gesamtsowjetischer Leninscher Kommunistischer Ju- gendverband → Komsomol
V.L.R.	Vortragender Legationsrat
v. M.; v. Mts.; v. J.	vorigen Monats; vorigen Jahres
VOKS	Vsesojuznoe obščestvo kul'turnoj svjazi s zagranicej = Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland
vorm.	vormals
vzl.	vorzulegen
W. A.; We. A.	Wehrmachtsamt im Reichswehrministerium
Wa. A.	Heereswaffenamt im Reichswehrministerium
WTB	Wolffsche Telegrafembüro

ZAV	Zusatzausfuhrförderungsverfahren
Z.B.K.	Zur besonderen Kenntnisnahme
z. D.	zur Disposition
zdA; Z. d. A.	zu den Akten
ZEK	siehe CIK
z. Hd.; z. H.	zu Händen
Ziff.	Ziffer
ZIK	siehe CIK
ZK	Zentralkomitee
ZKK	siehe CKK
ZSFSR	Zakavkazskaja Socialističeskaja Federativnaja Sovetskaja Respublika = Transkaukasische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
ZSg.	Zeitungssammlung
zgK; zgKts	zur gefälligen Kenntnisnahme
z. T.	zum Teil
z. Zt.	zur Zeit

V. Archive

Russland:

Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF):

- Sekretariat Litvinov (f. 05)
- Sekretariat Krestinskij (f. 010)
- Sekretariat Potemkin (f. 011)
- Referat Deutschland (f. 82, 082)
- Referat Spanien (f. 097)

Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (RGASPI):

- Zentralkomitee der KPdSU (f. 17)
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (f. 71)
- V. M. Molotov (f. 82)
- Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) (f. 495)
- I. V. Stalin (f. 558)

Russisches Staatliches Militärarchiv (RGVA):

- Geschäftsführung des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR (f. 4)
- Politische Verwaltung der Roten Armee (f. 9)
- Abteilung für Auslandsbestellungen des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR (f. 31863)
- Sekretariat des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR (f. 33987)
- Sekretariat des 1. Stellvertreters des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR (f. 33988)
- Sekretariat des 2. Stellvertreters des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR (f. 33989)
- Operative Verwaltung des Generalstabes der Roten Arbeiter- und Bauernarmee (f. 37977)
- Reichssicherheitshauptamt, Berlin (f. 500/k)
- Geheimes Staatspolizeiamt, Berlin (f. 501/k)
- Auswärtiges Amt, Berlin (f. 1357/k)

Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF):

- Zentrales Exekutivkomitee (CIK) der UdSSR (f. R-3316)
- Telegrafagentur der Sowjetunion (TASS) (f. R-4459)
- Kommission beim Rat der Volkskommissare der UdSSR zur Unterstützung der Wissenschaftler (f. R-4737)
- Sowjetisch-deutsche Gesellschaft „Kultur und Technik“ (f. R-5006)
- Allunionsgesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland (VOKS) (f. R-5283)
- Ministerrat der UdSSR (f. R-5446)
- Hauptkomitee für Konzessionen (f. R-8350)
- Militärtechnisches Büro beim Komitee für Verteidigung beim Rat der Volkskommissare der UdSSR (f. R-8433)

Russisches Staatsarchiv für Wirtschaft (RGAE):

- Volkskommissariat für Außenhandel der UdSSR (f. 413)
- Staatsbank der UdSSR (f. 2324)

- Gosplan der UdSSR (f. 4372)
- Volkskommissariat für Schwerindustrie der UdSSR (f. 7297)

Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes Russlands (CA FSB RF)

Ukraine:

Archiv des Ukrainischen Sicherheitsdienstes (OGA SBU, Kiev):

- Verwaltungsdokumente ČK-KGB (f. 9)

Deutschland:

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA):

- Büro Reichsminister (1920–1936)
- Staatssekretär von Bülow (1930–1936)
- Länderabteilung IV (Politik) (1920–1936)
- Geheimakten zu Länderabteilung IV (Politik) (1920–1936)
- Länderabteilung IV Wirtschaft
- Büro des Staatssekretärs (1936–1944)
- Politische Abteilung (1936–1944)
- Kulturabteilung
- Handakten Carl August Clodius
- Handakten Andor Hencke
- Handakten Emil Wiehl
- Auslandsvertretungen: Moskau und Moskau II
- Nachlass Dirksen

Bundesarchiv (BArch, Berlin):

- Reichskanzlei (R 43)
- Reichssicherheitshauptamt (R 58)
- Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (R 4901)
- Außenpolitisches Amt der NSDAP (NS 43)
- Nachlass Friedrich Werner Graf von der Schulenburg (N 2273)

Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA):

- Amt Ausland/Abwehr (RW 5)
- Marineattachés (RM 12 II)
- Chef des Truppenamtes / Generalstabes des Heeres (RH 2)

Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW):

- Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchiv (RWWA):

- Firma Otto Wolff (Bestand 72)

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ):

- MA-128/4, 273

VI. Veröffentlichte Dokumente und Nachschlagewerke

Aufgenommen in diese Literaturliste wurden Dokumentenpublikationen, die sich mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen dieses Zeitraumes befassen, sowie darüber hinaus einige entscheidende Dokumentenveröffentlichungen bzw. Nachschlagewerke, die für die Kommentare (mehrmals) herangezogen wurden.

1941 god: V 2 kn. (Das Jahr 1941 in 2 Bänden), Bd. 2, hrsg. von V.P. Naumov, Moskva 1998

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie C: 1933–1937, Göttingen 1971–1981, Serie D: Bd. I, III, Baden-Baden 1950–1951 [abgekürzt: ADAP]

Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler. Band II: 1934/35, Teilbände 1–2, Band III: 1936, Band IV: 1937, bearb. von Friedrich Hartmannsgruber, Boppard am Rhein 1999–2005

Annuaire Diplomatique du Commissariat du Peuple pour les Affaires Étrangères pour l'année 1935 et l'année 1936, Moscou 1935, 1936

Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bd. 1–5, Paderborn 2000–2014

Chronik russischen Lebens in Deutschland. 1918–1941, hrsg. von Karl Schlögel u.a., Berlin 1999

Deutschland, Russland, Komintern. Band II: Dokumente (1918–1943), hrsg. von Hermann Weber, Jakov Drabkin, Bernhard H. Bayerlein, Berlin u.a. 2015

Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod. Band 1: Staat und Partei, hrsg. von Helmut Altrichter, München 1986

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 3/I und 3/II, München 2001

Dokumenty vnešnej politiki SSSR (Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR), Bd. XVIII–XX, Moskva 1973–1976 [abgekürzt: DVP]

Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. I/2 (1935–1938), Wiesbaden 1973

General Ernst Köstring. Der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1921–1941, bearbeitet von Hermann Teske, Frankfurt am Main o.D. [1965]

Glazami razvedki. SSSR i Evropa. 1919–1938 gody. Sbornik dokumentov iz rossijskich archivov (Mit den Augen des Nachrichtendienstes. Die UdSSR und Europa. Dokumentenband aus russischen Archiven), hrsg. von Matthias Uhl, V.N. Chaustov, V.V. Zacharov, Moskva 2015

Handbuch der Verträge 1871–1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen, hrsg. von Helmuth Stoecker, Berlin 1968

Hedeler, Wladislaw: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung, Berlin 2003

- Linke, Horst Günther (Hrsg.): Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917–1945, Darmstadt 1998
- Lubjanka: Organy VČK-OGPU-NKVD-NKGB-MGB-MVD-KGB. 1917–1991. Spravočnik, hrsg. von A.I. Kokurin, N.V. Petrov, Moskva 2003
- Lubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD. Archiv Stalina, Dokumenty vyššich organov partijnoj i gosudarstvennoj vlasti. Janvar' 1922–dekabr' 1936, hrsg. von A.N. Jakovlev, Moskva 2003
- Lubjanka. Stalin i Glavnoe upravlenie gosbezopasnosti NKVD. Archiv Stalina. Dokumenty vyššich organov partijnoj i gosudarstvennoj vlasti 1937–1938. (Lubjanka. Stalin und die Hauptabteilung der Staatssicherheit NKVD. Dokumente der höheren Organe der Partei- und Staatsmacht), hrsg. von A.N. Jakovlev, Moskva 2004.
- Maršal M.N. Tuchačevskij (1893–1937 gg.). Komplekt dokumentov iz fondov RGVA, hrsg. von N.E. Eliseeva, Moskva 1994
- Mißtrauische Nachbarn: Deutsche Ostpolitik 1919/1970. Dokumentation und Analyse, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Düsseldorf 1970
- Moskva – Berlin. Politika i diplomatija Kremlja 1920–1941. Sbornik dokumentov v trech tomach, Bd. 3: 1933–1941, hrsg. von G.N. Sevost'janov, Moskva 2011
- Mund, Gerald: Ostasien im Spiegel der deutschen Diplomatie. Die privatdienstliche Korrespondenz des Diplomaten Herbert v. Dirksen von 1933 bis 1938, Stuttgart 2006
- Na prieme u Stalina. Tetradi (žurnaly) zapisej lic, prinjatyh I.V. Stalinym (1924–1953). Spravočnik (Bei Stalin zum Empfang. Aufzeichnungslisten der Personen, die von Stalin empfangen wurden), Moskva 2008
- NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, hrsg. von Hans Bohrmann (seit Bd. 5: hrsg. von Hans Bohrmann und Gabriele Toepser-Ziegert), Bd. 3: 1935, Bd. 4: 1936, Band 5: 1937, München 1987, 1993, 1998
- Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Verträge und Abkommen. Verzeichnis der Quellen und Nachweise 1917–1962, hrsg. von Werner Markert u. Dietrich Geyer, Köln/Graz 1967
- Politbjuro CK RKP (b) – VKP (b). Povestki dnja zasedanij. 1919–1952: Katalog, Bd. 2: 1930–1939, hrsg. von G.M. Adibekov, K.M. Anderson, Moskva 2001
- Politbjuro CK RKP (b) – VKP (b) i Evropa. Rešenija „osoboj papki“. 1923–1939, hrsg. von G.M. Adibekov u.a., Moskva 2001
- Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium der Justiz, seit 1923 vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1937
- Smirnov, M. B.: Sistema ispravitel'no-trudovych lagerej v SSSR 1923–1960gg. Spravočnik, Moskva 1998 (deutsch: Das System der Besserungsarbeitslager in der Sowjetunion 1923–1960. Ein Handbuch, Berlin 2003)
- Sonderfahndungsliste UdSSR. Faksimile der „Sonderfahndungsliste UdSSR“ des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, das Fahndungsbuch der deutschen Einsatzgruppen im Rußlandfeldzug 1941, hrsg. von Werner Röder, Erlangen 1977

Spravočnik po fondam Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii. 1917–1962, hrsg. vom Außenministerium der Russischen Föderation, Moskva 2002

SSSR-Germanija: 1933–1941. Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii, Moskva 2009

Stalin i Kaganovič. Perepiska. 1931–1936 gg., (Stalin und Kaganovič. Briefwechsel), hrsg. von O.V. Chlevnjuk u.a., Moskva 2001

Tajny diplomatii Treťego reja. Germanskie diplomaty, rukovoditeli zarubežnych voennyh missij, voennye i policejskie attaše v sovetskom plenu. Dokumenty iz sledstvennyh del. 1944–1955 (Geheimnisse der Diplomatie des Dritten Reiches. Deutsche Diplomaten, Leiter der ausländischen Militärmissionen, Militär- und Polizeiattachés in sowjetischer Gefangenschaft. Dokumente aus den Untersuchungsakten), hrsg. von V.S. Christoforov, Moskva 2011

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. und bearb. Herbert Michaelis u.a., Bd. X, XI, Berlin 1965-1966

VII. Personenregister

Das Personenregister enthält die in den Dokumenten und in den Kommentaren vorkommenden Namen. Nach Möglichkeit wurden zu jeder Person folgende Angaben recherchiert: Lebensdaten, Bezeichnung der in den Jahren 1935 bis April 1937 bekleideten Ämter und Dienststellungen bzw. militärische Dienstgrade. In einigen Fällen konnten nur die Angaben in den Dokumenten wiederholt werden. Die Zeitangaben erfolgen monatsweise, nur in begründeten Ausnahmefällen wird ein genaues Datum angegeben.

Zu einigen Namen konnten keine weiteren Angaben ermittelt werden, weil entweder die Person in keinem weiteren historischen Zusammenhang mehr auftauchte oder weil die Schreibweise durch die Übersetzung nicht eindeutig ist. Bei einigen wenigen Namen konnte die unsichere Schreibweise aus Band 1 präzisiert werden. Es existieren in den Dokumenten auch unterschiedliche Schreibweisen des gleichen Namens, die nicht aufgelöst werden konnten. In diesem Fall oder bei unsicherer Übersetzung wird der Name mit einem Stern gekennzeichnet.

Die angegebenen Ziffern beziehen sich auf die Dokumentennummern.

Ackermann, Otto (1891–?), Reichdeutscher, technischer Redakteur, am 24. April 1936 in der UdSSR verhaftet. 681

Agranov, Jakov Saulovič (Jankel' Šmaevič, Ševelevič) (1893–1938), 1. stellv. Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR und zugleich bis Ende Dezember 1936 Chef der GUGB des NKVD der UdSSR, seit Mitte April 1937 stellv. Volkskommissar für Innere Angelegenheiten und gleichzeitig Chef der 4. (geheimpolitischen) Abteilung der GUGB des NKVD, Kommissar der Staatssicherheit 1. Ranges seit November 1935. 226, 502, 534, 605, 686.

Akers-Douglas, Amy (?–1962), Ehefrau von A. Akers-Douglas. 576.

Akers-Douglas, Aretas, 2nd Viscount Chilston (1876–1947), Botschafter Großbritanniens in der UdSSR. 286, 576.

Akulov, Ivan Alekseevič (1888–1937), Staatsanwalt der UdSSR, seit März 1935 Sekretär des CIK der UdSSR. 31.

Albrecht, Erich (1890–1949), Mitarbeiter Abt. V (Recht) im AA, Ref. Z/

Internationaler Rechtsschutz, seit Mitte 1936 Ref. 1/Völkerrecht, Vortragender Legationsrat. 241.

Albrecht, Wilhelm (1900–?), am 22. Juli 1935 in Leningrad verhaftet, am 18. Dezember 1935 vom Militärtribunal des Leningrader Militärbezirks zu 5 Jahren Haft verurteilt. 316.

Aleksandrovskij, Sergej Sergeevič (1889–1945), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in der Tschechoslowakei. 512, 668, 680, 691.

Alekseev, seit 1936 Referent, Oberreferent der 2. Politischen Westabteilung des NKID der UdSSR. 515, 539, 574, 575, 630, 644, 668.

Alexander I. Karadordević (1888–1934), König von Jugoslawien. 625.

Alfieri, Edoardo Dino (1886–1966), Unterstaatssekretär im Ministerium für Presse und Propaganda Italiens und zeitweise Vertreter des Ministers, seit Juni 1936 Minister des (so umbenannten) Ministeriums für Volksaufklärung. 491, 530.

Alksnis, Jakov Ivanovič (1897–1938), Chef der Luftstreitkräfte der RKKA, Mitglied des Militärrates beim Volks-

- p kommissar für Verteidigung der UdSSR, seit Januar 1937 stellv. Volkskommissar für Verteidigung für die Luftflotte, Armeebefehlshaber II. Ranges seit November 1935. 200, 279, 384, 460, 512.
- Allen**, Reginald Clifford (Lord Allen of Hurtwood) (1889–1939), britischer Politiker der Labour Party. 351.
- Alphand**, Charles (1879–1942), Botschafter Frankreichs in der UdSSR bis Oktober 1936, seit Dezember 1936 Gesandter in der Schweiz. 34, 211, 595.
- Altmann** Oskar, ordentliches Mitglied des Vorstandes Mannesmannröhren-Werke AG Düsseldorf. 538.
- Ammende**, Ewald (1892–1936), Mitbegründer des „Verbandes deutscher Volksgruppen in Europa“, Generalsekretär des Europäischen Nationalitätenkongresses. 500.
- Anci-Polovskij**, Lazar' Jakovlevič (1896–1968), Filmregisseur im Leningrader Studio für populärwissenschaftlichen Film. 356.
- Andersen**, Hanns, Verfasser. 452.
- Andersen Nexö**, Martin (1869–1954), dänischer Schriftsteller. 245.
- André**, Etgar (auch: Edgar) (1894–1936), deutscher Kommunist, im März 1933 verhaftet, am 4. November 1936 hingerichtet. 490, 502, 511, 558, 570.
- Andreev**, Andrej Andreevič (1895–1971), Volkskommissar für Verkehrswesen der UdSSR, seit Ende Februar 1935 Sekretär des ZK der VKP (B), seit März 1935 gleichzeitig Mitglied des Orgbüros des ZK der VKP (B) und Leiter der Industrieabteilung des ZK der VKP (B), Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B). 460, 490, 558, 646.
- Angarskij** (Klestov), Nikolaj Semenovič (1873–1941), Leiter der Handelsvertretung der UdSSR in Griechenland, seit März 1935 Vorsitzender der Außenhandelsvereinigung „Meždunarodnaja kniga – Antikvariat“. 623.
- Angersbach**, Mitarbeiter der Botschaft Deutschlands in der UdSSR. 12.
- Antipov**, Nikolaj Kirillovič (1894–1938), stellv. Vorsitzender der Kommission für Sowjetkontrolle beim SNK der UdSSR, seit April 1935 Vorsitzender der KSK beim SNK und stellv. Vorsitzender des SNK und des STO. 684.
- Antonescu**, Victor (1871–1947), Finanzminister Rumäniens, seit August 1936 Außenminister. 168, 644.
- Appenrodt**, Franz (1884–?), Reichdeutscher, Mechaniker, am 22. Juli 1936 in der UdSSR verhaftet. 681.
- Aras**, Tevfik Rüstü (1883–1972), Außenminister der Türkei. 137, 168, 512, 527, 630.
- Arbatov**, Arkadij Michajlovič (1898–1954), Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland, seit 1935 im NKVT der UdSSR. 197.
- Arendt***, Reichsdeutscher in der UdSSR. 681.
- Arnal**, Pierre-Albert (1892–1971), Botschaftsrat Frankreichs in Deutschland bis 1937. 27, 29, 72, 186, 235.
- Arnol'dov**, Michail Osipovič (1901–1938), Direktor der gemischten deutsch-sowjetischen Gesellschaft für Luftverkehr (Deruluft). 384.
- Arnštam**, Leo Oskarovič (1905–1979), Filmregisseur und Drehbuchautor. 419.
- Aron***, deutscher Rechtsanwalt. 419.
- Arone di Valentino**, Pietro Baron (?–?), Botschafter Italiens in der UdSSR

- seit August 1935, seit August 1936 Botschafter in Polen. 306.
- Arpag**, Mehmed Hamdi (1880–1955), Botschafter der Türkei in Deutschland. 283, 527.
- Artuzov** (Frauči), Artur Christianovič (1891–1937), Chef der Auslandsabteilung der GUGB des NKVD der UdSSR und gleichzeitig stellv. Chef der Aufklärungsverwaltung der RKKA, seit Mai 1935 1. stellv. Chef der Aufklärungsverwaltung der RKKA, seit Januar 1937 wissenschaftlicher Mitarbeiter der 8. (Erfassung und Registrierung) Abteilung der GUGB des NKVD, Korpskommissar seit November 1935. 68.
- Asche**, Reichsdeutscher, in der UdSSR verhaftet und im Juni 1934 ausgewiesen. 12.
- Aschmann**, Gottfried (1884–1945), Leiter der Presseabteilung im AA, Vortragender Legationsrat, seit März 1936 Gesandter. 54, 56, 71, 72, 129, 147, 227, 255, 336, 369, 370, 376, 392, 409, 421, 438, 545, 546, 585, 591, 606, 629, 658, 675, 677, 683, 685.
- Asmus**, Ėrik Adol'fovič (1901–1937), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Finnland seit Februar 1935. 655.
- Astachov**, Georgij Aleksandrovič (1897–1942), Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Großbritannien, seit Juli 1935 Beauftragter des NKID der UdSSR bei der Regierung der ZSFSR in Tiflis, seit März 1936 Leiter der Presseabteilung des NKID. 291, 301, 316 326, 427, 482, 493, 571, 632.
- Astachow, Astachoff siehe Astachov
- Attolico**, Bernardo (1880–1942), Botschafter Italiens in der UdSSR, seit September 1935 Botschafter in Deutschland. 155, 211, 258, 298, 367.
- Attolico**, Eleonora (1898–1980), Ehefrau von B. Attolico. 344.
- August**, Fridrich Gustavovič (1900–1936), Leiter des Büros für Ausrüstungen in der Abteilung des Chefmechanikers im S.M. Kirov-Werk (des Glavvoenprom NKTP der UdSSR) in der Stadt Bol'soj Tokmak, Gebiet Dnepropetrovsk, am 23. März 1936 wegen „Spionage und Diversions- und Schädlingstätigkeit“ verhaftet, am 6. September 1936 vom Militärtribunal des Militärbezirks Char'kov zur Höchststrafe verurteilt, am 28. Oktober 1936 erschossen. 496.
- August**, Fridrich Fridrichovič (1904–1936), Schlosser, Brigadier in der Reparaturwerkstatt des S.M. Kirov-Werkes (des Glavvoenprom NKTP der UdSSR) in der Stadt Bol'soj Tokmak, Gebiet Dnepropetrovsk, am 23. März 1936 wegen „Spionage und Diversions- und Schädlingstätigkeit“ verhaftet, am 6. September 1936 vom Militärtribunal des Militärbezirks Char'kov zur Höchststrafe verurteilt, am 28. Oktober 1936 erschossen. 496.
- Avenol**, Joseph (1879–1952), französischer Diplomat, Generalsekretär des Völkerbundes. 367.
- Aziz**, Abdul Hussein Khan, Botschafter Afghanistans in der UdSSR. 450.
- Backe**, Herbert (1896–1947), Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Hauptabteilungsleiter im Stabsamt des Reichsnährstandes, gleichzeitig seit Juni 1935 ehrenamtlicher Chef des Siedlungsamtes im Rasse- und Siedlungsamt, gleichzeitig seit Oktober 1936 Leiter der Geschäftsgruppe Ernährung im Rahmen des Vierjahresplans. 175.
- Baer**, Emil (1895–1942), Mitarbeiter der Abteilung W (Wirtschaft) im AA, seit Oktober 1936 Generalkonsul in

- Chicago, Legationsrat I. Kl. 333, 375.
- Baillie**, Hugh (1890–1966), Präsident der United Press Association. 322.
- Baldwin**, Stanley (1867–1947), Lord President of the Council, seit November 1935 Premierminister Großbritannien. 127, 167, 280.
- Balmezjan*** (Danmazjan), sowjetischer Staatsbürger, im März 1935 in Moskau wegen Spekulation verhaftet. 80.
- Balser**, Karl-August (1887–1957), Konsul Deutschlands in Harbin, seit Oktober 1935 Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, seit 15. April 1937 Personal- und Verwaltungsabteilung, Ref. D/Hausverwaltung im AA, seit August 1936 Gesandtschaftsrat I. Kl., 313, 353, 373, 396, 415, 419, 440, 451, 453, 457.
- Balugdžić**, Živojin (1868–1941), Gesandter Jugoslawiens in Deutschland bis September 1935. 27, 29.
- Bangman***, sowjetische Staatsbürgerin. 681.
- Barandon**, Paul (1881–1971), stellv. Leiter der Rechtsabteilung im AA, Vortragender Legationsrat. 185, 201.
- Barat***, Evgenija, sowjetische Staatsbürgerin, im Sommer 1935 in Deutschland verhaftet und 1935 ausgewiesen. 218, 228, 339.
- Barbé**, Antonina Kazimirovna (1897–1938), Leiterin der Abteilung für Registrierung und Statistik im Volkskommissariat für Landwirtschaft der UdSSR, danach Leiterin der Abteilung Registrierung und Statistik des Volkskommissariats für Gesundheitswesen der UdSSR. 469.
- Barbusse**, Henri (1873–1935), französischer Politiker und Schriftsteller. 245.
- Barcia Trelles**, Augusto (1881–1961), Außenminister Spaniens von Februar bis Oktober 1936, danach im Exil. 446.
- Bares**, Nikolaus (1871–1935), Bischof von Berlin. 30.
- Bari**, stellv. Leiter der Moskauer Vertretung der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland seit Oktober 1936. 263.
- Barkov**, Vladimir Nikolaevič (1890–1981), Leiter der Protokollabteilung des NKID der UdSSR seit Januar 1935. 194, 195, 549.
- Barthou**, Louis (1862–1934), Außenminister Frankreichs seit Februar 1934, ermordet am 9. Oktober 1934. 14, 63, 185, 392, 491, 625.
- Baryschnikow siehe Baryšnikov
- Baryšnikov**, Michail Vasil'evič (1887–1937), Leiter der Finanzverwaltung des Volkskommissariats für Wassertransport der UdSSR, seit Februar 1936 Leiter der Auslandsabteilung der Gosbank in Deutschland, seit August 1936 zur Verfügung des ZK der VKP (B). 396.
- Bassewitz**, Rudolf Graf von (1881–1951), Leiter des Sonderref. E (Protokoll) im AA, seit August 1935 Urlaub, seit Januar 1936 einstweiliger Ruhestand, seit April 1937 Ruhestand. 11.
- Bastid**, Paul (1892–1974), Mitglied der Nationalversammlung Frankreichs, seit Juni 1936 Industrie- und Handelsminister. 527.
- Baum**, Wilhelm (1885–1942), Pressebeirat der Botschaft Deutschlands in der UdSSR und Vertreter des WTB/DNB, seit Juni 1936 Dienstvertrag mit dem Reichsministerium für

- Volksaufklärung und Propaganda als Pressebeirat an der Botschaft in der UdSSR. 149, 176, 218, 242, 253, 336, 340, 343, 362, 421, 427, 438, 509, 542, 546, 632, 637, 650, 651, 654, 657, 659, 660, 664, 665, 667, 668, 676, 677, 680, 683.
- Baumbach**, Norbert von (1900–1977), Gehilfe für Marineangelegenheiten des Militärattachés an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, seit Januar 1937 Marineattaché, Kapitänleutnant. 342, 434, 563, 569, 600, 685.
- Baumgarten**, Hans (1900–1968), Chefredakteur der Zeitschrift „Der Deutsche Volkswirt“. 412.
- Baun**, Hermann (1897–1951), Mitarbeiter des deutschen Konsulats in Kiev. 12, 131.
- Bazilevič**, Georgij Dmitrievič (1889–1939), Sekretär der Kommission für Verteidigung beim SNK der UdSSR, Mitglied der KSK beim SNK, Korpskommandeur seit November 1935. 132.
- Beaverbrook**, Lord (William Maxwell Aitken) (1879–1964), kanadisch-britischer Verleger und Politiker. 280, 304, 491.
- Beck**, Hans (1894–1937), sowjetischer Staatsbürger, Feinmechaniker in einer Moskauer Fabrik für Feinmeßgeräte, am 9. August 1936 verhaftet. 645.
- Beck**, Józef (1894–1944), Außenminister Polens. 56, 134, 258, 280, 367, 413, 491, 630, 644, 668.
- Beck**, Ludwig (1880–1944), Generalstabschef des Heeres, General der Artillerie. 387.
- Beerwald**, Paul (1891–1958), Reichsdeutscher, Ingenieur, am 10. November 1936 in Leningrad verhaftet, am 27. Februar 1937 ausgewiesen. 575.
- Beerwald**, Tatjana (1913–1998), Reichsdeutsche, Studentin, am 10. November 1936 in Leningrad verhaftet, am 27. Februar 1937 ausgewiesen. 570.
- Bekman**, Ivan Ivanovič (1894–1938), Geschäftsführer des Büros im NKID zur Betreuung von Ausländern in der UdSSR. 222.
- Belen'kij**, Zachar Moiseevič (1888–1940), Leiter der Gruppe für Handel und Lebensmittelindustrie und stellv. Vorsitzender der Kommission für Sowjetkontrolle beim SNK der UdSSR, seit März 1935 Leiter der Gruppe für Organisationsfragen und 1. stellv. Vorsitzender der KSK beim SNK. 433.
- Belov**, Ivan Panfilovič (1893–1938), Befehlshaber der Truppen des Leningrader Militärbezirks, seit September 1935 Befehlshaber der Truppen des Moskauer Militärbezirks, Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Mitglied des CIK der UdSSR, Armeekommandeur 1. Ranges seit November 1935. 164, 172, 192.
- Beneš**, Edvard (1884–1948), Außenminister der Tschechoslowakei, seit Dezember 1935 Staatspräsident. 7, 127, 168, 173, 177, 413, 505.
- Benzler**, Felix (1891–1977), Mitarbeiter der Abteilung W (Wirtschaft) im AA, Vortragender Legationsrat. 333, 341, 479, 519, 584, 586, 624, 670.
- Bérard**, Armand (1904–1989) Legationssekretär der Botschaft Frankreichs in Deutschland bis 1936, danach in der Zentrale in Paris. 392.
- Berardis**, Vincenzo (1889–1954), Botschaftsrat der Botschaft Italiens in der UdSSR. 450.
- Beretz**, Konrad, Vertreter der Firma AEG. 305.

Berezov, Lazar' Ėmmanuilovič (1903–1940), Leiter der 1. Politischen Westabteilung im NKID der UdSSR, seit November 1936 Leiter der Redaktion für Auslandsinformation für die UdSSR von TASS. 195.

Berger-Waldenegg, Egon (1880–1960), Justizminister Österreichs bis Oktober 1935, gleichzeitig Außenminister bis Mai 1936, danach 1936 Gesandter Österreichs in Italien. 394.

Bergmann, Vertreter der Firma Siemens in Moskau. 296, 302, 305, 306, 312, 313, 321, 344, 359, 373.

Berija, Lavrentij Pavlovič (1899–1953), 1. Sekretär des ZK der KP (B) Georgiens und bis Dezember 1936 gleichzeitig 1. Sekretär des Transkaukasischen Regionspartei Komitees der VKP (B). 208.

Bermon(d)t-Avalov, Pavel Rafailovič (Michajlovič ?) (1877–1974), Generalmajor der russischen Armee, Emigrant. 208.

Berndt, deutscher Jurist oder Wirtschaftsfachmann. 190.

Berndt, Alfred-Ingemar (1905–1945), stellv. Reichspressechef, seit November 1935 Amtsleiter der Reichspressestelle im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, seit April 1936 Leiter der Presseabteilung des RMVP (Abteilung IV), Ministerialrat seit April 1936. 190, 409, 448, 497, 690.

Berndt, Emil (1886–?) Reichdeutscher, am 19. August 1935 in der UdSSR verhaftet, am 17. Juli 1936 zu 7 Jahren Haft verurteilt. 313.

Berson, Jan Stanisław (Pseudonym: Otmar) (1903–1946), Korrespondent der Polnischen Nachrichtenagentur PAT und der „Gazeta Polska“ in Moskau. 218.

Berzin (Kjuzis), Jan (Peteris) Karlovič (1889–1938), Chef der Aufklärungs-

verwaltung der RKKA, seit April 1935 2. Stellv. für politische Fragen des Befehlshabers der Sonder-Fernostarmee (OKDVA), seit Oktober 1936 militärischer Chefberater der Republikanischen Armee Spaniens, Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR. 68, 108.

Bessonoff, Bessonow siehe Bessonov

Bessonov, Sergej Alekseevič (Pseudonyme: Iogann Val'ter, Genrich Šul'c) (1892–1941), Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, am 23.2.1937 verhaftet. 11, 18, 20, 26, 27, 29, 30, 36, 39, 41, 44, 45, 52, 56, 57, 62, 72, 73, 75, 79, 83, 85, 90, 111, 121, 130, 138, 148, 165, 166, 168, 175, 176, 177, 178, 186, 187, 203, 209, 215, 218, 219, 220, 227, 228, 229, 234, 235, 236, 241, 246, 248, 250, 252, 253, 257, 262, 267, 285, 301, 302, 306, 312, 313, 314, 320, 321, 323, 325, 327, 330, 331, 333, 334, 338, 341, 347, 348, 349, 354, 355, 356, 359, 366, 368, 369, 370, 372, 382, 389, 391, 397, 419, 420, 430, 431, 451, 453, 454, 457, 459, 465, 473, 475, 484, 534, 535, 555, 572, 573, 574, 602, 609, 630.

Best, Werner (1903–1998), Abteilungsleiter der Hauptabteilung I (Recht, Personal, Verwaltung) des Gestapa, seit Juni 1936 Leiter des Amtes I (Verwaltung und Recht) im Hauptamt Sicherheitspolizei und Vertreter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Standartenführer. 624.

Betzhold, Fritz, Mitarbeiter der Firma Otto Wolff. 539.

Bežanov, Grigorij Jakovlevič (1900–1941), 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Griechenland, seit Januar 1936 stellv. Leiter der 2. Politischen Westabteilung im NKID. 357, 369, 391, 393, 493, 514, 515, 539, 567, 574, 575,

- 576, 581, 582, 596, 599, 605, 609, 617.
- Biltz**, Wilhelm (1877–1943), Professor und Direktor des Anorganisch-chemischen Instituts der Technischen Universität Hannover. 55.
- Biro**, Bela Francevič (1891–1937), Gehilfe des Leiters der 1. Unterabteilung der 3. (Spionageabwehr) Abteilung der GUGB des NKVD der UdSSR, Oberleutnant der Staatssicherheit seit Dezember 1935. 149.
- Bisenieks**, Georgs (1885–1941), Konsul Lettlands in Leningrad, seit 1935 Bankdirektor in Riga. 3.
- Biskupskij**, Vasilij Viktorovič (1878–1945), Generalmajor der russischen Armee, Emigrant, seit Mai 1936 Leiter der Russischen Vertrauensstelle in Deutschland. 476, 663.
- Biskupski siehe Biskupskij
- Bismarck(-Schönhausen)**, Gottfried von (1901–1949), Regierungspräsident in Stettin. 189.
- Bismarck(-Schönhausen)**, Otto Eduard Leopold Fürst von (1815–1898), Reichskanzler des Deutschen Reiches. 110, 402, 480, 607, 647.
- Bismarck(-Schönhausen)**, Otto Christian Archibald Fürst von (1897–1975), Botschaftsrat an der Botschaft Deutschlands in Großbritannien, seit Oktober 1936 Politische Abteilung im AA, Botschaftsrat. 626, 629, 632, 638, 659.
- Blessing**, Karl (1900–1971), Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium. 354, 382, 457.
- Blomberg**, Werner Eduard Fritz von (1878–1946), Reichswehrminister, seit Mai 1935 Reichskriegsminister, Generaloberst, seit April 1936 Generalfeldmarschall. 24, 36, 68, 196, 197, 220, 293, 294, 298, 306, 321, 323, 330, 344, 387, 410, 439, 456, 561, 647, 651, 658, 685, 687, 690.
- Blum**, Léon (1872–1950), französischer Jurist, Journalist und Politiker, seit Juni 1936 Premierminister Frankreichs. 513, 520, 530, 548, 554, 603, 630, 639, 644.
- Blum**, Max (1875–?), kommissarische Beschäftigung als Kanzler am deutschen Generalkonsulat in Leningrad von August bis Oktober 1936, Amtsrat. 503.
- Blunck**, Anna, geb. Rossle (ca. 1883–?), Reichsdeutsche, am 29. Juni 1934 in der UdSSR verhaftet und 1935 zur Ausweisung verurteilt. 21, 207, 239, 295, 359.
- Bobrusov**, Michail Pavlovič (1878–1955), Ingenieur, Sekretär der Jagdsektion des „Hauses des Architekten“ in Moskau. 400.
- Bock**, Generaldirektor, Schiffahrtindustrie. 190.
- Bodenbender**, Expedient im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. 652.
- Böckmann**, Herbert von (1886–1974), Chef der Ausbildungs-Abteilung im Reichswehrministerium (seit Mai 1935 Reichskriegsministerium), seit Oktober 1935 Kommandeur des Infanterie-Regiments 2, Oberstleutnant, seit Juni 1935 Oberst. 103, 105, 139, 145.
- Bogdanovič**, Leiter des Sekretariats des Volkskommissars für Außenhandel der UdSSR. 135, 198, 212, 329, 406, 422, 552, 564, 578.
- Bohle**, Ernst Wilhelm (1903–1960), Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP. 677.
- Bokij**, Gleb Ivanovič (1879–1937), Leiter der Spezialabteilung der GUGB des NKVD der UdSSR, seit Dezember 1936 Leiter der 9. (Spezialstabsabteilung) Abteilung der GUGB des NKVD, Kommissar der

- Staatssicherheit 3. Ranges seit November 1935. 449, 523, 649, 664.
- Boris III.** (1894–1943), Zar von Bulgarien. 491.
- Borisov, T.** (1900–?), Sekretär des Militärattachés der UdSSR in Deutschland bis Mai 1935. 67, 73.
- Bork, Art(h)ur,** Vertreter der Firma „Ernst Krause“, Berlin. 305.
- Bottler, Richard** (1903–1985), Einberufung in das AA im September 1935, kommissarische Beschäftigung Ref. Randstaaten (Baltikum) der Abt. IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien), seit Mai 1936 Ref. IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung, seit April 1937 am deutschen Konsulat in Rotterdam, Attaché seit Februar 1936. 468.
- Bräutigam, Otto** (1895–1992), Leiter des Referats Wirtschaftsfragen Russlands in der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, seit Dezember 1935 Leitung der Konsularabteilung an der Botschaft Deutschlands in Frankreich, Gesandtschaftsrat II. Kl. 10, 11, 15, 16, 35, 37, 51, 57, 62, 66, 69, 74, 75, 79, 81, 83, 87, 97, 99, 104, 121, 144, 160, 186, 188, 202, 233, 237, 247, 251, 259, 270, 271, 278, 285, 287, 292, 299, 301, 302, 306, 312, 313, 321, 327, 328, 330, 333, 341, 349, 353.
- Brandler, Heinrich** (1881–1967), Mitbegründer der KPD (O), Exil in Frankreich. 645.
- Brătianu, Constantin (Dinu)** (1866–1950), Parteivorsitzender der National-Liberalen Partei (PNL) Rumäniens. 383.
- Braun*, P.P.,** sowjetischer Staatsbürger, 1935 verhaftet. 266.
- Braun von Stumm, Gustaf** (1890–1963), Leiter des Ref. II (Wechselnde Zuständigkeiten für West- und Südeuropa, Völkerbund, Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz) in der Abteilung P (Presse) im AA, Legationsrat I. Kl. 392, 585.
- Bredenko, Roman Markovič** (1900–1937), Sekretär der Verwaltung des Beauftragten des NKID der UdSSR in Kiev bis November 1935, seit 1936 Leiter der Protokollabteilung des Kiever Gebietsexekutivkomitees, 1937 verhaftet. 136.
- Breen, Timothy Florence** (1885–1966), Presse-Sekretär der Botschaft Großbritanniens in Deutschland. 382, 392.
- Brinkmann, Rudolf** (1893–1955), Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium, gleichzeitig Direktionsmitglied der Deutschen Golddiskontbank und seit 1937 bei der Deutschen Reichsbank. 187, 320, 321, 382, 451, 457.
- Brinon, Fernand de** (1885–1947), französischer Journalist, Leiter der Redaktion Außenpolitik der Zeitungen „L'Information“ und „Le Matin“. 280.
- Bronner, Vol'f Moiseevič** (1876–1939), Direktor des Vereinigten Bronner-Instituts für Dermatologie und Venerologie und Leiter der Auslandsabteilung des Volkskommissariats für Gesundheitswesen der UdSSR. 283.
- Brose, Helmuth** (1895–?), Reichsdeutscher, seit 1935 sowjetischer Staatsbürger, am 5. November 1936 in Moskau verhaftet. 681.
- Broun, Iona Grigor'evič** (1898–1968), Leiter des Sektors für Auslandskader des ZK der VKP (B) und bis Mitte April 1937 Sekretär der Kommission des Politbüros des ZK der VKP (B) für [Dienst]Reisen ins Ausland. 460.
- Brückner, Wilhelm** (1884–1954), Chefadjutant Hitlers. 220.

- Brüning**, Heinrich (1885–1970), Reichskanzler von Ende März 1930 bis Ende Mai 1932, seit Mai 1934 im Exil. 134.
- Bubnov**, Andrej Sergeevič (1883–1938), Volkskommissar für Volksbildung der RSFSR, Mitglied des ZK der VKP(B). 127.
- Bubnova**, Ol'ga Nikolaevna (1897–1938), Kunsthistorikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Moskauer Gebietsvereinigung sowjetischer Künstler, Ehefrau von A.S. Bubnov. 127.
- Bubnow siehe Bubnov
- Bubrik**, Samuil Davidovič (1899–1965), Filmregisseur im Zentralstudio für Dokumentarfilme. 356.
- Bucharcev**, Dmitrij Pavlovič (1898–1937), Korrespondent der „Izvestija“ in Deutschland, am 23. November 1936 in der UdSSR verhaftet. 56, 73, 218, 227, 229, 234, 308, 499, 542, 637.
- Bucharin**, Nikolaj Ivanovič (1888–1938), Chefredakteur der „Izvestija“ bis Januar 1937, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Kandidat des ZK der VKP (B), am 27. Februar 1937 verhaftet. 515, 641.
- Bucharzew siehe Bucharcev
- Budennyj**, Semen Michajlovič (1883–1973), Inspektor der Kavallerie der RKKA, Mitglied des Militärates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Marschall der Sowjetunion seit November 1935, Kandidat des ZK der VKP (B). 279.
- Budjonnyj siehe Budennyj
- Bülow**, Bernhard Wilhelm von (1885–1936), Staatssekretär im AA. 10, 14, 16, 47, 66, 88, 90, 105, 125, 129, 134, 137, 138, 139, 143, 158, 163, 176, 181, 185, 217, 264, 265, 301, 312, 314, 324, 353, 361, 367, 383, 426, 457, 472, 475, 476.
- Bülow(-Schwante)**, Karl Alexander Vicco von (1891–1970), Leiter des Referats Deutschland im AA, seit Dezember 1935 gleichzeitig Chef des Protokolls, Vortragender Legationsrat, seit Dezember 1935 Amtsbezeichnung Gesandter. 659.
- Büsing**, Hans Carl (1880–1941), Diplomat, Dezember 1934 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, seit Dezember 1936 Gesandter in Paraguay, Generalkonsul I. Kl. 13.
- Bulganin**, Nikolaj Aleksandrovič (1895–1975), Vorsitzender des Exekutivkomitees des Moskauer Stadtsovjets, Kandidat des ZK der VKP (B). 206, 222, 529.
- Bullitt**, William C. (1891–1967), Botschafter der USA in der UdSSR, seit August 1936 Botschafter in Frankreich. 69, 87, 211, 218.
- Bunk**, Erich (1911–?), Reichdeutscher, 1932 in der UdSSR verurteilt, im April 1935 nach Deutschland ausgewiesen. 21.
- Capablanca**, José Raul (1888–1942), kubanischer Schachweltmeister und Diplomat. 28.
- Carol II.** von Hohenzollern-Sigmaringen (1893–1953), König von Rumänien. 250.
- Čečulin**, Sergej Fedorovič (1897–1970), Mitarbeiter des Sondersektors des ZK der VKP (B). 673.
- Cejsler**, Andrej Ivanovič (1895–?), evangelisch-lutherischer Pastor in der Stadt Millerovo der Asov-Schwarzmeer-Region, am 26. September 1933 verhaftet, am 14. August 1934 vom Militärtribunal des Nordkaukasischen Militärbezirks zu 10 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt (Vorhutpečlag, Komi ASSR). 12.

- Čelnokova**, Sekretärin der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland. 174, 175.
- Černjak**, Boris Aleksandrovič (1894–1938), Chef der Importverwaltung in der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland. 170, 197.
- Černov**, Michail Aleksandrovič (1891–1938), Volkskommissar für Landwirtschaft der UdSSR, Mitglied des ZK der VKP (B). 469.
- Cerutti**, Vittorio (1881–1961), Botschafter Italiens in Deutschland, seit August 1935 Botschafter in Frankreich. 14.
- Ceše***, deutscher Leiter der Importgruppe Erdölindustrie. 330.
- Chajniger***, deutscher Geschäftsmann. 319.
- Chalepskij**, Innokentij Andreevič (1893–1938), Chef der Verwaltung für Fahrzeuge und Schützenpanzerwagen der RKKA, seit April 1936 Chef für Bewaffnung und technische Versorgung der RKKA, seit März 1937 1. stellv. Volkskommissar für Nachrichtenwesen der UdSSR, seit April 1937 Volkskommissar für Nachrichtenwesen, Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung, Armeebefehlshaber 2. Ranges seit November 1935. 279.
- Chamberlain**, Sir Joseph Austen (1863–1937), britischer Politiker und Staatsmann. 280.
- Charčenko**, Ivan Ivanovič (1906–1938), Leiter der Transportabteilung des ZK des VLKSM, seit Juni 1936 Vorsitzender des Allunionskomitees für Körperkultur und Sport beim SNK der UdSSR. 483.
- Chastenet**, Jacques (1893–1978), französischer Journalist, Historiker und Diplomat, Mitherausgeber der Tageszeitung „Le Temps“, Vizepräsident des Pariser Journalistenverbandes. 416.
- Chezel’***, Leiterin der Passabteilung des deutschen Generalkonsulats in Leningrad bis August 1935. 206.
- Chiang Kai-shek** (1887–1975), Führer der Kuomintang und Oberhaupt der chinesischen Regierung, Generalissimus. 7, 256, 261, 606.
- Chilston** siehe Akers-Douglas
- Chinčuk**, Lev Michajlovič (1868–1939), Volkskommissar für Binnenhandel der RSFSR. 3, 178, 197, 206, 266, 355, 443, 534.
- Chmel’nickij**, Rafail Pavlovič (1898–1964), Adjutant des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR. 377.
- Churchill**, Sir Winston Spencer (1874–1965), britischer Politiker. 280.
- Ciano**, Galeazzo (1903–1944), Minister für Presse und Propaganda Italiens, seit Juni 1936 Außenminister. 560, 603, 630.
- Cibizov**, Vladimir Dmitrievič (1893–1938), Gehilfe des Chefs der 9. (Spezialabteilung) Abteilung der GUGB des NKVD der UdSSR und gleichzeitig Chef der 8. Abteilung des Generalstabes der RKKA, Brigadekommissar seit November 1935. 523.
- Členov**, Semen Borisovič (1890–1937), Chefberater zu Rechtsfragen beim Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR, Professor, am 3. August 1936 verhaftet. 253.
- Clodius**, Carl (1897–1952), Mitarbeiter der Abteilung W (Wirtschaft), Ref. II (Süd- und Südosteuropa) im AA, Legationsrat, seit Juni 1936 Vortragender Legationsrat. 358.
- Cochenhausen**, Friedrich von (1879–1946), Präsident der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften, seit Oktober 1935

- gleichzeitig Lehrer an der Luftkriegs-
akademie in Berlin-Gatow, General-
leutnant. 100.
- Coler**, Edith von (1895–1949), Aus-
landspressechefin im Reichsnähr-
stand seit März 1935. 325, 457.
- Comnen siehe Petrescu-Comnen
- Cot**, Pierre (1895–1977), französischer
Jurist und Politiker, Rechtsanwalt
am Pariser Appellationsgerichtshof,
gleichzeitig Professor für Völkerrecht
an der Universität Rennes und Bür-
germeister in Coise-Saint-Jean-Pied-
Gauthier in Savoyen, seit Juni 1936
Minister für Luftfahrt. 280.
- Coulon**, Karl Albert (1906–1988), Mit-
arbeiter im Reichsministerium für
Wissenschaft, Erziehung und Volks-
bildung. 498.
- Čubar'**, Vlas Jakovlevič (1891–1939),
stellv. Vorsitzender des SNK und des
STO beim SNK der UdSSR, Kandidat
des Politbüros des ZK der VKP (B),
seit Februar 1935 Mitglied des Po-
litbüros des ZK der VKP (B). 132,
212, 429, 435, 460, 485, 488, 490,
496, 646.
- Cukerman**, Boris Godilovič (1891–
1938), stellv. Leiter der Finanzabtei-
lung von „Glavneft“ im Volkskom-
missariat für Schwerindustrie der
UdSSR, danach kaufmännischer Di-
rektor der Allunionsvereinigung
„Sojuzneft'eksport“. 203.
- Cukerman**, Vladimir Moiseevič (1891–
1937), Leiter der 1. Ostabteilung im
NKID der UdSSR. 195.
- Curtius**, Julius (1877–1948), Präsident
der „Deutschen Gesellschaft zum
Studium Osteuropas“, Reichsaußen-
minister a.D. 543, 628.
- Dafis***, deutscher Jurist. 53.
- Dahnke**, Heinrich (1905–?), Mitarbeiter
im Reichsministerium für Wissen-
schaft, Erziehung und Volksbildung.
652.
- Dames**, Wilhelm (1904–?), Mitarbeiter
im Reichsministerium für Wissen-
schaft, Erziehung und Volksbildung.
652.
- Damzog**, Ernst Paul Heinrich (1882–
1945), Mitarbeiter des Gestapa, seit
September 1935 Mitarbeiter der
Grenzinspektion in Breslau. 48.
- Daniel'-Bek**, Vladimir Sergeevič
(1908–1966), Mitarbeiter der Lenin-
grader Unterabteilung des Wissen-
schaftlichen Forschungsinstituts für
Nachrichtenwesen. 433.
- Danilevič**, Mitarbeiter der Presseab-
teilung der Bevollmächtigten Vertretung
der UdSSR in Deutschland. 573.
- Danilevskij**, Mitarbeiter der INO des
NKVD der UdSSR. 433.
- Danmazjan siehe Balmezjan
- Darré**, Richard Walther (1895–1953),
Reichsminister für Ernährung und
Landwirtschaft, Reichsbauernführer,
Leiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS, Reichsleiter, SS-
Gruppenführer. 220, 228, 231, 243,
440, 457, 561, 603.
- Datočnaja**, Berta Izrailevna (1895–?),
Referentin der 2. Politischen Westab-
teilung des NKID der UdSSR seit
März 1935. 238.
- Davis**, Joseph E. (1876–1958), Jurist,
seit Januar 1937 Botschafter der USA
in der UdSSR. 630.
- Davtjan**, Jakov Christoforovič (1888–
1938), Bevollmächtigter Vertreter der
UdSSR in Polen. 357.
- Davydov**, Lev Georgievič (1875–?), Ge-
neralmajor der russischen Armee,
Emigrant. 663.
- Decken**, George von der (1898–1945),
Heeresadjutant von Blombergs, seit
September 1936 Erster Adjutant,

- Hauptmann, seit Oktober 1936 Major. 196.
- Delbos**, Yvon (1885–1956), Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, seit Januar 1936 Justizminister Frankreichs, seit Juni 1936 Außenminister. 548, 603.
- Demisch**, Erich (1905–?), Reichsdeutscher, Konstrukteur, am 10. November 1935 in Leningrad verhaftet. 570, 575, 577.
- Dernow**, Fritz Wilhelm, Reichsdeutscher, in der UdSSR 1935 verhaftet. 208.
- Derksen**, Ivan Jakovlevič (1888–?), Mitglied des Kolchos „Freund des Arbeiters“ im Deutschen Kreis der Westsibirischen Region, am 24. Oktober 1934 verhaftet, am 18. November 1934 vom Westsibirischen Regionalgericht zur Höchststrafe verurteilt, am 5. Januar 1935 vom Präsidium CIK umgewandelt in 10 Jahre Zwangsarbeitslager. 157.
- Despotulin**, Vladimir Michajlovič (literarisches Pseudonym: Vl. Nellin) (1895–1977), russischer Emigrant, Chefredakteur der Berliner Zeitung „Novoe slovo“. 234.
- Deutelmoser**, Erhard (1873–1956), Mitarbeiter der Firma Otto Wolff in Berlin, Oberstleutnant a.D. 10, 23, 32, 52, 153.
- Dewitz**, Ottfried von (1892–1980), zweiter kaufmännischer Direktor der Geldpapierfabrik Spechthausen, seit April 1936 Vorstandsmitglied der Firma Junkers. 190.
- Diamant**, Max (1908–1992), Mitglied der SAP-Auslandsleitung in Paris, 1936/1937 Vertreter der SAP in Spanien. 645.
- Didebulidze**, Georgij Aleksandrovič (1908–?), Student, am 25.4.1935 verhaftet, am 3.1.1936 von der Sonderberatung beim NKVD der UdSSR zu 5 Jahre Freiheitsentzug (Lager Vorkuta) verurteilt. 208.
- Dieckhoff**, Hans-Heinrich (1884–1952), Leitung der Abt. III (Britisches Reich, Amerika, Orient) im AA, seit Dezember 1935 gleichzeitig kommissarische Leitung der Abt. II (West- und Südosteuropa), seit Mai 1936 Leitung der Politischen Abteilung, seit August 1936 kommissarischer Staatssekretär, seit März 1937 Botschafter in den USA, Ministerialdirektor. 242, 334, 353, 361, 454, 457, 458, 472, 476, 501, 516, 522, 527, 541, 543, 549, 556, 565, 576, 584, 585, 589, 603, 637, 643, 656, 667.
- Dienstmann**, Carl (1885–1962), Generalkonsul Deutschlands in Tiflis, seit Juni 1936 stellv. Leiter der Personal- und Verwaltungsabteilung im AA, Konsul I. Kl., seit August 1936 Vortragender Legationsrat. 140, 164, 262, 291, 301, 628.
- Dietrich**, Otto (1897–1952), Pressechef der Reichsregierung, Reichspressechef der NSDAP. 228.
- Dik**, sowjetischer Staatsbürger, Direktor der MTS in Hal'bstadt im Rodinsker Kreis der Westsibirischen Region, 1934 verhaftet. 12.
- Dimitroff siehe Dimitrov
- Dimitrov**, Georgij (Geórgi Michájlov) (1882–1949), Mitglied des Präsidiums des EKKI, seit August 1935 Generalsekretär der Komintern. 164, 344, 351.
- Dinges**, Georgij Genrichovič (1891–1932), Ethnograf, Prorektor des Deutschen Pädagogischen Instituts in Pokrovsk, am 30. Januar 1930 verhaftet, am 1. Februar 1930 durch die Sonderberatung der OGPU der Region Untere Wolga zu 3 Jahren Verbannung nach Westsibirien verurteilt. 12.

- Dirksen**, Herbert von (1882–1955), Botschafter Deutschlands in Japan. 91, 102, 127, 211, 306, 353, 387, 434.
- Dirksen**, Hilda von (1885–1942), Ehefrau von H. von Dirksen. 91, 127.
- Dittloff**, Fritz (1894–1954), Bewirtschaftung einer Saatgutwirtschaft in Pommern. 80.
- Dittmann**, Herbert (1904–1965), Mitarbeiter an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, Oktober bis Dezember 1935 kommissarische Leitung des Generalkonsulats Leningrad, Dezember 1935 bis Februar 1936 kommissarische Beschäftigung im Ref. IV (Russland) in der Abt. II (West-, Süd- und Südosteuropa und Osteuropa und Skandinavien) im AA, seit Mai 1936 Vizekonsul am Generalkonsulat Jerusalem, Legationssekretär. 76, 102, 118, 127, 250, 253, 257, 262, 313, 328, 341, 348, 353, 358, 365, 372, 373, 408, 415, 420.
- Dlužnevskij**, Boris L'vovič (1889–1940), Oberingenieur der Projektierungsabteilung des Moskauer Stadt-sowjets, im Februar 1936 verhaftet, am 31. Mai 1936 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zu 5 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt (Soloveckij Lager). 400.
- Dobrorol'skij**, Sergej Konstantinovič (1867–1930?), Generalleutnant der russischen Armee. 8.
- Dodd**, William Edward (1869–1940), Botschafter der USA in Deutschland. 298, 367, 398, 491, 594, 630.
- Dörnberg zu Hausen**, Alexander Freiherr von (1901–1983), Mitarbeiter der Gesandtschaft Deutschlands in Estland, seit Juni 1936 kommissarische Beschäftigung im Ref. I (Völkerbund, Militärfragen, Luftfahrt) in der Politischen Abteilung im AA, seit Februar 1937 an der Botschaft in Großbritannien, Legationssekretär. 651, 658.
- Doleckij** (Fenigštejn), Jakov Genrichovič (1888–1937), Leiter der Nachrichtenagentur TASS. 449, 509, 542.
- Dollfuß**, Engelbert (1892–1934), Bundeskanzler Österreichs, am 25. Juli 1934 ermordet. 13.
- Don Sturzo siehe Sturzo
- Donzeau**, Pierre Marcel (1895–1976), Luftattaché Frankreichs in der UdSSR. 279.
- Dorpmüller**, Julius (1869–1945), Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn und gleichzeitig seit Februar 1937 Reichsverkehrsminister. 299.
- Dost**, Carl Otto, Direktor einer Maschinenbaufirma. 247.
- Dovženko**, Aleksandr Petrovič (1894–1956), Filmregisseur, Drehbuchautor, Schriftsteller. 419.
- Dreyse**, Friedrich Wilhelm (1874–1943), Vizepräsident der Reichsbank. 354, 355, 360.
- Drobnis**, Jakov Naumovič (1870–1937), stellv. Chef des Kemerover Baukombinats für Chemieanlagen, am 6. August 1936 verhaftet, angeklagt im Prozess gegen das „Parallele anti-sowjetische trotzkistische Zentrum“, am 30. Januar 1937 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zur Höchststrafe verurteilt, am 1. Februar 1937 erschossen. 579, 637.
- Dubovoj**, Ivan Naumovič (1896–1938), stellv. Befehlshaber des Ukrainischen Militärbezirks, seit Mai 1935 Befehlshaber des Char'kover Militärbezirks, Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Armeebefehlshaber 2. Ranges seit November 1935. 240, 284.

Dubowyj siehe Dubovoj

Dücker, F., Mitglied des Verbandes Deutscher Reeder. 584.

Dürksen, Eugen (1907–1985), Reichsstellenleiter im Außenpolitischen Amt der NSDAP. 234, 260, 315, 322, 325, 550, 555.

Dvinskij, Boris Aleksandrovič (1894–1973), stellv. Leiter des Sondersektors des ZK der VKP (B), Mitglied der KPK beim ZK der VKP (B). 224, 307.

Dvolajckij, Šolom Moiseevič (1893–1937), Handelsvertreter der UdSSR in Frankreich, seit Juli 1936 1. stellv. Vorsitzender des Allunionskomitees für das Hochschulwesen beim SNK der UdSSR. 170.

Ebert, Friedrich (1871–1925), Politiker und Staatsmann, Reichspräsident der Weimarer Republik. 134.

Eckener, Hugo (1868–1954), Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gesellschaft „Flugschiffbau Zeppelin“. 448.

Ecks, Reichsdeutscher, in der UdSSR verhaftet. 651.

Ėdel'son, Lev Romanovič (1898–1937), Vorsitzender des Exekutivkomitees des Kirov-Stadtbezirks in Leningrad, seit September 1935 stellv. Vorsitzender des Leningrader Stadtsowjets. 529.

Eden, Anthony (1897–1977), Lordsiegelbewahrer, seit Juni 1935 Minister für Völkerbundfragen, seit Dezember 1935 Außenminister Großbritanniens. 84, 91, 93, 95, 102, 107, 109, 110, 111, 114, 121, 125, 127, 134, 136, 142, 167, 186, 383, 394, 408, 548, 603, 630, 639.

Edward VIII. (1894–1972), Prince of Wales, Januar 1936 König Großbri-

tanniens, Dezember 1936 Abdankung, Duke of Windsor. 603.

Effingen siehe Oksen von Effingen

Efimov (Fridljand), Boris Efimovič (1900–2008), Karikaturist. 376.

Efimov, Nikolaj Alekseevič (1897–1937), Chef der Hauptverwaltung für Artillerie der RKKA, Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Korpskommandeur seit November 1935. 377.

Egorov, Aleksandr Il'ič (1883–1939), Chef des Stabes der RKKA, seit September 1935 Chef des Generalstabes der RKKA, Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Marschall der Sowjetunion seit November 1935, Kandidat des ZK der VKP (B). 2, 279, 293, 512, 658.

Ehrt, Adolf (1902–1975), Publizist, bis 17. März 1937 Vorsitzender des „Gesamtverbandes deutscher antikomunistischer Vereinigungen e.V.“. 208, 260, 315, 448, 573, 590.

Ehrt, Oscar (1876–1943), Generalkonsul Deutschlands in Char'kov, seit März 1937 kommissarische Beschäftigung im Ref. V (Osteuropa) in der Politischen Abteilung im AA. 250.

Einstein, Albert (1879–1955), Physiker, Nobelpreisträger (1921), ausländisches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. 6.

Eisenhart, Viktor (1886–?), Konsulatssekretär des deutschen Konsulats in Vladivostok. 436.

Elender, Fritz (1897–?), Reichsdeutscher, am 11. April 1935 in der UdSSR verhaftet, am 21. November 1935 zu 2 Jahren Haft verurteilt. 252.

Elster, Reichsdeutscher in Moskau. 286.

Eltz von Rübenach, Peter Paul Freiherr von (1875–1943), Reichsver-

- kehrs- und Reichspostminister bis Februar 1937, danach aller Ämter enthoben. 216, 607.
- Émme***, 28, 73.
- Enderis**, Guido (1879–?), Vertreter der „New York Times“ in Berlin. 392.
- Endert***, sowjetische Staatsbürgerin. 681.
- Endert**, Adolf, Reichsdeutscher, in der UdSSR verhaftet und Ende November 1932 verurteilt, am 30. Januar 1933 in Haft verstorben. 371.
- Engel**, Hans (1887–1945), Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium. 672.
- Engelken**, Diedrich (1882–1957), Unternehmer und Senator in Hamburg, Leiter der Abteilung Außenhandel der „Reichsstelle des deutschen Handels“, Mitglied des Wirtschaftsstabs beim Stellvertreter des Führers. 190.
- Engell**, Ove (1884–1939), Gesandter Dänemarks in der UdSSR. 155.
- Engels**, Friedrich (1820–1895), deutscher Philosoph. 554.
- Enko**, Franc Francevič (1897–1938), Vorsitzender des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Derunapht, im Juli 1935 aus Deutschland ausgewiesen, danach Gehilfe des Chefs der 2. Hauptverwaltung für Versorgung des Volkskommissariats für Verteidigungsindustrie der UdSSR. 152, 201, 205.
- Ens***, I.K., sowjetischer Staatsbürger, 1935 vom UNKVD der Asov-Schwarzmeer-Region verhaftet. 266.
- Enukidze**, Avel' Safronovič (1877–1937), Sekretär des Präsidiums des CIK der UdSSR, seit März 1935 Sekretär des CIK der Transkaukasischen Föderation, seit Mai 1935 Beauftragter des CIK für die Mineralwasserkurorte, seit September 1935 Chef des Char'kover Kontors der Autostraßentransportverwaltung, am 11. Februar 1937 verhaftet, Mitglied des ZK der VKP (B) bis Juni 1935. 8, 20, 155.
- Epe**, Heinz (Pseudonym Walter Held) (1910–1942), enger Mitarbeiter Trotzki, im Exil in Frankreich, den Niederlanden und Skandinavien. 645.
- Epstein**, Rechtsanwalt. 419.
- Erdmannsdorff**, Otto von (1888–1978), stellv. Leiter für Ostasien in der Abt. IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, seit Mai 1936 Leiter der Gruppe B (Außereuropäische Gruppe) in der Politischen Abteilung, Vortragender Legationsrat, seit Mai 1936 Gesandter I. Kl. 241, 450, 461, 584, 585, 589, 606, 677.
- Erdtmann**, Woldemar/Waldemar (ca. 1885–1957), Bürohilfsarbeiter an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, seit April 1935 am Konsulat in Innsbruck, seit Dezember 1936 an der Gesandtschaft in Lettland. 80, 84, 86, 93, 102, 127.
- Erlewein**, Josef (1902–1978), Mitarbeiter an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, seit Januar 1937 Personal- und Verwaltungsabteilung im AA, Konsultssekretär. 428.
- Erlinghäuser**, Alfred (1903–?), Auto-mechaniker, am 5. November 1936 in Moskau verhaftet, im Sommer 1937 ausgewiesen. 565, 575.
- Ersch**, Gustav Michajlovič (1898–1937), sowjetischer Staatsangehöriger, ehem. Mitglied der KPD, Redakteur einer deutschsprachigen Zeitung, am 23. Februar 1934 verhaftet, am 11. Dezember 1934 von der Sonderberatung beim NKVD zu 5 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. 208.
- Erusalimskij**, Arkadij Samsonovič (1901–1965), wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirt-

- schaft und Weltpolitik, Prof. des Moskauer Instituts für Geschichte, Philosophie und Literatur. 530, 628.
- Esebeck**, Hans Karl Freiherr von (1892–1955), Lehrer an der Kriegsschule Hannover, seit Oktober 1936 Kommandeur des Reiter-Regiments 1 in Insterburg, Major, seit Januar 1936 Oberstleutnant. 66.
- Esser**, Hermann (1900–1981), Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, gleichzeitig Preiskommissar für Bayern bis März 1935, danach Leiter der Fremdenverkehrsabteilung im Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung und Leiter der Reichsgruppe Fremdenverkehr (Berlin) sowie Präsident des Bundes Deutscher Verkehrsverbände und Bäder, seit Dezember 1935 Mitglied des Reichsverkehrsrates, seit April 1936 Präsident des Reichsfremdenverkehrsverbandes. 539.
- Ežov**, Nikolaj Ivanovič (1895–1940), stellv. Vorsitzender der KPK beim ZK der VKP (B) und gleichzeitig Leiter der Industrieabteilung des ZK der VKP (B), seit Ende Februar 1935 Vorsitzender der KPK beim ZK der VKP (B) und seit März 1935 gleichzeitig Leiter der Abteilung für Leitungsorgane der Partei des ZK der VKP (B), seit August 1935 gleichzeitig Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern, seit Ende September 1936 Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR, Mitglied des ZK und des Orgbüros der VKP (B), Sekretär des ZK der VKP (B) seit Februar 1935. 401, 558, 575, 577, 605, 606, 617, 625, 641, 645, 647, 676, 677, 683, 686.
- Fätkenheuer**, Margarete (1882–?), geb. Fournes, verw. Ohlander, Ehefrau von R. Fätkenheuer. 570.
- Fätkenheuer**, Reinhard (1886–1936), Amtsgehilfe am deutschen Generalkonsulat in Leningrad. 570.
- Fajnszejn**, Abram Samojlovič (1891–1981), stellv. Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland für Finanzfragen, seit April 1935 Chef von „Karbolitstroj“, danach stellv. Chef der Verwaltung von „Glavplastmass“ im Volkskommissariat für Schwerindustrie der UdSSR. 152.
- Faulhaber**, Michael Kardinal von (1869–1952), Erzbischof von München und Freising. 30.
- Faupel**, Wilhelm (1873–1945), Präsident des Ibero-Amerikanischen Instituts, seit November 1936 deutscher Geschäftsträger bei der spanischen Nationalregierung in Salamanca (Franco), seit Februar 1937 Botschafter Deutschlands in Spanien. 594.
- Fehmer**, L., Firmenvertreter (Bosch) in Moskau. 221, 472, 484.
- Fel'dman**, Boris Mironovič (1890–1937), Chef der Verwaltung für das Führungskorps der RKKa, Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Korpskommandeur seit November 1935. 377.
- Fersman**, Aleksandr Evgen'evič (1883–1945), Geochemiker und Mineraloge, Direktor des Instituts für Kristallographie, Mineralogie und Geochemie an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Mitglied der Akademie der Wissenschaften. 178.
- Fervaque**, Pierre (d.i. Rémi Roure) (1885–1966), Journalist, Redakteur von „Le Temps“. 554.
- Fette**, Paul, Vertreter von Deruluft. 27, 538.
- Filasov***, sowjetischer Staatsbürger. 572.

- Finn** (Finn-Chal'fin), Konstantin Jakovlevič (1904–1975), Dramatiker, Schriftsteller. 274.
- Fischer**, Ministerialdirigent im preußischen Innenministerium, danach Mitarbeiter im Apparat von R. Heß. 56.
- Fischer**, Ruth (Eisler, Elfriede) (1895–1961), ehem. Funktionärin des KPD, Mitbegründerin der „Gruppe Internationale (Marxisten-Leninisten)“ in Paris, Exil in Frankreich. 645.
- Fischle**, Otto (1890–?), Reichsdeutscher, Werkmeister, am 10. November 1936 in Leningrad verhaftet, am 27. Februar 1937 ausgewiesen. 570, 577.
- Flaesser siehe Flessa
- Flandin**, Pierre Étienne (1889–1958), Premierminister Frankreichs bis Juni 1935, Januar bis Juni 1936 Außenminister. 34, 59, 84, 367, 394, 426.
- Flessa**, Wilhelm, Reichsdeutscher, Ingenieur, bis 1935 in Kusneck tätig. 631.
- Flotow**, von, Reichsluftfahrtministerium, Major. 181.
- Foertsch**, Hermann (1895–1961), Reichswehr-Pressechef, seit Oktober 1935 Kommandeur des IV. Bataillons des Infanterie-Regiments 4, seit Oktober 1936 Kriegsakademie, seit Februar 1937 Oberkommando des Heeres, Major, seit Januar 1936 Oberstleutnant. 196.
- Fomin***, Direktor der Filiale der Derunapht in Hamburg, im August 1935 aus Deutschland ausgewiesen. 218, 306, 312, 313.
- Franco**, Francisco (1892–1975), Befehlshaber der Armee in Marokko seit Februar 1935, seit Mai 1935 Chef des Generalstabes Spaniens, seit Ende September 1936 Caudillo, Divisionsgeneral, seit Ende September 1936 Generalissimus. 491, 548, 594, 618, 621, 644, 685.
- François-Poncet**, André (1887–1978), Botschafter Frankreichs in Deutschland. 14, 29, 30, 36, 59, 60, 70, 84, 95, 258, 298, 304, 330, 331, 332, 383, 392, 443, 594, 595, 630, 644, 687.
- Frank**, Hans (1900–1946), Leiter der Rechtsabteilung der NSDAP-Reichsleitung, Präsident der Akademie für Deutsches Recht, Reichsminister ohne Geschäftsbereich. 218, 232, 367, 398, 446.
- Frank**, Karl (1893–1969), Auslandsleiter der Gruppe „Neu Beginnen“, Exil in der Tschechoslowakei. 645.
- Frasch**, Adolf (?–?), Wirtschafts- und Steuerberater in Hamburg, Leiter des „Verbandes der Deutschen aus Russland“. 35, 243, 315.
- Frauendienst**, Werner (1901–1966), Mitarbeiter der Abt. II (West- und Südosteuropa) im AA, seit September 1936 Personal- und Verwaltungsabteilung, seit März 1937 Leitung des Politischen Archivs, Legationssekretär. 628.
- Frercks**, Rudolf (1908–1985), Abteilungsleiter im Rassenpolitischen Amt der NSDAP, Verbindungsmann für erb- und rassenbiologische Angelegenheiten beim Reichserziehungsministerium. 498.
- Freytagh-Loringhoven**, Axel Freiherr von (1878–1942), Mitglied des Ständigen Schiedshofes in Den Haag, Herausgeber der „Monatszeitschrift für Völkerbund und Völkerrecht“. 146.
- Frick**, Wilhelm (1877–1946), Reichsminister des Innern. 48, 189, 247, 418, 456, 491, 528, 562.
- Fridrichson**, sowjetischer Staatsbürger, 1934 auf der Krim verhaftet. 12.

- Fridrichson**, Lev Christianovič (1889–1937), 1. stellv. Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland, Kollegiumsmitglied des NKVT der UdSSR, seit 1936 Mitglied des Rates beim Volkskommissar für Außenhandel. 35, 37, 38, 41, 51 52, 53, 57, 79, 104, 144, 199, 203, 213, 254, 299, 329, 345, 354, 365, 366, 372, 375, 408, 419, 451, 458, 479, 504, 540, 556, 630, 640.
- Friedag**, Henry (1895–?), Reichsdeutscher, am 31. März 1934 in der UdSSR verhaftet, 1935 nach Deutschland ausgewiesen. 208.
- Friedrichsohn, Friedrichson siehe Fridrichson
- Fritsch**, Werner Thomas Ludwig Freiherr von (1880–1939), Chef der Heeresleitung, seit Juni 1935 Oberbefehlshaber des Heeres, General der Artillerie, seit April 1936 Generaloberst. 68, 220, 306, 387, 410, 456, 647.
- Frizen**, Aleksandr Gergardovič (Gergardovič) (1887–1936), Leiter des Prüf- und Messlabors der Kirov-Werke in der Stadt Bol'soj Tokmak, Gebiet Dnepropetrovsk; am 23. März 1936 wegen „Spionage, Diversions- und Schädlingstätigkeit“ verhaftet, am 6. September 1936 vom Militärtribunal des Militärbezirks Char'kov zum Tode verurteilt, am 28. Oktober 1936 erschossen. 496.
- Frojnd**, Nina Osipovna (1898–?), Leiterin der 2. Westabteilung von VOKS. 6.
- Frumin siehe Fomin
- Frumkina**, Rosa Naumovna (1883–?), Leiterin des Sektors für Fremdsprachen beim Allrussischen Rundfunkkomitee der UdSSR (Ino-Radio), am 20. August 1936 verhaftet, am 10. September 1936 zu 5 Jahren Zwangsarbeitslager (Vorkutlag) verurteilt. 393.
- Fuchs**, Adolf, Vater von K. Fuchs. 362, 378.
- Fuchs**, Kurt (1897–1938), Reichsdeutscher, 1934 in der UdSSR zu 8 Jahren Haft verurteilt. 20, 28, 73, 93, 121, 140, 175, 182, 208, 225, 226, 252, 306, 313, 327, 359, 362, 371, 373, 378, 380, 502, 558, 570, 596, 681.
- Fufaev***, sowjetischer Staatsbürger, 1935 in Tiflis verhaftet. 175.
- Fufaeva***, sowjetische Staatsbürgerin, in Tiflis verhaftet. 175.
- Fuhlbrügge**, Hermann (1907–?), Reichsdeutscher, Modellmeister/Bildhauer, am 25. Mai 1936 bei Moskau verhaftet. 681.
- Fuks**, Genrich (Andrej) Michajlovič (1895–1938), Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der ASSR der Wolga-Deutschen und Vorsitzender des CIK der ASSR, am 30.12.1934 aller Ämter enthoben und als Bauleiter in die Baschkirische ASSR versetzt. 12.
- Funck**, H. Otto, Rechtsanwalt. 247.
- Funk**, Walther (1890–1960), Pressechef der Reichsregierung und Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. 71.
- Furer siehe Vohrer
- Furtwängler**, Wilhelm (1886–1954), Dirigent, Leiter der Berliner Philharmoniker. 238.
- Futterknecht**, Kurt (1903–?), Firmenvertreter, am 10. November 1936 in Leningrad verhaftet. 570, 575, 577.
- Futterknecht**, Tamara, geb. Karnejev (1903–?), am 10. November 1936 in Leningrad verhaftet. 570, 575, 577.
- Gaas**, F.F., sowjetischer Staatsbürger, Oberhaupt der protestantischen Sekte der Betbrüder in der Republik der

- Wolga-Deutschen, 1934 verhaftet. 12.
- Gaj** (Štokljand), Mark Isaevič (Isaakovič) (1898–1937), Chef der Sonderabteilung der GUGB des NKVD der UdSSR, seit November 1936 Chef der Verwaltung des NKVD der Ost-sibirischen Region, Kommissar der Staatssicherheit 2. Ranges seit November 1935, am 1. April 1937 verhaftet. 208, 378, 388, 575.
- Gal'fel'd***, Reichsdeutscher, Dr., Geologe. 80.
- Galler**, Lev Michajlovič (1883–1950), Befehlshaber der Baltischen Flotte, seit Januar 1937 stellv. Leiter der Seestreitkräfte der RKKA, Flaggoffizier der Flotte 2. Ranges seit November 1935. 515.
- Gamarnik**, Jan Borisovič (Jakov Pudikovič) (1894–1937), Chef der Politischen Verwaltung der RKKA und gleichzeitig Chefredakteur der „Krasnaja zvezda“, 1. stellv. Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Mitglied des Militärates beim Volkskommissar für Verteidigung, seit März 1937 gleichzeitig Beauftragter des Volkskommissariats für Verteidigung beim Rat der Volkskommissare der RSFSR für Fragen der Verteidigungsarbeiten, Armeekommissar 1. Ranges seit November 1935, Mitglied des ZK der VKP (B), Mitglied des Orgbüros des ZK der VKP (B). 154, 192, 275, 293, 674.
- Gamelin**, Maurice (1872–1958), Generalstabschef des Heeres und Generalinspekteur der Streitkräfte Frankreichs, seit 1935 Mitglied des Conseil supérieur de la défense nationale, General. 491, 505.
- Gamm***, Reichsdeutscher, 1934 in der UdSSR verhaftet. 12.
- Garder***, sowjetischer Staatsbürger, 1934 verhaftet und verurteilt. 12.
- Gartman***, Parteiorganisator eines Kolchos im Kanton Marienthal in der Republik der Wolga-Deutschen. 12.
- Gasjuk**, Nikolaj Kazimirovič (1903–1937), Leiter der Abteilung für Handelspolitik in der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland. 259, 292, 354, 365, 372, 412, 451, 478, 572, 590.
- Gasper**, Georg (1891–1956), Vorstand bei der Firma Klöckner-Humboldt-Deutz AG, danach Generalbevollmächtigter der Firma Otto Wolff. 144.
- Gasjuk siehe Gasjuk
- Gatzke**, Paul, Reichsdeutscher, am 26. Januar 1934 in der UdSSR verhaftet. 21, 239.
- Gauquié**, Henry-Louis (1894–?), Botschaftssekretär Frankreichs in Deutschland. 27, 29, 30, 121.
- Gaus**, Friedrich (1881–1955), Leiter der Abteilung V (Recht) im AA, Ministerialdirektor. 139, 182, 185.
- Gaus**, Solomon Fedorovič (1888–?), Bauer, am 6. Februar 1935 verhaftet, am 19. Juli 1935 vom Sonderkollegium des Westsibirischen Regionalgerichtes zu 8 Jahren Strafgefangenschaft verurteilt. 266.
- Gayda**, Virginio (1885–1944), Chefredakteur des „Il Giornale d'Italia“. 280.
- Gegečkori***, L., sowjetischer Staatsbürger, im Mai 1935 in Tiflis verhaftet. 208.
- Gegetschkori siehe Gegečkori
- Geissler**, Martin (1905–?), Techniker, Reichsdeutscher, am 14. April 1936 in der UdSSR verhaftet, am 20. September 1936 zu 6 Jahren Haft verurteilt. 681.
- Gejn**, Garri Ferdinandovič (1909–?), stellv. Direktor des Kupferwalzwerkes in Tiflis, am 25. April 1935 ver-

- haftet, am 3. Januar 1936 von der Sonderberatung des NKVD der UdSSR zu 5 Jahren Strafarbeitslager (Noril'lag) verurteilt. 208.
- Gejssel***. 419.
- Gekker**, Anatolij Il'ič (1888–1937), Chef der Abteilung für auswärtige Beziehungen der Aufklärungsverwaltung der RKKa, seit Februar 1937 zur Verfügung der Verwaltung für das Führungskorps der RKKa, Korpskommandeur seit November 1935. 2, 108, 109, 311, 377, 632.
- Gel'ms***, sowjetischer Staatsbürger, 1934 in Moskau verhaftet. 12.
- Gendin**, Ja. M. (1882–?), Leiter der Abteilung für Maschinenimport und stellv. Leiter der Importabteilung in der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland, seit Dezember 1935 Leiter der Importverwaltung im Volkskommissariat für Außenhandel der UdSSR, seit Juli 1936 stellv. Leiter der Handelsvertretung der UdSSR in der Tschechoslowakei. 170.
- Genštel'**, Ja.M., stellv. Leiter der Koke-riabteilung der Hauptverwaltung für Hüttenindustrie des NKTP der UdSSR. 433.
- George V.** (1865–1936), seit 1910 König des Vereinigten Königreiches von Großbritannien. 383.
- Gerasimov**, Anton Vladimirovič (1900–1978), Gehilfe des Militärattachés der UdSSR in Deutschland seit März 1935, Oberst seit Dezember 1935. 25, 566, 572.
- Gerassimow siehe Gerasimov
- Gerschun**, Mitarbeiter des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft 1935. 191.
- Geršel'man**, Édouard Evgen'evič (1900–1978), Generalsekretär des NKID der UdSSR. 385.
- Gibšle***, Otto, Reichsdeutscher, ehem. Spezialist in einer Schweinezucht-Sovchose in der Republik der Wolga-Deutschen. 12.
- Giddin**, sowjetische Staatsbürgerin, 1936 in Deutschland verhaftet. 503.
- Gide**, André (1869–1951), französischer Schriftsteller. 245.
- Gil'bert**, Reichsdeutscher, Mitarbeiter eines deutschen Konsulats. 164.
- Gil'bert**, Reichsdeutscher, Vater von Vorstehendem, wurde in Baku verhaftet. 316, 326, 339, 359.
- Ginzburg**, Grigorij Romanovic (1904–1961), Pianist. 419.
- Giršfel'd** (Ostrovskij), Aleksandr Vladimirovič (1897–1962), 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, seit September 1935 Generalkonsul in Königsberg, Mitarbeiter der Aufklärungsverwaltung der RKKa. 28, 30, 44, 46, 55, 73, 94, 106, 140, 165, 201, 203, 205, 218, 235, 528, 572.
- Giršfel'd**, Evgenij Vladimirovič (1899–1942), Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Frankreich, Bruder von A.V. Giršfel'd. 691.
- Gittis**, Vladimir Michajlovič (1881–1938), Beauftragter des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR beim NKVT der UdSSR und Leiter der Abteilung für Auslandsaufträge des Volkskommissariats für Verteidigung, Korpskommandeur seit November 1935. 141, 154, 249, 381.
- Gladycz**, Sigmund/Sigismund (?–?), Reichsdeutscher, am 16. März 1933 in der UdSSR verhaftet und im Oktober 1935 nach Deutschland ausgewiesen. 80, 207, 239, 252.
- Glaz**, Abram Il'ič (1902–1994), Adjutant der N.E. Žukovskij-Akademie für die Luftstreitkräfte, danach am Lehrstuhl

der Akademie für Elektroradiotechnik, Militäringenieur 3. Ranges seit November 1935. 460.

Gnedin (Gel'fand) Evgenij Aleksandrovič (1898–1983), stellv. Leiter der Auslandsabteilung der „Izvestija“, seit Februar 1935 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, Leiter der Presseabteilung der Bevollmächtigten Vertretung. 13, 56, 82, 129, 146, 147, 160, 164, 165, 175, 191, 197, 201, 227, 228, 235, 238, 242, 245, 255, 272, 274, 281, 282, 283, 285, 299, 300, 305, 322, 327, 340, 379, 385, 386, 392, 393, 402, 409, 412, 419, 420, 438, 446, 448, 453, 454, 463, 483, 503, 514, 515, 516, 518, 520, 528, 535, 550, 554, 555, 572, 591, 592, 602, 608, 675, 676, 682.

Gnučev, Nikolaj Nikolaevič (1889–?), Internist, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Staatlichen Institut zur Untersuchung des Stoffwechsels in Moskau, am 4. November 1936 wegen „Spionage“ und „konterrevolutionärer faschistischer Tätigkeit“ verhaftet. 575, 576.

Gnutscheff siehe Gnučev

Goebbels, Joseph (1897–1945), Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. 82, 182, 205, 216, 220, 224, 227, 228, 229, 231, 232, 236, 298, 303, 308, 309, 324, 367, 389, 397, 399, 410, 417, 419, 428, 449, 452, 491, 499, 507, 508, 518, 520, 521, 522, 527, 528, 530, 533, 539, 561, 592, 593, 594, 596, 600, 668, 676, 679, 685, 687.

Gömbös von Jákfa, Guyla (1886–1936), Ministerpräsident und Verteidigungsminister Ungarns. 258.

Görbing, Ehefrau von K.-H. Görbing. 374, 379, 380, 599, 600, 606, 621, 676.

Görbing, Mutter von K.-H. Görbing. 599, 600.

Görbing, Karl-Hans (1894–1939) Korrespondent deutscher Zeitungen in Moskau. 149, 281, 312, 313, 340, 344, 350, 353, 360, 369, 370, 373, 374, 379, 380, 599, 600, 606, 614, 621, 629, 676.

Goerdeler, Carl Friedrich (1884–1945), Reichskommissar für Preisüberwachung bis Juni 1935, gleichzeitig bis März 1937 Oberbürgermeister von Leipzig, danach Berater der Firma Bosch. 367.

Göring, Herbert (1889–1949?), Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium. 187, 288, 323, 328, 330, 354, 360, 382, 440, 451, 457, 458, 525, 540, 549, 556, 557, 586, 598, 624, 670, 671.

Göring, Hermann Wilhelm (1893–1946), Ministerpräsident Preußens, Reichsluftfahrtminister, seit Mai 1935 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, seit April 1936 gleichzeitig Rohsoff- und Devisenkommissar, seit Oktober 1936 gleichzeitig Beauftragter für den Vierjahresplan, General der Infanterie (im Mai 1935 umbenannt in General der Flieger), seit April 1936 Generaloberst. 20, 68, 100, 168, 177, 182, 220, 234, 258, 306, 323, 354, 360, 398, 399, 409, 410, 449, 451, 452, 457, 458, 463, 466, 518, 527, 532, 540, 556, 557, 560, 561, 566, 572, 594, 598, 603, 607, 613, 615, 630, 644, 663, 668, 670, 671, 684, 687.

Göring, Wilhelm (1905–?), Glasbläser, am 26. Oktober 1935 in Leningrad verhaftet, am 8. April 1936 zu 10 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. 681.

Göring, Wjatscheslaw (1913–?), Glasbläser, am 26. Oktober 1935 in Leningrad verhaftet, am 8. April 1936 zu 5 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. 681.

Goethe, Johann Wolfgang von (1749–1832), Schriftsteller. 554.

Gofman, Karl Bernardovič (1895–?), Korrespondent der „Pravda“ in Deutschland. 56, 196, 197, 218, 227, 228, 248, 340, 350, 360, 369, 370, 373, 374, 379, 380, 448, 499, 591.

Gojzman, Sekretär der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland. 53.

Gol'dchill siehe Goldhill

Goldhill*, J., Pseudonym eines Verfassers von Artikeln in der „Pravda“. 530.

Goldschmidt, Otto (1894–?), Reichsdeutscher, Kraftfahrer, am 8. Oktober 1936 in Moskau verhaftet, am 28. Februar 1937 aus der UdSSR ausgewiesen. 377, 578, 660, 661, 662, 666.

Gol'dštejn, Evgenij Michajlovič, 1936 in der UdSSR verhaftet. 400.

Golubev, Vladimir Petrovič (1913–1940), Oberermittler der 1. Unterabteilung der 3. Abteilung (Spionageabwehr) der GUGB des NKVD der UdSSR, Unterleutnant der Staatssicherheit seit Dezember 1936. 149.

Gommer*, sowjetischer Staatsbürger, 1935 vom Sonderkollegium des Westsibirischen Regionalgerichts verurteilt. 266.

Gorb (Rozman), Michail Savel'evič (Moisej Sanelevič) (1894–1937), stellv. Chef der Sonderabteilung der GUGB des NKVD der UdSSR, seit Ende November 1936 stellv. Chef der 3. Abteilung (Spionageabwehr) der GUGB des NKVD, seit April 1937 Chef der Zentralverwaltung für Maße und Gewichte im NKVD, Obermajor der Staatssicherheit seit Dezember 1935. 571, 613.

Gordon, Boris Moiseevič (1896–1937), Leiter der Konsularabteilung der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, Attaché, seit August

deren 2. Sekretär, Resident der INO GUGB des NKVD in Berlin, Obermajor der Staatssicherheit seit Dezember 1936. 228, 572, 608, 630.

Gor'kov, stellv. Leiter der Moskauer Vertretung in der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland seit Oktober 1935. 263.

Gorlov, Sergej Kirilovič, Mitarbeiter des Volkskommissariats für Binnenhandel der UdSSR. 433.

Gorski siehe Gorskij

Gorskij, Leiter der Finanzabteilung der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland, seit Februar 1936 stellv. Vorsitzender der Allunionsvereinigung „Raznoimport“. 170, 277, 396.

Grafström, Sven (1902–1955), Sekretär der Gesandtschaft Schwedens in der UdSSR, seit 1936 an der Gesandtschaft in Polen. 211.

Gregor, Werner (1896–1977), Mitarbeiter der Botschaft Deutschlands in Polen, seit Mai 1936 Mitarbeiter des Ref. W/Allgemeine Kulturpolitik (Wissenschaftliche Beziehungen zum Ausland) in der Kulturpolitischen Abteilung, Legationssekretär. 498.

Greiner*, Reichsdeutscher, am 24. Januar 1934 in der UdSSR verhaftet. 239.

Grinev, Michail Il'ič (1898–1976), verantwortlicher Referent in der Wirtschaftsabteilung des NKID der UdSSR, seit August 1936 2. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Großbritannien. 209.

Grin'ko, Grigorij Fedorovič (1890–1938), Volkskommissar für Finanzen der UdSSR, Kandidat des ZK der VKP (B). 64, 460.

Gritzbach, Erich (1896–1968), Presseschef und Chef des Ministerbüros des Preußischen Staatsministeriums. 409.

- Groeger**, Meta (1884–?), Stenotypistin an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR. 600.
- Gröhl**, Karl (Pseudonyme: Friedberg, Karl Retzlaw) (1896–1979), Mitglied der KPD, Exil in Frankreich. 645.
- Groepler** (1901–1935), Sekretär von Görbing, verhaftet in der UdSSR und erschossen. 149, 252, 374.
- Groepler**, Elisabeth (1874–?), Mutter von M. Groepler. 252.
- Groepler**, Margarethe (1900–?), Sekretärin in der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, Tochter von E. Groepler. 149.
- Gromov**, Michail Michajlovič (1899–1985), Testpilot und Kommandeur der Fluggruppe des Zentralinstituts für Aerohydrodynamik (CAGI), Oberst seit November 1936. 572.
- Groß**, Walter (1904–1945), Leiter des „Rassenpolitischen Amtes der NSDAP“. 533.
- Großkopf**, Wilhelm (1884–1942), Leiter des deutschen Konsulats in Novosibirsk, seit Dezember 1935 Leiter des Konsulats Kiev (seit September 1936 Generalkonsulat), Konsul I. Kl., seit August 1936 Generalkonsul. 40, 80, 131, 136, 206, 250, 262, 306, 344, 399, 440, 450, 579, 582, 596, 597, 601, 631, 632, 637, 641, 651, 685.
- Grossman**, Oskar Samuilovič (1912–1938), sowjetischer Staatsbürger, im Februar 1934 in Deutschland verhaftet, am 1. November 1934 wegen illegaler kommunistischer Tätigkeit zu 2 Jahre Zuchthaus verurteilt, in die UdSSR ausgewiesen, Student des Leningrader Elektrotechnischen Instituts. 28, 44, 73, 93, 164, 175.
- Grünau**, Werner Freiherr von (1874–1956), Leiter der Abt. I (Personal und Verwaltung) im AA, April 1936 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Ministerialdirektor. 306, 313.
- Grundherr zu Altenthann und Weiherhaus**, Werner von (1888–1962), Mitarbeiter der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien), seit Mai 1936 Politische Abt./Ref. VI (Skandinavien und Randstaaten), Gesandtschaftsrat I. Kl., seit Juni 1936 Vortragender Legationsrat. 313.
- Gruschewsky siehe Gruševskij
- Gruševskij**, Lev Abramovič (1893–1937), stellv. Volkskommissar für Landwirtschaft der Ukrainischen SSR, 1937 verhaftet. 136.
- Gubkin**, Ivan Michajlovič (1871–1939), Geologe, Rektor des Moskauer Erdölinstituts, Akademiemitglied, seit 1936 Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. 178.
- Günther**, Lucie (1895–?), Stenotypistin an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR. 600.
- Gurevič**, Osip Ivanovič, Referent der 1. Politischen Ostabteilung im NKID der UdSSR. 655.
- Gurewitsch siehe Gurevič
- Gurnyj**, Mitarbeiter in der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland und gleichzeitig Gehilfe des Hauptbuchhalters der Derunapht, im August 1935 aus Deutschland ausgewiesen. 203, 205.
- Gustaf II. Adolf** (1594–1632), König von Schweden. 20.
- Haage**, Alexander (1897–1950), Bauingenieur und Dolmetscher, Vertreter der Maschinenbaufirma „Wagner“ in Dortmund, in Mai 1935 aus der UdSSR ausgewiesen. 140, 150, 151, 305, 400.
- Haaser***, Alfred, angeblich Agent der Gestapo in Helsinki. 208.
- Hack**, Friedrich Wilhelm (1887–1949), Geschäftsführer der Berliner deutsch-japanischen Gesellschaft. 293.

- Hadamzik**, Firmenvertreter (Henry Pels) in Moskau. 221.
- Haegeler**, Karoline (1892–?), Reichsdeutsche, 1935 in Tiflis verhaftet, im Januar 1936 zusammen mit dem Sohn Robert Haegeler ausgewiesen. 359.
- Haegert**, Wilhelm (1907–1994), Leiter der Abteilung II (Propaganda) im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Ministerialrat. 16, 612.
- Haer***, Oberst. 208.
- Hagemann**, Reichsdeutscher, in Char'kov verhaftet. 575.
- Halifax siehe Wood
- Hammer**, Gustav (1875–1961), Direktor der Einkaufsabteilung der Deutschen Reichsbahn im Reichsverkehrsministerium, Ende 1935 beurlaubt, März 1936 in Untersuchungshaft, im September 1936 Verurteilung wegen Bestechlichkeit zu zweieinhalb Jahren Haft. 299.
- Hammerstein-Equord**, Kurt Freiherr von (1878–1943), Generaloberst a.D. 68.
- Hanke**, Karl (1903–1945?), persönlicher Referent des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Ministerialrat. 533.
- Harmsworth**, Harold, 1st Viscount Rothermere (1868–1940), britischer Presseunternehmer. 446.
- Harnack**, Arvid (1901–1942), Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium. 205.
- Harper**, Samuel Northrup (1882–1943), Professor für Russische Sprache und Institutionen an der Universität von Chicago. 603.
- Hartmann**, Otto (1884–1952), Militärattaché an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, seit Oktober 1935 Artillerie-Kommandeur 1, seit November 1936 Kommandeur der 7. Infanterie-Division, Oberst, seit April 1936 Generalmajor. 2, 7, 25, 105, 108, 109, 114, 149, 151, 184, 194, 200, 206, 211, 256.
- Hasenöhrle**, Franz Xaver (1891–1943), Ministerialrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. 181.
- Hassell**, Ulrich von (1881–1944), Botschafter Deutschlands in Italien. 27, 177, 394.
- Haubrich**, Adolf (1879–1957), Geschäftsführer des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft bis Sommer 1935. 87, 120, 193.
- Hayashi**, Senjūrō (1876–1943), Generalinspekteur der Militärausbildung und Mitglied des Obersten Kriegsrats, gleichzeitig Heeresminister Japans bis September 1935, seit Februar 1937 Premierminister und gleichzeitig Bildungsminister, auch gleichzeitig Außenminister bis 3. März 1937. 630, 646.
- Hecking**, Carl (1870–1960), Direktor der Hamburg-Amerika-Linie. 190.
- Hehle**, Charlotte, Braut von Kurt Fuchs. 362.
- Heinburg**, Curt (1885–1964), Leiter des Ref. Südosteuropa in der Abt. II (West-, Süd- und Südosteuropa) im AA (seit Mai 1936 Pol. Abt., Ref. IV), Gesandtschaftsrat I. Kl., seit März 1935 Vortragender Legationsrat. 461.
- Heine**, Heinrich (1797–1856), Dichter. 554.
- Heinerlich***, ehem. Portier der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Berlin. 630.
- Heintze**, Johannes (1881–1973), Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, seit Mai 1935 gleichzeitig Präsident der „Wirtschafts-

gruppe Sparkassen“. 10, 27, 35, 37, 41, 51.

Heinz, Friedrich Wilhelm (1899–1968), Redakteur der Zeitung des „Stahlhelm“ bis November 1935, seit Januar 1936 Eignungsprüfung zum Eintritt in das Ergänzungsoffizierkorps, seit April 1936 Presseoffizier der Abwehrabteilung (Referat III c 3 „Spionageabwehr außerhalb der Wehrmacht“) des Reichskriegsministeriums, Hauptmann. 55.

Heller, Reinhold (1885–1945), stellv. Leiter der Dienststelle II 1 A (Kommunistische und marxistische Bewegung, Nationalbolschewismus, Anarchismus, SPD) im Gestapa, seit April 1935 gleichzeitig Leiter des Geschäftsbereichs „Kommunismus, außer Marxismus und Nebenorganisationen, Zersetzung“, Kriminalpolizeirat, seit April 1935 Regierungsrat. 16, 468, 633.

Helm, Kriminalkommissar. 498.

Hencke, Andor (1895–1984), Leiter des deutschen Konsulats in Kiev, im September 1935 kommissarische Beschäftigung an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, seit September 1935 Leiter des Ref. IV (Russland) in der Abt. II (West-, Süd- und Südosteuropa und Osteuropa und Skandinavien), seit Mai 1936 Ref. V in der Politischen Abteilung, seit September 1936 Gesandtschaftsrat an der Gesandtschaft in der Tschechoslowakei, Konsul II. Kl., seit November 1936 Gesandtschaftsrat II. Kl. 12, 76, 91, 136, 162, 225, 237, 241, 250, 251, 256, 261, 262, 301, 302, 306, 312, 313, 314, 315, 321, 327, 328, 333, 343, 348, 349, 353, 359, 362, 368, 371, 372, 373, 375, 380, 382, 388, 396, 408, 415, 419, 420, 428, 432, 434, 436, 440, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 457, 461, 463, 465, 466, 468, 473, 474, 475, 476, 503, 524.

Henlein, Konrad (1898–1945), Parteiführer der Sudetendeutschen Hei-

matfront (seit April 1935 unter dem Namen Sudetendeutsche Partei) in der Tschechoslowakei. 491, 644.

Hensel, Herbert (1895–1974), Mitarbeiter an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, Legationssekretär, seit Februar 1935 Gesandtschaftsrat II. Kl. 4, 93, 102, 112, 121, 149, 167, 182, 225, 252, 253, 269, 301, 306, 312, 362, 371, 378, 388, 408, 415, 450, 455, 502, 522, 558, 567, 568, 576, 581, 613, 614, 661, 662, 681, 685.

Herriot, Edouard (1872–1957), Staatsminister, seit Juni 1936 Präsident der französischen Nationalversammlung. 280, 303, 405.

Hervé, Gustave (1871–1944), französischer Publizist und Politiker. 413.

Herwarth von Bittenfeld, Hans Heinrich (1904–1999), Mitarbeiter an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, Attaché. 8, 102, 250, 373, 376, 380, 394, 450, 474, 596, 597, 606, 613.

Herzberg*, Beauftragter der NSDAP. 149.

Heschel*, Sekretärin am deutschen Generalkonsulat in Leningrad. 677.

Hess*, Reichdeutscher, am 13. Juli 1934 in der UdSSR verhaftet. 239.

Heß, Rudolf (1894–1987), Stellvertreter Hitlers in der NSDAP, Reichsminister ohne Geschäftsbereich. 56, 82, 113, 121, 129, 134, 220, 228, 231, 455, 457, 491, 520, 527, 528, 561, 630, 631, 632, 637, 644, 646, 657.

Hey, Siegfried (1875–1963), Leiter der Unterabteilung Osteuropa und Skandinavien in der Abt. IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, August 1935 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Vortragender Legationsrat. 15, 16, 55, 66, 73, 103, 160, 176, 206, 211, 242, 286.

Heynitz, Richard von (1907–1940), Attaché an der Botschaft Deutschlands

- in der Türkei, seit Juli 1935 an der Botschaft in der UdSSR, Dezember 1936 bis Februar 1937 kommissarische Leitung des Generalkonsulats in Leningrad, Legationsekretär seit März 1937. 250, 302, 373.
- Hierl**, Konstantin (1875–1955), Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, seit Juni 1935 Leiter („Reichsarbeitsführer“) des Reichsarbeitsdienstes, seit 1936 gleichzeitig Reichsleiter der NSDAP. 528.
- Hilger**, Andreas (1913–1941), Sohn von G. Hilger. 102, 286.
- Hilger**, Gustav (1886–1965), Leiter der Wirtschaftsabteilung an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, Legationsrat. 4, 26, 47, 76, 78, 102, 112, 118, 126, 127, 136, 149, 150, 167, 178, 188, 221, 225, 251, 253, 257, 278, 286, 301, 309, 312, 363, 369, 415, 441, 450, 453, 546, 621, 627, 628, 685.
- Hilger**, Mary (Marie) (1893–1969), Ehefrau von G. Hilger. 102, 286.
- Hilger**, Isika (Elisabeth) (1916–2001), Tochter von G. Hilger. 102, 286.
- Himmler**, Heinrich (1900–1945), Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes, seit Juni 1936 Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern, Reichsleiter der NSDAP. 685, 687.
- Hindenburg**, Paul von Beneckendorff und von (1847–1934), Reichspräsident, Generalfeldmarschall. 56.
- Hirasiva**, Mitarbeiter der Botschafts Japans in der UdSSR. 646.
- Hirohito** (1901–1989), Kaiser von Japan. 588.
- Hirota**, Kōki (1878–1948), Außenminister Japans, März 1936 bis Februar 1937 Premierminister. 155, 416.
- Hitler**, Adolf (1889–1945), Reichskanzler, Führer der NSDAP. 12, 19, 20, 27, 54, 55, 67, 68, 70, 80, 82, 84, 93, 95, 100, 107, 110, 113, 114, 121, 129, 130, 134, 137, 142, 147, 148, 158, 159, 162, 164, 166, 167, 168, 170, 171, 173, 175, 177, 182, 215, 217, 218, 220, 225, 227, 228, 229, 231, 235, 236, 243, 248, 258, 280, 282, 293, 298, 299, 303, 304, 306, 309, 310, 320, 321, 323, 324, 329, 331, 332, 344, 346, 347, 351, 355, 360, 367, 374, 378, 379, 383, 387, 388, 389, 391, 392, 393, 394, 397, 398, 399, 402, 405, 409, 410, 412, 413, 414, 416, 417, 419, 428, 430, 439, 443, 444, 446, 457, 462, 491, 505, 506, 508, 512, 520, 521, 526, 527, 528, 554, 555, 560, 579, 594, 604, 630, 635, 639, 644, 647, 663, 668, 676, 680, 686, 687.
- Hoare**, Sir Samuel (1880–1959), Staatsminister Großbritanniens für Indien, von Juni 1935 bis Dezember 1935 Außenminister, seit Juni 1936 First Lord of the Admiralty. 331.
- Hochmeister**, Reichsdeutsche, in der UdSSR 1931 verhaftet. 239.
- Hodža**, Milan (1878–1944), Vorsitzender der Tschechoslowakischen Agrarpartei in der Slowakei, Professor für Geschichte in Bratislava, seit November 1935 Ministerpräsident der Tschechoslowakei, gleichzeitig Dezember 1935 bis Februar 1936 Außenminister. 280, 398, 413.
- Hönighausen**, Heinrich (1895–?), Reichsdeutscher, Friseur, am 28. Oktober 1936 in der UdSSR verhaftet, im September 1937 ausgewiesen. 565, 575, 576.
- Hoetzsch**, Otto (1876–1946), Professor für Osteuropäische Geschichte an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin, stellv. Vorsitzender der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“, Herausgeber der Zeitschrift „Osteuropa“, im Mai 1935 Zwangspensionierung und Niederlegung aller Ämter. 176, 181, 544, 612, 628.

- Hofe**, Ernst vom (1905–?), Mitarbeiter im Reichswirtschaftsministerium, Assessor. 35.
- Hoffmeister**, Leiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, Ministerialrat. 672.
- Hofman**, **Hoffmann** siehe **Gofman**
- Hofmann**, Pressechef der Botschaft der Tschechoslowakei in Deutschland. 73.
- Hollender**, Paul Gerhard (1883–1950), Pelzveredler und Rauchwarenhändler, Mitglied des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. 144, 549.
- Holsti**, Eino Rudolf (1881–1945), Gesandter Finnlands in der Schweiz, seit Oktober 1936 Außenminister Finnlands, von Februar bis März 1937 gleichzeitig kommissarischer Ministerpräsident. 641, 642.
- Horthy**, Miklós (1868–1957), Staatsoberhaupt Ungarns, Vize-Admiral. 506.
- Howard**, Roy W. (1883–1964), US-amerikanischer Zeitungsverleger, Präsident von Scripps-Howard Newspapers. 416.
- Hüttner**, G[erhard], Direktor bei Schieß Defries, Düsseldorf. 247.
- Hurtig**, August (1902–nach 1965), Reichsdeutscher, 1934/35 in der UdSSR verhaftet, ausgewiesen. 359.
- Huttula**, Gerhard (1902–1996), Kameramann und Regisseur. 455.
- Ilcus**, Presseattaché der Botschaft Rumäniens in Deutschland. 28, 55.
- Il'inskij**, Jakov Semenovič (1895–?), diplomatischer Agent des NKID der UdSSR in Baku bis September 1936. 326.
- Immisch***, Karl, Vertreter von Bergbau-firmen, München, in Moskau. 305.
- Innitzer**, Theodor (1875–1955), Erzbischof der Erzdiözese Wien. 500.
- Ioffe**, Semen Samojlovič (1895–1938), stellv. Leiter der Hauptverwaltung für die Zivile Luftflotte beim SNK der UdSSR, seit Februar 1936 1. stellv. Chef der Hauptverwaltung für die Zivile Luftfahrt beim SNK und seit Juni 1936 gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deruluft. 517, 627.
- Ippo**, Boris Michajlovič (1889–1937), Chef der Militärpolitischen N.G. Tolmačev-Akademie in Leningrad, Mitglied des Militärates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Armeekommissar 2. Ranges seit November 1935. 678.
- Issel**, Walter (1894–1958), Geschäftsführer der Deutschen Zeppelin-Reederei seit Dezember 1936. 547, 627.
- Ivanova-Rajfsnejder***, sowjetische Staatsbürgerin. 502.
- Izakson**, Bruno Samuilovič (1904–1938), stellv. Abteilungsleiter von TASS in Berlin bis Mai 1935, danach stellv. Leiter der Auslandsabteilung von TASS. 197.
- Jaensch**, Erich (?–?), Korrespondent des DNB in Warschau seit 1936. 674.
- Jagoda**, Genrich Grigor'evič (Enoch Geršenovič) (1891–1938), Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR, seit September 1936 Volkskommissar für Nachrichtenwesen, Generalkommissar der Staatssicherheit seit November 1935, Mitglied des ZK der VKP (B), am 28. März 1937 verhaftet. 12, 21, 77, 179, 266, 269, 290, 295, 337, 359, 374, 378, 400, 460, 485, 490, 685.
- Jahncke**, Irmgard, Ehefrau von K. Jahncke. 82.
- Jahncke**, Kurt (1898–1962), Leiter der Presseabteilung im Reichsministerium

- um für Volksaufklärung und Propaganda, gleichzeitig stellv. Pressechef der Reichsregierung, seit April 1936 Direktor der Berliner Druck- und Zeitungsbetriebe, Ministerialrat. 82, 255, 448.
- Jakir**, Iona Ėmmanuilovič (1896–1937), Befehlshaber des Ukrainischen (seit Mai 1935 der Kiever) Militärbezirks und seit September 1936 Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Kommandarm 1. Ranges seit November 1935, Mitglied des ZK der VKP (B), Mitglied des Politbüros des ZK der KP (B) der Ukraine. 240.
- Jakobi***, Artur, Vertreter der Firma „Julius Geiger“, Stuttgart, in Moskau. 305.
- Jakobson**, Aleksandr Konstantinovič (1908–?), Elektriker an einer Elektroinstallationsbetriebsvereinigung in Moskau, am 1. März 1936 verhaftet, am 22. Juni 1936 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zu 8 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt (Vorkutlag). 400.
- Jancen***, V.M., sowjetischer Staatsbürger, vom UNKVD der Asov-Schwarzmeer-Region 1935 verhaftet. 266.
- Jansen**, Eugen, Reichsdeutscher, aus der UdSSR ausgewiesen. 12, 681.
- Jefimow siehe Efimov
- Jegorow, Jegoroff siehe Egorov
- Jenukidse siehe Enukidze
- Jerusalimski siehe Erusalimskij
- Jeshow siehe Ežov
- Jevtić**, Bogoljub (1886–1960), Ministerpräsident des Königreichs Jugoslawien und gleichzeitig Außenminister bis Juni 1935, danach Politiker der Jugoslawischen Radikalen Union. 158.
- Joffe siehe Ioffe
- Johnson**, Cornelius (1913–1946), Hochspringer der USA. 499.
- Jost**, Waldemar (1894–?), Reichsdeutscher, Ingenieur bei Uralmaš, von der OGPU 1934 verhaftet und aus der UdSSR ausgewiesen. 239.
- Judenič**, Nikolaj Nikolaevič (1862–1933), General der Infanterie der russischen Armee, seit Februar 1920 in der Emigration. 663.
- Jungclas**, Georg (1902–1975), Mitglied der Linken Opposition in Deutschland, im Exil in Dänemark. 645.
- Jungheim**, Fritz (1893–?), Mitarbeiter des AA von Juli 1936 bis Februar 1937, Attaché, Legationssekretär. 503, 545, 566, 584, 585.
- Jurenev** (Krotovskij), Konstantin Konstantinovič (1888–1938), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Japan, im April 1937 zum Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland ernannt. 680, 688, 689.
- Jurik**, Klaudius (1883–?), österreichischer Staatsbürger, Offizier. 251, 306, 440.
- Juškevič**, Michail Vikent'evič (1899–?), Gehilfe des Leiters der 2. Ostabteilung im NKID der UdSSR, seit September 1935 stellv. Beauftragter des NKID beim SNK der UdSSR. 399.
- Just**, Artur W. (1896–1955), Korrespondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Kölnischen Zeitung“ in Moskau, seit Januar 1936 Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“. 17, 242, 255, 306, 312, 321, 322, 340, 352, 353, 370, 472, 546, 571.
- Kabačnik**, Miron Maksimovič (1912–1938), Offiziersschüler der Regimentsschule der Artilleriedivision der Moskauer Proletarischen Schützendivision, im Februar 1936 verhaftet, am 31. März 1936 vom Mili-

tärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR verurteilt zu 5 Jahren Zwangsarbeitslager (Soloveckij Lager). 400.

Kagan, Samuil Bencianovič (1891–?), Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Großbritannien. 548.

Kaganovič, Lazar' Moiseevič (1893–1991), Mitglied des Politbüros, Sekretär des ZK der VKP (B), bis Ende Februar 1935 1. Sekretär des Moskauer Stadtparteikomitees der VKP (B), bis Ende Februar 1935 Vorsitzender der Parteikontrollkommission beim ZK der VKP (B), seit Ende Februar 1935 gleichzeitig Volkskommissar für Verkehrswesen der UdSSR. 33, 87, 102, 113, 132, 187, 223, 224, 229, 230, 231, 266, 268, 269, 275, 276, 289, 303, 329, 374, 400, 401, 435, 449, 456, 460, 462, 485, 488, 490, 496, 506, 510, 512, 513, 520, 521, 529, 532, 534, 548, 551, 552, 553, 558, 577, 578, 615, 620, 639, 646.

Kaganovič, Maja Lazarevna (1923–2001), Tochter von L.M. Kaganovič. 275.

Kaganovič, Michail Moiseevič (1888–1941), stellv. Volkskommissar für Schwerindustrie der UdSSR und gleichzeitig Chef der Hauptverwaltung für die Luftfahrtindustrie des NKTP, seit Dezember 1936 stellv. Volkskommissar für Verteidigungsindustrie, Mitglied des ZK und Kandidat des Orgbüros der VKP (B), Bruder von L.M. Kaganovič. 572.

Kaiser (1894–?), Bürohilfsarbeiter an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR. 600.

Kaiser, Lydia, geb. Kleinhans (ca. 1869–?), Reichsdeutsche, Präsidentin des evangelisch-lutherischen Kirchenrats in Tiflis, am 18. Mai 1935 in Tiflis verhaftet, im Januar 1936 aus der UdSSR ausgewiesen. 182, 316, 326, 359.

Kalenskaja, Aleksandra Nikolaevna (alias Akoronko, Klavdija) (1898–?), sowjetische Staatsbürgerin, Musiklehrerin, am 19. März 1936 in Berlin verhaftet, am 15. Mai 1936 wegen Verstoßes gegen das Passgesetz zu 4 Monaten Haft verurteilt, am 29. Juni 1936 aus der Haft entlassen. 428, 450, 453, 463, 472, 473, 503.

Kalinin, Michail Ivanovič (1875–1946), Vorsitzender des VCIK und des CIK der UdSSR, Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B). 26, 132, 223, 435, 460, 490, 496.

Kal'kovskij*, Reichsdeutscher, in der UdSSR inhaftiert. 93.

Kamenev, Sergej Sergeevič (1881–1936), Chef der Verwaltung für Luftverteidigung der RKKA, Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Armeebefehlshaber 1. Ranges seit November 1935. 590.

Kamermacher, Šaja Isosifovič (1899–1938), Leiter der Personalabteilung von „Ėksportles“ im NKVT der UdSSR. 53.

Kaminskaja siehe Kalenskaja

Kaminski siehe Kaminskij

Kaminskij, Leiter des Auslandssektors beim Leiter der Hauptverwaltung für die Zivile Luftflotte beim SNK der UdSSR. 627.

Kaminskij, Anatolij Naumovič (1907–1941), stellv. Leiter des Sektors für Handelsvertretungen des NKVT der UdSSR. 188, 253.

Kamphausen, Lorenz, Verfasser des Buches „Unter Arbeitern und Bauern in der UdSSR“ (Berlin 1938). 208.

Kamphoevener, Kurt von (1887–1983), Leiter des Ref. 6/Völkerbund im AA, seit 1934 gleichzeitig Leiter des Ref. Span. /Spanien und Portugal, seit Mai 1936 Leiter des Ref. I M/

- Militaria in der Pol. Abt., Vortragender Legationsrat. 461.
- Kandelaki**, David Vladimirovič (1895–1938), Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland, seit April 1937 stellv. Volkskommissar für Außenhandel. 1, 5, 10, 15, 18, 27, 29, 35, 36, 38, 42, 45, 49, 50, 51, 52, 53, 57, 59, 61, 62, 64, 65, 66, 69, 74, 75, 79, 83, 90, 92, 95, 96, 98, 104, 111, 115, 116, 117, 121, 132, 135, 137, 142, 150, 153, 161, 166, 169, 170, 180, 183, 187, 198, 199, 213, 224, 235, 245, 250, 254, 259, 270, 271, 272, 276, 277, 287, 288, 289, 291, 292, 294, 297, 298, 299, 301, 303, 305, 307, 310, 312, 329, 331, 334, 335, 338, 341, 345, 347, 348, 349, 354, 358, 360, 361, 365, 366, 372, 375, 380, 382, 404, 406, 408, 415, 419, 422, 439, 441, 443, 445, 446, 451, 454, 458, 472, 485, 487, 488, 489, 492, 495, 504, 518, 527, 532, 538, 540, 549, 553, 556, 557, 568, 572, 590, 607, 609, 615, 619, 620, 622, 630, 634, 636, 639, 640, 643, 644, 656, 669, 671, 673, 680, 684, 688, 691.
- Kanter**, Sof'ja Pavlovna (1904–1992), Referentin, seit April 1935 Oberreferentin der 2. Politischen Westabteilung im NKID der UdSSR. 18, 59, 85, 111, 210, 218, 299, 300, 337, 340, 350, 352, 357, 393, 438, 448, 515, 539, 567, 574, 575, 630, 644, 661, 662, 668, 687.
- Kaplan**, Lev Samuilovič (1903–1941), Vizekonsul der UdSSR in Berlin bis November 1935, danach im Allunionskomitee für Angelegenheiten der Künste beim SNK der UdSSR tätig. 39, 174.
- Karachan** (Karachanjan), Lev Michajlovič (1889–1937), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in der Türkei. 310, 579.
- Kardorff**, Siegfried von (1873–1945), deutscher Politiker. 324.
- Kark**, Reichsdeutscher, in der UdSSR inhaftiert. 207, 239.
- Karnit**, Arnol'd Karlovič (1900–?), Hörer am Institut für Literatur am Institut der Roten Professur, seit Mai 1935 stellv. Leiter der Berliner TASS-Vertretung. 255.
- Karpov**, Viktor Zinov'evič (1895–1937), Leiter der Gruppe Außenhandel der KSK beim SNK der UdSSR bis November 1935, danach Beauftragter der KSK für das Gebiet Char'kov. 245.
- Karpow siehe Karpov
- Kastner**, Hans (1892–1954), Leitung des deutschen Konsulats in Vladivostok bis Januar 1935, seit Januar 1935 Leiter des Konsulats in Linz, Konsul II Kl. 21.
- Kataev**, Valentin Petrovič (1897–1986), Schriftsteller und Dichter, Dramatiker, Journalist. 274.
- Kattel'**, Michail Abramovič (1888–1937?), Beauftragter des Volkskommissariats für Außenhandel der UdSSR beim SNK der Ukrainischen SSR, von November 1936 bis Januar 1937 Vorsitzender des Gebietsexekutivkomitees des Jüdischen Autonomen Gebietes. 136.
- Katzenberger**, Hermann (1891–1958), Leiter des Ref. Ferner Osten, Schweiz in der Abteilung P (Presse), Vortragender Legationsrat. 127.
- Kaufman**, Michail Abramovič (1897–1980), Kameramann, Dokumentarist und Regisseur, Verdienter Kunstschaffender der RSFSR (1935). 419.
- Kaupas**, Vladislav, litauischer Journalist in Berlin. 242.
- Kechling***, Reichsdeutscher, Ingenieur. 12.
- Keeding**, Hans (1896–?), Reichsstellenleiter im Außenpolitischen Amt der NDSPAP, seit Dezember 1935 Leiter

- der Pressehauptstelle für Außenpolitik im APA. 325.
- Keiser**, Karl (1907–?), Reichsdeutscher, Architekt, am 4. November 1936 in Moskau verhaftet. 575.
- Kérillis**, de Henri (1889–1958), französischer Journalist und Politiker. 280.
- Kerr**, Philip Henry (Lord Lothian) (1882–1940), britischer Politiker. 446.
- Kiesselbach**, Wilhelm (1867–1960), deutscher Rechtsanwalt, Richter und Justizpolitiker. 247.
- Kikodze***, G., sowjetischer Staatsbürger, im Mai 1935 in Tiflis verhaftet. 208.
- King**, Korrespondent des „Daily Herald“ in Berlin. 55, 73.
- Kircher**, Rudolf (1885–1954), Hauptschriftleiter der „Frankfurter Zeitung“. 402, 520, 522, 690.
- Kirchhöfer**, Paul (ca. 1886–1934), Reichsdeutscher, im August 1933 in der UdSSR verhaftet und am 30. Dezember 1934 in Haft verstorben. 80, 207.
- Kirchhöfer**, Paul, jun. (1914–?), Reichsdeutscher, landwirtschaftlicher Arbeiter, im September 1934 in der UdSSR verhaftet und zu 1 1/2 Jahre Haft verurteilt, im Oktober 1935 ausgewiesen. 207, 252, 359.
- Kirillov**, lettischer Staatsangehöriger (?), in der UdSSR zu 10 Jahren Haft verurteilt. 244, 359.
- Kirov** (Kostrikov), Sergej Mironovič (1886–1934), bolschewistischer Parteifunktionär, am 1. Dezember 1934 in Leningrad ermordet. 3, 102.
- Kirstein**, Reinhold (1888–?), Amtsobergehilfe an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR. 149.
- Klaas**, E. von, Direktor der Derop. 330.
- Klang***, sowjetischer Staatsbürger, 1934 in der Republik der Wolga-Deutschen verhaftet. 12.
- Klassen**, Peter (1912–?), Reichsdeutscher, im Mai 1929 in der UdSSR wegen Diebstahl zu 7 Jahren Haft verurteilt und in Haft verstorben. 80, 207, 359, 371.
- Klau**, Adolf Robert (1881–?), Reichsdeutscher, kaufmännischer Angestellter, am 29. Juni 1933 in der UdSSR verhaftet und am 3. Oktober 1933 zu 6 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. 681.
- Klein**, deutscher Angestellter bei der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. 630.
- Klein***, sowjetischer Staatsbürger, 1934 in der Republik der Wolga-Deutschen verhaftet. 12.
- Klein**, Eugen (1908–?), Reichsdeutscher, am 10. November 1936 in Leningrad verhaftet, am 27. Februar 1937 aus der UdSSR ausgewiesen. 570, 577.
- Kleist**, Bruno Peter (1904–1971), Geschäftsführer der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin bis Mitte 1936, danach Referent für Ostpolitik in der Dienststelle Ribbentrop. 55.
- Klimenko**, Michail Aleksandrowič (1899–1937), Staffelpolitiker, seit Oktober 1935 Gehilfe des Militärattachés der UdSSR in Deutschland für die Luftstreitkräfte, Major seit Dezember 1935. 332, 566, 572.
- Klimov**, A. (Pseudonym) (Kantor, Ch. N.) (1895–1938), Mitarbeiter der Redaktion der „Pravda“, seit November 1936 Korrespondent der „Pravda“ in Deutschland. 591, 675.
- Klimow siehe Klimov
- Klitsch***, Ernst, Firmenvertreter (Mitteldeutsche Stahlwerke) in Moskau. 305.

- Klößner**, Peter (1863–1940), Großindustrieller. 220.
- Kludt**, Simon (1881–1935), sowjetischer Staatsbürger, evangelischer Pastor in der Ukraine, am 24. November 1934 verhaftet, am 17. Mai 1935 vom Sonderkollegium des Bezirksgerichts von Dnepropetrovsk zum Tode verurteilt. 12.
- Knapp**, Alfred, Vertreter der Deutschen Kongress-Zentrale. 498.
- Knapp**, Frida, sowjetische Staatsbürgerin, 1935 in Hamburg verhaftet. 165, 305.
- Knapp**, Magdalena, sowjetische Staatsbürgerin, Tochter der F. Knapp. 140.
- Kobel**’, sowjetischer Staatsbürger, 1934 im Kanton Marienthal der Republik der Wolga-Deutschen verhaftet. 12.
- Koch**, Oberst. 208.
- Köcke**, Gustav Wilhelm (1879–1964), Geschäftsführer der Röhrenverband GmbH, seit Anfang 1937 Vorstandsmitglied der Mannesmannröhren-Werke AG. 538.
- Köhler**, Bernhard (1882–1939), Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. 528.
- Köpke**, Gerhard (1873–1953), Leiter der Abteilung II (West-, Süd- und Südosteuropa) im AA, zeitweilige Vertretung des Staatssekretärs, Februar 1936 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Ministerialdirektor. 110, 148, 176, 242, 248, 250, 291, 312, 314.
- Köster**, Roland (1882–1935), Botschafter Deutschlands in Frankreich. 27, 171, 177.
- Köstring**, Ernst August (1876–1953), Militär- und Luftattaché an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR seit August 1935, Generalmajor. 184, 194, 206, 211, 240, 265, 279, 284, 286, 294, 306, 311, 312, 313, 321, 324, 377, 388, 391, 394, 395, 408, 428, 434, 472, 474, 518, 632, 637, 646, 650, 651, 654, 657, 658, 659, 660, 664, 665, 667, 678, 685.
- Kofman***, sowjetischer Staatsbürger, am 7. November 1936 in Deutschland verhaftet. 608.
- Kogan**, Isaak Solomonovič (1882–1938), Direktor der Leipziger Filiale der Derop, in Deutschland verurteilt, 1934 aus der Haft entlassen. 20, 140.
- Koht**, Halvdan (1873–1965), norwegischer Historiker und Politiker, seit März 1935 Außenminister Norwegens. 450.
- Kolčák**, Aleksandr Vasil’evič (1874–1920), Admiral der russischen Kriegsmarine, Anführer der Weißen Bewegung im Bürgerkrieg in Russland. 173, 400.
- Kollontaj**, Aleksandra Michajlovna, geb. Domontovič (1872–1952), Bevollmächtigte Vertreterin der UdSSR in Schweden. 527.
- Kolmanovskij**, David Markovič (1876–1937), Vorsitzender der Allunionsvereinigung „Sojuzpromeksport“, seit Mai 1936 gleichzeitig Mitglied des Rates beim Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR. 684.
- Konyšev**, Leiter der Politabteilung der MTS im Kreis Frajdorf auf der Krim. 12.
- Kootani**, Etsuo, stellv. Militärattaché Japans in der UdSSR, Hauptmann. 678.
- Kopietz**, Verwandte von in der UdSSR zu Tode gekommenen Reichsdeutschen. 251.
- Korčagin**, verantwortlicher Mitarbeiter der Moskauer Vertretung der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland. 263.

Kork, Avgust Ivanovič (1887–1937), Befehlshaber des Moskauer Militärbezirks, seit September 1935 Chef und Kommissar der Frunse-Militärakademie, Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Armeebefehlshaber 2. Ranges seit November 1935, Mitglied des CIK der UdSSR. 678.

Korn, Arthur (1870–1945), Professor für Physik an der TU Berlin. 141.

Kornev, N. (Gel'fand, Mark Savel'evič) (1899–1950), Literaturkritiker, Übersetzer, Journalist. 236, 530.

Kornew siehe Kornev

Kortschagin siehe Korčagin

Kothgasser, Hans (1912–?), österreichischer Staatsbürger, in der UdSSR im Oktober 1934 wegen Spionage zu 6 Jahren Zlagsarbeitslager verurteilt. 12.

Kotljarenko, Dmitrij Michajlovič (1876–?), Mitarbeiter der Parteikontrollkommission beim ZK der VKP (B). 433.

Kotze, Hans Ulrich von (1891–1941), Leiter des Ministerbüros, Legationsrat, seit Mai 1935 Legationsrat I. Kl., seit Mai 1936 Vortragender Legationsrat. 88, 314, 358, 361, 565, 576, 621.

Kovner*, Student des Moskauer Instituts für Architektur, 1936 verhaftet. 400.

Kozincev, Grigorij Michajlovič (1905–1973), Filmregisseur. 73.

Kozlovskij, Benedikt Ignat'evič (Bencian Izrailevič) (1899–1975), Leiter der 2. Ostabteilung im NKID der UdSSR. 195.

Kraemer, Hans (1870–1940), Unternehmer, Vorsitzender der Ifago. 218, 220, 382.

Krages, Wirtschaftsfachmann. 190.

Krause, Willi (Pseudonym Peter Hagen) (1907–?), Reichsfilmdramaturg, Regisseur, Schriftsteller. 300.

Krauz*, sowjetischer Staatsbürger, 1934 in Marksšadt verhaftet. 12.

Krauze*, sowjetischer Staatsbürger, im April 1935 in Moskau verhaftet. 208.

Krebs, Wirtschaftsfachmann. 190.

Krebs, Hans (1898–1945), Gehilfe des deutschen Militärattachés in der UdSSR bis September 1934, danach Generalstabsoffizier der 24. Infanterie-Division. 7.

Krejči, Ludvik (1890–1972), Generalstabschef der tschechoslowakischen Streitkräfte, Armeegeneral. 240, 395, 512.

Krejnin, Aleksandr Georgevič (1901–1940), Leiter der Abteilung Kurierdienst und Nachrichtenwesen im NKID der UdSSR. 195.

Krejtschi siehe Krejči

Krestinski siehe Krestinskij

Krestinskij, Nikolaj Nikolaevič (1883–1938), 1. stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, seit 29. März 1937 stellv. Volkskommissar für Justiz. 1, 3, 8, 13, 20, 21, 26, 27, 28, 30, 31, 33, 34, 36, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 63, 65, 70, 72, 73, 74, 77, 79, 80, 82, 83, 84, 89, 92, 93, 94, 95, 96, 101, 106, 107, 110, 113, 121, 123, 124, 127, 129, 131, 133, 134, 138, 140, 143, 146, 147, 150, 151, 158, 161, 164, 165, 171, 172, 173, 175, 177, 179, 184, 186, 192, 194, 195, 197, 201, 205, 206, 207, 210, 211, 215, 218, 220, 222, 225, 226, 227, 228, 231, 235, 236, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 253, 255, 257, 258, 266, 267, 268, 282, 283, 295, 296, 299, 300, 303, 305, 308, 309, 320, 321, 323, 330, 331, 332, 338, 339, 340, 344, 347, 349, 354, 355,

- 356, 357, 359, 363, 366, 367, 368, 369, 370, 373, 374, 378, 379, 382, 383, 386, 389, 390, 391, 392, 397, 398, 399, 401, 402, 403, 409, 410, 411, 412, 415, 416, 424, 425, 429, 430, 435, 436, 438, 443, 444, 446, 448, 449, 457, 459, 462, 465, 466, 469, 472, 473, 486, 490, 491, 493, 495, 503, 505, 506, 510, 511, 512, 515, 516, 517, 518, 520, 521, 523, 528, 529, 534, 535, 536, 539, 548, 549, 551, 555, 558, 560, 561, 567, 568, 571, 572, 573, 575, 576, 577, 579, 580, 581, 582, 591, 592, 594, 596, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 607, 608, 613, 616, 621, 622, 630, 639, 641, 642, 644, 646, 649, 650, 651, 654, 657, 658, 660, 661, 664, 665, 667, 668, 675, 676, 677.
- Kriege**, Johannes (1859–1937), Jurist und Diplomat, Mitglied des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, Wirklicher Geheimrat a.D. 178, 206, 298, 363, 379, 419.
- Krivuša** (Krivuš), Viktor Viktorovič (1900–1940), Chef der 5. Abteilung der Verwaltung des NKVD des Smolensker Gebietes, Hauptmann der Staatssicherheit seit Dezember 1935. 208.
- Krofta**, Kamil (1876–1945), Leiter des Präsidiums des Außenministeriums der Tschechoslowakei, seit Februar 1936 Außenminister. 668.
- Krone**, Gerhard, Leiter der Auslandsabteilung der UFA. 55.
- Krüß** (Krüss), Hugo Andres (1879–1945), Leiter der Preußischen Staatsbibliothek. 160.
- Krumin** (Krūmiņš), Nikolaj (Nikolajs) Petrovič (1889–1959), Generalkonsul der UdSSR in Hamburg bis Februar 1935, seit Januar 1935 Mitglied des Obersten Gerichts der UdSSR. 28, 73, 165.
- Krupenskij***, Reichsdeutscher, in der UdSSR verhaftet. 359.
- Krupp von Bohlen und Halbach**, Gustav (1870–1950), Großindustrieller, Aufsichtsratsvorsitzender der Friedrich Krupp AG. 220, 294, 538.
- Krysov**, Nikolaj Lukič (1887–1938), Ingenieur in der Firma „Stroitel“, Professor am Allunionsinstitut für Industrie, im Februar 1936 verhaftet, am 31.3.1936 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR verurteilt zu 5 Jahren Zwangsarbeitslager (Soloveckij Lager). 400.
- Kube**, Wilhelm (1887–1943), Oberpräsident von Berlin-Brandenburg, kommissarisch auch für die Provinz Posen-Westpreußen, 1936 aller staatlichen und Parteiämter enthoben. 528.
- Kucharski**, Korab Henryk (1891–1954), polnischer Journalist. 413.
- Kuhl**, Hermann von (1856–1958), Militärhistoriker, Schriftleiter des „Deutschen Offizierblattes“, General der Infanterie a.D. 100.
- Kuibyschew siehe Kujbyšev
- Kujbyšev**, Valerian Vladimirovič (1888–1935), Vorsitzender des Gosplans der UdSSR und 1. stellv. Vorsitzender des SNK und des STO beim SNK, Vorsitzender der Kommission für Sowjetkontrolle beim SNK, Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B) und des Orgbüros der VKP (B). 17.
- Kuljabko**, Nikolaj Nikolaevič (1894–?), 1. stellv. Vorsitzender der VOKS. 238.
- Kundt**, Ernst (1883–1974), Leiter des Nachforschungssonderreferats E/Nf. im AA, zeitweise gleichzeitig in Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, seit April 1935 gleichzeitig Ref. A/Auswanderungswesen, seit Mai 1936 Leiter des Ref. E/Wanderung, Siedlung, Russlanddeutschtum und weiterhin des Ref. E/Nf., Legationsrat. 315, 455.

- Kunisch**, Siegmund (1900–1978), Leiter des Amtes für Wirtschafts-, Verwaltungs- und Personalangelegenheiten im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, kommissarischer Staatssekretär bis 1936, Ministerialdirektor. 273.
- Kursell**, Otto von (1884–1967), Deutsche, Professor an der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste, Abteilungsleiter im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Geschäftsführer des Volksdeutschen Rates (seit März 1936: Volksdeutsche Mittelstelle). 181.
- Kušč-Alifanova**, Lidija Michajlovna (1917–?), Mitarbeiterin im operativen Einsatz der IV. Abteilung der 3. Hauptverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit der UdSSR, Oberleutnant. 678.
- Kuzmičev*** (Kuz'mičev, Kuzmiščev), Hauptbuchhalter der sowjetisch-deutschen Aktiengesellschaft Derunapht. 201, 203, 205.
- Lajsner***, deutscher Geschäftsreisender. 319.
- Lamarche**, Julius (1877–1955), Hüttendirektor, Mitglied des Vorstandes Deutsche Röhrenwerke AG/ Vereinigte Stahlwerke. 538.
- Lamla**, Johann (1886–1949), Kanzleichef der Botschaft Deutschlands in der UdSSR. 102, 127, 149, 436.
- Lammers**, Hans-Heinrich (1879–1962), Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, Führer des Reichsverbandes Deutscher Verwaltungsakademien, SS-Brigadeführer seit April 1935. 264, 641.
- Lampe**, Aleksej Aleksandrovič von (1885–1967), Chef der 2. Abteilung der ROVS (Rossijskij Obščë-Voinskij Sojuz) in Deutschland, ehem. Generalmajor der russischen Armee. 663.
- Landesen**, von, Vertreter der Siemens-Schuckert Werke in Moskau. 188.
- Landler**, Ernst Adamovič (1877–1938), Berater in Rechtsfragen des Volkskommissariats für Außenhandel der UdSSR. 465.
- Lang**, Karl Jakovlevič, stellv. Vorsitzender des Exekutivkomitees des Kantons Zel'man der Republik der Wolga-Deutschen, 1934 verhaftet und von der Sonderkommission des Obersten Gerichts der Republik zu 10 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. 12.
- Lange**, Elena (1904–?), Ehefrau von E. Redetzki, am 21. Januar 1935 in der UdSSR verhaftet und am 23. März 1935 ausgewiesen. 21.
- Lange**, Karl (1889–1955), Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). 144, 153, 648.
- Lange**, Robert Emmanuel (1903–1994), Mitglied der Radikalen Partei Frankreichs. 280.
- Langeljutke***, Reichsdeutscher, in der UdSSR verhaftet. 359.
- Larisch**, Emil (1883–?), Reichsdeutscher, Techniker, am 10. November 1936 in Leningrad verhaftet, am 27. Februar 1937 ausgewiesen. 570.
- Lattimore**, Owen (1900–1989), US-amerikanischer Sinologe und Journalist, Redakteur der „Pacific Affairs“. 450, 453.
- Latze**, Marie (1888–nach 1945), Stenotypistin an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR. 666.
- Laupichler**, Otto (1899–nach 1963), Prokurist der Firma Otto Wolff. 648.
- Laval**, Pierre (1883–1945), Außenminister Frankreichs, von Juni 1935 bis Januar 1936 gleichzeitig auch Minis-

- terpräsident. 4, 7, 14, 25, 27, 34, 59, 70, 84, 110, 134, 137, 138, 143, 150, 151, 155, 156, 158, 162, 171, 258, 264, 280, 301, 304, 331, 332, 334, 353, 367, 394, 410, 491, 512.
- Lebrun**, Albert (1871–1950), Präsident Frankreichs. 554.
- Lechler***, Ortspastor der evangelisch-lutherischen Pfarrei in Stanislavov. 208.
- Léger**, Alexis (1887–1975), Generalsekretär Außenministeriums Frankreichs. 59.
- Leibbrandt**, Georg (1899–1982), Reichsamtsleiter (Hauptstellenleiter) der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP seit Ende Juli 1935. 35, 181, 234, 247, 260, 294, 315, 526, 533, 544.
- Leitz**, Georg (?–?), Reichsdeutscher, am 21.9.1929 in der UdSSR verhaftet, im Mai 1930 zu 3 Jahren Verbannung in Sibirien verurteilt (Lena-Goldfields-Prozess). 80.
- Lejchtenbergs kij**, Sergej Nikolaevič (1903–1966), Emigrant, Gründer und erster Leiter der Nacional'no-trudovoj sojuz novogo pokolenija (NTSNP). 663.
- Lengiel'**, Julij Osipovič (1888–1938), stellv. Leiter der Exportverwaltung im Volkskommissariat für Außenhandel der UdSSR. 623.
- Lenin (Ul'janov)**, Vladimir, Il'ič (1870–1924), Partei- und Staatsführer Sowjetrusslands. 426, 637, 679, 685.
- Lenz**, Walter (?–?), Reichsdeutscher, Schuldirektor, am 7. September 1936 verhaftet. 637.
- Levandovskij**, Michail Karlovič (1890–1938), Befehlshaber der Kaukasusarmee, seit Juni 1935 Befehlshaber des Transkaukasischen Militärbezirks, Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Armeebefehlshaber 2. Ranges seit November 1935. 323.
- Levetzow**, Magnus von (1871–1939), Polizeipräsident von Berlin bis Juli 1935, danach Leitung der Berliner Werke der Firma Weser-Flugzeugbau, Konteradmiral a.D. 189, 205.
- Levičev**, Vasilij Nikolaevič (1891–1937), stellv. (seit Februar 1935 1. stellv.) Chef des Stabes (seit September 1935 des Generalstabes) der RKKA, gleichzeitig seit Juni 1936 Inspekteur der Zentralen Armeeinspektion der RKKA, Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Korpskommandeur seit November 1935. 7.
- Levin**, Michail Il'ič (1904–1938), Leiter des Sektors Handelsvertretungen im Volkskommissariat für Außenhandel der UdSSR. 53, 188, 221, 253, 292, 307, 360, 363, 443, 590, 684.
- Levin**, Vladimir L'vovič (1903–1938), verantwortlicher Referent der 2. Politischen Westabteilung im NKID der UdSSR, seit Februar 1936 Gehilfe des Leiters der 2. Politischen Westabteilung, Professor am Moskauer Institut für Recht. 1, 18, 20, 30, 31, 40, 44, 59, 85, 93, 101, 111, 131, 133, 187, 203, 210, 218, 239, 272, 285, 295, 299, 300, 305, 316, 326, 337, 339, 340, 350, 352, 357, 362, 369, 371, 378, 391, 393, 403, 419, 438, 448, 483, 484, 511, 513, 514, 515, 516, 535, 536, 539, 558, 567, 582, 596, 599, 605, 609, 613, 617, 630, 644, 654, 660, 661, 662, 668, 681, 682, 683, 687.
- Lewin siehe Levin
- Ley**, Robert (1890–1945), Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Reichsleiter. 197, 205, 220, 232, 505, 528.
- Lichtenbergs kij siehe Lejchtenbergs kij
- Liepins**, Roberts (1890–1978), Gesandter Lettlands in der UdSSR. 436.
- Lierau**, Walter (1875–1945), diplomatischer Kurier, seit März 1935 Abt. II

- (West- und Südosteuropa) im AA, seit April 1935 Konsul in Reichenberg. 93.
- Lieres und Wilkau**, Joachim Friedrich von (1886–1982), Leiter des Ref. Po/Polen, Danzig in der Abt. IV (seit Mai 1936 Polit. Abt., Ref. Va), seit September 1936 dem Leiter der Europäischen Gruppe der Polit. Abt. zur bes. Verfügung zugeteilt, Vortragender Legationsrat. 380.
- Likus**, Rudolf (1892–1946), Chefredakteur der „Kurhessischen Landeszeitung“, seit November 1935 Pressereferent in der Dienststelle Ribbentrop. 594.
- Linde***, sowjetische Staatsbürgerin. 681.
- Linde**, Fridrich Vil'gel'movič (1892–1938), stellv. Leiter der 2. Politischen Westabteilung im NKID der UdSSR, seit Januar 1936 Rat der Bevollmächtigten Vertretung in Dänemark. 1, 18, 31, 40, 43, 59, 187, 206, 211, 219, 236, 238, 239, 248.
- Ling** (1872–?), Arzt der Botschaft Deutschlands in der UdSSR. 93, 536, 596, 597.
- Lingen**, Theo (1903–1978), deutscher Schauspieler. 419.
- Lipski**, Józef (1894–1958), Botschafter Polens in Deutschland. 527, 644.
- Litten**, Hans (1903–1938), deutscher Jurist, seit Februar 1933 in Deutschland in Haft. 351.
- Litvinov** (Vallach), Maksim Maksimovič (Meer Movševič) (1876–1951), Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Mitglied des ZK der VKP (B). 1, 3, 8, 13, 14, 20, 21, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 33, 34, 36, 40, 41, 42, 43, 44, 46, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 63, 64, 65, 70, 72, 80, 82, 83, 84, 89, 91, 92, 93, 94, 95, 102, 105, 107, 108, 109, 110, 113, 121, 123, 127, 128, 129, 130, 133, 134, 136, 137, 138, 140, 142, 143, 146, 147, 148, 150, 151, 155, 158, 165, 166, 167, 168, 171, 172, 173, 175, 177, 178, 179, 182, 184, 186, 192, 194, 195, 201, 204, 205, 206, 210, 211, 222, 224, 226, 227, 228, 231, 242, 246, 248, 250, 251, 252, 253, 255, 257, 266, 267, 268, 282, 284, 286, 296, 298, 301, 303, 304, 305, 308, 309, 310, 312, 314, 316, 319, 320, 321, 323, 324, 326, 330, 331, 332, 337, 338, 339, 340, 344, 347, 349, 350, 351, 352, 354, 355, 356, 363, 366, 367, 368, 370, 374, 379, 380, 382, 383, 385, 386, 389, 391, 392, 397, 398, 401, 402, 403, 408, 409, 410, 412, 413, 417, 420, 424, 425, 426, 427, 429, 435, 440, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 449, 450, 452, 457, 459, 465, 466, 473, 482, 484, 485, 491, 493, 495, 502, 503, 505, 506, 507, 508, 510, 511, 512, 513, 515, 517, 518, 520, 521, 527, 528, 529, 537, 541, 548, 555, 558, 560, 561, 564, 567, 568, 571, 572, 573, 574, 575, 577, 579, 580, 581, 582, 585, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 613, 614, 616, 617, 618, 620, 621, 622, 625, 630, 639, 640, 641, 644, 646, 649, 651, 654, 657, 660, 661, 664, 665, 668, 674, 675, 676, 677, 680, 681, 682, 685, 687, 689, 691.
- Litwinow siehe Litvinov
- Livšic**, Jakov Abramovič (1896–1937), Chef der Eisenbahnlinie Moskau-Kursk, seit August 1935 stellv. Volkskommissar für Verkehrswesen der UdSSR (bis Anfang Oktober 1936), am 16. November 1936 verhaftet, angeklagt im Prozess gegen das „Parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum“, am 30. Januar 1937 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zum Tod verurteilt, am 1. Februar 1937 erschossen. 637.
- Liwschitz siehe Livšic

- Ljubčenko**, Panas Petrovič (1897–1937), Vorsitzender des SNK der Ukrainischen SSR, Mitglied des Politbüros des ZK der KP (B) der Ukraine, Kandidat des ZK der VKP (B). 399, 596, 597.
- Ljubimov**, Isidor Evstigneevič (1882–1937), Volkskommissar für Leichtindustrie der UdSSR, Mitglied des ZK der VKP (B). 132, 534.
- Ljubtschenko siehe Ljubčenko
- Lloyd George**, David (1863–1945), britischer Politiker. 280.
- Lobov**, Semën Semënovič (1888–1937), Volkskommissar für Holzindustrie der UdSSR, seit Oktober 1936 Volkskommissar für Nahrungsgüterindustrie der RSFSR, Mitglied des ZK der VKP (B). 132.
- Lochner**, Louis Paul (1887–1975), Leiter des amerikanischen Nachrichtensbüros AP in Berlin. 55, 166, 197.
- Löning***, Kurt Walter (1886–?), Reichsdeutscher, Chauffeur in Moskau, am 16. April 1935 verhaftet, am 8. Juli 1935 zur Ausweisung verurteilt. 239.
- Loganovskij**, Mečislav Antonovič (1895–1938), stellv. Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR, seit April 1937 stellv. Volkskommissar für Lebensmittelindustrie. 214, 220, 249, 276, 492.
- Loganowski siehe Loganovskij
- Loizeau**, Lucien (1879–1978), stellv. Chef des Generalstabes Frankreichs, seit 1936 Kommandeur der 12. Infanterie-Division in Chalons-sur-Marne, Brigadegeneral, seit 1936 Divisionsgeneral. 240, 395.
- Londonderry**, Charles Stewart (1878–1949), Luftwaffeminister Großbritanniens bis Juni 1935, danach Lordsiegelbewahrer in der Regierung Stanley Baldwin bis November 1935. 446.
- Loran**, Rafail Michajlovič (1872–?), katholischer Geistlicher in der Ukraine, im November 1934 verhaftet, am 28. April 1935 zu 10 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. 40.
- Lord Lothian siehe Kerr
- Loutre**, Camille, Korrespondent des „Petit Parisien“ in Berlin. 392.
- Lozoraitis**, Stasys (1898–1983), Außenminister Litauens. 70.
- Lucke**, Fritz (1902–?), Lokalanzeiger, Chefredakteur einer Gruppe von Abendzeitungen. 409.
- Ludendorff**, Erich Friedrich Wilhelm (1865–1937), General der Infanterie a.D. 100.
- Lührs**, Paul Erich (1887–1967), Tiermediziner. 127.
- Lülsdorff**, Louise (1898–?), Reichsdeutsche, am 28. Mai 1936 in der UdSSR verhaftet. 681.
- Lukenberg**, Sergej Ferdinandovič (1890–1934), Oberberater der Hauptverwaltung der zivilen Luftflotte der UdSSR, am 20. Mai 1934 verhaftet und am 22. Juni 1934 erschossen. 12.
- Lur'e***, sowjetischer Staatsbürger, 1936 in Deutschland verhaftet. 608, 682.
- Luz**, Walter (1898–1969), Mitglied des Vorstandes der Deutschen Lufthansa. 547, 551.
- Lysenko**, Nikolaj Vital'evič (1842–1912), ukrainischer Komponist, Pianist, Dirigent. 399.
- MacDonald**, James Ramsey (1866–1937), Premierminister Großbritanniens bis 7. Juni 1935, danach Lord President of the Council. 110, 130, 146.
- Mačeret**, Aleksandr Venjaminovič (1896–1979), sowjetischer Filmregisseur. 463.

- Mackensen**, August von (1849–1945), Heerführer des I. Weltkrieges, Generalfeldmarschall. 491.
- Magalif**, Jakov Mareevič (1895–1937), Geschäftsführer der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, Attaché, am 2. April 1937 verhaftet. 390, 523, 572.
- Mai***(Mey), Johann, Reichsdeutscher in der UdSSR. 681.
- Maiski/Maisky siehe Majskij
- Majofis**, Abram Grigor'evič (1885–1937), Vorsitzender der AG Garkrebo Ost und Vertreter der Gosbank der UdSSR in Deutschland bis Dezember 1935, danach Leiter des Sektors für Finanzen des Allunionsrates für gewerbetreibende Genossenschaften. 152, 169, 396.
- Majskij** (Ljachoveckij), Ivan (Jan) Michajlovič (1884–1975), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Großbritannien, seit September 1936 gleichzeitig Vertreter der UdSSR im Internationalen Komitee für Nicht-einmischung in die Angelegenheiten Spaniens. 171, 177, 304, 357, 413, 593, 621, 685.
- Maksimov***, Nikolaj Nikolaevič, 1936 in der UdSSR verhaftet. 400.
- Malmgren**, Arthur (1860–1947), Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Leningrad, erhielt 1936 die Genehmigung zur Ausreise aus der UdSSR. 3, 20, 178, 206, 363, 379, 403.
- Malov**, ungarischer Staatsangehöriger, Mitarbeiter von Intourist in Deutschland, im November 1936 in Deutschland verhaftet. 630.
- Mandel'stam**, Abteilungsleiter in der Allunionsvereinigung „Sojuzmetimport“. 214.
- Mannerheim**, Carl Gustaf Emil, Freiherr (1867–1951), Präsident des Komitees für Verteidigung Finnlands, Feldmarschall. 258.
- Margulis**, Michail Semenovič (1876–1951), Leiter des Lehrstuhls für Nervenkrankheiten am Zentralinstitut für Weiterbildung von Ärzten, Professor. 218, 283.
- Mar'jasin**, Lev Efimovič (1894–1938), Vorstandsvorsitzender der Staatsbank der UdSSR und gleichzeitig stellv. Volkskommissar für Finanzen, seit Juli 1936 Bauleiter für den Bau des Čerkassker Konservenkombinats, Gebiet Kiev, am 20.12.1936 verhaftet. 152, 169, 422.
- Markert**, Werner (1905–1965), Leiter der Osteuropa-Abteilung des Instituts für Kultur- und Universalgeschichte in Leipzig, gleichzeitig Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ und Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“. 55, 628.
- Markus**, Boris L'vovič (1900–1949), Wirtschaftsexperte, seit 1936 Leiter der Wirtschaftsabteilung der „Pravda“. 385.
- Marotzke**, Franz Wilhelm (1897–1949), Referent für Polizei- und Kommunsachen im Preußischen Staatsministerium, seit 1936 Referent für Wirtschaftsfragen bei dem Staatssekretär des Preußischen Ministerpräsidenten Göring, Regierungsrat, seit 1936 Ministerialrat, seit 1937 Oberregierungsrat. 566.
- Martens***, T.P., sowjetischer Staatsbürger, 1935 vom UNKVD der Asov-Schwarzmeer-Region verhaftet. 266.
- Martin**, Alfred (1908–1977), Dezernent für Auslandsangelegenheiten (insbesondere Sowjetunion und russische Emigranten) im Gestapa, Kriminalkommissar. 39, 208.
- Marx**, Karl (1818–1883), deutscher Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler. 46, 426, 554, 679.

- Masaryk**, Jan (1886–1948), Botschafter der Tschechoslowakei in Großbritannien. 512.
- Masaryk**, Tomáš Garrigue (1850–1937), Staatspräsident der Tschechoslowakei bis Dezember 1935. 168.
- Masing siehe Mazing
- Maslow** (Čemerinskij), Arkadi (Isaak Efimovič) (1891–1941), Mitbegründer der „Gruppe Internationale (Marxisten-Leninisten)“, Exil in Frankreich. 645.
- Massow**, Ewald von (1869–1942), Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), Amtsleiter bei der Reichsleitung der NSDAP, SS-Oberführer, seit Januar 1936 SS-Brigadeführer, Generalmajor a.D. 298, 324, 367.
- Mastný**, Vojtech (1874–1954), Gesandter der Tschechoslowakei in Deutschland. 283, 331, 687.
- Mattschoß**, Conrad (1871–1942), Ingenieur, Hochschullehrer, Technikhistoriker, Direktor des „Verein Deutscher Ingenieure“ (VDI). 285.
- Maurin**, Louis (1869–1956), Kriegsminister Frankreichs bis Juni 1935 und von Januar 1936 bis Juni 1936. 100.
- Mayr**, Ludwig (1893–1962), Mitarbeiter der Abt. I (Personal und Verwaltung) im AA, Legationsrat, seit September 1935 Legationsrat I. Kl., seit Mai 1936 Vortragender Legationsrat. 373.
- Mazing**, Mark (1901–?), Leiter der Gruppe zur Kontrolle (als Nachfolger der Arbeiter- und Bauerninspektion) der Tätigkeit der sowjetischen und deutschen Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland. 245.
- Mechlis**, Lev Zacharovič (1889–1953), Chefredakteur der „Pravda“, Kandidat des ZK der VKP (B). 197, 419.
- Medem**, Fedor Aleksandrovič Graf (1902–1986), Verwalter des Gutes von Bismarcks (Varzin) in Pommern. 164.
- Mehnert**, Klaus (1906–1984), Korrespondent für „Münchner Neueste Nachrichten“, „Leipziger Neueste Nachrichten“ und „Hamburger Fremdenblatt“ in Moskau bis Januar 1936, danach Gastprofessor in Berkeley. 149, 306, 312, 322, 340, 352, 480.
- Meissner**, Otto (1880–1953), Leiter der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers, Staatssekretär. 220.
- Meitner**, Lise (1878–1968), österreichische Kernphysikerin. 55.
- Mejer**, Otto (1888–1959), Direktor des Deutschen Nachrichtenbüros. 509, 542.
- Mekkel'**, German Germanovič, Sekretär und Dolmetscher einer deutschen Firmenvertretung in Moskau, 1935 verhaftet und vom Militärkollegium des Obersten Gerichts zu 10 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. 266.
- Melchers**, Wilhelm (1900–1971), Mitarbeiter an der Botschaft Deutschlands in Japan, seit Oktober 1935 an der Gesandtschaft im Iran, Legationssekretär, seit April 1936 Erster Legationssekretär. 250.
- Melchior**, Hermine, Mutter von F. Melchior. 662.
- Melchior**, Franz (1911–?), Ingenieur, am 5. November 1936 bei Moskau verhaftet, am 28. Februar 1937 aus der UdSSR ausgewiesen. 575, 661, 662, 666.
- Meller-Zakomel'skij**, Aleksandr Vladimirovič (1898–1977), Offizier der russischen Armee, in der Emigration in Frankreich und in Deutschland, seit 1937 Leiter der Propagandaabteilung der Rossijskogo nacional'nogo i social'nogo dviženija (RNSD). 663.

- Mendeleev**, Dmitrij Ivanovič (1834–1907), Chemiker und Physiker. 55.
- Mentzel**, Rudolf (1900–1987), Referent im Amt Wissenschaft II im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, gleichzeitig seit Dezember 1935 Professor für Wehrchemie an der TU Berlin, gleichzeitig seit Dezember 1936 kommissarischer Leiter (Präsident) der DFG, Ministerialdirigent. 652.
- Merc***, Kolchosvorsitzender im Kanton Marienthal der Republik der Wolga-Deutschen. 12.
- Merc***, sowjetische Staatsbürgerin. 140.
- Mergner**, Werner (1904–1976), Bürohilfsarbeiter an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR. 400.
- Meter***, Georg, sowjetischer Staatsbürger, in Deutschland verhaftet, 1935 aus der Haft entlassen. 164, 165.
- Metzsch**, Horst von (1874–1946), deutscher Militär und Militärhistoriker, Generalleutnant a.D. 100.
- Meyer**, Richard (1883–1956), Leiter der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, seit 20. September 1935 beurlaubt, 19. Dezember 1935 Versetzung in den Ruhestand, Ministerialdirektor. 10, 14, 15, 16, 27, 37, 39, 56, 70, 72, 81, 88, 90, 99, 103, 105, 110, 115, 121, 122, 160, 176, 186, 206, 242, 261, 286.
- Meyer***, Traugott, sowjetischer Staatsbürger, Mitarbeiter der österreichischen Mission in der UdSSR, 1933 wegen Spionage verhaftet und zum Tode verurteilt. 12.
- Meyer-Heydenhagen**, Maximilian (1877–1941), Referent im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Presseabt., Ref. für Osteuropa u.a.), März 1936 Abordnung in die Abt. IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, seit August 1936 Konsul in Novosibirsk. 468, 580, 581, 582, 599, 601, 605, 606.
- Meyrowitz**, Paul, Firmenvertreter (Ludwig Loewe Konzern, Bamag Meguin AG, Ehrhardt & Sehmer), in der UdSSR bis Ende Februar 1936, seit Juli 1936 in Belgrad. 221, 637.
- Mežlaur**, Valerij Ivanovič (1893–1938), Vorsitzender des Gosplans beim SNK der UdSSR und stellv. Vorsitzender des SNK, stellv. Vorsitzender des Rates für Arbeit und Verteidigung, seit Ende Februar 1937 Volkskommissar für Schwerindustrie, Mitglied des ZK der VKP (B). 276, 456.
- Michaelis**, Karin (1872–1950), dänische Journalistin und Schriftstellerin. 245.
- Michajlov**, Ivan Danilovič (1897–1941), diplomatischer Agent des NKID der UdSSR in Char'kov. 101.
- Michel's**, Vladimir Andrejevič (Vol'f Izrailevič) (1892–1940), Referent in der 2. Politischen Westabteilung im NKID der UdSSR, seit September 1936 Generalkonsul der UdSSR in Danzig und gleichzeitig Resident der Aufklärungsverwaltung der RKKA. 133.
- Miklas**, sowjetischer Staatsbürger, Pastor der evangelisch-lutherischen Kirche in Leningrad. 576.
- Mikojan**, Anastas Ivanovič (1895–1978), Volkskommissar für Lebensmittellindustrie der UdSSR, Kandidat des Politbüros des ZK der VKP (B), seit Februar 1935 Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B). 435, 460, 503, 646.
- Milch**, Erhard (1892–1972), Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium, Generalmajor, seit April 1935 Generalleutnant, seit April 1936 General der Flieger. 27, 321, 356.

Minaev-Cikanovskij (Cikanovskij), Aleksandr Matveevič (Šaja Moškovič) (1888–1939), Chef des NKVD für das Gebiet Čeljabinsk, seit Juli 1936 Chef des NKVD für das Gebiet Stalingrad, seit April 1937 stellv. Chef der 3. Abteilung (Spionageabwehr) der GUGB des NKVD, Major der Staatssicherheit seit November 1935, seit April 1937 Kommissar der Staatssicherheit 3. Ranges, Mitglied des CIK der UdSSR. 686.

Minc, Isaak Izrailevič (1896–1991), Lehrstuhlinhaber für Geschichte der UdSSR am Moskauer N.G. Černyševskij-Institut für Philosophie, Literatur und Geschichte (MIFLI) und an der Moskauer Staatlichen Lomonosov-Universität. 513.

Minich, Boris Vasil'evič (1909–1940), Oberarchitekt im Trust „Gorgraždanstroj“, im Februar 1936 verhaftet, am 31. März 1936 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zu 8 Jahren Zwangsarbeitslager (Soloveckij Lager) verurteilt. 400.

Minich, Konstantin Vasil'evič (1909–1940), Architekt im Architekturbüro beim Volkskommissariat für Wassertransport der UdSSR, im Februar 1936 verhaftet, am 31. März 1936 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zu 8 Jahren Zwangsarbeitslager (Soloveckij Lager) verurteilt. 400.

Minkin, Mitarbeiter der Intourist-Vertretung in Berlin. 573.

Minut, sowjetische Staatsbürgerin, Mitarbeiterin des deutschen Konsulats in Char'kov. 164.

Mirčuk, Ivan (1891–1961), Direktor des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin, Professor. 663.

Mironov (Kagan), Lev Grigor'evič (Giršovič) (1895–1938), Chef der Wirtschaftsabteilung der GUGB des NKVD der UdSSR, seit November

1936 Chef der Spionageabwehrabteilung der GUGB des NKVD, seit Dezember 1936 Chef der 3. (Spionageabwehr) Abteilung der GUGB des NKVD, Kommissar 2. Ranges der Staatssicherheit seit November 1935. 296, 651, 661.

Mironov-Pines, Boris Mironovič (1892–1937), Gehilfe des Leiters der Presseabteilung im NKID der UdSSR. 340, 352, 393, 427, 436, 438.

Mironow siehe Mironov-Pines

Mjaskovskij, Nikolaj Jakovlevič (1881–1950), Komponist, Musikkritiker. 274.

Moche, Alfred Otto (1898–?), Uhrenmechaniker, am 5. November 1936 in Moskau verhaftet. 565, 575, 577.

Mogilevskij, Grigorij Aleksandrovič (1905–1964), Kameramann im Filmstudio „Mostechfil'm“. 356.

Molotov (Skrjabin), Vjačeslav Michajlovič (1890–1986), Vorsitzender des SNK der UdSSR, Vorsitzender des STO der UdSSR, Vorsitzender der Kommission für Verteidigung beim SNK, Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B). 19, 24, 25, 32, 33, 34, 54, 60, 61, 63, 100, 102, 106, 107, 108, 113, 132, 135, 169, 174, 179, 180, 198, 199, 223, 229, 230, 231, 258, 266, 269, 268, 289, 303, 329, 335, 346, 347, 348, 353, 354, 355, 357, 358, 360, 365, 366, 367, 369, 374, 375, 376, 382, 387, 394, 400, 401, 406, 414, 421, 422, 424, 429, 435, 436, 449, 456, 459, 460, 462, 467, 504, 506, 510, 512, 513, 520, 521, 532, 548, 551, 552, 553, 558, 559, 564, 577, 578, 596, 597, 598, 610, 613, 614, 615, 616, 620, 621, 629, 630, 634, 638, 639, 640, 641, 643, 646, 649, 656, 662, 671, 673, 676, 677, 680, 684, 686.

Molotow siehe Molotov

Moltke, Helmuth Karl Bernhard Graf von (1800–1891), Chef des Großen

- Generalstabes, Generalfeldmarschall. 100.
- Monti**, Chef der italienischen Militärdelegation im Kiever Manöver 1935. 240, 395.
- Mossdorf**, Heinz (1886–?), Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium. 9, 35, 37, 41, 51, 57, 62, 79, 104, 121, 190, 199, 201, 214, 288, 328, 329, 330, 341, 349, 358, 360, 365, 366, 367, 372, 375, 382, 408, 451, 457, 468, 479, 557.
- Motz**, Traugott (1906–?), Reichsdeutscher, Ingenieur, am 11. Februar 1935 in der UdSSR verhaftet und am 11. Juni 1935 nach Deutschland ausgewiesen. 207.
- Müller**, Heinrich (1900–1945), Gesamtleitung der Unterabteilung II 1 sowie Leitung der Referate II 1 A (Kommunistische und Marxistische Bewegung und deren Nebenbewegungen) und II 1 H (Angelegenheiten der Partei und der ihr angeschlossenen Verbände), seit 1935 auch die Leitung des Referates II 1 B (Konfessionelle Verbände, Juden, Freimaurer, Emigranten) im Geheimen Staatspolizeiamt, seit Juni 1936 stellv. Chef des Amtes Politische Polizei im Hauptamt Sicherheitspolizei, Oberregierungs- und Kriminalrat seit Januar 1937. 407, 418, 432, 464, 476.
- Müller**, Hermann (1876–1931), Reichskanzler der Weimarer Republik von 1928 bis 1930. 134.
- Müller**, Wilhelm (1896–?), Bäcker, am 17. Mai 1935 in Irkutsk verhaftet, am 16. Oktober 1935 zu 10 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. 239.
- Mumm von Schwarzenstein**, Philipp Alfons Freiherr (1859–1924), Diplomatischer Vertreter Deutschlands in dem Ukrainischen Staat in Kiev von März bis November 1918. 513.
- Munters**, Vilhelms (1898–1967), Generalsekretär (Staatssekretär) im Außenministerium Lettlands, seit Juni 1936 Außenminister. 7, 436.
- Muralov**, Nikolaj Ivanovič (1877–1937), stellv. Beauftragter des Getreidetrusts für Westsibirien, seit 1936 Leiter der Landwirtschaftsabteilung der Verwaltung für Arbeiterversorgung von Kuzbasstroj in Novosibirsk, am 17. April 1936 verhaftet, angeklagt im Prozess gegen das „Parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum“, am 30. Januar 1937 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zum Tode verurteilt, am 1. Februar 1937 erschossen. 637.
- Muralow siehe Muralov
- Mushakoji** (Mushanokōji), Kintomo (1882–1962), Botschafter Japans in Deutschland. 494, 592, 604.
- Mussolini**, Benito (1883–1945), Duce des italienischen Faschismus und Regierungschef Italiens, gleichzeitig Außenminister bis Juni 1936. 4, 14, 177, 258, 280, 304, 367, 394, 444, 593, 644.
- Nadolny**, Rudolf August (1873–1953), Botschafter z. D., 13. April 1937 Versetzung in den Ruhestand. 162, 298, 314, 419, 434, 443, 620, 644, 686.
- Najdenov**, Fedor Trofimovič (1902–1938) Jurist, Oberberater beim Rat der Volkskommissare der UdSSR. 429.
- Našatyr’***, I., sowjetische(r) Staatsbürger(in), in Deutschland verhaftet. 164.
- Nassau**, Adolf von (1889–1961), Landrat des Kreises Lebus. 48.
- Nasse**, Arthur (1882–nach 1967), Ministerialdirigent im Reichsministerium für Finanzen. 341.
- Nehring**, Walther Kurt (1892–1983), Generalstabsoffizier zur Inspektion der Kraftfahrtruppen im Reichswehrministerium (seit Mai 1935

- Reichskriegsministerium), seit Oktober 1936 Kriegsakademie in Berlin, Oberstleutnant, seit März 1937 Oberst. 100.
- Neitzke**, Hermann (1880–1937), Hausverwalter der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, am 19. Oktober 1934 in Deutschland verhaftet, seit Spätsommer/Anfang Herbst 1935 als Emigrant in der UdSSR. 20, 27, 44, 45, 93, 164, 182, 206, 252.
- Nejman**, Aleksej Fedorovič (1900–1938), 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in den USA, seit November 1935 Leiter der 3. Politischen Westabteilung im NKID der UdSSR. 513, 573.
- Nemov** (Nemoj), Aleksandr Semenovič (Isaak-Il'ja, Iščok-El'ja Simonovič) (1898–1937), Geschäftsführer der Alunionsvereinigung für Präzisionsindustrie (VOTI) in der Hauptverwaltung für Präzisionsmaschinenbau (Glavtočmaš) im NKTP der UdSSR, danach stellv. Handelsvertreter in Frankreich, danach Beauftragter der Handelsvertretung in Genua, danach Leiter der 10. Hauptverwaltung (für Präzisionsindustrie) im Volkskommissariat für Verteidigungsindustrie. 213.
- Nepomnjaschtschi siehe Nepomnjaščij
- Nepomnjaščij**, Lazar' Leont'evič (1893–1938), Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Schweden. 688.
- Neuhaus**, Hans Joachim von (1887–1957), Journalist, seit April 1935 Mitarbeiter des DNB, seit Oktober 1935 Korrespondent des DNB in Oslo, gleichzeitig Pressebeirat an der Gesandtschaft Deutschlands in Norwegen, seit April 1937 Wiedereinberufung ins AA, Legationssekretär. 218.
- Neumann**. 463.
- Neumann**, Erich (1892–1951), Ministerialdirektor im preußischen Staatsministerium, seit Oktober 1936 Staatssekretär in der Behörde für den Vierjahresplan. 540.
- Neurath**, Konstantin Freiherr von (1873–1956), Reichsaußenminister. 3, 14, 39, 70, 88, 93, 95, 125, 129, 138, 143, 156, 158, 166, 171, 182, 186, 217, 225, 264, 265, 283, 298, 299, 300, 301, 303, 305, 356, 367, 382, 383, 397, 398, 399, 419, 428, 439, 443, 449, 454, 456, 461, 476, 491, 516, 522, 527, 543, 561, 594, 603, 606, 622, 626, 629, 630, 634, 639, 640, 643, 644, 646, 660, 668, 670, 680, 688.
- Newton**, Basil Cochrane (1889–1965), Botschaftsrat Großbritanniens in Deutschland, seit März 1937 Gesandter Großbritanniens in der Tschechoslowakei. 125.
- Nicolai**, Walter (1873–1947), Chef des deutschen militärischen Nachrichtendienstes III B während des Ersten Weltkrieges, seit April 1936 Forschungsauftrag am „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland“, Oberst a.D. 208.
- Nieden zur**, Direktor bei der Maschinenfabrik Froriep. 247.
- Niedermayer**, Oskar Ritter von (1885–1948), Privatdozent für Wehrgeographie und Wehrpolitik, seit 1936 Professor, seit 1937 Direktor des Instituts für allgemeine Wehrlehre an der Universität Berlin, Oberstleutnant. 67, 73, 446, 480.
- Niedermeier**, Hermann (1897–?), Buchhalter, am 5. November 1936 in Moskau verhaftet, im Sommer 1937 ausgewiesen. 565, 567, 575, 576, 577.
- Niekisch**, Ernst (1889–1967), politischer Publizist, am 22. März 1937 von der Gestapo verhaftet. 197.
- Nikitčenko**, Iona Timofeevič (1895–1967), Vorsitzender des Militärtribunals des Moskauer Militärbezirks, seit Juni 1935 kommissarischer

- stellv. Vorsitzender des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR. 244.
- Nikolaev**, Leonid Vasil'evič (1904–1934), Angestellter, am 1. Dezember 1934 nach dem von ihm verübten Attentat auf Kirov verhaftet, am 29. Dezember 1934 vom Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR zur Erschießung verurteilt und am gleichen Tag erschossen. 3.
- Nikolaj II.**, Romanov, Nikolaj Aleksandrovič (1868–1918), Zar des Russischen Reiches (Oktober 1894 bis März 1917), am 17. Juli 1918 in Ekaterinburg erschossen. 230.
- Norman**, Montagu Collet, 1st Baron Norman (1871–1950), britischer Bankier, Gouverneur der Bank of England. 457.
- Nymann**, Hermann, sowjetischer Staatsbürger, Dolmetscher des deutschen Generalkonsulats in Tiflis. 3, 93, 182, 450, 463, 472, 502.
- Oberberg**, Woldemar (1880–?), Reichsdeutscher, Geigenbauer/Musiker, am 5. November 1936 in Moskau verhaftet. 566, 567, 575, 576, 577, 579, 625.
- Oberländer**, Theodor (1905–1998), Direktor des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg, gleichzeitig Leiter des Landesverbandes Ostpreußen des „Volksbundes für das Deutschtum im Ausland“ (seit Februar 1937 „Volksdeutsche Mittelstelle“) und Dozent für Ostfragen beim Außenpolitischen Amt der NSDAP. 20.
- Odajewski siehe Severov
- Özalp**, Kâzım Fikri (1882–1968), Präsident der Nationalversammlung der Türkei, seit März 1935 Verteidigungsminister der Türkei. 630.
- Ojstrach**, David Fedorovič (1908–1974), Geiger. 419.
- Oksen von Effingen***, Baron, russischer Emigrant. 663.
- Opitz**, Carl, Leiter der Pressestelle der UFA. 55.
- Ordshonikidse siehe Ordžonikidze
- Ordžonikidze**, Grigorij Konstantinovič (1886–1937), Volkskommissar für Schwerindustrie der UdSSR, Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B), erschoss sich am 18. Februar 1937. 25, 32, 33, 34, 54, 63, 113, 132, 187, 303, 374, 401, 456, 460, 462, 485, 488, 490, 496, 510, 572, 577, 578, 606, 615, 620, 639, 646.
- Orloff, Orlow siehe Orlov
- Orlov**, Aleksandr Grigor'evič (1898–1940), Militärattaché an der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland, Brigadekommandeur seit November 1935. 2, 7, 20, 25, 151, 197, 200, 300, 393, 397, 419, 428, 483, 566, 572, 678.
- Orlovskij**, Sergej Nikolaevič (1891–1935), Oberstaatsanwalt der RKKA. 73, 165, 371.
- Orlowski siehe Orlovskij
- Osersky siehe Ozerskij
- Ōshima**, Hiroshi (1886–1975), Militärattaché Japans in Deutschland, Oberst. 268, 293, 387, 593.
- Osipov siehe Zaslavskij
- Oster**, Artur (1880–1950), Leiter des Ref. W (Allg. Kulturpolitik, wiss. Beziehungen zum Ausland, Hochschulwesen, kath. Kirchen- und Missionswesen) in der Abt VI (Kultur), Juni 1936 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Vortragender Legationsrat. 181.
- Ostranica siehe Poltavec-Ostrjanica
- Ota**, Tamekichi (1879–?), Botschafter Japans in der UdSSR. 286.
- Ots**, Karl Martovič (1892–1937), Direktor der Kirov-Werke in Leningrad,

- seit Juni 1936 Direktor des Ižorsker Werkes, seit Februar 1937 Bauleiter beim Aufbau des Čeljabinsker Traktorenwerkes. 213.
- Otseĭkin**, Ivan Aleksandrovič (1895–1938), Leiter der Exportabteilung für sowjetische Waren in der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland, seit April 1935 Leiter der Abteilung für Leinen in der Handelsvertretung, danach stellv. Leiter der Abteilung für individuelle Aufträge des Trusts „Moskvošvej“. 53.
- Ott**, Eugen (1889–1977), Militärattaché Deutschlands in Japan, Oberst. 387, 635, 646.
- Otto**, Heinz, Vertreter der „National-Zeitung“. 409.
- Ozerskij**, Aleksandr Vladimirovič (1891–1938), Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Großbritannien, seit Dezember 1936 Chef der Hauptverwaltung für Versorgung und Vertrieb des Volkskommissariats für Verteidigungsindustrie der UdSSR. 515.
- Pacher von Theinburg**, Heinrich (1883–1960), Gesandter Österreichs in der UdSSR. 155.
- Pachomov**, Nikolaj Ivanovič (1890–1938), Volkskommissar für Wassertransport der UdSSR, Kandidat des ZK der VKP (B). 64, 132.
- Pal’čik**, Gerbert-Akim (1910–?), sowjetischer Staatsbürger, im Februar 1934 in Deutschland wegen illegaler kommunistischer Betätigung verhaftet und im März 1935 in die UdSSR ausgewiesen. 20, 28, 73, 140.
- Paletika siehe Poletika
- Palladin**, Aleksandr Vladimirovič (1885–1972), Direktor des Instituts für Biochemie an der Akademie der Wissenschaften der Ukraine in Kiev, Lehrstuhlleiter für Biochemie an der Universität Kiev und seit 1935 gleichzeitig Sekretär des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR. 136.
- Panzer**, Viktor Ivanovič (1892?–?), Reichsdeutscher, Agronom, Mitglied des Bundes der Auslandsdeutschen, am 13. Mai 1935 in der UdSSR verhaftet und verurteilt. 244, 316, 359, 681.
- Papen**, Franz von (1879–1969), Gesandter (seit Mai 1936 Botschafter) Deutschlands in besonderer Mission in Österreich. 186, 217, 258, 491.
- Pappe**, Harry, Reichsdeutscher, aus der UdSSR ausgewiesen. 12, 208.
- Pappenheim**, Friedrich-Carl Rabe von (1894–1977), Mitarbeiter in der Abteilung Fremde Heere im Reichswehrministerium (seit Mai 1935 Reichskriegsministerium), Major. 300, 393, 408, 566.
- Parthy**, Paul (1888–?), Reichsdeutscher, Ingenieur, am 10. November 1936 in Leningrad verhaftet. 570, 575, 577.
- Pascua**, Marcelino (1897–1977), Botschafter Spaniens in der UdSSR seit September 1936. 549.
- Pastuchov**, Sergej Konstantinovič (1887–1940), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Persien, seit April 1935 Leiter der Unterabteilung Naher Osten im NKID, seit 1935 Leiter des Politischen Archivs im NKID. 195.
- Paul-Boncour**, Joseph (1873–1972), 1936 Staatminister, ständiger Delegierter Frankreichs beim Völkerbund, Senator. 143, 512.
- Payart**, Jean (1892–1969), Botschaftsrat Frankreichs in der UdSSR. 495.
- Pétain**, Philippe (1856–1951), Heerführer Frankreichs im I. Weltkrieg, Marschall Frankreichs. 100.
- Peters**, Reichsdeutscher in der UdSSR. 681.

- Petrescu-Comnen**, Nicolae (1881–1958), Gesandter Rumäniens in Deutschland. 27, 29, 397, 398, 527.
- Petrovskij** (Švarcman), Adol'f Markovič (1887–1937), Beauftragter des NKID der UdSSR beim SNK der Ukrainischen SSR. 101, 251, 399.
- Petrovskij**, Grigorij Ivanovič (1878–1958), Vorsitzender des Ukrainischen CIK, einer der Vorsitzenden des CIK der UdSSR, Kandidat des Politbüros des ZK der VKP (B). 452.
- Petrowski siehe Petrovskij
- Petruničev**, Nikolaj Alekseevič (1899–1942), Mitglied der Kommission für Sowjetkontrolle beim SNK der UdSSR. 53.
- Petuchov**, Ivan Pavlovič (1895–1942), Gehilfe des Chefs der Militärakademie und RKKa für Mechanisierung und Motorisierung, seit Februar 1935 Gehilfe für politische Fragen des Chefs der Hauptverwaltung für die Seestreitkräfte der RKKa, seit März 1936 Sekretär des Volkskommissars für Verteidigung für Sonderaufträge, Korpskommissar seit November 1935. 456.
- Pevzner**, Aleksandr Markovič (1895–1937), Geschäftsführer der Ukrainischen Niederlassung der Gosbank der UdSSR in Char'kov, im Januar 1937 verhaftet. 136.
- Pewsner siehe Pevzner
- Pfeiffer**, Wilhelm (1890–?), Reichsdeutscher, Zootechniker, Leiter des Zoologischen Gartens beim Staatszirkus in Moskau, am 5. November 1936 verhaftet und zur Ausweisung verurteilt. 661, 662.
- Pfeil***, Reichsdeutscher, in der UdSSR verhaftet. 316, 326, 359.
- Phipps**, Sir Eric (1875–1945), Botschafter Großbritanniens in Deutschland. 14, 59, 70, 84, 122, 138, 258, 298, 331, 332, 334, 382, 383, 454, 491, 630, 644.
- Piacenza**, Guido (1896–1942), Militärattaché Italiens in der UdSSR, Oberstleutnant. 311, 474.
- Piatakoff, Piatakow, Pjatakoff, Pjatakow siehe Pjatakow
- Pieck**, Wilhelm (1876–1960), Vorsitzender der KPD, im Exil in der UdSSR. 414.
- Piegholdt**, Max (?-1934), Reichsdeutscher, am 12. Oktober 1932 wegen illegalen Grenzüberttritts in der UdSSR verhaftet, am 19. September 1933 erneut verhaftet wegen Spionage, am 12. Juni 1934 in Haft verstorben. 80, 207.
- Pieper***, Joachim Andreas, Reichsdeutscher, Mitarbeiter der Derop. 56.
- Pilger**, Hans (1886–1953), Leitung des Ref. O/Orient in der Abt. II (Britisches Reich, Amerika, Orient) im AA (seit 15.5.1936 Polit. Abt., Ref. VII), Gesandtschaftsrat I. Kl., seit September 1935 Vortragender Legationsrat. 461.
- Pilder**, Hans (1885–1950), Bankier. 648.
- Piłsudski**, Józef Klemens (1867–1935), faktisches Staatsoberhaupt Polens, Verteidigungsminister, Chefinspekteur der Streitkräfte, Marschall. 56.
- Pinkert***, Reichsdeutscher. 411.
- Pjatakow**, Jurij (Georgij) Leonidovič (1890–1937), 1. stellv. Volkskommissar für Schwerindustrie der UdSSR, Mitglied des ZK der VKP (B), am 14. September 1936 verhaftet, einer der Hauptangeklagten im Prozess gegen das „Parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum“, am 30. Januar 1937 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zur Todesstrafe verurteilt, erschossen am 1. Februar 1937. 49, 57, 187, 213,

- 276, 310, 347, 451, 515, 585, 606, 630, 632, 637, 651, 685.
- Plotkin**, Mark Abramovič (1895–1941), stellv. Leiter der Rechtsabteilung im NKID der UdSSR. 164, 419.
- Poletika**, Vladimir Ivanovič (1885–1950), Emigrant, Mitarbeiter am Russischen Wissenschaftlichen Institut in Berlin (seit Oktober 1935 Institut zur Wissenschaftlichen Erforschung der Sowjetunion). 663.
- Pol'man***, Vertreter der Firma Siempelemp & Co in Moskau. 257.
- Poltavec-Ostrjanica**, Ivan Vasil'evič (1890–1957), Oberst der russischen Armee, Emigrant, selbsternannter Diktator der Ukrainischen Volksrepublik der Kosaken. 663.
- Popp**, Aleksandr Jakovlevič (1884–?), Bauer, am 6. Februar 1935 verhaftet, am 19. Juli 1935 vom Sonderkollegium des Westsibirischen Regionalgerichts zu 10 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. 266.
- Posel'skij**, Jakov Michajlovič (1894–1951), Filmregisseur, Verdienter Kunschtchaffender der RSFSR. 39.
- Poskrebyšev**, Aleksandr Nikolaevič (1891–1965), Leiter des Sondersektors des ZK der VKP (B) und gleichzeitig seit August 1935 Leiter des Büros I.V. Stalins, Kandidat des ZK der VKP (B). 132, 142, 269, 280, 400, 413, 414, 433, 435, 460, 485, 490, 496, 620, 639, 673, 680.
- Posse**, Hans Ernst (1886–1965), Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium. 199
- Postnikov**, Aleksandr Michajlovič (1886–1937), stellv. Volkskommissar für Verkehrswesen der UdSSR. 299.
- Postyšev**, Pavel Petrovič (1887–1939), 2. Sekretär des ZK der KP (B) der Ukraine und gleichzeitig bis Januar 1937 1. Sekretär des Kiever Gebietsparteikomitees der KP der Ukraine, seit März 1937 1. Sekretär des Kujbyšever Gebietsparteikomitees der VKP (B), Kandidat des Politbüros des ZK der VKP (B). 343, 452.
- Potemkin**, Vladimir Petrovič (1874–1946), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Frankreich, seit Ende März 1937 1. stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheit der UdSSR. 34, 59, 70, 171, 173, 177, 303, 304, 357, 413, 445, 622, 689.
- Potockij**, N.K., Direktor von „Inreklama“ der Allunionsvereinigung „Meždunarodnaja kniga-Antikvariata“, danach Beauftragter von „Meždunarodnaja kniga-Antikvariata“ bei der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland. 39, 572, 623.
- Pozdnjakov**, Nikolaj Georgievič (1900–1948), 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Finnland, seit Dezember 1935 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Deutschland, seit Oktober 1936 1. Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung in Litauen. 359, 465, 473.
- Price**, Ward (1886–1961), britischer Journalist. 410.
- Primo de Rivera**, José Antonio (1903–1936), Führer der faschistischen Bewegung Falange in Spanien, am 14. März 1936 verhaftet, am 17. November 1936 zum Tode verurteilt und am 20. November 1936 erschossen. 593.
- Prokof'ev**, Georgij Evgen'evič (1895–1937), stellv. Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR, seit Ende September 1936 stellv. Volkskommissar für Nachrichtenwesen der UdSSR, seit Oktober 1936 1. stellv. Volkskommissar für Nachrichtenwesen, am 11. April 1937 verhaftet, Kommissar 1. Ranges der Staatssicherheit seit November 1935. 208.

Prokofieff siehe Prokof'ev

Ptuško (Ptuškin), Aleksandr Lukič (1900–1973), Filmregisseur, Trickfilmzeichner im Filmstudio „Mosfil'm“. 419.

Rabinkoff siehe Rabinkov

Rabinkov, Iosif Semenovič (1902–1940), Leiter der Abteilung für Buntmetallimport in der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland, seit Mai 1935 Vorsitzender der Allunionsvereinigung „Sojuzmetimport“. 214.

Rabinovič, Filipp Jakovlevič (1885–1937), Chef der Exportverwaltung im NKVT der UdSSR, seit August 1936 Chef der Hauptverwaltung für Holzgewinnung und Flößerei der nord-westlichen Regionen im Volkskommissariat für Holzindustrie, Mitglied des Rates beim Volkskommissar des NKVT. 478.

Radek (Sobel'son), Karl Berngardovič (1885–1939), Leiter des Büros für Internationale Information des ZK der VKP (B), Redaktionsmitglied der „Izvestija“, am 16. September 1936 verhaftet, einer der Hauptangeklagten im Prozess gegen das „Parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum“, am 30. Januar 1937 vom Militärtribunal des Obersten Gerichts der UdSSR zu 10 Jahren Gefängnishaft verurteilt. 126, 167, 236, 258, 275, 280, 392, 402, 408, 413, 414, 426, 447, 515, 530, 637, 646, 651, 654, 657, 664, 665, 667, 676, 685.

Radestock, Reichsdeutscher, Mitglied der KPD. 208.

Radunski siehe Radunskij

Radunskij, verantwortlicher Mitarbeiter der Moskauer Vertretung in der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland. 263.

Rätz, Lisa, Bekannte von Kurt Fuchs. 362.

Raevskij, Petr Semenovič (1896–1967), Chef der Stadtabteilung des NKVD in Jaroslavl', Gebiet Ivanovo, seit April 1936 Chef der Stadtabteilung des NKVD in Kostroma, Gebiet Jaroslavl', Hauptmann der Staatssicherheit seit Februar 1936. 362, 378.

Rafalovskaja, Anna Borisovna, Oberreferentin der Rechtsabteilung im NKID der UdSSR. 77.

Rahn, Rudolf (1900–1975), Mitarbeiter der Abt. III (Brit. Reich, Amerika, Orient), Ref. O/Orient, April bis Mai 1936 Delegation dt.-türk. Wirtschaftsverhandlungen, seit Dezember 1936 Leitung des Ref. W I/Rohstoffe und seit Januar 1937 gleichzeitig Ref. W VIIIb/Süd-, Mittelamerika der Handelspolitischen Abteilung, Legationssekretär. 624.

Ramm, Ernst (1898–1950), Mitarbeiter des Ref. Russland in der Abt. IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien), seit Juni 1936 Ref. H (Aufbau des Auswärtigen Dienstes im Ausland, Personalien der höheren Beamten) in der Personal- und Verwaltungsabteilung, Legationssekretär, seit August 1936 Legationsrat. 48, 313.

Ramzajcev, Dmitrij Fedorovič (1902–1977), Mitarbeiter der Rechtsabteilung der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland, Experte für internationales Privatrecht. 419.

Rasputin (Rasputin-Novych), Grigorij Efimovič (1869–1916), Bauer, Wanderprediger, Vertrauter der Familie Nikolajs II. 230.

Rataitschak siehe Ratajčak

Ratajčak, Stanislav Antonovič (1894–1937), Leiter der Hauptverwaltung für chemische Industrie im Volkskommissariat für Schwerindustrie der UdSSR, am 19. September 1936 verhaftet, angeklagt im Prozess gegen das „Parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum“, am 30. Januar 1937 vom Militärkollegium des

- Obersten Gerichts der UdSSR zur Todesstrafe verurteilt, am 1. Februar 1937 erschossen. 637.
- Ratz**, Boris, litauischer Staatsangehöriger, Konzessionsleiter „Leo“. 565, 576.
- Ravoux**, Paul (1898–1957) französischer Journalist, Leiter der Presseagentur Havas in Berlin. 166, 197, 392.
- Rechenberg**, Hans-Joachim (1910–1977), stellv. Leiter der Pressestelle des Beauftragten für den Vierjahresplan und Pressereferent im Preußischen Staatsministerium, Regierungsrat. 409.
- Redetzki**, Erich (1886–?), Reichsdeutscher, Ingenieur, am 1. Januar 1935 in Moskau verhaftet, am 23. März 1935 aus der UdSSR ausgewiesen. 21, 239.
- Redlich**, Herbert (?), Direktor, Firma Otto Wolff. 288, 538, 648.
- Reetz***, Reichsdeutscher in der UdSSR. 681.
- Reichel**, Ewald (1885–1943), Mitarbeiter der Abt. I (Personal und Verwaltung) im AA, seit Dezember 1936 Kanzler am Generalkonsulat in Athen. 250.
- Reichenau**, Walter von (1884–1942), Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, seit Juli 1935 Chef des Wehrmachtsamtes im Reichskriegsministerium, seit Oktober 1935 Kommandierender General des VII. Armeekorps in München, Generalmajor, seit Oktober 1935 Generalleutnant, seit Oktober 1936 General der Artillerie. 24, 36, 68, 70, 103, 196, 220.
- Reichert**, Hans-Joachim Ritter von (1903–1991), Mitarbeiter des Sonderref. E (Protokoll), seit Mai 1936 Abt. Protokoll im AA, Attaché, seit Juli 1935 Legationssekretär. 11.
- Reichert**, Jakob (1885–1948), Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, seit 1935 Geschäftsführer der WG Eisen-schaffende Industrie. 190.
- Reitenbach**, Dolmetscher. 315.
- Renthe-Fink**, Cécil von (1885–1964), stellv. Leiter der Abt. II (West- und Südosteuropa) im AA, seit Juni 1936 Gesandter in Kopenhagen, Vortragender Legationsrat. 426, 454, 461.
- Rerich***, Michail (?-1935), sowjetischer Staatsbürger, in der UdSSR zum Tode verurteilt und erschossen. 30, 31, 175.
- Reuter**, Franz (1897–1967), Chefredakteur der Zeitschrift „Der Deutsche Volkswirt“. 412.
- Reuter**, Wolfgang Andreas (1866–1947), Generaldirektor der Deutschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft (DE-MAG). 144.
- Reventlow**, Ernst Graf zu (1869–1943), Publizist und Politiker, Herausgeber und Redakteur der Zeitschrift „Der Reichswart“, Mitbegründer und bis März 1936 einer der Leiter der „Deutschen Glaubensbewegung“, Kapitänleutnant a.D. 94, 282, 402.
- Reyß**, Hermann (1877–1959), Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert-Werke AG, Vorstandsvorsitzender des Russland- Ausschusses der Deutschen Wirtschaft bis Herbst 1935. 9, 41, 104, 144, 190, 233, 328, 365, 372, 648.
- Ribbentrop**, Joachim von (1893–1946), Beauftragter für außenpolitische Fragen im Stab des Stellvertreters des Führers, seit Juni 1935 außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter in besonderer Mission, seit August 1936 Botschafter Deutschlands in Großbritannien. 60, 80, 166, 186, 280, 293, 304, 331, 351, 387, 399,

- 471, 472, 475, 491, 494, 505, 588, 591, 592, 594, 603, 644, 685.
- Rieve**, Friedrich (1896–1981), Mitarbeiter im Wehrmachtsamt des Reichswehrministeriums (seit Mai 1935 Reichskriegsministeriums), seit Oktober 1936 Leiter der Ausrüstungsabteilung im Wehrmachtsamt, Korvettenkapitän, seit April 1937 Fregattenkapitän. 364.
- Ritter**, Karl (1883–1968), Gruppenleiter der Referate Wirtschaft im AA, Ministerialdirektor. 130, 202, 287, 333, 338, 341, 361, 382, 479, 519, 549, 556, 584, 586, 619, 624, 670.
- Ritter**, Karl (1888–1977), Regisseur und Filmproduzent. 573.
- Rjabinin**, Matvej Nikolaevič (1889–1937?), stellv. Chef der 1. Abteilung der Verwaltung für Statistik und Information der RKKa, am 24. März 1935 verhaftet, von der Sonderberatung beim NKVD der UdSSR zu 3 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. 68.
- Roda**, Alberto (1894–?), italienischer Militärattaché in der Tschechoslowakei. 474.
- Rodzaevskij**, Konstantin Vladimirovič (1907–1946), Generalsekretär und stellv. Vorsitzender des Exekutivkomitees der Gesamtrussischen Faschistischen Partei in der Mandatscherei, seit Juli 1935 deren Führer. 275.
- Roediger**, Conrad (1887–1973), Mitarbeiter in der Abteilung VI (Kultur), danach Leiter des Referats A (Auslandsdeutschtum, Minderheiten, ev. Kirchen und Missionswesen) im AA, seit September 1935 Abt. II (West-Süd- und Südosteuropa, Osteuropa und Skandinavien), Leiter der Gruppe Osteuropa und Skandinavien, seit Dezember 1936 kommissarische Leitung des Konsulats in Lourenco Marques (Mosambik), Vortragender Legationsrat. 21, 248, 250, 251, 265, 270, 279, 291, 302, 306, 312, 314, 321, 328, 333, 334, 338, 341, 343, 353, 354, 355, 358, 360, 361, 362, 371, 372, 373, 375, 420, 428, 434, 440, 450, 453.
- Rödiger**, Gustav (1882–1952), Leiter des Ref. P/Arbeitsrecht u.a. in der Abt. V (Recht) im AA, Legationsrat I. Kl. 48.
- Röhm**, Ernst (1887–1934), Stabschef der SA, ermordet am 1. Juli 1934. 68, 82, 148, 205, 419.
- Roginskij**, Grigorij Konstantinovič (1895–1959), Sektorleiter für Industriefragen in der Staatsanwaltschaft der UdSSR, seit April 1935 2. stellv. Staatsanwalt der UdSSR. 580, 581, 582, 605.
- Rohnstock**, Erich (?–?), Reichsdeutscher, am 26. Mai 1936 in Jaroslawl' verhaftet, am 7. April 1937 vom Militärtribunal des Militärbezirks Char'kov zum Tode verurteilt, später gemäß der Entscheidung des Politbüros des ZK der VKP (B) in 10 Jahre Haft umgewandelt. 496.
- Rohrbach**, Paul (1869–1956), evangelischer Theologe und politischer Publizist. 280.
- Roisenmann siehe Rojzenman
- Rojzenman**, Boris Anisimovič (Isaak Anšelevič) (1878–1938), Mitglied der Kommission für Sowjetkontrolle beim SNK der UdSSR, seit Mai 1935 stellv. Vorsitzender der KSK, Gruppenleiter für Binnenhandel und Genossenschaften in der KSK, Gruppenleiter für das Bauwesen in der KSK. 536.
- Rolland**, Romain (1866–1944), französischer Schriftsteller, Nobelpreisträger für Literatur (1915). 245.
- Romboj**, sowjetischer Staatsbürger, Ingenieur in der Fabrik „Kardolenta“ in Moskau, 1935 verhaftet, vom Sonderkollegium des Moskauer Stadtge-

- richts zu 10 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. 266.
- Roosevelt**, Franklin Delano (1882–1945), Präsident der USA. 69, 211, 603.
- Rosenberg**, Alfred (1893–1946), Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters“, Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP, Reichsleiter. 60, 80, 82, 166, 208, 220, 224, 227, 229, 232, 243, 282, 294, 298, 324, 352, 367, 386, 399, 471, 475, 520, 521, 522, 526, 527, 530, 539, 544, 550, 554, 555, 592, 663.
- Rosenberg siehe Rozenberg
- Rosenblatt**, Ju., Journalist der „Izvestija“. 232.
- Rosengolz, Rosenholz siehe Rozen-gol'c
- Rosso**, Augusto (1885–1964), Botschafter Italiens in den USA, seit Oktober 1936 Botschafter in der UdSSR. 549.
- Rossoni**, Edmondo (1884–1965), Minister für Landwirtschaft und Forsten Italiens. 446.
- Roth**, Paul (1885–1967), Konsul Deutschlands in Odessa, seit September 1935 Abt. VI (Kultur, seit 15.5. 1936 Kulturpolitische Abteilung), Leiter des Ref. W/Wissenschaftliche Beziehungen zum Ausland, Konsul I. Kl., seit Juli 1936 Legationsrat I. Kl. 47, 250, 251, 262, 498, 652.
- Rothermere siehe Harmsworth
- Rottermel'***, sowjetischer Staatsbürger, 1934 in der Republik der Wolga-Deutschen verhaftet. 12.
- Rovira i Armengol**, Josep (1903–1970), Geschäftsträger Spaniens in Deutschland. 573.
- Roze**, Al'bert Andreevič (1891–1938), diplomatischer Agent des NKID der UdSSR in Alma-Ata. 207.
- Rozenberg**, Marsel' Izrailevič (1896–1938), stellv. Generalsekretär des Völkerbundes, seit Ende August 1936 Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Spanien, seit Februar 1937 Beauftragter des NKID der UdSSR beim SNK der Georgischen SSR. 303, 385, 549.
- Rozenbljum**, Boris Danilovič (1899–1938), Leiter der Wirtschaftsabteilung im NKID der UdSSR. 18, 165, 187, 195, 203, 209, 272, 278, 442, 574, 609.
- Rozengol'c**, Arkadij Pavlovič (1889–1938), Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR, Kandidat des ZK der VKP (B). 38, 49, 50, 57, 61, 64, 98, 117, 121, 132, 135, 161, 169, 170, 180, 183, 186, 187, 198, 199, 212, 224, 276, 278, 287, 289, 298, 307, 329, 335, 357, 360, 382, 404, 406, 422, 441, 467, 478, 485, 487, 488, 489, 504, 552, 553, 559, 564, 578, 590, 608, 615, 634, 671, 684.
- Rozovskij**, Mark Isaakovič (1899–?), Referent der 2. Politischen Westabteilung im NKID der UdSSR, seit Juni 1935 diplomatischer Agent des NKID in Novosibirsk, seit Februar 1936 im Vorstand von „Intourist“. 30.
- Rozovskij**, V., Mitarbeiter des Sekretariats des NKID der UdSSR. 567, 582.
- Rubinin**, Evgenij Vladimirovič (1894–1981), Leiter der 3. Politischen Westabteilung im NKID der UdSSR, seit November 1935 Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Belgien. 195, 250, 357.
- Rudolph**, Eduard (1885–1959), Justitiar der Firma Otto Wolff. 10, 32.
- Rudyj**, Julij Vikent'evič (1887–1938), Geschäftsführer der Ostchinesischen

- Eisenbahn, seit Juni 1935 Vorsitzender des wissenschaftlich-technischen Rates im Volkskommissariat für Verkehrswesen der UdSSR. 283, 299, 459.
- Rudzutak**, Jan Ernestovič (1887–1938), stellv. Vorsitzender des SNK und des STO der UdSSR, Kandidat des Politbüros des ZK der VKP (B). 64, 429.
- Rüder**, Heinrich Bernhard, Direktor der Lurgi-Apparatebau GmbH. 155.
- Ruetz**, Alfred (1876–1955), ehem. Herausgeber „Rigaischen Rundschau“. 217.
- Runge**, Richard (1883–?), Reichsdeutscher, Ingenieur, am 4. Juni 1935 in der UdSSR verhaftet, am 7. Februar vom Militärtribunal des Militärbezirks Char'kov zum Tode verurteilt, am 2. April 1936 gemäß der Entscheidung des Politbüros des ZK der VKP (B) zu 10 Jahren Haft umgewandelt. 391, 435.
- Rupel'***, sowjetischer Staatsbürger, 1934 im Kanton Marienthal der Republik der Wolga-Deutschen verhaftet. 12.
- Rust**, Bernhard (1883–1945), Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. 178, 273, 386, 652, 653.
- Rydz-Śmigły**, Edward (1886–1941), Inspekteur der Streikräfte in Warschau, seit Mai 1935 Generalinspekteur der Streitkräfte Polens, Generalleutnant, seit November 1936 Marschall Polens. 491, 505.
- Rykov**, Aleksej Ivanovič (1881–1938), Volkskommissar für Nachrichtenwesen der UdSSR bis Ende September 1936, Kandidat des ZK der VKP (B) bis Ende Februar 1937, am 27. März 1937 verhaftet. 132, 515, 641.
- Rykov siehe Rykov
- Sabanin**, Andrej Vladimirovič (1887–1938), Leiter der Rechtsabteilung im NKID der UdSSR. 77, 101, 195, 201, 250.
- Sabath**, Hermann (1888–1968), Mitarbeiter der Gruppe W/Wirtschaft im AA, Vortragender Legationsrat. 341.
- Šachov**, Aleksandr Grigor'evič (1897–1938), Gehilfe des Leiters der Konsularabteilung im NKID der UdSSR, kommissarischer Leiter, dann seit August 1935 Leiter der Konsularabteilung im NKID. 195, 319, 401, 485, 514, 535.
- Saed**, Mohamed Khan, Geschäftsträger Irans in der UdSSR. 450.
- Saint-Victor de Saint-Blancard**, Louis de (Pseudonym Saint-Brice) (1878–1952), französischer Journalist, Sonderkorrespondent von „Le Journal“ in Griechenland. 280.
- Sanders**, Fritz (1889–1939), Staatsrechtslehrer und Rechtsphilosoph, Professor an der Deutschen Universität Prag. 471.
- Šapiro**, Issak Il'ič (1895–1940), Leiter des Sektors für Brennstoffindustrie der Industrieabteilung im ZK der VKP (B), seit April 1935 vortragender Referent des Sekretärs des ZK der VKP (B) (N.I. Ežov). 149.
- Šapošnikov**, Boris Michajlovič (1882–1945), Chef und Kriegskommissar der Frunse-Militärakademie, seit September 1935 Befehlshaber der Truppen des Leningrader Militärbezirks, Armeebefehlshaber 1. Ranges seit November 1935. 215, 515.
- Sarkisov**, Semen Aleksandrovič (1895–1971), Direktor des Moskauer Instituts für Hirnforschung. 106, 386.
- Sarnow**, Otto (1883–1950), Leiter der Abt. II im Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirektor. 341.
- Sarraut**, Albert (1872–1962), französischer Staatsmann, Premierminister

- und Innenminister Frankreichs von Januar bis Juni 1936, Senator. 367.
- Šaulys**, Jurgis (1879–1948), Gesandter Litauens in Deutschland. 27, 70, 134.
- Saunus**, Fritz, Reichsdeutscher, im Oktober 1932 in der UdSSR verhaftet. 21.
- Sautin**, Chauffeur des Militärattachés der UdSSR in Deutschland. 572.
- Sauvy**, Élisabeth (1897–1966), französische Journalistin. 373, 392.
- Schacht**, Hjalmar (1877–1970), Reichswirtschaftsminister, Reichsbankpräsident, seit Ende Mai 1935 auch Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft. 23, 27, 29, 37, 38, 41, 42, 45, 49, 50, 51, 52, 57, 58, 59, 62, 74, 79, 80, 81, 83, 90, 95, 96, 99, 104, 115, 116, 121, 130, 134, 135, 136, 137, 142, 152, 166, 169, 180, 183, 186, 187, 190, 198, 199, 205, 220, 224, 233, 250, 254, 270, 271, 288, 292, 294, 298, 301, 303, 306, 310, 312, 320, 321, 323, 324, 329, 330, 331, 334, 335, 338, 341, 344, 345, 348, 349, 354, 356, 357, 358, 360, 361, 365, 366, 367, 369, 372, 375, 380, 382, 383, 389, 394, 397, 398, 408, 410, 412, 419, 428, 431, 439, 440, 443, 451, 454, 456, 457, 458, 504, 505, 525, 527, 556, 557, 560, 603, 609, 613, 615, 619, 620, 622, 624, 630, 634, 636, 639, 640, 643, 644, 668, 669, 671, 680, 685, 687.
- Schamar**, Presseattaché der Botschaft Spaniens in Deutschland, seit August 1936 an der Botschaft Spaniens in Frankreich. 446.
- Schaposchnikoff siehe Šapošnikov
- Scharf**, Oskar (1863–1937), Zeitungsverleger. 82.
- Schauke**, Gerhard (1889–?), Geschäftsführer des Russland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft bis Februar 1935, danach in der Privatwirtschaft tätig, Herausgeber der Zeitschrift „Die Ostwirtschaft“. 5, 9, 10.
- Scheffer**, Paul (1883–1963), Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“. 367, 402, 448, 592.
- Schefold**, Wilhelm (1894–nach 1974) Oberregierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. 341, 479.
- Scheinberg***, Hausarzt Köstrings. 388.
- Scheinfeld siehe Šenfel'd
- Schemtschuschnikow siehe Žemčužnikov
- Scherpenberg**, Albert Hilger van (1899–1969), Mitarbeiter an der Botschaft Deutschlands in Großbritannien, seit Juli 1935 Gruppe W/Wirtschaft, Ref. III/ Großbritannien, Türkei, Orient, Nord- und Südamerika im AA, seit Mai 1936 Handelspolitische Abteilung, Leiter des Ref. V/ Nordeuropa, Legationssekretär, seit Januar 1937 Legationsrat. 519, 624.
- Schestow siehe Šestov
- Schiller**, Otto (1901–1970), landwirtschaftlicher Sachverständiger an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR bis August 1936. 12, 20, 182, 250, 253, 428, 436, 440, 469, 503.
- Schleicher**, Kurt von (1882–1934), Reichskanzler in der Weimarer Republik, General der Infanterie a.D., ermordet am 30. Juni 1934. 82.
- Schlieffen**, Alfred von (1833–1913), Chef des Generalstabes, preußischer Generalfeldmarschall. 647.
- Schliep**, Martin (1891–1964), Mitarbeiter an der Botschaft Deutschlands in Polen, seit August 1936 Leiter des Ref. V/Osteuropa in der Politischen Abteilung im AA, Gesandtschaftsrat II. Kl., seit März 1935 Botschaftsrat, seit August 1936 Vortragender Lega-

tionsrat. 453, 524, 545, 547, 572, 584, 585, 606, 608, 612, 628, 629, 633, 638, 641, 651.

Schlieper, Gustaf (1880–1937), Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft. 648.

Schmieden, Werner von (1892–1979), Mitarbeiter der Abt. II (West-, Süd- und Südosteuropa), Ref. F/Abrüstung, militärpolitische und Luftfahrtfragen (seit 15.4.1936 Politische Abt., Ref. I), Legationsrat I. Kl. 251, 306, 501.

Schmidt, Professor siehe Šmidt

Schmidt*, Hausverwalter der Bevollmächtigten Vertretung in Deutschland. 390, 411.

Schmidt, Katharina (1892–?), Reichsdeutsche, im September 1933 in der UdSSR verhaftet, Ende März 1934 zu 7 Jahren Haft verurteilt, Mitte 1935 ausgewiesen. 295.

Schmidt-Rolke, Hans (1891–1953), Leiter des Ref. M/Personalien der mittleren und Unterbeamten und der Angestellten in der Abt. I (Personal und Verwaltung) im AA, seit November 1936 Generalkonsul in Antwerpen, Legationsrat I. Kl., seit Mai 1935 Vortragender Legationsrat. 251, 428, 453.

Schmidts*, ehem. Konsulatsmitarbeiter in Poti (Transkaukasische Republik), nach Deutschland ausgewiesen. 46.

Schmitz, Hermann (1881–1960), Vorstandsvorsitzender der I.G.Farben. 292.

Schniewind, Otto (1887–1970), Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium. 247.

Schnittmann siehe Šnitman

Schnurre, Karl (1898–1990), Mitarbeiter der Gesandtschaft Deutschlands

in Ungarn, seit März 1936 Leiter des Ref. IV/Osteuropa der Handelspolitischen Abteilung im AA, 1. Legationssekretär, seit März 1936 Gesandtschaftsrat II. Kl. seit Juni 1936 Vortragender Legationsrat. 479, 514, 519, 535, 556, 584, 586, 606, 670.

Schönberg, Fritz (1878–1968), Leiter des Ref. Osten und Naher Osten in der Abt. P (Presse, seit 15.5.1935 Presseabteilung), Konsul I. Kl. 201, 227, 370, 419, 420, 438, 585, 606, 629, 658, 675.

Schönknecht, Anna, sowjetische Staatsbürgerin, Hausangestellte von Twardowskis, 1934 verhaftet und zu 5 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. 140, 164.

Schönwalder, Firmenvertreter. 190.

Schotter*, Reichsdeutscher in der UdSSR. 12.

Schotthöfer, Fritz (1871–1951), Journalist der „Frankfurter Zeitung“. 690.

Schriel, Walter (1892–1959), Professor für Geologie an der Preußischen Geologischen Landesanstalt in Berlin, seit 1936 an der Universität Göttingen. 652.

Schröder, Erich (1903–?), Mitarbeiter der Dienststelle II 1 A (Kommunistische und marxistische Bewegung, Nationalbolschewismus, Anarchismus, SPD) im Gestapa, Kriminalkommissar. 468, 498.

Schröder, Ferdinand (1892–1978), Pfarrer in Schönefeld bei Berlin, seit Oktober 1936 hauptamtliche Geschäftsführung der Evangelischen Auswandererfürsorge in Berlin. 12.

Schubuth, Wladimir (1893–1972), Bùroleiter des deutschen Militärattachés in der UdSSR seit November 1935, seit Juni 1936 Gehilfe des Militärattachés, Hauptmann, seit 1937 Major. 251.

Schüle, Ernst (1911–?), Leiter des DNB in Moskau seit Ende 1935. 176, 336, 421, 438, 509, 542, 546, 628, 632, 674.

Schütte, Alfred Heinrich (1954–1936), Gründer der Firma Schütte, Werkzeugmaschinen, Köln. 170.

Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der (1875–1944), Botschafter Deutschlands in der UdSSR. 2, 3, 4, 8, 20, 26, 27, 30, 40, 47, 71, 76, 78, 80, 84, 89, 105, 107, 108, 109, 112, 118, 126, 127, 131, 137, 140, 143, 149, 150, 151, 155, 162, 164, 166, 177, 178, 182, 184, 192, 194, 206, 207, 211, 222, 225, 226, 250, 251, 264, 265, 270, 278, 286, 291, 296, 301, 303, 306, 308, 321, 324, 330, 331, 332, 334, 336, 341, 342, 343, 344, 347, 348, 351, 358, 359, 363, 369, 370, 373, 376, 379, 380, 388, 391, 394, 399, 434, 439, 443, 455, 458, 466, 471, 474, 493, 499, 502, 507, 508, 530, 536, 541, 545, 546, 547, 549, 577, 579, 580, 581, 582, 585, 594, 595, 596, 597, 599, 600, 601, 610, 613, 614, 616, 618, 621, 625, 629, 630, 632, 637, 638, 641, 642, 643, 649, 650, 651, 656, 657, 658, 660, 662, 664, 665, 667, 668, 670, 676, 677, 680, 683, 685, 686, 689.

Schulte, Reichsdeutscher in der UdSSR. 576.

Schulze, Vertreter der Firma Demag in Moskau. 472, 484.

Schuschnigg, Kurt (1897–1977), Bundeskanzler Österreichs. 95, 383.

Schwarz, Lilian, sowjetische Staatsbürgerin, Ehefrau von A. Thilo. 662.

Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig (Lutz) Graf (1887–1977), Reichsfinanzminister. 361.

Šebalin, Vissarion Jakovlevič (1902–1963), Komponist. 274.

Seeckt, Hans von (1866–1936), Heerführer und Gründer der Reichswehr,

1935 als Militärberater Chiang Kai-sheks in China, Generaloberst a.D. 100, 284, 367, 518, 647.

Seel, Düsseldorf. 288.

Sehren-Zöllner siehe Zöllner

Šejnfel'd siehe Šenfel'd

Šenfel'd (Schönfeld), Iosif Iosifovič (?–1931), von 1924 bis 1929 Volkskommissar für Volksbildung der ASSR der Wolga-Deutschen, danach stellv. Vorsitzender des Gosplans der ASSR der Wolga-Deutschen. 12.

Seldte, Franz (1882–1947), Reichsarbeitsminister. 110.

Serebrjakov, Leonid Petrovič (1888–1937), Chef der Zentralverwaltung für das Straßenwesen und den Auto-transport beim SNK der UdSSR, seit August 1935 deren 1. Stellvertreter, am 17. August 1936 verhaftet, einer der Hauptangeklagten im Prozess gegen das „Parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum“, am 30. Januar 1937 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zum Tode verurteilt, am 1. Februar 1937 erschossen. 637.

Sergeev, Georgij Il'ič (1895–1937), Wirtschaftsexperte im Volkskommissariat für Schwerindustrie der UdSSR, am 2. Februar 1936 verhaftet, am 31. März 1936 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR verurteilt zu 8 Jahren Zwangsarbeitslager (Soloveckij Lager). 400.

Šestov, Aleksej Aleksandrovič (1896–1937), Geschäftsführer des Zinkbergwerkes in Salair, Gebiet Kemerovo, am 27. Juli 1936 verhaftet, angeklagt im Prozess gegen das „Parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum“, am 30. Januar 1937 vom Militärtribunal des Obersten Gerichts der UdSSR zum Tod verurteilt, am 1. Februar 1937 erschossen. 637.

- Severov-Odoevskij**, Afanasij Semeno-
vič (1884–1938), Leiter der Aus-
landsabteilung in der Hauptverwal-
tung der zivilen Luftflotte beim SNK
der UdSSR. 627.
- Sicard von**, Dolmetscher einer deut-
schen Delegation bei Verhandlungen
in Moskau mit der Leitung der Aero-
flot. 547.
- Siedersleben**, Rudolf (1894–1946), Ge-
neralbevollmächtigter und seit Feb-
ruar 1936 Teilhaber der Firma Otto
Wolff. 153, 288, 345, 525, 538, 648.
- Siemens**, Carl Friedrich von (1872–
1941), Großindustrieller. 220, 272,
285, 294.
- Simon**, Sir John Allsebrook (1873–
1954), Außenminister, seit Juni 1935
Innenminister Großbritanniens. 59,
60, 69, 70, 84, 91, 93, 95, 96, 100,
109, 110, 122, 125, 129, 130, 134,
137, 139, 142, 145, 146, 148.
- Simon**, Louis, französischer Militär-
attaché in der UdSSR, Oberstleutnant.
279.
- Simpson**, Wallis (1896–1986), Herzo-
gin von Windsor, Ehefrau des Her-
zogs von Windsor, ehem. König Ed-
wards VIII. 603.
- Sinowjeff, Sinowjew siehe Zinow'ev
- Sitčenko**, Sekretär des Stadtkomitees
des VLKSM von Marksštadt (Repub-
lik der Wolga-Deutschen). 12.
- Sitkovskij** (Uel'son), Ippolit Konstanti-
novič (Isaak Izrailevič) (1903–1938),
Leiter der TASS-Vertretung in
Deutschland. 73, 234, 325, 438,
480, 572.
- Sitkowski, Sitkowsky siehe Sitkovskij
- Skalon**, Nikolaj Dmitrievič (1886–
1946), Oberst der russischen Armee,
Emigrant in Deutschland, seit 1935
Chef der Rossijskogo nacional'nogo i
social'nogo dviženija (RNSD). 208,
663.
- Škirjatov**, Matvej Fedorovič (1883–
1954), Sekretär des Parteikollegiums
der KPK beim ZK der VKP (B), Mit-
glied der Kommission für Parteikon-
trolle des ZK der VKP (B). 433,
534.
- Škirpa**, Kazys (1895–1979), Militär-
attaché an der Gesandtschaft Litauens
in Deutschland, Oberst. 28.
- Sklarz**, Georg (1875–?), Kaufmann.
186.
- Skobelev**, Matvej Ivanovič (1885–
1938), Beauftragter des NKID der
UdSSR bei der Regierung der ZSFSR
in Tiflis, danach am Wissenschaftli-
chen Forschungsinstitut des Rund-
funkkomitees der UdSSR tätig.
140, 157, 164.
- Skrawtator***, Mitarbeiter der „Sunday
Times“. 100.
- Škvarkin**, Vasilij Vasil'evič (1894–1967),
Dramatiker. 274.
- Sluckij**, Abram Aronovič (1898–1938),
stellv. Chef der INO GUGB des
NKVD der UdSSR, seit Mai 1935 de-
ren Chef, seit Dezember 1936 Chef
der 7. Abteilung (INO) der GUGB
des NKVD, Kommissar 2. Ranges der
Staatssicherheit seit November 1935.
378, 651.
- Šmidt**, Otto Jul'evič (1891–1956), Chef-
redakteur der „Bol'saja sovetskaja
ënciklopedija“, Lehrstuhlinhaber für
Höhere Algebra an der Mathemati-
schen Fakultät der Moskauer Lomo-
nosov-Universität, Chef der Haupt-
verwaltung für den Nördlichen See-
weg, Korrespondierendes Mitglied,
seit Juni 1935 Akademiemitglied der
Akademie der Wissenschaften der
UdSSR. 326.
- Šmidt***, Rejngol'd, sowjetischer Staats-
bürger, 1934 im Kreis Issil'kul' der
West-sibirischen Region verhaftet.
12.

Šmidt*, sowjetischer Staatsbürger, Bruder von R. Šmidt. 12.

Smirnov*, im April 1935 in Moskau verhaftet. 208.

Smolenskij, Semen Abramovič (1893–1943), Chef der Verwaltung für Import im NKVT der UdSSR, seit Dezember 1935 stellv. Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland, seit April 1937 deren kommissarischer Leiter. 245.

Smolensky siehe Smolenskij

Šnejder (Schneider), Aleksandr Petrovič (1887–1937?), Volkskommissar für Landwirtschaft der ASSR der Wolga-Deutschen, am 6. Juni 1931 zu 3 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. 12.

Šnitman, Lev Aleksandrovič (1890–1938), stellv. Chef der Kontrollgruppe beim Volkskommissar für Verteidigung, seit Januar 1935 zur Verfügung der Aufklärungsverwaltung der RKKA, seit Februar 1936 Militärattaché der UdSSR in der Tschechoslowakei und gleichzeitig seit Januar 1937 Militärattaché in Österreich, Oberst seit Dezember 1935. 2, 7, 25, 36, 73.

Sokolnicki, Henryk (1891–1981), Botschaftsrat an der Botschaft Polens in der UdSSR, seit 1936 Gesandter in Finnland. 26.

Sokol'nikov (Brilliant), Grigorij Jakovlevič (Girš Jankelevič) (1888–1939), 1. stellv. Volkskommissar für Holzindustrie der UdSSR seit Mai 1935, Kandidat des ZK der VKP (B), am 26. Juli 1936 verhaftet, einer der Hauptangeklagten im Prozess gegen das „Parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum“, am 30. Januar 1937 vom Militärtribunal des Obersten Gerichts der UdSSR zu 10 Jahren Gefängnishaft verurteilt. 637, 646.

Sokolnikow siehe Sokol'nikov

Sokolov-Krečetov (Sokolov), Sergej Alekseevič (1878–1936), russischer Verleger, Dichter, Symbolist, Emigrant, einer der Gründer der Gesellschaft Bratstvo russkoj pravdy (Bruderschaft der russischen Wahrheit). 663.

Soldatov, Gehilfe des Hauptbuchhalters der Derunapht und seit 1935 gleichzeitig Mitarbeiter der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland, im Juli 1935 aus Deutschland ausgewiesen. 203, 205, 218.

Sommer, Direktor der Deutschen Reichsbahn. 299.

Sommer, Rudolf (1877–?), Generalkonsul in Leningrad, Konsul I. Kl. 206, 250, 251, 317, 362, 463, 570, 685.

Sorge, Richard (1895–1944), Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Tokio, Resident der Aufklärungsverwaltung der RKKA in Japan. 387.

Sorokin, Mark Lavrent'evič (Markus Moiseevič) (1892–1941), Mitglied der Parteikontrollkommission beim ZK der VKP(B), seit April 1935 stellv. Leiter der Industrieabteilung des ZK der VKP (B), seit April 1937 Direktor der Waffenfabrik in Tula. 170.

Sosnowski, Jerzy (1896–1942), Agent des polnischen Geheimdienstes, 1935 in Deutschland verurteilt, 1936 gegen in Polen inhaftierte deutsche Agenten ausgetauscht. 109.

Šostakovič, Dmitrij Dmitrievič (1906–1975), Komponist, Pianist. 274.

Soult, Max, Reichsdeutscher, Schreibmaschinentechniker, im Oktober 1932 in der UdSSR verhaftet. 21, 239.

Spalcke, Karl (1891–1967), Russland-Referent in der Abteilung T 3 (Fremde Heere) im Truppenamt im Reichswehrministerium seit April 1933, seit April 1936 Chef der 5. Unterabteilung in der Abteilung T 3 im Generalstab des Heeres,

Hauptmann, seit April 1936 Major.
151, 181, 311, 408, 428, 436, 678.

Špejer*, Reichsdeutscher in der UdSSR.
681.

Špigel'glaz (Špigel'glas), Sergej Michajlovič (1897–1940), Mitarbeiter der INO GUGB des NKVD der UdSSR, seit Juni 1935 Gehilfe des Chefs der INO GUGB des NKVD, seit September 1936 stellv. Chef der INO (seit Dezember 1936 7. Abteilung) der GUGB des NKVD, Major der Staatssicherheit seit Dezember 1935. 647.

Spindler, Joachim von (1899–1987), Referent für Ostasien in der Handelspolitischen Abteilung im Reichswirtschaftsministerium. 247, 365.

Spitta, Hans Karl Ernst (1895–?), Leiter der Unterabteilung B (Italien, Rumänien, Tabak, Metalle u.a.) in der Länderabteilung des Reichswirtschaftsministeriums, Ministerialdirigent. 586.

Stählin (auch Staehlin), Karl (1865–1939), Professor für Osteuropäische Geschichte an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin bis 1933. 325.

Stalin (Džugašvili), Iosif Vissarionovič (1878–1953), Generalsekretär des ZK der VKP (B). 3, 12, 19, 25, 26, 33, 34, 38, 42, 61, 63, 64, 98, 100, 102, 107, 108, 110, 111, 113, 121, 132, 134, 135, 137, 138, 142, 152, 155, 168, 169, 171, 179, 180, 198, 199, 212, 223, 224, 228, 229, 230, 231, 266, 268, 269, 271, 275, 279, 280, 289, 298, 301, 303, 308, 329, 335, 353, 357, 360, 374, 376, 387, 400, 401, 406, 413, 414, 415, 416, 422, 424, 435, 449, 456, 460, 462, 467, 478, 485, 488, 490, 496, 504, 510, 512, 513, 521, 531, 546, 557, 558, 559, 563, 564, 577, 578, 581, 582, 585, 596, 597, 598, 607, 610, 615, 620, 622, 625, 634, 637, 639, 640, 641, 643, 646, 650, 656, 671, 673, 677, 678, 679, 680, 685, 686.

Stammler, deutscher Militär. 109.

Starhemberg, Ernst Rüdiger Fürst von (1899–1956), Bundesführer der Vaterländischen Front, Vizekanzler Österreichs bis Juli 1936. 383.

Staschewski siehe Staševskij

Staševskij (Giršfel'd) Artur Karlovič (1890–1937), Vorsitzender der Vereinigung „Sojuzpušnina“ und seit 1936 Mitglied des Rates beim Volkskommissariat für Außenhandel der UdSSR, seit Herbst 1936 Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Spanien. 144.

Stasova, Elena Dmitrievna (1873–1966), stellv. Vorsitzende des Exekutivkomitees der Internationalen Organisation zur Unterstützung der Kämpfer der Revolution (MOPR) und Vorsitzende des ZK der MOPR der UdSSR, Mitglied der Internationalen Kontrollkommission der Komintern. 490.

Stechow, Johann (Jochen) von (1902–1969), Mitarbeiter im Ref. Ru/Russland in der Abt. IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, seit Februar 1936 Vizekonsul am Generalkonsulat in Sydney, Legationssekretär, seit 14.4.1937 1. Vizekonsul. 46, 186, 193.

Steckij, Aleksej Ivanovič (1896–1938), Leiter der Abteilung für Parteipropaganda und Agitation beim ZK der VKP (B), Mitglied des ZK der VKP (B), Mitglied des Orgbüros des ZK der VKP (B), Chefredakteur der Zeitschrift „Bol'sevik“. 513.

Stedingk, Gustav Magnus (Gösta) Baron von (1897–1987), Militärattaché Schwedens in der UdSSR. 279, 311.

Stefanov, Nikolaj Vasil'evič (1902–1938), Sektorleiter für Valuta und Finanzen im NKVT der UdSSR und seit Oktober 1935 gleichzeitig Leiter der Moskauer Vertretung in der

- sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland. 169, 263, 684.
- Stefanow** siehe Stefanov
- Steiger** siehe Šteiger
- Stein** siehe Štejn
- Stein**, Alex (1882–?), Elektrotechniker, am 4. November 1936 in Leninsk (bei Novosibirsk) verhaftet, Zeuge im Prozess gegen das „Parallele anti-sowjetische trotzkistische Zentrum“. 631, 632, 637, 681.
- Stein**, Carl (1908–2003), Sprachstudium, seit März 1936 Attaché im Ref. V in der Pol. Abt. im AA. 468, 545.
- Stein**, Wilm (1890–1965), Vertreter des DNB in Warschau, seit 1937 Pressebeirat an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR. 683, 689.
- Steinacher**, Hans (1892–1971), Vorsitzender des „Volksbundes für das Deutschtum im Ausland“. 315.
- Steinhoff**, Hans (1882–1945), Filmregisseur. 456.
- Šteiger**, Boris Sergeevič (1892–1937), Beauftragter für auswärtige Beziehungen des Kollegiums des Volkskommissariats für Volksbildung der RSFSR, danach Berater beim Vorstand von „Intourist“, in der Nacht vom 17. April auf den 18. April 1937 verhaftet. 621.
- Štejn**, Boris Efimovič (1892–1961), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Italien. 436.
- Štejnbrjuk**, Otto Ottovič (1892–1937), Chef der 1. Abteilung (West) der Aufklärungsverwaltung der RKKA, 1935 Korpskommandeur seit November 1935. 68, 196.
- Stelzer**, Gerhard (1896–1965), Mitarbeiter in der Wirtschafts- und Kulturabteilung an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, von Januar bis März 1935 kommissarische Beschäftigung in der Abt. VI (Kultur) im AA, seit November 1935 Vizekonsul am Generalkonsulat in Posen, Legationssekretär. 46, 80, 102, 250.
- Stephan**, Werner (1895–1984), Persönlicher Referent des Pressechefs der Reichsregierung und Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Oberregierungsrat. 497.
- Stern** siehe Štern
- Štern**, David Grigor’evič (1900–1937), Leiter der 2. Politischen Westabteilung im NKID der UdSSR. 1, 2, 3, 4, 8, 13, 17, 18, 20, 26, 30, 59, 70, 80, 83, 84, 85, 86, 93, 94, 106, 107, 111, 118, 119, 124, 130, 131, 133, 137, 138, 140, 143, 148, 150, 151, 157, 164, 166, 168, 172, 176, 177, 178, 182, 187, 191, 192, 194, 195, 203, 206, 210, 211, 218, 222, 248, 250, 272, 274, 281, 285, 296, 298, 299, 300, 304, 306, 308, 309, 312, 313, 316, 319, 326, 332, 337, 340, 344, 347, 350, 352, 357, 359, 363, 369, 379, 389, 403, 419, 430, 431, 438, 440, 443, 445, 448, 463, 472, 482, 483, 486, 493, 502, 511, 528, 535, 558, 567, 568, 572, 573, 574, 575, 576, 579, 580, 596, 602, 605, 616, 618, 630, 642, 644, 650, 651, 654, 657, 658, 660, 664, 665, 668, 676, 677, 680, 687, 689.
- Stickling**, Emil (1889–1950), Reichsdeutscher, Bergbauspezialist, 1936 in Kemerovo verhaftet, am 22. November 1936 in einem öffentlichen Gerichtsprozess in Novosibirsk zum Tode verurteilt, vom Präsidium des CIK der UdSSR in eine 10-jährige Gefängnishaft umgewandelt. 575, 579, 580, 581, 582, 583, 585, 591, 594, 595, 596, 597, 599, 601, 605, 606, 614, 621, 632, 637.
- Stieve**, Friedrich (Fritz) (1884–1966), Leiter der Abteilung VI (Kultur), gleichzeitig Leiter des Politischen Ar-

chivs (Abteilung I) im AA, Vortragender Legationsrat, seit Juni 1936 Gesandter I. Kl. z.b.V. 55, 176, 181, 315.

Stojadinović, Milan (1888–1961), Premierminister und Außenminister Jugoslawiens seit Mai 1935. 430, 644.

Stomonjakov, Boris Spiridonovič (1882–1941), stellv. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. 3, 8, 13, 20, 21, 26, 33, 34, 40, 42, 43, 44, 59, 63, 65, 70, 77, 80, 164, 171, 177, 178, 179, 182, 184, 192, 194, 195, 206, 228, 231, 235, 236, 246, 248, 250, 252, 253, 257, 266, 267, 268, 296, 298, 303, 304, 305, 308, 332, 338, 339, 344, 347, 354, 355, 356, 374, 379, 391, 401, 424, 429, 435, 443, 446, 449, 459, 465, 466, 472, 473, 482, 484, 485, 486, 510, 512, 521, 528, 529, 548, 558, 560, 561, 567, 568, 572, 573, 575, 576, 577, 579, 580, 581, 592, 596, 598, 599, 601, 603, 604, 605, 616, 622, 639, 642, 646, 649, 650, 654, 657, 658, 660, 661, 664, 665, 668, 676, 677, 680.

Stomonjakow siehe Stomonjakov

Strasser, Otto (1897–1974), NS-Funktionär, Gründer der Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten „Schwarze Front“, nach Hitlers Machtergreifung im Exil. 149.

Streck, Štreker siehe Štek

Štek, Aleksandr Vasil'evič (1883–1937), Pastor der evangelisch-lutherischen Peter- und Paulkirche in Moskau, am 4. November 1936 wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit und Spionage“ verhaftet. 266, 269, 576.

Strez*, sowjetischer Staatsbürger, Pförtner beim deutschen Konsulat in Kiev, im April 1935 verhaftet. 131.

Stroilov, Michail Stepanovič (1899–1941), Chefingenieur des Trusts „Kuzbassugol“ in Novosibirsk, am 21. April 1936 verhaftet, angeklagt im

Prozess gegen das „Parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum“, am 30. Januar 1937 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zu 8 Jahren Gefängnishaft verurteilt. 632, 637.

Stroilow siehe Stroilov

Studnicki-Gizbert, Władysław (1867–1953), polnischer Politiker und Journalist. 346.

Stülpnagel, Carl-Heinrich von (1886–1944), Chef der Abteilung T 3 (Fremde Heere) im Truppenamt des Reichswehrministeriums, seit Oktober 1936 Kommandeur der 30. Infanterie-Division, Oberst, seit Oktober 1935 Generalmajor. 119, 387, 437.

Sturzo, Luigi (1871–1959), italienischer Politiker und Publizist, Mitbegründer der „Partito Popolare Italiano“, seit 1924 im Exil. 554.

Sud'in, Sergej Kornil'evič (1894–1938), stellv. Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR, Mitglied der Kommission für Sowjetkontrolle beim SNK. 212, 504, 532, 615.

Šükrü Kaya, Mehmet (1883–1959), Innenminister der Türkei. 512.

Šul'c, Aleksandr Aleksandrovič (1906–1939), Angestellter der Konzession Drusag, im Oktober 1933 in der UdSSR verhaftet und zu 10 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. 266.

Šul'c, Aleksandr Ivanovič (1875–1942), Pförtner in der Botschaft Deutschlands in der UdSSR. 12, 266, 269.

Šul'c, Genrich siehe Bessonov

Šumjackij, Boris Zacharovič (1886–1938), Chef der Hauptverwaltung für Filmindustrie und stellv. Vorsitzender des Komitees für Fragen der Künste beim SNK der UdSSR. 43, 55.

Suric (Karpova), Elizaveta Nikolaevna (1888–1964), Ehefrau von J.Z. Suric. 572.

Suric, Jakov Zacharovič (1882–1952), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Deutschland. 1, 3, 26, 29, 30, 39, 41, 42, 43, 45, 58, 59, 60, 65, 70, 72, 74, 84, 86, 92, 95, 96, 110, 113, 125, 129, 130, 134, 137, 138, 142, 143, 148, 156, 157, 158, 161, 166, 171, 173, 177, 182, 188, 197, 199, 210, 215, 218, 220, 228, 245, 246, 258, 283, 286, 298, 299, 300, 303, 304, 305, 310, 314, 319, 323, 324, 331, 332, 340, 347, 350, 357, 359, 367, 369, 379, 383, 389, 390, 397, 398, 403, 410, 411, 419, 421, 438, 439, 443, 444, 445, 446, 452, 459, 461, 462, 482, 483, 486, 491, 493, 495, 502, 505, 506, 508, 511, 516, 517, 520, 521, 522, 523, 527, 529, 534, 539, 548, 555, 558, 560, 561, 568, 572, 579, 580, 594, 598, 601, 602, 603, 604, 606, 607, 608, 613, 615, 616, 620, 622, 626, 629, 630, 634, 638, 639, 640, 644, 654, 659, 660, 665, 668, 673, 675, 680, 687, 688, 689, 691.

Suritz siehe Suric

Švab, Iogannes Fridrichovič (Ivan Fëdorovič) (1888–1938), ehem. Vorsitzender des CIK der ASSR der Wolga-Deutschen, 1935 verhaftet. 12.

Šval'be, Anatolij Efimovič (1909–?), Instrukteur der Autoschule des Moskauer Molotov-Autostraßenbau-Instituts, am 20. Februar 1936 wegen „antisowjetischer Agitation“ verhaftet, am 31. März 1936 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR zu 3 Jahren Haft verurteilt. 400.

Švarc*, Chaim, sowjetischer Staatsbürger, am 22. Dezember 1934 in Deutschland verhaftet und verurteilt. 164, 165.

Švecov*, sowjetischer Staatsbürger, 1935 in Deutschland verhaftet. 73.

Svešnikov*. 201.

Swieykowski-Trzaska, Bogislav Freiherr von (1877–1960), Gutsbesitzer, gleichzeitig tätig für das Berliner Büro Otto Wolff. 187, 345, 538, 540, 549.

Szczerbiński, Zdzisław, 1. Sekretär die Botschaft Polens in der UdSSR. 26.

Szembek, Jan (1881–1945), stellv. Außenminister Polens. 398, 491.

Tabouis, Geneviève (1892–1985), französische Journalistin. 73.

Tajc, Michail Jur'evič (1902–1941), wissenschaftlicher Sekretär beim Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR, seit Ende April 1936 Mitglied des Rates beim Volkskommissar für Außenhandel und gleichzeitig Redakteur der Zeitschrift „Vnešnjaja trgovlja“. 61.

Tanin (Tanin-Kaplan, Kaplan) M. (Tanchum Pinsochovič) (1893–1936), Redaktionsmitarbeiter der Zeitung „Za industrializaciju“, am 22. Mai 1936 verhaftet, am 20. Dezember 1936 vom Militärtribunal des Obersten Gerichts der UdSSR zum Tod verurteilt und am gleichen Tag erschossen. 167.

Tannery, Jean (1878–1939), Präsident der Banque de France von Januar 1935 bis Juni 1936. 303.

Taubert, Eberhard (1907–1976), Referatsleiter im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Gründer des Gesamtverbandes Deutscher antikommunistischer Vereinigungen, Leiter des Referates Antikomintern, Leiter des Nibelungen-Verlages, Regierungsrat seit 1936. 181, 452, 480, 655.

Tauschitz, Stephan (1889–1970), Gesandter Österreichs in Deutschland. 258.

Tensov* (Tencev), sowjetischer Staatsbürger, 1934 in Hamburg verhaftet und verurteilt. 140, 164, 165, 305, 503.

- Terboven**, Josef (1898–1945), Gauleiter von Essen, seit Februar 1935 Oberpräsident der Rheinprovinz. 528.
- Terent'ev**, Aleksej Vasil'evič (1897–?), Generalkonsul der UdSSR in Izmir (Türkei), seit Juli 1936 diplomatischer Agent des NKID der UdSSR in Novosibirsk. 581, 599, 605.
- Terleckij**, Izrail' Markovič (1893–1954), Konsul der UdSSR in Klaipeda (Litauen), seit April 1935 Generalkonsul der UdSSR in Hamburg. 28, 161, 305, 528.
- Thälmann**, Ernst (1886–1944), Vorsitzender der KPD, seit März 1933 in Haft. 55, 204, 226, 279, 403, 554, 564.
- Thilo**, Arthur (1903–?), Reichdeutscher, Ingenieur, am 5. November 1936 in Moskau verhaftet, am 27. Februar 1937 ausgewiesen. 575, 661, 662,
- Thimmig**, Max Georg (1903–?), kaufmännischer Angestellter (Konzession „Leo“), am 5. November 1936 in Moskau verhaftet. 565, 575, 576.
- Thomalla**, Curt Robert Viktor (1890–1939), Referent im Referat Volksgesundheit und Volkswohlfahrt im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Regierungsrat. 498.
- Thorez**, Maurice (1900–1964), Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs. 392, 554.
- Thyssen**, Fritz (1873–1951), Großindustrieller. 220.
- Tillack**, Polizeioberassistent. 48.
- Timmermann**, Wirtschaftsfachmann. 190.
- Tippelskirch**, Werner von (1891–1980), Mitarbeiter in der Unterabteilung Osteuropa in der Abteilung IV (Osteuropa, Skandinavien, Ostasien) im AA, seit September 1935 (DA 1.11. 1935) Botschaftsrat an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, Legationsrat I. Kl. 14, 16, 27, 28, 30, 39, 44, 45, 46, 48, 54, 55, 66, 73, 90, 118, 121, 126, 127, 160, 164, 165, 175, 176, 186, 201, 202, 203, 205, 237, 250, 259, 281, 285, 286, 291, 296, 301, 306, 308, 309, 310, 312, 313, 317, 339, 343, 353, 371, 376, 388, 392, 408, 415, 420, 421, 426, 427, 428, 436, 440, 450, 453, 463, 470, 471, 472, 474, 524, 530, 536, 546, 547, 453, 558, 563, 565, 567, 568, 575, 576, 577, 581, 585, 600, 606, 642, 650, 651, 654, 657, 665, 681, 683, 685.
- Tirala**, Lothar (1886–1974), Professor für Rassenhygiene an der Universität München, im April 1936 amtsentoben. 499.
- Titulescu**, Nicolae (1882–1941), Außenminister Rumäniens. 143, 250, 280, 331, 383, 394.
- Tkačev**, Ivan Fedorovič (1896–1938), stellv. Chef der Luftstreitkräfte der RKKA, seit März 1935 Leiter der Hauptverwaltung für die zivile Luftflotte beim SNK der UdSSR, Mitglied des Militärrates beim Volkskommisars für Verteidigung, Korpskommandeur seit Februar 1936. 124, 283, 321, 429, 467, 517, 547, 551, 572, 627.
- Tkatscheff, Tkatschew siehe Tkačev
- Tobolin**, Michail, Abnahmebeauftragter der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland. 465.
- Točilin**, Sergej Pavlovič (1904–?), Referent für Wirtschaftsfragen in der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland. 623.
- Tofer**, Karl (1885–1942), Gesandter Estlands in der UdSSR, seit August 1936 Gesandter in Deutschland. 313.
- Trauberg**, Leonid Zacharovič (1902–1990), Filmregisseur und Drehbuchautor. 73.
- Trauttmansdorff**, Maximilian Karl Graf von und zu (1900–1965), Mitarbeiter im Reichsarbeitsministerium. 668.

Tregubenkow, stellv. Direktor der Aktiengesellschaft „Kniga“ in Berlin. 39.

Tretler, Aleksandr Antonovič (1876–1938), Vertreter der sowjetisch-deutschen Gesellschaft „Kultur und Technik“ in Deutschland, seit 1937 stellv. Chefredakteur der „Techničeskaja ěnciklopedija“. 130, 160, 285, 409, 459, 573, 608.

Trettler siehe Tretler

Trilisser, Meer Abramovič (1883–1940), Mitglied der Kommission für Sowjetkontrolle beim SNK der UdSSR und Beauftragter der KSK für die Region Fernost, seit August 1935 Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern, Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern, Kandidat des Sekretariats des Exekutivkomitees der Komintern. 275.

Trinkaus, Karl (1885–?), Reichsdeutscher, Ingenieur, am 10.11.1936 in Leningrad verhaftet. 570, 575, 577.

Trockij (Bronštejn) Lev (Lejba) Davidovič (1879–1940), sowjetischer Staatsmann und Politiker, 1929 aus der UdSSR ausgewiesen. 506, 585, 630, 632, 637, 645, 646, 664, 665, 685.

Trojanovskij, Aleksandr Antonovič (1882–1955), Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in den USA. 230.

Trosin, Julius Franz (1896–1941), Reichsdeutscher, Seemann, am 4. August 1933 in der UdSSR, verhaftet, am 4. November 1933 zu 10 Jahren Haft verurteilt. 681.

Trotzki siehe Trockij

Tschammer und Osten, Hans von (1887–1943), Reichsportführer, Mitglied des Deutschen Olympischen Ausschusses. 331.

Tschelnokowa siehe Čelnokova

Tschunke, Fritz (1883–nach 1948?), Geschäftsführer des Russland-Aus-

schusses der Deutschen Wirtschaft seit März 1935, Major a.D. 5, 9, 87, 99, 120, 190, 193, 233, 237, 263, 277, 287, 328, 365, 372, 396, 518, 572, 611, 669.

Tuchačevskij, Michail Nikolaevič (1893–1937), stellv. Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Mitglied des Militärrates beim Volkskommissar für Verteidigung, seit April 1936 1. stellv. Volkskommissar für Verteidigung, Marschall der Sowjetunion seit November 1935, Kandidat des ZK der VKP (B). 2, 25, 68, 100, 105, 107, 108, 109, 114, 118, 141, 154, 164, 192, 265, 279, 293, 301, 367, 376, 381, 510, 554.

Tuchaschewski, Tuchatschewskij, Tuchaschewsky siehe Tuchačevskij

Twadowski, Fritz von (1890–1970), Botschaftsrat an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, seit Juli 1935 stellv. Leiter der Abt. VI (Kultur, seit 15.5.1936 Kulturpolitische Abteilung), seit September 1935 Vortragender Legationsrat. 2, 4, 8, 13, 17, 20, 25, 26, 27, 70, 71, 72, 76, 80, 84, 86, 91, 93, 102, 112, 118, 127, 131, 140, 143, 149, 151, 155, 162, 164, 167, 168, 172, 178, 186, 192, 202, 206, 207, 211, 225, 232, 242, 248, 250, 251, 253, 256, 257, 262, 264, 265, 281, 286, 301, 314, 321, 323, 324, 330, 332, 353, 363, 392, 498, 567.

Twadowski, Gerda von (1915–?), Tochter von F. v. Twadowski. 128, 140, 211, 251, 353.

Twadowski, Heinz von (1916–??), Sohn von F. v. Twadowski. 128, 156, 211.

Twadowski, Klaus von (1918–?), Sohn von F. v. Twadowski. 128, 156, 211.

Uebersberger, Hans (1877–1962), Professor für Osteuropäische Geschichte in Breslau, seit 1935 an der Fried-

rich-Wilhelms-Universität in Berlin. 181.

Ul'man, Vil'gel'm, sowjetischer Staatsbürger, Angestellter der Kirov-Werke von „Glavvoenprom“ des Volkskommissariats für Schwerindustrie in der Stadt Bol'soj Tokmak, Gebiet Dnepropetrovsk, am 23. März 1936 wegen „Spionage und Diversions- und Schädlingstätigkeit“ verhaftet, am 6. September 1936 vom Militärtribunal des Militärbezirks Char'kov zur Höchststrafe verurteilt, am 28. Oktober 1936 erschossen. 496.

Ulrich, Robert (1888–1952), stellv. Leiter des Sonderref. W/Wirtschaft im AA, seit 20. September 1935 beurlaubt, 19. Dezember 1935 Versetzung in den Ruhestand, Vortragender Legationsrat. 116.

Ul'rich, Vasilij Vasil'evič (1889–1951), Vorsitzender des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR und seit 1935 gleichzeitig stellv. Vorsitzender des Obersten Gerichts, Armee-Militärjurist seit November 1935. 316, 326, 391, 435, 493, 580, 581, 582, 605, 637, 665.

Umanski siehe Umanskij

Umanskij, Konstantin Aleksandrovič (1902–1945), Leiter der Abteilung für Presse und Information im NKID der UdSSR, seit März 1936 Rat der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in den USA. 17, 43, 195, 228, 236, 250, 308, 350.

Unru, Vil'gel'm, sowjetischer Staatsbürger, Angestellter der Kirov-Werke von „Glavvoenprom“ des Volkskommissariats für Schwerindustrie in der Stadt Bol'soj Tokmak, Gebiet Dnepropetrovsk, am 23. März 1936 wegen „Spionage und Diversions- und Schädlingstätigkeit“ verhaftet, am 6. September 1936 vom Militärtribunal des Militärbezirks Char'kov zur Höchststrafe verurteilt, am 28. Oktober 1936 erschossen. 496.

Upchus (Uphues), Bruno Ludwig (1901–?), Reichsdeutscher, 1934 in der UdSSR verhaftet, am 26. Juni 1935 zu 10 Jahren Haft verurteilt. 208.

Urbahns, Hugo (1890–1946), Mitbegründer des Leninbundes, Exil in Schweden. 645.

Urban, Gotthard Cornelius Carl (1905–1941), Stabsleiter im Außenpolitischen Amt der NSDAP. 533.

Urbig, Franz (1864–1944), Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft. 391.

Urickij, Moisej Solomonovič (1873–1918), erster Vorsitzender der Petrograder ČK. 678.

Urickij, Semen Petrovič (1895–1938), stellv. Chef der Verwaltung für Mechanisierung und Motorisierung der RKKA (Verwaltung für Schützenpanzerwagen der RKKA), seit April 1935 Chef der Aufklärungsverwaltung der RKKA, Korpskommandeur seit November 1935. 196, 264, 284, 290, 293, 332, 377, 387, 619, 635, 663, 674, 678.

Uritzij siehe Urickij

Uzdanskij (Tadeuševič), Stefan Lazarevič (1898–1937), Gehilfe des Chefs einer Unterabteilung der 1. Abteilung der Aufklärungsverwaltung der RKKA, seit Juli 1935 stellv. Chef der 1. Abteilung der Aufklärungsverwaltung der RKKA, Oberst seit Januar 1936. 68, 674.

Vahlen, Theodor (1869–1945), Leiter des Amtes Wissenschaft im Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Bildung bis März 1937, gleichzeitig Professor für Mathematik an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin, Ministerialdirektor. 181.

Vaillant-Couturier, Paul (1892–1937), französischer Schriftsteller, Journalist und Politiker. 280.

- Vajnštejn**, Grigorij Isaakovič (1880–1940), diplomatischer Agent des NKID der UdSSR in Leningrad und für das Leningrader Gebiet. 140.
- Val'ter, Iogann siehe Bessonov
- Vansittart**, Robert (1881–1957), Unterstaatssekretär im Außenministerium Großbritanniens. 491.
- Vasconcellos**, Augusto de, Vertreter Portugals beim Völkerbund. 541.
- Vasel**, Georg, Monteur der deutsch-chinesischen Luftverkehrsgesellschaft „Eurasia“, in China in Haft, Ende Januar 1935 freigelassen. 3, 40.
- Vasilenko**, Mark Sergeevič (Savel'evič) (1895–1937), Vorsitzender des Exekutivkomitees des Kiever Gebiets-sowjets. 136.
- Vasil'ev**, Boris Afanas'evič (1889–1937), Gehilfe des Sekretärs des Exekutivkomitees der Komintern Pjatnickij, seit Oktober 1935 Leiter der Sektors für exterritoriale Parteiorganisationen in der Abteilung für Leitungsparteiorgane des ZK der VKP (B). 534.
- Vayo**, Julio Álvarez del (1891–1975), Abgeordneter der Cortes Generales, seit September 1936 Außenminister Spaniens. 541.
- Vejcer**, Izrail' Jakovlevič (1889–1938), Volkskommissar für Binnenhandel der UdSSR. 8, 53, 164, 169, 245.
- Vejnacht***, Direktor der Deutschen Bank. 367.
- Verbatus**, sowjetischer Staatsbürger, Deutschlehrer, 1935 verhaftet und vom Sonderkollegium des Moskauer Stadtgerichts zu 10 Jahre Freiheitsentzug verurteilt. 266.
- Vertinskaja**, Mitarbeiterin des NKVD der UdSSR. 661.
- Vikamazu**, Oberstleutnant im Generalstab Japans. 387.
- Vil'gel'm***, sowjetische Staatsbürgerin. 681.
- Vinkler**, Vladimir Vladimirovič (1888–1937), Lehrer an der Schule der Deutschen Botschaft in der UdSSR, am 4. November 1936 verhaftet. 576.
- Vitkovskaja**, Regina, Reichsdeutsche, in Deutschland verhaftet. 164, 165.
- Vladimirov**, Michail Jakovlevič (Saf'jannik Chonja Chajkelevič) (1897–1938), Beauftragter des Volkskommissariats für Schwerindustrie der UdSSR in Deutschland, danach Geschäftsführer des Moskauer Kontors der Hauptverwaltung für Stahlrohre des NKTP. 213.
- Vlasov**, Ivan Fillipovič (1904–1941), Oberreferent, verantwortlicher Referent der 2. Politischen Westabteilung im NKID der UdSSR, seit Juli 1936 Attaché der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Österreich, Leiter des Konsularischen Dienstes in Österreich. 133.
- Vögler**, Albert (1877–1945), Großindustrieller. 220, 538.
- Völckers**, Hans-Hermann (1886–1977), Botschaftsrat an der Botschaft Deutschlands in Spanien, seit Juli 1936 Geschäftsträger in Spanien, seit November 1936 im AA. 507.
- Völsch**, Reichsdeutscher, am 14. August 1932 in der UdSSR verhaftet, am Ende Dezember 1932 freigelassen. 207, 239.
- Vogt**, Marguerite (1913–2007), Medizinerin, Tochter von O. Vogt. 94.
- Vogt**, Marthe Louise (1903–2003), Pharmakologin, Tochter von O. Vogt. 94, 106, 386.
- Vogt**, Oscar (1870–1959), Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung in Berlin. 94, 106, 386.
- Vohrer**, Julius (1887–1979), Vertreter der Winzergenossenschaft Konkor-

- dija in Novosibirsk, im April 1934 verhaftet, am 14. September 1935 nach Deutschland ausgewiesen. 182, 206, 252.
- Volck**, Wilhelm (1890–?), Vertreter der Firma Wolff in Moskau. 214.
- Vol'fson**, Fridman Iosifovič (1886–1952), Leiter der Rechtsabteilung in der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland bis April 1935. 53.
- Volk**, Semen Iosifovič, stellv. Protokollchef des NKID der UdSSR. 549.
- Volkova-Sapir** (Bob), Ol'ga Ėmil'evna (1894–?), sowjetische Staatsbürgerin, Schneiderin, im März 1933 verhaftet, am 20. November 1933 vom Kollegium der OGPU der UdSSR zu 10 Jahren Strafarbeitslager verurteilt. 27, 45, 93, 121, 206, 536.
- Vol'skij***, Pseudonym eines Journalisten der „Izvestija“. 530.
- Volynskij** (Fajnštejn), Samuil Grigor'evič (1905–1939), Leiter der 5. Unterabteilung der Sonderabteilung der GUGB des NKVD der UdSSR, seit Mai Leiter der 9. Unterabteilung der Sonderabteilung der GUGB des NKVD und gleichzeitig Gehilfe des Leiters der Sonderabteilung der GUGB des NKVD, seit Dezember 1936 stellv. Leiter der 3. (Spionageabwehr) Abteilung der GUGB des NKVD, Hauptmann der Staatssicherheit seit Dezember 1935. 149, 208, 388.
- Vorošilov**, Kliment Efremovič (1881–1969), Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, Vorsitzender des Militärates beim Volkskommissar für Verteidigung, Marschall der Sowjetunion seit November 1935, Mitglied des Politbüros des ZK der VKP (B). 8, 20, 33, 34, 36, 63, 68, 107, 108, 109, 113, 172, 196, 231, 265, 266, 284, 290, 293, 298, 303, 329, 332, 374, 384, 387, 400, 401 449, 456, 460, 462, 485, 488, 490, 496, 510, 512, 530, 541, 552, 558, 564, 572, 577, 578, 607, 615, 619, 620, 635, 639, 643, 646, 647, 658, 663, 674, 680.
- Vorms**, Al'fons Ėrnestovič (Worms, Alfons Wilhelm Ernst) (1868–1939), sowjetischer Staatsbürger, Professor der Rechtswissenschaft, Berater des „Laboratorium Leo Dresden“ und der Konsularabteilung der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, am 4. November 1936 verhaftet. 565, 567, 575, 576, 596, 597.
- Voskobochnikov**, Chauffeur beim deutschen Konsulat in Kiev, 1935 verhaftet. 131.
- Vrangel'**, Petr Nikolaevič (1878–1928), Generalleutnant der russischen Armee, seit November 1920 in der Emigration. 663.
- Vul'**, Leonid Davidovič (Leontij Davydovič) (1899–1938), Chef der Verwaltung der Arbeiter- und Bauernmiliz Moskaus und Gehilfe des Chefs der Verwaltung des NKVD für Moskau und das Moskauer Gebiet. 649.
- Vyšinskij**, Andrej Januar'evič (1883–1954), stellv. Staatsanwalt der UdSSR, seit März 1935 Staatsanwalt. 435, 496, 605, 625, 637, 641, 665.
- Wadkau**, Heinrich Günther, Vertreter der Firma „Erhardt & Sehmer“ in Moskau. 305.
- Wagner**, Adolf (1890–1944), Gauleiter von München Oberbayern, gleichzeitig kommissarischer Innenminister und stellv. Ministerpräsident Bayerns, seit Dezember 1936 gleichzeitig bayerischer Kultusminister. 520.
- Walden**, Paul (1863–1957), Professor für anorganische Chemie in Rostock bis 1934, ausländisches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. 55.
- Walter***, Reichsdeutscher, Ingenieur. 12.

- Walther**, Karl Heinrich (1881–1953), Generalkonsul Deutschlands in Char'kov, im August 1936 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, seit Januar 1937 Generalkonsul in Posen. 250.
- Walther**, Otto (1880–1937), Reichsdeutscher, Facharbeiter, am 10. November 1936 in Leningrad verhaftet, am 27. Februar 1937 ausgewiesen, im März 1937 Selbstmord im Rückwanderheim Berlin-Tegel. 570.
- Wannek***, Mitarbeiter des Gestapa. 562.
- Warth**, Heinrich, Prokurist der Firma Otto Wolff. 23.
- Wassilenko siehe Vasilenko
- Weber**, Horst (1901–1965), Mitarbeiter der Abteilung V (Recht), seit Februar 1935 am Generalkonsulat in Kowno (Litauen), seit Juni 1936 Ref. VI (Großbritannien, Dominien und britische Besitzungen außer Kanada) in der Handelspolitischen Abteilung, Legationssekretär. 468.
- Wedel**, Elka Gräfin von (1913–1987), Nichte von H. von Dirksen. 127, 250, 286.
- Wegerer**, Alfred von (1880–1945), Herausgeber der Berliner Monatshefte zur Vorgeschichte und Geschichte des Weltkrieges. 8.
- Wegner**, Reichsdeutscher. 503.
- Wehrmann**, Viktor, Reichsdeutscher, Ingenieur, in der UdSSR verhaftet und 1934 ausgewiesen. 686.
- Weisse**, Günther (1906–1945), Hilfsreferent im Reichswirtschaftsministerium bis August 1935, Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im AA in der Abt. W (Wirtschaft), Januar bis Juni 1936 kommissarische Beschäftigung in der Gesandtschaft in Rumänien, seit Juni 1936 Handelspolitische Abteilung im AA, Attaché. 584.
- Weitzer siehe Vejcer
- Weizsäcker**, Ernst Freiherr von (1882–1951), Gesandter Deutschlands in Bern, von August 1936 bis März 1937 kommissarische Leitung der Politischen Abteilung im AA, Vortragender Legationsrat. 524, 584, 595, 597, 606, 621, 626, 629, 631, 633, 638, 641, 643, 656, 659, 680.
- Welck**, Wolfgang Freiherr von (1901–1973), Mitarbeiter der Konsulatsabteilung an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR, seit Oktober 1936 Ref. V/Osteuropa in der Politischen Abteilung im AA, Legationssekretär. 76, 102, 118, 149, 339, 585, 595, 606, 629, 631, 632, 633, 641, 655, 658, 666, 667, 672, 677, 688.
- Wermke**, Kurt (1905–?), Leiter des Amtes Seefahrt in der NSDAP/AO (1937). 313.
- Werner***, Reichsdeutscher in der UdSSR. 681.
- Wessel**, Horst (1907–1930), SA-Sturmführer. 28, 455.
- Wicklein**, Hans (1889–?), Reichsdeutscher, Ingenieur, am 16./17. November 1936 in der Ukraine verhaftet. 597, 599, 600, 614, 621, 629, 638, 681.
- Wiebe**, Peter (1905–nach 1942), Mitarbeiter im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. 260.
- Wiedemann**, Fritz (1891–1970), Adjutant Hitlers, NSKK-Brigadeführer. 480.
- Wilhelm**, Omer, Gehilfe des Handelsattaché Frankreichs in Deutschland. 46.
- Wilhelm Prinz von Preußen** (1882–1951), preußischer und deutscher Kronprinz. 55, 491.
- Wilhelm II.** (1859–1941), deutscher Kaiser von 1888 bis 1918. 456, 607.

Wilke*, Reichsdeutscher. 130.

Williams, Spencer (?–1964), amerikanischer Korrespondent mehrerer Zeitungen und Vertreter der US-amerikanischen Handelskammer in Moskau. 571.

Wilmowsky, Tilo von (1878–1966), Vorsitzender des Präsidiums des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, Mitglied des Reichsbahnrates, stellv. Aufsichtsrat der Firma Krupp. 360, 367.

Winckler siehe Vinkler

Windhausen, Kurt (1886–1939), Oberinspektor an der Botschaft Deutschlands in der UdSSR (Chiffrebüro), Konsultssekretär I. Kl. 22.

Winkler, Max (1875–1961), Bürgermeister von Graudenz. 217.

Winter, H., im Vorstand des Vereins der Russlandgläubiger. 247.

Wirz, Franz (1889–1969), Dermatologe, Geschäftsführer der Hochschulkommission der NSDAP beim Stellvertreter des Führers. 498.

Woermann, Ernst (1888–1979), Leiter des Ref I/allgemeines Völkerrecht in der Abt. V (Recht) im AA, seit August 1936 Leiter der europäischen Referatengruppe in der Politischen Abteilung, seit Oktober 1936 Botschaftsrat an der Botschaft Deutschlands in Großbritannien, Vortragender Legationsrat, seit August 1936 Gesandter I. Kl. z.b.V. 475, 516, 524.

Wolff*, Adjutant General von Reichenhaus (?), Oberst. 196.

Wolff, Otto (1881–1940), Industrieller. 153, 187, 214, 283, 288, 345, 349, 525, 538, 540, 557, 648.

Wolkow siehe Volkova-Sapir

Wollenberg, Erich (1892–1973), Mitglied der KPD, Exil in der Tschechoslowakei. 645.

Wolski, K. siehe Vol'skij

Wolynski siehe Volynskij

Wood, Edward Frederick Lindley, 1st Earl of Halifax (1881–1959), Kriegsminister seit Juni 1935, seit November 1935 Lordsiegelbewahrer und Präsident des Oberhauses. 491, 644.

Woodman, Dorothy (1902–1970), britische Publizistin. 376.

Woroschilow siehe Vorošilov

Worms siehe Vorms

Wühlisch, John von (1889–1943), Leiter des Ref. H/Aufbau des Auswärtigen Dienstes in der Abt. I (Personal und Verwaltung) im AA, seit August 1936 Botschaftsrat an der Botschaft Deutschlands in Polen, Vortragender Legationsrat. 434.

Wurm, Franz (1881–?), Ingenieur in Novosibirsk, im März 1934 nach Deutschland zurückgekehrt. 631.

Wyschinski siehe Vyšinskij

Yoshizawa, Kenkichi (1874–1965), Außenminister Japans von Januar bis Mai 1932. 593.

Young, Gordon (1908–1963), Vertreter der Agentur Reuter in Berlin. 452.

Zakariya, Faiz Mohammad Khan (1892–1979), Außenminister Afghanistans. 415, 436.

Zalman, Sekretär des Generalkonsulats der UdSSR in Königsberg. 73.

Zaslavskij, Anatolij Vital'evič (Aron Efimovič) (1895–1937), Leiter der Konsularabteilung des NKID der UdSSR, seit Mai 1935 Leiter der Personalabteilung und Leiter der Geschäftsführung des NKID. 195, 390.

Zaslavskij, David Iosifovič (Osipovič) (1880–1965), Feuilletonist und Literaturkritiker, Redaktionsmitglied der „Pravda“. 236.

Zeeland, Paul van (1893–1973), Premierminister Belgiens seit März 1935,

gleichzeitig bis Mai 1936 Außenminister. 603, 687.

Zeisler siehe Cejsler

Žemčužnikov, Aleksej Michajlovič (?–1954?), Adjutant des Chefs der Russischen nationalen und sozialen Bewegung (RNSD). 208.

Zinner, Petr Ivanovič (1879–?), Ethnograf, Lehrer am Leningrader Institut für Industrie und Arbeit sowie am Deutschen Pädagogischen Institut in Pokrovsk, am 14. August 1930 verhaftet, am 1. Februar 1932 von der Sonderberatung beim Kollegium der OGPU zu 3 Jahre Freiheitsentzug verurteilt. 12.

Zinov'ev (Radomysl'skij), Grigorij Evsevič (Ovsej-Gerš Aronovič) (1883–1936), Funktionär der bolschewistischen Partei und der Komintern, am 16. Dezember 1934 verhaftet, am 16. Dezember 1935 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der

UdSSR zu 10 Jahren Gefängnishaft (Politisolator in Verchneural'sk) verurteilt, am 24. August 1936 im Prozess gegen das „Vereinigte antisowjetische trotzkistisch-zinov'evistische Zentrum“ zum Tode verurteilt, am 25. August 1936 erschossen. 217, 585.

Zjusse*, Reichsdeutscher. 503.

Zöllner (Deckname Sehren), Paul (1884–?), Politemigrant in der UdSSR, 1934 in Leningrad verhaftet und zu 10 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. 12.

Zolotarev, Mitarbeiter der Handelsvertretung der UdSSR in Großbritannien. 465.

Zschintzsch, Werner (1888–1953), Regierungspräsident in Wiesbaden, seit April 1936 Staatssekretär im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. 653.

VIII. Sachregister

Die Zahlen nach dem Stichwort geben die Nummer des Dokuments wieder. Die Stichwörter beziehen sich auf den Dokumententext, nicht auf die Ausführungen im Anmerkungsapparat.

Abkommen/Verträge

- Antikomintern-Pakt 494, 588, 589, 603, 613, 635, 685.
- Balkanpakt 383, 644.
- Berliner Vertrag vom 24.4.1926 138, 185, 314, 321, 334, 415, 420, 475, 685.
- Britisch-deutsches Flottenabkommen 148, 378, 392, 394.
- Deutsch-sowjetischer Vertrag vom 12. Oktober 1925 21, 75, 186, 326, 514.
- – Niederlassungsabkommen 101, 207, 327, 575, 577, 608.
- – Wirtschaftsabkommen 75, 221, 360, 382, 485.
- Donaupakt-Projekt 14, 22, 27, 95, 130, 158, 171, 225, 258, 261, 383, 394, 398, 430.
- Französisch-sowjetischer Beistandsvertrag 130, 133, 134, 140, 142, 146, 147, 171, 182, 306, 355, 415, 417, 425, 475, 512, 527, 530, 606, 687.
- Kellogg-Pakt 8, 146, 147, 185.
- Kleine Entente 13, 14, 27, 29, 34, 60, 110, 119, 134, 143, 330, 383, 394, 398, 430, 594, 603, 630, 644, 668.
- Locarno 14, 34, 60, 70, 134, 137, 139, 145, 146, 147, 163, 167, 171, 182, 185, 280, 331, 383, 392, 398, 405, 408, 410, 412, 413, 415, 417, 426, 442, 444, 446, 448, 475, 491, 505, 520, 527, 548, 668, 685.
- Nichtangriffspakte, allgemein 24, 63, 70, 93, 95, 122, 123, 127, 129, 137, 166, 250, 258, 261, 353, 355, 394, 405, 410, 417, 424, 425, 440, 475, 593, 668, 685.
- Ostpakt-Projekt 3, 4, 7, 8, 13, 14, 16, 19, 22, 24, 27, 29, 34, 40, 56, 60, 63, 67, 70, 72, 84, 85, 91, 93, 95, 107, 110, 111, 122, 125, 127, 129, 134, 138, 140, 142, 143, 146, 147, 148,

156, 158, 159, 166, 167, 171, 173, 177, 182, 185, 198, 199, 225, 248, 250, 261, 301, 334, 353, 402, 416, 425, 426, 644, 685.

- Rapallo-Vertrag 7, 55, 60, 67, 127, 322, 332, 397, 480.
- Sowjetisch-tschechoslowakischer Beistandsvertrag 158, 475, 512, 527, 530, 606, 668.
- Versailler Vertrag 27, 36, 68, 84, 95, 100, 109, 121, 123, 128, 129, 134, 136, 147, 392, 405, 410, 417, 444, 454, 480, 548, 647.

Antikomintern 208, 243, 315, 448, 533, 573, 590, 679.

Antisemitismus 211, 215, 220, 230, 530, 610.

Außenpolitisches Amt der NSDAP 149, 186, 234, 243, 245, 260, 294, 315, 322, 325, 418, 476, 526, 533, 544, 550, 554, 555, 663.

Beziehungen zu Drittstaaten

- deutsch-britische 134, 261.
- deutsch-französische 264, 413, 426, 630, 685, 687.
- deutsch-italienische 258, 264, 446, 505, 561, 603, 636.
- deutsch-japanische 268, 347, 355, 387, 398, 450, 585, 588, 589, 592, 594, 603, 606, 679, 685.
- deutsch-litauische 70, 261, 398.
- deutsch-polnische 14, 70, 82, 110, 134, 258, 261, 282, 398, 436, 594, 644, 668.
- – „Korridor“ 261, 380, 394, 398, 467, 517, 547, 551, 627, 644, 668.
- französisch-polnische 134, 505, 520, 630, 668.
- sowjetisch-amerikanische 23, 41, 58, 87, 218.
- sowjetisch-britische 69, 110, 111, 134.

- sowjetisch-französische → *Abkommen/Verträge – Französisch-sowjetischer Beistandsvertrag und – Ostpakt-Projekt*
- sowjetisch-polnische 8, 70, 416.
- sowjetisch-tschechoslowakische → *Abkommen/Verträge – Sowjetisch-tschechoslowakischer Beistandsvertrag*

Benzolverband 27, 209, 441, 451.

Derop 27, 56, 58, 133, 152, 201, 205, 212, 318, 330.

Derunapht 56, 186, 201, 203, 205, 209, 218, 245, 350, 441, 451.

Derutra 186, 218, 245.

DNB (Deutsches Nachrichtenbüro) 96, 129, 176, 204, 336, 340, 392, 409, 421, 438, 509, 515, 542, 588, 591, 632, 655, 674, 679, 690.

Dollar-Konflikt (-Abwertung) 18, 27, 46, 58, 88, 96, 115, 120, 135, 247.

Emigranten/Emigration 3, 6, 12, 103, 208, 245, 275, 476, 562, 645, 663.

Geheimes Staatspolizeiamt 16, 39, 48, 54, 175, 208, 228, 245, 369, 373, 400, 407, 418, 428, 432, 450, 453, 464, 468, 476, 499, 506, 562, 566, 581, 585, 587, 595, 623, 631, 633, 645, 663, 666, 672.

GPU, OGPU, NKVD 12, 21, 78, 127, 149, 202, 207, 208, 245, 266, 312, 327, 388, 400, 453, 485, 580, 599, 600, 601, 645, 647, 676, 679, 680.

Handel, allgemein → *Wirtschaft*

- Export 1, 5, 18, 35, 38, 41, 49, 50, 51, 57, 58, 61, 62, 64, 65, 69, 74, 79, 81, 87, 92, 95, 96, 97, 98, 116, 117, 130, 133, 135, 148, 152, 166, 169, 180, 186, 187, 190, 205, 212, 213, 214, 220, 223, 224, 233, 235, 237, 245, 250, 254, 272, 278, 287, 288, 289, 307, 318, 323, 329, 335, 341, 349, 356, 357, 366, 369, 382, 396, 404, 408, 410, 422, 429, 441, 442, 443, 444, 451, 457, 478, 479, 487, 488,

504, 519, 528, 553, 556, 557, 609, 619, 623, 636, 648, 684, 687.

- – Exportprämie 186, 220, 382, 457, 478, 623, 636.
- – Exportverbot 323, 366, 382.
- Import 5, 35, 38, 41, 51, 61, 62, 68, 79, 81, 90, 92, 97, 99, 116, 117, 126, 133, 154, 166, 169, 170, 187, 188, 190, 212, 213, 221, 233, 253, 263, 272, 276, 277, 304, 318, 320, 330, 335, 341, 349, 366, 404, 410, 423, 429, 442, 444, 457, 478, 485, 498, 560, 623, 630, 636, 669, 684.
- Handelsbilanz 5, 38, 41, 61, 85, 190, 211, 233, 235, 278, 318.
- Handelsabkommen 96, 97, 116, 382, 423, 429, 451, 485, 648, 687.
- Zahlungsbilanz 92, 96, 152, 169, 233, 261, 278, 329, 366.
- Zollfragen 28, 80, 257, 636.

Handelsvertretung der UdSSR in Berlin 16, 35, 37, 49, 51, 53, 79, 90, 96, 98, 115, 117, 133, 152, 153, 165, 170, 174, 175, 180, 183, 186, 190, 199, 201, 202, 203, 205, 209, 213, 218, 219, 221, 235, 237, 245, 247, 251, 253, 254, 259, 263, 270, 271, 277, 283, 287, 292, 299, 318, 319, 328, 329, 360, 365, 366, 369, 375, 381, 396, 404, 408, 410, 419, 433, 440, 441, 451, 459, 460, 478, 479, 487, 489, 504, 519, 525, 557, 566, 568, 572, 587, 590, 608, 611, 620, 630, 636, 640, 669, 671, 672.

Italienisch-abessinischer Krieg 177, 223, 235, 248, 258, 261, 264, 280, 282, 332, 344, 367, 394, 398, 410, 417, 444, 461, 593, 630. → *Sanktionen – gegen Italien*

Kampagnen

- in Deutschland 12, 29, 30, 31, 33, 44, 56, 60, 80, 134, 146, 157, 178, 215, 219, 220, 228, 258, 282, 303, 348, 383, 410, 428, 505, 509, 511, 520, 528, 539, 573, 590, 593, 594, 676, 681, 687.
- – der Presse 60, 71, 73, 134, 146, 164, 218, 258, 266, 301, 304, 355, 392, 486, 506, 508, 510, 512, 520, 522.
- – NS-Presseanweisungen 204, 447, 497, 500, 531, 583, 690.

- in der Sowjetunion 303, 323, 482, 508, 685.
- – der Presse 110, 236, 301, 304, 369, 482, 493, 522.

Kirchenpolitik in der Sowjetunion

20, 30, 33, 76, 102, 159, 205, 211, 215, 250, 261, 266, 269, 275, 314, 343, 369, 528, 576, 679.

Komintern 232, 243, 245, 256, 282, 298, 303, 322, 367, 376, 380, 397, 402, 448, 506, 541, 572, 588, 592, 594, 604, 630, 637, 640, 643, 671, 685. → *Abkommen-Verträge – Antikomintern-Pakt*

- VII. Weltkongress der Komintern 204, 211, 215, 217, 218, 228, 230, 322, 355, 397, 588, 592, 679, 685.

Kredit(-abkommen) 1, 5, 29, 35, 36, 37, 41, 42, 45, 46, 50, 52, 62, 75, 88, 92, 96, 97, 98, 115, 116, 117, 120, 132, 133, 134, 135, 136, 148, 152, 154, 168, 169, 170, 180, 183, 186, 198, 214, 215, 221, 224, 233, 237, 254, 263, 271, 278, 289, 294, 297, 299, 318, 321, 329, 330, 333, 334, 335, 338, 341, 349, 353, 361, 364, 365, 382, 487.

- 200-Millionen-Kredit 1, 9, 15, 18, 23, 35, 36, 37, 41, 45, 49, 50, 52, 57, 58, 61, 62, 64, 66, 79, 81, 87, 91, 93, 96, 102, 115, 116, 117, 120, 121, 127, 135, 152, 169, 170, 183, 186, 187, 198, 199, 203, 211, 212, 214, 218, 220, 221, 224, 233, 248, 250, 256, 259, 270, 272, 286, 289, 292, 297, 307, 318, 321, 323, 329, 330, 335, 341, 346, 353, 356, 365, 366, 423, 487, 488, 504, 552, 553, 611, 619, 636, 648.
- 500-Millionen-Kredit 329, 334, 341, 347, 349, 353, 354, 365, 366, 389, 397, 423, 487, 489, 669.

Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen

- Aktenpublikation 176, 181, 543, 612, 623, 628.
- Bücheraustausch 6, 46, 376, 480, 623.
- Film 39, 43, 55, 73, 164, 245, 300, 309, 312, 313, 322, 357, 376, 393, 397, 408, 409, 419, 431, 455, 463, 481, 573, 608.

- Gesellschaft „Kultur und Technik“ 160, 273, 285, 305, 459, 608.
- Gesellschaft zum Studium Osteuropas 55, 176, 181, 325, 543, 612, 628.
- Kongresse 94, 150, 206, 385, 464, 498, 652.
- VOKS 6, 238.
- Vorträge 20, 67, 106, 245, 273, 285, 471, 480, 539, 546, 643, 685, 686.

Luftfahrt, zivile

- Aeroflot 124, 321, 467, 517, 547, 627.
- Deruluft 27, 124, 245, 321, 384, 429, 467, 517, 547, 551, 572, 627.
- Lufthansa 124, 281, 283, 384, 467, 517, 547, 551, 572, 627.

Militärische Fragen

- Abrüstung 22, 34, 95, 148, 167, 171, 506.
- Artillerie 7, 68, 87, 95, 100, 290, 387, 489, 492, 501, 563, 578.
- Einführung der Wehrpflicht in Deutschland 36, 68, 84, 89, 93, 95, 100, 111, 114, 123, 127, 134, 147, 148, 410, 419, 505, 506, 520, 528.
- Luftflotte/Luftwaffe 7, 34, 68, 85, 95, 100, 119, 149, 200, 331, 346, 376, 444, 456, 474, 481, 537.
- Marine 7, 12, 68, 95, 100, 119, 148, 245, 323, 342, 480, 481, 493, 563, 578.
- Militärattachés
 - – deutscher 2, 7, 25, 105, 108, 109, 114, 184, 194, 200, 206, 240, 251, 279, 284, 286, 294, 311, 313, 321, 342, 377, 387, 388, 395, 472, 474, 518, 563, 569, 635, 637, 654, 657, 665, 678, 685.
 - – japanischer 268, 293, 387, 494, 593, 635.
 - – sowjetischer 2, 7, 20, 25, 200, 300, 393, 419, 428.
- Panzer 67, 68, 95, 100, 134, 240, 279, 290, 377, 448, 635.
- Reichswehr/Wehrmacht 8, 12, 18, 20, 25, 36, 66, 68, 70, 93, 100, 103, 108, 109, 111, 114, 118, 119, 127, 130, 134, 136, 145, 151, 172, 196, 200, 208, 220, 265, 268, 280, 284,

- 301, 321, 323, 332, 367, 373, 383, 397, 416, 419, 481, 501, 506, 518, 635, 644, 668, 687.
- Rote Armee der Arbeiter und Bauern 2, 7, 36, 56, 67, 68, 84, 100, 107, 108, 154, 196, 218, 240, 261, 265, 275, 284, 290, 293, 300, 322, 323, 342, 384, 387, 395, 456, 480, 496, 506, 554, 555, 559, 635, 663, 674, 679.
- Rüstung 3, 4, 7, 13, 14, 18, 25, 34, 36, 46, 66, 67, 68, 80, 85, 86, 87, 91, 93, 95, 100, 105, 107, 108, 109, 111, 118, 128, 134, 140, 141, 146, 147, 148, 154, 166, 167, 220, 258, 264, 280, 282, 286, 318, 320, 321, 342, 355, 362, 364, 367, 376, 394, 413, 416, 417, 425, 430, 437, 451, 457, 475, 478, 500, 501, 504, 505, 506, 512, 528, 537, 541, 556, 557, 569, 593, 594, 630, 646, 669, 684, 685, 687.

Nachrichtendienste

- sowjetische
- – Aufklärungsverwaltung der RKKa 68, 108, 196, 284, 290, 293, 387, 456, 635, 663, 674.
- – INO GUGB NKVD 21, 149, 202, 208, 378, 388, 485, 523, 534, 571, 645, 647, 686.
- deutsche 208, 321, 323 → *Geheimes Staatspolizeiamt* → *Militärische Fragen* – *Militärattachés* — *deutscher*

Niederlassungsabkommen → *Abkommen/Verträge* — *Deutsch-sowjetischer Vertrag vom 12. Oktober 1925*

Olympische Spiele 1936 178, 285, 383, 385, 393, 483, 491, 499, 505, 506, 520, 528.

Parteitage der NSDAP 215, 217, 218, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 235, 236, 243, 248, 255, 258, 282, 303, 320, 355, 362, 505, 506, 508, 511, 515, 517, 518, 520, 521, 522, 526, 527, 528, 529, 530, 533, 535, 539, 541, 548, 549, 550, 554, 555, 557, 560, 573, 592, 594, 630, 679, 690.

Politbüro des ZK der VKP (B)

- Beschlüsse 64, 217, 276, 289, 297, 307, 423, 488.

- Stalin, an ihn gerichtete Berichte, Schreiben, Telegramme, Vorlagen 12, 33, 34, 61, 63, 113, 132, 135, 142, 169, 179, 180, 198, 212, 223, 224, 229, 231, 266, 268, 269, 280, 289, 303, 329, 335, 360, 374, 400, 401, 406, 413, 414, 422, 424, 435, 449, 460, 485, 490, 496, 504, 512, 557, 559, 564, 577, 578, 598, 625, 634, 639, 646, 671.

Prozesse in der Sowjetunion 182, 316, 326, 435, 493, 505, 506, 510, 530, 534, 575, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 597, 601, 605, 606, 610, 613, 614, 616, 621, 625, 629, 630, 631, 632, 637, 638, 641, 642, 644, 650, 651, 657, 658, 659, 664, 665, 667, 668, 676, 678, 681, 685, 689.

- Ausweisung 12, 28, 44, 77, 80, 93, 101, 150, 151, 165, 182, 189, 201, 203, 205, 207, 218, 227, 239, 248, 295, 296, 306, 312, 313, 321, 327, 337, 339, 344, 350, 359, 373, 374, 379, 400, 453, 502, 587, 614, 617, 629, 638, 654, 657, 661, 662, 664, 666, 676.
- Häftlingsaustausch 45, 93, 182, 206, 225, 226, 490, 502, 503, 511, 558, 686.
- Sabotage- und Diversionstätigkeit, Spionage 12, 131, 149, 208, 226, 244, 245, 269, 275, 327, 374, 378, 400, 428, 496, 502, 539, 558, 576, 577, 580, 582, 593, 596, 637, 645, 652, 661, 678, 684, 686.

Rat der Volkskommissare der UdSSR (SNK) 19, 24, 25, 174, 180, 193, 198, 223, 229, 230, 289, 329, 335, 346, 358, 360, 376, 379, 382, 401, 406, 422, 427, 429, 433, 467, 478, 504, 531, 534, 551, 552, 553, 564, 578, 610, 614, 621, 623, 634, 671, 673, 677, 682, 684.

- Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten (NKID) 1, 3, 4, 8, 13, 17, 18, 20, 21, 28, 29, 30, 31, 33, 34, 40, 42, 43, 44, 45, 77, 79, 80, 83, 84, 85, 86, 92, 93, 96, 101, 106, 107, 111, 118, 130, 131, 133, 134, 140, 148, 150, 151, 157, 158, 164, 166, 168, 177, 178, 182, 187, 191, 192,

- 195, 197, 203, 206, 209, 210, 215, 219, 220, 222, 238, 239, 244, 248, 252, 253, 257, 258, 266, 267, 268, 272, 274, 281, 285, 295, 296, 299, 300, 305, 308, 316, 322, 326, 337, 339, 344, 350, 352, 357, 359, 363, 368, 369, 370, 374, 378, 379, 385, 391, 393, 399, 401, 413, 419, 429, 430, 431, 435, 438, 439, 442, 443, 444, 445, 446, 448, 469, 472, 473, 484, 485, 486, 502, 513, 514, 515, 516, 517, 520, 521, 534, 535, 558, 567, 568, 571, 572, 573, 574, 575, 581, 582, 592, 599, 601, 602, 603, 604, 605, 609, 613, 630, 642, 649, 650, 657, 661, 675, 676, 677, 681, 682.
- Volkskommissariat für Außenhandel (NKVT) 38, 42, 49, 50, 53, 57, 61, 97, 98, 117, 126, 135, 136, 140, 141, 150, 152, 154, 161, 169, 170, 180, 183, 188, 198, 202, 209, 212, 221, 224, 249, 253, 263, 276, 277, 278, 289, 297, 305, 307, 318, 319, 329, 335, 357, 360, 363, 366, 381, 382, 389, 391, 402, 406, 422, 441, 459, 478, 484, 485, 487, 488, 489, 492, 496, 504, 532, 534, 552, 553, 559, 564, 578, 590, 602, 609, 615, 623, 634, 671, 684.
 - Volkskommissariat für Fernmeldewesen (Narkomsvjaz) 132, 423, 535.
 - Volkskommissariat für Finanzen (Narkomfin) 363, 487.
 - Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKVD) 12, 21, 77, 78, 149, 179, 202, 208, 245, 266, 388, 400, 485, 523, 599, 600, 606, 617, 621, 645, 647, 661, 676, 686.
 - Volkskommissariat für Schwerindustrie (NKTP) 25, 126, 132, 167, 213, 289, 307, 400, 433, 485, 496, 515, 559, 578, 606.
 - Volkskommissariat für Verteidigung (NKO) 2, 25, 68, 100, 108, 109, 141, 154, 172, 196, 206, 224, 249, 279, 284, 290, 293, 381, 384, 387, 460, 512, 552, 564, 578, 635, 663, 674.

Regierung Hitler

- Auswärtiges Amt (AA) 2, 4, 7, 8, 11, 14, 15, 16, 25, 35, 37, 39, 48, 54, 62, 66, 69, 71, 75, 76, 78, 80, 81, 88, 89, 90, 93, 97, 99, 103, 104, 105, 109, 112, 114, 118, 125, 126, 129, 137, 143, 160, 165, 166, 174, 176, 178, 181, 185, 186, 190, 193, 199, 200, 202, 205, 217, 227, 232, 237, 240, 242, 251, 254, 255, 256, 259, 261, 262, 264, 265, 270, 271, 278, 279, 283, 287, 291, 299, 301, 302, 305, 306, 309, 311, 312, 314, 321, 327, 328, 333, 334, 336, 338, 341, 342, 343, 348, 351, 353, 355, 358, 361, 362, 368, 370, 371, 372, 373, 375, 376, 377, 380, 395, 396, 408, 415, 420, 421, 426, 427, 428, 432, 434, 436, 440, 450, 452, 453, 454, 455, 463, 468, 470, 471, 474, 475, 477, 479, 497, 498, 499, 501, 503, 507, 519, 522, 524, 530, 536, 541, 543, 545, 546, 549, 556, 563, 565, 570, 576, 584, 585, 586, 587, 589, 591, 595, 597, 600, 606, 608, 610, 612, 614, 619, 621, 624, 629, 631, 632, 633, 637, 638, 641, 651, 655, 656, 658, 659, 662, 666, 670, 672, 683.
- Reichsministerium für Landwirtschaft und Ernährung/Reichsnährstand 325, 341, 440, 479, 519, 556, 669.
- Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda 71, 82, 204, 216, 245, 255, 376, 432, 447, 452, 455, 476, 480, 497, 498, 500, 531, 546, 583, 591, 612, 628, 655, 674, 679, 690.
- Reichsministerium für Wirtschaft 9, 15, 23, 32, 35, 37, 51, 52, 57, 75, 79, 81, 90, 96, 97, 104, 115, 116, 133, 135, 181, 190, 199, 203, 205, 214, 221, 233, 245, 247, 452, 254, 270, 273, 288, 292, 294, 318, 321, 323, 329, 330, 341, 345, 349, 356, 361, 365, 366, 372, 373, 375, 380, 428, 432, 441, 457, 458, 468, 479, 519, 525, 538, 540, 556, 586, 620, 623, 636, 640, 643.

- Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 103, 181, 273, 464, 476, 489, 652, 653.

Reden

- Hitler 95, 137, 148, 158, 159, 162, 164, 166, 167, 168, 171, 173, 175, 177, 182, 215, 218, 227, 228, 231, 236, 248, 405, 410, 439, 443, 444, 446, 520, 521, 528, 594, 639, 644.
- Litvinov 4, 121, 128, 130, 367, 417, 537, 541, 554, 593.
- Molotov 19, 24, 25, 32, 346, 347, 348, 353, 354, 355, 360, 366, 367, 369, 376, 596.

Regionen/Gebiete

- Amurgebiet 261.
- Balkan 148, 168, 250, 264, 344, 357, 383, 430, 512, 630, 644.
- Baltikum 27, 63, 130, 134, 137, 196, 242, 258, 332, 357, 430, 443, 444, 542, 603.
- Bessarabien 7, 250, 261.
- Dardanellen 261, 461.
- Elsass-Lothringen 430, 630.
- Eupen, Malmedy 430.
- Ferner Osten 261, 264, 394, 398, 416, 444, 457, 606.
- Memelgebiet 95, 129, 134, 137, 138, 145, 158, 196, 229, 250, 258, 261, 405, 430.
- Mittelasien 211, 363, 450.
- Mongolei 116.
- – innere 7, 261.
- – äußere (MVR) 7, 416, 457.
- Ostasien 7, 261, 468, 588, 592.
- Osteuropa 3, 7, 29, 60, 85, 110, 134, 210, 243, 416, 425, 426, 444, 446, 491, 520.
- Ostpreußen 2, 172, 243, 280, 418, 444.
- Saargebiet 3, 4, 8, 14, 17, 60, 121, 189, 362, 378, 410.
- Schlesien 261, 444.
- Skandinavien 261, 645.
- Slowakei 145.
- Stiller Ozean 7, 343.
- Transsilvanien 383.
- Ukraine 7, 12, 33, 91, 131, 136, 149, 182, 208, 275, 282, 303, 343,

506, 509, 510, 513, 515, 663, 668, 686.

- Xinjiang 3, 40, 394, 450, 453.

Rheinland, Remilitarisierung 119, 383, 392, 398, 408, 410, 413, 416, 417, 426, 430, 436, 444, 454, 455, 456, 505, 512, 520, 528, 584, 592, 594, 685. → *Sanktionen – gegen Deutschland*

Reichsbank 51, 81, 96, 98, 115, 116, 133, 135, 152, 169, 186, 221, 254, 271, 288, 318, 354, 355, 358, 360, 419, 451, 454, 619, 643.

Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft 5, 9, 10, 15, 23, 41, 45, 69, 87, 99, 104, 116, 120, 144, 190, 193, 202, 220, 233, 237, 254, 263, 277, 287, 292, 294, 318, 328, 364, 365, 372, 396, 479, 518, 556, 572, 611, 669.

Sanktionen, allgemein 8, 110, 129, 130, 133, 146, 163, 314, 323, 331, 405, 408, 413, 415, 537.

- gegen Deutschland 146, 410, 415, 420, 422, 430, 442, 685. → *Rheinland, Remilitarisierung*
- gegen Italien 258, 280, 298, 304, 306, 323, 344, 394, 398, 436. → *Italienisch-abessinischer Krieg*

Schiedsgerichte 96, 116, 122, 133, 185, 186, 190, 465, 548, 668. → *Abkommen/Verträge – Deutsch-sowjetischer Vertrag vom 12. Oktober 1925*

Saarfrage → *Regionen* → *Saargebiet*

Sowjet(Räte)kongress 19, 24, 25, 32, 66, 80, 117, 346, 347, 348, 593, 610.

Spanischer Bürgerkrieg 482, 491, 493, 504, 505, 506, 507, 520, 527, 537, 541, 548, 549, 563, 592, 594, 597, 603, 606, 629, 644, 685, 687.

- Nichteinmischungskomitee 505, 537, 548, 564, 621, 644, 685.

Staaten

- Afghanistan 7, 261, 394.
- Belgien 34, 100, 119, 137, 163, 250, 394, 405, 417, 437, 444, 501, 644, 687.
- Bulgarien 148, 177, 243, 383, 444, 623, 630.

- China 7, 40, 116, 256, 261, 264, 280, 284, 394, 457, 594, 603, 606, 647.
- Dänemark 444.
- Estland 3, 7, 70, 196, 261.
- Finnland 3, 7, 13, 14, 68, 127, 208, 243, 258, 261, 346, 348, 444, 554.
- Frankreich 4, 5, 7, 8, 14, 24, 25, 27, 29, 30, 34, 36, 42, 55, 58, 60, 61, 63, 68, 70, 84, 95, 97, 100, 110, 111, 119, 123, 125, 127, 130, 134, 136, 137, 138, 139, 140, 142, 143, 145, 146, 147, 148, 155, 162, 163, 166, 167, 168, 171, 177, 182, 185, 211, 220, 223, 250, 258, 261, 264, 280, 286, 298, 301, 314, 331, 334, 335, 367, 376, 383, 392, 394, 397, 398, 402, 405, 410, 413, 415, 416, 417, 425, 426, 430, 436, 442, 444, 446, 449, 456, 474, 475, 491, 501, 504, 505, 510, 512, 529, 548, 554, 555, 592, 593, 594, 603, 613, 623, 630, 637, 643, 644, 668, 678, 684, 685, 691.
- Griechenland 97, 190, 243, 280, 357.
- Großbritannien 7, 14, 27, 29, 30, 34, 42, 58, 60, 63, 68, 69, 84, 85, 86, 87, 91, 95, 97, 100, 107, 110, 119, 130, 134, 136, 137, 139, 141, 145, 146, 147, 148, 162, 163, 166, 167, 168, 177, 186, 190, 208, 220, 223, 235, 243, 250, 258, 261, 264, 280, 293, 298, 304, 318, 320, 331, 344, 349, 353, 362, 365, 367, 378, 383, 386, 387, 392, 394, 398, 405, 410, 413, 415, 417, 419, 425, 426, 430, 442, 444, 446, 449, 450, 461, 486, 491, 505, 510, 512, 520, 529, 548, 561, 585, 592, 594, 603, 613, 623, 630, 635, 643, 644, 647, 661, 662, 684, 685, 687.
- Holland (Niederlande) 141, 190, 243, 394, 405, 442, 444, 623.
- Iran (Persien) 7, 190, 261, 394, 399, 689.
- Italien 7, 14, 34, 119, 130, 134, 141, 148, 162, 163, 167, 177, 190, 223, 250, 258, 264, 280, 282, 298, 311, 323, 331, 344, 367, 383, 394, 398, 415, 417, 430, 442, 444, 446, 450, 453, 461, 491, 501, 505, 510, 512, 520, 530, 541, 548, 554, 564, 588, 589, 592, 593, 594, 603, 621, 630, 644, 647, 679, 685, 687.
- Japan 7, 27, 34, 46, 68, 89, 110, 141, 155, 167, 243, 256, 261, 264, 268, 280, 283, 286, 293, 347, 353, 367, 376, 387, 394, 398, 399, 416, 417, 437, 449, 457, 494, 501, 520, 588, 592, 593, 594, 603, 623, 630, 635, 637, 644, 646, 647, 674, 679, 684, 685, 688.
- Jugoslawien 14, 148, 177, 243, 306, 383, 398, 430, 444, 512, 520, 594, 630, 644.
- Kanada 243.
- Lettland 7, 70, 145, 185, 196, 208, 258, 261, 357, 467.
- Litauen 7, 27, 70, 95, 125, 129, 134, 137, 138, 140, 141, 145, 146, 156, 158, 185, 196, 211, 235, 250, 258, 261, 398, 405, 467.
- Luxemburg 437.
- Mandshukuo/Mandschurei 164, 256, 261, 284, 353, 440, 449, 457, 684, 685.
- Österreich 14, 27, 34, 95, 100, 119, 134, 137, 158, 211, 243, 258, 264, 344, 376, 383, 394, 398, 416, 430, 440, 444, 505, 589, 594, 623, 679, 685.
- Portugal 243, 541, 564.
- Rumänien 14, 27, 141, 148, 168, 177, 208, 220, 258, 261, 267, 280, 383, 394, 398, 429, 430, 444, 475, 504, 512, 594, 644.
- Schweden 5, 7, 127, 169, 243, 311, 442, 444, 623, 684.
- Schweiz 14, 27, 137, 167, 208, 243, 444, 559, 623, 636.
- Spanien 243, 446, 486, 491, 504, 505, 506, 507, 548, 549, 554, 563, 585, 588, 592, 593, 594, 597, 603, 606, 621, 630, 637, 679, 685, 686.
- Tschechoslowakei 7, 14, 27, 42, 63, 70, 92, 97, 127, 138, 140, 168, 169, 185, 208, 211, 215, 218, 250, 258, 280, 318, 346, 348, 362, 383, 394, 413, 430, 444, 467, 474, 475, 486, 491, 501, 504, 505, 510, 512, 529, 594, 630, 644, 668.

- Türkei 7, 141, 148, 220, 235, 261, 444, 461, 472, 512, 594, 603, 605, 630, 644, 647.
- Ungarn 14, 134, 148, 168, 258, 338, 383, 430, 444, 474, 506, 512, 520, 589, 594, 625, 679, 685.
- USA, Amerika 7, 24, 30, 59, 87, 127, 133, 141, 162, 168, 170, 211, 230, 261, 264, 277, 320, 344, 437, 491, 557, 588, 623, 647, 684, 685.

Stresa, Konferenz von 110, 111, 130, 134, 138, 147, 148, 171, 173, 182, 394, 475.

Telegraphenagentur der UdSSR (TASS) 126, 146, 167, 229, 232, 234, 245, 255, 268, 303, 325, 348, 354, 438, 449, 471, 480, 499, 509, 510, 530, 535, 542, 572, 576, 577, 579, 580, 581, 591, 666.

Tourismus 245, 505, 539.

- Intourist 3, 55, 175, 205, 245, 369, 418, 432, 465, 468, 473, 477, 503, 539, 573, 630, 636, 682.

Verhaftungen

- in Deutschland (Übergriffe, Repressalien) 20, 28, 44, 60, 73, 140, 164, 165, 175, 203, 205, 218, 350, 369, 433, 595, 623, 630, 633, 638.
- in der Sowjetunion 12, 20, 21, 40, 73, 76, 77, 80, 81, 84, 86, 93, 131, 149, 157, 164, 175, 178, 182, 206, 207, 208, 239, 266, 269, 327, 339, 343, 344, 350, 369, 371, 379, 400, 509, 510, 515, 565, 567, 576, 579, 580, 585, 592, 594, 595, 596, 597, 599, 601, 605, 606, 614, 616, 621, 626, 638, 641, 649, 662, 676, 677, 685, 689. → *Prozesse in der Sowjetunion*

Visums-Angelegenheiten 43, 195, 206, 207, 253, 296, 305, 319, 370, 374, 391, 401, 444, 472, 473, 484, 485, 503, 514, 535, 559, 623.

Völkerbund 7, 14, 24, 34, 95, 110, 123, 127, 128, 129, 130, 134, 137, 139, 143, 145, 146, 147, 148, 155, 163, 167, 171, 204, 255, 258, 264, 280, 282, 298, 314, 331, 367, 376, 383, 392, 394, 405,

408, 410, 415, 417, 420, 425, 426, 442, 444, 453, 461, 512, 537, 541, 548, 593, 594, 597, 606, 617, 625, 685.

- Abrüstung, Rüstungsbegrenzung 22, 34, 95, 134, 146, 148, 167, 171, 425, 594, 606, 630.

- Flüchtlinge aus Deutschland 617.

Wirtschaft, allgemein → *Handel*

- Anlagen/Ausrüstungen 5, 9, 15, 18, 29, 35, 36, 42, 96, 130, 133, 154, 168, 186, 187, 203, 218, 224, 259, 276, 292, 297, 318, 329, 330, 338, 366, 396, 437, 460, 488, 496, 504, 578, 636, 670.
- Clearing 318, 375, 442, 603, 630, 648, 687.
- Devisen, Gold 5, 7, 37, 38, 41, 49, 50, 51, 57, 58, 61, 62, 64, 69, 75, 79, 81, 87, 88, 97, 115, 116, 133, 135, 144, 168, 169, 186, 187, 190, 191, 212, 224, 233, 237, 247, 254, 261, 271, 289, 307, 318, 320, 329, 330, 333, 334, 335, 338, 341, 345, 349, 357, 360, 365, 366, 372, 375, 382, 404, 410, 412, 422, 437, 440, 441, 443, 444, 451, 457, 468, 478, 479, 486, 487, 488, 504, 505, 519, 521, 547, 553, 557, 560, 574, 603, 609, 615, 619, 623, 636, 669, 684.
- Garkrebo 152, 218, 245, 360, 369, 422, 441, 451, 523.
- Gosbank 8, 76, 97, 116, 133, 136, 152, 169, 218, 396, 422, 441, 451.
- Halbfabrikate/Fertigwaren 7, 41, 42, 116, 120, 132, 133, 276, 297, 488.
- Nahrungsgüter/Lebensmittel 30, 71, 134, 140, 193, 215, 220, 233, 251, 258, 320, 444, 457, 513, 515, 520, 528, 548, 561, 574, 576, 603, 669, 677, 685.
- - Butter, Fette 116, 220, 233, 320, 444, 528, 669.
- - Eier, Fleisch 116, 215, 220, 320, 444, 528.
- - Getreide/Hülsenfrüchte 75, 81, 116, 152, 190, 223, 233, 603, 636, 669.
- - Rauchwaren 61, 69, 81, 88, 97, 115, 116, 144, 190, 261, 278, 318, 549, 630, 636, 669.

- Nomenklatur/Liste der sowjetischen Bestellungen zur Lieferung von Waren/Gütern ziviler und militärischer Art → *Anlagen/Ausrüstungen* 9, 10, 15, 18, 23, 27, 29, 35, 36, 42, 57, 61, 66, 90, 96, 116, 130, 133, 135, 154, 180, 249, 263, 289, 297, 307, 321, 329, 330, 338, 341, 354, 356, 360, 366, 369, 382, 451, 487, 492, 552, 557, 578, 607, 615, 624, 669.
 - Rohstoffe 7, 32, 41, 61, 67, 68, 88, 97, 115, 116, 120, 121, 127, 130, 133, 134, 135, 166, 190, 220, 233, 237, 247, 258, 261, 271, 287, 298, 301, 318, 325, 341, 342, 349, 353, 366, 387, 410, 430, 437, 442, 444, 451, 457, 458, 462, 478, 486, 504, 506, 519, 520, 521, 528, 548, 549, 556, 557, 560, 561, 584, 603, 609, 619, 630, 635, 636, 669, 684, 686, 687.
 - – Baumwolle/Wolle 68, 116, 190, 220, 233, 442, 451.
 - – Erdöl (Naphta), Erdölprodukte 7, 32, 36, 68, 69, 79, 88, 97, 115, 116, 121, 133, 187, 201, 205, 261, 278, 289, 307, 318, 330, 335, 358, 441, 442, 636, 669.
 - – Erze (Apatit, Eisen, Kupfer, Mangan) 7, 32, 68, 79, 81, 88, 97, 100, 115, 116, 233, 261, 318, 341, 365, 437, 442, 549, 556, 636, 669, 684, 687.
 - – Flachs/Leinen 88, 97, 116, 190, 233, 278, 318, 330, 365, 636, 669.
 - – Holz 32, 69, 97, 115, 116, 152, 190, 233, 261, 278, 318, 341, 365, 396, 549, 630, 636, 669.
 - Torgsin 8, 20, 27, 30, 40, 80, 157, 164, 178, 182, 278, 312.
- Wirtschaftsabkommen** 32, 81, 96, 111, 115, 116, 117, 121, 126, 130, 133, 135, 177, 180, 187, 190, 221, 224, 233, 247, 254, 276, 277, 278, 318, 335, 341, 365, 366, 375, 429, 454, 462, 467, 478, 487, 488, 489, 525, 532, 623, 636 → *Wirtschaft, allgemein* → *Handel, allgemein* → *Kredit (-abkommen)* → *Abkommen/Verträge* – *Deutsch-sowjetischer Vertrag vom 12. Oktober 1925*
- Markabkommen 1, 32, 36, 38, 41, 45, 50, 57, 58, 60, 65, 79, 96, 98, 190, 277, 287, 318, 549.
 - Pjatakow-Abkommen, erstes und zweites 49, 57, 58, 87, 96, 144, 214, 292, 341, 451.

